

Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung

Bulletin sténographique de l'Assemblée fédérale

Frühjahrs-Session — 1928 — Session du printemps

11. Tagung der 27. Amtsdauer — 11^{me} session de la 27^e législature

Bezugspreis: In der Schweiz jährlich 12 Fr., die Postgebühr eingerechnet, im übrigen Postvereinsgebiet 16 Fr.
Bezug ausschliesslich durch die Expedition Buchdruckerei Fritz Pochon-Jent, in Bern.

Abonnements: Un an: Suisse 12 frs., port compris. Union postale 16 frs.

On s'abonne exclusivement auprès de l'office expéditeur, l'imprimerie Fritz Pochon-Jent, à Berne.

Nachmittagssitzung vom 5. März 1928.
Séance de relevée du 5 mars 1928.

Vorsitz — Présidence: Hr. Minger.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch. Code pénal suisse.

Botschaft vom 23. Juli 1918 (Bundesblatt IV, 1).
Message du 23 juillet 1918 (Feuille fédérale IV, 1).

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des chapitres.

Seller, Berichterstatter: Es ist eine lange Spanne Zeit, die zwischen der Schaffung der verfassungsmässigen Grundlage für die Strafrechtseinheit und der heutigen Eintretensdebatte im Nationalrat über das Ausführungsgesetz liegt. Haben die dreissig Jahre, so dürfen wir uns wohl fragen, für die Vertiefung des dem Verfassungsartikel zugrunde liegenden Gedankens gewirkt oder ist inzwischen ein Abflauen eingetreten, eine Verminderung der Begeisterung? Und besteht die Gefahr, daß die gewaltige, auf die Achtzigerjahre des letzten Jahrhunderts zurückgehende Arbeit für die Unifikation des Strafrechts, wenn auch nicht völlig nutzlos, so doch in ihrem Grundgedanken der nationalen Einheit erfolglos werden könnte?

Mit 266,610 Ja gegen 101,780 Nein und mit fünfzehn ganzen und drei halben gegen vier ganze und drei halbe Ständesstimmen ist der neue Art. 64bis der

Bundesverfassung in der Volksabstimmung vom 13. November 1898 angenommen worden.

Der Auftrag des Volkes war deutlich. Und nicht geringer war der Eifer, mit welchem sich die mit der Durchführung des großen Werkes betrauten Männer ihrer Aufgabe widmeten. Eine Reihe dieser Männer ist aus dieser Welt geschieden, ohne daß sie die Vollendung des Werkes haben erleben dürfen. Ich erinnere an Prof. Zürcher, der uns in seinen Erläuterungen zum Vorentwurf von 1908 ein unvergängliches Dokument begeisterter Hingabe hinterlassen und der bis in sein hohes Alter aktiven Anteil an der Förderung des Werkes genommen hat. Ich erinnere an die Bundesräte Ruchonnet, Brenner und Müller, die als Vorsteher des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes dem Werke ihre Förderung haben angedeihen lassen. Bundesrat Ruchonnet durch die Erteilung des Auftrags zur Sammlung und Vergleichung der so verschiedenartigen kantonalen Strafrechtsquellen, Bundesrat Brenner durch die entschiedene Vertretung der Verfassungsvorlage vor den eidgenössischen Räten und Bundesrat Müller durch die in jeder Beziehung vorbildlich zu nennende Leitung der großen Expertenkommission. Die Protokolle dieser Kommission gehören neben den Vorentwürfen von Prof. Stooß, dessen Verdienste für die schweizerische Strafrechtseinheit und darüber hinaus für die Strafrechtswissenschaft überhaupt für alle Zeiten uneingeschränkt anerkannt sein werden, und neben den schon erwähnten Erläuterungen von Prof. Zürcher zum unentbehrlichen Rüstzeug für jeden Strafrichter und Juristen. In gedrängter, konziser Form enthalten diese Protokolle die ganze reiche Kette der in der strafrechtlichen Theorie und Praxis umstrittenen Fragen und sind damit auch eine wertvolle Grundlage für die Auslegung des nun zur Beratung stehenden Gesetzesentwurfes. Wenn ich aus den Voten der Mitglieder der Expertenkommission diejenigen von Prof. Gautier in Genf, des französischen Berichterstatters der Kommission hervorhebe, so geschieht es nicht nur wegen ihrer hervorragenden Klarheit, sondern auch deshalb, um zu zeigen, daß Deutsch und Welsch in gegenseitiger, sich befruchtender Arbeit ihr Bestes zu einer gesamtschweizerischen Lösung beigetragen haben. Und für eine sachliche, wohlabgewogene, auch

den regionalen, konfessionellen und politischen Verhältnissen Rechnung tragende Bearbeitung des gewaltigen Rechtsstoffes bürgen doch gewiß die Namen Décoppet und Lachenal, nachherige Bundesräte, Bundesrichter Favey, Nationalrat v. Planta und Nationalrat Müller, unseres leider zu früh verstorbenen zweiten Kommissionspräsidenten.

An diese Männer darf heute erinnert werden, in einem Zeitpunkt, in dem versucht werden will, von dem Verfassungsartikel zurückzutreten, die kantonalen Schranken aufrecht zu erhalten und die Meinung zu verbreiten, daß auf dem Boden des Strafrechts eine einheitliche Lösung nicht möglich sei.

Dieser Tendenz der grundsätzlichen Ablehnung der Strafrechtseinheit muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Ihr steht entgegen die weitere Tatsache, daß sich auch in unsrer Kommission während der langdauernden Beratungen, in einer Kommission, in der alle Richtungen, Parteien und Landesgegenden vertreten waren, keine einzige Stimme gegen das Eintreten erhoben hat. Wohl ist auch in unsrer Kommission manche Streitfrage erneut aufgetaucht und es konnten auch in vielen Fällen nur Mehrheitsbeschlüsse gefaßt werden und nicht selten bei nur schwachem Stimmenmehr. In keinem Stadium der Kommissionsberatungen aber hatte man das Gefühl, daß unüberbrückbare, das Werk als Ganzes gefährdende Gegensätze bestehen. Die Durchsicht der Kommissionsvorlage wird Sie außerdem darüber aufgeklärt haben, daß wohl eine große Zahl von Änderungsanträgen gegenüber der Vorlage des Bundesrates bestehen, meistens allerdings auch hier systematischer und redaktioneller Natur, daß aber innerhalb der Kommission selbst nur wenige Differenzen vorliegen.

In diesem Zusammenhang seien einige Bemerkungen über die Arbeitsmethode der Kommission gestattet. Es ist gelegentlich der Vorwurf der Verschleppung erhoben worden. Es ist ja nicht zu bestreiten, daß eine gegen sieben Jahre dauernde Kommissionsberatung etwas außerordentliches ist. Außergewöhnlich waren aber auch die Umstände, welche diese lange Dauer bedingten. Wir alle erinnern uns doch der übermäßigen Belastung des Parlamentes mit den wirtschaftlichen Fragen der Nachkriegszeit. Dazu kommt, daß parallel mit der Beratung des vorliegenden Entwurfes die Beratung des Militärstrafgesetzes lief. Unsere Kommission mußte die Beratungen des bürgerlichen Strafgesetzentwurfes unterbrechen, um das inzwischen vom Ständerat an den Nationalrat gewiesene Militärstrafgesetz zu behandeln. Die Erledigung des Militärstrafgesetzes hat sich durch die Differenzen mit dem Ständerat ebenfalls in die Länge gezogen. Wenn die dem Militärstrafgesetz eingeräumte Priorität ein Zurückhalten mit dem bürgerlichen Strafgesetz verlangte, so geschah dies sehr zum Schmerz der Freunde der jetzigen Vorlage, vor allem von Prof. Zürcher, der schon die Priorität des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vor dem Strafgesetz hatte verwirren müssen. Daß außerdem eine siebenundzwanzigliedrige Kommission kein leicht beweglicher Apparat ist, dürfte notorisch sein. Die Kommission mußte sich mit je zwei Sessionen im Jahre begnügen. Und wenn ich mich nun speziell an die letzten Sessionen der Kommission zurückerinnere, so plagen mich beinahe Gewissensbisse darüber, daß ich das munter trabende Rößlein zu immer größerer Eile gepeitscht

habe, aus dem Bestreben heraus, dem Meister endlich die wertvolle Last überreichen zu können.

Es ist in einer welschen Publikation behauptet worden, man habe bei der Vorwegnahme des Militärstrafgesetzes gewissermaßen den Schlaumeier gespielt und darauf spekuliert, daß dann das bürgerliche Strafgesetz um so eher durchgebracht werden könne. Tatsächlich verhält sich die Sache aber doch so, daß die Revision des Militärstrafgesetzes mit Rücksicht auf die Erfahrungen der Mobilisationsperiode als die dringlichere und zudem auch als die in kürzerer Zeit durchführbare erschien. Beim Militärstrafgesetz handelte es sich zudem nur um die Revision auf bereits bestehender Gesetzesgrundlage, während das Schweizerische Strafgesetz eine Neuschöpfung ist und außerdem war zu erwarten, daß der vierundvierzigköpfige Ständerat rascher vorwärts kommen werde, als der zweihundertköpfige Nationalrat. Bei alledem ist nun aber gar nicht zu bestreiten — und wir freuen uns dessen aufrichtig — daß das Ineinandearbeiten von Militärstrafgesetz und bürgerlichem Strafgesetz für beide Disziplinen von großem Werte war. So hat das eine Gesetz dem andern vorgearbeitet, das eine das andere beeinflusst und wo die Uebereinstimmung möglich war, ist sie herbeigeführt worden. Die Vergleichung der beiden Texte war eine ebenso interessante als nützliche Arbeit, und wenn wir gelegentlich die Komplikationen, die unserer Gesetzgebung zufolge der regionalen, politischen und sprachlichen Verschiedenheiten unseres Landes anhaften, beklagen, so dürfen wir anderseits doch sicher sein, daß ein Werk, das diese Verschiedenheiten überwunden und nach der Beratung in beiden Kammern auch noch das Redaktionssieb der drei Sprachen passiert hat, kein schlechtes sein kann.

Man hat auch gelegentlich urteilen gehört, daß sich unsere Kommission allzu sehr in die Details eingelassen und sich von Experten und Professoren habe leiten lassen. Nun war der Zuzug von Experten vor allem auf den Wunsch zurückzuführen, den Verfasser der Erläuterungen und der bundesrätlichen Botschaft, Prof. Zürcher, zu den Kommissionsberatungen herbeizuziehen, in einem Zeitpunkt, da der verdiente Strafrechtslehrer dem Rate nicht mehr angehörte. Und aus dieser Assistenz entstand dann ohne weiteres auch der Wunsch nach einem Experten aus der welschen Schweiz. Und nun freue ich mich außerordentlich, diesen welschen Experten, Herrn Prof. Logoz zugleich als Referenten französischer Zunge neben mir zu haben und ich möchte nicht verfehlen, hier öffentlich festzustellen, welch gewaltiges Maß von Arbeit und Abklärung unsere Experten, zunächst die Herren Zürcher und Logoz und dann Herr Prof. Hafter, der Schöpfer des Militärstrafgesetzes, in unserer Kommission geleistet haben, und unter Arbeit verstehe ich auch jene Kleinarbeit, um die man sich bekanntlich nicht reißt, die redaktionelle Bereinigung der Beschlüsse, die von den Experten und den Sekretären, den Herren Dr. Kaiser, Dr. Kuhn und Dr. Bovet während der Sessionen der Kommission und in der Zwischenzeit besorgt worden ist. Und zu ganz besonderem Dank fühlt sich die Kommission dem Chef des Justiz- und Polizeidepartements, Herrn Bundesrat Häberlin gegenüber verpflichtet, welcher der Kommission seine Erfahrung und seine Begeisterung für die Sache und seinen Generalstab jederzeit uneingeschränkt zur Verfügung gestellt hat. Und wenn ich in diesem Zusammenhang noch etwas beifügen

darf, so ist es das, daß ich es lebhaft bedauere, die beiden ersten Kommissionspräsidenten, Dr. Rob. Forrer und Kaspar Müller nicht mehr unter uns zu sehen, die, ein jeder an seinem Ort und in seiner Art, wesentlich dazu beitragen könnten, das nun abgeschlossene Kommissionswerk hier in überzeugender Weise zu vertreten, und nicht nur hier im Ratssaal, sondern auch im Volke draußen, wo uns allen eine große Aufklärungsarbeit harret.

Diese wenigen geschichtlichen Feststellungen mußten mit Rücksicht auf die lange Zeitdauer der Vorarbeiten zum bessern Verständnis der Situation vorausgeschickt werden, und ich kann nunmehr auf die Kernfrage der Gesetzesarbeit eintreten. Es ist dies die Frage, ob Bundesrat und Kommission dem Rat und dem Volk ein taugliches Ausführungsgesetz zum Verfassungsartikel zu unterbreiten im Falle sind.

Wenn wir nach dem Kriterium suchen, das für die Beantwortung dieser Frage maßgebend ist, so ist es die Prüfung der Frage, ob das Gesetz imstande ist, zwei Grundforderungen zu erfüllen: Die Forderung der gerechten Sühne einerseits und die Forderung eines wirksamen Kampfes gegen das Verbrechen andererseits. Bei der Prüfung dieser Frage müssen wir eintreten auf die grundlegende Frage des Strafzweckes. Ich muß es mir mit Rücksicht auf die mir zur Verfügung stehende Zeit allerdings versagen, auf die Geschichte dieser Hauptfrage, auf die Wandlung der Auffassungen im Laufe der Zeit und auf alle die vielen Streitfragen einzutreten, die mit diesem Hauptproblem des Strafrechtes zusammenhängen. Für die Beurteilung der Vorlage ist es aber doch notwendig, folgendes hervorzuheben.

Die Tendenz der neuern Strafrechtswissenschaft geht unstreitig und unaufhaltsam dahin, das Schwergewicht von der Beurteilung der objektiven Tat mit ihrem sichtbaren Erfolg auf die Beurteilung des Täters mit seinem unsichtbaren Innern zu verschieben. In der Beachtung und Durcharbeitung dieser Tendenz lag das Große und Hervorragende der Stooss'schen Entwürfe, für viele auch das Ueberraschende und anfänglich Unverständliche. Diese Tendenz geht zurück auf die Untersuchung der anthropologischen, physiologischen und soziologischen Ursachen der Verbrechen und auf die Untersuchung über die geeigneten Mittel zur Bekämpfung des Verbrechertums. Sie ist in besonders ausgesprochenem Maße in Italien zu Hause. Dort hat sie zu einem Gesetzesentwurf geführt, dem folgendes Leitmotiv gegeben worden ist: «Die Gesetzgebung einer weitgehenden Revision zu unterwerfen, um die Abwehr des Gewohnheitsverbrechertums in ein geordnetes allgemeines System zu bringen, das, über die materielle Tatsache der verbrecherischen Handlung hinausgehend, vor allem den persönlichen Verhältnissen des Verbrechers Rechnung trägt.» Nach den Intentionen des italienischen Justizministers handelt es sich darum, «den Angelpunkt des Strafgesetzes vom Verbrechen auf den Verbrecher zu übertragen.» Der Zweck der Strafjustiz ist nach dieser Auffassung der Gesellschaftsschutz, und die Sanktionen müssen sich nach der Gefährlichkeit des Verbrechers richten. Sie sollen die Wiederholung der Verbrechen zu verhüten suchen. Maßgebend ist nicht die Sühne, sondern die Wirksamkeit der Schutzmittel. Diese sind auszuwählen je nach der Gefährlichkeit oder der Besserungsfähigkeit des Verbrechers.

Es ist notwendig, auf diese Entwicklung hinzu-

weisen, angesichts der Kritik, die an unserm schweizerischen Entwurf geübt wird, jener Kritik, die da glaubt, in ihm ein frevelhaftes Abweichen von den Grundpfeilern derjenigen Strafrechtswissenschaft feststellen zu müssen, die als die klassische bezeichnet wird. Wenn wir unsern Entwurf in seinen großen Linien verfolgen, so werden wir sagen können, daß er zwischen der alten Schule, die von der Strafe als Vergeltung ausgeht und der soeben bezeichneten modernen Richtung, welche die Strafe als Sühnmittel ausschaltet und nicht die Schwere der Tat, sondern den Charakter des Täters als Maßstab für die Repressivmaßnahme nimmt, die goldene Mitte einzuhalten sucht. Damit nimmt der Gesetzgeber auch die nötige Rücksicht auf das Volksempfinden, denn es ist durchaus richtig, was Prof. Hafter in seinem Lehrbuch sagt: «Ob der Vergeltungsbegriff aufzugeben oder beizubehalten ist, wird nicht durch die Wissenschaft entschieden. Der Vergeltungsgedanke lebt im Volksbewußtsein, und er ist von der Auffassung, die das Volk vom Strafrecht hat, nicht zu trennen.»

Aber auch der andere Gedanke ist unabweisbar, daß die Strafe den Menschen nicht vernichten und ihn jeder Hoffnung berauben darf, daß demzufolge die Strafe nicht nur nach dem Erfolg der Tat, sondern nach der Schuld des Täters, nicht nur nach dem momentanen Vergeltungsbedürfnis, sondern nach den Interessen der Gesamtheit als Schutzobjekt und nach den Interessen des Täters zu bestimmen und zu bemessen ist.

Schuld und Strafe in ein angemessenes Verhältnis zu setzen, das ist die große Kunst, die zu erfüllen dem Strafgesetzgeber aufgegeben ist. Der Uebergang von der Erfolgshaftung zur Schuldhaftung bedeutet eine gewaltige Evolution. Den Grundsatz: Ohne Schuld keine Strafe konsequent durchgeführt zu haben, ist einer der bahnbrechenden Fortschritte unsers Entwurfs. Dieser Grundsatz übt seinen Einfluß aus auf die Frage der Zurechnungsfähigkeit und der Unzurechnungsfähigkeit und auf die Behandlung der Jugendlichen und Willensschwachen. Er greift selbst hinüber auf das Gebiet des Uebertretungsstrafrechts, für welches die Bestimmungen über Vorsatz und Fahrlässigkeit des ersten Buches über die Verbrechen und Vergehen ebenfalls gelten und nur eine Konsequenz dieser verfeinerten Schuldlehre — wie sie Prof. Hafter richtig nennt — ist es, wenn auch beim Strafmaß dem Vorleben, dem Charakter und den übrigen zur Kenntnis des Verbrechers geeigneten Umstände eine große Bedeutung zugemessen wird.

In der klaren Durchführung der Schuldlehre und in der Kombination von gerechter Vergeltung und zweckmäßiger Auswahl der Strafen und Maßnahmen und in der Anpassung des Strafvollzuges an diese Grundregeln erblicken wir die Perle der im vorliegenden Entwurfe enthaltenen Reform. Wir möchten sagen: Vergeltungszweck und Besserungszweck sind einander nicht gegenübergestellt, sondern zusammengeschmolzen in ein System, in dem beiden der ihnen zukommende Teil zugewiesen ist, zugewiesen nach der gewiß richtigen Erkenntnis, daß die Zufügung eines Uebels durch den Täter auch eine Auferlegung eines Uebels an den Täter erfordert, daß in dieser Auferlegung des Uebels ein weises Maß einzuhalten ist, mag man nun diese Seite der Frage von

rein praktischen Gesichtspunkten aus ansehen, die uns sagen müssen, daß ein Uebermaß der Strafe zu einer weitern Reaktion beim Täter führen muß, oder von religiösen Gesichtspunkten aus, die auf die Gnade verweisen oder aus juristischen Erwägungen heraus, die uns bedeuten, daß die Ueberschreitung des Maßes des Notwendigen mit dem Grundsatz der Gerechtigkeit nicht in Einklang zu bringen ist.

Wie nun im Einzelnen der Entwurf diesen Grundsatz der gerechten Sühne, diese Paarung von Strenge und Milde durchführt, kann im Rahmen dieses Votums auch nicht annähernd auseinandergesetzt werden. Andererseits ist aber doch diese Frage von derart grundlegender Bedeutung für das Verständnis des Fortschrittes, der in der vorgeschlagenen Lösung liegt, daß eine kurze Skizzierung nicht umgangen werden kann.

Als empfindlichste Strafe sieht der Entwurf die lebenslängliche Zuchthausstrafe vor. Zweifellos ist diese Strafe eine Konzession an das Volksempfinden, das nach einer Schreckenstat die Beseitigung des Täters aus der menschlichen Gesellschaft verlangt. Daß die völlige Vernichtung der Persönlichkeit, die Todesstrafe nicht in den Entwurf aufgenommen worden ist, entspricht dessen ganzer Tendenz. In dieser Tendenz liegt es aber auch, daß selbst bei der lebenslänglichen Zuchthausstrafe nicht jede Hoffnung auf eine Rückkehr in die Freiheit ausgeschlossen sein soll. Nach fünfzehnjähriger Strafzeit soll die Möglichkeit der bedingten Entlassung und damit bei Wohlverhalten dann auch der endgültigen Entlassung gegeben sein. Und diese Möglichkeiten sollen noch dadurch gefördert werden, daß in Verbindung mit dem Vollzug der Zuchthausstrafe eine Beschäftigung vorgesehen ist, welche den Fähigkeiten des Sträflings entspricht und ihn in den Stand setzt, in der Freiheit dann seinen Unterhalt zu erwerben. Somit Vergeltungszweck und Besserungszweck in wohldurchdachter Kombination. Die Einzelhaft einerseits und die angemessene Beschäftigung andererseits weisen auf Sühne und auf Besserung hin und es muß die oberflächliche Behauptung, daß im Entwurf der Ernst der Strafe verwischt werde, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Keineswegs wird dieser Ernst gefährdet, sondern es wird eine zwecklose, unnötige und für die Mentalität des Verbrechers geradezu verderbliche Härte vermieden. Und vermieden wird auch jenes gedankenlose Zusammenwerfen der verschiedenartigsten Elemente in einer Anstalt, ohne Rücksichtnahme auf die Gefahr, die durch den verderblichen Einfluß der schlimmern Insassen auf die noch besserungsfähigen diesen selbst und der menschlichen Gesellschaft droht. Die Verwahrung des Gewohnheitsverbrechens in gesonderter Anstalt, vorerst auf unbestimmte, auf alle Fälle aber auf lange Zeit, aber doch auch hier wieder mit der Aussicht auf Entlassung, wenn sie sich rechtfertigen läßt, ist eine Neuerung, die sich als unerläßlich erweist, jedoch eine Neuerung, die mit Erfolg nur dann durchgeführt werden kann, wenn sie auf breiter, durch die Kantons Grenzen nicht beschränkter Grundlage und mit Bundessubvention erfolgt. Die Verwahrung der Arbeitsscheuen und Liederlichen und die Behandlung von Gewohnheitstrinkern wiederum sind Maßnahmen, die ganz besonders auf die Eigenschaften des Verbrechers und auf seine Besserungsmöglichkeit abstellen und die besondere Behandlung der Jugendli-

chen bedeutet die Krönung eines Systems, das mit dem Strafzweck auch den Schutzzweck für den Täter und für seine Umgebung in angemessener Weise verbindet. Der auf die Wiedererlangung der Freiheit angepaßten Anstaltsbehandlung ist im weitern die Schutzaufsicht angegliedert, welche die Angewöhnung an die Freiheit erleichtern soll. Dieses System des progressiven Strafvollzugs darf füglich in das hellste Licht gerückt werden und es ist außer Zweifel, daß ihm die Zukunft gehört. Nehmen wir dazu die Institution der bedingten Verurteilung, welche beim Erstverbrecher dann Gnade für Recht gelten läßt, wenn es sich nach seinem Charakter und nach der Schwere der Tat rechtfertigen läßt, und die Ermöglichung der Haftstrafe für leichte Vergehen, so ergibt sich aus all diesen Differenzierungen ein System, das den Charakter einer zielbewußten Strafrechtspflege trägt. Schon erwähnt haben wir schließlich die Strafmilderung, die dem Richter eine weitere Möglichkeit der Differenzierung gibt.

Die Bedeutung der sichernden Maßnahmen im Rahmen des Strafsystems eingehender zu schildern, wird Sache der Einzelberatung sein. Ihre die Strafe im engeren Sinn zum Teil ergänzenden, zum Teil ersetzenden Funktionen können nicht entbehrt werden. Ob sie als eigentliche Strafen zu betrachten seien oder ob sie den Charakter der Strafe deshalb verloren haben, weil sie nicht in Zuchthausmauern verbüßt werden, ist eigentlich mehr ein Wortstreit. Bei aller Hervorhebung des Besserungszweckes dieser Maßnahmen ist eben doch nicht zu vergessen, daß es der Strafrichter ist, der die Maßnahme verhängt und daß die Maßnahme vom Verurteilten als Uebel empfunden wird und zwar als ein Uebel als Folge seiner Missetat. Eine Freiheitsberaubung liegt auch in diesen Maßnahmen. In ihrem Effekte sind sie ein weiteres, in die Hand des Richters gelegtes Mittel der individuellen Behandlung des Rechtsbrechers.

Aber gerade in bezug auf diese Mannigfaltigkeit der Strafen und sichernden Maßnahmen setzt nun auch die Kritik ein. Es wird der Vorwurf des Gekünstelten erhoben und der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß gerade diese Vielgestaltigkeit den Charakter einer ernsthaften Strafgesetzgebung gefährde. Es wird befürchtet, daß es sozusagen jedem Verbrecher gelingen werde, durch eine der vielen Maschen des Gesetzeswerkes hindurchzuschlüpfen. Solche Einwendungen sind nicht leicht zu nehmen, sondern man muß sie mit guten Gründen entkräften können. Wenn tatsächlich unser Richterstand, der zu einem großen Teile aus Laien besteht, nicht fähig sein sollte, das neue Instrument zu handhaben, so müßten wir von seiner Einführung Umgang nehmen, auch wenn es in seiner Struktur noch so vorzüglich wäre.

Die nähere Prüfung dieses Einwandes ergibt nun aber, daß trotz der anscheinenden Komplikation die Aufgabe für den Richter keineswegs schwerer wird. Was der Entwurf Neues bringt, sind nicht neue Streitfragen des Strafrechts, das heute oftmals recht schwer zu handhaben ist, weil die Gesetze zu eng und zu abstrakt gefaßt sind und sich in einer weitgehenden Kasuistik verlieren, sondern der Entwurf ruft den Richter als Psychologen, als Erzieher und Helfer an, Eigenschaften, die jeder Richter ohnehin in sich tragen muß, wenn er seiner verantwortungsvollen Aufgabe gerecht werden will. Und ich möchte sagen:

Die Mannigfaltigkeit, welche das Gesetz aufweist, entspricht der Mannigfaltigkeit des Lebens, der Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen des Verbrechens und der Mannigfaltigkeit der Ursachen, die zum Verbrechen führen. Und wenn nun das Gesetz dieser Mannigfaltigkeit nicht nur in der Differenzierung der Verbrechensbegriffe, sondern auch in der Anhandgabe der Mittel, die aus dem Verbrechen heraus führen können, eine Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse und Notwendigkeiten ermöglicht, so füllt es eine jener Lücken aus, die gerade der gewissenhafte Richter schon längst als schweren Nachteil empfinden mußte.

Nun müssen wir allerdings auf dem festen Boden bleiben und uns vor Illusionen hüten und wir dürfen nicht glauben, daß mit der Annahme dieses Gesetzes alles ideal geordnet sein und die Zeit der völligen Beseitigung der Missetat hereinbrechen werde. Die Entwicklung des Verbrechertums ist von viel zu vielen Faktoren bedingt, die außerhalb der Strafrechtspflege liegen, als daß wir alles auf eine Karte setzen dürften. Aber es steht doch außer allem Zweifel, daß ein Strafrecht nach dem vorgeschlagenen Entwurf ein weitaus geeigneteres Instrument sein muß, als dies nach der bisherigen Ordnung — man könnte auch in bezug auf die Zersplitterung sagen: Unordnung — der Fall war. Und zwar trifft dies nicht nur zu mit Rücksicht auf den Gesetzesinhalt selbst, sondern ebenso sehr mit Rücksicht auf die gesamt-eidgenössische Anstrengung zur Verbrechensbekämpfung, zu welcher der Entwurf recht eigentlich zwingt.

Diese gesamt-eidgenössische Anstrengung stellen wir der unheilvollen Zersplitterung entgegen, die das heutige Strafrecht aufweist, auf eidgenössischem wie namentlich auch auf kantonalem Boden. Es ist schlechterdings unmöglich, diese Buntscheckigkeit der heute geltenden strafrechtlichen Bestimmungen auch nur einigermaßen vor Ihnen auseinanderzusetzen. Wer sich darüber näher orientieren will, nimmt am besten Hafters Lehrbuch zur Hand, in dem die wesentlichsten Verschiedenheiten in systematischer Weise zusammengestellt sind. Wenn ich hier einige wenige herausgreife, so geschieht es im Hinblick auf die Notwendigkeit einer baldigen Vereinheitlichung. Was das Bundesstrafrecht anbetrifft, so ist vor allem auf die Unklarheit hinzuweisen, welche im Verhältnis vom Nebenstrafrecht zum Bundesstrafrecht besteht. Die Beurteilung der Frage, ob für die Nebenstrafgesetzgebung des Bundes die allgemeinen Bestimmungen des Bundesstrafrechts Anwendung finden sollen, ist auf die größten Schwierigkeiten und auf eine widerspruchsvolle Praxis in Bund und Kantonen gestoßen. Eine klare Regelung wird nun durch Art. 350 des Entwurfs getroffen, der die Anwendung des Strafgesetzbuches vorschreibt, soweit nicht in andern Bundesgesetzen abweichende Bestimmungen enthalten sind. Zu welchen Unsicherheiten und geradezu erschreckenden Unklarheiten hat im fernern im kantonalen Strafrecht die Lehre von den sogenannten Distanzverbrechen geführt! Wo ist ein ehrverletzender Brief einzuklagen und nach welchem Strafgesetz ist die Handlung zu beurteilen? Handlungstheorie, Erfolgstheorie oder Ubiquitätstheorie! Welche Summe von Fragen und Streitigkeiten knüpft sich an diese Begriffe und welches Uebermaß an Umtrieben und Kosten, wenn man bedenkt, daß das Versagen der kantonalen Praxis letzten Endes nicht anders als auf dem Wege der Entscheidungen von

negativen Kompetenzkonflikten durch das Bundesgericht notdürftig korrigiert werden kann. Auch auf diesem für die Betroffenen wie für den Staat, wie überhaupt für das Ansehen der Strafrechtspflege so außerordentlich wichtigen Gebiete kann nur ein schweizerisches Strafgesetz Wandel schaffen und unser Entwurf bringt diesen Wandel durch die Bestimmung, daß als Ort der Begehung der Ort der Ausführung und des Erfolges zu betrachten sei, daß als Gerichtsstand derjenige des Begehungsortes in Betracht fällt und daß, wo mehrere Begehungsorte in Frage sind, derjenige Ort maßgebend ist, an dem die Untersuchung zuerst angehoben wurde. Und die Behandlung der Presse! Welche Musterkarte von Lösungen findet sich da in unsern Kantonen, in bezug auf eine Institution, die ja in so erheblichem Maße über die Kantonsgrenzen hinauswirkt.

Nein, in diese Verhältnisse muß Klarheit und Sicherheit gebracht werden, wenn unsere Strafrechtspflege überhaupt die Bezeichnung einer geordneten Rechtspflege verdienen will und wenn nicht Verantwortlichkeitsgefühl und Rechtshilfe durch die kantonalen Schranken weiterhin auf das Schwerste gefährdet bleiben sollen.

Diesen unerläßlichen Forderungen einer zeitgemäßen Strafrechtspolitik stehen als die meines Erachtens gefährlichsten Feinde die föderalistischen Bedenken gegenüber. Diese Bedenken wirken nach, trotzdem die Schlacht über diese Seite der Sache im Jahre 1898 geschlagen worden ist, und zwar mit einem entscheidenden Erfolg für die Einheit. Aber trotzdem es sich für uns eigentlich nur noch um die Ausführung des grundsätzlichen Gedankens handelt, kann an diesen Bedenken nicht achtlos vorbeigegangen werden, um so weniger, als wir gerade heute in einer Periode leben, in welcher die Abkehr vom Bundesgedanken aus den verschiedensten Gründen in die Erscheinung tritt, allerdings nicht in bezug auf die finanziellen Forderungen an den Bund, welche kräftig weiter wuchern, sondern in bezug auf die Einräumung von Kompetenzen, die das kulturelle Gebiet beschlagen.

So wird neuerdings nach grundsätzlicher Richtung erklärt, der Bund greife in das kulturelle Leben der Kantone ein, er verletze die althergebrachten religiösen und ethischen Empfindungen einzelner Landesteile. Diese Einwendungen können unseres Erachtens heute noch viel weniger als zutreffend anerkannt werden, als dies vor dreißig Jahren der Fall war. Heute, da die Vermischung der Bevölkerung in ganz erheblichem Maße fortgeschritten ist, da nicht nur der harmlose Reisende, sondern auch der Verbrecher in einem halben Tage per Bahn, per Automobil oder Luftschiff das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft durchqueren kann, heute handelt es sich darum, dem interkantonalen und internationalen Verbrechertum mit tauglichen Waffen entgegenzutreten und eine Rechtsordnung zu schaffen, die mit dem Gefühl des einen Rechts auch das Gefühl der gemeinsamen Verantwortung schafft, das Gefühl, daß überall die gleichen Strafrechtsgrundsätze gelten und daß überall nach gleichen Normen geurteilt wird. Heute, da wir uns mehr denn je der großen Gefahr der fortschreitenden Kriminalität bewußt sein müssen, die sich namentlich auf interkantonalem und internationalem Boden geltend macht, einer Kriminalität, die sich um die Kantonsgrenzen auch nicht kümmert, es sei denn, um sich die Zersplitterung zunutze zu machen, heute

müssen wir durch ein zweckentsprechendes Strafen- und Vollzugssystem einen gemeinsamen Kampf führen und uns darauf verlassen können, daß, wo auch der Verbrecher erfaßt und verurteilt wird, nach einem zweckmäßigen System gehandelt wird. Vor diesem großen Ziel müssen lokale Sonderempfindungen zurücktreten und dieses große Ziel ist eben nur erreichbar durch die Strafrechtseinheit.

Nun ist ja nicht zu verkennen, daß auf einzelnen Gebieten des Strafrechts — sagen wir in der Frage der Todesstrafe, der Abtreibung, der Sittlichkeits- und der Religionsdelikte — verschiedenartige Auffassungen auch in unserm kleinen Schweizerlande bestehen. Die Kommission hat sich bemüht, diesen verschiedenartigen Auffassungen nach Möglichkeit gerecht zu werden. Dies zeigt sich bei den Sittlichkeitsdelikten, bei denen wesentliche Minderheitsanträge überhaupt nicht mehr vorliegen, denn niemand wird behaupten können, daß die Fragen der Paederastie, der Sodomie, der Anpreisung antikonzepzioneller Mittel, über die noch Minderheitsanträge bestehen, von ausschlaggebender Bedeutung sein können. In der Frage der Abtreibung bietet der Antrag der Kommissionsmehrheit eine Lösung, bei deren Annahme weder die eine noch die andere Minderheit unglücklich sein wird, da diese Lösung einerseits einen notwendigen Eingriff des Arztes gestattet, andererseits aber auch Kauteln gegen einen Mißbrauch schafft. Wenn in der Frage der Gotteslästerung der Auffassung der katholisch-konservativen Minderheit nicht Rechnung getragen worden ist, so liegt der Grund keineswegs in einer Mißachtung der durchaus aner kennenswerten Gefühle einer Religionsgemeinschaft, sondern in der Erkenntnis der Schwierigkeiten der Abgrenzung und doch wohl auch in der Ueberzeugung, daß auch ohne Strafsanktionen die Rücksichtnahme auf die religiösen Gefühle Fortschritte machen wird. Und was schließlich die Todesstrafe anbetrifft, so dürfen wir wohl ruhig behaupten, daß ihre Bedeutung allzu sehr übertrieben worden ist. Hier gibt es allerdings nur ein Ja oder ein Nein und daneben eine ruhige Ueberlegung darüber, ob das Ja oder das Nein in dieser Spezialfrage die grundsätzliche Stellungnahme gegen das Gesamtwerk rechtfertigen könnte.

Der Entwurf, das dürfen wir ruhig sagen, ist ein Werk der Verständigung. Konzessionen mußten auf beiden Seiten gemacht werden. Auch die Freunde der Rechtseinheit haben schon bei der Feststellung des Verfassungsartikels auf manches verzichten müssen, was sie im Interesse einer noch wirksamern Strafrechtspflege gewünscht hätten. In dieser Beziehung ist folgendes hervorzuheben: Die Rechtssprechung verbleibt in der Hauptsache den Kantonen. Nur eine beschränkte Anzahl von Verbrechen unterliegen der direkten Bundesgerichtsbarkeit. Das Bundesgericht ist nicht Berufungs-, sondern nur Kassationsinstanz. Für das Verfahren vor den kantonalen Gerichten gilt die kantonale Gesetzgebung. Dies ist ein Entgegenkommen an die kantonale Souveränität, das nicht gering einzuschätzen ist. In diesen Kompetenzen verkörpert sich ein Stück kantonalen Selbständigkeit, das höher zu werten ist, als die Formulierung von Rechtsbegriffen, die übrigens in den 25 Kantonen nicht immer in der eigenen Küche entstanden ist. Die Berufung auf die eigene kantonale Ethik und Kultur ist doch eine recht wacklige Argumentation, wenn man weiß, wie so manches der kantonalen Straf-

gesetze entstanden ist, vernünftigerweise entstanden ist, da die Strafrechtswissenschaft eben ihre lange Geschichte hat und es kein Verbrechen ist, wenn man an einem andern Orte etwas Besseres holt, als man selbst vollbringen kann. Was zu tadeln ist, ist nicht diese Anlehnung an andere, bewährte Muster, sondern nur jene fälschliche Berufung auf die eigene Kultur, um so tadelnswerter gegenüber dem eidgenössischen Entwurf.

Der Strafgesetzentwurf ist auf eigenem Boden entstanden, ist durch eigene Landeskinder in sorgfältiger Weise überprüft und den eigenen Verhältnissen und Anforderungen angepaßt worden.

Ein besonderes Entgegenkommen an die föderalistische Auffassung hat die Kommission noch in ihrer Sitzung in St. Moritz bekundet, indem sie eine Reihe von Uebertretungen, die der Entwurf der Bundesgesetzgebung zuwies, den Kantonen zurückgegeben und außerdem auf den Antrag des Herrn Grand eine Systematik getroffen hat, die im neuen freiburgischen Strafgesetz angewendet wird und die darin besteht, daß gewisse Uebertretungstatbestände als Fälle leichter Art den Verbrechen und Vergehen angefügt werden. Wir dürfen wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß man sich in Freiburg über diese Anlehnung ebenso freut, wie wir uns über die Anlehnung des freiburgischen Gesetzes an den eidgenössischen Entwurf gefreut haben.

In diesem Zusammenhang noch eine kurze Bemerkung über die Tendenz zum Erlaß neuer kantonalen Strafgesetze. Es ist ja ohne weiteres klar, daß man den Kantonen nicht ein Zuwarten mit jeder gesetzgeberischen Arbeit auf dem Gebiete des Strafrechts bis zu dem Momente zumuten konnte, in dem die Frage der Verwirklichung der Strafrechtseinheit durch Annahme des Ausführungsgesetzes entschieden sein wird. Aber wir sollten uns doch darauf einigen können, daß diese kantonale Gesetzgebungsarbeit neben der eidgenössischen und nicht in offener oder versteckter Feindschaft gegen dieselbe vor sich geht und daß man, in dem Bestreben, die kantonale Gesetzgebung zu rechtfertigen, in der Kritik gegen den eidgenössischen Entwurf Uebertreibungen unterläßt. Zu diesen Uebertreibungen zähle ich eine Bemerkung von Staatsanwalt Capt, der in seinem Vorwort zur waadtländischen Strafgesetzreform die germanisierende Tendenz des Bundesgerichts glaubt befürchten zu müssen. Was durch die Rechtssprechung weiter zu bilden sein wird, ist nicht germanisches oder romantisches Recht, sondern, wie schon ausgeführt worden ist, schweizerisches Recht. Gegen solche Auslassungen zu polemisieren, wäre außerordentlich verlockend. Ich will es aber schon deshalb unterlassen, weil ich der Ueberzeugung bin, daß, wenn auch ungewollt, auch in diesen neuen kantonalen Erlassen eine Vorarbeit für die Rechtseinheit Gesetz liegt und zwar durch die Uebernahme der wichtigsten Grundsätze der eidgenössischen Reform. Aber eine Auffassung muß doch des entschiedensten zurückgewiesen werden, die Auffassung, daß der eidgenössische Entwurf gewissermaßen als ein bloßes Muster für die Kantone zu betrachten sei, das man nach Belieben für sich verwendet, im übrigen aber Muster bleiben läßt. So war es nicht gemeint, als das Volk die Verfassungsrevision angenommen hat und so verstehen wir auch heute unsere Aufgabe nicht. Auch so war es nicht gemeint, daß man sich mit einer bloßen Revision des Bundesstrafrechts und des Auslieferungsgesetzes be-

gnügen solle, also mit einer Arbeit, die doch nur Flickwerk wäre. Und ich glaube es hier deutlich zum Ausdruck bringen zu sollen, daß, wenn auch der erste Anlauf scheitern würde, die Bestrebungen auf eine einheitliche Lösung nicht aufgegeben, sondern mit aller Energié, vielleicht auf einer noch weiter gehenden Basis, weitergeführt werden. Denn wir wissen, daß trotz der momentanen Mißstimmung die Unifikation kommen muß, weil nur auf diesem Wege das Ziel, das klar vor uns liegt, erreicht werden kann. Und wenn man gelegentlich annimmt, der Bund werde die Subventionen an den Strafvollzug, für die er die Mittel schon heute zusammenträgt, nach der Verwerfung des Gesetzes den Kantonen trotzdem zukommen lassen, der vertraut auf einen allzu naiven Papa Bund. Und auch die Verweisung auf den Weg des Konkordates ist ein trügerischer Notbehelf. Freiburg und die Waadt, die nächsten Nachbarn, sie gehen beide ihre eigenen verschiedenen Wege und wie schwierig es ist, auch auf dem Gebiete des Strafvollzuges interkantonal eine Konzentration zu bringen, zeigt der Versuch mit der Linthebene, und selbst die beiden Basel haben es schwer, zu einer gemeinsamen Lösung in bezug auf den Strafvollzug zu kommen, trotzdem der gute Wille vorhanden ist.

So müssen wir nach Prüfung aller Verhältnisse und Faktoren zum Schlusse kommen, daß auf dem Boden der bestehenden kantonalen Zersplitterung das Resultat nicht erreicht werden kann, das sich der Bundesgesetzgeber gestellt hat. Hinter diesem elementaren Satze müssen die föderalistischen Bedenken zurücktreten. Denn weit über diesen Bedenken steht das allgemeine Ziel einer wirksamen Verbrechensbekämpfung auf Grund einer einheitlichen Rechtsauffassung und geeigneter Methoden. Daß der Entwurf diesen Zielen in hervorragendem Maße zu dienen geeignet ist, ist in unsrer Kommission unbestritten geblieben. Angesichts dieser Sachlage müßte die Zurückweisung dieser Vorlage als eine Verneinung des Verfassungsgrundsatzes bezeichnet werden, als ein Zurücktreten hinter den deutlich ausgesprochenen Willen des Schweizervolkes. Nach dieser langen Periode der Ausführungsarbeiten ist es an der Zeit, daß unser Rat eine klare und uneingeschränkte Kundgebung für die Erfüllung des Verfassungsgrundsatzes erläßt.

Was seinerzeit Bundesrat Müller als die Aufgabe der Expertenkommission erklärte, ist in dieser Vorlage, die ja im einzelnen selbstverständlich diskutabel ist, im großen und ganzen verwirklicht. Es ist ein schweizerisches Werk, das den Bedürfnissen der Zeit gerecht zu werden sucht, das dem Lande zur Ehre und zum Wohl gereicht, dem Staate den erfolgreichen Kampf gegen das Verbrechen ermöglicht und die Gesellschaft schützt. Es ist ein Werk gegenseitiger Verständigung, in dem der Wille freundeidgenössischen Entgegenkommens in hohem Maße geübt worden ist. Deshalb ist es mir eine angenehme Pflicht, wenn ich Ihnen im Namen der einstimmigen Kommission Eintreten auf die Vorlage empfehlen darf.

M. Logoz, rapporteur: Deux mots d'abord pour vous rassurer. Je n'abuserai pas de votre patience ce soir. Le rapport que je vais avoir l'honneur de vous soumettre est divisé, somme toute, en deux parties. J'ai, en effet, l'intention de vous parler tout d'abord de la genèse du projet de code pénal

suisse et, ensuite, du contenu de ce projet. Je puis donc à la fois répondre au désir de M. le président de ce conseil de ne pas trop abrégé la séance de ce soir et vous faciliter à vous-mêmes l'absorption de mon rapport, en coupant cet exposé en deux tranches, dont la première seule vous sera servie aujourd'hui.

En 1887, la société suisse des juristes, réunie à Bellinzone, votait à la presque unanimité des voix la motion suivante: « La société suisse des juristes, convaincue qu'une lutte efficace et victorieuse contre la criminalité n'est pas possible tant que durera le régime d'émiettement des législations pénales cantonales, invite le Conseil fédéral à faire entreprendre les travaux nécessaires pour préparer l'unification du droit pénal en Suisse. »

Permettez-moi, Messieurs, de souligner d'emblée cette affirmation: une lutte victorieuse contre la criminalité n'est pas possible tant que durera le régime d'émiettement des lois pénales cantonales actuelles.

En effet, quand plusieurs ont un ennemi commun et qu'ils veulent le battre, la première chose à faire pour eux, c'est de s'unir. L'éparpillement des forces est toujours une source de faiblesse. Il l'est dans le domaine pénal, comme ailleurs, car la lutte contre le crime, comme toute autre bataille dans laquelle on veut vaincre, exige une action coordonnée et un effort d'ensemble.

Cette vérité, qui s'impose à quiconque veut bien, sans préjugé ni parti-pris, envisager la réalité telle qu'elle est, la société suisse des juristes n'a pas été la première à la proclamer chez nous. En 1868 déjà, la société suisse pour la réforme des prisons (l'actuelle Association suisse pour la réforme pénitentiaire et le patronage des détenus libérés) a réclamé l'unification et, par là, une réforme véritable de notre système de répression pénale. L'année suivante, déjà, en 1869, la société suisse des juristes s'est jointe à ce vœu. Elle devait le reprendre et l'accentuer en 1887 par la résolution dont je vous ai rappelé les termes tout à l'heure.

La même année et plus exactement le 13 décembre 1887, Louis Forrer, alors conseiller national, dépose la motion suivante, signée, avec lui, par 41 de ses collègues:

« La Constitution fédérale sera révisée et son actuel art. 65 sera remplacé par la disposition suivante: « La Confédération a le droit de légiférer en matière de droit pénal ».

Le 21 mars 1888, le Conseil national, donnant suite à cette motion, invite le Conseil fédéral à lui présenter un rapport et des propositions en vue de la révision de la Constitution, dans le sens indiqué par la motionnaire.

Le Conseil fédéral décida de faire entreprendre tout d'abord des travaux d'approche d'ordre scientifique. Cette oeuvre préparatoire, il la confia à l'éminent criminaliste Carl Stooß, alors professeur à l'Université de Berne. C'est ainsi que Stooß publia, tout d'abord, en 1890, un recueil des divers codes pénaux cantonaux, puis, en 1892—1893, une systématisation des leçons tirées de ces textes, sous le nom de « Grundzüge des schweizerischen Strafrechts ».

Enfin, en 1893 et 1894, Stooß put soumettre au Conseil fédéral la partie générale, puis le reste d'un premier avant-projet de code pénal suisse, avec exposé des motifs. Le tout fut traduit en français par mon maître et prédécesseur dans la chaire de

droit pénal de l'Université de Genève, le professeur Alfred Gautier.

Depuis lors, soit dit en passant, Gautier ne cessa plus, jusqu'à sa mort, trop tôt survenue en 1920, non seulement de coopérer à l'oeuvre de l'unification du droit pénal suisse, mais en outre, tout latin qu'il fût et bien que fédéraliste dans l'âme, de s'en faire le défenseur convaincu.

N'écrivait-il pas, en 1920 encore, à propos du 70^e anniversaire de son vieil ami, le professeur Emile Zürcher: « Ce que je voudrais évoquer, c'est le souvenir de notre longue camaraderie, de ces 25 années de campagne côte à côte pour le Code pénal suisse. D'avant-projet en avant-projet, de session en session, nous avons sillonné les cantons en missionnaires de l'Evangile pénal, discutant le matin, faisant des rédactions l'après-midi et trouvant encore quelques heures par ci par là pour parcourir les contrées où le sort nous avait jetés, tout en causant à coeur ouvert, tout en savourant ces petits vins du crû pour lesquels notre septuagénaire ne cachait pas sa prédilection patriotique.

« Durant cette longue lutte où nous n'avons pas épargné nos peines, nous n'étions lui et moi qu'un coeur et qu'une âme, et la conviction de défendre une cause juste nous soutenait aux heures mauvaises. Et si, arrivés au terme de notre effort, nous devons constater aujourd'hui que les perspectives d'avenir ne sont pas riantes, si nous avons perdu un chef aimé, (feu le conseiller fédéral Müller, président de la seconde commission d'experts), si nous pouvons penser que nous ne verrons ni l'un ni l'autre l'avènement de ce code auquel nous avons donné une large part de notre vie, ne perdons pas courage. Car la certitude nous reste d'avoir combattu le bon combat, la certitude aussi que nos enfants entreront un jour dans la terre promise. »

Vous me permettrez, à propos du premier avant-projet de 1894, de faire justice d'une légende. Certains adversaires de l'unification, montrant ingénument qu'ils combattent le projet du code pénal suisse sans le connaître, l'ont présenté — ainsi parlait, par exemple un journal romand du 17 janvier 1927 —, comme « un démarquage non digéré, pour ainsi dire, du Code pénal de l'Empire allemand »! Tout récemment encore, un publiciste dont le talent mériterait d'être mis au service d'une cause mieux étudiée, n'écrivait-il pas sans sourcilier que le projet du Code pénal suisse « accommode la répression à une sauce faite d'ingrédients empruntés à toutes nos législations cantonales »?

A ces affirmations saugrenues, j'opposerai simplement le témoignage du professeur genevois Alfred Gautier, qui, rendant à la vérité et à Carl Stooß l'hommage qui leur est dû, a écrit quelque part ce qui suit:

« Voulant rester libre de toute influence, Stooß a résolument écarté tout modèle; il a fermé ses codes et ouvert son esprit et c'est ainsi qu'il a créé son oeuvre une et originale. »

Originale, certes, et cela dans le meilleur sens du mot. Dans son premier avant-projet, déjà, Stooß a eu le très grand mérite de donner aux idées modernes relatives à la réforme du droit pénal, une expression législative si neuve et si remarquable que, non seulement l'oeuvre de Stooß a été approuvée par les criminalistes les plus connus et, notamment,

par le professeur français Garçon, mais en outre que nos projets suisses ont fait école et que, depuis plus de 30 ans, leur influence n'a cessé de se faire sentir bien au-delà de nos frontières.

Faut-il rappeler, au surplus, cette vérité que confirment sinon tous ceux qui parlent des choses pénales, du moins ceux qui les connaissent: à la différence de ce qui existe dans le domaine du droit civil, on ne saurait, en droit pénal, opposer l'un à l'autre deux mondes juridiques différents. On ne peut pas dire, d'une manière générale, qu'il existe une conception latine et une conception germanique du droit pénal. Et même, si l'on veut trouver l'ancêtre commun non seulement de la plupart de nos législations pénales cantonales, mais aussi du code pénal allemand de 1870, c'est au Code Napoléon de 1810 qu'il faut remonter, ou à la législation française de l'époque révolutionnaire.

Mais je reviens à notre avant-projet de 1894. Saisi de cet avant-projet, le Conseil fédéral nomma, pour l'examiner, une première commission d'experts. Le résultat des délibérations de cette commission fut publié, en 1896, sous le titre un peu long de « avant-projet de Code pénal suisse, modifié d'après les décisions de la commission d'experts ».

Cela fait, le Conseil fédéral jugea l'heure venue de poser la question de la révision de la Constitution fédérale.

Le 28 novembre 1896, il adressa aux Chambres un message proposant de donner à la Confédération le pouvoir d'unifier le droit pénal et le droit civil.

Certains trouvèrent ce programme un peu chargé. Ils craignaient des résistances plus fortes à l'unification du droit civil qu'à celle du droit pénal. Et ils se demandaient si ces résistances ne seraient pas de nature à compromettre le projet de révision constitutionnelle dans son ensemble.

Ces craintes se révélèrent exagérées. En 1897, la révision proposée fut votée par les Chambres. Puis, le 13 novembre 1898, le peuple et les cantons acceptèrent à leur tour le principe de l'unification. La majorité acceptante fut très forte: Genève donna 7139 oui, contre 1536 non; Neuchâtel 4872 oui contre 1003 non; Vaud, 17,653 oui contre 2135 non; le Tessin 5178 oui contre 3792 non. Dans les cantons de Fribourg et du Valais, en revanche, la majorité fut négative. Fribourg: 10,856 non contre 5521 oui (et non 554 oui, ainsi que le dit par erreur le message français du Conseil fédéral à l'appui du projet du code pénal suisse); Valais: 9338 non contre 4583 oui.

Dans l'ensemble, la majorité acceptante fut nette: 266,610 oui contre 101,780 non pour le peuple et, en ce qui concerne les cantons, 15 cantons et 3 demi-cantons contre 4 cantons et 3 demi-cantons.

L'art. 64bis ainsi introduit dans la Constitution fédérale est rédigé comme suit:

« La Confédération a le droit de légiférer en matière de droit pénal.

L'organisation judiciaire, la procédure et l'administration de la justice demeurent aux cantons, dans la même mesure que par le passé.

La Confédération a le droit d'accorder aux cantons des subventions pour la construction d'établissements pénitentiaires, de maisons de travail et de correction, ainsi que pour les réformes à réaliser dans l'exécution des peines. Elle a également le droit de prêter

son concours à des institutions protectrices de l'enfance abandonnée.»

Ainsi donc, la Confédération a le pouvoir de légiférer en matière de droit pénal; mais le pouvoir de légiférer en matière de procédure demeure l'apanage des cantons, de même que l'organisation judiciaire et l'administration de la justice.

Cette garantie constitutionnelle donnée aux cantons n'a, je le sais, pas eu l'heur de rassurer certains fédéralistes ombrageux. A les entendre, ou bien le législateur fédéral arrivera tôt ou tard à imposer aux cantons une procédure et une organisation judiciaire unifiées, ou bien, tout au moins, il arrivera que le pouvoir fédéral, dans ces domaines-là, empiètera de plus en plus sur les pouvoirs cantonaux. « Je vois, a écrit l'un de ces prophètes, un énorme développement de l'administration fédérale dans le domaine judiciaire et je vois que nous finirons par être étouffés. »

En réalité, il faut une forte dose d'imagination — ou de parti pris politique — pour entrevoir de telles perspectives.

Il y a, hélas, bien des années que j'étudie le projet du code pénal suisse. Je n'arrive pas à découvrir comment l'adoption du code pénal suisse pourrait faire surgir, je ne dis pas un nouveau bureau, mais même un nouveau fonctionnaire fédéral quelconque qui, dans le domaine de la procédure ou de l'administration de la justice, viendrait porter atteinte aux prérogatives cantonales.

Pourquoi, d'ailleurs, les choses iraient-elles ici autrement que dans le domaine du droit civil? Les textes constitutionnels sont identiques. Au civil aussi, d'après l'art. 64 de la Constitution fédérale, la procédure, l'organisation judiciaire et l'administration de la justice sont réservées aux cantons. Voilà plus de 15 ans que le Code civil est en vigueur. Est-il question d'unifier la procédure civile? Ou bien, l'unification du droit civil a-t-elle le moins du monde servi de prétexte à un énorme développement de l'administration fédérale et à je ne sais quelles tentatives d'« étouffement » de la justice cantonale?

Il est vrai qu'au pénal, l'art. 64bis de la Constitution fédérale donne au Conseil fédéral un droit dont il ne saurait être question en matière civile. Mais c'est une de ces prérogatives aimables, que nul n'a jamais songé à refuser au pouvoir central. L'article 64bis, dernier alinéa, autorise la Confédération à donner aux cantons des subventions pour les réformes pénitentiaires; la Confédération a également le droit de prêter son concours à des institutions protectrices de l'enfance abandonnée.

Mais sous les réserves qui découlent de là, l'exécution des peines, elle aussi, doit demeurer cantonale; aux cantons seuls appartient le droit de construire et de gérer des établissements pénitentiaires ou de correction et d'édicter des prescriptions en cette matière. Le projet qui vous est aujourd'hui soumis se borne à énumérer les différentes peines et à édicter les dispositions nécessaires pour les caractériser et leur assurer l'efficacité sans laquelle la lutte contre le crime est une expression vide de sens.

Il est donc, en résumé, rigoureusement exact de dire que l'art. 64bis de la Constitution fédérale permet à la Confédération d'unifier le droit pénal; il n'implique en revanche aucune centralisation. La justice pénale, en particulier, restera cantonale, et même plus encore qu'au civil où le recours en réforme

donne au Tribunal fédéral un pouvoir qu'il n'aura pas en matière pénale.

La base constitutionnelle ainsi créée en 1898, l'unification pénale pouvait sembler chose faite puisque l'avant-projet de Code pénal suisse était imprimé depuis 2 ans. La phase parlementaire allait-elle s'ouvrir immédiatement? Cet espoir fut déçu par la décision prise, en 1900, de donner la priorité au droit civil.

Au pénal, cependant, les travaux extraparlimentaires furent poursuivis sans arrêt et ceux qui ont cru pouvoir affirmer que, depuis une trentaine d'années, le projet a moisi dans les cartons du Département de justice, ont fait de l'ironie en marge de la pure et simple vérité. Le projet suisse a, au contraire, bénéficié largement, pendant cette période, du mouvement scientifique général qui, dès le début du siècle actuel, a mis la réforme du droit pénal à l'ordre du jour dans toute une série d'Etats d'Europe.

En 1903, déjà, à la suite de nouveaux travaux d'experts, parut une seconde édition de l'avant-projet de 1896, complétée par un projet de loi d'introduction dû à notre regretté collègue, le professeur E. Zürcher et qui est devenu le livre III du projet actuel.

Puis, le 3 juillet 1909, le Département fédéral de justice publia une « nouvelle rédaction de la commission d'experts », datée d'avril 1908, en annonçant qu'il se proposait « de soumettre au Conseil fédéral, à l'intention de l'autorité législative, le projet définitif de Code pénal suisse, dès que seront prêts les travaux d'introduction qui doivent être achevés à l'époque de l'entrée en vigueur du Code civil suisse. »

Mais un concours fâcheux de circonstances et, notamment, le fait que divers conseillers fédéraux se succédèrent alors à la tête du département de justice, vint ralentir l'exécution de ce programme. En novembre 1911, le département jugea nécessaire de soumettre l'avant-projet de 1908 à l'examen d'une seconde commission d'experts. Sous la présidence très remarquable de feu le conseiller fédéral Müller et sous la direction technique de ses deux rapporteurs, les professeurs Zürcher et Gautier, cette commission, de 1912 à 1916, revit à fond le projet. Un dernier « Avant-projet de Code pénal suisse, texte de la deuxième commission d'experts » fut ainsi publié en 1916. Deux ans plus tard, le 23 juillet 1918, le Conseil fédéral soumit aux Chambres, avec un message à l'appui, le projet de Code pénal suisse que, sans doute, vous avez tous, sinon lu, du moins reçu avec la gratitude et le respect que mérite d'inspirer cette oeuvre considérable.

Vous vous rappelez d'autre part que, presque en même temps, en novembre 1918, les Chambres fédérales se trouvèrent également saisies d'un projet de Code pénal militaire auquel le projet de Code pénal suisse a, dans une large mesure, servi de modèle.

Il fut donc décidé qu'au Conseil national et au Conseil des Etats, la même commission serait chargée d'examiner les deux projets. La priorité fut attribuée au Conseil des Etats pour le projet militaire et au Conseil national pour le projet de Code pénal suisse.

La commission du Conseil national a été, vous le savez, présidée successivement par nos regrettés collègues Robert Forrer et Kaspar Müller, puis par son rapporteur allemand actuel, M. le Dr. Seiler. En juin 1922, cette commission, qui n'avait pu com-

mencer ses travaux que l'année précédente, avait passé en revue, dans le projet de code pénal suisse, la partie générale du livre I consacré aux crimes et délits. A ce moment-là, elle dut abandonner provisoirement l'examen du projet ordinaire pour s'attacher au projet militaire, qui venait d'être liquidé en première lecture par le Conseil des Etats, le 7 avril 1922. Les autorités fédérales avaient, en effet, le devoir de tenir un engagement pris quelque temps auparavant, au moment où le peuple suisse avait été appelé à se prononcer sur l'initiative visant à supprimer la justice militaire. Ce n'est pas la justice militaire qui est boîteuse, avait-on dit au peuple en l'engageant à rejeter l'initiative, c'est notre vieux Code pénal militaire de 1851 qui est suranné. Nous le remplacerons à très bref délai par un code plus moderne.

De 1922 à 1924, c'est donc du projet militaire, considéré comme plus urgent, que dut s'occuper votre commission.

En août 1925, elle put enfin reprendre l'examen du projet ordinaire. Grâce au concours d'une sous-commission qu'elle avait constituée, grâce aussi au concours dévoué et éclairé que lui donnèrent, comme experts, d'abord le professeur Emile Zürcher, puis, dès 1925, mon savant ami, le professeur Hafter, la commission put enfin achever sa tâche, en cinq sessions principales, qui, avouons-le, la promenèrent avec le projet de code pénal suisse dans quelques-uns des plus beaux sites de notre pays et dont la dernière a eu lieu en août 1927.

Et maintenant, Messieurs, c'est à vous qu'il appartient de vous prononcer sur le projet de code pénal suisse et sur les amendements — peut-être un peu nombreux — que votre commission propose d'y apporter.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 6. März 1928.

Séance du matin du 6 mars 1928.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Minger.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.

Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 1 hiavor. — Voir page 1 ci-devant.)

M. Logoz, rapporteur: Pour vous permettre de le faire en connaissance de cause, il n'est peut-être pas inutile de vous donner dès maintenant et, en quelque sorte, à vol d'oiseau, une idée d'ensemble du contenu du projet.

Ce projet, certains l'ont déclaré révolutionnaire. Disons avec moins d'emphase et plus d'exactitude que c'est une oeuvre novatrice. Cela suffit pour expliquer certaines des critiques que cette oeuvre s'est attirées. A vouloir faire sortir la pratique judiciaire des voies dans lesquelles elle marche, tant bien que mal, depuis des décades, on ne peut pas ne pas déplaire à ceux qui tiennent à leurs habitudes et se complaisent dans leur routine. Nombreux, sans doute, sont les adversaires de l'unification qui pourraient s'en déclarer partisans... à la condition que le Code pénal de leur canton soit adopté par tous les autres confédérés.

Mais, Messieurs, prenons-y garde! A coup sûr, l'oeuvre nationale à laquelle ont travaillé deux générations de nos meilleurs juristes est vouée à l'échec, si nous ne trouvons pas la force de nous mettre au-dessus de cet égoïsme cantonal. Oui, le projet du Code pénal suisse est un projet réformateur, mais c'est sa valeur réformatrice qui est sa raison d'être. Ceux qui l'ont préparé ne se sont pas bornés à boucher quelques lézardes, à reblanchir la façade de telle ou telle vieille maison d'autrefois. De même qu'Eugène Huber l'a fait dans le domaine du droit civil, ils ont jeté bas tout un village de constructions vieilles et disparates et, sur leurs ruines, ils ont bâti, avec des matériaux neufs, une habitation dont l'architecture sera bien suisse (beaucoup plus, en tous cas, que celle de presque tous nos Codes pénaux cantonaux) et dans laquelle, nous et nos enfants, nous pourrions vivre plus à l'aise et mieux en sûreté.

Ne croyez pourtant pas que, sous prétexte de réforme, le projet suisse ait perdu le contact avec les bases traditionnelles du droit pénal. Pour se rendre compte de son orthodoxie à cet égard, il suffit de le comparer, par exemple, au projet préliminaire du Code pénal italien, qu'a publié, en janvier 1921, avant l'avènement du régime fasciste, une commission consultative constituée en 1919 par le Ministre de la justice et présidée par le professeur et député Enrico Ferri, l'un des chefs de l'école positiviste italienne.

Non! le crime et la peine restent les pierres d'angle du projet suisse. Le crime, c'est-à-dire l'acte coupable que la loi déclare punissable, acte par lequel

un être humain menace ou lèse un bien juridique individuel ou collectif.

Et la peine, c'est-à-dire un mal infligé au délinquant par l'Etat. C'est la peine que, d'accord avec le sentiment de l'immense majorité de notre peuple, le projet considère comme la forme normale de la réaction sociale contre le délit commis. Il n'est pas seulement opportun, il est juste que le délinquant subisse le mal de la peine. A ce point de vue, on peut, aujourd'hui encore, considérer la peine comme une expiation, comme une rétribution conforme aux exigences de la morale et de la conscience humaine. Seulement, cette expiation, nous n'en faisons plus le but de la peine et moins encore son seul but, à la manière de Joseph de Maistre, de Kant ou de Hegel.

Plus modestes que les philosophes du XVIII^e et du XIX^e siècle, nous avons reconnu qu'en elle-même l'expiation est à vrai dire une notion surhumaine. Qui sommes-nous pour faire expier au délinquant le mal causé par son délit? Comment, à moins d'être Dieu, mesurer exactement le mal causé par le délit et le mal qu'infligera la peine, de manière à ce qu'il y ait équilibre entre les deux plateaux de la balance? D'ailleurs, faire de la peine une expiation, et rien qu'une expiation, n'est-ce pas méconnaître le besoin, pourtant urgent si l'on veut lutter contre la criminalité avec quelques chances de succès, de rechercher les causes de l'infraction commise et de s'en prendre à ces causes elles-mêmes?

Nous disons donc: la peine est un châtiment, un moyen de répression; elle implique une idée, un élément d'expiation. Mais elle doit aussi, dans notre intérêt à tous et autant que faire se peut, viser à atteindre certains buts de prévention. Elle doit aussi préparer l'avenir et, si possible, un avenir meilleur.

Je vous le demande, Messieurs, est-ce verser dans la sensiblerie, dans les fariboles de je ne sais quel humanitarisme nuageux, ou bien est-ce faire de la défense sociale bien entendue, que de dire: la peine doit être un garde à vous adressé à tous, et particulièrement aux incédés, aux mauvais. Mais quand un délit a été commis, la peine doit être choisie, dosée et exécutée de telle manière qu'à l'avenir le condamné ne récidive pas.

Voilà ce que prêche le droit pénal moderne et voilà la très haute mission qu'il assigne au juge. C'est là le vrai sens d'un principe souvent mal compris et que l'école italienne a eu le mérite de mettre en lumière. « Cessez donc, ont dit aux criminalistes classiques du XIX^e siècle les positivistes italiens, de faire comme les médecins de Molière qui étudiaient la maladie et se désintéressaient du malade! » En d'autres termes, le droit pénal et la justice pénale ne peuvent pas s'occuper seulement de l'infraction. Ils doivent en outre tenir compte, le plus grand compte, de ce qu'est l'individu, l'être humain qui l'a commise. En matière de répression pénale, il faut individualiser, comme l'écrivait, dès le début de ce siècle, le grand juriste français Saleilles. Et la loi doit permettre au juge d'individualiser, c'est-à-dire, dans chaque cas, d'infliger la peine ou, si besoin est, d'ordonner la mesure qui, à vues humaines, est la plus propre à prévenir la commission d'autres délits.

Il ne faudrait pas s'imaginer, par ailleurs, que cette manière d'envisager la répression pénale, qui est celle de notre projet, conduise à négliger le problème essentiel de la culpabilité.

Bien au contraire. Ceux-là seuls ont pu commettre cette erreur qui croient que les partisans de la réforme du droit pénal en sont restés, chez nous et ailleurs, à la conception purement mécanique du criminel envisagé à la façon de Lombroso, par exemple, comme une espèce d'automate! Nous n'en sommes plus là et le projet repose sur de tout autres bases.

Nous sommes très convaincus qu'un être humain peut agir de telle sorte qu'on soit fondé à lui dire: « Tu es coupable et tu mérites d'être puni. »

D'autre part, nous voulons, par une étude toujours plus pénétrante de la personnalité du criminel et des causes qui l'ont conduit au crime, arriver à distinguer coupables et non coupables, responsables et irresponsables, incapables de culpabilité.

Mais ce n'est pas tout. Il est possible qu'un inculpé soit reconnu irresponsable, mais que, néanmoins, l'acquittement et la mise en liberté pure et simple de cet individu ne soit pas une solution satisfaisante. Il est possible que cet homme se trouve dans un état tel (c'est, par exemple, un aliéné ou un déficient mental) que son élargissement serait de nature à compromettre la sécurité ou l'ordre publics; l'état personnel de cet individu réclame un traitement approprié. Naturellement, ce n'est plus une peine qu'il s'agit alors d'infliger. C'est une mesure de sûreté qui doit être prise, dans l'intérêt de l'inculpé et dans l'intérêt de la collectivité tout entière.

Mais cette mesure, c'est, disons-nous, à l'autorité judiciaire qu'on doit donner le pouvoir de l'ordonner plutôt qu'à l'autorité administrative. Le système, encore en vigueur dans la plupart de nos législations, et dans lequel l'autorité administrative est seule compétente pour ordonner l'internement de l'irresponsable ou du demi responsable dangereux qui a commis un délit, est un pur gaspillage de travail et de temps. Et surtout, non seulement ce système traditionnel dessaisit le juge qui connaît, mieux que personne, les détails de l'affaire et la personnalité de l'inculpé qu'il vient d'étudier, mais il le dessaisit au profit d'une autre autorité qui, de sanglantes expériences ne l'ont que trop établi, laisse parfois courir des individus hautement dangereux pour leurs semblables. Sur ce point essentiel, notre projet est déjà, en Suisse et hors de Suisse, considéré comme un modèle à imiter. C'est une sécurité publique plus complète qu'il nous assure en prévoyant que des mesures de sûreté viendront se joindre aux peines, comme arme complémentaire mise à la disposition du juge pour lui permettre de nous protéger mieux contre la criminalité.

Je me hâte d'ajouter qu'ainsi comprises, les mesures de sûreté ne sont pas prévues seulement à l'égard des irresponsables ou des délinquants à responsabilité restreinte (art. 13 et suivants du projet). Il y a d'autres et importantes catégories de délinquants dont l'état personnel est tel qu'une peine proprement dite et, surtout, la peine privative de la liberté de courte durée dont nos tribunaux usent et abusent si volontiers, est un moyen de défense sociale totalement inefficace.

Il y a, tout d'abord, le délinquant d'habitude et pour ainsi dire professionnel, celui pour lequel le délit est devenu comme un moyen d'existence. Si on ne se décide pas, une belle fois, à y mettre ordre, en permettant au juge de réagir avec une énergie suffisante et par des moyens appropriés, la carrière

du délit et, en particulier, du petit délit pratiqué à titre habituel, peut être tentante pour certains individus bien décidés à vivre aux crochets de leurs semblables et en marge du code. Cette carrière du délit, il est indispensable d'y couper court en y introduisant un élément de risque assez sérieux pour faire réfléchir ceux qui seraient enclins à s'y vouer. De là, l'art. 40 du projet. Cet article permet au juge d'ordonner — et pour longtemps — le renvoi du délinquant d'habitude dans une maison d'internement à ce destinée.

Une autre classe de criminels exige, elle aussi, des mesures spéciales. C'est celle des paresseux que l'oisiveté invétérée ou l'inconduite a jetés dans la mauvaise voie. Quant à l'effet que peuvent produire les peines ordinaires et, en particulier, les courtes peines de prison sur ces natures apathiques, j'engage les gens à foi robuste qui conserveraient encore des illusions à cet égard à jeter les yeux sur les casiers judiciaires de quelques individus de cette espèce.

Ils y verront les condamnations aux arrêts et à l'emprisonnement s'aligner en colonnes profondes, jusqu'à des totaux invraisemblables. Sur ces gens-là, la peine ordinaire n'a qu'un effet: elle les familiarise avec la prison, elle les met en contact avec d'autres malfaiteurs de plus haut vol et, ainsi, elle leur ouvre à deux battants les portes de la grande criminalité.

Ici encore, par conséquent, une conception intelligente de la répression pénale exige autre chose que la peine ordinaire. Ce qu'il faut, c'est, si faire se peut, stimuler ces énergies défaillantes. Et pour cela, le remède tout indiqué, c'est la maison de travail, plus rigoureuse que les arrêts, donc plus redoutée des fainéants et cependant moins déshonorante. Nous verrons plus tard, en parlant de l'art. 41 du projet, à quelles conditions et pour quelle durée peut être ordonné le renvoi dans une maison d'éducation au travail.

Cela dit en ce qui concerne les délinquants d'habitude et les fainéants invétérés, je vous signale encore l'art. 42 du projet. Il s'occupe d'une troisième catégorie d'infractions dont l'état personnel peut exiger des mesures spéciales autres que la peine. Ce sont les buveurs d'habitude. On sait le rôle capital joué par l'alcoolisme dans l'étiologie de la criminalité. M. le conseiller fédéral Musy en parlait, ici même, il y a 3 mois. Les criminalistes français (Lacassagne, Laurent, d'autres encores) n'ont été ni les derniers, ni les moins énergiques à crier gare et tous ceux qui ont compris l'urgente nécessité de ne rien négliger pour que la lutte contre l'alcoolisme soit menée avec énergie et méthode sur tout le territoire de la Confédération, ceux-là se diront qu'à ce point de vue encore les dispositions du projet du Code pénal suisse, qu'ils ont à la portée de la main, valent mieux qu'une mosaïque plus ou moins complète de lois cantonales disparates.

Le projet suisse contient deux dispositions qui visent directement les alcooliques. L'une a une valeur, à mon avis, relative. C'est l'interdiction de fréquenter les débits de boissons (art. 53). Cette pénalité particulière et que le projet classe au nombre des peines accessoires, existe déjà dans plusieurs cantons, si bien qu'un journaliste facétieux a pu la baptiser du nom de peine nationale. Illusoire, je crois, dans les grandes agglomérations où le contrôle est impossible, elle peut en revanche rendre des services dans les campagnes. Mais ce n'est là qu'un palliatif puisque

celui auquel les débits de boissons auront été interdits, gardera la faculté de boire chez lui, à sa soif et même au delà.

Beaucoup plus énergique sera la mesure de sûreté prévue à l'art. 42: l'internement des buveurs d'habitude dans un asile spécial. On peut faire beaucoup pour la guérison de l'ivrogne même invétéré. L'Etat ne doit donc pas rester en arrière, puisqu'il s'agit de tarir une des sources vives du crime. C'est pourquoi le projet a mille fois raison de permettre au juge d'ordonner le renvoi dans un asile du buveur d'habitude qui a commis un délit et dont l'infraction est en rapport avec son penchant à boire. De même, le juge pourra renvoyer dans un asile tout buveur d'habitude qui, reconnu irresponsable, aura été acquitté ou aura bénéficié d'une ordonnance de non lieu.

Telles sont les mesures de sûreté proprement dites, prévues par le projet au chapitre troisième du livre I.

C'est au professeur Carl Stooss qu'appartient — on peut presque dire la gloire d'avoir, le premier, dans son avant-projet de 1894, conçu et réalisé législativement cette idée devenue aujourd'hui presque banale: la mesure de sûreté doit figurer dans le Code pénal à côté de la peine, comme un second et puissant moyen de réaction sociale contre le crime et, plus exactement encore, contre certains criminels.

Quant aux peines elles-mêmes, le système du projet est simple. Deux grandes catégories: les peines principales et les peines accessoires. Vous le savez déjà, la peine capitale ne figure pas dans la liste des peines principales. Doit-on le déplorer ou s'en féliciter? Le message du Conseil fédéral déclare avec raison que, sur ce point, la conviction de chacun, en dernière analyse, est affaire de sentiment, je dirais presque, pour ma part, de tempérament plutôt que de logique. « Si, ajoute le message, nous sommes adversaires de la peine capitale, c'est qu'elle nous paraît être une peine barbare... » C'est aussi qu'elle n'est pas une arme dont on ne puisse pas se passer dans la lutte contre le crime... La sécurité publique n'a nullement été compromise dans les cantons qui n'ont pas cette peine... »

Actuellement, depuis qu'à une majorité populaire qui n'avait rien de bien triomphal (200,000 voix contre un peu plus de 180,000) la révision de 1879 a fait tomber l'interdiction formulée par la Constitution fédérale de 1874, la peine de mort a été réintroduite dans la législation pénale de 8 cantons et de 2 demi cantons qui comptaient au total, en 1910, 925,000 habitants en chiffres ronds, soit environ le 25 % de la population totale de la Suisse. Mais, très rarement prononcée, la peine capitale est exécutée plus rarement encore. Vous vous souvenez de la dernière exécution, dans le canton d'Uri, pour laquelle on a eu de la peine à trouver un bourreau.

Le fait est, cependant, que la question de la peine de mort est de celles qui, à tort ou à raison, ont toujours passionné, sinon la masse, au moins la presse qui prétend la diriger. Il est donc permis de dire que sa portée politique va bien au delà de sa portée pénale.

De là, une proposition faite, il y a une quinzaine d'années, à la deuxième commission d'experts, de laisser les cantons libres de résoudre le problème chacun pour son compte.

Mais un droit national est-il digne de ce nom quand il élude les questions les plus irritantes? Et, si nous

arrivons à nous doter d'un Code pénal suisse, serait-il tolérable qu'après son entrée en vigueur, puisse se reproduire une affaire comme celle du commis Huber, assassiné dans le wagon postal de l'express de nuit Lausanne-Fribourg. A Chexbres, rien d'anormal n'a encore été remarqué. C'est à Romont que, l'employé Huber ne paraissant pas, on se met à sa recherche; on le trouve dans son wagon, mort, baignant dans son sang. Où le crime a-t-il été commis? L'ans le canton de Vaud, ou sur terre fribourgeoise? C'est de la tête de l'assassin qu'il y va dans la dernière hypothèse. Dans l'autre cas, en revanche, il ne risque qu'une peine privative de liberté, qui pourra même, si sa conduite est bonne au pénitencier, être en fin de compte abrégée par la grâce.

Entre ces deux éventualités, la décision dépend peut-être du mécanicien de l'express dans lequel a été commis le crime. Une allure plus rapide ou plus lente, quelques minutes d'avance ou de retard et la frontière fribourgeoise a pu être ou n'être pas franchie au moment de l'assassinat.

Vous comprendrez donc, Messieurs, qu'après s'être prononcée, de même que les commissions d'experts et le Conseil fédéral, pour un projet de Code pénal suisse sans peine de mort, votre commission, à une forte majorité, ait ajouté: nous voulons une solution nette; plus de guillotine en Suisse.

La peine capitale ainsi écartée, restent, comme peines principales prévues par le projet: d'une part, les peines privatives de liberté, d'autre part, la peine pécuniaire, c'est-à-dire l'amende.

Les peines privatives de liberté forment elles-même une trilogie qui, dans sa simplicité, rendra possible une chose hautement souhaitable, toujours au point de vue de l'efficacité de la lutte contre le crime: l'organisation et le développement rationnels de notre régime pénitentiaire.

A ce point de vue encore, la situation actuelle est tout que réjouissante. D'après les diverses législations cantonales, les peines privatives de liberté sont d'une diversité qui peut enchanter l'amateur de pittoresque, mais qui, sans qu'il soit d'ailleurs possible de discerner en quoi elle serait l'expression de traditions locales ou de moeurs du terroir, est la négation de toute idée d'organisation méthodique et féconde de la répression sous sa forme la plus usuelle.

Vous avez des cantons qui ne connaissent que deux peines privatives de liberté, la réclusion et l'emprisonnement. D'autres y ajoutent les arrêts. D'autres encore ont prévu dans leur loi le renvoi dans une maison de travail ou de correction, ou dans une « colonie pénitentiaire ». Dans le canton du Tessin et dans celui de Neuchâtel, il existe encore une espèce de custodia honesta, de peine privative de liberté réservée à certains condamnés de choix: c'est la « prigionia » que la législation tessinoise réserve aux délinquants politiques et qu'elle distingue nettement de la réclusion, de la detenzione et de l'arresto; et c'est la « prison civile » neuchâteloise, applicable en matière de contraventions et pour certains délits qui ne dénotent pas la bassesse du caractère, notamment les délits politiques.

Encore si ces peines multiples et à limites très variables étaient réellement différentes dans leur exécution! Mais, très souvent, ce n'est pas le cas. La réclusion et la peine de l'internement dans une maison de travail, par exemple, sont souvent exé-

cutées de la même manière et dans le même établissement. De même, confusion fréquente dans l'exécution, entre la réclusion et l'emprisonnement, ou même entre l'emprisonnement et les arrêts. Alors, à quoi bon tant de peines diverses? Et quel pourra bien être leur effet sur les condamnés qui les subissent pêle-mêle?

Autre chose encore: des peines qui, dans plusieurs cantons, portent le même nom, sont parfois, en réalité, quelque chose de tout différent.

Comment, dans ces conditions, parler dans notre pays de lutte organisée contre la criminalité? C'est ici, en particulier, qu'il est urgent de s'unir pour mettre enfin de l'ordre dans le chaos existant. Je ne vois pas ce que les cantons auront à y perdre. Mais je vois très bien ce qu'ils ont à y gagner au point de vue moral, social et économique.

Le projet, vous disais-je tout à l'heure, prévoit trois peines privatives de liberté qui diffèrent par la durée commé par le régime: la réclusion, l'emprisonnement et les arrêts.

La réclusion est la peine la plus grave. Elle n'est perpétuelle dans un seul cas (l'assassinat); sous cette réserve, elle est temporaire: minimum un an, maximum quinze ans. D'autre part, elle entraîne nécessairement après elle la peine accessoire de la privation des droits civiques pour deux à dix ans. Vous avez à ce sujet une proposition de la minorité socialiste, qui veut transformer en simple faculté cette obligation que le projet impose au juge. Je l'appuierai pour ma part; nous y reviendrons plus tard. Quant au régime sous lequel seront subies la réclusion et les autres peines privatives de liberté du projet, je me réserve d'y revenir à propos de la discussion par articles.

Au contraire de la réclusion, l'emprisonnement — la deuxième peine privative de liberté — n'a pas pour corollaire obligatoire la privation des droits civiques. Le condamné à l'emprisonnement peut être privé de ses droits civiques pour une durée de un à 5 ans, si le délit dénote un caractère bas.

Somme toute, l'emprisonnement sera la peine de la criminalité de gravité médiocre ou moyenne. Sa durée oscillera entre un minimum de 8 jours et, d'après les propositions de votre commission, un maximum de trois ans.

Huit jours au moins. Guerre aux peines courtes! Si le délinquant ne mérite pas d'être incarcéré pendant 8 jours, l'amende devrait suffire, surtout avec les nouveaux moyens de coercition que le projet prévoit contre le récalcitrant. Ce n'est pas là, je le sais et je le regrette, l'avis de tout le monde. Mais c'est depuis longtemps l'avis des spécialistes de la pratique et de la science pénitentiaire. En 1893 déjà, le projet rédigé en France pour la réforme du vieux code de 1810 — projet qui dort encore, ce qui, soit dit en passant, montre que la lenteur dans l'accomplissement des réformes pénales n'est pas l'apanage exclusif de notre petit pays — le projet français de 1893, dis-je, fixe à l'emprisonnement un minimum de quinze jours. Et tout récemment encore, les inconvénients graves, très graves des peines trop courtes, ont été énergiquement relevés par le dernier congrès pénitentiaire international réuni à Londres en 1925.

Comme la réclusion, l'emprisonnement sera, dans notre projet, une peine réservée aux infractions relativement graves: crimes ou délits.

Les arrêts, en revanche, la troisième peine privative de liberté du projet, sont essentiellement la peine des contraventions. Cependant les arrêts peuvent être infligés à l'auteur d'un délit au lieu de la peine d'emprisonnement, surtout par le jeu des circonstances atténuantes (art. 61 et 62), ou de l'atténuation dite libre (art. 63). La durée des arrêts est d'un jour au moins et de trois mois au plus.

A propos des peines de réclusion et d'emprisonnement, je dois vous signaler encore les dispositions très importantes du projet qui prévoient et réglementent : d'une part la libération conditionnelle, d'autre part la condamnation conditionnelle ou le sursis à l'exécution de la peine.

La liberté conditionnelle est le dernier stade du régime dit progressif selon lequel seront exécutées les peines de réclusion et d'emprisonnement.

Quant à la condamnation conditionnelle, s'il n'a pas encore été possible de l'introduire dans le droit fédéral, elle est néanmoins en train d'accomplir tranquillement le tour du monde prophétisé par un de ses partisans de la première heure. En Suisse même, 18 cantons, à l'heure actuelle, ont suivi l'exemple donné tout d'abord par Neuchâtel et Genève qui, en 1891 et 1892 déjà, ont adopté cette institution destinée à ménager le délinquant primaire, à le préserver le plus longtemps possible de la contagion pénitentiaire. Attaqué d'abord avec passion (c'est ici-bas le sort de toute idée nouvelle et hardie, surtout lorsqu'elle est juste), le système du sursis, qui a fait couler des flots d'encre, a aujourd'hui conquis sa place au soleil. Son introduction par le projet de Code pénal suisse donnera enfin satisfaction à ceux qui, dans ce conseil même, ont réclamé à maintes reprises un complément du droit fédéral dans ce sens.

Sans entrer, en ce qui concerne la libération conditionnelle et le sursis à l'exécution de la peine, dans des détails qui seront plus à leur place quand nous examinerons les art. 36 et 39 du projet, je tiens à souligner dès à présent l'extrême importance pratique d'une autre institution qui est le complément nécessaire de celles dont il vient d'être question : je veux parler du patronage ; intelligemment organisé, il est, lui aussi, un moyen préventif de premier ordre, une arme excellente pour la lutte contre la récidive.

Mettre au bénéfice du sursis un délinquant primaire que son caractère et ses antécédents rendent digne de cette mesure de clémence, c'est très bien. Mais ce qui vaut encore mieux, c'est de désigner quelqu'un qui ait mission, non pas de faire peser sur le condamné conditionnel je ne sais quelle surveillance policière, ni de lui faire de haut en bas des prédications moralisantes ou censées telles, mais, selon la formule très belle dont use ici le projet, « d'assister le patroné, notamment en lui procurant du travail et en lui donnant conseils et appui, afin de le mettre à même de vivre honnêtement ».

Pour le libéré conditionnel, d'autre part, l'utilité ou, mieux, la nécessité de patronage éclate avec plus d'évidence encore. Car, que peut faire le détenu qui, les deux tiers de sa peine purgée, par exemple, obtient un beau jour sa libération conditionnelle ? Il est dans la plus critique des situations. Si, par bonheur, il a le désir de se refaire une existence honnête, il va chercher du travail. Mais comment sera-t-il accueilli par la plupart des employeurs auxquels il se présente ? Neuf fois sur dix, c'est la porte qu'on lui montre,

dès qu'on apprend d'où il sort. Et alors, que voulez-vous qu'il fasse ? Ainsi rebuté, il se décourage et comme l'a dit le sociologue français Tarde, puisque la grande patrie des honnêtes gens lui ferme sa porte, c'est la petite patrie criminelle qui lui ouvre la sienne ! C'est un candidat de plus à la récidive.

Ce n'est donc pas sans raison que, tout à l'heure, je vous disais : il faut organiser le patronage des condamnés et surtout des libérés conditionnels. Cette vérité que toutes les lois cantonales n'ont pas encore entrevue, le projet la proclame.

Remarquez, cependant, que, sur ce point comme à bien d'autres égards, notre projet unifie, coordonne mais s'abstient avec sagesse de centraliser.

Tout comme l'exécution des peines dans son ensemble, l'organisation du patronage et sa mise en pratique sont remises aux cantons. Le projet se borne à exclure, vous n'aurez pas de peine à comprendre pourquoi, l'exercice du patronage par les organes de la police. Mais en coordonnant sur tout le territoire suisse cette œuvre indispensable et qu'on ne saurait trop encourager, le Code pénal suisse est encore dans la ligne tracée par le dernier congrès pénitentiaire international de 1925 et il aura pour effet bienfaisant de grouper, pour la défense commune, les forces jusqu'ici éparses.

A côté des peines privatives de liberté, le projet prévoit naturellement l'amende. On a pu dire qu'à divers égards et notamment par son exécution défectueuse, la peine pécuniaire est un des scandales de la répression actuelle. Eh bien, en trois articles, notre projet propose des réformes dans le détail desquelles il serait prématuré d'entrer maintenant. Il me suffira, pour l'instant, d'attirer votre attention sur les deux points que voici :

1. Le projet oblige le juge qui mesure l'amende à tenir compte de la situation — et notamment de la situation pécuniaire du condamné. Car, quoique nombre de lois et de tribunaux ne s'en soient pas encore rendu compte, il saute aux yeux que, dans ce domaine, l'égalité de traitement ne peut être réalisée que par l'inégalité des amendes.

2. C'est aussi le mode de recouvrement des amendes prononcées que le projet s'efforce d'améliorer, par des dispositions auxquelles nous reviendrons plus tard.

Ce faisant, c'est à dire en assurant une mesure plus équitable de la peine pécuniaire et une perception plus judicieuse et plus énergique, le projet nous apportera, à bref délai si nous le voulons bien, une réforme dont l'utilité a été reconnue par tous ceux qui veulent faire du droit pénal un instrument meilleur de la défense sociale et, notamment, par le dernier congrès pénitentiaire international. Réorganisée selon les dispositions du projet, la peine pécuniaire deviendra, en particulier, l'une des mesures plus efficaces que nos juges pourront enfin substituer aux inutiles et nuisibles peines privatives du liberté de courte durée.

« Telles sont, Messieurs, les peines principales du projet, peines privatives de liberté et peine pécuniaire. »

Je crois pouvoir m'abstenir de vous parler maintenant des peines dites accessoires (privation des droits civiques, expulsion, etc.) que prévoit le projet. Je renvoie également à plus tard les explications qui devront vous être données au sujet d'un certain nombre de « mesures » complémentaires, telles que le

cautionnement préventif, la confiscation d'objets dangereux ou la publication du jugement de condamnation ou d'acquiescement.

En revanche, cet exposé serait incomplet sur un point essentiel si je ne vous disais un mot d'un des chapitres du projet dont, sans être le moins du monde un optimiste à tous crins, on peut attendre de grands et beaux résultats, si ses dispositions sont appliquées avec discernement et esprit de suite: c'est le chapitre qui figure à la fin de la partie générale du premier livre et qui est intitulé: « Enfants et adolescents ».

La place ainsi donnée à ce chapitre est significative. On a voulu mettre à part les adolescents et les enfants délinquants. On les a mis hors du droit pénal ordinaire.

Pourquoi cela? Parce que, bien plus encore que les dispositions applicables aux adultes délinquants, le droit pénal applicable aux enfants et même aux adolescents doit être dominé par l'idée de prévention et d'individualisation. Prenez, par exemple, un adolescent qui a commis un acte qualifié délit: il ne suffit pas de prévoir, selon le système classique du droit pénal français, que la fameuse question de discernement sera posée et que, si elle est résolue par l'affirmative, on infligera à l'adolescent une peine de même nature qu'à un adulte, sauf à en réduire la dose. Il ne suffit pas de punir moins, il faut réagir autrement. Il faut, pour les enfants et les adolescents d'une part et pour les adultes d'autre part un traitement pénal qualitativement différent. Car de quoi s'agit-il avant tout quand c'est à un jeune qu'on a affaire? Il s'agit, dans notre intérêt à tous, de préparer l'avenir en tirant parti de toutes les possibilités de rééducation et de redressement que peut offrir la nature même de l'enfant ou de l'adolescent, son caractère encore en voie de formation.

Il faut donc, après une enquête qui doit porter non seulement sur les faits reprochés à l'enfant ou à l'adolescent, mais aussi sur son caractère, sur son état physique et mental et sur le milieu dans lequel il a vécu jusqu'alors, prendre à son égard des mesures qui soient de nature à l'orienter vers une existence normale et honnête.

Ce qui importe donc par dessus tout, c'est de prévenir la réitération du délit, c'est de ramener à l'ordre le jeune délinquant par des mesures appropriées, c'est à dire adaptées à son âge et à sa nature particulière. A cet égard, la prison, qui est la monnaie courante de la répression pénale ordinaire est le plus mauvais moyen auquel on puisse recourir.

Heureusement, ces idées sont devenues courantes et même presque banales aujourd'hui. C'est peut-être dans ce domaine que la tendance à la réforme du droit pénal de fond et de forme a influé le plus vite sur les législateurs cantonaux. Plusieurs d'entre eux se sont, du reste, visiblement inspirés des dispositions des projets de Code pénal suisse. Ces réformes cantonales sont, je le reconnais volontiers, autant de terrain conquis sur l'ennemi; elles marquent un progrès dans les conditions de la lutte contre le développement de la criminalité juvénile. Mais pour quiconque veut bien voir les choses telles quelles sont, il est clair que le Code pénal suisse pourra seul parachever ces réformes locales et plus ou moins fragmentaires et, en les généralisant, leur donner leur maximum d'efficacité.

Ce que sont, dans le détail, les dispositions que le projet consacre aux enfants et aux adolescents, nous le verrons plus tard.

Mais ce qu'il faut souligner, c'est que le but à atteindre ici est de première importance: il s'agit d'enrayer une belle fois le recrutement de l'armée criminelle. On y a en général très mal réussi jusqu'ici. En revanche, d'après certaines expériences déjà faites, l'espoir que le projet nous inspire à cet égard n'est pas chimérique, pour peu qu'une application intelligente fasse rendre aux dispositions dont je viens de parler tout ce qu'elles sont susceptibles de produire. Au lieu de tirer à la loterie le sort du jeune délinquant, comme on l'a fait trop souvent jusqu'ici, le tribunal déduira les conséquences mûrement pesées d'un examen rationnel.

Faudra-t-il pour remplir cette mission des juristes ou des psychologues hors concours? Je ne le pense pas. Il suffira d'être homme d'expérience et de bon sens, il suffira surtout de connaître et d'aimer les jeunes.

Je crois, pour ma part, qu'on peut sans trop de témérité avoir cette dose de confiance en nos juges suisses. Ce que les magistrats d'autres pays ont pu faire, ils le feront aussi le jour où la loi leur en donnera les moyens.

Voilà, Messieurs, les éléments principaux de la réforme que le Code pénal suisse nous apporte dans la partie générale de son premier livre. Vous comprendrez maintenant que, dans son message à l'Assemblée fédérale concernant la révision de la Constitution fédérale en vue de l'unification du droit, le Conseil fédéral ait pu dire sans rien exagérer:

« Le Code pénal suisse ... nous apportera, pour le combat contre le crime ... un renfort bien plus puissant qu'on ne le croit généralement. Ce sera un progrès non pas seulement au point de vue moral, mais aussi au point de vue économique. »

Ces indications générales données, vous n'attendez pas de moi que j'entre ici dans le détail dans la partie dite spéciale du premier livre du projet, c'est-à-dire du catalogue des crimes ou délits que contient cette partie spéciale.

Pour la plupart, ces infractions n'ont rien d'essentiellement nouveau. Ce que le Code pénal suisse peut nous donner en ce qui les concerne, c'est avant tout une mise au point de notions que l'expérience, la science et la pratique judiciaire ont peu à peu précisées et une rédaction meilleure des dispositions qui définissent les divers délits.

Dans ce domaine encore, cependant, le projet réalise certains progrès généraux qu'il vaudrait la peine de signaler. D'une part, il nous libère de la casuistique compliquée qui, aujourd'hui encore, alourdit et obscurcit la partie spéciale de tant de codes pénaux.

Prenez, par exemple, les dispositions simples et claires que le projet consacre à des infractions telles que le vol ou l'incendie. Comparez-les aux énumérations et aux distinctions minutieuses qui, des chapitres correspondants de certains codes cantonaux, font un véritable fouillis et un labyrinthe dans lequel on a grand-peine à se retrouver. Le progrès réalisé par le projet saute aux yeux.

D'autre part — nouvel avantage qui découle en partie de l'abandon du procédé vieilli de la casuistique législative — le projet, dans sa partie spéciale, comme dans sa partie générale, tend à affranchir la

magistrature. Il a confiance en elle, il lui donne un rôle plus élevé, plus indépendant; il s'en remet autant que possible à son initiative intelligente plutôt que de chercher à tout prévoir et de la brider par des règles étroites et impératives. Dans la partie spéciale comme dans la partie générale, le pouvoir appréciateur du juge est toujours largement mesuré; soit dit en passant, cette souplesse des dispositions du projet est de nature à permettre au juge de tenir compte de certaines traditions, conceptions ou mœurs locales dans ce qu'elles ont de respectable.

Ces compétences étendues données au juge, je n'ignore pas qu'en pays romand, certains en ont fait grief au projet, ce qui, d'ailleurs, ne s'accorde guère avec l'accusation de nivellement à outrance que, du même côté, on s'est plu à formuler à son égard. Mais enfin, puisque l'extension des pouvoirs du juge inquiète chez nous des gens qui sont loin d'être les premiers venus, expliquons-nous là-dessus. Cette méfiance est-elle justifiée?

Grosse question de principe, qui touche à la division du travail entre le législateur et le juge en matière pénale. A cet égard, je suis de l'avis d'un criminaliste de langue française qui a écrit là-dessus ce qui suit:

« J'ai des doutes sérieux sur l'utilité des lois trop détaillées, des règles trop minutieuses. Elles n'apprennent rien au juriste; quant aux juges laïques — et en Suisse c'est le grand nombre —, ils se perdent dans le dédale de leurs subtilités. Jusqu'ici, je le sais, le législateur s'est chargé du plus gros de la besogne; il a garrotté le magistrat dans des textes étroits, ... ne lui laissant que le minimum de liberté possible; mais je sais aussi que les résultats de ce régime ne sont pas encourageants. Toute tentative pour l'émancipation des juges pénaux doit être saluée comme un progrès au regard duquel le danger de voir une loi plus large inégalement appliquée par des juges inégaux eux-mêmes, ne pèse pas d'un grand poids. »

Sans doute, il y a quelques pierres d'achoppement dans la partie spéciale comme dans la partie générale du projet. Il y a ce qu'on appelle les délits contre la religion. Il y a surtout les délits contre les mœurs. Jusqu'à quel point, dans ce dernier domaine, le droit pénal doit-il faire siennes les exigences de la morale? C'est sans doute le plus délicat, le plus critique des problèmes que la partie spéciale du droit pénal pose au législateur. Ce qui, peut-être, est de nature à faire penser qu'à cet égard le projet n'est pas loin d'avoir touché juste, c'est que ceux que préoccupe ce chapitre de sa partie spéciale, lui ont reproché, les uns d'être trop sévère, les autres, au contraire, de témoigner aux délits de la chair une mansuétude excessive. Un fait est en tout cas certain. C'est que, si l'on veut arriver à s'entendre, chacun devra y mettre du sien.

Permettez-moi même, puisque nous en sommes là, de généraliser cette remarque et d'adresser à ceux qui, dans ce conseil, ont compris la grandeur de l'œuvre actuellement soumise aux Chambres fédérales, un pressant appel à ce que l'on appelle en allemand — le mot n'a pas d'équivalent dans notre langue — « die Selbstbeschränkung ». Sachons, s'il le faut, faire taire à l'occasion nos préférences personnelles. Comprendons qu'il n'est ni indispensable, ni même possible que le projet tienne compte de toutes les idées et de tous les vœux individuels. D'ailleurs, au

cours de la longue période de préparation du projet, les multiples problèmes qu'il pose ont été étudiés sous tous leurs aspects. Je ne dis pas qu'il n'y ait pas d'autres solutions possibles que celles que le projet a en définitive adoptées, mais je ne crois pas me tromper en affirmant que l'on ne saurait guère, dans la discussion parlementaire qui va s'ouvrir, faire des propositions sérieuses qui n'aient pas été déjà examinées. Usons donc avec modération de notre droit de proposer des amendements. Ne perdons pas de vue les grandes lignes, les bases fondamentales de la réforme et ne donnons pas à des points de détails une importance qu'ils ne doivent pas avoir.

Autre chose encore, dans le même ordre d'idée: est-ce demander l'impossible que de dire: l'œuvre nationale sur laquelle vous avez à vous prononcer doit autant que possible être mise au-dessus de l'esprit de parti? J'entends par là que nous devons tout faire pour éviter de subordonner le sort de la réforme dans son ensemble à la question de savoir si le projet répond ou ne répond pas intégralement aux exigences de tel ou tel programme de parti. Il est possible, il est même certain qu'à cet égard tous les vœux ne pourront pas être exaucés. Mais n'oublions pas que si le Code pénal suisse peut arriver à chef, il apportera à tous et même à ceux dont la manière de voir n'aurait pas triomphé sur tel ou tel point, un progrès total considérable par rapport à l'état actuel des choses dans notre pays.

Je dis donc à ceux qui ont compris l'importance de l'œuvre à accomplir: résistez à la tentation de déclarer: nous exigeons que telle ou telle disposition figure au projet; si elle n'y figure pas, nous jetons par dessus bord la loi toute entière.

Non, Messieurs, c'est dans un autre esprit que nous devons nous mettre à la besogne. La réforme à opérer est quelque chose qui dépasse, et de beaucoup, les intérêts particuliers des divers partis. A cet égard, votre commission a prêché d'exemple. Il est réellement permis de dire qu'elle a travaillé dans une atmosphère de compréhension mutuelle et qu'en général, au cours de ses délibérations, l'esprit de parti, dans ce qu'il peut avoir d'agressif et d'intransigeant, a été relégué à l'arrière-plan.

Je n'ai pas l'intention de vous parler maintenant du livre II du projet, que la commission vous propose d'abrégé fortement, pour laisser complètement aux cantons la législation sur tout ce qui est contraventions de police proprement dites.

Quant au livre III, qui est à vrai dire une loi d'introduction du futur Code pénal suisse, je me borne, pour ne pas mettre votre patience à une plus longue épreuve, à signaler qu'il facilite aux cantons l'accomplissement de leur tâche, notamment en délimitant avec précision la compétence entre cantons en matière de justice pénale et, d'autre part, en apportant des simplifications considérables au droit qui régit actuellement l'assistance judiciaire inter-cantonale.

Et maintenant, je puis conclure. Pour vous faire le rapport que vous venez d'entendre — ou de subir — mais pourquoi n'avons-nous pas le système des rapports généraux imprimés et distribués d'avance? — je me suis placé sur le terrain constitutionnel, celui de l'unification du droit pénal décidée, il y a trente ans, par le peuple et par les cantons.

Si, toutefois, dans le débat qui va s'ouvrir sur l'entrée en matière que votre commission est unanime à vous proposer, des voix devaient s'élever pour remettre en question le principe même ainsi inscrit, en 1898, dans notre charte fédérale, je me réserve de m'expliquer encore sur ce point.

Pour l'instant et en terminant, je demande à ceux d'entre vous qui seraient encore hésitants à cet égard, de me permettre de leur dire ceci:

Voici bientôt un quart de siècle que notre pays s'est doté d'un code civil commun, dont M. le conseiller fédéral Motta déclarait au Conseil national, en 1916, qu'il est « la conquête intellectuelle et morale la plus précieuse que la Confédération ait faite, depuis qu'elle existe ».

Cette législation dont le monde entier a reconnu la valeur, cet instrument, non pas de nivellement doctrinaire et stupide, mais de progrès, de cohésion et d'union nationale, en est-il encore qui préféreraient que nous ne l'eussions pas, même parmi ceux d'entre vous qui, mus par des sentiments fédéralistes respectables, n'ont, peut-être, en 1912, pas vu sans regret disparaître les codes civils cantonaux?

Eh bien, je vous l'affirme, dans le domaine de la répression pénale, la réforme est au moins aussi urgente qu'elle l'était, il y a 20 ans, pour le droit civil. Et cette réforme nécessaire, le législateur fédéral est seul à même de la réaliser. Ce sont là des vérités sur lesquelles je me réserve de revenir s'il le faut, mais que, croyez-le, bien peu pourront méconnaître, parmi ceux que n'aveugle pas un étroit parti-pris et, surtout, parmi ceux qui connaissent et l'état de choses vraiment pitoyable à beaucoup d'égards dans lequel nous vivons aujourd'hui, et le projet de Code pénal suisse.

Le grand Vaudois Louis Ruchonnet, tout d'abord opposé à l'idée de l'unification pénale, avait fini par se rendre à cette évidence: seul le législateur fédéral peut nous apporter la réforme d'ensemble qui, pour le bien du pays tout entier, rendra possible une lutte plus efficace contre le crime. Seul, surtout, il peut coordonner, grouper pour la défense commune les forces jusqu'ici éparpillées.

Et ici, songez-y, il y va des biens les plus précieux de l'individu, de la communauté et de l'Etat. Il s'agit d'un problème législatif dont la solution est un élément essentiel de la vie nationale.

Serons-nous capables de voir assez haut, assez loin, pour prendre la décision qui unit là où l'un'on est une urgente nécessité, plutôt que celle qui divise, pour prendre la décision qui rend fort, plutôt que celle qui affaiblit? Saurons-nous comprendre la responsabilité qui nous incombe à cet égard, vis à vis de notre peuple, à nous qui avons l'honneur d'être les « conseillers de la nation »? Dieu le veuille!

Allgemeine Beratung. — Discussion générale.

Dedual: Ich möchte mich für Eintreten auf die Gesetzesmaterie aussprechen, weil der Gesetzesentwurf, allgemein gesprochen, ein Werk bedeutet, dem wir unsere Anerkennung nicht verweigern dürfen. Sowohl der formelle Aufbau des Gesetzes wie auch die materielle Behandlung der Sache ist im großen und ganzen als eine Errungenschaft zu bezeichnen. Doch sind einzelne Punkte so geregelt worden, daß in der Öffentlichkeit bereits eine Diskussion über die Stellungnahme zum Entwurf eingesetzt hat, die befürchten läßt, daß man auf einen großen Widerstand gefaßt

sein muß, wenn es nicht gelingen sollte, in der Detailberatung dem eidgenössischen Strafgesetzbuch doch noch ein etwas anderes Gesicht zu geben. Ich zähle zu diesen wichtigen Punkten die Frage der Todesstrafe. In dieser Frage wurde bereits in der nationalrätlichen Kommission zu vermitteln gesucht, weil man den scharfen Zusammenprall zwischen den Anhängern und den Gegnern der Todesstrafe in der kommenden Volksabstimmung zum vornherein vermeiden wollte. Es wurden zwei Vorschläge gemacht: Nach dem einen sollte im Gesetz bestimmt werden, daß bei schwersten Mordfällen, in denen keine mildernden Umstände mehr gefunden werden können, die Todesstrafe alternativ neben lebenslänglichem Zuchthaus zur Anwendung gebracht werden könne. Der Vorschlag wurde angelehnt. Hierauf wurde beantragt, daß es den Kantonen überlassen bleiben möge, ob sie für schwerste Verbrechen die Todesstrafe einführen oder beibehalten wollen. Auch dieser Vorschlag ist abgelehnt worden; mit andern Worten, nach dem damaligen Stand der Sache will die Kommission grundsätzlich die Todesstrafe nicht in das schweizerische Strafgesetzbuch aufnehmen, in keiner Form, und will die Kantone zwingen, überall die Todesstrafe abzuschaffen, wo sie noch besteht.

Wenn es in den gesetzgebenden Behörden nicht gelingen sollte, hier eine Aenderung herbeizuführen, so wird der gegenwärtig bestehende exklusive Standpunkt im Volke auf die größte Opposition stoßen. Ich würde das sehr bedauern, weil dadurch unter Umständen alles zu Fall käme. Es ist immer ein Akt der Klugheit gewesen, vermittelnde Anträge sich besonders anzusehen, und, wenn immer möglich, zu berücksichtigen. Wer, wo ihn seine Grundsätze nicht absolut daran hindern, vermittelnd auftritt, zeigt einen guten Geist, denn er will und sucht nicht das Äußerste und mahnt den Gegner zum verständnisvollen Entgegenkommen im Interesse der gemeinsamen Sache. Ich will nicht davon reden, daß der Staat die Todesstrafe als äußerstes Mittel zur Sicherung des Lebens seiner Angehörigen nicht ganz entbehren kann, und daß sie noch heute dem Bedürfnis des Rechtslebens entspricht, namentlich in Zeiten wie den jetzigen, die unruhiger sind denn je, daß ihre Anwendungsmöglichkeit von mächtiger Wirkungskraft hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Ordnung in der menschlichen Gesellschaft in allen Beziehungen ist usw.; alle diese Erwägungen, und noch andere dazu, haben zur Einführung der Todesstrafe im allgemeinen deutschen Strafgesetzbuch neuesten Datums mitgewirkt. Was dort als richtig erkannt wurde, dürfte auch in der Schweiz nicht als unzutreffend erscheinen.

Nun kommen aber noch folgende Erwägungen hinzu, auf die ich besondern Wert lege. Kein Dogma bindet den Katholiken bezüglich der Todesstrafe, das sei ausdrücklich gesagt. Aber tief im katholischen Bewußtsein, wie übrigens auch im Bewußtsein der gläubigen Protestanten, ist der Sühnedanke für die schwerste Schuld eingegraben. Nur die Vernichtung des Lebens des Täters bilde eine gerechte Sühne an dem, der selbst kalten Herzens ein fremdes Leben vernichtet habe. Nur die Androhung dieses schwersten Übels habe eine genügend starke abschreckende Wirkung. Das Bewußtsein ihres Bestehens, das lesen wir auch in der Begründung des neuen deutschen Strafgesetzbuches, sei geeignet, dem Staatsbürger das

notwendige Gefühl der Sicherheit seines Lebens in der Volksgemeinschaft zu geben, wie die Todesstrafe ja auch in der Tat die einzig wirkliche Sicherung der Gesellschaft vor dem Täter sei. Die Todesstrafe stehe daher im Einklang mit der Rechtsüberzeugung des überwiegenden Teiles der Bevölkerung. Der Besserungszweck werde in lebenslänglicher Zuchthaushaft gewöhnlich nur in den seltensten Fällen erreicht, und die Erfahrung der ausländischen Staaten, welche die Todesstrafe abgeschafft haben, sei keineswegs günstig. Auf alle Fälle aber, mag man sich zur Frage der Todesstrafe so oder anders stellen, sollte den Rechtsanschauungen der Kantone in dieser Frage keine Gewalt angetan werden. Will man also der Todesstrafe im eidgenössischen Strafgesetzbuch den Platz verweigern, so sei man wenigstens so klug, den Kantonen das Recht zu ihrer Aufnahme in die Einführungsgesetze nicht zu verweigern. Es ist nicht zu übersehen, daß der Genehmigung des Gesetzeswerkes durch das Volk schon die föderalistische Gesinnung in den Kantonen im Wege steht. Warum also nicht ein gutes eidgenössisches Strafrecht schaffen, ohne dabei den Kantonen in der Frage der Todesstrafe Gewalt anzutun? Man vermeide auch nur den Schein irgendwelcher Vergewaltigung, sonst treibt man die ganze föderalistisch gesinnte Schweiz und mit ihr namentlich auch die katholische Schweiz, ohne ernstesten Grund, ins Lager der Gesetzesgegner.

Es kommen also Erwägungen politischer und staatsrechtlicher wie auch Erwägungen religiös-kulturellen Rechtsgefühls und Rechtsempfindens in Betracht, über die man sich nicht leichthin hinwegsetzen darf.

Das sind die hauptsächlichsten Gründe, welche ich schon in der Eintretensdebatte, ohne mich dabei gegen das Eintreten auszusprechen, in wohlmeinender Absicht berühren wollte, um rechtzeitig auf diese Hauptgedanken aufmerksam zu machen, ohne welche wir des bestimmtesten Gefahr laufen, etwas zu tun und zu kreieren, was keine Aussicht auf Annahme durch das Volk hat. Dazu arbeiten wir aber doch nicht, und daher mögen meine Worte als wohlwollende aufrichtige Meinung dienen. Ich verwende mich für das Recht und die Freiheit der Kantone, für den prinzipiell wichtigen, religiös-kulturellen Standpunkt, und erblicke in ihnen nach wie vor eine vorzügliche Position und die beste Gewähr für das Wohlergehen unseres Vaterlandes. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist ein Meisterwerk des eidgenössischen Justizdepartementes, und ich möchte dieses Meisterwerk erhalten wissen durch die Anbringung der angedeuteten Korrektur.

Huber: Wenn wir zu entscheiden haben, ob auf den Entwurf für die Schaffung des eidgenössischen Strafrechtes einzutreten sei, so stellt sich uns eigentlich eine doppelte Frage. Zunächst einmal, ob wir überhaupt ein einheitliches Strafrecht wollen, und sodann, ob wir bereit sind, als Grundlage für die Beratung eines solchen einheitlichen schweizerischen Strafrechtes den Entwurf anzunehmen, so, wie er uns vorliegt. Wir wissen, daß es Stimmen gegeben hat, welche ein einheitliches Strafrecht aus dem Gesichtspunkte des Föderalismus ablehnen, jene Leute, welche die Schweizer in erster Linie nach der Zugehörigkeit zu den verschiedenen Kantonen gliedern. Die Auseinandersetzung mit dieser Auffassung ist nicht in

erster Linie meine Sache. Herr Prof. Dr. Logoz hat bereits einige Bemerkungen gemacht, denen ich mich durchaus anschließen möchte. Für mich als Juristen scheint es fast unmöglich, noch darüber zu diskutieren, ob ein Staat wie die Schweiz, von diesem Alter, sich den Luxus von 24 verschiedenen Strafrechten gestatten, oder ob er ein einheitliches Recht haben soll.

Was versteht man eigentlich unter diesem kantonalen Recht, das bei Beurteilung einer Straftat zur Anwendung kommen soll? Ist es das Heimatrecht des Täters? Ist es das Recht am Wohnort des Täters? Ist es das Recht am Ort der Tat? Ist es das Recht am Ort des Gerichtes? Darüber könnte man diskutieren, und Sie wissen, daß in einer viel früheren Rechtsentwicklung jeder Mensch sein Strafrecht überallhin mitgenommen hat. Wie die Schnecke ihr Schneckenhäuschen, so hat auch der Mensch sein Strafrecht, in dessen Ideengehalt er aufgewachsen ist, mitgetragen. Das ist eine überlebte Auffassung, die bei uns durchaus nicht mehr verstanden wird. Schon das allein zeigt eigentlich, daß die Diskussion und die Deklamation über den Wert des kantonalen Rechtes sehr fragwürdigen Wert besitzt. Mir scheint, daß ein einheitliches Strafrecht, überhaupt eine Einheit des Rechtes, geradezu zum Begriffe des Staates gehört. Denn was ist der Staat? Was ist er anderes als eine Rechtsgemeinschaft? Und diejenigen, welche bei uns so von föderalistischen Idealen schwärmen, sollten, wenn sie einen Blick in die Vorlage tun, sich gerade darüber Rechenschaft geben, welche bedeutenden Faktor eben die einheitliche Rechtsbildung, die Bildung einheitlichen Rechtes für die Stärkung des Staates bringt.

Der Vorgang in Deutschland und Oesterreich verdient Beachtung. Deutschland und Oesterreich sind zwei durchaus verschiedene, selbständige Staaten. Aber in diesen beiden Staaten lebt das Bedürfnis nach gegenseitigem Anschluß. Diese beiden Staaten, obwohl sie selbständig sind, nicht in einem Bundesstaat verbunden sind, wie unsere 25 Kantone, gehen nun in der Schaffung ihres neuen Strafrechtes so vor, daß sie gegenseitig, in gemeinsamer Kommission, die Rechtsangleichung, ja die Rechtsübereinstimmung, herstellen, bevor sie überhaupt einen gemeinsamen Staat besitzen. Und auf der andern Seite sehen wir, wie der Völkerbund die Vereinheitlichung des Rechtes auf den verschiedensten Gebieten und auch auf dem Gebiet des Strafrechtes als ein Programm der Kulturentwicklung für die europäische Menschheit zum mindesten betrachtet und verfolgt.

Aber ich will mich mit dieser Frage nicht eingehender befassen. Ich habe mich als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion über andere Dinge mit Ihnen auseinandersetzen. Wir müssen uns fragen, wie die Arbeiterschaft sich zur Frage der Rechtseinheit stellt. Denn wir betrachten die schweizerische Bevölkerung weniger nach der vertikalen Gliederung in verschiedene Kantone, als nach der horizontalen Gliederung in die sozialen Schichten, in die Klassen. Da fragen wir uns, wie die Arbeiterschaft, die Arbeiterklasse, sich zu stellen habe zu der Rechtsvereinheitlichung auf dem Boden des Strafrechtes.

Es wäre irrtümlich, etwa zu glauben, daß in der Arbeiterschaft ohne weiteres eine Begeisterung für die Schaffung eines eidgenössischen Strafrechtes

vorhanden sei. Im Gegenteil, auch hier besteht eine gewisse Voreingenommenheit gegen das, was von Bern kommt, ein Mißtrauen, das übrigens sehr reale Grundlagen hat. Wenn die Eidgenossenschaft straf- oder polizeirechtlich sich mit der Arbeiterschaft beschäftigt hat, dann war das gewöhnlich in dem Sinne, daß es gegen die Arbeiterschaft ging; die Arbeiterklasse war das Objekt der Maßnahmen der Eidgenossenschaft; sie fühlte sich als nicht sehr wohlwollend behandeltes Objekt der Bundesanwaltschaft, der politischen Polizei. Die Arbeiterschaft hat nicht vergessen, daß seinerzeit die Anarchistengesetze — bei uns hat man's etwas netter « Sprengstoffgesetz » genannt — eigentlich Maßnahmen gewesen sind zur Unterdrückung der Ausbrüche einer gewissen sozialen Verzweiflung. Die Arbeiterschaft hat nicht vergessen, daß der Versuch von 1903, ein Maulkrattengesetz zu schaffen, wiederum der Eidgenossenschaft eine Waffe, eine strafrechtliche Waffe gegen die Arbeiterschaft geben sollte. Und besonders lebhaft ist in der Arbeiterschaft die Erinnerung an das Gesetz, das den nicht richtigen, aber nun eben doch eingeführten Namen « Lex Häberlin » bekommen hat. Das alles sind Erinnerungen, die in der Arbeiterschaft außerordentlich lebhaft nachwirken und zur Folge haben, daß, wenn die Eidgenossenschaft sich mit dem Strafrecht beschäftigt, es dem Arbeiter dabei nicht wohl ist.

Dazu kommt nun vor allem noch, daß in der Anwendung des Rechtes, in den Organen der Rechtspflege, die Arbeiterschaft vollständig ungenügend berücksichtigt ist. Sie hat allerdings eine angemessene Vertretung im eidgenössischen Versicherungsgericht, und darum ist dieses Gericht ja auch vielen Leuten ein Dorn im Auge. Aber im Bundesgericht hat sie ganze zwei Sitze. Sie ist dort auf ein Minimum reduziert, das in keinem Verhältnis steht zur Bedeutung der Arbeiterklasse in der Schweiz und in keinem Verhältnis steht zu dem Anteil, den die Arbeiterschaft am Parlament hat. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß in der Militärjustiz die Arbeiterschaft überhaupt vollständig, bewußt, absichtlich ausgeschlossen ist, daß man aus den Organen der Militärjustiz eben bewußt und absichtlich reine Organe der Klassenjustiz gemacht hat. Und diese Militärjustizorgane werden denn auch geschaffen durch Organe, bei denen die Arbeiterschaft nichts dreinzureden hat; die Arbeiterschaft kann auch nicht etwa durch ihre Vertreter im eidgenössischen Parlament Einfluß nehmen auf die Bestimmung der Militärgerichtsorgane.

So ist es wohl verständlich, daß in der Arbeiterschaft ein starkes Mißtrauen besteht gegen die Gesetzgebung des Bundes auf dem Gebiete gerade des Strafrechts. Unsere Aufgabe, die Aufgabe der sozialdemokratischen Vertreter im Rate und in der Kommission, ist es deshalb, ganz besonders streng und ernst zu untersuchen, ob dieses Mißtrauen gegenüber der Vorlage berechtigt ist oder ob es nicht unsere Pflicht ist, dieses Mißtrauen zu beseitigen, und ob wir mit guten Gründen es beseitigen können. Dabei werden bei der Arbeiterschaft allgemeine rechtspolitische Erwägungen, wie ich sie eingangs genannt habe, herzlich wenig Eindruck machen. Wir werden die Arbeiterschaft zu einem Eintreten für die Vorlage nur gewinnen können, wenn wir praktische,

reale Vorteile für die Arbeiterschaft in Aussicht stellen können.

Ist das nun der Fall? Ich glaube diese Frage bejahen zu dürfen. Der Arbeiter ist der Nomade der Gegenwart. Heute wohnt er im Süden, morgen im Norden der Eidgenossenschaft; bald schlägt es ihn in den Westen, dann wieder in den Osten; je nach der Lage des Arbeitsmarktes zieht das Kapital ihn dahin, stößt es ihn wieder dorthin. Der Arbeiter ist der ewige Jude in unserer Gesellschaft, der keine bleibende Stätte hat. Darum ist denn auch das Zivilrecht gerade in den Partien, welche für die Arbeiterschaft von Bedeutung sind, längst vereinheitlicht, weil es unerträglich geworden ist, in einem Staat, wo so große Teile der Bevölkerung sich in ständiger Bewegung befinden, kantonale Eigenheiten aufrecht zu halten. Das Obligationenrecht mit dem Arbeitsvertrag, mit dem Mietvertrag, das Ehe- und Familienrecht ist längst, bevor wir ein eidgenössisches Zivilgesetzbuch hatten, wenigstens in den wichtigsten Teilen vereinheitlicht gewesen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist zu einem großen Teil eidgenössische Gesetzgebung geworden, im Fabrikgesetz, im Haftpflichtrecht, in der Kranken- und Unfallversicherung.

Aber immer noch bedeutet jeder Wohnsitzwechsel für den Arbeiter, wenigstens jeder Kantonswechsel, auch einen Wechsel des Strafrechtes, unter dem er sich befindet. Aber nicht bloß jeder Wohnsitzwechsel. Die Fälle sind häufig, wo Tag für Tag der Arbeiter unter einer ganzen Reihe von Strafrechten sich bewegt. Wenn ein Arbeiter von meinem frühern Wohnort Rorschach — und es waren zeitweise hunderte von Arbeitern, die das getan haben — nach Arbon zur Arbeit fährt, so befindet er sich, wenn er den Zug besteigt, zunächst während einiger Minuten — die Fahrzeit beträgt 10 Minuten — unter st. gallischem Strafrecht, dann betritt er in einer Enklave bei Horn thurgauischen Boden und kommt unter thurgauisches Strafrecht. Er verläßt dieses sofort wieder und kommt neuerdings bei Steinach, das ist nicht einmal eine Station, auf st. gallischen Boden, und in Arbon endlich kommt er wieder auf thurgauischen Boden. Also werden in dieser kurzen Fahrt zwei Strafrechte zweimal durchschnitten, und das gleiche ist wieder der Fall, wenn er heimkehrt. Das gleiche ist der Fall, wenn er am Sonntag seinen Spaziergang macht. Und noch hübscher wird es etwa, wenn der Arboner Arbeiter am Sonntag einen Ausflug auf den Säntis macht. Da kommt er zuerst aus dem thurgauischen Staatsgebiet und damit aus dem Gebiet des thurgauischen Strafrechtes in den Kanton St. Gallen, in das st. gallische Strafrecht; dann kommt er in den Kanton Appenzell A.-Rh., dann in den Kanton Appenzell I.-Rh., und auf dem Säntis weiß er sehr wahrscheinlich nicht, und die wenigsten von uns würden es wissen, ob er sich jetzt gerade unter Appenzell-Außerrhodischem Strafrecht befindet oder unter st. gallischem Strafrecht.

Das sind nicht bloß rein theoretische Dinge. Sie erinnern sich an die Ermordung des Säntiswartes, des Wetterwartes Haas. Da wußte man nicht, wer zu richten habe, und es sind denn auch die Strafjustizorgane der beiden Kantone mitten im Winter auf den Säntis gestiegen, um festzustellen, wo der Kopf des Opfers liege, ob auf dem appenzellischen Gebiet oder auf dem st. gallischen. Die Frage ist nicht abgeklärt worden; der Täter hat diese Frage für sich gelöst,

indem er sich selbst gerichtet hat. Diese Dinge können von sehr großer Tragweite sein. Einmal in rein grundsätzlichen Fragen. Im einen Kanton ist das erlaubt, was im andern verboten ist. Es gibt Dinge, die im Kanton St. Gallen nicht geschehen dürfen, die aber im Nachbarkanton ungestraft geschehen können. Es gibt Dinge, die im Kanton St. Gallen von Amtes wegen verfolgt werden, im Kanton Thurgau nur auf Antrag. Die Behandlung des Versuches am untauglichen Objekt oder mit untauglichen Mitteln ist total verschieden im Kanton St. Gallen von derjenigen im Kanton Thurgau oder im Kanton Appenzell A.-Rh. Wenn bei Mädchen mit einem absolut untauglichen Mittel, am untauglichen Objekt sogar, indem sie irrtümlich glaubt, schwanger zu sein, im Kanton St. Gallen einen Abtreibungsversuch macht, so wird sie bestraft. Wenn sie aber einen Spaziergang nach Horn hinunter oder ins Riethäusli hinauf macht und dort den untauglichen und ungefährliehen Tee trinkt, dann ist sie straflos.

In der Strafart, im Strafmaß bestehen die allergrößten Unterschiede. Was am einen Ort mit einer Geldbusse unter Umständen erledigt werden kann, gerade das erwähnte Delikt gehört zu diesen, das ist am andern Ort mit einer Minimalstrafe von drei Monaten, von sechs Monaten Arbeitshaus bedroht. Nicht zu reden von den Unterschieden, die noch darin bestehen, daß am einen Orte die bedingte Verurteilung besteht, am andern Orte nicht. Diese Differenzen werden hauptsächlich von der Arbeiterschaft empfunden, weil sie am häufigsten vom einen Kantonsgebiet ins andere kommt. Deshalb dürfen wir vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus mit gutem Gewissen die Frage bejahen, ob die Vereinheitlichung des Strafrechtes im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Damit freilich ist die Frage noch nicht erledigt, ob wir auf den vorliegenden Entwurf eintreten sollen, denn eine Einheit um jeden Preis kann nicht unsere Aufgabe sein. Die Einheit, erkaufte durch die Zustimmung zu einem schlechten eidgenössischen Gesetz und durch die Opferung von so und so vielen guten kantonalen Gesetzen, wäre etwas, das wir nicht annehmen könnten. Die Arbeiterschaft ist da vielleicht in einer besonders kritischen Lage. Die Arbeiterschaft hat selbstverständlich ihren größten Einfluß in den industriellen und in den städtischen Kantonen. Durch diesen Einfluß hat sie da und dort erreicht, daß die Strafgesetze fortschrittlich gemacht worden sind im Sinne der Arbeiterschaft. An andern Orten, wo das bis jetzt noch nicht geschehen ist, besteht für sie die Möglichkeit, es in Zukunft zu tun, falls es nicht zu einem eidgenössischen Strafrecht kommen sollte. Man wird also an den verschiedenen Orten in den Kreisen der Arbeiterschaft sorgfältig prüfen, ob das, was das eidgenössische Strafrecht bringen wird, nicht schlechter ist als das, was in den begrenzten kantonalen Gebieten bereits erreicht wurde oder was ohne allzu große Mühe erreicht werden kann. Wir geben uns keinen Illusionen hin, daß das eidgenössische Strafrecht ein ideales Strafrecht sein wird; es wird eine gewisse mittlere Linie innehalten müssen und ohne Konzessionen wird es nicht abgehen. Wenn diese Konzessionen nicht zu groß sind, dann wird auch die Arbeiterschaft bereit sein, dem Gedanken der Einheit gewisse Opfer zu bringen. Das neue Strafrecht hat keine fundamentalen Umwälzungen zur Folge und man darf sich sogar fragen, ob nicht eine Ver-

schiebung vielleicht um ein Jahrzehnt gerade der Arbeiterschaft gewisse Aussichten eröffnet hätte, denn darüber besteht kein Zweifel, daß im Laufe der nächsten 10 Jahre die Machtposition der Arbeiterschaft ganz bedeutend zunehmen wird, so daß ein Recht, das erst in 10 Jahren geschaffen würde, auch die Auswirkung dieser vergrößerten Machtposition der Arbeiterschaft zeigen dürfte. Wir befinden uns überhaupt in einer gewissen Uebergangsperiode. Philosophie, Strafrechtstheorie, Soziologie, Psychologie, alle möglichen Wissenschaften sind daran, die Grundlagen des Strafrechtes einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Sie kommen zu ganz andern Fragestellungen und auch andern Antworten, als man bisher bekommen ist. Die Grundbegriffe des Strafrechtes, der Begriff des Verbrechenens, der Schuld, der Strafe, die Begründung, der Zweck und die Mittel des Strafrechtes sind zweifellos heute wieder in Frage gestellt; das sind alles Dinge, über die die Wissenschaften aller Gebiete neue Antworten suchen und wohl zum Teil auch schon gefunden haben. Wir Sozialdemokraten haben in mancher Hinsicht eine etwas andere Auffassung über das Verbrechen und den Verbrecher, als wie sie in den kantonalen Strafrechten niedergelegt ist und wie sie auch zum Ausdruck kommt im vorliegenden Entwurf. Wir betrachten Staat und Gesellschaft als die Eltern des Verbrechenens und des Verbrechers, schon in einem rein, ich möchte fast sagen, technischen Sinne. Was ist das Recht? Recht ist das, was der Inhaber der politischen Macht als Recht erklärt, und das ist Verbrechen, was er als Verbrechen ansieht. Die gleiche Tat ist im einen Staat Recht und Gebot, im andern Staat Unrecht und Verbot. In der Monarchie wird das Streben nach der Einführung der Republik als etwas Unzulässiges betrachtet, unter Umständen als ein Staatsverbrechen, für die Republik gilt das Umgekehrte. So gut wie im Zivilrecht kommt auch im Strafrecht der Klassencharakter des Staates für denjenigen, der zu sehen vermag, klar und unzweideutig zum Ausdruck. Der ausgebeutete Arbeiter, der ein paar Brocken Kohle aus der Fabrik mitnimmt, um seinen frierenden Kindern eine warme Stube geben zu können, wird wegen Diebstahls, womöglich wegen qualifizierten Diebstahls, in das Gefängnis gesteckt. Der Unternehmer aber, der dem Arbeiter als Lohn für seine Arbeit nur den halben Wert seiner Arbeit ersetzt, die andere Hälfte aber in seine Tasche steckt als Mehrwert, hat nicht zu befürchten, daß er für diesen Diebstahl am Arbeitsprodukt des Arbeiters bestraft wird im heutigen kapitalistischen Staat. Der kleine Zinswucherer, der einem Darlehensnehmer 15 % Zins nimmt, riskiert, vor den Richter gezogen zu werden wegen Wucher, aber der Häuserkapitalist, der eine alte Hütte vor 10 Jahren billig gekauft hat, etwa in Bern oder Zürich, und der heute alljährlich seinen Mietern in Form von Mietzins 30—40 % seines Kapitals abnimmt, wird nicht bestraft, obwohl er der viel schlimmere Wucherer ist. Nicht nur das. Der Mietzinswucherer wird nicht nur nicht bestraft, sondern der Staat stellt ihm noch seine Machtmittel zur Verfügung im Betreibungsbeamten, damit er pfände und bis auf das letzte versteigere, was noch etwa außer den Kompetenzstücken bleibt, er steht ihm die Polizei zur Verfügung zur Exmission des säumigen Mieters. Da kommt der Klassencharakter der Gesellschaft und des Staates zum Ausdruck. Das Privateigentum wird

als das wichtigste Rechtsgut unseres Staates geschützt.

Wie steht es auf der andern Seite mit dem Schutz desjenigen, was der Arbeiter sein eigen nennt, mit dem Schutz der Arbeitskraft, der Gesundheit und des Lebens des Arbeiters? Hier haben wir aufreizende Konstatierungen zu machen. Wir besitzen eine Sozialgesetzgebung, wir haben ein Fabrikgesetz, das den Arbeiter bis zu einem gewissen Grad schützt in seiner Gesundheit, das einen Maximalarbeitstag vorschreibt und gewisse sanitäre Maßnahmen fordert. Wie sind hier die Strafandrohungen? Art. 88 des Fabrikgesetzes bedroht denjenigen, der gegen die Bestimmungen des Gesetzes oder gegen die zu seinem Vollzug vom Bundesrat erlassenen Verordnungen oder gegen andere von der zuständigen Amtsstelle erlassenen Verfügungen oder gegen die Fabrikordnung sich vergeht, sofern sie nicht zivilrechtlicher Natur sind, in leichten Fällen mit Busse von 5—50 Fr. und nur in schweren Fällen mit Bussen von 50—500 Franken, womit eventuell Gefängnis bis zu 3 Monaten verbunden werden kann. Nehmen Sie die Praxis in den Kantonen. Herr Kollega Mächler kann Ihnen erzählen, wie schlimm es in dieser Beziehung im Kanton St. Gallen steht. Die Richter sprechen Bussen aus, die schon vor Jahrzehnten auf dem ersten Arbeitertag des alten Arbeiterbundes, dem ich beiwohnte, von dem damaligen christlich-sozialen Führer, Dr. Beck, als Aufmunterungsprämien bezeichnet worden sind. Heute ist es nicht anders geworden. Nehmen Sie irgend ein anderes eidgenössisches Gesetz zur Hand, etwa das Gesetz über Jagd und Vogelschutz, dann sehen Sie dort Bestimmungen, die zeigen, was wichtig ist für unsern Staat. «Wer wilde Kaninchen oder, ohne Ermächtigung des Bundesrates, Wildarten, die in der Schweiz noch nicht vorkommen, einsetzt, wird mit Busse von 100—400 Fr. bestraft.» Der Nahrungsraum für das schweizerische Wild ist garantiert mit Androhung von Busse von 100 bis 400 Fr. Wenn aber die schweizerischen Arbeiter streiken und man Streikbrecher aus Italien, aus Böhmen oder aus Polen einführt, dann ist die Einsetzung dieses «Wildes» nicht mit Busse bedroht. Unser Wild hat ja auch nicht die 48-Stundenwoche, aber gewisse Schonzeiten, die etwas größer sind als die Schonzeiten bei der Arbeiterschaft. Wer sie nicht innehält, dem geht es schlecht. Wer Wiesel, Hermeline, Eichhörnchen, Wildkatzen, sogar verwilderte Katzen einfängt, der kann nicht mit 5 Fr. davon kommen wie der Fabrikherr, der während 14 Tagen die Bestimmungen des Fabrikgesetzes überschreitet, er hat mindestens 10 Fr. Busse zu bezahlen bis zu 100 Fr. Wer jagdbare Hirsche, Rehe, Gemswild jagt, er braucht sie nicht zu erreichen, hat mindestens 200 Fr. zu bezahlen, und wenn er gar hinter Steinwild her ist, ohne es zu bekommen, muß er mindestens 800 Fr. bezahlen. Das zeigt, was der Staat als Rechtsgut betrachtet, wie wenig er das Rechtsgut der Arbeitskraft und das Rechtsgut der sozialpolitischen Sicherungen durch strafrechtliche Normen schützt und wie wichtig ihm darartige Werte sind, wie Naturschutz usw., ein Naturschutz dessen Objekt wir übrigens zum Teil gestohlen haben, denn wir hatten kein Steinwild in der Schweiz. Es mußten zuerst in einem Nachbarstaat ein paar Steinböcke und Steinziegen gestohlen werden, um sie in die Schweiz einführen zu können.

Der Staat sagt, was erlaubt und was verboten ist. Der Staat bestimmt, wann die Tat des Tötens ein Mord ist und mit Strafe bedroht wird, wenn sie Rechtsanwendung ist in der Form der Hinrichtung und wenn sie Pflicht wird, in der Form des Krieges.

Aber noch in einem ganz andern Sinne, und das ist wichtiger, ist der Staat und die Gesellschaft Erzeuger der Verbrechen und der Verbrecher. Gewiß ist in jeder einzelnen Tat die Aeußerung eines Individuums enthalten. Die in den Tätern verkörperten Eigenschaften und Kräfte äußern sich in ihrer Tat, aber mindestens ebenso wichtig ist das soziale, das gesellschaftliche Motiv. Der gleiche Mensch wird unter den einen Umständen verbrecherisch handeln, unter andern Umständen nicht. Nicht bloß darin, daß er, je nachdem er da oder dort aufwächst, entsprechend erzogen wird, vorbereitet wird zum Lebenskampf, je nach dem Milieu, in dem er sich zur Zeit der Tat befindet. Das Einkommen des Arbeiters aus Lohn auf der einen Seite, und die Getreide-, Kartoffel-, Milch- und Fleischpreise auf der andern Seite regulieren die Eigentumsdelikte. Es ist eine alte Feststellung, daß mit dem Ansteigen der Lebensmittelpreise ganz parallel die Kurve der Eigentumsdelikte ansteigt. Die Sexualdelikte sind zu einem großen Teil Ausdruck der Wohnungsnot. Wenn die Menschen zusammengepfercht sind in engen Löchern, wo der Wohnraum für den Einzelnen auf ein Minimum zusammengedrängt ist, wo der gleiche Raum von Angehörigen verschiedener Familien geteilt werden muß, von Leuten verschiedenen Alters und beiderlei Geschlechts, sind das einfache Erziehungsorte für Sexualdelikte. Ich will mich mit diesen Beispielen begnügen. Diese sozialen Momente im Verbrechen möchten wir unterstreichen. Da erhebt sich dann eben die andere Frage: Wer ist schuld, was heißt eigentlich Schuld, und was soll Strafe sein?

Es gibt Leute, die da ganz bequeme Begriffe haben, für welche das Strafrecht einfach ein Vollzugsorgan ewiger sittlicher Gesetze darstellt, die aber ganz übersehen, daß zu verschiedenen Zeiten, an verschiedenen Orten, ja in dem kleinen Territorium, das wir in der Schweiz haben, die ganz gleiche Tat da erlaubt und dort verboten ist. Die Schuld hat ihre Begründung, und ihre Bestrafung hat ihren alten Sinn vielfach verloren. Die Worte, die jener gesprochen hat: «Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuld», oder die jenes Amerikaners: «Wir sind alle schuld», haben heute einen ganz andern Klang. Ja, es ist wahr, es kann keine Tat geschehen, die nur die Tat des Einzelnen wäre. Jede Tat, die begangen wird, jede Untat, die begangen wird, für die tragen wir andern auch mit einen Teil der Schuld. Wir dürfen keinen Mörder verurteilen, wir dürfen den Stab nicht über einem Dieb oder Räuber brechen, ohne vorher ernstlich die Frage geprüft zu haben: Haben nicht wir die Voraussetzungen geschaffen, welche den Mörder und Räuber entstehen ließen? Sobald wir in dieser Weise gefragt haben, dann werden wir allerdings das Strafrecht mit ganz andern Augen ansehen. Wir werden nicht mehr so mit einer gewissen Unbekümmertheit und beneidenswerten Sicherheit, wie das Herr Dedual getan hat, von der Sühne sprechen, die dem Einzelnen auferlegt werden soll. Aus dem Strafgedanken ist der Gedanke der Sühne zu einem großen Teil verschwunden. Es ist nicht richtig, daß das Volk in seiner großen Mehrheit, wenn es

klar denkt und nicht ganz unter dem Eindruck einer einzelnen Tat steht, wo die alten Instinkte in uns aufgewühlt werden, diesen Gedanken der Sühne in den Vordergrund stellt. Das Volk sieht viel weiter, als Sie glauben (sehr richtig!), indem es in dem angeblichen Verbrecher ein Opfer erblickt. In meinen Anfängen als Jurist war ich als Gerichtsschreiber tätig, und da kam einst ein Appenzeller, der wegen Diebstahls angeklagt war. Er hat beim Diebstahl nie als von einem Verbrechen gesprochen, sondern, es hat mich damals merkwürdig berührt, daß er immer gesagt hat: « I ha Ugfell gha ». Die Tat selber hat er als ein Unglück empfunden, das ihm zugestoßen sei. Es ist ewig wahr: Worum der Reiche am meisten zu beneiden ist, das ist, daß es ihm so leicht gemacht ist, ein ehrlicher Mensch zu sein, wobei ich nicht sage, daß er auch von dieser Leichtigkeit immer und ausschließlich vollendeten Gebrauch mache. (Sehr gut!)

Ein anderer Gedanke im Strafrecht: Rache und Vergeltung. Ich will nicht die religiösen Momente hier hineinziehen, aber ich meine, gerade in der Schaffung eines Strafrechtes liegt eigentlich die Aufhebung jenes Gedankens. Wenn man rächen und vergelten will, müßte man es in die Hand des Betroffenen legen, ob er sich rächen und vergelten will. Der Staat verbietet das. Nicht der Betroffene, dessen Rechtsgut man beeinträchtigt hat, darf sich rächen, sondern der Staat kommt und fordert Respekt vor der Rechtsordnung, und zwar sowohl vom Täter als von seinen Opfern.

Dann das Moment der Abschreckung. Gibt es Leute, die noch ernsthaft an den abschreckenden Charakter der Strafe, besonders in ihrer schlimmsten Form, glauben? Gibt es Menschen, die wirklich glauben, daß die Todesstrafe eine abschreckende Wirkung habe? Sie werden keinen Mörder finden, der in dem Momente, da er gemordet hat, überlegt hat: will ich das Risiko einer Todesstrafe auf mich nehmen oder nicht? Es gibt keinen Mörder, der das Strafgesetzbuch vorher konsultiert hat: soll ich die Tat in diesem Kanton oder in jenem Kanton vollbringen? Der Verbrecher denkt gar nicht an die Strafe, denn er denkt, er werde nicht erwischt werden. Die abschreckende Wirkung des Strafrechtes, wenn eine solche überhaupt besteht, ist nicht in einer Ausgestaltung des Strafsystems zu suchen, sondern in einer Ausgestaltung der Strafjustiz und der Strafrechtspflege. Solange nur so wenige Prozente der wirklichen Täter erwischt werden, solange ist von der Abschreckung durch die Strafe wenig zu erhoffen. Die Sühne ist überhaupt nicht eine Sache des Strafrechtes. Wirkliche Sühne ist nur das, was ich mir selber auferlege. Die Sühne im Sinne der Sittlichkeit kann vom Strafrecht direkt gefährdet sein, indem die Bestrafung dem Täter das Bewußtsein gibt: Ich habe ein Delikt, ein Unrecht begangen, der Staat hat seinerseits reagiert, wir sind quitt; wie bei jenem Fraueli, das regelmäßig Holz gestohlen hat und gelegentlich erwischt worden ist. Als ihm einmal so recht zugesprochen wurde, was es für ein Unrecht bedeute, hat dieses Fraueli die Diskussion kurz abgeschnitten und erklärt: « Herr Präsident, i stehl mei Holz und i zahl mei Bueß und damit ist's fertig. » Diese Verrechnung, die der Verbrecher mit dem Staat vornimmt, hat mit sittlicher Sühne nicht mehr viel zu tun.

Das Strafrecht hat heute andere Aufgaben, es

soll erziehen, es soll den Menschen, der vorher nicht mit den notwendigen Eigenschaften versehen wurde, um im Lebenskampf bestehen zu können, zum Lebenskampf tüchtig machen. Das neue Strafrecht soll auch versuchen, da einzugreifen, wo man an der Erziehungsmöglichkeit zweifelt. Es hat die Gesellschaft einfach zu sichern. Das hat nichts mehr mit Strafe zu tun. Man kann und soll die Gesellschaft sichern auch vor den Menschen, vor dem das Strafrecht Halt machen muß, weil er nicht strafrechtlich verantwortlich ist.

Wenn wir nun nach diesen Gedankenrichtungen das Strafrecht untersuchen, wie es uns vorgelegt wird, da ergeben sich gewisse Antworten von selbst. Ich hatte nicht die Absicht, über die Todesstrafe heute eingehend zu sprechen. Ich möchte aber den Erklärungen, die Herr Dedual abgegeben hat, ganz klar unsere Erklärungen gegenüberstellen. Das ist eine Sache, die unsere ganze Stellungnahme zum Strafrecht bestimmen wird. Die sozialdemokratische Partei wird kein schweizerisches Strafgesetzbuch akzeptieren, das die Todesstrafe enthält. (Sehr richtig.) Die sozialdemokratische Partei wird aber auch kein eidgenössisches Strafrecht akzeptieren, das die Todesstrafe zuläßt. Wir erkaufen die Rechtseinheit unter keinen Umständen um diesen Preis. Darüber wollen wir gar keinen Zweifel lassen. Da sind wir von Anfang an durchaus im Klaren gewesen. Ein Strafrecht, das das Mittel der Todesstrafe nicht entbehren kann, oder dieses brutale rückständige Mittel den Kantonen gestatten würde, ein solches Strafrecht kann sich der geschlossenen Opposition der Arbeiterschaft versichert wissen. Darüber spreche ich in diesem Zusammenhange nicht weiter, das wird Sache der Detailberatung sein.

Es lohnte sich nun noch, über die Freiheitsstrafe etwas eingehender zu sprechen. Die Freiheitsstrafe war seinerzeit, als Beccaria sein berühmtes Buch: « Dei delitti e delle pene » geschrieben hatte, zweifellos ein großer Fortschritt dem alten Strafsystem gegenüber, das eigentlich nur die Körper- und die Todesstrafe kannte. Das war ein gewaltiger Fortschritt im Sinne der Humanität. Aber heute dürfen wir allmählich daran denken, vielleicht doch einen weiteren Fortschritt in der Freiheitsstrafe zu machen. Wie sie heute noch angewendet wird, darin steckt viel zu viel der Gedanke der Vergeltung und der Rache: Der Mensch, der einem andern etwas Böses zufügt, dem soll man auch etwas Böses zufügen. Ueber Freiheitsstrafe als Sicherungsmittel sind Auseinandersetzungen überflüssig. Anders verhält es sich mit dem Erziehungs- und Besserungswert dieses Strafmittels. Vor mir liegt ein Buch: « Das Verbrechen in der Darstellung des Verbrechers. » Es sind Schilderungen erschütternder Natur. Wissen Sie, wie das Zuchthaus heißt in der Sprache des Verbrechers? Nicht Zuchthaus, sondern die « Hochschule ». Man hat in dieser oder jener « Hochschule » studiert. Das ist nicht bloß ein scherzhafter Ausdruck, sondern es steckt die bittere Wahrheit darin, daß die Leute, die ins Gefängnis hineinkommen, wie die Gefängnisse und Zuchthäuser heute eingerichtet sind, in die Verbrecherhochschule hineinkommen und dort alles das, was sie vorher noch nicht wußten, im Vollzug der Freiheitsstrafe erlernen können.

Wir haben leider in der Schweiz eine sehr unvollkommene Kriminalstatistik. Ich habe gesucht, we-

nigstens einige Zahlen zu bekommen, um zu zeigen, was wir uns in der Anwendung der Freiheitsstrafen leisten. Vielleicht ist mir dabei das eine oder andere entgangen. Aber ich habe eine Kriminalstatistik von 1874, dann eine solche von 1892—1896 herausgefunden. Diejenige von 1874 erfaßt nur die eigentlichen Kriminalfälle, also die Strafen für Verbrechen. Da wird in den Erhebungen des eidgenössischen statistischen Amtes festgestellt, daß im Jahre 1874 2315 Menschen als Kriminalsträflinge in den schweizerischen Zuchthäusern waren, 1984 Männer, die im ganzen eine Strafzeit von 8640 Jahren, 4 Monaten und 13 Tagen abzubüßen hatten, im Durchschnitt 4 Jahre, 4 Monate und 7 Tage; 331 Frauen, die 1468 Jahre, 11 Monate und 24 Tage absitzen mußten, im Durchschnitt 4 Jahre, 5 Monate und 8 Tage; zusammen 2315 Personen, die 10,109 Jahre, 4 Monate und 7 Tage als Strafe abzusitzen hatten. Das sind, wie gesagt, nur die Kriminalsträflinge. Diejenigen Kriminalsträflinge, die allein im Jahre 1874 neu eingetreten waren, machten 889 Personen aus, die allein 1976 Jahre und 8 Tage abzusitzen hatten.

Ueber die Jahre 1892—1896 ist eine Kriminalstatistik aufgenommen worden, die nun alle Freiheitsstrafen umfaßt, die in der Schweiz während dieser fünf Jahre ausgesprochen worden sind. Die Zahl aller Inhaftierten in diesen Jahren 1892—1896 betrug 14,612 Personen, und diese hatten 14,343 Jahre und 10 Monate abzusitzen, also im Jahresdurchschnitt 2922 Personen mit einer Strafdauer von 2868 Jahren und 9 Monaten.

Was heißt das? Das heißt, die Schweiz leistet sich den Luxus, in diesen fünf Jahren — neuere Zahlen habe ich nicht — jedes Jahr aus den Aktiven des Volkes 2868 Jahre und 9 Monate Arbeitszeit zu streichen, jedes Jahr 2922 Menschen ins Gefängnis zu stecken und ihnen zu sagen: Ihr seid ausgeschaltet, ihr habt nichts mehr zu arbeiten im ganzen Leben des Volkes, ihr werdet überwacht, ihr werdet eingeschlossen, ihr werdet auch schlecht und recht gefüttert, ihr bekommt vielleicht noch so ein bißchen einen Schein von Arbeit, indem ihr Papiersäcke kleben oder irgend eine Mappe flechten dürft, aber ja nicht zu viel, sonst kommen die Herren vom Gewerbeverein und beklagen sich über die Konkurrenz der Gefängnissträflinge!

Das bedeutet doch eine Verschwendung von Menschenkraft und Menschenleben, wie eine rationell, vernünftig organisierte Gesellschaft sie nicht betreiben darf. Diese Zeit wurde nicht angewendet und wird auch heute noch in weitem Maße nicht angewendet, um die Menschen etwa auszubilden, zu sozial nützlichen Menschen zu machen. Ich stelle mir vor, daß wir zu einer ganz andern Auffassung der Freiheitsstrafen kommen werden. Da und dort sind Ansätze vorhanden, daß man die Menschen, statt sie körperlich und moralisch völlig zu zerstören, sie wirklich in dieser Zeit, da sie eine Freiheitsstrafe abzusitzen haben, wieder aufbaut.

Der Entwurf bringt nun — das muß zugegeben werden, und das ist der Hauptgrund, weshalb ich persönlich und wohl auch meine Freunde diesem Entwurf zustimmen können — gerade in der Anwendung der Freiheitsstrafen wesentliche Fortschritte. Die Freiheitsstrafe wird nicht in erster Linie und ausschließlich als die Zufügung eines Uebels betrachtet, sondern als eine zweckmäßige Erziehung. Das zeigt

sich in der Abstufung der Freiheitsstrafen in diese drei verschiedenen Zeiten: Einzelhaft, dann Arbeit in Gemeinschaft, und im letzten Drittel, wenn gewisse Aussichten dafür bestehen, daß die Erziehungsarbeit geleistet worden ist und Erfolg hatte, eine bedingte Entlassung.

Eine Umwälzung bedeutet die Einführung der sichernden Maßnahmen. Die sichernden Maßnahmen sind eigentlich, das darf man ganz ruhig sagen, überhaupt keine Strafe mehr; sie figurieren denn auch nicht eigentlich als Strafe im Sinne der alten Rechtsauffassung, sondern sie sind Maßnahmen, welche getroffen werden zur Besserung und Heilung des Täters und um die Gesellschaft zu sichern.

Da haben wir die Verwahrung von Gewohnheitsverbrechern, die Einweisung der Liederlichen und Arbeitsscheuen, und die Heilbehandlung der Alkoholkranken. Es wäre verfehlt, und dieser Irrtum muß von Anfang an korrigiert werden, etwa zu glauben, daß hierin eine Sentimentalität zum Ausdruck komme, daß das etwa eine mildere Behandlung des Täters bedeute. Im Gegenteil; das geht weit über das hinaus, was der Staat bis jetzt zu seinem Schutz gemacht hat, indem er einen Menschen, der ein ganz kleines Delikt begangen, vielleicht für 20 Franken gestohlen hat, der vielleicht als Exhibitionist einen einzelnen Menschen gekränkt hat, für Jahre lang aus der freien Bewegungsmöglichkeit ausscheidet, sofern durch sein Verhalten oder Vorleben gezeigt ist, daß er ein besonders gefährlicher Mensch ist im Sinne der asozialen Veranlagung. Wir wollen gar nicht verhehlen, daß das auch seine Gefahren hat.

Wir haben im Kanton St. Gallen auch bereits ein Gesetz, das eine solche Einweisung gestattet, und wir wissen auch, daß die Gefahr des Mißbrauches besteht. Wir haben Urteile, wo Gerichte Leute eingewiesen haben, die durchaus nicht zur Einweisung reif waren. Aber das war ein bequemes Mittel, um eine Armenbehörde von gewissen Lasten zu befreien. Herr Biroll kann Ihnen eventuell von einem solchen Urteil Näheres erzählen. Das ist dann besonders stoßend, wenn ein solcher angeblicher Alkoholiker, der eingewiesen wird, auf einen Gemeindeammann in der Nachbarschaft verweisen kann, der immer noch Gemeindeammann ist, unter Berufung darauf, daß er ein durchschnittlicher Rheintaler sei und nicht mehr trinke als der Rheintaler im Durchschnitt. (Heiterkeit.)

Ueber die Geldstrafen hat Herr Logoz bereits gesagt, daß sie besonders in jener Bestimmung einen Fortschritt bedeuten, der die Abstufung der Geldstrafen nicht einfach nach der Tat fordert, nicht die Anwendung einer Schablone bedeutet, sondern die Anpassung nach der Empfindlichkeit, d. h. nach der Vermögenslage des Täters. Meinerseits möchte ich hervorheben, daß auch dieses Strafgesetzbuch, so gut wie das Militärstrafgesetzbuch, das Verbot enthält, Geldstrafen einfach umzuwandeln in Freiheitsstrafen.

Ein Wort gestatten Sie mir noch über die Frage der Strafminima, des Strafrahmens und der mildernden Umstände. Das sind Dinge, die sehr diskutiert werden und die gerade auch in der Arbeiterschaft da und dort Mißtrauen wecken. Wenn man dem Richter es in die Hand gibt, für die gleiche Tat 10 Fr. Buße, 8 Tage Gefängnis, drei Jahre Gefängnis, eventuell sogar Zuchthaus zu geben, so ist damit

selbstverständlich die Bedeutung und die Macht des Richters ganz außerordentlich gestärkt. Und weil die Arbeiterschaft eben von den meisten Gerichten noch ausgeschlossen ist, so hat sie natürlich Mißtrauen, daß dies sich gegen sie richten wird. Trotzdem möchte ich gerade diese Regelung als einen großen Vorzug des Gesetzes betrachten. Die Strafminima sind sehr viel diskutiert. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß die sozialdemokratische Partei seinerzeit sogar die gänzliche Abschaffung gefordert hat. Sie sind nicht beseitigt, aber doch wesentlich herabgesetzt worden. Der weite Strafrahmen hat große Vorteile. Er gibt dem Richter weitgehende Individualisierungsmöglichkeit. Es kann jeder einzelne Fall genau untersucht werden, die Strafe kann der Tat und dem Täter angepaßt werden. Es ist auf diesem Wege möglich, bei Durchführung der Strafrechtseinheit doch in weitgehendem Maße der Verschiedenheit der Auffassungen in den einzelnen Kantonen Rücksicht zu tragen. Es ist ganz klar, daß das gleiche Delikt, sagen wir einmal ein Sexualdelikt, im Kanton Luzern anders beurteilt wird als im Kanton Tessin, daß eine Geldstrafe von 50 Fr., die in Zürich eine Bagatelle sein kann, bei einem Bergbäuerlein im Kanton Graubünden droben eine fast erdrückende Last darstellt. Die Taten werden verschieden beurteilt, und auch die Strafmittel sind ganz verschieden in ihrer Wirksamkeit nach Zeit und Ort. Ich sage, auch nach Zeit. Ein Strafgesetzbuch wird nicht für fünf Jahre gemacht; es dauert Jahrzehnte, bis ein Strafgesetzbuch geändert werden kann. Der wechselnden Anschauung kann der Richter im Laufe der Jahre Rechnung tragen, wenn ihm ein großer Strafrahmen zur Verfügung steht. Denken Sie an die exorbitanten Minimalstrafen, welche die Kantone Aargau und Thurgau haben beispielsweise bei Brandstiftung, bei Abtreibung.

Die mildernden Umstände haben eine Ausgestaltung gefunden, die wir nur begrüßen können. Ich will nicht mehr sprechen — obwohl das außerordentlich wichtig und wertvoll ist, aber Herr Logoz hat das bereits eingehend getan — über die Behandlung der Jugendlichen und der Kinder. Hier ist einer der größten Fortschritte in unserem Strafgesetzbuch, ein Fortschritt, wie wir ihn in den Kantonen noch auf Jahre und Jahre hinaus nicht etwa durchgängig werden verwirklichen können. Ich erinnere an die bedingte Verurteilung und glaube, daß diese paar Bemerkungen allein schon genügen, um zu rechtfertigen, daß die Arbeiterschaft eintritt auf die Beratung eines solchen Gesetzes. Damit ist nicht gesagt, daß wir unter allen Umständen dem Gesetze zustimmen können. Ich habe Ihnen bereits gesagt, alle diese Vorteile, und selbst wenn noch neue dazu kommen, würden für uns vollständig ausgewischt, wenn die Todesstrafe hineinkäme; dann wird das Gesetz für uns unannehmbar. Aber es gibt auch noch andere Tendenzen, die wir ablehnen müssen; gewisse Leute können dasjenige, was ich eingangs über die Begründung des Mißtrauens der Arbeiterschaft gegen ein eidgenössisches Strafrecht gesagt habe, noch nicht richtig begreifen. In der letzten Nummer der Schweizerischen Zeitschrift für Strafrecht, die an ihrer Spitze einen sehr schönen Artikel des Herrn Prof. Delaquis « Gib dem Bunde, was des Bundes ist », enthält, steht ein Artikel, « Le projet de code pénal suisse et la lutte contre le bolchévisme. » Ich gestehe Ihnen

offen, wenn ich diesen Artikel in der « Gazette de Lausanne » gelesen hätte, dann hätte ich ihn zu den übrigen Artikeln des Herrn Grellet gelegt und die Sache nicht weiter erwähnt. Aber da er in der « Schweizerischen Zeitschrift für Strafrecht » erschienen ist, in dem wichtigsten publizistischen Organ, das die Rechtsentwicklung fördern soll, sind vielleicht doch einige Bemerkungen gestattet. (Zuruf: Von wem ist der Artikel?) Er stammt von einem Jacques Lefort, Dr. juris, avocat, en barreau de Genève. Der Verfasser macht sich in diesem Artikel zum Interpreten der Forderungen der Entente internationale contre la troisième Internationale. Was dieser Herr vom schweizerischen Strafgesetzbuch fordert, oder, wenn das nicht bald kommt, von einem schweizerischen Spezialgesetz zur Bekämpfung des Bolschewismus, das ist etwas, was ich einfach nicht mehr für möglich gehalten hätte. Er verlangt, daß jede Handlung, die bestimmt sei, die bolschewistische Revolution vorzubereiten, als ein Delikt sui generis behandelt werde. Es wird Leute geben, die das verständlich finden, aber wenn Sie noch erfahren, was er etwa als eine derartige Handlung, welche die bolschewistische Revolution vorbereitet, betrachtet, dann werden Sie mit mir staunen. Er spricht von dem Programm und vom Instrument der III. Internationale und sagt:

« La troisième Internationale est à l'œuvre dans le monde entier, en Suisse comme ailleurs. » Als « Beweise » führt er an:

« En veut-on un exemple tout récent? Un député vient de révéler au Grand Conseil de Genève que Lounatcharsky, pendant son séjour à Genève en octobre 1927, à l'occasion d'une Conférence du désarmement, a reçu une délégation d'instituteurs suisses qui lui ont demandé d'organiser pour eux un voyage en U. R. S. S. On voit que toute occasion est utilisée pour la propagande bolchéviste; on voit surtout les dangers d'empoisonnement qui résultent pour notre pays de la venue à Genève des gens de Moscou ».

Er stellt also fest, daß als Lunat charski zur Abrüstungskonferenz nach Genf gekommen ist, einige Lehrer ihn gebeten haben, eine Studienreise nach Rußland zu organisieren. Da sehe man die Gefahren der Vergiftung, die daraus resultieren, daß die Leute von Moskau nach Genf hätten kommen können! Diese Dinge sollen nach der Meinung des Herrn Lefort auf dem Wege der Strafgesetzgebung verunmöglicht werden. Ein weiteres Münsterchen: Herr Lefort findet sein Ideal in dem Gesetze, das Frankreich am 14. März 1872 gegen die Internationale Arbeiterassoziation erlassen hat. Er gibt daraus einige Auszüge:

« Toute association internationale qui, sous quelque dénomination que ce soit, et notamment sous celle d'Association internationale des travailleurs, aura pour but de provoquer la suspension du travail, l'abolition du droit de propriété, de la famille, de la patrie, de la religion et du libre exercice des cultes, constituera par le seul fait de son existence et de ses ramifications sur le territoire français, un attentat contre la paix publique. Tout Français qui, après la promulgation de la présente loi, s'affiliera ou fera acte d'affilié à l'association internationale des travailleurs ou à toute autre association professant les mêmes doctrines et ayant les mêmes buts, sera puni

d'un emprisonnement de trois mois à deux ans et d'une amende . . .

L'étranger qui s'affiliera en France ou qui fera acte d'affilié sera puni des peines édictées par la présente loi. La peine de l'emprisonnement pourra être élevée à cinq ans à l'égard de tout Français ou étranger qui aura accepté une fonction dans cette association ou qui aura sciemment concouru à son développement . . . » (art. 1 à 3).

Das Gesetz vom März 1872 erklärt es als ein Delikt gegen den öffentlichen Frieden, wenn die internationale Arbeiterassoziation bestehe, durch die bloße Tatsache ihrer Existenz und ihrer Verzweigung auf den Boden von Frankreich. Das Gleiche soll gelten für jede andere Organisation, die beispielsweise Streiks vorbereitet. Jeder Franzose, der einer solchen Gesellschaft angehört oder irgendwie als Mitglied der Gesellschaft sich betätigt, ist mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 2 Jahren und mit Buße zu bestrafen. Das gleiche soll für Ausländer gelten. Und nun sagt Herr Lefort in bezug auf dieses Gesetz:

« Cette loi pourrait trouver son application dans la défense contre la menace bolchéviste presque sans modification des définitions qu'elle contient.

Herr Lefort findet, das Gesetz könnte sozusagen unverändert auch in der Schweiz aufgenommen werden zur Bekämpfung des Bolschewismus.

Auch darüber wollen wir gar keine Zweifel lassen, daß, wenn wirklich im Rat jemand aufstehen und versuchen sollte, derartige Gedanken, die man überall in die Rumpelkammer geworfen hat, mit Ausnahme von Ungarn, wie Herr Lefort anerkennend feststellt, Gedanken, wie sie seinerzeit im deutschen Sozialistengesetz enthalten waren, in unser Recht hineinzubringen, und wenn ein derartiger Versuch bei uns Erfolg haben sollte, daß dann selbstverständlich jede Diskussionsmöglichkeit für uns aufgehört. Wir lassen es nicht zu, so wenig wie wir es beim Militärstrafgesetz zugelassen haben, daß etwa die Gelegenheit der Schaffung eines eidgenössischen Strafrechtes mißbraucht werde zur Schaffung eines Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiterschaft, denn darüber sind wir klar, vom Bolschewismus spricht man und den Sozialismus meint man. Wegen der paar Leute, die als Kommunisten und Bolschewisten Ihnen hie und da Gelegenheit geben, Ihr Arsenal gegen die Arbeiterschaft etwas besser auszurüsten, müßte man kein Gesetz machen — ich glaube, nicht einmal Herr Lefort würde es tun. Die Arbeiterschaft möchte man mit dem Mittel dieser Strafgesetzgebung treffen und sie als mindern Rechtes erklären. Ich sage, wenn man das will, dann wird es unmöglich sein, daß die Arbeiterschaft, daß die Sozialdemokratie, mitmacht. Wir betrachten das Gesetz, so wie es vorläufig entworfen ist, als einen großen Fortschritt. Es bringt den Fortschritt der Strafrechtseinheit, die als solche gerade für die Arbeiterschaft von Wert ist. Im Vorentwurf sind aber auch wichtige Fortschritte materieller Natur enthalten. Ganz unverkennbar ist die Arbeit der Wissenschaft der letzten Jahrzehnte in bezug auf die Grundfragen des Strafrechtes nicht wirkungslos geblieben. Das alles sind Dinge, die es uns gestatten und die es uns zur Pflicht machen, an der Ausarbeitung dieses Gesetzes mit Hingabe und wenn es sein muß, auch im Kampfe mit Begeisterung einzutreten, aber auch nur dann, wenn an diesen Grundgedanken nichts Wesentliches ge-

ändert wird, vor allem nur dann, wenn das Gesetz nicht geschändet wird durch den Versuch, ein Klassengesetz in der schlimmsten Form in dieses Gesetz hineinzuschmuggeln. In diesem Sinn stimmen wir für Eintreten.

Ullmann: Gestatten Sie mir einige Ausführungen, speziell vom naturwissenschaftlichen und vom ethischen Standpunkte aus. Endlich wieder einmal eine Vorlage, die über dem Alltag steht, endlich wieder einmal ein Gesetz, das über die wirtschaftlichen Organisationen hinausreicht. Nationale, menschliche, man darf sagen ideal-politische Motive stehen im Vordergrund und ideal-politische Forderungen sollen verwirklicht werden. Man möchte glauben, daß auf der ganzen Linie mit Freuden eine nationale Einstellung in die Erscheinung treten würde bei der Vereinheitlichung des Strafrechtes. Glücklicherweise haben wir hier nicht Standesinteressen, nicht Klasseninteressen oder wirtschaftliche Sonderinteressen zu regeln, wie es in den letzten Epochen gewöhnlich der Fall war. Die Vorlage ist nicht mit Wirtschaftlichkeit durchsetzt, vielmehr sollen ethische Aufgaben, geistige, ideologische Forderungen für das Volksganze verwirklicht werden, und das ist ein großer Vorzug. Das ethische Moment, das allerdings in unserer Zeit fast ein Fremdling geworden ist, drückt dem Gesetz trotz seiner sonstigen Strenge den Stempel auf. Strafrecht muß Strafrecht bleiben zum Schutz der Gesellschaft, aber Humanisierung und Ethisierung sind neue Punkte in dieser Vorlage. Man sollte wirklich glauben dürfen, daß eine Volkssolidarität zu finden sei, daß alle Gruppen, daß die 25 Liliputstädtchen unserer Schweiz sich bei der Lösung dieser Aufgabe finden würden. Zwei Weltanschauungen haben sich im neuen Gesetz in schöner Form vereinigt: die alte kriminalistische Anschauung, mit der Forderung: Strafe, Sühne, Vergeltung. Diese alte Anschauung streift ihre Härte ab zugunsten der menschlich schönen Forderung, die da heißt: Erziehung, Besserung, Heilung. Nur wer einer Schuld fähig ist, soll gestraft werden, wer dagegen einen schuldhaften Willen nicht haben kann, z. B. Geisteskranke, Kinder u. s. w., dürfen nicht bestraft werden.

An einigen wenigen Beispielen will ich Ihnen die schönen Neuerungen wissenschaftlicher Natur belegen und beweisen. Sie alle haben schon von der strengen deterministischen Auffassung gehört, von der sogenannten Bestimmungslehre, daß der Mensch in allem unter einem gewissen Zwang handle, und daher nicht schuldhaft sei. Diese Lehre, wobei der Verbrecher rein biologisch erklärt wird und wobei die anormalen Gehirnfunktionen als Schuld aufgeführt werden, stammt von Lombroso und seiner Schule. Abgesehen davon, daß diese Behauptungen wissenschaftlich gar nicht belegt sind, würden sie jedes Strafrecht auf den Kopf stellen. Es darf aber gesagt werden, daß diese Lehre, die an und für sich nach meiner Auffassung übertrieben ist, einen gewissen günstigen Einfluß auf alle neueren Strafrechte im guten Sinne ausgeübt hatte. Als Folge kann die Unterscheidung zwischen Zurechnungsfähigen und Unzurechnungsfähigen aufgefaßt werden. Die ersteren, die Zurechnungsfähigen, handeln schuldhaft; die letzteren können keine Schuld haben. Diese Rechtsbrecher, die nicht schuldhaft handeln können, infolge

ihres unzurechnungsfähigen Zustandes, sollen nicht von Strafe betroffen werden, wohl aber sollen sie von den Sicherungsmaßnahmen betroffen werden. So haben wir denn im neuen Strafgesetz die schöne Auffassung, nicht nur das Verbrechen als solches anzusehen, sondern auch den Menschen und dessen Lebensverhältnisse.

Die Abgrenzung geschieht in drei Stufen: Zurechnungsfähige, Unzurechnungsfähige und als Uebergang die vermindert Zurechnungsfähigen. Diese Begriffe, wenn sie auch nicht so ganz genau umschrieben werden können, wie das übrigens selbst auch in der Wissenschaft oft der Fall ist, haben sich in der Praxis eingelebt. Namentlich ist der Begriff der Unzurechnungsfähigen in Art. 10 ziemlich genau umschrieben, und die andern beiden Kategorien lassen sich dann gut herauschälen. Wenn nun in Art. 10 gesagt wird, daß Strafe diese Kategorie der Unzurechnungsfähigen nicht treffen kann, so bildet diese Gruppe eben doch eine Gefahr für die Umgebung. Deshalb wird im neuen Strafrecht das System der sichernden Maßnahmen eingeführt, und zwar durch den Strafrichter angeordnet. Zumeist kommen dabei Heil- und Pflegeanstalten in Frage. Diese Lösung mit dem System der sichernden Maßnahmen bedeutet einen schönen Fortschritt gegenüber der alten Schule mit ihren Strafen und ihrer Vergeltung.

Zwischen Zurechnungsfähigkeit und Unzurechnungsfähigkeit besteht dann noch ein breites Zwischenland, ich meine die Zwischenstufe der vermindert Zurechnungsfähigen, die Gruppe mit den vielen Varianten von Geistesschwachen, leicht Idiotischen, Haltlosen, moralisch Defekten, usw. Ein Teil dieser Rechtsbrecher besitzt die Fähigkeit nicht, die Strafbarkeit der Tat einzusehen. Ich betone aber extra, nur bei einem Teil ist die Fähigkeit zur Einsicht herabgesetzt und die Schuld dadurch vermindert. Dieser Teil wird eher heil- und pflegebedürftig sein, als bestraft werden können. In den zwei Prinzipien, in den zwei Systemen von Strafe und Sicherungsmaßnahmen, liegt ein schöner humaner Gedanke.

Das gleiche Prinzip wird im neuen Strafrecht auf die Trunksüchtigen übertragen, sofern sie schuldhaft geworden sind und sofern das Vergehen nur mit Gefängnis und nicht mit Zuchthaus bedroht ist. Die neue Fassung der Kommission, wie sie im Entwurf enthalten ist, will nicht zuerst die Strafe absitzen und dann eventuell noch die Heilanstalt nachfolgen lassen, wie beabsichtigt war. Der krankhafte Trinker wäre schlechter gestellt, als ein gesunder Verbrecher. Die große Gruppe von Verbrechen, die durch Gewohnheitstrinker begangen werden, verlangt zweckmäßiges Einschreiten durch Heilung. Die Strafanstalt kann nicht Erziehungsanstalt in medizinisch-pädagogischem Sinne sein, dazu gehört eine andere individuelle Einwirkung, eine psychologische Einwirkung, eine Innerlichkeit. Mit der Einweisung in eine Krankenheilstätte ist dem Rechtsbewußtsein Genüge geleistet, weil die Trinkerheilanstalt den Charakter einer Korrekptionsanstalt trägt, allerdings mit besonderer Einwirkung auf die Psyche des Heilbedürftigen. Die sichernde Maßnahme heißt also hier: Trinkerheilstätte, wobei das Strafmoment allerdings nicht fehlt.

Eine analoge psychologische Einstellung, oder besser gesagt, eine psychologische Einfühlung treffen wir bei der Behandlung der Jugendlichen. Es wird

nicht verallgemeinert, daß der in der Jugend stehende Delinquent nicht bestraft werden könne, aber eine besondere strafrechtliche Behandlung ist angezeigt. Die Altersgrenzen sind in vier Stufen abgeteilt, und die Maßnahmen sind dem persönlichen Status des Jugendlichen angepaßt. Je nachdem er verwahrlost, geistesschwach, epileptisch ist, dienen die Maßnahmen als Fürsorgezwecke oder als sichernde Maßnahmen. In gewissen Fällen, je nach dem Ermessen des Richters, erfolgt Strafe in einer Korrekptionsanstalt, allerdings nicht mit Erwachsenen zusammengepfert. So tritt auch hier die Wiedervergeltung als Gesetz zurück gegenüber der Fürsorge, je nach der Individualität.

Mit diesen wenigen Beispielen, ich sage wenige, weil die Oekonomie der Zeit mir nicht erlaubt, noch mehr anzuführen, habe ich versucht, Ihnen die ethischen Gesichtspunkte vor Augen zu führen.

Mit zwei Worten darf ich vielleicht noch die großen Mängel beifügen, welche die Strafvollzugsstätten aufweisen: Ich meine die Strafanstalten, die Gebäude, die dem Strafvollzug dienen. In manchen Kantonen oder wohl in den meisten, ist eine Differenzierung der Insaßen rein unmöglich. Die ungleichartigsten Elemente müssen zusammengepfert werden. Daher ist die im neuen Strafgesetzbuch vorgesehene tatkräftige finanzielle Unterstützung der Kantone zu begrüßen.

Ich habe letzthin in einer bedeutenden Zeitung gelesen, die Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Strafrechtes mache sich keineswegs fühlbar, was dagegen dringend sei, sei die Revision der kantonalen Strafgesetzbücher. Eine solche Auslegung ist mir rein unverständlich. Ich frage mich, warum 25 Revisionen, die ja auch wieder kantonale Varianten enthalten, wenn man mit einer einzigen eidgenössischen Strafgesetzgebung zum Ziele kommen kann. Männer der Wissenschaft und der Praxis haben während Jahrzehnten am Werke der Strafrechtskodifikation gearbeitet. Das neue Strafgesetz bedeutet einen ethischen und einen kulturellen Fortschritt, und mit redlichem Verständigungswillen sollte dieser aufgenommen werden. Ich trete selbstverständlich auf die Vorlage ein.

M. Grand: Dans la commission du Conseil national, chargée de l'examen du projet de Code pénal fédéral, le groupe conservateur-catholique est représenté par six membres sur vingt-sept. Ce sont actuellement MM. Dedual, Balestra, Eggspühler, Evéquo, Grünenfelder et votre serviteur.

Dès les premières séances de la commission, nous avons effectivement et loyalement collaboré à la discussion du projet et à la rédaction des propositions, qui en sont issues. Nous n'avons, à aucun moment, fait d'opposition systématique. Au contraire, nous n'avons cessé d'améliorer, selon nos vues et nos principes, les dispositions du projet, acceptant tout ce qui nous paraissait acceptable, et n'ayant d'autre souci que de remplir convenablement notre mission.

Le résultat en est que nos propositions de minorité sont peu nombreuses. Nous aurions pu en formuler beaucoup d'autres; mais cela eût entraîné une modification si profonde des systèmes du projet, que c'eût été l'équivalent de le renvoyer au Conseil fédéral. D'autre part, nous n'avons pas voulu entraver devant les Chambres la discussion et l'initiative individuelles de nos collègues. Nous nous sommes bornés à pré-

senter les propositions, qui, selon nous, devaient nécessairement être faites, laissant à d'autres le soin de formuler les amendements accessoires et légitimes qu'il convient.

Ainsi donc, en notre qualité de commissaires, nous avons accepté l'entrée en matière sur le projet. Nous serions mal venus maintenant de présenter ici une proposition contraire.

Mais nous appartenons à un parti, et comme tels vous nous permettrez d'exprimer aussi nettement que possible l'attitude du groupe conservateur-catholique, en présence du projet du Code pénal fédéral.

Quelle sera cette attitude? Elle peut paraître douteuse si l'on en croit le bruit public et la presse. Nous voulons dissiper tous doutes: Nous aurions d'excellentes raisons de refuser d'entrer en matière. Néanmoins, notre groupe ne le fera pas; il votera l'entrée en matière, mais, — et que cela soit bien entendu — en réservant formellement son vote final.

Nous aurions — dis-je — d'excellents motifs de nous opposer à l'entrée en matière:

Nos principes fédéralistes sont restés les mêmes qu'en 1898, au moment du vote de la centralisation pénale. Cette centralisation — nous nous sommes opposés de toutes nos forces à son inscription dans notre charte fédérative. Nous n'avons pas changé de sentiments: nous estimons aujourd'hui comme alors qu'elle porte inutilement une atteinte trop profonde et trop dangereuse à la souveraineté cantonale.

Les populations, que nous représentons ici, ont, presque unanimes, rejeté l'article constitutionnel le 13 novembre 1898. Leurs sentiments non plus n'ont pas changé, et c'est avec peine qu'elles en reviendront et accepteront la réalisation pratique par le Code pénal unique d'un principe auquel elles se sont opposées avec tant de vigueur il y a trente ans.

Cette réalisation peut ainsi paraître prématurée tout au moins. Son besoin actuel ne s'en fait pas suffisamment sentir; la diversité des mœurs, et des traditions, des conceptions morales et juridiques — toutes choses qui sont du domaine du droit pénal — est encore telle entre cantons, qu'une unification de ce droit paraît presque impossible. Peut-être qu'un jour viendra, où ces différences si accentuées seront aplanies sous l'effet de la pénétration réciproque due à l'intensité toujours plus grande des relations humaines.

Le Code pénal fédéral n'est certainement pas une nécessité. Son utilité même est contestable. Les cantons sont suffisamment armés par leurs lois et leurs institutions, pour réprimer les crimes et les délits commis sur le territoire de la Confédération. Les codes cantonaux sont en bonne voie de perfectionnement et d'adaptation à la vie moderne. On pouvait comprendre l'unification du droit civil, et désirer un Code civil suisse, car le droit civil intéresse les rapports journaliers de tous les individus, tandis que le code pénal n'en atteint qu'un nombre restreint et dans des circonstances qui ne sont pas usuelles.

On peut craindre, en outre, avec raison, que l'entrée en vigueur d'un Code pénal fédéral ne heurte et ne blesse des traditions légitimes et qu'elle n'entraîne, à bref délai, l'unification de la procédure et de l'organisation judiciaire, des cantons en cette matière. L'art. 64bis de la Constitution réserve bien aux cantons la procédure et l'organisation judiciaire, mais cette réserve pourra-t-elle subsister plus longtemps une fois le Code pénal fédéral voté?

L'unification pénale apparaît pour plusieurs comme un problème d'ensemble à résoudre beaucoup plus considérable que l'unique élaboration d'un code suisse, et c'est pourquoi beaucoup appréhendent ce premier pas, qui en entraînera d'autres vers la politique centralisatrice et unitaire.

Au surplus, toutes les autres raisons invoquées déjà en 1898 contre le principe de l'unification du droit pénal subsistent encore et ont gardé toute leur valeur. Alors, direz-vous, la conclusion devrait être le refus d'aborder même l'examen du projet de Code pénal fédéral. D'aucuns le pensent.

Néanmoins, le groupe conservateur-catholique votera l'entrée en matière. En voici les raisons:

Depuis 30 ans, le principe de l'unification du droit pénal est inscrit dans la Constitution. L'art. 64bis voté par le peuple et la majorité des cantons le 13 novembre 1898 dispose que «la Confédération a le droit de légiférer en matière pénale l'organisation, la procédure et l'administration de la justice demeurant aux cantons dans la même mesure que par le passé». En présence de ce droit constitutionnel, nous ne pouvons raisonnablement empêcher indéfiniment la Confédération de l'exercer, et surtout de tenter un essai d'unification pénale. Nous voulons et devons être bons princes et permettre cette tentative justifiée. Il n'y a pas d'objection à cela.

Cet essai d'ailleurs aura certainement une utilité, même si le résultat en est négatif, même si le code n'est pas accepté. La science juridique en tirera profit. Il servira de base aux cantons, qui le voudront, pour élaborer de nouveaux codes, ou améliorer ceux qui existent. Cet essai entraînera un courant d'idées qui pénétrera les diverses régions et le peuple et préparera l'avenir.

Il est utile au surplus de présenter à la discussion publique non seulement des Chambres, mais de la presse, mais du peuple, et des universités, un projet de Code pénal fédéral. Le sentiment populaire, qu'il faut se garder soigneusement de négliger en cette matière, pourra se donner libre cours et en dernière analyse le législateur fédéral sera, par cette expérience, éclairé sur ce qu'il est possible de faire et de réaliser. Cette expérience sera incontestablement fructueuse, quels qu'en soient les résultats.

En dehors de ces motifs, nous ne pouvons refuser notre collaboration sincère et vigilante à l'œuvre projetée, sans trahir notre devoir, qui est de sauvegarder les principes et les intérêts de l'Etat et de nos commettants. Ce projet pourrait un jour voir la lumière et devenir loi. Que dirions-nous si elle allait se créer sans notre concours, sans l'avoir rendu aussi acceptable que possible à notre point de vue. Nous aurions agi à la légère.

C'est pourquoi nous entrerons en matière et apporterons notre tribut aux délibérations sur le projet.

Mais, si nous disons apporter notre loyal concours à cet essai, d'élaboration d'un Code pénal fédéral, nous n'entendons pas nous lier dès maintenant, mais réserver formellement notre vote final.

Cela est facilement compréhensible:

Suivant le résultat définitif auquel aboutira le projet, il sera pour nous devenu acceptable ou non. Il est prématuré de le dire en ce moment.

Le projet actuel renferme, — même amendé par la majorité de la commission, — des dispositions

contraires à nos principes et qu'il nous est impossible d'admettre.

Il heurte en outre nos traditions sur les peines, leurs formes, leur durée, leur but. Il paraît empiéter sensiblement — et semble-t-il inévitablement — sur certaines compétences cantonales de procédure, d'organisation et d'administration.

Il institue ou oblige les cantons à instituer des établissements coûteux, et à réalisation difficile.

Le système du projet entraîne des inconvénients difficiles à réduire: l'ensemble en est touffu, développé à l'excès; par endroit il a l'allure plutôt d'un catéchisme que d'un code; il exagère la casuistique, en ayant la prétention, vaine d'ailleurs, de tout prévoir; il est d'une douceur extraordinaire à l'égard des criminels; il oublie que l'homme naît déchu entaché de la faute originelle, et que ce n'est pas toujours la société qui le pervertit.

Ces objections qu'on peut faire au projet ne doivent cependant pas en arrêter l'examen. Nous avons l'espoir que la discussion laborieuse et consciencieuse des Chambres l'amélioreront. Alors le moment décisif sera venu de nous prononcer. Jusque là le parti catholique se contentera d'apporter à l'élaboration du Code pénal fédéral son concours loyal et sa sincère collaboration.

M. de Meuron: Au risque de jeter une note discordante dans ce débat, je dois déclarer d'emblée que je suis arrivé à la conclusion qu'il y a lieu de voter contre l'entrée en matière, c'est-à-dire contre le passage à la discussion des articles du projet du Code pénal soumis à nos délibérations. Si j'arrive à cette conclusion toute personnelle, c'est pour différents motifs.

Et tout d'abord des motifs de forme. Le projet du Code pénal fédéral date de 1918. Il y a longtemps qu'il a été distribué aux membres des Chambres et plusieurs l'ont peut-être un peu perdu de vue; la commission, elle, l'a eu pendant plusieurs années en main et sous les yeux. Après beaucoup d'années d'études et d'efforts, elle a abouti au projet qu'elle nous présente; mais ce n'est point une raison pour discuter immédiatement ce projet de Code pénal, détail par détail et article par article. Nous avons d'autres choses à faire; nous avons nos occupations personnelles et je prétends qu'il est impossible à MM. les députés qui veulent s'occuper de la question d'être en mesure de discuter ce projet; il est impossible de se livrer à ce travail alors que nous n'avons pu l'étudier que pendant le mois de février. Pour ce premier motif, je vote contre l'entrée en matière. Nous sommes, en outre, dans notre dernière année de législature. Est-il bien indiqué d'aborder cette grosse question maintenant, alors que nous avons tant de choses pressantes qu'il faut absolument liquider dans cette législature, et que nous pouvons liquider? Il n'est pas question, par contre, de terminer la discussion du Code pénal; le débat sera forcément interrompu pour être repris après les élections. Je souhaite à tous mes collègues de ce Conseil et à tous les membres de la commission de revenir ici et de ne subir aucun des accidents fâcheux auxquels un candidat est toujours exposé. Mais si cela devait arriver, s'il survenait des modifications dans la composition de la commission, il faudra recommencer le travail. N'est-il pas plus indiqué dans ces conditions de ren-

voyer tout cela jusqu'à la prochaine législature, et au prochain Conseil, qui pourra s'y mettre dès le début et consacrer tout son temps à cette œuvre considérable.

Voilà les deux motifs de procédure et d'ordre pratique, tout d'abord, qui m'engagent à voter contre l'entrée en matière.

Mais j'ai des motifs d'un autre ordre et plus sérieux pour m'opposer à l'entrée en matière, c'est que l'unification du droit pénal est inutile et dangereuse au point de vue politique et pour l'avenir de notre pays.

Je veux me mettre d'emblée en règle, si possible, avec M. le conseiller national Logoz, mon honorable et honoré collègue qui, tout à l'heure, en nous faisant la leçon et en nous grondant à l'avance, disait: Malheur à celui qui se permettrait de discuter la question de l'obligation, du devoir pour la Confédération de procéder à l'unification. Au risque d'encourir ses reproches et sa sévérité, je veux dire un mot de la question parce qu'elle n'est pas pour moi si simple qu'il paraît le croire. Sans doute en 1898, le peuple suisse, dans sa majorité, a voté la faculté pour la Confédération de procéder à l'unification du droit pénal, mais il y a eu une minorité importante. Tout le monde n'était pas d'accord. Il y a eu plus de 100,000 opposants — c'est quelque chose — et quatre et trois demi cantons, dont les cantons primitifs, qui tenaient particulièrement à leur souveraineté. Parmi eux se trouvaient également deux grands cantons, Fribourg et Valais, qui ont voté contre la revision et contre l'unification. Ce ne fut donc pas une votation d'enthousiasme et d'emballlement. A ce moment-là déjà, de très sérieuses objections ont été faites. Sans doute l'art. 64bis a été voté, mais je ne m'estime pas, moi, conseiller national, lié par l'art. 64bis et je ne pense pas qu'il m'interdise de discuter à nouveau l'opportunité de l'unification du droit pénal. De même que le peuple a le droit de refuser une loi qu'il estime mauvaise, de même que le peuple suisse aura le droit de demander le referendum contre le projet de Code pénal, chacun de nous, députés aux Chambres, conserve le droit de dire: « Je ne veux pas de ce projet, parce que la Confédération ne s'est pas acquittée au mieux de la tâche qu'elle avait entreprise. » Il y a lieu de remarquer que l'art. 64bis de la Constitution, voté en 1898, n'impose nullement une obligation à la Confédération. L'art. 64bis accorde une faculté, un droit. Si l'on relit le texte, on constate la différence voulue: « La Confédération a le droit de légiférer en matière de droit pénal. L'organisation judiciaire, la procédure et l'administration de la justice demeurent aux cantons dans la même mesure que par le passé. » Qu'est-ce que cela signifie, si j'oppose cela à ce qui est dit à l'art. 64 dans les termes suivants: « La législation sur la capacité civile, sur toutes les matières du droit se rapportant au commerce et aux transactions mobilières, sur la propriété littéraire et artistique, etc., est du ressort de la Confédération »? (M. Logoz: Lisez également l'alinéa suivant.) Patientez, mon honorable collègue, j'y arrive, je ne veux rien passer sous silence et j'espère bien répondre à toutes vos objections. « La législation est du ressort de la Confédération » et immédiatement après « La Confédération a le droit de légiférer aussi sur les autres matières du droit civil. » Pourquoi s'est-on servi d'expressions différentes? Précisément parce qu'on a voulu

faire une différence. Il y a des matières dans lesquelles la Confédération ne peut pas faire autrement que de légiférer, parce que ces matières ne peuvent pas rester sans législation, en particulier celles qui sont énumérées au commencement de l'art. 64. Pour les autres, c'est une faculté. On verra plus tard si cela est possible. Cette expression « a le droit » se retrouve dans d'autres articles, ainsi par exemple à l'art. 27, qui accorde à « la Confédération le droit de créer, outre l'Ecole Polytechnique Fédérale existante, une université fédérale et d'autres établissements d'instruction supérieure ». . . Est-ce qu'elle a jamais fait usage de ce droit ? S'est-il trouvé quelqu'un pour protester contre le fait que la Confédération n'avait pas créé d'université fédérale ? C'est une faculté dont elle peut user ou ne pas user : ce n'est nullement une obligation.

Le texte allemand, lui aussi, fait la même différence. Pour les matières qui sont du ressort de la Confédération, on se sert de l'expression « zustehen », c'est-à-dire « appartient à », « est de la compétence de », tandis que pour ce qui concerne l'unification du droit civil et du droit pénal, on se sert de l'expression : « ist befügt », « est autorisée ». C'est donc bien une faculté et non une obligation. En français, on retrouve cette idée dans maints autres articles où l'on dit « la Confédération entreprendra par voie législative », « la Confédération détermine », « la Confédération statue ». Ce sont là des mandats impératifs donnés à la Confédération, elle ne peut s'y soustraire. Mais dans le cas qui nous occupe, c'est un essai qui a voulu être tenté, un droit accordé, droit considérable, je le veux bien, mais qui ne vous autorise point à nous dire aujourd'hui : « Vous devez vous soumettre et vous incliner, la Confédération ne peut pas attendre plus longtemps pour faire usage de ce droit. »

C'est tellement vrai que dans son message de 1896, alors qu'il préparait la révision de l'art. 64 de la Constitution, le Conseil fédéral lui-même tient exactement le même langage que celui que je tiens en ce moment et fait la même distinction que je me permets de soumettre aujourd'hui à votre attention. Le Conseil fédéral, dans son message du 28 novembre 1896, relatif à la révision de la Constitution fédérale en vue d'introduire l'unification du droit, disait : « Aujourd'hui que la dernière loi fédérale prévue par l'art. 64 de la Constitution fédérale est en vigueur depuis cinq ans, le Conseil fédéral estime le moment venu d'étudier le problème du développement du droit civil et du droit pénal dans notre Etat fédératif. La Constitution, dans son art. 64, a délimité de façon précise les attributions législatives de la Confédération. Mais il sera permis de rappeler que lors de l'élaboration de cet art. 64, ce n'était pas l'opinion prépondérante qu'il dût à jamais limiter la compétence de la Confédération. L'art. 64 est venu remplacer l'art. 59 du projet de Constitution du 5 mars 1872, qui chargeait la Confédération de légiférer en matière de droit civil et de procédure civile, en lui laissant la faculté d'en faire autant dans le domaine du droit pénal et de la procédure pénale. » Ce n'est pas moi qui parle, c'est le Conseil fédéral qui distingue intentionnellement entre les mots : « charger la Confédération de légiférer », et « lui laisser la faculté ». Si l'on examine ce qui s'est passé à cette époque, on constate qu'on a repris l'article qui avait été rejeté en 1872, avec le premier projet centralisateur de Constitution. L'ar-

ticle d'alors disait : « La législation sur le droit civil, y compris la procédure, est du ressort de la Confédération. Toutefois, le droit de législation sur ces matières est réservé aux cantons jusqu'à la promulgation des lois fédérales. » — « La Confédération peut, en outre, étendre sa législation au droit pénal et à la procédure pénale. »

En 1898, le Conseil fédéral a repris à peu près ce texte en l'améliorant. Au lieu de dire « peut, en outre, étendre » on a dit « La Confédération a le droit de légiférer en matière de droit pénal. » C'est donc au fond la même disposition, la même distinction qu'en 1872. J'estime dès lors que malgré l'art. 64bis de la Constitution, il m'est permis de combattre l'entrée en matière et de m'opposer à l'unification du droit pénal.

J'ai de bons motifs pour ne pas vouloir entrer en matière. J'estime que c'est une unification inutile et dangereuse ; inutile malgré tout ce qu'on vous a dit sur la diversité des législations. J'estime que cette diversité des législations pénales cantonales ne constitue nullement un danger social et que leur unification n'est nullement nécessaire. Cette diversité, qui peut paraître étrange au premier abord, répond à la nature même de notre pays. Nous ne pouvons pas faire notre pays autrement qu'il est, autrement qu'il a été formé au cours de toute son histoire. Nous sommes un Etat fédératif ; nous ne sommes pas un Etat centralisé. Nous sommes un peuple de langues, de races et de religions différentes. Le caractère fédératif de notre Etat répond à une nécessité. Il comporte naturellement une grande diversité et quelquefois même des oppositions entre les idées des différents cantons. Mais je dis que c'est aux cantons à améliorer eux-mêmes leur régime pénal sans l'intervention de la Confédération. Et c'est aux cantons qu'il appartient de réaliser les réformes nécessaires. Les progrès se feront beaucoup mieux si les cantons sont libres. Plusieurs ont déjà entrepris ce travail ; d'autres sont occupés à le faire ; pourquoi voulez-vous les empêcher d'améliorer leur régime cantonal ? J'ajoute que les progrès seront beaucoup plus faciles si on laisse la loi pénale dans la législation cantonale que si l'on crée un code unique, qui sera ensuite beaucoup plus difficile à modifier. Je suis opposé à cette centralisation, à cette unification, parce qu'elle enlève aux cantons une partie de leur souveraineté dans une matière où les cantons peuvent faire non seulement aussi bien, mais même mieux que la Confédération.

C'est donc au nom des principes fédéralistes et au nom de la souveraineté cantonale que je voterai contre le passage à la discussion des articles. Ce langage n'est pas nouveau. Il a été tenu en 1898 au Conseil des Etats et au Conseil national. C'était le Conseil des Etats qui avait la priorité et M. Muheim entre autres fit un très beau et bon discours dans lequel il souligna les mêmes dangers, les mêmes objections que je me permets de reprendre aujourd'hui. Au Conseil national, en juin 1898, plusieurs orateurs ont combattu le projet pour les mêmes motifs, le considérant comme une ingérence inutile dans la souveraineté des cantons. MM. Bühler, Kuntschen, Decurtins, Fazy, Odier ont parlé dans ce sens.

M. Hilty, qui n'était pas fédéraliste et qui a voté le nouvel article, a souligné les difficultés auxquelles se heurterait l'unification du droit pénal, parce que

le droit pénal repose sur des conceptions fondamentales philosophiques qui varient non seulement d'homme à homme, mais de canton à canton.

Pour me mettre à l'abri des reproches très graves qui vont m'être adressées, je veux ajouter que les idées que je soutiens aujourd'hui ne sont pas si extraordinaires et que je suis en bonne compagnie pour les soutenir. Je prends un ouvrage sur le droit public de la Confédération, écrit par le Dr Dubs. Voici ce qu'on y lit sur les conséquences que pourra avoir l'article concernant l'unification du droit pénal. Je rappelle que cet ouvrage a été écrit à Lausanne en octobre 1877. Dubs est mort en 1879. Ce livre est le résumé de ses expériences de magistrat: c'est en quelque sorte son testament politique. Il écrit:

« La Suisse romande surtout, ne voulait pas entendre parler de l'unification du droit et de l'extension de l'action de la Confédération dans ce domaine; elle craignait d'être lésée dans ses intérêts particuliers les plus légitimes. On ne peut nier que ces appréhensions ne fussent en partie fondées. Le droit repose en définitive sur la coutume et les mœurs, et ne peut pas être imposée arbitrairement de haut en bas. Les mœurs et les idées de la Suisse romande et de la Suisse allemande diffèrent sur bien des points. Il y a des domaines où les différences ne sont pas grandes et où une entente rencontrera peu de difficultés; mais il en est d'autres où l'accord ne pourrait se produire qu'ensuite d'un ordre suprême et, dans ces cas-là, l'avantage du but à atteindre ne compensant pas le préjudice du moyen employé, il vaut certainement mieux laisser à la nationalité qui est en minorité sa liberté et son caractère particulier.

L'oppression la plus douloureuse est celle qui porte atteinte à notre langue, à notre religion et à notre droit. Elle doit être inconnue dans un pays libre. Que ceux qui ont le même droit s'unissent; que ceux qui ont un droit différent leur tendent la main pour s'unir à eux autant qu'ils le peuvent; mais vouloir imposer formellement et par la force à une partie de la Suisse un droit dont elle ne veut pas, serait contraire à toute idée raisonnable. En pratique, le mot « un droit » ne se traduit que par l'oppression du droit de la minorité. »

Qui dit cela? Est-ce un de ces welsches frivoles et fédéralistes enragés? Non, Messieurs! C'est un des meilleurs magistrats de la Confédération moderne; un homme universellement respecté dans toute la Suisse, qui a été pendant onze ans conseiller fédéral, trois fois président de la Confédération et ensuite jusqu'à sa mort, en 1879, membre du Tribunal fédéral. C'est ce magistrat qui, à la fin de sa longue et belle carrière, a écrit ce que je viens de vous lire: « En pratique le mot „Un droit“ ne se traduit que par l'oppression de la minorité! »

Voilà pourquoi je m'oppose au projet; voilà pourquoi je redoute pour notre vie nationale, pour le développement de la Confédération, pour l'avenir de notre Etat, cette nouvelle tentative d'unification.

Mais j'ai hâte de dire que ce n'est pas le seul motif qui m'inspire mon attitude négative. Je tire du projet lui-même d'autres motifs d'opposition à l'entrée en matière. J'estime qu'il soulève de nombreuses objections. Il ne constitue pas un compromis, une combinaison de ce qui existe dans nos divers droits pénaux. Comme on nous l'a dit d'ailleurs, c'est bien une réforme complète de notre droit pénal dont il

s'agit; le Conseil fédéral l'avoue sans ambage; c'est une réforme du droit pénal que l'on prétend imposer aux cantons, qu'ils en veuillent ou qu'ils n'en veuillent pas. Les rapporteurs ont confirmé cette idée; il s'agit d'imposer les améliorations qui sont, paraît-il, le résultat des derniers travaux scientifiques, sans que l'on se préoccupe de savoir si ces prétendues améliorations correspondront ou non aux besoins de tous les cantons.

En matière pénale, plus encore qu'en matière civile, il est extrêmement dangereux de partir de cette idée que, sans tenir compte de ce qui existe à la base même des institutions cantonales, on va prendre en haut, en dehors, auprès des hommes de science, des professeurs, des magistrats, des criminalistes, un code tout fait que l'on imposera au nom de certains principes.

Un code pénal doit tenir compte au contraire des traditions du peuple lui-même, de ses besoins, de ses coutumes, de la manière dont il comprend la répression de la criminalité.

Le professeur de droit pénal de l'une de nos universités me disait l'autre jour: « En matière de code pénal, il ne peut pas y avoir de code pénal idéal-type. Le seul code idéal est celui qui s'adapte le mieux à la population à laquelle il est destiné. » Il faut donc laisser à chaque canton le soin de choisir lui-même son code pénal idéal.

L'art. 64bis de notre Constitution, sur lequel le Conseil fédéral s'est basé pour proposer l'unification du droit pénal, a, en effet, incontestablement accordé à la Confédération le droit de légiférer en matière de droit pénal, mais tout en réservant aux cantons des matières et des tâches importantes: l'organisation judiciaire, la procédure et l'administration de la justice demeure aux cantons dans la même mesure que par le passé. Est-ce que cela reste vrai, est-ce que cela est possible, avec un code aussi complet, aussi détaillé, aussi énorme et immense que celui qui nous est présenté? Est-il possible de ne pas empiéter sur le domaine de l'organisation judiciaire, de la procédure et de l'administration de la justice par les cantons?

Ce code n'est certainement pas un code populaire. C'est un code savant, qui n'est pas à la portée de tout le monde, et il faudra, pour l'appliquer, des spécialistes, des criminalistes et, pour reprendre l'expression très juste de M. le rapporteur de langue française, des surhommes; ils auront à appliquer, à définir, à apprécier des situations nouvelles et, dans bien des cas, fort délicates. Alors, que deviendront nos jurys cantonaux pour les cantons qui ont conservé l'institution du jury et qui y tiennent! Sera-t-il possible d'avoir encore un jury qui aura à résoudre, non seulement les questions de fait, mais aussi les questions de culpabilité? Je crains que ce code savant et compliqué n'ait comme conséquence inévitable la réforme de l'organisation judiciaire sur ce point et qu'il n'entraîne la suppression du jury. Autre conséquence. Le projet de code prévoit, dans bien des cas, un recours direct au Tribunal fédéral. Alors, aurons-nous trois instances? Ce serait une complication et on en arrivera à supprimer la seconde instance! Mais alors, c'est enlever aux cantons le droit de dire leur mot en matière de droit pénal et d'interpréter le Code pénal fédéral.

Je n'ai pas eu le temps de rechercher tous les cas d'empiètement, parce que le délai qui nous a

été laissé pour étudier le projet de la commission, a été trop court; nous n'avons pas pu étudier tout cela à fond. Mais une simple lecture suffit pour nous faire constater des cas nombreux dans lesquels la procédure cantonale subira de graves atteintes.

A l'art. 15, par exemple, il est dit: «L'autorité administrative cantonale exécutera la décision du juge tendant, à l'internement, au traitement ou à l'hospitalisation des irresponsables ou des délinquants à responsabilité restreinte.

Le juge fera cesser l'internement, le traitement ou l'hospitalisation dès que la cause en aura disparu.»

Voilà donc le projet du Code pénal qui intervient dans la procédure cantonale. S'il s'agissait d'un seul et même magistrat, on pourrait encore lui pardonner, mais il impose deux magistrats différents. Dans un cas, c'est l'autorité administrative cantonale et, dans l'autre cas, ce sera le juge qui fera cesser l'internement ou l'hospitalisation. L'administration dans un cas et, dans le second, le juge. Et s'il nous convient de renvoyer à l'autorité exécutive, au Conseil d'Etat, tout ce qui concerne l'internement des irresponsables, des adolescents? Pourquoi prévoir que ce soit de nouveau, après le Conseil d'Etat, le juge qui revienne décider dans la même question? Tout cela, c'est de la procédure et vous empiétez involontairement, parce que entraînés sur cette pente fatale, sur un domaine expressément réservé aux cantons.

Second exemple, art. 362: «Dans les causes jugées d'après les lois pénales fédérales, le recours en cassation contre les jugements des tribunaux cantonaux de dernière instance et contre les ordonnances de non lieu rendues par les autorités cantonales de mise en accusation de dernière instance est ouvert devant la Cour de cassation du Tribunal fédéral, en conformité de la loi sur l'organisation judiciaire fédérale.»

Comment, voilà une ordonnance de renvoi ou de non lieu rendu par le magistrat désigné par le canton pour faire l'enquête préalable, pour dire s'il y a lieu de renvoyer le prévenu devant le tribunal ou de le libérer par une ordonnance de non-lieu, et vous instituez un recours direct contre cette décision et vous permettez d'en appeler à la Cour de cassation du Tribunal fédéral! Est-ce là de la procédure ou non? Pour moi, c'est de la procédure et vous commettez un empiètement contraire à la Constitution.

En matière d'exécution des peines, ai-je besoin de rappeler qu'elle est réservée aussi aux cantons parce que cela rentre dans l'administration de la justice? Donc, l'exécution des peines appartient bien aux cantons seulement. On permet, il est vrai, à la Confédération d'aider financièrement les cantons pour les réformes à réaliser dans l'exécution des peines, mais c'est aux cantons à choisir et à exécuter ces réformes. Alors, Messieurs, quand j'ouvre le projet de code et quand je lis quelques articles, je constate que ce principe est absolument méconnu et que, dans tous les articles ayant trait à l'exécution des peines, nous trouvons des dispositions unifiées et centralisées, ayant pour résultat que l'exécution de la peine n'appartient plus aux cantons.

Art. 34: «1. La réclusion est la plus grave des peines privatives de liberté. La durée de la réclusion est un an au moins et de quinze au plus; dans les cas spécialement prévus par la loi, la réclusion est à vie.

2. La réclusion est subie dans un établissement exclusivement affecté à cette destination.

Les condamnés à la réclusion portent le costume et reçoivent l'ordinaire de l'établissement.

Le condamné ne pourra recevoir des visites, écrire ou recevoir des lettres que dans une mesure restreinte.

3. Le condamné à la réclusion est astreint au travail. Autant que possible, le travail imposé à chaque détenu devra être conforme à ses aptitudes et le mettre à même de gagner sa vie après sa libération.

4. Dans la règle, le condamné sera mis en cellule pendant les trois premiers mois. Ce terme passé, il sera astreint au travail en commun. Il sera mis en cellule pendant les heures de repos.»

Il ne manque qu'une chose, c'est la description détaillée du costume que portera le détenu!

S'agit-il, oui ou non, de l'exécution de la peine? Si ce n'est pas le cas, je ne sais plus de quoi il s'agit. Le code prévoit dans tous ses détails la manière dont la peine sera subie. Et je le dis ici: Vous légiférez sur l'exécution de la peine subie. Et le même art. 34 ajoute: «Il sera mis en cellule pendant les heures de repos.»

A l'art. 37, alors qu'il s'agit de la nouvelle peine des arrêts: «La peine des arrêts est subie dans un établissement spécial...» et plus loin: «Les condamnés portent leurs vêtements personnels.»

«4. La peine des arrêts est subie en cellule.» S'agit-il de l'exécution de la peine ou pas? Et n'est-elle pas réservée aux cantons? Alors, nous ne sommes plus du tout d'accord. Ce n'est pas ce que signifie l'art. 64bis de la Constitution.

Examinons aussi le chapitre sur les établissements pénitentiaires. Vous avez un chapitre entier consacré à ces établissements, art. 406 et suivants. Ces articles sont inquiétants, surtout ceux qui parlent des établissements que les pauvres cantons devront instituer. Ecoutez: A. t. 406 modifié par la commission: «Les cantons pourvoiront à ce que des établissements pénitentiaires, des maisons d'internement, des maisons d'éducation au travail, des asiles pour buveurs, des établissements d'éducation pour enfants, des maisons de relèvement et des maisons de correction pour adolescents soient à la disposition de l'autorité. Ces établissements devront répondre aux exigences du présent code.»

Pauvres cantons! On leur impose 22 établissements, 11 pour les hommes, 11 pour les femmes, soit 22, autant que de cantons suisses. Oh, je sais bien qu'on veut bien permettre à ces malheureux cantons de s'associer, de se réunir, pour édifier en commun ces établissements. Il ne manquerait plus qu'on le leur défende! On leur impose des dépenses extraordinaires. Alors même que vous les autorisez à s'associer, c'est une lourde charge financière qui pèsera sur eux. Si la Confédération, comme on nous le fait espérer, vient à leur aide, ils auront encore une charge assez coquette à supporter. Je dis que cette énumération en elle-même est profondément inquiétante et qu'ici encore la Confédération outrepassé ses droits, puisqu'elle impose aux cantons la manière dont les peines seront exécutées en les obligeant à créer de nombreux établissements, dont elle fixera elle-même les détails et le régime intérieur. Qu'arrivera-t-il? Tout simplement ceci: Les cantons ne pourront pas, même en s'associant, se payer ce luxe, ce débordement de maisons pénitentiaires. On arri-

vera alors à faire un bon établissement fédéral — peut-être un pour la Suisse allemande, un autre pour la Suisse romande — et quand cet établissement sera centralisé, ce ne seront plus les cantons, mais bien la Confédération qui, avec une bonne petite ordonnance, règlera tout cela et fixera l'exécution des peines. Et ce sera alors fini avec la souveraineté cantonale dans ce domaine. Et pourtant, je le répète, c'est une matière importante, et c'est bien le moins que les cantons, même si nous devons subir un Code pénal fédéral, restent chargés de l'exécution des peines.

Ce que je reproche au projet qui nous est soumis, c'est de modifier, de transformer les notions essentielles. Les codes cantonaux font tout ce qu'ils peuvent pour définir certaines notions, afin de les rendre aussi précises et compréhensibles que possible, et ils y ont tout de même réussi. Dans le projet de nouveau code, les notions de culpabilité, de responsabilité et de complicité, sont pour la plupart peu précises et mal définies. Le projet de code laisse aux juges des pouvoirs énormes.

A l'art. 40, par exemple, il autorise l'internement des récidivistes pour une durée indéterminée! Voilà une notion de la peine que nous ne pouvons pas comprendre en Suisse romande: l'internement pour une durée indéterminée! aussi longtemps qu'il plaira au juge de maintenir l'internement! Je trouve cette notion extrêmement dangereuse et très peu respectueuse de l'individualité d'un malheureux délinquant récidiviste qu'on veut amender.

Aux art. 41 et 42, on donne au juge la faculté de suspendre l'exécution de la peine et de se borner au renvoi dans une maison d'éducation au travail exclusivement affectée à cette destination. C'est un des 22 établissements!

A l'art. 42, on donne au juge le droit, vraiment formidable à mon avis, d'ordonner qu'après l'exécution de la peine — cette disposition concerne le buveur d'habitude — le buveur sera renvoyé dans un asile spécial pour buveurs. Il y aura donc deux peines: La peine proprement dite l'emprisonnement, puis l'internement dans un asile spécial pour buveurs.

Art. 45: « Le juge fixera le montant de l'amende d'après la situation du condamné, de façon que la perte à subir par ce dernier constitue une peine équivalente à sa culpabilité. » La peine est donc illimitée. (M. Logoz interrompt.) Attendez une minute. Dans le projet, le chiffre de l'amende est illimité. L'amende peut équivaloir à toute la fortune du malheureux délinquant. C'est la confiscation des fortunes; c'est un nouveau genre de prélèvement sur les fortunes que je me permets de recommander à nos collègues du parti socialiste. Ce sera là un moyen bien plus rapide et bien plus économique qu'une initiative populaire. Ils n'auront qu'à faire prononcer contre leurs adversaires politiques l'amende illimitée et le tour sera joué. Est-ce là un principe sain et raisonnable? Je trouve que cela est extraordinaire. Il est extrêmement inquiétant de remettre dans les mains d'un juge l'application d'une peine telle que l'amende sans aucune limite dans sa qualité. Il est vrai que la commission — et je m'empresse de lui rendre cet hommage partiel — je le lui aurais rendu de toute façon, parce que je veux être impartial et complet, a senti l'énormité de cet article. Elle ne l'a pas modifié complètement, mais sur un tout petit

point, elle a dit: « Sauf disposition contraire et expresse du présent code, le maximum de l'amende sera de vingt mille francs ». C'est déjà joli. Mais, si le délinquant a agi par cupidité, le juge ne sera pas lié par ce maximum. Mais la cupidité est à la base; d'un très grand nombre de délits: le vol, l'abus de confiance, le détournement. Or, d'après la commission, si la cupidité est évidente, il n'y aura plus de limite et le juge pourra procéder, sous prétexte d'amende, à la confiscation de la fortune du malheureux délinquant.

L'art. 48 traite de la privation des droits civiques. C'est une question très importante et je constate, à ce sujet, que le groupe socialiste a fait des propositions que, pour ma part, je voterais de préférence à celles de la majorité, parce qu'elles me paraissent plus raisonnables et offrir moins de dangers.

« Tout condamné à la réclusion sera privé des droits civiques, pour une durée de 2 à 10 ans.

Le condamné à l'emprisonnement pourra être privé des droits civiques, pour une durée de 1 à 5 ans, si le délit dénote chez son auteur la bassesse du caractère. »

Qu'est-ce que c'est que cela: La bassesse de caractère? c'est une notion bien nouvelle. Pour arriver à la déterminer, il ne faudra plus des jurés ou des juges, il faudra des spécialistes, des philosophes, des sur-hommes. C'est une notion bien dangereuse, que vous mettez à la disposition de la justice.

A l'art. 54, il s'agit aussi d'un principe très nouveau: Le cautionnement préalable:

« S'il y a lieu de craindre que celui qui a menacé de commettre un délit, ne le commette effectivement, ou si un condamné pour délit, notamment pour délit contre la vie, l'intégrité corporelle ou l'honneur, manifeste l'intention formelle de réitérer, le juge, à la requête de la personne menacée, pourra exiger de lui l'engagement de ne pas commettre le délit et l'astreindre à fournir une sûreté suffisante. »

On marque ainsi d'avance ceux qui sont censés devoir commettre un délit. On leur demande un cautionnement. Si le malheureux a de l'argent, tant mieux pour lui, il échappe. S'il n'en a pas, on l'intérne. Est-ce de la justice et de l'égalité?

Les art. 61, 62 et 63 traitent de l'atténuation de la peine. On permet aux juges de laisser de côté toutes les peines, minima et maxima, et, dans certains cas, de libérer complètement le prévenu. On prend d'autre part contre ce même juge, auquel on donne des pouvoirs si considérables, trop considérables, des précautions inutiles. On lui impose, par exemple, des minima, qui, souvent, sont beaucoup trop élevés. Je ne suis pas un criminaliste; j'ai plaidé toutefois au cours de ma carrière quelques procès d'ordre pénal qui m'ont donné l'occasion d'étudier certaines questions de droit pénal; je ne puis évidemment pas rivaliser avec Messieurs les professeurs, mais j'avais toujours entendu dire que l'idée moderne tendait à l'abandon des minima. Cela paraît raisonnable. Le juge est gêné par les minima. Alors il n'applique pas la peine et libère. Il vaut mieux ne pas avoir de minima. Et cependant on les introduit dans le projet de code pénal. J'ai été surpris de trouver dans le projet une série d'articles imposant des minima trop élevés: 98, 100, 108, 109, 112, 118, 120, 162, 176, 168. Ces minima me paraissent dangereux et devoir conduire à la libération, quand il faudrait plutôt

une condamnation, mais une condamnation modérée, qu'il serait bon de remettre à la libre disposition et appréciation du juge.

Encore un mot, si vous le permettez. Je m'excuse d'être si long et d'abuser de la permission que vous avez bien voulu m'accorder, mais vraiment il est très difficile de traiter ce sujet en 30 minutes. J'arrive au chapitre des contraventions.

Le livre deuxième, consacré aux contraventions, empiète à la fois sur le droit cantonal et sur le droit civil. Il prévoit une foule de cas qui sont déjà réglés par le code civil ou par le code des obligations. Il empêche aussi sur le droit administratif cantonal. Il empêche enfin sur le droit de police cantonal, même sur le droit de police communal. Il est facile de s'en assurer.

Oh! là encore, mon honorable collègue, M. le rapporteur français, va m'interrompre et me dire: Mais, nous proposons la suppression de la plupart des articles de ce livre. Oui, vous proposez la suppression de la plupart de ces articles, parce que vous avez senti qu'il serait impossible de les faire adopter. Mais, ce n'est qu'une proposition! Le projet du Conseil fédéral n'est pas retiré. J'ai donc le droit de le discuter. C'est ce projet qui constitue la base du débat. Tant que M. le conseiller fédéral Häberlin n'aura pas prononcé la parole sacramentelle « Le Conseil fédéral retire son projet pour se rallier au projet de la commission », je dois prendre le projet du Conseil fédéral comme base de ma discussion. Du reste, les propositions de la commission peuvent ne pas être acceptées et alors nous serons de nouveau en présence du projet du Conseil fédéral. Et même si ces articles devaient être définitivement biffés, je les invoque ici parce qu'ils reflètent l'esprit dans lequel le projet a été rédigé; ils montrent où l'on en arrive à force de vouloir tout prévoir. C'est le cas des spécialistes! C'est le cas de ceux qui veulent réaliser des tours de force comme celui d'un Code pénal fédéral! On leur a dit: Voulez-vous accomplir ce tour de force? Mais certainement! Et on voit alors arriver aussitôt une foule de spécialistes et de professeurs, enchantés d'être chargés de cette mission et soucieux de montrer qu'ils sont capables de réaliser le tour de force. Ils l'ont fait avec une telle conscience et une telle abondance de détails, qu'à vouloir tout prévoir, tout punir, tout réprimer, ils sont tombés dans le ridicule.

Voyez l'art. 297: « Celui qui aura servi à un enfant de moins de 16 ans, des boissons alcooliques, qui, par leur nature ou par leur quantité, nuisent à la santé de l'enfant ou la compromettent, sera puni des arrêts ou de l'amende. »

Je ne trouve pas à redire au principe lui-même. Je reconnais qu'il ne faut pas donner à boire aux enfants. Mais cela relève de la police cantonale. C'est une disposition de la loi sur les auberges et plusieurs lois cantonales sur la matière prévoient la répression de ce fait.

« L'aubergiste, dit encore le même art. 297, qui aura servi des boissons alcooliques à un enfant de moins de 14 ans, qui n'était pas accompagné d'adultes, sera puni des arrêts ou de l'amende. » Ici encore, c'est une disposition de la loi cantonale sur les auberges. Plusieurs lois cantonales interdisent à l'aubergiste de livrer des boissons alcooliques aux mineurs, même aux adultes ayant déjà trop bu.

L'art. 304 du projet est de la teneur suivante:

Nationalrat. — Conseil national. 1928.

« Celui qui fera métier d'exploiter la crédulité d'autrui, en prédisant l'avenir, en expliquant les songes, en tirant les cartes, en évoquant les esprits ou en indiquant l'emplacement de prétendus trésors cachés » (hilarité) « sera puni des arrêts ou de l'amende ». Mais, Messieurs, est-ce que nous voulons réellement perdre notre temps à punir les tireuses de cartes? Que ceux qui estiment qu'il y a là une contravention, la renvoient à la police cantonale. Mais, de grâce, ne mettez pas cela dans le Code pénal fédéral.

Art. 321: « Celui qui, intentionnellement ou par négligence, aura omis d'exercer la surveillance qui lui incombait à l'égard d'un aliéné dangereux, sera puni des arrêts ou de l'amende. » C'est du droit civil, Messieurs. Tout cela est réglé par le code des obligations. C'est la responsabilité de ceux qui doivent exercer certaine surveillance. N'empruntons pas cette disposition au code des obligations, auquel elle appartient de par sa nature même, pour la transférer dans un projet de Code pénal fédéral! Ce n'est ni un délit, ni même une contravention; c'est une question de responsabilité civile.

Je continue l'examen de certains articles. J'ai tout de suite fini, pour autant que me le permet le format assez peu commode de ce projet.

Art. 329: « Celui qui, par du tapage ou des cris, aura troublé le repos nocturne, aura, de façon à offenser les bonnes mœurs ou la décence, troublé la tranquillité publique pendant le jour, sera puni des arrêts ou de l'amende. » Eh bien Messieurs, c'est encore une disposition qui rentre dans un règlement de police communal, ou cantonal. Que la commune qui redoute que du tapage nocturne, que des cris proférés pendant la nuit, troublent le repos des braves bourgeois dans leurs lits, fasse un bon petit article de règlement communal! Mais n'en chargez pas le projet de Code pénal fédéral.

Je passe à l'art. 330: « Celui qui, intentionnellement aura jeté l'alarme dans la population en répandant de fausses nouvelles, celui qui intentionnellement, aura alarmé sans motif une foule, notamment en criant au feu » (hilarité) « sera puni des arrêts ou de l'amende. » Comment? Vous voulez punir, comme coupable d'un petit délit ou d'une contravention, celui qui crierait au feu quand même il ne brûlerait pas? (Hilarité.) Règlement de police, encore.

Un autre article, le 331: « Celui qui, étant en état d'ivresse, aura, en public, gravement offensé les bonnes mœurs ou la décence, sera puni de l'amende. » Le projet de Code pénal fédéral s'occupe abondamment de ces pauvres ivrognes! Le même art. 331, prévoit même l'internement: « S'il s'agit d'un buveur d'habitude, le juge pourra, au lieu de prononcer une peine, renvoyer le contrevenant dans un asile pour buveurs. » C'est encore là une mesure de police, d'ordre communal ou cantonal. Laissez cela au règlement de police de la commune ou du canton. Ce n'est pas l'affaire de la Confédération!

Voilà ce que j'ai à dire pour les contraventions et au sujet du code en général.

J'estime, Messieurs, en résumé, que le projet qui nous est soumis, ne constitue pas un progrès, mais qu'au contraire, sur bien des points, il marque un recul. Et, au risque de me faire traiter comme on nous a traités ce matin, à l'avance, de vieux routinier, de vieux cantonaliste... encroûté (rires) — il n'a pas dit le mot, c'est moi qui le dis, pour exprimer complète-

ment l'idée de M. le rapporteur de langue française —, je préfère cent fois, mille fois, le vieux code pénal de mon canton au projet de Code pénal fédéral que vous nous proposez. Je préfère mon Code pénal cantonal, quoique ancien, — il date de 1843, — parce qu'il est beaucoup plus simple, beaucoup plus clair, et en même temps beaucoup plus juste, plus facile à appliquer par des gens qui ne sont ni des philosophes, ni des spécialistes, ni des surhommes, mais par des juges et des jurés. Le code de mon canton, nous l'avons déjà réformé; nous sommes occupés à l'améliorer encore, à le revoir pour l'harmoniser avec les idées nouvelles, pas toutes (M. **Gottret**: Les bonnes idées), oui les bonnes seulement. Laissez-nous faire, Messieurs. Nous sommes assez grands garçons pour nous tirer d'affaire tout seuls (rires).

Un dernier mot, et j'aurai fini. Je m'excuse d'avoir été trop long (M. **Perrier**: Pas du tout!).

Outre l'argument constitutionnel qui consiste à nous dire: Vous ne pouvez plus discuter le principe de l'unification; c'est une obligation pour la Confédération d'y procéder; c'est une obligation pour vous, conseillers nationaux et citoyens suisses, de vous soumettre et de vous incliner, — outre cet argument, j'ai entendu celui-ci, qui n'est pas moins surprenant: Est-il bien raisonnable de proposer la non entrée en matière? Est-il bien courtois de proposer cela, à l'égard des membres d'une commission qui ont travaillé depuis tant d'années, qui se sont donné tant de peine? Cela est-il juste à l'égard de ceux de nos collègues qui en ont fait partie et qui ont dépensé, en effet, des sommes considérables d'activité, d'intelligence et de science, pour nous apporter ce projet? Je ne vois pas que cela soit vraiment discourtois. Nous avons toujours le droit de repousser un projet qui ne nous plaît pas, de ne pas passer à la discussion des articles, même s'il devait en résulter quelques désagréments pour les membres de la commission. Ce n'est pas la première fois qu'une commission se voit retoquée au début des travaux du conseil.

Mais, je me hâte de rassurer mes honorables collègues. Leur travail ne sera pas perdu. A côté des souvenirs très agréables, auxquels l'un d'eux faisait allusion hier, qu'ils conserveront de leurs nombreux séjours dans nos stations les plus belles, nos collègues trouveront une consolation dans le sentiment et la conviction d'avoir rendu service au pays. Tout ce travail ne sera pas perdu, en effet. Il y aura là un fonds dans lequel les cantons pourront puiser. Ils y ont déjà puisé. Ce sera une sorte de magasin général (hilarité), où les cantons pourront se servir. Ils y trouveront le dernier mot, le dernier cri de la science moderne. Ils appuieront chez eux ce qu'ils trouveront de bien dans le projet fédéral. Ils pourront choisir librement et conserver ce qui leur plaira. Ce ne sera donc pas inutilement que vous aurez travaillé!

Messieurs et chers collègues, chacun de vous pourra se redire, avec le poète latin: «*Exegi monumentum!*».

Vous avez élevé un monument. Pour ça oui! c'est un monument! Toutefois, je ne vous suggère pas d'ajouter avec le poète: «*Aere perennius*», plus durable que l'airain. Je ne souhaite pas, en effet, que votre monument soit plus durable que l'airain! (Hilarité.) En ce qui me concerne, je ferai tout ce qui dépendra de moi pour le démolir et l'empêcher de devenir un monument fédéral. Je disposerai de toutes mes faibles forces pour qu'il ne soit pas imposé aux

cantons, qui ont déjà ce qu'il leur faut et qui n'ont pas besoin de ce monument-là!

Monsieur le président et Messieurs, je vote contre l'entrée en matière, pour les motifs d'ordre que j'ai déjà indiqués; secondement, pour des raisons d'ordre politique, parce que je considère l'unification du droit pénal comme inutile, dangereuse et coûteuse pour les cantons; ensuite, parce que je suis libre de tenir ce langage, malgré l'art. 64 de la Constitution; enfin, parce que j'estime que le projet qui nous est soumis est mauvais, qu'il constitue non pas un progrès, mais un recul. Je voterai contre l'entrée en matière (plusieurs applaudissements).

M. Vallotton: C'est tout d'abord au nom du groupe radical vaudois que j'aurai l'honneur de dire l'attitude que nous prenons, légèrement différente de celle qui a été indiquée par M. de Meuron; c'est ensuite en mon nom personnel que j'aurai l'honneur d'exprimer quelques critiques au projet qui nous est soumis.

Tout d'abord, quelques considérations, au nom du groupe radical vaudois.

Le 13 novembre 1898, le peuple vaudois a-accepté par 17,653 voix contre 2135, l'art. 64bis de la Constitution fédérale, qui donnait à la Confédération le pouvoir de légiférer dans le domaine du droit pénal. Trente années ont passé dont le rythme fut décuplé par la plus grande des guerres: pendant ces trois décades, la pensée a évolué à tel point dans notre canton que nous relisons avec étonnement les résultats de ce scrutin et ne le comprenons plus. En effet, il nous paraît probable, sinon certain, que si le peuple vaudois avait à se prononcer aujourd'hui, il rejetterait à une forte majorité le principe qu'il accepta en 1898. Je n'exprime cette opinion qu'après avoir lu avec soin les débats sténographiques du Grand Conseil sur les affaires fédérales pendant cette période de 30 ans. La constitution vaudoise veut que le Conseil d'Etat présente un rapport sur les affaires fédérales à chaque session ordinaire du Grand Conseil et chaque fois que cela lui paraît utile? Le rapport est soumis à une commission. La discussion qui s'ouvre sur les conclusions de la commission est précieuse: elle éclaire le peuple sur les choses fédérales, elle permet aux députés au Grand Conseil d'émettre leurs vœux et leurs critiques, elle maintient un contact étroit entre les députés aux Chambres et le canton qu'ils y représentent. Au cours de ces discussions, et jusqu'en 1914, les idées fédéralistes avaient été défendues, certes, avec vigueur; mais la guerre, avec son interminable théorie de restrictions venues de Berne, avec sa lourde bibliothèque d'ordonnances fédérales, vint développer encore le sentiment du fédéralisme dans notre pays romand. L'on commettrait une lourde erreur en attribuant cette évolution à des sentiments d'inimitié envers nos confédérés, car jamais le sentiment national n'a été plus fort dans notre canton que depuis la grève générale. L'on ne doit voir dans ce renouveau de fédéralisme que la réaction normale d'une minorité de langue et de race contre les empiètements du pouvoir central.

Dès la guerre, donc, les orateurs qui, dans notre petit parlement cantonal, participent aux débats sur le rapport des affaires fédérales s'insurgent contre les violences faites à la souveraineté cantonale au profit du pouvoir central; les plus pessimistes voient poindre le jour où les cantons ne seront plus que des sous-

préfectures de Berne ou des circonscriptions électorales. Les projets d'impôts fédéraux permanents, l'initiative déplorable sur le prélèvement des fortunes irritèrent notre peuple qui entend défendre farouchement à l'avenir ce que les centralisateurs n'ont pas encore réussi à enlever aux cantons.

Disons-le loyalement: le peuple vaudois — qui au cours de nombreuses votations, donna des majorités considérables en faveur des projets fédéraux — se méfie aujourd'hui de ce que le législateur de Berne lui propose et il a manifesté son mécontentement à diverses reprises, ces dernières années.

Mais cette opinion — que chez nous le scrutin serait bien différent en 1928 de ce qu'il fut en 1898 —, se fonde sur des faits plus précis encore: en 1924 quelques députés présentèrent au Grand Conseil une motion demandant la revision immédiate du Code pénal vaudois de 1843, loi d'une belle écriture, d'une clarté parfaite, mais devenue quelque peu surannée et archaïque. L'auteur de la motion protesta vivement contre l'unification du droit pénal: il fut applaudi. Quelques mois plus tard, la commission rapportant sur cet objet appuyait la motion et s'élevait à son tour contre le principe d'un Code pénal fédéral; les conclusions de cette commission furent adoptées à l'unanimité et un projet de Code pénal vaudois est actuellement à l'examen.

Les députés radicaux vaudois aux Chambres se trouvent donc dans une situation particulière car, si la pensée dominante de leur canton paraît hostile aujourd'hui au principe même de l'unification du droit pénal, ils ne sauraient oublier la volonté contraire exprimée par le peuple en 1898. Il leur paraît aussi que si le projet de Code pénal fédéral était repoussé finalement par le peuple suisse, les travaux de nos Chambres ne seront point inutiles, mais qu'ils développeront la science du droit pénal et permettront aux législateurs cantonaux d'en tirer profit.

C'est pourquoi, après une discussion approfondie, les députés radicaux vaudois aux Chambres m'ont chargé de vous communiquer qu'ils estiment ne pas avoir le droit de s'opposer à l'entrée en matière, mais qu'ils réservent expressément leur vote final.

Qu'il me soit permis d'ajouter quelques considérations personnelles à la déclaration de mon groupe:

L'unification du droit pénal peut apparaître comme un grand progrès pour notre peuple, comme un pas puissant vers notre unité nationale, comme un idéal digne de tous nos efforts. Mais, pour que cette unification atteigne ce but, il faut d'une part que nos conceptions se soient elles-mêmes rapprochées, d'autre part que le projet qui nous est présenté nous donne entière satisfaction. Si ces deux conditions ne sont point réalisées, nos débats ne feront que souligner des divergences d'opinions, de tendances; l'oeuvre qui en sortira sera factice et aboutira peut-être à fins contraires.

Cette question de l'unification du droit pénal est infiniment délicate parce que la loi pénale s'inspire des sentiments religieux d'un peuple, de sa morale, de ses concepts politiques, de ses aspirations, de ses traditions. Rien n'est plus caractéristique d'un Etat que sa manière de concevoir les délits et de réagir contre eux. Le droit pénal plonge ses racines dans la conscience d'un peuple, il est le reflet de son âme, la manifestation de sa pensée et de ses scrupules.

Vouloir rechercher à tout prix dans un Etat fédératif une unité qui ne serait qu'apparente et qui blesserait des sentiments intimes, ce serait commettre une réelle imprudence, ce serait provoquer des froissements profonds et durables.

Le projet qui nous est soumis est une oeuvre remarquable au point de vue scientifique et nous rendons un juste hommage aux sentiments élevés qui l'ont inspirée. Mais, à première lecture, certains défauts essentiels nous frappent:

Tout d'abord, le projet est si complet, si vaste, il conçoit tant de délits et de sous-délits, tant de cas, tant de situations particulières et parfois étonnantes que le praticien s'arrête embarrassé devant cet étalage, qui lui rappelle plus un salon d'exposition de matières pénales qu'une loi à appliquer. M. Grand a dit, lui: « C'est un catéchisme plus qu'un code... » Ici, le législateur menace d'emprisonnement le maître qui aura abusé — peut-être « par égoïsme » (sic) — des forces intellectuelles d'un élève (art. 119); là, il sévit contre le membre d'un organe de contrôle d'une société qui aura, par simple négligence, donné des renseignements inexacts au public, même si aucun dommage n'a été causé à des créanciers (art. 130); plus loin, il brandit la foudre contre celui qui aura emporté dans sa poche un morceau de cadavre ou les cendres d'un mort: je ne risque point une plaisanterie macabre, je ne fais que rappeler les dispositions de l'art. 228... Cet arsenal m'inquiète pour diverses raisons: tout d'abord, j'y vois oeuvre théorique plus que pratique; puis, je me souviens du vieil adage si vrai: « Qui trop embrasse, mal étreint »; enfin je me demande comment nos magistrats enquêteurs, nos juges de première instance appliqueraient ce code trop complet, trop subtil, d'un maniement infiniment délicat pour des juges qui, pour la plupart, dans notre canton ne sont point des juristes. Or, je crois, Messieurs, qu'il est dans l'intérêt même de la justice pénale de confier son administration à des laïques de bon sens, droits, intègres, présidés ou dirigés par des magistrats de carrière. Ce projet de code gagnerait à être allégé, émondé de ses branches inutiles.

Un autre reproche: le projet va si loin qu'il me semble parfois confondre le droit pénal avec le droit civil. Quelques exemples: les dispositions sur l'usure dans les affaires et la gestion déloyale (art. 134, 136); le délit « d'écroulement » (sic). Oui, le projet prévoit ce délit étonnant, le délit « d'écroulement »: l'entrepreneur qui, en enfreignant les règles de l'art, aura mal exécuté des travaux de démolition, risquera l'emprisonnement ou l'amende (art. 195) même s'il n'y a pas eu d'accident car, dans son infinie sollicitude, le législateur fédéral a prévu « l'utilisation criminelle des effets de la pesanteur... » (sic: Message de 1918, édition française, page 54). Messieurs, si l'architecte de cette détestable salle du Conseil national — dont l'acoustique a causé l'écroulement de tant d'illusions et l'effondrement de tant d'enthousiasmes — avait été soumis au projet du Code pénal fédéral, nul doute qu'il eût tâté de la prison — ce qui me paraît légèrement excessif.

Ces deux défauts (délits innombrables, confusion entre le droit civil et le droit pénal), ont encore d'autres conséquences fâcheuses: au procès civil, le plaideur préférera la plainte pénale plus rapide, moins coûteuse, susceptible de contraindre une partie adverse à passer expédient, pour s'éviter les ennuis d'une enquête,

d'un renvoi éventuel, de débats publics. Les juges enquêteurs seront débordés et ces empiètements du droit pénal sur le droit civil, cette confusion de la responsabilité criminelle avec la responsabilité professionnelle provoqueront de regrettables abus. Le cabinet du juge informateur deviendra l'antichambre du tribunal civil.

Un autre défaut: le législateur fédéral ne se contente pas de charger le juge pénal de « chercher à fixer les causes internes et externes de l'infraction, la puissance de penchant au délit (sic) et la mesure dans laquelle le délinquant est susceptible d'être influencé par la peine... » (message, édition française, page 27); le législateur veut que le juge suive le prévenu après la condamnation, de même que le juge pourra, en cas de condamnation conditionnelle, imposer certaines règles de conduite au prévenu, notamment l'obligation d'apprendre un métier (art. 39). Selon notre conception, le juge voit sa tâche terminée par l'arrêt qu'il rend; le condamné passe sous surveillance du pouvoir exécutif; divers organes s'occupent de lui (département, comité de patronage, société de prévenus libérés, commission de clémence, etc.) et nous estimons que cela est non seulement conforme au principe de la séparation des pouvoirs mais dicté par l'intérêt du condamné.

Un autre grief d'ordre technique que nous formulons contre le projet est sa rigidité. Depuis des années, nous avons supprimé dans la plupart des cas les minima des peines qui, trop souvent, ont amené les juges à libérer des coupables parce que leur conscience ne leur permettait pas de prononcer une peine qui, même dans son minimum, était encore excessive à leurs yeux. Le retour à des minima serait pour nous un recul auquel nous ne saurions consentir. Je n'ajoute rien à ce que M. de Meuron a dit des peines illimitées: je me réjouis cependant que le législateur fédéral ne puisse disposer que de la vie terrestre du prévenu, sinon nous aurions des peines prévues pour l'éternité!

Enfin, le projet entraînerait des modifications certaines dans notre organisation judiciaire, dans notre procédure pénale, dans notre régime pénitentiaire, et ces modifications ne sont pas sans nous causer de l'appréhension.

Je m'arrête et je me résume: je m'incline devant l'idéal qui a inspiré le législateur; devant la science qu'il a déployée; mais son oeuvre présente à mes yeux certains défauts fondamentaux trop sérieux pour que je n'exprime pas ici mes vives inquiétudes et mes réserves les plus pressées.

M. Billieux: Si nous avions voulu nous inspirer des résultats de la votation du 13 novembre 1898 et de l'imposante majorité du peuple et des cantons suisses, acceptant la révision constitutionnelle et le nouvel art. 64bis, nous aurions suivi nos aînés au Conseil national qui, le 6 juin 1905, ont décidé tacitement l'entrée en matière sur le projet du Code civil suisse après avoir entendu les rapports de Messieurs Bühlmann, président de la commission, V. Rossel, rapporteur français et Huber, rapporteur de langue allemande, suivis de quelques considérations apportées dans la discussion par MM. Jäger, Brenner, conseiller fédéral, Odier et von Planta.

Mais les années ont passé.

D'autres codes ont retenu l'attention des pouvoirs législatifs; la guerre a suspendu bien des travaux et ce n'est que 30 ans après le vote que le Conseil national qui a la priorité peut enfin discuter le projet de code pénal fédéral.

Pendant ce temps, les idées se sont modifiées; les mentalités ont évolué et tel canton romand, qui en 1898 avait accepté le principe de l'unification du droit pénal, paraît vouloir passer dans le camp opposé par esprit fédéraliste.

Et pourtant la situation a-t-elle si changé depuis que ce revirement s'explique et que la nécessité de l'unification ne se fasse plus sentir?

Je ne le pense pas. Au contraire. Les pouvoirs législatifs ont l'obligation de donner suite aux dispositions de l'art. 64bis et d'élaborer un code pénal fédéral. Le peuple suisse dira s'il veut se contenter de l'oeuvre accomplie par les Chambres fédérales ou s'il entend, par le referendum, que cette loi lui soit soumise. Le peuple nous a donné le mandat de lui faire un code pénal. Nous n'avons qu'un devoir: celui d'obéir à sa volonté.

Et c'est parce que l'opposition paraît grandir en terre romande que j'ai suivi les critiques faites au projet qui vous est présenté et que j'ai cherché à en trouver le bien-fondé.

Oh! je reconnais que le projet n'est pas impeccable, qu'il peut être critiqué, mais de là à donner raison à M. Capt, procureur général du canton de Vaud, il y a loin.

Qu'autrefois chaque canton ait dû avoir sa législation pénale n'est pas douteux; mais aux temps des chemins de fer, de l'automobile et de l'aviation, aux temps d'interpénétration toujours plus accentuée des populations cantonales et même des peuples, cette législation particulière cantonale devient non seulement un obstacle, mais encore paraît contraire à une saine et équitable application de la justice pénale.

D'une statistique publiée à ce sujet, je relève ce qui suit:

« Si nous étudions ensuite les phénomènes internes, c'est à dire les échanges de population de cantons à cantons, nous voyons que de 1870 à 1920 le canton de Berne a passé 147,000 personnes aux autres Etats helvétiques, Fribourg 30,000, Argovie 42,000. Les cantons paysans ont vu leurs territoires cultivables atteindre leur maximum de superficie et leur optimum de rendement; à ce moment-là c'était l'arrêt fatal dans l'augmentation de leur population. »

Déjà dans son message concernant la révision de la Constitution fédérale en vue de l'unification du droit, le Conseil fédéral déclarait: « Le Code pénal suisse, combiné avec un appui plus efficace accordé à toutes les améliorations dans l'exécution des peines, nous apportera, pour le combat-contre le crime et pour le relèvement moral de notre société, un renfort bien plus puissant qu'on ne le croit généralement. Et ce sera là un progrès, non pas au point de vue moral seulement, mais aussi au point de vue économique. »

Dans les considérations générales de l'avant-projet, l'idée de trier tous nos codes cantonaux et d'y pêcher par ci, par là l'une ou l'autre disposition pour les réunir en un nouveau code, pour en faire —

si j'ose m'exprimer ainsi — une soupe au lait de Cappel — a été étudiée de façon approfondie.

Elle a été rejetée parce que « le législateur ferait œuvre bien mauvaise qui, ayant la charge de rédiger un code pénal nouveau, se bornerait, après avoir recueilli les critiques du petit groupe de ceux qui ont eu mission d'appliquer le Code ancien, à donner une édition améliorée de cette loi vieillie. Son devoir bien entendu, c'est de considérer l'importance du droit pénal dans l'état et dans son système juridique; c'est de se présenter nettement tout ce qu'on attend de lui et les moyens dont il dispose pour faire face à ses exigences; c'est enfin de vouer aux nouvelles conceptions morales et économiques de l'heure présente, la même attention qu'aux méthodes et aux ressources nouvelles des criminels. Ces études faites, il examinera à leur lumière les solutions actuellement proposées, il choisira les meilleures et, si celles-ci mêmes lui paraissent insuffisantes, il faudra bien qu'il trouve une solution nouvelle. »

Ce sont ces sentiments qui ont guidé votre commission dans ses discussions.

Elle vous propose bien des modifications et des améliorations au projet primitif. Elle souhaite aussi la suppression du livre II^e traitant des contraventions et l'abandon aux cantons du soin de les réprimer.

Elle suit ainsi une judicieuse observation contenue dans les mêmes considérants, selon laquelle « dans le domaine du droit de police (contraventions) le besoin d'une réglementation uniforme paraît aussi moins absolu. Les prescriptions de ce genre sont naturellement beaucoup plus nombreuses et plus sévères dans les villes que dans les districts rivaux moins peuplés. » Il peut donc être fait ici une large part à la législation cantonale.

Et contrairement à M. Capt qui voit les procureurs fédéraux superposés aux procureurs des cantons et leur enlever peu à peu leur indépendance; qui voit un énorme développement de l'administration fédérale dans le domaine judiciaire et qui se sent étouffé « l'administration de la justice pénale, parce qu'elle reste elle aussi — d'après la constitution — dans son étendue l'apanage des cantons, se déplacera au profit de la juridiction cantonale. Jusqu'ici, en effet, le pouvoir d'appliquer la loi fédérale appartenait en principe aux tribunaux de la Confédération. Pour qu'il fût déféré aux tribunaux cantonaux, il fallait une disposition expresse de la loi. Dans d'autres cas assez nombreux, c'était le Conseil fédéral qui, par décision spéciale pouvait remettre à un tribunal cantonal le jugement d'une affaire. Désormais, la juridiction fédérale ne connaîtra plus que des délits contre la Confédération et contre les Etats étrangers et des délits politiques en rapport avec une intervention fédérale.

Toutes les autres infractions prévues par les lois fédérales seront jugées par les tribunaux des cantons.

M. le Professeur Delaquis a répondu au réquisitoire dressé par le procureur du Canton de Vaud contre le projet qui vous est soumis, réquisitoire inspiré d'un fédéralisme « ultraviolet » et qui n'a rien senti des effluves vivifiants et émancipateurs des discussions de la Société des nations, annonciatrices de temps nouveaux et de l'unification du droit international, source de tranquillité et de paix pour les peuples.

Pour ma part, j'ose croire que l'avant-propos de M. Capt ne servira pas exclusivement de leitmotiv aux représentants du grand canton romand pour justifier une opposition massive et compacte à l'entrée en matière.

Je regretterais que par un tel vote ils fassent leur singulier argument qui n'a rien de grave ou de décisif heureusement, mais qui est cependant savoureux sous la plume d'un haut fonctionnaire cantonal: « Je considère le péril comme grave et comme inévitable, parce que la mentalité du fonctionnaire est d'accroître et d'augmenter toujours ses compétences! »

Je me hâte de souligner que M. Capt parle ici de fonctionnaires fédéraux.

Bref, Messieurs, c'est un projet. A nous de le rendre meilleur si possible. Il n'exerce aucune pression contre nos parlers, nos coutumes ou nos traditions. Il doit aboutir par des concessions mutuelles.

Et si peut-être la question de la peine de mort devait animer le débat, mentionnons que l'opposition à la suppression au sein de la commission, n'a pas été dictée par des motifs religieux.

Vouloir en discuter me conduirait trop loin.

Je me souviens cependant d'une pièce de Tristan Bernard dans laquelle un détenu philosopant sur cette grave question arrive à cette conclusion:

« On l'embarque pour le grand voyage!

Vous les faites partir pour un endroit que vous ne connaissez même pas.

Vous lui donnez la mort et vous ne savez pas ce que c'est. Vous vous figurez que vous le punissez. C'est peut-être une récompense! »

Le Code pénal est déjà en partie du domaine fédéral. Le code de 1853 est bien désuète et il se sent de bien les lacunes. Vouloir le compléter par des lois spéciales serait une erreur. Les Chambres fédérales ont essayé. Le peuple a repoussé ces lois. C'est donc une indication que le peuple suisse, même à 30 ans de date, reste fidèle à sa décision et qu'il attend de ses représentants qu'ils veuillent bien y donner suite.

Des établissements pénitentiaires depuis longtemps sont soumis à des régimes calqués sur ce qui se fait à l'étranger et sur les résolutions du Congrès de Washington de 1910 et de Londres de 1925.

MM. les professeurs Zürcher et Haffter, dans leur étude « Schweizerische Gefängniskunde » ont établi la corrélation étroite qui existe actuellement entre nos établissements pénitentiaires cantonaux et la nécessité qu'il y a de faire encore mieux en bénéficiant des subventions fédérales.

La science du droit ne peut connaître 25 frontières cantonales et j'imagine que bien souvent encore nos avocats feront appel à Liszt ou à Garçon pour obtenir l'acquiescement d'un prévenu, et nos juges pour fixer les considérants de leurs jugements.

Messieurs, le 6 juin 1905 en présentant son rapport sur l'entrée en matière lors de la discussion du projet de Code civil suisse, M. Rossel a dit:

Les diversités de la race, de la religion, de la langue et des mœurs, les traditions fédératives de la Suisse, l'intensité de la vie régionale ou cantonale seraient-elles des obstacles graves à la Codification entreprise?

Non, pour la raison décisive que les divergences existant entre nos législations actuelles ont presque

toujours des origines qui ne s'expliquent ni par la religion, ni par la langue, ni même par la race.

Et plus loin il continue:

... Mais n'est-ce pas la meilleure démonstration de ce qu'il y a eu d'artificiel et de fortuit dans la formation de notre droit suisse? Cette mosaïque, qui semble le résultat de la fantaisie et du hasard pour le moins autant que des influences éthiques ou morales, ne doit pas nous remplir d'une vénération telle que nous n'osions pas y toucher. Aussi notre peuple a-t-il eu la très vive intuition de ce que, très rarement, les cantons se groupaient d'après leur situation économique, leurs mœurs ou leurs langues, lorsqu'en 1898 il a révisé sa constitution et proclamé son dessein d'unifier tout notre droit privé. Bien plus, il a compris que l'unité de droit entretient et fortifie le sentiment national, qu'elle assurera mieux l'autorité de la loi et qu'elle favorisera la solidarité des intérêts et des aspirations de notre démocratie. Le droit d'un peuple est un peu de son âme; il n'y a pas d'âme profondément une là où il n'y a pas une large communauté d'institutions juridiques...

Il va de soi qu'une œuvre d'une pareille étendue et d'une si extraordinaire complexité soulèvera bien des critiques. Des habitudes séculaires seront dérangées, l'un n'y trouvera pas tout ce qu'il en attendait et l'autre jugera qu'on a trop hardiment innové; il y aura des inquiétudes et des déceptions inévitables. Qui ne consentirait à quelques sacrifices pour réaliser un grand progrès? Le Conseil national et le Conseil des Etats, qui sont saisis du projet de Code civil, ne se refuseront pas d'y apporter tous les changements réclamés par la voix du pays.

Allons donc de l'avant, sans précipitation évidemment, mais sans défaillance! Et plaçons, Messieurs, la grande entreprise de la codification de notre droit civil sous l'égide de ces deux qualités, de ces deux vertus de notre peuple: le respect du passé, le noble souci de l'avenir.»

Ces puissants arguments de mon éminent compatriote M. Virgile Rossel, aujourd'hui vice-président du Tribunal fédéral, ont encore toute leur valeur.

Ils s'appliquent aussi au projet d'unification de notre droit pénal.

Je vous recommande de voter l'entrée en matière.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 7. März 1928.
Séance du matin du 7 mars 1928.

Vorsitz — Présidence: Hr. Minger.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 10 hiervor. — Voir page 10 ci-devant.)

M. Perrier: La question de la législation pénale et en particulier la question de savoir s'il y a lieu de l'attribuer définitivement à la Confédération ou au contraire de la réserver aux cantons me préoccupe depuis de longues années, et, malgré les interventions nombreuses des Romands à la séance de hier, vous ne vous étonnerez pas sans doute de me voir intervenir dans ce débat.

Je dois dire tout d'abord que je suis moins sévère que certains orateurs de hier à l'égard du projet qui nous est soumis. Je considère pour mon compte qu'il a des mérites incontestables, et malgré ses défauts nombreux et graves, je pense que ceux qui ont travaillé à cette œuvre ont certainement contribué aussi à l'avancement de la science pénale dans notre pays et, je dirai même, à l'étranger.

Vous avez entendu hier, par l'organe de mon collègue, M. Grand, l'opinion de la minorité conservatrice de la commission. Vous avez, d'autre part, consulté le volumineux cahier qui vous a été distribué et vous avez constaté que nos commissaires conservateurs ont fait un certain nombre de propositions d'amendements concernant la partie spéciale.

Je n'insisterai pas beaucoup à ce sujet. D'une manière générale, je suis d'accord avec eux. Ils ont fait une première proposition tendant à l'introduction de la peine de mort. Je dois dire que j'attribue peut-être moins d'importance à cette question que certains de mes collègues. Ce serait, à mon avis, une erreur d'en faire le centre du débat. Et, cependant, il me semble qu'un code qui fait complètement abstraction de la peine de mort n'est pas en harmonie avec l'opinion, avec le sentiment (car il s'agit d'une question de sentiment) d'une grande partie de notre population et, en particulier, du canton que je représente. Permettez-moi de vous rappeler une opinion personnelle. Lorsque, dans mon canton, nous avons élaboré notre nouvelle législation pénale, notre Grand Conseil, et non seulement les députés campagnards, mais aussi les députés citadins, voulait aller plus loin que le Gouvernement dans ce domaine.

Nos commissaires conservateurs font également des propositions en ce qui concerne l'avortement. Je pense aussi que la formule contenue dans le projet est insuffisante. J'approuve également leurs propositions en ce qui concerne certaines formes de la débauche qui doivent tomber sous le coup de sanctions pénales.

Je souscris enfin à leurs propositions concernant les délits contre la religion. Je pense qu'un code qui fait complètement abstraction de ces délits heurte les sentiments d'une grande partie de notre population. Je reconnais que, dans un pays mixte comme le nôtre, cette question peut être délicate; mais je crois qu'elle peut être résolue, et je voudrais me permettre de vous rappeler à ce sujet un incident qui s'est passé dans notre Grand Conseil même, au moment où nous terminions la discussion de notre nouveau Code pénal. Nous avons vu alors, et je me rappellerai toujours de ce fait, un beau et grand vieillard se lever dans notre Grand Conseil; ce vieillard respectable était le président du synode réformé de notre canton, M. Leicht: « Je tiens, a-t-il dit, à remercier le Gouvernement d'avoir élaboré une nouvelle législation générale, et je le remercie, en particulier, d'avoir maintenu des sanctions pour l'outrage à la divinité. »

Mais je voudrais élargir le débat et aborder la partie générale du projet. Je relève dans cette partie générale, plus encore que dans la partie spéciale, des divergences notables entre les conceptions admises et les nôtres; ces divergences ont d'ailleurs, à mes yeux, une importance plus grande, parce qu'elles ont des répercussions à la fois plus profondes et plus fréquentes. Permettez-moi d'en relever quelques-unes à titre d'exemples. Tout d'abord, la notion essentielle, la notion même de la pénalité: Nos rapporteurs en ont parlé doctoralement, et, à ce propos, je me permets de dire que l'exposé de M. Seiler était comme celui de M. Logoz digne d'une chaire d'université. Je suis d'accord sur beaucoup de points avec eux: il y avait dans ce domaine des progrès à réaliser. Je considère en particulier comme un progrès, l'introduction dans le code des mesures de sûreté, à côté de la peine; mais, par contre, le projet va trop loin lorsqu'il substitue la mesure de sûreté à la peine. Certes, plus que par le passé, il fallait voir le criminel lui-même, chercher son amendement, et aussi le mettre hors d'état de nuire. Mais il fallait garder la théorie juste de la prévention générale et se tenir ferme à la doctrine classique de l'expiation, de la « Vergeltung », sans laquelle on ne peut plus parler vraiment de peine et de justice pénale.

Je relève entre les conceptions du projet et les nôtres une autre divergence importante dans le chapitre de la responsabilité. La question de l'irresponsabilité même ne donne pas lieu à de très grandes discussions; il en est autrement de la responsabilité limitée. L'introduction de cette notion dans notre législation était certainement un progrès; cela est si vrai que des cantons qui ne la connaissaient pas s'étaient vu obligés de l'introduire par la voie de la jurisprudence, mais, prenons garde! c'est une délicate manière; j'estime, pour mon compte, que le projet va trop loin; il va trop loin, en particulier, lorsqu'il admet comme cause de responsabilité limitée, les troubles passagers de la conscience. Admettre une disposition pareille, c'est ouvrir la porte aux abus, surtout si l'on rapproche cette disposition d'autres dispositions, en particulier de l'article qui donne au juge dans certains cas le pouvoir d'atténuer librement la peine.

Je considère d'ailleurs ce pouvoir accordé au juge par le projet comme exorbitant. Il y avait certes un progrès à faire dans ce domaine. Nos anciens

codes sont trop rigides et trop casuistiques. Mais on me paraît avoir dépassé la limite. Dans nombre de cas, le juge peut librement atténuer la peine. Où cela pourrait-il nous conduire? Il pourrait arriver — je prends un cas extrême — qu'un juge, pour une raison quelconque, qui n'est pas celle du législateur, punisse, par exemple, un meurtre d'une simple amende. C'est aller trop loin.

Toutes ces notions ont été empruntées à ce qu'on appelle la doctrine criminaliste moderne. Il y avait, je le répète, d'excellentes choses à lui prendre; elle constitue un progrès, mais sachons lui emprunter ce qu'elle a de bon et laissons lui ses erreurs et surtout ses exagérations. Cette doctrine était considérée comme un progrès, il y a 30 ou 40 ans. J'ai le sentiment que, sur des points nombreux, il y a aujourd'hui à son égard une réaction dans l'opinion publique et même chez les spécialistes. La situation a changé. Nous avons passé par la guerre, par la crise d'après-guerre, et par la révolution: on se rend compte qu'on ne peut pas, dans la même mesure qu'autrefois, faire du sentimentalisme; on ne peut plus se contenter de considérer le criminel et de perdre presque complètement de vue l'acte criminel lui-même. La société a été ébranlée sur ses fondements; ce n'est pas le moment de diminuer la notion de la responsabilité humaine et de la pénalité.

Je reconnais qu'il est plus difficile de faire des propositions d'amendement dans la partie générale que dans la partie spéciale, et c'est probablement ce qui a guidé nos commissaires. La partie générale, plus que la partie spéciale, constitue un tout cohérent; il est difficile de remuer telle ou telle pierre de l'édifice sans en compromettre l'harmonie, peut-être même la solidité; j'hésite pour mon compte à vous présenter des propositions fermes.

Je tenais à présenter ces observations dans le débat d'entrée en matière, mais, je m'empresse de le dire, je conteste beaucoup plus que telle ou telle disposition du projet, le principe même de l'unification; j'en conteste l'opportunité et même l'utilité.

Dans la séance d'hier, on a longuement débattu la question de savoir si nous pouvons encore aujourd'hui revenir sur cette question en présence de l'article 64bis de la Constitution fédérale. On a victorieusement répondu à cette objection. Comme on l'a très bien dit, la Constitution fédérale — et ses termes sont particulièrement indicatifs — ne donne à la Confédération une possibilité et ne lui impose pas une obligation. On a cité tel ou tel article constitutionnel dont on n'a jamais fait usage; je pourrais y ajouter d'autres dispositions, par exemple l'article sur la double imposition, l'article sur l'établissement de séjour; il y en aurait d'autres encore. Chaque fois que nous discutons une loi dans notre Conseil, nous commençons d'ailleurs par un débat d'entrée en matière dans lequel nous examinons l'opportunité de légiférer; nous avons cependant toujours un article constitutionnel à la base de nos délibérations. Pourquoi en serait-il autrement dans le cas particulier? La réponse n'est pas douteuse. On semble d'accord sur ce point. Mais on déplace la question du terrain juridique sur le terrain politique. On nous dit: « Par le vote de 1898, le peuple et les cantons ont manifesté leur volonté et ont donné pour ainsi dire aux Chambres fédérales le mandat de faire un Code pénal. » On pourrait certes épiloguer sur la manifestation popu-

laire de 1898; elle est moins imposante qu'on ne l'a dit. J'ai saisi au vol quelques chiffres qui nous ont été donnés par les rapports. Dans le canton de Vaud il y a eu, si mes souvenirs sont exacts, 17,000 acceptants contre 2000 rejetants; mais le canton de Vaud peut mobiliser 60,000 électeurs. Je n'ai toutefois pas l'habitude de solliciter les faits. Je reconnais que l'on peut considérer le scrutin de 1898 comme une manifestation populaire dans le sens de l'élaboration d'un Code pénal. Mais si l'on veut considérer les faits, il faut tous les considérer. Il ne faut pas négliger les plus récents. Depuis 1898, des événements importants nous permettent d'admettre clairement que l'opinion populaire s'est profondément modifiée. Malgré l'unification en marche, malgré le travail intensif de notre commission, nous avons pu constater qu'un grand nombre de cantons ont révisé leur Code pénal ou ont décidé de le réviser. Je peux citer mon canton; vous savez que le canton du Valais a décidé lui aussi, de faire un code nouveau et qu'il y travaille actuellement. Je pourrais parler également de certains cantons de la Suisse centrale. Vous me direz: «Ce sont là des cantons qui ont rejeté l'article constitutionnel en 1898.» Mais, ce qui est plus intéressant, c'est que d'autres cantons, de grands cantons qui avaient accepté cet article, se prononcent maintenant pour la révision sur le terrain cantonal. Je pense en particulier au canton de Vaud. M. Vallotton nous a rappelé hier que le Grand Conseil vaudois, à l'unanimité de ses membres, avait décidé de résoudre la question sur le terrain cantonal. Je lis régulièrement les journaux vaudois, et je constate que, lorsque dans une assemblée politique un orateur parle dans ce sens, il est sûr de recueillir des applaudissements. Je puis citer même le canton de Genève qui avait donné une forte majorité en faveur de l'article constitutionnel. Au mois de décembre dernier, le président du Gouvernement genevois, M. le conseiller aux Etats Moriaud — et je ne sache pas que M. Moriaud soit un conservateur ou un fédéraliste outrancier — a annoncé, dans une circonstance particulièrement solennelle — il s'agissait de l'assermentation du Conseil d'Etat à la cathédrale de St-Pierre — que cette autorité intentait procéder à la révision du Code pénal de Genève. Ces faits sont particulièrement symptomatiques. Ils nous montrent que, dans une grande partie du pays, un revirement profond s'est opéré au sujet de l'unification.

A quoi tient ce revirement? Il me paraît facilement explicable. Du fait de la guerre, de la crise économique qui l'a suivie et aussi des conditions économiques nouvelles, nous avons dû procéder à de nombreuses centralisations. Dans le domaine fiscal tout d'abord; qui eût pensé il y a 30 ans que nous aurions aujourd'hui un impôt fédéral de guerre, un impôt fédéral sur les coupons (qui est un véritable impôt sur le revenu), un impôt fédéral sur la benzine, sur la bière, etc. Mais que dire aussi de la centralisation économique? Que dire de la centralisation formidable accomplie par le régime des subventions? On a du reste fait des expériences depuis 1898. En dépit des propos trop optimistes de M. le rapporteur Logoz, on s'est rendu compte qu'une unification par la voie de la législation était fatalement suivie d'autres centralisations par l'administration et même par la justice.

On peut avoir sur les mesures centralisatrices

de la dernière période l'opinion que l'on veut. Les unes étaient nécessaires; d'autres étaient discutables; d'autres étaient condamnables et nettement néfastes. Mais celui qui veut voir clair, celui qui ne veut pas nier la lumière du soleil, doit reconnaître que, si nous ne ralentissons pas le mouvement, si nous ne donnons pas du frein, nous allons tout droit, par la force des choses, à l'Etat unitaire. Et alors, nous touchons ici la question principale, celle de notre équilibre, je voudrais dire davantage, la question de notre existence, car, pour mon compte, je pense que l'unitarisme serait pour nous le germe de toutes les divisions.

Cette question du fédéralisme, que nous la voulions ou que nous ne la voulions pas, nous la retrouvons tout le long de notre existence; elle nous est congénitale; c'est pour nous la question vitale: nous sommes ainsi faits que nous sommes toujours exposés, dans ce domaine, à mourir du trop ou du trop peu. A la fin du XVIII^e siècle, nous avons failli sombrer par défaut de cohésion et parce que le lien fédéral était insuffisant, mais, quelques années plus tard, sous le régime de l'Helvétique, nous risquions de périr par excès d'unitarisme. Au commencement du XIX^e siècle, tout fédéraliste que je sois, je reconnais que le lien fédéral était insuffisant, et que l'on pourrait accuser d'impéritie ceux qui, aux environs de 1830, s'opposaient au renforcement du lien fédéral, si les partisans de ce renforcement n'avaient mêlé à leurs projets des ambitions politiques inadmissibles. Mais aujourd'hui nous sommes dans une situation différente; nous sommes arrivés à ce qu'en chimie on appelle le point critique. Dépassons ce point et c'est le danger de l'unitarisme qui renaît avec toutes ses conséquences.

Je crois pouvoir conclure de ces considérations qu'en ce moment, nous devons éviter soigneusement toutes les centralisations et toutes les unifications qui ne se révèlent pas absolument nécessaires. Si fédéraliste que je sois, je pense qu'il y aura encore des unifications et des centralisations qui s'imposeront. Mais examinons soigneusement chaque fois la nécessité de ces mesures.

J'en arrive ainsi à la question principale de ce débat. L'unification du droit pénal est-elle nécessaire? Je réponds catégoriquement et sans hésiter: non. J'ai pratiqué le droit pénal pendant plusieurs années des deux côtés de la barre, comme avocat et comme procureur général. Je l'ai pratiqué à Fribourg, je l'ai pratiqué dans le canton de Vaud quand j'avais l'honneur d'être stagiaire à l'étude de notre éminent collègue M. de Meuron. Je dois dire que je n'ai jamais vu un cas, pas un seul cas, présentant des difficultés sérieuses en raison de la diversité de nos législations pénales. Sans doute, je le reconnais, les situations sont très diverses. Dans tel canton, on considère tel fait comme un crime ou un délit alors que ce même fait, dans tel autre canton, ne tombe pas sous le coup du droit pénal. Dans tel canton, on est sévère, dans tel autre on est plus indulgent. Qu'est-ce que cela prouve? Cela prouve simplement que nous sommes divers, que nos conceptions, nos mœurs, nos traditions sont différentes. Et, au fond, ce que les partisans de l'unification ne veulent unifier, ce n'est pas la législation, mais ce sont les conceptions et les traditions différentes. On ne cherche pas la satisfaction d'un besoin réel, mais on obéit à un esprit doctrinaire d'unitarisme.

Consciemment ou inconsciemment on obéit aussi à un certain esprit d'imitation contre lequel je voudrais vous mettre en garde. On constate que dans les grands pays qui nous entourent, on a un code pénal unique. On relève que l'Allemagne fédérative elle-même a unifié ses lois pénales. M. Huber a rappelé hier qu'il était question en ce moment d'élaborer un code pénal commun à l'Autriche et à l'Allemagne. Nos unificateurs se disent: Est-il admissible dans ces conditions d'avoir une législation pénale pour chacun de nos minuscules Etats cantonaux? On oublie plusieurs choses quand on tient ce raisonnement. On oublie tout d'abord le malaise qui règne parfois dans ces grands pays ensuite de l'excès d'unitarisme. Ce malaise, ne le voyons-nous pas en Allemagne? Nos voisins de l'ouest, si anciennement centralisés, n'en souffrent-ils pas particulièrement depuis l'incorporation de l'Alsace, ce pays si proche de nous par les conceptions et par le tempérament? On oublie d'ailleurs que ces diversités sont beaucoup moins grandes chez nos voisins que chez nous. On oublie surtout, et je voudrais insister sur ce point, que ce qui convient à un grand pays ne convient pas à un petit pays. Un grand pays recherche la puissance, et il est incontestable que l'unitarisme et la centralisation donnent cette puissance. Mais, cette puissance, quoi que nous fassions, quoique nous unifions, quoique nous centralisions, nous ne l'aurons jamais. Un petit pays doit, en compensation, chercher d'autres avantages: l'harmonie, l'équilibre; par le principe fédératif, il doit s'efforcer de donner satisfaction le plus complètement possible à toutes les parties de sa population. Les paroles de Montesquieu restent toujours vraies: « Un pays ne vit que du principe qui l'a fait naître. » Permettez-moi, à ce sujet, de vous rappeler — ce n'est pas un hors-d'œuvre — les paroles d'un de mes anciens maîtres de Fribourg, M. le recteur Jaccoud qui, dans un rapport scolaire, disait ceci:

« Certes, la Suisse n'existerait pas, jamais elle aurait été possible si nos ancêtres s'étaient appliqués à imiter les pays voisins, s'ils s'étaient laissés éblouir par leurs richesses, leur puissance et leurs institutions. Avec beaucoup de sagesse et de raison ils ont tiré de leur propre fond, gardant avec un soin jaloux ce qu'ils avaient, créant au besoin ce qui leur manquait. Voilà pourquoi au lieu d'être un Etat unifié de structure homogène, la Suisse se trouve formée de 22 cantons fortement unis par le lien fédéral. Dans la règle, ce qui est des cantons, quelque varié qu'il soit, c'est suisse, ce qui vient d'ailleurs ne l'est pas. Plus que jamais on devrait s'apercevoir que le fédéralisme nous permet de rester unis tandis que, poussée trop loin, la centralisation nous désunirait infailliblement. » Ces propos n'ont rien de particulièrement scolaire, mais ils sont si justes qu'ils ont leur place dans cette discussion.

On a fait grand état dans le débat de lundi et dans celui de hier de la nécessité d'une meilleure organisation pénitentiaire et d'une meilleure politique de lutte contre la criminalité. Nous pouvons répondre que dans le domaine pénitentiaire plusieurs cantons ont déjà fait leur devoir. Tout près d'ici, dans la plaine du Grand marais, le pénitencier bernois de Witzwil et le pénitencier fribourgeois de Bellechasse sont, je crois pouvoir le dire, des modèles. Je ne vois pas en quoi la Confédération pourrait faire mieux. (M. le Président interrompt.) Voulez-vous me donner encore quelques minutes et j'ai terminé.

Nationalrat. — Conseil national. 1928.

Il est vrai que les spécialistes trouvent toujours certains avantages à la centralisation et à l'unification. Ils sont comme les philanthropes qui se proclament souvent d'excellents fédéralistes et qui n'ont rien de plus pressé que de faire appel à la caisse fédérale. Les spécialistes sont exposés à perdre la vue d'ensemble, et notre distingué rapporteur, M. Logoz, je me permets de le lui dire, car il sait l'estime que j'ai pour lui, n'échappe pas complètement à ce travers. Dans la lutte contre la criminalité, ce n'est d'ailleurs pas la diversité des législations qui est l'obstacle important; c'est l'insuffisance même d'un grand nombre de nos codes cantonaux.

Je touche ici le meilleur argument en faveur de l'unification: le caractère vétuste de certaines législations cantonales. Je ne crois pas me tromper en relevant tout d'abord que si ce défaut n'a pas été corrigé, c'est à l'annonce du Code pénal suisse qu'on le doit. Mais le remède est facile. Le fédéralisme ne peut se soutenir que dans la mesure où il est progressiste et constructeur. Que les cantons se mettent donc à l'œuvre, qu'ils sortent de leur léthargie. Nous aussi, à Fribourg, nous avons un code vieilli, trop rigide, trop casuistique.

Il arrivait souvent que le juge se voyait obligé de le violer, ce qui constitue toujours un danger au point de vue social. Nous avons élaboré un nouveau code qui est en vigueur depuis trois ans, et nous en sommes contents. Je m'empresse de dire, dans un sentiment d'équité et de justice, que nous n'aurions pas pu le faire aussi rapidement et dans d'aussi bonnes conditions si nous n'avions pas eu à notre disposition le projet du Code pénal suisse, ce grand magasin général à l'usage du législateur dont un orateur a spirituellement parlé hier. Au moment de son élaboration, qu'il me soit permis de le rappeler en passant, notre code a suscité des polémiques très vives dans certains milieux, mais le temps de polémiques est passé, et, aujourd'hui, des hommes qualifiés, des savants, en dehors des frontières suisses de notre pays, tout en contestant peut-être telle ou telle disposition de notre législation nouvelle, louent ses mérites; en tout état de cause, notre nouveau code a une qualité: il nous donne satisfaction et s'adapte à nos besoins.

Dans ces conditions, nous pouvons aller plus loin que tout à l'heure: non seulement l'unification n'est pas nécessaire, mais les cantons peuvent mieux légiférer dans ce domaine que la Confédération, parce qu'ils connaissent mieux leurs conditions particulières et peuvent plus facilement y adapter leur législation. Le Code pénal suisse sera toujours un compromis et nous avons déjà trop de compromis. Permettez-moi une comparaison: le Code pénal suisse sera toujours un habit acheté chez le marchand de confections du coin; un Code pénal cantonal peut être, si on le veut bien, un vêtement fait sur mesure, qui moule, qui épouse parfaitement les formes de celui qu'il doit habiller. Entre ces deux solutions, mon choix est fait.

Je m'aperçois que j'ai déjà été long; M. le Président me l'a déjà rappelé il y a un instant. Je me résume. Je suis adversaire du projet qu'on nous présente, parce que, dans ses dispositions générales il ne nous donne pas satisfaction et parce que, dans certaines dispositions spéciales, il heurte nos conceptions. Je suis adversaire du projet, parce que, dans sa forme, il est critiquable; il me semble trop, trop compliqué. Notre Code pénal fribourgeois a 200 ar-

ticles; le projet en a 400. Mais je suis adversaire du projet plus encore parce que je conteste le principe même de cette unification nouvelle qui, venant après tant d'autres, est de nature à troubler gravement l'équilibre déjà si compromis entre les cantons et la Confédération.

Je crois savoir qu'une proposition de non entrée en matière sera présentée. A mes yeux, cette votation préliminaire n'aura pas une très grande signification, car un assez grand nombre de députés hostiles au principe d'unification, de centralisation, sont partisans de la discussion. Si une proposition de non entrée en matière est présentée, je la voterai cependant, mais, en tout état de cause, je voterai finalement contre le projet.

Nous avons entendu nos rapporteurs parler éloquemment de la pensée nationale et du lien fédéral. C'est parce que, moi aussi, je pense au lien fédéral, c'est parce que je le veux fort, que je suis hostile à l'unification.

Bundesrat Häberlin: Ich hatte ursprünglich die Absicht, nach den ersten Worten der Herren Berichterstatter über das Eintreten auch in einem etwas eingehenderen Votum den Standpunkt des Bundesrates zum Ergebnis der Kommissionsberatungen Ihnen darzulegen. Sie werden es vielleicht verstanden haben, daß sich auch der Bundesrat heute in diesen Tagen, vor einem feierlichen Momente sieht, wo ein Werk, das vor 30 Jahren in seinem Keime vom Schweizervolke beschlossen wurde, nun endlich zur parlamentarischen Beratung drängt. Es ist ein feierlicher Moment, indem schon im Eintretensvotum es sich wird zeigen müssen, ob wir noch heute auf der staatsrechtlichen Grundlage, die unsere Väter vor 30 Jahren gelegt haben, stehen, wo wir beweisen müssen, daß wir zur gemeinsamen eidgenössischen Rechtsschaffung fähig sind, wo wir zeigen müssen, daß wir den Moment nicht verpassen, wo ein kultureller Fortschritt auf diesem außerordentlich wichtigen Gebiete in den Kompetenzen der Eidgenossenschaft möglich ist. Ich habe auf jenes Eintretensvotum verzichtet, vor allem mit Rücksicht auf die eingehenden und — ich möchte das sagen — glänzenden Referate der Herren Berichterstatter. Ich hätte nur Gleiches oder Aehnliches in einem schalen Aufguß Ihnen wiederholen können. Das wollte ich Ihnen und mir ersparen.

Heute ist nun die Situation ja insofern etwas anders, als in der Zwischenzeit auch Stimmen sich haben hören lassen, die Angriffe gegen das Werk enthalten, Kritiken, Bedenken und Vorbehalte, wie das selbstverständlich bei jedem solchen großen Werke zu erwarten ist. Sie mögen es daher dem Vertreter des Bundesrates gestatten, daß er sich vor allem mit diesen pessimistischeren Stimmen auseinandersetzt, in Verbindung mit den Herren von der Kommission, welche die Materie ja weit besser beherrschen als ich.

Was sind es hauptsächlich für Einwendungen, die wir gehört haben? Aus welchen Quellen sind sie entsprungen? Die größte Opposition ist die föderalistische Opposition, die sich selbst als solche vorgestellt hat. Dann sind oppositionelle Bedenken geäußert worden, die nicht unter dieses Banner gehören, sondern die mehr in einem wissenschaftlichen System ihren Ursprung haben, die den Entwurf nicht akzeptieren aus Gründen der juristischen Disziplin.

Es sind sodann praktische Bedenken geäußert worden, hauptsächlich von den Herren de Meuron und Valloton, die ebenfalls bekämpft werden können und bekämpft werden müssen, vielleicht weniger heute als im spätern Verlauf. Es sind Ihnen endlich Parteistandpunkte zur Kenntnis gebracht worden, Parteivorbehalte geäußert worden, denen gegenüber Sie mich auch einige wenige Worte mögen äußern lassen. Ich darf wohl die motifs moins sérieux beiseite lassen, die Herr de Meuron ins Vordertreffen gestellt hat. Ich darf sie motifs moins sérieux nennen, weil er ausdrücklich später gesagt hat: «Ich komme jetzt zu den motifs plus sérieux.» In meinen Worten liegt also keine Herabsetzung. Herr de Meuron hat erklärt: Wir hatten zu wenig Zeit, uns diesen Entwurf anzusehen! — Ja, meine Herren, wieviel Zeit verlangen Sie von uns, um einen Entwurf richtig studieren zu können? Genügen Ihnen 30 Jahre nicht? Genügt Ihnen nicht eine Vorlage, die der Bundesrat Ihnen vor 10 Jahren vorgelegt hat? Die Botschaft ist am 23. Juli 1918 ergangen. Ich bedaure, daß es noch nicht ganz 10 Jahre her sind, glaube aber doch, das sollte genügen. Es sollte namentlich dann genügen, wenn der gleiche Rat im vergangenen Dezenium und namentlich in den letzten Jahren über die größte Zahl der Bestimmungen, die hier zu diskutieren sind, bei Anlaß des Militärstrafgesetzes à fonds diskutiert hat. Ist es nicht eine Beleidigung für Ihren Rat, wenn man ihm sagt: Diese Zeit genügt nicht zur Vorbereitung? Ich nehme also diese Motive des Herrn de Meuron wirklich nicht allzu ernst.

«Die Legislaturperiode sollte zuerst abgelaufen sein.» Ja, man sagt uns immer, die Behandlung der Vorlage werde das Parlament noch Jahre lang beanspruchen. Ich hoffe zwar nicht, daß die Behauptung in dieser Form richtig ist; aber wenn diese Argumentation richtig ist, werden wir sowieso zum zweiten Male in eine neue Legislaturperiode hineinkommen. Müssen wir dann immer wieder von vorne anfangen? Und noch etwas: Hier darf ich nun sagen: Wenn die Befürchtung ausgesprochen wird, es werden einzelne der heute hier anwesenden Herren nach den Wahlen vom Oktober 1928 nicht wiederkommen, so hoffe ich das ja nicht; aber die Möglichkeit besteht doch, da hat Herr de Meuron recht. Diese Möglichkeit besteht aber auch für die 27 Kommissionsmitglieder, die an diesem Entwurf mitgearbeitet haben. Wollen Sie die nun wirklich ausscheiden aus der Beratung des Gesetzes, an dem sie 10 Jahre mitgearbeitet haben? Wäre das nicht eine Ungerechtigkeit und wäre es praktisch gedacht, gerade diejenigen auszuschließen, die sich am meisten damit beschäftigt haben? Ich glaube, auch diese Argumentation dürfen wir zurückweisen.

Ich komme nun zu den motifs plus sérieux. Hier hat Herr de Meuron die Frage aufgeworfen, wie es mit der Verfassung stehe, ob es wirklich richtig sei, daß die Verfassungsfrage bereits erledigt sei und nicht wieder aufgeworfen werden könne. — Eine Verfassungsfrage kann natürlich immer wieder aufgeworfen werden; das ist an sich unbestreitbar. Herr de Meuron hat aber weiter gefragt: Enthält dieser Verfassungsartikel 64bis wirklich einen Auftrag, ein eidgenössisches Strafgesetz zu schaffen oder enthält er nur eine Kompetenz, eine Möglichkeit, ein Recht? Der Form nach hat Herr de Meuron recht. Wenn Sie auf den Wortlaut abstellen, ist es ein

Kompetenzartikel, wie wir deren andere auch haben. Und Herr de Meuron hat recht, wenn er sagt, daß ja eine Reihe von solchen Kompetenzartikeln in der Bundesverfassung enthalten seien, die ihre Ausführung noch nicht gefunden haben. Man kann sogar weiter gehen als er, und Herr Perrier hat heute bereits Herrn de Meuron ergänzt: Es gibt sogar eine Reihe von nicht ausgeführten Artikeln, die Auftragsartikel sind, nicht bloß sogenannte Kompetenzartikel. Ich nenne den Art. 46, den Art. 47, über die Doppelbesteuerung usw. Das ist also vollständig richtig. Aber wir wollen doch praktisch reden, nach dem Sinn der Verfassung. Ganz klar ist es, daß wenn wir eine Totalverfassungsrevision vornehmen, wir bei diesem Anlaß auch eine Reihe von Kompetenzartikeln, von Programmartikeln schaffen, von denen wir annehmen, daß sie nicht sofort ihre Ausführung finden müssen. Sie gehören in das System; sie gehören in den Rahmen der Verfassung hinein, und die spätere Zeit muß dartun, ob und wann sie ausgeführt werden sollen. Das haben wir erlebt.

Aber ist das nun so mit dem Art. 64bis? War das so mit dem Art. 64? War das wirklich so gemeint? Nein, da ist die Lage ganz anders! Die Frage der Vereinheitlichung des Zivilrechtes, die Frage der Vereinheitlichung des Strafrechtes, waren einmal enthalten in einem Gesamtprojekt der Totalrevision der Bundesverfassung, jener Gesamtrevision, die im Jahre 1872 verworfen worden ist. Man wußte damals nicht, was alles an dieser Verwerfung schuld war. Vielleicht war es der Gedanke der Vereinheitlichung des Rechtes. Im Jahre 1874 hat man die Konsequenz gezogen und diese Artikel wie andere, die verdächtig waren, herausgenommen. Die 74er Verfassung wurde ohne diese Artikel angenommen. Nachher hat man Ihnen die Probe darauf gemacht, was das Schweizervolk speziell zu diesen Artikeln sage, und hat diese Artikel einer gesonderten Abstimmung unterworfen. Es ist nun richtig, daß Herr Dubs im Jahre 1877 sagte: Wir wollen jetzt nicht mit dieser Vereinheitlichung «Stürmi» sein, wie der Berner sagen würde, wir wollen nicht drängen; wir wollen diese Einheit einem romanischen Widerstand nicht aufzwingen! — Das sagte er damals zweifellos in guten Treuen, er glaubte es. Aber auch Dubs hat die Zukunft ins Auge gefaßt. Ich war ja auch einmal Advokat und habe daher die Gewohnheit, wenn der Gegenanwalt etwas zitiert, die nächsten Seiten nach dem Zitat auch noch zu lesen (Heiterkeit!) Herr de Meuron, der übrigens durchaus ehrlich alle Gegenargumente auch zugelassen hat, hat auf Seite 356 gelesen. Ich habe dann auf Seite 356 weiter gelesen, wo Dubs sagt:

« Pour notre part, nous estimons que l'unification du droit est une chose très avantageuse, en tant qu'elle repose sur une nécessité pratique réelle et qu'elle procède d'une entente volontaire. Mais si elle ne repose que sur la théorie purement systématique et si l'on prétend l'imposer par la force à des grandes parties du pays, alors, il nous semble qu'elle ne vaut pas le prix qu'il faudrait la payer. Avec un peu de patience, on ira dans ce domaine certainement beaucoup plus loin qu'en y mettant trop de précipitation.»

Ich glaube, diese Patience haben wir geübt. Wir haben gewartet seit 1877. Es sind jetzt 50 Jahre her, gut gezählt, sodaß vielleicht auch Herr Dubs heute eine andere Meinung hätte. Das Schweizervolk hat

mit einer eminenten Mehrheit die Rechtseinheit auf diesem Gebiete angenommen. Herr de Meuron sagt, es seien ja nur etwa 170,000 Stimmen mehr gewesen; das sei nicht gerade eine enthusiastische Annahme. Meine Herren, wenn Sie nur Revisionen, Gesetzes- und Verfassungsänderungen vornehmen wollen, die eine enthusiastischere Aufnahme finden, als mit einem Mehr von 170,000 Stimmen, dann gehen wir ruhig zum Saal hinaus; denn dann haben wir nichts mehr zu tun in der Eidgenossenschaft! (Lebhaftige Zustimmung). Ich glaube also, das Mehr war anständig und wurde darum auch so aufgefaßt, daß auf diesem Mehr ein Auftrag an die Bundesversammlung und an die vorbereitenden Behörden aufgebaut werden muß, die Rechtseinheit nicht auf dem Papier stehen, sondern sie zur Tat werden zu lassen.

Wir wissen ja alle, daß nach einem negativen Entscheid, durch den z. B. eine Initiative abgelehnt wird, zweifellos das Recht besteht, stets wieder und wieder mit einem Verfassungsgedanken zu kommen, den man dem Schweizervolk vorlegen will. Das ist ein gutes Recht. Das war beim Proporz so und ist dort durchgedrungen — zu meinem Bedauern — (Heiterkeit!). Wenn also ein positiver Entscheid gefällt worden ist, so ist das etwas anderes. Es ist kein fair play, wie der Engländer sagen würde, wenn man den Verfassungsartikel stürzen will, bevor auch nur der Versuch gemacht worden ist, ihn in die Bundesgesetzgebung überzuführen. Ich verlange gerade von denjenigen Herren, die bei anderen Anlässen immer wieder den Respekt vor der Verfassung fordern, daß sie auch ihrerseits die Konsequenz ziehen, wenn es auch für sie einmal unangenehm ist. Wenn sie sagen wollen, daß sich die Verhältnisse seit dem Jahre 1898 absolut geändert haben, so verlange ich, daß sie dann die Beweislast für diese Behauptung übernehmen. Verzeihen Sie, wenn ich als alter Advokat prozessualisch spreche. Sie haben dann nachzuweisen, daß die Verhältnisse in ihrem Sinne besser geworden sind, daß die Notwendigkeit des Eingreifens der Bundesgesetzgebung weniger besteht als im Jahre 1898.

Da stelle ich nun die Fragen: Haben die materiellen Abgründe, die zwischen der Strafgesetzgebung der 25 verschiedenen Kantone existieren, etwa aufgehört? Haben wir keinen Kanton ohne kodifiziertes Strafrecht? Ist das alles aus der Welt? Nein, diese Unterschiede, diese klaffenden, diese zum Himmel schreienden, sind nach wie vor vorhanden, auch wenn man sich da und dort Mühe gegeben hat, auszugleichen und zu bessern. Ist der Skandal der Strafen-Kumulation verschwunden, der hauptsächlich im Jahre 1898 unsere Vorfahren bewogen hat, zu einer eidgenössischen Gesetzgebung überzugehen, dieses Addieren der verschiedenen Strafen, die in den verschiedenen Kantonen über denselben Verbrecher ausgesprochen wurden, sodaß er vielleicht mit 30 bis 40 Jahren Freiheitsstrafe für die Zukunft belastet ist, weil er zufällig in verschiedenen Kantonen und nicht im gleichen Kanton delinquent hat, wo man die Strafen zu einer Hauptstrafe komprimiert hätte? Diesen Skandal haben wir heute nach wie vor, wenigstens gesetzlich. Sind die Uebelstände im Strafsystem verschwunden? Aus den Voten der Herren Gegner haben Sie herauslesen müssen, daß es noch solche Uebelstände gibt. « Il y a quelques cantons, qui ont fait leurs devoirs. » hat vorhin Herr Perrier gesagt. « Et les autres ? » Wollen wir nur für unseren

eigenen Kanton arbeiten oder sind wir Bundesbrüder, die auch den Schwächern helfen wollen, ihre Kriminaljustiz auf einen richtigen Boden zu stellen? Das ist der Hauptgedanke der eidgenössischen Gesetzgebung. Wir wollen vor allem die Strafanstalten verbessern, die Möglichkeit richtiger Strafanstalten schaffen. Ist das Bedürfnis verschwunden, gegenüber den fremden Staaten, eine einheitliche Rechtsfront zu haben, um Verträge mit ihnen abschließen zu können auch auf strafrechtlichem Gebiet, im Auslieferungswesen zum Beispiel? Wir wollen uns nicht ohnmächtig fühlen, wie z. B. vor wenigen Jahren in der Angelegenheit des Auslieferungsvertrages mit Uruguay, wo man wegen der kantonalen Differenzen beinahe nicht zu einem Vertrag gelangt wäre. Das sind praktische Schwierigkeiten, die vorhanden sind. Wenn sie Herr Perrier nicht gesehen hat, ich sehe sie in meiner Praxis. — Ist das Verbrechen weniger gefährlich geworden? Ist das Verbrechen kantonal? Ist es in den letzten 30 Jahren nicht immer mehr und mehr internationalisiert worden, wie noch nie? Haben die Kriegszeiten etwa gar eine Besserung gebracht, sodaß wir das Kriegsbeil gegen das Verbrechen begraben könnten und das Beil nicht vielmehr schärfen müssen? Jedermann, der die Augen offenhielt, hat eine Verschlimmerung auf diesem Gebiet gesehen. Er mußte sehen, daß das Verbrechen neue Mittel gefunden hat, ich möchte sagen, internationale Mittel, daß es neue Formen angenommen hat die wir nur durch Zusammenschluß bekämpfen können. Auch neue zu schützende Interessen haben sich gebildet. Mit der Entwicklung unserer Kultur gibt es immer neue Gebiete, wo der Einzelne in seinen Interessen, in seinen Rechtsgütern verletzt werden kann. Auch die Tatbestandsfeststellung ist schwieriger geworden. Namentlich Herr Logoz, wenn ich ihn richtig verfolgt habe, hat darauf hingewiesen, wie schwer es manchmal ist, festzustellen, wo überhaupt ein Delikt passierte. — Herr Perrier sagte, er habe von diesen Schwierigkeiten nichts bemerkt. Ich will ihn Herrn Logoz überliefern. Er wird ihm einige dieser Schwierigkeiten namhaft machen können. Uebrigens bin ich überzeugt, daß auch Herr Perrier einige kennt. Der Fall Huber, von dem Herr Logoz erzählte, hat zwar nicht ihn beschäftigt, aber wenn ich nicht irre, war damals Staatsanwalt ein Herr Perrier, und das war glaube ich der selige Vater des Herrn Perrier, sodaß jene Episode ihm sicherlich nicht aus dem Gedächtnis verschwinden konnte. Das ist heute noch viel komplizierter geworden. Wir haben nicht mehr bloß die Eisenbahnen, wir haben auch das Flugzeug, wo die Tatbestandsfeststellung noch viel schwieriger sein wird. Wir haben auch das Radio, und Radiodelikte werden möglich werden. Alle diese Komplikationen haben wir. Kann die auch ein noch so großer Kanton lösen? Kann der Kanton Freiburg diese Aufgabe lösen, wenn er sich noch so sehr Mühe gibt? Ich verneine das.

Wo sind allen Uebeln gegenüber, denen wir abhelfen wollen, die neuen gegnerischen Momente, die uns veranlassen könnten, das Schwert, das zur Verteidigung gezogen ist, in die Scheide zu stecken? Verdrossenheit gegenüber eidgenössischer Gesetzgebung! Ja ich weiß es, ich leugne keine Tatsachen, sondern ich schaue diesen mit Ihnen ins Gesicht. Aber wir dürfen uns nicht unterkriegen lassen von solchen Tatsachen und wir müssen auch den Ursachen nachgehen, warum diese Verdrossenheit da ist. Ist das eine Ver-

drossenheit gegen die ordentliche eidgenössische Gesetzgebung, wie wir sie hatten vor dem Kriege? Ist das eine Verdrossenheit, die sich gegen das eidgenössische Zivilgesetzbuch gerichtet hat, das auf dem normalen ordentlichen Wege entstanden ist? Haben Sie dort etwas gemerkt von einer Verdrossenheit? Und doch war das auch ein großes eidgenössisches Werk, das noch ganz anders in die Kantone hineingegriffen hat. Es ist schlankweg durchgeführt worden. Es wird da und dort vielleicht in einzelnen Punkten nicht ganz befriedigen, aber von einer Verdrossenheit und Abwehr dagegen ist keine Rede. Mit dieser Gesetzgebung, mit dieser Zwillingschwester, müssen Sie die heutige Strafgesetzgebung zusammenstellen und nicht mit den Kriegsverordnungen, die ja viel Unwillen erregt hatten; ob mit Recht oder Unrecht, will ich heute nicht entscheiden. Ich glaube, auch da wird vielleicht eine spätere Zeit gerechter sein als die heutige Zeit, die noch zu nahe daran ist, eine spätere Zeit wird besser unterscheiden können, warum man damals so legiferieren mußte, in der Geschwindigkeit, nach den Anforderungen des Augenblicks, unter der Kriegsdrohung. Heute ist das alles nicht so. Das Kind, das wir heute aus der Taufe heben wollen, ist wahrhaftig keine Frühgeburt mehr, es ist überaus getragen in normaler Entwicklung. Darum dürfen die Argumente, die gegen die andere Gesetzgebung ausgespielt werden können, wenn wir fair play spielen wollen, nicht gegen den vorliegenden Entwurf ausgespielt werden.

Man stellt uns die kantonalen Revisionen gegenüber, die zum Teil vollzogen, zum Teil im Tun sind. Es ist vielleicht nicht ganz korrekt, wenn man uns die vorhalten will. Einzelne davon sind ja ausdrücklich mit der Begründung vorgenommen worden, man könne nicht warten, bis das eidgenössische Strafgesetz komme, man wolle auch gar nicht dem eidgenössischen Strafgesetz entgegenarbeiten, sondern man wolle es quasi propagieren, indem man seine Grundsätze aufnehme. Das haben wir respektiert und die Arbeit, die da geleistet worden ist, wollen wir in keiner Art und Weise bekritteln. Aber sie soll nicht gegen uns ausgespielt werden, sondern es soll anerkannt werden, daß damit da und dort dem eidgenössischen Entwurf vorgearbeitet wird. Man wirft dem Entwurf vor, er sei ja nur aus einem esprit d'imitation hervorgegangen, der Entwurf ahme nur fremdes Recht nach. Nichts ist ungerechter als dieser Vorwurf. Die Herren Referenten haben Ihnen das bereits ausgeführt. Es gibt kaum einen selbständigeren Entwurf als den eidgenössischen. Und namentlich die Aktiv-Legitimation zu diesem Vorwurf muß ich den kantonalen Strafgesetzen bestreiten, denn es gibt nichts Unselbständigeres und Nachgeahmteres als die kantonalen Strafgesetze. Sie sind Nachahmungen; es ist ausdrücklich zugegeben worden, sie wollten nachahmen, sie wollten eidgenössische Arbeit, die bei uns geleistet worden ist, aufnehmen. Daneben gibt es offenbar auch ein Bedürfnis, den Kanton Freiburg nachzuahmen, der vorausgegangen ist. Der Gedanke lag ja nicht so fern, zu sagen: « Wir in den andern Kantonen haben auch eigene, gescheite und ehrgeizige Juristen, die etwas zustande bringen können. Ahmen wir den Kanton Freiburg nach! »

Welches sind die alten Argumente, die ins Feld geführt werden, zum Sturm gegen den Entwurf? Man solle überhaupt den Kantonen dieses Wirkungsfeld belassen, denn die Verschiedenheit der Kantone

sei etwas Natürliches, Gottgewolltes und daran solle man nicht tasten. Wären wir eine Eidgenossenschaft geworden, wenn wir immer so gedacht hätten? Haben wir immer das natürlich Gewordene einfach so belassen wie es war, haben wir es einfach fortvegetieren lassen? Nein, ein eidgenössischer Wille mußte dazu kommen und die Verschiedenheiten zusammenfassen, wie Gottfried Keller das so schön geschildert hat. Nur das Zusammenfassen der Verschiedenheiten in eine Einheit, unter Belassung der Verschiedenheit, wo sie notwendig und wo sie tauglich ist, hat zu einem guten Schlußresultat führen können. Wenn aber Herr Perrier sagt, namentlich in einem kleinen Lande müsse alles belassen werden wie es war, für große Länder sei die Rechtseinheit verständlich, für kleine Länder nicht, dann kann ich ihm nicht folgen, das verstehe ich offen gestanden nicht. Ich meine, gerade wenn ein Land klein ist und wenn es noch in 25 Partikel sich verteilt, so daß man nach ein paar Schritten mit der Nase wieder an eine neue Grenze stößt und an ein anderes Recht, sei die Rechtseinheit wichtiger als in einem großen Lande, wo regionale Verschiedenheiten, viel eher belassen werden können. Das war bisher meine praktische und vielleicht doch auch natürliche Auffassung.

Die Kantone seien besser befähigt, neues Recht zu schaffen. Das ist eben Beweisfrage. Darin sind wir verschiedener Ansicht, und darüber werden wir uns entscheiden müssen. Man hat sich berufen auf die Vorgänge vom Jahre 1898, daß damals große Männer und angesehene Rechtsverständige gegen eine Vereinheitlichung gewesen seien, Männer, die ich hoch ehre, sind genannt worden, die Herren Muheim, Kuntschen, Facy, mit denen ich in diesem Saale noch zusammengewirkt habe. Einige andere sind vergessen worden von Herrn de Meuron. Er hat den Herrn von Planta vergessen, meines Erinnerens Mitglied seiner Fraktion. Er hat Herrn Richard aus dem Kanton Genf nicht erwähnt, meines Erinnerens Mitglied seiner Fraktion, und vor allem hat er einen hervorragenden Waadtländer, Boileau, Mitglied seiner Fraktion vergessen, die alle für die Vereinheitlichung des Strafrechtes gestimmt haben, gewiß auch aus guten Gründen. Ich nenne diese Namen nur als Gegengewicht, ich will die ändern in keiner Weise herabsetzen. Aber ich will dartun, daß man guter Föderalist sein und diese Aufgabe doch als gut anerkennen kann.

Wenn Sie sich auf den Standpunkt stellen wollen, daß die kantonale Regierung, der kantonale Administrator, vor allem für seine Kantonsangehörigen zu sorgen habe, daß ihnen das Recht werde, an das sie gewohnt seien, das sie verstehen, so war das vielleicht früher ein Argument, das man verstehen konnte: Im Altertum hat man sein Stammesrecht mit sich getragen, da hatte man eine Lex Burgundionum, Alamannorum, Visigothorum, und wie sie alle heißen, man hatte das Recht der salischen und der ripuarischen Franken. Wenn der ripualische den salischen Franken erschlug, mußte der Täter nach dem Recht des salischen Franken Wergeld bezahlen. Leben wir noch heute in diesen Verhältnissen? Haben wir Modernen ein bißchen nachgesehen, wie es heute eigentlich steht mit diesen Stämmen? Der Stamm der Thurgauer z. B., wo sitzt der? Ich war selbst überrascht, als ich entdeckt habe, wie nomadenhaft wir ver-nlagt sind. 55 % der Thurgauer leben im Kanton

Thurgau und 45 % in der übrigen Eidgenossenschaft, also rund gesprochen die Hälfte, richtiger 70,000 gegen 58,000. Wir haben bei uns etwa 12,000 Berner, ein Elftel unserer Einwohnerschaft, infolge einer Bewegung, die bei uns eingesetzt hat als ich junger Anwalt in den 90er Jahren war. Seither haben wir diese Veränderung durch die Freizügigkeit in der Schweiz. Die Berner haben 566,000 in ihrem Kanton und 232,000 außerhalb ihres Kantons, ein etwas günstigeres Verhältnis. 71 zu 29 %; Freiburger haben sie im Kanton 115,000 und draußen 31,000, also auch ein Fünftel draußen. Warum sage ich Ihnen das? Weil ich das Bedürfnis aufzeigen will, daß unsere Kantonsangehörigen, wenn wir für sie auch dann besorgt sein wollen, wenn sie ihre Schritte außerhalb des Kantons lenken und noch in der Eidgenossenschaft wieder absetzen, nicht ein wildfremdes Recht dort antreffen, sondern ein Recht, das ungefähr dem ihrigen zu Hause entspricht. Das wünschen wir den Freiburgern, wenn sie zu uns kommen, und den Thurgauern, wenn sie in den Kanton Freiburg kommen, daß sie sich nicht fremd fühlen, sondern in eidgenössischem Land mit einem Rechte.

• Und nun die Frage: Uebermarchen wir mit unserem Gesetze als Zentralisten, als Unitarier die Rechte des Kantons? Der Verfassungsartikel hat die Schranken gezogen, und im Gesetze sind diese Schranken beachtet worden. Grenzfälle wird es in einer so ausgreifenden Gesetzgebung immer geben, wie das auch beim Zivilrecht der Fall ist. Dem ist doch sicher nicht so, daß durch unser Strafgesetz der Kanton strafrechtlich zu einem Verwaltungsbezirk und zu einem bloßen Wahlkreis herabgewürdigt wird; davon ist gar keine Rede. Die ganze Durchführung des Prozesses, die ganze Verwaltung des materiellen Strafrechtes hat er für sich; so ist es im Kanton Freiburg, im Kanton Wallis und in allen übrigen Kantonen. Dagegen verstößt nun zweifellos nicht die Tatsache, daß im materiellen Strafgesetz nun doch gefragt wird, welche Funktionen der Richter und welche Funktionen eventuell dem Verwaltungsmann zugeschrieben werden. Das muß natürlich im eidgenössischen Gesetz gesagt werden, sonst würde der Charakter der strafrechtlichen Maßregel denaturiert. Oder wollen Sie ein eidgenössisches Strafgesetz schaffen, worin den Kantonen freigestellt wäre, überhaupt die ganze strafrechtliche Ahndung der Verwaltung zu überlassen? Das muß im Gesetz geregelt sein.

Dann ist der Vorwurf erhoben worden, der Strafvollzug werde auch im Strafgesetz geregelt. Der Strafvollzug, die Definition der Strafe, wie sie vollzogen werden muß, das gehört zum materiellen Recht, das ist nicht vorbehalten im Verfassungsartikel. Lesen Sie ihn; da steht kein Wort davon, daß der Strafvollzug den Kantonen vorbehalten sei. Selbstverständlich wird die Tätigkeit des Vollziehens den Kantonen immer bleiben; der Bund hat gar keine Organe zum Vollzug. Aber die Definition der Strafe, wie sie vollführt werden muß, der Freiheitsstrafe, der Geldbusse, das trifft gerade das Wesen der Straffunktion. Wenn da über die Durchführung nichts stände, hätten wir einen leeren ausgehöhlten Begriff in unser Strafgesetz aufgenommen. Sie werden übrigens finden, daß überall, wenn Sie die kantonalen Strafgesetze durchgehen, auch im materiellen Strafgesetz der Vollzug geordnet ist und nicht im Strafprozeß. Der Kan-

ton Waadt hat das so gemacht, daß er in Art. 17 des Strafgesetzes einem Spezialgesetz ruft, das aber selbstverständlich auch materielles Strafgesetz ist. Wir haben aber auch hier nichts geändert, weder gegen den Wortlaut, noch gegen den Sinn des Verfassungsartikels 64bis. Wenn wir über die Anstalten etwas im Gesetz gesagt haben, gehört das auch dazu. Auch das gehört zum Charakter der Strafe, daß man weiß, in welcher Art in den Anstalten die Strafe vollzogen wird. Es genügt nicht, daß man bloß « Rettungsanstalt », « Korrekptionsanstalt », « Zwangserziehungsanstalt », « Zwangsarbeitsanstalt » über das Portal schreibt. Damit ist die Geschichte nicht erledigt, sondern wie in der Anstalt dem Strafgedanken gehuldigt und er ausgeführt wird, das ist das Entscheidende. Das ist auch der große Wert unseres Gesetzes, daß das festgelegt ist, soweit es überhaupt positiv festgelegt werden kann.

Nun hat Herr de Meuron als geschickter Rechtsanwalt Ihnen das Gruseln beibringen wollen mit der Aufzählung der verschiedenen Anstalten, die das eidgenössische Gesetz vorsieht. Er hat deren 11 herausgefunden und hat dann noch ein Kunststück gemacht und sie mit 2 multipliziert, indem er sagte, für die Frauen je eine eigene Anstalt und für die Männer je eine eigene Anstalt. Dem ist nun nicht so. Wir haben vorgesehen in Art. 43, daß in der Anstalt die Geschlechter getrennt sein sollen; aber in der gleichen Anstalt, wie das in den Kantonen auch gemacht wird. Oder will man dort die Geschlechter zusammensperren? Man hat im Kanton Zürich, in Oetenbach, einmal Erfahrungen gemacht. Man hat zwar die Geschlechter nicht zusammengesperret; aber Kommunikationen wurden da erstellt von den Herren- und Damensträflingen selbst. Daraus sind nicht gerade gute Früchte erwachsen. (Heiterkeit.) Wir wollen praktisch sein und die 11 verschiedenen Anstalten, von denen Herr de Meuron gesprochen hat, auf ungefähr 7 reduzieren, indem eine Reihe von ihnen auch zusammengelegt werden können, Zwangserziehungsanstalten, Trinkerheilanstalten usw. Es ist ausdrücklich vorgesehen — das ist ein Produkt der Kommissionsarbeit — daß nicht jedesmal eine besondere Anstalt erbaut werden muß, sondern eine Anstalt verschiedenen Zwecken dienen kann. Es kommt nicht auf das Gebäude, sondern auf den Innenbetrieb an; es kommt darauf an, wie man darin arbeitet. Das Bedürfnis nach der Zusammenlegung ist heute schon da. Jetzt schon müssen die Kantone einander helfen. Sind die Kantone groß, dann sind sie auch da etwas privilegiert, daß sie mit ihren großen Mitteln etwas mehr tun können. Wollen Sie aber nur an die Kantone Bern, Waadt und Zürich denken; wollen wir nicht auch andern helfen, die nur durch Zusammensetzen mit andern Kantonen die nötigen Heilfaktoren erhalten? Ich denke doch. Sie werden zugeben, daß herade hier, wo der Betrieb für die Kantone zu kostspielig ist, der Bund mit Nutzen einspringen kann und dann in seiner Gesetzgebung auch Wegleitung geben darf, wie in diesen von ihm subventionierten Anstalten das Recht im richtigen Sinne gepflegt werden soll.

Was die kantonale Gerichtsorganisation anbelangt, so hat Herr de Meuron die Frage gestellt, wie in Zukunft die Geschworenen funktionieren sollen, wie die kantonalen Instanzen bestehen können, und welche neuen es gebe. Auch nicht die geringste Aenderung

wird durch unsere Gesetzgebung auferlegt, weder dem Buchstaben, noch dem Sinne nach. Es bleibt in der Gerichtsorganisation beim alten. Die Kassationstätigkeit des Bundesgerichtes wird wohl eine gewisse Ausdehnung auf diesem Gebiete erfahren. Das wird vielleicht das einzige sein, daß wir etwa zwei Bundesrichter mehr haben werden — ich kann das nicht genau bemessen — wie man auch beim Verwaltungsgericht eine Anpassung schaffen muß. Aber im übrigen gibt es keine neuen Bundesbeamten, das hat bereits Herr Logoz erklärt, das kann auch ich sagen. Ich darf mir erlauben, Ihr Zutrauen in Anspruch zu nehmen. Seit acht Jahren bin ich Bundesrat und in meiner Tätigkeit in den acht Jahren habe ich noch keinen Zuwachs an Bundesbeamten zu verzeichnen, als vielleicht hie und da einen Experten beim Amt für geistiges Eigentum, weil die Tätigkeit dort zugenommen hat. Wohl aber habe ich sonst abgebaut, wo ich konnte. Ich habe auch kein Bedürfnis nach einer Vermehrung des Beamtenapparates und mit mir der Gesamtbundesrat in keiner Art und Weise. Der Apparat ist jetzt schon groß genug.

Nun noch eine letzte Frage bei dieser Auseinandersetzung mit dem Föderalismus. Kann vielleicht eine andere Abgrenzung der Gebiete vorgenommen werden in dem Sinne, daß aus der Gesamtheit der Strafbestimmungen ein Teil für die Kantone ausgeschieden wird? Sie werden mit mir einig sein, daß man die wichtigen Bestimmungen nicht herausbrechen kann. Es ist nicht möglich, ein eidgenössisches Gesetz zu schaffen, aus dem man für die wichtigsten Delikte nun den Kantonen die Rechtssetzung vorbehält; sonst wäre das ganze Gesetzgebungswerk denaturiert. Was möglich ist, das ist die Abgrenzung zwischen bedeutenden und weniger bedeutenden Materien. Das haben wir eingesehen. Da hat auch ursprünglich der Hauptwiderstand eingesetzt, speziell aus den romanischen Kantonen, indem man sagte: Warum wollt Ihr im Strafgesetzentwurf auch die Kleinlichkeiten des täglichen Lebens, wo jeder Bürger sich einmal vertrampt in eine Fußangel des Polizeistrafgesetzes hinein, auch eidgenössisch regeln? Ob der Zürbieter überhockt an einem Samstagabend oder ob eine Wahrsagerin im Appenzellerland ihre Karten schlägt, muß das eidgenössisch geregelt werden? Auf diesem Gebiete haben die Föderalisten recht, das kann man in den Kantonen draußen ebenso gut besorgen, das ist kleines Polizeirecht, das soll geregelt werden. Darum haben wir in der Kommission geändert. Das, was übrig geblieben ist vom Uebertretungsrecht im neuen Kodex, das sind strafrechtliche Ausführungsbestimmungen zum eidgenössischen Zivilrecht, zum eidgenössischen Verwaltungsrecht. Das hat man drin lassen müssen, weil die Struktur gleich sein muß für alle Eidgenossen infolge der übereinstimmenden zivilrechtlichen eidgenössischen Bestimmungen. Da ist auch der Vertreter der kantonalen Souveränität ganz zweifellos einverstanden. Herr de Meuron hat demgegenüber gesagt: Das ist schon recht, aber wer weiß, ob der Kommissionsantrag wirklich auch Recht wird! Das wollen wir nun eben dadurch erreichen, daß wir auf die Vorlage eintreten. Auf welchem andern Wege sollen wir das herausbringen? Herr de Meuron hat gefragt, ob auch ich meine Sanktion dazu gebe. Darauf kommt es nicht an; auch die Zustimmung des Gesamtbundesrates hat keine rechtliche Bedeutung.

Nur der Entscheid hat Kraft; den wollen wir ja eben herbeiführen. Ich kann übrigens die vorbehaltlose Erklärung abgeben, daß der Bundesrat mit der Belassung der meisten Uebertretungsnormen bei den Kantonen einverstanden ist — auch der Sprechende, welcher dieser Konzession nicht ganz fremd war.

Lassen Sie mich an diese spezielle Grenzzeichnung zwischen Bund und Kanton eine ganz allgemeine Bemerkung anschließen. Wir sind überhaupt keine Gegner des Föderalismus; wir sind selbst auch Föderalisten im richtigen Sinne des Wortes. Wir wissen, daß wir in der Eidgenossenschaft beides brauchen, die beiden polaren Agenzien der zentripetalen und zentrifugalen Tendenz. Das muß einander ergänzen. Es darf nur kein Ueberborden der einen Ansicht werden, sondern es muß eine konzentrische Zusammenarbeit sein. Wir wissen, diese Herren Föderalisten haben auch für unsere Eidgenossenschaft Aufgaben zu erfüllen, und wir übertragen ihnen diese Aufgaben gerne. Wir schätzen ihre Mitarbeit. Wir wissen, daß die Herren, die so kräftig für ihre Eigenart eintreten, wenn sie eine Aufgabe von uns übertragen erhalten, sie dann auch richtig ausführen. Das darf ich hier aus aufrichtigem Herzen sagen. Es ist uns ernst damit, nicht nur mir; auch der Bundesrat will ein derartiges Zusammenarbeiten haben. Wir wollen keinen starren Einheitsstaat, wo alles unter der Knute einer Instanz verdorrt; aber wir wollen auch keinen ohnmächtigen Tagsatzungsstaat. Wir wollen nicht mehr dazu zurück.

Das war meine Auseinandersetzung mit der föderalistischen Opposition. Diese Auseinandersetzung ist länger geworden als ich ursprünglich wollte. Sie bildet den Hauptbestandteil meiner Ausführungen, weil fast allein diese Opposition zur Geltung gekommen ist.

Lassen Sie mich nun noch auf einige andere Punkte eintreten. Ich werde Sie dann in der Detailberatung nicht häufig belästigen.

Die wissenschaftlichen Bedenken. Es ist der Vorwurf erhoben worden, der Entwurf vernachlässige das Gerechtigkeitsprinzip, den Gedanken der Gerechtigkeit und der Sühne. Ein zweiter Vorwurf war der, er vermische den Begriff der Strafe und der sichernden Maßnahmen, die administrative Maßnahmen sein sollten. Ich möchte diese grundsätzlich sehr interessante Auseinandersetzung, die namentlich Herr Perrier heute gebracht hat, sehr ernst nehmen. Aber ich darf hier sofort gegenüberstellen die Bestreitung, daß dem so sei. In unserem Entwurf gehen wir bei der Bestrafung überall aus von der deliktischen Tat. Ohne daß eine deliktische Tat, ein Verletzen der Strafnorm vorliegt, keine Sanktion. Wenn wir aus anderen Aeüßerungen als gerade aus einem Delikt erkennen können: Der Mensch ist schlecht und staatsgefährlich!, so können wir ihn nicht mit dem Strafrecht erfassen, so lange er nicht delinquent hat; wir überlassen ihn der Verwaltung.

Aber richtig ist, daß wir nun beim Begriff der Tat, welche für den Richter maßgebend ist, viel weiter ausgreifen als die kantonalen und die alten Gesetze, daß wir dabei auch das Vorher und das Nachher ins Auge fassen. Wir lösen also die Tat nicht vom Täter ab, sondern sind der Meinung, daß, wenn wir die Erklärung der Tat aus dem ganzen Leben und Wesen des Täters suchen, wir dann das Schuldmoment, das auch der Klassiker kennt und anerkennt, feiner bemessen

können als nur nach den groben Erscheinungen der einzelnen Tat.

Wir anerkennen auch das Rachegefühl, das dem Gerechtigkeitsprinzip zumeist zugrunde liegt, als eine natürliche Erscheinung. Es hat keinen Sinn, die Augen schließen zu wollen vor Naturwahrheiten. Ich möchte das auch Herrn Huber gegenüber sagen. Er hat vom Begriff der Sühne gesprochen, die er rein ins Innere des Täters verlegen will und die allein ihm als begehrenswert erscheint als Straffunktion. Das ist das eine Moment, das wir ja haben und pflegen wollen; aber daneben existiert wirklich auch noch etwas anderes, das mehr Rachegefühl ist, nämlich das Gefühl des Verletzten und das Gefühl der Gesamtheit, das sich im Geschädigten mitverletzt fühlt in seinen Rechtsgütern und in seiner Sicherheit.

Da ist es nun eine Binsenwahrheit, daß unser Volk ein solches Rachegefühl noch kennt und daß es von der Strafe eine gewisse Befriedigung des verletzten Rechtsgefühls, des Rachegefühls verlangt. Von diesem Grundgedanken gehen wir auch aus, aber in einer verfeinerten Form. Wenn die Religion sagt: Die Rache ist mein, spricht der Herr!, so meint sie damit, daß Gott der Herr es auf sich nehme, den Sünder dann in der richtigen Art und Weise nach seinem Ratschluß und nach seiner Weisheit zu strafen. Wenn der Staat an die gleiche Frage herantritt, so sagt auch er: Ich übernehme die Rache für Dich, den Geschädigten; ich übernehme es, Dir eine gewisse Genugtuung zu verschaffen, indem ich ein Leid über den Uebeltäter verhängel! — Das ist die Lösung, die auch unser Entwurf gebracht hat. Wir wollen ein solches Uebel in der Regel über den Täter verhängen. Das gehört auch zur Spezial- und Generalabschreckung für diejenigen, die schwach veranlagt und dadurch für die Gesamtheit gefährlich sind.

Was ist dann aber der Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Recht? Es liegt in der Anpassung der Rache an das Schutzbedürfnis der Gesamtheit im Einzelfalle, daß wir da, wo die deliktische Tat das Symptom einer großen Gefährlichkeit ist, speziell durch seine Wiederholung, durch eine gewerbsmäßige Ausübung usw. eine viel schärfere Sanktion anwenden als das alte Recht und sagen: Du bist ein erkannter Schädling, gegen Dich reagieren wir mit viel schwereren, andauernden Freiheits- und Sicherheitsstrafen, die Dich vielleicht doch noch zu einem nützlichen Element der Gesellschaft machen können!

Umgekehrt, da wo eine deliktische Tat erkennen läßt, daß der Mann kein gefährliches Element ist, sondern daß er vielleicht einmal ausgeglitten ist; und nur durch eine Ermahnung gestützt zu werden braucht, da wollen wir die gewöhnliche Strafe hintansetzen und unter Umständen sogar darauf verzichten, indem wir bloß den Drohfinger aufheben, um den Täter zu einem besseren Menschen zu machen. Das wollen wir speziell da tun, wo der Vollzug der Freiheitsstrafe geradezu das Gegenteil von dem bewirken könnte, was wir wollen, nämlich der Besserung und Ungefährlichmachung dieses Menschen. Da wollen wir den bedingten Urteilsvollzug einführen. Aber auch da sehen Sie, daß wir auf den Rache- und den Genugtuungsgedanken nicht gerne verzichten. Inwiefern? Dadurch, daß wir sagen: Wir wollen Dich gnädig behandeln; wir wollen Dich für dieses Mal nicht mit Strafe belegen, unter der Voraussetzung, daß

Du den Geschädigten, den Verletzten, soweit befriedigt als es Dir irgendwie zuzumuten ist! Das ist noch der Ueberrest des Rachegedankens, den wir auch hier vertreten.

Das richterliche Ermessen! Ich glaube, das ist eine Perle des Entwurfes. Gewiß kann es auch seine Gefahren haben, wenn man einen ganz unbegabten oder schlecht gesinnten Richter hat. Das ist aber eine Aufforderung für uns, alles zu tun, um einen ganz guten Richterstand in der Eidgenossenschaft heranzuziehen, um unseren Richterstand zu verbessern, wo wir nur können. Herr Ullmann hat aber mit Recht hervorgehoben: Wir haben gerade in dieser Möglichkeit einer Unterscheidung der einzelnen Delikte nach ihrem Grund, hauptsächlich in der feinen Abwägung, eine kulturelle Errungenschaft größter Art vor uns. Und Herrn Perrier und seinen Gesinnungsgenossen gegenüber füge ich bei: Hier liegt auch die Möglichkeit vor uns, der kantonalen Nüancierung, wo sie wirklich im Rechtsempfinden vorhanden ist, Befriedigung zu gewähren. Da kann im Rahmen eidgenössischer Gesetzgebung der eine Kanton etwas strenger, der andere etwas milder sein bei buchstabenmäßig gleichen Delikten.

Nun ein Vorwurf, den Herr Perrier heute erhoben hat: Die Vermengung von Rechtssprechung und Administrative. Wo kommt das in Frage? Nur in einigen ganz besonders gelagerten Situationen. Wir haben die Möglichkeit der sichernden Maßnahmen bei den Arbeitsunlustigen, bei den Trunksüchtigen, bei den Jugendlichen. Aber auch da wird mit sichernden Maßnahmen nur bei Anlaß eines Deliktes eingeschritten, das einer aus diesen Kategorien begangen hat, in Fällen also, wo der Richter sowieso einschreiten muß. Es wird nicht dem administrativen Beamten etwas weggenommen, was er sonst allein zu beurteilen hätte. Wir wollen aber die Möglichkeit schaffen, daß der Richter, welcher gestützt auf das Deliktssymptom erklärt: «Da haben wir es mit einem gefährdeten Element zu tun», seine Kenntnis, die er aus den Akten, aus dem Procedere erhält, benützen kann, um auch die richtigen, an sich vielleicht administrativen, Maßregeln anzuordnen, damit der Trunksüchtige von der Trunksucht geheilt wird, damit der Arbeitsunlustige, der Faulenzer, der Lump noch erzogen wird. Der Jugendliche soll durch einen Schulverweis oder in anderer Art und Weise richtig weiter erzogen werden, vielleicht durch Familienentzug, weil er in der bisherigen Familie Ungutes gelernt hat. Warum sollen wir die praktische Möglichkeit nicht benützen, daß diese Erfahrung von dem gleichen Manne angewendet wird, statt daß man den Täter zuerst verurteilt und es dann darauf ankommen läßt, ob im Heimatkanton oder anderswo irgend eine Folge an diese Verurteilung geknüpft wird. Wir haben doch die Erfahrung gemacht und bitter bezahlt, daß man die Leute einfach gehen läßt, ohne im gleichen Verfahren oder später auch für Besserung und Heilung zu sorgen.

Ob die Strafe nach einer sichernden Maßnahme noch beigelegt werden soll, ob sie weggelassen werden kann, darüber sind ja die Ansichten verschieden. Sie sind auch verschieden nach dem Anwendungsfall ob Trunksuchtsfall, ob Zwangserziehungsfall. Das werden Sie in der Detailberatung mit viel besserem Ueberblick beurteilen und entscheiden können als heute.

Was Herr Perrier heute über die verminderte Zurechnungsfähigkeit und über die mildernden Umstände vorgebracht hat, das werden Sie ebenfalls in der Detailberatung besser entscheiden. Ich möchte nur noch eines sagen: Herr Perrier hat, wenn ich richtig verstanden habe, bei der Besprechung der mildernden Umstände sehr zu Unrecht gesagt, daß, wer einen Andern erschlägt, unter Umständen mit einer Busse bestraft werden kann. Das ist doch nicht so. Es ist vorgesehen, daß der Richter vollständig nach freiem Ermessen handeln kann in den Fällen, wo es das Gesetz ausdrücklich vorsieht. Das gilt aber nicht für den Totschlag. Ich will immerhin ganz vollständig sein: Möglich wäre es in dem Fall, daß jemand einen anderen auf dessen ausdrückliches Begehren tötet, sagen wir die Pflegerin einen Kranken, mit dem sie Mitleid hat und der sie beschwört: «Gib mir doch ein Gift; hilf mir, daß ich endlich von meinen Leiden erlöst werde!» Sie sehen aus diesem einen Beispiel, was unsere Tendenz ist. Sie ist, den Einzelheiten eines Falles gerecht zu werden und herauszukommen aus dem alten Testament ins neue Testament, aus dem talmudischen Strafrecht in ein christliches Strafrecht. Das ist der Stempel unseres Strafgesetzentwurfes.

Die Herren de Meuron und Vallotton haben noch eine Reihe von praktischen Bemängelungen angebracht. Ich glaube, ich kann hier recht kurz sein, weil das wirklich in die Detailberatung gehört. Ich bestreite, daß das Gesetz zu vage sei, daß es ein Raritätenkabinett sei, als das es Herr Vallotton schildern will. Ich hoffe, es werde auch nicht ein Antiquitätenkabinett oder ein Museumsobjekt werden, wie Herr de Meuron meint. Es war mir typisch, daß die meisten Beispiele für Entgleisungen des Gesetzes, die genannt worden sind, von der Kommission gestrichen worden waren. Das ist der beste Beweis dafür, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Sie werden sehen, daß es gar nicht mehr stimmt, was hier angefochten wird. Wir haben die Uebertretungsfälle des Tierhetzers, der Wahrsagerin, des Nachtlärms herausgenommen. Auch die Beseitigung von Leichenteilen, die Herrn Vallotton so beunruhigt, ich weiß nicht darum. Ich denke, es wird nicht jeden Tag einer heimkommen mit einer Leichenhand in der Tasche. Ich weiß auch nicht, warum Herr de Meuron Ihnen dreimal das Gruseln wegen der Trunksuchtsdelikte hat beibringen wollen. Das ist mir ein bißchen aufgefallen. Er glaubte hoffentlich nicht, gerade Sie dagegen aufhetzen zu müssen, etwa weil er das Gläschen des armen Parlamentariers in Gefahr sah. Da dürfen Sie ruhig sein. Das ist ein falscher Feuerruf. (Heiterkeit.)

Ich möchte in dieser Beziehung nicht weiter fortfahren.

Die Parteistandpunkte. Es war ganz selbstverständlich, daß sich jede Partei einmal das Strafgesetz angesehen hat. Sie haben meines Erachtens auch durchaus richtig gehandelt, indem Sie sagten: Wir wollen Eintreten beschließen; wir behalten den Schlußentscheid vor bis wir sehen, was endgültig vorliegt! Aber ich möchte Sie bitten, das mit gutem Willen zu tun. Es ist eine Differenz, ob man das mit dem Hintergedanken sagt: Ich verwerfe dann am Schlusse doch! oder ob man es redlich meint. Ich bitte Sie, einzutreten mit dem Willen der Abwägung: Ist es schließlich besser eine Einheit zu haben oder ist es besser beim alten Wirrwarr zu bleiben? Alle Frak-

tionen haben Veranlassung, das so zu machen, auch die Konservativen, die ja dem Namen nach konservativ sein müssen, aber doch den Fortschritt auch auf ihre Fahne schreiben. Es will doch keiner nicht auch fortschrittlich sein. Die Konservativen haben den Grundgedanken der Wahrung der guten Eigenschaften unseres Volkes. Gewiß, aber das wollen auch die Radikalen. Wir sind schließlich gar nicht so verschieden wie wir uns manchmal in unseren Parteiprogrammen aufplustern, sondern schließlich wollen wir alle gute Eidgenossen sein, von denen die einen ein bißchen dieses und die andern ein bißchen jenes betonen. Das Zentrum wird auch fortschrittlich sein wollen, nehme ich an, und ich meine, daß eigentlich auch der parti libéral démocratique vaudois der Strafgesetzgebung im Grundsatz zustimmen können. In ihrem Programm, das aus dem Jahre 1925 stammt, hat diese Partei la défense du principe fédéraliste, la lutte énergique contre la bureaucratie aufgepflanzt, aber gleich dahinter den Respekt vor der « constitution ». Um den bitten wir. Selbstverständlich wird ja bei der Beratung des Strafgesetzes eine Kreuzung von Grundrichtungen der Parteien unvermeidlich sein. Wie wäre es anders möglich bei einem so großen Gebiet? Wir müssen trotzdem nebeneinander bestehen, wir müssen uns vertragen können. Ist das so unmöglich? Haben wir das nicht auf konfessionellem Gebiet gekonnt, wo das vielleicht vom schwierigsten war? Wie schwer ist uns die Toleranz geworden, wie mußte sie erkämpft werden! Aber nun ist sie da. In Glaubensfragen werden wir theoretisch in den Grundsätzen immer unverträglich sein, es wird nicht der eine das Dogma des andern annehmen können; aber im staatlichen Leben, wo wir zusammenleben müssen, haben wir die Toleranz gelernt. Da lernen wir die Ansicht des andern ertragen, und lernen, uns in einem Hause wohnlich miteinander einzurichten. Das müssen wir auch auf dem Gebiete des Strafrechtes lernen, und das werden wir dann bei den einzelnen Fragen besprechen können, auch bei den schwierigsten. Ich möchte der Kommission das Zeugnis ausstellen, daß sie in vorbildlicher Weise das ihre getan hat, um die Versöhnung der großen Gegensätze, die vorhanden waren, zu erzielen. Mit redlichem und bestem Willen ist gearbeitet worden, die schwersten Probleme sind schließlich, wenn auch da und dort noch Gegensätze geblieben sind, der Versöhnung sehr nahe gebracht worden, fast überall hat man sie erzielen können, und ich hoffe, daß das der Fall sein werde bei dem schweren Problem der Todesstrafe, bei dem viel schwierigeren Problem der Abgrenzung, bei der Abtreibung, die viel wichtiger ist für unser Volk als die Todesstrafe. Wir werden einig werden über die Befürchtungen des Herrn Huber zum Bolschewisten-Artikel, wo die Abgrenzung keine allzu schwierige sein wird, weil wir sie zum Teil beim Militärstrafgesetz, bei einem Spezialgesetz, gefunden haben. Die Parteien werden sich, wie ich hoffe, einigen können, dadurch, daß sie verstehen, auch da und dort ein Opfer zu bringen. Das müssen wir von allen verlangen, die ein Interesse haben am Zustandekommen des Gesetzes. Das habe ich noch von einer Gruppe, ich kann sie keine Partei nennen, verlangen müssen, die wichtig ist, von den Schweizerfrauen. Auch die Schweizerfrauen sind eine Partei, die sich interessiert. Sie haben kein Stimmrecht, aber sie werden doch da und dort ihr Stimmrecht ausüben, und ich hoffe in gutem Sinne, nicht durch die Bearbeitung bloß des

Ehemannes, sondern durch ihre Kundgebungen, durch ihr großes Beispiel, das sie uns schon in vielen Fragen gegeben haben. Auch den Frauen, die ich mit Freuden als Bundesgenossen willkommen heiße, habe ich sagen müssen: Dämpft eure idealen Forderungen auf das Maß des Erreichbaren, denn nur dann werdet ihr ein Strafgesetz erhalten, das im ganzen euren Ansichten gerecht wird. Ich bitte Sie dringend, diesen Geist auch hier aufkommen zu lassen. Ich glaube, es war mein Vater, der einmal, nicht hier in diesem, sondern noch im alten Saale, gesagt hat, der Spruch am Bubenbergsdenkmal « Solange eine Ader in uns lebt, gibt keiner nach » ist recht auf den Mauern von Murten, wenn der Burgunder Herzog gegen die Eidgenossen anstürmt, aber er ist kein richtiger Spruch für den Ratsaal. Wo die Eidgenossen in friedlicher Arbeit zusammenkommen, da darf der Bubenbergspruch nicht das Rechte sein. Wir wollen staatsrechtlich kräftiger werden durch diese einheitliche Gesetzgebung, ein Volk, das auch draußen respektiert wird. Oder wollen wir gerade in einem Moment, wo große Völker über ihre staatlichen Grenzen hinaus ein einheitliches Recht schaffen wollen, wie Deutschland und Oesterreich, wollen wir da das Beispiel geben, daß wir nicht vermögen, über die Grenzen unserer 25 Kantone hinweg ein Recht aufzubauen, das eidgenössisches Recht sein soll? Wir wollen ein möglichst gleiches Recht nach innen haben, nicht bloß eine lokale Gerechtigkeit, die aufhört an der Grenze zwischen dem Thurgau und dem Zürichbiet, in Islikon. Das Recht muß über diese Grenze hinausgehen. Und ich wiederhole auch, wir wollen ein christliches, ein humanes, und in diesem Sinn modernes Recht. Wir haben ja, das wissen wir, viele Gegner, wir haben das in diesen Verhandlungen gehört, aber eigentlich nur einen gefährlichen Feind, das ist der Defaitismus in uns selbst. Wir müssen wollen, und wir können es. Wir sind nur allzusehr bereit, immer nur Epigonen sein zu wollen und uns als Epigonen darzustellen, als die Nachfolger einer großen Generation. Woran fehlt es? Weil wir nicht selbst groß sein wollen. Stellen wir uns selbst die Aufgabe! Wir wollen nicht prahlen und postulieren, daß wir eine große Generation seien, aber wir wollen doch nicht, wenn einmal die Nachkommen auf uns zurückschauen, daß sie sagen können, es ist eine kleine, eine kleinmütige Generation gewesen, die an sich selbst gezweifelt und sich selbst aufgegeben hat. Wir wollen nicht rückwärts, vorwärts wollen wir! (Großer Beifall.)

Bossi: Ich hätte nach den vielen vorzüglichen Voten verschiedener Redner füglich auf das Wort verzichten können, wenn nicht speziell im Votum von Herrn Nationalrat Huber Anschauungen und Auffassungen über Strafrecht, über Schuld und Strafe und Sühne, Verantwortung und Vergeltung geäußert worden wären, die offenbar nicht übereinstimmen mit der Auffassung der Mehrheit dieses Rates und der Mehrheit des Schweizervolkes, Auffassungen, die hier nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

• Nach Auffassung von Herrn Nationalrat Huber ist eigentlich weniger der Verbrecher der Schuldige als die Gesellschaft, nicht so sehr der Mörder als eigentlich der Ermordete. Es ist, wie er sich ausgedrückt hat, mehr oder weniger eine Verrechnung mit Staat und Gesellschaft. Infolgedessen kann von seinem Standpunkte aus auch nicht von Schuld und

Sühne gesprochen werden. Das ist nichts anderes als die Auffassung der extremen kriminal-soziologischen Schule mit ihrem ausgesprochenen Determinismus. Nach dieser Auffassung fehlt dem Menschen die volle Willensfreiheit, infolgedessen wird jede eigentliche Schuld geleugnet. An Stelle der Vergeltungsstrafe soll die reine Besserungsstrafe oder Sicherungsstrafe treten. Dann haben wir aber nicht mehr eine Reform des Strafrechtes, sondern schon mehr eine Art Revolution, wir haben eine Umwertung aller bisherigen Grundbegriffe des Strafrechtes über Schuld und Strafe.

Nun hat bereits Herr Bundesrat Häberlin dieser Auffassung gegenüber gewisse Einschränkungen und Vorbehalte gemacht, die ich sehr begrüße, die ich aber noch etwas erweitern möchte. Ich stelle in erster Linie fest, daß, wie die sogenannte klassische Strafrechtsschule von jeher immer zugegeben hat und wie die deutsche Monatsschrift für Strafrechtsreform seinerzeit geschrieben hat, eine Zeitschrift, die herausgegeben worden ist von Prof. Liszt, dem Führer der kriminalsoziologischen Schule, daß seit Jahrtausenden die menschliche Kultur mit den Begriffen « Sittliche Freiheit, Willensfreiheit, Schuld und Sühne », unzertrennlich verknüpft gewesen ist. « Der wissenschaftliche Determinismus vermochte auf praktischem Gebiete, im Reiche von Sitte und Recht, in Gesellschaft und Staat, Schule und Haus, keinen tieferen Einfluß zu gewinnen. » Das ergibt sich aus dem Zeugnis des Selbstbewußtseins, aus dem Zeugnis des Gewissens und der Geschichte. Der Gesetzgeber hat sich auf den Boden der allgemeinen und althergebrachten Volksüberzeugung zu stellen und diesen nur zu verlassen, wo die Vertreter der Wissenschaft mit moralischer Einmütigkeit dies fordern, was in diesem Falle selbstverständlich nicht zutrifft. Ein Strafgesetzbuch wird nur dann dauernden Bestand haben und segensreich wirken, wenn es gestützt und getragen wird von der starken, lebendigen und allgemeinen Volksüberzeugung, d. h. wenn es die allgemeine Anschauung über Schuld, Verantwortlichkeit und Strafe widerspiegelt und dem Rechtsgefühl des Volkes entspricht. Die extreme soziologische Schule aber, und mit ihr Herr Nationalrat Huber, setzen sich mit ihrer Umwertung der Begriffe von Schuld und Strafe in Widerspruch mit der allgemeinen Volksüberzeugung. In den Motiven zum Entwurf eines deutschen Strafgesetzbuches heißt es mit Recht: « Das Recht des Staates, gegen den Verbrecher nicht bloß Sicherungsmaßregeln zu ergreifen, sondern ihn zu strafen, beruht auf dem allgemeinen menschlichen Urteil, daß der gereifte und geistig gesunde Mensch ausreichende Willenskraft habe, um die Antriebe zu strafbaren Handlungen niederzuhalten und dem allgemeinen Rechtsbewußtsein gemäß zu handeln. »

Gewiß beeinflussen die Beweggründe den Willen, sie ziehen ihn an oder stoßen ihn ab, und je mehr Motive für eine Handlung sprechen, um so wahrscheinlicher wird sich der Wille für sie entscheiden. Deshalb ist die gesellschaftliche Umgebung, das sogenannte Milieu social, die Eigenart und der Charakter von so großem Einflusse auf die Entschlüsse des Willens; allein sie nötigen ihn nicht, die Entscheidung steht immer bei ihm, sie ist seine eigenste freie Tat.

Als der englische Kanzler Thomas Morus seinerzeit von Heinrich VIII. in den Kerker geworfen wurde, hatte er wie Tausende von andern Helden der Welt-

geschichte, den Ausspruch getan: « Malo mori quam foedari ». Lieber sterben als abtrünnig werden. Dagegen ist es auf der andern Seite selbstverständliche Pflicht der Gesellschaft und des Staates, das Verbrechen möglichst in seinen Grenzen zu bekämpfen, ebenso wie eine gesunde Pädagogik sich nicht damit begnügen wird, die begangenen Fehler zu bestrafen, sondern sie wird ihnen womöglich zuvorkommen. Große Armut, Trunksucht und schlechte Erziehung werden für viele immer eine schwere Versuchung zum Verbrechen sein. Durch eine gesunde Sozialpolitik können manche Quellen der Verbrechen beseitigt oder verschüttet werden, dabei verwickeln sich allerdings gerade die Vorkämpfer dieser kriminalsoziologischen Schule in offene Widersprüche, denn entweder hat die Gesellschaft es in ihrer Macht, den Lauf der sozialen Entwicklung nach ihrem Willen zu ändern oder nicht, wenn ja, dann sind die Menschen frei und auch verantwortlich für ihre Taten. Wenn aber die Gesellschaft ihre Entwicklungsrichtung nicht ändern kann, dann verlieren alle sozialpolitischen Bemühungen ihren Sinn und an den Wirkungen dieser Ursachen läßt sich vom deterministischen Standpunkte aus absolut nichts ändern.

In diesem Zusammenhang nur noch die Bemerkung, daß sich, wenn solche extremen Auffassungen über die Grundbegriffe hier in die Diskussion hineingeworfen werden, die Frage förmlich aufdrängt, ob eine Mitarbeit überhaupt noch möglich ist. Ich konstatiere, daß auf alle Fälle das Vorbringen solcher extremer Auffassungen die neue Vorlage im Volke nicht populärer machen wird, sondern geeignet sind, das Gesetz zu gefährden. Zum Glück enthält der Entwurf die Anschauungen, die von Herrn Nationalrat Huber vertreten werden, nicht. In dem Entwurf ist erfreulicherweise im großen und ganzen das richtige Prinzip von Schuld und Sühne anerkannt; es wird anerkannt, daß es grundsätzlich auf die aktive Schuldfähigkeit zur Zeit der Tat ankommt, und nicht allein auf den Erfolg des Verbrechens. Ich verweise in dieser Beziehung auf Art. 10: « Wer wegen Geisteskrankheit, Blödsinns oder schwerer Störung des Bewußtseins zur Zeit der Tat nicht fähig ist, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder gemäß seiner Einsicht in das Unrecht der Tat zu handeln, ist nicht strafbar. » Ebenso führt mit Recht der Entwurf nicht bloß die Zurechnungsfähigkeit ausschließende Zustände an, sondern gibt auch dem Richter bestimmte psychologische Kriterien in die Hand. Dagegen ist die selbstverschuldete Bewußtlosigkeit, insbesondere die Trunkenheit, wohl zu milde behandelt, wenn in Art. 10 z. B. bestimmt wird, daß verschuldete Bewußtlosigkeit nur dann strafbar ist, wenn sie in der Absicht herbeigeführt wurde, um in diesem Zustand eine strafbare Handlung zu verüben. Ebenso geht es sicherlich sehr weit, wenn die besondere Behandlung der Geisteskranken in Art. 13 mit der Strafrechtspflege verquickt wird und bei verminderter Zurechnungsfähigkeit unter Umständen vollständige Strafflosigkeit eintreten kann. Das ist entschieden zu weitgehend, und kann leicht zu Mißbräuchen führen. Ebenso sollte die Strafe gegenüber der Verwahrung vorausgehen, Strafe und Sicherungsmaßnahmen müssen streng geschieden werden und doch harmonisch ineinander greifen.

Ich will in diesem Zusammenhang auf keine weiteren Einzelheiten eintreten, erachte aber noch

folgende Ergänzungen der Vorlage als absolut notwendig. In erster Linie, wie das zum Teil bereits auseinandergesetzt worden ist, die Freiheit der Kantone, die Todesstrafe einzuführen oder nicht. Weite Volkskreise erachten die Einführung der Todesstrafe als Ausdruck der Gerechtigkeit und Sühne und als unentbehrliches Schutzmittel des Staates für notwendig. Der Strafrechtslehrer Bluntschli schreibt in seinem «Allgemeinen Staatsrecht»: «Schuld und Strafe bedingen sich, und nur das Gleichgewicht beider vermag die Hoheit der Rechtsordnung selber zu offenbaren und herzustellen.» Und der Philosoph Stahl hat in seiner Philosophie des Rechtes folgendes geschrieben, was auch heute noch gilt: «Eine Gesetzgebung, die auf Mord nicht die Todesstrafe, sondern nur Freiheitsstrafe setzt, wird das Gesetz, wenn es das Leben schützt, nicht in seiner vollen Heiligkeit erhalten. Also weit entfernt, eine menschliche zu sein, würde sie im Gegenteil die Achtung vor dem Menschenleben verleugnen, sie wäre eine ungerechte Gesetzgebung.»

Im übrigen ist zum Teil bereits bemerkt worden, daß in Deutschland die Todesstrafe im Strafgesetzentwurf eingeführt ist, und daß Italien im Begriffe steht, bei der neuen Strafrechtsrevision die Todesstrafe ebenfalls einzuführen. In zweiter Linie verlangen wir die schärfere Bestrafung der Sittlichkeitsdelikte, besonders der Sodomie und der Abtreibung. Diese strengere Bestrafung liegt im Interesse des Staates entsprechend der Volksüberzeugung weiter Kreise. Das ist doppelt notwendig in einem Moment, wo wir leider konstatieren müssen, daß die Schweiz mit bezug auf die Geburtenziffer bis zur drittletzten Stelle heruntergerückt ist. Während andere Völker bis zu 50 und 52 ‰ aufweisen, sind wir gegenwärtig auf 18,4 ‰ hinuntergerückt. Es ist nur Schweden und ein Teil von England, welche noch gegenüber der Schweiz unter dieser Ziffer stehen.

Drittens: Bestrafung der religiösen Delikte. Der deutsche Referent hat unter anderem die Bemerkung gemacht, es sei das heute wohl weniger notwendig als früher, und zwar aus dem Grunde, weil nach seiner Auffassung heute die Einsicht, das gegenseitige Verständnis und der Toleranzgedanke so weit entwickelt seien, daß das weniger notwendig sei. Die beste Illustration zu dieser Auffassung liegt darin, daß vor einigen Jahren ein Mitglied des Nationalrates in unserem Kanton wegen maßlosen Angriffen und Gotteslästerungen bestraft werden mußte.

Unter diesen Vorbehalten und mit diesen Einschränkungen stimme ich trotz den föderalistischen Bedenken, die hier genannt worden sind, für die Vorlage. Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich feststellen, daß die konservative Fraktion bereits im Monat Dezember des vorigen Jahres den Beschluß gefaßt hat, für die Vorlage einzutreten, in der selbstverständlichen Voraussetzung und Meinung, daß diese Erwägungen und Postulate ihre Berücksichtigung finden würden. Ich glaube die ganze Geschichte der konservativ-demokratischen Partei beweist das. «Konservativ» bedeutet nicht Reaktion, sondern Festhalten an der gesunden und alten Tradition und an der Geschichte, soweit die betreffenden Tatsachen sich bewährt haben und noch zeitgemäß sind. Im übrigen werden wir für jeden gesunden wirklichen Fortschritt einstehen und in diesem Sinne mitarbeiten.

Balestra: L'ampiezza assunta dal dibattito sull'entrata in materia circa il progetto di un nuovo Codice penale comune per tutti gli Stati della Confederazione, mi consente tanto la motivazione del voto non contrario alla discussione del progetto nel suo insieme (aderendo sempre, naturalmente, alle tendenze formulate dal gruppo politico al quale appartengo) quanto la dichiarazione formale (quale rappresentante del popolo ticinese) di riserve più ampie e cautelanti.

Mi pare anzi un dovere di esprimere in questo problema suggestivo la mia modesta opinione che ritengo condivisa dalla grande maggioranza dei ticinesi. Mi è caro riconoscere, per l'esperienza maturata quale membro (almeno nelle ultime sessioni) della commissione che ha elaborato il progetto definitivo, la buona volontà manifestata dall'alto Dipartimento, dai signori Esperti e dai diversi Commissari nella ricerca di una possibilità di adattamento per ogni disposizione che urtasse sensibilità dovute a differenze di ordine politico, religioso, etnico. Nessuno dev'essere dimenticato, il quale abbia dedicato a quest'opera con animo generoso il lume della propria intelligenza e il rigore dello studio. Posso facilmente credere che il progetto attuale, quando trovasse una magistratura adatta e capace, rappresenterebbe un sensibile progresso nel confronto con altri codici applicati nei diversi Stati della Confederazione; sarà sempre un'ottima guida quando si vogliono colmare le lacune che fatalmente si rivelano nell'amministrazione della giustizia penale. Tutto ciò si può e si deve riconoscere. Se freddamente però esamino le conseguenze che deriverebbero al mio Cantone dall'introduzione di un Codice penale unico federale, trovo la ragione di dichiararmi ad esso nettamente contrario.

Voto tuttavia l'entrata in materia:

a) perchè il mandato per lo studio dell'attuale quesito fu dal popolo svizzero confidato alla autorità esecutiva nel 1898 implicitamente con l'accettazione dell'articolo costituzionale relativo. Allora non fu posto un termine; non possiamo dire tuttavia che il progetto sia un'opera sbrigata con precipitazione e quindi indegna di discussione, intorno ad esso si lavora da oltre un quarto di secolo;

b) perchè mi pare utile assai la discussione sui principi fondamentali e sui dettagli del progetto, affinché ciascuno di noi possa convincersi degli inconvenienti gravi e dei pericoli probabili comportati dalla sua imposizione quale Codice penale unico;

c) perchè, come ho detto, il diligente e intelligente lavoro di compilazione ottenga quel giudizio delle camere, il quale se per motivi imprescindibili dovrà respingerne la pratica applicazione, ne riconosca e precisi però il pregio scientifico dell'opera.

Rilevo che nel 1898 il popolo ticinese aveva accolto favorevolmente l'articolo costituzionale prefato. Oggi quel voto con ogni probabilità non si ripeterebbe; il principio federalista non è più l'insegna di un partito, ma è praticato con pari sollecitudine da entrambi i partiti storici ticinesi. Il nuovo codice di diritto penale unificato rappresenta un progresso di centralizzazione. Ora, proprio il diritto penale, quale prodotto intimamente connesso alle manifestazioni vitali dei popoli, mi pare la materia meno unificabile nella Confederazione svizzera, dove razze, lingue e religioni diverse vigilano la propria autonomia.

I diritti penali applicati nei diversi Cantoni attingono a fonti diverse, considerano le abitudini ed i costumi locali con tutte quelle specificazioni alle quali dobbiamo assegnare un inegabile valore pratico.

Il Codice penale ticinese, a cui dedicarono la loro attività giuristi preclari aderenti alla limpida dottrina del Carrara ed alla scuola classica italiana, costituisce oggi ancora un'opera la quale, mi auguro, non si abbia il triste coraggio di intaccare. Sono innumeri le modificazioni di leggi, di procedura, e ordinanza; abbiamo invece risparmiato il nostro Codice penale, dirò quasi per un doveroso rispetto nel quale sono concordi foro e opinione pubblica ticinese. Non escludiamo che il tempo renda necessaria anche al nostro codice un'opera rinnovatrice; tuttavia esso resterà sempre una solida base poichè, per l'origine sua dal diritto penale italiano, fa stato dal lato scientifico, riflette la nostra coltura, i nostri principi filosofici e morali e si adegua alle consuetudini della nostra gente. L'amministrazione della giustizia penale preserva individui e società assai più nei loro interessi morali che materiali; la sua applicazione determina, nel popolo, un sentimento reattivo quando esso non riesca a giustificare la sanzione secondo le proprie concezioni della vita. Il giudice penale laico porta nella giustizia penale oltre all'equilibrio del buon senso popolare anche il modo con cui il popolo sente la repressione del delitto. Non è raro il caso di oppor-tuni giudizi, confermati poi dall'assentimento popolare, pronunciati da laici contro il parere di giuristi; ciò mi conferma che spesso in questo campo alla dottrina può efficacemente prevalere il sentimento. Nel tribunale penale l'uomo è chiamato a giudicare un altro uomo, deve perciò conoscerlo nell'animo suo, deve sapere apprezzarne le virtù e condannare le debolezze, deve considerarlo non come essere isolato, ma nei suoi rapporti con la società che lo circonda, la sua educazione, i suoi sentimenti, i suoi costumi, le sue aspirazioni. Il diritto penale non può prescindere da tutti questi momenti di ordine locale.

Nessuno oserà seriamente sostenere che nella elaborazione del nuovo Codice penale svizzero si sia tenuto grande conto delle discipline che ispirano il nostro Codice penale ticinese. In fondo il Codice penale dell'impero germanico in molti punti ci sarebbe stato più adeguato. È logico che voi siate risaliti alle origini della vostra coltura ma è altrettanto lodevole che da noi non si sia disposti a rinunciare così facilmente alla nostra accettando l'imposizione di norme di diritto che se possono essere squisite per altri paesi, sono manchevoli per il Ticino. L'imposizione del Codice penale unico non può essere riguardata come un nuovo vincolo di solidarietà tra i popoli che costituiscono la Confederazione. Esso sta in aperta contraddizione con le ragioni stesse della nostra unione: la difesa dei comuni interessi senza rinunce da parte di nessuno ai proprii principii, allo sviluppo della propria coltura e alle proprie tradizioni. È dovere di ogni cittadino cosciente, pensoso della vita stessa della nazione intervenire ogni qualvolta esista anche un lieve pericolo per l'autonomia delle tre stirpi.

Non ho nessuna intenzione di percorrere i differenti capitoli del nuovo codice; lo farò nel seguito della discussione qualora lo ritenessi necessario. Una cosa sola tengo ad affermare fin d'ora: al nuovo codice unificato preferisco il nostro Codice penale ticinese; sarà forse meno corrispondente alle ultime

novità scientifiche ma è più umano. Confrontiamo solamente i paragrafi che regolano i costumi; il nostro codice ispirato alla sana dottrina toscana considera l'umana debolezza e cerca di comprenderla; non esagera con norme restrittive che per voler essere troppo utili alla morale finiscono per pregiudicarla; vede nei due sessi uguale capacità ad istigare ed a delinquere. A questo proposito le disposizioni restrittive del nuovo codice sono esagerate e in certo senso effetto di falso pudore. D'altra parte dove è in giuoco l'interesse della famiglia e quello della specie esso si manifesta troppo inconsequente e incompleto: addomestica il delitto dell'adulterio e considera l'aborto da un punto di vista che per quante aggiunte suggestive vi si possano fare non sarebbe mai compreso dalla mia gente. Riguardo poi alle pene, la questione della pena di morte è per noi ormai superata; la reintroduzione della stessa, sebbene limitata a casi specialissimi, non ha trovato nei giuristi italiani una incondizionata accoglienza. Non entro neppure nel quesito della applicazione della pena e della introduzione di svariati stabilimenti di miglioramento del delinquente. Ingenuamente mi ero fatto promotore alcuni anni fa in Gran Consiglio di una mozione che realizzasse con la creazione di una colonia carceraria un progresso in questa materia. In quella occasione, per facilitare una rapida attuazione del progetto, per diminuire una preoccupante disoccupazione e usufruire dei relativi sussidi federali, venne cercato un accordo con lo stabilimento di pena di Bellechasse, affinché per un breve tempo si assumesse i detenuti delle nostre carceri. Si trattava di una misura temporanea, transitoria, pratica. Una azione popolare faceva cadere questo progetto. Una vera irritazione (forse non sempre scevra da personalismi) aveva accolto una così innocente misura; tutto cadde e il vecchio sistema permase. Alla stregua di questo esempio non so con quale cuore potreste oggi proporre ai ticinesi stabilimenti penitenziari in comune con gli altri cantoni; non vi è ragione perchè i principii di allora abbiano oggi a subire un mutamento.

Nè si adduca quale precedente la unificazione del codice civile; gli interessi matrimoniali e materiali si comunicano coi mezzi moderni di progresso a popoli e paesi diversi, mentre gli interessi ideali e quelli della stirpe tendono piuttosto ad individualizzarsi. Ho esposto così le mie brevi considerazioni; le riassumo sicuro d'interpretare il pensiero del popolo ticinese: l'introduzione di un codice penale unico in quanto centralizza è inopportuna nei nostri tempi. La nostra attitudine non è dettata da sentimenti d'egoismo cantonale, ma dal dovere di tutelare quelle garanzie indispensabili al Cantone per adempiere la sua missione nella compagine federale. Segua perciò la discussione alla quale è riservato il compito d'illuminare secondo gli interessi superiori del paese il nostro voto finale.

M. Evéquo : Il est facile de se rendre compte que tout l'intérêt de la discussion est épuisé. Il est extrêmement difficile de prendre la parole sans s'exposer à des redites. Mais, comme membre de la commission, je crois qu'il est nécessaire de préciser l'attitude de celle-ci, tout au moins celle de certains de ses membres, parce qu'il me paraît que cette attitude n'a pas été très bien comprise.

Messieurs, il est dans le sein de la commission, comme dans le sein de ce Conseil, des adversaires du

principe de l'unification du droit pénal; par contre, ils sont très nombreux, les défenseurs très chauds de l'unification et de la centralisation du droit pénal. Mais il y a dans l'un et l'autre un certain nombre de personnes qui ne sont ni partisans ni adversaires en principe du Code pénal, et qui font dépendre leur vote de ce que contiendra ce Code pénal, de la mesure dans laquelle on fera droit à leurs différentes conceptions, à leurs différentes propositions.

Messieurs, c'est par égard pour ce troisième groupement, c'est afin que ceux qui font dépendre leur adhésion au Code pénal de ce qu'il contiendra que tous vos commissaires ont renoncé à faire une proposition de non entrée en matière. Et c'est aussi, je dois dire, par égard pour cette œuvre grandiose à laquelle ont collaboré depuis 30 ans tant de personnes aussi distinguées par leurs connaissances juridiques que par leurs expériences en matière de droit pénal.

Mais, Messieurs, c'est tout, et la raison pour laquelle j'explique cette attitude de la commission, c'est pour affirmer qu'il n'a jamais été dans l'esprit, dans tous les cas, de quelques-uns des membres de celle-ci, de conclure que si l'on ne fait pas la proposition de non entrée en matière, c'est parce qu'il n'est pas possible, constitutionnellement de la faire, et surtout parce que le peuple a tranché définitivement, en 1898, le principe de l'unification du droit pénal.

Non, dans tous les cas, celui qui a l'honneur de vous parler est d'un avis absolument opposé à celui-là. Le régime sous lequel nous vivons aujourd'hui, le régime constitutionnel, c'est la souveraineté des cantons en matière pénale; et cette souveraineté ne sera supprimée que du jour où le peuple, tacitement ou par un vote formel, aura accepté un Code pénal. Eh bien, Monsieur le Président et Messieurs, cette situation constitutionnelle, n'avons-nous pas le droit de la défendre? Cette unification du droit pénal que le peuple a placée dans les compétences de la Confédération avec la faculté d'en user, n'avons-nous pas le droit de la combattre et de soutenir, comme nous le faisons déjà en 1898, qu'elle n'est ni nécessaire, ni opportune, ni désirable?

De même en ce qui concerne la question de l'entrée en matière. Parce qu'il y a une disposition constitutionnelle qui est à la base de la loi sur laquelle nous allons délibérer, nous serions désarmés et nous n'aurions pas la faculté de nous opposer à l'entrée en matière? Cette théorie est contraire à la pratique de nombreuses années. Combien de fois n'est-il pas arrivé que les Conseils ont refusé l'entrée en matière sur une loi d'application fondée sur une disposition constitutionnelle? Et, d'autre part, n'avons-nous pas, comme on l'a cité de différents côtés, de nombreuses dispositions constitutionnelles qui n'ont jamais trouvé leur application? Faut-il citer la loi sur les arts et métiers? Pourquoi, alors même qu'il existe un art. 34ter de la Constitution, n'a-t-on pas élaboré la loi prévue? C'est sans doute parce qu'on n'a pas jugé opportun pour le moment de faire usage de cette disposition constitutionnelle.

Nous avons donc le droit, comme représentants des populations, qui, en 1898, ont repoussé l'unification du droit pénal, nous avons, non seulement le droit, mais le devoir de défendre la position constitutionnelle actuelle et de soutenir, aujourd'hui comme alors, que l'unification et la centralisation qui en

découle n'est pas opportune, qu'elle n'est pas nécessaire, au point de vue pénal, et qu'elle est funeste à notre organisation fédérative.

Nous le pouvons d'autant mieux que, comme on l'a dit de différents côtés, des manifestations populaires nombreuses se sont fait jour et démontrent que l'opinion dominante n'est peut-être plus la même que celle qui existait en 1898. Sans doute, je ne le conteste pas (et M. Häberlin l'a cité tout à l'heure), la votation de 1898 a été brillante, impressionnante pour les partisans du Code pénal fédéral; mais, cet esprit est-il aujourd'hui le même? En 1898, un vent de centralisation soufflait avec véhémence sur la Suisse, un esprit de doctrine unitaire dominait, et je n'ai pas besoin de rappeler les nombreux projets de centralisation qui ont vu le jour à cette époque. On prétendait, à ce moment-là, que le développement même de la Suisse nécessitait une centralisation rapide. On jugeait cette tendance nécessaire pour fortifier l'esprit national et, en réalité, on voulait obtenir, par briques et morceaux, ce qu'on n'avait pas pu obtenir en 1872.

Faut-il ajouter que le parti, alors tout puissant, poussait à la centralisation, avait toute la puissance que donne le nombre, et, pour être juste, il faut bien ajouter que le parti auquel j'ai l'honneur d'appartenir n'est pas exempt de tout reproche dans ce domaine; mais, à ces manifestations que l'on a rappelées, voulez-vous me permettre d'en ajouter encore une; elle émane d'un journal très important du plus grand canton de la Suisse romande, journal qui a une grosse influence sur sa population. Que lisons-nous?

« En outre, dans un ou deux cantons, celui de Vaud notamment, qui a voté le principe de l'unification du droit pénal à une grosse majorité, le vent a tourné », probablement (comme le disait M. Vallotton-Warnéry très éloquemment), sous l'effet des nombreuses centralisations que nous avons opérées dans ce premier quart de siècle. « La jeune génération (car, Messieurs, il y a 30 ans que le peuple a voté et, depuis lors, les générations ont poussé) dit le journal, qui n'a pas participé au mouvement des esprits, d'où est sortie l'unification du droit, nous paraît moins favorables que les précédentes. Plusieurs cantons ont déjà abordé ou terminé la revision de leurs codes pénaux et n'éprouvent plus le besoin d'un code unifié. On peut relever ces faits sans s'exposer au reproche de défaitisme; ils sont patents et expliquent pourquoi, même dans les milieux les plus favorables à l'unification du droit pénal, on n'est pas sans appréhension sur l'issue du débat qui va commencer et qui, d'un Conseil à l'autre, durera certainement plusieurs années. »

Nous avons le droit de nous prévaloir de ces différentes manifestations. Elles donnent l'impression que l'esprit public n'est plus celui de 1898, que les jeunes générations notamment pensent autrement et que l'unification du droit ne rencontre plus la même faveur qu'autrefois. M. le professeur Logoz nous a rappelé qu'en 1888 M. Forrer avait déposé dans le sein de ce Conseil une motion touchant l'unification du droit. C'eût été beaucoup plus intéressant si M. Logoz nous avait fait connaître, à ce moment-là, l'opinion d'hommes éminents et tout particulièrement d'un des plus grands hommes d'Etat du canton de Vaud, de Louis Ruchonnet. Il est cependant intéressant de relire quelques passages du discours

de Ruchonnet, conseiller fédéral. Ainsi que le rappelle le journal que j'ai sous les yeux, s'il a répondu à cette motion en donnant le pour et le contre de l'unification, il n'en ressort pas moins de son discours qu'il était un adversaire à ce moment de l'unification du droit pénal.

Ce même journal que je vous citais tout à l'heure, reproduisait encore ces paroles extraites du discours de M. Ruchonnet:

«Ce ne sont pas ces avantages secondaires en somme qui décideront le peuple suisse à faire le grand pas en centralisant le droit pénal; ce qui nous conduira un jour ou l'autre au Code pénal, c'est le besoin général, universel, de progresser, de marcher de l'avant. Le besoin du mieux nous fera faire un code fédéral, mais cette raison d'être est en même temps un programme. La Confédération ne sera autorisée à édicter un Code pénal que si elle parvient à faire une œuvre magistrale à la hauteur de tous les progrès.»

On peut professer toutes les admirations pour l'œuvre qui nous est présentée, à la suite d'un travail magistral, mais je crois cependant que M. de Meuron et d'autres orateurs ont suffisamment démontré que dans tous les cas, nous n'avons pas devant nous cette œuvre magistrale qui devait recueillir tous les suffrages et faire taire toutes les oppositions comme le proclamait M. le conseiller fédéral Ruchonnet. Celui-ci ajoutait encore — et c'était un regret qu'il exprimait en 1888: «Mon sentiment est que nous aurons en Suisse, qu'on le veuille ou qu'on ne veuille pas, qu'on le regrette ou qu'on le désire, un code civil un code pénal et même, ajoutait-il, une procédure uniforme avant qu'un grand nombre d'années ne se soient écoulées.»

M. Ruchonnet prévoyait déjà en 1888 la menace de centralisation de la procédure à laquelle nous sommes exposés, et c'est une raison de plus pour résister. Il y a 30 ans, les centralisateurs disaient ouvertement: Nous sommes centralisateurs, parce que nous croyons que le bien de la Suisse le demande. Aujourd'hui, tout le monde est fédéraliste et j'ai entendu avec une très grande satisfaction M. le conseiller fédéral Häberlin nous dire: «Mais, moi aussi, je suis un excellent fédéraliste.» Il serait plus juste de dire qu'on est centralisateur suivant une autre méthode que celle d'il y a 30 ans. Qu'arrive-t-il en effet? On grignote la souveraineté cantonale, si bien que, comme le disait M. Perrier, si nous n'opposons pas une digue à ce flot montant, d'un jour à l'autre, nous nous trouverons en présence d'une Suisse unifiée. Nous sommes loin de cet équilibre entre la souveraineté cantonale et la souveraineté fédérale que proclamait la Constitution de 1874. Nous en sommes si loin que l'on peut se demander s'il est encore possible de défendre les lambeaux de la souveraineté cantonale, sans apparaître comme un vieux revenant. Nous voulons défendre énergiquement les principes du fédéralisme, non seulement dans des déclarations, mais en fait en maintenant aux cantons le peu qui leur reste. Le droit de souveraineté en matière pénale, c'est l'apanage suprême de la souveraineté, le droit principal, le droit de punir. Lorsque vous l'aurez enlevé aux cantons, que leur restera-t-il? Je ne pose pas cette question à nos collègues de l'extrême gauche représentants de la social-démocratie. Je la pose aux partis bourgeois. Si je vous le demande, c'est en vous rappelant que

s'il surgissait dans l'avenir des événements troublés comme ceux que nous avons vécus en 1918, vous seriez bien heureux, vous, partis bourgeois, de trouver des pouvoirs cantonaux détenteurs de l'autorité et d'une puissance suffisante pour résister à la violence. Plusieurs voix: Très bien.)

Que restera-t-il de la souveraineté cantonale? La guerre et l'après-guerre nous ont amené une série de centralisation, les unes provisoires, les autres définitives, les unes nécessaires ou considérées comme telles, les autres discutables. En matière fiscale, n'avons-nous pas vécu et ne pensions-nous pas vivre avec le principe de la séparation, impôts indirects à la Confédération, impôts directs aux cantons. Sommes-nous encore dans cette situation? L'impôt de guerre, le droit de timbre ont fait litière de cette disposition et nous ont placé dans une situation, non seulement grave dans son état actuel, mais très grave surtout par la menace qu'elle contient de l'impôt direct permanent.

Dans l'instruction, sans doute, les cantons ont conservé leur souveraineté en matière d'instruction primaire et populaire. Mais, pour l'instruction supérieure, cette souveraineté cantonale n'existe plus. Nous avons la maturité fédérale, maturité à laquelle les cantons ont dû se soumettre en adaptant nécessairement leurs programmes aux exigences de cette maturité. La Confédération s'est réservée le droit de vérifier, d'inspecter ce qui se fait dans les cantons pour savoir si l'on peut accepter le diplôme de maturité cantonal comme l'équivalent du diplôme fédéral.

Et dans les travaux publics, cette espèce de chasse gardée! Il semblait que dans ce domaine-là, les cantons, pour autant qu'il y aura des cantons, devraient rester souverains et indépendants. Est-ce le cas? Ceux qui y croient encore, se font de bien cruelles illusions. La répartition du droit sur la benzine implique nécessairement une certaine renonciation à la souveraineté des cantons et cela d'autant plus qu'elle entraîne automatiquement et pratiquement — je ne voudrais pas dire juridiquement — la suppression des taxes de montagne que les cantons prélevaient et dont ils jouissaient pour les nécessités de leur budget.

Il me paraît inutile d'allonger ces citations. J'en arrive à la conclusion que les cantons ont perdu petit à petit une grande partie de leur souveraineté. Leur enlever aujourd'hui cette part des plus importantes que constitue le droit pénal est la «capitis diminutio», la plus grave, la plus considérable, mais aussi la plus injustifiée qu'on puisse leur imposer.

Dans ces conditions, nous qui sommes fédéralistes de cœur, nous qui voulons essayer, en vain probablement, — au moins aurons-nous fait tout notre devoir, — de maintenir les lambeaux de cette souveraineté, nous avons le droit et le devoir de proclamer qu'un seul principe est pour nous admissible, c'est de n'abandonner à la Confédération que ce que les cantons ne peuvent absolument pas faire. Abandonner à la Confédération tout ce qu'elle peut, peut-être dans une direction ou une autre, mieux faire que les cantons, est un prétexte pour accaparer toutes les compétences. Pour le code civil, on pouvait encore subir cette amputation, bien qu'on s'y soit opposé en 1898. Etant donné la fréquence des tractations et des communications, le code civil unifié pouvait être considéré comme une nécessité économique. Il n'en est pas moins vrai que les fédéralistes ont fait

un gros sacrifice. Il n'est pas de même pour le Code pénal. Quel malheur public résulterait-il du maintien de la différence de vue et de conception des cantons? Permettez-moi de vous donner un exemple. Dans le canton que je représente, on est très sévère pour le vol. Pourquoi? Parce que, par suite de la situation de nos campagnes, une foule d'objets sont confiés à la foi publique, à la conscience de l'ensemble des citoyens. Pourquoi voulez-vous que ce délit soit apprécié de la même façon, avec la même gravité, là où la peine d'intimidation est nécessaire, que dans nos villes, où bientôt on verra un veilleur de nuit à la porte de chaque maison?

Dans la lutte contre la criminalité, ce n'est pas le code qui joue le rôle principal. Ceux qui le croient, y compris M. Logoz, se font de grosses illusions. Le grand facteur de la lutte utile, c'est l'éducation, c'est l'esprit que l'on inculque à la jeunesse, c'est la morale chrétienne que l'on s'efforce d'inculquer dans la conscience de chacun afin que chacun apprenne à séparer le bien du mal. Voilà quels sont les éléments les plus puissants pour la lutte contre la criminalité.

Sans doute, un bon code est une arme puissante, mais la première condition pour que ce code soit bon, c'est qu'il s'adapte aux conditions de race, de tradition, de religion des différentes parties de notre pays. On l'a dit, et je ne fais que répéter ce que d'autres ont exposé avec plus d'éloquence: Le problème consiste à assurer la sécurité sociale par une répression meilleure et plus juste. La répression sera-t-elle plus juste, parce qu'elle sera unifiée? Il ne faut pas oublier que nos petites républiques ont une histoire, qu'elles ont été des souverainetés indépendantes, qu'elles ont des traditions, qu'il est difficile par conséquent de mettre tous ces petits Etats sous le même bonnet.

Vous voulez nous imposer une législation pénale parce que vous la dites meilleure. Nous contestons qu'elle le soit; nous contestons surtout qu'elle soit meilleure que ce que les cantons peuvent faire, parce que jamais on ne pourra l'adapter aussi bien à la situation spéciale à chaque canton. A titre d'exemple, prenez les délits de mœurs, d'avortement, les délits contre la religion. Evidemment, les conceptions dans ce domaine sont très différentes. Et alors, que faites-vous? Pour essayer de donner une certaine satisfaction, vous prenez une opinion moyenne, une sorte de morale officielle qui ne contente personne, sinon ceux qui ne voient le bonheur suprême que dans l'introduction d'un Code pénal fédéral. Dans le cours de la discussion, on a souvent fait une distinction entre l'unification et la centralisation. Et M. Logoz, qui est habituellement et heureusement un défenseur très énergique et très convaincu de la souveraineté cantonale et qui aurait sa place beaucoup plus marquée avec nous que de l'autre côté de la barrière, a cru devoir se justifier jusqu'à un certain point en disant: « Nous unifions, mais nous ne centralisons pas. » Je ne crois pas que M. Logoz ait pu présenter cette observation avec une grande conviction. Tout d'abord, en présence d'une unification du droit matériel pénal, ne sommes-nous pas exposés à l'introduction d'une procédure fédérale dans un temps pas très éloigné? L'application uniforme des peines sera-t-elle longtemps compatible avec les divers systèmes consacrés en Suisse? Jury chez vous, tribunal chez nous, appliquant le droit matériel avec des conceptions différentes.

En second lieu, n'y a-t-il pas centralisation dans le fait que, comme conséquence du droit unifié, on devra créer une cour de justice fédérale, une Chambre de Tribunal fédéral, et que cette Chambre, par sa jurisprudence, finira par imposer une conception uniforme.

M. de Meuron, avec l'expérience que lui donne sa grande pratique, vous a signalé une série de dispositions qui sont des mesures de centralisation dans le domaine de l'application des peines. Il a cité la procédure (chap. 6 et 7), l'exécution (chap. 8) et surtout l'art. 415.

Croyez-vous que l'unification du droit pénal n'entraînera pas le développement du bureau du procureur général de la Confédération et son intervention dans une foule de cas? Enfin, quel que soit le nombre de ces établissements pénitentiaires dont on a parlé, croyez-vous que la Confédération ne voudra pas exercer un certain droit de contrôle, de surveillance, pour savoir comment on applique les peines dans les cantons?

Et tout cela, vous ne l'appellez pas de la centralisation? Qu'est-ce que c'est donc? C'est imposer aux cantons par le bon vouloir de la majorité, non seulement le droit matériel, mais, partiellement du moins et pour le moral, la manière de l'appliquer.

Et maintenant, quelques mots sur le projet lui-même. Dans bien des codes pénaux actuellement en vigueur, on fait peut-être trop état, je le concède très volontiers — c'est le cas par exemple de mon canton — du droit de punir basé sur la faute et sur la nécessité de l'exemple. On l'a dit déjà, on n'a peut-être pas assez tenu compte jusqu'à maintenant du fait que le droit de punir repose aussi sur la nécessité de l'amendement. Mais, dans le projet que nous avons sous les yeux, n'a-t-on pas été trop loin dans cette dernière direction et ne recherche-t-on pas dans la peine qu'un seul objectif: l'amendement? On peut discuter sur ce point, . . . je vois des signes de dénégation de M. Logoz, mais je prétends que le système du projet est basé sur le principe du droit de punir basé sur l'amendement et que l'on ne tient compte que dans une mesure extrêmement faible du droit de punir, parce que le coupable a commis une faute.

Et cependant, pour que le Code pénal soit une arme contre la criminalité, il ne suffit pas d'amender le coupable, but certainement très humanitaire. Il faut aussi que le peuple se rende compte de la gravité de la faute par la gravité de la peine. Il semble vraiment que l'on veuille représenter l'homme, comme déterminé dans ses actes, par des lois absolues et non comme un facteur d'activité libre. En d'autres termes, on tend trop à considérer que le criminel n'est qu'un malheureux et non coupable. De là, cette conclusion que je critique, à savoir que le projet est inspiré d'une trop grande douceur dans la répression et d'une surabondance de mesures humanitaires.

Un criminaliste, partisan sans doute de l'amendement (il n'y a plus de criminalistes modernes qui ne soient pas partisans de l'amendement), disait dans son ouvrage doctrinal: « Que l'on se garde bien, dans un système pénal, de rechercher l'effet réformateur au détriment de l'effet exemplaire et, sous le prétexte de rendre une peine correctionnelle, de lui enlever son caractère et d'affaiblir la répression. Si l'amendement du coupable est un des buts vers lequel doit tendre la pénalité, et dont il faut se préoc-

cuper, ce n'est pas le but unique; il ne saurait servir de base unique au droit de punir. »

Quelles sont les peines que le code prévoit? Faut-il parler encore de la peine de mort? C'est totalement superflu et la question est jugée. Vous avez entendu hier les déclarations faites par M. Huber, au nom du parti social-démocrate. Il a déclaré solennellement que, sous aucune forme, pas plus facultative (proposition de la minorité de la commission) que sous la forme d'un renvoi de cette question à la souveraineté cantonale, le parti socialiste n'accepterait un code prévoyant la peine de mort, et alors la question est jugée. Pourquoi? Les partisans de l'unification du droit pénal savent très bien que, pour conserver l'espoir de faire triompher leur œuvre devant le peuple, ils doivent avoir l'appui des socialistes; par conséquent, la peine de mort sera exclue d'une façon totale du projet; je le dis, pour en prendre acte et suivre ma démonstration.

Quelle est donc la peine la plus grave? La réclusion à vie? Erreur. La peine de la réclusion à perpétuité est en fait supprimée et il ne reste plus qu'une peine maximum de 15 ans. Au bout de ce temps, en effet, le condamné à perpétuité peut être mis en liberté conditionnelle. A côté de cela, il y a la réclusion temporaire dont le maximum est de 15 ans; mais, là, de nouveau, au bout de 10 ans, le condamné pourra bénéficier de la libération conditionnelle, de sorte qu'en résumé on peut dire qu'il n'y a plus de réclusion à vie, mais une réclusion temporaire seulement qui varie de 10 à 15 ans.

J'estime ces peines insuffisantes; mais ne croyez pas que, dans chaque article qui va être discuté, je veuille m'amuser à présenter des propositions de modification; c'est un système, il faut, par conséquent, sauf quelques modifications sur certains points particuliers, ou l'accepter ou le refuser.

On reproche aux cantons de n'avoir pas tenu toujours leur législation à la hauteur des conquêtes de la science moderne. Je crois que c'est partiellement juste et que des revisions auraient pu être utilement entreprises; mais le législateur fédéral aurait tort de vouloir se laver complètement les mains, car le fait que, depuis 30 ans, on nous annonce l'heureux jour de l'avènement d'un Code pénal a certainement paralysé les cantons dans une grande mesure et n'a pas permis, sauf à quelques courageux auxquels je rends hommage, d'aborder cette étude de modification de leurs codes pénaux.

Du reste, cette critique adressée au législateur cantonal est-elle absolument fondée ou plutôt n'est-elle pas considérablement exagérée? Voyons le but essentiel du droit pénal est de réprimer la criminalité. Si les cantons avaient rempli leur mission à la manière qu'on le représente aujourd'hui, c'est-à-dire avaient négligé complètement ce côté important de la vie sociale, n'aurions-nous pas assisté, en Suisse, au développement de la criminalité? A-t-on cité, à l'appui de l'unification, une statistique qui démontre qu'en Suisse la criminalité est moins réprimée qu'ailleurs; qu'elle est plus développée? Je crois que le contraire serait juste et qu'heureusement pour le peuple suisse la criminalité est moins forte, moins développée chez nous, sous le régime des souverainetés cantonales qu'elle ne l'est dans d'autres pays.

Et, du reste, voyons franchement quels sont les grands principes que les cantons auraient méconnus?

Je crois que la plus grande conquête, la plus intéressante et la plus utile en même temps, de la science pénale moderne, c'est l'introduction du sursis à l'exécution des peines. Voilà un principe nouveau que l'on ne connaissait pas autrefois. Dans tous les cantons (j'ignore si je commets une erreur), cette disposition humanitaire de la condamnation avec sursis, ou de la condamnation conditionnelle n'existent-elle pas? Ce qui prouve que lorsqu'un mouvement d'opinion se produit, lorsqu'un progrès est signalé, les cantons, aussi bien que la Confédération, savent s'en inspirer.

J'en arrive à la conclusion qu'il n'y a pas opportunité de procéder, dans les circonstances où nous sommes, à l'unification du droit pénal; qu'il est au contraire désirable que nous restions sous l'empire du régime sous lequel nous nous trouvons aujourd'hui et que nous respections cette souveraineté cantonale. Les cantons ont les moyens d'améliorer leurs codes pénaux, d'y introduire tout ce qu'ils croiront être nécessaire en vue de la lutte contre la criminalité. La nécessité de transférer ce pouvoir à la Confédération n'existe pas.

Pour ces raisons, et si ce n'étaient les motifs que je vous ai indiqués au début de mon exposé, j'aurais eu l'honneur de faire dans le sein de la commission, la proposition de ne pas entrer en matière. Aujourd'hui cette proposition est faite. Je déclare, pour ce qui me concerne et pour ne pas créer d'équivoque, ne pas pouvoir voter l'entrée en matière, parce qu'elle est contraire aux principes mêmes que je défends. Mais, par contre, par et pour les raisons déjà indiquées, je ne voterai pas non plus la proposition de ne pas entrer en matière. C'est pourquoi, lorsque le président posera la question de l'entrée en matière, je me permettrai de rester assis.

Telles sont les considérations que, comme membre de la commission, j'ai cru devoir vous présenter. Je sais d'avance quel est le sort du projet devant les Chambres; peut-être pourrions-nous nous dire au revoir devant le peuple.

Hadorn: Namens der Fraktion der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei habe ich Ihnen über unsere Stellungnahme zum Entwurf des Strafgesetzbuches in aller Kürze folgendes mitzuteilen:

In der Strafrechtskommission, dieser illustren Gesellschaft hervorragender Juristen, großer Gelehrter, Professoren usw., hat die Vertretung unserer Fraktion eine außerordentlich bescheidene Rolle gespielt. Zwar waren wir bestrebt, den Verhandlungen mit aller Aufmerksamkeit und allem Interesse zu folgen, auch dann, wenn die langen wissenschaftlichen Abhandlungen mitunter für uns ein geistiges Leiden bedeuteten und wenn mit dem Fortschreiten der Arbeit wir nicht immer zufrieden waren. Ist es doch vorgekommen, daß man eine ganze Sitzung hindurch einen einzigen Artikel beraten hat, um am folgenden Morgen wieder darauf zurückzukommen, und aufzuheben, was am Vortage beschlossen worden war. Im übrigen aber waren wir überzeugt davon, daß, nachdem das Schweizervolk vor 30 Jahren die Rechtseinheit auch für das Strafrecht grundsätzlich beschlossen hat, es Aufgabe unserer Generation sein müsse, diesem Beschluß praktische Gestalt und dem Schweizervolk ein einheitliches Strafgesetzbuch zu geben. Bei den Beratungen ist uns zum Bewußtsein

gekommen, daß der Schaffung eines einheitlichen schweizerischen Strafgesetzbuches große Hindernisse und Schwierigkeiten noch entgegenstehen. Sie haben gestern und auch heute morgen wiederum gehört, wie föderalistische Bedenken geltend gemacht werden, wie man befürchtet, einen Teil der Kantonsouveränität opfern zu müssen, wie man befürchtet, daß ein Teil der Kantons Gewalt amputiert würde. Wir unsererseits haben diese Befürchtungen nicht geteilt, wir sind keine Föderalisten, wenigstens nicht in dem Maße, wie es vom Vorredner betont worden ist. Aber neben diesen föderalistischen Bedenken gibt es noch der Hindernisse und Schwierigkeiten anderer Art genug, Schwierigkeiten, die in den parteipolitischen Gegensätzen, in den verschiedenen Lebensauffassungen und Weltanschauungen, in den verschiedenen Anschauungen über Schuld und Strafe, über Vergeltung und Sühne einerseits und über Erziehung und Besserung andererseits liegen. Es war für uns Hirtenknaben gar nicht immer leicht, uns ohne weiteres den neuen Auffassungen anzuschließen, wie sie in der Kommission beantragt wurden, und namentlich schwer war für uns der große Schritt von den Auffassungen und den Grundsätzen, wie sie in unseren kantonalen Strafgesetzen noch zum Ausdruck kommen, hinüber zu den neuen Theorien und den neuen Richtlinien des modernen Strafrechtes, wie sie nun im Entwurf niedergelegt sind.

Als Beispiel hierfür will ich Ihnen nur zwei Fragen aus dem allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches nennen: die Frage über die Zurechnungsfähigkeit, die volle Zurechnungsfähigkeit, die beschränkte Zurechnungsfähigkeit, oder aber die andere Frage über die Freiheit des Richters in bezug auf die Ausmessung des Strafmaßes -- beides Fragen, die auch hier bei der Detailberatung wieder zu endlosen Debatten Veranlassung geben werden. Oder aus dem speziellen Teil auch wieder zwei Fragen: die Frage der Strafbarkeit der Abtreibung. Nach bürgerlichen und christlichen Anschauungen war man bis dahin der Auffassung, daß auch der Embryo, das keimende Leben, mit einem gewissen Rechtsschutz umgeben werden müsse; demgegenüber ist die sozialdemokratische und kommunistische Richtung der Auffassung, daß es im Befinden der Mutter oder der Eltern des werdenden Kindes stehen müsse, straflos dieses werdende Leben zu vernichten oder zu beseitigen.

Das sind alles Gegensätze, über die eine Verständigung schwer möglich ist, und ebenso wenig, wie Sie gestern in der Kardinalfrage gehört haben, in bezug auf die Abschaffung der Todesstrafe. Die Vertreter unserer Fraktion haben in der Kommission zur Mehrheit gestimmt. Wir sind der Auffassung, die Todesstrafe sollte abgeschafft werden. Wir können hier mit Befriedigung auch konstatieren, daß unsere Fraktion mehrheitlich auf dem Boden des Entwurfes steht und der Abschaffung der Todesstrafe zustimmen wird.

Daneben aber habe ich den Auftrag, hier im Rate auf zwei Tatsachen aufmerksam zu machen: Erstens auf die Tatsache, daß im Entwurf, wie er uns hier vorliegt, man in punkto Milde und Humanität bis an die äußerste Grenze gegangen ist, so weit, daß große Volksteile ohnehin den Entwurf als unannehmbar bezeichnen werden. Und die andere Tatsache, daß der Entwurf, wie Sie gesehen haben, schon reichlich

mit sozialdemokratischem Oel gesalbt ist. Die sozialdemokratische Fraktion war in der Kommission sehr stark vertreten. Sie war mit ausgezeichneten Kräften, mit ihren besten Juristen vertreten. Dank der großen Mitarbeit der Herren von der sozialdemokratischen Fraktion hat die Mehrheit der Kommission in zahlreichen Fällen Konzessionen im Interesse des Zustandekommens des großen Werkes gemacht. Nun sehen Sie aus dem Entwurf, daß die sozialdemokratische Minderheit, mit den Konzessionen, die ihr gemacht wurden, mit dem, was sie errungen hat, sich noch nicht zufrieden geben will, sondern daß sie darüber hinaus neuerdings noch weitergehende Abänderungsanträge stellt. In dieser Beziehung habe ich den Auftrag zu erklären, daß unsere Fraktion für diese weitergehenden Anträge nicht zu haben ist. Höher gehts bei uns nimmer!

Unsere Fraktion ist gerne bereit, mitzuwirken und mitzuarbeiten bei der großen und idealen Aufgabe, dem Schweizervolk ein neues einheitliches Strafgesetz zu geben, und damit auch das große Werk der schweizerischen Rechtseinheit zu krönen. Aber wir möchten dringend davor warnen, uns diese ehrliche Mitarbeit zu verunmöglichen durch weitergehende Forderungen, die nach unserer Auffassung für den bürgerlichen Staat nicht tragbar sind.

M. de Muralt: L'heure est avancée et vous devez peut-être trouver que nous autres Suisses romands, et surtout juristes de la Suisse romande, abusons un peu de la parole dans ce débat. Je voudrais vous rassurer en vous assurant que je m'inspirerai de cette parole de l'Evangile, qui dit: «N'usez pas de vaines redites.» Je tâcherai en effet de ne pas répéter ce que d'autres ont dit avant moi.

Je ne m'arrêterai pas à la question de savoir si nous avons le droit, malgré l'art. 64bis de la Constitution, de ne pas voter un Code pénal fédéral, et à cette autre question de savoir si nous avons ou non le droit de repousser le projet qui nous est soumis. Ces points me semblent éclaircis et tranchés dans le sens de l'affirmative. Ce que je voudrais faire, c'est dire pourquoi ce projet ne me satisfait pas, pourquoi je ne le juge pas nécessaire et, enfin, pourquoi je le trouve dangereux, de sorte que je voterai contre l'entrée en matière.

Sur le premier point, vous avez entendu hier des critiques très éloquemment formulées par divers orateurs. Je ne veux pas les reprendre toutes, mais insister sur un ou deux points que l'on a simplement effleurés, et tout d'abord sur la question des minima.

La tendance du droit moderne est de supprimer les minima. C'est ce que font la plupart des législations actuelles. Je m'étonne que, contrairement à ce qu'a fait le législateur vaudois en 1899, le projet de code qui nous est soumis maintienne un grand nombre de ces minima spéciaux. J'en ai compté 13 pour ce qui concerne la réclusion et 55 pour l'emprisonnement. Je me demande: à quoi bon? N'est-ce pas l'indice d'une sorte de méfiance qu'on témoigne au juge? D'accord avec les théories modernes et que je crois justes, le projet entend laisser au juge un large pouvoir d'appréciation, soit en ce qui concerne la détermination de la culpabilité et de la responsabilité, soit en ce qui concerne la mesure de la peine. Mais alors si vous posez des bornes, si vous bridez le juge par un grand nombre de minima, que devient

son pouvoir d'appréciation? Ne risquez-vous pas d'aboutir aux inconvénients signalés hier? Il y aura tout de même des cas dans lesquels le juge n'osera pas prononcer de condamnation, se sentant bridé par un minimum, même avec l'atténuation de la peine, parce qu'il trouvera que cette condamnation serait excessive!

Je ne suis pas d'accord également avec le minimum général de la réclusion: un minimum d'un an! Je suis d'accord avec la commission, avec les auteurs du projet: j'admets que la réclusion, la peine la plus grave, ne doit être prononcée que dans des cas graves. Mais un an! Le Code pénal vaudois prévoit un jour comme minimum! (M. Logoz: Le minimum de la réclusion est de trois ans à Genève!) Ce n'est pas une raison pour l'imiter. On peut discuter entre un jour et un an, il y a sans doute un moyen terme à trouver; mais le minimum d'un an est trop dur. D'autre part, je trouve que le maximum de 15 ans n'est pas suffisant. Je crois que la minorité de la commission qui propose de fixer ce maximum à 20 ans est plus près de la vérité, de ce qui convient en matière pénale.

Il y a quelque chose qui choque encore, c'est la possibilité, lorsqu'il s'agit de l'application de la réclusion à vie (il y a deux seuls cas qui le permettent, sauf erreur), de permettre au juge (je pense que ce sera le juge), l'orsque la réclusion aura duré 15 ans, d'appliquer la libération conditionnelle pour cinq ans. Ainsi l'homme qui aura été condamné pour un des délits les plus graves, les plus atroces qu'on puisse concevoir, pourrait en somme, au bout de 20 ans, se considérer comme déchargé de sa peine!

Messieurs, je ne veux pas entrer dans d'autres détails; mais je veux, d'une manière générale, dire que ce code, qui est un monument de science, je le reconnais avec tous les orateurs qui m'ont précédé, entre dans trop de détails, il cherche à prévoir et à réprimer tous les cas possibles, toutes les éventualités imaginables. De ce fait, il est trop long, trop touffu, trop volumineux. Il comporte ainsi 424 articles, alors que notre vieux Code pénal vaudois de 1843, qui pour l'époque était remarquable, en a 363; à Fribourg même on a trouvé le moyen de se limiter à 200 articles. Je crois qu'il y a là un luxe de dispositions dont beaucoup gagneraient à disparaître.

Mais je l'ai dit d'emblée, et dois le répéter en toute franchise, même si ce code était meilleur qu'il n'est, je ne le crois pas nécessaire et je ne le voterai pas.

Messieurs, qu'est-ce que l'on invoque surtout à l'appui de l'adoption de ce projet? On dit: « Il nous offre dans la lutte contre la criminalité l'arme la plus efficace, parce que c'est une arme unique, ce qui n'est le cas avec les différents Codes pénaux cantonaux. » Je me permets de douter que ce soit exact. Pourquoi cette arme serait-elle plus efficace? Parce qu'elle serait la même dans tous les cantons? Parce que, dans chaque canton, nous aurions désormais les mêmes peines qui frapperaient le même délit? Je ne peux pas arriver à reconnaître ce postulat comme fondé. Je ne crois pas qu'une telle uniformité soit nécessaire et conforme à notre organisation politique, à nos mœurs. Si nous avons actuellement, pour le même délit, des dispositions différentes dans les divers cantons, c'est que nous avons dans ces cantons des conceptions différentes de la gravité de tel ou tel délit et de la culpabilité de son auteur.

M. Evéquoqz l'a dit tout à l'heure, dans le Valais, on estime qu'il est nécessaire de prévoir des peines plus sévères pour les délits contre la propriété, et cela pour des raisons très compréhensibles, parce que la propriété y est exposée à la foi publique beaucoup plus que dans les villes. Il y a des divergences analogues en ce qui concerne les délits contre les mœurs. Vous avez des différences de conception d'un canton à un autre, parce que les mœurs sont différentes. Puisque vous avez cité votre canton, M. Logoz, je vous rappellerai que vous n'avez, dans le canton de Genève, aucune peine contre l'adultère; nous en avons par contre une dans le canton de Vaud. Cela correspond à une idée différente que nous avons ici et là de l'importance de ce fait qu'est l'adultère.

Vous n'arriverez pas, sans heurter les conceptions juridiques dissemblables de nos populations, à réaliser cette unité que vous préconisez. Du reste, même avec le code que vous nous proposez, même avec le code unifié, vous n'atteindrez jamais une uniformisation absolue: Il y aura le pouvoir d'appréciation du juge, dont j'ai parlé tout à l'heure et qui s'exercera dans le cadre fixé par les maxima et les minima, avec, par-dessus le marché, le pouvoir d'atténuation de la peine prévu dans le projet. Il y aura certainement par exemple des juges qui puniront plus sévèrement, dans les cantons campagnards, le délit d'incendie, que ce ne sera le cas dans les centres urbains, et ce sera peut-être le contraire pour les délits contre les mœurs. Ce postulat de l'uniformité, de l'uniformisation en ce qui concerne l'application de la peine, n'est pas réalisable; il n'est pas fondé.

Mais vous nous dites: « Nous avons réalisé dans notre projet des innovations heureuses, de véritables conquêtes de la science pénale moderne. » J'en demeure très volontiers d'accord; mais je crois qu'une bonne partie de ces innovations, nous les avons déjà réalisées au cantonal. Vous avez, M. Logoz, hier, si je me souviens bien, exposé avec éloquence les grands mérites du « sursis », ou de ce que le projet appelle la « peine conditionnelle ». Mais vous n'avez rien inventé: il y a fort longtemps que nous possédons cela dans notre rétrograde canton de Vaud. Il en est de même à Genève et sauf erreur dans presque tous les cantons, si ce n'est dans tous. Et alors, en quoi consiste l'innovation? Ne pourrait-on pas plutôt dire au législateur fédéral: « Vous avez bien tardé à introduire le sursis; il a fallu les événements de la guerre, la mobilisation, pour qu'une ordonnance rendue en vertu des pleins pouvoirs, introduise enfin le sursis pour les condamnations prononcées par les tribunaux militaires. »

Mais en ce qui concerne les autres délits prévus par des lois fédérales — il n'y en a pas mal; citons seulement par exemple ceux concernant la sécurité des chemins de fer, les denrées alimentaires, — le sursis n'existe pas encore à l'heure qu'il est. Et pourtant nous aurions parfaitement pu, nous, législateurs fédéraux, introduire par une loi spéciale ce bienfait du sursis auquel M. Evéquoqz rendait un juste hommage. Nous en avons la compétence; nous ne l'avons pas fait. Je constate donc que nos cantons que l'on ne craint pas de taxer d'incapacité législative, ont su réaliser un progrès qui reste encore à réaliser en matière fédérale.

On pourrait citer bien d'autres exemples du même genre: On nous a vanté les mérites de la libération conditionnelle prévue dans le projet. Mais il y a

longtemps que nous la connaissons un peu partout, du moins en Suisse romande. Il en est de même de l'internement dans les colonies de travail, dans les asiles de buveurs. Vous n'avez donc rien inventé; vous n'avez fait qu'adopter et peut-être de perfectionner des institutions existant ailleurs. On ne peut donc pas reprocher aux cantons de s'être montrés insuffisants dans le domaine de la législation pénale. Ce reproche est injuste. Je reconnais qu'il peut y avoir des lacunes. Je sais en particulier que le canton d'Uri n'a pas de Code pénal; il a seulement un droit coutumier; mais le peuple de ce canton s'en est contenté; il a trouvé que cela lui suffisait. Il avait probablement de bonnes raisons pour cela.

Ce brevet d'incapacité décerné aux cantons — je sais bien qu'il n'a pas été énoncé expressis verbis; mais il se lit entre les lignes des exposés des partisans de l'unification —, ce reproche, dis-je, est parfaitement injustifié. Vous savez que là où les Codes pénaux existants présentaient des lacunes, le législateur cantonal ne s'est pas refusé à entreprendre le travail d'amélioration, d'amendement, de revision nécessaire. Je n'ai pas besoin de vous citer l'exemple du canton de Fribourg; vous le connaissez. Dans le canton de Vaud, on est actuellement en train de discuter un avant-projet de code pénal dû à M. le procureur général Capt qui me paraît extrêmement bien conçu. Où la nécessité s'en est fait sentir, le législateur cantonal peut faire ce qui est nécessaire et le faire plus vite et quelquefois mieux que la Confédération, parce qu'il est en mesure d'adapter sa législation aux besoins, aux traditions de ce peuple.

Je reconnais qu'il y a une matière dans laquelle un progrès est à réaliser, c'est dans le domaine de la poursuite des délits et de l'exécution des peines. C'est une matière qui ne rentre pas directement dans le Code pénal; ce sont plutôt des questions de procédure et d'organisation judiciaire. Mais ce progrès peut être réalisé sans qu'il soit nécessaire d'édicter un Code pénal suisse. Nous avons une loi ancienne, peut être même archaïque, la loi du 24 juillet 1852 sur l'extradition des malfaiteurs et accusés. Qu'est-ce qui nous empêche d'étendre ses dispositions et de statuer par exemple que, lorsqu'il y aura un conflit entre deux cantons au sujet de la compétence, ce sera le Tribunal fédéral qui tranchera la question. Cela est d'ailleurs déjà prévu à l'art. 10 de cette loi. Vous pouvez donc, par ce moyen bien simple, arriver dans des cas de conflits de compétence de ce genre à la répression efficace du crime que nous désirons tous.

Vous nous opposez la question de l'organisation des établissements pénitentiaires. M. de Meuron en a parlé assez longtemps hier pour que je ne m'y arrête pas. Je ne veux pas en faire le dénombrement. Il m'est assez indifférent qu'il y en ait 11, respectivement 22 ou 7 ou 8, comme le dit M. Häberlin. Les calculs de M. de Meuron ne doivent cependant pas être bien faux; car, chez nous tout au moins, il y a des établissements séparés pour les hommes et pour les femmes; ce n'est pas le cas pour le pénitencier, mais c'est le cas pour les maisons de relèvement et les colonies. Ne nous arrêtons pas à cette question de comptabilité. Le projet de Code pénal se signale par un grand luxe de définitions et de réglementations. Cependant les progrès à réaliser dans le domaine du régime pénitentiaire peuvent aussi l'être par l'application pure et simple de l'art. 64bis de la Constitution,

dernier alinéa. Cet alinéa statue en effet que la Confédération a le droit d'accorder aux cantons des subventions pour la construction de divers établissements pénitentiaires. Dans la mesure où les cantons ne pourraient pas le faire eux-mêmes, ou en se groupant — «i cantoni faranno da se» serait l'idéal — pour autant, dis-je, qu'ils ne réussiraient pas à trouver les ressources nécessaires dans leur propre budget, la Confédération pourra les aider. Elle y est autorisée par l'art. 64bis de la Constitution.

Voilà pourquoi je dis que le Code pénal n'est pas nécessaire. Les progrès désirables — et je viens d'en signaler deux ou trois — peuvent être atteints sans qu'il soit indispensable d'adopter un Code pénal fédéral. Les cantons peuvent atteindre ces résultats mieux que la Confédération; ils peuvent les réaliser plus promptement.

J'en arrive à mon troisième point. Non seulement le Code pénal unifié n'est pas nécessaire; il est dangereux. Je parle en fédéraliste. En voulant appliquer ce code aux différentes parties du pays, on risque de heurter les conceptions diverses, les traditions de ces populations. Il ne faudrait pourtant pas qu'on oubliât — on le fait un peu trop — que si le préambule de la Constitution porte qu'il y a une nation suisse — et nous sommes tous d'avis, sauf peut-être les communistes, que nous devons être et rester une nation, la nation suisse —, l'article premier de la Constitution porte que ce sont les peuples des 22 cantons souverains de la Suisse qui forment dans leur ensemble cette Confédération. C'est ce qu'on oublie un peu trop. Il y a chez nous 22, on doit même dire 25, peuples différents, dont chacun a ses mœurs, sa confession, sa conception de la vie, ses traditions historiques. Comme l'a très bien dit tout à l'heure M. Evéquoz, vouloir imposer à chacun de ces 25 peuples un code uniforme, sans tenir compte de leurs conceptions particulières, est un danger et une erreur.

Et ce code uniforme ne le sera pas seulement dans la lettre. Il le deviendra aussi certainement dans l'application. C'est d'ailleurs dans la logique de votre système. Ce code uniforme devra être appliqué d'une manière uniforme dans toute l'Helvétie. C'est dans ce but qu'à l'art. 362, on a prévu le recours à la Cour de cassation du Tribunal fédéral. C'est évidemment parce que l'on désire que le droit pénal unifié soit appliqué d'une manière aussi uniforme que possible dans les différentes parties du pays, et nous retrouvons ici l'inconvénient que je signalais il y a un instant: on voudrait imposer à des parties de notre pays qui ont des façons différentes de concevoir la gravité de certains délits, une règle uniforme. C'est une erreur et un danger.

Je vois un danger très grave dans ce recours — inévitable dans votre système — à la Cour de cassation du Tribunal fédéral. Vous rendez-vous compte de l'étendue de ce droit nouveau que vous donnez au pouvoir central? Il y aura recours en vertu de l'art. 362 contre toute ordonnance de non-lieu rendue par une instance cantonale et contre toute décision de la dernière instance cantonale quant au fond.

On peut se demander si cette disposition est bien conforme à ce qui est statué au second alinéa de l'art. 64 de la Constitution, où il est dit que «l'organisation judiciaire, la procédure et l'administration de la justice, demeurent aux Cantons dans la même

mesure que par le passé». Quelle est cette mesure du passé, celle d'aujourd'hui? La dernière instance est la Cour de cassation ou le Tribunal suprême de chaque canton. Voilà actuellement l'état de l'organisation judiciaire cantonale en matière pénale. Par cet art. 362 du projet, vous instituez une instance suprême fédérale; c'est un accroc très grave au deuxième alinéa de l'art. 64bis de la Constitution. Mais il est dans la logique de votre système.

Vous arrivez ainsi à priver les cantons d'un des plus importants des apanages de la souveraineté. Vous les privez en dernier analyse du droit de punir. Le droit de punir appartiendra dorénavant en dernière instance, en définitive, non pas aux autorités cantonales, mais à une autorité fédérale. Voilà ce que je considère comme un très grave danger pour l'autonomie des cantons et pour leur existence dans notre organisation de droit public.

Quelle est la conséquence, en quelque sorte forcée, de ce nouvel empiètement, si grave, de l'autorité centrale sur les pouvoirs des cantons? La conséquence forcée, c'est que vous verrez très certainement surgir, à côté de ces ordonnances que le Conseil fédéral devra édicter pour arriver à ce que l'on conforme à ses vues en ce qui concerne la surveillance des établissements destinés à l'exécution des peines, vous verrez, dis-je, surgir aussi des directives, des ordonnances du Tribunal fédéral adressées aux autorités cantonales pour leur prescrire comment il faudra qu'elles procèdent aux enquêtes, comment on devra rédiger les ordonnances de renvoi et de non-lieu — puisqu'il y aura recours, dans tous les cas contre les ordonnances de non-lieu —, comment il faudra interroger les témoins, comment établir les tarifs, etc. Vous verrez qu'on en arrivera à ce qui se passe aujourd'hui pour la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite, où les autorités cantonales sont obligées de se conformer aux ordonnances du Tribunal fédéral, ordonnances que le Tribunal fédéral édicte, on pourrait dire à journée faite, et l'on verra peut-être — si ce n'est ni vous ni moi, ce seront nos après-venants —, en ce qui concerne ces directives et ordonnances de la Cour de cassation du Tribunal fédéral, un commentateur diligent publier des recueils systématiques et des commentaires, comme M. le juge fédéral Jäger le fait en matière de poursuite pour dettes et de faillite.

Ce recours au Tribunal fédéral fait une brèche dangereuse dans nos organisations judiciaires cantonales, dans les rapports constitutionnels réciproques des cantons d'un côté, de la Confédération de l'autre. Cette brèche s'élargira peu à peu, et, dans le cours des années, par la force des choses, on arrivera peu à peu à considérer nos procédures et nos organisations judiciaires cantonales comme une simple façade, quelque chose de vieilli, de désuet. Ce sera une procédure pénale fédérale uniforme qui supplantera peu à peu les procédures cantonales; il faudra alors considérer le second alinéa de l'art. 64 de la Constitution comme sans objet et comme périmé. Il ne restera qu'à l'abroger.

C'est pour ces raisons, parce que je suis persuadé qu'il y a là un très grand danger pour l'intégrité, la souveraineté de nos cantons, que je ne peux pas me résoudre à voter l'entrée en matière. Principiis obsta!

On nous a cité le vote du canton de Vaud en 1898. Il est intervenu dans des conditions numériques assez

spéciales, puisqu'à peine un tiers des électeurs inscrits s'est prononcé sur l'art. 64bis de la Constitution. Pour ma part, je me suis trouvé parmi les 2000 et quelques Vaudois qui ont voté contre l'article constitutionnel. Je suis d'autant plus à l'aise aujourd'hui pour me prononcer comme je le fais. J'avais noté alors (j'ai retrouvé cela dans un vieil agenda, à cette date du 13 novembre 1898): «C'est évidemment le coup de grâce donné aux cantons!» Ce que je pensais alors, je le pense encore aujourd'hui et c'est pour cela que je ne peux pas voter l'entrée en matière.

M. Rusca-Locarno: Permettetemi, a nome anche dei miei colleghi della deputazione radicale ticinese, una semplice dichiarazione, la quale non ha certamente la pretesa di essere una critica aprioristica del progetto di legge sul tappeto; ma che reputo non di meno opportuna, necessaria anzi, a chiarimento del nostro pensiero ed a giustificazione del nostro atteggiamento.

Noi voteremo l'entrata in materia, pur non esprimendo nessun giudizio per il momento sull'opera legislativa che il Parlamento è chiamato a compiere o a non compiere, aggiungendo anzi che per noi un giudizio sarebbe prematuro e solo potrà essere favorevole o sfavorevole a seconda della soluzione che sarà data a diversi postulati oggi soltanto accolti o rifiutati in sede di deliberazione.

Diciamo prematuro perchè altrimenti un voto negativo all'entrata in materia dovrebbe avere il significato di un'opposizione recisa a qualsiasi unificazione del nostro diritto penale svizzero; cosa che non ci sentiamo di fare in quanto che saremmo in contrasto col voto espresso a suo tempo dal popolo ticinese e coll'atteggiamento allora tenuto dal partito al quale abbiamo l'onore di appartenere; il quale ha in quell'occasione caldeggiato, difeso e fatto trionfare nel Cantone la riforma costituzionale autorizzando la Confederazione a legiferare in materia penale. Nè fu ritenuto allora, come non riteniamo ora, che l'atteggiamento favorevole all'unificazione del diritto penale dovesse significare sconfessione di quei principi federalisti che stanno a cuore a noi come a chiunque altro fra i nostri confederati, che vogliamo difendere con ardore sempre e dobbiamo talvolta difendere con maggiore vivacità, a motivo che rappresentiamo, delle minoranze linguistiche, la più debole numericamente. Ma pensiamo altresì, che il federalismo meglio lo si difenda, non trincerandosi intransigentemente e sistematicamente dietro qualsiasi prerogativa cantonale, ma sapendo all'occorrenza accettare le inevitabili rinunce di fronte agli interessi superiori della compagine nazionale quando esse non intaccano le ragioni pure superiori della nostra cultura, delle nostre tradizioni, in una parola del nostro patrimonio morale.

Di esse noi dobbiamo certamente preoccuparci, portando il nostro esame sugli istituti che il progetto di codice contempla e prevede; ma come potremmo noi già fin d'ora, senza una profonda conoscenza del progetto medesimo — che io non mi vanto certamente di possedere — esprimere un'opinione, nel senso soprattutto della sua inaccettabilità? Una codificazione, per essere opera duratura deve inevitabilmente corrispondere ad una media fra le diverse opinioni, ad una risultante fra le diverse dottrine; quand'è che una legge incontrò un consenso così unanime da rappresentare in modo completo il pensiero di tutti,

o quand'è, ancora, ch'essa potè in tutto e per tutto esprimere il pensiero dei singoli suoi fautori? Anche in paesi etnicamente più omogenei del nostro, quand'è che una riforma legislativa non dovette segnare una pressione sopra tradizioni consacrate dall'uso ma limitata nello spazio, le quali dovettero abituarsi poco per volta ad accettare l'impero di norme più generali e quindi meno particolaristiche? Ciò dico in ordine puramente preliminare e solo per mostrare che noi ci apprestiamo a seguire i dibattiti intorno al progetto del Codice penale con l'animo sgombro da qualsiasi prevenzione; preparati anzi a qualche rinuncia e disposti ad accettarlo anche se non corrisponderà perfettamente a tutti i nostri voti, purchè ci sembri buono nel complesso dei suoi ordinamenti e tale da non farci rimpiangere il nostro vecchio codice cantonale; vecchio forse in ordine di tempo, ma ispirato dal genio di quel grand maestro del diritto penale che fu Francesco Carrara, la cui mente lungimirante ha saputo dettare precetti che hanno trovato e possono trovare le loro forme di adattamento anche attraverso le nuove evoluzioni del diritto penale moderno e non contrastano, come taluno ha voluto pretendere, il cammino alle idee della scuola positiva, nella ricerca delle soluzioni pratiche.

Lungi da me il pensiero di approfittare della parola che mi è concessa per portare la discussione in un campo puramente teorico, così, come non mi arrogo la facoltà, riconoscendomi nella completa impreparazione, di addentrarmi in questioni di tecnica legislativa; il che autorevolmente potè già essere fatto dagli oratori che mi hanno preceduto. Onde però non mi si muova il meritato rimprovero di spaziare solo nelle sfere nebulse delle considerazioni astratte, dirò subito che plaudo a molte delle critiche formulate e magistralmente svolte dall'eminente collega nostro De Meuron circa la classificazione troppo particolareggiata delle piccole trasgressioni per le quali il progetto prevede delle sanzioni che meglio troverebbero il loro posto in regolamenti di polizia cantonali e comunali. Aggiungerò, da un punto di vista più generale, che gli autori del progetto mi sono sembrati così preoccupati dell'ordine, della tranquillità pubblica da indurli a misure le quali, a mio modo di vedere, invadono eccessivamente il campo della libertà individuale. Così, la difesa di determinati sentimenti d'indole morale o religiosa ha suggerito delle sanzioni che potrebbero nella loro applicazione ledere quel sacrosanto principio di libertà di critica e, all'occorrenza, di censura, che non può essere soffocato nè coercito da nessuna speciale protezione o tutela.

Questi accenni, ripeto, debbono soltanto avere il valore di citazioni ad esempio, ma riflettono precisamente taluna delle questioni sulle quali il Consiglio federale e la commissione si sono già pronunciati, mentre per parte nostra dobbiamo francamente dichiarare che non tutte le soluzioni previste ci soddisfano e che soltanto da quella definitiva adottata dal Parlamento dipenderà il nostro voto finale.

M. Maunoir: Rassurez-vous. Je ne reprendrai aucun des arguments qui ont été développés jusqu'ici. Je prends la parole pour une simple déclaration.

Je ne voudrais pas que mon silence fut considéré comme une adhésion aux théories défendues par mon excellent collègue et ami M. Logoz. Ce silence pourrait être interprété comme une simple adhésion au projet d'unification du Code pénal tandis que, au contraire,

j'en suis un adversaire convaincu, non pas comme fédéraliste nouvelle manière mais comme fédéraliste ancienne manière. (Rires.) Dans ces conditions j'ai demandé à sortir de la commission du Code pénal en déclarant purement et simplement que je ne pouvais pas m'associer à cette œuvre. J'ai trouvé plus loyal de ne pas assister simplement aux séances de la commission dès l'instant où je n'avais aucune raison de vouloir chercher à corriger des textes dont l'ensemble ne me plaisait pas.

C'est pour cette raison que je voterai contre l'entrée en matière.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 7. März 1928. *Séance de relevée du 7 mars 1928.*

Vorsitz — Présidence: Hr. Minger.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch. Code pénal suisse.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 38 hievor. — Voir page 38 ci-devant.)

Seiler, Berichterstatter: Als ich im Einleitungsvotum einige Bemerkungen zu den föderalistischen Bedenken machte, habe ich nicht vorausgesehen, daß ein solches Trommelfeuer von Einwänden föderalistischer Natur auf uns arme Zentralisten herunterprasseln werde. Ich will aber sagen, daß ich diese Diskussion in keiner Weise bedaure; im Gegenteil, ich begrüße sie und freue mich, daß wir nun auch die Gründe, die gegen die Strafrechtseinheit angeführt werden, hier klipp und klar gehört haben und daß wir uns dementsprechend auch in unseren weiteren Maßnahmen darauf einrichten können.

Es kann nun selbstverständlich nicht die Aufgabe dieser Replik sein, auf alle die Bemerkungen, die in verschiedene Variationen gemacht worden sind, einzutreten, sondern ich muß mich auf einige wenige Punkte beschränken.

In formeller Beziehung ist es wohl ein Irrtum des Herrn de Meuron und Konsorten, wenn sie glauben, wir hätten verbieten wollen, überhaupt einen gegenteiligen Standpunkt zu vertreten. Wenn wir diese Auffassung gehabt hätten, würden wir überhaupt kein Eintretensvotum gehalten haben. Und nun haben wir ja drei Tage debattiert, und ich denke, die Herren sind reichlich auf ihre Rechnung gekommen. Ich bin ihren Ausführungen eifrig gefolgt und kann Ihnen sagen, daß da, wo seriöse Einwände gemacht worden sind, diese auch gehört wurden und daß wir uns gewisse Punkte hinter die Ohren geschrieben haben und uns die Mühe geben werden, uns mit diesen Fragen noch weiter zu beschäftigen.

Mit Bedauern stelle ich allerdings fest, daß in der Kommission eine gewisse Abkehr von dem ein-

mütigen Standpunkte stattgefunden hat. Ich habe in meinem Eintretensvotum erklärt, die Kommission empfehle Ihnen einstimmig Eintreten. Dabei habe ich mich darauf gestützt, daß in der ersten Sitzung der Kommission — es ist allerdings schon sehr lange her; es war im März 1921 in Luzern — der damalige Präsident der Kommission, Herr Dr. Forrer, die Eintretensfrage besonders in Diskussion gestellt hat. Der Präsident hat damals festgestellt, daß ein Nichteintretensantrag nicht gestellt sei, daß also Einstimmigkeit darüber bestehe, in die Beratung des Entwurfes einzutreten. Gestützt auf diese protokollarischen Feststellungen habe ich in meinem Eintretensvotum erklärt, die Kommission sei einstimmig. Ich bedaure, daß nun eine Abkehr eingetreten ist; andererseits möchte ich aber doch erklären, die Kommission ist speziell Herrn Evéquo dankbar dafür, daß er sich in der Kommission in intensiver Weise mit dem Entwurf beschäftigt hat. Er hat auch beispielsweise in der letzten Session in Zermatt in der Frage der Abtreibung noch einen sehr wesentlichen Antrag gestellt, dem die Kommission zum Teil gefolgt ist.

Nun ist die Situation so, daß Eintreten zum Teil nur unter Vorbehalt beantragt worden ist. Herr Dedual hat erklärt, die Vorlage müsse noch verbessert werden; in der Frage der Todesstrafe wäre es klug, einen anderen Standpunkt einzunehmen. Dagegen hat Herr Huber erklärt: Einem Entwurf mit der Todesstrafe können wir niemals beistimmen! — Sie sehen nur, wie schwer es diese arme Kommission hatte, allen Meinungen Rechnung zu tragen. Die Frage der Todesstrafe wird vielleicht schon morgen des eingehendsten diskutiert werden. Es wird sich dann zeigen, welche Stellung der Rat dazu einnehmen wird. Vorerst stelle ich mit Genugtuung fest, daß Herr Dedual diese Vorlage als ein Meisterwerk titulierte hat. Wir nehmen Notiz von dieser Erklärung. Er hat auch, und das ist viel wichtiger, erklärt, daß die Frage der Todesstrafe bei den Katholiken kein Dogma sei, daß die Katholiken also durch kein Dogma gebunden seien. Auch von dieser Erklärung wollen wir gebührende Notiz nehmen.

Herr Huber hat sodann einen gewissen Widerspruch dadurch erregt, daß er in der Frage der Zurechnung der Schuld die Verantwortung des Einzelnen allzusehr in den Hintergrund gestellt hat. Er hat allzuviel auf das Schuldkonto der Allgemeinheit gesetzt. Gewiß, jedermann weiß, daß es Leute gibt, die eben die Opfer der Verhältnisse sind. Aber andererseits gibt es auch andere Leute, die durchaus selbst schuld sind an ihren Missetaten. Ich glaube, daß der Entwurf beiden Richtungen Rechnung trägt, indem er einerseits eine Strafmilderung zuläßt, andererseits bei Böswilligkeit auch die Strafschärfung in Betracht zieht.

Wir haben weiter eine Anzahl grundsätzlicher Gegner der Vereinheitlichung überhaupt gehört. Sie werden mit mir einverstanden sein, daß es offenbar keinen Sinn hat, in diesem Stadium noch weiter eingehend über diese verschiedenen Auffassungen zu diskutieren. Herr de Muralt hat unter anderem erklärt: Ja, wenn der Entwurf noch viel besser wäre, so würde ich trotzdem dagegen sein! — Es hätte also gar keinen Sinn, sich alle Mühe zu geben, ein komplettes Meisterwerk vorzulegen, wenn unter allen Umständen gegen eine solche Vorlage Stellung genommen wird. Da steht nun Auffassung gegen Auf-

fassung, und das Volk wird darüber zu entscheiden haben, welcher Auffassung es letzten Endes zustimmen will.

Aber das Volk sollte auch objektiv aufgeklärt werden. Und diese Aufklärung vermissen ich beispielsweise in der Berichterstattung der « Gazette de Lausanne » über diese große Debatte. Die « Gazette de Lausanne » sagt: Drei Professoren sind die Väter dieser Vorlage; graue Theorie!, damit basta! — Vergessen wir dabei nicht, daß noch andere Professoren mitgewirkt haben, beispielsweise Prof. Zürcher, dann Prof. Gautier in der Expertenkommission und daß die Praktiker der Expertenkommission einen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung dieses Entwurfes hatten: Man redet so viel von kantonaler Kultur und Ethik in dieser Frage. Man hat das Thema hier in allen Variationen abgewickelt. Zur Kultur gehörten meines Erachtens aber auch der Anstand und die Noblesse. Es gehört dazu namentlich das ehrliche Bestreben eines Journalisten, sich selbst und Andere aufzuklären und sich auch in den Ideenkreis einer anderen Meinung hineinzuleben. Diese Kultur vermissen ich vollständig in dem Bericht der « Gazette de Lausanne ». Wenn die kantonale Kultur und Ethik aus solchen Quellen ihre Nahrung ziehen muß, so ist es um sie bald geschehen. Und noch etwas anderes: Man muß sich nicht wundern, wenn das Volk durch solche Berichte verwirrt wird und für nichts mehr zu haben ist!

Herr de Meuron hat eine Anzahl von Bemerkungen zum Entwurf selbst gemacht, ebenso die Herren Perrier und Vallotton. Ich nehme an, daß Herr Prof. Logoz nach dieser Richtung noch einiges zu sagen haben wird. Aber Herr de Meuron ist mir doch zu sympathisch, als daß ich ihn vollständig übergehen könnte. In seinem jugendlichen Eifer hat er mit seinen Zitaten doch einigermaßen über die Schnur gehauen. Herr Bundesrat Häberlin hat bereits ein Zitat ergänzt. Ich habe noch ein anderes zu ergänzen. Es betrifft die Auslassungen, die Herr Prof. Nationalrat Hilty in der großen Debatte über die Strafrechtseinheit gemacht hat. Auf Seite 155 sagt allerdings Prof. Hilty, es sei eine schwere Aufgabe, diese Rechtsvereinheitlichung herbeizuführen. Aber das Ergebnis seiner Ausführungen ist, daß, obwohl gewisse Schwierigkeiten bestehen, sie doch nicht derart seien, daß man bei einigermaßen gutem Willen nicht darüber hinwegkommen könnte.

Wenn man von Professoren reden will, dann muß man aber doch auch hinweisen auf das glänzende Votum, das seinerzeit Prof. Rossel zu dieser Frage hier gehalten hat. Er sagte darin, er konstatierte, daß die Strafrechtsvereinheitlichung nicht unvereinbar sei mit dem föderativen Charakter des schweizerischen Staates, und er sagt dann an einem anderen Orte, die Kantone geben hier nichts Originelles preis. Das ist eine Aeußerung eines welschen Professors, die man auch anführen darf. Ich könnte diese Zitate noch stark vermehren und Sie auf Herrn Jeanhenry hinweisen, der in umfangreichen Erörterungen die Vorzüge der Strafrechtseinheit klagend festgestellt hat. Es hat aber keinen Sinn, die Zitate zu vermehren. Ich stelle nur fest, die Einwendungen, die hier grundsätzlich gegen die Strafrechtseinheit gemacht worden sind, sind nicht stark genug, um die Strafrechtseinheit verhindern zu können.

Herr de Meuron hat weiter gesagt, das müsse schon ein Uebermensch sein, der sich in diesem Strafgesetz-

buch zurecht finden könne. Nein, da braucht es keine Uebermenschen, sondern es braucht Menschen mit Herz und Verstand. Herr de Meuron hat weiter erklärt, die Vorlage gehe über die verfassungsmäßige Kompetenz hinaus, speziell im Strafvollzug. Gestatten Sie mir, daß ich hier vorlese, was Herr Prof. Zürcher in den Erläuterungen zum Vorentwurf über diesen Punkt gesagt hat:

«Die Verfassungsbestimmung spricht nicht von der Vollstreckung der Strafe. Gesetzliche Bestimmungen hierüber finden sich im Strafrecht, im Strafprozeß und im Verwaltungsrecht. Wenn indessen der Abs. 3 den Bund befugt erklärt, den Kantonen zur Errichtung von Strafanstalten und für Verbesserungen im Strafvollzug Beiträge zu gewähren, so ergibt sich daraus, daß man den Bau und Betrieb der Anstalten, in welchen Freiheitsstrafen zur Verbüßung gelangen, und die Aufstellung von Vorschriften hierüber offenbar den Kantonen überlassen wollte. Dagegen bestimmt der Bundesgesetzgeber die Art der Freiheitsstrafen und stellt dazu Anforderungen an den Vollzug der Strafe, welche notwendig sind, um dieser einen einheitlichen Charakter und ihre Zweckbestimmung zu sichern. Das will der Entwurf, muß der Entwurf tun, wenn er ein Strafgesetz sein will.»

Nun hat Herr de Muralt heute allerdings erklärt: Wir haben einen Artikel 64bis der Bundesverfassung. Dieser Artikel hat drei Abschnitte, und der dritte Abschnitt lautet dahin, der Bund könne den Kantonen an die Strafanstalten Subventionen erteilen. Wir wollen doch nicht hinten anfangen mit der Inkraftsetzung dieses Verfassungsartikels! Wenn die Strafrechtseinheit kommt, und nur dann wird der Bund eben an diese Anstalten, die nach dem Willen des Bundesgesetzgebers errichtet werden, die notwendigen Subventionen ausweisen. Ich denke, darüber wollen wir unter allen Umständen klar sein.

Herr de Meuron hat von den vielen Anstalten geredet, die im Entwurf vorgesehen seien. 11 Anstalten mal 2, für Männer und Frauen, mal 25 Kantone, wenn man das ausrechnet, macht es 550 Anstalten! Er hat allerdings beigefügt, daß da eine Zentralisation ohnehin stattfinden müßte. Darüber sind wir ja alle einig

Nun aber etwas anderes. Ich habe den neuen Entwurf von Herrn Capt in bezug auf die Anstalten konsultiert und mir ein Bild darüber gemacht, was Herr Capt, der im übrigen die eidgenössische Revision verwirft, an Anstalten alles vorsieht. Erstens eine Anstalt in Bochuz, in welcher man die zu mehr als einem Monat Zuchthausstrafe Verurteilten unterbringen würde; dann ein Gefängnis, irgendwo anders gelegen, als in Orbe, welches die zu mehr als einem Monat Gefängnis verurteilten Sträflinge aufnehmen würde; drittens eine «colonie pénitentiaire» für die gleichen Leute, wie bis anhin, und für die Unverbesserlichen; viertens die Bezirksgefängnisse für die kürzeren Strafen; fünftens ein Trinkerasyll in Orbe; sechstens eine Anstalt für Unzurechnungsfähige und siebentens eine Anstalt für vermindert Zurechnungsfähige. Schließlich wird gesagt, dann habe man erst noch nichts für die Jugendlichen, für die müssen noch extra Anstalten eingerichtet werden. Wir hätten also sieben plus eine, d. h. acht Anstalten, und dazu kämen noch die Anstalten für Frauen. Das ist Heiri was Hans. Wenn man einen

richtigen Strafvollzug will, wenn man differenzieren will, muß man auch die Anstalten beschaffen. Also mit einem solchen Argument kann man nicht gegen den eidgenössischen Entwurf auftreten.

Enorme Kompetenzen lege man in die Hand der Richter! Ich möchte auf den Widerspruch hinweisen der darin liegt, daß man sich auf der einen Seite über diese enormen Kompetenzen beklagt, und anderseits erklärt, der eidgenössische Strafgesetzgeber habe die Strafminima beibehalten. Die Herren, die die Strafminima beseitigen wollen, wollen noch viel enormere Kompetenzen in die Hand der kantonalen Richter legen.

Die Uebertretungen sind, wie Herr Bundesrat Häberlin schon erklärte, zum großen Teil gestrichen worden. Wenn man den französischen Teil der Vorlage durchsieht, so heißt es im Uebertretungsrecht fast nichts anderes als «biffer, biffer, biffer». Sie haben dazu die Erklärungen der Kommission und die Erklärung des Chefs des Eidg. Justizdepartements, daß man sich daran halten werde. Ich denke, diese Erklärungen sollten genügen.

Andere Einwendungen von den Herren Vallotton, Perrier usw. will ich im Einzelnen nicht behandeln. Ich verweise auf die Detailberatung und erkläre Ihnen, daß die Kommission jederzeit zu neuer Prüfung bereit und jeder Belehrung zugänglich ist. Wenn Anträge gestellt werden, werden wir sie prüfen und behandeln. Sie können sicher sein, daß wir für jede weitere Verbesserung dieses «Meisterwerkes» zu jeder Zeit zu haben sind. Es gibt noch manche Gelegenheit zu Aenderungen an dem Entwurf, allerdings nicht in grundsätzlicher Beziehung, aber in Detailfragen, in der Frage, ob man da oder dort ein wenig weiter gehen wolle oder nicht, ob man dieses oder jenes Delikt ganz oder zum Teil aufnehmen wolle. Jedes Mitglied des Rates hat das Recht, Anträge zu stellen. Dann kommt ja auch noch der Ständerat, der sich mit der Sache beschäftigen wird und am Ende wird allen Anregungen zum mindesten Gehör geschenkt worden sein. Tatsächlich wollen wir den Entwurf möglichst verbessern und so gestalten, daß er auch Aussicht hat, in der Volksabstimmung durchzugehen. Dazu muß jeder mithelfen. Niemand darf sich auf die Seite stellen, sonst riskiert man, daß berechtigte Wünsche, wenn man sie nicht anbringt, nicht zum Durchbruch gebracht werden. Im übrigen hat die Diskussion manche wertvolle Anregungen von Seite der Skeptiker gebracht, die nach jeder Richtung geprüft werden.

Eines jedoch, und dies zum Schluß, ist den Gegnern der Vorlage nicht gelungen; nämlich den Glauben an die Notwendigkeit der Unifikation aus dem Wesen des Strafrechtes selber heraus zu erschüttern. Dieser Versuch ist nach meiner Auffassung mißlungen. Die Frage ist überhaupt nicht Zentralisation oder Föderalismus, sondern wie ich Ihnen im einleitenden Votum auseinandergesetzt habe: Auf welchem Wege erreichen wir das große Ziel der Strafrechtspflege, den wirksamen Schutz gegen das Verbrechen am besten. Hier handelt es sich nicht um Liebhabereien, sondern um Staatsnotwendigkeiten, hier steht eine Frage des gesamten schweizerischen Vaterlandes auf dem Spiel.

M. Logoz, rapporteur: La politique, dans le sens le plus élevé du terme, a quelques traits communs avec

la métaphysique. En particulier, la politique ressemble à la métaphysique en ce sens qu'elles ont toutes deux, comme dit Pascal, des raisons que la raison ne connaît pas. Deux interlocuteurs de bonne foi qui ont des vues différentes peuvent, dans l'un et l'autre domaine, discuter à perte de vue, sans qu'aucun des deux arrive jamais à convaincre l'autre.

Or, il est certain que le problème de l'unification du droit pénal est un problème non seulement juridique mais aussi politique.

C'est pourquoi je ne me berce pas de l'illusion qu'il me sera possible de convertir à mon opinion certains de ceux qui, hier et aujourd'hui, ont déclaré ne pas la partager.

J'ai cependant, comme rapporteur de la commission, le devoir de m'expliquer, non pas sur toutes les objections qu'on vient de nous opposer — M. le président Seiler vient de répondre à quelques unes d'entre elles — mais, du moins, sur un ou deux points essentiels. Je vous demande pardon d'avance, si je suis amené à dépasser la demi-heure réglementaire. La cause à défendre en vaut la peine pour le pays qu'ici, nous cherchons tous à servir de notre mieux.

Je relève, tout d'abord, d'une manière générale, que, dans son ensemble, l'argumentation des adversaires de l'unification n'est pas nouvelle.

Vous en retrouverez l'essentiel, à propos du droit civil aussi bien que du droit pénal, dans les débats auxquels a déjà donné lieu, en 1898, la modification de l'art. 64 et l'introduction de l'art. 64bis dans la Constitution fédérale.

D'autre part, dans mon rapport général, je me suis placé sur le terrain de la Constitution fédérale, dont l'art. 64bis donne à la Confédération le droit de légiférer en matière pénale.

Ce droit, ceux-là le contestent, qui, avant même de savoir ce que sera en définitive le projet adopté par les Chambres, se prononcent, dès aujourd'hui et pour des raisons de principe qu'ils ont d'ailleurs développées avec une éloquence et une courtoisie auxquelles je me plais à rendre hommage, contre l'entrée en matière.

Ceux-là remettent aujourd'hui en question le principe même de l'unification pénale, que la volonté populaire a admis en 1898. Et ils revendiquent le droit de remettre ce principe en question. Je ne les querellerai pas sur ce point. Je n'ai aucun goût pour certaines discussions d'ordre purement académique. Je me permets, pourtant, de livrer à leurs méditations ces lignes, publiées ce matin-même dans l'article de tête du « Journal de Genève »:

« Nous considérons — et les textes constitutionnels étayent notre thèse — la question de principe comme tranchée. Il s'agit aujourd'hui d'autre chose: de l'application du principe constitutionnel, resté jusqu'ici lettre morte. Nous aborderons l'examen du projet sans aucun parti-pris, cherchant à mettre en lumière ses qualités et ses défauts; nous demanderons à des juristes compétents de nous exposer leur point de vue et, lorsqu'un texte définitif aura été adopté par les deux conseils, nous en pèserons le pour et le contre, et, suivant le résultat de cette étude, recommanderons à nos lecteurs ou de le ratifier ou de le repousser. Prendre position avant d'en connaître les termes, ce serait agir à la légère. »

Le « Journal de Genève » va même plus loin. Il dit aussi: « La solidarité entre confédérés est de-

venue maintenant trop complète, l'établissement dans un canton autre que celui de leur origine est devenu trop fréquent, pour que la Suisse puisse porter longtemps encore l'habit d'arlequin des 25 codes pénaux actuels. »

Mais n'anticipons pas. Pourquoi, tout d'abord, certains de nos collègues s'opposent-ils à l'idée même de l'unification ?

Ils disent en substance:

L'unification du droit civil nous suffit.

L'autre partie du mandat confié au législateur fédéral, il y a trente ans, nous ne vous en pas qu'elle s'exécute. Car — ainsi parlait, ce matin, M. Evéquoz — « le vent a tourné ». En d'autres termes, nous dit-on, les expériences que nous avons faites, surtout depuis 1914, nous conduisent à dire à la Confédération: « Jusqu'ici, mais pas plus loin! Ne touche plus à ce qui appartient encore aux cantons; laisse-leur notamment leur législation pénale. Ces lois, dont certaines règles touchent au tréfond de l'âme humaine, sont et doivent rester l'expression des traditions, des conceptions et des moeurs cantonales. Leurs codes pénaux, les cantons les réformeront eux-mêmes, si cela leur convient et comme cela leur conviendra. »

Parmi ceux qui parlent ainsi, nul, d'ailleurs, ne conteste que les codes pénaux cantonaux puissent et même doivent être modernisés.

« L'unification n'est en soi un progrès, a déclaré l'exposé préliminaire à l'appui du projet qui est devenu le code pénal fribourgeois de 1924 et nous a répété ce matin M. Perrier, qu'en raison de l'insuffisance actuelle des Codes pénaux cantonaux. Mais cette raison elle-même disparaît si les autorités cantonales, sans attendre le progrès du pouvoir fédéral, se mettent sans tarder à l'oeuvre. Le seul argument qui subsisterait dans ces conditions en faveur de l'unification serait d'ordre politique: le désir d'unifier par doctrinarisme unitaire. »

Les cantons n'ont donc qu'à réformer eux-mêmes leur code. S'ils le font, dit encore le même exposé fribourgeois, l'adoption d'un Code pénal suisse ne paraît pas désirable.

Ceux qui, mus par des sentiments fédéralistes d'ailleurs hautement respectables en deux-mêmes, partagent encore cette manière de voir, ne rééditent donc pas purement et simplement le mot de Montaigne: « Une loi ancienne même médiocre, mais devenue tolérable parce qu'elle est ancienne, vaut mieux qu'une loi nouvelle, même meilleure. »

Ils déclarent, en effet, que les lois cantonales anciennes, il faut les améliorer. Mais, à leur avis, c'est aux cantons qu'il convient de laisser cette tâche.

Nous nous trouvons donc, tout de même, d'accord sur un point: les lois cantonales actuelles sont toutes ou presque toutes insuffisantes. A cet état de choses, la guerre, dont on a fait si volontiers état pour se justifier de revenir sur le vote constitutionnel de 1898, n'a apporté aucun remède. La guerre n'a pas rendu plus tolérables les lacunes graves d'une législation pénale que ses propres défenseurs s'accordent à déclarer vieillie.

Si la guerre a eu un effet sur les législations pénales, c'est de rendre leurs lacunes plus dangereuses. En appauvrissant le monde, en minant trop de valeurs morales et en provoquant un déchaînement forcené des instincts brutaux, de l'esprit de lucre et des appétits matériels, les années de guerre devaient causer,

et elles ont entraîné un accroissement de la criminalité.

Dans le domaine du droit pénal, ces années de guerre ont rendu plus nécessaire que jamais, pour les peuples qui entendent se défendre, le perfectionnement de leurs moyens de lutte contre le crime.

En sorte qu'en définitive, la question qui, aujourd'hui, se pose entre nous et ceux d'entre nos concitoyens qui n'ont pas encore pu se rallier à l'idée de l'unification, est celle-ci :

La réforme de notre régime actuel de répression pénale, régime que, je le répète, tous reconnaissent vieilli, la réforme réelle, générale et efficace dont nous avons besoin, pouvons-nous l'attendre des législateurs cantonaux ?

Une première remarque à faire en passant, à cet égard, est que, même s'il était possible de répondre par l'affirmative à la question que je viens de poser, le système de la réforme pénale à réaliser par les 25 cantons et demi cantons de notre pays n'aurait pour lui ni le mérite de l'économie, ni surtout celui de la rapidité ou même de la certitude. Il est aisé, pour certains cantons, de dire: « Chacun pour soi, Dieu pour tous! J'ai fait ma petite réforme ou je me dispose à la faire. A chacun de mes confédérés d'agir de même. »

Messieurs, avec ce système, dans combien d'années arrivera-t-il que tous les cantons se seront dotés d'un code pénal satisfaisant, y-compris les deux cantons ou demi cantons d'Uri et de Nidwald où, jusqu'ici, toutes les tentatives faites pour faire adopter, non pas un code pénal nouveau, mais un code pénal tout court, sont restées vaines ?

Si charité bien ordonnée commence par soi-même, permettez-moi, pour notre vie nationale, de préférer notre vieille devise helvétique: « Un pour tous, tous pour un! »

Autre chose encore. Des adversaires de l'unification, la plupart rendent hommage à la valeur intrinsèque générale du projet suisse. Sans prétendre que ce soit là un hommage rendu par le vice à la vertu, je rappelle que le code pénal fribourgeois de 1924, par exemple, s'est largement inspiré du projet fédéral, ce dont ses auteurs n'ont d'ailleurs pas fait mystère.

Plus récemment, un partisan vaudois du maintien et de la révision des codes pénaux cantonaux a écrit: « Si tous les cantons revisent leur droit pénal, il est évident qu'ils s'inspireront tous dans une certaine mesure des travaux parlementaires fédéraux et, à défaut d'un code unique, nous risquons d'avoir des codes pénaux cantonaux qui se ressembleront comme des frères ou, tout au moins, comme des cousins consanguins ou par alliance... »

Je partage cette opinion. Mais alors je demande: Vaut-il vraiment la peine, pour en arriver à ce résultat, de multiplier par 25 un travail que le projet suisse a déjà fait et d'accepter tous les inconvénients et toutes les incertitudes qu'implique cette méthode? Ne serait-il pas à la fois plus simple, plus sage et, par surcroît, possible sans de trop grands sacrifices, de nous faire les uns aux autres les quelques concessions — relativement peu nombreuses — qui nous permettraient d'adopter, sans plus tarder et pour tout le pays, le code commun auquel sont liés des avantages considérables? N'est-ce pas le refus de faire ces concessions qu'on pourrait appeler du doctrinarisme politique?

Mais il y a plus. Celui que n'aveugle pas la terreur de ce qui vient de Berne, celui qui, sans idée préconçue, entend faire son choix entre unification bienfaisante et unification dangereuse (car M. de Meuron lui-même — M. Evéquoze considérera peut-être cette caution comme suffisante — a bien voulu reconnaître qu'à vrai dire, il ne s'agit pas de centralisation), celui-là doit se demander, comme l'a dit par exemple M. de Muralt:

Est-il possible de remédier aux inconvénients graves de notre régime pénal actuel, autrement que par l'adoption d'un Code pénal suisse?

A cette question fondamentale, certains orateurs que nous avons entendus hier et aujourd'hui, n'ont pas hésité à répondre: l'utilité du Code pénal suisse est contestable. Certains d'entre eux ont même été plus affirmatifs. Ils ont déclaré: l'unification du droit pénal est inutile et même dangereuse. Et l'un d'eux a précisé sa pensée en ajoutant: au pénal les cantons peuvent faire non seulement aussi bien, mais mieux que la Confédération.

Des affirmations de ce genre, je ne peux pas les laisser sans réponse, car elles touchent au centre même du problème qui est aujourd'hui posé et elles sont matériellement inexactes.

Qu'on me comprenne bien: je m'incline devant un cantonaliste convaincu qui me dit: « Par cantonalisme, je refuse un Code pénal suisse, même s'il devait nous apporter un progrès considérable sur l'état de choses actuel ». Cela est, sinon raisonnable, du moins soutenable. C'est une application de l'adage connu: périclisse le monde plutôt qu'un principe. Plutôt renoncer au progrès que de l'accepter de Berne.

Mais quand on vient nous dire: Je ne veux pas de l'unification pénale et je soutiens que, dans ce domaine, les cantons peuvent faire aussi bien ou même mieux que la Confédération, alors je me permets de répondre: pardon, ce que vous affirmez est une contre-vérité manifeste. Et voici quelques faits qui le prouvent.

Je ne reviendrai pas sur les conséquences que peut avoir la coexistence de cantons à peine de mort et de cantons sans peine de mort. Le cas Huber dont je vous parlais hier n'est heureusement pas de tous les jours. C'est pourtant encore trop qu'il puisse se produire.

Mais surtout, dans mon rapport d'hier, je vous ai signalé la situation impossible (le mot n'est pas trop fort) dans laquelle nous nous trouvons en ce qui concerne les peines privatives de liberté, les peines le plus souvent infligées par nos tribunaux pénaux, celles aussi dont l'exécution coûte le plus cher à la plupart des cantons. Quelques cantons sont privilégiés. Ce sont les grands cantons ou les cantons à leur aise. Ceux-là sont propriétaires d'importants établissements pénitentiaires, organisés d'une manière pour eux satisfaisante, parce qu'ils ont pu les adapter aux exigences de leur code. Je comprends donc M. de Muralt, citoyen vaudois, ressortissant d'un de ces grands cantons, quand il nous dit: « je ne demande rien de plus. Nous avons dans notre canton tout ce qu'il nous faut! » Et des Bernois, des Zurichois, des Fribourgeois, pourraient tenir le même langage. Mais à quoi les autres cantons en sont-ils réduits? Ou bien à envoyer leurs condamnés dans les établissements dont je viens de parler et, alors, ce sont ces établissements et non pas leurs propres lois cantonales

qui déterminent le mode d'exécution, c'est-à-dire la véritable nature des peines prononcées par leurs tribunaux. Que devient ici la souveraineté législative cantonale? Ou bien ces cantons doivent se tirer d'affaire eux-mêmes, avec les petits établissements dont ils peuvent disposer en propre. Et alors c'est non seulement la confusion dans l'exécution de peines légalement différentes, mais aussi, d'une manière générale, une organisation de l'exécution des peines privatives de liberté qui, souvent, ne répond que de très loin aux exigences de la science pénitentiaire moderne.

Sur ce point, déjà, il est évident que la réforme véritable ne peut venir que d'un code commun. Seul, ce code pourra substituer un régime d'ordre au chaos actuel. Seul il rendra possible le développement rationnel et efficace d'une organisation pénitentiaire à laquelle, au surplus, la Confédération donnera son appui financier.

Seul aussi le Code pénal suisse pourra rendre partout obligatoire l'organisation du patronage qui, si l'on veut vaincre la récidive, doit, je vous l'ai montré hier, compléter notre système de peines privatives de liberté.

Loin de moi, d'ailleurs, l'idée de prétendre que le projet qui vous est aujourd'hui soumis soit la perfection. Loin de penser que ce projet soit la perfection, j'espère, au contraire, que ceux qui l'ont critiqué hier voudront bien nous prêter leur concours, dans la discussion par articles, par des propositions concrètes, faites en vue d'améliorer ce projet sur les points qui leur paraissent défectueux.

Satisfaction pourra être ainsi donnée à certains de nos collègues et aussi à M. le procureur général du canton de Vaud qui, semble-t-il, n'a pas toujours été l'adversaire irréductible du principe de l'unification, puisque, dans une conférence qu'il a donnée au cercle démocratique de Lausanne, il a déclaré, d'après la Revue du 23 décembre 1919, ce qui suit: « En somme, le projet contient, à côtés d'innovations discutables, beaucoup de bonnes choses et mérite à tous égards d'être étudié. Sans être en principe adversaire de l'unification, M. Capt espère qu'on le déchargera d'un certain nombre de dispositions, qu'on l'assouplira de manière à le rendre plus acceptable. »

Messieurs, nous attendons vos propositions; mieux que cela, nous nous réjouissons du concours que vous voudrez bien nous donner pour améliorer réellement le projet.

Au cours de la discussion par articles, nous aurons également, M. Seiler et moi, l'occasion de répondre à diverses objections faites hier, notamment à celle que M. de Meuron a faite au sujet de la limite à tracer entre le droit matériel et la procédure ou l'administration de la justice, que la constitution réserve aux cantons. Nous ferons aussi, M. Seiler et moi, de notre mieux pour vous montrer qu'en parlant d'un « code de professeurs », impossible à appliquer pour le juge helvétique moyen, M. de Meuron a fait un peu comme celui qui, voulant tuer son chien, l'accuse d'avoir la rage. En réalité, non seulement il n'y aura pas besoin de surhommes pour appliquer les dispositions du projet, mais au contraire ces dispositions, plus simples et plus claires en général que celles de beaucoup de codes pénaux cantonaux, pourront être maniées plus aisément par nos tribunaux actuels et, notamment, par les juges laïques qui sont appelés à y siéger.

Faut-il du reste, à ce propos, que ce soit un de ces professeurs dont il est si aisé de sourire — les professeurs ressemblent à cet égard aux belles-mères qui jouent un rôle si important dans les vaudevilles de langue française — faut-il que ce soit un de ces théoriciens toujours perdus, paraît-il, dans les nuages de la science abstraite et abstruse, qui vienne répondre à certains orateurs entendus au cours de ce débat: ne faisons pas trop de théorie, par exemple sur la nature et la base philosophique, unique ou multiple, de la pénalité. Il est possible et nécessaire, aujourd'hui, de se mettre au-dessus des controverses d'école, pour faire oeuvre constructive et positive.

Il est possible de légiférer même sur des questions délicates telle que celle des rapports entre les mesures de sûreté et les peines, ou sur les notions de responsabilité ou de responsabilité restreinte, sans se perdre dans le conflit toujours renaissant des opinions théoriques. La science a ses droits et sa mission propres. La législation a d'autres buts à atteindre et elle peut les atteindre, heureusement, sans attendre que les controverses théoriques sur tel ou tel point soient liquidées.

Mais, Messieurs, il y a une déclaration, ou un aveu, dont je suis infiniment reconnaissant à M. de Meuron. Il a bien voulu reconnaître — cela lui a-t-il échappé par mégarde? — que le projet de code pénal suisse nous apporte une réforme fondamentale de notre système de répression pénale. C'est la vérité même, non seulement en ce qui concerne le système des peines dont je vous ai parlé tout à l'heure, mais aussi à d'autres points de vue que je vous demande la permission de mettre très rapidement en lumière.

Il y a, en effet, d'autres points essentiels encore sur lesquels le projet de code pénal suisse nous apporte et peut seul apporter à notre pays tout entier, par une réforme d'ensemble, une organisation vraiment efficace de la défense sociale.

Les deux formes les plus redoutables de la criminalité, ses formes les plus dangereuses et les plus coûteuses pour la communauté, c'est, tous le reconnaissent aujourd'hui, la criminalité d'habitude et celle des jeunes gens. La tâche de l'Etat est ici tout indiquée. D'une part, il doit couper court au recrutement en préservant les jeunes; d'autre part, il doit, par des mesures appropriées, nous mettre à l'abri, une belle fois à l'abri des récidivistes endurcis, ceux sur lesquels la peine ordinaire ne mord plus.

Je sais très bien qu'à cet égard et surtout en ce qui concerne le traitement pénal des mineurs, des progrès ont été réalisés par la législation de certains cantons. Je l'ai déjà rappelé hier. Mais il n'en est pas moins vrai que, dans ce domaine de la lutte contre la criminalité juvénile comme dans celui de la lutte contre les délinquants d'habitude, le code pénal suisse peut seul assurer à tout le pays — et lui assurer à bref délai — le bienfait des réformes complètes qui sont indispensables. Allons-nous continuer à morceler notre défense, à nous épuiser en efforts locaux et non coordonnés, alors que, seules, des mesures d'ensemble peuvent nous donner le maximum de chances de victoire?

Faut-il rappeler, d'autre part, notamment à M. Perrier, qui, nous a-t-il dit, n'a pas vu en quoi l'unification pourrait être utile, en quoi elle répondrait à un besoin réel plutôt qu'à un désir doctrinaire d'unifier, faut-il rappeler qu'avec le développement

des moyens de communication modernes, l'extradition internationale est devenu une arme de plus en plus indispensable dans la lutte contre le crime? Nous cherchons donc à conclure des traités d'extradition aussi nombreux que possible. Mais savez-vous — personne n'en a parlé jusqu'ici, mais M. Häberlin le sait mieux que tout autre — que la multiplicité et la diversité de nos législations pénales cantonales, peut nous rendre et nous rend à cet égard les plus mauvais services? Quand un Etat étranger avec lequel nous désirons conclure un traité d'extradition s'informe — c'est la première chose qu'il fait — des conditions de notre répression pénale et qu'il apprend, par exemple, que tel délit — un délit courant — est passible dans les divers cantons suisses de peines de réclusion dont le minimum varie de un à 15 ans (et les cas de ce genre abondent), il lui arrive de penser qu'avec un pays qui a des conceptions aussi surprenantes de la justice pénale, il est plus prudent de ne pas conclure de traité.

Je ne parle pas des difficultés qui peuvent naître, pour nous, à ce point de vue, de l'existence de codes pénaux cantonaux avec ou sans peine de mort. Dans une conférence récente, M le conseiller fédéral Häberlin ne citait-il pas l'exemple d'un Etat d'outre-mer avec lequel, il n'y a pas longtemps, la Confédération n'arriva à conclure un traité d'extradition qu'en lui garantissant que la peine de mort ne serait en tous cas pas exécutée, dans le canton compétent pour juger, même si cette peine était encourue par un assassin que cet Etat nous aurait extradé. Je ne sais pas très bien, pour ma part, quelle peut être la valeur constitutionnelle d'un tel engagement pris par la Confédération sur le dos des législations cantonales. Mais ce qui me paraît clair, c'est qu'un régime qui produit de tels fruits doit être remplacé — et au plus vite — par quelque chose de plus satisfaisant.

Dans le domaine intercantonal également, l'état de choses actuel est une source de difficultés dont quelques exemples tirés de la pratique vous donneront une idée.

Un jeune homme a commis deux assassinats dans deux cantons différents. Dans un de ces cantons, il est condamné à mort, dans l'autre à une peine de réclusion de longue durée. Quelle est la peine à exécuter en premier lieu? Chacun des deux cantons intéressés renvoie la balle à l'autre. Si un accord n'intervient pas, aucune instance n'a pouvoir pour trancher ce conflit négatif de compétence, pour obliger l'un des deux cantons rénitents à faire son devoir d'état souverain — comme on nous l'a dit à satiété ce matin — chargé d'assurer l'administration de la justice pénale.

Autre exemple. Un individu fait le voyage de Romanshorn à Genève, la grande ligne transversale suisse. Il s'approprie, tout le long du trajet, divers objets appartenant à d'autres voyageurs. Arrêté, il déclare être — il faut le croire, car c'est fort possible — dans l'impossibilité de dire exactement dans quel canton il se trouvait quand il a commis chacun de ses vols. Que faire? Le juge d'instruction chargé... pour ses péchés, de débrouiller cette affaire délicate, ne trouve pas d'autre issue à ce labyrinthe que de proposer au Gouvernement de son canton de demander à tous les autres cantons que le train a traversés, s'ils ne consentiraient pas à lui céder le droit de punir pour les délits qui ont

pu être commis sur leur territoire. (M. Perrier: Mais cela se fait couramment!) Je vous réponds comme suit, mon cher collègue: Si les divers cantons requis donnent leur consentement à l'arrangement proposé, tout ira bien... pourvu que l'inculpé ou son conseil n'aient pas l'idée fâcheuse et gênante de contester la valeur juridique de cette opération peu ordinaire!

Un dernier cas. Un voyageur de commerce fait, sans droit, des encaissements dans une série de cantons. Il emploie pour son usage personnel les fonds qu'il s'est ainsi procurés. Va-t-on déférer ce voyageur de commerce aux tribunaux de chacun des cantons dans lesquels il a commis un abus de confiance ou une escroquerie? Et, si oui, va-t-on additionner purement et simplement les diverses peines qui seront ainsi prononcées? Divers codes cantonaux prévoient l'hypothèse où plusieurs délits seraient commis par le même auteur, avant tout jugement. Les codes cantonaux déclarent que, dans ce cas, une seule peine sera infligée, qui sera — cela dépend des cantons — soit la peine du délit le plus grave, soit cette peine elle-même aggravée. Mais une seule peine, et non pas le cumul pur et simple, non pas l'addition des peines encourues pour chacun des délits commis.

Malheureusement, cette manière de traiter ce qu'on baptise le « concours d'infractions », les codes pénaux cantonaux ne peuvent la prévoir que pour les délits commis sur le territoire cantonal.

De telles dispositions cantonales sont inapplicables dans le domaine intercantonal. Ici encore, le code pénal suisse peut, seul, nous apporter le remède et nous le donner rapidement. Car, en vérité, des faits tels que ceux que je viens d'indiquer sont assez criants et assez intolérables pour que l'éventualité, plus ou moins lointaine et plus ou moins hypothétique, d'une révision de notre vieille loi fédérale de 1852 sur l'extradition entre cantons, révision qui d'ailleurs n'apporterait pas le remède à tous les maux, puisse nous satisfaire.

Les exemples que je viens de vous donner, je pourrais naturellement les multiplier, car la vie elle-même aggrave de plus en plus le danger de la criminalité internationale et intercantonale. Mais je passe.

Je n'ai rien dit, jusqu'ici, d'une autre conséquence du régime cantonal actuel: l'inégalité, parfois énorme, dans la répression prévue par les divers droits cantonaux pour le même délit ou pour des infractions semblables. Il paraît, à entendre certains champions du maintien du statu quo, que cette diversité est un élément si essentiel de notre patrimoine national qu'on ne saurait la déplorer sans faire preuve de doctrinarisme centralisateur le plus aveugle. Il importe donc, pour le salut de l'état fédératif helvétique, que le vol, l'incendie ou le meurtre soient menacés de peines totalement différentes à Berne, à Soleure et à Neuchâtel. Il est normal et satisfaisant, il est juste, pour tout dire, qu'en visitant le pénitencier de Regensdorf, vous y trouviez, côte à côte, un empoisonneur zuricois et un fratricide neuchâtelois, condamnés tous deux à la réclusion à vie, mais dont l'un peut être grâcié au bout de 15 ans, tandis que l'autre doit subir au moins 25 ans de sa peine. Dix ans de moins pour l'un, dix ans de plus pour l'autre: la sauvegarde de notre patrimoine fédératif est à ce prix!

Je me souviens aussi d'une affaire d'avortement qui fit scandale à Zurich. L'inculpé habitait et avait toujours habité Zurich. Mais il se trouva que l'affaire était de la compétence d'un tribunal d'Argovie. Résultat: peine considérablement plus dure que celle qu'eût pu prononcer la justice uricoise.

Je pourrais citer quantité d'autres exemples. Je préfère conclure, sur ce point, par deux citations:

« Wir in der Schweiz . . . » a dit un jour, au Parlement, feu le conseiller fédéral Brenner, qui était Bâlois, sauf erreur et qui, comme tel, avait le sens de l'humour: « Wir in der Schweiz, wir sollten doch bei allen unseren Verschiedenheiten, uns nicht immer einreden, daß wir so eine Anzahl zusammengewürfelter Völkerschaften seien, bei denen nur noch die Verschiedenheit der Hautfarbe fehlt, damit wir in Europa ein ethnographisches Museum darstellen, sondern sollten uns doch inne werden, daß wir eine gemeinsame Kulturarbeit haben. »

De même, après la guerre, M. l'ancien conseiller national vaudois Bonjour a écrit: « . . . Il demeure vrai qu'avec la nature si variée de notre pays, avec nos différences de race, de langue, de religion, de moeurs, un fédéralisme tout au moins relatif est une nécessité chez nous. » Mais M. Bonjour ajoute: « L'esprit cantonal a son rôle utile à jouer, quand il ne dégénère pas en égoïsme et en étroitesse. L'esprit national est aussi une nécessité. »

Cela dit, je voudrais encore rectifier, en deux mots, l'erreur de fait que commettent certains partisans du maintien, malgré tout, des codes cantonaux quand ils vont disant (on nous a répété cela plusieurs fois hier et aujourd'hui): les cantons doivent garder leurs codes, parce que ces législations sont un produit du terroir. Elles répondent, nous dit-on encore, mieux que le Code pénal suisse ne pourrait le faire, aux sentiments locaux, aux traditions et aux moeurs locales.

Mais rien n'est plus fragile, en réalité, que cet argument-là. Quiconque veut bien prendre la peine d'étudier nos codes cantonaux, en arrive, ainsi que M. le conseiller fédéral Häberlin le disait ce matin même, à constater ceci: des dispositions de ces codes cantonaux, la plupart n'ont rien de spécifiquement genevois, par exemple, ou thurgovien, ou bernois. En fait, aucun code cantonal ne peut être considéré comme une oeuvre essentiellement régionale. Notre législation pénale cantonale se rattache, au contraire, tantôt à la codification française de la fin du XVIII^e ou du début du XIX^e siècle, tantôt à la législation pénale allemande d'avant 1870, ou au code pénal autrichien de 1803, tantôt au code pénal allemand de 1871, tantôt enfin — il s'agit ici de la législation plus récente — aux divers projets de Code pénal suisse. Il est donc permis de dire que nos codes actuels n'ont pas de profondes racines dans le sol cantonal.

En fait, le particularisme, qui jouait un si grand rôle dans notre droit civil d'avant 1912, n'existe pour ainsi dire pas en droit pénal. Et cela n'a rien de surprenant: Au pénal, tous poursuivent le même but, tous poursuivent le crime; s'il y a des différences sur certains points — beaucoup moins nombreux qu'on ne veut bien le dire, du reste — elles ne sont, pour la plupart, pas le produit de divergences profondes d'ordre moral ou juridique. Ce qui domine toutes nos lois pénales, c'est le but supérieur de

protection auquel elles tendent. Partout, le besoin de protection auquel il s'agit de répondre, à inspiré des législations plus ou moins analogues.

Tandis qu'on a pu comparer le droit civil à la maison dans laquelle, avant l'unification, chacun de nos cantons avait son appartement aménagé selon sa mentalité et ses goûts propres, le droit pénal est plutôt un mur de protection, un mur d'enceinte qui entoure la maison, mur qu'on peut bâtir plus ou moins élevé, qu'on peut orner de tessons de bouteilles ou de fils de fer barbelés, mais dans lequel il importe, avant tout, qu'il n'y ait pas de brèche.

Voilà pourquoi, alors qu'au civil un particularisme très réel existait au moment où l'unification s'est faite, par exemple, dans le domaine du droit de famille, du droit des successions, ou des droits réels, la situation est aujourd'hui tout autre en matière pénale.

En réalité, d'une manière générale — et sous réserve d'un ou deux points délicats mais exceptionnels, dont on a abondamment parlé hier et aujourd'hui, mais on ne parle guère que de ceux-là —, sous cette réserve, un code pénal suisse, acceptable pour toutes les régions de notre pays, est plus facile à faire que ne l'était le code civil suisse: et pourtant nous avons réussi à mettre sur pied ce code civil. Au pénal, les dispositions des codes cantonaux qui répondent à des nécessités ou à des moeurs locales — abstraction faite cependant des dispositions du droit de pure police, que votre commission, précisément, vous propose de réserver aux cantons — sont l'infime minorité.

Alors, à quoi bon tant de codes et surtout à quoi bon s'exposer, en les maintenant en vigueur, aux inconvénients évidents de l'émiettement des forces, dans une lutte qui, pour être menée avec le plus possible de chance de succès, exige, au contraire, une action d'ensemble, condition sine qua non d'un effort méthodique et vraiment coordonné?

Cela dit, il est une dernière objection de portée générale, faite hier par M. de Meuron, et à laquelle il est nécessaire que je réponde dès à présent.

Certains ont dit, et M. de Meuron partage sans doute cette manière de voir: Excellente est la tendance générale du projet de code pénal suisse à l'individualisation des peines et de leur exécution.

Mais ajoute-t-on, ne perdons pas de vue les possibilités d'ordre pratique. A ce point de vue, le projet n'a-t-il pas vu terriblement grand, quant au nombre d'établissements pénitentiaires ou autres qu'il prévoit pour son application? Il faudra des établissements pénitentiaires pour l'exécution des trois peines privatives de liberté, réclusion, emprisonnement, arrêts. Il faudra des établissements pour l'exécution des mesures de sûreté prises contre les adultes: maisons d'internement, maisons de travail, asiles pour buveurs. Il faudra, enfin, pour les enfants et surtout pour les adolescents, des locaux spéciaux de détention ainsi que des maisons de relèvement et de correction. Tout cela coûtera fort cher. Est-ce réalisable à l'heure actuelle?

L'objection mérite d'être examinée sérieusement. Et vous verrez que, cédant au désir d'aller à l'économie, votre commission vous propose d'apporter à cet égard certains tempéraments à diverses parties du projet. Mais quel que soit l'accueil que vous ferez et que le Conseil des Etats, à son tour, fera

à ces propositions de simplification, le temps n'est plus où l'on pouvait s'imaginer qu'une réforme de l'envergure de celle qui vous est actuellement proposée, ne coûterait pas un centime, en dehors des frais d'impression d'un code!

S'il faut fuir devant tout progrès, dès qu'il implique un sacrifice, autant ne rien faire et rester chacun dans son canton. D'ailleurs, n'exagérons rien. La dépense ne sera pas aussi énorme que certains ont pu se l'imaginer. Beaucoup d'entre vous ignorent sans doute que le département fédéral de justice et police a chargé une commission spéciale de l'étude des problèmes qui se rattachent à cette question capitale des établissements. De 1913 à 1916, cette commission a fait une enquête approfondie sur les établissements qui existent actuellement en Suisse. Le résultat extrêmement instructif et encourageant des travaux de cette commission a été consigné dans un volume, publié en mars 1916, d'annexes au procès-verbal des délibérations de la deuxième commission d'experts.

De cette publication, il résulte que la réforme à réaliser dans le domaine des établissements sera moins difficile et moins coûteuse qu'on n'aurait pu le croire au premier abord. Ce à quoi il faut porter remède, ici encore, c'est à l'éparpillement des efforts. La coordination et les améliorations nécessaires pourront, dans une large mesure, être obtenues assez aisément soit par le développement de certaines ententes inter-cantoniales, soit aussi par l'adaptation au régime nouveau d'établissements existants ou, notamment en ce qui concerne les jeunes délinquants, par l'utilisation d'institutions déjà créées par l'initiative privée.

Les constructions nouvelles pourront être ainsi réduites au minimum.

Au surplus, le projet prévoit, non seulement que la réforme des établissements s'effectuera par étapes successives, mais il tient largement compte du droit donné à la Confédération par l'art. 64bis, troisième alinéa, de la Constitution fédérale, d'allouer aux cantons des subventions pour la construction de nouveaux établissements ou pour les réformes à apporter à ceux qui existent actuellement. La discussion du troisième livre du projet nous donnera l'occasion d'entrer à cet égard dans plus de détails.

En résumé, il est permis de dire qu'avec des dépenses relativement modestes, il sera possible de mener l'œuvre à bonne fin, c'est-à-dire d'améliorer notre régime pénitentiaire en général, de façon à lui faire produire, pour le bien du pays tout entier, les résultats qu'on peut attendre d'une exécution rationnelle des peines ou mesures privatives de liberté.

Permettre de réaliser ce programme est, je tiens à le souligner, un des bienfaits les plus féconds que puisse nous apporter le code pénal suisse. Et ce bienfait est indissolublement lié au Code pénal suisse, puisque la base d'une organisation pénitentiaire rationnelle, ce sont les dispositions par lesquelles ce code lui-même définira et différenciera les diverses peines et mesures applicables aux jeunes et aux adultes.

Voilà, Messieurs, ce que j'avais à dire à ceux qui, malgré la décision prise par le peuple et les cantons, le 13 novembre 1898, voudraient aujourd'hui remettre en question le principe même de l'unification pénale.

Qu'il me soit permis, en terminant, d'attirer leur attention encore sur un point.

Non seulement l'unification est le seul moyen d'accomplir la réforme qui, dans notre pays, assurera à tous une protection pénale vraiment efficace, mais en outre le Code pénal suisse sera un instrument d'émancipation et d'union nationale.

Car, nos innombrables codes cantonaux, qui les connaît en dehors du canton dans lequel ils s'appliquent, qui les étudie dans les autres cantons? Je puis presque dire: personne, pas même les professionnels. Aucun juriste ici présent ne me démentira.

Par leurs études, par les commentaires, nos juristes connaissent les grandes codifications européennes, celles de France, d'Allemagne ou d'Italie. (Une voix: « Et le droit romain »!) Ils ignorent les lois suisses. On ne saurait leur en faire un grief, il y en a trop!

Ainsi, nous sommes plus loin de nos confédérés que de l'étranger et la création d'un patrimoine scientifique qui nous soit propre est une impossibilité absolue. Mais qui plus est, notre pratique judiciaire se trouve mise ainsi, dans une mesure excessive, à la merci des influences étrangères. Nos juges, par la force même des choses, sont conduits à s'inspirer de préférence, en Suisse romande, de la doctrine et de la jurisprudence françaises; en Suisse allemande, de ce qui s'écrit ou se fait en Allemagne; dans le Tessin, de ce qui vient d'Italie. Il en était de même, au civil, avant 1912. Le Code civil suisse a fait naître, au contraire, dans le domaine du droit privé, une science et une jurisprudence nationales. Ne saurons-nous donc pas, aussi dans le domaine du droit pénal, voir et vouloir ce qui nous unit, plutôt que ce qui nous divise?

Je ne suis certes pas, j'ai eu l'occasion de le prouver ici-même, de ceux qui sont enclins à accepter les yeux fermés n'importe quel accroissement des pouvoirs fédéraux. Mais avec Louis Ruchonnet, je pense que s'il faut laisser aux cantons tout ce qu'ils peuvent faire eux-mêmes, les tâches dont le plein accomplissement dépasse leurs forces doivent être confiées à la Confédération.

Et contrairement à ce que M. Evéquoiz disait ce matin, ce n'est pas là un simple prétexte! La réforme générale du droit pénal est une de ces tâches dont le plein accomplissement exige l'union de toutes les forces, la coordination de tous les efforts et elle est, croyez-en quelqu'un qui s'occupe des choses pénales de notre pays, à titre professionnel, depuis bien des années, aussi urgente que l'était celle du droit civil, il y a un quart de siècle.

On s'en rend moins nettement compte parceque, heureusement d'ailleurs, à part les professeurs et les directeurs de pénitenciers, peu nombreux sont ceux qui ont l'occasion d'entrer en contact personnel avec la loi pénale ou le régime pénitentiaire en vigueur chez eux. La plupart en ignorent donc les imperfections. Tandis que nul ne peut vivre, nul ne peut naître, faire un contrat, un testament ou se marier sans ressentir l'insuffisance éventuelle des règles du droit civil qui le régit.

Il est donc compréhensible que, parmi ceux qui ne veulent pas, si la nécessité ne leur en est pas démontrée, laisser porter atteinte aux prérogatives des cantons, beaucoup aient dit jusqu'ici, parce qu'ils ne connaissaient que de nom le projet de code

pénal suisse et parce qu'ils ne se rendaient pas compte des graves déficits du régime actuel et de l'impossibilité d'y porter remède par la législation cantonale: nous ne voulons pas de code pénal suisse!

Il y aura encore des luttes et des résistances.

Mais je veux avoir assez confiance dans le bon sens de mes concitoyens et, en particulier, de mes concitoyens romands, pour croire encore, malgré tout, au triomphe final de la bonne cause.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommission 129 Stimmen
Für den Antrag de Meuron 9 Stimmen

Abschnittweise Beratung. — Discussion des chapitres.

Präsident: Die Kommission hat ein Schema aufgestellt für die abschnittsweise Beratung. Es wurde Ihnen ausgeteilt und ich frage Sie an, ob Sie mit dem Schema einverstanden sind.

Angenommen. — Adopté.

Titel des ersten Buches. — Titre du livre premier.

Antrag der Kommission.

Erstes Buch: Von den strafbaren Handlungen.

Proposition de la commission.

Livre premier: Des actes punissables en général.

Seiler, Berichterstatter: Ich habe das Gefühl, daß jetzt die Zeit der Monologe wieder beginnt und ich bitte Sie um einige Nachsicht, wenn wir Sie allzu sehr in Anspruch nehmen sollten. Jedoch ist es notwendig, auf einzelne Fragen etwas näher einzutreten, weil in den Protokollen der Kommission nur die Anträge und die Beschlüsse enthalten sind, aber keine Begründung. Bei einer großen Anzahl von Artikeln bestehen Differenzen mit dem Bundesrat. Deshalb muß zuhänden des Ständerates und für eine spätere Generation doch festgestellt werden, weshalb diese Aenderungen vorgenommen worden sind.

Der Titel «Schweizerisches Strafgesetzbuch» korrespondiert mit dem Titel «Schweizerisches Zivilgesetzbuch». Auch das Militärstrafgesetz war ursprünglich als «Gesetzbuch» betitelt. Die Redaktionskommission hat dann den Ausdruck «Militärstrafgesetz» gewählt, in Anlehnung an die bisher übliche Bezeichnung. Die Aenderung ist von keiner Seite beanstandet worden.

In bezug auf die Systematik hat die Kommission eine wesentliche Aenderung vorgenommen. Sie mußte sie vornehmen infolge der grundsätzlichen Beschlüsse im Uebertretungsrecht.

Die Einteilung des Gesetzes in drei Bücher verbleibt. Das erste Buch handelt von den Verbrechen und Vergehen, also von den schwereren Deliktformen, das zweite Buch von den Uebertretungen im Gegensatz zu den Verbrechen und Vergehen und das dritte Buch von den Anwendungs- und Einführungsbestimmungen. Der bundesrätliche Entwurf hat als Uebertretungen eine große Zahl von Tatbeständen aufgenommen, die bis anhin als kantonales Polizeirecht oder als geringfügige Vergehen behandelt

worden sind, z. B. Waldfrevel, Nachtlärm, Kartenschlagen, Trunkenheit, Bettel, Tätlichkeiten, Entwendung etc. Unsere Kommission hat dann in ihrer letzten Session in St. Moritz eine große Wendung vorgenommen und das Buch über die Uebertretungen wesentlich entlastet. In dieser Aenderung liegt eine Konzession an das kantonale Recht. Der bisherige Inhalt des zweiten Buches ist in vier Teile aufgeteilt worden, von denen jeder eine besondere Behandlung erfahren hat. Im nunmehrigen zweiten Buch hat man lediglich die Uebertretungen bundesrechtlicher Bestimmungen zurückgelassen. Es betrifft dies die Uebertretungen des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes, des Obligationenrechts, den Geld- und Wertzeichenverkehr, die Fundverheimlichung des Zivilgesetzbuches, d. h. die Art. 308, 309, 310, 311, 325, 326, 328, 335, 336 und 348. Eine zweite Kategorie der bis anhin im zweiten Buch enthaltenen Tatbestände ist in das erste Buch hinübergenommen worden. Es betrifft dies diejenigen Deliktshandlungen, die als leichtere Fälle von Verbrechen und Vergehen zu betrachten sind, d. h. Tätlichkeiten als Körperverletzungen leichter Art, die Entwendung als Diebstahl leichter Art, die geringfügige Sachbeschädigung, die geringfügige Veruntreuung und Unterschlagung. Nach dem Vorbild des Freiburger Gesetzes sind nun diese Tatbestände als besondere Artikel in das erste Buch im Anschluß an die Haupttatbestände hinübergenommen worden. Sie verlieren durch diese Hinübernahme allerdings den Uebertretungscharakter nicht, was noch ausdrücklich in Art. 96bis klargestellt ist. Sie unterstehen somit den allgemeinen Bestimmungen des Uebertretungsrechtes, die im übrigen von den allgemeinen Bestimmungen des Vergehensrechtes nicht wesentlich differieren. Die dritte Kategorie der bis jetzt im Uebertretungsbuch behandelten Delikte betrifft die schon erwähnten Tatbestände des Nachtlärms, des Kartenschlagens etc. Diese sind vollständig fallen gelassen worden und reihen wieder in die kantonale Kompetenz ein. Eine letzte Kategorie ist der Spezialgesetzgebung zugewiesen worden. Es betrifft dies die Lebensmittelpolizei, den Geld- und Wertzeichenverkehr, deren Uebertretung im Lebensmittelgesetz und im Nationalbankgesetz geahndet werden soll.

Ueber diese Lösung kann man verschiedener Auffassung sein. Dem Wunsche nach einer möglichst vollständigen Gesetzgebung im einheitlichen Strafgesetz steht andererseits doch die Tatsache gegenüber, daß die vollständige Regelung einer Rechtsmaterie in dem betreffenden Spezialgesetz auch ihre Vorteile hat. Ebenso ist es praktisch, die Vergehensarten milderer Natur beim Hauptartikel selbst zu behandeln und was die geringern Delikte, wie Frevel, Trunkenheit etc. anbetrifft, so hat sich die Kommission gesagt, sie greifen derart in das kantonale Polizeirecht, zum Teil sogar in das Flurrecht der Gemeinden ein, daß ein Verzicht auf die eidgenössische Regelung sich geradezu aufdrängt. In dieser Beziehung hat also die Kommission den zentralistischen Willen zurückgebremst und sie glaubt damit den föderalistischen Einwänden entgegengekommen zu sein.

Diese Aenderungen haben nun auch auf die Titelbezeichnung einen Einfluß gehabt. Im Entwurf des Bundesrates wird für das erste Buch der Titel: «Von den Vergehen» verwendet. Die Diskussion über diese Bezeichnung war schon in der Experten-

kommission sehr ausgiebig. Soll man sagen: « Vergehen » oder « Verbrechen oder Vergehen »? Die Kommission hat sich mit der bloßen Bezeichnung « Vergehen », unter welche die schwersten Straftatbestände, wie Mord, Raub etc. fallen würden, nicht einverstanden erklären können und sie hat daher anfänglich die Bezeichnung « Vergehen » überall durch « Verbrechen oder Vergehen » ersetzt, trotzdem diese Bezeichnung in den Gesetzestext eine redaktionelle Schwerfälligkeit gebracht hat. Die Beschlüsse über die Aufteilung des Uebertretungsrechtes haben nun die Situation neuerdings geändert. Nachdem eine Reihe von Uebertretungstatbeständen in das erste Buch hinübergenommen worden sind, stand nichts mehr im Wege, dem ersten Buch ganz allgemein die Bezeichnung zu geben: « Von den strafbaren Handlungen ». Das zweite Buch ist dann mit der Bezeichnung: « Uebertretung bundesrechtlicher Bestimmungen » versehen worden.

Wir beantragen Ihnen die Annahme der neuen Titelbezeichnung für das erste Buch und damit zugleich die Aenderung der Systematik, selbstverständlich unter Vorbehalt des Zurückkommens auf Einzelpunkte bei der Beratung der verschobenen oder gestrichenen Artikel.

M. Logoz, rapporteur: Deux mots, tout d'abord, du titre premier. Le projet comprend trois livres qui, dans le texte du Conseil fédéral, sont intitulés: Livre premier, des délits (art. 1 à 287). C'est là le code pénal proprement dit.

Le livre second en effet, traite des contraventions (art. 288 à 350). Dans certains cantons, les contraventions font l'objet d'une loi distincte du code pénal proprement dit.

Enfin, le livre troisième contient les dispositions concernant l'entrée en vigueur et l'application du code pénal. Le livre III constitue, en somme, une loi d'introduction du futur Code pénal suisse.

Je dois attirer dès maintenant votre attention sur la décision importante, prise par votre commission, d'abrèger fortement le livre II, consacré aux contraventions.

En deux mots, la commission a décidé de réserver aux cantons, d'une manière générale, tout ce qui est droit de police proprement dit, à cause du caractère essentiellement local de cette législation-là. Plus exactement, d'après les décisions prises par votre commission, le deuxième livre du projet ne doit plus viser que quelques contraventions peu nombreuses, vous le verrez, à des lois fédérales (Code civil suisse, loi sur la poursuite pour dettes et la faillite, etc.). En sorte que le titre du livre II a dû être précisé. Au lieu d'intituler ce livre II, d'une façon tout à fait générale, « des contraventions », la commission a dû l'intituler: « Des contraventions à des lois fédérales ».

D'autre part, la commission a transféré dans le livre I certaines contraventions que le projet du Conseil fédéral visait par des dispositions du livre II et qui, en réalité, sont ce que l'on peut appeler des petits délits. Les spécialistes du droit pénal militaire savent à quoi je fais allusion. Ce sont des cas de peu de gravité de certaines infractions prévues dans le livre I. Transférées du livre II au livre I, ces contraventions sont restées des contraventions. Voyez, par exemple, la note en marge des art. 179bis et suivants. Voyez surtout l'art. 96bis. De là, pour la commission,

la nécessité de modifier aussi le titre du 1^{er} livre. Nous ne pouvons plus dire: « des délits », ou « des crimes ou délits »; ce titre serait trop étroit, puisque certaines infractions transférées du livre II au livre I sont des contraventions. D'autre part, dire simplement « des actes punissables » ne conviendrait guère non plus, car les contraventions aux lois fédérales visées au livre II sont aussi des actes punissables. C'est pourquoi, en attendant de trouver mieux, si possible, la commission a décidé d'intituler le livre I: « Des actes punissables en général. » Ce titre comprend aussi les contraventions qui sont dorénavant prévues au livre I. D'autre part, il s'oppose dans une certaine mesure à celui du livre II qui vise seulement certains actes punissables, sous le titre: « Des contraventions à des lois fédérales. »

Angenommen. — Adopté.

Allgemeiner Teil. — Partie générale.

Erster Abschnitt. — Chapitre premier.

Der Bereich des Strafgesetzes. — Application de la loi pénale.

Art. 1—9.

Anträge der Kommission.

Art. 1. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 2. Nach diesem Gesetze wird beurteilt, wer nach dessen Inkrafttreten ein Verbrechen oder Vergehen verübt.

Hat jemand ein Verbrechen oder Vergehen vor Inkrafttreten dieses Gesetzes begangen, erfolgt die Beurteilung aber erst nachher, so ist dieses Gesetz anzuwenden, wenn es für den Täter das mildere ist.

Art. 3 1. Dem schweizerischen Gesetze ist unterworfen, wer in der Schweiz ein Verbrechen oder Vergehen verübt.

Hat der Täter im Ausland wegen der Tat eine Strafe ganz oder teilweise erstanden, so rechnet ihm der schweizerische Richter die erstandene Strafe an.

2. Ist ein Ausländer auf Ersuchen der schweizerischen Behörde im Ausland verfolgt worden, so wird er in der Schweiz wegen dieser Tat nicht mehr verfolgt:

wenn ihn das ausländische Gericht endgültig freigesprochen hat,

wenn die Strafe, zu der er im Ausland verurteilt wurde, vollzogen, erlassen oder verjährt ist. Hat der Täter die Strafe im Ausland nicht oder nur teilweise erstanden, so wird in der Schweiz die Strafe oder deren Rest vollzogen. (Der letzte Absatz von Art. 3 wird gestrichen.)

Art. 4. Dem schweizerischen Gesetz ist unterworfen, wer im Ausland gegen den Staat und die Landesverteidigung (Dreizehnter Abschnitt) ein Verbrechen oder Vergehen verübt.

Hat der Täter wegen der Tat im Ausland eine Strafe ganz oder teilweise erstanden, so rechnet ihm der schweizerische Richter die erstandene Strafe an.

Abs. 3 streichen.

Art. 5. Wer im Ausland gegen einen Schweizer ein Verbrechen oder Vergehen verübt, ist, sofern die Tat auch am Begehungsorte strafbar ist, dem schweizerischen Gesetze unterworfen, wenn er der Eid-

genossenschaft wegen dieser Tat ausgeliefert wird. Ist das Gesetz des Begehungsortes für den Täter das mildere, so ist dieses anwendbar.

Der Täter wird wegen des Verbrechens oder Vergehens nicht mehr bestraft, wenn die Strafe, zu der er im Ausland verurteilt wurde, vollzogen, erlassen oder verjährt ist.

Hat der Täter die Strafe im Auslande nicht oder nur teilweise erstanden, so wird in der Schweiz die Strafe oder deren Rest vollzogen.

Ist eine nach Art. 177 strafbare Handlung im Ausland gegen einen Ausländer verübt worden, so wird der Täter unter den Voraussetzungen dieses Artikels ebenfalls nach schweizerischem Gesetze bestraft.

Art. 6. Der Schweizer, der im Ausland ein Verbrechen oder Vergehen verübt, für das nach schweizerischem Recht die Auslieferung bewilligt werden könnte, ist, sofern die Tat am Begehungsort mit Strafe bedroht ist, dem schweizerischen Gesetze unterworfen, wenn er in der Schweiz betreten oder der Eidgenossenschaft wegen dieser Tat ausgeliefert wird. Ist das Gesetz des Begehungsortes für den Täter das mildere, so ist dieses anwendbar.

Er wird in der Schweiz nicht mehr bestraft:

wenn er im Ausland wegen des Verbrechens oder Vergehens endgültig freigesprochen wurde;
wenn die Strafe, zu der er im Ausland verurteilt wurde, vollzogen, erlassen oder verjährt ist.

Ist die Strafe im Ausland nur teilweise vollzogen, so wird der vollzogene Teil angerechnet.

Art. 7. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Art. 8. Das Verbrechen oder Vergehen gilt da als begangen, wo der Täter es ausführt, und wo der Erfolg eingetreten ist.

Der Versuch des Verbrechens oder Vergehens gilt da als begangen, wo der Täter ihn ausführt, und wo nach seiner Absicht der Erfolg hätte eintreten sollen.

Art. 9. Dieses Gesetz ist auf Personen nicht anwendbar, die nach der Militärstrafgesetzgebung zu beurteilen sind.

Propositions de la commission.

Art. 1. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 2. Sera jugée d'après le présent code toute personne qui aura commis un crime ou délit après l'entrée en vigueur du présent code.

Le présent code est aussi applicable aux crimes ou délits commis avant la date de son entrée en vigueur, si l'auteur n'est mis en jugement qu'après cette date et si le présent code lui est plus favorable que la loi en vigueur au moment de l'infraction.

Art. 3. 1. La loi suisse est applicable à quiconque aura commis un crime ou délit en Suisse.

Si, à raison de cette infraction, l'auteur a subi totalement ou partiellement une peine à l'étranger, le juge suisse imputera la peine subie sur la peine à prononcer.

2. L'étranger poursuivi à l'étranger à la requête de l'autorité suisse ne pourra plus être poursuivi en Suisse pour le même acte:

si le tribunal étranger l'a acquitté par un jugement passé en force;

s'il a subi la peine prononcée contre lui à l'étranger, si cette peine lui a été remise ou si elle est prescrite. S'il n'a pas subi cette peine, elle sera exécutée en

Suisse; s'il n'en a subi qu'une partie à l'étranger, le reste sera exécuté en Suisse.

Le dernier alinéa de l'art. 3 est supprimé.

Art. 4. La loi suisse est applicable à quiconque aura commis à l'étranger un crime ou délit contre l'Etat et la défense nationale (chapitre treizième).

Si, à raison de cette infraction, l'auteur a subi, totalement ou partiellement, une peine à l'étranger, le juge suisse imputera la peine subie sur la peine à prononcer.

Al. 3 supprimé.

Art. 5. La loi suisse est applicable à quiconque aura commis à l'étranger un crime ou délit contre un Suisse, pourvu que l'acte soit réprimé aussi dans l'Etat où il a été commis, si l'auteur est arrêté en Suisse et n'est pas extradé à l'étranger, ou s'il est extradé à la Confédération à raison de cette infraction. La loi étrangère sera toutefois applicable si elle est plus favorable à l'inculpé.

L'auteur ne pourra plus être puni à raison de son acte, s'il a subi la peine prononcée contre lui à l'étranger, si cette peine lui a été remise ou si elle est prescrite.

S'il n'a pas subi à l'étranger la peine prononcée contre lui, elle sera exécutée en Suisse; s'il n'a subi à l'étranger qu'une partie de cette peine, le reste sera exécuté en Suisse.

Est également punissable, d'après la loi suisse, dans les conditions prévues par le présent article, celui qui aura commis, à l'étranger et contre un étranger, l'une des infractions prévues à l'art. 177.

Art. 6. 1. La loi suisse est applicable à tout Suisse qui aura commis à l'étranger un crime ou délit pouvant d'après le droit suisse donner lieu à extradition, si l'acte est réprimé aussi dans l'Etat où il a été commis et si l'auteur est arrêté en Suisse ou extradé à la Confédération à raison de son infraction. La loi étrangère sera toutefois applicable si elle est plus favorable à l'inculpé.

2. L'auteur ne pourra plus être puni en Suisse:

s'il a été acquitté à l'étranger pour le même acte par un jugement passé en force;

s'il a subi la peine prononcée contre lui à l'étranger, si cette peine lui a été remise ou si elle est prescrite.

S'il n'a subi à l'étranger qu'une partie de la peine prononcée contre lui, cette partie lui sera imputée sur la peine à prononcer.

Art. 7. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 8. Un crime ou délit est réputé commis tant au lieu où son auteur l'a perpétré, qu'au lieu où le résultat s'est produit.

Une tentative est réputée commise tant au lieu où son auteur l'a faite, qu'au lieu où, d'après le dessin de l'auteur, le résultat devait se produire.

Art. 9. Le présent code n'est pas applicable aux personnes qui doivent être jugées d'après la législation pénale militaire.

Seller, Berichterstatter: Wir behandeln den ersten Abschnitt, d. h. die Bestimmungen über den Bereich des Strafgesetzes.

Art. 1 enthält die allgemeine Rechtsregel: nulla poena sine lege. Dieser Grundsatz ist allgemein anerkannt und derart feststehend, daß er nicht einmal in allen Gesetzen ausdrücklich ausgesprochen ist. Er schließt in sich, daß ein Gesetz sich nur auf künftige Delikte beziehen kann, daß also die Rückwirkung ausgeschlossen ist. Ausgeschlossen ist damit auch

das Gewohnheitsrecht und die Weiterbildung des Gesetzes durch Analogie, währenddem selbstverständlich die Interpretation innerhalb des Kreises der gesetzlichen Bestimmungen dem Richter zugestanden werden muß. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß zurzeit noch zwei Kantone kein Gesetzesrecht besitzen und daher auf das Gewohnheitsrecht angewiesen sind, nämlich die Kantone Uri und Nidwalden.

Unter der Bezeichnung «Tat» ist auch die Unterlassung einzubeziehen. Ein Antrag, dies ausdrücklich zu fixieren, wurde als überflüssig abgelehnt. Beispiele der strafbaren Unterlassung finden wir in den Art. 112, 112bis und 143 (Imstichlassen von Hilfsbedürftigen und Verletzten, Unterlassung der Buchführung).

Art. 2 regelt die zeitliche Geltung des Gesetzes. Sein Hauptgrundsatz ist, daß das Gesetz nur auf diejenigen Verbrechen angewendet wird, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes begangen worden sind. Eine Ausnahme wird für die Uebergangszeit gemacht. Ist die Tat vor Inkrafttreten des Gesetzes verübt worden, erfolgt aber die Beurteilung nach dem Inkrafttreten, so wird dasjenige Gesetz angewendet, welches das mildere ist. Nun kann allerdings über die Frage, welches Gesetz das mildere ist, Meinungsstreit entstehen. Einzelne Bestimmungen des einen Gesetzes können milder und andere schärfer sein. Hier wird dann zu untersuchen sein, welches Gesetz im Hinblick auf den zu beurteilenden Fall im ganzen als das mildere zu betrachten ist. Ein Antrag in der Kommission, dem Täter die Wahl des anzuwendenden Gesetzes zu überlassen, wollte offenbar dieser Schwierigkeit Rechnung tragen. Der Antrag ist aber abgelehnt worden, weil es doch etwas Stossendes hätte, dem Täter die Wahl zu überlassen und ihn bestimmen zu lassen, welches Gesetz der Richter in Anwendung bringen solle.

Die Differenz mit der bundesrätlichen Vorlage ist nur redaktioneller Natur.

Beizufügen ist, daß nach allgemeiner Auffassung die Bestimmung auf die sichernden Maßnahmen keine Geltung hat. Bei den sichernden Maßnahmen ist der Zustand des Täters und die Einwirkung auf seinen Charakter maßgebend, nicht das größere oder geringere Bedürfnis nach Milde.

Die Art. 3—6 regeln die räumliche Geltung des Gesetzes. Sie behandeln die strafbaren Handlungen im Inland, die Handlungen im Ausland gegen den schweizerischen Staat und die Handlungen von Schweizern im Ausland.

Bekanntlich besteht auf diesem Gebiete in der jetzigen kantonalen Gesetzgebung ein beispielloser Wirrwarr, der eine bedenkliche Rechtsunsicherheit zur Folge hat. Schon um der Ordnung dieser Verhältnisse willen drängt sich die Unifikation recht eigentlich auf. Von einer Rechtsordnung ist auf diesem Gebiete keine Rede, und wer etwa Gelegenheit hat, zuzusehen, wie die Strafprozesse zwischen den Kantonen hin und her jongliert werden und wie es oft nicht nur von der rechtlichen Würdigung eines Tatbestandes abhängt, sondern auch von der Bequemlichkeit und von den Rücksichten auf die Kosten, ob ein Fall da oder dort beurteilt wird, wird zugeben müssen, daß es höchste Zeit ist, hier Wandel zu schaffen. Dieser Wandel kann selbstverständlich nur auf eidgenössischem Boden erfolgen.

Es würde zu weit führen, die bestehende Gesetzgebung im einzelnen zu verfolgen und auseinanderzusetzen, wie da die verschiedenen Systeme — Territorialprinzip, Realprinzip, Heimatprinzip und Weltrechtsprinzip — durcheinander gehen und wie die Rechtshilfe darunter leidet. Ich beschränke mich daher auf eine kurze Darstellung der Vorschläge des Entwurfes.

Hauptgrundsatz des Entwurfes ist das Territorialprinzip. Wer in der Schweiz delinquent, wird nach schweizerischem Gesetz bestraft. Daraus ergibt sich allgemein, daß Handlungen, die im Ausland begangen werden, in der Schweiz nicht bestraft werden. Von dieser allgemeinen Regel werden jedoch zwei wichtige Ausnahmen gemacht. Wer vom Ausland aus ein Verbrechen gegen den schweizerischen Staat und die schweizerische Landesverteidigung begeht, wird nach schweizerischem Gesetz bestraft. Es handelt sich dabei um die Verbrechen des Hochverrates, des Landesverrates, der Verräterei etc. Dabei ist es gleichgültig, ob der Täter Schweizer oder Ausländer ist. Und die zweite Ausnahme vom allgemeinen Territorialprinzip besteht darin, daß, wer im Ausland gegen einen Schweizer eine strafbare Handlung begeht, in der Schweiz bestraft wird, wenn er in der Schweiz betreten und von der Schweiz nicht an das Ausland ausgeliefert wird.

Diese Grundsätze sind im allgemeinen in der Kommission unangefochten geblieben. Einzelne Aenderungen beziehen sich auf Detailpunkte und redaktionelle Fragen.

Zu Art. 3 ist speziell folgendes zu erwähnen: Er handelt vom Vergehen im Ausland und stellt fest, daß für solche Taten das schweizerische Strafgesetzbuch anwendbar ist. Nun ist es aber nicht ausgeschlossen, daß für diese nach schweizerischem Rechte strafbare Inlandtat im Auslande eine Strafe ausgesprochen worden und ganz oder zum Teil schon erstanden ist. Der bundesrätliche Entwurf spricht ganz allgemein von der «erstandenen» Strafe und bestimmt, daß diese erstandene Strafe vom Richter anzurechnen ist. Die Kommission schlägt nun insofern eine Erweiterung vor, daß sie auch den Fall einer teilweisen Ersetzung der Strafe vorsieht und sie schreibt vor, daß auch eine teilweise erstandene Strafe anzurechnen ist. Diese ganze Regelung setzt ein neues schweizerisches Urteil voraus, bei dem der Richter die ausländische Strafe in Anrechnung bringt. Dabei ist nun allerdings auf den Umstand keine Rücksicht genommen, daß unter Umständen die ausländische Strafe anderer Natur ist als die vom schweizerischen Richter anzuwendende. In diesem Falle wird wohl für die gegenseitige Bewertung das Ermessen des Richters platzgreifen müssen.

Durch die Trennung des Art. 3 in zwei Ziffern hat die Kommission die beiden Fälle deutlicher auseinandergehalten, von denen der Artikel handelt. Ziff. 1 spricht von der Verurteilung im Auslande, die unabhängig von einem schweizerischen Ersuchen an das Ausland erfolgt. In diesem Falle findet, wie schon erwähnt, eine neue Beurteilung durch den schweizerischen Richter statt, unter Anrechnung der Auslandstrafe. Ziff. 2 andererseits behandelt die Verfolgung des Inlandtäters im Ausland auf Ansuchen der schweizerischen Behörde und schließt unter bestimmten Voraussetzungen die Verfolgung in der Schweiz aus. Diese Voraussetzungen sind: Die end-

gültige Freisprechung im Ausland und der durchgeführte Strafvollzug im Ausland. Ein teilweiser Vollzug im Ausland ist nach der bundesrätlichen Vorlage durch den Richter anzurechnen. Zu dieser Lösung liegen nun Abänderungsanträge der Kommission vor. Eine Nichtbestrafung im Inland soll nicht nur in Frage kommen, wenn der Täter die ausländische Strafe erstanden hat, sondern auch wenn die ausländische Strafe erlassen oder verjährt ist. Und im weitern bestimmt die Kommission, daß die ausländische Strafe in der Schweiz nur insoweit zu vollziehen ist, als sie nicht schon im Ausland erstanden ist. Diese Vorschläge der Kommission haben zu Bedenken Anlaß gegeben. Einmal ist die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht zu weit gehe, die Auslandsverjährung als Ausschließungsgrund für die Verfolgung im Inland anzuerkennen und im weitern ist eingewendet worden, die Vollstreckung des ausländischen Urteils ohne inländisches Verfahren führe doch zu weit. Auch in diesem Zusammenhang wird auf die Verschiedenheit der Strafarten und Strafmaße in den verschiedenen Rechten hingewiesen. Eine berühmte Streitfrage tritt hier in die Erscheinung, die Streitfrage der Auswirkung des stellvertretenden Strafrechts als Ersatz für die Nichtauslieferung. Minderheitsanträge liegen auch in bezug auf die neue Lösung der Kommission nicht vor. Fraglich ist, wie man sich ohne eingehendere Bestimmungen wird helfen können, wenn die ausländische Strafart im Inland nicht existiert, ein Strafvollzug nach ausländischem Muster also gar nicht möglich ist. Die Frage dürfte noch weiter geprüft werden. Würde beispielsweise der italienische Entwurf mit seinem völlig veränderten Sanktionensystem Gesetz, so wäre ein Vollzug der italienischen Maßnahme der Verbringung des Verurteilten auf ein Schulschiff etc. gar nicht vollziehbar. Es wird sich daher fragen, ob die gewiß gutgemeinte Aenderung letzten Endes aufrechterhalten bleiben kann.

Die Aenderung der Kommission in Art. 4 ist redaktionell. Der Umfang der in Betracht fallenden Verbrechen ist im dreizehnten Abschnitt genauer umschrieben.

In Art. 5, der von den Vergehen im Ausland gegen Schweizer handelt, hat die Kommission zwei Ergänzungen angenommen. Als Voraussetzung für die Bestrafung ist aufgenommen worden die Strafbarkeit am Begehungsort und als weiteres Entgegenkommen an den Täter ist statuiert die Anwendung des Rechts des Begehungsortes, wenn es das mildere ist. Diese beiden Beifügungen sind diskutabel, desgleichen, wie schon in Art. 3 erwähnt, die Bestimmung von Abs. 3 über den Vollzug ausländischer Strafen.

Abs. 4 von Art. 5 bedeutet nur eine Verschiebung aus dem speziellen Teil in den allgemeinen Teil. Für den Mädchenhandel gilt das Weltrechtsprinzip. Angesichts des spezifisch internationalen Charakters dieser Tat soll jeder Staat, der Mädchenhändler in seine Hände bekommt, zugreifen und strafen. Die Verpflanzung dieser den Geltungsbereich des Gesetzes betreffenden Bestimmung in dieses Kapitel schien der Kommission angemessen.

Art. 6 statuiert nach der Kommissionsvorlage in bezug auf die Täterschaft des Schweizer im Auslande ebenfalls die Anwendung des Rechts des Begehungsortes, sofern dieses das mildere ist. Im übrigen hat die Kommission nur redaktionelle Aenderungen

vorgenommen. Die Frage der befriedigenden Durchführung der Aenderung bleibt wie bei Art. 5 offen.

Art. 7 bestimmt, daß der im Ausland zu Zuchthausstrafe oder einer dieser gleichzustellenden Strafe verurteilte Schweizer in der Schweiz in der Ehrenfähigkeit eingestellt werden kann. Der Artikel ist in der ersten Lesung der Kommission mit knappem Mehr gestrichen, in der zweiten Lesung dann aber wieder aufgenommen worden. Die Streichung hätte zur Folge gehabt, daß der im Ausland Verurteilte besser behandelt worden wäre, als der in der Schweiz Verurteilte. Die Wiederherstellung war daher gerechtfertigt.

Art. 8 regelt die berühmte, man könnte, wenigstens für die jetzigen schweizerischen Verhältnisse fast sagen berüchtigte Frage des Begehungsortes. Es ist schon im Eintretensvotum darauf hingewiesen worden, daß die Unsicherheit auch auf diesem Gebiete zu einer Rechtsvereinheitlichung drängt. Es soll in diesen Zusammenhang nicht auf diese Fragen zurückgekommen werden. Wer sich für die Einzelheiten interessiert, findet in Hafters Lehrbuch die systematische Zusammenstellung des bestehenden Rechts und die wissenschaftliche Behandlung der verschiedenartigen Theorien und die Praxis des Bundesgerichts. Von der Ubiquitätstheorie, die nun auch der Entwurf angenommen hat, erklärt Hafter, daß ihr die Zukunft gehöre. Der Entwurf erklärt gemäß dieser Theorie, daß das Verbrechen sowohl da verübt wird, wo das deliktische Verhalten erfolgt, als auch da, wo der Erfolg eingetreten ist. Wenn, wie beim Distanzverbrechen, die Orte der Handlung und des Erfolges differieren, so ist das Verfahren gemäß Art. 365 des Entwurfes da durchzuführen, wo die Untersuchung zuerst angehoben worden ist.

Mit diesen Bestimmungen wird eine Unsumme von Reibungen und die Durchführung der Strafprozesse verzögernder Zwischenentscheide vermieden werden können und außerdem nach Möglichkeit verhütet, daß sich zufolge der Unsicherheit des Gerichtsstandes der Täter dem Strafverfahren entziehen kann.

Die Aenderungen der Kommission zu diesem Artikel sind redaktioneller Natur.

Ebenfalls rein redaktionell ist die Aenderung in Art. 9, welcher das Militärstrafgesetz als ein dem vorliegenden Gesetz vorgehendes Spezialgesetz vorbehält.

Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen unveränderte Annahme der Art. 1—9.

M. Logoz, rapporteur: Le livre premier se subdivise naturellement en une partie générale (art. 1 à 97) et une partie spéciale (art. 98 à 287).

Dans la partie générale, que nous abordons maintenant, le premier chapitre (art. 1 à 9), intitulé « application de la loi pénale », contient quelques dispositions sur le champ d'application du Code pénal suisse, spécialement sur son cercle d'action dans le temps et dans l'espace.

L'article premier, tout d'abord, confirme expressément le principe « nulla poena sine lege ». Bien entendu, le terme « acte » embrasse aussi l'omission.

Art. 2. Je vous signale tout d'abord, à propos de l'art. 2, qu'ainsi que cela a déjà été fait dans le nouveau Code pénal militaire, le mot « délit » qui figure dans le projet du Conseil fédéral, a partout été remplacé par l'expression « crime ou délit ». Votre commission s'est ainsi rangée à l'opinion émise au Conseil

des Etats, lors de la discussion du Code pénal militaire, et d'après laquelle cette terminologie aurait l'avantage de tenir compte, mieux que celle du projet du Conseil fédéral, de certains sentiments populaires.

L'art. 2 délimite le cercle d'action de la loi dans le temps. Les modifications que votre commission vous propose d'apporter au texte de cet article sont d'ordre purement formel. Je ne m'y arrête pas.

Art. 3. Les art. 3 à 8 tracent le cercle d'action de la loi dans l'espace. Ces quelques dispositions rationnelles et relativement claires et simples remplaceront avantageusement l'indescriptible chaos du droit actuel. Car ce n'est pas sans raison qu'un criminaliste contemporain a pu comparer au tableau d'un cubiste la mosaïque extrêmement compliquée que constituent, à cet égard les régimes multiples et disparates des droits cantonaux actuels.

Dans ce domaine, déjà, l'unification du droit aura pour effet direct de rendre la répression moins incertaine ou, si vous préférez cette image, elle aura pour effet de remplacer par un filet unique, et un filet à mailles plus serrées et plus solides, les vingt-cinq filets divers entre lesquels le régime de la législation cantonale ne peut que multiplier les trous, pour le plus grand profit de qui? En tout cas, pas de la défense de nos intérêts à tous.

Et maintenant, deux mots au sujet de l'art. 3. Cet article consacre le principe de ce que les criminalistes appellent, dans leur jargon, la territorialité du droit pénal. C'est-à-dire qu'il déclare la loi suisse applicable, en principe, à quiconque a commis une infraction sur le territoire national.

Il faut, cependant, tenir compte du cas où une infraction commise en Suisse, par un Suisse ou par un étranger, a été poursuivie et jugée à l'étranger. Ainsi, un Suisse a commis en Suisse un crime contre un Etat étranger. Cet Etat l'a fait juger par ses tribunaux. Ou bien un étranger a commis en Suisse une infraction; puis il a réussi à se réfugier dans son pays d'origine, qui a refusé de nous l'extrader et l'a jugé lui-même.

Question: dans quelle mesure nos propres tribunaux pénaux doivent-ils tenir compte du jugement ainsi rendu à l'étranger à raison d'une infraction commise sur notre territoire?

L'art. 3 résout aussi cette question. Votre commission a précisé, ou modifié le texte du Conseil fédéral, dans le sens suivant. Tout d'abord, par l'adjonction des chiffres 1 et 2, l'adjonction d'une numérotation, elle a distingué nettement le cas où l'auteur de l'infraction est un Suisse (chiffre 1) et le cas où c'est un étranger qui a été jugé à l'étranger, à la requête de l'autorité suisse (chiffre 2).

D'autre part, au deuxième alinéa du chiffre 1, la commission a dit expressément que, si l'auteur a subi totalement ou partiellement une peine à l'étranger, la peine subie à l'étranger devra être imputée sur la peine à prononcer en Suisse.

Ensuite (chiffre 2), en ce qui concerne l'étranger qui a été condamné à l'étranger à la requête de l'autorité suisse, la commission vous propose d'assimiler à la peine subie celle qui a été remise ou prescrite. Voyez, dans le même sens, l'art. 5, second alinéa, du projet du Conseil fédéral.

Enfin, le dernier alinéa du texte de la commission règle autrement que ne l'avait fait le Conseil fédéral, le cas où l'étranger condamné à l'étranger n'a pas subi sa peine, ou ne l'a que partiellement subie.

Dans ce cas, d'après la commission, la peine étrangère ou la partie de cette peine qui n'a pas été subie, devra être purement et simplement exécutée en Suisse.

Je dois dire que, personnellement, j'éprouve quelques doutes à l'égard de cette solution que propose la commission. Que se passera-t-ils, par exemple, la peine étrangère que nous aurions ainsi à exécuter, est inconnue chez nous (ainsi, la peine française des travaux forcés)? La solution du Conseil fédéral me paraît préférable.

Je ne veux cependant pas faire de proposition, laissant au Conseil des Etats le soin de revoir encore ce problème.

Art. 4. Cet article fait exception au principe territorial, par une mesure de défense nationale aussi légitime que nécessaire.

Cette disposition, qui vise l'hypothèse de ce que certains auteurs français ont baptisé du nom barbare de « quasi territorialité » a été, dans le texte qui vous est proposé par la commission, l'objet de quelques modifications rédactionnelles sur lesquelles il est superflu d'insister.

L'art. 5 déclare la loi suisse également applicable à quiconque aura commis à l'étranger un crime ou un délit contre un Suisse. C'est une autre application du principe dit de protection, qui est déjà exprimé, sous une autre forme, à l'art. 4.

Au premier alinéa, votre commission vous propose de n'admettre l'application de la loi suisse qu'à la condition que l'acte soit réprimé aussi dans l'Etat où il a été commis. Cette adjonction se justifie par l'opportunité qu'il y a d'éviter des exagérations fâcheuses, dans l'application de notre loi pénale à l'auteur d'une infraction commise, à l'étranger, contre un simple particulier.

D'autre part, à la fin du même alinéa premier, la commission a jugé équitable de prévoir, ici aussi, l'application du principe dit de la lex mitior. C'est, en d'autres termes, la loi étrangère que nos tribunaux devront appliquer, si elle est plus favorable à l'inculpé que notre loi nationale.

Je me permets de signaler que cette application éventuelle d'une loi pénale étrangère par nos tribunaux pourra donner lieu à certaines difficultés pratiques.

L'al. 2 de l'art. 5 a été rédigé par la commission comme la dernière phrase de l'art. 3 dont nous avons parlé tout-à-l'heure. Je fais ici les mêmes réserves personnelles, qu'à l'art. 3 in fine.

Enfin, l'al. 4 nouveau, que votre commission a ajouté à l'art. 5, apparaît un peu comme un corps étranger dans cet article qui parle — voyez la note marginale — des crimes ou délits commis à l'étranger « contre un Suisse ».

Le 4^e alinéa vise, en effet, l'hypothèse où le délit de traite des blanches ou des mineurs a été commis à l'étranger, contre un étranger.

D'où vient cet al. 4? Le délit de traite des blanches est prévu par l'art. 177 du projet du Conseil fédéral. Or, dans le texte du Conseil fédéral, le 4^e alinéa, qui vise à faciliter la répression de la traite, déclare: « Le délinquant est aussi punissable lorsqu'il a commis un délit à l'étranger, s'il est arrêté en Suisse, et n'est pas extradé à l'étranger. » Cette disposition a paru nécessaire pour faciliter la répression du délit de traite des blanches ou des mineurs. Elle a été reprise et précisée par l'art. 2 de la loi fédérale du 30 septembre 1925 concernant la répression de la traite des femmes, etc.

Nous aurions donc pu la faire figurer telle quelle dans notre projet, à la suite de l'art. 177 qui, dans le texte de la commission, reprend la substance de l'article premier de la loi fédérale du 30 septembre 1925.

Votre commission a cependant estimé que cette disposition a sa place plutôt à la fin de l'art. 5 de notre projet, d'autant plus que, jointe à cet article, elle peut être sensiblement abrégée. C'est pourquoi, tout compte fait, la commission a adopté la solution qui consiste à ajouter à l'art. 5 le 4^e alinéa nouveau que vous avez sous les yeux.

Je passe à l'art. 6. Vous savez qu'en vertu de la loi fédérale de 1892 et de même d'ailleurs que la plupart des autres Etats du continent, nous n'extradons pas nos nationaux. Pour contestable qu'elle soit, à mon avis, cette règle est encore inscrite dans notre législation.

Il faut donc que nous jugions nous-mêmes nos nationaux, d'après nos propres lois, quand ils ont commis une infraction à l'étranger et qu'ils sont arrêtés en Suisse ou nous sont extradés à raison de cette infraction.

C'est ce que confirme l'art. 6.

Du premier alinéa de cet article, la commission a fait un chiffre 1. Et surtout, à la fin du chiffre 1, elle a ajouté une phrase disant:

« La loi étrangère sera toutefois applicable si elle est plus favorable à l'inculpé. »

C'est, de nouveau, le principe de la *lex mitior*, comme à l'art. 5, al. 1^{er}, in fine. Ici, comme à l'art. 5, l'application pratique de ce principe adopté par la commission pourra ne pas aller toujours sans difficultés.

Quant au chiffre 2 de l'art. 6, dans le texte de la commission, je signale qu'à la différence de ce qu'elle a fait aux art. 3 in fine et 5, al. 3, la commission a laissé subsister, au dernier alinéa, la règle posée par le texte du Conseil fédéral.

J'ai dit à propos de l'art. 3 pourquoi, à mon avis, c'est cette dernière solution qui est la bonne. Mais il me semble que la question devrait être résolue de la même manière à l'art. 3 in fine, à l'art. 5, al. 3, et à l'art. 6, dernier alinéa.

Art. 7. D'après l'art. 48, tout condamné à réclusion sera privé de ses droits civiques pour 2 à 10 ans.

L'art. 7 a pour but d'éviter qu'un privilège ne soit accordé aux Suisses qui rentreraient au pays après avoir encouru à l'étranger une condamnation à la réclusion ou à une autre peine de même gravité.

L'art. 8 fixe le lieu où l'infraction doit être considérée comme ayant été commise. Cette question, qui a fait l'objet de théories nombreuses autant que subtiles, est importante au point de vue pratique. Il s'agit d'empêcher qu'ensuite de dispositions trop étroites, des actes parfois révoltants échappent à la répression, comme cela s'est produit, par exemple, pour des lettres diffamatoires.

Le système dit de l'ubiquité, qui a inspiré l'art. 8, est celui auquel la jurisprudence du tribunal fédéral tend à se rallier déjà depuis un certain temps.

L'art. 9, auquel la commission a cherché à donner une rédaction plus exacte, exclut expressément l'application du Code pénal suisse aux personnes qui doivent être jugées d'après la législation militaire. Vous trouverez un complément de cet art. 9 dans le Code pénal militaire, art. 7, qui dit: « Les personnes auxquelles le droit pénal militaire est applicable restent soumises au droit pénal ordinaire pour les in-

fractions non prévues par le présent code. » Nous vous recommandons, M. Seiler et moi, d'adopter le chapitre premier dans le texte qui vous est proposé par la commission.

Angenommen. — Adopté.

Zweiter Abschnitt. — Chapitre deuxième.

Verbrechen oder Vergehen. — Le crime ou délit.

1. Zurechnungsfähigkeit. — Responsabilité.

Art. 10—15.

Anträge der Kommission.

Art. 10. Wer wegen Geisteskrankheit, Blödsinns oder schwerer Störung des Bewußtseins zur Zeit der Tat nicht fähig ist, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder gemäß seiner Einsicht in das Unrecht der Tat zu handeln, ist nicht strafbar.

Diese Bestimmung ist nicht anwendbar, wenn die schwere Störung des Bewußtseins vom Täter selbst herbeigeführt worden ist in der Absicht, in diesem Zustande die strafbare Handlung zu verüben.

Art. 11—13: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 14. 1. Erfordert der Zustand des unzurechnungsfähigen oder vermindert zurechnungsfähigen Täters seine Behandlung oder Versorgung in einer Heil- oder Pflegeanstalt, so ordnet der Richter diese Behandlung oder Versorgung an.

Der Richter stellt den Strafvollzug gegen den verurteilten vermindert Zurechnungsfähigen ein.

2. Der Richter kann einem gemeingefährlichen Ausländer den Aufenthalt in der Schweiz verbieten, wenn dieser wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen, oder wenn gegen ihn das Verfahren aus diesem Grunde eingestellt, oder wenn er wegen vermindert Zurechnungsfähigkeit milder bestraft worden ist.

Der Richter widerruft das Verbot, wenn nachgewiesen wird, daß der Täter nicht mehr gemeingefährlich ist.

Art. 15. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates. (Die Aenderung berührt nur den französischen Text.)

Propositions de la commission.

Art. 10. N'est pas punissable celui qui, étant atteint d'une maladie, d'idiotie ou d'une grave altération de la conscience, ne possédait pas, au moment d'agir, la faculté d'apprécier le caractère illicite de son acte ou de se déterminer d'après cette appréciation.

La disposition ci-dessus ne sera pas applicable si la grave altération de la conscience a été provoquée par l'inculpé lui-même dans le dessein de commettre l'infraction.

Art. 11—13: Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 14. 1. Si l'état d'un irresponsable ou d'un criminel ou délinquant à responsabilité restreinte exige qu'il soit traité ou placé dans un hôpital ou dans un hospice, le juge ordonnera ce traitement ou cette hospitalisation.

Le juge suspendra l'exécution de la peine prononcée contre un criminel ou un délinquant à responsabilité restreinte.

2. Le juge pourra interdire le séjour en Suisse à tout étranger dangereux qui aura été acquitté comme irresponsable ou vis-à-vis duquel la poursuite

aura été suspendue pour cause d'irresponsabilité, ou dont la peine aura été atténuée à raison de sa responsabilité restreinte.

Le juge rapportera cette mesure s'il est établi que l'interdit a cessé d'être dangereux.

Art. 15. 1. L'autorité administrative cantonale exécutera la décision du juge tendant à l'internement, au traitement ou à l'hospitalisation des irresponsables ou des criminels ou délinquants à responsabilité restreinte.

2. Le juge fera cesser l'internement, le traitement ou l'hospitalisation, dès que la cause en aura disparu.

Le juge décidera si, et dans quelle mesure, la peine prononcée contre un criminel ou délinquant à responsabilité restreinte doit encore être exécutée.

Dans tous les cas, le juge consultera des experts.

Seiler, Berichterstatter: Der zweite Abschnitt handelt von den Voraussetzungen der Strafbarkeit; von der Zurechnungsfähigkeit, der Schuld, vom Versuch, von der Teilnahme und vom Ausschluß der Strafbarkeit trotz begangener Tat. Er umfaßt eine Reihe in der Doktrin sehr umstrittener Fragen. Eine eingehende Erörterung dieser Fragen dürfte schon deshalb nicht notwendig sein, weil ihre Regelung schon im Militärstrafgesetz vorgenommen worden ist. Ein materiell nicht sehr wesentlicher Minderheitsantrag zu den vorliegenden Kommissionsanträgen besteht einzig bei Art. 20. Da immerhin dieser Abschnitt sehr umfangreich ist, dürfte es sich empfehlen, unterabschnittsweise zu referieren.

Die Definition der Unzurechnungsfähigkeit in Art. 10 ist unverändert vom Bundesrat übernommen worden. Sie entspricht auch der Fassung von Art. 10 des Militärstrafgesetzes. Die Frage ist in der zweiten Expertenkommission eingehend behandelt worden. Die heutige Redaktion geht auf einen Antrag Thormann zurück, der schließlich mit 16 gegen 5 Stimmen angenommen worden ist. Seither ist die Definition unangefochten geblieben. Sie stützt sich auf die sogenannte gemischte Methode, d. h. sie bezeichnet einzelne Zustände der Unzurechnungsfähigkeit und stellt im übrigen ab auf das Fehlen bestimmter Fähigkeiten, welche die Voraussetzung der Zurechnungsfähigkeit sind. Das Erfordernis der mangelnden Einsicht in die Unrechtmäßigkeit der Tat ist offensichtlich zu dem Zweck aufgestellt worden, den Richter nicht rein von den medizinischen Gutachten abhängig zu machen, sondern ihm, soweit es ihm zuzumuten ist, eine Ueberprüfungspflicht aufzuerlegen. In der übergroßen Zahl der Fälle dürfte sich ja immerhin die Meinung des Richters mit derjenigen des Experten decken.

Zu eingehenden Erörterungen in unserer Kommission hat der nunmehrige Abs. 2 des Art. 10 geführt. Es handelt sich um die selbstverschuldete schwere Störung des Bewußtseins. Entsprechend der Stellungnahme der Expertenkommission hat der Bundesrat diese Frage in seinem Entwurf nicht mehr aufgegriffen. In unserer Kommission wurde aber neuerdings die Notwendigkeit der Einschränkung des in Abs. 1 niedergelegten Grundsatzes gefordert. Die Frage wurde auch beim Militärstrafgesetz lebhaft diskutiert, und zwar bis in das Stadium der Differenzen mit dem Ständerat. Es handelt sich um die berühmte Frage der *actio libera in causa*, d. h. um den immerhin seltenen Tatbestand, daß sich

jemand in einen unzurechnungsfähigen Zustand versetzt mit dem ausgesprochenen Zwecke, in diesem Zustand dann eine strafbare Tat zu begehen. Die vorliegende Fassung entspricht der im Militärstrafgesetz nach langem Hin und Her schließlich angenommenen Fassung. Es genügt hier, auf jene Diskussion zu verweisen.

Die Strafmilderung bei verminderter Zurechnungsfähigkeit gemäß Art. 11 ist ebenfalls unangefochten geblieben. Diese Zwischenstufe zwischen Zurechnungsfähigkeit und Unzurechnungsfähigkeit fehlt heute noch in einzelnen kantonalen Strafgesetzen. Sie erweist sich als ein praktisches Auskunftsmittel, in einer Materie, die zufolge der oft mangelhaften Kenntnis der Geistesverfassung des Täters bekanntlich sehr heikel ist.

Der Auftrag an den Richter, im Zweifelsfalle den Täter auf seine Zurechnungsfähigkeit untersuchen zu lassen und in allen den Fällen, in denen sich die Versorgung des Unzurechnungsfähigen oder vermindert Zurechnungsfähigen als notwendig erweist, diese Versorgung anzuordnen (Art. 12—14) ist gegeben, angesichts des Schweigens vieler kantonalen Gesetze über diese notwendige Folge aber nicht überflüssig. Gerechtfertigt ist auch die Beifügung der Kommission in Art. 14, daß einem gemeingefährlichen Ausländer der Aufenthalt in der Schweiz verboten werden kann.

Wichtig ist die Bestimmung des Art. 15, gemäß welcher die Entscheidung über den weiteren Verlauf der Verwahrung Unzurechnungsfähiger oder vermindert Zurechnungsfähiger in die Hand des Richters gelegt wird. Die Vollziehung nach Anordnung des Richters ist Sache der Verwaltungsbehörde. Dem Richter wird hier eine große Kompetenz und ein weiter Spielraum für sein Ermessen eingeräumt, eine Mahnung, der Richterqualität alle Aufmerksamkeit zu schenken.

M. Logoz, rapporteur. Nous prenons maintenant les art. 10 à 15, c'est-à-dire les dispositions du chapitre second qui parlent de la responsabilité. Nous abordons ici des dispositions générales dont plusieurs ont été introduites dans le code pénal militaire et ont, par conséquent, déjà été discutées ici. Cela permettra à votre rapporteur d'être très bref sur ces articles-là.

Je rappelle tout d'abord que les art. 10 et 11 du projet que vous avez sous les yeux, tels que votre commission vous propose de les rédiger, ont passé textuellement dans le code pénal militaire, sous les numéros 10 et 11 également. Je m'abstiens donc de les commenter.

Vous savez que c'est à la suite de discussions approfondies dans les deux conseils que l'art. 10, second alinéa, a reçu sa forme actuelle. Me référant à ces débats et me bornant à souligner l'intérêt évident qu'il y a à ce que ces dispositions soient les mêmes dans le code pénal militaire et dans le code pénal suisse, je vous recommande d'adopter les art. 10 et 11 dans le texte de la commission.

Le second alinéa de l'art. 10 est semblable à des dispositions du code pénal valaisan, art. 88 second alinéa, et du code pénal tessinois, art. 48, second alinéa.

L'art. 12 n'a pas d'équivalent dans le code pénal militaire. Il sera très utile dans le code pénal suisse. Les questions de responsabilité pénale sont, en effet, des questions psycho-physiologiques qui, pour une

large part, relèvent de la médecine légale. Dans ce domaine-là, le rôle de l'expertise va grandissant. Il est donc utile de rappeler à l'autorité compétente pour l'instruction et le jugement des procès pénaux, que son devoir est de consulter des experts médecins dès que l'état mental d'un inculpé prête au doute. Il est également bon de préciser, comme le fait le premier alinéa de l'art. 12, que, non seulement les experts auront à faire rapport sur l'état de l'inculpé, mais en outre qu'ils auront à donner leur avis sur l'opportunité du placement dans un hôpital et sur le danger que l'inculpé peut présenter pour la sécurité ou l'ordre publics. Ainsi renseigné, le juge pourra, s'il y a lieu, prendre en connaissance de cause les mesures prévues aux art. 13 et suivants.

Les art. 13 à 15 ont plus ou moins leur équivalent dans l'art. 12, al. 2 et 3 du code pénal militaire. Je dis « plus ou moins », car, ainsi que le relèvent les motifs à l'appui de l'avant-projet du code pénal militaire (édition française, page 16) les dispositions détaillées des art. 13 à 15 de notre projet, imposent aux juges pénaux ordinaires une tâche qu'il serait impossible d'imposer dans la même mesure aux juges militaires.

Appliqués par la justice pénale ordinaire, les art. 13 à 15 du projet de code pénal suisse — j'ai donné des indications détaillées à ce sujet dans mon rapport général — lui permettront de nous protéger mieux que nous ne le sommes aujourd'hui, contre le danger que constituent des individus qu'il faut acquitter comme irresponsables ou condamner moins parce que leur responsabilité est atténuée.

En particulier, l'art. 13, s'il est appliqué comme il doit être, sera un excellent moyen de défense sociale. Le rôle du juge sera grandi par cet article, d'autant plus que c'est au juge également (art. 15, chiffre 2), qu'il appartiendra de faire cesser l'internement, et non plus, comme souvent jusqu'ici, à l'autorité administrative.

D'autre part, l'al. 2 de l'art. 13 et l'art. 15, chif. 2, al. 2, règlent la façon de concilier l'exécution de la peine avec l'internement d'un délinquant à responsabilité restreinte pour lequel cette mesure a été reconnue nécessaire.

Votre commission approuve pleinement ces dispositions. J'attire aussi votre attention sur l'art. 412 concernant les asiles dans lesquels seront internés les aliénés dangereux.

Si l'art. 13 vise les irresponsables ou les demi-responsables dangereux, l'art. 14 concerne les irresponsables ou demi-responsables qui, sans être dangereux, sont dans un état exigeant un traitement spécial ou leur placement dans un hospice: le juge ordonnera ce traitement ou ce placement et il le fera cesser quand il n'aura plus de raison d'être.

Les dispositions sur l'exécution de la peine, quand il s'agit d'un demi-responsable, sont les mêmes que pour les demi-responsables dangereux. Voyez l'art. 14, chif. 1, second alinéa, et l'art. 15, chif. 2, al. 2.

Votre commission a, d'autre part, complété l'art. 14 en y ajoutant un chif. 2 nouveau, qui dit: « Le juge pourra interdire le séjour en Suisse à tout étranger dangereux qui aura été acquitté comme irresponsable ou vis-à-vis duquel la poursuite aura été suspendue pour cause d'irresponsabilité, ou dont la peine aura été atténuée en raison de sa responsabilité restreinte.

Le juge rapportera cette mesure s'il est établi que l'interdit a cessé d'être dangereux. »

Quant au fond, il ne faut pas s'exagérer l'importance pratique que pourra avoir ce chif. 2. Il a pour origine une proposition faite à la commission à propos de l'art. 52; mais il faut tenir compte du fait que divers traités d'établissement conclus par nous, par exemple avec l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie, ainsi que certaines conventions spéciales, telles que nous en avons conclu avec la France, la Belgique, l'Italie et le Portugal, contiennent des dispositions applicables au cas dont nous sommes en train de parler.

Il est vrai, cependant, que l'art. 14, chif. 2, pourra permettre de couper court à certains abus dont a parlé notamment M. le professeur Meier, du Burghölzli (Zurich) dans un article publié dans la « Revue pénale suisse » en 1922 (cf. p. 41 et 42).

Je vous recommande vivement l'adoption des art. 13 à 15, qui nous feront faire un progrès très considérable sur l'état de choses actuel, au point de vue de la défense des intérêts de tous.

Hoppeler: Wir haben bei Art. 10 einen Artikel, der vielleicht ebenso wichtig ist, wie die Frage der Todesstrafe. Art. 10 sagt nicht mehr und nicht weniger, als daß künftig alles, was in schwerem Rausch geschieht, gleichviel, ob Alkohol- oder Kokainrausch, straflos sei, außer wenn Sie dem Betreffenden nachweisen können, daß er sich absichtlich betrunken gemacht hat zu dem Zwecke, die betreffende Tat auszuüben. Dieser Fall wird selbstverständlich sicher selten eintreten und selbst da, wo er eintritt, wird es außerordentlich schwer sein, zu beweisen, der Täter habe sich extra betrunken, um die Tat auszuführen. Meistens wird es so herauskommen, daß, wenn einer sich schwer betrinken will, um eine Tat auszuführen, er dazu gar nicht mehr fähig ist. Es heißt da: « Wer im Moment der Tat infolge einer schweren Störung des Bewußtseins nicht fähig ist, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder gemäß seiner Einsicht in das Unrecht seiner Tat zu handeln, der ist nicht strafbar. »

Es müssen also zwei Kriterien erfüllt sein: eine schwere Störung des Bewußtseins als Ursache und eine Unfähigkeit entweder zur nötigen Einsicht oder, wenn die Einsicht da ist, zum richtigen Handeln. Das ist sehr schnell gesagt: « Bei einem Rausche ». Ich habe schon unzählige Patienten in Behandlung gehabt mit einem schweren Rausch, wo jeder sagen mußte: Hier liegt eine schwere Bewußtseinsstörung vor!, und am andern Morgen waren sie erschreckt über das, was sie angestellt hatten und konnten es nicht begreifen. Sie hatten eben eine sehr schwere Bewußtseinsstörung gehabt. Dazu brauchte es nicht viel. Es ist sehr schnell so weit, daß man z. B. Illusionen hat, daß man einen vor sich sieht, aber erkennt ihn nicht mehr ganz genau und meint, es sei ein Einbrecher und geht auf ihn los und tut ihm etwas zu-leide. Aber wenn das schon beim Alkohol stimmt, stimmt es noch viel mehr beim Kokain. Wissen Sie, daß es die Spezialität des Kokains ist, daß es die Leute unternehmungslustig macht? Wohl keine Vergiftung macht die Menschen so schnell zu Verbrechern, wie Vergiftung mit Kokain. Das ist nun einigermaßen bekannt, und deshalb ist der, der Kokain schnupft, um in diesem Rausch nachträglich etwas anzustellen,

nicht vollständig unschuldig. Man sagt mir, das sei eine Konsequenz des Prinzips, das wir angewendet haben: Keine Strafe ohne Schuld. Gut, ich bin damit einverstanden: keine Strafe ohne Schuld. Aber ich sage: Wer sich nun so berauscht, daß nachher so etwas passiert, ist der nun ohne Schuld? Man weiß es doch, daß man im Rausche etwas Ungeschicktes anstellen kann! Ich bin vor wenigen Tagen zu einem Mann gerufen worden; er ist mehr oder weniger Trinker. Jetzt ist er vollständig normal, man kann mit ihm sprechen, wie mit jedem andern Menschen, er tut seine Arbeit, es geht alles ganz gut. Aber vielleicht morgen, vielleicht in acht Tagen kommt dieser Zustand wieder. Er hat mir seinen Zustand selbst geschildert und hat zugestanden: Es ist wahr, wenn ich anfangs zu trinken, dann weiß ich nicht mehr, was ich tue; dann könnte ich einmal das größte Unglück anstellen! Dieser Mann weiß es ganz genau, wenn er morgens in seiner Trunkenheit ein Unglück anstellt, dann ist er straffällig. Sie erklären zwar, er habe keine Schuld; er weiß aber ganz genau und wird es sich vielleicht — nachher, wenn er freigesprochen ist — sogar sagen: Freilich, ich habe Schuld; sie besteht darin, daß ich wieder getrunken habe. Ich konnte wissen, daß das bei mir so ist! — Es gibt Leute, die lustig werden, wenn sie einen schweren Rausch haben; andere aber werden ganz böse. Die Frauen, die Trinker zu Männern haben, wissen genau Bescheid. Die eine sagt: Wenn mein Mann berauscht ist, dann ist es nicht schlimm, dann ist er immer gut aufgelegt. Eine andere erklärt: Er ist sonst ein lieber Mann, aber wenn er einen Rausch hat, dann ist er unzurechnungsfähig, dann fürchte ich immer, daß er etwas anrichtet. Das weiß er selber vielleicht aus vielen Erfahrungen, trinkt aber doch wieder und verletzt seine Frau schwer — Straffreiheit! Und das nach einem Entwurf, der so in die Details hineingeht, daß sogar da hinten ein Paragraph steht, der den Fall regelt, wo einer ein Haus baut und es absichtlich so baut, daß es nachher zusammenfällt, und der feststellt, daß er so und so bestraft werden muß. Gewiß, dafür muß man den Mann strafen, aber wenn man an so unglaubliche Dinge denkt wie an dieses, von denen ich nicht einmal geträumt habe und die vielleicht in tausend Jahren einmal vorkommen, wenn man solche Fälle ins Gesetz aufnimmt, hätte man sich auch der Mühe unterziehen dürfen, in bezug auf Trunksucht etwas ausführlicher zu sein und zu sagen: Ein Mensch, der trinkt, ist nicht ohne weiteres straffrei! Als das Automobilgesetz beraten wurde, wurde Herr Bundesrat Häberlin nicht müde, zu betonen: Es geht eben um das Prinzip der Kausalhaftung; das Auto bringt das Gefahrmoment auf die Straße. Stellen wir uns vor, ich fahre mit 40 km Geschwindigkeit, also mit einer unerlaubten Geschwindigkeit, auf einer Straße, die ganz leer ist. Plötzlich kommt aus einem Seitenweg, wo kein Mensch daran denken konnte, in größtem Galopp ein Knabe gesprungen, und ich überfahre ihn. Dann kann ich dem Richter nur sagen: Ich habe gefehlt, indem ich die Vorschrift betreffend Geschwindigkeit überschritten habe. Ich bin mit 40 km gefahren. Was aber nachher geschehen ist, das hat kein Mensch voraussehen können, dafür bin ich nicht verantwortlich. Wollen Sie mir also eine Busse geben dafür, daß ich zu schnell gefahren bin. Dem Richter wird das wenig Eindruck machen, er wird sagen, ich hätte das Kind infolge des zu schnellen Fahrens überfahren. Genau gleich

ist es, wenn ich mir einen schweren Rausch antrinke. Soll man mich nachher, wenn etwas Ungeschicktes passiert, nur für den Rausch bestrafen? Man sollte doch mindestens eine nur zum Teil verminderte Zurechnungsfähigkeit anrechnen. Ich beantrage nicht, daß ein solcher Mann mehr bestraft werde, als wenn er nüchtern gewesen wäre, aber eine Strafe soll er mindestens tragen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Kokainisten zunehmen. Ausgerechnet in diesem Moment kommen wir und stellen fest: Ihr Kokainisten dürft ganz ruhig sein; wenn Euch je etwas passieren sollte in Eurem Rausche, so werdet Ihr nicht bestraft; Ihr müsst bloß einen guten Advokaten nehmen, der nachweisen kann, daß das Bewußtsein schwer gestört war! — Ich würde mich in diesem Falle als Advokat sehr empfehlen; das wollte ich bald nachweisen können! Es liegt eben doch schon darin, daß einer so trinkt, eine gewisse Schuld. Man stellt im allgemeinen ja viel zu viel auf das Volksgefühl ab; aber immerhin kann ich heute jedenfalls das eine sagen, daß das, was hier vorgeschlagen wird, dem Volksgefühl und Volksempfinden sehr wenig entspricht, wenn festgesetzt wird, das, was im schweren Rausch an Verbrechen geschieht, nicht einmal mit einer Busse bestraft werden kann, sondern straffrei bleiben soll. Das nennt man ein Prinzip zu Tode reiten. Der Betreffende hat Schuld, und deshalb soll er bestraft werden. Sie können ihn milder bestrafen, aber Sie müssen ihn für den Rausch wenigstens strafen oder müssen wenigstens eine Strafe ausfällen. Stellen Sie sich vor, daß einer eine Strolchenfahrt mit einem Auto unternimmt — das kommt viel vor. Sie können nicht etwa sagen: Wenn er hat ein Auto führen können, dann kann keine Störung des Bewußtseins nachgewiesen werden. Das gibt es eben, daß man im schweren Delirium komplizierte Handarbeiten verrichten kann, während man im übrigen völlig desorientiert ist. Es kann vorkommen, daß einer in einem Auto sitzt und meint, er sehe eine breite Straße vor sich und fährt alles über den Haufen. Künftig werden solche Strolche straffrei sein. Das nennt man Fortschritt; das wäre aber sicherlich ein Rückschritt.

Ich beantrage also, diesen Art. 10 an die Kommission zurückzuweisen.

Grünenfelder: Ich habe nur eine Bemerkung zuhanden der Redaktionskommission zu machen. Das betrifft bei Art. 14 das Marginale. Dieses Marginale betreffend die Unzurechnungsfähigen und vermindert Zurechnungsfähigen ist offenbar so alt wie der Art. 14 in seinem ersten und zweiten Absatz. Dagegen hat dann die Kommission eine zweite Ziffer neu beigefügt, wonach der Richter einem gemeingefährlichen Ausländer den Aufenthalt in der Schweiz verbieten kann, und dieses Aufenthaltsverbot in der Schweiz bzw. diese Ausweisung soll, weil es sehr wichtig ist, im Marginale ebenfalls angegeben werden. Das ist meines Erachtens nur eine Sache der Redaktion.

Seller, Berichterstatter: Was diese redaktionelle Bemerkung anbetrifft, die Herr Grünenfelder angeführt hat, so wird die Redaktionskommission die Frage prüfen und je nachdem entscheiden.

Nun die andere Frage, die Herr Hoppeler in dieser vorgerückten Stunde noch aufgegriffen hat. Wenn der Alkohol in Frage kommt und gar das Kokain, dann ist es nicht mehr gemütlich, mit Herrn Hoppeler zu dis-

kutieren. Besonders ist es schwierig, sich in diesen Zustand hineinzusetzen, von dem Herr Hoppeler geredet hat. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, daß wir alle diese Fragen im Militärstrafgesetzbuch des eingehendsten erörtert haben, und daß wir schließlich zu dieser Lösung gekommen sind, die in unserm Entwurfe vorliegt. Nun handelt es sich um die Auslegung von Art. 10, Ziff. 1; denn die Fälle, in denen einer sich extra in den Zustand versetzt hat, um zu delinquirieren, sind in Ziff. 2 erledigt.

Es ist vielmehr zu untersuchen, wie die Fälle zu entscheiden sind, in denen die Absicht, zu delinquirieren, nicht von vornherein besteht. Herr Hoppeler spricht zwar von Leuten, die wissen, daß sie bösen Wein trinken. Es gibt ja solche Leute, die wissen, daß sie im Rausch eine Missetat begehen. Hier müssen wir uns mit dem berühmten Aushilfsmittel des dolus eventualis und mit der Fahrlässigkeit behelfen.

Nun aber zu den Fällen, in denen nicht diese doch wohl ausnahmsweisen Umstände vorliegen. Die Voraussetzungen, die für die Strafflosigkeit verlangt werden, sind doch scharf umrissen. Es müssen vorhanden sein: Geisteskrankheit, Blödsinn oder schwere Störung des Bewußtseins. Der Täter muß zurzeit der Tat nicht fähig sein, das Unrecht seiner Tat einzusehen, oder gemäß seiner Einsicht in das Unrecht der Tat zu handeln. Nur wenn das nachgewiesen ist, kann die Strafe entfallen.

Für die Fälle der Gefährdung haben wir die sichernden Maßnahmen. Ich verweise Herrn Hoppeler auf die Art. 13 und folgende: «Gefährdet der unzurechnungsfähige oder vermindert zurechnungsfähige Täter die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, und ist es notwendig, ihn in einer Heil- oder Pflegeanstalt zu verwahren, so ordnet der Richter diese Verwahrung an.»

Art. 14: «Erfordert der Zustand des unzurechnungsfähigen oder vermindert zurechnungsfähigen Täters seine Behandlung oder Versorgung in einer Heil- oder Pflegeanstalt, so ordnet der Richter diese Behandlung oder Versorgung an.»

Art. 42, Abs. 2: «Ebenso kann der Richter einen Gewohnheitstrinker, den er wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen hat, oder gegen den aus diesem Grunde das Verfahren eingestellt worden ist, in eine Trinkerheilanstalt einweisen.»

Also wenn die Freisprechung erfolgt, muß dafür gesorgt werden, daß der Mann unschädlich gemacht wird. Darin liegt bekanntlich der große Vorteil des Systems der sichernden Maßnahmen. Ich glaube also, Herr Hoppeler kann sich mit dem Beschluß, den wir beim Militärstrafrecht bereits gefaßt haben, begnügen.

Mächler: Bei der vorgerückten Zeit will ich nur ganz kurze Bemerkungen machen über eine prinzipielle Abänderung, die hier gegenüber der jetzigen kantonalen Praxis getroffen wird. Ich stelle keinen Gegenantrag. Es würde wahrscheinlich auch nichts nützen. Ich mache aber meine Ausführungen, damit vielleicht die Kommission oder auf Grund der protokollarischen Notizen der Ständerat sich noch überlegt, ob die konsequente Durchführung des Prinzips, das hier angewendet wird, wirklich notwendig und nützlich ist.

In einer Reihe von Strafvollzugsmaßnahmen haben bis jetzt in den Kantonen die Administrativ-

behörden Kompetenzen. Nun wird hier in Art. 13 bestimmt, daß der Richter den Strafvollzug gegen den vermindert Zurechnungsfähigen anordnet. In Art. 14 wird ebenfalls bestimmt, daß der Richter den Strafvollzug anordne, wenn der vermindert Zurechnungsfähige in eine Anstalt eingewiesen werden soll. Ebenso ist es in Art. 15. Sie sehen, in allen diesen Fällen, in denen die Aufsichtsbehörden einer Straf-anstalt oder eines Untersuchungsgefängnisses gewisse Vorgänge beobachten, von Aerzten usw. sich beraten lassen, haben bisher in den meisten Kantonen die Administrativbehörden auf Grund der Gutachten ihrer Organe entschieden. Das wird nun alles an den Richter gewiesen. Ich bin mir nicht recht klar, ob sich diese Verweisung nur auf den Fall des Urteils oder, wie man nach dem Wortlaut des Gesetzes annehmen muß, auf alle Fälle bezieht. Natürlich ist das Prinzip, daß der Richter entscheiden soll, humaner und vorsichtiger. Das andere ist aber ein bißchen einfacher, billiger und rapider. Es fragt sich nur, ob man den Richter allein für genügend gewissenhaft betrachtet, daß er diese Dinge auch richtig handhabt und ob nicht das kürzere Verfahren, daß wie bisher die administrativen Behörden entscheiden können, doch besser ist. Ich hatte den Eindruck, daß diese Behörden ganz gut gearbeitet haben; denn weder der Richter, noch der Beamte — bei uns der Regierungsrat — hat ja da in der Regel noch viel zu entscheiden. Vielmehr sagt der Arzt, der Sachverständige, seine Meinung, und da wird wohl niemand den Mut haben, gegen die Meinung des Sachverständigen aufzutreten.

Da die Sache also etwas teurer und kompliziert wird, wollen Sie es einem Regierungsrat nicht übel nehmen, wenn er hierauf aufmerksam macht.

Seller, Berichterstatter: Die Bemerkungen des Herrn Mächler werden zu Protokoll genommen werden. Es wird sich fragen, wie wir ihnen gerecht werden können.

Bossi: Zum Antrag des Herrn Hoppeler will ich nur bemerken, daß ich die gleiche Auffassung wie Herr Hoppeler habe, daß hier nämlich der Entwurf zu weit geht, indem Strafe nur eintreten soll, sofern nachgewiesen wird, daß beim Täter die Absicht vorhanden gewesen ist, sich in einen Rauschzustand zu versetzen, um in diesem Zustand ein Verbrechen zu vollbringen. Ich verweise auf das Freiburger Strafgesetzbuch, das bekanntlich 1924 in Kraft getreten ist und in das die guten Gedanken des eidgenössischen Strafgesetzbuches hinübergewonnen worden sind. Nach mancher Richtung ist dieses Strafgesetzbuch zweifellos besser als das schweizerische Strafgesetzbuch. So z. B. im Art. 7 dieses Strafgesetzbuches, wo es heißt: «Wer wegen Bewußtlosigkeit, krankhaften Geisteszustandes oder Geistesschwäche zurzeit der Tat nicht fähig ist, das Unrecht seiner Tat einzusehen . . . ist nicht strafbar.» Das ist also der Grundgedanke, der ja auch in unserem Entwurf vorhanden ist. Dann fährt aber das Freiburger Strafgesetzbuch fort: «Selbstverschuldete Bewußtlosigkeit, insbesondere selbstverschuldete Trunkenheit, schließt jedoch die Verantwortlichkeit nicht aus. Die Strafe kann indessen gemildert werden.»

Wie der deutsche Referent auseinandergesetzt hat, handelt es sich hier hauptsächlich um Gewohnheits-

trinker. Allein man muß das Gesetz auch zuschneiden auf Fälle, wo es sich nicht um Gewohnheitstrinker handelt, sondern um andere Fälle von Trunkenheit oder Bewußtlosigkeit. Ich glaube also, zum mindesten sollten die beiden Herren Referenten sich nicht widersetzen, daß die Frage von neuem an die Kommission gewiesen wird.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 8. März 1928.
Séance du matin du 8 mars 1928.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Minger.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 61 hiervor. — Voir page 61 ci-devant.)

Huber: Herr Dr. Hoppeler hat gestern die Bestimmung des Art. 10 angefochten und ist darin von Herrn Dr. Bossi unterstützt worden. Wenn ich das Wort nehme zu dieser Frage, so geschieht es hauptsächlich deshalb, weil es sich nicht bestreiten läßt, daß die Auffassungen, die Herr Dr. Hoppeler vertreten hat, da und dort geteilt werden, und weil seine Ausführungen auf den ersten Blick nicht ganz unbegründet erscheinen. Herr Dr. Hoppeler wendet sich dagegen, daß die Störung des Bewußtseins als ein Grund anerkannt wird, um die Zurechnungsfähigkeit zu verneinen und damit die Straflosigkeit auszusprechen. Speziell kann er sich nicht recht damit befreunden, daß diese Störung des Bewußtseins dann Straflosigkeit zur Folge haben soll, wenn die Störung des Bewußtseins auf Trunkenheit zurückzuführen ist. Er meint, damit würden Leute, die wissen, daß sie in der Trunkenheit zu irgendwelchen Ausschreitungen sich verleiten lassen, straflos.

Herrn Dr. Hoppeler ist ein Irrtum unterlaufen. Wer in der Trunkenheit sich vergeht, bleibt, wenn er wußte, daß er in der Trunkenheit strafrechtlich verfolgbare Handlungen begeht, nicht straflos, denn da handelt es sich um das bewußte Herbeiführen von Ursachen, deren Wirkungen zum voraus erkannt wurden von dem Betreffenden. Es wird, wie Herr Dr. Seiler bereits gestern ausgeführt hat, zum mindesten unter dem Gesichtspunkte des *dolus eventualis* eine Bestrafung herbeigeführt werden können. Eventuell ist eine Bestrafung möglich unter dem Gesichtspunkte der Fahrlässigkeit. Dann sind aber vor allem noch jene Fälle zu berücksichtigen, wo zwar eine gewisse Störung des Bewußtseins vorhanden ist, aber nicht in der Art, daß das Bewußtsein überhaupt aufgehoben ist, sondern wo nur eine Beeinträchtigung vorliegt. Da findet Art. 11 Anwendung, der genau

Nationalrat. — Conseil national. 1928.

das will, was Herr Dr. Hoppeler gestern angeführt hat: Die Möglichkeit der Annahme einer nur verminderten Zurechnungsfähigkeit, in welchen Fällen eine Verurteilung erfolgen könnte.

Herr Dr. Hoppeler möchte grundsätzlich unterscheiden zwischen verschuldeter und unverschuldeter Bewußtseinsstörung. Ich habe den Eindruck, daß er die Dinge allzu sehr unter dem Gesichtspunkt des Abstinenten ansieht. Wenn Sie die Frage aufwerfen wollen, verschuldete oder unverschuldete Bewußtseinsstörung, dann dürfen Sie nicht bloß an den Rausch denken, es gibt noch eine ganze Menge von Fällen, wo, wenn man der Sache auf den Grund gehen wollte, eine gewisse Schuld an der Bewußtseinsstörung vorhanden ist. Wenn jemand schuldhaft, in Voraussicht dessen, was ihm dabei zustoßen kann, sich einer Erkältung aussetzt, krank wird, Fieber bekommt und so in seinem Bewußtsein gestört ist, trägt eine gewisse, wenn auch nur mittelbare Schuld an der Bewußtseinsstörung. Oder denken Sie an Erkrankungen des Gehirnes und des Rückenmarkes, die Folgen von Vorgängen sind, in welchen Herr Dr. Hoppeler ein Verschulden erblicken würde. Aber es würde zweifellos doch nicht dazu kommen, einen solchen Hirn- oder Rückenmarkskranken, bei dem das Bewußtsein nicht bloß vorübergehend, sondern dauernd gestört ist, als strafbar zu erklären. Herrn Hoppeler würde es wohl am besten dienen, wenn man aus der Trunkenheit ein Gefährdungsdelikt machen wollte. Ich persönlich hätte dagegen nicht viel einzuwenden. Aber ob wir in der Schweiz schon so weit sind, daß ein Strafgesetzbuch Annahme fände, da die Trunkenheit als Gefährdungsdelikt erklärt, steht dahin, diese Frage möchte ich nicht ohne weiteres und vorbehaltlos bejahen. Weil ich das nicht kann, könnte ich der Aufnahme einer solchen Bestimmung nicht zustimmen, weil wir damit das ganze Gesetz gefährden müßten, denn in der Schweiz heißt es doch immer noch «Wer niemals einen Rausch gehabt» usw. Ich glaube deshalb, daß Herr Hoppeler und seine Freunde sich damit abfinden müssen, daß jene Fragen auf einem ganz andern Gebiet gelöst werden. Eine gewisse Verbesserung ist ja bereits geschaffen insofern, als in den kantonalen Rechten da und dort Bestimmungen vorhanden sind, gegen ärgerniserregende Trunkenheit. Wenn wir nicht alle oder fast alle Uebertretungstatbestände gestrichen hätten, so könnte man hier etwas aufnehmen.

Nun ist gegenüber den Anregungen der Herren Bossi und Dr. Hoppeler eben zu sagen, daß es sich um eine Grundsatzfrage handelt. Herr Bossi mag daraus sehen, daß er mich ziemlich gründlich mißverstanden hat, wenn er gemeint hat, ich stehe auf dem Boden des Determinismus und leugne jede Schuldmöglichkeit. Im Gegenteil. Hier so gut wie beim Militärstrafgesetz stehe ich durchaus auf dem Boden des Schuldprinzips und habe die Meinung, daß wir uns sorgfältig hüten müssen, dieses Prinzip zu durchbrechen. Keine Strafe ohne Schuld. Ueber diese Frage haben wir bei Beratung des Militärstrafgesetzes sehr lange uns unterhalten. Die genau gleiche Frage hat dort bei Art. 9 zu langen Diskussionen Anlaß gegeben, sowohl in der Kommission als in den eidgenössischen Räten. Während einer gewissen Zeit war sogar ein Vorschlag, ich glaube vom Ständerat angenommen, der sich in der Richtung bewegte, die Herr Hoppeler wünscht. Aber der Na-

trinker. Allein man muß das Gesetz auch zuschneiden auf Fälle, wo es sich nicht um Gewohnheitstrinker handelt, sondern um andere Fälle von Trunkenheit oder Bewußtlosigkeit. Ich glaube also, zum mindesten sollten die beiden Herren Referenten sich nicht widersetzen, daß die Frage von neuem an die Kommission gewiesen wird.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 8. März 1928.
Séance du matin du 8 mars 1928.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Minger.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 61 hiervor. — Voir page 61 ci-devant.)

Huber: Herr Dr. Hoppeler hat gestern die Bestimmung des Art. 10 angefochten und ist darin von Herrn Dr. Bossi unterstützt worden. Wenn ich das Wort nehme zu dieser Frage, so geschieht es hauptsächlich deshalb, weil es sich nicht bestreiten läßt, daß die Auffassungen, die Herr Dr. Hoppeler vertreten hat, da und dort geteilt werden, und weil seine Ausführungen auf den ersten Blick nicht ganz unbegründet erscheinen. Herr Dr. Hoppeler wendet sich dagegen, daß die Störung des Bewußtseins als ein Grund anerkannt wird, um die Zurechnungsfähigkeit zu verneinen und damit die Straflosigkeit auszusprechen. Speziell kann er sich nicht recht damit befreunden, daß diese Störung des Bewußtseins dann Straflosigkeit zur Folge haben soll, wenn die Störung des Bewußtseins auf Trunkenheit zurückzuführen ist. Er meint, damit würden Leute, die wissen, daß sie in der Trunkenheit zu irgendwelchen Ausschreitungen sich verleiten lassen, straflos.

Herrn Dr. Hoppeler ist ein Irrtum unterlaufen. Wer in der Trunkenheit sich vergeht, bleibt, wenn er wußte, daß er in der Trunkenheit strafrechtlich verfolgbare Handlungen begeht, nicht straflos, denn da handelt es sich um das bewußte Herbeiführen von Ursachen, deren Wirkungen zum voraus erkannt wurden von dem Betreffenden. Es wird, wie Herr Dr. Seiler bereits gestern ausgeführt hat, zum mindesten unter dem Gesichtspunkte des *dolus eventualis* eine Bestrafung herbeigeführt werden können. Eventuell ist eine Bestrafung möglich unter dem Gesichtspunkte der Fahrlässigkeit. Dann sind aber vor allem noch jene Fälle zu berücksichtigen, wo zwar eine gewisse Störung des Bewußtseins vorhanden ist, aber nicht in der Art, daß das Bewußtsein überhaupt aufgehoben ist, sondern wo nur eine Beeinträchtigung vorliegt. Da findet Art. 11 Anwendung, der genau

Nationalrat. — Conseil national. 1928.

das will, was Herr Dr. Hoppeler gestern angeführt hat: Die Möglichkeit der Annahme einer nur verminderten Zurechnungsfähigkeit, in welchen Fällen eine Verurteilung erfolgen könnte.

Herr Dr. Hoppeler möchte grundsätzlich unterscheiden zwischen verschuldeter und unverschuldeter Bewußtseinsstörung. Ich habe den Eindruck, daß er die Dinge allzu sehr unter dem Gesichtspunkt des Abstinenten ansieht. Wenn Sie die Frage aufwerfen wollen, verschuldete oder unverschuldete Bewußtseinsstörung, dann dürfen Sie nicht bloß an den Rausch denken, es gibt noch eine ganze Menge von Fällen, wo, wenn man der Sache auf den Grund gehen wollte, eine gewisse Schuld an der Bewußtseinsstörung vorhanden ist. Wenn jemand schuldhaft, in Voraussicht dessen, was ihm dabei zustoßen kann, sich einer Erkältung aussetzt, krank wird, Fieber bekommt und so in seinem Bewußtsein gestört ist, trägt eine gewisse, wenn auch nur mittelbare Schuld an der Bewußtseinsstörung. Oder denken Sie an Erkrankungen des Gehirnes und des Rückenmarkes, die Folgen von Vorgängen sind, in welchen Herr Dr. Hoppeler ein Verschulden erblicken würde. Aber es würde zweifellos doch nicht dazu kommen, einen solchen Hirn- oder Rückenmarkskranken, bei dem das Bewußtsein nicht bloß vorübergehend, sondern dauernd gestört ist, als strafbar zu erklären. Herrn Hoppeler würde es wohl am besten dienen, wenn man aus der Trunkenheit ein Gefährdungsdelikt machen wollte. Ich persönlich hätte dagegen nicht viel einzuwenden. Aber ob wir in der Schweiz schon so weit sind, daß ein Strafgesetzbuch Annahme fände, da die Trunkenheit als Gefährdungsdelikt erklärt, steht dahin, diese Frage möchte ich nicht ohne weiteres und vorbehaltlos bejahen. Weil ich das nicht kann, könnte ich der Aufnahme einer solchen Bestimmung nicht zustimmen, weil wir damit das ganze Gesetz gefährden müßten, denn in der Schweiz heißt es doch immer noch «Wer niemals einen Rausch gehabt» usw. Ich glaube deshalb, daß Herr Hoppeler und seine Freunde sich damit abfinden müssen, daß jene Fragen auf einem ganz andern Gebiet gelöst werden. Eine gewisse Verbesserung ist ja bereits geschaffen insofern, als in den kantonalen Rechten da und dort Bestimmungen vorhanden sind, gegen ärgerniserregende Trunkenheit. Wenn wir nicht alle oder fast alle Uebertretungstatbestände gestrichen hätten, so könnte man hier etwas aufnehmen.

Nun ist gegenüber den Anregungen der Herren Bossi und Dr. Hoppeler eben zu sagen, daß es sich um eine Grundsatzfrage handelt. Herr Bossi mag daraus sehen, daß er mich ziemlich gründlich mißverstanden hat, wenn er gemeint hat, ich stehe auf dem Boden des Determinismus und leugne jede Schuldmöglichkeit. Im Gegenteil. Hier so gut wie beim Militärstrafgesetz stehe ich durchaus auf dem Boden des Schuldprinzips und habe die Meinung, daß wir uns sorgfältig hüten müssen, dieses Prinzip zu durchbrechen. Keine Strafe ohne Schuld. Ueber diese Frage haben wir bei Beratung des Militärstrafgesetzes sehr lange uns unterhalten. Die genau gleiche Frage hat dort bei Art. 9 zu langen Diskussionen Anlaß gegeben, sowohl in der Kommission als in den eidgenössischen Räten. Während einer gewissen Zeit war sogar ein Vorschlag, ich glaube vom Ständerat angenommen, der sich in der Richtung bewegte, die Herr Hoppeler wünscht. Aber der Na-

tionalrat hat aus grundsätzlichen Erwägungen, nach wiederholten Beratungen festgehalten an dem Prinzip, das in diesem Gesetz enthalten ist. Wenn wir den Anregungen der Herren Hoppeler und Bossi zustimmen würden, bekämen wir den interessanten Fall, daß der trunkene Soldat milder behandelt würde als der trunkene Zivilist, während man doch im allgemeinen der Auffassung ist, daß das Militärstrafgesetz strenger sein sollte als das allgemeine Strafgesetz. Herr Dr. Hoppeler möchte ich übrigens trösten und beruhigen, die Geschichte ist nicht halb so gefährlich, wie er sie sich vorgstellt und ist auch gar nicht so neu, wie er denkt. Es ist die Regelung, unter der Herr Dr. Hoppeler lebt, die Regelung im Kanton Zürich. Art. 44 des zürcherischen Strafgesetzbuches sagt: «Die Strafbarkeit einer Handlung ist ausgeschlossen, wenn die Geistestätigkeit des Handelnden zur Zeit der Begehung der Tat in dem Maß gestört war, daß er die Fähigkeit der Selbstbestimmung oder die zur Erkenntnis der Strafbarkeit der Tat erforderliche Urteilskraft nicht besaß.» Das ist in der alten Terminologie genau das gleiche. Man spricht dort von Erkenntnis der Strafbarkeit, von der Fähigkeit der Selbstbestimmung. Das neue Gesetz hat einen etwas andern Ausdruck, indem es von der Störung des Bewußtseins usw. spricht. Genau das, was Herr Hoppeler hier als verhängnisvoll und bedenklich bekämpft im neuen Gesetz, ist die jahrzehntealte Regelung im Kanton Zürich und einer ganzen Reihe von Kantonen, ohne daß daraus Schlechtes entstanden wäre. Die Richter wissen schon zu unterscheiden und es ist durchaus nicht zu befürchten, daß einer straflos ausgeht, bloß weil er sagt: «Ich han en Chlapf gha!», wie Herr Dr. Hoppeler sich ausdrückte; daß im Gegenteil unser Gesetz weit hinaus geht über alles, was wir bisher hatten, das hat Herr Dr. Seiler gestern ausgeführt mit dem Hinweis auf die Bestimmungen über Versorgung von Leuten, die in Trunkenheit gehandelt haben, die durch ihre Trunksucht gefährden. Die Versorgung kann auf unbestimmte Zeit erfolgen, bis auf zwei Jahre, selbst bei einem ganz kleinen Delikt. Ich möchte deshalb sehr bitten, daß der Rat an den Grundsätzen festhält, die er bei den Entscheidungen über das Militärstrafgesetz aufgestellt und aufrecht erhalten hat, und keinen Einbruch in ein wohlüberlegtes grundsätzliches System beschließt.

Biroll: Es ist ein gewisses Wagnis für ein Mitglied des Rates, das nicht der Kommission angehört hat, sich in dieser Frage, besonders im allgemeinen Teil, zum Worte zu melden. Aber gewisse Erfahrungen als Richter und ein Stück Psychologie veranlassen und drängen mich dazu, und zwar in der Richtung der Unterstützung des Antrages von Herrn Dr. Hoppeler.

Die Kommission hat gut daran getan, ihren Zusatzantrag einzubringen beim Art. 10, wonach es heißt: «Diese Bestimmung ist nicht anwendbar, wenn die schwere Störung des Bewußtseins vom Täter selbst herbeigeführt worden ist in der Absicht, in diesem Zustand die strafbare Handlung zu verüben», oder wenn es im französischen Text heißt: «La disposition ci-dessus ne sera pas applicable si la grave altération de la conscience a été provoquée par l'inculpé lui-même dans le dessein de commettre l'infraction.»

Mit dieser Bestimmung hat die Kommission aber nur den einen Grenzfall völlig sinnloser Betrunketheit erfaßt, in welchem die Nichtzurechnungsfähigkeit und die Nichtverantwortlichkeit des Täters gänzlich zu verneinen ist. Denn wer sich mit der Absicht, ein Verbrechen zu begehen, trunken macht, dem darf man in der Tat die Zurechnungsfähigkeit nicht im geringsten mindern. Aber ich sage: Das ist nur der eine Grenzfall. Meines Erachtens ist die Kommission zu weit gegangen, wenn sie sich nun aber aus diesem Grenzfall verleiten ließ, zu sagen, in allen übrigen Fällen gänzlich sinnloser Betrunketheit sei der Betreffende ohne Verantwortung und gehe somit auch ohne Strafe aus. Sie hätte noch nach einem andern Grenzfall suchen sollen, der in der Tat in der Lage ist, diese Wirkung auszuüben. Gewiß gibt es Fälle völlig sinnloser Bewußtseinsstörung im Sinne von Art. 10, in dem die Zurechnungsfähigkeit und Verantwortlichkeit gänzlich zu verneinen sind. Das ist der Fall, wenn die Besinnungslosigkeit dem Rechtsbrecher — ohne irgend ein Verschulden von seiner Seite —, von dritter Hand beigebracht worden ist, z. B. durch förmliches Einschütten des Getränks, oder durch Beimischung stark betäubender Mittel in das Getränk. Daß man in diesem Falle die strafrechtliche Verantwortlichkeit, bzw. die Zurechnungsfähigkeit ganz verneint, ist gegeben. Aber zwischen dem Falle, den die Kommission mit ihrem Zusatz treffen will, und demjenigen, den ich soeben namhaft gemacht habe, gibt es ein weites Spatium von Fällen völliger Betrunketheit, welche die Zurechnungsfähigkeit und die Verantwortlichkeit zwar vermindern, aber durchaus nicht aufheben.

Nach meiner Auffassung hat Herr Kollega Dr. Hoppeler allen Grund, den Art. 10 als verbesserungsbedürftig, aber ich füge hinzu, auch als verbesserungsfähig zu erachten, schon in Rücksicht auf das Volksbewußtsein, welches es nicht ertragen könnte, daß die Verantwortlichkeit eines Täters, der in selbstverschuldeter Trunkenheit delinquierte, völlig verneint würde.

Die bloßen sichernden Maßnahmen, die das Gesetz anerkennenswert vorsieht, wären nicht imstande, den Mangel einer Strafe zu ersetzen.

Die bisherige Diskussion gibt mir Anlaß, festzustellen, daß der Richter schon unter den jetzigen Strafgesetzen nicht bloß die Tat, bzw. den objektiven Tatbestand ins Auge faßte, sondern ganz intensiv auch den subjektiven Tatbestand zu erforschen sich alle Mühe gab, um zu einem gerechten Urteile zu gelangen.

Herr Kollega Huber hat uns am Montag vorgelesen, daß eigentlich nicht so sehr der Täter als die Gesellschaft die Verantwortung für ein Delikt trage, womit er offenbar viel zu weit geht, aber auch nur zu weit.

Vorab ist es auf dem Gebiete des Alkoholismus der Fall, daß diese Verantwortung der Gesellschaft in hohem Maße zutrifft. Sind nicht der Wirt oder die Wirtsorgane, die einem schon Angetrunkenen noch weiterhin Getränke geben, eigentlich diejenigen, die wir als die Verantwortlichen betrachten sollen? Wenn die Gemeindebehörden so lange zusehen, wie einer sich dem Trunke ergibt, seine Familie vernachlässigt und sie mißhandelt usw., ja, wenn die Gemeindebehörden oft selbst geradezu das Beispiel geben, daß man nicht nüchtern sei, dann hat diese Gesellschaft

mit ein Verschulden. Ich bin der Ansicht, daß weiterhin auch der Gesetzgeber und jedes Organ der Gesetzgebung sich fragen muß: Werde ich einstens vor jenem Richterstuhl, wo keine Unsicherheit mehr waltet, sondern wo ganz sicher geurteilt wird, nicht vielleicht mitschuldhaft dafür, wenn ich es zu leicht genommen habe in solchen Dingen?

Ich möchte jetzt keinen formulierten Antrag einbringen, schon aus dem Grunde nicht, weil mir seit gestern die Möglichkeit nicht geboten war, strafrechtliche Literatur herbeizuschaffen, welche evident darstellte, dass das, was Herr Dr. Hoppeler will, auch von ganz gewiegten Strafrechtslehrern je und je vertreten worden ist. Wenn die Kommission erklärt, sie sei bereit, die Sache nochmals zu erörtern, erübrigen sich weitere Worte. Erklärt sie das nicht, so werde ich mir erlauben, bei den Rückkommensanträgen auf die Sache zurückzukommen, und dann werde ich mit einer ganzen Zahl von autoritären Ausprüchen und Strafgesetzbestimmungen der Schweiz gewappnet sein, welche dartun, daß das, was Herr Dr. Hoppeler wollte, durchaus zutrifft.

Herr Kollega Huber hat vorhin in interessanter Weise Herrn Dr. Hoppeler bezüglich seiner Motivierung Recht gegeben, so z. B. betreffend den Trunkenbold, der aus Erfahrung weiß, daß er «bösen Trank» trinkt und sich doch berauscht. Aber am Schlusse hat Herr Huber dann der Rückweisung oder der Abänderung von Art. 10 Opposition gemacht, mit der Begründung, der Richter sei ja schon in der Lage, solche Momente zu würdigen, auch wenn es nicht im Gesetze stehe. Die Urteilsfähigkeit des Richters völlig zugegeben, ist doch zu fragen, wie er sich dann mit dem klaren, aber fatalen Wortlaut von Art. 10 nicht in Widerspruch setzen soll, wenn er das Rezept des Herrn Huber befolgt. Denken Sie sich, der Angeklagte habe sich einen gewiegten Verteidiger, einen Vertreter modernster Ideen in Bezug auf strafrechtliche Verantwortlichkeit acquirit. Dieser wird dem Gericht beredt ausführen, sein Klient sei im Moment der Tat bis zu völliger Bewußtlosigkeit betrunken gewesen, ohne im geringsten an seine Missetat gedacht, oder die Absicht gehabt zu haben, sich zu betrinken, um eine Tat begehen zu können. Ergo sei er nach Art. 10 völlig freizusprechen, wenn es, wie aus den Akten hervorgehe, dem Staate nicht gelinge, jene Betrinksabsicht nachzuweisen.

Nur wenn das, was Herr Huber in seinen Ausführungen zugegeben hat, auch expressis verbis im Gesetze ausgesprochen ist, kann man sich beruhigen.

Herr Huber sprach dann auch vom *dolus eventualis*, eventuell von fahrlässiger Begehung etc. bei Art. 10. Ich zweifle daran, daß der Wortlaut nicht jeden *dolus eventualis* ausschließe. Was die Fahrlässigkeit anbelangt, müßte sie auch nachgewiesen sein und dann käme erst noch in Betracht, daß das Gesetz die Strafe für ein fahrlässig begangenes Delikt ausdrücklich auf wenige Fälle beschränkt.

Gestatten Sie mir noch einige allgemeine Bemerkungen zur Vorlage:

Wir hörten seinerzeit vom philosophischen Katheder einer Mittelschule herunter unter andern folgende Erörterungen über die Frage der Willensfreiheit: «Der Mensch ist nicht frei; was er tut, tut er unter dem Drucke derselben Notwendigkeit, wie ein Ziegel, der vom Dache fällt. Es wird der Tag kommen, da der eine oder andere von euch in einem Richterkollegium sitzen wird. Merkt euch das: Die

Begriffe von Lohn und Strafe sind rein unsittliche Begriffe. Einen Gott als *prima causa* aller Dinge, als Rächer des Bösen und Belohner des Guten anzunehmen, ist rein unnütz und willkürlich.»

Diese Worte der Verirrung klangen wieder lebhaft in mir nach, wenn ich gewissen Ausführungen der letzten Tage lauschte.

Aber daß nun solche Leitsätze bzw. ihre Konsequenzen in unser schweizerisches Strafgesetzbuch hineingetragen würden, davor wollen wir mit allem Nachdruck wehren.

Ich erneuere meine angelegentliche Empfehlung des Rückweisungsantrages Hoppeler.

Ullmann: Es ist mir verständlich, daß die Fassung den Herren Hoppeler und Biroll zu Bedenken Anlaß gegeben hat. Aber diese Fassung ist doch nicht so in der Auswirkung, wie die beiden Herren annehmen. Zu den Fällen, die unter die schweren Störungen des Bewußtseins einzureihen sind, gehören allerdings alle durch Alkohol, Nikotin, Morphium usw. verursachten Störungen. Es erfolgt dadurch eine Trübung des Bewußtseins, oder vielleicht wissenschaftlicher ausgedrückt, eine Trübung der Hirntätigkeit. Diese bedingt dann eine gewisse Unzurechnungsfähigkeit, entweder eine totale oder eine nicht vollständige. Wir haben nun im ganzen Gesetz als Prinzip anerkannt: «*nulla poena sine culpa*», keine Strafe ohne Schuld. Nun müssen wir auch für diese Fälle im Sinne des Art. 10 entscheiden und sie müssen so behandelt werden. Aber es ist klar, daß der Richter nicht, wie die Herren Hoppeler und Biroll beantragen und sich vorstellen, in jedem Falle einfach Straflosigkeit verfügen wird. Davon kann gar keine Rede sein. Die starke Störung des Bewußtseins muß ja vorerst nachgewiesen werden und das wird nicht immer ganz leicht sein. Man kann nicht nur einfach sagen, ich habe einen Rausch gehabt, ich bin betrunken gewesen, also bin ich nicht strafbar. Der Richter wird niemals ohne ganz sichere Beweise etwa totale Unbeherrschbarkeit der Affekte annehmen, also totale Unzurechnungsfähigkeit. Er wird höchstens den Weg der verminderten Zurechnungsfähigkeit finden und dann sich dabei das Strafmaß eben ausdenken, sei es Strafe oder sichernde Maßnahme; also vollständig frei wird der Täter jedenfalls auf keinen Fall. Wir haben in der Kommission sehr lange über diese Formulierung gesprochen und haben keine andere finden können. Ich sage mir, in der Praxis wird sich die Sache nicht so auswirken, nicht diese Schwierigkeit finden, wie die Herren Hoppeler und Biroll annehmen, das glaube ich nicht. Der Richter wird den Weg sicher finden. Ich halte die Rückweisung, nachdem schon die Kommission so oft über diesen Paragraphen gesprochen hat, nicht direkt für nötig. Ich bin aber auch nicht unglücklich, wenn sie erfolgt. Vielleicht ist bis zur endgültigen Beratung ein guter Geist über uns alle gekommen, daß wir eine noch schönere Formulierung finden, aber für notwendig halte ich die Rückweisung nicht.

Farbstein: Was Herr Hoppeler will, ist rein unmöglich. Wir bestrafen den Vorsatz. Was verstehen wir unter Vorsatz? Man kann nur dann wegen Mordes bestraft werden, wenn man einen Mord begehen will, wenn man weiß, was man tun will. Wegen böswilliger Eigentumsbeschädigung kann nur je-

mand bestraft werden, der weiß, was er will, und wenn er das will. Wenn einer betrunken ist, wenn er bewußtlos ist, kann man ihn nicht bestrafen. Nehmen wir an, jemand sei so betrunken, daß er gar nicht weiß, was er tut, und er schlägt eine Scheibe ein, er beschädigt eine Laterne, so kann man ihn nicht wegen Eigentumsbeschädigung bestrafen, denn er hat diese Handlung nicht vorsätzlich begangen. Was ist selbstverschuldete Betrunkenheit? Es kann sein, daß einer einmal oder zweimal im Leben die Betrunkenheit selbst verschuldet hatte. Nehmen wir an, ein junger Student habe das Dokorexamen gemacht und er kann nicht viel Alkohol vertragen. Bei diesem Anlaß hat er aber ein paar Flaschen zu viel getrunken. Man wird sagen, weil der Mann kein Trinker ist, weil er nicht jeden Tag in die Wirtschaft geht, weil das Trinken nicht seine Gewohnheit ist, hätte er vorsichtig sein sollen, also ist seine Betrunkenheit selbstverschuldet. Dieser gleiche Student geht auf die Straße und in betrunkenem Zustande hat er irgendwo in einem Geschäft eine Scheibe eingeschlagen. Man kann ihn zivilrechtlich belangen, nicht aber strafrechtlich; denn da kann man wohl nicht von einem Vorsatz sprechen. Wir haben eine Bestimmung im Militärstrafgesetzbuch, die in Art. 80 sagt: « Wer infolge selbstverschuldeter Trunkenheit oder Betäubung unzurechnungsfähig ist und in diesem Zustande eine als Verbrechen oder Vergehen bedrohte Tat verübt, wird mit Gefängnis bestraft » usw. Wir haben also im Militärstrafrecht ein bestimmtes Delikt, ein Delikt sui generis, wonach man nicht bestraft wird wegen Eigentumsbeschädigung, wenn man in betrunkenem Zustande Eigentum beschädigt hat, sondern wegen Trunkenheit. Man wird nicht bestraft wegen Körperverletzung, wenn man in bewußtlos betrunkenem Zustande den Körper eines Menschen verletzt. Man wird nicht bestraft wegen unsittlicher Handlungen, wenn man in betrunkenem Zustande die Handlung begangen hat. Man wird aber bestraft, wenn man durch Selbstverschulden sich so betrunken gemacht hat, daß man in diesem Zustande eine derartige Handlung habe begehen können.

Wir haben im Entwurf den 7. Abschnitt über die gemeingefährlichen Vergehen. Hier ist die Rede von Sprengstoffen usw. Man kann auch als gemeingefährliches Vergehen bezeichnen, wenn jemand sich bewußtlos betrinkt, sodaß er in diesem Zustande ein Verbrechen begehen kann. Ursprünglich hatten wir im Entwurfe einen Artikel 331, der wollte, daß die Uebertretungen, begangen in der Trunkenheit, bestraft werden. Wir haben diesen Artikel gestrichen, weil wir die Uebertretungsdelikte dem kantonalen Strafrecht über assen haben.

Man kann im 7. Abschnitt einen analogen Artikel aufnehmen, wie den Art. 80 des Militärstrafgesetzbuches, in dem man den Betrunkenen nicht für die Handlung bestraft, die er in bewußtlos betrunkenem Zustande begangen hat, sondern für die Trunkenheit, in der er diese Handlung begangen hat. Es wäre das ein Delikt sui generis, wie im Militärstrafrecht.

Man könnte damit den Wünschen des Herrn Dr. Hoppeler entgegenkommen, auch denen des Herrn Dr. Bossi. Der Art. 80 lautet: « Wer in einem Zustande der Trunkenheit öffentliches Aergernis erregt, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Wer infolge selbstverschuldeter Trunkenheit oder Betäubung unzurechnungsfähig ist und in diesem

Zustand eine als Verbrechen oder Vergehen bedrohte Tat verübt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Hat der Täter in diesem selbstverschuldeten Zustande eine mindestens mit Zuchthaus bedrohte Tat begangen, so ist die Strafe Gefängnis. In leichten Fällen erfolgt disziplinarische Strafe. » Wir könnten auch sagen: « In leichten Fällen wird mit Haft oder mit Buße bestraft. » Ich glaube, wenn man diesen Artikel aufnimmt, könnte man den teilweise berechtigten Wünschen des Herrn Dr. Hoppeler entgegenkommen.

Hoppeler: Ich möchte bei meinem Antrag bleiben, daß die Kommission nochmals über die Sache befindet. Herr Dr. Ullmann hat sich ausgedrückt, ebenso Herr Dr. Huber, der Richter werde den Weg schon finden. Das scheint mir ein Eingeständnis zu sein, daß etwas nicht klappt. Wenn man ein neues Gesetz macht, sollte man nicht von Anfang an sagen müssen: Der Richter wird jedenfalls den Weg schon finden. Auch daß Herr Dr. Huber auf so ganz seltene Fälle hat kommen müssen, und die hat herbeiziehen müssen, um seine Position zu stützen, zeigt, daß sie nicht so stark ist. Wenn einer schuld ist an der Erkältung und dann im Fieberdelirium eine Missetat begeht, dann ist er schließlich auch verantwortlich. Oder er sprach von einem Paralytiker, einem an Rückenmarkschwindsucht Leidenden, der diese Krankheit selbst verschuldet hat und sich nun eines Vergehens schuldig macht. Das sind im Vergleich zu den Fällen, von denen ich rede, außerordentlich seltene Dinge, während es sich hier um Sachen handelt, die täglich vorkommen. Da ist es schlimm, wenn man nicht einmal klare Direktiven vorschreibt, sondern der Richter seinen Weg, wie man sich ausgedrückt hat, finden muß.

Herr Dr. Ullmann hat gesagt: vollständig frei wird ein solcher Täter auf keinen Fall. Ja, dann ist das eine Verletzung des Gesetzes. Herr Dr. Ullmann hatte bemerkt: Das Prinzip ist nun einmal so. Wenn Sie wegen des Prinzips hier den Weg nicht finden können, dann ist das ein Beweis, daß das Prinzip nicht ganz richtig ist. Aber ich glaube, daß das Prinzip richtig ist, daß eine Schuld da sein muß; aber man vergißt, daß hier eine Schuld vorhanden ist.

Ich war erstaunt, von Herrn Dr. Farbstein zu hören, und ich denke nicht, daß er unter allen Umständen dabei bleiben wird, man wolle nur den Vorsatz bestrafen, nur was einer mit Vorsatz tue. Aber, Herr Kollega Farbstein, das ist furchtbar weit gegangen. Ich glaube nicht, daß Sie dabei bleiben werden. Stellen Sie sich einmal vor: Eine Infektion eines Mädchens mit Lues ist von einem Täter in sexuellem Rauschzustand begangen worden. Da ist keine Ahnung von einem Vorsatz. Er ist nachher furchtbar erschrocken, es ist ihm entsetzlich, daß das passiert ist. Er ist ein schwacher Mensch, wie wir alle schwache Menschen sind. Wir können doch nicht so weit gehen, daß wir sagen: Nur wo Vorsatz ist, wird bestraft. Dann würden auch alle Delikte, die im Jähzorn begangen werden, straflos bleiben müssen. Ich persönlich habe schon viel schlimmes getan, wozu ich keinen Vorsatz hatte. Paulus sagt: Was ich will, das tue ich nicht; was ich nicht will, das tue ich. Das ist ja der Jammer unseres Menschenlebens, daß wir das tun müssen, was wir verabscheuen. Also können wir nicht sagen: Nur wenn der Vorsatz da ist, wollen wir bestrafen.

Sie sind hier sehr fein vorgegangen, und es ist gut, daß man sich auch um die Täter interessiert. Aber die Wurzeln ihrer Schuld liegen oft viel tiefer, als man denkt. Einer, der im Rauschzustand ein Delikt begeht, hätte es nicht begangen, wenn er vielleicht in den vorhergehenden Jahren sich nicht immer hätte gehen lassen. Das kann man auch im Irrenhaus beobachten. Wenn im Chloroformrausch einer flucht wie ein Henker, so tut er es eben nur, weil er vorher im gewöhnlichen Leben schon geflucht hat wie ein Henker. Die Wurzeln der Schuld liegen also tiefer.

Ich rede nicht davon, daß man denjenigen, der in einem solchen Zustand gehandelt hat, so bestrafen soll, als ob er es im klaren Bewußtsein getan hätte. Aber einfach dagegen rede ich, daß er straffrei sein soll; und das steht hier klipp und klar: wenn er nicht eingesehen hat, daß es unrecht ist, was er tut, weil eine schwere Bewußtseinsstörung vorlag, so ist er straffrei. Das ist zu weit gegangen. Wir müssen noch irgend einen Zusatz ins Gesetz aufnehmen.

Wenn man nun sagt, das sei auch im zürcherischen Strafgesetz schon so, dann antworte ich: wir sind nun daran, die Strafgesetzgebung zu verbessern; also wollen wir die Sache hier gleich gut machen. Es könnte sein, daß in 10, in 20 Jahren die Tendenz, alle Schuld möglichst vom Täter wegzunehmen, diese materialistische Tendenz, die alles aus den Verhältnissen erklären will, so an Boden gewinnt, daß sich Richter finden würden, die aus diesem Grunde freisprechen. Auf alle Fälle ist das referendumspolitisch eine große Gefahr. Ich beantrage Ihnen, nochmals darüber nachzudenken.

Seiler, Berichterstatter: Ich habe Ihnen gestern schon erklärt, daß die Beratung über diese Bestimmung beim Militärstrafgesetzbuch verschiedene Wandlungen durchgemacht hat und daß schließlich die Differenz mit dem Ständerat dadurch erledigt worden ist, daß man zu Art. 10 einen zweiten Absatz angenommen hat, der aber, wie Herr Biroll richtig auseinandergesetzt hat, sich auf den Fall beschränkt, daß der Täter sich absichtlich in den Zustand der Trunkenheit versetzt hat, damit er eine Tat begehen könne, und sich dann auf die Unzurechnungsfähigkeit stützen kann. Es wird auch jedermann damit einverstanden sein können, daß das die Ausnahmefälle sind, daß das sozusagen nie vorkommt. Denn es weiß einer dann nicht, was er in jenem Zustande tut, bzw. er kann in jenem Zustande nicht mehr über sich verfügen und wird in der Regel gar nicht fähig sein, irgend etwas strafbares zu begehen. Das ist der Ausnahmefall, und der ist geregelt in Art. 10, Al. 2.

Nun sind in der Kommission die Auffassungen über die ganze Frage von jeher verschieden gewesen. Ich mache darauf aufmerksam, daß auch Herr Bundesrat Häberlin von der jetzigen Lösung nicht vollständig befriedigt gewesen ist, auch eine Anzahl Kommissionsmitglieder nicht. Aber schließlich haben Nationalrat und Ständerat sich beim Militärstrafgesetz gefunden, wobei ich später noch auseinandersetzen werde, wie jene Lösung im Militärstrafgesetz war.

Nun handelt es sich in der Hauptsache um die Frage des Gelegenheitsrausches. Es betrinkt sich einer, ohne daß er absolut etwas Böses begehen will. Aber in diesem Zustande der Trunkenheit begeht er eine strafbare Tat. Wenn sich einer absichtlich in diesen Zustand versetzt, um die Tat zu begehen, so ist die Sache durch Abs. 2 erledigt. Herr

Dr. Hoppeler hat von Leuten gesprochen, die wissen, daß sie, wenn sie Wein trinken und sich in den Zustand der Trunkenheit versetzen, eine böse Tat begehen. Ich glaube, auch diesen Leuten würde man auf Grund der jetzigen Gesetzgebung beikommen können. Wenn einer weiß, er trinkt derart bösen Wein, daß er in diesem Zustand etwas schlimmes verübt, dann hat er sich fahrlässig in diesen Zustand versetzt und wird dann gefaßt werden können. Es kann auch der Begriff des *dolus eventualis* herbeigezogen werden, und er kann auf Grund dieser Begriffsbestimmung ebenfalls bestraft werden.

Auch die Frage des *Gewohnheitstrinkers* ist erledigt. Wenn er wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen werden muß, dann kommt die Bestimmung in Betracht, gemäß der er versorgt werden muß. Man versucht, ihn zu heilen.

Es bleibt also nur noch der *Gelegenheitsrausch*, d. h. die Tat, die im Gelegenheitsrausch begangen wird. Nun ist darauf hingewiesen worden, daß man sich da mit Art. 11, mit der verminderten Zurechnungsfähigkeit, helfen kann. Der Richter darf sich aber, wenn komplette Unzurechnungsfähigkeit vorliegt, nicht auf die verminderte Zurechnungsfähigkeit stützen. Das wäre ein Ausweg, den man ihm nicht empfehlen könnte.

Besteht also hier eine Lücke oder nicht? Das ist die Frage. Muß diese Lücke ausgefüllt werden, oder kann man das der Praxis überlassen? Damit Sie wissen, wie beim Militärstrafgesetzbuch die Sache erledigt und wie gründlich und eingehend sie behandelt worden ist, will ich Ihnen vorlesen, was damals gesagt worden ist. Im Militärstrafgesetzbuch handelte es sich um den Artikel 9. Dort habe ich als Berichterstatter damals folgendes ausgeführt:

«Hier handelt es sich um die Frage der Unzurechnungsfähigkeit. In bezug auf Abs. 1 besteht keine Differenz. Hingegen hat der Abs. 2, der vom Ständerat eingeführt worden ist, verschiedene Wandlungen durchgemacht. Es handelt sich hier um die selbstverschuldete Trunkenheit, und es scheint, daß nicht genügend Spezialisten über diesen Punkt hier sind, als daß man sich ohne weiteres hätte einigen können. Der Bundesrat hat nun den Hauptgrundsatz aufgestellt, daß, wer wegen Geisteskrankheit das Unrecht seiner Tat nicht einsehe, auch nicht strafbar sein solle. Der Ständerat hat dann beigefügt: Ist die schwere Störung des Bewußtseins vom Täter vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführt worden (nicht absichtlich), so wird dadurch die Strafbarkeit nicht aufgehoben. Doch kann der Richter bei fahrlässiger Herbeiführung die Strafe nach freiem Ermessen mildern. Der Nationalrat hat dann eine Fassung angenommen, die Herr Müller damals vorgeschlagen hatte: Selbstverschuldete schwere Störung des Bewußtseins schließt die Strafbarkeit nicht aus. Die Kommission schlägt Ihnen nun vor, auf den ursprünglichen Vorschlag der Kommissionsmehrheit zurückzukommen, der lautete: Diese Bestimmung ist nicht anwendbar, wenn die Störung des Bewußtseins vom Täter herbeigeführt worden ist in der Absicht, in diesem Zustande die strafbare Handlung zu verüben.»

Da hat man nun auch im Militärstrafgesetz eine Lücke gefunden, auf die bereits Herr Dr. Hoppeler aufmerksam gemacht hat. Man hat dann im Militärstrafgesetz den Art. 80 als Ergänzung angenommen und darin gesagt: «Wer infolge selbstverschuldeter

Trunkenheit oder Betäubung unzurechnungsfähig ist und in diesem Zustand eine als Verbrechen oder Vergehen bedrohte Tat verübt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.» Er wird also nicht bestraft wegen der Tat als solcher, sondern dafür, daß er sich in diesen Zustand der Trunkenheit oder Betäubung versetzt hat, in dem er dann eine Tat begangen hat, ohne dann noch zurechnungsfähig zu sein. Also gewissermaßen die Gefährdung durch den Rausch wird hier unter Strafe gestellt. Eine solche Bestimmung fehlt im vorliegenden Gesetzesentwurf. Wir haben allerdings ursprünglich einen Art. 331 in diesem Gesetze gehabt, in den Uebertretungstatbeständen, der folgendes sagte: «Trunkenheit. Wer im Zustande der Betrunktheit öffentlich Sitte und Anstand in grober Weise verletzt, wird mit Buße bestraft.» Diese Bestimmung enthält allerdings auch eine Einschränkung; es muß öffentliches Aergernis im Zustande der Trunkenheit begangen worden sein, und es ist durchaus nicht immer der Fall, daß nun gerade noch ein öffentliches Aergernis mit der in der Trunkenheit begangenen Tat verbunden ist. Es kann einer ganz im Stillen eine strafbare Tat begehen. Da ist nun die Frage die: Soll man in Erweiterung des Art. 331 und in Anlehnung an den Art. 80 des Militärstrafgesetzbuches in diesem Gesetz eine Lösung suchen, die den Bedenken, wie sie heute geäußert worden sind, Rechnung trägt?

Wir haben nämlich den Art. 331 auch noch gestrichen, und zwar deshalb, weil er im Uebertretungsstrafrecht steht und weil wir diesen Teil des Uebertretungsstrafrechtes im Entwurf gestrichen haben; damit würde diese Frage eventuell den Kantonen zu überlassen sein. Aber ob das eine richtige Lösung ist, daß man die Kantone, in ihren Gesetzen betreffend Alkoholismus etc., verschieden legisferieren lassen soll, das ist eine Frage, welche die Kommission noch zu prüfen haben wird.

Nun hat Herr Farbstein den folgenden Antrag gestellt: «Die Kommission wird beauftragt, zu prüfen, ob nicht im siebenten Abschnitt ein der Bestimmung des Art. 80 des Militärgesetzes analoger Artikel aufzunehmen sei.» Das ist gewissermaßen eine Motivierung des Rückweisungsantrages des Herrn Dr. Hoppeler, wobei selbstverständlich jedermann einverstanden sein wird, daß, wenn die Sache an die Kommission zurückgewiesen wird, die Frage dann in vollem Umfange und ohne Präjudiz behandelt werden soll. Wir haben Ihnen wiederholt erklärt, daß die Kommission jederzeit bereit sei, Bedenken, die hier geäußert werden, zu berücksichtigen und ihnen zu begegnen zu suchen. Persönlich habe ich nichts gegen die Rückweisung an die Kommission einzuwenden.

M. Logoz, rapporteur: M. le Dr Hoppeler a proposé, hier soir, le renvoi de l'art. 10 à la commission, en exprimant le vœu que la commission examine à nouveau la question des rapports entre l'ivresse et l'irresponsabilité pénale.

La proposition de M. Hoppeler a été appuyée hier par M. Bossi et, ce matin même, par M. Biroll. Je tiens à déclarer d'emblée, avec M. le président Seiler, que nous ne nous opposons personnellement pas à ce renvoi à la commission. Toutefois, je me permets de vous rappeler ce qui suit:

Tout d'abord, ainsi que M. Seiler vient de vous le dire, la question posée par M. Hoppeler a déjà

été discutée très à fond par ce Conseil, lors des délibérations desquelles est sorti l'art. 10 du Code pénal militaire. Je vous renvoie notamment au Bulletin sténographique du Conseil national, 1926, page 763 et suivantes (séance du 7 décembre 1926). A la suite de ces débats approfondis, la question posée par M. Hoppeler a été tranchée, en ce qui concerne l'art. 10, par ce Conseil et aussi par le Conseil des Etats.

Le Conseil national, en particulier, a, sauf erreur à l'unanimité, adopté pour le Code pénal militaire un art. 10 qui est textuellement le même que celui du projet de Code pénal ordinaire.

Mais il existe dans le Code pénal militaire un art. 80 qui ne figure pas dans le projet de Code pénal ordinaire.

En effet, dans le texte du Conseil fédéral du projet de code ordinaire que nous discutons maintenant, il y a un art. 331 qui dit: «Celui qui, étant en état d'ivresse, aura en public gravement offensé les bonnes mœurs ou la décence, sera puni de l'amende. S'il s'agit d'un buveur d'habitude, le juge pourra le renvoyer dans un asile pour buveurs....»

Mais cet article, votre commission vous propose de le biffer, parce qu'il s'agit d'une de ces contraventions essentiellement locales, a-t-on dit, qu'il vaut mieux laisser au droit cantonal. C'est donc aux cantons qu'il incomberait d'édicter les dispositions de police nécessaires pour remplacer éventuellement l'art. 331, que votre commission vous propose de biffer.

Mais, sur ce point, la commission n'est-elle pas allée un peu vite en besogne dans la voie des suppressions à faire dans notre projet? Nous n'avons plus, je le répète, d'équivalent de l'art. 80 du Code pénal militaire, dont le texte est le suivant: «1. Celui qui, étant en état d'ivresse, aura causé un scandale public, sera puni de l'emprisonnement jusqu'à trois mois.

2. Celui qui, étant en état d'irresponsabilité causée par ivresse ou intoxication dues à sa faute, aura commis un acte réprimé comme crime ou délit sera puni de l'emprisonnement jusqu'à six mois.

La peine sera l'emprisonnement si l'infraction commise en état d'irresponsabilité est passible de la réclusion ou d'une peine plus grave.

3. L'infraction sera punie disciplinairement si elle est de peu de gravité.»

A mon avis, la solution du problème posé par M. Hoppeler devrait donc être cherchée — si vous décidez de renvoyer la question à la commission pour nouvel examen — ailleurs que dans le sens d'une modification de l'art. 10. Je suis, en effet, très convaincu que nous devrions en tous cas éviter d'abandonner, en modifiant l'art. 10, le principe de la «Schuldhaftung», qui est un des principes fondamentaux du projet. Mais sans doute pourrait-on donner satisfaction aux objections peut-être légitimes de M. Hoppeler, de M. Bossi et de M. Biroll en insérant dans le projet ordinaire quelque chose qui soit l'équivalent de l'art. 80 du Code militaire. C'est dans ce sens que, M. Seiler et moi, nous acceptons, si vous le désirez, le renvoi de l'art. 10 à la commission.

Präsident: Der Rückweisungsantrag des Herrn Hoppeler und der Zusatzantrag des Herrn Farbstein sind nicht bekämpft, somit angenommen.

2. Schuld. — Gulpabilité.

Art. 16—18.

Anträge der Kommission.

Art. 16. Bestimmt es das Gesetz nicht ausdrücklich anders, so ist nur strafbar, wer ein Verbrechen oder ein Vergehen vorsätzlich verübt.

Vorsätzlich verübt ein Verbrechen oder Vergehen, wer die Tat mit Wissen und Willen ausführt.

Ist die Tat darauf zurückzuführen, daß der Täter die Folge seines Verhaltens aus pflichtwidriger Unvorsichtigkeit nicht bedacht oder darauf nicht Rücksicht genommen hat, so begeht er das Verbrechen oder Vergehen fahrlässig. Pflichtwidrig ist die Unvorsichtigkeit, wenn der Täter die Vorsicht nicht beobachtet, zu der er nach den Umständen und nach seinen persönlichen Verhältnissen verpflichtet ist.

Art. 17. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates. (Die Aenderung berührt nur den französischen Text.)

Art. 18. Hat der Täter aus zureichenden Gründen angenommen, er sei zur Tat berechtigt, so kann der Richter die Strafe nach freiem Ermessen mildern (Art. 63) oder von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Propositions de la commission.

Art. 16. Sauf disposition contraire et expresse de la loi, est seul punissable celui qui commet intentionnellement un crime ou un délit.

Celui-là commet intentionnellement un crime ou délit, qui le commet avec conscience et volonté.

Celui-là commet un crime ou délit par négligence, qui, par une imprévoyance coupable, agit sans se rendre compte ou sans tenir compte des conséquences de son acte. L'imprévoyance est coupable, quand l'auteur de l'acte n'a pas usé des précautions commandées par les circonstances et par sa situation personnelle.

Art. 17. Celui qui aura agi sous l'influence d'une appréciation erronée des faits, sera jugé d'après cette appréciation, si elle lui est favorable.

Le délinquant qui pouvait éviter l'erreur en usant des précautions voulues est punissable pour négligence, si la loi réprime son acte comme délit de négligence.

Art. 18. La peine pourra être atténuée librement par le juge (art. 63) à l'égard de celui qui a commis un crime ou délit alors qu'il avait des raisons suffisantes de se croire en droit d'agir. Le juge pourra aussi exempter le prévenu de toute peine.

Seiler, Berichterstatter: Es ist schon im Einleitungsvotum betont worden, daß der Entwurf in der Behandlung der Schuldlehre einen großen Fortschritt bringt, indem er nahezu restlos die Schuldhaftung statuiert und den schwereren oder leichteren Erfolg in der Hauptsache nur noch in der Strafart und im Strafmaß berücksichtigt. Die Bedeutung des Fortschrittes ergibt sich am besten aus einer Vergleichung der Art. 16 und 110 des Entwurfs. Art. 16 stellt als Regel die Bestrafung der vorsätzlichen Tat hin. Die Fahrlässigkeit soll nur in den vom Gesetz ausdrücklich erwähnten Fällen bestraft werden. Vorsatz und Fahrlässigkeit sind Schuldformen. Auch die pflichtwidrige Unvorsichtigkeit ist dem Täter als Verschulden anzurechnen. Aber von einer Pflichtwidrigkeit kann nur gesprochen werden, wenn die Folgen des Verhaltens unter Berücksichtigung aller Umstände vorausgesehen werden konnten. Und eine

Konsequenz dieser Auffassung ist nun die Bestimmung des Art. 110, der den Täter nicht für die objektiven, nur zufälligen Folgen einer Körperverletzung verantwortlich macht, sondern nur für die Folgen, die er hat verursachen wollen. Ob es zweckmäßig ist, von einer Bestimmung im allgemeinen Teil, welche den Grundsatz «Ohne Schuld keine Strafe» ausdrücklich aufstellen würd, Umgang zu nehmen, bleibe dahingestellt. Wesentlich ist, daß dieser Grundsatz aus dem Gesetz abgeleitet werden muß. Dieser Grundsatz wird auch dadurch nicht eingeschränkt, daß im Gesetz einzelne Handlungen strafbar erklärt, werden, bei denen ein Erfolg nicht eintritt. Auch in der Herbeiführung einer bloßen Gefährdung, die an und für sich nicht zum Erfolge zu führen braucht, liegt ein schuldhaftes Verhalten, das die Bedrohung mit Strafe rechtfertigt.

Die Definition von Vorsatz und Fahrlässigkeit in Art. 16 ist in der Kommission unbestritten geblieben. Sie entspricht auch dem Wortlaut des Militärstrafgesetzes und bedarf hier keiner weiteren Erklärungen mehr. In der Expertenkommission ist nun aber auch die Frage des dolus eventualis aufgeworfen worden. In unserer Kommission war auch gelegentlich davon die Rede, aber man ist um dieses heikle Thema mit einer gewissen Scheu herumgegangen. Die Aufnahme einer besondern Bestimmung wurde zwar mit großer Mehrheit abgelehnt, damit ist aber eigentlich eine bestimmte Abklärung darüber, ob der künftige Richter mit diesem Begriff operieren soll, nicht geschaffen worden. Es ist daher notwendig, daß sich die Referenten noch kurz über diese Frage aussprechen, um so mehr, als Professor Zürcher in seinen Erläuterungen die Fälle des dolus eventualis einfach den Fahrlässigkeitstatbeständen zuweist. Auch Gautier hat in der Expertenkommission diesen Standpunkt vertreten. Professor Zürcher hat das Operieren mit diesem Begriff als eine Ausflucht des Richters bezeichnet, der den Sachverhalt nicht genau untersucht hat. Professor Hafer hält die Zuhilfenahme des Begriffes des dolus eventualis als unentbehrlich. Durch die Formulierung des Art. 16 ist nun tatsächlich die Anwendung dieses Begriffes nicht ausgeschlossen. Soll der Täter, der in Kenntnis der mit der Tat für Dritte verbundenen Gefahr schießt, nur wegen Fahrlässigkeit bestraft werden, und sind in diesem Falle überhaupt die Voraussetzungen der Fahrlässigkeit gegeben? Ist dieses Verhalten nur pflichtwidrige Unvorsichtigkeit oder aber liegt darin nicht schon ein Wissen und Wollen, ein Bedenken und Berücksichtigen des Erfolges, der zwar nicht mit Sicherheit eintreten muß, aber doch in Rechnung gestellt wird? Die beiden Referenten halten dafür, daß auf dem Boden des Entwurfs die Herbeiziehung des Begriffes des dolus eventualis nicht ausgeschlossen ist, solange nicht eine ausdrückliche Bestimmung dazu zwingt und daß zudem eine ausdrückliche Bestimmung, welche die Fälle des dolus eventualis der Fahrlässigkeit zuweist, der Gerechtigkeit nicht Genüge leisten würde, zumal die Fahrlässigkeit nur in den im Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen bestraft werden kann und die Bestrafung wegen Fahrlässigkeit zum Teil von der Stellung des Strafantrages abhängig ist.

Art. 17 sagt etwas vielleicht Selbstverständliches. Er ist denn auch ursprünglich von der Kommission gestrichen, schließlich aber doch in Uebereinstimmung mit dem Militärstrafgesetz wieder aufgenommen

worden. Theoretisch gesprochen, handelt derjenige, der in einer irrigen Vorstellung über den Sachverhalt handelt, nicht «wissend». Der Tatirrtum schließt das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit und damit den schuldhaften Vorsatz aus. Insofern erscheint die Bestimmung des Art. 17 überflüssig. Sie kann aber zur Verdeutlichung namentlich für den Laienrichter nichts schaden und sie ist schon deshalb aufzunehmen, damit nicht zwischen diesem Gesetz und dem Militärstrafgesetz aus dem Fehlen am einen und aus der Aufnahme am andern Orte ein Widerspruch konstruiert wird, der keineswegs gewollt war.

Den Rechtsirrtum speziell behandelt Art. 18, und zwar in Abweichung von der bundesrätlichen Fassung. Der altrömische zivilrechtliche Satz «Error juris nocet» hat in die strafrechtlichen Begriffe über den Irrtum eine ziemliche Konfusion gebracht. Art. 18 der bundesrätlichen Fassung will die im Rechtsirrtum begangene Tat lediglich milder strafen. Die Kommission ist weiter gegangen. Sie gewährt die Möglichkeit der Milderung nach freiem Ermessen, also auch eine Milderung der Strafart und gibt dem Richter die Befugnis, von einer Strafe überhaupt Umgang zu nehmen. Die Formulierung ist insofern erweitert worden, daß zureichende Gründe für die Annahme der Berechtigung der Tat verlangt werden. Die Kommission hat mit ihrer Fassung einer Kritik Folge gegeben, die Professor Hafter der bundesrätlichen Fassung gegenüber anbringt und die darin besteht, daß erklärt wird, der Entwurf sei auf halbem Wege stehen geblieben; der richtige Weg werde durch die Schuldlehre vorgezeichnet. Fehle das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit — und dies treffe auch beim Rechtsirrtum zu — so fehle eben der Vorsatz und damit die Strafbarkeit. Dabei sei allerdings zu prüfen, ob der Rechtsirrtum nicht auf eine Pflichtwidrigkeit zurückzuführen sei. In diesem Falle kommen dann die für die Fahrlässigkeit vorgesehenen Strafen in Anwendung.

Auf Grund dieser Ausführungen beantragen wir Ihnen die Annahme der Art. 16—18 nach den Anträgen der Kommission.

M. Logoz, rapporteur: Nous nous occupons maintenant des art. 16 à 18, qui traitent de la culpabilité.

L'art. 16, tout d'abord, doit être rapproché des art. 288 et 350. Cet art. 16 est reproduit textuellement par l'art. 15 du Code pénal militaire. Je me borne donc, en ce qui le concerne, à vous soumettre les quelques observations que voici.

A la seconde commission d'experts, les rapporteurs, se ralliant en cela à l'opinion de M. Stooss, ont déclaré qu'à leur avis le dol éventuel ne rentrait pas dans la définition de l'intention, telle qu'elle figure au second alinéa de l'art. 16.

Le dol éventuel serait donc, d'après eux, une forme de l'imprudence et non pas de la culpabilité intentionnelle.

Je tiens cette interprétation pour fâcheuse et contestable. Elle est fâcheuse parce que le dol éventuel se rapproche beaucoup plus de l'intention que de la négligence; celui qui agit avec dol éventuel, le fait par égoïsme, plutôt que par imprévoyance ou légèreté.

Aussi la plupart des auteurs et la jurisprudence de plusieurs pays traitent-ils comme délits intentionnels, les délits commis avec dol éventuel.

C'est aussi la solution qui répond le mieux aux besoins de la pratique. Heureusement donc, il n'est pas du tout incontestable que la définition de l'intention, telle que la donne l'art. 16, deuxième alinéa, soit trop étroite pour qu'on puisse y englober le dol éventuel.

Je me réfère notamment au manuel de M. Hafter, d'après lequel il est au contraire possible d'interpréter cet al. 2 de manière à l'appliquer aussi au dol éventuel. Je partage cette manière de voir et, à cause de l'importance pratique de ce problème, il nous a semblé utile, à M. Seiler et à moi-même, de déclarer que nous partageons l'opinion de M. Hafter; par ailleurs, l'opinion contraire n'a pas été soutenue à la commission.

Art. 17. Cet article, dans la rédaction que vous propose la commission, est identique à l'art. 16 du Code pénal militaire. L'al. 2, en particulier, pourra être utile pour le juge et, spécialement, pour les juges laïques qui auront à appliquer la loi.

Art. 18. Cet article résout le délicat problème de l'erreur de droit exactement dans les mêmes termes que l'art. 17 du Code pénal militaire.

Angenommen. — *Adoptés.*

3. Versuch. — Degrés de réalisation.

Art. 19—21.

Anträge der Kommission.

Mehrheit.

Art. 19. Führt der Täter, nachdem er mit der Ausführung des Verbrechens oder Vergehens begonnen hat, die strafbare Tätigkeit nicht zu Ende, so kann er milder bestraft werden (Art. 62).

Führt er aus eigenem Antrieb die strafbare Tätigkeit nicht zu Ende, so kann der Richter wegen des Versuches von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Art. 19bis. Wird die strafbare Tätigkeit zu Ende geführt, tritt aber der zur Vollendung des Verbrechens oder Vergehens gehörige Erfolg nicht ein, so kann der Täter milder bestraft werden (Art. 62).

Hat der Täter aus eigenem Antrieb zum Nichteintritt des Erfolgs beigetragen oder den Eintritt des Erfolgs verhindert, so kann der Richter die Strafe nach freiem Ermessen mildern (Art. 63).

Art. 20. Ist das Mittel, womit jemand ein Verbrechen oder Vergehen auszuführen versucht, oder der Gegenstand, woran er es auszuführen versucht, derart, daß die Tat mit einem solchen Mittel oder an einem solchen Gegenstande überhaupt nicht ausgeführt werden könnte, so kann der Richter die Strafe nach freiem Ermessen mildern (Art. 63).

Handelt der Täter aus Unverstand, so kann der Richter von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Art. 21. Streichen (vgl. Art. 19, Abs. 2, und Art. 19bis, Abs. 2).

Propositions de la commission.

Majorité.

Art. 19. La peine pourra être atténuée (art. 62) à l'égard de celui qui aura commencé l'exécution d'un crime ou d'un délit, sans toutefois poursuivre jusqu'au bout son activité coupable.

Le juge pourra exempter de toute peine celui qui, de son propre mouvement, aura renoncé à poursuivre jusqu'au bout son activité coupable.

Art. 19bis. La peine pourra être atténuée (art. 62) à l'égard de celui qui aura poursuivi jusqu'au bout son activité coupable, mais sans produire le résultat nécessaire pour que le crime ou le délit soit consommé.

Le juge pourra atténuer librement la peine (art. 63) à l'égard de celui qui, de son propre mouvement, aura contribué à éviter que le résultat se produise ou aura empêché le résultat de se produire.

Art. 20. Le juge pourra atténuer librement la peine (art. 63) à l'égard de celui qui aura tenté de commettre un crime ou un délit par un moyen ou contre un objet de nature telle que la perpétration de cette infraction était absolument impossible.

Il pourra l'exempter de toute peine, s'il a agi par simplicité d'esprit.

Art. 21. Biffer (cf. ci-dessus, art. 19, al. 2, et art. 19bis, al. 2).

Art. 20.

Minderheit.

(Affolter, Farbstein, Golay, Huber, Perrin, Schneider, Sigg.)

... mildern (Art. 63) oder von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Abs. 2. Streichen.

Minorité.

(Affolter, Farbstein, Golay, Huber, Perrin, Schneider, Sigg.)

... impossible. Il pourra aussi l'exempter de toute peine.

2^e al. Biffer.

Seller, Berichterstatter der Mehrheit: Vorerst seien noch einige Bemerkungen zur Systematik gemacht, die von der bundesrätlichen Vorlage abweicht. Art. 21 des Bundesrates spricht vom Rücktritt vom Versuch und von der tätigen Reue; in gleicher Weise das Militärstrafgesetz in Art. 21. Die Kommission hat nun hier Art. 21 gestrichen und seine Tatbestände in den Art. 19 und 19bis untergebracht. In Art. 19 wird der unvollendete Versuch und in Art. 20 der vollendete Versuch behandelt. In Art. 19 wird nunmehr unterschieden zwischen der ohne eigenes Zutun erfolgten Nichtvollendung, in welchem Falle eine mildere Bestrafung eintreten kann und der aus eigenem Antriebe resultierenden Nichtvollendung, in welchem Falle von der Strafe Umgang genommen werden kann. Art. 19bis behandelt den vollendeten Versuch — zu unterscheiden von der Vollendung der Tat — und stuft die Strafbarkeit wiederum ab, je nachdem der Täter den Nichteintritt des Erfolges beeinflusst hat oder nicht. Im letztern Falle kann milder bestraft werden, im erstern Falle die Strafe nach freiem Ermessen gemildert werden. Ist die Versuchslehre ohnehin schon eine recht komplizierte und in ihrer Anwendung schwierige, schon wenn man nur an die Abgrenzung von Versuch und bloßer Vorbereitungshandlung denkt, so erscheinen diese vielen Differenzierungen in der Art der Bestrafung auf den ersten Blick recht kompliziert. Auf alle Fälle aber ist die Systematik des Entwurfs klarer. Eine materielle Aenderung gegenüber der bundesrätlichen

Fassung liegt insofern vor, als im Falle des Rücktrittes vom unvollendeten Versuch nicht eine absolute Straflosigkeit, sondern nur die Möglichkeit der Strafbefreiung vorgesehen ist und als im Falle der tätigen Reue beim vollendeten Versuch auch wiederum nicht die obligatorische Milderung nach freiem Ermessen vorgesehen ist, sondern nur die fakultative. Niemand wird verlangen, daß diese Formulierungen auf den ersten Blick ohne weiteres verständlich seien. Es bedarf der Ueberprüfung anhand praktischer Beispiele, einer Methode, auf die in diesem Rahmen verzichtet werden muß.

Art. 20 handelt vom untauglichen Versuch, einem weitem Tummelplatz für die Rechtswissenschaft und für die Praxis. Nehmen wir hier ein Beispiel: Abtreibungshandlungen an einer nicht schwangeren Frau. Fraglich war von jeher, ob eine positive Bestimmung aufzunehmen sei oder ob alles der Praxis überlassen werden soll. Das geltende deutsche Strafgesetz enthält keine Begriffsbestimmung. Auch der deutsche Entwurf von 1919 spricht nicht ausdrücklich vom untauglichen Versuch, bestimmt jedoch in Art. 24 daß das Gericht die Strafe mildern kann, wenn der Versuch nicht zur Vollendung führen konnte und daß bei besondern Umständen von einer Bestrafung Umgang genommen werden könne.

Unser Entwurf löst nun die Frage so, daß beim untauglichen Versuch die Milderung der Strafe nach freiem Ermessen erfolgen und überdies beim Handeln aus Unverstand die völlige Strafbefreiung eintreten kann. Hier setzt nun der erste Minderheitsantrag ein, den wir zu verzeichnen haben, der Minderheitsantrag der Herren Affolter und Konsorten, der nicht nur im Falle des Unverstandes, sondern überhaupt bei jedem untauglichen Versuch die Möglichkeit der völligen Strafbefreiung schaffen will.

In der Theorie ist das Problem, wie gesagt, sehr umstritten. Die Schwierigkeit der Einigung liegt darin, daß man zögert, Straffreiheit da eintreten zu lassen, wo der Wille auf ein sehr schweres Delikt gerichtet ist und ein schuldhaftes Verhalten zweifellos vorliegt. Man ist versucht, dem Satz «Ohne Schuld keine Strafe» und dem Ausschluß der Erfolgshaftung die These entgegenzusetzen, daß bei schuldhaftem Verhalten ohne Rücksicht auf den Nichterfolg Strafe eintreten muß. Dem widerspricht nun aber doch wiederum das Empfinden, daß eine Strafe, und unter Umständen eine recht schwere Strafe, stoßend wirken müßte, in den Fällen, da objektiv ein Rechtsgut doch nicht verletzt ist und auch die weitere Ueberlegung, daß der böse Wille, der sich nicht objektiv auswirkt, ohnehin in den wenigsten Fällen erfaßt und geahndet werden kann. Unter diesen Umständen erscheint die Mittellösung des Entwurfs als der praktische Ausweg aus dieser schwierigen Aufgabe, und es wird sich hier nur noch darum handeln, sich über den Mehrheits- und den Minderheitsantrag schlüssig zu machen. Die Frage ist: Soll nur bei Unverstand eine Strafbefreiung möglich sein oder immer dann, wenn es sich um untauglichen Versuch handelt? Auch der Minderheitsantrag will nur das Fakultativum. Bei ausgesprochen bösem Willen wird wohl der Richter von der Strafbefreiung keinen Gebrauch machen. Sie mögen entscheiden.

Bei den Art. 19 und 19bis beantrage ich Ihnen Zustimmung zum einstimmigen Kommissionsantrag und bei Art. 20 Zustimmung zu der Fassung der

Kommissionsmehrheit. Im weitern ist Art. 21 zu streichen.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Nous passons maintenant aux art. 19 à 21, qui traitent de ce qu'on appelle les degrés de réalisation (tentative, etc.).

L'art. 19 proposé par la commission parle de la tentative au premier alinéa, et du désistement au second alinéa (voir art. 21, premier alinéa, du projet du Conseil fédéral).

Ici, votre commission s'est séparée à certains égards du projet du Conseil fédéral et du Code pénal militaire, qui l'a textuellement reproduit (art. 19).

Tout d'abord, la commission vous propose une définition de la tentative un peu différente de celle que donne le projet, mais qui, matériellement, n'apporte rien de nouveau. Il en résulte, en particulier, que la notion de la tentative punissable n'englobe pas les actes préparatoires, lesquels ne sont pas un commencement d'exécution.

Ensuite, la commission veut donner au juge seulement la faculté d'atténuer la peine de la tentative. Elle est donc plus sévère que le projet du Conseil fédéral et que le Code pénal militaire, puisque l'art. 19 du Code militaire et du projet du Conseil fédéral prévoient, dans ce cas, l'atténuation obligatoire de la peine par le juge.

On peut se demander s'il est très logique que le Code pénal militaire soit moins sévère que le Code pénal ordinaire. Il est vrai, cependant, qu'en elle-même, la solution proposée par la commission (atténuation facultative et non obligatoire) a l'avantage de laisser au juge une liberté d'appréciation qui pourra être utile dans un domaine où les espèces peuvent être extrêmement différentes les unes des autres. Vous remarquerez, d'autre part, que, dans le système proposé par la commission, ce qu'on appelle le délit manqué est passible de la même peine que la tentative.

Enfin, le second alinéa que la commission propose d'ajouter à l'art. 19 déplace et remplace le premier alinéa de l'art. 21 du projet du Conseil fédéral, relatif au désistement. Ici encore, la commission a cherché à donner une définition plus simple et plus claire que le projet du Conseil fédéral. D'autre part et surtout, la commission propose de donner au juge seulement la faculté d'exempter de toute peine l'auteur d'une tentative qui s'est désisté. Il faut, en effet, tenir compte de la diversité très grande des cas possibles. Il peut arriver que l'exemption de peine soit justifiée en cas de désistement. Il se peut aussi qu'elle ne le soit pas. Exemple: l'auteur d'une tentative se désiste, non parce qu'il se repent, mais simplement parce qu'il craint d'avoir été vu. Le mobile est ici très bas. L'inculpé peut donc ne pas paraître digne de l'impunité complète. Il suffira peut-être, dans un cas de ce genre, d'atténuer la peine pour tenir compte du fait que l'auteur n'est pas allé jusqu'au bout de son activité coupable. Au juge d'apprécier. C'est ce que la commission veut lui permettre de faire par la formule qu'elle vous propose.

Art. 19bis. Dans le texte proposé par la commission, cet article traite: 1° du délit manqué (premier alinéa), 2° du repentir actif (deuxième alinéa).

Le premier alinéa reprend, pour le délit manqué, avec une définition quelque peu différente mais matériellement équivalente, la seconde partie de l'art. 19 du projet du Conseil fédéral.

Quant au repentir actif, votre commission a, d'une part, cherché à préciser la définition du Conseil fédéral, et d'autre part, elle a aggravé, comme pour la tentative, la pénalité d'un degré. Alors que le Conseil fédéral, à l'art. 21, deuxième alinéa, oblige le juge à atténuer la peine en cas de repentir actif, votre commission, s'inspirant de raisons semblables à celles qui l'ont guidée à propos de l'art. 19, deuxième alinéa, vous propose de donner simplement au juge la faculté d'atténuer. La distinction est du reste assez théorique. Au surplus, c'est là une question d'appréciation, sur laquelle on peut naturellement discuter.

Art. 20. Cet article correspond exactement, dans le texte de la commission, à l'art. 20 du Code pénal militaire, sauf les deux derniers mots. Il faudra, me semble-t-il, rétablir la concordance sur ce point.

Vous êtes, par ailleurs, saisis d'une proposition de minorité qui, si vous l'adoptiez, aurait pour effet de faire tomber le second alinéa de l'art. 20. J'attendrai de connaître les motifs à l'appui de cette proposition pour me prononcer à son égard.

Remarquez aussi que, contrairement à ce que semble dire la note marginale, l'art. 20 ne parle que d'une catégorie de délits impossibles, à savoir les délits absolument impossibles. En revanche, les délits relativement impossibles quant au moyen ou quant à l'objet, ne tombent pas sous le coup de l'art. 20. Ils pourront être considérés, peut-être, comme un commencement d'exécution, c'est-à-dire comme une tentative réprimée par l'art. 19.

Enfin, l'art. 21 tombe. Les art. 19 (second alinéa) et 19bis (second alinéa) remplacent l'art. 21, texte du Conseil fédéral.

Nous vous recommandons d'adopter les art. 19, 19bis et 20 dans le texte proposé par la commission et de biffer l'art. 21 du projet du Conseil fédéral.

Affolter, Berichterstatter der Minderheit: Herr Hadorn hat gestern den sozialdemokratischen Vertretern in der Kommission ein Kompliment gemacht. Er hat gesagt, sie hätten in der Kommission sehr viel erreicht. Er hat dann weiter erklärt, die Bauern- und Gewerbestei sei nicht mehr zu haben für irgendwelche weitergehenden Anträge von unserer Seite. Ich muß nun hier die Bemerkung machen, daß es sich bei allen diesen Anträgen mit ganz wenigen Ausnahmen nicht um Anträge parteipolitische Natur, um Anträge, die aus rein sozialdemokratischen Gefühlen herausgekommen sind, gehandelt hat, sondern durchwegs um strafrechtliche Sachen. Da kann man vielleicht zwei Strömungen in der Kommission unterscheiden, eine schärfere und eine mildere Strömung. Nach diesen zwei Kriterien hat sich die Kommission in zwei Lager geteilt bei den verschiedenen Anträgen, wo manchmal nur mit wenigen Stimmen Unterschied ein Antrag angenommen oder verworfen wurde. In sehr vielen Fällen hat der Präsident den Stichentscheid gegeben. Aber nur in ganz wenigen Fällen waren parteipolitische Rücksichten maßgebend.

Das Gesetz ist ja bereits genügend geschildert worden. Die ganze Vorlage durchweht der Zug der Milde im Gegensatz zu den bisherigen schärferen kantonalen Strafgesetzbüchern. Das geschieht hauptsächlich dadurch, daß der Entwurf dem Richter die Möglichkeit gibt, von sich aus von schärferen Strafarten zu weniger scharfen überzugehen. Es ist kri-

tisiert worden, daß das Gesetz noch immer die Strafminima aufrecht erhält. Das ist aber nicht in einer starren Form geschehen, sondern es ist dem Richter die Möglichkeit gegeben, über diese Strafminima hinunterzugehen zu einer milderen Straftart. Wo das Gesetz sagt, die Strafe könne nach freiem Ermessen des Richters gemildert werden, da ist der Richter überhaupt nicht gebunden an die Straftart, er kann vielmehr nach freiem Ermessen eine mildere Straftart anwenden.

Nach diesen beiden Unterscheidungen in den Art. 62 und 63 des Gesetzes ist in der Hauptsache die Materie des Versuches geordnet, indem nach allgemeinem Empfinden der Versuch milder bestraft werden soll als das vollendete Verbrechen. In den meisten Strafgesetzbüchern ist das ausdrücklich gesagt. Es bedeutet also einen Imperativ an den Richter, während die Kommission im Gegensatz zu dem ursprünglichen Antrage des Bundesrates einen solchen Imperativ nicht vorschlägt. Nach dem Vorschlage der Kommission hat der Richter die Möglichkeit, den Täter, der sich nur des Versuches schuldig gemacht hat, gleich zu bestrafen wie den Täter eines vollendeten Verbrechens. Es heißt überall «er kann milder bestrafen», während ursprünglich der Bundesrat vorgeschlagen hat: «Er muß beim Versuch mildere Strafen anwenden».

Der Versuch ist auch hier nach drei Gruppen eingeteilt. Wir haben einmal den vollendeten Versuch, den *conatus perfectus*, und den unvollendeten Versuch, den *conatus imperfectus*. Das dritte ist der Versuch am untauglichen Objekt oder mit untauglichen Mitteln. Bei den ersten zwei Gruppen ist noch unterschieden worden zwischen einem freiwilligen Rücktritt, einem Rücktritt, der aus eigenem Antriebe erfolgt ist, und dem Rücktritt vom Versuche, der durch äußere Umstände verursacht worden ist.

Beim unvollendeten Versuche ist dem Richter die Möglichkeit gegeben, den Täter zu bestrafen, als ob er das Delikt vollendet hätte. Es ist ihm auch die Möglichkeit gegeben, den Täter vollständig freizusprechen. Diese Fakultät wird aber nicht konsequent durchgeführt beim Versuch mit untauglichen Mitteln oder am untauglichen Objekt. Hier ist allerdings die Möglichkeit gegeben, daß der Richter den Versuchenden bestraft, als ob dieser das Delikt vollendet hätte. Nach oben ist dem Richter die Möglichkeit gegeben, einen Täter gleich zu behandeln, nach unten aber nicht. Nach unten ist dem Richter nur die Möglichkeit gegeben, die Strafe nach freiem Ermessen zu mildern. Der Richter darf hier also nicht ganz freisprechen. Es besteht also hier eine gewisse Lücke. Es wird sich in der Praxis zeigen, daß der Richter unter Umständen doch einen Versuchenden freisprechen muß, da nach dem allgemeinen Volksempfinden keine Strafe am Platze wäre.

Ich will das an zwei Beispielen von Vergehen gegen Leben und Gesundheit klarmachen.

Ein Beispiel zum Versuch am untauglichen Objekt. Es will jemand einen andern töten. Er glaubt ihn in der Hofstatt zu sehen, schießt auf ihn, es stellt sich aber heraus, daß der andere gar nicht dort gewesen ist, sondern daß der Täter in der Dunkelheit einen Baumstrunk für den andern gehalten hat. Er hat also auf den Baumstrunk geschossen. Das ist ein Versuch am untauglichen Objekt. Hier könnte

man ja allerdings sagen, der verbrecherische Wille sei vorhanden gewesen, und er solle auch bestraft werden. Wegen der Art und Größe des Deliktes, des Mordgedankens, sei eine Strafe am Platze. Aber sobald es sich um weniger schwer wiegende Delikte handelt, sagen wir um eine Körperverletzung, die noch offiziell verfolgt wird, wird die Sache schon anders. Nehmen wir an, der Täter will einem Gegner eine Körperverletzung beibringen, er glaubt, in der Dunkelheit seinen Gegner vor sich zu sehen, schlägt aber auf einen leblosen Gegenstand, den er für den Gegner gehalten hat. Hier wird doch das Volksempfinden keine Strafe verlangen. Oder nehmen wir an, der Täter nimmt statt eines gefährlichen Gegenstandes einen Papierstreifen und schlägt damit auf seinen Gegner. Auch hier wird das Volksempfinden keine Strafe verlangen.

In der Praxis werden wir also Fälle haben, wo sich der Richter sagen muß, es soll nicht bloß eine Strafmilderung, sondern eine Strafbefreiung eintreten. Diesen Gedanken hat in der Kommission eigentlich nur eine Zufallsmehrheit ausgeschaltet.

Der Nachsatz von Art. 20: «Handelt der Täter aus Unvernunft...» ist dann vollständig überflüssig, sobald Sie unseren Antrag annehmen. Es soll nicht nur dann Umgang von der Strafe genommen werden, wenn der Täter aus Unvernunft handelt, sondern in der Praxis werden sich Fälle zeigen, wo auch aus andern Gründen Strafbefreiung eintreten muß.

Der Herr Referent hat bereits erklärt, daß er gegen den Minderheitsantrag nichts einzuwenden habe, sondern es dem Belieben des Nationalrates anheimstelle, auch den Minderheitsantrag anzunehmen. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Je ne suis pas de ceux qui combattent des propositions socialistes parce qu'elles émanent du groupe socialiste. Comme tous les amendements soumis à la commission, j'étudie naturellement ces propositions pour elles-mêmes. Si elles sont de nature à améliorer réellement le projet, je suis le premier à les appuyer. Ici, la proposition de la minorité de la commission, qui est d'ailleurs d'une importance réelle très minime, ne me paraît pas être de nature à améliorer le projet, au contraire. Je suis partisan d'un pouvoir d'appréciation aussi large que possible donné au juge. Mais je pense que ce système ne doit pas aboutir à repousser les problèmes de la loi au juge, quand la loi elle-même peut les résoudre. Or, c'est à un résultat de ce genre qu'aboutirait, ici, la proposition de la minorité de la commission. La minorité nous propose de dire, somme toute, qu'en cas de délit impossible le juge pourra, ou bien atténuer la peine ou bien même exempter l'inculpé de toute peine, sans donner au juge aucune indication sur la manière dont il aura à choisir entre ces deux solutions éventuelles. Il est pourtant possible et utile de donner à cet égard quelque directive au juge; c'est ce que fait le projet. Il est possible et utile de dire dans la loi: l'impunité pourra être accordée à l'auteur d'un délit impossible, seulement quand cet individu est plus bête que dangereux, c'est-à-dire quand il a agi par défaut d'intelligence. C'est pourquoi je vous propose d'adopter le texte de la majorité de la commission.

Abstimmung. — Vote.

Art. 20.

Für den Antrag der Mehrheit	Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit	Minderheit

Art. 19 und 19bis.

Angenommen. — Adoptés.

Art. 21.

Gestrichen. — Biffé.

4. Teilnahme. 5. Veranlassen einer nicht vorsätzlichen Tat.
4. Participation. 5. Incitation à un acte non intentionnel.

Art. 22—25.

Anträge der Kommission.

Art. 22. Wer jemanden zu dem von ihm begangenen Verbrechen oder Vergehen vorsätzlich bestimmt hat, wird mit der Strafe der vorsätzlichen Tat bestraft.

Wer jemanden zu einem Verbrechen oder Vergehen das mit Zuchthaus bedroht ist, zu bestimmen versucht, wird wegen Versuchs dieser Tat bestraft.

Art. 23. Wer zu einem Verbrechen oder Vergehen vorsätzlich Hilfe leistet, kann milder bestraft werden (Art. 62).

Art. 24. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 25. Streichen.

Propositions de la commission.

Art. 22. Celui qui aura intentionnellement décidé autrui à commettre un crime ou délit, encourra, si l'infraction a été commise, la peine applicable à cette infraction quand elle est commise intentionnellement.

Celui qui aura tenté de décider une personne à commettre un crime ou délit puni de réclusion, encourra la peine prévue pour la tentative de cette infraction.

Art. 23. La peine pourra être atténuée (art. 62) à l'égard de celui qui aura intentionnellement prêté assistance pour commettre un crime ou délit.

Art. 24. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 25. Biffer.

Seiler, Berichterstatter: Die Bestimmungen über die Anstiftung und über die Gehilfenschaft bringen in der Fassung der Kommission weder zum Vorschlag des Bundesrates noch zu der Fassung des Militärstrafgesetzes eine wesentliche Aenderung. Auch über diese Begriffe besteht eine umfangreiche Literatur. Speziell das Problem der mittelbaren Täterschaft hat viel Kopfzerbrechen verursacht.

Art. 22 bestraft den Anstifter grundsätzlich gleich wie den Täter. Das schließt natürlich nicht aus, daß ein verschiedenes Strafmaß angewendet wird, je nach dem Charakter, der Einsicht, dem Verhältnis, in dem Täter und Anstifter zueinander stehen. Der Anstifter ist nur strafbar, wenn eine strafbare Tat vorliegt. Die Frage, ob der Anstiftungsversuch strafbar sei, ist eine alte Streitfrage. Der Entwurf löst die Zweifel durch die ausdrückliche Bejahung der Strafbarkeit und zwar nach den Grundsätzen des Versuchs. Nach den Regeln der Auslegung ist der Anstifter für den Exzeß des Täters nicht strafbar und nach Hafter liegt dann, wenn der Täter ein geringeres Delikt begeht, als der Anstifter wollte, Idealkonkurrenz zwischen Anstiftung zu dem vollendeten Delikt und

versuchter Anstiftung zu dem mißlungenen Delikt gemäß Art. 22, Abs. 2, vor. Auf weitere Fragen hier einzutreten, würde zu weit führen.

Bei der Gehilfenschaft (Art. 23) bildet eine Streitfrage die, ob der Gehilfe immer milder zu strafen ist als der Täter. Entsprechend der Erfahrung, daß der Gehilfe verwerflicher handeln kann, als der Täter, hat der Entwurf nicht die obligatorische, sondern die fakultative Milderung der Strafe vorgesehen. Ueber die qualifizierte Beihilfe, die in gewissen Fällen strafbar macht, auch wenn die Tat an sich straflos ist, wird im speziellen Teil zu reden sein. Daß der Versuch der Beihilfe straflos ist, ergibt sich aus dem akzessorischen Charakter der Beihilfe. Da bei der Anstiftung der Gesetzgeber den Versuch bestrafen will, muß er es besonders sagen.

Die Begünstigung als allgemeine Teilnahmeform ist im Entwurf nicht mehr enthalten. Der Ausdruck ist im besondern Teil für einen ganz besondern Tatbestand verwendet.

Wichtig ist die Bestimmung des Art. 24, gemäß welchem die persönlichen Verhältnisse bei dem einen Teilnehmer für die Behandlung des andern ohne Einfluß sind.

Gestrichen wurde im Anschluß an das Militärstrafgesetz die Bestimmung von Art. 25. Der Artikel klingt außerordentlich gelehrt, was natürlich an und für sich nicht gegen ihn spricht. Er bedeutet eine Ausnahme von Art. 22, welcher Täter und Anstifter auf die gleiche Linie stellt. Durch die Streichung ist nunmehr diese doch wohl seltene Frage der vorsätzlichen Anstiftung zu einem fahrlässigen Vergehen der Doktrin und der Praxis überlassen.

M. Logoz, rapporteur: Les art. 22 à 25 traitent de ce que l'on appelle la participation — la complicité au sens large.

Ces articles, je tiens à le relever, apportent une simplification considérable aux dispositions compliquées que beaucoup de lois cantonales — la loi de mon canton par exemple — consacrent à ce problème de la participation.

L'art. 22 correspond exactement à l'art. 22 du Code pénal militaire, sauf qu'au second alinéa le Code pénal militaire parle aussi des infractions punies de mort. Cette peine n'existant pas dans le projet de Code pénal ordinaire, au moins jusqu'à nouvel ordre, il n'y a pas lieu de prévoir ce cas dans ce projet-là.

L'art. 23, sur la complicité au sens propre, est identique à l'art. 23 du Code pénal militaire. De même, l'art. 24 a été transcrit textuellement dans l'art. 24 du Code pénal militaire.

Quant à l'art. 25, que le Code pénal militaire n'a pas reproduit, il s'occupe de ce que l'on appelle l'auteur médiateur, c'est-à-dire celui qui fait agir à sa place un irresponsable ou, tout au moins, un individu agissant d'une manière purement passive, ou par imprudence.

Cette disposition, M. Seiler l'a dit avec raison tout à l'heure, n'est pas facile à comprendre pour les non-initiés. La rédaction de cet article pourrait même prêter à une interprétation trop étroite, d'après laquelle l'auteur médiateur devrait toujours être puni pour délit par négligence.

D'autre part, ce texte ne résout pas la question controversée de savoir si la notion de l'auteur médiateur

peut être admise en matière de délits dont l'auteur doit avoir certaines qualités personnelles. Par exemple, une femme peut-elle être condamnée comme auteur médiateur d'un viol qu'elle aurait fait commettre par un irresponsable? Cette question, l'art. 25 la laisse ouverte.

Pour toutes ces raisons, votre commission, d'accord avec ses experts, a décidé de vous proposer la suppression de l'art. 25. Il n'est pas indispensable et on peut laisser à la pratique et à la doctrine le soin de résoudre le problème.

Angenommen. — *Adoptés.*

6. Verantwortlichkeit für Pressvergehen.

6. Responsabilité en matière de délits de presse.

Art. 26.

Antrag der Kommission.

1. Wird eine strafbare Handlung durch das Mittel der Druckerpresse begangen, und erschöpft sich die strafbare Handlung in dem Preßerzeugnis, so ist, unter Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen, der Verfasser dafür allein verantwortlich.

2. Kann bei nicht periodischen Druckschriften der Verfasser nicht ermittelt werden oder hat die Veröffentlichung ohne sein Wissen oder gegen seinen Willen stattgefunden, so ist der Verleger und, wenn ein solcher fehlt, der Drucker als Täter strafbar.

3. Kann der Verfasser eines in einer Zeitung oder Zeitschrift erschienenen Artikels nicht ermittelt oder in der Schweiz nicht vor Gericht gestellt werden, oder hat die Veröffentlichung ohne sein Wissen oder gegen seinen Willen stattgefunden, so ist der als verantwortlich zeichnende Redaktor als Täter strafbar.

Der Redaktor ist nicht verpflichtet, den Namen des Verfassers zu nennen. Weder gegen den Redaktor, noch gegen den Drucker und sein Personal, noch gegen den Herausgeber oder Verleger dürfen prozessuale Zwangsmittel angewendet werden, um den Namen des Verfassers zu ermitteln. (Letzter Satz der Ziff. 3, Abs. 2 streichen.)

4. Kann der Einsender eines in einem Anzeigenblatt oder im Anzeigenteil einer Zeitung oder Zeitschrift erschienenen Inserates nicht ermittelt werden, so wird diejenige Person als Täter bestraft, die als für die Anzeigen verantwortlich bezeichnet ist, und, wenn eine solche nicht genannt ist, der Verleger oder Drucker.

Wird die für die Anzeigen verantwortliche Person zu einer Buße verurteilt, so haftet dafür auch der Verleger.

5. Die wahrheitsgetreue Berichterstattung über die öffentlichen Verhandlungen einer Behörde bleibt straflos.

6. Die Verjährung tritt in einem Jahre seit der Veröffentlichung der Druckschrift ein.

6bis. Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung bei Hochverrat und Landesverrat (Art. 229—238).

Proposition de la commission.

1. Lorsqu'une infraction aura été commise par la voie de la presse et qu'elle aura été consommée par la publication elle-même, l'auteur de l'écrit en sera seul responsable, sous réserve des dispositions ci-après.

2. S'il s'agit d'un imprimé non périodique et si l'auteur de l'écrit ne peut être découvert, ou si la publication a été faite à son insu ou contre sa volonté, l'éditeur ou, à son défaut, l'imprimeur, sera puni comme auteur de l'infraction.

3. Si l'auteur d'un article paru dans un journal ou dans un périodique ne peut être découvert, ou s'il ne peut être traduit en Suisse devant un tribunal, ou si l'article a été publié à son insu ou contre sa volonté, le rédacteur signant comme responsable sera puni comme auteur de l'infraction.

Le rédacteur n'est pas tenu de nommer l'auteur de l'article. Pour découvrir le nom de ce dernier, aucune des mesures de coercition prévues par la loi de procédure ne pourra être employée contre le rédacteur, ni contre l'imprimeur ou son personnel, ni contre l'administrateur-gérant ou l'éditeur du journal ou du périodique. (Biffer la dernière phrase.)

4. Si la personne qui a envoyé une insertion parue dans une feuille d'annonces, ou dans la partie d'un journal ou d'un périodique réservée aux annonces, ne peut être découverte, la personne désignée comme responsable des annonces, ou, à son défaut, l'éditeur ou l'imprimeur, sera puni comme auteur de l'infraction.

Quand la personne désignée comme responsable des annonces est condamnée à une amende, l'éditeur en répond aussi.

5. L'auteur d'un compte rendu véridique des débats publics d'une autorité n'encourra aucune peine.

6. L'action pénale se prescrit par un an à partir de la publication de l'imprimé.

6bis. Les dispositions du présent article ne sont pas applicables aux crimes ou délits contre l'Etat ni à la trahison (art. 229 à 238).

Seller, Berichterstatter: Die Behandlung der Presse ist nach verschiedenen Richtungen hin eine ganz besondere. Sie weicht derart von den allgemeinen Begriffen des Strafrechts ab, daß der Gedanke der Verweisung dieser Materie in die Sondergesetzgebung ernstlich erwogen wurde. Wenn dieser Gedanke aufgegeben worden ist, so geschah es namentlich aus praktischen Gründen. Einem neben dem schweizerischen Strafgesetzbuch einhergehenden sondern schweizerischen Preßgesetz würde zweifellos ein unsicheres Geschick beschieden sein. Würde das Strafgesetzbuch angenommen und das Preßgesetz verworfen, so würde eine unhaltbare Situation geschaffen. Die Kommission hat daher beschlossen, die Preßfrage im Rahmen des Strafgesetzbuches zu regeln. Sie hat das Problem wiederholt behandelt und sie hat ihre Entscheidungen nicht gefaßt, ohne die Vertreter der Presse über ihre Anschauungen und Wünsche persönlich anzuhören.

Das Sonderrecht der Presse im Strafrecht wird begründet mit der Sonderaufgabe und Sonderstellung der Presse. Ein doppeltes Schutzbedürfnis kommt dabei in Frage. Einerseits das Schutzbedürfnis des Angegriffenen, dem es daran gelegen sein muß, eine verantwortliche Person zu finden, und andererseits das Schutzbedürfnis der Presse in bezug auf Anonymität und Redaktionsgeheimnis. Diese Bedürfnisse können nun allerdings nicht nach jeder Richtung hin in vollem Umfang befriedigt werden. So ist beispielsweise dem in der Presse Angegriffenen nicht restlos gedient, wenn an Stelle des Verfassers der Redaktor

die Strafe übernimmt. Und auch dem Redaktor selbst wird unter Umständen die Uebernahme der Verantwortlichkeit an Stelle des Verfassers zur schweren Pflicht. Die Frage ist aber schließlich die, ob nicht die Vorteile der vorgeschlagenen Lösung, als Ganzes betrachtet, die eben skizzierten Nachteile wesentlich überwiegen. Die Beurteilung dieser Frage kann natürlich nicht einzig vom Standpunkt der Presse aus erfolgen, sondern es müssen auch die Interessen der durch die Presse Verletzten in Betracht gezogen werden. Will man sich ein richtiges Urteil über die Tragweite des ganzen Problems bilden, so muß man sich folgendes vergegenwärtigen:

Was von der Presse vom Standpunkt der Anonymität aus verlangt wird, ist die Beseitigung aller Zwangsmittel zur Nennung oder Feststellung des Verfassers. Diesem Begehren ist durch Art. 26, Ziff. 3, Abs. 2 in weitgehendem Maße Rechnung getragen, eine Tatsache, die wohl unterstrichen werden darf. In dieser Bestimmung liegt eine einzig dastehende Ausnahme von den allgemeinen Strafrechtsregeln, die dahin tendieren, die volle Wahrheit über den ganzen Tatbestand zu ermitteln, nicht nur über die Täterschaft als solche, sondern auch über das Maß der Schuld, den Charakter des Täters und anderes mehr. Das ordentliche Strafrecht greift bei Vergehen mittels der Druckerpresse in seinem vollen Umfang nur Platz, wenn der Verfasser seinen Namen hergibt oder sonstwie, aber ohne daß prozessuale Maßregeln gegen die Presse ergriffen werden, ermittelt werden kann. Kann der Verfasser nicht ermittelt werden, so tritt das Sonderrecht des verantwortlichen Redaktors in Funktion. Für diese Fälle ist die Teilnahmelehre ausgeschaltet: Die Bedeutung dieser Regelung wird erst recht klar, wenn man ihr beispielsweise die Bestimmung des baselstädtischen Rechtes entgegenhält, welche nach den allgemeinen Grundsätzen der Teilnahme neben dem Verfasser auch den Herausgeber, Verleger, Drucker und Verbreiter der Bestrafung unterwirft, wenn ihnen die Strafbarkeit bekannt war oder wenn die Strafbarkeit von ihnen vernünftigerweise nicht übersehen werden konnte, nicht zu sprechen von denjenigen kantonalen Rechten, welche noch heute Sonderbestimmungen über die Presse überhaupt nicht kennen.

Das Gegenstück, sagen wir das Entgelt für die Einräumung dieses Rechts auf Anonymität, bildet die Haftung des als verantwortlich zeichnenden Redaktors. Er haftet gleich dem Täter, wobei selbstverständlich die persönlichen Verhältnisse des Täters, weil unbekannt, außer Betracht fallen.

Diese Lösung ist auch in der Kommission anfänglich nicht unangefochten geblieben. Es wurde darauf hingewiesen, daß es Fälle gebe, in denen Verfasser und Redaktor gleichermaßen schuldig sind, daß es nicht nur eine anständige Presse gebe, sondern auch eine solche, die planmäßig auf die Heruntermachung derer ausgeht, die ihr nicht belieben und daß die Schaffung der unerwünschten Institution des Sitzredaktors durch die neue Lösung nicht ausgeschlossen sei. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise hingewiesen auf frühere Erfahrungen mit einer gewissenlosen Finanzpresse, die meistens mit Strohmannern fechte; außerdem fehle eine Strafbestimmung gegen den Verbreiter.

Diesen Einwendungen gegenüber wurde von der Pressedelegation darauf hingewiesen, daß die Presse-

delikte häufig unpersönlich auftreten; die Anonymität liege im Wesen der Presse; ein großer Teil des Presseinhalts könne gar nicht anders erscheinen. Das Interesse der Geheimhaltung des Verfassers sei überall anerkannt. Das ordentliche Strafrecht mit Zeugniszwang sei unvereinbar mit der Pressefreiheit; das belgische System der responsabilité par cascades habe eine gewisse Erleichterung geschaffen, aber auch dieses System führe zu Unzukömmlichkeiten. So habe sich im Verlaufe des neunzehnten Jahrhunderts immer deutlicher das System des verantwortlichen Redaktors herausgebildet. Die Vorteile dieses Systems beständen darin, daß das Strafrecht und der Verletzte unter allen Umständen einen Täter erhalten; der Redaktor wolle die Veröffentlichung, sonst würde der Artikel nicht erscheinen; schuldig sei nicht derjenige, welcher den Artikel auf die Zeitung bringe, sondern derjenige, der ihn veröffentliche und mit der Veröffentlichung übernehme der Redaktor die Verantwortlichkeit. Mit dieser Lösung sei auch die Preßfreiheit gewahrt, sie entspreche dem innern Wesen der Presse am besten. Die Uebernahme der Verantwortlichkeit sei für die Presse keine geringe Sache; vor allem könne der Redaktor die persönlichen Einreden des Täters nicht geltend machen; das System des Sitzredaktors sei in der Schweiz undenkbar. Die Bestimmungen über die Preßübertretungen brächten Ordnung in das System der Verantwortlichkeit. Würde man das System der Bestrafung des Redaktors als Teilnehmer akzeptieren, so wäre die Folge die, daß der Verfasser nie bekannt gegeben würde. Kennt anderseits der Verletzte den Verfasser aus bestimmten Tatsachen, die außerhalb des Zeitungsbetriebes liegen, so mag er ihn fassen, die Presse aber will vor Maßnahmen geschützt werden, welche mit ihrem Wesen nicht vereinbar sind.

Die Kommission hat sich der Richtigkeit dieser Argumente nicht verschlossen. Zur Abklärung hat im weitern die Abhandlung von Prof. Hafter in der Zeitschrift für schweizerisches Strafrecht über die Pressefrage wesentlich beigetragen.

Es ist verständlich, daß die Kommission diese hochwichtige Frage nicht im ersten Anlauf in restloser Zustimmung zum Entwurf erledigt hat. Sie trug namentlich Bedenken in bezug auf die Unterbringung des Ausnahmerechtes im allgemeinen Teil, womit im Grundsatz die Anwendbarkeit des Ausnahmerechtes auf alle Delikte, welche in der Wissenschaft als Gedankenäußerungsdelikte bezeichnet zu werden pflegen, ausgesprochen wäre. Der erste Beschluß der Kommission ging dahin, Art. 26 zu streichen und das Ausnahmerecht lediglich den durch die Presse begangenen Ehrverletzungsdelikten zuzuerkennen. An die Stelle des allgemeinen Art. 26 trat ein Art. 154ter, handelnd von den Ehrverletzungen durch die Presse, der die Bestimmungen des Art. 26 hinübernahm, aber eben lediglich für die Ehrverletzungen. Gegen diese Lösung entstand alsbald Widerspruch in der Presse und dieser Widerspruch gab Veranlassung zu neuen Untersuchungen, speziell zu der schon erwähnten Abhandlung von Prof. Hafter. Insofern hatte der beanstandete Beschluß der Kommission das Gute, daß eine tiefergehende Prüfung des Geltungsbereichs dieser Ausnahmebestimmung veranlaßt worden ist. Klar und unbestritten war von allem Anfang an, daß, soweit Hochverrat und Landesverrat in Betracht kommen, das ordentliche Recht

in Betracht kommen muß, speziell also die prozessualen Zwangsmittel zur Anwendung gebracht werden können. Zugeben mußte man andererseits, daß die Beschränkung des Ausnahmerechtes auf die Ehrverletzungen eine zu enge Lösung darstellte. Nun wird es kaum gelingen, die Reihe der durch die Presse begehbaren Delikte von vorneherein unverrückbar festzustellen und es wurde dann namentlich die Frage aufgeworfen, ob beispielsweise Betrug oder Erpressung, wenn sie durch das Mittel der Druckerpresse begangen werden, ebenfalls des Schutzes des Art. 26 teilhaftig werden sollen. Diese Untersuchungen haben dazu geführt, auf dem Boden der allgemeinen Formel des Art. 26 eine Beschränkung einzuführen, welche dem Gedanken Ausdruck gibt, daß sich das Sonderrecht nur auf die reinen Gedankenäußerungsdelikte, d. h. auf diejenigen vermittelt der Druckerpresse begangenen Handlungen beziehen soll, bei denen sich die Handlung im Preßerzeugnis erschöpft. Zu diesen Handlungen gehören beispielsweise die Kredit-schädigung, die Ehrverletzung, die Störung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die falsche Anschuldigung, nicht aber der Betrug, die Erpressung, die letztern deshalb nicht, weil diese Vergehen durch die Publikation in der Presse nicht vollendet sind, sondern weil außerdem noch ein bestimmter Erfolg zur Erfüllung dieser Tatbestände notwendig ist.

Mit dieser einschränkenden Formel, die eine Aufzählung der Fälle vermeidet, und die den eingehenden Untersuchungen von Prof. Hafter zu verdanken ist, tritt nunmehr die Kommission vor die Öffentlichkeit und sie hofft, damit eine Basis in dieser verwickelten Frage gefunden zu haben, auf der die Praxis aufbauen und weiterhin abklärend wirken kann. In dieser einschränkenden Beifügung liegt nun die einzige Differenz mit dem bundesrätlichen Entwurf. In der Kommission sind auf Grund der umfassenden Aufklärung, bei der sich die Assistenz unserer Experten als besonders wertvoll erwiesen hat, Minderheitsanträge nicht aufrecht erhalten worden. Der Artikel ist nun wieder an den alten Platz versetzt worden, nachdem eine Garantie gegen die allzu weite Ausdehnung der Sonderbestimmung geschaffen worden war.

Festzuhalten sind im Artikel die Differenzierung in der Behandlung der periodisch und nicht periodisch erscheinenden Druckschriften, eine Differenzierung, die nicht angefochten worden ist, im weiteren in der Behandlung von Artikeln und Inseraten, die Straflosigkeit wahrheitsgetreuer Berichterstattung und die einjährige Verjährungsfrist. In der Systematik hat die Kommission insofern eine Aenderung vorgenommen, als sie das Ausnahmerecht für die Verbrechen des Hochverrates und des Landesverrates für den gesamten Art. 26 und nicht nur für Ziff. 3 statuiert. Für diese Verbrechen gilt somit das ordentliche Recht.

Diese die wesentlichen Bemerkungen zu Art. 26. Sie sind bewußt ausführlicher gehalten, als die übrige Berichterstattung, nicht nur um dieses schwierige Kapitel mit seinen Wandlungen klar zu stellen, sondern weil die gesamte Presse und eine weitere Öffentlichkeit an der richtigen Lösung dieser Frage lebhaften Anteil nehmen. Zwischen dem Schutzbedürfnis der Presse, deren hohe Berufung und gewaltiger Einfluß unbestreitbar sind, und dem Schutzbedürfnis des Verletzten eine richtige Mittel-

linie zu finden, ist keine leichte Aufgabe. Der Angriff in der Presse kann die Ehre, die Gesundheit und die Existenz des Angegriffenen zerstören, und solche schwere Verletzungen erfordern eine angemessene Sühne. Wir sind uns bewußt, daß mit der Bestrafung des Redaktors allein nicht immer die völlige Genugtuung geschaffen werden kann. Wenn trotzdem die Mitglieder der Kommission, welche ihre Bedenken nach dieser Richtung nicht völlig unterdrücken konnten, der vorgeschlagenen Lösung zustimmten, so geschah es von folgenden Erwägungen aus:

Einmal sind die schwersten Verbrechen, bei denen es um die Unabhängigkeit des Landes geht, von der Sonderbestimmung ausdrücklich ausgeschlossen. Sodann sind diejenigen Handlungen, bei denen sich die Handlung nicht im Preßerzeugnis erschöpft — und es sind dies die gemeinern Delikte —, ebenfalls vom Sonderrecht ausgenommen. Zulässig ist im fernern die Erfassung des wirklichen Täters, wenn seine Urhebererschaft ohne Inquisition bei der Presse festgestellt werden kann. Und schließlich darf ganz abgesehen von diesen Ausnahmen und Garantien der Erwartung Ausdruck verliehen werden, daß sich die Presse ihrer erhöhten Verantwortung bewußt ist und sich der Anerkennung ihrer Ausnahmestellung auch würdig erweisen wird, daß sie das Vertrauen rechtfertigen wird, das ihr der Bundesgesetzgeber durch diesen weitem Ausbau der Preßfreiheit und des Schutzes der Anonymität und des Redaktionsgeheimnisses entgegenbringt.

M. Logoz, rapporteur: Nous rapportons à part sur l'art. 26, à cause de son importance, et vous me pardonnerez peut-être de vous faire à son sujet une conférence un peu détaillée. Sa Majesté la Presse n'est-elle pas le quatrième pouvoir?

D'autre part, le problème de la répression des délits commis par la voie de la presse est un des plus délicats, un des plus controversés qu'il y ait en droit pénal. Et pourtant, votre commission, après maints tâtonnements, en est arrivée en définitive à vous proposer une solution dont le mérite est triple.

L'art. 26, tel que la commission vous propose de l'adopter, mettra fin à l'extrême complication du droit cantonal actuel.

Il donne, d'autre part, pleine satisfaction aux intérêts légitimes du public.

Enfin, il répond entièrement aux vœux de l'Association de la presse suisse, dont les représentants ont été entendus par la commission.

MM. les journalistes pourront voir que l'art. 26 est ainsi l'un des exemples des progrès que le code pénal suisse, seul, permettra de réaliser à bref délai et pour le pays tout entier. C'est un des cas où il serait particulièrement ironique de dire aux intéressés, les journalistes en première ligne: «Pour obtenir ce progrès, comptez sur les 25 législateurs cantonaux!»

Mais pourquoi s'escrier à formuler des règles spéciales pour les infractions ou certaines des infractions commises par la voie de la presse? Une diffamation, par exemple, est-elle d'une autre essence selon qu'elle résulte d'un discours ou d'un article de journal? Ne peut-on pas, dans un cas comme dans l'autre, en poursuivre l'auteur selon les règles ordinaires du droit pénal? La presse, pourrait-on dire et a-t-on dit, n'est qu'un moyen de commettre certains délits; mais ces délits restent les mêmes quel

que soit l'instrument dont l'auteur s'est servi. Songe-t-on à réclamer des règles différentes sur le meurtre, selon que son auteur a tué à coups de couteau ou par une balle de revolver ?

Cela est vrai en partie. Le délit de presse est un délit ordinaire commis par un moyen spécial. Il n'y a pas de « délits de presse » distincts des autres délits énumérés par le code pénal et même, ainsi que le Tribunal fédéral l'a relevé avec raison, il y a peu d'infractions qui ne puissent être commises par la voie de la presse, au moins sous la forme de l'investigation.

Pourtant, en matière de délits de presse, il y a un obstacle auquel peut se heurter la répression poursuivie d'après les règles de droit commun. Cet obstacle, c'est l'anonymat qui, surtout dans la presse périodique, masque parfois la personnalité de l'auteur de l'écrit incriminé. Cet anonymat, en lui-même, est-il fâcheux ou louable ? C'est un problème que je n'ai pas à étudier ici, pas plus que la question des rapports qui peuvent exister entre l'anonymat et le principe de liberté de la presse, de la presse quotidienne politique avant tout.

Il suffit de constater que la pratique de l'anonymat existe dans notre presse, qu'elle est partout admise et qu'on tend même à la protéger dans une certaine mesure, en mettant la presse au bénéfice du « secret de rédaction ».

Le droit reconnu à la presse de publier des écrits anonymes est, en effet, illusoire si le rédacteur, cité comme témoin, dans un procès de presse, peut être astreint à nommer au juge l'auteur de l'article qui a paru dans son journal sous le couvert de l'anonymat.

Il en est exactement de même, d'ailleurs, si la justice est autorisée à employer, pour découvrir le nom de cet écrivain anonyme, les autres moyens que la procédure ordinaire met à sa disposition, ainsi la perquisition à l'imprimerie ou à la rédaction du journal.

Pour respecter l'anonymat de la presse et le « secret de rédaction », l'Etat en arrive donc, à des conditions et dans des cas que je préciserai tout à l'heure, à renoncer à mettre la main sur le vrai coupable.

Mais ce privilège accordé à la presse, il faut que cette dernière le paie. Au lésé, au diffamé, par exemple et à la collectivité, qui réclament la punition de l'infraction commise, il faut qu'un responsable soit désigné à la place de l'auteur que le journal, par exemple, se refuse à livrer.

Il faut un bouc émissaire. Où le prendra-t-on ? Naturellement, parmi les organes du journal qui se retranche derrière le « secret de rédaction ». Ce sera, par exemple, le directeur ou le rédacteur responsable de ce journal.

Vous voyez donc que, si l'on veut tenir un juste compte des conditions d'existence et des besoins de la presse elle-même, force est de rompre avec les règles générales du droit pénal et de déclarer éventuellement responsables du délit de presse des personnes, qui, à proprement parler, peuvent n'être en réalité ni les auteurs, ni même les complices, au sens large, de ce délit.

Et l'on aboutit ainsi au système dit de la responsabilité par cascade, dans lequel, quand l'auteur de la publication délictueuse reste inconnu, la loi s'en prend successivement à diverses personnes qui ont pris part à la préparation, à l'édition et même, dans certains pays, à la diffusion de l'imprimé incriminé.

De ces diverses personnes, chacune est punissable sans autres si celle qui la précède dans la liste légale échappe à la justice pénale.

En résumé, donc, le droit commun ne tient pas suffisamment compte de la nature et des besoins de la presse. Des règles spéciales ici sont nécessaires, à cause du droit reconnu à la presse de publier des articles ou des annonces anonymes et à cause du « secret de rédaction » qui est le corollaire de ce droit.

Mais, ce principe admis, toute une série de questions délicates restent à résoudre et c'est à ces questions que l'art. 26 doit répondre.

Ces questions sont, en particulier, les suivantes :

1. Quelles infractions doit-on considérer comme étant des délits de presse ? En d'autres termes, à quelles infractions doit-on déclarer applicable le régime spécial institué pour les délits de presse ?

2. Quel sera ce régime spécial lui-même ? En quoi consistera-t-il ? Qui déclarera-t-on pénalement responsable quand un délit de presse est commis ?

3. Enfin, comment éviter que les organes de certaine presse (rare dans notre pays, très heureusement) n'esquivent la responsabilité que la loi entend leur imposer, en se dérochant derrière un comparse quelconque, baptisé « rédacteur responsable », mais qui, en réalité, n'est qu'un homme de paille payé pour encaisser les corrections ou les condamnations éventuelles ?

Ces diverses questions, les art. 26 et 349 du projet, tel qu'ils vous sont proposés par la commission, les résolvent comme suit.

1. L'art. 26, chiff. 1, définit le délit de presse, c'est à dire l'infraction à laquelle sont applicables les dispositions exceptionnelles de l'art. 26, chiff. 2 et suivants.

A cet égard, et d'accord avec l'Association de la presse suisse, la commission vous propose une solution intermédiaire entre celle, peut-être trop large, qu'à proposée le Conseil fédéral, et la solution, peut-être trop étroite à son tour, qui consisterait à ne considérer comme « délits de presse » que les délits contre l'honneur (système de l'avant-projet de 1908).

Sans doute, c'est aux délits contre l'honneur — calomnie, diffamation, injure — qu'on songe en première ligne quand il s'agit de définir la notion du délit de presse.

Mais on ne peut guère s'arrêter là. Il faut aller plus loin, si l'on veut permettre à la presse de remplir sa mission d'information et de libre critique. En particulier, le droit pénal spécial édicté pour la presse — avec ses privilèges et ses charges pour cette dernière — doit s'appliquer aussi aux délits politiques.

Seulement, savoir si l'on a affaire à un délit politique ou à un délit de droit commun est un problème dont la solution est, souvent, trop incertaine pour qu'il soit possible au législateur d'introduire la notion du délit politique, telle quelle, dans sa définition du délit de presse.

Il y a, du reste, des délits politiques pour lesquels la presse elle-même se déclare prête à renoncer au secret de rédaction et à accepter l'application du droit commun. Ce sont les délits de trahison au sens large, ou plus exactement ceux qui mettent l'Etat lui-même en danger. Ici, l'intérêt de l'Etat à atteindre le coupable lui-même est trop aigu pour qu'il puisse se contenter de punir à sa place un rédacteur quelconque. Et la presse est la première à le reconnaître.

Dès lors, deux voies restent ouvertes pour la définition du délit de presse à l'art. 26, chiff. 1.

Passant en revue les infractions prévues par le code pénal, on peut énumérer celles qui devront être considérées comme délits de presse, c'est à dire celles qui seront soustraites aux règles du droit commun, quand elles auront été commises par la voie de la presse.

Mais cette casuistique, comme toute autre, risque toujours d'être incomplète. Pour l'éviter, on peut aussi — c'est l'autre solution possible — tenter d'établir une définition générale du délit de presse.

Ainsi a procédé votre commission. Elle a défini le délit de presse:

Toute infraction commise par la voie de la presse, lorsqu'elle a été consommée (c'est-à-dire commise d'une façon complète) par la publication elle-même.

Donc, pas de délit de presse au sens de l'art. 26, si un journal publie un article ou une annonce qui a pour but d'amorcer une escroquerie ou un chantage. Car, alors, la publication ne suffit pas pour consommer l'infraction. Il faut encore que la victime visée se soit laissé duper ou intimider, qu'elle ait payé ce que l'escroc ou le maître-chanteur voulait obtenir.

Pourront, par contre, être des délits de presse: non seulement la calomnie, la diffamation et l'injure, mais aussi, par exemple, la menace, la contrainte, la provocation publique au crime, l'outrage à un Etat étranger, etc.

Et ces infractions-là, si elles sont commises par la voie de la presse, il est normal qu'elles soient poursuivies selon les règles spéciales applicables aux délits de presse, plutôt que selon le droit commun.

Car ici, la presse, instrument d'information publique et de libre critique, est fondée à demander, le cas échéant, que le secret de rédaction soit respecté, pourvu qu'un responsable pris parmi ses organes soit livré à l'Etat.

Mais, d'autre part, ainsi que je l'ai fait prévoir tout à l'heure, le projet réserve expressément les crimes contre l'Etat. Dans ce domaine, l'intérêt de l'Etat à sauvegarder sa propre existence prime tout. Il n'y a plus de secret de rédaction qui tienne et le droit commun garde son empire.

Cette réserve nécessaire, vous la trouverez inscrite au chiffre 6bis du texte proposé par la commission.

Le chiffre 6bis remplace la dernière phrase du chiff. 3 du projet du Conseil fédéral, qui n'était pas à sa place dans le chiff. 3. C'est là, en effet, une règle générale qu'il faut rendre applicable à tous les cas prévus à l'art. 26 et non seulement aux cas visés au chiff. 3.

2. Et maintenant, si un délit de presse est commis, qui en répondra devant la justice pénale?

La réponse à cette question, vous la trouverez dans les dispositions simples, claires et équitables des chiff. 1 à 4, dispositions que votre commission vous propose d'adopter d'une façon générale dans le texte du projet du Conseil fédéral.

Règle fondamentale (ch. 1):

Le seul responsable, c'est en principe l'auteur de l'écrit. Mais à cette règle générale, le respect du secret de rédaction amène à faire exception quand on ne connaît pas l'auteur de l'écrit, ou aussi, par exemple, dans certains cas, quand l'écrit délictueux a été publié à son insu ou contre sa volonté.

Nationalrat. — Conseil national. 1928.

Les chiff. 2, 3 et 4 prévoient à cet égard trois hypothèses distinctes et une réglementation différente, selon qu'il s'agit: d'un imprimé non périodique (chiff. 2), ou d'un journal ou autre périodique (chiff. 3) ou, enfin, d'une annonce (chiff. 4).

Sans entrer dans le détail de ces dispositions, je vous signale seulement les deux points que voici:

a) Au chiff. 3, qui parle des journaux ou autres périodiques, le projet spécifie (chiff. 3, al. 2) que le rédacteur n'est pas tenu de nommer l'auteur de l'article anonyme. D'autre part, pour découvrir le nom de l'auteur de cet article, aucune des mesures de coercition prévues par la loi de procédure (perquisition, etc.) ne peut être employée contre le rédacteur, ni contre l'imprimeur ou son personnel, ni contre l'administrateur ou l'éditeur du journal ou du périodique.

C'est la garantie expresse du secret de rédaction.

b) D'autre part, les chiff. 3 et 4 parlent du « rédacteur responsable » et de la personne « désignée comme responsable des annonces ».

A ce sujet, je vous renvoie à l'art. 349, chiff. 2 (texte de la commission), qui dit:

« Tout journal ou publication périodique indiquera en outre le nom du rédacteur responsable.

Lorsqu'un rédacteur ne dirige qu'une partie du journal ou du périodique, il doit être désigné comme rédacteur responsable de cette partie. Dans ce cas, un rédacteur responsable doit être désigné pour chaque partie du journal ou du périodique.

A défaut de ces indications, ou si le rédacteur désigné comme responsable est une personne interposée, l'éditeur sera puni de l'amende.»

3. Vous voyez que, d'après ce dernier alinéa, l'éditeur est passible d'amende jusqu'à 2000 frs., si le rédacteur désigné comme responsable n'est qu'un homme de paille.

Dernière remarque: La question, très importante aussi, du for des délits de presse est réglée par l'art. 366 du projet, qui, soit dit en passant, prescrit le for ambulancier, conformément à la jurisprudence actuelle du Tribunal fédéral. Nous aurons l'occasion d'y revenir.

En attendant je vous recommande d'adopter les propositions de votre commission en ce qui concerne l'art. 26.

La solution qui vous est ainsi proposée me paraît être une des meilleures qui soient possibles. Elle respecte le secret de rédaction et, tout en garantissant au lésé et à la justice que le délit ne restera pas impuni, elle coupe court aux mesures vexatoires, aux recherches et aux perquisitions dont la presse pourrait se plaindre avec raison et contre lesquelles tous les droits cantonaux actuels sont loin de la protéger aussi complètement.

Angenommen. — Adopté.

7. Strafantrag. — Plainte du lésé.

Art. 27—30.

Anträge der Kommission.

Art. 27. Ist eine Tat nur auf Antrag zu verfolgen, so kann jeder, der durch sie verletzt worden ist, die Bestrafung des Täters beantragen. Ist der Verletzte handlungsunfähig, so ist sein gesetzlicher Vertreter

oder die Vormundschaftsbehörde zum Antrag berechtigt.

Stirbt ein Verletzter, ohne daß er den Strafantrag gestellt oder auf den Strafantrag ausdrücklich verzichtet hat, so tritt jeder Einzelne der Angehörigen an seine Stelle.

Hat der Antragsberechtigte ausdrücklich auf den Antrag verzichtet, so ist der Verzicht endgültig.

Art. 28. Der Antragsberechtigte hat den Antrag innert drei Monaten zu stellen. Die Frist beginnt an dem Tage, an dem ihm der Täter bekannt wird.

Art. 29. Stellt ein Antragsberechtigter gegen einen an der Tat Beteiligten Strafantrag, so sind alle Beteiligten zu verfolgen.

Art. 30. Der Berechtigte kann den Strafantrag zurückziehen, solange das Urteil des Gerichts erster Instanz noch nicht gefällt ist.

Wer einen Strafantrag zurückgezogen hat, kann ihn nicht nochmals stellen.

Zieht der Berechtigte den Strafantrag gegenüber einem Beschuldigten zurück, so gilt der Rückzug für alle Beschuldigten.

Erhebt ein Beschuldigter gegen den Rückzug des Strafantrages Einspruch, so gilt der Rückzug für ihn nicht.

Propositions de la commission.

Art. 27. Lorsqu'un crime ou délit n'est poursuivi que sur plainte, toute personne lésée pourra porter plainte. Si le lésé n'a pas l'exercice des droits civils, le droit de porter plainte appartiendra à son représentant légal ou à l'autorité tutélaire. Toutefois, si le lésé est âgé de seize ans au moins et capable de discernement, il aura aussi le droit de porter plainte.

Si le lésé meurt sans avoir porté plainte et sans avoir expressément renoncé à porter plainte, son droit passera à chacun de ses proches.

Si l'ayant droit a expressément renoncé à porter plainte, cette renonciation sera définitive.

Art. 28. L'ayant droit doit porter plainte dans les trois mois, où il a connu l'auteur de l'infraction.

Art. 29 et 30. Adhérer au projet du Conseil fédéral. (La modification ne concerne que le texte allemand.)

Seller, Berichterstatter: Die Verfolgung einer umfangreichen Zahl geringerer Delikte ist nur möglich, wenn ein Strafantrag gestellt ist. Der Grundsatz ist unangefochten; Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über den Umfang der dieser Ausnahmeregelung unterstellten Tatbestände. Darüber wird bei den in Betracht fallenden Delikten noch zu reden sein. Immerhin ist die Ordnung insofern nicht ganz ideal, als eine erpresserische Ausbeutung des Antragsrechts nicht ausgeschlossen ist. Dieser Nachteil muß jedoch angesichts der Vorteile der Lösung in den Kauf genommen werden. Die zweite Expertenkommission hat sich neben einer Reihe anderer Fragen namentlich auch mit der Frage der Stellvertretung in der Antragstellung beschäftigt. Unsere Kommission erklärt neben dem gesetzlichen Vertreter auch die Vormundschaftsbehörde als antragsberechtigt, dies mit Rücksicht namentlich darauf, daß gerade der gesetzliche Vertreter der Täter sein kann. Für den Fall des Absterbens des Antragsberechtigten vor der Antragstellung hat die Kommission in bezug auf

die Stellvertretungsmöglichkeit eine Erweiterung geschaffen. Der Antrag soll in allen den Fällen noch gestellt werden können, in denen nicht ein ausdrücklicher Verzicht vorliegt. Man kann über den Wert dieser Neuerung verschiedener Meinung sein. Prof. Delaquis hat in seinen Bemerkungen zu den Kommissionsbeschlüssen diese Lösung nicht als einwandfrei bezeichnet. Präzisiert hat die Kommission sodann, daß jeder Angehörige das Antragsrecht hat. Wer als Angehöriger zu betrachten ist, sagt Art. 97. Anzunehmen ist, daß der Verzicht nicht zurückgenommen werden kann.

Ueber die Limitierung der Antragsfrist auf drei Monate besteht keine Meinungsverschiedenheit. Ueber die Faktoren, welche für die Berechnung der Frist maßgebend sein sollen, ist jedoch viel diskutiert worden. In der Kommission besteht jedoch nunmehr Einigkeit darüber, daß der Moment des Bekanntseins des Täters maßgebend ist. Der Ausdruck «Tat und Täter» ist fallen gelassen worden. Die Kenntnis des Täters schließt auch die Kenntnis der Tat in sich. In bezug auf den Rückzug des Antrages hat die Kommission insofern eine Aenderung getroffen, daß als letzter Termin für die Rückzugsmöglichkeit nicht die Verkündung, sondern die Fällung des Urteils bezeichnet ist. Diese Aenderung ist nicht unwesentlich und kommt denjenigen entgegen, die ohnehin diese späte Rückzugsmöglichkeit nicht begrüßen. Daß der Antragsberechtigte das Verfahren bis zur Abstimmung im Gericht treiben kann, ist wohl schon sehr weit gegangen.

M. Logoz, rapporteur: Les dispositions du projet sur la plainte du lésé viendront, elles aussi, jeter de la clarté dans un domaine où, sous le régime du droit cantonal, ont souvent régné jusqu'ici l'incertitude et la complication.

D'après la partie spéciale dont nous parlerons plus tard, un certain nombre d'infractions ne sont punissables que sur plainte du lésé.

Il peut s'agir d'infractions qui ne sont pas assez graves pour être poursuivies d'office. C'est le lésé qui est le principal intéressé, plutôt que l'Etat; c'est donc à lui de dire s'il réclame une répression pénale. Songez par exemple à la concurrence déloyale, à certaines lésions corporelles, à la violation de domicile, etc.

Ou bien l'infraction est de telle nature que la répression pénale, avec le scandale d'un procès pénal public, pourrait être, pour le lésé, le pavé de l'ours. Ici encore, l'Etat s'en rapporte à la victime elle-même du soin de dire: «je réclame une poursuite pénale.»

Ainsi, surtout, en matière de délits d'atteinte à l'honneur, individuel ou familial (séduction, enlèvement d'une femme, etc.).

Mais, encore une fois, c'est aux dispositions de la partie spéciale qu'il appartient de dire dans chaque cas: le délit sera poursuivi d'office ou seulement sur plainte.

La partie générale du code pénal, elle, n'a à régler que les conditions générales de l'exercice du droit de plainte, dans les cas où il existe. Elle doit édicter ces règles, si, du moins, elle considère la plainte comme une condition de la naissance du droit de punir de l'Etat. Eh bien, ces règles générales, vous les trouvez dans les art. 27 à 30.

L'art. 27, tout d'abord, précise à qui appartient le droit de porter plainte. Ce droit appartient, en principe, à toute personne lésée par le délit, ou, d'après votre commission, qui a simplifié sur ce point le texte du Conseil fédéral, à toute personne lésée. Si le lésé n'a pas encore l'exercice de ses droits civils, le droit de porter plainte appartiendra à son représentant légal, ou, a ajouté la commission, à l'autorité tutélaire.

Le mineur de plus de 16 ans qui est capable de discernement a le droit de porter plainte lui-même. Cela est justifié. Un jeune homme de cet âge ressent et comprend les torts qui peuvent lui être faits.

Au second alinéa, la commission a aussi simplifié, au point de vue de la preuve et, d'autre part, elle a précisé le texte du Conseil fédéral en disant: « Si le lésé meurt sans avoir porté plainte et sans avoir expressément renoncé à porter plainte, son droit passera à chacun de ses proches. »

C'est une simplification rédactionnelle et pratique du texte proposé par le Conseil fédéral.

Quant à l'art. 28, dont votre commission a également simplifié le texte, il fixe à trois mois le délai pour porter plainte; c'est là un délai de péremption et non pas de prescription.

Sur les art. 29 à 30, pas d'observation. Votre commission approuve le texte du Conseil fédéral. Je vous propose de vous ranger à cette manière de voir.

Angenommen. — Adoptés.

8. Rechtmäßige Handlungen. — Actes licites.

Art. 31—33.

Anträge der Kommission.

Art. 31. Die Tat, die das Gesetz oder eine Amts- oder Berufspflicht gebietet, oder die das Gesetz für erlaubt oder straflos erklärt, ist kein Verbrechen oder Vergehen.

Art. 32. Wird jemand ohne Recht angegriffen oder unmittelbar mit einem Angriff bedroht, so ist der Angegriffene und jeder andere berechtigt, den Angriff in einer den Umständen angemessenen Weise abzuwehren.

Ueberschreitet der Abwehrende die Grenzen der Notwehr, so mildert der Richter die Strafe nach freiem Ermessen (Art. 63); überschreitet der Abwehrende die Grenzen der Notwehr in entschuldbarer Aufregung oder Bestürzung über den Angriff, so bleibt er straflos.

Art. 33. 1. Die Tat, die jemand begeht, um sein Gut, namentlich Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Vermögen, aus einer unmittelbaren, nicht anders abwendbaren Gefahr zu erretten, ist straflos, wenn die Gefahr vom Täter nicht verschuldet ist und ihm den Umständen nach nicht zugemutet werden konnte, das gefährdete Gut preiszugeben.

Ist die Gefahr vom Täter verschuldet, oder konnte ihm den Umständen nach zugemutet werden, das gefährdete Gut preiszugeben, so mildert der Richter die Strafe nach freiem Ermessen (Art. 63).

2. Die Tat, die jemand begeht, um das Gut eines andern, namentlich Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Vermögen, aus einer unmittelbaren, nicht anders abwendbaren Gefahr zu erretten, ist straflos, es sei denn, daß der Täter erkennen konnte, daß dem Gefährdeten die Preisgabe des gefährdeten Gutes zuzu-

muten war; in diesem Falle mildert der Richter die Strafe nach freiem Ermessen (Art. 63).

Propositions de la commission.

Art. 31. Ne constitue pas une infraction, l'acte ordonné par la loi, ou par un devoir de fonction ou de profession; il en est de même de l'acte que la loi déclare permis ou non punissable.

Art. 32. Adhérer au projet du Conseil fédéral. (La modification ne concerne que le texte allemand.)

Art. 33. 1. Lorsqu'un acte aura été commis pour préserver d'un danger imminent et impossible à détourner autrement un bien appartenant à l'auteur de l'acte, notamment la vie, l'intégrité corporelle, la liberté, l'honneur, le patrimoine, cet acte ne sera pas punissable si le danger n'était pas imputable à une faute de son auteur et si, dans les circonstances où l'acte a été commis, le sacrifice du bien menacé ne pouvait être raisonnablement exigé de l'auteur de l'acte.

Si le danger était imputable à une faute de ce dernier ou si, dans les circonstances où l'acte a été commis, le sacrifice du bien menacé pouvait être raisonnablement exigé de l'auteur de l'acte, le juge atténuera librement la peine (art. 63).

2. Lorsqu'un acte aura été commis pour préserver d'un danger imminent et impossible à détourner autrement un bien appartenant à autrui, notamment la vie, l'intégrité corporelle, la liberté, l'honneur, le patrimoine, cet acte ne sera pas punissable, à moins que l'auteur n'ait pu se rendre compte que le sacrifice du bien menacé pouvait être raisonnablement exigé de celui auquel ce bien appartenait; dans ce dernier cas, le juge atténuera librement la peine (art. 63).

Seller, Berichterstatter: Eine Handlung, die an und für sich strafbar ist, kann straflos sein aus Gründen, die das Gesetz ausdrücklich bestimmt. Dies trifft zu, wenn die Berufspflicht eine Handlung erfordert oder wenn Notwehr und Notstand vorliegen. Die Tragweite des Begriffes «Berufspflicht» ist in der Expertenkommission nicht völlig abgeklärt worden. Die Frage ist besonders für die Aerzte und andere liberale Berufe von Bedeutung. Schwierig ist vor allem die Entscheidung, wie weit das Züchtigungsrecht des Lehrers geht. Aus diesem Gesetz kann dieses Recht wohl nicht abgeleitet werden. Es dürfte in dieser Beziehung eher auf die Spezialgesetzgebung verwiesen werden. Der Auslegungsmöglichkeit wird Art. 31 einen weiten Spielraum lassen. Ins einzelne kann natürlich der Gesetzgeber hier nicht legiferieren.

Der Notwehrbegriff des Art. 32 stimmt wörtlich mit Art. 32 des Militärstrafgesetzes überein. Eine eingehende Betrachtung erübrigt sich daher. Auch der Notstandbegriff des Art. 33 ist aus dem Militärstrafgesetz herübergenommen. Er weicht von der bundesrätlichen Vorlage insofern ab, als die beiden Fälle des Handelns für sich und des Handelns für Dritte auseinandergesogen und in besondern Ziffern behandelt sind. Bei der Errettung der eigenen Person unterscheidet die Kommission zwischen dem Verschulden und dem Nichtverschulden der Gefahr durch den Täter selbst. Im einen Falle tritt Strafmilderung, im andern Falle Strafflosigkeit ein. Wesentlich ist, daß nicht nur Leib und Leben, sondern auch andere Rechtsgüter, d. h. Freiheit, Ehre und Vermögen der straflosen Errettung fähig sind.

Wir beantragen Ihnen Zustimmung zur Kommissionsvorlage.

M. Logoz, rapporteur: Les art. 31 à 33 énumèrent et définissent diverses catégories d'actes considérés comme licites (voyez la note en marge), par conséquent comme non contraires au droit et non punissables.

L'art. 31, tout d'abord, parle d'une part des actes commandés par la loi, ou que la loi elle-même déclare permis ou non punissables. D'autre part, l'art. 31 parle des actes ordonnés par un « devoir de fonction ou de profession ».

Votre commission a approuvé l'art. 31 tel quel. Je dois cependant, à titre personnel — M. Seiler en a fait autant tout à l'heure — attirer votre attention sur les doutes auxquels peuvent donner lieu, dans cet article, les mots « devoir de profession ».

Est-ce à dire, par exemple, que la science médicale, ou même un médecin pris individuellement, ait le droit de déclarer qu'un acte est licite, quoique cet acte soit, d'une manière générale, punissable? La science peut-elle vraiment déclarer qu'un acte est juridiquement permis ou défendu?

J'éprouve quelques doutes à ce sujet. On peut donc se demander si la mention du devoir de profession, à l'art. 31, n'est pas tout au moins de nature à faire naître certains malentendus.

Je rappelle, d'ailleurs, que, dans la partie spéciale de notre projet, il existe un art. 107 qui définit les cas où un médecin est en droit de pratiquer un avortement. Faut-il aller plus loin? Faut-il, en particulier, maintenir la règle très générale que l'art. 31 pose pour le devoir de profession quel qu'il soit?

Je ne veux pas faire de proposition, puisque votre commission est d'accord avec l'art. 31 tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral. Mais je pense — c'est à cela que tendent mes observations — que cette question délicate mérite d'être revue de près par le Conseil des Etats.

Art. 32. Cet article, qui s'applique à la légitime défense, est reproduit textuellement par l'art. 25 du Code pénal militaire. Je pourrais vous en parler longuement. On a écrit des bibliothèques sur la légitime défense. Je m'abstiendrai cependant d'insister, puisque vous avez déjà discuté cette question à propos du Code pénal militaire.

Art. 33. Cet article vise l'état de nécessité que le projet, soit dit en passant, considère comme un acte conforme au droit. L'acte commis sous l'empire de la nécessité est licite, en vertu de la note en marge générale sous laquelle est classé l'art. 33.

L'état de nécessité, lui aussi, a déjà été discuté par vous à propos du Code pénal militaire qui a reproduit exactement l'art. 33 de notre projet (texte de la commission) dans son art. 26 (chiff. 1 et 2).

L'art. 26, chiff. 3, du Code pénal militaire, concerne en revanche un cas qui n'intéresse que le droit pénal militaire.

Avec M. Seiler, je vous recommande d'adopter les art. 31, 32 et 33, tels qu'ils vous sont proposés par la commission.

Angenommen. — Adoptés.

Dritter Abschnitt. — Chapitre troisième.

Strafen, sichernde und andere Maßnahmen. — Peines, mesures de sûreté et autres mesures.

I. Die einzelnen Strafen und Maßnahmen. — Les différentes peines et mesures.

Seller, Berichterstatter: Wir kommen zum dritten Abschnitt: Strafen, sichernde und andere Maßnahmen. Und zunächst zum Unterabschnitt: Die einzelnen Strafen und Maßnahmen. Es ist angezeigt, einige allgemeine Bemerkungen voranzuschicken. Mit Recht wird das im Entwurf vorgeschlagene System der Strafen und der sichernden Maßnahmen als Angelpunkt der Strafrechtsreform bezeichnet. Es ist schon im Referat zur Eintretensfrage in großen Zügen auf die wesentlichen Merkmale der Reform und auf den Zusammenhang des Strafsystems mit dem Strafzweck hingewiesen worden. Ich kann daher darauf verzichten, hier auf die Grundfragen des Strafrechts zurückzukommen. Ich möchte nur wiederholen, daß der methodische Aufbau von Schuld und Strafe, die zweckentsprechende Auswahl der Strafen und Maßnahmen und die Behandlung der verschiedenen Verbrechertypen im Vollzug eine weit wirksamere Bekämpfung des Verbrechens bringen müssen, als dies nach dem heutigen Strafrecht der Fall ist. Wenn schon heute die grundlegenden Änderungen des Entwurfs weniger hervorstechen als zu der Zeit, da der erste Entwurf von Stooß erschienen ist, so rührt dies davon her, daß manche der damals als revolutionär empfundenen Vorschläge in der Zwischenzeit auf kantonalem Gebiet schon in die Praxis umgesetzt und sozusagen zur Selbstverständlichkeit geworden sind.

Das ganze System der Strafen einerseits und der sichernden und andern Maßnahmen andererseits ist wohl durchdacht und durch geeignete Vollzugsbestimmungen angemessen ergänzt. Sowohl in der Zumessung der Strafe als im Vollzug hebt sich die Tendenz der individuellen Behandlung des Täters deutlich ab und die eingehende Betrachtung der einzelnen Bestimmungen ergibt, daß die schon früher hervorgehobene Kombination von Sühne- und Besserungszweck durch das ganze System hindurchgeht. Das letzte und gewiß auch das höchste Ziel der Strafen und Maßnahmen ist bei aller Strenge des Vollzugs die Zurückführung des Täters in die Freiheit. Daher dieser progressive Strafvollzug mit der Methode der sukzessiven Lockerung der strengen Fesseln, jedoch nicht einer Lockerung unter allen Umständen, sondern nur dann, wenn Charakter und Verhalten des Verurteilten es rechtfertigen. Dieses System ist weder zu human, noch zu kompliziert. Direkt widersinnig aber wäre es, ein System nur deswegen zu bekämpfen, weil es human ist und dem Besserungszweck dient, wenn dieses System im übrigen auch den Charakter einer ernsten Sühne in sich schließt. Daß der Richter durchaus geeignet sein wird, dieses System zu handhaben, daß ihm dieses System die Aufgabe sogar erleichtert, weil es ihm die Mittel einer gerechten Zumessung in die Hand gibt und ihm die Zuversicht verschafft, daß die Strafmaßnahme im Rahmen des Möglichen auch eine entsprechende Wirkung erzielen wird, ist ebenfalls schon betont worden. Es kann aber gerade dieser Umstand nicht

deutlich genug unterstrichen werden. Denn es ist doch so im Leben der Menschen und Völker, daß oft über Unwesentliches eine große Geschichte gemacht wird, während man an den großen Problemen beinahe achtlos vorbeigeht.

Nun haben die Verhandlungen in der Kommission, die sich gerade mit diesen Fragen der Strafen und des Strafvollzuges sehr eingehend beschäftigt hat, ergeben, daß an ein Zurückgehen hinter die Grundsätze des Entwurfs schlechterdings nicht zu denken ist. Eine grundsätzliche Opposition gegen das System des Entwurfs hat sich nicht gezeigt, weder im Sinne der Rückkehr zu der heutigen Gesetzgebung, noch aber auch im Sinne einer Ausdehnung des Systems der Maßnahmen etwa in der Richtung des italienischen Entwurfs. Die Differenzen innerhalb der Kommission sind denn auch geringe. Abgesehen von der Todesstrafe handelt es sich bei den Minderheitsanträgen um die Anregung weiterer Erleichterung im Strafvollzug, keineswegs aber um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Auch die Differenzen zwischen Bundesrat und Kommission sind nicht grundlegender Natur. Es handelt sich auch hier vielfach um Fragen der Systematik und der Redaktion.

Die einzige grundsätzliche Differenz im Strafsystem betrifft die Todesstrafe. Sie soll daher gesondert behandelt werden und im übrigen wird es sich empfehlen, den dritten Abschnitt unterabschnittsweise zu behandeln, d. h. wie folgt zu referieren: Todesstrafe (Art. 33bis), Freiheitsstrafen (Art. 34 bis 39), Sichernde Maßnahmen (Art. 40 bis 42), Gemeinsame Bestimmungen (Art. 43 und 44), Buße (Art. 45 bis 47), Nebenstrafen (Art. 48 bis 53), Andere Maßnahmen (Art. 54 bis 59).

M. Logoz, rapporteur: Avant de passer à la discussion de l'art. 33bis proposé par la minorité de la commission, je crois utile de vous donner quelques indications générales sur l'important chap. III que nous allons aborder et qui est consacré aux peines, mesures de sûreté et autres mesures.

C'est là, sans aucun doute, un des éléments essentiels de la réforme que le Code pénal suisse doit nous apporter. Et, comme je l'ai montré lors du débat sur l'entrée en matière, c'est un des points sur lesquels il est incontestable, pour quiconque veut bien voir les choses telles qu'elles sont, que la réforme nécessaire ne peut être opérée que par le Code pénal suisse.

Le chap. III comprend les art. 34 à 79 du projet. Il traite successivement: 1° des différentes peines et mesures; 2° de la manière dont le juge doit choisir et mesurer la peine; 3° de la prescription; 4° de la réhabilitation; 5° enfin, dans un dernier article (art. 79), dont votre commission vous propose de faire un chapitre à part, le projet parle du traitement spécial qui doit être réservé aux mineurs délinquants de 18 à 20 ans, c'est-à-dire ceux qui ont dépassé la limite d'âge supérieure de l'adolescence.

Je vais, tout d'abord, vous donner quelques brèves indications générales sur le premier paragraphe du chap. III, celui qui a trait aux peines et mesures. Cela me permettra d'abréger d'autant mon rapport sur les différents articles.

Ce sont les art. 30 à 39 qui, sous le titre « les différentes peines et mesures », énumèrent les moyens

mis à la disposition du juge pénal pour réagir contre une infraction commise.

Conformément aux données actuelles de la politique criminelle, ces moyens sont d'une part les peines et, d'autre part, dans les cas où la peine ne suffit pas ou même apparaît comme directement nuisible, les mesures (mesures de sûreté et autres mesures).

En ce qui concerne les peines elles-mêmes, le projet distingue les peines principales et les peines accessoires, c'est-à-dire celles qui ne peuvent être prononcées qu'en même temps qu'une peine principale, accessoirement à une peine principale. Ainsi, par exemple, la privation des droits civiques qui, d'après le projet, frappe toujours le condamné à la réclusion, tandis qu'elle « peut » être jointe aux peines d'emprisonnement.

Je n'insiste pas maintenant sur ces peines accessoires; nous aurons l'occasion d'en parler plus tard. Ce qui vous intéresse immédiatement, ce sont les peines principales.

D'après le projet, ces peines-là peuvent être soit des peines privatives de liberté, soit des peines pécuniaires. Autrement dit, les biens dont un délinquant peut être privé à titre de peine sont, d'après le projet tel qu'il a été adopté par la majorité de la commission, ou sa liberté, ou sa fortune (ou, plus exactement, telle ou telle fraction de son avoir monnayé). Mais jamais sa vie. La peine de mort ne figure pas dans le projet du Conseil fédéral. Elle ne figure pas non plus dans le projet qui vous est présenté par la majorité de votre commission. Une minorité de la commission vous propose en revanche de l'introduire par un art. 33bis. Cette minorité vous fera connaître ses motifs.

Pour ma part, je ne crois pas nécessaire, au moins pour l'instant, de revenir en détail sur la question de la peine de mort. Chacun a son opinion faite là-dessus et tous les discours du monde n'y changeront vraisemblablement pas un iota. Ce n'est, d'ailleurs, pas une question de logique ou de raisonnement, mais plutôt de sentiment, de tempérament, on pourrait presque dire de goût. Vous trouverez dans le message du Conseil fédéral les motifs pour lesquels le gouvernement n'a pas cru devoir mentionner la peine de mort dans son projet de Code pénal. J'indique simplement que, dans la commission, une très forte majorité a approuvé cette façon de voir. Je vous ai dit également, dans mon rapport général, pourquoi la majorité de la commission est en outre d'avis que la question de la peine de mort doit être tranchée par le Code pénal suisse lui-même. Inutile d'y revenir maintenant.

Je vous rappelle aussi quelques chiffres: se passent actuellement de la peine de mort onze cantons et quatre demi-cantons qui représentaient au total, en 1910, environ 2,800,000 habitants, soit les trois quarts de la population totale de la Suisse. Ont au contraire rétabli la peine de mort, après 1879, huit cantons et deux demi-cantons comptant au total, en chiffres ronds, 925,000 habitants en 1910, soit le 25 % de la population de la Suisse.

Voilà pour les peines, principales et accessoires.

Quant aux mesures, le projet distingue 1° les mesures dites de sûreté et 2° ce que le projet désigne par l'expression un peu plate: les « autres mesures ».

De ces dernières (cautionnement préventif, confiscation, etc.), je me réserve de vous parler plus tard.

Quant aux mesures de sûreté, dont l'introduction et l'emploi raisonné, dans tout le pays, pourront avoir les effets les plus bienfaisants en ce qui concerne l'efficacité de la lutte contre le crime, je rappelle qu'elles sont de trois espèces: 1° l'internement à long terme des délinquants d'habitude (art. 40). 2° Le renvoi des buveurs invétérés (ceux pour lesquels mon excellent collègue M. de Meuron manifestait avant-hier une sollicitude si touchante) dans un asile spécial (art. 41). 3° Le renvoi des fainéants, que leur fainéantise a conduits au délit, dans une maison d'éducation au travail.

D'une façon générale, ce sont là des mesures qui, dans l'intérêt de la société avant tout, doivent, dans certains cas, remplacer ou renforcer la peine proprement dite. Ce sont donc des mesures que le juge ordonnera tantôt accessoirement à la peine, tantôt pour en tenir lieu, mais toujours dans le but de prévenir de nouveaux délits par des moyens plus efficaces que la peine.

Nous aurons à examiner plus tard les traits caractéristiques de ces mesures et les rapports qui existent entre elles et la peine.

Pour l'instant, c'est des peines principales et, plus exactement, des peines privatives de liberté que nous aurons à nous occuper tout d'abord.

Le projet en prévoit trois qui sont, par ordre de gravité décroissante:

- La réclusion (art. 34),
- l'emprisonnement (art. 35),
- enfin les arrêts (art. 37).

J'ajoute que les arrêts ne sont qu'exceptionnellement la peine d'un crime ou d'un délit. Ainsi dans certains cas de duel (art. 114) ou en cas d'atténuation de la peine normale en vertu de l'art. 62 ou de l'art. 63. Mais, sous ces réserves, les arrêts sont essentiellement la peine des contraventions. Les peines criminelles ou correctionnelles par excellence sont donc la réclusion et l'emprisonnement.

J'en aurai fini avec cette introduction quand j'aurai attiré votre attention sur les principes généraux que le projet met à la base de l'exécution des peines de réclusion et d'emprisonnement.

Il résulte des art. 34 et suivants que ces peines doivent être exécutées selon ce qu'on appelle le système progressif, qui est une combinaison du système cellulaire et du système dit auburnien, avec le complément de la libération conditionnelle.

En d'autres termes, le projet part de cette idée que si la peine doit être un châtement, si elle doit être de nature à faire souffrir et à faire réfléchir sérieusement celui auquel elle est infligée, elle doit aussi, dans notre intérêt à tous, être si possible plus et mieux que cela.

Si possible, la peine ne doit pas être un châtement stérile. Pour servir réellement l'intérêt général, la peine doit autant que faire se peut tendre — je ne dis pas à l'amendement du condamné, à sa régénération morale, il ne faut pas employer de trop grands mots, si l'on veut éviter des déceptions — mais du moins à reclasser cet homme, à refaire du délinquant un être socialement utilisable.

La peine doit donc, autant que possible, et sans perdre, pour autant, son caractère fondamental de châtement, être un moyen de rééducation progressive, une préparation graduelle au retour, sans rechute, à la vie libre.

C'est pourquoi, d'après le projet, le condamné à la réclusion ou à l'emprisonnement doit passer par trois étapes successives qui, en règle générale, sont les suivantes:

1. Tout d'abord, isolement, détention en cellule pendant quelque temps, au début de l'exécution de la peine. Cela peut être une période de réflexion salutaire, peut-être même absolument nécessaire.

2. Ensuite vient une deuxième phase qui est celle du travail en commun. Car il va sans dire que, pendant la détention, le travail est le moyen principal de ramener le condamné au droit chemin et de le mettre en état d'y rester. En prison, plus que partout ailleurs, le proverbe est vrai qui dit: « l'oisiveté est la mère de tous les vices ».

3. Enfin arrive éventuellement, c'est-à-dire aux conditions prudentes que fixe l'art. 36, la troisième étape dans l'exécution de la peine selon le système progressif, c'est-à-dire la libération conditionnelle. C'est un essai de retour du condamné à la vie libre, normale, essai qui devrait avoir lieu régulièrement sous patronage.

Cet essai, le libéré conditionnel a tout intérêt à faire en sorte qu'il réussisse, en se conduisant bien pendant le temps d'épreuve, puisque, de l'épreuve victorieusement subie, dépend sa libération définitive.

Voilà les trois phases du système progressif, système qui, encore une fois, vise à faire de l'exécution rationnelle de la peine une éducation graduelle, mettant le condamné en mesure de reconquérir sa liberté et d'en user ensuite normalement, sans retomber, sans trébucher.

Ce système peut d'ailleurs être lui-même combiné avec l'exécution de la peine selon la méthode d'établissements tels que Witzwil, c'est-à-dire avec le système du travail agricole, du travail en plein air. Ce travail peut être organisé, dans le cadre des dispositions du projet, pendant la seconde phase du système progressif.

Cela dit, je crois que vous êtes suffisamment orientés sur les idées générales qui sont à la base du système des peines prévu par le projet. Nous pouvons passer à la discussion de l'art. 33bis.

Todesstrafe. — Peine de mort.

Art. 33bis.

Antrag der Kommissionsminderheit.
(Dedual, Eggspühler, Evéquo, Grand, Grünenfelder.)

33bis. Die Todesstrafe kann in den vom Gesetz besonders genannten Fällen ausgesprochen werden.

Sie wird durch Enthauptung vollzogen.

Der Leichnam ist auf Verlangen der Familie des Enthaupteten zur Bestattung ohne Aufsehen herauszugeben.

Proposition de la minorité de la commission.
(Dedual, Eggspühler, Evéquo, Grand, Grünenfelder.)

33bis. La peine de mort peut être prononcée dans les cas spécialement déterminés par la loi.

Tout condamné à mort sera décapité.

Le corps sera délivré à la famille si elle le réclame, pour être inhumé sans appareil.

Eventualantrag Grünenfelder

vom 8. März 1928.

Art. 33bis, Abs. 1. Die Todesstrafe kann durch die kantonale Gesetzgebung für diejenigen Verbrechen vorgesehen werden, für welche in diesem Gesetze lebenslängliche Zuchthausstrafe angedroht ist.

Amendement éventuel Grünenfelder

du 8 mars 1928.

Art. 33bis, premier alinéa. La peine de mort peut être prévue par la législation cantonale pour les crimes que le présent code punit de la réclusion à vie.

Antrag Lusser

vom 8. März 1928

Art. 33bis. Als Ergänzung zum Eventualantrag Grünenfelder:

«Die Todesstrafe darf nur in Fällen zur Anwendung kommen, in welchen keine Milderungsgründe vorliegen.»

Amendement Lusser

du 8 mars 1928.

Art. 33bis. Compléter l'amendement éventuel Grünenfelder par l'adjonction suivante:

«La peine de mort ne doit être appliquée que dans les cas où il n'y a pas de circonstances atténuantes.»

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Die Todesstrafe hat in schweizerischen Landen seit mehr als hundert Jahren die Gemüter lebhaft bewegt. Sie hat nicht nur in den Kantonen zu leidenschaftlichen Kämpfen mit wechselndem Erfolg geführt, sondern auch den Bundesgesetzgeber und das gesamte Schweizervolk mehrmals beschäftigt. Daß der Frage eine große Bedeutung zugemessen wird, zeigt die Tatsache, daß der Kampf für und wider diese Strafart auf dem Boden der Bundesverfassung durchgeführt worden ist. In der Verfassung vom Jahre 1874 ist die Todesstrafe abgeschafft worden, unter Vorbehalt allerdings der Anwendungsmöglichkeit im Militärstrafrecht. Eine Verfassungsrevision im Jahre 1879 brachte jedoch eine wesentliche Rückkehr zugunsten der Freiheit der Kantone. Bundesverfassungsgemäß sind heute nur die Todesurteile wegen politischer Verbrechen verboten, im übrigen steht es den Kantonen frei, die Todesstrafe wieder einzuführen. Unser Entwurf sieht von der Todesstrafe ab. Eine Kommissionsminderheit, bestehend aus fünf Mitgliedern der katholisch-konservativen Fraktion, wünscht die Aufnahme der Todesstrafe, allerdings mit einem sehr beschränkten Wirkungsfeld. Bei der Beurteilung der Frage geben nicht nur — ja, ich möchte sagen, es geben am wenigsten — juristische Momente den Ausschlag, sondern in weit erheblicherem Maße Gefühlsmomente, die ihrerseits durch irgend eine Schreckenstat wesentlich beeinflusst zu werden pflegen.

Es kann nun nicht Aufgabe dieses Referates sein, die Geschichte der Todesstrafe in der Schweiz und anderwärts wiederzugeben und ebensowenig ist hier der Ort, alle die juristischen, religiösen, politischen und humanitären Fragen zu behandeln, die in das Problem der Todesstrafe hineinspielen. Wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, in aller Kürze

diejenigen Momente zu skizzieren, die für die heutige Situation von Bedeutung sind und die für die Entscheidung des Rates die Grundlage bilden müssen.

An die Spitze unsrer Erwägungen ist wohl die Tatsache zu stellen, daß zehn Kantone mit Zulassung der Todesstrafe, fünfzehn Kantone mit Aufhebung dieser Strafart gegenüberstehen und daß diese letzteren Kantone die weitaus überwiegende Zahl der Einwohner aufweisen. Diese Zahlen spielen, wenn sie auch nicht ausschlaggebend sind, doch eine wesentliche Rolle. Finden sich auch selbstverständlich in allen Kantonen Freunde und Gegner der Todesstrafe und wird nirgends die Meinung eine völlig geschlossene sein, so dürfte es doch von vornherein als zwecklos erscheinen, dem Volke einen eidgenössischen Strafgesetzentwurf mit der Todesstrafe vorlegen zu wollen, zumal feststeht, daß große Parteien geschlossen gegen eine solche Lösung auftreten würden.

Bei dieser Sachlage dürften nur zwei Möglichkeiten als nicht von vornherein aussichtslos betrachtet werden: Entweder völliges Fallenlassen der Todesstrafe oder Verzicht auf die Lösung des Problems im Entwurf, d. h. Vorbehalt des kantonalen Rechtes in bezug auf diese Frage. Der letztere Ausweg ist ernsthaft sowohl in der Expertenkommission als auch in der nationalrätlichen Kommission in Erwägung gezogen worden. Und in der Expertenkommission hat er bei der erstmaligen Beratung überraschenderweise sogar eine Mehrheit gefunden. Es war das der berühmte Kompromiß Kronauer, der dann allerdings zu vielen Kommentaren Anlaß gegeben hat. Wenn ich mir erlaube, meine Meinung über das Zustandekommen dieses Kompromisses an Hand der Protokolle Ausdruck zu geben, ohne selbstverständlich irgendwie Kritik üben zu wollen, so ist es die: Gegner und Anhänger der Todesstrafe in der Expertenkommission haben aus ernstlicher Sorge, es möchte die Aufnahme der Todesstrafe sowohl wie auch ihre Ablehnung die Vorlage unheilvoll gefährden, dem Vorbehalt des kantonalen Rechtes zugestimmt, und sie glaubten mit dieser Lösung der Strafrechtseinheit zu dienen. Herr Ständerat Bolli hat damals erklärt, daß das Suchen nach einem solchen Kompromiß nicht Sache der Experten sei und er hat, ganz nach seiner Art, beigefügt, man möge dieses Suchen dem Parlament überlassen, in dem ja diese Kunst leider in höchster Blüte stehe.

In einer späteren Session hat dann auch die Expertenkommission den Kompromiß verworfen und die nationalrätliche Kommission hat mit entschiedener Mehrheit erklärt, daß in dieser psychologisch so wichtigen Frage das einheitliche Gesetz klipp und klar und für die ganze Schweiz gültig Stellung nehmen müsse. Mit 17 gegen 7 Stimmen hat unsere Kommission den wieder aufgenommenen Kompromißantrag abgelehnt und dann in der Hauptabstimmung mit 19 gegen 5 Stimmen die Aufnahme der Todesstrafe, auch in ihrer Beschränkung auf den Mord, verneint.

Diese klare Stellungnahme ist zu begrüßen. Denn der Vorbehalt zugunsten des kantonalen Rechtes hätte nach meiner vollendeten Ueberzeugung der Vorlage verhängnisvoll werden müssen. Er hätte weite Kreise der Anhänger der Strafrechtseinheit zu Gegnern der Vorlage gemacht, ohne andererseits die Anhänger der Todesstrafe zu unbedingten Freunden zu machen. Er hätte manchem Gesetzesfreund die Liebe und Begeisterung zur Strafrechtseinheit ge-

nommen und das Gefühl, nur Stückwerk zu schaffen, aufkommen lassen, und niemand hätte eine Befriedigung über eine solche Situation haben können, als die ausgesprochenen Gegner der gesamten Vorlage.

Heute steht nun also die Frage so: Soll für die ganze Schweiz die Todesstrafe abgeschafft oder eingeführt werden? Und es ist gut, daß die ganze Frage grundsätzlich entschieden werden muß und wir wollen es nicht beklagen, daß das ganze Schweizervolk die Entscheidung zu treffen haben wird, und zwar nicht in gesonderter Abstimmung, wie dies auch schon vorgeschlagen worden ist, sondern im Rahmen des gesamten, umfangreichen und bedeutungsvollen Gesetzesstoffes. Dieser Kampf um die Todesstrafe kann in allem Anstand und unter Achtung auch einer andern Meinung geführt werden. Wenn aber einmal der Zeitpunkt für die Entscheidung in der Frage der Strafrechtseinheit gekommen sein wird, so soll doch wenigstens das Gefühl die Abstimmung beherrschen, daß es um etwas ganzes geht und daß es in der Frage der Todesstrafe, die seit mehr als einem Jahrhundert die Geister aller Länder beschäftigt hat, in der schweizerischen Eidgenossenschaft nur noch einerlei Recht gilt.

Zur Begründung der Stellungnahme der Kommissionsmehrheit dürften folgende Erwägungen angeführt werden:

Eine unangefochtene und unanfechtbare juristische Begründung für die Beibehaltung oder für die Abschaffung der Todesstrafe gibt es nicht. Die Anschauungen über die Berechtigung dieser Straftat sind Wandlungen unterworfen, und es ist klar, daß sich mit den veränderten Auffassungen über den Strafzweck auch die Auffassungen über die Todesstrafe ändern werden. Wird dem Besserungszweck der Strafe eine wachsende Bedeutung zuerkannt, so muß der Glaube an die Zweckmäßigkeit der Todesstrafe mehr und mehr erschüttert werden. Wohl kann im Gefolge irgend eines besonders schweren Verbrechens die Forderung nach erneuter Anwendung der Todesstrafe wieder mit Nachdruck erhoben werden, sie kann aber ebenso sehr wieder erschüttert werden durch die Empörung, die ein nicht wieder gut zu machender Justizmord nach sich ziehen muß. Aus diesem nicht regulierbaren Widerstreit der Gefühle gibt es nur einen Ausweg: den Verzicht auf den Grundsatz der Vergeltung durch die unwiderrufliche Hinrichtung.

Nicht bestritten werden kann, daß sich das Moment der Abschreckung, das zugunsten der Todesstrafe angeführt wird, nicht als wirksam erwiesen hat. Es darf auch füglich erklärt werden, daß angesichts der Möglichkeit der vollständigen Absonderung des Schwerverbrechens von der Außenwelt die Todesstrafe entbehrlich ist. In der Herbeiziehung dieses letzten Moments ist auch der Schlüssel dafür zu finden, daß die überzeugten Gegner der Todesstrafe im bürgerlichen Strafgesetz der Todesstrafe im Militärstrafgesetz zugestimmt haben. Das Kriegsrecht ist Ausnahmerecht. Der Krieg ist ein Zustand, in dem der Wert des Menschenlebens vor dem großen Endziel zurücktreten muß und desgleichen vor der Notwendigkeit schärfster sofortiger Maßnahmen zum Zwecke der Abschreckung. Diese Sondergründe fallen jedoch für die normalen Zeiten, für welche das bürgerliche Strafgesetz geschaffen wird, außer Betracht.

Weder religiöse, noch politische Argumente haben die Frage der Todesstrafe entscheidend zu beeinflussen

vermocht. «Du sollst nicht töten», das ist übrigens eine biblische Mahnung, die an alle gerichtet ist, nicht nur im Verhältnis vom einzelnen Menschen zu seinem Nächsten, sondern auch im Verhältnis des Staates als Träger der Gemeinschaft zum einzelnen Individuum. Es liegt mir ferne, mich irgendwie in die religiöse Auffassung anderer einmischen zu wollen. Aber die eine Frage möchte ich mir doch erlauben: Ist es irgend jemand unter uns aus Gründen der Religion heraus unmöglich, auf die Todesstrafe zu verzichten, die nun einmal die schwersten Gefahren in sich schließt und die dem innersten Empfinden weitester Kreise widerspricht? Im Verzicht auf die Todesstrafe liegt ja nicht ein Verzicht auf Strafe überhaupt. Die langfristige Zuchthausstrafe oder die dauernde Verwahrung schließen doch ebenfalls eine Sühne in sich, die hart und bitter ist, bei der aber doch das Menschenleben erhalten wird und die Möglichkeit geboten ist, die bessern Regungen auch in entarteten Menschen wieder zu wecken und gelegentlich unter schwierigsten Umständen doch noch etwas Nützliches zu erzielen.

Mit dem tiefern Eindringen in die Ursachen des Verbrechens, mit der Zergliederung der Lebensverhältnisse, mit der Erforschung der oft recht weit zurückliegenden, aber doch bestehenden Zusammenhänge zwischen den Verhältnissen, in die ein Menschenkind hinein versetzt worden ist und der schließlichen Missetat, muß sich dem Psychologen — und der Gesetzgeber muß auch Psychologe sein — mehr und mehr die Gewißheit aufdrängen, daß einzig verantwortlich der Täter wohl nie ist und daß es daher mit den Grundsätzen einer vollen Gerechtigkeit nicht vereinbart werden kann, einem, wenn auch minderwertigen Gliede der menschlichen Gesellschaft kurzerhand den Lebensfaden abzuschneiden.

Daß dieser humanern Auffassung die Zukunft gehört, ist die Ueberzeugung der überwiegenden Mehrheit der Kommission. Es ist übrigens eine Auffassung, die schon vor bald 40 Jahren Bundesrichter Soldan und der nachherige Bundesrat Decoppet in einer sehr lesenswerten Broschüre über die Todesstrafe im Kanton Waadt bekundeten. Diese beiden Männer sind bei der Beurteilung der Todesstrafe von einem Ausspruch ausgegangen, den Bundesrat Ruchonnet über die Entwicklung des Strafrechtes im Großen Rate des Kantons Waadt getan hat und der dahin zusammenzufassen ist: «Zwei Schulen stehen sich gegenüber. Die eine sieht im Verbrecher nur ein Wesen, das sich außerhalb des Gesetzes gestellt hat und dem gegenüber die menschliche Gesellschaft das Recht zu haben glaubt, die äußerste Strenge anzuwenden. Auf der andern Seite befinden sich diejenigen, die im Verbrecher einen Verirrten sehen, gegen den man sich zwar schützen, in dem man aber immer wieder den Menschen erblicken muß, geschaffen nach dem Bilde Gottes, und dem gegenüber das Gefühl der Vergeltung immer noch begleitet sein muß von dem Gefühle des Mitleids und der Hoffnung auf Reue.»

Heute noch bekämpfen sich auch bei uns in der Schweiz diese beiden Auffassungen. Und wir sehen, daß eine Minderheit, von der ich im übrigen mit Freuden anerkenne, daß sie eifrig und loyal an den Beratungen der Kommission mitgewirkt hat, an der Todesstrafe festhält. Wir verstehen diese Haltung, weil wir die Entwicklung in den verschiedenen Lan-

desteilen kennen. Wir glauben aber auch annehmen zu dürfen, daß die Anhänger der Todesstrafe auch unsere Haltung verstehen, und aus diesem beidseitigen Sich-Verstehen glaube ich die Hoffnung schöpfen zu können, daß die Entscheidung in dieser Frage nicht die endgültige Stellungnahme zur ganzen Vorlage bedingen wird. Als praktische Bürger und gute Demokraten, die einander den guten Glauben zuerkennen, müssen wir uns fragen, ob es zu verantworten wäre, wegen der Todesstrafe ein Werk zum Scheitern zu bringen, das in seiner Gesamtheit einen wesentlichen Fortschritt bedeutet, ein Werk zudem, für dessen Zustandekommen Männer der verschiedensten Landesteile und politischen Auffassungen ihre ganze Kraft und ihr ganzes Können aufgewendet haben.

Aus diesen Betrachtungen heraus beantrage ich Ihnen im Namen der Kommissionsmehrheit die Ablehnung des Minderheitsantrages und damit die Ablehnung der Todesstrafe für das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft, soweit das bürgerliche Strafrecht in Betracht kommt. Wir müssen es wagen, diese große Frage jetzt zu liquidieren. Die Liquidation künstlich zurückzudämmen, würde im besten Falle nur kurze Zeit gelingen. Die Frage der Todesstrafe drängt zur Entscheidung. In unserer Vorlage kann sie angesichts der ganzen Tendenz der Reform keinen Platz mehr haben. Und zudem würden wir den Wert der ganzen Arbeit gering einschätzen, wenn wir nicht die Hoffnung aufbrächten, daß die schwerste und brutalste der bisherigen Strafen künftig entbehrt werden könnte.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 8. März 1928. Séance de relevée du 8 mars 1928.

Vorsitz — Présidence: Hr. Minger.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch. Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 81 hiavor. — Voir page 81 ci-devant.)

M. Grand: La question de la peine de mort est une de ces questions universelles, de tous les temps et de tous les pays, discutable et discutée, et qu'il faut nécessairement aborder dans l'élaboration d'un code pénal.

Nous devons d'autant plus l'aborder et prendre position à son égard que les codes cantonaux sont divisés: les uns prévoyant la peine de mort, les autres ne l'ayant pas rétablie.

Avant la Constitution de 1874, tous les cantons à l'exception de six cantons et de deux demis cantons, avaient maintenu dans leur législation la peine capitale, qui y existait de temps immémorial.

Nationalrat. — Conseil national. 1928.

La Constitution de 1874 est venu l'interdire d'une manière absolue par son art. 65.

Mais en 1879 un revirement se produisit. L'art. 65, sous le coup de la poussée populaire, dut subir une revision et dès lors la peine de mort ne demeura interdite que pour les délits politiques.

Profitant de cette revision, votée par le peuple et les cantons à une forte majorité, neuf cantons et deux demis-cantons ont réintroduit dans leur code la peine de mort: ce sont les cantons d'Uri, Schwytz, Obwald, Appenzell-Rh. I., Zoug, St-Gall, Lucerne, Valais Schaffhouse et Fribourg.

Aujourd'hui encore, la peine capitale existe dans huit cantons et deux demi-cantons, représentant le quart de la population suisse.

Trois solutions se présentent de cette importante question à résoudre par le code pénal fédéral.

1° Prévoir la peine de mort dans le code.

2° Ne pas l'y inscrire.

3° Abandonner aux cantons le droit de la maintenir ou de l'introduire, droit qu'ils possèdent en ce moment.

Cette dernière solution est peut-être peu favorable, semble-t-il. On ne comprendrait guère que le code pénal fédéral unifié restât indifférent en présence de la question essentielle de la principale des peines.

Toutefois cette solution peut apparaître comme le moyen transactionnel permettant de satisfaire partisans et adversaires. Elle peut être retenue à ce titre, purement éventuel; une proposition subsidiaire à notre proposition de minorité a été déposée dans ce sens par notre collègue, M. Grünfelder, et vous sera exposée tout à l'heure.

Restent les deux autres solutions: prévoir ou ne pas prévoir la peine de mort dans le code pénal.

La minorité de la commission, dont j'ai l'honneur de faire partie, estime, avec l'assentiment de son groupe, que le code pénal doit prévoir la peine de mort.

Mais, entendons-nous bien, elle ne doit être prévue, selon nous, que dans des cas bien déterminés et, en outre, à titre facultatif et non obligatoirement.

Nous vous proposons donc de placer en tête du chapitre des peines (chapitre III) un art. 33bis de la teneur suivante:

« La peine de mort peut être prononcée dans les cas spécialement déterminés par la loi.

Tout condamné à mort sera décapité.

Le corps sera délivré à la famille si elle le réclame pour être inhumé sans appareil. »

Quand donc la peine de mort pourra-t-elle être appliquée, selon cette proposition? Il eût été désirable d'attendre qu'on discutât la question de l'assassinat. C'est uniquement dans le cas de l'assassinat, prévu à l'art. 99 du projet, que nous vous proposons d'introduire la peine de mort facultative.

L'art. 99 du projet disait:

« Si le délinquant a tué par férocité, par cupidité, pour dissimuler ou faciliter un autre délit, avec une cruauté particulière, avec perfidie, par le feu, par un explosif ou par d'autres moyens de nature à mettre en danger la vie ou la santé d'un grand nombre de personnes, il sera puni de la réclusion à vie. »

La commission a déjà amendé le projet et l'a, pour ainsi dire, restreint, en ce sens qu'elle a augmenté la rigueur des conditions essentielles pour qu'on puisse admettre qu'il y ait assassinat.

Nous vous proposerons au moment où cet art. 99 viendra en discussion, un amendement, amendement à la proposition de la majorité qui aura pour but d'aggraver la notion de l'assassinat et par suite de réduire l'application éventuelle de la peine de mort; et enfin de rendre son application facultative pour le juge. Non seulement, il faudra que l'assassinat ait été commis avec préméditation ou dans des circonstances le rendent particulièrement odieux, mais, même dans ces cas-là, le juge aura le libre choix entre la peine capitale et la réclusion à vie.

Il me semble que cette solution est libérale au possible. Elle doit être de nature à satisfaire tout le monde. Elle n'impose pas la peine de mort à ceux qui lui sont opposés. Elle permet à ses partisans de l'appliquer; elle maintient, dans les mains du juge, le glaive de la justice et l'autorise à s'en servir au besoin.

Voilà le sens complet de notre proposition. Les cantons qui ont réintroduit la peine capitale ne se verront pas dépouillés de leur droit acquis; ceux qui ne l'ont pas réintroduite ne pourront pas se plaindre et dire qu'on la leur a imposée.

C'est un argument du message et des rapporteurs de dire qu'il serait exagéré de vouloir imposer aux cantons la peine de mort dans leur code et de l'appliquer dans le code pénal fédéral. La réponse est très simple. Nous n'imposons rien, mais nous donnons la faculté au juge de s'en servir; à lui le soin de l'utiliser s'il le juge utile pour la société dans des cas déterminés.

• Au surplus, le fait pour plusieurs cantons de n'avoir pas usé de la faculté de réintroduire la peine de mort, après la révision de 1879, qui a été une révision populaire, ne prouve nullement que la population de nos cantons est hostile à cette institution. Et à ce point de vue, je voudrais interroger nos collègues du canton de Vaud et leur demander si, après le crime de Donnelly, le peuple n'a pas l'idée très ferme et le désir que la peine de mort puisse être appliquée.... (M. Masson : Oh! pas du tout!)

Pourquoi tenons-nous à l'inscription de la peine de mort dans le Code pénal fédéral? (M. GrosPierre: A cause des socialistes!) Non! Non! Nos collègues socialistes ne se mettraient jamais, je l'espère, dans les circonstances prévues dans le code pour qu'on puisse leur appliquer la peine de mort. C'est parce que tout d'abord cette peine existe dans plusieurs cantons qui l'ont rétablie de plein gré après 1879; c'est ensuite parce que cette révision de 1879, qui a restreint aux seuls délits politiques l'interdiction générale de la peine de mort par la constitution de 1874, a été votée en Suisse, à une très forte majorité, par 200,485 voix contre 181,588 et par 13 cantons et 4 demi-cantons, ce qui est très symptomatique. Nous ne sommes pas bien loin de 1897; les années dans un Parlement passent très vite; nous ne pouvons pas dire que les sentiments changent beaucoup, même à 30 ou 40 ans de distance; le sentiment populaire est le même qu'autrefois et, si le peuple s'est prononcé à une forte majorité et les cantons aussi en faveur de la faculté de réintroduire la peine de mort, c'est que réellement la population suisse, dans son sentiment intime, a l'idée que cette peine est une peine nécessaire et correspond à sa conscience.

Ces deux faits: le vote affirmatif du peuple et des cantons et la réintroduction de la peine de mort

dans 9 cantons et 2 demi-cantons sont des faits historiques, dont il faut nécessairement tenir compte. Ils prouvent que l'idée de la peine capitale est restée populaire en Suisse et qu'on ne peut la supprimer sans danger. L'idée de la peine de mort est issue d'ailleurs de la conscience populaire; elle plonge ses racines dans le sentiment inné du peuple pour la justice. Ce sentiment populaire doit être respecté. Gardons-nous de le heurter ou de le froisser inutilement.

Au fait, la conscience populaire n'est ici que l'expression instinctive du droit naturel: la peine de mort est légitime, personne n'ose plus le contester. Ceux mêmes qui ne veulent pas l'introduire ici l'ont acceptée dans le code pénal militaire (protestations). (M. GrosPierre: En tout cas pas nous.)

Le droit de la société dépasse le droit de l'individu qui, lui, n'a pas le droit de tuer. Ce droit de la société a été reconnu en tout temps et en tous pays. En Europe, les pays qui n'ont pas la peine de mort ne sont-ils pas une minorité?

Parmi les nombreux arguments que l'on peut invoquer en faveur de la peine de mort, je n'en veux retenir et rappeler que quelques-uns qui ont à nos yeux une valeur décisive et péremptoire. C'est d'abord la nécessité pour la société de se défendre et pour l'individu le droit à une protection efficace. Cette nécessité est de nos jours plus grande que jamais. Rien n'arrête plus le criminel dans l'exécution de ses desseins. Les crimes augmentent avec le cynisme et l'ingéniosité du mal poussé à son extrême.

La réclusion — même à vie — n'est plus suffisante. Seule la peine de mort peut répondre à cette nécessité.

C'est ensuite l'obligation de rechercher l'amendement du coupable — son amendement final. Je parle ici pour les croyants, qui pensent aussi à la vie future. Toute la doctrine et les efforts de l'Eglise tendent en résumé à préparer l'homme à la mort, à l'amener au salut. Le moment de la mort devient décisif pour lui. Or, il est certain, et la preuve, l'expérience, abondent à cet égard, que le plus grand criminel, mis en pleine santé et en pleine vie en présence de la mort inexorable, rentre plus facilement et plus souvent en lui-même que s'il végète des années dans les bagnes ou la prison. Devant l'exécution menaçante, il se repent et sa préparation à la mort en est facilitée. L'Eglise a sauvé un de ses membres; elle a accompli sa mission divine. Voilà pourquoi elle a constamment admis la peine de mort — non seulement comme légitime, mais comme un puissant moyen de salut.

Voilà pourquoi nos traditions catholiques sont restées favorables à la peine de mort et nos populations attachées à son maintien. Sans vouloir en faire une chose d'Eglise, la peine de mort peut revendiquer pour elle son efficacité quasi divine, comme la guerre. (Vives protestations.)

M. Graber : La guerre divine!

Une voix : C'est scandaleux.

M. Evéquo : Et la liberté de parole!

M. Graber : Il y a des choses qu'on ne dit pas dans un Parlement.

M. Rosselet : Surtout pas au nom de la religion.

M. Grand : Je réponds aux socialistes qu'au mois d'août 1914, Jaurès, leur maître, s'est posé la question: La guerre n'est-elle pas d'institution divine? (Protestations.)

M. Graber : On ne discute pas un sujet aussi grave d'une façon aussi peu sérieuse.

M. Grand : Pardon, plus sérieuse que la vôtre.

M. Graber : C'est honteux.

M. Grand (reprenant son discours): C'est enfin et surtout à nos yeux, aux yeux du monde, une question de justice distributive. La peine de mort seule est proportionnée à certains crimes particulièrement atroces. La réclusion, même à vie, ne satisfait pas toujours la justice et son but qui est l'expiation, aussi bien que l'amendement du coupable. Le criminel vivra aux dépens de la société, dans des établissements dotés de tout le confort moderne, tandis que sa victime ou ses victimes, une veuve, des orphelins, seront tombés pour le reste de leurs jours dans la misère et le malheur.

Je n'ai rien d'un Torquemada, encore moins d'un bourreau. (Mouvements divers.) Tous mes collègues qui ont signé cette proposition de minorité sont du même avis que moi. Je ne crois pas qu'eux non plus puissent revendiquer la qualité de bourreaux. Nous ne sommes pas non plus des doctrinaires, nous ne sommes pas non plus arbitraires, mais ce que nous estimons juste, nous vous le disons, très calmement. Nous estimons que c'est justice et que c'est l'intérêt de notre pays d'introduire la peine de mort dans le code pénal fédéral, mais à titre facultatif et dans les conditions bien déterminées qui ont été indiquées. Nous estimons que notre proposition correspond au sentiment du peuple suisse dans sa grande majorité, à l'idée élevée de la justice, à nos traditions historiques et qu'en faire abstraction dans une œuvre de l'envergure du Code pénal fédéral, ce serait faire aveu d'impuissance et de pusillanimité.

Walser: Der Standpunkt der Kommissionsmehrheit ist in der Eintretensdebatte und in der bisherigen Einzelberatung durch die beiden Referenten in so hervorragender und ausgezeichnete Weise zum Ausdruck gekommen, daß für die übrigen Mitglieder der Kommission kein Anlaß vorlag, sich an der Aussprache zu beteiligen. Es kam mir vor wie eine stille Vereinbarung unter den Mitgliedern der Kommissionsmehrheit, die Debatte nicht unnütz durch Erörterungen zu verlängern, die in der Hauptsache nur als Wiederholungen und in der Wirkung dem schon Gehörten lange nicht gleichwertig hätten erscheinen müssen. Wenn ich mir als Mitglied der Kommissionsmehrheit ausnahmsweise ein Wort zur Frage der Todesstrafe gestatte, so geschieht es nicht in der Einbildung, irgendeinen neuen Gesichtspunkt in die Diskussion werfen zu können. Wie in der Botschaft und in der bisherigen Beratung richtig hervorgehoben worden ist, handelt es sich hier nicht um eine Rechtsfrage, sondern um eine Frage der Weltanschauung, wo bei den Mitgliedern der eidgenössischen Räte gegenseitige Belehrung meist auf unfruchtbaren Boden fallen dürfte. Immerhin sind wir ja da, um auch bei dem so gestalteten Problem nicht nur unsere persönliche Anschauung zur Geltung zu bringen,

sondern auch diejenige der Kreise, die wir hier zu vertreten die Ehre haben.

Sie haben bei der Eintretensdebatte die Auffassung zweier Vertreter aus Graubünden über die Todesstrafe gehört. Die Herren Dr. Dedual und Dr. Bossi haben sich zum Minderheitsstandpunkt bekannt, zum mindesten einem Kompromiß das Wort geredet, wonach man den Kantonen den Entschcheid über die Einführung oder Ablehnung der Todesstrafe überlassen soll. Ich nehme ohne weiteres an, daß meine beiden verehrten Kollegen aus Graubünden in erster Linie ihr parteipolitisches Bekenntnis zum Ausdruck bringen, und keineswegs etwa eine Kundgebung erlassen wollten, nach welcher wir in Graubünden einhellig uns nach der Einführung der Todesstrafe sehnen würden. Ich habe im Gegenteil die Ansicht, daß das Bündnervolk heute so wenig als in den letzten 80 Jahren das Bedürfnis hat, den Galgen wieder aufzurichten. Von der jetzigen Generation ist kaum mehr jemand am Leben, der sich an eine Hinrichtung in Graubünden erinnerte. Die ehemalige Richtstätte ist für uns ein Ort des Grauens, und die Bevölkerung geht am Sonntagsspaziergang in weitem Umkreis daran vorbei. Noch nie ist von irgendeiner Seite der Ruf erschallt, die Todesstrafe wieder einzuführen, auch seit der Zeit nicht, wo dies von Verfassungswegen wiederum zulässig gewesen wäre. Die Anschauungen haben sich im Laufe des letzten Jahrhunderts geändert. Daß man einen Schafdieb an den Galgen hat bringen können, wie das vor 110 Jahren noch vorkam, erscheint uns heute ganz unfaßbar. Und doch sind solche Brutalitäten vorgekommen. Ich fand in einem alten Tagebuch meines Großvaters vom Jahre 1817 eine Notiz, nach der er, eben mit humanen Ideen von der Universität Heidelberg zurückgekehrt, sich vergebens für solch einen armen Schelm wehrte, um als Verteidiger die Sporen zu verdienen. Der Frevel wurde mit dem Tode des Delinquenten gesühnt. Seither haben sich glücklicherweise die Ansichten auch bei uns gründlich geändert. Wer daran zweifeln wollte, der hätte die Erregung sehen sollen, die auch bei uns durch die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti entstanden ist.

Man hat sich auf der Seite der Minderheit auf gewichtige Gewährsmänner zur grundsätzlichen Verteidigung der Todesstrafe berufen. Man hat Bluntschli zitiert. Es liegt das etwas weit zurück. Ich möchte Bluntschli den hervorragenden Lehrer des deutschen Strafrechtes Berner gegenüberstellen und den geistreichen Holtzendorff. Lesen Sie deren Kommentare, dann finden Sie, daß sie ein vernichtendes Urteil über die Todesstrafe abgegeben haben. Wir wollen uns erinnern an uns näherliegende Gelehrte und Staatsmänner, und da erwähne ich besonders die sympathische, ehrwürdige Erscheinung Prof. Hilty's, schon deswegen, weil er nicht nur Werdenberger war, sondern auch Bündner Bürger, ein Mann, dessen Andenken wir in allen Kreisen des Volkes in höchsten Ehren halten. Jahrelang sind wir ältere Herren dieses Rates noch mit Herrn Prof. Hilty in diesem Ratsaal gesessen; wir haben seine Lebensweisheit bewundert, wenn er sich mit seinen zu Herzen gehenden freundlichen Worten zu den wichtigsten Fragen des Lebens und der Politik ausgesprochen hat. Und wer von Ihnen kennt nicht den trefflichen Mann aus seinen zahlreichen Schriften, aus den politischen Jahrbüchern, die er, wie seine historischen und philosophischen Werke, meisterhaft behandelt hat. Und was

sagt Hilty über die Todesstrafe? Zunächst hielt er einen Kompromiß mit den Kantonen nicht für angezeigt. Dann fügte er bei: «Die Todesstrafe bleibt eine Barbarei und die von allen möglichen Zufallsstimmungen abhängige Willkürlichkeit der Begnadigungen ist etwas Unerträgliches. Der neue Entwurf zum eidgenössischen Strafrecht wird gut daran tun, die Todesstrafe nicht aufzunehmen.»

Lassen Sie mich endlich noch einen Gewährsmann nennen, und nicht den letzten; es war ein großer Staatsmann und ein hervorragender Vertreter derjenigen Richtung, die heute den Minderheitsantrag stellt: Philipp Anton von Segesser. Sein Name ist, glaube ich, in dieser Debatte noch nicht genannt worden. Er hat in der berühmten Rede, mit der er im Jahre 1885 die Begnadigung des Mörders Mattmann im Großen Rat von Luzern erreichte, die denkwürdigen Worte gesprochen: «Ich will nicht mit blutbefleckten Händen vor dem Richterstuhl Gottes erscheinen.»

Man gibt sich meines Erachtens einer Täuschung hin, wenn man meint, das Volk sehne sich nach der Todesstrafe. Wie wäre sonst die Tatsache zu erklären, daß man heute mehr denn je den Scharfrichter mit scheeligen Augen ansieht? Er ist nicht de jure ehrlos, aber wird in praxis fast als ehrlos betrachtet. Das hat zur Folge, daß sich nachgerade niemand mehr zu diesem Métier hergeben will. Nur mit großer Mühe war der von der ernerischen Justiz benötigte Scharfrichter bei der zuletzt in unserem Lande vorgekommenen Hinrichtung aufzutreiben. Und unlängst war in der Tagespresse zu lesen, daß der Henker von Paris, der in seinem Leben zirka 100 Hinrichtungen zu besorgen hatte, auf dem Sterbelager mit tiefstem Abscheu von seinem Beruf gesprochen hat. Wäre die Todesstrafe eine für die Gerechtigkeit unentbehrliche Einrichtung, dann hätten wir die Pflicht, dem Scharfrichter mindestens die gleiche Reputation zuzubilligen wie dem hohen Kriminalgerichtshof, der die Strafe ausgefällt hat; denn er stünde genau wie dieser im Dienste der Gerechtigkeit.

Mit dem neuen eidgenössischen Strafgesetzbuch wollen wir dem Schweizervolk nicht den Scharfrichter bescheren, sondern ein Strafsystem ihm geben, das in dem schwachen, fehlbaren Menschen ein besserungsfähiges Geschöpf vermutet, eingedenk des Satzes, den Hermann Hesse, wie ich jüngst in seinem schönen Roman Siddharta gelesen habe, dem indischen Weisen in den Mund legt: «Kein Mensch ist so schlecht, daß nicht etwas Gutes in ihm wäre.» Den guten Kern wollen wir pflegen und zur Entwicklung bringen, damit er die bösen Triebe überwuchert und zum Ersticken bringt.

Das ist das Ziel, das sich das neue Strafrecht in seinem ganzen Strafsystem gestellt hat, und mit diesem Ziel ist die Todesstrafe nicht vereinbar. (Beifall.)

von Arv: Es ist vor kurzem in einer hochstehenden Zeitschrift unseres Landes im Hinblick auf die parlamentarische Beratung des Strafrechtsentwurfes eine Apologie der Todesstrafe erschienen. Man sagte mir, daß dieser Aufsatz die Gedanken jener Kreise wiedergebe, aus welchen der Antrag auf Einführung der Todesstrafe in das schweizerische Strafrecht hervorgegangen ist. Es stellt sich dieser Aufsatz, tief-schürfend, indem er die Forderung der Todesstrafe erhebt, als die Manifestation einer Weltanschauung

dar. Der Aufsatz bildet eine geistige Grundlage, eine geistige Plattform für die Anhänger der Todesstrafe, auf der sich auch die Herren Bossi und Dedual bewegt haben. Die Rechtswissenschaft, die Moral, die Staatspolitik werden für die Todesstrafe ins Feld geführt. Unter drei Leitsätzen sind Argumente für die Todesstrafe zusammengefaßt.

Für die Todesstrafe, so wird uns dargelegt, sprechen die Uebereinstimmung der Völker und der Zeiten, die Unentbehrlichkeit für die Sicherheit des Staates und das Prinzip der Gerechtigkeit und der Sühne.

Uebereinstimmung der Völker und der Zeiten? Es ist nicht zu bestreiten, daß durch die Geschichte der Menschheit sich die Spur der Todesstrafe zieht. Mit der Nachricht von der ersten Staatenbildung verbindet sich die Kunde von dem Henker; es trieft die Geschichte der Menschen von Blut, das von Hochgerichten floß, und neben Richtbeil und Schwert sehen wir als Mittel der Exekution den Strick, den Scheiterhaufen und das Kreuz. Es erwies sich die Menschheit wahrhaft erfinderisch in der Vollstreckung der Todesstrafe. Sie kargte auch nicht in deren Anwendung. Nicht nur Räuber und Mörder, sondern auch Diebe und Landstreicher verfielen dem Scharfrichter. Uns will bedünken, daß in dieser Uebereinstimmung der Völker und der Zeiten, die sich beim Gebrauch der Todesstrafe zeigt, nicht das Zeugnis einer Autorität liege, sondern das Zeugnis eines finsternen Irrtums. Wenn aber in der Geschichte der Menschheit ein Maßstab für die Beurteilung der Todesstrafe zu finden ist, so haben wir den Lichtstreifen der Entwicklung zu beachten, durch welche die Tätigkeit des Scharfrichters auf ein immer kleineres Gebiet beschränkt wurde.

Wie aber verhält es sich mit dem zweiten Leitsatze, der die Notwendigkeit der Todesstrafe für die Sicherheit des Staates verlangt? Einzig die Todesstrafe, wurde uns gesagt, verbürgt die höchste hinreichende Abschreckung von Verbrechen, die höchste hinreichende Sicherung gegen die Wiederholung des Verbrechens. Der Tod erschrecke mehr als das Zuchthaus, denn mit allen Fasern der Natur hänge die Kreatur an dem Leben. Was vollends die Sicherung gegen die Wiederholung des Verbrechens betrifft, so sei sie durch die Todesstrafe vollkommen. Die Toten werden in der Tat nicht rückfällig.

Es scheint einem, in keinem Lande lasse sich die Behauptung, daß die Todesstrafe für die Sicherheit des Staates unentbehrlich sei, schlechter vertreten, als in der Schweiz. Denn hier liegen die Gebiete, in denen die Todesstrafe ausgeschlossen ist, in mannigfachem Wechsel neben Gebieten, in welchen der Henker noch sein Recht behalten hat. Wurde je der Versuch des Beweises unternommen, daß die unblutigen Kantone mehr von schweren Verbrechen heimgesucht werden, als die blutigen, daß die Sicherheit des Staates dort weniger gefestigt sei als hier? Man weiß, daß die Unterscheidung nicht vorhanden ist. In dieser Feststellung, erachte ich, liegt der untrügliche Beweis, daß ein Kulturstaat den schwersten Verbrechen auch ohne Schafott gewachsen ist.

Doch die Anhänger der Todesstrafe fordern deren Anwendung nicht bloß zum Schutze des Staates, der Gesellschaft, sondern sie erklären sie als ein Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit. Die Strafe habe das Gleichgewicht der sozialen Ordnung herzu-

stellen, das durch das Verbrechen gestört wurde. Um das Gleichgewicht wieder zu erreichen, müsse die Strafe so schwer sein als wie das Uebel, das vom Missetäter zugefügt wurde; deshalb seien Mord und Todesstrafe Wechselbegriffe.

Diese Auffassung hat ihre scharfe Formulierung in der Lehre des deutschen Staatsrechtslehrers Julius Stahl gefunden, der sagte: « Je größer oder geringer die Auflehnung gegen die Herrlichkeit des Staates, desto größer oder geringer die Bekundung der höheren Gewalt des Staates an der Person des Täters. » Hiebei erblickt Stahl in der öffentlichen Strafgewalt die von Gott bestellte Ordnerin der Gerechtigkeit. Der Staat ist ihm der Lehensträger der göttlichen Gerechtigkeit. Es hatte der Rechtslehrer Stahl, ich darf daran erinnern, einen geistigen Vorläufer in dem Schweizer Karl Ludwig von Haller, der in seiner « Restauration der Staatswissenschaft » die Staatsgewalt ebenfalls aus göttlicher Anordnung hervorgehen ließ. Vom Geiste Stahls, vom Geiste von Hallers ist der Aufsatz durchdrungen, in dem uns die Argumente für die Todesstrafe bekanntgegeben werden. In dem Lichte dieser Auffassung wird uns der Scharfrichter als « tragisch große, fast als transzendente Figur » vorgestellt. Auf den Namen Gottes hat sich soeben auch unser Kollege Grand berufen, und der lächelnde Mund, mit dem er sprach, nahm der Anrufung nichts von ihrer Bedeutung. Es darf nicht erstaunen machen, wenn diese Beziehung des göttlichen Wesens zur Rechtfertigung irdischer Strafgewalt von uns fest als eine Vermessenheit empfunden wird. Man schreibt dem lieben Gott einen breiten Rücken zu, wenn man ihm die Verantwortung für all die Gebilde und Leistungen irdischer Staatskunst auferlegen will!

Die Argumentation dieser Staatsrechtslehrer aber, daß das Unrecht durch das Recht aufgehoben werden könne, setzt voraus, daß sie aus gleichem Stoffe gemacht seien, das sittliche Uebel, das der Verbrecher verursacht hat, soll durch das sinnliche Uebel, das der Staat zufügt, aufgewogen werden können. Es wird eine Art Tauschverhältnis zwischen Schuld und Strafe hergestellt.

Dabei kann das Uebel, das durch die Todesstrafe dem Schuldigen zugefügt wird, nicht einmal im Verluste des Lebens liegen. Keiner von uns weiß, was der Tod bedeutet; aber das wissen alle, daß der Tod, der das natürliche Ende der Menschen ist, nicht eine Strafe sein kann. Es bleibt demnach als Uebel bloß die Angst der Kreatur vor dem Tode. Der Schuldige wird mit der Angst vor dem Tode gequält. Die Todesangst ist die Folter, auf die der Schuldige gespannt wird, bis ihm das Richtheil das gnädige Ende bereitet.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Todesstrafe ihren Zweck, den Menschen zu ängstigen, zumeist vollkommen erfüllt. Dringen doch die Schauer des Blutgerüstes über den Bereich des Schafottes hinaus und erfassen in weiten Kreisen Gerechte und Ungerechte. Von dem Grauen, das von der Hinrichtung aus geht, hat ein englischer Dichter, der selber zum Zuchthaussträfling geworden war, eine ergreifende Schilderung gegeben. Es ist die « Ballade von Reading Goad ». In der Schilderung der Nacht vor der Hinrichtung heißt es:

« Und keiner schlief, wir bebten tief
In Schrecken, Schmerz und Scham,

Und gräßlich war, wie schon das Ohr
Gespenstertritt vernahm,
Wie mit dem Sack durch Dämmergrau
Der Henker näher kam. »

Den Eindruck nach der Hinrichtung schildert uns die Zuchthausballade weiter:

« Verbergt sie nur, die Höllenspur,
Von dem, was dort geschehn.
Nicht Gottessohn, nicht Menschensohn
Vermöcht es anzusehn. »

Es ist nicht die Empfindung eines Einzelnen, wenn die Hinrichtung als Greuel empfunden wird. Man darf sagen, daß weite Kreise die Hinrichtung mit der Kühlichkeit und Ueberlegtheit der Vorbereitung nicht weniger anwidert als die verbrecherische Tat. Wir fragen: Kann dieses Grauen, dieses Entsetzen, das die Todesstrafe bringt, die gestörte soziale Ordnung, das von Gott gewollte irdische Gleichgewicht wieder herstellen? Nein, die Todesstrafe steht nicht im Dienste des göttlichen Gesetzes. Sie widerstrebt ihm vielmehr indem sie sich vermißt, mit plumpem Griff in die Ordnung des Lebens und des Sterbens einzugreifen.

Darum ist der Henker nicht eine überirdische Figur, wie man uns glauben machen will. Er stammt aus anderen Regionen. In der Tiefe der Auffassung von der Notwendigkeit der Todesstrafe wohnt nicht das göttliche Gesetz, sondern das uralte, triebhafte Bedürfnis der Talion. Auge um Auge, Zahn um Zahn, Hand um Hand, Wunde um Wunde, Seele um Seele, so lautete das mosaische Gesetz. Die gleiche Forderung der Talion finden wir in den anderen Gesetzgebungen der Urzeit. Den Regungen der Urzeit entsprungen, fand die Todesstrafe ihre Rechtfertigung in dem Geiste des ganzen Altertums. Durch das ganze Altertum hallt der Ruf: Vae victis! Wehe dem Besiegten! Das Altertum weihte die Unterlegenen, die vom Schicksal Verlassenen, dem Untergange. Nicht Plato und nicht Sokrates kannten ein Recht der Schwachen. Diesem Geiste, diesem Heidengeiste mochte die Vernichtung des Verbrechers als gerecht erscheinen. Dann kam die Christuslehre. Den Armen, den Schwachen, den mit leiblicher und geistiger Not Beladenen, den Verkommenen und Sündern ward das Evangelium gepredigt. Das Christentum brachte das Mitleid in die Welt. Das Christentum verwarf die Forderung der Talion und setzte an deren Stelle das Gebet der Nächstenliebe. Das Wort Nächster ist christlichen Ursprunges. Das Christentum lehrte, daß auch der verworfenste Mensch in der Tiefe seiner Seele einen göttlichen Funken trägt. Das Christentum verlangte, daß der Schuldige nicht sterbe, sondern sich bessere. Wie könnte vor dieser Gesinnung die Todesstrafe bestehen?

Daß die Strafe bessern soll, und daß der Verbrecher der Besserung fähig ist, darin liegt die Erkenntnis der neuen Zeit. Auf dieser Erkenntnis entwickelte sich die Wissenschaft. Sie drang in die Seele des Verbrechers ein und erforschte die Bedingungen, unter denen das Verbrechen entstanden ist. Sie unterschied den Anteil der Schuld von dem Anteil des Verhängnisses. Sie deckte die sozialen Ursachen des Verbrechens auf.

Daß auch die schwersten Verbrecher einer Schonung nicht unwert sein können, dafür hat ein Mann, der sein Leben lang mit Missetätern zu tun hatte, Zeugnis abgelegt. Es ist Direktor Hürbin, der mehr

als ein Vierteljahrhundert lang die Strafanstalt von Lenzburg geleitet hat. Er hat im Jahre 1893 über 28 Verbrecher berichtet, die unter einem härteren Strafgesetze dem Tode verfallen wären. Was sagt uns Direktor Hürbin? Eine verwaorloste Jugend, das ist die Vorgeschichte dieser Leute. Ein gutes Betragen während der Strafzeit, das ist der weitere Bericht für die große Mehrzahl von ihnen, und ein stilles, bußfertiges Leben, das ist die Kunde von jenen, welche nach Jahrzehnten der Kerkerhaft in die Freiheit gekommen sind.

Es dünkt einem, die tröstliche Kraft dieses Zeugnisses sollte auch auf die Anhänger der Todesstrafe zu wirken vermögen. Ist es zu glauben, daß ein schweizerisches Strafrecht an der Ausschließung der Todesstrafe scheitern könnte? Hält man es für ratsam, für zulässig, um des Blutartikels willen den Kampf gegen dieses Strafrecht in das Volk zu tragen? Ich weigere mich, das anzunehmen. Es ist fürwahr in unserer Zeit Menschenblut genug geflossen. Nicht durch Töten, nicht durch Kopfabschlagen, wird die gestörte sittliche Ordnung dieser Zeit wieder hergestellt, sondern durch Werke der Güte und der Menschlichkeit. (Lebhafter Beifall.)

Grünenfelder: Wenn man als Mitglied der Kommission den Verhandlungen derselben über die Todesstrafe beigewohnt hat und wenn man gewisse Voten über diese Straffart hier im Rate Gelegenheit hatte anzuhören, so könnte man von sich selbst den Eindruck erhalten, es trete eine gewisse Brutalität und eine gewisse Rückständigkeit zutage, wenn man es überhaupt noch wage, sich als Anhänger des Grundsatzes der Todesstrafe im Strafgesetzbuch zu bekennen. Aber angesichts des Umstandes, daß doch immerhin 10 von 25 Kantonen und Halbkantonen die Todesstrafe in ihre Strafgesetzbüchern seit 1879 wiederum eingeführt haben, nachdem sie 1874 durch die Bundesverfassung allgemein verboten worden war und nachdem wir selbst im letzten Jahre im Militärstrafgesetz das Prinzip der Todesstrafe, wenn auch nur für die Kriegszeiten, aufstellten, so gibt sich doch zum allermindesten die Veranlassung, über diese Straffart auch hier beim bürgerlichen Strafgesetzbuch zu sprechen. Dazu veranlaßt ferner der Umstand, daß die Staaten rings um uns die Todesstrafe haben; Frankreich, Deutschland, Oesterreich bisher, Deutschland auch im neuen Entwurf der Regierung für ein neues Strafgesetzbuch. Und Italien ist daran, die Todesstrafe für gewisse Verbrechen wiederum einzuführen. (Potesstrafe.) Das geht mich nichts an. Ich spreche vom Prinzip. Sie werden nicht bestreiten, daß auch die uns umgebenden Staaten Kulturstaaten sind. Ich nehme dabei keinen unserer vier Nachbarn aus, nehme insbesondere Deutschland nicht aus und kein einziger Welscher wäre mit mir einverstanden, wenn ich behaupten wollte, Frankreich sei deshalb kein Kulturstaat, weil es die Todesstrafe hat, sie anwendet und auch vollzieht. Sie sehen daraus, daß man über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Todesstrafe nicht nur in den Kreisen spricht, denen unsere Minderheit hier im Rate angehört, und es ergibt sich daraus die große Bedeutung dieser Frage. Sie werden nicht behaupten, daß Frankreich etwa aus Ueberlegungen katholisch-religiöser Natur sich zu dieser Straffart bekennt, Deutschland ebenso wenig und

auch in Italien ist die religiöse Gesinnung bei der Frage der Einführung der Todesstrafe offenbar ohne Bedeutung. Ich bin der Meinung, daß der Prozentsatz derjenigen im Volke draußen, die die Notwendigkeit der Todesstrafe und ihre Beibehaltung im Strafgesetzbuch betonen möchten, viel größer ist als hier im Rate. Ich möchte damit nicht sagen, daß ich besondere Freude hätte an einem Bluturteil (Zwischenruf: Hm, Hm), so wenig als jene Herren, die sich Zwischenrufe gestatten. Aber wir müssen und dürfen uns bei dieser Frage in aller Freundlichkeit und Kollegialität darüber unterhalten und unseren Standpunkt zur Geltung bringen. Ich halte es nicht für notwendig, daß man sich für die eine oder andere Idee so erhitze, daß man glaubt, es sei einer entweder ein minderwertiger oder rückständiger Kerl, wenn er eine abweichende Auffassung vertritt. Wenn wir, in kleiner Minderzahl allerdings, für die Beibehaltung der Todesstrafe Ihnen einen Vorschlag unterbreiten, so will ich doch andererseits wiederholen, was bereits andere Kollegen aus meiner Fraktion getan haben, daß die Todesstrafe für uns nicht der springende Punkt ist, und daß nicht mit der Nichtaufnahme der Todesstrafe für uns der Entwurf schon ohne weiteres erledigt wäre. Wir gehen nicht so weit wie der sozialdemokratische Sprecher, der umgekehrt gesagt hat, wenn die Todesstrafe aufgenommen werde, dann sei für seine Partei das Strafgesetzbuch erledigt. Für uns und unsere Stellungnahme kommt es darauf an, wie das Strafgesetzbuch auch im übrigen ausgestaltet wird. Davon wird unsere endgültige Stellungnahme abhängen.

Die Grundanschauung, die bisher, in der Praxis mindestens, unter der maßgebenden Jurisprudenz bestund, ging dahin, daß die Strafe in erster Linie die Sühne bezweckt, den Ausgleich des schweren Unrechts, das insbesondere der Mörder begeht, durch die Tötung, durch die Vernichtung eines Menschenlebens. Die Wiederherstellung des Gleichgewichtes soll geschehen durch den Verlust des besten und höchsten irdischen Gutes des Töters selbst, das ist eben der Verlust des Lebens. Das war bisher die Grundanschauung in der Jurisprudenz. Sie mag heute als veraltet gelten und wir wollen konstatieren, daß die für das Bundesstrafrecht maßgebenden Juristen dieser Auffassung nicht mehr huldigen. Man ist nicht nur dazu gekommen, die Erfolgstheorie abzulehnen, die gewiß bis anhin da und dort in den kantonalen Strafrechten eine viel zu große Rolle gespielt hat. Darüber wollen wir uns nicht weiter unterhalten. Aber der Gesichtspunkt der Sühne, der Gutmachung des getanen schweren Unrechtes ist heute noch der Gedanke jedes Strafgesetzbuches. Daran müssen wir festhalten. Wie wollten wir sonst irgend einen Verbrecher auch nur zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilen, wenn es nur zum Zwecke der Erziehung wäre, letztere deshalb, weil die Gesellschaft das Verschulden auf dem Buckel habe, daß sie den Menschen zu wenig erzog, so daß er ein Verbrechen beging? Wer wollte behaupten, daß man das Recht hätte, solche Menschen für Zeit ihres Lebens bloß zum Zwecke der Erziehung in den Kerker zu sperren? Nein, dann müßte man sie in wenigen Jahren in die Freiheit setzen, nachdem sie sich reuig gezeigt haben, damit sie im Leben draußen sich wieder bewähren könnten. In dem Gesichtspunkt des lebenslänglichen Zuchthauses liegt ganz zweifellos

auch der Gedanke der Sühne, sonst würde sie sich in keiner Weise rechtfertigen lassen. (Huber: Sicherung). Wenn ein erwachsener, zurechnungsfähiger Mensch z. B. zehn Jahre die Zwangserziehung genießt, dann ist er wahrscheinlich so erzogen, daß in den meisten Fällen die Sicherung nicht mehr nötig ist. Entweder wird er dann erzogen sein oder er läßt sich überhaupt nicht erziehen. Man kann doch nicht zum Vorneherein behaupten, daß die Mörder, die Raubmörder, unerziehbare Menschen seien, um sie lebenslänglich einsperren zu dürfen, sonst müßten Sie Ihre Theorie selbst auf den Kopf stellen und erklären, es nützt gar nichts, sie überhaupt einzusperren, weil sie doch nicht erziehbar sind. Das Prinzip der Erziehung kann unmöglich hier das allein Maßgebende sein. Wenn selbst von einem Verbrecher die Ueberzeugung bestünde, daß er sich gebessert habe, in sich gekehrt sei, so weit, daß er keine Gefahr für die Menschheit mehr bilde, und wenn er dann entlassen würde, so würde auch dann noch das unbefriedigende Gefühl sich regen, daß noch eine große Lücke darin bestehe, daß der Gerechtigkeit nicht Genüge geschehen ist, weil die Schuld nicht gesühnt wurde. So viel über das Prinzip der Sühne.

Es ist Tatsache, daß das überlegte Töten mit kaltem Herzen, das Morden eines andern Menschen, der Todesstrafe als einem Wechselbegriff ruft, und daß die Beseitigung dieses Gesichtspunktes gewissermaßen die Preisgabe der Achtung vor dem Menschenleben bedeutet.

Ein zweiter Gesichtspunkt ist der der Abschreckung. Man will behaupten, die Todesstrafe sei nicht geeignet, vom Verbrechen abzuhalten, abzuschrecken, mit andern Worten, mit der lebenslänglichen Zuchthausstrafe sei das ebenso gut möglich. Nach meiner Ansicht ist das Irrtum, falsche Theorie. Die Jahrhunderte und Jahrtausende beweisen das Gegenteil. Wenn man die schwerste Drohung aussprechen wollte, so war es eben die Androhung mit dem Tode. Wenn wir mit dieser Androhung der Todesstrafe im Laufe der Jahre auch nur einige Menschenleben retten können vor menschlichen Scheusalen, dann hat die Androhung im Strafgesetzbuch schon zum wesentlichen Teil ihren Zweck erfüllt und ihre Rechtfertigung erhalten. Davon kann doch keine Rede sein, daß es ein anderes schärferes Mittel gebe, als die Androhung der Todesstrafe, um vor dem überlegten Töten eines andern Menschen abzuhalten.

Das sind Gesichtspunkte, die man geltend machen muß und geltend machen kann, weil sie der jetzt bestehenden Gesetzgebung vieler Kulturstaaen, nicht nur schweizerischer Kantone allein, durchaus entsprechen.

Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit mit den Gesichtspunkten bekanntmachen, die in dem amtlichen Berichte zum amtlichen Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches auf Anordnung des Reichsjustizministeriums enthalten sind. Sie werden dann vielleicht finden, daß es doch nicht eine so rückständige Stellungnahme ist, wenn wir auf dem Standpunkte stehen, daß die Todesstrafe in unserem Strafgesetzbuch Aufnahme finden sollte. Dort wird ausgeführt, daß die Strafmittel des Entwurfes ihrer Art nach im wesentlichen die gleichen seien, wie im geltenden Rechte und daß die Todesstrafe in Uebereinstimmung mit den frühern Entwürfen beibehalten sei, jedoch nur in eingeschränk-

terem Umfange zur Anwendung kommen solle. Im weiteren führt der Bericht folgendes aus: Die Anhänger der Todesstrafe sind der Auffassung, daß sie der Staat als äußerstes Mittel zur Sicherung des Lebens seiner Angehörigen nicht entbehren könne. Nur die Vernichtung des Lebens des Täters bilde eine gerechte Sühne an dem, der selbst kalten Herzens ein fremdes Leben vernichtet habe; nur die Androhung dieses schwersten Uebels habe eine genügend starke abschreckende Wirkung; das Bewußtsein ihres Bestehens sei geeignet, dem Staatsbürger das nötige Gefühl der Sicherheit seines Lebens in der Volksgemeinschaft zu geben, wie sie auch in der Tat die einzige wirkliche Sicherung der Gesellschaft vor dem Täter sei. Die Todesstrafe stehe in Einklang mit der Rechtsüberzeugung des überwiegenden Teils der Bevölkerung und entspreche, wie die Statistik lehre, auch heute noch den Bedürfnissen des Rechtslebens. Für besonders unruhige Zeiten müsse die Todesstrafe auf jeden Fall beibehalten werden. Hier bedürfe man eines Strafmittels, das durch die Wucht der sofortigen Vollziehung dahin wirke, die gefährdete Ordnung wieder herzustellen. Die Erfahrungen der ausländischen Staaten, welche die Todesstrafe abgeschafft hätten, seien keineswegs günstig und, soweit sie günstig lauteten, auch nicht maßgebend, da dort vielfach ganz andere wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse beständen als in Deutschland. Der Entwurf verkenne nicht das Gewicht der gegen die Todesstrafe erhobenen Einwände. Er hält aber die Zeit für die Abschaffung nicht für gekommen. Angesichts der infolge des langen Krieges eingetretenen allgemeinen Verrohung, angesichts der außerordentlichen Steigerung von Mordtaten grauerregender Art, erscheint es nicht möglich, auf das in der Todesstrafe zweifellos liegende starke Abschreckungsmittel zu verzichten. Der Entwurf behält deshalb die Todesstrafe mit den dargelegten Einschränkungen bei, die geeignet sind, die gegen die Todesstrafe bestehenden Bedenken wesentlich abzuschwächen.

Man könnte nun einwenden, Deutschland habe den Krieg durchgemacht und infolgedessen habe es, wie hier angedeutet ist, besondere Veranlassung, wegen der überhandnehmenden Rohheit diese Straformart beizubehalten. Aber, meine Herren, der deutsche Strafgesetzbuch könnte sich auch sagen: Der Krieg ist nun vorbei, das neue Strafgesetzbuch besteht noch nicht, einstweilen besteht das alte mit der Todesstrafe in schärferer Fassung als der neue Entwurf es vorsieht, und infolgedessen kann rechtswissenschaftlich und rechtspolitisch der Auffassung, überhaupt auf die Todesstrafe verzichten zu können, Folge gegeben werden; wir verzichten bei diesem Anlasse darauf und nehmen die Todesstrafe nicht mehr in das Strafgesetzbuch auf. Man hat in Deutschland nicht so argumentiert. Auch für uns gilt — Herr Huber hat das ganz richtig gesagt in der Eintretensdebatte —: « Ein Strafgesetzbuch gilt in der Regel mehr als fünf Jahre. » Ja, wenn es so lange geht wie z. B. mit dem Bundesstrafgesetz, das seit 1852 besteht, dann ist in der Tat bestätigt, daß es eine lange Lebensdauer hat und auf alle Fälle nicht nur für ruhige Zeiten geschaffen sein könne. Auch bei uns können Erscheinungen auftreten, bei denen wir unter Umständen froh sein würden, von der Todesstrafe Gebrauch machen zu können. Herr Bundesrat Häberlin hat jüngst in Zürich den weiten Rahmen der Strafkompentenz damit begründet, daß der Richter Gelegenheit

habe, dann, wenn sich gewisse Delikte häufen oder rasch wiederholen, viel schärfer zuzugreifen, als es in gewöhnlichen Zeiten der Fall sei, ohne daß vorerst das Gesetz geändert werden müßte. Meine Herren, wenn Sie den Vorschlag der Minderheit der Kommission durchsehen, wo der Richter die Wahl hat, bei Mord und Raubmord — d. h. redaktionell ist vorläufig nur vom Mord die Rede — bei der kalt überlegten Tötung eines Menschen wahlweise auf die Todesstrafe oder auf lebenslängliches Zuchthaus zu erkennen, dann werden wir wahrscheinlich in der Praxis angesichts des sehr ausgedehnten Systems von Milderungsgründen in normalen und ruhigen Zeiten nie dazu kommen, eine Todesstrafe ausfallen zu sehen. Aber es können auch in unserem kleinen Staat sich Zeiten einstellen, wo sich Scheusale zeigen, wo dann die Entrüstung des Volkes sich auch im Ratssaale vielleicht zeigen würde. Haben wir doch, um ein Beispiel zu nennen, ich glaube in Sachsen, eine solche Bestie in Menschengestalt in den Zeitungen und vor dem Strafrichter gesehen, die eine ganze Serie, eine lange Reihe von Morden sich zuschulden kommen ließ, in diesem Monat diesen, im nächsten Monat jenen usw.! Kalt hat er sie hingeschlachtet, wie man ein Tier hinschlachtet. Wenn das Referendum gegen das Strafgesetzbuch ergriffen wird, wird es ein Glück sein für dasselbe, wenn nicht kurz vorher derartige Straftaten vorkommen; ansonst würde ich nicht im Zweifel darüber sein, wie das Schweizervolk über den Strafgesetzentwurf entscheiden wird, der die Todesstrafe total ausgeschlossen hat.

Wir stützen also unsere Auffassung auf gute, wissenschaftliche und in der geltenden Gesetzgebung von Kulturstaaten niedergelegte Grundsätze, wenn wir Ihnen empfehlen, grundsätzlich die Todesstrafe als schärfste Strafe in den allerschwersten Fällen beizubehalten, respektive diese Straftat in das Strafgesetzbuch aufzunehmen.

Es ist uns nicht nur aus der Debatte hier, sondern schon aus früheren Verhandlungen bekannt, daß starke Strömungen gegen die Todesstrafe bestehen; wir wissen, daß nur noch eine Minderheit der Kantone die Todesstrafe behält, daß es aber auch Völkerschaften der Kantone gibt, die diese Straftat nicht lassen möchten. Ich erinnere daran, wie der verstorbene verdiente zweite Präsident unserer Kommission, Herr Kaspar Müller von Luzern, ein allgemein anerkannt hervorragender Kenner des Strafrechtes, sich mit aller Entschiedenheit für die Aufnahme der Todesstrafe ins Strafgesetzbuch ausgesprochen hat. Er hat das schon in der Expertenkommission getan, und gelegentlich hat er sich auch privat so geäußert, daß er glaube, das Volk seines Kantons beispielsweise werde unter keinen Umständen ein Strafgesetzbuch annehmen, das die Todesstrafe ausschließen werde. Wie das Volk entscheiden wird in dem Momente, da die Abstimmung stattfindet, darüber kann man nicht rechten. Das ist aber meines Erachtens sicher, daß, wenn genügend Gründe gefunden werden im Volke draußen oder bei den politischen Behörden, gegen das Strafgesetzbuch das Referendum zu ergreifen, eine große Masse Volkes sich gegen das Gesetz aussprechen wird, wenn die Todesstrafe nicht aufgenommen ist. Ich gehöre zu denen, ich wiederhole das gegenüber gelegentlichen, anders lautenden Äußerungen aus unsern Kreisen — ich gehöre zu denen, die das Zustandekommen des Strafgesetzbuches begrüßen

unter gewissen Voraussetzungen. Suchen wir nun aber einen Weg, der das Zustandekommen erleichtert, ermöglicht. Es handelt sich vielleicht nur um ein Uebergangsstadium in dem Sinne, daß die Entwicklung weiterhin in allen Kantonen so geht, daß man die Todesstrafe überhaupt nicht mehr einführt. Von diesem Gesichtspunkte aus, um die Widerstände nicht noch zu vermehren, habe ich versucht, Ihnen eine Lösung vorzuschlagen, die, wie ich glaube, auch für die Gegner der Todesstrafe kein allzu großes Opfer wäre. Statt daß wir den Kampf hier im Strafgesetzbuch endgültig erledigen, schlage ich Ihnen also vor, es den Kantonen zu überlassen, durch ihre Gesetzgebung die Todesstrafe da einzuführen, wo in diesem eidgenössischen Entwurf die lebenslängliche Zuchthausstrafe vorgesehen ist: bei Mord und Raubmord, bei der qualifizierten Tötung, bei der kaltblütig überlegten Tötung. Dabei mache ich auf folgendes aufmerksam: Diese Idee ist nicht von mir erfunden, sie ist auch nicht erst in der Kommission erfunden worden; es war Herr Prof. Gretener, früher an der bernischen Hochschule, der die Idee in der Expertenkommission vertrat; es war auch der frühere Bundesanwalt Kronauer, der diesen Antrag eingebracht hat, den ich Ihnen als Auskunftsmittel vorschlage. Denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß es nicht wohl anginge, hier ein Strafgesetzbuch zu entwerfen und eventuell dem Volke im Referendum zu unterbreiten ohne die Todesstrafe. Man hat auch darüber diskutiert, die Frage der Todesstrafe dem Volke gesondert zur Entscheidung vorzulegen. Ich glaube aber, was ich Ihnen hier vorschlage, sei der bessere, der ebenere und der ehrlichere Weg.

Ich mache dabei darauf aufmerksam, daß es sich nicht darum handeln kann, daß die zehn Kantone, die jetzt die Todesstrafe in ihren Strafgesetzbüchern haben, einfach ihr bestehendes Gesetz über die Todesstrafe beibehalten könnten; sondern alle Kantone müßten darüber ein neues Gesetz, vielleicht einen Artikel im Vollziehungsgesetz zum Strafgesetzbuch erlassen. Dieses neue Gesetz müßte die Frage neu regeln, deswegen, weil die Tatbestandsbeschreibung des neuen eidgenössischen Strafgesetzbuches in das kantonale Strafgesetzbuch übernommen werden müßte, mit andern Worten: Es müßte jeder Kanton die Frage in seiner eigenen Gesetzgebung neu lösen; und dann sind diejenigen Kantone, die keinen Wert darauf legen, die Todesstrafe einzuführen, die sie nicht schon haben, oder die Kantone, die sie jetzt vielleicht mehr auf dem Papier als in der Praxis noch haben, berechtigt, von der Einführung Umgang zu nehmen. Damit wäre, glaube ich, nicht in das eidgenössische Prinzip eingegriffen, wenigstens nicht in einer Art und Weise, mit der man sich nicht abfinden könnte. Ich glaube also, es sei durchaus möglich, den Kantonen diese Rücksicht zu tragen; und anderseits glaube ich, es wäre auch ein Gebot guter Taktik, so vorzugehen. Also möchte ich Ihnen eventuell, wenn Sie glauben, den Antrag der Kommissionsminderheit auf wahlweise Erkennung auf Todesstrafe oder lebenslängliches Zuchthaus nicht akzeptieren zu können, empfehlen, meinen Antrag anzunehmen.

Ich will es mir versagen, auf die Entwicklung zurückzukommen, die die Frage der Todesstrafe in der Schweiz genommen hat; aber ich darf vielleicht doch, wenn ich erwähnte, daß zehn Kantone die Todesstrafe in ihren Strafgesetzbüchern noch haben,

darauf hinweisen, daß auch in andern Kantonen die Anhänger der Todesstrafe zahlreich waren. So wurde z. B. im Kanton Zürich im Jahre 1884 eine Petition auf Einführung der Todesstrafe mit 28,000 gegen 25,000 Stimmen vom Volke erheblich erklärt; allerdings ist dann nachher die definitive Vorlage über die Einführung der Todesstrafe mit 27,000 gegen 21,000 Stimmen verworfen worden. Ich erwähne dieses Beispiel nur, damit man nicht etwa glaubt, es seien einige wenige Kantone, die noch am Gedanken der Todesstrafe festhalten, an denen man ohne weiteres vorbeigehen könne.

Wenn ich unter Hinweis auf den Stand der Frage der Todesstrafe in Wissenschaft, Gesetzgebung und Praxis im In- und Auslande die Aufnahme der Todesstrafe in dieser oder jener Form empfehle, so will ich auch beifügen, daß ich nicht begeisterter Anhänger der Todesstrafe bin. Denn, wer kann sich für die Todesstrafe überhaupt begeistern? Darum kann es sich doch gar nicht handeln. Aber es handelt sich darum, in dieses Strafrecht ein Prinzip hineinzubringen, das bis jetzt als gut und als wirkungsvoll betrachtet und auch wissenschaftlich durchaus als unanfechtbar gefunden worden ist, und wir möchten diese in der Strafrechtspraxis bewährte Strafart nicht leichtthin abbauen, sondern erhalten, weil wir die Ueberzeugung haben, daß sie besser ist als die modernen Theorien, die mehr oder weniger bloß mit dem Mittel des erzieherischen Zuredens auszukommen und auf Sühne verzichten zu können glauben. Zu dieser Auffassung können wir uns nicht verstehen. Ich empfehle Ihnen daher, eventuell meinem Antrag zuzustimmen.

Bundesrat **Häberlin**: Gestatten Sie mir das Wort aus zwei Gründen. Einmal weil mir gerufen wurde, und sodann weil ich im Namen des Bundesrates zu dieser wichtigen Frage eine Erklärung über dessen Stellung abzugeben habe. Man wird sagen, das sei unnötig, wir haben die Botschaft und haben den Standpunkt des Bundesrates daraus ersehen. Es ist aber nicht unbekannt, daß der Personalbestand des Bundesrates seit der Vorlage der Botschaft des Bundesrates gewechselt hat. Die Mehrheit des Bundesrates ist seit 1918 neu dazugekommen, nämlich vier Mitglieder. Ich wollte, um Klarheit zu schaffen, Ihnen die Erklärung abgeben, daß der Bundesrat nach wie vor auf dem alten Standpunkt steht, auch in seiner neuen Zusammensetzung. Wir sind gegen die Todesstrafe. Wir möchten aber ganz selbstverständlich über diese Frage in aller Ruhe diskutieren. Ich möchte gerade dem Herrn Vorredner dafür danken, daß er sein Votum in dieser so notwendigen Ruhe abgegeben hat, mit welcher auch diese ins Tiefe, in die ethischen Gründe hineingehende Frage besprochen werden muß. Ich danke ihm dafür, und ich danke ihm auch dafür, daß er da Erklärungen abgegeben hat, von denen ich hoffe, sie werden sich bei anderer Gelegenheit nicht nur von dieser einen Seite, sondern auch von anderer Seite wiederholen, nämlich: « Wir erklären nicht zum vorneherein, daß das für uns ein Punkt sei, an dem das Gesetz scheitern muß, wenn eine gegnerische Auffassung die Oberhand gewinnen sollte. »

Ich habe gesagt, es sei eine außerordentlich wichtige Frage. Das ist nicht gleichbedeutend mit praktischer Bedeutung in der Anwendung des Strafgesetzes. Ich glaube, da sind wir alle einig. Wenn

wir rein nüchtern und quantitativ an diese Frage herantreten wollen, so wird auch der Anhänger der Todesstrafe zugeben müssen, daß es eine ganz außerordentliche Seltenheit in den letzten Dezennien gewesen ist, daß auch in den Kantonen, wo die Todesstrafe zulässig ist, sie vollstreckt wurde. Sie ist nur mit äußerstem Widerstreben und mit großen Hemmungen auch in diesen Kantonen zur Anwendung gekommen. Wir haben uns aber natürlich nicht bloß von diesem Gesichtspunkt aus mit dieser Frage zu befassen, sondern ihre ethische Bedeutung reicht, namentlich wenn das Gesetz seinerzeit vor das Volk gebracht werden muß, zur Abstimmung reif ist, viel weiter hinein, als nach dem quantitativen Ausmaß der Anwendung der Todesstrafe. Darum müssen wir uns sehr überlegt damit auseinandersetzen. Nur wird dem Bundesrat auch dadurch seine Stellungnahme leichter gemacht, weil Sie aus allen Voten der Vertreter der Todesstrafe — nicht der Anhänger — eines herausgehört haben: Es sind die Vertreter der katholisch-konservativen Richtung gewesen, die erklärt haben: « Für uns ist es nicht eine Glaubenssache, eine Gewissenssache, die etwa unsere Religion uns diktiert; es ist eine Auffassungs-, meinetwegen eine Lebensanschauungsfrage, vor allem eine politische Frage für uns, und darum können wir sie umso ruhiger diskutieren. » Umgekehrt ist auch keine Rede davon, daß, wenn wir sagen, der Standpunkt der Gegner sei ein veralteter, wir deshalb die Herren, die ihn vertreten, als unrettbare Reaktionäre zum vorneherein brandmarken wollen. Wir können das um so weniger, als jeder der Herren in der Kommission uns nach der Stellungnahme erklärt hat: Ich für mich bin eigentlich nicht für die Todesstrafe, aber aus politischen Gründen vertrete ich diesen Standpunkt. Sie begründeten es in ihrer Mehrheit mit dem Willen, damit das Gesetzeswerk im Volke durchzubringen.

Nach solchen Erklärungen also können wir die Sache ruhig betrachten. Ich kann mich auch in den Gedankengang hinein versetzen, der von Herrn Grand vertreten worden ist, der aus religiöser Auffassung hervorgeht, daß der Verbrecher vielleicht wuchtiger vorbereitet werde auf den Todesmoment, daß er eher zur Sühne, zu innerer Umkehr durch die Todesstrafe gebracht werden könne. Ich meine, ich verstehe diesen Gedankengang, ohne ihn zu teilen. Aber er ist — ich darf das ruhig sagen — vielleicht etwas extrem vorgetragen worden, es mag diese Richtung von Joseph de Maistre vertreten werden, aber sie ist sicherlich auch bei den Herren der Anhänger des Minderheitsantrages nicht die ausschlaggebende Gesinnung. — Nun gehen auch wir von dem Gesichtspunkte aus: « Das Leben ist der Güter höchstes nicht. » Wir wissen das: Aber wenn ich für meine Person erkläre, ich schätze mein eigenes Leben nicht als das Höchste ein, ich hätte mehr zu verlieren und Höheres und Wichtigeres, so füge ich gleich bei: Aber das fremde Leben habe ich zu respektieren. Das ist für mich das höchste Gut des Mitmenschen. Das ist der große Unterschied, wie man die Frage hier stellt: Für mich selbst nein; für die andern größter Respekt, Angriff nur, wenn wir das wirklich begründen können mit der absoluten Notwendigkeit für die Erhaltung des Staates und seiner Ordnung.

Wir sind nun der Meinung, daß nur die einzige Möglichkeit des Justizirrtums schon entscheidend ist in dieser Frage. Gewiß sind die Wahrscheinlichkeiten

nicht groß, daß gerade bei einem Urteil, das zum Todesurteil werden soll, noch ein Justizirrtum in unserer Eidgenossenschaft vorkommt. Aber haben wir die Sicherheit dafür? Wenn wir in die Vergangenheit blicken, in die Rechtspflegeschichte, wir brauchen nicht in die tiefe Vergangenheit zu blicken, sondern auch in die letzten Jahre, wo derartige Möglichkeiten vorgekommen sind, und wenn es auch nicht bei uns, sondern anderswo vorgekommen wäre, müssen wir uns dann nicht ganz ernsthaft fragen, ob wir mit Herrn Grünenfelder auch nur um ein Menschenleben zu retten, dieses Mittel anwenden wollen. Ich verneine es!

Ich verneine es aber namentlich aus einem ethischen Grunde. Ich kann das nicht so schön und tief ausdrücken, wie das vorhin ein Solothurner Vertreter getan hat. Aber ich bekenne, schon aus dem einzigen ethischen Grunde bin ich gegen die Todesstrafe, weil die sadistische Verzerrung des Gerechtigkeits- und Sühnegedankens, die mit der Todesstrafe immer verbunden ist und oft weite Kreise, die sich für die Todesstrafe und deren Vollzug interessieren, ergreift, weil diese Verrohung ein viel wichtigerer Faktor ist, als der Nutzen, den wir mit der Todesstrafe stiften können. Der ethische Schaden, den wir in unserem Volke stiften, ist viel bedeutender, als daß ich ihn in den Kauf nehmen möchte, um des absoluten, abstrakten Gerechtigkeitsgedankens willen.

Nun hat Herr Grünenfelder erklärt, ja, das mag ja sein in normalen Zeiten, aber Herr Häberlin hat selbst in einem Vortrag — es ist wohl der Vortrag gemeint, den ich kürzlich in Uster gehalten habe — erklärt, das neue Strafgesetz will einen weiten Strafrahmen bieten, damit auch der Richter in diesem Rahmen noch Kriminalpolitik treiben kann, daß er in Zeiten, wo ein bestimmtes Delikt sich viel mehr bemerkbar macht, als in normalen Zeiten, dann etwas schärfer die Strafkurbel andrehen und auch schärfere Strafarten anwenden kann. Gewiß habe ich das gesagt, habe aber die Beispiele so gewählt, daß da kein Mißverständnis aufkommen kann, daß ich das für die Anwendung speziell der Geldbuße und der Freiheitsstrafe im Auge hatte. Ich habe z. B. die Reaktion gegen die Autofahrer genannt, die sich nicht belehren lassen wollen. Ich sprach natürlich nicht vom Durchschnitt, sondern von denen, die mit Unsinnigfahren Menschenleben und Menschengesundheit gefährden. Ich habe darauf hingewiesen, daß jetzt schon gelegentlich der weite Strafrahmen benützt wird, um hier eine etwas bessere Reaktion, bessere Abschreckung herbeizuführen; auch von Milchfälschungs-, überhaupt von Gewinnsuchtsdelikten, sprach ich, die man dadurch etwas zurückschrauben könne, wenn man die Geldbußen etwas höher ansetzt, oder statt Geldbußen endlich einmal zur Freiheitsstrafe übergeht. Aber ich habe gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich nie und nimmer diese Ueberlegung so weit ausdehnen möchte, daß ich sage, man muß um der schweren Ausnahmefälle willen, die auch möglich sind, nun auch die Todesstrafe einführen.

Ich habe nur eine Ausnahme zugelassen. Da komme ich nun auf das Argument, das vorhin angeführt wurde, zu sprechen: wir hätten ja im Militärstrafgesetzbuch die Todesstrafe auch zugelassen. Gewiß! Da stehe ich dazu, für die Kriegszeiten. Da haben wir aber auch die Begründung dazu gegeben.

In der Kriegszeit muß jeder seine Haut zu Markte tragen, jeder brave Soldat muß riskieren, im Kampf erschlagen zu werden. Aber er soll nicht riskieren müssen, daß ihn nun die Felonie eigener Volksgenossen oder auch Fremder, die in seinem Rücken arbeiten, zur Strecke bringe, daß er erschlagen werde, nicht in ehrlichem Kampfe, sondern von hinten, in einer Zeit, wo das Blutrecht eben seine Stunde hat, wo die Menschen im Kriege wieder zur Bestie werden. Das ist ja das Wesen des Krieges, daß wir eben nicht normale Zeiten haben, sondern daß wir, auch wenn wir in gerechtem Kampfe unser Vaterland verteidigen, nicht mehr die Menschen sind, die wir sein sollten. Dieses Blutrecht will ich aber unter allen Umständen beschränken auf die Zeit des Blutzustandes, der zwischen den Völkern herrscht, nicht aber für Friedenszeiten zulassen, wo wir andere Rechtsmittel zur Reaktion haben.

Ich glaube überhaupt nicht, daß es eine richtige gesetzgeberische Politik ist, wenn wir auf Ausnahmefälle unser Recht zuschneiden, indem wir sagen, das soll und kann zur Anwendung kommen, wenn unser Volk einmal in leidenschaftlicher Aufregung ist wegen einzelner Greuelthaten, die gerade stattgefunden haben. Wollen wir wirklich unsere Gesetzgebung unter diesem Gesichtspunkt durchführen, auf die Leidenschaft zugemessen, die auch uns vielleicht dann ergreift, oder haben wir nicht die Pflicht, unsere Gesetzgebung auf die ruhige Ueberlegung, die auf Jahrzehnte hinaus die Ordnung setzen soll, zuzuschneiden, und nicht auf diese aufgepeitschten Momente?

Ich glaube, auch das Argument der Besserungsmöglichkeit sei ein durchaus zutreffendes, auch für den Mörder. Herr Grünenfelder hat erklärt, die komme ja nicht in Frage. Wenn wir den Täter lebenslänglich einsperren und ihn nicht mehr herauslassen, wozu wir ihn da bessern wollen? Auch da sehe ich einen ethischen Gewinn. Wenn ich einen Menschen aus dem Gefängnis nicht mehr herauslasse — ich lasse die Begnadigungsmöglichkeit für einmal ganz auf der Seite —, ist er doch für mich ein Mitmensch und Mitbruder, ein von Haus aus vielleicht schlechter Mensch, aber ein Mitbruder, der doch in der Zelle zum guten Menschen werden kann. Und wenn er nur seinen Hund streicheln kann in der Zelle drin, so ist das ein Mensch, der gewonnen ist, oder wenn er sein «Nägeli» unter dem Fenster hat oder seinen Vogel füttert, so sind das alles menschliche Regungen, die wir auch in diesem entgleisten Bruder, in diesem bösen Subjekt finden und wecken können. Ich würde also auch den Besserungszweck durchaus nicht, auch für diesen Fall nicht, verwerfen.

Zur Abschreckung durch die Todesstrafe: Es ist möglich, daß da und dort einmal durch die Todesstrafe abgeschreckt wird. Gewiß, ich nehme diese Abschreckung ja auch bei den mildereren Strafen da und dort an. Aber immerhin sind gerade diese Sorte Missetäter vielleicht diejenigen, die sich am wenigsten durch die Strafdrohung, überhaupt durch etwas abschrecken lassen. Im Moment der Begehung der Delikte machen sie die Ueberlegung nicht, welche Strafe darauf steht, so daß wir also kaum nach der Rechnung des Herrn Dr. Grünenfelder viele Menschenleben retten können. Wir können vielleicht einige Menschenleben retten durch das Gegenteil. Ich will Ihnen sagen, welche. Lachen Sie mich nicht

aus, wenn ich hier etwas ganz Nüchternes sage; es hat aber vielleicht mehr praktischen Wert als manche tief sinnige Betrachtung über die Todesstrafe. Ich denke an unsere Polizisten. Vor der Tat denkt der Verbrecher nicht an die Todesstrafe. Aber wenn er die Tat vollbracht hat und die Justiz ihm auf den Fersen ist, dann weiß er im Staate mit der Todesstrafe: Jetzt kämpfe ich um mein Leben. Das kann an beliebigen Beispielen belegt werden. Wir haben erst kürzlich in Deutschland gesehen, wie einer um der andere unter den Polizisten niedergeknallt worden ist, Leute, die ihre Pflicht erfüllt haben. Das wird auch bei uns so sein. Und nicht immer werden diejenigen, die dabei ihr Leben aufs Spiel setzen, richtig entschädigt. Ich denke an Fälle, wo Polizisten in der Erfüllung der Pflicht getötet worden sind, und wenn man nachfragt, was ihre Familien erhalten haben, so war das manchmal beschämend wenig.

Sie werden sagen, das Motiv sei zu geringfügig. Es ist aber ungefähr gleichwertig, der quantitativen Berechnung nach, mit den nach Ansicht des Herrn Grünenfelder durch Abschreckung zu rettenden Menschenleben. Und da empfinde ich ähnlich wie Bismarck, der erklärt hat: «Ich will für den ganzen Balkan nicht den Knochen eines einzigen pommerischen Grenadiers wagen.» Ich würde sagen: Für diese paar Anwendungsfälle der Todesstrafe will ich nicht das Leben von nur ein paar, geschweige denn von hunderten von braven und pflichttreuen Polizisten wagen.

Wir dürfen ja wohl auch sagen, daß wir diejenige Strafe, die nun statt der Todesstrafe in unserm Entwurf vorgesehen ist, denn doch nicht unterschätzen wollen, das lebenslängliche Zuchthaus. Gottlob haben wir alle ja nicht einmal eine richtige Vorstellung davon. Wir können uns glücklicherweise kaum hineinversetzen, wir, die wir hier ruhig beraten dürfen über das Los der Verbrecher. Und darum glaube ich auch, es sollte den Vertretern des Minderheitsantrages nicht allzu schwer fallen, dem Entwurf und nachher auch dem Gesetz zuzustimmen, und dieses Blutrecht ein für allemal aus unserm Kodex zu streichen. Ich möchte Sie bitten, auch den Eventualantrag, dessen subjektiv gute Meinung ich ja durchaus anerkenne, abzulehnen. Denn das ist eine Frage, in der ich glaube, daß wir dann doch das Schweizer Volk hinter uns haben werden, wenn wir mit guten Argumenten und mit unserer innern Ueberzeugung auch in dieser Frage vor es treten und es seinerzeit um seine Zustimmung befragen.

Farbstein: Der bedeutende Jurist Rudolf von Ihering hat einmal gesagt: «Es spiegelt sich die Seele eines Volkes am deutlichsten in dem Begriff der Strafe.» Jellinek erklärt: «Wenn uns die Geschichte eines Volkes nichts anderes bewahrt hat, als sein Strafrecht, so können wir daraus allein seine ethische und intellektuelle Kulturstufe bestimmen.» Vergleichen wir einmal die Strafgesetzbücher oder die Strafgesetze der orientalischen Despotien oder auch des Mittelalters mit den modernen Strafgesetzen, so werden wir sofort sehen, wie groß der Unterschied zwischen einer modernen Gesetzgebung und einer Barbarei ist.

Es wird hier von der Todesstrafe gesprochen. Ich will den Beweis antreten, daß die Todesstrafe mit

dem Begriff der Strafe überhaupt nichts zu tun hat. Die Todesstrafe ist ein Kind der Rache, sie ist ein Kind der Talion und ein Enkelkind der Blutrache. Wir Menschen, und besonders diejenigen, die hier im Ratssaal für die Todesstrafe eintreten, bilden uns ein, daß wir nach dem Ebenbild Gottes beschaffen sind. Wir bilden uns ein, daß wir göttliche Eigenschaften haben. Wir wollen Menschen sein, und trotzdem haben wir nicht nur menschliche Instinkte, sondern tierische Instinkte. Will man diese tierischen Instinkte beseitigen, so kommen die, die für die Todesstrafe sind, und kämpfen gegen die Beseitigung der tierischen Instinkte, als ob es sich um die edelsten Güter der Menschheit gehandelt hätte.

Die Moral sagt: «Du sollst nicht rächen, du sollst nicht vergelten, du sollst nicht nachtragen.» Die Religion sagt: «Richte nicht, damit du nicht gerichtet wirst.» Die gleichen Männer, die auf dem Gebiet der Moral die Rache verpönen, die auf dem Gebiet der Religion tagtäglich Stellen aus dem neuen Testament zitieren, reden von Sühne, von Vergeltung, von Rache, von der Blutrache.

Was soll eigentlich die Todesstrafe bezwecken? Einige sprechen von einer Abschreckung, sie soll einen Abschreckungszweck haben; die andern sprechen von einem Besserungszweck, und die dritten, das ist interessant, die Orthodoxen in allen Lagern, Katholiken und Protestanten und auch der zum Christentum übergetretene Jude Stahl, sie alle sprechen von einer göttlichen Verordnung, sie sehen etwas Göttliches in der Todesstrafe.

Der Abschreckungszweck. Man glaubt, man werde mit der Todesstrafe abschrecken. Die lebenslängliche Zuchthausstrafe ist eine ebenso schwere Strafe wie die Todesstrafe, denn schließlich ist die Zuchthausstrafe lebenslängliche Sklaverei. Aber sie schreckt nicht ab, und warum? Der Raubmörder, der sein Verbrechen begeht, glaubt, daß er nicht erwischt wird. Es wird ihm doch nicht einfallen, zu morden, damit er morgen verhaftet wird. Jeder Verbrecher denkt, er werde nicht in die Hände der Justiz fallen. Aus diesem Grunde schreckt die Zuchthausstrafe nicht ab, und ebenso wenig die Todesstrafe. In Deutschland hat man doch die Todesstrafe. Hat sie etwa abgeschreckt? Wie groß ist die Zahl der Morde in Deutschland? Viel größer als in der Schweiz. Wenn wir eine genaue Statistik der Zahl der Morde in den Kantonen Zürich oder Genf oder Basel hätten, wo die Todesstrafe nicht besteht, dann würde es sich zeigen, daß diese Zahl viel geringer ist als in den Kantonen, wo die Todesstrafe besteht. Dabei müssen Sie in Betracht ziehen, daß der Kanton Zürich fast eine halbe Million Einwohner hat, der Kanton Uri dagegen nur eine ganz kleine Zahl. Wenn sie richtig vergleichen wollen, dann müssen Sie die Zahl der Morde entsprechend multiplizieren und können nachher den Vergleich mit dem Kanton Zürich anstellen um die Frage zu beantworten, ob etwa in Zürich mehr Morde vorkommen als in Uri. Die Todesstrafe schreckt also nicht ab, denn in Zürich gibt es nur wenig Morde, und diejenigen, die vorkamen, rührten in der Hauptsache von sexuellen Psychopathen her.

Nun der Besserungszweck. Wen wollen Sie bessern? Denjenigen, den sie töten? Es spukt in den Köpfen gewisser orthodoxer Richtungen der Gedanke: Wir wollen den Menschen bessern, damit

er nicht in die Hölle kommt; wir wollen ihn hinrichten und peinigen, damit er auf dieser Welt noch etwas leiden muß, denn dadurch helfen wir ihm für das Jenseits. Holtzendorff berichtet uns, daß es in den Vereinigten Staaten Staaten gibt, wo mit der Vollstreckung des Urteils ein ganzes Jahr nach der Verkündigung gewartet wird, damit der Mörder sich in dieser Zeit bessere und eher die Möglichkeit habe, schneller in den Himmel und nicht in die Hölle zu kommen. Von einem Besserungszweck kann hier also keine Rede sein.

Man spricht auch von einem göttlichen Gebot. Sie kennen die Richtung der Mitglieder der Minderheit der Kommission, und wie ich gehört habe, soll Herr Dr. Hoppeler sich ihnen auch anschließen. Sie sehen also, daß die orthodoxe Richtung Anhängerin der Todesstrafe ist und nicht nur hier im Saale. In England predigte die orthodoxe Geistlichkeit die Todesstrafe. In Deutschland, das haben Sie auch von Herrn v. Arx vernommen, war Stahl, der Vertreter der Richtung des Begriffes von dem göttlichen Staate, Anhänger der Todesstrafe. In der Schweiz sind es die Vertreter der reaktionären Richtungen.

Worauf stützen sich die Vertreter der Orthodoxie? Sie berufen sich merkwürdigerweise in diesem Falle allein auf das Alte Testament, weil dort die Stelle steht: «Wer Menschenblut vergießt, dessen Blut soll auch vergossen werden.» Wenn man nicht historisch denken will, dann kann man sich auf diese Stelle berufen. Sie vergessen dabei aber, daß die mosaische Gesetzgebung 3000 Jahre alt ist. Nach 3000 Jahren soll man anders denken. Sie vergessen, daß die Vorschrift im alten Testament eine Konzession war, eine Reform gegenüber der früheren Blutrache. Früher war die Blutrache an der Tagesordnung, dann kam das: Auge um Auge, Zahn um Zahn, Blut um Blut. Es war ein Erfolg in der alten mosaischen Gesetzgebung, gegenüber der Zeit der Blutrache. Sie sehen, daß die Todesstrafe nur eine Reform gewesen ist. Die spätere jüdische Gesetzgebung hat übrigens die Todesstrafe bedeutend eingeschränkt, was auch Holtzendorff bezeugt.

Das Urchristentum hat die Todesstrafe verpönt. Erst mit Beginn des 13. Jahrhunderts, mit Beginn der Ketzerverfolgungen kam die Todesstrafe wieder auf. Wenn Herr Dr. Hoppeler vielleicht im 13. Jahrhundert als Protestant gelebt hätte, in der damaligen katholischen Umgebung, dann hätte man ihn vielleicht als Ketzer auf dem Scheiterhaufen verbrannt. (Heiterkeit.) Seit Thomas von Aquinos Zeiten war die Todesstrafe gäng und gäbe, während sie das Urchristentum bis zum 12. Jahrhundert nicht kennen wollte. Auch die Reformatoren waren für die Todesstrafe. Melanchthon hat sie gebilligt, Luther hat sogar das Rädern als göttliches Werk empfohlen, und Zwingli schrieb, daß es Sache der Obrigkeit sei, zu sühnen Tod um Tod, Leben um Leben.

Aber man soll konsequent sein. Das Alte Testament war wenigstens konsequent. Es hat gesagt: «Bei der Strafe der Steinigung hat das Volk zu steinigen, und in erster Linie sollen die Zeugen, die Belastungszeugen, bei der Steinigung mitwirken.» Ich möchte auch bei Ihnen diese Konsequenz sehen. Es hätte mir Freude gemacht, einen Zusatzantrag zu stellen, daß mit der Vollstreckung der Todesstrafe der Justizdirektor beauftragt sei. Es wäre interessant,

wenn im Kanton St. Gallen die Todesstrafe vollstreckt werden müßte, einmal Herrn Dr. Grünenfelder rot zu sehen. (Heiterkeit.)

Die Todesstrafe soll eine göttliche Vorschrift sein. Wer ist der Vollstrecker dieser Vorschrift? Der Henker, der Mensch, den Sie verachten, dem Sie die Hand nicht reichen, dessen Beruf Sie als unrein ansehen, der im Mittelalter in engen, schmutzigen Gassen wohnen mußte. Der Priester der göttlichen Justiz ist also ein Mann, dem Sie nicht einmal die Hand geben! Es gab einen Mann, es war de Maistre, der die heilige Allianz von Altar, Thron und Schafott als eifriger Legitimist vertrat, er hat im Beruf des Henkers eine göttliche Mission gesehen. Aber solange Sie, die Anhänger der Todesstrafe, nicht den Mut haben zu sagen: «Wir wollen selbst die Todesstrafe vollstrecken», solange haben Sie kein Recht, zu erklären: «Wir wollen nicht töten, sondern wir wollen unsern Willensvollstrecker zum Henker erniedrigen.» Das nenne ich nicht christlich, wenn sie christlich denken wollen.

Also mit Gott hat die Todesstrafe nichts zu tun. Ich will Sie aber an das Neue Testament erinnern, das ich eben so gut kenne wie Herr Dr. Hoppeler. Man kann dort Stellen finden pro und contra, man kann alles erklären aus dem einen oder andern Testament. Aber ich glaube kaum, daß, wenn Sie die Frage über die Zulässigkeit der Todesstrafe an den großen Gründer des Christentums gestellt hätten, daß Jesus von Nazareth Ihnen, Herr Dr. Hoppeler, gesagt hätte: «Ich will, daß Sie Menschen töten!»

Was ist der Erfolg der Todesstrafe? Die größte Grausamkeit. Sehen Sie sich das ganze Mittelalter mit der Todesstrafe an: Henken, Rädern, Vierteilen, Verbrennen, Ertränken, Schwemmen. Wie hat die Todesstrafe die Menschen verroht? In England hat man noch im 19. Jahrhundert Banknoten- und Wechselfälscher getötet. In England hat man noch bis 1832 wegen Diebstahls von Pferden, Rindern und Schafen mit dem Tode bestraft. In England hat man bis 1835 sogar die Entwendung von Briefen aus der Post mit dem Tode bestraft. Sie sehen, zu welcher Brutalität es führt, sobald man das Menschenleben nicht achtet, sobald man mit dem Tode bestraft.

Die Todesstrafe hat nichts zu tun mit dem Abschreckungszweck, nichts mit dem Besserungszweck. Die Todesstrafe ist einzig und allein auf die Talion zurückzuführen, auf das alte jus talionis: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Das alte jus talionis aber ist auf die Blutrache zurückzuführen. Es war schon eine Reform, indem man die Blutrache abgeschafft hat. Aber es war grausam. Sie operieren oft mit dem Satze von der Menschenliebe und spielen diesen Satz gegen das alte Testament auf. Aber in der Praxis sagen Sie: Blut um Blut, Auge um Auge, Zahn um Zahn.

Die Blutrache war bei den Juden wie bei den Griechen, bei den Arabern wie bei den Slaven und bei den Germanen. Das jus talionis war überall ein Kampf gegen die Blutrache, der Uebergang der Blutrache in die Todesstrafe galt daher als Fortschritt. Wir sehen es am besten in den nordischen, germanischen Staaten. Der Ankläger wurde vom Gericht befugt, den Täter selbst zu töten, und zwar zu Füßen des vom Täter Getöteten. Der Täter hat gemordet;

der Verwandte, der Bluträcher, wird vom Gerichte ermächtigt, den Mörder zu töten. Er übt die Rache. Die Blutrache wurde beseitigt und an ihre Stelle kam die Todesstrafe, die staatliche Rache, die staatliche Blutrache, die Rache von Amtes wegen. Der Staat hat gesagt: «Wir wollen keine private Blutrache; aber wir wollen eine offizielle, eine obligatorische Blutrache!» Das sehen wir in der ganzen Geschichte.

Bei den Indern finden wir zunächst die Blutrache, bis sie durch die Todesstrafe ersetzt wurde. An Stelle der Blutrache kam das jus talionis. Vielleicht wird es Sie interessieren, etwas aus dem indischen Recht zu hören. Man könnte vielleicht die eine Bestimmung des indischen Rechtes bei unserer Beratung über die Alkoholgesetzgebung übernehmen. Nach indischem Recht gibt es für Mord die Todesstrafe. Hier sehen Sie das jus talionis. Bei fahrlässiger Tötung eines Brahmanen wird der Täter gebrandmarkt indem man ihm auf die Stirn einen Menschen ohne Kopf aufbrennt. Wenn jemand die Frau eines Geistlichen verführt, wird er gebrandmarkt, indem man ihm auf die Stirn den weiblichen Schamteil aufbrennt. Wenn jemand säuft und verbotene Getränke trinkt, wird er gebrandmarkt, indem man ihm auf die Stirn das Schild eines Schankwirts aufbrennt. Sie sehen hier überall das Prinzip der Talion: Auge um Auge, Zahn um Zahn, Geschlechtsteil um Geschlechtsteil. Das gleiche Prinzip finden Sie auch bei andern Völkern. So wurde in Griechenland jemand, der feig gewesen war, drei Tage lang in Frauenkleidern auf den Markt gesetzt. Man sagte damit gewissermaßen: Du warst feig; die Leute sollen dich wie eine Frau behandeln!

Im Mittelalter überall das gleiche Prinzip. So schon im Sprichwort: «Gleiche Sünde, gleiche Strafe». Leib für Leib, Blut für Blut, Seele für Seele. So haben wir in einer Gerichtssatzung der Stadt Brugg aus dem Jahre 1620 folgende Bestimmung: «Welcher dem andern eines Gliedes beraubt, oder leiblos macht, da ist Glied um Glied, Bar gegen Bar.» Das Prinzip der Talion wird als konsequent durchgeführt; die Hand, die geschlagen hat, wird abgeschlagen.

Das ist der Gedanke, der die Todesstrafe beseelt. Leben um Leben, Auge um Auge, Zahn um Zahn, Fuß um Fuß. Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Hoppeler Anhänger der Sekte der Wiedertäufer ist. In Basel, in Luzern, in Zürich wurden im Mittelalter die Wiedertäufer mit der Strafe des Schwemmens belegt. Es heißt in den Gesetzen: «Sie sollen in dem gestraft werden, womit sie sündigten: durch die Wiedertaufe.» Wiederum das Prinzip der Talion. Man ging so weit, daß, wenn jemand einen Markstein entfernt hatte, er an der betreffenden Stelle lebendig eingegraben wurde. Der Gefängniswärter, der einen Gefangenen frei gelassen hatte, mußte die Strafe absitzen. Im Mittelalter wurde faktisch das Wort Strafe durch Rache ersetzt. Heute bestraft man die Gotteslästerung nicht mehr mit dem Tode. Aber es gab Zeiten, wo dem Gotteslästerer die Zunge herausgerissen wurde: «Du hast mit der Zunge gesündigt, also wird sie dir ausgerissen.» Der gleiche Gedanke gilt auch bei dem Mord: «Du hast Blut vergossen, also muß wieder Blut vergossen werden.» Konsequent hat diesen Gedanken der Kriminalist Feuerbach vertreten. Ich weiß nicht, ob die Minderheit aus den gleichen Gründen für die Enthauptung eintritt. Feuer-

bach war für die Hinrichtung durch das Fallbeil und nicht durch den Strang, weil es heißt: «Wer Menschenblut vergießt, dessen Blut soll wieder vergossen werden.» Sie sehen also, daß der Gedanke der Todesstrafe mit dem Gedanken der Talion und der Blutrache identisch ist. Unter solchen Umständen genügt es dann nicht, wenn man, wie Herr Grünfelder es getan hat, sagt: «Es gibt Kantone, die die Todesstrafe haben!» Das ist kein Beweis. Es genügt nicht, zu sagen, daß in den Kantonen Uri, St. Gallen oder in andern Kantonen die Todesstrafe zulässig ist, sondern man muß die Rechtmäßigkeit, die Zweckmäßigkeit, die Sittlichkeit der Todesstrafe nachweisen.

Wir alle, welcher Partei, welcher Rasse, welcher Religion wir auch angehören mögen, haben tierische Instinkte. Aber nur dann haben wir das Recht, uns Menschen zu nennen, wenn wir bestrebt sind, die tierischen Instinkte zu unterdrücken und die menschlichen Instinkte zu entwickeln. Wenn wir aber die Todesstrafe, wenn wir den Henker, wenn wir das Schafott haben wollen, wenn wir die Talion haben wollen, dann züchten wir tierische Instinkte und vernichten die menschlichen.

Herr Grand hat von der Gottheit gesprochen. Die Bundesverfassung beginnt mit den Worten: «Im Namen Gottes des Allmächtigen». Mag man sich die Gottheit vorstellen, wie man will, als lieben Gott im Himmel, mag man ihn sich vorstellen als Weltseele, als Kraft, die das Weltall und die ganze Menschheit beseelt, als die Natur selbst, immer wird man sagen müssen: «Herr über Leben und Tod kann nur Gott der Allmächtige sein!» Der Mensch, der sich das Recht nimmt, Herr über Leben und Tod zu sein, begeht eine Gotteslästerung, eine Blasphemie. Er setzt sich auf den Thron Gottes.

Die Vertreter der Minderheit wollen einen Unterschied machen zwischen dem rechtmäßigen und dem rechtswidrigen Mord. Rechtswidrig sei der Mord, wenn ein Mensch kaltblütig tötet, rechtmäßig, wenn auf Befehl von Menschen kaltblütig getötet wird. Mord ist Mord, Rache ist Rache. Derjenige, der kaltblütig tötet, ist Mörder, ob er auf Befehl tötet oder ohne Befehl. Sie glauben, etwas Gutes zu tun, wenn Sie für das Kind Todesstrafe die Vaterschaft übernehmen. Ich glaube, wenn Sie sich das Kind näher ansehen werden, werden Sie einen Schrecken bekommen. Die Todesstrafe ist der Bastard der Teufelin Talion, sie ist das Enkelkind des Satans, der Blutrache. Wer mit dem Satan gehen will, der stimmt für die Todesstrafe.

Herr Vizepräsident **Walther** übernimmt den Vorsitz.

M. Graber : Pour intervenir dans le très grave débat qui se poursuit devant vous cet après-midi il faut avoir un certain nombre de qualités essentielles, des qualités juridiques entre autres, que je ne me reconnais pas du tout. Aussi pensais-je ne pas y prendre part. Veuillez donc considérer les quelques mots que j'ai à prononcer plutôt comme une simple protestation spontanée contre le discours prononcé cet après-midi par notre collègue M. Grand.

Je ne veux pas m'arrêter longuement à certaines des raisons premières avancées. Il nous a dit que puisque certains cantons aujourd'hui pratiquent la peine de mort, il serait très heureux de permettre que le nouveau code pénal suisse laissât au juge la faculté de recourir à la peine de mort. M. Grand semblait montrer une certaine condescendance à

notre égard en montrant qu'il ne voulait demander l'obligation de recourir à la peine de mort, mais qu'il s'était contenté de la liberté d'y recourir. Quelques instants auparavant, il avait soutenu qu'en Suisse on trouvait une petite minorité en faveur de la peine de mort. Il montra ainsi à notre égard une condescendance très louable en nous assurant que cette minorité n'allait pas exiger de nous que l'on rendît la peine de mort obligatoire! C'est évidemment très généreux de sa part et nous l'en remercions, mais nous pensons que sitôt introduite dans le code pénal fédéral, la peine de mort risque de devenir une pratique. Il ne faut donc pas l'examiner simplement comme une sanction qui dépendra d'un seul juge libre de l'appliquer ou non, mais comme une sanction applicable dans tout le pays. Son premier argument ne nous a donc pas semblé convaincant.

Il nous a dit ensuite qu'il y avait des cantons qui appliquaient la peine de mort et d'autres qui ne l'appliquaient pas. Il a soutenu la thèse que l'intervention de cette peine de mort dans le code pénal était un moyen répressif des tentatives d'assassinat. La peine de mort, nous a-t-il dit, devait avoir pour conséquence une diminution du nombre des assassinats. Nous demandons à M. Grand ou à quelqu'un d'autre de ces Messieurs, partisans de la peine de mort, de nous indiquer des chiffres nous prouvant qu'il y a moins d'assassinats dans les cantons où la peine de mort existe que dans ceux où elle n'est pas prévue. Si l'on voulait étendre cette comparaison, qu'on nous dise s'il y a moins d'assassinats dans les pays où la peine de mort est prévue que dans ceux où elle n'est pas appliquée. Il y aurait là un fait expérimental à établir devant nous. Il me suffira, je crois, de montrer comment la guerre a, dans presque tous les pays voisins, développé intensément les assassinats qui ont pris au cours des années dernières une allure presque vertigineuse en nombre et effroyable dans le genre. On voit l'assassin recourir à une sorte de sadisme presque inconnu dans le passé, et cela même dans les pays où la peine de mort est appliquée. C'est que nous nous trouvons à vrai dire en présence d'un problème psychologique et non juridique. Ce problème est le suivant: Est-ce qu'un homme qui, même par préméditation, commet un crime, peut être arrêté dans le jeu de son cerveau dans ce moment qui n'est autre qu'un moment de fièvre intense, de folie, de maladie, dans ce moment où il a perdu tout le contrôle de lui-même, sera-t-il arrêté dans le crime qu'il risque de commettre ou qu'il prémédite parce qu'il fera ce simple raisonnement: si j'assassine, je serai condamné à la réclusion ou à la peine de mort! Peut-on s'imaginer qu'un assassin fasse ce raisonnement et examine ce qui est pour lui le plus avantageux ou la peine de mort ou la réclusion, et se dise en lui-même: je commettrai ce crime parce que je serai condamné à la réclusion; je ne le commettrai pas, parce que je risque la peine de mort? Peut-on me citer un fait déterminant me permettant de faire cette constatation? S'il en était ainsi, nous serions en mesure d'enregistrer une diminution des crimes dans les pays appliquant la peine de mort et une augmentation dans ceux qui ne l'appliquent pas.

M. Grand nous dit ensuite — et c'est à ce moment que nous avons ressenti un peu d'effroi, pour ne pas dire davantage — que la peine de mort est restée

populaire. Ce simple énoncé m'a froissé, moi, comme simple citoyen suisse. M. Grand a rappelé le crime de Donneloye et a posé à nos collègues vaudois cette question: Est-ce qu'en face du crime de Donneloye, on n'a pas regretté dans le canton que le code pénal vaudois ne prévoie pas la peine de mort? Je pense qu'il est naturel qu'en face d'un crime qui prend des proportions spéciales, le premier geste, la première réaction naturelle de tout être humain, soit de vouloir châtier le criminel. Le lynch des Américains n'est pas autre chose que cette réaction spontanée d'un individu en face d'un crime. Seulement, est-ce que l'Etat est là pour cultiver ces réactions premières qui sont généralement des réactions inférieures de l'être humain? N'est-il pas là plutôt pour encourager les réactions secondes, celles qui se produisent après réflexion, de sang-froid? Si quelques personnes, en face du crime de Donneloye, ont désiré que le criminel soit condamné à mort, peu à peu la raison est survenue et l'on a compris que ce moyen de punir n'eût pas été le meilleur.

M. Grand devrait se souvenir mieux que moi d'un moment où Pierre tira son épée en face d'une situation qui avait provoqué une réaction psychologique très violente, alors que quelqu'un qui lui était supérieur et qui ne se laissait pas dominer par les réactions immédiates, mais qui avait des conceptions spirituelles supérieures, lui fit comprendre qu'il fallait remettre son épée dans le fourreau. En face d'un crime, le premier geste est celui de Pierre. Notre raison, notre conscience, après avoir dominé ce premier geste de réaction naturelle, demande qu'on recoure au procédé que le Maître lui-même avait enseigné en disant: Remets ton épée dans le fourreau. S'il y a quelqu'un qui devrait dans cette enceinte et dans le peuple, condamner le geste de Pierre et comprendre la supériorité de l'enseignement du Maître, ce sont ceux, qui portent le titre de chrétiens.

M. Grand nous a parlé ensuite de l'avantage qu'il y avait pour l'assassin dans la peine de mort. Il nous a placé en face d'une conclusion qui devient, si l'on veut être logique, ahurissante. Je suis de ceux, qui, sans être croyants, ont conservé en face de l'expérience religieuse une large tolérance respectueuse.

Je ne me permettrai jamais de parler de l'expérience religieuse d'une façon superficielle et hâtive. Je ne voudrais pas à son égard manquer de respect, parce que l'expérience religieuse plonge ses racines tout au fond de l'âme humaine; elle fait partie de la grande expérience humaine. On ne pourra jamais éteindre les étoiles du ciel, ainsi qu'on a prétendu le faire un jour en France. Ce n'est pas moi qui introduis dans le débat cette question de l'expérience religieuse; d'autres l'ont fait, je suis donc obligé d'en parler. Je ne discute pas les idées religieuses de M. Grand, mais, ses amis doivent prendre garde à la manière dont la notion religieuse intervient dans ce débat. M. Grand nous a dit: le criminel sera condamné à mort ou à la réclusion. Si on le condamne à mort, il y a toutes les chances pour qu'une réaction violente se produise en lui, le pousse à se repentir et son acte de repentance va lui assurer le salut éternel. L'Eglise aura ainsi, à son égard, accompli sa mission divine. Je ne voudrais pas prendre cette question à la légère, mais la discuter très sérieusement.

Je prends l'autre possibilité: Au lieu de le condamner à mort, on le condamne à la réclusion et

voilà cet homme qui, parce qu'il vit dans la prison, ne s'amende pas et ne gagne pas le ciel! A son égard, l'Eglise n'a donc pas rempli sa mission. Le premier gagne le ciel. Son salut est assuré, chose que l'on doit considérer, lorsqu'on partage ces convictions-là, comme le but suprême — je l'admets.

Mais celui qui conquiert ainsi le salut, il l'obtient, non par un mérite personnel, non pas par un acte qui dépend de lui, mais parce que quelqu'un d'autre le condamne à mort. L'autre, celui qui est condamné à la réclusion, perd son salut; mais il le perd, pourquoi? Parce que quelqu'un l'a condamné à la réclusion au lieu de la mort!

A quelle, étrange contradiction aboutissons-nous? Je me demande si, le condamné à mort gagnant le ciel, ce trésor suprême pour le croyant, il n'y aurait pas lieu de prévoir aussi cette condamnation pour des crimes moins graves que l'assassinat, de manière à assurer le salut du plus grand nombre?

Où faut-il s'arrêter? Où faut-il commencer avec cette sanction, qui est à la fois punition et bénédiction suprême? Il y a là un dualisme étrange: sanction grave, et en même temps, avec cette sanction grave, une bénédiction qui dépasse de beaucoup ce qui est accordé aux autres criminels moins coupables! C'est aux grands criminels seuls que l'Eglise assurerait le salut, par la peine de mort, celle-ci lui permettant mieux de remplir sa mission divine!

Contradiction étrange! Est-ce que c'est M. Grand qui se trompe? Je ne sais pas.

Et je vois encore une autre contradiction étrange. L'Eglise ne permet pas, n'admet pas que le fils du bourreau puisse devenir prêtre. Suis-je bien renseigné? On me l'affirme. Si c'est exact, pourquoi cette exclusion à l'égard du fils du bourreau? Qu'a-t-il fait ce fils de celui qui a contribué à réaliser la mission divine, assurant le salut du criminel? Pourquoi cette exclusion à l'égard de celui qui a été l'instrument dans la main de Dieu pour assurer le salut de cet homme? Pourquoi le fils du bourreau n'ose-t-il pas devenir prêtre? C'est que l'Eglise, elle-même, a senti toute la réprobation qui tombe sur l'homme qui a exécuté son semblable.

Nous nous trouvons ici, non pas en face d'une conception juridique, mais en face d'un problème d'un autre ordre que je considère comme étant de caractère psychologique. M. Logoz a dit que c'était une question de goût. Il a raison. Tout d'abord, c'est une question de goût.

Je ne vois pas très bien ceux qui, dans cette enceinte, défendent la peine de mort, je ne les vois pas très bien prendre eux-mêmes les mesures nécessaires en vue d'une exécution, élever l'échafaud et y conduire le condamné. Je voudrais les voir venir surveiller la construction de l'échafaud. Je voudrais les voir eux-mêmes décider de l'arme à mettre dans la main du bourreau? Lorsqu'on trouve qu'un geste est bon, on doit avoir le courage de l'exécuter soi-même.

Et quand on dit qu'il est de caractère divin, il ne faut pas craindre d'en assumer l'organisation et de le présider du commencement jusqu'à la fin. Le bourreau, il faut l'habiller, il faut l'armer. Le condamné, il faut l'amener sur l'échafaud; il faut savoir de quelle façon, suivant quel rite, en un mot, il sera décapité. Il suffit de songer à la tête qui tombe, il suffit de songer au sang qui coule pour comprendre

tout de même ce qu'il y a là de révoltant, non pas seulement contre le goût, contre l'esthétique, mais encore, ce qui est supérieur au goût: contre la sensibilité humaine.

Votre logique de juriste ne m'émeut guère. Il semble qu'on ait honte à parler de la sensibilité humaine. Il semble que cette sensibilité humaine ne serait pas un élément déterminant. N'est-elle pourtant pas une sorte de baromètre qui montre l'état de notre propre civilisation? Est-ce que plus la sensibilité humaine s'affirme, plus elle s'affine, s'épanouit et se perfectionne, mieux elle montre à quel degré de civilisation on est arrivé, et plus il faut faire intervenir cette notion supérieure de la sensibilité humaine?

Nous disons qu'en face d'un condamné à mort, c'est la sensibilité humaine qui s'émeut: Je ne vois pas l'état bourreau. Je vois, quant à moi, l'Etat éducateur. Je vois l'Etat cherchant plutôt à prévenir le crime, à prévenir le mal, à corriger le coupable. Je vois l'Etat qui cherche à préserver la société contre un danger. Je vois l'Etat sous cette forme. Mais je ne vois pas à notre époque la Suisse, cette vieille démocratie, ériger l'Etat en bourreau. Cela blesse ma sensibilité humaine. L'Etat bourreau! cela blesse mes sentiments. Et c'est parce que je ne veux pas voir l'Etat bourreau que je ne puis pas admettre qu'on introduise la peine de mort dans le Code pénal fédéral.

On n'a pas seulement parlé de la peine de mort divine. On est allé plus loin que cela. On a parlé encore de la guerre divine. Il y a de la logique là-dedans! En effet, si la condamnation à mort peut avoir un caractère divin, je puis comprendre que la guerre elle-même puisse être divine!

Mais, est-ce que, vraiment, nous sommes à une époque où il faille, dans un parlement comme le nôtre, que quelqu'un vienne contester à la guerre son caractère divin? En quoi donc pourrait-elle être divine, la guerre?

Et l'Eglise voudrait qu'on introduisît dans le Code fédéral des dispositions qui condamnent l'injure à la divinité. Si jamais il se fait chez nous une injure à la divinité, c'est bien le jour où l'on affirme que c'est la divinité elle-même qui arme la guerre pour châtier les hommes! Comment? ce Dieu, cette divinité à laquelle vous croyez, mais à laquelle nous ne croyons pas, nous, se saisirait de cet instrument, la guerre, qui couche sur les champs de bataille des millions et des millions d'innocents — car les victimes sont généralement des innocents — laissant trop souvent dans leurs palais, dans leurs maisons, dans la richesse, l'aisance et le repos, les vrais coupables? Cet instrument d'injustice et de cruauté ignoble serait l'instrument que saisirait Dieu, ce Dieu auquel croient des hommes qui, par doctrine, viennent nous dire, calmement, froidement: La guerre est divine? C'est cet instrument que Dieu choisit pour châtier les hommes! Drôle de châtement que celui qui tombe sur les innocents et qui laisse de côté les vrais coupables!

Nous avons à l'égard de vos conceptions religieuses une tolérance respectueuse. Et si nous avions, nous, vos croyances en la divinité, nous nous révolterions contre celui qui viendrait l'accuser d'être ce Dieu qui couche les hommes par millions sur les champs de bataille, frappant les innocents et ne châtiant pas les vrais coupables. Ce n'est pas sur un pédagogue

de cette nature que nous pourrions compter pour rendre, dans l'avenir, l'humanité plus heureuse.

Nous sommes ici en face du problème de la sensibilité humaine. Je suis de ceux qui croient que les moyens qu'on emploie doivent toujours s'harmoniser avec le but recherché. Je ne crois pas qu'on puisse tuer la guerre par la guerre, ni établir la démocratie par la dictature. Il n'est pas possible de tuer la violence par la violence. A l'époque où nous vivons, il faut réagir contre la violence, dans toutes les directions et dans tous les domaines. La grande préoccupation qui doit animer ceux qui sont dans un Parlement, ceux qui sont les conducteurs des peuples, la grande préoccupation qui doit les animer tous, c'est de débarrasser les cervaux de toute idée de violence sous quelle forme que ce soit.

Ce n'est pas en introduisant la peine de mort dans un code pénal que vous collaborerez à la lutte contre les idées et les pratiques de violence. C'est, au contraire, en l'écartant, et en mettant à la place de la peine de mort des mesures suffisamment graves pour arrêter le criminel, pour préserver la société; c'est en donnant au code pénal lui-même les moyens qu'emploie la société pour réagir contre la violence, non par la violence elle-même, mais par l'éducation, par les moyens de précaution contre la violence même par la création et l'idéal d'une humanité pacifiée, spiritualisée — j'admets encore cela —; mais en tout cas ne recherchons pas la violence et n'y recourons pas pour assoir son avenir et sa sécurité. (Applaudissements.)

Präsident: Es wäre doch dringend zu wünschen daß diese Diskussion morgen Vormittag geschlossen werden könnte. Das hat zur Voraussetzung, daß Sie heute Abend noch etwas ausharren und morgen früh schon um 8 Uhr beginnen würden. Ich schlage Ihnen vor, heute bis 8 Uhr fortzufahren und morgen früh um 8 Uhr wieder zu beginnen. Gestatten Sie mir die Bitte beizufügen, daß die folgenden Redner der Absicht morgen früh die Abstimmung vorzunehmen, tunlichst Rechnung tragen.

Angenommen. Adopté.

M. Wulliamoz: Dans ce débat, ce sont surtout les juristes qui ont la parole, mais serait-il possible, Messieurs, à un simple profane de faire entendre sa voix. Je me serais bien gardé d'avoir cette audace, si, à l'art. 33bis, une proposition ne visait pas à réintroduire la peine de mort dans notre législation.

J'ai suivi avec beaucoup d'intérêt la proposition de la minorité de la commission, par les soins de notre collègue M. Grand et je dois vous avouer que c'est avec peine que je l'ai vu prétendre que, dans nos populations, la peine de mort était restée populaire, et que, même dans le canton de Vaud, disait-il, on était familiarisé avec cette conception-là.

Je n'ai pas souvenance de la dernière exécution capitale dans notre canton, mais, ce que je sais, pour l'avoir entendu de la bouche de mon père, c'est que ce spectacle a jeté dans l'assistance une vague de réprobation et notre canton unanime, il faut le dire, s'oppose à la réintroduction de la peine de mort dans son code.

Notre collègue, M. Grand, faisait allusion tout à l'heure au crime de Donneloye en disant qu'un mouvement instinctif demandait le châtement capital pour

des atrocités de ce genre. Peut-être le premier mouvement. J'ai été en relations avec un vieillard de 75 ans, de Donneloye. Savez-vous ce qu'il m'a dit? «C'est profondément triste de voir qu'un jeune homme, dont les parents sont honorables, ait pu rouler jusqu'au fond de l'abîme. Qu'y a-t-il à faire?. Que faut-il entreprendre pour donner à cette jeunesse le sentiment de son devoir vis-à-vis de la société?» Voilà le jugement d'un vieillard de 75 ans.

Il me semble, Messieurs, que cette conception est vraiment moyennâgeuse et, il y a quelques instants, M. le député von Arx, dans un admirable discours, a démontré comment la pensée humaine, les sentiments, ont été modifiés au cours des siècles; grâce à quoi? Grâce au christianisme qui a renversé les fondements vermoulus du monde ancien. Et cet événement, d'une portée immense, demande que les législations s'inspirent d'autres sentiments que la loi du talion.

Si nous voulons rester fidèles à cet enseignement du Christ, qui domine toutes nos divergences confessionnelles et reste comme un idéal duquel, aussi bien les catholiques que les protestants, veulent s'inspirer, nous ne pouvons pas introduire dans le code pénal le principe de la peine de mort.

J'éprouve toujours de la gêne à faire des citations bibliques dans une salle comme celle-ci. Mais enfin, que pensez-vous d'un code qui inscrirait le principe de la peine de mort, alors que, si nous voulons rester fidèles à la croix du Christ, nous devons songer que le jour où, même ses disciples, lui demandaient que le feu du ciel descendît sur une bourgade des Samaritains qui n'avaient pas voulu le recevoir, il a répondu: «Vous ne savez pas de quel esprit vous êtes animés!»

Nous croyons que la conception qui veut que le criminel soit puni par la peine capitale doit être remplacée par une notion plus élevée. Il ne faut pas que le criminel puisse dire: «J'ai commis un assassinat; j'expie; donc, je suis quitte vis-à-vis de la société!» Il faut, au contraire, qu'on lui laisse le temps de comprendre tout ce qu'il y a d'horrible dans l'acte accompli; et ce n'est pas en le menaçant d'une peine capitale que nous pourrions faire cette œuvre d'amendement si nécessaire.

On pourrait fournir de nombreux exemples de criminels condamnés à la réclusion à vie dans le cœur desquels cette œuvre s'est accomplie, qui ont compris tout ce qu'ils devaient au Sauveur qui, lui, a pardonné jusque sur la croix, ces sentiments dans le cœur ont dû pousser ces pauvres malheureux au désir de réparer, dans une certaine mesure, d'essayer de vivre une vie meilleure pour rester fidèle à l'amour du Christ qui s'étend sur toute l'humanité.

Je ne comprends pas qu'on puisse invoquer le principe de la peine de mort au nom de l'Évangile.

J'ai appris que mon collègue, M. le Dr. Hoppeler, allait tout à l'heure nous parler en faveur de la peine de mort et, je vous avoue, je me refuse à croire qu'il puisse s'inspirer du nouveau testament de l'Évangile de pardon, qu'il puisse trouver là des arguments en faveur de la peine de mort. Au reste, Messieurs, des voix plus autorisées que la mienne ont prononcé un véritable réquisitoire contre ce geste barbare. Je ne citerai qu'une seule de ces voix, c'est celle du grand poète Lamartine, qui a dit:

«Prends, oh peuple! use de ton droit,
 Mais alors jette au vent l'honneur de ta victoire;
 Ne demande plus rien à l'Europe, à la Gloire,
 Plus rien à la postérité!
 En donnant cette joie à ta libre colère,
 Va-t-en; tu t'es payé toi-même ton salaire:
 Du sang au lieu de liberté!
 Le jour qu'oubliant ta colère,
 Comme un lutteur grandi qui sent son bras plus fort,
 De l'héroïsme populaire
 Tu feras le dernier effort;
 Le jour où tu diras: je triomphe et pardonne!...
 Ta vertu montera plus haut que ta colonne
 Au-dessus des exploits humains;
 Dans tes temples voués à ta miséricorde
 Ton génie unira la force à la concorde,
 Et les siècles battront des mains!
 Peuple, diront-ils, ouvre une ère
 Que dans ses rêves seuls l'humanité tenta,
 Proscris des codes de la terre
 La mort que le crime inventa!
 Remplis de ta vertu l'histoire qui la nie,
 Réponds par tant de gloire à tant de calomnie!
 Laisse la pitié respirer!
 Jette à tes ennemis des lois plus magnanimes,
 Ou si tu veux punir inflige à tes victimes
 Le supplice de t'admirer!»
 J'ai dit. a

Huber: Herr Grünfelder beantragt eventuell, es sei den Kantonen zu überlassen, ob sie die Todesstrafe einführen wollen oder nicht. Er hat mit Recht daran erinnert, daß dieser Vorschlag seinerzeit von Herrn Kronauer gemacht worden ist, hat aber offenbar unterlassen, jene Verhandlungen in der Expertenkommission genauer nachzulesen, denn sonst hätte er bei seiner Gewissenhaftigkeit als Gesetzgeber sich auch mit den Konsequenzen etwas beschäftigt. Die Expertenkommission hatte am 18. April 1912 mit 14 gegen 11 Stimmen diesen Vorschlag angenommen, war aber in einer späteren Sitzung im Oktober 1915 wieder von diesem Beschluß zurückgekommen, weil sich die größten Schwierigkeiten gezeigt hätten. Die Frage ist hier nicht aufgeworfen worden, auch von Herrn Grünfelder nicht, wie es denn gehalten sein soll mit der Kompetenz der Kantone in bezug auf die Anwendung ihres Gesetzes. Soll die Anwendung beschränkt sein auf die Taten, die auf ihrem Gebiete begangen werden oder soll ein Kanton Strafkompetenz auch für Taten beanspruchen können, die außerhalb des Kantons von seinen Angehörigen nicht gegen sie begangen wurden? Wie soll der Grundsatz der *lex mitior* sich auswirken? Und vor allem wie soll es gehalten werden, wenn der Mörder, der seine Tat in einem Kanton begangen hat, der die Todesstrafe kennt, sich in einen andern Kanton flüchtet, wo die Todesstrafe nicht besteht? Soll dieser Kanton, der die Todesstrafe nicht kennt, verpflichtet sein, den Täter einer Strafe zu überliefern, die er selber nicht anerkennt. Soll der die Auslieferung verweigernde Kanton die Pflicht haben, den Betreffenden eventuell lebenslänglich im Zuchthaus einzusperren? In der Expertenkommission würde auch die Frage gestellt, wer die Kosten der Unterbringung im Zuchthaus zu bezahlen habe, und als dann beschlossen wurde, daß der die Auslieferung begehrende Kanton, der die Todesstrafe ausgesprochen hat, dem angegangenen

Staat die Kosten für die lebenslängliche Strafe zu bezahlen habe, ist die Begeisterung auf einmal geschwunden und mit 19 gegen 2 Stimmen der Kompromiß, den Herr Grünfelder uns heute wieder vorschlägt, aufgegeben worden. Im übrigen will ich zu dieser Sache nicht weiter sprechen. Ich denke, dieser Vorschlag ist so aussichtslos, daß jede weitere Bemerkung überflüssig ist.

Dagegen erlauben Sie mir noch einige Auseinandersetzungen zur Todesstrafe selbst. Herr Grünfelder hat erklärt, daß das Argument der Gegner, die Todesstrafe schließe den wichtigsten Strafzweck, den der Besserung aus, auch für die lebenslängliche Zuchthausstrafe gelte. Bei lebenslänglicher Zuchthausstrafe habe die Gesellschaft gar kein Interesse mehr daran, ob einer gebessert werde oder nicht. Herr Bundesrat Häberlin hat Ihnen bereits gesagt, daß das schon vom rein menschlichen Standpunkt aus eine Bedeutung hat. Und ich denke, insbesondere vom theologischen Standpunkt aus, der ja bei der Todesstrafe eine so große Rolle spielt, ist diese Besserung nicht ohne Bedeutung. Herr Grünfelder hat etwas verschwiegen oder es war ihm nicht präsent. Wir denken auch bei der lebenslänglichen Zuchthausstrafe an den erziehenden und bessernden Zweck der Strafe, indem wir in Art. 36, Abs. 2, die Bestimmung haben: hat ein zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe Verurteilter 15 Jahre erstanden, so kann ihn die zuständige Behörde bedingt entlassen, wenn sie annimmt, daß er sich wohl verhalten werde. Also gehen die Werte, die in der Strafzeit eventuell geweckt und gehoben werden, nicht verloren, sondern sie werden der Gesellschaft nutzbar gemacht, indem man dem Menschen Gelegenheit gibt, in einem ehrbaren guten Leben wieder gut zu machen, was er gesündigt hat. Das Moment der Reue spielt bei den Anhängern der Todesstrafe eine große Rolle. Diese transzendente Betrachtungsweise ist meines Erachtens bei der Schaffung eines Strafrechtes außeracht zu lassen. Bei dieser Gelegenheit kann ich das Geständnis nicht unterdrücken, daß das, was wir bei den letzten Hinrichtungen von Muff in Luzern und des Mörders von Schattdorf als Aeußerung der Reue gesehen haben, das Gegenteil von etwas Erhebendem war, daß die Huldigung, die man schließlich diesen Mördern entgegenbrachte, etwas Abstoßendes und Widerwärtiges an sich hatte. Sie sind zu Lebzeiten beinahe heilig gesprochen worden. Ich habe gelesen, ich weiß nicht, ob es richtig ist, daß eine bekannte katholische Schriftstellerin dem Muff ein authentisches Stücklein vom Kreuze Christi zu seinem letzten Gang mitgegeben habe. Das sind Dinge, für die ich kein Verständnis besitze und von denen ich finde, daß sie weit davon entfernt sind, der Todesstrafe und ihrer Vollstreckung eine besonders eindruckliche Wirkung zu verschaffen.

Bei der Todesstrafe steht zweifellos, das hat man zugegeben, der Gedanke der Vergeltung im Vordergrund. Damit stellt sich die Minderheit in Gegensatz zur Mehrheit. Sie ist sich dessen durchaus bewußt. Während die Mehrheit beantragt, die schwerste Strafe auszusprechen, wenn der Täter unter Umständen oder mit einer Ueberlegung getötet hat, die seine besondere Gefährlichkeit offenbaren, sagt die Minderheit: Hat der Täter unter Umständen oder mit einer Ueberlegung getötet, die seine besondere Verdorben-

heit oder Gefährlichkeit offenbaren. Also auch wenn man nicht fürchtet, daß der Täter der Gesellschaft später irgend welchen wesentlichen Schaden zufügen kann, der Richter einfach sein moralisches Urteil fällt, es handle sich um einen ganz verdorbenen Menschen, soll dieser mit dem Tode bestraft werden, eben unter dem Standpunkt der Vergeltung. Wenn man auf diesem Boden steht, dann müßte man viel weiter gehen. Ich frage Sie, warum wollen Sie bloß den Mörder strafen mit dem Tode? Kann nicht ein anderer Mensch mindestens so verdorben, ja viel schlechter sein wie ein Mörder? Kann nicht ein Mensch, der sich der Notzucht schuldig gemacht hat, der als Zuhälter lebte, der sich als Erpresser betätigt hat, der Kinder schändete, nicht ebenso verdorben sein wie ein Mörder? Es sagen denn auch Schriftsteller, sie sind in der sehr lesenswerten Schrift von Liepmann über die Todesstrafe zitiert: «Es ist eine grundfalsche Voraussetzung, daß die schwersten Verbrecher immer die verworfensten Menschen seien. «Mörder sind weder die am tiefsten stehenden, noch die hoffnungslosesten unter den Verbrechern.» Statistische Untersuchungen zeigen, wie die Mörder sich nach ihren Vorstrafen qualifizieren. Dabei ergeben sich ganz überraschende Tatsachen. In England hat man in den Jahren 1899—1908 156 Mörder hingerichtet. Davon hatten nur 17 mehr als eine Vorstrafe, 21 waren ein einziges Mal vorbestraft und 118 von 156 waren noch nie verurteilt worden. Von den in der gleichen Zeit begnadigten, ebenfalls zu Tode verurteilten 127 Mördern hatten nur 10 mehr als eine Vorstrafe, 7 hatten eine einzige und 110 keine einzige Vorstrafe. Sie sehen, daß unter den Mördern sehr wenige sind, die als besonders schwer belastet erscheinen. Auch anderwärts hat man die gleichen Feststellungen gemacht. In Oesterreich ist festgestellt worden bei einer Statistik, die sich über einen gewissen Zeitraum erstreckt, daß von 282 zu Tode Verurteilten 212, also mehr als drei Viertel, überhaupt keine Vorstrafe hatten. Und wenn man die zum Tode Verurteilten zu lebenslänglichem Zuchthaus Begnadigten in ihrem späteren Leben beobachtet, so macht man ganz ähnliche Feststellungen. Liepmann hat hierüber Untersuchungen angestellt. Er erließ Rundfragen in Deutschland, Oesterreich, Belgien, Holland und in der Schweiz. Leider besteht sozusagen keine offizielle Statistik über diese Dinge. Ich will nur wenig zitieren. Liepmann sagt: «Wir hören, und zwar wiederholt, von Mördern, die jahrelang im Zuchthaus als Krankenwärter verwendet wurden, die sich mit Hingebung und wahrer Selbstverleugnung der Kranken angenommen, sich große Verdienste dadurch um ihre Mithäftlinge erworben haben, so daß sie von den im Zuchthaus Verstorbenen wiederholt zu Erben ihrer Ersparnisse eingesetzt wurden. «Diese Mörder haben sich also so benommen und sich so den Dank der Mitgefangenen erworben, daß sie von diesen zu Erben ihrer Ersparnisse eingesetzt wurden. «Wir hören von der seltenen Bravour und Pflichttreue eines solchen Krankenwärters gegenüber einem plötzlich aggressiv werdenden Geisteskranken, der mit einem Schemel jeden niederschlagen drohte: Obwohl ziemlich schwer verletzt, machte er von dem Rechte der Notwehr keinen Gebrauch, sondern entwarfene den Kranken in schonendster Weise». Und an einer andern Stelle heißt es: «Der Direktor einer großen österreichischen Strafanstalt nennt die Lebens-

länglichen im allgemeinen die besten Elemente im Strafvollzug.» Von einer deutschen Strafanstalt heißt es: «Bis auf ganz seltene Ausnahmen ist die Führung der Lebenslänglichen tadellos. Sie bilden zum großen Teil Stützen der Verwaltung. Für viele, heißt es in einem andern Bericht, tritt nach Jahren ein Wendepunkt ein. Es gibt dann ein Optimum der Strafdauer, wo die guten Vorsätze am wirksamsten werden, der Wunsch, sie in die Tat umzusetzen, sich draußen im Leben nochmals nützlich zu betätigen gegenüber den Angehörigen, nicht nur im Zuchthaus zu sühnen, seine größte Kraft erreicht. Nun fühlt der Büsser eine Umwandlung in sich vorgehen, nun sagt er sich auch, jetzt ist es genug. Das wäre», so heißt es dann weiter, «der rechte Zeitpunkt zur Entlassung des Gefangenen; bei Lebenslänglichen muß er aus kriminalpolitischen Rücksichten wohl meist überschritten werden.»

Herr Kollege von Arx hat Ihnen bereits auch Hürbin zitiert mit seinen schweizerischen Erfahrungen. Hürbin hat einen Aufsatz in der schweizerischen Zeitschrift für Strafrecht veröffentlicht, in welchem er die todeswürdigen Verbrecher in der Strafanstalt und ihr Leben darin näher untersucht. Ich will Ihnen keine Einzelheiten daraus vorlesen, sondern nur die Schlußfolgerungen: «Interessant sind die Wahrnehmungen über das Verhalten dieser todeswürdigen Verbrecher in der Strafanstalt. Die Monatszeugnisse, welche jedem einzelnen ausgestellt werden, lauten für 18 der genannten im Durchschnitt gut, für acht befriedigend und für zwei tadelhaft, im allgemeinen also recht günstig. Von 17 kann man auch bezeugen, daß sie ihr Verbrechen aufrichtig bereut haben. Die übrigen 11 behaupteten, mehr oder weniger bestimmt, fortwährend ihre Unschuld. Von allen hat sich keiner während der Detentionszeit weder an einem Beamten, noch an einem Angestellten irgendwie vergriffen. Nur zwei hatten, hauptsächlich in der Aufregung, Drohungen ausgestoßen, dieselben aber wieder zurückgenommen.» Und zuletzt: «Aus allen diesen Tatsachen geht hervor, daß weder aus Gründen der Detentionsicherheit, noch der Strafhäusdisziplin, noch endlich der Abschreckung die Todesstrafe geboten ist; nach meinen Beobachtungen gereicht es aber manchem armen Sünder zum Troste, wenn er seine Vergehungen noch eine Reihe von Jahren bereuen und durch ein bußfertiges Leben dafür Genugtuung geben kann. Das alttestamentliche Aug um Aug, Zahn um Zahn hat sich überlebt. An dessen Stelle muß gegenüber dem reumütigen Sünder verzeihende Liebe treten, denn Gott will nicht den Tod des Sünders, sondern daß er sich bekehre und lebe.» Und zu allerletzt: «Ich schließe diese Betrachtung in der vollen Ueberzeugung, daß die Todesstrafe entbehrlich sei.»

Soeben bekomme ich noch eine weitere derartige Mitteilung. Ein früherer Hausgeistlicher des Zuchthauses in Ludwigsburg (Württemberg) führt aus, daß er ermutigende Erfahrungen über die spätere Lebensführung von Mördern gesammelt hat. «Noch nie,» so schreibt er, «soweit die Strafregister von Ludwigsburg zurückreichen, ist ein Mörder im Zuchthaus gestorben, sondern alle sind nach einer mehr oder weniger langen Strafzeit wieder in Freiheit gesetzt worden, und noch nie ist ein in Freiheit gesetzter Mörder rückfällig, d. h. wieder zum Mörder geworden. Ich zog bei über 27 begnadigten Mördern männlichen Geschlechts Erkundigungen ein, welche sich bis übers

große Wasser hinüber erstrecken. Alle lebten noch, einer ausgenommen, der in einem Anfall von Schwermut als alter einsamer Mann, sich das Leben genommen hatte. Aber auch diesen einen mit eingeschlossen, haben sich alle als loyale Bürger und brauchbare Glieder in die menschliche Gemeinschaft zurückgefunden.»

Ich glaube, das sind Zeugnisse, welche mehr als alle Theorien dafür sprechen, daß die Todesstrafe nicht notwendig, sondern schädlich ist, schon aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sie der Menschheit Glieder wegnimmt, die wieder nützlich und gut werden können. Wir müssen nicht bloß diese Statistiken berücksichtigen, sondern wir dürfen eigene Erfahrungen aus dem Kanton St. Gallen nehmen. Ich bin erstaunt darüber, daß Herr Kollega Grünenfelder erklärt, wo mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft wird, da höre die Erziehung auf, da habe sie keinen Wert mehr. Wir haben die Todesstrafe auf dem Papier; seit 80 Jahren ist aber im Kanton St. Gallen niemand mehr hingerichtet worden. Das heißt nicht, daß wir keine ganz bedenklichen, schauderhaften, gräßlichen Mordfälle gehabt hätten: diese Fälle sind Herrn Kollegen Grünenfelder wohl besser bekannt als mir selber. Ich nehme den Fall Eichele, dieses jungen Menschen, der seine Tante wegen einer Bagatelle ermordet hat; ich nenne die Frieda Keller! Diese ist in der Presse zu sehr als Opfer dargestellt worden; die Legende hat auch noch in einem Buch von Prof. Forel Aufnahme gefunden. Das war tatsächlich einer der schauderhaftesten Morde, die man sich vorstellen kann. Diese Frieda Keller hat ein Kind — und zwar nicht etwa ein Neugeborenes in der Erregung der Geburtsstunde, sondern ein Kind von einigen Jahren, das ihr einfach im Wege war, weil sie sich verheiraten wollte und fürchtete, das Kind könnte ihr bei der Eingehung der Ehe hindernd in den Weg treten — dies Kind hat sie in raffinierter Weise aus dem Kinderheim herausgeholt und im Walde ermordet und verscharrt. Sie ist zum Tode verurteilt worden, wie der Eichele; beide haben von sich aus keine Begnadigung verlangen wollen; die Verteidiger haben es getan. So viel ich orientiert bin, hat in beiden Fällen die Regierung, jedesmal auf Antrag eines konservativen Justizchefs, die Begnadigung beantragt, einstimmig, und der Große Rat hat zugestimmt. Aber nicht bloß das. Meine Herren, diese beiden sind nicht im Zuchthaus gestorben, diese beiden leben heute noch außerhalb des Zuchthauses. Der Große Rat hat sie zuerst zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, und nachdem sie sich lange Zeit gut gehalten hatten, gänzlich begnadigt. Bei der Begnadigung der Frieda Keller war ich selber dabei. Sie hatte durchaus gute Zeugnisse, und sie lebt, wenn ich mich recht erinnere, bis jetzt im Elsaß bei Verwandten. Und der Eichele ist heute ein braver Sticker im Toggenburg. Er lebt heute noch in Degersheim. Ich wiederhole, auch er hat kein Verbrechen mehr begangen.

Wenn man diese Tatsachen hat, so geht es ein wenig gegen Treu und Glauben, wenn man hier behauptet, es gebe eigentlich keinen Unterschied zwischen Mord und lebenslänglichem Zuchthaus, denn beim lebenslänglichen Zuchthaus seien die Leute doch auch ausgestrichen aus der Menschheit.

Ich habe vorhin gesagt: Wenn man die besondere Verdorbenheit eines Menschen (nicht seine Gefährlichkeit, denn Verdorbenheit und Gefährlichkeit ist

nicht das gleiche) als Grund anerkennen will, um ihn zu töten: wohin führt das? Mit welchem Recht soll man bloß hier töten, nicht aber aus irgend einem andern Grund? In den letzten Jahren ist viel diskutiert worden über die Vernichtung unwerten Lebens. Man sagte: Menschen, die nur noch eine Last sind, die körperlich zerrüttet sind, die nichts Menschliches mehr an sich haben als die Figur, sollte man auf schmerzlose Weise zum Tode bringen. Das ist etwas, das ich nicht akzeptieren kann. Kein Leben ist wertlos, und kein Mensch kann wissen, was auch so ein vollkommen hilfloser und «vollkommen wertloser» Mensch für einen andern bedeuten kann. Ich kannte so ein Wesen, das für seine Mutter heute noch den ganzen Lebensinhalt bedeutet.

Wer für die Todesstrafe eintritt, der darf sich auch nicht gegen jene empören, die die Entstehung wertlosen Lebens verhindern wollen? Ich erinnere mich an Diskussionen, welche die Unfruchtbarmachung von Menschen betroffen haben, von Frauen, von Geisteskranken, von komplett Verblödeten. Ich habe nichts anderes vernommen, als daß gerade von der Seite, der Herr Grünenfelder angehört, das als unzulässig erklärt worden ist. Ich weiß, wie ein angesehenen Arzt angefeindet worden ist, weil man ihn im Verdacht hatte, daß er einmal im Einverständnis mit Angehörigen derartiges vorgenommen hat. Ich glaube, das ist doch noch weit menschlicher, dafür zu sorgen, daß nicht Kinder auf die Welt gesetzt werden, von denen man voraussehen muß, daß sie Idioten, Geistesranke, auf alle Fälle minderwertige Menschen sein werden.

Herr Grünenfelder hat gesagt, daß die Todesstrafe abschrecke, das sei bekannt, das stehe fest. Es ist natürlich nicht so leicht festzustellen, ob das oder das Gegenteil richtig ist, aber immerhin wissen wir, daß in den Zeiten, wo die Hinrichtungen an der Tagesordnung waren, daß es in diesen Zeiten nicht weniger Verbrecher gegeben hat. Im 16. Jahrhundert sind in Nürnberg während 24 Jahren 1159 Hinrichtungen vorgekommen und von Karpzow haben wir gehört, daß er in einem Zeitraum von 40 Jahren 20,000 Todesurteile ausgesprochen habe. Aber wir haben nicht gehört, daß diese Todesurteile abgeschreckt hätten, ganz abgesehen davon, daß man hier nicht eine Zeit als Zeugen anrufen kann, die fast keine anderen Strafmittel kannte. Der Begriff der Freiheitsstrafe bestand fast gar nicht, man hatte keine Zuchthäuser, vielleicht Verließe, in welchen politische Gefangene untergebracht wurden, jedenfalls nicht Zuchthäuser in unserem Sinne. Es gibt nun einige kleine Untersuchungen, welche einen Schluß erlauben, wie bei denjenigen, die später Mörder geworden sind, die Todesstrafe auf ihre Entwicklung eingewirkt hat. Darüber hat z. B. der Gefängnisgeistliche von Bristol Feststellungen gemacht. Er hatte die traurige Aufgabe, 167 Menschen, die zum Tode verurteilt waren, auf ihrem letzten Gang zu begleiten, und dabei festgestellt, daß von diesen 167 161 Zeugen von Hinrichtungen gewesen sind und nur 6 gar keine Hinrichtung angesehen hatten. Das war die abschreckende Wirkung auf die Mörder, die er zum Tode hat begleiten müssen! Es waren fast durchwegs solche, die vorher gesehen hatten, wie die Todesstrafe an andern vollzogen wurde.

Ein krasser Fall war der Fall Mira in Frankreich, der in der Literatur bekannt ist. Im Jahre 1894 wurde

in Melun ein 19jähriger Bursche Scherer hingerichtet; damals war in Frankreich die Hinrichtung noch öffentlich. Ein Gamin erkletterte einen Baum, der unmittelbar der Guillotine gegenüberstand. Die Gendarmen wollten ihn herunterholen, er kletterte immer höher, inzwischen drängte die Zeit, die Polizei mußte darauf verzichten, ihn herunterzuholen, und vor den Augen dieses jungen Menschen wurde nun der Scherer hingerichtet. Ein Jahr später wurde an der gleichen Stelle der Zuschauer, der vorher vom Baum gegenüber zugesehen hatte, hingerichtet. Das ist die abschreckende Wirkung der Todesstrafe! Das Gegenteil ist richtig: Die Todesstrafe hat eine verrohende Wirkung, wie Herr Bundesrat Häberlin richtig festgestellt hat. Ich glaube nicht, daß unsere Diskussion sehr große praktische Bedeutung haben wird, daß in Zukunft viel Todesurteile in der Schweiz ausgesprochen und vollzogen würden; der Beweis liegt ja vor. Aber daß in unserem Gesetz überhaupt das Recht statuiert würde, einem Menschen das Leben zu nehmen, das ist das, was ich nicht ertragen kann. Unsere Abstimmung wird symbolische Bedeutung haben: Sie soll eine Absage sein an den Glauben an jene brutalste äußerste Gewalt, die meint, mit Blutvergießen Recht und Gerechtigkeit, Staatsordnung und Sittlichkeit herzustellen. Was ist das mit dieser Todesstrafe? Sie gestattet ja gar keine Abstufungen. Alle, die besonders verdorben sind oder nach der Meinung der Richter besondere Gefährlichkeit aufweisen, werden in gleicher Weise zum Schafott gebracht. Da war immerhin das Mittelalter konsequenter, indem es alle möglichen Strafverschärfungen brachte, die ich hier nicht behandeln will. Und dann, wie Herr Bundesrat Häberlin bereits gesagt hat, die Möglichkeit des Justizmordes. Die ist nicht so weit entfernt wie man glaubt. Ich will Sie nicht aufhalten; aber ich empfehle Ihnen auch da, bei Liepmann nachzulesen, wie viele derartige Fehlurteile vorkommen und Urteile, wo es zum mindesten zweifelhaft ist, ob es nicht Fehlurteile sind, und wie zahlreich vor allem die Fälle sind, wo Leute verurteilt worden sind, die tatsächlich geisteskrank waren, ohne daß man es wissen konnte. Ich habe als junger Verteidiger einen Fall erlebt, wo sich der Angeklagte, den ich zu verteidigen hatte, ganz nahe an das Blutgerüst herangeredet hat. Der Mann hatte getrunken, er suchte Logis und wurde von einem andern geohrfeigt; es wurde ihm Bier angeschüttet. Er ist dann weggegangen und später zurückgekommen. Der, der ihn geohrfeigt hatte, ergriff einen Stuhl, um sich gegen einen vermeintlichen Angriff zu verteidigen. Der andere greift zur Pistole, schießt und trifft auf eine Schlagader: in ein paar Stunden war der Mann tot. Der Betreffende hatte eine entsetzliche Angst vor dem Tode; dabei hat er immer wieder mit aller Entschiedenheit bestritten, daß er irgendwie provoziert worden sei; man habe ihm keine Ohrfeige gegeben, man habe ihn nicht beleidigt, man habe ihm kein Bier angeschüttet. Alles, was zu seinen Gunsten sprach, hat er bestritten. Ich habe von mir aus dann eine psychologische Erklärung gesucht — ich glaube nicht, daß sie falsch ist, aber ich will sie hier nicht vortragen. Er ist dann auch nicht wegen Mordes verurteilt worden, sondern wegen Totschlages. Nach einigen Jahren, als ich mich nach ihm erkundigte, hat man mir gesagt, er sei sehr nett und führe sich ruhig auf, aber immer wenn er sich unbeobachtet glaube, zeige er Angst vor dem Ge-

köpftwerden. Wenige Jahre später ist er definitiv als Geisteskranker erkannt und nach Priminsberg gebracht worden; dort oben ist er gestorben.

Derartige Fälle sind viel häufiger, als man glaubt; es gibt darunter eine ganz interessante Kategorie. Es gibt Menschen, die sich nicht selbst umbringen können, aber welche das Bedürfnis haben, ihrem Leben ein Ende zu machen, und die eine mit dem Tode bedrohte Tat begehen, um auf diese Weise zum Schafott zu kommen; die sich mit allen Mitteln dagegen sträuben, daß man etwa ein Begnadigungsgesuch einreiche. Das sind Dinge, die in der modernen Psychologie auch etwas genauer untersucht und abgeklärt worden sind. Das Moment des Justizirrtums kann man nicht ernst genug auffassen. Sie können sich kaum vorstellen, was es heißt, unschuldig eingesperrt zu werden oder auch nur eine Buße zahlen zu müssen.

Es ist heute ein Wort erwähnt worden, das es verdient, daß man es noch einläßlicher zitiert, nämlich das Wort von Segesser, weil es von einem Manne stammt, der den politischen und sozialen Anschauungen der Minderheit am nächsten steht. Segesser ist für die Abschaffung der Todesstrafe auf dem Boden der Eidgenossenschaft eingetreten. Er hat sich schließlich im Kanton damit abgefunden, aber keine Gelegenheit versäumt, um wenigstens auf dem Wege der Begnadigung die Vollstreckung eines Todesurteils zu verhindern. Er hat in dem Fall, den Herr Kollega Walser zitiert hat, jene klassische Rede gehalten, die meines Erachtens gerade bei den Anhängern der katholisch-konservativen Fraktion Widerhall finden sollte, die sich eingraben sollte, die zeigen sollte, daß man auch von ihrem Standpunkte aus sehr wohl zur Ablehnung der Todesstrafe kommen kann. Er sagte:

«Meine Herren! Die Untat, wegen welcher Mattmann vom Richter zum Tode verurteilt ist, erscheint mir als Versündigung gegen das göttliche Gesetz und die göttliche Ordnung in der Natur weit schwerer und schauerlicher denn als Verletzung des bürgerlichen Strafgesetzes. Warum, fragen wir beim Anblick solcher Tat, öffnet sich nicht die Erde, um den Missetäter zu verschlingen, der im Augenblick der Versündigung vor Gott gerichtet ist? Warum sendet der Allwissende und Allmächtige nicht sofort den Blitz vom Himmel auf das schuldige Haupt hernieder?»

Ich antworte nach meinem Glauben, weil Gott nicht nur ein gerechter, sondern auch ein barmherziger Gott ist, der dem Sünder Zeit geben will seine Schuld zu erkennen und zu bereuen. Oft lange Zeit, denn wir sehen große Verbrecher, welche die menschliche Gerechtigkeit nicht erreicht, ein anscheinend glückliches Leben führen. Zweifeln wir deshalb an der Gerechtigkeit Gottes oder an seinem Gerichte? Oder sollen wir in Verwaltung der menschlichen Justiz nicht, wie die Gerechtigkeit, so auch die Barmherzigkeit Gottes uns zum Vorbild nehmen?» Und später:

«Die Tat des Mattmann empört unser Gefühl vielleicht mehr als das Verbrechen eines Straßenräubers oder Massenräubers, der seine Opfer abschachtet, ohne seine Namen zu kennen, ohne in Haß oder Liebe ihnen näher zu stehen. Die Wildheit solcher Menschen erregt bisweilen sogar eine mit Grauen gemischte Bewunderung. Mattmann dagegen hat gegen sein eigenes Fleisch und Blut gewütet, sich feige an seinem

wehrlösen Kinde vergriffen; es ist nichts in seiner Tat, das nicht Ekel und Entsetzen erregte. Aber gefährlich ist dieser Mensch fortan nicht mehr. Ein feiger Mensch entweicht nicht, und selbst wenn er entweiche, so würde die Erinnerung an die ausgestandene Todesangst ihn von neuen Missetaten abhalten: Ich betrachte daher die Hinrichtung des Mattmann nicht als eine durch das Interesse der öffentlichen Sicherheit geforderte Notwendigkeit. Aber liegt darin schon ein Grund dafür, seinem Gnadengesuch zu entsprechen?

Wenn nicht das Interesse der öffentlichen Sicherheit, wird man mir entgegen, so ist es die moralische Verworfenheit des Menschen, die seinen Tod erfordert.»

Es ist, wie wenn Segesser den Minderheitsantrag vorausgeahnt hätte.

«Hier aber sage ich: Ueber die moralische Verworfenheit eines Menschen zu urteilen, ist nicht unsere, sondern Gottes Sache. Der Richter urteilt nach den Tatsachen, die vor ihm liegen, wir urteilen nach dem ganzen Eindruck, welchen die Entsetzlichkeit der Tatsachen auf uns macht. Wir können über die Schuldbarkeit des Menschen entscheiden, aber über die moralische Verworfenheit zu urteilen, ist eine andere Sache. Wie vieles ist uns unbedeutend und unergründlich, was im ganzen Gange eines solchen Lebens zu einer so rätselhaften und unglaublichen Verwirrung führt. Wie wenig können wir bemessen, welchen Anteil daran vernachlässigte Erziehung, der Einfluß verderblicher Theorien inmitten roher Umgebung, so manche dem Verbrecher wie dem Richter verborgene, nur Gott bekannte Ursache hat, die schließlich ihn dahin führte, wohin er gekommen ist.

Man spricht uns von der Reue, die Mattmann an den Tag lege, von seiner Vorbereitung auf den Tod usw. Ich meinerseits kann nicht annehmen, daß die gründliche Selbsterkenntnis eines solchen Lebens und eines solchen Verbrechers das Werk einiger Tage oder Wochen sei. Die Selbsterkenntnis aber ist die Vorbedingung aller wahren Reue und gründlicher Umkehr zu Gott. Ich sage daher: Nein, er ist nicht vorbereitet, vor das Gericht Gottes zu treten, er steht unter dem Einfluß der Todesfurcht. Wäre es anders, so würde er nicht die menschliche Gnade anrufen, sondern sich allein der Gnade Gottes anvertrauen.

Und bei dieser Sachlage, wo es nicht im Interesse der öffentlichen Sicherheit geboten, dem Verbrecher das Leben zu nehmen, möchte ich dem Sünder Zeit geben zu einer wahrhaften und gründlichen Bekehrung. Ich höre in meinem Innern die Stimme vom Sinai: «Du sollst nicht töten», und das Wort der heiligen Schrift: «Gott will nicht den Tod des Sünders, sondern daß er sich bekehre und selig werde.»

Meine Herren! Das Gesetz der Liebe ist das höchste Gebot, das Christus der Herr uns gegeben hat. Ich scheue mich nicht; es öffentlich als die Regel meines Lebens zu bekennen; auch dem Verirrten gegenüber. Christus der Herr hat die Ehebrecherin begnadigt, die nach dem Gesetz dem Tode verfallen war; er hat den Schwächer neben sich am Kreuze begnadigt; die menschliche Gnade darf sich an der göttlichen ein Vorbild nehmen.

Meine Herren! Ich bin in die Jahre gekommen, wo der natürliche Gang der Dinge mich jeden Tag vor den ewigen Richter führen kann, vor dem wir Rechenschaft zu geben haben über unsere Handlungen und Unterlassungen, über unsere Worte und Werke.

Ich will nicht mit blutigen Händen vor ihm erscheinen.»

So sprach Segesser. Er hatte sein Votum nur darüber abzugeben, ob ein einzelner die Strafe zu ertragen habe. Hier entscheiden wir mit unserem Beschluß nicht bloß über einen einzelnen, sondern wir tragen die Verantwortung wahrscheinlich für Jahrzehnte dafür, ob das Richtbeil in der Schweiz noch hinuntersausen soll oder nicht. Wir tragen eine doppelte Verantwortung. Wir wissen, daß die Quelle des Verbrechens nicht bloß im Verbrecher drin ist, wir wissen, daß Not und Elend die Ursache des Verbrechens sind; wir wissen daß Arbeitslosigkeit und Hunger zu Verbrechen treiben, wir kennen die schauerhafte Rolle des Alkoholismus im Verbrechen drin, wir kennen die Wohnungsnot, das Kinderelend, wir sind Zeugen der aufreizenden sozialen Gegensätze, und erklären oft genug, wir sind nicht in der Lage, diese Quellen des Verbrechens zu stopfen. So tragen wir mit Schuld an den Verbrechen, die aus diesen Quellen herausfließen. Sollen wir den einen töten, auch weiterhin einzelne allein und voll die Verantwortung tragen zu lassen für dasjenige, was wir mitverschulden? Der Gesetzgeber hat nur dann das Recht, wenn er es überhaupt einmal hat, so etwas zu tun, wenn er sich sagen darf, ich habe alles getan, damit kein Mörder in der Schweiz mehr bestehen kann. Dieses Recht haben wir nicht und deshalb haben wir auch kein Recht, die Todesstrafe einzuführen.

Hoppeler: Ich weiß nicht, wo ich heute abend noch beginnen soll. Ich bin verschiedentlich angegriffen worden und habe als Vertreter der evangelischen Volkspartei hier meinen Standpunkt darzulegen. Das wird mehr als eine halbe Stunde erfordern.

Seiler, Berichterstatter: Es ist Ihnen eröffnet worden, daß morgen die Schlußabstimmung über die Frage der Todesstrafe sein soll. Ich nehme an, wir werden nicht über den Sonntag hinaus nach Hause gehen wollen, ohne diese Todesstrafe doch wenigstens erledigt zu haben. Nun glaube ich, sollten doch die Herren sich einiger Kürze befleißigen können, damit wir morgen die Abstimmung vornehmen können, sonst müßten jedenfalls die Referenten bitten, daß man uns die nächste Woche noch Zeit gibt; wenigstens dieses Thema zu erledigen. (Schlußrufe.)

Hoppeler: Die andern Herren haben lange geredet und die meisten haben eine leichtere Aufgabe zu bewältigen gehabt als ich. Sie müssen mir auch Gerechtigkeit widerfahren lassen. (Schlußrufe.)

Präsident: Es kommt darauf an, ob Sie an unserem Fahrplan festhalten wollen oder nicht. Wir können natürlich Herrn Dr. Hoppeler, nachdem Herr Huber ungefähr 40 Minuten lang gesprochen hat, nicht zumuten, daß er nun in 10 Minuten fertig sei. Wenn Sie ausharren und Herrn Hoppeler anhören wollen, so wird es möglich sein, im Sinne unseres vorgestrigen Beschlusses die Diskussion abzuschließen. Wenn Sie das nicht wollen, wird es morgen früh kaum möglich sein. (Schlußrufe.)

Abstimmung. — Vote.

Für Abbrechen

Mehrheit

Hier wird die Beratung abgebrochen.

(Ici le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 9. März 1928.
Séance du matin du 9 mars 1928.

Vorsitz — Présidence: Hr. Minger.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
 Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 105 hiervoor. — Voir page 105 ci-devant.)

Präsident: Es wäre notwendig und wünschenswert, daß wir noch heute über den Art. 33bis abstimmen könnten. Es sind aber noch sieben Redner eingeschrieben. Um wenn möglich zu einem Ende zu gelangen, beantrage ich Ihnen, das Geschäft «Petitionen» zurückzulegen. Zudem richte ich den Appell an die Herren Referenten, sich möglichst der Kürze zu befleißigen und jedenfalls die Redezeit von 30 Minuten nicht zu überschreiten. Ich glaube, die Meinungen dürften so ziemlich gemacht sein. Ich bitte den Rat, mich in dem Bestreben, noch heute die Abstimmung vorzunehmen, zu unterstützen.

Seiler, Berichterstatter: Ich möchte diese Anregung unterstützen und zugleich Schluß der Rednerliste beantragen. Der Herr Präsident hat die Herren Referenten ermahnt, sich der Kürze zu befleißigen. Er hat offenbar die Herren Votanten gemeint, und ich möchte das unterstützen. (Heiterkeit.) Ich selbst werde nicht mehr reden, wenn mich nicht Herr Dr. Hoppeler dazu zwingt.

Hoppeler: Herr Prof. Logoz hat gesagt, die Stellungnahme zur Todesstrafe sei eine Sache des Gefühls und des Temperaments. Wenn das stimmen würde, dann wäre ich selbstverständlich gegen die Todesstrafe. Aber schon der Umstand, daß hier die Gegner und die Befürworter sich nach Parteien scheiden, zeigt deutlich, daß es sich nicht nur um eine Sache des Temperaments und des Gefühls handelt; denn sonst müßten wir annehmen, daß in einer Partei ganz bestimmte Temperamente und Gefühle vertreten seien und in einer andern Partei die andern. Das trifft nun nicht zu, sondern es treffen hier tatsächlich verschiedene Welten aufeinander, verschiedene Auffassungen, verschiedene Ueberzeugungen. Auf der einen Seite die Ueberzeugung, der Glaube an ein ewiges Wesen, das wir Gott nennen, welches absolut gültige, ewige Sittengesetze uns geoffenbart hat durch das geschriebene Wort, an das wir uns zu halten haben; und die Ueberzeugung, daß dieser ewige Gott seine Strafgewalt delegiert an Menschen, nämlich an die Obrigkeit, so daß, wenn eine Obrigkeit richtet, sie nimmermehr richtet allein als solche, die gewählt ist vom Volk oder eingesetzt ist vom Herrscher, sondern als solche, die im Namen der höchsten Gerechtigkeit hier sitzt und richtet. Das ist der eine Glaube.

Auf der andern Seite der Glaube, daß es Sitten und Gesetze gibt, daß es eine Ethik gibt, welche Menschen machen, eine Ethik, welche wechseln kann, wie ich vor nicht langer Zeit Herrn alt Nationalrat Hitz in einer großen Volksversammlung habe sagen hören: «Die Ethik wechselt beständig, sie wechselt mit den sozialen Anschauungen, mit den sozialen Verhältnissen»; also eine Ethik, die die Menschen gemacht haben, indem sie zusammengewachsen sind und eine solche Ethik aufgestellt haben, und zwar, wie von Herrn Huber richtig gesagt worden ist, durch die Majorität allein; denn diese sagt, was recht und was unrecht ist; und das Strafgesetz ist die Waffe einer Gesellschaft, welche sich nun schützt vor den Rechtsbrechern, vor denen, die asozial handeln, indem sie sie bestraft.

Es ist selbstverständlich, daß das ganz verschiedene Stellungnahmen zum Strafgesetz bedingt. Wer nicht an ein absolutes göttliches Recht glaubt, des nimmt schon von vornherein den Verstoß gegen dieser wandelbare Recht weniger tragisch; es hat für ihn eine geringere Bedeutung, denn es werden ja nur Menschen beleidigt, es wird nur menschliches Werk verletzt und nicht göttliches, es wird die ewige Majestät dadurch angegriffen. Ferner: Wer nicht an geoffenbartes göttliches Recht glaubt, verliert unbedingt die festen Normen für das Gute und das Böse. Beweis: Die Situation, in der wir uns jetzt hier bei Beratung dieses Strafgesetzes befinden. Da sind wir im Zweifel: Was ist recht und was ist unrecht, was ist gut und was ist böse? Denken Sie an den Abtreibungsparagraphen; denken Sie daran, was Herr Huber gesagt hat, an jenes Beispiel, wo ein armer Mann Kohlen stiehlt, um seine frierenden Kinder zu Hause durch den Ofen erwärmen zu können. Herr Huber ist der Auffassung, diesen Mann sollte man nicht strafen. Ich begreife, daß, wenn nur der Mensch sagt, du sollst nicht stehlen, man dann davor zurückschreckt, einen solchen Menschen, wie Herr Huber ihn erwähnte, zu strafen; das würde ich auch nicht tun.

So gibt es eine allgemeine Unsicherheit auf dem Gebiete der Strafgerechtigkeit. Ich erinnere an den Freispruch von Frau Caillaux in Paris, an den Freispruch von Conradi in Lausanne. Das ist ein Zeichen dieser Unsicherheit darüber, was recht und unrecht ist. Dieser Mann hat getötet und hätte deshalb gestraft werden sollen. Ein weiteres Zeichen dafür ist die durch manche Zeitung ausgesprochene Billigung des Mordes am Grafen Stürgkh durch Fritz Adler, ein Zeichen der Unsicherheit in der Beurteilung von Taten und Missetaten.

Eine Regierung, die sich nicht als von Gott eingesetzt glaubt, wird selbstverständlich auch zaghafter im Strafen, und vor allem wird sie sich selbstverständlich nicht getrauen, andern den Kopf abzuschlagen. Ich finde, diejenigen unter Ihnen, die nun auf der andern Seite des gezeichneten Grabens stehen, würden sich doch schwer vergehen, wenn sie für die Todesstrafe einstünden. Sie könnten, entsprechend dem, was Herr Graber in sympathisch-aufrichtiger Weise und durchaus offen gesagt und als seinen Glauben bezeichnet hat, doch unmöglich hingehen und einem Mitmenschen den Kopf abschlagen. Nur möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Sie dann nicht sehr konsequent sind. Herr Farbstein hat gesagt, daß auch lebenslängliches Zuchthaus eine furchtbar schwere Strafe sei; er hat sogar gesagt, sie

sei so schwer wie die Todesstrafe. Aber diese Zuchthausstrafe lassen Sie zu. Graf Tolstoi ist weiter gegangen als Sie. Er hat gesagt: Wer gibt uns das Recht, Menschen ins Zuchthaus zu werfen, Brüder und Schwestern für viele Jahre hinter Mauern, hinter Gitter zu stecken?

Aber nicht nur der Anblick einer Hinrichtung ist erschütternd, sondern für mich gibt es nichts Erschütternderes, als wenn ich hie und da im zürcherischen Gefängnis stehen und zu den Gefangenen reden muß, wenn sie da sind in ihren Anstaltskleidern, mit ihren Nummern, diese armen eingesperrten Leute. Da finde ich, daß es etwas Furchtbares ist, und ich möchte nicht ein Richter sein, der nicht sich fühlt als Richter aus göttlicher Autorität, aber der an einem Vormittag hier ein halbes Jahr Zuchthaus, dort fünf Jahre und dort wieder zwei Jahre Zuchthaus diktiert, dann nach Hause geht und sein gutes Essen einnimmt und sich eine Zigarre ansteckt. Diese Verantwortlichkeit möchte ich nicht tragen.

Ferner leidet der Sühnegedanke sofort Abbruch in dem Moment, wo der göttliche Gesetzgeber verschwindet. Denn diese Sühne bezieht sich auf den Gedanken: Die göttliche Majestät ist verletzt worden, und sie legt dem Täter eine Sühne auf. Nicht der Richter wiederum tut es aus eigener Befugnis, sondern er legt im Namen des Höchsten die Sühne auf. In dem Moment, wo Sie diesen Standpunkt verlassen, ist die Sühne, die Vergeltung, die Rache, nur noch etwas Häßliches. Ich habe schon oft gesehen, daß vor diesem Gedanken die Menschen zurückschrecken. Ich kenne verschiedene Fälle bei Anklagedelikten im Kanton Zürich, wo, wenn es sich darum handelte, daß der Geschädigte sagte: «Ja, ich verklage dich, ich halte meine Klage aufrecht», und er dann wußte, daß der andere für ein halbes Jahr ins Zuchthaus kam, er zurückschreckte, weil er es nicht sein wollte, der die Verantwortung auf sich nahm, sondern seine Klage zurückzog.

Aber der Sühnegedanke leidet nun allerdings dadurch Abbruch, daß man die Schuld leugnet. Denn es ist klar, ohne Schuld keine Sühne, und die Schuld muß man leugnen, wenn man ganz oder zum großen Teil den freien Willen leugnet. Die Schuld wird heute vielfach geleugnet. Ein Moderner sagt: «Mit der näheren Kenntnis des Verbrechens und seiner Umstände verflüchtigt sich der Begriff der Schuld immer mehr.» Herr Präsident Seiler hat gesagt: «Aus dem tieferen Eindringen in die Ursachen des Verbrechens muß sich dem Psychologen mehr und mehr die Gewißheit aufdrängen, daß der Täter nie voll schuldig und voll verantwortlich ist.» (Zwischenruf des Herrn Seiler: Nicht voll verantwortlich.) Ja ja, voll verantwortlich, gewiß. Und Herr Huber, der nun viel weiter geht, sagt: «Der Gedanke der Sühne ist aus dem Strafgedanken zum großen Teil heute verschwunden; es ist nicht wahr, daß unser Volk an der Sühne festhält, es sieht im Verbrecher ein Opfer.»

Hier habe ich Ihnen ganz kurz die gewaltige Verschiedenheit der Auffassungen dargelegt. Lassen Sie mich noch auf eines hinweisen. Es ist ein Unterschied, ob ich an zwei Leben glaube, wovon das jetzige das geringwertigere ist, oder ob ich nur an ein Leben glaube. Es ist auch hier wiederum klar, daß der, der nur an ein Leben glaubt, sich zu der Frage, ob dieses Leben genommen werden darf oder nicht,

anders einstellt als der, der noch an ein zweite Leben glaubt. Das ist logisch.

Nun geht aus dem, was ich bisher festgestellt habe, für mich hervor, daß wir auf einem gefährlichen Boden stehen, auf einem ganz gefährlichen Boden, wenn wir nur noch aus eigener Machtbefugnis richten, wenn wir keine festen Normen mehr haben für gut und böse, wenn wir den Menschen größtenteils von der Schuld dispensieren. Sie wissen, daß kürzlich in Zürich Kessler, dieser ungetreue Kassier der Nationalbank, verurteilt worden ist. Er hat fünf Jahre Zuchthaus erhalten. Kessler ist nun bereits geheilt, ich stelle das fest. Er schreibt an seine Angehörigen, wie ich es von ihnen weiß, ganz zerknirschte Briefe; er ist vollständig geheilt. Diesen Mann könnten Sie von jetzt an 100 Jahre in eine Bank bringen, der würde nichts mehr veruntreuen (Heiterkeit), soweit wir Menschen das überhaupt beurteilen können. (Schirmer: Soweit Menschen das beurteilen können!) Jedenfalls ist er jetzt in einem Zustande, von dem wir sagen: «Sobald wir nach unserem Ermessen glauben, wir können es wagen, wollen wir ihn entlassen.» Und nun muß er noch fünf Jahre im Zuchthaus sitzen. Ich frage: Würden drei Monate nicht auch genügen, oder würde ein Jahr nicht auch genügen? Glauben Sie, wenn er jetzt noch ein Jahr bleiben würde, daß er dann nicht auf alle Fälle sein Strafmaß gehabt hätte? Ich frage Sie: Warum ist er jetzt noch zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden? Die wenigsten von Ihnen hätten zugestimmt zu einem halben oder zu einem ganzen Jahre, sondern Sie hätten ihn auch zu mehr verurteilt, weil Sie sich sagten: «Das muß geschehen um der Majestät der Rechtsordnung willen! Es muß geschehen um der Schwachen willen, die sich leicht auch einmal fremdes Eigentum aneignen würden, die vielleicht denken würden: Ich bekomme im besten Fall drei Monate oder ein Jahr». Wegen der Andern muß der Kessler lange im Zuchthaus bleiben! Damit kommen wir auf eine Funktion, auf eine Aufgabe des Strafrechtes, die hier im Rate, soviel ich gehört habe, gar nicht erwähnt worden ist, nämlich die, daß die Strafe auch die Aufgabe hat, im Menschen das Bewußtsein für Gut und Böse zu schärfen. Das ist doch auch so bei der Erziehung des Kindes. Dadurch, daß ich das Kind strafe, merkt es: Es gibt gut und böse. Dadurch, daß ich das Kind für Kleines wenig und für Großes sehr strafe, merkt es: Es gibt weniger Böses und sehr Böses; es gibt Unterschiede! — Ich kann Ihnen da etwas von meinem Buben erzählen. Meine Frau hat ihm einmal am Tisch gesagt: «Wenn du das noch einmal tust, so strafe ich dich, wie ich dich bis jetzt noch nie gestraft habe!» Darauf hat der Bub geantwortet: «Das darfst du nicht; denn du hast selbst gesagt, die höchste Strafe gebe es für das Lügen. Also mußt du die Strafe reservieren für jenen Höchstfall und sie kann hier nicht in Betracht kommen.» Ich habe mich darüber gefreut, daß mein Bube das so gut im Gedächtnis behalten hat: «Es gibt zahlreiche Strafen, aber die schlimmste Strafe bekomme ich für das Lügen.»

Wenn das Strafgesetzbuch die Todesstrafe aufnimmt, dann wird auch jeder Bürger merken: Es gibt zahlreiche Verbrechen und Strafen; aber das Schlimmste ist es doch, wenn ich einen Menschen töte! Um der Rechtsordnung willen, um der Unverrückbarkeit der Norm willen, um den Schwachen

über sich selber hinauszuhoben, damit er einen Halt außer sich hat, darum müssen wir die Verbrecher bestrafen und mehr bestrafen als wir selbst oft gern wünschten. Damit Sie sehen, daß wir auf dem besten Wege sind, nicht mehr zu wissen, was gut und böse ist, willich Ihnen hier aus einem modernen Erziehungsbuche — und es ist nicht das einzige dieser Art — etwas vorlesen:

« Was das ‚gut oder schlecht‘ betrifft, da muß ich bekennen, daß ich mir darunter nichts vorstellen kann. Ist irgendeine Handlung das eine oder das andere? Wer will das beweisen? Alles hängt davon ab, aus welcher Absicht jene Werturteile gefällt werden und da sind die bestimmenden Umstände nicht zu übersehen. In meinen jungen Jahren, es ist schon lange her, da war ich unerfahren genug, nach der Bedeutung von ‚gut und böse‘ zu suchen. Ich habe es längst aufgegeben. Nicht nur ist es unmöglich, hier Endgültiges festzulegen, sondern ich überzeugte mich auch, daß dies gar nicht möglich ist. Ich habe keinen Menschen getroffen, der in dieser Frage mehr wußte als ich, obschon ich manchen begegnete, der vorgab, etwas zu wissen. Warum sollte ich denn irgend jemand, ob klein oder groß, ‚gut‘ heißen? »

Wiederum Bestätigung dessen, was ich vorhin gesagt habe. Nehmen Sie die ewigen Gesetze, die geoffenbaren, weg, dann ist kein Boden mehr da. Dann willst du, Bruder, kommen und sagen zum andern: ‚Du hast böse gehandelt; du mußt bestraft werden.‘ Wenn ich aber eine andere Auffassung habe? Ich habe ein ebenso geschärftes Gewissen wie du; wie willst du mir dann eine Strafe zuweisen? Wie muß einer zerknirscht ins Gefängnis gehen; mit welchen fürchterlichen Gedanken muß einer seinen Kopf auf den Block legen, wenn er denken muß: ‚Wegen der kapitalistischen Rechtsordnung muß ich geköpft werden!‘ Ich begreife, daß das fürchterlich ist.

« Vernünftige Erziehung kennt keine Strafe. Diese ist lediglich ein Racheakt gegen jemand, der sich unsere Wut zugezogen durch eine Tat, die uns nicht behagt. Eine Strafe hilft nicht und bessert nicht.

Ich würde so weit gehen, das Kind zu lehren, seine Eltern bei deren Vornamen zu nennen, damit die Begriffe ‚Vater‘ und ‚Mutter‘, diese Zeichen oberster und schädlichster Autorität, verschwinden. » So liest man weiter in diesem Erziehungsbuche.

Das sage ich Ihnen alles, um zu zeigen, warum ich in Sorge bin um unsere Entwicklung, warum ich in Sorge bin für unser Volk.

Ich gebe zu und freue mich darüber, daß das neue Strafrecht viele Verbesserungen enthält, vor allem eine größere Mannigfaltigkeit der Strafe, namentlich aber eine bessere Fürsorge für die Jugendlichen. Ich freue mich darüber, daß die Jugendlichen nicht mehr mit den Erwachsenen zusammen sein sollen. Als ich das letzte Mal in Regensdorf war, sah ich in den hinteren Bänken auch in Sträflingskleidern, ich weiß nicht ob auch mit Nummern, ganz junge Sträflinge sitzen. Als ich dann nachher den Pfarrer der Strafanstalt fragte: Wie kommt es, daß auch junge Sträflinge hier sind?, antwortete er mir: Wir haben früher eine eigene Abteilung für Jugendliche gehabt, jetzt sind die Jugendlichen mit den andern zusammen!

Was nützt uns aber das neue Strafgesetz mit seinen Fortschritten, wenn auf der andern Seite das

Verantwortungsgefühl geschwächt und geschädigt wird und die Klarheit schwindet über das, was gut und was böse ist? Wenn Sie das Schuldgefühl im Menschen ertöten, dann schwächen Sie ihn im Kampfe gegen das Böse. Wenn der Schuldiggewordene weiß, daß im Willen die Hauptursache seines Vergehens gelegen hat, dann weiß er auch, wo er anzugreifen hat und dann weiß auch die Gesellschaft, wo sie anzugreifen hat, um Besserung herbeizuführen. Wenn wir aber bloß versuchen, die äußeren Umstände zu ändern — das muß ja auch sein, — dann greifen wir nicht im Zentrum an. Dann verzetteln wir unsere Mühen und Anstrengungen. Einer der Herren Berichterstatter hat gesagt: « Wir müssen unsere Kräfte gegen das Verbrechen zentralisieren. » Hier findet auch eine Zentralisation statt, wenn Sie sagen: Hier ist das Zentrum, hier, in deinem Willen muß angegriffen werden, und auch die Gesellschaft soll wissen, daß von innen heraus geholfen werden muß.

Denken Sie an die Bazillen, die uns überall umgeben. Sie können sie doch auch nicht alle bekämpfen. Sie können bloß den Menschen stärken, daß er den Bazillen von innen heraus gewachsen ist. Oder nehmen Sie einen Paranoiker mit einer Wahnidee. Er hat z. B. die Idee, daß ihn das Zimmermädchen vergiften will. Sie mögen dem Zimmermädchen kündigen oder, wenn sich der Verdacht des Wahnsinnigen gegen die Leute im oberen Stockwerke richtet, können Sie zügel. Auf einmal entdecken Sie, daß doch alles beim alten geblieben ist. Der Kranke überträgt seine Wahnideen nur auf eine andere Person. Im Innern seiner Psyche, da muß man eingreifen; man muß ihn heilen und nicht die Umgebung ändern. Wenn man aber äußere Anreize zum Hauptfaktor der Ursache des Verbrechens macht, so nützt es nichts mehr, einzelne Ursachen beiseite zu schaffen, weil dann der Mensch in eine solche moralische Schwäche kommt, daß er keinem Anreiz und keiner Versuchung mehr widerstehen kann. (Zwischenruf: Wo wollen Sie denn eingreifen, wenn Sie ihm den Kopf abgeschlagen haben?) Wir brauchen eine Sühneordnung, die ihrer nicht spotten läßt. Sie ist ein mächtiger Halt für Schwache. Alle unantastbaren objektiven Rechtsordnungen haben eine außerordentlich erzieherische Kraft. In diesem Sinne wirkt die Todesstrafe des Gesetzbuches eines Landes als Symbol der Majestät unveränderlicher Sittengesetze, auch da, wo sie ganz selten angewendet wird. Sie meinen vielleicht, es sei kein Unterschied, ob Sie die Strafe im Gesetzbuch haben und sie vielleicht nur alle zehn Jahre einmal anwenden und in den andern Fällen begnadigen oder ob Sie die Todesstrafe grundsätzlich nicht ins Gesetz aufnehmen. Und doch besteht hier ein großer Unterschied. Es ist doch auch bei der Kindererziehung ein sehr großer Unterschied, ob man die körperliche Züchtigung als höchste Strafe nur ganz selten anwendet oder ob man auf sie grundsätzlich verzichtet. Das Kind muß wissen, daß ihm zwar gewöhnlich nur der Drohfinger winkt, daß aber im äußersten Falle auch die körperliche Züchtigung eintreten kann. Ich bin dafür, daß möglichst viel und wo immer möglich begnadigt werde, und freue mich, daß in der letzten Zeit in fast allen Fällen begnadigt werden konnte. Aber ich sträube mich, daß man wie Herr Huber prinzipiell ganz offen erklärt: « Materiell ist das nicht von so außerordentlichem Einfluß; aber ich wende mich dagegen, daß das Gesetzbuch irgend-

einem Menschen das Recht einräumt, einem andern Menschen den Kopf abzuhaue!» Ja, wenn der Streit über diese Sache auf diese prinzipielle Basis gestellt wird, daß man sagt: «Es soll nicht im Strafgesetz stehen, daß jemand das Recht hat, einen andern zu töten!», dann verstehen Sie, wenn ich sage: Doch, das muß im Gesetz stehen, mindestens derjenigen Kantone, die das wünschen, weil ihre Rechtsauffassung derart ist. Der Staat hat das Recht, einem Uebeltäter selbst das Leben zu nehmen.

Das scheint Ihnen unbarmherzig. Sie kommen sich sehr barmherzig vor und denken: Wie kann ein Mann, der das Christentum verteidigt und der Arzt ist, dessen Beruf es also ist, zu helfen und zu heilen, hier eine solche Stellung einnehmen? Ja, wenn Sie in der Erziehung zu lax sind, dann kann diese Laxheit dem Kinde viel mehr Schmerzen verursachen. Wenn man in der Erziehung eines Volkes zu lax ist, muß das Volk darunter büßen. Es ist barmherziger, wenn ich die Rechtsordnung anerkenne und hinstelle und schaffe als unerbittlich, als heilig und als ernst, und wenn dadurch manchem Schwachen geholfen wird und er eine Stütze erhält, als wenn ich sage: Ich verstehe alles; ich verzeihe alles; selbstverständlich ist das nicht so ernst gemeint! — Dann können die Menschen den Versuchungen weniger widerstehen. Dann gibt es vielleicht auf einen, dessen Hinrichtung Sie verhindert haben, vielleicht zehn, die mehrere Jahre ins Zuchthaus müssen. Man kann ja hier nicht mathematisch rechnen; aber es ist eine große Frage, ob Ihre Auffassung barmherziger sei. Gestatten Sie, daß ich Ihnen ein Beispiel anführe, das mich bewegt hat wie selten ein Fall. Es kommt in mein Sprechzimmer ein Mädchen, das die Abtreibung verlangt. Vielleicht ein im übrigen durchaus wackeres Mädchen, dem ich furchtbar gern helfen würde. Es befindet sich vielleicht im vierten Monat. Es wäre schon eine künstliche Frühgeburt, wenn ich eingreifen würde. Dort ist der Schrank, in dem ich meine Instrumente habe. Ich habe Zimmer genug, um das Mädchen unterzubringen. Ich könnte es tun, ohne daß die Polizei etwas davon erführe. Stellen Sie sich die Situation vor: ich könnte diesem Mädchen helfen, es hat zwei alte kranke Eltern zu Hause. Die werden tief betrübt sein über das Unglück ihrer Tochter. Vielleicht wird es der Tod eines der Eltern sein. Ich könnte helfen, und ich darf nicht, weil dieses eine Mädchen leiden und das Opfer bringen muß zugunsten der vielen andern. Denn wenn ich hier das tue, muß ich es bei einer andern auch tun. Dann ist das Prinzip verletzt, und die anderen, die in die gleiche Lage kommen, könnten von mir das gleiche verlangen. Letzten Endes würde das Elend viel größer werden, als wenn ich dieses Mädchen mit wehem Herzen aus meinem Zimmer weisen muß. Wenn man solche Situationen durchgemacht hat, hat man wohl auch das Recht zu erklären, es kann sein, daß ein Staat mit wehem Herzen einmal eingreifen muß, um zu zeigen, daß die Sittenordnung nicht mit sich spassen läßt, und es ist etwas Furchtbares, ein Menschenleben umzubringen.

Herr Dr. Seiler hat gesagt, im Militärstrafgesetzbuch habe man zwar die Todesstrafe; da sei aber das große Ziel vorhanden. Da müsse man eben Opfer bringen, damit das große gemeinsame Ziel erreicht werde. Ganz genau das gleiche läßt sich auch sagen auf dem Gebiete des zivilen Strafgesetzbuches. Auch da muß der Bestrafte das Opfer für die Gesamt-

heit sein, um das eine große Ziel zu erreichen, das Volk zu heben und dem Schwachen zu helfen.

Nun wenden Sie ein: Aber dieses Opfer hat keinen Sinn; denn die Todesstrafe wirkt nicht abschreckend! — Das werden Sie im Ernste nicht behaupten wollen, daß es für die Begriffe von Recht und Unrecht im Volke das gleiche ist, ob man weiß, die Todesstrafe besteht oder sie besteht nicht. Das ist nicht gleichgültig. Ich bin hier einmal von Herrn Bundesrat Häberlin bekämpft worden, als ich ein Begnadigungsgesuch für einen Mann eingereicht hatte, der sich zur Kriegszeit, als der Sprit und alle möglichen andern Dinge kontingentiert waren, hat bestechen lassen. Der Mann war ein Trinker, er kam zunächst in die Anstalt Nüchtern und es hat sich dann die Frage gestellt, soll er nachher noch bestraft werden. Herr Bundesrat Häberlin ist meinem Begnadigungsgesuch mit der Begründung entgegengetreten: Ich kann es nicht dulden, daß ein Bundesbeamter, der sich hat bestechen lassen, unbestraft bleibe. Es könnten daraus schlimme Folgen entstehen. Und mit erhobener Stimme hat er uns zugerufen: Unser Volk muß wissen, daß wir absolute Integrität von unsern Beamten verlangen. Ich habe Herrn Bundesrat Häberlin recht gut verstanden und es ist mir nicht leicht gefallen, das Begnadigungsgesuch einzureichen, weil ich mir das alles auch sagte, aber auf der andern Seite hatte ich Erbarmen mit dem Mann. Herr Bundesrat Häberlin hat durch seine Antwort bestätigt, daß er der Auffassung ist, das Pflichtgefühl und die Auffassung der Menschen werden beeinflußt durch das Bewußtsein des Bestehens einer Strafe oder der Nichtstrafe. Wollen Sie nun sagen, das sei nur der Fall bei Bestechungen oder z. B. für Automobilunfälle; denn kürzlich hat das Obergericht des Kantons Zürich kundgetan, von jetzt an treten strengere Strafen ein für fehlbare Automobilisten, wir müssen dafür sorgen, daß weniger Unfälle vorkommen. Gegen Bestechung, gegen leichtfertiges Autofahren soll eine schärfere Rechtsordnung helfen, nur mit bezug auf die Heiligkeit des Lebens hat das gar keinen Einfluß? Da werden die psychologischen Gesetze ausgeschaltet. Wollen Sie dies wirklich im Ernste behaupten?

Ich frage Sie, ob nicht vielleicht schon das Fehlen der Todesstrafe Wirkungen gehabt hat. Ich erinnere an den Antrag der Tötung unwerten Lebens, der von einem Arzt, Herrn Dr. Hauswirth gestellt wurde. Vor 20 Jahren wäre das unmöglich gewesen, das hätte sich damals keiner getrauen dürfen. Heute kann man sich in einem kantonalen oder städtischen Parlament erlauben, einen solchen Antrag zu stellen. (Glocke des Präsidenten.) Ich bin bald fertig. Die andern Herren haben auch so lange reden dürfen. (Schlußrufe.)

Präsident: Nach dem Reglement hat der Rat zu bestimmen, ob er dem Redner die Redezeit verlängern will. Nachdem ich die vielen Schlußrufe gehört habe, lasse ich darüber abstimmen.

Abstimmung. — Vote.

Für die Verlängerung der Redezeit	Mehrheit
Dagegen	Minderheit

Hoppeler: Ich komme jetzt zur Hauptsache. Man hat mir eingewendet, wir seien Christen, wir seien nicht mehr im alten, sondern im neuen Testament. Darauf antworte ich: 1. für meine Ueberzeugung und für die Ueberzeugung sozusagen aller orthodoxen Christen ist das alte Testament nicht aufgehoben. Ich fühle mich gebunden an den Dekalog, ich fühle mich gebunden z. B. an das Gebot der Sonntagsheiligung. Ich arbeite nie an einem Sonntag außer in meinem Berufe. Ich hätte mit schriftstellerischen Arbeiten an Sonntagen manchen schönen Batzen verdienen können, aber ich habe es nicht getan, weil ich mich gebunden fühle durch das alte Testament. Christus sagt: Ich bin nicht gekommen, das Gesetz aufzulösen, sondern das Gesetz zu erfüllen. 2. Im Christentum liegt nicht nur die verzeihende Liebe, sondern auch die Idee und die Ankündigung des Jüngsten Gerichtes. Jesus hat im Gleichnis von der königlichen Hochzeit gesagt: Bindet ihm Hände und Füße und werft ihn hinaus in die äußerste Finsternis, da wird sein Heulen und Zähneklappern. In Matthäus 25 hat er weiter gesagt: Gehet von mir, ihr Verfluchten, in das ewige Feuer, das bereitet ist dem Teufel und seinen Engeln; und sie werden in die ewige Pein gehen. Das ist heiliger Ernst, und das sind Jesus-Worte. In der Apostelgeschichte, Kap. 5 — ich will die Stelle nicht mehr vorlesen — heißt es von Ananias und Sapphira, die unaufrichtig gewesen waren, daß Ananias, als ihn Petrus fragte: Ihr habt euren Acker verkauft, ist das der Erlös? sagte: Ja, das ist er, und auf diese Lüge hin tot zusammenbrach. Und als nach einer Weile sein Weib hereinkam, nicht wissend, was geschehen war, sprach Petrus zu ihr: Sage mir, habt ihr das Gut so teuer verkauft. Sie sprach: Ja, so teuer. Dann antwortete er ihr: Siehe, die Füße derer, die deinen Mann begraben, sind vor der Thüre und werden dich auch hinaustragen. Und sie fiel alsbald zu seinen Füßen nieder und verschied. Das steht im Neuen Testament.

Es gibt nicht nur einen Gott und Christus der Liebe, sondern auch des heiligen, furchtbaren Ernstes. Das wird bei Beratung dieses Gesetzes vollständig auf die Seite gestellt.

Nach dem Neuen Testament hat die Obrigkeit das Recht, Gewalt zu üben und sogar das Recht, das Schwert zu tragen. Ich lese im 13. Kapitel des Römerbriefes: « Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat, denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott ». Das steht im ersten Vers und im vierten Vers: « Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zum Guten. Tust du aber das Böse, so fürchte dich, denn nicht umsonst trägt sie das Schwert, denn sie ist Gottes Dienerin, eine Rächerin zur Strafe für den, der das Böse tut ». Ich frage Sie: Bin ich nicht gerechtfertigt durch den Apostelbrief, der hier erklärt, die Obrigkeit trägt nicht das Schwert umsonst, sie ist eine Rächerin über den, der Böses tut? Gleich nachher stehen dann hohe Worte der Liebe, Vers 8: Seid niemandem etwas schuldig, außer daß ihr einander liebet, denn wer den andern liebet, der hat das Gesetz erfüllt. Im gleichen Atemzug redet Paulus von der Liebe und von der Strenge, von der Gewalt, die der Obrigkeit anvertraut ist. Wenn ich mich auf den Boden des Gotteswortes stelle und das als Offenbarung halte, bin ich daran gebunden und muß deshalb dafür kämpfen, daß die Obrigkeit Gewalt übe, wenn es notwendig ist.

Sie werden vielleicht sagen, das sei die Auslegung des Paulus, wenn man sagt, das sei auch die Auffassung der Reformatoren gewesen. Ich muß es Ihnen überlassen, zu beurteilen, ob Herr Farbstein kompetenter ist, über das, was die Intentionen Jesu Christi waren, zu urteilen, als ein Paulus oder die Reformatoren.

Herr von Arx hat die Hinrichtung zitiert aus einer Zuchthausballade, er hat Ergreifendes vorgelesen, aber auch ich habe Ergreifendes gesehen, nämlich einen Gefangenen, der sich in der Zelle erhängt hatte. Das war etwas unsäglich Schauriges. Das kommt im Zuchthause vor. In der Schweiz sind in den letzten Jahren viel mehr Selbstmorde in der Zelle vorgekommen als Enthauptungen. Die haben Sie auch auf dem Gewissen, wenn Sie die Leute ins Zuchthaus stecken. Sie müssen mich richtig verstehen. Sie bringen die Leute ins Zuchthaus und Sie können sich dann nicht vollständig frei fühlen, von Verantwortung, wenn Selbstmorde vorkommen. Sie werden entgegen: Das tut uns furchtbar leid, aber die Gerechtigkeit muß eben ihren Lauf nehmen. Das Zuchthaus ist auch furchtbar. Ich könnte auch eine Zuchthausballade schreiben. Der Doppelmörder Kaufmann leidet an schwerer Tuberkulose, eine Giftmischerin aus dem Giftmord Karli verfällt der Verblödung. Das sind auch schreckliche Dinge. Man tut hier immer so, als ob nur die Hinrichtung etwas Entsetzliches wäre und als ob das Zuchthaus dagegen human sei.

Herr Graber kann die Guillotine nicht sehen, sie falle ihm auf die Nerven; ein solcher Anblick sei gegen die Sensibilität des Menschen. Und Herr Walser erzählt uns, daß das Volk einen großen Umweg um die frühere Richtstätte mache. Herr von Arx hat, wie erwähnt, die Hinrichtung in entsetzlichen Farben uns geschildert. Gewiß, eine Hinrichtung ist etwas furchtbares, aber wir leben in einer Welt, wo die Schuld und die Sühne und der Fluch und der Tod noch da sind. Davor können wir unsere Augen nicht verschließen. Bessern wir dadurch, daß wir die Augen verschließen? Herr von Arx schloß seine Rede mit dem Wort: Nicht mit Kopfabhauen und Töten wird die sittliche Weltordnung aufrechterhalten, sondern mit Werken der Liebe und Barmherzigkeit. Das kann man sagen, dazu kann man Beifall klatschen. Das tönt sehr schön, aber mein lieber Herr von Arx, damit sagen Sie nicht die volle Wahrheit. Sie vergessen, daß auch in der Zeit des Christentums noch die Strenge und der Ernst, auch noch die Gewalt, da sein müssen. Wir kommen nicht ohne Gewalt aus. Das wird auch Herr von Arx nicht ableugnen können. Ich sehe voraus ein furchtbares Erwachen aus diesen Träumen, wo man nicht nur einige wenige enthauptet, sondern wo es furchtbar zugehen wird. Mir scheint es merkwürdig, daß gerade die Partei, die am allereifrigsten gegen die Enthauptung eintritt, ein Programm besitzt, das nur durchgeführt werden kann durch Blutvergießen: Diktatur des Proletariates! Meine Freunde von der sozialdemokratischen Fraktion, wie soll man das verstehen, wie kann man begreifen, daß Sie gegen die Enthauptung so auftreten, wo Sie in ihrem Programm die Diktatur des Proletariates stehen haben? Am Tage, wo diese Diktatur kommt — es ist wohl möglich, daß sie kommt — wird viel Blut fließen und Sie werden

erklären, das müsse sein. Ich glaube, wer sich auf diesen Boden stellt, hat kein Recht, in der Frage der Todesstrafe so zu reden, wie Sie es tun.

Ich habe gesagt, daß das Fehlen der Todesstrafe vielleicht schon jetzt demoralisierend gewirkt hat und habe als Beispiel dafür den Antrag auf Tötung lebensunwerten Lebens gebracht. Ich will als weiteres Beispiel das Einstehen für die Freigabe der Abtreibung bringen. Herr Kollega Farbstein steht dafür ein. Das macht Ihnen nichts aus. Zu mir ist einmal eine Mutter gekommen und hat mich gefragt, was sie tun solle, es sei ihr angeraten worden, sich die Schwangerschaft unterbrechen zu lassen. Ich habe ihr geantwortet: Das dürfen Sie nicht, tun Sie das niemals. Sie hat mir manches Jahr später das betreffende Kind vorgestellt und es machte mir der Gedanke tiefen Eindruck, als ich das prächtige Mädchen sah, daß dieses Menschenkind in Gefahr gewesen war, mit kaltem Eisen herausoperiert und herausgekratzt zu werden.

Herr Huber hat bemerkt, die Schweiz leiste sich den Luxus, soundso viel tausend Menschen im Jahr aus der menschlichen Gesellschaft auszustoßen und in Zellen einzusperren. Dabei ist er Mitglied derjenigen Partei, die dafür eintritt, daß die Abtreibung freigegeben werden soll. (Zuruf: Nicht die Sozialdemokratie als solche!) Die Sozialdemokraten stehen in großer Zahl dafür ein, jedenfalls ist Herr Farbstein dabei.

Noch eine Frage: Ist es Ihnen nicht aufgefallen, wie in der letzten Zeit Selbstmorde und Familienmorde überhand genommen haben? Heute tötet einer nicht mehr allein sich selbst, er nimmt gleich die ganze Familie, Frau und Kinder, mit sich. Das war früher nicht in dem Maße so. Als kürzlich eine Arztfrau in Zürich ihren 12jährigen Sohn ermordete und sich selber das Leben nahm, dann hätten Sie in Zürich die Urteile hören sollen. Sie hätten hören sollen, was für ein großes Verständnis man dafür hatte, die Frau müsse furchtbar an ihrem Kinde gehangen haben, daß sie das hätte tun können. Hier sind die Auffassungen nach und nach in dem Sinn verrückt worden, daß man gar nichts mehr weiß von der Heiligkeit des Lebens.

Herr Bundesrat Häberlin hat die Hinrichtung als etwas Verrohenes hingestellt. Wenn ich für die Hinrichtung eintrete, so denke ich da an einen Vorgang, der in aller Abgeschlossenheit vor sich geht, bei dem außer den Amtspersonen und der Geistlichkeit niemand dabei ist; vor allem müßte die Berichterstattung in der Presse verboten sein. Was im Falle Bernet in dieser Richtung geleistet worden ist, war ein Skandal. Auch die ärztliche Wissenschaft hat dabei nichts zu tun. Wenn da ein Arzt — wie es geschehen ist — sofort nach der Enthauptung den Kopf aufhebt und nachsieht, ob er noch die Augen verdreht in den nächsten Sekunden, dann ist das allerdings eine Roheit allerersten Ranges. Das sind Dinge, die allerdings dazu veranlassen könnten, gegen solche Enthauptungen Stellung zu nehmen. Es darf keine Rede davon sein, daß die ärztliche Wissenschaft vorher den Puls, oder den Blutdruck des Delinquenten mißt und nach der Enthauptung allerlei anatomische oder physiologische Feststellungen zu machen sucht. Eine Enthauptung ist, ich möchte sagen, eine heilige, ernste, sozusagen religiöse Handlung, der man mit Ehrfurcht und Schauern beiwohnt.

Mit der Enthauptung ist dem Menschen das größte Gut nicht genommen; das ewige Leben. Er hat immer noch Gelegenheit, Buße zu tun. Ist nicht auch infolge schwerer Krankheit vielen Menschen das Urteil gesprochen? Ich habe Patienten, denen ich sagen muß, sie hätten nur noch ein halbes Jahr oder ein paar Monate zu leben. Auch sie, die nur noch eine kurze Frist haben, müssen sich vorbereiten. Für den Christen ist nicht dieses Leben die Hauptsache, sondern das ewige Leben. Ich komme zum Schluß und sage, das Unglück für unser Volk und für unsere Zeit ist das, daß wir nicht mehr wissen, was gut und böse ist, daß wir keine ewigen Rechtsnormen mehr besitzen. Es ist auch ein Unglück, daß die Heiligkeit des Lebens nicht mehr verstanden wird. Damit das der Fall sei, ist es nötig, daß in unserer Rechtsordnung auch die Todesstrafe verankert sei, zum mindesten in denjenigen Kantonen, die es wünschen, d. h. deren Lebens- und Weltanschauung auf dem alten christlichen Boden steht. Dadurch kommt in das staatliche Leben hinein ein heiliger und großer Ernst. Dieser Ernst fehlt heute. Man merkt es daran, daß immer mehr Kinos entstehen dürfen, man merkt es ferner daran, daß die «Neue Zürcher Zeitung» das Fastnachtstreiben mit einem Artikel über «Fastnachtsphilosophie» empfohlen hat, in welchem stand, das Schöne und Reizvolle der Fastnacht sei das «Tanzen am Abgrund» und das «Spielen mit dem Feuer». Man wehrt sich gegen die Strafe des leiblichen Todes, setzt aber leichtfertig Tausende der Gefahr des ewigen Todes aus. Das beweist, daß man den Ernst des Lebens nicht mehr versteht. Nun wollen wir eine Rechtsordnung haben, aus welcher auch unsere Behörden und unsere Presse ihre Verantwortlichkeit erkennen, im Bewußtsein: es besteht die Möglichkeit, daß ein Mensch sittlich so weit kommt, daß er sogar das Leben verlieren muß als Strafe. Es muß wieder ein heiliger Ernst in unsere Zeit hineinkommen. Weil dieser heilige Ernst fehlt, möchte ich beantragen, daß der Antrag Grünenfelder angenommen werde. Ich kann mich nicht dafür hergeben, daß nun derjenige Geist, der hier vielfach zum Ausdruck gekommen ist, welcher sagt: Es gibt keine höhere Gerechtigkeit, keine Schuld und keine Sühne, niemand, auch die Regierung nicht, hat ein Recht, Gewalt anzuwenden, oder gar das Leben zu nehmen; Ich möchte nicht und kann nicht Hand bieten dazu, daß aus diesem Geist heraus denjenigen Kantonen, die noch auf anderem Boden stehen, ein Zwang auferlegt werde. Darum bitte ich Sie, für die Annahme des Antrages Grünenfelder zu stimmen. (Bravo.)

Schirmer: Ich war gespannt darauf, wie Herr Dr. Hoppeler von seinem Standpunkt aus die Todesstrafe verteidigen werde. Ich muß gestehen, daß ich es eigentlich kaum für wert finde, seine Rede aus Dichtung und Wahrheit zu untersuchen. Ich beschränke mich auch darauf, nur einige der allerkrassesten Widersprüche aus seinem Votum herauszugreifen. Vielleicht kann auch Herr Dr. Hoppeler noch etwas von mir lernen; er sagt, er leite die Strafe ab aus dem ewigen göttlichen Recht. Wenn Sie das tun, warum wollen Sie gegen dieses göttliche Recht eine Begnadigung walten lassen und warum soll dieses göttliche Recht im einen Kanton so und im andern Kanton anders aussehen? Wenn es ein ewig

göttliches Recht gibt, gilt es für alle, gilt es für alle Kantone der Schweiz und zum mindesten auch einmal für die gesamte Christenheit. Wenn Sie davon sprechen, Sie seien freudig bewegt darüber, die Begnadigung durchzuführen, begehen Sie doch auch einen Einbruch in das göttliche Gesetz, das keine Beschränkung duldet; denn Sie haben nicht das Recht, eine Begnadigung auszusprechen durch Menschen. Wenn Sie alles das, was im Laufe der Jahrhunderte in der Geschichte von Obrigkeiten gesündigt worden ist, verteidigen wollen mit dem göttlichen Recht, so überlasse ich es Ihnen, für diese Dinge einmal vor dem ewigen Richter die Verantwortung zu tragen.

Und noch ein letztes Wort. Ich kenne doch auch manche Richter auf der Welt; sie sind vom Volke gewählt, sie werden in guten Treuen ihre Pflicht tun, aber von einer Gottähnlichkeit dieser Richter ist mir tatsächlich wenig bekannt. Ich will für mich die Verantwortung nicht tragen für Menschenwerk, das Menschenwerk bleiben wird, solange es Menschen gibt.

M. Lachenal : Je m'excuse vraiment de vouloir apporter après tant d'orateurs quelques idées dans un débat qui devrait être épuisé depuis longtemps. Mais si je tiens à être extrêmement bref et si vous pouvez être sûrs que je ne dépasserai pas même un tiers de la durée réglementaire, je ne puis cependant résister au devoir de vous dire ma surprise qu'à notre époque, en 1928, dans notre Parlement cultivé, civilisé et paisible, cette discussion ait pu soulever des avis aussi opposés et aussi inattendus.

Je suis peut-être quelque peu naïf, mais au début de cette discussion, je pensais que l'abolition de la peine de mort était une conquête des temps modernes, tout aussi indiscutable et naturelle que l'égalité des citoyens devant la loi ou le suffrage universel. Et j'ai peu à peu éprouvé le même étonnement que si on avait réclamé, par exemple, le rétablissement de la torture. Je n'exagère pas: J'assimile exactement le rétablissement de la torture au rétablissement de la peine de mort.

A l'Université, à la faculté de droit, lorsqu'on abordait le chapitre de la peine de mort, nous écoutions les arguments variés, les célèbres controverses d'un Joseph de Maistre, avec la même attention, uniquement académique, que celle que nous accordions, en philosophie et dans le domaine purement philosophique, aux diverses preuves scolastiques, de l'existence de Dieu, par exemple. Mais aujourd'hui je me sens véritablement troublé par une réalité qui me frappe. Je constate qu'il se peut, qu'il se pourrait que l'on envisageât vraiment et en fait le rétablissement de la peine de mort et qu'une forte minorité, dont les arguments passionnés sont puisés dans une conviction profonde, en demande aujourd'hui ce rétablissement qui nous hérissent. Alors je veux, moi aussi, vous donner mon sentiment. On l'a dit et répété, la question n'a rien de juridique: c'est une question de sensibilité et, comme l'a même dit avec une fine ironie notre collègue Logoz, une question de goût. Drôle de goût, entre parenthèse!

Si la question n'a rien de juridique, si elle peut, par certains côtés intimes, revêtir peut être un aspect religieux ou dogmatique, je tiens à dire à notre honorable collègue M. Grand que son discours a créé un véritable malaise et qu'il a apporté un trouble profond dans l'esprit et la conscience de ceux qui l'ont

entendu. Je lui dis cela en toute tranquillité et je veux encore croire que son accent a été bien involontaire (**M. Grand :** Mais non!) Quand on se place sur le terrain de la foi, je respecte toutes les convictions religieuses et il ne me viendrait pas à l'idée, surtout dans une assemblée publique, de faire de la controverse religieuse; mais que M. Grand me permette de dire que son ironie, souriante n'a pas pu ne pas blesser ceux qui l'entendaient et que son allusion à la guerre «d'essence divine» fut choquante. Le respect que nous devons tous à la religion doit ici céder le pas au respect dû à l'humanité, et on n'a pas le droit dans un Parlement suisse, de qualifier en ces termes ce qui pour nous tous est la plus abominable des manifestations et des aberrations humaines.

Tout à l'heure, M. Hoppeler, dans un long discours où nous avons dû attendre une bonne demi-heure avant de savoir s'il était pour ou contre la peine de mort, lui aussi a déclaré que la peine de mort était un rite religieux! En Polynésie peut-être, mais pas dans un monde civilisé! (Très bien!)

Enfin, M. Grünfelder, a qui je rends hommage, a fait tout à l'heure un discours infiniment plus compréhensif et plus compréhensible dans lequel il a invoqué le fait que les pays qui nous entourent ont gardé la peine de mort. Sans doute, et nous en connaissons d'autres: les Etats-Unis d'Amérique, par exemple: vous en avez vu le résultat mondial il n'y a pas bien longtemps. Est-il bien sûr que ces pays en soient plus fiers pour tout cela? Je ne le crois pas. De même, on aurait pu, avant 1914, venir demander en Suisse l'établissement de la monarchie, puisque la plupart des pays d'Europe trouvaient quelque bonheur à être gouvernés par un roi!

Tout a été dit et répété: la puissance de ce châtiement, sa force exemplaire, son caractère suprême, on a même invoqué la loi du talion! Tous ces arguments, non seulement ne me convainquent pas, mais je ne comprends pas qu'on puisse s'y arrêter une seconde, car, il n'y en a pas un seul qu'on ne puisse réfuter immédiatement par les faits. Mais ce qu'on n'a pas dit, et il y a là une considération locale et immédiate, c'est le caractère profondément, passez-moi l'expression, macabre, grotesque et ridicule de son application en Suisse; c'est la désuétude, l'extinction de l'état abhorré de bourreau qui a disparu de notre faune, de même que l'hygiène et la civilisation ont tout naturellement chassé les lépreux et les pestiférés du moyen-âge; c'est, vous vous le rappelez, l'abominable scandale d'il y a deux ans, cette chasse éhontée à un malheureux bourreau novice, mais de bonne volonté, cette recherche clandestine d'une guillotine qui ne soit pas vermoulue, où l'on a vu les autorités cantonales fouiller, la tête basse, les caves, les greniers et les oubliettes des bric-à-brac du pays tout entier, jusqu'à ce qu'elles aient pu se procurer l'objet de leurs rêves: un instrument de torture et je ne sais quel misérable qui a bien voulu fonctionner comme exécuteur des hautes oeuvres!

Si les cantons qui nous disent tenir à la peine de mort pourvoient d'une façon si indigne à son application, c'est que d'avance ils ont renoncé à l'appliquer; c'est que ce droit à la mort est couvert par une prescription pratique; et c'est qu'aujourd'hui, Messieurs, on n'a pas le droit, on a perdu le droit de venir nous en demander un rétablissement aussi macabre.

Un mot encore, Messieurs. L'erreur judiciaire, voilà le principal argument; l'erreur du juge, quelque respectable qu'il soit, voilà bien la manifestation humaine, que la divinité est impuissante à prévenir. N'importe qui peut se tromper, mais une fois que la condamnation à mort a été exécutée, il n'y a plus d'erreur réparable. Et, pour ma part, quand même il n'y aurait qu'une seule erreur judiciaire sur 100,000 cas, un seul condamné exécuté à tort, cette unique manifestation de l'impuissance humaine suffirait à faire repousser de toutes mes forces et de tout mon coeur la notion même de la peine de mort.

Enfin, je voudrais terminer par des considérations qui sont un peu étrangères à la peine de mort. Moi aussi, comme mes honorables collègues, MM. Valotton-Warnery et Rusca, je n'appartiens pas aux partisans enthousiastes de ce nouveau projet du code pénal. Cependant, je ne me suis pas reconnu le droit, ni de voter contre l'entrée en matière, ni de parler contre l'entrée en matière; je n'estimais pas, comme législateur, qu'il soit possible de repousser en bloc et d'emblée une œuvre à laquelle s'étaient attelés tant de savants esprits et qui témoignait d'un effort dont nous devons être reconnaissants. J'ai pensé qu'il fallait refléchir, amender et peut-être voir s'il n'y avait pas moyen d'accepter partiellement ou tout au moins de s'entendre. Mais je dois dire à nos collègues de l'opposition, desquels, je le répète, je ne suis pas très loin, que certains d'entre eux ont bien grand tort de prétendre cristalliser cette opposition autour de la peine de mort, et d'entendre en faire le point central de leur résistance. Qu'ils me permettent de leur répéter qu'il n'y a pas dans tout l'arsenal de cette loi de plus mauvaise plateforme d'opposition que la peine de mort. En tout cas — et je crois que je peux parler au nom des Genevois unanimes —, nous sommes résolus à ne pas admettre la peine de mort. En ce qui me concerne, il ne faudrait certes pas beaucoup de discussions de ce genre pour me faire passer, des rangs d'une demi-opposition dans les rangs d'une demi-acceptation. Je préférerais — et nous préférerions tous à Genève — n'importe quel droit pénal unifié même contre notre gré, à un droit pénal fédéral qui admettrait la peine de mort. J'ai dit.

Lusser : Nur ein paar Worte! Der Sprechende ist sehr wahrscheinlich der Einzige von Ihnen, der schon einmal die betrübliche Aufgabe hatte, einer Hinrichtung beizuwohnen in der Eigenschaft als kantonaler Polizeidirektor. Der Eindruck, den diese Exekution auf mich machte, war ein schauriger, ein erschütternder und unvergeßlicher und würde es auch für einen jeden andern nur einigermaßen gefühlvollen Menschen sein. Und doch erfolgte die Hinrichtung des Mörders Bernet unter Umständen, die den ganzen traurigen Akt, wenn ich so sagen darf, in einem etwas milderem Lichte erscheinen ließen, denn der Delinquent verlangte selbst den Tod, um dadurch, wie er sich im Anblick der Guillotine äußerte, den Mord an einem unschuldigen Kinde zu sühnen. Er ließ sich auch weder die Augen verbinden, noch sich überhaupt fesseln, sondern betrat das Schaffot mit einer, ich möchte sagen gewissen Freudigkeit, bemerkend, er würde gerne zehnmal sein Leben hingeben, wenn er das gemordete Kind lebend machen könnte. Er starb versöhnt mit Gott und den

Menschen. Die Abweisung des vom Verteidiger, aber ohne Einwilligung des Mörders, gestellten Begnadigungsgesuches geschah durch den Landrat nur mit wenigen Stimmen Mehrheit und erfolgte nicht am wenigsten aus dem Grunde, weil der Mörder selbst die Hinrichtung wünschte.

Meine Herren. Der Sprechende war auch ohne dieses Vorkommnis nie ein Freund der Todesstrafe und wird, wo er in diesen Tagen als Mitglied der Administrationsbehörde zu entscheiden hat, sich stets gegen deren Anwendung aussprechen. Ich habe durch das Studium der Straffälle und deren Ahndung durch die Todesstrafe die Ueberzeugung erhalten, daß diese gräßliche Strafe nicht imstande ist, andere von Verbrechen abzuhalten, für welche die Todesstrafe angedroht wird. Als Beweis hiefür gilt der Fall einer öffentlichen Hinrichtung, welcher ein Mann beiwohnte, der nachher selbst einen Mord beging. Die Abschreckungstheorie hatte somit vollständig versagt. Auch habe ich festgestellt, daß nie mehr Mordfälle und Verbrechen in unserem Kanton stattfanden als zur sog. « guten alten Zeit », wo man sogar schwere Diebstähle im dritten Rückfalle mit dem Tode bestrafte. Ich bin auch der Ansicht, daß die in früheren Zeiten erfolgte öffentliche Hinrichtung nicht nur von schweren Verbrechen nicht abgehalten, sondern durch die dadurch herbeigeführte Verrohung des Volkes eher zur Vermehrung von Verbrechen beigetragen hat.

Trotz dieser meiner persönlichen Einstellung zur Frage der Todesstrafe und trotz meiner Ueberzeugung von der Untauglichkeit dieser Strafart als Abschreckungsmittel verkenne ich doch nicht, daß eine gewisse Berechtigung zur Anwendung derselben unter ganz bestimmten Voraussetzungen und unter Vorbehalt gewisser Ausnahmebedingungen vorhanden ist. Wenn der Mensch zum wilden Tiere wird und als Bestie eine große Gefahr für die Menschheit bildet, begreife ich, dass die bedrohte Allgemeinheit Schutz vor einem solchen Unholde verlangt und diesen Schutz nicht nur in einer vielleicht nicht einmal ganz sicheren lebenslänglichen Internierung, sondern nur in der gänzlichen Beseitigung der Gefahr, durch Vernichtung des Täters, erblickt.

Meine Herren! Aus diesen Erwägungen heraus kann ich, im Gegensatz zu meinen verehrten Fraktionsgenossen, nicht für ein absolutes Verbot der Todesstrafe stimmen. Ich möchte daher, auch um dem Volksempfinden der Mehrheit des Urnervolkes Rechnung zu tragen und die seinerzeitige Annahme des begrüßenswerten Strafgesetzbuches durch meine Mitbürger nicht noch mehr zu gefährden, dem Eventualantrag des Herrn Kollegen Grünenfelder zustimmen, mit der weiteren Ergänzung jedoch durch den Zusatz: « Die Todesstrafe darf nur in Fällen zur Anwendung kommen, wo keine Milderungsgründe vorliegen. » Diese Bestimmung hat jüngst auch im deutschen Strafgesetzentwurf Aufnahme gefunden.

Mit dieser Ergänzung dürften sich, meines Erachtens, nicht nur die Anhänger der Todesstrafe, sondern auch viele Gegner derselben einverstanden erklären. Sie wäre ein Kompromiß, der die Todesstrafe zwar nicht ganz ausschließt, sie aber auf sehr seltene, nur ganz gravierende, ausnahmsweise Fälle beschränkt. Ich empfehle Ihnen Zustimmung.

Abstimmung. — Vote.

Eventuell: — Eventuellement:

Für den Antrag der Kommissions-	
minderheit	Minderheit
Für den Antrag Grünenfelder	Mehrheit

Definitiv: — Définitivement:

Präsident: Für die Hauptabstimmung hat Herr Schneider den Namensaufruf verlangt. Ich frage an, ob der Antrag die vom Reglement geforderte Unterstützung findet. — Es ist der Fall.

Mit Ja, d. h. für Annahme eines Art. 33bis nach dem eventuell angenommenen Antrag Grünenfelder stimmen die Herren:

(Votent Oui, c'est-à-dire pour l'insertion d'un art. 33bis d'après la proposition éventuelle Grünenfelder, MM.:)

Abt, Balmer-Schüpfheim, Baumann-Schafisheim, Biroll, Boschung, Bossi, Dederal, Eggspühler, Eigemann, Escher, Evéquo, Favarger, Foppa, Gelpke, Grand, Grünenfelder, Häfliger, Holenstein, Hoppeler, Jäggi, Jobin, König, Lusser, von Matt, de Meuron, Morard, Moser-Hitzkirch, Nietlispach, Odermatt, Perrier, Steiner-Kaltbrunn, Steiner-Baar, von Streng, Torche, Walter-Luzern, von Weber, Winiker, Zschokke (38).

Mit Nein, d. h. für Verwerfung des Art. 33bis stimmen die Herren:

(Votent Non, c'est-à-dire rejettent l'art. 33bis, MM.:)

Affolter, von Arx, Ast, Balestra, Balmer-Grindelwald, Baumann-Rüti, Baumberger, Beck, Berger, Berthoud, Bertschinger, Billieux, Blaser, Bolle, Bratschi, Briner, Bringolf, Brügger, Bucher, Bujard, Bürgi, Bütikofer, Cailler, Calame, Censi, Chamorel, Choquard, Couchepin, Dähler, Dollfus, Duft, Eisenhut, Eugster, Eymann, Farbstein, Fazan, Fenk, Frank, Fricker, Gabathuler, Gadiant, Gaudard, Gnägi, Golay, Graber, Graf, Grimm, Grobet, Grosspierre, Groß, Hadorn, Hauser, Held, Heller, Hofstetter, Höppli, Huber, Huggler, Hunziker, Ilg, Jeker, Jenny-Ennenda, Jenny-Worblafen, Joss, Kägi, Keel, Keller, Killer, Klöti, Knüsel, Lachenal, Lanz, Logoz, Lyman, Mächler, Maillefer, Masson, Maunoir, Meili, Mercier, Meyer-Zug, Miescher, Moser-Luzern, Moser-Schaffhausen, Müller, de Muralt, Müri, Naine, Nobs, Nyffeler, Obrecht, Odinga, Oehninger, Olgiati, Oprecht, Perrin, Peter, Petrig, Pfister-Frauenfeld, Pilet, Pitteloud, Pitton, Reinhard, Rochaix, Rosselet, Roth, Rusca-Chiasso, Rusca-Locarno, Schär, Scherrer, Schirmer, Schmid-Oberentfelden, Schmid-Olten, Schmid-Zürich, Schneeberger, Schneider, Seiler, Sigg, Spahr, Spychiger, Stähli, Stohler, Sträuli-Winterthur, Streuli-Horgen, Surbeck, Tobler, Tschudy, Tschumi, Ullmann, Vonmoos, Waldvogel, Walser, Wattenhofer, Weber-Graßwil, Weber-St. Gallen, Weber-Kempten, Weibel, Welti-Rheinfelden, Wirz, Wulliamoz, Wunderli, Zeli, Zraggen, Zimmerli (144).

Herr Minger als Präsident stimmt nicht.
(M. Minger, président, ne prend pas part au vote.)

Abwesend sind die Herren:
(Sont absents MM.:)

Celio, Gottret, Hardmeier, Leuenberger, Meyer-Zürich, Nicole, Pfister-St. Gallen, de Rabours, Sandoz, Schüpbach, Siegenthaler, Sulzer, Vallotton, Walter-Olten, Welti-Basel (15).

Ein Sitz vakant.
(Un siège vacant.)

Herr Gottret läßt erklären, daß er, wenn er im Moment der Abstimmung hätte anwesend sein können, mit Nein gestimmt hätte.

(M. Gottret fait savoir qu'il aurait voté Non s'il avait pu être présent au moment du vote.)

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 27. Juni 1928.
Séance du matin du 27 juin 1928.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Minger.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 126 hiavor — Voir page 126 ci-devant.)

I. Freiheitsstrafen. — Peines privatives de liberté.

Art. 34—39.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 34. 1. Die Zuchthausstrafe ist die schwerste Freiheitsstrafe. Ihre kürzeste Dauer ist ein Jahr, die längste Dauer fünfzehn Jahre; in den Fällen, die das Gesetz besonders bestimmt, ist sie lebenslänglich.

2. Die Zuchthausstrafe wird in einer Anstalt oder Anstaltsabteilung vollzogen, die ausschließlich diesem Zwecke dient.

Die Zuchthaussträflinge tragen besondere Anstaltskleidung und erhalten Anstaltskost.

Der Empfang von Besuchen und der Briefverkehr des Zuchthaussträflings sind nur in engen Grenzen und unter Kontrolle gestattet.

Ziff. 3 und 4 streichen (vergleiche Art. 35bis).

Art. 35. 1. Die kürzeste Dauer der Gefängnisstrafe ist acht Tage; bestimmt es das Gesetz nicht ausdrücklich anders, so ist die längste Dauer drei Jahre.

2. Die Gefängnisstrafe wird in einer Anstalt oder Anstaltsabteilung vollzogen, die ausschließlich diesem Zwecke dient.

Die Gefängnissträflinge tragen besondere Anstaltskleidung und erhalten Anstaltskost. Während der Einzelhaft kann ihnen der Gebrauch eigener Kleidung gestattet werden.

Der Empfang von Besuchen und der Briefverkehr des Gefängnissträflings sind nur so weit beschränkt, als es die Ordnung in der Anstalt gebietet, und finden unter Kontrolle statt.

Ziff. 3 und 4 streichen (vergleiche Art. 35bis).

(Vgl. Art. 34, Ziff. 3 und 4, und 35, Ziff. 3 und 4, des Entwurfs.)

Art. 35bis. 1. Der Vollzug der Zuchthaus- und der Gefängnisstrafe soll erziehend auf den Zuchthaus- und den Gefängnissträfling einwirken. Die Anstaltsordnungen bezeichnen die Erleichterungen, die stufenweise dem Zuchthaus- und dem Gefängnissträfling bei Verbüßung der Strafe gewährt werden können und die geeignet sind, ihn auf den Wiedereintritt in das bürgerliche Leben vorzubereiten. Sie schreiben vor, unter welchen Voraussetzungen die einzelnen Erleichterungen eingeräumt werden dürfen.

2. Der Zuchthaus- und der Gefängnissträfling wird in der Regel während der ersten drei Monate in Einzelhaft gehalten. Wenn besondere Umstände es

rechtfertigen, so kann er jederzeit in Einzelhaft versetzt werden. Im übrigen arbeitet er in Gemeinschaft mit andern; die Ruhezeit bringt er in Einzelhaft zu.

3. Die Zuchthaus- und die Gefängnissträflinge werden zur Arbeit angehalten. Sie sollen womöglich mit Arbeiten beschäftigt werden, die ihren Fähigkeiten entsprechen und die sie in den Stand setzen, in der Freiheit ihren Unterhalt zu erwerben.

4. Während der Gemeinschaftsarbeit ist die Trennung der Zuchthaus- und der Gefängnissträflinge aufrechtzuerhalten, soweit nicht die Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben eine Ausnahme notwendig macht.

Art. 36. 1. Der Zuchthaus- oder der Gefängnissträfling kann von der zuständigen Behörde bedingt entlassen werden:

wenn er zwei Drittel der Strafe und zudem bei Gefängnisstrafe mindestens drei Monate erstanden hat, wenn er sich in der Anstalt wohl verhalten hat, wenn anzunehmen ist, er werde sich auch in der Freiheit wohl verhalten,

und wenn er den gerichtlich oder vergleichsweise festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat.

Hat ein zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe Verurteilter fünfzehn Jahre erstanden, so kann ihn die zuständige Behörde bedingt entlassen, wenn sie annimmt, daß er sich wohl verhalten werde.

Die zuständige Behörde hört die Beamten der Anstalt über die bedingte Entlassung eines Sträflings an.

1bis. Die zuständige Behörde setzt dem bedingt Entlassenen eine Probezeit, während der er unter Schutzaufsicht gestellt werden kann. Diese Probezeit kommt in der Regel dem Rest der Strafzeit gleich; sie beträgt aber mindestens ein Jahr und höchstens fünf Jahre.

Wird ein zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe Verurteilter bedingt entlassen, so beträgt die Probezeit fünf Jahre.

2. Die zuständige Behörde kann dem bedingt Entlassenen Weisungen erteilen über sein Verhalten während der Probezeit, z. B. die Weisung, sich geistiger Getränke zu enthalten, sich an einem bestimmten Orte oder in einer bestimmten Anstalt (Arbeiterheim oder Arbeiterkolonie) oder bei einem bestimmten Arbeitgeber aufzuhalten.

3. Begeht der bedingt Entlassene während der Probezeit ein vorsätzliches Verbrechen oder Vergehen oder handelt er, ungeachtet förmlicher Mahnung der zuständigen Behörde, einer ihm erteilten Weisung zuwider, entzieht er sich beharrlich der Schutzaufsicht oder täuscht er in anderer Weise das auf ihn gesetzte Vertrauen, so versetzt ihn die zuständige Behörde in das Zuchthaus oder in das Gefängnis zurück. Die Zeit der bedingten Entlassung wird ihm nicht angerechnet.

4. Bewährt sich der bedingt Entlassene bis zum Ablaufe der Probezeit, so ist er endgültig entlassen.

Art. 37. 1. Die kürzeste Dauer der Haftstrafe ist ein Tag, die längste Dauer drei Monate.

2. Die Anstalt, in der Haftstrafen erstanden werden, darf nicht dem Vollzug von andern Freiheitsstrafen dienen.

Die Haftsträflinge tragen ihre eigene Kleidung. Sie erhalten Anstaltskost. Selbstbeköstigung kann

ihnen innerhalb der Grenzen des Anstaltsreglementes gestattet werden.

Der Empfang von Besuchen und der Briefverkehr des Haftsträflings sind nur so weit beschränkt, als es die Ordnung der Anstalt gebietet.

3. Der Haftsträfling wird zur Arbeit angehalten. Es ist ihm gestattet, sich angemessene Arbeit selbst zu beschaffen. Macht er von dieser Befugnis keinen Gebrauch, so ist er zur Leistung der ihm zugewiesenen Arbeit verpflichtet.

4. Der Haftsträfling wird während der Zeit der Nachtruhe in Einzelhaft gehalten.

Art. 38. 1. Der Vollzug einer Freiheitsstrafe darf nur aus wichtigen Gründen unterbrochen werden.

2. Muß der Verurteilte während des Vollzuges in eine Heil- oder Pflegeanstalt verbracht werden, so wird ihm der Aufenthalt in dieser Anstalt auf die Strafe angerechnet. Die Anrechnung unterbleibt, wenn die Verbringung vom Sträfling arglistig veranlaßt worden ist oder soweit er die Verlängerung der Unterbringung in der Anstalt arglistig herbeigeführt hat.

Art. 39. 1. Der Richter kann den Vollzug einer Gefängnisstrafe von nicht mehr als einem Jahr oder einer Haftstrafe aufschieben:

wenn der Verurteilte innerhalb der letzten fünf Jahre vor Verübung der Tat weder in der Schweiz noch im Auslande wegen eines vorsätzlichen Verbrechens oder Vergehens eine Freiheitsstrafe erlitten hat,

wenn überdies sein Vorleben und sein Charakter erwarten lassen, er werde durch diese Maßnahme von weiteren Verbrechen oder Vergehen abgehalten, und wenn er den gerichtlich oder vergleichsweise festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat.

Schiebt der Richter den Strafvollzug auf, so bestimmt er dem Verurteilten eine Probezeit von zwei bis zu fünf Jahren.

2. Der Richter kann den Verurteilten unter Schutzaufsicht stellen. Er kann ihm für sein Verhalten während der Probezeit bestimmte Weisungen erteilen, z. B. die Weisung, einen Beruf zu erlernen, sich an einem bestimmten Ort aufzuhalten, sich geistiger Getränke zu enthalten, den Schaden innerhalb bestimmter Frist zu ersetzen.

Die Umstände, die den bedingten Strafvollzug rechtfertigen, und die Weisungen des Richters sind im Urteile festzustellen.

3. Begeht der Verurteilte während der Probezeit ein vorsätzliches Verbrechen oder Vergehen, oder handelt er trotz förmlicher Mahnung des Richters einer ihm erteilten Weisung zuwider oder entzieht er sich beharrlich der Schutzaufsicht oder täuscht er in anderer Weise das auf ihn gesetzte Vertrauen, so läßt der Richter die Strafe vollziehen.

4. Bewährt sich der Verurteilte bis zum Ablauf der Probezeit, so verfügt der Richter die Löschung des Urteils im Strafregister.

Minderheit:

(Balestra, Dedual, Eggspühler, Evéquo, Grand, Grünenfelder.)

Art. 34. . . ., die längste Dauer zwanzig Jahre; . . .

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 35. 2. Die Gefangenen erhalten Anstaltskost und tragen, wenn die Gefängnisstrafe die Dauer von drei Monaten übersteigt, Anstaltskleidung.

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 35bis, Ziff. 3 . . . zu erwerben.

Gefangenen, bei denen die Strafe drei Monate nicht übersteigt, ist gestattet, sich angemessene Arbeit selbst zu beschaffen. Soweit dies nicht geschieht, sind sie zur Leistung der ihnen zugemessenen Arbeit verpflichtet.

4. Während . . .

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 39. 1. . . .

. . . den Vollzug einer Freiheitsstrafe . . .
. . . oder einer Busse aufschieben:

4. . . .

. . . so gilt die Verurteilung als nicht geschehen. Der Richter verfügt die Löschung des Urteils im Strafregister.

Abänderungsantrag Vallotton.

Art. 35, Ziff. 1.

Hauptantrag:

1. Die kürzeste Dauer der Gefängnisstrafe ist ein Tag; bestimmt . . .

Eventualantrag:

1. Die kürzeste Dauer der Gefängnisstrafe ist drei Tage; bestimmt . . .

Antrag Welti-Basel

vom 26. Juni 1928.

Art. 34, Ziff. 2.

Abs. 3. Der Empfang von Besuchen ist dem Zucht- haussträfling nur in engen Grenzen gestattet, jedoch soll er mindestens einmal im Monat Besuch empfangen dürfen. Der Briefverkehr ist nur soweit beschränkt, als es die Ordnung in der Anstalt gebietet.

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 34. 1. La réclusion est la plus grave des peines privatives de liberté. La durée de la réclusion est d'un an au moins et de quinze ans au plus. Dans les cas expressément prévus par la loi, la réclusion est à vie.

2. La réclusion est subie dans un établissement ou dans une section d'établissement exclusivement affectés à cette destination.

Les condamnés à la réclusion portent un costume spécial et reçoivent l'ordinaire de l'établissement. Le condamné ne pourra recevoir des visites, écrire ou recevoir des lettres que sous contrôle et dans une mesure restreinte.

3 et 4. Biffer (voir art. 35bis).

Art. 35. 1. La durée de l'emprisonnement est de huit jours au moins et, sauf disposition contraire et expresse de la loi de trois ans au plus.

2. L'emprisonnement est subi dans un établissement ou dans une section d'établissement exclusivement affectés à cette destination.

Les condamnés à l'emprisonnement portent un costume spécial et reçoivent l'ordinaire de l'établissement. Pendant la période cellulaire, ils peuvent être autorisés à porter leurs vêtements personnels.

Le condamné ne pourra recevoir des visites, écrire ou recevoir des lettres que sous contrôle et dans la mesure compatible avec l'ordre de l'établissement.

3 et 4. Biffer (voir art. 35bis).

Art. 35bis. (Cf. chiffres 3 et 4 des art. 34 et 35 du projet.) 1. Les peines de réclusion et d'emprisonnement doivent être exécutées de manière à exercer sur le condamné une action éducatrice. Les règlements pénitentiaires organiseront l'exécution de la peine de façon à préparer par des adoucissements progressifs le retour du condamné à la vie libre. Ils fixeront également les conditions auxquelles ces adoucissements seront accordés.

2. Dans la règle, les condamnés seront mis en cellule pendant les trois premiers mois. Ils pourront en tout temps être mis en cellule quand des circonstances spéciales l'exigent. Au reste, ils travaillent en commun; ils seront mis en cellule pendant les heures de repos.

3. Le condamné est astreint au travail. Autant que possible, le travail assigné à chaque détenu devra être conforme à ses aptitudes et le mettre à même de gagner sa vie après sa libération.

4. Les condamnés à la réclusion et les condamnés à l'emprisonnement doivent travailler séparément, à moins qu'ils soient employés à des travaux agricoles dans des conditions qui justifient une exception.

Art. 36. 1. Lorsqu'un condamné à la réclusion ou à l'emprisonnement aura subi les deux tiers de sa peine ou au moins trois mois d'emprisonnement, l'autorité compétente pourra le libérer conditionnellement: s'il s'est bien comporté dans l'établissement, s'il est à prévoir qu'il se conduira bien en liberté et s'il a, autant qu'on pouvait l'attendre de lui, réparé le dommage fixé par jugement ou par accord avec le lésé.

Lorsqu'un condamné à la réclusion à vie aura subi quinze ans de sa peine, l'autorité compétente pourra le libérer conditionnellement, s'il est à prévoir qu'il se conduira bien.

Avant toute libération conditionnelle, l'autorité demandera le préavis des fonctionnaires de l'établissement.

1bis. L'autorité compétente impartira au libéré un délai d'épreuve pendant lequel elle pourra le soumettre à un patronage. Ce délai expire dans la règle avec la peine qui reste à subir; il ne pourra toutefois être inférieur à un an ni supérieur à cinq ans.

En cas de condamnation à la réclusion à vie, le délai d'épreuve sera de cinq ans.

2. L'autorité compétente pourra imposer au libéré certaines règles de conduite pour la durée du délai d'épreuve, notamment l'obligation de s'abstenir de boissons alcooliques, de séjourner dans un lieu ou dans un établissement déterminé (asile ouvrier ou colonie ouvrière), ou de rester au service d'un employeur désigné.

3. Si, durant le délai d'épreuve, le libéré commet un crime ou délit intentionnel, s'il persiste, au mépris d'un avertissement formel de l'autorité compétente,

à enfreindre une des règles de conduite qui lui ont été imposées, s'il se soustrait obstinément au patronage ou si, de toute autre manière, il trompe la confiance mise en lui par le juge, l'autorité compétente ordonnera sa réintégration dans l'établissement. Le temps passé en liberté conditionnelle ne sera pas imputé sur la durée de la peine.

4. Si le libéré se conduit bien jusqu'à l'expiration du délai d'épreuve, sa libération deviendra définitive.

Art. 37. 1. La durée des arrêts est d'un jour au moins et de trois mois au plus.

2. La peine des arrêts est subie dans un établissement ne servant pas à l'exécution d'autres peines privatives de liberté.

Les condamnés portent leurs vêtements personnels. Ils reçoivent l'ordinaire de l'établissement. Toutefois ils peuvent être autorisés à faire venir leurs repas du dehors dans les limites fixées par le règlement de l'établissement.

Le condamné pourra recevoir des visites, écrire ou recevoir des lettres dans la mesure compatible avec l'ordre de l'établissement.

3. Le condamné est astreint au travail. Il est autorisé à se procurer lui-même une occupation appropriée. S'il n'y pourvoit pas, il est astreint au travail qui lui est assigné.

4. Le condamné sera mis en cellule pendant la nuit.

Art. 38. 1. L'exécution d'une peine privative de liberté ne doit être interrompue que pour un motif grave.

2. Si, pendant l'exécution de la peine, le condamné doit être transféré dans un hôpital ou dans un hospice, la durée de ce séjour sera imputée sur la peine. Cette imputation n'aura pas lieu si le condamné a frauduleusement provoqué son transfert, ou dans la mesure où il aurait frauduleusement prolongé son séjour.

Art. 39. 1. En cas de condamnation à l'emprisonnement pour un an au plus ou aux arrêts, le juge pourra suspendre l'exécution de la peine:

si, dans les cinq ans qui ont précédé l'infraction, le condamné n'a subi, en Suisse ou à l'étranger, aucune peine privative de liberté pour crime ou délit intentionnel.

si, en outre, les antécédents et le caractère du condamné font prévoir que cette mesure le détournera de commettre de nouveaux crimes ou délits,

enfin si le condamné a, autant qu'on pouvait l'attendre de lui, réparé le dommage fixé par jugement ou par accord avec le lésé.

En suspendant l'exécution de la peine, le juge fixera au condamné un délai d'épreuve de deux à cinq ans.

2. Le juge pourra soumettre le condamné à un patronage. Il pourra aussi lui imposer, pendant le délai d'épreuve, certaines règles de conduite, telles que l'obligation d'apprendre un métier, de séjourner dans un lieu déterminé, de s'abstenir de boissons alcooliques, ou de réparer le dommage dans un délai donné.

Le jugement mentionnera les motifs du sursis et les règles de conduite imposées par le juge.

3. Si, durant le délai d'épreuve, le condamné commet un crime ou délit intentionnel, s'il persiste, au mépris d'un avertissement formel du juge, à enfreindre une des règles de conduite imposées par ce dernier, s'il se soustrait obstinément au patronage,

ou si, de toute autre manière, il trompe la confiance mise en lui par le juge, ce dernier ordonnera que la peine soit mise à exécution.

4. Si le condamné a subi l'épreuve jusqu'au bout, le juge ordonnera radiation du jugement au casier judiciaire.

Minorité:

(Balestra, Dedual, Eggspühler, Evéquo, Grand, Grünenfelder.)

Art. 34. ... au moins et de vingt ans au plus ...

(Affolter et cosignataires.)

Art. 35. 2. Les condamnés à l'emprisonnement reçoivent l'ordinaire de l'établissement et, si la durée de la peine dépasse trois mois, portent un costume spécial.

Le condamné ...

(Affolter et cosignataires.)

Art. 35bis, chiffre 3. ... libération.

Les condamnés dont la peine n'excède pas une durée de trois mois sont autorisés à se procurer eux-mêmes du travail conforme à leurs aptitudes, à défaut de quoi ils sont tenus d'exécuter celui qui leur est assigné.

4. Les condamnés ...

(Affolter et cosignataires.)

Art. 39. 1. ...

... de condamnation à une peine privative de liberté ou à l'amende, le juge ...

4. ...

... bout, la condamnation sera considérée comme non avenue. Le juge ordonnera ...

Amendement Vallotton

Art. 35, chiffre 1^{er}.

Proposition principale:

1. La durée de l'emprisonnement est d'un jour au moins ...

Proposition subsidiaire:

1. La durée de l'emprisonnement est de trois jours au moins ...

Amendement Welti-Bâle

du 26 juin 1928.

Art. 34, chiffre 2.

3^e al.: Le condamné ne pourra recevoir des visites que dans une mesure restreinte; cette faculté devra toutefois lui être donnée au moins une fois par mois. L'échange de lettres n'est limité que dans la mesure où l'exige le bon ordre de l'établissement.

Seiler, Berichterstatter: Gestatten Sie mir vorerst einige allgemeine Bemerkungen. Sie werden wohl mit mir einverstanden sein, wenn ich feststelle, daß meine Bemühungen zur Verlängerung der Session nicht in erster Linie dem Strafgesetzbuch zugute gekommen sind, und daß auch der alte Satz: «Geduld bringt Rosen» in der Politik nur einen sehr beschränkten Wert hat. Sie werden einverstanden sein, daß sich die Strafgesetzkommision auf die Dauer in der Rolle des Aschenputtels nicht besonders

gefallen wird. Ich sage das nicht wegen der Strafgesetzkommision, sondern wegen des Strafgesetzes, und ich möchte hier nun bereits so gewissermaßen als Belohnung für unsere Geduld einen Anspruch anmelden, und zwar den, daß in der Herbstsession unter allen Umständen und frühzeitig der Rest des allgemeinen Teiles des Strafgesetzbuches zur Diskussion und Erledigung kommt.

Ich habe noch einen ganz speziellen Grund dafür. Dieser Grund liegt darin, daß der Ständerat damit einverstanden ist, daß der allgemeine Teil des Strafgesetzes, sobald er vom Nationalrat erledigt ist, dann an den Ständerat geht, daß man also die Beratung vornimmt wie beim Zivilgesetzbuch, wo beschlossen worden war, daß nach Erledigung jedes Buches die Materie an den andern Rat gewiesen wurde. Wir werden Ihnen in der Septembersession einen speziellen begründeten Antrag nach dieser Richtung hin unterbreiten. Diese Art und Weise der Beratungen in den beiden Räten wird zur Folge haben, daß die Materie in viel kürzerer Zeit erledigt werden kann, als wenn man warten würde, bis der Nationalrat das ganze Strafgesetzbuch erledigt hätte. Also ich hätte Sie zu bitten, dann in der Septembersession uns noch Gelegenheit zu geben, den Rest des allgemeinen Teiles zu erledigen. Wenn wir heute noch wesentlich fortschreiten in der Diskussion, so wird das mit wenigen Sitzungen getan werden können.

Es liegen nun einige neue Eingaben vor. Einerseits hat der Touringclub eine sehr umfangreiche Eingabe, die den allgemeinen Teil betrifft und auch den speziellen Teil, an die Räte gerichtet. Die Stiftung «Pro Juventute» hat eine Eingabe in bezug auf das Jugendstrafrecht gemacht. Diese Eingaben kommen reichlich spät. Es ist dies aber begreiflich. Die Materie ist erst wieder in das Volk gedrungen durch die Beratung im Nationalrat in der letzten Session, und so verstehen wir es, daß nun nachträglich noch Eingaben eingelangt sind. Soweit diese Eingaben für die jetzige Session noch behandelt werden konnten, ist das durch Kommissionssitzungen geschehen. Die übrigen Punkte werden wir in einer späteren Sitzung dann erledigen.

Nun erinnern Sie sich, daß wir in der letzten Session den Art. 10 zurückgelegt haben, d. h. jenen speziellen Punkt, der die berühmte Trunkenheit betrifft. Die Kommission hat ebenfalls über diese Frage beraten und sie ist nun der Auffassung, daß Art. 10, so wie er heute im Entwurf steht, belassen werden kann und daß dann im speziellen Teil, im Kapitel über den öffentlichen Frieden, eine besondere Bestimmung über die Trunkenheit eingeführt werden solle. Wir werden dann das im speziellen Teil zu behandeln haben.

In bezug auf das Marginale bei Art. 14, das Herr Grünenfelder angefochten hat, ist eine Ergänzung beschlossen worden. Wir können das dann am Schluß des allgemeinen Teiles noch erledigen.

Im übrigen möchten wir nun weiterfahren im dritten Kapitel und vorerst einmal die Freiheitsstrafen behandeln. Die Referenten werden sich darauf beschränken, in der Hauptsache die Abänderungsanträge zu begründen, ohne auf alle Details einzutreten. Wenn auch über einige Punkte eine Diskussion entstehen wird, so haben wir doch die Auffassung, daß heute die Angelegenheit bis zur Rehabilitation sollte erledigt werden können.

Und nun vorerst einige Bemerkungen über die Freiheitsstrafen im allgemeinen. Die Freiheitsstrafen stehen im Mittelpunkt des Strafsystems. Sie sind abgestuft und sollen in gesonderten Anstalten oder doch in gesonderten Anstaltsabteilungen verbüßt werden. In diesem Zusammenhang ist von einer Forderung zu sprechen, die viel von sich reden macht und die auch in der Kommission erhoben worden ist — von der sog. Einheitsstrafe. Die Forderung geht dahin, daß nicht mehr zwischen Zuchthaus- und Gefängnisstrafe unterschieden werden soll. Diese Strafen werden als Gefangenschaft einheitlich geregelt und nur noch von der Haftstrafe unterschieden werden.

Es sind nun bald sieben Jahre her, seitdem wir in der Kommission diese Frage diskutiert haben. Unser Kollege, Herr Stuber, der den Antrag gestellt hat, ist inzwischen aus dem Rate ausgeschieden. Um so mehr sind wir es ihm und seiner Sache schuldig, ernsthaft die Gründe auseinanderzusetzen, welche die Kommission zur Ablehnung des Antrages geführt haben.

Der Gedanke der Einheitsstrafe ist, soweit ich seine Geschichte verfolgen konnte, nicht in der Strafrechtswissenschaft aufgekommen, sondern von den Praktikern des Strafvollzuges vorgeschlagen worden, und zwar in der Hauptsache aus den Erfahrungen von Witzwil heraus. Im Jahre 1910 hat der um die Anstalt Witzwil so sehr verdiente Direktor Kellerhals in einem Vortrag vor dem Schweizerischen Verein für Straf- und Gefängniswesen und Schutzaufsicht folgende Gliederung des Strafvollzuges vorgeschlagen: Einweisung der zu Zuchthaus Verurteilten und der renitenten Gefängnissträflinge sowie der renitenten Zwangsarbeiter in die Strafanstalten, Einweisung der gutmütigen Gefängnissträflinge, der gutmütigen Zwangsarbeiter und der Zuchthaussträflinge, die sich wohl verhalten haben, in Arbeitserziehungsanstalten und Verweisung der bedingt Entlassenen ohne Arbeit und der definitiv Entlassenen, die wieder arbeitslos geworden sind, der Müssiggänger, Bettler, Trinker etc. in eine Arbeitskolonie. Dieser Vorschlag ist spezifisch bernischen Verhältnissen entsprungen, und diese Verhältnisse bestehen bekanntlich darin, daß der Kanton Bern die große Domäne Witzwil erwarb, die dann mit großer Tatkraft und hervorragendem Verständnis zu einer großen Arbeitsanstalt auf landwirtschaftlicher Grundlage eingerichtet worden ist.

Ob irgendwo in der Schweiz gleich günstige Vorbedingungen vorliegen, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Versuche in der Linthebene sprechen eine andere Sprache. Nun ist es Tatsache, und das muß hervorgehoben werden, daß in Witzwil die Vermengung der Zuchthaus- und Gefängnissträflinge und der Zwangsarbeiter zu nennenswerten Nachteilen nicht geführt hat. Das Hauptgewicht wird dort auf die Gewöhnung an die Arbeit gelegt, die in idealer Weise auf dem ausgedehnten landwirtschaftlichen Areal den Fähigkeiten und Neigungen der Insaßen angepaßt werden kann. Diese Vorteile, verbunden mit der durch die Betätigung im Freien erzielten gesundheitlichen Förderung der Sträflinge sind unbestreitbar.

Nun ist aber die Forderung der Einheitsstrafe — übrigens ein Titel, der offenbar etwas zu weit gefaßt ist — sofort auf scharfen Widerstand gestoßen. Die Einstellung zu diesem Problem ist natürlich wiederum bedingt durch die Einstellung zum Strafzweck überhaupt. Wer den Besserungszweck in den Vordergrund stellt, wird sich eher der Einheitsstrafe zu-

neigen können, als derjenige, der in der Strafe in erster Linie eine Vergeltungsmaßnahme erblickt und die Schwere des Verbrechens als Norm für die zu treffende Strafe betrachtet. Wie nun der Strafgesetzgeber beim Strafzweck das Volksempfinden nicht auf die Seite stellen kann, so darf er es ebenso wenig bei der Bestimmung der Strafart. Es entspricht aber auch wiederum der ganzen Tendenz der Vorlage, daß sie einerseits an der Unterscheidung von schwereren und leichteren Strafen und andererseits an der Absonderung der verschiedenen Verbrecherkategorien festhält. In der Mannigfaltigkeit der Strafarten und Maßnahmen sucht die Vorlage die Lösung. Diese Mannigfaltigkeit ist bedingt durch die Notwendigkeit der verschiedenartigen Behandlung der verschiedenartigen Verbrecherkategorien.

Von den Anhängern der Einheitsstrafe ist darauf hingewiesen worden, daß die Unterscheidung der Freiheitsstrafen eigentlich nur auf dem Papier stehe, da Zuchthaus- und Gefängnisstrafe im großen und ganzen in gleicher Weise abgewandelt werden. Dieser Einwand darf nicht unwidersprochen bleiben. Schon im äußern Anstaltsbetrieb machen sich Verschiedenheiten geltend. Die besondere Kleidung des Zuchthaussträflings, verbunden mit dem absoluten Verbot des Tragens eigener Kleidung, die enge Begrenzung des Empfangs von Besuchen und des Briefverkehrs sind doch Schärfungen, die vom Zuchthaussträfling doppelt schmerzlich empfunden werden müssen. Aber abgesehen von diesen Aeußerlichkeiten sind auch das der Zuchthausstrafe anhaftende Odium, sind im weitern die Ehrenfolgen, der Ausschluß der bedingten Verurteilung und die Erschwerung der bedingten Entlassung bezüglich der Fristen derart einschneidende Nachteile, daß sie den Zuchthaussträfling auch innerlich treffen und ihm die ganze Schwere zum Bewußtsein zu bringen geeignet sind, und nicht nur ihm allein, sondern auch seinen Angehörigen und seinem Bekanntenkreis. Die Aufhebung dieser tief im Volksbewußtsein ruhenden Regelung kann schlechterdings nicht in Betracht gezogen werden, wenigstens heute nicht und wohl noch lange Zeit nicht.

Dieser Standpunkt schließt nun aber keineswegs aus, das Gute, das die Einheitsstrafe bezweckt, oder sagen wir besser, was ihr Vorbild, die Anstalt Witzwil in sich schließt, nach Möglichkeit auch in unserer Vorlage zu berücksichtigen. Und das Gute, das die «Tendenz» Witzwil verkörpert, ist die während der Strafzeit geübte, auf die Zeit der Freiheit hinielende zweckmäßige Arbeitsmethode. Durchgehen wir die Vorschriften über die Zuchthaus- und über die Gefängnisstrafe, so können wir feststellen, daß sich verschiedene Bestimmungen mit der bezeichneten Tendenz decken. In der Fassung der nationalrätlichen Kommission ist sie noch weiter entwickelt worden. Einmal ist ausdrücklich gesagt, daß Zuchthaus- und Gefängnissträflinge zur Arbeit angehalten werden sollen, und zwar sollen sie womöglich mit Arbeit beschäftigt werden, die den Fähigkeiten des Verurteilten entsprechen und die Insaßen in den Stand setzen, in der Freiheit ihren Unterhalt zu erwerben. Nirgends ist gesagt, daß die Arbeit innerhalb der engen vier Mauern erfolgen muß und es ist ohne weiteres anzunehmen, daß bei der interkantonalen Konzentration der Anstalten mit finanzieller Bundesunterstützung die landwirtschaftliche Beschäftigung eine wesentliche Rolle spielen wird.

Eine der wichtigsten Aenderungen der Kommission besteht nun darin, daß die in der Vorlage vorgeschriebene strenge Trennung der Zuchthaus- und Gefängnissträflinge in besonderen Gebäuden insofern etwas gelockert werden soll, daß die Trennung durch bloße Abteilungen in einem und demselben Gebäude soll erfolgen können. Zu dieser Aenderung haben praktische Bedenken, namentlich die Kostenfrage, geführt. Und in der Tat müssen auch hier praktische Rücksichten zum Worte kommen, wenn man nicht riskieren will, daß mangels der nötigen Mittel die schönsten Pläne auf dem Papier bleiben. Wenn die verschiedenartigen Anstalten, die der Entwurf vorsieht — Zuchthaus, Gefängnis, Anstalt für Haftsträflinge, Verwahrungsanstalt, Erziehungs- und Trinkerheilanstalt —, wenigstens zum Teil miteinander kombiniert werden können, wie dies nun die Kommission vorschlägt, so dürften die Kosten durch die Kantone angesichts der wesentlichen Bundessubvention aufgebracht werden können. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Kantone auch ohne die eidgenössische Reform mit der Zeit wesentliche Kosten für die Verbesserung ihrer Strafanstalten aufzubringen hätten, und zwar ohne Subventionen durch den Bund, und im weitern ist zu erwarten, daß durch einen rationellen Betrieb auf größerer Grundlage die Kosten verringert werden können. Die im Auftrag des Bundes vorgenommene Inspektion der bestehenden kantonalen Anstalten auf ihre Eignung für den künftigen Betrieb nach dem schweizerischen Entwurf hat gezeigt, daß noch vieles im Argen liegt und daß es schon deshalb wünschenswert ist, wenn von einem einheitlichen System aus Ordnung in das Anstaltswesen gebracht wird.

Im übrigen aber kann die finanzielle Frage nicht als ausschlaggebend bezeichnet werden. Wesentlich ist der Erfolg der Bekämpfung des Verbrechertums, der in Zahlen natürlich nicht ausgedrückt werden kann.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen können die Art. 34—39 kurz behandelt werden. So erschreckend auf den ersten Blick auch die Differenzen mit dem Bundesrat erscheinen mögen, so gering sind im Grunde genommen die materiellen Aenderungen. Auch die Differenzen innerhalb der Kommission sind nicht von großer Bedeutung. In Art. 34 will die eine Minderheit die Zuchthausstrafe von 15 auf 20 Jahre verlängern und eine zweite Minderheit schlägt in Art. 35 vor, die Anstaltskleidung für Gefängnissträflinge erst bei einer Strafe von über drei Monaten vorzuschreiben und den Gefängnissträflingen mit einer Strafe von unter drei Monaten außerdem zu gestatten, sich angemessene Arbeit selbst zu beschaffen. Zu diesen Minderheitsanträgen kurz folgende Bemerkungen:

Die Dauer der zeitlich beschränkten Zuchthausstrafe ist viel diskutiert worden. Maßgebend für die Beschränkung auf 15 Jahre war die Erwägung, daß nach den Erfahrungen der Sachverständigen die nützlichen Wirkungen der Zuchthausstrafe mit 15 Jahren in der Regel aufhören dürften, daß es somit keinen Sinn habe, die Dauer zu verlängern, zumal ja in besonders schweren Fällen die lebenslängliche Zuchthausstrafe ausgesprochen werden kann. In der Expertenkommission ist am Entwurf mit Stichentscheid des Präsidenten festgehalten worden, in unserer Kommission mit Zweidrittelmehrheit. Die Diskussion möge nun diese Frage weiter abklären.

Immerhin darf nicht vergessen werden, daß nicht an einem beliebigen Orte das System, das nach einem bestimmten Verhältnis der verschiedenen Strafen zueinander aufgestellt worden ist, ohne zwingende Gründe geändert werden sollte.

Die Frage der Anstaltskleidung ist eine Gefühls- und Zweckmäßigsfrage. Soll in der Kleidung der Gefängnissträflinge ein Unterschied gemacht werden, je nachdem die Dauer weniger oder mehr als drei Monate beträgt? Wäre eventuell diese Grenze richtig? Und wird die Differenz mit der Haftstrafe abgeschwächt, wenn auch im Gefängnis von einzelnen Insaßen die eigene Kleidung getragen werden darf? Die Unterscheidung von zweierlei Gefängnissträflingen erscheint uns nicht zweckmäßig und es ist deshalb der Mehrheitsantrag vorzuziehen.

Interessant ist der Antrag der zweiten Minderheit in bezug auf die Beschäftigung der kurzfristigen Gefängnissträflinge mit eigener angemessener Arbeit. Abgesehen von der finanziellen Einbusse für die Anstalt ist doch zu sagen, daß auch betriebstechnische Gründe entgegenstehen. Wer entscheidet im Streitfall über die Angemessenheit? Bei der Haftstrafe lassen sich diese Schwierigkeiten schließlich noch in den Kauf nehmen. Aber im Gefängnis soll doch wohl die Zeit nicht dazu verwendet werden, Memoiren zu schreiben! Das Volk verlangt eine ernsthafte Strafe und würde eine solche Freiheit während der Dauer der Freiheitsentziehung nicht billigen.

Aus diesen Gründen wird Ablehnung sämtlicher Minderheitsanträge beantragt. Von den Aenderungen der Kommission, die unangefochten sind, ist zu erwähnen die Erhöhung des Maximums der Gefängnisstrafe von zwei auf drei Jahre. Diese Aenderung entspricht zweifellos der allgemeinen Auffassung besser. Unangefochten war anderseits in der Kommission die Festsetzung des Minimums der Gefängnisstrafe auf acht Tage. In der Expertenkommission hat diese Frage zu großen Diskussionen geführt. Die Gefängnisstrafe soll den Charakter eines ersten Eingriffs in die Freiheit haben. Ist die Tat keine schwere, so wird ja vom Gesetz nicht die Gefängnisstrafe allein, sondern es werden Gefängnis oder Buße alternativ vorgeschrieben. Dabei ist nicht zu vergessen, daß immer noch die Wohltat der bedingten Verurteilung besteht, die korrigierend wirken kann. Das ist der Standpunkt von Bundesrat und Kommission.

Heute stehen wir nun allerdings vor neuen Anträgen in bezug auf die Mindestdauer der Gefängnisstrafe. Herr Valloton hat einen Antrag eingereicht, der die Mindestdauer der Gefängnisstrafe auf einen, eventuell auf drei Tage festsetzen will. Daß Herr Valloton auf eine Ermäßigung der Mindestdauer auch bei der Zuchthausstrafe verzichtet hat, wollen wir mit Genugtuung registrieren. Eine Reduktion bei der Zuchthausstrafe würde nicht nur der überwiegenden Zahl der in- und ausländischen Strafgesetze widersprechen, sondern auch die Strafsanktionen des Besondern Teils ins Wanken bringen, die nun eben auf einer minimalen Zuchthausstrafe von einem Jahr basieren.

Ich will nun nicht behaupten, daß ich bei der Gefängnisstrafe persönlich auf ein Minimum von acht Tagen eingeschworen wäre. Eine Diskussion über diesen Punkt im Plenum des Rates kann nur begrüßt

werden. In der Kommission sind ernsthafte Bedenken gegen den Vorschlag des Bundesrates nicht erhoben worden. Wir wollen die dem Antrag Valloton zugrunde liegenden Argumente gewärtigen und auch ernsthaft würdigen. Immerhin darf der Grundsatz: Abschaffung der Strafminima, nicht zum starren System ausarten, sondern wir müssen uns immer fragen: Was ist gerecht? Was entspricht der allgemeinen Empfindung? Und was paßt am besten in das allgemeine System der Strafsanktionen? Auch diese Frage des Minimums der Gefängnisstrafe darf nicht isoliert betrachtet und entschieden werden, sondern sie muß in das richtige Verhältnis zu den übrigen Strafen gesetzt werden.

Auch der Touring-Club hat diese Frage zum Gegenstand der Erörterungen gemacht. Die Eingabe befürchtet, daß von der Buße gegenüber Automobilisten nur selten Gebrauch gemacht und daß man nur zu gerne zu der Gefängnisstrafe von acht Tagen greifen werde. Man könnte aber auch umgekehrt argumentieren und sagen: die Gefahr, daß der Richter statt Buße Gefängnis aussprechen wird, ist größer, wenn die Mindestdauer von acht Tagen auf einen oder drei Tage reduziert wird. Hier steht Vermutung gegen Vermutung. Mit solchen Vermutungen aber können wir nicht argumentieren. Wir müssen vielmehr mit einem gewissenhaften Richter rechnen, der Schuld und Strafe richtig abmißt. Und so haben wir uns immer wieder zu fragen: Kann im Rahmen des gesamten Strafsystems die Ermäßigung der Gefängnisstrafe unter acht Tage verantwortet werden?

Gestützt auf die Beratungen der Kommission beantrage ich Ihnen im Gegensatz zum Antrag Valloton Festhalten am Entwurf.

Das System des progressiven Strafvollzuges oder sagen wir besser, der stufenweisen Erleichterungsmöglichkeiten ist in der Kommission ebenfalls nicht beanstandet worden. Einzelhaft, Gemeinschaftsarbeit und schließlich bedingte Entlassung, das sind die Stufen, die den Täter vorerst zur Einkehr und dann zur Anpassung an die Gemeinschaft und schließlich in die Freiheit, zuerst bedingt und bei Wohlverhalten definitiv, bringen sollen.

Vom erzieherischen Standpunkt aus ist die bedingte Entlassung wohl einer der wohlthätigsten Bestimmungen des Entwurfs. Die Modalitäten dieser Institution haben zu mancherlei Streitfragen geführt. Für welche Strafarten soll sie gewährt werden? Welche Strafzeit muß erstanden sein? Welche weiteren Bedingungen hat der Sträfling zu erfüllen? Muß die Schutzsicht angefügt werden? Ist die Probezeit zeitlich zu beschränken? Welches sind die Voraussetzungen für eine erneute Einziehung? Alle diese Fragen sind reiflich erwogen, zum Teil aber durch bloßes Zufallsmehr entschieden worden. Minderheitsanträge liegen auch hier nicht mehr vor. Die Institution selbst ist unangefochten.

Ebenso verhält es sich mit der Haftstrafe, die in den Art. 37 und 38 behandelt ist. Die Haftstrafe bildet für manche Gegenden etwas Neues. Es ist nicht eine Standesstrafe, sondern eine mildere Freiheitsstrafe für kleine Vergehen und hauptsächlich für Uebertretungen. Die Durchführung der Haftstrafe dürfte auf einige Schwierigkeiten stoßen, weniger wegen der Lokalitäten, die wohl überall zur Verfügung stehen, als wegen der Beschäftigung der Insaßen. Hervorzuheben ist die grundsätzliche Aen-

derung der Kommission gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates, welcher eine Verbindung von Gefängnisstrafe und Haftstrafe in der gleichen Anstalt zuläßt. Die Kommission will nun die Haftstrafe von der Gefängnisstrafe vollständig trennen, andererseits aber Zuchthaus- und Gefängnisstrafe im gleichen Gebäude, jedoch in gesonderten Abteilungen, vollziehen lassen. Im weitem bringt Art. 38 noch eine Präzisierung in bezug auf die Anrechnung der Unterbringung in einer Heilanstalt.

Art. 39 behandelt den bedingten Strafvollzug. Die Institution ist zu bekannt, als daß hier noch weitere grundsätzliche Ausführungen nötig wären. Der eidgenössische Entwurf hat in dieser Beziehung in den Kantonen längst Schule gemacht. An eine Aufhebung zufolge von Mißgriffen einzelner Gerichte ist, trotz anfänglicher Prophezeiungen, nicht zu denken. Gegenüber der bundesrätlichen Fassung schlägt die Kommission eine Verkürzung der strafreifen Vorzeit von zehn auf fünf Jahre vor und sie berücksichtigt nicht nur die Vergütung des gerichtlich festgestellten, sondern auch des vergleichsweise festgestellten Schadens. Schutzsicht und Probezeit geben zu keinen Bemerkungen Anlaß. Eine Differenz besteht in der Kommission lediglich über das Marginale, über die Ausdehnung der Wohlthat auf Zuchthausstrafe und Buße und über die Bedeutung der Löschung im Strafregister. Zu diesen Differenzen sei kurz folgendes bemerkt:

Ob die Institution als bedingter Strafvollzug oder als bedingte Verurteilung bezeichnet wird, ist insofern von Bedeutung, als bei der ersten Annahme eine Verurteilung vorliegt, bei der der Vollzug lediglich aufgeschoben wird, der dann im Falle der Bewährung zu löschen ist, und als bei der zweiten Annahme die Verurteilung selbst bedingt und im Falle der Bewährung als nicht bestehend zu betrachten ist. Beide Lösungen lassen sich mit guten Gründen vertreten.

Viel wichtiger ist die Frage der Ausdehnung der Wohlthat auf die Zuchthausstrafe einerseits und auf die Buße andererseits. Bei der Zuchthausstrafe muß wohl die Wohlthat angesichts der Schwere der Tat von vornherein als ausgeschlossen betrachtet werden. Die Mindestdauer dieser Strafart beträgt ohnehin ein Jahr. Diskutabler ist die Ausdehnung auf die Buße. Der Antrag wird damit begründet, daß man sagt: Es ist unlogisch, daß für die schwere Gefängnisstrafe der Aufschub bewilligt wird, für die leichtere aber nicht. Demgegenüber ist jedoch zu bemerken, daß bei der Buße keine so erheblichen Nachteile vorliegen, die durch die Milderung ausgeschlossen werden müßten, wie bei der Gefängnisstrafe, daß andererseits Aussicht auf Erlaß der Buße kaum mehr abschreckend wirken würde und daß nunmehr auch die Umwandlung der Buße in Haft mit ihren Härten ausgeschlossen ist. Ob es dem Volksempfinden entsprechen würde, wenn auch die Bußen für Automobilvergehen bedingt erlassen würden, ist doch sehr fraglich.

Aus allen diesen Gründen beantragen wir Ihnen Ablehnung der sämtlichen Minderheitsanträge zu den Art. 34—39.

M. Logoz, rapporteur: M. le président Seiler vient de vous faire connaître le désir de la commission unanime de voir ce Conseil terminer, au cours de la

session de septembre prochain, son examen de la partie générale du livre premier du projet. Cela nous permettrait, en effet, de transmettre cette partie générale à la commission du Conseil des Etats, avant la fin de la présente législature.

Sans insister davantage là-dessus et en me bornant à exprimer à mon tour l'espoir que ce vœu pourra être exaucé, je reprend mon rapport au point où je l'avais laissé en mars dernier, lors de la discussion à laquelle a donné lieu la question de la peine capitale.

Je vous ai déjà donné, en mars, quelques indications générales sur le système des peines du projet. Je puis donc, maintenant, passer, sans autre explication, à l'examen des articles 34 à 39.

A ce propos, il n'est pas sans intérêt de vous signaler qu'il y a, dans la tribune des journalistes, des réformateurs qui critiquent les méthodes de travail de ce Parlement, notamment en matière législative. J'ai lu, ce matin même, dans un journal romand, ce qui suit:

« Le Parlement persiste avec tranquillité dans ses méthodes surannées qui consistent à se faire présenter un commentaire spécial pour chacun des articles de loi qu'il est appelé à digérer dans le cours de la législation. La seule utilité de ces exégèses est de figurer dans le procès-verbal qui pourrait aider ensuite à l'application de la loi. Au point de vue parlementaire, elles n'ont aucune valeur puisqu'elles tombent dans le vide et qu'avec ou sans commentaire, la Chambre est décidée d'avance à accepter ce qu'on lui propose. »

Nous allons voir s'il en est vraiment ainsi, car le sort veut qu'à propos des art. 34 à 39 du projet de code pénal, vous soyez saisis de diverses propositions de minorité et même d'un amendement personnel de M. Vallotton-Warnéry.

L'art. 34, tout d'abord, s'occupe de la peine privative de liberté la plus grave, la réclusion. C'est une peine à long terme; un an au moins comme dans la plupart des cantons (à ce propos, je félicite M. Vallotton d'avoir renoncé à l'idée qu'il avait eue de proposer une réduction de ce minimum), 15 ans au plus. Exceptionnellement, c'est-à-dire dans les cas où la loi le dit expressément, la réclusion est à vie.

Quant à la durée maximum de la réclusion temporaire, vous êtes saisis d'une proposition d'une minorité de la commission, qui propose d'élever ce maximum de 15 à 20 ans.

Cette idée n'est pas nouvelle. Elle a déjà été émise par feu Adrien Lachenal à la deuxième commission d'experts, qui l'a écartée. Car, a-t-on dit, l'expérience a montré que les effets utiles de la peine cessent de se produire après une réclusion trop prolongée et que la limite d'une réclusion utile est aux environs de 15 ans.

La seconde commission d'experts et, avec elle, la majorité de votre commission ont donc estimé préférable de s'en tenir au maximum de 15 ans, du moins si l'on conserve la réclusion à vie pour les cas les plus graves. Vous aurez à dire si vous êtes du même avis, après avoir entendu les motifs à l'appui de la proposition de la minorité. Je me permets de vous signaler encore, à cet égard, que le projet allemand de 1925, lui aussi, fixe à 15 ans, de même que le code allemand de 1871, la durée maximum de la réclusion temporaire.

Cela dit, je dois, à propos du chiffre 2 de l'art. 34, revenir sur une objection faite par M. de Meuron au cours du débat sur l'entrée en matière et à laquelle

j'avais promis de répondre au cours de la discussion des articles.

M. de Meuron nous a dit en substance: D'après l'art. 64bis de la Constitution fédérale, tout ce qui concerne l'exécution des peines est de la compétence des cantons. Or, des dispositions telles que celles qui, dans le projet du Conseil fédéral, figurent dans les chiffres 2, 3 et 4 de l'art. 34 et dans les dispositions correspondantes des articles suivants, réglementent l'exécution de la peine. Ces dispositions empiètent donc sur le domaine réservé aux cantons.

Ce reproche adressé au projet est-il réellement fondé? Je ne le pense pas et voici pourquoi.

Actuellement, des dispositions légales sur l'exécution des peines se rencontrent dans les codes pénaux, dans les codes de procédure pénale, et dans mille et une lois ou règlements de droit administratif.

Savoir jusqu'où on doit aller, dans la réglementation de l'exécution des peines par des dispositions du code pénal lui-même, est une question en elle-même très-délicate et qui a été longuement et souvent discutée dans les commissions d'experts qui ont étudié le projet de code pénal suisse.

Un point, cependant, paraît aujourd'hui acquis en principe: un bon code pénal ne peut pas se borner à énumérer les diverses peines privatives de liberté qu'il admet et à en fixer la durée. Car cela ne suffit pas pour caractériser ces diverses peines et pour les différencier les unes des autres. Ce qui, en réalité, fera de la réclusion et de l'emprisonnement, par exemple, des peines différentes des arrêts, c'est la façon différente dont ces peines diverses devront être exécutées.

Le code pénal lui-même doit donc, en ce qui concerne l'exécution des peines, édicter tout au moins les principes fondamentaux, les règles fondamentales qui sont nécessaires pour différencier et caractériser les diverses peines privatives de liberté qu'il prévoit.

Mais alors se pose la question: la Constitution fédérale interdit-elle d'introduire de telles dispositions dans le projet de code pénal suisse?

Je répons: l'art. 64bis de la Constitution ne contient rien du tout sur l'exécution des peines. Le troisième alinéa de cet article autorise cependant la Confédération à accorder aux cantons des subventions pour la construction d'établissements de détention et pour l'amélioration du régime pénitentiaire.

De là résulte, d'une part, que la Confédération n'a certainement pas le droit d'édicter une loi fédérale réglant dans tous ses détails la question de l'exécution des peines; au contraire, la Constitution a évidemment voulu laisser aux cantons, comme je l'ai dit dans mon rapport sur l'entrée en matière, le droit de construire et de gérer des établissements pénitentiaires et le droit d'édicter des prescriptions détaillées sur cette matière. Mais, d'autre part, la Confédération, en allouant aux cantons les subventions prévues à l'art. 64bis de la Constitution, acquiert le droit de dire son mot en ce qui concerne l'organisation générale du régime pénitentiaire dans les cantons. Elle a ce droit d'autant plus que l'art. 64bis, premier alinéa, de la Constitution fédérale la rend compétente pour « légiférer en matière de droit pénal » et que, ainsi que je l'ai relevé tout à l'heure, on tend à reconnaître actuellement qu'il appartient au code pénal lui-même de définir quant à leur contenu, c'est-à-dire quant à leur mode général d'exécution, les diverses peines privatives de liberté qu'il prévoit.

Le projet de code pénal suisse peut donc, sans empiéter en rien sur les droits des cantons, poser les quelques principes fondamentaux et, d'ailleurs, peu nombreux, qui, aux art. 34 et suivants du projet, caractérisent le mode d'exécution des trois peines privatives de liberté: arrêts, emprisonnement, réclusion.

Je ne suis d'ailleurs pas le seul Romand à parler ainsi. A la deuxième commission d'experts, le professeur Alf. Gautier a déclaré, lui aussi: « Dans la mesure à laquelle le projet restreint ses prescriptions sur ce point, il n'y a aucun doute quant à leur admissibilité constitutionnelle. L'exécution des peines voisine de très près avec le droit matériel et prétendre faire un code pénal excluant toute disposition de ce genre, c'est vouloir mutiler l'œuvre! »

Le projet peut donc édicter ces quelques règles d'exécution. Et même, il doit les édicter, car elles sont un des éléments essentiels de la réforme bienfaisante que le Code pénal suisse nous apportera dans ce domaine.

Comme je vous le disais dans mon rapport général du mois de mars, il est urgent — quoique peu s'en doutent encore, à part les spécialistes — de substituer à cet égard un régime d'ordre au chaos actuel. Les cantons eux-mêmes n'ont-ils pas tout à gagner, au point de vue moral, social et économique, à ce que soit enfin rendu possible, dans notre pays, le développement rationnel d'une organisation pénitentiaire efficace?

J'en aurai fini avec l'art. 34 quand je vous aurai signalé encore les quelques propositions suivantes que vous fait la commission.

Au chiffre 2, votre commission vous propose de dire que la réclusion sera subie « dans un établissement ou une section d'établissement » exclusivement affectés à cette destination. L'idée d'économie qui a inspiré cette décision — le projet du Conseil fédéral prévoit des établissements distincts — est certes louable en elle-même. Au point de vue purement pénal, cependant, il serait à mon avis préférable de dire avec le projet du Conseil fédéral: la réclusion est subie dans un établissement exclusivement affecté à cette destination. Car c'est un fait connu que la peine ne vaut, dans le sentiment populaire, que par le local dans lequel elle s'exécute. Deux peines différentes de par le code, mais subies dans le même établissement n'en font souvent qu'une pour le gros public. Ainsi donc, enfermer les condamnés à l'emprisonnement dans le même établissement que les réclusionnaires, c'est risquer de les rendre, à leur sortie, l'objet du même mépris. Est-ce juste, puisqu'on a jugé qu'ils méritent une peine moins sévère? Et surtout, est-ce opportun au point de vue de leur reclassement? J'en doute fort, pour ma part. Mais encore une fois, c'est aux conseils de la prudence politique que votre commission a ici obéi. Je m'incline devant ces considérations d'ordre pratique.

Quant aux autres modifications que la commission vous propose d'apporter au chiffre 2 de l'art. 34, elles n'appellent aucun commentaire.

Restent les chiffres 3 à 4 que la commission propose de biffer. Ces dispositions doivent être transférées à une autre place. La commission estime en effet utile de grouper, dans un nouvel art. 35bis, les dispositions des art. 34 et 35 (chiffres 3 à 4) qui concernent l'exécution

des peines de réclusion et d'emprisonnement selon le système progressif.

L'art. 35 traite de l'emprisonnement, peine à terme plus court que la réclusion. Maximum trois ans, si vous acceptez la proposition de la commission. Minimum 8 jours.

Des peines plus brèves encore, disent nombre de spécialistes, font plus de mal que de bien. Une peine de moins de huit jours, déclare-t-on, n'a d'autre résultat que de disqualifier un homme, de lui infliger une tare. Quand donc un délinquant n'a pas mérité l'emprisonnement pour huit jours au moins, il ne faut pas le mettre en prison. Ces cas doivent rester du domaine de l'amende ou, éventuellement, de la condamnation conditionnelle.

Au surplus, ajoute-t-on dans le même sens, il ne s'agit ici que des crimes ou délits, c'est-à-dire d'infractions graves ou relativement graves; il ne s'agit pas des contraventions. En outre, l'art. 62 du projet permet, quand il y a des circonstances atténuantes, de transformer, dans beaucoup de cas, l'emprisonnement en arrêts. Or, la durée minimum des arrêts est d'un jour.

Sous réserve de ces cas-là, qui méritent une certaine clémence, il ne faut pas, ont pensé les auteurs du projet, inciter le juge, en mettant à sa disposition la peine d'un emprisonnement trop court, à prononcer cette peine de préférence à l'amende.

Tels sont les principaux motifs pour lesquels, avant votre commission, la majorité de la seconde commission d'experts, ses deux rapporteurs, les professeurs Zürcher et Gautier, et son président, feu le conseiller fédéral Müller, ont déclaré que ce serait une erreur, surtout avec la tendance de nos juges à côtoyer les minima, que d'abaisser le minimum de l'emprisonnement au-dessous de huit jours. Avec l'art. 62 du projet, feu le conseiller fédéral Müller a même déclaré à la seconde commission d'experts qu'à son avis, il faudrait plutôt songer à élever ce minimum à 14 jours.

Je vous signale aussi, à ce propos, que le projet allemand de 1925, entre autres, se prononce dans le même sens. Son exposé des motifs s'exprime en ces termes:

« Die Mindestdauer der Gefängnisstrafe ist von einem Tag auf eine Woche erhöht, um kurze Freiheitsstrafen nach Möglichkeit zu vermeiden. Freiheitsstrafen von nur einem oder wenigen Tagen stiften nach den bisherigen Erfahrungen mehr Schaden als Nutzen. Eine bessernde Einwirkung auf den Gefangenen ist in so kurzer Zeit nicht möglich. Die abschreckende Wirkung einer so kurzen Strafe ist gering. Zuweilen bewirkt eine solche Strafe das Gegenteil, indem sie dem Betroffenen die heilsame Scheu vor der Strafanstalt nimmt. Andererseits trifft sie den Verurteilten unter Umständen unverhältnismäßig schwer, da sie in gleicher Weise wie eine längere Strafe zu dem Verlust der Arbeitsstelle und ähnlichen Schädigungen führen kann. Für die Verwaltung der Strafanstalten verursachen Freiheitsstrafen von wenigen Tagen eine unverhältnismäßig starke Belastung »

Vous êtes cependant saisis d'une proposition de M. Vallotton qui tend à abaisser à un jour la durée minimum de l'emprisonnement, et subsidiairement à trois jours. L'auteur de cette proposition vous exposera

les motifs qui l'ont conduit à vous la faire. Je me réserve d'y revenir après l'avoir entendu.

Quant au chiffre 2 de l'art. 35, votre commission y a apporté des modifications qui correspondent à celles dont je vous ai déjà parlé à propos de l'art. 34, chiffre 2.

Il y a ici une proposition de minorité, concernant l'al. 2 du chiffre 2. Le projet du Conseil fédéral dit: «Les condamnés... portent le costume... de l'établissement. Pendant la période cellulaire, ils peuvent être autorisés à porter leurs vêtements personnels.» La minorité de la commission voudrait au contraire dire simplement: «les condamnés à l'emprisonnement reçoivent l'ordinaire de l'établissement et, si la durée de la peine dépasse trois mois, portent un costume spécial.» Vous entendrez tout à l'heure les motifs à l'appui de cette proposition. Mais, sous réserve de ce que pourra m'apprendre l'exposé de ces motifs, j'estime qu'il y a de bonnes raisons de ne pas traiter les condamnés à l'emprisonnement, même pour moins de trois mois, comme les condamnés aux arrêts qui, eux, portent leurs vêtements personnels (art. 37). Adopter la proposition de la minorité aurait, à mon avis, l'inconvénient d'effacer une des distinctions que fait le projet entre la peine d'emprisonnement et la peine des arrêts, qui doit être une peine plus légère.

Les chiffres 3 et 4 de l'art. 35, enfin, ont été biffés par votre commission pour les mêmes raisons que les chiffres 3 et 4 de l'art. 34.

Je passe à l'art. 35bis. Cet article pose quelques règles tout à fait générales qui, comme je vous le disais en mars dernier, assurent l'exécution des peines de réclusion et d'emprisonnement selon ce qu'on appelle le système progressif.

Les chiffres 2 et 3 de l'art. 35bis correspondent aux chiffres 4 et 3 des art. 34 et 35 du projet du Conseil fédéral.

Les chiffres 1 et 4, en revanche, sont nouveaux. Le chiffre 4, en particulier, répond dans une certaine mesure à un vœu émis en mai 1921 par l'assemblée de la société suisse pour la réforme pénitentiaire et le patronage des détenus libérés. Aux termes de ce vœu, le système progressif devrait être réglementé de manière à permettre aux divers établissements d'organiser leur régime selon la nature des travaux (à l'intérieur ou au dehors) qu'ils font faire par leurs pensionnaires.

Quant au chiffre 1, il pose les principes fondamentaux qui sont à la base du régime progressif. La peine doit, autant que possible, servir à quelque chose de plus qu'à faire souffrir. Elle doit tendre à rééduquer le condamné, à préparer son retour à la vie libre.

Au chiffre 3, il y a encore une proposition de minorité. La minorité propose de dire (cela n'existe pas dans le projet du Conseil fédéral, ni dans celui de la majorité):

«Les condamnés dont la peine n'excède pas une durée de trois mois sont autorisés à se procurer eux-mêmes du travail conforme à leurs aptitudes, à défaut de quoi ils sont tenus d'exécuter celui qui leur est assigné.»

Cette proposition, comme celle qui vous est faite à propos de l'art. 35, chiffre 2, second alinéa, aboutit à abolir pour les peines d'emprisonnement de moins de trois mois, une distinction que le projet a faite et qui, à mon avis, doit être faite entre l'em-

prisonnement et les arrêts. Pour les arrêts (art. 37, chiffre 3) il est prévu que le condamné peut choisir son travail. Cela n'est pas prévu pour l'emprisonnement. On a voulu marquer ainsi une différence entre les deux peines. Vous aurez à statuer sur ce point après avoir entendu les motifs à l'appui de la proposition de la minorité.

L'art. 36 parle de la libération conditionnelle. C'est l'étape finale dans l'exécution de la peine selon le système progressif. C'est à la fois une expérience de ce que le condamné pourra faire une fois libéré et un appel à l'auto-éducation de cet homme, à son effort personnel pour se reclasser, pour se remettre en selle.

Par conséquent et en premier lieu, il ne faut pas gaspiller cette mesure. De là, la première condition mise par le projet du Conseil fédéral à l'octroi de cette faveur. Elle est exclue, d'après le projet du Conseil fédéral, à l'égard du condamné qui se trouve en état de récidive réitérée, c'est-à-dire qui a, à son passif, au moins deux récidives au sens de l'art. 64. Sur ce point, cependant, votre commission a estimé préférable de s'en rapporter à l'appréciation de l'autorité compétente. Elle a donc laissé tomber cette première condition.

La commission a également cru pouvoir être moins exigeante que le projet, en ce qui concerne la durée minimum de la détention qui doit être subie avant que la libération conditionnelle soit possible. Il faut en tout cas un minimum. La réalisation du système progressif n'est possible que si la détention a une certaine durée. Il faut que l'éducation qu'on tente de faire en prison puisse porter ses fruits. Votre commission a cependant jugé suffisant d'exiger que le condamné ait subi les deux tiers de sa peine, et au moins trois mois d'emprisonnement.

Pourront ainsi bénéficier de la libération conditionnelle: 1° les condamnés au minimum de la réclusion (un an); 2° les condamnés à l'emprisonnement pour au moins quatre mois et demi.

Quant aux autres conditions mises à l'octroi de la libération conditionnelle dans le texte de la commission, elles sont sensiblement les mêmes que dans le chiffre 1er, 1er alinéa, du texte du Conseil fédéral. Je ne m'arrête pas aux détails.

Dans le chiffre 1bis du texte qu'elle vous propose, la commission a repris tout d'abord le principe du patronage qui est prévu au chiffre 2 du projet du Conseil fédéral. Toutefois, s'inspirant de considérations d'ordre pratique, la commission vous propose de rendre le patronage facultatif et non pas obligatoire pour le libéré conditionnel. Pour ma part, je dois dire que je regrette cette modification. Il est essentiel que la mise à l'épreuve du libéré conditionnel ne soit pas une comédie, qu'elle soit sérieuse. Or, pour qu'elle le soit, il me paraît nécessaire qu'une surveillance, mieux encore, qu'une assistance soit organisée à l'égard du libéré conditionnel. C'est là, justement, la raison d'être du patronage dont l'art. 44 définit la mission générale.

Je ne veux cependant pas faire la proposition de revenir au texte du Conseil fédéral. Je mets mon espoir dans la sagesse du Conseil des Etats. C'est à lui qu'il appartiendra de peser à nouveau, sur ce point, le pour et le contre en ce qui concerne le patronage obligatoire des libérés conditionnels.

Le chiffre 1bis, 1^{er} alinéa, du texte de la commission prévoit en outre que le délai d'épreuve, en règle générale, expire avec la peine qui reste à subir, mais qu'il sera d'un an au moins et de cinq ans au plus. D'après le projet du Conseil fédéral (chiffre 1, 1^{er} alinéa), le délai d'épreuve « doit » durer jusqu'à l'expiration de la peine encourue.

Quant aux chiffres 2 et 3 du texte de la commission, ils correspondent aux chiffres 2 et 3 du projet du Conseil fédéral, avec cette différence principale qu'au chiffre 2 du texte du Conseil fédéral, la première phrase, comme nous venons de le voir, a passé dans le chiffre 1bis du projet de la commission.

Pas d'observation sur le chiffre 4.

L'art. 37 prévoit et régleme les arrêts, la troisième et la plus légère des peines privatives de liberté prévues par le projet. Je vous l'ai déjà dit, les arrêts sont surtout la peine des contraventions. Ils ne sont qu'exceptionnellement la peine d'infractions plus graves. Ils peuvent être prononcés contre l'auteur d'un crime ou d'un délit, seulement en vertu des art. 62 et 63 (atténuation de la peine normale) et dans les cas, rares d'ailleurs, qui sont expressément prévus dans la partie spéciale du livre I.

A la différence de l'emprisonnement et de la réclusion, les arrêts sont une peine courte (un jour à trois mois). Avec raison, d'autre part, le chiffre 3 de l'art. 37 prévoit le travail obligatoire même pour les condamnés aux arrêts. L'oisiveté est la mère de tous les vices, surtout en prison. Et pourtant, il y a encore des codes cantonaux qui n'astreignent pas au travail les condamnés aux arrêts. J'en parle en connaissance de cause, puisqu'il en est ainsi dans mon canton.

Mais, sous cette réserve, les chiffres 2 et 3 de notre art. 37 organisent l'exécution des arrêts d'une façon qui rend cette peine beaucoup moins afflictive que l'emprisonnement et la réclusion.

Je vous signale enfin :

1^o qu'au chiffre 2 et pour marquer plus nettement encore que ne l'a fait le projet du Conseil fédéral, la différence qui doit exister entre les arrêts d'une part et d'autre part la réclusion et l'emprisonnement, la commission vous propose de dire que les peines d'arrêts devront être subies en tous cas dans un étalement spécial;

2^o qu'au chiffre 4, la commission vous propose, pour des raisons d'ordre pratique, d'admettre que les condamnés aux arrêts travaillent en commun pendant le jour. Ils ne seront donc mis en cellule que pendant la nuit.

L'art. 38 pose certaines règles communes aux peines de réclusion, d'emprisonnement et d'arrêts. La commission vous propose d'apporter, au chiffre 2, un complément qui s'explique de lui-même.

J'arrive enfin à l'art. 39. Il comblera une lacune regrettable et regrettée à plusieurs reprises dans ce Conseil même, puisque le droit fédéral actuel ignore encore la condamnation conditionnelle, alors qu'une vingtaine de cantons déjà l'ont introduite dans leur législation.

La condamnation conditionnelle (ou le sursis conditionnel à l'exécution de la peine) est cependant déjà prévue par notre code pénal militaire de 1927, art. 32.

Ici, comme en matière de libération conditionnelle, c'est l'idée de l'éducation du condamné par

lui-même qui sert de base. Si l'essai réussit, c'est tout profit pour l'Etat et pour nous tous.

Mais il y a encore une autre considération qui a conduit la plupart des Etats civilisés à adopter cette institution d'origine américaine. On comprend de mieux en mieux que la peine privative de liberté, si courte soit-elle, a presque forcément des répercussions funestes sur le condamné primaire. Il y a donc tout intérêt à éviter, si possible, ce résultat fâcheux. Il faut, autant que faire se peut, éviter au condamné qui en est digne, le contact salissant avec la prison. La condamnation conditionnelle permet de le faire.

Toutefois, si l'on ne veut pas froisser un sentiment respectable de la conscience populaire, si l'on veut éviter de donner l'impression que la condamnation conditionnelle peut devenir un moyen d'énerver la répression, il faut la subordonner à des conditions précises.

C'est ce que fait le projet qui l'exclut, tout d'abord, lorsque la condamnation dépasse un certain maximum. C'est ce que ne fait pas une proposition de la minorité de la commission, qui, sur ce point, me paraît aller trop loin. Elle ouvre la possibilité d'une condamnation conditionnelle pour n'importe quelle peine privative de liberté, même pour la réclusion et même pour la réclusion prononcée pour n'importe quelle durée. Cela n'est pas acceptable.

Quant à l'amende, que la minorité de la commission propose de mentionner aussi au début de l'art. 39, vous aurez à décider. Le projet du Conseil fédéral et la majorité de la commission suivent, sur ce point, le système adopté par la plupart des lois cantonales : pas de condamnation conditionnelle possible pour la peine d'amende. Je dois dire, cependant, qu'il y a quelques cantons qui admettent le sursis dans ce cas. Ce sont les cantons romands; ce sont aussi les cantons de Zurich, de St-Gall, sauf erreur, et, aussi, de Schaffhouse. Personnellement, je suis ici d'accord avec la minorité de la commission. Je considère cette extension à l'amende comme conforme à la nature même de l'institution. Si le sursis peut suffire pour remettre dans le droit chemin un condamné à l'amende, pourquoi ne pas le lui accorder? Remarquez du reste que ce n'est pas toujours un cadeau agréable qu'on fera à ce condamné, en le mettant au bénéfice de la condamnation conditionnelle; il peut être plus agréable de payer l'amende que de subir la mise à l'épreuve qu'implique le sursis. Mais enfin, vous vous prononcerez sur ce point.

Cela dit et en terminant, je vous signale les modifications suivantes que la commission a apportées au projet du Conseil fédéral :

1^o d'après le texte du Conseil fédéral (chiffre 1, second alinéa), le sursis n'est possible que si, dans les dix ans qui précèdent, l'intéressé n'a subi aucune peine privative de liberté pour délit intentionnel.

La commission vous propose de réduire ce délai à cinq ans.

2^o La rédaction donnée par la commission à l'avant-dernier alinéa du chiffre 1, est la même que celle de l'art. 36, chiffre 1.

3^o Au chiffre 2, la commission vous propose de rendre le patronage facultatif; je me suis expliqué sur ce point à propos de l'art. 36; j'ai fait mes réserves; je n'y reviens pas. A l'art. 39, le second alinéa du chiffre 2 (texte du Conseil fédéral) doit naturellement être modifié en conséquence.

4° Le chiffre 3 de l'art. 39 peut être rapproché de l'art. 36, chiffre 3. Ici encore, alors que le projet du Conseil fédéral parle de « l'autorité de patronage », votre commission mentionne « le juge », puisqu'il peut ne pas y avoir de patronage dans le système proposé par la commission.

5° Enfin, au chiffre 4, la commission a apporté une modification importante et, à mon avis, regrettable, au texte du Conseil fédéral. Le Conseil fédéral dit, au chiffre 4 de l'art. 39: « Si le condamné a subi l'épreuve jusqu'au bout, la condamnation sera considérée comme non avenue. » La majorité de la commission vous propose, au contraire, de dire: « Si le condamné a subi l'épreuve jusqu'au bout, le juge ordonnera la radiation du jugement au casier judiciaire. »

Cette rédaction nouvelle est en rapport avec une autre décision prise par la commission et qui concerne le casier judiciaire. Le projet du Conseil fédéral prévoyait la suppression, autrement dit la destruction des fiches du casier, dans certains cas et, notamment, dans le cas prévu à l'art. 39, chiffre 4.

Mais votre commission a biffé l'art. 381 du projet du Conseil fédéral, ne laissant subsister que la possibilité de « radier » certaines condamnations sur les fiches du casier.

C'est cette idée que la majorité de la commission a exprimée dans la rédaction nouvelle qu'elle vous propose pour le chiffre 4 de l'art. 39. La commission a estimé, en d'autres termes, qu'à l'art. 39 ce n'est plus de « condamnation conditionnelle » qu'il faut parler, mais de « sursis conditionnel à l'exécution de la peine ». La différence est importante et, ici encore, il y a une proposition de la minorité de la commission, proposition de revenir au texte du Conseil fédéral et que j'approuve aussi pour ma part.

Dans le système adopté par la majorité de votre commission (sursis), le condamné a beau avoir subi l'épreuve à son honneur, il reste condamné et il peut devenir récidiviste. En revanche, d'après le système du Conseil fédéral (condamnation conditionnelle), c'est la condamnation elle-même qui est mise à néant; tout est effacé; rien ne subsiste plus au point de vue pénal.

Ce dernier système me paraît plus conforme à la nature même de l'institution. Si le condamné a été jugé digne de pardon, parce qu'il s'est bien conduit jusqu'à la fin du délai d'épreuve, ce pardon doit à mon avis être complet. Je voterai donc, sur ce point, la proposition de la minorité de la commission, tout en reconnaissant que la conséquence logique de cette solution devrait être la suppression complète, la destruction de la fiche du casier qui mentionne la condamnation ainsi mise à néant.

Eggspühler, Berichterstatter der Minderheit: Die Herren Balestra, Dedual, Evéquo, Grand, Grünfelder und meine Wenigkeit haben zu Art. 34 den Minderheitsantrag eingebracht, daß die längste Dauer der Zuchthausstrafe nicht 15, sondern 20 Jahre betragen solle. Ich habe die Ehre, diesen Antrag hier im Rate zu vertreten.

Wenn wir Ihnen diesen Antrag zur Annahme empfehlen, so geschieht es nicht deshalb, um ganz enorme Strafbestimmungen nur aus purer Eigenliebe in das Strafgesetz aufzunehmen, sondern weil wir aus unserer langjährigen Erfahrung heraus die An-

sicht vertreten, daß das Höchstmaß der Zuchthausstrafe in bestimmten, ich gebe zu, nicht viel vorkommenden Fällen, zu gering ist. Wir vertreten mit der Mehrheit der Kommission den Standpunkt, daß wir von einem richtigen Vollzug der Freiheitsstrafe die Besserung des Verurteilten durch Erziehung zur Arbeit und durch moralische Einwirkungen jeder Art von Seite der Anstaltsleitungen erhoffen. Allein es gibt Verbrecher, die sich der angestregten Arbeit entziehen, um auf Kosten ihrer Mitmenschen ein Parasitenleben zu führen. Da müssen ganz andere Maßnahmen ergriffen werden. Diese Schwerverbrecher sind vielfach gemeingefährlicher Natur, die sofort ein neues Verbrechen verüben, sobald sie aus dem Zuchthaus entlassen werden. Solche Leute muß man hinter Schloß und Riegel halten, solange es überhaupt möglich ist. Es sind das Leute, die keinen Versuchungen zu widerstehen vermögen, die immer und immer wieder vor den Strafrichter kommen, die ein Spiel mit dem Strafrichter treiben und für die Mitmenschen gemeingefährliche Subjekte sind. Dazu gehören auch jene widerspenstigen Elemente, die jeglicher Zucht und Ordnung Hohn sprechen. Solche Leute schickt Frankreich nach Vollstreckung der Strafe oder an Stelle der Strafe auf Lebzeiten in eine Strafkolonie und säubert so das Land, insbesondere die großen Städte, von diesen bösen, gemeingefährlichen Gewohnheitsverbrechern. Wir besitzen in der Schweiz keine Strafkolonie, um uns dieser unverbesserlichen, gemeingefährlichen Elemente zu entledigen. Das höchste Strafmaß ist nach Ihren Beschlüssen die lebenslängliche Zuchthausstrafe. Sie findet nur Anwendung bei Mord und eventuell noch bei Hochverrat. Diese Mordsubjekte sind nicht immer die gemeingefährlichsten Individuen. Ich hatte in meiner richterlichen Untersuchungstätigkeit seinerzeit Gottlob nur einen Fall, wo lebenslängliche Zuchthausstrafe ausgesprochen werden mußte gegenüber einem 22jährigen Manne. Der Verurteilte war in gewissem Maße auch ein gemeingefährlicher Mensch, allein er war kein widerspenstiges Element, sondern es konnte bessernd auf ihn gewirkt werden. Heute ist er, nachdem er aus dem Zuchthaus entlassen ist, ein arbeitsamer, solider Arbeiter. Es gibt aber auch andere Elemente und wir haben sie sozusagen in jedem Kanton, auf die die Anstaltsverwahrung gar keinen Eindruck macht, die unverbesserlich und nicht korrekationsfähig sind, sondern Zeit ihres Lebens gemeingefährlich bleiben. Ich meine, für solche Elemente ist die Höchststrafe von 15 Jahren zu gering, abgesehen davon, daß zwischen der lebenslänglichen Zuchthausstrafe und der Höchststrafe von 15 Jahren ein zu großer Abstand ist.

Sodann möchte ich Sie doch noch darauf aufmerksam machen, daß die größere Zahl der kantonalen kodifizierten Strafgesetze ein höheres Höchstmaß der Zuchthausstrafe kennen. Dieser Tatsache sollten wir im neuen eidgenössischen Strafgesetzbuch auch Rechnung tragen. Mit diesen wenigen Worten empfehle ich Ihnen unsern Antrag.

M. Vallotton: Le projet de code que nous discutons prévoit les peines privatives de liberté que voici: 1° la réclusion à perpétuité; 2° la réclusion avec minimum d'un an et maximum de 15 ans; 3° l'enfermement avec minimum de 8 jours et maximum

de 2 ans; 4° les arrêts simples, sorte de « custodia honesta », de passade judiciaire, dont le minimum est un jour et le maximum de 3 mois.

Cette peine d'arrêts réprime essentiellement les contraventions mais, par le jeu des circonstances atténuantes (art. 61 et 62) ou de l'atténuation dite libre (art. 63), elle peut être substituée à la peine de l'emprisonnement.

J'ai l'honneur de vous proposer: de réduire le minimum de la peine d'emprisonnement de 8 jours à 1 jour, et, subsidiairement, de 8 jours à 3 jours.

Bien que je ne me fasse aucune illusion quelconque sur le sort de ma proposition que vous allez rejeter à une majorité très évidente, je tiens à la justifier.

Je serai aussi bref que possible, Messieurs, car, si mes calculs sont exacts, le discours de 30 minutes prévu par le règlement coûte 600 fr. au peuple suisse. Peut-être ne serait-il pas inutile qu'on le rappelât ici, au début de chaque séance et qu'on l'écrivit peut-être en lettres d'or.

Dans son remarquable rapport général, M. le député Logoz, — l'éminent concitoyen vaudois que nous avons cédé (provisoirement) au canton de Genève, — a exposé en termes parfaits des principes auxquels nous avons applaudi. Soit dit en passant, vous voyez combien cette querelle prétendue entre les Vaudois et les Genevois est fautive, puisque vous constatez que le canton de Vaud a cédé deux conseillers nationaux au canton de Genève, représentant des opinions très légèrement différentes d'ailleurs, Messieurs Logoz et Nicole. (Rires.)

« La peine, a dit M. le professeur Logoz, est un châtement, un moyen de répression; elle implique une idée, un élément d'expiation. Mais elle doit aussi, dans notre intérêt à tous et autant que faire se peut, viser à atteindre certains buts de prévention » . . .

« La peine doit être un garde à vous adressé à tous et particulièrement aux mauvais. Mais quand un délit a été commis, la peine doit être choisie, dosée, et exécutée de telle manière qu'à l'avenir le condamné ne récidive pas . . . »

M. Logoz rappelait le mot précieux du grand juriste français Saleilles: « Il faut individualiser! »

Voyons, Messieurs, si ces principes militent en faveur du système des minima généraux du projet ou en faveur de notre proposition d'après laquelle le juge serait libre de prononcer une peine de 1, 2 ou 3 jours d'emprisonnement, par exemple.

« La peine, a dit le rapporteur, est un moyen de répression impliquant un élément d'expiation. » Eh bien! je prétends, Messieurs, que dans certains cas pour certains délits, envers certains prévenus, une peine d'un, 2 ou 3 jours d'emprisonnement sera une expiation sévère, plus sévère qu'une peine de 3 jours d'arrêts. Je cite un exemple: un homme honorable jouissant de l'estime de chacun, susceptible d'appartenir un jour au Conseil national (ce qui est bien) et même au Conseil des Etats (ce qui est beaucoup mieux) cet homme, dis-je, se laisse aller, dans un moment de colère à gifler une femme. Il est passible d'emprisonnement (art. 109) avec minimum de 8 jours ou, si le juge admet les circonstances atténuantes, d'arrêts ou d'amende. Le juge, estimant odieux le geste de frapper une femme, aimerait frapper à son tour le brutal d'une peine effective d'emprisonnement; il aimerait lui infliger 2 jours d'emprisonnement; mais

le code ne le lui permet pas; le minimum est de 8 jours; décidément, 8 jours d'emprisonnement pour une simple gifle, cela fait plus d'un jour par doigt: le juge trouve la peine trop forte; il renonce à l'emprisonnement et inflige les arrêts. Voilà, Messieurs, concrétisé en un cas infiniment banal et fréquent, le danger de ce minimum général. En voulant être trop sévère, vous forcez le juge à être trop clément: vous aboutissez à fins contraires de votre but.

Ne dites pas que le juge pouvant prononcer les arrêts, cela revient au même. Pas du tout! La peine des arrêts, de par sa nature même, est moins sérieuse, moins efficace qu'une peine même légère d'emprisonnement; ne l'oublions pas, l'emprisonnement même pendant 3 jours est une dure expiation, ce qui n'est point le cas d'une peine d'arrêts même de 6 jours. Je crois avoir établi que le principe de l'expiation milite en faveur de la réduction du minimum général que nous vous proposons.

Qu'en est-il du but préventif que la peine doit réaliser? Nous pensons, Messieurs, que la peine même légère d'emprisonnement frappera davantage le délinquant éventuel et le public qu'une peine, même beaucoup plus longue, d'arrêts simples.

Mais, MM. les députés, c'est surtout le principe de l'individualisation de la peine qui milite en faveur de notre proposition. Nous répétons que certains délinquants se sentiraient plus atteints par une peine de 2 jours d'emprisonnement que par 6 jours d'arrêts.

Dans un mouvement à la fois oratoire et belliqueux, M. Logoz s'est écrié:

« Huit jours au moins! Guerre aux peines courtes! »

Je lui réponds timidement, en petit avocat de province s'adressant à un illustre juriste: « Monsieur le Professeur! J'ai vu dans ma carrière d'avocat de nombreux prévenus pour qui la sanction d'un seul jour d'emprisonnement était peine très lourde et, partant très efficace! ». J'en appelle au témoignage de mes nombreux confrères du Barreau qui siègent ici et qui en général, se distinguent par la rareté et la brièveté de leurs interventions. Je suis certain qu'ils ont fait les mêmes expériences que moi. Eux aussi vous diront que, suivant l'individu, la peine légère d'emprisonnement est expiatoire, préventive, satisfaisante.

« Guerre aux peines courtes! » s'est écrié notre ami Logoz, qui est non seulement un professeur distingué, mais un brillant officier d'état-major, et, par conséquent, un guerrier redoutable.

Pour justifier cette déclaration de guerre, M. Logoz juge en principe que les peines courtes n'atteignent point les buts qu'elle se proposent. Mais c'est là une affirmation gratuite, toute théorique, et que l'expérience controuve. Laissez-moi vous le prouver: L'ancien Code de 1843 du canton que j'ai l'honneur de représenter ici ne prévoyait pas de minima généraux, mais de nombreux minima spéciaux. Après 56 ans d'application et d'expériences, en 1899, on supprima presque tous les minima, avec l'approbation des présidents de tribunaux et des praticiens du droit pénal.

M. Petitmermet, président du Tribunal de Vevey, qui est un juriste de grande valeur, et qui, pendant des années fut substitut du procureur général, a bien voulu me faire connaître hier son avis; cet honorable magistrat arrive aux mêmes conclusions que nous et je déplore n'avoir pas le temps de lire son mé-

moire si intéressant, — que je remettrai à la commission. Mais voici un passage de sa lettre:

... « S'il est un domaine dans lequel l'expérience, l'évolution et le développement des idées et des moeurs commandent de laisser la plus grande latitude au juge, c'est bien celui de la mesure de la peine. A cet égard, l'introduction du Code pénal fédéral constituerait chez nous un retour en arrière et l'abandon d'un système que notre canton, fort des expériences acquises, bien loin de vouloir abandonner entend, au contraire, j'en suis certain, généraliser en supprimant les minimas spéciaux encore existants... ».

Et M. Petitmermet ajoute, au sujet du minimum de 8 jours d'emprisonnement:

... « Les inconvénients de l'absence de tout minimum général quelqu'il soit, — et aussi bien pour la réclusion que pour l'emprisonnement, — ne sont pas tels qu'ils doivent passer avant les avantages d'un tel système. Il se présente, en effet, encore assez fréquemment dans la pratique des cas où le juge constate d'une façon certaine et indéniable l'existence d'une infraction, mais où, par suite de circonstances spéciales, soit la faute de l'auteur de l'infraction, soit le trouble apporté par l'infraction à l'ordre social, sont très minimes et presque insignifiants, où le délinquant mérite une indulgence extrême sans pour cela pouvoir être mis au bénéfice du sursis ou d'une commutation de l'emprisonnement en arrêts, ou encore des cas dans lesquels, en raison des circonstances, le juge estime qu'un avertissement représenté par 1, 2 ou 3 jours de prison est nécessaire, mais suffisant. Pourquoi, par la fixation d'un minimum forcément arbitraire et artificiel et commandé bien plus par des préoccupations théoriques que par des motifs pratiques, lui enlever la faculté d'agir en conséquence? »

Enfin, Messieurs, la limitation des minimas généraux de la peine constitue en fait une violation du principe qui domine le droit pénal et qui se résume en ces trois mots: « la liberté du juge ».

Nous estimons que le juge doit avoir la plus grande latitude. Parceque nous avons confiance entière dans les magistrats de notre pays, nous voulons lui remettre une loi souple qui lui permettra d'appliquer la peine la plus appropriée, dont il fixera librement la qualité, en tenant compte des conditions matérielles du délit, et des circonstances personnelles au délinquant. Les seuls minimas auxquels les juges devraient être astreints sont ceux que leur conscience leur dicterait en chaque espèce.

Nous entendons que le juge puisse appliquer 1, 2, 3 jours d'emprisonnement s'il juge que ce sont bien là et l'espèce de la peine et la qualité constituant la sanction efficace et nous ne comprenons pas que, partant d'une affirmation purement doctrinale, l'on refuse au juge cette faculté, parce que des théoriciens que nous respectons infiniment d'ailleurs ont décrété, du haut de l'Olympe scientifique où plane leur esprit, que toute peine courte, en toute circonstance, quel que soit l'individu, est inefficace! Il y a là une véritable méfiance envers le juge et oubli de ce principe d'individualisation de la peine que M. Logoz rappelait dans son exposé liminaire.

J'entends vos objections. Vous dites, Monsieur le rapporteur: « Si le juge estime que la peine de 8 jours d'emprisonnement est trop forte, qu'il mette les arrêts... » Je répons: « Vous oubliez que la

nature et la portée de la peine des arrêts sont différentes de l'emprisonnement; vous empêchez le juge de choisir la peine qui lui paraît la plus efficace. Vous êtes donc en contradiction avec vos propres principes! » ...

Vous dites encore: « Un jour d'emprisonnement ne permet pas au condamné de réfléchir!... » Je rétorque: Vous raisonnez en vérité comme si le cerveau des hommes et leur conscience étaient construits en série, à la manière du carburateur ou de la magnéto d'une automobile américaine. Comment pouvez-vous faire de telles affirmations, alors que vous avez invoqué le principe de l'individualisation de la peine? ... Comment pouvez-vous, sans sourire, affirmer que le condamné ne peut réfléchir s'il est condamné que de 3 jours d'emprisonnement, tandis qu'il le pourra si le juge lui inflige 3 jours d'arrêts? ... » —

Vous dites aussi: « Le congrès pénitentiaire international de Londres de 1925 s'est prononcé contre le régime des peines privatives de liberté de courte durée!... » Je voudrais être touché par cet argument international, mais je n'y arrive pas. Il se peut en effet qu'un enfant flegmatique de la rose Albion considère la peine d'un jour d'emprisonnement en quelque sorte comme un incident de son voyage terrestre, comme un arrêt un peu prolongé dans un buffet de gare? Telle n'est point la pensée de nos concitoyens et s'agissant d'un Code pénal fédéral, je prête attention plus grande à la modification d'un Code pénal cantonal dans le sens que nous préconisons (modification apportée dans le canton de Vaud après 56 ans d'expériences pratiques) qu'aux thèses savantes exprimées par un congrès pénitentiaire, fût-il international et siégeât-il à Londres.

Pour être absolument logique, Messieurs, avec les idées que j'ai émises, j'aurais dû me borner à ma proposition principale, soit la réduction de l'emprisonnement à un jour, ce qui équivaut à la suppression du minimum général.

Si j'ai formulé une proposition subsidiaire (minimum de trois jours) c'est pour les motifs suivants: Tout d'abord, à la différence de notre code cantonal, qui ne connaît pas la peine des arrêts; j'admets donc que la peine légère des arrêts peut avoir un minimum de un jour et la peine d'emprisonnement de trois jours; la gradation entre les deux peines sera ainsi soulignée plus nettement; puis, Messieurs, entre deux maux, je dois choisir le moindre et il me reste un espoir infinitésimal que la commission des Etats adoptera peut-être cette solution transactionnelle, tandisqu'elle repoussera sans doute la proposition principale.

De même, Messieurs, en bonne logique, j'aurais dû demander la suppression du minimum d'un an de la réclusion; j'y ai renoncé après mûre réflexion, car j'avais l'impression qu'en liant ces deux minimas, je chargerais trop mon bateau (je devrais dire ma galère, puisqu'il s'agit de peines) et ferais couler à la fois mes deux propositions.

D'autre part, je le reconnais volontiers, la peine de la réclusion, qui sera réservée aux délits de marque, poursuit plus particulièrement le but d'amender, de régénérer le prévenu. Il est donc exact de dire que, là, un internement prolongé pourra s'imposer.

Enfin, argument sérieux, le juge pourra, dans la plupart des cas, prononcer l'emprisonnement au lieu de la réclusion.

Vous le voyez, Messieurs, je vous livre toute ma pensée.

Messieurs les députés, dès la discussion sur l'entrée en matière, nous avons déclaré que cette question des minimas avait à mes yeux une importance très grande. Nous le répétons avec toute la netteté désirable, et après avoir pris l'avis de magistrats judiciaires vaudois: Si l'on imposait au juge les minimas prévus par le projet, ce serait pour nous une raison définitive de principe d'être hostiles au projet du code. Je confirme au surplus ce que nous avons déclaré à cette occasion.

En renonçant à demander la suppression du minimum pour la peine de la réclusion; en me bornant à la demander pour la peine de l'emprisonnement; enfin, en admettant subsidiairement un minimum de trois jours, je crois avoir fait preuve de l'esprit le plus conciliant, dans l'espoir que nos Confédérés voudront bien le reconnaître et tenir compte, à leur tour, de la portée dominante dans notre canton de Vaud, qui a toujours collaboré à la bonne entente entre Confédérés, qui a toujours respecté l'opinion des autres cantons et qui, dans les votations importantes, a apporté sa force et son unité. J'ai donc l'honneur de vous demander de bien vouloir admettre notre proposition principale ou du moins notre proposition subsidiaire.

Affolter, Rapporteur de la Minorité: Ich nehme zuerst die Gelegenheit wahr, um gegen den Antrag des Herrn Eggspühler Stellung zu nehmen, der das Minimum der Zuchthausstrafe auf 20 Jahre normieren will, während der Bundesrat und mit ihm die Mehrheit der Kommission auf 15 Jahre gehen. Wenn Sie 20 Jahre als Maximum aufnehmen, dann haben wir keinen Unterschied zwischen dem Maximum der Zuchthausstrafe und der lebenslänglichen Strafe, denn 20 Jahre Zuchthaus ist doch so ziemlich eine lebenslängliche Strafe. Ich beantrage Ihnen, den Vorschlag des Herrn Eggspühler abzulehnen und der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Sie sehen in Art. 35bis, daß die ersten drei Monate sowohl bei Zuchthausstrafe als bei Gefängnisstrafe in der Regel in Einzelhaft abgesessen werden sollen. Art. 35 bestimmt für die Gefängnisstrafe, daß der Inhaftierte während der Einzelhaft die eigene Kleidung tragen kann, auf Bewilligung der Gefängnisleitung hin. Unser Antrag bezweckt, diese Bewilligung nicht in das freie Ermessen des Gefängnisdirektors zu legen, sonst wird die Bestimmung in jedem Kanton wieder anders gehandhabt; auch liegt die Gefahr vor, daß der Gefängnisdirektor den einen so und den andern anders behandelt. Wir halten es für richtiger, wenn der eidgenössische Gesetzgeber eine einheitliche Norm schafft und geradezu vorschreibt, wie es unser Antrag will: «Die Gefangenen tragen, wenn die Gefängnisstrafe die Dauer von drei Monaten übersteigt, Anstaltskleidung.» Der Antrag muß zwar noch etwas korrigiert werden, denn es könnte der Ausdruck «wenn die Gefängnisstrafe die Dauer von drei Monaten übersteigt», zu Mißverständnissen Anlaß bieten. Wir möchten, daß «wenn» abändern in «soweit», sonst müßte jemand, der vier Monate zudiktiert erhalten hat, von Anfang an Anstaltskleidung tragen. Das wollen wir natürlich nicht, der Verurteilte soll während der ersten drei Monate, während der Einzel-

haft seine eigene Kleidung tragen dürfen, auch wenn die Gefängnisstrafe mehr als drei Monate beträgt. Unser Antrag lautet also: «Die Gefangenen erhalten Anstaltskost und tragen, soweit die Gefängnisstrafe die Dauer von drei Monaten übersteigt, Anstaltskleidung.»

Welti-Basel: Unsere Fraktion hat davon abgesehen, in der Eintretensdebatte das Wort zu ergreifen. Es wäre irrig, daraus den Schluß zu ziehen, die Vorlage interessiere oder berühre uns nicht. Wir werden in der fernern Beratung uns zum Worte melden. Wenn wir das mehr und öfter als uns lieb ist, tun müssen, so nicht zuletzt aus dem Grunde, weil uns in der Kommission ein früher innegehabter Sitz entzogen wurde und wir dadurch der Gelegenheit beraubt waren, unsere Bemerkungen, Anregungen oder Anträge im Schoße der vorberatenden Instanz vorzutragen. Wir sind uns bewußt, daß die Abschnitte, die jetzt zur Diskussion gestellt worden sind, zu den wichtigsten Teilen der Gesetzesvorlage gehören. Es ist deshalb wohl erlaubt und angebracht, zunächst in einigen ganz kurzen, allgemeinen Bemerkungen unsern Standpunkt aufzuzeigen, denn unsere positive Mitarbeit an diesem Werk der Strafrechtsreform und der Rechtschaffung auf eidgenössischem Gebiet ist nicht ohne weiteres gegeben.

Wenn wir genau zusehen, so erkennen wir folgendes. Hier handelt es sich eigentlich um das Schmieden eines Machtinstrumentes des bürgerlichen, des kapitalistischen Staates. Zwar ist die Waffe, die auf dem Ambos liegt, nicht neu; sie wird aus Altem, bereits Bestehendem und aus Neuem zusammengeschnitten. Klingt es da nicht im ersten Moment etwas paradox, wenn ausgerechnet auch wir bei diesem Werk mithelfen, wenn wir bei diesem Unterfangen praktisch mitwirken, zwar nicht als solche, die etwa das Feuer schüren oder die den Hammer schwingen, aber vielleicht als Gehilfen der Schwertfeger, die darnach sehen, daß dieses Schwert nicht einseitig zu scharf werde. Dieses Schwert ist ja nicht einem jungen Siegfried verheißen, sondern für einen Staat und eine Gesellschaft bestimmt, die nach allgemeinem Urteil ihre Blütezeit bereits hinter sich haben. Wie gesagt, wir können auf die Mitwirkung nicht verzichten und wir haben hier die fortschrittlichen Ideen gegenüber der Reaktion mitzuverteidigen, besonders und in erster Linie die Interessen der Arbeiterklasse, die hier in hohem Maße engagiert sind, bei den Verbesserungen des Gesetzes zu vertreten. Dabei wollen wir ganz offen erklären: Wir anerkennen nicht und können nicht anerkennen: Eine abstrakte Gerechtigkeit. Sie existiert nicht. Das Recht des bürgerlichen Staates ist Klassenrecht zum Schutze eben dieses Staates. Die Gerichte dieses Staates sind logischerweise Klassengerichte, Machtfaktoren des bürgerlichen Staates. Wenn wir das mit dieser Offenheit aussprechen, so wollen wir ebenso scharf betonen, daß darin kein Vorwurf liegen soll. Es ist auch kein Vorwurf, sondern einfach die Feststellung einer Tatsache. Wir werden uns übrigens aber bald verstehen, wenn wir die Frage nach der Aufgabe der Strafgesetzgebung stellen. Sie, meine bürgerlichen Herren, werden sagen, die Strafgesetzgebung habe die Aufgabe, den Staat und die in ihm festgelegte Rechtsordnung vor den die Gesellschaft gefährdenden Handlungen, nämlich den Verbrechen,

durch Anwendung der im Strafgesetz vorgesehenen Maßnahmen gegen den Schuldigen zu schützen. Wir können Ihnen das Geheimnis verraten, daß wir mit dieser Definition absolut einverstanden sind. Vielleicht interessiert es Sie zu hören, daß sogar das Strafrecht des russischen Sowjetstaates diese Definition mutatis mutandis enthält. Sie können Ihre Schlüsse daraus ziehen. Ich will über diese Sache nicht weiter sprechen, aber Sie sehen, daß wir da keine Schwierigkeiten haben.

• Der dritte Abschnitt, an dessen Behandlung der Rat eben herangetreten ist, enthält in seinen Unterabschnitten über die Freiheitsstrafe, über die sichernden Maßnahmen und über die andern Maßnahmen die Resultate der modernen Kriminalpolitik. Mit Recht wird in der Strafrechtsgeschichte auf zwei große Schöpfungen verwiesen, den code pénal von Napoleon vom Jahre 1810 und das Bayrische Strafgesetzbuch des genialen Strafrechtslehrers Anselm von Feuerbach vom Jahre 1813. Mit Recht wird dargelegt, daß alles, was später, nach diesen hervorragenden Schöpfungen auf dem Gebiete der Gesetzgebung des Strafrechtes erfolgte, nichts anderes sei als Epigonenwerk. Wenn, ein Fazit aus der neuesten Rechtsentwicklung des zwanzigsten Jahrhunderts ziehend, ein deutscher Gelehrter und Kriminalist den folgenden Satz prägt, so erscheint uns das auf den ersten Blick etwas kühn, aber nicht ganz abwegig. Prof. Freudenthal schließt eine Studie über die Strafrechtsreform mit folgenden Worten: «Somit stehen die Schweiz, Deutschland, Dänemark, Schweden und Oesterreich vor einer tiefgehenden Umgestaltung ihrer Strafgesetzgebung und trotz aller Abweichungen im einzelnen tragen die fünf Entwürfe dieselben Grundzüge. Indem sie die Erfüllung der kriminalpolitischen Hauptforderungen bringen, stehen sie an dem Beginn einer neuen Epoche der Strafgesetzgebung, wie der Code pénal von 1810 und das Bayrische Strafgesetzbuch von 1813.» Die erwähnten kriminalpolitischen Forderungen finden Ausdruck und Erfüllung eben in den jetzt zur Diskussion gestellten Maßnahmen. Uns liegt daran, hier noch einen Schritt weiterzugehen als der Bundesrat und die Kommission. Wir erlauben uns deshalb, zu diesem Abschnitt zwei Anträge zu stellen.

Der eine Antrag ist in Ihren Händen. Er bezieht sich auf den Art. 34. Hier wird im letzten Absatz in bezug auf den Zuchthaussträfling gesagt, daß der Empfang von Besuchen und der Briefverkehr des Sträflings nur in engen Grenzen gestattet sei. Bundesrat und Kommission sind, abgesehen von einer redaktionellen Aenderung, in diesem Falle einig. Uns bedeuht, daß, wenn man schon dazu übergeht, wie namentlich Herr Prof. Logoz hervorgehoben hat, Bestimmungen, die sehr leicht als Bestimmungen des Strafvollzuges angesprochen werden könnten, in das materielle Strafrecht hinüberzunehmen, man dann dafür sorgen sollte, daß diese Bestimmungen ihren Zweck nicht verfehlen.

Nachdem wir im Verfassungsartikel dem Bund nur die Kompetenz gegeben haben, auf dem Gebiete des materiellen Strafrechtes vorzugehen, wird die Rechtseinheit aber sehr schwer zu erreichen sein, bei dieser einseitigen Lösung der Strafrechtsreform; denn eine Strafrechtsreform ohne Strafvollzugsreform ist ein Unsinn, ist unhaltbar. Da man auf diesem beschränkten Gebiete gesetzgeberisch tätig wird,

sollte man dann aber darnach trachten, eine Einheit soweit wie möglich auch in der Praxis herzustellen. Die Wichtigkeit dieser Maßnahme erfordert, daß diesem Zwecke gedient werde.

Wir haben nun die Meinung, daß der letzte Absatz des Art. 34 undeutlich gefaßt sei und eine ungleiche Praxis in den verschiedenen Kantonen Platz greifen werde. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, einmal es möchte zwar über das Besuchsrecht gesagt bleiben, daß es sich für den Zuchthaussträfling in engen Grenzen zu bewegen habe, aber es sollte eine gewisse Garantie in dem Sinne geschaffen werden, daß ihm mindestens einmal im Monat — es kann auch eine andere Zeitberechnung sein; wir wollen nur etwas Bestimmtes fixieren — das Besuchsrecht gestattet sei.

Der zweite Teil unseres Antrages betrifft den Briefverkehr. Da sind wir nun der Meinung, daß hier eine Beschränkung gegenüber dem Zuchthaussträfling nicht angezeigt sei, sondern daß der Zuchthaussträfling in dieser Richtung gleichgehalten werden sollte wie der Gefängnissträfling. Es ist nicht nur der Zweck der Strafe, der uns nötigt, auf diese Bestimmung hinzuweisen und sie vorzuschlagen — denn man muß sich doch immer den Zweck der Strafe vor Augen halten — es ist insbesondere noch der Umstand, daß nach der Erfahrung sehr oft durch den schweren Eingriff des Staates in die Freiheit des Einzelnen Dinge verloren gehen, die nicht dem Strafzweck entsprechen, daß die Möglichkeit, rechtzeitig mit der Außenwelt in Kontakt zu treten zur Ordnung der zerrütteten Verhältnisse der Familie usw. eben dem Zuchthausgefangenen nicht genommen werden soll. Wir glauben, daß die Freiheit, die hier gewährt wird, sicherlich mit dem Strafzwecke durchaus vereinbar ist. So viel zu dem Antrage, den wir zu Art. 34 eingereicht haben.

Gestatten Sie mir nun noch zu den andern Artikeln dieses Abschnittes Ihnen unsere Position bekannt zu geben. Ich möchte dasjenige, was Herr Vallotton beantragt hat, lebhaft unterstützen. Dieser Frage muß die allergrößte Aufmerksamkeit geschenkt werden, nicht zuletzt vom referendumpolitischen Standpunkte aus. Wir haben im Kanton Baselstadt im Jahre 1919 eine Revision des materiellen Strafrechtes vorgenommen. Eine Hauptforderung, die schon lange dringend geworden war, war diejenige der Abschaffung der Strafminima. Wir haben solche Bestimmungen nur noch in ganz vereinzelt Paragraphen. Wohl hat Basel seinerzeit im Verhältnis von 100 Ja zu 5 Nein in der eidgenössischen Abstimmung Stellung genommen für Vereinheitlichung des Strafrechtes. Aber die Stimmung ist heute in Basel für den Entwurf nicht allgemein günstig. Es sind sehr hervorragende Herren des Bürgertums, die sich einer Regelung, wie sie nun im eidgenössischen Strafgesetz vorgesehen ist, widersetzen mit der nicht unwichtigen Begründung, daß gegenüber dem materiellen Strafrecht, welches wir in Basel im Laufe der Jahre und Jahrzehnte geschaffen haben, der Vorentwurf einen Rückschritt bedeute. Da scheint es mir klug zu sein, wenn man alle Steine des Anstoßes möglichst aus dem Wege schafft. Ein Stein des Anstoßes wäre eben die Höhe eines solchen Minimums für die Gefängnisstrafe. Ich will die Gründe nicht untersuchen, aus denen Herr Kollega Vallotton zu seinem

Antrage gekommen ist. Ich weiß nicht, ob es die Erfahrungen des Touring-Clubs oder andere Erfahrungen sind. Wenn man aber dem Richter die Hände bindet, wenn man ihn unfrei macht, eine Gefängnisstrafe von einem Tage auszusprechen, so ist das verhängnisvoll. Denken Sie sich einen Fall, in welchem ein Angeschuldigter verurteilt werden soll, nachdem er sich einen Tag in Untersuchungshaft befunden hat. Der Richter findet, durch diese Untersuchungshaft sei die Strafe eigentlich getilgt. Er will nicht eine Haftstrafe aussprechen, sondern eine Gefängnisstrafe, weil er diese für richtig hält. Soll er da nun gezwungen sein, noch sieben Tage hinzuzugeben? Die Argumentation mit der Unzweckmäßigkeit der kurzfristigen Gefängnisstrafe, weil sie ihre erzieherische Wirkung nicht ausüben könne, trifft doch unter allen Umständen auch bei der Schaffung dieses Minimums von acht Tagen zu. Weder in einem Tage noch in acht Tagen kann sich der erzieherische Wert der Gefängnisstrafe erweisen. Darüber braucht man ja gar nicht zu sprechen; das ist jedem vernünftigen Menschen klar. Ich glaube deshalb, daß die Gründe zur Schaffung eines Minimums von acht Tagen nicht stichhaltig sind, daß aber schwerwiegende Gründe dafür sprechen, dieses Minimum nicht einzuführen.

Der Art. 38 trägt das Marginale: « Gemeinsame Bestimmungen für Freiheitsstrafen ». Wir sind uns bewußt, daß die Einfügung unseres Antrages ein Schönheitsfehler ist; denn diese allgemeinen Bestimmungen sind sehr kärglich. Wir möchten hier folgenden Gedanken zum Ausdruck bringen: Die Leute der Praxis im Strafvollzug werden wissen, daß in verschiedenen schweizerischen Kantonen den Strafgefangenen ein absolutes Redeverbot auferlegt ist. Sie dürfen nicht unter sich sprechen. Das mag eine Strafmaßnahme oder eine Administrativmaßnahme sein, geschrieben und verordnet, um die Ordnung im Gefängnis aufrechtzuerhalten. Je nachdem man es als das eine oder andere betrachtet, wird man zu verschiedenen Resultaten gelangen. Aber wie dem auch immer sei, hervorragende Männer und Frauen, die in den Gefängnissen und Zuchthäusern dieses und des andern Kontinentes gewesen sind, haben übereinstimmend als eines der größten psychischen Leiden dasjenige bezeichnet, daß es den Gefangenen verboten war, ihre Sprache zu gebrauchen. Sie können die Memoiren weit zurücklesen, Sie werden überall und immer wieder die gleiche Klage hören. Nun sind wir ja der Auffassung, daß dem Gefangenen keine physischen Leiden zugefügt werden sollen; wir sind aber auch der Auffassung, daß er nicht unnötig jahrelang unter psychischen Einflüssen stehen soll, die ihm schaden, die ihn nicht befähigen, den Kontakt mit der Gesellschaft später wieder aufzunehmen, wenn er entlassen wird, sondern die ihn zu einem Sonderling, zu einem verhärteten verbissenen Menschen machen.

Da wir diese Bestimmung nirgends anders einfügen können, möchte ich deshalb zu Art. 38 den Antrag stellen, neben der ersten Ziffer zu sagen: « Dem Sträfling darf ein unbedingtes Redeverbot nicht auferlegt werden. » Dadurch, daß wir das Schweigegebot als nicht unbedingt bezeichnen, sagen wir implizite, daß selbstverständlich ein beschränktes Redeverbot ohne weiteres durch die Anstalt ausgesprochen werden darf. Wir möchten nur wünschen, daß die Unbedingtheit wegfällt.

Das sind die beiden Anträge, die wir zu diesem Abschnitte zu stellen haben. Wir unterstützen weiter den Minderheitsantrag des Herrn Affolter, unterstützen auch Sie den Antrag Vallotton, und wenn ich Ihnen ein weiteres Argument zu dieser Unterstützung geben darf, so ist es das, daß nicht nur der deutsche Vorentwurf die gleiche Bestimmung enthält wie der schweizerische Entwurf, nämlich eine Minimalstrafe von acht Tagen, sondern daß auch das russische Sowjetgesetz diese neue europäische Mode angenommen hat. Wenn kein anderes Argument mehr für Sie maßgebend ist, so werden Sie doch sicherlich gegen Rußland und für Vallotton stimmen.

Bundesrat Häberlin: Ich möchte beantragen, die sämtlichen Abänderungsanträge abzulehnen, und mir erlauben, das in aller Kürze zu begründen der Reihenfolge nach, wie die Anträge artikelweise gestellt sind.

Einen ersten Antrag hat Herr Eggspühler begründet. Er geht dahin, es müsse die Maximaldauer der Zuchthausstrafe von 15 Jahren, wie sie die Kommissionsmehrheit vorsieht, auf 20 Jahre verlängert werden. Ich habe mich auch in der Kommission für die 15 Jahre ausgesprochen. In den verschiedenen Voten ist immer wieder gesagt worden, die Herren sprechen aus persönlicher Erfahrung. Das kann ich nun zu diesem Artikel glücklicherweise nicht sagen; ich habe weder 15 Jahre Zuchthaus ausgekostet noch eine längere Zeit. Aber mein Gefühl ist, daß 15 Jahre Zuchthaus eine schreckliche Strafe sind, eine sehr schwere Pein, wie man sie einem Menschen nur auferlegen kann. Wenn diese 15 Jahre nicht das Ziel der Besserung, der Heilung, der Reue, der Buße erreichen, so zweifle ich daran, daß die fünf weiteren Jahre irgendwie dazu beitragen können. Ich möchte aber die Herren, die den andern Standpunkt einnehmen, gerade nach der Begründung des Herrn Eggspühler auf noch etwas hinweisen. Herr Eggspühler hat gesagt, es gebe direkt unverbesserliche Elemente, die immer und immer wieder rückfällig werden, und für diese sei eine Strafe von über 15 Jahren angemessen. Aber alle diese Anträge müssen immer unter dem Gesichtspunkte sämtlicher Bestimmungen des Strafgesetzentwurfes geprüft werden. Da verweise ich Sie auf die Bestimmungen über die sichernden Maßnahmen, speziell über die Verwahrungsanstalten. Im Kapitel über die Verwahrungsanstalten ist vorgesehen, daß ein Verbrecher, der sich als unverbesserlich — ich will einmal diesen kurzen Ausdruck gebrauchen — erwiesen hat, der immer und immer vor die Gerichte kommt, mit unbestimmter Strafdauer in die Verwahrungsanstalt verwiesen werden kann. Und Ihre Kommission stellt Ihnen bei Art. 40 den Antrag, zu sagen: Der zur Verwahrungsanstalt Verurteilte hat mindestens fünf Jahre und außerdem diejenige Strafe abzusitzen, die er grundsätzlich für sein Verbrechen erhält. — Nehmen wir also einmal an, es hat einer ein sehr schweres Verbrechen begangen; er ist grundsätzlich zu 15 Jahren Zuchthaus zu verurteilen, wird aber vom Richter in die Verwahrungsanstalt verwiesen. Nun steht zum vorneherein fest, daß er mindestens diese 15 Jahre dort zu bleiben hat. Nach Ablauf der 15 Jahre wird nun geprüft: Ist der Zweck der Verwahrungsanstalt bei diesem Manne erreicht, oder ist es notwendig, daß wir ihn noch länger behalten? Nach dem Spiel des Art. 40 kann der Mann

für weitere fünf Jahre in der Verwahranstalt behalten werden. Der Zweck, den Herr Eggspühler und Konsorten verfolgen, ist also für diejenigen, die Sie speziell im Auge haben, erreicht. Er spielt allerdings nicht für diejenigen, die man nicht zum Vorneherein als unverbesserlich qualifiziert. Mir scheint aber das Maximum von 15 Jahren Zuchthaus genügend für diejenigen, die zum ersten Male kommen. Sie haben vielleicht ein scheußliches Verbrechen begangen nach dem Eindruck, den das Verbrechen im Momente macht. Aber gerade in solchen Fällen geht auch der Richter gern unter diesem Eindrucke und der Leidenschaft zu weit. Das wollen wir vermeiden. Wir wollen die schweren Strafen im Interesse der Gesamtheit konzentrieren auf diejenigen, die es unbedingt nötig haben. Wir haben ja immer noch in Spezialfällen die lebenslängliche Zuchthausstrafe.

Zum gleichen Art. 34 ist der Antrag Welti eingereicht worden. Herr Welti hat speziell den Gedanken ausgesprochen, daß wir auch im Strafvollzug in diesem Gesetze möglichst einheitliche Bestimmungen aufstellen sollten, um nicht der Willkür des anwendenden Strafvollzugsbeamten ausgeliefert zu sein. Bis zu einem gewissen Grade gehen wir ja einig. Wir wollen auch in diesem Gesetze Strafvollzugsnormen aufstellen, weil in der Tat sonst gar nicht erkennbar ist, was eigentlich der Charakter der Strafe ist. Also so weit der Charakter der Strafe in Frage kommt, wollen wir Bestimmungen aufstellen. Absichtlich haben wir aber bis jetzt keine Reglementsbestimmungen aufgenommen. Da haben wir die Grenze gezogen, die uns auch durch Art. 64bis vorgezeichnet ist: Das Verfahren den Kantonen! Auch beim Strafvollzug gibt es einen Unterschied zwischen Charakterisierung und Detailausführung der Strafe. Hier haben wir uns daher für den Briefverkehr und den Besuch eines Zuchthaussträflings auf eine sehr einfache Norm beschränkt. Sie geht dahin: Der Empfang von Besuchen und der Briefverkehr des Zuchthaussträflings sind nur in engen Grenzen und nur unter Kontrolle gestattet. Dem gegenüber will nun Herr Welti die Besuche reglementieren und sagen, es soll wenigstens eine Gewährleistung für ein Minimum von Besuchen aufgestellt werden. Der Zuchthaussträfling soll mindestens einmal im Monat Besuche empfangen dürfen. Das möchten wir nicht. Ich sage nicht, daß das vielleicht nicht da und dort angezeigt wäre, daß es nicht für den einen oder andern Zuchthaussträfling durchaus die richtige Lösung sein könne, für andere dagegen nicht. Namentlich aber gefällt mir am Antrage des Herrn Welti nicht, daß er die Worte streichen will: «... und unter Kontrolle.» Wir halten dafür, daß der Zuchthaussträfling in seinem Briefverkehr und im Empfang von Briefen unter Kontrolle gehört. Ich höre soeben, daß Herr Welti das nicht streichen wollte, sondern daß es sich um ein Versehen handelt. Somit reduziert sich die Differenz auf einen sehr kleinen Punkt: Wollen wir das reglementieren oder nicht? Zur Kontrolle möchte ich aber doch sagen: Die müssen wir haben. Herr Welti hat ja geäußert, er begreife uns; das Gesetz sei ein Gesetz zur Verteidigung des bestehenden Staates. Da wir aber in der Tat diesen Staat verteidigen wollen, wollen wir auch diese Kontrolle über alle Sorten von Zuchthaussträflingen haben.

Ich habe gehört, daß noch ein weiterer Antrag zum Art. 34 in Sicht stehe, wonach der Zuchthaus-

sträfling seine Lektüre selbst solle auslesen können. Auch dem möchte ich mich widersetzen. Vielleicht mag das für gewisse Kategorien von Zuchthaussträflingen in gewissem Rahmen richtig sein. Aber ich glaube, man darf doch sagen, es gehört sich, daß der Zuchthausdirektor wenigstens einen kleinen Blick in die Lektüre der Zuchthaussträflinge wirft, und vielleicht sagt: «Nein, Herr Zuchthaussträfling, das gehört nicht hier herein». Ich möchte also auch diesen Antrag ablehnen und auch das der Durchführung in den Reglementen der Kantone überlassen.

Zu Art. 35 haben wir verschiedenartige Anregungen. Ich möchte zunächst diejenige des Herrn Vallotton behandeln, dann diejenige der Herren Affolter und Konsorten, die sich auf verschiedene Artikel erstreckt und auch auf den Art. 35 hinübergreift. Herr Vallotton hat Ihnen den Vorschlag gemacht, es möchte vor allem das Minimum der Gefängnisstrafe fallen gelassen werden, mit andern Worten, man möchte das natürliche Minimum von einem Tage annehmen. Wir wissen ja, daß das naturgemäße Minimum, die Zeiteinheit, ein Tag ist, und daß wir nicht einen halben Tag einsperren. Eventuell sagt er, wäre er auch einverstanden, mit einem Minimum von drei Tagen. Er hoffe für diesen Antrag auf mehr Anhänger.

Die Frage hängt mit grundsätzlichen Erwägungen zusammen, die wir allüberall beim Strafgesetzentwurf vor uns haben: Wo ist Milde angezeigt, wo muß man festhalten am Ernste des Strafgesetzes? Das wird schon im Einzelanwendungsfalle für den Richter außerordentlich schwer sein; noch viel schwieriger ist es beim Erlaß eines Strafgesetzes. Denn darauf sieht das ganze Schweizervolk. Der eine ist seinem Temperament nach zur Güte und Milde veranlagt, der andere zur Strenge, zum Ernst. Das sind Temperamentsunterschiede, die sich auf das ganze Volk verteilen, wobei gewisse Bevölkerungsklassen ziemlich sicher dahin, andere dorthin eingeteilt werden könnten. Wir müssen beiden am richtigen Orte Rechnung tragen. Weil wir im besonderen Teile bei den einzelnen Delikten die Strafminima entweder ganz abgeschafft oder sehr wesentlich zurückgeschraubt haben, müssen wir uns überlegen: Dürfen wir diesen Grundsatz der Abschaffung des Minimums ohne weiteres auch auf die Festsetzung der Strafart, auf diejenigen Strafen anwenden, die überhaupt geteilt werden können, sei es nach einem Zeitmaß, wie die Freiheitsstrafe, sei es nach einem Münzmaß, wie bei der Geldbuße? Wollen wir da vollständig abräumen? Ich glaube, das müßte zweimal überlegt werden. Aus der Expertenkommission haben wir die Anschauung herübergenommen — sie ist in den Mehrheitsanträgen der Kommission vertreten — daß die Freiheitsstrafe so gewählt werden muß, daß sie einen ganz bestimmten Ernst repräsentiert, gegenüber der viel milderen, lange nicht so ins Leben des Einzelnen eingreifenden Geldbuße, weil man ziemlich leichten Herzens aus dem Gerichtshause weggeht, wenn man die Buße bezahlt hat, in dem Gedanken, deswegen sei man doch noch kein in der Öffentlichkeit verachteter Mensch. Auch der Gefängnisstrafe wollen wir zwar keine Verachtungssanktion anhängen, aber sie soll die Strafe sein, die den Verurteilten innerlich erschüttert und zur Räson bringt. Die Zuchthausstrafe allerdings hat einen etwas anderen Charakter. Ich will nicht von der Contritio reden, die religiös basiert ist, aber ein ähnlicher Gedanke

liegt doch auch der Gefängnisstrafe zugrunde, darum könnte ich persönlich nie und nimmer dem Hauptantrag des Herrn Vallotton zustimmen, auf einen Tag zu gehen. Dabei rede ich auch nicht als Professor gegenüber dem Herrn Praktiker. Er hat den Professor ein bißchen unterstrichen und bei aller Anerkennung gesagt: « Wir, sind die Praktiker, ich und Herr Petimernet (den ich wie Herrn Vallotton hochschätze), und auf der andern Seite, Sie sind die Theoretiker ». Ich bin immerhin 20 Jahre Richter und dabei auch Strafrichter gewesen, aber an meinem Gerichte ist es nicht vorgekommen, obwohl dazu die Möglichkeit vorhanden war, daß auf einen Tag Gefängnis erkannt wurde. Ich habe immer gesagt, die Nacht muß dabei sein. Solange der Sonnenschein in die Zelle hereinguckt, nimmt der Verurteilte die Strafe manchmal sehr gemütlich auf, aber wenn er dann auf die Pritsche oder ins Bett liegen muß und es dunkel wird, dann fängt er an zu studieren: warum bin ich hier? — Ich wäre nie dafür, unter zwei Tage Gefängnis zu gehen. Von da an würde ich mit mir handeln lassen, weil dann der Hauptzweck erreicht ist, daß mindestens eine Nacht in der Strafe eingeschlossen ist. Ich bin auch ein bißchen Praktiker und gebe rundweg zu, daß es Fälle geben kann, wo mit drei Tagen der Zweck, den wir erreichen wollen, auch erreicht wird. Aber ich fordere Sie auf, mir zu sagen, ob wir nicht die Möglichkeit haben, in den wenigen Fällen, wo es darauf ankommt, ja nicht auf acht Tage Gefängnis zu gehen, ohne damit einen faux-pas zu machen, sonst mit unserem Strafgesetz auszukommen. Ich wiederhole, wir müssen das Strafgesetz so nehmen, wie es in seinem Ganzen sich präsentiert, mit allen seinen Möglichkeiten. Was haben wir nun in derartigen Fällen zur Verfügung? Entweder kommt der besondere Teil für die Fälle, wie sie Herr Vallotton Ihnen vorgezeigt hat, in Frage, mit der Möglichkeit, statt auf Gefängnis, auf Buße oder auf Haft zu gehen. Bei der Ohrfeige, die er angeführt hat, ist doch gewiß regelmäßig diese Lösung möglich. Er hat davon gesprochen, daß sogar ein Parlamentarier sich soweit vergessen könnte, einmal einem eines zu putzen, wie man sagt. Ich gebe diese Möglichkeit ohne weiteres zu. Ich darf es sagen, weil ich auch 16 Jahre dabei gewesen bin, es hätte mir schließlich auch passieren können. Aber ich denke, man hätte mir in diesem Falle auch nur eine Buße gegeben. Daneben haben wir die Möglichkeit des bedingten Strafaufschubes, die wir mit diesem Gesetze schaffen wollen. Wenn der Mann, der in diesen Fall kommt, der Parlamentarier, um das Beispiel des Herrn Vallotton aufzunehmen, zum erstenmal vor dem Richter erscheint und in diesem Moment auch ziemlich Contritio aufweist, so wird wahrscheinlich der Richter sagen, Herr Deputierter, gehen Sie jetzt für diesmal nach Hause — und sogar wahrscheinlich ohne Schutzaufsicht, die ja nur fakultativ angewendet werden muß. Wir haben also hier ein zweites Mittel. Sie werden mir antworten, das könne zu einem zweiten Mal passieren und beim zweiten Male gebe es keinen bedingten Strafaufschub mehr. Aber Herr Vallotton hat vergessen, daß wir dann die ganze große Skala der mildernden Umstände zur Verfügung haben: die achtenswerten Motive, die Reue, die Provokation, die schwere Bedrängnis, in der man gehandelt hat usw. In allen diesen Fällen wird wiederum die Gefängnisstrafe ohne weiteres in Buße verwandelt, bzw. sie

kann in Buße verwandelt werden, wir haben die Mittel in der Hand, um das zu erreichen. Allerdings steht nicht im Art. 61, daß der Zustand eines Parlamentariers ein mildernder Umstand sei und es müßte dieses Moment noch neu vorgesehen werden, wenn Herr Vallotton diesen Fall ausdrücklich geregelt haben möchte. (Heiterkeit).

Wenn Sie sich das alles überlegen, so werden Sie vielleicht mit mir der Ansicht sein, daß wir es bei dem bestimmten Strafmittel der auf eine Woche ausgedehnten Freiheitsstrafe belassen wollen in der Anwendungsform des Gefängnisses. Vielleicht will darüber noch debattiert werden. Herr Vallotton hat angedeutet, der Ständerat werde vielleicht den Weg zwischen den drei und acht Tagen noch finden. Ich sage nicht, daß die Herabsetzung auf drei Tage unmöglich sei, aber ich halte sie nicht für notwendig und auch nicht für richtig. Das Problem mag immerhin im Ständerat noch untersucht werden.

Ob Sie aus referendumpolitischen Gründen auf einen oder auf drei Tage zurückgehen wollen, weiß ich nicht, Herr Vallotton hat es angedeutet und Herr Welti hat ihn, mit einem Blick auf seinen Kanton Basel, unterstützt in diesem Punkt. Aber er hat ihm gleichzeitig einen ganz kleinen « Fritz » gegeben und beigefügt, vielleicht werde dieser Antrag nur unter dem Gesichtspunkt des « Touring-Clubs » oder des « Automobilclubs » gestellt. Das war ein böser Pfeil. Referendumpolitisch könnte sich dadurch der Antrag des Herrn Vallotton ins Gegenteil verkehren. Eine ganze Reihe von Schweizerbürgern könnte sagen, aha, das ist ein Artikel für jene Leute, die sich einfach nicht beugen wollen, die dürfen natürlich nicht auf acht Tage eingesperrt werden. Das sage nicht ich, sondern das entwickle ich aus dem Gedanken des Nebensatzes des Herrn Welti heraus. Sie werden diesen Gedanken vielleicht in der Abstimmungskampagne hören.

Ich gehe nun über zu den Anträgen der Herren Affolter und Mitunterzeichner, welche sich auf die Anstaltskleider beziehen. Die Modifikation am Text, die von den Antragstellern nachträglich vorgenommen worden ist, hat mich etwas überrascht. Nach der ursprünglichen Formulierung hieß es, daß die Gefangenen, deren Strafe die Dauer von drei Monaten übersteigt, Anstaltskleider tragen. Ich hatte geglaubt, man wolle einen Unterschied machen zwischen den Gefangenen, die zum vornherein nur auf drei Monate verurteilt sind und denjenigen, die eine längere Strafe erhalten haben. Ich sah darin die Schaffung einer neuen Distinktion in der Strafe, wie das bei Art. 35bis formuliert und dort auch so gemeint ist. Nun habe ich gehört, bei Art. 35 sei das nicht so gemeint, sondern bis zu drei Monaten sollen alle Gefangenen ihre eigenen Kleider tragen können, vom dritten Monat an, wer eine größere Strafe erleidet, aber Anstaltskleider tragen müssen. Ueberlegen Sie sich doch einmal eine solche Bestimmung. Soll wirklich der Eingesperrte bis zum dritten Monat seine eigenen Kleider tragen dürfen und nach dem Ende des dritten Monats die gestreiften Hosen anziehen müssen? Das wäre eine fürchterliche Grausamkeit gegenüber dem Gefangenen und keine Erleichterung. Ich wenigstens würde mich für eine solche Erleichterung bedanken. Ich würde nichts darauf geben, daß ich die ersten drei Monate meine eigenen Hosen tragen dürfte, wenn ich sie nach drei Monaten dann doch wechseln muß.

Ich verstehe den Gedankengang nicht so recht. Vielleicht sind gerade in den ersten drei Monaten die gestreiften Hosen aus ganz bestimmten technischen Gründen wünschenswert, nämlich wegen der Entweichungsgefahr. Sie ist sicher in den ersten drei Monaten mindestens so groß wie in den nachfolgenden. Die Anstaltskleidung hat eben die bestimmte Funktion, daß sie den Mann erkennbar machen soll, wenn er ausbricht. Das ist eine nüchterne Erwägung, aber so ganz unnüchtern wollen wir nicht an derartige Fragen herantreten. Ich glaube, ich darf mit gutem Gewissen Ihnen die Ablehnung auch dieses Antrages empfehlen.

Der Antrag bei Art. 35bis geht dahin, daß die Gefangenen, bei denen die Strafe drei Monate nicht übersteigt, sich angemessene Arbeit selbst beschaffen sollen und soweit dies nicht geschehe, seien sie zur Leistung der ihnen zugemessenen Arbeit verpflichtet. Wir hätten dann die gleiche Lösung wie bei der Haftstrafe. Sie würden die Gefangenen den Häftlingen gleichstellen. Ist das richtig? Sie werden sagen, damit verbessere man die Gefängnisstrafe. Man kann aber auch die andere Konklusion ziehen, man nehme damit der Haftstrafe einen großen Teil ihres mildereren Charakters, der gerade diese Strafe auszeichnet und gegenüber der Gefängnisstrafe hervorheben soll. Rein persönlich könnte ich dem Gedankengang in einer andern Weise Rechnung tragen durch Umstellung des Antrages, indem man sagen würde, soweit es nicht möglich ist, den Gefangenen angemessene Arbeit zu geben, wie das nach unserem Entwurf weitgehend geschehen soll, sollte ihnen bewilligt werden, selbstgewählte Arbeit zu verrichten. Ueber eine solche Lösung würde ich sehr gern diskutieren. Ich glaube aber, wir können es der ständerrätlichen Kommission überlassen, diese kleine Nuance hereinzubringen, die nationalrätliche Kommission wird dann zweifellos gerne nachfolgen.

Zu Art. 38 hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, Herr Welti-Basel einen Antrag eingebracht, nach dem dem Sträfling kein unbedingtes Schweigegebot auferlegt werden kann. Ich weiß nicht, ob die Aufnahme einer solchen Bestimmung notwendig ist. Ich bin zu wenig praktisch orientiert mangels Sachkenntnis, ob in den kantonalen Lösungen, wie sie bis jetzt getroffen sind, ein vollständiges Schweigegebot irgendwo durchgeführt wird. Wenn dem so wäre, würde ich auch hierüber diskutieren lassen, denn mir scheint wirklich die Durchführung eines absoluten Schweigegebotes während einer 15jährigen Zuchthausstrafe zu weit zu gehen. Wenn einer das als Trappist freiwillig tut, so ist das seine Sache, aber ein ganzes Leben lang gezwungenermaßen das Maul halten zu müssen! Ich bin auch ein alter Parlamentarier. (Heiterkeit.) Einem solchen Antrag bringe ich eine gewisse Sympathie entgegen, aber ich glaube, er kann an die Kommission gewiesen werden und sie wird wahrscheinlich bereit sein, ihn entgegenzunehmen.

Zu Art. 39 hat die Gruppe der Herren Affolter und Mitunterzeichner einen Antrag zur ersten Ziffer gestellt. Der Entwurf der Kommission sieht vor: «Der Richter kann den Vollzug einer Gefängnisstrafe von nicht mehr als einem Jahre oder einer Haftstrafe aufschieben.» Wir kennen also nur bei der Gefängnis- und Haftstrafe die Möglichkeit des

Aufschubes des Strafvollzuges. Dagegen haben wir diese Maßnahme nicht für die Zuchthausstrafe, die schwerere Strafart, und auch nicht für die Geldbuße, die leichtere Strafart, aber aus ganz verschiedenen Gründen. Wir sagen uns bei der Zuchthausstrafe, wo ein Minimum von einem Jahr vorgesehen ist, werde es wohl ausgeschlossen sein, daß die Handlung so entschuldbar war, daß man sie gar nicht zu bestrafen braucht, daß man das Jahr Zuchthaus aufschieben kann. Hier verlangen wir den Ernst des Strafgesetzes. Wir sagen dasselbe auch bei der leichten Strafe der Geldbuße, wenn das vielleicht auch etwas paradox klingen mag. Wir sagen auch hier, der Ernst des Strafgesetzes verlangt, daß eine Strafe dann jedenfalls vollzogen wird, wenn sie leicht ertragen werden kann, wenn sie keinen schweren Eingriff in das Leben des Verurteilten bedeutet. Das trifft aber namentlich dann zu, wenn wir den Grundsatz aufstellen, der in unserem Entwurf niedergelegt ist, daß die Geldbuße vom Richter unter allen Umständen den Verhältnissen des Angeschuldigten angepaßt werden müsse. Trotz des absolut gleichen Tatbestandes wird der Millionär und der arme Bürstebinder nicht gleich bestraft werden, denn würde man, wenn sie das gleiche gemacht haben, die Strafe für beide beispielsweise auf 50 Fr. Buße festsetzen, dann würde sie auf den Millionär gewiß ganz anders wirken als auf den Rastelbinder. Wir haben sicherlich mit Recht diese Differenzierung vorgenommen, aber unter der Annahme, daß sie vom Richter angewendet wird. Daher dürfen wir wohl voraussetzen, es werde sich gar kein Fall mehr präsentieren, wo einer vor den Richter kommen kann mit dem Verlangen, ihm die Strafe auf dem Wege des Strafaufschubes zu schenken. Ich könnte mir nicht vorstellen, daß ein Richter im gleichen Moment, wo er einen armen Teufel nur zu 5 Fr. Buße verurteilt, weil er sich sagt, das sei die adäquate Strafe, dann noch einmal sagt, auch diese Strafe schiebe ich auf, weil sie unerträglich ist für den Mann. Das wäre ein Widerspruch in sich selbst. Darum habe ich mich persönlich stets der Ausdehnung dieser Maßnahme auf die Geldbuße widersetzt.

Ich muß beifügen, daß der Antrag der Herren Affolter und Mitunterzeichner im französischen Text offenbar nicht ganz richtig wiedergegeben ist in bezug auf die Zuchthausstrafe. Man würde nach der dortigen Formulierung meinen, auch bei einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren solle der Strafaufschub bewilligt werden können. Aber natürlich ist auch dort die Grenze von einem Jahr gemeint. Im deutschen Text ist das gut ersichtlich.

Die Herren Affolter und Konsorten haben auch einen Antrag zu Ziffer 4 des Art. 39 gestellt. Der Entwurf des Bundesrates hatte gesagt: «Bewährt sich der bedingt Verurteilte bis zum Ablauf der Probezeit, so gilt die Verurteilung als nicht geschehen.» Man hat also fingiert, der Mann habe überhaupt nichts gemacht, er sei nicht verurteilt worden, es sei nichts mehr da. Die Konsequenz war, daß dann im Strafregister nicht nur eine Löschung vorgenommen wurde, daß man nicht nur die Strafe durchgestrichen hat, sondern daß eine vollkommene Entfernung des Eintrages stattfand, das, was man in der Buchführung als eine vollständige Rasur bezeichnen würde. Etwa so, wie die Ägypter die Namen derjenigen Könige, die ein schlechtes Andenken hinterlassen hatten, von all den schönen Pylonen und

Säulen wegstrichen, so daß sie für uns nicht mehr existieren.

Ist diese Konsequenz auch im Strafgesetz richtig? Ihre Kommission hat das mit Mehrheit verneint. Sie hat in einem Schlußkapitel gesagt: Wir lassen es bei der Lösung bewendet sein. Es soll einer, wenn er sich gut gehalten hat, im Strafregister gestrichen werden. Man darf aus diesem Strafregister niemandem mehr einen Auszug geben als Strafbehörden, die sich später nach dem Manne zu erkundigen haben, wenn er wieder in eine Strafuntersuchung gezogen wird. Wir haben aber dort gefunden: Dieses Recht müssen wir uns wahren. Wenn der Mann wieder angeschuldigt wird, so müssen wenigstens die staatlichen Behörden anhand des Registers prüfen können, ob er nicht schon einmal etwas gemacht hat, ebenso gut wie wir zugunsten des Mannes Leumundszeugnisse erheben, uns über eine schlechte Erziehung erkundigen usw. Wir wollen auch eine mögliche Belastung beibringen lassen, aber nicht durch jedermann, sondern nur durch die untersuchenden Behörden. Darum haben wir die Lösung getroffen, daß, sofern sich der Verurteilte bewährt, der Richter die Löschung im Strafregister verfügt. Das ist dasjenige, was man billigerweise verlangen kann. Die Zwecke des Staates aber bleiben reserviert. Wir reiten nicht den Gedanken der Billigkeit gegenüber den Interessen des Staates zu Tode. Gerade die Tatsache, daß der Mann wieder in Untersuchung gezogen und vielleicht verurteilt wird, zeigt uns ja, daß wir uns offenbar das erstemal getäuscht haben, als wir den Strafaufschub bewilligten. Das soll dann hinterher wenigstens korrigiert werden.

Das sind die Gedankengänge, aus denen ich Ihnen die Anträge der Kommissionsmehrheit empfehle.

Mächler: Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zu den in Frage stehenden Bestimmungen über den Strafvollzug. Ich bin dazu legitimiert, da ich seit 26 Jahren den Strafvollzug für Freiheitsstrafen in meinem Kanton überwache, was mir vielleicht Einblicke verschafft, die dem einen oder andern von Ihnen doch fehlen. Sodann hatte ich die Ehre, im Auftrage des Bundes und des Kantons St. Gallen vor 15 Jahren 20 Anstalten in Deutschland und in Belgien zu besuchen, um festzustellen, wie in Zukunft bei uns in St. Gallen, aber auch in der Schweiz, die Strafanstalten aussehen sollten. Ich kann Ihnen sagen, das Studium dieser Anstalten, darunter von den besten, die überhaupt in der Welt existieren, hat mir gezeigt, daß wir in der Schweiz an vielen Orten gar nicht so sehr im Rückstande sind, und auf der andern Seite, wenn man einen humanen und doch wirkungsvollen oder vielleicht deshalb noch wirkungsvolleren Strafvollzug will, daß eine wesentliche Vorbedingung in den Bauten, in den Anstalten selbst liegt, vielleicht weniger in zahlreichen Details, von denen bereits die Rede war.

Nun sind wir doch sicherlich miteinander darin einig, daß, wenn man die schönen Grundsätze des allgemeinen Teiles des Strafgesetzbuches beim Volke durchbringen will, schon aus finanziellen Rücksichten die jetzt behandelten Bestimmungen die allerwichtigsten sind. Es ist ja bekanntlich immer noch viel leichter, schöne Ideen aufzustellen als sie durchzuführen, wenn sie etwas kosten. Darauf möchte ich mit einigen Worten zu sprechen kommen, und zeigen, daß wir auf dem rechten Wege sind.

Herr Welti hat den Satz ausgesprochen, der an sich richtig ist: Ohne Sorge dafür, daß der Vollzug der Strafe gewissermaßen einheitlich durchgeführt werde, sei eigentlich das Strafrecht nicht viel wert. Ich kann aber diesem Satze nur in dem Sinne zustimmen, daß der Strafvollzug in seinen großen Linien und nach gewissen Hauptpunkten einheitlich reguliert werden muß. Im übrigen ist aber, und ich glaube da im Sinne des Herrn Prof. Logoz zu sprechen, das Eingehen auf allzu viele Details nicht nur unpraktisch, sondern, sagen wir es ganz offen, auch nicht verfassungsmäßig. Es ist doch am Platze, mit einem Worte noch einmal auf die Rechtslage zurückkommen.

Wir haben in der Eidgenossenschaft für die Durchführung des Strafrechtes einen diplomatisch klugen Weg gewählt; aber dürfen ihn auch nicht mißbrauchen. Der Weg ist der, daß wir das materielle Strafrecht in der Hauptsache vereinheitlichen, den Vollzug aber grundsätzlich den Kantonen überlassen. Um aber dem Uebel zu begegnen, daß etwa die Kantone den Vollzug schlecht vornehmen, hat man die sanfte Gewalt der Subventionen eingeführt. Wie Sie insbesondere dem Art. 410 entnehmen, ist man in dieser Beziehung sogar nicht kleinlich vorgegangen. Dieser Weg ist gewiß richtig; nur dürfen wir ihn nach keiner Richtung mißbrauchen. Zunächst bin ich also der Meinung, daß man entgegen verschiedenen Anregungen, die gefallen sind, nicht zu sehr auf Details eintreten, sondern den Vollzug nur in großen Zügen anordnen soll, derart wie es der Strafgesetzentwurf angibt: Erziehungsanstalten, Verwahranstalten, Annäherung von Zuchthaus und Gefängnis, wie es durch die Art. 34 und 35bis vorgesehen ist, und Nichtaufhebung der Subventionsanregung durch allerlei Vorschriften, welche die Subventionierung ganz oder zum Teil wieder illusorisch machen würden.

Erlauben Sie mir, an ein paar kleinen Beispielen zu zeigen, wie man sich irren kann, wenn man so ins Detail gehen will. Zunächst zum Antrage Affolter. In meiner langen Praxis ist die Frage der Anstaltsbekleidung für die Zuchthaussträflinge verschiedene Male aufgeworfen worden. Was war für uns das Ausschlaggebende, um auf Grund der Erfahrungen die besondere Anstaltskleidung zu behalten, entgegen allerlei humanen Anträgen, sagen wir etwas sentimentalen Anregungen? Das, daß, wenn Sie die Anstaltskleidung wegschaffen, Sie dafür den Sträfling auf andern Gebieten härter behandeln müssen. Die Anstaltskleidung ist das Haupthindernis, daß einer entkommt, insbesondere in Anstalten, über die ich noch sprechen werde, mit landwirtschaftlicher Arbeit, wo große Freiheit herrscht. Da ist es schwer fortzukommen, wenn man sofort an seiner Kleidung erkennbar ist. Es ist aber ungemein leicht, wenn man die gewöhnliche Kleidung trägt. Was bleibt nun dem Direktor übrig, wenn Sie bestimmen, daß einer drei Monate lang keine besondere Kleidung tragen muß? Es gibt dann zwei Wege für ihn: entweder wir lassen den Sträfling überhaupt nicht auf das Land, behalten ihn vielmehr in der Zelle, die furchtbarste Strafe, die einen Sträfling treffen kann. Nebenbei bemerkt: es ist bei uns vorgekommen, daß ein Sträfling, den man aus der landwirtschaftlichen Arbeit in die Zelle nehmen mußte, sich das Leben nehmen wollte. — Das ist der eine Weg. Der andere Weg: Ueberwachung hinten und vorne, mit Gewehr und Hunden

und allerlei Dingen, damit der Sträfling nicht wegkommt. Glauben Sie, der Sträfling sei Ihnen dankbar, wenn Sie ihm das bieten, statt daß Sie ihm die Anstaltskleidung aufoktroyieren? Ich glaube es nicht.

Eine andere Anregung, die gewiß auch sehr gut gemeint ist, geht dahin, gewisse Grundsätze aufzustellen über das Briefeschreiben, Lektüre und den Empfang von Besuchen und die Kontrolle. Mit Herrn Bundesrat Häberlin bin ich der Meinung, daß über die Kontrolle im allgemeinen und über die Kontrolle der Lektüre im besonderen jede Diskussion überflüssig ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß man die Korrespondenz und Lektüre zu kontrollieren hat. Man darf doch dafür sorgen, daß der Zuchthaussträfling nicht die Korrespondenz zum Ausgangspunkt für neue Verbrechen nimmt, oder daß er, wenn er hinauskommt, infolge seiner Lektüre gar nicht aus der Praxis gekommen ist, vielmehr seine Tätigkeit, vermehrt durch einige theoretische Belehrungen, wieder aufnehmen kann. Davon kann doch gar keine Rede sein. Wir müssen durch die Lektüre dafür sorgen, daß die innere, geistige Besserung, nicht das Schöntun, gefördert wird. Es ist ja der große Irrtum auch von Strafanstaltsdirektoren, daß ein Sträfling, wenn er sich schön obödiert benimmt, gebessert sei. Als ob eine Besserung käme, wenn man sich gut hält bloß weil hinten und vorne aufgepaßt wird. Die Besserung muß von Innen herauskommen, und dazu wird auch eine gute Lektüre und vielleicht auch eine rechte Korrespondenz beitragen.

Wenn Sie in der Korrespondenz zu viel vorschreiben, hemmen Sie die Tätigkeit des Direktors einer Anstalt ganz gewaltig. Nehmen Sie nur einmal einen praktischen Fall. Sie stecken einen Geschäftsmann ins Zuchthaus. Zu Hause sind Frau und Kinder. Diese leben aus dem Geschäft. Das Geschäft kann aber anerkanntermaßen nur gedeihen wenn der geistige Führer des Geschäftes, der einzige, der in die Geschäftsgeheimnisse, in die Kundschaft usw. eingeweiht ist, sich äußern kann. Er muß das mit Hilfe von Besuchen und von Briefwechsel machen. Da muß der Direktor freie Hand haben können, selbstverständlich in gewissen Schranken. Was ist der Erfolg, wenn er da zu streng vorgeht? Daß, wenn der Sträfling aus der Anstalt herauskommt, seine Lebensexistenz untergraben ist und ihm fast nichts anderes übrig bleibt, als wieder von vorne zu beginnen, d. h. bei einem Geschäftsmann in der Regel mit Betrug usw. Statt, daß man ihm geholfen hätte, eine gute Existenz zu finden. Ich bin also der Meinung, die Fassung des Entwurfes sei gut. Sie spricht von gewissen Schranken, umschreibt sie aber nicht näher. Es muß daher Sache der Direktion bleiben, diese Schranken selbst zu ziehen.

Ich will mit diesen Dingen nur ein bißchen exemplifizieren. Zunächst ein paar Worte zur finanziellen Seite. Die Hauptsache wird sein, daß, wenn das Gesetz kommt, die Kantone ihre Anstalten auch wirklich so einrichten wie wir es in der Hauptsache wünschen. Denn die Humanität in einer Strafanstalt liegt in guten, gesunden Räumen, in Licht, in Ausblicken des Sträflings — es mag ja sentimental klingen — zum Himmel und in die Landschaft, in der Gelegenheit zu guter Arbeit, in der Möglichkeit, Früchte der Arbeit zu sehen und vielleicht selbst zu bekommen, und endlich hauptsächlich

in einer Betätigung, die es ihm erlaubt, zu denken, wenn er wieder hinauskomme, sei er in der Lage, sich selbst und eventuell seine Angehörigen zu erhalten. Darin liegen die Hauptgesichtspunkte eines humanen und doch wirkungsvollen Strafvollzuges. Wenn Sie das erreichen wollen, müssen Sie allerdings, wie es vorgesehen ist, die Kantone dafür interessieren. Ich darf schon sagen, daß in einzelnen Kantonen die Einrichtungen jetzt noch ganz bedenklich sind. Ich habe solche an verschiedenen Orten gesehen. Auf der andern Seite dürfen Sie dann aber auch nicht die Subventionen durch allerlei Bedingungen zu stark belasten. Die schönen Ideen von vollständiger Trennung der verschiedenen Anstalten wären ja zu begrüßen, wenn man genug Geld hätte. Die Verhältnisse zwingen aber, hier sparsam zu sein. Daher begrüße ich die Fassung des Art. 34 so, wie sie Ihnen die Kommission im Gegensatz zum bundesrätlichen Entwurfe vorschlägt in zwei Richtungen: einmal indem der Entwurf nur noch davon spricht, daß das Zuchthaus in einer andern Anstaltsabteilung sein muß, und zweitens indem das Detail durch Hinübernahme von Art. 34 in Art. 35 dem Gefängnis genähert wird, so daß da keine großen Unterschiede mehr vorhanden sind. In Deutschland mußte man vor einigen Jahrzehnten wegen der Aenderungen im Strafrecht auch die Anstalten verändern. Was ist geschehen? Man hat alte Gefängnisse zu Zuchthäusern gemacht und Zuchthäuser zu Gefängnissen. Wir müssen den Kantonen ihre Anstalten für alle Zwecke zur Verfügung halten und nicht allzusehr vorschreiben. Ich bin bekanntlich nicht so sehr Föderalist. Aber auf dem Gebiete des Strafvollzuges bin ich der Meinung, daß die verschiedenen Kantone den verschiedenen Auffassungen glücklicherweise Rechnung trugen. Der Erfolg war nämlich der, daß einzelne Kantone ganz bedeutend fortgeschrittene Strafanstalten haben, während andere Kantone allerdings zurückgeblieben sind. Wenn die ganze Schweiz unter einem einheitlichen Strafvollzug gestanden hätte, glaube ich, die Mehrheit würde zurückgeblieben sein und das andere als Gefühlsduselei, Sentimentalität und was weiß ich bezeichnet haben.

Die Herren Berichterstatter haben mit Recht auf das prachtvolle Beispiel hingewiesen, das der Kanton Bern mit der Anstalt Witzwil gibt. Das Schöne an dieser Anstalt ist ja, daß man einerseits finanziell gut wirtschaften konnte. Man hat alles beieinander auf einer großen Fläche und kann den Boden ausnützen. Die andere schöne Seite ist, daß man erproben konnte, ob nicht die Besserung der Sträflinge in viel größerer Freiheit, in der Arbeit auf dem Lande, leichter sei als in der Zelle und im Arbeitssaal. Es hat sich in Witzwil wie in Deutschland erwiesen, daß das der Fall ist. In Deutschland sind sie soweit gegangen, Arbeiter in die Rebgeleände am Rhein zu schicken und dort arbeiten zu lassen. Sie haben dort Gewerbe eingeführt, bei denen unser alter Direktor geschlortert hat als er es sich ansah: große Schlossereiwerkstätten, mit Feilen und allen möglichen Instrumenten usw. Auf die Frage: «Haben Sie da nicht alle Augenblicke Revolten und Ausbrüche?», erhielten wir die Antwort: «Gar keine. Wir haben die besten Erfahrungen gemacht, und auch die Entweichungen sind nicht zahlreicher geworden.» In der großen Stadt Berlin sendet die eine von drei großen Anstalten ihre Insassen zur Arbeit auf das

Land. Wir fragten den Direktor: « Sind die Entweichungen größer, und haben Sie Schwierigkeiten mit der Disziplin usw.? » Wir erhielten die Antwort: « Gar keine; wir haben die allerbesten Erfahrungen gemacht. »

So ist das auch in Witzwil. Und wenn ich nun meine Heimat ein bißchen herausstreichen kann, da es die Herren Referenten nicht getan haben, so darf ich sagen: Der Kanton St. Gallen hat im Rheintal, im Saxerried auch eine solche Anstalt geschaffen. Wir haben dort etwa 70 Sträflinge und Verwahrte. Sie arbeiten draußen in Gottes freier Luft auf den Wiesen und Aeckern. Wie sind die Erfahrungen bis heute? Ich antworte: Es ist bei uns kein Mensch, der wieder eine andere Einrichtung haben wollte. Direktor, Geistliche, Lehrer konstatieren, daß sich die Gesinnung der Sträflinge viel schneller und natürlicher bessert als beim alten Zustand. Ist es aber auch nicht natürlich, daß es so ist? Glauben Sie nicht, die Gesinnung eines Menschen könne sich eher ändern, wenn er dort im Rheintal im Anblick sehr schöner Natur und der Berge seine Arbeit leistet, statt daß er mürrisch, verdrossen, einsam sein Leben in einer halbdunklen Zelle verbringt? Glauben Sie nicht, die Arbeit wird besser, wenn einer draußen arbeitet und, wie der Bauer, die Früchte seiner Arbeit sieht, statt daß er drinnen nur mechanisch allein oder mit einem Haufen arbeitet oder auch nicht arbeitet?

Ich meine, es sei ganz natürlich, daß dieser Weg der bessere ist, wir wollen ihn fördern. Er wird dadurch gefördert, daß das Gesetz etwas large ist, nicht ins Detail geht und damit die Ausarbeitung etwas offen läßt.

Wenn man eine derartig große Fläche wie in Witzwil, im Saxerried, ich glaube auch in der Waadt — ich werde mir die Arbeiten mit der gütigen Erlaubnis der Herren des Kantons Waadt ansehen — recht benutzen will, so darf man sich durch die Anschauung, das Volk habe das nicht gern, wenn unter dem gleichen Namen alles zusammenkomme, nicht zu sehr beeinflussen lassen. Man kann dem begegnen, ohne daß man Bedingungen aufstellt, die eine relativ billige Erstellung verunmöglichen. Man kann den Dingen einen verschiedenen Namen geben, man kann in verschiedene Winkel gehen, man kann die Sache in der Anstalt trennen, aber das sollte eigentlich genügen. In der Arbeit selbst wird man die Leute niemals ganz trennen können, sondern wird eben Gruppen bilden müssen. Ist es nicht vielleicht segensreich, daß man in der Strafanstalt eine andere Unterscheidung dieser Art macht? Während wir theoretisch die Zuchthausgefangenen und die Gefängnissträflinge auseinanderhalten, muß der Direktor einer solchen Anstalt untersuchen, was habe ich, abgesehen von der Strafe, mit einem gefährlichen, minderwertigen Kerl zu tun, dem ich eine gewisse Freiheit nicht einräumen kann? Kann ich es trotz Zuchthausstrafe bei diesem Mann nicht doch wagen, weil dessen Charakter an und für sich nicht so gefährlich ist? Wer ein bißchen Einblick hat in den Strafvollzug, der weiß, daß das eine das andere gar nicht ausschließt. Es kann einer einmal ein schweres Verbrechen begehen; wenn Sie mit ihm verkehren, so werden Sie sehen, daß er trotzdem keine so verdorbene Natur ist wie ein anderer, der zehn, zwölf kleine Verbrechen begangen hat. Ich will hier nur einen kleinen Fall erwähnen. Ich hatte einmal einen

Schwerverbrecher zu besuchen, weil er mit seinen Vorgesetzten nicht auskam, weil er mit ihnen grob war. Es handelte sich um einen riesenstarken Kerl. Ich habe ihn angehört und mußte ihm in einer gewissen Beziehung recht geben. Dann hat er geweint wie ein Kind und hat mir gesagt, Herr Regierungsrat, seit Jahren ist das das erstmal, daß ich wieder einmal recht bekomme. Ich habe machen können, was ich wollte in der Anstalt, man hat mir einfach nie recht gegeben, und er hat mir versichert, er werde nun folgen, nachdem er gesehen habe, daß man ihn auch anhöre. Mit diesem Mann hatten wir nachher nicht die geringsten Schwierigkeiten mehr. Ich finde also meinerseits, daß nach meinen Beobachtungen das Gesetz in der Hauptsache durchaus das Richtige trifft.

Noch einige kurze Bemerkungen zu den einzelnen Anträgen. Herr Eggspühler hält dafür, man solle das Maximum der Zuchthausstrafe auf 20 Jahre statt auf 15 Jahre dekretieren. Diese Frage halte ich nicht für sehr wichtig. Im Kanton St. Gallen hat man bis jetzt meines Erinnerens jeden zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilten, der ein Begnadigungsgesuch gestellt hat, nach 13—15 Jahren begnadigt und dabei hat es sich meist um solche gehandelt, die anfänglich zum Tode verurteilt waren. Offenbar fand man, daß die Zeit von 15 Jahren genüge, wenn sie nicht genüge, dann würden auch 20 Jahre nicht viel mehr ausrichten, wohl aber ermöglichen 15 Jahre, daß einer zu einer Zeit herauskommt, wo er sich noch erhalten und selber etwas tun kann.

Die Aeußerung, man sollte eigentlich die Strafminima ganz abschaffen, ist gewiß vom theoretischen Standpunkte aus richtig, hauptsächlich auch von dem Standpunkte aus, daß man den Richter niemals verdächtigen sollte, als ob er nicht das rechte Maß treffe. Dennoch muß ich aus meiner Praxis heraus sagen, das wäre gefährlich, denn momentan, soweit ich sehe, besteht bei den Richtern die Neigung, sehr weit unten zu bleiben und insbesondere in engern Kreisen, wo noch allerlei Menschlichkeit mit eine Rolle spielt, das Minimum anzuwenden, wo es nicht paßt. Erfahrungsgemäß ist die Wirkung einer Strafe, die nicht eine gewisse Dauer hat, im allgemeinen ungeheuer bescheiden. Ich möchte also davor warnen, hier zu weit zu gehen.

Schmid-Oberentfelden: Ich beantrage Ihnen, in Art. 34, Ziffer 2, ein weiteres Alinea einzuschalten mit dem Wortlaut: « Dem Sträfling ist die Lektüre von selbstgewählten Büchern gestattet. » Ich könnte diesen Text eventuell dahin präzisieren, daß wir sprechen von selbstgewählten Büchern wissenschaftlicher, belletristischer, politischer und wirtschaftlicher Art. Man kann nicht so vorgehen, wie einzelne Redner soeben angetönt haben, daß der Direktor ausschließlich und allein über die Bedürfnisse des Sträflings auf geistigem Gebiet entscheidet. Der Direktor kann unmöglich über alle Gefangenen so orientiert sein, wie es notwendig wäre, wenn er jedem die richtige Lektüre zuerkennen sollte. Infolgedessen ist es viel richtiger, dem Sträfling dieses Recht einzuräumen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn wir irgendeine Enquête hätten darüber, was die Sträflinge zu sagen haben, über ihre Bedürfnisse, soweit sie erfüllt oder nicht erfüllt worden sind, welche Meinungen die Sträflinge darüber haben, was ihnen

zutraglich ist, um im späteren Leben ihnen zu nützen, sie wieder zu ganzen Menschen zu machen, sie zu bessern. Wir haben auf allen Gebieten unserer Gesetzgebung immer Leute, die sich mit den Materien, über die wir Gesetze erlassen, beschäftigen. Hier aber besitzen wir nur das Urteil der Zuchthausdirektoren, der juristischen Sachverständigen, der kantonalen Regierungsräte etc. Meines Erachtens ist das nicht ganz richtig, denn auf diesem Gebiet werden sehr häufig große Fehler gemacht. Ich möchte die Herren, die das Buch der Wera Figner über Rußland noch nicht kennen, bitten, es zu lesen, vielleicht wird das auch der Herr Kommissionsreferent Dr. Seiler tun. **Seiler:** Wenn Sie mir die Zeit dazu geben.) Man muß sich die Zeit dazu nehmen, denn dieses Buch ist eine der wichtigsten Lektüren darüber, wie es in einem Gefängnis aussieht. Herr Dr. Seiler wird, wenn er sich der Mühe unterzieht, das Buch zu lesen, sehen, wie gerade in der fürchterlichen Schlüsselburg, wo man politische Verbrecher untergebracht hatte, Leute vorhanden waren, die, trotzdem sie vielleicht zehn Jahre lang kein Buch mehr gesehen hatten, nachher, als sie wieder selbstgewählte Lektüre erhalten konnten, wissenschaftlich tätig waren und ganz Hervorragendes leisteten. Herr Dr. Mächler hat vorhin ausgeführt, daß man unterscheiden müsse in der Behandlung der Gefangenen, daß der Geschäftsmann, der wegen irgendeines Deliktes im Zuchthaus sitze, die Möglichkeit haben müsse, durch seinen Briefwechsel, durch die Besprechung bei Besuchen, sich seines Geschäftes mehr oder weniger anzunehmen, damit er nachher, wenn er herauskomme, nicht vor dem Nichts stehe. Mich wundert, daß Herr Dr. Mächler daraus nicht den Schluß gezogen hat, wenigstens für den Antrag Welti zu stimmen. Ich habe mich aber noch mehr gewundert, daß er nicht zur Erkenntnis gekommen ist, dem Manne müsse während der Gefangenzeit die Möglichkeit gegeben werden, sich in seinem Berufe zu verbessern. Ein solcher Sträfling braucht natürlich entsprechende wirtschaftliche und fachmännische Lektüre, die jedenfalls vom Direktor des Gefängnisses nicht ohne weiteres beurteilt werden kann. Aber ich sage das nicht nur wegen dieses einen Falles, sondern weil meiner Auffassung nach mit der Strafe, die man dem Verbrecher zudiktirt hat, auch die Möglichkeit geschaffen werden will, daß der Verurteilte sich bessere, daß er sich unter Umständen selbst erziehe. Er wird sich nicht selber erziehen können, wenn ihm nicht die Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden, die er dazu braucht, und darüber, welche Hilfsmittel ihm dazu nötig sind, wird er am Ende selbst am besten entscheiden können. Stellen Sie sich doch einmal vor, der Mann, der im Gefängnis sitzt, habe irgendwelche wissenschaftliche oder fachtechnische Neigungen. Es möchte z. B. ein Mechaniker sich mit Flugtechnik beschäftigen. Das wird ihm nur möglich sein, wenn er die neuerscheinende Literatur studieren und sich auf diesem Gebiet auf dem Laufenden halten kann. Für ihn kann dieses Studium eine neue Welt bedeuten und es wird ihm, ins Leben zurückgekehrt, möglich sein, in die Praxis umzusetzen, was er im Gefängnis durchgearbeitet hat, und sich das Fortkommen zu erleichtern. Leute, die im Gefängnis zermürben, die in der Einsamkeit zugrunde gehen würden, werden sich geistig frisch erhalten können. Sie alle kennen den Fall von Max Hölz, jenem deutschen

Gefangenen, der sehr wahrscheinlich einem Justizirrtum zum Opfer gefallen ist. Er hat einen sehr interessanten Brief an den bekannten Schriftsteller Egon Erwin Kisch geschrieben, aus dem ich Ihnen eine Stelle vorlesen will, die dafür Zeugnis ablegt, was das Buch für den Gefangenen bedeutet. Er schreibt: «Lieber Egon Erwin Kisch, die beiden freundlichst von Ihnen gesandten Bücher und die mir fehlenden Nummern des Tagebuch habe ich nunmehr erhalten. Was Bücher mir in meiner Abgeschlossenheit bedeuten, das werden Sie sicher ermessen können. Sie und Arthur Holitscher sind ja nicht nur gute Schriftsteller, sondern Sie sind nicht minder gute Psychologen. Langjährige Gefangene, die nur auf die Bücherei der Anstalt angewiesen sind, oder die keine innige Zuneigung zu Büchern gewinnen können, gehen unweigerlich geistig zugrunde. Sehr von Bedeutung ist natürlich, wenn ein Gefangener während seiner langen Haft nicht nur rezeptiv, sondern auch kreativ tätig sein kann. Rosa Luxemburg konnte das, auch Liebknecht, Toller, Mühsam, aber nicht alle sind dazu imstande. Die Bücher retten mich (unzweifelhaft) vor geistiger Zermürbung, sie bereiten mir oft auch sehr große Freude, und es gibt doch Stunden, wo ich über den Büchern ganz vergesse, daß ich doch nur ein lebendig Begrabener bin. Dann dauert es eine geraume Weile, bis ich mich wieder an meine enge Umwelt gewöhne. Um das Sprechen nicht zu verlernen, habe ich es mir zur Regel gemacht, die Bücher langsam und laut zu lesen. Dadurch präge ich mir das Gelesene auch besser ein und kann es zum Teil schon während des Lesens verarbeiten. Und auf diese Weise hörte ich auch in den Jahren meiner absoluten Einsamkeit und vollständigen Abgeschlossenheit wenigstens eine menschliche Stimme. Ganz furchtbar und unsagbar traurig waren die langen, langen Monate, wo mir alle Bücher genommen waren, wo nicht eine Zeile Gedrucktes bei mir sein durfte und ich auch nicht eine Zeile schreiben konnte.»

Ich bin der Meinung, daß solche Quälereien der Gefangenen nichts zu tun haben mit dem Willen, die Leute zu bessern. Wenn man auf diesem kleinen Gebiet den Gefangenen Wünsche erfüllt, damit sie sich wissenschaftlich, vielleicht auch belletristisch bilden können, wird man ihnen unendlich viel geben. Unserem Strafgesetz würde es — davon bin ich überzeugt — sehr wohl anstehen, einen Fortschritt in dieser Richtung zu verwirklichen, der meiner Auffassung nach dem Menschen im Gefangenen Rechnung trägt. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

M. de Muralt: Pour ceux qui ne sont pas partisans en principe du Code pénal fédéral, il y a évidemment deux systèmes possibles: ou bien voter toutes les propositions qui leur paraissent les plus impopulaires, et charger ainsi le bateau pour le faire couler; ou au contraire chercher loyalement à améliorer le projet en discutant et en cherchant à faire passer des amendements le rendant plus acceptable. Je crois que c'est là le meilleur système et, pour ma part, mon intention est de le mettre en pratique. C'est pourquoi je voudrais dire quelques mots au sujet des deux propositions que M. Vallotton vous a faites et qui tendent, pour la peine d'emprisonnement, à en abaisser le minimum à 1 jour, éventuellement à 3 jours. Je ne veux pas reprendre tous les arguments présentés par mon confrère M. Vallotton;

mais très brièvement vous dire que, dans le canton de Vaud, nous avons fait une expérience concluante de la suppression générale des minima. Depuis 1919, nous avons une loi spéciale qui ramène à un jour le minimum, non pas seulement de l'emprisonnement, mais aussi de la réclusion. Laissons de côté la réclusion, puisqu'on ne veut pas toucher au minimum prévu d'un an, pour ne pas atténuer la gravité de cette peine. Mais permettez-moi de vous dire que l'expérience faite dans le canton de Vaud avec l'abaissement à un jour du minimum de l'emprisonnement n'a pas été mauvaise; bien au contraire. Ayant derrière moi une carrière d'avocat déjà assez longue, puisqu'elle remonte à une période antérieure à 1899, je puis affirmer que mon expérience personnelle concorde avec celles de M. Vallotton et de M. le président du Tribunal de Vevey: Nous n'avons jamais vu de cas dans lequel l'application d'une peine brève, comme celle de 1, 2 ou 3 jours d'emprisonnement, aurait donné lieu à des critiques sérieuses.

Ces questions de l'efficacité de la peine et de son individualisation sont de toute importance. Les auteurs très savants du Code ont raison d'y insister. Je dis que vous permettez mieux d'individualiser la peine lorsque vous ne vous arrêtez pas à un minimum aussi strict, aussi rigide que celui qui est prévu par le projet de Code. On vous a cité ce matin des exemples. Il m'en est venu un autre à l'esprit. Supposez qu'un personnage, je ne dirai pas consulaire comme celui qu'a cité ce matin M. Vallotton, mais un Monsieur riche, dont la situation de fortune est supérieure à la moyenne, se livre à des voies de fait ou à des menaces. Ne pensez-vous pas que, dans un cas de ce genre, le juge se dira: Ce n'est pas une amende que je vais infliger au délinquant; cela ne lui serait pas sensible, car il lui sera parfaitement égal de sortir de son portemonnaie même quelques centaines de francs, pour réparer le tort qu'il a commis. Non, je veux lui infliger une peine d'emprisonnement. Je ne me bornerai pas à le condamner aux arrêts, parce que je veux qu'il se rende compte de la gravité relative de son geste; mais je ne veux pourtant pas aller trop loin: le laisser 8 jours en prison serait excessif; il me suffit de le mettre en geôle pour 24 heures. Or, contrairement à ce que disait tout à l'heure M. Häberlin, 24 heures, ce n'est pas seulement un jour, un laps de 12 heures; la journée est de 24 heures, et comprend bel et bien une nuit, à moins qu'on ne soit au Pôle, où le soleil ne se couche pas! Vingt-quatre heures, cela implique la couche sur la dure pendant une nuit; cela comporte donc aussi le temps de la réflexion, pendant l'obscurité de la nuit. Voilà pourquoi un juge pourra dire: Cette peine sera, pour ce citoyen, une punition suffisante. Mais je ne veux pas accorder les circonstances atténuantes qui permettraient de lui appliquer seulement les arrêts, peine que je considère comme insuffisante: je veux qu'il passe un jour en prison.

Ceci dit, je pourrais encore admettre à la rigueur que le minimum de l'emprisonnement soit fixé à 3 jours.

Je crois donc que nous aurions raison, pour ne pas trop charger le bateau du code pénal, d'admettre au moins l'un des amendements de M. Vallotton.

Les auteurs du code — et ils se sont montrés modernes à ce point de vue — proclament ce principe de la liberté d'appréciation du juge, « des freien rich-

terlichen Ermessens ». On en a plein la bouche. Encore l'autre jour, dans une séance de la commission, à propos de l'article 61 du projet, j'avais émis quelques doutes au sujet du dernier alinéa de cet article, où il est dit que pour l'admission des circonstances atténuantes on pourra prendre en considération le fait qu'il s'est écoulé un temps « relativement long » depuis la commission du délit. Je me permettais à ce propos de demander si l'on ne pourrait pas concrétiser cette disposition en fixant un délai, de cinq ans, par exemple. On m'a répondu: Mais non, c'est trop délicat, les cas varient à l'infini; laissez donc cela au pouvoir d'appréciation du juge.

N'est-il pas alors d'un singulier illogisme de ne pas laisser aussi au pouvoir d'appréciation du juge la question de savoir si l'on donnera au délinquant, qui a mérité une peine, non pas seulement de huit jours, mais peut-être 5 ou 3 ou même un jour de prison? Est-ce qu'en refusant d'admettre ce principe libéral dans le code pénal vous ne décernez pas, en réalité, au juge un brevet d'incapacité? Ne prenez-vous pas une mesure de méfiance vis-à-vis de lui?

En ce qui concerne le canton de Vaud, je puis confirmer complètement ce qu'a dit tout à l'heure M. Vallotton: nous considérerions certainement l'adoption de ce minimum de 8 jours comme un recul au regard de notre législation cantonale, et au point de vue référendaire, je ne crois pas que ce serait une heureuse mesure.

Huber : Bevor ich unseren Antrag zu Art. 35bis begründe, möchte ich noch einige Bemerkungen zu den andern Anträgen machen. In bezug auf den Antrag Vallotton kann man in guten Treuen verschiedener Meinung sein. Herr Vallotton hat die Absicht, keinen Angeklagten ohne Not zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt zu sehen als zu einem Tage. Herr de Muralt hat ihn soeben eindrucksvoll unterstützt. Ganz besonders lebhaft berufen sich die beiden Herren auf die Erfahrungen des Kantons Waadt. Ich glaube, daß bei dieser Argumentation ein Moment übersehen wird, das man beachten muß, wenn man die Sache objektiv beurteilen will: der Kanton Waadt muß dieses Minimum von einem Tage Gefängnis haben, wenn er überhaupt eine eintägige Minimalstrafe bei der Freiheitsstrafe zulassen will. Wenn für die Gefängnisstrafe ein höheres Minimum hätte, z. B. von 8 Tagen, könnte der Richter überhaupt keine kürzere Freiheitsstrafe aussprechen. Bei dem Entwurf ist aber die Sache wesentlich anders. Wir haben zwischen der Buße und dem Gefängnis eben noch die Strafart der Haft mit einer Mindestdauer von einem Tag. Bei uns stellt sich also der Katalog der Strafen anders dar. Wir haben als Maximalstrafe 15 Jahre oder, wenn es nach dem Willen der Herren Eggspühler und Mitunterzeichner geht, 20 Jahre Zuchthaus, mit einem Minimum von einem Jahr. Dann haben wir die Gefängnisstrafe mit einem Minimum von 8 Tagen und einem Maximum von zwei Jahren. Dann die Haftstrafe; Minimum ein Tag, Maximum ein Vierteljahr. Wenn Sie das berücksichtigen, dann glaube ich, kann Ihre Abneigung gegen das Minimum von acht Tagen für das Gefängnis nicht mehr mit dieser Intensität aufrecht erhalten werden. Man kann in guten Treuen verschiedener Meinung sein auch vom Standpunkte desjenigen aus, der eine milde Bestrafung wünscht.

Nach meiner Erfahrung wird mit den kurzfristigen Freiheitsstrafen ein Unfug getrieben. Der Richter ist leicht geneigt, einen Tag Gefängnis zu geben. «Das ist ja nicht viel; der Angeschuldigte soll nur einmal ein bißchen brummen.» Eine erzieherische Wirkung erzielt man natürlich nicht, sondern man bewirkt eher eine Verstockung. Das ist der Grund, warum ich persönlich eher der Minimalstrafe zustimme, wie sie im Entwurf vorgesehen ist, um den Richter zu vermehrter, ernsterer Prüfung zu zwingen, damit er nicht leichthin Leute ins Gefängnis steckt. Kurzfristige Freiheitsstrafen haben meines Wissens — ich kann auch sagen: nach meiner Erfahrung — keinen großen erzieherischen Wert. Ich habe nämlich einmal eine Freiheitsstrafe abgesessen — ich weiß nicht mehr waren es drei oder vier Tage. Es war allerdings militärischer Arrest. Selbstverständlich war ich unschuldig. (Heiterkeit.) Es war gerade 1907 in der Vorbereitung für und gegen die neue Militärorganisation. Ich habe die Haft nützlich verwendet, indem ich mich gründlich mit der Materie beschäftigte und mich vorbereitete zur Bekämpfung der Militärorganisation. Also genützt im Sinne derjenigen, die mich eingesperrt haben, hat es jedenfalls nicht.

Zum Antrag des Herrn Eggspühler will ich keine weiteren Bemerkungen machen. Was Herr Mächler ausgeführt hat, kann ich vollständig bestätigen. Sie erinnern sich, daß ich bei der Diskussion über die Todesstrafe bereits ausländische Stimmen zitiert habe, die darauf hinwiesen, daß dort zum Tode verurteilte und nachher zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigte Mörder nicht im Zuchthaus gestorben sind, sondern daß man die meisten nach spätestens 15 Jahren freigelassen hat und daß kein einziger von ihnen wieder in die Strafanstalt zurückgekommen ist. Ich glaube, dem Antrag des Herrn Eggspühler liegt eine andere Auffassung zu grunde. Es ist eine Art Tarif-auffassung im alten Sinne von Schuld und Strafe: so viel Schuld — so viel Strafe, aber kein Erziehungsgedanke.

Der Antrag, den Kollega Affolter zum Art. 35 begründet hat, ist sowohl von Herrn Bundesrat Häberlin als von Herrn Mächler bekämpft worden mit Rücksicht auf die Fluchtgefahr, die dann bestehe, wenn der Sträfling keine Sträflingskleider trage. Herr Mächler hat darauf aufmerksam gemacht, die Gefahren seien besonders groß bei landwirtschaftlicher Beschäftigung der Sträflinge. Das ist durchaus richtig; aber ich glaube, das Argument ist hier nicht zutreffend, weil diejenigen, die nach dem Antrag meines Freundes Affolter in Frage kommen, ja nicht zu landwirtschaftlicher Arbeit verwendet werden. Das sind ja diejenigen, welche sich in Einzelhaft befinden. Darüber lautet Art. 35bis, Ziff. 2: «Der Zuchthaus- und der Gefängnissträfling wird in der Regel während der ersten drei Monate in Einzelhaft gehalten.» Die besondere Gefangenenkleidung spielt also hier keine große Rolle.

Es ist dann gegen die neue Formulierung, die Herr Affolter vorgeschlagen hat, indem er das «wenn» durch das «soweit» ersetzt hat, von Herrn Bundesrat Häberlin einiges eingewendet worden, das den Schein für sich hat. Aber es ist ein Moment dabei nicht zur Geltung gekommen. Wenn wir dieses «wenn» durch «soweit» ersetzen, so wollen wir auch jene Fälle berücksichtigen, wo einer zwar mehr als drei Monate

Gefängnis auferlegt erhalten hat, aber aus der Strafanstalt nach Absolvierung der ersten drei Monate bedingt entlassen wird. Da kann man sich nun mit Recht fragen: Soll derjenige, der tatsächlich nur drei Monate Strafe abzusitzen hat, dem der vollziehende Beamte selber zuerkannt hat, er habe sich so verhalten, daß man ihm den Rest bedingt erlassen darf, nicht dieser Wohltat teilhaftig werden, die der Antrag Affolter ihm verschaffen will?

Herr Bundesrat Häberlin hat den Antrag zu Artikel 35bis, der bis jetzt gar nicht begründet ist, abgelehnt. Wir möchten demjenigen, der zu einer nicht länger als drei Monate dauernden Freiheitsstrafe verurteilt ist, das Recht der Selbstbeschäftigung geben. Der Gedanke der Selbstbeschäftigung in der Strafanstalt ist in der Schweiz leider noch nicht allgemein verbreitet, während man in andern Ländern viel weiter geht aus Erwägungen heraus, die Herr Mächler mit eindrucksvollen Worten hier zur Geltung gebracht hat. Er hat gesagt, daß Leute, die für eine kürzere Zeit verurteilt sind, in ihrem Berufe weiter tätig sein sollten, wenn sie aus dem Gefängnis herauskommen. Da liegt es nicht bloß in ihrem persönlichen Interesse, sondern ganz besonders auch im Interesse der Allgemeinheit, daß sie einen Anspruch auf Selbstbeschäftigung erhalten. Es ist etwas ganz anderes beim Zuchthaussträfling, der im Zuchthaus womöglich erst einen Beruf erlernen soll. Da kann man einen gewissen Zwang im Sinne einer weitergehenden Erziehung und im Interesse des Sträflings sehr wohl rechtfertigen. Nun sagt Herr Häberlin, mit unserm Antrag gleichen wir die Gefängnisstrafe der Haftstrafe an; denn, was die Minderheit hiervon orschlage, das habe der Häftling. Das ist richtig. Aber man kann auch anders argumentieren. Die Kommission hat im Gegensatz zum Entwurfe des Bundesrates die Scheidung zwischen Gefängnisstrafe und Zuchthausstrafe ein bißchen abgeschliffen. Nach dem Entwurfe des Bundesrates wäre die Zuchthausstrafe in einer besonderen Anstalt zu vollziehen, wo unter keinen Umständen andere Sträflinge als Zuchthausler untergebracht werden dürften. Die Gefängnissträflinge wären wieder in einer besonderen Anstalt. Eine Vermischung von Zuchthauslern — ich will einmal diesen groben Ausdruck gebrauchen — mit andern Gefangenen wäre ausgeschlossen. Diese scharfe Trennung, die auch das Volk hochhält, ist nun abgeschliffen worden, erstens einmal dadurch, daß wir in Art. 34 nicht mehr sagen, daß die Zuchthausstrafe in einer Anstalt vollzogen werde, die ausschließlich diesem Zwecke diene, sondern «in einer Anstalt oder Anstaltsabteilung» — und zweitens in der weitgehenden Aenderung, daß in Zukunft Zuchthausler und Gefangene unter Umständen, zwar in gewisser Trennung, aber doch miteinander arbeiten. Das ist besonders in landwirtschaftlichen Betrieben der Fall und läßt sich wohl fast nicht vermeiden. Nun fragt es sich: Soll man den zu Gefängnis Verurteilten fast völlig gleichstellen dem zu Zuchthaus Verurteilten, oder soll man ihn nicht eher dem zu Haft Verurteilten nähern? Da möchten wir nun, wie Herr Bundesrat Häberlin richtig herausgefunden hat, unterscheiden zwischen Leuten, die zu Gefängnis für mehr als drei Monate verurteilt sind, und solchen, die zu höchstens drei Monaten Gefängnis verurteilt sind. Während also die Fälle mit einer Strafe von über drei Monaten eher dem zu Zuchthaus Verurteilten

angenähert werden, wollen wir auf der andern Seite die kurzfristig Verurteilten streng getrennt halten. Sie müssen ja in Einzelhaft gehalten werden und kommen keinesfalls mit dem Zuchthausgefangenen zusammen. Nach unserem Antrag sollen sie noch das weitere Privileg haben, daß sie Selbstbeschäftigung zugestanden erhalten. Dadurch sind sie dann den Häftlingen noch keineswegs gleichgestellt. Wenn Sie in Art. 37 die Charakterisierung der Haftstrafe sehen, stellen Sie fest, daß die Häftlinge unter allen Umständen ihre Strafe in einer besonderen Anstalt erstehen. Sie dürfen niemals ihre Strafe in der gleichen Anstalt verbüßen müssen wie der Zuchthäuser oder der zu Gefängnis Verurteilte. Der Häftling ist in Einzelhaft nur während der Nachtzeit. Im übrigen werden die Häftlinge unter sich, aber ohne jede Vermischung mit den zu Gefängnis oder Zuchthaus Verurteilten, beschäftigt werden. So erhalten wir deutlich, deutlicher als es der Vorschlag des Bundesrates und der Kommission will, eine Scheidung in Zuchthaussträflinge, in Gefängnissträflinge mit einer Strafe von über drei Monaten, in Gefängnissträflinge mit einer Strafe bis zu drei Monaten und in Häftlinge. Dadurch kommen wir dem Grundgedanken wieder näher, wie ihn der Bundesrat in der ursprünglichen Fassung der Artikel 34, 35 und 36 zum Ausdruck gebracht hat, wo diese scharfe Trennung durchgeführt war. Man hat namentlich aus fiskalischen Gründen nicht gewagt, sie aufrechtzuerhalten, weil man befürchtete, wenn man jedem Kanton vorschreibe, er müsse ein Zuchthaus haben, eine Anstalt für Gefängnissträflinge und noch eine Anstalt für Häftlinge, das eine Belastung sei, die in einer allfälligen Abstimmung gefährlich werden könnte.

Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, dem Antrag zu Art. 35bis zuzustimmen. Er kann meines Esachtens durchaus akzeptiert werden. Er bringt keine besonderen Privilegien, die mit dem Wesen der Strafe und mit dem Ziel des Strafrechtes unvereinbar wären.

Farbstein: Ich will mich nur zum Art. 39 aussprechen. Ich empfehle Ihnen, die Anträge der Kommissionsminderheit zu akzeptieren. Sie unterscheiden sich von denen der Kommissionsmehrheit in dreifacher Hinsicht. Bei der Abstimmung werde ich beantragen, daß man auch in diesem Sinne abstimme, d. h. daß man jeden der drei Punkte separat vorlegt.

In erster Linie handelt es sich darum, ob das Institut bedingte Verurteilung oder bedingter Strafvollzug genannt werden soll. Zweitens besteht die Differenz, daß, während die Kommissionsmehrheit die bedingte Verurteilung oder den bedingten Strafvollzug nur bei Gefängnis zulassen will, die Kommissionsminderheit empfiehlt, die bedingte Verurteilung auch bei Zuchthausstrafe, sofern diese nicht mehr als ein Jahr beträgt, zu gestatten. Schließlich unterscheidet sich die Kommissionsminderheit von der Mehrheit dadurch, daß die Mehrheit die bedingte Verurteilung bei Bußen nicht zulassen will, während die Minderheit sie auch hier empfiehlt.

Zunächst zum Prinzip bedingte Verurteilung oder bedingter Strafvollzug. Im Entwurf des Bundesrates war ebenfalls von der bedingten Verurteilung die Rede. Wenn wir die Prinzipien bedingte Verurteilung

und bedingter Strafvollzug vergleichen, so stellen wir ein ähnliches Verhältnis fest wie es zwischen der Amnestie und der Begnadigung besteht. Bei der Amnestie wird der Täter so angesehen, als ob er die Handlung nicht begangen habe. Es wird alles gegen ihn niedergeschlagen. Bei der Begnadigung dagegen gilt der Täter als schuldig. Es wird ihm lediglich die Strafe erlassen. Er gilt als vorbestraft; aber die Strafe wird nicht vollzogen.

Welches Prinzip ist das richtige? Wenn wir die Entstehungsgeschichte des Institutes der bedingten Verurteilung verfolgen, so sehen wir, daß von Anfang an nicht von einem bedingten Strafvollzug, sondern von einer bedingten Verurteilung die Rede gewesen ist. Die bedingte Verurteilung ist auf England und Amerika zurückzuführen. Dort haben sich die Verhältnisse so abgespielt, daß der Richter das Urteil ausgesetzt hat. Der Richter hat überhaupt kein Urteil gefällt. Dieses Prinzip wurde später von Belgien und dann von Frankreich übernommen in dem bekannten Gesetze Bérenger. Im belgischen wie im französischen Gesetze heißt es, daß im Falle der bedingten Verurteilung die Bestrafung als nicht erfolgt zu betrachten sei: «La condamnation sera comme non avenue». Dieses System ist auch von den romanischen Kantonen übernommen worden, ebenso von Zürich und von Schaffhausen; dagegen haben eine Reihe der deutschen Kantone das Prinzip des bedingten Strafvollzuges übernommen. Professor Dr. Hafer erklärt in seinem Lehrbuch des Bundesstrafrechtes, daß es kriminalpolitisch gerechtfertigt sei, die bedingte Verurteilung zu akzeptieren und nicht das Prinzip des bedingten Strafvollzuges. Im Effekt kommt es eigentlich auf dasselbe hinaus. Aber bei der bedingten Verurteilung wird der Täter später nicht als vorbestraft angesehen. Dagegen beim bedingten Strafvollzug gilt er als vorbestraft, auch wenn er später der beste Mensch wird. Wir haben hier den Unterschied zwischen der Amnestie und der Begnadigung. Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Kommissionsminderheit, das Prinzip der bedingten Verurteilung anzunehmen in Uebereinstimmung mit den Gesetzen der romanischen Kantone und dem belgischen und französischen Strafrecht.

Während die Kommissionsmehrheit die bedingte Verurteilung nur zulassen will bei Gefängnisstrafen, die nicht höher sind als ein Jahr, will die Kommissionsminderheit — und das ist die zweite Differenz, — die bedingte Verurteilung auch bei der Zuchthausstrafe, die nicht höher als ein Jahr ist, zulassen. Herr Bundesrat Häberlin lehnt diesen Antrag ab, weil die Zuchthausstrafe die schweren Vergehen treffe. Ich glaube, Herr Bundesrat Häberlin ist im Irrtum. Die bedingte Verurteilung kann nur zugelassen werden, wenn die Zuchthausstrafe nicht höher als ein Jahr ist. Faktisch kommt also nur der Fall Tötung in Betracht, wo jemand im Affekt getötet hat. In allen andern Fällen, in denen auf Zuchthaus über ein Jahr erkannt werden muß, wird der Richter überhaupt nicht ein Jahr aussprechen, z. B. bei einem Raubmord oder bei qualifizierter Notzucht. Der Richter wird in Anerkennung mildernder Umstände nur bei der Tötung, wo das Minimum 5 Jahre ist, auf ein Jahr gehen können. Ich erinnere Sie an den Fall, der unlängst in Zürich passiert ist, wo ein Mann ein Mädchen verführt hatte, sie jahrelang veruraten, ihr das Geld weggenommen hatte. Das Mäd-

chen hat auf ihn geschossen, sie kam vor Schwurgericht. Wie hat sich das Schwurgericht geholfen? Es hat auf Totschlag erkannt, weil man das Mädchen nicht lebenslänglich ins Zuchthaus schicken wollte. Stellen Sie sich einen andern Fall vor. Irgendein Lump verführt ein Mädchen, er ist vielleicht syphilitisch, steckt es an, läßt es später im Stich, es schießt auf ihn, trifft ihn und muß wegen Tötung 5 Jahre Zuchthaus bekommen. Der Richter wird sagen, hier liegen mildernde Umstände vor, er wird auf nur ein Jahr Zuchthaus erkennen. Soll diese Person nicht bedingt bestraft werden? Oder nehmen Sie einen Fall von Affekt, von Eifersucht an. Wollen Sie dann die bedingte Verurteilung nicht zulassen? Die Kommissionsmehrheit ist im Irrtum. Dort, wo Geschworne sind, wird man sich nicht um diese Bestimmungen kümmern, die Geschwornen werden nicht auf Tötung, sondern auf Totschlag erkennen. Wollen wir die Geschwornen zwingen, wider ihre bessere Ueberzeugung auf Totschlag zu erkennen, trotzdem Tötung vorliegt, weil sie das Urteil ungerecht finden oder sollen wir dem Richter die Möglichkeit geben, in solchen Fällen bedingt zu verurteilen? Faktisch kann ja nur der Fall der Tötung im Affekt in Betracht kommen und der Fall, wo die mildernden Umstände derart sind, daß der Richter auf ein Jahr Zuchthaus erkennt. Wenn die Kommissionsmehrheit sich dagegen sträubt, die bedingte Verurteilung aufzunehmen, wird sie damit nur erreichen, daß die Geschwornen entgegen dem Gesetze anstatt auf Tötung, auf Totschlag erkennen. Man zwingt die Geschwornen zu einem falschen Urteil, das aber in casu gerecht ist, weil es dem Gerechtigkeitsgefühl entspricht.

Die Kommissionsmehrheit will, im Gegensatz zur Kommissionsminderheit, die bedingte Verurteilung bei Buße nicht zulassen. Hier ist die Kommissionsmehrheit meines Erachtens unlogisch, sie ist sich nicht bewußt, was sie will. Die Kommissionsmehrheit glaubt, es drehe sich dabei nur um Fälle, für welche eine Buße vorgesehen ist, aber das trifft nicht zu. Nach dem Entwurf kann der Richter, wo mildernde Umstände vorliegen, anstatt auf Gefängnis auf Buße erkennen. Nehmen wir zwei Personen an, die wegen des gleichen Deliktes verurteilt sind. Beide haben z. B. gestohlen, bei beiden treffen die Voraussetzungen der bedingten Verurteilung zu, beim einen aber liegen mildernde Umstände vor, beim andern nicht. Der Richter wird den ersten der mildernden Umstände wegen zu einer Buße verurteilen, und die bedingte Verurteilung wird ausgeschlossen sein, beim schwereren Verbrechen, das keine mildernden Umstände für sich in Anspruch nehmen kann, wird er auf Gefängnis erkennen, und die bedingte Verurteilung wird zulässig sein. Je schwerer also das Verbrechen, umso eher soll nach der Kommissionsmehrheit die bedingte Verurteilung möglich sein. Die Kommissionsmehrheit sagt, der Mann, der die Buße zu zahlen hat, soll die Buße bezahlen. Sie begeht aber einen logischen Lapsus, denn es kommt nicht darauf an, daß die Buße bezahlt wird, sondern ob der Mann als vorbestraft gilt oder nicht. Wenn jemand zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wird, kann er nach der Logik der Kommissionsmehrheit bedingt verurteilt werden, die Strafe wird im Strafregister, nach zwei, drei, im Maximum nach fünf Jahren, gestrichen, er gilt nur während 5 Jahren als

vorbestraft. Begeht jemand dagegen eine Handlung, für die er mildernde Umstände geltend machen kann, so wird er mit einer Buße bestraft, die aber dann 15 Jahre im Strafregister besteht, denn erst nach zehn Jahren ist das Begähren auf Löschung zulässig und erst nach weiteren 5 Jahren kann die Eintragung entfernt werden. Also auch hier, je schwerer das Vergehen, je leichter soll die bedingte Verurteilung sein. Sie sehen, zu welchem merkwürdigen Schlüssen es führt, wenn man mit der Kommissionsmehrheit die bedingte Verurteilung für die Bußen ablehnt. Die Vergehen, die mit Buße allein bestraft werden, sind sehr wenige. Nach unserem Entwurf fallen darunter das Herausfordern zum Zweikampf, Sachentziehung, leichte Hehlerei und üble Nachrede etc. Nur in diesen Fällen ist Buße allein möglich, in den andern Fällen Gefängnis neben Buße. Was wird die logische Folge sein? Die Richter werden vernünftigerweise nicht theoretisieren, wie die Kommissionsmehrheit, sondern als Praktiker handeln und anstatt auf Buße auf Gefängnis oder Haft erkennen, um die bedingte Verurteilung zu ermöglichen. Wenn Sie ein Gesetz machen wollen, von dem man nicht später sagen soll, daß es widersinnig sei, sondern von vernünftigen Menschen erlassen wurde, so stimmen Sie zu den Anträgen der Kommissionsminderheit.

Bringolf: Ich glaube, es ist ein Mangel am vorliegenden Entwurf für ein Strafgesetz, daß er nicht auf eine Situation Rücksicht nimmt, die heute bereits in verschiedenen Ländern gesetzlich verankert ist, und die auch in unserem Strafgesetzentwurf unbedingt in irgendeiner Weise seine Formulierung finden sollte. Art. 37bis, den wir Ihnen zur Aufnahme in den vorliegenden Entwurf empfehlen, lautet: « Politische Gefangene werden in besondern Anstalten untergebracht. Im übrigen findet Art. 37, Ziff. 2 entsprechende Anwendung. Es ist dem politischen Gefangenen gestattet, sich angemessene Arbeit zu verschaffen. »

Die bestehenden und sich verschärfenden Klassengegensätze, der Kampf der alten und der neuen Welt, der Kampf der revolutionären Arbeiterschaft gegen die bestehende Wirtschafts- und Eigentumsordnung ergibt auch eine schärfere Handhabung der Machtinstrumente des bürgerlichen Klassenstaates gegenüber der kämpfenden Arbeiterschaft. Er gibt auch in der Schweiz das, was wir in umliegenden Staaten längst festgestellt haben: Verschärfte, politische Maßnahmen gegen Vertreter politischer Anschauungen, die im Gegensatz zu den herrschenden Anschauungen stehen. In allen übrigen Ländern hat man zu einem großen Teil in dieser Hinsicht Voraussetzungen geschaffen, die den politisch Verfolgten, dem sogenannten politischen Verbrecher nicht gleichsetzen dem gemeinen Verbrecher. Man hat in vielen kapitalistischen Staaten erkannt, daß die Motive des sogenannten politischen Verbrechens anders beurteilt werden müssen als die Motive des gewöhnlichen Verbrechers und daß es sich deshalb rechtfertigt, den Strafvollzug gegenüber dem sogenannten politischen Gefangenen in einer anderen Art zu vollziehen.

Ich glaube, es rechtfertigt sich deshalb, dem Antrag, den wir hier vorgelegt haben, zuzustimmen.

Der politische Gefangene kann Anspruch erheben auf die Unterbringung in einer besonderen Anstalt,

er kann Anspruch erheben auf die Gewährung bestimmter Freiheiten im Strafvollzug. Unter diesen Freiheiten verstehe ich ganz besonders, daß es dem politischen Gefangenen gestattet sein soll, die Lektüre nach Belieben zu wählen, daß ihm der Briefverkehr mit der Außenwelt in möglichst weitgehendem Maße gewährt werden soll, daß dem politischen Gefangenen vor allen Dingen keinerlei Anstaltsarbeit aufgezwungen werden kann, sofern er nicht freiwillig eine solche Arbeit übernimmt. Es soll ihm aber gestattet sein, die Arbeit, die er für sich als zweckmäßig erachtet, selbst zu wählen. Diese Punkte sind von ganz großer Bedeutung. Ich glaube, darüber haben selbst die bürgerlichen Parteien, auch die freisinnige Partei, wenn sie in ihrer Geschichte nachblättert, einige Erfahrung. Sie zeigt, daß man es bei den politischen Gefangenen immer mit Menschen zu tun hat, die lebendigen geistigen Anteil nehmen an der Entwicklung, die in allen Fällen ethisch wertvolle Menschen sind und die deshalb auf eine andere Beurteilung und Behandlung als gewöhnliche Verbrecher Anspruch erheben können, wenn sie im Kampfe gegen die bestehende Gesellschaftsordnung in Konflikt geraten mit dem Machtapparate und den Machtinstrumenten dieser Gesellschaftsordnung. Sie können Anspruch erheben auf eine Behandlung, wie sie in dem erwähnten Artikel und in den dazu angeführten Bestimmungen über die Vollziehung der Strafen angeführt worden sind. Ich mache darauf aufmerksam, daß auch die Bundesverfassung in dieser Hinsicht durchaus die Möglichkeit bietet, für die politischen Gefangenen die beantragten besonderen Bestimmungen in den Strafgesetzentwurf aufzunehmen. Die bisherige Praxis hat in einzelnen Fällen gezeigt, daß man sich dieser Auffassung nicht überall entgegengesetzt. Es ist aber notwendig, daß sie einen klaren Ausdruck findet in dem vorliegenden Gesetzesentwurf, damit bezüglich der Behandlung der politischen Gefangenen einheitliche Bestimmungen vorliegen und eine einheitliche Regelung für alle Kantone getroffen ist. Sonst kann im einzelnen Kanton ad libitum die eine Behandlungsweise und im andern vielleicht wiederum eine andere durchgeführt werden.

Das sind einige Gründe, die für den Antrag sprechen. Bei näherer Ueberlegung werden Sie sich diesen Gründen nicht verschließen können. Es ist ja nicht gesagt, und darauf möchte ich zum Schlusse aufmerksam machen, daß immer revolutionäre Arbeiter oder Angehörige einer revolutionären Partei die Vorzüge der besonderen Behandlung der politischen Gefangenen in Anspruch nehmen müssen. Es ist ja zu erwarten, wir hoffen das wenigstens nicht nur, sondern unterlassen auch nichts, um diesen Zustand zu erreichen, daß diejenigen, die heute im bürgerlichen Staate die Mehrheit haben, die den Machtapparat in Händen haben, einmal froh sind, wenn sie die Vorzüge der gesonderten Behandlung der politischen Gefangenen ebenfalls genießen können.

Auch das sind Erwägungen, die vielleicht bei der bürgerlichen Mehrheit, ganz objektiv, dazu führen können, diesem Antrage seine Berechtigung nicht abzusprechen.

Seiler, Berichterstatter: Wir sollten uns bestreben, das ganze Kapitel noch heute morgen durch eine Abstimmung zu erledigen. Das setzt auch eine Kürze der Replik der Referenten voraus, und ich werde

mich deshalb dieser Situation entsprechend äußerst kurz aussprechen.

Die Hauptargumente hat Ihnen bereits Herr Bundesrat Häberlin auseinandergesetzt. Er steht auf dem Boden, daß die Anträge der Kommissionsmehrheit auf der ganzen Linie angenommen werden sollten.

Zum Antrage des Herrn Eggspühler, Erhöhung der Zuchthausstrafe von 15 auf 20 Jahre, möchte ich nur nebenbei darauf hinweisen, daß auch der deutsche Entwurf bei 15 Jahren stehen geblieben ist. Ich will da nicht weiter ausholen.

Der Antrag des Herrn Welti betrifft doch eigentlich Details des Vollzuges. Der Briefverkehr soll möglichst wenig eingeschränkt werden; er soll immerhin unter Kontrolle stehen. Was nützt aber die Kontrolle, wenn man andererseits wieder sagt: der Briefverkehr ist nur so weit zu beschränken, als es die Ordnung in der Anstalt gebietet? Wir wollen eben, daß der Insasse der Anstalt in seiner Korrespondenz nicht frei ist, daß er nicht vom Zuchthaus aus durch einen Briefwechsel weitere Verbrechen inszenieren kann. Ich beantrage Ihnen, auch diesen Antrag abzulehnen.

Der Antrag des Herrn Schmid bezieht sich auf die Literatur. Herr Schmid hat mir geraten, ich solle etwas mehr Literatur lesen. Ich werde das tun, sobald ich Zeit dazu habe. Leider fehlt mir die Zeit zu solch vernünftiger Arbeit. Wir müssen aber doch sagen, daß in den Gefängnissen die Lehrer es in der Hand haben, den Sträflingen zu geeigneter Literatur zu verhelfen, daß sich auch der Anstaltspfarrer um die Sache kümmern wird und daß auch der Anstaltsdirektor kein Unmensch ist und nicht verhindern wird, daß ein Sträfling zu einer vernünftigen Literatur kommt, die insbesondere im Interesse seiner Ausbildung liegt. Wir wollen aber das Gesetz nicht mit solchen Details belasten, sondern nur die Hauptgrundzüge festlegen und das andere der Entwicklung anheimstellen. Sie wird dafür sorgen, daß auch auf diesem Gebiete vernünftige Grundsätze durchdringen.

Herrn Vallotton möchte ich in der Hauptsache dem französischen Referenten überlassen. Nur möchte ich mitteilen, daß schon in der Expertenkommission die Frage sehr bestritten war. Man hat zu drei Malen über diese Frage gesprochen, und dann hat sich aber die Mehrheit für die Mindeststrafe von acht Tagen ausgesprochen. Es wäre ja interessant, auch hier die Gründe auseinanderzusetzen, welche die Mehrheit und die Minderheit bewegt haben. Im Interesse der Zeit muß ich aber darauf verzichten. Ich möchte nur sagen, daß Herr Professor Zürcher in seiner drastischen Art erklärt hat, er betrachte die Gefängnisstrafe von einem Tage weniger als eine Strafe denn als eine Schikane. Das war vielleicht etwas übertrieben, wie ja auch auf der andern Seite in der Argumentation übertrieben worden ist. Wir werden uns nun über die Frage in der Abstimmung zu entscheiden haben.

Den Antrag auf freie Kleidung während der drei ersten Monate der Strafe sollten wir nicht annehmen. In der Anstalt soll nur die Anstaltskleidung getragen werden; sonst gibt es endlose Geschichten und Beschwerden und Reklamationen. Wer in der Anstalt ist, soll Anstaltskleidung tragen, ob er zwei Jahre, drei Jahre oder vier Monate Gefängnis hat. Wer

sollte übrigens über die Art und Weise der Kleidung entscheiden? Herr Huber hat ja zwar erklärt, es handle sich nur um die Zeit der Einzelhaft. Aber während des Tages ist die Einzelhaft aufgehoben, sodaß da zweierlei Sträflinge in besonderen Kleidern auftauchen würden. Was würde es übrigens für Geschichten geben bei den Damen, die in den Gefängnissen sitzen? Man kann sich das lebhaft vorstellen. Wir wollen doch nicht das Gesetz mit derartigen Dingen beschweren.

Eine Hauptfrage wird die Frage der Arbeitswahl sein. Hier stellt die Minderheit zu Art. 35bis den Antrag, daß es denjenigen, bei denen die Strafe drei Monate nicht übersteigt, gestattet sein solle, angemessene Arbeit selbst zu beschaffen. Was ist angemessene Arbeit? Im Sinne des Sträflings angemessene Arbeit oder im Interesse der Anstalt angemessene Arbeit? Ich denke, auch da darf man nicht zu weit gehen. Man wird im Volk das Gefühl haben, daß eine Strafe eben immer noch eine Strafe sein müsse und daß von einer einheitlichen Oberleitung aus zu bestimmen sei, welche Arbeit den Insassen und der Anstalt frommt.

Nun der Antrag Bringolf. Er will für die politischen Verbrecher eine besondere Anstalt schaffen. Der Antragsteller glaubt offenbar, daß wir Bürgerlichen im Zukunftsstaate die Nutznießer dieser besonderen Anstalt sein werden. Herr Bringolf ist davon ausgegangen, daß sich die Klassengegensätze immer mehr verschärfen werden. Von diesem Gesichtspunkte gehe ich aber nicht aus. Unsere ganze Arbeit gilt der Milderung der Klassengegensätze, und in der Schweiz sind wir auf diesem Gebiete doch ein ziemliches Stück weitergekommen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die politischen Verbrecher in unserem Lande eine Seltenheit sind. Welche Zahl kann da in Betracht kommen? Rentiert es sich, die Kosten aufzubringen, um in einer solchen Anstalt schließlich einen einzigen Verbrecher unterzubringen? Wir wollen doch auf dem Boden der Tatsachen bleiben und sagen, derartige überflüssige Anstalten können wir uns nicht leisten; wir haben der Anstalten schon genug. Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen.

Auch beim Antrag über das absolute Redeverbot handelt es sich doch eigentlich um Vollzugsbestimmungen. Ob Sie diese im Gesetze so oder anders festsetzen, so wird sich die Praxis doch in der Hauptsache nach der Auffassung des Strafanstaltsdirektors und der Aufsichtsorgane gestalten. Ein absolutes Redeverbot wird man überhaupt kaum durchführen können. Es ist klar, daß man der Praxis nicht allzu viele Fesseln anlegen soll.

Beim Art. 39 sind drei Punkte zu erledigen. Der eine ist das Marginale, «bedingter Strafvollzug», das bereits Herr Bundesrat Häberlin erwähnt hat. Wir wollen eine Tat nicht ungeschehen machen; wir können das ja auch nicht. Wir müssen dafür sorgen, daß bei späteren Vergehen eines Täters auf die früheren zurückgegriffen werden kann. Es ist ja die Pflicht des Richters, alle Umstände zu erforschen, auch die persönlichen Verhältnisse des Täters selbst. Da spielt es doch eine Rolle, ob irgendwo eine Strafe eingetragen ist oder nicht. Ich möchte daher bitten, es bei dem jetzigen Marginalen zu lassen.

Nach dem Antrage der Minderheit soll der bedingte Strafvollzug auch angewendet werden bei

Zuchthausstrafe von einem Jahre. Es kann sich hier ja nur um die Zuchthausstrafe von genau einem Jahre handeln; denn dieses Jahr ist ja die Mindeststrafe beim Zuchthaus. Wenn nun der Antrag der Mehrheit dahin geht, daß der bedingte Strafvollzug angewendet werden soll bei Freiheitsstrafen von nicht über einem Jahr, so handelt es sich eben um die Zuchthausstrafe von genau einem Jahre. Wollen Sie da den bedingten Strafvollzug gewähren oder nicht? Die Zuchthausstrafe soll eine harte Strafe und nur bei schweren Verbrechen angewendet werden. Da sollte die bedingte Verurteilung ausgeschlossen sein.

Ueber die Gewährung der bedingten Verurteilung bei Bußen haben wir in der Kommission häufig geredet. Herr Farbstein hat der Kommissionsmehrheit vorgeworfen, sie sei nicht logisch. Es sind eben im Strafgesetz auch praktische Erwägungen in Betracht zu ziehen. So könnte es doch auf starke Opposition stoßen, wenn wir den bedingten Strafvollzug in bezug auf die Buße zulassen würden in Fällen, für die doch das allgemeine Gefühl besteht, es sei notwendig, daß der Gebüßte die Buße auch tatsächlich bezahlt.

Also zum Schlusse: Wir sollten die bedingte Verurteilung bei Bußen nicht zulassen, und wir wollen das Gesetz überhaupt nicht mit allen möglichen Details belasten; sonst könnte auch eine gegenteilige Strömung einsetzen, welche sagt: Wenn man so weit geht, dann sind wir nicht mehr für ein Strafgesetz zu haben. Herr de Muralt hat bereits angedeutet, daß den Gegnern gewisse Beschlüsse nur angenehm sein könnten. Ich beantrage Ihnen also ebenfalls, sämtliche Anträge der Mehrheit der Kommission anzunehmen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagsitzung vom 27. Juni 1928.
Séance de relevée du 27 juin 1928.

Vorsitz — Présidence: Hr. Minger.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 654 hiervor. — Voir page 654 ci-devant.

M. Logoz, rapporteur: Pour résumer le plus possible les conclusions que j'ai à vous soumettre avant le vote, je vais classer en quatre groupes les diverses propositions individuelles ou de minorité qui ont été défendues devant vous ce matin.

1. Je prends en premier lieu les propositions relatives au mode d'exécution des peines de réclusion ou d'emprisonnement. Je serai très bref là-dessus. Je ne reviendrai pas sur les objections que M. le conseiller fédéral Häberlin et M. Mächler en particulier, puis, au nom de la commission, M. le président Seiler, ont opposées à ces diverses propositions. Pour ma part, je me borne à vous dire à mon tour: n'allons pas plus loin que le projet. On peut sans doute discuter, et on a déjà longuement et souvent discuté la question de savoir jusqu'où le code pénal doit aller, dans le détail des règles sur le mode d'exécution des peines. Mais — abstraction faite de la question de savoir si les diverses propositions qui vous ont été soumises sont, en elles-mêmes, fondées ou non — n'oublions pas qu'il y a de sérieuses raisons pour éviter, dans ce domaine de l'exécution des peines, d'exposer le projet au reproche d'empiéter, par des règles de détail, sur les prérogatives cantonales.

Ce que le projet dit de l'exécution des peines de réclusion et d'emprisonnement est nécessaire, mais à mon avis suffisant. Je vous dis donc avec M. Seiler: le mieux est ici l'ennemi du bien. Tenons-nous-en au projet tel que la majorité de la commission l'a rédigé.

2. En second lieu, à l'art. 34, la proposition vous est faite d'élever de 15 à 20 ans la durée maximum de la peine de réclusion.

J'ai indiqué, dans mon rapport de ce matin, et M. Seiler et M. le conseiller fédéral Häberlin vous ont également expliqué pourquoi la majorité de la commission vous propose de vous en tenir à la durée de 15 ans. Je maintiens donc à mon tour, au nom de la commission, la proposition de conserver pour la peine de la réclusion, cette durée maximum de 15 ans.

3. Je prends maintenant, en troisième lieu, la proposition de M. Vallotton, concernant l'art. 35, chiff. 1. Là-dessus, il faut que je m'explique un peu plus complètement. Les considérations que M. Vallotton a développées ce matin à l'appui de sa proposition et les arguments donnés dans le même sens par M. de Muralt méritent, en effet, d'être pesés avec soin.

M. Vallotton, reprenant une idée déjà soumise à la seconde commission d'experts, vous propose d'abaisser de 8 jours à 1 jour, ou éventuellement à 3 jours, la

durée du minimum général de la peine d'emprisonnement.

Ce matin, je vous ai dit les raisons pour lesquelles la majorité de la commission s'est ralliée, sur ce point, au projet du Conseil fédéral. Je vous ai dit pourquoi la majorité de la commission estime qu'il convient de maintenir la durée minimum de 8 jours.

Cependant, pour vous mettre à même de vous prononcer, autant que possible, en connaissance de cause sur la proposition de M. Vallotton, je me permets de vous donner encore, brièvement, les indications que voici.

Il faut reconnaître que, dans la plupart des codes pénaux cantonaux actuels, la durée minimum de l'emprisonnement est de un jour. Un petit nombre de cantons seulement ont élevé ce minimum: au Tessin, c'est trois jours; à Genève et Fribourg, 6 jours; à Neuchâtel, 15 jours; dans le canton de Schwytz, 3 semaines.

Il est vrai qu'à Fribourg, au Tessin, à Neuchâtel et à Genève, le système des peines, au contraire de ce qui existe dans le canton de Vaud, comprend encore une peine privative de liberté à minimum plus bas, la peine des arrêts. Il en est d'ailleurs de même dans le projet que nous discutons. Il prévoit aussi les arrêts et fixe leur durée minimum à un jour.

Quant à l'étranger, le Code pénal français, par exemple, fixe la durée minimum de l'emprisonnement à 6 jours depuis 1810; le Code pénal allemand, en revanche, à un jour seulement depuis 1871.

Pour ma part et quoique professeur, je ne veux être ni un obstiné, ni un doctrinaire. Je constate donc que l'idée d'abaisser au-dessous de 8 jours la durée minimum de l'emprisonnement a été défendue à la deuxième commission d'experts, en 1912, par des raisons qui, je dois le reconnaître, ont un certain poids. C'est ainsi que mon savant collègue le professeur Thormann, de Berne, avait proposé de fixer à un jour la durée minimum de l'emprisonnement et avait donné à l'appui de sa proposition les arguments que voici: «Wie Gautier schon hervorgehoben hat, gelten alle Einwände, die man gegen die eintägige Gefängnisstrafe macht, auch für die achttägige Gefängnisstrafe.

Aber diese Nachteile sind nicht so gross, und es stehen ihnen auch gewisse Vorteile gegenüber, und auch diese sind schon mit der eintägigen ebensowohl als mit der achttägigen Strafe verbunden. Schon die 24-stündige Isolierung gibt dem Eingeschlossenen Gelegenheit, über seinen Leichtsinns und seine Bosheit nachzudenken. Ausserdem ist die abschreckende Wirkung bei der eintägigen Strafe genau so gross, wie bei der achttägigen. Man fürchtet sich vor dem Gefängnis überhaupt, nicht vor der Ein- oder Mehrzahl der Tage...»

Un autre membre de la seconde commission d'experts, M. le juge d'appel zuricois Lang, s'est prononcé dans le même sens en disant: «Worauf es uns... in jedem Falle ankommen muß, ist das: den Schuldbegriff zu verfeinern und das Strafen-system so auszubilden, daß der Richter in der Lage ist, die Strafe den verschiedenen Graden und Arten der Schuld möglichst anzupassen. Andererseits muß unser Bestreben darauf gerichtet werden, die Empfindlichkeit für die Strafe zu steigern und dahin zu wirken, daß wir mit einem Minimum von Strafe eine möglichst nachhaltige Wirkung erreichen...»

Eh bien, il y a du vrai là-dedans. Et quoique, pour ma part, je demeure très convaincu qu'abuser des courtes peines privatives de liberté, comme on l'a fait trop souvent jusqu'ici, soit un gaspillage extrêmement fâcheux de liberté humaine, je ne suis personnellement plus très sûr, je l'avoue, que le moyen de couper court à cet abus soit de fixer à 8 jours la durée minimum de l'emprisonnement.

J'ajoute, en terminant, ceci: on tend aujourd'hui à prévoir dans les codes d'autres sanctions applicables, à la place des peines d'emprisonnement de trop courte durée, aux auteurs d'infractions qui rentrent dans le domaine de la petite criminalité. Ces succédanés des courtes peines d'emprisonnement sont, dans les lois et projets récents et notamment dans notre projet de code pénal suisse, surtout les suivants: l'extension du domaine de l'amende; la condamnation conditionnelle; enfin le traitement spécial réservé aux jeunes délinquants.

Or, là où existent ces succédanés des peines d'emprisonnement très brèves, il est clair que le problème des courtes peines privatives de liberté perd de son importance au point de vue pénal.

La solution donnée à ce problème dans ce projet peut, en revanche, avoir une certaine importance politique.

C'est pourquoi, quelle que soit la décision que vous prendrez tout à l'heure sur ce point, je pense que le Conseil des Etats fera bien d'examiner cette question à nouveau et de très près. Quant à vous, Messieurs, si vous décidez d'entrer maintenant dans les vues de M. Vallotton, ce que je ne considérerais personnellement pas comme un désastre, je me permets de vous recommander de le faire en adoptant de préférence la proposition subsidiaire de M. Vallotton. Vous aurez ainsi trois peines privatives de liberté: la réclusion avec un minimum d'un an; l'emprisonnement, minimum trois jours; enfin les arrêts, avec un minimum d'un jour.

4. La dernière question posée par les propositions qui vous ont été soumises ce matin touche à l'art. 39, c'est-à-dire au sursis conditionnel à l'exécution de la peine, ou à la condamnation conditionnelle. A ce propos, je voudrais signaler tout d'abord une erreur commise dans la traduction française de la proposition de la minorité. Telle qu'elle nous a été distribuée, cette traduction française dit à l'art. 39, chiff. 1: La condamnation conditionnelle sera possible « en cas de condamnation à une peine privative de liberté ». En réalité, il faut lire: « en cas de condamnation à une peine privative de liberté pour un an au plus ».

Quoi qu'il en soit, il y a dans cette proposition de minorité, trois éléments sur lesquels je serais reconnaissant à M. le Président de ce Conseil de faire voter séparément.

Première question: Voulez-vous admettre avec la minorité la possibilité d'une condamnation conditionnelle non seulement pour les peines d'arrêts ou d'emprisonnement d'un an au plus, mais pour toutes les peines privatives de liberté, c'est-à-dire aussi pour la peine de réclusion prononcée pour un an? Là-dessus, j'ai des doutes.

Seconde question: Voulez-vous admettre, avec la minorité de la commission, la condamnation conditionnelle aussi pour les peines pécuniaires?

Je vous ai déjà dit pourquoi je suis personnellement d'accord, contrairement à l'avis de la majorité de la commission, avec cette proposition de la minorité.

Enfin, troisième question: Voulez-vous dire au chiffre 4, avec le projet du Conseil fédéral et avec la minorité de la commission, mais contrairement à ce que vous propose la majorité: si le condamné conditionnel subit l'épreuve jusqu'au bout, « la condamnation sera considérée comme non avenue »? Ou bien voulez-vous dire avec la majorité de la commission: si le condamné s'est bien conduit, « le juge ordonnera la radiation du jugement au casier judiciaire »?

Ici encore, j'ai déjà dit ce matin que je suis personnellement d'accord avec la minorité de la commission. Vous aurez à décider.

Präsident: Die Diskussion ist geschlossen über den Abschnitt Freiheitsstrafen, es folgt nun die artikelweise Bereinigung und Abstimmung.

Abstimmung. — Vote.

Art. 34, Ziff. 1.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	Mehrheit
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	Minderheit

Art. 34, Ziff. 2, Al. 3.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	Mehrheit
Für den Antrag Welti-Basel	Minderheit

Art. 34, Ziff. 2, Al. 4.

Für den Antrag Schmid-Oberentfelden	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

Art. 35, Ziff. 1.

Eventuell: — Eventuellement:

Für den Hauptantrag Vallotton	Minderheit
Für den Eventualantrag Vallotton	Mehrheit

Definitiv: — Définitivement:

Für Festhalten an diesem Beschluß	Mehrheit
Für den Antrag der Kommission	Minderheit

Huber: Ich will einen Irrtum des Herrn Kommissionsberichterstatters korrigieren. Herr Dr. Seiler hat zu unserem Antrage zu Art. 35 erklärt, der Gefangene, der sich in Einzelhaft befinde, sei nur während der Nacht in Einzelhaft, aber während der Tagesarbeit mit den Uebrigen zusammen, sodaß Leute mit Anstaltskleidung und ohne solche miteinander arbeiten müßten, wenn unser Antrag angenommen würde.

Das ist ein Irrtum. Ich möchte ihn korrigieren, damit diese falsche Auffassung nicht im Protokoll steht. Ursprünglich hieß es in Art. 35: « Bei Strafen von längerer Dauer wird der Gefangene in der Regel in Einzelhaft gehalten. Nach dieser Zeit arbeitet der Gefangene in Gemeinschaft mit anderen ». Das ist gestrichen. Jetzt heißt: « Der Zuchthaus- und der Gefängnissträfling wird in der Regel während der

ersten drei Monate in Einzelhaft gehalten. Wenn besondere Umstände es rechtfertigen, kann er jederzeit in Einzelhaft versetzt werden. Im übrigen arbeitet er in Gemeinschaft mit andern.»

Wir sind einig, daß hier nichts am Regime der Einzelhaft geändert werden sollte. Ich stelle fest, daß das auch die Auffassung des Herrn Bundesrates Häberlin und des Herrn Logoz ist. Damit fällt auch die Argumentation des Herrn Seiler gegen den Antrag Affolter dahin.

Art. 35, Ziff. 2, Al. 2.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	Mehrheit
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	Minderheit

Art. 35bis, Ziff. 3, Abs. 3.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	Mehrheit
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	Minderheit

Art. 36 und 37.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 37bis.

Für den Antrag Bringolf	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

Art. 38, Ziff. 1.

Für den Antrag Welte-Basel	31 Stimmen
Dagegen	79 Stimmen

Art. 39, Ziff. 1, Al. 1.

Präsident: Die Kommissionsmehrheit und der Bundesrat schlagen folgende Fassung vor: «Der Richter kann den Vollzug einer Gefängnisstrafe von nicht mehr als einem Jahre oder einer Haftstrafe aufschieben wenn...» Die Kommissionsminderheit will dieses Alinea in dem Sinn abändern, daß sie das Wort «Gefängnisstrafe» ersetzt durch den Ausdruck «Freiheitsstrafe» und daß an Stelle von «Haftstrafe» das Wort «Buße» gesetzt wird.

Seller, Berichterstatter: Ich habe schon in meinem ersten Votum gesagt, daß man jedenfalls die Abstimmung trennen müsse, einmal über das Marginale, ob man sagen will «bedingte Verurteilung oder bedingter Strafvollzug» und sodann über die Frage, ob die Zuchthausstrafe auch darunter fallen soll; drittens, ob bei der Buße die bedingte Verurteilung oder der bedingte Strafvollzug zur Anwendung zu kommen hat.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Kommissionspräsidenten gehört, wonach die Abstimmung in drei Teile zerlegt wird. Vorerst hat sich der Rat darüber zu entscheiden, ob er die bedingte Verurteilung will oder den bedingten Strafvollzug. Der Bundesrat beantragt bedingte Verurteilung, die Kommission bedingten Strafvollzug. Wenn Sie sich darüber ausgesprochen haben, werden Sie sich über die Frage entscheiden, wollen Sie das, was herauskommt, anwenden, sowohl auf die Freiheitsstrafe, als auch auf die Buße?

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag des Bundesrates	50 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	61 Stimmen

Präsident: Die Kommissionsmehrheit beantragt, den bedingten Vollzug anzuwenden auf die Gefängnisstrafe; die Minderheit beantragt, ihn anzuwenden auf die Freiheitsstrafen.

Huber: So, wie es der Herr Präsident jetzt mitgeteilt hat, stimmt es nicht, Wir beantragen den bedingten Vollzug nicht für alle Freiheitsstrafen, sondern nur für alle Freiheitsstrafen, die nicht ein Jahr überschreiten.

Abstimmung. — *Vote.*

Für bedingten Strafvollzug bei Gefängnisstrafe von nicht mehr als einem Jahre (Antrag der Kommissionsmehrheit)	56 Stimmen
--	------------

Für bedingten Strafvollzug bei Freiheitsstrafen bis zu einem Jahre (Antrag der Kommissionsminderheit)	53 Stimmen
---	------------

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung darüber, ob der bedingte Strafvollzug nach dem Antrage der Kommissionsminderheit auch bei Bußen angewendet werden soll.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommissionsminderheit	70 Stimmen
Dagegen	54 Stimmen

Präsident: Es bleibt noch zu bereinigen Ziffer 4 von Art. 39. Die Kommissionsminderheit will über den Antrag der Kommissionsmehrheit hinausgehen und in den Fall, wo sich der Verurteilte bis zum Ablaufe der Probezeit bewährt hat, eine Bestimmung aufnehmen, wonach die Verurteilung als nicht geschehen zu gelten hat.

Seiler, Berichterstatter: Es scheint mir, daß dieser Antrag durch die Abstimmung über das Marginale erledigt ist.

M. Logoz, rapporteur: Je suis du même avis que M. le président de la commission. Vous avez déjà tranché cette question en faveur de la proposition de la majorité de la commission, en adoptant la note en marge: «sursis à l'exécution de la peine».

Präsident: Ich kann mich persönlich der Auffassung der Herren Kommissionsreferenten anschließen.

Farbstein: Wir müssen doch darüber abstimmen. Ich habe vor mir die Strafprozeßordnung des Kantons Zürich. Paragraph 456 lautet dort: «Ist jemand zu einer Buße oder zu einer Freiheitsstrafe von weniger als einem Jahre verurteilt worden, so kann der Richter den Vollzug der Strafe aufschieben.

«Trotzdem lautet der Art. 460: «Bewährt sich der bedingte Verurteilte während der Probezeit, so gilt die Verurteilung als nicht geschehen».

Es besteht also zwischen den beiden Grundsätzen kein Widerspruch. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß der damalige Präsident der kantonsrätlichen Kommission Herr Kollega Sträuli gewesen ist. Er hat damals selbst die hier vorgetragene Auffassung vertreten.

Izh empfehle Ihnen daher, über Ziffer 4 doch noch abzustimmen.

Seiler, Berichterstatter: Wir wollen über die Form nicht streiten. Dagegen empfehle ich Ihnen im Sinne unseres Beschlusses zum Marginale, diesen Antrag abzulehnen.

M. Logoz, rapporteur: Je ne m'oppose pas non plus à cette proposition, car je ne veux pas faire du formalisme. Mais je vous recommande de voter dans le même sens que tout à l'heure. Vous avez adopté, comme note marginale, les mots: sursis à l'exécution de la peine. Logiquement, vous devez donc voter maintenant, au chiffre 4, le texte proposé par la majorité de la commission.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommissionsminderheit	49 Stimmen
Dagegen	68 Stimmen

Sichernde Maßnahmen. — Mesures de sûreté.

Art. 40—42.

Anträge der Kommission.

Art. 40. 1. Wer wegen Verbrechen oder Vergehen schon viele Freiheitsstrafen erstanden hat, einen Hang zu Verbrechen oder Vergehen, zur Liederlichkeit oder Arbeitsscheu bekundet und wieder ein mit Freiheitsstrafe bedrohtes Verbrechen oder Vergehen verübt, kann vom Richter auf unbestimmte Zeit verwahrt werden. Die Verwahrung tritt in diesem Falle an die Stelle der ausgesprochenen Freiheitsstrafe.

2. Die Verwahrung wird in einer Anstalt oder Anstaltsabteilung vollzogen, die ausschließlich diesem Zwecke dient.

Die Verwahrten tragen besondere Anstaltskleidung und erhalten Anstaltskost.

Der Empfang von Besuchen und der Briefverkehr der Verwahrten sind nur in engen Grenzen und unter Kontrolle gestattet.

3. Der Verwahrte wird zur Arbeit, die ihm zugewiesen wird, angehalten.

4. Der Verwahrte wird während der Zeit der Nachtruhe in Einzelhaft gehalten.

5. Der Verwahrte bleibt mindestens fünf Jahre und, wenn die Strafzeit länger dauert, mindestens bis zu ihrem Ablauf in Verwahrung. Nach dieser Zeit kann ihn die zuständige Behörde für drei Jahre be-

dingt entlassen, wenn sie annimmt, die Verwahrung sei nicht mehr notwendig; sie hört die Beamten der Anstalt darüber an.

6. Die zuständige Behörde stellt den bedingt Entlassenen unter Schutzaufsicht. Sie kann ihm bestimmte Weisungen erteilen (Art. 36, Ziff. 3). Begeht er binnen drei Jahren neuerdings eine strafbare Handlung, handelt er trotz förmlicher Mahnung der Schutzaufsichtsbehörde den erteilten Weisungen zuwider, oder entzieht er sich beharrlich der Schutzaufsicht, so kann ihn die zuständige Behörde neuerdings auf mindestens fünf Jahre verwahren.

7. Bewährt sich der bedingt Entlassene während drei Jahren, so ist er endgültig entlassen.

8. Sind seit der Verurteilung mehr als zehn Jahre verflossen, ohne daß die Verwahrung vollzogen werden konnte, so hat die zuständige Behörde zu entscheiden, ob die Strafe oder die Verwahrung zu vollziehen sei. Ist bereits Strafverjährung eingetreten, so ist die Verwahrung nicht mehr zu vollziehen.

Art. 41. 1. Wird der Täter wegen eines Verbrechens oder Vergehens zu Gefängnis verurteilt, so kann der Richter die Strafe aufschieben und ihn auf unbestimmte Zeit in eine Arbeitserziehungsanstalt einweisen:

wenn er hiederlich oder arbeitsscheu ist und sein Verbrechen oder Vergehen damit im Zusammenhang steht,

wenn er arbeitsfähig ist und voraussichtlich zur Arbeit erzogen werden kann

und wenn er vorher weder zu Zuchthausstrafe verurteilt noch in eine Verwahrungsanstalt eingewiesen worden ist.

Zuvor läßt der Richter den körperlichen und geistigen Zustand des Täters und dessen Arbeitsfähigkeit untersuchen und zieht über dessen Erziehung und Leben genaue Berichte ein.

Wer eine Zuchthausstrafe erlitten hat, kann nicht in eine Arbeitserziehungsanstalt eingewiesen werden.

1bis. Die Erziehung zur Arbeit erfolgt in einer Anstalt, die ausschließlich diesem Zwecke dient oder mit einer Trinkerheilanstalt verbunden ist. Die Verbindung von Arbeitserziehungs- und Trinkerheilanstalt ist nur bei durchgeführter Trennung von Innenbetrieb und Insassen zulässig.

2. Der Verurteilte wird zu einer Arbeit erzogen, die seinen Fähigkeiten entspricht und die ihn in den Stand setzt, in der Freiheit seinen Unterhalt zu erwerben. Die geistige und körperliche, namentlich auch die gewerbliche Ausbildung des Verurteilten soll durch Unterricht gefördert werden.

Die Nachtruhe bringt der Verurteilte in Einzelhaft zu.

4. Hat der Eingewiesene eine zwei Dritteln der Strafdauer entsprechende Zeit und wenigstens ein Jahr in der Arbeitserziehungsanstalt zugebracht, so kann ihn die zuständige Behörde für ein Jahr bedingt entlassen, wenn sie annimmt, der zu Entlassende sei zur Arbeit tüchtig und bereit. Sie hört die Beamten der Anstalt darüber an. Sie stellt den bedingt Entlassenen unter Schutzaufsicht und kann ihm bestimmte Weisungen erteilen (Art. 36, Ziff. 2).

5. Begeht der bedingt Entlassene während der Probezeit ein vorsätzliches Verbrechen oder Vergehen, so ist die erkannte Strafe zu vollziehen.

Wird der bedingt Entlassene während der Probezeit wieder liederlich oder arbeitsscheu oder handelt er trotz förmlicher Mahnung der Schutzaufsichtsbehörde den erteilten Weisungen zuwider, oder entzieht er sich beharrlich der Schutzaufsicht, so kann ihn die zuständige Behörde in die Anstalt zurückversetzen, oder sie kann dem Richter den Vollzug der erkannten Strafe beantragen.

6. Bewährt sich der bedingt Entlassene bis zum Ablaufe der Probezeit, so ist er endgültig entlassen.

6bis. Sind die Voraussetzungen der bedingten Entlassung nach drei Jahren Aufenthalt in der Anstalt noch nicht eingetreten, so wird der Verurteilte dem Richter zum Vollzug der Strafe überwiesen.

7. Wird die Einweisung binnen fünf Jahren nicht vollzogen, so kann sie nicht mehr vollzogen werden.

Art. 42. 1. Ist jemand, der wegen eines Verbrechens oder Vergehens zu Gefängnis oder Haft verurteilt wird, ein Gewohnheitstrinker, und steht sein Verbrechen oder Vergehen damit in Zusammenhang, so kann der Richter den Strafvollzug aufschieben und ihn in eine Heilanstalt für Trinker einweisen.

Ebenso kann der Richter einen Gewohnheitstrinker, den er wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen hat, oder gegen den aus diesem Grunde das Verfahren eingestellt oder der wegen verminderter Zurechnungsfähigkeit milder bestraft worden ist, in eine Trinkerheilanstalt einweisen.

2. Der Richter zieht Aerzte als Sachverständige bei.

3. Die Behandlung des Gewohnheitstrinkers erfolgt in einer Anstalt, die ausschließlich diesem Zwecke dient oder mit einer Arbeitserziehungsanstalt verbunden ist. Die Verbindung von Trinkerheil- und Arbeitserziehungsanstalt ist nur bei durchgeführter Trennung von Innenbetrieb und Insassen zulässig.

4. Die zuständige Behörde entläßt den Eingewiesenen aus der Heilanstalt, sobald er geheilt ist, jedenfalls aber nach zwei Jahren.

Vor der Entlassung aus der Heilanstalt entscheidet der Richter nach Anhörung der Anstaltsleitung, ob die Gefängnisstrafe zu vollziehen oder ganz oder teilweise zu erlassen sei.

Findet ein Straferlaß statt, so stellt der Richter den Täter unter Schutzaufsicht. Er setzt ihm eine Probezeit, gibt dem Täter auf, sich während einer bestimmten Probezeit der geistigen Getränke zu enthalten und kann ihm auch weitere Weisungen erteilen.

5. Begeht der auf Probe Gestellte während der Probezeit ein vorsätzliches Verbrechen oder Vergehen, so ist die erkannte Strafe zu vollziehen.

Handelt der auf Probe Gestellte trotz förmlicher Mahnung der Schutzaufsichtsbehörde den erteilten Weisungen zuwider, oder entzieht er sich beharrlich der Schutzaufsicht, so kann der Richter die Strafe oder den Rest der Strafe vollziehen lassen.

5bis. Bewährt sich der auf Probe Gestellte bis zum Ablauf der Probezeit, so ist er endgültig entlassen.

6. Wird die Maßnahme binnen fünf Jahren nicht vollzogen, so kann sie nicht mehr vollzogen werden.

Anträge Grünenfelder

vom 27. Juni 1928.

Art. 41, Ziff. 5, Abs. 2. Erweist sich der bedingt Entlassene während der Probezeit wieder als liederlich oder arbeitsscheu . . .

Art. 42. Zurückweisung an die Kommission zur Textvorlage in dem Sinne:

a) daß grundsätzlich die bundesrätliche Vorlage wieder aufgenommen wird, wonach der verurteilte Gewohnheitstrinker nach Vollzug der Strafe in eine Heilanstalt für Trinker eingewiesen werden kann.

b) daß der Richter aber auch (nach Kommissionsvorlage) den Strafvollzug aufschieben und den Verurteilten in eine Heilanstalt für Trinker einweisen kann, wenn die Freiheitsstrafe nur kürzere Zeit (drei Monate) beträgt.

Propositions de la commission.

Art. 4. 1. Lorsqu'un criminel ou délinquant ayant déjà subi de nombreuses peines privatives de liberté encourt, à raison d'un crime ou délit, une nouvelle condamnation à une peine privative de liberté, et lorsqu'il manifeste un penchant au crime ou au délit, à l'inconduite ou à la fainéantise, le juge pourra ordonner son renvoi dans une maison d'internement pour une durée indéterminée. L'internement remplace l'exécution de la peine prononcée.

2. L'internement est subi dans un établissement ou dans une section d'établissement exclusivement affectés à cette destination.

Les internés portent un costume spécial et reçoivent l'ordinaire de l'établissement.

L'interné ne pourra recevoir des visites, écrire ou recevoir des lettres que sous contrôle et dans une mesure restreinte.

3. L'interné est astreint au travail qui lui est assigné.

4. L'interné est mis en cellule pendant la nuit.

5. L'interné demeurera dans la maison au moins cinq ans et, si la peine prononcée est plus longue, au moins pendant toute sa durée. Ce terme passé, l'autorité compétente, après avoir demandé le préavis des fonctionnaires de la maison, pourra le libérer conditionnellement pour trois ans, si elle estime que l'internement n'est plus nécessaire.

6. L'autorité compétente soumettra le libéré à un patronage. Elle pourra lui imposer certaines règles de conduite (art. 36, chiffre 3). Si, dans les trois ans qui suivent sa libération conditionnelle, il commet une nouvelle infraction, si, au mépris d'un avertissement formel de l'autorité de patronage, il persiste à enfreindre les règles de conduite à lui imposées, ou s'il se soustrait obstinément au patronage, l'autorité compétente pourra ordonner sa réintégration dans l'établissement pour cinq ans au moins.

7. Si le libéré se conduit bien pendant trois ans, sa libération deviendra définitive.

8. S'il s'est écoulé plus de dix ans depuis la condamnation sans que l'internement ait pu être mis à exécution, l'autorité compétente décidera s'il y a lieu d'exécuter la peine ou l'internement. Si la peine est déjà prescrite, l'internement ne doit plus être exécuté.

Art. 41. 1. Lorsqu'un condamné à l'emprisonnement pour crime ou délit vivait dans l'inconduite ou la fainéantise, et lorsque l'infraction est en rapport avec ce genre de vie, le juge pourra suspendre

l'exécution de la peine et ordonner le renvoi du condamné dans une maison d'éducation au travail pour une durée indéterminée:

si le condamné est capable de travailler et paraît pouvoir être formé au travail

et s'il n'a été antérieurement ni condamné à la réclusion, ni renvoyé dans une maison d'internement.

Le juge fera préalablement examiner l'état physique et mental du prévenu, ainsi que sa capacité de travail, et prendra des informations précises sur son éducation et ses antécédents.

Aucun délinquant ayant subi la peine de la réclusion ne peut être renvoyé dans une maison d'éducation au travail.

1bis. La maison d'éducation au travail doit être exclusivement affectée à cette destination. Elle peut cependant être jointe à un asile pour buveurs, pourvu que le service intérieur reste distinct et les pensionnaires séparés.

2. Chaque condamné fera l'apprentissage d'un travail conforme à ses aptitudes et qui le mette à même de gagner sa vie après sa libération. Son éducation intellectuelle et physique, et notamment son instruction professionnelle, seront développées par l'enseignement.

Les condamnés seront isolés pendant la nuit.

4. Le condamné demeurera dans la maison au moins pendant les deux tiers de la durée de la peine prononcée et en tout cas un an. Ce délai expiré, l'autorité compétente, après avoir demandé le préavis des fonctionnaires de l'établissement, pourra libérer conditionnellement le condamné pour un an, si elle l'estime apte et disposé à travailler. Elle le soumettra à un patronage et pourra lui imposer certaines règles de conduite (art. 36, chiffre 2).

5. Si, pendant le délai d'épreuve, le libéré commet un crime ou délit intentionnel, la peine prononcée sera exécutée.

Si, pendant le délai d'épreuve, le libéré se livre de nouveau à l'inconduite ou à la fainéantise, si, au mépris d'un avertissement formel de l'autorité de patronage, il persiste à enfreindre les règles de conduite à lui imposées, ou s'il se soustrait obstinément au patronage, l'autorité compétente pourra ordonner sa réintégration dans la maison; elle pourra aussi requérir le juge d'ordonner l'exécution de la peine prononcée.

6. Si le libéré s'est bien conduit jusqu'à l'expiration du délai d'épreuve, sa libération deviendra définitive.

6bis. Si, au bout de trois ans de séjour dans la maison, les conditions de la libération conditionnelle ne sont pas réalisées, la peine prononcée sera exécutée.

7. Tout renvoi non mis à exécution pendant cinq ans ne pourra plus être exécuté.

Art. 42. 1. Lorsqu'il prononce une condamnation à l'emprisonnement ou aux arrêts, pour crime ou délit, contre un buveur d'habitude, le juge, si le crime ou délit est en rapport avec le penchant à la boisson, pourra suspendre l'exécution de la peine et ordonner le renvoi du condamné dans un asile pour buveurs.

Le juge pourra de même ordonner le renvoi dans un asile pour buveurs de tout buveur d'habitude qui, pour cause d'irresponsabilité, aura été acquitté ou

aura bénéficié d'une ordonnance de non-lieu, ou dont la peine aura été atténuée en raison de sa responsabilité restreinte.

2. Le juge consultera des experts-médecins.

3. Le traitement a lieu dans un bâtiment affecté exclusivement à cette destination. Cet établissement peut cependant être joint à une maison d'éducation au travail, pourvu que le service intérieur reste distinct et les pensionnaires séparés.

4. L'autorité compétente ordonnera l'élargissement du buveur dès qu'il sera guéri. En aucun cas, le séjour à l'asile ne pourra excéder deux ans.

Avant l'élargissement, le juge, après avoir pris l'avis de la direction de l'asile, ordonnera l'exécution de la peine ou sa remise partielle ou totale.

En cas de remise de peine, le juge soumettra le condamné à un patronage. Il lui assignera un délai d'épreuve pour la durée duquel il lui enjoindra de s'abstenir de boissons alcooliques; il pourra aussi lui imposer d'autres règles de conduite.

5. Si, pendant le délai d'épreuve, le libéré commet un crime ou délit intentionnel, la peine prononcée sera exécutée.

Si, pendant le délai d'épreuve, le libéré, au mépris d'un avertissement de l'autorité de patronage, persiste à enfreindre les règles de conduite à lui imposées, ou s'il se soustrait obstinément au patronage, le juge pourra ordonner l'exécution de la peine ou du reste de la peine.

5bis. Si le libéré s'est bien conduit jusqu'à l'expiration du délai d'épreuve, sa libération deviendra définitive.

6. Tout renvoi non mis à exécution pendant cinq ans ne pourra plus être exécuté.

Amendements Grünenfelder

du 27 juin 1928.

Art. 42. Renvoyer à la commission en la chargeant d'établir un texte sur les bases suivantes:

a) Rétablir, conformément au projet du Conseil fédéral, la règle aux termes de laquelle le buveur d'habitude doit être renvoyé dans un asile de buveurs après l'exécution de la peine;

b) autoriser cependant le juge (conformément au projet de la commission) à suspendre l'exécution de la peine et à ordonner le renvoi du condamné dans un asile pour buveurs, si la peine privative de liberté est de courte durée (trois mois).

Seiler, Berichterstatter: Die Verwahrung von Gewohnheitsverbrechern, die Erziehung von Liederlichen und Arbeitsscheuen und die Behandlung von Trinkern sind sichernde Maßnahmen mit Strafcharakter. Die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen ist in der Kommission nicht bestritten worden, währenddem sich in der Expertenkommission ein Kampf um die grundsätzliche Seite der Frage abgespielt hat. Es war namentlich Prof. Thormann, der die Verwahrung der Gewohnheitsverbrecher durch die Erhöhung der Gefängnisstrafe ersetzen wollte und der im weitern die Auffassung bekämpfte, daß der Gewohnheitstrinker ohne Strafverbüßung sofort in eine Trinkerheilanstalt verbracht werden könne, derart, daß diese Versorgung die Strafe ersetze. In

bezug auf die Behandlung der Gewohnheitsverbrecher ist in der Expertenkommission die Ansicht Thormann unterlegen, in der Frage der Gewohnheitstrinker hat sie gesiegt. Dementsprechend ist im Entwurf die Verwahrung der Gewohnheitsverbrecher aufgenommen und in bezug auf die Trinker vorgeschlagen worden, vorerst die Strafe vollziehen zu lassen und dann nach Vollziehung den Richter entscheiden zu lassen, ob noch eine Einweisung in die Trinkerheilanstalten zu erfolgen hat. Die Bestimmungen über die Liederlichen und Arbeitsscheuen sind in allen Instanzen unangefochten geblieben.

Die Ihnen vorliegenden Aenderungen der nationalrätlichen Kommission sind meist redaktioneller und systematischer Natur. Eine grundsätzliche Aenderung wird lediglich in der schon skizzierten Streitfrage der Behandlung der Gewohnheitstrinker vorgeschlagen.

In bezug auf die Verwahrung der Gewohnheitsverbrecher ist festzuhalten, daß diese Maßnahme nicht obligatorisch, sondern fakultativ ist. Der Richter kann also nach wie vor Zuchthausstrafe aussprechen. Dies ist eine wesentliche Konzession an die Gegner der sichernden Maßnahmen. Hier werden wohl vielfach lokale Auffassungen in Betracht fallen, neben dem Charakter des Täters und der Schwere der Tat, und auch auf das Zutrauen wird es ankommen, das sich solche Anstalten zu erwerben in der Lage sind. Dafür, daß sich die Insassen solcher Anstalten nicht in Sanatoriumsbehandlung fühlen — man hat von « Verbrechersanatorien » geredet — sorgt schon äußerlich die Verpflichtung zum Tragen besonderer Anstaltskleidung, die wohl kaum nach der neuesten Mode ausfallen wird. Zudem sind auch hier Besuche und Briefwechsel eingeschränkt und die Einzelhaft während der Nacht bürgt auch hier für den Ernst der Maßnahme.

Die Dauer der Verwahrung — und das ist gerade die Besonderheit dieser Maßnahme gegenüber der Freiheitsstrafe — ist zeitlich nicht von vornherein beschränkt. Sie muß mindestens fünf Jahre betragen. Ist eine längere Strafzeit ausgesprochen worden, so gilt mindestens die Dauer der Strafzeit. Nach fünf Jahren, bzw. nach Ablauf der Strafzeit, kann der Verwahrte bedingt entlassen werden, und zwar mit Stellung unter Schutzaufsicht. Verhält sich der Entlassene nicht gut, so wandert er in die Anstalt zurück, im andern Falle wird er endgültig freigelassen. Schließlich soll auch einem solchen Gewohnheitsverbrecher die Verjährung zugute kommen.

Von Bedeutung ist es, daß der Richter über die Einweisung entscheidet, während die bedingte Entlassung durch eine vom Kanton zu bezeichnende Behörde zu erfolgen hat.

Der Kommission erscheint diese ganze Ordnung zweckmäßig. Sie ist nicht mit Unrecht als eine Perle des Entwurfs bezeichnet worden.

Kommt die Verwahrung gegen Täter in Betracht, die mit einer Freiheitsstrafe, d. h. auch mit Zuchthaus belegt werden, so kommt die Einweisung von Liederlichen und Arbeitsscheuen in eine Arbeitserziehungsanstalt nur in Betracht bei den zu einer Gefängnisstrafe Verurteilten. Der Unterschied ist sofort klar. Wegen schwerer Verbrechen Verurteilte sollen nicht in eine Erziehungsanstalt, sondern in eine Strafanstalt oder Verwahrungsanstalt eingewiesen werden. Aber auch nicht alle Liederlichen

und Arbeitsscheuen sollen in die Erziehungsanstalt verwiesen werden, sondern nur diejenigen, bei denen das Verbrechen mit diesem ihrem Charaktermangel zusammenhängt. Beigefügt hat die Kommission, daß diejenigen, die schon in einer Verwahrungsanstalt untergebracht waren, nicht in eine Arbeitserziehungsanstalt eingewiesen werden können. Ebenso hat die Kommission die Möglichkeit der Verbindung dieser Anstalt mit einer Trinkerheilanstalt als zulässig erklärt, allerdings unter gehöriger Absonderung der beiden Kategorien. Ausdrücklich möchte die Kommission feststellen, daß in diese Anstalten auch arbeitsscheue und liederliche Elemente, die mit dem Strafrichter noch nicht in Berührung gekommen sind, verbracht werden können. Eine besondere Bestimmung enthielt Art. 332 des Entwurfes für Bettler und Vaganten. Bei der Neuordnung des Uebertretungsrechts ist dieser Artikel gestrichen worden und es wird Sache des kantonalen Rechtes sein, hier Bestimmungen zu erlassen.

Der Zweck der Arbeitserziehungsanstalt geht aus Art. 41, Ziffer 2, hervor: Erziehung zur Arbeit und Förderung durch zweckentsprechenden Unterricht. Den Charakter der Strafe wahrt auch hier wieder die Einzelhaft während der Nacht. Die Versorgung muß mindestens ein Jahr dauern. Erzeigt sich die Erziehung zur Arbeit erfolglos, so erfolgt der Vollzug der Strafe. Bedingte Entlassung kann nach Ablauf von Zweidritteln der Versorgungsdauer, aber nicht vor Ablauf eines Jahres erfolgen. Auf weitere Details einzutreten, erscheint nicht notwendig. Könnte der Artikel nicht gekürzt werden? Kaum, da eben die verschiedenen Phasen ausdrücklich festgelegt werden müssen.

In der Frage der Trinkerversorgung ist die Kommission einstimmig auf den von der Expertenkommission verlassenen Standpunkt zurückgekommen, daß die Strafe vor der Einweisung in die Anstalt nicht unter allen Umständen vollzogen werden muß, sondern nach dem Ermessen des Richters aufgeschoben werden kann. Diese Einstimmigkeit in einer doch sehr umstrittenen Frage bedeutet ein Unikum und sie ist unstreitig auf das eindrucksvolle Votum unseres Mediziners in der Kommission, Dr. Ullmann, zurückzuführen. Dr. Ullmann hat überzeugend dargetan, daß der Strafvollzug mit der Aussicht auf eine Zusatzunterbringung in die Heilanstalt beim Täter geradezu eine Trotzstimmung hervorrufen müsse, die den erhofften Besserungszweck recht eigentlich illusorisch machen werde. Mit dieser Lösung wäre der krankhafte Täter schwerer bestraft, als der gesunde Verbrecher und dadurch müßte das Gefühl der ungerechten Behandlung entstehen, das den Verbrecher weitern Belehrungen unzugänglich macht; den Täter erst büßen lassen und ihn dann heilen wollen, sei psychologisch falsch und es wäre vorzuziehen, von einer Heilbehandlung überhaupt abzusehen, als diese Doppelbehandlung vorzuschreiben. Diese einleuchtende Argumentation hat auch die Skeptiker in der Kommission überzeugt. Wie die Volksstimmung auf diese Lösung reagieren wird, wird allerdings erst noch zu untersuchen sein. Aber auch da sollte die nötige Aufklärung einen Wandel der Meinungen herbeizuführen imstande sein. Einmal ist darauf hinzuweisen, daß Zuchthaussträflinge, also die Schwerverbrecher, von vornherein bei dieser Lösung ausgeschlossen sind. Sodann ist zu bemerken, daß der

Strafvollzug nur aufgeschoben wird und daß vor der Entlassung aus der Heilanstalt zu untersuchen ist, ob die Gefängnisstrafe trotzdem noch zu vollziehen ist. In dieser Bestimmung liegt das Korrektiv, das zudem einen hohen erzieherischen Wert in sich schließt. Als weitere Sicherheit ist die bedingte Entlassung mit der Möglichkeit der Vollziehung der Strafe bei Nichtbewährung geschaffen, und nur dann, wenn sich der Versorgte in der Heilanstalt und während der Probezeit gut gehalten hat, erfolgt die endgültige Entlassung: Das ist doch gewiß keine «angenehme Pension», wie man sich gelegentlich ausgedrückt hat, sondern eine ernsthafte Internierung, einesachgemäße Behandlung und ein Auf-Probe-Stellen, mit der Aussicht auf das Nachholen bei Ungenügen. Dazu kommt die klare Vorschrift der Kommission, daß nicht irgendeine Behörde, sondern der Richter zu entscheiden hat, ob nach der Anstaltsbehandlung die Strafe zu vollziehen ist oder nicht. Das zeigt doch mit aller Deutlichkeit auch wieder den Strafcharakter der Maßnahme. Dem Richter steht auch die Bestimmung der Schutzaufsicht zu und die Erteilung von Weisungen für die Probezeit. Somit steht das ganze Verfahren unter richterlicher Ueberprüfung. Dieses Nicht-Loslösen vom Richter ist eine wesentliche Neuerung. Sie wird vielleicht dazu führen, das Institut der bedingten Entlassung auch noch in andern Fällen der richterlichen Entscheidung zu unterstellen. Eine nähere Verbindung von Richter und Vollziehungsbehörde dürfte sich auch auf andern Gebieten rechtfertigen. Sie könnte beiden Instanzen nur förderlich sein.

Soweit zu diesen wichtigen Differenzen zwischen Bundesrat und Kommission. Im übrigen lehnt sich die Redaktion an den vorhergehenden Artikel an.

Ich beantrage Ihnen also Zustimmung zu den Anträgen der Kommission und damit Ablehnung der Anträge des Herrn Grünenfelder.

Herr Grünenfelder hat in erster Linie einen Antrag zu Art. 41, Ziffer 5, Abs. 2, gestellt, der nach seiner eigenen Auffassung redaktioneller Natur ist. Ich nehme an, er sei damit einverstanden, daß wir diesen Antrag auch redaktionell behandeln und ihn in der Kommission, die ohnehin noch zu tagen hat, prüfen werden.

Zu Art. 42 stellt Herr Grünenfelder einen Rückweisungsantrag in dem Sinne, a) daß grundsätzlich die bundesrätliche Vorlage wieder aufgenommen wird, wonach der verurteilte Gewohnheitstrinker nach Vollzug der Strafe in eine Heilanstalt für Trinker eingewiesen werden kann; b) daß der Richter aber auch den Strafvollzug aufschieben und den Verurteilten in eine Heilanstalt für Trinker einweisen kann, wenn die Freiheitsstrafe nur kürzere Zeit (drei Monate) beträgt.

Ich beantrage Ihnen, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen und sich klipp und klar über das Prinzip zu entscheiden: Wollen Sie, daß der Trinker von der Freiheitsstrafe überhaupt befreit werden kann, wenn er sich in einer Trinkerheilanstalt während der Probezeit bewährt hat, oder wollen Sie, daß er zuerst seine Strafe absitzen muß und erst noch hindendrein in eine Trinkerheilanstalt eingewiesen werden kann? Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen mit Entschiedenheit, der Auffassung des Herrn Dr. Ullmann beizupflichten.

M. Logoz, rapporteur: A l'art. 40, nous entrons dans le domaine des mesures de sûreté. L'idée de mettre de telles mesures à la disposition du juge, parallèlement aux peines proprement dites, est aujourd'hui devenue presque banale. Mais au moment où M. Stooss, le premier, l'a proposée dans son avant-projet de 1894, c'était une innovation, presque une révolution.

A mon avis et de l'avis de la plupart de ceux qui, aujourd'hui, s'occupent des questions pénales, c'est là une des parties de notre projet qui, au point de vue de l'efficacité de la lutte contre le crime, peuvent être les plus utiles, les plus fécondes. Je suis convaincu que l'art. 40, en particulier, réalise un des plus grands progrès qui puissent être faits dans le domaine du droit pénal. Et, soit dit en passant, ceux qui accusent le projet de verser dans un humanitarisme excessif feront bien de relire — ou de lire — cet article, de même, d'ailleurs, que les art. 41 et 42. Votre commission est du reste unanime à vous recommander l'adoption des dispositions dont nous allons parler.

Aux peines privatives de liberté, le projet (articles 40 à 42) joint donc des «mesures de sûreté» qui consistent en une privation de liberté, en un internement, et dont le but général est de prévenir de nouveaux délits. Car il y a des délinquants dont la nature personnelle, l'état personnel, sont tels qu'on peut être certain d'avance que la «peine» restera sans effet suffisant. Ceux-là ne sortiront de prison, si on les y met, que pour succomber derechef à la tentation et pour revenir une fois de plus devant le juge, comme devant une vieille connaissance qu'on ne redoute guère de rencontrer à nouveau.

Sur ces délinquants-là, la peine ordinaire est inefficace. De là l'idée de remplacer ou de renforcer vis-à-vis d'eux l'effet insuffisant de la peine proprement dite par l'application de mesures spéciales qui sont ce que le projet appelle des mesures de sûreté. Les relations qui existent entre la peine et la mesure de sûreté, dans chaque cas particulier, sont précisées par la définition de chacune de ces mesures. Avant tout, le juge statue sur la culpabilité du délinquant et, éventuellement, le condamne à une peine privative de liberté conformément aux dispositions légales applicables à l'infraction commise.

Puis, premier cas possible (art. 40): Lorsqu'il s'agit d'un délinquant d'habitude, le juge peut, au lieu de faire simplement exécuter la peine (dont l'expérience a prouvé l'inefficacité dans le cas particulier), renvoyer le condamné dans une maison d'internement.

Mais alors, la grande question qui se pose d'emblée est celle-ci: Quelle sera la durée de cet internement? Les raisons mêmes qui le justifient conduisent à répondre: sa durée doit être indéterminée. L'internement est en effet prononcé à raison de l'état personnel dans lequel se trouve le délinquant. On ne peut pas dire d'avance à quel moment il aura produit son effet. Donc, durée indéterminée, ainsi que votre commission l'a précisé à la fin du chiffre premier et l'a confirmé au début du chiffre 5 de l'art. 40.

L'incorrigible restera interné tant qu'il le faudra et, pour que le traitement puisse mordre sur cet individu, qu'il ne peut être évidemment question d'améliorer en quelques semaines ni même en quelques mois, il restera interné au moins cinq ans (chiffre 5). Car, même aux invétérés dont il s'agit ici, le projet

ne veut pas ôter tout espoir de recouvrer la liberté — espoir qui, sur eux, pourra agir comme un stimulant. Donc, même pour ces individus qui, à première vue, semblent plus ou moins incorrigibles, le projet prévoit l'éventualité, lointaine il est vrai, d'un amendement possible.

Le projet admet donc la possibilité d'une libération conditionnelle, avec délai d'épreuve de trois ans, quand l'autorité compétente aura estimé que l'internement n'est plus nécessaire.

Si la libération conditionnelle est accordée, votre commission, à la différence de ce qu'elle a prévu aux art. 36 à 39, dont nous parlions ce matin, s'est (à cause de la nature très spéciale du délinquant dont il s'agit ici) rangée à la règle posée par le chiffre 6 du texte du Conseil fédéral et d'après laquelle le patronage est obligatoire et non pas seulement facultatif.

Pour le surplus, les modifications apportées par votre commission au texte du Conseil fédéral visent surtout à rendre ce texte plus clair et plus précis.

Au chiffre 2, la rédaction a été adaptée au texte nouveau des articles 34 et 35. Je n'ai à vous signaler qu'une modification matérielle importante au chiffre 2, premier alinéa. Le Conseil fédéral disait: «internement dans un établissement spécial». Votre commission, au contraire, dans le désir d'alléger les charges que l'application du Code pénal suisse imposera aux cantons, vous propose d'autoriser les cantons à faire subir l'internement «dans une section d'établissement exclusivement affectée à cette destination». Les cantons pourront ainsi joindre les locaux d'internement pour délinquants invétérés, à des établissements servant à l'exécution des peines de réclusion ou d'emprisonnement.

Sur le terrain des principes, c'est une concession regrettable. Mais, ainsi que M. Mächler l'approuvait ce matin de l'avoir fait, votre commission s'est inspirée, ici encore, de l'adage: «d'abord vivre...».

Art. 41. La seconde mesure de sûreté prévue par le projet est le renvoi dans une maison d'éducation au travail. Cette mesure se distingue nettement de l'internement des délinquants d'habitude dont nous venons de parler. Le but et le régime sont ici tout autres. Ici encore, le juge peut suspendre l'exécution de la peine prononcée pour essayer d'un moyen de sauvetage, qui, s'il réussit, sera la meilleure des défenses sociales. A cette tentative, le projet cherche à donner le plus possible de chances de succès, spécialement par les règles suivantes:

1° On n'admettra dans une maison de travail (chiffre 1) que les condamnés capables de travailler et qui semblent pouvoir être formés au travail. On exclut aussi ceux dont la rééducation apparaît trop difficile, c'est-à-dire ceux qui ont déjà été condamnés à la réclusion et, en outre, d'après le texte de la commission, ceux qui ont déjà été internés. Si l'on veut obtenir des résultats, il faut en effet trier ceux qu'on renverra dans la maison de travail.

2° Quant à sa durée, cette mesure du renvoi dans une maison de travail doit également, de par sa nature même et vu le but de guérison qu'elle poursuit, être en principe indéterminée. C'est ce que votre commission a précisé au chiffre 1, premier alinéa in fine. J'ajoute immédiatement, cependant, que cette indétermination n'est que relative; elle a une limite maximum

fixée par le chiffre 6bis dont nous parlerons tout à l'heure.

En outre, le séjour dans l'établissement devra, d'après le chiffre 4 proposé par la commission, durer au moins pendant les deux tiers de la peine prononcée (règle analogue à celle de l'art. 36), et en tous cas un an (voyez le texte du Conseil fédéral, chiffre 3, premier alinéa).

A ce propos, je vous signale en passant une erreur d'impression dans le texte français qui vous a été remis. En réalité, votre commission, contrairement à ce que semble indiquer ce texte français, propose de biffer le chiffre 3 du projet du Conseil fédéral. Le premier alinéa de ce chiffre 3 a, en effet, été reporté dans le chiffre 4 et le second alinéa est remplacé par le chiffre 6bis du texte de la commission.

Une fois expiré le délai légal minimum de séjour dans la maison de travail, la libération conditionnelle est possible, avec délai d'épreuve d'un an (chiffre 4 du texte de la commission, dans lequel, soit dit en passant, il y a une autre erreur d'impression. Il faut renvoyer à l'art. 36, chiffre 2, et non pas au chiffre 3, ainsi que cela est imprimé par erreur).

On cherche ainsi à encourager le détenu et à pousser au succès du traitement qui vise à le réadapter.

Notez encore qu'au chiffre 1bis, phrase 2, la commission a tenu compte des mêmes raisons d'ordre pratique qu'à l'art. 40: faciliter l'introduction du Code pénal suisse pour les cantons. Matériellement, d'ailleurs, la même règle a été posée, dans le projet du Conseil fédéral, par l'art. 407, alinéa 1, phrase 2.

Au chiffre 5 de l'art. 41, à la différence du projet du Conseil fédéral, la commission propose de distinguer deux cas:

Premier cas (non prévu par le Conseil fédéral): «Si pendant le délai d'épreuve, le libéré commet un crime ou un délit intentionnel, la peine prononcée sera exécutée.» Donc, dans ce cas, la peine prononcée doit être mise à exécution.

Au contraire, dans le deuxième cas prévu au chiffre 5, alinéa 2, la commission, comme le Conseil fédéral, donne à l'autorité compétente le choix entre la réintégration du condamné dans la maison de travail et l'exécution de la peine.

Enfin, le chiffre 6bis remplace avantageusement le second alinéa du chiffre 3 du texte du Conseil fédéral, qui pouvait donner lieu à des abus. Exemple: Un individu condamné à trois mois d'emprisonnement est renvoyé dans une maison de travail. Il sait qu'il doit y rester au moins un an. Eh bien, le chiffre 3, alinéa 2, du projet du Conseil fédéral lui permet de provoquer l'exécution de sa peine de trois mois seulement (au lieu d'une année d'internement dans la maison de travail), en se conduisant mal dans la maison de travail et en s'en faisant expulser.

D'autre part, le chiffre 6bis répond à un besoin pratique: il faut en finir à un moment donné. Donc, au bout de trois ans maximum de séjour dans une maison de travail, la peine doit être exécutée.

Prenons enfin l'art. 42.

Cet article régleme la troisième mesure de sûreté prévue par le projet: le renvoi des buveurs d'habitude dans un asile pour buveurs.

Encore une mesure excellente. Nul n'ignore plus le rôle que l'alcoolisme joue dans le développement de la criminalité. Si donc on veut réagir utilement contre le crime, il est indispensable de donner au

juge un moyen efficace de lutter contre l'alcoolisme. C'est ce que fait l'art. 42.

Au chiffre premier, votre commission vous propose avec raison de rendre possible l'internement dans un asile pour buveurs, non seulement pour les buveurs d'habitude qui ont été condamnés à l'emprisonnement — c'est ce que disait le texte du Conseil fédéral — mais aussi pour ceux qui ont été condamnés aux arrêts pour crime ou délit.

En outre et surtout, la commission, sur la proposition du médecin qu'elle a le privilège de compter parmi ses membres, a heureusement modifié la fin du chiffre premier, alinéa 1, du texte du Conseil fédéral. D'après ce texte, le juge peut ordonner qu'après exécution de la peine, le condamné sera renvoyé dans un asile pour buveurs. Au contraire, revenant sur ce point au texte de l'avant-projet de 1908, la commission vous propose de dire, au chiffre premier, alinéa 1, in fine: « Le juge pourra suspendre l'exécution de la peine et ordonner le renvoi du condamné dans un asile pour buveurs. »

En effet, s'il est vrai que l'ivrognerie est un état pathologique dans lequel tombe le buveur d'habitude, la première chose à faire, c'est de soumettre cet individu au traitement curatif que réclame son état et, si possible, de le guérir. Ensuite, la peine pourra être exécutée. C'est le bon sens même — s'il m'est permis de parler ainsi sans offenser les partisans du système inverse.

Au chiffre 1, alinéa 2, in fine, la commission vous propose d'apporter au texte du Conseil fédéral, un complément qui se justifie de lui-même. Je n'insiste pas.

Au chiffre 3, la seconde phrase proposée par la commission fait pendant à la disposition correspondante qui figure au chiffre 1bis de l'art. 41.

Quant au chiffre 4, le texte proposé par la commission est la conséquence de la décision de principe qui a été prise à propos du chiffre 1, alinéa 1, sur la proposition de M. le Dr Ullmann. L'exécution de la peine ayant été suspendue, le buveur interné dans un asile à titre de mesure de sûreté, ne peut pas, une fois guéri, être élargi purement et simplement. Votre commission vous propose donc de dire au chiffre 4, alinéa 2: « Avant l'élargissement, le juge, après avoir pris l'avis de la direction de l'asile, ordonnera l'exécution de la peine ou la remise partielle ou totale de celle-ci. » Mais même s'il y a remise de peine, cette remise n'est que conditionnelle (chiffre 4, alinéa 3).

Et alors, le libéré tient son sort entre ses mains.

Pour le cas de rechute, le chiffre 5 du texte de la commission est rédigé sur le même modèle que le chiffre 5 de l'art. 41, sauf cependant que dans les cas prévus au deuxième alinéa, le juge ne peut pas ordonner que le condamné soit réintégré dans l'asile pour buveurs. Votre commission a pensé, en effet, que si le premier séjour dans l'asile n'a pas réussi à guérir le condamné, il est inutile d'en ordonner un second.

A mon avis personnel, c'est peut-être là un pessimisme législatif un peu prématuré. Je ne fais cependant pas d'opposition.

Le chiffre 5bis, enfin, précise avec raison que si le libéré s'est bien conduit jusqu'à l'expiration du délai d'épreuve, sa libération deviendra définitive.

Vous êtes saisis, à propos de l'art. 42, d'une proposition de notre collègue M. Grünenfelder. J'attends

de connaître ses motifs avant de me prononcer à son égard.

Grünenfelder : Ich habe in erster Linie einen Antrag gestellt zu Art. 41, Ziff. 5, Abs. 2. Der Herr Kommissionspräsident hat unter Bezugnahme auf eine Besprechung bereits betont, daß dieser Antrag nur redaktionelle Bedeutung habe. Jetzt heißt die Ziff. 5, Abs. 2, nach der Kommissionalvorlage: « Wird der bedingt Entlassene während der Probezeit wieder liederlich oder arbeitsscheu. » Ich möchte hier die Redaktion wählen: « Erweist sich der bedingt Entlassene während der Probezeit wieder als liederlich oder arbeitsscheu. » Hier dreht es sich um den Rechtsbrecher, der vom Richter anstatt in die Strafanstalt in die Arbeitserziehungsanstalt eingewiesen, der dann bedingt entlassen worden ist und während der Probezeit sich wieder als liederlich oder arbeitsscheu erweist. Hier wird nicht der Nachweis nötig sein, daß er jetzt wieder liederlich oder arbeitsscheu geworden sei während der Probezeit, sondern es bedarf nur der Konstatierung, daß er es ist: er erweist sich als liederlich oder arbeitsscheu. Dieser Gedanke wohnt wohl auch dem Abs. 2 der Ziff. 5 inne. Daß meinem Antrag nur redaktionelle Bedeutung zukommt, können Sie dem Umstand entnehmen, daß der französische Text bereits meinem Antrage entspricht.

Zu Art. 42 habe ich einen Rückweisungsantrag gestellt. Es handelt sich bei dieser Frage, die strittig ist, nicht etwa darum, wie unzurechnungsfähige Gewohnheitstrinker behandelt werden sollen; denn diese werden überhaupt nicht bestraft und auf sie kommt Art. 42 gar nicht zur Anwendung. Hier dreht es sich um Gewohnheitstrinker, die vorsätzlich und in zurechnungsfähigem Zustand ein Verbrechen oder Vergehen begangen haben. Soll der Richter die Möglichkeit haben, einen solchen Gewohnheitstrinker, der rechtsbrüchig geworden ist, und den er zur Freiheitsstrafe verurteilen muß, ohne Strafvollzug und vor dem Strafvollzug in eine Trinkerheilanstalt einzuweisen oder er soll verfügen können, daß der Verurteilte zuerst die Strafe abzusetzen und erst nachher noch in eine Trinkerheilanstalt einzutreten habe, damit er von seiner Trunksucht geheilt werde? Nach dem Texte des Art. 42 braucht das Verbrechen, das er begangen hat, nicht auf die Trunksucht zurückzugehen; es genügt vollständig, wenn das Verbrechen in Zusammenhang steht mit der gewohnheitsmäßigen Trunksucht. Das häufigste Beispiel, das hier etwa in Betracht kommen kann, wird sein, daß der Gewohnheitstrinker das verdiente Geld für alkoholische Getränke verbraucht und sich dann an fremdem Gut vergreift, daß er stiehlt, unterschlägt, daß er Betrügereien begeht. Diese Delikte werden vielleicht bei gewohnheitsmäßiger Trunksucht die Hauptrolle spielen. Dabei entsteht die Frage, soll der Richter einen solchen Gewohnheitstrinker und zugleich Verbrecher nicht ins Gefängnis spedieren, sondern ihn in eine Trinkerheilanstalt einweisen können. Ueber die Frage der Kompetenz des Richters, den Gewohnheitstrinker in eine Heilanstalt einzuweisen, besteht prinzipiell kein Streit. Die Meinungen gehen nur auseinander, und zwar seit 20 Jahren oder mehr, in der Frage, ob die Einweisung stattfinden soll und stattfinden darf vor dem Strafvollzug oder nach dem Strafvollzug. Im Vorverfahren bei Schaffung des bundesrätlichen Entwurfes haben

die Entscheidungen je zweimal so und so gelautet. Gute Juristen und Kriminalpolitiker entschieden sich für diese oder für jene Lösung. Ich nenne Herrn Bundesrat Müller sel., dann Herrn Prof. Thormann, den Experten Krentel, die den Standpunkt eingenommen haben, daß zuerst der Strafvollzug erfolgen soll und erst nachher die Einweisung. Unsere Kommission hat nach einer faszinierenden, geschriebenen Rede unserer Kommissionsmediziners beschlossen, den Standpunkt des Bundesrates umzukrempeln und sich zu demjenigen zu bekennen, den Sie in der Vorlage niedergelegt finden. Darnach hat der Richter nur die Möglichkeit, zu verfügen, daß der Rechtsbrecher vor dem Strafvollzug in eine Trinkerheilanstalt eingewiesen wird, und erst später wird die Frage entschieden, ob er die Strafe noch zu erstehen habe, und wenn ja, in welchem Umfange, oder ob der Verurteilte überhaupt davon dispensiert werde. Der Richter kann mit andern Worten entscheiden, ob nur Trinkerheilanstaltsversorgung oder auch Vollzug der Freiheitsstrafe, die der Verurteilte nach dem Gesetz verdient hätte, eintreten soll.

Dem Standpunkt der Kommission gegenüber betone ich, daß, strafrechtlich gesprochen, der Bundesrat mit seinem Vorschlag meines Erachtens recht hat, wenn er also da, wo es sich um einen Rechtsbruch handelt, zuerst den Strafvollzug setzt und erst nachher die sichernde Maßnahme zur Erziehung des Trinkers folgen läßt, damit er von seiner Trunksucht geheilt werde. Aber da die Welt von Kompromissen zusammengesetzt sein will, bekenne ich mich auch zu dem Grundsatz, daß schließlich der Richter auch kompetent sein soll, bei kleineren Delikten, wenn der Rechtsbrecher vielleicht eine Freiheitsstrafe von höchstens drei Monaten verdient hat, zuerst die Einweisung in die Trinkerheilanstalt zu beschließen und nachher zu verfügen, ob er die Freiheitsstrafe auch noch absitzen oder ob sie ihm geschenkt sein soll.

An der Lösung, wie sie die Kommission vorschlägt, habe ich folgendes auszusetzen. Nach dem Kommissionsvorschlag kann eine Einweisung nur erfolgen ohne vorherigen Strafvollzug. Dabei ist nach dem Wortlaut der Kommissionsfassung gar keine Rücksicht auf die Dauer der Strafe zu nehmen. Wenn der Richter erkennt, der betreffende Täter habe eine zweijährige Gefängnisstrafe verdient, so ist doch möglich, daß er ihn in eine Trinkerheilanstalt einweist, sodaß dieser Trinker unter Umständen mit einem Jahr Trinkerheilanstalt seine zwei Jahre Gefängnis erledigen kann. Die Möglichkeit eines so weitgehenden Erlasses ist nicht einmal abhängig gemacht vom Vorhandensein der Voraussetzungen des bedingten Strafvollzuges oder des bedingten Straferlasses. Einzig und schon deswegen, weil der Delinquent Gewohnheitstrinker ist, kann ihm der Richter die Strafe schenken; er weist ihn einfach ein in die Trinkerheilanstalt zur Kur. Er ist nach der Vorlage zu entlassen, sobald er von der Trunksucht geheilt ist. Auf die Höhe der Gefängnisstrafe ist in bezug auf die Dauer der Trinkerheilanstalts-Versorgung also gar keine Rücksicht zu nehmen. Aber wir müssen uns dabei doch erinnern, warum dieser Gewohnheitstrinker vor den Richter gekommen ist. Nicht weil er Gewohnheitstrinker ist, sondern weil er das Recht gebrochen hat. Das muß beim Vollzug der Strafe doch in erster Linie berücksichtigt werden.

Wenn man die Lösung der Kommission annimmt, so scheint mir, daß hier dem strafrechtlichen Standpunkt nicht Genüge getan werde, daß man dabei das Prinzip verfolge, mit diesen Maßnahmen einfach strafrechtliche Prinzipien preiszugeben, zugunsten problematischer Lösungen, über deren Auswirkung und praktische Gestaltung man zur Zeit noch keine genügende Erfahrungen hat. Diese Lösung führt auch zu Ungleichheiten. Der Rechtsbrecher, der nüchtern war und zur Freiheitsstrafe verurteilt wird, hat die Strafe abzusitzen; der rechtsbrecherische Gewohnheitstrinker aber hat nur in eine Trinkerheilanstalt zu gehen. Das muß der andere als eine bittere Ungerechtigkeit empfinden. Man hat sich, wie mir scheint, auch zu wenig überlegt, welches der Charakter dieser Anstalten ist, in die der eine und der andere Rechtsbrecher kommt. Den Gewohnheitsverbrecher, den verweisen wir in eine Verwahranstalt, den Arbeitsscheuen und Liederlichen weisen wir statt ins Gefängnis in die Arbeitserziehungsanstalt ein; die eine wie die andere dieser Anstalten hat mit der Strafanstalt sehr viel Ähnlichkeit, es gleicht der Betrieb und die Haltung der betreffenden Detinierten dem Strafvollzug wie ein Ei dem andern. Anders ist es mit der Trinkerheilanstalt. Zwar hat man in der Expertenkommission davon gesprochen, es würden zum Zwecke des Vollzuges solcher Trinker-versorgung etwa zwei schweizerische Anstalten errichtet, die eine für die deutsche Schweiz und die andere für die welsche Schweiz. Ich weiß nicht; im Gesetze steht nichts davon, daß diese Lösung notwendig sein wird. Man hat in der Expertenkommission umgekehrt auch betont, daß es ganz unumgänglich sei, daß man in den jetzt bestehenden privaten Trinkerheilanstalten auch solche Rechtsbrecher unterbringen werde, weil diese Anstalten durchaus zweckmäßig wirken und weil der Heilerfolg ein genügender und befriedigender sei. Aber es ist doch etwas ganz anderes. Zwischen der Versorgung des Arbeitsscheuen und Liederlichen, der in eine Arbeitserziehungsanstalt eingewiesen wird, die gewissermaßen der Strafanstalt gleichzustellen ist, und der Einweisung des Gewohnheitstrinkers, der ein gleiches Verbrechen begangen hat, in eine Trinkerheilanstalt besteht ein zu großer Unterschied. Die Trinker-versorgung ist nicht zu vergleichen mit der Versorgung Arbeitsscheuer und Liederlicher, nach der ganzen inneren Einrichtung und dem Betrieb solcher Anstalten.

Wenn man den Ausführungen des Kommissionsreferenten und insbesondere Herrn Dr. Ullmann folgen will, wird es dazu kommen, daß ein großer Teil von Gewohnheitstrinkern nur die Trinker-versorgungsanstalt zu passieren haben wird, um nachher der Freiheitsstrafe vollständig ledig zu sein. Dadurch entsteht eine Ungerechtigkeit. Herr Dr. Ullmann hat von doppelter Bestrafung gesprochen, wenn ein solcher Gewohnheitstrinker zuerst ins Gefängnis komme und nachher in die Trinkerheilanstalt eingewiesen werde. Eine ganze Reihe von Kantonen, ich glaube, sie machen die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung aus, haben fortschrittliche und gute Trinker-versorgungsgesetze, wonach auf administrativem Wege die Gewohnheitstrinker in Trinkerheilanstalten eingewiesen werden können. Der Vorschlag der Kommission würde z. B. gegenüber dem Rechtszustand des Kantons St. Gallen einen

entscheidenden Rückschritt bedeuten. Wir haben in unserem Kanton eine Lösung, eine Anlehnung an Art. 42 dieser Vorlage, bei welcher die eine wie die andere Fakultät vorgesehen ist: die Einweisung vor dem Strafvollzug oder erst nachher. Was steht dem entgegen? Wenn der Richter von der Trinkerversorgung eines Gewohnheitstrinkers Umgang nimmt und dem Betreffenden einfach die Gefängnisstrafe zuerkennt? Was hindert die administrative Behörde des Kantons, den Gewohnheitstrinker dennoch in eine Trinkerheilanstalt einzuweisen, nachdem er die Gefängnisstrafe abgesessen hat? Glauben Sie mit Herrn Dr. Ullmann, daß der Rechtsbrecher und Gewohnheitstrinker es wirklich als eine Ungerechtigkeit empfinden könne, wenn er zuerst die Strafe und nachher die Trinkerversorgung durchzumachen hat? Dieser Mann muß nach beiden Richtungen den Ernst des Gesetzes an sich fühlen; einerseits weil er Rechtsbrecher ist und Strafe verdient und andererseits, weil er Gewohnheitstrinker ist und von seiner Krankheit geheilt werden muß. Das wird dieser Mann auch verstehen. Wenn man die Rede liest, die Herr Dr. Ullmann zur Begründung des Standpunktes der Kommission in dieser gehalten hat, so wird man erkennen, daß vieles von dem, was er in dieser faszinierenden Rede ausführte, Uebertreibung ist, nicht der Praxis entspricht, sondern viel Phantasie enthält. Ich bin erstaunt, daß der Kommissionspräsident jene Rede heute noch als überzeugend bezeichnet hat und weiß nicht, ob er jene Rede seither noch gründlich gelesen und studiert hat, oder sich nur auf die Rede beruft, die er im Jahre 1921 im Kronenhof in Pontresina gehört hat. Herr Dr. Ullmann sagte damals, ich will nur einiges davon nennen, daß die Heilung bei einem Gewohnheitstrinker nur durch eine Einwirkung auf die Psyche des Trinkers geschehen könne, dazu sei aber das Gefängnis wohl der denkbar schlechteste Ort. Oder dann wiederum: Erziehung, Psychologie und Innerlichkeit, das seien die drei erhöhten Forderungen, welche wir im Strafvollzug dieser Art Eingewiesener fordern müssen, nicht militärische Disziplinierung, bürokratischen Formalismus etc. die nur Gemütsverhärtung verursachen. Der Trinker habe aber das Rechtsbewußtsein, dem Recht genüge getan zu haben wenn er die Strafe ersessen habe und es sei ein Unrecht, wenn man ihn noch in eine Trinkerheilanstalt einweise. Ich glaube, man verwechselt hier zwei Dinge. Man stellt den Gewohnheitstrinker in den Vordergrund und vergißt den Verbrecher. Ich möchte weder das eine noch das andere tun, sondern den Verbrecher, so wie es dem zurechnungsfähigen Verbrecher geschieht, zuerst die Strafe erleiden und nachher die Behandlung seiner Krankheit folgen lassen. Das soll die Regel sein. Von Herrn Dr. Mächler ist heute mit Recht darauf hingewiesen worden, wie die Richter in der gegenwärtigen Zeit geneigt seien, milde Urteile zu fällen. Es besteht ganz sicher die Gefahr, daß, wenn der Art. 42 so bleibt, wie er von der Kommission vorgeschlagen ist, die verbrecherischen Gewohnheitstrinker selten zu einer Gefängnisstrafe gelangen, sondern meistens in eine Trinkerheilanstalt eingewiesen werden, eben weil das ja die Milde des Zeitalters auch im Rechtswesen erfordert. Ich möchte nur betonen, daß es eine irriige Auffassung ist, die auch von Herrn Ullmann geteilt wird, daß man nur durch sogenannte psychische Behandlung einen Gewohnheitstrinker werde bessern können. In

erster Linie muß er die starke Hand spüren. Ich könnte Ihnen hier aus meiner Erfahrung einige Beispiele anführen. Es gibt eine ganze Reihe von Gewohnheitstrinkern, die absolut nicht einsehen, daß sie der Fürsorge bedürfen. Man weist sie dennoch in die Trinkerheilanstalt ein. Wenn sie sich am Anfang auch widerspenstig benehmen und sich als unschuldig in die Anstalt eingewiesen betrachten, kommt später doch bei den meisten die Besinnung. Wir wollen die Sache hier nicht umkremeln. Wir wollen nicht, wie es geschehen ist, behaupten, das Gefängnis, das vor der Einweisung in die Heilanstalt abgesessen werden müsse, sei der allerschlechteste Ort, um einem den Alkoholgenuß abzugewöhnen. Im Gegenteil, wenn der Betreffende die feste Hand des Rechtes und der Ordnung gefühlt hat, wird er auch bei der Heilung als Gewohnheitstrinker dank der Strenge des Gesetzes viel eher nach der Anordnung des Richters leben. Es sind ja meistens Leute, die an Willensschwäche leiden und dieser Wille wird nicht wieder durch eigene Schwäche der Behörden und der Gesetzgebung geheilt, sondern nur durch eine gewisse Energie.

Es ist auch zu sagen, daß, wenn wir die Gewohnheitstrinker beim Vollzug der Strafe so begünstigen, wir die Nichtbestraften jedenfalls auch nicht zur Abstinenz erziehen, sondern eher zu einer leichteren Auffassung über den Genuß von Alkohol.

Es war ja recht interessant, wenn man das Protokoll der Expertenkommission verfolgt hat, zu sehen, wie dort sogar die Idee auftauchen konnte — meines Erachtens ein Zeichen der Milde und Weichheit unseres Zeitalters —, ob man nicht einem Rechtsbrecher, der Gewohnheitstrinker sei, die Wahl lassen sollte, ob er ins Gefängnis oder in eine Trinkerheilanstalt eintreten wolle. Der Gedanke hat keine konkrete Form angenommen; aber schon die Tatsache, daß er in einer Expertenkommission ernstlich besprochen wurde, zeigt doch auch etwas. So wie die Sache jetzt geregelt werden soll, wird ganz sicher der Strafgedanke des Gesetzes in den Hintergrund gedrängt, nicht zum Vorteil der Trinkerfürsorge, aber zum Nachteil des Ansehens des Gesetzgebers und der Strafgesetzgebung. Ich bin ja mit den sichernden Maßnahmen im großen und ganzen einverstanden; wir haben sie sogar im Kanton St. Gallen im wesentlichen schon eingeführt. Aber wir müssen uns doch auch wieder davor hüten, in ein Extrem zu verfallen, in den vollen Enthusiasmus, mit dem Herr Ullmann damals gesprochen hat. Sonst wird das Strafgesetzbuch eine Kritik von anderer Seite hervorrufen, die ihm gefährlich werden kann.

Indem ich Ihnen nun diesen Antrag unterbreitete, den Art. 42 an die Kommission zurückzuweisen, habe ich es absichtlich in der Form getan, der Rat solle sich nur darüber aussprechen, ob er nicht, was die Kommission will, zum Teil zulassen und andererseits das, was der Bundesrat vorgeschlagen hat, ebenfalls als zulässig erklären und ins Gesetz aufnehmen wolle. Wenn mein Antrag angenommen würde, würde also der heutige Rechtszustand folgender sein: Der Richter hat die Befugnis, zu verfügen, daß nach dem Strafvollzug bei Freiheitsstrafe der Verbrecher noch eine Trinkerheilkur zu erstehen habe. Das ist der Standpunkt des Bundesrates. Die Kommission steht auf dem entgegengesetzten Standpunkt: die Einweisung darf nur stattfinden vor dem Strafvollzug,

oder also mit andern Worten, wie auch schon in der Expertenkommission gesagt worden ist, statt des Strafvollzuges; denn darauf käme es doch praktisch heraus. Das letzte betrachte ich vom strafrechtlichen Standpunkt aus als nicht angängig, als unklug und als zu weitgehend. Daher schlage ich Ihnen den Mittelweg vor: diese Einweisung in die Trinkerheilanstalt sofort und vorgängig des Strafvollzuges nur vorzusehen, wenn es sich um eine kleinere Strafzeit handelt, also nicht um ein schwereres Delikt. Wer ein halbes Jahr, ein Jahr oder zwei Jahre ins Gefängnis gehört, ist ein schwerer Verbrecher. Man kann dagegen die Anstaltsversorgung allenfalls an Stelle des Strafvollzuges treten lassen, wenn es sich nur um ein Delikt handelt, das mit ein, zwei, drei Monaten bestraft wird. Damit werden Sie dem Gedanken des Herrn Ullmann, resp. der Kommissionsmehrheit ohnehin für viele Fälle praktisch Rechnung tragen. Aber so, wie die Möglichkeit heute vorgesehen wird, ohne Rücksicht auf die Länge der Strafzeit und auch ohne Rücksicht darauf, ob der bedingte Straferlaß begründet wäre, darf die Trinkerversorgung nicht an die Stelle der Bestrafung treten.

Der Rat soll grundsätzlich Stellung nehmen. Ueber die Details habe ich absichtlich keine Vorschläge gemacht, weil, wie Sie aus der Regelung des bündesrätlichen und des kommissionalen Standpunktes sehen, sehr viele Ausführungsbestimmungen und Details nötig sind. Wenn es zu einer Kombination nach meinem Antrage kommt, wird in erster Linie die Redaktionskommission und schließlich auch die Kommission eine möglichst einfach gehaltene Vorlage in der Septembersession vorzulegen in der Lage sein. Der Herr Kommissionspräsident hat ja ausgeführt, daß die Kommission noch vor dem September zusammenkommen müsse, um verschiedene Fragen zu erledigen. Dann wird auch Gelegenheit sein...

Welti-Basel: Herr Präsident, die Redezeit nach Reglement ist abgelaufen.

Präsident: Ist der Rat einverstanden, Herrn Grünenfelder die Redezeit zu verlängern?

Bringolf: Ich bezweifle die Verhandlungsfähigkeit des Rates auf Grund des Geschäftsreglementes und beantrage, sie festzustellen.

Präsident: Ich ersuche die Stimmzähler, die Anwesenheit der Mitglieder festzustellen.

Es sind 107 Mitglieder anwesend, und somit ist der Rat beschlußfähig.

Wir stimmen darüber ab, ob Sie Herrn Grünenfelder die Redezeit verlängern wollen oder nicht.

Abstimmung. — Vote.

Für Verlängerung der Redezeit Große Mehrheit.

Grünenfelder: Ich bin sofort fertig, wie ich schon vorhin sagen wollte. Die Herren Kommunisten glaubten Zeit zu ersparen, und jetzt ist dreimal so viel Zeit abgelaufen, als ich zur Beendigung meiner Ausführungen gebraucht hätte.

Wenn ich Rückweisung beantragt habe, so wäre dann auch Veranlassung, noch eine weitere Frage zu prüfen, nämlich die Frage, welche die konkreten

Verhältnisse betreffend die Trinkerheilanstalten von heute berührt. In Ziff. 3 ist gesagt: «Die Behandlung der Gewohnheitstrinker erfolgt in einer Anstalt, die ausschließlich diesen Zwecken dient, oder mit einer Arbeitserziehungsanstalt verbunden ist.» Es gibt nun Kantone, und dazu gehört auch der Kanton St. Gallen, die eine Trinkerheilanstalt in Verbindung mit einem Asyl, einer Heil- und Pflegeanstalt unterhalten. Nach der vorliegenden Gesetzgebung wäre es unmöglich, solche Trinkerheilanstalten weiter zu behalten, ein Punkt, der praktisch ganz gewiß einige Ueberlegungen erfordert. Diesen Punkt kann die Kommission ebenfalls regeln.

Ullmann: Es ist meine Pflicht, Herrn Grünenfelder zu antworten. Er hat mir Uebertreibungen vorgeworfen. Seine Ausführungen haben mir bewiesen, daß ihm jedes Verständnis abgeht für den psychischen Zustand dieser krankhaften Menschen. Ich bin durch die Ausführungen des Herrn Grünenfelder gezwungen, meinen Antrag wie in der Kommission zu begründen. Dann mögen Sie darüber entscheiden: Ich bitte, mir einen psychischen Exkurs zu gestatten, wie Sie es Herrn Grünenfelder gestattet haben. Ich verspreche Ihnen zum vornherein, daß ich keine Verlängerung der Redezeit verlangen werde.

Es stehen sich hier zwei Weltanschauungen gegenüber. Herr Grünenfelder vertritt noch die alte kriminalistische Auffassung: Strafe — Sühne — Vergeltung. Im Vorschlage der Kommission liegt die humanere Forderung: Erziehung — Besserung — Heilung. Gemäß der Fassung des Entwurfes muß, wie Sie gehört haben, zuerst die Strafe vollzogen werden, und dann erst setzt die Trinkerbehandlung ein. Der Trinker ist also schlechter gestellt als der gesunde Verbrecher. Man sperrt ihn nachher in eine Anstalt ein, wenn der andere, der wegen des gleichen Deliktes bestraft worden ist, entlassen wird. Damit ist jede psychische Heilung verhindert. Der krankhafte Zustand des Gewohnheitstrinkers mag von Laien bestritten werden, und Herrn Grünenfelder zähle ich hier auch zu den Laien, aber der Gewohnheitstrinker ist jedenfalls nicht gesund. Der Alkoholismus ist von einem unheilbaren Laster heutzutage zu einem heilbaren Uebel geworden nach vielfachen Erfahrungen in den Trinkerheilstätten. Eine große Menge von Verbrechen würde ohne Alkoholgenuß überhaupt nicht begangen. Das Verbrechen entspricht nicht dem normalen Charakter des Täters, sondern dem anormalen krankhaften Alkoholcharakter. Zu den bestbekannten Ursachen des Verbrechens gehört der Alkohol. Ich bin gezwungen, Ihnen eine Statistik vorzulegen, wie ich überhaupt gezwungen bin, noch etwas weiter auszuholen. Man darf aus meinem Gutachten nicht nur einige Rosinchen herauspicken, wie es Herr Grünenfelder getan hat.

«Zu den bestbekannten und durchsichtigsten Ursachen des Verbrechens gehört der Alkohol. Die umfangreichste Statistik hat Baer gesammelt. Unter 30,000 männlichen Gefangenen waren 43,9 % dem Trunk ergeben, unter 3000 weiblichen waren es 19 %. Die Hälfte aller Vagabunden sind Gewohnheitstrinker. Unter 125 Landstreichern, die vor ihrem 25. Altersjahre kriminell wurden, waren nur 12, die nicht täglich regelmäßig Schnaps tranken, bis zu dreiviertel Litern. Unter den Verbrechen der Trinker lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: erstens

solche, die mit roher Gewalt und Betätigung der Körperkräfte begangen werden; das ist die größte Gruppe. Die zweite sind Diebstahl und Unterschlagung. Eine kleine Statistik von 1895 aus Baden zeigt, daß von 148 Vergehen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt 64 % im Rausch begangen wurden und 46 % bei den Körperverletzungen. Auch die Tage spielen eine Rolle. Bekanntlich wird am Samstag, Sonntag und Montag am meisten getrunken, und auf diese Tage fällt auch die größte Zahl der Vergehen und Verbrechen.

Wenn man noch Nachforschungen hält über den Ort der Tat, so fand Schröter, daß zwei Drittel aller Raufereien vor oder im Wirtshaus stattfinden. Alle diese Vergehen entspringen nicht dem normalen Charakter des Täters, sondern dem abnormen, krankhaften Alkoholismuscharakter. Die Erleichterung der motorischen Reaktion, die erhöhte Erregbarkeit bilden die Quelle aller jener unüberlegten, zwecklosen impulsiven und gewalttätigen Handlungen.

Für die Prophylaxis dieser Verbrechen sind diese Feststellungen von großer Bedeutung. Die Kenntnis, die sichere Kenntnis dieser Ursachen einer großen Gruppe von Verbrechen eröffnet auch die Hoffnung auf ein zweckmäßiges Einschreiten. Wenn wir den Gewohnheitstrinker als krank qualifizieren müssen, so müssen wir zugleich auch sagen, daß die Krankheit psychischer Art ist, und daß die Heilung zum großen Teile nur durch Einwirkung auf die Psyche geschehen kann. Ich habe bereits gesagt, daß dazu das Gefängnis der denkbar schlechteste Ort ist. Ich werde Ihnen beweisen: warum. Auf keinen Fall darf der Aufenthalt im Gefängnis als Vorbereitung, Ersatz oder Ergänzung der Trinkerheilanstalten aufgefaßt werden, wie es im Entwurfe der Fall ist.

Die Einweisung in die Trinkerheilstätte — darüber ist sich jeder Arzt einig und wird sich jeder vorurteilsfrei denkende Laie klar sein — muß möglichst früh geschehen. Jeder Aufschub verschlechtert die Möglichkeit der Heilbarkeit.

Sitzt der Trinker seine Strafe ab, wie es im Entwurfe vorgesehen ist, so wird er die Einweisung in eine Trinkerheilanstalt als einen ungerechten Zusatz, als eine gehäufte Strafe empfinden, er wird durch diese erst recht verbittert werden. Die Heilung wird erschwert und manchmal unmöglich. Der Aufenthalt in der Strafanstalt ist eine verlorene, ja schädlich angewandte Zeit. Die Strafanstalt kann niemals Erziehungsanstalt in medizinischem oder pädagogischem Sinne sein, dazu gehört eine andere Umgebung, eine anders eingestellte Leitung. Dazu gehört eine andere individuellere Einwirkung auf den Einzelnen, eine Art von Suggestion auf die Einzelseele, Erziehung, Psychologie und Innerlichkeit, das sind die drei erhöhten Forderungen, welche wir am Strafvollzug dieser Art Eingewiesener fordern müssen. Mit militärischer Disziplinierung, bürokratischem Formalismus, Handwerkerkenntnissen allein ist nichts gewonnen. Auch bei der Einweisung in die Trinkerheilanstalt wird dem Rechtsbewußtsein Genüge geleistet. Eine Trinkerheilanstalt wird nicht den Charakter einer Pension, wie in der Expertenkommission geäußert wurde, sondern den Charakter einer Korrekptionsanstalt haben. Nur daß die Leitung abgestellt sein muß auf eine mit Menschenliebe und nicht mit Gesetzhärte verbundene Gerechtigkeit und auf eine besondere Einwirkung auf die Psyche des Heil-

bedürftigen. Das Ziel ist das, einen schwachen, den Trinkversuchungen gegenüber versagenden Willen, den Trinker, mit einer großen Widerstandskraft gegen den Alkohol zu erfüllen, also Erziehung zur freiwilligen Abstinenz. In dieser starken Suggestion, in dieser Beeinflussung der Seele besteht eben die Heilbehandlung. Es ist die einzige Methode, die zur Heilung führt, eine seelische Kraft soll geweckt werden zum Widerstand gegen den Alkohol, gesteigert bis zum Widerwillen und zum Abscheu gegen den Alkohol. Wenn das erreicht wird, und unter günstigen Verhältnissen kann es erreicht werden, so ist das eine kolossale Leistung. Sie kann nur vollbracht werden, wenn der Trinker selbst will, mit der Weckung des Selbstvertrauens kommt die Kraft zum Kampfe. Er muß inne werden, daß seine Gewohnheit, zu trinken, ihn herabwürdigt unter das Tier und daß Gewohnheit zum Bessern sein beflecktes Menschentum aus dem Sumpf emporheben kann zu einem würdigeren und darum wertvolleren Dasein. Solch eine innere Umgestaltung ist nur möglich bei voller Anspannung des Willens, vom Alkohol wegzukommen. Das aber bringt nur ein freier, zur Mitarbeit bereiter Mensch fertig. Der Gefangene bleibt passiv, er hat nicht den Willen, geheilt zu werden, und gegen seinen Willen kann er nicht geheilt werden. Das also sind die Grundlagen, auf denen allein eine Heilung erfolgen kann. Die Seele muß voll Vertrauen sein, sie muß dem Zuspruch der Ermahnung sich öffnen, sie muß ein neues Lebensziel erkennen und zu ihm hingelangen wollen.

In der Einweisung in die Trinkerheilanstalt nach Strafvollzug sieht er nur einen zweiten Abschnitt seiner Bestrafung, eine Fortsetzung, die er nicht verdient, also eine weitere Freiheitsberaubung, die er zu Unrecht erleiden muß. Die Wohltat der Heilbehandlung, die nun kommen soll, hat für ihn ihren Sinn verloren, er wird sie ablehnen. Und wenn sie ihm dann aufgezwungen wird, äußerlich, so wird er sie innerlich voll ablehnen und sein Verhalten darnach einstellen. Er wird in eine Trotzstellung hineinkommen, was ihm angetan werden soll, ist ungerecht, darum Qual. Man soll ihn in Ruhe lassen, sein Seelenleben wird kaum noch zu beeinflussen sein, weder durch Güte noch durch Strenge; zartere Empfindungen, besseres Streben in ihm zu wecken, ist verlorene Liebesmühe, auf steinigem Acker wächst keine Frucht. Alle Bemühungen, einen Zugang zu dieser Seele zu gewinnen, prallen ab. Von dem Ziele, verlorengegangene oder strauchelnde Glieder der menschlichen Gesellschaft zuzuführen oder sie geheilt wieder einzuliefern, wird diese Art der Rechtspflege ferner sein denn je. Der ganze Zusatz, von der Trinkerheilanstalt, hat in dieser Verbindung praktisch kaum Wert; er ist zwecklos; er würde besser gestrichen. Materiell blieben der Allgemeinheit dann wenigstens die Kosten für eine aussichtslose Behandlung erspart.

Aus diesen grundlegenden Anschauungen über das Wesen des Gewohnheitstrinkers erfolgte mein Antrag, daß der Richter den Strafvollzug aufschieben kann, um den Patienten mit der sichernden Maßnahme einer Trinkerheilstätte zu belegen. Das Strafmoment soll dabei nicht fehlen, der Ernst des Strafgesetzes soll nicht hintangesetzt werden, der Richter soll daher die Heilanstalt bestimmen, auf daß nicht einfach ein vornehmes Sanatorium in Frage kommen kann,

und wenn sogar ein bis zwei derartige neue Institutionen gegründet werden müßten, so wäre das ein Segen und volkswirtschaftlich von großem Nutzen. Die Vermehrung solcher Anstalten darf nicht aus fiskalischen Gründen zum Schreckgespenst gemacht werden. Der Verurteilte soll aber nicht zuerst büßen und dann die Heilbehandlung erfahren, weil das psychologisch falsch ist.

Wenn Sie sich für eine der beiden Anschauungen: Strafe — Sühne — Vergeltung einerseits, andererseits Erziehung — Prophylaxis — Besserung — Heilung, entscheiden müssen, dann bitte ich auch die Herren Kriminalisten, sich auf die medizinisch-wissenschaftliche und auf die menschlich-edlere Seite zu stellen.

Ich bitte Sie, die Proposition des Herrn Grünenfelder abzulehnen. Ein bedeutender Kriminalist alter Schule war der verstorbene Obergerichtspräsident Müller von Luzern, ein Fraktionskollege des Herrn Grünenfelder. Auch er schloß sich in jener Sitzung in richtigem Erfassen der Weltanschauung unserem Standpunkte an. Ich bitte Sie, der Kommission zuzustimmen. Eine Differenzierung, wie sie lit. b vornehmen will, widerspricht ganz den wissenschaftlichen Anschauungen, denn gerade die schwereren Fälle würden den Heilcharakter verlieren.

Verschließen Sie sich nicht dem humanen Hauch, der im Kommissionsantrage liegt.

Grünenfelder: Die Rede des Herrn Ullmann, insbesondere die Wärme, mit der er sie vorgetragen hat, veranlassen mich zu einigen Gegenbemerkungen. In erster Linie versichere ich Herrn Ullmann, daß ich nicht nur die Statistik, die er uns heruntergelesen hat, aus seiner Rede vom 1. September 1921 kenne, sondern noch eine viel weitergehende, als er sie hier bekanntgegeben hat. Ich will ihm später sagen, weshalb ich dazu kam, solche Statistiken zu verfolgen.

Nach der Logik des Herrn Ullmann muß man, weil der Alkohol die Ursache von Verbrechen ist, den Gewohnheitstrinker, der ein Verbrechen begangen hat, straflos ausgehen lassen; das ist medizinische Kriminalistik nach Herrn Dr. Ullmann. Neu ist mir, und dieser Auffassung war man bisher gar nicht, daß die Trinkerheilanstalt eine Korrekptionsanstalt sein soll. Ich bitte Herrn Ullmann, mir den Gesetzestext zu nennen, aus dem dieser Schluß gezogen werden könnte. Eine Trinkerheilanstalt ist keine Korrekptionsanstalt, sondern ein Institut für die Alkoholentwöhnung. Dagegen stehe ich vollständig auf dem Standpunkte des Herrn Ullmann in bezug auf das Ziel, die Abgewöhnung der Trunksucht, die Bekämpfung des Alkoholismus. Ich gehe darin einig, daß es das Ziel solcher Anstalten ist, die Eingewiesenen zu überzeugen, daß der Alkohol für sie ein Unglück ist und bei ihnen den Willen hervorzurufen, dieses Gift total zu meiden. In diesem Punkte gehen wir einig.

Zur Begründung seines Standpunktes hat uns Herr Ullmann wörtlich seine Rede vom 1. September 1921 heruntergelesen. Er hat seither nichts dazu gelernt, aber auch nichts vergessen, eben weil er es lesen konnte. Er übersieht deshalb, daß er von falschen Voraussetzungen ausgeht, wenn er meint, ich stünde auf dem Standpunkt, lediglich die Vorlage des Bundesrates solle angenommen werden, es solle nur die Einweisung in eine Trinkerheilanstalt nach dem Strafvollzug stattfinden dürfen. Diesen Stand-

punkt nehme ich nicht ein; wenn Sie meinen Antrag aufmerksam lesen, werden Sie dies sehen. Der größte Teil der Fälle, wo ein Gewohnheitstrinker zu Gefängnis oder Haft verurteilt wird, wird in der Praxis gegenteils auch nach meinem Antrag, sehr wahrscheinlich im Sinne des Antrages Ullmann und der Kommission erfaßt. Ich will nur nicht, daß man lange Gefängnisstrafen einfach auf die Seite schiebt und Trinkerversorgungen an ihre Stelle treten läßt. Ich bin einverstanden damit, das steht im Antrag, es soll die Trinkerversorgung an die Stelle einer Gefängnisstrafe von ein bis drei Monaten treten können, und wenn die Kommission oder der Rat finden, man sollte noch weiter gehen, wird man darüber sprechen können; denn die drei Monate sind kein Fixum. Ich konstatiere, daß die Differenz in der Auffassung nicht so groß ist und für Herrn Dr. Ullmann nicht zu einer Prestigefrage führen kann; ich wenigstens mache keine daraus, sondern gebe mir, das ist zwar vielleicht nicht klug, viel Mühe, die Vorlage so zu verbessern, daß sie für uns alle, die wir scheint's eine veraltete Rechtsanschauung haben, akzeptabel wird. Wenn Herr Dr. Ullmann gerne das Gegenteil wünscht, so können wir ja in Zukunft schweigen.

Herr Dr. Ullmann hat mir ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt vor dem gesamten Rat. Er spricht mir direkt jedes Verständnis für die Psyche eines Gewohnheitstrinkers ab. Ich hätte es nicht gewagt, soweit zu gehen, und habe Herrn Dr. Ullmann nicht etwa gesagt, er sei ein unverständiger Arzt oder ein schlechter Kriminalist. Ich habe allerdings keine persönliche Erfahrung, wie die Psyche eines Alkoholikers aussieht, auch nicht aus meiner Umgebung; aber ich habe dieser Frage immerhin sehr viel Interesse entgegengebracht, weil ich ein Gesetz über die Bekämpfung der Trunksucht zu entwerfen hatte. Dazu habe ich auch eine Botschaft geschrieben und mich sehr intensiv mit den Schriften des Herrn Benoit und anderer Autoritäten befaßt; diese haben mir allerdings mehr gesagt, als die Ausführungen des Herrn Dr. Ullmann. Jenes Gesetz ist dann weit herum, auch in deutschen Kreisen, die berufen sind, die Trunksucht zu bekämpfen, als ausgezeichnet taxiert worden. Ich stelle mich hier als der Verfasser des Gesetzes vor, zu dessen Verbesserung allerdings Mitglieder des Großen Rates aus allen Fraktionen beigetragen haben. Ob nun Herr Dr. Ullmann sein über mich gesprochenes Urteil beibehalten oder ändern will, stelle ich ihm anheim. Ich wollte ihm aber zu seiner Orientierung sagen, daß ich mich in der Bekämpfung der gewohnheitsmäßigen Trunksucht praktisch intensiv betätigt habe. Ob und inwieweit das auch bei Herrn Dr. Ullmann zutrifft, kann ich nicht sagen.

Biroll: Die Ausführungen von Herrn Nationalrat Grünenfelder haben zweifellos bei vielen von uns Bedenken wachgerufen, ob es gerechtfertigt wäre, darüber hinwegzugehen, ob nicht eine richtige Verbindung der Gedanken des Strafrechtes mit dem Gedanken der Heilung des Trunksüchtigen in dem Sinne geschehen sollte, wie Herr Grünenfelder es vorgetragen hat. Ich konstatiere, daß das erwähnte Gesetz, welches der Kanton St. Gallen zur Bekämpfung des Alkoholismus erlassen hat, zumal das Werk von Herrn Nationalrat Grünenfelder war und im Großen Rat von St. Gallen mit Freude aufgenommen

wurde. Ich füge hinzu, daß der Vollzug dieses Gesetzes außerordentlich wirksam einschlägt. Dort fehlt in der Tat die Erkenntnis nicht, den Trunksüchtigen als einen willensschwachen Kranken zu betrachten.

Wenn Herr Ullmann sich heute bei dieser Frage auf Herrn Kaspar Müller als Kronzeugen für seine Auffassung beruft, dann geht er gewiß ganz fehl. Ich erinnere mich, daß bei jenem unglücklichen Art. 10, den der Rat von seiner Rechtsphilosophie aus bei der Frage der Zurechnungsfähigkeit der Betrunknen angenommen hat, Herr Müller wörtlich den Antrag eingebracht hatte: «Selbstverschuldete, schwere Störung des Bewußtseins schließt die Strafbarkeit nicht aus.» Auf diesem Boden hat Herr Müller gestanden und das ist auch der Boden einer großen Anzahl Mitglieder unserer Kommission und unserer Fraktion in der damit in einem gewissen Maße zusammenhängenden zur Diskussion gestellten Frage. Ich möchte Sie deshalb im Interesse des Gesetzes und seines Zustandekommens bitten, dem Rückweisungsantrag des Herrn Grünenfelder zuzustimmen.

Huber: Herr Grünenfelder hat speziell in seinem zweiten Votum die Sache so dargestellt, als ob dann, wenn ein Gewohnheitstrinker ein Verbrechen begangen habe, nach dem Vorschlag der Mehrheit der Kommission — ein Minderheitsantrag ist überhaupt nicht gestellt — dieser Verbrecher nicht bestraft werden dürfe. Davon steht im Antrag der Kommissionsmehrheit kein Wort. Dem Richter wird lediglich das Recht gegeben, statt die Strafe sofort vollstrecken zu lassen, den Delinquenten vorerst in eine Trinkerheilanstalt einzuweisen. Und nicht etwa im Sinne einer einfachen Umwandlung der Strafe in eine Einweisung in die Trinkerheilanstalt. Der Wortlaut des Artikels ist klar. Ein Gewohnheitstrinker, der wegen eines Vergehens zu Gefängnis verurteilt wird, kann, wenn das Vergehen im Zusammenhang mit der gewohnheitsmäßigen Trunksucht steht, unter Aufschub des Strafvollzuges in eine Trinkerheilanstalt eingewiesen werden. Der Richter prüft in jedem Fall, ob er die Strafe aufschieben und den Verbrecher einweisen will. Er hat sich mit diesem Mann zum zweiten Male zu befassen, wenn er aus der Trinkerheilanstalt entlassen wird. Die zuständige Behörde entläßt den Eingewiesenen aus der Heilanstalt, sobald er geheilt ist, jedenfalls aber nach zwei Jahren. Vor der Entlassung aus der Heilanstalt entscheidet der Richter, nach Anhören der Anstaltsleitung, ob die Gefängnisstrafe zu vollziehen oder ganz oder teilweise zu erlassen sei. Findet ein Straferlaß statt, so stellt der Richter den Täter unter Schutzaufsicht; er setzt ihm eine Probezeit und gibt dem Täter auf, sich während dieser Probezeit geistiger Getränke zu enthalten. Er kann ihm auch weitere Weisungen erteilen.

Dann kommt eventuell noch eine dritte Prüfung, nämlich dann, wenn sich der Mann während der Probezeit wiederum vergeht. Dann wird die Strafe vollzogen.

Es besteht also gar keine Gefahr, daß ein verlotterter Kerl einfach durch die Gnade des Richters nicht bestraft, sondern für einige Zeit zur Erholung in eine Trinkerheilanstalt verbracht wird und straflos bleibt. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß der Richter einen solchen Menschen nicht vollständig zerstört und nicht das Strafrecht mißbraucht, bloß

aus jener Auffassung heraus, die Herr Ullmann meines Erachtens mit Recht geißelt hat, welche meint, es müsse unter allen Umständen die harte, die feste Hand, die Hand des Rächers, sich auswirken können. Ich glaube, im Sinne des Schutzes der Gesellschaft ist die Regelung, welche die Kommission vorschlägt, durchaus richtig. Es hat keinen Zweck, daß man die Sache an die Kommission zurückweist. Wir haben diese Dinge lang, eindringlich und eingehend geprüft. Wir geben also dem Richter nicht die Pflicht, aber im einzelnen Falle die Möglichkeit, unter Würdigung aller Umstände zu sagen: Der Mann soll nun zu allererst in eine Trinkerheilanstalt hinein; er soll von seiner Trunksucht geheilt werden. Nachher, wenn die zuständigen Behörden ihn entlassen wollen, und wenn wir finden, er sei dessen würdig, er sei geheilt, dann erlassen wir ihm die Strafe noch nicht absolut, sondern unter Auferlegung einer Probezeit, unter Verpflichtung zur Abstinenz und unter weiteren Verpflichtungen. Erst wenn er sich auch da bewährt hat, ist ihm die Strafe erlassen.

Was Herr Biroll gesagt hat, ist eine gründliche Verkennung der Sache. Er behauptet, was Herr Müller sel. bei Art. 10 beantragt habe, stehe mit dieser Frage im Zusammenhang. Nein, das hat absolut nichts damit zu tun. Ob man Art. 10 in der Fassung der Kommission oder in der seinerzeitigen Fassung des Herrn Müller formuliert, ändert den Art. 42 nicht im geringsten. Dort handelt es sich um die Frage der Zurechnungsfähigkeit. Herrn Biroll wird ja übrigens bereits bekannt sein, daß die Kommission einen Vorschlag ausgearbeitet hat, der sich deckt mit der Regelung des Militärstrafgesetzbuches und der jedenfalls nicht dazu berechtigt, von einem «unglücklichen Artikel 10» zu sprechen. Der Art. 10 ist ein Muster an Konsequenz und Klarheit, wobei nun durch den neuen Antrag, auf den wir ja später zu sprechen kommen, den besonderen Bedenken in praktischer Hinsicht Rechnung getragen wird.

Ich bitte Sie, den Antrag Grünenfelder abzulehnen, und den Art. 42 nicht an die Kommission zurückzuweisen.

Farbstein: Ich beantrage Ihnen ebenfalls, den Antrag Grünenfelder abzulehnen. Herr Ullmann hat recht, es handelt sich hier um zwei Weltanschauungen. Herr Grünenfelder spricht von einem strafrechtlichen Prinzip. Was soll das Prinzip des Strafrechtes sein? Soll es das Prinzip der Besserung des Menschen oder das Prinzip der Peinigung des Menschen sein? Wenn man auf dem Boden des Prinzips der Besserung steht, stimmt man für den Antrag der Mehrheit der Kommission; wenn man auf dem Boden des Prinzips der Peinigung des Menschen steht, stimmt man für den Antrag Grünenfelder.

Ich will auch jemand zitieren. Derjenige, den ich zitiere, ist kein Mediziner und kein Jurist gewesen. Es war ein Prophet, der freilich nicht im Jahre 1928 gelebt hat, sondern vor über 2000 Jahren. Es war, wenn ich mich nicht irre, der Prophet Hesekiel. Herr Dr. Grünenfelder sollte ihn ebenso gut kennen wie ich und er sollte auch die Stelle kennen, wo es heißt: «Gott will nicht den Tod des Sünders, sondern daß er sich bessere und lebe!»

Die Kommissionsmehrheit will, daß sich der Sünder bessere und daß er lebe. Herr Dr. Grünenfelder will den Tod des Sünders. Der Antrag der Kommiss-

sionsmehrheit enthält kein imperatives Mandat an den Richter. Er sagt: Der Richter kann usw. Wir haben ja nicht eine einheitliche Weltanschauung in der Schweiz. Es gibt Ortschaften, wo die Leute die Menschenliebe so verstehen, wie sie Herr Grünfelder versteht. Dort kann der Richter entscheiden, so wie Herr Grünfelder will. Es gibt aber Ortschaften, wo die Menschenliebe anders verstanden wird und wo man bestrebt ist, zu erreichen, daß der Sünder sich bessere und lebe.

Seller, Berichterstatter: Es ist merkwürdig, sobald man in unserem Rate von Trunksucht und von Trinkerheilanstalten spricht, wird die Diskussion lebhaft und aufgeregt.

Es hat durchaus keinen Sinn, die Frage an die Kommission zurückzuweisen. In der Kommission wird Herr Grünfelder wieder sagen, er kenne die Psyche des Trinkers besser, und Herr Dr. Ullmann wird behaupten, nein, er kenne sie besser, und die übrigen Kommissionsmitglieder kennen eben die Psyche nicht und werden durch die ganze Geschichte nicht gescheitert. Herr Huber hat mit Recht erklärt, daß wir die Sache nach allen Richtungen diskutiert haben. Es hat deshalb keinen Wert, sie noch einmal zurückzuweisen. Wir müssen einmal darüber entscheiden und wollen dann sehen, was der Ständerat mit dem Artikel macht.

Aber man darf nun doch nicht den Eindruck erwecken, als ob ein Täter, der in eine Trinkerheilanstalt gewiesen wird, von vornherein als straflos zu betrachten sei. In erster Linie ist darauf hinzuweisen, daß der Richter ihn nicht einweisen muß, sondern einweisen kann. Er kann es tun, wenn er die Voraussetzungen als gegeben betrachtet. Er kann es aber auch sein lassen, und den Kerl ohne weiteres bestrafen, wenn er meint, das sei richtiger. Ich weiß nicht, was für den Betroffenen härter ist, die Anstaltsbehandlung und die weiteren nachfolgenden Prüfungen oder die einfache Einweisung in eine Strafanstalt. Also wollen wir doch die Sache in aller Ruhe betrachten und sie nicht in dieser leidenschaftlichen Art und Weise behandeln.

Ich mache weiter darauf aufmerksam, daß sich Herr Prof. Hafer ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt hat. Er stellt in seinem Kommentar fest, daß der Bundesrat zuerst ebenfalls den Vollzug der Strafe gewollt habe. Er sagt dazu: «Das ist der kritische Punkt. Die Lösung des Entwurfs von 1918, die mit Freiburg, Art. 40, übereinstimmt, ist verfehlt. Wenn der Zustand des kriminellen Trinkers die Heilung bringen soll, muß sie mindestens in der Regel vorausgehen.» Also auch Professor Hafer ist der Auffassung, man solle diese Trinkerbehandlung sofort beginnen lassen und dann zufrieden sein, wenn sie zu einem Erfolge führt. Wenn der Mann sich dann richtig aufgeführt hat, soll er von der Strafe dispensiert werden und seine Strafe nicht etwa noch absitzen.

Bei allen diesen Fragen handelt es sich doch darum: Was liegt im Interesse der Allgemeinheit und des Täters? Es liegt im Interesse des Täters und der Allgemeinheit, daß die sachgemäße Behandlung sofort beginnt. Wenn sie glückt, so ist dem Täter und der Allgemeinheit viel mehr gedient, als wenn man den Täter zuerst einsperrt und jene Stimmung bei ihm erzeugt, die Herr Ullmann mit Recht hervorgehoben hat.

M. Logoz, rapporteur: Je serai bref et, en outre, je vais m'efforcer de parler sans passion de la question brûlante que pose la proposition de M. Grünfelder. Il s'agit là d'une question qui a été déjà surabondamment discutée par votre commission, où elle a donné lieu à deux débats prolongés et approfondis à plusieurs années de distance, et aussi, antérieurement, à la deuxième commission d'experts.

La question à résoudre, rappelons-le, est en substance celle-ci: un individu condamné à l'emprisonnement ou aux arrêts (pas à la réclusion) est un buveur d'habitude. Il est établi, au surplus, que le délit commis est en rapport avec son vice.

Question: cet individu doit-il d'abord subir sa peine d'emprisonnement ou d'arrêts, pour être ensuite seulement renvoyé dans un asile pour buveurs? Ou bien, au contraire, pourra-t-il tout d'abord être renvoyé dans un asile pour buveurs, pour ne subir qu'ensuite la peine à laquelle il a été condamné?

A cette question, l'avant-projet de 1908 répondait: C'est à un malade, à un anormal qu'on a ici affaire. Le traitement curatif, le renvoi dans un asile pour buveurs doit donc pouvoir être ordonné en premier lieu.

Ensuite viendra, éventuellement, l'exécution de la peine prononcée. Avant la sortie du condamné de l'asile pour buveurs, le juge décidera si et dans quelle mesure la peine prononcée doit être exécutée.

Et, bien entendu — on ne l'a pas assez souligné jusqu'ici — l'éventualité d'une remise totale ou partielle de la peine prononcée agira comme un stimulant sur l'ivrogne qu'on a tout d'abord envoyé dans un asile pour buveurs. Cette perspective l'encouragera à faire effort pour s'affranchir de son vice, qui est la cause profonde de son penchant au délit. Donc, tout d'abord, traitement dans un asile à ce destiné; ensuite, exécution éventuelle de la peine prononcée. Voilà quelle était la solution de l'avant-projet de 1908.

Mais en 1912, la seconde commission d'experts a donné la préférence à la solution inverse: tout d'abord, a dit cette commission, exécution de la peine; ensuite seulement, renvoi dans un asile pour buveurs. C'est ainsi que cette solution a passé dans le projet du Conseil fédéral qui, en 1918, a été soumis aux Chambres.

Là-dessus, votre commission est entrée en scène. Et, après de longues et réitérées discussions, votre commission, sur la proposition de M. le D^r Ullmann et pour les motifs que ce dernier vient de vous rappeler, est revenue au système primitif, celui de l'avant-projet de 1908; le traitement curatif possible d'abord, l'exécution de la peine ensuite.

Aujourd'hui même, M. Grünfelder vous propose in extremis une nouvelle volte-face. Il propose de renvoyer l'art. 42 à la commission, en la chargeant d'établir un nouveau texte sur les bases suivantes:

«a) rétablir conformément au projet du Conseil fédéral la règle aux termes de laquelle le buveur d'habitude doit être renvoyé dans un asile pour buveurs seulement après l'exécution de la peine; b) autoriser le juge, conformément au projet de la commission, à suspendre l'exécution de la peine et à ordonner le renvoi du condamné dans un asile, si la peine est de courte durée (trois mois).»

Eh bien, Messieurs, je comprends, à la rigueur, qu'on puisse être partisan du système du Conseil

fédéral, qui consiste à ne renvoyer le buveur délinquant dans un asile qu'après l'exécution de la peine prononcée contre lui. Je comprends cela, quoique personnellement et d'accord avec le professeur Hafter, je considère la solution proposée par la commission comme plus conforme au système général du projet.

Mais, en tous cas, je vous demande de vous prononcer carrément entre ces deux systèmes: projet du Conseil fédéral ou projet de la commission. Je vous demande donc de repousser la proposition faite par M. Grünenfelder, sous la lettre b du texte qui vous a été distribué. Je le répète: il faut choisir entre le système du Conseil fédéral et le système de la commission; car, adopter, comme le propose M. Grünenfelder, le système du Conseil fédéral et greffer là-dessus une exception telle qu'elle est formulée à la lettre b de la proposition de M. Grünenfelder, je dis que c'est construire quelque chose de trop compliqué et, surtout, que c'est faire une construction tout à fait arbitraire.

Pourquoi prévoir la possibilité d'une suspension de l'exécution de la peine prononcée, seulement quand cette peine est de trois mois au plus? Pourquoi pas deux, ou quatre, ou six mois par exemple?

Je vous recommande donc, en tous cas, de repousser la lettre b de la proposition Grünenfelder et de ne pas renvoyer cette question à la commission.

Quant à la lettre a, vous aurez à choisir entre le système de la commission et celui du Conseil fédéral. Je vous recommande de vous rallier au système de la commission.

Präsident: Die Diskussion ist geschlossen. Zu Art. 41, Ziff. 5, Al. 2, hat Herr Grünenfelder einen Antrag gestellt. Dieser Antrag hat jedoch rein redaktionellen Charakter. Im Einverständnis der Kommissionsreferenten und des Herrn Grünenfelder geht der Antrag an die Redaktionskommission. Der Art. 41 ist somit angenommen.

Zu Art. 42 stellt Herr Grünenfelder den Antrag, diesen Artikel an die Kommission zurückzuweisen. Die Kommission bekämpft diesen Rückweisungsantrag.

A b s t i m m u n g. — Vote.

Für den Rückweisungsantrag

Grünenfelder

Dagegen

Minderheit

Große Mehrheit

Angenommen. — *Adoptés.*

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 28. Juni 1928.
Séance du matin du 28 juin 1928.

Vorsitz -- Présidence: Hr. Minger.

2238. Anlage von Staatsgeldern und Spezialfonds. Bundesgesetz.

Placement des capitaux de la Confédération et des fonds spéciaux.
Loi.

Vorlage der Redaktionskommission vom 26. Juni 1928. —
Projet de la commission de rédaction du 26 juin 1928.

Beschluss des Ständerates vom 28. Juni 1928.
Décision du Conseil des Etats du 28 juin 1928.

Schlussabstimmung. — Vote final.

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 109 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

2322. Gesandtschaft in der Türkei. Légation en Turquie.

Botschaft und Beschlusentwurf vom 25. Mai 1928 (Bundesblatt II, 117). — Message et projet d'arrêté du 25 mai 1928
(Feuille fédérale II, 129).

Beschluß des Ständerates vom 22. Juni 1928.
Décision du Conseil des Etats du 22 juin 1928.

M. Vallotton, rapporteur: Les sympathies de notre conseil vont plus aux questions économiques qu'aux problèmes diplomatiques et le rapport sur la constitution d'une nouvelle légation suscite ici infiniment moins d'émotion qu'un discours sur la question du monopole du beurre.

J'ignore quelles sont les causes de ce manque d'intérêt? Peut-être avez-vous scrupule, Messieurs, n'étant point de la carrière diplomatique, de la carrière tout court, mais avec un grand, un très grand C, à jeter un coup d'oeil profane et timide sur ces matières que des siècles de traditions secrètes couvrent encore parfois de voiles mystérieux? Rassurez-vous, Messieurs: la création des légations rentre bien dans vos compétences et ce n'est point là matière à enfermer dans la Tour d'ivoire dont M. le ministre Dinichert détient les clés d'or et d'argent.

Notre président, que j'aime beaucoup, a de nombreuses qualités: il est notamment expéditif et franc.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.

Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 684 hievor. — Voir page 684 ci-devant.)

Art. 43—44.

Anträge der Kommission.

Art. 43. 1. In allen Anstalten werden Männer und Frauen vollständig getrennt.

2. Den Insassen der Anstalten dürfen keine geistigen Getränke verabreicht werden.

3. Gottesdienst und Seelsorge, Schule und Bibliothek sind in jeder Anstalt einzurichten.

Art. 44. Der Schutzaufsicht liegt ob:

die Fürsorge für die ihr Unterstellten, namentlich durch Verschaffung von Unterkunft und Arbeitsgelegenheit, durch Unterstützung mit Rat und Tat, um ihnen zu einem ehrlichen Fortkommen zu verhelfen;

die Beaufsichtigung der ihr Unterstellten in einer unauffälligen, ihr Fortkommen nicht erschwerenden Weise.

Propositions de la commission.

Art. 43. 1. Dans tous les établissements, les sexes seront strictement séparés.

2. Le régime est exclusif de boissons alcooliques.

3. Dans tous les établissements, les pensionnaires seront mis à même d'assister au service divin, de recevoir une assistance spirituelle, de suivre une école et d'user d'une bibliothèque.

Art. 44. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

(La modification ne concerne que le texte allemand.)

Seller, Berichterstatter: Ich gebe mich nicht der Illusion hin, daß sämtliche Mitglieder des Rates genau wissen, wo wir in der Sommersession stehen geblieben sind. Von den neuen Mitgliedern können wir das ohnehin nicht erwarten, und bei den alten habe ich gewisse Zweifel. Ich möchte Sie bitten, die große Vorlage der Kommission vorzunehmen, d. h. diejenigen Herren, die sie mitgebracht haben, und im weitern die Anträge der Kommission vom 4. September 1928 zur Hand zu nehmen, eventuell sie bei der Kanzlei nachzuverlangen.

Wir sind beim Art. 42 stehen geblieben, der von der Behandlung der Trinker spricht. Art. 42 ist erledigt und wir gehen über zu den Art. 43 und 44.

Ich möchte Sie daran erinnern, daß wir abschnittsweise referieren. Es ist da und dort die Meinung bekundet worden, es müßten sich die Herren Refe-

renten noch etwas kürzer fassen. Wir sind diesem Wunsche entgegengekommen. Ich möchte immerhin feststellen, daß es notwendig ist, die Gründe der Kommission für die Abänderungsanträge gegenüber der bundesrätlichen Fassung irgenwo niederzulegen; damit, wenn später einmal ein Jurist oder Richter das stenographische Bulletin zur Hand nimmt, er nicht in die alte Klage verfällt: natürlich, da ist wieder nichts gesagt worden; man weiß gar nicht, wie man zu diesem Abänderungsantrag gekommen ist. Wir müssen also notgedrungen, nicht zur eigenen Freude, einige Bemerkungen machen.

Die Art. 43 und 44 reden von den gemeinsamen Bestimmungen über die Freiheitsstrafe und die sichernden Maßnahmen. Die Vorschrift der Trennung der Geschlechter, die der Enthaltbarkeit von Alkohol in allen Anstalten, in welchen Freiheitsstrafen oder sichernde Maßnahmen abgewandelt werden, ist unangefochten. Neu hat unsere Kommission die Verpflichtung zur Abhaltung von Gottesdienst und die Pflege der Seelsorge wie die Einrichtung von Schule und Bibliothek in jeder Anstalt aufgenommen. Auch hier eine Unterstreichung des erzieherischen Momentes, das bei richtiger Anwendung segensreich wirken kann. Daß die Schutzaufsicht mit der Aufsicht im eigentlichen Sinne nicht erfüllt ist, daß vielmehr das leibliche und seelische Wohl zu fördern ist, mag zu erwähnen nicht überflüssig sein. Das Schwergewicht wird bei der Durchführung auf die Auswahl der geeigneten Personen zu legen sein. Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen Annahme der Art. 43 und 44.

M. Logoz, rapporteur: Nous avons déjà discuté les dispositions du projet concernant les peines privatives de liberté d'une part et les mesures de sûreté d'autre part. Nous en arrivons maintenant à l'art. 43 qui pose quelques règles communes à tous les établissements servant à l'exécution des peines ou des mesures de sûreté. Le chiff. 3, que votre commission propose d'y ajouter, souligne le caractère éducateur, c'est-à-dire utile, que les peines ou mesures de sûreté doivent avoir. Je n'en dis pas davantage.

Art. 44. Dans mon rapport sur l'entrée en matière, je vous ai déjà parlé du patronage et de son importance pour la lutte contre la récidive.

C'est à l'art. 44 et, plus loin, à l'art. 401 que le projet sanctionne le patronage. L'art. 44, avec lequel votre commission est pleinement d'accord, définit très heureusement la mission générale du patronage.

Le patron doit non seulement surveiller son client, le suivre, mais aussi et surtout l'assister, notamment en lui procurant du travail si besoin est.

La clientèle des organes du patronage sera nombreuse. L'Association suisse pour le patronage des détenus libérés a cependant déjà déclaré qu'elle pourrait assumer la tâche plus lourde qu'impliquera l'entrée en vigueur du code pénal suisse.

Ce faisant, elle fera une oeuvre dont la haute utilité ne saurait être méconnue, surtout lorsque le C. P. S. aura, sur ce point comme ailleurs, coordonné, au profit de tous, les forces jusqu'ici éparpillées.

Angenommen. — Adoptés.

Art. 45—47.

Anträge der Kommission.

Art. 45. 1. Bestimmt es das Gesetz nicht ausdrücklich anders, so ist der Höchstbetrag der Busse zwanzigtausend Franken.

Handelt der Täter aus Gewinnsucht, so ist der Richter an diesen Höchstbetrag nicht gebunden.

Ibis. Der Richter bestimmt den Betrag der Buße je nach den Verhältnissen des Täters so, daß er durch die Einbuße die Strafe erleidet, die seinem Verschulden angemessen ist.

Für die Verhältnisse des Täters sind namentlich von Bedeutung sein Einkommen und sein Vermögen, sein Familienstand und seine Familienpflichten, sein Beruf und Erwerb, sein Alter und seine Gesundheit.

2. Stirbt der Verurteilte, so fällt die Buße weg.

Art. 46. 1. Die zuständige Behörde setzt dem Verurteilten eine Frist von einem bis zu drei Monaten zur Zahlung an. Hat der Verurteilte in der Schweiz keinen festen Wohnsitz, so ist er anzuhalten, die Buße sofort zu bezahlen oder Sicherheit dafür zu leisten.

Die zuständige Behörde kann dem Verurteilten gestatten, die Buße in Teilzahlungen zu entrichten, deren Betrag und Fälligkeit sie nach seinen Verhältnissen bestimmt. Sie kann ihm auch gestatten, die Buße durch freie Arbeit, namentlich für den Staat oder eine Gemeinde, abzuverdienen. Die zuständige Behörde kann in diesen Fällen die gewährte Frist verlängern.

Ziff. 2 streichen.

Art. 47. Handelt der Täter aus Gewinnsucht, so kann ihn der Richter neben der Freiheitsstrafe zu Buße verurteilen.

Ist im Gesetz wahlweise Freiheitsstrafe oder Buße angedroht, so kann der Richter in jedem Falle die beiden Strafen verbinden.

Propositions de la commission.

Art. 45. 1. Sauf disposition contraire et expresse du présent code, le maximum de l'amende sera de vingt mille francs.

Si le délinquant a agi par cupidité, le juge ne sera pas lié par ce maximum.

Ibis. Le juge fixera le montant de l'amende d'après la situation du condamné, de façon que la perte à subir par ce dernier constitue une peine correspondant à sa culpabilité.

Pour apprécier la situation du condamné, le juge tiendra compte notamment des éléments ci-après: revenu et capital, état civil et charges de famille, profession et gain professionnel, âge et état de santé.

2. L'amende est éteinte par la mort du condamné.

Art. 46. 1. L'autorité compétente fixera au condamné un délai de paiement d'un à trois mois. Si le condamné n'a pas de domicile fixe en Suisse, il pourra être tenu de payer l'amende sans délai ou de fournir des sûretés.

L'autorité compétente pourra autoriser le condamné à payer l'amende par acomptes, le montant et la date des paiements étant fixés par cette autorité d'après la situation du condamné. Elle pourra aussi l'autoriser à racheter l'amende par une prestation en travail, notamment pour le compte de l'Etat ou

d'une commune. Dans ces cas, l'autorité compétente pourra prolonger le délai accordé.

Chiff. 2. Biffer.

Art. 47. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

(La modification ne concerne que le texte allemand.)

Antrag Grünfelder.

Art. 46, Ziff. 2. Bezahlt der Verurteilte die Buße in der bestimmten Zeit nicht und verdient er sie auch nicht ab, so wird sie in Haftstrafe umgewandelt, wobei zehn Franken Buße einem Tag Haftstrafe gleichkommen. Diese Strafe dauert mindestens einen Tag und höchstens drei Monate.

Proposition Grünfelder.

Art. 46, chiff. 2. Si, dans le délai fixé, le condamné n'a ni payé ni racheté l'amende, celle-ci sera commuée en la peine d'arrêts, à raison d'un jour d'arrêts pour dix francs d'amende. La durée des arrêts sera d'un jour au moins et de trois mois au plus.

Seller, Berichterstatter: Die Bestimmungen über die Buße, Anwendungsgebiet, Umfang und Vollzug der Buße, haben von jeher zu lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben. Das Anwendungsgebiet dieser Straform ist im Entwurf ein sehr ausgedehntes. Alternativ, kumulativ, aber auch als einzige Strafe kann die Buße ausgesprochen werden. Als einzige Strafe fällt sie namentlich in leichteren Fällen in Betracht. Der Vorteil dieser Straform liegt in der Anpassungsfähigkeit an die Verhältnisse des Täters. Von einem Maximum hat der bündesrätliche Entwurf abgesehen, die Kommission jedoch setzt ein Maximum von Fr. 20,000 fest. Daneben ist immerhin die Erhöhungsmöglichkeit bei Gewinnsucht des Täters gegeben. Ein Minimum ist dagegen nicht vorgesehen. In einem weiten Rahmen soll nun der Richter die Höhe der Buße entsprechend dem Verschulden und den Verhältnissen des Täters festsetzen. Ein Antrag in der Expertenkommission, auch die Anwartschaften des Täters in Betracht zu ziehen, unterlag. Man hat mit diesem Begriff schon beim Militärpflichtersatz Schwierigkeiten genug. Daß die Buße mit dem Tode des Gebüßten in Wegfall kommt, ist wohl gegeben. Auch die übrigen Straformarten können in diesem Falle nicht mehr vollzogen werden. Ein Abänderungsantrag ist in der Kommission abgewiesen worden.

Die schwierigsten Fragen erheben sich beim Vollzug der Bußen, und hier steht obenan die alte Streitfrage der Umwandlung der Buße in Gefängnis oder in Haft im Falle der Nichtbezahlung. Soll der Täter straffrei ausgehen, wenn er nicht zahlt? Im letzteren Falle kann gemäß Art. 260 septies Haftstrafe dann ausgesprochen werden, wenn Arbeitsscheu, Liederlichkeit oder Böswilligkeit vorliegen. Treffen aber diese Voraussetzungen nicht zu, wird im ferneren von der Möglichkeit des Abverdienen kein Gebrauch gemacht, und sind keine Mittel vorhanden, so bleibt nach dem Mehrheitsbeschluß der Kommission die Buße unbezahlt und somit die Strafe unvollzogen. Die Verpflichtung zur Anhebung der Betreibung nach Ziff. 2 hat die Kommission gestrichen. Damit ist jedoch die Möglichkeit der Betreibung nicht aufgehoben.

Mit dieser Lösung ist die Kommission sehr weit gegangen. Sie bedeutet in allen Fällen, in welchen

der Gebüßte unverschuldet arbeitslos und mittellos ist, einen Verzicht auf den Strafvollzug. Ob diese Lösung immer zum Vorteil für den Angeschuldigten ist, darf bezweifelt werden. Wenigstens in den Fällen, in denen Haft oder Buße alternativ vorgesehen sind, besteht im Hinblick auf die Unmöglichkeit der Eintreibung der Buße die Gefahr der Wahl der Haftstrafe. Nicht von großer Bedeutung ist die Verlängerung der minimalen Zahlungsfrist von 14 Tagen auf einen Monat.

Nun hat Herr Grünenfelder neuerdings persönlich den Antrag gestellt, für den Fall der Nichtbezahlung oder des Nichtabverdienens der Buße die Umwandlung in Haftstrafe anzudrohen. Dabei sollen 10 Fr. Buße einem Tag Haftstrafe gleichkommen. Die Strafe soll mindestens einen Tag und höchstens drei Monate andauern. Der Rat wird sich nunmehr darüber zu entscheiden haben, ob er den Grundsatz der Umwandlung aufnehmen will. Zweifellos würde die Androhung der Umwandlung die Erfüllung der Bußenpflicht fördern. Andererseits mag es Fälle geben, die von sozialen Gesichtspunkten aus stoßend wirken können. Aus der nachfolgenden Diskussion mögen Sie sich nunmehr Ihre Meinung über diese nicht leicht zu entscheidende Frage bilden.

M. Logo, rapporteur: Les art. 45 à 47 traitent de la peine pécuniaire, c'est-à-dire de l'amende. Sur ce point, encore, le projet nous apporte des réformes qui sont de nature à produire d'excellents résultats pratiques.

Les avantages de l'amende sur les autres modes de répression sont bien connus:

1. Les peines privatives de liberté nécessitent des constructions coûteuses, dont les frais sont généralement loin d'être couverts par le produit du travail des détenus. L'amende, au contraire, est pour le fisc une source de revenus qui n'est pas à dédaigner.

2. Autre avantage plus précieux encore: l'amende n'arrache pas le condamné à sa famille, elle ne brise pas son activité professionnelle.

3. Et pourtant, l'amende appliquée à doses suffisantes reste une peine très sensible et constitue un excellent moyen de prévention à l'égard de ceux que la cupidité ou l'avarice ont une première fois poussés au délit. C'est la peine par excellence contre les cupides et les ladsres.

4. En quatrième lieu, l'amende a l'avantage d'être extrêmement divisible.

Elle est aussi la peine qui inflige l'avertissement le moins rude. Elle peut donc rendre de grands services pour la répression des infractions légères dont l'auteur n'est pas encore perverti. Ce sera, par exemple, la peine ordinaire des contraventions.

Pour toutes les raisons que je viens de résumer, l'emploi plus large de l'amende est réclamé aujourd'hui, surtout par ceux qui voudraient réduire, à cause de leurs fâcheux effets, le nombre des courtes peines privatives de liberté.

Aujourd'hui encore, pourtant, la pratique judiciaire évite souvent l'application de l'amende, notamment à cause des difficultés de son recouvrement. C'est ainsi qu'à Genève, si l'on ne peut pas dire que l'amende ne soit plus en usage, il n'en est pas moins vrai qu'elle est rarement appliquée par les tribunaux.

Comment parer à ces inconvénients de la peine pécuniaire, de manière à ce que l'on puisse réellement l'appliquer et tirer parti de ses avantages? Une triple réforme est nécessaire et cette triple réforme est réalisée par le projet.

1. La première réforme nécessaire est l'extension du champ d'application de l'amende.

Cette extension, notre projet la réalise, d'abord, par diverses dispositions de sa partie spéciale et, en outre, par l'art. 47 de la partie générale.

2. La seconde réforme nécessaire est celle des règles anciennes sur la mesure de l'amende. Le grand inconvénient de l'amende, dans beaucoup de lois actuelles, c'est de frapper le pauvre plus durement que le riche. Plusieurs codes cantonaux ont déjà cherché à remédier à cet état de choses en enjoignant au juge de tenir compte de la situation économique du condamné. C'est également ce que prescrit le projet du Conseil fédéral (art. 45, chiff. 1, devenu, dans le texte de la commission, le chiff. 1bis). Appliquées intelligemment, ces dispositions enlèveront à la répression par l'amende le plus grand de ses défauts actuels, défaut qui est presque une iniquité: il n'arrivera plus que l'amende écrase le pauvre qui en est frappé, tandis que le condamné plus fortuné s'en rit.

3. Une troisième réforme nécessaire a trait au recouvrement des amendes. Le Code pénal fédéral de 1851 et la presque totalité des codes cantonaux — Genève fait exception, j'en suis heureux pour elle — prévoient la conversion de l'amende impayée en incarcération. Et cette conversion n'est pas rare. Savez-vous que les statistiques suisses montrent que, chez nous, la seule insolvabilité fait entrer dans nos prisons, bon an mal an, plusieurs milliers de condamnés auxquels la loi et le juge avaient pourtant entendu épargner cette peine, qui ne leur paraissait pas méritée.

D'accord avec le projet, je dis que c'est un procédé détestable que celui de la conversion automatique de l'amende impayée en peine privative de liberté, procédé détestable, parce qu'il aboutit à envoyer en prison le pauvre, parce qu'il est pauvre, tout simplement. Je vous demande donc d'approuver le projet dont l'art. 46 renonce complètement à la conversion de l'amende en emprisonnement.

Cette solution du projet ne risque pas de nuire à la justice. Car si le juge applique consciencieusement les dispositions de l'art. 46 et spécialement celles du chiff. 1, al. 2, le recouvrement de l'amende ne pourra plus guère rencontrer d'autre obstacle que la mauvaise volonté du condamné. Et dans ce cas, je suis parfaitement disposé à admettre que les ménagements ne sont plus de mise. On pourra appliquer l'art. 346 du projet et punir des arrêts le débiteur récalcitrant. Ce n'est du reste plus une conversion, car l'amende reste due par celui qui est ainsi puni d'arrêts. Il existe déjà une disposition semblable dans le Code pénal militaire (art. 34 in fine). Mais alors, je le répète, on incarcérera non pas ceux qui ne peuvent pas payer, mais ceux qui, par mauvais vouloir, fainéantise ou inconduite, ne veulent pas payer. Cette mauvaise volonté du condamné, il est juste qu'on cherche à la briser, s'il le faut, par les arrêts.

A propos de l'art. 46, chiff. 1, second alinéa (rachat de l'amende par le travail), je vous renvoie à l'art. 405 du projet. Nous en reparlerons plus tard.

Telles sont, dans leurs grandes lignes, les dispositions du projet sur l'amende.

Quant aux quelques modifications que la commission propose d'apporter au texte du projet du Conseil fédéral, je puis me borner à rappeler qu'à une différence près, elles ont pour effet de rendre notre projet identique au Code pénal militaire déjà en vigueur (art. 33 à 35), à propos duquel toutes ces questions ont été discutées. Je n'y reviens donc pas, sauf pour vous signaler qu'à l'art. 46, la commission propose de biffer le chiff. 2, qu'elle estime inutile. Ce chiff. 2 dit:

« Si, dans les délais fixés, le condamné n'a ni payé ni racheté l'amende, l'autorité compétente ordonnera contre lui la poursuite pour dettes, si l'on en peut attendre quelque résultat. »

Cela nous paraît aller de soi. Nous vous proposons donc de supprimer ce chiff. 2.

Il est vrai qu'une divergence sera ainsi créée entre l'art. 46 de notre projet et l'art. 34 du Code pénal militaire, dont le chiff. 2, 1^{er} al., reproduit la disposition que la commission propose de biffer à l'art. 46 de notre projet.

Quant au dernier alinéa de l'art. 34 du Code pénal militaire, il correspond matériellement à l'art. 346 du projet de Code pénal suisse.

En résumé, je vous propose d'adopter les art. 45 à 47 tels qu'ils ont été rédigés par la commission.

Grünenfelder: Ich habe am 27. Juni zu Art. 46, Ziff. 2, einen Antrag gestellt, den ich Ihnen vorlesen und bekanntgeben möchte, da ich wohl mit einigem Grund annehmen darf, daß nicht alle Mitglieder mehr im Besitze desselben sein werden. Ich darf das vielleicht um so eher annehmen, weil ich, wenn ich die illustre Gesellschaft überblicke, dabei konstatieren darf, daß prozentual eine sehr reduzierte Zahl von Mitgliedern hier sind, also dem Strafgesetzbuch ihre Aufmerksamkeit schenken.

Mein Vorschlag lautet: « Bezahlt der Verurteilte die Buße in der bestimmten Zeit nicht und verdient er sie auch nicht ab, so wird sie in Haftstrafe umgewandelt, wobei 10 Fr. einem Tag Haftstrafe gleichkommen. Diese Strafe dauert wenigstens einen Tag und höchstens drei Monate. » Dazu habe ich folgendes zu bemerken: Im Art. 46 ist vom Vollzug der Buße die Rede und in Abs. 2 dieses Artikels ist vorgesehen, daß die zuständige Behörde dem zu Buße Verurteilten gestatten kann, die Buße in Teilzahlungen zu entrichten, deren Betrag und Fälligkeit sie nach seinen Verhältnissen bestimmt. Sie kann ihm auch gestatten, die Buße durch freie Arbeit namentlich für den Staat und eine Gemeinde abzuverdienen. Die zuständige Behörde kann in diesem Fall die Frist von drei Monaten verlängern. Damit kommt man schon zu einem Vollzugssystem, das man, wie Sie selbst zugeben werden, als sehr milde bezeichnen darf.

Nun sieht der Entwurf, wenn einer die Buße nicht zahlt, nicht etwa die direkte Umwandlung durch die Vollzugsbehörde in Freiheitsstrafe vor, wie das wohl in allen kantonalen Strafrechten der Fall ist, und auch im bisherigen Bundesstrafrecht, sondern jetzt tritt folgendes ein: Wenn der Mann die Buße nicht bezahlt, dann gibt es ein neues Strafverfahren. Das ist noch das einzige Mittel, das man gegen ihn anwenden kann, indem später unter den Vorschriften über die Uebertretungen, resp. über die kleineren

Delikte auf S. 84 der Art. 260 septies folgt, der Strafbestimmungen wegen Nichtbezahlung von Bußen enthält, und bestimmt: « Wer eine Buße, zu der er verurteilt worden ist, aus Böswilligkeit, Arbeitsscheu, Liederlichkeit oder Nachlässigkeit nicht bezahlt, wird mit Haft bestraft. » Man muß also gegen einen, der die Buße nicht freiwillig bezahlt, sie nicht abverdient, sie auch nicht innert verlängerter Zahlungsfrist abbezahlt, ein neues Strafverfahren einleiten, es muß ihm bewiesen werden, daß er die Buße nicht bezahlt hat aus Böswilligkeit, aus Arbeitsscheu, aus Liederlichkeit, oder aus Nachlässigkeit, mit andern Worten, daß er ein Mensch ist, der eigentlich in die Zwangsarbeitsanstalt gehören würde. Er geht sonst faktisch straflos aus. Also ein neues Verfahren hat stattzufinden, eine neue Beurteilung darüber, ob er das Delikt, nämlich die Buße nicht bezahlt zu haben, aus Böswilligkeit begangen habe. Es gibt keine direkte Umwandlung, sondern er könnte, weil er die Buße nicht bezahlt hat aus Böswilligkeit oder aus Arbeitsscheu, nur auf dem Wege neuer Verurteilung mit Haft bestraft werden. Das scheint mir nun eine Lösung zu sein, die dem bisherigen Recht vollständig fremd ist; wenigstens behaupte ich, dem Großteil der bisherigen Strafrechte in der Schweiz, und es ist das ein zweifelhafter Fortschritt, schon dieser Komplikation wegen und weil es gewissermaßen in das Belieben manches mit Buße Belegten gestellt ist, ob er dem Strafurteil Folge geben wolle oder nicht.

Dabei müssen wir aber auch erwähnen, daß das Strafgesetzbuch im allgemeinen Teil ohnehin schon sehr auf die Milde hin abgestimmt ist. Man kann gewissermaßen damit einverstanden sein, aber man kann auch umgekehrt der Auffassung sein, daß das Strafgesetzbuch, so wie es jetzt vorliegt, zu milde sei; wenn es nach den Herren Huber und Kollegen gegangen wäre, so wäre es noch viel milder, so daß man weniger von einem Strafgesetz als von einem milden Zwangserziehungs- und Begnadigungsgesetz sprechen könnte. Man hat in diesem Strafgesetzbuch dafür gesorgt, daß in sehr reichlichem Maße milde Beurteilung stattfinden kann. Wenn man nun z. B. in einem Falle, wo eigentlich die Freiheitsstrafe angezeigt wäre, aus irgendwelchen Milderungsgründen, die man aus verschiedenen Quellen zusammennehmen kann, nach dem freien richterlichen Ermessen dazu gelangt, bloß eine Buße auszusprechen, besteht immer noch die Möglichkeit, sich auch dieser gemilderten Strafe gestützt auf Art. 46 zu entziehen, wenn dem zu Buße Verurteilten der Nachweis nicht erbracht wird, daß er dies aus Böswilligkeit oder aus Arbeitsscheu nicht tut. Wenn dieser Nachweis nicht gelingt, geht er auch noch mit dieser gemilderten Buße materiell straffrei aus; formell erscheint er allerdings bestraft und wird infolgedessen auch in das Strafregister eingetragen.

Diese Lösung scheint mir nicht glücklich zu sein, sie scheint mir die Linie ins Extrem zu verfolgen, die das Strafgesetzbuch sich im allgemeinen zum Ziel gesetzt hat und womit man in vielen Punkten eingehen kann; aber es ist nicht gesagt, daß man auf alle Aeste hinaus diese Konsequenzen auch mit in Kauf nehmen muß.

Ich möchte nur noch erwähnen, daß der Antrag, den ich hier stelle, nicht bloß eine Erfindung des Sprechenden ist, sondern daß der in Strafrechtssachen sehr versierte — er ist einmal der versierteste der

Kommission genannt worden — Herr Kaspar Müller von Luzern den gleichen Antrag schon in der Kommission eingebracht hatte. Ich empfehle Ihnen, als Ziff. 2 von Art. 46 meinen Antrag anzunehmen.

Huber: Ich beantrage Ihnen, den Antrag des Herrn Regierungsrates Grünenfelder abzulehnen. Herr Grünenfelder macht unserem Gesetze das Kompliment, daß es ein mildes Gesetz sei, ein Kompliment, das ihm allerdings etwas schwer fällt, weil er offenbar mehr einen scharfen Richter oder gar den Scharfrichter möchte. Wir finden, es sei kein Vorwurf an die Adresse eines Strafgesetzbuches, wenn man ihm nachredet, daß es viel mehr der Erziehung diene, als der Rache. Insbesondere bei Art. 34 findet Herr Grünenfelder, das Gesetz gehe zu weit. Da möchte ich in der Hauptsache darauf aufmerksam machen, daß der Nationalrat und der Ständerat diese Regelung in reiflicher Diskussion bereits beraten und mit großer Mehrheit angenommen haben und daß dieser Regelung auch das Schweizervolk stillschweigend zugestimmt hat, nämlich beim Militärstrafgesetzbuch. Das, was jetzt für das allgemeine bürgerliche Strafrecht vorgeschlagen wird, ist bereits Gesetz im Militärstrafgesetzbuch. Das Militärstrafgesetz enthält in Art. 34 genau die gleiche Regelung, wie wir sie jetzt vorschlagen: «Bezahlt der Verurteilte die Buße in der bestimmten Zeit nicht, und verdient er sie auch nicht ab, so ordnet die zuständige Behörde die Betreibung gegen ihn an, wenn ein Ergebnis davon zu erwarten ist. Tilgt der Verurteilte die Buße aus Böswilligkeit, Arbeitsscheu, Liederlichkeit oder Nachlässigkeit nicht, so wird er durch das eidgenössische Militärdepartement mit einfachem Arrest bis zu drei Monaten bestraft.»

Was will nun Herr Grünenfelder? Herr Grünenfelder will für das bürgerliche Leben ein Strafgesetzbuch, das härter, grausamer, rücksichtsloser ist als das militärische Strafgesetzbuch. Ich wähle absichtlich diese Ausdrücke. Wenn der Richter in einem Straffalle dazu kommt, festzustellen: In diesem Falle haben wir zwar die Möglichkeit, auf Freiheitsstrafe zu erkennen, aber die Tat und der Täter sind derart, daß eine Freiheitsstrafe nicht angebracht ist, ich will ihm bloß eine Geldstrafe geben —, was bringt damit der Richter zum Ausdruck? Er sagt, der Mann solle in seiner Freiheit nicht beeinträchtigt werden, er solle nicht auch nur eine Stunde in seiner Freiheit verkürzt werden wegen seiner Tat, aber er solle in seinem Vermögen verkürzt werden, der Staat solle ihm Geld wegnehmen, damit er nachher weniger Geld habe als vorher. Und nun ist vom Gesetzgeber nach unserem Vorschlag die Tatsache zu berücksichtigen, daß es Fälle gibt, wo der Staat diesen Urteilspruch nicht vollziehen kann, weil es Leute gibt, die gar nicht weniger Geld haben können, als sie schon haben, weil sie nämlich nichts haben. Da ist nur der alte Grundsatz angewendet: Wo nichts ist, da hat auch der Kaiser sein Recht verloren. Wenn jemand nichts hat von dem, was der Richter ihm wegnehmen möchte, wenn er keinen Geldbesitz hat, wenn man ihn also in seinem Geldbesitz nicht reduzieren kann, dann muß auch der Staat darauf verzichten, dem Manne von seinem Vermögen noch etwas wegzunehmen, weil der arme Kerl eben gar kein Vermögen hat. Ich meine, stärker kann doch der Staat niemand in seinem Vermögen strafen als dadurch, daß er ihn

um alles bringt, was er hat, wenn er überhaupt etwas hat. Solange er noch irgendetwas hat, was dem Zugriff auf dem Wege der Betreibung offen steht, solange kann der Staat vorgehen und kann den Betreffenden in seinem Vermögen verkürzen. Wenn aber einmal feststeht, daß er nichts mehr hat, dann kann ihm auch der Staat nichts mehr nehmen.

Nun gibt es Leute, denen es etwas Entsetzliches ist, wenn eine Strafe nicht vollzogen werden kann. Das ist die Auffassung, wie sie sich darin ausdrückt, daß in den Staaten, welche die Todesstrafe noch haben, ein zum Tode Verurteilter, wenn er schwer krank wird, beinahe eines natürlichen Todes sterben könnte, mit allen ärztlichen Hilfsmitteln gesund gemacht wird, damit der Staat ja nicht um das Privileg komme, diesem Menschen den Kopf abzuhaue. Diese Verehrung der Strafe, der Rache, wird nun, allerdings in viel weniger grober Weise, auch hier zum Ausdruck gebracht, wenn man denjenigen, der arm und mittellos ist, der weder für sich, noch für seine Angehörigen irgendetwas hat, doch noch strafen will, und zwar mit einer Freiheitsstrafe, entgegen dem Richterspruch, der dahin geht, daß der Mann keine Freiheitsstrafe verdient habe. Ich meine, daß gerade der Respekt vor dem Richterspruch, eine feinere Auffassung vom Sinn des Richterspruches, dazu führen muß, dasjenige anzunehmen, was wir bereits im Militärstrafgesetzbuch haben.

Nun gibt es zweifellos Fälle, wo einer, wie man bei uns draußen sagt, ein «lasterhafter» Kerl ist, der sich einfach um die Buße herumdrückt und sagt: «Mir könnt ihr nichts nehmen, ich hab' mein' Sach' auf nichts gestellt, probiert, was ihr mir nehmen könnt!» Wenn ein solcher Fall vorliegt, steht es dem Staat wiederum zu, ihn zu bestrafen; aber nicht für seine Armut.

Man könnte meines Erachtens über diese Dinge wohl lange diskutieren, wenn wir diese Frage nicht schon entschieden hätten, und zwar nicht leichthin, sondern auf Grund eingehender Beratungen beim Militärstrafgesetzbuch hier im Rate. Bei der Beratung des Militärstrafgesetzbuches hat man sich gefragt, ob die Buße überhaupt in das System des Militärstrafrechtes hineinpasste. Man hat diese Frage bejaht, aber gleichzeitig diese Milderung angebracht, die nun angefochten wird. Wenn in einem Militärstrafgesetzbuch, wo die Buße an sich sogar von vielen als ein Fremdkörper empfunden wird, wenn sogar in diesem Militärstrafgesetzbuch die bisherige automatische Umwandlung von Buße in Freiheitsstrafe abgelehnt worden ist, und zwar von beiden Räten, so geht es wahrhaftig nicht an, nun im bürgerlichen Strafrecht viel schärfer zu sein, diesen Fortschritt aufzugeben und zu der alten schablonenmäßigen Methode überzugehen, die mit Recht insbesondere von Herrn Logoz als ein schwerer Nachteil der Geldstrafe betrachtet worden ist.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag des Herrn Grünenfelder abzulehnen, wie Sie seinerzeit auch die entsprechenden Anträge beim Militärstrafgesetzbuch abgelehnt haben.

Farbstein: Ich beantrage Ihnen ebenfalls, den Antrag des Herrn Grünenfelder abzulehnen. Es sind noch andere Gründe vorhanden, die dafür sprechen, ihn abzulehnen. Was Herr Grünenfelder will, ist d'e Bestrafung der Unmöglichkeit der Erfüllung. Im

Zivilrecht wird es keinem Menschen einfallen, jemand zu bestrafen, wenn die Erfüllung unmöglich ist. Auch im Strafrecht stehen wir auf dem Boden, daß dort, wo die Erfüllung unmöglich ist, keine Bestrafung erfolgen soll. Wenn jemand zu Gefängnis verurteilt wird, und er lungenkrank oder nierenkrank ist, so daß er nicht ins Gefängnis wandern kann, so führt man an dessen Stelle keine andere Strafe ein, sondern man sagt, die Strafe sei faktisch unmöglich.

Sie haben die gleiche Bestimmung wie im Entwurf auch im Militärstrafrecht. Auch der deutsche Entwurf schreibt in § 34 vor: « Kann die Geldstrafe ohne Verschulden des Verurteilten nicht eingebracht werden, so kann das Gericht nachträglich anordnen, daß die Vollstreckung der Ersatzstrafe unterbleibt. » Herr Grünfelder schwedt der gleiche Gedanke wie seinerzeit bei der Todesstrafe vor: er muß strafen, und er will strafen, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse. Was sagt denn der Entwurf? Er sagt: In erster Linie muß die Buße bezahlt werden; wenn der Gebüßte nicht zahlt, so wird ihm vom Gericht eine Frist angesetzt, um in Raten zu zahlen; wenn er in Raten nicht zahlen kann, so soll ihm die Behörde eine Frist ansetzen, um die Strafe abzuverdienen; und erst dann, wenn der Betreffende weder in Raten bezahlen noch abverdienen kann, wird die Frage geprüft, ob der Mann mit Haft bestraft werden könne. Die Systematik des Gesetzes ist also folgende: Wer zahlen kann und nicht will, wird bestraft; wer in Raten bezahlen kann und nicht will, wird bestraft; wer abverdienen kann und nicht will, wird bestraft; und nur derjenige, der nichts hat, der krank ist, der vielleicht eine große Familie hat und aus diesem Grunde nicht bezahlen kann, der soll nicht bestraft werden.

Nun kommt Herr Grünfelder und sagt: Wer weder zahlen noch abverdienen kann, der muß eben ins Gefängnis wandern. Also: Wenn ein armer Teufel mit 50 Fr. bestraft worden ist — der Mann ist krank, vielleicht lungenkrank; er ist nicht in der Lage, die Buße abzuverdienen, weil er eine zehnköpfige Familie zu erhalten hat; er ist nicht in der Lage, zum Staat zu gehen und zu sagen: « Ich arbeite für dich », weil es für ihn heißt: « Ich muß meine Familie ernähren »; er kann sich das Geld auch nicht von der Armenpflege geben lassen, um daraus die Buße zu bezahlen — dann wird er eben eingesperrt; das ist die Logik von Herrn Grünfelder! Nehmen wir an, einer wird mit 50 oder 60 Fr. gebüßt. Er zahlt nicht und wird darauf betrieben. Der Betreibungsbeamte stellt fest, daß er 8 oder 10 Fr. täglich verdient; er stellt ferner fest, daß er eine Frau und vier oder fünf Kinder hat — das ist alles leicht festzustellen, und jeder subalterne Beamte kann das besorgen — es ist also dem Mann unmöglich, die Buße zu bezahlen oder sie abzuverdienen, weil er für seine Familie sorgen muß; so wird keinem Menschen einfallen, ihn zu bestrafen. Man darf aber nicht sagen: « Wenn der Mann nichts hat, wenn er krank ist, wenn er keine Möglichkeit hat, abzuverdienen, soll er deswegen schärfer bestraft werden und zwar mit Gefängnis. »

Wenn Sie den Antrag des Herrn Grünfelder überlegen, werden Sie mit Herrn Huber sagen müssen: Er ist nicht nur brutal, er ist geradezu barbarisch. Es ist barbarisch, einen Mann, der aus Verhältnissen, auf die er keinen Einfluß hat, eine Buße von 30 oder

40 Fr. nicht bezahlen kann, ins Gefängnis zu schicken. Wir haben diesen Gedanken bei der Beratung des Militärstrafgesetzbuches abgelehnt, und ich glaube, es ist nicht unsere Aufgabe, ins bürgerliche Strafgesetzbuch Bestimmungen aufzunehmen, die nur als Barbarei bezeichnet werden können und eines zivilisierten Menschen unwürdig sind.

M. Logoz, rapporteur: Au nom de la commission et parlant au nom de M. le rapporteur allemand comme en mon nom personnel, je vous demande de repousser la proposition de M. Grünfelder. Car, ou bien elle fait double emploi avec l'art. 346 de notre projet, ou bien elle aboutit à réintroduire dans le projet le système inique de la conversion automatique de l'amende impayée en peine privative de liberté.

Je l'ai déjà dit tout à l'heure: la conversion mécanique de l'amende impayée en prison est un procédé détestable, contre lequel les auteurs du projet, Carl Stoos le tout premier, ont toujours lutté avec énergie. C'est un procédé détestable, je le répète, parce que, trop souvent, il envoie en prison le pauvre, uniquement parce qu'il est pauvre.

Le projet a donc raison, j'en suis très convaincu, de substituer autre chose à la conversion de l'amende impayée en peine privative de la liberté.

Premièrement, le projet améliore les règles sur le recouvrement de l'amende (art. 46). Par là, si l'on veut bien l'appliquer, il réduira certainement, dans une très forte proportion, le nombre des amendes impayées.

D'autre part, le projet dit à l'art. 346 que celui qui, par mauvais vouloir, par fainéantise, par inconduite ou négligence n'aura pas payé l'amende à laquelle il a été condamné, sera puni des arrêts jusqu'à trois mois.

A cela, M. Grünfelder objecte que l'application de l'art. 346 nécessitera chaque fois un procès. Naturellement, il faudra un procès; ce que nous ne voulons pas, c'est précisément la conversion automatique de l'amende impayée en peine privative de liberté. Nous voulons qu'on sévise, non pas contre celui qui ne peut pas payer, mais seulement contre celui qui ne « veut » pas payer l'amende à laquelle il a été condamné.

Dans leur ensemble, les règles du projet sont amplement suffisantes. Et elles sont justes. Il est vrai que, dans le système du projet, celui qui, à la fois, est insolvable et incapable de travailler pourrait échapper à l'amende; mais comme l'a dit avant moi le professeur Hafer, « diese in der Schweiz wohl nicht allzu häufigen Fälle sind eher des Mitleids als der Bestrafung wert. »

Encore une fois, Stoos et avec lui Gautier, le rapporteur français de la seconde commission d'experts, ont toujours défendu le système du projet avec conviction.

Je fais de même et vous demande encore une fois, au nom de la commission, de ne pas bouleverser ce système qui constitue un sérieux progrès et de repousser la proposition de M. Grünfelder.

Grünfelder: Gestatten Sie mir einige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen der Herren Huber und Farbstein.

Herr Huber beruft sich auf das Militärstrafgesetzbuch und sagt, es liege dort ein Präjudiz für das bürgerliche Strafgesetzbuch. Diese allgemeine Behauptung wird er selbst in einer andern Situation nicht aufrecht erhalten; er wird zugeben müssen, daß auch die Kommission für das bürgerliche Strafgesetzbuch, das eine ganz andere Bedeutung für das Land und für das Volk hat als das Militärstrafgesetzbuch, Abänderungen gegenüber dem Militärstrafgesetzbuch selbst hier im Entwurf vorschlägt. Das ist die eine Tatsache, angesichts welcher offenbar die Autorität des Militärstrafgesetzbuches für das bürgerliche Strafgesetzbuch ohne weiteres als hinfällig betrachtet werden muß. Sodann ist zu sagen, daß das Militärstrafgesetzbuch ja ein Spezialgesetz ist, und daß im neuen Militärstrafgesetzbuch die Bußen gegenüber dem alten als eine Neuerung eingeführt worden sind und die Ausnahme bilden, während die Freiheitsstrafen beim bürgerlichen Strafrecht praktisch die Regel sind und nach der Natur der Sache sein müssen. Es geht also schon aus diesem Gesichtspunkt nicht an, einfach auf das Militärstrafgesetzbuch als leuchtendes und maßgebendes Beispiel für das bürgerliche Strafgesetzbuch hinzuweisen. Denn im bürgerlichen Strafgesetzbuch spielen die Bußen die umgekehrte Rolle wie beim Militärstrafgesetzbuch; sie werden in weitaus dem größten Teil aller Straffälle ausgefällt werden, während im Militärstrafgesetzbuch das Umgekehrte der Fall ist, indem dort Freiheitsstrafen, Disziplinarstrafen die Regel, Bußen dagegen nur zur Seltenheit als Zusatzstrafen vorgesehen sind.

Also sind da Vergleiche angestellt worden, die absolut nicht zulässig und gar nicht schlüssig sind für das, worüber wir im bürgerlichen Strafgesetzbuch zu legiferieren haben. Wir wollen dieses bürgerliche Strafgesetzbuch völlig selbständig auf sich selbst aufbauen; das ist auch die Meinung der Kommission. Immerhin ist klar, daß das, was früher im Militärstrafgesetzbuch beschlossen worden ist, beim bürgerlichen Strafgesetzbuch zu berücksichtigen ist, wenn es bei näherer Prüfung auch für dieses als richtig erkannt wird.

Ich möchte zu dem, was ich vorher gesagt habe, noch nachtragen, daß Sie mit Mehrheit in der Junisession auch für die ausgesprochenen Bußen die bedingte Verurteilung angenommen haben, entgegen dem Antrag des Bundesrates. Was bedeutet das? Das bedeutet sehr viel, nämlich, daß damit wiederum die Möglichkeit gegeben ist, auch in den Fällen, wo bloß Bußen, statt z. B. Freiheitsstrafen ausgesprochen worden sind, die bedingte Verurteilung folgen zu lassen; also daß nicht jeder, wenn er im übrigen ein rechtschaffener Mann ist, überhaupt dem Vollzug der Buße unterstellt sein wird. Weiter hat Herr Farbstein exemplifiziert: Der grausame Grünenfelder wolle in barbarischer Weise den Vater einer großen Familie oder einen Kranken als Verurteilten einsperren lassen, weil dieser nicht bezahlen könne. Ich danke für diese Zumutung, Herr Kollega Farbstein. Man kennt mich in meinem privaten Leben und amtlichen Handeln nicht von dieser Seite, wenn ich auch gegenüber den Tendenzen von Links einen Standpunkt einnehme, der dort nicht passen mag, weil das, was von dort kommt, eben meiner Ueberzeugung nicht entspricht. Für solche, von Dr. Farbstein erwähnte Fälle liegt die Entscheidung ja in erster

Linie in der Hand des Richters; er muß die persönlichen Verhältnisse untersuchen, und auf sie wie auf die ökonomischen Verhältnisse abstellen. Das ist die Meinung des bürgerlichen Strafgesetzbuches. Wenn er derartige Verhältnisse trifft, wird er auf die bedrängte Lage des Familienvaters, auf Krankheit bei der Ausfällung und Bemessung der Strafe und bei der Lösung der Frage, ob Freiheitsstrafe oder Buße auszusprechen sei, geziemend Rücksicht nehmen; und wenn der Betreffende im übrigen ein rechtschaffener Mann ist, wird er ihm die Wohltat des bedingten Straferlasses gewähren. Im weitern steht ja für derartige mißliche Familienverhältnisse auch noch die Möglichkeit der Begnadigung offen.

Das wollte ich noch erwidern gegenüber meinen Vorrednern Huber und Farbstein.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag Grünenfelder	Minderheit
Dagegen	Große Mehrheit

Art. 48—53.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 49 des bundesrätlichen Entwurfes wird Art. 48.

Art. 48. Hat sich ein nach diesem Gesetze beurteilter Beamter durch sein Verbrechen oder Vergehen seines Amtes unwürdig gemacht, so entsetzt ihn der Richter des Amtes und erklärt ihn auf zwei bis zehn Jahre als nicht wählbar zu einem Amte.

Die Folgen der Amtsentsetzung und der Nichtwählbarkeit zu einem Amte treten mit der Rechtskraft des Urteils ein. Ist der Beamte zu einer Freiheitsentziehung verurteilt worden, so wird die Dauer der Nichtwählbarkeit von dem Tage an gerechnet, an dem die Freiheitsstrafe verbüßt oder erlassen ist. Hat sich ein bedingt Entlassener während der Probezeit bewährt, so wird die Dauer der Nichtwählbarkeit vom Tage der bedingten Entlassung an gerechnet.

Art. 48 des bundesrätlichen Entwurfes wird Art. 49.

Art. 49. 1. Wer zu Zuchthaus verurteilt wird, wird für zwei bis zehn Jahre in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt.

Wer zu Gefängnis verurteilt wird, kann, wenn seine Tat eine ehrlose Gesinnung bekundet, für ein bis fünf Jahre in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt werden.

Wer als Gewohnheitsverbrecher in eine Verwahrungsanstalt eingewiesen wird, bleibt zehn Jahre lang in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt.

2. Der in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit Eingestellte ist unfähig, in öffentlichen Angelegenheiten zu stimmen und zu wählen, und er ist nicht wählbar. Er kann nicht Beamter, Mitglied einer Behörde, Vormund oder Zeuge bei der Aufnahme von Urkunden sein.

3. Die Folgen der Einstellung treten mit der Rechtskraft des Urteils ein. Die Dauer der Einstellung wird von dem Tage an gerechnet, an dem die Freiheitsstrafe verbüßt oder erlassen oder der Verurteilte endgültig aus der Verwahrungsanstalt entlassen ist. Hat er sich bei bedingter Entlassung während der Probezeit bewährt, so wird die Dauer der Einstellung vom Tage der bedingten Entlassung an gerechnet.

Art. 50. Hat jemand seine elterlichen oder die ihm als Vormund oder Beistand obliegenden Pflichten durch ein Verbrechen oder Vergehen verletzt, für das er zu Freiheitsstrafe verurteilt wird, so kann ihm der Richter die elterliche Gewalt oder das Amt des Vormundes oder Beistandes entziehen und ihn unfähig erklären, die elterliche Gewalt auszuüben oder Vormund oder Beistand zu sein oder zu werden.

In andern Fällen, in welchen der Richter den Verurteilten infolge der Begehung des Verbrechens oder Vergehens für unwürdig hält, die elterliche Gewalt oder das Amt des Vormundes oder Beistandes auszuüben, macht er der Vormundschaftsbehörde davon Mitteilung.

Art. 51. Hat jemand in der von einer behördlichen Bewilligung abhängigen Ausübung eines Berufes, Gewerbes oder Handelsgeschäftes ein Verbrechen oder Vergehen begangen, für das er zu einer drei Monate übersteigenden Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, und besteht die Gefahr weitem Mißbrauches, so kann ihm der Richter die Ausübung des Berufes, des Gewerbes oder des Handelsgeschäftes für ein bis fünf Jahre untersagen.

Abs. 2 streichen.

Das Verbot wird mit der Rechtskraft des Urteils wirksam. Die Dauer des Verbotes wird von dem Tage an gerechnet, an dem die Freiheitsstrafe verbüßt oder erlassen ist. Hat sich ein bedingt Entlassener während der Probezeit bewährt, so wird die Dauer des Verbotes vom Tage der bedingten Entlassung an gerechnet.

Art. 52. Der Richter kann den Ausländer, der zu Zuchthaus, Gefängnis oder Verwahrung verurteilt wird, für drei bis fünfzehn Jahre aus dem Gebiet der Schweiz verweisen. Die Verweisung wird an dem Tage wirksam, an dem die Freiheitsstrafe verbüßt oder erlassen oder der Verurteilte endgültig aus der Verwahrungsanstalt entlassen ist.

Hat sich ein bedingt Entlassener während der Probezeit bewährt, so kann der Richter die Landesverweisung aufheben.

Art. 53. 1. Ist ein Verbrechen oder Vergehen auf übermäßigen Genuß geistiger Getränke zurückzuführen, so kann der Richter dem Schuldigen neben der Strafe den Besuch von Wirtschaftsräumen, in denen alkoholhaltige Getränke verabreicht werden, für sechs Monate bis zu zwei Jahren verbieten.

2. Das Verbot ist in einem amtlichen Blatte zu veröffentlichen.

3. Das Verbot wird mit der Rechtskraft des Urteils wirksam. Lautet das Urteil auf Freiheitsstrafe, so wird die Dauer des Verbotes von dem Tage an gerechnet, an dem die Freiheitsstrafe verbüßt oder erlassen ist. Hat sich ein bedingt Entlassener während der Probezeit bewährt, so wird die Dauer des Verbotes vom Tage der bedingten Entlassung an gerechnet.

Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 48.

1. Wer zu Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt wird, kann in den in diesem Gesetz vorgesehenen Fällen, oder wenn seine Tat eine ehrlose Gesinnung

bekundet, für ein bis zehn Jahre in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt werden.

2. Der ...

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 49 du projet du Conseil fédéral devient art. 48.

Art. 48. Le juge prononcera la destitution du fonctionnaire jugé d'après le présent code, qui s'est rendu indigne de sa fonction par son crime ou délit et le déclarera inéligible à toute fonction pour une durée de deux à dix ans.

La destitution et l'inéligibilité sortiront leurs effets à partir du jour où le jugement qui les prononce est passé en force. Si le fonctionnaire a été condamné à une privation de liberté, la durée de l'inéligibilité ne sera comptée qu'à partir du jour où la peine aura été subie ou remise. Si le condamné est libéré conditionnellement et s'il se conduit bien pendant le délai d'épreuve, la durée de l'inéligibilité sera comptée à partir de la libération conditionnelle.

Art. 48 du projet du Conseil fédéral devient art. 49.

Art. 49. 1. Tout condamné à la réclusion sera privé des droits civiques pour une durée de deux à dix ans.

Le condamné à l'emprisonnement pourra être privé des droits civiques pour une durée d'un à cinq ans, si le crime ou délit dénote chez son auteur la bassesse du caractère.

Tout délinquant d'habitude renvoyé dans une maison d'internement sera privé des droits civiques pour dix ans.

2. Celui qui est privé des droits civiques ne peut prendre part aux votations ou élections publiques et n'est pas éligible. Il ne peut être fonctionnaire, membre d'une autorité, tuteur, ni témoin instrumentaire.

3. La privation des droits civiques sortira ses effets à partir du jour où la peine privative de liberté aura été subie ou remise. Si le condamné est libéré conditionnellement et s'il se conduit bien pendant le délai d'épreuve, la durée de la privation sera comptée à partir de la libération conditionnelle.

Art. 50. Le juge pourra prononcer la déchéance de la puissance paternelle, de la tutelle ou de la curatelle contre celui qui, par un crime ou délit pour lequel il est condamné à une privation de liberté, a enfreint ses devoirs de parent, de tuteur ou de curateur; le juge pourra le déclarer incapable d'exercer la puissance paternelle ou d'être tuteur ou curateur.

Dans les autres cas où le juge estime que, par son infraction, le condamné s'est rendu indigne d'exercer la puissance paternelle, la tutelle ou la curatelle, il avisera l'autorité de tutelle.

Art. 51. Lorsqu'un crime ou délit a été commis dans l'exercice, subordonné à une autorisation officielle, d'une profession, d'une industrie ou d'un commerce, et lorsque le délinquant a été, à raison de cette infraction, condamné à une privation de liberté supérieure à trois mois, le juge, s'il y a lieu de craindre de nouveaux abus, pourra interdire au

condamné, pour une durée de un à cinq ans, l'exercice de sa profession, de son industrie ou de son commerce.

Biffer l'al. 2.

L'interdiction sortira ses effets à partir du jour où la peine privative de liberté aura été subie ou remise. Si le condamné est libéré conditionnellement et s'il se conduit bien pendant le délai d'épreuve, la durée de l'interdiction sera comptée à partir de la libération conditionnelle.

Art. 52. Le juge pourra expulser du territoire suisse, pour une durée de trois à quinze ans, tout étranger condamné à la réclusion, à l'emprisonnement ou à l'internement.

L'expulsion sortira ses effets du jour où la peine privative de liberté aura été subie ou remise. Si le condamné a été libéré conditionnellement, et s'il s'est bien conduit pendant le délai d'épreuve, le juge pourra révoquer l'expulsion prononcée.

Art. 53. 1. Lorsqu'un crime ou délit provient de l'usage immodéré de boissons alcooliques, le juge pourra, accessoirement à la peine, interdire au délinquant, pour une durée de six mois à deux ans, l'accès des locaux d'auberge où sont débitées des boissons alcooliques.

2. L'interdiction sera publiée dans une feuille officielle.

3. L'interdiction sortira ses effets à partir du jour où la peine aura été subie ou remise. Si le condamné est libéré conditionnellement et s'il se conduit bien pendant le délai d'épreuve, la durée de l'interdiction sera comptée à partir de la libération conditionnelle.

Minorité:

(Affolter et cosignataires.)

Art. 48. ... réclusion pourra être privé ... à l'emprisonnement pourra être privé des droits civiques pour une durée de un à dix ans dans les cas prévus par la présente loi ou si le délit dénote chez son auteur la bassesse du caractère.

2. Celui qui ...

Seiler, Berichterstatter: Als gemeinsame Wirkung der Nebenstrafen bezeichnet Professor Zürcher in seinen « Erläuterungen » die Beschränkung der Rechts- oder Handlungsfähigkeit, teils im Interesse der Gesamtheit, teils im Interesse des Verurteilten selbst.

Allgemeine Bemerkungen zu diesem Abschnitt erübrigen sich. Nur zu den Art. 48, 49, 51, 52 und 53 ist im letzten Stadium der Kommissionsberatungen ein Bedenken aufgetaucht, das bei diesem Anlaß erledigt werden muß. Die Kommission hat in Art. 70, Ziff. 2, den allgemeinen Grundsatz aufgestellt, daß die Verjährung der Hauptstrafe auch die Verjährung der Nebenstrafen nach sich zieht. Dieser Bestimmung widerspricht die Redaktion in den Art. 48, Abs. 2, 49, Ziff. 3, 51, Abs. 3, 52, Abs. 2 und 53, Ziff. 3, welche die Dauer der Nebenstrafe vom Datum der Verjährung der Freiheitsstrafe, also der Hauptstrafe an beginnen läßt. Wir beantragen Ihnen, diesen Widerspruch dadurch zu beseitigen, daß das Wort « verjährt » in den zitierten Bestimmungen gestrichen und demgemäß an der allgemeinen Be-

stimmung des Art. 70, Ziff. 2, festgehalten wird. Ist somit die Hauptstrafe verjährt, so ist auch die Nebenstrafe erledigt.

Zu den einzelnen Nebenstrafen ist folgendes zu bemerken:

Art. 48. Die Kommission hat die Art. 48 und 49 umgestellt. Der Grund dafür ist mir heute nicht mehr in Erinnerung. Immerhin stimmt die neue Lösung mit dem Militärstrafgesetz überein.

Bei der Amtsentsetzung ist nicht die Strafart und auch nicht die ehrlose Gesinnung Voraussetzung des Eintritts, sondern die Unwürdigkeit zum Amt. Die Dauer der Nichtwiederwählbarkeit von zwei bis zehn Jahren dürfte allen Verhältnissen Rechnung tragen. Zu bemerken ist, daß der Entwurf nicht vorschreibt, daß das Verbrechen mit dem Amte in Zusammenhang stehen müsse. Es ist somit festzustellen, daß auch in Fällen, in denen das Verbrechen eine Amtspflichtverletzung nicht in sich schließt, die Amtsentsetzung eintreten kann. Die durch die Kommission am Text vorgenommenen Aenderungen sind Präzisionen.

Art. 49. Die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit beschränkt sich auf das aktive und passive Wahlrecht, die Beamten- und Behördenqualität, die Vormundschaft und die Zeugenqualität bei der Aufnahme von Urkunden; nicht berührt ist die Fähigkeit, Zeuge vor Gericht zu sein. Ueber diese Ausdehnung, bzw. Beschränkung besteht keine Meinungsverschiedenheit. Eine wesentliche Differenz betrifft jedoch die Frage, ob die Einstellung in der Ehrenfähigkeit mit der Zuchthausstrafe automatisch eintreten soll, wie dies Bundesrat und Kommissionsmehrheit vorsehen, oder ob nach dem Antrag der Kommissionsminderheit nur in den im Gesetz ausdrücklich vorzusehenden Fällen und beim Vorliegen einer ehrlosen Gesinnung diese Nebenstrafe in Anwendung kommen soll. Die Frage war schon in der Expertenkommission sehr umstritten, und sowohl in der Expertenkommission wie auch in unserer Kommission ist dem automatischen Eintritt nur mit kleiner Mehrheit zugestimmt worden. Ausschlaggebend für die Mehrheit unserer Kommission war die Erwägung, daß der Zuchthausstrafe im Gegensatz zur Gefängnisstrafe ein besonders ausgeprägter Charakter verliehen werden soll. Wie soll nun der Rat in dieser Streitfrage entscheiden? Soll als Folge der Zuchthausstrafe das Gesetz im allgemeinen Teil ein für allemal die Einstellung bestimmen oder soll der Richter in jedem einzelnen Falle untersuchen müssen, ob die Voraussetzungen für die Einstellung vorliegen? Ein Beispiel: Vorsätzliche Tötung wird mit Zuchthaus bestraft. Nach der Fassung des bundesrätlichen Entwurfs zieht die Zuchthausstrafe ohne weiteres die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit nach sich. Nach dem Antrag der Minderheit würde diese Folge nur eintreten, wenn entweder in Art. 98 ausdrücklich gesagt wäre, daß die Tötung die Einstellung nach sich zieht oder aber wenn die Tötung auf eine ehrlose Gesinnung des Täters zurückzuführen ist. Die Minderheit wendet somit in bezug auf die Zuchthausstrafe eine Formulierung an, die der Bundesrat bei der Gefängnisstrafe verwendet, den Begriff der « ehrlosen Gesinnung ». Bei Gefängnis kann nämlich nach der bundesrätlichen Fassung die Einstellung verfügt werden, wenn die Tat eine ehrlose Gesinnung bekundet. Ob mit diesem Begriff « ehrlose Gesin-

nung» viel anzufangen sein wird, mag dahingestellt bleiben. Stoßend und dem Volksempfinden wohl nicht entsprechend wäre es jedoch, wenn auch bei den mit Zuchthausstrafe bedrohten Verbrechen jeweilen noch untersucht werden müßte, ob die Tat auf eine ehrlose Gesinnung zurückzuführen sei. Die natürliche Empfindung ist doch wohl die, daß ohnehin ein schweres Verbrechen vorliegt, wenn die Zuchthausstrafe angewendet werden muß, daß dieses schwere Verbrechen auch die Ehre des Täters tangiert, daß es somit nicht angeht, diesen Täter, der sich durch sein Verhalten in den Augen seiner Mitmenschen selbst heruntergesetzt hat, mit der Vollendung der Strafe sofort wieder an allen bürgerlichen Ehren teilnehmen zu lassen. Aus dem Umstande, daß man bei der Gefängnisstrafe ausnahmsweise die Möglichkeit der Ehrenstrafe zuläßt, dann nämlich, wenn sich der Richter sagen muß, daß der Täter, trotzdem er nur mit Gefängnis bestraft werden kann, doch ein ganz ehrloser Geselle ist, kann nicht geschlossen werden, daß bei der Zuchthausstrafe die ehrlose Gesinnung noch besonders geprüft werden müsse. Auf alle Fälle müssen wir uns hüten, die Unterschiede zwischen Zuchthausstrafe und Gefängnisstrafe allzu sehr zu verwischen. Auch auf diesem Nebengebiete dürfen wir den Sühnegedanken nicht ganz auf der Seite lassen, selbst wenn wir zugeben müssen, daß die Wirkung der Einstellung über den Termin der eigentlichen Strafzeit hinaus wirkt und daß diese Wirkung unter Umständen für das Fortkommen des Entlassenen von großem Nachteil sein kann. Eine Ueberspannung der Milde könnte dem Gesetz leicht gefährlich werden. Man denke nur an den Fall des passiven Wahlrechts und an die Möglichkeit, daß ein kaum aus dem Zuchthaus Entlassener Anspruch auf die Wahl als Beamter erheben könnte. Es gehört gewissermaßen zum Anstandsgefühl, daß ein solcher Entlassener sich noch eine gewisse Zeit in der Öffentlichkeit passiv verhält. Dieses Anstandsgefühl kann aber nicht ohne weiteres überall vorausgesetzt werden.

Im übrigen bringt die Kommission in Ziff. 3 eine genauere Präzisierung.

Art. 50. Zivilgesetzbuch und Strafgesetzbuch gehen hier nebeneinander her. Dem Vormund hat die Kommission den Beistand gleichgestellt. Fraglich war, ob das Obligatorium der Entziehung der elterlichen Gewalt und der Vormundschaft festzusetzen sei, wie dies die Vereinigung für Kinder- und Frauenschutz postulierte. Die Kommission hat diese Verschärfung abgelehnt. Es können doch Fälle vorkommen, in denen der Verzicht auf diese Maßnahme auch im Interesse des Verletzten liegt.

Der von der Kommission neu eingefügte Abs. 2 will verhüten, daß in denjenigen Fällen, in denen wohl eine strafbare Tat und ein unwürdiges Verhalten von Eltern oder Vormündern vorliegt, nicht aber eine direkte Beziehung der Tat zu den elterlichen und vormundschaftlichen Pflichten, daß in solchen Fällen nicht nur der Richter nichts vorkehrt, weil die Voraussetzung von Abs. 1 fehlt, sondern auch die Vormundschaftsbehörde trotz ihrer Rechte und Pflichten nach Zivilgesetzbuch untätig bleibt. Daher die Verpflichtung zur Meldung an die Vormundschaftsbehörde. Ein Beispiel: Ein Vater begeht Kuppelei und beweist durch sein Verhalten, daß das sittliche Wohl der Kinder gefährdet ist. Er hat sich nicht an

seinen Kindern vergangen, doch ergibt sich die Notwendigkeit, die Vormundschaftsbehörde zur Untersuchung der Frage zu veranlassen, ob nicht die Entziehung der elterlichen Gewalt auf dem durch das Zivilrecht vorgeschriebenen Wege erfolgen soll.

Art. 51. Der Zweck des Berufsverbotes ist der Schutz des Publikums. Hier erhebt sich die wichtige Frage, wie weit der Kreis der in Betracht fallenden Berufe zu ziehen ist und insbesondere die Frage, ob nur diejenigen Berufe sollen verboten werden können, deren Ausübung von einer behördlichen Bewilligung abhängig ist. Soll im fernern das Verbot obligatorisch sein oder soll es dem Ermessen des Richters überlassen sein, je nach den Umständen zu handeln? Wie ist im weitern die Presse zu behandeln, speziell der Redaktor, der seine Stellung mißbraucht?

Die Kommission hat sich für die möglichste Einengung des Anwendungsgebietes dieser Bestimmung entschieden. Nicht weil sie die Wichtigkeit dieses Schutzmittels verkennen würde, sondern aus der Erwägung heraus, daß die Ausdehnung auf alle Berufe und Gewerbe zu schweren Unkümlichkeiten führen müßte, zu mißlichen Folgen im Konkurrenzkampf und zu schweren Schädigungen für das Fortkommen. So ideal die Fassung des Bundesrates gedacht ist, so schwer wäre die Durchführung in der Praxis. Auf diesem Gebiete wird wohl mit der Zeit die Gewerbegesetzgebung Wandel schaffen müssen. Die von der Kommission vorgeschlagene Beschränkung ist zweifellos nicht absolut befriedigend. Die Frage ist nur die, ob die unbeschränkte Fassung nicht zu noch größern nachteiligen Folgen führen müßte. Der Vorschlag der Kommission setzt zum mindesten eine klare Grenze: Die Berufsausübung kraft behördlicher Bewilligung. Im übrigen wird die Spezialgesetzgebung hier den Weg suchen müssen. Für die Ausübung der wichtigsten Berufe besteht zudem in der Regel die Bedingung der Einholung einer behördlichen Bewilligung.

Die Frage, ob das Verbot, sofern die Gefahr des weitern Mißbrauches des Berufs besteht, obligatorisch sein soll oder nicht, ist ebenfalls diskutabel. Das Hauptgewicht ist auf die gewissenhafte Untersuchung darüber zu legen, ob die weitere Gefahr des Mißbrauches oder die nachteiligen Folgen des Verbots schwerer in die Wagschale fallen, und je nach dem Resultat wird eben der Richter das Verbot erlassen oder nicht. Diese Nebenstrafe kann schwerwiegender sein, als die Strafe selbst; es wird sich in der Regel um Existenzfragen handeln und deshalb dürfte es angezeigt sein, vom Obligatorium abzusehen.

Bei der Fassung der Kommission ist die Streichung von Abs. 2 der bundesrätlichen Fassung gegeben. Der Bundesrat wollte den Beruf des Redaktors vom Verbot ausnehmen. Dieser Beruf gehört nun nicht zu denjenigen Berufen, die nur gestützt auf eine behördliche Bewilligung ausgeübt werden dürfen, somit ist Abs. 2 überflüssig. Nicht weil man angenommen hätte, die Presseleute könnten unmöglich ihren Beruf mißbrauchen — soweit sind wir heute noch nicht — ist die Streichung erfolgt, sondern weil die nicht konzessionierten Berufe überhaupt nicht unter die Nebenstrafen fallen.

So diskutabel die Frage im ganzen ist, so liegen hier Minderheitsanträge nicht vor.

Art. 52. Auch die Landesverweisung ist fakultativ. Sie kann in Verbindung mit der Zuchthaus- und Gefängnisstrafe und mit der Verwahrung verhängt werden. Der Zusatz der Kommission bedeutet eine Präzision in Bezug auf die Festsetzung der Wirksamkeit des Beginns. Vorbehalten bleibt selbstverständlich die administrative Ausweisung gegenüber Nichtverbrechern.

Art. 53. Der Grundsatz ist unangefochten. In die umfassende Wirksamkeit der Maßregel müssen trotz der öffentlichen Bekanntmachung Zweifel gesetzt werden. Verboten ist nur der Besuch von Wirtschaften, in denen alkoholartige Getränke verabreicht werden. Schwierig ist natürlich die Kontrolle; ihr Wirkungsbereich ist beschränkt. Schon im Nachbardorf ist die Umgehung leicht möglich. Die Dauer der Strafe beträgt sechs Monate bis zwei Jahre.

Neu ist die Bestimmung der Kommission, daß im Falle der Bewährung des Verurteilten während der Probezeit die Dauer des Verbots vom Tage der bedingten Entlassung an zu rechnen ist.

Ich resümiere in bezug auf das Kapitel Nebenstrafen: Die Kommissionsbeschlüsse zu den Art. 48 bis 53 sind unbestritten. Streitig ist in diesem Momente nur, ob nach Ansicht der Mehrheit der Kommission die Zuchthausstrafe die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit automatisch nach sich ziehe oder ob diese Folge nach Ansicht der Minderheit nur dann eintreten soll, wenn entweder eine ehrlose Gesinnung vorliegt oder aber im « Besonderen Teil » die Folge ausdrücklich vorgeschrieben ist.

Ich beantrage Ihnen, nach dem Vorschlag der Mehrheit der Kommission zu beschließen.

M. Logoz, rapporteur: Nous abordons ici l'étude des dispositions sur les peines accessoires.

J'ai déjà dit dans mon introduction générale sur les peines que les peines « accessoires » portent ce nom parce qu'elles ne peuvent être prononcées qu'en même temps qu'une peine principale, accessoirement à cette peine. A elles seules, en effet, les diverses peines dont nous allons parler ne seraient généralement pas assez efficaces.

Autre remarque générale. Toutes ces peines accessoires ont un trait commun. Elles constituent toutes une restriction dans la jouissance ou l'exercice de certains droits. Celui qui en est frappé se trouve, à certains égards, frappé d'exclusion ou de certaines incapacités.

La réalisation, l'expression la plus complète de cette idée, c'est l'expulsion (article 52). Mais cette même idée se retrouve dans la privation des droits civiques (article 48), qui est l'exclusion du cercle des citoyens actifs.

En revanche, la destitution, la déchéance de la puissance paternelle, et l'interdiction d'exercer une profession (art. 49 à 51) tendent plutôt à enlever ceu condamné le pouvoir ou l'occasion de causer un dommage.

Quant à l'interdiction des débits de boissons (art. 53), elle vise avant tout (dans la mesure relative où, vraiment, elle pourra être rendue effective) à protéger le coupable contre sa propre faiblesse.

Dernière observation générale: Le condamné frappé dans sa liberté a un moyen d'abrèger sa peine par sa bonne conduite. C'est la libération conditionnelle, prévue à l'art. 36. De même, le condamné frappé d'une peine accessoire peut en abrèger la durée par sa bonne conduite: il peut se faire réhabiliter. Voyez les art. 73 et suivants dont nous parlerons plus tard.

Prenons maintenant l'art. 48 du projet, qui s'occupe de la privation des droits civiques. Je puis être très bref. En effet, l'art. 48, tel que la commission propose de l'adopter, contient en substance les mêmes règles que le Code pénal militaire, art. 28, 29 et 31. En particulier, la modification que la commission propose d'apporter à l'art. 48, chiff. 3, fait de cette disposition une reproduction textuelle de l'art. 39, al. 2—3, du Code pénal militaire. Il me paraît donc superflu d'insister sur ce point.

J'ajoute à ce propos que, par décision du 19 juin 1928, la commission nous charge de vous proposer de biffer le mot « prescrite » au chiff. 3 de l'art. 48 du projet du Conseil fédéral, qui vise la privation des droits civiques, de même qu'à l'alinéa 2 de l'art. 49 du projet du Conseil fédéral, qui vise la destitution, puis à l'art. 51, al. 3 et à l'art. 53, chiff. 3; cet amendement a pour but d'éviter une contradiction entre ces textes et l'art. 70, chiff. 2.

Vous êtes, d'autre part, saisis d'une proposition de minorité concernant le chiffre 1 de l'art. 48 du projet du Conseil fédéral, c'est-à-dire de l'article qui parle de la privation des droits civiques.

En substance, le projet du Conseil fédéral, avec lequel la majorité de la commission est d'accord, veut que la réclusion entraîne obligatoirement, après elle, la privation des droits civiques pour 2 à 10 ans; ce n'est qu'à l'égard du condamné à l'emprisonnement que le projet du Conseil fédéral rend facultative la privation des droits civiques. La minorité de la commission, au contraire, veut rendre cette peine accessoire facultative dans tous les cas, c'est-à-dire aussi pour la réclusion.

La minorité vous fera connaître les motifs à l'appui de sa proposition. Je me permets cependant, pour éviter de reprendre la parole sur ce point, de dire que, personnellement, je suis d'accord avec cette proposition de minorité. Je ne fais qu'une réserve: je pense, pour ma part, que, même si vous adoptez la proposition de la minorité, vous devriez maintenir à l'art. 48, chiff. 1, le troisième alinéa du projet du Conseil fédéral, qui dit:

« Tout délinquant d'habitude renvoyé dans une maison d'internement sera privé des droits civiques pour dix ans. »

Je propose donc, personnellement, d'ajouter à la proposition de la minorité l'al. 3 de l'art. 48, chiff. 1. Sous cette réserve, je suis d'accord avec la minorité de la commission.

Ai-je besoin d'ajouter que si je me prononce dans ce sens, c'est pour des raisons non politiques mais pénales; je suis ici d'accord avec mon regretté collègue, le professeur Gautier, rapporteur français de la seconde commission d'experts. Voici, en effet, comment M. Gautier s'était exprimé sur ce point en 1912:

« La privation des droits civiques serait, d'après le projet, obligatoire dans les cas de réclusion. C'est la notion de la « peine infamante » alors que nous devrions y substituer enfin et sans esprit de retour la notion du « délit infamant ». Sur ce point, a dit M. Gautier, je me déclare l'adversaire décidé du projet; je ne comprends pas pourquoi un individu qui a commis un délit qui ne revêt pas spécialement un caractère bas, doit être nécessairement privé de ses droits et traité comme ceux qui commettent des délits graves. Les délits de meurtre dont les mobiles n'ont rien d'infamant ne sont pas rares. Je suis donc d'avis de traiter le délinquant condamné à la réclusion, quant à ses droits civiques, exactement de même que le délinquant condamné à l'emprisonnement, de ne lui enlever ses droits que s'il a fait preuve d'instincts bas et vils. »

Cette proposition a été reprise à la commission du Conseil national, qui, à 2 voix de majorité, a cependant approuvé le projet du Conseil fédéral. Vous aurez à choisir entre les deux solutions.

Je termine, en ce qui concerne l'art. 48, par une remarque de détail.

La commission vous propose d'intervertir l'ordre des articles 48 et 49, c'est-à-dire de placer l'art. 48 après l'art. 49, pour suivre le même ordre que dans le Code pénal militaire (art. 38—39).

Cela dit, je passe à l'art. 49.

L'art. 49 s'applique à la destitution de fonctionnaires. C'est en somme un fragment de la peine emportant privation des droits civiques, ce qui, soit dit en passant, parlerait pour le maintien de la numérotation du projet du Conseil fédéral: d'abord l'art. 48 (privation des droits civiques), ensuite l'art. 49 (déstitution de fonctionnaires).

En ce qui concerne l'art. 49 lui-même, je me borne à me référer à l'art. 38 du Code pénal militaire. Les propositions de la commission tendent à rendre identique le texte des deux codes.

Et maintenant, nous arrivons à l'art. 50 qui parle de la déchéance de la puissance paternelle, de la tutelle ou, comme la commission vous propose de l'ajouter, de la curatelle; c'est là une mesure qui peut être si évidemment dictée par le besoin de protéger l'enfance, que nos lois suisses ont déjà prévu des cas où elle peut être prise et cela, au moins pour la tutelle et la puissance paternelle, sans procès pénal. Voyez les art. 285 et suivants du Code civil et aussi les art. 445 et suivants du même code.

Quand elle constitue une peine, c'est-à-dire dans les cas de notre art. 50, la déchéance n'est pas prononcée pour un nombre d'années limité; elle durera aussi longtemps que le condamné n'est pas réhabilité.

Vous remarquerez, d'autre part, que la commission propose d'ajouter un alinéa nouveau à l'art. 50. La commission propose d'ajouter:

« Dans les autres cas non prévus au premier alinéa, ou si le juge estime que, par son infraction, le condamné s'est rendu indigne de la puissance paternelle, de la tutelle ou de la curatelle, il avisera l'autorité de tutelle. »

Pourquoi cette disposition? C'est que, d'après le premier alinéa de l'art. 50, texte du Conseil fédéral, la déchéance ne peut être prononcée que contre celui qui, par un délit pour lequel il a été condamné à une peine d'emprisonnement, a enfreint ses devoirs de tuteur, de parent ou de curateur. Par exemple,

il a commis un délit contre son enfant ou son pupille lui-même. Mais d'autres cas sont possibles où la déchéance de la puissance paternelle, de la tutelle ou de la curatelle peut être indiquée à la suite d'une condamnation pénale. Un individu, qui est père, tuteur ou curateur, commet par exemple un délit de moeurs (proxénétisme, etc), mais pas au détriment de l'enfant qui lui est confié; dans ce cas l'alinéa premier n'est pas applicable; cependant, cet individu peut être manifestement indigne d'exercer plus longtemps la puissance paternelle, ou la curatelle ou la tutelle qui lui a été confiée.

Il faut donc, aussi dans ces cas-là, que les mesures nécessaires soient prises en vue de la déchéance éventuelle de la puissance paternelle, etc. Et, pour éviter de donner au juge pénal des pouvoirs trop étendus en matière de déchéance de la puissance paternelle, de la tutelle ou de la curatelle, la solution la plus appropriée a paru être de se borner ici à prescrire au juge d'aviser l'autorité de tutelle, à laquelle il appartiendra de prendre, si elle l'estime nécessaire, les mesures qui sont de sa compétence.

De là, la proposition faite par la commission d'ajouter un deuxième alinéa à l'art. 50.

L'art. 51 prévoit la peine accessoire de l'interdiction d'exercer une profession, un commerce ou une industrie. Cette peine accessoire a déjà trouvé place dans les codes pénaux de la majorité des cantons. Dans notre projet, elle est elle-même sanctionnée par l'art. 344.

L'interdiction d'exercer une profession ne doit pas servir à rendre plus rigoureuse la peine principale.

Il s'agit au contraire de donner au public une protection contre les manquements au devoir professionnel dont il peut être menacé, par exemple, par un médecin sans scrupules, un pharmacien par trop distrait, une sage-femme qui ne sait pas son métier... ou qui le sait trop bien, un cocher ivrogne, un cabaretier qui, à répétées fois, fournit de l'alcool à des enfants, etc.

Il est donc permis de dire que l'on a ici affaire, en réalité, à une mesure de sûreté plutôt qu'à une aggravation de peine.

Néanmoins, la peine accessoire de l'interdiction d'exercer une profession, un commerce ou une industrie a été l'objet de critiques très vives. On lui a reproché notamment de mettre le condamné dans une situation parfois désespérée et d'agir ainsi, à l'encontre des intentions du législateur, comme une dure et maladroite aggravation de peine.

C'est pour tenir compte de ces critiques que la commission, reprenant en partie une proposition déjà soumise à la deuxième commission d'experts, a limité l'application de l'article 51 aux professions, industries ou commerces dont l'exercice est subordonné à une autorisation officielle.

On peut évidemment se demander si, ainsi rétréci, l'art. 51 ne devient pas trop étroit?

Quoiqu'il en soit, l'amendement que votre commission propose d'apporter à l'al. 1, a pour conséquence logique la suppression de l'al. 2. La presse périodique ne dépend d'aucune licence octroyée par l'autorité.

Quant à la rédaction du dernier alinéa, tel que la commission vous le propose, elle est identique à celle des dispositions correspondantes des art. 48 et 49.

L'art. 52 traite de l'expulsion.

La plupart des cantons emploient déjà l'expulsion comme peine. Le projet fait de même, mais il apporte à l'application de cette peine les restrictions suivantes:

1° Le projet n'admet pas l'exil. Autrement dit, il maintient le système de la Constitution fédérale (art. 44 et 60). L'expulsion prévue par le projet ne s'applique qu'aux étrangers, jamais aux nationaux.

2° L'expulsion du projet est une peine accessoire qui ne sort ses effets qu'une fois la peine principale subie. La peine principale n'est donc jamais convertie en expulsion.

3° Au surplus l'expulsion sera toujours facultative, d'après l'art. 52, et toujours temporaire.

4° Enfin, il va de soi que l'expulsion administrative régie par le droit public cantonal et fédéral (voyez notamment les art. 45 et 70 de la Constitution fédérale) demeure réservée.

Tel qu'il est proposé par la commission, l'art. 52 du projet reproduit exactement l'art. 40 du code pénal militaire, sauf sur deux points:

1° A la fin du premier alinéa, l'art. 52 de notre projet parle non seulement de l'emprisonnement et de la réclusion, comme le code pénal militaire, mais aussi de l'internement, sanction qui n'est pas prévue par le Code pénal militaire.

2° D'autre part, à la fin de l'art. 40 du Code pénal militaire, il est dit:

« Si le condamné est libéré conditionnellement et s'il se conduit bien pendant le délai d'épreuve, l'expulsion tombera. »

Au contraire l'art. 52 de notre projet dit: « Le juge pourra révoquer l'expulsion prononcée. » La commission ne vous propose pas d'amendement à cet égard. Le Code pénal militaire va peut-être trop loin sur ce point.

L'art. 53 prévoit l'interdiction de fréquenter les débits de boissons. La grande question, en ce qui concerne cette peine accessoire, c'est celle de savoir comment on l'appliquera. Comment faire pour assurer le respect de l'interdiction prononcée?

Le projet (art. 53, deuxième alinéa) prévoit la publication dans une feuille officielle. En outre, son art. 345 érige en contravention la rupture de l'interdiction et punit même l'aubergiste qui y a sciemment coopéré.

Ces mesures suffiront-elles? La surveillance, possible à la campagne, risque de ne pas l'être toujours dans les villes.

En outre, pour que la mesure ait toute son efficacité, il faudrait obtenir que l'ivrogne ne s'alcoolise pas à domicile!

A l'appui du projet, disons cependant que l'interdiction des auberges est déjà prévue par une douzaine de codes pénaux cantonaux récents et, en outre, par la loi fédérale de 1901 sur la taxe militaire.

D'autre part, si le contrôle est difficile pour l'application de l'art. 53, il est certain que ce texte ne peut pas faire de mal. C'est une adhésion donnée au mouvement contre l'alcoolisme. Au surplus, l'interdiction est facultative. Le juge pourra y renoncer quand il la saura inapplicable.

Dernière remarque sur l'art. 53: Votre commission vous propose de rédiger le chiff. 3 comme le dernier alinéa de l'art. 52 et comme les dispositions correspondantes d'autres articles précédents.

Oprecht, Berichterstatter der Minderheit: Die Minderheit Ihrer Kommission steht auf dem Standpunkt, daß Ehrenstrafen als Nebenstrafen abgeschafft, zum mindesten nur ausnahmsweise zugelassen werden sollten. Die Ehrenstrafe bedeutet eine weitere Belastung des Täters. Wenn die Strafe durch Verbüßung der Gefängnis- oder Zuchthausstrafe gesühnt wurde, so soll dem Entlassenen nicht durch eine Ehrenstrafe, im besonderen nicht durch die Einstellung in der bürgerlichen Rechtsfähigkeit ein künftiges ehrliches Leben erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden. Denn die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit bedeutet häufig die moralische und gesellschaftliche Aechtung. Grundsätzlich müssen wir die Ehrenstrafe als Nebenfolge einer strafrechtlichen Verurteilung bekämpfen.

Nun steht die Mehrzahl der bestehenden kantonalen Strafrechte auf dem Standpunkt, daß die Zuchthausstrafe ohne weiteres den Verlust der bürgerlichen Rechte nach sich ziehe. Der schematische Gedanke, Zuchthaus mache ehrlos, kommt darin, wie Hafter in seinem Lehrbuch sagt, zum Ausdruck. In einigen kantonalen Strafrechten allerdings hat der Richter selbständig neben der Strafzumessung über die Frage der Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit zu entscheiden. Graubünden beispielsweise stellt in das Ermessen des Richters, ob er überhaupt auf Verlust oder Schmälerung der Ehrenrechte erkennen will. Offensichtlich gehen die neueren Anschauungen dahin, daß die Verurteilung zu Zuchthaus nicht mehr automatisch den Ehrenverlust nach sich ziehen solle. Der Richter muß im zürcherischen, zugerischen, solothurnischen, tessinischen und genferischen Strafrecht, regelmäßig mit zeitlicher Beschränkung gesondert auf die Einstellung in der bürgerlichen Rechtsfähigkeit erkennen. Wir sehen ein, daß zurzeit eine völlige Abschaffung der Ehrenstrafen nicht möglich ist. Die Ehrenstrafe soll aber nicht automatisch mit der Verurteilung eintreten, sie soll als besondere Maßnahme des Richters angeordnet werden. Der Richter soll auf Grund einer Prüfung der Persönlichkeit des Täters in jedem Fall, auch bei Zumessung einer Zuchthausstrafe, entscheiden, ob im Interesse des Täters und ob im Interesse der öffentlichen Ordnung eine Aberkennung der bürgerlichen Rechte notwendigerweise mit der Strafe verbunden werden müsse. Die obligatorische Einstellung in den bürgerlichen Rechten bei Zuchthausstrafe muß in einem fortschrittlichen Strafrecht entfallen. Das Strafrecht Genf ist in diesem Sinn vorgegangen.

Unser Antrag, der nicht das Obligatorium des Verlustes der bürgerlichen Rechtsfähigkeit bei Zuchthausstrafe, sondern das fakultative Recht, des Richters, darüber besonders zu entscheiden, festlegen will, kann sich auf die Auffassung hervorragender bürgerlicher Strafrechtslehrer stützen. Ich freue mich darüber, dass Herr Prof. Logoz unserm Antrag sich angeschlossen hat. Ich erinnere ferner daran, daß Herr Prof. Hafter in seinem Lehrbuch des schweizerischen Strafrechtes die von uns vertretene Auffassung ebenfalls vertritt. Er stellt fest, daß in der Aberkennung der bürgerlichen Rechte ein sonst vielfach überwundener Vergeltungsstandpunkt sich zeige. Der vorliegende Entwurf zu einem schweizerischen Strafgesetzbuch lehnt den Vergeltungsstandpunkt ab. Das muß auch in bezug der Aberkennung der bürgerlichen Rechtsfähigkeit geschehen. Wir bitten

deswegen das Obligatorium der Einstellung in den bürgerlichen Rechten auch bei der Zuchthausstrafe fallen zu lassen und unserm Antrag zuzustimmen, der in das Ermessen des Richters stellen will, ob die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit auch bei Zuchthausstrafe nötig sei.

Welti-Basel: Im Auftrage unserer Fraktion kann ich erklären, daß wir in der von meinem Vorredner besprochenen Angelegenheit auf dem gleichen Boden stehen. Unsere Fraktion glaubt aber, daß die Auseinandersetzung über das ganze Kapitel, das wir jetzt behandeln, zum Anlaß zu Bemerkungen nicht nur hinsichtlich des Art. 48, sondern auch hinsichtlich Art. 51 zu nehmen sei. Art. 51 handelt vom Verbot, einen Beruf, ein Gewerbe oder ein Handelsgeschäft zu betreiben. Wir haben hier einen Vorschlag des Bundesrates und einen solchen der Kommission. Ich halte es für angezeigt, darüber einige Worte zu verlieren.

Zur Begründung der Einführung solcher Maßnahmen wird in erster Linie auf den Schutz der Oeffentlichkeit hingewiesen. Wir erachten diesen Schutz für durchaus dringend, aber wir fragen uns, ob der Schutz in einem wünschenswerten Maße erreicht werde durch die Fassung, wie sie vom Bundesrat vorgeschlagen wird, oder von der Kommission, die eine Beschränkung vorsieht, die die Ausübung von einer behördlichen Bewilligung abhängig machen will oder ob hier nicht eine Ungleichheit und damit eine Ungerechtigkeit geschaffen wird. Wir fragen uns, ob hier nicht gerade nach der Fassung der Kommission diejenigen Berufe, die dringend nötig hätten, daß gegen ihre Inhaber ein Schutz der Oeffentlichkeit errichtet wird, gerade ausgenommen sind. Dies der eine Gedanke. Ein anderer: die Bestimmungen können nach der Fassung der Kommission außerordentlich tiefe Wirkungen haben, die unter Umständen weit über die Wirkung der Strafe selbst hinaus gehen, so daß die Nebenstrafe eigentlich keine Nebenstrafe mehr ist, sondern im Grunde genommen zur Hauptstrafe wird. Das widerspricht dem Wesen der Nebenstrafe!

Im weitern ist zu prüfen, wie sich der Fall gestaltet, wenn nicht nur Art. 48, sondern gleichzeitig auch Art. 51 zur Anwendung kommt, wo beispielsweise bei Anwendung des Art. 48 die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit automatisch d. h. ohne weitere Nebenstrafe den Verlust der Möglichkeit, einen Beruf auszuüben, nach sich zieht. Uns scheint, daß diese Frage in der Kommission doch noch gründlich behandelt werden sollte.

Ich gestatte mir im einzelnen zu Art. 51 noch einige allgemeine Bemerkungen anzubringen. Nach unserer Auffassung kann dieser Artikel zu Mißdeutungen Anlaß geben, wenn nach der Fassung der Kommission wie des Bundesrates gesagt wird: « Hat jemand bei Ausübung seines Berufes usw. ein Vergehen begangen. » Die Praktiker im Strafrecht kennen die große Schwierigkeit, die es bereitet, wenn der Richter zu entscheiden hat, ob jemand sein Amt mißbraucht hat. Der Begriff des Amtsmissbrauches ist in der Praxis außerordentlich schwankend. Es können durch Beamte Delikte begangen werden, die noch lange nicht in Ausübung des Amtes begangen worden sind, und es können Delikte in Ausübung

des Amtes begangen werden, die keinen Mißbrauch des Amtes bedeuten. Wenn schon Schwierigkeiten bei der Umschreibung des Amtes und der Amtsobliegenheiten vorhanden sind, wie viel schwerer ist es dem Richter gemacht durch eine solche Bestimmung, festzustellen, ob jemand bei Ausübung seines Berufes ein Delikt begangen hat.

Aus dem Text, der nachher folgt: « Besteht die Gefahr weiteren Mißbrauches », könnte man schließen, daß zuerst offenbar gesagt werden will, es handle sich um einen Mißbrauch des Berufes, was identisch sei « bei Ausübung des Berufes ». Wenn man von einem weiteren Mißbrauch spricht, so setzt das doch einen vorhergehenden Mißbrauch voraus, nämlich einen Mißbrauch, der entsteht bei einem Vergehen, bei Ausübung eines Berufes. Darüber herrscht meines Erachtens Unklarheit.

Wir beantragen für den Fall, daß Art. 51 nicht gestrichen wird, namentlich auch die Festsetzung der Karenzzeit. Hier wird gesagt, daß der Richter die Ausübung des Berufs, des Gewerbes oder des Handelsgeschäftes für die Dauer von einem bis zu fünf Jahren untersagen kann. Man kann im Zweifel darüber sein, ob es richtig ist, den Richter zu binden, eine Nebenstrafe, mindestens durch die Untersagung, den Beruf während eines Jahres zu betreiben, auszusprechen. Wird es nicht möglich sein, hier eine kürzere Frist anzuwenden? Ich habe schon betont, daß namentlich die wohl begreifliche Beschränkung, die die Kommission vorgenommen hat, dem Gebot der Gerechtigkeit widerspricht, indem die Kommission nur diejenigen Berufe, Gewerbe oder Handelsgeschäfte unter Nebenstrafe einbeziehen will, die an behördliche Bewilligungen gebunden sind. Es scheint uns das aber eine sehr starke Belastung der sogenannten privilegierten Berufe zu sein und es scheint uns, daß dann gerade vom Gesichtspunkt der Sicherung des Schutzes der Oeffentlichkeit wichtige Berufe nicht unterstellt sind.

In den letzten Jahren und auch in allerjüngster Zeit hat sich wiederholt gezeigt, daß es notwendig wäre, hier eine allgemeinere Fassung vorzulegen, wenn man überhaupt diese Nebenstrafen einführen will, gerade bei jenen Berufen, deren Ausübung nicht an eine behördliche Bewilligung gebunden sind, gibt es solche, deren Inhaber mit ihrer Praxis oft die Oeffentlichkeit gefährden und schädigen.

Aber bei diesen Bestimmungen über die Nebenstrafe erhebt sich nun doch noch eine andere Frage: Durch das Institut der bedingten Entlassung kann die Hauptstrafe in einem gewissen Moment in ihrer ganzen oder doch in ihrer hauptsächlichlichen Wirksamkeit aufgehoben werden. Wie steht es nun in einem solchen Fall mit der Nebenstrafe? Soll der Täter, der zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, der wegen seiner guten Führung, wegen seiner manifestierten Gesinnungsänderung bedingt entlassen wird, seine Freiheit also wieder zum größten Teil zurückbekommt, dann noch die Folge der Nebenstrafe ungekürzt und ungemildert auf sich nehmen? Das widerspricht dem allgemeinen Sinn der Strafe, das würde eine Maßnahme bedeuten, die unbillig wäre. Es ist doch nicht zu übersehen, daß, wenn man jemand bedingt entläßt, weil man ihn einer solchen Wohltat für würdig erachtet, man ihm dann nicht auf der andern Seite durch das Belassen der Nebenstrafe, und zwar durch die unwiderrufliche Auferlegung, auf

bestimmte Zeit sozusagen das Fundament seiner Existenz entzieht, ihm unmöglich macht, seinen Beruf auszuüben und damit seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Diese Frage wäre von der Kommission sehr ernsthaft zu prüfen.

Bundesrat **Häberlin**: Ich möchte mich nur zu den Punkten äußern, die in Streit gesetzt worden sind. Soeben hat Herr Nationalrat Welti einen Rückweisansatz gegen Art. 51 begründet. Ich möchte den Herren Referenten selbstverständlich den Hauptvortrag überlassen, aber doch bemerken, daß ich es gern gesehen hätte, wenn Herr Welti positive Vorschläge gemacht hätte. Ich habe immer auf den Vorschlag einer abgeänderten Redaktion gewartet, denn man kann über verschiedene Punkte sehr wohl diskutieren, die er nun in Diskussion gesetzt hat. Die Einschränkung der Kommission war natürlich sehr bewußt, sie war sich klar, warum man bei Art. 51 nur ein Verbot für die Berufe, Gewerbe oder Handelsgeschäfte aussprechen will, die konzessioniert sind. Das ist schon wegen der Kontrolle der Durchführung des Verbotes geschehen. Es ist nämlich außerordentlich schwierig, bei jedem beliebigen Gewerbe das Verbot der Ausführung durchzuführen. Das ist bei den an eine Bewilligung geknüpften Berufen ganz anders. Da kann man von einem Tag auf den andern feststellen, ob das Verbot nicht übertreten wird. Ich gebe zu, daß es an sich möglich wäre, auch bei andern Berufen diese Kontrolle durchzuführen. Sagen wir einmal, daß z. B. ein Metzgermeister ein außerordentlicher Schädling sein kann, wenn er in seinem Beruf ein Schwein ist und sich jahrelang als solches zeigt, so daß es sich rechtfertigen würde — und es wird in verschiedenen Kantonen so gemacht — auch bei diesem Beruf eine Berechtigung zu entziehen.

Die Kommission hat sich gesagt, sie wolle sich auf das beschränken, was gut durchführbar und in erster Linie notwendig sei. Nun möchte ich doch Herrn Welti gegenüber sagen, wenn gerade diese Berufe hervorgehoben worden sind, wo eine Bewilligung nötig ist, so steht das auch damit im Zusammenhang, daß diese Bewilligung eben dem Mann im Lande herum einen bestimmten Kredit gibt. Man hat die Meinung, daß, wenn ein Anwaltspatent vom Staate erteilt wird, wenn einer als Arzt sein Patent erhält, so sei er doch als einer vorgestellt, der zur Ausübung dieses Berufes qualifiziert ist. Derselbe Staat, der diese Ehren- und Befähigungserklärung abgegeben hat, überzeugt sich nun anlässlich eines Gerichtsfalles, daß der Mann gar nichts kann, oder daß er das, was er kann, schlecht anwendet und mißbraucht. Da ist eine Notwendigkeit vorhanden, daß dieser gleiche Staat nun auch durch den Richter erklären kann, so werde nicht weiter gewurstelt in diesem Beruf, da müsse gebremst werden. Ich möchte deshalb diesen Punkt nicht zurückweisen lassen.

Die Frage, ob man ein Minimum von einem Jahr festsetzen soll, ob es nicht denkbar ist, daß auch ein halbes Jahr genügen würde, ist allerdings offen. Ich glaube z. B. bei Auswanderungsagenturen können wir laut Spezialgesetz mit viel kürzeren Suspensionen arbeiten, mit einem Vierteljahr oder einem halben Jahr. Das wäre also auch hier diskutabel. Wir haben geglaubt, wenn man einschreiten solle, müsse man gerade recht einschreiten. Auch hier würde es mir

nicht absolut notwendig erscheinen, aus diesem Grunde eine Rückweisung vorzunehmen.

Dann hat Herr Welti noch darauf hingewiesen, wie es sich im Falle der bedingten Entlassung verhalte. Da gebe ich zu, nicht nur bei diesem Artikel, sondern auch bei allen Artikeln, die von Nebenstrafen handeln, ist die Frage, wann eigentlich die Wirkung eintreten soll, vielleicht nicht so in allen Konsequenzen durchgedacht worden. Ich habe konstatiert, welche Differenzen mit dem Militärstrafgesetzbuch bestehen. Ich habe in den Beschlüssen der Kommission nachgesehen, warum man diese oder jene Divergenz hat eintreten lassen, warum man bei Art. 70 in der Frage der Verjährung einen vollständigen Widerspruch hat eintreten lassen. Dabei habe ich gesehen, daß wir noch einen Mann darüber sitzen lassen sollten, um diese Fragen genau zu studieren. Wir haben in der Kommission selbst die Männer, die das ohne weiteres tun können. Also wenn Sie diese Frage an die Kommission zurückweisen würden, so würde ich, wenn die Herren Referenten damit einverstanden wären, keinen großen Widerspruch erheben. Immerhin haben wir ja noch den Ständerat, um derartige Unstimmigkeiten in seiner Beratung abzuklären. Rückweisungen an die Kommission, die nun jahrelang geamtet hat, sind etwas, was Sie ihr nach Möglichkeit ersparen sollten, wenn ein anderer Weg gangbar ist. Ich möchte also nur Herrn Welti die Erklärung abgeben, daß das, was an seinen Aussetzungen berechtigt ist, sicher noch geprüft werden kann.

Nun die wichtige Frage des Art. 48, die eine grundsätzliche Bedeutung hat. Hier liegt ein Mehrheits- und ein Minderheitsantrag der Kommission vor, ersterer vertreten vom Herrn Kommissionspräsidenten, letzterer vom französischen Referenten und von Herrn Oprecht, unterstützt von Herrn Welti. Die Frage ist: Wollen Sie, wenn auf Zuchthausstrafe erkannt wird, auch hier nur fakultativ oder nur unter einer ganz bestimmten Bedingung die Rechtsfolge der Einstellung in den bürgerlichen Ehrenrechten eintreten lassen, nämlich unter der Bedingung, daß eine ehrlose Gesinnung bekundet wird? Demgegenüber stellt der Entwurf des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit fest, wenn einmal auf Zuchthausstrafe erkannt sei, dann solle zwangsweise eine Einstellung in den bürgerlichen Ehrenrechten erfolgen. Sie kann also nicht erfolgen, sondern sie muß erfolgen. Die Dauer ist in ein relatives Ermessen des Richters gestellt. Es sind mindestens zwei und höchstens zehn Jahre vorgesehen.

Nun weiß ich, daß man gegen jede automatische Folge etwas einwenden kann, daß man sagen kann, man wolle dem Richter überhaupt jede mögliche Freiheit lassen, er solle jeden Fall nach der Individualität des Falles behandeln können und je nachdem die Strafe aussprechen. Aber gewisse Schranken müssen wir eben doch diesem richterlichen Ermessen stellen. Darum haben wir die Paragraphen, sonst könnten wir einen einzigen Paragraphen aufstellen: Der Richter kann nach seinem Belieben einen Verbrecher, der diese oder jene Tat begangen hat, verurteilen. Wir würden dann eben einen Katalog aufstellen, aus welchem er die Strafe auswählen kann. Gewisse feste Normen müssen wir festhalten, nachdem wir nicht zur Einheitsstrafe übergegangen sind. Es gibt ja eine große Bewegung in Wissenschaft und Praxis, die darauf ausgeht, die ganze Unter-

scheidung zwischen Zuchthaus- und Gefängnisstrafe fallen zu lassen, diese Schranke auch noch niederzureißen und mit einer einzigen Strafe zu operieren. Das ist nach unserem System abgelehnt, und auch die Vertreter des anderen Standpunktes wollen nicht etwa so weit gehen, sondern sie haben nur die eine Frage hier konkretisiert.

Ist es nun aber wahr, daß in der zwangsweisen automatischen Einstellung in den bürgerlichen Ehrenrechten bei Zuchthaus nur ein Vergeltungsgedanke liegt? Das möchte ich bestreiten. Es liegt meinerwegen ein gewisser Abschreckungsgedanke darin. Aber wir verwerfen ja auch den Abschreckungsgedanken nicht etwa absolut, wir wollen den nicht ganz aus unserem Gesetz ausscheiden. Wir wollen zwar in erster Linie den Besserungs-, Heilungs-, Rettungsgedanken, aber den Abschreckungsgedanken, den Schutzgedanken, darf der Staat nie und nimmer ganz vernachlässigen. Ich verstehe ganz wohl, wenn man z. B. sagt, es gebe in unserem Entwurf auch Delikte gegen den Staat, politische Delikte, für welche Zuchthausstrafe vorgesehen ist, und uns fragt, ob bei diesen Delikten immer eine ehrlose Gesinnung vorhanden sei. Diese Frage beantworte ich sofort mit nein. Es muß durchaus nicht immer eine ehrlose Gesinnung vorhanden sein, aber nach unserer Auffassung stets eine staatschädliche Gesinnung, und zwar eine solche, die nicht bloß Gesinnung geblieben ist, sondern die sich in ein Delikt konkretisiert und angriffsweise gegen den Staat gewendet hat. Da sage ich: Wir wollen uns das Recht wahren, auch bei einem Verurteilten, den wir nicht als wehrlos ansehen, dem wir die Hand reichen können, wenn wir ihm begegnen, trotz alles dessen, was er gegen den Staat verbrochen haben kann, auf diese Nebenstrafe zu erkennen, weil wir ihn für längere Zeit nicht in der Gemeindeversammlung und nicht bei den Wahlen haben wollen, auch nicht als Gewählten; denn er hat sich in seinen Handlungen, nicht bloß in seinen Gedanken, als Gegner dieses Staates erwiesen. Da muß jeder konsequent sein. Man kann Gegner des Staates sein, dann muß man die Konsequenzen auf sich nehmen und nicht uns, die den Staat vertreten und an seiner Ordnung festhalten wollen, zumuten, daß wir nun nicht konsequent seien und ihn weiter einfach die bürgerlichen Rechte ausüben lassen. Nun wollen wir aber nicht bloß rein theoretisch an diese Frage herantreten, sondern wir wollen uns fragen: In welchen Fällen stellt sich diese Frage praktisch, gerade für diejenigen Herren, die hier die Verbrechen gegen den Staat im Auge haben? Wir haben von all diesen Delikten nur vier, die mit Zuchthaus bestraft werden müssen; bei allen andern ist entweder nur Gefängnis, oder dann Zuchthaus alternativ mit Gefängnis vorgesehen, und es kann also der Richter je nach der Lage des Falles, auch bloß auf Gefängnis erkennen. Das wird er sicherlich immer dann tun, wenn er sich sagt: Den Mann will ich nicht der bürgerlichen Ehrenrechte berauben, denn er hat das nicht verdient; er ist weder ehrlos, noch ein so großer Schädling gegen den Staat, daß er unbedingt aus den bürgerlichen Ehrenrechten ausgeschaltet werden muß.

In welchen Fällen ist der Richter gezwungen, diese Nebenstrafe auszusprechen? Man muß das nämlich ansehen, sonst reden wir aneinander vorbei, vielleicht in guten Treuen. Da finden Sie einmal Art. 230, Angriffe auf die Unabhängigkeit der Eid-

genossenschaft, und nur im qualifizierten Falle, wo einer mit der Regierung eines fremden Staates oder mit deren Agenten in Beziehung tritt, um einen Krieg gegen die Eidgenossenschaft herbeizuführen. Wir denken hier natürlich nur an die Schweizer, denn bei den andern ist es uns gleichgültig, ob sie die bürgerlichen Ehrenrechte in ihrem Staate haben oder nicht. Wollen Sie nun dem Schweizer, der so etwas tut, nicht zwangsweise die bürgerlichen Ehrenrechte entziehen? Wollen Sie, daß der Richter noch sagen kann: Das ist keine ehrlose Gesinnung, also kann der ruhig weiter agitieren und die Rechte eines Eidgenossen ausüben? Ich denke, Sie sind wohl einverstanden, daß praktisch dieser Fall nicht spielt.

Dann haben Sie Art. 234, landesverräterische Verletzung militärischer Geheimnisse, und zwar nur die vorsätzliche, wo einer also absichtlich diese Geheimnisse verrät, um unserem Lande zu schaden. Weiter Art. 235, militärischer Landesverrat, und Art. 237: « Der Schweizer, der, ohne dazu gezwungen zu sein, in einem Kriege die Waffen gegen die Eidgenossenschaft trägt oder in ein feindliches Heer eintritt, wird mit Zuchthaus bestraft. » Wollen Sie einen solchen Mann wirklich weiter stimmen lassen? Wollen Sie einen zum Bundespräsidenten wählen lassen, der die Waffen als Schweizer gegen unser Land getragen hat?

Das sind die vier Zwangsfälle. Sie werden sagen: Der Richter kann aber auch in den alternativen Fällen Zuchthaus und damit die obligatorische Einstellung aussprechen. Hier wird er aber bei der ihm gelassenen Wahl das Zuchthaus nur dann wählen, wenn er damit gerade eine längere Einstellung in den Ehrenrechten herbeiführen will.

Nun weiß ich, daß es auch noch andere Delikte gibt, nicht solche gegen den Staat, bei denen das Zuchthaus als einzige Strafe vorgesehen ist. Aber auch hier ist zu bemerken: Unser Volk denkt wirklich so — und gewisse Rücksichten wollen wir unserem Volksdenken auch noch erweisen — es denkt so; wenn einer die schwersten Verbrechen begangen hat, wie der Mord es ist, so daß nur Zuchthaus ausgesprochen werden kann, daß der Mann, der dieses Zuchthaus mit einer solchen Tat verdient hat, dann auch zwangsweise auf längere Zeit nicht mehr seine bürgerlichen Rechte ausüben dürfe.

Im einzelnen Falle werden Sie Gelegenheit haben, bei der Beratung des speziellen Teils genau zu untersuchen, wo wir, sei es der Bundesrat, sei es die Kommission, die Zuchthausstrafe als einzige vorgesehen haben, ob es sich nicht rechtfertigt, doch auch noch die Alternative mit Gefängnis vorzusehen. Ich denke da an eine bestimmte Kategorie, die sogenannten Erfolgsdelikte, wo wir überall, wenn einer den tödlichen Erfolg zwar nicht wollte, ihn aber voraussehen konnte und der Tod dann tatsächlich eingetreten ist, Zuchthaus vorsehen. Da sind wir vielleicht reichlich weit gegangen. Aber wir sind bereit, in jedem einzelnen Falle diese Frage zu prüfen. Dagegen soll sich die Zuchthausstrafe als solche unterscheiden von der Gefängnisstrafe. Wir wollen nicht die Begriffe verwischen, so daß man gar nicht mehr weiß, was für Strafen wir eigentlich anwenden. Die Zuchthausstrafe ist die schwere Strafe und soll als solche bewußt angewendet werden. Wir erziehen damit auch den Richter zum Denken, wenn er weiß: Es ist nicht gleichgültig, ob ich nun die Zuchthausstrafe aus-

spreche oder nicht. Sonst wird einer schließlich noch dazu kommen, aus einem Kartenspiel eine Karte herauszuziehen, um zu entscheiden, ob er Gefängnis oder Zuchthaus aussprechen will. Diese Aufgabe soll für ihn nach wie vor eine ernste sein. Ich empfehle Ihnen den Antrag der Mehrheit der Kommission zur Annahme.

Hoppeler: Wir haben bei Art. 48 eine sehr schwierige Frage zu entscheiden. Die Minderheit hat beantragt, daß die Einstellung in den bürgerlichen Ehren nicht obligatorisch sein soll, und Herr Oprecht hat geglaubt, die Haltung der Gegner dieses Antrages damit begründen zu müssen, daß eben der Vergeltungsgedanke immer noch in den Köpfen spuke. Nun möchte ich zu diesem Punkte, und zwar wiederholt, feststellen, daß selbstverständlich niemals die Rede davon sein kann, daß das Strafgesetz nur zur Erziehung da ist. So wenig als Sie zu Hause Ihre Kinder einzig zum Zweck der Erziehung strafen, sondern auch aus dem Prinzip der Vergeltung heraus, so wenig können wir dieses Prinzip hier vollständig aufgeben. Ich glaube, nicht nur der Vergeltungsgedanke ist hier maßgebend, sonst könnte man einfach die Strafen verschärfen, und dafür würde ich eintreten, sondern hier ist doch wahrscheinlich in erster Linie maßgebend der Schutz des Staates. Wenn einer ein Delikt begangen hat, das mit Zuchthaus bestraft wird, soll er nicht gleich nachher, wenn er aus der Strafanstalt kommt, wieder an unseren Wahlen und Abstimmungen teilnehmen können. Das ist jedenfalls der Gedanke, aus dem heraus dann dieser Antrag gewachsen ist. Es ist nun allerdings so, daß wir diesen Gedanken nicht einfach von der Hand weisen können. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß dann die Konsequenz dieses Gedankens unbedingt in Konflikt kommt mit dem, was soeben Herr Bundesrat Häberlin wieder betont hat, mit dem, was wir in erster Linie mit dem Strafgesetz wollen: Heilungsarbeit, Rettungsarbeit und Erziehungsarbeit tun.

Ich stelle fest, daß dieser Artikel dem genannten Bestreben unbedingt großenteils widerspricht. Es ist eine unglückliche Sache, wenn ein Mensch bestraft worden ist und durch seine Strafe gesühnt hat, daß er dann nicht frei ist, sondern daß er jahrelang immer noch diese Kette mit sich herumschleppen muß. Das ist keine leichte Sache. Wenn Sie den Antrag der Mehrheit annehmen, dann bekunden Sie damit gleichsam offiziell, daß Sie nicht daran glauben, daß ein Mensch im Zuchthaus anders werden kann; Sie bekunden offiziell: Es ist nicht möglich, daß einer nun ein anderer wird, und daß, wenn er einmal die Strafe abgesessen, gesühnt hat, er dann wieder hinstehen und sagen kann: ich habe gesühnt und will neu anfangen. Das ist nach diesem Paragraphen nicht möglich. Ich weiß eine Reihe von Beispielen, wo Menschen furchtbar schwer hatten, fortzukommen, weil es überall, wo sie hinkamen, durch diese Einstellung in den bürgerlichen Ehren sofort bekannt wurde: der hat die und die Strafe gehabt. Das Bravtun, das Recht tun wurde ihnen außerordentlich erschwert.

Sie nehmen, wie es scheint, ohne weiteres an, daß einer, wenn er aus dem Zuchthaus kommt, auch wenn er dort die Strafe gesühnt hat, noch nicht imstande und würdig ist, wiederum die bürgerlichen Ehren auf sich zu nehmen. Ich glaube, daß wir da-

mit tatsächlich zu weit gehen. Es ist doch möglich, daß ein Mensch, der eine Tat begangen hat, vielleicht im Affekt, vielleicht durch Verführung, durch zeitweise moralische Entgleisung, ein anderer wird, und es viel besser für ihn wäre, wenn er nach der Entlassung aufrechten Hauptes wieder seinen Weg gehen könnte.

Ganz logisch ist übrigens der Standpunkt der Mehrheit auch nicht. Logisch wäre, daß man sagte: einer, der einmal im Zuchthaus gesessen hat, darf da nicht mehr mitsprechen und mitstimmen in unserem Staate. Ich sehe nicht ein, warum einer dann nach fünf, nach zehn oder nach zwei Jahren wieder würdig sein soll. Deshalb würde ich es außerordentlich begrüßen, wenn der Richter, wie beim Gefängnis, in jedem Falle die Möglichkeit hätte, zu entscheiden, ob diese Zulage gemacht werden soll oder nicht. Richtig wäre es natürlich, diese Frage erst zu entscheiden, wenn der Betreffende aus dem Zuchthaus entlassen ist. Aber momentan ist es nicht angängig, einen solchen Antrag zu stellen. Das sollte aber möglich sein: Wenn der Richter glaubt, es sei wohl möglich, daß dieser Mensch, nachdem er die Strafe abgesessen hat, dann wieder der bürgerlichen Ehren würdig ist, dann soll er ihm diese Zulage nicht machen müssen. Jedenfalls erschweren Sie dem Bestraften den Weg nach seiner Entlassung außerordentlich. Das habe ich schon in einer Reihe von Fällen erlebt. Ich habe schon gesehen, wie solche Leute, weil sie überall die Geächteten waren, wieder schwach wurden und fielen.

Gerade aus dem Vergeltungsgedanken heraus sollten wir uns auf den Standpunkt stellen: wenn eine Tat gesühnt ist, dann ist sie gesühnt. Wenn ein Kind bestraft ist, dann erinnern Sie es auch nicht Tage und Monate lang immer wieder an das, was es getan hat; das wäre eine sehr ungünstige Erziehung. Gleich sollten wir es auch im Staate halten. Dort, wo wir hoffen können, daß es mit dem Menschen nachher wieder gehen wird, sollten wir ihm diese Zulage ersparen. Wenn wir das nicht tun können, ich wiederhole das, dann gestehen wir offen ein, daß unsere Erziehungsarbeit durch die Strafanstalten von vornherein eine aussichtslose ist, weil derjenige, der aus dem Zuchthaus herauskommt, nicht fähig sein wird, an unserem staatlichen Leben wieder würdigen Anteil zu nehmen. Ich bestreite die Richtigkeit dieser Auffassung; denn solche Leute gibt es, die sühnen und hernach wieder ihre Pflicht tun und denen es hernach vielleicht sogar zum Besten wird, was sie erlebt haben, indem sie nachher bessere Menschen sind. Da ist es außerordentlich zu bedauern, wenn man einen solchen noch für zehn Jahre von der Mitarbeit vom Staate ausschließen muß.

Huber: Diese Frage ist tatsächlich keineswegs ganz einfach und auch nicht leicht zu lösen. Sie sehen das daraus, daß die Meinungen in der Kommission sehr geteilte waren. Der jetzige Vorschlag der Minderheit hat seine Fassung erhalten durch Herrn Prof. Dr. Logoz, in einer Beratung vom Jahre 1921; also vor reichlich sieben Jahren. Der Antrag des Herrn Logoz — er und ich hatten ihn gestellt — wurde in der Kommission nur mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Es ist also nur eine kleine Majorität, und es hätte vielleicht genügt, daß einer der Ablehnenden sich zu den Annehmenden geschlagen hätte;

daß dann mit Entscheid des Präsidenten umgekehrt entschieden worden wäre.

Diese Frage spielt heute meines Erachtens für den Staat gar keine Rolle mehr. Ob einer im Besitz der bürgerlichen Ehren und Rechte sei, hat keine entscheidende Bedeutung, weder für die Gemeinde, noch für den Kanton, noch für den Bund. Wenn Herr Bundesrat Häberlin mit Recht sagt, das Gefühl des Volkes sträube sich dagegen, daß einer, der eine bestimmte schwere Tat begangen habe, später noch Bundespräsident werden könne, so hat er ja zweifellos recht. Aber daraus abzuleiten, daß das nun im Strafgesetzbuch fixiert werden müsse, scheint mir nicht ganz richtig zu sein. Man kann sich da ganz ruhig auf dieses Gefühl des Volkes verlassen. Wenn das Volk in seiner großen Mehrheit dieses Empfinden hat, dann braucht man ihm doch nicht zu verbieten, den Betroffenen zu wählen. Es wird ihn ja gar nie wählen. Der Betroffene kommt also in diesem Falle nicht in die Lage, ein passives Wahlrecht auszuüben. Und das aktive Wahlrecht? Spielt es eine Rolle für den Staat, wenn unter 500,000 oder noch mehr Stimmberechtigten ein halbes Dutzend oder meinetwegen auch 50 Leute mehr Ja oder Nein stimmen können? Zweifellos wird das in der Regel nicht von entscheidender Bedeutung sein können, aber für den betreffenden Menschen ist das unter Umständen von sehr weittragender Bedeutung, wie soeben Herr Hoppeler mit Recht ausgeführt hat. Sie wissen, daß es zum schwersten an den Strafen gehört, daß sie, selbst wenn sie erledigt sind, für den Bestraften noch nachwirken. Schwer wird er sich wieder in die bürgerliche Gesellschaft einfügen; deshalb wird in der Motivierung zum deutschen Entwurf, der das nicht etwa alles einfach streicht, aber immerhin gegenüber dem bisherigen Zustand wesentliche Milderungen enthält, gesagt:

«Der Entwurf beseitigt alle Ehrenstrafen. Das Mißtrauen und das Uebelwollen, das die Gesellschaft vielfach Vorbestraften entgegenbringt, bildet ein schweres Hindernis für ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaftsordnung. Will man hiergegen ankämpfen und dies ist nicht nur im Interesse der Bestraften, die den Willen haben, sich wieder aufzurichten, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit selbst geboten — so darf man dem bestehenden Vorurteile nicht Vorschub leisten durch Richtersprüche, die den Verurteilten der Ehre verlustig erklären, und die ihn eben dadurch der Möglichkeit berauben, nach erstandener Strafe den Kampf um ein redliches Dasein mit Aussicht auf Erfolg wieder aufzunehmen.»

Diese Erwägungen sind sicher nicht von der Hand zu weisen; Sie wissen, wie ja sogar das wohlwollende Wirken der Gesellschaften zum Schutz der Bestraften, der aus der Strafe Entlassenen, wie die Schutzaufsicht für bedingt Entlassene oder bedingt Verurteilte, schwer darunter zu leiden haben, daß eben das Vorurteil sich auswirkt, sobald nur irgendeine Behörde sich für einen Menschen interessiert, besonders wenn das in Verbindung mit Polizeiinstanzen oder Gerichten geschieht. Das hat gerade in den Fällen, wo Leute zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind und die bürgerlichen Ehren und Rechte verloren haben, zur Folge, daß diese Leute, wenn sie noch so still und zurückgezogen, noch so unauffällig, fleißig und brav leben und arbeiten, aus dem bloßen Umstand, daß

ihre Strafen auf der Gemeinderatskanzlei eingeschrieben werden müssen, sofort stigmatisiert, daß sie buchstäblich gebrandmarkt sind, daß sie der Öffentlichkeit denunziert sind als solche, «die gegessen haben». So tut der Staat das, was er dem Bürger verbietet: der Bürger darf nicht einem andern ohne wesentlichen Anlaß sagen, der war im Zuchthaus, sonst wird er bestraft. Aber der Staat sorgt dafür, daß ihm diese Tatsache amtlich vorgeworfen wird und amtlich gesagt wird: er darf nicht stimmen, er kann nirgends zu einem Amte vorgeschlagen werden. So ist er in der Öffentlichkeit bloßgestellt. Nun gebe ich durchaus zu, daß es Fälle geben kann, wo es äußerst stoßend ist, wenn der Richter, obwohl er nicht eine ehrlose Gesinnung annehmen muß, die bürgerlichen Ehren und Rechte nicht entziehen kann. Herr Bundesrat Häberlin hat auf Art. 234, 235 und 237 aufmerksam gemacht. Aber dem kann sehr wohl Rechnung getragen werden, und das ist der Sinn des Vorschlages von Herrn Prof. Logoz. Unser ursprünglicher Vorschlag hatte einfach festgesetzt, daß der Entzug der bürgerlichen Ehren und Rechte nur zulässig sei in Fällen, wo ehrlose Gesinnung bekundet worden sei. Und dann hat Herr Logoz eingefügt «in den in diesem Gesetze vorgesehenen Fällen und wo ehrlose Gesinnung festgestellt worden ist.» Mit andern Worten: es sollen im Gesetz selber einzelne Fälle vorgesehen werden, wo der Richter die bürgerliche Ehrenfähigkeit entziehen kann, ohne annehmen zu müssen, hier liege ehrlose Gesinnung vor. Bereits haben wir ja auch schon eine solche Bestimmung, zwar nicht in dem Abschnitt, in welchem sich die Art. 234—237 befinden, sondern im nächstfolgenden; aber nichts hindert bei Annahme des Minderheitsantrages, diesen Artikel in dem vorhergehenden Abschnitt aufzunehmen. Art. 254 sagt: «Bei den Verbrechen oder Vergehen dieses Abschnittes kann in jedem Falle, wo eine Freiheitsstrafe ausgesprochen wird, auf Entzug der bürgerlichen Ehren und Rechte erkannt werden.»

Das bezieht sich auf den Abschnitt über die Vergehen gegen den Volkswillen. Ich sage, nichts hindert, daß wir das ausdehnen auf den vorangehenden Abschnitt, auf die Vergehen gegen Staat und Landesverteidigung, oder daß wir in einzelnen Bestimmungen, die Herr Bundesrat Häberlin bereits zitiert hat, dies speziell ausführen. Die Tragweite für den Einzelnen ist derart groß, daß wir uns die Frage überlegen müssen, ob überwiegende staatliche Interessen diese schablonenhafte Regelung vorschreiben.

Herr Bundesrat Häberlin hat darauf hingewiesen, daß die Einheitsstrafe im Entwurfe abgelehnt ist. Da darf ich schon darauf aufmerksam machen, daß in der welschen Schweiz vorab im Kanton Waadt, das System der dreigeteilten Freiheitsstrafe keinen Anklang gefunden hat. Erst in den letzten Wochen hat in einer Diskussion, die von der hiesigen Organisation der Bürger-, Gewerbe- und Bauernpartei veranstaltet worden ist, ein angesehener Praktiker des Kantons, Direktor Kellerhals, den Standpunkt vertreten, daß die Einheitsstrafe das richtige sei. Und viele Praktiker werden das gleiche sagen, denn in der Praxis haben wir sie tatsächlich in großem Umfang. Die Differenzierung der Strafen steht in Wahrheit auf dem Papier; da könnte Herr Stuber vielleicht aus der Praxis noch mehr Beispiele beibringen. Wäre es nicht richtiger, da die Praktiker gerade unter die-

ser Schematisierung leiden, da einzelne Kantone die Einheitsstrafe haben und durch das Gesetz gewissermaßen vergewaltigt werden müßten, — gerade die Kantone, die dem Gesetz überhaupt nicht besonders günstig gesinnt sind — wäre es nicht gut, wenn man an dieser Schablone etwas milderte durch die Annahme des Minderheitsantrages? Dann wäre die Aussicht gegeben, das Gesetz zu verbessern, ohne dem Richter die Möglichkeit zu nehmen, wo er es für nötig findet, diese Zusatzstrafe der Entziehung der bürgerlichen Ehren und Rechte anzuwenden. Ich empfehle Ihnen darum den Minderheitsantrag zur Annahme.

Ein Wort zur Anregung des Kollegen Dr. Welti. Wir haben auch in der Kommission seinerzeit beantragt, den Art. 51 gänzlich zu streichen. Es ist dann die jetzige Fassung als unser Eventualantrag angenommen worden. Ursprünglich war also vorgeesehen, daß das Recht auf Berufsausübung ohne Rücksicht auf die Art des Berufes durch Richterspruch entzogen werden könne. Aber man mußte sich doch sagen, daß das eigentlich im Widerspruch stehe zu den Grundsätzen des heutigen Staates, denn auf dem Boden des heutigen Staates steht jedem die Wahl des Berufes frei. Die Qualifikation zur Ausübung eines Berufes wird nicht untersucht, weder moralisch noch intellektuell noch physisch. — Man hat den mildern Antrag angenommen, daß ein Entzug des Berufsausübungsrechtes nur zulässig sei, wo es sich um Berufe handelt, deren Ausübung von einer behördlichen Bewilligung abhängig ist. Ich stehe auch heute noch grundsätzlich auf dem Boden der Streichung, und zwar aus einer Ueberlegung, die sich wieder aus dem Aufbau unseres Staates ergibt. Wir haben nicht sehr viele Fälle, wo der Bund die Ausübung eines Berufes bewilligt: wir haben ein eidgenössisches Staatsexamen, ein eidgenössisches Patent für die Aerzte und Zahnärzte, aber sonst ist die Ausübung der freien Berufe nicht abhängig von einer eidgenössischen Bewilligung. Es gibt allerdings noch Auswanderungsagenturen, die als von einer eidgenössischen Bewilligung abhängig genannt worden sind. Aber viel mehr sind es die Kantone, welche festsetzen, ob für gewisse Berufe eine Bewilligung notwendig sei oder nicht. Und da ist es eigentlich konsequent, wenn der Entscheid über die Frage, ob diese Bewilligung entzogen werden soll, in die Hände der Kantone gelegt wird. Sie umschreiben ja in ihren Gesetzen und Reglementen, an welche Voraussetzungen die Bewilligung zur Ausübung des betreffenden Berufes geknüpft sein soll, und deshalb wäre es konsequenterweise auch den Kantonen zu überlassen, ob sie durch die für die Bewilligung zuständige Behörde den Entzug vornehmen wollen. Ich meine, das würde auch eher wieder geeignet sein, gewisse Gegner des Gesetzes, Gegner aus Föderalismus, mit dem Gesetz zu versöhnen. Aus diesen Ueberlegungen glaube ich, daß doch der Antrag Dr. Weltis der Erwägung und Berücksichtigung würdig ist und daß wir damit sicher keinen Fehltritt tun, den ganzen Abschnitt über die Nebenstrafen in der Kommission noch einmal gründlicher zu prüfen, als es in diesem Momente der Fall ist. Jene Entscheidungen von 1921 und 1922 sind vor der Durchberatung des ganzen Gesetzes mit ganz knappen Majoritäten gefallen.

Ich empfehle Ihnen daher, der Anregung von Herrn Welti Folge zu geben.

Welti-Basel: Ich freue mich darüber, daß sowohl Herr Huber wie Herr Bundesrat Häberlin auf meinen Antrag hin empfohlen haben, den Art. 51 in der Kommission nochmals zu prüfen. An die Adresse des Herrn Bundesrates Häberlin, der bei mir einen konkreten Antrag vermißt hat, möchte ich sagen, daß es für ein gewöhnliches Mitglied des Rates, welches den Kommissionsberatungen nicht beigewohnt hat, außerordentlich schwierig ist, Anträge zu formulieren, die auch nur einigermaßen Aussicht auf Erfolg haben. Ich habe auch schon Gelegenheit gehabt, bei der Schaffung von Gesetzen mitzuwirken und ich habe gesehen, daß wohl ein gescheiter und wissenschaftlich gebildeter Mann einen Gesetzesentwurf machen kann, daß aber die Durchberatung eines solchen Gesetzes unbedingt die Arbeit eines Kollektivums sein muß, wenn man überhaupt je zu einem Resultat gelangen will. Deshalb habe ich mich darauf beschränkt und werde mich auch künftig darauf beschränken, hier zuhanden der Kommission Gedanken zu äußern, aber ich werde mich hüten, aus dem Stegreif irgendwelche konkrete Vorschläge zu machen.

Zur Sache selbst möchte ich ergänzend noch beifügen: man wird auch die Frage prüfen müssen, ob die Maßnahme des Entzuges und Verbotes, einen Beruf auszuüben — sofern man nicht diesen Artikel überhaupt streichen will — auch eintreten lassen will bei einer Freiheitsstrafe von drei Monaten. Es scheint mir doch, daß diese Grenze außerordentlich tief ist und daß man die Strafe, bei der diese Nebenstrafe in Betracht kommen soll, höher ansetzen sollte. Dann scheint mir auch prüfungswert die Frage zu sein, ob sie nur bei dolosen oder auch bei kulposen Vergehen platzgreifen könne.

Man wird nun darauf hinweisen, daß ein Ventil zu finden sei in den Bestimmungen über die Rehabilitation. Aber gerade diese Bestimmungen zeigen, daß sie auf diejenigen Fälle nicht anwendbar ist, die wir im Auge haben.

Ich glaube also, daß der Hinweis auf die Rehabilitation es nicht überflüssig macht, diejenigen Fragen zu prüfen, die wir aufgeworfen haben. Ich bitte Sie, in diesem Sinne die Anregungen entgegenzunehmen. Ich will nur erläuternd mitteilen, daß ich nach der ganzen Sachlage keinen Antrag auf Streichung mehr stelle, sondern daß ich diesen Antrag umwandle in einen Rückweisungsantrag.

Seiler, Berichterstatter: Herr Kollega Welti hat seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß sowohl Herr Bundesrat Häberlin wie auch Herr Huber mit seinem Rückweisungsantrag einverstanden seien. Es tut mir leid, daß ich die Freude trüben und den Antrag stellen muß, es soll diese Angelegenheit heute durch Beschluß so oder anders erledigt werden.

Ich muß auch gegen eine Auffassung Stellung nehmen, die Herr Welti soeben ausgedrückt hat, nämlich gegen die Auffassung, es genüge für ihn, weil er bei den früheren Beratungen in der Kommission nicht anwesend gewesen sei, hier seine Gedanken zu äußern, ohne Anträge zu stellen. Die Kommission hat seit Jahr und Tag beraten und teilweise nochmals beraten und legt Ihnen nun das Resultat dieser Beratungen vor. Wenn nun ein Mitglied des Rates findet, es sei etwas nicht in der Ordnung, so müssen wir das betreffende Mitglied bitten, seine Gedanken

in Anträgen zu formulieren, damit wir hier im Rate dazu Stellung nehmen können. Die Sache muß doch nun einmal erledigt werden können. Dabei wollen Sie doch berücksichtigen, daß wir einen Ständerat hinter uns haben, der so gescheit ist wie der Nationalrat selbst, und daß alle unsre Erörterungen zu Protokoll genommen und im stenographischen Bulletin niedergelegt werden. Der Ständerat wird sich gewiß Mühe geben, die Gedanken, die eventuell im Nationalrat nicht richtig entschieden worden wären, noch einmal zu überprüfen. Dann kommt die ganze Angelegenheit noch einmal in Form einer Differenz an den Nationalrat. Sie geht dann vielleicht nochmals an den Ständerat und so lange hin und her, daß wir vielleicht alle miteinander das Ende dieser Geschichte nicht mehr miterleben, wenn wir uns nicht bemühen, bald zu positiven Schlüssen zu kommen. Ich möchte also aus den Erfahrungen der Kommission heraus bitten, daß Sie Entscheide fällen und nicht nur Gedanken äußern.

Nun handelt es sich um zwei Fragen, die streitig sind. Die eine betrifft den Art. 48, also die Frage des automatischen Eintritts der Entziehung der bürgerlichen Ehren und Rechte als Nebenstrafe zur Zuchthausstrafe. Die andere Frage betrifft Art. 51, das Verbot, einen Beruf auszuüben, als Nebenstrafe

Herr Welte hat beim Art. 48 diese Nebenwirkungen der Zuchthausstrafe beklagt. Für mich sind das aber bewußte und notwendige Wirkungen der Zuchthausstrafe. Herr Huber hat darauf hingewiesen, daß die Kommission diese Angelegenheit vor 7 Jahren behandelt habe und daß damals das Stimmenverhältnis 12 : 10 gewesen sei. Ich nehme an, die Kommission vor sieben Jahren sei vielleicht so gescheit gewesen wie die heutige, die die Sache noch einmal überprüfen soll. Es sind doch gefühlsmäßige Auffassungen, die hier zutage treten, verschiedenartige Auffassungen über die Wirkungen der Zuchthausstrafe, über die man sich halt einmal entscheiden muß, so oder anders.

Herr Huber hat ferner darauf hingewiesen, ich weiß nicht ob bei Art. 48 oder Art. 51, daß, je nachdem wir die Sache lösen, wir dem Gesetz Freunde oder Gegner schaffen. Ich möchte gerade bei Art. 48 davor warnen, daß man zu weit gehe und gar keine Rücksicht nehme auf die bei der großen Mehrheit des Volkes bestehenden Auffassung, wonach die Zuchthausstrafe eben eine Strafe ist, die die Ehre des Bestraften tangiert und auch tangieren soll. Man hat mit vollem Bewußtsein nur für die allerschwersten Verbrechen die Zuchthausstrafe als einzige Strafe festgesetzt. Ich möchte also davor warnen, daß man hier zu weit gehe. Man möge sich überlegen, was es zur Folge haben wird, wenn man bei einer Zuchthausstrafe, nachdem alles erledigt ist, nun noch untersuchen soll, ob der Täter eine ehrlose Gesinnung an den Tag gelegt hat, ob er in der Ehrenfähigkeit eingestellt werden soll oder nicht. Herr Huber hat erklärt, mit unserer Auffassung stigmatisiere man den Verbrecher. Der Staat tue da etwas, was der Einzelne nicht tun dürfe, denn der Einzelne dürfe nicht einem andern vorhalten, er sei im Zuchthaus gewesen. — Ich glaube, auch das ist zu weit gegangen. Die Feststellung, daß jemand im Zuchthaus gewesen sei, wird jedermann machen dürfen. Er darf allerdings einem andern nicht das Wort « Zuchthäusler » an den Kopf werfen, er darf aber die Feststellung machen, daß

der andere im Zuchthaus gewesen sei, wenn er ein berechtigtes Interesse daran hat. Und der Staat insbesondere wird an die Zuchthausstrafe die Feststellung knüpfen dürfen, daß der Mann damit eben in seiner Ehrenhaftigkeit eingestellt werde. Für uns handelt es sich da um bewußte Wirkungen der Zuchthausstrafe. Bewußt deshalb, um nicht den Unterschied zwischen Zuchthausstrafe und Gefängnisstrafe noch mehr zu verwischen, als es im Gesetz bereits der Fall ist.

Auch davor möchte ich warnen, daß man in jedem Falle untersuchen solle, ob ein Täter wenn er nach dem Gesetz eine Zuchthausstrafe abbüßen muß, eine ehrlose Gesinnung an den Tag gelegt habe oder daß man den speziellen Teil noch bei jedem schweren Delikt festsetzen soll, ob der Täter wegen dieses Deliktes in der Ehrenfähigkeit eingestellt werde. Das Strafgesetz ist in seinem ganzen Aufbau schon kompliziert genug, mit allen den Nebenfragen, wie bedingte Verurteilung usw. Wir wollen nicht noch neue Komplikationen dazu, sodaß man uns schließlich vorwerfen könne: « Ihr habt ein Gesetz gemacht, das der gewöhnliche Mensch überhaupt nicht mehr versteht. » Es treten hier zweierlei Auffassungen zutage. Herr Hoppeler, man muß sich auch vor Uebertreibungen hüten. Herr Hoppeler hat gesagt, ein solcher Mensch komme niemals mehr in den Fall, seine bürgerlichen Ehrenrechte geltend machen zu können. (Widerspruch des Herrn Hoppeler) Doch, Sie haben das gesagt, vielleicht haben Sie sich versprochen. Wie ist denn aber die Sache? Wer zu Zuchthaus verurteilt wird, wird für zwei bis zehn Jahre in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt. Der Richter hat es in der Hand, auf das Minimum von zwei Jahren zu gehen, er kann aber auch eine höhere Dauer festsetzen. Dann heißt es? « Wer als Gewohnheitsverbrecher in eine Verwahrungsanstalt eingewiesen wird, bleibt zehn Jahre lang in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt. — Ich glaube, damit wird doch jedermann einverstanden sein, daß beim Gewohnheitsverbrecher unter allen Umständen diese Folge automatisch eintrete, und zwar für eine lange Zeit, sagen wir also für zehn Jahre. Das ist also nicht für alle Zeiten, sondern der Richter hat die Möglichkeit, die Dauer zu bestimmen.

Welches sind die Folgen der Einstellung in der Aktivbürgerschaft? Der Eingestellte ist unfähig, in öffentlichen Angelegenheiten zu stimmen und zu wählen, und er ist nicht wählbar. Er kann nicht Beamter, Mitglied einer Behörde, Vormund oder Zeuge bei der Aufnahme einer Urkunde sein. — Herr Huber hat erklärt, das passive Wahlrecht komme bei solchen Leuten überhaupt nicht in Betracht. Ich möchte das bezweifeln. Wenn die gesetzliche Möglichkeit besteht, so besteht auch tatsächlich die praktische Möglichkeit, daß im gegebenen Falle ein solcher Mann gewählt werde. Das würde nach meinem Empfinden nicht das Richtige sein. Also wollen Sie nun entscheiden über diesen Streit: automatische Folge der Zuchthausstrafe oder aber die Lösung, die die Minderheit vorschlägt.

Bei Art. 51 stellt Herr Welte den Antrag auf Rückweisung an die Kommission. Ich kann Ihnen erklären, daß die Kommission diese Dinge sehr eingehend erörtert und alle Fragen erwogen hat, die nun wieder als Zweifelsfragen aufgeworfen worden sind. Es wird Ihnen nicht gelingen, ein Strafgesetz zu schaffen, bei dem nicht diese oder jene Zweifelsfrage besteht.

Man hat schließlich Richter und die Praxis, um solche Zweifelsfragen zu erledigen; aber wenn Sie jede einzelne im Strafgesetz umschreiben wollen, dann bekommt es einen Umfang, daß der Bürger schließlich erklären wird, da kommt man nicht durch, das Strafgesetz verstehen wir nicht, man wird mit dem Lesen nicht fertig, wir wollen es nicht. Auch nach dieser Richtung möchte ich den Warnfinger aufheben.

Herr Welti hat einen gewissen Widerspruch konstatiert; es heiße in Art. 51 einerseits: «Wer in Ausübung seines Berufes ein Verbrechen begeht,» während nachher vom «Mißbrauch» gesprochen wird. Wir finden keinen Widerspruch darin. Wer in Ausübung seines Amtes ein Vergehen begeht, mißbraucht eben sein Amt. Uns scheint die Sache ganz klar. Er hat ferner die Fristen in Erwägung gezogen. Man kann darüber reden; aber wir wünschen Anträge, über die wir uns schlüssig machen können, damit nicht die Kommission mit all diesen Dingen wieder von vorne beginnen muß. In der Einschränkung, die die Kommission vorgenommen hat in dem Sinne, daß nur bei Berufen, für die eine behördliche Bewilligung maßgebend ist, das Berufsverbot eintreten soll, hat Herr Welti eine Ungerechtigkeit gefunden. Ich begreife das; aber Herr Welti wird uns zugeben, daß die praktischen Gründe, die ich für diese Lösung angeführt habe, dioch auch durchschlagend sein müssen. Wer ein Amt, das er kraft behördlicher Bewilligung hat, zur Begehung eines Verbrechens mißbraucht, soll von diesem Amt, und zwar wiederum nur für eine gewisse Zeit, ausgeschlossen sein. Das ist eine klare Lösung. Dann habe ich bereits darauf hingewiesen, daß für alle anderen Berufe, die in Betracht fallen könnten, die Ordnung durch die Spezialgesetzgebung herbeigeführt werden kann. Wir haben eine Wirtegesetzgebung, wir haben Gesetzgebungen auch für andere Berufe. In den Spezialgesetzgebungen können diese Folgen geregelt werden. Irreparabel ist die Sache ohnehin nicht. Herr Dr. Welti hat auf die Rehabilitation hingewiesen. Die Rehabilitationsbestimmung in Art. 73 heißt: «Ist der Täter in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt worden, und ist das Urteil seit mindestens drei Jahren vollzogen, so kann der Richter ihn auf sein Gesuch in die bürgerliche Ehrenfähigkeit wieder einsetzen, wenn sein Verhalten dies rechtfertigt, und wenn er den gerichtlich festgestellten Schaden, soweit es ihm möglich war, ersetzt hat.» Auch über diese Frist kann man reden. Herr Dr. Welti hat erklärt, diese Frist genüge für die Flle, die für ihn in Betracht kommen, nicht. Ich weiß nicht, welche Fälle Herr Dr. Welti im Auge hat, aber ich kann es mir ungefähr denken. Wir wollen bei der Bestimmung über die Rehabilitation über diese Dinge reden. Wenn Herr Dr. Welti diese Frist zu lang ist, dann mag er doch einen Antrag stellen, damit man darüber verhandeln kann. Es heißt dann weiter in Art. 74: «Ist der Täter zur Amtsentsetzung verurteilt worden und ist das Urteil seit mindestens drei Jahren vollzogen, so kann der Richter ihn auf sein Gesuch zu einem Amte wieder wählbar erklären.» Alles ist somit reparabel. Aber der Grundgedanke bleibt: In dem Augenblicke, in dem einer, der ein schweres Verbrechen begangen hat, zum Zuchthaus hinauskommt, soll er nicht wieder in alle seine bürgerlichen Rechte eingesetzt werden. Ueber die Fristen lt sich reden.

M. Logoz, rapporteur: Je vous ai dit tout à l'heure mon opinion sur la question de savoir si la peine accessoire de la privation des droits civiques doit être obligatoire dans certains cas, ou facultative dans tous les cas sauf disposition expresse et contraire de la loi. Je n'y reviens pas. La discussion, qui vient d'avoir lieu ne m'a pas fait changer d'opinion ldessus. Je dois, en revanche, m'opposer au renvoi à la commission de certaines dispositions relatives aux peines accessoires.

M. Welti, en particulier, a attiré tout à l'heure votre attention sur divers points au sujet desquels les dispositions du projet pourraient, à son avis, être revues.

Je ne mconnais certes pas que l'on puisse encore discuter sur certains termes et sur certaines dispositions des art. 48 à 53 de notre projet. On pourrait encore discuter longtemps, on pourrait même discuter indéfiniment sur certaines des questions auxquelles touchent ces articles. Mais ce que je puis vous assurer, c'est que votre commission a déjà étudié de très près les divers problèmes que posent ces textes.

Cela est vrai, tout spécialement, pour l'art. 51 qui prévoit l'interdiction d'exercer certaines professions. La commission a pesé le pour et le contre, en ce qui concerne les dispositions du projet du Conseil fédéral; en définitive, elle a adopté la solution qu'elle vous propose aujourd'hui. Je ne crois donc pas, pour ma part, qu'il soit recommandable de renvoyer à la commission l'une ou l'autre des dispositions qui viennent d'être discutées. Nous vous demandons plutôt de vous prononcer maintenant sur les propositions faites par la commission.

Pour ceux d'entre vous qui sont d'accord avec ces propositions, pas de difficulté. Quant à eux qui ne sont pas d'accord, nous leur serions infiniment reconnaissants de bien vouloir formuler eux-mêmes leurs propres propositions. Vous aurez alors à choisir.

D'autre part, n'oublions pas qu'il existe un Conseil des Etats. Ce Conseil n'a pas encore examiné le projet. Il l'étudiera certainement très à fond. A cet égard, les suggestions faites au cours de ce débat ne sont pas inutiles et je puis remercier ceux qui les ont faites. Mais je vous supplie de ne pas compliquer un travail qui n'est déjà que trop long, en renvoyant à la commission des articles qu'elle a déjà surabondamment discutés.

Prsident: In Art. 48 haben wir bei Abs. 1 einen Minderheits- und einen Mehrheitsantrag der Kommission. Die Mehrheit der Kommission stimmt dem Vorschlage des Bundesrates zu, die Minderheit wünscht folgende Fassung; «Wer zu Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt ist, kann in den in dem Gesetz vorgesehenen Fällen, oder wenn seine Tat eine ehrlose Gesinnung bekundet, von 1 bis 10 Jahren in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt werden.» Zu diesem Antrag der Minderheit stellt Herr Logoz einen Zusatzantrag für den Fall, daß der Minderheitsantrag angenommen wird. Es soll der dritte Absatz der Ziff. 1 des Vorschlages des Bundesrates mit dem Wortlaut: «Wer als Gewohnheitsverbrecher in eine Verwahrungsanstalt eingewiesen wird, bleibt zehn Jahre lang in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt,» beigefügt werden. Sie werden sich in eventueller Abstimmung darüber zuerst entscheiden, ob Sie für den Fall der Zustimmung zum Minderheitsantrag den

Zusatzantrag des Herrn Logoz annehmen wollen. Was dabei herauskommt als Minderheitsantrag, werde ich dem Mehrheitsantrag gegenüberstellen.

Abstimmung. — *Vote.*

Art. 48, Ziff. 1.

Eventuell — Eventuellement :

Für den Antrag Logoz	Mehrheit
Dagegen	Minderheit

Definitiv — Définitivement :

Für den Antrag der Kommissions-	Mehrheit
mehrheit	
Für den Antrag der Kommissions-	Minderheit
minderheit	

Präsident: Die Ziff. 2 und 3 des Art. 48 sind, ebenso wie die Art. 49, 50, unbestritten und angenommen.

Zu Art. 51 hat Herr Dr. Welte-Basel einen Rückweisungsantrag gestellt, ich betrachte ihn als einen Ordnungsantrag und lasse zuerst darüber abstimmen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag Welte	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

Präsident: Die Art. 52 und 53 sind unbestritten und angenommen.

Art. 54—59.

Anträge der Kommission.

Art. 54. 1. Besteht die Gefahr, daß jemand ein Verbrechen oder Vergehen, mit dem er gedroht hat, ausführen wird, oder legt jemand, der wegen eines Verbrechens oder Vergehens, insbesondere wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen Leib und Leben oder gegen die Ehre, verurteilt wird, die bestimmte Absicht an den Tag, das Verbrechen oder Vergehen zu wiederholen, so kann ihm der Richter auf Antrag des Bedrohten das Versprechen abnehmen, das Verbrechen oder Vergehen nicht auszuführen, und ihn anhalten, angemessene Sicherheit dafür zu leisten.

2. Verweigert er das Versprechen, oder leistet er böswillig die Sicherheit nicht innerhalb der bestimmten Frist, so kann ihn der Richter durch Sicherheitshaft dazu anhalten.

Die Sicherheitshaft darf nicht länger als zwei Monate dauern und wird wie die Haft vollzogen.

3. Begeht er das Verbrechen oder Vergehen innerhalb zwei Jahren, nachdem er die Sicherheit geleistet hat, so verfällt die Sicherheit dem Staate; andernfalls wird sie zurückgegeben.

Art. 55. Der Richter verfügt ohne Rücksicht auf die Strafbarkeit einer bestimmten Person die Einziehung von Gegenständen, die zur Begehung einer strafbaren Handlung gedient haben oder bestimmt waren oder die durch eine strafbare Handlung hervorgerufen worden sind, wenn diese Gegenstände die Sicherheit von Menschen, die Sittlichkeit oder die öffentliche Ordnung gefährden.

Der Richter kann anordnen, daß die eingezogenen Gegenstände unbrauchbar gemacht oder vernichtet werden.

Art. 56. Geschenke und andere Zuwendungen die dazu bestimmt waren, eine strafbare Handlung zu veranlassen oder zu belohnen, verfallen dem Staate. Sind sie nicht mehr vorhanden, so schuldet der Empfänger dem Staate deren Wert. Dem Staate verfallen auch Gegenstände, die sich jemand durch eine strafbare Handlung angeeignet hat, wenn während fünf Jahren, von der amtlichen Bekanntmachung gerechnet, der Eigentümer nicht festgestellt werden kann.

Art. 57. Ist jemand durch ein Verbrechen oder Vergehen geschädigt worden und wird ihm der Schädiger den Schaden voraussichtlich nicht ersetzen, so kann ihm der Richter den Erlös aus der Verwertung eingezogener Gegenstände, Geschenke und andern Zuwendungen oder deren Wert, die dem Staat verfallen sind, und den Betrag der Friedensbürgschaft zuerkennen.

Ist jemand durch ein Verbrechen oder Vergehen erheblich geschädigt worden und dadurch in Not geraten, und wird ihm der Schädiger den Schaden voraussichtlich nicht ersetzen, so kann ihm der Richter auch die vom Verurteilten bezahlte Buße zuerkennen.

Diese Zuwendungen sind auf die gerichtlich oder vergleichsweise festgesetzten Entschädigungen anzurechnen. Sie werden nur auf Verlangen des Geschädigten und gegen Abtretung des entsprechenden Teils seiner Forderung an den Staat zugesprochen.

Art. 58. Ist die Veröffentlichung eines Strafurteils im öffentlichen Interesse oder im Interesse des Verletzten oder Antragsberechtigten geboten, so ordnet sie der Richter auf Kosten des Verurteilten an.

Ist die Veröffentlichung eines freisprechenden Urteils im öffentlichen Interesse oder im Interesse des Freigesprochenen geboten, so ordnet sie der Richter auf Staatskosten oder auf Kosten des Anzeigers an.

Die Veröffentlichung im Interesse des Verletzten, Antragsberechtigten oder Freigesprochenen erfolgt nur auf deren Antrag.

Der Richter kann das Urteil in einem amtlichen Blatte des Bundes oder des Kantons oder in einer oder mehreren Zeitungen veröffentlichen lassen. Er kann beide Arten der Veröffentlichung miteinander verbinden.

Der Richter bestimmt den Umfang der Veröffentlichung.

Art. 59. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Propositions de la commission.

Art. 54. 1. S'il y a lieu de craindre que celui qui a menacé de commettre un crime ou délit ne le commette effectivement, ou si un condamné pour crime ou délit notamment pour crime ou délit contre la vie, l'intégrité corporelle ou l'honneur, manifeste l'intention formelle de réitérer, le juge, à la requête de la personne menacée, pourra exiger de lui l'engagement de ne pas commettre l'infraction et l'astreindre à fournir une sûreté suffisante.

2. S'il refuse de s'engager, ou si, par mauvais vouloir, il n'a pas fourni la sûreté dans le délai fixé, le juge pourra l'y contraindre en le mettant en détention.

Cette détention ne pourra durer plus de deux mois. Elle sera exécutée comme la peine des arrêts.

3. S'il commet l'infraction dans les deux ans à partir du jour où la sûreté a été fournie, celle-ci sera

acquise à l'Etat; en cas contraire, elle sera restituée à l'ayant droit.

Art. 55. Alors même qu'aucune personne déterminée ne peut être poursuivie ou condamnée, le juge prononcera la confiscation des objets qui ont servi ou devaient servir à commettre une infraction ou qui sont le produit d'une infraction, si ces objets compromettent la sécurité des personnes, la morale ou l'ordre public.

Le juge pourra ordonner que les objets confisqués soient mis hors d'usage ou détruits.

Art. 56. Les dons et autres avantages qui ont servi ou qui devaient servir à décider ou à récompenser l'auteur d'une infraction sont acquis à l'Etat. Si ces objets n'existent plus en nature, celui qui les a reçus devra en payer la valeur.

Sont également acquis à l'Etat les objets dont quelqu'un s'est emparé par une infraction, si le propriétaire ne peut pas en être découvert dans les cinq ans à partir de la publication officielle.

Art. 57. Si, par suite d'un crime ou délit, une personne a souffert un dommage et s'il est à prévoir que le criminel ou délinquant ne le réparera pas, le juge pourra allouer au lésé, en tout ou en partie, le produit de la réalisation des objets confisqués, les dons et autres avantages acquis à l'Etat en nature ou en valeur, ainsi que le montant du cautionnement préventif.

Si le dommage est assez notable pour faire tomber le lésé dans le besoin et s'il est à prévoir que le criminel ou délinquant ne réparera pas le dommage, le juge pourra également allouer au lésé, en tout ou en partie, le montant de l'amende payée.

Ces allocations seront imputées sur l'indemnité fixée par jugement ou par accord entre les parties. Elles ne seront accordées que sur requête du lésé et moyennant cession à l'Etat d'une part correspondante de sa créance.

Art. 58. Si l'intérêt public ou celui du lésé ou l'intérêt de celui qui a le droit de porter plainte l'exige, le juge ordonnera la publication du jugement aux frais du condamné.

Si l'intérêt public ou celui de l'accusé acquitté l'exige, le juge ordonnera la publication du jugement d'acquiescement, aux frais de l'Etat ou à ceux du dénonciateur.

La publication dans l'intérêt du lésé, la publication dans l'intérêt de celui qui a le droit de plainte et la publication dans l'intérêt de l'accusé acquitté n'auront lieu qu'à leur requête.

La publication aura lieu dans une feuille officielle, fédérale ou cantonale, ou dans un ou plusieurs journaux. Le juge pourra ordonner cumulativement les deux genres de publication.

Le juge fixera l'étendue de la publication.

Art. 59. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Seiler, Berichterstatter: Unter dem Sammelbegriff « Andere Maßnahmen » behandeln die Art. 54—59 im Gegensatz zu den « Sichernden Maßnahmen » im engern Sinne die Friedensbürgschaft, die Einziehung gefährlicher Gegenstände, den Verfall von Geschenken und Zuwendungen, die öffentliche Bekanntmachung und das Strafregister. Die Friedensbürgschaft, welche in der Annahme des Versprechens, auf

die Wiederholung einer Tat zu verzichten, in der Anhaltung zu Sicherheitsleistung und im Verweigerungsfall in der Sicherheitshaft besteht, ist eine vorsorgliche Maßnahme. Ergänzend hat die Kommission der bünderrätlichen Vorlage beigefügt, daß die Sicherheitshaft wie die eigentliche Haft vollzogen wird. Das Nähere über die Haft bestimmt Art. 37. Die Institution ist dem englischen Recht entnommen. Sie wird sich vorerst einleben müssen.

Art. 55 hat zwei Tatbestände des Vorentwurfs verschmolzen, die Einziehung als Strafe und die Einziehung als sichernde Maßnahme. Es können sowohl Gegenstände, die zur Begehung der Tat gedient haben oder durch die Tat hervorgebracht worden sind, als auch die Gegenstände, die zur Begehung eines Verbrechens bestimmt waren, eingezogen werden. Die Strafbarkeit der in Betracht fallenden Person ist keine Voraussetzung für die Einziehung. Voraussetzung ist dagegen, daß die Gegenstände die Sicherheit der Menschen, die Sittlichkeit oder die öffentliche Ordnung gefährden. Die Einziehung ist obligatorisch. Fakultativ ist dagegen die Unbrauchbarmachung oder Vernichtung.

Art. 56. Die Formulierung des Anfalls von Geschenken und Zuwendungen an den Staat hat durch die Kommission eine Ergänzung erfahren. Den Staat sollen nicht nur die aus verbrecherischer Absicht gemachten Geschenke und Zuwendungen zufallen, sondern auch diejenigen Gegenstände, die sich jemand durch ein Verbrechen angeeignet hat, sofern sich der Eigentümer nicht innert bestimmter Frist feststellen läßt. Sind die Geschenke und Zuwendungen nicht mehr vorhanden, so schuldet der Empfänger deren Wert.

Art. 57. Die Rücksicht auf den Geschädigten wird in Art. 57 in sehr weitgehendem Maße geübt. Sie geht zum Teil auf Kosten des Fiskus und bildet insofern eine Einschränkung von Art. 56. Die Kommission hat die verschiedenen Fälle des Art. 57 auseinandergelöst. Sie unterscheidet einmal zwischen konfiszierten Gegenständen und Bußen und sodann zwischen gewöhnlicher Schädigung und erheblicher Schädigung bzw. Not. Die Buße soll nur im Fall erheblicher Schädigung oder Not des Verletzten diesem zugewiesen werden. Es muß ein Begehren des Geschädigten vorliegen. Trotz diesem wesentlich vermehrten Entgegenkommen hat sich eine Opposition gegen diese Bestimmungen, die dem guten Herzen des Staates alle Ehre machen, nicht erhoben.

Art. 58. Der Entwurf behandelt die Publikation des Urteils nicht als Strafe, sondern als Maßnahme. Unter Umständen wirkt die Veröffentlichung allerdings schwerer als die Strafe selbst. Diese Maßnahme soll daher nur erfolgen, wenn sie im öffentlichen Interesse oder im Interesse des Verletzten liegt. Dem Verletzten hat die Kommission den Antragsberechtigten gleichgestellt. Der Richter hat die Zweckmäßigkeit der Publikation zu prüfen. Die Veröffentlichung im Staatsinteresse erfolgt von Amtes wegen, diejenige im Interesse des Verletzten oder des Freigesprochenen auf Antrag. Je nachdem regelt sich auch die Kostenfrage. Die Kommission hat insofern ergänzende Bestimmungen aufgenommen, als sie befügt, daß der Richter den Umfang der Publikation bestimmt. Er kann sich also mit dem Dispositiv begnügen oder auch

die Motive beifügen. Ueber das Publikationsorgan oder über eine Mehrzahl solcher bestimmt der Richter. In dieser Beziehung hat er volle Freiheit.

Art. 59 stellt lediglich den Grundsatz auf, daß Strafregister zu führen sind. Die Einzelheiten sind in den Art. 377—383 des III. Buches enthalten. Die Eintragung wird als Maßnahme, nicht als Strafe betrachtet. Sie liegt im Interesse der Rechtssicherheit.

Minderheitsanträge liegen in diesem Abschnitt (Art. 54—59) nicht vor. Ich empfehle Ihnen die Anträge der Kommission.

M. Logoz, rapporteur: Des mesures de sûreté proprement dites (art. 40 à 42), le projet distingue d'autres mesures dont parlent les art. 54 et suivants.

De ces diverses mesures complémentaires, qui sont de nature très différente, les unes agissent comme des peines accessoires; d'autres, en revanche ont un caractère plus marqué de mesures proprement dites: ainsi le cautionnement préventif et ce que l'art. 57 appelle les allocations au lésé.

Prenons d'abord l'art. 54 qui parle du cautionnement préventif. C'est, M. Seiler vient de le rappeler, au droit anglais que notre projet emprunte la « cautio de pace tuenda » (surety to keep the peace).

Voici comment fonctionne cette institution: à la demande d'un citoyen qui se voit menacé par un tiers dans sa sécurité personnelle, le juge de paix anglais peut obliger — et il oblige fréquemment — l'auteur de la menace à donner une sûreté, c'est-à-dire à déposer une somme ou à fournir l'engagement d'une caution, qui garantit que la menace ne sera pas mise à exécution.

Cette sûreté est perdue si le délit est commis quand même dans un certain délai fixé par le juge. Si l'accusé ne peut ou ne veut pas la fournir, le juge peut ordonner qu'il sera détenu, par mesure de sécurité, pour un certain nombre de jours, de semaines ou même de mois.

Le cautionnement préventif, tel que le prévoit l'art. 54, n'a donc aucun but de répression. Il ne remplace pas la peine et il n'exclut ni le prononcé ni l'exécution des sanctions prévues à l'art. 155 pour le délit de menaces.

En revanche, pour que le cautionnement préventif puisse être ordonné, il faut qu'il y ait danger réel de voir se réaliser la menace de commettre ou de réitérer un délit. Le juge devra donc distinguer d'après les circonstances et les personnes en cause, entre les menaces en l'air et les menaces sérieuses. C'est une tâche qui pourra mettre sa perspicacité à une dure épreuve.

S'il envisage les menaces comme sérieuses, le juge exigera la promesse visée à l'art. 54 et, éventuellement aussi, la sûreté qui y est prévue.

Si la promesse est refusée, le juge cherchera à l'obtenir par la contrainte, c'est-à-dire en plaçant celui qui a menacé en détention et en l'y maintenant jusqu'à deux mois. Le juge agira de même si, par mauvais vouloir, l'inculpé s'obstine à ne pas fournir le cautionnement réclamé.

La détention, dont le projet du Conseil fédéral ne fixe d'ailleurs pas le régime, n'est donc pas toujours possible quand le cautionnement ne sera pas fourni. Il faut, en pareil cas, que le juge constate

encore qu'il y a mauvaise volonté, en sorte qu'en pratique un insolvable pourra toujours s'en tirer par une simple promesse qu'il s'empressera de donner pour esquiver la détention. On peut n'avoir qu'une médiocre confiance dans une promesse de ce genre!

Il est vrai que, d'après les motifs à l'appui de l'avant-projet de 1908, cette procédure préventive ne doit pas être appliquée sans distinction à tout le monde. On la réservera pour ceux chez qui elle peut provoquer de sages réflexions, c'est-à-dire pour une élite. Mais alors, je me le demande, ne perd-elle pas une bonne partie de sa valeur? Pour cette élite, il n'est pas besoin d'avoir recours à de telles mesures. Les personnes appartenant à cette élite, ou bien ne préfèrent pas de menaces, ou bien si elles en ont proféré dans un instant d'emportement, réfléchissent d'elles-mêmes et renoncent à les exécuter, sans que le juge ait à s'en mêler!

Cependant, il est juste de reconnaître que l'expérience anglaise paraît démontrer que la promesse et le cautionnement préventifs peuvent rendre de bons services. D'autre part, ce système est un moyen de remplacer le renvoi sous la surveillance de la police, que le projet n'a pas institué. Enfin, si l'art. 54 ne donne pas tout ce que ses auteurs en attendent, du moins ne causera-t-il pas de mal. C'est donc, somme toute, une expérience à tenter.

La commission vous propose donc d'adopter l'art. 54, auquel elle n'a, quant aux chiffres 1 et 3, apporté que des modifications de forme. Au chiffre 2 in fine, d'autre part, la commission comble la lacune signalée tout à l'heure dans le projet du Conseil fédéral, c'est-à-dire qu'elle pose une règle relative au régime de la détention prévu au chiffre 2. Cette détention sera subie « comme les arrêts ».

Art. 55. Confiscation d'objets dangereux. Il s'agit, d'après cet article, d'objets qui ont servi ou devaient servir à commettre un délit, ou qui ont été créés par un délit et qui compromettent la sécurité des personnes, la morale ou l'ordre public.

Exemples d'objets qui ont servi ou devaient servir à commettre un délit: des explosifs, des bombes, du poison, des instruments d'infraction, etc. Exemples d'objets qui sont le produit d'un délit et qui pourront être confisqués: Faux billets de banque, fausse monnaie, littérature pornographique, etc.

Donc, dès que cela lui paraît nécessaire, le juge prononcera la confiscation. Il peut aussi ordonner la destruction des objets confisqués. Il serait peu indiqué, en effet, de vendre aux enchères de la fausse monnaie ou des outils de cambrioleur; on peut évidemment vendre le métal... ou placer ces curiosités dans un musée criminel.

Quant à sa nature, la confiscation sera tantôt une peine accessoire (confiscation prononcée contre le délinquant dans le jugement qui le condamne), tantôt une pure mesure de prévention: l'auteur du délit est inconnu ou ne peut pas être atteint; il faut pourtant faire disparaître les objets dangereux. C'est ce que permet le début de l'art. 55.

Les modifications proposées par la commission, d'une façon générale, sont d'ordre formel. L'art. 55 de notre projet est ainsi mis, par la commission, en harmonie avec l'art. 41 du Code pénal militaire.

L'art. 56, qui vise ce qu'il appelle la dévolution à l'Etat, est imité d'une disposition analogue du Code pénal neuchâtelois; il correspond exactement

à l'art. 42 du Code pénal militaire, à une différence près: la commission propose de dire au second alinéa:

« Sont également acquis à l'Etat les objets dont quelqu'un s'est emparé par effraction, si le propriétaire ne peut pas être découvert dans les cinq ans à partir de la publication officielle. »

Le Code pénal militaire fixe dix ans. Avec la commission, je pense que le délai de cinq ans doit être maintenu dans notre projet; ce délai correspond en effet aux règles posés par le Code civil suisse pour les choses trouvées (art. 722, 1^{er} al.).

Art. 57. Allocations au lésé. Par diverses dispositions, le projet cherche à pousser le délinquant à faire tout son possible pour réparer le dommage causé à sa victime. Voyez, par exemple, l'art. 36 (libération conditionnelle), l'art. 39 (condamnation conditionnelle) et les art. 73 et suivants sur la réhabilitation.

Mais il peut arriver que le délinquant soit réellement hors d'état de réparer le dommage, ou du moins tout le dommage causé par son délit. Cela est regrettable, tout spécialement dans le cas où le dommage est grave, et surtout s'il est assez grave pour faire tomber la victime dans la misère.

Que peut-on, dans ce cas, faire en faveur de la victime? L'Etat peut renoncer, au profit de la victime, aux avantages pécuniaires qu'il a pu retirer du délit: amende, valeur d'objets confisqués, dons ou autres avantages acquis à l'Etat en vertu de l'art. 56 dont nous venons de parler, etc.

C'est ce que prévoit l'art. 57. Le juge peut allouer à la victime d'un délit tout ou partie des avantages pécuniaires procurés à l'Etat par ce délit. Cette disposition est équitable; elle est aussi de bonne politique. Elle est, comme le dit le message du Conseil fédéral, un moyen d'intéresser le lésé au procès pénal et d'assurer ainsi à la justice une collaboration qui peut être précieuse.

J'ajoute que votre commission propose de modifier le texte de l'art. 57, tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral, sur les points suivants:

1^o L'amende est une peine et une peine principale; elle doit, en principe, tomber dans la caisse de l'Etat. La commission a donc jugé opportun de mettre à part le cas où c'est l'amende qui sera totalement ou partiellement allouée au lésé. Elle ne lui sera allouée, d'après la proposition de la commission, que si, non seulement on peut prévoir que le délinquant ne réparera pas le dommage, mais si le dommage est assez grave pour faire tomber le lésé dans le dénûment; c'est ce que dit le second alinéa du texte de la commission. Tandis que dans les cas du premier alinéa, il suffira que l'on doive prévoir que le criminel ne réparera pas le dommage.

2^o A l'al. 3, la commission propose d'ajouter au texte du Conseil fédéral: a) que les allocations en question ne seront accordées au lésé que sur sa requête; b) que le lésé devra céder à l'Etat une part correspondante de sa créance.

Ces dispositions se justifient d'elles-mêmes.

Art. 58. Le Code pénal militaire, art. 43, contient une disposition semblable à celle de l'art. 58 de notre projet, mais pas tout à fait identique.

D'après notre art. 58, peuvent être publiés, d'une part, les jugements de condamnation, d'autre part les jugements d'acquittement.

1^o La publication des jugements de condamnation est prescrite dans certains cas par le projet. Voyez par exemple l'art. 53, chiff. 2, et les art. 131, 132, 202, etc.

Mais, en outre, cette publication peut être ordonnée, d'une manière générale, aux conditions prévues par l'art. 58.

Dans les cas de l'art. 58, elle n'a pas toujours pour but essentiel d'aggraver la peine par une sorte de mise au pilori. Et d'après l'art. 58, al. 1, les jugements de condamnation ne seront publiés que si l'intérêt général ou celui du lésé, ou encore, a ajouté la commission, l'intérêt de celui qui a le droit de porter plainte, l'exige.

Exemple: l'intérêt général exige la publication du jugement qui condamne le fabricant de produits alimentaires nuisibles à la santé (baptiseur de lait, etc.). Quant au lésé ou à celui qui peut porter plainte, son intérêt voudra que le jugement soit publié, par exemple, quand il y a eu calomnie lancée contre lui par la voie de la presse.

Du reste (al. 3), la publication dans l'intérêt du lésé ou de celui qui a le droit de porter plainte, n'aura lieu qu'à sa requête.

2^o Quant à la publication des jugements d'acquittement, voyez l'al. 2. Cette publication s'imposera, par exemple, en cas de révision d'un jugement de condamnation. C'est une des réparations auxquelles a droit la victime d'une erreur judiciaire. Mais d'autres cas sont possibles.

Aux al. 3 et 4, la commission propose de préciser et de modifier quelque peu les règles du projet du Conseil fédéral relative aux modalités de la publication.

L'art. 59, enfin, concerne le casier judiciaire. Sur ce point encore, il n'est pas douteux que le projet améliorera sensiblement l'état de choses actuel.

Je vous recommande d'adopter les art. 54 à 59, tels qu'ils vous sont proposés par la commission.

Angenommen. — Adoptés.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 12. Dezember 1928.
Séance du matin du 12 décembre 1928.

Vorsitz: — Présidence: Hr. *Walther*.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
 Code pénal suisse.

Fortsetzung. — *Suite*.

Siehe Seite 939 hievor. — Voir page 939 ci-devant.

Art. 60—66.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 60. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 61. Der Richter kann die Strafe mildern: wenn der Täter gehandelt hat aus achtungswerten Beweggründen, in schwerer Bedrängnis, unter dem Eindruck einer schweren Drohung, auf Veranlassung einer Person, der er Gehorsam schuldig oder von der er abhängig ist; wenn der Täter durch das Verhalten des Verletzten ernstlich in Versuchung geführt wurde; wenn Zorn oder großer Schmerz über eine ungerechte Reizung oder Kränkung ihn hingerissen hat; wenn er aufrichtige Reue betätigt, namentlich den Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat; wenn seit der Tat verhältnismäßig lange Zeit verstrichen ist und der Täter sich während dieser Zeit wohl verhalten hat.

Art. 62. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 63. Wo das Gesetz eine Strafmilderung nach freiem Ermessen vorsieht, ist der Richter an die Strafart und das Strafmaß, die für das Verbrechen oder Vergehen angedroht sind, nicht gebunden.

Der Richter ist aber an das gesetzliche Mindestmaß der Strafart gebunden.

Art. 64. 1. Wird jemand zu Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt und sind zur Zeit der Tat noch nicht fünf Jahre vergangen, seit er eine Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe ganz oder teilweise erstanden hat oder aus der Verwahrungs-, Arbeitserziehungs- oder Trinkerheilanstalt entlassen worden ist, so erhöht der Richter die Dauer der Strafe. Er ist an das höch-

ste Maß der angedrohten Strafe nicht gebunden, darf aber das gesetzliche Höchstmaß der Strafart nicht überschreiten.

Der Erlaß durch Begnadigung steht der Ersetzung gleich.

2. Eine Bestrafung im Auslande begründet Rückfall, wenn sie wegen einer strafbaren Handlung erfolgt ist, für die nach schweizerischem Recht die Auslieferung bewilligt werden könnte.

Art. 65. 1. Hat jemand durch eine oder mehrere Handlungen mehrere Freiheitsstrafen verwirkt, so verurteilt ihn der Richter zu der Strafe der schwersten Tat und erhöht deren Dauer angemessen. Er kann jedoch das höchste Maß der angedrohten Strafe nicht um mehr als die Hälfte erhöhen. Dabei ist er an das gesetzliche Höchstmaß der Strafart gebunden.

Hat der Täter mehrere Bußen verwirkt, so verurteilt ihn der Richter zu der Buße, die seinem Verschulden angemessen ist.

Nebenstrafen und Maßnahmen können verhängt werden, auch wenn sie nur für eine der mehreren strafbaren Handlungen oder nur in einer der mehreren Strafbestimmungen angedroht sind.

2. Hat der Richter eine mit Freiheitsstrafe bedrohte Tat zu beurteilen, die der Täter begangen hat, bevor er wegen einer andern Tat zu Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, so bestimmt der Richter die Strafe so, daß der Täter nicht schwerer bestraft wird, als wenn die mehreren strafbaren Handlungen gleichzeitig beurteilt worden wären.

Art. 66. Der Richter rechnet dem Verurteilten die Untersuchungshaft auf die Freiheitsstrafe an, soweit der Täter die Untersuchungshaft nicht durch sein Verhalten nach der Tat herbeigeführt oder verlängert hat. Lautet das Urteil nur auf Buße, so kann er die Dauer der Untersuchungshaft in angemessener Weise berücksichtigen.

Abs. 2 streichen (wird Art. 97, Ziff. 8).

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 60. Le juge fixera la peine d'après la culpabilité du délinquant, en tenant compte de ses mobiles, de ses antécédents et de sa situation personnelle.

Art. 61. Le juge pourra atténuer la peine: lorsque le coupable aura agi en cédant à un mobile honorable, dans une détresse profonde, sous l'impression d'une menace grave, sous l'ascendant d'une personne à laquelle il doit obéissance ou de laquelle il dépend; lorsqu'il aura été induit en tentation grave par la conduite de la victime;

lorsqu'il aura été entraîné par la colère ou par une douleur violente, produites par une provocation injuste ou une offense imméritée;

lorsqu'il aura manifesté par des actes un repentir sincère, notamment lorsqu'il aura réparé le dommage autant qu'on pouvait l'attendre de lui;

lorsqu'un temps relativement long se sera écoulé depuis l'infraction et que le délinquant se sera bien comporté pendant ce temps.

Art. 62. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 63. Dans les cas où la loi prévoit l'atténuation libre de la peine, le juge n'est lié ni par le genre, ni par le minimum de la peine prévue pour le crime ou délit.

Le juge reste lié par le minimum légal de chaque genre de peine.

Art. 64. 1. En cas de condamnation à la réclusion ou à l'emprisonnement et quand, dans les cinq ans qui ont précédé l'infraction, l'auteur de celle-ci avait subi, en tout ou en partie, une peine de réclusion ou d'emprisonnement, ou avait été élargi d'une maison d'internement ou d'une maison d'éducation au travail ou d'un asile pour buveurs, le juge augmentera la durée de la peine. Il ne sera pas lié par le maximum de la peine prévue pour l'infraction, mais il ne pourra dépasser le maximum légal du genre de peine.

La remise par voie de grâce d'une peine privative de liberté est assimilée à l'exécution.

2. Une condamnation subie à l'étranger compte pour la récidive, si elle a été prononcée à raison d'une infraction pouvant, d'après le droit suisse, donner lieu à extradition.

Art. 65. 1. Lorsque, par un seul ou par plusieurs actes, un délinquant aura encouru plusieurs peines privatives de liberté, le juge le condamnera à la peine de l'infraction la plus grave et en augmentera la durée d'après les circonstances, mais pas au delà de la moitié en sus du maximum de la peine prévue pour cette infraction. Il sera, en outre, lié par le maximum légal du genre de peine.

Si le délinquant a encouru plusieurs amendes, le juge le condamnera à une amende proportionnée à sa culpabilité.

Toute peine accessoire, mesure de sûreté ou autre mesure pourra être appliquée, même si elle n'est prévue que pour une des infractions en concours ou par une des lois en concours.

2. Si le juge doit prononcer une condamnation à raison d'une infraction punie d'une peine privative de liberté que le délinquant a commise avant d'avoir été condamné pour une autre infraction punie également d'une peine privative de liberté, il fixera la peine de telle sorte que le délinquant ne soit pas plus sévèrement puni, que si les diverses infractions avaient fait l'objet d'un seul jugement.

Art. 66. Le juge déduira la détention préventive de la peine privative de liberté dans la mesure où le condamné n'aura pas, par sa conduite après l'infraction, provoqué lui-même sa détention préventive ou la prolongation de celle-ci. S'il ne condamne qu'à l'amende, il pourra tenir compte de cette détention dans une mesure équitable.

Al. 2. Biffer (devient art. 97, chiff. 8.)

Seller, Berichterstatter: Die Grundsätze über die Strafzumessung gehören zu den wichtigsten und

sympathischsten Neuerungen der den Entwurf charakterisierenden Strafrechtsreform. In Art. 60 spiegelt sich die ganze Tendenz des Gesetzgebers wieder. Nicht nach einem starren System und nach rein objektiven Maßstäben soll der Richter die Strafe festsetzen, sondern nach dem Verschulden des Täters, und das Maß des Verschuldens wiederum ist aus den Umständen heraus festzusetzen, die zum Verständnis der Tat herbeigezogen werden müssen. Beweggründe der Tat, Vorleben und persönliche Verhältnisse des Täters, diese Faktoren bedingen nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine psychologische Abklärung des Falles. Sie zwingen zu viel eingehenderen Untersuchungen als man es wohl bis heute durchwegs gewohnt war, und sie stellen an den Richter in bezug auf Menschenkenntnis und soziales Verständnis erhöhte Anforderungen. In diesem Zusammenhang kommen wir auf die im Eintretensreferat hervorgehobene These zurück, daß nicht nur das Verbrechen, sondern auch der Verbrecher zu ergründen ist. So lautet die positive Vorschrift des Art. 60. Was der gewissenhafte Richter schon unter dem bestehenden Recht, allerdings ohne die nötigen gesetzestechnischen Mittel dazu zu besitzen, getan hat, wird hier zur gesetzlichen Norm. Zweifellos wird durch diese Norm auch die Voruntersuchung beeinflusst werden, da nur dann dem Gesetze Genüge geleistet werden kann, wenn die Grundlagen für die Strafzumessung durch eine genügende Untersuchung geschaffen sind. Diese Ergründung des Verbrechers ist nicht nur notwendig für die Feststellung der Strafbarkeit als solcher, sondern auch für die Wahl von Strafart oder sichernder Maßnahme und für die richtige Wahl der Sanktion im Hinblick auf einen zweckmäßigen Vollzug. Schon mit Rücksicht auf die Möglichkeit des bedingten Strafvollzuges drängt sich die Notwendigkeit der Erforschung der Verumstände, die zur Tat geführt haben, auf. Die mehr gefühlsmäßige Festsetzung der Strafe soll durch eine planmäßige Erforschung der gesamten Umstände des Falles ersetzt werden. Werden auch diese Vorschriften das Ideal nie erreichen lassen, so liegt doch schon in der deutlich ausgesprochenen Tendenz ein großer Vorteil.

Die mildernden Umstände des Art. 61 geben dem Richter eine detaillierte Anweisung, nach welchen Richtungen hin er seine Erhebungen machen soll. Diese mildernden Umstände sind verschiedener Art. Sie können im innern Wesen des Täters liegen, aber auch auf Verhältnisse zurückgehen, die von außen auf den Täter gewirkt haben. Das Gesetz führt auf: Achtungswerte Beweggründe, schwere Bedrängnis, Drohung, Abhängigkeit, Zorn oder Schmerz über ungerechte Behandlung, Reue und auch Zeitablauf. Die Kommission hat an diesem System nur wenig geändert. Sie hat den weitem Umstand herbeigezogen, daß der Täter ernstlich in Versuchung geführt worden ist, eine Beifügung, die namentlich bei den Sittlichkeitsverbrechen in Betracht kommen dürfte. Die übrigen Aenderungen sind redaktionell.

In diesem Zusammenhang ist ein neuer Antrag des Touring-Clubs der Schweiz zu erwähnen. Er bezweckt die Aufnahme eines weiteren Milderungsgrundes, nämlich das Mitverursachen des Schadens durch das Verhältnis des Geschädigten, wie unrichtiges Ausweichen etc. Der Gedanke ist dem Zivilrecht entnommen, in welchem bekanntlich das Mitverschulden des Verletzten einen großen Einfluß

auf das Maß der Entschädigung ausübt. Kann dieser Gedanke in das Strafrecht hinübergenommen werden, in welchem das Maß des Verschuldens des Täters maßgebend ist? Die Aufzählung der Fälle in der Eingabe des Touring-Clubs zeigt, daß die strafrechtlichen Begriffe, namentlich der Begriff des Kausalzusammenhanges, nicht klar erfaßt sind. Nach Ansicht der Kommission genügen die Milderungsgründe der Vorlage auch für die Behandlung der Vergehen im Automobilverkehr. Eine allgemeine Privilegierung der Verkehrsdelikte ist nicht angängig. Dagegen konnte sich die Kommission der Einsicht nicht verschließen, daß die Qualifikation der Strafe für die fahrlässige Tötung und die fahrlässige Körperverletzung gegenüber den Berufschaffeuereine Ungerechtigkeit in sich trägt. Die Erörterung dieser Frage gehört jedoch in den Besonderen Teil (Art. 104 und Art. 111).

Die Auswirkung der Strafmilderung auf die Strafsätze ist eine erhebliche. Sie berührt die Strafart und die Strafzeit. Am weitestgehenden ist die Umwandlung der Zuchthausstrafe in die Gefängnisstrafe und die Umwandlung der Gefängnisstrafe in Haft oder Busse. Erwähnt sei auch der ursprüngliche Minderheitsantrag der Herren Dedual und Konsorten, der an Stelle der Todesstrafe Zuchthausstrafe vorsieht. Infolge der Ablehnung der Todesstrafe fällt dieser Antrag selbstverständlich dahin.

Eine weitere Stufe der Milderung sieht Art. 63 vor, die Strafmilderung nach freiem Ermessen. Nach dieser Bestimmung ist der Richter an den Strafrahmen überhaupt nicht mehr gebunden; nur das gesetzliche Mindestmaß der Strafart darf er nicht verletzen. Ein Hauptgebiet dieser Möglichkeit des Milderns nach freiem Ermessen bildet der Versuch.

Das Gegenstück der Strafmilderung bildet die Strafschärfung beim Rückfall gemäß Art. 64 und beim Zusammentreffen mehrerer Handlungen gemäß Art. 65. Eine materielle Aenderung an diesen Vorschriften hat die Kommission nur insofern vorgenommen, als sie die Rückfallschärfung bei der Haft auszuschließen vorschlägt. Die Bezeichnung Freiheitsstrafe, unter die auch die Haft fällt, soll durch Zuchthaus- und Gefängnisstrafe ersetzt werden. Ob diese Beschränkung materiell richtig ist, darüber kann man streiten. Bei der Rückfallsbestimmung des Art. 64 ist auch die Entlassung aus der Trinkerheilanstalt anzuführen. Es ist dies im Hinblick auf die Bestimmung des Art. 42 nachzutragen. Zu bemerken ist im weitern, daß sich die Rückfallschärfung nicht auf die Wiederholung gleichartiger Verbrechen beschränkt, sondern immer dann eintritt, wenn auf eine Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe innert bestimmter Frist wieder eine solche folgt. Sodann ist zu betonen, daß in Art. 65 die Idealkonkurrenz und die Realkonkurrenz in gleicher Weise behandelt werden. Diese Lösung wird von Prof. Hafter als unrichtig bezeichnet. Die Realkonkurrenz, bei der mehrere, oftmals weit auseinanderliegende Verbrechen vorliegen, könne nicht auf die gleiche Linie gestellt werden wie die Idealkonkurrenz, bei der nur eine Handlung vorliegt. Im übrigen aber werden die Detailbestimmungen in bezug auf die Behandlung der Bussen, der Nebenstrafen und der Maßnahmen und in bezug auf die Zusatzstrafe bei erneuter Verurteilung als Fortschritt bezeichnet.

Die Anrechnung der Untersuchungshaft ist in der Praxis von großer Bedeutung. Die bundesrätliche Fassung des Art. 66 steht auf dem Boden der fakultativen Anrechnung. Die Kommission schreibt die Anrechnung für den Fall und insoweit zwingend vor, als der Täter die Untersuchungshaft nicht verschuldet oder nicht schuldhaft verlängert hat. Eine große Bedeutung kommt dieser Aenderung nicht zu. Nach beiden Formulierungen wird eben der Richter auf die besonderen Verumständungen abstellen. Nicht zu übersehen ist, daß die Untersuchungshaft nur auf die Freiheitsstrafen angerechnet werden kann, nicht aber auf die sichernden Maßnahmen, z. B. auf die Verwahrung. Die Definition über den Begriff Untersuchungshaft ist in den Art. 97 verwiesen worden.

In ihrer Gesamtheit bilden die Art. 60—66, wie schon erwähnt, einen Ansporn zu gewissenhafter Rechtsfindung und gerechter Behandlung des Täters. Sie verdienen die vorbehaltlose Annahme durch den Rat.

M. Logoz, rapporteur: Les diverses infractions sont énumérées à la partie spéciale du projet. Pour chacune d'elles, le projet, comme toutes les lois pénales en vigueur aujourd'hui, indique d'une part les éléments constitutifs de l'infraction et, d'autre part, la pénalité qui en est la sanction. Or, en indiquant au juge la peine à infliger dans chaque cas, le projet lui laisse toujours un certain pouvoir appréciateur. Tantôt le juge peut évoluer entre un maximum et un minimum; tantôt même, il a le choix entre deux ou plusieurs genres de peines.

Il était donc nécessaire de compléter les indications données au juge, pour chaque infraction, dans la partie spéciale, par des dispositions de la partie générale de la loi dont le but est de faire connaître au juge les principes généraux dont il doit s'inspirer pour mesurer la peine dans chaque cas concret.

De là les articles que nous sommes en train de discuter, c'est-à-dire les art. 60 à 66 du projet. Ils règlent successivement les quatre questions générales que voici:

1. La fixation de la peine en général (art. 60), c'est-à-dire dans les limites ordinaires prévues par la partie spéciale.

2. Les art. 61 et suivants fixent ensuite à quelles conditions et dans quelle mesure la peine peut être atténuée, c'est-à-dire descendre au-dessous de la limite inférieure prévue par la partie spéciale (art. 61, 62 et 63).

3. Les art. 64 et 65 disent aussi à quelles conditions et dans quelle mesure la peine peut être, non pas atténuée, mais aggravée, c'est-à-dire peut dépasser la limite supérieure normale fixée par la partie spéciale.

Les art. 64 et 65 parlent, en d'autres termes, de la récidive et du concours d'infractions.

Enfin, 4. L'art. 66 (voyez aussi 396) dit comment doit être réglée la question de l'imputation de la détention préventive sur la peine prononcée.

Quant à l'art. 60, je relève tout d'abord que le texte de la commission est presque identique à celui de l'art. 44 du Code pénal militaire.

Je me permets de souligner l'importance fondamentale de cette disposition. Loin d'être superflue, elle a pour objet et peut avoir pour résultat de faire disparaître les jugements qui reposent sur une im-

pression plus ou moins approximative et de les remplacer par des jugements fondés sur un examen raisonné de l'ensemble des circonstances touchant à l'infraction commise et à l'homme qui a commis cette infraction.

Il est certain que l'art. 60 de notre projet exige beaucoup du juge. Mais il est essentiel qu'on s'attache à observer les règles qu'il énonce, si l'on veut avoir enfin une justice pénale qui travaille, non pas à l'aveuglette, mais rationnellement, utilement et « justement ».

Je passe aux art. 61, 62 et 63. Dans le texte de la commission, ces articles correspondent à peu près exactement aux art. 45, 46 et 47 du Code pénal militaire.

En substance, quant à l'atténuation de la peine normale, le projet distingue deux éventualités.

Il prévoit tout d'abord des « circonstances atténuantes » dont l'effet est de circonscrire la peine dans des limites nouvelles, tracées à l'art. 62, et à l'intérieur desquelles le juge la fixera dans chaque cas conformément aux principes généraux. Voyez, à ce sujet, les art. 61 et 62.

Mais le projet prévoit aussi « l'atténuation libre », qui donne au juge des pouvoirs extraordinaires auxquels je reviendrai tout à l'heure. Ceci fait l'objet de l'art. 63.

Je prends maintenant les circonstances atténuantes proprement dites (art. 61—62).

En France, où le système des circonstances atténuantes a son origine, le jury est purement et simplement autorisé à ajouter à tout verdict de culpabilité qu'il existe des circonstances atténuantes. Le jury n'a pas à s'expliquer davantage. Il n'a pas à indiquer dans quels faits il a découvert les circonstances atténuantes qu'il admet. C'est aussi le système du Code pénal allemand, sauf qu'ici l'admission des circonstances atténuantes est limitée à certaines infractions.

Notre projet rompt avec ce système des circonstances atténuantes dites indéterminées, système qui a été très critiqué en France même et qui fait souvent dépendre l'octroi des circonstances atténuantes du caprice du jury ou de l'éloquence de l'avocat. Notre projet abandonne ce système où l'octroi des circonstances atténuantes est plus ou moins livré au hasard; il énumère et spécifie au contraire les circonstances qui permettront de déplacer la limite inférieure de la peine.

En adoptant ainsi la méthode de l'énumération limitative, notre projet rapproche les circonstances atténuantes de ce que les Français appellent les « excuses », qui sont des faits légaux, prévus expressément par la loi.

En vertu des dispositions que nous commentons, il faudra donc, à l'avenir, poser au jury la question: « Existe-t-il telle ou telle des circonstances atténuantes prévues à l'art. 61? »

Les cantons devront adopter ce système même si, comme c'est le cas à Genève, ils règlent cette matière dans des lois de procédure pénale.

J'ajoute que, très heureusement à mon avis, le projet met fin au système des circonstances « très atténuantes ». Ce système est compliqué, il rend l'application de la loi incertaine, car souvent il est très difficile de distinguer les circonstances atténuantes simples des circonstances très atténuantes.

Aux termes de l'art. 61, le juge « pourra » atténuer la peine s'il existe une des circonstances prévues par l'art. 60. En d'autres termes, l'atténuation en vertu de circonstances atténuantes est facultative et non pas obligatoire pour le juge; autrement dit encore, le juge pourra prononcer la peine ordinaire bien qu'il y ait des circonstances atténuantes, s'il constate que le délinquant ne mérite pas une atténuation.

Je n'insiste ni sur le détail des circonstances atténuantes énumérées à l'art. 61, ni sur les dispositions par lesquelles l'art. 62 règle les effets de l'atténuation.

J'ajoute seulement:

1. Que votre commission propose de compléter sur un point le catalogue des circonstances atténuantes prévues par l'art. 61.

La commission propose d'admettre comme circonstance atténuante (non prévue par le projet du Conseil fédéral) le fait que le coupable aurait été induit en tentation grave par la conduite de la victime.

Je ne reviens pas sur la proposition faite par le Touring-Club suisse de compléter, sur un autre point, le catalogue de l'art. 61. Je me réfère à ce que M. Seiler vient de vous dire à ce sujet. Si le Touring-Club n'a pas obtenu ce qu'il demandait au sujet de l'art. 61, il a, en revanche, obtenu de la commission d'autres satisfactions à propos de la partie spéciale du projet. Nous y reviendrons.

2. A l'art. 62, d'autre part, la proposition faite par la minorité me paraît tomber par suite de la décision que vous avez prise à propos de l'art. 33bis (peine de mort).

Art. 63. Dans le texte de la commission, l'art. 63 correspond à l'art. 47 du Code pénal militaire.

Une seule remarque: cet art. 63 donne au juge des pouvoirs très étendus; de là, la nécessité de la réserve inscrite en tête de cet article. Le juge n'aura ce pouvoir exceptionnel que dans les cas où la loi le lui donne expressément. Cette restriction est absolument nécessaire, si l'on ne veut pas accorder au juge un pouvoir exorbitant.

Ceci dit, je passe aux art. 64 et 65 qui traitent de la récidive et, d'autre part, du concours réel ou idéal. Ce sont les deux cas classiques dans lesquels la peine est aggravée.

Remarquez cependant qu'en réalité, le concours, auquel nous reviendrons tout à l'heure, n'emporte aucune aggravation; au contraire, il n'est prononcé qu'une peine pour plusieurs délits. En somme, donc, nous n'avons dans le projet qu'une cause générale d'aggravation de la peine. Et c'est la récidive, dont parle l'art. 64.

Dans ce cas, le juge peut franchir la limite supérieure spéciale de la peine prévue pour l'unique infraction qu'il a à juger, c'est-à-dire aller plus haut que le maximum de la peine prévue pour ce délit.

En revanche, il ne peut pas dépasser le maximum général fixé par la loi pour le genre de peine qu'il appliquera.

Je ne crois pas devoir insister sur le détail des règles posées par l'art. 64. En effet, cet article, tel qu'il est proposé par la commission, définit la récidive de la même manière que l'art. 48 du Code pénal militaire. Il y a une seule différence matérielle: le projet de Code pénal suisse mentionne, comme condamnations pouvant créer l'état de récidive, les condamnations à un internement ou au séjour dans

une maison de travail. Dans ces deux cas, en effet, qui n'existent pas en droit militaire, la mesure de sûreté a été ordonnée après qu'une peine privative de liberté a été prononcée. Mais l'exécution de cette peine a été remplacée par l'internement (art. 40) ou simplement suspendue pour tenter la rééducation par la maison de travail (art. 41).

Je signale, d'autre part, que vos décisions modifiant l'art. 42 doivent conduire à mentionner aussi dans l'art. 64, chiffre 1, al. 1, la condamnation qui renvoie le délinquant dans un asile pour buveurs. L'art. 42, tel que vous l'avez adopté, traite la mesure du renvoi dans un asile pour buveurs, de la même manière que l'art. 41 réglemente le renvoi dans une maison de travail. De là, la proposition que, dans sa session de septembre 1928, la commission a décidé de vous faire et qui tend à mentionner aussi l'asile pour buveurs comme pouvant créer l'état de récidive, au chiffre 1, al. 1, de l'art. 64.

Pour la récidive réitérée, nous avons déjà adopté l'art. 40. Quant aux contraventions, c'est l'art. 293 qui parle de la récidive.

Je passe à l'art. 65. Sauf la mention des mesures de sûreté au chiffre 1, al. 3; l'art. 65 a été mis en harmonie, par votre commission, avec l'art. 49 du Code pénal militaire.

L'art. 65 de notre projet ne contient pas non plus le dernier alinéa de l'art. 49 du Code pénal militaire, qui n'a pas de raison d'être dans un Code pénal ordinaire.

L'art. 65 met sur le même pied le concours dit réel, qu'il appelle « concours d'infractions » et le concours idéal, qu'il baptise « concours de lois pénales ». Ecartant les deux systèmes du cumul et de l'absorption, l'art. 65 adopte pour la répression du concours tant idéal que réel le système de l'aggravation de la peine la plus grave.

Il prévoit d'ailleurs aussi bien le concours simultané (chiffre 1) que le concours dit rétrospectif (chiffre 2).

Je vous recommande d'adopter cet article dans le texte de la commission. Il est du reste complété par l'art. 369, chiffre 2.

L'art. 66 parle de l'imputation de la détention préventive par le juge. On peut le rapprocher de l'art. 396 (imputation par l'autorité d'exécution) et de l'art. 38, chiffre 2 (imputation d'un séjour fait à l'hôpital).

On peut, en principe, concevoir pour l'imputation de la détention préventive deux systèmes. On peut admettre l'imputation obligatoire. C'est par exemple le système genevois. On peut aussi admettre l'imputation facultative. A mon avis, ce dernier système est meilleur, car souvent la détention préventive n'a rien d'une peine.

Tel qu'il a été amendé par votre commission, le projet se prononce cependant pour le système de l'imputation obligatoire, sous certaines réserves qui se justifient d'elles-mêmes.

Je signale, d'autre part, que la détention préventive sera imputée, d'après l'art. 66, quel que soit l'endroit où elle a été subie en Suisse.

Notez enfin qu'elle n'est imputable que sur la peine, mais non sur un internement ordonné à titre de mesure de sûreté. Cela va de soi, étant donné le but et la nature de cet internement, qui lui assignent une durée en principe indéterminée.

Dans le texte proposé par la commission, l'art. 66, al. 1, reproduit textuellement l'art. 50, al. 1, première phrase, et al. 2, du Code pénal militaire. Quant à l'al. 2 de l'art. 66 de notre projet, la commission vous propose de le déplacer. C'est une définition légale qui a sa place à l'art. 97 (chiffre 8).

Angenommen. — Adoptés.

Art. 67—72.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 67. Die Strafverfolgung verjährt:
in 25 Jahren, wenn die strafbare Handlung mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht ist;
in 10 Jahren, wenn die strafbare Handlung mit Zuchthaus bedroht ist;
in 5 Jahren, wenn die strafbare Handlung mit einer andern Strafe bedroht ist.

Art. 68. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

(Die Abänderung betrifft nur den französischen Text.)

Art. 69. Die Verjährung ruht, solange der Täter im Auslande eine Freiheitsstrafe ersteht.

Die Verjährung wird unterbrochen durch jede Einvernahme des Beschuldigten in der Voruntersuchung sowie durch die Vorladung hierzu vor ein schweizerisches Untersuchungsamt oder Strafgericht.

Mit jeder Unterbrechung beginnt die Verjährungsfrist neu zu laufen. Jedoch ist die Strafverfolgung in jedem Fall verjährt, wenn die ordentliche Verjährungsfrist um die Hälfte überschritten ist.

Art. 70. Die Strafen verjähren:
lebenslängliche Zuchthausstrafe in 30 Jahren;
Zuchthausstrafe von zehn oder mehr Jahren in 25 Jahren;
Zuchthausstrafe von 5 bis zu 10 Jahren in 20 Jahren;
Zuchthausstrafe von weniger als 5 Jahren in 15 Jahren;
Gefängnis von mehr als einem Jahr in 10 Jahren;
jede andere Strafe in 5 Jahren.

2. Die Verjährung der Hauptstrafe zieht die Verjährung der Nebenstrafen nach sich.

Art. 71. Die Verjährung beginnt mit der Rechtskraft des Urteils und, wenn ein bedingter Strafvollzug ausgesprochen worden ist und die Strafe vollstreckt werden soll, mit dem Tage, an dem die Vollstreckung angeordnet wird.

Art. 72. Die Verjährung wird unterbrochen durch den Vollzug und durch jede auf Vollstreckung der Strafe gerichtete Handlung der Behörde, der die Vollstreckung obliegt.

Mit jeder Unterbrechung beginnt die Verjährungsfrist neu zu laufen. Jedoch ist die Strafe in jedem Falle verjährt, wenn die ordentliche Verjährungsfrist um die Hälfte überschritten ist.

Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 67. ... verjährt:
in zwanzig Jahren, wenn ...

Proposition de la commission.**Majorité:**

Art. 67. L'action pénale se prescrit:
par 25 ans, si le crime ou délit est puni de la réclusion à vie;

par 10 ans, s'il est puni de la réclusion;
par 5 ans, s'il est puni d'une autre peine.

Art. 68. La prescription court
du jour où le délinquant a déployé son activité coupable;

si cette activité s'est déployé à plusieurs reprises,
du jour du dernier acte;

si les agissements coupables ont eu une certaine durée,
du jour où ils ont cessé.

Art. 69. Si le délinquant subit à l'étranger une peine privative de liberté, la prescription est suspendue pendant l'exécution de cette peine.

La prescription est interrompue par tout interrogatoire de l'inculpé au cours de l'instruction, ainsi que par toute citation de l'inculpé devant un juge d'instruction ou un tribunal suisses.

A chaque interruption, un nouveau délai de prescription commence à courir. Néanmoins, l'action pénale est en tout cas prescrite lorsque le délai ordinaire est dépassé de moitié.

Art. 70. 1. Les peines se prescrivent:

la réclusion à vie, par 30 ans;
la réclusion pour 10 ans et au-dessus, par 25 ans;
la réclusion de 5 à 10 ans, par 20 ans;
la réclusion au-dessous de 5 ans, par 15 ans;
l'emprisonnement pour plus d'un an, par 10 ans;
toute autre peine, par 5 ans.

2. La prescription de la peine principale emporte prescription des peines accessoires.

Art. 71. La prescription court du jour où le jugement est passé en force et, si le condamné a été mis au bénéfice du sursis et que la peine doit être exécutée, du jour où l'exécution est ordonnée.

Art. 72. La prescription est interrompue par l'exécution de la peine et par tout acte fait en vue de l'exécution par l'autorité chargée de cette dernière.

A chaque interruption, un nouveau délai de prescription commence à courir. Néanmoins, la peine est en tout cas prescrite lorsque le délai ordinaire est dépassé de moitié.

Minorité:

(Affolter et cosignataires.)

Art. 67. par 20 ans...

Seller, Berichterstatter: Ueber die Notwendigkeit der Verfolgungs- und Vollstreckungsverjährung, sowie der Abstufung je nach der Schwere der Strafe, herrscht Einigkeit. Verschiedene Auffassungen bestehen nur über die Verjährungsfrist für die Strafverfolgung bei der lebenslänglichen Zuchthausstrafe. Der Bundesrat sieht in Art. 67 eine Frist von 20 Jahren vor, die Kommissionsmehrheit eine solche von 25 Jahren. Die Kommissionsminderheit hält am Vorschlag des Bundesrates fest. Durchschlagegebende Gründe lassen sich wohl weder für die eine, noch für die andere Fassung vorbringen. Das Gefühl dürfte hier wesentlich mitsprechen. Die Erhöhung auf 25 Jahre ist auf einen Antrag des verstorbenen Herrn Müller zurückzuführen. Je nachdem man das Interesse des

Rechtsschutzes oder dasjenige des Verbrechers in den Vordergrund stellt, wird man für eine längere oder kürzere Frist sein. Der Umstand, daß die bedingte Entlassung die lebenslängliche Zuchthausstrafe wesentlich abkürzen kann, gibt auch kein entscheidendes Argument für die eine oder die andere Auffassung. Möge hier ein jeder nach seinem Empfinden entscheiden.

Art. 68 regelt einige Streitfragen über den Beginn der Verfolgungsverjährung. Die Formulierung gibt zu weiteren Bemerkungen nicht Veranlassung.

Art. 69 spricht vom Ruhen und von der Unterbrechung der Verfolgungsverjährung. Die Kommission bezeichnet nicht nur die Vorladung, sondern auch die Einvernahme des Angeschuldigten als Unterbrechungshandlung, und sie stellt ausdrücklich fest, daß mit jeder Unterbrechung die Verjährungsfrist neu zu laufen beginne.

Bei der Vollstreckungsverjährung sind die Fristen länger als bei der Verfolgungsverjährung. Der Ernst der ausgesprochenen Strafe soll gewahrt werden. Neu ist der Zusatz der Kommission zu Art. 70, wonach die Verjährung der Hauptstrafe auch die Verjährung der Nebenstrafe nach sich zieht. Eine ausdrückliche Aufnahme dieses Grundsatzes in das Gesetz dürfte Kontroversen über diesen Punkt ausschalten. Wir verweisen auf die früheren Ausführungen. In bezug auf den Beginn der Vollstreckungsverjährung bei bedingtem Strafvollzug schlägt die Kommission eine präzisere Fassung vor. Nicht der Ablauf der Probezeit soll für den Beginn der Verjährung maßgebend sein, sondern der Tag, an dem die Vollstreckung angeordnet ist. Selbstverständlich ist, daß die Bestimmung nur gilt, wenn infolge Nichtbewährung die Strafe vollstreckt werden muß. Die bundesrätliche Fassung ist tatsächlich unklar und unvollständig.

Der Antrag der Minderheit zu Art. 71 ist bedingt durch die Stellungnahme zu Art. 39. Danach ist der Minderheitsantrag, welcher nicht von dem bedingten Strafvollzug, sondern von der bedingten Verurteilung reden will, als dahingefallen zu betrachten.

Der Antrag der Kommission zu Art. 72 ergibt sich aus den Beschlüssen zu Art. 69, Abs. 3.

M. Logoz, rapporteur: Parlons maintenant de la prescription, qui fait l'objet des art. 67 à 72.

Le projet traite successivement:

1° aux art. 67, 68 et 69, de la prescription de l'action pénale;

2° aux art. 70 à 72, de la prescription de la peine.

Je prends tout d'abord la question de la prescription de l'action pénale et, pour commencer, de l'art. 67.

Les délais de prescription de l'action pénale sont calculés, selon l'art. 67, d'après la peine la plus forte prévue par la loi pour le délit. Dans le même sens, voyez l'art. 51 du Code pénal militaire. A l'al. 2 de l'art. 67, une proposition faite par la minorité de la commission vise à rendre l'art. 67 de notre projet identique à l'art. 51 du Code pénal militaire, en fixant à 20 ans, au lieu de 25, le délai de prescription de l'action pénale pour les infractions passibles de la réclusion à vie. C'est là une proposition qui me paraît justifiée et que vous adopterez sans doute.

Il suffit de comparer les art. 67 et 70 (délais de prescription de l'action pénale et délais de prescrip-

tion de la peine) pour constater que les délais de l'art. 67 (prescription de l'action pénale) sont moins longs que les délais par lesquels la peine se prescrit. Cette différence est justifiée.

Ce qui, en effet, rend nécessaire la prescription de l'action pénale, c'est l'oblitération des faits par le temps, c'est l'effet destructeur du temps qui s'écoule à partir de la commission du délit, sur les moyens de prouver ce délit. Les témoins, en particulier, le grand moyen de preuve en matière pénale, meurent ou disparaissent; et même s'ils subsistent, leur mémoire est d'autant moins sûre que les faits deviennent plus anciens, qu'ils s'éloignent davantage dans le temps.

Il devient ainsi de plus en plus difficile soit de faire la preuve à charge, soit aussi d'assurer la défense de l'accusé. Il est donc pratiquement nécessaire de déclarer l'action pénale éteinte au bout d'un certain temps.

Au contraire, quand une peine a été prononcée, quand ainsi le délit a été solennellement constaté et les preuves administrées, la situation est tout autre et l'on pourrait se demander si le principe même de la prescription de la peine prononcée est ici justifié. En tous cas, si on l'admet comme le fait le projet, on doit tenir compte du fait que le temps qui s'écoule n'a pas la même influence que dans la première hypothèse, celle où non seulement il n'y a pas eu de peine prononcée, mais où il n'y a pas même eu d'acte de poursuite ou d'instruction, c'est-à-dire d'acte visant à conserver les preuves, à les mettre à l'abri.

Quand il y a eu jugement et peine prononcée, d'une part les preuves sont à l'abri et d'autre part l'attention générale a été éveillée, attirée sur l'affaire. L'intérêt public exige alors beaucoup plus impérieusement qu'avant le jugement, qu'il ne soit pas renoncé à la répression, que la peine ne soit pas considérée comme prescrite avant qu'un long délai ait réellement permis d'oublier.

Donc, délais plus longs pour la prescription de la peine que pour la prescription de l'action pénale. C'est ce que consacre le projet, art. 67.

Art. 68. Une seconde question doit être résolue, après celle de la longueur des délais, en ce qui concerne la prescription de l'action pénale. La seconde question à résoudre est celle du point de départ des délais. Cette question est résolue par l'art. 68 qui pose des règles parfaitement conformes aux principes.

Le projet fait, en effet, la distinction nécessaire entre l'acte délictueux isolé (art. 68, 1^{er} al.) et les agissements délictueux qui durent un certain temps (art. 68, 2^e et 3^e al.).

L'al. 2, plus particulièrement, a trait à ce qu'on appelle le délit successif. Ainsi, une série de petits détournements commis par un caissier de banque et qu'il a masqués par une série d'écritures irrégulières, le tout découvert en même temps et faisant l'objet d'une même poursuite. Le délai de prescription court ici à partir du dernier acte délictueux.

Le troisième alinéa concerne les délits prolongés, ceux dont la phase d'exécution se prolonge: ainsi la séquestration de personnes. La prescription ne peut naturellement courir, dans ce cas, qu'à partir du jour où l'activité criminelle a pris fin.

J'ajoute seulement, à propos de l'art. 68, que les propositions de la commission sont purement rédac-

tionnelles. Elles rendent l'art. 68 identique à l'art. 52 du Code pénal militaire.

Art. 69. J'en arrive maintenant à l'art. 69 qui résout la troisième et dernière question qui se pose à propos de la prescription: celle de la suspension et de l'interruption de la prescription.

Le 1^{er} al. de l'art. 69 est justifié par le fait que l'extradition n'est généralement accordée qu'une fois la peine subie. Voyez dans ce sens la loi fédérale de 1892 sur l'extradition (art. 13).

Quant à l'interruption de la prescription, prévue au deuxième alinéa, elle a été très vivement critiquée. Elle peut être réitérée indéfiniment par un trait de plume d'un juge d'instruction ou d'un représentant du Ministère public qui, périodiquement et, en quelque sorte, sans aucun espoir, cite l'auteur inconnu d'une infraction commise, décerne ou fait lancer contre lui un mandat d'arrêt ou de dépôt, dans le seul but d'interrompre la prescription, qui est alors rendue pratiquement illusoire. Cet inconvénient est écarté par l'art. 69, 3^e al., de notre projet, d'après lequel, même s'il y a eu des interruptions, la prescription est acquise quand la durée du délai ordinaire a été dépassée de moitié. Il y a intérêt à ce qu'on en finisse une bonne fois, malgré tout, avec des affaires trop anciennes.

A la forme, les propositions de la commission mettent l'art. 69 en harmonie avec l'art. 53 du Code pénal militaire.

Art. 70 à 72. La question de la prescription de l'action pénale réglée, les art. 70 à 72 s'occupent de la prescription de la peine. Voyez dans le Code pénal militaire, comme dispositions correspondantes, les art. 54 à 56.

Au contraire de la prescription de l'action pénale, la prescription de la peine, je le rappelle il y a un instant, a été attaquée dans son principe. Il faut reconnaître qu'on ne peut pas faire valoir en sa faveur une raison aussi décisive que l'est, pour la prescription de la poursuite, l'obscurcissement des faits et l'effritement des preuves. Cependant, votre commission croit que le Code pénal suisse doit admettre la prescription de la peine. Ici, comme ailleurs, un temps suffisamment long doit pouvoir couvrir le passé des voiles de l'oubli.

L'art. 70 fixe les délais de prescription d'après la peine prononcée dans chaque cas.

La commission propose de le compléter (chiff. 2) en disant: «La prescription de la peine principale emporte la prescription des peines accessoires.» Par là, tout d'abord, le projet coupera court à certaines controverses possibles. Au surplus, il semble justifié d'admettre que la prescription acquise éteint complètement le droit de l'Etat d'exiger que soient subies les peines quelconques que le jugement a pu prononcer.

Les mesures de sûreté, en revanche (art. 40 à 42), ne sont pas prescriptibles au même titre que les peines. Cela résulte de leur nature même. Voyez cependant les art. 40 chiff. 8, 41 chiff. 7, et 42 chiff. 6.

Deux mots encore au sujet des art. 71 et 72.

D'après l'art. 71, la prescription de la peine court, en principe, du jour où le jugement est passé en force. Elle ne court donc pas du jour où le jugement a été prononcé.

Personnellement, je me demande si cette dernière solution n'aurait pas été meilleure. Elle éviterait peut-être certaines contestations sur l'admissibilité des appels et autres recours, ce qui serait d'autant plus important qu'en matière de recours, il y a des divergences très grandes entre les diverses législations cantonales.

Tel qu'il est proposé par la majorité de la commission, l'art. 71 reproduit l'art. 65 du Code pénal militaire. La minorité fait une proposition qui, si je ne me trompe, doit tomber par suite des décisions que vous avez prises à propos de l'art. 39. La minorité vous dira si elle maintient sa proposition.

Quant à l'art. 72, le texte proposé par la commission reproduit l'art. 56 du Code pénal militaire. Le second alinéa, en particulier, est rédigé de la même manière que le dernier alinéa de l'art. 69 de notre projet.

Affolter, Berichterstatter der Minderheit: Zu Art. 67 stellen wir Ihnen den Antrag, bezüglich der Verjährung der schweren Vergehen wieder den bundesrätlichen Vorschlag mit 20 Jahren anstatt 25 herzustellen. Es ist eigentlich nicht ersichtlich, weshalb eine Zufallsmehrheit der Kommission vom bundesrätlichen Antrag abgewichen und auf 25 Jahre gegangen ist, anstatt bei 20 Jahren für die höchste Verjährungsfrist zu verbleiben. Herr Logoz hat darauf aufmerksam gemacht, daß allzu lange Verjährungsfristen unpraktisch seien, weil die Zeugen sich nicht mehr an solche Ereignisse zu erinnern vermögen, welche mehr als 20 Jahre, und manchmal auch nicht an solche, die weniger Jahre zurückliegen. Wir haben also nach dem Vorschlag der Kommission eine Verjährung von 25 Jahren; diese kann bei Unterbruch noch um die Hälfte verlängert werden, wodurch sich 38 Jahre ergeben; und dann kommt noch eine 30jährige Staatverjährungsfrist, dazu also im ganzen 68 Jahre. Das ist wirklich des Guten zuviel, wenn zwei Generationen darüber hingehen können und nach 68 Jahren noch ein Verbrechen gesühnt werden kann! Aber auch darum ist es unbegreiflich, daß die Mehrheit der Kommission daran festhält, weil im Militärstrafgesetzbuch, das doch die schwereren Strafen hat, die 20jährige Verjährungsfrist vorgesehen ist: Art. 51 des Militärstrafgesetzbuches nennt als maximale Verjährungsfrist 20 Jahre. Stellen Sie sich vor, es komme zu einem Kompetenzkonflikt zwischen Militär- und Zivilstrafgesetzbuch, wenn es unsicher ist, ob eine Sache vor Militärgericht oder Zivilgericht gehöre — solche Diskrepanzen sind gar nicht sehr selten — dann ist es strittig, ob eine 20- oder eine 25jährige Verjährungsfrist zu gelten habe.

Ich höre übrigens, die Referenten der Kommissionsmehrheit sind einverstanden damit, auf den bundesrätlichen Vorschlag zurückzugehen. Ich empfehle ihn Ihnen zur Annahme.

Seiler, Berichterstatter: Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß wirklich im Militärstrafgesetzbuch die Frist auf 20 Jahre festgesetzt ist, kann ich mich mit dem Antrag der Kommissionsminderheit einverstanden erklären. Auch der französische Referent ist damit einverstanden.

Art. 67.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Minderheit Mehrheit

Art. 68—72.

Angenommen. — *Adoptés.*

Abschnitt IV.

Art. 73—78.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 73. Ist der Täter in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt worden, und ist das Urteil seit mindestens drei Jahren vollzogen, so kann der Richter ihn auf sein Gesuch in die bürgerliche Ehrenfähigkeit wieder einsetzen, wenn sein Verhalten dies rechtfertigt, und wenn er den gerichtlich oder vergleichsweise festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat.

Art. 74. Ist der Täter zu Amtsentsetzung verurteilt worden, und ist das Urteil seit mindestens drei Jahren vollzogen, so kann der Richter ihn auf sein Gesuch zu einem Amte wieder wählbar erklären, wenn sein Verhalten dies rechtfertigt, und wenn er den gerichtlich oder vergleichsweise festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat.

Art. 75. Ist der Täter für unfähig erklärt worden, die elterliche Gewalt auszuüben oder Vormund oder Beistand zu werden, und ist das Urteil seit mindestens drei Jahren vollzogen, so kann der Richter ihn auf sein Gesuch, nach Anhörung der Vormundschaftsbehörde, in diese Fähigkeiten wieder einsetzen, wenn sein Verhalten dies rechtfertigt, und wenn er, soweit es ihm zuzumuten war, den gerichtlich oder vergleichsweise festgestellten Schaden ersetzt hat.

Art. 76. Hat der Richter dem Täter die Ausübung eines Berufes, eines Gewerbes oder eines Handelsgeschäftes untersagt, und ist das Urteil seit mindestens drei Jahren vollzogen, so kann der Richter ihn auf sein Gesuch zu der Ausübung des Berufes, des Gewerbes oder des Handelsgeschäftes wieder zulassen, wenn ein weiterer Mißbrauch nicht zu befürchten ist, und wenn der Verurteilte den gerichtlich oder vergleichsweise festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat.

Art. 77. Ist der Täter zu einer Freiheitsstrafe oder zu einer Buße verurteilt worden, und sind seit Vollzug des Urteils bei Zuchthausstrafe oder Einweisung in eine Verwahrungsanstalt mindestens 15 Jahre, bei andern Strafen oder Maßnahmen mindestens 10 Jahre verflossen, so kann der Richter auf Gesuch des Verurteilten die Löschung des Urteils im Strafregister verfügen, wenn das Verhalten des Verurteilten dies rechtfertigt, und wenn er den gerichtlich oder vergleichsweise festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat.

Art. 78. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Minderheit :

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 77. mindestens zehn Jahre,
 mindestens fünf Jahre

Propositions de la commission.

Majorité :

Art. 73. Lorsqu'un délinquant aura été privé des droits civiques et que trois ans au moins se seront écoulés depuis l'exécution du jugement, le juge, à la requête du condamné, pourra le réintégrer dans l'exercice des droits civiques, si sa conduite justifie cette faveur, et s'il a, autant qu'on pouvait l'attendre de lui, réparé le dommage fixé par jugement ou par accord avec le lésé.

Art. 74. Lorsqu'un délinquant aura été condamné à la destitution, et que trois ans au moins se seront écoulés depuis l'exécution du jugement, le juge, à la requête du condamné, pourra le réintégrer dans l'éligibilité à une fonction, si sa conduite justifie cette faveur, et s'il a, autant qu'on pouvait l'attendre de lui, réparé le dommage fixé par jugement ou par accord avec le lésé.

Art. 75. Lorsqu'un délinquant aura été déclaré incapable d'exercer la puissance paternelle ou d'être tuteur ou curateur, et lorsque trois ans au moins se seront écoulés depuis l'exécution du jugement, le juge, à la requête du condamné et après avoir demandé le préavis de l'autorité tutélaire, pourra faire cesser cette incapacité si la conduite du requérant justifie cette faveur et s'il a, autant qu'on pouvait l'attendre de lui, réparé le dommage fixé par jugement ou par accord avec le lésé.

Art. 76. Lorsque l'interdiction d'exercer une profession, une industrie ou un commerce aura été prononcée contre un délinquant, et lorsque trois ans au moins se seront écoulés depuis l'exécution du jugement, le juge, à la requête du condamné pourra lever l'interdiction, s'il n'y a plus d'abus à craindre, et si le condamné a, autant qu'on pouvait l'attendre de lui, réparé le dommage fixé par jugement ou par accord avec le lésé.

Art. 77. Lorsqu'un délinquant aura été condamné à une peine privative de liberté ou à une amende et que, depuis l'exécution du jugement, il se sera écoulé quinze ans au moins en cas de condamnation à la réclusion ou au renvoi dans une maison d'internement, et dix ans au moins en cas de condamnation à toute autre peine ou mesure, le juge pourra, à la requête du condamné, ordonner la radiation du jugement au casier judiciaire, si le condamné a mérité cette mesure par sa conduite, et s'il a, autant qu'on pouvait l'attendre de lui, réparé le dommage fixé par jugement ou par accord avec le lésé.

Art. 78. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Minorité.

(Affolter et cosignataires.)

Art. 77. écoulé dix ans
 et cinq ans au moins

Seller, Berichterstatter: Abschnitt IV behandelt in Art. 73—78 die Rehabilitation. Die Rehabilitation

ist ein Ansporn zur Selbstzucht und Wiederaufrichtung des Verurteilten. Sie bedeutet die Wiederherstellung der bürgerlichen Rechtsfähigkeit. Wie weit im einzelnen mit der Beseitigung der Folgen der Verurteilung gegangen werden soll, ist umstritten. In der Expertenkommission hat Prof. Delaquis den Standpunkt eines möglichst weitgehenden Entgegenkommens vertreten, den Standpunkt völligen Verzeihens und der äußerlichen Kundgebung dieses Verzeihens durch die Löschung im Strafregister. Selbstverständlich ist, daß nicht die Wiedereinsetzung in das entzogene Amt erfolgen kann, wohl aber ist die Wiederwählbarkeit gegeben, wenigstens theoretisch. Der Entwurf behandelt einzeln die verschiedenen Fälle der Wiedereinsetzung und bestimmt als Voraussetzungen den Ablauf einer mindestens dreijährigen Frist und das Wohlverhalten des Verurteilten.

Nun hat Herr Dr. Welti einen Antrag dahingehend gestellt, daß die Bewährungsfrist von drei Jahren auf ein Jahr reduziert werde. Ich freue mich, daß gestützt auf unsere gestrige Diskussion Herr Dr. Welti zur aktiven Mitarbeit übergegangen ist, muß aber erklären, daß mir sein Antrag nicht zur Berücksichtigung geeignet erscheint. Ich glaube, die Frist von einem Jahr ist zu kurz, und zwar deshalb, weil in diesem einen Jahr die Voraussetzung der Rehabilitation: das Wohlverhalten, die Neigung zum Wohlverhalten, nicht ohne weiteres angenommen und bewiesen werden kann. Man kann ja, wie ich gestern gesagt habe, über diese Fristen reden und diskutieren, aber ein Jahr scheint mir entschieden zu wenig zu sein. Wir wollen im übrigen die Begründung von Herrn Dr. Welti abwarten und uns dann über seinen Antrag schlüssig machen.

Streitig war in der Expertenkommission eigentlich nur die Frage, ob nach einer gewissen Zeit die Löschung im Strafregister verlangt werden könne. Diese Frage wurde schließlich bejaht. Ueber die für die Zulässigkeit des Gesuches nötige Frist ist auch in der Kommission diskutiert worden. Die Minderheit beantragt die Reduktion der vom Bundesrat vorgeschlagenen Frist von 15 Jahren auf 10 Jahre bzw. von 10 auf 5 Jahre, wenn es sich nicht um Zuchthausstrafe oder Verwahrung handelt. Wer hat hier recht? Auch in diesem Falle wird das Gefühl entscheiden. Die Frist muß immerhin so bemessen sein, daß noch eine Hoffnung bestehen kann, daß sie jemals erlebt werde.

Wichtig ist die Bestimmung von Art. 78, gemäß welcher der Entstehung der Strafe der Erlaß gleichgestellt ist. Eine besondere Regelung erfahren die Verwahrten. Und schließlich wird erklärt, daß ein abgewiesenes Gesuch nicht vor Ablauf von 2 Jahren erneuert werden darf.

Gestützt auf diese Ausführungen empfehle ich Ihnen die Anträge der Kommissionsmehrheit.

M. Logoz, rapporteur: Les art. 73 et suivants parlent de la réhabilitation, c'est-à-dire de la réintégration dans la jouissance et l'exercice des droits dont un délinquant a pu être privé par jugement pénal. La réhabilitation est en effet, tout d'abord, une déclaration restituant sa pleine capacité à celui dont une condamnation pénale avait fait un incapable à l'un des quatre points de vue envisagés aux art. 48 à 51 du projet, qui traitent des peines dites accessoires.

A ce point de vue, la réhabilitation est donc, tout d'abord, la remise des peines accessoires qui ont pu être prononcées contre le délinquant.

Donc: 1° elle peut être la réintégration dans l'exercice des droits civiques. C'est l'art. 73 qui permet de mettre ainsi fin à la peine de l'art. 48.

2° Elle peut être, en second lieu, la réintégration dans l'éligibilité à une fonction (art. 74 et 49).

3° Ensuite, il peut y avoir réintégration dans la puissance paternelle ou la capacité d'être tuteur ou curateur (art. 75 et 50).

Enfin 4° la réhabilitation peut consister dans la levée de l'interdiction d'exercer une profession, une industrie ou un commerce (voyez les art. 76 et 51).

Voilà donc ce que la réhabilitation est tout d'abord: la suppression de certaines incapacités dont le condamné avait été frappé à titre de peine accessoire.

Mais, d'après le projet (art. 77), la réhabilitation peut être quelque chose de plus.

Il y a, en effet, en matière de réhabilitation, deux conceptions, deux méthodes. Il y a tout d'abord ce que je me permettrai d'appeler l'ancien système suivant lequel la réhabilitation consiste simplement en la remise des peines accessoires. Ce système ancien est complètement tourné vers l'avenir. Il n'efface rien du passé.

En face de ce système, il y en a un autre, plus moderne, plus généreux aussi et plus complet, qui est celui des projets les plus récents de codes pénaux.

Dans ce système nouveau, la réhabilitation est une espèce de rédemption, si j'ose employer ce grand mot. Elle a la prétention d'effacer non seulement les peines accessoires durables qui ont pu être la conséquence d'une condamnation, mais d'effacer aussi la condamnation elle-même.

Ainsi comprise, la réhabilitation obtenue efface la condamnation, tout au moins en ce sens qu'elle est radiée au casier judiciaire du condamné réhabilité. A la réintégration dans les droits qui lui avaient été enlevés à titre de peine accessoire, cette réhabilitation-là ajoute l'effacement, la destruction en quelque sorte de la condamnation dans le passé. Cela, encore une fois, dans la mesure du possible, c'est-à-dire au point de vue judiciaire: il y a radiation de la condamnation au casier judiciaire.

Le but de ce système est évident: il entend permettre à celui qui, vraiment, le mérite, d'effacer complètement la tare que représentait pour lui la condamnation autrefois encourue.

Il faut éviter, par exemple, que celui qui, condamné une fois, s'est relevé et a réussi à se refaire une existence honorable, ne puisse, peut-être après des années, se voir reprocher sa vieille condamnation restée inscrite à son casier judiciaire.

Il est non seulement juste, mais de bonne politique criminelle de mettre le condamné vraiment reclassé à même d'atteindre ce résultat. Seulement encore une fois, il faut que preuve soit faite de son reclassement et c'est pourquoi il faut ici fixer des délais suffisamment longs pendant lesquels le requérant devra avoir démontré par sa conduite qu'il s'est réadapté aux exigences de la vie sociale.

Eh bien c'est cette conception nouvelle des effets possibles de la réhabilitation que le projet adopte à l'art. 77.

Ces indications générales données, un mot encore des conditions auxquelles la réhabilitation est subordonnée, à teneur des art. 73 et suivants du projet.

Ces conditions sont les suivantes:

1° Il faut une demande de l'intéressé. La réhabilitation n'a jamais lieu d'office, contrairement à ce que prévoit, par exemple, le droit français. Je crois que notre projet a raison: la réhabilitation n'a de valeur réelle que pour celui qui se soucie de la demander et de l'obtenir.

2° Seconde condition: l'expiration d'un certain délai. Le projet fixe ce délai à trois ans — M. Welti veut l'abrèger à une année, ce qui me paraît trop court — depuis l'exécution du jugement, dans les cas prévus aux 73—76.

Le délai prévu est de 15 ans ou 10 ans, selon les cas, depuis l'exécution du jugement, quand il s'agit de la radiation de la condamnation au casier judiciaire (art. 77). J'ai dit tout à l'heure la raison d'être de ce délai plus long.

Vous êtes, cependant, saisis à ce sujet d'une proposition de MM. Affolter et consorts. Ces Messieurs proposent d'abrèger de 15 à 10 ans et de 10 à 5 ans les délais qui doivent s'être écoulés pour que puisse être obtenue la radiation de la condamnation au casier judiciaire. M. Seiler vient de vous dire, très justement, que c'est là une question d'appréciation. La fixation de délais a toujours quelque chose d'arbitraire. Quant à moi, je ne suis pourtant pas d'accord avec la proposition de la minorité. J'estime qu'il faut être prudent quand on fixe les conditions de la radiation du jugement au casier judiciaire; il faut tenir compte non seulement de l'intérêt que le condamné peut avoir à obtenir sa réhabilitation au plus vite, mais aussi de l'intérêt de la société à n'effacer toute trace de la condamnation qu'une fois bien démontrée la réadaptation du condamné.

3° La troisième condition de la réhabilitation est la bonne conduite du requérant pendant le délai légal. Il faut que sa conduite justifie la mesure de pardon, la mesure d'oubli qu'il demande. C'est là une condition naturelle, une condition nécessaire, mais qui peut donner lieu à des difficultés pratiques. Il ne sera pas toujours facile d'être sûr que le requérant s'est bien conduit, quand il s'agira d'une personne qui n'aura été soumise à aucune surveillance depuis sa libération.

4° Enfin, quatrième condition de la réhabilitation: le requérant doit avoir réparé le dommage causé par son délit; il doit l'avoir réparé, tout au moins — selon la formule subjective que propose la commission — autant qu'on pouvait l'attendre de lui. J'ajoute que la commission a ici simplifié le projet du Conseil fédéral en faisant disparaître certaines nuances établies par ce projet, au sujet de la condition de réparation du dommage.

Cela dit quant aux conditions de la réhabilitation, j'attire encore votre attention sur les « dispositions communes » qui font l'objet de l'art. 78, et spécialement sur le chiffr. 3 de cet article. Le juge qui a repoussé une requête en réhabilitation peut — il ne doit pas nécessairement — interdire au requérant de revenir à la charge avant l'expiration d'un certain délai fixé par lui, délai qui ne doit pas dépasser deux

ans. C'est une question d'appréciation et d'espèces. Il ne faut, en tout cas, pas oublier que les délais d'épreuve des art. 73 et suivants sont des minima. Et il faut permettre au juge d'imposer, s'il l'estime nécessaire, un délai supplémentaire.

En terminant, je relève que la réhabilitation dont parlent les art. 73 à 78, est prévue également dans le Code pénal militaire, articles 57 à 60. Cependant, les articles 75 et 76 de notre projet n'ont pas d'équivalent dans le Code pénal militaire. Pourquoi cela? Parce que le Code pénal militaire ne prévoit pas la peine accessoire de la déchéance de la puissance paternelle, ni celle de l'interdiction d'exercer une profession.

D'une façon générale, les propositions que vous fait la commission mettront les articles 73, 74 et 77 en harmonie avec les dispositions correspondantes du Code pénal militaire, art. 57, 58 et 59.

D'autre part, l'art. 75 a été adapté à la forme nouvelle que vous avez donnée à l'art. 50, qui vise maintenant la curatelle aussi bien que la puissance paternelle et la tutelle. Il paraît normal aussi de prévoir, à l'art. 75, que le juge doit prendre l'avis de l'autorité tutélaire.

Je vous recommande d'adopter, dans le texte proposé par la majorité de la commission, les articles 73 à 78.

Affolter, Berichterstatter der Minderheit: Zu Art. 77 beantragen wir Ihnen, die Frist, nach welcher ein Eintrag im Strafregister gelöscht werden soll, von 15 auf 10 Jahre zu reduzieren. Wir glauben, daß diese Frist lange genug sei, und es scheint mir auch, daß Herr Logoz damit einverstanden wäre. Voraussetzung für den Ablauf dieser Frist ist ja, daß der Betreffende die Strafe vollständig verbüßt hat: die Frist beginnt erst von dem Momente, wo er aus der Strafe entlassen wird. Dazu kommt dann noch, daß er den Schaden gutgemacht haben muß — er muß also den Geschädigten entschädigt haben, soweit es ihm möglich war. Es scheint mir, die Frist von 15 Jahren sei tatsächlich zu lang, besonders auch im Vergleich mit dem Obligationenrecht: nach Obligationenrecht ist die größte Schuld nach 10 Jahren verjährt; warum sollen wir hier im Strafgesetz noch weitergehen? Wir beantragen Ihnen deshalb, Ihre Stimme für die kürzere Frist abzugeben.

Welti-Basel: Der Grund, warum wir zu dieser Frage Stellung genommen haben, in dem Sinne, wie ich es gestern ausführte, ist bekanntlich die Erwägung, wie es sich verhalten solle bei denjenigen Verurteilten, die bedingt entlassen werden. Ich muß deshalb Ihre Aufmerksamkeit auf diesen speziellen Punkt lenken. Setzen wir einmal den Fall, daß jemand zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt wird und daß ihm gleichzeitig, weil er der Inhaber eines Berufes ist, der der behördlichen Genehmigung unterstellt ist, eine Nebenstrafe im Sinne des Art. 51 auferlegt werde, und zwar deshalb, weil er über drei Monate verurteilt worden ist und deshalb, weil der Richter im Moment der Urteilsfällung die Ueberzeugung hat, daß beim Verurteilten die Gefahr bestehe, er werde später wiederum durch Mißbrauch seines Berufes delinquieren. Nehmen wir nun den Fall, daß im Lauf der Strafverbüßung die Behörden den bestimmten Eindruck bekommen, daß die Voraussetzung des

Art. 36 in bezug auf den Verurteilten zutrefte, nämlich daß von ihm anzunehmen sei, er werde sich auch in der Freiheit wohl verhalten, wenn er bedingt entlassen werde, er habe den gerichtlich festgestellten Schaden gutgemacht, und was in diesem Fall außerordentlich wichtig ist, er werde mit Sicherheit oder hoher Wahrscheinlichkeit später nicht mehr in der Richtung delinquieren, in der er sich vergangen hat, d. h., er werde sich an die Regeln, Vorschriften und Gebräuche seines Berufes halten, und es bestehe in bezug auf ihn keinerlei Gefahr mehr, daß er später noch einmal seinen Beruf mißbrauchen werde — wie steht es nun in diesem Falle? Nach den Vorschlägen des Bundesrates und der Kommission wäre nur folgendes möglich: Der Mann, der zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist, wird gemäß Art. 36, weil die Voraussetzungen dazu gegeben sind, bedingt entlassen. Die Freiheit wird ihm also wiedergegeben, er wird vor Ablauf der Strafe, nach acht Monaten, auf freien Fuß gesetzt. Aber der Richter, der ihm nach Art. 51 im Moment der Verurteilung auferlegt hat, daß er inskünftig für eine bestimmte Zeit seinen Beruf nicht mehr ausüben dürfe, weil die Gefahr bestand, er mißbrauche ihn neuerdings, kann nun nicht mehr eingreifen, er kann nun nicht mehr sagen: Du darfst jetzt, nachdem du in Freiheit gesetzt worden bist, nachdem du der bedingten Entlassung für würdig befunden worden bist, deinem Beruf nachgehen, damit wieder dein Brot verdienen. Denn drei Jahre müssen nach den jetzigen Bestimmungen über die Rehabilitation abgelaufen sein, bis das wieder möglich ist; das ist der einzige Ausweg. Jetzt kann der Richter nichts anderes mehr tun. Nach § 76 muß das Urteil seit mindestens drei Jahren vollzogen sein, der Verurteilte muß also beispielsweise zwei Jahre und vier Monate ohne Ausübung seines Berufes bleiben, obwohl alle Gewähr vorhanden ist, daß er seinen Beruf nicht mehr mißbrauchen werde.

Das scheint mir ein derartig eklatanter Widerspruch zu sein, daß wir versuchen müssen, hier einen Ausgleich zu finden, denn es hat keinen Sinn, jemanden bedingt zu entlassen und ihm damit eine Wohltat zu gewähren, wenn man ihn gleichzeitig in seiner Arbeit hemmen und daran hindern will, die Tätigkeit wieder zu ergreifen, die das Fundament seiner Existenz bedeutet.

Ich habe gestern versucht, darzutun, daß dieser Widerspruch notwendigerweise behoben werden muß, und es scheint mir die einzige Möglichkeit die zu sein, daß man hier einen Ausgleich zu finden sucht, damit nicht die Nebenstrafe als eine viel härtere Strafe demjenigen auferlegt bleibt, dem man die Wohltat der bedingten Entlassung zukommen lassen will. Die einzige Möglichkeit scheint mir darin zu bestehen, daß man die Fristen in bezug auf Rehabilitation herabsetzt. Das trifft nun speziell auf Art. 51 im Zusammenhang mit Art. 36 und speziell auf Art. 76 zu.

Ich frage mich aber auch, ob es richtig ist, bei der Rehabilitation, wo es sich im Art. 73 um die Wiedereinsetzung in die bürgerliche Ehrenfähigkeit, in Art. 74 um die Wiedereinsetzung in die Wahlbarkeit zu einem Amt, in Art. 75 um die Wiedereinsetzung in die elterliche Gewalt und die Fähigkeit, Vormund zu sein, in Art. 76 um die Aufhebung des Verbotes der Berufsausübung handelt, einfach ganz schematisch überall eine Frist von drei Jahren zu setzen. Ich halte das für unrichtig und ich halte es namentlich deshalb

für unrichtig, weil ja die Fristen, die bei der Verhängung dieser Maßnahme zur Anwendung kommen, für welche die Rehabilitation dann möglich ist, auch verschieden sind. Bei der Absprechung der Ehrenfähigkeit, bei der Absetzung von einem Amt hat der Richter die Fakultät, bis zu 10 Jahren zu gehen, während bei der Einstellung im Berufe nur eine fünfjährige Maximalfrist eingesetzt wurde. Gerade diese Verschiedenheit der Fristen würde es durchaus rechtfertigen, auch eine Differenzierung in bezug auf die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand vorzunehmen. Es liegt mir daran, daß hier eine Aenderung Platz greift und es scheint mir richtig zu sein, wenn man diese Fristen verschieden gestaltet.

Nun erklären die beiden Referenten, daß sie auf meine Anregung nicht eintreten können, daß ihnen die Frist von drei Jahren als angemessen erscheine. Dabei ist ja immer zu sagen, daß das Minimalfristen sind. Wenn der Richter findet, er müsse höher gehen, dann kann er auch höher gehen. Im Strafrecht gibt es nicht Verhängnisvolleres als die Bindung der Richter, die Verpflichtung, mindestens so weit zu gehen, wenn er auch das Gefühl und die Ueberzeugung hat, es wäre am Platz, hier ein Minimum zu setzen. Für die Entwicklung der Rechtspflege sind eben diese schematischen Bindungen verhängnisvoll. So entstehen diese Kompromisse, die sicherlich in der Strafrechtspflege nicht wünschbar sind. Wenn Sie meinem Antrag auf Reduktion dieser Minimalfristen auf ein Jahr nicht sollten zustimmen können, möchte ich Ihnen empfehlen, wenigstens einem Antrag zuzustimmen, der dahin geht, diese Fristen in Art. 73 bis 75 auf zwei Jahre zu verkürzen und in Art. 76 mit Rücksicht auf das Ihnen gegebene Beispiel die Möglichkeit zu geben, daß ein bedingt Entlassener nach einer Frist von vier Monaten wenigstens seinen Beruf wieder aufnehmen kann, natürlich immer unter der Voraussetzung, daß keine Gefahr besteht. Diese Frist in Art. 76 wäre also auf ein Jahr festzusetzen. Damit würde eine unnötige Härte und Bindung der Richter wohl verschwinden und die Frage in befriedigender Weise gelöst werden können.

Farbstein, Berichterstatter der Minderheit: Ich beantrage Ihnen, Art. 77 nach Antrag der Minderheit anzunehmen. Die Mehrheit der Kommission hat sich nicht überlegt, welche Gefahren mit ihrer Fassung verbunden sind. Was soll der Zweck eines Strafgesetzbuches sein? Der Verbrecher soll bestraft werden; wenn er aber bestraft wird, soll ihm später doch ermöglicht werden, ein anständiges Leben zu führen. Er soll nicht auf Schritt und Tritt gehindert werden, indem man ihm vorwerfen kann, er sei vorbestraft. Die Mehrheit sagt, wenn einer zu einer Busse von 20 oder 50 Fr. verurteilt wird, so bleibe diese Strafe im Strafregister noch mindestens 10 Jahre, auch dann, wenn er die Busse bezahlt hat, auch dann, wenn er sich anständig aufgeführt hat, auch dann, wenn sein Verhalten dies nicht rechtfertigt. Stellen Sie sich vor, zu welchen Konsequenzen das führt. Nehmen Sie an, es werde jemand als Bursche von 20 oder 21 Jahren wegen eines kleinen Diebstahls mit 50 Fr. Busse bestraft. Wenn er 28, 29 oder 30 Jahre alt ist, und sich bei irgendeiner Stellenbewerbung ausweisen soll, so wird es im Leumundszeugnis immer noch heißen, der Mann sei vorbestraft, er stehe im Strafregister. Der Rat hat zugestimmt, daß bei leich-

teren Delikten das Vergehen schon nach fünf Jahren verjähre. Es besteht hier eine Inkongruenz. Die Mehrheit der Kommission hat zugestimmt, daß diese Delikte schon nach fünf Jahren verjähren sollen. Wenn aber der Bestrafte die Busse zahlt, wenn er bestraft wird, soll er noch weitere 10 Jahre gebrandmarkt werden, seine Strafe soll nicht gelöscht werden. Diese Konsequenz ist mir unbegreiflich. Uebrigens hat die Löschung der Strafe auch nur die Bedeutung, daß sie Privaten nicht mitgeteilt werden darf. Gemäß Art. 283 des Entwurfes soll eine gelöschte Strafe den Behörden auch später mitgeteilt werden. Der Verurteilte bleibt trotzdem bedingt im Strafregister, auch nach der Streichung. Wenn er ein neues Vergehen begeht, wird der Behörde die frühere Strafe mitgeteilt. Der einzige Zweck der Löschung besteht darin, daß die Strafe den Privaten nicht mehr mitgeteilt wird. Die Mehrheit der Kommission will, daß jemand, der wegen eines gelinden Deliktes bestraft wird, mit 50 Fr. Busse oder mit 8 Tagen Gefängnis, auch wenn er sich später als anständiger Mensch aufführt, noch 10 Jahre gebrandmarkt bleibe. Er soll also noch 10 Jahre im Strafregister stehen. Wenn er sich um eine private Stelle bewirbt, wird er immer noch sagen müssen, er sei vorbestraft. Wir halten das für ungerecht. Denken Sie an das Beispiel des Hauptmanns von Köpenick. Wir wollen nicht solch neue Beispiele schaffen. Wir wollen nicht, daß Personen, die, nachdem sie einmal ein kleines Vergehen begangen haben und mit einer geringen Strafe belegt worden sind, auch wenn sie sich jahrelang anständig aufgeführt haben und den Schaden ersetzt haben, noch weiter als Gebrandmarkte im Strafregister stehen. Hier handelt es sich nicht um den Zweck der Sühne oder Besserung, hier ist eher das Prinzip der Rache oder Vergeltung oder irgendein anderes mittelalterliches Prinzip im Spiel, aber jedenfalls nicht dasjenige, das für ein modernes Strafgesetzbuch paßt. Ich empfehle aus diesem Grund, Art. 77 in der Fassung der Kommission minderheit anzunehmen.

Bundesrat Häberlin: Herr Welti beantragt, daß die Versuchsfrist, welche der Rehabilitation vorausgehen soll, von drei Jahren auf zwei oder ein Jahr verkürzt werde. Die Kommission hat sich das recht wohl überlegt. Es liegt nahe, daß man auch hier gern dem Richter eine möglichste Freiheit einräumen möchte, um je nach der Lage des Falles diese Wohltat der Wiedereinsetzung in den bisherigen Stand früher oder später erfolgen zu lassen. Aber die Kommission ist von der Ueberzeugung ausgegangen, daß alle diese Nebenstrafen vom Richter nur nach reiflicher Ueberlegung ausgesprochen werden. Man wird sich sehr wohl überlegen, ob man jemand in den bürgerlichen Ehrenrechten einstellt, ob man ihm sein Amt entzieht und ihn als nicht wählbar erklärt, ob man ihm die elterliche Gewalt entzieht und ob man ihn aus einem Beruf, für den er sich ausgebildet hat, für den er eine Bewilligung erhalten hat, herausreißt für lange Jahre.

Ich möchte namentlich ein Motiv den Erwägungen, die Herr Welti angeführt hat, gegenüberstellen. Er hat besonders damit argumentiert, daß der Mann sich schon während der Strafdauer bewähren könne, so daß die bedingte Entlassung ausgesprochen werde nach zwei Drittel der ursprünglichen Strafzeit. Herr

Welti fragt nun, ob man ihm da verunmöglichen solle, wieder ein Amt zu bekleiden, wie er es inne hatte, ob man ihm auf längere Dauer verunmöglichen solle, seinen Beruf zu betreiben. Dagegen ist zu sagen: Ich halte es nicht für möglich, daß während der Dauer der Strafe der Richter oder auch nur der Gefängnisverwalter oder der Direktor sich darüber schon ein genaues Bild machen können, ob die Voraussetzungen, wie wir sie hier für die Rehabilitation umschreiben, zutreffen. Das kann er nicht zeigen in der Strafanstalt, sondern darüber kann man sich erst ein Urteil bilden, wenn der Mann wieder in die Welt hinausgestellt worden ist. Warum hat er gefehlt, warum seine Strafe erleiden müssen? Weil er ein schwacher Mensch war und sich in den Versuchungen, die die Welt an uns alle stellt, nicht hat bewähren können. Darum werden wir ihn notgedrungen diesen Versuchungen zuerst wieder aussetzen müssen und uns dann erst überzeugen können: Hat angesichts dieser Versuchungen der Mann nun eine vermehrte Charakterstärke bewiesen? Vielleicht ist es ja nicht immer nur Charakterstärke; vielleicht hat er wenigstens unter dem abschreckenden Einflusse der Strafe — das sind die negativen Instanzen, die seinen Gelüsten gegenüberstehen — diese etwas mehr einzuschätzen gelernt. Darum hat die Kommission von Anfang an unter allen Umständen ein gewisses Minimum, eine absolute Treufrist für die Rehabilitation aufgestellt. Wir kommen auch im Strafrecht nicht darum herum. Schon wegen der Richter, schon wegen des Apparates, den wir aufwenden, müssen wir gewisse Formen fordern. Auch wegen des Ueberlaufenwerdens der Gerichte — wir wollen das ganz offen sagen — müssen wir eine gewisse Respektfrist aufstellen. Sonst würden die Gerichte mit Rehabilitationsgesuchen überschwemmt; denn auch die Nebenstrafe greift natürlich sehr schwer ein in die wirtschaftliche und Ehrenexistenz eines Mannes.

Die Ausführungen des Herrn Dr. Welti haben uns aber doch gezeigt, daß man die Frist von 3 Jahren, die in der Kommission, ich glaube in Uebereinstimmung mit dem Bundesrate, angenommen worden ist, auf zwei Jahre herabsetzen könnte. Wir glauben aber, daß das dann in allen vier Fällen so gehalten werden sollte, auch bei demjenigen, der in seinem Gewerbe oder Berufe eingestellt wird. Da glaube ich, daß das Argument, das ich am Anfange angeführt habe, in ganz besonderer Weise unterstrichen werden kann. Sie können sicher sein, daß gerade die Frage der Einstellung im Beruf vom Richter schon bei der ersten Beurteilung außerordentlich sorgfältig geprüft werden wird; denn wir haben einen Richter, der sich der Tragweite einer solchen Bestimmung bewußt ist. Herr Welti hat ja ganz recht: Wenn ein Mann nach der Mittelschule vielleicht 5 Jahre Universitätsstudien gemacht und dann lange eine Praxis geführt hat, so ist es außerordentlich schwer für ihn, wenn wir ihn hindern, während 2 Jahren seinen Beruf auszuüben. Es kann sogar eine schwere Gefährdung für ihn sein, wenn wir sagen: Du mußt nun eben auf andere Art und Weise dein Brot verdienen! Namentlich bei uns auf dem europäischen Kontinent ist das sehr schwer. In Amerika würde es ja nicht diese Bedeutung haben. Dort würde sich kein Mensch daran stoßen, wenn nun einer jahre- oder jahrzehntelang sein Brot auf andere Art und Weise verdienen muß. Wir sind aber eben schwerfälliger, unsere ganze

Gesellschaft ist schwerfälliger. Ich kann hier freilich nur einen Individualantrag stellen auf Zustimmung zu der von Herrn Welti eventuell beantragten 2 Jahre; aber ich darf verraten, daß ich mit den Herren Referenten vorher Fühlung genommen habe und daß wir Ihnen dies gemeinsam empfehlen.

Gegenüber dem Antrag des Herrn Affolter und Mitunterzeichner empfehlen wir Ihnen, beim Vorschlage der Mehrheit der Kommission zu bleiben. Ich behalte mir allerdings vor, am Schlusse unserer Verhandlungen eventuell dem Minderheitsantrage beizustimmen. Das kommt ganz darauf an, wie wir das System der Löschung regulieren. Wenn wir sagen, eine Strafe, die eingetragen worden ist, dürfe überhaupt nicht jedem Beliebigen mitgeteilt werden, sondern das Strafregister soll nur den Strafuntersuchungsbehörden mitgeteilt werden, die sich mit einem Manne, sei es als Angeklagtem oder als Zeugen, zu beschäftigen haben, dann spielt diese Eintragung ins Strafregister nicht die gefährliche Rolle für das gesellschaftliche Leben oder für die Rehabilitation, als wenn es jedem Privaten möglich ist, Einblick darein zu nehmen, wenn er z. B. einen solchen erstmals Verurteilten als Diensthofen oder Angestellten in seinem Geschäft aufnehmen oder als Beamten anstellen will. Bei der letzten Lösung müßten wir allerdings die Konsequenz ziehen und die Löschung früher eintreten lassen. Wenn aber die Eintragung nur dem Staatszwecke dienen soll, haben wir alle Ursache, daran festzuhalten, daß der Staat jederzeit in seinen Registern die Verurteilung finden und auf sie zurückgreifen kann.

Seiler, Berichterstatter: Sie haben sich nunmehr zu zwei Fragen auszusprechen. Die erste betrifft die Verkürzung der Bewährungsfrist von 3 auf 2 Jahre, Art. 73, 74, 75 und 76. Die Referenten können sich damit einverstanden erklären, daß diese Bewährungsfrist auf 2 Jahre reduziert wird. Dann soll es aber einheitlich auf 2 Jahre festgesetzt werden, und man soll bei Art. 76 keine Ausnahme machen. Es hat tatsächlich keinen Sinn, hier wieder eine besondere Frist anzusetzen. Die Kommission hat über diese Frage nicht mehr diskutieren können. Persönlich erklären wir uns mit 2 Jahren einverstanden. Ich denke, Herr Dr. Welti sollte sich damit ebenfalls zufrieden geben.

Die andere Frage betrifft die Verkürzung der Frist für die Löschung im Strafregister auf 10 oder 5 Jahre. Ich habe schon in meinem Einleitungsvotum gesagt, daß man darüber reden könne. Das ist mehr eine Gefühlssache. Es handelt sich darum, in welchem Zeitpunkt frühestens alle Spuren des Verbrechens getilgt werden, letzten Endes auch durch die Streichung im Strafregister.

Abstimmung. — Vote.

Art. 73—76.

Für den Antrag der Kommission	Große Mehrheit
Für den Antrag Welti-Basel	Minderheit

Art. 77.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	75 Stimmen
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	43 Stimmen

Art. 79.

Antrag der Kommission.**Mehrheit:**

Wer zur Zeit der Tat das achtzehnte, aber nicht das zwanzigste Jahr zurückgelegt hat, wird nach folgenden besonderen Bestimmungen beurteilt:

1. An die Stelle der lebenslänglichen Zuchthausstrafe tritt Zuchthaus von fünf bis 20 Jahren.

2. Ist das Verbrechen oder Vergehen mit einer Freiheitsstrafe von bestimmter Mindestdauer bedroht, so ist der Richter nicht an diesen Strafsatz gebunden.

3. Bei mildernden Umständen kann der Richter, statt auf eine Zuchthausstrafe, auf Gefängnis von sechs Monaten bis zu fünf Jahren, und statt auf eine Gefängnisstrafe, auf Haft erkennen.

Ziffer 4 streichen.

5. Diese Verurteilten werden, jedenfalls solange sie unmündig sind, von mündigen Sträflingen vollständig getrennt.

Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Ziffer 4 wiederaufnehmen.

Proposition de la commission.**Majorité:**

Si, au moment où le délit a été commis, son auteur était âgé de plus de dix-huit, mais de moins de vingt ans révolus, le juge appliquera les dispositions suivantes:

1. La réclusion à vie sera remplacée par la réclusion de cinq à vingt ans.

2. Si la loi prévoit pour le crime ou délit une peine privative de liberté à minimum déterminé, le juge pourra prononcer une peine d'une durée moindre.

3. En cas de circonstances atténuantes, le juge pourra convertir toute peine de réclusion en emprisonnement de six mois à cinq ans, et toute peine d'emprisonnement en arrêts.

4. Biffer.

5. Ces condamnés seront, en tout cas durant leur minorité, absolument séparés de tous détenus majeurs.

Minorité:

(Affolter et cosignataires.)

4. Rétablir.

Seiler, Berichterstatter: Ich verweise vorerst auf die neue Systematik: Abschnitt 3 bis statt römisch fünf des dritten Abschnittes.

Die Frage, ob für Personen, die nicht mehr Jugendliche, aber auch noch nicht volljährig sind, besondere Bestimmungen am Platze sind, ist diskutabel. Der Entwurf bejaht sie. Er geht dabei von den Bestimmungen über die Volljährigen und nicht von den Bestimmungen über die Jugendlichen aus. Die Abweichungen beziehen sich nur auf die Strafart und auf die Strafdauer. In bezug auf die Einzelheiten sei auf den Gesetzestext verwiesen. Eine Aenderung sieht die Kommissionmehrheit nur insofern vor, als die lebenslängliche Zuchthausstrafe durch eine Zuchthausstrafe von 5—20 Jahren und nicht durch eine solche von 5—15 Jahren ersetzt werden soll

und als im weitern die Streichung von Ziff. 4, welche die Herabsetzung der Verjährungsfristen vorsah, vorgeschlagen wird. Die Kommissionminderheit will die bundesrätliche Fassung in bezug auf die Verjährungsfristen wieder aufnehmen. Für die Kommissionmehrheit spricht das Interesse des Verletzten, der es zweifellos als Unrecht empfinden müßte, wenn ein Verbrechen ungesühnt bliebe nur deshalb, weil dem 18—20 jährigen Täter eine kürzere Verjährungsfrist zugute kommen soll.

Ich empfehle Ihnen die Anträge der Mehrheit der Kommission und bemerke zum Schluss, daß über die Behandlung dieser Personen in einem besondern Abschnitt, unter Streichung des Marginale, Einigkeit besteht.

M. Logoz, rapporteur: Art. 79. La commission vous propose, tout d'abord, de placer dans un chapitre spécial auquel elle a donné le numéro IIIbis, les règles applicables aux mineurs de 18 à 20 ans. Je dois dire que ce chapitre qui ne contient qu'un seul article ne me paraît pas très beau. Personnellement je me demande si l'on ne pourrait pas revenir à cet égard au système du projet d'octobre 1916, qui faisait rentrer ces dispositions dans le chapitre suivant, intitulé: « enfants, adolescents et mineurs de 18 à 20 ans ». Je ne fais cependant pas de proposition personnelle. Il appartiendra au Conseil des Etats d'examiner encore cette question.

Entre l'adolescence, qui se termine à 18 ans (art. 87) et la majorité, c'est-à-dire l'âge de la pleine responsabilité pénale, l'art. 79, à l'exemple de certaines lois actuelles, intercale une période intermédiaire qui va donc de 18 à 20 ans.

Age de transition, période pendant laquelle l'individu n'a pas encore atteint, au moins en général, son complet développement. De là cette idée qu'à celui qui commet un crime ou un délit pendant cette période d'âge, on ne peut pas en vouloir tout à fait autant qu'à un majeur civil. Il faut donc le punir moins sévèrement et c'est ce système de répression moins sévère qu'organise l'art. 79.

Tout d'abord, cet article dresse une échelle des peines spéciale pour les mineurs de 18 à 20 ans. Cette échelle des peines apporte les modifications suivantes aux règles applicables aux adultes:

1. La réclusion à vie est remplacée par la réclusion à temps. Le chiffre 1 de l'art. 79 fixe cependant ici un minimum plus élevé que le minimum général de la réclusion à temps. L'art. 79, chiffre 1, fixe un minimum général de 5 ans au lieu d'une année. Il ne faut pas que la clémence qu'on témoigne ici aux jeunes gens de 18 à 20 ans devienne de la duperie. C'est la même idée qui a conduit la commission à fixer un maximum de 20 ans au lieu de 15 ans, maximum général de la réclusion à temps pour les adultes.

2. L'art. 79, chiffre 2, abolit les minima spéciaux. Il n'en reste pas beaucoup dans le projet, mais ceux qui existent sont supprimés pour les mineurs de 18 à 20 ans.

3. D'autre part, l'art. 79, chiffre 3, pose des règles spéciales pour le cas où des circonstances atténuantes sont admises au profit d'un délinquant de 18 à 20 ans. Cet article déroge donc à l'art. 62.

Le projet du Conseil fédéral prévoit en outre que les délais de prescription sont ici réduits de moitié. La

majorité de la commission estime cette règle excessive et propose de la biffer. Personnellement, je suis d'accord avec la minorité, qui propose le retour au texte du Conseil fédéral.

Le projet prévoit enfin que les condamnés de cette catégorie devront, en tout cas pendant leur minorité et, si possible, plus tard encore, être absolument séparés de tous détenus majeurs. Règle tout à fait justifiée et sur laquelle il est superflu d'insister. Il s'agit ici d'individus encore relativement influençables et qui n'ont rien de bon à apprendre au contact de délinquants plus âgés et plus expérimentés qu'eux-mêmes.

Je vous recommande l'adoption de l'art. 72 tel qu'il a été rédigé par la commission; personnellement, je suis d'accord avec la proposition faite par la minorité au sujet du chiffre 4.

Farbstein: Ich beantrage Ihnen die frühere Form des Artikels wieder aufzunehmen. Wenn ich Herrn Logoz richtig verstanden habe, hat er erklärt, dass er persönlich mit der Minderheit einverstanden sei. Die Begründung des Herrn Kommissionsreferenten Seiler für den Antrag der Mehrheit ist nicht überzeugend. Er hat ausgeführt, die Mehrheit wolle Rücksicht nehmen auf die Interessen der Damnikaten und aus diesem Grunde habe sie Ziff. 4 gestrichen. Da besteht doch ein Widerspruch. Art. 79 ist ein Ausnahmeanartikel zugunsten der Minderjährigen. In Ziff. 1 findet sich eine Bestimmung zugunsten der Minderjährigen ohne Rücksicht auf die Interessen des Damnikaten. In Ziff. 2 ist eine Ausnahme zugunsten der Minderjährigen ohne Rücksicht auf die Interessen des Verletzten. In Ziff. 3 ist wieder eine Ausnahme zugunsten der Minderjährigen, wieder ohne Rücksicht auf die Interessen des Damnikaten. Plötzlich bei Ziff. 4 hat sich die Kommissionsmehrheit überlegt, daß es Damnikaten gibt. Hier will sie nun keine Ausnahme mehr machen.

Der Minderjährige wird nach dem Entwurf immer milder behandelt. Er ist noch kein voller Verbrecher. Wenn man ihn milder bestraft, so tut man es, weil er noch jugendlich ist und man wird sein Verbrechen auch in rascherem Tempo vergessen können. Man trägt schließlich auch einem Kinde sein Unrecht nicht so lange nach wie einem Erwachsenen. Von einem Minderjährigen erwarten wir weniger Lebenserfahrung, infolgedessen können auch die Verjährungsfristen kürzer sein. Bundesrat und welcher Referent waren mit dem ursprünglichen Wortlaut einverstanden. Ich empfehle Ihnen den Entwurf des Bundesrates.

Hoppeler: Art. 79 schlägt nach dem Antrage des Bundesrates vor, daß die Minderjährigen im Alter von 18—20 Jahren separat gehalten werden müssen. Nun hat die Kommission den Ausdruck « Verhaftete » abgeändert in « Sträflinge ». Unter einem Sträfling verstehe ich einen, der unter dem Strafvollzug steht, während nach meiner Auffassung der Verhaftete derjenige ist, der sich in Untersuchungshaft befindet. Wenn es einfach heißt: Sträfling, könnte daraus geschlossen werden, daß die 18—20jährigen, sobald sie unter den Strafvollzug kommen, von den mündigen Sträflingen getrennt werden müssen, daß aber für die Untersuchungshaft keine solche Vorschrift besteht.

Ich möchte den Herrn Kommissionspräsidenten fragen, damit Klarheit geschaffen wird, wie er den Begriff Verhaftete auffaßt. Ich bin selbstverständlich der Meinung, daß die Trennung schon während der Untersuchungshaft durchgeführt werden soll. Ich denke, daß das auch die Absicht der Kommission ist. Es handelt sich also mehr um eine redaktionelle Klarstellung.

Bundesrat Häberlin: Ich möchte Herrn Hoppeler unterstützen und an der ursprünglichen Fassung des Bundesrates festhalten. Es ist richtig, daß wir die Verurteilten nicht bloß davor bewahren wollen, mit mündigen Verurteilten zusammenzukommen, sondern auch mit solchen, die in Untersuchungshaft sind. Die können natürlich auch gefährlich werden, wenn auch nicht so unbedingt, wie die schon Verurteilten. Jedenfalls soll aber eine Infektion ausgeschlossen sein. Ich glaube, die Kommission nimmt das auch an. Es war wohl eine falsche Ueberlegung, die die neue Nomenklatur veranlaßt hat.

Seiler, Berichterstatter: Die Kommission, wenigstens ihre Berichterstatter, können sich damit einverstanden erklären. Im französischen Text ist der Ausdruck « détenu » gewählt, der auf beide Fälle paßt. Wenn man genau sein wollte, müßte man « Verhaftete und Sträflinge » sagen, dann hat man alle erfaßt.

Die Kommission ist mit dem Ausdruck « Verhaftete » einverstanden, trotzdem die Verhafteten nicht « Sträflinge » im engern Sinne sind, denn der Verhaftete ist der in Untersuchungshaft Untergebrachte, während erst nachher die Strafe kommt. Nur der Ausdruck « Verhaftete und Sträflinge » würde beide Fälle decken.

Abstimmung. — Vote.

Ziff. 1—3.

Angenommen. — *Adoptés.*

Ziff. 4.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit (Streichung)	43 Stimmen
Dagegen	40 Stimmen

Präsident: Herr Hoppeler hat beantragt, in Ziffer 5 den ursprünglichen Ausdruck des Bundesrates aufzunehmen und von den « mündigen Verhafteten » statt von den « mündigen Sträflingen » zu sprechen. Herr Bundesrat Häberlin unterstützt den Antrag Hoppeler. Die Kommissionsreferenten sind einverstanden. Will der Antrag der Kommissionsmehrheit von anderer Seite aufgenommen werden? Das ist nicht der Fall.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 80—86.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 80. Kinder, die das sechste Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, fallen nicht unter dieses Gesetz

Begeht ein Kind, welches das sechste, aber nicht das fünfzehnte Altersjahr zurückgelegt hat, eine durch dieses Gesetz mit Strafe bedrohte Tat, so finden die folgenden Bestimmungen Anwendung.

Art. 81. Die zuständige Behörde (Art. 390) stellt den Sachverhalt fest. Soweit die Beurteilung des Kindes es erfordert, macht sie Erhebungen über das Verhalten, die Erziehung und die Lebensverhältnisse des Kindes und zieht über dessen körperlichen und geistigen Zustand Berichte und Gutachten ein. Die Behörde kann auch die Beobachtung des Kindes während einer gewissen Zeit anordnen.

Art. 82. Ist das Kind sittlich verwahrlost, sittlich verdorben oder gefährdet, so ordnet die zuständige Behörde seine Versorgung an.

Die Versorgung kann erfolgen durch Uebergabe an eine vertrauenswürdige Familie oder durch Ueberweisung des Kindes an eine Erziehungsanstalt.

Das Kind kann auch der eigenen Familie zur Erziehung überlassen werden.

Die zuständige Behörde überwacht in allen Fällen die Erziehung, die dem Kinde zuteil wird.

Die zuständige Behörde hebt die Versorgung oder, wenn das Kind der eigenen Familie überlassen worden ist, die Aufsicht über die Erziehung auf, wenn diese Maßnahmen ihren Zweck erreicht haben. Jedenfalls fallen mit dem zurückgelegten zwanzigsten Altersjahr diese Maßnahmen dahin.

Die gegenüber einem Kinde getroffene Maßnahme kann, sobald es das fünfzehnte Altersjahr zurückgelegt hat, durch eine für die Jugendlichen vorgesehene Maßnahme ersetzt werden.

Art. 83. Erfordert der Zustand des Kindes eine besondere Behandlung, ist das Kind insbesondere geisteskrank, schwachsinnig, blind, taubstumm oder epileptisch, so ordnet die zuständige Behörde die Behandlung an, die der Zustand des Kindes erfordert.

Die besondere Behandlung hört auf, wenn die zuständige Behörde nach Anhörung des behandelnden Arztes ihren Wegfall anordnet.

Art. 84. Ist das Kind weder sittlich verwahrlost, noch sittlich verdorben oder gefährdet, und bedarf es keiner besondern Behandlung, so erteilt ihm die zuständige Behörde, falls sie das Kind fehlbar findet, einen Verweis oder verhängt Schularrest.

Art. 84 ter. Die zuständige Behörde kann jederzeit die getroffene Maßnahme durch eine der andern Maßnahmen ersetzen.

Art. 84 quater. Die zuständige Behörde kann von jeder Maßnahme absehen, wenn seit der Tat drei Monate verstrichen sind. (Vgl. Art. 86.)

Art. 85. Streichen.

Art. 86. Streichen. (Vgl. Art. 84 quater.)

Minderheit:
(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 80. ... nicht das
sechzehnte Altersjahr ...

Art. 80—86.

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 80. Le présent code n'est pas applicable aux enfants qui n'ont pas atteint l'âge de six ans révolus.

Si un enfant âgé de plus de six ans, mais de moins de quinze ans révolus, commet un acte punissable à teneur du présent code, les dispositions ci-après lui seront applicables.

Art. 81. L'autorité compétente (art. 390) constatera les faits. Si cela est nécessaire pour la décision à prendre à l'égard de l'enfant, l'autorité prendra des informations sur la conduite, l'éducation, la situation et l'état physique et mental de l'enfant; elle devra en outre, dans ce cas, requérir un rapport médical. L'autorité pourra également ordonner que l'enfant soit mis en observation pendant un certain temps.

Art. 82. Si l'enfant est moralement abandonné, perverti ou en danger de l'être, l'autorité compétente pourvoira à son placement. Ce placement s'effectuera soit par la remise de l'enfant à une famille digne de confiance, soit par sa remise à un établissement d'éducation.

L'enfant peut aussi être laissé dans sa propre famille.

Son éducation sera, dans tous les cas, surveillée par l'autorité compétente.

L'autorité compétente mettra fin au placement ou, si l'enfant a été laissé dans sa propre famille, à la surveillance exercée sur son éducation, quand ces mesures auront atteint leur but. Ces mesures cesseront, en tous cas, quand celui qui en a été l'objet aura atteint l'âge de vingt ans révolus.

La mesure ordonnée à l'égard d'un enfant peut, lorsqu'il aura atteint l'âge de quinze ans révolus, être remplacée par une des mesures prévues pour les adolescents.

Art. 83. Si l'état de l'enfant exige un traitement spécial, si notamment l'enfant est atteint d'une maladie mentale, faible d'esprit, aveugle, sourd-muet ou épileptique, l'autorité compétente prescrira le traitement approprié à l'état de l'enfant.

L'autorité compétente, après avoir pris l'avis du médecin traitant, fixera le moment où le traitement doit prendre fin.

Art. 84. Adhérer au projet du Conseil fédéral. (La modification ne concerne que le texte allemand.)

Art. 84 ter. L'autorité compétente peut en tout temps substituer une autre mesure à celle qu'elle a ordonnée à l'égard d'un enfant.

Art. 84 quater. L'autorité compétente pourra renoncer à toute mesure, s'il s'est écoulé trois mois depuis que l'acte a été commis (cf. art. 86).

Art. 85. Biffer.

Art. 86. Biffer (voir art. 84 quater).

Minorité:
(Affolter et cosignataires.)

Art. 80. ... de moins de
seize ans ...

Seiler, Berichterstatter: Die Beratung dieser Materie in der Kommission reicht nun schon sieben Jahre zurück. Es war daher nicht verwunderlich, daß sich diejenigen Kreise, die sich speziell mit der Jugendfürsorge beschäftigen, nunmehr vor der Beratung im Rat mit den Resultaten der Kommissionsberatung befaßten. In einer umfangreichen Eingabe hat die Stiftung « Pro Juventute » ihre Auffassung der Kommission unterbreitet. Einer Abordnung dieser Stiftung wurde außerdem Gelegenheit gegeben, sich vor der Kommission selbst auszusprechen. In der Folge hat dann die Kommission das Jugendlichenrecht einer nochmaligen eingehenden Behandlung unterzogen und einige wichtige Aenderungen vorge-

nommen, die im Verlaufe der Berichterstattung noch hervorzuheben sind.

Hier handelt es sich um das Kind als Täter, nicht als Opfer, wie z. B. in Art. 166 ff. Wie weit reicht das Kindesalter? Das ist die eine Frage. Und wie reagiert der Staat gegen die im Kindesalter begangenen Straftaten? Dies die andere Frage. Das Kind ist nicht strafmündig, weil ihm die Einsicht in die Strafbarkeit der Tat fehlt. Die Zurechnungsfähigkeit erfordert eine gewisse durch das Alter bedingte geistige Reife. Weil beim Kind diese Reife fehlt, wird es strafrechtlich nicht verfolgt, und die Maßnahmen, welche in bezug auf das Kind getroffen werden, bedeuten nicht Strafe, sondern Erziehungsakt.

Nun ist die Kommission einig über den Beginn des Kindesalters. Es wird ausdrücklich bestimmt, daß Kinder, welche das sechste Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, nicht unter das Strafgesetz fallen. Streitig ist jedoch das Ende des Kindesalters. Bundesrat und ursprünglich auch die Kommissionsmehrheit bezeichneten als Kindesalter das siebente bis vierzehnte Altersjahr, die ursprüngliche Kommissionsminderheit wollte das Kindesalter bis zum zurückgelegten sechzehnten Altersjahr ausdehnen.

Die Frage, welche Altersgrenze die richtige sei, ist nicht leicht zu entscheiden. In der Expertenkommission haben darüber sehr interessante Diskussionen stattgefunden. Schließlich wurde aber mit überwiegender Mehrheit das vierzehnte Altersjahr als obere Grenze angenommen. Dabei wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß es das Volksempfinden verletzen müßte, wenn ein Fünfzehnjähriger ein schweres Verbrechen unbestraft begehen könnte. Es ist auch betont worden, daß mit dem vollendeten vierzehnten Altersjahr die Schulpflicht aufhöre und daß mit dem Eintritt dieses Alters in der Regel auch der Eintritt in das Erwerbsleben erfolge. Dabei darf darauf hingewiesen werden, daß diese Altersgrenze schon deshalb nicht von so einschneidender Bedeutung ist, weil auch in der nachfolgenden Altersstufe der Jugendlichen eine besondere Behandlung eintritt, die von der Behandlung der Erwachsenen wesentlich absticht. Die Altersgrenze von vierzehn Jahren hätte daher meines Erachtens unbedenklich angenommen werden dürfen. Auf sechzehn Jahre, wie die Minderheit es wollte, ist in der Expertenkommission niemand gegangen. Die Diskussion beschränkte sich auf das vierzehnte und auf das fünfzehnte Altersjahr. In praktischer Beziehung wurde namentlich auch darauf hingewiesen, daß die Erhöhung des Kindesalters das Kontingent der Jugendlichen einschränken und daß Maßnahmen, die in der letztern Stufe vorgesehen sind, wie die Verwahrung in einer Korrekptionsanstalt, zu lange hinausgeschoben werden müßten.

Unsere Kommission hat in der letzten Sitzung in Wengen die Frage der Grenze des Kindesalters neuerdings besprochen. Mit 11 gegen 10 Stimmen hat sie sich für die Ausdehnung auf das 15. Altersjahr entschieden, ein Zufallsmehr! Der Rat möge darüber entscheiden. Dabei sei erwähnt, daß Dr. Silbernagel, der sich von jeher mit großem Eifer für das Jugendstrafrecht eingesetzt hat sich in seiner neuesten Broschüre «Zum Ausbau des zürcherischen und schweizerischen Jugendstrafrechtes» sehr anerkennend über die Erhöhung des Kindesalters ausspricht. Für den Rat

wird es sich heute fragen, ob er sich auf der Altersgrenze von 15 Jahren finden kann oder ob Anträge im Sinne der Reduktion auf 14 Jahre oder der Erhöhung auf 16 Jahre gestellt werden. Gegenüber vielen Gesetzgebungen bedeutet schon die Erhöhung auf 15 Jahre eine bedeutende Aenderung.

Ueber die Behandlung der Kinder ist die Kommission im großen und ganzen einig. Dieses Kindes- und Jugendlichenrecht systematisch geordnet und praktisch durchführbar gestaltet zu haben, ist eines der großen und bleibenden Verdienste von Prof. Stooß. Die gewissenhafte und verständnisvolle Anwendung der geschaffenen Bestimmungen wird zweifellos zur Bekämpfung des Verbrechertums in seiner erbarmungswürdigsten Gestalt viel beitragen. Auch in diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, daß die Beseitigung der Zersplitterung und des Tastens auf diesem Gebiete, wie sie unter dem jetzigen kantonalen Recht leider festgestellt werden müssen, dringend notwendig ist.

Die Differenzen zwischen Bundesrat und Kommission erscheinen zwar umfangreich, sind aber nicht grundsätzlicher Natur. In Art. 81 ist die Untersuchungsmethode etwas elastischer gestaltet. Die zuständige Behörde, welche nach Art. 390 durch die Kantone bestimmt wird, soll alles zur Abklärung Erforderliche vorkehren und sich ein Bild über die Ursachen machen, welche zur Tat führten und über die Maßnahmen, die geeignet sind, das Kind zu bessern.

In ihrer Sitzung in Wengen hat die Kommission gemäß den Anträgen der Stiftung «Pro Juventute» als weitere Maßnahme die Beobachtung des Kindes während einer gewissen Zeit beigelegt. Die Praxis wird nach dieser Richtung die Wege zu weisen haben.

Versorgung oder besondere Behandlung oder Bestrafung, das sind die Alternativen, die den Behörden zur Verfügung stehen. Unter diesen Maßnahmen soll die Behörde wählen. Die Versorgung als solche kann wiederum nach verschiedenen Methoden erfolgen. Obenan steht die Wahl einer vertrauenswürdigen Familie; auch die eigene Familie kann in Betracht fallen. Daneben besteht die Möglichkeit der Versorgung in einer Erziehungsanstalt. Ueber die Errichtung solcher Anstalten enthält der neunte Abschnitt die näheren Bestimmungen. An solche von den Kantonen errichtete Anstalten kann der Bund Subventionen bis zu 50 % ausrichten.

Die Kommission hat an den Bestimmungen der bundesrätlichen Vorlage noch einige Ergänzungen vorgenommen. Sie schreibt in Art. 82 die Ueberwachung der Erziehung vor und bestimmt im weitern ausdrücklich, was vielleicht nicht ganz überflüssig ist, daß Versorgung und Aufsicht aufzuheben seien, wenn der Zweck der Maßnahme erfüllt ist. Mit dem zwanzigsten Altersjahr fallen die Maßnahmen ohne weiteres dahin. Beim Uebertritt des Kindes in das Alter der Jugendlichen können weitere zweckdienliche Maßnahmen getroffen werden.

Taubstumme, Schwachsinnige und mit andern Gebrechen behaftete Kinder sollen einer besondern Behandlung zugewiesen werden. Diese Behandlung hört auf, wenn nach der Ansicht Sachverständiger die Maßnahme nicht mehr nötig ist.

Fraglich ist, was gegenüber denjenigen Kindern anzuordnen ist, die weder versorgt werden müssen, noch sonst einer besondern Behandlung bedürfen,

weil sie normal und nicht verwahrlost sind, vielmehr in jugendlichem Uebermut oder aus sonstigen Gründen heraus eine Missetat begehen.

Diesen Kindern gegenüber sieht der Entwurf des Bundesrates Bestrafung mit Verweis oder Schularrest vor. Die Kommission hat diese beiden Maßnahmen akzeptiert, bezeichnet sie aber nicht als Strafen, sondern als disziplinarische Maßnahmen, beantragt somit Aenderung der Marginale.

In einem neuen Art. 84bis wollte die Kommission ursprünglich der zuständigen Behörde die Möglichkeit geben, das Kind, welches im Zeitpunkt der Beurteilung das 14. Altersjahr überschritten hat, nach dem Rechte der Jugendlichen zu behandeln. In Wengen ist Art. 84bis aber wieder gestrichen worden. Maßgebend soll nun eben in allen Fällen die Anwendung derjenigen Rechtsnormen sein, denen das Kind im Zeitpunkt der Tat unterstellt war.

In dieser Partie liest sich das Gesetz wie eine Wegleitung zuhanden der zuständigen Behörde. Gerade in dieser freien Form scheint uns aber auch das Hervorragende dieser Lösung zu liegen, und durch den Vorbehalt der kantonalen Durchführung legt sich zudem der Bund eine weise Beschränkung auf.

Die Art. 84ter und quater schaffen weitere Möglichkeiten der Berücksichtigung besonderer Verhältnisse im Einzelfall. Der Verzicht auf jede Maßnahme nach Ablauf einer Frist von 3 Monaten — der Bundesrat hatte in Art. 86 6 Monate vorgesehen — ist der Ausfluß eines berechtigten Gefühls der Milde. Wenn ein Kind während dreier Monate in der Furcht der Entdeckung und Ahndung eines Jugendstreiches gelebt hat, so wird es in der Regel bestraft genug sein, und wenn in einem solchen Falle das Wort: « Einmal ist keimnal » zur Anwendung kommt, so ist wohl beim pflichtbewußten, noch unverdorbenen Kind gerade so viel erreicht wie mit der Durchführung einer Untersuchung.

Gestrichen hat die Kommission die Bestimmung des Art. 85, wonach den Eltern, welche ihre Pflichten gegenüber dem Kind vernachlässigt haben, durch den Richter eine Ermahnung oder Verwarnung erteilt werden soll. Diese Bestimmung scheint der Kommission über den dem Strafrecht gesteckten Rahmen hinauszugehen. Hier haben das Zivilrecht und das Administrativverfahren einzugreifen. Uebrigens wird auch beim Fallenlassen des Art. 85 niemand die Behörde hindern können, den Eltern die Meinung zu sagen und sie zu ermahnen.

Gestützt auf diese Ausführungen empfehle ich Ihnen die Anträge der Kommission. Umstritten ist lediglich die Erhöhung des Kindesalters auf 15, eventuell 16 Jahre. Ueber diese Frage wird gesondert abzustimmen sein, sofern noch besondere Anträge dazu eingehen.

M. Logoz, rapporteur: Les art. 80 et suivants, c'est-à-dire les dispositions spéciales que le projet consacre aux enfants et aux adolescents ont une importance capitale.

Ici, encore, le Code pénal suisse nous fera réaliser un progrès général qu'aucune loi cantonale ne peut nous donner. Par les dispositions dont nous allons parler, le projet suisse protégera non seulement l'enfant ou l'adolescent vaudois, ou bernois, ou grison, mais l'enfant et l'adolescent suisses.

Or c'est là un problème pénal de première importance au point de vue pratique et que non seulement notre devoir de solidarité confédérale dans le plus haut sens des termes, mais aussi notre intérêt évident nous commandent de résoudre au plus vite.

En effet, tous les criminalistes, théoriciens, magistrats et spécialistes de la pratique pénitentiaire sont aujourd'hui d'accord pour dire: Si l'on veut mener la lutte contre le crime avec quelques chances de succès, il faut vouer une attention spéciale à ce qui se passe aux deux ailes de l'armée criminelle. D'une part, il faut réserver aux vétérans de cette armée, aux récidivistes et surtout aux récidivistes invétérés, aux professionnels du délit, un traitement suffisamment énergique et durable pour mettre la société à l'abri de leurs atteintes. C'est ce que fait, notamment, l'art. 40 du projet.

D'autre part, il importe par dessus tout de chercher sinon à tarir, du moins à enrayer le recrutement de l'armée des malfaiteurs, en adoptant à l'égard des jeunes délinquants une tactique pénale appropriée.

Endiguer le développement de la criminalité juvénile, c'est certainement accomplir, pour le bien du pays tout entier, un des plus grands progrès qui soient possibles.

Mais pour y arriver, tous reconnaissent aujourd'hui que, dans la manière de traiter pénalement les jeunes délinquants, il est indispensable de tenir compte de leur nature propre. Ce sont des êtres en voie de devenir, dont le caractère a pu être comparé à une cire encore molle et sur laquelle, si la première empreinte reçue est mauvaise, on peut encore imprimer une empreinte meilleure.

Il faut donc tirer parti, dans l'intérêt de l'enfant ou de l'adolescent et dans notre intérêt à tous, des possibilités de rééducation qu'offre un caractère encore influençable et plus malléable que celui d'un adulte. Il faut tout faire pour remettre le jeune délinquant dans le droit chemin par des mesures appropriées à son âge.

Il ne suffit donc pas de considérer ce jeune délinquant comme un homme en miniature et de dire: Pour ce petit homme, peine plus petite, mais de même espèce que pour les délinquants adultes. Cela ne suffit pas. L'enfant ou l'adolescent est en réalité un être qualitativement différent de l'adulte. Il appartient à un autre monde, au point de vue moral et mental.

Il faut donc, pour lui, un droit pénal autre que celui qui est applicable aux adultes; il faut un droit pénal adapté à la nature propre des jeunes et dans lequel l'accent sera mis non plus sur les questions trop exclusivement juridiques de responsabilité et de culpabilité, mais sur deux choses essentielles, savoir:

1^o le but à atteindre, qui est de sauver si possible, de remettre en selle l'enfant ou l'adolescent qui a fauté. Et il faut mettre à la disposition du juge ou de l'autorité compétente des sanctions, des mesures, qui lui permettent d'atteindre ce but.

2^o Le juge ou l'autorité quelconque qui est compétente doivent faire en sorte de choisir en connaissance de cause et non à l'aveuglette les mesures qu'ils ordonneront. Ce n'est qu'à la condition de savoir exactement à qui ils ont affaire au point de vue physique, moral et mental, qu'ils pourront choisir la mesure la plus appropriée pour prévenir une rechute.

Il faut donc, en définitive, mettre les enfants et les adolescents hors du droit pénal ordinaire. Il faut créer pour eux un droit pénal spécial, s'inspirant des idées que je viens de résumer. C'est justement ce que fait le projet. A cet égard, la place donnée aux art. 80 et suivants dans notre projet est significative. Quant au contenu de ces dispositions, d'autre part, on doit constater que le professeur Carl Stooß, le premier auteur du projet, a le très grand mérite d'avoir trouvé, en ce qui concerne le traitement pénal à réserver aux enfants et aux adolescents, un système théoriquement juste et, en même temps, pratiquement applicable.

En ce qui concerne les enfants, tout d'abord, (art. 80 à 86), j'attire votre attention sur les points suivants:

1° Aux art. 80 et suivants, votre commission vous propose certaines modifications d'ordre plus ou moins formel, sur lesquelles je m'abstiens d'insister. Des textes proposés par la commission, comme du projet du conseil fédéral, il résulte en premier lieu que le projet se désintéresse complètement du sort des tout petits enfants, des enfants de moins de six ans.

Pour des raisons qui sont évidentes, il vaut mieux que le législateur pénal ne s'en occupe pas, si ce n'est pour fixer une limite d'âge précise (six ans), qui coupe court aux excès de zèle que pourraient commettre certaines autorités pénales inintelligentes.

2° La situation est un peu différente quand le jeune délinquant est déjà sorti de la petite enfance, quand il a, d'après le projet du Conseil fédéral, entre six à quatorze ans ou, d'après les propositions de la majorité de la commission, entre six à quinze ans.

De ces enfants de six à quatorze ans ou de six à quinze ans, lorsqu'ils ont commis un acte qualifié crime ou délit, la loi pénale ne peut pas se désintéresser complètement.

Elle doit faire en sorte que la cause de l'acte anormal qui a été commis soit recherchée, pour qu'ensuite les mesures nécessaires soient prises.

C'est cette enquête que prescrit l'art. 81. Et la commission vous propose de compléter cet article pour y prévoir la possibilité d'une mise en observation de l'enfant, de même que l'art. 87bis la prévoit pour les adolescents.

Quoi qu'il en soit, l'enquête prévue par l'art. 81 sera faite, dit le projet, par « l'autorité compétente. » Qu'est-ce que cette autorité compétente? C'est celle que désigneront les cantons. Voyez à ce sujet l'art. 390. Là où il y a déjà une autorité spéciale pour s'occuper des enfants ou des adolescents délinquants, cette autorité sera tout naturellement désignée.

Une enquête doit donc être faite, avant tout, sur l'état physique, mental et moral de l'enfant. Selon les résultats de l'enquête, le projet distingue trois cas possibles:

1° L'enfant est moralement abandonné, perverti ou en danger. De quoi s'agit-il alors? De protéger et si besoin est de redresser, de rééduquer cet enfant. C'est ce que prévoit l'art. 82.

A cet article, la commission vous propose d'ajouter deux alinéas nouveaux (4 et 5) au texte du Conseil fédéral. L'adjonction ainsi proposée doit combler deux lacunes du texte du Conseil fédéral, lequel ne dit ni quelle doit être la durée des mesures prévues par l'art. 82, ni que l'autorité pourra, lorsque l'enfant aura plus de 15 ans, remplacer la mesure primi-

tivement ordonnée par l'une des mesures prévues pour les adolescents.

Je me permets, à ce propos, d'attirer votre attention sur une lettre qui m'a été adressée, après la dernière session de votre commission, par le Jugendamt de Zurich et qui dit notamment:

« Wir möchten anregen, daß der Entwurf redaktionell verbessert und in Einklang mit dem Zivilgesetzbuch gebracht würde mit Bezug auf die Verwendung der Ausdrücke «sittlich verwahrlost, sittlich verdorben, gefährdet, in seinem leiblichen oder geistigen Wohle dauernd gefährdet, «verwahrlost» etc.

Nous n'avons pas discuté cette question à la commission. Le Conseil des Etats pourra l'étudier quand il examinera le projet.

2° Le second cas possible, c'est celui d'un enfant malade, qu'il faut soigner et, si possible, guérir. C'est le cas prévu à l'art. 83 du projet, que votre commission propose de compléter par un nouvel alinéa fixant comment et quand le traitement prendra fin.

L'art. 83 complète lui-même les art. 275 et 405 du Code civil suisse ainsi que les art. 283 et 284 du même code, qui prévoient déjà l'intervention de l'autorité dans certains cas où les parents ne font pas leur devoir

A ce sujet encore, le Jugendamt de Zurich m'écrit:

« Wir machen nochmals aufmerksam auf die von Dr. Hauser bereits in Wengen (à la dernière session de la commission) erhobene Frage, wie lange die Organe des Jugendstrafrechtes mitwirken sollen bei der besondern Behandlung nach Art. 82 und 83. Nach dem nationalrätlichen Entwurf so lange, bis der Arzt oder die Anstaltsleitung den Wegfall anordnet. Wäre es nicht tunlich und zweckmäßig, zu bestimmen, daß die Fürsorge von der zuständigen Vormundschaftsbehörde übernommen werden solle, wenn sie über das 20. Altersjahr andauern müsse (Art. 14 und 368 Z. G. B.)? »

Je ne me prononce pas sur cette suggestion que la commission n'a pas pu examiner. J'espère que le Conseil des Etats voudra bien lui vouer son attention.

3° Restent enfin, en troisième lieu, les cas prévus par l'art. 84. Le plus souvent, ils seront peu graves; car un crime grave sera rarement commis par un enfant s'il n'est en rapport avec un état pathologique ou un état d'abandon ou de perversion morale.

Dans ce cas-là, l'art. 84 du projet prend modèle, notamment, sur la loi neuchâteloise du 23 septembre 1893 concernant la discipline scolaire et les arrêts de discipline et prévoit un châtement approprié à l'âge du délinquant.

Quant à l'art. 84bis, qui figure encore dans le projet imprimé qui vous a été distribué, la commission a décidé tout récemment, dans sa session de Wengen, en septembre 1928, de vous en proposer la suppression, de même que celle de l'art. 93ter. Tout compte fait, la commission estime préférable de ne pas créer d'exception à la règle d'après laquelle les dispositions à appliquer aux enfants et adolescents sont déterminées par l'âge de l'inculpé au moment où il a commis son acte.

L'art. 84ter donne à l'autorité compétente pour s'occuper des enfants délinquants un pouvoir qu'elle doit certainement avoir et qui est semblable à celui que l'art. 90 confère à l'autorité compétente pour

s'occuper des adolescents. Je n'insiste pas sur ce point.

D'autre part, l'art. 84quater remplace l'art. 86 du projet du Conseil fédéral, tout en réduisant de 6 à 3 mois le délai qu'il prévoit.

Quant à l'art. 85 du projet du Conseil fédéral, il prévoyait que les parents qui sont en faute pourront être admonestés et avertis par l'autorité. A tort ou à raison, cet article a paru un peu pâle, un peu faible à votre commission. C'est pourquoi, après avoir envisagé, puis, en définitive, écarté l'idée d'insérer ailleurs, au Livre III du projet, un art. 320bis qui aurait puni des arrêts ou de l'amende et éventuellement de la déchéance de la puissance paternelle, celui qui, ayant la garde d'un mineur, persiste à négliger ses devoirs envers lui, après avoir, dis-je, envisagé puis écarté cette idée, votre commission se borne à vous proposer aujourd'hui de biffer l'art. 85. Ce sera à l'autorité tutélaire d'intervenir dans la limite de ses compétences. Eventuellement aussi, les articles 180 et suivants du projet pourront être applicables, spécialement les art. 184 et 185.

Cela dit, je dois revenir en deux mots à une question que vous allez avoir à trancher vous-mêmes, celle de la limite d'âge entre l'enfance et l'adolescence. J'ai rappelé tout à l'heure qu'à l'art. 80, cette limite est fixée à 14 ans par le projet du Conseil fédéral, mais que la majorité de la commission (une majorité de 11 voix contre 10) vous propose d'aller jusqu'à 15 ans. Cette proposition, à l'appui de laquelle on a invoqué notamment le fait que, dans certains cantons tout au moins, l'obligation scolaire va jusqu'à 15 ans, est aussi l'expression d'une autre idée; elle est l'expression du désir de trouver une solution moyenne entre la limite de 14 ans fixée par le projet du Conseil fédéral et celle de 16 ans que proposait une minorité de la commission.

Je tiens à dire cependant que, pour ma part, à la commission, j'ai voté le maintien de la limite d'âge de 14 ans, et cela pour deux raisons:

J'ai voté le maintien de la limite d'âge de 14 ans tout d'abord, parce qu'un spécialiste éminent, M. le Dr. Hauser, Jugendanwalt à Winterthour, entendu par la commission, nous a déclaré catégoriquement qu'étant donné le contenu et la tendance générale des dispositions du projet relatives aux enfants et aux adolescents, il n'était pas nécessaire de modifier la limite d'âge de 14 ans proposée par le Conseil fédéral: «Es hat keinen innerlichen Zweck» nous a dit le Dr. Hauser à la dernière session de la commission.

D'autre part, en fixant à 14 ans la fin de la période de l'enfance, le projet du Conseil fédéral va déjà plus loin et même sensiblement plus loin que beaucoup de lois cantonales. Je me permets de vous donner à ce sujet quelques chiffres.

L'adolescence va de 10 à 14 ans dans les Grisons et au Tessin; elle va de 10 à 18 ans, notamment, dans le canton de Neuchâtel. A Neuchâtel, en outre, dès l'âge de 13 ans, l'adolescent est passible des sanctions pénales ordinaires avec atténuation quantitative. L'adolescence va de 12 à 16 ans à Zoug, Glaris, Appenzell Rh. ext. et en Thurgovie; elle va de 12 à 18 ans à Soleure et à Fribourg; de 14 à 17 ans, si je ne me trompe, à St-Gall. Enfin, je ne veux pas multiplier ces chiffres, l'adolescence va de 14 à 18 ans dans les cantons de Bâle-Ville, de Lucerne, de Vaud et du Valais. J'en conclus personnellement qu'il

serait peut-être sage de maintenir dans le projet la limite inférieure de 14 ans. Evidemment, j'en conviens très volontiers, adopter la limite d'âge de 15 ans est loin d'être une catastrophe. Je ne fais donc pas de proposition personnelle. M. Grünenfelder en fait d'ailleurs une. Vous êtes donc, en définitive, en présence de deux solutions: le Conseil fédéral propose 14 ans; M. Grünenfelder reprend cette solution écartée par la majorité de la commission qui, de son côté, veut fixer à 15 ans la limite entre l'enfance et l'adolescence. Vous choisirez.

Grünenfelder: Sie entschuldigen, wenn ich auch zu Art. 80 individuell einen Antrag wieder aufnehme, den ich bereits in der Kommission verfochten habe und der sich deckt mit dem Standpunkt des Bundesrates in der gedruckten Vorlage, welche Vorlage ja auf den Ergebnissen der jahrelangen Beratungen der Expertenkommission beruht und der auch in Uebereinstimmung mit dem ursprünglichen gedruckten Antrag der Kommissionsmehrheit steht, indem ich Ihnen beantrage, die Grenze zwischen dem Kindesalter und dem Alter der Jugendlichen auf das 14. Jahr festzusetzen. Diese Altersgrenze von 14 Jahren finden Sie in der gedruckten Vorlage in den Art. 80 ff. Dagegen hat die Kommission auf Antrag des Herrn Schär am 4. September dieses Jahres beschlossen, auf den Art. 80 zurückzukommen und das 15. Altersjahr als Grenze einzusetzen. Mit dem wirklich zufälligen Mehr von 11 gegen 10 Stimmen ist dieser Antrag in der Kommission durchgedrungen, wobei, ich muß das erwähnen, die Zufälligkeit insbesondere noch darin liegt, daß ein Mitglied der Kommission die Situation des Momentes nicht richtig erfaßt zu haben scheint, ein Mitglied nämlich, das ungefähr zwei Jahre vorher in seinem kantonalen Parlament dabei war, die Grenze nicht etwa nur auf das 14., sondern sogar auf das 12. Jahr festzusetzen. So entstand die Mehrheit für 15 Jahre, im Gegensatz zu dem früher mit besserer Mehrheit gefaßten Beschluß der Kommission, auf 14 Jahre zu gehen.

Welches die Auffassung der Herren Referenten ist, haben Sie wohl auch aus deren Ausführungen herausgeföhlt. Ich danke diesen Herren dafür, daß sie mir das Terrain für meinen Antrag so gut vorbereitet haben.

Herr Logoz hat mit Detailangaben darauf hingewiesen, daß schon der Antrag des Bundesrates und der ursprüngliche Antrag der Kommission, auf 14 Jahre zu gehen, über das hinausgeht, was in der überwiegenden Mehrheit der kantonalen Strafrechte als Altersgrenze festgelegt ist und bisher bestanden hat und was notabene auch im neuesten der kantonalen Strafgesetzbücher unterschritten worden ist, indem es die Altersgrenze auf 12 Jahre festgesetzt hat. Also gegen die Erfahrungen der kantonalen Strafgesetzgeber gehen wir über das hinaus, was bisher in den Kantonen Recht war, wenn wir 15 Jahre festsetzen; ja noch mehr, schon mit 14 Jahren gehen wir über das hinaus.

Es ist die Frage: Wo hört das Kindesalter auf, wo beginnt das jugendliche Alter? Das ist eine Frage, die jeder mehr oder weniger für sich beantworten muß. Es gibt hier keine mathematische, noch sonst irgendwelche materiell faßbare Grenze, man muß sich da selbst ein Urteil bilden. Die Vergangenheit hat sich dieses Urteil gebildet, und nun glaube ich,

muß man im allgemeinen sagen, daß der heutige Mensch mit dem erfüllten 14. Jahre in der Regel die Kindeskleider abstreift. Dafür sorgt ja schon die viel intensivere Schulung gegenüber früheren Zeiten, in denen die Strafgesetze der meisten Kantone geschaffen wurden. Damit wird also der Jugend früher und ausgiebiger das Unterscheidungsvermögen auch zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem beigebracht und ein reiferes Urteil über diese Dinge anerzogen, und infolgedessen sollte man eigentlich zum umgekehrten Schlusse kommen: nicht ein Hinausschieben der Kindesaltersgrenze auf 14 oder 15 Jahre, sondern eher ein Zurückgehen wäre angezeigt, um so mehr, als wir ja in diesem Strafgesetzbuch für das Kind nicht eigentlich Strafen vorsehen, sondern eine sehr milde Behandlung, eine Korrektion, erzieherische Maßnahmen, die auszudehnen auf das jugendliche Alter schon mit etwelcher Gefahr verbunden ist. Schon mit dem erfüllten 14. Jahre stehen ja die Menschen in der obersten Primarschulklasse, wenn die Schulpflicht im betreffenden Kanton überhaupt über das 14. Altersjahr hinausgeht, oder sie stehen in der zweiten oder dritten Realschulklasse. Das sind nicht mehr Kinder, sie wollen gar nicht mehr Kinder sein; sie fühlen sich als Jünglinge oder als Jungfrauen, und viele davon sind wahrscheinlich schon in das geschlechtsreife Alter eingetreten. Es sei auch erwähnt, daß nach der Fabrikgesetzgebung Personen vom vollendeten 14. Altersjahre an in Fabrikbetrieben eingestellt werden können. Alle diese Umstände weisen darauf hin, daß mit dem erfüllten 14. Jahre in der Festsetzung der zulässigen Altersgrenze schon sehr weit gegangen ist und daß auch keine Gefahr bestünde, wenn man sogar unter das erfüllte 14. Altersjahr hinunterginge.

Nun halte ich auch dafür, daß auch die Ordnung im Strafgesetzbuch, nach welcher die Delikte eines Kindes und die eines Jugendlichen geahndet werden, darauf hinweist, daß man keineswegs weiter als bis zum erfüllten 14. Jahr gehen sollte. Ich will nicht von den verwehrten, sittlich verdorbenen Kindern sprechen, für welche die Versorgung in den Erziehungsanstalten vorgesehen ist, und nicht von solchen, für die eine besondere Behandlung in Aussicht genommen ist, weil sie geisteskrank oder schwachsinnig sind und deshalb delinquirieren, sondern von den Kindern und Jugendlichen, die ohne die Mitwirkung jener Mängel ein schweres Delikt begangen haben. Nur diese kommen ja überhaupt zur sogenannten Bestrafung. Worin besteht diese Bestrafung bei Kindern? In einem Verweis oder in Schulartest, so nach Art. 84. Das sind die einzigen Strafen, dazu etwa noch Beaufsichtigung, Beobachtung durch die Behörden während einer gewissen Zeit, nach Art. 81, um festzustellen, ob es sich um ein normales Kind handle oder nicht; das ist in der Hauptsache der Zweck der Beobachtung, die hier vorgesehen ist. Nun denken Sie sich einen jungen Menschen, der ein schweres Delikt begangen hat — Mordtaten kommen auch vor —, man kann im übrigen nicht nachweisen, daß er verdorben oder verwehrt ist, es hat vielleicht mehr an der Gesellschaft gefehlt, in der er aufgewachsen ist; er hat vor dem erfüllten 15. Jahre ein Verbrechen begangen: was kann er als Strafe erhalten? Verweis oder Schularrest, und wenn er nicht mehr in die Schule geht, so bleibt es beim Verweis; denn Schularrest kann man dann wohl nicht mehr anwen-

den. Daraus ersehen Sie, wie gefährlich es ist, bis auf das erfüllte 15. Alterjahr hinaufzugehen. Dabei ist festzustellen, daß es heute viele Jungen gibt, die mit dem erfüllten 14. Altersjahr ein gutes Urteil über das haben, was erlaubt und was nicht erlaubt ist, und die jedenfalls die Einsicht haben, daß es nicht angeht, ein schweres Verbrechen zu begehen. Schaffen wir durch Zurückschieben der Altersgrenze unter 15 Jahre hinab die Möglichkeit, die Strafen anzuwenden, welche für die Jugendlichen vorgesehen sind! Für leichtere Delikte der Jugendlichen ist auch da noch der Verweis vorgesehen. Wenn Sie den Antrag der Mehrheit annehmen und mit der untern Grenze auf 15 Jahre gehen, so wird eben bis zum 15. Jahre in der Regel auch bei schweren Delikten nur der Verweis möglich sein, also auch wenn es sich schon um große Knaben, Realschüler oder Gymnasiasten und ähnliche handelt. Bei Annahme meines Antrages aber wird es möglich sein, statt bloß einen Verweis, die Einschließung zu verfügen (es wird nicht von Gefängnis oder Zuchthaus gesprochen), die Einschließung von einem Tag bis zu einem Jahre. Sie werden sich ja selbst fragen: gibt es nicht eine Jugend, die schon mit 14 Jahren delinquierte in einer Art und Weise, daß man darauf sehen muß, sie durch ein paar Tage Einschließung zum Nachdenken zu bringen? Die Einschließung für ein paar Tage in einem geschlossenen Raum ist bei schweren Delikten doch immer noch ein mildes Strafmittel. Je weiter Sie hinaufgehen mit der Altersgrenze des Kindes, um so mehr verunmöglichen Sie es, auch bei schwereren Delikten diese ernstere Straftat anzuwenden. Buße kann gegen Jugendliche bloß für sich allein angewendet oder mit Einschließung verbunden werden.

Das sind die Erwägungen, welche mich, und früher auch die Mehrheit der Kommission und wohl auch den Bundesrat und die Expertenkommission, veranlaßt haben, sich auf den Standpunkt zu stellen, mit dem erfüllten 14. Altersjahr sei die Altersgrenze des Kindes sicher als erreicht anzusehen. Von da an ist der Mensch ein Jugendlicher und nach dem Jugendstrafrecht zu behandeln, wenn er delinquierte.

Schär: Ich möchte im Gegensatz zu meinem Vorredner empfehlen, dem Antrag der Kommissionmehrheit zuzustimmen. In erster Linie ist zu erklären, daß es durchaus nichts ungewöhnliches ist, wenn in der Strafrechtskommission die wichtigsten Entscheidungen mit einer Stimme Mehrheit erfolgt sind, und daß unter Umständen bei stark divergierenden Ansichten nur mit einer Stimme Mehrheit oder Unterschied die eine oder andere Auffassung obgesiegt hat. Der Herr Kommissionspräsident hat nun vorhin selber erwähnt — ich möchte hier ausdrücklich darauf hinweisen — daß z. B. in dieser Frage, ob die Strafmündigkeit mit 14 oder 15 Jahren beginnen solle, vor etwa sechs Jahren schon ein erster Entscheid gefallen ist. Damals hat Herr Kollega Hunziker den Antrag gestellt, man solle die Strafmündigkeit bei 15 Jahren beginnen lassen. Dieser Antrag ist damals mit einer Stimme Mehrheit verworfen worden; es war nicht eine größere Mehrheit, wie Herr Grünenfelder heute behauptet hat. Wir haben uns mit dieser Lösung abgefunden und erklärt: wir können nicht jede Divergenz und Kontroverse aus der Kommission wieder an das Plenum bringen; wir müssen suchen, in der Kommission in

der Hauptsache die Entscheidung zu finden und zu ermöglichen, daß im Rat nur über prinzipiell wichtige Fragen diskutiert werden muß, sonst werden wir mit dem Strafgesetz überhaupt nie fertig werden. Darum haben wir, als vor einem Jahr die einzelnen Kommissionsmitglieder ersucht wurden, ihre Abänderungsanträge zum Kommissionsentwurf einzureichen, darauf verzichtet, diese Anträge zu wiederholen. Dann kam aber von seiten der sozialdemokratischen Kollegen ein Antrag, der in der Kommission noch nicht gestellt worden war: daß die Strafmündigkeit auf das vollendete 16. Altersjahr hinauszuschieben sei. Damit standen wir vor einer neuen Situation. Wir haben dann in Wengen, als das Jugendstrafrecht noch einmal besprochen wurde, beschlossen, wir wollten uns auf einer mittleren Linie finden, und sind zum Antrag gekommen, die Strafmündigkeit auf 15 Jahre festzusetzen. Der schon einmal verworfene Vorschlag kam also wieder zu Ehren und hat nun diesmal eine Stimme Mehrheit erhalten an Stelle der einen Stimme Minderheit vor 5 Jahren; und das ist heute der offizielle Antrag der Kommissionsmehrheit. In der Kommission ist ein offizieller Minderheitsantrag nicht aufrechterhalten worden, und der gedruckte Vorschlag enthält darum auch keinen; was Herr Grünenfelder heute beantragt hat, ist sein persönlicher Standpunkt.

Nun bleibt mir noch übrig, einige Worte für den Antrag der Mehrheit zu sprechen. Da möchte ich in erster Linie sagen: ich anerkenne im Strafrecht keine Autorität. Man kann in Strafrechtsfragen, bald für diese, bald für jene Lösung, an jedem Finger der Hände Experten aufzählen; und wenn Herr Dr. Seiler oder Herr Prof. Logoz Herrn Dr. Hauser, den Jugendanwalt des Kantons Zürich nennen, könnte ich Dr. Silbernagel zitieren, der in seiner Ihnen übermittelten Broschüre sich für die Lösung von 15 Jahren ausgesprochen hat. Diese Berufung auf Experten beliebt dann, wenn man selber keine eigenen Gründe mehr hat. Man muß sich aber hier auf seine eigene Auffassung berufen, und da möchte ich nur betonen, daß ich in meiner früheren Praxis als Strafgerichtspräsident immer das Empfinden gehabt habe, daß Kinder zwischen 14 und 15 Jahren noch nicht das Unterscheidungsvermögen haben, wie Herr Grünenfelder angeführt hat. Es ist nicht so, daß Kinder in der Schule heute speziell über Strafrechts- und Polizeistrafrechtsfragen unterrichtet werden; der Lehrer hat dazu keine Zeit. Das Leben ist heute viel schwieriger und vielgestaltiger und die Möglichkeit, Uebertretungen zu begehen, viel häufiger geworden als früher. Wenn man oft Gelegenheit hat, Delinquenten von allen möglichen Altersstufen zu beurteilen, Akten zu studieren usw., so kommt man nachgerade zur Auffassung, es fehle manchmal sogar bei 20 und mehrjährigen Studenten an der Möglichkeit des Unterscheidungsvermögens, also sogar da, wo man in erster Linie eine gewisse Rechtskenntnis glaubt voraussetzen zu können; man muß oft ganz eigenartige Auffassungen und Erwägungen feststellen. Wenn das am grünen Holz geschieht, wie soll es bei Kindern, die in einfachen Verhältnissen aufwachsen und nicht speziell in Rechtsfragen unterrichtet werden, möglich sein, daß sie schon mit 14 Jahren genau zwischen Recht und Unrecht unterscheiden können! Ich bin vorhin von einem Kollegen darauf aufmerksam gemacht worden, daß gerade auch hier große Unter-

schiede zwischen Stadt- und Landkindern, speziell auch Bergkindern, zu machen seien, Bergkindern, die vielleicht noch viel weiter zurückgeblieben sind in der Entwicklung.

Nun ist aber zu betonen, daß die Verhältnisse in der Schweiz heute schon sehr eigenartig sind. Wir haben eine Reihe von Kantonen, wo die Schulpflicht erst mit dem 15. Jahr aufhört, daneben andere, wo sie mit dem 14. aufhört; in Anpassung an diese Schulpflicht der verschiedenen Kantone hat man nun die Strafmündigkeit auf 15 Jahre angesetzt; im Kanton Zürich z. B. beginnt sie aber mit 16 Jahren. Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß man sonst in religiös beeinflussten Kreisen der Konfirmation eine große Rolle in der Entwicklung des Menschen zuweist; diese findet sehr oft erst am Abschluß des 15. oder gar des 16. Jahres statt. Das wäre auch ein Moment, von dem aus man die Strafmündigkeit berechnen könnte. Ich beziehe mich nur auf diese Analogie; Tatsache ist aber, daß wir heute schon in einzelnen Kantonen ein höheres Strafmündigkeitsalter haben. Wenn wir also die Strafmündigkeit mit 14 Jahren einführen, wie es im Entwurf des Bundesrates enthalten gewesen ist, so müten wir diesen Kantonen bereits einen Rückschritt zu, speziell den Kantonen Zürich, Bern und Aargau mit etwa 1½ Millionen Einwohnern, mehr als einem Drittel der Schweizer Bevölkerung. Wenn wir auf das 15. Altersjahr gehen, wird immerhin gegenüber dem Kanton Zürich eine Zurückschiebung eintreten. Wenn Herr Kollege Grünenfelder vorhin von allen möglichen Eventualitäten gesprochen hat, so haben wir gerade das Beispiel des Kantons Zürich. Haben dort die Mordtaten oder andere Verbrechen durch Jugendliche zwischen dem 14. und 16. Altersjahr zugenommen? Ist unter diesem Regime die Sittlichkeit, sind die Verhältnisse überhaupt schlimmer geworden als im Kanton St. Gallen oder in andern Kantonen, wo die Strafmündigkeit schon mit 12 Jahren einsetzt? Wenn man diese Frage stellt, so wird man sofort finden, daß die Schlußfolgerung, die Herr Grünenfelder gezogen hat, ganz unzutreffend ist. Aus diesen Gründen möchte ich Ihnen empfehlen, dem Antrag der heutigen Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Huber: Wie Sie der gedruckten Vorlage entnehmen, hat die Minderheit, der ich angehöre, beantragt, die Kindesgrenze statt auf 14 Jahre auf das zurückgelegte 16. Altersjahr anzusetzen, aus Erwägungen, wie sie bereits von Herrn Dr. Schär dargelegt worden sind. Es ist natürlich immer mehr oder weniger willkürlich, eine bestimmte Altersgrenze anzusetzen. Das spielt nicht bloß hier, sondern auch bei andern Fragen eine Rolle. Man muß sagen, daß schließlich jede Begrenzung, die einfach auf ein Alter abstellt, zu unerfreulichen Resultaten führen kann. Nur sollte man wenigstens in einem Gesetz eine gewisse Konsequenz aufrechterhalten. Nun sehen wir aber in der Vorlage, daß das nicht geschieht, daß insbesondere jene Kreise, denen Herr Kollege Grünenfelder angehört, seine Auffassung nicht überall anerkennen, nämlich da nicht, wo es sich um das Kind nicht als Subjekt, sondern als Objekt der strafbaren Handlung handelt. Ich verweise speziell auf Art. 166 ff. des Entwurfes. Der Art. 166 beschäftigt sich mit dem Delikt, das im Marginale bezeichnet ist als Unzucht mit Kindern. Sein erster Satz

lautet: « Wer ein Kind unter 16 Jahren zum Beischlaf oder zu einer ähnlichen Handlung mißbraucht, wird mit Zuchthaus bestraft. » Hier geht man davon aus, daß das Kindesalter bis zum zurückgelegten 16. Altersjahre anerkannt werden müsse. Sie wissen, daß Bestrebungen da sind, diese Grenze sogar bis zum 18. Altersjahr auszudehnen. Wenn wir hier den Begriff « Kind » gebrauchen und an einem andern Orte wiederum von Kindern sprechen und dabei mit ganz andern Altersklassen rechnen, liegt darin sicher ein gewisser Widerspruch. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß nicht auch ein Alter zwischen 14 und 18 Jahren eines besonderen Schutzes würdig sein kann. Wenn man das an einem Orte tut, muß man anerkennen, daß dieses Kind auch dann, wenn es als Täter in Betracht kommt, die Eigenschaft als Kind behält. Dementsprechend sind wir dazu gekommen, Ihnen in Art. 87 die Altersgrenze des zurückgelegten 16. Altersjahres als Abschluß des Kindesalters vorzuschlagen.

Wir haben dann in der Kommission, wie Ihnen schon gesagt worden ist, nochmals eine Beratung gehabt, wo der Antrag des Herrn Hunziker, der zwischen dem Antrag des Bundesrates und dem Minderheitsantrag die Mitte hält, indem er auf 15 Jahre gehen wollte, schließlich angenommen worden ist. Wir haben in der Kommission erklärt, wenn es nun bei diesem Antrag bleibe, so wollen wir nicht auf unserem Vorschlage beharren, daß man unbedingt auf 16 Jahre gehen müsse, weil man in guten Treuen verschiedener Meinung sein kann.

Was hat man gegen die 15 Jahre vorgebracht? Daß das gegenüber einer ganzen Reihe von Kantonen eine wesentliche Aenderung darstellt. Das ist zweifellos richtig. Es ist aber auch eine Aenderung gegenüber einer großen Anzahl von Kantonen, wenn wir auf 14 Jahre gehen. Man darf vor allem sagen, daß eine ganze Reihe wesentlicher Aenderungen gegenüber dem bisherigen Recht, die nun hier beantragt werden, einfach davon herkommen, daß man in den betreffenden Kantonen die längst als dringend empfundene Revision des Rechtes nicht vorgenommen hat im Hinblick auf das kommende eidgenössische Strafrecht. Wir haben noch kantonale Bestimmungen; die heute außerordentlich hart, fast nicht mehr anzuwenden sind. Eine Altersgrenze von 12 Jahren, wie sie im Kanton St. Gallen noch gilt, ist direkt unerträglich. Ist ein Kind, das 12 Jahre alt ist, als reif zu erklären, als strafmündig? Mit 12 Jahren ist ein Kind nicht strafmündig, und ist es meist auch nicht mit 14 Jahren. Das sind gerade die kritischen Jahre, wo der Mensch am allerwenigsten die Ruhe und Abklärtheit hat, die er haben muß, wenn man ihn als strafmündigen Menschen erklären soll.

Auch nach der Richtung sind die Verhältnisse eher verändert, daß die Schulpflicht ausgedehnt wird, und zwar auf das 15. Jahr, daß die Menschen heute nicht mehr mit 14 Jahren ins Erwerbsleben hinaustreten, sondern daß man dafür hält, die Anforderungen des Lebens seien heute derart, daß der Mensch erst eigentlich mit 15 oder 16 Jahren aus der Schule entlassen werden sollte, da er erst dann den Anforderungen dieses Lebens gewachsen sei. Das muß sich auch ausdrücken in den Normen des Strafrechts.

Ich habe Ihnen gesagt, daß wir erklärt haben, an diesen 16 Jahren nicht festhalten zu wollen, nach-

dem man sich in der Kommission auf einer mittleren Linie gefunden hat. Wir hätten kein Wort mehr gesprochen, wenn nun nicht ganz wider Erwarten und ohne daß in der Kommission etwas davon gesagt worden wäre, doch wieder Minderheitsanträge kämen, durch welche die Sache wieder nach unten gedrückt werden soll. Wir möchten auch nicht etwa aus taktischen Erwägungen an den 16 Jahren festhalten, indem wir uns sagen würden, wenn wir das tun, werden die 15 Jahre eher durchgehen, sondern wir halten unsern Antrag nicht aufrecht, sondern halten uns an das, was wir in der Kommission erklärt haben. Wir ersuchen mit der Mehrheit der Kommission, das zurückgelegte 15. Altersjahr als Grenze anzuerkennen.

Hunziker : Es ist mit Recht betont worden, daß die Bestimmungen über das Kinderstrafrecht eine der wichtigsten Partien dieses Gesetzes seien. Man kann in der Tat mit der Gestaltung des Jugendstrafrechtes im Kampfe gegen das Verbrechen die wirksamste Waffe schmieden. Und das ist auch der ganze Zweck dieses Abschnittes. Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht es deshalb, weil die Bedeutung dieses Jugendstrafrechtes nach meiner Auffassung vielfach durchaus unrichtig aufgefaßt wird. Man macht bei der Beurteilung dieses Abschnittes über das Kindesstrafrecht und Jugendstrafrecht — es ist das in den Referaten zum Ausdruck gekommen und namentlich auch im Votum Grünenfelder — allgemein den Fehler, daß die jetzigen Strafbestimmungen des Entwurfes mit den alten kantonalen Strafbestimmungen aus dem vorigen Jahrhundert verglichen werden. Diese beiden Dinge können nicht miteinander verglichen werden. Wir haben in unseren alten Strafgesetzbüchern eben überhaupt kein Jugendstrafrecht! Man kann deshalb nicht einfach sagen: Dieser und jener Kanton setze heute die Strafmündigkeit auf 12, ein anderer auf 14 Jahre fest u. s. f., und deshalb gehe der Entwurf der Kommission zu weit, wenn er die Altersgrenze für das Strafrecht der Erwachsenen auf das 15. Jahr festsetze. Es ist auch gar nicht richtig, wenn gesagt wird, das neue Recht sei unter allen Umständen milder als das alte. Im Gegenteil: es ist leicht nachzuweisen, daß eigentlich das neue Recht in gewisser Beziehung strenger ist als das alte Recht, eben weil es ein Strafrecht für das Jugendalter erst schaffen will.

Das alte Recht der Kantone steht auf dem Standpunkt des reinen Vergeltungsprinzips. Da gilt einzig die Frage, ob ein Täter im Rechtssinn strafmündig ist oder nicht. Wenn er das 12., 14. oder 15. Altersjahr erreicht hat, ist er strafmündig, im andern Fall, wenn er nicht im Rechtssinn strafmündig ist, existiert der Fall für das Strafrecht überhaupt nicht, er geht die zuständige richterliche Behörde überhaupt nichts an. In dieser Beziehung geht nun das neue Strafrecht eben durch die Einführung des Jugendstrafrechtes entschieden weiter, indem es für das Kindesalter und für die Jugendlichen ein eigentliches eidgenössisches Strafrecht erst einführt. Bis dahin hat sich das Strafgesetz der Kantone um die verbrecherischen Eigenschaften, die bei Schulkindern und bei halbwüchsigen Personen aufgetreten sind, gar nicht gekümmert. Das neue Recht besteht nun eben darin, daß nun die Behörden verpflichtet sind, auch im Kindesalter den Tatbestand solcher Vorkommnisse

zu untersuchen und zu prüfen, ob eine Versorgung eintreten soll oder nicht. Darum ist die Behauptung nur sehr bedingt richtig, daß das neue Recht in bezug auf das Kindesstrafrecht überhaupt milder sei als das alte. Herr Grünenfelder hat nun gefragt, was denn da für Strafen vorgesehen seien, wenn man die Grenze auf 15 Jahre festsetze. Er hat den Verweis und den Arrest genannt, hat aber die Versorgung in Anstalten nur sehr im Vorbeigehen betont. Welche andere Strafe wäre denn eigentlich noch anzuwenden? Kann man einen siebenjährigen Knaben mit einer Geldbuße, welche der Vater zu bezahlen hat, bestrafen, oder mit Landesverweisung? Verweis, Arrest und Versorgung sind gerade diejenigen Strafen, welche hier angewendet werden müssen. Dabei soll der disziplinarische Arrest nicht im Zuchthaus oder im Bezirks- oder Amtsgefängnis abzusitzen sein, sondern in den besondern Schul- oder Erziehungslokalen. Man kann nicht sagen, daß das unter allen Umständen die mildere Bestrafung sei als diejenige nach bisherigem Strafrecht der Kantone. Die Hauptsache besteht doch darin, daß nach dem neuen Recht die Behörde, welche diese Tatbestände untersuchen muß, verpflichtet ist, ein verwahrlostes oder gefährdetes Kind auch zu versorgen durch das neue Recht. Wer einigermaßen Kenntnis hat, wie schwer das unter dem heutigen Rechtszustand ist, der wird diese strengere Fassung des neuen Rechtes sehr begrüßen. Bis dahin konnte die Vormundschaftsbehörde die Versorgung allenfalls verfügen, allein wenn der Vater nicht wollte, konnte das nur auf dem sehr schwierigen Wege der Entziehung der elterlichen Gewalt geschehen. In vielen Fällen konnte die Versorgung nicht bezahlt werden, da den Eltern und vielleicht auch der Gemeinde die Finanzmittel fehlten. Wenn das neue Strafgesetzbuch angenommen ist, besteht eine staatliche Pflicht für die kompetente Behörde, sittlich gefährdete Kinder zu versorgen, und durch diese gesetzliche Bestimmung ist auch Garantie vorhanden, daß auch diese Versorgung bezahlt wird und daß die nötigen Anstalten für das Jugendstrafrecht errichtet werden, und zwar mit Bundeshilfe. Das der Kern und die Hauptsache dieses Jugendstrafrechtes.

Ich bin also der Auffassung, daß das neue Recht in bezug auf das Strafrecht der Jugendlichen durchaus nicht unter allen Umständen und unbedingt als milder gelten kann als das alte. Es greift im Gegenteil in Dinge im Kindesalter, die heute vom Gebiet des Strafrechtes gänzlich ausgeschlossen waren. Ganz ungenügend sind in den heutigen Gesetzen die Bestimmungen vom 12. bis 18. Altersjahr. Da heißt's in den meisten kantonalen Gesetzen, es müsse untersucht werden, ob der Vater zurechnungsfähig sei oder nicht. Kommt das Gericht dazu, zu sagen, er sei zu wenig entwickelt und unzurechnungsfähig, so kümmert sich der Richter überhaupt um das Schicksal dieses Kindes absolut nicht. Da ist es nun wieder ein großer Fortschritt des Entwurfes, daß gesagt wird, es komme nicht mehr auf die geistige Strafrechnungsfähigkeit für das Einschreiten der Behörden an, sondern wenn ein solcher Jüngling oder ein solches Mädchen in diesem Alter ein Verbrechen oder Vergehen begangen hat, soll der Staat verpflichtet sein, einzuschreiten, und zwar nicht nur mit so unzulänglichen Mittelchen, wie Herr Grünenfelder meint. Es kommen dann in Betracht namentlich

die Versorgungsanstalten, Rettungsanstalten und auch eigentliche Korrekptionsanstalten für Jugendliche. Die Kantone hätten diese Korrekptionsanstalten für Jugendliche schon lange eingeführt, wenn das Geld dazu vorhanden gewesen wäre. Der eigentliche Fortschritt dieses eidgenössischen Jugendstrafrechtes besteht eben nun darin, daß der Bund für diese jugendlichen Verbrecher Korrekptionsanstalten zu gründen hat. Das ist ein Hauptpunkt der ganzen Strafrechtsreform.

Wir haben in der Kommission mit Mehrheit für die Altersgrenze von 15 Jahren gestimmt. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß auch bei dieser Altersgrenze nach Art. 82 des Gesetzes auch im Kindesalter bis zu 15 Jahren Strafen verhängt werden können, daß sogar Versorgung in eine Anstalt verfügt werden kann, sobald eben die Voraussetzungen dazu vorhanden sind. Der Unterschied besteht eigentlich nur noch darin, daß nach dem Kommissionsantrag die Erziehungsbehörden die Versorgung anzuordnen haben, während nach Antrag Grünenfelder für Kinder über 14 Jahren schon der Richter zu entscheiden hätte. Im Kanton Aargau z. B. gehen nun die Kinder bis zum vollendeten 15. Altersjahr in die Schule. In vielen Kantonen besuchen sie bis zu diesem Alter wenigstens den kirchlichen Unterricht. Da sollen das Hauptwort bei Verfehlungen doch noch die Erziehungsbehörden haben. Da soll nicht der Richter einschreiten müssen, sondern diejenige Behörde, die die Kinder unter ständiger Aufsicht hat und also auch am besten kennt. Sie sind hier doch nicht eher kompetent zu urteilen als der Richter. Der Richter mußte doch auf das Gutachten der Lehrerschaft oder der Schulbehörden abstellen. Aus diesem Grunde habe ich seinerzeit in der Kommission den Antrag auf 15 Jahre gestellt. Ich glaube, Sie tun gut, wenn Sie diesem Mehrheitsantrag der Kommission zustimmen.

Grünenfelder: Mit seinen letzten Ausführungen hat Herr Hunziker offene Türen einzurennen versucht. Abgesehen von den letzten Sätzen hat er Gesichtspunkte vertreten, die wir alle vertreten und begrüßen als Neuerungen im Strafgesetzbuche. Zu seinen Ausführungen über die Rückständigkeit des gegenwärtigen Rechtes, die er gemacht hat, um den Fortschritt der Vorlagen mehr hervorheben zu können, habe ich zu sagen: Wenn die Zustände im Kanton Aargau so sind, wie er sie jetzt geschildert hat, dann begreife ich seine Sprache.

Herr Kollega Huber hat den Art. 166 angerufen, zum Beweise für die Güte seines resp. des sozialdemokratischen Standpunktes. In der Kommission war es Herr Farbstein, der den Art. 166 angerufen hat. Dieser Artikel lautet: « Wer ein Kind unter 16 Jahren zum Beischlaf oder zu einer ähnlichen Handlung mißbraucht, wird mit Zuchthaus bestraft. » Fragen Sie sich nun einmal, ob der Vergleich mit Art. 166 für die Frage, die wir hier zu entscheiden haben, paßt. Haben diese beiden Artikel überhaupt etwas miteinander zu tun? Im Art. 166 will man Jugendliche, insbesondere Mädchen, unter 16 Jahren in ihrer geschlechtlichen Ehre und Unantastbarkeit schützen. Mit Rücksicht auf die Entwicklungsgesetze hat man das 16. Altersjahr gewählt. Aber damit, ob der junge Mensch noch ein Kind oder ein Jugendlicher sei, hat die Frage gar nichts zu tun, wie schon Herr

Bundesrat Häberlin in der Kommission gesagt hat. Deswegen, weil in Art. 166 von einem Kinde die Rede ist, ist der Beweis noch nicht erbracht, daß wir hier, wo wir die Grenze zwischen Kind und Jugendlichen festzusetzen haben, gerade dem Wortlaut des Art. 166 anpassen müssen, den wir ja erst später behandeln werden. Wir werden dann vielleicht sagen: «Wer eine Person unter 16 Jahren...» Das wird dann die richtige Korrektur sein.

Wenn Herr Huber mit seinen Ausführungen über die Ausdehnung der Schulpflicht sagen wollte, daß damit die Tendenz erwiesen sei, einen jungen Menschen als Kind anzusehen, so lange er in die Schule gehe, so überlasse ich Ihnen das Urteil darüber, ob der Beweis schlüssig sei oder nicht.

Nachdem Herr Schär darauf hingewiesen hat, daß einzelne große Kantone bereits auf das 15. Jahr gegangen seien und dabei eine große Bevölkerungszahl hinter sich haben, so möchte ich nur dazu bemerken, daß auch nach dem bestehenden deutschen bürgerlichen Strafrechte — und da sind mehr als anderthalb Millionen dahinter — die Altersgrenze auf das 12. Altersjahr festgesetzt worden ist. Das wollte ich doch noch konstatieren.

Hoppeler : Ich beantrage, daß wir auf das 15. Altersjahr gehen, und zwar mit Rücksicht auf den Reifezustand der Kinder. Ich bekomme in meiner Praxis Kinder zu sehen, die noch mit 15 Jahren wirkliche Kinder sind, und ich sehe andere, die dürfte man schon mit 12 oder 13 Jahren zu den Jugendlichen rechnen. Wenn es nun ferner wahr ist, wie gesagt wurde, daß zwischen Stadt und Land in dieser Hinsicht ein Unterschied besteht, so werden wir doch mit dem 15. Altersjahr das richtige treffen. Der Unterschied in der Behandlung wird nicht so groß sein. Wir können ja auch ein Kind in eine Anstalt versorgen. Es muß allerdings nachgewiesen werden, daß es sittlich verwahrlost ist, oder es muß ein schweres Delikt begangen haben. Es wird aber einem Richter nicht schwer fallen, da, wo wirklich Anstalts-erziehung angezeigt wäre, den Nachweis zu bringen, daß sittliche Verwahrlosung vorliegt. Andererseits besteht auch die Möglichkeit, einen Jugendlichen wie ein Kind zu bestrafen, indem man ihn, wie es ja nach den neuesten Beschlüssen möglich ist, in seiner eigenen Familie beläßt und ihn einer Beaufsichtigung unterwirft usw. Ich glaube also, wir dürfen ruhig auf das 15. Altersjahr gehen. Ich möchte allerdings nicht alles unterschreiben, was hier zur Begründung dieses Antrages gesagt worden ist. Die Begriffe für gut und böse sollen immerhin auch bei einem Kinde von 13 oder 14 Jahren so klar entwickelt sein, daß es im großen und ganzen weiß, was ein Verbrechen ist und was keines.

Nun möchte ich nur noch kurz den Antrag begründen, den ursprünglichen Art. 85 des Bundesrates wieder aufzunehmen. Es wäre vielleicht eine andere Sache gewesen, wenn dieser Artikel gar nicht hier gestanden hätte. Da er nun aber hier steht, so wäre es nach meiner Ansicht nicht am Platze, ihn ostentativ zu streichen. Hier werden nämlich die Eltern verantwortlich gemacht und gesagt: «Haben die Eltern ihre Pflichten gegenüber dem Kinde vernachlässigt, so erteilt ihnen die zuständige Behörde eine Ermahnung oder Verwarnung.»

Der Herr Präsident der Kommission hat geglaubt, daß das mehr eine zivilrechtliche Angelegenheit sei. Ja, sofern ich geschädigt bin durch das Vergehen eines Kindes, und nun einen Schaden anmelden will. Aber insofern die Eltern mitverantwortlich sind für das, was das Kind getan hat, sollen sie auch eine Strafe tragen. Es ist ganz am Platze, wenn sie von der Behörde eine Ermahnung oder Verwarnung bekommen, denn sie haben in gewissem Sinne auch Anteil an der Täterschaft. Wir leben in einer Zeit, wo jedenfalls bei vielen Eltern sehr große Neigung besteht, ihre Pflichten nicht zu erfüllen. Solchen Eltern gegenüber ist keine besondere Milde angebracht. Wir wollen uns ganz klar auf den Standpunkt stellen: Wenn ein Kind oder ein Jugendlicher ein schweres Vergehen begeht, und wir finden, daß die Eltern ein Mitverschulden tragen — das wird ja nicht immer, aber doch sehr oft der Fall sein — so sollen sie von der Behörde eine Rüge erhalten. Das ist ein klarer, gesunder und charaktervoller Standpunkt. Soll man die Eltern straffrei lassen, wenn sie ihre Pflichten vernachlässigt haben, wenn sie sich um das Kind nicht bekümmert haben, wenn die Mutter dem Klatsch nachgegangen ist, statt ihre Zeit ihren Kindern zu widmen? Wenn dann ein Kind durch solche Schuld der Eltern ein Vergehen begeht, sollen dann die Eltern straffrei ausgehen und nicht einmal einen Brief erhalten, worin ihnen die Behörde mitteilt: «Das Kind hat das und das Vergehen begangen; Sie haben ihre Pflicht vernachlässigt; wir erteilen Ihnen eine Rüge und Verwarnung und mahnen Sie, in Zukunft besser aufzupassen!»? Ich beantrage Ihnen auf das Entschiedenste Wiederaufnahme des Art. 85.

Farbstein : Gegenüber Herrn Grünenfelder nur ein paar kurze Bemerkungen. Herr Kollega Huber hat bereits auf die Art. 166 und 167 aufmerksam gemacht. Ich darf vielleicht eine Bestimmung der Bundesverfassung erwähnen, die für Herrn Grünenfelder wohl von größerer Wichtigkeit ist, weil sie religiöse Dinge bespricht. Art. 49, Abs. 3, der Bundesverfassung lautet: «Ueber die religiöse Erziehung der Kinder bis zum erfüllten 16. Altersjahr verfügt der Inhaber der elterlichen Gewalt.»

Die Bundesverfassung will also sagen, daß bis zum 16. Altersjahre ein Kind noch nicht so reif ist, um über sein religiöses Bekenntnis entscheiden zu können. Darin liegt der Gedanke ausgedrückt, daß ein Kind bis zum 16. Altersjahr nicht in der Lage sei, vor dem himmlischen Richter Rechenschaft abzulegen. Dann ist aber logisch, daß ein solches Kind vor dem 16. Altersjahre auch nicht dem irdischen Richter auszuliefern sei, wenn es nicht dem himmlischen Richter verantwortlich sein kann. Ein solches Kind soll der Strafrichter auch nicht bestrafen können.

Wir haben als Minderheit nachgegeben und uns mit dem 15. Altersjahr einverstanden erklärt. Man soll aber nicht auf das 14. Altersjahr hinuntergehen.

M. Wulliamoz : Dans son rapport, M. le professeur Logoz a laissé entrevoir qu'il espérait que le Conseil des Etats reviendrait à l'art. 85 et le réintégrerait dans le projet du code pénal. A son tour, M. le D^r Hoppeler insiste pour le maintien de cet art. 85.

Je voudrais apporter également ma faible contribution à cette idée et vous dire combien cet article est nécessaire. L'importance qu'il y a à exiger de la part des parents des garanties suffisantes à l'égard de leurs enfants est unanimement reconnue. On a dit, parlant de la jeunesse: dans un vase si petit et si précieux, il ne faut y verser que des choses exquis. Sans faire de grief à personne, ne faut-il pas reconnaître que trop souvent l'influence des parents sur les enfants n'est pas heureuse? Les exemples que les jeunes ont sous les yeux, l'ambiance dans laquelle ils vivent ne sont pas favorables au développement de leurs plus nobles sentiments. Hélas, si parfois des vices précoces se révèlent chez les enfants, c'est qu'à la maison, on n'a pas eu soin de les préserver de mauvais exemples, des écarts de langage et autres négligences semblables. Je me plais donc à croire que le maintien de l'art. 85 dans notre code pénal s'impose.

Vous allez me dire peut-être que c'est là un geste platonique de dire simplement que si les parents négligent leur devoir à l'égard de leurs enfants, l'autorité compétente adresse à ceux-là une admonestation, un avertissement. Cependant, on ne saurait contester l'utilité d'un conseil, même s'il ne revêt pas le caractère d'une admonestation rigide, et s'il se borne à dire aux parents: «Prenez garde, vous allez faire le malheur de vos enfants si vous ne gardez pas la dignité nécessaire.» Nous croyons que ce serait là une disposition heureuse. Je vous prie de soutenir et de voter l'amendement de M. le Dr Hoppeler, qui prévoit le maintien de l'art. 85.

Seiler, Berichterstatter: Die gleiche Bestimmung findet sich im Jugend-Strafrecht in Art. 94. Wir haben in der Kommission gefunden, daß Maßnahmen gegen Eltern von Kindern, die delinquieren, nicht in das Strafrecht gehören. Im übrigen haben wir geglaubt, wenn wir das Gesetz verkürzen können, ohne der Sache zu schaden, so wollen wir das tun. Eltern, denen man solche Mahnungen zukommen lassen muß, werden sich ohnehin kaum bessern.

Abstimmung. — Vote.

Art. 80.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit große Mehrheit

Biroll: Ich möchte auf die Abstimmung in dem Sinne zurückkommen, daß man auch das Gegenmehr feststellt, damit der Ständerat sieht, in welchem Maße sich der Nationalrat zu einer Frage pro oder contra ausgesprochen hat.

Präsident: Ich habe Herrn Biroll zu erklären, daß reglementsgemäß nicht abgezählt wird, wenn offensichtliche Mehrheit vorhanden ist.

Art. 81—84.

Angenommen. — Adoptés.

Abstimmung. — Vote.

Art. 85.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit (Streichung) 70 Stimmen
Für den Antrag Hoppeler 42 Stimmen

Art. 86.

Gestrichen. — *Supprimé.*

Art. 87—96.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 87. Begeht ein Jugendlicher, der das 15., aber nicht das 18. Altersjahr zurückgelegt hat, eine durch dieses Gesetz mit Strafe bedrohte Tat, so finden die folgenden Bestimmungen Anwendung.

Art. 87bis. Die zuständige Behörde (Art. 390) stellt den Sachverhalt fest. Soweit die Beurteilung des Jugendlichen es erfordert, macht der Richter Erhebungen über das Verhalten, die Erziehung und die Lebensverhältnisse des Jugendlichen und zieht über dessen körperlichen und geistigen Zustand Berichte und Gutachten ein. Die zuständige Behörde kann auch die Beobachtung des Jugendlichen während einer gewissen Zeit anordnen.

Art. 88. Ist der Jugendliche sittlich verwahrlost, sittlich verdorben oder gefährdet, so verweist ihn die zuständige Behörde in eine Rettungsanstalt für Jugendliche.

Der Zögling bleibt solange in der Anstalt, als es seine Erziehung erfordert, jedoch mindestens ein Jahr. Hat er das 20. Jahr zurückgelegt, so wird er endgültig entlassen.

Die zuständige Behörde kann den Jugendlichen auch einer vertrauenswürdigen Familie zur Erziehung unter Aufsicht der zuständigen Behörde übergeben. Bewährt sich die Familienerziehung nicht, so ordnet die zuständige Behörde die Anstaltsversorgung an.

Abs. 4 (neu). Der Jugendliche kann auch der eigenen Familie zur Erziehung unter Aufsicht der zuständigen Behörde überlassen werden.

Art. 89. Ist ein Jugendlicher sittlich so verdorben, daß er in eine Rettungsanstalt nicht aufgenommen werden kann, oder hat er ein Verbrechen oder schweres Vergehen begangen, das einen hohen Grad der Gefährlichkeit offenbart, so übergibt ihn die zuständige Behörde einer Korrekionsanstalt für Jugendliche, die ausschließlich dieser Bestimmung dient. Der Jugendliche bleibt in der Anstalt, bis er gebessert ist, jedoch mindestens 3 Jahre und höchstens 15 Jahre.

Art. 90. Die zuständige Behörde kann jederzeit die getroffene Maßnahme durch eine der andern Maßnahmen ersetzen.

Art. 91. Hat der Jugendliche mindestens ein Jahr in der Rettungsanstalt oder mindestens drei Jahre in der Korrekionsanstalt zugebracht, so kann ihn die zuständige Behörde, auf Antrag oder nach Anhörung der Anstaltsleitung, bedingt entlassen.

Sie stellt den Entlassenen unter Schutzaufsicht und sorgt mit deren Vertretern für Unterkunft, Erziehung und Ueberwachung des Entlassenen. Sie kann ihm für sein Verhalten bestimmte Weisungen erteilen, z. B. die Weisung, einen Beruf zu erlernen, an einem

bestimmten Orte sich aufzuhalten, sich geistiger Getränke zu enthalten.

Handelt der Entlassene innerhalb eines Jahres den ihm erteilten Weisungen zuwider, oder mißbraucht er in anderer Weise die Freiheit, so versetzt ihn die zuständige Behörde in die Anstalt zurück; andernfalls ist er endgültig entlassen.

Art. 92. Erfordert der Zustand des Jugendlichen eine besondere Behandlung, ist er insbesondere geisteskrank, schwachsinnig, blind, taubstumm, epileptisch, trunksüchtig, oder ist er in seiner geistigen oder sittlichen Entwicklung ungewöhnlich zurückgeblieben, so ordnet die zuständige Behörde die Behandlung an, die der Zustand des Jugendlichen erfordert.

Die besondere Behandlung hört auf, wenn die zuständige Behörde nach Anhörung des behandelnden Arztes oder der Anstaltsleitung ihren Wegfall anordnet.

Art. 93. 1. Ist der Jugendliche weder sittlich verwahrlost, noch sittlich verdorben oder gefährdet, hat er kein Verbrechen oder schweres Vergehen begangen, das einen hohen Grad der Gefährlichkeit offenbart, und bedarf er keiner besondern Behandlung, so erteilt ihm die zuständige Behörde, wenn sie ihn fehlbar findet, einen Verweis oder bestraft ihn mit Buße oder mit Einschließung von einem Tage bis zu einem Jahr. Einschließung und Buße können verbunden werden.

Wenn die Behörde eine Buße ausspricht, so sind die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Buße anzuwenden.

Die Einschließung darf nicht in einem Gebäude vollzogen werden, das als Strafanstalt oder Arbeitsanstalt für Erwachsene dient. Der Jugendliche wird angemessen beschäftigt. Im übrigen wird die Einschließung wie die Haft vollzogen.

2. Wird die Einschließung binnen drei Jahren nicht vollzogen, so kann sie nicht mehr vollzogen werden. (Vgl. Art. 93, Ziff. 3, des Entwurfes.)

Art. 93bis. Die zuständige Behörde kann die Einschließung und den Vollzug der Buße aufschieben und dem Verurteilten eine Probezeit von sechs Monaten bis zu einem Jahr auferlegen, wenn nach Aufführung und Charakter des Jugendlichen zu erwarten ist, daß er dadurch von weitem Verbrechen oder Vergehen abgehalten wird. Die Behörde stellt ihn unter Schutzaufsicht, wenn nicht besondere Umstände eine Ausnahme begründen. Sie kann ihm für sein Verhalten bestimmte Weisungen erteilen, z. B. die Weisung, einen Beruf zu erlernen, an einem bestimmten Orte sich aufzuhalten, sich geistiger Getränke zu enthalten.

Handelt der Jugendliche während der Probezeit trotz Mahnung den ihm erteilten Weisungen zuwider, oder täuscht er in anderer Weise das in ihn gesetzte Vertrauen, so verfügt die Behörde den Vollzug der Einschließung.

Bewährt sich der Jugendliche bis zum Ablauf der Probezeit, so verfügt die Behörde die Löschung des Urteils im Strafregister.

Ziff. 3 streichen (vgl. Art. 93, Ziff. 2.)

Art. 94. Streichen.

Art. 95. Die zuständige Behörde kann von jeder Maßnahme absehen, wenn seit der Tat die Hälfte der Verjährungsfrist abgelaufen ist.

Art. 96. Die zuständige Behörde kann auf Gesuch des Täters anordnen, daß die gegen ihn verhängten Maßnahmen im Strafregister gelöscht werden, wenn seit ihrem Vollzug mindestens zehn Jahre verflossen sind, das Verhalten des Täters die Löschung rechtfertigt und er den behördlich oder vergleichsweise festgestellten Schaden, soweit es ihm zuzumuten war, ersetzt hat.

Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 87. ... das sechzehnte, aber ...

Art. 96. ... mindestens fünf Jahre ...

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 87. Si un adolescent âgé de plus de quinze ans, mais de moins de dix-huit ans révolus, commet un acte punissable à teneur du présent code, les dispositions ci-après lui seront applicables.

Art. 87bis. L'autorité compétente (art. 390) constatera les faits. Si cela est nécessaire pour le jugement de l'adolescent, elle prendra des informations sur sa conduite, son éducation, sa situation et son état physique et mental; elle devra en outre, dans ce cas, requérir un rapport médical. L'autorité pourra également ordonner que l'adolescent soit mis en observation pendant un certain temps.

Art. 88. Si l'adolescent est moralement abandonné, moralement perverti ou en danger de l'être, l'autorité compétente ordonnera son renvoi dans une maison de relèvement pour adolescents.

L'adolescent demeurera dans la maison tout le temps nécessaire à son éducation, mais en tout cas une année au moins. Il sera définitivement libéré lorsqu'il aura atteint l'âge de vingt ans révolus.

L'autorité compétente pourra aussi remettre l'adolescent à une famille digne de confiance, où son éducation sera surveillée par l'autorité compétente. Si, à l'essai, cette mesure est reconnue insuffisante, l'autorité compétente enverra l'adolescent dans une maison de relèvement.

4^e alinéa (nouveau): L'adolescent pourra également être laissé dans sa propre famille, où son éducation sera surveillée par l'autorité.

Art. 89. Si la perversion morale d'un adolescent est telle qu'il ne puisse être admis dans une maison de relèvement, ou s'il a commis un crime ou un délit très grave, dénotant qu'il est particulièrement dangereux, l'autorité compétente ordonnera son renvoi dans une maison de correction pour adolescents, exclusivement affectée à cette destination. L'adolescent y demeurera jusqu'à ce qu'il soit amendé, sans toutefois que la durée de son séjour puisse être inférieure à trois ans ni excéder quinze ans.

Art. 90. L'autorité compétente peut en tout temps substituer une autre mesure à celle qu'elle a ordonnée à l'égard d'un adolescent.

Art. 91. Lorsque l'adolescent est resté un an au moins dans la maison de correction, l'autorité compétente, sur la proposition de la direction de l'établissement ou après avoir demandé son préavis, pourra le libérer conditionnellement.

Elle soumettra le libéré à un patronage et pourvoira, avec l'aide des représentants du patronage, à son entretien, à son éducation et à sa surveillance. Elle pourra lui imposer certaines règles de conduite, notamment l'obligation d'apprendre un métier, de séjourner dans un lieu déterminé ou de s'abstenir de boissons alcooliques.

Si dans l'année qui suit la libération l'adolescent enfreint les règles de conduite à lui imposées, ou si, de toute autre façon, il abuse de la liberté, l'autorité ordonnera sa réintégration dans l'établissement; en cas contraire, la libération sera définitive.

Art. 92. Si l'état d'un adolescent exige un traitement spécial, si notamment l'adolescent est atteint d'une maladie mentale, faible d'esprit, aveugle, sourd-muet, épileptique, adonné à la boisson, ou si son développement mental ou moral présente un retard anormal, l'autorité compétente ordonnera qu'il soit soumis au traitement approprié à son état.

L'autorité, après avoir pris l'avis du médecin traitant ou de la direction de l'établissement, fixera le moment auquel le traitement doit prendre fin.

Art. 93. 1. Si l'adolescent n'est ni moralement abandonné ni perverti ou en danger de l'être, s'il n'a pas commis un crime ou un délit grave, dénotant qu'il est particulièrement dangereux, et si son état n'exige pas un traitement spécial, l'autorité compétente, si elle estime que l'adolescent est en faute, lui adressera une reprimande ou lui infligera une amende ou une détention d'un jour à un an. L'amende et la détention pourront être cumulées.

Si l'autorité inflige une amende, les dispositions du présent code sur l'amende sont applicables.

La détention ne sera pas subie dans un bâtiment servant de prison ou de maison de travail pour adultes. L'adolescent sera astreint à un travail approprié. Au surplus, la détention sera subie comme la peine des arrêts.

2. Toute détention non mise à exécution pendant trois ans ne pourra plus être exécutée (voir chiff. 3 de l'art. 93).

Art. 93bis. L'autorité compétente pourra suspendre l'exécution de la détention ou le paiement de l'amende et fixer un délai d'épreuve de six mois à un an au condamné, si son caractère et sa conduite antérieure font prévoir que cette mesure le détournera de commettre un nouveau délit. A défaut de circonstances spéciales justifiant une exception, l'autorité soumettra le libéré à un patronage. Elle pourra lui imposer certaines règles de conduite, telles que l'obligation d'apprendre un métier, de séjourner dans un lieu déterminé, ou de s'abstenir de boissons alcooliques.

Si l'adolescent, pendant le délai d'épreuve et au mépris d'un avertissement à lui donné, enfreint les règles de conduite à lui imposées, ou si, de toute autre manière il trompe la confiance mise en lui par l'auto-

rité, celle-ci ordonnera que la détention soit mise à exécution.

Si l'adolescent a subi l'épreuve jusqu'au bout, l'autorité ordonnera la radiation du jugement au casier judiciaire.

Art. 94. Biffer.

Art. 95. L'autorité compétente pourra renoncer à toute mesure, si la moitié du délai de prescription s'est écoulée depuis le jour où l'acte a été commis.

Art. 96. L'autorité compétente pourra, à la requête de l'intéressé, ordonner la radiation au casier judiciaire des mesures prises contre lui, si depuis l'exécution de ces mesures il s'est écoulé dix ans au moins, si sa conduite justifie cette radiation, et s'il a, autant qu'on pouvait l'attendre de lui, réparé le dommage fixé par jugement ou par accord entre les parties.

Minorité:

(Affolter et cosignataires.)

Art. 87. ... de plus de seize ans ...

Art. 96. ... écoulé cinq ans ...

Seiler, Berichterstatter: Wir kommen zum Kapitel « Jugendliche » und stellen in erster Linie fest, daß gestützt auf die Abstimmung im Kapitel über die « Kinder » das jugendliche Alter nunmehr vom zurückgelegten 15.—18. Altersjahr reicht. In diesem Sinne ist Art. 87 abzuändern und der Abstimmung über das Kindesalter anzupassen.

Das auf die Jugendlichen anzuwendende Recht übertrifft das Kindesrecht an Bedeutung wesentlich. Für die Entwicklung des Menschen zum Guten oder Bösen ist die Zeit vom sechzehnten bis zum achtzehnten Altersjahr ganz besonders wichtig. Nicht minder wichtig sind deshalb die gegen die in diesem Alter Fehlbaren anzuwendenden Maßnahmen. Es würde zu weit führen, die Entwicklung des Jugendstrafrechtes mit allen ihren Wandlungen hier eingehend zu erörtern, soviel des Interessanten sie auch bietet. Zwei Punkte sollen immerhin kurz hervor gehoben werden. Das bestehende Recht macht die Bestrafung vom Vorhandensein der Einsicht in die Strafbarkeit der Handlung abhängig. Diese Methode hat der Entwurf verlassen, wohl mit Recht. Denn dieses Kriterium der Einsicht ist doch zu unsicher zu bestimmen. Und — so sagt Zürcher — die Leute auf dieser Entwicklungsstufe sind doch unerwachsen. Hier kann es sich weniger um Strafe handeln, als um ein Nachholen der Erziehung. Diese Erwägung führt zum zweiten Punkt: Auf das Loslösen auch des Jugendstrafrechtes vom Strafrecht der Erwachsenen und die Verweisung der jugendlichen Täter auf den Weg der Besserung.

Im System lehnt sich das Jugendstrafrecht den Methoden an, die für Kinder angewendet werden. Versorgung oder besondere Behandlung oder Bestrafung sind hier die Mittel, welche der Behörde wahlweise zustehen, nachdem sie die vorgeschriebene eingehende Untersuchung aller wesentlichen Umstände vorgenommen hat.

Die Einzelheiten des Verfahrens zu wiederholen, hat keinen Sinn. Auch hier handelt es sich weniger um Rechtsfragen, als um Weisungen an die Behörde. Für Verwahrloste kommt die Versorgung in einer Familie oder in einer Rettungsanstalt in Betracht, für schwere Verbrecher oder für solche Jugendliche, die man wegen Gefährdung anderer Jugendlicher nicht in eine Rettungsanstalt verbringen kann, ist die Korrekptionsanstalt vorgesehen und zwar nicht nur für ein Jahr, sondern bis zu fünfzehn Jahren, je nach dem Fortschreiten der Besserung. Mit den Maßnahmen kann gewechselt werden. Von besonderer Bedeutung ist gerade im jugendlichen Recht die bedingte Entlassung, die Stellung unter Schutzaufsicht mit den entsprechenden Weisungen im Hinblick auf das spätere Fortkommen. Die besondere Behandlung geistig oder körperlich Anormaler ist auch bei den Jugendlichen vorgesehen.

Strafe im engern Sinn, nicht disziplinarische Maßnahme, wie bei den Kindern, tritt für solche Jugendliche ein, die nicht versorgt werden müssen. Die Strafe ist Verweis oder Einschließung von einem Tag bis zu einem Jahr in einer besondern Jugendlichenanstalt. Selbstverständlich ist auch hier der bedingte Strafvollzug vorgesehen. Die Probezeit ist gegenüber den allgemeinen Bestimmungen des Art. 39 verkürzt. In bezug auf die Löschung im Strafregister gilt das zu Art. 39 Gesagte. Der Minderheitsantrag muß auch hier fallen.

In der erneuten Kommissionssitzung in Wengen wurde namentlich darüber diskutiert, ob die Versorgungsanstalt für verwahrloste Jugendliche als « Rettungsanstalt » zu bezeichnen sei oder aber im Sinne des Vorschlags der Stiftung « Pro Juventute » als « Erziehungsanstalt ». Die Bezeichnung « Rettungsanstalt » wurde gewissermaßen als trostlos, degradierend empfunden. « Erziehungsanstalt » andererseits erschien der Kommission als zu allgemein und im übrigen für die normalen Erziehungsanstalten als stoßend. Die Bezeichnung « Zwangserziehungsanstalt » fand auch keine Gnade, so daß mehrheitlich schließlich an der bundesrätlichen Bezeichnung festgehalten wurde. Man kann wohl in solchen Dingen auch zu subtil sein und es dürfte nichts schaden, das Ding beim richtigen Namen zu nennen.

Beigefügt wurde in Art. 88, daß ein Jugendlicher auch in der eigenen Familie belassen werden könne, sofern sie vertrauenswürdig ist. Ungeratene Kinder haben nicht immer vertrauensunwürdige Eltern.

Grundsätzlich wurde sodann auch für das Jugendlichenrecht bestimmt, daß als entscheidende Behörde nicht der Richter vorzuschreiben sei, sondern daß es den Kantonen überlassen bleiben soll, die Behörden zu bezeichnen, sei es nun ein Jugendlicherichter, eine Vormundschaftsbehörde oder ein anderes Organ. Art. 390 ist in der bundesrätlichen Fassung wieder aufgenommen worden und demgemäß wird nun auch in den Art. 83—92 nicht mehr vom « Richter », sondern nur von der « zuständigen Behörde » gesprochen. Diese Lösung entspricht nicht nur den Wünschen der Stiftung « Pro Juventute », sondern ist auch vom Gesichtspunkte der kantonalen Souveränität aus korrekter.

Abgekürzt wurde Art. 90, der ganz allgemein die Fassung erhält, « die zuständige Behörde kann jederzeit eine getroffene Maßnahme durch eine andere

Maßnahme ersetzen ». Damit ist alles gesagt, nur konziser.

Analog der Streichung von Art. 84bis ist auch der von der Kommission seinerzeit neu aufgenommene Art. 93ter, der für die Jugendlichen die Möglichkeit der Anwendung der Bestimmungen für das Alter von 18—20 Jahren schaffen wollte, in der letzten Sitzung wieder gestrichen worden.

Art. 94, welcher wie Art. 85 die Verwarnung der Eltern vorsieht, ist von der Kommission ebenfalls gestrichen worden. Beibehalten wurde dagegen die besondere Bestimmung bezüglich der Verjährungsfrist in Art. 95.

Eine Differenz zwischen Mehrheit und Minderheit der Kommission enthält schließlich noch Art. 96 in bezug auf die Frist der Löschung im Strafregister. Sollen nach dem Vollzug zehn oder fünf Jahre gewartet werden müssen, bis die Löschung erfolgen kann? Wohl mehr eine Gefühlsfrage, bei der sich die Kommissionsmehrheit für zehn Jahre entschieden hat.

Wir stehen somit im Jugendstrafrecht vor folgenden Resultaten: In sämtlichen Artikeln ist der Ausdruck « Richter » durch « zuständige Behörde » zu ersetzen.

In Art. 87 richtet sich das Anfangsalter nach dem in Art. 80 beschlossenen Höchstalter des Kindes.

Art. 88 ist ein neuer vierter Absatz anzugliedern mit folgendem Wortlaut: « Der Jugendliche kann auch der eigenen Familie zur Erziehung unter Aufsicht der zuständigen Behörde überlassen werden. »

Art. 90 soll lauten: « Die zuständige Behörde kann jederzeit die getroffenen Maßnahmen durch eine der andern Maßnahmen ersetzen. »

Der Minderheitsantrag zu Art. 93bis fällt dahin als Konsequenz des Beschlusses zu Art. 39, Ziff. 4. Art. 93ter ist gestrichen.

Als strittige Frage bleibt somit einzig übrig die Bezeichnung « Rettungsanstalt » oder « Erziehungsanstalt » in Art. 88. Aber auch diese Frage scheint mir im Grunde genommen recht unbedeutend zu sein.

Ich empfehle Ihnen die Anträge der Kommission.

M. Logoz, rapporteur: Nous passons maintenant à l'examen des articles qui règlent le sort des adolescents délinquants.

Presque tous les codes en vigueur font succéder à la première classe d'âge, celle de l'enfance, une seconde période spéciale, celle de l'adolescence ou, d'après certaines lois, de la majorité pénale relative. C'est l'âge critique, celui dans lequel, souvent, la crise de la puberté, notamment, fait du jeune être humain un être fragile, peu équilibré au point de vue moral.

Certains codes, cependant, par exemple le code de Schwyz et celui d'Argovie — sauf modifications récentes qui me seraient inconnues — ne connaissent pas cette phase intermédiaire, dite période critique. La culpabilité de l'adolescent est alors régie par les mêmes règles que celles des adultes. On se borne à prévoir parfois une atténuation de peine (en Argovie, jusqu'à 20 ans).

Le projet adopte le premier de ces deux systèmes, c'est-à-dire qu'il prévoit une période d'âge spéciale dite de l'adolescence, dont il fixe les limites à 15 ans par en bas et à 18 ans par en haut. La limite supérieure de 18 ans a déjà été adoptée, non seulement par certains codes cantonaux, mais aussi par la loi

allemande de 1923 et par le Code pénal français, modifié par la loi du 22 juillet 1912; il en est de même, par exemple, dans les cantons de Genève, Neuchâtel, Fribourg et Soleure.

Ce qui, d'ailleurs, a fait donner la préférence à la limite d'âge de 18 ans dans le projet suisse, ce ne sont pas seulement les dispositions d'autres codés applicables dans des conditions analogues; c'est aussi le fait qu'aux termes du Code civil suisse, le jeune homme peut, dès 18 ans, être considéré comme capable de discernement. L'émancipation est possible dès cet âge (C. C. S., art. 15); l'homme peut être déclaré capable de contracter mariage à 18 ans (art. 96); la faculté lui est donnée de disposer de ses biens par testament (art. 467 du code civil).

Quoi qu'il en soit de cette question de la limite supérieure de la période d'âge de l'adolescence, on doit considérer comme beaucoup plus importante encore la question du traitement que doit subir celui qui a violé la loi pénale pendant cette période d'âge.

Comment faut-il traiter l'adolescent délinquant? Sur ce point, le projet fait un pas décisif. S'écartant résolument des principes souvent admis encore dans le droit actuel, le projet déclare que jamais le droit pénal applicable aux adultes ne doit être appliqué à un adolescent. Partant de cette idée que l'adolescent est un être en voie de formation, qu'il est, dans une mesure beaucoup plus grande que l'adulte, influençable et éduicable ou rééduicable, le projet en arrive à cette conclusion qui est celle de la doctrine et de la pratique pénale modernes: les mesures à prendre à l'égard de l'adolescent délinquant doivent être adaptées à son âge. Dans l'intérêt de la société, aussi bien que dans l'intérêt de l'adolescent lui-même, ces mesures doivent, avant tout, viser à tirer parti des possibilités de rééducation qu'offre le caractère de l'adolescent. Elles doivent, en d'autres termes, être qualitativement différentes de la peine réservée aux adultes.

Le projet place donc l'autorité compétente en face de cette unique question: quelle est la mesure la plus propre à sauver l'adolescent coupable, c'est à dire à le rendre inoffensif pour la société?

Mais cette question fondamentale, à qui appartiendra-t-il de la résoudre? Dans son art. 391, le projet du Conseil fédéral répondait: «Les cantons peuvent remettre la procédure dirigée contre les adolescents à une autorité spéciale, telle que: offices pour la protection de la jeunesse, tribunaux pour adolescents, autorités de tutelles.» D'après ce texte, les cantons sont libres de désigner une autorité administrative aussi bien qu'une autorité judiciaire.

Votre commission, en revanche, avait tout d'abord estimé préférable d'exclure ici les autorités administratives. Elle avait décidé tout d'abord de biffer l'art. 391 du projet du Conseil fédéral et de rédiger comme suit l'art. 390:

«Les cantons désignent les autorités compétentes pour le traitement des enfants.

Pour le jugement des adolescents, les cantons ne pourront désigner que des tribunaux pour adolescents ou une autre autorité judiciaire.»

Ainsi donc, d'après cette disposition adoptée tout d'abord par la commission, les cantons n'auraient pu confier les affaires concernant des délinquants adolescents qu'à une autorité judiciaire.

Mais voici que divers spécialistes — le D^r Silbernagel de Bâle et aussi, entre autres, le secrétariat central de «Pro Juventute» — ont critiqué cette solution; invoquant les expériences déjà faites dans ce domaine, ils ont préconisé le maintien du principe posé par l'art. 391 du projet du Conseil fédéral.

D'autre part, on ne doit pas oublier que l'art. 64bis de la Constitution fédérale réserve la procédure aux cantons. A cet égard, le 2^e alinéa de l'art. 390 que votre commission avait tout d'abord adopté, n'était peut-être pas très orthodoxe.

De sorte qu'en définitive, dans sa session de septembre 1928, votre commission a décidé de vous proposer:

1^o de biffer l'art. 391 du projet du Conseil fédéral.

2^o de rédiger comme suit l'art. 390:

«Les cantons désignent les autorités compétentes pour le traitement des enfants et des adolescents.»

La Constitution fédérale est ainsi scrupuleusement respectée et, d'un autre côté, les cantons pourront — conformément au vœu exprimé par les spécialistes — remettre les procédures concernant les adolescents à des autorités spéciales administratives aussi bien que judiciaires.

Dès lors il n'est plus exact, aux art. 87 et suivants du projet, de parler du «juge» pour désigner cette autorité.

La commission vous propose, au contraire, de parler de «l'autorité compétente» ou de l'«autorité» tout court, avec, à l'art. 87bis, un renvoi à l'art. 390 en vertu duquel c'est aux cantons qu'il appartient de désigner cette autorité pour les adolescents comme pour les enfants.

Quelle sera la mission de cette autorité, quand elle sera saisie d'une affaire concernant un adolescent qui a commis un acte réprimé comme crime, délit ou contravention?

D'une manière générale, la tâche à accomplir est ici, comme le dit le message du Conseil fédéral, de «rechercher les causes de la conduite anti-sociale de l'adolescent, pour prendre à son égard des mesures appropriées à son âge».

Donc, avant tout, enquête sur les faits reprochés à l'adolescent, bien entendu, mais aussi sur l'état physique et mental de l'adolescent et sur l'éducation qu'il a reçue. Enquête avec recours éventuel à un expert-médecin. C'est ce que prescrit l'art. 87 du projet du Conseil fédéral, devenu l'art. 87bis du projet de la commission.

La rédaction proposée par la commission pour les art. 87 et 87bis est semblable à celle que vous avez adoptée pour l'art. 80, al. 2 et l'art. 81.

Et c'est cette enquête approfondie qui, faite comme elle doit l'être, permettra de classer l'adolescent coupable dans l'une des quatre catégories énumérées par le projet et à chacune desquelles le projet fait correspondre le traitement approprié.

1. Première catégorie: c'est celle des adolescents moralement abandonnés ou pervertis ou en danger de l'être. Pour ces adolescents, l'art. 88 du projet prévoit le renvoi dans une «maison de relèvement» pour adolescents. Le séjour dans cette maison durera, dit le projet, tout le temps nécessaire à l'éducation de l'adolescent, mais au minimum un an. Il faut en effet que le traitement ait le temps de mordre sur celui à qui on l'applique. D'autre part l'adolescent doit être libéré quand il aura atteint sa majorité civile, c'est-

à-dire à l'âge de 20 ans révolus au plus tard. A ce traitement, le projet du Conseil fédéral ajoute du reste une variante plus douce sur laquelle je n'insiste pas. Je vous renvoie à l'art. 88, 3^e alinéa.

A ce propos je signale encore le complément que la commission propose d'apporter à l'art. 88 du projet du Conseil fédéral. La commission vous recommande d'ajouter un 4^e alinéa nouveau. Cette disposition nouvelle, réclamée par Pro Juventute, est, pour l'adolescent, l'équivalent des al. 2 et 3 de l'art. 82, texte de la commission, qui concernent les enfants.

J'ajoute, d'autre part, que des critiques ont été formulées à l'égard de la dénomination « maison de relèvement ». La commission s'est cependant prononcée, au cours de sa dernière session de Wengen, en faveur de la terminologie du projet. Mais cette décision ne satisfait pas tout le monde. Le Jugendamt de Zurich m'a écrit à ce sujet :

« Der Entwurf hat die Bezeichnung Rettungsanstalt; wir halten sehr darauf, daß die Bezeichnung Erziehungsanstalt gewählt werde. Wir erlauben uns noch beizufügen, daß im welschen Sprachgebiet praktisch schon längst Bezeichnungen wie « Maison d'éducation » (bernische Anstalt auf dem Tessenberg) und « Institut » (freiburgische Anstalt in Drogens) verwendet werden, so daß es keine Schwierigkeiten bereiten dürfte, für den französischen und italienischen Text des Strafgesetzbuches der Bezeichnung « Erziehungsanstalt » gleichwertige Benennungen zu finden. »

Vous aurez à vous prononcer sur ce point.

2. La seconde catégorie d'adolescents prévue dans le projet (art. 89) est, avant tout, celle des adolescents trop gravement pervertis pour pouvoir être mis dans la maison de relèvement dont nous venons de parler; ceux dont la perversion morale, par exemple au point de vue sexuel, est telle qu'ils risqueraient de contaminer les pensionnaires moins corrompus des maisons de relèvement. Ces adolescents de la seconde catégorie, il faut donc les mettre à part. Et cela justifie amplement la création de deux espèces d'établissements pour adolescents délinquants.

Ceux qui sont visés par l'art. 89 seront dirigés, d'après le projet, vers des maisons à régime et à discipline plus sévère, que le projet désigne sous le nom de « maisons de correction ».

Le temps nécessaire pour que le traitement correctionnel puisse agir sera naturellement plus long ici que pour les adolescents de la première catégorie. De là le minimum de 3 ans de séjour que prévoit l'art. 89, tandis que l'art. 88 prévoit un an seulement au minimum. De là, également, une règle différente pour la fixation de la durée maximum du séjour dans une maison de correction. Ce séjour pourra durer jusqu'à 12 ans, d'après le projet du Conseil fédéral. Il pourra donc se prolonger sensiblement au delà de la majorité civile.

Et même, pour éviter jusqu'à l'apparence d'une possibilité de mansuétude exagérée, la commission propose d'élever de 12 à 15 ans le maximum de la durée du renvoi en correction.

En faisant cette proposition, la commission a voulu tenir compte aussi de la seconde hypothèse prévue à l'art. 89 et dont je n'ai pas encore parlé. L'art. 89 prévoit aussi le cas où il s'agit d'un adolescent qui a commis un crime ou un délit grave, dénotant, dit le texte de la commission, qu'il est particulière-

ment dangereux. Cette dernière adjonction proposée par la commission a le mérite de neutraliser quelque peu l'exception que cette disposition fait au système général du projet.

En effet, aux adolescents gravement pervertis, le projet permet d'assimiler — pour les renvoyer aussi dans une maison de correction et cela avec les mêmes limites pour la durée du séjour — les adolescents qui ont commis un crime ou un délit grave. C'est un accroc fait au système général admis par le projet. En principe, en effet, le projet fait dépendre le traitement à prescrire (et il a raison de le faire dépendre) exclusivement de l'état physique, mental et moral du sujet. Ici, par contre, il fait entrer en ligne de compte la gravité du délit commis.

Pourquoi cette exception faite au système général, qui est pourtant parfaitement juste? Réponse: Pour éviter un mal encore plus grand, qui résulterait de l'application des peines ordinaires, des peines pour adultes, à l'adolescent qui a commis un crime grave (meurtre ou incendie par exemple).

Admettez, en effet, que l'adjonction faite à l'article 89, pour les délits graves, n'existe pas. Admettez d'autre part que l'adolescent qui a commis un meurtre, par exemple, ne soit pas perverti au point de devoir être renvoyé dans une maison de correction pour la durée de 3 à 15 ans. Quelle sanction pourra-t-on prendre à son égard? Celle de l'art. 88, c'est-à-dire le renvoi dans une maison de relèvement au plus jusqu'à 20 ans; ou bien celles de l'art. 93, dont nous parlerons tout à l'heure, c'est-à-dire la réprimande ou la détention pour un an au plus.

Cela est évidemment insuffisant et il faut tenir compte ici du sentiment populaire, du « Volksempfinden », qui considérerait comme dérisoires, étant donné la gravité du délit, des mesures à l'eau de roses telles que celles des art. 88 ou 93.

Alors, que faire en pareil cas? Deux solutions étaient possibles. L'une consisterait à ouvrir ici la possibilité d'appliquer les pénalités ordinaires prévues pour les adultes. C'est le système adopté par certaines lois cantonales, par exemple à Genève, dans la loi de 1913 créant une chambre pénale de l'enfance.

Cette solution a cependant été écartée de notre projet, pour être remplacée par celle de l'art. 89. L'adolescent qui a commis un délit grave pourra donc être interné et cela, pour une durée qui peut aller jusqu'à 15 ans, dans une maison de correction, c'est-à-dire dans un établissement qui ne sera pas un pensionnat d'agrément parce que le régime y sera particulièrement sévère.

Les avantages de ce système nous paraissent essentiels. La solution de l'art. 89 sauvegarde la conquête la plus importante du projet, c'est-à-dire le principe qu'à notre avis, il importe de maintenir en tous cas: c'est que jamais le droit pénal applicable aux adultes ne devra être appliqué aux adolescents. Il importe de maintenir ce principe dans l'intérêt de l'adolescent tout d'abord et de la société ensuite. Car, de l'avis non seulement de théoriciens, mais aussi de nombreux directeurs de prison, la peine proprement dite, loin d'être de nature à permettre de tirer parti des possibilités de rééducation qui peuvent exister même à l'égard de l'adolescent qui a commis un délit grave, constitue pour lui un véritable danger. Le contact avec des délinquants adultes, tout spécialement, serait néfaste pour l'adolescent. Eh

bien, vous évitez ce danger en admettant son renvoi dans une maison de correction. Vous laissez subsister à son profit et au profit de la société les chances de relèvements que la maison de correction offre bien mieux que n'importe quelle prison.

D'autre part, l'internement dans une maison de correction peut durer jusqu'à 15 ans d'après les propositions de la commission. Il constitue donc pour la société un moyen de protection que les peines proprement dites et leur durée ordinaire ne lui assureraient pas. Pour les jeunes délinquants, quand on leur applique la peine ordinaire, la durée de cette peine est toujours abrégée; le juge considère toujours la minorité du délinquant comme une cause d'atténuation; en sorte que l'internement pourra presque toujours avoir une durée plus longue que la peine ordinaire.

Avec le Conseil fédéral et la seconde commission d'experts, nous pensons donc que la solution de l'art. 89 est de nature à écarter toute crainte de protection sociale et de répression insuffisantes; c'est pourquoi je vous recommande très vivement l'adoption de cette solution.

Avant de passer à la troisième des catégories d'adolescents prévues au projet, celle des malades, je vous dois un mot d'explication au sujet des art. 90 et 91. Ces textes, en deux mots, ont pour but d'assouplir encore le système créé par les art. 88 et 89, de l'assouplir par deux règles qui, l'une et l'autre, visent à accentuer le caractère éducateur et à favoriser le plus possible les effets régénérateurs des mesures prises en vertu des art. 88 et 89.

L'art. 90 du projet du Conseil fédéral permet au juge qui a pris telle ou telle mesure vis-à-vis d'un adolescent, de revenir ensuite sur cette mesure et de la modifier après coup, pour tenir compte des effets qu'elle a pu avoir sur l'adolescent.

La commission est tout à fait d'accord avec le principe ainsi posé par l'art. 90; cependant, d'accord avec Pro Juventute, elle vous propose de remplacer le texte du Conseil fédéral par une disposition plus générale, calquée sur l'art. 84ter, tel que vous l'avez adopté. C'est aussi une conséquence de l'adjonction d'un quatrième alinéa nouveau à l'art. 88.

J'ajoute que l'art. 91 applique, sous la forme de la libération conditionnelle, le système de la mise à l'épreuve qui a été créé par les Américains précisément à l'intention de la jeunesse coupable.

La libération conditionnelle, la mise à l'épreuve peuvent être substituées, au moins pour partie, à l'éducation correctionnelle. Si cette tentative réussit, c'est-à-dire si, pendant l'année qui suit sa libération conditionnelle, l'adolescent se conduit bien, sa libération devient définitive. C'est tout profit, non seulement pour lui-même, mais pour la société et l'Etat qui réalisent ainsi une économie de temps et d'argent.

3. Et maintenant, la troisième et avant-dernière catégorie, celle de l'art. 92: c'est celle des adolescents, non plus pervers, ni abandonnés, ou qui ont commis un délit grave, mais simplement anormaux; c'est la catégorie des adolescents atteints d'infirmités corporelles ou mentales. Ici il n'y a qu'une chose à faire: ordonner le traitement curatif ou l'éducation spéciale qu'exige l'état de l'adolescent. C'est ce que confirme l'art. 92, qui correspond à l'art. 83 et a été complété dans le même sens par la commission.

4. La quatrième et dernière catégorie est celle des normaux, ceux qui ne sont ni moralement abandonnés ou pervers, ni malades et qui, au surplus, n'ont pas commis un délit grave. Ceux-là n'ont besoin ni d'une éducation correctionnelle, ni d'un traitement spécial. Ce qu'il faut pour eux, c'est un avertissement, quelque chose qui leur fasse comprendre qu'ils ont mal agi et qu'il ne faut pas qu'ils y reviennent.

Le projet prévoit ici (art. 93):

a) La réprimande, qui du reste n'est pas instituée comme une peine atteignant l'honneur, mais comme un avertissement destiné à relever le coupable en faisant appel à sa raison. Puis:

b) Pour les cas où un garde-à-vous plus accentué est nécessaire: la détention continue, qui peut durer de trois jours à un an, d'après le texte du Conseil fédéral.

En ce qui concerne l'art. 93, la commission vous propose les modifications suivantes:

1° Elle propose d'abaisser le minimum de la détention à un jour, au lieu de trois.

2° Elle propose d'ajouter l'amende aux sanctions prévues par le projet du Conseil fédéral, l'amende et la détention pouvant être prononcées cumulativement. Pro Juventute appuie cette proposition.

3° La commission propose en outre de préciser au chiffre 1 in fine que la détention sera subie comme la peine des arrêts. Bien entendu, cela ne signifie pas qu'elle sera subie dans les locaux d'arrêts ordinaires, ce qui serait néfaste et contraire à l'esprit du projet.

4° La commission déplace le chiffre 3 de l'art. 93 du projet du Conseil fédéral et en fait le chiffre 2 de l'art. 93 tel qu'elle vous le propose.

5° Enfin, la commission propose de couper en deux l'art. 93 du projet du Conseil fédéral, qui est très long, et de faire du chiffre 2 de cet article un nouvel art. 93bis.

Il s'agit ici du sursis conditionnel. Le projet ne prévoit pas la possibilité d'abrèger conditionnellement la détention, déjà assez courte, dont parle le chiffre 1 de l'art. 93. En revanche, il permet au juge d'en suspendre l'exécution à de certaines conditions et, notamment, avec mise à l'épreuve pour six mois à un an.

La commission a cherché à rendre ici l'alinéa 2 plus précis et, d'autre part, elle a mis le troisième alinéa en harmonie avec la rédaction qu'elle a déjà donnée à l'art. 39.

La proposition de la minorité, qui figure dans le texte imprimé, est analogue à celle qui avait été faite à l'art. 39. Or, à l'art. 39, vous avez tranché en faveur du texte de la majorité. La minorité a donc déclaré à la commission qu'elle retirerait sa proposition relative à l'art. 93bis, al. 3.

Pour des raisons semblables, votre commission vous propose de parler, à l'al. 1 de l'art. 93bis, non seulement de la détention, mais aussi de l'amende. Je rappelle qu'à l'art. 39 vous avez déjà pris, pour les adultes, une décision dans le même sens.

Art. 93ter. Dans sa session de septembre 1928, la commission a décidé de vous proposer la suppression de l'art. 93ter comme de l'art. 84bis et pour les mêmes raisons.

L'art. 94 doit également être biffé, selon l'avis de la commission, pour les mêmes raisons que l'art. 85 dont nous avons parlé tout à l'heure et dont vous avez voté la suppression.

L'art. 95 correspond mutatis mutandis à l'article 84quater.

Enfin, l'art. 96 prévoit une forme de réhabilitation analogue à celle de l'art. 77. L'amendement proposé par la commission à la fin de l'art. 96 met cette disposition en harmonie avec l'art. 77. Les autres formes de réhabilitation ne sont pas nécessaires pour les adolescents.

Ici encore, nous sommes en présence d'une proposition de la minorité qui voudrait abrégé à cinq ans le délai prévu par l'art. 96. C'est une question d'appréciation. Mon sentiment personnel est que le projet va déjà assez loin, d'une manière générale, dans le sens de la mansuétude témoignée aux adolescents. Jusqu'à plus ample informé, je pense donc qu'il serait préférable de maintenir le texte du projet plutôt que d'adopter ici la proposition de la minorité.

En résumé, je vous recommande d'adopter les art. 87 à 96, cette très belle partie du chapitre IV de la partie générale du projet, dans la teneur proposée par la majorité de la commission.

Oprecht: In Art. 88 hat der Name der Versorgungsanstalt zu längerer Diskussion Anlaß gegeben. Man hat sich in der Kommission über den Namen der Anstalt nicht einigen können, obwohl eigentlich alle Mitglieder der Kommission mit dem Namen « Rettungsanstalt » nicht recht einverstanden gewesen sind, weil, das gilt auch ganz sicher hier, diesem Namen etwas anhaftet, das nicht jedermann paßt: nomen est omen.

Wir haben in der Kommission vorgeschlagen, dafür « Anstalt für Schwererziehbare » oder « Zwangserziehungsanstalt » zu sagen. Von Kollegen der französischen Schweiz sind daraufhin Bemerkungen gefallen, daß eine Uebersetzung dieser Ausdrücke nicht möglich sei. Deswegen ist schließlich notgedrungen, weil kein anderer Name übrig blieb, der Begriff « Rettungsanstalt » stehen geblieben.

Ich halte dafür, daß wir den Begriff « Rettungsanstalt » im Strafgesetzbuch fallen lassen sollten. Ich stütze mich dabei auf die Vorschläge von Jugendfürsorgern. Es ist sicher nicht zufällig, wenn die Stiftung Pro Juventute, die Organisation der Jugendfürsorge par excellence oder wenn ein Jugendanwalt, wie Herr Dr. Hauser in Winterthur, sich dafür aussprechen, den Namen « Rettungsanstalt » nicht ins Strafgesetzbuch aufzunehmen. Die Stiftung Pro Juventute bemerkt in ihrer Zuschrift an die Kommission, daß die Erfahrung zeige, daß der Durchschnitt der Zöglinge aller Erziehungsanstalten nicht wesentlich verschieden sei von denjenigen, die auf Grund des Jugendstrafrechtes in solche Anstalten eingewiesen werden. Das trifft tatsächlich zu.

Es werden eine Reihe von Jugendlichen aus irgendwelchen Gründen im besondern, weil sie verwahrlost sind, von den Vormundschaftsbehörden in dieselben Anstalten eingewiesen, in welche das Jugendstrafgericht einweisen soll. Zwischen den Jugendlichen, die von der Vormundschaftsbehörde eingewiesen werden und denen, die das Jugendstrafgericht einweist, besteht kein Unterschied. Deswegen geht es nicht an, für die Jugendlichen, die vom Jugendstrafgericht eingewiesen werden sollen, die Anstalt als « Rettungsanstalt » zu bezeichnen. Wir haben schon eine große Zahl solcher Anstalten. Ich erinnere an

den Neuhof bei Birr, an die Zwangserziehungsanstalt in Ringwil, Kanton Zürich, an die Zwangserziehungsanstalten Aarburg und an den Tessenberg, Bern. Nirgends ist der Name Rettungsanstalt gebraucht. Herr Dr. Hauser hat mit Recht darauf hingewiesen, daß diesem Namen etwas Pietistisches anhänge. Man stellt sich damit auf den Standpunkt, man müsse den Fehlbaren wieder zu sich heraufziehen, retten. Es handelt sich aber darum, auch den fehlbaren Jugendlichen zu erziehen. Man soll erzieherische Maßnahmen für ihn treffen. Das ganze Jugendstrafrecht ist auf erzieherischen Maßnahmen aufgebaut. Wenn der Name « Rettungsanstalt » ins Gesetz hineinkommt, so besteht der Eindruck, als ob die Erziehung aufgegeben und gerettet werden wolle. Deswegen beantrage ich Ihnen « Erziehungsanstalt für Jugendliche » zu sagen. Es gibt dann im Gesetz eine « Erziehungsanstalt für Kinder und eine « Erziehungsanstalt für Jugendliche ».

Affolter: Zu Art. 96 hat die Minderheit einen Antrag gestellt, der sich auf die Dauer bezieht, nach welcher bei diesen Maßnahmen die Eintragung im Strafregister erlöschen soll. Bei Art. 77 hatten wir ebenfalls einen Antrag eingebracht und dort hat Herr Bundesrat Häberlin erklärt, daß er sich zum Minderheitsantrag verschieden stelle, je nachdem bei der Behandlung des Art. 377 und ff. der Zweck des Strafregisters entschieden werde. Werde er so ausgelegt, daß nur die Polizeibehörden und die Gerichte Kenntnis erhalten, dann sei er für eine längere Dauer, erhalte aber eine weitere Öffentlichkeit Einsicht in die Strafregister, für eine kürzere Dauer der Löschfrist. Ich glaube deshalb, daß die Art. 77 und 96 erst bei der Behandlung der Bestimmungen über die Strafregister, Art. 377 u. ff. entschieden werden können. Wir verzichten auf einen Antrag bei Art. 96 und behalten uns vor, bei der Behandlung der Art. 377 u. ff. unsere Wiedererwägungsanträge zu stellen.

Präsident: Bei den Art. 87—96 besteht nun Übereinstimmung zwischen den Anträgen der Kommissionmehrheit und Minderheit mit Ausnahme von zwei Punkten.

Bei Art. 88 stellt die Minderheit den Antrag, die Bezeichnung « Rettungsanstalt » durch « Erziehungsanstalt » zu ersetzen. Und bei Art. 93 hält die Minderheit an ihrem Antrage fest. Der Antrag der Kommissionmehrheit geht dahin, daß im dritten Absatz gesagt werden soll: « Bewährt sich der Jugendliche bis zum Ablauf der Probezeit, so verfügt der Richter die Löschung des Urteils im Strafregister. » Die Minderheit will nicht bloße Löschung, sondern daß ausdrücklich gesagt werde, daß die Verurteilung als nicht geschehen zu betrachten sei.

Seiler, Berichterstatter: Wenn ich recht orientiert bin, so braucht die Abstimmung über Art. 93bis des Minderheitsantrages nicht stattzufinden. Es ist in Wengen erklärt worden, daß in Konsequenz der Abstimmung zu Art. 39, Ziff. 4, dieser Minderheitsantrag fallen gelassen werde.

Präsident: Sie scheinen einverstanden zu sein. Es bleibt nur noch die kleine Differenz in Art. 88.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	42 Stimmen
Für den Antrag Oprecht	44 Stimmen

Präsident: Der Minderheitsantrag zu Art. 96 ist zurückgezogen.

Art. 96bis—97.**Anträge der Kommission.**

Art. 96bis. Für die strafbaren Handlungen, die im besondern Teil des ersten Buches dieses Gesetzes mit Haft oder Buße oder mit Buße allein bedroht sind, gelten die Art. 288—294. Diese Handlungen gelten als Uebertretungen.

Art. 97. Für den Sprachgebrauch dieses Gesetzes gilt folgendes:

1. Frau ist jede weibliche Person, die das sechzehnte Altersjahr zurückgelegt hat.

2. Angehörige einer Person sind ihr Ehegatte, ihre Verwandten gerader Linie, ihre vollbürtigen und halbbürtigen Geschwister, ihre Adoptiveltern und Adoptivkinder.

3. Familiengenossen sind Personen, die in gemeinsamem Haushalte leben.

Ziffer 4 streichen.

5. Urkunden sind Schriften, die bestimmt oder geeignet sind, eine Tatsache von rechtlicher Bedeutung zu beweisen.

Öffentliche Urkunden sind die von einer Behörde, die von einem Beamten kraft seines Amtes und die von einer Person öffentlichen Glaubens in dieser Eigenschaft ausgestellten Urkunden. Nicht als öffentliche Urkunden gelten Schriftstücke, die von der Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmungen und Monopolbetriebe des Staates oder anderer öffentlich-rechtlicher Verbände in zivilrechtlichen Geschäften ausgestellt worden sind.

6. Mit Zuchthaus bedroht ist eine Tat, wenn das Gesetz dafür einzig oder wahlweise Zuchthaus androht.

7. Tag, Monat, Jahr. Der Tag hat vierundzwanzig aufeinanderfolgende Stunden. Der Monat und das Jahr werden nach der Kalenderzeit berechnet.

8. Als Untersuchungshaft gilt jede in einem Strafverfahren verhängte Haft, Untersuchungs- und Sicherheitshaft. (Vgl. Art. 66, Abs. 2, des Entwurfs.)

Propositions de la commission.

Art. 96bis. Les art. 288 à 294 sont applicables aux infractions que le livre premier punit, dans sa partie spéciale, des arrêts ou de l'amende, ou de l'amende seule. Ces actes sont réputés contraventions.

Art. 97. Dans le présent code, les termes ci-après sont pris dans le sens suivant:

1. Le terme femme désigne toute personne du sexe féminin âgée de seize ans révolus.

2. Les proches d'une personne sont son conjoint, ses parents en ligne directe, ses frères et soeurs germains, consanguins ou utérins, ses parents et enfants adoptifs.

3. Les familiers d'une personne sont ceux qui font ménage commun avec elle.

4. Biffer.

5. Sont réputés titres, tous écrits destinés ou propres à prouver un fait ayant une portée juridique.

Sont réputés authentiques tous titres émanant d'une autorité, d'un fonctionnaire agissant en vertu de sa fonction, ou d'un officier public agissant en cette qualité. Sont exceptés toutefois les écrits émanant de l'administration des entreprises économiques et des monopoles de l'Etat ou d'autres corporations de droit public, qui ont trait à des affaires de droit civil.

6. Le terme puni de réclusion s'applique aux crimes ou délits que la loi frappe de cette peine, soit exclusivement, soit alternativement avec une autre peine.

7. Le jour est compté à raison de vingt-quatre heures. Le mois et l'année sont comptés de quantième à quantième.

8. Est considérée comme détention préventive, toute détention ordonnée au cours d'un procès pénal pour les besoins de l'instruction ou pour motif de sûreté (cfr. art. 66, 2^e alinéa, du projet).

Seller, Berichterstatter: Art. 96bis. Wie schon bei der Behandlung des Titels und der Systematik ausgeführt wurde, ist dieser Art. 96bis erst am Schlusse der Kommissionsberatungen geschaffen worden. Es hat damit folgende Bewandnis:

Eine Reihe von Uebertretungstatbeständen, die nach der bundesrätlichen Fassung im II. Buch enthalten waren, sind als Verbrechen geringeren Grades in das I. Buch hinübergewandert und ihnen verwandten schwereren Fällen angegliedert worden. Für diese Fälle sind als Strafe Haft oder Busse vorgesehen. Für sie gelten trotz der Hinübernahme in das I. Buch die allgemeinen Bestimmungen des II. Buches, also des Uebertretungsrechtes, Bestimmungen, welche für den Täter zum Teil vorteilhafter sind. Diese Lösung hat den Art. 96bis notwendig gemacht. Um jede Unklarheit auszuschließen, wurde ausdrücklich bestimmt, daß diese mit Haft oder Busse oder mit Busse allein bedrohten Tatbestände als Uebertretungen zu betrachten seien. Gesetzestechnisch nicht gerade elegant, ist eben diese Normierung die Konsequenz des Auseinanderreissens der Uebertretungstatbestände und der Beschränkung des II. Buches auf die bundesrechtlichen Uebertretungen.

Art. 97. Die Kommission ist damit einverstanden, daß sich die Erklärung einzelner gesetzlicher Ausdrücke rechtfertigt. Nach längerer Diskussion hat sie auf eine Definition des Begriffs « Beamter » verzichtet. Eine unanfechtbare, alle Zweifel ausschliessende Formulierung konnte angesichts der verschiedenartigen Verhältnisse im Bund und in den Kantonen nicht gefunden werden. Die Beamtenqualität wird im Einzelfalle eben festgestellt werden müssen. Ziff. 4 ist daher gestrichen worden. Anderseits hat die Kommission eine nähere Umschreibung der Ausdrücke « Tag, Monat und Jahr » vorgenommen. Ob dies absolut notwendig war, bleibe dahingestellt. Die Definition des Begriffes « Untersuchungshaft » ist von Art. 76 hinübergewandert worden. Ich beantrage Ihnen Annahme dieser beiden Artikel.

M. Logoz, rapporteur: Je ne mettrai plus votre patience à une longue épreuve.

L'art. 96bis exige cependant deux mots d'explication.

A propos du titre du premier Livre du projet, je vous ai déjà signalé la décision prise par la com-

mission de transférer du Livre II dans le Livre premier un certain nombre de contraventions qui, en réalité, sont des cas de peu de gravité, des cas légers de certains crimes ou délits prévus dans la partie spéciale du premier Livre.

Voyez, par exemple, l'art. 295 qui devient l'article 111bis, l'art. 297 (119bis), l'art. 298 (120bis), l'art. 300 (123bis), etc.

Or, ces contraventions ainsi déplacées n'en restent pas moins, quant à leur nature même, des contraventions; ce nom leur est même expressément donné par une note en marge des art. 179bis et suivants.

Il était donc nécessaire d'assurer l'application, à ces contraventions, des dispositions de la partie générale du Livre II, c'est-à-dire des art. 288 à 294. C'est ce résultat que l'art. 96bis permet d'atteindre. Il confirme au surplus expressément que les infractions en question sont réputées contraventions.

Art. 97. Je ne suis, en général, guère partisan des définitions légales. J'ai fait cette expérience que les définitions légales sont souvent des nids à controverses. *Omnis definitio periculosa.*

C'est dont avec plaisir que j'ai vu disparaître, à la fin du livre premier du Code pénal militaire, l'article qui énonçait certaines définitions de ce genre.

Je rappelle cependant que le Code pénal militaire lui-même, art. 175, a conservé une définition légale des titres. C'est exactement la même définition qui figure au projet de Code pénal suisse, art. 97, chiff. 5. Cette définition-là semble donc, en tout cas, devoir être maintenue; mais, en ce qui concerne le projet de Code pénal suisse, il n'est pas inutile de faire, dans le même sens, quelques pas de plus.

Votre commission, avec la seconde commission d'experts et le Conseil fédéral, a estimé nécessaire de préciser dans l'art. 97 le sens de quelques termes que le projet emploie couramment comme termes techniques, de façon à assurer autant que possible l'application uniforme de la loi. Il ne faut pas oublier non plus que le Code pénal suisse ne s'adressera pas seulement à des juristes, mais aussi à des juges laïques. Suivant l'exemple du droit anglais et aussi, notamment, du code français de 1810, notre projet donne donc quelques définitions, d'ailleurs peu nombreuses.

1. Le mot « femme » au sens technique que lui donne l'art. 97, chiff. 1^{er}, est employé notamment aux art. 158, 159, 162, 164 et 172.

Si vous parcourez ces articles, vous vous rendrez compte de la clarté plus grande que donne à ces textes la définition de l'art. 97, chiff. 1.

Il est vrai que cette définition légale entraîne, surtout dans les textes français et italien, certaines conséquences plutôt fâcheuses.

Prenez, par exemple, les art. 105 à 107 sur l'avortement. Faute de pouvoir employer le mot « femme », puisqu'il est réservé à celles qui ont franchi le cap de leurs 16 ans et que l'avortement doit être punissable quel que soit l'âge de la mère, on doit, aux art. 105 à 107, au lieu d'employer le mot propre (femme en état de grossesse) recourir à une périphrase contestable: « personne en état de grossesse » ou « personne enceinte ». En italien, c'est encore plus laid: « *Persona incinta* » au lieu de « *donna incinta* ».

Néanmoins votre commission, après y avoir mûrement réfléchi, vous propose d'adopter le chiffre 1 de l'art. 97.

2. En second lieu, nous avons une définition des « proches » (art. 97, chiff. 2). Il est utile de définir les proches et, notamment, de dire si le conjoint en est un. Voyez à ce sujet, par exemple, les art. 27, 120, 122, 129, 220.

3. Dans la définition des « familiers » (art. 97, chiff. 3), l'expression « qui font ménage commun » est emprunté au code civil. Voyez, dans notre projet, les articles 120, 122, 129, 220.

4. La commission vous propose en revanche de biffer la définition des « fonctionnaires » que donne l'art. 97, chiff. 4. Le mot fonctionnaire est employé par exemple dans les art. 48, 49, 276—286, dans lesquels le fonctionnaire est l'auteur de l'infraction, et aussi, notamment, dans les art. 255, 257, 337, 338, qui visent à assurer protection aux fonctionnaires.

Votre commission estime, cependant, d'une part que la pratique pourra s'en tirer sans définition légale du mot fonctionnaire; d'autre part, la commission éprouve des doutes sur le contenu de la définition du projet. Elle se demande si cette définition est tout à fait satisfaisante. Comment, en pratique, se concilierait-elle avec le statut des fonctionnaires fédéraux et avec les conceptions assez diverses du droit public et administratif des divers cantons? La commission vous propose donc la suppression de cette définition.

5. Le terme « puni de réclusion » (art. 97, chiff. 5) est employé notamment dans les articles 22, 67 et 225.

6. J'ai parlé tout à l'heure de la définition des « titres ». Vous l'avez ratifiée dans le code pénal militaire (art. 175). Dans notre projet, il s'agit notamment des art. 217 et suivants, puis de l'art. 281.

7. Au chiff. 7, la commission propose d'ajouter une définition du jour, du mois et de l'année.

8. Quant au chiff. 8, il remplace le deuxième alinéa de l'art. 66, qui a été biffé. C'est là, en effet, une véritable définition légale qui a sa place dans l'art. 97.

Pfister-St. Gallen: Sie werden vielleicht etwas erstaunt sein, daß ich mir erlaube, in dieser Debatte auch einige Worte zu sagen. Allein bei der Lektüre des Art. 97 kann ich es mir doch nicht versagen, kurz einige Bemerkungen zu machen.

Vorhin haben Sie beschlossen, daß das kindliche Alter beim 15. Jahre aufhört. Hier steht, daß die Frau eine weibliche Person sei, die das 16. Altersjahr zurückgelegt habe. Ich möchte fragen, wo von der Kommission und von den Fachgelehrten in diesem Gesetz die Jungfrau klassiert wird. Im weitem muß ich Ihnen schon sagen, wenn man die Ausdrücke vollbürtig und halbbürtig und einzelne andere Bezeichnungen in diesem Art. 97 liest, so fragt man sich doch: Ist dieser Art. 97 wirklich nötig? Ist er nicht ein Schönheitsfehler? Schon der Titel « Erklärung gesetzlicher Ausdrücke » scheint mir, bessere Belehrung vorbehalten, etwas eigentümlich zu sein. Wenn wir ein Gesetz machen, wo bei jedem Abschnitt die Ausdrücke extra noch erklärt werden müssen, mutet das doch etwas eigentümlich an. Ich erlaube mir deshalb, Ihnen den Antrag zu stellen, diesen Artikel zu streichen.

Seiler, Berichterstatter: In bezug auf die Streichung dieses Artikels kann man wirklich verschiedener Meinung sein. Ich kann Ihnen erklären, daß ich persönlich nicht unglücklich wäre, wenn die Streichung

vorgenommen würde; denn beispielsweise die Definition von Jahr, Tag und Monat — ich habe das bereits in meinem Einleitungsvotum gesagt — scheint mir überflüssig zu sein. Man wird wohl Richter finden, die das richtig auszulegen wissen.

Was den Ausdruck Frau anbetrifft, so stammt diese Definition schon aus den Beschlüssen der Expertenkommission. Es handelt sich da namentlich um die Sittlichkeitsdelikte und um die Feststellung dieses Begriffes in jenem Gebiet. Das hat mit Jungfrau oder Frau nichts zu tun, Herr Pfister; denn es ist hier ganz nebensächlich, ob es sich um eine Frau oder um eine Jungfrau handelt.

Wenn Sie also den Artikel streichen wollen, so habe ich persönlich nichts dagegen. Lassen Sie aber die Sache stehen, dann sollten Sie auch den Ausdruck « Frau » so definieren, wie es im Entwurf vorgesehen ist.

Grünenfelder: Ich möchte Ihnen doch beliebt machen, am Art. 97 festzuhalten, denn er hat doch seine Bedeutung. Wenn man sich vielleicht auf den ersten Blick ärgert an der Definition der Frau im Sinne des Strafgesetzbuches, so ist andererseits doch von einiger Bedeutung, daß umschrieben wird, was man als Angehörigen im Sinne des Strafgesetzbuches anzusehen hat, wer als Familiengenosse gilt, was man unter einer Urkunde, unter einer öffentlichen Urkunde im Sinne des Strafrechts versteht. Wenn Sie einzelne Ziffern streichen wollen, z. B. die Ziff. 4, die von der Kommission zu streichen beantragt wird, so will mir im übrigen scheinen, daß die Sache doch nicht so ganz ohne Wert ist, indem eine zusammenfassende Begriffserklärung für das ganze Strafgesetzbuch gegeben wird. Ich möchte Ihnen also den Antrag stellen, am Art. 97 festzuhalten.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommission:

Festhalten

Mehrheit.

Seiler, Berichterstatter: Darf ich Sie nur noch eine Minute bitten, auszuharren. Wir sind am Ende des Allgemeinen Teils angelangt. Ich will hier keine Beurteilung der Vorlage, sondern nur einige notwendige Ergänzungen geben. Nimmt der Ständerat die Aenderung des Geschäftsverkehrsgesetzes an, so kann diese Partie nunmehr an den andern Rat geleitet werden. Die formellen Voraussetzungen dazu werden noch rechtzeitig geschaffen werden müssen.

Nachzutragen ist jedoch noch das Folgende:

Als Titel des Ersten Buches schlägt Ihnen die Kommission, gestützt auf erneute Ueberprüfung vor: « Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen im Allgemeinen », im Gegensatz zu den « Uebertretungen bundesrechtlicher Bestimmungen » im Zweiten Buch.

Art. 10, der wegen der Frage der selbstverschuldeten Trunkenheit zurückgelegt wurde, bleibt bestehen. Er soll ergänzt werden durch Art. 226bis im Besonderen Teil. Dort wird die Verübung einer Tat in selbstverschuldeter Unzurechnungsfähigkeit unter besondere Strafe gestellt, analog unserem seinerzeitigen Beschluß im Militärstrafgesetz. Das Nähere wird im besonderen Teil zu erörtern sein.

In Art. 14 wird das Marginale gemäß Antrag Grünenfelder ergänzt durch die Beifügung « Landesverweisung ».

Ich beantrage Ihnen, auch diese Aenderungen anzunehmen und damit den Allgerneinen Teil zu verabschieden und ihm gute Fahrt in den Nordbau zu wünschen.

M. Logo, rapporteur: J'ai trois indications à vous donner encore sur la partie générale du Livre I.

Tout d'abord une question de titre. La question de la rédaction du titre du Livre I a été reprise par la commission dans sa session de septembre dernier à Wengen. La commission propose en définitive de dire: « Des crimes, délits et contraventions en général. »

Quant à l'ivresse et à ses rapports avec l'art. 10, la commission, après un nouvel examen du problème, en est arrivé à cette conclusion: il convient de maintenir l'art. 10 tel quel, mais de consacrer à la question du délit commis par un individu en état d'ivresse, une disposition que nous vous proposerons d'introduire dans la partie spéciale, sous le n° 226bis. Nous reparlerons de cela à propos de la partie spéciale.

Enfin, 3^e et dernière remarque: M. Grünenfelder avait critiqué le titre en marge de l'art. 14 en faisant remarquer qu'il était incomplet par rapport au contenu de l'article; nous vous proposons de dire: « hospitalisation des irresponsables et des délinquants à responsabilité restreinte et interdiction de séjour ». Ces derniers mots se rapportent au chiff. 2 nouveau que la Commission a, en effet, introduit dans l'art. 14 du projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — Adopté.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung

Bulletin sténographique de l'Assemblée fédérale

Frühjahrs-Session — 1929 — Session du printemps

2. Tagung der 28. Amtsdauer — 2^{me} session de la 28^e législature

Bezugspreis: In der Schweiz jährlich 12 Fr., die Postgebühr eingerechnet, im übrigen Postvereinsgebiet 16 Fr.
Bezug ausschliesslich durch die Expedition Buchdruckerei Fritz Pochon-Jent, in Bern.

Abonnements: Un an: Suisse 12 frs., port compris. Union postale 16 frs.
On s'abonne exclusivement auprès de l'office expéditeur, l'imprimerie Fritz Pochon-Jent, à Berne.

Nachmittagssitzung vom 4. März 1929.
Séance de relevée du 4 mars 1929.

Vorsitz — Présidence: Hr. Walther.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch. Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Jahrgang 1928, Seite 964. — Voir année 1928, page 964.

Besonderer Teil.

Art. 98—287.

Seiler, Berichterstatter: Während der Allgemeine Teil des Ersten Buches die für die Verbrechen und Vergehen allgemein geltenden Bestimmungen aufstellt, behandelt der Besondere Teil in 18 Abschnitten die verschiedenen Verbrechen und Vergehen im Speziellen. Er stellt die Tatbestände fest und bestimmt die Strafandrohungen. Das Zweite Buch befaßt sich mit den Uebertretungen. Auch in diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß unsere Kommission im Zweiten Buch nur noch die Uebertretungen gegen Bundesvorschriften belassen hat. Eine Reihe von Uebertretungsbestimmungen des bundesrätlichen Entwurfs sind in den Besondern Teil des Ersten Buches hinübergenommen worden, mit der Eigentümlichkeit allerdings, daß trotzdem die allgemeinen Bestimmungen des Uebertretungsrechtes auf sie angewendet werden sollen. (Art. 288—294.) Für die Einzelheiten sei auf die Beratung bei den betreffenden Artikeln verwiesen.

Ueber die Systematik des Besondern Teiles wäre manches zu sagen. Der Kürze halber sei jedoch hier auf die Erläuterungen von Professor Zürcher Seite 115

und 116, sowie auf die Protokolle der zweiten Expertenkommission verwiesen, Bd. II, S. 141 ff. Welche Verbrechen sollen vorangestellt werden? Diejenigen gegen den Staat? Soll innerhalb der einzelnen Abschnitte vom leichtern oder vom schwereren Verbrechen ausgegangen werden? In diese Subtilitäten hat sich der Gesetzgeber nicht stark verloren. So wie der Aufbau sich nunmehr gestaltet, dürfte er keinerlei Grundsätze der Logik verletzen. Grenzfälle werden sich bei jeder Einteilung einstellen. Wesentlich ist nicht diese Einteilung, sondern die klare Umschreibung der Tatbestände und die richtige Ansetzung der Strafandrohungen.

Vorangestellt sind nach dem Entwurf die Verbrechen gegen den Einzelnen. Dann folgen die Verbrechen gegen die Allgemeinheit und schließlich diejenigen gegen den Staat. Der neueste deutsche Entwurf stellt die letztern voraus. Unsere Kommission hat an der Systematik der bundesrätlichen Vorlage mit Ausnahme der schon erwähnten Behandlung der Uebertretungen keine wesentlichen Aenderungen vorgenommen. Wenn im 16. Abschnitt der Titel « Vergehen gegen fremde Staaten » durch die Bezeichnung: « Störung der Beziehungen zum Ausland » ersetzt worden ist, so liegt darin nichts anderes als eine bessere Betonung der dem eigenen Lande verursachten Schwierigkeiten.

Das sind die kurzen einleitenden Bemerkungen zum Besondern Teil. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie aufmerksam machen, daß Ihnen ein Schema ausgeteilt worden ist, in welchem gesagt wird, in welcher Weise referiert wird, abschnittsweise und unterabschnittsweise.

M. Logoz, rapporteur: La partie générale du Livre premier que nous avons déjà discutée, pose des règles générales, c'est-à-dire applicables à toutes les infractions dont nous allons nous occuper maintenant. Dans cette partie générale, l'article premier confirme le principe fondamental: nulla poena sine lege. Nul ne peut être puni, s'il n'a commis un acte expressément réprimé par la loi.

La partie générale doit donc être suivie d'une liste, d'un catalogue des actes divers que la loi déclare punissables, qu'elle érige en infractions.

Ce catalogue, vous le trouverez dans la partie spéciale que nous abordons maintenant.

Je ne reviendrai pas ici sur les explications que je vous ai déjà données au sujet de la partie spéciale, dans mon rapport de mars 1928 sur l'entrée en matière.

Je dois, en revanche, dans cette brève introduction, attirer votre attention sur quatre points qui sont les suivants:

1. Il existe déjà toute une législation pénale fédérale. Par exemple, il existe une loi fédérale sur les stupéfiants; il y en a une sur l'emploi délictueux d'explosifs et de gaz toxiques, une autre sur la répression de la traite des femmes et du trafic des publications obscènes; nous avons également une loi fédérale sur le registre du commerce et les raisons de commerce, ainsi que plusieurs autres que je m'abstiens d'énumérer. De même, on trouve des dispositions de droit pénal dans une quantité de lois fédérales telles que, par exemple, la loi du 8 décembre 1905 sur le commerce des denrées alimentaires, la loi sur la Banque nationale suisse du 7 avril 1921, la loi réglant la correspondance télégraphique et téléphonique du 14 octobre 1922, la loi sur le service des postes du 2 octobre 1924, la loi du 10 juin 1925 sur la chasse, etc.

Tout cela constitue, dans son ensemble, ce qu'on peut appeler, par opposition au futur Code pénal suisse, la législation pénale spéciale ou la législation pénale accessoire de la Confédération, ce qu'on appelle en allemand « Die Nebenstrafgesetzgebung ». Et l'existence de cette législation pénale spéciale de la Confédération a posé aux auteurs du Code pénal suisse et à votre commission, la question suivante: Quels doivent être les rapports entre le futur Code pénal suisse et la législation pénale fédérale dite accessoire?

Le Code pénal suisse doit-il absorber toute cette législation spéciale, ou se contenter d'en absorber une partie? Ou bien doit-il la laisser subsister telle quelle?

Autrement dit, quelles sont les infractions qu'il convient de viser par des dispositions du Code pénal suisse lui-même et quelles sont celles qui doivent rester du domaine de la législation fédérale complémentaire?

Deux tendances extrêmes sont concevables à cet égard. On pourrait dire, d'une part: le code pénal doit être aussi complet que possible; il ne devrait donc rien ou à peu près rien laisser à la législation spéciale. D'autre part et en sens inverse, on pourrait se proposer d'alléger le plus possible le code pénal, c'est-à-dire de n'y prévoir que les infractions qui sont en quelque sorte classiques, tout le reste devant être laissé aux lois particulières.

Entre ces deux tendances extrêmes et trop absolues, notre projet a adopté une solution éclectique. Le projet part de cette idée que chaque cas doit être examiné pour lui-même. Quand il s'agit d'une infraction dont la définition peut être donnée par une formule relativement brève et quand, par sa nature même, cette infraction n'apparaît pas comme étant en rapport étroit avec la matière — administrative, par exemple — à laquelle se rapporte telle ou telle loi fédérale spéciale, alors cette infraction peut entrer dans le code pénal. Sinon, il vaut mieux la laisser à la législation spéciale. C'est ainsi que votre commission vous proposera de laisser à la législation sur

les denrées alimentaires les dispositions contenues dans les art. 200 et 201 du projet et à la législation sur les postes, télégraphes et téléphones, les règles édictées aux art. 286 et 287.

En définitive, donc, cette question de la répartition à faire ou de la limite à tracer entre le code pénal et la législation spéciale nous paraît être une question d'espèces. Il y a naturellement des cas douteux sur lesquels il vous appartiendra de vous prononcer.

2. Une autre question générale qui se pose d'emblée au sujet de la partie spéciale du code pénal est la suivante:

Comment faut-il classer les infractions énumérées dans cette partie spéciale? Comment va-t-on subdiviser la matière à traiter dans cette partie du code pénal?

Cette question a donné lieu, dans la doctrine, à de vives controverses. A mon avis, elle ne mérite pas cet honneur car ce n'est pas une question de principe. Quoi qu'on fasse, l'arbitraire a une part inévitable dans la solution adoptée, quelle qu'elle soit.

Aucun système de classification des délits n'est parfait; mais peu importe; car l'essentiel, c'est d'avoir une classification claire et pratique, c'est-à-dire qui soit de nature à faciliter l'emploi du code pour ceux qui auront à s'en servir.

Or le système du projet répond bien à ce besoin; ce système est conforme aux idées actuelles en matière de technique législative, en ce sens qu'il groupe les infractions, avant tout, d'après le bien juridique qu'elles lèsent ou menacent: infractions contre la vie ou l'intégrité corporelle; infractions contre le patrimoine; infractions contre l'honneur, contre la famille, etc. Soit, au total, 18 chapitres dans la partie spéciale.

D'après leur contenu, ces 18 chapitres peuvent être eux-mêmes classés en trois grandes catégories:

Les chapitres 1 à 6, tout d'abord, répriment les infractions portant atteinte aux biens juridiques des particuliers.

Les chapitres 7 à 12 répriment ensuite les infractions qui portent atteinte aux biens juridiques de la communauté.

Enfin, en troisième lieu, les chapitres 13 à 18 répriment des infractions portant atteinte aux biens de l'Etat lui-même.

Sur un seul point, M. le président de la commission vient de le rappeler, ce plan du projet s'écarte du système adopté par beaucoup de codes en vigueur. Les codes du 19^e siècle, ceux surtout qui s'inspirent du Code pénal français, plaçaient volontiers en tête de la partie spéciale les délits contre l'Etat. Mais aujourd'hui et dans un pays comme le nôtre, ces infractions-là ne sont ni les plus fréquentes, ni même, souvent, les plus graves. C'est donc, de l'avis de votre commission, avec raison que le projet met les infractions contre l'Etat au troisième rang, pour placer au contraire en tête les infractions contre les particuliers, c'est-à-dire celles qui, pratiquement, ont chez nous la plus grande importance.

3. Quant aux peines prévues pour les diverses infractions, la tendance du projet est à laisser au juge un large pouvoir appréciateur. Vous avez déjà pu vous en rendre compte au cours de la discussion de la partie générale; mais c'est aussi la tendance très nette de la partie spéciale; pour presque toutes les infractions, elle laisse au juge, entre la peine

minimum et la peine maximum, une marge respectable. Soit dit en passant, cela permettra aux juges des diverses parties de notre pays de tenir un juste compte des traditions, des mœurs et des besoins de la région dans laquelle ils ont à rendre la justice.

Il est naturellement impossible de formuler des règles absolues et en quelque sorte mathématiques selon lesquelles auraient été fixées les diverses peines prévues par les articles de la partie spéciale. Car c'est de vérités relatives qu'il s'agit ici.

Mais ce que je dois dire, c'est que, dans leur ensemble, les peines prévues pour les multiples infractions énumérées dans la partie spéciale forment un système cohérent et dont l'équilibre a été très soigneusement vérifié. Je me permets donc de vous recommander de ne pas risquer à la légère de rompre cet équilibre par des propositions visant à faire modifier, par en haut ou par en bas, la pénalité applicable à l'auteur de tel ou tel délit particulier. Je dis: «par en haut ou par en bas»; pour toutes les infractions, en effet, sauf pour l'assassinat, la partie spéciale fixe une peine minimum et une peine maximum. Le maximum est une garantie pour le délinquant; le minimum, une garantie pour la société.

Conformément à une tendance moderne qui est juste, le projet se garde d'ailleurs d'abuser des minima dits spéciaux. Ceux qu'il prévoit sont toutefois nécessaires pour tenir compte de la gravité relative de certaines infractions et pour faire du Code pénal suisse l'instrument de défense sociale efficace qu'il doit être.

Je vous mets donc en garde contre toute application doctrinaire et trop extensive du principe (juste en lui-même, je le répète, mais qu'il ne faut pas pousser à l'absurde) en vertu duquel les minima spéciaux sont dangereux!

Vous voudrez bien, par ailleurs, ne pas perdre de vue, au cours de la discussion de la partie spéciale et des peines qu'elle prévoit, les dispositions de la partie générale et, tout spécialement, les très larges possibilités d'atténuation que les art. 62—63 ouvrent au juge. Ces dispositions excluent, soyez-en sûrs, tout excès de sévérité.

4. Cela dit, je vous rappelle enfin la décision prise par votre commission, au bénéfice de la législation cantonale, de vous proposer de ne plus prévoir, dans le Livre II du projet, que les contraventions à des lois fédérales déjà existantes.

Cette décision, qui laisse aux cantons le droit qu'ils ont actuellement de légiférer sur tous les actes qui sont des contraventions de pure police, a conduit votre commission à transférer du Livre II dans la partie spéciale du Livre I, toute une série de contraventions qui sont, en réalité, des cas de peu de gravité de délits prévus au Livre I.

Voyez par exemple l'art. 111bis, qui réprime les voies de fait et qui prend naturellement place à la suite des dispositions relatives aux lésions corporelles.

Voyez aussi l'art. 120bis qui, sous le nom de « larcins », vise certains cas bénins de vol.

De même, les art. 129bis, ter et quater répriment des actes qui sont assez proches-parents de l'escroquerie, etc. etc.

Vous vous souvenez qu'ainsi que le déclare expressément l'art. 96bis de la partie générale du Livre I, toutes ces infractions transférées du Livre II dans la partie spéciale du Livre I restent des contra-

ventions et que, par conséquent, les dispositions de la partie générale du Livre II (art. 286—294) leur sont applicables. Dans ce système, la partie spéciale du Livre I vise donc non plus seulement des « crimes et délits », mais aussi certaines contraventions.

Et maintenant nous pouvons aborder le premier chapitre de la partie spéciale, celui qui parle des « infractions » (il n'est plus juste de dire seulement des « crimes ou délits ») contre la vie et l'intégrité corporelle.

Titel

Antrag der Kommission.

Verbrechen oder Vergehen gegen Leib und Leben.

Titre.

Proposition de la commission.

Crimes ou délits contre la vie et l'intégrité corporelle.

Art. 98—104.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 98. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 99. Hat der Täter unter Umständen oder mit einer Ueberlegung getötet, die seine besondere Gefährlichkeit offenbaren, so wird er mit lebenslanglichem Zuchthaus bestraft.

Art. 100. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates. (Die Abänderung betrifft nur den französischen Text.)

Art. 101—103. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 104. Wer den Tod eines Menschen fahrlässig verursacht, wird mit Gefängnis bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann der Richter auf Buße erkennen.

Abs. 2 gestrichen.

Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 98. ... mit Zuchthaus oder Gefängnis nicht unter ...

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 98. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 99. Si le délinquant a tué dans des circonstances ou avec une préméditation dénotant qu'il est particulièrement dangereux, il sera puni de la réclusion à vie.

Art. 100. Si le délinquant a tué alors qu'il était en proie à une émotion violente et que les circonstances rendaient excusable, il sera puni de la réclusion jusqu'à dix ans ou de l'emprisonnement pour un à cinq ans.

Art. 101 à 103. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 104. Celui qui, par négligence, aura causé la mort d'une personne, sera puni de l'emprisonnement. Le juge pourra cumuler l'amende avec l'emprisonnement.

Minorité:
(Affolter et cosignataires.)

Art. 98. ... réclusion ou de l'emprisonnement pour cinq ans au moins.

Antrag von Arx.

Art. 98. 1. Mord. Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird mit lebenslanglichem Zuchthaus oder mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft.

Art. 99. Streichen.

Art. 100. Marginalnote: 2. Totschlag.

Amendement von Arx.

Art. 98. 1. Meurtre. Celui qui aura intentionnellement tué une personne sera puni de la réclusion à vie ou de la réclusion pour cinq ans au moins.

Art. 99. Biffer.

Art. 100. Note marginale: 2. Meurtre par passion.

Abänderungsanträge de Muralt.

Art. 98. ... nicht unter 5 Jahren und bis zu 20 Jahren bestraft.

Art. 99bis. Die vorsätzliche Tötung eines Verwandten in aufsteigender Linie kann mit lebenslanglichem Zuchthaus bestraft werden.

Die vorsätzliche Tötung eines ehelichen oder außer-ehelichen Kindes oder Enkels, eines Bruders oder einer Schwester oder eines Ehegatten wird mit Zuchthaus bis zu 30 Jahren bestraft.

Amendements de Muralt.

Art. 98. ... , sera puni de la réclusion pour 5 ans au moins et 20 ans au plus.

Art. 99bis. Le meurtre d'un ascendant pourra être puni de la réclusion à vie.

Celui d'un enfant ou petit enfant, légitime ou naturel, d'un frère ou d'une sœur ou d'un conjoint sera puni de la réclusion jusqu'à 30 ans.

Seller, Berichterstatter der Mehrheit: In vier Unterabschnitten werden die Verbrechen gegen Leib und Leben behandelt: Tötung, Abtreibung, Körperverletzung und Gefährdung des Lebens und der Gesundheit. Festzustellen ist vor allem, daß die Abtreibung in diese Verbrechenkategorie eingestellt ist. Wir werden auf diesen Punkt beim Delikt selbst noch zu sprechen kommen.

1. Tötung. Art. 98—104. Hier ist in erster Linie hinzuweisen auf die Verschiedenheit der Tötung gegen den Willen des Getöteten oder aber auf Verlangen desselben. Art. 101 und 102 behandeln die Tötung auf Verlangen und die Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord. Die Strafe ist in den beiden letztern Fällen naturgemäß wesentlich milder. Die Fälle sind selten. Diskutiert wurde in der Expertenkommission namentlich die Frage, ob die Beihilfe zu nur versuchtem Selbstmord strafbar sein soll. In unserer Kommission ist der Artikel unbestritten passiert. Eine besondere Regelung erfährt die Kindestötung. (Art. 103.) Unter Kindestötung im

Sinne des Gesetzes versteht man die Tötung des Kindes während der Geburt oder während der Zeit, in welcher die Mutter unter dem Einfluß des Geburtsvorganges steht. Es ist die Tötung seitens der Mutter, nicht etwa seitens eines Dritten. Die Strafe ist mit Rücksicht auf die aus den besondern Umständen sich ergebende Gemüts- und Geistesverfassung der Gebärenden ebenfalls wesentlich reduziert. Man bemerke das Maximum der Zuchthausstrafe von drei Jahren gegenüber einem Maximum von fünf Jahren bei der vorsätzlichen Tötung des Art. 98. Daß die Bezeichnung « Kindsmord » aufgegeben worden ist, entspricht der richtigen Einschätzung der Mentalität der Gebärenden. Eine große Streitfrage ist die, ob das Privileg des Art. 103 nur der unehelichen Mutter zuerkannt werden solle oder auch der Mutter eines ehelichen Kindes. Der Entwurf und die Kommission in ihrer großen Mehrheit haben sich für die Ausdehnung ausgesprochen, von der gewiß richtigen Voraussetzung ausgehend, daß sich auch die Mutter eines ehelichen Kindes in einer verzweifelter Lage befinden kann. Man denke nur an den Fall einer zahlreichen Kinderschar eines seine Familie vernachlässigenden Trunkenboldes. Mit Recht führen die Entwürfe zum Deutschen Strafgesetz an, daß der Geburtsvorgang das Seelenleben einer jeden Frau auf das Tiefste erschüttert und daß die eheliche wie die uneheliche Mutter in ihrer seelischen Widerstandskraft durch den Geburtsvorgang geschwächt werde.

Der Entwurf unterscheidet sodann altem Herkommen gemäß weiter zwischen vorsätzlicher und fahrlässiger Tötung. Ueber den neuen Antrag der Kommission zu Art. 104 soll am Schlusse dieses Unterabschnittes referiert werden.

Wesentlich ist nun aber vor allem die Behandlung der alten Streitfrage über die Differenzierung von Mord und Totschlag. Dominierend war bis jetzt in der Schweiz die Unterscheidung der vorsätzlichen Tötung in Mord und Totschlag, die der germanischen Rechtsauffassung entspricht. Unterscheidungsmerkmale sollen sein beim Mord: Vorbedacht, Ueberlegung und beim Totschlag: Leidenschaftliche Aufwallung, mangelnde Ueberlegung. Die Einwendungen gegen diese Regelung sind bekannt. Es sei schwierig, sich über die Bildung des Entschlusses, die ein innerer Vorgang sei, klar zu werden. Temperament und Entschlußfähigkeit seien sehr verschieden und es erscheine unmöglich, festzustellen, in welchem Moment die ruhige Ueberlegung durch die Erregung abgelöst worden sei; dem Volksempfinden seien solche subtile Unterschiede fremd, das Volk stelle viel mehr auf die Motive und die erschwerenden Umstände der Tat ab; der Mörder im eigentlichen Sinne sei der Raubmörder, der Lustmörder, der grausame, hinterlistige und gemeingefährliche Täter.

Der Entwurf des Bundesrates hat diesen Einwendungen Rechnung getragen. Er hat die Zweiteilung aufgegeben und ist zur Dreiteilung übergegangen. Als Normalfall ist die Tötung im engern Sinn, als erschwerender Fall der Mord und als milderer Fall der Totschlag aufgestellt. Diese Lösung erscheint der Kommission als zweckmäßig, ebenso die Abstufung der Strafen: Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bei der vorsätzlichen Tötung, lebenslangliches Zuchthaus beim Mord und Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren beim Totschlag. Erledigt durch den frühern Be-

schluß über die Todesstrafe ist der Minderheitsantrag der Herren Dedual und Konsorten, welcher beim Mord neben der lebenslänglichen Zuchthausstrafe auch die Todesstrafe vorsehen wollte. Zu entscheiden wird jedoch noch zu sein über den zweiten Minderheitsantrag der Herren Affolter und Mitunterzeichner, welche bei der Tötung des Art. 98 neben der Zuchthausstrafe auch die Gefängnisstrafe zulassen wollen. Die Mehrheit der Kommission hat die Auffassung, daß diejenige vorsätzliche Tötung, die nicht auf ein Handeln im Affekt zurückzuführen ist, mit einer empfindlichen Zuchthausstrafe zu ahnden ist. Liegen strafmildernde Umstände vor, so ist immer noch gemäß Art. 61 und 62 die Reduktion bis auf ein Jahr Zuchthaus möglich.

Zu wiederholten Diskussionen hat in der Kommission die Definition des Mordes Anlaß gegeben. Die Mehrheit glaubt auf die Herbeiziehung des Ueberlegungsmomentes nicht verzichten zu können; zu sehr ist dieses Moment in Gesetzgebung und Rechtssprechung eingewurzelt. Andererseits ist aber auch der Kommission klar, daß dieses Moment allein zur Definition des Mordes nicht genüge. Liegen Mordlust, besondere Grausamkeit oder andere Umstände vor, welche den Täter als besonders gefährlich erscheinen lassen, so soll vom Nachweis der Ueberlegung Umgang genommen werden und die Bestrafung wegen Mordes schon mit Rücksicht auf die Begleitumstände eintreten. Die Fassung der Kommission bedeutet somit eine Kombination des alten Ueberlegungsbegriffes mit der Hervorhebung besonders gravierender Umstände. Sie ist zudem allgemeiner als die des Entwurfes, die detailliert, aber doch nicht vollständig ist; sie ist allerdings nicht besonders elegant. Das Hauptgewicht wird auf die besondere Gefährlichkeit gelegt und diese Gefährlichkeit wird im großen und ganzen dann vorliegen, wenn es sich um die ins Einzelne gehenden Tatumstände der bundesrätlichen Fassung handelt. Eine Kommissionsminderheit will nicht nur auf die besondere Gefährlichkeit sondern auch auf die besondere Verdorbenheit abstellen. Gewöhnlich wird das eine wie das andere Moment vorliegen. Notwendig scheint mir die Ergänzung nicht zu sein.

Der Mord kann mit dem Raub in Idealkonkurrenz treten. Der Vorsatz muß in diesem Fall auf Mord und auf Raub gehen. Der Tod darf nicht lediglich die unbeabsichtigte Folge der Gewaltanwendung sein. Dieses im Sinne des gewöhnlichen Sprachgebrauchs als Raubmord bezeichnete Doppeldelikt ist im Gesetz nicht als besonderes Delikt behandelt.

Daß die fahrlässige Tötung nur mit Gefängnis bestraft wird, haben wir oben angeführt. Qualifiziert soll nach der bundesrätlichen Fassung die fahrlässige Tötung dann sein, wenn durch die Fahrlässigkeit zugleich eine Amts- oder Berufspflicht verletzt wird. Diese Qualifikation hat die Kommission ursprünglich unbedenklich akzeptiert. Gestützt jedoch auf die durch die Eingabe des Touringklubs der Schweiz nachträglich angeführten Bedenken ist die Kommission in Wengen zur Streichung des zweiten Absatzes und damit also der Qualifikation gelangt. Der Vorwurf der ungleichen Behandlung des Berufschaffeurs einerseits- und das ist ja der hauptsächlich bei fahrlässiger Tötung in Betracht fallende Täter- und des « Herrenfahrers » andererseits hat bei der Kommission derart Eindruck gemacht, daß sie den Abs. 2

von Art. 104 mit großer Mehrheit gestrichen hat. Das Maximum von fünf Jahren Gefängnis ist somit gefallen. Es gilt die gewöhnliche Gefängnisstrafe von maximal drei Jahren gemäß Art. 35. Daneben kann aber der Richter Geldbußen aussprechen, und zwar nicht nur im Falle der Verletzung der Amts- oder Berufspflicht, sondern auch in andern Fällen fahrlässiger Tötung.

Dies die wesentlichsten Punkte zum Kapitel der Tötung, Art. 98—104. Zu entscheiden sind nun folgende Fragen:

1. Soll gemäß Antrag Affolter und Mitunterzeichner zu Art. 98 bei vorsätzlicher Tötung auch die Gefängnisstrafe zulässig sein?

2. Soll in die Begriffsbestimmung des Mordes in Art. 99 neben der besondern Gefährlichkeit auch die besondere Verdorbenheit aufgenommen werden?

3. Soll nach neuestem Antrag der Kommission der zweite Absatz von Art. 104 gestrichen und der erste Absatz durch die Bußenbestimmung ergänzt werden?

Ich ersuche Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Ueber die neu eingereichten Anträge, die noch nicht ausgeteilt wurden, behalte ich mir vor, nach deren Begründung zu referieren.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: J'attire votre attention, tout d'abord, sur une modification qui doit être apportée au titre du chapitre 1^{er} de la partie spéciale. Il faut dire: « Infractions contre la vie ou l'intégrité corporelle » et non pas « crimes ou délits contre la vie ou l'intégrité corporelle », cela parce que nous avons introduit dans ce chapitre des infractions qui sont non pas des crimes ou des délits, mais des contraventions. J'en ai parlé tout à l'heure.

Examinons maintenant les divers articles. Les articles 98 à 100 instituent, en matière d'homicide, une division tripartite qui est nouvelle pour beaucoup de cantons de la Suisse allemande, mais qui nous est, à nous autres Romands, familière depuis longtemps. Le projet appelle « meurtre » l'homicide intentionnel (art. 98) et il le punit de la réclusion pour 5 ans au moins. D'autre part, de l'homicide intentionnel simple, le projet distingue tout d'abord un cas d'aggravation, l'assassinat (art. 99) et un cas privilégié, le meurtre par passion (art. 100).

A l'art. 98, M. Affolter et quelques-uns de ses collègues socialistes de la commission proposent de modifier ou plus exactement d'atténuer la peine. Le texte français de la proposition de ces Messieurs est rédigé comme suit:

« Celui qui aura intentionnellement tué une personne sera puni de la réclusion ou de l'emprisonnement pour 5 ans au moins. »

Vous entendrez tout à l'heure les motifs à l'appui de cette proposition.

J'espère, pour ma part, que cet exposé des motifs dissipera un doute auquel donne lieu, pour moi, le texte français de la proposition de MM. Affolter et consorts. Cette proposition signifie-t-elle que le juge a le choix, pour la répression du meurtre, entre la réclusion tout court, c'est-à-dire pour un an au minimum, et l'emprisonnement pour 5 ans au moins? Signifie-t-elle, au contraire, que le juge a le choix entre

la réclusion pour 5 ans au moins et l'emprisonnement pour 5 ans — ce qui serait, du reste, une dérogation à la règle générale posée à l'art. 35, d'après lequel le maximum général de l'emprisonnement est de 3 ans? Je ne suis pas au clair là-dessus et le texte français proposé devrait, en tout cas, être précisé à cet égard. Je me réserve d'y revenir, après avoir entendu M. Affolter.

L'art. 99 parle de l'assassinat. La commission vous propose ici un texte différent de celui du projet du Conseil fédéral. Dans le projet du Conseil fédéral, la définition de l'assassinat abandonne complètement le critère classique de la préméditation. Pourquoi? D'abord, ont dit les auteurs du projet du Conseil fédéral, parce qu'il n'y a peut-être personne qui sache exactement ce qu'on doit entendre au juste par « préméditation ». A ce propos, je me permets de vous rappeler qu'il y a, aujourd'hui encore, controverse dans le camp des criminalistes. D'après les uns, la préméditation, c'est le travail intérieur qui se fait dans l'esprit du meurtrier, avant qu'il commette son acte. C'est ce qu'on exprime en allemand par le mot « Vorbedacht ». C'est le raisonnement qui conduit le meurtrier à se déterminer à l'homicide, éventuellement à le préparer. Tandis que d'autres disent, au contraire: la préméditation, c'est simplement la réflexion qui accompagne l'acte, « Ueberlegung ». Est donc acte prémédité, dans ce système, un acte réfléchi, commis de sang froid, même en l'absence de toute préparation ou de toute détermination antérieures à l'acte.

Et ce n'est pas là une querelle purement académique. Cette divergence d'opinions peut avoir des conséquences pratiques considérables.

En effet, dans le premier système (Vorbedacht), l'homicide volontaire qui a été résolu avant son exécution, est toujours un assassinat, quand même l'auteur aurait en définitive tué dans un moment de passion et sans réflexion. Dans l'autre système, en revanche (préméditation = Ueberlegung), l'homicide volontaire est un assassinat, dès qu'il est commis de sang froid, même si la résolution et l'accomplissement sont plus ou moins confondus.

Donc, tout d'abord, la préméditation constitue un critère singulièrement imprécis et on ne peut guère en vouloir au jury auquel, souvent, il appartient de statuer sur l'existence ou l'inexistence de la préméditation, de résoudre cette question arbitrairement, selon que, pour des raisons qui peuvent être d'un tout autre ordre, il désire aggraver la peine ou l'atténuer. Ces fantaisies du jury dans ses réponses à la question de préméditation sont d'autant moins étonnantes qu'en elle-même et quel que soit le sens qu'on lui donne, la préméditation est un processus purement intérieur et, par conséquent, souvent très difficile à constater. Souvent, on en est réduit à peser des indices plus ou moins équivoques.

Enfin, la préméditation est, a-t-on dit, un critère parfaitement faux et injuste. La préméditation, en effet, ne dénote pas toujours avec certitude une perversité criminelle particulièrement odieuse ou redoutable. Les motifs à l'appui de l'avant-projet de 1908 donnent, à cet égard, deux exemples qui sont typiques:

Appliqué consciencieusement, le critère de la préméditation conduit à punir comme auteur d'un

meurtre simple le satyre qui, dans un accès de fureur bestiale, a coupé sa victime en morceaux!

Supposez, au contraire — c'est le second exemple — une mère qui, après une longue lutte avec la misère, se jette à l'eau avec son enfant malade. Si on la tire d'affaire et que l'enfant meure, on devra la considérer comme auteur d'un assassinat. Cela n'est évidemment pas satisfaisant.

Remarquez d'ailleurs que les lois mêmes qui se servent de la préméditation pour différencier le meurtre de l'assassinat, ont bien l'air de douter de l'excellence de ce critère. Elles n'en tiennent, en effet, aucun compte pour d'autres délits dont les circonstances peuvent pourtant être très analogues à celles de l'homicide; par exemple, les lésions corporelles ou le viol.

Voilà, en résumé, pourquoi le projet du Conseil fédéral a cru devoir renoncer au critère de la préméditation, pour le remplacer par d'autres circonstances plus faciles à constater et qui sont de nature à démontrer réellement que celui qui a tué est un individu particulièrement dangereux.

Ces raisons, votre commission ne les a cependant que partiellement admises. Malgré tout, elle n'a pas pu se résoudre à rompre avec la tradition au point d'abandonner totalement le critère de la préméditation. La commission a voulu maintenir la notion d'après laquelle l'homicide volontaire et prémédité est un assassinat, tout au moins dans les cas où la préméditation dénote que le criminel est particulièrement redoutable, question de fait qu'il appartiendra au juge de résoudre.

Votre commission, d'autre part, a craint qu'il ne pût y avoir une lacune dans l'énumération limitative de l'art. 99 du Conseil fédéral. La commission vous propose donc en définitive de remplacer cette énumération du projet du Conseil fédéral par une formule sans doute moins concrète, moins plastique, mais plus générale et dans laquelle elle a inséré la notion de la préméditation. La commission vous propose de rédiger comme suit l'art. 99:

« Si le délinquant a tué dans des circonstances où avec une préméditation dénotant qu'il est particulièrement dangereux, il sera puni de la réclusion à vie. »

Je ne prétends certes pas que cela soit l'idéal comme rédaction législative; c'est visiblement un compromis entre le projet du Conseil fédéral et la définition traditionnelle de l'assassinat; mais, en tous cas, cela vaut mieux que cette définition classique.

La proposition faite, en ce qui concerne l'art. 99, par MM. Dedual, Evéquo, Grand et Grünenfelder me paraît devoir tomber ensuite des décisions déjà prises au sujet de la peine capitale. Le texte proposé par ces Messieurs prévoit en effet la peine de mort ou la réclusion à vie pour l'assassinat.

Quant à l'art. 100, qui vise le cas du meurtre commis par passion, je relève seulement qu'il a pour but de permettre au juge de tenir compte de la passion excusable sans avoir, pour cela, à se mettre au-dessus de la loi, comme le jury le fait trop souvent, et en outre d'éviter les abus scandaleux qui se produisent sous l'empire de certaines lois permettant de faire de l'entraînement passionnel, quel qu'il soit, une circonstance mitigeant la peine du crime d'homicide intentionnel. La vie humaine doit être protégée, même dans ce cas.

Mais il est juste de donner au juge, dans l'hypothèse où se trouvent réalisées les conditions prévues à l'art. 100, la possibilité d'être moins sévère qu'à l'égard d'un meurtrier ordinaire. Et il est ici particulièrement indiqué de laisser au juge, quant à la mesure et même quant au choix de la peine, une grande liberté d'appréciation. C'est ce que fait le projet, au texte duquel la commission ne vous propose d'apporter qu'une modification de pure forme.

L'art. 101 réprime le meurtre commis sur la demande de la victime. La commission vous propose d'admettre cet article tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral et tel qu'il figure dans le Code pénal militaire, art. 118.

Cet article est juste; celui qui a tué dans les conditions par lui indiquées, c'est-à-dire sur la demande instante et sérieuse de la victime, mérite sinon l'impunité, du moins la clémence.

Art. 102. Notre projet, de même que presque toutes les lois actuelles, ne réprime ni le suicide ni la tentative de suicide. Mais si le suicide lui-même n'est pas un délit, on ne saurait, sans un texte exprès, punir l'assistance ou l'incitation au suicide. Car là où il n'y a pas de délit principal, il ne peut pas, à moins que la loi ne dise formellement le contraire, y avoir acte de complicité punissable.

Or, celui qui aide ou incite autrui au suicide, dispose, non de sa propre vie, comme celui qui se suicide, mais de la vie d'un autre. Il doit donc être déclaré punissable, tout au moins s'il a agi en vertu de mobiles égoïstes (par exemple c'est un héritier pressé ou un individu qui veut se soustraire à un devoir d'assistance), et, en outre, si le suicide a été consommé ou tenté.

De là l'art. 102 du projet du Conseil fédéral, qui figure dans le Code pénal militaire (art. 119) et que la commission vous recommande d'adopter tel quel.

L'art. 103 réprime l'infanticide et je n'ai pas besoin de vous expliquer pourquoi, à la différence des dispositions précédentes, il n'a pas passé dans le Code pénal militaire!

Il y a longtemps que, dans la plupart de nos lois, l'infanticide n'est pas un meurtre aggravé. Mais pourquoi le punir, ainsi que le fait notre projet, moins sévèrement que le meurtre ordinaire et même moins sévèrement que le meurtre passionnel? Il peut y avoir à cela des raisons de deux ordres:

D'une part, il y a parfois des raisons d'ordre psychologique ou social. On a parié en allemand du « Ehrennotstand ». C'est la détresse morale, souvent aussi matérielle, de la fille-mère. La disparition de l'enfant lui paraît être le seul remède.

Mais on peut aussi faire valoir, en faveur de la clémence, des considérations d'ordre physiologique. Ce sont les désordres physiques et nerveux que peuvent déterminer la grossesse et l'accouchement. Ce sont les troubles causés par l'état puerpéral. Et cela pour la femme mariée aussi bien que pour la fille-mère.

C'est à ce dernier point de vue que se place le projet. Ce qui est décisif pour lui, ce sont les considérations physiologiques plutôt que les autres. Et c'est pourquoi, à la différence d'autres codes (le Code pénal allemand de 1871, par exemple), notre projet ne restreint pas l'infanticide au meurtre des enfants illégitimes. Notre projet, avec raison à

notre avis, ne fait pas de distinction entre enfants légitimes et illégitimes, entre femmes mariées et fille-mères.

Quant à la peine, elle peut être douce, plus douce que celle que prévoient beaucoup de lois en vigueur. Cependant la réclusion est aussi prévue par le projet et elle doit l'être. Il y a des cas très peu dignes de clémence; ainsi le cas classique et lamentable de la fille de mœurs légères pour laquelle l'enfant est un accident professionnel et qui s'en débarrasse.

L'art. 104, qui parle de l'homicide par négligence, figure naturellement aussi dans le Code pénal militaire (art. 120). A propos de cette disposition dont la commission vous recommande l'adoption, je vous rappelle les règles posées par les art. 16 et 62 du projet. L'art. 16 définit la négligence. L'homicide par négligence ne se distingue de l'homicide intentionnel (c'est-à-dire du meurtre) que par le défaut d'intention de tuer. La différence est donc purement subjective. Mais cette différence suffit pour qu'il se justifie de prévoir ici une peine moins sévère qu'à l'art. 98 (homicide intentionnel simple). L'art. 104 punit de l'emprisonnement l'homicide par négligence.

D'un autre côté, l'art. 62 de la partie générale permet au juge, s'il y a des circonstances atténuantes, de n'infliger qu'une simple amende, ou les arrêts, dans le cas prévu au 1^{er} alinéa de l'art. 104.

En définitive, donc, dans le projet du Conseil fédéral, l'al. 1 de l'art. 104, complété par les dispositions des art. 61 à 62, donne au juge un large pouvoir appréciateur pour le choix et la mesure de la peine.

Dans ces conditions, votre commission en est arrivée à se demander: Est-il vraiment nécessaire de maintenir l'al. 2 de l'art. 104 du Conseil fédéral qui dit: La peine sera aggravée « si, par négligence, le délinquant a enfreint un devoir à lui imposé par sa fonction, sa profession ou son industrie »?

Vaut-il la peine de maintenir cette disposition? Cet al. 2, qu'a dû inspirer une disposition analogue qui existe dans le Code pénal allemand de 1871, répond à cette idée que le devoir de prévoyance, de précaution dont la violation constitue la négligence punissable est plus strict pour ceux qui agissent dans l'exercice d'une profession, d'une fonction ou d'une industrie. Songez par exemple à un médecin ou à un pharmacien.

L'al. 2 du projet du Conseil fédéral, comme l'actuel Code pénal allemand, aggrave donc la peine de l'homicide par négligence quand le délinquant a enfreint un devoir professionnel.

Toutefois, de même que les auteurs du projet de nouveau Code pénal allemand (celui de 1927, § 258), votre commission, après mûr examen de la question, a acquis la conviction qu'on peut se passer de cette disposition, l'alinéa premier permettant déjà au juge de tenir suffisamment compte, quant à la peine, de circonstances telles que celles dont parle le second alinéa du Conseil fédéral.

D'autre part, en supprimant l'al. 2, non seulement nous faisons disparaître un minimum spécial qui ne semble pas absolument indispensable — l'emprisonnement pour un mois au moins, alors que d'après la règle générale on peut descendre jusqu'à 3 jours — non seulement nous faisons disparaître ce minimum spécial, mais, en outre, nous évitons notamment l'injustice qu'il y aurait, dans le domaine de l'automobilisme, à traiter un chauffeur professionnel auquel

l'al. 2 serait applicable, plus durement qu'un « chauffard » qui, comme simple particulier, ne peut pas être accusé d'avoir violé un devoir de profession et ne peut donc être puni qu'en vertu du premier alinéa.

Le T. C. S., dans une requête adressée à votre commission, en juin 1928, avait du reste signalé d'autres inconvénients de l'art. 104, al. 2, du Conseil fédéral. Il en avait déjà demandé la suppression. Votre commission vous propose de vous prononcer dans ce sens, tout en maintenant la dernière phrase de l'al. 2, qui dit:

« Le juge pourra cumuler l'amende avec l'emprisonnement ».

Il faut maintenir cette phrase, cette possibilité du cumul de l'amende avec l'emprisonnement. Car justement pour certains automobilistes coupables d'homicide par négligence, la peine pécuniaire peut être un complément nécessaire de la peine d'emprisonnement. Vous savez en effet que les dommages-intérêts sont payés par l'assureur, tandis que l'amende devra être payée par le coupable lui-même.

En résumé, nous vous proposons d'adopter l'article 104 (homicide par imprudence) en le rédigeant comme suit:

« Celui qui, par négligence, aura causé la mort d'une personne sera puni de l'emprisonnement. Le juge pourra cumuler l'amende avec l'emprisonnement. »

Affolter, Berichterstatter der Minderheit: Art. 98 behandelt die vorsätzliche Tötung, ein Delikt, das nicht die erschwerenden Umstände des Mordes hat und auch nicht das Privilegium wie diejenigen Tötungen genießt, die in heftiger Gemütsbewegung geschehen sind. Die vorsätzliche Tötung ist ein Zwischenstadium zwischen Mord und den privilegierten Delikten.

Der Kreis der Delikte, die durch den Tatbestand des Art. 98 umfaßt werden, ist ein weiter. Man hat bereits hervorgehoben, daß in den deutschsprechenden Kantonen die Dreiteilung nicht besteht, sondern daß eine Zweiteilung zwischen Totschlag und Mord die Regel ist. Aber trotz dieser Privilegiumsdelikte des Art. 100 ist die große Mehrzahl der Tötungen in der Praxis unter Art. 98 zu summieren und es rechtfertigt sich daher, bei diesem Art. 98 einen weiteren Strafrahmen vorzusehen, als dies im Entwurfe geschehen ist, und vor allem ein kleineres Strafminimum. Ein Strafminimum von fünf Jahren Zuchthaus scheint uns bei Art. 98 zu weitgehend. Es sollte die Möglichkeit bestehen, daß auch Gefängnis und unter Umständen die bedingte Verurteilung zur Anwendung gelangen kann. In der jetzigen Fassung des Artikels ist die Anwendung der bedingten Verurteilung unmöglich. Aber es gibt Fälle, wo sie dringend wäre und wo der Richter in Verlegenheit käme, wenn er nicht auf Gefängnis erkennen könnte. Nehmen wir als Beispiel einen Ehemann, der einen Ehebrecher, oder den Vater, der den Schänder seiner Tochter tötet. Ich muß allerdings sagen, daß diese beiden Tatbestände wahrscheinlich unter die privilegierten Tatbestände des Art. 100 gelangen werden, für die die heftige Gemütsbewegung maßgebend ist. Allein nicht immer wird die Voraussetzung heftiger Gemütsbewegung angenommen werden können. Trotzdem erscheint es manchmal notwendig, daß der Richter die Täter milder bestrafen kann.

In der Praxis der deutschsprechenden Kantone lesen Sie hin und wieder von Strafen von anderthalb

bis zwei Jahren Gefängnis für Totschlag, dessen Tatbestand identisch ist mit der vorsätzlichen Tötung des Entwurfes. Auch solche Strafen sollten hier möglich sein, und das schweizerische Strafgesetz sollte die Rechtsprechung der Kantone nicht negieren und außer Acht lassen.

Der Referent deutscher Zunge hat bereits hervorgehoben, man könne die mildernden Umstände anwenden, allein wenn Sie die Artikel 61 und 62 über die mildernden Umstände nachsehen, so erkennen Sie, daß sie hier nicht ausreichen. Sobald ein Minimum der Zuchthausstrafe angedroht ist, wie hier, dann kann ein mildernder Umstand nur dazu führen, daß eine geringere Zuchthausstrafe verhängt wird, niemals aber Gefängnis. Sobald man aber auf Gefängnis verurteilen kann, ist die bedingte Verurteilung möglich, sonst nicht. Bei Zuchthaus ist eine bedingte Verurteilung ausgeschlossen. Bei diesen Delikten kann also der Richter die bedingte Verurteilung nicht herbeiführen. Deshalb unser Antrag, der darauf hinausläuft, neben Zuchthaus auch Gefängnisstrafe vorzusehen. Dann hat der Richter die Möglichkeit, mildernde Umstände anzunehmen und Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr auszusprechen, er kann dann von der Möglichkeit der bedingten Verurteilung Gebrauch machen. Wenn man das nicht macht, wird der Richter, je nachdem der Fall liegt, in Verlegenheit kommen.

Der französische Referent hat hervorgehoben, daß hier als Minimalstrafe fünf Jahre Gefängnis vorgesehen sind. Nach unserem gedruckten Antrag würde der Artikel lauten: Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird mit Zuchthaus oder Gefängnis nicht unter fünf Jahren . . . Herr Logoz hat bemerkt, daß im allgemeinen Teil das Maximum der Gefängnisstrafe drei Jahre beträgt. Das ist richtig. Wir haben uns jedoch bereits entschlossen, das Minimum auf drei Jahre herabzusetzen. In Art. 100 ist der allgemeine Teil bereits verletzt, denn das privilegierte Delikt sieht Gefängnis von 1—5 Jahren vor. Das widerspricht dem allgemeinen Teil. Im allgemeinen Teil, Maximum der Gefängnisstrafe von drei Jahren, und hier bei Art. 100 Maximum von fünf Jahren. Die lex specialis widerspricht der allgemeinen Formel. Allein hier bei Art. 98 möchten wir auf das Minimum von drei Jahren hinuntergehen. Wenn wir sagen, zum mindesten fünf Jahre, so ist nach dieser Bestimmung eigentlich noch eine höhere Gefängnisstrafe möglich, und dann wäre der Richter wieder in Verlegenheit, wieviel höher als fünf Jahre er gehen kann. Setzen wir drei Jahre Gefängnis als Minimum, dann ist dieser Zweifel gehoben, da diese drei Jahre dem Maximum der Gefängnisstrafe im allgemeinen Teil entsprechen.

Wir beantragen Ihnen deshalb, gemäß unserm Antrage, der dahin geht, neben der Zuchthausstrafe die Gefängnisstrafe vorzusehen, auch das Minimum auf drei statt auf fünf Jahre festzusetzen. Der Antrag hätte dann den Wortlaut: « Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird mit Zuchthaus oder Gefängnis nicht unter drei Jahren bestraft. » Dann haben wir wieder die Relation zwischen der lex specialis und dem allgemeinen Teil, weil dann das Minimum, zugleich Maximum, der Gefängnisstrafe auf drei Jahre normiert ist.

Wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.

(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 5. März 1929.
Séance du matin du 5 mars 1929.

Vorsitz — Présidence: Hr. Walther.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 1 hiervor. — Voir page 1 ci-devant.)

von Arx: Die Bestimmungen über die Tötungsdelikte, Mord und Totschlag, welche die Kommission des Nationalrates Ihnen vorschlägt, sind bereits einmal der parlamentarischen Feuerprobe ausgesetzt gewesen. Das ist bei den Beratungen des Militärstrafgesetzbuches im Ständerat geschehen; sie haben dort die Feuerprobe nicht bestanden, denn die Mehrheit des Ständerates verwarf diese Bestimmungen, die nach dem Beschluß des Nationalrates gleichlautend auch Bestandteil des Militärstrafgesetzbuches hätten werden sollen, als untauglich und setzte an deren Stelle die ursprüngliche Fassung des vom Bundesrat vorgelegten Entwurfes, bei welchem der Tatbestand des Mordes durch die Aufzählung der Merkmale Mordlust, Habgier, Grausamkeit, Tücke oder gemeingefährliche Mittel kenntlich gemacht werden soll. Dabei verhehlte man sich im Ständerat nicht, daß die Fassung des bundesrätlichen Entwurfes, die einer schlechteren vorgezogen wurde, auch nicht befriedigend sei, vielmehr einen bloßen Notbehelf darstelle, und man behielt sich vor, dereinst bei der Beratung des bürgerlichen Strafrechtes eine bessere Fassung zu suchen. Es wird vielleicht nicht ganz unnütz sein, wenn man schon im Nationalrat sich bemüht, zu der gewünschten besseren Fassung zu gelangen.

Es stellt der Vorschlag der Kommission des Nationalrates einen Kompromiß dar. Nach der Anschauung der bisher herrschenden Strafrechtswissenschaft ist der Tatbestand des Mordes vorhanden, wenn die Tötung mit Ueberlegung, d. h. nach einem vorbedachten Plan ausgeführt wird. Der Täter muß über Erfolg und Zweck, Mittel und Wege nachgedacht haben. Die Tötung aber, die ohne Vorbedacht, im Affekt erfolgt, gilt als Totschlag. In einer langen Entwicklung deutschen und romanischen Rechtes hat diese Unterscheidung sich herausgebildet: Die Erwägung, die dazu geführt hat, die Ueberlegung als Unterscheidungsmerkmal zu wählen, bestand offenbar darin, daß die Ueberlegung regelmäßig eine längere oder kürzere innere Beschäftigung mit der geplanten Tat bedeutet, in welcher die Hemmungen des Gewissens Raum haben. Werden die Hemmungen des Gewissens mißachtet oder stellen sie sich nicht ein, so ergibt sich der Schluß auf ein verdorbenes und verworfenes Wesen des Täters, gegen das verschärfte Abwehr und Ahndung als geboten erscheint. In der Rechtswissenschaft blieb

aber die Brauchbarkeit der Unterscheidung nach dem Merkmal der Ueberlegung, wie gestern von den Herren Referenten ausgeführt worden ist, nicht unbestritten. Man rügte, daß das Merkmal der Ueberlegung als ein innerer Vorgang nicht genügend erkennbar sei; man führte aus, daß der Begriff der Ueberlegung so vag und fließend sei, daß er die Geschworenengerichte immer wieder zu Irrtümern führe; man warf dem Begriff der Ueberlegung auch vor, daß er zu offenbarem Unrecht Anlaß geben könne: er lasse den Lustmörder als Totschläger erscheinen, während die Mutter, die sich aus Verzweiflung mit ihren Kindern ins Wasser begibt, unter die Bestimmung des Mordes falle.

Unter dem Eindruck dieser Kritik entschloß man sich bei der Vorbereitung des Entwurfes zum schweizerischen Strafrecht, einen neuen Weg einzuschlagen. Dieser neue Weg bestand darin, daß man an Stelle der Ueberlegung als Merkmal die Motive stellte. Dabei begnügte man sich nicht mit dem allgemeinen Begriff des Motivs, sondern man zählte die einzelnen Gründe auf, die die Tötung zum Mord stempeln: Mordlust, Habgier, man fügte als besonderes Kennzeichen erschwerender Umstände bei der Begehung zu: Grausamkeit, Tücke, ferner die Gemeingefährlichkeit der Mittel. Durch diese Aufzählung wollte man den Geschworenen den Tatbestand des Mordes wie in einer Fibel gleichsam in Bildern vor Augen führen. Bei dem neuen Verfahren kam man im weiteren dazu, die Tötungsdelikte statt wie bisher in Mord und Totschlag, in drei Kategorien einzuteilen. Als dritte Kategorie schied man den Tatbestand der einfachen Tötung, der stets vorhanden ist, wenn kein Merkmal des Mordes zutage tritt. Bei dem Totschlag aber wurde das neue einschränkende Merkmal aufgestellt, daß die Tötung aus entschuldbarer Gemütsbewegung erfolgt sein müsse.

Diese Rechtsschöpfung des Entwurfes ist alsbald in der Rechtswissenschaft des Inlandes wie des Auslandes auf Widerstand gestoßen. In Deutschland trat ihr unter anderem Prof. v. Liszt entgegen. Der Haupteinwand ging dahin, daß der Fassung der Mangel aller Kasuistik, der Mangel aller Aufzählungen: die Unvollständigkeit, anhafte. Die Bedenken wurden auch in der vorberatenden Expertenkommission laut. Vor allem traten der vorgeschlagenen Fassung Oberrichter Kaspar Müller entgegen, der die Erfahrung des scharfsinnigen Praktikers mit dem tiefen Wissen des Rechtsgelehrten verband. Er legte dar, daß man bei einer so folgenschweren Umschreibung wie derjenigen des Mordes sich nicht auf die ihrer Natur nach dem Leben gegenüber stets lückenhafte Kasuistik stützen dürfe, sondern daß ein durchgreifendes allgemein gültiges Prinzip anzuwenden sei. Er wies auch darauf hin, daß das Merkmal des Motivs noch schwerer festzustellen sei als dasjenige der Ueberlegung. Die gleichen Bedenken sind auch von Herrn Ständerat Bolli geäußert worden, der beifügte, daß die geplante Dreiteilung dem Rechtsempfinden des Volkes widerstreite. Auch in der Kommission des Nationalrates erfuhr die kasuistische Umschreibung des Mordbegriffes Anfechtung. Der Antrag, an der gewohnten Unterscheidung nach dem Merkmal der Ueberlegung festzuhalten, unterlag gegenüber dem Kompromißvorschlag, der ins Feld geführt wurde und der nun vorliegt, bloß mit einer Stimme. Dieser Kompromißvorschlag besteht

darin, daß neben das Merkmal des Motives, das alte Merkmal der Ueberlegung, das man überwinden wollte, gesetzt wird. Dabei ist statt der vorherigen Kasuistik bei der Erwähnung der Motive nur noch von Umständen die Rede, welche die besondere Gefährlichkeit des Täters offenbaren. Daneben befindet sich das Merkmal der die besondere Gefährlichkeit des Täters verratenden Ueberlegung. Es sind also die Unterscheidungsmerkmale der alten und der neuen Schule auf einen Stamm gepropft worden. Von dem Kompromißantrag der Kommissionsmehrheit ist zunächst zu sagen, daß er abgesehen von seiner Schwerfälligkeit, die gestern bereits vom deutschen Referenten zugestanden wurde, an einem ausgesprochenen Pleonasmus leidet. Er spricht von Umständen, welche die besondere Gefährlichkeit des Täters offenbaren, und dann von der Ueberlegung, die den gleichen Schluß auf die Gefährlichkeit ziehen läßt. Nun fällt aber offensichtlich auch die Ueberlegung unter den Begriff der Umstände, so gut wie das Motiv und die Art der Ausführung. Umstand ist alles, was zum äußern oder innern Vorgang der Tat gehört. Der Mangel der formellen Fassung hängt offenbar mit der Eile zusammen, mit der der Kompromißvorschlag in die Welt gesetzt wurde.

Wie steht es aber mit dem inneren Gehalt dieses Kompromißvorschlages? Ist das Schicksal, das ihm im Ständerat widerfuhr, ein unverdientes gewesen? Bereits im Ständerat ist darauf hingewiesen worden, daß die besondere Gefährlichkeit, auf die der Antrag abstellt, wohl ein Moment bilde, das bei der Beurteilung der Tat zu beachten sei, daß sie aber weder zu einer umfassenden, noch zu einer zuverlässigen Begriffsbestimmung taue. Es werde damit, führte man aus, jeder objektive Maßstab für die Beurteilung des Verbrechens aufgegeben, indem der Richter von Fall zu Fall die Frage aufzuwerfen habe, wie es mit der Gefährlichkeit bestellt sei. Es kann in der Tat nicht verkannt werden, daß es bedenklich ist, eine so wichtige Entscheidung, wie die über den Mordbegriff, dem persönlichen Ermessen des Richters anheimzustellen. Aufgabe der Rechtsdefinition ist, die innerlichen und äußerlichen Tatbestandsmerkmale allgemein gültig festzustellen. Die Merkmale sind bestimmt und unverrückbar im Gesetz selber zu verankern. Gegenüber diesem Erfordernis versagt meines Erachtens der Kommissionsvorschlag vollständig. Dessen Unbestimmtheit kommt schon in dem Begriff der besonderen Gefährlichkeit zum Ausdruck. Wann ist eine Tötung bloß gefährlich, wann besonders, oder gar ganz gefährlich? Das sind Nuancen, deren Abgrenzung jeweilen nicht nur dem Richter, sondern auch dem Verteidiger ein unbegrenztes Betätigungsfeld bietet. Man lege diesen Mordbegriff in die Hand eines kühnen Verteidigers, und er darf hoffen, auch einen Mohren weißzuwaschen. Wo aber sind die zuverlässigen, allgemein gültigen Tatbestandsmerkmale zu finden, wenn man nicht auf das alte Merkmal der Unterscheidung, das in der Ueberlegung liegt, zurückgreifen will? Ich halte dafür, daß eine brauchbare prinzipielle Regelung in dem jüngsten Entwurf zum deutschen Strafgesetzbuch vorhanden ist. Dort ist die Grenzlinie dadurch gezogen, daß wer durch Jähzorn oder durch entschuld bare Gemütsbewegung zur Tötung eines Menschen hingerissen wird, als Totschläger bestraft wird. Alle andere Tötung gilt ohne weiteres als Mord,

der die vorsätzliche, kaltblütig ausgeführte Tötung ist. Es erscheint diese Umschreibung als klar und bestimmt. Zugleich enthält sie auch den richtigen Maßstab zur moralischen Wertung der Delikte. Eine tiefe Kluft klafft zwischen denen, die fähig sind, mit Absicht, im *dolus directus*, einen Mitmenschen umzubringen und den andern, bei welchen eine entschuld bare heftige Gemütsbewegung die Missetat auslöst, bestehe sie im Zustand der Aufregung oder in einem asthenischen Zustand, Niedergeschlagenheit, Furcht oder Verzweiflung. In der entschuld baren Gemütsbewegung ist ein brauchbares und zugleich gerechtes Merkmal der Unterscheidung gewonnen. Die heftige Gemütsbewegung ist ein Umstand, der objektiv festgestellt werden kann. Der andere Bestandteil des Merkmals, die Entschuldbarkeit jedoch, erheischt, wenn sie auch in das Ermessen des Richters gestellt werden muß, eine moralische Urteilsfähigkeit, welche die notwendige Voraussetzung für die Ausübung des Richteramtes bildet. Bei dieser Unterscheidung kann der Lustmörder nicht mehr bloß als Totschläger behandelt werden, während anderseits die Mutter, die aus Verzweiflung mit ihren Kindern sich in das Wasser wirft, unter die Bestimmung des Totschlages fallen wird.

Ich habe nach dieser jüngsten Fassung des deutschen Entwurfes meinen Antrag über die Tötungsdelikte, Mord und Totschlag formuliert. Meine Formulierung weicht von der deutschen Fassung in der Strafandrohung ab. Während der deutsche Entwurf, wenigstens heute noch, in unerbittlicher Strenge bei jedem Mord die Todesstrafe androht, sieht mein Antrag, nach der Tendenz unseres Entwurfes, nebeneinander als Strafe lebenslängliches Zuchthaus und zeitlich begrenztes Zuchthaus vor. Der Richter wird die Strafe des lebenslänglichen Zuchthaus für Mord als die Regel anwenden, er kann aber ausnahmsweise auch zeitlich begrenztes Zuchthaus anwenden, indem es Fälle gibt, wo auch bei mit kaltem Blut ausgeführter Tötung die Verhängung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe dem Rechtsempfinden widerstreben würde. Als Beispiel führe ich an die Tragödie der armen Frida Keller aus St. Gallen, in welcher nach den bitteren Erfahrungen über menschliche Herzlosigkeit der Entschluß zur Tötung ihres außerehelichen Kindes reifte. Neben diesem Ansatz der Strafe haben noch die allgemeinen Strafmilderungsgründe des Art. 62 Raum, die dem Richter die Befugnis geben, die Strafe bis auf ein Jahr Zuchthaus herabzusetzen. Auf Gefängnis herabzugehen, wie eine Minderheit der Kommission beantragt, erscheint bei dem Wesen der Tat, welche stets die vorsätzliche Vernichtung eines Menschenlebens bedeutet, zwar nicht als Schwäche, aber als Irrtum. Im weiteren weicht mein Vorschlag von dem deutschen Entwurf darin ab, daß er nicht den Jähzorn besonders neben der entschuld baren heftigen Gemütsbewegung anführt, in der Meinung, daß die Entschuldbarkeit meist auch auf die Tat des von der Natur dem Jähzorn unterworfenen Menschen zutrifft. Wo aber mit dem Jähzorn brutales Wesen, große Rohheit verbunden ist, da erscheint es nicht als unbillig, wenn er nicht als Totschlag privilegiert wird.

Das sind in kurzen Worten die Grundzüge meines Vorschlages. Ich hatte mir in der Kommission des Nationalrates vorbehalten, in der parlamentarischen

Beratung einen Antrag einzubringen. Wenn ich diesen Antrag heute vertrete, so geschieht es ohne Hoffnung, daß er die Mehrheit des Rates für sich gewinnen werde. Es muß aber genug sein, wenn es gelingt, dadurch zur weiteren Abklärung der Tötungsdelikte beizutragen, erfolge sie auch erst in der Kommission des Ständerates.

M. de Muralt: Ce n'est pas sans une certaine hésitation que je prends la parole dans ce débat. Les honorables rapporteurs de la commission nous ont fait connaître hier que le projet forme un tout si cohérent, un si bel ensemble qu'il faut se garder d'y rien changer, de sorte que nous, pauvre petit membre du Conseil, nous ne devrions pas nous aviser de jeter une note discordante dans cette symphonie. On nous fait ainsi comprendre qu'en intervenant dans ce débat, nous nous comporterions un peu comme un éléphant qui pénètre dans un magasin de porcelaine! C'est cependant notre droit, et même notre devoir de conseiller, de faire des propositions lorsque nous estimons qu'elles sont fondées. Et je me permettrai d'en user.

Je me rends d'ailleurs parfaitement compte de l'état d'infériorité dans lequel je me trouve dans ce débat, moi simple et modeste avocat de province. Je n'ai pas, comme les rapporteurs de la commission, à ma disposition tout le trésor d'une documentation extrêmement abondante et complète, documentation tirée de la doctrine de la jurisprudence et du droit comparé, des textes des législations non seulement suisses, mais étrangères. Pour ma part, je n'apporte ici qu'un très mince bagage, celui des législations cantonales de la Suisse romande, que j'ai connus plus ou moins et que je me permets très modestement de mettre en parallèle et même en opposition avec le projet. C'est peut-être très outreucidant de ma part; mais je crois que, tout de même, il y a, dans ces législations cantonales: vaudoise, neuchâteloise, fribourgeoise, des dispositions qu'il vaut la peine de comparer à celles du projet.

Je rappelle que dans le canton de Vaud, nous avons un Code pénal de 1843, un modèle du genre pour l'époque et qui fut complété par des lois ultérieures et modernisé; que nous avons aussi maintenant un intéressant avant-projet de révision de M. le procureur général Capt. Je rappelle, d'autre part, le Code pénal neuchâtelois de 1891 qui a eu comme principal auteur feu le juge fédéral Cornaz; et, je ne l'oublie certainement pas, le Code pénal fribourgeois qui, dans sa forme si concise, si résumée, représente un summum de travail et de clarté d'expression que peut-être le projet fédéral pourrait lui envier.

Je voudrais encore vous expliquer pourquoi je me crois presque obligé de prendre la parole sur cette partie spéciale.

Je suis de ceux qui ont voté contre l'entrée en matière et je me réserve, avec beaucoup de mes amis, de ne pas voter le Code pénal une fois que, le referendum étant demandé, il sera soumis au vote du peuple. Mais je me dis ceci: c'est que, si nous voulons nous opposer à l'adoption du Code pénal, il faut qu'on ne puisse pas nous opposer, à nous, cet argument que nous n'avons pas fait tout notre possible pour l'adapter à nos idées, à nos conceptions, enfin pour l'amender dans la mesure nécessaire. Et alors il me semble qu'il est convenable, juste, que, là où nous estimons que le projet ne donne pas satisfaction à

nos vues, quand il est en opposition avec notre manière de voir sur tel ou tel point — sur la nature du délit, sur l'importance de la peine et d'autres points importants — nous le disions. Il me semble que nous avons, en quelque sorte, le devoir, en adversaires loyaux, d'apporter notre concours dans ce débat, en cherchant à modifier, à amender ce que nous estimons le plus critiquable. Vous ferez de notre critique ce que vous jugerez bon; la commission nous dira sans doute qu'elle ne peut pas entrer en matière; elle forme un bloc contre les propositions de M. Arx comme contre les miennes. Tant pis; mais nous aurons toute liberté, de notre côté, de critiquer plus tard le projet tel qu'il sera sorti de vos délibérations.

Ceci dit, je voudrais ajouter quelques mots à l'appui des amendements que j'ai pris la liberté de vous soumettre. Le premier vise l'art. 98 du projet, l'homicide volontaire et le meurtre.

Je ne me propose pas, comme le préopinant, de vous demander de fondre en un seul les art. 98 et 99. Je crois, au contraire, qu'une distinction entre le meurtre et l'assassinat est fondée; c'est une distinction que nous connaissons depuis longtemps chez nous; il n'y a pas lieu de la supprimer sur le modèle du projet de code allemand.

Mais je me demande si la mesure de la peine, telle qu'elle est prévue dans l'art. 98, est appropriée, si elle est suffisante? Est-ce qu'elle correspond à nos idées? Le minimum? Sur ce point, je n'ai rien à dire. J'estime que pour un délit d'une gravité pareille, ce minimum est tout à fait indiqué et il ne me fait pas peur parce que, s'il existe des circonstances atténuantes, les dispositions générales du code permettent au juge d'abaisser ce minimum jusqu'à un an de réclusion. Et c'est une raison pour laquelle je ne peux pas me rallier à la proposition de M. Affolter qui consisterait à donner au juge la faculté de remplacer la réclusion par l'emprisonnement jusqu'à un minimum de 3 ans. C'est aller trop loin, parce que nous estimons que lorsqu'un homme a volontairement attenté à la vie de son prochain, la seule peine possible, c'est celle de la réclusion. J'entendais, hier, M. Affolter dire que le juge pourrait aller jusqu'à un an et même faire usage de la peine conditionnelle et je me demandais si on n'allait pas en définitive donner au meurtrier, à l'assassin, une médaille de civisme! Le bénéfice de la condamnation conditionnelle ne pourrait d'ailleurs pas être octroyé avec un minimum de peine de trois ans d'emprisonnement; elle ne pourrait, aux termes de l'art. 39, être appliquée que si le minimum était d'un an.

Je prends l'autre alternative, celle du maximum, et ici je ne suis plus tout à fait d'accord avec le projet.

Le maximum prévu par le projet, c'est le maximum ordinaire de 15 ans. Est-ce suffisant? Rappelez-vous qu'il y a là, ou tout au moins il peut y avoir, une libération conditionnelle et que, par conséquent, même si vous condamnez un meurtrier au maximum de la peine, il pourra être libéré au bout de 10 ans. Mais rappelez-vous, d'un autre côté, qu'il peut y avoir récidive. Un homme peut, après avoir été condamné, après avoir subi sa peine, tuer de nouveau. Or, en cas de récidive, vous ne pouvez lui infliger une peine supérieure à 15 ans. Ce n'est absolument pas suffisant. Je ne suis pas un tortionnaire, un barbare;

mais je dis qu'un crime réitéré contre la vie humaine doit pouvoir être puni plus sévèrement et que le maximum de 20 ans prévu par la plupart de nos codes romands est absolument indiqué.

Je cite à cet égard les dispositions du Code neuchâtelois qui prévoit ce maximum de 20 ans; le projet Capt également 20 ans; le Code pénal vaudois prévoyait 30 ans. Ce maximum de 20 ans, dans les circonstances que je viens d'indiquer, si l'on ne prévoit pas de dispositions spéciales pour la récidive, est tout à fait normal. Il y a des codes où l'on prévoit la récidive; notre projet ne le fait pas et je ne le propose pas. Mais le juge doit avoir la faculté, dans les cas les plus atroces, dans les cas d'homicide froidement et délibérément accompli, d'aller jusqu'à 20 ans. Le plus souvent, il n'ira pas jusque là: il y a tant de circonstances atténuantes que l'on peut invoquer, tant de raisons d'user d'une certaine indulgence; mais il me semble que, dans les cas extrêmes, un maximum de 20 ans n'est pas de trop et je le propose.

J'ai encore déposé un autre amendement qui revêtirait, sous réserve de coordination ultérieure, la forme d'un art. 99bis. Il s'agit d'une circonstance aggravante.

Il me paraît qu'avec la plupart de nos codes, tout au moins de ceux qui s'inspirent du code de Napoléon, le parricide est une des formes de l'homicide qui mérite d'être le plus sévèrement puni. Je n'ai pas besoin de m'étendre longuement sur la matière: Celui qui attente à la vie de celui qui lui a donné le jour, celui-là est un criminel dont la culpabilité est particulièrement grande, l'acte particulièrement odieux.

Vous savez sans doute que, dans le code de 1810, le Code de Napoléon, le parricide était condamné à une peine particulièrement impressionnante et grave: Il devait, d'après le texte primitif de l'art. 13, avoir le poing coupé, avant d'être mis à mort. Cette aggravation de peine fut ensuite supprimée. Mais l'article encore en vigueur prévoit que le parricide sera conduit sur le lieu d'exécution en chemise, nu-pieds, la tête couverte d'un voile noir; il sera exposé sur l'échafaud, pendant qu'un huissier fera au peuple lecture de l'arrêt de condamnation, puis il sera immédiatement exécuté à mort.

Nous ne sommes certes pas partisans de mesures aussi moyenageuses. Cela est hors de question. Mais je vous cite ces dispositions pour vous montrer à quel point dans l'esprit du législateur français ce crime de parricide était considéré comme grave et odieux.

Il me semble que nous aussi nous devrions faire quelque chose dans ce sens. Il serait juste de marquer ainsi la réprobation que mérite le crime de parricide.

Je ne veux pas faire de distinction d'école. Il y a des législations qui — de même que déjà le droit romain — prévoient deux espèces de parricides: le parricide au sens étroit, parricidium proprium, et le parricide au sens plus étendu, le meurtre, non plus d'un ascendant, mais d'un autre membre de la famille. Je crois qu'il y a une distinction juste à faire et que si le meurtre d'un ascendant doit pouvoir être puni d'une peine aussi grave que la réclusion à vie, en revanche, l'attentat à la vie d'un autre membre de la famille, qui est également d'une gravité spéciale, ne mérite cependant pas une condamnation aussi sévère.

C'est pour ces raisons que je me suis permis de vous soumettre la proposition ci, après. Je le répète, je n'ai pas grand espoir de la voir acceptée par vous; mais peut-être trouvera-t-elle quelque écho dans une salle qui n'est pas très éloignée de la nôtre.

« Le meurtre d'un ascendant pourra être puni de la réclusion à vie.

Celui d'un enfant ou petit enfant, légitime ou naturel, d'un frère ou d'une sœur, ou d'un conjoint sera puni de la réclusion jusqu'à 30 ans. »

Wagner : Zu denjenigen Personen, die dem baldigen Zustandekommen eines schweizerischen Strafgesetzbuches mit dem größten und lebhaftesten Interesse entgegensehen, gehört ohne Zweifel die übergroße Zahl der schweizerischen Richter. Wir haben auch Verständnis dafür, daß die Vorlage, in deren Beratung wir stehen, dem richterlichen Ermessen in weitgehendem Maße Rechnung trägt, nicht nur bei der Ausmessung der Strafe, sondern schon in der Umschreibung des Tatbestandes. Es wird so die Möglichkeit geschaffen, den besonderen Verumständlungen der lokalen Sitte und Tradition in besonderer Weise Rechnung zu tragen, was u. a. auch aus referendumpolitischen Gründen zu begrüßen ist.

Es ist aber namentlich in Deutschland, wo man vor ungefähr den gleichen Problemen steht, schon auf die Gefahr der Ueberspannung dieses Prinzips des richterlichen Ermessens hingewiesen worden. Es liegt gewiß im Amte eines Richters, daß er bereit sein muß, für seine Urteile weitgehende Verantwortung zu übernehmen. Er darf aber auch verlangen, daß der Gesetzgeber als Willensträger der Gesamtheit ihm genügende Anhaltspunkte darüber gebe, was die Rechtsgemeinschaft als strafbar eigentlich betrachtet wissen will. Von diesem Standpunkte aus möchte ich einige Bemerkungen zum Art. 99 anbringen.

Ich weise darauf hin, daß dieser Artikel zu denjenigen gehört, deren Anwendungsfälle die Oeffentlichkeit am meisten interessieren und also für die zukünftige Wertung des Strafgesetzbuches am wichtigsten sein müssen. Die Aufgabe dieses Artikels besteht darin, aus dem allgemeinen Tatbestand der vorsätzlichen Tötung diejenigen Tatbestände herauszuheben, die mit der höchsten Strafe zu belegen sind. Diese Heraushebung muß zwei Hauptanforderungen entsprechen: sie muß logisch, begrifflich befriedigen und zweitens muß sie vom Rechtsbewußtsein des Volkes verstanden und getragen werden. Es darf dabei wohl auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Anwendung dieses Artikels in Zukunft in vielen Kantonen noch den Geschworenen übertragen sein wird. Wenn ich nun noch darauf aufmerksam mache, daß nach unserem neuen bernischen Strafprozeßgesetz in Zukunft der Richter auch an der Beratung der Schuldfrage teilnehmen soll, so wird man umso eher das Interesse begreifen, das gerade wir bernischen Richter an einer deutlichen und präzisen Fassung dieses Artikels haben. Es kann dabei wohl auch angenommen werden, daß der größte Teil der Oeffentlichkeit kein Interesse daran hat, daß der qualifizierte Tatbestand der Tötung erweitert werde.

Die Referenten haben nun ausgeführt, daß bis dahin in den kantonalen Strafgesetzen der Mord-

tatbestand als die Tötung mit Vorbedacht oder Ueberlegung charakterisiert worden sei. Es ist geltend gemacht worden, daß es sich hier um eine eingewurzelte Volksanschauung handle. Immerhin, das muß betont werden, ist dieses Prinzip nicht etwa auf schweizerischem Boden entstanden, und zwar weder auf deutschem noch auf romanischem. Nach altgermanischem Recht, das auf dem ganzen schweizerischen Gebiete einst herrschend war, war der Mord die feige, ehrlose, heimtückische Tötung aus dem Hinterhalt, auch etwa die Tötung in Verletzung einer wichtigen sittlichen Pflicht. Die Ausscheidung des Mordtatbestandes nach Vorbedacht oder Ueberlegung stammt aus der mittelalterlichen, hauptsächlich italienischen Rechtswissenschaft und wurde dann vom XVI. Jahrhundert an auch durch die übrige europäische Wissenschaft ausgebildet. Sie wurde in der Gesetzgebung durch den französischen Code pénal von 1791 zum erstenmal klar und präzise formuliert, gelangte von da aus in die peinliche helvetische Gesetzgebung (1799), wurde später in der Wissenschaft lebhaft weiter diskutiert, fand im Preussischen Strafgesetzbuch 1851 ihre klassische Ausprägung und wurde auch von den Gesetzen der verschiedenen schweizerischen Kantone rezipiert.

Ich gebe nun den Herren Vorrednern ohne weiteres zu, daß dieses Unterscheidungsmerkmal bestechend anmutet. Es kann scheinen, als würden dadurch zwei tiefgehend verschiedene Tatbestände auseinandergehalten, gestützt auf leicht wahrnehmbare Unterscheidungsmerkmale, und es sei klar, daß die Tötung mit Vorbedacht auch die verwerflichste und gefährlichste Form der Tötung sei. Das ist aber oft widerlegt worden. Was zunächst die asoziale Intensität des Deliktwillens anlangt, gibt es Fälle von vorbedachter Tötung, das möchte ich gegenüber dem Herrn Vorredner betonen, die keineswegs zu den gefährlichsten oder verwerflichsten Tötungen gehören. Denken wir an einen Fall, der nicht aus dem Leeren heraus konstruiert ist, sondern der leider in der Öffentlichkeit ziemlich häufig vorkommt, daß eine sich in Bedrängnis befindende Mutter nicht mehr aus und ein weiß. Sie beschließt, zusammen mit den Kindern aus der Welt zu gehen; die Mutter wird gerettet, die Kinder sterben. Nach klassischer Definition läge hier eine vorbedachte Tötung, ein Mord vor. Das steht aber in direktem Widerspruch mit dem allgemeinen Rechtsempfinden. Ähnliche Fälle ließen sich leicht weiter aufzählen. Ueber die Schwierigkeit der Feststellung hat sich schon gestern Herr Prof. Logoz deutlich genug ausgedrückt. Wenn möglich noch entschiedener hat sich seinerzeit Prof. Gautier in der II. Expertenkommission über diese Punkte ausgesprochen, ebenso Prof. Zürcher. Ohne daß ich Namen besonders nenne, darf ich doch daran erinnern, daß in dieser Expertenkommission eine Auslese von tüchtigen schweizerischen Juristen vorhanden war, und zwar nicht nur Theoretiker, sondern auch ganz bedeutende Praktiker. Was diese nun in jahrelanger Arbeit in mühseliger Formulierung zustande gebracht haben, sollte doch recht eingehend geprüft werden, bevor man darüber ohne weiteres hinweggeht. Die Geschworenen haben denn auch in vielen Fällen zunächst die begriffliche Schwierigkeit dieser Unterscheidung schwer empfunden. Sie stellte Leute aus dem Volke vor Fragen, über die sogar Psychiater ganz verschiedener Ansicht sind. Sie entspricht des-

halb auch nicht dem populären Gefühl über die Strafwürdigkeit der abzuurteilenden Tat. Die Folge war dann, daß die Geschworenen, um ihrem Rechtsempfinden Ausdruck zu verschaffen, das Gesetz gewiß bedauerlicher- aber begreiflicherweise nicht angewendeten. Ich will aber beifügen, daß diese Zweifel nicht etwa nur den Geschworenen kamen, sondern sie kamen ebenso sehr und ebenso peinlich auch den Fachrichtern. Ich erinnere nur an die Diskussion, die seinerzeit in der Fachliteratur geführt wurde über Fälle, wie den Fall Gatti, den Fall Aichele, den Fall Muff. Es gab dabei Majoritäten und Minoritäten von Fachrichtern. Die einen wollten den Vorbedacht bejahen, die andern nicht. Es ist eben eine schwierige Frage, besonders dann, wenn Vorbedacht und Affekt bei der Ausführung zusammenkommen. Was soll dann dominieren? Ist es dann noch Mord oder ist es Totschlag?

Das neue Strafgesetzbuch sollte doch dem Volksempfinden entgegenkommen. Von dieser Grundlage aus und zugleich einem Hauptgrundsatz der modernen Strafrechtslehre Rechnung tragend, wonach bei der strafrechtlichen Ahndung eines Deliktes das Motiv des Täters entscheidend berücksichtigt werden soll, wird in der bundesrätlichen Fassung der Grundsatz aufgestellt, daß nicht mehr die Ueberlegung oder der Vorbedacht entscheidend sein sollen, sondern daß nur der als Mörder, also die höchste Strafe verdienend, betrachtet werden soll, der aus besonders niedrigen Motiven handelt oder gemeingefährliche Mittel wie Explosionsstoffe oder Feuer angewendet hat. Heute könnte man vielleicht noch sagen Bazillen, Elektrizität oder ähnliches!

Auch gegen diese Unterscheidungsmerkmale sind Einwendungen erhoben worden. Mir sind z. B. die Einwendungen des Herrn Prof. Liszt bekannt. Es ist nun ja richtig, daß die angefochtene Kasuistik auf keinem einheitlichen Prinzip beruht. Es kann ferner gesagt werden, daß auch sie teilweise auf rein psychische, also schwer erkennbare Zustände oder Erregungen abstellt. Auch mag ihr der Nachteil aller derartigen gesetzgeberischen Versuche — das gebe ich den Herren Vorrednern ohne weiteres zu —, anhaften, die Unvollständigkeit gegenüber der überwältigenden Vielgestalt des Lebens. Persönlich würde ich möglichst objektiv feststellbare Qualifikationsgründe vorziehen wie Rückfall, Gebrauch gemeingefährlicher Mittel, wobei sehr vorsichtig formuliert werden müßte, Gefährdung mehrerer Personen. Aber ich gebe zu, daß der Richter ja bei jeder Straftat auch ohnehin die innere Seite, die Motive, zu berücksichtigen hat und sogar vorzugsweise und daß die Unterscheidung, ob eine Tat aus Habgier, Blutdurst, perversen Instinkten oder in heimtückischer Art und Weise begangen wurde, nicht nur dem populären Gefühl über die Strafwürdigkeit besser entsprechen würde, sondern auch leichter angewendet werden könnte.

Wie steht es nun mit der Kommissionsfassung? Man sieht ihr auf dreißig Schritte an, daß sie ein Kompromiß ist. Nun weiß ich ja, daß wir hier uns nicht auf Dogmenkultus, auf Prinzipienreiterei versteifen dürfen, wenn einmal ein einheitliches schweizerisches Strafgesetzbuch zustande kommen soll. Aber gerade auch im Interesse der Popularität dieses neuen Strafgesetzbuches sollten doch diese Kompromisse, mit denen wir uns abfinden müssen, wie

ich gesagt habe, so gut oder noch mehr als im Zivilgesetzbuch derart sein, daß dadurch die praktische Brauchbarkeit und das öffentliche Rechtsempfinden möglichst wenig beeinträchtigt werden.

Was hat der Geschworene bis heute zu entscheiden? Ob die Tat mit Vorbedacht begangen ist oder nicht. Was hat er in Zukunft zu entscheiden, wenn der Kommissionsentwurf Gesetz werden sollte? a) einmal, ob der Täter die Tat unter besonderen Umständen begangen hat; und ob für diese Umstände eine besondere Gefährlichkeit gegeben sei; b) eventuell, ob er mit Ueberlegung gehandelt habe; c) ob diese Ueberlegung besonders gefährlich gewesen sei.

Also anstatt einer Unterscheidung hat der Geschworene künftighin, wenn der Kommissionsentwurf Gesetz wird, eventuell wenigstens drei verschiedene Fragen zu beantworten. Vergessen wir nicht, daß die Geschworenen Leute aus dem Volke sind. — Da feiert also zunächst die «Ueberlegung» glückliche Auferstehung mit allen den vielfach angeführten Nachteilen. Dazu aber kommen nun auch noch die Umstände. Es liegt die Gefahr nahe, daß unter gewissen Voraussetzungen der neue Tatbestand des Mordes über den heutigen ausgedehnt werden wird. Wenn man der bundesrätlichen Fassung Unbestimmtheit vorgeworfen hat, was setzt man an ihre Stelle? Einen noch viel elastischeren Ausdruck. Was ist unter diesen «Umständen» zu verstehen? Sind es lediglich die Motive oder vielleicht äußere Verumständlungen, die uns der Gefahr der neuerlichen Ueberwertung des Erfolges auszusetzen?

Und nun die Offenbarung der Gefährlichkeit. Da möchte ich zunächst darauf hinweisen, daß die Gefährlichkeit ein eigentlich scharfes brauchbares, die Verschiedenheit der Strafandrohung begründendes Kriterium nur mit Vorbehalt sein kann. Nach dem System des Kommissionsentwurfes haben wir die Tötung aus entschuldbarer Gemütsbewegung als Totschlag. Ja, möchte ich fragen, sind denn Individuen, die eine schwere, entschuldbare Gemütsbewegung sich durch eine Tötung auswirken lassen, weniger gefährlich als andere? Man kann die Sicherung der Gesellschaft als Hauptziel der Strafrechtspflege, also prinzipiell das Abstellen auf die Gefährlichkeit als gerechtfertigt ansehen, und doch gegen diese Fassung die größten Bedenken haben. Woran soll man die zukünftige Gefährlichkeit erkennen? Diese Erkennbarkeit ist überhaupt sehr schwierig, namentlich aber auf Grund eines einmaligen einzigartigen Deliktes, das vielleicht in einer Art begangen wurde, die es zum Morde stempelt. Aber die Möglichkeit eines späteren gesetzestreuen Verhaltens darf doch nicht ausgeschlossen werden. Ich möchte da auf die Erfahrungen der Strafanstaltsdirektoren hinweisen. Ich erwähne namentlich z. B. die Ausführungen von Herrn Direktor Hürbin in der Zeitschrift für Schweizerisches Strafrecht über die Lebenslänglichen und sodann die Ausführungen, die sich in dem schönen Werke von Liepmann über die Todesstrafe finden.

Wie soll der Geschworene so schwierige Fragen beantworten können wie diejenige, ob einer in Zukunft gefährlich sei oder nicht? Wird nicht bei so vager Tatbestandsbeschreibung die Gefahr der Stimmungsrechtssprechung noch in einer Weise vergrößert, die der Basis jeder gesunden Rechtspflege, dem Rechtsgefühl der Rechtsgenossen, noch mehr

widerspricht? Sie wissen alle, wie sehr der Begriff der sozialen Gefährlichkeit variiert: Wir haben ja heute Gemeinwesen, wo die Tötung von Angehörigen des herrschenden politischen Systems als äußerst verwerflich und gefährlich mit den strengsten Strafen geahndet, die Tötung der Gegner dagegen als entschuldbarer Ausfluß eines berechtigten Empfindens gewertet wird. Ich will nun nicht annehmen, schweizerische Geschworene würden in einem solchen Falle je so Recht sprechen. Aber die Versuche zu einer unzulässig starken Auswirkung rein subjektiver, objektiv nicht haltbarer Ansichten über die Strafwürdigkeit bestimmter Tötungsdelikte ist ganz ohne Zweifel gegeben. Wenn der Gesetzgeber auf die Gefährlichkeit abstellen will, so läßt sich das rechtfertigen; er soll aber doch dem Richter dieses an sich so vieldeutige Kriterium erklären. Er soll wenigstens feststellen, auf welche Qualifikationsgründe er die Gefährlichkeit aufgebaut wissen will. Es ist kein unbilliges Verlangen, das der Richterstand da stellen muß. In dem typischen Eigentumsdelikt, dem Diebstahl, haben wir ein ausgebautes Abstufungssystem, in dem auch die Gefährlichkeit berücksichtigt wird. Darum soll der Gesetzgeber mehr dort, wo es sich um die höchsten Rechtsgüter, das Leben und die Freiheit handelt, die ganze Verantwortung auf den Richter abschieben wollen.

Ich fasse zusammen: die bisherige Abgrenzung des Mordtatbestandes geht von einem bestimmten Prinzip aus; die Fassung des Bundesrates ebenso. Beide Prinzipien mögen erhebliche Fehler aufweisen, nach meiner Meinung das bisherige System in weit höherem Maße als die Fassung des Bundesrates. Die Kommission will beide Prinzipien zu einem organischen Ganzen zusammenfassen. Es ist nach meiner Ansicht sehr zweifelhaft, ob ihr das gelungen ist und ob wir nicht lediglich ein unbefriedigendes Nebeneinanderstellen vor uns haben, das die Nachteile der beiden andern Prinzipien in einer Weise vereinigt, daß die erreichten Vorteile nicht kompensiert werden. Ich möchte also in dieser Beziehung beantragen, daß grundsätzlich die Fassung des Bundesrates angenommen werde, wobei eventuell über die Einzelheiten der Kasuistik noch zu beraten wäre. Jedenfalls ziehe ich sie der Fassung der Kommission vor und zwar von den ganz bestimmten Standpunkten aus, die ich zitiert habe. Sollte die Fassung der Kommission angenommen werden, so würde ich dann, nachdem wohl alle schweren Fälle von dem so weit gefaßten Art. 99 betroffen werden, umso mehr den Antrag der Minorität hinsichtlich der Strafmessung bei der vorsätzlichen Tötung empfehlen, namentlich auch, weil der Tatbestand des Totschlages durch Aufnahme des Merkmales der entschuldbaren Gemütsbewegung eingeengt wird. Uebrigens, wenn man immer von den inneren Momenten spricht, die nicht zu fassen seien: was ist eine entschuldbare Gemütsbewegung und welche Gemütsbewegung ist unentschuldbar? Auch da muß man wieder auf das Innere abstellen, man kommt um dieses Merkmal nicht herum.

Ich empfehle Ihnen, die Frage, ob nicht der bundesrätliche Entwurf alles in allem, mit Art. 99, vom Standpunkt der praktischen Rechtsprechung aus, vorzuziehen sei, noch gründlich zu prüfen.

Präsident : Stellt Herr Wagner einen formellen Antrag?

Wagner : Nein.

M. Dicker : Je voudrais, avec la minorité de la commission, vous proposer à l'art. 98 de remplacer la peine de 5 ans de réclusion par celle de 3 ans d'emprisonnement.

M. de Muralt a dit que les praticiens du droit pénal ne pourraient s'exprimer comme des théoriciens. Je crois que les praticiens en droit pénal ont le droit, même le devoir, de prendre la parole dans ce débat.

Si nous comparons la situation, telle qu'elle est créée par le projet du code pénal fédéral, avec notre code pénal genevois, nous constatons dans cet article 98 que le code pénal genevois est beaucoup plus humain que le projet du Code pénal fédéral. En effet, ce projet a complètement éliminé les circonstances très atténuantes.

Avec le jeu des circonstances très atténuantes en cas d'homicide prévu à l'art. 98, nous pouvons arriver, à Genève, à un emprisonnement d'un jour. Le législateur genevois n'a pas craint dans ces conditions d'admettre que celui qui s'est rendu coupable d'homicide peut être puni d'une peine allant jusqu'à un jour d'emprisonnement, ceci pour dire que le législateur genevois, et ceci, je crois, avec beaucoup de raisons, a admis que ce n'est pas le crime qu'on juge — c'est d'ailleurs le principe admis dans le projet de Code pénal fédéral — mais le criminel et les circonstances dans lesquelles le crime a été commis. Dans ces conditions, il est tout à fait indiqué, comme l'a dit tout à l'heure notre collègue M. Affolter, de réduire le minimum de 5 ans de réclusion à 3 ans d'emprisonnement. C'est encore un minimum très suffisant.

C'est dans ces conditions que je me permets très modestement d'appuyer la proposition de la minorité de la commission.

M. Vallotton : Je désire très brièvement combattre la proposition de M. von Arx.

Pour situer exactement la question, qu'il me soit permis de rappeler ce qui suit:

Le projet du Conseil fédéral et le projet de la commission du Conseil national ont fait le départ très net entre deux délits différents: l'un, le meurtre simple (art. 98), l'autre, le meurtre aggravé, soit l'assassinat (art. 99).

Le projet de Code pénal fédéral définit le meurtre en disant que c'est le fait d'avoir intentionnellement tué, et l'assassinat en disant que c'est le fait d'avoir tué par férocité, cupidité, etc. La commission du Conseil national a maintenu la définition très simple du meurtre, qui est le crime simple commis sur la personne d'autrui. Par contre, elle a modifié la définition de l'assassinat en disant que c'est le fait d'avoir tué dans des circonstances et avec une préméditation dénotant que le délinquant est particulièrement dangereux.

Le projet prévoit pour le meurtre simple une peine de 5 ans de réclusion au minimum et éventuellement, pour l'assassinat, la réclusion à vie. Le projet qui vous est soumis par la commission du Conseil national est donc très clair et très simple. Il sépare nettement

(art. 98) le meurtre simple de l'assassinat, qui est le meurtre aggravé ou le meurtre prémédité.

La proposition de M. von Arx tend d'une part à la suppression de cette différenciation entre le meurtre simple et l'assassinat; d'autre part à une modification de la peine qui serait en principe la réclusion à vie avec un minimum de 5 ans de réclusion.

Nous combattons très nettement la proposition faite par M. von Arx, pour les motifs que voici:

La disparition de cette distinction fondamentale entre le meurtre simple et le meurtre aggravé ou l'assassinat nous paraît extrêmement regrettable. Cette suppression est contraire à toute notre doctrine romande en matière de droit pénal. Tous nos codes romands, vaudois, neuchâtelois, valaisan ou fribourgeois admettent, selon les anciennes théories pénales, d'une part le crime simple, d'autre part le crime prémédité, soit l'assassinat. C'est là pour nous une distinction absolument essentielle, vitale; c'est une des colonnes de notre édifice pénal et la proposition de M. von Arx qui tend à amalgamer ces deux notions pourtant si différentes nous heurte dans nos conceptions les plus intimes.

La proposition de M. von Arx nous paraît aussi limiter la liberté du juge, puisque dans son texte français cette proposition dit qu'en principe celui qui aura intentionnellement tué une personne sera puni de la réclusion à vie ou, à titre exceptionnel, de la réclusion pour 5 ans au moins. C'est là une indication expliquée clairement et loyalement par M. von Arx dans son discours, mais une aggravation, une manière de peser involontairement sur la pensée du juge, de restreindre sa liberté, que nous ne pouvons pas admettre. La pensée romande s'oppose donc de la manière la plus nette à l'acceptation de l'amendement déposé par M. von Arx. Mais nous n'en perdons pourtant pas le sourire! Si vous rejetez, comme nous vous le demandons, l'amendement von Arx, vous ne ferez que nous donner une très faible satisfaction sur l'un de nos très nombreux griefs contre le projet de code pénal fédéral; si, contrairement à notre proposition, vous acceptez cet amendement, vous renforcerez chez nous, et d'une manière très grave, notre opposition de principe au Code pénal fédéral. Nous croyons donc, dans l'intérêt même des partisans de l'unification, que vous feriez bien d'admettre nos propositions. C'est pourquoi nous vous demandons de rejeter l'amendement de notre collègue M. von Arx.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Es wird gut sein, wenn wir nun einmal die verschiedenen Anträge zusammenstellen, damit wir uns darüber klar werden, um was es sich handelt.

Der Antrag des Herrn von Arx will in der Hauptsache an Stelle der Dreiteilung der bundesrätlichen Vorlage und der Kommissionsvorlage die Zweiteilung einführen. Es dreht sich also um eine grundsätzliche Frage des Systems. Die Anträge der Herren Affolter und Mitunterzeichner und des Herrn de Muralt dagegen beziehen sich nur auf das Strafmaß.

Wir müssen also in erster Linie darüber entscheiden, ob wir bei der Dreiteilung des bundesrätlichen Entwurfes bleiben oder ob wir dem Antrag des Herrn von Arx beipflichten wollen. Herr von Arx hat von vorneherein erklärt, er hege nicht die geringste Hoffnung, mit seinem Antrag durchzudringen, er

vertraue dagegen auf die Beratung in der ständerrätlichen Kommission, darauf also, daß via Ständerat die Frage wiederum vor den Nationalrat komme. Wir müssen aber diesen Antrag schon hier ernstlich behandeln und uns darüber klar werden, ob die Neuregelung, die Herr von Arx vorschlägt, akzeptabel ist oder nicht.

Herr von Arx will nur zwischen dem Mord einerseits — als Mord bezeichnet er die vorsätzliche Tötung d. h. die Tötung mit Wissen und Willen — und dem Totschlag andererseits, d. h. der Handlung im Affekt, unterscheiden. Er beruft sich darauf, daß im neuesten deutschen Entwurf diese Lösung ebenfalls vorgeschlagen werde. Was mit dem neuesten deutschen Entwurf gehen wird, wissen wir selbstverständlich nicht. Diese Fragen sind überall umstritten und die endgültige Fassung im neuen deutschen Strafgesetz steht nicht fest.

Der Begriff des Mordes wird nun also nach Herrn von Arx erweitert. Er will alle Fälle, die nicht Handlungen im Affekt sind, als Mord bezeichnen. Ob das der Volksauffassung und dem Volksempfinden entspreche, möchte ich bezweifeln. Die bisherige Lösung ging dahin — darüber ist sehr eingehend gesprochen worden — daß man die mit Vorbedacht vorgenommene Tötung als Mord bezeichnet hat. Im Entwurf des Bundesrates wird der Mord so umschrieben, daß eine besondere Grausamkeit, ein besonders schwerwiegendes Verhalten des Täters vorliegen müsse. Die Fälle sind also spezifiziert, wobei man aber nicht behaupten kann, daß alle genannt seien, die in Betracht kommen können. Darin liegt ja der Nachteil des detaillierten Legiferierens, daß man einzelne Punkte herausgreift, andere aber nicht erwähnt, trotzdem die Erwähnung weiterer Fälle unter Umständen ebenso gerechtfertigt wäre.

Unsre Kommission hat auf die besondere Gefährlichkeit des Täters abgestellt und das ist ein richtiges Prinzip. Der besonderen Gefährlichkeit entspricht auf der andern Seite die besondere harte Strafe, das lebenslängliche Zuchthaus. Wir heben also die besondere Gefährlichkeit des Täters hervor, die aus der Ueberlegung oder aus andern Verumständungen resultieren kann, die ungefähr diejenigen sein werden, die der Bundesrat in seiner Fassung detailliert angeführt hat. Es entspricht dieser besonderen Gefährlichkeit die Notwendigkeit der Beseitigung des Täters durch die Fixierung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe. Dies ist doch ein Grundsatz, mit dem der Richter etwas anfangen kann.

Ueber die Frage der Drei- oder Zweiteilung will ich Sie nicht lange hinhalten. Ich habe die Erläuterungen von Prof. Zürcher vor mir, der die Frage folgendermaßen auseinandersetzt: «Zugleich ist die Zweiteilung des Tötungsverbrechens aufgegeben und in der Tötung ein einheitlicher, alle Fälle umfassender Tatbestand aufgestellt worden: Tötung, vorsätzliches Töten, Töten mit Wissen und Willen. Von ihm heben sich ab, einerseits die Fälle des Mordes, die Fälle qualifizierter Tötung,» — also nach der Kommissionsvorlage eine Tötung, aus welcher die besondere Gefährlichkeit des Täters hervorgeht — «die mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe bestraft werden soll. Andererseits wird der milder zu bestrafende Totschlag ausgeschieden, der aber nicht mehr alle Fälle unbedachter Tötung umfaßt, sondern nur diejenigen, in denen die Gewalt einer menschlichen

Leidenschaft den Täter plötzlich erfaßt und zur Tat hinreißt.» Also noch einmal, Dreiteilung, die Tötung im allgemeinen Sinn, dann der qualifizierte Fall des Mordes, wobei besondere Verumständungen vorliegen, eine besondere Gefährlichkeit, zu der auch das kalte Ueberlegen einer Tat gehört, und schließlich der Totschlag, die Handlung im Affekt. Sie werden keine Mord-, Totschlags- und Tötungsdefinition finden, bei welcher nicht Zweifel entstehen können und bei welcher der Richter ohne Schwierigkeiten entscheiden kann, ob im gegebenen Fall Tötung oder Mord oder Totschlag vorliegt. Die oft schwere Aufgabe des Richters wird es sein, aus den gesamten Verumständungen des Falles heraus diese Frage zu entscheiden. Ich bin davon überzeugt, daß die Definition, die wir in Zermatt geprägt haben, ein taugliches Instrument für den Richter sein wird, wobei ich durchaus zugebe, daß gewisse Schwierigkeiten entstehen werden, die aber jeder anderen Definition auch anhaften würden.

Ich beantrage Ihnen somit, bei der Dreiteilung zu bleiben, den Antrag des Herrn von Arx, der den weiten Strafraum von fünf Jahren bis zu lebenslänglichem Zuchthaus in einen einzigen Artikel hineinbringen will, abzulehnen und die Fassung der Kommission anzunehmen, die dem alten Begriff der Ueberlegung und des Vorbedachtes Rechnung trägt, aber auch den besonderen Verumständungen, der besonderen Gefährlichkeit des Täters.

Unter den Anträgen, die auf das Strafmaß abzielen, haben wir in erster Linie die beiden Anträge des Herrn de Muralt. Er will mit dem einen Antrag die Zuchthausstrafe bei der Tötung von 15 auf 20 Jahre erhöhen und der andere Antrag geht dahin, daß bei gewissen Fällen, Vatermord, Gattenmord usw., ebenfalls ein erhöhtes Strafmaß zur Anwendung kommen soll.

Die Frage der Erhöhung der Zuchthausstrafe von 15 auf 20 Jahre ist im allgemeinen Teil des Strafgesetzes erledigt worden. Wenn man der Auffassung des Herrn de Muralt entgegenkommen wollte, müßte man auf den bereits beschlossenen Art. 34 zurückkommen, der bestimmt: die Zuchthausstrafe ist die schwerste Freiheitsstrafe, ihre kürzeste Dauer ist ein Jahr, die längste Dauer 15 Jahre. Das haben wir allgemein für das ganze Strafgesetzbuch beschlossen. Dort heißt es nicht etwa, daß von diesen 15 Jahren Maximum in bestimmten Fällen im Gesetz eine Ausnahme gemacht werden könne, sondern lediglich, daß eine Ausnahme gemacht werden könne in Fällen, in denen das Gesetz lebenslängliche Zuchthausstrafe vorschreiben wolle. Um dem Gedanken des Herrn de Muralt Rechnung zu tragen, müßten wir auf Art. 34 zurückkommen.

Ich beantrage Ihnen, darauf nicht einzutreten, sondern die Zuchthausstrafe in den Fällen, in denen eine Qualifikation nicht vorliegt, auf 15 Jahre zu normieren. Wir dürfen den Aufbau des Strafsystems nicht stören. Derartige individuelle Anträge nehmen in der Regel keine Rücksicht auf das, was in langwierigen Beratungen in der Expertenkommission und in unserer Kommission in systematischer Ordnung beschlossen worden ist. Man läuft Gefahr, mit solchen Anträgen aus dem System herauszufallen. Es fällt uns keineswegs ein, das möchte ich Herrn de Muralt sagen, irgend einem Mitglied des Rates das Recht bestreiten zu wollen, individuelle Anträge zu stellen. Im Gegenteil, es erscheint uns eine allge-

meine Beteiligung an der Diskussion zur Abklärung der Sache erwünscht, damit die Auffassungen, die bestehen, schon hier zutage treten und damit man sich mit ihnen im richtigen Stadium beschäftigen kann. Aber hier muß ich darauf hinweisen, daß Art. 34 die Dauer der zeitlich beschränkten Zuchthausstrafe allgemein auf 15 Jahre festsetzt und daß uns nur eine Aenderung des Art. 34 zu dem Resultat führen kann, das Herr de Muralt anstrebt.

In seinem zweiten Antrag will Herr de Muralt für Gattenmord, Vaternord, Schwesternmord usw. erhöhte Strafansätze festsetzen. Ich möchte Sie bitten, davon Umgang zu nehmen. Wenn in solchen Fällen, wie sie Herr de Muralt ins Auge faßt, eine besondere Gefährlichkeit des Täters zutage tritt, dann wird eben Mord vorliegen und die lebenslängliche Zuchthausstrafe ausgesprochen werden müssen. Aber wir können nicht einerseits subjektive Umstände in der Person des Täters bei der Qualifikation in Betracht ziehen und andererseits auch noch objektive, die Person des Opfers betreffende. Mit diesem Antrag würde meines Erachtens kein Fortschritt erzielt; ich beantrage daher, ihn ebenfalls abzulehnen.

Die Minderheit der Kommission will die Strafe für die Tötung ermäßigen. Sie will dem Richter gestatten, auch Gefängnisstrafen auszusprechen, und zwar, in Abänderung des gedruckten Antrages, Gefängnis nicht unter drei Jahren.

Formell ist zu diesem Antrag folgendes zu bemerken:

Das Maximum der Gefängnisstrafe ist nach unseren früheren Beschlüssen drei Jahre. Das Minimum soll nach dem Antrag des Herrn Affolter ebenfalls drei Jahre sein, so daß wir also einfach eine fixe Strafe von drei Jahren hätten. Damit wäre aber kein Strafrahmen gegeben, sondern einfach eine Einheitsstrafe festgesetzt. Dieser Punkt ist jedoch für mich nicht ausschlaggebend. Der eigentliche Zweck des Antrages der Herren Affolter und Mitunterzeichner geht dahin, auf diesem Umweg für die Tötung die bedingte Verurteilung zu ermöglichen. Es soll dann eben auf dem Wege der mildernden Umstände die Gefängnisstrafe von drei Jahren auf ein Jahr reduziert und damit die bedingte Verurteilung ausgesprochen werden können. Darüber müssen wir uns schlüssig werden: Wollen wir die bedingte Verurteilung für eine wissentliche und gewollte Tötung einer anderen Person einführen oder nicht. Ich will mich nicht lange darüber verbreiten, aber ich habe die Ueberzeugung, daß ein solcher Beschluß der Institution der bedingten Verurteilung im besonderen und dem Strafgesetz überhaupt den allergrößten Schaden zufügen müßte. Schon aus diesem rein referendumpolitischen Grund sollte dieser Antrag abgelehnt werden, ganz abgesehen davon, daß es nicht angängig ist, bei der Tötung die bedingte Verurteilung überhaupt zu ermöglichen.

Herr Grünfelder wird sodann noch mitteilen, daß auch der Minderheitsantrag in bezug auf die «besondere Verdorbenheit» fallen gelassen wird. Es hat dieser Antrag keinen Sinn mehr, nachdem die Todesstrafe weggefallen ist.

Rein formell bemerke ich, daß ich Ihnen entsprechend den Ausführungen des französischen Berichterstatters, Herrn Prof. Logoz, beantrage, im Titel zu sagen: Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben, weil es sich in diesem Kapitel um Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen handelt.

Ich empfehle Ihnen die Anträge der Kommission.

Präsident: Herr Wagner hat nachträglich doch einen formellen Antrag gestellt, der dahin geht, zu Art. 99 den Wortlaut des bundesrätlichen Vorschlages wieder aufzunehmen und eventuell die drei Paragraphen 98, 99 und 100 an die Kommission zurückzuweisen.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Ich bitte, den Antrag des Herrn Wagner abzulehnen, also die Fassung des Bundesrates nicht wieder aufzunehmen. Ich wende mich speziell dagegen, daß im Falle der Annahme des Artikels in der bundesrätlichen Fassung die Angelegenheit neuerdings an die Kommission zurückgewiesen wird, um zu suchen, wie man auch die bundesrätliche Redaktion abändern solle. Wir müssen einmal zu einer Formulierung kommen. Ich bestreite keineswegs das Bestehen gewisser Zweifelsfragen in dieser oder jener oder dritten oder vierten oder fünften Lösung, aber wir müssen einmal zu einem Entschluß kommen. Die Kommission hat die Angelegenheit eingehend geprüft. Ich empfehle Ihnen den Antrag der Kommission nach wie vor zur Annahme

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Les art. 98 et 99 du projet sont actuellement l'objet d'un véritable feu croisé de propositions faites en sens opposés. Il est peut-être permis d'en inférer que les dispositions du projet offrent une solution qui est plus ou moins celle du juste milieu, une solution raisonnable et, somme toute, acceptable pour tous.

Trois propositions vous sont soumises au sujet des art. 98 et 99.

De ces trois propositions, deux tendent à modifier la peine prévue pour le meurtre. A l'art. 98, le projet du Conseil fédéral et de la commission prévoit pour le meurtre la réclusion pour 5 ans au moins, le maximum étant de 15 ans. Eh bien, la proposition de M. de Muralt veut aller plus loin que le projet dans le sens de la sévérité. Elle élève le maximum de la peine. Tandis qu'en sens inverse, la proposition défendue par M. Affolter tend au contraire à atténuer par en bas la peine légale du meurtre.

Une troisième proposition, que nous discuterons tout à l'heure, celle de M. von Arx, touche au système même du projet. M. von Arx veut en effet viser, par un seul article, à la fois le meurtre et l'assassinat, entre lesquels le projet fait au contraire une distinction nette aux art. 98 et 99.

Je reprends, tout d'abord, les propositions de MM. Affolter et de Muralt concernant les peines prévues pour le meurtre à l'art. 98.

M. de Muralt, en premier lieu, propose de dire à l'art. 98 que le meurtre sera puni de la réclusion pour 5 ans au moins (c'est le minimum du projet lui-même) et pour 20 ans au plus. M. de Muralt n'est donc pas d'accord avec le maximum de 15 ans qui est celui du projet; il veut le porter à 20 ans.

Quelle est la portée de cette proposition de M. de Muralt? Elle fait, pour le meurtre, exception à la règle générale du projet (art. 34), d'après laquelle le maximum de la réclusion est de 15 ans. Je ne reviens pas sur le fait, déjà signalé par M. Seiler, que la proposition de Muralt ne pourrait être admise qu'à la condition qu'on modifie l'art. 34 de la partie générale. M. de Muralt est d'accord sur ce point; c'est du reste une question secondaire.

Mais la question principale qu'on doit se poser est celle-ci: Vaut-il la peine de faire, à la règle générale sur la durée de la réclusion, l'exception proposée par M. de Muralt, pour le meurtrier et pour lui seul?

M. de Muralt vous a exposé ses motifs. Vous apprécierez et vous déciderez. Quelle que puisse être votre décision, la proposition de M. de Muralt est intéressante. Elle montre en effet que, loin de trouver l'art. 98 trop sévère, M. de Muralt le trouve trop clément. Même si vous ne partagez pas l'opinion de M. de Muralt, cette opinion doit vous mettre en garde contre l'idée inverse, soutenue par M. Affolter au nom de la minorité socialiste. M. Affolter, lui, trouve l'art. 98 non pas trop doux, comme M. de Muralt, mais trop sévère. Il voudrait permettre au juge de choisir entre la réclusion pour 3 ans au moins et l'emprisonnement pour 3 ans « au moins », alors que le projet oblige le juge, dans des circonstances normales, à prononcer la réclusion pour 5 ans au moins.

Je ne peux, pour ma part, que combattre cette proposition de la minorité socialiste; elle me paraît oublier que le meurtrier, c'est-à-dire l'homicide intentionnel, l'atteinte intentionnelle à la vie humaine dans des circonstances qui n'ont rien d'exceptionnel, est un des crimes les plus graves. La proposition de M. Affolter me paraît oublier que le devoir absolu du législateur pénal est d'assurer une protection sérieuse à la vie humaine. C'est pourquoi le projet prévoit la réclusion — et la réclusion pour 5 ans au moins, c'est-à-dire entre 5 et 15 ans. Avec les circonstances atténuantes (art. 62 de la partie générale), le juge pourra descendre jusqu'à un an de réclusion. Est-ce trop sévère? Je ne le crois pas. Avec ces sanctions, le projet est encore moins sévère que beaucoup de codes cantonaux, ceux de la Suisse romande, en particulier.

M. Dicker a parlé tout à l'heure du droit genevois. Il me permettra de lui rappeler que, pour le meurtrier, le code genevois prévoit le minimum de 10 ans de réclusion, circonstances atténuantes mises à part. C'est ce minimum normal de 10 ans qu'on doit comparer au minimum normal de l'art. 98, qui est de 5 ans, et qui est donc moins sévère.

M. Affolter nous dit, il est vrai:

« Le système du projet, qui prévoit la réclusion pour 5 ans au moins, ne permet pas d'accorder le sursis conditionnel à un meurtrier; le sursis ne peut en effet être accordé qu'au délinquant condamné à l'emprisonnement; il ne peut pas être accordé à un délinquant condamné à la réclusion. »

Rien de plus exact. Mais faut-il vraiment qu'on puisse mettre au bénéfice du sursis conditionnel celui qui, sans l'excuse de la passion prévue ailleurs dans le projet (art. 100), attend intentionnellement à la vie d'autrui? J'abonde dans le sens de ce qu'a dit là-dessus M. le président de la commission. Nous allons introduire le sursis conditionnel en droit pénal fédéral. C'est très bien, mais il ne faudrait pas discréditer cette institution en abusant d'une façon manifeste.

M. Dicker a parlé aussi des circonstances très atténuantes que prévoit le droit genevois. M. Dicker a raison de dire que les circonstances très atténuantes ne sont pas prévues par le projet de Code pénal suisse.

Mais la distinction du code genevois entre les circonstances atténuantes, d'une part, et très atté-

nantes, de l'autre, est une distinction des plus critiques en elle-même, du moins pour qui n'est pas avocat. Impossible, en réalité, de savoir quelle différence il y a entre des circonstances atténuantes et très atténuantes. Ce n'est donc pas un mal que le projet n'ait pas prévu ces deux degrés. C'est plutôt un progrès certain.

Cela dit, je passe à la proposition de M. von Arx. Cette proposition est beaucoup plus grave, elle va beaucoup plus loin que les propositions de MM. Affolter et de Muralt. Elle s'en prend en effet au système, à la substance même du projet. Le système du projet, je voudrais le rappeler après M. Wagner qui, en allemand, l'a fait en termes excellents, a été adopté à la suite d'études approfondies d'experts, à la suite aussi de discussions prolongées au sein de la commission. C'est à la suite de ces études successives que le projet a fini par aboutir à ce qu'il prévoit: la division tripartite qui est celle de toute une série de cantons et, en particulier, de cantons romands. Division tripartite, c'est-à-dire qui distingue entre trois cas: Le premier cas, c'est le meurtrier, l'homicide intentionnel simple, c'est-à-dire sans circonstance aggravante et sans cause d'atténuation particulière. La peine légale est alors la réclusion entre 5 et 15 ans.

Le second cas, c'est l'assassinat, c'est-à-dire le meurtrier qualifié par certaines circonstances qu'on peut définir, soit selon le système du Conseil fédéral, soit selon le système de la commission, mais qu'on cherche à définir d'une manière ou d'une autre. Il est puni de la réclusion à vie. C'est le crime dont l'auteur est un être tel qu'il importe de le mettre définitivement hors de la circulation, sous réserve des possibilités lointaines de libération conditionnelle qu'ouvre, même dans ce cas, la partie générale du projet.

Le troisième cas, enfin, est un cas privilégié par rapport au meurtrier simple; c'est le « meurtrier par passion ». Ici, le juge peut descendre jusqu'au minimum général de la peine d'emprisonnement.

A ce système triparti, M. von Arx veut substituer une division bipartite. Il propose, en effet, un art. 98 qui vise à la fois, par une seule et même définition générale, ce que nous appelons le meurtrier et ce que nous appelons l'assassinat. Quant à la définition, M. von Arx ne fait pas de distinction entre ces deux crimes. D'autre part, M. von Arx veut biffer l'art. 99, qui devient superflu dans son système.

De sorte qu'en définitive, le système proposé par M. von Arx distingue seulement, d'une part, les homicides intentionnels simples, commis de sang froid, et d'autre part les homicides passionnels.

Examinons le système de M. von Arx. Si séduisante que puisse être la théorie de Liszt, dont il s'est réclamé, je n'oserais dire que je sois, sur ce point, d'accord avec l'éminent criminaliste allemand. L'article 98 de M. von Arx revient à dire ceci: « Celui qui aura tué intentionnellement sera puni de la réclusion à vie ou de la réclusion pour 5 ans au moins. »

Le juge aura donc le choix, sans qu'on lui donne aucun critère pour faire ce choix, entre la réclusion à vie, qui est la peine la plus grave, et la réclusion pour 5 ans au minimum.

Dès lors, je ne peux m'empêcher de dire à M. von Arx: Votre art. 98 aboutit presque à dire au juge: « De celui qui aura intentionnellement tué son sem-

blable et qui comparaitra devant toi, tu feras ce que tu voudras!»

Cela ne va pas. Nous sommes partisans d'un large pouvoir appréciateur donné au juge. Je ne retire rien de ce que j'ai déjà dit à cet égard, mais j'ajoute qu'il faut, ici aussi, garder la mesure. C'est ce que ne fait pas, à mon sens, la théorie de Liszt à laquelle M. von Arx a fait allusion ce matin. Il est pratiquement nécessaire de donner au juge, dans la loi, certains critères qui le guident dans la distinction à faire entre l'atteinte intentionnelle à la vie humaine qui doit être punie de la réclusion à temps, et l'homicide intentionnel qui mérite la réclusion à vie, c'est-à-dire la peine la plus grave dont dispose le législateur.

Ces directives nécessaires, le projet les donne au juge dans les art. 98 et 99. M. von Arx a fait la critique du texte proposé par la commission pour l'art. 99. Le projet de la commission érige en critère de l'assassinat, en substance, le fait que l'auteur est particulièrement dangereux. M. von Arx nous a dit que ce n'est pas là un critère objectif suffisant pour caractériser l'assassinat, pour le définir d'une manière claire.

Je comprendrais la critique de M. von Arx s'il nous proposait quelque chose à la place de la définition qu'il critique; mais il n'en fait rien. Il propose simplement la suppression de toute définition. Le juge en sera-t-il beaucoup plus avancé?

En réalité, le texte proposé par M. von Arx guide le juge encore bien moins que ne le fait le texte de la commission.

Sans doute, M. von Arx a raison de dire qu'il y a un abîme entre l'homicide intentionnel commis de sang-froid et l'homicide commis sous le coup de fouet de la passion. Le projet lui-même fait cette distinction. Mais on ne peut pas s'arrêter là.

On doit distinguer et le projet distingue avec raison entre le meurtre et l'assassinat. M. Vallotton a fait ressortir d'une façon trop claire la nécessité de cette différence pour que je croie nécessaire d'y insister.

Je suis donc obligé de vous demander de repousser la proposition de M. von Arx, si séduisante qu'elle puisse être au point de vue théorique.

C'est aussi au nom des principes qui sont à la base du projet, que je dois, enfin, vous demander d'écarter la proposition de M. de Muralt visant à faire insérer dans le projet un article sur le parricide, l'uxoricide, le meurtre d'enfants ou de petits enfants, etc.

Ici encore, soit dit en passant, nous sommes en présence de propositions opposées. M. von Arx veut trop simplifier; M. de Muralt, au contraire, veut revenir à une casuistique dont on peut se passer. Cela ne conduit-il pas à se demander, à nouveau, si le projet ne propose pas la solution du juste milieu?

Du parricide, de l'uxoricide, du meurtre d'enfants, etc., M. de Muralt voudrait que la loi fasse des cas qualifiés, des cas aggravés de l'atteinte intentionnelle à la vie humaine. C'est ce qu'admettent en effet certains codes, notamment certains codes romands et le code pénal français. Le code de mon canton va même encore plus loin que M. de Muralt. Il spécifie encore davantage et, à côté de l'assassinat, prévoit non seulement le parricide, mais encore l'empoisonnement, qui peut être une forme particulièrement grave de l'atteinte à la vie, et le guet-apens.

M. de Muralt, par manière de captatio benevolentiae, nous a dit: J'ai bien le droit de défendre mes idées, d'autant plus que si vous les adoptez pour le tout ou pour partie, vous vaincrez peut-être mon opposition au projet et celle des citoyens qui pensent comme moi-même.

Que M. de Muralt me permette de le rassurer. S'il y a une chose que je ne lui conteste pas, c'est certes le droit de participer activement à la discussion du projet et de nous aider à l'améliorer s'il y a lieu.

Si M. de Muralt nous fait des propositions, il peut être sûr que nous les examinerons toujours avec objectivité et que, s'il en est que nous puissions accepter, nous le ferons avec plaisir. Mais, dire ou laisser entendre: «J'accepterai le projet de Code pénal suisse si tous les Confédérés veulent bien accepter le code de mon canton», ce serait un parti-pris qui n'est certainement pas le fait de M. de Muralt.

M. de Muralt nous a dit, d'autre part: «Nos codes romands méritent d'être comparés au projet.» — Je me garderai de le contester. Mais, dans le cas particulier, je me permets d'attirer l'attention de M. de Muralt sur l'âge des dispositions des codes romands qu'il invoque maintenant. Les dispositions qui mettent à part le parricide remontent au Code pénal français et même plus haut dans l'histoire. Et, sans doute, le Code pénal français est un monument vénérable; mais, en matière pénale, certaines idées ont un peu changé au cours du 19^e siècle. Si admissible que le système proposé par M. de Muralt ait pu paraître en 1810 ou même en 1843, date de l'adoption du code pénal vaudois, M. de Muralt reconnaîtra que, depuis lors, l'état des idées a pu se modifier. (Une voix: Pas à Neuchâtel.) C'est possible, mais tout au moins à Fribourg. On reconnaît aujourd'hui, même dans le code pénal de Fribourg, ce code pénal que M. de Muralt nous a donné pour modèle et qui, en réalité, s'est lui-même largement inspiré du projet suisse, on admet aujourd'hui à Fribourg qu'il faut renoncer à la casuistique législative à laquelle M. de Muralt voudrait nous voir revenir. Le code fribourgeois parle du meurtre, de l'assassinat, de l'incitation au suicide, de l'infanticide; de parricide, il n'est plus question dans cette législation. Elle a suivi, sur ce point comme en bien d'autres, l'exemple que lui donnait le projet suisse.

Et alors, tout à l'heure, je disais, vis-à-vis de M. von Arx: N'allez pas trop loin quant à l'étendue du pouvoir que vous donnez au juge. Maintenant, je dis à M. de Muralt: Laissez au juge le pouvoir appréciateur que lui donne le projet; ne restreignez pas ce pouvoir en cherchant à tout prévoir d'avance.

En fait, le projet, avec sa division tripartite — meurtre, assassinat, meurtre par passion — est relativement simple et clair; il rend possible une juste répression des atteintes à la vie humaine; par ailleurs, il assure à la vie humaine une protection sérieuse. Je conclus donc: Tenons-nous en aux dispositions du projet, en ce qui concerne les art. 98 et 99. Ces dispositions seront suffisantes, si le juge chargé de les appliquer est lui-même suffisant.

En terminant, je tiens à dire un mot encore des remarques très sensées qui ont été faites tout à l'heure par M. Wagner.

M. Wagner a adressé au projet de la commission, en ce qui concerne l'art. 99, des critiques qui ne sont certes pas sans fondement. J'ai dit moi-même dans

mon rapport d'hier que ce texte n'est pas la perfection, que c'est un compromis, mais qu'il est en définitive meilleur que la définition traditionnelle qui se borne à tabler sur la préméditation. M. Wagner est d'accord avec moi; j'en suis heureux. Je dois dire cependant, parce que M. le conseiller fédéral Häberlin vient de me prier de le faire, que le Conseil fédéral, de son côté, renonce au texte qu'il avait proposé tout d'abord pour l'art. 99.

Vous aurez donc à vous prononcer entre le texte du Conseil fédéral, repris par M. Wagner, et le texte de la commission. Je vous signale à ce propos que le texte du Conseil fédéral a déjà passé dans le Code pénal militaire.

Il y a, enfin, une suggestion de M. Wagner que je dois combattre. Je vous demande en tous cas de ne pas renvoyer l'art. 99 à la commission. M. Wagner a eu raison de dire lui-même que cet article a été discuté à fond tant à la seconde commission d'experts que par votre commission. Il ne serait donc pratiquement pas utile de le renvoyer à la commission. Que vous adoptiez ou non la proposition de M. Wagner quant au fond, le Conseil des Etats réexaminera la question; nous verrons ensuite ce qu'il nous reste à discuter en seconde lecture.

Faites donc ce que vous voudrez quant au fond: adoptez le texte de l'art. 99 du Conseil fédéral, repris par M. Wagner, ou le texte proposé par la commission. Mais ne renvoyez pas cette question à la commission; cela ne servirait réellement à rien.

Bundesrat Häberlin: Sie erwarten wohl vom Vertreter des Bundesrates eine Erklärung, weil der bundesrätliche Vorschlag bei Art. 99 von Herrn Wagner wieder aufgenommen worden ist. Gestatten Sie mir, die Stellungnahme des Bundesrates kurz zu charakterisieren. Wir glauben, daß die Art und Weise, wie der neue Entwurf sich zu dieser ganzen Frage der Tötung stellt, die richtige ist. Wir haben uns drei Fälle vor Augen gestellt: die vorsätzliche Tötung einmal, wenn ich so sagen darf, als normalen Fall — des Verbrechers natürlich, nicht des anständigen Menschen — den Menschen, der mit Vorsatz tötet und sich regelmäßig diesen Vorsatz auch überlegt haben wird. Dieser Fall wird die große Regel sein. Das ist Art. 98. Wir setzen darauf Zuchthausstrafe von mindestens fünf Jahren; bei mildernden Umständen kann diese Strafe auf ein Jahr Zuchthaus herabgesetzt werden.

Demgegenüber haben wir den schwereren Fall des Mordes herausgehoben, den qualifizierten Fall. Nach der Fassung des Bundesrates tun wir das, indem wir bestimmte Motive nennen, die den Täter geleitet haben, und sie nebeneinander und abschließend aufführen, oder bestimmte Verhältnisse, unter welchen die Tat, vielleicht in abscheulicher Weise, vollbracht worden ist. Auch nach der Fassung der Kommission ist es ein schwerer qualifizierter Fall, aber nicht unter Nennung einer bestimmten Erscheinungsform, sondern unter Nennung des Motives, das den Richter veranlassen soll, hier strenger zu sein, nämlich der Gefährlichkeit des Täters, die aus der Erscheinungsform seiner Tat herausspringt; sie mag entweder in einer Ueberlegung seinerseits, die ihn durch ganz besondere Raffiniertheit gefährlich erscheinen läßt, oder in den besonderen Verumständungen liegen, unter denen er die Tat begangen

hat, und die sich zum großen Teil mit den Fällen decken werden, die auch im bundesrätlichen Antrag hervorgehoben waren. Hier lebenslängliches Zuchthaus.

Und als weitem Fall Art. 100: Der effektive Totschlag des Leidenschaftsblendeten, der Fall des Ueberranntwerdens eines Menschen durch seine Begierden, durch sein Temperament. Das ist ein leichter Fall, wo wir heruntergehen können bis zu Gefängnis von einem Jahr; das wäre hier das Minimum; mit der Möglichkeit der mildernden Umstände ist also der Rahmen sehr weit: er geht bis zum bedingten Strafvollzug.

Nun sind Anträge gestellt worden, die rütteln am normalen Fall: der Antrag der Herren Affolter und Konsorten. Wir wollen dem gegenüber nicht zulassen, daß beim normalen Fall, wo nun doch eben Ueberlegung vorhanden sein muß, wo das Gebot: Du sollst nicht töten, mit Ueberlegung übertreten wird, auf Gefängnis heruntergegangen werden könne oder gar auf bedingten Strafvollzug. Wir möchten das ausschalten. Wenn der Verbrecher alles andere überlegt, so soll er sich auch das Minimum von einem Jahr Zuchthaus überlegen; er hat auch dazu Zeit gehabt. Wir haben ja noch gewisse Reserven im Gesetz für diesen Fall: Wir haben die Möglichkeit der bedingten Entlassung nach der zu zwei Dritteln abgesessenen Zuchthausstrafe, nach acht Monaten ungefähr, wenn der Verurteilte sich gut hält und zeigt, daß er nicht so schlecht ist, wie es den Anschein gehabt hat. Wir haben im Hintergrund endlich die Möglichkeit der Begnadigung; das sollte genügen. Damit verlasse ich den normalen Fall.

Ich frage nun: wie soll der Fall behandelt werden, den wir als Mord charakterisieren? Soll er überhaupt mit einer bestimmten Definition herausgehoben werden oder soll ein Herausheben nur im Strafrahmen vorgesehen werden, wie das Herr von Arx tut? Er will es ja nicht etwa verunmöglichen, daß eine besonders abscheuliche Tat schwerer bestraft werde als mit 15 Jahren Zuchthaus; er will die lebenslängliche Zuchthausstrafe auch zulassen, aber ohne für den Richter einen bestimmten Tatbestand als verbindlich herauszuheben. Er will den ganzen Strafrahmen von fünf Jahren Zuchthaus bis zu lebenslänglichem Zuchthaus unter den einen Begriff der Tötung stellen — oder wie er das nennt, des Mordes. Die praktische Bedeutung dieses Antrages des Herrn von Arx wird sich hauptsächlich beim Geschworenengericht zeigen. Zu den andern Fällen, wo nur ein Strafrichter vorhanden ist, wird die Frage sich für den Staatsanwalt, für die Strafverfolgungsbehörde stellen. Für den Richter stellt sie sich nur noch in der Form: Wie soll ich nun den Mann in der Strafskala einordnen? Aber wenn Sie nun den Fall des Geschworenengerichts annehmen, dann wird der Antrag des Herrn von Arx praktisch. Nach unserer Fassung muß schon der Geschworene die Tat beurteilen und damit auch den Rahmen bestimmen, in welchem nachher bestraft werden kann. Der Geschworene, wenn er sich aussprechen muß, hat sich zu entscheiden für Tötung oder Mord und zwingt durch seine Entscheidung den Richter, entweder im untern Strafrahmen zu bleiben oder im obern Strafrahmen zu entscheiden. Wenn Sie aber den Antrag des Herrn von Arx annehmen, dann wird der Geschworene nur zu entscheiden haben über die

eine Frage: Ist ein Mord begangen worden? und dann hat der Kriminalrichter, wenn ich ihn nach meinem heimatlichen Recht so nennen darf, der von den Geschworenen geschieden zu erkennen hat, der Richter, der die Sanktion ausspricht, die ganze Skala von fünf Jahren bis zur Lebenslänglichkeit zu seiner Verfügung und fällt vielleicht ein ganz anderes Urteil, als die Geschworenen eigentlich im Auge hatten, als sie das Verdikt fällten. Das ist mir gefährlich. Das ist besonders für jene, die den Geschworenengerichten eine innere Bedeutung zuschreiben, gefährlich. Ich möchte darum persönlich nicht zustimmen.

Etwas ähnlich denkt, glaube ich, auch Herr Wagner. Er geht davon aus, daß die Fragestellung für den Geschworenen in der Fassung der Kommission schwer sei. Gewiß ist sie schwieriger als die Fragestellung nach dem bundesrätlichen Entwurf, das gebe ich ohne weiteres zu. Aber wir wollen nun eben doch nach der ganzen Auffassung des Entwurfes dem Richter die Freiheit einräumen, die Gefährlichkeit des Täters mehr nach der Gestaltung des Einzelfalles zu beurteilen, als nach ganz bestimmt vorgeschriebenen Motiven. Ich verteidige deshalb den Vorschlag des Bundesrates nicht. Ich habe mich davon überzeugt — ich darf das ja auch, denn ich war nicht Bundesrat, als der Entwurf gemacht wurde, und wenn ich dabei gewesen wäre, würde ich es mir auch nicht zur Schande anrechnen, einen Fehler einzugestehen — als mir dieses Verzeichnis der unter Mord fallenden Begriffe vorlag: Daß es falsch ist. Daß z. B. zwangsweise ein Fall als Mord erklärt wird, wo der Richter auf lebenslängliches Zuchthaus erkennen muß, wenn der Täter handelt, um die Begehung eines andern Verbrechens zu verdecken, ist unrichtig. Das kann ein außerordentlich schwerer Fall sein, ein richtiger Mordfall. Es kann aber umgekehrt den Fall geben, wo das geradezu ein Milderungsgrund ist, um den Mann glimpflicher zu behandeln. Denken Sie an einen Mann oder eine Frau in hochgeachteter gesellschaftlicher oder amtlicher, behördlicher, richterlicher Stellung, die vielleicht in der Jugend einen Fehltritt begangen haben, und die, wenn es auskommt, die gesellschaftliche oder amtliche Stellung nach der Auffassung unserer christlichen Gesellschaft einbüßen. Jemand weiß darum und übt jahrelang die ärgste Erpressung an der Person, so daß diese ihn schließlich totschießt, um das früher begangene Verbrechen zu verdecken. Wie wird sich hier der Fall darstellen? Ist das Mord, der mit lebenslänglichem Zuchthaus zu bestrafen ist? Nun, Sie zwingen geradezu den Richter, diese außerordentlich schwere Strafe auszusprechen.

So ist es vielleicht auch mit dem Kriterium der Habgier; auch da wird es praktisch nicht immer zum Mordfall langen. Ich habe mich darum überzeugt, daß es richtiger ist, dem Geschworenen wie dem Berufsrichter die Möglichkeit zu lassen, selbst zu entscheiden, was das richtige Maß sei; er urteilt aus der Tat heraus. Herr Nationalrat Wagner hat angedeutet, daß der Begriff der Gefährlichkeit wandelbar sei; er hat nach Moskau hinübergedeutet und gesagt, wer dort einen Bourgeois töte, sei ein verdienstvoller Mann, wer aber einen umbringe, der den bolschewistischen Kreisen angehört, der sei ein Mörder. Ich will das nicht untersuchen, ich glaube nur sagen zu können: wir dürfen von der Annahme

ausgehen, daß solche Anschauungen in den nächsten Jahrzehnten, für die doch unser Strafgesetzbuch geschaffen wird, noch nicht auftreten werden, weder nach der einen, noch nach der andern Seite — theoretisch wäre ja beides möglich. Ich glaube, wir werden vielmehr annehmen dürfen, daß tatsächlich die Geschworenen und auch die Berufsrichter nur in denjenigen Fällen Mord annehmen, wo ungefähr auch die Tatbestände des bundesrätlichen Antrages vorliegen, vielleicht dazu aber noch andere, an die wir nicht gedacht haben und nicht haben denken können. Da soll der Richter frei sein. So schwer ist die Fragestellung ja auch nicht. Bei den Geschworenengerichten werden wir häufig die Erscheinung haben, daß der Staatsanwalt die Frage nach Art. 99 so stellt: Hat der Täter mit einer Ueberlegung, die ihn als besonders gefährlich erscheinen läßt, gehandelt? Oder die andere Variante: Hat der Täter unter Umständen gehandelt, die ihn als besonders gefährlich erscheinen lassen? So schwierig ist die Frage für einen normal intelligenten Geschworenen denn doch nicht. Und der Verteidiger wird mit Art. 100 kommen: Hat der Täter in einer Aufwallung des Gemütes gehandelt? Das ist so das Verfahren, das ich selbst aus langer Praxis kenne, vorwiegend vom Verteidigerstandpunkt aus. Ich möchte Sie deshalb bitten, wie ich mich als Vertreter des Bundesrates überwunden habe, auch der Kommissionslösung zuzustimmen, die auch in redaktioneller Hinsicht gar nicht so schlecht ist. Würden wir, wie im französischen, das Verb etwas weiter vorn setzen und sagen: «Hat der Täter getötet unter Umständen oder mit einer Ueberlegung, die eine besondere Gefährlichkeit offenbaren» — so würde auch der deutsche Text nicht so ungelenkt aussehen.

Zum Antrag von Herrn de Muralt will ich nicht sprechen; er ist vom Herrn Referenten sehr sorgfältig besprochen worden. Ich stehe auch hier auf dem Standpunkt, daß wir die Kasuistik nach unserer ganzen Auffassung vom Gesetzentwurf möglichst vermeiden sollten. Es wird in der Regel sicherlich ungefähr so heraus kommen, wie Herr de Muralt es vorgeschlagen hat. Die Maxima werden ja gar nicht gebraucht. Wenn Sie die Kriminalstatistik einmal studieren, so sehen Sie, daß in unserem Schweizerland ungefähr 95 % aller Strafen unter dem ersten Vierteljahr Gefängnis bleiben. So ist die Praxis.

Abstimmung. — Vote.

Eventuell: — Eventuellement:

Für den Antrag der Kommissions-	mehrheit	Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit		Minderheit

Eventuell: — Eventuellement:

Für den Antrag der Kommissions-	mehrheit	Mehrheit
Für den Antrag de Muralt		Minderheit

Eventuell: — Eventuellement:

Für den Antrag der Kommissions-	mehrheit	Mehrheit
Für den Antrag Wagner		Minderheit

Definitiv: — Définitivement:

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	Mehrheit
Für den Antrag von Arx	Minderheit
Für den Antrag de Muralt, Art. 99bis	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

Art. 105—107.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 105. Treibt eine Schwangere ihre Frucht ab oder läßt sie ihre Frucht abtreiben, so wird sie mit Gefängnis bestraft.

Die Verjährung tritt in zwei Jahren ein.

Art. 106. 1. Wer einer Schwangeren mit ihrer Einwilligung die Frucht abtreibt, wer einer Schwangeren zu der Abtreibung Hilfe leistet,

wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Die Verjährung tritt in zwei Jahren ein.

2. Wer einer Schwangeren ohne ihren Willen die Frucht abtreibt, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

3. Die Strafe ist Zuchthaus nicht unter drei Jahren: wenn der Täter das Abtreiben gewerbsmäßig betreibt;

wenn die Schwangere an den Folgen der Abtreibung stirbt und der Täter diesen Ausgang voraussehen konnte.

Art. 107. Wird die Abtreibung von einem patentierten Arzte mit schriftlicher Zustimmung der Schwangeren und unter Beiziehung eines zweiten, von der zuständigen Behörde bezeichneten Arztes vorgenommen, so bleibt sie straflos, wenn sie erfolgt, um eine nicht anders abwendbare Lebensgefahr oder Gefahr dauernden schweren Schadens an der Gesundheit von der Schwangeren abzuwenden.

Ist die Schwangere nicht urteilsfähig, so ist die schriftliche Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters zur Abtreibung erforderlich.

I. Minderheit:

(Eggspühler, Grünenfelder.)

Art. 107. Streichen.

II. Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 107. Wird die Abtreibung nach dem Willen der Schwangeren oder ihres gesetzlichen Vertreters von einem patentierten Arzte vorgenommen, so bleibt sie straflos, wenn sie erfolgt, um eine nicht anders abwendbare Lebensgefahr oder Gefahr dauernden schweren Schadens an der Gesundheit von der Schwangeren abzuwenden oder wenn die Schwängerung unter den Umständen der Notzucht, der Schändung, der Unzucht mit einer Schwachsinnigen, mit einem Kinde oder der Blutschande erfolgte oder wenn der Schwängerer oder die Geschwängerte geisteskrank oder geistesschwach ist.

Art. 107bis. Wurde die Tat aus Not begangen, so kann der Richter die Strafe nach freiem Ermessen mildern (Art. 63) oder von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 105. Adhérer au projet du Conseil fédéral. (La modification ne concerne que le texte allemand.)

Art. 106. 1. Celui qui, avec le consentement d'une personne en état de grossesse, l'aura fait avorter, celui qui aura prêté assistance à une personne en état de grossesse en vue de l'avortement, sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement.

L'action pénale se prescrit par deux ans.

2. Celui qui, sans le consentement d'une personne en état de grossesse, l'aura fait avorter, sera puni de la réclusion jusqu'à dix ans.

3. La peine sera la réclusion pour trois ans au moins: si le délinquant fait métier de l'avortement; si la victime est morte des suites de l'avortement et si le délinquant avait pu prévoir ce résultat.

Art. 107. L'avortement pratiqué par un médecin diplômé avec le consentement écrit de la personne enceinte et sur avis conforme d'un second médecin désigné par l'autorité cantonale compétente n'est pas punissable s'il est opéré en vue d'écarter un danger impossible à détourner autrement et menaçant la vie de la mère, ou menaçant sa santé d'une atteinte grave et permanente.

Le consentement écrit du représentant légal devra être requis, si la mère est incapable de discernement.

I^e Minorité:

(Eggspühler, Grünenfelder.)

Art. 107. Biffer.

II^e Minorité:

(Affolter et cosignataires.)

Art. 107. L'avortement pratiqué avec le consentement de la personne enceinte ou de son représentant légal par un médecin diplômé n'est pas punissable s'il est opéré en vue d'écarter un danger impossible à détourner autrement et menaçant la vie de la mère, ou menaçant sa santé d'une atteinte grave et permanente, ou si la grossesse provient d'un viol, d'un acte sexuel commis avec une femme aliénée, idiote, faible d'esprit, inconsciente ou incapable de résistance ou avec un enfant, ou si elle provient d'un inceste, ou si le père ou la mère sont aliénés ou faibles d'esprit.

Art. 107bis. Si le délinquant était en détresse, le juge pourra atténuer librement la peine (art. 63) ou exempter le délinquant de toute peine.

Antrag Oprecht.

Straflose Unterbrechung der Schwangerschaft.

Art. 107. Wird die Schwangerschaft von ... Arztes unterbrochen, so bleibt ...

Amendement Oprecht.

Interruption non punissable de la grossesse.

Art. 107. L'interruption de la grossesse par un médecin . . . si elle est opérée en vue . . .

Eventualantrag Huber.

Zu Art. 107. Für den Fall der Verwerfung des Minderheitsantrages, Wiederherstellung der vom Bundesrat vorgeschlagenen Fassung.

Amendement éventuel Huber.

A l'art. 107. Pour le cas où l'amendement proposé par la minorité de la commission serait rejeté, reprendre le texte du Conseil fédéral.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Wohl keine Frage des Strafrechtes ist in so hohem Maße dem Wandel der Auffassungen unterworfen gewesen, und auch heute noch oder gerade heute derart umstritten, wie die Behandlung der kriminellen Abtreibung. Die mit diesem Begriff verbundenen Streitfragen sind unauzählbar. Sie reichen von der Forderung der unbedingten Bestrafung bis zur Forderung völliger Straflosigkeit. Medizinische und juristische Erwägungen gehen nebeneinander her. Religiöse Auffassungen und moralische Gesichtspunkte spielen hinein und soziale Empfindungen werden in den Streit der Meinungen hineingetragen. Wer sich in der Fülle der gewaltig angeschwollenen Literatur verliert, riskiert, dem Ansturm der Gründe und Gegengründe zu erliegen und überhaupt zu keinem Entschluß zu kommen. Das Problem wendet sich nicht nur an den klaren Verstand, sondern es geißt ans Herz und wühlt das Gefühl mächtig auf. Präsentiert sich der Fall in der Form einer gewissenlosen Ausbeutung der Notlage, so erfaßt uns Zorn und Empörung; haben wir aber ein verführtes, vor der Schande zitterndes Opfer vor uns, so empfinden wir Mitleid und Milde.

Ueber eines muß man sich bei der Beurteilung dieses wohl schwierigsten Kapitels des Strafrechts von vornherein klar sein: Auch auf diesem Gebiet liegt die Rettung nicht in der Strafgesetzgebung allein. Hat doch die größte Strenge des Gesetzes das Verbrechen der Abtreibung nicht zu beseitigen vermocht! Unendlich viel mehr kann erreicht werden durch Aufklärung und Erziehung, durch die Erhöhung der Achtung vor dem Menschenleben, durch die Bekämpfung irriger Auffassungen über die Pflichten gegenüber der Allgemeinheit und gegenüber sich selbst. Je mehr wir uns in dieses weitgreifende Problem vertiefen, desto mehr muß uns zum Bewußtsein kommen, daß unter den Kampfmitteln gegen die Abtreibung an erster Stelle die Hebung der Volksmoral steht, die zugleich auch die sicherste Grundlage der Volkskraft ist. Trotzdem kann aber die Strafbarkeit der Abtreibung nicht entbehrt werden.

Unter den Gelehrten herrscht ein großer Streit über die Frage, welches das Rechtsgut sei, das durch die Abtreibung verletzt werde. Ist es der Staat, für den man sich wehren muß? Ist es die Schwangere, oder ist es die Frucht, die geschützt werden sollen? Ich möchte sagen, ohne daß ich hier auf Einzelheiten eintreten kann, daß bei näherer Betrachtung alle die genannten Faktoren in Betracht fallen, und dies wird uns sofort klar, wenn wir das Verhalten des Einzelnen in den Rahmen der Volksgesundheit stellen.

Die Fruchtabtreibung muß als eine Versündigung an der Volkskraft aufgefaßt werden. Mit Recht sagen die Erläuterungen zum Deutschen Entwurf: «Die schweren gesundheitlichen Schäden, die eine Abtreibung für die Schwangere unter allen Umständen zur Folge hat, die Gefahren, die für die Volkskraft aus einem Umsichgreifen der Abtreibung entstehen, lassen die Forderung eines Verzichtes auf die Strafdrohung gegen die Schwangere nicht als annehmbar erscheinen.» Und unter Volkskraft ist nicht etwa zu verstehen eine zu Machtzwecken mit allen Mitteln geförderte Bevölkerungszunahme, sondern eine Volksgemeinschaft, welche den Familiensinn bewahrt, eine Generation, welche schon das keimende Leben als etwas Unantastbares achtet und welche auch die Kraft aufbringt, die Furcht vor Unannehmlichkeiten und Einschränkungen zu überwinden und das eigene Behagen jener Pflicht unterzuordnen, die ein natürliches Empfinden nun einmal dem Menschen auferlegt.

Es ist ein furchtbar ernstes Problem, das sich uns stellt und dessen äußerste Konsequenzen wir nun hier auf dem Boden des Strafrechts ziehen müssen. Ist es denn nicht wahr, was Dr. Altmann in seiner Schrift über die Abtreibung sagt? «Die Abtreibung ist immer mit einer gewissen Ueberfeinerung der Sitten und Demoralisierung des Volkes einhergegangen.» Wenn das richtig ist, so ist die Frage doch die: Dürfen wir durch die Straflosigkeit oder durch eine weitgehende Strafeinschränkung der demoralisierenden Wirkung der Abtreibung noch Vorschub leisten und zwar von Staatswegen? Denn darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß eine weitgehende Straffreiheit die Hemmungen noch mehr beseitigen und den Hang zur Bequemlichkeit fördern würde, und daß, in Verbindung mit der ohnehin zunehmenden Einschränkung der Kinderzahl, die durch die zunehmende Abtreibung bedingte Verminderung der Volkskraft nicht nur vom Standpunkt der Volksmoral, sondern auch vom rein bevölkerungsmathematischen Gesichtspunkt aus zu den größten Bedenken Anlaß geben müßte.

Mit vollem Recht steht daher der Entwurf grundsätzlich auf dem Boden der Strafbarkeit der Abtreibung. Die menschliche Frucht hat das Recht auf naturgemäße Entwicklung. Weder der Erzeuger hat das Recht des Eingriffs, noch hat es die Mutter, noch auch ein Dritter. Der Standpunkt des älteren römischen Rechts, wonach der pater familias Herr über Leben und Tod seiner Familienangehörigen, also auch des nasciturus, war, die Meinung ferner, daß die Frucht ein Teil der Mutter sei, eine pars mulieris, und daß daraus abgeleitet werden dürfe, die Mutter könne nach Belieben gebären oder aber abtreiben, ist längst aufgegeben. Noch viel weniger kann selbstverständlich dem Dritten das Recht des künstlichen Eingriffs gewährt werden. Der Grundsatz der Strafbarkeit ist unangefochten; er erhält seinen Niederschlag in den Art. 105 und 106. Die Schwangere, die abtreibt, wie auch der Dritte, der mit oder ohne Einwilligung der Schwangeren abtreibt oder der Schwangeren bei der Abtreibung behilflich ist, sind strafbar, die Schwangere selbst milder, der Dritte strenger, je nach den Umständen des Falles. Darüber bestand in der Kommission keine Meinungsverschiedenheit.

Verschiedene Auffassungen aber haben sich über die Frage ergeben, ob und inwieweit vom Grundsatz der Strafbarkeit Ausnahmen gemacht werden dürfen und sollen. Die Anträge zu Art. 107 spiegeln

diese Verschiedenheiten wieder. Auch die Beratungen in der Kommission haben ihre Geschichte. Zu zwei Malen, in der vierten Session im Jahre 1925 und in der achten Session im Jahre 1927 wurde Art. 107 eingehend beraten. Das Resultat der ersten Beratung der Kommission gab Veranlassung zu einer umfangreichen Eingabe der Schweiz. Gynäkologischen Gesellschaft und der Verbindung der Schweizer Aerzte vom 15. Juni 1927 und zu einer weitem Eingabe einer Anzahl Zürcher Richter vom 19. Mai 1927. Es sei hier von vorneherein bemerkt, daß die Eingabe der Aerzte die Beratungen der Kommission wesentlich beeinflußt hat. Die Anträge der Zürcher Richter dagegen sind mehrheitlich abgelehnt worden.

Welches sind nun die Hauptfälle, für welche die Straffreiheit der Abtreibung verlangt wird? Vorangestellt wird das Schutzinteresse der Mutter, allerdings in verschiedenen Abstufungen. Neben dem Erfordernis der Lebensgefahr der Mutter will auch dasjenige der Gesundheitsschädigung als genügend erachtet werden. Sodann wird postuliert, daß die durch ein Verbrechen an der Mutter gezeugte Frucht, die Leibesfrucht von geisteskranken oder geistesschwachen Eltern straflos soll abgetrieben werden dürfen. Es sind dies die Fälle der sogenannten medizinischen und der eugenetischen Indication, wie sie im Minderheitsantrag Affolter und Mitunterzeichner zu Art. 107 zutage treten. Dazu kommen dann noch die Fälle der sogenannten sozialen Indication, die Strafbefreiungsfälle zufolge sozialer Not, gemäß dem Minderheitsantrag zu Art. 107bis. Noch weiter geht der Antrag der Zürcher Richter, welche ganz allgemein die Abtreibung innerhalb zwei Monaten nach Ausbleiben der menses als straflos erklären wollen.

Begründet werden die weitgehenden Forderungen auf Straffreiheit mit den verschiedenartigsten Argumenten. Man beruft sich auf die öffentliche Meinung über die Bedeutung oder Bedeutungslosigkeit der Schwangerschaft der ersten Monate, auf die Auffassung, daß die Frucht kein Mensch sei, auf die sozialen Ungleichheiten, die schwankende Rechtssicherheit, auf die Gefährlichkeit der Abtreibung in den ersten Monaten, auf rassenhygienische Gründe und anderes mehr. Keiner dieser Gründe kann einer gewissenhaften Prüfung Stand halten. Unhaltbar ist vor allem die in weiten Kreisen verbreitete Annahme, daß die Frucht in den ersten Monaten noch leblos sei. Von der Befruchtung an entfaltet das Ei eine eigene Lebenstätigkeit; somit hat denn auch die Frucht von Anfang an das Recht auf naturgemäße Entwicklung und es muß die Abtreibung auch in den ersten Monaten strafbar sein. Es ist unsere Pflicht, die öffentliche Meinung, die vielfach irreführt ist, über diese Wahrheit aufzuklären. Für die Ablehnung der Auffassung der Zürcher Richter spricht übrigens auch die weitere Erwägung, daß sich die Dauer der Schwangerschaft nur schwer feststellen läßt und daß die Einräumung irgend einer Frist dazu benützt würde, sich unter allen Umständen auf sie zu berufen.

Wie aber verhält es sich mit der sogenannten medizinischen Indication, mit der aus Gründen der Erhaltung der Mutter oder einer gesunden Nachkommenschaft verlangten Straffreiheit? Auch diese Seite der Frage ruft den größten Zweifeln. Vorerst darf allgemein darauf hingewiesen werden, daß sowohl in der Beurteilung der Schwangerschaftsfolgen als auch in der Frage der Vererbung von Krankheiten und Ge-

brechen eine Abklärung noch nicht besteht. Wie oft schon haben in schweren Fällen der Schwangerschaft alle Voraussetzungen und Vermutungen fehl geschlagen! Mit aller Bestimmtheit erklärt in dieser Beziehung die Eingabe der Schweizerärzte: «Solange die Vererbungswissenschaft uns nicht mit einiger Bestimmtheit Auskunft zu geben vermag über die mutmaßliche körperliche oder geistige Gefährdung des nasciturus, können wir uns zu einem Eingriff aus rassenhygienischen Gründen nicht entschließen.» Diese kategorische Aeußerung aus fachmännischen Kreisen muß für den Gesetzgeber maßgebend sein.

Diese Unsicherheit auf medizinischem Gebiete stellt uns aber noch eine andere Gefahr deutlich vor Augen: Die nicht wegzuleugnende Gefahr des Mißbrauchs zu einer immer weitergehenden medizinischen Indication, zu einem Willfahren in Fällen, die sicher jenseits der ohnehin schon unsichern Grenze liegen, zu einer wechselseitig unheilvollen Beeinflussung aus Gründen der Bequemlichkeit einerseits und des lockenden Gelderwerbs andererseits. Nichts anderes als ein Ausfluß dieser Befürchtung ist es, wenn unsere Kommission die Zuziehung eines zweiten Arztes und zwar eines von der zuständigen Behörde bezeichneten Arztes verlangt. Darin liegt eine mehrfache Schutzbestimmung, eine solche für den Arzt, der seinerseits gedeckt ist, aber auch eine weitere für die Schwangere, welche die Garantie haben soll, daß nur im Falle der absoluten Notwendigkeit der schwerwiegende Eingriff vorgenommen wird. Denn verfehlt wäre es, anzunehmen, daß der Eingriff für die Mutter unter allen Umständen eine Wohltat sei. Vielleicht ist er es momentan, nicht aber dauernd. Denn es darf nicht verschwiegen werden, daß jeder künstliche Eingriff eine Gefahr für die Mutter bedeutet, nicht nur in physischer, sondern auch psychischer Beziehung. Es läßt sich gar nicht ausdenken, wie groß das Maß der Reue ist, die — eingestandenermaßen und uneingestanden — an solche dem Wesen der Mutter widersprechende Eingriffe sich angeschlossen hat und wie viel Mutterglück und Eltern Glück aus vermeintlich notwendiger Rücksicht und Vorsorge vernichtet worden ist. Grundlose Furcht oder aber Druck von außen — sie können eine Gemütsstimmung erzeugen, die zu verzweifelten Mitteln Zuflucht nimmt. Wie oft aber könnte diese Stimmung behoben werden, wenn der Arzt, dessen erste Pflicht die Erhaltung von Mutter und Kind ist, als wahrer Berater und Helfer ins Vertrauen gezogen würde. Ich halte dafür, daß diejenigen, welche der möglichsten Erleichterung der Abtreibung das Wort reden, nicht nur die Volkskraft gefährden, sondern auch viel Glück und Zufriedenheit zertrümmern, unbewußt vielleicht, aber sicherlich schlecht beraten.

Ein wiederholtes eingehendes Studium der ganzen Frage, viele Besprechungen mit Aerzten und erfahrenen Männern im Dienste des Volkswohles haben in mir die Ueberzeugung verstärkt, daß der zunehmenden Tendenz der Erleichterung der Abtreibung ein starker Damm entgegengesetzt werden muß. Die Tatsache, daß das Nachgeben mit der Zeit die physischen und moralischen Kräfte des Volkes mehr und mehr schwächen müßte, zwingt uns zu dieser Haltung, gibt uns aber auch das Recht, unsere Meinung laut und vernehmlich vor aller Öffentlichkeit auszusprechen. Der Gesetzgeber selbst aber trägt eine gewaltige Verantwortlichkeit. Zum Schutze der mensch-

lichen Gesellschaft soll unser Gesetz erlassen werden. Und in diesem Kapitel über die Abtreibung stehen wir vor einer Frage, in welcher die Verantwortlichkeit des Gesetzgebers von geradezu unberechenbarer Tragweite ist. Hier wird das Strafgesetz zum Wegweiser in einer Schicksalsfrage ersten Ranges, in einer Frage, welche die Interessen der Volksmoral, des Staates, der Eltern und des Kindes, der Religion und der Kultur gesamthaft umfaßt, zum Führer in einer Frage, welche die letzten Probleme menschlichen Seins und menschlicher Bestimmung in sich schließt. Deshalb wollen Sie mir gestatten, daß ich dieses Kapitel eingehender behandle, als manches der andern, rechtlich vielleicht nicht weniger interessanten Gebiete.

Wenn ich von einer hohen Auffassung über die Auffassung des Strafgesetzgebers ausgehe, so weiß ich sehr wohl, daß es eine Meinung gibt, welche erklärt, das nütze ja doch alles nichts. Gesetz hin, Gesetz her, werde eben die Entwicklung im Sinne der Freiheit ihren Lauf nehmen, und wenn man den ärztlichen Eingriff nicht erlaube, so werde man sich eben auf Schleichwegen zu helfen wissen und dann auch alle jene Gefahren in den Kauf nehmen müssen, die der Laienabort mit sich bringt. Sicherlich ist nicht zu bestreiten, daß die Furcht vor Strafe für die Verhinderung der Abtreibung nicht ausschlaggebend ist und daß die natürliche Scheu vor dem Arzt und die Aussicht auf dessen ablehnende Haltung manche Frauen und Töchter jenen gewissenlosen Ausbeutern und Betrügnern zuführen, die selbst in Fällen, in denen eine Schwangerschaft überhaupt nicht besteht, ihre Opfer den größten Gefahren aussetzen. Aber eben so sicher ist, daß mit einer weitgehenden Erleichterung der Abtreibung, etwa im Sinne der Minderheitsanträge Affolter und Mitunterzeichner, die nicht durch zwingende Gründe gerechtfertigten Aborte gewaltig zunehmen und daß trotzdem die Laienaborte nicht aus der Welt geschafft würden. Zu groß ist das Bedürfnis nach Heimlichkeit, ganz abgesehen von der Kostenfrage, die sicherlich in vielen Fällen ebenfalls eine Rolle spielt. Zudem muß gesagt werden, daß die Gefahr der Heimlichkeit noch keine Begründung dafür sein kann, eine an sich strafbare Handlung schließlich als erlaubt zu erklären.

Und nun die soziale Indication: Die Zulassung der Abtreibung in Fällen sozialer Not, wie sie die Minderheit in Art. 107bis postuliert. Milderung der Strafe nach freiem Ermessen soll eintreten, ja sogar Strafbefreiung! Es ist gewiß niemand unter uns, der sich nicht in die Lage einer Mutter zu versetzen vermöchte, deren Ehemann vielleicht ein Lump ist, und die nicht weiß, wo sie das zu gebärende Kind hinlegen, wie sie es ernähren soll. Wo aber ist, so möchte ich fragen, die Grenze der Not? Wo bei der ehelichen Mutter! Wo bei der ledigen Frauensperson, die in Stellung ist? Und in wie vielen Fällen würde die Aussicht auf straffreie Abtreibung noch die letzten Hemmungen gegen Zügellosigkeit und Verführung beseitigen! Es liegt mir ferne, hier irgendwie zu polemisieren. Zu ernst ist diese Frage vom Standpunkt der Volksgesittung aus. Aber es will mir doch scheinen, daß diejenigen, welche den Aufstieg des Proletariates als Ziel auf ihre Fahne geschrieben haben, mit der sozialen Indication den falschen Weg beschreiten und daß wir alle, die wir an der Sozialfürsorge arbeiten, uns eine Ehre daraus machen müssen, Zustände

zu schaffen, die uns der Pflicht entheben, die soziale Lage durch die Straffreiheit der Abtreibung zu korrigieren. Und ist es nicht wahr, so möchte ich fragen, daß vielfach gerade aus den ärmsten Verhältnissen heraus Kinder zur Welt gebracht und unter Entbehrungen erzogen worden sind, welche die größten Kulturwerke geschaffen und der Welt den Weg zum Fortschritt gewiesen haben? Wie, wenn jene Mütter, die kommende Last fürchtend, den Neigungen der Schwäche und Bequemlichkeit Folge gegeben hätten? Nein, wenn eine Indication zu verwerfen ist, so ist es die soziale, weil sie der Entwicklung der gesunden Volkskraft in die Zügel greift.

Mit den Aerzten steht die Mehrheit der Kommission auf dem Boden, daß nur die Gefahr für das Leben oder für die dauernde Gesundheit der Mutter einen künstlichen Eingriff rechtfertigt. Lassen außerordentliche Vorkommnisse, wie Notzucht oder andere Verbrechen eine psychische, die Gesundheit dauernd gefährdende Einwirkung auf die Mutter befürchten, so wird auch in diesen Fällen der Eingriff straflos erfolgen können. In dieser Beziehung steht das Urteil den Aerzten zu, welche das Maß der Gefährdung einzuschätzen haben.

Wie verhält es sich aber mit den Strafen? Im Strafmaß offenbart das Gesetz Milde und Strenge. Ist es die Mutter, die abtreibt oder sich die Frucht abtreiben läßt, so wird sie mit Gefängnis bestraft. Liegen mildernde Umstände vor, so kann der Richter die Strafe ermäßigen. Mildernde Umstände sind: Schwere Bedrängnis, Veranlassung durch eine Person, welcher der Täter Gehorsam schuldig ist oder von der er abhängig ist. So werden die Hauptfälle, in denen Mitleid am Platze ist, der Milderung teilhaftig werden: Die in armseligen Verhältnissen lebende Ehefrau, die Angestellte, die Dienstmagd. Und welches ist die gemilderte Strafe? Statt Gefängnis kann auf Haft oder Buße erkannt werden und außerdem steht ja die Möglichkeit des bedingten Strafvollzuges offen. Nicht die bedauernswerten Opfer der Verhältnisse trifft die volle Schwere des Gesetzes, sondern die gewissenlosen, herzlosen und gewerbsmäßigen Abtreiber, welche die Notlage ausnützen.

Man wird nun vielleicht einwenden, daß von der geringen, milderungsfähigen Strafe des Entwurfs bis zur Milderung nach freiem Ermessen und zur Straffreiheit nur ein kleiner Schritt sei und daß man diesen wagen sollte. Gewiß, rein formell und theoretisch gesprochen ist der Unterschied der Strafe nicht mehr groß. Aber nicht darauf kommt es an, nicht das Strafmaß ist das Ausschlaggebende, sondern das Schwergewicht liegt in der Frage: Straffälligkeit oder Straffreiheit. Ich möchte hier unterstreichen, was Frau Dr. Elise Ulich-Beil anlässlich der Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine im Jahre 1925 ausgeführt hat: « Wenn wir trotz alledem nicht den Weg der Freigabe befürworten, sondern an der prinzipiellen Strafbarkeit der Abtreibung festhalten, so tun wir das aus der Ueberzeugung, daß das Strafrecht ja nicht nur um der Erfassung der einzelnen Straftaten willen da ist, sondern zugleich für ein Volk die grobe, aber doch deutliche Verbotstafel darstellt. diesen Inhalt in seiner Seele eingetragen werden soll. Diese Schrift möchten wir nicht auslöschen. Denn, wenn wir auch wissen, daß Hunderttausende sich über die Schranken glatt hinwegsetzen, so besteht doch eine ziemlich große Wahrscheinlichkeit dafür, daß hun-

dertausend andere das Verbot noch respektieren, und auch für diejenigen, die sich darüber hinweggesetzt haben, bleibt es bestehen als ein Zeichen, dem sie zwar widersprochen, mit dem sie aber sich doch immerhin eines Tages auseinandersetzen haben.»

Sollen wir Männer nicht auf solche Frauenworte hören? Ich denke, wenn irgendwo, so soll es auf diesem Gebiete geschehen, auf welchem das natürliche Empfinden der ehrbaren, ihrer Pflichten gegen die Gesamtheit und gegen sich selbst bewußten Frau am allerbesten die Richtlinie zu geben vermag. Wir werden anlässlich der Behandlung der Sittlichkeitsdelikte der Eingabe der Schweizerischen Frauenvereine beider Konfessionen einen breiten Raum einräumen. In diesem Zusammenhang wollen wir die kürzlich dem Rate unterbreitete Eingabe des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes erwähnen, welche uns in knapper Form die Vorschläge dieser Organisationen zu den Vergehen gegen Leib und Leben und gegen die Sittlichkeit unterbreitet. In bezug auf die Abtreibung wird die Verlängerung der Verjährungsfrist von zwei auf fünf Jahre vorgeschlagen und die gänzliche Streichung von Artikel 107 beantragt. Es deckt sich somit diese Eingabe mit dem Antrag der ersten Minderheit der Herren Dedual und Mitunterzeichner und mit den hervorragenden Ausführungen von Pfr. Franz von Streng in seiner Arbeit: «Um das Leben von Mutter und Kind.» Ich stehe nicht an, zu erklären, daß das Studium dieser Schrift jedem Leser einen tiefen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen muß. Der hohe sittliche Ernst, die religiöse Ueberzeugung, die Sachkunde und die feine Art, die uns aus dieser für das Volk geschriebenen Broschüre entgegenwehen, wirken ebenso ansprechend wie überzeugend und geradezu meisterhaft ist die Art und Weise, wie der Verfasser den Einzelnen in den Pflichtenkreis einer höhern sittlichen Ordnung hineinstellt. Solche Bücher verdienen allgemein gelesen zu werden, und wer sie liest, wird gewahr, daß die Verweisung des Menschen auf Selbstbeherrschung und Opferfreudigkeit, auf Charakter- und Willensbildung der Volkskraft in ungleich höherem Maße zu dienen vermag als das schwächliche Zurückschrecken vor unerwünschten und unbequemen Folgen.

Pfarrer von Streng ist für die völlige Ablehnung der Abtreibung, also auch dann, wenn das Leben der Mutter in Gefahr sein sollte. So sehr ich nun den Grundgedanken der von Streng'schen Schrift akzeptiere, so sehr muß ich andererseits bekennen, daß ich die Hintansetzung des Lebens der Mutter hinter dasjenige der Frucht im Mutterleibe nicht teilen kann. Dabei darf darauf hingewiesen werden, daß auch Männer wie Dr. Ludwig Altmann, die es mit dem Schutze des keimenden Lebens sehr ernst nehmen, die Auffassung bekunden, daß Leben und Gesundheit der Mutter gegenüber dem Leben des Embryos stets als die höhern Güter zu betrachten seien. Hier gilt es, sich zu entscheiden. Und wenn ich mich für das Recht der Mutter entscheide, so bin ich mir bewußt, daß diese Haltung nichts anderes ist als eine Erweiterung des Notstandsbegriffes, wie er in Art. 33 für andere Fälle der Gefahr für Leib und Leben allgemein festgesetzt ist.

Soll, so frage ich, in den übrigens seltenen und zufolge der Fortschritte der medizinischen Wissenschaft immer seltener werdenden Fällen der sichern oder höchst wahrscheinlichen Lebensgefahr der Mut-

ter das keimende Leben nicht geopfert werden dürfen? Selbst dann nicht, wenn ein ganze Familiengemeinschaft zerstört werden müßte? In dieser Frage möge ein jeder nach seinem Gewissen und seinen religiösen Anschauungen entscheiden. Ich glaube aber erwarten zu dürfen, daß diejenigen, welche der strengsten Auffassung glauben Folge geben zu müssen, eine mehrheitlich andere Entscheidung nicht als Anlaß zur Gegnerschaft gegen das Gesetz nehmen werden. Dagegen sprechen verschiedene Gründe. Einmal möchte ich darauf hinweisen, daß die bloße Streichung des Art. 107 die Straflosigkeit im Falle einer unmittelbaren, nicht anders abwendbaren Gefahr für die Mutter nicht ausschließt. Die Streichung würde auf den Notstandsartikel, Art. 33, verweisen, der vielleicht entsprechend zu ändern wäre, mit der allerdings unerfreulichen Folge, daß eine bedenkliche Unsicherheit über die Grenzen des Notstandes Platz greifen müßte. Tatsächlich hat der deutsche Entwurf von 1925 die Straflosigkeit der nach den Regeln der ärztlichen Kunst zur Rettung der Mutter erfolgten Abtreibung nicht ausdrücklich aufgenommen, sondern diese Straflosigkeit als durch die Fassung des Notstandsparagraphen gegeben erachtet, und daher bei der Abtreibung von einer Sonderbestimmung für die Aerzte abgesehen. Im Interesse der Klarheit möchten wir aber nun doch eine ausdrückliche Bestimmung wünschen.

Und dann noch eine zweite Bemerkung an die erste Kommissionsminderheit. Ist es nicht ratsam, solange es noch Zeit ist und solange nicht speziell in den Städten die Entwicklung noch bedenklichere Formen angenommen hat, die Frage gesamt Eidgenössisch zu regeln und zwar im Sinne des Art. 107 der Kommissionsvorlage? Wäre es wirklich ein eines Bundesstaates würdiger Zustand, wenn je nach den regionalen, konfessionellen und politischen Strömungen die Behandlung der Abtreibung derart auseinanderfiele, daß an einem Ort die strengsten Strafen und am andern Ort für den gleichen Fall Straflosigkeit eintreten würden? «So wichtige, die medizinische Wissenschaft, das Wohl der Menschen berührende Strafgesetze sollten doch bei einem kleinen Staatswesen einheitlich zu regeln sein, sonst müssen ja Mißbräuche einreißen.» So äußert sich der Schwyzer Arzt Joseph Dettling in seiner Dissertation über die Frage des künstlichen Abortes. In der Tat, es ist Zeit, die höchste Zeit, einmal eine klare Situation zu schaffen und ich habe die Empfindung, daß auch die katholisch-konservative Fraktion und Partei dem Gebot der Stunde folgen und unserer Lösung zustimmen sollten, gemäß welcher dann, aber auch nur dann, wenn der Arzt im Falle schwerer Gefahr für die Mutter den Eingriff vornimmt, und zwar auch das wiederum nur, wenn ein zweiter, behördlich bestimmter Arzt zustimmt, die Straflosigkeit eintreten darf.

Die Frage der Zuziehung eines zweiten Arztes und der Qualität dieses Consiliarius bildet wieder ein Kapitel für sich. Sowjetrußland ist, soviel mir bekannt, viel weiter gegangen; es hat die unentgeltliche Abtreibung in den Krankenhäusern eingeführt, soll aber inzwischen wiederum gewisse Einschränkungen vorgenommen haben. Eine Beurteilung der Wirkungen dieser Maßnahmen ist uns nicht möglich, vielleicht werden wir von anderer Seite noch darüber unterhalten. Wichtig ist bei unserer Lösung der amtliche Charakter der Prüfung und die dadurch erhöhte Sicherheit

für das Vorliegen der Voraussetzungen des Eingriffs. Speziell von katholisch-konservativer Seite sind solche Kautelen gefordert worden und die Kommissionsmehrheit hat nicht gezögert, nach dieser Richtung entgegenzukommen.

Die Frage der Garantien gegen den Mißbrauch ist in der Kommission wiederholt diskutiert worden. In der Sitzung in Zermatt ist zuerst die Anzeigepflicht des Arztes an die zuständige Behörde beschlossen worden. Diese Lösung wurde von den Aerzten als unannehmbar zurückgewiesen. Es wurde betont, daß diese Vorschrift in dringlichen Fällen undurchführbar sei und daß die Aufgabe der Diskretion zufolge der Anzeigepflicht die Hilfesuchenden wiederum den gewerbsmäßigen Abtreibern zuführen würde, die in ihrem ureigenen Interesse die Sache eben geheim halten. Dagegen erklärten sich die Aerzte bereit, einer Bestimmung zuzustimmen, welche die kantonale Sanitätsbehörde verpflichten soll, im Verein mit den ärztlichen Standesorganisationen Maßnahmen zur Vorbeugung von Mißbräuchen zu treffen. Unsere Kommission hat der Zuziehung eines zweiten Arztes zur Prüfung der Notwendigkeit der Operation den Vorzug gegeben.

Ich fasse zusammen: Die Abtreibung ist ein Verbrechen. Ein Verbrechen an der lebenden und entwicklungsfähigen Frucht. In ihrer letzten Wirkung und insbesondere in ihrer Häufung ist sie eine Veründigung an der Volkskraft. Sie widerspricht den gesunden Anschauungen über Volksmoral und Gesittung. Sie bedeutet außerdem eine Gefährdung der Mutter. Nur wo das Leben oder die Gesundheit der Mutter es unbedingt erfordern und wo die Notwendigkeit des Schutzes der Mutter durch den an und für sich strafbaren Eingriff medizinisch klargestellt ist, soll der Eingriff straflos sein. Für die medizinische Klarstellung soll durch die Pflicht der Zuziehung eines behördlich bestimmten zweiten Arztes eine Garantie geschaffen werden. Abzulehnen ist die Zulässigkeit des Eingriffs infolge einer Schwängerung unter verbrecherischen Umständen oder in Fällen, in denen, der eine oder der andere Teil geisteskrank oder geistesschwach ist oder im Falle der Not, es sei denn, daß die besonderen Umstände derart auf den Zustand der Mutter einwirken, daß ein ärztlicher Eingriff notwendig wird.

So bedeutet also die Lösung der Kommission eine Hochhaltung des Schutzes des keimenden Lebens als eines selbständigen, mit dem Recht der Entwicklung ausgestatteten Organismus. Dieser Schutz darf nur dann mißachtet werden, wenn das Leben oder die dauernde Gesundheit der Mutter ernsthaft gefährdet sind. In diesem Geist betrachtet, erweist sich die durch die Kommission ergänzte Lösung des Entwurfs als ein wohlabgewogenes Gebot unsrer Zeit. Ich empfehle Ihnen die Annahme der Anträge der Kommissionsmehrheit.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Nous abordons maintenant l'examen des art. 105 à 107 du projet du Conseil fédéral, relatifs à la question si importante et si discutée de l'avortement.

Je serai bref dans le rapport que je vais vous faire, me réservant de revenir plus tard sur les idées qui, au cours du débat, pourront être jetées dans la discussion.

Les art. 105 et 106 du projet du Conseil fédéral, qui répriment l'avortement, ont été approuvés par votre commission qui vous propose de les adopter tels quels, sous réserve d'une modification purement rédactionnelle de l'art. 106, chif. 1, al. 1.

D'après ces textes, l'avortement peut être commis:

1. par la mère elle-même (art. 105);
 2. par un tiers avec l'assentiment de la mère (art. 106, chif. 1);
 3. enfin par un tiers sans l'assentiment de la mère (art. 106, chap. 2). C'est le cas le plus grave.
- Je reprends très brièvement chacune de ces hypothèses.

1. Avortement pratiqué par la mère elle-même. Contrairement à une opinion qui a trouvé des défenseurs (voir là-dessus Motifs 1908, page 124) le projet punit la femme enceinte qui se fait avorter. La vie humaine, estime-t-il, doit être absolument protégée dès ses débuts. Mais le projet admet également que la mère doit encourir une peine moins sévère que le tiers qui pratique un avortement. Comparez les peines prévues aux art. 105 et 106. Vous verrez que celles de l'art. 105 sont sensiblement moins sévères que celles de l'art. 106. Il y a même des cas — ceux où il existe une des circonstances atténuantes de l'art. 62 — où la peine infligée à la mère qui se fait avorter pourra être très légère: un jour d'arrêts au minimum ou même une simple amende.

D'autre part, en vertu de l'art. 39 de la partie générale, la mère pourra être mise au bénéfice du sursis conditionnel à l'exécution de la peine.

Telle est la tendance générale du projet en ce qui concerne l'avortement commis par la mère elle-même. Vous le voyez, le projet n'est pas draconien.

Une minorité de la commission vous propose cependant d'aller plus loin encore dans le sens de la clémence et de dire (art. 107bis proposé par MM. Affolter et consorts): « Si le délinquant était en détresse, le juge pourra atténuer librement la peine (art. 63) ou même exempter le délinquant de toute peine. »

La majorité de la commission estime qu'une telle disposition va trop loin, d'autant plus que, d'après l'art. 61 du projet, la détresse profonde — sinon la détresse tout court — du délinquant est déjà une des circonstances atténuantes qui, en cas d'avortement pratiqué par la mère, permettent au juge de réduire la peine, comme je l'ai dit tout à l'heure, jusqu'à un jour d'arrêts ou même de n'infliger qu'une amende dont le juge fixe librement le minimum.

Nous nous prononçons donc nettement et d'emblée contre l'art. 107bis proposé par une minorité de la commission.

2. Le second cas prévu par le projet, c'est l'avortement pratiqué par une personne autre que la femme enceinte elle-même. Ici, et même quand l'avortement est pratiqué avec le consentement de la mère, la clémence est beaucoup moins indiquée que dans le cas précédent. En général, et sous réserve des cas mis à part par l'art. 107 (cas d'avortement médical dont nous parlerons tout à l'heure), le tiers qui fait avorter une femme, avec ou sans son consentement, obéit à des mobiles qui sont tout qu'élevés. Bien entendu, l'avortement pratiqué par un tiers sans le consentement de la mère est un cas particulièrement grave et c'est avec raison que l'ar-

ticle 106, chiff. 2, prévoit pour ce cas une peine plus sévère.

Remarquez encore que l'art. 106, chiff. 1, érige en délit spécial la complicité au crime d'avortement. C'est donc toujours d'après l'art. 106, chiff. 1, et non d'après l'art. 105, que devra être puni le tiers qui sert d'instrument ou d'auxiliaire à une femme qui se fait avorter. D'après le projet, cet individu n'est plus un simple complice du délit d'avortement commis par la mère; il est l'auteur du crime spécial défini à l'art. 106, chiff. 1, et il encourt la peine prévue pour ce crime.

Quant aux cas spéciaux d'aggravation prévus à l'art. 106, chiff. 3, — le délinquant fait métier de l'avortement, ou bien la victime est morte des suites de l'avortement et le délinquant avait pu prévoir ce résultat — ces cas spéciaux d'aggravation sont pleinement justifiés et ne sont contestés par personne.

La majorité de la commission vous propose donc d'adopter les art. 105 et 106 tels quels, sous réserve d'une légère modification rédactionnelle au chiff. 1 de l'art. 106. La commission vous fait ces propositions, sans d'ailleurs se bercer d'illusions sur deux points.

Tout d'abord, en matière d'avortement comme ailleurs, il faut reconnaître que si la loi fournit le moyen de poursuivre et de réprimer, elle ne fournit pas le moyen de connaître et de prouver. Jusqu'ici, il est hélas permis de le dire, la grande majorité des avortements criminels restent impunis, non seulement chez nous, mais aussi à l'étranger. Pourquoi restent-ils impunis? Parce que la justice ignore la plupart des cas d'avortement qui se produisent. Que faut-il en conclure? Ceci: — et c'est la seconde constatation que je dois faire ici: si la répression constitue l'un des modes de la lutte contre l'avortement, et un mode nécessaire, elle n'en est assurément ni le seul, ni même peut-être le plus efficace. Mise en oeuvre isolément, son action restera médiocre. C'est ici surtout, qu'on peut dire: *Quid leges sine moribus?*

En revanche, l'action répressive peut en matière d'avortement avoir une valeur réelle si, concurremment, on combat les causes profondes et complexes — causes économiques, psychologiques et morales — du mal. Il est donc essentiel qu'à côté de la répression, on place la prophylaxie. Mais ceci n'est pas du ressort du législateur pénal.

Cela dit, passons à l'art. 107 qui a donné lieu à la commission à des débats approfondis et qui, sans aucun doute, déchaînera à nouveau la discussion ici-même. Je voudrais que les indications que je vais vous donner sur cet art. 107 aient pour effet de faciliter la discussion et, peut-être, de l'abrégier si faire se peut.

Tel que le propose le projet du Conseil fédéral et tel que l'a rédigé votre commission, l'art. 107 définit en somme ce que l'on a appelé avec raison l'avortement « thérapeutique », c'est-à-dire l'avortement justifié par des nécessités médicales et qui, comme tel, doit rester impuni.

L'art. 107 déclare non punissable l'avortement reconnu nécessaire par un ou deux médecins, selon que vous prenez le texte du Conseil fédéral ou celui de la commission, en vue d'écarter un danger impossible à détourner autrement et menaçant quoi? La vie de la mère; ou quoi encore? Un danger me-

naçant la santé de la mère d'une atteinte grave ou permanente.

Deux propositions de minorité vous sont soumises à propos de ce texte. Ici encore, le texte de la commission est pris sous le feu croisé de propositions faites en sens opposé.

De ces propositions de minorité, l'une émane de certains de nos collègues catholiques qui demandent la suppression pure et simple de l'art. 107. L'autre, qui a pour auteurs certains de nos collègues socialistes de la commission, tend au contraire à élargir l'art. 107 et à multiplier les cas d'avortement non punissable.

Ces idées ayant été, les unes et les autres, discutées longuement à la commission, je crois utile de vous donner d'emblée à leur sujet les indications suivantes, qui seront naturellement complétées tout à l'heure par les orateurs des deux minorités.

La minorité socialiste, tout d'abord, veut élargir l'article 107 en le rédigeant d'une façon conforme, en général, à des décisions que la commission avait prises tout d'abord, en août 1925, à Zermatt.

Autrement dit, alors que le projet du Conseil fédéral et l'art. 107, tel que la commission propose de le rédiger, déclarent non punissable seulement l'avortement justifié par une nécessité médicale (c'est-à-dire l'avortement opéré en vue d'écarter un danger menaçant la vie de la mère, ou du moins menaçant sa santé d'une atteinte grave et permanente), la minorité socialiste propose d'accorder légalement l'impunité, aussi, à toute une série d'autres cas d'avortement, savoir:

1. le cas où la grossesse provient d'un viol ou d'un inceste; puis, 2. le cas où la grossesse provient d'un acte sexuel commis avec une personne aliénée, idiote, ou faible d'esprit, inconsciente ou incapable de résistance ou avec une enfant (c'est-à-dire, je suppose, avec une jeune fille âgée de moins de 15 ans — même italienne ou tessinoise — voir art. 80 et suivants du projet).

La proposition de MM. Affolter et consorts veut enfin déclarer l'avortement non punissable 3. dans le cas où le père ou la mère sont aliénés ou faibles d'esprit.

En d'autres termes, aux cas dans lesquels l'avortement est déclaré non punissable parce qu'il est médicalement justifié pour éviter un mal jugé plus grand, parce qu'il a pour but de sauver la vie de la mère ou d'éviter une atteinte grave et permanente à la santé de la mère, la minorité socialiste propose d'ajouter divers cas de deux autres catégories, savoir: a) le cas où l'avortement serait justifié par ce qu'on a appelé une « indication juridique » — ce sont les cas où la grossesse provient d'un acte délictueux, viol ou inceste, par exemple; d'autre part b) la minorité socialiste voudrait que l'art. 107 s'appliquât également au cas où l'avortement serait motivé par l'indication dite « eugénique » ou « eugénétique », c'est-à-dire par le souci d'améliorer la qualité de la race humaine, ou plutôt d'éviter qu'elle ne dégénère. Ainsi, dans les cas où la grossesse provient d'un acte sexuel commis avec une idiote, ou avec une enfant.

En résumé, donc, la minorité socialiste veut admettre à l'art. 107 non seulement, comme le Conseil fédéral et la majorité de la commission, l'indication « médicale », mais encore l'indication dite « juridique » et l'indication « eugénique » ou « eugénétique ».

Eh bien, ainsi que je vous l'ai rappelé tout à l'heure, une majorité s'était tout d'abord formée à la commission en faveur de ces idées. Mais immédiatement, les décisions prises dans ce sens, à Zermatt, en août 1925 — et que j'avais personnellement combattues — se sont heurtées à l'opposition très nette des gynécologues suisses les plus connus et les plus considérés.

Dans la Revue « Pro Juventute », M. le D^r Muret, professeur de gynécologie à l'Université de Lausanne, a publié une étude dans laquelle il signale les conséquences graves qu'aurait, dit-il, l'insertion de dispositions de ce genre dans le futur Code pénal suisse.

Même son de cloche, notamment, dans un article intitulé « die Frage des künstlichen Abortes » et publié, en 1925, dans la « Schweizerische Juristen-Zeitung », par le professeur D^r Alfred Labhardt, directeur de la Maternité de Bâle.

Enfin, le 15 juin 1927, la Société suisse de Gynécologie et l'Association des médecins suisses ont adressé à votre commission elle-même un mémoire qui s'élève vivement contre les décisions dites « de Zermatt » et qui conclut en disant :

« 1. Die gesundheitlichen, moralischen und sozialen Gefahren einer gänzlichen oder teilweisen Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung für die Frauenwelt rechtfertigen eine Einschränkung derselben auf strikte ärztliche Indikationen... »

« 2. Die juristischen Indikationen... (Notzucht, Blutschande oder Schändung...) wären nur insofern haltbar, als dafür einwandfreie gerichtliche Feststellungen bestehen, da der Arzt nicht in der Lage ist, über den Tatbestand solcher Verbrechen selber zu entscheiden.

« Da aber sich gewisse hieher gehörige Fälle... unter den medizinischen Indikationen einreihen lassen, dürfte es sich empfehlen, von der Aufstellung einer reinen juristischen Indikation ganz abzusehen. »

« 3. Die Anerkennung der eugenischen Indikationen... (Geisteskranken) kann ärztlicherseits so lange nicht geschehen, als der Arzt dafür keine sichere Grundlagen in Gestalt von unzweideutigen Vererbungsgesetzen besitzt. »

En effet, que connaissons-nous des lois de l'hérédité pour nous ériger, vis-à-vis d'un père ou d'une mère, en juges de l'avenir de la race ?

Le mémoire que je cite ajoute : « auch hier wird übrigens ein Teil der Fälle medizinischen Indikationen unterstehen. »

En résumé, donc, les gynécologues et les médecins suisses dont je viens de parler admettent l'indication médicale, c'est-à-dire celle qui sert de base à l'art. 107 du Conseil fédéral et de la commission. Ils se prononcent, en revanche, contre l'admission de l'indication dite juridique (avortement non punissable quand la grossesse provient d'un délit) et de l'indication dite eugénique (avortement non punissable, quand, par exemple, la mère ou le père sont des aliénés ou des faibles d'esprit).

Ainsi éclairée et, d'ailleurs, désireuse d'entrer autant que faire se peut dans les vues de nos concitoyens catholiques, votre commission, en seconde lecture, est revenue sur sa décision prise, deux ans auparavant, à Zermatt.

En août 1927, la commission a décidé de vous proposer de n'admettre l'impunité légale de l'avortement, comme dans le projet du Conseil fédéral, que

quand l'avortement a été pratiqué pour des raisons strictement médicales, c'est-à-dire — je répète la formule du projet — afin d'écartier, si aucun autre moyen ne permet de le faire, le danger qui existerait pour la vie de la mère ou la menace d'atteinte grave et permanente à sa santé.

De plus, sur des propositions faites notamment par M. Evéquoz, la commission a ajouté au texte du Conseil fédéral, les précisions suivantes, dont vous comprendrez sans peine l'importance :

Il ne suffit pas que l'avortement soit justifié par une nécessité médicale et qu'il soit pratiqué par un médecin, pour bénéficier de l'impunité; il ne suffit pas non plus qu'il ait été pratiqué avec le consentement de la personne enceinte. Il faut en outre :

1^o tout d'abord, que le médecin traitant ait, au préalable, obtenu l'avis conforme d'un second médecin, qui sera désigné par l'autorité cantonale;

2^o il faut, en second lieu, que la personne enceinte sur laquelle l'avortement doit être pratiqué, y donne son consentement par écrit;

3^o enfin, si cette personne est incapable de discernement, il faut le consentement de son représentant légal.

Tout esprit objectif reconnaîtra la valeur des garanties qu'un pareil texte donne à ceux qui pourraient redouter une interprétation abusive de l'art. 107.

Néanmoins, et comme ils l'ont déjà fait à la commission, nos collègues catholiques proposent la suppression pure et simple de l'art. 107. Ils partent de cette idée, d'ailleurs infiniment respectable — je n'ai pas besoin de le dire — que la vie humaine, même en germe, est sacrée; la loi ne devrait donc, disent-ils, prévoir aucun cas où l'avortement soit impuni.

Que nos collègues catholiques me permettent cependant de leur dire ceci : En me plaçant à leur propre point de vue, j'ai quelque peine à comprendre leur proposition de suppression de l'art. 107.

Admettons, en effet, que leur proposition soit acceptée. Quelles en seraient les conséquences immédiates ? La vie humaine en germe, la maternité, serait-elle mieux protégée ? Tout au contraire, car alors les articles 31 et 33 du projet deviendraient éventuellement applicables. L'art. 107 constitue en réalité une lex specialis qui restreint, pour l'avortement, certaines limites tracées d'une façon générale aux art. 31 et 33.

Ainsi donc, si l'art. 107 était biffé, le médecin qui fait un avortement pour sauver la vie de la mère ou préserver sa santé d'une atteinte grave et permanente, ne pourrait-il pas invoquer tout d'abord l'art. 31, d'après lequel « ne constitue pas un délit » l'acte ordonné par un devoir professionnel ?

En outre et surtout, la disparition de l'article 107 ne laisserait-elle pas subsister l'art. 33 sur l'état de nécessité ? Or, cet article est très loin de donner les mêmes garanties que l'art. 107. Celui-ci exige qu'il y ait danger menaçant la vie de la mère ou menaçant la santé de la mère d'une atteinte grave ou permanente. L'art. 33, au contraire, pourrait, si les conditions générales d'application de cet article étaient réalisées, permettre de faire avorter impunément une femme pour sauver par exemple son honneur. Est-ce là ce que veulent nos collègues catholiques ?

Se rendent-ils compte encore de ceci : L'art. 33 que leur proposition de suppression de l'art. 107

rendrait intégralement applicable à l'avortement pourrait être invoqué par n'importe qui, par des sages-femmes, par exemple et non pas seulement, comme le prévoit l'art. 107, par un ou même deux médecins (proposition de la commission).

En effet, ce que l'art. 33 ne dit pas, et ce que l'art. 107 a raison de dire, c'est que seuls les médecins diplômés pourront faire un avortement sans risquer la prison, à la condition, encore, d'après l'art. 107 tel qu'il a été adopté par votre commission, qu'un deuxième médecin désigné par l'autorité cantonale ait donné son assentiment à l'opération. Ces conditions de première importance sont totalement inconnues de l'art. 33.

L'art. 107 va donc, à certains égards, plus loin dans le sens même des idées que veulent défendre nos collègues catholiques, dans le sens de la protection de la vie de l'enfant à naître, que les art. 31 et 33. Alors, encore une fois, je ne comprends pas que nos collègues nous proposent de supprimer les garanties spéciales et sérieuses de l'art. 107, pour rendre applicable le droit commun, c'est-à-dire les articles 31 et 33.

Le vrai sens de l'art. 107, certains médecins l'ont fort bien compris, lorsqu'ils ont déclaré que cette disposition leur paraît « incompatible avec la liberté d'action du médecin, liberté qui ne doit pas être entravée pour l'avortement plus que pour n'importe quelle opération ».

Nous ne sommes pas de cet avis et c'est parce que nous voulons tracer des limites précises, pour autant que la loi peut le faire, au domaine dans lequel l'Etat renonce à punir l'avortement, que nous vous proposons d'adopter l'art. 107, tel que la majorité de la commission l'a rédigé.

J'espère donc que nos collègues catholiques, dont nous respectons la manière de voir, comprendront que, se rallier à cet art. 107, c'est obtenir dans le sens de leurs propres idées des garanties dont les priverait la suppression de cet article.

Je me permettrai de leur citer encore, en terminant, ce passage d'une remarquable étude publiée, le 1^{er} octobre 1927, dans la « Schweizerische Rundschau », par un de leurs coreligionnaires, M. le D^r Jos. Kaufmann, avocat à Zurich.

M. Kaufmann, qui recommande aux députés et aux citoyens catholiques suisses d'accepter l'article 107 proposé par la majorité de la commission, déclare ce qui suit:

« Die katholische Moral spricht sich unbedingt gegen die Erlaubtheit der absichtlichen Herbeiführung einer Fehlgeburt aus; sie kennt keine Ausnahmen, keine Indikationen. Die Kirche bestraft den Abortus mit der dem Bischof vorbehaltenen Exkommunikation latae sententiae (C. J. C. c. 2350, §1).

Der Staat hat das Recht und die Pflicht, gewisse Vergehen zu bestrafen; allein er kann unter den heutigen Umständen nicht jeden Verstoß gegen das Sittengesetz mit Strafe belegen. Im schweizerischen Strafgesetzentwurf ist in Art. 31 vorgesehen, daß das Gesetz eine Tat für straflos erklärt, die normalerweise unter die staatliche Strafnorm fallen würde. Art. 31 unterscheidet scharf zwischen 'erlaubten' und 'straflosen' Handlungen. Wenn der staatliche Gesetzgeber eine Tat lediglich als 'straflos' erklärt, so erachtet er sie nicht einmal rechtlich als erlaubt; um so weniger kann darin eine Stellungnahme zur

sittlichen Erlaubtheit liegen; Strafflosigkeit und Erlaubtheit (oder Rechtmäßigkeit) sind zwei verschiedene Begriffe... »

M. Kaufmann a raison. En renonçant à punir un acte, l'Etat ou le législateur ne se prononce en aucune manière sur la question de savoir quels sont les rapports entre cet acte et la morale. Il ne contredit pas la morale; il se prononce sur une autre question. Sans doute, la loi pénale ne doit pas prévoir une peine qui mettrait le droit en conflit avec la morale. En revanche, il est incontestable et, je crois, incontesté, que l'Etat ne doit ni ne peut punir toutes les infractions à la loi morale. Puissent ces vérités élémentaires n'être pas trop méconnues au cours du débat qui va s'ouvrir.

Je vous recommande, en définitive, d'adopter l'art. 107 tel qu'il est proposé par la majorité de la commission; ici encore, j'ai la conviction que le projet propose une solution humaine, raisonnable et qui peut rallier l'assentiment de tous les esprits de bonne foi et de bonne volonté.

Grünenfelder, Berichterstatter der I. Minderheit: Die Mitglieder unserer Kommission, soweit sie der konservativen Fraktion angehören, haben Ihnen den Antrag eingebracht, Art. 107 zu streichen. Wir stellen uns also in Gegensatz zu dem Standpunkt der Kommissionsmehrheit und insbesondere auch zu den Anträgen der sozialdemokratischen Minderheit der Kommission.

Einleitend möchte ich dem Präsidenten der Kommission den besten Dank dafür aussprechen, daß er für unsern Standpunkt durch seine gründlichen Ausführungen einen so guten Boden gelegt hat. Ich habe seinen Ausführungen entnommen, daß er seine Ueberlegungen zum Teil zurückgeführt hat auf Quellen, die auch mir zu Gebote standen. Was er in grundsätzlicher Hinsicht über die Unerlaubtheit der Abtreibung ausgeführt hat, können wir Wort für Wort nur unterstreichen. Wenn er gesagt hat, daß man wegen der Lösung der Frage, falls sie im Sinne der Kommissionsmehrheit ausfallen sollte, sich doch wenigstens nicht gegen das Gesetz als solches aussprechen sollte, muß ich allerdings bemerken, daß die Gestaltung des Gesetzes in der Frage der Frucht-abtreibung entscheidend sein wird, wie irgendeine Frage es sein kann, ob das Gesetz für uns annehmbar sei oder nicht. Aber zum vornherein muß ich sagen, daß, wenn die sozialdemokratischen Minderheitsanträge unter Art. 107 und 107bis Aufnahme fänden, wir nicht nur aus den Gesichtspunkten der Volksgesundheit und des moralischen Wohles des Volkes, sondern aus unserem Gewissen heraus verpflichtet wären, das Gesetz mit aller Kraft zu bekämpfen.

Die gegenwärtige Zeit hat schwere Probleme zu lösen. Diese sind zum Teil entstanden aus den Kriegsverhältnissen und ihren Nachwirkungen. Aber nur zum Teil; denn die Fragen, die hier im Spiele sind, gehen in die Zeit vor dem Kriege zurück, weiß man doch, daß seit Jahrzehnten in Sachen des Geburtenrückganges eine auffällige Erscheinung zutage getreten ist. Sie hat vielleicht unter den Einwirkungen des Krieges noch zugenommen. Wir wollen registrieren, daß sich im Jahre 1927 seit Jahrzehnten der tiefste Geburtenstand ergeben hat, obgleich das Volk in der Schweiz sich wesentlich vermehrt hat. Das läßt darauf schließen, daß nicht nur in Sachen

Abtreibung, sondern auch Verhütung der Konzeption massenhaft Verbrechen begangen werden. Die entscheidende Wichtigkeit dieser Frage für das eidgenössische Strafrecht ergibt sich auch daraus, daß bis jetzt sozusagen sämtliche Kantone die Abtreibung ausnahmslos als strafbar erklären und zumeist mit schweren Strafen bedrohen. Es macht einen bedenklichen Eindruck, wenn in dem Moment, wo aus sozialen Gesichtspunkten heraus verlangt wird, daß die Abtreibung für gewisse Fälle der sozialen Not straflos erklärt werde, zu konstatieren ist, daß vier Fünftel der Abtreibungen nicht in kinderreichen Familien, sondern bei kinderlosen Frauen und solchen, die ganz wenige Kinder haben, vorkommen. Es ist also nicht nur soziale Not, die entscheidet oder maßgebenden Einfluß ausübt. Es ist von Medizinern, Philosophen und Theologen übereinstimmend festgestellt worden, daß viel weniger die Nöte der Zeit an den Zuständen schuld sind, als vielmehr der mangelnde Wille zur Verantwortlichkeit, zum Opfer, zum geduldgigen Ertragen. Also sind Bequemlichkeit, Vergnügungssucht die heutigen Herodesse, die dem Kinde nach dem Leben trachten. Gewiss ist wahr, daß die sozialen Zustände viel Unheil verursachen und manches als entschuldbar erscheinen lassen. Sie sind beklagenswert und sie mögen in der Tat für manche die Ursache gewesen sein, weshalb sie zu einem Verbrechen geschritten sind. Aber diese Ursachen und diese Anschauungen mit der Abtreibung beseitigen zu wollen, ist ein Irrtum; soziale Schäden müssen mit sozialen Mitteln beseitigt werden, über deren Details wir uns jetzt nicht auszusprechen haben; aber es sei genannt: Schutz der großen Familie in der Gesetzgebung und insbesondere auch im gesellschaftlichen Leben. Wenn die Gesellschaft hier nachlässig ist und die Schäden nicht einsehen will und die wirkliche Not, trägt sie dabei mit Schuld an den Verbrechen, die begangen werden. Aber es geht so ein böser Zeitgeist durch das Volk und durch die Presse. Den Frauen wird Angst eingeflößt vor der Geburt. Das ist nicht soziale Not, nicht die Not der Person, sondern ein von außen kommender, psychologischer verdorbener Einfluß. Es ist gewiß so, daß viele Frauen begonnen haben, ihrer schönsten natürlichen Aufgabe untreu zu werden. Es ist daher höchste Zeit, wie der Herr Kommissionspräsident sehr richtig ausgeführt hat, hier zum rechten zu sehen, um so mehr, als wir beobachten müssen, wie in einzelnen Kantonen die Widerstandskraft gegenüber dieser Art von Vergehen gegen das Volkswohl bereits im Schwinden begriffen ist. Was es brauchte, in Basel den Antrag Welti nicht Gesetz werden zu lassen, das bleibt in unser aller Erinnerung. Ich bin daher in dem Punkte mit dem Herrn Kommissionspräsidenten einverstanden, wenn er sagt, daß es eine schöne Aufgabe sei für die eidgenössische Gesetzgebung, hier klares und wahres Recht zu schaffen, denn wir sehen: wenn irgendwo die Widerstände gegen dieses Verbrechen zu schwinden beginnen, so macht sich von da aus der schlechte Einfluß auch auf andere Landesteile geltend, und jene Orte werden die Zufluchtsstellen derer, die in ihrem Wohnort oder in ihrem Heimatkanton derartige Handlungen vorzunehmen oder an sich vornehmen zu lassen sich nicht getrauen würden. Aber diese Lösung muß eine klare und wahre sein, so daß das Recht zur Geltung kommt und nicht das Unrecht und das Schlechte.

Wenn es so ginge, wie der sozialdemokratische Antrag es verlangt, so würde das die Beseitigung einer Schranke bedeuten und die Herbeiführung einer Situation, die dazu führen würde, das Volkswohl, die Volksgesundheit ernstlich zu gefährden, die illegitimen geschlechtlichen Beziehungen zu fördern, weil man ja deren Folgen beseitigen kann, und damit würden Krankheiten noch mehr Verbreitung finden, die im Parlament auch schon zu reden gegeben haben: die Geschlechtskrankheiten. Ich will hier über den moralischen Schaden für das Volk gar kein Wort verlieren. Was jahrhundertlang und auch noch in den letzten Jahrzehnten unanfechtbares Erbgut war, ist heute zum Problem geworden, zuerst in den Industriezentren, dann auch in andern Gebieten. Was früher als Verbrechen galt, soll heute straflos ausgehen.

Stellen wir uns auf den Standpunkt des Naturrechtes, und gehen wir davon aus, daß der Embryo, der ins Leben gesetzte Mensch im Mutterleib ein Individuum für sich ist. « Er hat ein eigenes, von der Mutter völlig getrenntes Blut, ein eigenes Herz und Zirkulationssystem; sein Stoffwechsel ist von der Mutter nur insofern abhängig, als er Atmung und Nahrung durch den Fruchtkuchen erhält », sagt Labhardt. Wenn wir feststellen, daß er ein eigener Organismus ist, ein menschliches Wesen, dann müssen wir auch ihm das Recht auf das Leben zuerkennen, und dieses Recht auf das Leben existiert für den Ungeborenen so gut wie für den Geborenen. Es besteht kein Unterschied dem Wesen nach zwischen dem Menschen im Mutter Schoß und dem, der das Licht der Welt erblickt hat. Nur der größeren Vollkommenheit der Ausgestaltung nach bestehen Unterschiede. Aber menschliches Leben ist im einen und andern Fall vorhanden, und dieses Leben hat Anspruch darauf zu bestehen, im Mutterleib sowohl wie am Licht der Sonne; die Geburt ist nur eine Episode in der Entwicklung des Menschen.

Es ergeben sich zwei Fragen, nach denen das Problem der Abtreibung gelöst werden muß: Hat das Kind im Mutterleib eigene Existenzberechtigung und ein Recht auf das Leben? Ich bejahe das mit dem Kommissionspräsidenten und mit der medizinischen Wissenschaft. Die zweite Frage ist dann die, an der der Kommissionsmehrheitsantrag haften geblieben ist: Ist das Leben der Mutter im Recht kostbarer als das des Ungeborenen? Woher wird dieser Unterschied im Recht auf das Leben hergeleitet? Nichts als Zweckmässigkeitsgedanken waren hier bestimmend. Wenn es ein Unrecht ist, den Ungeborenen das Leben zu nehmen, dann wird die Anwendung dieses unerlaubten Mittels nicht geheiligt, auch wenn der Zweck auf der andern Seite: Rettung des Lebens der Mutter, gut sein mag. Ich berufe mich nun mangels eigener Kenntnis der medizinischen Wissenschaft außerdem auf Autoritäten, aus deren Ausführungen hervorgeht, daß das Mittel der Abtreibung überhaupt auch nicht notwendig ist; daß seine Notwendigkeit umstritten ist, hat Ihnen schon der Herr Kommissionspräsident gesagt. Wenn dies aber umstritten ist, und andererseits gesagt werden muß, daß der ungeborene Mensch das gleiche Recht auf das Leben hat, dann ergibt sich die Konsequenz, daß es kein Recht zur Abtreibung, d. h. zur Tötung des Ungeborenen gibt zugunsten der geborenen Mutter. Herr Professor Franke-Köln teilt mit, daß er

von 1885—1921 70,000 Geburtsfälle mitgemacht habe und dabei als Arzt behilflich gewesen sei, daß er aber nie eine Abtreibung vorgenommen habe. Von der Spezialität der hochgradigen Enge der Geburtswege führt er 1707 Fälle an, wovon in 802 Fällen die eigenen Naturkräfte ausreichten. In 241 Fällen wurde durch Beckenerweiterung geholfen, in 541 Fällen mußte wegen anderer Komplikationen eingegriffen werden, in 123 Fällen fand der Kaiserschnitt mit vollem Erfolge statt und Mutter und Kind blieben erhalten. Wo Operationen nötig waren, blieben die Fälle des tödlichen Verlaufes für das Kind oder die Mutter außerordentlich selten. Er führt an, daß dagegen in den Fällen, wo von anderen Aerzten wegen Enge der Geburtswege Fehlgeburten eingeleitet wurden, die Mutter nur in 72 % der Fälle am Leben blieb. Professor Kupferberg von Mainz verweist auf seine 30jährige Praxis und sagt: Es gebe allenfalls zwei Momente, bei denen man sich fragen könne, ob nicht die Abtreibung gerechtfertigt erscheine, nämlich bei dem überaus seltenen Fall des unstillbaren Erbrechen, wenn dasselbe eintritt unter Komplikationen, die erfahrungsgemäß regelmäßig den Tod herbeiführen. Aber die Zahl dieser Fälle betrage jährlich in Deutschland und Oesterreich zusammen höchstens drei. Der zweite Fall sei die Retroflexio uteri gravidæ incarcerata febrilis; solcher Fälle kämen aber in Deutschland und Oesterreich zusammen jährlich höchstens zwei vor. In allen andern Fällen müsse es gelingen, durch sachkundige Behandlung des Grundleidens die Schwangerschaft zum Austragen zu bringen oder dann bis zur künstlichen Frühgeburt weitergedeihen zu lassen. Diese künstliche Frühgeburt der lebensfähigen Frucht, die nach dem 7. Monat eingeleitet werden kann, ist selbstverständlich ein erlaubtes Mittel, weil sie zur Rettung von Mutter und Kind erfolgt. Auch Kupferberg lehnt jede prophylaktische Abtreibung absolut ab. Herr Dr. Gummert weist auf eine 25jährige ärztliche Tätigkeit, davon auf eine 7jährige Tätigkeit im Spital Essen hin und sagt, er sei bei der Geburtshilfe immer dabei gewesen, und nur ein einziges Mal sei die Mutter gestorben. Er habe grundsätzlich keine Abtreibung besorgt. «Der Versuch, Kindersegen zu verhüten», fügte er bei, «schafft tausendmal mehr Krankheits- und Todesfälle als der Kindersegen und oft ist dauernde Unfruchtbarkeit die traurige Folge.» Er kennt nicht weniger als 100 Mütter, die durch den Abortus den Tod gefunden haben, die ihn vielleicht nicht gefunden hätten, wenn dieser Abortus nicht eingeleitet worden wäre.

Man beruft sich auf die medizinische Wissenschaft, um den künstlichen Abort zu begründen. Dabei müssen wir aber Vorsicht walten lassen. Herr Professor Dr. Meyer in Tübingen weist auf folgenden Fall hin: Zwei tüchtige Aerzte, also Vertreter der Wissenschaft, hätten eine auf Tuberkulose erkrankte Frau so beurteilt, daß sie als nötig erklärten, bei ihr die Frucht abzutreiben. Sie hat das abgelehnt und sie hat in der Folge vier wackere Buben geboren. Sie ist vollkommen wohl und die Kinder gedeihen prächtig. Frau Imboden-Kaiser in St. Gallen schreibt in einer Broschüre, betitelt: «Wir sind nicht Herren über Leben und Tod», daß sie in einer Anstalt als Aerztin eine Tochter gesehen habe, die 10 Jahre als geisteskrank in der Tobzelle untergebracht und unnahbar gewesen sei. Ein aussichtsloser Fall. Dann

wurde die Tochter tuberkulös. Ueber Nacht traten bei ihr plötzlich die gesunden Sinne wiederum ein und sie sprach wie eine Normale mit gewissen Unterbrechungen von geistigen Störungen. Sie kam zu vollständig richtigem Verstand; eine Erscheinung, die man für unmöglich hielt und die außerordentlich überraschte.

Mit den Vererbungsgesetzen, um derentwillen man nach dem sozialdemokratischen Antrag die ungeborenen Kinder von Schwachsinnigen und Geisteskranken im Mutterleibe töten lassen will, ist es auch eine eigene Sache. Die Medizin sagt selbst, daß die Vererbungsgesetze noch zu wenig gründlich festgestellt seien. Es gebe wohl eine gewisse Wahrscheinlichkeit, aber niemals eine Sicherheit, daß irgend ein Ungeborener geisteskrank oder minderwertig sein werde, eine Geisteskrankheit oder Minderwertigkeit der Eltern oder der Mutter in sich tragen müsse. Wenn man aber nur wegen der Möglichkeit einer solchen Krankheit einen Ungeborenen töten lassen will, so ist das ein Abenteuer und in der Regel ein Verbrechen. Es gab Aerzte, welche erklärt und in wissenschaftlichen Diskussionen die Behauptung aufgestellt haben, daß die nach dem fünften oder sechsten Kinde Nachgeborenen einer Mutter, gewöhnlich minderwertig seien. Das war im Namen der Wissenschaft an einer Aerzteesammlung in Zürich, wenn ich nicht irre, verkündet worden. Bei jenem Anlaß wurde aber von einem Bruder unseres früheren Kollegen Bürgi darauf hingewiesen, daß dieser das 16. Kind seiner Mutter und schweizerischer Schwingerkönig und Kranzturner geworden sei.

Zahlreiche Aerzte erklären, daß die Abtreibung nicht nötig sei. Eine vielleicht größere Zahl andererseits sagt, daß man sie aus Zweckmäßigkeitsgründen doch gestatten müsse. Ueber die Notwendigkeit sind sie also uneinig. Man darf darauf hinweisen, daß gerade auf dem Gebiete der Medizin und der Naturwissenschaft schon oft Meinungen als absolut sichere Resultate der Wissenschaft kundgegeben wurden, die man nachher nach kürzerer oder längerer Zeit als absolut unzutreffend preisgeben mußte. So müssen wir bei Beurteilung der Frage der Abtreibung die Wissenschaft nicht nur befragen, sondern wir müssen gegenüber ihren Erklärungen auch skeptisch sein.

Als Nebenerscheinung nenne ich eine andere Gefahr, die mit der Abtreibungsoperation nach Labhardt und anderen immer verbunden ist. Es ist die Abtreibung der Frucht immer eine lebensgefährliche Handlung, wegen der damit verursachten Blutungen, sodann wegen der Infektionsgefahr, die mit dieser Operation ganz besonders verbunden sei und der man nur sehr schwer beikommen könne, und drittens wegen der Nebenverletzungen, die man ganz unbeabsichtigt begehen könne, auch der fähigste Arzt, weil das Auge nicht zum Operationsobjekt hinkomme.

Als allgemeine Folge der Straflöserklärung der Abtreibung müssten wir feststellen, wie ich bereits gesagt habe: es würde ein Freibrief für illegitime Geschlechtsbeziehungen geschaffen und daher auch in gewissem Maße für die sittliche Ausschweifung und Verlotterung. Die Folge wäre eine Ausdehnung der Geschlechtskrankheiten und eine Herabwürdigung der Frauen, eine vermehrte sittenlose Preisgabe und Geringschätzung der Frauen, wobei die Frau zunehmend mehr als nichts anderes denn als Gegenstand des Genusses angesehen würde.

Am Text des Kommissionsvorschlages möchte ich auch noch folgendes aussetzen. Dieser Text sagt, daß die Handlung straflos sei, wenn sie geschehe; um eine nicht anders abwendbare Gefahr abzuwenden. Die Kommission will also nur die medizinische oder therapeutische Indikation zulassen, was an sich anzuerkennen ist. Der Arzt und der Behördenarzt entscheiden aber nach ihrem individuellen Empfinden, ob eine solche Gefahr da sei. Dabei findet bei dieser Beurteilung der Notwendigkeit ein ungleicher Maßstab Anwendung. Die Antwort richtet sich nach der Einstellung der Aerzte zur Frage der Abtreibung überhaupt. Es spielt hier also immer eine große Relativität mit, sobald man die Abtreibung überhaupt nicht gänzlich verbietet. Der Gedanke sodann, daß der zweite Arzt zur Beurteilung der Unerläßlichkeit der Abtreibung beigezogen werden soll, sollte deutlicher zum Ausdruck kommen. Der zweite Arzt wird nicht zur Mittätigkeit bei der Ausführung gerufen, nachdem der behandelnde Arzt etwa schon über die grundsätzliche Zulässigkeit entschieden hat. Die gegenwärtige Fassung könnte aber zu einer gegenteiligen Auffassung Veranlassung geben, weil es bloß heißt, Straflosigkeit bestehe, wenn die Abtreibung unter Beiziehung eines zweiten Arztes vorgenommen werde. Daß Straflosigkeit nur gewährt werden darf, wenn ein patentierter Arzt die Abtreibung besorgt, soll nicht bloß zum Ausdruck bringen, daß der Arzt die Operation besser besorgen könne als die Mutter selbst oder ein Pfücher. Das wird auch noch weniger festgelegt aus Sorge um die Sicherung des ärztlichen Einkommens, sondern wegen der Beurteilung der Unerläßlichkeit der Operation im betreffenden Falle. Das sollte aber noch deutlicher zum Ausdruck kommen. Da zweifellos zwischen den Aerzten verschiedener Art Unterschiede in der Einstellung zur Abtreibung bestehen, soll der von den Behörden des Wohnortes der Schwangeren bezeichnete Arzt beigezogen werden, sonst bilden sich in den Städten Sammelpunkte des Abortus so gut wie heute.

Herr Dr. Jung in St. Gallen, der an leitender Stelle der schweizerischen gynäkologischen Gesellschaft steht, sagt, daß Art. 107 keine genügende Schranke gegen den Mißbrauch des ärztlichen Abortus bringe, wenn er auch die Aerzte nach ihrer Ansicht über Gebühr in ihrer Freiheit einschränkt. Das ist der beste Beweis dafür, daß trotz Art. 107 von Medizinern unstatthafte Abtreibungen vorgenommen werden, und damit ist die Verwerflichkeit und Unannehmbarkeit des Art. 107 festgestellt.

Es muß bei unserer Entscheidung auch noch die Frage aufgeworfen werden: Woher soll der Arzt das Recht hernehmen, nach dem sozialdemokratischen Antrag zu entscheiden, ob die Notwendigkeit der Abtreibung vorliege, weil ein Geisteskranker oder Schwachsinniger Erzeuger des zu erwartenden Kindes sei, ob die Schwängerung unter Notzucht oder Schändung stattgefunden habe. Das ist doch nicht Sache des Arztes. Vielmehr wäre notwendig, vorerst durch ein gerichtliches Urteil das Vorliegen dieser Tatsachen festzustellen zu lassen. Ueber all diese Fragen gibt uns aber der sozialdemokratische Antrag keinen Aufschluß.

Und nun zum Antrag der Kommissionmehrheit, die medizinische oder therapeutische Indikation anzuerkennen, um das Leben der Mutter zu retten, die Frage: woher nimmt man das Recht, dem Unge-

borenen das Leben abzusprechen? Lediglich durch Entscheid der Mediziner und lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen? Wie weit ist der Weg dann noch bis zu der Vorschrift, auch den geborenen Minderwertigen, den Geisteskranken, den man als unheilbar bezeichnet oder den sonst an einer unheilbaren Krankheit leidend Bezeichneten, auf die Seite zu schaffen? Die Gründe dafür waren wohl ebenso nahelegend. Und wo ist dann, wenn man einmal in das Prinzip einbricht, das Ende eines derartigen Vernichtungssystems, einer solchen Sünde gegen das Naturrecht?

Der tiefste Grund der Verwerflichkeit der künstlichen Fehlgeburt liegt gerade darin, daß sie ein Eingriff in die Schöpfung ist. Wer ist denn der Eigentümer, der unbeschränkte Herrscher über das Kind, das ungeborene wie das geborene Kind, der über dessen Leben zu verfügen berechtigt wäre? Nicht die Eltern und nicht die Mutter allein; das Werk gehört nicht dem Werkzeug der Schöpfung und Werkzeuge der Schöpfung sind die Eltern des Kindes. Das Kind besitzt das Recht zum Leben so gut wie seine Mutter, seine Eltern. Mit der Abtreibung tötet man es — aus Notwehrrecht? Die Kinder, die nichts verbrochen haben, die ohne Schuld sind an ihrem Dasein: ob der Mängel oder der Schuld der Eltern oder der gesellschaftlichen Einrichtungen, ob ihrer Kleinheit, Wehrlosigkeit? Wir sehen, daß heute diejenigen, welche sonst den Armen und Wehrlosen zu helfen sich rühmen, heute deren Vernichtung verlangen, ärger, ausgesprochener, als gegenüber den Verbrechern, für die man alle Milde im Strafgesetzbuch niederlegen will.

Die Abtreibung ist unerlaubt und deshalb abzulehnen. Jedes Zugeständnis birgt die Gefahr in sich, daß sie für das allgemeine Volkswohl von größtem Schaden und von großer Gefahr sein kann. Es ist besser, wenn ein Mensch für das Volk stirbt, als wenn das ganze Volk zugrunde geht. Zugeständnisse machen, wenn dieselben unerlaubt und gefährlich sind, ist Kurzsichtigkeit und Unrecht. Halten wir treu zu den unwandelbaren Naturgesetzen, hier zu dem Gesetz: Du sollst nicht töten!

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 6. März 1929.
Séance du matin du 6 mars 1929.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Walther.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
 Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 9 hievor. — Voir page 9 ci-devant.

Farbstein, Berichterstatter der II. Minderheit: Im Namen der Kommissionsminderheit beantrage ich Ihnen, den Art. 107 und 107bis nach der Fassung der Kommissionsminderheit zuzustimmen.

Anlässlich der Beratung des Artikels über die Todesstrafe hat Herr Kollega Dr. Hoppeler sich so ausgedrückt, als ob wir Sozialdemokraten und speziell der Sprechende, Freunde und Anhänger der Unterbrechung der Schwangerschaft an und für sich sind. Das ist unrichtig. Es ist mir ohne weiteres bekannt, mit welchen großen Gefahren eine jede Unterbrechung der Schwangerschaft verbunden ist.

Wir kämpfen für die Verbesserung des Loses des Menschen und wollen ein jedes Leben schützen. Wir werden nicht ohne weiteres, leichtsinnig das keimende Leben vernichten wollen. Wenn wir trotzdem diese Anträge gestellt haben, so sind es andere Gründe, die uns hierzu veranlassen.

Es fällt merkwürdig auf, daß Herr Kollega Dr. Grünfelder und seine Genossen und Herr Dr. Hoppeler sich dagegen ereifern, wenn eine arme Frau die Schwangerschaft unterbrechen will und damit das keimende Leben vernichtet, während dieselben Herren bei der Todesstrafe, wo es sich nicht um keimendes Leben, sondern um Menschenleben handelt, für die Todesstrafe eintreten. Wir haben im Entwurf einen Art. 116, der sich mit dem Duell befaßt. Dieser Artikel lautet: «Der Zweikampf mit Waffen wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft.» Auch wenn man jemanden im Zweikampf tötet, ist nur Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren vorgesehen. Sie werden mir zugeben, daß für alle Fälle ein *dolus eventualis* vorhanden ist. Wo ist die konservative Minderheit, die sich hier unserm Minderheitsantrag angeschlossen hätte? Wo ist die konservative Minderheit, die das Menschenleben achtet und schützen will, daß sie sich gegen diesen Zweikampfparagraphen ausgesprochen hätte? Wir haben nichts davon gelesen, wir haben nichts gehört. Wo es sich um das Standesinteresse handelt, wo die sogenannte Standesehre einer bestimmten Klasse, und zwar der begüterten, angeblich der Gebildeten, in Betracht kommt, spielt das Menschenleben nicht eine derart wichtige Rolle. Wir, die bösen Sozialdemokraten sind es, die sich gegen den Duellparagraphen aussprechen, aber die Beschützer des keimenden Lebens haben nicht den Mut aufgebracht, dazu denselben Minderheitsantrag zu Protokoll zu geben. Es mag sein, daß sie vielleicht

später im Ratssaal mit uns stimmen werden, aber einen Antrag haben sie nicht gestellt.

Sie sehen also, daß man uns nicht als Gegner des Menschenlebens bezeichnen darf. Es handelt sich bei der Abtreibung nicht um eine Frage des Strafrechts, sondern bewußt oder unbewußt spielen religiöse Momente eine Rolle. Diejenigen, die gegen eine jede Unterbrechung der Schwangerschaft sind, sind dies aus religiösen Motiven. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn sie es offen und ehrlich gesagt hätten: nach unserer religiösen Ueberzeugung ist eine Unterbrechung der Schwangerschaft unzulässig, auch wenn die schwangere Frau dabei zugrunde geht. Ich begreife derartige Momente, ich achte sie auch, ich würdige sie sogar. Die Herren begehen aber einen Fehler, wenn sie die Religion mit dem Strafrecht verkuppeln wollen, wenn sie eine Ehe zwischen Religion und Strafrecht schließen wollen. Ich glaube, das Wort stammt von Lessing: «Ich habe keine Religion aus Religion.» Ich will nicht so weit gehen, ich bin weder antireligiös, noch areligiös. Aber ich sage: die Religion hat mit dem Strafrecht nichts zu tun. Die Vertreter der Religion sollen dafür sorgen, daß die Anhänger ihrer religiösen Ansichten aus religiösen Momenten, aus religiösen Motiven gegen eine bestimmte Handlung sind. Es muß sehr schlecht um die Sache der Religion stehen, wenn der Strafrichter als Beschützer der Religion angerufen werden muß. Ueberlassen Sie die religiösen Delikte einem andern Richter, dem himmlischen Richter, und die gemeinen Verbrechen dem Strafrichter. Sie rufen aber immer das Strafrecht als Gendarmen an, um die Religion zu beschützen.

Herr Kollega Grünfelder hat sogar mit dem Naturrecht operiert. Wenn Sie, meine Herren, die Geschichte des Strafrechtes verfolgen, so werden Sie ohne weiteres sehen, daß die Naturvölker keine Ahnung hatten und haben von einer Bestrafung der Abtreibung. Sogar die alten Griechen kannten keine Strafe der Abtreibung. Aristoteles und Plato empfahlen in ihren Schriften die Abtreibung als ein Mittel der Bevölkerungspolitik. Das alte römische Recht wußte nichts von einer Bestrafung der Abtreibung. Die Bestrafung der Abtreibung ist auf das kanonische Recht zurückzuführen. Es ist das kanonische Recht, und zwar seit Tertullian, welches unter Berufung auf eine biblische Stelle die Unterbrechung der Schwangerschaft als unzulässig erklärt hat, und zwar erst nach dem 40sten Tage der Schwangerschaft. Man ging davon aus, daß die Frucht erst nach dem 40sten Tage beseelt ist. Erst seit dem Konzil vom Jahre 692 wird die Unterbrechung der Schwangerschaft als Mord angesehen.

Sie sehen also, von einem Naturrecht kann nicht die Rede sein. Weder die Naturvölker, noch die alten Griechen, noch die alten Römer haben die Unterbrechung der Schwangerschaft verpönt. Erst später, unter dem Einfluß einer biblischen Stelle, hat das kanonische Recht die Unterbrechung der Schwangerschaft als strafbar bezeichnet.

Es entsteht die Frage: welches ist der Zweck der Bestrafung der Abtreibung? Bei einer jeden Bestimmung des Strafrechtes werden Rechtsgüter in Betracht kommen, die das Strafgesetz beschützen will. Im Falle der Abtreibung wird kaum die schwangere Person an sich als das zu beschützende Rechts-

gut in Betracht fallen. Wir bestrafen nicht den Selbstmordversuch. Wir bestrafen auch nicht die Selbstverstümmelung. Wenn es einem gesunden Menschen einfallen sollte, sich ein Bein oder eine Hand abhacken zu lassen, so wird er nicht bestraft, obwohl zweifellos diese Selbstverstümmelung ein Gefährungsdelikt ist. Man kann also nicht damit operieren, es liege im Interesse der Gesundheit der Frau, daß man sie schützen wolle. Uebrigens liegen zweifellos höhere Löhne und bessere Wohnungsverhältnisse auch im Interesse der Volksgesundheit. Ich habe aber nichts davon gehört, daß man sich für bessere Löhne und für bessere Wohnungsverhältnisse ereifert, damit die Volksgesundheit geschützt wird.

Wir wollen, so sagt man, den Nasciturus, die Frucht beschützen. Ich gebe zu, in einem entwickelten Schwangerschaftsstadium, sagen wir im dritten oder vierten Monat wäre die Tötung der Frucht sehr brutal. Sie grenzt dann geradezu an Mord. Aber im ersten oder im zweiten Monat kann man sich fragen, ob die Vernichtung der Frucht mit Zuchthausstrafe bedroht werden soll. Sie wollen aus moralischen Gründen das keimende Leben schon im ersten oder im zweiten Monat der Befruchtung schützen. Das mag eine moralisch richtige Anschauung sein. Nun stelle ich aber dieser Anschauung eine andere Anschauung gegenüber und sage: die Gesellschaft darf nur dann über eine Handlung sich moralisch entrüsten und diese Handlung bestrafen, wenn sie selbst alles tut, um diese Handlung unmöglich zu machen. Ich behaupte, eine Gesellschaft, die Verhältnisse duldet, daß bestimmte Handlungen mit einer eisernen Notwendigkeit wiederkehren müssen, habe kein Recht, sich zum Richter über diese Handlung aufzuwerfen. (Sehr gut.) Es genügt nicht, wenn Herr Kollega Grünenfelder sagt, Wollust spiele hier eine Rolle. Ich werde Ihnen später Zahlen zeigen, wonach ungefähr die gleichen Prozentsätze für die unehelichen Geburten im katholischen Freiburg wie in Zürich vorkommen. Nicht die Wollust spielt dabei eine Rolle, sondern rein wirtschaftliche Verhältnisse, weil die Situation eine derartige ist, daß man entweder nicht heiraten kann, weil man die Mittel nicht hat, oder, wenn man verheiratet ist, man nicht zu viele Kinder haben darf.

Die Unterbrechung der Schwangerschaft kommt vor bei unehelichen Müttern, und bei ehelichen Müttern wo die Einkommens- und Vermögensverhältnisse sehr schlecht sind. Nach Feststellung der Vertreter der Gerichtsmedizin, so z. B. nach den Feststellungen von Straßmann und Haberda kommen zur Anzeige in überwiegender Mehrheit nur die Fälle bei ärmeren Bevölkerungsschichten. Herr Kollega Dr. Grünenfelder, der Justizdirektor des Kantons St. Gallen, kann diese Tatsache wahrscheinlich auch bestätigen, daß sehr selten reiche Leute zur Anzeige gelangen, und Herr Kollega Eggspühler als Mitglied der Anklagekammer des Kantons Aargau wird zweifelsohne auch bestätigen, daß vor den Schranken sehr selten reiche Leute wegen Abtreibung standen. Es sind in der Regel die Aermsten der Aermsten, uneheliche Mütter und eheliche Mütter in bedrängten Verhältnissen.

Vor allem ein Wort über die unehelichen Mütter. Man kann hier nicht bloß sagen, Wollust und Leichtsinns seien schuld, sonst müßte man geradezu sagen, daß ein großer Teil der Schweizerfrauen leichtsinnig

sei. Die große Zahl der unehelichen Geburten ist auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen, weil die Männer nicht die Mittel haben, um zu heiraten. In den Jahren 1876 bis 1914 schwankte die Zahl der unehelichen Geburten in der Schweiz zwischen 4000 und 4800, also täglich zwischen 11 bis 13, und in den Jahren 1914 bis 1922 zwischen 3100 und 3600; also täglich zwischen 8 und 10. Der Rückgang ist nicht auf sogenannte moralische Gründe zurückzuführen. Er ist zurückzuführen auf den Rückgang der Geburten seit der Kriegszeit überhaupt.

Sie werden sehen, daß die hilflosen, alleinstehenden Ausländerinnen einen sehr großen Prozentsatz der unehelichen Geburten aufweisen. Der Anteil der unehelichen Geburten an der Gesamtzahl der Geburten überhaupt beträgt durchschnittlich 4,2 bis 4,9%. Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Grünenfelder einen solchen großen Prozentsatz der weiblichen Bevölkerung als leichtsinnig bezeichnen will, der nur aus Wollust uneheliche Kinder zur Welt bringt! Der Prozentsatz der unehelichen Fruchtbarkeit schwankt nach Kantonen; in Zürich beträgt er 9,2%, in Bern 7,2%, in Schaffhausen als Grenzstadt 9,8%, in Baselstadt 7,7% und in Freiburg sogar noch 7,8%. Sie sehen also, Religion und Konfession spielen dabei keine Rolle. Diese Zahlen hängen zusammen mit der großen Zahl der nicht verheirateten im Alter der Gebärfähigkeit stehenden Frauen in der Schweiz. Diese Zahl betrug im Jahre 1920 500,561. Herr Präsident, meine Herren, stellen Sie sich vor: eine Zahl von über einer halben Million Frauen, die im Alter der Gebärfähigkeit sich befinden und nicht verheiratet sind! Es ist leicht, hier von Leichtsinns und Wollust zu reden. Wir Männer reagieren natürlich ab — ich meine nicht, wir hier im Nationalrat; wir sind ja alle Engel; aber die übrigen Männer reagieren ab, der eine durch außerehelichen Verkehr, der andere vielleicht dadurch, daß er sich in einer Wirtschaft gegenüber der Kellnerin erlaubt, was eine Frau sich nie erlauben würde. Wenn bei uns Männern soviel Leidenschaft angehäuft würde wie bei diesen 500,000 Frauen im gebärfähigen Alter — wer weiß, was wir getan hätten. Wir hätten wahrscheinlich nicht nur außereheliche Kinder zur Welt gebracht.

In dieser großen Zahl der Schweizerinnen dieser Altersstufe ist die Zahl der Ausländerinnen, es sind 89,445, hervorzuheben. Bei den Schweizerinnen kommen auf 100 lebend geborene 3,6 Uneheliche, bei den Ausländerinnen 13,6.

Die Zahl der Vaterschaftsprozesse ist nicht gering. Nach einer Statistik von Prof. Zürcher betrug im Kanton Zürich in den Jahren 1885—1891 der Prozentsatz der unehelichen Geburten 8,4%. Die Klägerinnen in den Vaterschaftsprozessen standen meistens im Alter von 20 bis 24 Jahren. In dem Alter sind die Frauen in einem Zustand, wo sie die Männer noch nicht kennen und sich von ihnen unter Umständen verführen lassen. Man sieht aus diesen Zahlen, daß einerseits die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Rolle spielen und andererseits es die lieben Männer sind, die später, wenn es zum Vaterschaftsprozeß kommt, die Vaterschaft abstreiten, auch wenn das Kind ein Brautkind gewesen ist.

Die Zahlen der Vaterschaftsprozesse und der außerehelichen Geburten weisen auf bestimmte wirtschaftliche Verhältnisse hin. Unter Umständen ist die Zahl der außerehelichen Geburten weniger er-

schreckend als andere Umstände, z. B. die Geschlechtskrankheiten. Auch hierbei spielen die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Rolle. Die Tatsache, daß man nicht in der Lage ist, eine Familie zu gründen, führt dazu, daß ein Teil der Männer der Prostitution nachgeht. Eine Enquête im Jahr 1920/21 hat nachgewiesen, daß auf 10,000 Personen 40 wegen Geschlechtskrankheiten in Behandlung standen und daß in diesem Jahr allein 6706 Personen Geschlechtskrankheiten erworben haben; die größte Zahl der Geschlechtskrankheiten ist bei Männern im Alter zwischen 25 und 27 Jahren nachgewiesen und bei Frauen im Alter zwischen 20 und 24 Jahren. Sie sehen also: die außerehelichen Geburten wie die Zunahme der Geschlechtskrankheiten sind auf rein wirtschaftliche Verhältnisse zurückzuführen. Wenn wir Milde verlangen für diejenigen, die die Schwangerschaft unterbrechen, so geschieht es nicht aus dem Grund, weil wir das Leben nicht achten, und nicht aus dem Grunde, weil wir das keimende Leben vernichten wollen. Die arme Mutter, die das keimende Leben vernichten will, ist selbst ein Opfer der Gesellschaft, die Gesellschaft hat gar kein Recht, sich an ihr zu rächen und nach außen zu zeigen: Seht mal, wie moralisch wir sind, wie heilig wir sind, wie fromm wir sind. Wichtiger und heiliger ist für mich das Los der armen, von der Gesellschaft unterdrückten außerehelichen Mutter, die in einer Notlage das keimende Leben vernichtet, als der Fötus im ersten oder zweiten Monat. Was haben wir aber bis jetzt für die außereheliche Mutter getan? Wir haben seit dem 1. Januar 1912 ein schweizerisches Zivilgesetzbuch, das aufgeräumt hat mit den Bestimmungen anderer Gesetze, z. B. mit dem « La recherche de la paternité est interdite ». Wie sorgen wir für die außereheliche Mutter? Die Statistik zeigt folgendes Bild: Vor dem Ende des 1. Monats sterben von männlichen ehelichen Kindern 45,19‰, von außerehelichen 78,13‰, von weiblichen ehelichen 34,13‰, von außerehelichen 65‰ oder rund zweimal soviel. Der jährliche Sterblichkeitssatz ist beim männlichen ehelichen Kinde 89‰ und beim unehelichen 153‰, beim weiblichen ehelichen 70‰ und beim weiblichen unehelichen 125‰. Das sind Zahlen, die sie in den « Schweizerischen statistischen Mitteilungen » vorfinden können.

Wenn wir einmal von den Geburten sprechen, müssen wir auch sehen, was aus denen wird, die zur Welt gekommen sind, und zwar dank den « glücklichen und goldenen » Verhältnissen, die unsere Gesellschaftsordnung schafft. Wenn Sie die Statistik verfolgen, werden Sie sehen, wie die Zahl der Selbstmörderinnen unter den Frauen zugenommen hat. In einem Zeitraum, wo die Zahl der weiblichen Bevölkerung um 43 % zugenommen hat, ist die Zahl der Selbstmörderinnen um 100 % gewachsen. Im Jahre 1901 betrug die Zahl der weiblichen Selbstmörder 132, im Jahre 1920 schon 222. Und wie ist denn das Los der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes? Das uneheliche Kind gilt als minderwertig. Es ist doch nur ein « Bastard », obwohl man sagen darf: sehr oft ist das uneheliche Kind ein Kind der Liebe, während das eheliche vielleicht ein Kind von Verhältnissen ist, wo der Ehemann die Frau wegen des Geldes geheiratet hat und nun aus lauter Trägheit sich einmal zufällig mit seiner Frau einläßt. Man darf hier schon an Shakespeares Wort erinnern: Warum

mit unecht uns brandmarken, Bastard? unecht?, die wir im heißen Diebstahl der Natur mehr Stoff empfangen und kräftigeren Feuergeist als ... im verdampften, trägen schalen Bett?

Wie stellt nun das Gesetz Mutter und Kind? Der uneheliche Vater muß zahlen, das ist alles. Typisch für die Gesellschaftsordnung, daß das Geldgeben die einzige Rolle spielt! Ein Verhältnis zwischen Vater und Kind besteht nicht, wenn er das Kind nicht anerkennt. Der Vater muß Unterhaltsbeiträge zahlen, das ist alles. Das Kind trägt nicht seinen Namen, sondern den der Mutter; ein Erbrecht steht ihm gegenüber dem Vater nicht zu. Die ganze Vaterschaft besteht darin, daß der Vater verpflichtet ist, einen bestimmten begrenzten Beitrag an die Kosten des Unterhalts und der Erziehung des Kindes zu zahlen, obwohl man sich sagen muß: Die Vaterschaft wird gutgeheißen gestützt auf eine Vermutung, gestützt auf eine *praesumptio iuris et de iure*, wenn er mit der Mutter während der 300 Tage verkehrt hat. Schließlich beruht auch die eheliche Vaterschaft nur auf einer Vermutung, auf der *praesumptio: pater est quem nuptiae demonstrant*. Warum soll der außereheliche Vater besser gestellt werden als der eheliche, wo er doch in der Regel der Verführer ist, der dann das Mädchen im Stiche gelassen hat? Wenn wir wenigstens den Mut gehabt hätten, dem außerehelichen Kind die Rechte des ehelichen Kindes einzuräumen, wenn wir den Mut gehabt hätten, der außerehelichen Mutter die Rechte einer ehelichen Mutter zu gewähren, dann hätten wir uns vielleicht noch empören können, wenn die außereheliche Mutter im ersten oder zweiten Monat die Schwangerschaft unterbricht. Wenn wir aber, wir, die die Gesetze machen, diese Gesetze zugunsten der Männer machen, haben wir kein Recht uns zu empören und zu entrüsten, wenn die arme außereheliche Mutter sich dagegen wehrt, ein außereheliches Kind zu haben.

Herr Präsident, darf ich um Verlängerung der Redezeit bitten? Es ist ausgeschlossen, während der reglementarischen Redezeit fertig zu werden.

Präsident: Ich nehme an, der Rat sei einverstanden.

Farbstein: Wir bezeichnen in der Regel die Frau als das schwache Geschlecht. Wir Männer müßten sie schützen. Wenn dann einmal dieses schwache Geschlecht vom Manne ausgebeutet und ausgenützt wird, dann kommen wir und schützen dieses schwache Geschlecht mit dem Strafgesetzbuch, mit dem Abtreibungsparagrafen, indem wir die außereheliche Mutter ins Gefängnis schicken. Ja, wir sind so milde: Wir verlangen, daß die Frau alles ertragen solle! Man erinnert sich an das Wort von Laroche-foucault: « Wir ertragen sehr leicht die schwersten Leiden, die andere erdulden ».

Wie verhält es sich mit der ehelichen Mutter? Meine Herren, wir wissen alle, wie eine Mutter ihr Kind lieb und gern hat, wie eine Mutter ihr Kind schon im Mutterleib gern hat, wir wissen, wie glücklich eine jede Frau ist, wenn sie weiß, daß sie in Hoffnung ist — schon das Wort « in Hoffnung sein » spricht für etwas Gutes, Schönes. Wie elend muß es einer Mutter sein, wenn sie sich dazu hergibt, diese Hoffnung zu vernichten; in welcher trauriger Lage muß sie sich befinden, wenn sie sich entschließt, zum Arzt oder

gar zur Hebamme nach Genf zu fahren. Und was wollen Sie? Sie wollen dieser armen Mutter, die so leidet, die sich dazu entschließt, ihre Hoffnung, ihre Zukunft zu vernichten, helfen, indem Sie sie ins Gefängnis stürzen und erklären: Wir sind die Vertreter der Sittlichkeit, der Moral!

Sehen Sie sich einmal die Einkommensverhältnisse der gegenwärtigen Gesellschaft an, dann werden Sie anders urteilen. Ich zitiere aus dem offiziellen statistischen Jahrbuch der schweizerischen Eidgenossenschaft für 1927. Dort finden Sie folgende Zahlen: Der Durchschnittstaglohn eines Werkführers ist 16 Fr. 80, eines gelernten Arbeiters 12 Fr. 56, eines ungelerten Arbeiters 9 Fr. 89.

Wir haben noch andere Zahlen; Zahlen aus dem Kanton St. Gallen, die vielleicht Herrn Kollegen Grünenfelder interessieren, und Zahlen aus dem Kanton Zürich, die wohl Herrn Dr. Hoppeler interessieren werden. Nach der offiziellen Statistik betrug im Jahre 1920 die Zahl derjenigen, die im Kanton St. Gallen bis 1000 Fr. Einkommen versteuerten, 38,82 %, Einkommen von 3—4000 Fr. 23,83 %. Sie sehen, der größte Teil der Bevölkerung hat ein Einkommen von 3—4000 Fr. In Zürich haben wir folgende Zahlen: Bis 4000 Fr. Einkommen versteuern 46,2 %, von 4000 bis 6000 Fr. 22,9 %. Das sind die Zahlen, die ich der soeben publizierten Schrift der Zürcher Statistischen Gesellschaft zu Ehren des soziologischen Kongresses entnommen habe.

Herr Kollega Hoppeler als Arzt kennt die typische Arbeiterwohnung in Zürich, die Dreizimmerwohnung. Stellen Sie sich vor, wenn ein gelernter Arbeiter mit 12 Fr. 56 Taglohn 3, 4, 5 Kinder haben soll. Wo soll er sie hintun? Das eine Zimmer ist das Wohnzimmer, ein Zimmer das Schlafzimmer, und im dritten Zimmer müssen schon die zwei Kinder schlafen, vielleicht im Alter von 10 und 15 Jahren, vielleicht ein Bube und ein Mädchen. Herr Hoppeler als Arzt wird sagen, das sei ungesund. Was wird er sagen, wenn er in diese Wohnung kommt und in einem Schlafzimmer 4—5 Kinder findet, von denen der Bube vielleicht 15 Jahre und das Mädchen vielleicht 14 Jahre alt ist! Machen Sie doch einmal die Rechnung bei einem Lohn von 12 Fr. 56. Das macht im Jahre 3140 Fr., so viel wie mancher von uns jährlich an Taggeldern für Nationalrat und Kommissions-sitzungen einnimmt. Ziehen Sie vom Gesamtbe-trag ab die Ausgaben für Wohnung, Steuern und Krankenkasse, einen Betrag von 1200 bis 1300 Fr., so kommen Sie auf eine Summe von 1800 bis 1900 Fr. Das macht bei einer vierköpfigen Familie 1 Fr. 30 pro Tag für Essen, Trinken, Kleider und für die sogenannte Vergnügungssucht des Herrn Dr. Grünenfelder. Ist es da wirklich ein Wunder, wenn sich eine Mutter, die mit ihren Kindern unter diesen Verhältnissen leben muß, dagegen sträubt, noch ein viertes oder fünftes Kind zur Welt zu bringen? Wenn ein viertes oder fünftes Kind zur Welt kommt, muß die Familie mit 80 oder 90 Rp. täglich auskommen, also mit so viel, wie wir vielleicht für ein oder zwei Glas Bier ausgeben, wenn wir beim Jaß sitzen und von einem Gesetze sprechen, das wir zum Schutze der Mutter erlassen. Sie wollen das keimende Leben schützen! Schützen Sie vor allem das Leben selbst! Rotten Sie die wirtschaftlichen, die ungesunden

Verhältnisse aus! Rottet die Sünde aus, dann werdet Ihr keine Sünder haben!

Herr Kollega Grünenfelder und Hoppeler sehen die Schwangerschaft als einen Segen Gottes an. Ich tue das auch. Aber wenn Sie die Schwangerschaft als Segen Gottes ansehen, so sorgen Sie dafür, daß das Produkt des Segens Gottes auch von dem Segen Gottes genießen kann. Sorgen Sie dafür, daß die Genüsse des Lebens nicht nur einem kleinen Prozentsatz der Menschen zufallen, sondern allen. Aber solange wir Verhältnisse haben, unter denen die Mutter gezwungen ist, das keimende Leben beim dritten oder vierten Kinde zu vernichten, damit die zwei ersten Kinder nicht zugrunde gehen, solange haben wir kein Recht, die Unterbrechung der Schwangerschaft zu bestrafen.

Trotz dieser Ausführungen trete ich nicht für absolute Straffreiheit der Abtreibung ein. Ich schlage Ihnen Art. 107 vor, der Milde vorsehen will, wenn eine Tat aus Not begangen worden ist. Art. 107bis ist nicht zu verwechseln mit Art. 33, sondern er enthält eine ähnliche Bestimmung wie Art. 120bis. Dieser sieht vor, daß, wenn jemand aus Not etwas entwendet hat, er unter Umständen freigesprochen werden kann. Wir wollen auch hier ermöglichen, daß der Richter eine Mutter, die aus äußerster Not das keimende Leben vernichtet hat, freisprechen kann. Der Referent der Kommissionsmehrheit hat gestern erläutert, daß man sogar bei der Kindstötung Rücksicht darauf nimmt, wenn diese Tötung aus Not erfolgt ist. Warum nicht auch, wenn z. B. der Mann ein Trunkenbold ist, der sich nicht um die Familie kümmert oder wenn der Arbeitgeber einen Lohn zahlt, der ein Hungerlohn ist und die Mutter sich in dieser äußersten Not sagt: Ich kann nicht mehr; ich darf nicht mehr; ich darf kein weiteres Kind mehr zur Welt bringen, sonst würden die ersten zwei Kinder verhungern! — Wir hatten unlängst vor dem Schwurgericht in Zürich den Fall, daß die Frau eines Bundesbeamten ihre vierte Schwangerschaft unterbrochen hat. Wir alle waren der Ansicht, daß die Frau unter den besonderen Verhältnissen nicht anders handeln konnte. Wir haben ja sehr leicht darüber zu reden. Wir alle haben ein Einkommen von vielleicht 8000 oder 10,000 oder 15,000 oder 20,000 Fr. Es ist keiner unter uns, der nur ein Einkommen von 3—4000 Fr. hat. Wir urteilen über andere und sagen: Ja, Ihr mit Eurem kleinen Einkommen, Ihr sollt 4 oder 5 Kinder haben! Was ich will, ist, daß es in Fällen von äußerster Not dem Richter ermöglicht sein soll, die Mutter von Strafe freizusprechen, die in solcher Notlage abtreibt.

Wir wollen weiter in Art. 107, dass die Unterbrechung der Schwangerschaft nicht unter Strafe fallen soll in Fällen von Notzucht, Blutschande, Schändung und Geisteskrankheit. Ich mache darauf aufmerksam, daß dieser Art. 107 der ursprüngliche Beschluß der Kommissionsmehrheit in Zermatt war. Wenn ich nicht irre, war der Vater dieses Artikels Herr Kollega von Arx. Ich weiß nicht, ob er jetzt noch die Vaterschaft anerkennt oder ob deswegen er gegen sich einen Vaterschaftsprozess führen läßt. Die Kommissionsmehrheit hat später diesen Artikel fallen lassen. Wir haben ihn wieder aufgenommen. Der ursprüngliche Artikel ist von der gesamten Kommission mit Ausnahme der Konservativen angenommen worden

Was wollen wir mit diesem Artikel? Wir sagen, daß es der schwangeren Mutter gestattet sein soll, die Schwangerschaft zu unterbrechen, wenn diese auf einen Akt von Notzucht zurückzuführen ist. Notzucht liegt vor, wenn jemand vergewaltigt wird. Können Sie sich denken, daß, wenn Ihre Tochter von irgendeinem Lumpen oder Hallunken vergewaltigt worden wäre, Sie sich über dieses Produkt des Verbrechens als Enkelkind freuen würden? Der Fötus, das Produkt der Notzucht, soll geschützt werden; aber die arme vergewaltigte Mutter verdient nicht den Schutz des Gesetzes! Sie soll das Kind austragen, erziehen, das Kind, das gegen ihren Willen erzeugt wurde, und das Kind, dessen Vater sie hassen muss.

Wir verlangen weiter, daß die Unterbrechung der Schwangerschaft zulässig sein soll, wenn die Schwangerschaft auf Schändung zurückzuführen ist, d. h., wenn eine Frau in einem unbewußten Zustand, vielleicht im Schlaf oder wenn sie betäubt ist, geschwängert worden ist. Die Kommissionsmehrheit erklärt: Nein, wir wollen hier keine Unterbrechung der Schwangerschaft gestatten. Der Fötus im ersten oder zweiten Monat, der auf ein Verbrechen, auf eine Schändung zurückzuführen ist, ist ein Rechtsgut und soll geschützt werden. Die geschändete Mutter aber soll nicht geschützt werden!

Wir verlangen weiter, daß die Unterbrechung der Schwangerschaft zulässig sein soll, wenn ein Teil der Eltern geisteskrank ist. Die Kommissionsmehrheit will auch das nicht. Wer mit dem Gerichte zu tun hat, wird aus mancherlei Gutachten wissen, wie groß die Zahl der Verbrecher ist, die von Geisteskranken abstammen. Man will wiederum den Fötus im ersten oder zweiten Monat schützen, damit die Frucht, wenn sie erwachsen ist, die Gefängnisse oder die Irrenhäuser füllt. Sie haben unlängst gelesen, daß im Kanton Waadt ein Gesetz erlassen worden ist, gemäß welchem Geisteskranke unfruchtbar gemacht werden sollen, damit sie keine Kinder mehr erzeugen können. Das ist der gleiche Grundsatz, wie wir ihn vertreten. Sie wollen sogar nicht einmal gestatten, die Schwangerschaft zu unterbrechen, wenn sie auf Blutschande zurückzuführen ist. Wann kommt Blutschande in der Regel vor? Wenn irgendein verrohter Trunkenbold seine Tochter verführt. Da will die Kommissionsmehrheit, daß dieses Kind der Blutschande später auf der Welt herumlaufen soll. Also wiederum Mitleid mit dem Fötus, dem Produkt der Blutschande. Stellen Sie sich doch vor, was dieses Kind erleben muß, das sich sagt, es sei ein Produkt der Blutschande. Da kommt nun die sogenannte Gottesfurcht und erklärt: Wir wollen auch das Kind der Blutschande leben lassen.

Die Kommissionsmehrheit ist noch engherziger als der Bundesrat. Der Bundesrat hat wenigstens die medizinische Indikation gestattet wenn zwei Aerzte ein Gutachten abgeben. Der Kommissionsmehrheit genügen aber diese zwei Aerzte nicht. Sie muß noch einen offiziellen Arzt, einen Abtreibungsvogt, haben, und erst wenn dieser die Bewilligung gibt, soll die Unterbrechung der Schwangerschaft rechtmäßig sein. Diese Bestimmung ist unpraktisch und unsinnig. Denken Sie daran, daß im Gebirge eine Unterbrechung der Schwangerschaft nötig ist. Der Abtreibungsvogt ist nicht zur Stelle, er ist weiß Gott wo. Da muß man also warten, bis die Mutter zugrunde geht? Wir wissen, daß die medizinische

Indikation bei den verschiedenen Krankheiten möglich ist bei Tuberkulose, Nieren- oder Herzkrankheit usw. Soll da der Abtreibungsvogt allwissend sein? Das ist unmöglich. Da müssen Sie einen ganzen Generalstab von Abtreibungsvögten, von Spezialisten haben. Es liegt ein unbedingtes Mißtrauen gegen die Aerzte vor. Ich kenne viele Aerzte, ich weiß, daß sie nicht leichtsinnig sind, und ich kann deshalb dieses Mißtrauen nicht verstehen. Es scheint mir für die Mehrheit das Wort zu gelten: Wer selbst kein gutes Gewissen hat, traut auch den anderen nicht. Menschen mit einem schlechten Gewissen sind mißtrauisch. Ich habe nicht dieses schlechte Gewissen und habe Vertrauen zu den Aerzten. Wir wollen keinen Abtreibungsvogt. Eventuell ist der Entwurf des Bundesrates anzunehmen.

Sie kennen nun die Gründe, aus denen wir Ihnen empfehlen, die Art. 107 und 107bis in unserer Fassung anzunehmen. Wir haben einen Art. 4 der Bundesverfassung, wonach alle Schweizerbürger vor dem Gesetze gleich sind. In Wirklichkeit sind die Frauen vor dem Gesetze nicht gleich. Sie haben weder Stimm- noch Wahlrecht. Wir Männer sind es, die die Gesetze für die Frauen machen, und wie wir uns einbilden: zugunsten der Frauen, in Wirklichkeit aber gegen die Frauen. Wenn wir aber diese Vorlage sehen, wonach die Frau sogar gezwungen werden soll, ein Produkt der Schändung, der Notzucht, der Blutschande auszutragen, so muß man in Wirklichkeit die Frage aufwerfen, ob wir Männer tatsächlich die vernünftigsten Gesetzgeber sind. Es wäre vielleicht höchste Zeit, die Bundesverfassung für eine Reihe von Jahren in dem Sinne abzuändern, daß man den Männern das Stimm- und Wahlrecht entziehen und es den Frauen übertragen würde. Vielleicht würden die Frauen dann vernünftigere Bestimmungen erlassen, wenigstens nicht solche Art. 107 gemäß Kommissionsmehrheit.

Ich empfehle Ihnen, die Anträge der Kommissionsminderheit anzunehmen.

Präsident: Es sind noch 12 Redner eingeschrieben. Ich habe es als selbstverständlich betrachtet, daß Herrn Farbstein als Referent einer Minderheit die Redezeit verlängert worden ist. Es ist das ein Usus oder Abusus, daß die Herren Referenten über die reglementarische Redezeit hinaus referieren, aber ich möchte bitten, daß von den andern Rednern von einer Verlängerung der Redezeit wenn immer möglich Abstand genommen wird, damit wir in unserer Beratung vorwärts kommen.

M. Wulliamoz: Je suivrai les sages conseils de M. le président et ne vous entretiendrai que quelques minutes.

Il ne m'appartient pas de discuter des articles juridiques, mais à propos des art. 105 à 107 qui nous occupent, nous avons tous le devoir d'assurer la protection de la femme, et de cette malheureuse qui va devenir fille-mère, contre la tentation de l'avortement.

Ah! qui dira les drames poignants se déroulant dans le cœur de celle qui sent les premiers signes de la maternité lorsqu'elle est la conséquence d'une faute. L'auteur de l'acte, s'il n'est pas dénoncé, peut continuer à passer pour un honnête homme dans la

société, tandis que sa victime traverse toutes les phases du désespoir.

De là à écouter la voix diabolique, c'est bien simple : tu n'as qu'à te débarrasser de ton fardeau. Le stade est parfois vite franchi. Alors, elle se souvient d'avoir lu quelque part, dans un journal, une annonce à peu près ainsi conçue :

« Sage-femme diplômée. Reçoit des pensionnaires. Traitement par correspondance. Discrétion absolue. »

Voilà l'office séducteur.

Et qu'arrive-t-il lorsque la tentation est plus forte que le devoir ? Vous le savez : C'est le crime accompli ou, s'il reste impuni, c'est une vie entière assombrie ; mais lorsque se présentent des intoxications de l'organisme, c'est la tombe qui se creuse ou le tribunal qui ouvre ses portes.

Je me souviens, dans nos parages, quel retentissement avait provoqué le décès prématuré d'une femme victime de ces manœuvres abortives, et qu'on ne vienne pas dire que seuls les êtres dépravés succombent à cette tentation. J'en atteste pour preuve le rapport de M. Muret, professeur de gynécologie à la Faculté de médecine de Lausanne.

M. Muret s'exprime ainsi : « J'ai vu des femmes d'une très grande valeur morale céder momentanément ou définitivement à la contagion des idées ambiantes dans ce domaine et les mettre en pratique en réclamant, cas échéant, l'interruption d'une grossesse. J'en ai vu qui avaient pour excuse une situation économique difficile. »

Oserais-je demander à M. le rapporteur si, dans ce volumineux code pénal, il est prévu des sanctions contre ceux qui, par des annonces dans les journaux ou des brochures répandues, sont les vrais coupables et se livrent au métier honteux de l'avortement ? Nous avons le devoir de protéger la femme contre ces misérables en attendant le jour où peut-être elles viendront se défendre elles-mêmes dans cette salle.

Je voudrais en terminant vous rappeler quelques phrases de M. le professeur Muret quand il dit :

« Quant à la femme, qui réclame l'interruption de sa grossesse, elle a certainement droit à beaucoup d'indulgence, car elle n'est souvent pas, au début du moins, dans un état absolument normal ; souvent elle souffre moralement ou physiquement ; d'autre part, elle est peut-être abandonnée ou désespérée, elle ne sent pas encore la vie de cet enfant, dont elle sera plus tard la mère aimante ; elle croit alors avoir le droit de disposer de son propre corps et elle est la victime de cette illusion chère aux Romains de la décadence selon laquelle l'enfant est une partie de ses viscères, donc d'elle-même, et qu'elle a le droit de s'en défaire, au moins tant qu'il ne vit pas, à ce qu'elle croit, alors que l'enfant appartient en outre ou quelque peu à son père d'abord et déjà à la société dont il fera partie plus tard et qui a des lois pour le protéger. »

C'est donc sur le terrain moral et social qu'il faut surtout porter l'effort si l'on veut pouvoir escompter des résultats dans un avenir lointain.

On ne saurait méconnaître la part de la misère dans ce fléau social et la société doit tout faire pour éliminer ce facteur. Il faut pour cela protéger efficacement la femme enceinte, lui assurer le nécessaire avant et après la naissance de l'enfant, aider les familles peu aisées par des secours proportionnels au nombre des enfants. On a sans doute réalisé de notables progrès dans cette voie, mais le plus gros

effort reste encore à faire pour que chaque maternité devienne une joie et une bénédiction.

Bossi: Herr Grünenfelder hat bereits gestern in einem trefflichen Votum den Standpunkt der konservativen Kommissionsminderheit und zu gleicher Zeit unserer Fraktion auseinandergesetzt. Nachdem aber heute vormittag speziell Herr Nationalrat Farbstein hier Anschauungen auseinandergesetzt hat, die zum Glück zum großen Teil vom Schweizervolk nicht geteilt werden, so erlaube ich mir doch noch ein paar Bemerkungen zu diesem wichtigen Thema. Um gerade an ein Wort anzuschließen, das Herr Farbstein gebraucht hat, möchte ich folgendes feststellen. Herr Farbstein hat zunächst einmal erklärt, daß der Fehler der konservativen Kommissionsminderheit eigentlich darin bestehe, daß eine Verkuppelung zwischen Religion und Strafrecht stattfinde. Demgegenüber konstatiere ich in erster Linie, daß der Staat allen Grund hat, gesunde religiöse Auffassungen auch in seinem Strafrecht festzulegen und zu schützen, denn eine gesunde religiös-sittliche Auffassung eines Volkes ist die beste Grundlage eines Staates. Der englische Minister Gladstone hat seinerzeit den Anspruch getan, man dürfe die Privatmoral von der Moral, die der Staat als solcher einnehme, nicht trennen.

Herr Farbstein hat ferner darauf verwiesen, daß die alten Griechen und Römer mit bezug auf die Abtreibung keinen Schutz gewährleistet hätten. Demgegenüber verweise ich darauf, daß im alten römischen Recht bekanntlich der Satz Gültigkeit hatte: nasciturus jam nato habetur, d. h. das ungeborene Kind soll in seinem Recht dem geborenen Kinde gleichgestellt werden. Das ist das gerade Gegenteil von dem, was der Vorredner ausgeführt hat. (**Zuruf:** Zivilrecht.) Recht ist Recht. Es ist damit anerkannt, daß das ungeborene Kind gleich wie das Kind gehalten werden soll. Es ist auch nicht richtig, daß nur das kanonische Recht später diesen Schutz übernommen hat, sondern das germanische Recht seit der Carolina hat je und je diesen Standpunkt eingenommen und den Schutz des ungeborenen Kindes postuliert. Wenn übrigens Herr Farbstein konstatiert, daß dieser Schutz bei den alten Griechen nicht stattgefunden habe, so verweise ich darauf, daß bekanntlich die alten Spartaner ihre Kinder ausgesetzt haben, soweit sie nach ihrer Auffassung nicht lebensfähig waren. Ich denke, Herr Farbstein und seine Kollegen wollen nicht mehr zu diesem Standpunkt zurückkehren. Glücklicherweise haben wir unter dem Christentum doch gewisse Fortschritte gegenüber dem Heidentum gemacht. Diese Fortschritte sollen auch bei der Frage der Abtreibung zur Geltung kommen.

Ich gehe von dem Satz aus, den der berühmte Rechtslehrer Binding in seinem Strafrecht niedergelegt hat, nämlich vom Worte: « Es gibt kein Menschenleben ohne Rechtsschutz mehr. » Das Strafrecht soll die höchsten Güter des Menschen gegen willkürliche Angriffe schützen. Das wertvollste vom Strafrecht geschützte Gut ist aber das Leben als Voraussetzung des Daseins und der Entwicklung der Persönlichkeit. Das Menschenleben ist die alles überragende Schicksalsfrage des Menschengeschlechtes. Wenn unser modernes Rechtsgefühl mit Recht sich dagegen, d. h. gegen eine ungleiche Behandlung der Menschen aufrafft, so müssen wir sagen, daß die

Konsequenz dann auch die ist, daß man auch vor dem ungeborenen Kind nicht Halt machen darf.

Die neuere Medizin stellt sich übereinstimmend auf den Standpunkt, daß das Leben des Menschen nicht erst mit der Geburt beginne, sondern bereits von dem Moment der Konzeption an ein durchaus selbständiges, von der Mutter verschiedenes Individuum mit eigenen Organen, eigenem Blut und selbständigen Funktionen darstellt. Prof. Labhardt, eine Autorität auf diesem Gebiet, schreibt: «Alles, was nach Jahren den Menschen charakterisieren wird, seine körperlichen, seine psychischen, seine intellektuellen Eigenschaften, alles ist schon im kleinen Keime enthalten. Die Zerstörung eines derartigen Keimes bedeutet daher Zerstörung des Menschen und zu gleicher Zeit der Kontinuität des Lebens.» Ich habe bereits einleitend darauf verwiesen, daß das römische Recht diesen Schutz bis zu einem gewissen Grad bereits anerkannt hat und habe auch darauf verwiesen, daß das germanische Recht seit der Carolina diesen Standpunkt eingenommen hat, allerdings am schärfsten das kanonische Recht, weil es direkt den Satz geprägt hat: «Wer eine menschliche Frucht durch Abtreibung tötet, ist ein Mörder.» Ich verweise auch darauf, was übrigens bereits gestern gesagt worden ist, daß bis jetzt mit ganz wenigen Ausnahmen in den kantonalen Strafgesetzbüchern der Schutz vorbehaltlos und absolut gegenüber jeder Abtreibung gilt. Ebenso sei darauf verwiesen, daß das bisherige deutsche und das österreichische Strafgesetzbuch den Schutz gegenüber der Abtreibung vorbehaltlos anerkannt haben. Was seit Jahrhunderten als unverbrüchliches Natur- und Sittengesetz betrachtet wurde, als etwas, an dem nicht gerüttelt werden darf, ohne an die Quellen des Lebens zu rühren, das wird in erster Linie durch die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und zum Teil auch durch die Kommissionmehrheit angegriffen. Sie haben bereits gestern gehört, daß Herr von Streng, der Sohn unseres verehrten Herrn Nationalrates von Streng, ein ganz ausgezeichnetes Buch über diese Frage geschrieben hat. Eine vorzügliche Arbeit hat seinerzeit auch der Herr Gerichtspräsident Dr. Abt, von Basel, geschrieben. Ich kann nicht umhin, Ihnen einige wenige Zitate daraus zu bringen. Herr Dr. Abt, ein ausgezeichnete Jurist, sagt in erster Linie: «Das Begehren um völlige Freigabe der Abtreibung, wenigstens in den zwei bis drei ersten Monaten der Schwangerschaft, bedeutet praktisch die vollständige Wertloserklärung des kindlichen Embryos. Aus seiner Anerkennung als werdender Mensch sinkt er wieder in die Rechts- und Schutzlosigkeit eines unselbständigen Organes der Mutter zurück, er wird vogelfrei erklärt und jedes Verantwortlichkeitsgefühl ihm gegenüber ausgelöscht.» Herr Prof. Labhardt hat u. a. in der Schweiz. Juristenzeitung im Jahre 1925/26 geschrieben, daß auch in gutgeleiteten Kliniken zehnmal mehr Frauen an künstlichem Abort als an Geburten sterben. Man greift eben nicht ungestraft in die Naturgesetze ein.

Herr Farbstein hat heute vormittag in seinem Votum u. a. auf die Notwendigkeit der Abtreibung, unter Umständen mit Rücksicht auf angebliche soziale Gründe verwiesen. Darüber schreibt Herr Dr. Abt: «Das Begehren um Freigabe der Abtreibung aus sozialen Gründen wendet sich an unser Mitgefühl, besonders im Hinblick auf kinderreiche Familien, wo Löhnung und Wohnung sich diesem Kinderreich-

tum nicht anzupassen pflegen. Die Hartherzigkeit solcher Hausbesitzer, die bewußt und absichtlich ihre Wohnungen kinderreichen Familien verschließen, wird denn auch mit Recht scharf verurteilt. Allein wir werden schon etwas ernüchert, wenn wir erfahren, daß z. B. laut Statistik des Frauenspitals Basel über 70% der Frauenspersonen, die zu Abtreibungshandlungen geschritten waren, kein oder nur ein Kind ihr eigen nannten.»

Mit bezug auf die Abtreibung bei Verbrechen, also Notzucht, Blutschande usw., wird man ja ohne weiteres zugestehen müssen, daß prima vista in der Tat die Gründe, die von Herrn Farbstein hier angeführt wurden, am ehesten geeignet sind, einen gewissen Eindruck auf uns zu machen. Allein es ist nicht zu vergessen, daß es sich hier um ein Prinzip handelt und daß dieses Prinzip nicht durchbrochen werden darf. Darüber sagt Herr Dr. Abt: «Die Zulassung der Abtreibung bei durch Verbrechen (Nutzucht, Blutschande) erzeugten Schwangerschaften liegt unserm Empfinden außerordentlich nahe und niemand wird der unglücklich werdenden Mutter sein Mitgefühl versagen. Soll sie gezwungen sein, ein ohne und gegen ihren Willen empfangenes Kind zur Welt zu bringen und im Falle der Unkenntnis oder Unerreichbarkeit des Vaters auch zu erhalten? Glücklicherweise sind diese Fälle in normalen Zeiten doch verhältnismäßig selten. Zwei zwingende Gründe sprechen auch in diesen schweren Fällen gegen die Abtreibung. Einmal der Umstand, daß sich, auch richterlich, meist sehr schwer feststellen läßt, ob tatsächlich Notzucht vorliege oder nicht. Man wäre also auf die im höchsten Maß subjektiven Angaben der Nächstbeteiligten angewiesen. Bestände da nicht die außerordentlich große Gefahr, daß besonders unehelich Geschwängerte zu dieser Behauptung greifen würden, um die so sehr gewünschte straflose Abtreibung zu erreichen?» Das ist zweifellos richtig.

Und nun, was die letzte Indikation, die medizinische, anbetrifft, die von der Kommissionmehrheit zum Antrag erhoben worden ist, hat Herr Nationalrat Grünenfelder bereits das Nötige auseinandergesetzt. Ich will Sie damit nicht länger aufhalten. Tatsache ist, daß doch ein bedeutender Teil der medizinischen Welt die Auffassung vertritt, daß ein Eingriff nicht notwendig sei. In der Tat ist es etwas eigenartig, daß heute, wo die medizinische Wissenschaft derartige Fortschritte gemacht hat gegenüber früheren Jahrhunderten, in einem solchen Moment, wo bedeutende Mediziner erklären, ein Eingriff sei unter keinen Umständen notwendig, daß man Abtreibungen unter gewissen Bedingungen straflos gewähren kann. Ich will die Autoritäten, die Herr Nationalrat Grünenfelder zum Teil zitiert hat — sie ließen sich weiter ergänzen — nicht weiter anführen. Aber in diesem Zusammenhang kann bemerkt werden, daß der ursprüngliche Strafgesetzentwurf des Bundesrates diesen Artikel nicht enthalten hat, d. h. daß der Bundesrat auf dem gleichen Boden gestanden ist wie die konservative Kommissionminderheit und daß nur die Expertenkommission, ich glaube im Jahre 1908, die Aufnahme dieser Bestimmung, allerdings in einer etwas anderen Form, veranlaßt hat. Der ursprüngliche bundesrätliche Entwurf enthielt nichts anderes, als was die konservative Kommissionminderheit heute verlangt.

Wir sind in erster Linie aus grundsätzlichen Er-

wägungen gegen den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion und in zweiter Linie auch gegen den Antrag der Kommissionsmehrheit, aber nicht bloß aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern, wie auseinandergesetzt worden ist, auch deswegen, weil diese Bestimmung auch so, wie sie von der Kommissionsmehrheit beantragt wird, tatsächlich dem Mißbrauch Tür und Tor öffnet. Die Straflöserklärung bestimmter Fälle würde nicht bloß einen Einbruch in ein bisher hochgehaltenes, sehr wichtiges Prinzip bedeuten, sondern sofort den Mißbrauch herbeiführen. Auf dem Wege über die medizinische Indikation würden sich die andern Indikationen einschleichen, die Mauer würde abbröckeln, nachdem bereits eine Bresche geschlagen ist.

Zum Schluß erlauben Sie mir noch ein paar Sätze aus der Broschüre von Herrn Dr. Abt vorzulesen. Er schließt mit den Worten: «Die Auffassung des Kindes als lästige Beigabe ist ein Zeichen der Degeneration. Junge gesunde Völker kennen das nicht. Mütter und manche Aerzte müssen aber zu einer andern Einstellung zur Heiligkeit des heranwachsenden kindlichen Lebens gelangen. Der Sinn für die letzten Verpflichtungen und die tiefsten Absichten der Welt und eine urewige Bestimmung des Menschen darf nicht verloren gehen. Es muß wieder ein Lebensziel gefunden werden, das sich nicht im Genuß persönlicher Behaglichkeit und Bequemlichkeit erschöpft. Bauen wir hier ab, so ist Platz für Tausende. Gewiß, das Strafrecht für sich allein wird in dieser tiefsten Frage nicht das entscheidende Wort sprechen. Aber immerhin gehört die Regelung dieser Abtreibungsfrage im positiven Recht mit zur Beantwortung der für unsere Kultur entscheidenden Frage: Wollen wir unser privates und Gemeinschaftsleben auf Pflicht, Gewissen, Verantwortlichkeitsgefühl als tragende Pfeiler des Volksganzen stellen oder auf die Auflösung natürlicher und sittlicher Bindungen?» Bis jetzt hat das 20. Jahrhundert als das Jahrhundert des Kindes gegolten, sorgen wir dafür, daß es nicht das kinderlose Jahrhundert wird.

Oprecht: Der von mir eingereichte Antrag bezweckt eine terminologische Unterscheidung zwischen der Abtreibung, wie sie in den Art. 105 und 106 festgelegt ist, und der ärztlich vorgenommenen Schwangerschaftsunterbrechung, dem therapeutischen Abort in Art. 107 ins Strafgesetzbuch einzuführen. Die Abtreibung ist nach dem Entwurf ein Verbrechen, sie ist strafbar. Die Art. 105 und 106 schaffen dafür die Grundlagen. Wird aber eine Schwangerschaft von einem patentierten Arzt aus therapeutischen Voraussetzungen heraus unterbrochen, gemäß Art. 107 des Mehrheitsantrages, oder wird entsprechend dem weitergehenden Antrag der sozialdemokratischen Minderheit neben dem therapeutischen Abort auch ein solcher aus sozialen, eugenischen, rassenhygienischen oder aus bestimmten juridischen Erwägungen zugelassen, Art. 107 des Minderheitsantrages, so liegt strafrechtlich keine Abtreibung, sondern eine ärztliche Schwangerschaftsunterbrechung vor. Mit dem Begriff der Abtreibung ist nach den geltenden Strafgesetzen und nach dem vorliegenden Entwurf der Begriff der Strafbarkeit untrennbar verbunden. Auch in der Psychologie des Volkes gehört zur Abtreibung die staatliche Strafe. Die Abtreibung ist eben ein staatlich verpönter, strafrechtlich zu ahndender Ein-

griff. Im Gegensatz dazu steht die ärztlicherseits unter bestimmten Kautelen durchgeführte Schwangerschaftsunterbrechung. Diese ist an und für sich nicht strafbar. Deswegen ist es terminologisch unrichtig, dafür den Begriff «straflose Abtreibung» zu gebrauchen, wie es der Entwurf tut. Abtreibung und Straflosigkeit sind zwei sich widersprechende Begriffe. Damit rein formal diese Unterscheidung zwischen Abtreibung und ärztlicher Schwangerschaftsunterbrechung im Gesetze klar zutage tritt, ist in Art. 107 Marginale und Text, der Begriff «ärztliche Schwangerschaftsunterbrechung» anzuwenden. Wir begegnen dabei den Auffassungen der Aerzteschaft selber. Herr Dr. Jung, Chefarzt der kantonalen Entbindungsanstalt in St. Gallen, hat in einem einleitenden Referat in der Schweizerischen gynäkologischen Gesellschaft am 6. Dezember 1925 ausgeführt: «Es dürfte hier der Ort sein, zu einem dringenden Appell an die Herren Parlamentarier, den Ausdruck Abtreibung im Sinne von ärztlicher Schwangerschaftsunterbrechung endlich einmal gänzlich zu eliminieren, denn im ärztlichen Sprachgebrauch ist Abtreibung immer gleichbedeutend mit einem verbrecherischen Eingriff und kann niemals für den sogenannten therapeutischen Abort oder wie er vielleicht allgemein verständlich bezeichnet werden kann, die ärztliche Schwangerschaftsunterbrechung, verwendet werden.»

Und auch die Eingabe der genannten Gesellschaft, die in Verbindung mit der Schweiz. Aerzteschaft der nationalrätlichen Kommission eingereicht wurde, sagt fast wörtlich dasselbe: «Wir möchten an dieser Stelle an unsere gesetzgebende Behörde die dringende Bitte richten, den Ausdruck Abtreibung im Sinne von ärztlicher Schwangerschaftsunterbrechung einmal gänzlich zu eliminieren.» Und dann wiederholt die Eingabe wie Dr. Jung: «Denn im ärztlichen Sprachgebrauch ist Abtreibung gleichbedeutend mit einem verbrecherischen Eingriff und kann niemals für den sogenannten therapeutischen Abort oder wie er vielleicht allgemein verständlicher bezeichnet werden kann, die ärztliche Schwangerschaftsunterbrechung, verwendet werden.»

Der Entwurf zu einem allgemeinen deutschen Strafgesetzbuch unterscheidet in den Art. 253 und 254 ebenfalls zwischen Abtreibung und ärztlich gebotener Unterbrechung der Schwangerschaft. Ich empfehle Ihnen deswegen dringend, die von mir vorgeschlagene terminologische Scheidung zwischen Abtreibung und ärztlicherseits vorgenommener Schwangerschaftsunterbrechung ins Strafgesetz einzuführen.

Ich gestatte mir anschließend ganz wenige allgemeine Bemerkungen zum Problem der künstlichen Schwangerschaftsunterbrechung. Ich glaube dabei, trotz des Herrn Kollegen Bossi, die Behauptung aufstellen zu dürfen, daß die von der Minderheit vertretenen Anschauungen der Meinung eines Großteils des Schweizervolkes eher entsprechen. Vorerst möchte ich sodann in aller Form dagegen Verwahrung einlegen, wenn einfach behauptet wird, von den Sozialisten werde allgemein die Freigabe der Abtreibung postuliert. Wir nehmen für uns bei der Behandlung dieser äußerst wichtigen und brennenden Frage mindestens denselben sittlichen Ernst in Anspruch wie das unsere Gegner auf konservativer Seite tun. Wir glauben nur, daß die unbestreitbar bestehende entsetzliche sexuelle Not der heutigen Generationen

nicht mit ein paar billigen Worten wie Selbstsucht, Wollust, Vergnügungssucht und dergleichen abgetan werden kann. Wenn wir den ganzen Komplex all der Fragen, die mit der Abtreibung zusammenhängen, erfassen wollen, müssen wir tiefer schürfen. Wir müssen mit Heinrich Pestalozzi erklären: « Es ist menschlicher, die Quellen der Verzweiflung dieser Elenden zu erforschen, als sie einer starken inneren Bosheit anzuklagen. » Heinrich Pestalozzi, der vor zwei Jahren von bürgerlicher Seite fast mit zu viel Aufwand gefeiert worden ist, hat in seinem leider viel zu wenig beachteten, juristisch ganz modern anmutenden Buch über « Gesetzgebung und Kindermord » auf die Lösung des Problems der Abtreibung hingewiesen: Nicht Prügel und Strafe verhindern das Verbrechen. « Es ist das Wesen einer guten edeln Gesetzgebung, daß sie überhaupt nicht viel auf das Volk schlage, aber beständig anhaltend und richtig auf Herz und Kopf wirke. » So sieht Heinrich Pestalozzi nicht in der Bestrafung, sondern im Vorbeugen die Möglichkeit der Hilfe. « Die Festhaltung an den ersten Bedürfnissen unserer Natur und die unbezweifelte Wahrheit, daß die Verbrechen der Menschheit aus dem Mangel einer freien und einfachen Befriedigung derselben entstehen, die höheren Gesichtspunkte von allgemeiner Veredlung der Menschheit, von allgemeiner Empfindsamkeit gegen alle Leidenden und von der heiligen Gerechtigkeitspflicht gegen die Niedersten, die Endzwecke der Weisheit und Menschlichkeit, zu retten, was zu retten ist, zu bilden, was zu bilden ist, emporzuheben, was emporzuheben ist, die Pflichten der Religion, zu heiligen, was unheilig, zu reinigen, was unrein, und dem Vater der Menschen wieder zuzuführen, was sich von ihm verirrt, und das Bedürfnis des Staates, auch eine trüchtige Kuh nicht zu überlasten und nicht zu verderben und Leben und Dasein und Wohlstand allgemein zu fördern, alles dieses ruft laut: Fürst, verheirate deine Jugend und strafe das unbesorgte Volk, das nicht heiraten kann, nicht, wenn es die Bedürfnisse seiner Natur befriedigt, und nicht kinderlos bleibt, sondern lenke alle Väter und Mütter deines Reiches mit Kraft dahin, daß sie alle, die Unverehelichten wie die Verehelichten, ihre Kinder lieben, erhalten und versorgen wollen, und lieben und erhalten und versorgen können. Für den Staat ist ein uneheliches Kind nur insofern ein Schaden, als es nicht richtig erzogen wird. Für die Menschheit ist ein uneheliches Kind unzweideutig ein Gewinn, wenn es recht erzogen wird. Und für seinen Vater und seine Mutter ist ein uneheliches Kind ein Band ihrer Menschlichkeit und ein Mittel ihrer Besserung, solange sie es ungekränkt lieben dürfen, es wird ihnen aber zum Quell ihrer letzten Verheerung, wenn sein Dasein ihnen ihr Leben verbittert. » Es darf abschließend daran erinnert werden, mein Freund Dr. Farbstein hat das auch schon getan, daß am häufigsten die außereheliche Schwangerschaft durch Anwendung von Abtreibungsmitteln unterbrochen wird. Was tut aber heute der Staat für uneheliche Mütter und uneheliche Kinder? Ich habe seinerzeit auf deren schlimme Lage hingewiesen, als ich das Postulat betreffend Revision des Unehelichenrechtes begründete. Es gibt heute sogar noch Kantone, in denen der außereheliche Geschlechtsverkehr strafrechtlich verfolgt wird.

Was tut heute der Staat dafür, daß die ehelichen und außerehelichen Eltern ihre Kinder lieben, er-

halten und versorgen können? Der Bund als Gesetzgeber setzt die Kinderzulagen im Besoldungsgesetz herab. Was tut heute der Staat zugunsten von Mindestlöhnen in bestimmten Privatindustrien, die Löhne ausrichten, die weder zum Leben noch zum Sterben genügen. Was tut heute der Staat dagegen, daß durch die ständig steigende Bodenrente insbesondere in den Städten die Mietzinse der Wohnungen ins Unerträgliche anwachsen und damit für Arbeiterfamilien mit zahlreichen Kindern unerschwinglich werden? Ich habe eine vieljährige Praxis als Fürsorger auf der Amtsvormundschaft der Stadt Zürich hinter mir. Ich habe in diesen vielen Jahren gesehen, wieviel Elend und Kummer außereheliche Schwangerschaft, außereheliche Geburt und außereheliche Abstammung mit sich bringt. Ich habe viele Fälle von Schwangerschaft infolge Kriminalität, Notzucht, Schändung, Blutschande erlebt. Ich habe wiederholt schwangere Frauen zu vertreten gehabt, die geisteskrank oder geistesschwach waren. Ich habe viele Fälle von Schwangerschaft bei schlimmster Notlage der ehelichen oder außerehelichen Mutter gesehen! Immer ist mir die Frage aufgestiegen: Ist es zu verantworten, ist es richtig, daß in diesen Fällen, und nur davon handelt unser Minderheitsantrag, nichts geschieht, daß die « Sache ungehindert ihren Lauf » nimmt. Wenn ich dabei daran erinnere, daß es sich in 99% dieser Fälle um Proletarier handelt, und daß ganz selten Frauen aus besitzenden Kreisen darunter anzutreffen sind, dann darf ich wohl weiter fragen: Ist der Vorschlag auch der sozialdemokratischen Minderheit überhaupt genügend, wäre nicht die volle Freigabe der Abtreibung zu rechtfertigen? Was erreichen wir tatsächlich mit der strafrechtlichen Verfolgung der Abtreibung? In krimineller Hinsicht dürften Sie folgende Feststellungen interessieren: « In New York werden die Fälle von Abtreibung, die zur Kenntnis der Behörden kommen, auf 1 Promille der Fälle, die sich tatsächlich ereignen, geschätzt. In Paris wurde vor dem Krieg die Ziffer der jährlichen Abtreibungsfälle auf 50,000, in Lyon auf 19,000 angegeben, aber in ganz Frankreich ist in den 20 Jahren von 1881 bis 1900 nur in 277 Fällen Anklage wegen Abtreibung erhoben worden. Für Berlin hat vor dem Krieg Prof. Grotjahn die Zahl der Abtreibungen auf jährlich etwa 8000 angegeben, für Deutschland hat Prof. Dührssen als Sachverständiger in einem Prozeß diese Zahl auf mindestens 300,000 jährlich geschätzt. Max Hirsch rechnet aus Groß-Berliner Material auf 100 fruchtbare Ehen 93 Aborte, im Alter von 30 bis 37 Jahren auf 100 verheiratete Frauen 110 Aborte, d. h. jede Frau dieser Altersklasse habe mindestens eine Fehlgeburt durchgemacht. Geheimrat Hansberg, Dortmund, hat anhand einer Statistik der dortigen Frauenklinik und einer Erhebung bei den Dortmunder Krankenkassen sowie gestützt auf Berichte anderer Frauenkliniken Deutschlands die Gesamtzahl der Aborte für ganz Deutschland auf jährlich eine Million berechnet. Die Zahl der Fehlgeburten habe im letzten Jahrzehnt in ungeheurem Maße zugenommen und komme der Zahl der ausgetragenen Geburten und Frühgeburten wahrscheinlich gleich. Dabei betrug die Zahl der in Deutschland wegen Abtreibung verurteilten Personen nach der amtlichen Kriminalitätsstatistik im Jahre 1882 191, im Jahre 1890 243, im Jahre 1910 760 und im Jahre 1921 4248 Personen. Wenn gleich nach dem Krieg die Verurteilungen in rapider

Zunahme begriffen sind, so bleibt auch heute noch die Tatsache bestehen, daß kaum einer von 100 aller vorkommenden Abtreibungsfälle zur Kenntnis des Gerichtes gelangen. Ein Strafgesetz, das in der Praxis eine Person für dieselbe Handlung bestraft, die es bei 99 andern Personen straflos läßt, macht den Zufall zum Strafrichter, macht die Freiheit des Staatsbürgers zum Lotteriespiel und muß als ein im höchsten Maß unsittliches, das Rechtsgefühl völlig untergrabendes Gesetz bezeichnet werden. Von ärztlicher Seite ist die Notwendigkeit und die Berechtigung des therapeutischen Abortes auch in der Schweiz nicht mehr bestritten. Ich verweise auf die erwähnte Eingabe der Schweiz. Gynäkologischen Gesellschaft. Darin wird sogar der Standpunkt vertreten, daß im Begriff des therapeutischen Abortes, wie ihn die Mehrheit der Kommission verfißt, auch die Möglichkeit zu Eingriffen im Sinne der Anträge der Minderheit zu Art. 107 eingeschlossen liege. Mit Hilfe des Begriffes der medizinisch-psychiatrischen Indikation seien bestimmte Fälle von Notzucht, Blutschande, von Schwangerschaft geistesschwacher und geisteskranker Frauen unter den Begriff der therapeutischen Indikation zu subsumieren. Ich darf weiter daran erinnern, daß die Berliner Aerztekammer im letzten Jahr äußerst wichtige und weitgehende Beschlüsse zur Schwangerschaftsunterbrechung gefaßt hat. Antragsteller waren die Professoren Lennhoff und Unger und die Aerzte Oettinger, Klauber und Frank. Diese Beschlüsse sind äußerst wichtig, ich zitiere sie deswegen hier: «Es besteht für den Arzt kein Zweifel, daß die abortive Unterbrechung der Schwangerschaft eine primitive, nicht immer gefahrlose Maßnahme der Geburtenregelung darstellt. Die Empfängnisvorbeugung ist der weitaus gesündere und rationellere Weg.» Wir werden bei Art. 169 noch Gelegenheit haben, auf diese Frage zu sprechen zu kommen. «Die Aerztekammer ist der Ansicht, daß die heutigen gesetzlichen Bestimmungen (es sind in der Schweiz genau dieselben) und deren Ausführung über die Unterbrechung und Verhütung der Schwangerschaft in Uebereinstimmung mit dem Volksempfinden nicht der Meinung der Berliner Aerztekammer entsprechen. Die Aerztekammer fordert daher eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen in der Beziehung, daß für die Unterbrechung der Schwangerschaft durch den Arzt neben der gesundheitlichen auch die sozialwirtschaftliche Indikation in Betracht gezogen werden darf. Die Aerztekammer ist der Ansicht, daß der Arzt das Recht haben muß, eine Schwangerschaft zu unterbrechen, wenn durch sie oder durch die zu erwartende Geburt die Gesundheit der Mutter ernsthaft gefährdet wird. Dieser vitalen Indikation gleich zu erachten sind die eugenischen Indikationen in Fällen von Geisteskrankheit, Epilepsie, chronischer Giftsucht, bei Formen schwerer, insbesondere asozialer Psychopathie und erwiesener Notzucht. In sehr zahlreichen Fällen werden Aerzte auch aus anderen Gründen um Unterbrechung der Schwangerschaft angegangen. Die pflichtgemäße Weigerung des Arztes hat vielfach die Inanspruchnahme Unberufener und infolgedessen zahlreiche Todesfälle von Frauen zur Folge. Um die Fälle von illegaler Unterbrechung aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen zu vermeiden, ist eine viel stärkere staatliche Hilfe im Sinne des Schwangerenschutzes der wirtschaftlichen Unter-

stützung kinderreicher Familien, der Fürsorge für uneheliche Mütter und Kinder erforderlich.»

Ich möchte damit zum Schluß noch einmal in aller Form darauf hinweisen, daß der Minderheitsantrag zu Art. 107 nicht allgemein die Freigabe der Abtreibung postuliert, sondern daß er eine Lösung vorschlägt, die, wenn auch nicht im Wortlaut, den Auffassungen der schweizerischen und deutschen Aerzteschaft in der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung entspricht und daß dieser Antrag ebenfalls in Anspruch nehmen darf, von einer ernsthaften sittlichen Auffassung getragen zu sein.

Welti-Basel: Ich möchte eingangs bemerken, daß wir in der Lage sind, dem Antrag des Herrn Grüenfelder zuzustimmen, wenn auch die Motive dieser Zustimmung begreiflicherweise nicht dieselben sind. Wir ziehen immerhin die Möglichkeit der Anwendung der allgemeinen Bestimmungen über den Notstand dieser speziellen Notstandsvorschrift, wie sie in Art. 107 enthalten ist, vor. In ihrer groben Erscheinungsform handelt es sich in der vorliegenden Frage um eine Frage der Kriminalpolitik, in Wirklichkeit aber, und das müssen wir besonders unterstreichen, um eine soziale Frage von großer Bedeutung. Wir stellen die Frage so: Strafbarkeit oder Straflosigkeit des provozierten Abortes. Der Kommissionsreferent der Sozialdemokraten hat Ihnen am Schluß seines Votums erklärt, seine Ausführungen würden konsequenterweise zu dem Schluß führen, die Straflosigkeit des provozierten Abortes zu postulieren. Seine Fraktion gehe aber nicht so weit und er hat Ihnen die Gründe dafür angegeben. Diese Frage der Straflosigkeit oder Strafbarkeit des provozierten Abortes, die wir als eine soziale Frage von großer Bedeutung bezeichnen, ist aber nur ein Ausschnitt aus dem Problem des Kampfes gegen die Abtreibung. Um Mißverständnissen vorzubeugen, um verleumderischen Unterstellungen zum vornherein den Boden zu entziehen, um ein für allemal klar und deutlich unsern Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, muß ich deshalb erklären: Wir sind nicht für die Abtreibung, wir sind weit entfernt, der Abtreibung das Wort zu reden, ganz im Gegenteil, unser Kampf ist gerichtet auf die Beseitigung der Ursachen der Abtreibung damit auch die Beseitigung der Abtreibung selbst. Wogegen wir in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sind und sein müssen, das ist die Bestrafung der Abtreibung. Wir betrachten die Bestimmungen gegen die Abtreibung unter den heutigen Verhältnissen als eine sozial feindliche Einstellung der herrschenden Klasse gegenüber den Frauen des arbeitenden Volkes. Wir betrachten sie als den Versuch, den Gebärzwang dieser Frauen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, denn wie sich die Verhältnisse entwickelt haben, bedeuten alle solche Strafbestimmungen, wie das Herr Kollega Farbstein in vorzüglicher Weise Ihnen ausführlich dargetan hat, im Grunde genommen nichts anderes als eine Ausnahmebestimmung, ein Ausnahmerecht gegen die Frauen der arbeitenden Schichten.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen gestatte ich mir, die Frage aufzuwerfen, was denn eigentlich die Reform des Strafrechtes in bezug auf die Abtreibung bedeutet. Bei der Schaffung des neuen Eidgenössischen Strafrechtes handelt es sich zweifellos um eine Frage der Reform des Abtreibungsrechtes.

Was bedeutet diese Reform, die ja nicht nur in der Schweiz, sondern in vielen andern Ländern vor sich geht? Wie ist es zu erklären, daß einerseits überall bewegliche Klagen von bestimmter Seite über die enorme Zunahme der Abtreibungen vorgebracht werden und daß andererseits eine Milderung der Strafbestimmungen allgemein postuliert wird. Auch die Herren der konservativen Partei werden, wenn sie ihre kantonalen Gesetze durchgehen, mir zugeben müssen, daß, wenn Sie diesen Bestimmungen der Kommissionsmehrheit zustimmen, abgesehen vom Art. 107, Sie für eine Reform der Strafbestimmungen in Sachen der Abtreibung eintreten, für eine Reform, die gemessen an der bisherigen kantonalen Gesetzgebung eine außerordentliche Milderung in bezug auf die Bestrafung der Abtreibung bedeutet. Nun frage ich Sie: Woher kommt das, was will das bedeuten, wie können Sie sich diesen Widerspruch erklären, daß auf der einen Seite die Zunahme der Abtreibungen beklagt wird, auf der andern Seite eine Milderung der Strafgesetzgebung platzgreifen soll? Herr Grünfelder hat gestern in seinem Votum meinen Namen genannt und hat auf die Entwicklung der industriellen Zentren hingewiesen und namentlich auch auf Basel. Er hat davon gesprochen, daß dort die moralische Widerstandskraft nachgelassen habe, daß es höchste Zeit sei, dort einen Damm zu errichten. Schließlich machte er auch darauf aufmerksam, daß eine starke Einwanderung nach diesen Zentren stattfindet. Ich glaubte, er wollte fast sagen, der Sprechende sei ein wenig schuld daran. Ich muß Herrn Grünfelder sagen: Bevor es eine lex Welti gegeben hat — ich bin hier in der gleichen Lage wie Herr Bundesrat Häberlin, der sich seine lex Häberlin gefallen lassen muß bis an sein Lebensende, auch ich trage eine solche lex — bevor es eine solche lex Welti in Basel geben wollte, vier Jahre früher ist die Frage der Reform der Strafbestimmungen über die Abtreibung von der Basler Regierung aufgeworfen worden. Und es war nicht irgendein wirklicher oder verkappter Sozialdemokrat, der diese Frage aufgeworfen hat. Es war ein sehr frommer Mann, ein früherer Kollege von Ihnen, Herr Burckhardt-Schazmann, ein hervorragender Jurist, ein hochstehender Mensch, der diese Frage aufgeworfen und meines Erachtens im Kern richtig erfaßt und zu einer Lösung geführt hat.

Im Ratschlag des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt, dessen Verfasser der verstorbene Herr Burckhardt-Schazmann gewesen ist, vom Jahre 1915, ist namentlich auf eines hingewiesen worden, auf die Tatsache, daß es nach der bisherigen Gesetzgebung bei der Bestrafung der Abtreibung leicht auf eine ungleiche Behandlung hinauslaufe. Herr Burckhardt-Schazmann schrieb in jenem Ratschlag folgenden Satz, den ich hier am besten wiedergeben darf: « Wer in der Lage ist, in guter Pflege und von kundiger Hand, etwa gar auswärts, bedient zu werden, entgeht der Strafe. Wer, vielleicht aus Mangel an Mitteln, ungeschickt manipuliert und infolgedessen entdeckt wird, verfällt harter Strafe. Und doch verdienen gerade jene Fälle, in denen keine soziale Indikation, d. h. keine wirtschaftliche Knappheit, zur Tat drängt, eher Strafe als die, wo es sich um Angehörige ärmerer Volkskreise handelt. Die Verführung in diesen Schichten ist leichter, die Folgen einer Geburt sind schwerer, und die Mütter leiden unter den Folgen einer ungeschickten künstlichen Frühgeburt gesund-

heitlich mehr als die kunstgerecht behandelte, wohlgepflegte, besser situierte Patientin. »

Herr Burckhardt-Schazmann kannte seine Pappenheimer. Er kannte die Leute der haute volée. Er hat ihnen hier mit diesen Sätzen ins Gewissen geredet. Er hat den Mut aufgebracht, das zu sagen, was viele dachten und denken, aber den Mut nicht haben, es auszusprechen.

Wie aber nun diesen Widerspruch erklären, den ich vorhin vorgebracht habe? Wir haben damals im Großen Rat in Vorschlag gebracht, die gewisse Ähnlichkeit hatte mit den Vorschlägen, welche heute von der sozialdemokratischen Fraktion vorgebracht werden. Wir sind allerdings damals schon weiter gegangen. Aber wir haben uns gefragt: Warum geht der Gesetzgeber in Basel dazu über, sein Strafrecht zu ändern, das für die mildeste Form der Abtreibung, für den mildesten Fall der Abtreibung bis zum Jahre 1919 ein Minimum der Strafe von einem Jahr Zuchthaus vorgesehen hat? Und wie ist der Gesetzgeber in Basel im Jahre 1871 dazu gekommen, in Abänderung des damals noch geltenden Kriminalgesetzes, das als Minimalstrafe der Abtreibung eine Zuchthausstrafe von vier Jahren vorgesehen hat, diese Strafe auf ein Jahr herabzumildern? Und wie ist nun der baselstädtische Gesetzgeber dazu gekommen, das Minimum von ein Jahr Zuchthaus herabzusetzen auf das Minimum eines Tages Gefängnis?

Es ist notwendig, daß wir diese Frage heute im Rate stellen, um eine richtige Einstellung zum Problem der Strafbarkeit oder der Strafflosigkeit der Abtreibung zu bekommen. Wir haben damals in einem Minderheitsbericht darauf hingewiesen, daß selbstverständlich nicht in erster Linie Humanitätsduselei der Beweggrund, die Ursache, gewesen ist zu dieser ganz enormen Aenderung der Strafgesetzgebung. Wir wollen heute darauf hinweisen, daß die Bewertung von Recht, Unrecht und Strafe im allgemeinen und im besondern Falle der Abtreibung eben einer ständigen Entwicklung unterliegt, und diese Entwicklung ist bedingt durch die jeweilige, ökonomische, politische und sonstige Struktur der Gesellschaft. Selbst ein Gebiet wie das des Strafrechtes mit seinem beharrlichen, konservativen Charakter, ist geeignet, diesen soeben gezeichneten Gedanken zu illustrieren. Selbst das Strafrecht mußte und muß mit zwingender Notwendigkeit den Forderungen und dem Druck der jeweiligen sich neu gestaltenden Verhältnisse Folge leisten. So nur können wir die starke Wandlung erklären, die in der Frage der Strafgesetzgebung auf dem Gebiete der Abtreibung eingetreten ist.

Auch der Bundesrat sagt in seiner Botschaft vom Jahre 1918, allerdings sehr kurz, zu den Artikeln 105—107 folgenden: « Die einschlägigen Fragen sind eingehend beraten worden. Das Ergebnis war die Milderung der Strafandrohung gegenüber der Schwangeren selber und die Umschreibung der Fälle, in denen die Unterbrechung der Schwangerschaft durch einen anerkannten Arzt erlaubt sein soll. Damit ist die Ausdehnung der Strafflosigkeit auf weitere Fälle abgelehnt. »

Wir sehen also: Zunahme des Verbrechens der Abtreibung in ganz enormem Umfange, und ständige, ich möchte sagen, wie nach dem Fallgesetz, ständige beschleunigte Milderung der Strafgesetzgebungen.

Nun haben wir von den Herren Referenten Verschiedenes gehört, das näher betrachtet werden muß. Herr Seiler hat davon gesprochen, wir stünden hier vor einem Problem, das nicht nur an den Verstand sich wende, sondern das auch ans Herz greife und deshalb um so schwieriger zu lösen sei. Er hat, wie übrigens auch der französische Mehrheitsreferent, darauf hingewiesen, daß die Rettung nicht allein auf dem Gebiete des Strafrechtes zu suchen sei. Herr Prof. Logoz hat uns sogar ausdrücklich gesagt, daß die Strafe nicht das einzige Mittel zur Bekämpfung der Abtreibung sei, ja nicht einmal das wirksamste Mittel, und er hat meines Erachtens mit vollem Rechte auf ein Moment hingewiesen, das, wie mir scheint, in der bisherigen Debatte zu wenig beachtet worden ist, nämlich auf die Wichtigkeit der Prophylaxis. Herr Prof. Logoz hat allerdings erklärt: Das ist nicht die Sache des Gesetzgebers.

So kann man die Sache nicht trennen.

Wenn wir gestern nun die Cassandra-Rufe des Herrn Grünenfelders gehört haben, der über den tiefen Geburtenstand, das massenhafte Verbrechen, begangen durch die Verhütung der Konzeption, die schwindende Widerstandskraft, sprach, auf den schlechten Einfluß, die Zufluchtsorte in den Industriezentren hinwies — da darf ich vielleicht Herrn Grünenfelder verraten, daß diese Zuflucht namentlich nach Basel stattfindet, und daß diese Flucht aus der Schweiz nach Basel hauptsächlich angetreten wird von seinen Glaubensgenossen. Wir sehen alle paar Jahre wie unter großem schönem Aufzug, unter kirchlichem Aufzug eine neue Kirche eingeweiht wird, und ich habe Gelegenheit, in meiner Eigenschaft als bescheidener Bürgerrat, der ich mit den Einbürgerungen zu tun habe, festzustellen, daß der Prozentsatz der Römisch-Katholischen dabei ein außerordentlich großer ist. Wir haben gesehen, daß aus Basel, einer alten protestantischen Stadt, eine neue katholische Metropole entsteht. Ich glaube, Herr Grünenfelder wird nicht der Ansicht sein, daß sich seine Glaubensgenossen nach Basel begeben, um dort abortieren zu können (Heiterkeit), um dort unter den günstigen Verhältnissen der Basler Gesetzgebung leben zu können.

Herr Grünenfelder hat uns dann gesagt: Was unangefochtenes Erbgut war, jahrhundertlang, das ist heute zum Problem geworden; was früher Verbrechen war, soll heute straflos sein!

Aus all diesen Voten scheint mir notwendig zu sein, das hervorzuheben, was Herr Prof. Logoz angetönt hat, und ich brauche, nachdem vieles von demjenigen, was unsere Pflicht gewesen wäre, hier vorzutragen, von Herrn Farbstein vorgebracht wurde, das nicht zu wiederholen, so daß ich mich auf diese Frage der Prophylaxis beschränken kann.

Wir haben eingangs erklärt, daß wir die Ursachen der Abtreibung bekämpfen. Welches sind die Hauptursachen der Abtreibung? Ich will nicht ausbreitend reden von den Urvölkern, von den seltsamen Beweggründen wie der Eitelkeit, der Sinnlichkeit der Frau, den Gründen wie: die Frauen wollen den Mann ärgern mit der Abtreibung und derartigen Dingen, sondern für uns sind die Hauptgründe der Abtreibung Gründe sozialer Natur. Ich will Ihnen hier nur aus dem Buch eines Freundes der Kürze halber die knappe Darstellung vermitteln, die von den Ursachen der Frucht-abtreibung handelt:

« In erster Linie treibt die bitterste wirtschaftliche, kulturelle und soziale Not die werktätigen Frauen zu dem Verzweiflungsschritt der Abtreibung. Zermürbende Furcht vor leiblichem und kulturellem Mangel und nicht zuletzt die tiefbegründete Sorge, ihren Kindern nicht mehr die ihrem Stand entsprechende Erziehung und Ausbildung angedeihen lassen zu können, sind in einer großen Anzahl der Fälle die unmittelbare Veranlassung für Frauen aus allen Berufs- und Gesellschaftsschichten zu dem für sie sowohl in gesundheitlicher wie in strafrechtlicher Beziehung so gefährlichen Schritt. Und es sind keineswegs die schlechtesten und die leichtfertigsten, sondern vielmehr oft oder meist die besten und pflichttreuesten unter den Müttern, die sich im Interesse ihrer schon geborenen Kinder, wie ihrer bedröhten wirtschaftlichen und kulturellen Existenz der Doppelgefahr gesundheitlicher Schädigungen durch einen Kurfuscher und einer entehrenden Gefängnisstrafe aussetzen. Einen gewichtigen Beweggrund für die Vornahme der Abtreibung bildet in zahlreichen Fällen die überfüllte Wohnung. Wenn der zur Verfügung stehende Wohnraum schon für die vorhandenen Kinder nicht ausreicht, wenn die Familie schon vorher in den denkbar ungünstigsten wohnungshygienischen Verhältnissen lebte, und selbst wenn die Mittel der Familie es erlaubten, so gut wie gar keine Möglichkeit besteht, die viel zu enge Wohnung gegen eine geräumigere umzutauschen, so kann man durchaus die Seelenqualen der unglücklichen Eltern verstehen, wenn eine neue Schwängerung der Frau sie vor die Frage stellt, einem weiteren Kinde Raum zu gewähren. Und endlich spielen auch noch die traditionellen Anschauungen bei der Abtreibung der Leibesfrucht eine nicht unerhebliche Rolle. Die gesellschaftliche Achtung der unehelichen Mütter, der Makel, der dem unehelichen Kinde Zeit seines Lebens anhaftet und in vielen Fällen die Unmöglichkeit, dem außer-ehelich empfangenen Kinde den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern, treiben unzählige Mädchen, Witwen und geschiedene Frauen in die Arme der Kurfuscher, der weisen Frauen zum kriminellen Abort. »

Hier liegen die Hauptursachen des kriminellen Abortes, und hier heißt es, diesen Ursachen nicht nur nachzugehen, sie zu erkennen, sondern sie auch zu bekämpfen und zu beseitigen. Wenn man aber ernsthaft von einer Prophylaxis sprechen will, so kann sie doch in erster Linie nur in der Anwendung schwangerschaftverhütender Mittel erblickt werden. Und hier stellen wir nun das eine fest: Diejenigen, die am lautesten über die Abtreibung zetern, bezeichnen die Anwendung schwangerschaftverhütender Mittel als ein besonders schweres Verbrechen und legen ihrer Propagierung die größten Hindernisse in den Weg. Hier ist aber eines der wichtigsten Probleme zu lösen. Hier werden, ich weiß es, die Geister sich scheiden. Hier wird sich aber auch zeigen, wer wirklich guten Willens ist, der Abtreibung mit wirksamen Waffen entgegenzutreten. Die Abtreibungsstrafe ist eine stumpfe, unwirksame Waffe. Sie lehnen wir für heute ab. Eigentlich würde es mich reizen, auf die rechtliche Begründung der Abtreibungsstrafe einzugehen, allein hier ist Wichtigeres zu sagen. Man hat bis jetzt von der medizinischen, eugenischen, sozialen Indikation der Abtreibung gesprochen. Es scheint mir aber lohnender zu sein, von diesen Indikationen bei der Schwangerschaftsverhinderung zu

sprechen. Und da glaube ich, wenn man sich nicht auf den Boden der katholischen Religion stellt, sondern einer freieren Ansicht huldigt, kann man diese Indikationen genau und in befriedigender Weise umschreiben. Eine neue Schwangerschaft oder Entbindung, die das Leben oder die Gesundheit der Mutter oder des Kindes, das zur Welt kommen soll, gefährdet, die das Kind zu einem nicht gesunden und nicht lebensfähigen Menschen zu machen imstande ist, das scheint mir die gegebene medizinische Indikation zu sein. Beispielsweise ein zu enges Becken der Mutter, eine Schwächung oder Erkrankung ihres gesamten Organismus, z. B. durch vorangegangene Geburten, Zuckerkrankheit, Tuberkulose, Herzaffektionen oder Nierenaffektionen. Das berührt sich zum Teil mit der eugenischen Indikation in bezug auf die Abtreibung. Man hat sich nun, namentlich verführt durch die Eingabe der Gynäkologen, darauf berufen, man sei gar nicht im klaren, die Wissenschaft habe noch keinerlei Klarheit über die Vererbungsgesetze. Ich will darüber nicht streiten, ich stelle nur fest, daß wir ein Zivilgesetzbuch haben, das auf einem vollständig anderen Boden steht. Ich erinnere an die Gesetzesbestimmung über die Eheunfähigkeit bei Geisteskrankheit. Diese Gesetzesbestimmung fußt ausdrücklich darauf, daß die Nachkommen von Geisteskranken erblich belastet seien und daß ihnen deshalb die Eingehung der Ehe verboten werden müsse. Hier besteht also meines Erachtens ein gewisser Widerspruch. Als eugenische Indikation würde ich anerkennen, daß die Erzeuger mit schweren organischen oder Geisteskrankheiten oder Gebrechen behaftet sind, die auf das werdende Kind übertragen werden können: Epilepsie, Geistesgestörtheit, Idiotie, Trunkenheit und Syphilis.

Ueber die soziale Indikation für Schwangerschaftsverhütung brauchen wir nach den bereits gefallenen Voten nichts mehr zu sagen, aber es scheint mir doch notwendig, hervorzuheben, daß es als eine Pflicht, und zwar eine kategorische Pflicht für alle wirtschaftlich schwachen Eltern postuliert werden muß, daß sie nicht mehr Kinder erzeugen, als sie billigerweise, ohne selbst der wirtschaftlichen sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Verkümmern anheimzufallen, ernähren, kleiden und beherbergen und zu gesunden, kräftigen, tüchtigen Menschen erziehen können. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die wirksamsten Schwangerschaftsvorbeugungsmittel zugleich die besten Mittel sind im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten.

Ich resümiere und komme zum Schluß. Wer die traurige Abtreibungsnot unserer Zeit wirklich bekämpfen will — und ich kenne diese Not seit einem Vierteljahrhundert als Kriminalbeamter und als Verteidiger in Strafsachen — wer diese traurige Abtreibungsnot unserer Tage wirklich bekämpfen will, der muß sich auch mit aller Kraft für die Massenverbreitung der schwangerschaftsverhütenden Schutzmittel einsetzen, für alle jene Fälle, die ich soeben als medizinische, eugenische, soziale Indikationen hingestellt habe. Wer die Abtreibung bekämpfen will, der muß eintreten für eine ausreichende Fürsorge für die Schwangeren und für die Säuglinge, der muß eintreten für Beseitigung aller jener sozialen Ursachen, die zur Abtreibung führen. Aber hier wird in erster Linie die Aufgabe bei der Arbeiterschaft selber liegen, initiativ vorzugehen und ihre For-

derungen an den Staat und seine Institutionen, wie Krankenkassen usw. zu formulieren, und ihnen zum Durchbruch zu verhelfen. Das ist unsere Einstellung zum Abtreibungsproblem und zu den Abtreibungsstrafen im bürgerlichen kapitalistischen Staat.

Ich möchte meine Ausführungen aber nicht schließen, ohne noch einen Blick in die Zukunft zu tun und einen Blick auf jene Tage zu eröffnen, da auch bei uns auf den Regierungsgebäuden die rote Fahne der Arbeiter- und Bauernrepublik wehen wird. Dann möchte ich mit meinem Freunde Brupbacher die Worte sagen: Dann werden wir die sowjetrussische Freiheit der Frau auf ihre Leibesfrucht in unserer Gesetzgebung festlegen und gleichzeitig durch den Aufbau einer planvollen Bedarfswirtschaft die Grundlage schaffen für eine Gesellschaft, in der an Stelle der Furcht vor dem Kind eine Freude am Kind treten wird, in der man von der Abtreibung sprechen wird als von einem unverständlichen und vergangenen Uebel, das mit anderen Uebeln unseren Ahnen in einer Zeit widerfuhr, die höchstens als eine historisch notwendige Dummheit begriffen wird.

Huber: Es ist meine Aufgabe, Ihnen den Eventualantrag der Minderheit zu begründen, der Ihnen vorschlägt, an Stelle der Fassung der Mehrheit der Kommission für Art. 107 die Fassung des Bundesrates anzunehmen.

Gestatten Sie mir, daß ich zuerst noch einige allgemeine Bemerkungen anbringe, obwohl ich im vornherein zugeben muß, daß ich nicht ohne schwere Hemmungen zu diesem Gegenstand spreche. Ich teile mit meinen Freunden Oprecht und Farbstein die Hemmung, die darin besteht, daß ein Männerkolleg ausschließlich und abschließend über diese Frage entscheiden soll. Ich kann mir kaum einen andern Gegenstand der Gesetzgebung denken, der in so besonderem Masse Angelegenheit der Frauen so gut wie der Männer wäre, ich kann mir nicht denken, daß wir Männer den Anspruch erheben dürfen, daß wir die seien, die am ehesten wirklich berufen und qualifiziert seien, hier alle wichtigsten Motive und Momente zu kennen, richtig abzuwägen und zu einem richtigen Entscheid zu kommen.

Aber daneben gibt es eine ganze Reihe von andern Schwierigkeiten bei der Behandlung dieser Frage, die jeden ergreifen müssen, der sich etwas mehr in sie vertieft. Und wenn Sie die Reden vergleichen, die unsere Kollegen Grünfelder, Farbstein, Oprecht und Welti gehalten haben, dann erkennen Sie, was für eine tiefe, anscheinend unüberbrückbare Kluft sich da auftut, so daß man fast daran verzweifelt, eine Lösung zu finden, welcher wenigstens eine große Mehrheit zustimmen könnte.

Wenn wir dieses Problem behandeln, so schneiden sich zwei große Aufgaben, die an uns ihre Anforderungen stellen, einmal das ganz gewaltige Problem der Geburtenregulierung und der Abtreibung, und auf der andern Seite das Problem der Schaffung eines eidgenössischen Strafrechtes. Ich habe es immer abgelehnt und möchte es auch an dieser Stelle tun, die Bestimmungen über Abtreibung zum Zentralpunkt für das Urteil über dieses Strafgesetzbuch zu machen. Ich glaube nicht, daß das das Wichtigste sei. Und wenn wir es bei dieser Gelegenheit behandeln müssen, so glaube ich doch, es stehen noch viel wich-

tigere Fragen als die Regelung dieser Frage im Strafgesetzbuch selber. Die Auswirkung dieser Diskussionen und Ueberlegungen auf unsere übrige Haltung als Gesetzgeber, als Politiker, als Verwaltungsleute, all das, was Ihnen speziell die Herren Farbstein, Oprecht und Welti auseinandergesetzt haben über die soziale Seite dieses Problems, das kann nicht tief genug in die Herzen und Köpfe der Menschen eindringen.

Wenn ich also zum vornherein daran verzweifle, eine Lösung zu finden, die mehr oder weniger allgemein befriedigt, so glaube ich, müssen wir doch, wenn wir jetzt das eidgenössische Strafrecht schaffen wollen, versuchen, eine Lösung zu finden, die möglichst wenig provozierend wirkt nach der einen wie nach der andern Richtung. Notwendig ist, daß wir uns ernstlich bemühen, wenigstens in unseren Motiven uns zu verstehen. Daran fehlt es. Die katholisch-konservative Auffassung spricht leichthin von Gleichgültigkeit, von Sittenlosigkeit, von Mangel an Verantwortungsgefühl; auf den nicht katholischen Seiten ist man leicht geneigt, der katholischen Ablehnung Motive zu unterschieben, die meines Erachtens nicht vorhanden sind, als ob es sich um das billige Bestreben handelte, als die Vertreter einer besseren Moral sich aufzuspielen oder gar etwa einfach zu heucheln. Damit tut man meines Erachtens der katholischen Auffassung unrecht, und ich glaube, es sei notwendig, daß wir sie besser zu verstehen suchen, gerade darum, weil sie uns so schwer verständlich vorkommt. Ich habe in einer offiziellen Publikation eines schweizerischen Bischofs zum erstenmal diese Auffassung offen zum Ausdruck kommen sehen, als der Standpunkt vertreten wurde, daß die Unterbrechung der Schwangerschaft unter allen Umständen etwas Unerlaubtes sei, von der katholischen Auffassung aus gesprochen, und daß dann, wenn eine Mutter dabei zugrunde gehe — das war ungefähr die Formulierung — wenn eine katholische Mutter infolge der Geburt getötet werde, sie eben einen Heldentod sterbe, ungefähr wie die Mutter, die versucht, ihr Kind aus dem brennenden Haus zu retten. Danach erschiene also der Tod der Gebärenden gewissermaßen als Erfüllung einer sittlichen Pflicht. Ich gestehe, daß mich das damals geschaudert hat. Aber ich habe mich dann bemüht, dieser Auffassung mehr auf den Grund zu kommen. Ich glaube, ein starkes trennendes Moment liegt schon in der Auffassung, welche die katholische Kirche in bezug auf die Vereinigung von Mann und Frau vertritt. Das ist für sie nicht die Erfüllung eines gewaltigen, das ganze Leben tragenden Gebotes, sondern es ist eine Schuld, eine Auswirkung der Erbsünde, eine Auswirkung, die lediglich gemildert ist durch die Ehe, notabene durch die kirchlich gesegnete Ehe. Und der Verkehr zwischen Mann und Frau muß die Erzeugung des Kindes zum Zweck haben oder darf jedenfalls nicht vor sich gehen mit der Absicht, sie zu verhindern. Deshalb auch die Stellungnahme gegen die Präventivmittel. Das wichtigste Motiv in der Beurteilung der Abtreibung ist die katholische Einstellung zum erzeugten Kind. Sobald das Kind erzeugt ist, gehört es, wie es in jener Veröffentlichung ungefähr geheißen hat, Gott, und kein Mensch hat das Recht, Gott diese Seele vorzuenthalten. Darum auch jene fast spitzfindige Untersuchung, von welchem Moment an die Frucht beseelt sei, die ursprünglich beantwortet

worden ist im Sinn, wie Herr Kollega Farbstein es dargestellt hat: vom 40. Tage nach der Konzeption an, d. h. wenn ich mich recht erinnere, gilt da ein Unterschied: 40 Tage bei den Buben, 80 Tage bei den Mädchen. Wie das festgestellt worden ist, weiß ich nicht. Aber das zeigt Ihnen doch, wo da der Grundgedanke liegt. Von dem Moment an, wo die Frucht beseelt ist, ist sie ein heiliges, unantastbares Gut, auf welches Anspruch zu erheben Gott allein berechtigt ist. Kein Mensch darf eingreifen. Aus dieser Grundanschauung versteht sich alles andere. Und man muß, auch wenn man sie absolut nicht teilen kann, wenn sie einen direkt erschreckt, wenigstens die Größe der Konsequenz anerkennen, mit der sie durchdacht ist bis in die alleräußersten Schlußforderungen. Daraus versteht sich, daß die Mutter sich selber opfern muß, daß der Arzt nicht das Recht hat, das Kind zu töten. Wir andern fragen uns allerdings: Ja, aber hat man das Recht, die Mutter kalten Blutes sterben zu lassen? Hat man das Recht, nicht bloß dieser werdenden, vielleicht gar nicht ausreifenden Frucht die eigene Mutter zu rauben, sondern auch noch den Kindern, die schon da sind, und wenn es ein Dutzend wäre, die Mutter töten zu lassen, indem man eben nicht eingreifen, das nicht tun darf, was der Mutter das Leben erhalten könnte? Da ist etwas, wo wir uns, glaube ich, nicht verstehen können. Aber das ist die strikte katholische Auffassung. Wir fragen uns ja dann allerdings staunend, wie die gleiche katholische Auffassung, die so die Heiligkeit des Lebens in den allerersten Anfängen betont und geschützt wissen will, wie sie es zulassen kann, daß diese gleichen Menschen, wenn sie erwachsen sind, zu Millionen und Millionen mit der Waffe in der Hand aufeinander losgehen, und wie es möglich ist, daß Priester dieser religiösen Auffassung die Waffen segnen können, welche dazu bestimmt sind, diese Menschen zu töten. Und noch unverständlicher ist es uns, wie aus dem gleichen Lager — nicht als Gebot, aber mit Zustimmung der Kirche — der Ruf nach der Todesstrafe ertönen konnte. Aber ich glaube, wir müssen diese Auffassung in ihrer tiefsten Begründung kennen, um gerecht zu sein. Und sobald wir sie kennen, werden wir dazu kommen, zu verstehen, daß der gläubige Katholik in seinem Gewissen sich gebunden fühlt und daß er für sich die Abtreibung nicht vornehmen kann und nicht mitwirken darf. Eine kleine Inkonsequenz immerhin. Das kanonische Recht straft — mit Kirchenstrafen natürlich — die Abtreibung: Wer abtreibt, wird ohne weiteres aus der Kirche ausgeschlossen — aber nur bei vollendeter Abtreibung. Der Versuch der Abtreibung untersteht auch nach dem kanonischen Recht keiner Kirchenstrafe. Es hätte, wenn die katholische Fraktion konsequent sein wollte, wenigstens in bezug auf den Versuch entsprechende Anträge stellen sollen. Sie hat es aber nicht getan.

Wenn wir feststellen, daß es schlechterdings ausgeschlossen ist, daß ein überzeugter Katholik, ohne in seinem Gewissen aufs schwerste bedrängt zu sein, abtreiben oder abtreiben lassen kann, so müssen wir andererseits fragen, ob er als Angehöriger einer Minderheit in einem Staat, der zur großen Mehrheit aus Nichtkatholiken besteht, die Pflicht und das Recht hat, zu fordern, daß der Staat seine Gesetzgebung zur Vollstreckung spezifisch katholischer Auffassungen verwende. Wenn er konsequent ist, wird

er das nicht fordern können. Diese Auffassungen kann der Katholik für sich persönlich, kraft des Sittegebotes, wie er es empfindet und anerkennt, respektieren. Aber er darf diese Auffassungen nicht ändern aufoktroieren und er muß sie ihnen auch nicht aufoktroieren. Dafür spricht der Umstand, daß in einer ganzen Reihe von Kantonen, wo die konservative Partei von ausschlaggebender Bedeutung ist, sie keinen Versuch unternommen hat, derartige Forderungen aufzustellen, die so weit gehen, daß sie auch die medizinische Indikation ablehnen, daß sie sagen, auch wenn es absolut sicher feststehe, daß nur die Wahl bleibe, entweder den Keim zu zerstören oder die Mutter zu töten, dürfe die Schwangerschaftsunterbrechung nicht straflos eintreten.

Vor nicht langer Zeit hat ein hervorragender katholischer Theologe, Dr. Muckermann, auch in der Schweiz auch über dieses Thema Vorträge gehalten. Er hat diese Frage mit größtem sittlichen Ernst behandelt. Er hat sich hierüber auch in der Vierteljahresschrift des Bundes deutscher Aerztinnen geäußert. Er kommt dazu, zu sagen: « Da straffrei und sittlich erlaubt nicht identisch sind, möge man getrost die Straffreiheit approbierter Aerzte aussprechen, wenn sie auf Grund einer rein medizinischen Indikation bei drohender Lebensgefahr für die Mutter eingreifen zu müssen glauben und tatsächlich die Operation durchführen. » Das sagt der in katholischen Kreisen hochangesehene Theologe Dr. Muckermann. Er kommt zum Schluß, daß der Staat, nicht die Kirche, diesen Eingriff, wo er geboten ist, durch die medizinische Indikation, ruhig erlauben und straflos lassen könne, womit natürlich nicht gesagt sei, daß das von seinem Standpunkte aus eine sittlich erlaubte Handlung darstelle. Die Kirche findet sich also auch da, wie überall, mit den gegebenen Machtverhältnissen im Staat ab. Nach den Auffassungen der katholischen Kirche ist die nicht kirchliche Ehe keine Ehe, sondern ein Konkubinat. Der strenggläubige Katholik darf und kann keine gültige Ehe schließen ohne den Segen des Priesters. Aber die katholisch-konservative Fraktion findet sich mit dem Institut der zivilen Ehe ab, sie findet sich damit ab, daß diese Zivilehe das Primat hat und daß umgekehrt die kirchliche Ehe vom Staate nicht anerkannt wird. Wir haben hier eben zwei große Gebiete nebeneinander, das staatliche Gesetz und die kirchlich-religiöse Ordnung, die sich keineswegs immer, ich möchte sagen, überhaupt nie decken können, weil ihr Ausgangspunkt und ihr Bereich ganz verschieden sind. Ich glaube also, und das war mir besonders wichtig hervorzuheben, daß die katholisch-konservative Fraktion keinen Grund hat, ultimative Forderungen zu stellen, wie ich andererseits für mich persönlich eine derartige Stellungnahme auf unserer Seite bedauern würde.

Wenn wir noch so ernst und gründlich und vielleicht fast leidenschaftlich diese Frage für uns persönlich untersuchen, so dürfen wir unsere Hauptaufgabe darob nicht vergessen, ein eidgenössisches Strafgesetzbuch zu schaffen. Wir stellen fest, was für schauerhafte Bestimmungen wir gerade in bezug auf die Abtreibung in einzelnen Kantonen haben. Ich will mich nicht lange dabei aufhalten, den meisten sind die Verhältnisse bekannt. Sie brauchen nur die letzten Urteile im Kanton Aargau zu lesen, die nach unserer Auffassung schauerhaft sind. (**Eggspühler:**

Weil zwei Menschenleben getötet worden sind.) Geuß, und trotzdem, wo jemand bewußt tötet, urteilen wir nicht in dieser Art und Weise, wie das im Kanton Aargau in Abtreibungsfällen geschehen ist.

Wo finden wir eine Lösung für die uns gestellte Aufgabe? Meines Erachtens können wir sie nur darin finden, daß wir die Abtreibung grundsätzlich nicht freigeben. Ich bin persönlich ein Gegner der absoluten Freigabe, gerade im Interesse der armen Frau, im Interesse der Würde der Frau. Ich habe es aus dem Mund sozialdemokratischer Frauen gehört, wozu es führen kann, wenn das junge Mädchen das Lustobjekt eines gewissenlosen Liebhabers wird. Wir würden nicht etwa die Würde der Frau schützen, wenn wir sagen, sie allein habe darüber zu entscheiden, was mit der Frucht ihres Leibes geschehen soll. Ich stehe also grundsätzlich auf dem Boden der Strafbarkeit, mit Ausnahmen, aber ich glaube, daß wir einen großen Strafrahmen haben müssen, damit der Richter individualisieren kann, daß er immer dort, wo er ein unglückliches, armes Mädchen, eine Frau, eine Mutter mit einer Schar von Kindern vor sich hat, Milde walten lassen kann, und umgekehrt, daß er gegenüber jenen Leuten, bei denen überhaupt nicht zu verstehen ist, wie sie zu etwas derartigem kommen, die volle Schärfe des Gesetzes zur Anwendung bringen darf. Das ist auch Muckermann's Auffassung, wenn er sagt: « Aeußerste Milde, wenn nicht Straffreiheit, gelte überall, wo deutlich subjektive Faktoren aus objektiver Notlage die klare Einsicht verwirren und die Willensfreiheit hemmen. Ich denke in diesem Augenblick in erster Linie an Mütter, die unter der Brutalität der Verhältnisse schrecklich zu leiden haben und dann an jene Aermsten, die schuldlos das Opfer einer Vergewaltigung wurden. » Sie sehen, wir sind gar nicht so weit auseinander, wenn wir bis ans Ende denken und die Verständigung suchen. Auch der katholische Theologe denkt an die Möglichkeit einer vollständigen Straffreiheit nicht nur bei Lebensgefahr, sondern auch da, wo unerträgliche Notlage oder ein gemeines Verbrechen wie das der Vergewaltigung eine Schwangerschaft als unerwünscht erscheinen läßt.

Sie wissen, daß die sozialdemokratische Minderheit weiter gehen will als die Mehrheit der Kommission, aber es kann nicht genügend hervorgehoben werden, daß es sich hier nicht um einen sozialdemokratischen, sondern einen bürgerlichen Antrag handelt, der genau dem entspricht, was in Zermatt von der Mehrheit der Kommission beschlossen worden ist. Warum hat man das beseitigt? Hauptsächlich unter dem Einfluß der Aerzte der beiden gynäkologischen Gesellschaften der Schweiz, die eine Konferenz in Bern gehabt haben, zu der auch Vertreter der Kommission eingeladen worden sind. Herr Kollege Grünenfelder war auch eingeladen, ist aber leider nicht erschienen, auch der Vertreter aus dem Tessin war nicht anwesend. Nur Herr Dr. Schär und ich haben diese Konferenz besucht. Die Aerzte machten eine Reihe von Einwendungen. In bezug auf die medizinische Indikation waren sie natürlich einig, aber bei der juristischen Indikation (Notzucht, Schändung, Unzucht mit einer Schwachsinnigen, mit einem Kinde oder Blutschande) hatten sie ganz einfach Angst für sich. Sie sagten, wie sie dies feststellen sollen, sie fürchteten, daß sie hängen bleiben, weil sie belogen werden. Sie haben sich schließlich beruhigt, indem sie in einer

ersten Abstimmung die Frage entscheiden ließen, nachdem verschiedene hochangesehene Autoritäten der Schweiz sich geäußert hatten, ob nicht gerade diese juristischen Indikationen sich in die medizinischen überführen lassen, wie Ihnen das Herr Kollege Oprecht bereits ausgeführt hat. Sie haben diese Frage einstimmig bejaht. Ich will das nicht weiter ausführen. Die Aerzte anerkennen also eigentlich die juristische Indikation, nur sagen sie, wir haben sie nicht notwendig, wir machen es auf dem Umwege über die medizinische, vor allem über die psychiatrische Indikation. Hier aber liegt eine große soziale Gefahr. Der Reiche, der mit seiner reichen Freundin oder dessen Töchterchen in diesen Fall kommt, wird sich die medizinische Indikation immer verschaffen können. An diesen Strafbestimmungen ist ja das Schreckliche, daß sie sich in der Praxis sozial einseitig auswirkt, als Klassenjustiz schlimmster Sorte. Ueber diese juristische Indikation hat sich seinerzeit auch der hochangesehene Professor Dr. Wyder, Leiter der Frauenklinik in Zürich, der sehr strenge Auffassungen vertrat, wie folgt geäußert: «Die artifizielle Unterbrechung der Schwangerschaft ist unter jeweiliger Zustimmung und im Einverständnis mit den zuständigen Gerichten auch in jenen Fällen zu gestatten, in denen sie notorisch durch Vergewaltigung in verschiedenen Formen eingetreten ist, bezw. wo es sich um die Schwängerung von Schwachsinnigen und Kindern handelt. Ganz besonders gehören hierher jene leider nicht seltenen Vorkommnisse, wo in diese Kategorie fallende Personen bei Blutschande konzipiert haben.» Er hat seinerzeit in einem Artikel, der in der Juristenzeitung erschienen ist, ganz offen gesagt: «Wenn das meiner Tochter passieren würde, dann würde ich mich nicht einen Moment besinnen, die Schwangerschaftsunterbrechung vorzunehmen.» In jener Konferenz, von der ich Ihnen gesprochen habe, wurde von einem der Herren in Gegenwart von Herrn Professor Dr. Labhardt in Basel, der einer der schärfsten Vertreter einer strengen Auffassung ist, gesagt, daß Herr Professor Dr. Labhardt an einer Konferenz der gynäkologischen Gesellschaft in St. Gallen das gleiche erklärt habe: Wenn meiner Tochter das passieren würde, würde ich es selbstverständlich auch tun. Er hat das auch in Bern bestätigt, allerdings mit der Einschränkung: Wenn ich es getan hätte, würde ich nachher hingehen und mich beim Gerichte anzeigen. Also er selber betrachtet es für sich selbstverständlich, daß unter diesen Umständen eine Unterbrechung der Schwangerschaft einzutreten hätte.

Die zweite Expertenkommission für das Strafgesetzbuch hatte in ihrem Entwurf vom Jahre 1916 dies bereits aufgenommen. Der dortige Art. 112 lautete: «Die mit Willen der Schwangeren von einem patentierten Arzte vorgenommene Abtreibung bleibt straflos — zweiter Absatz — wenn die Schwängerung bei Verübung von Notzucht, Schändung oder Blutschande eingetreten ist.»

Damit möchte ich meine Bemerkungen über das allgemeine Problem schließen und ich muß noch meine eigentliche Aufgabe schnell an die Hand nehmen, um Ihnen unsern Eventualantrag zur Annahme zu empfehlen. So sehr mir die allgemeine Auseinandersetzung am Herzen lag, so sehr möchte ich Sie auf der andern Seite dringend bitten, diesem Eventualantrag unter

allen Umständen zuzustimmen. Diesem Eventualantrag kann jedermann zustimmen, auch die katholisch-konservative Fraktion, denn das Prinzip der Straffreiheit wird dabei nicht anders behandelt.

Der Bundesrat beantragte, wie das früher immer beantragt worden ist: «Wird die Abtreibung mit dem Willen der Schwangeren von einem patentierten Arzt vorgenommen, so bleibt sie straflos, wenn sie erfolgt, um eine nicht anders abwendbare Lebensgefahr oder Gefahr dauernden schweren Schadens an der Gesundheit von der Schwangeren abzuwenden.» Was hat die Kommissionsmehrheit daraus gemacht? «Wird die Abtreibung von einem patentierten Arzt mit schriftlicher Zustimmung der Schwangeren und unter Beiziehung eines zweiten, von der zuständigen Behörde bezeichneten Arztes vorgenommen, so bleibt sie straflos.» Wir haben also erstens einmal schriftliche Zustimmung. Wozu diese Ausnahme? Bei keiner Operation wird das gefordert, auch nicht bei der Sterilisation, obwohl diese von einer viel größeren Tragweite ist. Zweitens soll ein zweiter, von der zuständigen Behörde bezeichneter Arzt beigezogen werden. Mir scheint das absurd. Der Konsiliumszwang ist eine Frage, die ärztlicherseits ernsthaft diskutiert worden ist und worüber man auch diskutieren kann. Der seriöse Arzt zieht auch heute schon einen zweiten und meinetwegen sogar dritten Arzt hinzu. Jeder Arzt, der grundsätzlich Abtreibungen vornimmt, wenn die ärztliche Indikation gegeben ist, verläßt sich nicht auf sein eigenes Urteil, auch in den Spitälern ist das nicht der Fall. Unter Umständen wird ein Psychiater beigezogen. Dies alles hat seinen guten Sinn. Aber wenn ein Amtsarzt, der von der Behörde bezeichnet wird, mitwirken muß, dann werden wir in einer ganzen Reihe von Kantonen überhaupt keine straflose Abtreibung mehr haben. Oder können Sie sich vorstellen, daß z. B. bei uns im Kanton St. Gallen in einem fast ausschließlich katholischen Bezirk der katholische Bezirksarzt, der es mit den Geboten seiner Kirche ernst nimmt, der persönlich unter keinen Umständen eine Abtreibung vornehmen würde, seine Einwilligung zu einer Abtreibung geben wird? Das wird niemals der Fall sein. Und stellen Sie sich vor, daß Herr Professor Muret in Lausanne, eine anerkannte Autorität auf diesem Gebiet, oder Professor Dr. Labhardt in Basel, wenn sie sich davon überzeugt hätten, daß ein Abortus notwendig ist, daß sie dann zu irgendeinem Bezirksarzt gehen müßten, der vielleicht hie und da eine Geburt geleitet hat, sonst aber über keine besondere Sachkenntnis verfügt, also wahrhaftig nicht berufen ist, nun dieser hervorragenden Autorität in den Arm zu fallen.

Ich habe nicht mehr lange, Herr Präsident. Wenn Sie mir noch einige Minuten gestatten möchten, bis 11 Uhr bin ich fertig.

Präsident: Ich nehme an, daß Sie nur noch wenig Zeit nötig haben werden.

Huber: Nun stellen Sie sich auch noch die praktische Auswirkung vor. Da ist einmal der Fall, daß dringend eine Operation notwendig ist, wo es nicht bloß nach Stunden, sondern nach Minuten geht. Dann, erklärt man uns, dann hätten wir den Notstandsartikel. Wenn man den Notstandsartikel

anrufen kann, brauchen wir überhaupt den Art. 107 gar nicht, ganz einverstanden. Ich bin persönlich der Meinung, daß wir überhaupt keine Bestimmung dieser Art haben müßten, und alle Experten, bis zu dieser zweiten Expertenkommission haben auch gar nie eine gewollt, sondern gesagt: Das fällt alles unter den Notstandsartikel. Wir im Kanton St. Gallen haben in unserem Gesetz nicht einmal einen solchen Notstandsartikel, und doch fällt es niemand ein, den Arzt zu strafen. Aber heute ist ein Streichungsantrag in diesem Sinne nicht mehr notwendig, weil er sonst falsch ausgelegt würde.

Was geschieht bei Annahme des Mehrheitsantrages, wenn nach Bejahung der medizinischen Indikation durch hervorragende Autoritäten, aber ohne Zuzug des Amtsarztes, der eine Mediokrität ist, die Schwangerschaft unterbrochen wird? Was wird dann geschehen müssen? Dann müssen diese Aerzte nach Art. 106 vor dem Gericht sich verantworten und werden mit Gefängnis oder mit Zuchthaus zu bestrafen sein. Das ist ja absurd.

Der Art. 107 ist dann überhaupt innerlich widerspruchsvoll. Es genügt nicht, daß etwa der Arzt sich darauf berufen kann, der Amtsarzt sei einverstanden gewesen, sondern die beiden unterstehen dann erst noch der gerichtlichen Untersuchung, ob die medizinische Indikation gegeben sei. Es heißt nicht: Wird die Abtreibung von einem patentierten Arzte vorgenommen, nachdem ihm vom zuständigen Amtsarzt die Zustimmung gegeben wurde, so bleibt sie straflos, sondern sie bleibt nur straflos, wenn der Amtsarzt zugezogen wurde und wenn die ärztliche Indikation gegeben war. Wenn aber eine spätere Expertise zu einem andern Schlusse kommt, dann wird allemal der Amtsarzt mitverurteilt werden müssen — eine nette Einrichtung! Da wird der Amtsarzt schon deswegen sagen: Ich gebe die Zustimmung nicht, ich habe nichts davon und soll dann noch meine Haut zu Markte tragen, soll ins Gefängnis oder gar ins Zuchthaus gehen, weil ein Kunstfehler dabei unterlaufen ist! Das geht nicht. Umgekehrt wird der Arzt, der in richtiger Weise operiert hat, so daß alle zugezogenen gerichtlichen Experten sagen: selbstverständlich war es richtig, diese Schwangerschaft zu unterbrechen, es war seine Pflicht als Arzt, das zu tun, doch bestraft werden müssen, wenn er den Amtsarzt nicht zugezogen hat. Weil er seine Pflicht als Arzt getan und eine sterbende Mutter vor dem Tode gerettet hat, indem er mit aller Vorsicht und aller Beobachtung der ärztlichen Kunst die Schwangerschaft unterbrochen hat!

Warum ist diese Bestimmung überhaupt hineingekommen? Sie war gedacht als Konzession — nein, richtiger gesagt, sie ist gebracht worden, um vermeintlich noch Schlimmeres zu verhüten, und zwar auf Begehren der Aerzte. Es war nämlich in einem vorherigen Beschluß vorgesehen, daß jede derartige Operation angezeigt werden müsse. Dagegen haben die Aerzte sich gewehrt, und man hat dann dies als das kleinere Uebel gebracht — aber es stellt sich nun als das viel schlimmere heraus.

Ich bitte nochmals um Entschuldigung, daß ich etwas über meine Zeit hinaus gesprochen habe. Ich bitte Sie sehr, wenn Sie dem Antrag der Kommissionsminderheit zu Art. 107 nicht zustimmen können, daß Sie dann auf alle Fälle wieder die Fassung des Bundesrates aufnehmen. Denn die Fassung, wie sie von der

Mehrheit der Kommission, mehr aus einer gewissen Unsicherheit heraus, schließlich vorgeschlagen worden ist, wird zu Absurditäten und Schwierigkeiten führen müssen, die nicht akzeptabel sind. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen grundsätzlich unsern Antrag zu Art. 107, eventuell die Fassung des Bundesrates.

Escher: Sowohl Herr Farbstein als Herr Hüber haben an unsere Stellungnahme zur Todesstrafe erinnert und gefragt, wie unsere Stellungnahme zu Art. 107 möglich sei, da wir seinerzeit für die Todesstrafe eingetreten seien. Wir wollen heute diese Frage der Todesstrafe nicht mehr diskutieren. Ich möchte nur sagen, daß wir uns keineswegs auf die Heilige Schrift, auf Vorschriften der Kirche gestützt haben, wenn wir für die Todesstrafe eingetreten sind. Wir hätten uns dazumal gerade so gut berufen können auf die Apostel der Aufklärung, auf Voltaire und Rousseau, wenn wir für die Todesstrafe gestimmt haben, auf die prominentesten Vertreter der idealistischen Philosophie Deutschlands, die ebenfalls für die Todesstrafe eingetreten sind, und auf den jedenfalls nicht reaktionären Geist Goethes, der ja seine Doktor-dissertation gemacht hat über die Todesstrafe und der den Ausspruch getan hat: «Es wird sehr schwer sein, die Todesstrafe abzuschaffen, und wenn wir sie abschaffen, dann werden wir sie gelegentlich wieder zurückholen.» Das Schweizervolk hat ja bereits einmal nach diesem Rezept gehandelt. Also nicht die Kirche als solche hat uns irgendwie bewogen, damals für die Todesstrafe einzutreten.

Es ist gerade in der «Neuen Zürcher Zeitung» ein nicht katholischer Jurist, der die Haltung der katholischen Kirche bezüglich dem Strafgesetzbuch erklärt hat, bzw. ihre Haltung unterstrichen hat. Er schreibt am 4. Juli 1928 unter dem Titel: «Das Schweizerische Strafrecht und die Katholiken»: «Es ist bekanntlich ein kulturelles Verdienst des kanonischen Strafrechtes, daß es im Mittelalter und seither gegen die Verrohung und Grausamkeit des weltlichen Strafrechtes auftrat, einen harten Kampf gegen die Todesstrafe führte und im Sinne einer Verfeinerung der Strafarten wirkte.» Also ein Zeugnis, das man der katholischen Kirche von freisinniger Seite ausstellt und das die Anwürfe, die man gelegentlich erhebt wegen Brutalität und Barbarei, erledigt. Aber die Kirche verbietet ja nicht, daß wir dafür gestimmt haben, und das ist es gerade, was uns heute Herr Huber vorgeworfen hat, indem er fragte, ob wir es mit unserem Gewissen vereinigen können, zur Todesstrafe zu stimmen angesichts unserer Stellungnahme zur vorliegenden Frage.

Das Gesetz vom Sinai «Du sollst nicht töten», das er angerufen hat und das auch den Schluß des herrlichen Votums des Herrn Grünfelder gebildet hat, hat offenbar nach allgemeiner Auslegung den Sinn: Du sollst nicht morden d. h. Du sollst nicht einen unschuldigen Menschen töten. Der Tod durch ein gerechtes Urteil und ausgeübt vom Staate, ist jedenfalls nicht unter diese Bestimmung zu subsumieren, denn der gleiche Gesetzgeber hat ja gerade damals zugleich auch den Befehl aufgestellt und ihn Moses gegeben, daß für gewisse Vergehen der Tod einzutreten habe. Die Bestimmung des alten Bundes ist durch das Neue Testament nicht abgeändert worden.

Herr Kollega Farbstein, der sonst immer die Heilige Schrift in der Hand hat, hat uns das damals an Hand der Heiligen Schrift klar gezeigt und könnte uns jedenfalls auch den Römerbrief zitieren, in welchem die Rede ist vom Staat, der das Schwert führt und es auch führen soll gegenüber gewissen Verbrechen. Der Einwand, daß eigentlich die Bestimmung: «Du sollst nicht töten» uns veranlassen sollte, gegen die Todesstrafe zu stimmen, ist meiner Ansicht nach einfach leichtfertig. Aber in diesem konkreten Falle müssen wir tatsächlich diese Bestimmung anwenden. Gegenüber der Abtreibung gibt es für uns kein Markten und kein Feilschen — Du sollst nicht töten!

Sodann hat man damals bei Besprechung der Todesstrafe so schön von der Hochachtung, von der Heiligkeit des Menschenlebens gesprochen, sind sehr schöne Worte gebraucht worden, sogar auch gegenüber dem Mörder, von dem nicht etwa der Katholik, sondern Rousseau geschrieben hat, daß er rechtlos geworden sei, gänzlich der Willkür des Staates, dem Tode verfallen.

Nun ist aber die Abtreibung nach dem Zeugnis der Wissenschaft die Vernichtung eines selbständigen Individuums mit eigenem Herzen, eigenem Blut, eigenen Organen, eigenen von der Mutter völlig unabhängigen Funktionen, die Vernichtung von menschlichen Wesen, die jederzeit das unveräußerliche Recht auf ein Dasein haben. Die gleichen Herren, die dazumal in so schönen Tönen vom Leben gesprochen haben, von dem Mörder, der unbedingt das Recht zum Leben habe, wollen nun diese wehrlosen Menschenleben unter vielfach nichtigen Gründen straflos beseitigen lassen. Ich frage daher, wo die Inkonsequenz ist, ob sie auf unserer Seite ist oder auf jener anderen Seite.

Herr Kollega Huber hat gerade bei der damaligen Beratung hier im Nationalrat den Ausspruch getan (nach einer Meldung in der Tagwacht): «Daß in unserm Gesetz jemand das Recht gegeben wird, Leben zu vernichten, dagegen sträubt sich mein Gefühl» — und heute plädiert er und seine Kollegen für die Strafloserklärung oder doch die möglichste Strafloserklärung der Tötung des keimenden Lebens, also für das Recht der Tötung.

Wir glauben, daß wir nicht inkonsequent sind, wenn wir heute mit aller Energie die Streichung des Art. 107 verlangen. Für uns ist die Situation folgende: Vor uns liegen drei Anträge, der Antrag des Bundesrates, der Antrag der Kommissionsmehrheit und der Antrag Affolter und Konsorten. Alle diese Anträge treffen sich in einem wesentlichen Punkte. Sie wollen die Abtreibung unter gewissen Verumständen straflos erklären. Sie unterscheiden sich dann graduell. Der eine Antrag umgibt dieses Begehren mit mehr Kautelen als der andere, aber im wesentlichen sind sie eins. Eine solche ausdrückliche Strafloserklärung im Strafgesetz ist für uns unannehmbar, denn eine solche Bestimmung widerspricht dem Naturrecht. Man hat heute hier erklärt, daß es kein Naturrecht sei; weil die alten Römer dieses keimende Leben nicht geschützt hätten, sei der Beweis erbracht, daß es sich nicht um ein Naturrecht handle. Die alten Römer haben gerade durch den Verfall, dem sie anheimgefallen sind, bewiesen, daß sie sich gegen ein Naturgesetz versündigt haben. Ich glaube, eine weitere Beweisführung erübrigt sich. Wir sind gegen eine solche Bestimmung expressis verbis, weil sie

auch einer positiven kirchlich-religiösen Vorschrift widerspricht. Es ist nicht richtig, was Herr Farbstein gesagt hat, daß die Kirche erst im Laufe der Jahrhunderte, in einem Konzil, dieses Verbot aufgestellt habe. Das Verbot der Tötung bestand von Anfang an, und wenn es die Kirche in einem Konzil nochmals hat unterstreichen müssen, so deshalb, weil die Notwendigkeit dafür in damaliger Zeit eingetreten war.

Wir widersetzen uns aber einer solchen Aufnahme in das Strafgesetz, weil sie nach unserer Ansicht dem Empfinden eines großen Teiles des Schweizervolkes widerspricht, nicht nur des katholischen Volkes. Herr Kollega Huber hat soeben die katholische Anschauung auseinandergesetzt und sich bestrebt, das in möglichst objektiver Weise zu tun. Er hat uns vom Hirtenbrief des Bischofs gesprochen, der in einer nach seiner Ansicht etwas harten Form erklärt habe, daß die Mutter sich unter Umständen opfern müsse für ihr Kind. Diese Auffassung ist vollständig richtig und wird restlos geteilt. Sie ist, wie wir noch sehen werden, auch im Buche des Herrn von Streng niedergelegt. Wenn ein solcher Fall eintreten sollte, was äußerst selten ist, daß die Mutter sich opfern muß, so bleibt keine andere Lösung: Die Mutter muß den Heldentod sterben. Wir haben auch andere ähnliche Fälle. Eine Mutter, die ihr krankes Kind hegt und pflegt und am Krankenbett weilt, bis sie selber zusammenbricht, ist in der gleichen Lage.

Es ist gesagt worden, daß es ein Notstand sei und daß in einem solchen Falle man jemand töten könnte; dann sollte man aber auch einen Pestkranken ohne weiteres töten, weil die Gefahr da ist, daß durch ihn viele andere Leute angesteckt werden könnten.

Ueber die Frage, die Herr Huber aufgeworfen hat, wann man es mit einem Kind zu tun habe und von wann an die Bestimmung gelten solle, daß man nicht töten dürfe, möchte ich Sie auf das hinweisen, was Herr von Streng sagt: «Wir müssen das kleine Wesen vom ersten Anbeginn an schon ein ‚Kind‘ nennen, nicht erst vom 30. oder 40. Tage an, und zwar mit vollem Recht, denn es trägt vom ersten Anbeginn an die Eigenschaften und Fähigkeiten zu seiner weiteren Entwicklung in sich.»

Herr Kollega Huber hat auch Muckermann, den katholischen Theologen, zitiert, und uns beweisen wollen, daß gerade er es unter Umständen als erlaubt ansehe, daß eine Tötung vorgenommen werden könne. Das stimmt nicht ganz. Muckermann hat sich sehr viel mit dieser Frage befasst und hat Stellung nehmen müssen zu den zwei Anträgen, die im Jahre 1920 im deutschen Reichstag vorlagen und die auf eine vollständige Strafloserklärung der Abtreibung gegangen sind. Da hat er offenbar, als das kleinere Übel, weil keine andere Lösung mehr möglich war, sich sagen müssen: Dann wollen wir wenigstens das Gesetz in dem Sinne verbessern, daß nur die Fälle der medizinischen Indikation zugelassen werden. Aber dieser gleiche Muckermann hat gerade in seinem Werk «Um das Leben der Ungeborenen» zum Schlusse geschrieben: «Zweifello ist begründet, zu sagen, daß ein Volk, das trotz seiner grauenhaften Vermehrung der Verbrechen gegenüber dem ungeborenen Leben das Hilfsmittel der Strafgesetzgebung nicht mit diskreter Klugheit und aufrichtiger Hingabe verbessert und durchführt, sondern preisgibt, um die Quellen seines Lebens nicht mehr ernstlich besorgt erscheint und darum sich nicht wundern dürfe,

wenn es nicht an den Feinden ringsum, sondern an sich selbst absterben würde.» Im gleichen Sinn haben sich noch viele ausgesprochen, aber ich will, um nicht allzu lange zu sprechen, darüber hinweggehen.

Herr Prof. Logoz hat nun gestern in seinen Ausführungen uns etwas bange machen wollen und erklärt, er begreife die Katholiken nicht, denn wenn sie Art. 107 streichen, so werden ohne weiteres Art. 31 und 33 platzgreifen. Ich glaube, daß diese Furcht nicht begründet ist; einmal sind Art. 31 und 33 im Strafgesetzbuch drin, und ich bin überzeugt, daß sie auch Anwendung finden werden, selbst wenn wir Art. 107 haben. Art. 107 ist allerdings eine *lex specialis*, wie man erklärt hat, aber gerade die Fälle, die Herr Huber zitiert hat, haben uns klar gemacht, daß unter Umständen trotz dieser *lex specialis* diese Bestimmungen der Art. 31 und 33 Platz greifen können. Darüber ist kein Zweifel. Wenn ein Arzt plötzlich nachts an ein Krankenbett gerufen wird, muß er handeln, es geht um Minuten, er kann nicht zuerst zu einem amtlichen Arzt laufen — man hat ihn heute nicht sehr geschmackvoll als Abtreibungsvogt bezeichnet — und wenn er dann handelt und wird vor den Strafrichter gerufen, dann wird er sich sicher auf Art. 31 und 33 berufen, und kein Gericht wird ihn voraussichtlich bestrafen. Die Art. 31 und 33 sind schließlich nichts anderes als die Sanktionierung der heutigen Gerichtspraxis. «Vor allem hat die Gerichtspraxis, vor allem da, wo ernst denkende Aerzte nach genauester Untersuchung des Falles zur Rettung des Lebens der Mutter einen künstlichen Abortus als unabwendbar erachtet haben, das Vorliegen einer strafbaren Abtreibung mangels Vorliegens der Rechtswidrigkeit verneint, sei es aus dem Gesichtspunkte des ärztlichen Heilungsrechts, also aus dem Gesichtspunkt des Art. 31, sei es aus dem des Notstandes der Mutter, der einen Strafausschließungsgrund bedeute. Es ist mir kein einziger Fall bekannt, wo zum Beispiel ein in einer öffentlichen Klinik unter diesen Voraussetzungen vorgenommenen Abort auch nur zur Anzeige, geschweige denn auch noch zur strafrechtlichen Aburteilung gelangt wäre. Damit ist tatsächlich der medizinische Abort im engeren Sinne schon unter dem geltenden Recht zu einer allerdings sehr ernstesten Gewissensfrage der Aerzte geworden.» So wird es auch in Zukunft sein, wenn wir § 107 streichen; und wir betrachten das als das geringere Uebel, als daß man in einen Artikel ausdrücklich die Straflosigkeit hineinsetzt und damit einen Freibrief ausstellt für die Abtreibung, sei es auch nur in gewissen Fällen; dann haben wir wenigstens die Garantie, daß immer eine Strafuntersuchung vorangehen muß. Nach § 107 wäre das nicht mehr möglich. Wenn ein Arzt die amtliche Erklärung eingeholt hat, wird keine Klage eingereicht werden können. Die Annahme des Art. 107, wie er formuliert ist, bedingt zweifelsohne nach unserer Auffassung eine Vermehrung der Abtreibungen und damit einen noch stärkeren Rückgang der Geburten, und da glaube ich, ist es unsere Pflicht, daß wir den Anfängen wehren. Man wird sagen, da sei nichts zu befürchten, nachdem man die Vorschrift aufgenommen habe, nicht nur ein Arzt, sondern zwei Aerzte müßten ihre Zustimmung geben. Ich will den Herren Aerzten nicht zu nahe treten, aber ich muß doch sagen, daß das Vertrauen in die Aerzte in diesem Punkte in letzter

Zeit erschüttert worden ist. Wir haben feststellen müssen, daß die Auffassung in Aerztekreisen bezüglich der Abtreibung Wandlungen durchgemacht hat, denen weder das geschriebene noch das ungeschriebene Gesetz noch auch die allgemeine Auffassung mehr folgen konnte. Es ist ja gerade der von Herrn Kollege Huber zitierte Dr. Muckermann, der sich diesbezüglich ausspricht. Herr Huber kennt seine Ausführungen also ebenfalls. Er zitiert aus einem amtlichen Bericht der Medizinalverwaltung von Berlin. Wir finden da sehr interessante Bekenntnisse gerade von amtlicher ärztlicher Seite. In einem dieser Berichte heißt es, daß man bei der Prüfung der Ursachen des Geburtenrückganges die Begleiterscheinung wahrgenommen habe, daß die Beteiligung der Aerzte an den tödlichen Eingriffen gegen das ungeborene Leben einen bedenklichen Umfang angenommen habe. Vor allem scheinere der Umstand maßgebend zu sein, daß seit Jahren im Aerztestande eine gewisse Umwertung und Verschiebung der früheren Anschauungen über die Zulässigkeit, das Leben der Ungeborenen anzutasten, sich entwickelt habe. Es scheinere daher vom Standpunkt des Staatswohles wie von dem der Interessen der Aerzte aus dringend notwendig, die Frage der Berechtigung jener Eingriffe eingehend zu prüfen. Diese Prüfung ist dann vorgenommen worden, es wurden verschiedene Rapporte eingeholt, und aus einem dieser Berichte von Herrn Medizinalrat Krohne möchte ich folgendes hervorheben. Herr Medizinalrat Krohne hat, um die Frage abzuklären, 80 Frauenärzte, darunter alle Ordinarien der Universitäten und eine große Anzahl namhafter Frauenärzte in großen Städten, um die Beantwortung von drei Fragen ersucht: Erstens, ob ihnen überhaupt aufgefallen wäre, daß die Neigung der Frauen, die künstliche Fehlgeburt herbeizuführen, zugenommen habe, und ob die Frauen in steigendem Maße mit solchen Begehren an Aerzte herantreten? Zweitens, in wieviel Fällen anzunehmen wäre, daß die in ihre Behandlung gekommenen Frauen die Fehlgeburt verbrecherisch vorgenommen hätten, und drittens, ob auch die Neigung der Aerzte, künstliche Fehlgeburten ohne zwingenden Grund auszuführen, im Zunehmen begriffen sei. 65 Herren haben die Fragen beantwortet, zum Teil, wie Krohne beifügt, unter Anführung eines außerordentlich interessanten und erdrückenden Materials. Die erste Frage, ob die Neigung der Frauen, die Frucht abtreiben zu lassen, gestiegen sei, beantworteten 45 Herren mit Ja, 20 haben mit Nein geantwortet oder überhaupt keine Antwort gegeben. Manche Kollegen, sagt Krohne, hätten ihm geschrieben, daß kaum eine Sprechstunde vergehe, wo nicht eine Frau erscheine, die ohne jeden Grund, bloß weil sie schon zwei Kinder habe, unter ganz nichtigen Gründen die künstliche Fehlgeburt verlange und ungehalten seien die Frauen, wenn es nicht geschehe. Die zweite Frage bezüglich der verbrecherischen Absicht wird beantwortet wie folgt: Was die zweite Frage angeht, so besteht nach den meisten Aerzten kein Zweifel, daß an der riesigen Zunahme die verbrecherischen Fälle einen erheblichen Anteil, wie manche Kollegen meinen, 90—100 % einnehmen. Und nun die Hauptfrage, die dritte, bezüglich der Aerzte: Aus den Antworten ergibt sich die von hervorragenden Männern der Praxis bewiesene Tatsache, daß die Beurteilung der Frage, unter welchen Umständen ein Arzt straffrei eingreifen

dürfe, in Aerztekreisen eine bedenkliche Wandlung erfahren habe, zumal in dem Schriftwechsel mit Leitern von Kliniken stehen beunruhigende Sätze. Einer redet von vielen Aerzten, die auf ganz unverantwortliche Gründe hin einschreiten, ein anderer sagt, er habe den überzeugenden Eindruck gewonnen, daß die Tötung der Ungeborenen aus wirtschaftlichen Gründen von einer verhältnismäßig erschreckend großen Zahl von Aerzten anerkannt und ausgeführt werde. Ein dritter beklagt, daß reichlicher Kindersegen, einfache Nervosität, ein Lungenspitzenkatarrh, ja sogar Verdacht auf latente Lungentuberkulose vielfach als Indikationen gelten. Leider müsse man es nahezu regelmäßig erleben, daß bei Ablehnung durch einen Arzt ein anderer sich finden lasse, der dem verhängnisvollen Ansinnen nachgebe. Das bestätigt auch das Gutachten einer Aerztekammer, die sich Dr. Krohne gegenüber dahin äußerte, daß in den Großstädten nicht wenige Aerzte geradezu spezialistisch tätig seien, sich aber so vorsehen, daß sie kriminell nur höchst selten überführt werden usw.

Wenn man über die Tätigkeit der Aerzte solche Stimmen hört, dann werden Sie begreifen, daß man gegenüber der Vorschrift des § 107 etwas zögern wird. Wir wollen ja zugeben, daß nicht alle Aerzte, die ernannt würden, nun diese Auffassung hätten, wie sie in diesem Bericht von Berlin steht. Aber ich glaube, wenn einmal die Aerzte bezeichnet werden, in Zürich von den Herren Farbstein und Konsorten und in Basel vielleicht von Herrn Kollega Welti, dann wird deren Auffassung anders sein als die, der wir heute huldigen wollen. Ich zitiere gerade Herrn Professor Labhardt, der in der Zeitschrift «Das neue Geschlecht» über die Lex Welti, von der Herr Welti selbst eben gesprochen hat, bemerkt, gerade nach Annahme der ersten Lesung im Basler Großen Rat habe er unzählige Anfragen, speziell allerdings aus dem Ausland, erhalten, ob die Frauen nach Basel kommen könnten, um die Frucht abtreiben zu lassen. Also es wäre nicht ganz unangebracht gewesen, wenn Herr Grünenfelder in seiner Rede gesagt hätte, daß Herr Welti vielleicht etwas Schuld tragen würde an einer Zuwanderung nach Basel. Wir glauben also, daß die Aufnahme einer solchen Bestimmung dem Mißbrauch Tür und Tor öffnen würde.

Haben wir eine Förderung der Geburtenregelung nach den statistischen Ausweisen überhaupt nötig? Ich glaube kaum. Die Schweiz steht wirklich nicht glänzend da. Nach einer Zusammenstellung von Dr. Lorenz ist der Rückgang der Geburten gewaltig. Auf 1000 Einwohner bei mittlerer Bevölkerungszahl traf es an Lebendgeborenen in den 70er Jahren 30, in den 80er Jahren 28, in den Jahren 1911—1915 22,8, 1925 nur mehr 18,4. Die gleiche Erscheinung haben wir, wenn wir die Statistik der ehelichen Fruchtbarkeit durchgehen. Und wie steht die Schweiz in der internationalen Statistik da? In internationaler Beziehung, sagt Lorenz, ist es mit der schweizerischen Geburtenhäufigkeit folgendermaßen bestellt: Lebendgeborene trifft es auf 1000 Einwohner in Rumänien 37,5, in Bulgarien 35, und dann geht es rückwärts die Reihe aller Staaten hinunter; die drei letzten Staaten sind Schweiz 18,4, England 18,3, Schweden 18,1. Dr. Lorenz fügt hinzu, die Schweiz steht also in bezug auf Geburtenhäufigkeit unter den vorgenannten Territorien im drittletzten Rang. Das Problem hat demnach für uns ganz besondere Be-

deutung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Regelung der Geburtenhäufigkeit, deren untere Grenze noch nicht erreicht ist, im wesentlichen das Ergebnis willkürlicher Geburtenregelung ist, sei es durch Prävention, sei es durch das Mittel der Abtreibung, die größeren Umfang angenommen hat, als man sich gemeinhin vorstellt. Auch bezüglich der Kinderzahl möchte ich eine Statistik zitieren, die nicht in einer katholischen Zeitung erschienen ist, sondern in der Berner Tagwacht: Wir haben in der Schweiz 139,000 Familien ohne Kinder, 140,000 Familien mit einem Kind, 129,000 Familien mit 2 Kindern, 87,000 Familien mit 3 Kindern und dann gehts hinauf bis zu 1600 Familien mit 11 Kindern, 50 Familien mit 14 Kindern, einer Familie mit 17 Kindern, und die Tagwacht fügt hinzu: «wobei alle gesund sind».

Wir wissen nun alle, daß das Volkswohl nicht durch Strafgesetze erneuert oder vervollkommen oder gesichert werden kann; wir teilen da die Ansicht der Herren Referenten, speziell von Herrn Nationalrat Seiler. Wenn nicht vor allem der Wandel der inneren Gesinnung und ein entsprechender Umbau unheilvoller Lebensbedingungen angestrebt und erreicht wird, sind Strafgesetze tatsächlich wertlos. Die Strafgesetze sind aber Hilfsmittel, die in Verbindung mit anderen großen Maßnahmen, die die innere Gesinnung der Menschen und die Gestaltung der Lebenslage betreffen, zum Volkswohl beitragen können. Dieses Hilfsmittel dürfen wir nicht vernachlässigen, und wir sind die ersten, die sich erbieten, zur Verwirklichung der Anregungen von Herrn Kollega Farbstein für soziale Besserstellung Hand zu bieten. Ich glaube gerade die katholisch-konservative Fraktion hat ein Beispiel dafür gegeben, als sie den Soziallohn postulierte, als sie die bei der Beratung des Besoldungsgesetzes die Kinderzulagen verlangte. Aber ich erinnere Sie daran, welche Schwierigkeiten wir gehabt haben, um auch nur bescheidene Zulagen zu erwirken — und da war der Widerstand gerade auch von sozialdemokratischer Seite her recht fühlbar.

Herr Prof. Logoz hat uns an Kaufmann erinnert und seine Unterscheidung zwischen Erlaubtheit und Straflosigkeit. Wir teilen die Ansichten des katholischen Juristen Kaufmann vollständig. Aber dieser gleiche Jurist hat auch geschrieben: Die katholische Moral spricht sich unbedingt gegen die Erlaubtheit der absichtlichen Herbeiführung einer Fehlgeburt aus; sie kennt keine Ausnahme, keine Indikation. Positiver kann man sich wohl nicht aussprechen. Im übrigen teilen wir auch in diesem Punkte die Ansicht des Referenten: Es ist weder notwendig noch möglich, daß das eidgenössische Strafrecht jeden Verstoß gegen die sittliche Ordnung, gegen das Gewissen verbietet, mit Strafe bedroht. Straffrei bedeutet durchaus nicht sittlich erlaubt, wenn auch leider manche Menschen nur zu bereit wären, aus der Straffreiheit die sittliche Erlaubtheit zu folgern. Es ist jedoch unerlässlich, daß alle Verbrechen, die das Volkswohl empfindlich antasten — und die Abtreibung ist ein solches, das ist von den Referenten anerkannt worden — durch ein gerechtes Strafgesetz grundsätzlich als Verbrechen gekennzeichnet und mit diskreter Klugheit geahndet werden. Im vorliegenden Fall gilt es, den verheerenden Strom, der Land und Volk bedroht, einen kräftigen Wall, eine Mauer entgegenzusetzen. Aber jede Ausnahme, die wir in das Gesetz aufnehmen, ist eine Bresche in diese Mauer, die ver-

hängnisvoll werden kann. Nach den gemachten Erfahrungen, nach den Debatten, die seinerzeit im Zürcher und im Berner Großen Rat stattgefunden haben und nach dem, was wir noch heute gehört haben und speziell nach dem Blick in die Zukunft, den uns Herr Kollega Welti eröffnet hat, glauben wir, für uns sei auf diesem Gebiet kein Kompromiß möglich, und ich bin überzeugt, daß ein großer Teil des Schweizervolkes, nicht nur die Katholiken, in diesem Punkt hinter uns stehen werde. (Beifall.)

Bundesrat Häberlin: Wir stehen vor einer sehr schwierigen Frage des Strafgesetzes, vielleicht vor der schwierigsten. Warum? Weil wie kaum bei einem andern Abschnitt ethische, religiöse, soziale Anschauungen, sogar rassenhygienische Gesichtspunkte hineingeworfen werden und alle verlangen, im Gesetz verdichtet zu werden. Das ist eine schier übermenschliche Aufgabe, die da gestellt werden soll. Ich gebe dem Gefühl der großen Freude und Befriedigung Ausdruck darüber, daß diese Debatte auf so hoher Linie geführt wird. Ich glaube, das ganze Schweizervolk wird das anerkennen müssen, wenn es die Verhandlungen liest. Das ist gewiß nicht in letzter Linie den prächtigen einleitenden Referaten zu verdanken, die diese hohe Linie vorgezeichnet haben. Wir sind uns hier unserer Verantwortung, die wir vor dem Volke zu tragen haben, bewußt. Gerade deshalb müssen wir uns besinnen auf die eigentliche Aufgabe, die uns hier gestellt ist. Wir können nicht alle möglichen Probleme durch Strafgesetzparagrafen lösen, sondern wir müssen uns beschränken auf die Rechtsaufgabe, die uns hier gestellt ist, freilich mit dem Blick auf das wirtschaftliche und soziale Leben, auf die ethischen Gesichtspunkte, aber doch auch mit der Frage: Was können wir mit den Mitteln, die hier zur Verfügung gestellt werden sollen, erreichen? Wie ist das Strafbare vom Straflösen abzugrenzen? Diese Frage präsentiert sich hier. Die Beantwortung wird uns einigermaßen dadurch erleichtert, daß — wenigstens habe ich keine anderes Votum gehört — der Standpunkt nicht vertreten wurde, daß das Kind in irgendeinem Zeitpunkt seit der Konzeption kein Rechtsgut sei. Die alte Theorie, daß eine bestimmte Zeit lang, so und so viele Wochen oder Monate, nur etwas Lebloses, Schutzloses vorhanden sei, ist nicht mehr vertreten worden. Wir anerkennen alle miteinander, das Leben des Kindes ist ein Rechtsgut, das grundsätzlich Schutz verdient. Damit ist aber sofort gesagt, daß die Vernichtung dieses Rechtsgutes die Tötung bedeutet, also an sich eine strafbare Handlung, die wir unter generellen Gesichtspunkten unter allen Umständen als strafbar bezeichnen werden.

Wie kann eine an sich strafbare Handlung strafflos werden? Nur dadurch, daß wir einen Notstand anerkennen gegenüber diesem Rechtsgut, das sich uns präsentiert. Von Notwehr werden wir ja praktisch und vernünftigerweise nicht reden wollen; das Kind im Mutterleibe ist ja kein Angreifer. Aber existiert ein Notstand, den wir zu respektieren haben, auf den wir die Grundsätze des allgemeinen Teiles anwenden oder für den wir besondere Normen im Speziellen Teile schaffen? — Daß die Notstandstötung auch von der Kirche anerkannt wird, ist hier wiederholt aufgegriffen worden. Wenn die Kirche die Todesstrafe zwar nicht verlangt, aber zuläßt, so anerkennt sie einen Notstand des Staates gegenüber dem Ver-

brecher. So könnten wir die Berechtigung des Strafgesetzes überhaupt grosso modo konstruieren und es wäre nicht unrichtig konstruiert. Wir alle, und sicher auch die Kirche, anerkennen daß der Soldat sein Vaterland verteidigen und dabei in Erfüllung einer anerkannten Pflicht töten darf. Wir haben einen interstaatlichen Notstand, der vom Recht anerkannt wird. Wahrscheinlich wird auch die gewöhnliche Notstandstötung vom kanonischen Recht anerkannt. Ich weiß es nicht, wie sich das kanonische Recht zu dem klassischen Fall stellt, wo zwei auf einer Planke im Meere treiben und der eine untergehen muß, damit der andere leben kann. Ich nehme an, daß diese Notstandstötung auch von dem kanonischen Recht anerkannt wird, die HH. doctores iuris utriusque mögen das entscheiden, ich habe nicht den Mut, Ihnen eine bestimmte Behauptung vorzulegen.

Die Frage konzentriert sich nun auf einen ganz bestimmten Punkt: gibt es auch einen Notstand der Mutter gegenüber dem Kind in ihrem Schoß? Wollen wir diese Frage bejahen, wollen wir sie verneinen? Da stellt sich die Frage, die Herr Escher vorhin gestreift, die Herr Grünenfelder gar nicht berührt hat, mit der sich aber jedenfalls Herr Logoz, auseinandergesetzt hat: Wie ist es, wenn Art. 107 einfach gestrichen wird, gelten dann die Notstandsbestimmungen des Art. 31 und 33 für den konkreten Fall der erkrankten, vielleicht vor dem Tode stehenden Mutter mit einem Kind im Schoße? Herr Prof. Logoz hat Ihnen erklärt, daß nach seiner Auffassung, die ich teile, nach der Streichung von Art. 107, zweifellos Art. 31 zur Anwendung kommen müßte. Ich glaube, Herr Escher hat angedeutet, daß in den Fällen, wo es recht dringlich ist, wo es von einer Stunde zur andern geschehen muß, daß dann die Voraussetzung der Anwendung von Art. 31 gegeben wäre. Aber eine solche Dringlichkeit wird in den wenigsten Fällen vorliegen. Wir wollen doch praktisch denken und nicht die Ausnahme-Fälle zur Voraussetzung unserer Gesetzgebung nehmen.

Wie ist nun die Lösung? Wenn Sie Art. 107 nach Antrag der Kommissionsmehrheit annehmen, so schaffen Sie einen Spezialartikel, der den Art. 31 ersetzt, bzw. für einen bestimmten Fall weitgehend einschränkt. Wieso? Im allgemeinen Notstandsartikel darf ein Notstand auch dann angenommen werden, wenn das Vermögen, wenn die Ehre bedroht ist. Ich darf zur Verteidigung meiner Ehre oder sogar meines Vermögens straflos töten, wenn der Richter anerkennt, daß im speziellen Fall das geringere Rechtsgut damit vernichtet worden ist. Wollen wir das zulassen im Falle der Mutter und des Kindes? Nein! Art. 107 präzisiert: Für die Mutter gibt es gegen ihr Kind nur dann einen Notstand, wenn sie damit ihr eigenes Leben oder ihre dauernde Gesundheit verteidigt, also nicht aus vermögensrechtlichen Ueberlegungen. Und das ist wichtig. Damit kommen wir zur Abgrenzung gegenüber den Anträgen z. B. in Art. 107bis und den im Vorschlag Affolter zugelassenen Ehren- und eugenischen Gründen. Wir haben nach dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit ein ganz begrenztes Anwendungsgebiet.

Meine Herren von der konservativen Richtung, wollen Sie wirklich diesen Artikel streichen, mit der Wirkung, daß dann nachher der viel weitergehende Art. 31 zur Anwendung kommt und es dem Richter

im einzelnen Falle überlassen bleibt, abzuwägen, welches Gut das wichtigere sei. Denn dann muß er sich diese Frage stellen: Darf es oder muß es der Mutter zugemutet werden, daß sie ihr Rechtsgut preisgibt gegenüber dem Leben des Kindes? Diese Frage kann dann verschieden beantwortet werden. Nehmen Sie aber den Arg. 107 in der Fassung der Kommissionsmehrheit an, so wird der Richter nur die Frage prüfen müssen, ob das Leben oder die Gesundheit der Mutter bedroht ist. Das Leben der Mutter ist wichtiger, die dauernde Gesundheit der Mutter ist wichtiger, das ist für den Richter bindend festgesetzt. Damit wird seine Aufgabe erleichtert. Auch der Arzt, der vor eine Gewissensfrage gestellt wird, vielleicht vor noch eine größere als die Mutter — denn er steht der Sache fern — kann sich leichter entscheiden. Der Arzt muß nüchtern überlegen, wieweit er gehen darf; er steht mit dem einen Fuß im Zuchthaus. Auch dem Arzte sind wir also schuldig, daß wir eine gerade Linie für den Richter aufstellen, nach der dieser erkennen kann.

Sie dürfen also wegen der Gefahr der Unsicherheit nicht bloß streichen, es wäre denn, daß Sie mit Herrn Nationalrat Welti überhaupt alle drei Artikel streichen wollen. Dann wissen Sie freilich auch, woran Sie sind. Aber ich weiß, daß es nicht Ihre Auffassung ist, in seiner Richtung soweit zu gehen. Sie müßten bei bloßer Streichung von Art. 107 direkt für ihn einen Ersatz, ein direktes Verbot unter allen Umständen auf Grundlage religiös konfessioneller Auffassung schaffen, es dürfe unter keinen Umständen ein solcher Notstand angenommen und vom Arzt notstandsmäßig gehandelt werden. Wollen Sie soweit gehen? Das glaube ich nicht.

Der Mehrheitsartikel bringt aber auch noch weitere Einschränkungen der Anwendung des Notstandsbegriffes. Auch von diesem Gesichtspunkte aus sollte die konservative Richtung diesen Vorschlag anerkennen als ihren Anschauungen Rechnung tragend. Mit Recht haben Sie ja gewisse Bedenken und sagen, wenn wir überhaupt einen solchen physiologischen Notstand anerkennen: « Wer hat schließlich darüber in der Anwendung praktisch zu entscheiden. » Gewiß, in letzter Linie der Richter, aber wir wollen zugeben, in der Praxis in erster Linie der Arzt oder der Kurfuscher oder die Hebamme, je nachdem wir die Möglichkeit gestalten. Da wollen wir einschränkend vorgehen und nur dem Arzt die Möglichkeit des Eingriffes zubilligen. Nur er darf der Frau den Rat geben und dem Rat gemäß handeln. Wenn der Arzt ihr sagt: Ich darf es nicht tun, die Voraussetzungen dafür sind nicht vorhanden, das Leben, die dauernde Gesundheit ist nicht gefährdet; zwar wird es schwierig sein, aber die Schwangerschaft und die Geburt darf doch zugemutet werden, dann macht sich die Frau strafbar, wenn sie die Schwangerschaftsunterbrechung doch durchführen läßt. Darum ist es wichtig, daß wir auf die wissenschaftlich kompetenten Persönlichkeiten abstellen, wozu nota bene immer auch das Einverständnis der Frau treten muß. Der Rat des Arztes, seine kunstgemäße Hilfe und der Wille derjenigen, an der die Operation vorgenommen werden soll, ergänzen sich.

Und dieser Wille muß schriftlich ausgedrückt werden. Man kann über die Berechtigung derartiger Formalitäten streiten; aber es ist dann sicher, daß über diesen Willen Klarheit herrscht. Wer ist der-

jenige, der die Abtreibung haben will? Immer die Mutter? Sehr oft ist es der Verführer. Und die Mutter wird mit moralischem oder besser gesagt unmoralischem Druck, mit psychologischem Zwang dahin gebracht, es zu tun. Der Schatz geht zum Arzt, läßt ihn kommen und sagt, die Mutter habe es gewollt. Die Mutter ist in einem Zustande, daß man nicht wird beweisen können, ob sie es gewollt hat oder nicht. Deshalb wollen wir eine gewisse Sicherheit haben, daß auch die Mutter überlegen muß, ob sie wirklich diesen schweren Eingriff an sich vornehmen, ihr Kind beseitigen will. Es ist mit Recht gesagt worden, es brauche gewiß sehr viel, bis eine Mutter, auch wenn sie ihr Kind noch nicht geboren hat, weil sie es schon im Mutterleibe liebt, zu diesem Entschlusse sich durchringe. (Hoppeler: Nicht mehr so viel). Sie haben die bessere Erfahrung, aber ich habe die bessere Meinung, ich will gerne Optimist sein (Nicht immer, nicht bei allen). Das mag sein, aber wir wollen die Hauptfälle nehmen. Ich glaube, auch Herr Hoppeler wird mir zugeben, daß eine solche schriftliche Erklärung einen kleinen Damm setzen kann, gegen die Möglichkeit der Durchführung, gerade dann, wenn die Mutter im Uebrigen etwas leicht veranlagt ist.

Wir sagen ferner, es soll nicht nur ein Arzt, sondern neben ihm noch ein zweiter zugezogen werden und zwar ein amtlich bestimmter Arzt. Warum? Es wäre ungerecht, wenn man allgemein sagen würde, die Aerzte geben sich zu solchen Operationen auch rechtswidrig her. Aber wenn wir sagen, es gebe Aerzte, die das machen, begehen wir keine Ungerechtigkeit. Es wird jeder Stand sich gefallen lassen müssen, daß es rüchtige Schafe in seinen Reihen gibt. So auch beim Aertzestand. Das Quantitative können und wollen wir hier nicht ermitteln. Wir wollen den Prozentsatz der guten und schlechten Elemente nicht feststellen. Für uns muß es genügen, daß es nach den Erfahrungen unserer Gerichte und Berufsgerichte eine genügende Anzahl pflichtvergessener Aerzte gibt. Darum dürfen und wollen wir nicht nur auf einen Arzt allein abstellen. Wir wollen, daß der eine Arzt gezwungen sei, was ja der seriöse Arzt in der Praxis sozusagen immer tun wird, einem zweiten Arzte Mitteilung zu machen: Ich stehe vor der Gewissensfrage, soll ich bei der und der Frau den Abortus einleiten. Wir haben einen Amtsarzt nicht in der Meinung vorgeschlagen, daß er immer der bestqualifizierte sei. Es kann ja sogar vorkommen, daß der Amtsarzt der wenigst qualifizierte ist z. B. in einem kleinen Kreis, wo wenig Konkurrenz sich findet und wo die anderen Aerzte besser sind. Hoffentlich wird das aber die Ausnahme sein. Aber ich will einmal annehmen, daß der erstangerufene Arzt der tüchtigere und berufenerere sein kann. Wichtig bleibt trotzdem die Funktion der Kontrolle durch den zweiten Arzt, auch wenn sie nur intern ist. Der beste, auch der gescheiteste Arzt kann Fehler begehen. Daß er an einem dritten Orte sagen muß, jetzt mache ich das und das, ich übernehme die Verantwortung, das ist von großer Tragweite. Es ist auch für den ersten Arzt nicht so schlimm, wie Herr Huber und die andern Herren vielleicht glauben. Mit diesem Amtsarzte wird sicher nur das böse Element belästigt. Der nicht seriöse Arzt wird nicht gern mit dem Amtsarzt in Berührung kommen in einer solchen Sache, weil er dann weiß, daß es an dritter Stelle bekannt ist, daß eine solche Operation vorgenommen werden will; er steht unter der Kon-

trolle. Wenn er aber allein darüber zu verfügen hat, dann spekuliert er darauf, daß er von keiner Seite kontrolliert wird. Diese Kontrolle möchten wir haben, weil sie gerade für diejenigen, die der Frage der Abtreibung grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, eine Beruhigung bietet. Sie soll es Ihnen ermöglichen, nachdem diese Garantie gegeben ist, auch diesem Fall des Notstandes, vielleicht nicht nach ihrer konfessionellen Auffassung, aber als Mitglied des Staates, der ein gemeinsames Strafgesetz schaffen will, zuzustimmen.

Alles das ist natürlich mit dem Arztgeheimnis vereinbar. Wir stellen uns nicht vor, daß etwa die Anzeige des ersten Arztes an den Amtsarzt irgendwo veröffentlicht werden soll. Es bleibt Amtsgeheimnis beim Amtsarzt, wie beim ersten Arzt. Darf es einer anständigen Frau nicht zugemutet werden, solange wir nur den physiologischen Notstand kennen, daß auch ein zweiter Arzt darum wisse, daß sie in der bedauerlichen Lage ist, eine solche Operation vornehmen zu lassen? Das ist für diese Frau keine Schande, lebe sie in welchen Verhältnissen sie wolle. Hier hat sie ein Unglück getroffen. Das ist für sie so wenig eine Schande, wie für mich, wenn ich ins Spital muß. Sie werden nicht glauben, daß man dadurch in der Ehre herabgesetzt werde. Unangenehm mag es wirken, aber das muß man zumuten dürfen im Interesse der Gesamtheit. Auf jeden Fall bedeutet die Vorschrift eines zweiten amtlich bezeichneten Arztes kein Mißtrauen gegen die Aerzte als solche, oder beruht auf einem schlechten Gewissen des Gesetzgebers, wie sich Herr Farbstein ausgedrückt hat. Ich bin den Ausführungen von Herrn Farbstein mit großem Interesse gefolgt, aber ich habe nicht recht verstanden, warum das einem schlechten Gewissen des Gesetzgebers entspringen soll, wenn er in der Anwendung einer so einschneidenden Maßnahme vorsichtig vorgeht.

Ich möchte noch eines beifügen. Auch der Befund der beiden Aerzte steht nicht an Urteils statt, ist schließlich nicht allein maßgebend als praktischer Durchschnitt; gewiß, aber wenn ausnahmsweise die Sache so wäre, daß beide Aerzte schlechte Kerle wären, die unter einer Decke stecken, was theoretisch vorkommen kann, so haben sie sich vor dem Richter zu verantworten für die ungerechtfertigte Operation. So ist die Sache.

Ich meine also, diese Lösung sollte auch für die konservative Richtung nicht nur durchaus annehmbar sein, sondern sie sei besser als die Lösung mit der Streichung. Die Genugtuung für die Linke liegt darin, daß hier die Rechte eine Konzession machen muß, indem ihre konfessionelle Anschauung nicht in das Gesetz hineingetragen wird. Konfessionell kann der Katholik denken, was er will. Wenn er seiner Frau zumutet, sie dürfe unter keinen Umständen eine Abtreibung vornehmen, da seine Religion, sein Glaube und ihr Glaube das verbiete, so zwingt unser Strafgesetz selbstverständlich keinen Katholiken und keine katholische Frau, entgegen dieser Auffassung zu handeln. Es ist ungefähr wie mit der Wiederverheiratung eines geschiedenen Katholiken. Rechtlich, nach Zivilgesetz, ist sie erlaubt, aber nach katholischer Auffassung darf zu Lebzeiten des geschiedenen Gatten nicht mehr geheiratet werden. Es steht durchaus im Ermessen des katholischen Ehegatten, nach seiner Konfession vorzugehen. Dem wollen wir mit unserem Strafgesetz nicht Eintrag tun, wie wir uns über-

haupt bemühen, nicht ins religiöse Gebiet überzugreifen. Wir müssen aber bitten, daß vom religiösen Gebiete her auch anders Denkenden gewisse Konzessionen auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes, des Zivilrechtes und hier des Strafrechtes gemacht werden. Wir stehen auf einem Boden, wo dieses Entgegenkommen leicht vorgenommen werden kann und wo das Entgegenkommen auch stets erleichtert wird seitens derjenigen, die nicht Katholiken sind, durch die von der Mehrheit gewählte Fassung.

Ich komme nun zum Antrag, der von den Herren Affolter und Mitunterzeichnern gestellt wird. Was wird dort vorgesehen? Dort werden auch Notstandsbegriffe gesetzt, aber nicht mehr bloß der Notstand des Lebens und der Gesundheit, sondern es werden andere Güter als durch den Notstand zu schützend erklärt. Wir bekommen einen Ehrennotstand und einen rassenhygienischen, einen eugenischen Notstand. Der Ehrennotstand, wie er hier postuliert wird, ist durchaus nicht etwa von vornherein unsympathisch. Es ist auch uns verständlich, daß man sich die Frage stellen kann, wenn eine brave anständige Tochter von einem Scheusal vergewaltigt worden ist und nun ein Kind zu erwarten hat, ob ihr die christliche Lehre und vor allem das bürgerliche Recht, das Strafrecht, die Zumutung stellen darf, sie müsse nun dieses Kind austragen und zur Welt bringen. Die Frage ist außerordentlich schwer und es wird sich jeder für sich fragen müssen, wie er empfinden und handeln würde, wenn in einer Familie das passieren würde. Das ist eine sehr schwierige Frage; darum ist es begreiflich, daß auch in einem gewissen Momente eine Mehrheit in der Kommission sich gebildet hatte, welche derartigen Fällen Rücksicht tragen und die Einleitung der Abtreibung, selbstverständlich durch den sachverständigen Arzt, erlauben wollte, für Notzuchtfälle, Schändungsfälle, für Fälle von Unzucht mit Schwachsinnigen oder Blödsinnigen. Es ist ja auch nach religiöser Auffassung gewiß etwas anderes, ob wir das Kind schützen, das aus der Ehe entsprungen ist, das unter dem Sakrament der Ehe erzeugt worden ist. Es ist vielleicht auch etwas anderes, ob wir ein Kind schützen, das in freier Liebe erzeugt worden ist — Herr Farbstein hat das hohe Lied dieser Kinder gesungen, frei, nach Shakespeare mit Faulconbridge, dem Bastard des Richard Löwenherz. Es ist berechtigt, daß man in einem solchen Falle die Pflicht auferlegt, ein solches Kind auszutragen; man hat sich doch freiwillig hergegeben zum Beischlaf. Aber wenn die Frau wirklich nur das Gefäß der geschlechtlichen Sinnelust eines Wüstlings ist, gegen ihren Willen mißbraucht worden ist, wenn das, was sonst durch das Sakrament der Ehe gefordert wird, nur ein gemeiner tierischer Vorgang geworden ist, so kann man sich die Frage stellen und hat sie gestellt, ob hier nicht eine Ausnahme zu machen sei. Wir sind hauptsächlich an einem Punkt zur Umkehr gezwungen worden. Wir mußten sagen: Wie soll festgestellt werden in dem Moment, wo eben die Operation vorgenommen werden müßte, ob wirklich die Voraussetzungen zutreffen? Feststellen müßte das eigentlich der Arzt, denn er muß die Operation vornehmen. Kann er nun nur auf das Wort der Patientin hin das glauben und die Operation vornehmen, oder ist ihm zuzumuten, daß er die Aussage prüft und je nachdem ja oder nein sagt? zu einer Operation, die an sich hygienisch und physiologisch gar nicht nötig ist? Da soll er nun ent-

scheiden, daß er die Operation machen muß, weil die Frau geschändet worden ist? Das kann der Arzt nicht. Wir können ihm nur medizinische, aber nicht juristische Verantwortlichkeiten überbinden. Darum sind wir zur Umkehr gekommen. Es hätte einen Fall gegeben, wo man das vielleicht nicht einwenden kann: Bei Beischlaf mit einem nicht 16jährigen Kinde. Da müßte der Arzt ja nur feststellen, daß das Kind mißbraucht worden ist, und das kann er als Mediziner feststellen. Dann würde er den Auszug aus dem Zivilstandsregister nehmen und feststellen, daß das Kind nicht 16 Jahre alt gewesen ist. Dieser Fall hätte vielleicht Aufnahme finden können. Aber wollen wir mit diesem glücklicherweise außerordentlich seltenen Fall nun das ganze System durchbrechen, wenn wir doch dabei immer noch die eine Möglichkeit haben, daß, wenn dieses 16jährige Kind in seiner Gesundheit gefährdet ist, vielleicht auch psychisch gefährdet ist, dadurch, daß es in dieser Jugend ein Kind haben muß. der Arzt gestützt auf Art. 107 in derartigen Fällen doch eingreifen darf? Jedenfalls würde der Richter hier in der Interpretation des Art. 107 außerordentlich weit gehen. Wir dürfen durchschnittlich mit vernünftigen Richtern rechnen und nicht mit Richtern, die sich krampfhaft an einen blöden Buchstaben des Gesetzes anklammern würden.

Aus diesen Gründen sind wir dazu gelangt, diesen Ehrennotstand nicht zu akzeptieren und glauben, Ihnen empfehlen zu dürfen, ihn mit uns abzulehnen. Entschiedener noch war die Mehrheit der Kommission in der Ablehnung des eugenischen Notstandes, wenn ich ihn so nennen darf, also in der Ablehnung des Begehrens, daß ein Kind deshalb abortiert werden dürfe, weil es erzeugt oder konzipiert worden ist von Blödsinnigen oder Schwachsinnigen. Vielleicht wäre es in der Mehrzahl der Fälle sozial gedacht ein Glück, wenn das stattfinden könnte, aber wir dürfen hier nun nicht mit Wahrscheinlichkeiten rechnen. Herr Welti hat darauf hingewiesen, daß der Gesetzgeber im Zivilgesetzbuch ja nicht so ängstlich gewesen sei. Wenn ich richtig verstanden habe, hat er auf die Vorschriften über die Ehe hingewiesen und erklärt, dort verbiete man Blödsinnigen und Schwachsinnigen die Heirat. Da dürfen wir aber meines Erachtens mit Wahrscheinlichkeiten rechnen. Es ist jedem, der blödsinnig oder schwachsinnig ist, zuzumuten, daß er nicht heirate, und es ist den Behörden zuzumuten, daß sie hier zum Rechten sehen. Gewiß ist es auch für diese Leute ein Opfer, denn auch sie sind Menschen mit Sinnen und Trieben. Etwas anderes ist es aber, wenn man unter dem gleichen Gesichtspunkt erlauben soll, daß einem werden den Kinde das Leben genommen wird, weil es von einem Blödsinnigen stammt. Da ist schon ein Leben da. Da bin ich nun auch der Meinung, daß das nur dann verantwortet werden dürfte, wenn tatsächlich die Gesetze der Vererbung unzweifelhaft feststünden, wenn feststünde, daß von einem Blödsinnigen oder Schwachsinnigen auch nur ein unglücklicher, untüchtiger Mensch abstammen könne. Die Gelehrten erklären uns aber, diese Gesetze seien noch nicht absolut zuverlässig. Vom Mendelschen Gesetz und von andern Gesetzen hätten sich Ausnahmen ergeben und zwar in einem solchen Prozentsatz, daß wir auf diese wissenschaftlichen Gesetze nicht eine Gesetzgebung, namentlich nicht eine Strafgesetzgebung aufbauen können. Deshalb empfehlen wir Ablehnung auch die-

ses Teils von Art. 107 nach Antrag Affolter und Mitunterzeichner.

Endlich Art. 107bis. Der hat eine andere Bedeutung. Hier ist der soziale Notstand in die Form gekleidet, daß, wo die Tat aus Not begangen wird, der Richter nach freiem Ermessen mildern kann, also Strafart und Strafmaß senken darf oder daß er sogar von einer Bestrafung Umgang nehmen kann. Wir sind durchaus mit denjenigen Herren einverstanden, die uns ausgeführt haben, daß die soziale Not Berücksichtigung finden müsse bei derartigen Straffällen, soweit das irgendwie möglich ist. Das kann nun geschehen nach dem Strafmaß für die Schwangere selbst bis zum bedingten Vollzug der Strafe. Diese muß also überhaupt keine Strafe erleiden, wenn sie in Zukunft sich gut hält. Wir lassen hier dem Richter einen außerordentlich großen Spielraum, aber wir wollen nicht so weit gehen, daß wir sagen, man könne zum vorneherein freisprechen und straflos lassen aus reinen Notstandsgründen. Wir tun das nicht, weil wir das Gefühl haben, daß wir mit einem solchen Artikel die Pforten zu einem außerordentlich großen Mißbrauch öffnen. Wir müssen die Widerstandskraft der Mutter gegen die Anforderungen des Lebens stärken. Wir wollen nicht übertreiben, wir wollen mit der Schwäche der Menschen rechnen; wenn wir aber von vornherein der Schwäche des Menschen nachgeben und das Gesetz von vornherein biegen, dann ist das ein Schritt, bei dem wir die unglücklichsten Folgen erleben können. Wir bitten Sie also, auch diese Anregung abzulehnen, denn es geht doch nicht an, mit Herrn Farbstein zu sagen: Solange die soziale Gesetzgebung und die sozialen Verhältnisse eines Staates es möglich machen, daß jemand aus Not so etwas macht, darf diese Tat nicht bestraft werden. Können wir wirklich die Verhältnisse so einrichten, daß die Not niemals an ein solches Mädchen, an eine Mutter herantritt? Mit dem gleichen Recht müßte Herr Farbstein sagen: Wir dürfen den Diebstahl nicht bestrafen, solange die sozialen Verhältnisse nicht so sind, daß kein Mensch in Versuchung kommt, zu stehlen, weil er in einer schlechten Lage ist. Das sind viel zu weitgehende Konsequenzen, und ich bin überzeugt, daß Herr Farbstein diese Konsequenzen im Ernste auch nicht ziehen möchte. Auf derartige Strafbestimmungen werden wir erst verzichten können, wenn einmal die rote Flagge auf dem Bundeshaus oben weht, wie Herr Welti uns in Aussicht gestellt hat. Dann ist ja die beste der Welten da, dann brauchen wir den Artikel nicht mehr, weil alles so eingerichtet ist, daß keine Versuchung mehr da ist. Aber bis dahin glauben wir, daß wir ihn brauchen, weil nicht alles so gut eingerichtet ist.

Ich komme zum Schluß. Ich möchte Sie nochmals daran erinnern, daß Sie vor einer recht schwierigen Entscheidung stehen. Ich möchte Sie alle bitten, von rechts und links, zu einer Lösung beizutragen. Es ist bitter nötig. Wir alle müssen vielleicht etwas von unsern innern Anschauungen dabei opfern. Der Katholik muß sagen, er wolle dem Staat auf dem Boden des bürgerlichen Gesetzes etwas geben, das er für sich auf dem ethisch-religiösen Gebiete zurückbehalte. Der Linksstehende, der Sozialdemokrat und auch der Kommunist müssen sich sagen, daß auch sie beitragen müssen, wenn man ein fortschrittliches Gesetz haben wolle, indem auch sie den konservativen Anschauungen ihrer Mitbürger da, wo sie eine Berechti-

gung haben, entgegenkommen. Ich sage Herrn Grünenfelder: Denken Sie daran, ein Gesetz zu schaffen, das dem bösen Kanton Basel verbietet, allzusehr zu entgleiten; und ich sage dem Herrn Welti: denken Sie daran, ein Gesetz zu schaffen, das den bösen Kanton St. Gallen zwingt, seine nach Ihrer Ansicht allzugrausamen Bestimmungen auf diesem Gebiet aufzuheben. Wir müssen einen Ausgleich haben, wir müssen uns auf eine Mitte finden, die keine unvernünftige Mitte ist, sondern eine wohl überdachte, seit Jahrzehnten nun vorbereitete Linie. Ich bitte Sie sehr, die Vorlage der Kommissionsmehrheit anzunehmen.

Hoppeler: Ich hatte Gelegenheit, in Zürich im Volkshaus einer Versammlung über die Abtreibungsfrage beizuwohnen. Herr alt Nationalrat Hitz hielt das Referat. Nachher war Diskussion. Da kam eine Frau auf das Podium, stellte sich keck hin und rief in den Saal hinein: «Ich bin der Meinung, das sei mein eigener Bauch, mit dem kann ich machen, was ich will, das geht keinen Polizisten und keinen Staat etwas an. Ich habe gesprochen.» Sie ging hinunter und erntete gewaltigen Beifall. Das ist der eine Standpunkt, den ich als konsequent bezeichnen möchte, der hier von Kollege Welti vertreten worden ist; nicht in dem Sinne, daß er es mit Begeisterung getan hätte; er verlangt aber doch, die Abtreibung solle frei sein, nicht bestraft werden. Die andere konsequente Auffassung ist von den Katholiken vertreten worden. Nur zwei der bisher geäußerten Auffassungen sind konsequent; die kommunistische und die katholische; alle andern sind inkonsequent. Die Katholiken sagen, das Kind im Mutterleib sei ein Mensch mit Leib und Seele. Ein Mensch dürfe nie getötet werden, also dürfe auch das Kind im Mutterleib nicht getötet werden. Die Schwierigkeit der Frage zeigt sich schon in der Tatsache, daß wir so viele inkonsequente Standpunkte zu verzeichnen haben. Es ist heute Prof. Labhardt zitiert worden. Sein Standpunkt ist ganz unbefriedigend, wenn man ihn genau verfolgt. Hier steht: «Der Keim selbst hat das Recht zu leben, unterscheidet er sich doch vom erwachsenen Menschen nur durch seine Größe. Das Leben hat er ebenso gut wie dieser».

«Was lebt, hat das unantastbare Recht auf Leben, ob der Körper nun groß, klein oder winzig klein sei.» «Naturgeschichtlich betrachtet ist die Abtreibung, die Zerstörung des Kindleins, ein Verbrechen, so gut wie jede andere Zerstörung eines menschlichen Wesens.» Hier stellt also Labhardt die Zerstörung eines Keimes auf die gleiche Stufe wie die Tötung eines geborenen Menschen, und er kommt dann doch zum Schluß, daß der Arzt in gewissen Fällen eingreifen und töten dürfe. Ich nehme ihm das nicht übel, aber es ist doch eine Inkonsequenz.

Nicht konsequent ist es ferner, zuzulassen, vielleicht leichten Herzens, daß, wo Lebensgefahr für die Mutter besteht, der Keim getötet werden dürfe, daß aber, wo eine Schändung vorliegt, nicht getötet werden dürfe. Wer will nicht zugeben, daß eine solche Schändung unter Umständen furchtbar ist für das betreffende Mädchen? Wir hatten in Zürich einen konkreten Fall, wo ein unbescholtene Mädchen im Sprechzimmer des Arztes betäubt und mißbraucht worden ist und nachher in den See sprang. Der Arzt hat Zuchthausstrafe erhalten. Daraus sehen wir, wie furchtbar das Ereignis für das Mädchen war. Da be-

deutet es sicherlich nicht die volle Konsequenz, wenn man im Falle von Lebensgefahr der Mutter den Eingriff zuläßt, im Falle der Schändung aber nicht.

Inkonsequent ist es ferner, wenn Herr Farbstein erklärt, in den ersten zwei Monaten der Schwangerschaft habe der Eingriff nicht viel zu bedeuten, vom 3. oder 4. Monat an sei es aber etwas anderes, da würde er allerdings die Tat fast wie einen Mord werten. Hier sehen Sie, meine Herren, das Bild der Entwicklung des Fötus. Was blau eingerahmt ist, ist das Kind am Ende des zweiten Monats, und hier sehen Sie es schon am Ende des dritten Monats mit menschlichen Formen, menschlichen Zügen; wobei nicht jedes die gleichen Züge aufweist, der Typus, die Persönlichkeit, ist hier schon ganz klar ausgedrückt, wie Sie es an Hand dieses Bildes ohne weiteres erkennen können. Ob ich nun hier töte oder eine Woche später oder eine Woche früher, ist ganz gleich. Also ist auch unser Herr Farbstein in dieser Frage durchaus inkonsequent; er ist es sonst ja nicht.

Nicht konsequent ist es ferner von den Sozialdemokraten, wenn sie das Gesetz als ein Klassengesetz bezeichnen und hauptsächlich unter diesem Titel eine Lockerung der Gesetzgebung verlangen und dann doch halt machen und die Abtreibung nicht völlig frei geben. Oberrichter Lang hat im zürcherischen Kantonsrat gesagt: «An eine völlige Freigabe der Abtreibung denkt bei uns kein vernünftiger Mensch. Wenn nun aber doch Gesetze gegen die Abtreibung bestehen bleiben, wenn auch weniger streng als bisher, so werden doch wieder Leute vor den Richter kommen, und da wird es nicht zu vermeiden sein, daß Unbemittelte davon mehr betroffen werden als die Bemittelten — wiederum eine Inkonsequenz, sodaß wir uns fragen: Warum will man hier nicht einfach die Abtreibung gänzlich frei geben?»

Das stellt nun eben vor allem die Frage: Ist das Kind schon im Mutterleib ein Mensch? Es ist darüber hier schon viel geredet worden. Ich will nur kurz sagen: Ja, ein Mensch mit Leib und Seele. Von welchem Zeitpunkt an? Vom Moment der Empfängnis an. Die frühere katholische Auffassung, daß erst vom 40. Tage an die Beseelung stattfindet, ist heute, wie mir von kompetenter katholischer Seite mitgeteilt wurde, durchaus aufgegeben worden. Die Beseelung ist im Moment der Vereinigung des weiblichen und des männlichen Keimes sicherlich vorhanden. Die Seele baut sich ihr Haus, das Äußere ist der Ausdruck dessen, was innen ist. Der Leib wächst, und da muß die treibende Kraft, die Seele, schon vorhanden sein. Das große Wunder der Menschwerdung findet statt im Momente der Vereinigung des weiblichen und des männlichen Keimes. Da werden die gewaltigen Fragen entschieden, welche Keimanlagen zur Entfaltung kommen sollen, und welche nicht. Es ist falsch, zu glauben, wenn ein Geisteskranker ein Kind erzeugt, dann müsse auch es unbedingt geisteskrank sein. Vielleicht wird es ganz gesund sein. Wir haben in uns nicht nur Anlagen von den Eltern, sondern auch von den Ur-Ur-Urgroßeltern her, und so liegen auch in unsern Kindern vielleicht sehr wenige, vielleicht gar keine Anlagen von uns, sondern solche von früheren Generationen. Unmittelbar nach der Vereinigung der Keime also wird die gewaltige Frage entschieden, was das Kind vom Vater und was es von der Mutter her bekommt, und was von früheren Stationen der Ascendenz, ob den schönen Sopran von der Großmutter

oder den tiefen Baß vom Großvater, usw. Es ist ein Wunder ohne gleichen, das sich hier abspielt.

Wenn dann das befruchtete Eilein anfängt, im Schoße der Mutter zu wachsen, dann ist das Wunder geschehen, es kommt keine neue Charaktereigenschaft mehr hinzu. Darum hat es auch keinen Zweck, daß die Mutter in ihrem Wohnzimmer ein schönes Bild aufhängt und es häufig betrachtet in der Meinung, das Kind werde nun diese schönen Züge tragen, (Heiterkeit), denn die Würfel über des Kindes Persönlichkeit sind gefallen gleich nach der Empfängnis. Nun ist der Mensch da mit Leib und Seele. Schon mit sechs Wochen schlägt das Herzlein, und das Kind wächst. Der Grund, warum manche Frauen, im Gegensatz zu dem, was Herr Bundesrat Häberlin glaubt, sich verhältnismäßig leicht ganz im Anfang der Schwangerschaft für die Abtreibung entscheiden, ist der, daß sie vielfach noch keine klare Vorstellung davon haben, daß es sich wirklich schon um ein beseeltes Wesen handelt, sonst hätten sie mehr Bedenken. Wir machen die Erfahrung, daß selbst eine Mutter, der die Schwangerschaft im ersten Augenblick unwillkommen ist, weil sie vielleicht schon viele Kinder hat, sobald sie die Bewegungen des Kleinen unter ihrem Herzen fühlt, sich nun mit Freuden daran macht, die Wäsche zu nähen und Vorbereitungen für die Geburt zu treffen. Aber im Anfang, wo sie davon noch nichts merkt, fällt es ihr nicht so schwer, die Schwangerschaft zu unterbrechen, weil sie noch gar keine Beziehungen zu diesem neuen Wesen hat.

Sind wir nun ermächtigt, ein solches Kindlein zu töten? Denn das ist eine Tötung. Ich habe das Instrument nicht mitbringen wollen, aber es hätte Ihnen Eindruck gemacht, dieses kalte Eisen, diese scharfe Schlinge, mit der man hineingeht und auf brutale Weise operiert, nicht auf die zarte Weise des Chirurgen, die er sonst anwendet, sondern auf die brutale Weise, von der ein Frauenarzt sagt: Wenn ich eine Bauchhöhle öffne, dann weiß und sehe ich, was ich tue, und kann etappenweise vorgehen. Hier aber, im Dunkeln vorzugehen, ist in hohem Grade unangenehm, ist eine brutale Arbeit, dieses Auskratzen des Kindes, ein Töten und nichts anderes.

Ich bin ganz sicher, wir sind nicht dazu ermächtigt. Ich will Ihnen gleich jetzt sagen, um keine Ueberraschungen aufkommen zu lassen, daß ich auf dem Boden der Mehrheit stehe, weil ich glaube, daß auf diese Weise meine Absicht besser gewährleistet ist als durch das, was unsere katholischen Freunde wünschen. Aber ich stehe durchaus auf dem Boden, daß das eine Konzession an diejenigen ist, bei denen die weltanschaulichen Voraussetzungen zu einem völligen Verbote nicht vorhanden sind. Ich glaube aber nicht, daß es vom religiösen Standpunkt aus erlaubt ist, ein werdendes Kindlein zu töten.

Einige Fragen: Wissen wir ganz sicher, wenn eine Frau in Erwartung ist und sie krank ist, daß es besser ist, das Kind sterbe als die Frau? Es kam einmal eine Frau zu mir, die in Erwartung war. Zwei Aerzte hatten ihr die Abtreibung empfohlen. Ich untersuchte sie genau und sagte ihr dann: Tun Sie es nicht, denn erstens ist Ihr Zustand nicht so, daß er unbedingt die Abtreibung erfordern würde, nach strengen wissenschaftlichen Indikationen, und zweitens: trauen Sie doch dem Schöpfer zu, daß er Ihnen, wenn es sein Wille ist, ein gesundes Kindlein geben kann. Eine Anzahl Jahre später, als ich in einem Dorfe des Kan-

tons Zürich einen Vortrag hielt, kam nachher eine Frau zu mir und sagte: Ich muß Ihnen noch vielmals danken. Ich fragte, warum? Sie erwiderte: Ihnen verdanken wir es, daß wir unsere muntere Jüngste besitzen. Wieso denn? fragte ich. Erinnern Sie sich nicht mehr, damals und dann hat sie mir das Kind vorgestellt, das begabteste Kind der Familie, die Freude des Lehrers, die Freude des Dorfes, ein prächtiges Menschenkind, und sie hat mir nicht genug danken können. Sie erzählte: «Ich erschauerte im Gedanken, wenn ich das blühende Kind betrachtete und mir sagte: wir waren im Begriffe, Dir das Leben abzuschneiden!» — Weiß man ganz sicher, daß es besser ist, wenn das Kind stirbt, als die Mutter? Weiß man, ob nicht vielleicht ein halbes Jahr später auch die Mutter stirbt? Ich habe es auch schon erlebt, daß das Kind geopfert wurde und die Mutter nach einem Jahre auch im Grabe lag.

Auch ohne Schwangerschaft muß die Mutter, oft ihre Kinder verlassen, wenn sie den Befehl von höherer Stelle bekommt, wegzugehen. Wissen wir ferner, ob die Mutter den Eingriff überstehen wird? Es ist immer eine Gefahr damit verbunden. Daß das Kind getötet wird, wissen wir sicher; aber wie die Mutter aus der Gefahr hervorgeht, das wissen wir nie.

Noch ein Gedanke, den ich in der heutigen Diskussion nicht gehört habe. Wenn ein solches Kind vernichtet wird, dann ist nicht nur es vernichtet, sondern auch seine Kinder und die Enkel und spätern Nachkommen, vielleicht eine große Zahl Menschen. Ich kenne in Zürich eine ehrwürdige Großmutter, die acht Kinder hat. Sie war das elfte Kind einer damals nicht mehr starken Frau. Heute hätte man ganz sicher dieser Frau die Abtreibung empfohlen. Wäre damals diese Großmutter infolge eines operativen Eingriffs zur Unterbrechung der Schwangerschaft nicht zur Welt gekommen, dann wären die 8 Kinder jetzt nicht da, alles gesunde und muntere Kinder, und diese 8 Kinder haben jetzt wieder Kinder, die Großmutter hat 30 Enkel, und sie alle wären nicht auf der Welt. Wenn man die Sache von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, muß man sich sagen: Es ist wahrhaftig nichts Kleines um eine Abtreibung! Denn all diesen Menschen wäre der Lebensfaden abgeschnitten worden. Ist so etwas erlaubt?

Wenn eine Mutter schwer krank ist und der Arzt sagt, es könne nur eine Transfusion von zwei Litern Blut sie retten, es müsse aber das gleiche Blut sein, solches von ihrem zweijährigen Kinde, (und dieses müßte an einem solchen Blutverlust natürlich sterben): würden Sie sich für berechtigt halten, diese Mutter auf Kosten des Kindes zu retten? Die Großzahl unter Ihnen würde sagen: Nein, wenn es so steht, überlassen wir es einer höheren Instanz, zu entscheiden, wer sterben muß, Kind oder Mutter. So sind wir, streng genommen, nicht berechtigt, einzuschreiten, obgleich, wenn der konkrete Fall da ist, die Frage furchtbar schwer werden kann. Ich nehme sie nicht leicht, ich war zu oft dabei.

Nun ist es ganz sicher, daß die Schädigungen, die durch eine laxe Praxis, und besonders durch das, was unser Kollege Welti wünscht, gesetzt würden, viel größer sind als der Nutzen, der dadurch gestiftet würde. Da sind einmal die körperlichen Schädigungen der Mutter. Es kam vor einigen Jahren eine Frau zu mir. Die soziale Indikation war da. Die Leute hatten eine kleine Bäckerei angefangen, waren in finan-

ziellen Nöten, der Mann sorgte nicht gut für die Familie, schon zwei Kinder waren da, zum dritten Male fühlte sie sich Mutter werden. Ich sagte: Es tut mir leid, ich kann nicht entsprechen, lassen Sie den Eingriff ja nicht geschehen, ich will Ihnen da und dort nach Möglichkeit an die Hand gehen. Dann sah ich die Frau längere Zeit nicht mehr. Ein halbes Jahr später traf ich sie im Erholungshaus zu Fluntern, eine bleiche abgezehrte Frau, die ich nur mit Mühe wieder erkannte. Sie sagte mir: Ach, hätte ich Ihnen damals gehorcht! Aber ich habe es geschehen lassen, und nun kann ich mich einfach nicht mehr erholen! Solche Fälle könnte ich Ihnen in großer Zahl nennen. Uebrigens: was ist gewonnen mit einer solchen Ausschabung? Da kommt die Frau zum zweiten Male nach einem halben oder nach einem Jahre wieder und der Eingriff muß wiederholt werden. Das bedeutet eine körperliche Schädigung der Mutter und führt schließlich wie Prof. Labhardt sich ausdrückt, zur Katastrophe! Dabei dürfen wir aber auch die seelische Schädigung nicht vergessen, die oft mit dem Eingriff der Abtreibung verbunden ist. Ich habe hier ein Buch von einem Menschen, der völlig für die freie Liebe eintritt. Wir werden bei einem anderen Punkte des Strafgesetzbuches dann noch Gelegenheit haben, vom Verfasser, diesem Tropf, zu reden (Heiterkeit). Dieser Mann schreibt in Form von Gesprächen, und er legt einem Arzte folgende Worte in den Mund an die Adresse eines Mädchens, das von ihm die Abtreibung wünscht. « Sie verkennen die seelischen Folgen der Unterbrechung der Schwangerschaft. Ich habe das früher auch nicht so schwer eingeschätzt. Aber reichhaltige Erfahrungen haben mich leider gelehrt, daß eine Unterbrechung, insbesondere bei einer jungen Frau, sehr oft erhebliche Folgen bei Störung des seelischen Gleichgewichts zurückläßt, die meines Erachtens viel schwerwiegender anzusehen sind als eventuelle körperliche Begleiterscheinungen der Unterbrechung, sofern diese bei einem tüchtigen Arzte erfolgt. Die seelischen Folgen können wir nicht ausschalten. Und das allerdings sollte zur Vorsicht und zur Zurückhaltung mahnen.» Mir ist es schon vorgekommen, daß ich eilig zu einem Notfall in die Stadt hinuntergerufen wurde, und als ich hinkam, fand ich zwei Eheleute in höchster seelischer Not; durch einen Arzt war eine Abtreibung vorgenommen worden, und nun waren Mann und Frau vom Gewissen geplagt, ja beinahe in Verzweiflung ob dem, was sie getan hatten. Oder ein anderer Fall, wo ich als Hausarzt tätig war und wo die Frau wegen eines beginnenden Lungen-spitzenkatarrhs auf Rat des Lungenarztes und auf Betreiben ihres Mannes in die Abtreibung einwilligte: wie sie nachher bleich und verändert war, ein trübes Gemüt hatte und jedesmal in Tränen ausbrach, wenn ich einen Besuch machte, indem sie sagte: Ach, Herr Doktor, es plagt mich noch immer; es ist doch ein Kind gewesen, ich hätte das nicht tun sollen! Und ein Jahr später ist sie an Bauchfellentzündung gestorben und mußte doch weg von ihren vier Kindern. Das sind Erfahrungen, die einen sehr nachdenklich stimmen.

Ein anderer Gesichtspunkt! Durch die Freigabe der Abtreibung wird selbstverständlich die Zahl der Kinder im ganzen stark reduziert? Ist das ein Glück für ein Volk? Ist es ein Glück für ein Ehepaar, nur ein Kind zu haben? Nein, es ist kein Glück! Es ist auch kein Glück, nur zwei Kinder zu haben. Es ist

auch kein Glück für einen Arbeiter mit 300 Fr. Monatslohn, wenn er nur ein Kind hat. Woher denn die geringen Löhne, die Wohnungsnot, die soziale Not überhaupt? Vom Egoismus der Menschen! Aber die vielen Ehen, die nur ein Kind haben, werden bewirken, daß nach 20 oder 30 Jahren noch viel mehr Egoisten in der Welt herumlaufen als heute. Herr Farbstein hat daran erinnert, wie es immer wieder vorkommt, daß Männer, die einem Mädchen beigewohnt haben, nachher feige die Vaterschaft leugnen. Was ist das für eine elende Rücksichtslosigkeit! Ist das nicht ein Ausdruck jenes Egoismus, von dem ein Stück in unser aller Herzen wohnt? Und dieser Egoismus wird gefördert durch das Einkindersystem!

Es freut mich, daß Herr Huber es zugegeben hat, daß die Zulassung der Abtreibung eine verminderte Wertschätzung der Frau bedeuten wird. Er hat es ausgesprochen, daß er im Interesse der Würde der Frau nicht wünsche, daß die Abtreibung völlig freigegeben werde. Er ist damit völlig im Recht! Uebrigens hat Herr Huber gesagt, man sollte auch die Frauen über diese Frage anhören. Ich habe schon viele darüber angehört und sie waren absolut Gegner der Freigabe. Es ist eine Frau, Frau Dr. Imboden-Kaiser, die geschrieben hat: Gott bewahre uns vor der Freigabe der Abtreibung, denn dann wird ein brutaler Mann im ehelichen Umgange mit seiner Frau keine Hemmungen mehr kennen, denn er wird sich sagen: Im Falle einer Schwangerschaft kannst du ja zum Arzt gehen, es ist ja erlaubt, die Schwangerschaft zu unterbrechen. Auch wird die Zahl der unehelichen Kinder dadurch ganz sicher zunehmen. Ich zitiere hier eine Stelle über die Abtreibung in Sowjet-Rußland aus der Beilage zum «Kämpfer», wo geschrieben steht: «Andererseits führen die leichtfertigen Ansichten über die Abtreibung junge unerfahrene Mädchen dazu, unüberlegte geschlechtliche Beziehungen anzuknüpfen.» Damit sind diejenigen widerlegt, die glauben, die Lockerung der Abtreibungsparagraphen hätte auf die Zahl der unehelichen Kinder keinen Einfluß. Ich kann als Arzt versichern, daß in vielen Fällen das uneheliche Kind deshalb nicht zur Welt kommt, weil die Angst vor dem Kind besteht, nicht deshalb, weil das sittliche Niveau der beiden Liebeskameraden so hoch ist. Und nun hat Herr Farbstein geäußert, die Benachteiligung der unehelichen Kinder gegenüber den ehelichen durch den Staat sei die Ursache, daß die ledigen Mädchen im Falle einer Schwangerschaft ihre Kinder nicht zur Welt bringen wollen. Aber, meine Herren, eine solche Gleichstellung zu erreichen ist ja gar nicht möglich. Das eheliche Kind hat Vater und Mutter, liebende Hände strecken sich aus, wenn es auf die Welt kommt, um es zu empfangen, und im warmen Schoß der eigenen Familie wird es großgezogen; und das alles ist ja beim unehelichen nicht der Fall; das uneheliche Kind befindet sich gegenüber dem ehelichen unendlich weit im Nachteil, ohne Schuld des Staates. Darum muß unser Hauptbestreben dahin gehen, daß es möglichst wenig uneheliche Kinder geben kann; und dies geschieht durch Hochhaltung von Ehe und Sittlichkeit und durch Erziehung zur Selbstzucht!

Und nun noch eine Ursache der vermehrten Zahl von Abtreibungen: die Abnahme der Opferwilligkeit! Es ist gar nicht wahr, daß viele Frauen nur aus Not abtreiben lassen. Ich erlaube mir festzustellen, daß ich immerhin Fachmann bin, denn ich praktiziere

seit mehr als 25 Jahren, und daß ich in dieser Sache ein Urteil habe. Denken Sie auch nicht, daß ich leichten Herzens jeweilen meine Hilfe im Sinne einer Abtreibung versage. Ich kann sagen: ich habe die schwersten Momente in meiner Praxis dann gehabt, wenn eine von Haus aus brave Tochter zu mir kam, die Unglück gehabt hatte und von mir Hilfe begehrte. Ich mußte die Hilfe versagen. Sie waren nie in dieser Lage, meine Herren, denn Sie sind nicht Aerzte. Ich kann Ihnen aber sagen, wenn man eine solche Hilfesuchende aus dem Zimmer hinausschickt, tut man das nicht leichthin und auch nicht aus Angst vor Polizei oder Zuchthaus — denn so schlau bin ich auch, daß ich dem Gesetz ein Schnippchen schlagen könnte; ich könnte z. B. zu der Tochter sagen, ich will einmal eine ganz genaue Untersuchung vornehmen, und später würde sie vielleicht zu mir kommen und sagen: Es sind Wehen gekommen, und ich könnte darauf antworten: «Ach, so, wirklich? das ist ja sehr günstiger Zufall!» So wüßte sie selbst nicht, daß ich ihr geholfen habe. Das ist ja alles gar keine Kunst. Deshalb sage ich, es braucht etwas, ein solches Mädchen wegzuschicken, ohne ihr zu helfen. Man muß schon wissen, warum man das tut und ganz überzeugt sein, daß die Verweigerung der Unterbrechung der Schwangerschaft im eigenen Interesse der Schwangeren und im Interesse aller Menschen liegt! Alles andere ist Denken und Handeln auf kurze Sicht, wenn man meint, es werde hier durch einen Eingriff segensreich geholfen.

Ich wiederhole, es ist gar nicht wahr, daß immer eine Not vorliegt. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Fällen nennen, wo Frauen gekommen sind, um einen Abortus zu bitten, und gesagt haben: ich habe zwei, drei Kinder — was meinen Sie, Herr Doktor, es kommt etwas schnell hintereinander, meinen Sie nicht, man sollte eingreifen? Leistet man dann Widerstand und stellt den Frauen vor Augen, daß das Kindlein schon eine Seele hat und daß es gar nicht erlaubt sei, so lenken sie sofort ein und erklären: Etwas Unrechtes möchte ich natürlich nicht tun. Dann hat das Gesetz, der sogenannte Zuchthausparagraph, die Frauen davor bewahrt, etwas zu tun, was sie später bereuen könnten; der «Zuchthausparagraph» erweist sich also vielfach als ein Segen, denn er schützt sehr viele Frauen vor späterer Reue und vor späterem Leid.

An Herrn Farbstein noch ein Wort: Sie sagen, bei der Stellungnahme der Abtreibungsgegner seien religiöse Motive im Spiel, und es wäre aufrichtiger gewesen, dies ganz offen zu sagen. Ich glaube nicht, daß die katholischen Kollegen dieses Motiv verborgen haben. Ich sage: es sind im Grunde überhaupt nur religiöse Motive, welche die Abtreibung verbieten! Denn wenn wir Atheisten wären, die sich auf den Standpunkt stellen, daß wir vom Affen abstammen und nichts als bessere Säugetiere sind, so sehe ich nicht ein, warum wir nicht abtreiben sollten? Man sieht aber aus der Antragstellung der Sozialisten, daß diese Leute keine Atheisten sind, und Sie sind auch keiner, Herr Farbstein (Heiterkeit). Denn Sie wollen nicht völlige Straflosigkeit der Abtreibung, und ziehen also die letzten Konsequenzen nicht. Ich freue mich darüber und achte Sie deswegen, daß Sie das nicht fertig bringen. Sie stehen einfach noch unter dem Eindruck: es gibt etwas Göttliches in uns, das uns allen sagt: Du sollst nicht töten! Und

diese Stimme wirkt sichtlich bei allen denen, die sagen, daß an eine völlige Freigabe natürlich nicht gedacht werden könne. Herr Farbstein sagt freilich: Religion hat mit Strafrecht nichts zu tun. Die Sache ist aber so: Das Strafrecht setzt eine Weltanschauung voraus, eine Kenntnis dessen, was gut und böse ist. Aber wenn wir keine Religion haben, können wir gar nicht wissen, was verboten und was erlaubt ist. Nur die Religion gibt uns das Sittengesetz, ohne Religion haben wir kein Sittengesetz, und aus diesem Mangel erklärt grobenteils sich die heutige Verwirrung und die Verschiedenheit der Anschauungen über ein Strafgesetz. Aber wir Christen sind nicht verpflichtet, alles, was wir als christliches Gebot erachten, auch als staatliches Gebot aufzustellen. Ich halte es für unerlaubt, meine eigene Frau anzulügen, aber ich halte es nicht für angebracht, einen entsprechenden Paragraphen ins Strafgesetzbuch aufzunehmen. (Heiterkeit). Viele Gläubige der christlichen Religion sind gegen die antikonzeptionellen Mittel. Aber ich würde mich dagegen wenden, einen, der sie doch anwendet, ins Gefängnis bringen zu lassen. Ich mache einen Unterschied zwischen dem göttlichen, für uns Christen gültigen Gesetz und dem Staatsgesetz. Christus hat kein Staatsgesetz aufgestellt, sondern gesagt: Mein Reich ist nicht von dieser Welt! Den Juden freilich hat Gott ein Gesetz gegeben; Herr Farbstein ist ein Jude und muß das ja wissen; ein Gesetz, das zugleich Zivilgesetz und Strafgesetz ist, mit einer Menge von Paragraphen. Aber wir Christen sind davon befreit. Christen sind also in ihrer Gesetzgebung nicht absolut an das christliche Sittengesetz gebunden. Aber das erwartet Christus immerhin von uns, daß wir unsere Gesetzgebung seinen Forderungen wenigstens nach Möglichkeit angleichen, und daß wir uns bemühen, ihnen so weit als möglich nachzuleben.

Und nun hat Herr Farbstein gesagt, der Staat habe kein Recht, ein Delikt zu bestrafen, wenn er selber nichts getan habe, um die Leute instand zu setzen, diesem Delikt zu widerstehen. Herr Bundesrat Häberlin hat Ihnen darauf schon geantwortet. Und in der Tat, man könnte dann ja keinen Diebstahl mehr bestrafen und zwar niemals in irgend einem Staat, weil nirgends je die staatliche Ordnung so vollkommen sein wird, daß nicht die Versuchung zum Diebstahl einmal vorhanden sein könnte. Aber zum Teil haben Sie immerhin vielleicht etwas recht. Das deutsche Gesetz gegen Geschlechtskrankheiten verfügt z. B., wenn einer krank ist und setzt den Verkehr trotzdem fort, und steckt den andern an, daß er dann bis auf drei Jahre Zuchthaus bekommen kann. Das ist unerhört; ein Staat, der die Sittlichkeit so schlitteln läßt wie der Deutsche und vielfach auch der unsrige, daß die Leute zum Teil durch seine Unterlassungssünden, seine Laxheit im Kampf gegen Schmutz und Schund, sündig geworden sind, darf nicht plötzlich fordern, daß sie ein halbes oder ganzes Jahr enthaltsam leben, ansonst sie ins Zuchthaus kommen.

Präsident: Sie haben noch eine Minute Zeit.

Hoppeler: Ich muß meine Rede abkürzen. Entschuldigen Sie, es tut mir leid, daß ich als Arzt nicht zu Ende sagen kann, was ich mir vorgenommen, (Zurufe: Fortfahren!)

Hoppeler: Ich habe mir vorgenommen, fertig zu werden in einer halben Stunde, aber für mich als Arzt ist dies ein sehr wichtiges und großes Thema, und ich möchte versuchen, doch mit meinen Hauptgedanken zu Ende zu kommen.

Präsident: Sie verlangen Verlängerung der Redezeit? (Zurufe: Ja, ja!)

Hoppeler: Man zwingt mich, länger zu reden. (Heiterkeit).

Präsident: Noch 5 Minuten.

Hoppeler: Ich nehme dankbar an. Ich will zum Schlusse eilen. Wir halten also dafür, daß wir kein Recht haben, eine Schwangerschaft zu unterbrechen! Das, glaube ich, ist der einzig richtige sittliche Standpunkt! Nun aber die Frage: soll es auch derjenige des Gesetzes sein? Wie würde es mit Ihnen stehen, wenn Sie praktisch vor die Frage gestellt würden, bei Ihrer eigenen Frau? Wenn bei kaum begonnener Schwangerschaft die schwer erkrankte Frau durch einen Eingriff könnte gerettet werden? Wie würden Sie und ich die Probe bestehen? Wenn ich mir die Frage vorlege und daran denke, was ich in meiner Praxis erlebt habe, muß ich sagen, die Frage ist überaus schwierig! Ich darf aber beifügen, daß ich nicht wenige Ehepaare kennengelernt habe, die in solcher schweren Lage sich auf den Standpunkt stellten: Gott hat das werdende Kindlein ins Leben gerufen, wir wollen es Ihm überlassen, wie es mit Kind und Mutter werden soll. Und in nicht wenigen Fällen habe ich erfahren, daß solcher Glaube belohnt worden ist. Was ist unser Christenglaube eigentlich wert, wenn er sich nicht auch darin bewährt, daß wir in Lagen, wo menschliche Hilfe nicht möglich und nicht erlaubt erscheint, dem Allhöchsten zutrauen, daß er tut, was recht ist? Und zumal, wo es sich um das Gebiet des Lebens und des Todes handelt, auf dem sogar Leute, die sonst nicht religiös sind, die Oberhoheit des Schöpfers anerkennen, wenn sie in einer Todesanzeige sagen: « Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen . . . » Wenn nun aber dieser Glaube, diese Ueberzeugung nicht vorhanden ist, und in schwerer Not durch den operativen Eingriff der Abtreibung Hilfe gesucht wird: dürfen wir dann solche Leute ins Gefängnis bringen?

Ich möchte am liebsten, daß die Abtreibung verboten werden könnte, und bin überzeugt, daß ein Staat, der sie verbietet und das Verbot hält, gesegener ist als einer, der auf diesem Gebiet Freiheit gewährt. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß wir ja genau den gleichen gesetzlichen Zustand, den jetzt meine lieben katholischen Freunde schaffen möchten, bereits in fast allen Kantonen haben, und daß trotzdem die Zahl der Abtreibungen stetig zunimmt. In Zürich z. B. ist die Abtreibung verboten, aber unter dem Titel des Notstandes oder der ärztlichen Berufspflicht wird ziemlich hemmungslos abgetrieben. Wenn heute eine Frau zum Arzt kommt, mit der Bitte um Abtreibung, was tut er? Wenn er gewissenhaft ist und der Fall sich zum Abtreiben nicht eignet, schickt er sie fort. Wenn er aber weniger gewissenhaft ist, telephoniert er einem Freund, der auch weniger gewissenhaft ist (sie haben eine Art Firma zusammen), er möchte ihr ein entsprechendes Zeugnis

ausstellen, und dann ist er salviert und gesichert, und führt den Eingriff aus. Kommt die Sache vor den Richter, so behauptet er einfach: damals sah der Zustand der Frau lebensgefährlich aus und es ist ziemlich schwierig, ihm den Gegenbeweis zu leisten. Es ist übrigens auch beim Gericht der Wille, dieses Delikt zu bestrafen, schon ziemlich gering. Es werden heute bei uns durch die Geschworenen bis 28 % aller wegen Abtreibung Angeklagten freigesprochen, während von allen Angeklagten zusammen nur 12 % im letzten Jahre freigesprochen worden sind. Nach dem Vorschlage der Kommissionsmehrheit wird nun der Arzt nicht mehr einfach einem Freund telephonieren können, mit dem er zusammenarbeitet, sondern er muß sich an einen Vertrauensarzt der Behörde wenden. Das bedeutet einen ganz großen Fortschritt gegenüber heute, eine gewaltige Erschwerung der Abtreibung. Da wird es nicht mehr so leicht möglich sein, daß die begüterten Frauen ihre Schwangerschaft unterbrechen lassen, denn auch für sie muß der Amtsarzt seine Einwilligung geben. Ich halte dafür, daß diese Lösung eine günstige Lösung sei. Ich nehme es den katholischen Kollegen nicht übel, wenn sie sagen: wenn das expressis verbis da steht, daß in gewissen Fällen Abtreibung gestattet sei, können wir nicht beistimmen. Aber sie werden auch mich verstehen, wenn ich sage: ich schaue nicht auf das, was expressis verbis da steht, sondern auf das, was de facto ist und sein wird. Mir ist es um das zu tun, was in Wahrheit gilt, was die praktischen Folgen der neuen Gesetzgebung sein werden und da bin ich überzeugt, daß die Fassung der Kommissionsmehrheit dazu beitrage, die Abtreibung gewaltig einzudämmen.

Den Eventualantrag Herrn Hubers wollen Sie ja bitte ablehnen, das wäre verhängnisvoll, wenn Sie ihn annähmen, dann hätten wir den alten Schlen-drian. Wenn Herr Huber gesagt hat, man solle sich ausdenken, daß ein Professor noch an den Amtsarzt gelangen müßte. Solche Götter sind diese Professoren aber immerhin nicht, daß man ihnen dies nicht zumuten dürfte. Und schließlich könnte ich mir vorstellen, daß der Amtsarzt eine solche Befugnis an einen Professor delegieren würde. Es heißt hier ja nur: « an einen von der Behörde bezeichneten zuständigen Arzt. » Auf alle Fälle gibt es hier Wege genug, und wir haben keinen Grund, den Antrag Huber anzunehmen.

Damit bin ich zum Schlusse gekommen. Ich habe nicht alles sagen können, was ich sagen wollte, aber ich halte es auch nicht für nötig. Denn es ist in der Sache so viel geredet worden, daß ich mir manches ersparen konnte. Zum Schluß will ich feststellen: es ist eine große und überaus schwierige Frage. Herr Kollega Huber hat gesagt: es ist eine Frage, die hineingehört, in den Bereich der Geburtenbeschränkung überhaupt, der Prophylaxe. Dies ist durchaus richtig. Und gerade diese Frage der Empfängnis-Verhütung ist ein unendlich schweres Problem, das bei gläubigen Protestanten und Katholiken viel Gewissensnot verursacht hat. Das beweist, wie kaum eine andere Frage, daß wir eigentlich auf dieser Welt in einem anormalen Zustand leben, unter dem Joch der Sünde, nach der Schrift. Das kommt einmal besser, wenn dieses Joch weggenommen ist, aber nicht, wenn die kommunistische Weltordnung aufgerichtet ist, wie Herr Welti heute verkündet hat. Was wir aber jetzt tun können, ist, die soziale Gerechtig-

keit in vermehrtem Maße walten zu lassen. Ich weiß genau, was auf dem besprochenen Gebiete die Wohnungsnot anrichtet, wenn ich auch aus Zeitmangel jetzt nicht davon reden kann. Hier haben wir noch ganz große Pflichten zu erfüllen. Wir wollen uns heute derselben aufs neue bewußt werden und wollen danach trachten, hier Besserung zu schaffen. Aber die soziale Besserung wird nicht auf den Gräbern von Kindern geschaffen, sondern indem wir Opfer bringen und uns anstrengen, und indem wir gewiß auch milde und menschlich sind mit denen, die gefallen sind, ihnen verzeihen und ihnen die Hand hinhalten, daß sie wieder aufstehen können. Aber vor allem ist wichtig, daß wir die sittlichen Begriffe wieder festigen, daß wir die Ehe wieder hochhalten und unsere Jugend und uns selber wieder in den Stand setzen, vor allem durch die Kräfte der Religion, den Versuchungen auf dem Gebiete des geschlechtlichen Lebens zu widerstehen, daß wir kämpfen gegen die Triebwelt in uns, wenn sie Dinge von uns fordert, die gegen das Sittengesetz sind, und daß wir an unserer Jugend als treue Eltern und gewissenhafte Erzieher arbeiten. Dann dürfen wir immerhin hoffen, wenn auch nicht auf paradiesische Zustände auf Erden, so doch auf eine Zeit, wo wieder mehr als Leute Geltung haben wird, was der Psalmist sagt: « Siehe, Kinder sind eine Gabe Gottes und Leibesfrucht ist ein Geschenk ». (Beifall.)

Hier wird die Beratung abgebrochen.
Ici, le débat est interrompu.

Vormittagssitzung vom 7. März 1929.
Séance du matin du 7 mars 1929.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Walther.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 34 hievor. — Voir page 34 ci-devant.

M. Morard: Si je me permets de prendre part à ce débat, c'est pour soutenir la proposition de la première minorité qui vous invite à supprimer l'art. 107 aussi bien dans la formule originelle du projet que dans la formule adoptée par la majorité de la commission.

Et si j'interviens, après l'exposé de l'honorable rapporteur de cette minorité, notre collègue M. Grünfelder, ce n'est pas que nous soyons autorisés à soutenir qu'il s'agit, ici, d'une question qui revêtirait un caractère religieux ou d'ordre confessionnel.

Il est certain que la religion que nous confessons ne lui est pas étrangère mais le problème est à la fois plus ample et plus simple, il est en quelque sorte plus humain.

C'est un problème de morale générale et aussi de santé et de défense nationales.

La solution doit être recherchée dans les normes toutes générales du droit naturel.

Il n'est pas nécessaire de faire appel au sentiment religieux pour les découvrir. Elles se trouvent — ces normes — inscrites et innées dans la conscience de tout honnête homme à quelle religion ou civilisation qu'il appartienne. Aussi bien, sommes-nous d'accord lorsqu'il s'agit de déclarer que l'avortement est punissable. Où nous ne le sommes plus, c'est lorsque nous cherchons à justifier l'exception à cette règle. Le simple fait de légiférer sur l'exception en cette matière délicate et sacrée de la vie de l'enfant à naître, prouve que nous vivons dans une période pénible de décadence morale très avancée et qui tend malheureusement à se généraliser.

M. le rapporteur français de la majorité n'a-t-il pas proclamé, avant-hier — et déploré — que toutes les mesures prévues par le code pour réprimer la pratique de l'avortement et les attentats à la vie future ne changeront rien et que la loi pénale est devenue de nos jours impuissante à réprimer le déséquilibre des mœurs dans ce domaine et il a laissé échapper le fameux « quid leges sine moribus! ». Nous partageons cette amertume, mais non pas son opinion sur les motifs invoqués pour soutenir la proposition de la majorité.

Et pourquoi? Parce qu'il nous paraît tout d'abord inadmissible qu'après avoir proclamé l'intangibilité de la vie de l'enfant à naître, le législateur décide immédiatement après, par une règle spéciale, de déroger au principe et dispose que la pratique de l'avortement est licite. Les mots fatidiques « ne sont pas punissables » ne sont qu'un voile qui cache mal la vérité des choses. — Le droit pénal réprime, condamne, ou il se tait. Il ne doit pas dire qu'un acte réputé crime n'est pas punissable s'il est commis par certaines personnes dans des conditions déterminées. En édictant pareille exception, il ne gagne pas en prestige; il perd beaucoup de son autorité parce qu'il ouvre la porte à d'autres licences. Les exemples entraînent rapidement en matière de moralité sexuelle surtout! La seule exception acceptable ne peut être que celle prévue dans la partie générale du code. Les art. 31, 32 et 33 enseignent quels sont les actes réputés licites. Si l'avortement devient « non punissable », en vertu d'une règle qui lui est particulière, la preuve est alors faite que les règles générales, qui doivent contenir la philosophie du code, sont insuffisantes parce que leur application au cas particulier de l'avortement conduirait ou à l'absurde ou tout au moins à des solutions estimées dangereuses. C'est là l'aveu que les règles relatives au devoir professionnel au cas de nécessité sont conçues dans un esprit tout à fait trop indulgent et même débonnaire; c'est aussi la preuve qu'en cette matière d'attentat à la vie par l'avortement, la confiance en la valeur morale du professionnel a singulièrement baissé dans l'esprit du législateur. C'est là un signe certain d'une décadence lamentable des mœurs en général.

Nous ne pouvons et nous ne voulons pas contribuer à la consécration de cet état de choses dans la législation pénale. Et pourquoi encore?

En premier lieu, parce que dans l'état actuel de la science, il n'existe aucun critère certain qui nous permette de dire que la vie de la mère est plus pré-

cieuse que celle de l'enfant. Le droit de la mère de survivre à son enfant n'est pas plus fort que le droit de l'enfant à naître. Or, l'art. 107 proclame la priorité du droit de la mère.

En deuxième lieu, parce que, dans l'état actuel de la science, le danger réel du sacrifice de la vie de la mère devient une exception d'autant plus rare que la science médicale est en progrès constant et certain.

En troisième lieu, parce que la pratique de l'avortement, même opéré par un homme de l'art, n'est pas sans danger pour la vie et la santé de la femme.

En quatrième lieu, parce que l'institution de l'avortement officiel, créée par l'art. 107, constitue en soi un encouragement à cette pratique dangereuse. Avec le temps, elle provoquera un entraînement général analogue à celui que nous constatons aujourd'hui en matière de divorce. C'est la porte ouverte à la vie toujours plus facile, à la légèreté des mœurs; c'est en quelque sorte et dans certains cas évidemment une prime au dévergondage, alors qu'en cette matière la plus grande réserve, si ce n'est la plus grande sévérité, est de rigueur!

Parce que l'art. 107 consacre, au point de vue juridique, une fausse application de l'état de nécessité en proclamant une sorte de cas de légitime défense en faveur de la mère contre la vie de l'enfant. Ce n'est pourtant pas sans droit que la conception s'est accomplie et que la vie s'est produite dans le sein maternel. Ainsi, l'art. 107 crée une confusion entre deux notions juridiquement parallèles, mais non adéquates.

En sixième lieu, parce que, somme toute, l'art. 107 supprime chez le médecin traitant l'effort et le zèle professionnel qui, sans ce subterfuge artificiel, l'inciterait à trouver une solution conforme au développement naturel d'un enfantement en acheminant la mère et l'enfant dans la voie de la délivrance en écartant la mort. Il restreint le sentiment de la responsabilité professionnelle en offrant au médecin une sorte d'oreiller de paresse peu glorieux et trop commode dans les cas où il devrait au contraire faire appel à toutes les ressources de l'art et de la science thérapeutique.

Enfin, il n'est pas inutile de le rappeler, l'art. 107 laisse la porte ouverte à un fléau à la limite duquel nous nous trouvons aujourd'hui: c'est celui de la dépopulation et de la dénatalité. Mes collègues de droite MM. Bossi et Escher ont cité des statistiques sur lesquelles je ne veux pas revenir; mais la Suisse se trouve aujourd'hui à l'avant-dernier rang de la natalité; ce n'est pas conforme à nos traditions helvétiques!

Au fond, l'art. 107 est dicté par le souci de l'opportunité. C'est l'aveu que nous a fait le rapporteur français dans la séance d'avant-hier et pour essayer de nous convaincre, s'adressant spécialement au groupe auquel j'ai l'honneur d'appartenir, il exposait devant l'assemblée l'argumentation spécieuse, publiée par le D^r Kaufmann dans la « Schweizerische Rundschau » du 1^{er} octobre 1927. M. le D^r Kaufmann est catholique; la « Rundschau » s'adresse à un public catholique, mais malgré toute l'habileté du D^r Kaufmann et le bon renom de la « Rundschau », ni l'un ni l'autre ne font autorité sur nous en cette matière grave et délicate. Du reste, les conclusions de l'exposé du docteur zurichois précisent bien que ces considéra-

tions personnelles sont prises du point de vue du juriste et du législateur. « D'autres », dit-il textuellement, « mettront au premier plan les considérations d'ordre moral et de science médicale. » C'est ce que nous faisons parce que, comme législateurs, nous devons tout d'abord donner satisfaction à l'ordre moral duquel dépend, en premier lieu, le bien-être matériel et social du pays.

Les subtilités juridiques viennent après. Elles sont plutôt l'apanage de la discussion et de la casuistique. Quant à la tactique parlementaire du législateur elle doit céder le pas devant la gravité de la règle « Tu ne tueras point ». L'avortement est un crime.

Voilà pourquoi, très honorés collègues, malgré la limitation de l'impunité du crime de l'avortement à la seule « indication », dite médicale, à l'exclusion de l'« eugénique » et de toutes celles postulées par le parti socialiste, le groupe conservateur catholique ne peut pas souscrire à l'adoption de l'art. 107 quelle que soit la formule présentée.

Aussi bien, c'est en toute franchise, en toute sincérité, mais en toute fermeté, après en avoir pris la détermination à l'unanimité de ses membres, que le groupe auquel j'ai l'honneur d'appartenir, oppose, aux sollicitations si bienveillantes qu'elles soient de MM. les rapporteurs — un catégorique « non possumus »!

Ces paroles étaient écrites lorsqu'est survenue la discussion d'hier. Elle ne m'a pas fait changer d'idée; mais, tout en reconnaissant la dignité du débat, j'ai été frappé de constater avec quelle facilité on demande aux catholiques de faire des concessions sur de graves questions alors qu'on sait fort bien que leur règle est intangible. M. Huber en particulier s'est révélé un canoniste (!) très superficiel! Il a cité des auteurs soi-disant catholiques. Je n'ai pas vu les ouvrages dans lesquels il a pratiqué les coupures qu'il nous a servies, mais s'il ne le sait pas, je lui apprendrai que, même émanant de personnes catholiques, ces écrits ne peuvent pas faire autorité: si l'écrivain est ecclésiastique, ils doivent être munis du « nihil obstat » et de l'« imprimatur » de l'évêque du diocèse dont relève leur auteur. La brochure que j'ai entre les mains en fournirait un exemple que je mets à la disposition de M. Huber. C'est celle du fils de notre vénéré collègue M. von Streng: M. l'abbé von Streng, à qui je veux adresser, ici, un tribut de reconnaissance au nom de tous mes camarades de la droite, a publié un travail excellent, mais, précisément — comme il appartient au clergé séculier — il a dû demander, pour pouvoir éditer cette brochure, et il a obtenu l'autorisation épiscopale nécessaire. M. Huber ne nous a pas dit si l'auteur qu'il a cité avait obtenu la même autorisation, ou si même il l'avait sollicitée. En accordant « l'imprimatur » l'Ordinaire diocésain ne proclame pas que la chose doit être imprimée, mais simplement qu'il n'y a aucun inconvénient à la faire parce que les idées exposées ne sont pas contraires à la doctrine de l'Eglise. On se méprend donc lourdement sur la portée des citations tirées d'auteurs même catholiques et sur celles du droit canon parce qu'on ne le connaît pas, ou fort mal, ce qui est pire. En ces matières, comme en toute autre, le droit canon de l'Eglise catholique n'a fait que recevoir le droit naturel; les auteurs cités ne peuvent donc pas nous engager à changer

d'opinion. — M. Huber s'est encore trompé sur l'importante question du mariage. Il a affirmé que la présence du prêtre constituait l'élément essentiel du mariage catholique. Quelle erreur! En droit canon, le mariage n'est pas autre chose que le contrat consacrant l'échange mutuel de la volonté de l'homme et de la femme de s'unir par le lien conjugal pour fonder une vie commune. C'est là l'essentiel. Tout le reste est de pure forme et nous savons qu'il y a des pays où les règles du Concile de Trente n'ayant pas été publiées, cet échange de volonté suffit.

Nous n'avons que faire des leçons de canonistes qui s'inspirent aussi vaguement de lectures superficielles.

On nous a dit encore que nous devons nous faire des concessions mutuelles. Je pense aussi que dans un pays comme le nôtre, qui est caractérisé par une si grande diversité des langues, des mœurs et des doctrines, il y a lieu de se faire des concessions. Mais combien en a-t-on fait aux fédéralistes?

Permettez-moi de revenir brièvement à cette question de la peine de mort dont on a parlé dans ce débat. Je ne suis pas un très grand partisan de la peine de mort et plusieurs de mes collègues de la droite ont la même opinion que moi. Mais pourquoi n'avoir pas laissé aux cantons au moins la liberté de l'appliquer au crime le plus atroce, celui de l'assassinat avec circonstances aggravantes et absence totale de circonstances atténuantes. On a soulevé la question de l'erreur judiciaire possible. En disant cela, on «oublie» la règle pour ne voir plus que l'exception.

La peine de mort est proclamée partout. La France monarchique, la France révolutionnaire, la France impériale des Napoléons et la France radicale-socialiste des Jaurès et des Paul-Boncour appliquait et applique encore la peine de mort. Il n'est pas de semaines ou nous ne lisons dans les journaux français qu'une exécution capitale a eu lieu. Bismarck était pour la peine de mort et aujourd'hui les Soviets de Russie pratiquent-ils ou ne pratiquent-ils pas la peine de mort?

Je ne veux d'ailleurs pas m'attacher à justifier la peine de mort qui est nécessaire surtout dans les grands pays, mais je dis que c'est une erreur d'empêcher les cantons de l'appliquer aux cas extrêmes. Je ne parle pas spécialement pour le canton de Fribourg. Nous l'avons eue; elle a été abolie et maintenant nous l'avons de nouveau: personne n'a demandé sa suppression chez nous. Je ne sais pas si elle sera appliquée. La dernière exécution remonte à une trentaine d'années. Mais pourquoi ne pas laisser cette liberté aux cantons? Lorsqu'on nous demande de faire des concessions, je réponds: vous auriez dû prêcher d'exemple!

Et, ici, permettez-moi une comparaison entre la façon dont s'est déroulée la discussion du code civil et le débat d'aujourd'hui. Lorsque l'on a discuté le code civil, on a fait une série de concessions, non pas seulement aux catholiques, mais aux fédéralistes. Aux catholiques on a accordé la possibilité de prononcer, au lieu du divorce, la séparation de corps. On a fait des concessions en laissant aux cantons le droit de légiférer en matière de droit de succession, de droit réel, dans une certaine mesure, pour ne pas heurter des usages et des mœurs juridiques.

Or, je constate que l'on n'a pas usé de la même condescendance dans la matière du droit pénal, alors que celui-ci, plus encore que le droit civil, dépend des mœurs, de la religion et aussi des conditions linguistiques.

Je regrette donc que l'on n'ait pas réservé à nos revendications plus de sympathie; peut-être ne devrais-je pas employer ce mot, car les orateurs de la majorité de la commission ont montré de la bienveillance à notre égard; mais je regrette que l'on n'ait pas eu plus de condescendance à l'égard de nos propositions les plus importantes!

La question est grave. Il est possible que nous soyons nous-mêmes acculés aujourd'hui à émettre un vote éventuel qui ne sera que l'expression d'une mesure d'opportunisme. Mais la conscience populaire de nos mandants ne se résoudra pas à accepter les propositions que vous nous faites.

Je termine par une considération toute juridique qui a été effleurée hier. Il s'agit de la controverse au sujet des art. 31 et 33. Ces dispositions seront-elles applicables dans le cas de l'avortement? L'art. 33 manque de synthèse et d'esprit philosophique. Je crois qu'il y aurait avantage à avoir au lieu de cet art. 33 une disposition analogue à celle du code fribourgeois. Celui-ci est le dernier-né des codes cantonaux. On aurait bien voulu le soumettre à la pratique de l'avortement officiel, mais il n'en est pas moins venu au jour et l'on s'accorde à dire que c'est un très bon code. J'ai l'honneur de le pratiquer et je trouve que, dans ses 197 articles, y compris les dispositions transitoires, il contient une doctrine pénale qui arme le juge et lui laisse cette latitude que nous aimons à lui voir exercer. Le code fribourgeois contient un art. 21 où il est dit:

«L'acte commis pour préserver sa personne ou la personne d'autrui d'un danger imminent n'est pas punissable si le danger ne pouvait être détourné autrement et si le dommage causé n'est pas hors de proportion avec ce danger.

Cette disposition n'est pas applicable si le danger a été provoqué par la faute de la personne menacée ou s'il y a sacrifice direct et délibéré d'une vie ou violation d'un devoir spécial; toutefois le juge peut atténuer la peine.»

Cette formule peut s'appliquer à l'avortement, tandis que votre formule de l'art. 33 du projet fédéral où il est question de liberté, d'honneur, de patrimoine, etc., est inapplicable. N'est-il pas plus conforme à l'esprit philosophique et juridique de renfermer en peu de mots une théorie applicable à tous les cas spéciaux? Dans le cas où le médecin qui a opéré l'avortement aurait commis une erreur, l'art. 14 du code fribourgeois serait encore applicable, qui dit que: «Lorsque l'auteur de l'acte se trouve dans l'erreur sur les circonstances de faits, ces circonstances ne lui sont pas imputées.»

Avec la combinaison de ces deux articles, nous pourrions nous passer de celui que l'on nous propose.

Je termine en disant que nous regrettons de ne pouvoir nous rallier aux propositions qui nous sont faites par les rapporteurs de la majorité, mais pour nous c'est une question claire et nette; nous avons des indications, je le répète, qui nous sont données, non seulement par le droit ecclésiastique, qui n'est ici qu'un droit subsidiaire, mais par les règles générales

de la morale et du droit naturel. D'aucuns nient l'existence du droit naturel. Ceux qui la nient sont obligés de temps en temps d'y faire appel. A la barre des tribunaux, nous entendons les représentants du ministère public, comme aussi les défenseurs, invoquer l'équité. Or, qu'est-ce que l'équité? C'est une notion qui est au-delà du texte de la loi — qui l'inspire — et qui repose précisément sur le droit naturel. L'équité est proclamée au frontispice du Code civil suisse. Nous vous demandons, nous aussi, de ne pas vous départir de cette règle générale du droit naturel et de nous laisser tout au moins notre liberté.

Nous savons ce qui nous attend, nous formerons tout à l'heure un bloc isolé; je salue cet isolement parce qu'il est conforme à la conscience des masses populaires que nous représentons!

Wagner: Ich habe gestern im Sinne gehabt, auf das Wort zu verzichten; nachdem nun aber in einer ganzen Reihe von Voten der gegnerische Standpunkt neuerdings begründet worden ist, fühle ich mich veranlaßt, doch einiges beizufügen.

Wie Herr Huber gestern erklärt hat, sehen wir ein, daß der Standpunkt unserer Kollegen zur Rechten nicht etwa auf sekundären Berechnungen irgendwelcher Art beruht, sondern auf der Grundlage einer ernsthaften, sich aus einer ganzen Weltanschauung logisch ergebenden Ueberzeugung. Das gleiche trifft aber auch für unsern Standpunkt zu; er entspricht zudem den praktischen Bedürfnissen. Wie nochmals festgestellt werden mag, postulieren wir nicht die schrankenlose Freigabe der Abtreibung. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkte, daß auch die Freigabe während der zwei ersten Monate der Schwangerschaft großen Bedenken begegnet, trotz der Argumente, die dafür geltend gemacht werden können. Ich habe dabei das Interesse der Frau selbst, ihre Würde, ihren Schutz vor Mißbräuchen, wie sie leider vorkommen, vor Augen und außerdem die unzweideutige Stellungnahme unserer schweizerischen Gynäkologen und Aerzte. Ich fühle mich einfach nicht kompetent genug, um gegenüber dieser Stellungnahme einen andern Standpunkt zu verteidigen. Es fehlt mir die notwendige technische Durchbildung, um diesen medizinischen Feststellungen genügende Argumente entgegenzuhalten.

Dies war vorauszuschicken, um die Grundlage zu umgrenzen, von der aus die folgenden Ausführungen zu verstehen sind.

Es war mir eine Ueberraschung, zu hören, mit welcher Einseitigkeit man sich auf der andern Seite gegen unbestreitbare Tatsachen des Lebens abschließt. Durch alle Voten der Vertreter der Rechten klingt ein Ton immer wieder: Nicht nur durch die Vorschläge der Linken, sondern auch durch diejenigen der Kommissionsmehrheit werden Genußsucht, Leichtsinns, Egoismus, illegitimer Geschlechtsverkehr gefördert und propagiert! Demgegenüber muß ich noch einmal betonen, was schon gesagt worden ist, daß unsere Anträge aus einer Würdigung der Sachlage hervorgehen, die ebenso schlüssig auf sittliche Erwägungen gestützt werden kann, wie die entgegenstehende Anschauung.

Ich kann nicht umhin, den Ausführungen der Herren Kollegen zur Rechten noch etwas näher zu treten. Ich glaube, diese Herren übersehen teilweise

eine Grundtatsache: Das Strafrecht schützt Rechtsgüter und Interessen, aber es schafft sie nicht. Es kann sie nicht schaffen oder doch sehr selten. Diese seine sekundäre, komplementäre Natur muß man gewissen zu hohen Ansprüchen immer wieder entgegenhalten. Mit andern Worten: Das Strafrecht hat wohl die Aufgabe, Handlungen, die mit den Interessen der Allgemeinheit kollidieren, entgegenzutreten. Es kann auch auf das Betragen des Einzelnen zwangsweise einwirken. Es kann aber niemals darüber hinaus die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen heraus die Existenz eines Individuums sich aufbaut, umschaffen oder auch nur entscheidend beeinflussen, und noch weniger kann es das tun hinsichtlich der entscheidenden geistigen Strömungen eines ganzen Zeitalters und der seelischen Grundkräfte des Einzelnen.

Es ist interessant, daß gerade einige der Herren, die sonst die Einwirkung des Staates, die Möglichkeit, staatlicher Schöpferkraft so bestimmt ablehnen, nun auf einmal einen wahrhaft rührenden Glauben an die Allmacht des Staates zutage treten lassen, durch Strafen Genußsucht, Leichtsinns etc. herabzusetzen.

Ich erlaube mir hier eine Einschaltung, die mir durch das letzte Votum nahegelegt worden ist: Man hat wiederum von Genußsucht, Entvölkerung gesprochen und dabei auch auf andere Länder hingewiesen. Wir haben nun allerdings schon während Jahrzehnten die Erscheinung beobachtet, daß die Bevölkerung z. B. in gewissen Teilen Frankreichs abnimmt. Wenn man die Karten ansieht, auf denen die Departemente mit ihren verschiedenen Graden der Entvölkerung eingezeichnet sind, so fällt einem auf, daß die Gegenden, die am meisten unter der Entvölkerung zu leiden haben, einen breiten Strich mitten durch Frankreich von Südwesten nach Nordosten darstellen. Einige Volkswirtschaftler haben gesagt, das seien in erster Linie die Weinbau treibenden Gegenden. Ich weiß nicht, ob man das so formulieren kann; aber jedenfalls sind es hauptsächlich Landwirtschaft treibende Gegenden. Die Sache erklärt sich so, daß es zu einem erheblichen Teil die Furcht der Bauern vor weiterer Zerstückelung des Grundeigentums ist und nicht die Genußsucht, die diese Depopulation bewirkt.

Man hat jahrhundertlang versucht, der Genußsucht, dem Leichtsinns usw. durch Gesetze entgegenzutreten. Denken wir an die lange Reihe von Sittenmandaten, die in der Schweiz und anderswo jeweilen mit dem Erfolge erlassen worden sind, daß nach einiger Zeit ein noch schärferes Mandat erlassen werden mußte.

Und nun erst die Strafen! Es ist in den vorausgehenden Voten verschiedene Mal auf die Diskussion über die Todesstrafe angespielt worden. Aus diesen Voten hat etwas herausgeklungen, das man vielleicht die Sehnsucht, das Heimweh nach der Guillotine nennen könnte. So hat man im letzten Votum gesagt, daß man doch dem Standpunkt der Rechten hätte eine Konzession machen können dadurch, daß man den Kantonen gestattet hätte, die Todesstrafe zu behalten oder nicht. Abgesehen davon, daß dies der Grundidee eines einheitlichen schweizerischen Gesetzbuches widersprochen hätte, mache ich darauf aufmerksam, wie sich die Sache in dieser Beziehung in Wirklichkeit abspielte: Die

zweite Expertenkommission hatte seinerzeit diesen Kompromiß aus referendumpolitischen Gründen angenommen. Sie hat ihn dann aber selbst aufgegeben, weil er sich bei der Diskussion über die Anwendung und Einführung des Gesetzes als unausführbar erwies und zwar so sehr, daß sogar der hoch autorisierte Vertreter der Rechten, Herr Obergerichtspräsident Müller von Luzern, seine Unhaltbarkeit einsah. Man hat ihn dann mit großer Mehrheit fallen gelassen. Demnach kann man heute nicht wohl kommen mit der Behauptung, die Rechte habe durch den Verzicht auf diese Lösung eine Konzession gemacht, da die Sache so lag, daß ihr eigener Vertreter ihre Unzulänglichkeit innerhalb des ganzen Gesetzwerkes zugegeben hat.

Wie verhält es sich weiter mit den Strafen? Herr Escher hat sich gestern auf sehr hohe Persönlichkeiten gestützt, auf Voltaire, auf Rousseau und auf Goethe. Es hat mich etwas sonderbar angemutet, solche Anrufungen von dieser Seite zu hören. Ich habe dabei an ein Wort einer Persönlichkeit gedacht, die auch einmal mit der Kirche etwas zu tun hatte, an das Wort: Und sie bewegt sich doch! — Leider aber muß ich sagen, die Berufung des Herrn Escher sei doch etwas wie ein Versuch am untauglichen Objekt. Rousseau hat sich allerdings zeitweise für die Todesstrafe ausgesprochen, indem er von einer bestimmten Weltanschauung ausgehend sagte: Der Verbrecher hat den Staatsvertrag, dem er zugestimmt hatte, nicht gehalten; er muß also auch die Folgen des Bruches übernehmen! — Aber diese Grundauffassung vom Staate teilt ja, so viel ich weiß, die Rechte nicht.

Goethe war damals als er seine Dissertation schrieb, ein noch ganz junger Mann. Er hatte Götz und Werther vielleicht schon im Kopfe und wohl auch den Faust; den «Urfaust» wenigstens. Die Jurisprudenz aber trieb er wohl mehr deshalb, weil es der Papa wollte. Er schrieb auch seine Dissertation, wie man eben Dissertationen schreibt: unter der Einwirkung bestehender Autoritäten.

Man muß zudem diese Äußerungen in den Zusammenhang der historischen Erscheinungen rücken. Da ist nun folgendes zu sagen: Wir hatten damals überall in Europa noch die qualifizierte Todesstrafe. Man verhängte in der Schweiz und anderwärts noch allzu oft die Radstrafe, die Feuerstrafe, die Galgenstrafe; man hatte Zusammensetzungen dieser verschiedener Strafarten. Wenn man gestern mit einem gewissen Recht gesagt hat, die Kirche habe sich im Mittelalter um die Milderung des Strafrechtes verdient gemacht, so muß man doch auch darauf hinweisen, daß z. B. die Theresiana, das österreichische Strafgesetzbuch vom Jahre 1768, also das Strafgesetzbuch eines Landes, wo die Kirche von jeher eine große Macht hatte, folgende Strafordrohungen enthielt: «Die Thäter sollen als Land- und Mordbrenner mit glühenden Zangen gezwickt, ihre Glieder mit dem Rade zerstoßen und sodann lebendig in das Feuer geworfen werden.» Und sodann für die Kindsmörderin: «Ein solch unbarmherzige Mutter, welche ihre eigene Leibesfrucht vorsätzlich und gefährlicher Weise durch eine That handlung ertötet, soll mit dem Schwerte hingerichtet nach der Enthauptung ihr Körper ins Grab gelegt, ein Pfahl durch ihr Herz gestoßen und sodann verscharret werden.»

Das gleiche Gesetzbuch hat z. B. auch noch die furchtbare Strafe der Vierteilung. Das muß man sich vor Augen halten, wenn man auf einzelne Persönlichkeiten hinweist, die damals für die einfache Todesstrafe gewesen sind. Das bedeutete für die damalige Zeit einen gewaltigen Fortschritt.

Wie steht es denn mit Voltaire? Es ist zum vornherein sicherlich nicht alltäglich, daß sich ein Vertreter der Kirche auf Voltaire beruft, auf den Voltaire des Falles Calas, der besonders in den letzten zwei Jahrzehnten seines Lebens unablässig gegen die Justizmißbräuche seiner Zeit kämpfte, der unter anderem auch dem berühmten, die Todesstrafe bekämpfenden Buch Beccarias «Ueber Verbrechen und Strafe» zujubelte und selbst sich unter anderem wie folgt aussprach: «Quand j'aurai fait mourir dans les tourments celui qui a tué votre frère, ce frère sera-t-il ressuscité? — Il faut réparer le dommage, la mort ne repare rien. — N'êtes-vous pas persuadés que l'amour de l'homme et la crainte de la honte sont des meilleurs moralistes que les bourreaux!»

Die Herren von der Rechten haben auch noch den besondern Standpunkt vertreten, daß in Fällen, wo die Gefahr zwischen Mutter und Kind sozusagen alternativ ist, d. h. wo die Mutter nur gerettet werden kann, wenn das Kind geopfert wird, die Mutter den Heldentod sterben soll. Daß dieser Standpunkt nicht haltbar ist, ist klar. Ich erinnere an den Ausspruch eines Mannes, der für die Aufrechterhaltung der Familie und der Ehe manches tat, der sich auch auf das physische Durchhalten sehr gut verstanden hat und der, teilweise wenigstens, auch ein guter Katholik war, mit alledem freilich eine fatale Hinneigung zu Moskau verbindend, nämlich Napoleon I. (Heiterkeit.) Es wird erzählt, vor der Geburt des Königs von Rom habe ihn der Arzt Corvisart gefragt, wie es sei, wenn er zwischen Mutter und Kind wählen müsse. Napoleon habe geantwortet: Dann retten Sie die Mutter, denn sie kann mir ein anderes Kind geben. Es ist freilich möglich, daß Napoleon I. von der Rechten nicht als vollgültiger Kirchenvater angesehen wird. (Heiterkeit.) — Der gleiche Grundsatz kommt auch z. B. im deutschen Vorentwurf deutlich zum Ausdruck. (§ 254 D. V. E. 14. Mai 1917.)

Ich möchte mich nicht weiter mit Patristik oder überhaupt mit vergangenen Zeiten abgeben, sondern aus meiner Erfahrung Ihnen noch einen Fall zur Rechtfertigung unseres Standpunktes vorführen. Als ich im Anfang meiner juristischen Tätigkeit stand und als Neuling noch sehr eindrucksfähig war, begab es sich, daß einmal eine Tochter von einem Coiffeur wegen einer Rechnung betrieben wurde. Als die Rechtsöffnungsverhandlungen stattfanden, zeigte es sich, daß die Rechnung für Abtreibung gestellt worden war. Der Gerichtspräsident verstund die Sache anders, ordnete sofort Haussuchung beim Coiffeur an und ließ eine Menge von Korrespondenzen und Werkzeugen beschlagnahmen, die unzweifelhaft dar-taten, daß der Herr das Geschäft in ausgedehnter und fruchtbringender Weise betrieben hatte. Wir wurden nun rogatorisch beauftragt, eine Frau, deren Adresse sich aus der Korrespondenz ergab, vorzuladen. Sie kam, es war die Ehefrau eines Kleinbürgers, wenn man will eines Arbeiters. Sie brachte drei Kinder von zirka fünf, vier und drei Jahren mit, die ihr an der Schürze hingen. Sie gab auf die Frage, was sie gemacht habe, ohne weiteres alle wünschbare

Auskunft. Sie lebe mit ihrem Mann in glücklicher Ehe, aber nun sei sie wieder in Hoffnung gekommen, und da sei der häusliche Friede zu Ende gewesen; die Sache wäre für sie und die Kinder ganz unerträglich geworden. Sie habe nach G. geschrieben, aber es habe nichts genützt, und als sie von dem Wundertäter in X. gehört habe, habe sie ihn kommen lassen. Er habe ihr Mittel gegeben und habe sie auch ausgekratzt. Sie zeigte uns dabei ein Schauerinstrument mit dem operiert worden sei. Diese Frau, das sahen wir, hatte nicht die leiseste Ahnung, daß sie etwas Unrechtes oder Gefährliches begangen hatte. In der zweiten Audienz habe ich nur mit dem Finger auf Art. 135 des Bernischen Strafgesetzbuches hingewiesen. Sie brach zusammen, und ich vergesse meiner Lebtag nie den Blick hilflosen und ratlosen Entsetzens, der dieses Zusammenbrechen begleitete. Herr Grünenfelder, Herr Dr. Hoppeler, hätten Sie zu dieser Frau gesagt: Nun sollst du die Frucht deiner Genußsucht, deines Leichtsinns ernten; es geschieht dir recht; Gerechtigkeit muß sein, sonst geht die Welt zugrunde! (**Huggler:** Dr. Hoppeler hätte es schon gesagt.) Wir haben etwas anderes getan. Wir haben der Frau einen Verteidiger verschafft und haben eine kurze Untersuchung angeordnet, damit nachher die Sache korrektonalisiert werden könne. Ich will Ihnen gleich sagen, welches Ende die Sache gefunden hat. Die Assisen haben diese Frau freigesprochen, freigesprochen deshalb, weil der Experte die Schwangerschaft als unsicher darstellte, trotzdem die Frau selbst gesagt habe, es sei etwas wie « ein Klotz » abgegangen.

Diese Geschichte ist nach verschiedenen Richtungen hin instruktiv. Erstens zeigt sie, daß es Frauen gibt, die nicht wissen, daß Abtreibungshandlungen sie mit dem Strafgesetz in Konflikt bringen. Nicht jeder Frau führt im kritischen Moment ein gütiges Schicksal einen Herrn Dr. Hoppeler in den Weg, der sie aufklärt. Durch meine späteren Erfahrungen wurde mir ferner die weitere Wahrnehmung bestätigt, — das ist ein Punkt, der in der Diskussion meines Erachtens zu wenig hervorgehoben worden ist —, daß die Abtreibungsfrage häufig nicht eine « Frage » der Frau, sondern eine solche des Mannes ist. Der Mann ist es oft genug, der die Abtreibung verlangt. Bei dieser ganzen Frage zeigt sich aber dann die herrliche doppelte Moral, unter der wir leben. Der Schwängerer geht frei aus; die Frau wird vor schreckliche Alternativen gestellt. Wie soll sie ausweichen?

Man sagt, jeder illegitime Geschlechtsverkehr bei jungen Mädchen sei ein Zeichen von Verdorbenheit! Ich möchte aber daran erinnern, daß z. B., soviel ich weiß, im Tirol das « Fensterln » sehr stark in Gebrauch ist und die jungen Ehemänner sehr ungerne, was sie nennen, die Katze im Sack kaufen.

Wie steht es auch bei uns in der Ehe? Die Ehefrau hat die ehelichen Pflichten zu erfüllen; wenn sie es nicht tut, und es zur Scheidung kommt, so sind die Chancen sehr groß, daß sie als der schuldige Teil erklärt wird. Noch einmal, bei dieser ganzen Frage ist vielleicht der schwächste Punkt darin zu erblicken, daß in gewissen Fällen der Schuldige frei ausgeht und die Unschuldige bestraft wird.

Und ein weiterer Punkt. Machen wir uns doch eines klar: Ohne die Mediziner können wir in der ganzen Sache überhaupt nichts tun. Wir können

wohl Gesetze aufstellen, bei ihrer Anwendung sind wir aber auf die aufrichtige Mitwirkung der Aerzte angewiesen. Ich möchte hier an etwas erinnern, was Professor Exner in Wien ungefähr dahin zusammengefaßt hat, daß die öffentliche Strafe der Sanktion durch die öffentliche Meinung bedarf, wenn sie nicht ihre Wirkung einbüßen soll. Diese Gefahr kann schon dadurch sich äußern, daß die ausführenden Organe sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen, vielleicht mit Hilfe von Expertisen und Interpretationen, übermäßige Härten zu mildern. Oder die Strafe wird ausgefällt und wirkt direkt odios und revolutionär, indem die Bestraften zu Märtyrern werden. Ich wäre deshalb eigentlich dafür, in der zu diskutierenden Frage entscheidend auf die Aerzte abzustellen. Ich gestehe, daß auch der Vorschlag der Minorität Bedenken erwecken kann ... (Glocke des Präsidenten.) Ja, bald! (**Präsident:** Die Redezeit ist abgelaufen.) Nur noch fünf Minuten. (**Präsident:** Noch zwei Minuten.) Die Bestimmung über die Notzucht kann die Denunziation fördern. Aber ich möchte, um kurz abzuschließen, dem Vorschlag den Vorzug geben, wenn Sie den Antrag der Minorität nicht annehmen können, uns wieder der bundesrätlichen Fassung zuzuwenden. Eigentümlicherweise kommen gerade wir Sozialdemokraten dazu, hier öfters die Vorschläge des Bundesrates oder der Expertenkommission zu verteidigen. Vielleicht rührt das daher, daß hier im Parlament mehr als in der Expertenkommission bei der Beratung referendumspolitische Gründe mitspielen. Ich will also nicht sagen, Herr Bundesrat Häberlin sei aus Prinzip reaktionärer als die Expertenkommission, obwohl ich nach den Bemerkungen, die ich gestern und vorgestern von ihm gehört habe, fürchte, er leide ein wenig an dem Uebel, das ich in Variation eines berühmten geschichtlichen Wortes « Le cauchemar de Moscou » nennen möchte.

Vergessen wir keinen Augenblick, vor welcher Aufgabe wir stehen. Es ist klar, daß bei der Beratung eines Strafgesetzes für eine Nation deren Angehörige nach Sprache, Abstammung, nach Klasseninteresse verschieden sind, lebhaft und eingreifende Diskussionen unausbleiblich sind. Vergessen wir aber nicht, daß nun seit 30 Jahren von dem neuen bessern Gesetze die Rede ist, daß die Kantone darauf warten und der überwiegende Teil der Bevölkerung auf diesen Fortschritt hofft. Suchen wir im Interesse des ganzen uns doch lieber nicht voreilig parteimäßig mit bezug auf unsere Schlußstellungnahme festzulegen und sehen wir lieber nach Möglichkeit davon ab, gegenseitig ultimativ zu werden. Wir müssen, wenn etwas Richtiges zustande kommen soll, von allen unseren Gesichtspunkten diesen oder jenen aufgeben. Anders geht es nicht. Ich schließe, indem ich noch einmal auf das gewaltige Interesse hinweise, das die ganze Landeseinwohnerschaft an diesem Werke hat, und die furchtbare Enttäuschung, die eintreten würde und die für unseren Parlamentarismus nicht gerade notwendig ist, wenn wir nach so vielen Arbeiten und Beratungen schließlich vor einem Nichts landen müßten.

Müller-Großhöchstetten: Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht es, um mich ganz kurz zu einem Gedanken zu äußern, der in verschiedenen Voten wohl gestreift, in seiner Konsequenz kaum zu Ende

gedacht und namentlich in den vorliegenden Artikeln nicht seinen Niederschlag gefunden hat. Ich empfinde es schmerzlich, daß die ganze furchtbare Last der Verantwortung auch in dieser Frage zum allergrößten Teile auf die Schultern nur des einen, hier schwächeren Teiles unseres Volkes, auf die Schultern der Frauen abgeladen wird. Wenn wir Dämme bauen wollen, die dem Niedergange wehren, ganz gleichgültig vorläufig, wie weit wir in unserer Auffassung gehen wollen, so werden diese Dämme nur dann halten, wenn sie durch ein Recht, durch eine Verantwortung beider Teile getragen werden. Wenn wir das erreichen wollen, was der beste Teil in der weitergehenden Auffassung, die hier vertreten wurde, sein mag und sein müßte, die Entlastung der Frau, dann gibt es in meinen Augen nur den Weg, der hier zum Ziele führen kann und der seinen Niederschlag im Gesetze finden müßte, den, daß wir die Verantwortung auch auf den andern Teil, der hier unbehelligt gelassen ist, ausdehnen. Ich gebe dabei ohne weiteres zu, es wird immer schwer sein, das Delikt des andern Teiles rechtlich zu erfassen. Es werden sich andere Schwierigkeiten einstellen, die Frage der Erpressung usw. Daß wir aber trotz aller dieser Schwierigkeiten hier nach Wegen suchen müssen, um diesen Gedanken auch im Strafgesetzbuche zum Ausdruck zu bringen, das möchte ich Ihnen nicht in einer langen theoretischen Erörterung auseinandersetzen, ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: Vor dem Richter erscheint ein Mädchen, das in der Verzweiflung sein neugeborenes Kind getötet hat. Auf der Zeugenbank sitzt der Vater dieses Kindes. Die Mutter sühnt ihre Schwäche nicht nur durch die Schwere der Geburt, sie wird zu einer längeren Korrekionshausstrafe verurteilt. Während das Mädchen den schweren Gang in die Strafanstalt antritt, streicht der Vater, der hier nicht weniger Schuldige, seinen Zeugenfranken ein und tritt den Weg in die goldene Freiheit an. Das Mädchen ist für seiner Lebtag gezeichnet. Sie wissen, wie schwer der Aufstieg einer solch heimatlos Gewordenen in unserem Volke ist. Sie wissen auch, wie leicht es die Gesellschaft einem solchen Manne macht, über diese « kleine Havarie » hinüber wiederum « gesellschaftsfähig » zu werden. — Hier stimmt etwas nicht. Sicher, es ist auch meine Auffassung: In unserem Strafgesetzbuche muß der feste und unzweideutige Wille verankert werden, daß es nicht angeht, daß die Mutter die Verantwortung leichtfertig von sich schüttle. Vergessen wir aber dabei als Männer nie, daß in soundso vielen Fällen, wo ein Mädchen in dieser Sache straffällig geworden ist, Untreue des Mannes, das leichte Abschütteln der Verantwortlichkeit auf der andern Seite, das Mädchen zur verzweifeltsten Tat getrieben hat. Herr Bundesrat Häberlin hat diesen Gedanken ja gestern viel besser ausgedrückt, als er fragte, wer denn derjenige sei, der zur Abtreibung treibe: « In sehr vielen Fällen ist es der Verführer. » Auf sein Verhalten, sein Delikt, es mag rechtlich noch so schwer zu erfassen sein, müssen wir die vorliegenden Artikel ausdehnen. Beide, Mann und Frau, sind für das gemeinsam gezeugte Leben verantwortlich. Ich möchte daher nochmals sagen: Wenn wir Dämme bauen wollen, die dem Niedergange wehren, dann müssen wir dafür sorgen, daß beide, Frau und Mann, sich ihrer Verantwortung mehr bewußt werden. Es geht nicht wohl an, daß wir die ganze Schwere der

Verantwortung nur auf die Schultern des einen Teiles abladen.

Ich würde meine Gedanken ganz kurz in einen Satz zusammenfassen: « Wer durch sein Verhalten die unmittelbare Ursache zur kriminellen Tat darstellt, wird mit Gefängnis bestraft. » In Art. 184, Abs. 2, haben wir einen Anfang von dem, was ich hier verlangen möchte: Ein Recht und eine gleiche Verantwortung. Ich werde bei Anlass der Beratung von Art. 184 auf diese Frage zurückkommen und einen entsprechenden Antrag einbringen.

M. Dicker: Le débat qui a eu lieu ces deux jours me dispense de me prononcer d'une façon détaillée sur cette question. J'ai déjà eu l'occasion de dire hier que les praticiens en droit, en intervenant dans ce débat, restent absolument dans leur rôle de législateurs.

Notre ami Farbstein nous a dit hier que si l'on voulait se faire avorter, il fallait aller à Genève. Le compliment ainsi adressé à la ville de Genève est exagéré. Je voudrais tout au moins dire que dans tous les états et communes de la Suisse, comme à l'étranger, là où il y a des femmes dans la misère, là où il y a une question sociale, là où existent les bas salaires, là où la question économique n'est pas résolue, l'avortement existe. Il y aura peut-être un seul Etat dans lequel l'avortement n'existera pas; ce sera certainement l'Etat papal, puisque nous avons appris que le pape a décidé de faire évacuer de son Etat toutes les femmes. Il a peut-être raison. C'est M. Gottret qui me le dit. En tout cas, pour la fraction catholique, dans l'Etat du pape, la question de l'avortement sera définitivement résolue, car évidemment les hommes qui habiteront cet Etat ne se feront pas avorter!

La situation est d'autant plus délicate que la question, qui concerne exclusivement la femme, qui touche tout particulièrement les intérêts féminins, est résolue par les hommes seuls. Il y a là, certainement, une injustice criante et, si le législateur progressiste a des regrets à exprimer, c'est que la femme ne soit pas autorisée à prendre la parole dans les discussions parlementaires, surtout dans celles qui intéressent la totalité de la collectivité. Il est tout particulièrement regrettable en effet, que dans la question d'avortement, qui concerne tout particulièrement les femmes, celles-ci n'aient qu'à subir la loi qui est faite par le sexe qui n'est pas le leur.

Je suis sûr que si, dans cette salle, les femmes pouvaient prendre la parole, nous entendrions des sons de cloche probablement tout autres que ceux que nous avons entendus jusqu'à ce jour.

Il y a un point qui m'a frappé, beaucoup frappé: c'est que personne n'a attiré l'attention sur le fait que, si l'avortement est puni d'une façon exagérée la crainte de la peine aura pour effet d'éloigner les médecins, les praticiens autorisés, de ce délit qui deviendrait presque un crime; en même temps, cette circonstance provoquera certainement des avortements clandestins plus nombreux, pratiqués non par des médecins, non par des sages-femmes, mais par des femmes tout court. Ainsi, ces avortements faits dans des conditions particulièrement anti-hygiéniques, en l'absence absolue des connaissances médicales, comporteront un danger d'autant plus grand que les personnes qui les pratiqueront

seront plus ignorantes. Alors, la santé de la femme, qu'on veut soi-disant défendre ici, serait particulièrement compromise.

Dans cette question, il faut tout de même poser comme principe le fait que, au commencement de la grossesse, c'est la femme seule qui devrait décider si, oui ou non, elle désire être mère, si oui ou non elle désire la maternité. La maternité imposée par un simple accident, par le simple résultat de relations sexuelles, est une monstruosité.

Ici, M. le conseiller national Morard est revenu sur la question de la peine de mort. Je ne veux pas la suivre sur ce terrain. J'estime que la peine de mort n'a rien à voir dans cette discussion. Aujourd'hui, nous discutons la question de l'avortement, non pas celle de la peine de mort. Mais quand M. Morard dit qu'il ne sait pas qui a le plus de droit à la vie, le fœtus au commencement de la grossesse, ou la femme qui est malade, atteinte, par exemple, de tuberculose, je prétends qu'il énonce une monstruosité. On ne peut pas sérieusement poser dans un parlement la question de savoir si c'est un œuf, au commencement de la grossesse, de 15 jours ou 3 semaines, qui doit être respecté, plutôt que la femme, qui risque sa vie en restant enceinte.

D'autre part, je voudrais attirer l'attention sur le fait qu'on nous a raconté ici, même sous l'angle scientifique, des choses qui n'ont rien à voir avec la science. Ainsi, M. le Dr Hoppeler nous a présenté hier une page de dessins sur laquelle étaient exposés des fœtus de différentes grosseurs. Il nous a dit: Voyez, ils ont tous la forme humaine, ce sont déjà des commencements de genre humain; par conséquent, nous devons respecter leur forme humaine, leur âme.

Or, Messieurs, je crois qu'il nous a pris quand même et d'une façon trop grossière, pour des ignorants. Il nous a présenté le dessin de fœtus de 3, 4, 5 mois et plus. D'après ses déclarations — il semble ignorer que les avocats ont tout de même étudié un peu la médecine légale —, le fœtus, déjà au commencement de la grossesse, aurait une forme humaine. C'est inexact. Le fœtus, jusqu'à 2 ou 3 mois, n'a que la forme d'un œuf, mais rien d'humain. Ses affirmations sont donc exagérées.

Je ne veux pas — ce serait contraire aux décisions prises par la fraction à laquelle j'ai l'honneur d'appartenir — faire une proposition ferme, d'après laquelle pendant les deux premiers mois de grossesse, la femme aurait le droit de déclarer si, oui ou non, elle désire être mère (M. Biroll: Jamais, jamais!)

Mais j'ai une autre proposition, d'ordre technique, à vous présenter. Je crois qu'après ce débat, où se seront opposées des opinions complètement contraires, vous pourrez quand même — et ceci dans l'intérêt même du code et dans l'intérêt de la justice — accepter la proposition que je désire vous présenter.

Je désire vous proposer, aux art. 105 et 106 du projet de code pénal, que la prescription, qui est prévue après deux ans, soit réduite à une année.

J'ai, dans ma pratique quotidienne, acquis la conviction absolue qu'après une année il est impossible, à un juge, juge informateur ou président les assises ou la cour correctionnelle, il lui est impossible d'étudier une affaire d'avortement. D'après ce qu'ont dit hier M. le conseiller fédéral Haerberlin et M. le professeur Logoz, en matière d'avortement, la preuve

est, en effet, particulièrement difficile. M. le professeur Logoz a déclaré — c'est une vérité absolue —, que des centaines et des milliers d'avortements ont lieu sans que les autorités puissent en avoir connaissance. Ces faits ne sont révélés que par voie de dénonciation. C'est une voisine, qui a des comptes particuliers à régler, qui accuse une connaissance de s'être fait avorter il y a un certain temps. C'est une femme qui, désirant se venger pour une raison ou pour une autre, va trouver le juge d'instruction ou le procureur général pour lui dénoncer le cas d'un avortement. C'est, parfois, un concurrent, ou une concurrente, qui fait pareille dénonciation.

Le juge d'instruction a déjà une difficulté énorme pour établir, dans ces conditions, le fait de l'avortement. Nous voyons cela tous les jours. De nombreuses affaires doivent être classées, car la poursuite devient difficile, pour ne pas dire impossible.

Je crois donc que dans cette matière, la prescription de deux ans est particulièrement longue. Si le juge d'instruction en pareille affaire est obligé de déterminer encore la date exacte de l'avortement, de savoir si l'avortement a été pratiqué il y a 18 mois, 20 mois ou 23 mois, ce sera une aggravation des difficultés de la poursuite et cela ne conduira absolument à rien au point de vue pratique.

D'autre part, je crois que vous reconnaissez tous, même du côté catholique, dans les milieux qui s'opposent d'une façon formelle à toute possibilité d'avortement même médical vous reconnaissez toutefois que l'avortement ne se fait prendre, n'est découvert que dans la classe la plus pauvre. Une femme de la haute société fait autant d'avortements qu'une femme de la classe ouvrière, mais avec cette seule différence que la femme pauvre s'adresse rarement au médecin; elle appelle plutôt une sage-femme ou une femme tout court; elle s'expose ainsi beaucoup plus au dangers de se faire prendre, de se voir dénoncée; tandis qu'une femme de situation riche, appartenant à la société distinguée, a évidemment la possibilité de s'adresser à l'un des meilleurs accoucheurs de la ville, d'appeler un des meilleurs médecins; elle peut ainsi, en toute tranquillité, et aux conditions les plus hygiéniques dans sa chambre à coucher ou dans une clinique privée, se faire avorter sans que personne n'en sache rien. Cette situation toute particulière dans ces délits devrait vous persuader que là où on peut apporter une facilité ou un adoucissement quelconque, il ne faut pas manquer de le faire.

La poursuite, dans l'affaire d'avortement, a ceci d'injuste, c'est qu'on frappera la classe pauvre, la classe laborieuse et non pas la classe riche.

Le délit de vol, c'est un délit des pauvres gens. Je ne connais pas de riches qui volent. Ah! Oui, nous avons les grands spéculateurs qui commettent des vols, mais le vol sui generis, le vol vulgaire, d'une paire de chaussures, d'un complet, c'est le triste privilège de la classe pauvre.

L'avortement est un délit qui se commet dans toutes les classes, dans toutes les couches, mais avec cette différence que la poursuite s'exerce contre la classe pauvre, parce qu'elle est impossible ailleurs. Et alors, dans ces conditions-là, n'est-ce pas de la justice que de mettre un certain frein à la poursuite?

J'ai compris hier M. le conseiller fédéral Haerberlin quand il nous a dit que, dans certains cas, le jury

acquittera, mais il ne faut pas laisser dans le Code un délit impuni, parce que cela incitera à commettre ce délit. Sur ce point-là, nous sommes d'accord; mais où nous vous demandons d'adoucir la situation, c'est en ce qui concerne le délai de la prescription.

Depuis une quinzaine d'années que je pratique au barreau de Genève, j'ai vu des cas où des avorteuses ont été condamnées, mais je n'ai pas vu un seul cas où une femme ou fille avortée fût condamnée; le jury genevois n'admet pas cette condamnation, quelle que soit la loi que vous inscrire dans le Code pénal suisse. Les douze jurés n'admettent pas qu'une malheureuse fille rendue mère soit condamnée parce que, dans un moment de détresse, elle s'est faite libérer.

J'ai eu, dernièrement, devant la Cour correctionnelle, à défendre une jeune fille de 17 ans qui a été séduite par un repris de justice de 40 ans. Je vous demande, et ici je m'adresse aux pères de famille, quel serait le père de famille qui se trouverait dans ces conditions-là, c'est-à-dire ayant une jeune fille innocente, ne connaissant pas la vie, dans sa première jeunesse, rendue enceinte par un repris de justice de 40 ans, quel serait, dis-je, le père dénaturé qui ne prendra pas cette jeune fille par la main pour la mener chez un médecin et la libérer de ce fardeau, vu son âge et sa situation?

Dans ces conditions, je vous fais une proposition absolument ferme que je vous prie d'accepter au point de vue juridique, c'est de dire, aux paragraphes 105 et 106, que l'action pénale est prescrite par une année. En faisant cette concession au point de vue prescription, je crois que vous faites une concession, non seulement aux idées que mes collègues politiques ont développées devant vous, mais que vous faites un acte de justice; en même temps, vous facilitez certainement la possibilité de la poursuite.

C'est pourquoi j'ai l'honneur de vous demander d'apporter certains changements dans ces deux paragraphes; j'estime que la prescription de deux ans est une prescription exagérée dans ce délit qui est un délit sui generis et qui peut avoir une prescription d'ordre tout à fait spécial.

Grünenfelder, Berichterstatter der ersten Minderheit: Es tut mir leid, daß die Umstände mich zwingen, nach dieser ausgedehnten Diskussion noch ein zweites Mal das Wort zu ergreifen. Ich will Ihnen aber zusichern, daß ich mich der möglichsten Kürze befleißigen werde. Es ist Ihnen mitgeteilt worden, daß ich einen Antrag eingebracht habe, als neuen Art. 107 für den Fall, daß Sie entsprechend unserem Minderheitsantrag diesen Artikel in jeder Form streichen sollten. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß wir keiner Gesetzesbestimmung zustimmen können, welche die Abtreibung als straflos erklärt, und deshalb haben wir Streichung des Art. 107 beantragt. Nun aber haben die Herren Referenten darauf hingewiesen, und die Meinung, die sie in dieser Richtung ausgesprochen haben, kann man nicht als unrichtig bezeichnen und noch schwerer widerlegen, daß, wenn Art. 107 gestrichen werde, die Situation so sei, daß nach dem Notstandsrecht von Art. 33 oder auf Grund der Berufspflicht der Aerzte nach Art. 31 die Möglichkeit geboten werde, daß in der Praxis dann doch Abtreibungen stattfinden, und zwar in einem Umfang, der, wie bisher, je nach der Ein-

stellung der Aerzte und Gerichte größer sein könnte, als es nach Art. 107 gesetzlich möglich wäre. Es ist zu sagen, daß wenn Art. 107 angenommen wird, das dann die maßgebende Umschreibung des einzigen Notstandstatbestandes ist, bei dem überhaupt je einmal eine Abtreibung straflos erklärt werden könnte. Daneben haben die Art. 31 und 33 keinen Platz mehr, d. h. es können sich diejenigen, die das Delikt der Abtreibung begangen haben, dann nicht noch auf Notstand oder Berufspflicht nach Art. 31 oder 33 berufen. Somit hätten wir im Art. 107 einen enger umgrenzten und klareren Tatbestand für die Straflosigkeit. Herr Welti hat erklärt, daß er unserem Streichungsantrag zustimme, aber aus einem andern Gesichtspunkte heraus, eben aus dem Grunde, auf den er von den Herren Referenten aufmerksam gemacht worden ist, daß bei Streichung des Art. 107 die dort gesetzten Schranken fallen und daß umgekehrt die etwas weiter gezogenen Schranken der Art. 31 und 33 zur Anwendung kommen können. So muß ich sagen, daß Art. 107 von all den Vorschlägen und Möglichkeiten, die jetzt bestehen, die relativ beste Lösung ist. Aber wir können prinzipiell einer Lösung nicht zustimmen, worin erklärt wird, daß die Abtreibung in irgend einem Fall straflos erklärt werden könnte.

Für den Fall, daß Sie uns-nun zustimmen und Artikel 107 streichen, müssen wir die Konsequenz unseres Standpunktes selbstverständlich weiter ziehen. Wir beantragen Ihnen, daß wenn Art. 107 in der Form des Antrages der Kommissionsmehrheit gestrichen ist, dann ausdrücklich erklärt werden soll, daß Art. 31 und 33 bei der Abtreibung keine Anwendung finden dürfen, da sonst durch diese beiden Artikel ein weiteres Tor aufgetan wäre, als mit Annahme des Art. 107. Da stehen wir natürlich auf dem Standpunkt, daß wir lieber das kleinere Uebel nehmen, als das größere, das uns von Herrn Welti angepriesen worden ist. In erster Linie möchten wir bitten, Art. 107 zu streichen. Wenn Sie Art. 107 gestrichen haben, stellen wir Ihnen den event. Zusatzantrag, der gestern von mir eingebracht und der heute ausgeteilt worden ist. Wir müssen das der Konsequenz wegen verlangen. Ich habe zwar die Meinung, daß es schwer halten dürfte, in der Praxis auf die Art. 31 und 33 sich berufen zu wollen, um eine Abtreibung straflos ausgehen lassen zu können, wenn der Gesetzgeber ausdrücklich durch Ablehnung von Art. 107 erklärt haben wird, er wolle grundsätzlich keine Abtreibung straflos ausgehen lassen und sodann deswegen, weil nach Feststellung maßgebender Autoritäten der Medizin auf gynäkologischem Gebiete die Abtreibung als nie nötig erklärt werden kann. Infolgedessen könnte man sich nie eigentlich auf den Notstandsartikel berufen, da eben andere Mittel da sind. Ich gebe aber zu, daß die Auslegung in der Praxis zu meinen Ungunsten ausfallen könnte und wenn die Herren Referenten sich so aussprechen, so wird es schon so sein. Damit habe ich meinen Antrag begründet. Ueber die grundsätzliche Frage will ich mich nicht weiter aussprechen, sondern nur sagen, daß ich die Konsequenz aus unserem Standpunkt gezogen habe, indem ich beantrage, zu bestimmen, daß Art. 31 und 33 nicht Anwendung finden sollen.

Nun ein zweiter Punkt, der mit diesem nichts zu tun hat. Ich sehe mich veranlaßt, gegenüber

Ausführungen des Herrn Huber einige Bemerkungen zu machen, da sie die katholische Kirche und deren Satzungen betrafen. Ich habe von den Ausführungen des Herrn Huber den Eindruck bekommen, daß er sich bemüht hat, unsern Standpunkt zu begreifen und zu verstehen. Aber bei seinen Ausführungen sind ihm Irrtümer unterlaufen, die ich erklärlich finde, die aber unser gemeinsames Einvernehmen stören könnten. Er hat nach den Motiven der strengen Satzungen der Kirche gefragt und hat gemeint, daß das allenfalls mit der katholischen Ehegesetzgebung, mit dem sakramentalen Charakter der Ehe in Zusammenhang stehen könnte. Ich muß sagen, daß das durchaus nicht der Fall ist. Die Frage des Verbotes der Abtreibung hat mit den Ehesatzungen nichts zu tun. Die Kirche stellt sich auf den Standpunkt des 5. Gebotes vom Sinai, das für alle Menschen gilt, auch für das Volk des Herrn Farbstein, dessen Führer ja die Tafeln in die Hand gegeben worden sind, und andererseits auf die vom Schöpfer in die Natur gelegte Gesetzmäßigkeit, die mit jenem Gebot übereinstimmt.

Herr Huber hat bemerkt, daß nach katholischem Recht eine jede nicht nach katholischen Vorschriften abgeschlossene Ehe ein Konkubinat sei. Das ist ein kapitaler Irrtum, der dadurch nicht besser wird, daß er oft wiederholt und verbreitet wird. Herr Morard hat sich darüber schon ausgesprochen. Die Ehe wird zwischen den Ehegatten geschlossen. Wir kennen keinen besondern kirchenrechtlichen Begriff des Konkubinats. Konkubinat bedeutet ein Zusammenleben von Leuten, die überhaupt noch keine Ehe eingegangen haben, die die Absicht nicht haben, eine solche einzugehen oder die wissentlich in einer ungültigen Ehe leben. Es braucht immer üble Treue, bis man einem Konkubinat vorwerfen kann. Dagegen sind alle nach protestantischer Formel in guten Treuen eingegangenen Ehen auch nach unserem Recht durchaus gültig. Das möchte ich festgestellt haben gegenüber irrümlichen gegenteiligen Auffassungen, die allenfalls aus den Ausführungen des Herrn Huber hätten entstehen können.

Man hat weiter das kanonische Recht etwas unter die Lupe genommen und hat erklärt, daß das kanonische Recht das Werden des Menschen etwa auf den vierzigsten Tag angesetzt habe. Es ist Tatsache, daß Philosophen und Theologen des Mittelalters, in einer Zeit, da man über die biologischen Verhältnisse noch weniger orientiert war, als heute, die Meinung vertreten haben, das keimende Leben unter dem Herzen der Mutter werde nach einigen Wochen oder Monaten mit der unsterblichen Seele beschenkt. Mit dieser Schulmeinung ist aber der Abortus in keiner Art und Weise als zulässig freigegeben oder gar von der Kirche als gestattet erklärt worden.

Herr Huber hat darauf hingewiesen, daß von der Kirche im vergangenen Weltkrieg die Waffen gesegnet worden seien. Ich bitte Sie, zu unterscheiden. Die Kirche hat die Waffen der Kriegführenden nicht gesegnet, aber Priester der betreffenden kriegführenden Nationen haben in der Ueberzeugung, daß ihr Krieg ein notwendiger und gerechter Krieg sei, das getan. Man hat das speziell von Frankreich gelesen.

Man hat auch jetzt wiederum darauf hingewiesen, daß die gleiche Kirche hart sei und die Todesstrafe gewissermaßen vorschreibe. Ich muß den Irrtum

neuerdings zurückweisen. Die Kirche schreibt die Todesstrafe nicht vor, sie verbietet sogar beispielsweise einem Priester, zu einer Todesstrafe zu stimmen, abes sie hat die Todesstrafe als zulässig erklärt, wenn sie nötig sei zur Erhaltung der Gemeinschaft und zur Sicherung des menschlichen Lebens. Die Rechtfertigung der Preisgabe des Lebens im Kriege ergibt sich aus dem Naturrecht und es steht mit dem Kirchenrecht nicht in Widerspruch, wenn in einem Kriege das Leben von Soldaten gefordert oder dasjenige des Gegners vernichtet wird, wenn der Krieg gerecht ist.

Eine weitere Bemerkung hat Herr Huber noch gemacht, indem er erklärt hat, auf die vollendete Abtreibung sei beim Täter und Helfer die Strafe der Exkommunikation gesetzt, der Versuch aber sei nicht strafbar. Das ist ein Irrtum. Der Versuch wird nicht mit Exkommunikation bestraft, aber er ist strafbar.

Das sind einige Punkte, die ich mir aus den Ausführungen des Herrn Huber notiert hatte und von denen ich glaubte, daß es zweckmäßig sei, bei diesem Anlaß auf sie als Irrtümer hinzuweisen.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Sie gestatten wohl, daß die Referenten am Schluß dieser langen und eingehenden Diskussion, von der Herr Bundesrat Häberlin gesagt hat, daß sie auf einer bemerkenswerten Höhe gestanden habe, noch einige zusammenfassende Worte sagen. Jeder wird den Eindruck haben, daß diese ganze Angelegenheit von allen Seiten mit großem Ernst behandelt worden ist. Deshalb stand die Erörterung eben auch auf der Höhe. Daneben möchte ich sagen, daß bei aller Entschiedenheit auch noch eine gewisse Artigkeit der Diskussion Platz gegriffen hat, die wir bisweilen bei andern Diskussionen sehr vermissen. Und weil die ganze Diskussion eine anständige war, war sie auch sehr fruchtbar.

Man hat etwa behauptet, das Strafrecht sei keine Wissenschaft. Es gibt Zivilrechtslehrer, die sich gelegentlich auf einen solchen Standpunkt stellen. Es scheint mir aber doch, daß das Strafrecht ein rechtsphilosophisches Problem allerersten Ranges und daß ein Strafgesetz ein sehr wichtiger Wegweiser für die Bürger ist. Das Suchen nach den Grenzen von Schuld und Strafe ist eine ebenso mühsame, als andererseits eben notwendige Aufgabe, und in diesem Suchen nach den Grenzen der Strafbarkeit haben wir uns in diesen drei oder vier Sitzungen nun in hohem Maße geübt.

Ich stelle fest, wie ich es schon im Einleitungsvotum getan habe, daß die Auffassungen auseinandergehen, von der unbedingten Strafbarkeit der Abtreibung bis zur unbedingten Straflosigkeit. In der Kommission ist ein Antrag auf absolute Straffreiheit nicht gestellt worden. Das ist nun nachgeholt worden durch Herrn Welti, so daß wir auch diese grundsätzliche Frage noch zur Abstimmung bringen müssen. Die äußersten Konsequenzen haben gezogen einerseits Herr Grünenfelder mit seinem heutigen Antrag, daß bei Streichung von Art. 107 gleichzeitig auch noch beigefügt werden müsse, daß die Art. 31 und 33, die Notstandsparagrafen, nicht in Betracht fallen sollen; auf der andern Seite Herr Welti, der Ihnen nun einfach vorschlägt, die Art. 105

bei 107 komplett zu streichen, in der Meinung, daß die Abtreibung absolut straflos sein solle.

Zwischen diesen beiden Extremen hat die Kommission die Mittellinie eingenommen, und ich glaube, schon das ist eigentlich ein Beweis dafür, daß wir uns auf diesem Boden verständigen sollen. Diese Mittellinie, das möchte ich ganz besonders betonen, hat eine glänzende Rechtfertigung gefunden durch das Votum des Herrn Hoppeler, der gestern als erfahrener Arzt zu Ihnen geredet hat.

Ich möchte einige sehr erfreuliche Noten aus dieser ganzen Diskussion hervorheben. Herr Grünenfelder hat erklärt: Gewiß, es sei höchste Zeit, daß auf diesem Gebiete nun einmal gesetzgeberisch Ordnung geschaffen wird — und ich möchte beifügen, daß gesetzgeberisch nur Ordnung geschaffen werden kann durch ein einziges schweizerisches Strafgesetz, so daß in der ganzen Schweiz nach den gleichen Grundsätzen geurteilt wird. Eine andere erfreuliche Feststellung ist die, daß sowohl Herr Grünenfelder, als Herr Huber erklärt haben, was sie vertreten, sei nun eben ihre Meinung, andererseits aber hätten sie nicht die Auffassung, daß, wenn diese ihre Meinung durch den Rat abgelehnt werde, sie dann mit dem schweizerischen Strafgesetz überhaupt nichts mehr zu tun haben möchten; es sei also der Entscheid in diesen sehr wichtigen Dingen nicht ohne weiteres ausschlaggebend für ihre endgültige Stellungnahme zum Gesetz.

Auf die Grundsätze, die nun in aller Breite diskutiert worden sind, will ich nicht zurückkommen, und auf einzelne Punkte nur noch so nebenbei eingreifen, schon deshalb, weil Herr Bundesrat Häberlin gestern die Gesamtheit der Fragen nochmals in überzeugender Weise vor Ihnen klargelegt hat.

Es besteht zwischen dem Bundesrat und der Kommissionsmehrheit heute keine Differenz mehr. Die beiden ursprünglichen Differenzen bestanden darin, daß der Bundesrat von einer schriftlichen Zustimmung der Schwangern nichts gesagt hatte, auch nichts von der Zuziehung eines zweiten Arztes. Der Bundesrat hat sich nun diesen beiden neuen Forderungen der Kommission angeschlossen, so daß also zwischen Bundesrat und Kommission Einigkeit herrscht, und diese Einigkeit besteht darin, daß eine Abtreibung dann und nur dann straflos soll stattfinden können, wenn sie notwendig ist für das Leben oder für die dauernde Gesundheit der Mutter.

Und nun muß ich Ihnen die Abstimmungssituation, die nicht ganz einfach ist, einigermaßen auseinandersetzen. Wir haben den Kommissionsantrag, der darin besteht, daß in Art. 107 eine Ausnahme zugunsten der Mutter bei Lebensgefahr und dauernder Gesundheitsschädigung geschaffen ist. Dann haben wir auf der Seite links die Forderung, die Fälle der straflosen Abtreibung zu erweitern, und haben rechts die Einschränkung, den Art. 107 zu streichen, mit dem Zusatzantrag Grünenfelder, den ich nachher noch behandeln werde. Und dann haben wir noch den Antrag des Herrn Welti, der überhaupt die Art. 105—107 streichen will.

Ich beginne mit der rechten Seite der Opposition gegen den Antrag der Kommission, mit dem Antrag auf Streichung des Art. 107, dem Antrag also, keine ausdrückliche Ausnahme zu machen zugunsten der Mutter in Fällen schwerer Bedrängnis. Was ist die Folge dieser Streichung? Da muß ich nun auf das

hinweisen, was übrigens Herr Grünenfelder selber erklärt hat, daß diejenigen, die für Streichung des Art. 107 sind, nicht einig sind über die Konsequenzen dieser Streichung. Herr Grünenfelder hat die Auffassung bekundet, daß die Konsequenz der Streichung dieses ausdrücklich im Entwurf aufgenommenen Artikels die sein müsse, daß dann die Notstandsartikel 31 und 33 überhaupt nicht mehr in Betracht fallen. Herr Escher hat eine gegenteilige Meinung bekundet, und Herr Morard hat, soweit ich ihn verstanden habe, dies ebenfalls getan; diese beiden Herren verweisen uns auf die Art. 31 und 33. Ich mache also die Feststellung, daß diejenigen, die die Streichung beantragt haben, über deren Konsequenzen nicht einig sind. Diesen Mangel will nun Herr Grünenfelder dadurch beseitigen, daß er im Falle der Streichung des Art. 107 den weiteren Antrag stellt, ausdrücklich die Bestimmung im Gesetze aufzunehmen, daß die Art. 31 und 33 des Allgemeinen Teils, also die Notstandsartikel, bei der Abtreibung überhaupt nicht angewendet werden dürfen. Dies bedeutet also einen Eingriff in den Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches. Das ist die Situation.

Ich glaube, ich brauche mich nicht mehr lange über diese Seite der Frage auseinanderzusetzen. Wir haben die Auffassung, daß Art. 107 notwendig ist und daß es auch notwendig ist, diese Streitfrage, die nun in allen Details diskutiert worden ist, im Gesetz ausdrücklich zu lösen, damit man endlich einmal weiß, woran man auf diesem Gebiete der Abtreibung ist. Herr Morard hat gesagt, wenn man diesen Art. 107 aufnehme, wenn man also im Gesetz ausdrücklich erkläre, es gebe gewisse Fälle der Straffreiheit der Abtreibung, so sei das gewissermaßen ein encouragement zum Abtreiben. Auf diesem Boden können wir uns nicht einigen, sondern wir müssen den Standpunkt einnehmen, daß, wenn eine Streitfrage sich aufwirft, sie dann auch mit möglichster Klarheit geregelt werden soll. Herr Morard hat dann allerdings auf das Freiburger Strafgesetz hingewiesen und erklärt, daß dort der Notstandsartikel weiter gefaßt sei als derjenige des eidgenössischen Strafgesetzes und daß man mit diesem Freiburger Strafgesetzartikel jedenfalls die notwendigen Fälle der straflosen Abtreibung ergreifen könne. Es wäre vielleicht Anlaß gewesen, bei Diskussion der Art. 31 und 33 im Allgemeinen Teil auf diese Spezialitäten des freiburgischen Strafgesetzes, das sich im übrigen doch auch einigermaßen an den eidgenössischen Entwurf angelehnt hat, hinzuweisen und schon dort diese Frage aufzugreifen und zu sagen: Wenn wir den Notstand richtig formulieren, dann ist es nicht notwendig, im Speziellen Teil die Abtreibung noch besonders hervorzuheben. Ich möchte nur das sagen: Ich habe die Auffassung, es liege im Interesse der Klarheit und sei unsere Pflicht, nun einmal diese Dinge zu erledigen und uns nicht zu verlassen auf die Streitfrage über den Notstand in den allgemeinen Bestimmungen im Strafgesetzbuch.

Dabei möchte ich nun feststellen, daß die Kommission der Auffassung der katholisch-konservativen Minderheit in sehr weitem Maße entgegengekommen ist, indem sie, was ich bereits erwähnt habe, die Kautelen wesentlich verschärft hat, unter denen eine Abtreibung vorgenommen werden darf. Einmal durch das Verlangen der schriftlichen Einwilligung

der Mutter. Herr Bundesrat Häberlin hat Ihnen gestern die Bedeutung dieses Punktes auseinandergesetzt. Ueber den zweiten Arzt, der beigezogen werden muß, wird später noch zu reden sein. Es hat erstmals Herr Professor Logoz in Zermat auf diese Lösung der Zuziehung eines zweiten Arztes hingewiesen. Man hat dann damals die Anzeigepflicht beschlossen. Ich habe bereits erwähnt, daß die Aerzte sich gegen unsern Beschluß gewehrt und erklärt haben, er sei undurchführbar, er verletze das ärztliche Geheimnis usw. Dann ist man in St. Moritz wieder auf die Frage des zweiten Arztes zurückgekommen; nach meinen Feststellungen ist es Herr Grünenfelder gewesen, der dort diesen Antrag wieder aufgenommen hat, und die Redaktionskommission hat ihn dann endgültig redigiert. Ich glaube, es kann die katholisch-konservative Minderheit zufrieden sein mit dem Entgegenkommen von seiten der Kommission. Der Vorteil der Lösung läge darin, daß dann diese Angelegenheit gesamtschweizerisch erledigt würde, so daß es nicht mehr anginge, daß in irgendeinem Kanton das alles wieder umgangen werden könnte und daß damit die ganze Lösung illusorisch würde. Ich will nicht insistieren, daß Herr Grünenfelder oder die anderen Herren der katholisch-konservativen Fraktion von ihrer Stellung abgehen sollen. Ich kenne nun die ganze Situation und weiß, warum sie an ihre Auffassung gebunden sind. Es genügt mir zu wissen, daß diese Sache nicht als eine Prestigefrage behandelt wird, sondern daß man sich letzten Endes darein schicken wird, wenn es nicht anders geht, und wir wollen denn auch die Verantwortung nicht nur für uns, sondern auch für jene Herren auf uns nehmen, die da glauben, die Verantwortung nicht mittragen zu können.

Ich will auch nicht weiter reden über das Verhältnis zwischen Gesetz und Moral. Das Gesetz darf die Moral selbstverständlich nicht verletzen. Das Gesetz kann aber auch nicht alle Regeln und Fragen der Moral erfassen. Es wird diese Frage dann noch in weitergehendem Maße bei den Sittlichkeitsdelikten zur Diskussion gelangen; dort werden wir in erhöhtem Maße über das Verhältnis von Strafgesetz und Moral zueinander zu reden haben. Ich möchte nur sagen: Wenn über das Gesetz hinaus aus religiösen Gründen eine Mutter das Heldentum der Selbstaufopferung auf sich nimmt, so können wir nichts anderes tun als uns ehrerbietig davor verneigen. Um so mehr dürfen wir aber verlangen, daß nicht jeder Schein einer Gefahr für die Mutter als Grund zu einer Abtreibungshandlung benützt wird. Unser Antrag im Gegensatz zur rechten Seite geht dahin, der Art. 107 sei nicht zu streichen, sondern stehen zu lassen, und der eventuelle Antrag Grünenfelder zu den Art. 31 und 33 sei ebenfalls abzulehnen.

Zwischenhinein eine Bemerkung zu zwei Anregungen, die in der Diskussion gemacht worden sind. Die eine hat Herr Wuillamoz gemacht, indem er angefragt hat, ob es nicht möglich sei, jene Inserate, die auf die Abtreibungsgelegenheiten hinweisen, zu verbieten, bzw. die Veröffentlichung solcher Inserate mit Strafe zu belegen. Wir werden bei der Frage der öffentlichen Anbietung von antikonzepzionellen Mitteln in Art. 179 octies noch mit diesen Fragen zu tun haben. Was Herr Wuillamoz will, können wir aber in einem Strafgesetz offenbar nicht erledigen,

sondern das wird dann Ausführungssache in den Kantonen sein; in den Sanitätsgesetzen der Kantone wird man sich noch des Näheren mit dieser Frage zu beschäftigen haben.

Herr Müller verweist darauf, daß im Gesetz eine Lücke sei, da man den eigentlich Schuldigen nicht zur Strafe ziehen könne; im Falle einer Kindstötung z. B. müsse die Frau ins Gefängnis wandern, während derjenige, der sie verführt, der sie geschwängert hat, straffrei ausgehe, ja noch den Zeugenfranken einziehe für seine Missetat. Ich weiß nicht recht, ob diese Darstellung nicht zu weit geht; ich glaube, bei uns würde man einem solchen Manne keinen Zeugenfranken geben, sondern ihn jedenfalls ohne « Zeugengeld » von dannen ziehen lassen. Aber auch hier handelt es sich um eine Frage der Grenzen des Strafgesetzes, der Grenzen zwischen Moral und Strafgesetz. Die Frage ist doch die, ob man einem solchen Verführer oder Liebhaber nun auch einen Teil der strafrechtlichen Verantwortung dafür auferlegen könne, daß das betreffende Mädchen nachträglich die Tat begeht. Das ist eine Frage des Kausalzusammenhanges, eine außerordentlich schwierige Frage. Wenn der Mann angestiftet oder zur Tötung Beihilfe geleistet hat, so wird er auf Grund des Strafgesetzes herbeigezogen werden. Wenn aber keinerlei Anstiftungshandlung und keinerlei Beihilfehandlung bestanden hat, dann wird in dem vorliegenden Kapitel nichts zu machen sein. Wir werden uns bei Art. 184 dann noch mit der Anregung des Herrn Müller zu beschäftigen haben, und ich denke, er wird damit einverstanden sein, daß wir diese Frage vorläufig nun außer Spiel lassen. Einer späteren Etappe ist es vielleicht zu überlassen, die Schuld-begriffe noch feiner auszugestalten. In welcher Zeit das eintreten wird, darüber erlaube ich mir allerdings kein Urteil.

Nun die linke Seite, diejenigen, welche die straflose Abtreibung möglichst begünstigen möchten. Da ist nun das Radikalste, was vorgeschlagen worden ist, der Antrag des Herrn Welti, die Art. 105—107 zu streichen, also überhaupt die Straflosigkeit der Abtreibung zu proklamieren. Ich werde mich mit diesem Antrag am Schlusse kurz auseinandersetzen und möchte vorerst nun auf die Anträge zurückkommen, die auf dem Boden des Entwurfes stehen und im Anschluß an die Kommissionsvorlage gestellt worden sind. Es betrifft dies die Anträge der Herren Affolter und Konsorten zu den Art. 107 und 107bis. Was wollen diese Anträge mehr, als die Kommission nun konzedieren will? In erster Linie soll straflos erklärt werden können die Beseitigung einer durch ein Verbrechen an der Geschwängerten, also durch Notzucht, Blutschande etc. erzeugten Frucht. Wir werden miteinander darüber einig sein, daß diese Fälle selten vorkommen. Aber daß sie selten vorkommen, wäre natürlich noch kein Grund, sie nicht strafgesetzlich zu regeln. Herr Hoppeler hat gestern auf einen Fall hingewiesen, den ich doch noch etwas näher behandeln möchte. Wenn ich ihn recht verstanden habe, so ist eine Tochter, die beim Arzt geschwängert worden ist, nachdem sie bewußtlos gemacht worden war, ins Wasser gesprungen. Wie würde sich dieser Fall nun nach dem neuen Strafgesetz präsentieren? Diese Frau könnte zum Arzt gehen, der Arzt müßte einen zweiten Arzt zuziehen; beide würden miteinander die Frage behandeln, ob

es zulässig sei, abzutreiben. Sie könnten eventuell, wie das Herr Hoppeler in anderen Fällen gelungen ist, die betreffende Person so beruhigen, daß sie ihr Schicksal auf sich nimmt. Oder aber die Aerzte würden aus dem ganzen Tatbestand heraus die Ueberzeugung gewinnen, daß dieses Mädchen zum Wahnsinn getrieben wird und dann eine unglückselige Tat begeht. Da möchte ich nun diejenigen Aerzte sehen, die nicht erklären würden: Auf Grund der Feststellungen, auf Grund der Befürchtungen, die wir tatsächlich haben müssen, stellen wir fest, daß im Interesse des Lebens oder der dauernden Gesundheit der Mutter die Frucht beseitigt werden muß. Das ist der klipp und klare Weg, der da einzuschlagen ist. Und da tritt eben die ärztliche Pflicht in Funktion. Es scheint mir also eine befriedigende Lösung in solchen krassen Fällen auch auf dem Boden des Kommissionsvorschlages möglich zu sein. Ich habe schon im Einleitungsvotum auf diese Frage hingewiesen und möchte Ihnen, damit Sie völlige Klarheit in dieser sehr weittragenden Sache haben, — ich weiß, daß eine gewisse Geneigtheit vorhanden ist, hier der Minderheit entgegenzukommen —, ausführen, was die Aerztervereinigung gesagt hat: «Die durch Verbrechen entstandene Schwangerschaft unterliegt heute nicht nur mehr der juristischen Betrachtung, sondern ebenso sehr der medizinischen, insofern nämlich der Schwangeren bei tatsächlicher Notzucht eine schwere psychische Schädigung zugefügt wird, die durchaus dem entspricht, was heute in Al. 2, des Art. 107 unter einer Gefahr dauernden schweren Schadens an der Gesundheit zusammengefaßt ist. Mit andern Worten: Die ärztliche Schwangerschaftsunterbrechung bei Notzucht kann nach der jetzigen Auffassung der Psychiatrie unter Umständen aus medizinischer Indikation notwendig werden. Es braucht also dafür keiner besonderen Normierung im Gesetz, denn wo sie wirklich angezeigt ist, um eben einen dauernden schweren Schaden von der Gesundheit der Schwangeren fernzuhalten, da besteht diese Notwendigkeit schon aus medizinischen Gründen.» Dieser Argumentation hat sich die Kommission angeschlossen und ich halte darauf, daß das im Protokoll festgehalten wird. Das ist also das eine. Wir brauchen nur gewissenhafte Aerzte zur Untersuchung des Zustandes der betreffenden Person, und wir werden sicher auch einen vernünftigen Richter finden, wie Herr Bundesrat Häberlin Ihnen das wiederholt auseinandergesetzt hat.

Der zweite Grund nun, der nach dem Minderheitsantrag die Unterbrechung der Schwangerschaft gestatten soll, ist der der Geisteskrankheit. Es soll also, wenn Vater oder Mutter geisteskrank oder geistesschwach sind, eingegriffen werden können. Herr Hoppeler hat Ihnen gestern auseinandergesetzt, daß es nicht angeht, einfach anzunehmen, daß Kinder von geisteskranken Eltern ohne weiteres einen Defekt davon tragen. In dieser Beziehung haben auch die Aerzte sich sehr eindringlich und ausdrücklich ausgesprochen. Sie haben gesagt: «Die Unterbrechung der Schwangerschaft blödsinniger, geisteskranker Frauen, oder wenn die Geschwängerte oder der Schwängerer geisteskrank sind, beruht abgesehen von jenen Fällen, bei denen der Psychose eine Verschlimmerung durch die Schwangerschaft droht und deshalb eine medizinische Indikation be-

stehen kann, ausschließlich auf eugenetischen Rücksichten, auf der Sorge für die Nachkommenschaft. Hier gilt für uns dasselbe, was oben bereits hinsichtlich der Blutschande gesagt wurde, soweit dort nur die Berücksichtigung der Progenitur und nicht auch jene der psychischen Schädigung der Schwangeren in Betracht fiel. So lange die Vererbungswissenschaft uns nicht mit einiger Bestimmtheit Auskunft zu geben vermag über die mutmaßliche körperliche oder geistige Gefährdung des Nasciturus, können wir uns zu einem Eingriff aus rassehygienischen Gründen nicht entschließen.» Auch Herr Wagner hat in seinem Votum erklärt, in solchen Sachen müssen wir auf die Sachverständigen abstellen und uns fügen. Also auch aus diesem Titel kann keine Notwendigkeit abgeleitet werden, eine besondere Bestimmung in das Strafgesetz aufzunehmen. Ich zitiere Ihnen, um doch zu zeigen, daß auch andere Aerzte die gleiche Auffassung haben, einen Artikel aus der Deutschen Medizinischen Wochenschrift, wo über strafbare und straflose Schwangerschaftsunterbrechung eingehend geredet wird; und hier wird in bezug auf Nerven- und Geisteskrankheiten gesagt: «Am schwierigsten liegen diese Dinge bei den Nerven- und Geisteskrankheiten, besonders auch für uns Geburtshelfer. Hier können die aller schwierigsten Situationen entstehen. Dem praktischen Arzt, der solche Fälle meist zuerst sieht und uns Geburtshelfern, die wir sie in die Klinik bekommen, gehen im allgemeinen die Kenntnisse vollkommen ab, um derartig komplizierte Krankheitszustände richtig beurteilen und entscheiden zu können, ob im gegebenen Falle die Schwangerschaftsunterbrechung angezeigt ist oder nicht. Wir müssen also das Urteil des sachverständigen Neurologen oder Psychiaters einholen. Hält er nun die Unterbrechung der Schwangerschaft für nötig, gehen ihm aber die technischen Fähigkeiten ab, sie richtig und gefahrlos für die Kranke auszuführen, so wird er die Patientin an den Praktiker oder an die Klinik zurückweisen und von uns die Ausführung eines Eingriffes verlangen, über dessen Berechtigung er selbst kein Urteil hat.» Sie haben hier zugleich noch einen Wink in bezug auf den zweiten Arzt. In den schwierigen Fällen wird es eben so sein, daß derjenige Arzt, der von einer Frau angegangen wird, sich bei einem Spezialisten, sei es nun ein Nervenspezialist oder ein anderer, orientiert und daß die beiden über diese Dinge miteinander reden. Wesentlich ist dabei wiederum nur das Interesse der Mutter.

Und nun die soziale Indikation, also die Schwangerschaftsunterbrechungen aus sozialer Not, Artikel 107bis. Darüber habe ich mich im Eintretensvotum eingehend ausgesprochen. Herr Farbstein hat gesagt: Ja die Männer haben da gut reden, sie haben es leicht, sie können sich davon machen. Gewiß, es ist noch viel Ungerechtigkeit auf der Welt und viel Not, aber das gibt noch keineswegs ein Recht auf die Tötung der Leibesfrucht. Das ist ein Grundsatz, an dem wir mit Bestimmtheit festhalten müssen. Wenn man beginnt, in solchen Dingen nachzugeben, gibt es nur noch ein Hinabgleiten, statt eines Aufstieges. Und nun möchte ich auf Rußland hinweisen und Sie mit einigen Zahlen bekanntmachen, die dort in Betracht fallen. Es liegt in der gleichen medizinischen Zeitschrift eine Statistik über die Verhältnisse in Rußland vor. Wie es in Rußland gehalten wird

oder gehalten worden ist, will ich hier auseinandersetzen, um zu zeigen, wie die Sache in der Praxis dann eigentlich herauskommt. Wir haben eine Statistik nach Roesle über Abtreibungen in Leningrad. Auf die Einheit von 100 Frauen bezogen, die um die Abortserlaubnis nachgesucht haben, sind 81,3 % der Gesuche bewilligt worden und 18,7 % verweigert. Dabei ist in bezug auf die Gründe, aus denen die Abtreibung verlangt worden ist, das Verhältnis folgendes: Motive für diese Erlaubniserteilung waren unzureichende materielle Mittel 72,4 %, krankhafter Zustand 17 %, Vorhandensein von Säuglingen 4,4 %, viele Familienmitglieder 2,2 %, sonstige Motive 4 %. Als Motive für die Verweigerung der Erlaubnis des Abortes finden wir angeführt: Materielle Sicherstellung 72 %, über die Frist hinausgegangene Schwangerschaft 8,5 %, wiederholter Abort (in einem Jahre) 6,9 %, als gesund anerkannt 6,1 %, sonstige Ursachen 6,5 %.

So wird in Rußland die Sache getrieben. Ich komme auf diese russischen Verhältnisse noch zurück; aber hier haben Sie eine sprechende Statistik und auch die Feststellung, daß sich schließlich noch eine Kommission damit beschäftigen muß, ob man gegebenenfalls eine Abtreibung erfolgen lassen könne oder nicht. Wollen wir uns wirklich auf diesem Boden bewegen? Ich glaube davon kann im Grunde genommen gar keine Rede sein, schon deshalb nicht, weil wir nirgends eine Grenze dafür haben, wann die Abtreibung notwendig ist und wann nicht. Deshalb müssen wir auch den Antrag der Berücksichtigung der sozialen Indikation ablehnen.

Und nun eine Bemerkung zum Antrag Opprecht. Herr Opprecht hat nur in bezug auf das Marginale und die redaktionelle Fassung einen Antrag gestellt. Er will nichts davon wissen, daß man von strafloser Abtreibung rede, das sei ein Widerspruch. Es kommt darauf an, wie man die Sache auffaßt. Die Abtreibung ist ein Vorgang, der an und für sich mit dem Strafgesetz nichts zu tun hat. Es gibt eine strafbare und eine straflose Abtreibung. Das ist nicht gerade schön ausgedrückt, aber treffend, und ich persönlich habe keine Veranlassung, hier das Marginale ändern zu wollen, wäre aber auch nicht unglücklich, wenn eventuell eine andere Lösung gesucht würde.

Und nun hat Herr Huber eventuell den Antrag gestellt, den zweiten Arzt zu streichen. Das würde also dem entsprechen, was seinerzeit der Bundesrat vorgeschlagen hat, was nun aber nach langen Beratungen aufgegeben worden ist im Sinne der Zuziehung eines zweiten Arztes. Herr Farbstein hat gestern schon das Schlagwort gefunden; er hat gesagt: «der Abtreibungsvogt!» Ich habe immer geglaubt, ein konsultierter Arzt und dann auch ein zweiter Arzt seien Helfer und Berater, wenn sie ihre Pflicht ernst nehmen. Herr Hoppeler hat gestern trefflich gesagt, was die Pflicht eines gewissenhaften Arztes ist. Ich habe es auch schon im einleitenden Votum gesagt, daß die gewissenhaften Aerzte eine geängstigte Frau durch ihren Rat und ihre Vorstellungen wieder auf einen vernünftigen Boden zurückbringen und damit vor vielem Herzeleid bewahren können. So müssen wir die Sache auffassen, aber um Gotteswillen nicht von einem Abtreibungsvogt sprechen.

Herr Huber hat nun die Schwierigkeiten dieser Lösung auseinandergesetzt. Das Wort «Amtsarzt» spukt da; diese Furcht möchte ich nun einigermaßen

wieder beseitigen. Es heißt nicht, daß «Amtsarzte» bestimmt werden, sondern daß ein von einer zuständigen Behörde bestimmter Arzt zugezogen werden kann. Es ist gar nicht gesagt, daß der eine Arzt nicht Spezialist sein könne, besonders nicht, daß es sich nicht um einen Spezialisten für Nervenkrankheiten handeln könne. Dazu geht ja alles vor sich unter dem Berufsgeheimnis und geht sonst gar niemanden etwas an. Es ist nur eine Sicherheit geschaffen, daß nicht irgendein gewissenloser Arzt mit einem andern gewissenlosen Arzt zusammenspannt und daß nicht die Abtreibung dann vorgenommen wird, obgleich sie nicht notwendig ist.

Ueber diese Frage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Man wird über die Ausführung, die in den kantonalen Gesetzen zu regeln ist, mit den Aerzteorganisationen sprechen und sehen, wie man das dannzumal durchführen kann; aber möglich ist es und gut ist es, deshalb müssen wir es tun. Nach meiner Auffassung sind die Schwierigkeiten nicht so groß, wohl aber ist der Vorteil ganz außerordentlich: der Vorteil für den Arzt, der durch einen zweiten Arzt gedeckt ist und weiß, daß er diese Handlung vornehmen kann; der Vorteil für die betreffende Person, die weiß, daß sie gewissenhaft untersucht wird, und daß man dabei auf eine sachliche Beurteilung des Falles abstellt. Ich halte daher unsere Lösung für eine große Wohltat und einen großen Fortschritt und bin der Auffassung, daß die Entwicklung in dieser Richtung gehen muß. Man muß sich eben an den Gedanken gewöhnen, — Herr Bundesrat Häberlin hat das auch ausgeführt —: es ist wie bei einer anderen Operation, da geht man auch zum Arzt und läßt sich untersuchen und operieren, wenn der Arzt sagt, es sei absolut nötig. Das gleiche wird für die Schwangerschaftsunterbrechung gelten. Aber Ordnung und Sicherheit müssen in die Sache hereinkommen.

Dann ist noch eingewendet worden: ja, kann denn in einem dringenden Fall der Arzt überhaupt noch einen zweiten zuziehen, dauert es dann nicht zu lang? Auch da gibt es einen Notstand: wenn es nicht möglich ist, daß der Arzt den zweiten ruft, so wird er die Verantwortung eben auf sich nehmen, er wird aber auch dem andern Arzt sofort Kenntnis geben — also das läßt sich bei gutem Willen sicher machen. Man sollte die Schwierigkeiten nicht zu sehr in den Vordergrund stellen. Uebrigens können wir an andern Orten derartige Lösungen bereits am Werk sehen. In Bayern ist folgendes festzustellen: In der Medizinischen Zeitschrift wird auseinandergesetzt:

«Wirkliche oder vermeintliche Bedrängung des Individuums führt zur Kindereinschränkung. In der Regel aber die vermeinten, die von der Zivilisation geforderten Lebensbedürfnisse. Der innerste Grund aller Kindereinschränkung ist also ein psychischer. Hier wird auch die prinzipielle Bekämpfung der Kinderarmut einsetzen müssen, wenn man diese überhaupt für schädlich hält, gleichgültig, ob man den prophylaktischen Geschlechtsverkehr oder die Unterbrechung der Schwangerschaft zum Angriffspunkt macht. Der Macht der zivilisatorischen Einstellung und deren Folgerungen kann sich kein Mensch und kein Stand völlig entziehen. Auch die Aerzte unterliegen ihnen teils dadurch, daß sie die medizinischen Indikationen zur Schwangerschaftsunterbrechung lockerten, teils dadurch, daß sie nicht medizinische

Gründe als genügend für die Unterbrechung ansahen. Hier hat die Berufsorganisation der Aerzte eingesetzt. Sie erließ Anleitungen, denen gemäß die Begründung der Schwangerschaftsunterbrechung durch Beziehung eines zweiten Arztes festzulegen ist. Diese Vorschrift wurde durch den Beschluß der bayrischen Ärztekammer 1928 als bindend erklärt, und noch dahin verschärft, daß der beigezogene Arzt der Wahl der Bezirksvereine unterliegt; das Ministerium bestätigte diese Vorschrift. Damit ist in der Tätigkeit des bayrischen Arztes ein neuer Gesichtspunkt hineingetragen worden.»

Hier haben Sie also in Bayern die praktische Lösung, die die Kommission Ihnen nun vorschlägt. Und nun wird man in Bayern auf diesem Gebiet jedenfalls Erfahrungen sammeln, und bis unser Strafgesetz in Kraft tritt, werden noch viele Erfahrungen gesammelt werden können, und wir werden noch immer in der Lage sein, zu prüfen, ob die Lösung gut oder unzweckmäßig sei. Also wir lehnen die Erweiterung der Schwangerschaftsunterbrechungsfälle zum Teil als unnötig ab, weil die medizinische Indikation genügt, zum Teil als unzulässig und bitten Sie, die dahingehenden Anträge abzulehnen und auch den Eventualantrag des Herrn Huber.

Herr Dicker hat heute den Antrag gestellt, die Verjährung von zwei Jahren auf ein Jahr zu reduzieren. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß mit zwei Jahren die Kommission mit dem Bundesrat bereits eine wesentliche Einschränkung der allgemeinen Verjährungsvorschriften vorgenommen hat. Herr Dicker und andere haben sich auf die Frauen berufen und gesagt, es würde sich eine ganz andere Gesetzgebung ergeben, wenn die Frauen da mitzureden hätten. Das wäre möglich — aber unter Umständen in ganz anderem Sinne, als die Herren glauben, denn der Katholische Frauenbund unter anderem hat verlangt, daß diese Verjährungsfristen von drei auf fünf Jahre hinaufgesetzt werden. Da haben Sie die Mentalität der Frauen, wenigstens eines nicht geringen Teiles von ihnen. Wir werden auf diese Fragen bei den Sittlichkeitsdelikten noch zurückkommen, und dann noch eingehend darüber zu reden haben.

Und nun der Hauptantrag des Herrn Welti, der wie ich sehe, nicht mehr da ist. Ich werde mich nun an seinen Freund, Herrn Bringolf wenden und ihn bitten lassen, sich von Berlin aus in Rußland zu erkundigen, ob das, was ich da behauptete, richtig ist oder nicht. Herr Welti hat erklärt, wir sollten die Abtreibung gänzlich freigeben. «Wir sind gegen die Abtreibung, aber wir wollen sie nicht bestraft sehen, wir verlangen Straffreiheit.» Er hat behauptet, die Abtreibung, wie wir sie da behandeln, sei ein Klassengesetz. Es treffe eigentlich nur die armen Personen. Ja, vielleicht haben Sie letzthin von einem Fall aus dem Kanton Aargau Kenntnis erhalten, wo ein Student, der nicht zum Proletariat gehört, zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden ist. Also das Gesetz, das wir machen, trifft alle. Wir erwischen natürlich nicht alle, wie das bei jedem Strafgesetz der Fall ist. Aber wir müssen uns anstrengen, auch nach dieser Richtung mehr Gerechtigkeit herbeizuführen. In allem Menschlichen ist ja etwas Unvollkommenes, sogar vielleicht in Rußland, wie ich dann auch noch auseinandersetzen möchte. Es ist richtig von Herrn Wagner darauf hingewiesen worden, daß man auch an die Interessen der armen Frauen denken muß;

wieviele Frauen sind elendiglich zugrunde gegangen, weil sie geglaubt haben, ein solcher Eingriff sei erlaubt und ungefährlich, und haben dann, sie und ihre Familie, die Folgen über sich ergehen lassen müssen. Wir wollen also nicht von Klassengesetz, sondern von einer vernünftigen strafrechtlichen Norm sprechen. Wir brauchen die Strafe; ob sie im Zukunftsstaat nicht mehr nötig ist, weiß ich nicht. Herr Welti hat von der freien Frau im freien Rußland gesprochen. Und er hat einen ganz andern Weg vorgeschlagen. Er hat gesagt: Was Not tut, ist die massenhafte Verbreitung der antikonzeptionellen Mittel, also der Weg der Prophylaxis. Mit diesen antikonzeptionellen Mitteln werden wir uns auch noch in Art. 179octies beschäftigen und ich sage Ihnen im voraus, daß das wieder eine sehr interessante Diskussion geben wird.

Und nun also die russischen Verhältnisse. Herr Hoppeler hat bereits ein Zitat aus dem «Kämpfer» über die Folgen der Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung angeführt. Und nun will ich Ihnen aus dieser russischen Geschichte doch auch noch etwas mitteilen. Ich habe schon erwartet, ich habe geradezu darauf hintendiert, daß Herr Welti uns das selber mitteilen, und uns die Segnungen der Lösung in Rußland hier klipp und klar auseinandersetzen werde. In einem Artikel über die Freigabe des künstlichen Abortes in Rußland von Privatdozent Dr. Naujoks ist folgendes berichtet auf Seite 400 der gleichen Medizinischen Wochenschrift (es ist gewiß der Rede wert, daß wir uns mit diesem großen Experiment, das da in Rußland durchgeführt wird, einigermaßen beschäftigen:) «Im November 1917 wurde das ganze Gerichtswesen des Zarenreiches aufgehoben und damit auch vom Volkstribunal entsprechend dem bolschewistischen Programm die Fruchtabtreibung freigegeben. Nach drei Jahren wurde das Dekret vom Volkskommissariat genauer formuliert: «Um die Gesundheit der Frau und die Interessen der Rasse vor eigennützigem und brutalen Ausbeutern zu schützen und in Anerkennung dessen, daß die Methode der Repressalien auf diesem Gebiet vollkommen zwecklos ist, beschließen das Volkskommissariat für Gesundheitswesen und das Volkskommissariat für Justiz folgendes: 1. Es werden unentgeltlich operative Unterbrechungen der Schwangerschaft in den Spitälern der Sowjetregierung zugelassen, wobei ein Maximum der Unschädlichkeit gesichert ist. 2. Es wird aufs Strengste verboten, diese Operation durch irgend jemand außer einem Arzt auszuführen.»

«Im Jahre 1924 konnte dann, wie der Volkskommissar Dr. Semaschko mitteilt, infolge Besserung der materiellen Lebensverhältnisse die soziale Indikation für Aborte etwas strenger umgrenzt werden. Es soll jetzt immer häufiger gelingen, die ungünstigen Umstände, die die betreffende Frau zu dem Wunsche nach Schwangerschaftsunterbrechung veranlassen, zu beseitigen und einen Ausweg aus der Lage zu zeigen. Die Operation wird nur auf Grund besonderer Genehmigungen vorgenommen, die in den Gesundheitschutzabteilungen von den Frauenkommissionen erteilt werden.

Wir sehen, daß in Rußland die künstliche Unterbrechung wohl freigegeben ist, aber doch nur unter großen Vorsichtsmaßregeln: Allein durch den Arzt, in einem staatlichen oder besonders konzessionierten Krankenhause, bei sorgfältig geprüfter Indikation: Das sind alles bedeutende Einschränkungen gegen-

über den Anträgen in unserem Reichstag, in denen schrankenlose Freigabe gefordert wurde. Außerdem ist die Legalisierung des Abortes in Rußland nur als zeitweilige Maßnahme gedacht, die wieder abgeändert werden soll, sobald günstigere wirtschaftliche Verhältnisse die Gewährung eines genügenden Mutter-schutzes ermöglichen. Ganz merkwürdig mutet es an, daß dasselbe Volkskommissariat für Gesundheitswesen in einer weiteren Verfügung die Kommissionen verpflichtet, die Gründe für die Abtreibung vom medizinischen und sozialen Standpunkt eingehend zu prüfen und jede Frau aufzuklären: a) über die gesundheitlichen Nachteile der Abtreibung, b) über die mit der Operation verbundene Lebensgefahr, c) über die Nachteile, die die Aborte für das Wohlergehen der Sowjetrepublik darstellen. Weiter heißt es unter Punkt 9: «Unabhängig von der persönlichen Einstellung der Kommission sind sämtliche Unterabteilungen des Mütter- und Säuglingsschutzes verpflichtet, gegen die Abtreibung zu agitieren.» (Zwischenruf **Bringolf**: Das ist sehr gut).

Ja, das ist gut, sagt Herr Bringolf; aber es ist trotzdem nicht gut herausgekommen. Diese Theorien machen sich sehr schön auf dem Papier; aber man muß mit den menschlichen Schwächen rechnen. Wie es da letzten Endes herauskommt, will ich Ihnen auch sagen: «Wir konstatieren also als unmittelbare Folge der Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung eine Verringerung der Morbidität und Mortalität, aber ein sehr starkes Anwachsen der Abortziffer überhaupt. Dieses ist natürlich in erster Linie die Folge der enormen Zunahme der artifiziellen Aborte; der heimlich eingeleitete ist jedoch keineswegs geschwunden. Er ist in den Städten nur wenig zurückgegangen, auf dem Lande sogar unbedingt im Ansteigen begriffen. Das neue Dekret hat demnach nicht nur ein bemerkenswertes Fiasko erlitten, sondern es scheint direkt einen starken Anreiz zur Beseitigung der Schwangerschaft darzustellen.»

Das möchte ich feststellen; denn das ist offenbar für uns wesentlich.

Und weiter: «Es ist nicht einfach so, daß die Frauen, die sich früher ihrer Gravidität heimlich entledigten, jetzt in ein Krankenhaus gehen, um sich dort einem einwandfreien Eingriff zu unterziehen, sondern augenblicklich verlangen und erreichen auch zahlreiche Frauen, die sich unter den früheren Umständen mit ihrer Schwangerschaft abgefunden hätten, die künstliche Unterbrechung. Die kleine Zahl, die vom Krankenhaus abgewiesen wird, kommt dann wohl auf die übliche, vielfach angewandte Weise doch zu ihrem Ziel.»

«Als eine unmittelbare Folge der Freigabe des Abortes müssen wir wohl auch — abgesehen von dem oben erwähnten Ansteigen der Abtreibungen — eine Zunahme der Geschlechtskrankheiten annehmen. Darüber haben wir noch keine zuverlässigen statistischen Angaben; ebenso entzieht sich das Sinken der individuellen und gesellschaftlichen Moral unserer Beurteilung. Doch werfen Streiflichter auf die wenig erfreulichen russischen Zustände einige Mitteilungen, die ich der Zeitschrift «Das heutige Rußland» entnehme, und die nicht als übermäßig pessimistisch angesehen werden können. Aus Heft 5, 1925, zitiere ich: «Eine Epidemie folgt der anderen. Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, verlangen täglich neue Opfer. Die in Astrachan arbeitenden Saisonarbeiterinnen

müssen unweigerlich den niedrigen Gelüsten der Aufseher und Beamten dienen und werden von der Behörde zur Prostitution gezwungen.»

Das ist, was aus Rußland berichtet wird. Wenn es unrichtig sein sollte, möchte doch Herr Bringolf Herrn Dr. Welti ersuchen, mir das bekanntzugeben.

«Das Experiment der Freigabe des künstlichen Abortes mit seinen verheerenden Wirkungen auf die Geburtenzahl kann sich vielleicht ein Reich wie das russische mit seiner slavischen Fruchtbarkeit leisten oder besser gesagt, ein paar Jahre aushalten. Deutschland mit seiner abnehmenden Bevölkerung wäre damit seinen politischen wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben nicht mehr gewachsen.»

«Den im Gefolge der Freigabe des Abortes auftretenden, durch nichts mehr gehemmten Geschlechts-genuß, das zügellose Sichausleben, die vollkommene Vernichtung der Moral, brauche ich im Einzelnen sowie in den unübersehbaren Folgen nicht weiter auszumalen. Daß überhaupt solche Forderungen auftauchen können, zeugt von der schon weit vorgeschrittenen Zerrüttung der sittlichen Begriffe.»

Das ist nun ein Urteil eines Sachverständigen. Es ist ein Beispiel dafür, wie es kommen kann. Herr Oprecht hat uns ein Zitat aus der Berliner Aerkammer gebracht. Ich möchte aus einer Schrift über das Problem der Fruchtabtreibung von Dr. Lönne, dem der Oberreichsanwalt Dr. Ludwig Ebermayer ein Geleitwort geschrieben hat, noch folgendes angeben: «In keinem Lande der ganzen zivilisierten Welt ist bisher die Abtreibung der Leibesfrucht, abgesehen von bestimmten medizinisch indizierten Fällen, straffrei erklärt. Deutschland darf sich am allerwenigsten auch noch dieses letzte, größte und gefahrbringende Experiment mit dem fast allein übriggebliebenen unveräußerlichen Gut, seinem biologischen Erbgut, leisten.» Das ist also eine Stimme aus Deutschland.

Ich bin am Schlusse. Es ist besser, wir hüten uns davor, uns von den Vorschlägen, die auf eine weitergehende Abtreibungsmöglichkeit ausgehen, allzuviel zu versprechen. Die praktischen Verhältnisse, die Einsicht in die Menschennatur, lehren uns etwas anderes. Nach meiner Auffassung gedeiht die Freiheit nur in der sittlichen Ordnung. Wenn ich Ihnen also schließlich den Antrag stelle, auch den weitgehenden Antrag Welti abzulehnen, so tue ich es im Interesse der Erhaltung einer gesunden Grundlage für den Aufstieg der Volksgemeinschaft (Beifall).

M. Logoz, rapporteur: L'exposé très complet que vient de vous faire M. le président de la commission m'autorise sans doute à considérer certaines questions comme liquidées en ce qui concerne les rapporteurs et, par conséquent, à n'y pas revenir. Mon seul but est de vous soumettre un résumé aussi bref que possible de la situation, de manière à vous mettre en mesure de vous prononcer tout à l'heure, autant que possible, en connaissance de cause.

Mais avant de reprendre les diverses propositions faites au sujet des art. 105, 106 et 107 du projet, permettez-moi, mes chers collègues, de vous dire l'impression générale que me laisse le débat qui vient d'avoir lieu sur l'avortement.

Ce n'est certainement pas un éloge immérité que M. le président de la commission a adressé et que je tiens aussi à adresser, à mon tour, à tous les orateurs

qui ont pris la parole avant-hier soir, hier et ce matin encore, en leur disant: de la gauche à la droite, en passant par le sauvage et sympathique M. Hoppe-ler (Rires), vous avez su élever le débat. Tous, vous avez montré d'une manière qui vous honore et qui honore ce conseil, le sérieux avec lequel vous savez envisager une question grave, le tact aussi avec lequel vous savez traiter une question délicate.

Par ailleurs, ce débat, dans lequel des convictions diverses se sont opposées avec franchise, mais aussi avec courtoisie et dignité, ce débat, dis-je, me paraît encourageant. Il est réconfortant à mes yeux, parce que, malgré tout, il permet d'entrevoir la possibilité d'une solution qui soit à la fois acceptable pour la conscience de chacun de nous et propre à servir réellement au bien du peuple suisse, vis-à-vis duquel nous avons une responsabilité que vous avez eu raison de ne pas oublier.

En vérité, un débat tel que celui qui vient de prendre fin est de nature à donner confiance dans le Conseil national. Cela surtout si, comme il n'est pas interdit de l'espérer, le vote qui va avoir lieu est tel que chacun parmi vous, s'il veut bien faire un effort d'objectivité, devra dire dans le secret de sa conscience: Je n'ai peut-être pas obtenu tout ce que je demandais, mais, tout compte fait, le résultat est acceptable et même bon.

Mais, comme disent les bons romanciers, n'anticipons pas. Faisons plutôt le bilan des idées émises et des propositions faites.

La proposition la plus radicale, s'il m'est permis d'employer ici ce terme, est celle de M. Welti qui nous propose de biffer purement et simplement les art. 105, 106 et 107. C'est une solution simple: elle simplifierait non seulement la réglementation pénale de l'avortement, mais aussi, sans doute, la question de l'unification du droit pénal suisse. Il n'est pas douteux que, si les propositions de M. Welti étaient adoptées par ce Conseil, le sort du code pénal suisse pourrait être considéré comme réglé.

Abstraction faite de cet aspect du problème, voulez-vous avoir l'opinion d'un gynécologue romand sur la liberté de l'avortement? Voici ce qu'a écrit à ce sujet M. le Dr. Muret, de Lausanne:

« Au point de vue purement médical nous repoussons énergiquement la liberté de l'avortement et voici pourquoi: l'avortement provoqué n'est pas une opération absolument indifférente. Elle fait courir à la femme qui la subit des risques, même si elle est pratiquée par un médecin compétent. Et surtout, sa répétition plus ou moins fréquente . . . donne nécessairement lieu à des affections gynécologiques plus ou moins graves; la santé physique de la femme est donc menacée. Ces risques, on peut encore les admettre, lorsqu'il s'agit d'une indication médicale, pour éviter un risque plus grand, comme l'indique l'un de nos codes cantonaux suisses, mais non sans raison aucune; en outre, avec l'augmentation évitable des rapports sexuels comme conséquence de l'autorisation de l'avortement, on peut craindre et redouter à juste titre, l'augmentation des maladies vénériennes. Au point de vue médical, on peut encore faire valoir la démoralisation des femmes, qui seraient l'objet de l'avortement à jet continu, si j'ose dire, et ses conséquences sur leur état psychique. Enfin nous protestons en notre qualité de médecins, contre la contrainte exercée sur nous par l'obligation qui nous

serait ainsi imposée de devenir les bourreaux de tant d'innocents sans que nous puissions opposer à l'Etat notre opinion de médecins désireux de favoriser la vie et non pas de la tuer dans ses germes. On a fait valoir, il faut bien le dire, le fait que la liberté de l'avortement pratiqué par un médecin diplômé ferait disparaître les avorteurs et diminuerait en même temps les dangers et la mortalité de l'avortement tel qu'il est pratiqué actuellement. En Russie, nous dit-on, on a réduit de 50 % les complications dangereuses de l'opération. Très bien, mais la quantité des avortements a augmenté dans de telles proportions que ces chiffres ne sont qu'un trompe-l'œil.

« Bref, il répugne à notre conscience médicale d'accepter de telles propositions et nous sommes bien décidés à lutter énergiquement contre elles comme l'ont fait victorieusement nos confrères bâlois il y a quelques années. »

M. Welti m'a, d'autre part, fait l'honneur de rappeler que, dans mon rapport, j'ai insisté sur la nécessité de la prophylaxie. Je n'ai rien à retirer de ce que j'ai dit à ce sujet. Mais je dois rappeler à mon tour que, si nécessaire que soit la prophylaxie — au point de vue moral, social et économique — elle n'est pas du ressort du législateur pénal et que, d'autre part, à côté de la prophylaxie, la sanction pénale est un moyen de lutte qui a son utilité.

M. Wagner a signalé avec raison le danger que présente, pour la mère, l'avortement déclaré licite même pendant les deux premiers mois de la grossesse.

Voulez-vous me permettre de citer encore à l'appui de ce que je viens de dire contre la proposition de M. Welti, une anecdote qui est d'ailleurs une histoire vraie et qui contient un enseignement sérieux? Elle a été contée, il y a quelques années, par un médecin de Paris à la société française de médecine légale.

« Il y a quelques années, raconte ce médecin, je vis entrer dans mon cabinet un clergyman anglais habillé du costume traditionnel, accompagné d'une jeune femme qui paraissait très intimidée et d'une nurse anglaise. Il me fit comprendre qu'il parlait mal le français et qu'il avait préparé un papier qu'il me pria de lire. Le voici: il est savoureux.

« Monsieur, j'ai reçu votre nom à Londres, comme un médecin obstétrique éminent et je suis certain que vous nous donnerez votre aide précieuse quand vous avez entendu l'histoire. Je suis pasteur anglais, intéressé dans la condition pitoyable de Madame . . . une amie de longue connaissance. Elle et son amant, un homme marié, habitent tous les deux dans la ville où je suis curé. Madame, âgée de 22 ans, est enceinte pour la première fois. Elle ne veut pas avoir un enfant et elle fera tout son possible pour empêcher un événement qui amènerait un désastre dans deux familles. Elle espère trouver à Paris une sage-femme respectable et aseptique qui pourra faire l'opération nécessaire. Est-ce que c'est possible de trouver une sage-femme qui parle anglais, un peu, et qui peut agir sous vos ordres, en cas de besoin? »

Madame n'étant pas fortunée, elle vous serait obligée si vous vouliez bien fixer vos honoraires au prix le plus réduit. Est-ce que l'opération serait-elle dangereuse? Je vous ai écrit ces mots parce que malheureusement je parle votre bel langage si peu.

Avec mes remerciements anticipés.»

Ce n'est pas tout, voici le dialogue qui suivit cette lecture:

« Un peu interloqué, raconte le médecin, je lui dis: Mais pourquoi avez-vous fait le voyage de Paris pour cela? Il me semble qu'à Londres...

— Oh! à Londres, on est pendu!

— Mais à Paris, c'est également un crime et si vous êtes pris, vous serez condamné aux travaux forcés.

— Oh! est-il possible? On nous avait dit qu'à Paris on faisait cela facilement et sans risque.»

La répression, une répression sinon draconienne, du moins effective, a donc son importance et son utilité pour la lutte contre l'avortement.

Je n'en dirai pas davantage. Vous repousserez la proposition de M. Welti. Il serait le premier surpris s'il en était autrement.

Cela dit, je passe, à propos des articles 105 et 106, à la proposition faite par M. Dicker. L'article 105, et l'art. 106 disent que l'action pénale se prescrit par deux ans. Ainsi, ces articles abrègent fortement le délai normal de la prescription de l'action pénale, qui serait ici de cinq ans si ces articles ne l'abrégeaient expressément à deux ans. M. Dicker veut aller plus loin et ramener la prescription à une année. Vous avez entendu les motifs énoncés par M. Dicker à l'appui de sa proposition.

Vous déciderez, mais vous ne perdrez pas de vue ceci: non sans raison, M. Dicker a dit qu'il était regrettable que nous ne puissions pas entendre les femmes, alors que nous sommes en train de résoudre une question qui les intéresse pourtant au moins autant que nous. Je suis de l'avis de M. Dicker sur ce point, mais je lui demande s'il a vu ce que réclament les femmes suisses sur ce point. (M. Dicker: Certaines femmes.) Il est vrai que ce ne sont pas celles dont vous voudriez entendre l'opinion. Disons que nous avons au moins l'opinion de certaines femmes suisses. Le « Katholischer Frauenbund » nous demande non pas d'abrèger ici le délai de prescription, mais de le prolonger de deux à cinq ans.

Entre ces deux propositions extrêmes: proposition des femmes catholiques et proposition de M. Dicker, vous choisirez. Ici encore, la sagesse consiste peut-être à adopter la solution moyenne et somme toute équitable du projet.

Ce point liquidé et avant d'en arriver à l'art. 107, je dois encore répondre à une question posée hier par M. Wulliamoz. Notre collègue nous a demandé comment il fallait réprimer la réclame faite par certaines sages-femmes qui publient dans nos journaux des annonces que vous y avez lues comme moi et qui disent: « On reçoit des pensionnaires. Soins discrets. Prix modérés, etc., etc. » C'est là une réclame évidemment dangereuse pour certaines jeunes filles et certaines jeunes femmes. M. Wulliamoz a eu grandement raison de dire que ces « soins discrets » et ces « prix modérés » ont coûté la santé et même la vie à plus d'une mère. Et il nous demande: Comment faut-il réprimer cela?

Je réponds: c'est l'affaire des cantons. Il appartient aux cantons, dans leurs lois sur l'exercice des professions médicales — c'est déjà fait à Genève et peut-être dans d'autres cantons — ou dans leur législation sur les contraventions de police, de régler cette question.

Je souhaite que tous les cantons comprennent leur devoir à cet égard.

Et maintenant, la pièce de résistance, l'art. 107 sur les cas où l'avortement restera impuni.

Les propositions suivantes nous sont soumises au sujet de cet article:

1^o Deux propositions de modification partielle du texte de la commission, savoir: en premier lieu, la proposition Oprecht qui veut remplacer le mot « avortement », trop cru à son sens, trop péjoratif, qui figure aux art. 105, 106 et 107, par l'expression plus discrète: « interruption de la grossesse ».

En second lieu, vous êtes saisis de la proposition de M. Huber de revenir éventuellement à l'art. 107, tel que le Conseil fédéral l'a rédigé, ou, pour parler plus clair, de supprimer l'exigence du recours à un second médecin, telle qu'elle résulte du texte de la majorité de la commission.

2^o Vous êtes saisis, en second lieu, d'une proposition principale de la minorité socialiste visant à élargir considérablement l'art. 107, à en étendre fortement la portée. M. Farbstein a exposé hier les motifs à l'appui de cette proposition.

3^o Enfin, vous avez la proposition de la minorité non pas socialiste, mais catholique, de la commission, qui demande la suppression de l'art. 107. En outre, reconnaissant par là que, contrairement à ce que disait hier M. Escher, les observations faites par M. le conseiller fédéral Häberlin et par moi-même au sujet des art. 31 et 33 sont fondées, M. Grünenfelder vous a proposé ce matin, pour le cas où l'art. 107 serait biffé, d'insérer dans le projet une disposition nouvelle excluant l'application des art. 31 et 33 de la partie générale en matière d'avortement.

Reprenons brièvement ces diverses propositions.

1^o Proposition Oprecht: dire « interruption de la grossesse » au lieu de « avortement ». Il vous appartiendra de décider. Pour ma part, s'il m'est permis d'émettre un avis personnel, je dirais volontiers que je pense qu'il convient, surtout dans une loi, d'appeler un chat un chat et d'éviter de recourir à une périphrase pour désigner un fait que les médecins et les juristes appellent et appelleront toujours, quoiqu'on fasse et quoiqu'on dise, un avortement.

M. le président de la commission vous a rappelé tout à l'heure que l'avortement n'est pas une notion purement pénale. L'avortement, c'est l'interruption artificielle de la grossesse avant terme. Cet avortement peut être criminel et par conséquent punissable; il peut être licite dans les cas où la loi l'admet — et par conséquent non punissable. Mais, dans les deux cas, c'est un avortement. C'est ce que confirme l'étude du D^r Muret dont je renonce à vous citer maintenant un passage pour ne pas allonger.

Vous déciderez vous-mêmes du sort de la proposition de M. Oprecht. Si vous aimez les situations claires et les termes propres, eh bien! vous continuerez à parler d'avortement comme le fait le projet.

2^o Quant à la proposition habile de M. Huber, son auteur l'a défendue hier, dans un discours qui comptait d'ailleurs beaucoup de vérités, avec toute la finesse qui le caractérise. M. Huber veut revenir au projet que le Conseil fédéral avait rédigé en déclarant qu'un médecin — un seul — pourra faire un avortement thérapeutique, sans avoir à prendre l'assentiment d'un second médecin à désigner par l'autorité.

Là encore, je dois vous prier de voter non. Je le fais en toute conviction, en m'inspirant de l'esprit même qui a conduit la commission à adopter le texte qu'elle vous propose, esprit dont M. Huber lui-même,

avec infiniment de raison, a invité le Conseil à s'inspirer pour la solution du problème qui vous est aujourd'hui soumis.

M. Huber nous a exhortés hier à travailler dans le domaine que nous sommes en train d'explorer — et votre commission a travaillé — dans un esprit d'entente et de conciliation dans le meilleur sens des termes.

Comme je vous l'ai dit avant-hier, la commission a voulu tenir compte, sur ce point, dans la mesure du possible, aussi des vœux de nos collègues de la droite catholique. Je dis donc à M. Huber tout d'abord et à tous ceux qui, comme lui, ont à cœur le succès final de l'œuvre nationale à laquelle nous travaillons: Ne compromettez pas la conciliation que le texte de la commission rend possible. Votez tel quel le texte de la commission, ne revenez pas à un texte qui ne prévoit que la participation d'un médecin à l'opération.

Au surplus, le recours à un second médecin, désigné par l'autorité, est-il vraiment superflu ou même dangereux, ainsi que M. Huber a essayé de nous le démontrer hier?

M. Huber lui-même a relevé ce qu'il peut y avoir de révoltant — le mot n'est pas trop fort — dans la possibilité donnée à un homme ou à une femme riche, parce qu'ils sont riches, d'obtenir d'un médecin complaisant l'avortement qu'ils désirent pour des raisons qui, en réalité, peuvent être tout que sérieuses. Je suis pleinement d'accord avec M. Huber sur ce point. Mais c'est précisément à titre de garantie contre de tels abus, notamment, que le recours obligatoire à un médecin désigné par l'autorité, à un médecin au-dessus de tout soupçon peut être utile.

A cela, M. Huber répond: «Mais la consultation d'un confrère est déjà usuelle dans la pratique des médecins sérieux.» Cela est exact. Mais pas chez «les autres». Et c'est avant tout pour les autres — M. le conseiller fédéral Häberlin l'a déjà dit — c'est pour inspirer aux autres une salutaire prudence, pour autant que la loi peut le faire, que nous voulons cette disposition. C'est pour cela que nous voulons l'assentiment d'un second médecin et non pas d'un complice, mais d'un médecin au-dessus de tout soupçon.

M. Huber objecte encore qu'il y a des cantons où le médecin officiel n'autorisera jamais un avortement. Cela est possible. Mais M. Huber me permettra de lui rappeler une théorie physique qu'il connaît certainement, quoiqu'il ait fait quelques pas dans une autre direction depuis le moment où il a quitté le collège: c'est la théorie des vases communiquants. Il n'y a pas qu'un canton en Suisse. Il y en a plusieurs. Peut-être que, grâce à la coexistence de plusieurs cantons dans lesquels la situation ne sera pas la même, un certain équilibre tolérable pourra s'établir malgré les difficultés possibles.

Quant aux cas d'urgence auxquels M. Huber a fait également allusion, je réponds: je suis tranquille. Je ne puis, pas plus que M. Häberlin, penser que le Code pénal suisse et en particulier son art. 33 ne seront appliqués que par des juges inintelligents. Heureusement, la vie est plus forte que la bêtise possible d'un juge; les cas d'urgence se régleront, soyez-en sûrs, ainsi que l'exigent le bon sens et les dispositions du projet sur l'état de nécessité qui, à côté de l'art. 107, resteront applicables éventuellement comme droit subsidiaire.

D'ailleurs, à un juge borné — il faut de tout

pour faire un monde! — la cour de cassation du tribunal fédéral pourra, si c'est vraiment nécessaire, indiquer le sens véritable, l'interprétation à donner à l'art. 33.

Je conclus sur ce point. Les objections de M. Huber au système de la commission (deux médecins) me paraissent plus théoriques que pratiques.

Il en est ainsi, encore, quand M. Huber nous représente que l'avis d'une sommité de la science gynécologique pourrait, dans ce système, être tenu en échec par n'importe quel obscur médecin désigné par une autorité cantonale. Cela est très théorique.

Je dis donc: malgré les objections de M. Huber et pour tenir compte aussi de la manière de voir de nos concitoyens catholiques, nous vous recommandons de voter l'art. 107 tel qu'il est proposé par la majorité de la commission, à savoir la disposition exigeant le concours de deux médecins, dont l'un désigné par l'autorité cantonale compétente.

3^o Cela dit, je passe à la proposition socialiste principale, celle qui veut prévoir à l'art. 107, comme cas d'avortement licite, non seulement les avortements justifiés par une nécessité médicale, mais aussi:

d'une part, les avortements motivés parce que l'on a appelé une indication juridique;

d'autre part, les avortements justifiés parce qu'on s'est plu à appeler d'un beau nom pour une chose très vague, «l'indication eugénétique», soit le désir d'améliorer l'avenir de la race, ou plutôt d'éviter que la race ne dégénère.

Telles sont les propositions de nos collègues socialistes, que je vous demande également d'écarter.

Je le fais, tout d'abord, parce que l'adoption de cette proposition rendrait le projet inacceptable pour toute une catégorie de nos concitoyens. C'est ce qu'a dit très nettement avant-hier l'orateur de la droite catholique, M. Grünenfelder. Faisons donc effort, comme l'a dit avec une grande élévation de pensée M. Huber; dans son discours d'hier matin — faisons un effort pour nous comprendre les uns les autres, pour tenir compte de l'opinion d'autrui, que nous pouvons ne pas partager, mais qui est respectable et que nous considérons comme telle. Evitons ici aussi l'intolérance.

Ceci est un point; mais ce n'est pas tout.

Je vous demande de rejeter la proposition de la minorité socialiste pour des raisons de fond, des raisons très fortes que nous ont données les gynécologues suisses eux-mêmes.

Dans mon rapport d'avant-hier, je vous ai cité la pétition que les gynécologues ont adressée à votre commission, il y a deux ans. Aujourd'hui, je me permets, parce que ce sont là des points essentiels, de vous citer encore l'avis de M. Muret. Que pense ce médecin de l'avortement pour des raisons eugénétiques?

«Ici, répond M. Muret, on vise avant tout à la qualité et l'on veut n'obtenir et ne conserver que des produits (humains, bien entendu) bons et utiles comme dans l'élevage des animaux. Il s'agirait donc de faire avorter les femmes qui présentent des tares psychiques ou dont le mari est anormal, pour éviter de mettre au monde des produits dégénérés.»

«Ce serait très bien si nous pouvions prévoir à l'avance par l'examen des parents les tares des enfants à venir. Or, cela n'est pas encore le cas et la science de l'hérédité en est encore à ses débuts. Je

me souviens avoir entendu le grand Charcot déclarer ceci : Lorsqu'on me demande mon avis sur un mariage, je m'informe de l'hérédité des deux parties et, lorsqu'il y a des tares d'un côté ou de l'autre, ce qui est très fréquent, je dis : « Si vous voulez un bon petit ménage bien sage, bien bourgeois, où il ne se passe jamais rien, renoncez à ce mariage, mais faites-le si vous voulez courir la chance de voir entrer dans votre famille un petit génie ou . . . un petit idiot ! » Eh bien, nous en sommes encore là, nous ne savons pas si le produit de la conception sera le génie ou l'idiot ou s'il sera tout simplement normal ou anormal à un certain degré, dans des circonstances données. Sans doute, il est de notre devoir de chercher à améliorer la race et à prévenir la naissance d'êtres tarés et malheureux par les conseils que nous donnons dans la mesure de nos connaissances scientifiques, mais de là à tuer dans l'œuf des êtres dont nous ne connaissons que très vaguement l'avenir, il y a un abîme. Ce serait donner au médecin une liberté excessive et un pouvoir formidable que de l'autoriser, dans l'état actuel de la science, à détruire des êtres humains à venir parce qu'il craindrait chez eux des anomalies imprévisibles. »

Voyons maintenant l'indication juridique, c'est-à-dire l'indication qui rendrait l'avortement licite (proposition socialiste) parce que la grossesse a été le résultat d'un délit. Que vaut ce critère ?

M. Muret répond :

« Il est encore une indication à l'avortement qui a été mise en avant surtout par les juristes, comme exception au paragraphe de la loi qui punit ce délit : c'est lorsqu'il s'agit d'une grossesse due à un viol ou obtenue par violence ou par ruse sur une femme idiote, mineure ou rendue inconsciente par l'alcool, le chloroforme, la terreur, en un mot sans son consentement ou sans qu'elle puisse se rendre compte de ce qui se passait. Il est bien certain et vous serez tous d'accord avec moi que rien n'est plus épouvantable que de songer aux tortures morales d'une femme obligée de supporter dans de telles conditions la gestation d'un petit être qui vient on ne sait d'où, auquel on peut supposer toutes les tares possibles et qui, au lieu d'être l'enfant aimé et désiré par toute mère, est dès avant sa naissance un objet d'horreur et un vrai monstre détesté. A notre époque où le sentiment et les idées humanitaires jouent un si grand rôle et où l'on accepte difficilement ce qui est imposé, on comprend bien que cette indication de l'avortement ait pris naissance chez des hommes d'un grand cœur et qu'elle réponde à l'opinion générale. Mais, car il y a un mais, et même plusieurs mais, il faut remarquer que les cas de ce genre sont rares, très rares même, je suis heureux de le dire, et surtout qu'il est extrêmement difficile d'administrer la preuve de leur existence, même pour les juristes de profession. Par définition, ces cas-là n'ont généralement pas de témoins, et les dires de la principale intéressée sont très difficiles à contrôler. Nous voyons en effet bien souvent des jeunes filles nous déclarer qu'une grossesse intempestive est due à un viol et il suffit de quelques questions très simples pour prouver que c'est loin d'être le cas et que la grossesse est la suite logique, mais inattendue, de rapports sexuels existant depuis un an ou deux avec le père de l'enfant . . . »

Il ne s'agit pas d'une indication médicale et le médecin est incapable de faire l'enquête nécessitée par un cas de ce genre. »

D'accord avec M. le D^r Muret et avec la très grande majorité des gynécologues suisses, nous vous demandons donc de n'admettre ni l'indication juridique, ni l'indication eugénétique pour justifier l'avortement. Autrement dit, nous vous demandons d'en rester à l'indication médicale prévue et définie par le texte du Conseil fédéral et de la majorité de la commission et d'écarter la proposition de la minorité socialiste.

Tout cela pour la proposition socialiste. J'en aurai fini quand j'aurai dit quelques mots de la dernière proposition de minorité, la proposition catholique.

4^o A l'encontre de cette proposition, nous vous proposons de maintenir l'art. 107, tel qu'il a été rédigé par la majorité de la commission, et de ne pas en voter la suppression. Nous vous le demandons parce que, comme nous l'avons montré avant-hier, cette disposition est faite contre les abus possibles, même en matière d'avortement médical, et donne des garanties législatives que n'offre ni l'art. 31 ni l'art. 33 de notre projet. Or, je le répète, ces deux articles de la partie générale deviendraient éventuellement applicables, sauf disposition contraire et expresse contenue dans la loi, si vous biffez l'art. 107. M. Welti l'a compris. Il veut aussi biffer l'art. 107. M. Grünenfelder l'a compris également; il vous a proposé, si l'art. 107 était biffé, de déclarer que les art. 31 et 33 ne seraient pas applicables en matière d'avortement. Mais M. Grünenfelder se rend-il compte des difficultés nouvelles que fait surgir cette proposition? Pourquoi poser cette règle seulement en matière d'avortement? Pourquoi ne pas la poser pour d'autres crimes, pour le meurtre par exemple. En réalité, la proposition de M. Grünenfelder me paraît montrer plus clairement encore qu'il faut adopter l'art. 107, tel qu'il est proposé par la commission.

Quant aux arguments donnés ce matin même par M. Morard, ils me paraissent être loin d'établir le contraire. M. Morard a dit, par exemple — je ne veux pas reprendre en détail tous ses arguments pour ne pas abuser de votre patience — il a dit : « Il y a contradiction entre le principe de l'intangibilité de la vie de l'enfant à naître, intangibilité que vous déclarez reconnaître, et l'art. 107 qui tolère certains cas d'avortement. »

Je réponds par cette simple question : Y a-t-il davantage contradiction entre l'art. 98 qui réprime le meurtre et l'art. 33 qui prévoit l'état de nécessité? Ce n'est évidemment pas le cas.

M. Morard dit en outre : « L'art. 107 est la preuve du fait que les art. 31 et 33 sont trop généraux, trop larges. » Mais alors, pourquoi M. Morard n'a-t-il pas proposé une modification des art. 33 et 31? (M. Morard : Je suis fédéraliste et non pas juriste de la couronne!) Oui, mon cher collègue, mais n'est-on pas mieux fondé à faire de la critique quand on ne la fait pas seulement d'une manière destructive et négative?

Abstraction faite de cela, tous ceux qui font des lois ou qui les interprètent savent, et M. Morard le sait comme moi, que rien n'interdit d'adapter un article général à une situation spéciale par des dispositions complémentaires. C'est ce que l'art. 107 fait par rapport aux art. 31 et 33.

M. Morard nous a dit encore que l'art. 107 serait « une porte ouverte à la légèreté des mœurs »;

il a même dit: «une porte ouverte au dévergondage!»

Rien de plus inexact. C'est le contraire qui est vrai. Le législateur, avec l'art. 107, entend limiter, aussi nettement qu'il peut le faire, le domaine dans lequel l'Etat renoncera à punir l'avortement. Autrement dit, l'Etat veut, par là, contribuer à la lutte contre la dénatalité, contre l'avortement clandestin, fait par n'importe qui et de n'importe quelle manière.

Enfin, nous a dit M. Morard, l'art. 107 serait un aveu d'opportunisme. Non, c'est beaucoup mieux que cela. C'est une règle d'humanité et je suis bien sûr que M. Morard lui-même, dans certains cas que prévoit l'art. 107, n'aurait pas le cœur de dire qu'il faut condamner le médecin qui a sauvé la mère, alors que, sans son intervention, la mère et l'enfant étaient perdus. Cela est impossible. M. Morard ne le dirait pas.

M. Morard a réclamé de nous plus de confraternité fédérale. Nous aussi, M. Morard, nous demandons cela — et spécialement à ceux qui disent: «Nous avons fait notre réforme pénale cantonale: que les autres cantons se «débrouillent», s'ils le peuvent et comme ils le pourront. S'ils n'y arrivent pas — comme Uri et Nidwald, par exemple, qui n'ont même pas réussi jusqu'à maintenant à se donner un code pénal et qui en sont encore réduits au droit coutumier — tant pis pour eux, cela ne nous regarde pas!»

Nous aussi, nous demandons plus de confraternité fédérale, nous la demandons au profit d'un projet qui s'inspire directement de notre devise: Un pour tous, tous pour un.

En terminant, j'insiste encore vis-à-vis de nos collègues catholiques sur ce que j'ai dit hier déjà, sur ce qui a été rappelé par M. le conseiller fédéral Häberlin et que M. Morard a paru oublier ce matin, en ce qui concerne les rapports entre la loi morale et la loi pénale. En renonçant à punir un acte, le législateur ne se prononce en aucune manière sur la question de savoir quels sont les rapports entre cet acte et la loi morale. La loi pénale ne doit, sans doute, pas prévoir une peine qui soit en contradiction avec la loi morale. En revanche, il va de soi que l'Etat ne peut pas punir toutes les infractions à la loi morale.

L'art. 107 laisse donc intacte la règle de la morale catholique d'après laquelle l'avortement n'est admissible en aucun cas. L'art. 107 ne touche pas à cette question. Il se place à un tout autre point de vue. Il dit qu'il y a des cas dans lesquels l'Etat renoncera à punir l'avortement. Il n'y a donc aucun rapport entre l'art. 107 et la loi morale, ou, plus exactement, l'art. 107 ne contredit nullement la loi morale, telle que l'Eglise la conçoit.

J'espère donc que ce Conseil adoptera les art. 105 à 107 tels qu'ils ont été proposés par la commission. Les art. 105 et 106 — les articles qui punissent — ne sont pas d'une sévérité excessive; ils donnent au juge la possibilité d'être équitable, de tenir compte de toutes les circonstances. Complétés d'autre part par l'art. 107, ces articles donnent au grave problème de l'avortement une solution à la fois humaine et profondément respectueuse de la vie en germe et de ce trésor sans prix qu'est la maternité.

Abstimmung. — Vote.

Art. 105.

Eventuell: — Eventuellement:

Für den Antrag der Kommission (Verjährungsfrist 2 Jahre)	Mehrheit
Für den Antrag Dicker (Verjährungsfrist 1 Jahr)	Minderheit

Art. 106.

Eventuell: — Eventuellement:

Für den Antrag der Kommission (Verjährungsfrist 2 Jahre)	Mehrheit
Für den Antrag Dicker (Verjährungsfrist 1 Jahr)	Minderheit

Art. 107.

Für den Antrag der Kommission (Festhalten am Ausdruck «Abtreibung»)	Mehrheit
Für den Antrag Oprecht	Minderheit

Subeventuell: — Subéventuellement:

1. Für den Antrag Huber (Annahme des bundesrätlichen Vorschlages, sofern der Antrag der Kommissionsminderheit abgelehnt werden sollte)	71 Stimmen
Dagegen	88 Stimmen
2. Für den Antrag der Minderheit der Kommission (Juristische Indikation)	Minderheit
Dagegen	Mehrheit
3. Für den Antrag der Minderheit der Kommission (Eugenische Indikation)	Minderheit
Dagegen	Mehrheit
4. Für den Antrag der Kommissionsmehrheit (Annahme des Art. 107 in der bereinigten Fassung)	118 Stimmen
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	49 Stimmen
5. Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	112 Stimmen
Für den Antrag Grünenfelder (Streichung des Art. 107)	41 Stimmen

Präsident: Damit fällt der weitere Antrag des Herrn Grünenfelder zu den Art. 31 und 33 dahin.

Definitiv: — Définitivement:

Für Annahme der Art. 105, 106 u. 107	99 Stimmen
Für den Antrag Welti (Streichung)	7 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 7. März 1929.
Séance de relevée du 7 mars 1929.

Vorsitz — Présidence: Hr. Walther.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 63 hiervor. — Voir page 63 ci-devant.

Art. 108—111bis.

Anträge der Kommission.

Art. 108. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

(Die Abänderung betrifft nur den französischen Text.)

Art. 109. 1. Wer vorsätzlich einen Menschen in anderer Weise an Körper oder Gesundheit schädigt, wird, auf Antrag, mit Gefängnis bestraft. In leichten Fällen kann der Richter nach freiem Ermessen die Strafe mildern.

Die Strafe ist Gefängnis, und der Täter wird von Amtes wegen verfolgt, wenn er eine Waffe oder ein gefährliches Werkzeug gebraucht oder einen Wehrlosen verletzt hat.

2. Hat der Täter eine leichte Körperverletzung gewollt, aber eine schwere Körperverletzung verursacht, und konnte er diesen Erfolg voraussehen, so wird er mit Gefängnis von einem Monat bis zu fünf Jahren bestraft. Der Täter wird von Amtes wegen verfolgt.

3. Stirbt der Verletzte an den Folgen der Körperverletzung, und konnte der Täter diesen Erfolg voraussehen, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Genfängnis von einem bis zu fünf Jahren. Der Täter wird von Amtes wegen verfolgt.

Art. 110. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 111. Wer fahrlässig einen Menschen an Körper oder Gesundheit schädigt, wird, auf Antrag, mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Art. 111bis (bisher 295). Wer gegen jemand Tötlichkeiten verübt, die keine Schädigung des Körpers oder der Gesundheit zur Folge haben, wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

Propositions de la commission.

Art. 108. 1. Celui qui, intentionnellement, aura blessé une personne de façon à mettre sa vie en danger, celui qui, intentionnellement, aura mutilé le corps d'une personne, un de ses membres ou un de ses organes importants, ou rendu ce membre ou cet organe impropre à sa fonction, causé à une personne une incapacité de travail, une infirmité ou une maladie

mentale permanentes, ou défiguré une personne d'une façon grave et permanente,

celui qui, intentionnellement, aura fait subir à une personne toute autre atteinte grave à l'intégrité corporelle ou à la santé physique ou mentale,

sera puni de la réclusion jusqu'à dix ans ou de l'emprisonnement de six mois à cinq ans.

2. La peine sera la réclusion, si la victime est morte des suites de la lésion et si le délinquant avait pu prévoir ce résultat.

Art. 109. 1. Celui qui, intentionnellement, aura fait subir à une personne une autre atteinte à l'intégrité corporelle ou à la santé, sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement. Dans les cas de peu de gravité, le juge pourra atténuer librement la peine (art. 63).

La peine sera l'emprisonnement et la poursuite aura lieu d'office, si le délinquant a fait usage d'une arme ou d'un instrument dangereux, ou si la victime était hors d'état de se défendre.

2. La peine sera l'emprisonnement d'un mois à cinq ans, si le délinquant a causé des lésions corporelles graves, alors qu'il ne voulait causer que des lésions simples, et s'il avait pu prévoir ce résultat. La poursuite aura lieu d'office.

3. La peine sera la réclusion jusqu'à cinq ans ou l'emprisonnement d'un à cinq ans, si la victime est morte des suites de la lésion et si le délinquant avait pu prévoir ce résultat. La poursuite aura lieu d'office.

Art. 110. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 111. Celui qui, par négligence, aura fait subir à une personne une atteinte à l'intégrité corporelle ou à la santé, sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 111bis. (Voir art. 295.) Celui qui se sera livré sur une personne à des voies de fait qui n'auront causé ni lésion corporelle ni atteinte à la santé, sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

Abänderungsantrag de Muralt

Art. 109, Abs. 2. ... von Amtes wegen verfolgt, wenn er Gift, eine Waffe ...

Amendement de Muralt

Art. 109, al. 2. ... a fait usage du poison ou d'une arme ...

Seiler, Berichterstatter: Die zweite Expertenkommission hat über die dannzumal streitigen grundsätzlichen Fragen des Körperverletzungsrechts in 11 Abstimmungen entschieden. Diese Abstimmungen orientieren uns am besten über die Tragweite der verschiedenen Auffassungen. Die Hauptfrage war die, ob die Schuld oder der Erfolg maßgebend sein soll. Im ferneren war zu entscheiden, ob Zerteilung oder Dreiteilung vorgezogen werden sollte. Die Dreiteilung sieht neben der schweren und der einfachen Körperverletzung noch eine Körperverletzung mit bleibendem Nachteil vor. Und eine dritte wesentliche Frage war die des Offizial- oder Antragscharakters der einfachen Körperverletzung.

In der Frage der Schuldhafung hat sich die Expertenkommission auf den Boden des Vorentwurfs gestellt. Die Auffassung der alten Gesetze, welche

auf den Erfolg abstellen und die Strafe nach der Dauer der Arbeitsunfähigkeit bemessen, ist aufgegeben worden. Der Fortschritt des Entwurfs von Stooß besteht darin, daß die Strafe nach der Intensität des Vorsatzes, nach dem Maß des bösen Willens bemessen wird und daß die Schwere der Folgen nur sekundär in Betracht fällt. Das Charakteristische der Körperverletzungsdelikte besteht gerade darin, daß oftmals die Folgen der Tat weit über den Willen des Täters hinausgehen. Der Erfolg kann aber auch hinter der Absicht zurückbleiben. In diesem Falle wird der Täter wegen Versuchs des schwereren Verbrechens zu strafen sein. Uebersteigt dagegen der Erfolg die Absicht des Täters, so ist dem Täter, sofern er den schweren Erfolg voraussehen konnte, der schwere Erfolg anzurechnen, während andererseits von einer Erschwerung Umgang genommen wird, wenn die Folge nicht vorausgesehen werden konnte.

Expertenkommission, Bundesrat und unsere Kommission sind dem Vorentwurf gefolgt. Ausgegangen wird vom Vorsatz des Täters. Geht der Vorsatz auf eine schwere Folge, so tritt die schwere Strafe des Zuchthauses bis zu zehn Jahren oder des Gefängnisses von sechs Monaten bis fünf Jahren ein. Stirbt der Verletzte an den Folgen der Körperverletzung und konnte der Täter diesen Erfolg voraussehen, so ist die Strafe ausschließlich Zuchthaus. Bei vorsätzlicher Tötung ist die Strafe Zuchthaus nicht unter fünf Jahren, bei Körperverletzung mit tödlichem Ausgang ohne Voraussicht desselben Zuchthaus oder Gefängnis. Bei der Voraussehbarkeit ist eben der Erfolg nicht bloßer Zufall, sondern vom Täter zu verantworten.

Gleich ist das System bei der einfachen Körperverletzung. Grundsatz ist die Bestrafung nach dem Vorsatz. Stimmen Vorsatz und Erfolg überein, so ist die Strafe Gefängnis; in leichten Fällen kann Milderung nach freiem Ermessen eintreten; dies in Anlehnung an Art. 122 des Militärstrafgesetzes, das die disziplinarische Bestrafung vorsieht. Wollte der Täter eine leichte Körperverletzung, trat aber eine schwere ein und konnte dieser Erfolg vorausgesehen werden, so tritt die höhere Gefängnisstrafe von zwei Monaten bis fünf Jahren ein; stirbt der Verletzte nach Voraussehbarkeit dieses Erfolges, so tritt Zuchthausstrafe oder Gefängnis ein.

Bemerkenswert ist auch bei der Lösung des bundesrätlichen Entwurfs die Aufgabe der Dreiteilung. Die schweren Fälle der Körperverletzung mit bleibendem Nachteil und der sonstigen Schädigung wichtiger Organe sind in Art. 108 zusammengezogen. Waffen und andere gefährliche Instrumente kommen gemäß Art. 109, Abs. 2, nur noch in der Weise in Betracht, daß ihre Anwendung die Officialverfolgung nach sich zieht. Hier ist einzufügen, daß Herr de Muralt einen Antrag gestellt hat, auch für das Gift die Officialverfolgung eintreten zu lassen. Ich will die Begründung des Antrages des Herrn de Muralt abwarten und mich dann später dazu aussprechen. Die Qualifikation des Aufpassens etc. ist nicht mehr aufgenommen. Selbstverständlich können aber solche Umstände in dem weiten Strafrahmen immer berücksichtigt werden.

Man hat sich in der Expertenkommission darüber gestritten, ob die neue Lösung oder die alte Methode komplizierter sei. Gautier hat mit Entschiedenheit erklärt, daß der neue Vorschlag für unsere Richter der geeignetste sei. Noch einfacher wäre die Fest-

setzung eines einzigen Straftitels mit einem möglichst weiten Strafrahmen. Dafür sei jedoch die Schweiz nicht reif. Eine Differenzierung zuhanden des Richters sei immerhin notwendig. Sicherlich aber sei die Annahme des Verschuldensprinzips an Stelle der Erfolgshaftung unanfechtbar.

Beizufügen ist in bezug auf die vorsätzliche Körperverletzung die Bemerkung, daß Art. 110 streng genommen als überflüssig erscheint. Er ist die Bestätigung des Grundsatzes der Schuldhaftung.

Der vorsätzlichen Körperverletzung in ihren verschiedenen Graden steht die fahrlässige Körperverletzung des Art. 111 gegenüber. Hier ist auf die beiden folgenden Aenderungen des bundesrätlichen Entwurfs hinzuweisen. Einmal wird nicht nur von fahrlässiger Körperverletzung gesprochen, sondern auch von der fahrlässigen Schädigung eines Menschen an Körper oder Gesundheit und im fernern hat die Kommission in ihrer letzten Sitzung vom 4. September 1926 den zweiten Absatz von Art. 111 gestrichen. Zur nähern Begründung dieser beiden Aenderungen sei auf folgendes verwiesen:

Der Wortlaut in Art. 111, Abs. 1, entspricht nun demjenigen in Art. 109 und demjenigen des Militärstrafgesetzes in Art. 124. Zu dieser Anpassung hat aber nicht in erster Linie die Absicht der Uebereinstimmung geführt, sondern eine Erwägung materieller Natur, die Prüfung einer Frage von großer Bedeutung. Der Vorentwurf von Stooß hatte einen Art. 79 enthalten, welcher unter dem Marginalen: «Gefährdung der Gesundheit» die Gesundheitsgefährdung im allgemeinen und die gewissenlose Ansteckung durch Geschlechtskrankheit im besondern unter Strafe stellt. In der Expertenkommission wurde der Artikel nach eingehender Diskussion mit 13 gegen 8 Stimmen gestrichen. Zwar wurde die Wünschbarkeit einer Bestimmung allgemein anerkannt. Die praktischen Schwierigkeiten, die sehr fragwürdige Durchführbarkeit der Vorschrift und die Gefahr der Denunziation führten schließlich zum Fallenlassen der Bestimmung. Die Gefährdungsdelikte, die nicht auf einen eingetretenen Erfolg abstellen, bieten an und für sich schon bedeutende Schwierigkeiten.

In der Eingabe der Schweizerischen Frauenvereine an die Bundesversammlung vom Oktober 1917, welche sich in der Hauptsache mit dem Jugendschutz und mit den Sittlichkeitsvergehen befaßt, ist erneut die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht angezeigt sei, die Gefährdung der Gesundheit durch Geschlechtskranke mit Strafe zu bedrohen. Die Gesundheit des Einzelnen und der ganzen Gesellschaft stelle ein so wertvolles Rechtsgut dar, daß hier Rücksichten nicht mehr am Platze seien. Und vor etwa Jahresfrist hat Staatsanwalt Dr. Pfenninger in Zürich neuerdings die Forderung der Aufnahme eines speziellen Gefährdungstatbestandes verlangt.

Die Kommission hat auch diese Frage ernstlich erwogen. In ihrem Schoße sind verschiedene Anregungen gefallen. Es ist die Behandlung bei den Sittlichkeitsdelikten beantragt worden, auch die Verweisung an die Spezialgesetzgebung. Mit 13 gegen 8 Stimmen ist die Aufnahme eines Gefährdungsdeliktes wie in der Expertenkommission abgelehnt worden. Einig war die Kommission darin, daß die fahrlässig erfolgte Ansteckung unter Strafe zu stellen sei, fraglich war schließlich nur noch, ob dies in Form einer besondern Bestimmung erfolgen müsse oder ob

Art. 111 bei geeigneter Redaktion nicht genüge. Ungenügend war nun allerdings die bundesrätliche Fassung, welche nur von Körperverletzung spricht. Um alle Zweifel zu beheben, wurde die Fassung des Art. 109 in Art. 111 hinübergenommen, d. h. es wurde ausdrücklich nicht nur die fahrlässige Körperverletzung, sondern auch die fahrlässige Gesundheitsschädigung als strafbar erklärt. Die Meinung der Kommission ist somit die — und es liegt mir daran, dies deutlich niederzulegen — daß fahrlässiges Anstecken gemäß Art. 111 strafbar ist und fahrlässiges Handeln liegt nach Art. 16 dann vor, wenn jemand pflichtwidrig diejenige Vorsicht nicht beobachtet, die ihm nach den Umständen zugemutet werden kann. Demgemäß wird nun die vorsätzliche Ansteckung nach Art. 109 und die fahrlässige nach Art. 111 bestraft. Diese Lösung erscheint der Kommission angemessen. Sie weist der Praxis den Weg; im übrigen wird man aber der Volksaufklärung das Hauptgewicht für die Sanierung zuweisen müssen.

Und nun noch eine Bemerkung zur Streichung des zweiten Absatzes von Art. 111. Ich erinnere an die Ausführungen zu Art. 104, in welchen der zweite Absatz ebenfalls gestrichen worden ist. Die fahrlässige Körperverletzung in Ausübung einer Berufspflicht ist nach der bundesrätlichen Fassung in doppelter Beziehung qualifiziert. Sie ist ex officio zu verfolgen und mit erhöhter Strafe belegt. Wie bei der fahrlässigen Tötung hat nun auch hier bei der fahrlässigen Körperverletzung folgende Erwägung die Kommission veranlaßt, die beiden Qualifikationen fallen zu lassen. Angehörige vor allem des Chauffeurberufs, die keine leichte Pflicht zu erfüllen haben und ständig allen Gefahren ausgesetzt sind, sollen nicht lediglich um dieser ihrer Pflicht willen viel strenger behandelt werden, als die Gelegenheitsfahrer, die zum Vergnügen ihre Fahrten machen. Es hat der Kommission geschienen, daß der Richter durch die Androhung der Gefängnisstrafe oder Buße genügend Spielraum auch für schwere Fälle der Fahrlässigkeit habe und daß eine zwingende Notwendigkeit für die Verfolgung ex officio auch in diesen Fällen nicht bestehe.

Schließlich finden wir in der Kommissionsvorlage als neuen Art. 111bis den aus dem Uebertretungsteil hinübergenommenen Art. 295, der von den Tätlichkeiten handelt. Wo die eigentliche Körperverletzung und Gesundheitsschädigung fehlt, soll nur Haft oder Buße eintreten. Für die unschädliche Ohrfeige dürfte das genügen. Ueber die Abgrenzung zwischen der Tätlichkeit und der Ehrbeleidigung dürfte beim letzten Kapitel zu sprechen sein. — Zu bemerken ist in diesem Zusammenhang, daß in bezug auf Art. 111bis die allgemeinen Bestimmungen des zweiten Buches gelten.

Ich beantrage Ihnen die Annahme der Kommissionsanträge.

M. Logoz, rapporteur: Les art. 108 à 111bis répriment les lésions corporelles et les voies de fait. Quelques explications sont nécessaires non sur les détails, mais sur le système général du projet qui, de l'avis de la commission, constitue un progrès marqué par rapport à la plupart des lois en vigueur actuellement.

La grande question est ici la suivante: d'après

quels critères faut-il punir plus ou moins sévèrement l'auteur de lésions corporelles plus ou moins graves?

Deux systèmes généraux sont concevables.

1. Les anciennes législations, dont le prototype est le Code pénal français, emploient comme seul critère le résultat.

Dans ce système, le délinquant est responsable et il est puni non pour ce qu'il a voulu faire, mais pour le résultat que son acte a produit. Il en est ainsi quand même le résultat aurait de beaucoup dépassé l'intention et même si le résultat ne pouvait pas être prévu (cas fortuit). C'est proprement punir le hasard. C'est une application de ce que la doctrine allemande appelle le système de la « Erfolgshaftung ».

Dans ces lois, on est amené en outre à un véritable arbitraire pour supputer les conséquences de la lésion. On les distingue en général — abstraction faite des cas de mort et d'infirmité permanente — d'après la durée de l'incapacité de travail causée par la lésion.

Le code français, par exemple, considère comme grave une lésion qui cause une incapacité de 20 jours au moins. Pourquoi pas 10 jours, ou 30 jours?

Tel est le système ancien, tel est le premier système possible pour distinguer entre les divers degrés de lésions corporelles.

2. Et maintenant le système nouveau, celui du projet. Notre projet s'émancipe résolument du système arbitraire que je viens de décrire.

Ce qu'il propose est une innovation d'une grande portée et c'est un grand progrès. Le projet gradue la peine des lésions corporelles non d'après leur résultat, mais d'après l'intention de l'auteur, d'après sa culpabilité. C'est une application du principe moderne d'après lequel la peine doit être basée sur la culpabilité, au lieu du système ancien et injuste de la responsabilité pénale basée sur le résultat matériel. Si le résultat dépasse l'intention, ce qui est fréquent en matière de lésions corporelles, le délinquant ne répond que du résultat qu'il pouvait prévoir.

D'une façon générale, le projet distingue trois délits de lésions corporelles:

a) En premier lieu, les lésions corporelles intentionnelles graves; c'est l'art. 108.

b) En second lieu, les lésions corporelles intentionnelles simples, ou légères; elles font l'objet de l'art. 109.

c) Enfin, en troisième lieu, le projet réprime les lésions corporelles par négligence; c'est l'art. 111.

Quant à l'art. 110, il n'est que la confirmation expresse — et certainement utile, étant donné les habitudes prises par les tribunaux qui ont jusqu'ici appliqué les lois anciennes — du principe: pas de responsabilité, même en matière de lésions corporelles, sans culpabilité; ce principe est déjà à la base des articles 108 et 109, comme d'ailleurs de tout le projet.

Enfin, aux trois délits de lésions corporelles graves, simples ou par négligence, votre commission vous propose d'autre part de joindre, à l'art. 111bis, la contravention parente de voies de fait (art. 295 du projet du Conseil fédéral); c'est là une conséquence du remaniement du Livre II, que votre commission a été amenée à entreprendre pour les raisons que j'ai déjà eu l'occasion de vous indiquer.

Tel est, dans ses grandes lignes — encore une fois, je m'abstiens d'entrer dans les détails — le système du projet. Dans son ensemble, ce système est certainement plus juste que celui du Code pénal français et des nombreuses lois auxquelles il a servi de modèle.

Il est d'ailleurs conforme à la tendance générale de notre projet, tendance à substituer au système ancien de la responsabilité basée sur le seul résultat matériel, le principe plus juste d'après lequel il n'y a pas de responsabilité pénale sans culpabilité.

Quant aux amendements que la commission vous propose d'apporter aux art. 108 et suivants, je puis être très bref.

1. En disant, à l'art. 109, chiff. 1, 1^{er} al., non pas seulement « une atteinte », mais « une autre atteinte », la commission a simplement voulu opposer, plus nettement que ne le fait le texte du Conseil fédéral, les atteintes dont il est ici question à celles dont parle l'article précédent, l'art. 108.

Dans ce même alinéa premier de l'art. 109, d'autre part, la commission a jugé équitable d'élargir, pour les cas de peu de gravité, le pouvoir appréciateur donné au juge. Cela peut évidemment être discuté.

2. La conséquence de ce dernier amendement a été qu'il est devenu nécessaire, à l'al. 2, de préciser que, dans les cas prévus par cet alinéa, le juge ne pourra prononcer que l'emprisonnement; c'est ce que prévoit déjà le texte du Conseil fédéral.

Là-dessus se greffe la proposition faite par M. de Muralt, qui voudrait mentionner ici le cas où l'auteur de la lésion corporelle simple s'est servi du poison. Nous attendrons d'avoir entendu les motifs de M. de Muralt avant de nous prononcer sur sa proposition.

3. Au chiff. 2 de l'art. 109, la rédaction de la commission ne modifie pas le sens du texte du Conseil fédéral; elle vise seulement à rendre ce sens plus clair.

4. A l'art. 111, votre commission propose de parler d'atteinte à l'intégrité corporelle « ou à la santé », comme aux art. 108 et 109. A ce propos et en ce qui concerne la propagation, intentionnelle ou par négligence, de maladies « dangereuses ou transmissibles », j'attire votre attention sur l'art. 196 — lex specialis dont nous parlerons plus tard.

5. A l'art. 111, second alinéa, la commission n'est pas arrivée du premier coup à la solution proposée aujourd'hui. Elle a décidé tout d'abord — voyez le texte imprimé que vous avez sous les yeux — de vous proposer deux amendements au second alinéa de l'art. 111.

a) Le premier consistait à biffer les mots: « Et la peine sera l'emprisonnement jusqu'à trois ans. » Vous avez en effet décidé, à propos de l'art. 35, d'élever à trois ans le maximum général de l'emprisonnement. Il était donc superflu de parler de ce maximum à l'art. 111, second alinéa.

b) D'autre part, dans le même al. 2 de l'art. 111, la commission avait en outre, tout d'abord, biffé les mots « si la lésion est grave ». C'était là en effet un vestige de « Erfolgshaftung » qui ne cadrerait pas avec le système général du projet.

Tels étaient les décisions primitives de la commission au sujet du second alinéa de l'art. 111; mais, en définitive, dans sa session de septembre 1928, la commission s'est décidée à faire un pas de plus. Ayant biffé l'al. 2 de l'art. 104, suppression que vous avez approuvée avant-hier, la commission a, pour des raisons analogues, décidé de biffer également le second alinéa de l'art. 111 qui fait pendant à l'art. 104, al. 2. Voyez dans le même sens le projet allemand de 1927, § 268.

D'autre part, les peines prévues par l'art. 111, al. 1, étant l'emprisonnement ou l'amende, l'art. 47, second

alinéa, rend ici superflu le maintien de la dernière phrase de l'al. 2, qui dit: « Le juge pourra cumuler l'amende avec l'emprisonnement. »

Sur ce point, donc, la commission vous propose une solution différente de celle que vous avez adoptée avant-hier pour l'art. 104, second alinéa.

Au bénéfice de ces explications, je vous recommande d'adopter l'art. 111 en le rédigeant comme suit:

« Celui qui, par négligence, aura causé des lésions corporelles, sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement ou de l'amende. »

6. Enfin, en sixième et dernier lieu, une remarque encore. La contravention de voies de fait, visée à l'art. 111bis, est à la fois parente et distincte des délits de lésions corporelles. Ce qui l'en distingue, c'est que celui qui se livre à des voies de fait n'a pas l'intention de porter atteinte à l'intégrité corporelle ou à la santé de la victime; il veut simplement lui porter un coup, la bousculer; une distinction analogue est à faire entre les voies de fait et l'injure. Exemple: Un soufflet, la voie de fait typique, est une injure et doit être punie comme injure quand l'intention du délinquant était d'outrager la victime, de porter atteinte à son honneur. Sinon, il y a voie de fait et l'art. 111bis est applicable. Je rappelle enfin que les art. 27 à 30 de la partie générale sont applicables aux contraventions et, notamment, à celles que prévoit la partie spéciale du Livre 1^{er} (voir art. 96bis et 288).

Ces explications données — je m'excuse d'avoir mis votre patience à l'épreuve; cela était nécessaire à cause de la nouveauté relative des principes qui sont à la base du projet en ce qui concerne les lésions corporelles — je vous recommande d'adopter les art. 109 à 111bis, tels qu'ils vous sont proposés par la commission, sous réserve de ce que nous pourrions éventuellement vous proposer d'y ajouter après avoir entendu M. de Muralt.

M. de Muralt: J'ai le plaisir de déclarer ici que, pour une fois je suis pleinement d'accord avec les représentants de la commission. Je suis d'accord alors qu'ils défendent le principe de la responsabilité en raison de la culpabilité et non pas en raison des résultats du délit. J'aurais même pour ma part, voulu aller plus loin et introduire dans le projet certaines dispositions du code neuchâtelois ou du projet de M. Capt, qui prévoient des peines plus fortes pour les voies de fait en cas de guet-apens, en cas d'attentat commis par plusieurs personnes réunies, ou encore en cas d'attentat commis sur un ascendant.

Mais on nous a fait très nettement comprendre, l'autre jour, qu'il ne fallait pas chercher à prévoir trop de dispositions spéciales et nous avons pu nous convaincre que sur ce point la commission et l'assemblée, qui la suit comme un seul homme, étaient irréductibles. Dans ces conditions, je ne voudrais pas vous faire perdre votre temps en vous faisant une proposition qui n'aurait aucune espèce de chance de succès.

En revanche, il m'a paru qu'il y a un point qu'il est peut-être intéressant de marquer, une circonstance qui, à première vue, peut sembler n'être pas prévue par le code et qui cependant l'est certainement. C'est le cas où l'attentat sur la personne, sur un être humain, est commis par l'administration d'une substance qu'on peut englober sous l'expression de

poison. Je crois que l'intention des auteurs du code est bien de viser aussi ce cas lorsque'ils disent à l'art. 108: « celui qui intentionnellement fait subir à une personne... toute autre atteinte grave à l'intégrité corporelle ou à la santé physique ou mentale... » Cette atteinte peut être causée par n'importe quel moyen, aussi bien par un liquide corrosif ou un poison que par le recours à une arme ou par un simple coup de poing. Mais l'emploi d'une substance nocive doit être assimilé, me semble-t-il, à l'emploi d'une arme, d'un instrument dangereux, parce que de son emploi résulte un danger plus grave pour la victime. Et du moment que l'on prévoit dans l'art. 109, 2^e al., que la poursuite aura lieu d'office si le délinquant a fait usage d'une arme ou d'un instrument dangereux, il est logique de faire aussi mention, parmi les cas entraînant la poursuite d'office, du cas où le délinquant s'est servi du poison.

A l'appui de ma proposition, je veux citer des législations cantonales relativement récentes, par exemple le code neuchâtelois, où il est dit:

« L'administration de substances nuisibles à la santé, faite volontairement sans intention de donner la mort », — il va sans dire que si l'auteur du délit a voulu donner la mort, il s'agit d'une tentative d'homicide et non plus du délit qui nous occupe en ce moment, — « est assimilée aux coups et blessures et punie, selon les cas, des peines établies au présent chapitre. »

Dans le code pénal fribourgeois, il est dit:

« Celui qui dans l'intention de nuire à la santé d'autrui lui administre du poison est puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de la prison pour trois ans au moins. »

Telles sont, Messieurs, les raisons pour lesquelles il me paraît juste d'introduire dans le second alinéa de l'art. 109 la mention du poison. Et je pense qu'étant donnée l'attitude bienveillante de MM. les rapporteurs de la commission à l'égard de ma proposition, celle-ci sera approuvée par ce conseil.

Seiler, Berichterstatter: Ich kann Ihnen persönlich erklären, daß ich dem Antrag von Herrn de Muralt zustimme. Die Ergänzung scheint mir gerechtfertigt zu sein.

M. Logoz, rapporteur: Je suis d'accord avec M. le président de la commission. Le poison est une arme perfide. C'est pourquoi certains ont dit que l'empoisonnement est l'arme des femmes — depuis Locuste jusqu'à la marquise de Brinvilliers!

J'accepte donc la proposition de M. de Muralt, qui, par ailleurs, permettra sans doute à la commission de rédaction, lorsqu'elle reverra le texte du projet, d'examiner si le mot « poison » doit être maintenu, ou s'il convient de le remplacer par une expression telle que « substance nocive ». (M. de Muralt: Je suis d'accord.)

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 112—116.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 112. Wer einen Hilflosen, der unter seiner Obhut steht oder für den er zu sorgen hat, einer Ge-

fahr für das Leben oder einer schweren unmittelbaren Gefahr für die Gesundheit aussetzt,

wer einen Hilflosen, der unter seiner Obhut steht oder für den er zu sorgen hat, in einer Gefahr für das Leben oder in einer schweren unmittelbaren Gefahr für die Gesundheit im Stiche läßt,

wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Hat die Aussetzung den Tod des Ausgesetzten zur Folge gehabt und konnte der Täter diesen Erfolg voraussehen, so wird er mit Zuchthaus bestraft.

Art. 112bis. (vgl. 296, Abs. 2). Wer jemanden, den er verletzt hat, oder der durch ein Fahrzeug, ein Reittier oder ein Zugtier, das der Täter benutzt, verletzt worden ist, im Stiche läßt, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Art. 113. Wer einen Menschen wissentlich und gewissenlos in unmittelbare Lebensgefahr bringt, wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Handelt der Täter aus Gewinnsucht, so wird mit der Freiheitsstrafe Buße verbunden.

Hat die Tat den Tod zur Folge gehabt, so wird der Täter mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Art. 114. Ziffer 1: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Ziffer 2: Streichen.

Art. 115. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Art. 116. 1. Der Zweikampf mit Waffen wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren, in leichten Fällen mit Buße bestraft.

Schützen sich die Kämpfenden durch geeignete Vorkehrungen gegen Lebensgefahr, so ist die Strafe Haft oder Buße.

Die Strafe ist Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren, wenn nach der Verabredung der Zweikampf den Tod eines der Kämpfenden herbeiführen soll.

2. Wer den Regeln des Zweikampfes wissentlich zuwiderhandelt und seinen Gegner infolgedessen tötet oder verletzt, wird wegen Tötung oder Körperverletzung bestraft.

3. Sekundanten, Zeugen, Aerzte und andere Teilnehmer sind wegen Teilnahme am Zweikampf nur strafbar, wenn sie dazu aufgereizt haben.

Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 116. 1. Der Zweikampf mit Waffen wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft.

Die Strafe ist Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren, wenn nach der Verabredung der Zweikampf den Tod eines der Kämpfenden herbeiführen soll.

2. Wer im Zweikampf seinen Gegner tötet oder körperlich verletzt, wird wegen Tötung oder Körperverletzung bestraft.

3. Aerzte sind wegen Teilnahme am Zweikampf strafbar nur, wenn sie zum Zweikampf aufgereizt haben.

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 112. Celui qui, ayant la garde d'une personne hors d'état de se protéger elle-même ou le devoir de

veiller sur elle, l'aura exposée à un danger de mort ou à un danger grave et imminent pour sa santé,

celui qui, ayant la garde d'une personne hors d'état de se protéger elle-même ou le devoir de veiller sur elle, l'aura abandonnée alors qu'elle se trouvait en danger de mort ou en un danger grave et imminent pour sa santé,

sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement pour un mois au moins.

La peine sera la réclusion, si la victime est morte des suites du délit et si le délinquant avait pu prévoir ce résultat.

Art. 112bis. (Voir art. 296, 2^e al.). Celui qui aura abandonné, sans la secourir, une personne blessée soit par lui, soit par un véhicule ou un animal de selle ou de trait dont il se servait, sera puni ou de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 113. Celui qui, sciemment et sans scrupule, aura mis une personne en un danger de mort imminent, sera puni de la réclusion jusqu'à trois ans ou de l'emprisonnement pour un mois au moins.

Si le délinquant a agi dans un but de lucre, le juge prononcera en outre l'amende.

La peine sera la réclusion jusqu'à dix ans, si le crime ou délit a entraîné la mort.

Art. 114. Chiff. 1: Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Chiff. 2: Biffer.

Art. 115. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 116. 1. Le duel entre adversaires armés sera puni de l'emprisonnement jusqu'à cinq ans, ou, dans les cas de peu de gravité, de l'amende.

La peine sera les arrêts ou l'amende, lorsque les combattants auront pris des précautions propres à écarter le danger de mort.

La peine sera l'emprisonnement pour un à cinq ans, si, d'après les conditions, le combat devait continuer jusqu'à la mort d'un des adversaires.

2. Celui qui aura sciemment enfreint les règles du combat et qui, grâce à cette déloyauté, aura tué ou blessé son adversaire, sera puni pour meurtre ou lésions corporelles.

3. Les seconds, les témoins, les médecins et les autres auxiliaires ne seront punis pour participation au duel que s'ils ont excité les adversaires à se battre.

Minorité:

(Affolter et cosignataires.)

Art. 116. 1. Le duel entre adversaires armés sera puni de l'emprisonnement jusqu'à cinq ans.

La peine sera l'emprisonnement de un à cinq ans si, d'après les conditions, le combat devait continuer jusqu'à la mort d'un des adversaires.

3^e alinéa: Biffer.

2. Celui qui aura tué ou blessé son adversaire sera puni pour meurtre ou lésions corporelles.

3. Les médecins ne seront punis pour participation au duel que s'ils ont excité les adversaires à se battre.

Seller, Berichterstatter der Mehrheit: Die Aussetzung, die Lebensgefährdung und der Zweikampf sind typische Gefährdungsdelikte. Ein Erfolg ist nicht vorausgesetzt. Der Unterschied zwischen der

Aussetzung, Art. 112 und der Gefährdung des Lebens, Art. 113 besteht darin, daß bei der Aussetzung die Verletzung besonderer Pflichten der Obhut oder Fürsorge verletzt werden, währenddem bei der Gefährdung des Lebens die Verletzung der allgemeinen Menschenpflicht vorliegt. In beiden Fällen wird eine unmittelbare Gefahr vorausgesetzt; daß in Art. 112 die Voraussetzung der Gewissenlosigkeit nicht verlangt wird wie in Art. 113, ist selbstverständlich; in der Aussetzung oder im Imstichlassen einer hilflosen, der Fürsorge bedürftigen Person liegt ohnehin eine Gewissenlosigkeit. Was aber bedeutet «gewissenlos»? In der Expertenkommission wollte der Ausdruck ersetzt werden durch «unter Verletzung einer gesetzlichen Pflicht». Schließlich ist der Ausdruck aber beibehalten worden, ohne daß seine Bedeutung voll abgeklärt worden wäre. Der Richter wird hier eben nach seinem Gefühl abwägen. Ausgegangen ist der Artikel von der Gefährdung der Arbeiter im Baugewerbe. Er ist dann in eine allgemeine Fassung gebracht worden. Der Zusammenhang mit Art. 195 dürfte noch abzuklären sein. Vielleicht könnte man sich dann doch noch mit der Streichung von Art. 113 befreunden, die in der Kommission nur mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden ist.

In den beiden Art. 112 und 113 hat die Kommission eine Ergänzung angebracht. Sie sieht als einzige Strafe Zuchthausstrafe vor, wenn der Tod eingetreten ist und wenn der Täter diesen Erfolg voraussehen konnte. Es ist das eine analoge Regelung wie bei Art. 108 und 109.

Art. 112bis ist aus dem Uebertretungsrecht übernommen worden. Das Imstichlassen Verletzt ist namentlich in der heutigen Zeit der Autoraserei und der Lustfahrten eine traurige Erscheinung geworden. Die Bestrafung mit Haft oder Buße ist der Tat nicht angemessen, deshalb hat die Kommission Gefängnis oder Buße vorgesehen. Damit ist die Tat nicht mehr als Uebertretung zu taxieren, sondern als Verbrechen oder Vergehen, da gemäß Art. 96bis nur die mit Haft oder Buße bestrafte Tatbestände als Uebertretungen zu behandeln sind.

Art. 114—116 regeln den Zweikampf. Zweikampf ist nach dem Text nur ein Kampf mit Waffen. Das Boxen, das auch gefährlich werden kann, fällt somit nicht unter Strafe. Daß die Waffen tödlich seien, ist nicht verlangt. Das Delikt ist ein delictum sui generis. Unter die ordentlichen Bestimmungen fällt die Tat für den, der wissentlich den Regeln des Zweikampfs entgegenhandelt. In der Expertenkommission hat sich von Planta, der als Student selbst eifrig die Mensur betrieben hatte, für eine mildere Bestrafung gewehrt, als sie im Vorentwurf vorgesehen war. Besonders für die studentische Mensur mit den nötigen Schutzmitteln hat er Haft oder Buße verlangt. In unserer Kommission ist an den Resultaten der Expertenkommission nichts Wesentliches geändert worden. Die Herausforderung zum Zweikampf wird, trotzdem sie nur Vorbereitungshandlung ist, unter Strafe gestellt. Allerdings ist die Strafe eine milde. Gestrichen hat die Kommission Ziff. 2 von Art. 114. Nach dieser Bestimmung wäre der Kontrahent, der den Zweikampf nachträglich verhindert, straflos gewesen. Was bedeutet «verhindern»? Ist das ein positives Handeln oder bloß Passivität, Passivität durch Kneifen? Wer herausfordert, soll nach Ansicht der Kommission bestraft werden. Das alles ist nun

allerdings nicht so gefährlich, weil es in der Regel nicht auskommt!

Die Aufreizung zum Zweikampf, Art. 115, wird strenger bestraft, als die Herausforderung. Dies ist durchaus erklärlich.

Die Hauptfragen ergeben sich bei Art. 116, beim eigentlichen Zweikampf selbst. Hier klaffen die Auffassungen auseinander. Unser verstorbener Kollege Naine wollte anfänglich den Zweikampf zur gewöhnlichen Rauferei, oder aber zur Tötung oder Körperverletzung stempeln; von anderer Seite wurde eine wesentliche Vereinfachung vorgeschlagen. Mit überwiegender Mehrheit wurde an der besondern Behandlung des Delikts festgehalten. Beim Zweikampf ohne Komplikationen soll nun aber nach dem Beschluß der Kommission auch Buße ausgesprochen werden können. Die Umstellung von Abs. 2 und 3 der Ziff. 1 ist nicht nur redaktionell. Geht die Verabredung auf Tötung, so soll die Gefängnisstrafe mindestens ein Jahr sein, auch wenn alle Schutzmaßnahmen getroffen sind. Rein redaktionell ist dagegen die neue Fassung von Ziff. 3.

Die strengere Auffassung vertreten die Herren Affolter und Mitunterzeichner. Sie ändern zwar an den Hauptstrafen nichts, lassen aber die Milderung im Falle der Schutzvorkehrungen nicht gelten. Im Falle des Todes oder der Körperverletzung eines der Kämpfer sollen immer die Strafen der Tötung oder der Körperverletzung eintreten, nicht nur dann, wenn, wie Bundesrat und Kommission es vorsehen, den Regeln des Zweikampfes wesentlich zuwidergehandelt worden ist. Sekundanten, Zeugen und andere Teilnehmer sollen nach dem Minderheitsantrag wegen Teilnahme bestraft werden; auch wenn sie nicht zum Zweikampf aufgereizt haben. Nur die Aerzte sollen frei sein, wenn sie nicht gereizt haben.

Der Rat wird hier zu entscheiden haben. Er dürfte sich unzweifelhaft von der Erwägung leiten lassen, daß der Zweikampf, der nach bestimmten Regeln gemäß Vereinbarung vor sich geht, nicht auf die gleiche Linie zu stellen ist, wie der einseitige Angriff dessen, der einen andern wider Willen tötet oder verletzt. Auch die Tötung auf Verlangen des Art. 101 ist privilegiert und im übrigen geht ja das Gesetz hier weit über den Rechtssatz hinaus: *volenti non fit injuria*.

Ich beantrage Ihnen die Annahme des Antrags der Kommission zu Art. 114 und der Kommissionsmehrheit zu Art. 116.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Nous passons maintenant à un certain nombre de délits de « mise en danger de la vie ou de la santé d'autrui. »

L'art. 112, tout d'abord, qui réprime l'exposition, a été complété par votre commission qui vous propose d'y ajouter un alinéa disant:

« La peine sera la réclusion, si la victime est morte des suites du délit et si le délinquant avait pu prévoir ce résultat. »

L'avant-projet de 1903 contenait déjà une disposition de ce genre. Nous n'avons donc rien inventé.

D'une façon générale, le délit d'exposition visé à l'art. 112 ne peut être commis que par une personne ayant la garde de la victime pour une raison quelconque (parenté) ou ayant l'obligation contractuelle, par exemple, de veiller sur elle. Songez au guide à la montagne, à l'infirmier vis-à-vis de son malade, etc.

Quant à la victime du délit d'exposition, elle ne peut être qu'une personne hors d'état de se protéger elle-même. Si la personne abandonnée ou exposée pouvait pourvoir elle-même à ses besoins ou à sa défense, l'art. 112 n'est plus applicable. En revanche il peut y avoir lieu d'appliquer l'art. 113.

Art. 112bis, « abandon d'un blessé ». La commission vous propose de prévoir à la suite de l'art. 112, dans un art. 112bis, l'infraction qu'elle a baptisée « abandon d'un blessé ». Cette infraction qui a en effet une certaine parenté avec le délit d'exposition prévu à l'art. 112, est le résidu, assez maigre d'ailleurs, d'un ensemble de dispositions que le projet du Conseil fédéral groupe, dans son art. 296, sous le titre « Omission de prêter secours en cas d'urgence ».

Cet art. 296 du Conseil fédéral ne prévoit pas moins de 5 contraventions, dont chacune fait l'objet d'un alinéa spécial:

1. L'al. 1 sanctionne l'obligation de prêter secours, même sans en être requis, à une personne en danger de mort. C'est un appel à la solidarité, par exemple en montagne ou sur l'eau.

La commission a cependant biffé cet alinéa premier de l'art. 296 qui lui a paru être de nature à conduire trop loin. De l'avis de la commission, c'est de la morale, plutôt que du droit, que doivent relever les situations auxquelles se rapporte l'art. 296, premier alinéa.

2. L'al. 2 de l'art. 296, en revanche, a été maintenu par la commission, qui vous propose d'en faire l'art. 112 bis auquel je reviendrai tout à l'heure.

3. L'infraction du troisième alinéa de l'art. 296, que la commission vous propose de biffer, consiste à se dérober à un devoir de porter un secours, imposé par la loi elle-même.

La commission estime que c'est à la législation cantonale — par exemple sur l'exercice des professions médicales, qu'il faut laisser le soin d'édicter les dispositions de police nécessaires à cet égard.

4. La commission propose également la suppression des al. 4 et 5 de l'art. 296. L'al. 4 vise le cas de secours requis par la police, par exemple comme le font déjà les dispositions de certaines législations cantonales, ainsi à Berne et à Bâle. Cet alinéa a paru, lui aussi, pouvoir mener trop loin. La commission pense préférable de laisser cette matière au droit de police cantonal, de même que la contravention prévue à l'al. 5 de l'art. 296 et qui consiste à « empêcher un tiers de prêter secours » ou à « l'entraver dans l'accomplissement de ce devoir. »

En définitive, donc, des dispositions de l'art. 296 dont la plupart visaient à punir, d'ailleurs légèrement, le non-accomplissement de certains devoirs moraux d'altruisme, la commission n'a laissé subsister qu'une seule, celle dont elle vous propose de faire l'art. 112bis.

De plus, dans sa session de septembre dernier et sur la proposition du T. C. S., la commission a décidé de vous proposer de punir l'infraction de l'art. 112bis (« Abandon d'un blessé ») non pas seulement des arrêts et de l'amende, mais de l'emprisonnement et de l'amende. Comme le déclare avec raison le T. C. S., il y a des automobilistes sans vergogne, vis-à-vis desquels, dans le cas prévu à l'art. 112bis, les arrêts ne sont pas une peine suffisante; il faut l'emprisonnement. C'est déjà dans ce sens que parle le droit de certains cantons et notamment de celui que j'ai

l'honneur de représenter. Dès 1928, à Genève, le délit de fuite est passible de l'emprisonnement.

D'accord avec le T. C. S., nous vous proposons donc de faire de l'infraction de l'art. 112bis, non une contravention, mais un délit proprement dit.

Art. 113. La commission vous propose de compléter l'art. 113, intitulé « Mise en danger de la vie d'autrui », dans le même sens que l'art. 112: voyez le dernier alinéa.

La rédaction différente de ce dernier alinéa, dans les art. 112 et 113, s'explique par la nature différente des deux délits. Dans le cas de l'art. 113, si la victime est morte, le délinquant aura toujours pu prévoir ce résultat, puisqu'il a « sciemment » exposé la victime « à un danger de mort imminent ».

Certains se sont demandé, M. le président de la commission l'a rappelé tout à l'heure, si cet art. 113 était bien nécessaire. Cet article parle de celui qui, sciemment et sans scrupule, aura mis une personne en un danger de mort imminent; il le punit de la réclusion jusqu'à trois ans ou de l'emprisonnement pour un mois au moins; plus loin, cet article ajoute: « Si le délinquant a agi dans un but de lucre, le juge prononcera en outre l'amende ». Tout cela est-il bien nécessaire ?

Avec le Conseil fédéral, votre commission répond par l'affirmative. Elle considère cette disposition comme une règle utile de la législation protectrice du travail. On peut se demander seulement si l'al. 2 ne fait pas double emploi avec l'art. 47, 1^{er} al., de la partie générale. C'est une question que le Conseil des Etats pourra réexaminer.

Et maintenant, prenons les art. 114 à 116; ces articles — les seuls qui donnent lieu à des propositions de minorité — consacrent au duel des dispositions simples, claires et raisonnables.

La coutume du duel a beau être, heureusement, peu répandue en Suisse, le code pénal doit s'occuper du duel. Car là où la loi est muette (en France, par exemple) la pratique judiciaire, lorsqu'il advient que la question lui soit posée, hésite et oscille entre l'impunité et la répression.

En Suisse, d'ailleurs, tous les codes cantonaux contiennent des dispositions sur le duel, sauf — si je ne fais erreur — ceux de Genève et du Tessin.

Juridiquement, il est absolument justifié d'ériger le duel en délit. Le législateur doit intervenir pour empêcher que certaines gens ne puissent jouer, non seulement avec leur propre santé ou leur propre vie — ce qui, à la rigueur, serait leur droit — mais aussi avec celle d'autrui. La loi ne doit, à cet égard, pas connaître de privilège de castes, pas plus ici qu'ailleurs.

Mais si le duel doit être puni, la loi doit le réprimer en tenant compte de sa nature propre, ainsi qu'elle le fait pour toutes les infractions.

Le duel est incontestablement un délit sui generis. Tous les criminalistes qui l'ont étudié sont d'accord là-dessus.

En particulier, le duel régulier, même suivi de mort ou de blessures, n'est assimilable ni à l'homicide, ni aux lésions corporelles, ni même à la rixe. Il est profondément différent de tous ces délits, ne fût-ce que parce que c'est un combat concerté, impliquant un accord préalable, donc un combat accepté par les deux adversaires, ce qui n'est le cas, ni en matière de meurtre, ni pour les lésions corporelles, ni même en matière de rixe. En outre, c'est un combat à

armes égales, devant témoins chargés d'en contrôler la loyauté, et c'est un combat soumis à l'application de règles strictes, visant elles aussi à maintenir une certaine égalité entre les adversaires.

Rien de pareil, je le répète, n'existe en matière d'homicide, de lésions corporelles ou de rixe. Et, soit dit en passant, cela me paraît condamner le chiff. 2 de la proposition de minorité, faite à l'art. 116 par MM. Affolter et consorts.

Comme l'admet très justement le projet du Conseil fédéral, quand il y a eu mort d'homme ou blessures, ce n'est qu'en cas de félonie, de déloyauté — cela n'est justement pas prévu dans la proposition de la minorité — ce n'est qu'en cas de félonie, de déloyauté, d'inobservation des règles convenues, qui auraient été la cause de cette issue grave, qu'on peut songer à punir pour meurtre ou lésions corporelles — et seulement le duelliste déloyal. Car alors, pour lui, il n'y a plus duel véritable.

Cela dit au sujet de la nature juridique du duel, deux mots des art. 114 à 116 et des amendements que votre commission vous propose d'y apporter.

L'art. 114, tout d'abord, punit la provocation, c'est-à-dire un simple acte préparatoire au duel. La peine est du reste légère. La commission estime que le chiff. 2 de cet article, prévoyant le cas de l'adversaire qui a lui-même empêché la rencontre, peut être biffé. Elle craint que cette disposition ne devienne une espèce de prime à la lâcheté de l'un des adversaires. On pourrait discuter; mais la question étant, somme toute, d'assez mince importance, je n'insiste pas sur ce point.

L'art. 115 réprime ensuite un acte fort peu sympathique: celui qui consiste à souffler sur le feu auquel d'autres pourront se griller les doigts. Votre commission approuve pleinement cet art. 115.

L'art. 116, enfin, vise le duel lui-même, mais sans le définir. Il dit simplement qu'il faut que les adversaires soient armés — arme à feu ou arme blanche, peu importe. Une lutte à coups de poings, en revanche, peut donc être un match de boxe; ce n'est pas un duel au sens de l'art. 116.

En revanche, l'art. 116 n'exige pas expressément que l'on se soit servi d'armes « meurtrières ». Il n'emploie pas cette expression dont se servent certains codes. C'est là, a-t-on dit, une notion vague, imprécise, et qui n'ajouterait pas grand'chose à la clarté de notre texte. Au surplus, le projet prévoit expressément et met à part le seul cas dans lequel on puisse éprouver des doutes à ce sujet: celui du duel d'étudiants. Voyez, dans le texte du Conseil fédéral, le chiff. 1, al. 3, de l'art. 116.

Cela dit, trois remarques encore, et j'aurai fini.

1. Le projet du Conseil fédéral punit le duel normal, si je puis dire ainsi, de l'emprisonnement jusqu'à cinq ans (art. 116, chiff. 1, al. 1). La commission vous propose de prévoir aussi l'amende, infligeable seule, pour les cas « de peu de gravité ».

Personnellement — je me permets de le dire d'emblée pour n'avoir pas à reprendre la parole sur ce point — je suis ici pleinement d'accord avec la minorité, qui propose de maintenir le texte du Conseil fédéral. Si le duel est en lui-même un délit assez grave pour qu'on élève, à son égard, comme le fait le projet, la limite supérieure normale de l'emprisonnement qui est de trois ans, — et si, au surplus, avec le projet du Conseil fédéral tel que l'a adopté

la majorité de la commission, on met à part la « Mensur » pour la punir moins sévèrement, je ne vois pas, je l'avoue, quels pourraient être les « cas de peu de gravité » où l'amende serait une peine suffisante.

N'oublions pas que le duel est un délit intentionnel de mise en danger de la vie ou de l'intégrité corporelle d'autrui. C'est donc un délit relativement grave et pour lequel, sous réserve des circonstances atténuantes qui peuvent exister au sens de l'art. 61, la peine de l'emprisonnement prévue par le projet du Conseil fédéral me paraît pleinement justifiée.

2. Seconde remarque: Comme je le relevais tout à l'heure, le projet du Conseil fédéral (art. 116, chiff. 1, al. 3) met à part le cas où « les combattants auront pris des précautions propres à écarter le danger de mort ». Il s'agit là du duel d'étudiants. Dans ce cas, la peine est moindre (arrêts ou amende), selon le projet du Conseil fédéral.

La majorité de la commission est d'accord avec cette solution. La minorité, au contraire, propose de biffer cet alinéa, c'est-à-dire d'assimiler le duel d'étudiants au duel ordinaire.

Ici, je vous recommande d'adopter la proposition de la majorité de la commission et du Conseil fédéral, c'est-à-dire de maintenir le texte primitif du projet. La « Mensur » doit être punie, c'est entendu. « Pour nous autres Latins — disait mon maître Alfred Gautier à la seconde commission d'experts — ces combats où l'on se défigure sans colère nous paraissent heurter l'esthétique aussi bien que le bon sens; il y a d'autres manières de prouver son courage. »

Mais il faut tout de même reconnaître que la « Mensur » est une forme anodine du duel. La culpabilité des participants est moindre, puisque les adversaires ne veulent ni se tuer, ni même se blesser gravement. Il est donc juste que la peine encourue soit moins sévère que celle du duel ordinaire.

3. Enfin, troisième et dernière remarque: Dans le projet du Conseil fédéral, l'art. 116, chiff. 2, dit que celui qui aura sciemment enfreint les règles du combat et qui, du fait de cette déloyauté, aura tué ou blessé son adversaire, sera puni pour meurtre ou lésions corporelles.

Une minorité de la commission propose, au contraire, de dire simplement: « Celui qui aura tué ou blessé son adversaire sera puni pour meurtre ou lésions corporelles ».

La différence est importante. Je vous ai dit, tout à l'heure, pourquoi la proposition de la minorité de la commission ne me paraît pas devoir être acceptée, sous réserve de ce que pourrait m'apprendre de nouveau celui des signataires de cette proposition qui la défendra tout à l'heure. Jusqu'à plus ample informé, je pense que la proposition de la minorité de la commission, à l'art. 116, chiff. 2, méconnaît la nature particulière du duel. Ce n'est que s'il y a eu félonie, violation des règles du combat ayant entraîné la mort ou des lésions corporelles, que l'on peut songer à punir pour meurtre ou pour lésions corporelles. En le disant, le texte du Conseil fédéral et de la majorité de la commission tient compte des caractères propres du duel. Je ne puis que vous en recommander l'adoption.

Quant au chiff. 3 de la proposition de la minorité, je me réserve d'y revenir après avoir entendu l'exposé des motifs à l'appui de cette proposition.

Farbstein, Berichterstatter der Minderheit: Ein wesentlicher Unterschied zwischen der Vorlage der Kommissionsmehrheit und der Vorlage der Kommissionsminderheit ist folgender: Die Kommissionsmehrheit will die Sekundanten wegen Teilnahme nur unter bestimmten Voraussetzungen bestrafen, die Kommissionsminderheit will die Sekundanten immer wegen Teilnahme bestrafen. Im weiteren besteht noch folgender Unterschied. Die Kommissionsmehrheit will nur dann die Vorschriften über Tötung und Körperverletzung zur Anwendung bringen, wenn der Duellant wissentlich gegen die Regeln des Zweikampfes gehandelt hat; die Kommissionsminderheit will dagegen immer die Vorschriften über Tötung und Körperverletzung zur Anwendung bringen, wenn die Tötung eine Folge des Duells gewesen ist. Die Kommissionsmehrheit will also bei der Tötung, einem der schwersten Delikte, ein Privileg zugunsten des Duells schaffen. Der Referent der Kommissionsmehrheit hat in seinem Referat auf Art. 101 des Entwurfes verwiesen. Dieser Hinweis ist aber unrichtig: Beim Duell stellt nicht der Duellant das ernstliche und dringende Verlangen getötet zu werden, sondern das Gegenteil ist der Fall: Der Duellant will den Gegner töten oder verletzen. Für alle Fälle liegt hier dolus eventualis vor. Es ist doch merkwürdig, daß man bei der Unterbrechung der Schwangerschaft so scharf gegen die Mutter vorgeht, weil sie das keimende Leben tötet; plötzlich beim Duell, wo es sich um Tötung handelt, ist man bereit, ein Privileg zu schaffen zugunsten einer bestimmten Kaste, einer bestimmten Klasse, die glaubt, die verletzte Ehre könne nur dann repariert werden, wenn man mit der Waffe in der Hand gegeneinander losgeht. Heute vormittag als es sich um die Frage der Unterbrechung der Schwangerschaft handelte, hat Herr Grünenfelder das fünfte Gebot zitiert, das lautet: Du sollst nicht töten. Es stimmt; es heißt: Du sollst nicht töten. Aber es gibt nicht ein fünftes Gebot « bis », das lautet: Du sollst im Duell töten. Die Kommissionsmehrheit will dagegen ein Gebot 5bis einführen: Du darfst im Duell töten. Ich beantrage, die Anträge der Kommissionsminderheit anzunehmen.

Jaggi: Ich möchte den strengeren Antrag der Kommissionsminderheit unterstützen. Lauter denn je wird heute im ganzen Leben der Gesellschaft wie auch im Leben der Völker der Grundsatz betont, daß das Recht über der Gewalt stehe. Und es sollen gerade, meine ich, die Gebildeten diesen Geist in die Welt hineinbringen. Dazu paßt offenbar die Austragung von gewöhnlichen Ehrenhändeln durch Zweikampf oder auch durch Mensur schon gar nicht mehr. Auch wir haben darum weniger denn je Verständnis für « die Regeln des Zweikampfes », von denen im Entwurf gesprochen wird. Wir können sie nicht als Bestandteil einer Gesetzesbestimmung aufnehmen und dadurch indirekt anerkennen, daß der Zweikampf etwas weniger Rohes und Verwerfliches sei als eine gewöhnliche Körperverletzung.

Es sei hier auf eine bemerkenswerte Erscheinung hingewiesen. Trotz allen furchtbaren Lehren des vergangenen Krieges ist das Waffenstudententum in Deutschland, namentlich in den nationalistischen Verbänden, stark im Zunehmen begriffen; von dort her droht vielleicht eine gewisse Gefahr der Ansteckung. Es ist der verkappte Geist eines verwerf-

lichen Militarismus im übelsten Sinne des Wortes, der sich da breit macht, ein überhebliches, stolzes Kraft- und Gewaltprotzenthum. Wir sehen, daß in Deutschland die katholische wie übrigens auch die sozialdemokratische Presse einen steten Kampf gegen diese Bewegung zu führen hat. In Zentrumsblättern habe ich von Fällen gelesen wo Gesellschaftskreise, die in falschen Ehrbegriffen verstockt sind, ehrenwerte Männer bloß deswegen, weil diese aus Gewissensgründen ein Duell ablehnten, gesellschaftlich geächtet und in ihrer amtlichen Stellung schwer angegriffen haben. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß unsere katholische Kirche Duelle und Mensuren ohne Unterschied mit strengen kirchlichen Strafen ahndet und den im Duell Gefallenen das kirchliche Begräbnis verweigert.

Die Auffassung, als ob die verletzte Ehre dadurch wieder hergestellt werden könnte, daß der Beleidigte den andern über den Haufen schießt oder ihm mit größerem Erfolg Verletzungen beibringt, die muß vom schweizerischen Gesetzgeber bei diesem Anlaß ausgerottet werden. Die Tatsache, daß solche Anschauungen, Ueberreste des alten Faustrechtes, in sogenannten gebildeten Kreisen gehegt und gezüchtet werden, muß in meinen Augen eher strafverschärfend als strafmildernd wirken. Gerade an der Intelligenz, an den künftigen Führern des Volkes ist es, in diesem Punkte die bessere Einsicht zu haben. Sie müssen der Welt vorangehen in der Aechtung der unnötigen Gewaltanwendung und in der Höherstellung des Rechtes.

Die «geeigneten Vorkehrungen gegen Lebensgefahr», von denen da die Rede ist, bieten höchstens einen relativen, aber keinen zuverlässigen Schutz, und auf alle Fälle kann es zu bedauerlichen Verletzungen kommen. Und hiezu können wir für die betreffenden Kreise, sagen wir für die Akademiker, kein Ausnahmerecht schaffen. Ich stimme daher zum Antrag der Minderheit und empfehle Ihnen die gleiche Stellungnahme.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: So fürchterlich wie der Herr Vorredner die Sache dargestellt hat, ist sie denn doch nicht. Wir müssen doch feststellen, daß es sich da um ein ganz besonderes Delikt handelt, und es ist sonst Grundsatz, daß man solchen Besonderheiten auch Rechnung trägt. Herr Jäggi will ihnen in der Weise Rechnung tragen, daß er antönt, man sollte noch strenger strafen als im übrigen Recht. Davon kann natürlich keine Rede sein. Ich kenne sehr viele Leute, die als Studenten auf der Mensur gewesen sind und einige schöne Schmissee im Gesicht tragen, und trotzdem die allerbesten Volksmänner geworden sind; kein Mensch kann ihnen nachsagen, daß sie einen besonderen Kastengeist in sich tragen. Ich möchte doch darauf hinweisen, daß bei Körperverletzung und Tötung strenge Strafen vorgesehen sind: Gefängnis bis auf fünf Jahre. Das sind harte Strafen und der Richter kann den Verumständen immer noch Rechnung tragen und dementsprechend etwa die Strafe festsetzen. Wir müssen bei allem doch im Auge behalten, daß es sich um eine Verabredung handelt und daß nicht der Fall vorliegt, wo einer hinterlistig den andern überfällt und verletzt oder vielleicht tötet; dem Umstand der Verabredung muß doch sicherlich Rechnung getragen werden. Ob Sie nun in leichteren Fällen die Geldbußen aus-

schließen wollen und die ordentlichen Bestimmungen gelten lassen wollen, das mögen Sie selber entscheiden. Aber unter Umständen ist eine Geldbuße für den Studenten viel schlimmer als Haftstrafe, bei der er sich erholen und einigermaßen ausruhen kann.

Wenn der Ausdruck «Nationalisten» gefallen ist — Herr Jäggi hat diesen Gedanken aus Deutschland geholt — so kann nach meinen Erfahrungen davon hier keine Rede sein. Daß die Sekundanten immer mitbestraft werden sollen, will mir auch nicht recht in den Kopf. Ich denke, auch in dieser Beziehung sollte eine Ausnahme gemacht werden. Ich möchte Ihnen also beantragen, die Sache im Gesetz als Besonderheit zu behandeln, wie das in der Expertenkommission eingehend besprochen worden ist, und nicht strengere Grundsätze anzuwenden als sonst im Strafgesetz, wo ja doch immer den besonderen Umständen Rechnung getragen wird.

Noch einmal, ich habe gesagt: *volenti non fit injuria*. Das ist ein allgemeiner Rechtsgrundsatz; einigermaßen dürfte man ihm hier doch Rechnung tragen.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Je serai très bref. Je ne veux pas monter le duel en épingle, ce serait absolument superflu. (Rires.) Je dois, cependant, répondre à ce qu'a dit tout à l'heure M. Farbstein. Dans les art. 114 à 116, il n'est pas question de privilège de classe, bien au contraire. Ces dispositions tiennent compte, simplement, de la nature propre de l'infraction qu'il s'agit de réprimer ici. Le duel est un délit sui generis, différent du meurtre par exemple. Le meurtrier n'a pas coutume de mettre une arme dans les mains de sa victime avant de l'aggrédir; il n'a pas coutume de faire connaître ses intentions d'avance à des témoins chargés de surveiller ensuite son opération; il n'a pas coutume de régler au préalable les conditions de sa rencontre avec la victime. Nier cela, c'est nier la lumière du soleil quand le ciel est bleu.

Cela posé, reprenons l'art. 116 tel qu'il est proposé par la minorité socialiste. Que dit le premier alinéa du chiff. 1^{er}? La minorité propose ici de revenir au texte du Conseil fédéral. C'est une question de peine. Le Conseil fédéral proposait de punir le duel ordinaire de l'emprisonnement jusqu'à cinq ans. C'est ce que veut rétablir la minorité de la commission. Je vous ai dit tout à l'heure pourquoi, à mon avis, la solution proposée par le Conseil fédéral est bonne et pourquoi, sur ce point, je suis personnellement d'accord avec la minorité de la commission.

Je ne suis plus d'accord avec elle, en revanche, lorsqu'elle propose de biffer le troisième alinéa du chiff. 1^{er} du texte du Conseil fédéral, qui met à part le duel anodin qu'est la «Mensur», pour le punir moins sévèrement que le duel ordinaire.

On ne peut pas nier que la culpabilité des étudiants qui se battent en duel ne soit moindre que celle des duellistes ordinaires. Si contestable que ce sport puisse être en lui-même, la culpabilité de ceux qui s'y adonnent n'est pas la même que celle de duellistes ordinaires, qui ne prennent aucune précaution pour protéger leur vie et leur intégrité corporelle.

Le projet du Conseil fédéral a donc raison de prévoir, pour le cas du duel d'étudiants, une peine atténuée. Sur ce point, je ne puis pas me ranger à la proposition de la minorité socialiste; mais encore

une fois, je vous prie de croire que ce n'est point là une question de caste ou de classe.

Je ne suis pas d'accord non plus avec la proposition faite par la minorité au chiff. 2 de l'art. 116: punir sans autre, pour meurtre ou lésions corporelles, celui qui aura tué ou blessé autrui en duel. Le projet du Conseil fédéral et de la majorité de la commission tiennent compte de la nature propre du duel — ce que ne fait pas la proposition de la minorité — en disant: « Celui qui aura enfreint les règles du combat et qui, en suite de cette déloyauté, aura tué ou blessé son adversaire, sera puni pour meurtre ou pour lésions corporelles. »

Enfin, que dit le chiff. 3 de la proposition de la minorité?

« Les médecins ne seront punis pour participation au duel que s'ils ont excité les adversaires à se battre. »

Le projet du Conseil fédéral et de la majorité de la commission dit au contraire: « Les seconds, les témoins, puis les médecins et les autres auxiliaires ne seront punis que s'ils ont excité les adversaires à se battre. »

Du texte de la minorité de la commission, il résulte implicitement que les témoins, notamment, pourront être punis comme complices. Cela me paraît inadmissible, si, du moins, les témoins ont fait leur devoir, qui est de ne pas verser de l'huile sur le feu, au contraire, puis, si le duel a lieu, d'en contrôler et d'en assurer la loyauté. Je pense donc, pour ma part, que le projet du Conseil fédéral a raison, ainsi que l'a admis la majorité de la commission, de ne punir les témoins, comme les médecins, que s'ils sont sortis de leur véritable rôle, c'est-à-dire s'ils ont excité les adversaires à se battre.

En résumé, je vous recommande le rejet de l'art. 116 proposé par la minorité de la commission, sous réserve de l'opinion personnelle que j'ai émise au sujet du chiff. 1^{er}, 1^{er} alinéa, de la proposition de la minorité, avec lequel je suis d'accord.

Farbstein, Berichterstatter der Minderheit: Der Herr Kommissionsreferent hat das Wort gebraucht « volenti non fit injuria », oder zu Deutsch, es geschehe niemandem ein Unrecht, wenn er selbst das Unrecht will. Es ist unrichtig, was der Herr Referent der Kommissionsmehrheit gesagt hat. Beim Duell stellt nie der Duellant das Begehren an den Gegner: Ich will erschossen werden, ich will verletzt werden, sondern das Gegenteil ist der Fall, der Duellant sagt: Ich will Dich erschießen, ich will Dich verletzen! Es ist daher unrichtig, wenn der Satz: « volenti non fit injuria » hier angeführt wird.

Sie werden bald sehen, daß hier nun eine Ausnahme zugunsten eines bestimmten Standes gemacht wird. Nehmen wir folgenden Fall an: Es sitzen zwei Leute in einer Wirtschaft und spielen Karten; sie kriegen Streit, so daß der eine dem andern zuruft: Komm heraus, wir wollen es mit der Faust ausmachen! Das ist auch ein Zweikampf. Sie prügeln sich, einer versetzt dem andern Faustschläge, dieser fällt zu Boden und ist vielleicht tot. Werden Sie da nicht sagen: Hier liegt Körperverletzung mit tödlichem Ausgang vor? Oder der eine schlägt dem andern ein Auge aus; da werden Sie nicht sagen, es habe sich ein Zweikampf abgespielt, sondern das ist ein ganz einfacher Raufhandel, und Sie werden den

Menschen, der das Auge dem andern verletzt hat, wegen Körperverletzung bestrafen.

Eine Ausnahme machen Sie, wenn der gleiche Zweikampf sich nicht mit der Faust abspielt, sondern mit der Waffe. Warum? Weil diese Art des Zweikampfes im Mittelalter und noch jetzt ein Privilegium eines bestimmten privilegierten Standes ist. Es sind Leute, die vielleicht nicht gesunde Fäuste haben und die daher mit den Fäusten nichts ausrichten können und deshalb zur Waffe greifen. Also hier ist eine Ausnahme zugunsten des Zweikampfes, zugunsten der Art des Kampfes, zugunsten der Waffe.

Sie haben heute vormittag keine Ausnahme machen wollen zugunsten der armen Mutter, die unter Umständen gezwungen ist, ihr Kind im Mutterleib zu töten. So sollen sie auch keine machen zugunsten des privilegierten Standes, der sich einbildet, zu den Gebildeten zu gehören. Wenn er es wirklich wäre, so hätte er es verstanden, ein anderes Leben zu führen, als sich zu duellieren.

Bundesrat Häberlin: Ich möchte die Konsequenz ziehen aus den Ausführungen, die der französische Berichterstatter gemacht hat, der erklärt hat, er stehe auf dem Boden der Kommissionsmehrheit, mit Ausnahme eines Punktes. Er hat ausgeführt, daß er im ersten Satz mit der Minorität gehe, welche dort nur die Strafe des Gefängnisses für den gewöhnlichen Zweikampf vorsehen will und also die von der Kommissionsmehrheit eingefügten Worte « in leichten Fällen mit Busse bestraft » weglassen will. Herr Logoz hat aber keinen Antrag gestellt, so daß es Ihnen nicht möglich wäre, nach seiner Ansicht sich zu entscheiden; denn Sie müßten sich entscheiden entweder zur Kommissionsmehrheit oder zur Kommissionsminderheit. Ich stelle Ihnen nun den Antrag auf Rückkehr zum Entwurf des Bundesrates. Das ist materiell dasjenige, was Herr Logoz Ihnen persönlich empfohlen hat, daß wir für den gewöhnlichen Zweikampf nur das Gefängnis vorsehen und nicht beifügen: « in leichten Fällen mit Busse ».

Ich kann das ruhig verantworten, denn ich stehe auch auf dem Standpunkt: Wer dieses Mittel des Zweikampfes benutzt, das im großen und ganzen gegen unsere Rechts- und Gesetzauffassung geht, der stellt sich außer den Rahmen des Rechts, und der soll seine Sühne dafür bezahlen. Wenn er das mit einer besondern Ehrenauffassung, mit einer besondern gesellschaftlichen Auffassung begründen will, ist es seine Sache, so gut wie wenn einer für seine religiöse Auffassung kämpft entgegen dem Gesetz, wenn er Antimilitarist ist entgegen dem Gesetz. Wenn er die Sühne dafür übernimmt, kann man ihn ehren und achten; aber er muß ins Loch, muß die Konsequenzen seiner persönlichen Auffassung, die dem Gesetze widerspricht, tragen. Da bin ich also einverstanden für den gewöhnlichen Fall.

Aber was Sie ausschließen würden, wenn Sie mit der Minderheit gehen, das wäre die Ausnahme, die der Bundesrat in seinem Al. 3 gemacht hat, praktisch gesprochen für die sogenannte Bestimmungsmensur. Bundesrat und Kommissionsmehrheit nehmen, an verschiedener Stelle, den Satz auf: « Schützen sich die Kämpfenden durch geeignete Vorkehrungen gegen Lebensgefahr, so ist die Strafe Haft oder Busse. » Wenn diese Voraussetzungen zutreffen, wenn man sich gegen Lebensgefahr schützt durch die entspre-

chenden Bandagen — Sie kennen das, wenigstens ein Teil von Ihnen — so reduziert sich der Zweikampf auf einen Waffensport; es ist nichts anderes mehr, nichts Gefährlicheres mehr als das Boxen, Ringen und Schwingen. Wollen Sie darauf nun, auch für den Fall, daß eine etwas schwerere Folge eintritt, die eben trotzdem einmal eintreten kann, Gefängnis setzen? Das ist ein Unrecht und eine Unbilligkeit im Verhältnis zu den andern Sportarten, die manchmal viel gefährlicher sein können. Ob Sie das nun nach dem Wort «*volenti non fit injuria*» behandeln wollen oder nach andern Grundsätzen des gesunden Menschenverstandes, ist mir vollständig gleich. Ich meine nur, daß man in derartigen Sachen nicht mit dem Strafgesetz, jedenfalls nicht mit den schweren Kanonen, einschreiten soll. Ich denke vielmehr daran, es gehe wie bei dem Ehepaar, wo die Frau vom Manne geprügelt wird und die gehörig dagegen remonstriert. Wenn aber ein Dritter hinzukommt und einschreiten will und den Mann an dem Kragen faßt, dann ruft die Frau: Das geht Sie nichts an, das ist meine Sache! (Heiterkeit.) So haben es die Studenten auch. Sie kontrahieren sich, und gehen auf den Fechtboden, vielleicht mit der Begründung einer Outrage, aber sie sorgen dafür, daß das in der Regel nicht gefährliche Folgen haben kann. Wollen Sie einem Studenten, der vielleicht mit einem recht häßlichen Gesicht auf die Welt gekommen ist und gar kein anderes Mittel hat, sich interessant zu machen, als daß er sich einen Schmiß erwirbt, wollen Sie einem solchen die günstige Gelegenheit dazu versagen? (Heiterkeit.) Ich möchte Sie in der Erinnerung an alte Zeiten bitten, hier nicht allzu sehr mit grobem Geschütz aufzufahren. Das erreichen Sie durch die Annahme des bundesrätlichen Antrages.

Was die letzten Absätze anbetrifft, so ist hier durchaus zutreffend, was gesagt wurde von dem Juristen kat exochen. Es handelt sich hier um ein Delikt *sui generis*. Diejenigen, die einander gegenüberstehen, wollen es, sie wollen diese Probe veranlassen, und sie sollen bestraft werden für die Uebertretung des Gesetzes; aber man soll sie nicht mit der Strafe für gewöhnliche Körperverletzung bestrafen, sondern mit einer adäquaten, immerhin einer Freiheitsstrafe.

Ich bitte Sie, dem bundesrätlichen Antrage zuzustimmen, der im übrigen nur eine Umstellung gegenüber dem Antrag der Mehrheit und im letzten Satz nur eine redaktionelle Aenderung bedingt.

Huber: In erster Linie möchte ich meiner Freude Ausdruck geben über die Entschiedenheit, mit welcher von konservativer Seite der Antrag der Minderheit unterstützt worden ist. Nicht weniger entschieden aber bedaure ich die Art und Weise, wie mit billigen Witzen diese Sache von anderer Seite behandelt worden ist. Der Referent der Mehrheit, Herr Kollega Dr. Seiler, hat erklärt, das sei eine Sache, die wir zu beurteilen hätten nach dem Grundsatz: *Volenti non fit injuria*. Herr Seiler ist ein zu guter Jurist, als daß ich ihm sagen müßte, daß dies ein Satz des Zivilrechtes ist, der mit dieser Frage gar nichts zu tun hat. Wenn Sie mit diesem Grundsatz kommen, so ist, wie Herr Farbstein dargelegt hat, jede Rauferei eine straflose Angelegenheit unter denjenigen, welche mit Wissen und Willen sich dabei beteiligen, und es ist eine straflose Angelegenheit, wenn eine Frau sich abtreiben läßt und die Beteiligten alle einverstanden

sind. Ich glaube, es ist nicht ganz vereinbar mit der Aufgabe des Herrn Referenten der Mehrheit, mit einem Rechtssatze, der dieser Sache vollständig fremd ist, hier zu operieren. Hier handelt es sich um eine Grundsatzfrage, die ebenso ernsthaft behandelt werden darf wie andere.

Sie haben heute früh und gestern der Tatsache, daß die Abtreibung eine Massenerscheinung ist, daß, wenn man so sagen darf, ein Zwang, ein Bedürfnis nach dieser rechtswidrigen Handlung empfunden wird, nicht mit diesen Erwägungen Rechnung getragen. Nun frage ich Sie: Aus welchen Gründen soll für ein kleines Grüpplein von Menschen hier ein Extrarecht geschaffen werden? Wo ist überhaupt die Konsequenz in unserer Vorlage in bezug auf diese Frage des Zweikampfes? Die Vorlage ist so widerspruchsvoll wie nur denkbar. Im Art. 114 machen wir aus der Herausforderung zum Zweikampf ein *delictum sui generis*. Wer zum Zweikampf herausfordert, der wird bestraft. Es wird damit also gesagt, das sei die Vorbereitung einer unerlaubten Handlung. Während man aber sonst die Vorbereitung zu einer unerlaubten Handlung nicht bestraft, sagt man: Hier wollen wir gleich den ersten Anfängen wehren. Da geht man also weiter in der Bestrafung. Schon in der bloßen Herausforderung liegt ein Delikt. In Art. 115 wird die Aufreizung zum Zweikampf ebenfalls als *delictum sui generis* bestraft. In Art. 116, Ziff. 1, wird die bloße Tatsache des Zweikampfes mit Gefängnisstrafe bedroht, auch wenn dabei niemand etwas Ernstliches geschieht. Wenn zwei miteinander antreten und keiner von beiden verletzt wird, wenn es eine ganz harmlose Bestimmungsmensur ist oder sogar ein mehr oder weniger ernstgemeinter Zweikampf, so wie die Theaterzweikämpfe zwischen französischen Journalisten es sind, dann wird das mit Strafe bedroht. Dann aber kommt man auf einmal in einem Abs. 3 und sagt: «Schützen sich die Kämpfenden durch geeignete Vorkehrungen gegen Lebensgefahr, so ist die Strafe Haft oder Busse», Haft oder Busse selbst dann, wenn die allerschwerste Körperverletzung dabei vorkommt. Das ist doch ein Unsinn. Wenn wir auf der einen Seite den bloßen Kampf mit Gefängnis bestrafen, ohne daß der Kampf irgendwelche Folgen hat, wenn sogar alles so eingerichtet ist, daß er keine Folgen haben kann, dann ist Gefängnis angedroht. Herr Bundesrat Häberlin hat absichtlich und ausdrücklich diese Bestimmung in Abs. 1 wieder aufgenommen. Wenn hingegen die schwersten Folgen beim Zweikampf eintreten, so kann im Falle des Abs. 3 trotzdem bis auf Busse hinuntergegangen werden. Diesen Widerspruch zu erklären, fällt mir etwas schwer.

Und dann die Ziff. 2, ich zitiere nach der bundesrätlichen Reihenfolge: «Wer den Regeln des Zweikampfes wissentlich zuwiderhandelt und seinen Gegner infolgedessen tötet oder verletzt, wird wegen Tötung oder Körperverletzung bestraft.» Wir werden also in Zukunft zweierlei Schlächtereien bei einem solchen Duell haben können: wer seinen Gegner nach allen Regeln der Kunst körperlich verletzt oder tötet, der wird milde bestraft; wer aber dieses gleiche Ziel, den Gegner zu töten, nicht lege artis, nicht kunstgerecht verfolgt und erreicht, der wird strenger bestraft. Glauben Sie, daß es in der Schweiz außer einigen wenigen feudalen Herrschaften viele Leute geben wird, die für etwas derartiges Verständnis

haben? Ich glaube es nicht. Wozu haben wir das notwendig?

Ich muß noch etwas nachholen. Herr Bundesrat Häberlin hat die Bestimmungsmensuren als etwas Harmloses dargestellt. Sie können harmlos sein. Aber das ist doch nicht bloß der harmlose Sport, der unter keinen Umständen irgendwelche weitem Folgen haben soll, sondern diese Bestimmungsmensuren bei den schlagenden Verbindungen sind Training, sind Vorbereitung zu den ernstgemeinten Duellen; da sollen doch die Leute dazu erzogen werden, anzutreten, wenns ernst gilt, sich nichts gefallen zu lassen, ohne mit der blanken Waffe darauf zu antworten. Hier, glaube ich, steckt eigentlich das Wesentliche, wenigstens für uns. *Volenti non fit injuria*. Hier ist jemand, dem Unrecht geschieht und der es nicht wollen darf, das ist das Schweizervolk und der Rechtsgedanke. Wir wollen nicht zulassen, daß wir einer privilegierten kleinen Gruppe von Menschen gestatten, zu sagen: Das Gesetz hat für andere Menschen die Vorschrift des Rechtsganges! Wenn ein anderer in seiner Ehre gekränkt wird, dann kann er sich an den Richter wenden, und wenn ihm das Allerschwerste auf irgend einem andern Gebiet zugefügt wird, so darf er sich nicht selber Recht schaffen, sondern er muß an den objektiven Richter gelangen. Aber jenes Grüpplein von Menschen, die über dem Gesetz stehen, die eine «höhere» Auffassung von Ehre haben, die haben sich nicht an den Richter zu wenden, sondern die können nach den alten Methoden einer Zeit und einer Menschheit, über die wir glauben hinweg zu sein, handeln, sie dürfen den Gegner herausfordern mit der Waffe in der Hand, und wenn er zu denjenigen gehört, die vielleicht etwas anders denken, so dürfen sie auf ihn herunter schauen als einen nicht Satisfaktionsfähigen, als einen Minderwertigen. Wenn es auch nicht so schlimm ist wie in Deutschland, so wissen doch diejenigen, die unter der Studentenschaft gelebt haben, daß das manchmal ernste Konflikte haben kann, und daß da Schwierigkeiten für die gesellschaftliche Existenz eines jungen Menschen entstehen können, die wir ihm ersparen müssen. Wenn Herr Kollege Dr. Seiler den Ausdruck, der hier ganz mit Recht gebraucht worden ist, von den nationalistischen Studentenorganisationen in Deutschland abgelehnt hat, mit der Erklärung, das sei nur in Deutschland so, so dürfen wir darauf hinweisen, daß das ganze Duellwesen überhaupt von dort herüberkommt. Es ist ja nichts als eine Nachäfferei von Einrichtungen und Gewohnheiten, die im alten monarchistischen Deutschland für Studenten und für Offiziere gepflegt worden sind. Dieses ganze Drum und Dran dieser Sorte Studentenschaft haben wir doch nur den Deutschen nachgemacht. Daß das eine schweizerische Einrichtung sei, aus dem Empfinden und Denken der schweizerischen Demokratie hervorgegangen, wird im Ernste niemand behaupten. Ich meine nicht, daß das von einer allzugroßen Bedeutung sei, ob nun die Bestimmung so drin stehe oder nicht, aber ich glaube, es ist ganz gut, wenn wir bei dieser Gelegenheit gegen diesen Kultus der Gewalt, gegen diese Verneinung der Rechtsordnung vor dem Willen zur blutigen Auseinandersetzung auftreten und sagen: Für die Leute, die das machen, die kalten Blutes darauf ausgehen, nach allen Regeln der Kunst die Körperverletzung, eventuell die Tötung eines Gegners vorzubereiten, für diese haben wir kein

milderes, sondern höchstens ein strengeres Gesetz, und deshalb können wir auch nicht die Sekundanten, d. h. die Helfershelfer, die Gehilfen, straflos ausgeben lassen, wenn sie mit dazu beitragen, daß dieses Ritual vor sich gehen kann. Auch sie haben gar keinen Anspruch darauf, milder beurteilt zu werden, nachdem sie kaltblütig eine derartige Schlächterei, die unter Umständen den Tod eines Menschen herbeiführen kann, vorbereiten. Sie sollten und müssen schärfer getroffen und bestraft werden. Sonst setzen wir uns in Widerspruch mit dem, was in den zwei vorausgegangenen Artikeln gesagt ist, wo wir erklären, die Herausforderung und die Anreizung zur Herausforderung seien strafbar. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag anzunehmen.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Ich möchte persönlich erklären, daß ich dem Antrag des Herrn Bundesrat Häberlin, es sei die bundesrätliche Fassung wieder aufzunehmen, zustimmen kann. Ob man dann Ziff. 2 und 3 umstellt, ist eine nebensächliche Frage. Ich möchte darauf nicht zurückkommen, das ist vielleicht an einem andern Ort zu untersuchen. Im übrigen habe ich mir vorgenommen, mich über diese Sache nicht aufzuregen, da ich auch gar nicht die Absicht habe, mit irgend jemand ein Duell auszufechten. Dagegen möchte ich doch etwas richtigstellen. Ich habe den Ausdruck gebraucht: «*Volenti non fit injuria*» und diesen Grundsatz so verstanden, daß man doch in einem solchen Falle milder bestrafen solle, als in dem Falle, in welchem man einen ohne seinen Willen tötet oder verletzt. Dieser Grundsatz ist im Strafgesetz bereits verankert bei Art. 101: «Wer einen Menschen auf sein dringendes und ernstliches Verlangen tötet, wird mit Gefängnis bestraft.» Auch der wird milder bestraft, weil der andere eben mit der ganzen Sache einverstanden ist, die Tötung eben verlangt hat.

Die Vergleichung des Entscheides in der Abtreibungsfrage mit dieser Frage ist vollständig verfehlt. Gegen wen geht der Angriff bei der Abtreibung? Gegen das keimende Leben. Herr Huber wird nicht behaupten wollen, daß dieses keimende Leben die Einwilligung zur Abtreibung gegeben habe. Es handelt sich nicht um einen Angriff gegen die Mutter, sondern um eine Verletzung des keimenden Lebens, also fällt dieser Vergleich vollständig außer Betracht.

Herrn Huber möchte ich noch etwas anderes sagen. Es ist doch ganz sicher, daß die Schuld im Falle des Duells eine geringere ist als im gewöhnlichen Fall der Tötung und Körperverletzung. Auch Herr Huber wird zugeben müssen, daß hier nach dem Grundsatz der Haftung für die Schuld ein Unterschied zu machen ist und daß es eine Ungerechtigkeit ist, wenn man gerade auf diesem Gebiete der Mensuren andere Grundsätze anwendet als in anderen Fällen. Ich möchte deutlich sagen: Wenn Sie dem Antrag der Minderheit zustimmen, dann schaffen Sie ein Klassenurteil, Sie wenden nicht die gewöhnlichen Grundsätze des Strafrechtes an. Wenn Sie die Sekundanten und Zeugen auch noch in dieser Weise bestrafen wollen, so tun Sie erst recht ein Unrecht. Ich möchte beantragen, dem Bundesrat zuzustimmen.

Präsident: Die Art. 112 bis 115 sind unbestritten und daher angenommen. Bei Art. 116 erklärt die Kommissionmehrheit, daß sie der Fassung des Bun-

desrates zustimme. Ich frage an, ob der ursprüngliche Antrag der Mehrheit wieder aufgenommen wird. Es ist nicht der Fall.

Herr Schmid-Oberentfelden hat den Antrag gestellt, die Abstimmung über Art. 116 unter Namensaufruf vorzunehmen. Ich frage an, ob dieser Antrag die nötige Unterstützung findet. — Es ist nicht der Fall.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	53 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	60 Stimmen

Art. 117—119bis.

Anträge der Kommission.

Art. 117. Wer sich an einem Raufhandel beteiligt, der den Tod oder eine Körperverletzung eines Beteiligten zur Folge hat, wird wegen dieser Beteiligung mit Gefängnis oder mit Busse bestraft, sofern er nicht bloß abwehrt oder die Streitenden scheidet.

Art. 118. Wer ein Kind unter sechzehn Jahren, dessen Pflege oder Obhut ihm obliegt, so mißhandelt, vernachlässigt oder grausam behandelt, daß dessen Gesundheit oder geistige Entwicklung geschädigt oder schwer gefährdet wird, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Hat die Mißhandlung oder die Vernachlässigung des Kindes eine schwere Körperverletzung zur Folge, und konnte der Täter dies voraussehen, so wird er mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Hat sie den Tod des Kindes zur Folge, und konnte der Täter dies voraussehen, so ist die Strafe Zuchthaus.

Der Richter macht den vormundschaftlichen Behörden Mitteilung, um die zum Schutze des Kindes geeigneten Vorkehren zu veranlassen.

Art. 119. Wer die körperlichen oder die geistigen Kräfte seines unmündigen Kindes oder eines ihm untergebenen unmündigen oder weiblichen Angestellten, Arbeiters, Lehrlings, Dienstboten, Zöglings oder Pflégelings aus Eigennutz, Selbstsucht oder Bosheit so überanstrengt, daß dessen Gesundheit geschädigt oder schwer gefährdet wird, wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

Der Richter macht den zuständigen Behörden Mitteilung, um die zum Schutze der überanstrengten Person geeigneten Vorkehren zu veranlassen.

Hat die Ueberanstrengung eine bleibende Beeinträchtigung der Gesundheit zur Folge, und konnte der Täter dies voraussehen, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängnis nicht unter sechs Monaten.

Hat sie den Tod zur Folge, und konnte der Täter dies voraussehen, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren.

Art. 119bis (bisher 297). Wer einem Kinde unter sechzehn Jahren geistige Getränke von einer Art oder in einem Masse zu trinken gibt oder geben läßt, die die Gesundheit des Kindes schädigen oder gefährden, wird mit Haft oder mit Busse bestraft.

Propositions de la commission.

Art. 117. Celui qui aura pris part à une rixe ayant entraîné la mort d'un des participants ou causé à l'un d'eux une lésion corporelle sera pour ce seul fait, puni de l'emprisonnement ou de l'amende, à moins qu'il ne se soit borné à repousser une attaque à défendre autrui ou à séparer les combattants.

Art. 118. Celui qui, ayant la charge ou la garde d'un enfant de moins de seize ans, l'aura maltraité, négligé ou traité avec cruauté, de façon que la santé ou le développement intellectuel de cet enfant en soit atteint ou gravement compromis, sera puni de l'emprisonnement pour un mois au moins.

La peine sera la réclusion jusqu'à dix ans ou l'emprisonnement pour six mois au moins, si ces mauvais traitements ou cette négligence ont causé à l'enfant une lésion corporelle grave et si le délinquant avait pu prévoir ce résultat.

La peine sera la réclusion, si ces mauvais traitements ou cette négligence ont causé la mort de l'enfant et si le délinquant avait pu le prévoir.

Le juge avisera les autorités de tutelle, afin qu'elles prennent les mesures nécessaires pour la protection de l'enfant.

Art. 119. Celui qui, dans un intérêt personnel, par égoïsme ou par méchanceté, aura surmené physiquement ou intellectuellement soit son enfant mineur, soit une personne mineure ou du sexe féminin qui lui était subordonnée en qualité d'employé, ouvrier, apprenti, domestique, élève ou personne confiée à ses soins, de façon que la santé du surmené en soit atteinte ou gravement compromise, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Le juge avisera les autorités compétentes, afin qu'elles prennent les mesures nécessaires pour la protection de la victime.

La peine sera la réclusion jusqu'à cinq ans ou l'emprisonnement pour six mois au moins, si le surmenage a causé une atteinte permanente à la santé de la victime et si le délinquant avait pu prévoir ce résultat.

La peine sera la réclusion jusqu'à dix ans, si le surmenage a causé la mort de la victime, et si le délinquant avait pu le prévoir.

Art. 119bis (voir art. 297). Celui qui aura servi, ou qui aura fait ou laissé servir à un enfant de moins de seize ans des boissons alcooliques qui, par leur nature ou par leur quantité, nuisent à la santé de l'enfant ou la compromettent, sera puni des arrêts ou de l'amende.

Seiler, Berichterstatter: Nach diesem Duell gehen wir nun zum Raufhandel über, zu Art. 117 bis 119bis. (Große Heiterkeit.)

Den Rest des ersten Abschnittes, d. h. der Verbrechen gegen Leib und Leben, bilden der Raufhandel, die Mißhandlung und Vernachlässigung eines Kindes und die Ueberanstrengung von Kindern und Untergebenen.

Beim Raufhandel wird die bloße Beteiligung bestraft. Wer im Raufhandel tötet oder verletzt, wird wegen Tötung oder Körperverletzung bestraft. Oftmals wird aber nicht festzustellen sein, wer den Schlag getan hat. Nach den Grundsätzen der Schuldhaftung bleibt dann die Tat ungesühnt und es wird nur wegen der Teilnahme an der Rauferei bestraft. Die bestehenden Gesetze bestrafen nach dem Grund-

satz der Erfolgshaftung bei schweren Folgen unabhängig von der speziellen Täterschaft gesamthaft, zum Teil mit schweren Strafen. Aufgeworfen wurde in der Kommission die Frage, ob jeder beliebige Raufhandel, sagen wir eine harmlose Wirtschaftsbalgerei ohne jegliche nachhaltige Wirkungen, unter die Bestimmung des Art. 117 fallen soll. Dies wurde verneint und demgemäß beigefügt, daß eine Beteiligung am Raufhandel nur strafbar ist, wenn daraus der Tod oder die Körperverletzung eines Beteiligten resultiert. Wer bloß abwehrt oder die Streitenden scheidet, ist straflos. Oft sind die Friedensstifter freilich die Leidtragenden.

Dem Kinder- und Jugendschutz sollen die Art. 118 und 119 zu Hilfe kommen. Das Schutzalter geht bis zu 16 Jahren. Es handelt sich nicht nur um eigene Kinder; maßgebend ist die Pflicht zur Pflege oder Obhut. Andererseits genügt nicht eine bloße Mißhandlung, Vernachlässigung oder Grausamkeit, sondern es müssen daraus schwere Folgen entstehen. Die Strafen sind schwer; die Kommission hat sie noch verstärkt. Regelmäßig wird es sich um ein fortgesetztes Verhalten handeln. Selbstverständlich wird nicht nur auf Antrag bestraft. — Eine Präzisierung des Textes schlägt die Kommission im letzten Absatz vor. In seiner Gesamtheit bildet der Artikel einen großen Fortschritt.

Eine Ausdehnung des Schutzgedankens auf weitere Kategorien von Personen bringt Art. 119. Neben den Kindern soll den Untergebenen, Zöglingen und Pflegeempfohlenen Strafschutz zukommen. Das Motiv der Strafe ist Ausbeutung oder Quälerei. Die Ueberanstrengung muß eine Gesundheitsschädigung zur Folge haben. Ausgenommen sind die mündigen männlichen Personen. Die Strafe wird abgestuft nach der Schwere der Folgen. Der Zusatz der Kommission bezweckt die Benachrichtigung der zuständigen Behörden zwecks Anordnung der nötigen Maßnahmen.

Art. 119bis, früher Art. 297, ist ein Uebertretungstatbestand. Auch das Traktieren der Kinder mit Alkohol ist eine bedenkliche Gefährdung. Darüber kann es verschiedene Meinungen nicht geben. Schwer ist nur die Grenze des Zulässigen zu ziehen. Wann ist das Maß voll? Viel wird hier vom Empfinden des Richters abhängen. Eine Präzisierung bringt die Fassung der Kommission, wonach auch derjenige, unter dessen Augen die Verabreichung erfolgt, strafbar sein soll.

Ich beantrage Ihnen Annahme des Kommissionsantrags zu Art. 117—119bis.

M. Logoz, rapporteur: L'art. 117 parle de la rixe. On entend généralement par rixe ou batterie une querelle accompagnée de voies de fait. Ici encore, le projet du Conseil fédéral reste fidèle au principe de la « Schuldhaftung ».

Il écarte le système de la responsabilité pénale basée sur le seul résultat, qui est encore celui de divers codes cantonaux.

Le projet du Conseil fédéral punit la rixe en soi, c'est-à-dire la participation à la bagarre quelles qu'en soient les conséquences, à cause du danger, du trouble que cause la rixe.

Votre commission n'a cependant pas pu se résoudre à aller aussi loin. Ce qui, ont estimé la majorité de ses membres, fait la gravité réelle d'une rixe et rend dignes de peine ceux qui y ont pris part, c'est le fait

que cette rixe a eu des conséquences graves, qu'elle a causé mort d'homme ou lésions corporelles.

La commission a donc subordonné à cette condition la possibilité de punir la participation à une batterie. C'est évidemment un élément de « Erfolgshaftung » que la commission a introduit ainsi dans l'art. 117. X. sera puni, dans certains cas, à cause d'un méfait commis par Y.

Il va sans dire, en revanche, qu'on ne pourra punir pour lésions corporelles ou pour homicide que l'auteur de ces actes — si on arrive à le découvrir. Il pourra y avoir concours avec le délit de rixe et application de l'art. 65.

Dernière remarque: à la fin de l'article, nous avons cherché à traduire plus exactement le texte allemand. Nous avons ainsi tenu compte d'une critique déjà faite à la seconde commission d'experts (procès-verbaux, tome II, page 249).

Les art. 118 et 119 sont d'un intérêt sur lequel il est superflu d'insister. En particulier, la protection et la sauvegarde de l'enfance sont aujourd'hui plus que jamais à l'ordre du jour — et c'est fort heureux.

L'art. 118, qu'il faut rapprocher de l'art. 283 du Code civil suisse, étend jusqu'à 16 ans la protection qu'il assure à l'enfance (d'après les art. 80 et suivants, au contraire, l'enfance cesse à 15 ans révolus).

Quels seront les rapports entre l'art. 118 et les châtements corporels, le droit de correction paternelle, par exemple?

Sur la valeur du procédé d'éducation que constituent les châtements corporels, on peut être d'avis divers. Mais le droit de correction paternelle ne doit en aucun cas servir de prétexte à de mauvais traitements. Le droit de correction s'arrête donc en tous cas là où commence, pour l'enfant, l'atteinte à la santé où sa mise en danger.

La commission vous propose d'élever les maxima des peines prévues aux al. 2 et 3 de l'art. 118. Elle propose aussi de modifier le deuxième alinéa de façon à réserver plus nettement les compétences des autorités de tutelle.

L'art. 119 diffère beaucoup de l'art. 118 par la nature des faits qu'il réprime. Il réprime non pas un délit de « coups », mais ce que l'on pourrait appeler un délit de « d'éreintement ».

Cet article est destiné à compléter les dispositions des lois spéciales qui interdisent l'abus des forces humaines. Il protège les mineurs et les femmes.

Le plus souvent, il s'agira, pour l'auteur du délit de l'art. 119, du fait d'avoir exploité exagérément la faculté de travail de la victime, pour obtenir un gain excessif.

Au premier alinéa, votre commission a cherché à mieux traduire en français le mot allemand « Pflegling ».

Elle vous propose, d'autre part, de compléter l'art. 119 par une disposition analogue au dernier alinéa de l'art. 118. Seulement, dans les cas de l'art. 119, il peut s'agir d'autorités autres que les autorités de tutelle. Votre commission vous propose donc de parler simplement, à l'art. 119, des « autorités compétentes ».

L'art. 119bis, comme les art. 118 et 119, est une disposition destinée à protéger les jeunes.

L'art. 119bis reproduit, avec une légère modification, le chiff. 1 de l'art. 297 du Conseil fédéral. Votre commission a cru devoir biffer le chiff. 2 de

cet art. 297. Ce chiff. 2 a, en effet, trait à une question dont l'importance varie d'un canton à l'autre. Il paraît donc indiqué de laisser les cantons libres de régler cette question, selon leurs besoins, par leur législation ou leurs règlements sur les auberges.

L'art. 297, chiff. 1, en revanche, est une disposition de portée générale qu'il se justifie de maintenir dans le futur Code pénal suisse. Votre commission a même constaté qu'il ne suffit pas de punir « celui qui aura servi » à un mineur de 16 ans des boissons alcooliques dangereuses pour sa santé. Il faut déclarer punissable aussi celui qui aura « fait servir » ou même « laissé servir » de telles boissons à un tel consommateur. Ainsi, l'aubergiste qui laisse faire sa servante.

Bien entendu, comme la contravention est intentionnelle, il faut que l'inculpé ait su qu'il s'agissait d'un enfant de moins de 16 ans et que la boisson (eau-de-vie par exemple) pouvait nuire à sa santé.

Il faut, d'autre part, que la boisson ait été « servie » à l'enfant, c'est-à-dire qu'elle lui ait été présentée pour qu'il la boive. Donc, celui qui se contente de laisser prendre ne commet pas la contravention de l'art. 119bis, ni le débitant qui remet à un enfant la boisson que ses parents l'envoient chercher.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 120—128.

Anträge der Kommission.

Verbrechen oder Vergehen gegen das Vermögen.

Art. 120. 1. Wer ohne Zustimmung des Eigentümers eine fremde bewegliche Sache jemandem wegnimmt, um sich oder einen andern damit unrechtmäßig zu bereichern, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Ziff. 2 wird zu Ziff. 3bis.

3. Der Dieb wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft: wenn er den Diebstahl als Mitglied einer Bande ausführt, die sich zur fortgesetzten Verübung von Raub oder Diebstahl zusammengefunden hat; wenn er das Stehlen gewerbsmäßig betreibt; wenn der Diebstahl auf andere Weise die besondere Gefährlichkeit des Täters offenbart.

3bis. Der Diebstahl zum Nachteil eines Angehörigen oder Familiengenossen wird auf Antrag verfolgt.

Art. 120bis (bisher 298). Wer jemandem eine fremde, bewegliche Sache von geringem Wert aus Not, Leichtsinne oder zur Befriedigung eines Gelüstes entwendet, wird, auf Antrag, mit Haft bis zu acht Tagen oder mit Buße bestraft.

Hat der Täter aus Not gehandelt, so kann der Richter von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Art. 121. 1. Wer in der Absicht, einen Diebstahl zu begehen, oder wer, auf einem Diebstahl betreten, an einer Person Gewalt verübt, sie mit einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben bedroht oder sie in anderer Weise zum Widerstand unfähig macht, wird mit Zuchthaus oder mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

2. Der Räuber wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft:

wenn er jemanden mit dem Tode bedroht, oder wenn er eine schwere Körperverletzung verübt;

wenn er den Raub als Mitglied einer Bande ausführt, die sich zur fortgesetzten Verübung von Raub oder Diebstahl zusammengefunden hat;

wenn der Raub auf andere Weise die besondere Gefährlichkeit des Täters offenbart.

Auf lebenslängliches Zuchthaus kann erkannt werden, wenn der Beraubte infolge der Gewaltanwendung stirbt und der Täter diesen Erfolg voraussehen konnte, oder wenn er gegen eine Person mit besonderer Grausamkeit handelt.

Art. 122. 1. Wer sich eine ihm anvertraute, bewegliche Sache aneignet, um sich oder einen andern unrechtmäßig zu bereichern,

wer anvertrautes Gut, namentlich Geld, unrechtmäßig in seinem oder eines andern Nutzen verwendet, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. Ziff. 2 wird zu Ziff. 3bis.

3. Wer die Tat als Mitglied einer Behörde, als Beamter, Vormund, Beistand, berufsmäßiger Vermögensverwalter oder bei Ausübung eines Berufes oder Gewerbes, zu der er durch eine Behörde ermächtigt ist, begeht, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

3bis. Die Veruntreuung zum Nachteil eines Angehörigen oder Familiengenossen wird auf Antrag verfolgt.

Art. 123. Wer, um sich oder einen andern unrechtmäßig zu bereichern,

eine fremde, bewegliche Sache, die ihm durch Naturgewalt, Irrtum, Zufall oder sonst ohne seinen Willen zugekommen ist, oder ein fremdes Tier, das in seinen Gewahrsam geraten ist, sich aneignet,

eine fremde, bewegliche Sache, die er gefunden hat, sich aneignet, wird auf Antrag mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Ziff. 2 streichen.

Ziff. 3 streichen.

123bis (bisher 300). Die Veruntreuung, die Unterschlagung und die Fundunterschlagung an Sachen von geringem Wert wird, auf Antrag, mit Haft bis zu acht Tagen oder mit Buße bestraft.

Art. 124. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 125. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 126. Wer eine fremde Sache beschädigt, zerstört oder unbrauchbar macht, wird, auf Antrag mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Verursacht der Täter aus gemeiner Gesinnung einen großen Schaden, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

Ist der Schaden gering, so wird der Täter, auf Antrag, mit Haft bis zu acht Tagen oder mit Buße bestraft. (Bisher 301.)

Art. 127. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 128. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Propositions de la commission.

Crimes ou délits contre le patrimoine.

Art. 120. 1. Celui qui, pour se procurer ou procurer à un tiers un enrichissement illégitime, aura, sans le

consentement du propriétaire, soustrait une chose mobilière appartenant à autrui, sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement.

Chiff. 2 devient 3bis.

3. Le vol sera puni de la réclusion jusqu'à dix ans ou de l'emprisonnement pour trois mois au moins, si son auteur l'a commis en qualité d'affilié à une bande formée pour commettre des brigandages ou des vols; s'il fait métier du vol; si pour toute autre circonstance le vol dénote que son auteur est particulièrement dangereux.

3bis. Le vol commis au préjudice des proches ou des familiers ne sera poursuivi que sur plainte.

120bis (voir art. 298). Celui qui, par détresse, par légèreté ou pour satisfaire une envie, aura soustrait une chose mobilière de peu de valeur appartenant à autrui, sera, sur plainte, puni des arrêts jusqu'à huit jours ou de l'amende.

Si le contrevenant a été poussé par la détresse, le juge pourra l'exempter de toute peine.

Art. 121. 1. Celui qui, dans le dessein de commettre un vol ou pris en flagrant délit de vol, aura exercé des violences sur une personne, l'aura menacée d'un danger imminent pour la vie ou la santé, ou l'aura de toute autre manière mise hors d'état de résister, sera puni de la réclusion ou de l'emprisonnement pour six mois au moins.

2. Le brigandage sera puni de la réclusion pour cinq ans au moins:

si son auteur a menacé de mort une personne ou lui a fait subir une lésion corporelle grave;

si son auteur l'a commis en qualité d'affilié à une bande formée pour commettre des brigandages ou des vols;

si par toute autre circonstance le délit dénote que son auteur est particulièrement dangereux.

Le juge pourra prononcer la réclusion à vie, si les violences exercées ont entraîné la mort et si l'auteur avait pu prévoir ce résultat, où lorsque le délinquant aura usé d'une cruauté particulière contre une personne.

Art. 122. 1. Celui qui, pour se procurer ou procurer à un tiers un enrichissement illégitime, se sera approprié une chose mobilière appartenant à autrui et qui lui avait été confiée,

celui qui, sans droit, aura employé à son profit ou au profit d'un tiers une chose fongible, notamment une somme d'argent, qui lui avait été confiée,

sera puni de l'emprisonnement jusqu'à cinq ans. Ch. 2 devient 3bis.

3. La peine sera la réclusion jusqu'à dix ans ou l'emprisonnement pour un mois au moins, si le délinquant a agi en qualité de membre d'une autorité, de fonctionnaire, tuteur, curateur, gérant de fortunes, ou dans l'exercice d'une profession ou d'une industrie pour laquelle il avait obtenu l'autorisation des pouvoirs publics.

3bis. L'abus de confiance commis au préjudice des proches ou des familiers ne sera poursuivi que sur plainte.

Art. 123. Celui qui, pour se procurer ou procurer à un tiers un enrichissement illégitime,

se sera approprié soit une chose mobilière appartenant à autrui et qui est tombée en son pouvoir par l'effet d'une force naturelle, d'une erreur, d'un cas fortuit ou de toute autre manière indépendante

de sa volonté, soit un animal appartenant à autrui et dont il est devenu détenteur,

se sera approprié une chose mobilière appartenant à autrui et qu'il avait trouvée,

sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Chiff. 2: Biffer.

Chiff 3: Biffer.

123bis (voir art. 300). L'abus de confiance, le détournement et l'appropriation d'une chose trouvée, lorsqu'ils portent sur des objets de peu de valeur, seront, sur plainte, punis des arrêts, jusqu'à huit jours où de l'amende.

Art. 124. Celui qui, sans dessein d'enrichissement, aura soustrait une chose mobilière à l'ayant droit, et lui aura par là causé un dommage, sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Dans les cas de très peu de gravité, la peine sera l'amende.

Art. 125. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 126. Celui qui aura endommagé, détruit ou mis hors d'usage une chose appartenant à autrui, sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

La peine sera la réclusion jusqu'à cinq ans, si, par bassesse de caractère, le délinquant a causé un dommage considérable.

Le dommage à la propriété d'autrui, lorsqu'il est de peu d'importance, sera, sur plainte, puni des arrêts jusqu'à huit jours ou de l'amende. (Voir art. 301.)

Art. 127 et 128. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Seiler, Berichterstatter: Die Klassifikation gibt keine Veranlassung zu weitem Bemerkungen. Der ganze Abschnitt zerfällt in vier Untergruppen: Angriffe gegen das Eigentum, Art. 120—128, gegen Vermögensrechte überhaupt, Art. 129—136, gegen immaterielle Güterrechte, Art. 137—139, und in die Konkurs- und Betreibungsvergehen, Art. 140—149.

Es ist unmöglich, an diesem Ort alle die Kontroversen zu behandeln, die sich an die Begriffe Diebstahl, Unterschlagung, Hehlerei etc. knüpfen. Der Entwurf des Bundesrates ist in der Hauptsache das Ergebnis der Beratungen in der zweiten Expertenkommission, die sehr eingehend waren und viel zur Abklärung der streitigen Materie beigetragen haben. Unsere Kommission hat keine wesentlichen Aenderungen vorgenommen. In bezug auf das Strafmaß und die Frage des Officialdelikts oder Antragsverbrechens sind einige abweichende Beschlüsse gefaßt worden. Eingeschoben wurden die Art. 120bis und 123bis, die Entwendung als Diebstahl geringen Grades und die geringfügige Veruntreuung und Unterschlagung. Immerhin ist es notwendig, zum Verständnis der Texte bei den einzelnen Artikeln einige Bemerkungen anzubringen.

Die Diebstahldefinition hat von jeher Schwierigkeiten bereitet. Speziell die Anwendung auf die elektrische Energie war umstritten. Zu unendlichen Diskussionen haben auch die zahlreichen Qualifikationstatbestände Anlaß gegeben. Ich erinnere nur an die Definition des umschlossenen Raums und die damit verbundenen scharfsinnigen Untersuchungen. Von Bedeutung ist sodann die Frage, ob beim Täter

nur die Aneignungsabsicht vorliegen muß, oder aber eine Bereicherungsabsicht. Aufgenommen wurde in der Expertenkommission die Beschränkung der Strafbarkeit auf bewegliche Sachen, das Erfordernis der unrechtmäßigen Bereicherung; beibehalten wurde somit die Bereicherungsabsicht an Stelle der Aneignungsabsicht, trotzdem darauf hingewiesen wurde, daß alsdann einzelne Tatbestände der unrechtmäßigen Wegnahme nicht erfaßt seien, wie zum Beispiel das Wegnehmen von Blumen aus einem fremden Garten ohne Bereicherungsabsicht. Die vielen Qualifikationsgründe der bestehenden Gesetze fanden immerhin noch ihre Verteidiger. Die Mehrheit der Expertenkommission aber entschied sich zum Vorentwurf, welcher lediglich auf die Mitgliedschaft zu einer Bande und auf die Gewerbsmäßigkeit oder eine sonstige Gefährlichkeit des Täters abstellt. Unsere Kommission schlägt folgende Aenderungen vor: Verdeutlichung der Redaktion in Ziff. 1, durch die Beifügung, daß die Wegnahme « ohne Zustimmung des Eigentümers » erfolgen müsse. Die Notwendigkeit dieser Beifügung war bestritten. Ziff. 2 hat die Kommission an den Schluß genommen. Das hat die Bedeutung, daß der Verwandtendiebstahl unter allen Umständen, d. h. also auch dann, wenn er qualifiziert ist, Antragsverbrechen ist. Die Strafe des qualifizierten Diebstahls wird insofern reduziert, als das Minimum von sechs auf drei Monate herabgesetzt wird. Die Bezeichnung « Bande » ist näher umschrieben worden.

Der Entzug elektrischer Energie ist in eine besondern Art. 127 verwiesen worden.

Zu Art. 120bis, Entwendung, vordem Art. 298, ist lediglich zu bemerken, daß der Ausdruck « wegnimmt » durch « entwendet » ersetzt worden ist und daß die Kommission einen zweiten Absatz beigefügt hat, der den Richter ermächtigt, im Falle der Not des Täters von einer Strafe Umgang zu nehmen. Ob die erstere Aenderung von großem Wert ist, überlasse ich Ihrem Urteil. Mit der Ermöglichung der völligen Straffreiheit wollte die Kommission dem natürlichen Empfinden des Mitleids Rechnung tragen.

Der Raub ist Diebstahl unter Gewaltanwendung. Die Strafandrohung stuft sich ab nach der Schwere der Verletzung oder Bedrohung. Das Verbrechen des Raubmordes kennt der Entwurf nicht. Raub und Mord können allerdings miteinander konkurrieren. Wesentlich ist der Vorsatz. Den Gesetzen welscher Zunge ist der Raub als besonderes Verbrechen unbekannt. Die Kommission hat die Strafe des nicht qualifizierten Raubs reduziert. Sie sieht in Ziff. 1 fakultativ auch Gefängnisstrafe vor, immerhin eine Strafe nicht unter sechs Monaten. Für Ziff. 2 sah ein Minderheitsantrag Streichung vor, um alle Differenzierungen zu vermeiden. Der Raub kann aber derart schwere Qualifikationen aufweisen, daß eine Hervorhebung der schwersten Fälle angezeigt ist. Näher umschrieben ist auch in diesem Artikel der Begriff « Bande ». Und schließlich soll lebenslangliches Zuchthaus nicht nur im Falle besonderer Grausamkeit, sondern auch bei voraussehbarem Todes des Opfers ausgesprochen werden können. Dies ist eine Konzession an die Erfolgshaftung.

Die Art. 122 und 123 behandeln die Veruntreuung und die Unterschlagung bzw. Fundunterschlagung. Die Bezeichnung « Veruntreuung » ist erst in der Expertenkommission durch einen Antrag Lang ge-

schaffen worden. Der Vorentwurf unterschied lediglich zwischen Unterschlagung und Fundunterschlagung. Die neue Fassung macht einen Unterschied zwischen den Fällen der Aneignung von anvertrautem Gut und von solchen Sachen, welche auf andere Weise in den Besitz des Täters gelangt sind, zugeschwemmte, zugelaufene oder gefundene Sachen. Diese Ordnung ist in unserer Kommission unangefochten geblieben. Maßgebend ist die Bereicherungsabsicht. Die Qualifikation gegenüber Mitgliedern der Behörden und Beamten etc. bei der Veruntreuung ist gegeben. Fraglich war auch in diesem Artikel, ob auch im Falle der Qualifikation nur auf Antrag gestraft werden soll. Die Kommission hat sich mehrheitlich für diese Lösung ausgesprochen. Demgemäß wird Ziff. 2 zu Ziff. 3bis.

Die Unterschlagung im neuen Sinne und die Fundunterschlagung sind nun in einem Art. 123 zusammengekommen, mit Rücksicht auf das Fehlen des Anvertrauens der Sache in beiden Fällen. In unserer Kommission wurde namentlich darüber diskutiert, ob die Unterschlagung und die Fundunterschlagung nur im Falle der Benachteiligung von Angehörigen und Familiengenossen auf Antrag zu strafen seien oder in allen Fällen. Die Mehrheit hat sich für die Erweiterung entschieden und demgemäß Ziff. 1 in diesem Sinne ergänzt und die Ziff. 2 gestrichen. Ziff. 3 ist deshalb gestrichen worden, weil die darin behandelte Frage des Eigentumsrechts dem Zivilrecht zu überlassen ist.

Die Einfügung des bisherigen Art. 300 als Art. 123bis, welche die geringfügigen Veruntreuungen und Unterschlagungen betrifft, gibt zu keiner weiteren Bemerkung Veranlassung. Die Grenze zu finden, wird Sache des Richters sein. Die Strafandrohung mit Haft oder Buße stempelt die Tatbestände zu Uebertretungen.

Die Sachentziehung wurde früher im Zusammenhang mit der Eigentumsbeschädigung behandelt. Art. 124 beschränkt sich auf die Sachentziehung, die allerdings zugleich eine Schädigung in sich schließen muß. Die Sachbeschädigung wird in einem besondern Art. 126 geregelt. Der Wesensunterschied gegenüber den zuvor behandelten Artikeln liegt im Fehlen einer Bereicherungsabsicht. Das Vergehen ist Antragsdelikt. In besonders leichten Fällen kann Buße eintreten. Eine Spezialfrage betrifft die Beurteilung des *furtum usus*. In der Kommission haben die Herren Experten erklärt, daß dieser Begriff unter Art. 124 falle. Ich halte diesen Standpunkt nicht für unbedenklich und möchte die Frage auf alle Fälle hier festnageln zwecks späterer Ueberprüfung. Das typische Beispiel dürfte die Strolchenfahrt sein. Hier kann allerdings die Spezialgesetzgebung eventuell einspringen.

Die Hehlerei ist ein *delictum sui generis*; sie ist nicht Teilnahmeform am Diebstahl. Die Strafe ist eine strenge. Der Hehler ist schlimmer als der Stehler. Bemerkt sei hier, daß der Tatbestand der Hehlerei von der Begünstigung vollständig getrennt ist. Die bestehende Gesetzgebung ist nach dieser Richtung nicht sehr klar. Nach unserm Entwurf ist die Begünstigung ein Vergehen gegen die Rechtspflege (siehe Art. 269), die Hehlerei aber ein Vergehen gegen das Eigentum. In bezug auf das Strafmaß war fraglich, ob die Buße überhaupt zugestanden werden soll. In der Expertenkommission hat sich besonders

Gautier gegen eine milde Behandlung gewandt. Da die Fassung des Bundesrates unverändert angenommen ist und Minderheitsanträge nicht vorliegen, kann auf weitere Erörterungen verzichtet werden.

Auf die Sachbeschädigung ist schon bei der Behandlung der Sachentziehung hingewiesen worden. Ihr Motiv ist Schädigung des andern, ohne eigenen Vorteil; eine gemeine Gesinnung wird in vielen Fällen vorliegen. Der Bundesrat behandelt das Vergehen als Officialdelikt. Die Kommission hat es zum Antragsdelikt gestempelt. Eine Mittelmeinung war dahin gegangen, die Beschädigung öffentlichen Eigentums *ex officio* zu verfolgen. Die geringfügige Sachbeschädigung des Uebertretungsrechts (Art. 301) ist als *alinea* dem Art. 126 angegliedert worden.

Art. 127 regelt nun selbständig die unrechtmäßige Entziehung von elektrischer Energie. Damit sind die Unsicherheiten der Diebstahlsauslegung beseitigt. Die elektrische Energie ist eben keine Sache, sondern eine Naturkraft. Der Entzug muß unrechtmäßig erfolgen. Die Bereicherungsabsicht ist Straferschwerungsgrund. Ein Antrag, bis auf 10 Jahre Zuchthaus zu gehen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Das letzte Eigentumsdelikt im engeren Sinne ist die Veruntreuung und der Entzug von Pfandsachen und Retentionsgegenständen. Diese Bestimmung war vielfach umstritten. Die Notwendigkeit einer Strafandrohung wurde im Hinblick auf die Bestimmungen im Zivilrecht angezweifelt. Nicht zu verwechseln ist Art. 128 mit Art. 146, welcher von der Verfügung über gepfändete Sachen handelt. Hier, in Art. 128 wird von dem kraft Vertrag geschaffenen Pfand gesprochen. Der Tatbestand des ersten Absatzes wird wohl nur selten vorkommen, da das Pfandrecht in der Regel nur durch Uebergabe der Sache an den Gläubiger entsteht. Es sei in dieser Beziehung auf Art. 888 Z. G. B. verwiesen. Die Ausdehnung der Strafe auf weitere dingliche Rechte wurde schon in der Expertenkommission abgelehnt.

Ich beantrage Ihnen Annahme der Art. 120—128 in der Fassung der Kommission. Minderheitsanträge liegen nicht vor.

M. Logoz, rapporteur: Nous abordons maintenant l'étude des délits contre le patrimoine. Je fais remarquer que le titre de ce chapitre II doit être rectifié. Il parle en effet de « crimes et délits » contre le patrimoine. Or, votre commission a décidé de viser dans ce chapitre, aussi, certaines contraventions. Il faut donc parler « d'infractions contre le patrimoine » ou « d'atteintes punissables au patrimoine ».

Ce chapitre second de la partie spéciale ne vise pas seulement les délits contre la propriété. Intitulé infractions « contre le patrimoine », il prévoit des infractions de quatre catégories, savoir:

1. les infractions contre la propriété (art. 120 à 127) et aussi contre certains droits réels autres que la propriété elle-même (art. 128);

2. les délits contre les droits pécuniaires en général (art. 129 à 136);

3. diverses infractions contre des biens juridiques immatériels qui sont susceptibles d'évaluation pécuniaire, par exemple le crédit ou la clientèle (art. 137 à 139); enfin

4. toute une série d'infractions à la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite (art. 140 à 149).

Prenons tout d'abord les infractions contre la propriété et, en premier lieu, le vol dont parle l'art. 120.

Je me borne, au sujet du vol, à vous donner les quelques indications suivantes:

1. D'après le projet comme d'après toutes les lois en vigueur, le vol implique une soustraction (Wegnahme).

Votre commission a cru devoir préciser que la chose volée doit avoir été soustraite « sans le consentement du propriétaire ». J'espère, je le déclare sans ambages, que le Conseil des Etats supprimera cette adjonction. Je la tiens, pour ma part, pour superflue ou dangereuse.

Elle est superflue si, comme je le pense personnellement, on ne peut pas « soustraire » avec l'assentiment du propriétaire. Et même si tel n'était pas le cas, cette adjonction serait dangereuse; car elle aurait l'inconvénient de faire du vol presque un délit sur plainte; elle proclame en effet qu'il suffira que le propriétaire vienne, après coup, déclarer qu'il était d'accord, pour assurer l'impunité au voleur. Rien n'est plus contraire à la nature particulièrement vile du vol.

2. D'après le projet, comme d'après la plupart des lois actuelles, l'objet du vol ne peut être qu'une « chose mobilière appartenant à autrui ». Nous verrons plus loin que, avec raison, le projet érige en délit spécial la soustraction d'énergie et, notamment, d'énergie électrique (art. 127).

3. Contrairement à ce qu'admettent beaucoup de lois en vigueur, le projet exige, pour qu'il y ait vol, que l'auteur ait poursuivi un but d'enrichissement illégitime. Cependant, l'art. 124 punit aussi, mais seulement sur plainte du lésé, la soustraction sans dessein d'enrichissement.

4. Le chiff. 3 de l'art. 120, auquel la commission a apporté une précision en reprenant le texte d'un des avants-projets antérieurs, vise les vols qualifiés.

Je me permets de recommander la lecture de ce chiff. 3 à ceux qui, dans la discussion sur l'entrée en matière, ont cru pouvoir reprocher au projet, probablement sans le bien connaître, d'être plus compliqué que les codes pénaux cantonaux. Ils trouveront là un des meilleurs échantillons de la simplification considérable que le projet réalise, en réalité, par rapport à la plupart de nos législations actuelles.

En droit genevois, par exemple, comme dans le code pénal français, l'énumération détaillée des circonstances aggravantes du vol et des règles qui en gouvernent le jeu, constitue, même pour les professionnels, le plus inextricable des fourrés législatifs! Toute cette casuistique, le projet la laisse complètement tomber. Il la remplace par trois phrases, qui nous assureront une protection tout aussi complète, sinon même meilleure.

Je vous signale aussi la réduction du minimum de la peine du vol qualifié, que la commission vous propose. Je n'en suis personnellement pas partisan. Le conseil des Etats dira s'il est d'accord avec cette réduction.

5. Pour le vol entre parents, enfin, le projet, contrairement à nos lois romandes, qui, en général, ne considèrent pas ces vols comme punissables, adopte le système du délit sur plainte. On peut hésiter entre les deux procédés. L'avantage de celui qu'adopte le projet est de couper court à la question, douteuse dans notre système romand, de savoir si le vol entre

parents est ou n'est pas un délit. C'en est certainement un d'après le projet.

L'art. 120bis réprime, sous le nom de « larcins » et comme simples contraventions, les vols de peu de gravité que le projet du Conseil fédéral avait prévus à l'art. 298.

Une double erreur d'impression doit être corrigée, dans le texte imprimé qui vous a été remis pour l'art. 120bis. A la première ligne, comme à l'avant-dernière du texte français, la commission a décidé de traduire le mot allemand « Not » par « dénûment » et non par « détresse ». Le mot « détresse », dans le texte français du Conseil fédéral nous a paru bien tragique. Il s'agit plutôt de gêne, de dénûment. Du reste, s'il y a véritablement détresse, la culpabilité sera souvent exclue par l'état de nécessité.

Le second alinéa, ajouté par la commission à l'art. 120bis, élargit le pouvoir appréciateur du juge, quand le larcin a été commis par dénûment.

L'art. 120bis parle du vol d'une chose « de peu de valeur ». Qu'est-ce qu'une chose de peu de valeur ? Question d'espèces, naturellement, à résoudre par le juge. Il ne s'agira pas nécessairement et seulement d'une chose ayant une valeur de 5 à 10 fr. par exemple. Un objet de peu de valeur pourra, selon les circonstances, être un objet d'une valeur de 30, 40, 50, peut-être même jusqu'à 100 fr. Encore une fois, question de fait que le juge résoudra.

Le délit de brigandage (Raub), prévu à l'art. 121, figure dans tous les codes de langue allemande, alors qu'il est inconnu comme délit à part de la plupart des codes de la Suisse française. Dans ces derniers, le brigandage est généralement réprimé comme une variété du vol qualifié.

Un avantage du système du projet est d'éviter le concours de plusieurs lois pénales, assez fréquent dans l'autre système. Ainsi, quand il y a brigandage qualifié par les lésions corporelles, il n'y aura pas concours entre les dispositions de l'art. 121 et celles qui répriment les lésions corporelles. Il y aura simplement brigandage, éventuellement brigandage qualifié (art. 121, chiff. 2).

La commission vous propose d'amender l'art. 121 sur trois points :

1. Atténuation de la peine minimum prévue au chiff. 1 : six mois au lieu d'un an. Vu la gravité du délit, je donne personnellement la préférence au texte du Conseil fédéral.

2. Au chiff. 2, rédaction nouvelle qui correspond à celle du chiff. 3 de l'art. 120.

3. Au dernier alinéa de l'art. 121, la commission vous propose une adjonction qui se justifie d'elle-même ; je m'abstiens d'insister.

L'art. 122 parle de l'abus de confiance et il en donne une définition beaucoup plus simple et plus heureuse que celle du Code pénal français de 1810 et des codes cantonaux qui s'en sont inspirés. Je n'ai pas d'explication spéciale à donner, sinon pour signaler un amendement apporté par la commission au chiff. 1, al. 2. Le mot un peu imprécis de « valeur », dans cet alinéa, a paru pouvoir être remplacé par « chose fongible ».

Le délit de détournement, dont parle l'art. 123, est moins grave que l'abus de confiance. Car ici, tout repose sur le hasard. En tous cas, ce n'est pas le délinquant qui a fait naître l'occasion.

Autre différence : le délit de l'art. 122 est la violation d'une obligation contractuelle du délinquant. L'art. 123, au contraire, traite de la violation de telle ou telle règle de la loi civile, mais de la loi seulement (par exemple de l'obligation légale de restituer la chose trouvée). De là la décision prise par votre commission de faire du détournement en général (chiff. 1) un délit sur plainte, ce qui entraîne la suppression du chiff. 2.

La commission propose de biffer également le chiff. 3, pour éviter un conflit éventuel entre le code pénal et le code civil.

Au chiff. 1^{er}, al. 2, du texte français, la modification proposée par la commission est d'ordre formel.

L'art. 123bis (art. 300 du projet du Conseil fédéral) prévoit une contravention dite « abus de confiance ou détournement de peu d'importance », contravention qui se distingue donc des délits dont nous venons de parler, seulement par la valeur minime des objets sur lesquels elle porte.

L'art. 124, sur la soustraction sans dessein d'enrichissement, fait pendant à l'art. 120. Remarquez que le délit de l'art. 124 ne sera pas toujours commis au préjudice du propriétaire ; l'art. 124 parle de « l'ayant-droit » ; cela peut être, par exemple, celui qui a un droit d'usage sur la chose soustraite.

L'art. 125 parle du recel. Le receleur est, à mon avis, pire que le voleur ; car il spéculé lâchement sur le délit d'autrui. Et non seulement le receleur exploite le voleur, mais il l'incite au vol en lui assurant l'écoulement de son butin. Par là, le recel est toujours grave et je me demande, personnellement, si le second alinéa de l'art. 125, qui prévoit l'amende dans les cas de très peu de gravité, a réellement sa raison d'être.

En tout cas, pas de pitié pour le receleur professionnel ! La peine sévère dont le menace l'art. 125, chiff. 2, est pleinement justifiée.

Le délit de l'art. 126 (dommage à la propriété) diffère complètement, par ses mobiles, des autres délits contre la propriété. Ici, le délinquant est mû non par la cupidité, non par le désir de s'enrichir sans travailler, mais par le désir de nuire.

D'autre part, on peut, surtout ici, avoir affaire à des espèces très diverses. Il peut s'agir de cas graves à réprimer rigoureusement, mais aussi de cas dus à un entraînement juvénile et qui mériteront une certaine clémence. De là la large marge que le projet donne au juge pour la fixation de la peine.

La commission a fait un pas de plus en transformant ce délit en délit sur plainte. La commission propose d'autre part de joindre à l'art. 126, comme al. 2 nouveau, le texte de l'art. 301 du projet du Conseil fédéral qui vise la contravention de dommage à la propriété d'autrui ; ce qui caractérise cette contravention et la distingue du délit de l'art. 126, chiff. 1, c'est le fait que le dommage est de peu d'importance.

L'art. 127 aura l'avantage de couper court aux controverses possibles, à défaut de texte exprès, sur la question de savoir si la soustraction d'énergie est un vol.

L'art. 128, enfin, protège, non plus la propriété, mais certains droits réels qui limitent la propriété : le droit de gage et de rétention. Et on veut ici protéger ces droits contre le propriétaire ; d'une façon générale on protège ici le créancier contre le débiteur.

Je vous signale encore que, pour le délit de l'art. 128, l'intention ordinaire ne suffit pas ; il faut

un dol spécial, le « dessein de nuire au créancier »; d'autre part, il s'agit ici d'un délit sur plainte.

On pourrait donc se demander si les sanctions civiles ne suffiraient pas. D'accord avec le Conseil fédéral, votre commission a cru devoir résoudre la question par la négative. Elle vous propose d'accepter l'art. 128.

M. Dicker : Je me suis permis de faire une proposition. Je l'ai, inutile de le dire, prise dans le Code pénal genevois.

Nous constatons avec regret; ces derniers jours, que le projet de Code pénal fédéral suisse cité comme un progrès réalisé sur d'autres codes cantonaux, apparaît nettement inférieur à eux, qu'il représente un pas en arrière sur le Code pénal genevois par exemple. D'après le Code pénal genevois, la tentative d'avortement n'est pas punie, tandis que d'après le Code pénal suisse, elle est punissable. D'autre part, nous avons, dans le code genevois, une disposition d'ordre moral: toute poursuite pénale pour vol entre mari et femme et entre les ascendants et descendants en ligne directe est interdite.

Ma proposition est donc très simple. Nous vous demandons de dire qu'aucune poursuite pénale n'est possible pour vol entre mari et femme et entre ascendants et descendants en ligne directe. C'est une disposition qui existe dans le Code pénal genevois et qui nous a toujours donné pleine satisfaction au point de vue théorique comme aussi, tout particulièrement, au point de vue pratique. Nous savons, nous praticiens du droit, que, par exemple, la question de vol entre mari et femme se poserait dans des cas innombrables lors du divorce ou immédiatement avant pour corser le divorce. Et c'est parce que cette disposition existe dans le Code pénal genevois que nous ne nous trouvons pas en présence de ce triste spectacle de voir un mari accuser sa femme de vol ou une femme accuser son mari de vol. C'est avec la même tristesse que l'on verrait un fils possédant une certaine fortune et qui ne serait peut-être pas tout à fait correct à l'égard de son père être autorisé à déposer une plainte de vol contre son père, qui, poussé par la misère, aurait pris quelque chose chez son fils.

Je voudrais que nous disions que ce sont là des impossibilités au point de vue moral et par conséquent, des impossibilités au point de vue pénal.

Je n'avais pas pensé que l'on discuterait en même temps les art. 120 et 129. Puisque tel est le cas, il est bien entendu — et je demande à M. le président d'en prendre note — que je fais absolument la même proposition à l'art. 129, concernant l'escroquerie. C'est-à-dire que je propose qu'aucune poursuite pénale pour escroquerie ne soit permise entre mari et femme et entre ascendants et descendants en ligne directe.

Je crois que si vous acceptez ces propositions nous ferons un pas en avant pour donner satisfaction à ceux qui ne désirent pas que le projet de Code pénal fédéral soit inférieur aux codes pénaux cantonaux actuels.

Wagner : Die Diebstahlsdelikte gehören zu den Straftaten, die den Richter am meisten beschäftigen. Deshalb ist es gerade auf diesem Gebiet wichtig, daß die Gesetzesbestimmungen klar abgefaßt sind. Im ganzen kann man den Inhalt und die einfache,

klare Systematik des Entwurfes nur begrüßen. Zu begrüßen ist auch, daß die Absicht, sich die fremde Sache zuzueignen, durch die Ansicht ersetzt wurde, sich unrechtmäßig zu bereichern. Ich nehme an, daß bei dieser Fassung der sogenannte Gebrauchsdiebstahl nicht unter den Diebstahlstatbestand fällt. Wir haben für gewisse derartige Fälle den Art. 124, z. B. für Fälle von Strolchenfahrten, bei denen etwa ein paar junge Burschen ein Automobil wegnehmen, davon fahren und das Automobil irgendwo stehen lassen. Man hätte sich etwa fragen können, ob nicht auch die Geldbusse in § 120 hätte aufgenommen werden können, vom Standpunkt ausgehend, daß die kurzfristige Freiheitsstrafe immer ein Uebel ist. Aber ich sehe davon ab, in diesem Sinn einen Antrag zu stellen, mit Rücksicht auf Art. 120 bis, auf den allgemeinen Art. 61 und die Möglichkeit des bedingten Straferlasses.

Zu Art. 126 hätte ich noch eine kleine Bemerkung zu machen. Bei der Sachbeschädigung sagt der bundesrätliche Entwurf: « Wer eine fremde Sache beschädigt, zerstört oder unbrauchbar macht, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft. » Ich hätte eigentlich auch hier den bundesrätlichen Entwurf vorgezogen. Die Kommission will abändern: « ... Ist der Schaden gering, so wird der Täter auf Antrag mit Haft bis zu acht Tagen oder mit Buße bestraft. » Wenn wir die Buße nur zulassen, wenn der Schaden gering ist, stellen wir etwas stark auf die bloße Erfolgshaftung ab. Ich sehe aber auch hier davon ab, einen Antrag zu stellen, weil wir den Art. 61 und die allgemeinen Milderungsgründe haben.

Dagegen möchte ich ganz bestimmt beantragen, in Art. 120 die Fassung des Bundesrates wieder herzustellen. Ich weiß nicht, welcher Rechtsgedanke durch die Zufügung « ohne Zustimmung des Eigentümers » verfolgt werden will. Ich halte sie für überflüssig. Das, was wahrscheinlich gesagt werden will, wird ja schon in der Fassung des Bundesrates ausgedrückt durch das Moment der Unrechtmäßigkeit, und wenn man vollständig hätte sein wollen, so hätte man auch andere Verfügungsberechtigte nennen müssen, die eventuell zustimmungsberechtigt sein könnten. Ich bin überhaupt nicht dafür, zum mindesten überflüssige Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen. Sie können im ersten Augenblick bloß überflüssig, aber unschädlich erscheinen. Eines schönen Tages können aber doch bei der Anwendung solche Stellen zu Schwierigkeiten Anlaß geben. Da es also, bessere Belehrung vorbehalten, vielleicht noch von anderer Seite nicht eingesehen wird, wieso der Artikel durch diese Zufügung verbessert werden kann, stelle ich den Antrag, zur Fassung des Bundesrates zurückzukehren und die von der Kommission vorgeschlagene Beifügung « ohne Zustimmung des Eigentümers » zu streichen.

Seiler, Berichterstatter : Zum Antrag des Herrn Dicker will ich mich nicht aussprechen. Ich glaube, er wird noch abgeändert werden. Da Herr Dicker speziell die Verhältnisse von Genf angezogen hat, so kann ich die Beantwortung dem französischen Berichterstatter überlassen.

Die Beifügung « ohne Zustimmung des Eigentümers » in § 120, deren Streichung Herr Wagner beantragt, ist von der Kommission offenbar in einer schwachen Stunde aufgenommen worden. Das ist

wohl die einzige Dummheit, die wir begangen haben. Wir Referenten persönlich sind ohne weiteres mit der Streichung einverstanden.

M. de Muralt : Je voudrais dire seulement deux mots tout d'abord à M. le rapporteur de langue française qui, tout à l'heure a laissé entendre que nos codes romands ne connaîtraient pas le délit de brigandage. Cela n'est pas exact, en tout pas pour ce qui concerne le Code pénal vaudois de 1843 qui prévoit parfaitement le brigandage. A son art. 275 il dit:

« Est réputé brigandage le vol commis à l'aide de violence envers les personnes ou de menaces propres à inspirer à la personne qui en est l'objet un juste effroi pour elle-même ou pour quelqu'un de sa maison ou de sa famille.

La tentative de brigandage est punie comme le délit consommé, lorsque des violences ont été effectivement exercées contre des personnes. »

Je tenais à le constater, afin que l'on ne puisse pas dire que nos codes romands, qui ne sont pas nécessairement d'inspiration française, ne connaissent pas ce délit, comme d'ailleurs d'autres.

Je voudrais maintenant attirer l'attention du conseil sur la proposition de M. Dicker. Je partage ses vues en ce qui concerne les délits contre la propriété réalisés, dans le sein de la famille, par des descendants au préjudice d'ascendants, par le mari au préjudice de la femme ou inversement, délits qui à mon avis, ne doivent pas pouvoir faire l'objet de poursuites pénales. A cet égard, le projet de code pénal est trop dur. Nous avons dans le canton de Vaud une disposition beaucoup plus générale que celle que vous a citée tout à l'heure M. Dicker. Cette disposition statue que les délits prévus aux articles tels et tels (ce sont les divers délits contre la propriété de ce chapitre) ne peuvent donner lieu qu'à des réparations civiles, lorsqu'ils sont commis par un époux au préjudice de l'autre conjoint, par un parent au préjudice de son parent de sang en ligne directe, vivant dans le même ménage.

La question de savoir si l'on veut réduire la portée de cette disposition aux cas où les parents en question vivent dans le même ménage, ou si au contraire on veut l'étendre davantage, est une question que je voudrais réserver à l'examen de la commission. Il me semble que le principe de cette disposition devrait être examiné à nouveau par la commission.

C'est dans ce sens que j'appuie la proposition de M. Dicker.

M. Dicker : Je voudrais dissiper un malentendu qui paraît se glisser à propos de ma proposition. L'art. 120 dit, deuxième alinéa:

« Le vol commis au préjudice des proches ou des familiers ne sera poursuivi que sur plainte. »

Je laisse, bien entendu, ce paragraphe tel qu'il est. Je veux y ajouter simplement la rédaction que je vous ai indiquée tout à l'heure. De cette façon le texte complet de cet alinéa serait le suivant:

« Le vol commis au préjudice des proches ou des familiers ne sera poursuivi que sur plainte. Toutefois, aucune poursuite pénale ne pourra être exercée pour vol entre mari et femme et entre ascendants et descendants en ligne directe. »

Il est bien entendu que les poursuites civiles restent absolument réservées au droit civil.

D'autre part, il est évident que cette même rédaction devra être adoptée à l'article 129 qui parle de l'escroquerie. En conséquence la poursuite pour escroquerie et abus de confiance ne pourra être exercée entre mari et femme, ou entre ascendants et descendants en ligne directe.

La question me paraît parfaitement claire.

M. Logoz, rapporteur : Le renseignement donné il y a un instant par M. de Muralt est tout à fait exact; je l'en remercie.

Je suis d'accord, comme M. Seiler, avec la proposition de M. Wagner et j'espère que le Conseil voudra bien l'accepter.

Quant à la proposition de M. Dicker, voici sa portée exacte. Le projet, art. 120, chiff. 2, — pour ne parler que du vol — privilège de la même manière tous les proches et tous les familiers. Pour toutes ces personnes, le projet dit: le vol ne sera puni que sur plainte.

Au contraire, si je le comprends bien, M. Dicker veut établir une distinction entre deux catégories de proches. A la différence du projet, il veut déclarer qu'il n'y aura pas de poursuite pénale possible lorsqu'un vol aura été commis entre mari et femme, ou entre ascendants et descendants en ligne directe. En revanche, pour le vol commis au préjudice d'autres proches ou de familiers, M. Dicker admet la poursuite sur plainte, selon le système du projet.

Je vous ai dit moi-même tout à l'heure que deux systèmes sont actuellement pratiqués pour la répression des délits contre la propriété, commis entre parents.

Il y a, d'une part, le système franco-genevois — ce n'est pas un système propre au canton de Genève — qui consiste à dire: aucune poursuite n'aura lieu dans ce cas. Les réparations civiles sont réservées, cela va sans dire.

D'autre part, il y a le système adopté par beaucoup d'autres codes, système auquel le projet s'est rangé. Il consiste à dire: il pourra y avoir poursuite pénale, mais seulement sur plainte du lésé.

Entre ces deux conceptions, on peut hésiter. Je vous ai déjà dit que l'avantage de la solution adoptée par le projet, c'est de couper court à tout doute, sur la question de savoir si un vol commis entre parents est un délit ou n'en est pas un. Dans le système du projet, c'est un délit, il n'y a pas de doute. Dans le système franco-genevois, on peut discuter et on discute. Or il y a des cas où la réponse donnée à cette question a une importance pratique considérable.

Je reconnais cependant que ce que propose M. Dicker est possible et soutenable. Vous apprécierez et vous direz si vous voulez adopter le système ainsi proposé. Il est plus compliqué que celui du projet, mais, je le répète, il est soutenable.

A la forme, la proposition de M. Dicker pourrait être amendée très légèrement. Dans cette proposition, la seconde phrase gagnerait peut-être à être introduite par le mot « toutefois ». Cette seconde phrase est en effet une exception à la règle générale posée par la première phrase. (M. Dicker: Je suis tout à fait d'accord.) Mais ceci est purement formel. Sur le fond, vous déciderez.

Seiler, Berichterstatter: In erster Linie möchte ich mich dagegen wenden, daß im Sinne der Ausführungen von Herrn De Muralt, der Antrag an die Kommission gewiesen wird. Wir müssen die Frage hier so oder anders entscheiden. Der Sinn des Antrages des Herrn Dicker ist vollständig klar. Er will, daß die allernächsten Verwandten überhaupt nicht klagen können, wenn ein Diebstahl, und analog auch ein Betrug, von einem Familienglied begangen wird. Immerhin müßte die Formulierung abgeändert werden, denn ich glaube nicht zu irren, daß, wenn man von Aszendenten und Deszendenten spricht, dies nur die Verwandtschaft in gerader Linie betrifft. Es braucht also nicht von Aszendenten und Deszendenten in gerader Linie gesprochen zu werden.

Der Entwurf steht auf dem Boden, daß auch in den schwersten Fällen des Verwandtendiebstahls die Klage nur auf Antrag durchgeführt werden soll. Es ist also vollständig in das Belieben des verletzten Verwandten gestellt, ob er klagen will oder nicht. Dies gilt für alle Angehörigen und Familiengenossen. Und Art. 97 bestimmt: «Angehörige einer Person sind ihr Ehegatte, ihre Verwandten gerader Linie, ihre vollbürtigen und halbbürtigen Geschwister, ihre Adoptiveltern und Adoptivkinder. Familiengenossen sind Personen, die in gemeinsamem Haushalte leben.» Der Kreis dieser Personen ist somit genau umschrieben, es besteht keine Unklarheit. Nun soll nach Antrag Dicker unter allen Umständen bei der nächsten Verwandtschaft auch das Antragsrecht ausgeschlossen sein, und das widerspricht unserer Auffassung. Soll ein Großvater gegen einen Großsohn, der ein Lummel und Dieb ist, der ihm weiß Gott was alles stiehlt, nicht das Recht haben, klagend vorzugehen und ihn am richtigen Ort beim Ohr zu nehmen? Das wäre aber die Konsequenz des Antrages Dicker. Das ist mir und sicher einem großen Teil der übrigen Herren so vollständig fremd, daß ich nicht mehr lange darüber zu reden brauche. Sie mögen entscheiden. Persönlich beantrage ich mit aller Bestimmtheit die Ablehnung dieses Antrages. Er würde sich auch auf die Ehegatten, die getrennt leben, beziehen und auch diese sollen doch gegebenenfalls die Möglichkeit haben, zu klagen.

M. Dicker: Deux mots seulement. Je constate que les choses qui sont étranges pour le rapporteur de langue allemande, sont très familières au rapporteur de la langue française. M. Logoz n'a pas trouvé ma proposition aussi étrange que le rapporteur de langue allemande. Cela s'explique peut-être par la différence entre les théories française et allemande. Mais dans cette question, nous ne devons pas faire de différence entre les deux écoles et si vous persistez à ne pas vouloir accepter nos propositions, conformes aux codes romands, nous serons en présence d'un article inacceptable pour nous du Code pénal fédéral.

Präsident: Herr Wagner hat zu Art. 120 den Antrag gestellt, in Abs. 1 die Worte «ohne Zustimmung des Eigentümers» zu streichen. Nach der Zustimmung der Herren Kommissionsreferenten und nach der Erklärung von Herrn Seiler wird wohl niemand den Kommissionsantrag wieder aufnehmen. Das ist nicht der Fall.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag Dicker	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

Präsident: Weitere Anträge zu Art. 120—128 sind nicht gestellt.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 8. März 1929. Séance du matin du 8 mars 1929.

Vorsitz -- Présidence: Hr. Walther.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch. Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 84 hiavor. — Voir page 84 ci-devant.)

Art. 129—136.

Anträge der Kommission.

Art. 129. 1. Wer in der Absicht, sich oder einen andern unrechtmäßig zu bereichern, jemanden durch Vorspiegelung oder Unterdrückung von Tatsachen arglistig irreführt oder den Irrtum eines andern arglistig benützt und so den Irrenden zu einem Verhalten bestimmt, wodurch dieser sich selbst oder einen andern am Vermögen schädigt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.
Ziff. 2 wird zu Ziff. 3bis.

3. Der Betrüger wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und mit Buße bestraft, wenn er den Betrug gewerbsmäßig betreibt.

3bis. Der Betrug zum Nachteil eines Angehörigen oder Familiengenossen wird auf Antrag verfolgt.

Art. 129bis (bisher 302). Wer jemanden aus Bosheit durch Vorspiegeln oder Unterdrücken von Tatsachen arglistig irreführt oder den Irrtum eines andern arglistig benützt und so den Irrenden zu einem Verhalten bestimmt, durch das dieser sich selbst oder einen andern am Vermögen schädigt, wird, auf Antrag, mit Haft oder Buße bestraft.
Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.

Art. 129ter (bisher 305). Wer sich in einem Gasthaus oder in einer Pension beherbergen läßt, wer sich in einer Wirtschaft oder in einer Pension Speisen oder Getränke vorsetzen läßt, und den Wirt um seine Forderung prellt, wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 129quater (bisher 303). Wer eine Leistung, die, wie er weiß, nur gegen Entgelt gemacht wird, ohne zu zahlen erschleicht, namentlich die Fahrt auf einer Eisenbahn, auf einem Dampfschiff, auf der Post, den Zutritt zu einer Aufführung, Ausstellung oder ähnlichen Veranstaltung,

eine Leistung, die ein Automat vermittelt, wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft. Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.

Art. 130. Wer als Gründer, als Mitglied eines Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans einer Aktiengesellschaft oder einer Genossenschaft oder als deren Direktor, Bevollmächtigter oder Liquidator vorsätzlich in öffentlichen Mitteilungen oder in Berichten oder Vorlagen an die Generalversammlung unwahre Angaben macht oder machen läßt, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Buße.

Art. 130bis. 1. Wer den Handelsregisterführer vorsätzlich dazu veranlaßt, einen Registereintrag vorzunehmen, wodurch eine Täuschung über Personen und Tatsachen, die in das Handelsregister eingetragen werden müssen, bewirkt werden kann,

wer, um eine Täuschung zu bewirken, für ein im Handelsregister eingetragenes Geschäft eine Firma verwendet, die mit der im Handelsregister eingetragenen nicht übereinstimmt,

wer mit Täuschungsabsicht für ein im Handelsregister nicht eingetragenes Geschäft, gleichviel ob dieses zur Eintragung verpflichtet ist oder nicht, vorsätzlich eine Bezeichnung verwendet, die geeignet ist, eine Täuschung zu bewirken,

wer ohne Bewilligung für ein solches Geschäft eine Bezeichnung verwendet, die nur mit behördlicher Bewilligung gebraucht werden darf,

wer in Verbindung mit einer Firma- oder Geschäftsbezeichnung ein Bildzeichen nationaler Art verwendet, sofern diese Verbindung geeignet ist, über die Nationalität des Geschäftes zu täuschen,

wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

2. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Buße.

Art. 131. Wer eine Ware zur Täuschung im Handel und Verkehr nachmacht, verfälscht oder im Werte verringert, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Betreibt der Täter das Nachmachen, Verfälschen oder Verringern gewerbsmäßig, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter einem Monat; das Strafurteil wird veröffentlicht.

Die nachgemachten, verfälschten oder verringerten Waren können eingezogen werden.

Art. 132. 1. Wer nachgemachte, verfälschte oder im Werte verringerte Waren vorsätzlich als echt, unverfälscht oder vollwertig in Verkehr bringt oder feilhält, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Betreibt der Täter das Inverkehrbringen solcher Waren gewerbsmäßig, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter einem Monat; das Strafurteil wird veröffentlicht.

2. Wer fahrlässig solche Waren als echt, unverfälscht oder vollwertig in Verkehr bringt oder feilhält, wird mit Buße bestraft.

3. Die nachgemachten, verfälschten oder verringerten Waren können eingezogen werden.

Art. 132bis (bisher 306). Wer nachgemachte, verfälschte oder im Wert verringerte Waren, die, wie er weiß, zur Täuschung im Handel und Verkehr dienen sollen, einführt oder lagert, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Die nachgemachten, verfälschten oder verringerten Waren können eingezogen werden.

Der Richter kann die Veröffentlichung des Strafurteils anordnen.

Art. 133. Wer jemanden durch Gewalt oder schwere Drohung, oder nachdem er ihn auf andere Weise zum Widerstand unfähig gemacht hat, nötigt, ihm oder einem andern einen unrechtmäßigen Vermögensvorteil zu gewähren, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft. Mit der Freiheitsstrafe kann Buße verbunden werden.

Der Täter wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und mit Buße bestraft, wenn er die Erpressung gewerbsmäßig betreibt, oder wenn er die Erpressung gegen die nämliche Person fortgesetzt verübt.

Art. 133bis. Wer jemanden durch die Ankündigung, er werde etwas bekanntmachen, anzeigen oder verraten, was ihm oder einer ihm nahestehenden Person nachteilig ist, veranlaßt, sein Schweigen durch Vermögensleistungen zu erkaufen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft. Mit der Freiheitsstrafe kann Buße verbunden werden.

Der Täter wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und mit Buße bestraft, wenn er die Chantage gewerbsmäßig betreibt, oder wenn er die Chantage gegen die nämliche Person fortgesetzt verübt.

Art. 134. 1. Wer die Notlage, die Abhängigkeit, die Geistesschwäche, die Unerfahrenheit, die Charakterschwäche oder den Leichtsinns einer Person ausbeutet, um sich oder einem andern für eine Vermögensleistung Vermögensvorteile gewähren oder versprechen zu lassen, die mit der Leistung in einem offenbaren Mißverhältnis stehen,

wer in Kenntnis des Sachverhaltes eine wucherische Forderung erwirbt und sie weiter veräußert oder geltend macht,

wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft. Mit der Freiheitsstrafe kann Buße verbunden werden.

2. Der Wucherer wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und mit Buße bestraft:

wenn er jemand wissentlich dem wirtschaftlichen Ruin zuführt;

wenn er den Wucher gewerbsmäßig betreibt.

Art. 135. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 136. Wer jemand an Vermögen schädigt, für das er zufolge einer gesetzlichen oder einer vertraglich übernommenen Pflicht sorgen soll, wird auf Antrag, mit Gefängnis bestraft.

Handelt der Täter aus Gewinnsucht, so ist die Strafe Gefängnis bis zu fünf Jahren und Buße.

Ziff. 2 streichen.

Propositions de la commission.

Art. 129. Adhérer au projet du Conseil fédéral. (La modification ne concerne que le texte allemand.)

Art. 129bis (voir art. 302). Celui qui, par méchanceté, aura astucieusement induit en erreur une personne par des affirmations fallacieuses ou par la dissimulation de faits vrais, ou aura astucieusement exploité l'erreur où se trouvait une personne, et l'aura ainsi déterminée à des actes préjudiciables à ses intérêts pécuniaires ou à ceux d'un tiers, sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

La tentative et la complicité sont punissables.

Art. 129ter (voir art. 305). Celui qui se sera fait héberger dans une hôtellerie ou dans une pension, celui qui se sera fait servir des aliments ou des boissons dans un restaurant ou dans une pension, et qui aura frustré l'hôte du montant de sa créance sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 129ter (voir art. 303). Celui qui, sans bourse délier, aura frauduleusement obtenu une prestation qu'il savait ne devoir être fournie que contre paiement, notamment

le parcours sur un chemin de fer, un bateau à vapeur ou une voiture postale,

l'accès à une représentation, à une exposition ou à une entreprise analogue,

le fonctionnement d'un appareil automatique, sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende. La tentative et la complicité sont punissables.

Art. 130. Celui qui, en qualité de fondateur, de membre du conseil d'administration ou d'un organe de contrôle ou de surveillance d'une société anonyme ou coopérative, ou en qualité de directeur, de fondé de pouvoirs, ou de liquidateur d'une de ces sociétés, aura intentionnellement donné ou fait donner des renseignements contraires, à la vérité dans des communications au public ou dans des rapports ou propositions destinés à l'assemblée générale, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

La peine sera l'amende, si le délinquant a agi par négligence.

Art. 130bis. Celui qui aura intentionnellement déterminé le préposé au registre du commerce à opérer une inscription propre à induire en erreur sur les personnes ou sur les faits à inscrire au registre,

celui qui, dans le dessein d'induire en erreur, aura employé pour une maison inscrite au registre du commerce une raison non conforme à cette inscription,

celui qui, dans le dessein d'induire en erreur, aura employé pour une maison non inscrite au registre du commerce, que cette maison soit tenue ou non de se faire inscrire, une désignation propre à provoquer l'erreur,

celui qui, sans autorisation, aura employé, pour une telle maison, une désignation dont l'usage est subordonné à une autorisation de l'autorité,

celui qui aura employé un dessin de caractère national conjointement avec une raison de commerce ou une désignation d'entreprise, si cette combinaison est propre à induire en erreur sur la nationalité de l'entreprise,

sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

La peine sera l'amende, si le délinquant a agi par négligence.

Art. 131. Celui qui, dans le but de tromper autrui dans les relations d'affaires, aura contrefait, falsifié ou déprécié une marchandise, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

La peine sera l'emprisonnement pour un mois au moins, si le délinquant fait métier de tels actes; le jugement de condamnation sera publié.

Les marchandises contrefaites, falsifiées ou dépréciées pourront être seront confisquées.

Art. 132. 1. Celui qui, intentionnellement, aura mis en circulation ou en vente des marchandises contrefaites, falsifiées ou dépréciées, en les donnant

pour authentiques, non altérées ou intactes, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

La peine sera l'emprisonnement pour un mois au moins, si le délinquant fait métier de tels actes; le jugement de condamnation sera publié.

2. Celui qui, par négligence, aura mis en circulation ou en vente des marchandises contrefaites, falsifiées ou dépréciées, en les donnant pour authentiques, non altérées ou intactes, sera puni de l'amende.

3. Les marchandises contrefaites, falsifiées ou dépréciées pourront être confisquées.

Art. 132bis (voir art. 306). Celui qui aura importé ou pris en dépôt des marchandises contrefaites, falsifiées ou dépréciées, sachant qu'elles doivent servir à tromper autrui dans les relations d'affaires, sera puni des arrêts ou de l'amende.

Les marchandises pourront être confisquées.

Le juge pourra ordonner la publication du jugement de condamnation.

Art. 133. Celui qui, en usant de violence ou de menace grave envers une personne, ou après l'avoir de toute autre manière mise hors d'état de résister, l'aura contrainte à accorder à lui-même ou à un tiers un avantage pécuniaire auquel il n'avait pas droit,

sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement. L'amende pourra être cumulée avec la peine privative de liberté.

La peine sera la réclusion jusqu'à dix ans et l'amende, si le délinquant fait métier de l'extorsion ou s'il poursuit à répétées fois ses agissements contre sa victime.

Art. 133bis. Celui qui, ayant fait savoir à une personne qu'il se disposait à publier, à dénoncer ou à révéler un fait dont la divulgation peut nuire à elle-même ou à un tiers qui est avec elle en relations étroites, l'aura ainsi déterminée à acheter son silence au prix d'un sacrifice pécuniaire, sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement. L'amende pourra être cumulée avec la peine privative de liberté.

La peine sera la réclusion jusqu'à dix ans et l'amende, si le délinquant fait métier du chantage ou s'il poursuit à répétées fois ses agissements contre sa victime.

Art. 134. 1. Celui qui aura exploité l'état de gêne de dépendance, la faiblesse d'esprit, l'inexpérience, la faiblesse de caractère ou la légèreté d'une personne, pour se faire accorder ou promettre par elle, pour lui-même ou pour un tiers, et comme équivalent d'une prestation, des avantages pécuniaires en disproportion évidente avec cette prestation,

celui qui, en connaissance de cause, aura acquis une créance usuraire et l'aura aliénée ou fait valoir,

sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement. L'amende pourra être cumulée avec la peine privative de liberté.

2. La peine sera la réclusion jusqu'à dix ans et l'amende:

si l'usurier conduit sciemment sa victime à la ruine;

s'il fait métier de l'usure.

Art. 135. Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 136. Celui qui, tenu par une obligation légale ou contractuelle de veiller sur les intérêts pécuniaires d'autrui, y aura porté atteinte, sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement.

La peine sera l'emprisonnement jusqu'à cinq ans et l'amende, si le délinquant a agi dans un but de lucre.

Chiff. 2: Biffer.

Seller, Berichterstatter: Die hauptsächlichsten Bestimmungen dieses Abschnittes bilden die Art. 129 betreffend Betrug, 133 betreffend Erpressung und 134 betreffend Wucher. Eingefügt sind die Uebertretungstatbestände der bisherigen Art. 302, 303, 305 und 306, d. h. die boshafte Vermögensschädigung, die Zechprellerei, die Erschleichung einer Leistung und das Einführen und Lagern gefälschter Waren. Neu hat die Kommission aufgestellt Art. 130bis betreffend Täuschung in bezug auf Handelsregister und Firmen und Art. 133bis betreffend Chantage. Die Kommissionsbeschlüsse erscheinen sehr umfangreich, lassen sich aber mit kurzer Begründung erklären.

Vorerst die Betrugsbestimmung des Art. 129. Eine Aenderung hat die Kommission in materieller Beziehung nur insofern vorgenommen, als sie die Bestrafung des Betrugs unter Verwandten in allen Fällen, also auch im Falle der Gewerbsmäßigkeit, nur auf Antrag zuläßt. Es entspricht dies der Regelung in Art. 120. Die zweite Aenderung ist rein redaktionell. Die anscheinend komplizierte Betrugsdefinition ist in der Kommission unangefochten geblieben. Ueber die mit dieser Definition zusammenhängenden Fragen verweise ich auf die Ausführungen der Referenten in der Expertenkommission, Bd. II, 339 ff. Es hat keinen Sinn, dort Gesagtes zu wiederholen. Die Schwierigkeit lag hauptsächlich in der Anpassung des französischen Textes und des deutschen. Speziell auf welscher Seite hat man nur ungerne auf die Hervorhebung einzelner Spezialfälle verzichtet. Die Voten von Gautier und Calame zeigen im übrigen die feine und scharfsinnige Behandlung der Materie. Die ganze Diskussion, die sich schließlich durch die klare Abstimmungsmethode zu einem einfachen Resultat aufgelöst hat, ist eines der schönsten Denkmäler strafrechtlicher Wissenschaft. Die Aenderung in der Formulierung bestand schließlich in der Weglassung der Bezeichnung «fälschlich» bei der Begriffbestimmung des Vorspiegels von Tatsachen. Im übrigen war die Fassung hieb- und stichfest, auch in unserer Kommission.

Art. 129bis behandelt die Irreführung ohne Bereicherungsabsicht. Hier ist das Motiv nicht Bereicherungsabsicht, sondern boshafte Schadenfreude. Das Delikt ist Uebertretung. Geändert wurde an der Fassung des frühern Art. 302 nur der zweite Absatz. Im nunmehrigen Art. 129bis ist nun neben dem Versuch auch die Gehilfenschaft ausdrücklich unter Strafe gestellt. Dies ist keine materielle Aenderung am bundesrechtlichen Entwurf. Bundesrat und Kommission wollen bei diesem Delikt Versuch und Gehilfenschaft strafen. Im Uebertretungsparagraphen 302 des Bundesrates war es nicht nötig, neben dem Versuch auch die Gehilfenschaft ausdrücklich zu nennen, weil in den allgemeinen Bestimmungen der bundesrätlichen Vorlage zum Uebertretungsrecht die Gehilfenschaft grundsätzlich von der Strafbarkeit nicht ausgeschlossen war. Der Art. 289 der Kommission bestimmt nun aber, daß bei den Uebertretungen Versuch und Gehilfenschaft nur in den vom

Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen bestraft werden. Wollte somit die Kommission die Gehilfenschaft zur Irreführung gemäß Art. 129bis unter Strafe stellen, wie dies die bundesrätliche Vorlage in Art. 302 will, so mußte sie dies ausdrücklich bestimmen. Nebenbei gesagt, ist dies ein Schulbeispiel dafür, wie sorgfältig bei Aenderungen vorgegangen werden muß, soll nicht irgendeine Unterlassung unterlaufen.

Die Zechprellerei, Art. 129ter, ist ebenfalls Uebertretung. Die Kommission hat sie zum Antragsdelikt gestempelt und im übrigen die Definition vereinfacht. Der Ausdruck «den Wirt prellen» dürfte verständlich sein und in kurzen Worten das sagen, was die umständliche Formulierung in der bundesrätlichen Vorlage sagen will.

Nicht weniger umständlich und unschön ist übrigens auch die Fassung von Art. 129quater, ursprünglich Art. 303, Erschleichung einer Leistung. Hier dürfte es sich tatsächlich fragen, ob die Beispiele nicht gestrichen werden sollten. Sollte es nicht genügen, zu sagen: «Wer eine entgeltliche Leistung, ohne zu zahlen, erschleicht, wird . . . bestraft?» Der Vorsatz ist Wissen und Wollen. Vielleicht sieht hier der Ständerat diese Sache noch etwas näher an.

Art. 130 und 130bis sind Vergehen, die sich aus der modernen Wirtschaft herausgebildet haben. Den neuen Formen der Schädigung anderer muß sich die Rechtsentwicklung anpassen. Die zivilrechtliche Haftbarkeit genügt nicht. Der zunehmenden Gewissenlosigkeit muß durch den Strafschutz für die Geschädigten entgegengearbeitet werden. Strafbar ist sowohl die vorsätzliche als die fahrlässige Irreführung des Publikums durch Gründer und Verwaltungs- und Aufsichtsorgane der Aktiengesellschaften und Genossenschaften. Sowohl die Täter selbst als ihre Auftraggeber unterliegen der Strafe. Bei Fahrlässigkeit hat die Kommission die Gefängnisstrafe ausgemerzt. Im bundesrätlichen Entwurf ist in Art. 130 auch das Handelsregister aufgenommen. Die Kommission hat für diese Institution einen besondern Art. 130bis geschaffen und damit auch den Schutz für richtige Firmenbezeichnung verbunden. Die Irreführung des Handelsregisterführers und Dritter wird mit Strafe belegt. Art. 130bis bringt eine spezifizierte Aufstellung der einzelnen Täuschungsfälle. Es ist zu hoffen, daß die detaillierte Aufzählung nicht schon durch neue Formen der Täuschung überholt ist. Wenn eine mehr allgemeine Formel gefunden werden könnte, so wäre es zu begrüßen. Die Bestimmungen des Strafgesetzes mit dem Firmenstrafrecht in Einklang zu bringen, war durchaus notwendig.

Bei der Warenfälschung, Art. 131, ist auszugehen von der Täuschungsabsicht. Die gewerbsmäßige Ausübung ist unter harte Strafe gestellt. Das Strafurteil ist in diesen qualifizierten Fällen unter allen Umständen zu veröffentlichen. Die Einziehung der Waren kann nach Auffassung der Kommission erfolgen; sie muß nicht in allen Fällen vorgenommen werden. Die Warenfälschung ist Vorbereitungshandlung zum Betrug; mit Rücksicht auf ihre Gefährlichkeit ist sie eben schon als Vorbereitungshandlung selbständig unter Strafe gestellt.

Das Inverkehrbringen gefälschter Waren unter Vorspiegelung der Echtheit ist ein weiteres Stadium des im Endziel auf Betrug gerichteten Verhaltens.

Die Strafen sind in Art. 131 und 132 die gleichen. Die Redaktion von Art. 132 ist derjenigen von Art. 131 angepaßt, auch in bezug auf das Fakultativum der Einziehung der Waren.

Das Einführen und Lagern gefälschter Waren im Bewußtsein der Fälschung ist Uebertretung. Art. 306 ist als Art. 132bis den Vergehen der Art. 131 und 132 angeschlossen worden. Im Falle des Art. 132bis ist die Veröffentlichung des Urteils nicht obligatorisch. Nicht strafbar ist das fahrlässige Einführen und Lagern.

Eine der widerlichsten Verbrechensformen ist die Erpressung. Dies geht schon aus dem Strafmaß und aus der Kombination von Freiheitsstrafe und Buße hervor. Die Ausnützung der Schwächen des Nächsten durch Gewalt, oder schwere Drohung führt zu den unglücklichsten Verhältnissen. Die Erpressung ist gegen das Vermögen und gegen die Freiheit gerichtet. Der Vermögensvorteil auf Seite des Täters muß ein unrechtmäßiger sein.

In der bundesrätlichen Vorlage zu Art. 133 ist im zweiten Absatz die sogenannte Chantage aufgenommen. Bei der Chantage veranlaßt der Täter die Offerte des Opfers durch die Drohung mit Bekanntmachung von Tatsachen, die dem Opfer unangenehm werden muß. Einen deutschen Ausdruck für Chantage gibt es nicht, daher auch das Sträuben gegen einen besondern Artikel. Unsere Kommission hat nunmehr die Trennung doch vorgenommen und als Marginale den französischen Ausdruck Chantage gewählt. Ob diese Methode bis zum Schluß der Beratungen in beiden Räten standhält, bleibt abzuwarten. Materiell bestehen keine Meinungsverschiedenheiten.

Eine andere Art der Ausbeutung bildet der Wucher. Ausgangspunkt ist nicht die Furcht des Opfers, sondern dessen Notlage, Unerfahrenheit oder Leichtsinns. Der Täter muß die Lage und Disposition des Opfers kennen. Strafbar ist nicht nur die direkte Bewucherung, sondern auch der sogenannte Nachwucher, d. h. der Erwerb einer wucherischen Forderung. Voraussetzung für die Strafbarkeit ist das Vorliegen eines offenbaren Mißverhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung. Qualifiziert sind das Ruinieren des Opfers und die gewerbsmäßige Ausübung. Die Strenge der Strafe ist in der Expertenkommission angefochten worden. Nicht aufgenommen ist in Art. 134 die ursprüngliche Bestimmung über die zivilrechtlichen Folgen. Die Fassung des Obligationenrechts bietet in dieser Beziehung genügenden Schutz. Wir verweisen speziell auf die Anfechtbarkeit der unsittlichen Verträge.

Als Vermögensvorteil ist auch der in einem offenbaren Mißverhältnis stehende Mietzins zu betrachten. Dessen Effektivierung ist strafbar, wenn die Notlage oder andere im Gesetz erwähnte Umstände rechtswidrig ausgenützt werden.

Nicht erfaßt ist durch den Entwurf der sogenannte Sozialwucher, der in Zeiten der Rationierung eine gewisse Rolle spielte. Diesen etwas unklaren Begriff näher und befriedigend zu definieren, ist bis jetzt nicht gelungen. Die Frage berührt mehr das öffentliche Recht als das auf den Einzelfall zugeschnittene Strafrecht.

Als einzige Aenderung am Text des Bundesrates schlägt die Kommission in der Wucherbestimmung die Aufnahme der Geistesschwäche neben der Not-

lage etc. vor. Die Bezeichnung ist etwas vage und wird verschieden ausgelegt werden können, je nach den Anforderungen, die man an die geistigen Fähigkeiten zu stellen geneigt ist.

Die Verleitung zur Spekulation (Art. 135) ist Gefährdungsdelikt. Der Nachweis eines Schadens ist nicht erforderlich. Hier liegt das Mißverhältnis nicht in der Gegenleistung, sondern im Verhältnis des Risikos zum Vermögen. Täter ist der Vermittler. Interessant ist der Umstand, daß selbst bei gutem Ausgang der Spekulation Strafe eintreten muß. Noch interessanter wäre es zu wissen, in welchem Umfange sich heute die Spekulationswut ungestraft gegen die Bestimmung des Art. 135 verfehlt. Da das Delikt Offizialdelikt ist, sollte speziell von dieser Bestimmung nach dem Inkrafttreten des Gesetzes etwas zu verspüren sein!

Art. 136 behandelt die ungetreue Geschäftsführung. Sie unterscheidet sich von der Veruntreuung des Art. 122 dadurch, daß nicht eine Aeneignung, sondern nur eine Schädigung vorliegen muß. Die Aenderung der Kommissionsvorlage besteht darin, daß in allen Fällen der ungetreuen Geschäftsführung, also nicht nur bei Benachteiligung von Angehörigen und Familiengenossen nur auf Antrag bestraft wird.

Ich empfehle Ihnen die Annahme der sämtlichen Kommissionsanträge im zweiten Unterabschnitt. Minderheitsanträge liegen nicht vor.

M. Logo, rapporteur: A l'art. 129, qui réprime l'escroquerie, nous sortons du domaine du délit en quelque sorte brutal pour entrer dans celui du délit subtil. Mais, tout d'abord, je rappelle que le titre en lettres grasses, en marge de l'art. 129, doit être rectifié. Il faudra dire « infractions » au lieu de « crimes ou délits ».

Et maintenant, l'art. 129. Votre commission proposant de l'adopter tel qu'il figure dans le projet du Conseil fédéral, je serai très bref.

Pour définir l'escroquerie, il faut avant tout tracer la limite entre le simple mensonge qui relève de la morale ou éventuellement du droit civil (dol), mais n'est pas punissable, et la tromperie punissable. Certaines lois (code pénal français, code allemand, certains codes cantonaux) procèdent ici par voie d'énumération des agissements et manoeuvres le plus souvent employés par l'escroc; puis elles ajoutent une clause générale en disant: Commet une escroquerie celui qui aura commis tel ou tel acte « ou aura, de toute autre façon, escroqué... »

Notre projet a adopté un autre système, auquel la plupart des codes cantonaux ont d'ailleurs déjà donné la préférence. Renonçant à toute énumération, le projet s'efforce de fixer les traits généraux, les caractères généraux de la manière d'agir de l'escroc. Et, dans cette définition générale, le projet s'efforce de marquer la différence entre le simple mensonge qui ne relève pas de la loi pénale et la tromperie punissable, qui est caractérisée par des artifices. « Vorspiegeln », dit le texte allemand. D'après le texte français, l'escroc a « astucieusement » induit sa victime en erreur, ou a « astucieusement » exploité l'erreur de la victime. « Astucieusement » est plus fort que « frauduleusement » et rend mieux l'idée de l'artifice, des manoeuvres, de la mise en scène qui marquent la tromperie du cachet de l'escroquerie.

Quant aux sanctions, le projet prévoit pour l'escroquerie ordinaire la même peine que pour le vol simple (art. 129, chiffre 1) soit la réclusion jusqu'à 5 ans ou l'emprisonnement. Cela est bon. L'escroc est socialement très dangereux. Il ne faut pas lui donner une prime pour l'ingéniosité qu'il déploie et qui le rend particulièrement redoutable.

Faut-il, cependant, aller jusqu'à punir l'escroquerie professionnelle plus sévèrement que le vol qualifié? La même peine légale ne suffirait-elle pas? Personnellement, je m'en contenterais. Le Conseil des Etats aura l'occasion de revoir cette question.

Je signale enfin qu'à l'art. 129, comme aux art. 120 et 122, le chiffre 2 doit être déplacé et devenir 3bis. C'est par omission que cette intervention n'a pas été indiquée dans le texte imprimé.

La commission vous propose de placer, d'autre part, à la suite de l'art. 129, les dispositions des art. 302, 305 et 303 du projet du Conseil fédéral, qui deviendraient ainsi les art. 129bis, 129ter et 129quater.

Les contraventions réprimées par ces trois articles sont très proches parentes du délit d'escroquerie. Elles constituent ce que l'on appelle en allemand des « betrugsähnliche Tatbestände ».

Entre la contravention de l'art. 129bis et l'escroquerie, la différence est dans le mobile. L'escroc agit par cupidité; ici, au contraire, le mobile est la méchanceté, la simple joie de nuire. La contravention de l'art. 129bis fait souvent deux victimes. Exemple: un mauvais plaisant fait adresser à une personne des fournitures non commandées. Le fournisseur est aussi lésé, c'est même lui le principal lésé. Le téléphone facilite beaucoup ces manoeuvres et rend souvent difficile la découverte de l'auteur. C'est une raison pour déclarer la tentative punissable, car si on ne peut pas la punir quand on la saisit, les cas seront rares où justice pourra être faite.

Nous vous proposons de déclarer également que la complicité est punissable.

Sous le nom de « filouterie d'auberge », l'art. 129ter (art. 305 du projet du Conseil fédéral) vise deux contraventions distinctes et dont votre commission propose de faire des contraventions sur plainte, savoir:

l'escroquerie au logement et, d'autre part, la grivellerie ou filouterie d'aliments.

Dans les deux cas, l'auteur n'use pas nécessairement de manoeuvres frauduleuses sans lesquelles il n'y a pas d'escroquerie. Prenez par exemple la grivellerie, qui est au fond une espèce d'escroquerie aux aliments. L'auteur se fait servir, dans un restaurant, comme un client sérieux. Puis il file sans payer; ou bien, au quart d'heure de Rabelais, il déclare froidement qu'il n'a pas de quoi payer.

Il n'y a, à sa charge, ni vol (pas de soustraction), ni abus de confiance: les mets ou les boissons lui ont bien été servis pour qu'il les consomme et c'est ce qu'il a fait; il n'y a pas même à sa charge, souvent, le délit d'escroquerie. Il faut donc une disposition spéciale. Vous l'avez ou plutôt les hôteliers, les restaurateurs l'auront à l'art. 129bis.

Cela dit, il me reste à motiver la modification que la commission propose d'apporter au troisième alinéa de l'art. 129bis.

D'après l'art. 305, al. 3, du Conseil fédéral, il faut que l'auteur ait eu a priori le dessein de ne pas payer son écot, ou qu'il ait su d'avance qu'il ne pour-

rait pas payer. Mais dans ces cas-là, n'y a-t-il pas escroquerie proprement dite, escroquerie au sens de l'art. 129? Car ce client dissimule son impécuniosité ou exploite l'erreur de l'hôte sur l'état de sa bourse. Et, s'il y a escroquerie proprement dite, l'art. 129 ne permet-il pas déjà de tenir suffisamment compte du peu d'importance du dommage?

En outre et surtout, dans le texte du Conseil fédéral, l'art. 305 n'est pas applicable à ce que les criminalistes appellent le dolus superveniens.

En d'autres termes, l'art. 305 ne permet pas de punir celui qui a eu d'abord l'intention et qui a le moyen de payer, mais qui profite d'une occasion imprévue pour s'esquiver dans régler l'addition; et cela n'est en tout cas pas de l'escroquerie.

C'est pourquoi votre commission a jugé utile de revenir, à l'al. 3, à un texte antérieur — celui de septembre 1914, que vous retrouverez dans les procès-verbaux de la seconde commission d'experts, tome VI, page 33, art. 252, al. 3 — et de dire: « et qui aura frustré l'hôte du montant de sa créance. » Ce texte protège mieux les intéressés.

L'art. 129quater, enfin (303 du projet du Conseil fédéral), doit, à l'al. 1, réprimer aussi les fraudes que les perfectionnements techniques rendraient possibles à l'avenir. L'al. 1 est donc rédigé en termes généraux.

Les al. 2 et 4 sont des exemples des fraudes les plus fréquentes.

Au surplus, comme à l'art. 129bis, la tentative et la complicité sont déclarées punissables. Il est indispensable, en particulier, de punir ici la tentative si on ne veut pas rendre l'art. 129quater presque illusoire. Une fois la fraude réussie, le fraudeur est rarement découvert.

De l'art. 130 du projet du Conseil fédéral, la commission vous propose de faire deux articles distincts.

Dans un premier article (130), la commission a reproduit, l'art. 130 du Conseil fédéral en excluant toutefois le passage relatif au registre du commerce. Ce passage fait l'objet de l'art. 130bis dans le texte proposé par la commission; nous y reviendrons tout à l'heure.

Quant aux peines prévues par l'art. 130, votre commission estime suffisant de prévoir, à l'al. 1, l'emprisonnement ou l'amende (voir art. 47 et spécialement 47, al. 2). De là résulte qu'à l'al. 2, c'est l'amende seule qui doit être prévue.

J'attire aussi votre attention, à ce propos, sur l'art. 312 que la commission propose d'ailleurs de biffer, les règles sur la responsabilité civile lui paraissant suffisantes dans ces cas-là.

L'art. 130bis, lui, réprime les fraudes relatives au registre du commerce et aux raisons de commerce. Cet article est destiné à remplacer la loi spéciale déjà existante — loi fédérale du 6 octobre 1923 — « statuant des dispositions pénales en matière de registre du commerce et de raisons de commerce ». Cette loi sera abrogée par le Code pénal suisse. Voyez dans le projet, l'art. 422, lettre m, texte de la commission.

Dans l'art. 130bis, l'al. 1, équivaut à l'art. 1 de la loi fédérale de 1923; l'al. 2 remplace l'art. 2, al. 1; l'al. 3 remplace l'art. 3, al. 1; l'al. 4 remplace l'art. 3, al. 2; enfin l'al. 5 remplace l'art. 4 de la loi fédérale spéciale.

Des autres dispositions de la loi fédérale de 1923, certaines sont également remplacées, mutatis mu-

tandis, par des dispositions de la partie générale de notre projet: ainsi les articles relatifs à la confiscation et à la prescription.

D'autres deviennent sans objet, par exemple l'art. 7 de la loi fédérale.

Je vous recommande d'adopter les art. 130 et 130bis tels que la commission les a rédigés.

Au sujet des art. 131 et 132 qui visent, l'un la falsification des marchandises, l'autre la mise en circulation de marchandises falsifiées, je relève seulement ce qui suit:

1. Dans ces deux articles, le projet du Conseil fédéral prévoyait la publication du jugement de condamnation comme mesure applicable dans tous les cas où le délit a été commis.

Votre commission a jugé cette règle trop sévère. Elle vous propose de ne prévoir la publication du jugement qu'en cas de condamnation d'un professionnel des délits en question.

2. D'autre part et encore dans le sens d'une atténuation de la sévérité de la répression, la commission propose de rendre facultative la confiscation que les art. 131 et 132 in fine déclaraient obligatoire.

Dans le projet du Conseil fédéral, l'art. 133 réunit deux délits qui, en somme, n'ont entre eux qu'une parenté très problématique.

L'art. 133, 1^{er} alinéa, du projet du Conseil fédéral, vise l'extorsion proprement dite. Celui qui extorque s'en prend à la personne de sa victime et exerce sur elle une contrainte (par violence ou menace grave).

L'al. 2, en revanche, vise ce que les codes de langue française appellent le chantage. Le maître-chanteur ne recherche pas sa victime: il la laisse au contraire venir à lui, à la suite de certaines communications qu'il lui a faites.

La commission a jugé ces deux délits trop peu semblables pour qu'on les confonde en quelque sorte dans un seul article. Avec raison, à mon sens, elle a décidé de scinder l'art. 133 du Conseil fédéral en deux articles dont l'un reste consacré à l'extorsion seule (art. 133 de la commission), tandis que l'autre définit et réprime le chantage, en lui donnant son vrai nom (133bis).

L'art. 134 parle de l'usure. A la différence de l'escroc, l'usurier ne prend aucune initiative. Il attend sa victime. Mais quand elle vient à lui, il exploite sa gêne, sa légèreté ou son inexpérience pour la sucer, comme l'araignée suce la mouche qui est venue se prendre dans sa toile.

Des cas aggravés prévus au chiffre 2, rien de spécial à dire, sauf que le premier de ces cas est particulièrement dangereux: l'usurier ne lâche plus sa victime avant de l'avoir saignée à blanc.

Les mots « la faiblesse d'esprit », que la commission propose d'ajouter au chiffre 1, première ligne, se justifient d'eux-mêmes.

La commission vous recommande également l'adoption de l'art. 135 du Conseil fédéral, qui réprime certains cas d'incitation à la spéculation. Par besoin, pour que ce délit existe, que le délinquant spéculé contre sa victime. Il peut parfaitement spéculer avec elle. Il peut aussi (c'est le cas le plus fréquent) être un simple intermédiaire — banquier, agent de change, agent de bourse, remisier, etc.

D'autre part, l'art. 135 englobe les spéculations réussies aussi bien que celles qui ont raté. Le délit est consommé par la conclusion de l'affaire.

Le délit de l'art. 136 est une forme spéciale de l'abus de confiance. Le plus souvent il consiste dans la soustraction d'encaissements faits pour le mandant.

Les différences entre ce délit de « gestion déloyale » et l'abus de confiance sont les suivantes:

1. Le trait distinctif du délit de gestion déloyale est l'existence, entre l'auteur et la victime, d'un rapport juridique prolongé, durable, tandis que, dans le cas de l'art. 122, ce rapport est plutôt accidentel et momentané. L'art. 136 suppose que l'auteur du délit est chargé par la victime d'un ensemble d'affaires, d'une « gestion ».

2. L'abus de confiance implique un dessein d'enrichissement. Tandis que le gérant se rend coupable de gestion déloyale non seulement quand il vise à un enrichissement aux dépens du mandant, mais aussi quand, pour toute autre cause, il porte sciemment atteinte aux intérêts qui lui sont confiés.

La commission vous propose cependant de ne punir la gestion déloyale que sur plainte du lésé, ce qui entraîne la suppression du chiffre 2.

Präsident: Herr Weisflog hat zu Art. 129 und 129ter zwei Anträge eingereicht. In Art. 129 will Herr Weisflog im ersten Absatz, wo es heißt: « oder einen andern am Vermögen schädigt », nach « Vermögen » die Worte einschalten « oder an Rechten », und in Art. 129ter, letzter Absatz, will Herr Weisflog die Worte « um den Wirt um seine Forderung zu prellen » ersetzen durch die Worte « um den Wirt um die Zahlung zu prellen ».

Weisflog: Zu meinen Anträgen folgendes: Während der Antrag zu Art. 129 gegenüber dem Kommissionsantrag eine sachliche Aenderung verlangt, ist derjenige zu Art. 129ter nur redaktioneller Natur. Art. 129 nennt als eine Tatbestandsvoraussetzung des Betruges die Schädigung am Vermögen. In einer Anzahl von kantonalen Strafgesetzbüchern ist daneben noch ausdrücklich die Schädigung « an Rechten » genannt, so z. B. in Art. 191 des zürcherischen Strafgesetzbuches. Das ist nicht selbstverständlich, weil nicht alle Rechte Vermögensrechte sind: so z. B. die Prozeßrechte. In meiner Praxis sind mir zwei Fälle vorgekommen, die zeigen, wie wichtig es ist, daß diese ausdrücklich im Gesetze genannt werden. Ein Vermieter stellte dem Kinde des Mieters, das ihm den Mietzins brachte, eine Quittung auf einen geringeren Betrag aus, als der wirklich bezahlte Mietzins ausmachte. Die Frage war, ob hier ein Delikt des Vermieters liege. Das Obergericht des Kantons Zürich bejahte sie mit der Begründung, es seien dadurch die Beweisrechte des Empfängers der Quittung geschmälert worden, wenn er nämlich die Unrichtigkeit der Quittung nicht beachtet hätte und später für die Differenz zwischen dem quittierten, und dem wirklichen Mietzins ins Recht gefaßt worden wäre, so hätte er mit dieser Quittung nicht beweisen können, daß er den wirklich entrichteten Betrag bezahlt habe. Der zweite Fall ist folgender: Ein Gläubiger hatte gegen einen Schuldner beim Audienzrichter des Bezirksgerichts Zürich ein Rechtsöffnungsbegehren gestellt. Ein Dritter, der sich fälschlicherweise als Vertreter des Gläubigers ausgab, zog nun das Rechtsöffnungsbegehren zurück und verhinderte auf diese Weise die Vornahme einer Pfändung für eine gewisse Zeit. Auch dieser Dritte

wurde von den Zürcher Gerichten auf Grund des § 191 des zürcherischen Strafgesetzbuches wegen Betruges bestraft. In beiden Fällen wurden nicht Vermögensrechte, sondern Prozeßrechte, nämlich das Recht des Gläubigers auf den ungehinderten Rechtsgang geschädigt. Diese beiden Vorkommnisse zeigen, daß mein Antrag nicht etwa bloß einer etwas üppigen Phantasie entsprossen ist, sondern daß man tatsächlich mit solchen Fällen rechnen muß. Beim jetzigen Wortlaute des Art. 129 ist es fraglich, ob sie damit erfaßt werden.

Diese Unsicherheit kann dadurch beseitigt werden, daß man, wie im zürcherischen Strafgesetzbuch, nach dem Worte «Vermögen» beifügt: «oder an Rechten».

Zu Art. 129ter schlage ich Ihnen lediglich eine redaktionelle Aenderung in dem Sinne vor, daß gesagt wird: «... und den Wirt um die Bezahlung prellt», die «Forderung» des Wirtes besteht ja weiter; was der Wirt beanspruchen muß, ist die Zahlung. Sie kennen ja das schöne Lied von Scheffel: «Im schwarzen Walfisch zu Askalon», in dem es heißt: «Im schwarzen Walfisch zu Askalon wird kein Prophet geehrt, und wer vergnügt dort leben will, zahlt bar, was er verzehrt.» Die Barzahlung ist es denn auch, womit der Wirt muß rechnen können. Deswegen ist es notwendig, dieses Moment in der Fassung des Artikels hervorzuheben. Das Wort «Forderung» genügt nicht. Der Gehalt des Artikels kommt besser zum Ausdruck, wenn Sie dieses Wort ersetzen durch «Zahlung». Ich beantrage Ihnen Annahme dieser Anträge.

Seiler, Berichterstatter: Sie haben zwei Anträge vernommen, die im letzten Moment in die Beratung hineingeschneit kommen, in einer Frage, die ohnehin diskutabel ist und sehr viele Zweifel aufwirft. Ich möchte schon im allgemeinen den Wunsch ausdrücken, dass die Herren, die Anträge stellen wollen, dies vielleicht einen Tag vorher tun, damit auch die Referenten sich die Tragweite überlegen können.

Was nun die beiden Anträge anbetrifft, so ist zu Art. 129 eine Ergänzung in dem Sinne vorgeschlagen, dass nicht nur von einer Vermögensschädigung, sondern auch von einer Schädigung an Rechten geredet wird. Es ist auf Prozeßrechte hingewiesen und ein Beispiel angeführt worden, aus dem ich für mich den Schluß ziehe, daß, wenn man «Vermögen» im weiten Sinne interpretiert, auch dieser Fall unter den Art. 129 subsummiert werden könnte.

Was den zweiten Antrag zu Art. 129bis, Zechprellerei, Abs. 3 betrifft, schlägt Herr Weisflog vor zu sagen: «Wer den Wirt um seine Zahlung prellt», statt «um seine Forderung». Auch hier glaube ich, daß man bei etwas weitherziger Auslegung mit dem Ausdruck «Forderung» auskommt. Man weiß, um was es sich handelt.

Nun möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, daß diese Anträge zu Protokoll genommen werden und dann eventuell in der zweiten Lesung darüber diskutiert wird. Die Kommission wird die Anträge des Herrn Weisflog prüfen und dann bei der zweiten Lesung darüber Bericht erstatten. Ohne Zweifel wird der Ständerat das Protokoll ja auch erhalten und die Frage dann von sich aus prüfen.

Präsident: Herr Weisflog ist mit dem Antrag des Herrn Kommissionsreferenten einverstanden. Ich möchte mich dem Wunsche des Herrn Referenten anschließen, daß man Anträge immer so einreicht, daß sie noch ausgeteilt werden können. Es kommen einem mitunter Blitzgedanken, von denen man meint, sie könnten Lichtblicke sein. Aber es ist doch gut, auch den Mitgliedern noch Gelegenheit zu geben, über dieses helle Licht nachzudenken.

Die Anträge der Kommission zu Abschnitt 2, Art. 129—136 sind unbestritten und somit angenommen.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 137—149.

Anträge der Kommission.

Art. 137—142: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 143. Der Schuldner, der die ihm gesetzlich obliegende Pflicht zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Geschäftsbüchern oder zur Aufstellung einer Bilanz verletzt, so daß sein Vermögensstand nicht oder nicht vollständig ersichtlich ist, wird, wenn über sein Vermögen der Konkurs eröffnet oder in einer gemäß Art. 43 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs erfolgten Pfändung ein Verlustschein ausgestellt worden ist, mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Art. 144, 145: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 146: Wer über eine amtlich gepfändete oder mit Arrest belegte Sache oder über eine Sache, die in einem Betreibungs-, Konkurs- oder Retentionsverfahren amtlich aufgezeichnet ist (Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs Art. 83, Abs. 1, Art. 96, 162 bis 165, 183, 221, 275, 283, Abs. 3), eigenmächtig zum Nachteil der Gläubiger verfügt oder eine solche Sache zerstört, beschädigt, entwertet oder unbrauchbar macht, wird mit Gefängnis bestraft.

Art. 147: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 148. Bei den Verbrechen oder Vergehen der Art. 140, 141, 142, 144, 145, 146 und 147 kann in jedem Falle auf Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit erkannt werden.

Art. 149. Werden die in den Art. 128, 140 bis 147 unter Strafe gestellten Handlungen im Geschäftsbetriebe einer juristischen Person begangen, so finden die Strafbestimmungen auf die Direktoren, Bevollmächtigten, Liquidatoren und die Mitglieder der Verwaltungs- oder Aufsichtsorgane Anwendung, die diese Handlungen begangen haben.

Werden diese Handlungen im Geschäftsbetriebe einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft begangen, so finden die Strafbestimmungen auf die schuldigen Gesellschafter, Direktoren, Bevollmächtigten und Liquidatoren Anwendung.

Propositions de la commission.

Ast. 137 à 142. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 143. Le débiteur qui aura contrevenu à l'obligation légale de tenir régulièrement ou de conserver ses livres de comptabilité, ou de dresser un bilan, de façon qu'il est devenu impossible d'établir sa situation ou de l'établir complètement, sera, s'il a été déclaré en faillite, ou si un acte de défaut de biens a été dressé contre lui à la suite d'une saisie pratiquée en vertu de l'article 43 de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite, puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 144, 145: Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 146. Celui qui, au détriment des créanciers, aura arbitrairement disposé d'un objet saisi ou séquestré, ou d'un objet inventorié dans une poursuite pour dettes ou dans une faillite ou porté à un inventaire constatant un droit de rétention (loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite, art. 83, al. 1^{er}, 96, 162 à 165, 183, 221, 275, 283, al. 3), ou qui aura détruit, dégradé, déprécié ou mis hors d'usage un de ces objets, sera puni de l'emprisonnement.

Art. 147: Adhérer du projet du Conseil fédéral.

Art. 148. La privation des droits civiques pourra toujours être prononcée en cas de condamnation pour un des crimes ou délits prévus aux art. 140, 141, 142, 144, 145, 146 et 147.

Art. 149. Si l'une des infractions prévues aux art. 128 et 140 à 147 est commise dans la gestion d'une personne morale, la peine sera appliquée aux directeurs, fondés de pouvoirs, liquidateurs et membres du conseil d'administration ou d'un organe de contrôle ou de surveillance qui auront commis l'infraction.

Si l'une de ces infractions est commise dans la gestion d'une société en nom collectif ou d'une société en commandite, la peine sera appliquée aux sociétaires, directeurs, fondés de pouvoirs ou liquidateurs qui auront commis l'infraction.

Seiler, Berichtstatter: Auch zu diesem Unterabschnitt liegen Minderheitsanträge nicht vor. Ich kann mich daher kurz fassen. Als immaterielle Güterrechte oder Rechtsgüter werden im Strafgesetz berücksichtigt: Der Kredit, der Einfluß auf die Kundschaft und das Geschäftsgeheimnis. Ist hier ein Strafschutz neben den zivilrechtlichen Schutzmitteln notwendig? Gewiß, besonders in den Fällen, in denen dieser zivilrechtliche Schutz wegen Zahlungsunfähigkeit des Täters unwirksam ist.

Bestritten war in der Kommission die Frage der Beibehaltung der Strafbestimmungen über den unlauteren Wettbewerb. Man kann sich fragen, ob diese Bestimmungen nicht der Gewerbegesetzgebung überlassen werden sollen. Dabei weiß man allerdings nicht, welcher Gesetzgebung das Erstgeburtsrecht zufallen wird, ob der Strafgesetzgebung oder der Gewerbegesetzgebung. Bestritten war auch die Vorschrift über die Verletzung des Geschäftsgeheimnisses. Auch

in dieses Gebiet spielt der Gedanke der Gewerbe-freiheit hinein. Wie stellt sich heute angesichts der entwickelten Reklame die Frage? Prof. Zürcher hat in seinen «Erläuterungen» die beiden Fragen sehr eingehend behandelt. Gewichtige Gründe sprechen dafür, die vorsätzliche illoyale Konkurrenz und die pflichtwidrige Preisgabe von Fabrikations- und Geschäftsgeheimnissen unter Strafe zu stellen. Die gewissenhafte Presse wird durch diese Bestimmung nicht gefährdet. Für die Bestrafung fällt ins Gewicht, daß sehr große Interessen auf dem Spiele stehen können.

Ich beantrage Ihnen Annahme der Art. 137—139.

4. Konkurs- und Betreibungsverbrechen und Vergehen.

Art. 140—149. In diesem Kapitel bestehen nur zwei mehr redaktionelle Differenzen zwischen Bundesrat und Kommission. Minderheitsanträge liegen nicht vor.

Art. 140 ist mit Art. 142 in Vergleichung zu ziehen. Der Unterschied zwischen betrügerischem und leichtsinnigem Konkurs ist geläufig. Wichtig ist die Bestrafung des Dritten in Art. 140 und Art. 141 beim betrügerischen Bankrott und beim Pfändungsbetrug. Art. 143 (Unterlassung der Buchführung) ist in der Expertenkommission auf Antrag von Prof. Hafer eingefügt worden. Der Kommissionsantrag bringt eine präzisere Fassung. Zu beachten ist, daß die Strafe nur im Falle des Konkurses und der fruchtlosen Pfändung eintritt. Die Begünstigung eines Gläubigers (Art. 144) bringt eine Verschärfung der Anfechtungsbestimmungen des Konkursgesetzes. Zu Art. 145 (Stimmenkauf) ist nur zu bemerken, daß die Kommission ergänzend auch die Entwertung gepfändeter und arrestierter Gegenstände als strafbar erklärt. Ueber die Geschichte des Art. 147 gibt das Protokoll der Expertenkommission erschöpfende Auskunft. Voraussetzung für die Erschleichung eines Nachlaßertrages ist die Gläubigerbenachteiligung. In Betracht fällt nur der gerichtliche Nachlaßvertrag, nicht auch der außergerichtliche.

Dies ist durch die Aenderung des Marginalen zu verdeutlichen. Nicht nur die Irreführung der Nachlaßbehörde ist strafbar, sondern auch diejenige des Gläubigers.

Bei allen Vergehen der Art. 140—146, mit Ausnahme von Art. 143 betreffend Unterlassung der Buchführung, können die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen werden. Sie müssen aber nicht abgesprochen werden. Bei Art. 143 kann die Einstellung dann erfolgen, wenn gemäß Art. 48, 2, ehrlose Gesinnung vorliegt.

Ausdrücklich erwähnt ist die Strafbarkeit der Organe bei Veruntreuungen oder Konkursvergehen, die sich im Geschäftsbetriebe juristischer Personen ereignen. Der Kreis der Verantwortlichen ist in Art. 149 umschrieben. Die Kommission hat den Kreis der Verantwortlichen bei den Kollektiv- und Kommanditgesellschaften durch eine Ergänzung von Art. 149, Abs. 2, klargestellt.

Ich beantrage Ihnen Annahme der Art. 140—149.

M. Logoz, rapporteur: Les art. 137 et 138, que la commission vous recommande d'adopter tels quels, répriment: le premier, l'atteinte malveillante et

calomnieuse au crédit d'autrui, le second la concurrence déloyale.

A la deuxième commission d'experts, en 1912, on a proposé de supprimer l'art. 138. Cette proposition a été écartée et votre commission estime que c'est avec raison qu'on l'a écartée.

Si les travaux préparatoires entrepris en vue de l'élaboration d'une loi fédérale sur les métiers étaient plus avancés, on pourrait peut-être renoncer à l'article 138 et abandonner à la dite loi la question de la répression de la concurrence déloyale. Mais la loi sur les métiers peut se faire attendre longtemps encore et nous croyons qu'il y a lieu de conserver l'art. 138.

Art. 139. Cet article, qui vise la violation du secret de fabrication ou de secret commercial, a été assez vivement critiqué.

On a dit notamment: cet article est inutile, parce que les secrets industriels dignes de protection font l'objet de brevets d'invention. Mais cela n'est pas exact. Il y a des secrets qui ne sont pas protégés par des brevets; ainsi, notamment, tous les secrets d'affaires.

Votre commission estime donc que l'article 139 doit être adopté.

Le point le plus délicat, peut-être, est ici celui de la durée de l'obligation de respecter le secret. Le projet n'en dit rien et nous pensons qu'il a raison. Ce sera au juge de décider si l'écoulement du temps et les circonstances ont, dans un cas donné, éteint l'obligation au silence. Il n'est pas possible de fixer dans la loi elle-même un délai qui serait forcément arbitraire.

Nous approuvons donc l'art. 139 tel que le Conseil fédéral le propose et nous vous en recommandons l'adoption.

Prenons maintenant les art. 140 à 149. Ces articles répriment une série de délits importants, délits qui peuvent être commis dans la procédure de la faillite ou de la poursuite pour dettes. La commission approuvant ces dispositions d'une manière générale, je me borne à vous donner à leur sujet les quelques indications que voici:

L'art. 140, tout d'abord, vise la banqueroute frauduleuse dans le sens où l'entend le droit français; c'est-à-dire que ce délit suppose la faillite préalable de l'inculpé. Il s'agit, en substance, de réprimer les mesures frauduleuses qui ont pour effet ou pour objet de nuire aux créanciers.

Ces mesures, qui tendent à la diminution soit réelle (chiffre 1^{er}, 2^e alinéa) soit fictive (chiffre 1^{er}, 3^e alinéa) de l'actif du débiteur, peuvent être prises: soit par le débiteur lui-même (c'est alors l'art. 140, chiff. 1^{er}, qui est applicable);

soit par un tiers qui soustrait frauduleusement ou cherche à soustraire frauduleusement à la faillite des biens du débiteur. Très souvent alors, on se trouvera en présence d'un acte de complicité. Mais il se peut que le tiers agisse sans entente avec le débiteur. Alors il n'y a pas complicité et c'est l'art. 140, chiff. 2, qui sera applicable.

Art. 141. Cet article est l'équivalent de l'art. 140 pour le débiteur soumis à la poursuite par voie non pas de faillite, mais de saisie. La condition fondamentale d'application de cet article est donc non plus la faillite du débiteur, mais le fait qu'un acte de défaut de biens a été dressé contre lui.

L'art. 142 parle de la banqueroute simple.

Ici, il s'agit de tout débiteur quelconque: aussi bien celui qui est soumis à la poursuite par voie de faillite que celui qui ne peut être poursuivi que par la voie ordinaire de la saisie.

Pour pouvoir être puni comme banqueroutier simple, le débiteur doit avoir été déclaré en faillite, ou bien il faut qu'un acte de défaut de biens ait été dressé contre lui.

Quant aux faits délictueux, qui doivent précéder la faillite ou l'acte de défaut de biens, ils doivent être de nature à causer un dommage aux créanciers. Et ce sont des faits non de fraude mais de légèreté, de négligence.

Le délit de banqueroute simple ne peut du reste être commis que par le débiteur lui-même.

Le chiff. 2 de l'art. 142 en fait un délit sur plainte. Il dit qui peut porter plainte et fixe le délai dans lequel la plainte peut être portée.

L'art. 143 punit certains cas de contraventions à l'obligation légale de tenir une comptabilité ou de dresser un bilan.

Votre commission vous propose de préciser la condition fondamentale d'application de cet article, en disant que, s'il ne s'agit pas d'un débiteur qui a été déclaré en faillite, un acte de défaut de biens doit avoir dressé contre lui à la suite d'une saisie fondée sur l'art. 43 de la loi sur la poursuite pour dettes.

Sur les art. 144 et 145, aucune observation.

L'art. 146 prévoit encore un délit consistant à frustrer les créanciers. Mais à la différence des dispositions sur la banqueroute, l'art. 146 suppose que l'autorité est déjà intervenue, qu'elle a déjà saisi, séquestré ou inventorié tel ou tel objet. Le délit consiste alors à disposer arbitrairement de cet objet, ou à le détruire, à l'endommager ou à le mettre hors d'usage. La commission vous propose de reprendre ici les termes dont se servent déjà les art. 140 et 141, chiff. 1^{er}, second alinéa.

Le délit prévu à l'art. 146, qui peut du reste être commis par quelqu'un d'autre que le débiteur lui-même, est à double face.

D'une part, le délinquant lèse les créanciers; d'autre part, il se moque de l'autorité qui a saisi, inventorié ou séquestré l'objet détourné.

La peine est cependant moins sévère que celle des délits de banqueroute qui, a-t-on pensé, sont tout de même plus dangereux.

L'art. 147 réprime l'obtention frauduleuse d'un concordat. Au fond, c'est une escroquerie en grand. La peine est cependant moins dure que celle de l'art. 129.

Sur l'art. 148, pas d'observation.

J'en arrive enfin à l'art. 149. Le projet n'entend pas résoudre ici, je me hâte de le dire, la grosse question de la «capacité au délit» des personnes juridiques. Il ne vise qu'un cas spécial: celui où l'une des infractions prévues aux art. 128 (détournement d'objets frappés d'un droit de gage ou de rétention) et 140 à 147 (délits dans la faillite et la poursuite pour dettes), aurait été commise dans la gestion d'une personne morale (société anonyme, par exemple) ou d'une société de personnes (société en nom collectif ou en commandite).

Et, en vue de ces deux hypothèses, l'art. 149 pose des règles raisonnables.

Au premier alinéa, il admet que la personne morale elle-même ne peut pas être capable de commettre un des délits dont il s'agit. Ceux qui doivent en répondre, ce sont: disons, d'une façon générale, ceux qui, comme organes de la personne morale, ont commis l'acte incriminé.

Pour les mêmes infractions commises dans la gestion d'une société de personnes, le second alinéa, complété par votre commission sur le modèle de l'énumération que contient le premier alinéa, déclare punissables les sociétaires, directeurs, fondateurs ou liquidateurs qui auront commis l'infraction.

En résumé, nous vous recommandons d'adopter les art. 137 à 149, tels qu'ils sont proposés par la commission.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 150—154.

Anträge der Kommission.

Verbrechen oder Vergehen gegen die Ehre und Verletzung privater Geheimnisse.

Art. 150. Streichen; wird Art. 151bis.

Art. 151. 1. Wer jemanden bei einem andern eines unehrenhaften Verhaltens oder anderer Tatsachen, die geeignet sind, seinen Ruf zu schädigen, beschuldigt oder verdächtigt,

wer eine solche Beschuldigung oder Verdächtigung weiter verbreitet,

wird, auf Antrag, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Buße bestraft.

1bis. Beweist der Beschuldigte, daß seine Aeusserungen der Wahrheit entsprechen, so ist er nicht strafbar.

Der Beschuldigte wird jedoch zum Wahrheitsbeweis nicht zugelassen und ist in allen Fällen strafbar, wenn seine Aeusserungen, ohne das öffentliche Interesse zu berühren, sich auf das Privat- oder Familienleben beziehen und bloß in der Absicht getan worden sind, jemandem Übles vorzuwerfen.

1ter. Zieht der Täter das, was er gesagt hat, vor dem Richter als unwahr zurück, so kann er milder bestraft oder ganz von Strafe befreit werden. Der Richter stellt dem Verletzten über den Rückzug eine Urkunde aus.

Art. 151bis. 1. Wer jemanden wider besseres Wissen bei einem andern eines unehrenhaften Verhaltens oder anderer Tatsachen, die geeignet sind, seinen Ruf zu schädigen, beschuldigt oder verdächtigt,

wer eine solche Beschuldigung oder Verdächtigung wider besseres Wissen verbreitet,

wird, auf Antrag, mit Gefängnis oder Buße bestraft.

2. Ist der Täter planmäßig darauf ausgegangen, den guten Ruf einer Person zu untergraben, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter einem Monat.

2bis. Zieht der Täter seine Aeusserungen vor dem Richter als unwahr zurück, so kann er milder bestraft werden. Der Richter stellt dem Verletzten über den Rückzug eine Urkunde aus.

Art. 152. Streichen; wird Art. 153bis.

Art. 153. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 153bis. Der mündlichen Verleumdung und Nachrede ist die Aeußerung durch Schrift, Bild, Gebärde oder durch andere Mittel gleichgestellt.

Art. 154. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 154bis. Die Verbrechen und Vergehen gegen die Ehre verjähren in einem Jahr.

Art. 154ter (bisher 313). Wer, ohne dazu berechtigt zu sein, eine verschlossene Schrift oder Sendung öffnet, um von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen, wer Tatsachen, deren Kenntnis er durch Öffnen einer nicht für ihn bestimmten, verschlossenen Schrift oder Sendung erlangt hat, verbreitet oder ausnützt,

wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

Propositions de la commission.

Crimes ou délits contre l'honneur et violation de secrets privés.

Art. 150. Devient art. 151bis.

Art. 151. 1. Celui qui, en s'adressant à un tiers, aura accusé ou mis en suspicion une personne de tenir une conduite contraire à l'honneur, ou de tout autre fait propre à porter atteinte à sa considération,

celui qui aura propagé une pareille accusation ou mise en suspicion,

sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement jusqu'à six mois ou de l'amende.

1bis. L'inculpé n'encourra aucune peine, s'il prouve que ses allégations sont conformes à la vérité.

Il ne sera cependant pas admis à faire cette preuve et il sera en tous cas punissable, si ses allégations n'ont pas un caractère d'intérêt public et touchent à la vie privée ou à la vie de famille, et s'il les a articulées dans le seul dessin de dire du mal d'autrui.

1ter. Si, devant le juge, le délinquant reconnaît la fausseté de ses allégations et les rétracte, le juge pourra atténuer la peine ou exempter le délinquant de toute peine. Le juge donnera acte de cette rétractation à l'offensé.

2^e alinéa: biffer.

Art. 151bis. 1. Celui qui, connaissant la fausseté de ses allégations, aura, en s'adressant à un tiers, accusé ou mis en suspicion une personne de tenir une conduite contraire à l'honneur, ou de tout autre fait propre à porter atteinte à sa considération,

celui qui, connaissant la fausseté de ses allégations, aura propagé de pareilles accusations ou mises en suspicion,

sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

2. La peine sera l'emprisonnement pour un mois au moins, si le calomniateur a, de propos délibéré, cherché à ruiner la réputation de sa victime.

2bis. Si, devant le juge, le délinquant reconnaît la fausseté de ses allégations et les rétracte, le juge pourra atténuer la peine. Le juge donnera acte de cette rétractation à l'offensé.

Art. 152 devient art. 153bis.

Art. 153. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 153bis. Adhérer au projet du Conseil fédéral, art. 152.

Art. 154. 1. Celui qui, de toute autre manière, aura, par la parole, l'écriture, l'image, le geste ou par des voies de fait, attaqué autrui dans son honneur, sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement jusqu'à trois mois ou de l'amende.

2. Le juge pourra exempter le délinquant de toute peine, si l'injurié a directement donné lieu à l'injure par une conduite répréhensible.

Si l'injurié a riposté immédiatement par une injure ou par des voies de fait, le juge pourra exempter de toute peine les deux délinquants ou l'un d'entre eux.

Art. 154bis. Pour les délits contre l'honneur, l'action pénale se prescrit par un an.

Art. 154ter. (Voir art. 313.) Celui qui, sans en avoir le droit, aura ouvert un pli ou colis fermé, dans le but de prendre connaissance de son contenu; celui qui, ayant pris connaissance de certains faits en ouvrant un pli ou colis fermé qui ne lui était pas destiné, aura divulgué ces faits ou en aura tiré profit,

sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

Seller, Berichterstatter: Da auch Parlamentarier gelegentlich riskieren, in Ehrbeleidigungsprozesse verwickelt zu werden, dürfte unter Umständen dieses Kapitel für sie einiges Interesse haben. (Heiterkeit.)

Der dritte Abschnitt handelt vom Schutz der Ehre. Träger der Ehre ist die Einzelperson. Der Angriff auf einen Personenverband verletzt die einzelnen Mitglieder. Ein Antrag, die Klage einer Gesamtheit zuzulassen, ist in unserer Kommission abgelehnt worden.

Die Ehrbeleidigung ist in allen Fällen Antragsverbrechen. Antragsberechtigt ist gemäß Art. 27 der Verletzte oder der gesetzliche Vertreter. Im Falle der Beleidigung Verstorbener steht das Antragsrecht gemäß Art. 153 den Angehörigen zu. Wer als Angehöriger zu betrachten ist, bestimmt Art. 97. Die Umschreibung des Kreises zeigt sich gerade in diesem Zusammenhang als wünschenswert.

Besondere Qualifikationsfälle in bezug auf den Ort der Beleidigung oder die Qualität der beleidigten Personen zu schaffen, hat der Entwurf vermieden. In dem weiten Strafraum kann der Richter den besondern Verumständungen trotzdem Rechnung tragen.

Altem Herkommen gemäß wird auch in unserm Entwurf unterschieden zwischen Verleumdung, übler Nachrede und Beschimpfung. Dabei stehen Verleumdung und üble Nachrede insofern unter sich in näherer Beziehung, als sie die Herabsetzung des Beleidigten gegenüber Dritten in sich schließen und beide im Gegensatz stehen zur Beschimpfung, die sich direkt an den Beleidigten richtet. Grenzfälle sind dabei von vornherein denkbar. Entscheidend ist der Vorsatz beim Täter. Nach dem Vorsatz des Täters ist auch zu bestimmen, ob eine Tötlichkeit Beschimpfung oder Körperverletzungsdelikt ist.

Die Unterscheidung zwischen Verleumdung und übler Nachrede einerseits und Beschimpfung andererseits drückt der Entwurf dadurch aus, daß er bei der erstern Kategorie von einer Verdächtigung «bei einem andern» und bei der Beschimpfung von einer

Ehrverletzung «in anderer Weise spricht». Die Beschimpfung umfaßt also diejenigen Ehrbeleidigungen, die sich nicht als Verleumdung oder üble Nachrede charakterisieren. Verleumdung und üble Nachrede sind die schwereren Fälle der Injurien. Dies zeigt sich auch im Strafmaß. Bei Verleumdung ist die Strafe Gefängnis ohne Einschränkung, bei der üblen Nachrede Gefängnis bis zu sechs Monaten und bei der Beschimpfung Gefängnis bis zu drei Monaten. Der deutsche Entwurf bezeichnet die außerhalb der Verleumdung und üblen Nachrede stehenden Injurienfälle als Beleidigung schlechthin, womit vielleicht noch deutlicher als in unserm Entwurf der subsidiäre Charakter der Beschimpfung gekennzeichnet ist.

Verleumdung und üble Nachrede unterscheiden sich nach der Fassung des Bundesrates dadurch, daß bei der Verleumdung Handeln wider besseres Wissen, bei der üblen Nachrede nur leichtfertiges Handeln vorliegen muß. Der Bundesrat stellt die Verleumdung voran und schreitet systematisch von der schweren Form der Verleumdung zu der leichtern Nachrede und der leichtesten Form der Beschimpfung. Unsere Kommission hat nunmehr die üble Nachrede in erste Linie gestellt und die Verleumdung als die durch die «Wissentlichkeit» charakterisierte Qualifikation der Nachrede folgen lassen. In der Definition der üblen Nachrede hat die Kommission sodann das Begriffsmerkmal der «Leichtfertigkeit» fallen gelassen und demgemäß die vorsätzliche Verdächtigung bei einem andern schlechthin unter Strafe gestellt. Es wird somit nicht mehr unterschieden zwischen wissentlicher und leichtfertiger Verdächtigung, sondern zwischen der Verdächtigung als solcher und der wissentlichen Verdächtigung. Dem Kläger wird somit nicht zugemutet, neben der Ehrverletzung auch noch ein leichtfertiges Vorgehen des Angeschuldigten nachzuweisen. Der Beweis der ehrenrührigen Nachrede genügt, wenn die nachgesagte Tatsache nicht der Wahrheit entspricht, wobei vorerst auf die Detailfragen des Wahrheitsbeweises noch nicht näher eingetreten wird. Nun ist ja in der Tat zuzugeben, daß die Abgrenzung zwischen leichtfertiger und wissentlicher Verdächtigung nicht immer leicht zu treffen ist. Insofern ist der Aufbau der Kommission, gemäß welchem vorerst subjektiv der Vorsatz und objektiv die Ehrenrührigkeit festzustellen und beim Vorliegen dieser Voraussetzung — die Frage des Wahrheitsbeweises vorbehalten — zum mindesten üble Nachrede anzunehmen ist, und sodann im weitern zu prüfen ist, ob das Verhalten des Täters obendrein noch wider besseres Wissen erfolgte, als Fortschritt zu betrachten. In der Regel wird ohnehin das nicht wissentliche Verdächtigen als leichtfertig zu bezeichnen sein. Die Leichtfertigkeit ist aber nicht Voraussetzung der Strafbarkeit. Wesentlich und ausschlaggebend ist der Vorsatz der Nachrede ehrenrühriger Tatsachen, Tatsachen nicht im Sinne der wahren Tatsache aufgefaßt, sondern eines Verhaltens, das geeignet ist, den Ruf des Beschuldigten zu schädigen.

Sowohl nach der bundesrätlichen Fassung als nach dem Antrag der Kommission liegt die Differenz in der Formulierung der Verleumdung gegenüber der üblen Nachrede einzig im Requisit des Handelns wider besseres Wissen. In beiden Fällen ist das Verbreiten dem Behaupten gleichgestellt. Erhöht ist, wie schon ausgeführt, bei der Verleumdung das Strafmaß und qualifiziert ist die Verleumdung, wenn der Täter plan-

mäßig darauf ausgeht, den Ruf einer Person zu untergraben. In diesem Falle kann Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ausgesprochen werden. Einen Unterschied bei der Behandlung der beiden Verbrechenarten hat dann die bundesrätliche Fassung insofern gemacht, als bei der üblen Nachrede im Falle des Rückzugs der ehrverletzenden Behauptung vor dem Richter Strafmilderung und sogar Strafbefreiung erfolgen kann, während diese Möglichkeit für den Verleumder nicht vorgesehen ist. Unsere Kommission schafft nun die Möglichkeit der Milderung auch für den Verleumder. Die Milderung ist, wie bei der üblen Nachrede, nicht obligatorisch, sondern in das Ermessen des Richters gelegt.

Als Resultat der bisherigen Erörterungen wollen wir somit festhalten: Es ist zu unterscheiden zwischen der üblen Nachrede und der Verleumdung als qualifizierter Verdächtigung gegenüber Dritten einerseits und der Beschimpfung als Beleidigung an die Adresse des Verletzten selbst. Die Kommission geht aus von der üblen Nachrede, d. h. der vorsätzlichen Verdächtigung, für welche das Requisite des leichtfertigen Behauptens oder Verbreitens nicht mehr aufgestellt ist und sie behandelt die Verleumdung, das wider besseres Wissen Handeln, als Qualifikation der üblen Nachrede. Eine Verschärfung erfährt sodann die planmäßige Verleumdung. Der Rückzug der ehrenrührigen Behauptung vor dem Richter kann bei beiden Verbrechenarten mildernd in Berücksichtigung gezogen werden, bei der Verleumdung allerdings in geringerem Maße.

Die Kommission hat nun aber am bundesrätlichen Entwurf noch eine weitere sehr einschneidende Aenderung vorgenommen. Sie betrifft speziell die üble Nachrede und besteht in folgendem:

Der Bundesrat unterscheidet zwischen der üblen Nachrede von unwahren und von wahren Tatsachen. Art. 151 der bundesrätlichen Vorlage behandelt in Ziff. 1 diejenigen Fälle, in denen jemand leichtfertig und nicht der Wahrheit gemäß ehrenrührige Tatsachen behauptet oder verbreitet und sieht dafür eine Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten vor. In Ziff. 2 dagegen ist der Fall behandelt, daß der Täter zwar eine wahre Tatsache behauptet, dies aber tut ohne begründete Veranlassung und nur um dem Verletzten Uebles nachzureden. Die Strafe ist diesfalls nur Buße. Bei der üblen Nachrede ist sonach gemäß bundesrätlicher Auffassung der Wahrheitsbeweis unter allen Umständen zuzulassen. Mißlingt er, so tritt die Strafbarkeit nach Ziff. 1 ein (vorbehalten die Strafbefreiung wegen Rückzugs der Behauptung). Gelingt der Wahrheitsbeweis, so tritt Straflosigkeit ein, aber eben nur dann, wenn der Täter eine vernünftige Veranlassung hatte, mit der Kenntnis der Tatsache auszurücken und wenn er die Bekanntgabe nicht nur um des Heruntermachens willen erfolgen ließ.

Diese Behandlung der üblen Nachrede hat nun die Kommission geändert. Sie hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß unter bestimmten Voraussetzungen der Täter überhaupt nicht zum Wahrheitsbeweis zuzulassen sei. Wenn nämlich nachgewiesen werden kann, daß sich die Äußerungen auf das Privat- oder Familienleben des Klägers beziehen, daß diese Verhältnisse das öffentliche Leben nicht berühren und daß für den Täter einzig die Absicht des Uebelwollens vorlag, dann darf der Täter zum Wahrheitsbeweis überhaupt nicht zugelassen werden, und es tritt

Strafe ein, wie wenn die Tatsache überhaupt nicht wahr wäre. Das wesentliche der Aenderung liegt somit im Ausschluß des Wahrheitsbeweises in bestimmten Fällen. Die Straflosigkeit im Falle des Wahrheitsbeweises wird somit in einem sehr weiten Umfange ausgeschaltet. Der Grundgedanke dieser Neuerung liegt in dem durchaus natürlichen Empfinden, daß man sich nicht in die Privat- und Familienverhältnisse des andern einmischen, sie nicht zum Gegenstand des Klatsches und der Heruntersetzung machen soll und insbesondere soll die Injurie bloß um des Plagens des andern willen verpönt sein. Diese Tendenz ist gewiß zu billigen. Aber wir müssen uns doch ernstlich fragen, ob die vorgeschlagene Lösung unter allen Umständen brauchbar ist und wir sind davon überzeugt, daß in dieser Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Es ist sogar notwendig, daß wir uns erneut die Konsequenzen überlegen. Es scheint mir, daß auch Bedenken gegen die neue Lösung vorgebracht werden können. Einmal ist es doch nicht immer leicht, die Grenze für die rein das Privat- oder Familienleben betreffenden Tatsachen zu ziehen und festzustellen, in welchen Fällen das öffentliche Interesse berührt wird und wann nicht und nicht leicht wird es auch sein, festzustellen, wann lediglich Beleidigungssucht vorliegt. Diese Schwierigkeiten dürfen uns allerdings nicht davon abhalten, eine Lösung zu akzeptieren, wenn sie grundsätzlich richtig ist. Vom praktischen Gesichtspunkt noch wichtiger aber erscheint mir die Frage, ob es unter allen Umständen im Interesse des Verdächtigten liegt, den Wahrheitsbeweis auszuschließen, ob nicht gerade wegen des Ausschlusses des Wahrheitsbeweises der Verdacht bestehen bleibt und ob nicht gerade deshalb der Kläger in gewissen Fällen die Beweiserhebung wünschen muß, wo sie nun nach dem Wortlaut der Kommission ausgeschlossen ist. Der Vorhalt kann das Privatleben betreffen, keinerlei öffentliche Interessen berühren und von einem typischen Ehrabschneider herkommen und es kann trotzdem der Verletzte ein dringendes Interesse daran haben, den Beschuldigten zum Wahrheitsbeweis zuzulassen, zu einem Beweisversuch, über dessen Mißlingen der Verletzte überzeugt ist. Das Interesse kann gerade darin bestehen, dem Täter nicht den Vorwand zu geben, er habe sich überhaupt nicht wehren können. Der Ausschluß vom Wahrheitsbeweis kann den Täter zum Märtyrer stempeln und auch den Verletzten nicht unter allen Umständen befriedigen. Ob diese Schattenseite der neuen Lösung deshalb in den Kauf genommen werden kann und darf, weil die Nachteile, die mit der ausgedehnten Zulassung des Wahrheitsbeweises zweifellos verbunden sind, behoben werden, das ist die Frage, die einer wiederholten Ueberlegung gewiß wert ist. Die Lösung hat auch ihre prozessualen Schwierigkeiten. Ist jeweilen von vornherein klar, daß es sich nicht um öffentliche Interessen, sondern um rein private oder Familienverhältnisse handelt? Wird nicht schon darüber ein Vorverfahren stattfinden müssen und wie soll sich der Kläger angesichts der verschiedenartigen Schlüsse, die man aus seiner Stellungnahme in dieser Frage zieht, verhalten? Und wie stellt sich der Richter zum Strafmaß, wenn die Umstände nur zum Teil klargelegt sind, und liegt nicht im Ausschluß des Wahrheitsbeweises wiederum eine Schwierigkeit für die Feststellung, ob üble Nachrede oder Verleumdung vorliegt?

Ich begnüge mich, diese Fragen zu skizzieren. Die Neuerung ist wichtig genug, daß man sie nach allen Richtungen hin überprüft.

Ergänzen wir somit unsere frühern Feststellungen über das Verhältnis von übler Nachrede und Verleumdung, so ist festzustellen, daß die Kommission bei der Regelung der üblen Nachrede eine wesentliche Aenderung in bezug auf die Behandlung des Wahrheitsbeweises vorgenommen hat. Es wäre zu wünschen, daß speziell über diesen Punkt eine eingehende Diskussion platzgreifen würde.

Speziell unter Strafe gestellt sind, wie schon erwähnt, die Verleumdung und die üble Nachrede gegen einen Verstorbenen. Die Verwirkungsfrist von 30 Jahren ist reichlich groß gewählt. Die Kommission schlägt vor, die Art. 152 und 153 umzustellen. Art. 152 der bundesrätlichen Fassung handelt von der Gleichstellung der schriftlichen und bildlichen Ehrverletzung und der injuriösen Gebärden mit der mündlichen Verleumdung oder üblen Nachrede. Dies hat auch für die Verdächtigung Verstorbener zu gelten, daher die Umstellung.

Die Beschimpfung ist, wie erinnerlich, die Ehrverletzung leichtester Art. Sie ist in der Regel Ausfluß des Affekts. Die Höchststrafe ist drei Monate Gefängnis. Ob eine Ehrverletzung oder eine Tätlichkeit vorliegt, richtet sich nach dem Vorsatz. Die Bedeutung der Beschimpfung wird am besten dadurch klar, daß im Falle einer unmittelbaren Anreizung von der Strafe Umgang genommen werden kann. Das Gleiche gilt bei unmittelbarer gegenseitiger Beschimpfung. Die Prozeßkostenfrage, welche in bestehenden Gesetzen auch etwa herbeigezogen wird, ist im Entwurf weggelassen. In dieser Beziehung ist der Richter frei. Nötigenfalls kann die Regelung in den Strafprozeßordnungen erfolgen.

Die Verjährungsfristen sind nach der bundesrätlichen Vorlage die ordentlichen, also fünf Jahre, da die Gefängnisstrafe die für die Ehrverletzung höchste Strafe ist. In unserer Kommission ist die Frist auf ein Jahr reduziert worden. Sie entspricht der Verjährungsfrist bei den Preßdelikten in Art. 26. Ist diese Frist genügend? Rechtfertigt sich ein Abweichen von der ordentlichen Regel? Nach Art. 28 beginnt die Frist mit dem Tage, an welchem dem Verletzte Tat und Täter bekannt sind. Ein Jahr von diesem Zeitpunkt an gerechnet, sollte wohl zur Ueberlegung über die Frage, ob strafrechtlich vorgegangen werden soll oder nicht, genügen, zumal wenn sich der Verletzte überlegt, daß die Rollen im Beleidigungsprozesse oftmals geradezu vertauscht werden und der Richter es oft unterläßt, die Grenzen des Wahrheitsbeweises richtig abzustecken.

Eine Uebertretungsvorschrift wird in Art. 154ter (bisher Art. 313) behandelt. Es handelt sich um die Verletzung des Schriftgeheimnisses. Die Erweiterung ist auch bei der Fassung des Titels des dritten Abschnittes zu berücksichtigen. Man kann darüber streiten, ob der Platz der Einschiebung richtig gewählt ist. Tatsächlich wird das Gefühl dessen, der durch eine Indiskretion betroffen wird, das der Verletzung der Ehre und der Persönlichkeitsrechte sein. Art. 154ter ist von der Kommission noch erweitert worden. Nicht nur die Oeffnung einer Schrift, sondern auch die Oeffnung einer sonstigen Sendung soll unter Strafe gestellt werden. Tatsächlich kann das Bekanntwerden des Inhalts eines Paketes so unangenehm sein wie das

jenige des Briefinhalts. Beispiele mögen Sie mir erlassen. Nicht strafbar ist natürlich das irrtümliche Oeffnen. Die Oeffnung muß erfolgen im Bewußtsein des fehlenden Rechtes und in der Absicht, trotz fehlendem Recht den Inhalt kennenzulernen. Daß es sich dabei um Handlungen gemeinster Art handeln kann, ist nicht zu bestreiten. Es könnte daher fraglich erscheinen, ob man es für alle Fälle bei einer Uebertretung solle bewenden lassen, oder ob nicht vielleicht in besonders schweren Fällen durch die Verschärfung der Strafandrohung ein eigentliches Verbrechen geschaffen werden soll. Handelt es sich um das Verbreiten solcher durch Indiskretion zur Kenntnis gelangter Tatsachen in ehrenrühriger Absicht, so werden die Bestimmungen der Art. 150 und 151 herbeizuziehen sein. Festzuhalten ist, daß es sich bei diesem ganzen Abschnitt um Antragsverbrechen handelt.

Ich empfehle Ihnen die Annahme der Anträge der Kommission, wobei ich immerhin auf die geltend gemachten Bedenken aufmerksam mache.

Hier wird die Beratung abgebrochen.

(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 12. März 1929. Séance du matin du 12 mars 1929.

Vorsitz: — Présidence: *Walther*.

2251. Rekrutenprüfungen. Wiederaufnahme. Examens de recrues. Rétablissement.

Bericht des Bundesrats vom 7. Oktober 1927 (Bundesblatt II, 257). — Rapport du Conseil fédéral du 7 octobre 1927 (Feuille fédérale II, 249).

Beschluss des Ständerates vom 7. März 1928.
Décision du Conseil des Etats du 7 mars 1928.

Berichterstattung. — *Rapports généraux*.

Anträge der Kommission:

Mehrheit:

Vom Bericht des Bundesrates wird zustimmend Kenntnis genommen.

Minderheit:

Vom Bericht des Bundesrates wird Kenntnis genommen in dem Sinne, daß die Wiedereinführung der pädagogischen Prüfungen abgelehnt wird.

Proposition de la commission:

Majorité:

Il est pris, acte, avec approbation, du rapport du Conseil fédéral.

Minorité:

Il est pris acte du rapport du Conseil fédéral, dans le sens que l'introduction des examens pédagogiques est rejetée.

Je vais plus loin, messieurs. Je déclare que le Conseil fédéral considère comme un indice que ces conditions sont remplies, la circonstance que les ouvrages à effectuer concernent une région montagnaise.

Nous ferons preuve, en faveur des populations du Haut pays, de toute la sollicitude que leur pénible situation mérite. Leurs représentants peuvent être absolument rassurés.

Mais tout le monde admettra, d'une part, qu'une subvention exceptionnelle ne se justifie pas si l'on ne se trouve pas en présence de conditions difficiles, où que ce soit, d'autre part, qu'une telle subvention doit pouvoir être accordée partout où ces conditions se manifestent dans le Jura aussi bien que dans les Alpes.»

Enfin, il est nécessaire, pour les cas normaux, d'éviter la surenchère et les demandes abusives en fixant un maximum particulier, c'est-à-dire un premier palier. C'est l'objet de la disposition dans sa teneur nouvelle et nous vous prions de bien vouloir l'adopter, ainsi que la proposition de la commission.

Angenommen. — *Adopté.*

Präsident: Die Kommission hat beschlossen, Ihnen zu beantragen, von einer Ueberweisung dieses Gesetzes an die Redaktionskommission Umgang zu nehmen.

Zustimmung. — *Adhésion.*

Schlussabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Gesetzesentwurfes 89 Stimmen
(Einstimmigkeit).

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

916. Schweizerisches Strafgesetzbuch. Code pénal suisse.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 106 hievor. — Voir page 106 ci-devant.

Art. 150—154ter.

(Fortsetzung — *Suite*)

M. Logoz, rapporteur: Deux mots tout d'abord du titre du chapitre III. Le projet du Conseil fédéral dit: « délits contre l'honneur ». La commission vous propose en revanche de dire: « crimes et délits contre l'honneur et violation du secret privé ». La commission vous fait cette proposition, parce qu'elle a ajouté aux dispositions de ce chapitre III un nouvel art. 154ter dont nous parlerons tout à l'heure et qui reproduit, avec certaines modifications, l'art. 313 du projet du Conseil fédéral réprimant, comme contravention, la violation de secrets privés.

Ce sont les art. 150 à 154bis qui visent les crimes ou délits contre l'honneur, savoir: la calomnie, la diffamation et l'injure. Et il n'est peut-être pas inutile de rappeler que le bien juridiquement protégé par ces dispositions, c'est ce qu'on a baptisé « l'honneur externe », c'est à dire le droit que la personnalité morale de l'homme a au respect d'autrui, c'est à dire encore la réputation, la considération.

Il ne s'agit pas de l'honneur dit « interne », c'est-à-dire de la valeur morale intrinsèque de l'individu. Cet honneur-là ne dépend pas du fait d'autrui. Nul ne peut l'augmenter ou le diminuer, si ce n'est celui-là même qui en est le porteur.

Ces remarques générales faites, prenons les articles 150 et 151 qui parlent de la calomnie et de la diffamation.

Le projet du Conseil fédéral met en tête le délit le plus grave, c'est à dire la calomnie. La commission vous propose en revanche de parler en premier lieu, comme le fait, par exemple, le projet allemand de 1927, § 317, de la diffamation. La commission vous propose de parler en premier lieu de la diffamation parce que, définie ainsi que la commission propose de le faire, celle-ci apparaît comme une incrimination générale dont la calomnie est un cas particulier et aggravé.

Qu'est-ce exactement que la diffamation (art. 151), d'après le Conseil fédéral, d'une part, et, d'autre part, d'après le texte proposé par la commission?

Dans le projet du Conseil fédéral et dans le texte de la commission, la diffamation résulte en substance de propos tenus devant des tiers, propos qui sont de nature à provoquer un jugement fâcheux, péjoratif, sur la victime. Le diffamateur parle de la victime à des tiers (Nachrede) et il en parle mal (üble Nachrede).

Mais, tandis que le projet du Conseil fédéral exige que le diffamateur ait parlé « à la légère et contrairement à la vérité », le texte de la commission laisse tomber cette exigence. Pourquoi cela? Parce que la commission propose de régler autrement que le Conseil fédéral la grosse question, la question délicate de la preuve de la vérité des faits allégués par le diffamateur.

Le projet du Conseil fédéral admet cette preuve dans tous les cas et il admet dans tous les cas que la

vérité prouvée des faits allégués entraîne la libération de l'inculpé, sous la seule réserve de la disposition contenue à l'art. 151, chiff. 2.

Mais, si fondé que ce système puisse apparaître au point de vue théorique, des considérations d'ordre pratique ont empêché la commission de s'y rallier entièrement.

La commission a estimé, en résumé, que les inconvénients pratiques que pourrait avoir ce système de la preuve possible toujours et par tous les moyens (complication du procès pénal, enquêtes délicates et peut-être fâcheuses pour la victime, même si les faits allégués contre elle sont inexacts, dangers du faux témoignage etc.), l'emportent sur les avantages théoriques du système admis par le Conseil fédéral.

Tout compte fait, la commission est d'avis que la victime sera, en réalité, mieux protégée si la possibilité donnée à l'inculpé de prouver la vérité des faits par lui allégués, est limitée conformément au second alinéa du chiffre 1bis, que la commission vous propose d'insérer dans l'art. 151 et qui dit:

Premier alinéa: Celui qui est inculpé de diffamation, « n'encourra aucune peine s'il prouve que ses allégations sont conformes à la vérité ».

Puis, al. 2:

« Il ne sera cependant pas admis à faire cette preuve et il sera en tout cas punissable si ses allégations n'ont pas un caractère d'intérêt public et touchent à la vie privée ou à la vie de famille et s'il les a articulées dans le seul dessein de dire du mal d'autrui. »

Vous trouverez une formule analogue dans le § 317, dernier alinéa, du projet allemand de 1927.

Le chiff. 1bis de l'art. 151, dont je viens de donner lecture et qui, bien entendu, rend superflu le chiff. 2 du projet du Conseil fédéral, nous paraît avoir aussi, par son alinéa premier, l'avantage de régler d'une manière plus claire que ne le fait le projet du Conseil fédéral, l'importante question de la répartition du fardeau de la preuve entre l'inculpé et le plaignant.

Dans le projet du Conseil fédéral, le chiff. 1^{er} de l'art. 151 érige en élément constitutif du délit de diffamation le fait que l'inculpé a parlé à la légère et contrairement à la vérité. On peut donc penser que c'est au plaignant, dans ce système, qu'il incombe de prouver que cette condition d'existence du délit est bien réalisée.

D'après le texte de la commission, au contraire, le plaignant n'aura à prouver qu'une chose: la mise en circulation ou la propagation de l'imputation diffamatoire; mais si l'inculpé prétend que les faits allégués par lui sont vrais, c'est à lui d'en faire la preuve, dans la mesure où cette preuve est recevable aux termes du chiffre 1 bis.

Telles sont, en résumé, les raisons pour lesquelles nous vous recommandons d'adopter, pour l'art. 151, le texte proposé par la commission.

Art. 151bis (Art. 150 du projet du Conseil fédéral).

Après les dispositions sur la diffamation, vient, dans le texte de la commission, l'art. 151bis, qui réprime la calomnie. C'est, je le répète, l'équivalent de l'art. 150 du projet du Conseil fédéral.

Il est juste de faire ainsi de la calomnie un délit à part, au contraire de ce que font la législation française et les codes de certains cantons de la Suisse

romande, d'après lesquels la calomnie est englobée dans la diffamation.

En effet, à la différence du diffamateur, le calomniateur salit autrui de propos délibéré. Il ment et il sait qu'il ment. Il mérite donc certainement une place à part dans le code, un nom spécial et une peine plus dure.

C'est ce qu'ont admis et le projet du Conseil fédéral et votre commission qui, toutefois, a cru devoir permettre au juge d'infliger seulement une amende au calomniateur. Voyez, dans le texte de la commission, l'art. 151bis, chiff. 1, in fine. La peine prévue est l'emprisonnement ou l'amende, tandis que le projet du Conseil fédéral ne parle que de l'emprisonnement.

Je ne partage pas du tout, sur ce point, l'opinion de la majorité de la commission. Sans vouloir compliquer ici le débat par une proposition personnelle, j'espère vivement, pour ce qui me concerne, que le Conseil des Etats fera le nécessaire pour exclure ce que je considère comme un excès de mansuétude à l'égard du très vilain personnage qu'est le calomniateur.

Cela d'autant plus que, de la définition que l'art. 150, chiff. 1^{er}, donne de la calomnie, il résulte ceci: celui qui entend poursuivre un calomniateur ne peut pas se contenter d'établir qu'il a été en butte à des allégations portant atteinte à son honneur. Le plaignant doit prouver, en outre, la fausseté des allégations dont il se plaint et prouver, par surcroît, que le calomniateur savait que ses dires étaient faux. Cette preuve est très difficile à rapporter, surtout quant au dernier point. Raison de plus, quand elle est faite, pour « saler » suffisamment le calomniateur.

Dernière remarque: La commission vous propose d'ajouter à l'art. 151bis un chiff. 2bis nouveau qui reproduit, à une différence près, le chiffre 1^{er} de l'art. 151.

La commission vous propose, en d'autres termes, d'ajouter à l'art. 151bis un chiff. 2bis, disant: « Si, devant le juge, le délinquant reconnaît la fausseté de ses allégations et les rétracte, le juge pourra atténuer la peine. »

Cette disposition rend en effet possible la meilleure réparation que puisse souhaiter la victime, en matière de calomnie aussi bien qu'en matière de diffamation.

La différence entre l'art. 151bis, chiff. 2bis et l'art. 151, chiff. 1^{er}, réside dans la mesure de l'atténuation possible de la peine, prévue dans chacun des deux cas.

L'art. 152, que la commission vous propose de placer après l'art. 153, comme art. 153bis, ce qui est plus juste au point de vue systématique, complète les articles qui précèdent en disant qu'à la calomnie et à la diffamation verbale, sont assimilées la calomnie et la diffamation par l'écriture, l'image, le geste ou par tout autre moyen. Il y a déjà des codes pénaux cantonaux qui parlent dans ce sens. Cette disposition est pleinement justifiée.

L'art. 153 est nécessaire pour la répression de l'atteinte calomnieuse ou diffamatoire à la mémoire d'un mort, atteinte qui peut froisser profondément les survivants. La commission vous propose d'adopter cet article tel quel.

La commission vous propose également d'adopter l'art. 154, sur l'injure, auquel elle n'a apporté que des modifications formelles.

Le projet renonce à toute définition positive de l'injure. Il a raison, car il est très difficile, sinon impossible de donner de l'injure une définition positive tout à fait satisfaisante. En revanche, l'art. 154 essaie de donner une définition négative. Il fait de l'injure une infraction complémentaire. Il y a injure, dit-il, quand il y a atteinte à l'honneur qui n'est ni une calomnie, ni une diffamation.

Ce système a été adopté, après de longues discussions, pour ne pas risquer d'oublier quelque chose dans la définition de l'injure. Je ne suis cependant pas très sûr, pour ma part, que ce soit là une solution sans inconvénients.

Puisqu'on n'arrive pas à trouver une bonne définition de l'injure, je me serais personnellement contenté, avec l'avant-projet de 1908, de dire simplement: «Celui qui aura injurié autrui... sera, sur plainte, puni... etc» et c'est au juge qu'il aurait appartenu de dire, dans chaque cas particulier, s'il y a injure. Mais n'ouvrons pas ici une discussion déplacée et adoptons l'art. 154, tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral, avec les amendements rédactionnels de la commission.

L'art. 154bis, que la commission propose d'insérer dans le projet, abrège le délai de prescription de l'action pénale pour les délits contre l'honneur (cf. art. 67). Bien entendu, l'art. 154bis n'exclut pas l'application, dans ce domaine, de l'art. 28 sur le délai pour porter plainte.

Enfin, l'art. 154ter. Cet article proposé par la commission et dont l'équivalent se trouve à l'art. 313 du projet du Conseil fédéral, crée sous le nom de «violation de secrets privés» une infraction complémentaire ou subsidiaire par rapport aux divers délits de violation du secret professionnel dont il est question plus loin, aux art. 285 et suivants du projet.

Seulement, ce n'est pas un délit contre les devoirs professionnels et votre commission a jugé que, puisque cette disposition devait être transférée du Livre II dans le Livre I, en vertu d'une décision de principe concernant le Livre II, c'est à la fin du chapitre III de la partie spéciale du Livre I qu'on pouvait le mieux la classer.

Au fond, ce qu'on protège ici, c'est le secret auquel a droit celui auquel est adressé l'envoi fermé qu'un tiers a ouvert intentionnellement et sans droit.

Le projet du Conseil fédéral, à l'art. 313, ne parlait que d'«écrits fermés». Votre commission, impressionnée notamment par l'idée que ce texte laisserait impuni celui-ou celle-qui ouvrirait sans droit un pli fermé contenant une photographie et adressé à autrui, a trouvé trop étroite l'expression d'«écrits fermés» qui figure à l'art. 313 du projet du Conseil fédéral. De là l'amendement qu'elle vous propose et d'après lequel l'art. 154 ter parle maintenant de «pli ou colis fermés».

Je ne suis pas très sûr, je vous l'avoue, que cette rédaction nouvelle n'aille pas elle-même trop loin. Mais, ici encore, laissons à l'autre Chambre le soin de méditer à nouveau la question.

Je souligne encore le fait que la contravention ici prévue est intentionnelle (voyez les art. 96bis, 288 et 16). Donc, le fait d'ouvrir par inattention n'est pas punissable d'après l'art. 154ter, al. 1. En revanche, le second alinéa de cet article serait applicable à celui qui, ayant ainsi ouvert par inadvertance, divulguerait ensuite ce qu'il a appris ou en tirerait profit. Dans ce

cas, le contrevenant commet un acte qui peut causer un tort grave au destinataire de l'envoi. C'est pourquoi l'al. 2 est aussi nécessaire.

En résumé, nous vous proposons d'adopter les art. 150 à 154ter, tels qu'ils sont proposés par la commission.

Angenommen. — *Adoptés.*

Vierter Abschnitt.

Titel.

Antrag der Kommission.

Verbrechen oder Vergehen gegen die Freiheit.

Chapitre quatrième.

Titre.

Proposition de la commission.

Crimes ou délits contre la liberté.

Art. 155—161.

Anträge der Kommission.

Art. 155, 156: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 157. 1. Wer jemanden unrechtmäßig festnimmt oder gefangen hält oder jemandem in anderer Weise unrechtmäßig die Freiheit entzieht, wird mit Gefängnis bestraft.

2. Der Täter wird mit Zuchthaus bestraft:

wenn er der Person die Freiheit entzieht, um sie zur Unzucht zu mißbrauchen oder der Unzucht zu überliefern;

wenn er der Person unter dem falschen Vorgeben, sie sei geisteskrank, die Freiheit entzieht oder entziehen läßt;

wenn er die Person grausam behandelt oder wenn die Freiheitsberaubung mehr als einen Monat gedauert hat.

Art. 158. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Art. 159. Wer eine geistesranke, eine blödsinnige, eine schwachsinnige, eine bewußtlose oder zum Widerstand unfähige Frau in Kenntnis ihres Zustandes entführt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Entführt der Täter die Frau, um sie zur Unzucht zu mißbrauchen, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren.

Art. 160. Wer ein Kind unter sechzehn Jahren entführt, um Gewinn aus dem Kinde zu ziehen oder um ein Lösegeld zu erlangen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Entführt der Täter das Kind, um es zur Unzucht zu mißbrauchen, so wird er mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft.

Art. 161. Wer gegen den Willen des Berechtigten in ein Haus, in eine Wohnung, in einen abgeschlossenen Raum eines Hauses oder in einen unmittelbar zu einem Hause gehörenden umfriedeten Platz, Hof oder Garten oder in einen umfriedeten Werkplatz

unrechtmäßig eindringt, oder, trotz der Aufforderung eines Berechtigten, sich zu entfernen, darin verweilt, wird, auf Antrag, mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Propositions de la commission.

Art. 155, 156, 157, 158: Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 159. Celui qui, connaissant l'état de sa victime, aura enlevé une femme aliénée, idiote, faible d'esprit, inconsciente ou incapable de résistance, sera puni de l'emprisonnement pour trois mois au moins.

La peine sera la réclusion jusqu'à dix ans, si le délinquant a enlevé la victime pour abuser d'elle.

Art. 160. Celui qui aura enlevé un enfant de moins de seize ans pour exploiter ou pour obtenir rançon, sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement pour six mois au moins.

La peine sera la réclusion pour trois ans au moins, si le délinquant a enlevé l'enfant pour abuser de lui.

Art. 161. Celui qui aura pénétré contre la volonté de l'ayant droit dans une maison, dans une habitation, dans un local fermé compris dans une maison, dans un espace, cour ou jardin clos et attenant à une maison, ou dans un chantier clos, ou qui y sera demeuré au mépris de l'injonction de sortir à lui adressée par un ayant droit, sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Antrag Hoppeler.

Art. 160bis. Wer durch irreführende Inserate in öffentlichen Zeitungen Personen in eine ihre persönliche Freiheit, Ehre oder Sittlichkeit gefährdende Lage oder in eine Notlage lockt oder zu locken sucht, wird mit Gefängnis oder Buße bestraft.

Amendement Hoppeler.

Art. 160bis. Celui qui, en publiant des annonces fallacieuses dans les journaux, aura mis ou cherché à mettre des personnes dans une situation dangereuse pour leur liberté personnelle, leur honneur ou leur moralité ou dans un état de détresse, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Seiler, Berichterstatter: Die persönliche Freiheit des Einzelnen muß durch Strafschutz gesichert sein. Diese Freiheit kann dadurch eingeschränkt werden, daß sich der Angreifer der ganzen Person bemächtigt, wie bei der Freiheitsberaubung und Entführung, oder aber dadurch, daß der Angegriffene in seiner Willensfreiheit beschränkt und zu ungewollten Handlungen oder Unterlassungen gezwungen wird.

Die Bestimmung des Art. 155 über die Drohung hat im Laufe der Zeit verschiedene Wandlungen erfahren. In der Expertenkommission stand als Merkmal die Gefährdung der Sicherheit im Vordergrund. Dem gegenüber wurde dann von einer Störung des Friedens gesprochen. Beide Begriffe: Sicherheitsgefährdung und Friedensstörung sind dann aber mit Recht als zu vag verworfen worden. Auch mit der Störung der Ruhe einer Person hat man zeitweilig operiert. Schließlich hat man sich aber dahin geeinigt, von einem Versetzen in Angst und Schrecken

auszugehen. Abgelehnt wurde in der Kommission die Einschränkung der Strafbarkeit auf diejenigen Fälle, in denen die Aengstigung durch Drohung mit Verbrechen oder Vergehen erfolgt. Auch die Drohung mit Uebertretungen kann die gleichen Folgen zeitigen. Voraussetzung ist nunmehr jede schwere Drohung. Die Abgrenzung der schweren Drohung von der nicht schweren ist nicht immer leicht. Sie wird vom Richter zu suchen sein.

Die Nötigung (Art. 156) zeitigt schwerere Folgen als die Drohung. Sie führt zu einer erzwungenen Tat, zu Unterlassung oder Duldung. Mittel ist nicht nur eine schwere Drohung, sondern auch die Gewaltanwendung. Ein Spezialfall ist die Erpressung, bei welcher ebenfalls schwere Drohung und Gewalt angewendet werden, welche aber zugleich auch zur Gewährung von Vermögensvorteilen nötigt. Mit Rücksicht auf den letztern Umstand ist die Erpressung unter den Vermögensdelikten behandelt. Vollendet ist die Nötigung mit der Bewirkung der Handlung, Unterlassung oder Duldung. In der Kommission wurde festgestellt, daß die Nötigung zur Arbeitseinstellung ebenfalls unter diesen Artikel fällt. Auch in dieser Beziehung kann eine Beschränkung der Strafbarkeit auf die Fälle der Drohung mit Verbrechen oder Vergehen nicht in Betracht kommen. Die Beifügung der Voraussetzung der « rechtswidrigen Absicht » ist nicht aufgenommen worden. Im Zwang selbst liegt bereits die Rechtswidrigkeit. Wer diesen Zwang bewußt ausübt, handelt eben rechtswidrig und wird bestraft.

Redaktionell sind die Aenderungen der Kommission in Art. 157, welcher von der Freiheitsberaubung handelt. Nicht jede Freiheitsentziehung ist unerlaubt. Man denke an die Festnahme von Verbrechern, die Internierung von gefährlichen Geisteskranken etc. Daher ist es am Platze, die Bestrafung nur für den Fall anzudrohen, daß die Festnahme « unrechtmäßig » erfolgt. Erwähnt seien die Qualifikationen von Ziff. 2, welche Zuchthausstrafe zur Folge haben. Abgelehnt wurde in unserer Kommission eine Milderung der Strafansätze, mit Rücksicht auf die Schwere der Beinträchtigung des wertvollen Gutes der Freiheit.

In drei Formen behandeln die Art. 158, 159 und 160 die Entführung. Die Entführung einer Frau wird, je nachdem sie zum Zwecke des Mißbrauchs oder ohne diesen Zweck erfolgt, mit schwerer Zuchthausstrafe oder mit Gefängnis einerseits und von Amtes wegen oder nur auf Antrag andererseits bestraft. Erfolgt die Entführung ohne Absicht des Mißbrauchs, so bleibt sie bei nachfolgender Heirat straflos, es sei denn, daß die Ehe auf Antrag der Entführten ungültig erklärt worden sei.

Frau ist gemäß Art. 87 jede weibliche Person, die das sechzehnte Altersjahr zurückgelegt hat. Strafbar ist somit, wer eine über sechzehn Jahre alte Frauensperson gewaltsam oder durch List oder Drohung gegen ihren Willen entführt. Die letztere Voraussetzung gilt jedoch nur bei normalen Frauen. Anders verhält es sich bei geisteskranken, blödsinnigen, im Bewußtsein schwer gestörten oder zum Widerstand unfähigen Frauen und im ferneren bei Kindern unter sechzehn Jahren. Bei diesen Personen spielt die Zustimmung keine Rolle. Hier hat nun die Eingabe der Frauenvereine eingesetzt und verlangt, daß auch Frauen von sechzehn bis zwanzig Jahren ebenfalls geschützt werden und zwar unabhängig da-

von, ob die Entführung mit oder ohne Zustimmung erfolgte. Die Eingabe stützt sich darauf, daß gerade in der Zeit vom sechzehnten bis zwanzigsten Altersjahr zufolge der Umwälzungen im Triebleben die größten Gefahren bestehen und daß die Entführung nicht selten die erste Etappe der Prostitution und des Mädchenhandels seien. Die Kommission hat eine Bestimmung im Sinne der Eingabe der Frauenvereine nicht aufgenommen. Liegen bei einer mehr als sechzehn Jahre alten Frauensperson weder Gewalt noch List oder Drohung vor, entfernt sie sich vielmehr aus ihrem freien Willen aus der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt, so liegt ein rechtswidriger Zwang nicht vor. Häufig wird in einem solchen Falle das Vergehen des Art. 186 vorliegen, das von der Entziehung der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt handelt. Liegt auch dieser Tatbestand nicht vor, so wird weder die Freiheit der Entführten, noch die Verfügungsgewalt der Eltern oder Vormünder verletzt. Fragen könnte man sich immerhin, ob die Altersgrenze von sechzehn Jahren richtig gewählt ist. Andererseits kann aber die Gefahr nicht verschwiegen werden, die darin liegt, daß im Falle beidseitiger Abmachung die Frauensperson, die vielleicht den Anstoß zur Entführung gibt, straffrei bleibt, der Mann oder Jüngling aber mit schwerer Strafe belegt wird.

Unter allen Umständen strafbar ist die Entführung willensloser oder wehrloser Frauen (Art. 159). Beigefügt hat die Kommission auf Anregung der Frauenvereine den Schutz der schwachsinnigen Frau. Die Kommission hat sodann auch im Art. 159 einen Unterschied gemacht zwischen den Fällen der blossen Entführung und der Entführung zum Zwecke des Mißbrauchs und demgemäß auch die Strafen abgestuft.

Das schwerste Verbrechen gegen die Freiheit ist die Entführung eines Kindes unter sechzehn Jahren. Art. 160 unterscheidet nach dem Motiv der Entführung. Erfolgt die Entführung aus Gewinnsucht, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängnis nicht unter sechs Monaten. Erfolgt die Entführung zum Zwecke des Mißbrauchs, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter drei Jahren ein. Der bundesrätliche Entwurf nennt neben dem Mißbrauch auch die Ueberlieferung zur Unzucht. Die letztere Fassung ist von der Kommission gestrichen worden, und zwar mit Rücksicht auf Art. 177, welcher die Entführung zum Zwecke des Mädchenhandels speziell behandelt.

Hier liegt nun ein Antrag des Herrn Dr. Hoppeler, Art. 160bis vor, welcher lautet: « Wer durch irreführende Inserate in öffentlichen Zeitungen Personen in eine ihre persönliche Freiheit, Ehre oder Sittlichkeit gefährdende Lage oder in eine Notlage lockt, oder zu locken sucht, wird mit Gefängnis oder Buße bestraft. »

Dieser Antrag geht zurück auf eine Eingabe der Frauenvereine. Die Kommission hat den Antrag abgelehnt. Herr Dr. Hoppeler ist augenblicklich nicht hier; ich möchte vorerst noch seine Begründung abwarten. Vorläufig beantrage ich Ihnen Ablehnung dieses Antrages im Sinne der Beschlüsse der Kommission.

Die letzte Bestimmung dieses Kapitels betrifft den Hausfriedensbruch, Art. 161. Der Umfang dieses Deliktes ist von jeher umstritten gewesen. Haus, Wohnung, abgeschlossener Raum eines Hauses sind

schließlich klare Begriffe. Wie aber steht es mit dem Hausplatz? Muß er umfriedet sein? Die Kommission hat dies bejaht. Hof und Garten sollen ebenfalls geschützt sein, sofern sie umfriedet sind. Auch den umfriedeten Werkplatz hat die Kommission beigefügt. Ausdrücklich gesagt wird im ferneren von der Kommission, daß das Eindringen gegen den Willen des Berechtigten erfolgen müsse. Man kann sich allerdings fragen, ob dies nicht schon aus dem Begriff « Eindringen » ohne weiteres hervorgehe. Ich empfehle Ihnen die Anträge der Kommission.

M. Logoz, rapporteur: Le chapitre IV traite des crimes ou délits contre la liberté.

A première vue, les infractions de ce chapitre peuvent sembler un peu disparates. Il y a cependant bien un lien qui les unit. Toutes constituent une atteinte à la liberté. On pourrait dire aussi que ces infractions sont dirigées contre la paix privée, qu'elles sont des atteintes au droit qu'a chaque citoyen de vivre en paix, chez lui et au dehors. Ces infractions seraient alors plus ou moins le pendant des délits contre la paix publique dont parlent les art. 224 et suivants du projet.

Art. 155. Le délit de « menace » prévu par l'art. 155, doit être rapproché du délit de l'art. 224 (menaces alarmant la population).

Je relève aussi que l'art. 54 (cautionnement préventif) peut s'appliquer simultanément avec l'art. 155.

Je m'abstiens d'autres commentaires. La commission vous propose en effet d'adopter l'art. 155, tel que le Conseil fédéral l'a rédigé.

Art. 156. La « contrainte » est le délit qui consiste à imposer, sans droit, sa volonté à autrui.

Il y a une certaine parenté entre la menace de l'art. 155 et la contrainte de l'art. 156. Ces deux délits se distinguent cependant nettement par le fait que la contrainte est un délit de lésion. Il faut, pour sa consommation, que le résultat voulu soit obtenu, que la volonté de la victime ait plié sous la contrainte.

Une question délicate, sur laquelle je me permets d'attirer votre attention, se pose à propos de l'art. 156: Cet article sera-t-il applicable, dans les grèves, aux grévistes qui, par violence ou menaces graves, auraient obligé tel ou tel camarade à se joindre à la grève?

Je le crois; après le professeur Zürcher, qui s'est exprimé dans ce sens à la seconde commission d'experts, je relève que l'art. 156 oblige à choisir entre deux conceptions au sujet d'un problème important:

D'après la première de ces conceptions, la liberté de décision est le bien le plus précieux peut-être de l'individu. La loi peut limiter cette liberté de décision et elle ne la limite déjà que trop. Mais il ne faut pas que cette liberté puisse être restreinte davantage encore, par des individus ou par des organisations quelconques.

L'autre conception, la conception opposée à la précédente est celle qui, surtout dans la vie économique, entend éliminer plus au moins complètement la liberté individuelle et la libre concurrence.

Entre les deux idéals, il faut choisir et le projet, avec lequel la commission se déclare d'accord, a choisi le premier. L'individu doit s'incliner devant la loi. Il doit en revanche être protégé contre la menace ou la violence destinées à l'intimider, à lui faire faire autre chose que ce qu'il veut lui-même.

L'art. 157 réprime la séquestration. La séquestration, c'est l'atteinte permanente ou passagère à la faculté de se mouvoir librement. La forme classique de la séquestration, c'est l'incarcération. Mais d'autres formes sont possibles, par exemple le fait de s'emparer des vêtements de quelqu'un qui est au lit ou au bain.

En revanche, le fonctionnaire qui abuse de son pouvoir pour faire opérer une arrestation irrégulière ou pour maintenir abusivement une arrestation d'abord licite, tombe sous le coup, non pas de l'art. 157, mais de l'art. 276. Il y a alors délit de fonction. Ce n'est plus un délit commis par un simple particulier. La commission vous propose d'adopter l'art. 157 dans le texte du Conseil fédéral.

L'art. 158 réprime l'enlèvement d'une femme. L'enlèvement, c'est, somme toute, un déplacement forcé fait sous escorte non acceptée. C'est — soit dit entre parenthèses — un délit auquel le développement de l'automobile et de l'aviation ouvre de brillantes perspectives d'avenir.

A la différence de la séquestration, l'enlèvement ne peut avoir qu'une femme pour objet; mais cette femme, pourvu qu'elle ait 16 ans révolus — voyez d'autre part l'art. 160 — peut être jeune ou âgée, mariée ou non, de réputation intacte ou tarée. Le projet ne fait aucune distinction à ces divers points de vue.

Le délit de l'art. 158 doit, du reste, être rapproché non seulement de celui de l'art. 160, mais aussi de ceux des art. 171 et 186, dont nous parlerons plus tard.

Notez encore que le libre consentement de la femme enlevée efface le délit. De là, le second alinéa, première phrase, de l'art. 158, qui dit: « Si la femme enlevée a épousé le ravisseur, elle n'aura le droit de porter plainte qu'après que le mariage aura été déclaré nul sur sa demande. Le délai pour porter plainte court à partir du jour où le jugement est passé en force. »

Le mariage implique en effet, en principe, le consentement de la personne enlevée. Si donc l'aventure finit devant le maire, tout est bien, sauf le cas de la nullité, qui ferait renaître le droit de plainte de la victime.

Je dis: le « droit de plainte ». L'enlèvement ordinaire (chiff. 1) est, en effet, un délit sur plainte. Il doit l'être. La poursuite d'office pourrait être, pour la victime et les siens, la divulgation fort malencontreuse et retentissante d'une aventure qui, tenue secrète, n'aurait peut-être pas causé un dommage grave et durable.

Il y aura poursuite d'office, en revanche, dans le cas aggravé du chiff. 2. Sur l'enlèvement d'une femme en vue de la livrer à la débauche, voyez l'art. 177. C'est un cas du délit de traite des femmes.

La commission vous recommande d'adopter l'article 158, tel que le propose le Conseil fédéral.

Art. 159.

Le délit de l'art. 159 est un cas d'enlèvement sans doute rare, mais qui est possible et qui, s'il se produit, peut être particulièrement grave. Il s'agit, ainsi que la commission propose de le dire dans les mêmes termes qu'à l'art. 164, de l'enlèvement d'une femme « aliénée, idiote, faible d'esprit, inconsciente ou incapable de résistance ».

La victime ne pouvant pas résister, il ne peut être ici question d'un consentement donné par elle.

L'art. 159 ne parle pas non plus du mariage du ravisseur avec la victime, ce mariage se trouvant, sinon toujours, du moins souvent exclu par l'état dans lequel la femme est supposée se trouver.

D'autre part, alors que, dans le projet du Conseil fédéral, l'art. 159 n'a qu'un alinéa, la commission lui en donne deux qui — mutatis mutandis — correspondent:

le premier, au chiff. 1^{er}, al. 1^{er}, de l'art. 158;

le second, au chiff. 2 de l'art. 158.

Nous vous recommandons d'adopter l'art. 159 dans le texte proposé par la commission.

Ensuite, l'art. 160 réprime un délit qui, heureusement, est rarement commis chez nous: l'enlèvement d'enfant. Peu importe le sexe de la victime.

Notez aussi qu'il ne s'agit pas ici du simple détournement de mineur, auquel l'art. 186 est applicable. Le délit de l'art. 160, plus grave, est caractérisé par le but que poursuit le ravisseur: exploiter l'enfant, ou abuser de lui, ou extorquer une rançon.

A la fin de l'al. 2, la commission vous propose de dire seulement: « si le délinquant a enlevé l'enfant pour abuser de lui », en biffant les derniers mots du projet: « ou pour le livrer à la débauche ». Voyez, dans le même sens, l'art. 158, chiff. 2, et l'art. 159, al. 2, tels que nous venons de vous les proposer.

C'est l'art. 177, dans le texte adopté par la commission, qui réprime non seulement la traite des femmes, mais aussi celle des enfants.

Art. 161.

Le bien protégé par l'art. 161 est encore la liberté individuelle sous un aspect particulier. L'art. 161 protège le droit à l'inviolabilité du « chez soi », c'est-à-dire non pas du domicile au sens étroit que le droit civil donne à ce terme, mais du domicile au sens pénal du mot, le « chez soi », le home des Anglais.

Au sens de l'art. 161, le domicile comprend:

tout d'abord la maison, que la commission propose de mentionner expressément. La maison ou, bien entendu, la partie de la maison qui sert de demeure à quelqu'un, qui a acquis le droit de l'habiter, même temporairement (une chambre d'hôtel, par exemple).

Mais le projet du Conseil fédéral va plus loin. Il étend la protection de l'art. 161 à tout « espace, cour ou jardin attenant à une maison ». En d'autres termes, le projet du Conseil fédéral protège, outre l'habitation elle-même, aussi ses dépendances.

Pour préciser dans la mesure du possible cette notion qui a déjà donné pas mal de fil à retordre à la jurisprudence française, par exemple, la commission vous propose de dire: « espace, cour ou jardin clos... ». Car il ne suffit pas qu'il s'agisse d'un espace attenant à une maison. Il faut qu'il soit à l'usage exclusif des habitants de la maison, pour qu'il puisse y avoir violation de domicile. C'est ce qui résulte aussi du mot allemand « eingefriedigt », qu'il est très difficile et même impossible de traduire exactement en français.

Enfin, le projet parle des « chantiers », à l'égard desquels la commission a également précisé qu'ils doivent être clos.

D'après l'art. 161, la violation de domicile peut consister:

ou bien 1^o à pénétrer sans droit — la commission propose de dire « contre la volonté de l'ayant-droit », ce qui ne me paraît pas impliquer une grande différence matérielle — dans un des lieux protégés;

ou bien 2^o la violation de domicile peut consister aussi à demeurer sans droit dans un des lieux protégés, à s'y incruster en quelque sorte au mépris de la volonté de l'ayant-droit.

Avec raison, d'ailleurs, le projet fait de la violation de domicile un délit sur plainte.

Je rappelle, en terminant, la proposition faite par M. Hoppeler (art. 160bis). M. Hoppeler exposera tout à l'heure les motifs à l'appui de sa proposition.

Hoppeler: Ich beantrage Ihnen, wie bereits bekanntgegeben wurde, einen Art. 160bis aufzunehmen: « Wer durch irreführende Inserate in öffentlichen Zeitungen Personen in eine ihre persönliche Freiheit, Ehre oder Sittlichkeit gefährdende Lage oder in eine Notlage lockt oder zu locken versucht, wird mit Gefängnis oder Buße bestraft. »

Ich kann mich kurz fassen, denn die Sache ist einleuchtend und klar. Es kommt immer wieder vor, daß für Stellen, für Positionen, für die man keine Leute gewinnen würde, wenn man offen bekannt gäbe, um was es sich handelt, durch irreführende Inserate, Leute, speziell junge Leute, hingelockt werden, ganz besonders Mädchen und junge Frauen. Um nur ein Beispiel zu nehmen: Da steht in einer schweizerischen Zeitung folgende Anzeige: « Gute Stelle. Anständige Töchter mit guter Erziehung finden gutbezahlte Stellung in besserem Etablissement in Mailand. Sich schriftlich melden an C., Hotel St. Gotthard. Reisevergütung. »

Dieses « bessere Etablissement » war dann eine Schießbude in einem Tingeltangel in Mailand. Es werden den Leuten, wenn sie um Auskunft fragen, unklare Angaben gemacht. Die Reisekosten werden ihnen bezahlt, und wenn sie dann hinkommen, stimmt alles das nicht. Sie haben dann kein Geld, um zurückzureisen, in der Not bleiben sie dort und sind in einer Position, welche für sie gefährlich werden kann. Ich denke, daß es verboten sein sollte, durch solch irreführende Inserate junge Leute in Gefahren zu locken, denen sie unter Umständen nicht gewachsen sind. Es kommt auch vor, daß man solche Mädchen in Champagnerstübchen, in Animierkneipen usw. lockt.

Ein solcher Antrag ist um so eher angebracht, als man die betreffenden Zeitungen, die Redaktionen nicht fassen kann, weil die Inserate harmlos abgefaßt sind, so daß die Zeitung überhaupt keine Schuld trifft; sie kann nicht wissen, was dahinter steckt.

Seiler, Berichterstatter: Der Gedanke, den Herr Hoppeler in seinem Antrag Art. 160bis verankern will, ist an und für sich gut gemeint. Aber ich halte dafür, daß dieser Antrag doch zu weit geht. Es wird da allerlei in den Artikel hineingenommen, was zu diesem Kapitel überhaupt nicht paßt. In erster Linie möchte ich sagen, daß die Worte « zu locken sucht » jedenfalls überflüssig sind, weil gemäß den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzes der Versuch ohnehin strafbar ist, wenn nicht die Strafbarkeit des Versuches ausdrücklich ausgeschlossen ist. Es müßte also einfach heißen: « lockt », und dann wäre der Versuch gemäß den allgemeinen Bestimmungen ebenfalls unter Strafe gestellt. Weiter wird gesprochen von « irreführenden Inseraten ». Schon das muß bewiesen werden, daß das Inserat irreführend war. Dann muß bewiesen werden, daß die Person in eine ihre persönliche

Freiheit, Ehre oder Sittlichkeit gefährdende Lage gebracht werden sollte, oder in eine Notlage. Wir haben uns das in der Kommission auch überlegt und sind zu der Auffassung gekommen, daß es sich, ähnlich wie in andern Fällen, in denen Inserate in Frage kommen, um Uebertretungen handeln müßte und nicht um eigentliche Vergehen oder Verbrechen, und daß eine solche Uebertretung dann eventuell dem kantonalen Recht zu überlassen wäre.

So sehr ich an und für sich den Gedanken des Herrn Hoppeler begreife, möchte ich Ihnen gestützt auf diese Ausführungen beantragen, seinen Antrag abzulehnen, wobei ich nochmals darauf hinweise, daß nach diesem Antrag Freiheit, Ehre oder Sittlichkeit erwähnt werden, während wir es in diesem Kapitel nur mit den Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit zu tun haben.

Präsident: Die Anträge der Kommission sind nicht bestritten, somit angenommen.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag Hoppeler
Dagegen

Minderheit
Mehrheit

Fünfter Abschnitt.

Titel

Antrag der Kommission.

Verbrechen oder Vergehen gegen die Sittlichkeit.

Chapitre cinq.

Titre

Proposition de la commission.

Crimes ou délits contre les mœurs.

Seiler, Berichterstatter: « Auf keinem Gebiete des Strafrechts sind die Beziehungen zwischen Moral und Recht so innige, aber auch so schwierig zu erfassende, wie auf dem Gebiete der Sittlichkeitsverbrechen », so äußert sich Prof. Zürcher in seinen « Erläuterungen ». Auf keinem Gebiete, so möchten wir beifügen, sind aber auch so viele delikate Fragen zu behandeln wie auf diesem. Nimmt man die Tatsache hinzu, daß die Auffassungen über die Notwendigkeit und die Zweckmäßigkeit staatlicher Einmischung in intime Verhältnisse in den einzelnen Landesgegenden verschieden sind und daß der Reifegrad des weiblichen Geschlechts differiert oder zum mindesten verschieden beurteilt wird, so ist ohne weiteres klar, daß ein sorgfältiges Abwägen der Lösungen am Platze ist und daß man sich vor extremen und allzu sprunghaften Entscheidungen hüten muß. Die Einhaltung einer mittleren Linie wird zwar oft recht ungnädig beurteilt und als Schwäche ausgelegt. Sie ist aber schließlich das einzige Mittel, das zum Erfolg führen kann.

So hart zuweilen das Urteil der Mitmenschen über ein Sittlichkeitsverbrechen sein mag, so empörend im ersten Augenblicke die dem Opfer angetane Schmach, so sehr muß es der Gesetzgeber vermeiden, bei diesen Delikten einen andern Maßstab anzulegen als den des gewissenhaften Abwägens von Schuld

und Strafe. Wir anerkennen durchaus den Anspruch der Frau auf den Schutz ihrer Geschlechtsehre und sind bemüht, ihr in vollem Umfange Rechnung zu tragen. Wenn wir dies tun, so sind wir andererseits aber auch berechtigt, zu verlangen, daß auch das Mitverschulden der Frau gebührend in Berücksichtigung gezogen wird. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß das Fühlen und Empfinden der Frauenwelt gegen die Verletzung der Geschlechtsehre in weitestem Maße zu beachten ist, ein Fühlen und Empfinden, das sich übrigens beim anständigen Mann mit demjenigen der Frau deckt. Was wir aber vermeiden müssen, ist die Ueberspannung des Bogens, die ganz sicher zu einer Reaktion führen müßte.

Unsere Kommission hat der Eingabe der schweiz. Frauenvereine die vollste Aufmerksamkeit geschenkt. Eine Abordnung hat die in ihrer Eingabe niedergelegten Ansichten persönlich vertreten. Noch steht uns lebendig vor Augen der sittliche Ernst, mit dem die Damen im Mai 1926 im Palazzo Municipale in Lugano unter Führung der hochbetagten, kürzlich verstorbenen Fräulein Heß aus Zürich uns ihre Auffassung kundgegeben haben. Neulich ist uns dann auch die Eingabe des Schweiz. Katholischen Frauenbundes zugekommen, die uns erneut die Postulate der Frauen in der Sittlichkeitsfrage übermittelt. Nun haben wir es in der Kommission in der Beurteilung der von der Frauenseite aufgeworfenen Fragen gehalten, wie seinerzeit Prof. Burckhardt-Schazmann in der zweiten Expertenkommission. Wir haben ohne gebundene Marschroute in freier, gemeinsamer Arbeit den Weg gesucht, der uns als der gerechte und auch als der gangbare erschien. « Ich kann mich weder auf die Seite derer stellen », bemerkte Prof. Burckhardt, « die in den Sittlichkeitsartikeln eine Knebelung der Freiheit, noch auf Seite derer, die darin einen Rückschritt der Kultur erblicken ». Und nun war es, die Auffassung durchaus nicht von gleichen Gesichtspunkten ausgehender führender Männer der Expertenkommission, daß der Entwurf im großen und ganzen die richtige Mittellinie innehalte. Prof. Zürcher, welcher den Bestrebungen der Frauenvereine von jeher die größten Sympathien entgegenbrachte, Prof. Gautier, welcher sich mit Entschiedenheit gegen die allzustrengen Tendenzen der Frauenvereine wandte und Prof. Burckhardt, der spezielle Vertrauensmann der Frauenvereine, sie alle haben der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die durch den Vorwurf geschaffene Basis eine gute sei und den Beweis erbringe, daß mit großem Ernst an das schwierige Problem herangetreten worden sei.

In der Tat, eine andere als eine tiefernte Behandlung dieses gesamten großen Fragenkomplexes ist nicht denkbar. Und ich glaube, um so besser und pflichtbewußter wird die Aufgabe gelöst, je mehr man auf das natürliche Empfinden der unverfälschten Volksauffassung abstellt. Und dieses Empfinden fordert die Strafbarkeit des Angriffs auf die Geschlechtsehre, es verlangt aber nicht die Ahndung jeder Unsittlichkeit. Die Unmoral, die auf beidseitigem Einverständnis beruht, trägt die Strafe, Strafe aufgefaßt im Sinne höherer Vergeltung, in sich. Strafbar aber im Sinne des Gesetzes wird die Unsittlichkeit, wenn sie die geschlechtliche Freiheit und Ehre eines andern angreift, sei es durch Gewalt oder Drohung, durch Benützung der Geistesschwäche oder Jugend oder der Urteilslosigkeit oder durch Be-

nützung der Abhängigkeit und Notlage, wenn sie sich auf unnatürliche Weise auswirkt, wenn sie auf Gewinn ausgeht oder sich schamlos preisgibt. Es ist im Grunde genommen die Gemeinheit im Sexualleben, die bestraft wird, nicht die bloße Schwachheit, der beide Geschlechter unterliegen können.

Manches, was in der Eingabe der Frauenvereine aufgeführt wird, können wir ohne weiteres unterschreiben. Wir anerkennen in hohem Maße die Bedeutung des Kampfes gegen die Unsittlichkeit auf den verschiedensten Gebieten und die große Aufopferung insbesondere der Frauenvereine. Das Strafgesetz jedoch vermag nicht alles; es ist nur eines der Kampfmittel und — gemessen an der Aufgabe der Erziehung — nicht einmal das wirksamste. Deshalb darf man seine Bedeutung nicht überschätzen und man soll sich namentlich hüten, seine Wirkung durch eine ungerechte Schärfe abzuschwächen. Von diesem Gesichtspunkte aus sind wir an die Forderungen der Frauenvereine herangetreten und wir glauben annehmen zu dürfen, daß auch die Frauen unsere Stellungnahme verstehen werden, wie wir uns bemüht haben, in ihren Gedankenkreis einzudringen.

Welches sind nun im allgemeinen die Forderungen der Frauenvereine? Ich nehme hier nur die Hauptpunkte. Die Details sind bei den einzelnen Artikeln zu behandeln. Es sind: Die Erhöhung des Schutzalters, schärfere Bestimmungen gegen Kuppelei und Prostitution und schließlich die Verschärfung der Strafansätze im allgemeinen.

Zu diesen Forderungen sei in möglichst gedrängter Form folgendes ausgeführt: Mit der Erhöhung des Schutzalters auf sechzehn Jahre ist der Gesetzgeber weit entgegengekommen. Die Erhöhung übersteigt das durchschnittliche Schutzalter nach den bestehenden kantonalen Gesetzen bedeutend. Weiter erhöht ist zudem das Schutzalter für abhängige Personen. Mit sechzehn Jahren dürfte nach allgemeiner Auffassung diejenige Urteils- und Widerstandskraft erreicht sein, die es dem Mädchen ermöglicht, der Verführung aus dem Wege zu gehen. Die Heraufsetzung des Schutzalters auf das Ehemündigkeitsalter ist unnatürlich und gefährlich und unter Umständen für die männliche Person, die sich mit der bald heiratsfähigen Tochter eingelassen hat, von den verhängnisvollsten Folgen. Sie wäre gefährlich auch für die Entwicklung der sittlichen Kraft der heranwachsenden Tochter, die ihre eigene mangelnde Willensstärke mit dem zum Verbrechen gestempelten Verhalten des Mannes beschönigen könnte. Die Forderung auf Gleichstellung des Schutzalters mit dem Ehefähigkeitsalter beruht auf einer irrigen Auffassung. Die Ehefähigkeit verlangt in physischer und psychischer Beziehung eine größere Reife als die Fähigkeit, die Forderungen von Sitte und Anstand zu erfassen und den unerlaubten Angriff abzuwehren. Aus voller Ueberzeugung dürfen wir daher wohl die Erwartung aussprechen, daß die Frauenvereine sich diesen Erwägungen nicht verschließen und daß sie dazu beitragen mögen, den unzweifelhaft bestehenden Fortschritt dieses Gesetzes in die Tat umzusetzen. Unendlich viel liegt für das Schicksal der Strafrechtsreform gerade an der Verständigung über diesen Punkt.

Der zweite Hauptpunkt, die Behandlung von Kuppelei und Prostitution führt uns vom Schutz-

alter für die Unbescholtenen in die Tiefen des Sexuallebens. In dieser Beziehung ist vorerst festzustellen, daß die Kuppelei als solche unter Strafe gestellt ist und daß namentlich die Kuppelei von Unmündigen und die gewerbsmäßige Kuppelei schwere Zuchthausstrafe nach sich ziehen. Dabei wollen wir nicht vergessen, daß die Prostitution in der Hauptsache durch Fürsorgemaßnahmen bekämpft werden muß. Und gerade in dieser Beziehung leisten ja die Frauenvereine eine große aufopfernde Arbeit. Nun richtet sich aber die Opposition der Frauen gegen die Beschränkung der Bestrafung auf die aus Gewinnsucht betriebene Kuppelei und gegen die Befreiung von Strafe bei Gewährung von Wohnung ohne Ausbeutungsabsicht des Vermieters. Ueber den letzteren Punkt wird bei der Behandlung des Art. 173 noch zu reden sein. Immerhin gestatte ich mir schon hier, der Meinung Ausdruck zu geben, daß die Eingabe der Frauenvereine die Bedeutung der Streitpunkte auf diesem Gebiete sicherlich überschätzt. Die Beibehaltung von Abs. 2 des Art. 173 würde keineswegs das straflose Einnisten von Bordellen ermöglichen, da ja in der Regel das Halten von Bordellen zweifellos mit Gewinnsucht verbunden und insbesondere die gewerbsmäßige Kuppelei mit schwerer Strafe bedroht ist. Und wenn man etwa befürchtet, zufolge Nichtaufnahme strengerer Bestimmungen würden alsdann die Bordelle nur so aus dem Boden schießen, so möchten wir dem doch entgegenhalten, daß die Volksmoral und der gesunde Sinn der Bevölkerung auch ohne die Unterstützung des Gesetzes diesen Gefahren zu begegnen imstande wären. Im übrigen hat ja die Kommissionsmehrheit die Streichung von Art. 173, Ziff. 1, Abs. 2, beschlossen. Es darf mit Fug und Recht behauptet werden, daß das Gesetz die Kuppelei in ihren wesentlichen Formen trifft, und zwar mit empfindlichen Strafen.

Und schließlich die dritte Hauptforderung, die Verschärfung der Strafen und zwar sowohl der Hauptstrafen als der Nebenstrafen. Wenn wir die Bestimmungen der Art. 162—179 durchsehen, so stoßen wir auf sehr schwere Zuchthausstrafen, zum Teil kombiniert mit hohen Geldbußen. Wir glauben sagen zu dürfen, daß der Entwurf in dieser Beziehung an die Grenze des Möglichen geht, besonders wenn man die verschiedenen Auffassungen in den verschiedenen Landesgegenden in Betracht zieht. Und wenn man von den Frauenvereinen besonderes Gewicht auf die Landesverweisung von Kupplern, Zuhältern und Dirnen legt, so ist auf Art. 52 hinzuweisen, der dem Richter die Verhängung der Landesverweisung in weitem Maße zugesteht. Vielleicht darf aber auch gesagt werden, daß die gegenseitige Zuschiebung solcher Elemente, die dann im neuen Wirkungskreis erst recht gefährlich werden können, kaum ein Ideal bedeuten dürfte.

Diese allgemeinen Bemerkungen sollen zeigen, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung den ersten Bestrebungen der Frauenvereine durchaus gerecht wird, daß er allerdings einzelnen Schlußfolgerungen nicht zustimmt, daß er aber, vom gesamtschweizerischen Standpunkt aus betrachtet, ein taugliches Instrument im Kampfe gegen die Sittlichkeitsverbrechen bedeutet und in bezug auf den Schutz der Geschlechtsehre der Frau einen wesentlichen Fortschritt bringt. Er bekämpft die Unsittlichkeit in ihren gemeinen Formen mit scharfen

Waffen und schützt die schwachen und abhängigen Frauen und Töchter und die Kinder gegen schamlose Angriffe jeder Art. Es wäre ein großer Fehler, die Vorzüge des Entwurfes zu übersehen und den kantonalen Wirrwarr, der gerade auf diesem Gebiete besteht und das größte Unheil anrichtet, bestehen zu lassen. Unsere Frauen sind geschult und gescheit genug, das erreichbare Gute dem ihrer Auffassung nach Besseren, aber bei näherer Prüfung Unerreichbaren, vorzuziehen.

M. Logoz, rapporteur: Les motifs à l'appui de l'avant-projet de 1908 (pages 204 et suivantes du texte français) donnent les indications nécessaires sur les principes généraux qui sont à la base de ce chapitre du projet. Je me permets de vous y renvoyer, pour ménager votre temps en vue des débats auxquels ne manqueront pas de donner lieu certaines dispositions de ce chapitre.

Car, il n'y a aucun doute là-dessus, c'est un chapitre délicat. Il l'est d'autant plus que, sur ces questions-là ou, du moins, sur certaines d'entre elles, on pourrait dire qu'il y a, à certains égards, une conception germanique et une conception latine. Comme M. Seiler l'a relevé tout à l'heure, dans certains cas qui relèvent de ce domaine, là où l'opinion d'outre-Sarine exige la répression et même une répression sévère, le sentiment latin est que l'intervention du juge est de nature à faire plus de mal que de bien.

Cela, paraît-il, nous fait passer quelquefois pour immoraux.

Je ne prétendrai certes pas que nous valions mieux que d'autres. Mais je ne crois pas non plus, permettez-moi de le dire, que nous méritions un reproche d'immoralité pour cette seule raison que nous traçons d'une manière différente la limite entre le droit et la morale.

Ainsi que je vous l'ai déjà rappelé dans mon rapport de mars 1928 sur l'entrée en matière, il n'y a peut-être pas de chapitre du code pénal où les relations entre le droit et la morale soient plus étroites et où la limite soit plus difficile à tracer. A cet égard, je ne saurais trop approuver ce passage des motifs de 1908 (page 207), qui dit:

« Le législateur ne saurait, sans danger, effacer la frontière qui sépare le droit de la morale. Indépendamment du fait que la vraie morale ne fleurit que dans la liberté et non dans la contrainte, la loi pénale, si elle veut demeurer efficace, ne doit pas pousser trop loin ses exigences; il ne faut pas oublier que nous luttons contre la déviation de l'idée de conservation de la race, idée altruiste et indispensable à la conservation de l'espèce. Dans les autres infractions, le combat a lieu contre des idées et des penchants qu'il convient d'extirper radicalement. Enfin, la loi pénale n'a pas pour mission d'aggraver le mal dont souffre celui qui a commis une faute cachée, ni de rendre la guérison plus difficile. »

La question a, par ailleurs, un côté politique dont, avec la commission et selon les recommandations très justes que M. Seiler vous a faites tout à l'heure, vous saurez tenir compte.

Dans certains cantons et, notamment, dans nos cantons romands, l'opinion s'insurgerait facilement contre des sanctions qui seraient jugées excessives. Et la tâche des Chambres, tâche que je crois d'ailleurs

réalisable, est de préparer un projet de Code pénal suisse acceptable pour tous, dans notre pays.

Votre commission n'a donc pas méconnu, et vous n'oublierez pas plus qu'elle le danger qu'il y aurait, pour le sort du projet tout entier, à adopter ici des dispositions qui pourraient être en définitive de nature à faciliter la tâche de ceux qui seraient disposés à créer une agitation contre ce qu'ils feraient passer pour des excès de « vertuisme ».

Nous respectons infiniment les personnes, tout spécialement les femmes dévouées et distinguées, et les sociétés qui, par les mémoires qu'elles nous ont adressés et par les exposés que leurs déléguées ont fait verbalement à votre commission, veulent contribuer à ce que, dans le domaine des mœurs et comme le dit la pétition adressée en mai 1918 à l'Assemblée fédérale, le premier Code pénal suisse « soit l'expression fidèle des exigences d'un peuple dont la sève est encore pure ».

Nous le voulons également. Mais notre devoir est aussi de ne pas oublier qu'il ne faut pas tendre la corde au point de risquer de la rompre.

Il ne faut pas oublier non plus que le rôle du législateur pénal n'est pas de punir tout ce qui est immoral; au contraire; il faut se garder de gaspiller les sanctions pénales; elles sont un moyen extrême, une ultima ratio dont on doit se servir seulement quand il n'est pas possible de s'en tirer autrement.

D'une manière générale, votre commission estime qu'avec les dispositions qu'elle vous propose, le projet se maintient dans un juste milieu et qu'il serait dangereux de l'en faire dévier dans un sens ou dans l'autre, dans le sens de la sévérité ou dans le sens de la clémence.

Nous pensons qu'avec une dose moyenne de bonne volonté et de compréhension mutuelle, romands, Suisses allemands et confédérés de langue italienne peuvent s'unir pour accepter, dans leur ensemble, les dispositions relatives aux délits de mœurs, telles que la commission vous propose de les adopter.

Et maintenant, revenons à une question plus technique. Si l'on table sur le mobile du délinquant, les délits dont nous allons parler sont de deux grandes catégories.

Il y a, tout d'abord, les délits visés aux art. 162 à 172 (le viol, les attentats à la pudeur, etc.) et, parfois aussi, le délit de l'art. 178 qui vise l'outrage public à la pudeur.

Ces infractions, cette première catégorie d'infractions prévues dans le chapitre V de notre partie spéciale, sont celles auxquelles pousse le plus puissant de nos instincts, l'instinct sexuel.

Mon maître, Alfred Gautier, a dit quelque part qu'on pourrait les appeler « les délits du mâle ». Ces délits sont dangereux, souvent révoltants. Pourtant, n'oublions pas qu'ils ont leur racine dans un instinct normal, nécessaire et naturel.

En cela, ces délits de la première catégorie sont peut-être moins dégoûtants que les délits de la seconde catégorie, ceux qui sont visés aux art. 173 à 177 (exploitation de la débauche sous toutes ses formes) et à l'art. 179 (publications obscènes).

L'auteur de ces infractions (proxénétisme, etc.) favorise le vice d'autrui pourquoi? Pour gagner sans peine un sale argent. C'est donc un personnage, non

seulement dangereux, mais particulièrement abject et digne de mépris.

Je me réserve de vous parler plus tard des divers délits et des problèmes importants et parfois délicats que posent plusieurs de ces infractions.

Pour le moment, je voudrais me résumer en répétant ceci: Il est certain que, sans aller au-delà de ce qui est admissible, les dispositions que nous vous proposons donneront un appui précieux aux gens et, en particulier, aux femmes de cœur, qui, chez nous, mènent la lutte contre l'immoralité. Puissent-ils ne pas l'oublier, même s'ils n'obtiennent pas tout ce qu'ils désireraient obtenir; qu'ils n'oublient pas qu'ici surtout, le mieux peut être l'ennemi du bien; pour ma part, je partage pleinement l'opinion émise tout à l'heure par M. le président de la commission, lorsqu'il vous a dit: « Ne dépassez pas, dans ce chapitre, les limites de ce qui est pratiquement réalisable; cela pourrait être dangereux pour la cause même de la moralité, que nous voulons défendre ».

Art. 162—172.

Angriffe auf die geschlechtliche Freiheit und Ehre. — Atteinte à la liberté et à l'honneur sexuels.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 162. Wer eine Frau durch Gewalt oder schwere Drohung zur Duldung des außerehelichen Beischlafs zwingt, wird mit Zuchthaus bestraft.

Wer mit einer Frau den außerehelichen Beischlaf vollzieht, nachdem er sie zu diesem Zwecke bewußtlos oder zum Widerstand unfähig gemacht hat, wird mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft.

Art. 163. Wer eine Person durch Gewalt oder schwere Drohung, oder nachdem er sie auf andere Weise zum Widerstand unfähig gemacht hat, zur Duldung oder zur Vornahme einer andern unzüchtigen Handlung zwingt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Art. 164. 1. Wer mit einer geisteskranken, einer blödsinnigen, einer schwachsinnigen, einer bewußtlosen oder zum Widerstand unfähigen Frau, in Kenntnis ihres Zustandes, den außerehelichen Beischlaf vollzieht, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Wer mit einer geisteskranken, einer blödsinnigen, einer schwachsinnigen, einer bewußtlosen oder zum Widerstand unfähigen Frau, in Kenntnis ihres Zustandes, eine andere unzüchtige Handlung vornimmt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Art. 165. Streichen (vgl. Art. 164).

Art. 166. 1. Wer ein Kind unter sechzehn Jahren zum Beischlaf oder zu einer ähnlichen Handlung mißbraucht, wird mit Zuchthaus bestraft.

Ist das Kind der Schüler, Zögling, Lehrling, Dienstbote oder das Kind, Großkind, Adoptivkind, Stiefkind, Mündel oder Pflegekind des Täters, so ist die Strafe Zuchthaus nicht unter drei Jahren.

2. Wer mit einem Kinde unter sechzehn Jahren eine andere unzüchtige Handlung vornimmt, wer ein solches Kind zu einer unzüchtigen Handlung verleitet,

wer eine unzüchtige Handlung vor einem solchen Kinde vornimmt,
wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Ist das Kind der Schüler, Zögling, Lehrling, Dienstbote oder das Kind, Großkind, Adoptivkind, Stiefkind, Mündel oder Pflegekind des Täters, so ist die Strafe Zuchthaus oder Gefängnis nicht unter sechs Monaten.

Art. 167. 1. Wer mit seinem unmündigen, mehr als sechzehn Jahre alten Adoptivkind, Stiefkind, Pflegekind, Mündel, Schüler, Zögling oder mit seinem mehr als sechzehn, aber weniger als achtzehn Jahre alten Lehrling oder Dienstboten den Beischlaf vollzieht, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

2. Wer mit seinem unmündigen, mehr als sechzehn Jahre alten Kind, Großkind, Adoptivkind, Stiefkind, Pflegekind, Mündel, Schüler, Zögling oder mit seinem mehr als sechzehn, aber weniger als achtzehn Jahre alten Lehrling oder Dienstboten eine andere unzüchtige Handlung vornimmt,

wer eine solche Person zu einer unzüchtigen Handlung verleitet,
wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Art. 168. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 169. 1. Die mündige Person, die mit einer unmündigen Person desselben Geschlechts im Alter von mehr als sechzehn Jahren eine unzüchtige Handlung vornimmt oder an sich eine solche Handlung vornehmen läßt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Wer von einer Person gleichen Geschlechts durch den Mißbrauch ihrer Notlage oder ihrer durch ein Amts- oder Dienstverhältnis oder auf ähnliche Weise begründeten Abhängigkeit die Duldung oder die Vornahme unzüchtiger Handlungen erlangt,

wer gewerbsmäßig mit Personen gleichen Geschlechts unzüchtige Handlungen verübt,
wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Art. 170. Für die in den Art. 162—169 genannten strafbaren Handlungen gelten folgende Bestimmungen:

Stirbt die Person infolge der Tat und konnte der Täter diese Folge voraussehen, so wird er mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft.

Wird die Gesundheit der Person infolge der Tat schwer geschädigt, und konnte der Täter diesen Erfolg voraussehen, oder handelt der Täter unter Verübung von Grausamkeit, so ist die Strafe Zuchthaus nicht unter drei Jahren.

Art. 171. Wer eine unbescholtene Unmündige von mehr als sechzehn, aber weniger als achtzehn Jahren durch Mißbrauch ihrer Unerfahrenheit und ihres Vertrauens zum Beischlaf verführt, wird, auf Antrag, mit Gefängnis bestraft.

Geht die Verführte die Ehe mit dem Täter ein, so bleibt er straflos.

Art. 172. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Minderheit:

(Balestra, Dedual, Eggspühler, Evéquo, Grand, Grünenfelder.)

Art. 169. Wer mit einer Person desselben Geschlechts eine unzüchtige Handlung vornimmt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Mißbraucht der Täter die Notlage oder die Abhängigkeit des Opfers oder treibt er die widernatürliche Unzucht gewerbsmäßig, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter sechs Monaten.

Art. 172bis. Die Unzucht mit Tieren wird mit Gefängnis bestraft.

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 162. Celui qui, en usant de violence ou de menace grave, aura contraint une femme à subir l'acte sexuel hors mariage, sera puni de la réclusion.

Celui qui aura fait subir à une femme l'acte sexuel hors mariage, après l'avoir, à cet effet, mise en état d'inconscience ou hors d'état de résister, sera puni de la réclusion pour trois ans au moins.

Art. 163. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 164. 1. Celui qui, connaissant l'état de sa victime, aura commis l'acte sexuel hors mariage avec une femme aliénée, idiote, faible d'esprit, inconsciente ou incapable de résistance, sera puni de la réclusion jusqu'à dix ans ou de l'emprisonnement pour un mois au moins.

2. Celui qui, connaissant l'état de sa victime, aura commis un autre acte contraire à la pudeur sur une personne aliénée, idiote, faible d'esprit, inconsciente ou incapable de résistance, sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement.

Art. 165. Biffer (voir art. 164, chiffres 1 et 2).

Art. 166. 1. Celui qui aura fait subir l'acte sexuel ou un acte analogue à un enfant de moins de seize ans, sera puni de la réclusion.

La peine sera la réclusion pour trois ans au moins, si la victime est l'écolier, l'élève, l'apprenti ou le domestique du délinquant, ou si elle est son descendant, son enfant adoptif, l'enfant de son conjoint, son pupille ou un enfant confié à ses soins.

2. Celui qui aura commis un autre acte contraire à la pudeur sur un enfant de moins de seize ans, celui qui aura entraîné un enfant de moins de seize ans à commettre un acte contraire à la pudeur,

celui qui aura commis un tel acte en présence d'un enfant de cet âge,

sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement.

La peine sera la réclusion ou l'emprisonnement pour six mois au moins, si la victime est l'écolier, l'élève, l'apprenti ou le domestique du délinquant, ou si elle est son descendant, son enfant adoptif, l'enfant de son conjoint, son pupille ou un enfant confié à ses soins.

Art. 167. 1. Celui qui aura commis l'acte sexuel avec une personne mineure âgée de plus de seize ans qui est son enfant adoptif, l'enfant de son conjoint, qui a été confiée à ses soins, ou qui est son pupille, son écolier ou son élève, ou avec son apprenti ou

son domestique âgé de plus de seize, mais de moins de dix-huit ans, sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement pour trois mois au moins.

2. Celui qui aura commis un autre acte contraire à la pudeur sur une personne mineure âgée de plus de seize ans qui est son descendant, son enfant adoptif, l'enfant de son conjoint, qui a été confiée à ses soins, ou qui est son pupille, son écolier, ou son élève, ou avec son apprenti ou son domestique âgé de seize, mais de moins de dix-huit ans,

celui qui aura entraîné une de ces personnes à commettre un acte contraire à la pudeur,

sera puni de la réclusion jusqu'à trois ans ou de l'emprisonnement.

Art. 168. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 169. 1. La personne majeure qui aura fait subir un acte contraire à la pudeur à une personne mineure du même sexe âgée de plus de seize ans, ou qui lui aura fait commettre un tel acte, sera punie de l'emprisonnement pour un mois au moins.

2. Celui qui aura abusé de l'état de dénûment d'une personne du même sexe, ou de l'autorité qu'il a sur elle du fait de sa fonction, de sa qualité d'employeur ou d'une relation analogue, pour lui faire subir ou commettre un acte contraire à la pudeur,

celui qui fera métier de commettre des actes contraires à la pudeur avec des personnes du même sexe,

sera puni de l'emprisonnement pour un mois au moins.

Art. 170. Adhérer au projet du Conseil fédéral. (La modification ne concerne que le texte allemand.)

Art. 171. Celui qui, en abusant de l'inexpérience et de la confiance d'une mineure de réputation intacte âgée de plus de seize, mais de moins de dix-huit ans, l'aura entraînée à l'acte sexuel, sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement.

Si la victime a contracté mariage avec son séducteur, celui-ci n'encourra aucune peine.

Art. 172. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Minorité:

(Balestra, Dedual, Eggsphüler, Evéquo, Grand, Grünenfelder.)

Art. 169. Celui qui commet un acte contre nature avec une personne du même sexe est puni de l'emprisonnement pour trois mois au moins.

Si le délinquant a abusé de l'état de dénûment de la victime ou du pouvoir qu'il avait sur elle ou s'il fait métier de débauche contre nature, la peine sera de six mois au moins.

Art. 172bis. La bestialité est punie de l'emprisonnement.

Anträge Hoppeler.

Art. 166. Ziff. 3 (neu): Wer eine Person von 16 bis 18 Jahren zum Beischlaf oder einer ähnlichen Handlung mißbraucht, wird mit Gefängnis bestraft.

169. 1. Wer mit einer Person desselben Geschlechtes eine unzüchtige Handlung vornimmt oder von ihr an sich eine solche Handlung vornehmen läßt, wird mit Gefängnis bestraft.

2. Wer eine unzüchtige Handlung mit einer unmündigen Person desselben Geschlechtes im Alter von mehr als sechzehn Jahren vornimmt oder von ihr an sich eine solche Handlung vornehmen läßt, wer von einer Person gleichen Geschlechtes... wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Art. 172. ... Abhängigkeit oder durch betrügerische Angaben den Beischlaf...

Amendements Hoppeler.

Art. 166. Chiffre 3 (nouveau): Celui qui aura fait subir l'acte sexuel ou un acte analogue à une personne âgée de seize à dix-huit ans sera puni de l'emprisonnement.

Art. 169. 1. Celui qui aura fait subir un acte contre nature à une personne du même sexe ou qui lui aura fait commettre un tel acte sera puni de l'emprisonnement.

2. Celui qui aura fait subir un acte contre nature à une personne mineure du même sexe âgée de plus de seize ans ou qui lui aura fait commettre un tel acte,

celui qui aura abusé...

sera puni de l'emprisonnement pour trois mois au moins.

Art. 172. ... relation analogue ou par des allégations mensongères, aura obtenu d'elle...

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Art. 162 behandelt die Notzucht mit einer normalen Frau. Die unzulässigen Beziehungen zu anormalen Frauen, Pflegebefohlenen und zu Kindern werden als Unzucht bezeichnet. Bei der Notzucht sind Gewalt oder schwere Drohung Voraussetzung. Die Roheiten im ehelichen Verkehr fallen nicht unter diesen Begriff. Neuenburg bestraft auch diese. Die Vollendung der Notzucht wird in der Regel nur mit Hilfe Dritter möglich sein. In bezug auf diese Vollendung und auf die übrigen diffizilen Fragen verweise ich auf die Erläuterungen und auf die Protokolle der Expertenkommission. Das Verbrechen ist Offizialdelikt. Die Strafen sind streng. Versuche, sie zu mildern, sind in der Expertenkommission zurückgewiesen worden.

Beim Verbrechen des Art. 163 kann das Opfer auch ein Mann sein und der Täter eine Frau. Schutzobjekt ist das individuelle Schamgefühl. In bezug auf die Abgrenzung sei speziell auf das Votum Gautiers in der Expertenkommission verwiesen. Den Verschiedenheiten der Tatbestände trägt der weite Strafrahmen Rechnung.

Art. 164 und 165 hat die Kommission zusammengezogen. Die Folge ist die, daß auch die Unzucht mit Blödsinnigen nicht unter allen Umständen mit Zuchthausstrafe geahndet werden muß. Die Terminologie stimmt mit Art. 159 überein.

Weggefallen ist eine Bestimmung des Vorentwurfs, welche die Straflosigkeit für den Fall bestimmte, daß der Täter die Einwilligung der Frau annehmen konnte. Diese Bestimmung war nicht nur überflüssig, sondern geradezu mißverständlich. Schon die Eingabe der Frauenvereine hat sich mit Recht dagegen aufgelehnt.

In bezug auf Art. 166, Unzucht mit Kindern, ist das Wesentliche schon in den allgemeinen Be-

merkungen zu diesem Abschnitt gesagt worden. Die Hauptfrage ist das Schutzalter. Welche Fragen im übrigen dieser Artikel in sich birgt, mag daraus hervorgehen, daß er in der Expertenkommission nicht weniger als 12 Abstimmungen gerufen hat. Ein Antrag auf verschiedene Behandlung beim Kindesalter unter 14 Jahren und beim Alter zwischen 14 und 16 Jahren wurde abgelehnt. Kind ist nicht nur das Mädchen, sondern auch der Knabe. Ist die Kenntnis des noch nicht erreichten Schutzalters Voraussetzung für den Vorsatz? Mit andern Worten, erfolgt bei Unkenntnis des Kindesalters Straffreiheit? Im Falle des Irrtums über das Alter gilt Art. 17. Den Irrtum auf diesem Spezialgebiete irrelevant zu erklären, ist nicht angängig. Selbstverständlich genügt die bloße Berufung auf den Irrtum nicht. Der Richter hat sich anhand des gesamten Tatbestandes ein Urteil über die Richtigkeit der Einwendung des Angeklagten zu bilden. Viel diskutiert wurde über den Strafrahmen. Unsere Kommission hat beim eigentlichen Mißbrauch des Kindes nichts geändert, wohl aber bei den unzüchtigen Handlungen das Minimum von einem Monat gestrichen und die Strafe im Falle der Qualifikation zufolge Abhängigkeit des Kindes insofern gemildert, als nicht ausschließlich Zuchthaus, sondern auch Gefängnisstrafe ausgesprochen werden kann, Gefängnisstrafe allerdings nicht unter sechs Monaten.

Hier greift nun der Antrag des Herrn Hoppeler zu Art. 166, Abs. 3, Platz. Der Antrag ist gegen das System; wir haben ihn geprüft und wir müssen Ihnen beantragen, ihn abzulehnen.

Zu eingehenden Erörterungen hat in der Kommission die Beratung von Art. 167 geführt. Die Frage ist die, bis zu welchem Alter unmündige, aber mehr als 16 Jahre alte Pflegebefohlene geschützt sein sollen. Diese Frage ist noch schwieriger zu entscheiden als die des Schutzalters des Kindes im allgemeinen gemäß Art. 166, da sich in dem Altersrahmen von 16 bis zu 20 Jahren die Gefahr der Mitschuld der Schutzbedürftigen erhöht. In der Kommission zeigte sich eine starke Tendenz, das im bundesrätlichen Entwurf vorgesehene Schutzalter von Pflegebefohlenen von 20 Jahren auf 16 Jahre zu reduzieren. Tatsächlich ist nicht zu leugnen, daß speziell im Lehr- und Dienstverhältnis Fälle von — allerdings nicht leicht beweisbarer — Verleitung sehr wohl vorkommen können. Für das Lehr- und Dienstverhältnis hat daher die Kommission das Schutzalter auf 18 Jahre ermäßigt. Bei den Pflegekindern, Mündeln, Adoptivkindern, Stiefkindern, Schülern und Zöglingen dagegen soll angesichts des erhöhten Verantwortlichkeitsgefühls den Einwendungen der Verleitung auch im Falle des Alters von 18 bis 20 Jahren kein Gehör geschenkt werden. Die beiden Kategorien von Schutzbefohlenen werden daher nach dem Grade des Schutzbedürfnisses verschieden behandelt. Ein Minderheitsantrag der Kommission liegt bei diesem Artikel nicht mehr vor.

Die Spezialbestimmung des Art. 168 über die Unzucht mit Insassen von Krankenhäusern etc. ist von der Kommission anfänglich gestrichen, dann aber wieder aufgenommen worden. Die Strafe ist geringer als bei Art. 167. Die Bestimmung selbst ist mit Rücksicht auf die über die Insassen eingeräumte Gewalt am Platze.

Wie steht es mit den unzüchtigen Handlungen, die unter Mißbrauch einer Vertrauensstellung begangen werden? Die Eingabe der Frauenvereine empfiehlt die Aufnahme des Antrages Thormann in der Expertenkommission, der einen solchen Mißbrauch allgemein unter Strafe stellen wollte. Der Vorentwurf hatte zwei spezielle Tatbestände aufgestellt, einerseits für Geistliche und andererseits für Aerzte. Die Hervorhebung dieser beiden Berufskategorien wurde mit Recht als stoßend empfunden, daher die Generalformel Thormanns. Der bundesrätliche Entwurf enthält keine Bestimmung mehr. Wo also weder Gewalt noch Drohung angewendet wird, noch eine besondere Beziehung, Jugend oder Anormalität vorliegen, ist die unzüchtige Handlung straflos, auch diejenige des Geistlichen und des Arztes. Ob diese Lösung nicht doch zu Bedenken Anlaß gibt? Die Schwierigkeit liegt auch hier in der Beweisführung und in der Gefahr des Mißbrauches des Klagerechtes und nicht zuletzt auch in den oft unverhältnismäßig schweren Folgen nicht nur für den Täter, sondern auch für die Verletzte selbst.

Die widernatürliche Unzucht wird nach Art. 169 nur in den qualifizierten Fällen der Unmündigkeit des Opfers, des Mißbrauchs der Notlage oder Abhängigkeit und der Gewerbsmäßigkeit bestraft. Die andern Fälle, die ja auch das Licht scheuen, bleiben von der Strafjustiz unbehelligt. Die weitgehende Verfolgbarkeit, sagt Zürcher, hat ihre Gefahren. Ueber die Charakteristik solcher Taten als Krankheit, als Laster oder als Verbrechen kann man streiten. Ausschlaggebend erscheint uns die Notwendigkeit des Eingreifens in den schweren Fällen wegen der Gefährdung der Jugend und wegen der Gefahr der Weiterverbreitung bei straflosem Gewähren. Man muß die Sünder durch die Furcht vor Strafe zwingen, ihren unnatürlichen Trieben zu widerstehen. Beide Geschlechter sind einander gleichgestellt. Die Bestrafung bloß auf Antrag hin kann deshalb nicht in Frage kommen, weil höhere Pflichten das Eingreifen notwendig machen. Die Berufung auf hochstehende homosexuell veranlagte Männer kann nicht durchdringen. Nach der Auffassung auch des deutschen Entwurfs sind diese Beziehungen eine Verirrung, die geeignet ist, den Charakter zu zerrütten und das sittliche Gefühl zu zerstören. Greift die Verirrung um sich, so führt sie zur Entartung des Volkes und zum Verfall seiner Kraft.

Die Kommission teilt sich in dieser Frage in eine Mehrheit und eine Minderheit. Die Minderheit will alle Fälle der widernatürlichen Unzucht unter Strafe stellen, die Mehrheit nur die Tat des Mündigen mit dem Unmündigen und die qualifizierten Fälle. Der Rat mag entscheiden. Die Anträge der Kommission zu Ziff. 1 und zu Ziff. 2 sind nur Präzisionen und bessere Redaktionen.

Die Frauen haben für Ausländer die Landesverweisung postuliert. Dies ist nach Art. 52 ohnehin möglich, da diese Nebenstrafe auch bei der Gefängnisstrafe ausgesprochen werden kann.

Die Herren Eggspühler und Mitunterzeichner haben einen neuen Art. 172bis vorgeschlagen, der auch die Sodomie bestrafen soll. In diesen Fällen können zweifellos nicht die schwerwiegenden Gründe angeführt werden wie bei der Päderastie. Die Folgen sind nicht von so weittragender Bedeutung. Eine

Tracht Prügel wäre in solchen Dingen unter Umständen die beste Mixtur.

Unbestritten ist der Gedanke der Straferschwerung in Fällen voraussehbarer schwerer Folgen der Sittlichkeitsverbrechen und in Fällen besonderer Brutalität. Die Bestimmung des Art. 170 ist deshalb nicht überflüssig, weil die Idealkonkurrenz an sich nicht straferschwerend wirkt. Zu beachten ist das neue Marginale des Art. 170. Die textliche Aenderung ist rein redaktionell.

Die Verführung einer Unmündigen, d. h. einer über 16 Jahre alten Frauensperson wird nach bundesrätlicher Fassung bestraft, wenn die Unerfahrenheit oder das Vertrauen mißbraucht worden sind. Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Das Schutzalter ist auch hier von der Kommission auf 18 Jahre herabgesetzt worden. Das Verbrechen erstreckt sich somit auf die Altersstufe von 16 bis 18 Jahren. Eine weitere Beschränkung liegt darin, daß die Kommission den Schutz nur den unbescholtenen Unmündigen angedeihen läßt. Wie steht es in dieser Beziehung mit der Beweislast? Auch hier wird der Richter die gesamten Umstände prüfen müssen und sich in freier Würdigung des Tatbestandes das Urteil über das Vorhandensein der Unbescholtenheit bilden müssen. Sache des Angeklagten wird es in der Hauptsache sein, die Momente, die für das Fehlen der Unbescholtenheit geltend gemacht werden, darzutun. In der Kommission machte sich übrigens eine starke Stimmung für die Streichung des Art. 171 geltend. Er wird gewiß seine Gefahren in sich bergen. Die Streichung würde jedoch einen sehr ungünstigen Eindruck machen. Die Kommission konnte sich deshalb nicht zur Streichung entschließen und sie mußte zugestehen, daß Mädchen im Alter von 16 bis 18 Jahren manchen Gefahren ausgesetzt sind, denen sie infolge ungenügender Charakterbildung zu begegnen noch nicht im Stande sind.

Den letzten Fall des Angriffs auf die geschlechtliche Freiheit und Ehre behandelt Art. 172. Er betrifft den Mißbrauch der Notlage oder der Abhängigkeit einer Frau. Die Fälle sind bekannt, in ihrer Entwicklung und in ihrem Ende oft wahrhaft tragisch. Die Strafbarkeit solcher Fälle ist von keiner Seite je bestritten worden. Die Verfolgung tritt von Amtes wegen ein. Heirat hebt die Strafbarkeit auf. Die Strafe ist Gefängnisstrafe; die Frauen verlangen Zuchthausstrafe, weil die Gefängnisstrafe in keinem Verhältnis zu den Strafen auf dem Gebiete der Vermögensrechte stehe. Außerdem wird die Ausdehnung der Strafbarkeit auf den Fall falscher Vorspiegelung postuliert. Diese Fragen sind diskutabel. Auch hier liegt die Zurückhaltung in der Gefahr der nachträglichen Konstruktion aller möglichen Anklagen und in der erpresserischen Ausbeutung.

Ergänzend sei angeführt, daß das Konkubinat kein Tatbestand des Strafgesetzes ist. Die Kantone sind in der Aufstellung von Polizeivorschriften frei; sie können die Nichtbefolgung von amtlichen Befehlen auf Unterlassung des Konkubinats unter Strafe stellen.

Ich empfehle Ihnen sämtliche Anträge der Kommissionsmehrheit 162—172 zur Annahme.

M. Logoz, rapport de la majorité: Nous prenons, tout d'abord, les art. 162 à 172 dont je vous disais tout

à l'heure qu'ils visent une première catégorie de délits contre les mœurs.

L'art. 162 définit (en des termes qui ressemblent beaucoup à ceux dont se sert le Code pénal neuchâtois) et réprime le viol.

La commission vous propose d'adopter cet article tel quel, sous réserve d'une légère modification rédactionnelle du texte français. Je me borne donc, en ce qui concerne l'art. 162, à attirer votre attention sur deux points:

1. D'accord avec le Conseil fédéral, la commission vous propose de faire du viol un délit poursuivi d'office.

Il est vrai que certaines lois ne punissent le viol que sur plainte. Mais, d'une part, le système de la poursuite d'office n'a pas eu de résultats fâcheux, à notre connaissance, dans les nombreux cantons — le mien en particulier — où il est en vigueur depuis longtemps; d'autre part, le système inverse, celui de la poursuite sur plainte, a de très gros inconvénients. Il ouvre la porte à des arrangements plus ou moins inavouables entre la victime — ou sa famille — et l'agresseur. Il crée en même temps une situation privilégiée au profit du délinquant riche ou à son aise.

En outre et surtout, le viol est le plus grave des délits de mœurs. L'intérêt général exige que la poursuite ait lieu d'office et cette considération l'emporte ici sur les ménagements auxquels certains intérêts particuliers pourraient prétendre.

2. En second lieu, j'attire votre attention sur l'aggravation de peine prévue dans les cas décrits à l'al. 2 de l'art. 162 et qui ont un caractère de lâcheté particulière. Il y a aggravation aussi, par ailleurs, dans les cas prévus à l'art. 170 auquel nous reviendrons.

Art. 163. Le bien protégé est ici la pudeur individuelle, par opposition à l'art. 178 qui réprime l'acte impudique commis en public.

A l'art. 163, il s'agit du fait de contraindre une personne (homme ou femme, tandis que la victime du viol ne peut être qu'une femme) à subir ou à faire un « autre » acte blessant sa pudeur, c'est-à-dire un acte autre que l'acte sexuel qui constitue le viol.

L'art. 163 ne donne pas d'autre définition de ce qu'il entend par « acte contraire à la pudeur ». Savoir quand on a à faire à un tel acte est une question d'espèces qui, tous les juges vous le diront, n'est pas toujours facile à résoudre, ne fût-ce que parce que la pudeur individuelle est une notion relative et variable.

Mais, en tous cas, il ne s'agit ici que d'actes commis sur la victime ou par elle. L'acte commis devant la victime, aux yeux de la victime, ne peut être éventuellement qu'un outrage public à la pudeur, c'est-à-dire le délit de l'art. 178.

Art. 164. Sous le nom emprunté à la terminologie française « d'attentat à la pudeur sans violence », l'art. 164, tel que vous le propose la commission, réprime les délits prévus dans le projet du Conseil fédéral par les art. 164 et 165.

Il nous a paru, en effet, que c'était vraiment abuser des distinctions subtiles que de consacrer aux mêmes actes deux articles entre lesquels il n'y a qu'une différence:

A l'art. 164 du Conseil fédéral, la victime est par exemple aliénée ou idiote, tandis qu'à l'art. 165

du Conseil fédéral, elle est faible d'esprit ou atteinte de troubles mentaux sérieux.

Entre la faiblesse d'esprit (art. 165 du Conseil fédéral) et l'idiotie (art. 164 du Conseil fédéral), puis entre le trouble mental sérieux (art. 165) et l'aliénation mentale (art. 164), la frontière est vraiment trop incertaine pour que le juge puisse classer sans méprise possible et pour qu'une différence entre les peines légales soit justifiée.

La commission vous propose donc de simplifier et de faire l'économie d'un article dans ce chapitre déjà suffisamment riche, en mentionnant, dans l'art. 164, la « faiblesse d'esprit » de la victime. Il est superflu, vu le contexte, de parler aussi du cas où la victime est atteinte de « troubles mentaux sérieux ». D'autre part, la commission vous propose d'élargir, à la fin du chiffre premier de son art. 164, le cadre dans lequel le juge pourra fixer la peine. Le minimum d'un mois d'emprisonnement prévu dans le texte de la commission est emprunté à l'art. 165, chiff. 1, du Conseil fédéral.

Quant aux actes visés par l'art. 164, ce sont: au chiff. 1, l'acte sexuel;

au chiff. 2, tout autre acte contraire à la pudeur.

Dans le premier cas, la victime est nécessairement une femme; dans le second cas, elle peut être aussi du sexe masculin.

Art. 166. Cet article a, à mes yeux, une extrême importance. L'art. 166 protège en effet la pudeur des enfants de moins de 16 ans. S'il était permis de parler latin dans ce Conseil, je dirais: maxima debetur puero reverentia.

Pour des raisons qui sont évidentes, la protection ainsi assurée aux enfants doit être et elle est absolue, en ce sens que l'attentat est puni même s'il a été commis sans violence ni emploi d'artifices.

A propos de cet article, votre commission a eu à résoudre deux questions importantes et délicates:

1. La première, à laquelle touche une des propositions de M. Hoppeler, est celle de l'âge-limite jusqu'auquel doit exister la protection absolue de l'art. 166.

Quel est l'âge jusqu'auquel on doit protéger l'enfant d'une manière absolue? Le projet fixe 16 ans. Une pétition adressée aux Chambres fédérales, en octobre 1917 déjà, par un comité représentant un grand nombre de sociétés de moralité publique, nous demandait en revanche instamment d'élever à 18 ans l'âge dit de protection absolue. C'est cette proposition que reprend aujourd'hui M. le Dr Hoppeler.

La pétition de 1917, que la commission a examinée avec le plus grand soin, cela va sans dire, et avec le plus vif désir de tenir compte, dans toute la mesure du possible, des vœux ainsi exprimés, cette pétition fait valoir notamment que l'âge limite de 18 ans correspondrait, pour la jeune fille, à l'âge nubile, à l'âge du mariage, tel qu'il a été fixé par le Code civil suisse.

C'est vrai. Mais l'argument n'est pas décisif.

En fixant, pour le mariage, l'âge de 18 ans au moins, c'est sans doute à l'avenir de la race que le législateur civil a pensé surtout. Au pénal, il s'agit de toute autre chose. La question est de savoir, au pénal, à partir de quel âge la jeune fille est apte à se défendre elle-même.

Or, quand elle a 16 ans ou davantage, elle est généralement assez développée pour que l'on puisse lui demander de s'aider elle-même, si elle veut que la loi l'aide.

Si elle résiste, comme elle doit le faire, l'agresseur doit user de violence pour arriver à ses fins. Et alors, il tombe sous le coup des art. 162 et 163 de notre projet.

D'autre part, si la jeune fille est intellectuellement anormale, l'art. 164 de notre projet est applicable. Et il ne fixe aucune limite d'âge.

Enfin, l'art. 167 protège toute une série de mineurs non pas seulement jusqu'à 18 ans, mais jusqu'à leur majorité, c'est à dire jusqu'à l'âge de 20 ans. L'art. 167 protège également les domestiques jusqu'à 18 ans.

En outre et surtout, il nous a semblé qu'on doit tenir compte des différences qui résultent, chez nous, de la diversité des milieux et surtout des races. Dans les villes, l'expérience vient, hélas, plus tôt. Et chez nos Confédérés du versant sud des Alpes, la femme est mûre bien avant 16 ans.

D'ailleurs, le projet va déjà plus loin, avec la limite de 16 ans, que toutes ou presque toutes les législations cantonales actuelles. Cela doit nous rendre prudents, si nous voulons tenir compte des considérations d'ordre pratique dont je vous ai déjà parlé.

Pour toutes ces raisons, la solution du projet nous a paru être une solution moyenne, acceptable.

Nous vous proposons donc de maintenir la limite de 16 ans prévue par le projet du Conseil fédéral.

2. L'autre question délicate que pose l'art. 166 est celle de l'erreur que le délinquant peut commettre sur l'âge de sa victime.

Même dans nos régions du nord des Alpes, il y a des fillettes précoces qui, avant 16 ans, ont toutes les apparences de la femme faite. Qui du mâle qui, dans ces conditions, ne s'abstient pas? Ou même qui, dans le doute, passe outre?

La réponse est à notre avis la suivante: Le délit de l'art. 166 est un délit intentionnel; mais, d'autre part, nous vous avons dit, M. Seiler et moi, à propos de l'art. 16, que — contrairement à ce qu'ont admis avant nous les rapporteurs de la seconde commission d'experts — le texte de l'art. 16 nous paraît permettre l'assimilation du dol éventuel à l'intention proprement dite.

Nous disons donc: l'intention du délinquant doit porter sur tous les éléments du délit, pour que l'article 166 soit applicable. L'âge de moins de 16 ans de la victime est un de ces éléments du délit. Donc celui qui, réellement, a complètement ignoré que la victime avait moins de 16 ans, n'a pas commis le délit de l'art. 166. Il peut même invoquer l'art. 17, premier alinéa, du projet, sur l'erreur. Si la preuve de son erreur est faite, il échappe à la peine de l'art. 166.

En revanche, dès qu'il y a un dol éventuel à la charge de l'inculpé, dès qu'il s'est dit: « Je ne sais pas si cette jeune fille a 16 ans; c'est possible, mais je n'approfondis pas, je passe outre », dès qu'il y a un dol éventuel, il est punissable comme s'il avait agi en pleine connaissance de l'âge réel de sa victime.

Faudrait-il aller plus loin et adopter ici une disposition d'exception excluant, pour ce délit particulier, l'application des règles ordinaires sur l'erreur? Faudrait-il créer ici une espèce de délit par négligence?

Votre commission n'estime pas qu'on doive aller jusque-là. Les règles du projet sur l'erreur de fait ont leur raison d'être profonde et M. Seiler a eu raison, il y a un instant, d'attirer votre attention sur ceci: on ne doit pas traiter les délits contre les mœurs selon des principes différents de ceux qui sont applicables aux infractions d'autre nature. Il n'y a pas de raison de faire brèche, dans le cas particulier, à la règle générale sur l'erreur.

Nous ne voyons pas, d'autre part, la possibilité législative de punir ici, non seulement l'intention, mais aussi la négligence.

Ce n'est d'ailleurs, pas ce que demande la pétition dont il s'agit. C'est le cas du dol éventuel qui, à juste titre, a préoccupé les auteurs de cette pétition. Or, à cet égard, l'art. 16 nous paraît permettre au juge d'éviter les conséquences fâcheuses qu'ils redoutent. Sur ce point encore, par conséquent, la commission s'abstient de vous proposer de modifier le projet. Elle vous propose en revanche d'élargir par en bas le pouvoir appréciateur du juge, en ce qui concerne la peine, à la fin de l'avant-dernier alinéa, puis du dernier alinéa du chiff. 2.

L'art. 167 du projet du Conseil fédéral protège les mineurs de plus de 16 ans, des deux sexes, contre les entreprises de ceux qui ont autorité sur eux.

Le délinquant est ici quelqu'un que, normalement, le mineur respecte, en qui il a confiance, à qui il doit obéissance; eh bien, cette crainte révérentielle, ce respect de la victime vis-à-vis de celui qui commet le délit, ne doit pas favoriser la lubricité. C'est donc à juste titre qu'on punit, ici aussi, même s'il n'y a pas eu violence; il y a abus d'autorité; cela suffit pour justifier la répression.

Sur un point, cependant, votre commission vous propose d'aller moins loin, dans le sens de la protection, que ne l'a fait le Conseil fédéral. La majorité de votre commission a estimé qu'il serait excessif de faire tomber sous le coup de l'art. 167, par exemple, la femme majeure, peut-être veuve ou célibataire, qui aurait commis l'acte de chair avec un domestique de plus de 18 ans, mais de moins de 20 ans, qu'elle a à son service. De là l'amendement proposé au chiff. 1 et au chiff. 2, al. 1, amendement qui a rendu nécessaire une modification du texte du chiff. 2, al. 2. Pour ma part, je n'éprouve guère de sympathie pour les amateurs d'amours ancillaires et, songeant à celles qu'on appelle parfois si expressivement les bonnes à tout faire, j'aurais accepté volontiers l'article 167, tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral.

Sur l'art. 168, pas d'observation. La commission est d'accord avec cette disposition, destinée à protéger la pudeur des personnes de l'un ou l'autre sexe contre les agissements de ceux sous l'autorité ou la garde desquels elles sont placées.

Et maintenant, le grand cheval de bataille, l'article 169.

L'art. 169 punit, sous le nom de « débauche contre nature », des faits que les Latins tendent à considérer plutôt comme des vices, tandis qu'en pays germanique, on tend à y voir un délit.

Personnellement et d'accord avec les décisions prises par la commission, je me rallie ici à cette dernière conception. Surtout quand la victime est un mineur, il s'agit d'actes qui constituent un très grave danger social.

On a, je le sais, objecté notamment les risques du chantage auquel pourrait donner lieu la répression pénale de ces actes. Mais l'impunité ne supprime pas le chantage. Et cette objection n'est pas assez forte pour que, dans les cas prévus par le projet, on ne lutte pas contre une véritable peste sociale.

L'art. 169 du projet du Conseil fédéral traite les deux sexes sur le pied de l'égalité. En revanche, d'après le chiff. 1 du texte du Conseil fédéral et de la majorité de la commission, il n'y a délit que si l'un des participants, le délinquant, est majeur, tandis que la victime est une personne mineure de plus de 16 ans. Pourquoi de plus de 16 ans? Parce que l'art. 166, chiff. 2, protège déjà les enfants de moins de 16 ans, ce que M. Hoppeler semble avoir oublié dans un des alinéas de sa proposition. Nous en parlerons cet après-midi.

Une minorité de la commission, à laquelle s'est joint M. Hoppeler, veut en revanche punir la débauche contre nature, en général, quel que soit l'âge des deux participants, tout en proposant d'aggraver les peines prévues par l'art. 169.

Quant aux raisons pour lesquelles le projet s'abstient de punir la débauche contre nature entre individus majeurs, je vous renvoie aux Motifs à l'appui de l'avant-projet de 1908, pages 223/224. La majorité de la commission partage l'opinion exprimée dans ces pages.

Dans le cas de l'art. 169, chiff. 2, par contre, peu importe l'âge des deux participants.

Cependant, tandis que le chiff. 2 parle de celui qui « fait subir ou commettre » un acte impudique, le chiff. 1 du projet du Conseil fédéral ne parle que de celui qui le « commet ». Il y a là une lacune que la commission vous propose de combler.

Nous vous recommandons d'adopter l'art. 169 dans le texte proposé par la majorité de la commission.

L'art. 170, qui aggrave dans certains cas la peine des délits prévus aux art. 162 à 169, a été approuvé par la commission. Je vous en recommande l'adoption.

L'art. 171 est inspiré par d'excellentes intentions. Il entend assurer une protection relative aux jeunes filles mineures qui ont dépassé l'âge de la protection dite absolue, c'est-à-dire l'âge de 16 ans.

Cependant, tel qu'il a été rédigé par les experts du Conseil fédéral, cet article a inspiré des doutes à votre commission.

Des codes cantonaux, quelques-uns punissent la séduction, mais seulement, même en Suisse allemande, à des conditions précises: par exemple en cas de grossesse, ou quand la mineure était de réputation intacte, ou encore, quand il s'agit d'une « Pflegebefohlene », cas pour lequel nous avons déjà l'art. 167.

A Genève, comme en France, la séduction de mineure n'est pas punie. Sans aller jusqu'à adopter cette manière de voir, la commission a cru devoir modifier l'art. 171, 1^{er} alinéa, du projet du Conseil fédéral.

Tout d'abord, ce texte parle de « celui qui, en abusant de l'inexpérience ou de la confiance d'une mineure de plus de 16 ans, l'aura entraînée à l'acte sexuel... »

Comment prouver que le séducteur a abusé de l'inexpérience ou de la confiance de la victime? Cela pourra n'être pas toujours très facile — à

moins que l'on s'en tienne aux affirmations de cette dernière.

D'autre part, l'art. 171 n'exige chez la victime aucune condition de vertu. Il parle de l'inexpérience ou de la confiance de la victime. On pourrait donc, d'après ce texte, abuser de la confiance d'une personne... expérimentée! C'est presque une mauvaise plaisanterie, mais c'est ce qui résulte de l'art. 171, 1^{er} alinéa, du projet du Conseil fédéral.

Ensuite, il y a le risque de chantage greffé sur une défaite plus ou moins volontaire.

Pourquoi, en tout cas, aller jusqu'à 20 ans? N'est-ce pas ici le lieu de rappeler que, dès 18 ans, la jeune fille peut se marier, que le législateur civil l'a considérée comme étant suffisamment mûre pour le mariage?

L'art. 171 ne tenant aucun compte de la jeunesse du séducteur, serait-il vraiment normal, ainsi que le disait Alfred Gautier, rapporteur français de la deuxième commission d'experts, que, une fille de 19 ans $\frac{3}{4}$ s'étant laissé enjôler par un gamin de 18 ans, on doive mettre en prison ce Don Juan en herbe? Tout cela donne à penser.

Ne vaut-il pas mieux éduquer jeunes filles et jeunes gens que de punir la séduction? En tout cas, pour parer dans la mesure du possible aux inconvénients que je viens de signaler, la commission vous propose trois amendements au premier alinéa de l'art. 171:

1^o Elle propose de parler à la première ligne: «de l'expérience et de la confiance» de la victime.

2^o A l'exemple de certaines lois en vigueur, elle propose de n'accorder la protection de l'art. 171 qu'aux jeunes filles de réputation intacte. Ceci est peut-être discutable.

3^o Enfin, la commission estime indiqué de ne punir la séduction que si la victime avait moins de 18 ans.

A l'alinéa 2, en revanche, pas de changement. C'est l'amnistie pour cause de mariage. Là où le maire a passé, le juge doit, sinon saluer, du moins s'effacer!

L'art. 172 réprime l'abus de la détresse ou de la dépendance où se trouve une femme.

Si nous avons eu des doutes au sujet du bien-fondé de l'art. 171, nous considérons en revanche l'art. 172 comme justifié.

L'élément constitutif du délit de l'art. 172, c'est l'abus de la détresse, de la gêne ou de la dépendance d'une femme.

Cet article apprendra à certains employeurs qu'ils ne jouissent pas de la prérogative de se recruter un harem dans leur personnel féminin.

Il ne s'agit pas ici de séduction, mais d'une contrainte morale, souvent aussi irrésistible que la contrainte physique qui constitue le viol.

M. Hoppeler fait une proposition sur laquelle nous reviendrons éventuellement lorsque nous aurons entendu les motifs à l'appui.

Une minorité de la commission propose, d'autre part, de punir la «bestialité» ou «sodomie», par un art. 172bis. La commission a déjà discuté à fond cette question peu attrayante. Dans sa majorité, elle a estimé qu'une telle disposition n'était pas indispensable. Vous vous prononcerez à votre tour.

Hier wird die Beratung abgebrochen.

(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 13. März 1929.

Séance de relevée du 13 mars 1929.

Vorsitz — Présidence: Hr. Walther.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.

Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 154 hiervor — Voir page 154 ci-devant.)

Grünenfelder, Berichterstatter der Minderheit: Die Kommissionsminderheit hat Ihnen einen Antrag eingereicht zu Art. 169, der von der wider-natürlichen Unzucht handelt. Nach der Vorlage des Bundesrates und der Kommission wird der gleichgeschlechtliche Verkehr nur dann bestraft, wenn er stattfindet zwischen einer mündigen und einer unmündigen Person, wogegen diese widernatürliche Unzucht zwischen mündigen Personen des gleichen Geschlechtes straffrei ausginge, selbst wenn sie in großem Umfange stattfände, sofern nicht gewisse Qualifikationsgründe, die im Gesetz näher genannt sind, zutreffen würden.

Das ist ein gewagter und ein großer Schritt gegenüber dem jetzt bestehenden Recht. Denn weitaus die meisten Kantone haben die widernatürliche Unzucht unter Strafe gestellt, zum Teil sogar unter sehr schwere Strafe. Eine kleinere Zahl von Kantonen stellt sich zu dieser Frage anders. Ich erwähne weiter, daß man sich genötigt gesehen hat, dieses Delikt im Militärstrafgesetzbuch, Art. 157, unter Strafe zu stellen, und zwar ist das geschehen auf einstimmigen Antrag der ständerätlichen Kommission, im Ständerat ohne Gegenstimmen, und auf Antrag der Kommissionsmehrheit der nationalrätlichen Kommission hier im Nationalrat, mit großer Mehrheit, wie es im Protokoll heißt. Der Grundsatz der Strafbarkeit einer derartigen Handlung zwischen Mündigen ist also in unserem Militärstrafgesetzbuch niedergelegt. Dabei will ich freilich erwähnen, daß unter den Motiven, aus welchen jener Art. 157 geschaffen worden ist, solche vorwiegend militärischer Natur sind, wie Gefährdung des disziplinarischen Verhältnisses zwischen Untergebenen und Vorgesetzten, aber im übrigen auch mit Rücksicht auf die militärische Führung schlechthin. Das waren die Gründe, die dort besonders aufgeführt worden sind. Aber man wird zugeben müssen, daß nicht nur bei militärischer Kameradschaft, wo junge, volljährige, gesunde Leute zusammenkommen, Gefahren dieser Art bestehen können — es kommt ja ganz auf die Kameradschaft an —, sondern daß solche Gefahren auch bei der zivilen Kameradschaft vorkommen können und daß sie tatsächlich — wir müssen das leider konstatieren — ziemlich zahlreich vorkommen.

Wir haben die Auffassung, daß es ein Stehenbleiben auf halbem Wege bedeutet, wenn nun die Kommissionsmehrheit das Vergehen, das nur zwischen Mündigen begangen wird, straffrei ausgehen lassen und

also nur die gleichgeschlechtliche Unzucht mit Minderjährigen bestrafen will. Es ist nicht zu übersehen, daß dieses Laster, dieses Vergehen an und für sich die sittliche und wohl auch die physische Kraft der Mittäter schwer schädigt. Das wird nicht nur eintreten bei Jugendlichen, bei Minderjährigen, sondern ganz sicher auch für alle anderen jungen Leute, die schon volljährig sind, und zwar ohne Unterschied im Maße der Auswirkung, insbesondere in der moralischen Schädigung, indem eben junge Leute, die in die Hände eines Verführers gelangen, für ihr ganzes Leben auf diesem Gebiet auf eine schiefe Bahn gebracht werden.

Die Gefahr der sittlichen Ansteckung ist zweifellos groß, und zwar nicht nur für dieses Gebiet, sondern überhaupt für die allgemeine Sittlichkeit bei diesen Leuten. Näher betrachtet, muß man überhaupt sagen, daß wohl kaum eine sittenwidrige Handlung einen Menschen derart erniedrigt und entwürdigt und daß kaum ein anderes sittenwidriges Handeln seine moralische Kraft, seinen Charakter so sehr schwächt wie dieses Handeln. Und vor diesem Unglück soll die Bestrafung derartiger Handlungsweise abhalten. Die Gefahr ist groß und, wie Sie noch sehen werden, zunehmend größer geworden.

Man begründet die Straflosigkeit solcher Handlungen mit der abnormalen Veranlagung, wie man das auch auf andern Gebieten zu tun pflegt. Gelegentlich mag zutreffen, daß solche Handlungen zufolge Veranlagung vorkommen; aber daß es in der Regel so sei, muß bestritten werden. Der Beweis dafür könnte unmöglich erbracht werden. In den letzten Tagen ist mir ein Fall durch die Hände gegangen, der interkantonales Strafrecht betrifft, wo ein Außerkantonaler in unseren Kanton kam, um da ein Opfer zu suchen. Er hat hierfür den Bahnhof St. Gallen und dessen Wartsaal ausgewählt und dort mit Gebäuden und den Mitteln, mit denen solche Opfer, wie es scheint, mit Erfolg gelockt werden können, ein solches herausgefunden. Es ist ihm willfährig geworden; er hat ein Zimmer gemietet und am andern Tag hat der junge Mann 10 Fr. bekommen. Die jungen Kameraden des letztern, die ihn am Vortage am Bahnhof gesehen hatten, haben dann ihm gegenüber Bemerkungen über die Erfahrungen, die er an sich herumtrage, gemacht. Das sind Vorkommnisse, die einen aufs tiefste anekeln müssen. Wenn man so etwas nicht strafen will, wenn man einer solchen Volksgefahr im Strafrecht nicht begegnen will, dann verstehe ich den Gesetzgeber nicht. Mir scheint, solche Handlungen zwischen Mündigen straflos zu erklären, wäre ein außerordentlich gewagter und nicht zu verantwortender Schritt. Wo abnormale oder krankhafte Veranlagung vorhanden ist, wird man im Interesse der öffentlichen Sicherheit die Betroffenen in eine Anstalt unterbringen müssen, und es kommt dann allerdings nicht das Strafgesetz zur Anwendung. Läßt man die Sache aber einfach gehen, wenn kein Jugendlicher dabei beteiligt oder das Opfer ist, dann kann einer seine Opfer unter den Mündigen, die ebenso bemitleidenswert sind, wie junge Leute unter 20 Jahren, aussuchen und eine verheerende Vernichtung der moralischen Kräfte bewirken.

Gegen die Bestrafung derartiger Verfehlungen wurde weiter geltend gemacht, man öffne damit Tür und Tor für die Erpressung; man erziehe die Leute zu dieser, indem die Mitwisser dieser Leidenschaft für ihr Schweigen von den Schuldigen Entgelt haben

wollen. Solange die sittliche Auffassung des Volkes diesem widernatürlichen Verfahren gegenüber verurteilend gegenübersteht, und es als ekelhaft empfindet, können natürlich diese Erpressungen auch stattfinden, wenn keine Strafe ausgesetzt ist, mit Rücksicht auf die gesellschaftliche Achtung, die sich ein solcher Täter aufladen würde. Somit ist die Tatsache der Unterstrafstellung noch kein Grund, zu behaupten, es werde nur in diesem Fall zu Erpressungen kommen.

Man hat weiter eingewendet, die Mehrzahl derartiger Fälle werde gar nicht entdeckt und daher auch nicht verfolgt. Es wäre aber ein interessanter Grundsatz in unserer Strafgesetzgebung, wenn man nur solche Tatbestände unter Strafe stellen wollte, die in jedem Fall sicher entdeckt werden. Es gibt Diebstähle, deren Täter nie bekannt werden. Wollen Sie deshalb Diebstähle freigeben? Auf allen Gebieten des Strafrechts, soweit es sich nicht um Vergehen oder Verbrechen handelt, die in der Öffentlichkeit zum Ausdruck kommen müssen, wird es Fälle geben, die nicht entdeckt werden.

Deutschland ist auch im Begriff, sein Strafrecht zu revidieren. Es hatte bisher die Unzucht zwischen Männern, also zwischen Volljährigen, in § 175 unter Strafe gestellt, und stellt im Entwurf in Art. 267 solche Handlungen wiederum unter Strafe. Interessant ist, was in den Motiven zum amtlichen Entwurf gesagt wird. Ich darf es Ihnen, weil darin die wichtigen Grundsätze in Kürze enthalten sind, zitieren: «Der Gesetzgeber muß sich die Frage vorlegen, ob der jetzt bestehende § 175 nicht trotz der Härte, zu der seine Anwendung führen kann und trotz seiner beschränkten praktischen Durchführbarkeit eine Schranke bedeutet, die man nicht ohne Schaden für die Gesundheit und Reinheit unseres Volkslebens hinwegziehen darf. Dabei ist davon auszugehen, daß der deutschen Auffassung die geschlechtliche Beziehung von Mann zu Mann als eine Verirrung erscheint, die geeignet ist, den Charakter zu zerrütten und das sittliche Gefühl zu zerstören. Greift diese Verirrung weiter um sich, so führt sie zur Entartung des Volkes und zum Verfall seiner Kräfte. Auch wenn man der Meinung folgt, daß der gleichgeschlechtliche Trieb häufig angeboren ist, so kann doch darüber kein Zweifel bestehen, daß an Verfehlungen gegen § 175 in erheblicher Zahl Personen beteiligt sind, die nicht aus angeborener Neigung handeln, sondern durch Verführung oder Uebersättigung dem Laster verfallen oder die sich aus reiner Gewinnsucht den gleichgeschlechtlichen Verkehr dienstbar machen. Gerade in den Großstädten ist schon jetzt zu beobachten, daß Männer, die dem gleichgeschlechtlichen Verkehr ergeben sind, sich zusammenschließen, durch eigene Zeitschriften und gesellige Veranstaltungen eine rege Propaganda entfalten und aus der Art der Veranlagung der Beteiligten ergibt sich von selbst das Bestreben, jüngere Personen, die nicht von Natur aus gleich veranlagt sind, in ihren Bann hineinzuziehen. Hier bildet die Strafvorschrift eine Schranke, durch die Männer, die nicht gleichgeschlechtlich veranlagt sind, sich von dem Anschluß an diese Bewegung abhalten lassen. Wird der § 175 beseitigt, so besteht die Gefahr, daß sich diese Bestrebungen mehr als bisher an die Öffentlichkeit wagen und insbesondere die männliche Jugend nicht nur durch unmittelbare Verführung sondern auch durch verstärkte Einwirkung in Wort und Schrift in Versuchung geführt

wird. So würde das Eindringen des gleichgeschlechtlichen Verkehrs in Kreise herbeigeführt werden, die bei bestehendem Verbote von ihm verschont bleiben.» Und weiter heißt es: «Der männlichen Prostitution muß, darüber besteht allgemeines Einverständnis, mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Sie ist eine Brutstätte des Verbrechertums und des Verbrechens; gerade sie fördert die gleichgeschlechtliche Unzucht, auf sie fallen in erster Reihe die schweren Schäden zurück, die mit der gleichgeschlechtlichen Unzucht im Zusammenhang stehen. Sie ist eine fortgesetzte Versuchung für den, welcher zur gleichgeschlechtlichen Unzucht neigt und bildet darüber hinaus die Quelle schwerster Aergernisse und eine besondere Gefahr für die öffentliche Sittlichkeit und Sicherheit.»

Leute, welche behaupten — und es gibt solche — daß es sich bei gleichgeschlechtlichem Verkehr um einen natürlichen und deshalb um einen unanstößigen und berechtigten Trieb handle, werden die Straflosigkeit dieses Verkehrs dahin deuten, daß das Gesetz diesen Verkehr als berechtigt anerkenne. Eine derartige Deklaration des Gesetzgebers wäre zweifelsohne unter allen Umständen eine gefährliche Sache. Wenn wir die einzelnen grausigen und volksverderbenden Fälle ins Auge fassen, dann müssen wir uns fragen, ob das Schweizervolk, das bis jetzt — durch die große Mehrzahl der kantonalen Strafgesetze — solche Delikte unter Strafe gestellt weiß, einer Bestimmung die Zustimmung geben würde, die solche Handlungen als straflos erklärt. Daran glaube ich trotz des Umstandes, daß in einzelnen Kreisen die gegenteilige Auffassung besteht, nicht.

Man hat im Entwurf die gewerbsmäßige Unzucht zwischen Mündigen unter Strafe gestellt. Ist nur die werbende Gewerbsmäßigkeit gemeint? Kaum. Schon wer gegen Bezahlung derartige Handlungen begeht, oder an sich geschehen läßt, wird als gewerbsmäßiger Täter zu gelten haben. Mir scheint nun, dieser Täter ist viel weniger gefährlich als derjenige, der gewohnheitsmäßig auf Opfer ausgeht und der zahlende Teil ist; denn er sucht in erster Linie zu verführen, wie es in dem vorhin angeführten Beispiel der Fall war. Er könnte nun aber nicht bestraft werden, weil nicht er gewerbsmäßig sich der Unzucht hingibt, sondern sein Opfer, das Geld bekommen hat. Der Hauptschuldige ginge also straflos aus.

Gewiß kann man nicht alle sittlichen Grundsätze unter strafrechtlichen Schutz stellen, aber für wichtige sittliche Grundsätze müssen wir strafrechtlichen Schutz schaffen; das zeigen die Erfahrungen der Vergangenheit und beweisen die Erfahrungen von heute.

Zu Art. 169 hat auch Herr Hoppeler einen Antrag gestellt, der sich mit dem unsrigen grundsätzlich deckt. Insbesondere ist seine Ziff. 1 zu Art. 169 dasjenige, was wir anstreben. Es sind darin allerdings Abweichungen gegenüber unserm Antrag enthalten. Ich will aber gleich erklären, daß wir uns auf den Antrag Hoppeler vereinigen und unsern Antrag zugunsten desselben zurückziehen. In Art. 169 soll in erster Linie schlechthin gesagt werden: «Wer mit einer Person desselben Geschlechts eine unzüchtige Handlung vornimmt oder an sich eine solche Handlung vornehmen läßt, wird mit Gefängnis bestraft.» Unter Ziff. 2 folgt dann zuerst der Fall, den der Kommissional- und der bundesrätliche Vorschlag unter Ziff. 1 aufzuführen, die unzüchtige Handlung mit

Unmündigen gleichen Geschlechts. Der Vorschlag des Herrn Hoppeler ist klar und annehmbar. Nach dem Gesichtspunkt der Strafzumessung sehen wir in Ziff. 1 für die Unzucht zwischen Mündigen einfach Gefängnis vor. Für qualifizierte Fälle, wie sie der Entwurf in § 169 nach Bundesrat und Kommission enthält, ist dort Gefängnis nicht unter einem Monat vorgesehen. Herr Hoppeler wollte nicht unter drei Monate gehen und der französische Text sprach sogar von drei Jahren, was natürlich ein Fehler ist. Ich bin nun aber ermächtigt, für uns und Herrn Hoppeler zu erklären, den Strafansatz unter Ziff. 2 nach dem Vorschlag der Kommission zu gestalten. Die Kommission hat unter Ziff. 1 und unter Ziff. 2, die im Antrag Hoppeler zusammen nun Ziff. 2 werden, die Strafe von nicht unter einem Monat vorgesehen. Wir sind damit einverstanden. Im Antrag Hoppeler wird dieser Strafansatz einmal aufzuführen sein, indem am Schlusse der Ziff. 2 des Antrages gesagt wird: mit Gefängnis nicht unter einem Monat. Wir haben uns für die nichtqualifizierten Fälle, wo Unmündige das Opfer sind oder wo es durch Mißbrauch der Notlage etc. zur Vornahme von unzüchtigen Handlungen kommt oder wo die Handlung eine gewerbsmäßige ist, entschlossen, dem andern Standpunkt dadurch Rechnung zu tragen, daß wir zwar die Bestrafung der Unzucht auch zwischen Mündigen verlangen, dann aber mit der Möglichkeit der Bestrafung einfach auf Gefängnis gehen. Das kann unter Umständen eine Strafe von bloß ein paar Tagen sein. Wir kommen den grundsätzlichen Gegnern unserer Bestimmung auch dadurch entgegen, daß wir in den qualifizierten Fällen an der Mindeststrafe von drei oder sechs Monaten nicht festhalten, sondern mit der Kommission nicht unter einem Monat bestrafen. Damit ist eine klare Situation geschaffen. In der Hinsicht auf die Strafminima besteht somit keine Differenz gegenüber der Kommission. In Ziff. 2 des Antrages Hoppeler ist somit all dasjenige enthalten, was im Kommissionalantrag in Art. 169 Ziff. 1 und 2, gesagt ist. Ich empfehle Ihnen unsern Antrag, der so abgeändert und vereinigt ist mit dem Antrag des Herrn Hoppeler.

Hoppeler: Ich bedaure, daß wir hier über alle Artikel dieses Abschnittes in einmahl sprechen müssen. Es handelt sich um ein großes Gebiet und es wäre sicher besser gewesen, man hätte einen Artikel nach dem andern bereinigt, aber ich muß mich nun fügen. Zuerst einige wenige grundsätzliche Bemerkungen, wie ja solche auch der Herr Kommissionsreferent gemacht hat. Im einleitenden Votum des Herrn Kommissionsreferenten fiel mir die Begründung auf, die er für die Strafandrohung der in diesem Abschnitt aufgeführten Delikte gab. Herr Dr. Seiler sagte nämlich, es handle sich um den Schutz der geschlechtlichen Ehre der Frau. Aber es handelt sich doch eigentlich hier um viel mehr; es handelt sich da um den Schutz der Ehe, um den Schutz der Familie und um den Schutz des Staates, es handelt sich um die Hochhaltung des Grundsatzes und Gebotes: «Du sollst nicht ehebrechen.» Vor allem aber ist mir aufgefallen, daß der Kommissionsreferent, Herr Seiler, geltend gemacht hat, je mehr wir uns der unverfälschten Volksauffassung nähern, um so eher werden wir hier den richtigen Weg finden. Es kann nun aber keine Rede davon sein, daß wir

bei den Sittlichkeitskapiteln nach der heute geltenden Volksauffassung uns richten, sondern wir müssen uns auf absolut gültige, über den wechselnden Urteilen der Menschen stehende Gesetze stützen. Es ist nötig, daß wir das unseren Ausführungen vorausschicken. Das Gebot: «Du sollst nicht ehebrechen» ist ein Gebot der sittlichen Reinheit. So schwer es auch für uns alle zu halten ist, und so sehr wir sicher bereit sind, aus eigener Erfahrung heraus Fehlbare milde zu beurteilen, müssen wir doch einsehen: das Gebot muß unbedingt aufrechterhalten werden. Wer an der Sittlichkeit rüttelt, rüttelt an der Ehe; denn ohne Sittlichkeit kann die Ehe nicht bestehen. Wer aber an der Ehe rüttelt, rüttelt an der Familie, und dadurch am Staate. Sittlichkeit ist das Fundament der Ehe, die Ehe ist das Fundament der Familie und die Familie ist das Fundament des Staates. Wer also an den überzeitlichen Gesetzen der Sittlichkeit rüttelt, rüttelt am Fundament des Staates. Für mich sind nicht das die schlimmsten Revolutionäre, welche, wie die Kommunisten, den wirtschaftlichen oder politischen Umsturz herbeiführen wollen; sondern das sind die größten Revolutionäre, welche die Sittlichkeit untergraben und dadurch den Staat unterminieren wollen; die kommen langsam aber sicher und unauffällig zum Ziel.

Man kann es beweisen, daß die Forderung nach sittlicher Reinheit eine absolute, über den Zeitmeinungen stehende Gültigkeit hat. Das kann einmal dadurch bewiesen werden, daß sonst die Geschlechtskrankheiten zunehmen. Alle Sittlichkeit ruht auf dem Gebot: Kein sexueller Verkehr außer der Ehe. Sobald an diesem Gebot gerüttelt wird, wird die Gefahr der Geschlechtskrankheiten vermehrt. Das ist eine selbstverständliche Sache und das ist auch erst kürzlich wieder von Prof. Bloch in Zürich ausgesprochen worden, daß es nur einen einzigen sichern Schutz vor Geschlechtskrankheiten gibt: Enthaltung vom außerehelichen Verkehr. Wer an der Grundlage der Sittlichkeit rüttelt, vermehrt die Gefahr der Geschlechtskrankheiten. Es liegt deshalb im Interesse der Gesundheit des Volkes, daß wir klare und feste Normen der Sittlichkeit im Strafgesetzbuche verankern; und wenn die Auffassungen im Volke ins Rutschen kommen sollten durch den Zeitgeist, durch gewissenlose Schriften und Vorträge, wie ich gleich Beispiele geben werde, so haben wir die Pflicht, dann nicht auch mit unseren Anschauungen ins Rutschen zu kommen, sondern uns als Führer des Volkes zu erweisen und im Strafgesetzbuch zu sagen, was recht ist und was böse.

Der zweite Beweis absoluter Gültigkeit der christlichen Sittengesetze liegt im moralischen Niedergange, welcher der Mißachtung derselben auf dem Fuße folgt. Ueberall da, wo man die Forderung der Reinheit nicht anerkennt und nicht hält, wird auch der übrige Charakter von solchem Tun und solchen Auffassungen nach und nach angesteckt und in Mitleidenschaft gezogen. Das Gebiet des sittlichen Lebens ist ein Zentrum der Ethik, deren Hauptturm und Burg; wenn hier eine Bresche gelegt wird, dann macht sich das überall, auch in den peripheren Gebieten der Ethik geltend. Darum ist es so wichtig, daß wir hier standhalten und nicht nachgeben.

Aber weiter. Alles Nachgeben gegenüber laxen sittlichen Auffassungen hat zur Folge eine Zunahme der Zahl der unehelichen Kinder. Davon haben wir

kürzlich hier geredet. Es ist nicht nötig, näher darauf einzutreten. Wir sind alle einig, daß das Los eines unehelichen Kindes kein erfreuliches ist. Es kennt nicht Vater und Mutter, wie es doch das Natürliche ist, und wir haben deshalb allen Grund, mit allen Kräften eine Zunahme der Zahl dieser Kinder zu verhindern zu suchen. Eine weitere Folge ist die Zunahme der Ehescheidungen. Die Advokaten unter Ihnen wissen, und ich als Arzt weiß es vielleicht noch besser, was für ein Unglück eine Ehescheidung ist, insbesondere wo Kinder sind. Sie alle werden mir bezeugen können, daß ich recht habe, wenn ich sage, daß ein direkter Zusammenhang zwischen der Zahl der Ehescheidungen und der Lockerung der sittlichen Auffassung besteht. Das wird durch die Zahl der Ehescheidungen z. B. im Kanton Zürich klar bewiesen; je laxer in diesem Kanton unsere Begriffe der Sittlichkeit wurden, desto mehr Scheidungen haben wir zu verzeichnen. — Wenn wir nun also beweisen können, daß großer Schaden für Leib und Seele, sowohl des Einzelnen als der Gemeinschaft, der Ehe und Familie, die Folge der Mißachtung der Gebote der Sittlichkeit ist, dann ist doch klar, daß es sich bei diesen Geboten um absolute Forderungen handelt und nicht um solche, welche dem Wechsel der Tagesmeinungen und Anschauungen unterworfen sein können. Es sind dieselben Forderungen, wie sie uns im Buch der Bücher als göttliche Gebote vor Augen gestellt sind.

Wenn übrigens Herr Dr. Seiler von der unverfälschten Volksauffassung spricht, so frage ich: was ist heute unverfälschte Volksauffassung? Lesen Sie die Nationalzeitung. Die bringt jetzt seit Monaten in ihrer Frauenbeilage Artikel über sexuelle Moral, in denen redaktionell zur freien Liebe aufgefordert und das Recht des unverheirateten Mädchens auf das Kind proklamiert wird. Die Redaktion schreibt, daß viele Zuschriften aus dem Volke ihr zukommen und ihr recht geben und dafür danken, daß sie hier bahnbrechende Arbeit leiste. Ich will aber nicht nur die Nationalzeitung, sondern noch ein anderes frappantes Beispiel für die heutige Volksauffassung anführen. Es gibt in Berlin einen Mann — ich habe hier kürzlich von ihm gesprochen — er heißt Dr. Hodann, Arzt, der arbeitet mit Macht daran, die Jugend zu überzeugen, daß der bisherige Begriff der Reinheit ganz unhaltbar geworden sei. In einer Besprechung, die er mit Jugendlichen hatte, wird er gefragt, ob es recht sei, daß das und das junge Mädchen von ihrem Freund deshalb weggelaufen sei, weil er von ihr verlangt habe, daß sie sich ihm hingebende. Er fragt nun den Jungen: «Warum hat sie weggehen wollen?» Dieser antwortet: «Sie wollte eben rein bleiben, da sie nicht verheiratet ist.» Da fragt der Arzt zunächst einmal: «Was meinte das Mädel mit dem 'rein bleiben'?» Der Junge antwortet: «Sie wollte sich ihm eben nicht hingeben ohne vorherige Heirat.» Der Arzt sagt: «Ja, ich verstehe schon, aber was hat das denn mit Reinheit oder Unreinheit zu tun?» — Ich habe genau den gleichen Gedanken gelesen in einem Buche von Lindsey über die Kameradschaftsehe, wo geschrieben steht: «Wir müssen uns losmachen von der übertriebenen Wertschätzung des Begriffes Reinheit.» Hodann predigt die freie Liebe; er sagt in seinem Buch über Geschlecht und Liebe: «Ein Mann, der heiratet und nicht vorher Erfahrungen gesammelt hat auf geschlechtlichem Gebiet mit andern Frauen, wird sich bei seiner Frau

als ein Liebe zerstörender Tolpatsch erweisen.» Diese Bücher machen gegenwärtig Furore und erleben große Auflagen. Vielleicht interessiert Sie, zu vernehmen, wer in der Schweiz solche Bücher empfiehlt. Ich habe momentan leider das Buch Hodanns über Geschlecht und Liebe, weil ich nicht wußte, daß diese Frage heute zur Behandlung kommt, zu Hause, und habe nur den Umschlag des Buches hier. Vielleicht genügt aber schon dieser zur Charakteristik des Buches. Sie sehen diesen vielverheißenden, ganz sensationellen Umschlag; diesen Umschlag sah ich vor einiger Zeit in Stuttgart in einem Buchladen, und darum herum einen Streifen, auf dem das Buch empfohlen wird durch eine Rezension. Von wem stammt die Rezension? Von Prof. W. von Gonzenbach in Zürich, Professor der Hygiene an der Eidg. Technischen Hochschule. Dieses Buch ist von der Staatsanwaltschaft in Deutschland beschlagnahmt und erst freigegeben worden, nachdem einige anstößige Bilder entfernt worden waren. Dieses Buch wird jetzt in ganz Deutschland mit der Empfehlung unseres eidgenössischen Hygieneprofessors vertrieben. Damit Sie sehen, ob Herr Prof. von Gonzenbach der gleichen Meinung ist wie die von Herrn Dr. Seiler angerufene unverfälschte Volksauffassung, will ich den Text dieser Rezension hier lesen. Diejenigen unter Ihnen, die noch auf dem Boden der alten christlichen Moral stehen, wissen dann zugleich, was sie sind: «Nehmt es und lest es, Ihr blinden zufriedenen Philister! Geifert, Ihr heuchlerischen Zeloten. Wendet Eure Augen geblendet ab, Ihr Dunkelmänner! Euch aber, Ihr Weglosen, Ihr Verirrten, Ihr Suchenden, bedeutet dieses Buch Erlösung und Befreiung.» In der Rezension, aus welcher die vorgelesene Stelle entnommen ist, heißt es außerdem an die Adresse der «Dunkelmänner»: «die ihr aus Schwäche oder noch schlimmeren Motiven euch krampfhaft an eine Moral klammert, welche des lebendigen Lebens spottet». Ich überlasse es dem Bundesrat und dem eidg. Schulrat zu entscheiden, ob hier Einschreiten geboten ist. Der persönlichen Ehre des Herrn Prof. von Gonzenbach trete ich nicht im geringsten nahe. Aber daß Lehrer unserer Hochschule solche Dinge propagieren und daß unter ihrem Namen im Ausland dieses schädliche Buch herumgeht und gekauft wird, das ist für uns jedenfalls keine Empfehlung, sondern beschämend. Was ich hier angeführt habe, ist kein Geheimnis; Sie können das Buch samt dem erwähnten Streifen überall kaufen.

Ich habe das angeführt, um Ihnen zu zeigen, daß wir auf unsicherem Boden stehen, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, wir hätten uns hier an das zu halten, was momentane Volksauffassung ist. Vielleicht gelingt es Prof. von Gonzenbach durch Vorträge, Artikel und Rezension solcher Bücher, die Volksauffassung in einigen Jahren so umzuwandeln, daß sie derjenigen gleicht, wie er selber sie in diesen Dingen besitzt. Der Mann mag es persönlich gut meinen, aber er ist offenbar mit absoluter Blindheit geschlagen. Darum ist es notwendig, daß wir diejenigen sittlichen Grundsätze, die wir für die Norm halten, von denen wir glauben, daß sie absolut über der Zeit stehen, auch im Strafgesetz verankern. Von diesem Standpunkt aus komme ich nun dazu, Ihnen einige spezielle Anträge zu stellen. Ich lege Wert darauf, von vornherein zu erklären, daß ich den Unterschied zwischen Moral und Recht sehr wohl kenne, sonst hätte ich z. B.

nicht in der Abtreibungsfrage mit der Kommissionsmehrheit, statt mit den Katholiken gestimmt, und daß ich selbstredend ferne davon bin, ohne weiteres zu glauben, derjenige, der hier für eine ganz strenge Auffassung eintrete, sei ganz moralisch, und derjenige, der für die weniger strenge Auffassung eintrete, sei ohne weiteres weniger moralisch. Ich weiß, man kann auch für die weniger strenge Auffassung eintreten, weil man glaubt, die andere Fassung habe zur Folge, daß das Gesetz nicht angenommen werde, oder sie gehe insofern zu weit, als der Richter sich nicht entschließen könnte, entsprechend ihrer Strenge zu bestrafen, so daß also die betreffende Bestimmung leerer Buchstabe bleiben würde.

Ich komme zuerst zur Erhöhung des Schutzalters von 16 auf 18 Jahre, zu Art. 166. Da beantrage ich Ihnen zu sagen: «Wer eine Person von 16 bis 18 Jahren zum Beischlaf oder ähnlichen Handlungen mißbraucht, wird mit Gefängnis bestraft.» Hören Sie kurz meine Hauptgründe:

Erstens die männlichen Minderjährigen sind durch dieses Gesetz geschützt bis zu 20 Jahren. Hier hätten Sie also eine unbedingte Inkonsequenz, wenn Sie die Mädchen nur bis zu 18 Jahren schützen. Ferner beginnt die Ehefähigkeit heute laut Zivilgesetzbuch erst mit 18 Jahren. Nun haben die Kommissionsreferenten gesagt, das sei etwas anderes. Herr Prof. Logoz hat darauf hingewiesen, daß es dem Gesetzgeber damals, als er die Ehe unter 18 Jahren für Mädchen verbot, darum zu tun gewesen sei, die Rasse zu schützen, die Rasse nicht sinken zu lassen. Da muß ich nun antworten: Wenn das für die Ehe gilt, dann gilt es auch für den Verkehr mit Minderjährigen; denn auch daraus kann ein Kindlein entstehen, und dann ist die Rasse ebenso gefährdet. Ich glaube aber, daß der Gesetzgeber bei der Festsetzung der Ehefähigkeit auf 18 Jahre auch daran gedacht hat, daß ein Mädchen mit 16 oder 17 Jahren noch nicht die nötige Urteilskraft besitzt, um sich auf Lebenszeit zu binden. Wenn ich das sage, frage ich nun: hat denn ein Mädchen von 16 oder 17 Jahren genügend Urteilskraft, um eine sexuelle Bindung, die nicht die Ehe ist, einzugehen, und alle ihre eventuellen Konsequenzen abzusehen?

Sodann haben wir auch die Psychologie des Mädchens in diesem Alter zu berücksichtigen. Zu einer Handlung braucht es entsprechende Vorarbeiten, möchte ich sagen, von Verstand, Gemüt und Willen. Wie steht es mit dem Verstande? Antwort: Die Ueberlegungsfähigkeit, die Einsicht, ist in diesem Alter noch mangelhaft. Vor allem ist noch wenig Erfahrung vorhanden. Auf jeden Fall fehlt in diesem Alter die Möglichkeit, zu übersehen und zu werten, was die Folgen einer außerehelichen Verbindung für das Mädchen sein können, nämlich Verlust der geschlechtlichen Ehre, Geschlechtskrankheiten, außereheliche Mutterschaft. Das überlegt sich ein Mädchen in diesem Alter noch nicht genügend.

Wie steht es mit den Affekten? Diese sind in diesem Alter besonders stark entwickelt. Es ist ja das Schwarmalter, wo z. B. die Mädchen in der höhern Töchterchule ihre Lehrer anschwärmen. Wir wissen, daß oftmals sexuelle Hintergründe dahinterstecken. Das sind die Jahre, wo die jungen Mädchen als Wandervogel durch die Welt ziehen, Handharmonika spielend, wo ihnen die Romantik gefällt, wo sie auf dem Heuboden übernachten und in der

Pension ihre Streiche verüben und nicht imstande sind, alles klar zu überlegen, was aus ihrem Handeln und aus ihrem oft überschwänglichen Fühlen entstehen könnte.

Und endlich der Wille. Er ist in dieser Zeit noch nicht genügend gefestigt. Auch wirtschaftlich stehen die Mädchen meistens noch auf schwachen Füßen, sie haben Geld oft sehr, sehr nötig und müssen auch deshalb geschützt werden vor solchen, die ihre Abhängigkeit ausnützen möchten.

Was nun die libido sexualis anlangt, so ist sie gerade in dieser Zeit oft so stürmisch wie selten nachher. Jedenfalls weiß ich, daß eine große Zahl Erwachsener dem Arzte berichtet: Ich war der Selbstbefleckung während einiger Jahre unterworfen; ich bin aber von ihr frei geworden durch meine sittlichen Anstrengungen! — Wenn wir fragen, in welche Zeit dieses Verhalten hauptsächlich fällt, so hören wir immer, daß es in den Jahren von 14—18—20 war. Es sind also alle Vorbedingungen da, um Gefahren für das junge Mädchen herbeizuführen. Herr Prof. Dr. Blaschko schreibt über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in Berlin, daß unter den geschlechtskranken Frauen und Mädchen ein auffallend großer Prozentsatz derer sich befindet, welche 15—18 Jahre alt sind.

Eine große Anzahl Frauenvereine der Schweiz hat im Jahre 1897 an das Eidg. Justizdepartement eine Eingabe gerichtet, worin sie nachweisen, daß in einer größeren Schweizerstadt in den damals noch bestehenden öffentlichen Häusern 84% der Insassen minderjährig waren. 60% der Insassen waren vor dem Alter von 17 Jahren zum erstenmal gefallen. Das spricht doch Bände. Auch sind unter den Dirnen sehr viele Waisen, die nicht den Schutz hatten, den sonst ein Kind an Vater und Mutter besitzt. Darum müssen wir den Mädchen vermehrten Schutz gewähren.

Endlich sage ich, heute, wo die Versuchung auf dem sexuellen Gebiete so groß ist wie selten — denken Sie nur an die Kinos, an alle die modernen Vergnügungsstätten, an die schlüpfrige Literatur, mit der unsere Jugend überschwemmt wird — heute droht besondere Gefahr. Herr Prof. Bleuler weist auch darauf hin, wie nicht nur leiblicher Schaden, sondern namentlich seelischer Schaden auf Jahre hinaus durch ein sexuelles Trauma einer Jugendlichen zugefügt werden kann.

Man hat die Delikte gegen die Sittlichkeit im neuen Strafgesetzbuch erst an fünfte Stelle gesetzt. Zuerst kommen natürlich die Vermögensdelikte. Das ist ja sehr typisch! Wenn einer einmal 5 oder 100 oder 1000 Fr. nimmt, so spielt das doch wahrhaftig keine so große Rolle, wie wenn er die sittliche Ehre angreift! Natürlich müssen wir den Dieb bestrafen. Es ist aber nicht richtig, wenn das Geld als so hohes Gut gewertet wird, daß man die Vermögensdelikte strenger bestraft als die Delikte gegen die Sittlichkeit. Wenn ein Mann ein Mädchen von 16 oder 17 Jahren verführt hat, so hat er ihm viel mehr geraubt, als wenn er ihm unter Umständen das ganze Vermögen genommen hätte. Hierfür fehlt leider bei uns noch vielfach das Verständnis. Die Reinheit ist für ein Mädchen ein ganz großes Gut. Was einer tut, der ein Mädchen verführt, kann er im ganzen Umfange wohl kaum erfassen.

Warum sollen wir nun den Mädchen nicht den Schutz bis zum 18. Jahre gewähren? Damit einer ja nicht bestraft werde, der vielleicht gemeint hat, das Mädchen sei älter! Aber da haben wir ja den Art. 17. Nach diesem Artikel kann der Täter ja freigesprochen werden, wenn er wirklich glaubte, das Mädchen sei älter. Seine Strafe kann ihm auch bedingt erlassen werden, wo es angezeigt erscheint. Aber das sollten wir statuieren, daß es strafbar ist, ein Mädchen unter 18 Jahren zu verführen. Es ist selbstverständlich auch nicht recht, ein älteres Mädchen zu verführen, aber der Schutz durch das Strafgesetz sollte unbedingt auf 18 Jahre erhöht werden. Wenn wir ein Mädchen von 16 Jahren vogelfrei erklären und sagen, das Mädchen könne sich ja wehren, so ist das eben einfach nicht richtig. Ein solches Mädchen ist in vielen Fällen nicht fähig, sich so zu wehren, wie es die Umstände erfordern, in die es kommen kann und wie sich ein Mädchen von 18 und 25 Jahren wehren würde. Die Folgen sind aber dieselben. Darum empfehle ich Ihnen, in Art. 166 diesen Zusatz.

Nun kommen wir zum Art. 167. Da empfehle ich Ihnen, die bundesrätliche Fassung wieder aufzunehmen. Da hat die Kommissionsmehrheit die Kategorie von Adoptivkindern, Stiefkindern, Pflegekindern, Schülern in zwei Teile geteilt und gesagt: Jawohl, wenn es sich handelt um Adoptiv-, Pflege- oder Stiefkinder, Schüler oder Zöglinge, dann sollen diese bis zu 20 Jahren geschützt sein; wenn es sich aber nur handelt um Dienstboten oder Lehrlingen oder Lehrtöchter, dann dauert der Schutz nur bis zum vollendeten 18. Lebensjahre. Ich empfehle Ihnen, hier die bundesrätliche Fassung wieder aufzunehmen. Wenn Sie das aber ablehnen sollten, dann stelle ich den Eventualantrag, daß der Lehrling auch noch zur Kategorie der Mündel und Schüler und Zöglinge herübergenommen wird und daß die Herabsetzung des Schutzalters durch die Kommission nur gelten soll für Dienstboten. Sie müssen doch zugeben, daß eine Lehrtöchter zum Lehrmeister in einem andern Verhältnisse steht als der Dienstbote zum Dienstherrn. Das Dienstmädchen ist angestellt um Geld und kann jederzeit wieder gehen. Die Lehrtöchter aber ist in einem ungünstigeren Verhältnis. Wenn sie geht, wird ihre Lehre unterbrochen. Sie muß einen andern Lehrort suchen und wieder von neuem anfangen. Sie werden doch mit mir sicherlich der Meinung sein, daß ein Lehrmeister gegenüber der Lehrtöchter noch höhere Verpflichtungen hat als ein Dienstherr gegenüber seinem Dienstmädchen, obgleich ich sagen will, daß eine ganze große Zahl von Kindsmörderinnen aus dem Dienstmädchenstande kommt und daß die Dienstmädchen unter Umständen sehr gefährdet sind. Ein Dienstherr sollte wissen, daß er ein minderjähriges Dienstmädchen nicht anrühren darf. Noch weniger aber geht es an, daß wir Lehrtöchter nur bis zu 18 Jahren schützen.

Zu Art. 169 hat Ihnen Herr Grünenfelder bereits unsere Ansicht auseinandergesetzt. Wenn etwa eingewendet werden sollte, die Homosexuellen seien abnormal, so will ich darauf nur kurz sagen: Es ist Tatsache, daß die Zahl der Homosexuellen in den letzten Jahren sehr zugenommen hat. Mir melden oft in Zürich junge Leute, wenn ich sie darüber befrage: «Ja, ich bin auch schon belästigt worden.» Zu unserer Zeit war doch das eine ganz große Seltenheit. Heute aber weiß fast jeder von diesen Ver-

führen, die man die « warmen Brüder » nennt. Sie bilden eine große Gefahr, nicht nur für die 16- und 18jährigen, sondern auch für Männer von 20, 22 und mehr Jahren. Wenn man nachweisen kann, daß die Zahl der Homosexuellen zunimmt, so ist damit doch bewiesen, daß es sich hier nicht nur um Anlage handelt; denn es ist nicht anzunehmen, daß die Anlage heute viel häufiger vorkomme als vor 30 Jahren. Ich erinnere an die Tatsache, daß ein sexuell normal empfindender Mensch, der mit einem Homosexuellen in Verbindung gebracht und unter die Gewalt eines solchen Abnormalen gekommen ist, in kurzer Zeit auch auf dieses Geleise geraten kann. Das ist eine Tatsache, und dieser Gefahr müssen wir vorbeugen. Das Verbot homosexuellen Verkehrs muß in unserem Strafgesetz verankert sein, wie Herr Grünfelder mit aller Klarheit dargetan hat. Das ist etwas so Verabscheuungswürdiges, daß wir es nicht ungestraft lassen können. Wer so krank ist, daß er nicht widerstehen kann und delinquent, muß als Patient, als Kranker behandelt werden. Wir wollen mit ihm Mitleid haben, wir wollen ihn eventuell versorgen, wir können aber nicht um seinetwillen sagen: So lange es sich nicht um Minderjährige handelt und solange nicht Drohung oder Ähnliches vorliegt, soll homosexuelle Unzucht erlaubt sein.

In Art. 171 empfehle ich Ihnen ebenfalls, die bundesrätliche Fassung wieder aufzunehmen. Hier hat die Kommission den Begriff der Unbescholtenheit hineingebracht. Man muß heute, wenn man die Unerfahrenheit und das Vertrauen eines Mädchens mißbraucht hat, erst nachweisen, daß es vorher unbescholten war, sonst ist alles erlaubt. Wie schwer wird dieser Nachweis oft sein? Ich möchte Sie bitten, von diesem Zusatz Abstand zu nehmen und auch das Alter wieder so zu fassen, wie es der Bundesrat getan hat. Ich schlage Ihnen ferner vor, nicht zu sagen « Unerfahrenheit und Vertrauen », sondern « Unerfahrenheit oder Vertrauen ». Der Mißbrauch der Unerfahrenheit oder das Vertrauen sollen für sich allein zur Bestrafung genügen. Wenn wir die Kommissionsfassung aufnehmen, so werden durch die Maschen des Gesetzes eine Menge Fische gemütlich hindurchschlüpfen.

In Art. 172 beantrage ich den Zusatz: Wer von einer Frau durch Mißbrauch ihrer Notlage oder ihrer Abhängigkeit oder durch betrügerische Angaben den Beischlaf erwirkt... das soll denjenigen gelten, die das Mädchen betören mit der Angabe, sie wollten es heiraten. Es ist außerordentlich häufig der Fall, daß einer die Ehe verspricht, das Mädchen dadurch willfährig macht, und es hernach schmäählich im Stiche läßt. Wer das tut, wer unter diesem betrügerischen Vorwand das Mädchen verführt hat, soll unbedingt bestraft werden. Es ist ja übrigens hier einfach Gefängnis vorgesehen, ohne Angabe eines Minimums der Strafzeit, so daß unter Umständen eine sehr milde Strafe ausgefällt werden kann.

Ich bin am Schluß. Ich wiederhole, daß ich den Unterschied zwischen Moral und Recht ganz genau kenne. Ich glaube aber, daß wir in unserem Gesetzbuch für die Sicherung der absolut gültigen und unerläßlichen sittlichen Normen, die heute mehr als je in Gefahr sind, höhere Dämme bauen müssen, als sie bisher bestanden. Ich möchte Sie daher dringend bitten, meinen Anträgen zuzustimmen.

Eggspühler: Die konservativen Mitglieder der Strafrechtskommission haben Art. 172 bis eingebracht. Ursprünglich rührte dieser Antrag von dem früheren Präsidenten der Strafrechtskommission, Herrn Obergerichtspräsidenten Müller, her. Er und verschiedene Mitglieder der großen Expertenkommission, die politisch und konfessionell verschiedenen Gruppen angehören, haben den Antrag gestellt: Die widernatürliche Unzucht mit Personen des gleichen Geschlechts, oder mit Tieren wird mit Gefängnis bestraft. Unsere kantonalen Rechte stellen die widernatürliche Unzucht, die Bestialität, unter Strafe. Die naturwidrige Unzucht ist nach deutscher Volksansicht ein geschlechtlicher Greuel, den nicht bloß die Moral verabscheut, sondern der auch Strafe verdient.

Auch heute noch wird in der neuesten deutschen und österreichischen Strafgesetzgebung die widernatürliche Unzucht mit Tieren mit Strafe bedroht. Die deutsche Volksanschauung hat sich in dieser Beziehung nicht geändert. Auch wir halten an dieser Volksanschauung, die den gegenteiligen Standpunkt nicht begreifen kann und auch nicht begreifen wird, fest. Deshalb wollen wir die widernatürliche Unzucht, im Gegensatz zum Entwurf, in allen Fällen strafen.

Man sagt, es handle sich hier nicht um eine Frage des Rechtes, sondern um eine Frage der Sitte, und diese Vergehen schädigen niemand. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß dabei, abgesehen von der Schädigung der Person des Täters selbst, auch Rechte und Interessen Dritter mitgeschädigt werden. Man sagt, es gebe Leute, die geschlechtlich anormal empfinden, und diese Notlage dürfe nicht bestraft werden. Das ist doch nicht erwiesen. Die Begründung zum deutschen Vorentwurf bestreitet es, und es wird auch noch in der Literatur bestritten. Aber wenn es so sein sollte, so müssen diese Leute ihren krankhaften Trieb eben beherrschen. Wir schlagen als Strafe lediglich Gefängnis vor, so daß unter Umständen eine sehr milde Bestrafung möglich ist. Gewiß soll auch die Sinnlichkeit zu ihrem Rechte kommen, aber die gesunde, normale Sinnlichkeit. Ich empfehle Ihnen nochmals unsern Antrag.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Ich habe Ihnen in meinem einleitenden Votum gesagt, daß es sich hier um ein heikles Kapitel handelt und ich habe mich extra gehütet, hier einzelne Fälle zu zitieren und Ihnen damit zu beweisen, daß man nach dem Studium der Literatur über diese Dinge auch einigermaßen orientiert ist. Ich habe auch Rücksicht genommen auf die Tribüne und auf Ihr eigenes Zart- und Feingefühl, und ich möchte Sie bitten, weiterhin die Diskussion auf einem Boden zu führen, der sich auch nach außen sehen lassen darf. Ich kann hier von vorneherein eines sagen, daß die beiden Referenten mit Herrn Hoppeler der Meinung sind, daß die Dinge, die er erwähnt hat, zu verurteilen seien. Wir sind nur nicht einig über die Grenzen der Strafbarkeit, über das, was ins Strafgesetz hineingezogen werden muß. Wir haben die Meinung, daß gewisse Dinge besser auf dem Boden der Erziehung und gerade der religiösen Erziehung erledigt werden können als auf dem Boden des Strafgesetzes. Wir können uns hier natürlich nicht unterhalten über die Grenze von Moral und Gesetz. Herr Hoppeler erklärt: Ich kenne diese Grenze. Ja, ich

glaube diese Grenze auch zu kennen, aber wir sind nun eben nicht gleicher Meinung in bezug auf das, was ins Strafgesetz hineingehört. Da liegt die Differenz, und da mögen Sie nun entscheiden. Ich kann Ihnen sagen, daß ich persönlich durchaus nicht unglücklich wäre, wenn alle die Aenderungsanträge angenommen würden, nämlich von meinem persönlichen Standpunkt, von meinem persönlichen Gefühl aus. Aber wir Referenten haben noch eine andere Aufgabe: die Aufgabe, darauf zu achten, daß ein Strafgesetz herauskommt, von dem man annehmen kann, daß es schließlich dann auch die Mehrheit des Schweizervolkes hinter sich haben wird. Und da müssen wir auf beiden Seiten Konzessionen machen, wir müssen unsere Lieblingsideen in den Hintergrund stellen, sonst können wir mit unserer Arbeit überhaupt aufhören. Wenn wir nicht fähig sind, links und rechts, einige Konzessionen zu machen, dann ist es überhaupt schade für alles, was wir bisher getan haben. Das ist der Standpunkt der Referenten, und deshalb sind wir verpflichtet, auf gewisse Widerstände aufmerksam zu machen und gewissen Auffassungen entgegenzutreten, selbst wenn diese Anschauungen unseren persönlichen Gefühlen entsprechen würden.

Ich habe Ihnen im Einleitungsvotum erklärt, daß eben die Auffassungen in unserem Volk sehr verschieden sind, daß die Entwicklung des Reifegrades verschieden ist und daß wir darnach trachten müssen, hier die mittlere Linie zu suchen, mit der sich schließlich jedermann zufrieden geben kann. Das ist die Situation, und angesichts dieser Situation müssen wir nun diese Probleme behandeln.

Herr Hoppeler, auch ich verurteile die unsittliche Literatur. Vielleicht hätte ich, wenn ich nach Stuttgart gegangen wäre, nicht gerade die Literatur im Schaufenster gesehen, die Ihnen sofort in die Augen gesprungen ist (Heiterkeit), sondern etwas schöneres. Ich verurteile diese Bücher ebenfalls, die Herr Hoppeler uns mit Vergnügen bekanntgegeben hat. Ich kenne nun speziell die nicht, die er uns zitiert hat; es gibt eben in der ganzen Welt verrückte Kerls, aber von solchen Ausgangspunkten aus können wir doch unsere Maßnahmen nicht treffen. Wir müssen in diesen Dingen der Erziehung die allergrößte Bedeutung zuweisen, und ich bin überzeugt, daß gerade die religiöse Erziehung den größten Schutz gegen derartige Verführungen gewähren wird. Aber da könnten wir ins Strafgesetzbuch noch so viele Artikel aufnehmen, wir würden doch damit niemals an das herankommen, was eine vernünftige Erziehung, vernünftige Eltern und ein vernünftiges Beispiel schaffen können. Also wollen wir uns nach dieser Richtung verstehen und die Meinung beiseite lassen, als ob wir da nicht gerade so weit gehen könnten, wie Herr Hoppeler, und etwa milderer Moral wären (Hoppeler: Das habe ich nicht gesagt). Ich weiß es wohl, aber den Eindruck könnte die Tribüne erhalten, und zur Tribüne will ich gerade nicht reden. Ich will jetzt auch noch etwas leiser sprechen, damit sie nicht alles hört. (Heiterkeit).

Herr Hoppeler hat uns verschiedene Anträge gestellt. Er hat beantragt, das Schutzalter von 16 Jahren auf 18 Jahre zu erhöhen. Ich habe Ihnen bereits auseinandergesetzt, daß, wenn wir auf 16 Jahre gehen, wir tatsächlich einen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand erzielen, und daß wir, wenn wir weiter gehen, eventuell diesen Fortschritt zunichte

machen. Wollen wir nicht auf diesem Gebiet wie auf den andern schrittweise vorgehen und der Entwicklung auch noch etwas Raum lassen? Ich denke, das ist ein Standpunkt, der sich vertreten läßt. Ich habe die Auffassung, daß man mit 16 Jahren die richtige Mitte getroffen hat.

Von der unverfälschten Volksmeinung will ich nicht mehr reden; Herr Hoppeler hat da eine Stelle aus meinem Votum herausgegriffen und gestützt darauf erklärt, auf die Volksmeinung könne man nicht abstellen. Ich habe nun nicht die Volksmeinung ins Auge gefaßt, von der Herr Hoppeler geredet hat und die sich in den Elaboraten, die er zitiert hat, geltend macht, sondern die unverfälschte Volksmeinung, die dahin geht, daß man die Schwachheit auf diesem Gebiete nicht immer und unbedingt zur Strafe heranziehen kann, sondern daß man den böartigen Angriff auf die geschlechtliche Ehre mit Strafe belegt. Ich beantrage Ihnen, im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes, bei der Altersgrenze von 16 Jahren, die einen großen Fortschritt bedeutet, zu bleiben.

Es hat dann Herr Hoppeler den Antrag gestellt — der Antrag ist zwar nicht schriftlich eingereicht worden — es sei Art. 167 des Entwurfes des Bundesrates wieder aufzunehmen, sodaß also gleichgestellt wären die Pflegebefohlenen, Zöglinge, Dienstboten und Lehrlinge. Ich habe Ihnen im einleitenden Votum gesagt, daß ein Unterschied sich ohne weiteres rechtfertigen dürfte, weil die Beziehungen zu Pflegebefohlenen und Zöglingen viel intimer, enger sind, als es bei Dienstboten und Lehrlingen der Fall ist. Die Verantwortung und die Verpflichtung gegenüber den Zöglingen ist größer und geht weiter als beim Dienstboten und Lehrling. Herr Hoppeler hat Ihnen eventuell beantragt, doch die Lehrlinge zu den Pflegebefohlenen und Zöglingen hinüberzunehmen und damit das Schutzalter für sie ebenfalls auf 18 Jahre hinaufzurücken. Persönlich habe ich nichts dagegen; ich könnte mich damit einverstanden erklären, ich wäre keineswegs unglücklich darüber. Aber bei den Dienstboten scheint mir doch unter allen Umständen das Verhältnis anders. Das hat auch Herr Hoppeler herausgeföhlt, sonst hätte er nicht einen Eventualantrag in bezug auf die Lehrlinge gestellt. Also hier mögen Sie, jeder wiederum nach seiner Auffassung, entscheiden.

Art. 169: Das ist der Artikel, bei dem sich Herr Hoppeler und Herr Grünenfelder treffen. Herr Grünenfelder hat erklärt, daß er seinen Antrag zugunsten des Antrags Hoppeler zurückziehe. Es ist auseinandergesetzt worden, daß es sich da, also bei der widernatürlichen Unzucht, um zwei Differenzen handle. Die eine Differenz betrifft Ziff. 1, wo die Strafbarkeit erweitert ist, derart, daß bei jedem homosexuellen Verkehr Strafe eintreten solle, während wir nach dem Antrag der Kommissionsmehrheit nur strafen wollen, wenn ein Mündiger mit einer unmündigen Person diesen Verkehr vollzieht. Auch darüber möge sich ein jeder seine eigene Auffassung machen. Ich möchte nur, damit Sie auch wissen, wie etwa die Dinge in der Kommission und in der Expertenkommission angesehen worden sind, verlesen, was Prof. Zürcher in seinem Referat ohne irgendwelche Leidenschaft auseinandergesetzt hat: «Werden Fehlritte selbstverantwortlicher Erwachsener mit selbstverantwortlichen Erwachsenen unter

Anwendung der größten Sorgfalt der Beobachtung Dritter entzogen, so ist es kein Gewinn, sie durch Ausspähen ermittelt und ans Tageslicht gezogen zu haben. Wir ersparen damit den Strafverfolgungsbehörden, daß sie damit zu schaffen haben; wir entziehen dem erpresserischen Spitzeltum niedrig gesinnter Dritter die Nahrung.» Das letztere möchte ich mehr unterstreichen als das, daß die Sache den Strafverfolgungsbehörden entzogen werde; diese sind schließlich dazu da, wenn ein Delikt vorliegt, sich die Sache anzusehen. Aber das Erpressertum ist ein Gebiet, von dem jeder sich seine Meinung wird machen können. Daß diese im öffentlichen Interesse erfolgte Nichteinmischung nicht bloß jenen unglücklichen, sondern auch jenen sittlich verlotterten und verrohten Leuten zugute kommt, ist unvermeidbar, sagt Prof. Zürcher, der das eben in den Kauf genommen hat. «Auch ihr Treiben ist ja durch das Gesetz überall mit Strafe bedroht, wo es Schaden stiften könnte. Als Unzucht erklärt der Gesetzgeber jedenfalls auch die straflos gelassenen Handlungen; er verhindert schon dadurch, daß die aus Anlage oder aus wenig achtungswerten Gründen zu Urningen Gewordenen sich öffentlich brüsten, öffentliche Verbindungen anzuknüpfen suchen oder gar eine schamlose Propaganda betreiben.»

Hier klafft also ein Unterschied der Auffassung zwischen germanischer und romanischer Schweiz, und Sie werden nun Ihrerseits so entscheiden, wie Sie es nach Ihrer eigenen Auffassung der Dinge, nach Ihrem eigenen Gewissen verantworten können.

Die zweite Differenz in Art. 169 betrifft das Strafmaß. Soviel in bezug auf Art. 169.

In Art. 171 beantragt Herr Hoppeler, im Ausdruck «unbescholtene Unmündige» das Wort «unbescholtene» zu streichen. Er hat gefragt: Wie soll diese Unbescholtenheit bewiesen werden! Ich habe in meinem einleitenden Votum gesagt, daß darin eine gewisse Schwierigkeit liege, daß es sich hier nicht um eine Verteilung der Beweislast im Sinne des Zivilrechtes handle, sondern daß der Richter unter Berücksichtigung aller Verumstände des Falles zu entscheiden haben wird, ob Unbescholtenheit vorliege oder nicht. Ich persönlich habe gar nichts dagegen einzuwenden, wenn Sie diese «Unbescholtenheit» streichen wollen. Aber eine gewisse Bedeutung hat ja auch diese Frage.

Dann hat zu Art. 172 Herr Hoppeler den Antrag gestellt, es sei beizufügen: Wer durch Abhängigkeit oder durch betrügerische Angaben den Beischlaf sich erwirkt... Auch da kann man verschiedener Meinung sein. Ich glaube, Herr Hoppeler habe hier den Heiratsschwindler oder einen ähnlichen Fall im Auge, Fälle, die jeder unter uns verdammt. Aber ob wir soweit gehen können, diesen doch fremden Begriff der betrügerischen Angaben in den Art. 172 hineinzu nehmen, wo auf die Abhängigkeit und die Notlage abgestellt wird, das ist eine Frage, die untersucht werden muß. Diese Frage hat die Kommission in ihrer Mehrheit verneint, weil sie gefunden hat, daß ein genügender Zusammenhang nicht vorliege.

Herr Eggspühler hat noch einen weiteren Minderheitsantrag gestellt, den ich der Appetitlichkeit der Sache halber, um die es sich hier handelt, sehr kurz abtun will. Herr Prof. Zürcher erklärte seinerzeit: «Der Mißbrauch von Tieren enthält regelmäßig keine Rechtsverletzung, er kommt etwa bei Schwach-

sinnigen vor, und wo die Ueberreizung des Alters, in dem die Geschlechtsreife eintritt, auf solche Abwege führt, werden Arzt und Erzieher richtiger und wirksamer angerufen, als die abschreckende Drohung des Strafgesetzbuches.» Das war die Meinung eines Mannes, der es doch in allen diesen Dingen sehr ernst genommen hat und der sein Leben lang bestrebt war, die Schuldbegriffe in richtiger Weise auszuarbeiten und die Grenze zwischen Gesetz und Moral — Sie sehen, wir kommen immer wieder auf das gleiche Thema zurück — so zu wählen, daß man nicht irgend einer besondern Auffassung zuliebe über das hinausgeht, was sonst im Strafgesetz in bezug auf Schuld und Strafe maßgebend ist.

Wollen Sie also in aller Ruhe und nach reiflicher Ueberlegung den Entscheid fällen, der Ihnen gut scheint.

Präsident: Außer dem französischen Berichterstatter hat sich noch Herr Borella zum Worte gemeldet. Ich schlage Ihnen vor, hier die Rednerliste zu schließen, die Angemeldeten heute noch sprechen zu lassen, um morgen die Abstimmung vorzunehmen.

Huber: Ich bitte Sie, diesem Vorschlag Ihres Präbidenten nicht zuzustimmen. Ein Mitglied der Minderheit der Kommission, Herr Oprecht, hat den speziellen Auftrag, zu einem der Artikel zu sprechen. Er konnte heute nicht anwesend sein, aber ich nehme an, daß er morgen wieder hier ist. Die Sache wird damit nicht erledigt, daß wir unbedingt heute abend die Diskussion erschöpfen. Ich bitte Sie ihr keine Schranken aufzuerlegen.

Präsident: In der Hoffnung, daß wir morgen gleichwohl in angemessener Zeit fertig werden, schließe ich mich dem Antrage des Herrn Huber an. Wir werden heute abend noch Herrn Logoz, den französischen Berichterstatter der Mehrheit der Kommission anhören und dann schließen.

M. Logoz, rapporteur: Après les discours que vous avez entendus dans cette séance et après la réponse que vient de faire M. le président de la commission, je crois pouvoir m'en tenir aux questions principales que posent les diverses propositions sur lesquelles vous aurez à vous prononcer demain matin.

Je serai aussi bref que possible; l'heure tardive m'y invite. En outre, je parlerai sans passion, car, avec M. le président de la commission, je vous demande instamment, si passionnantes que puissent être les questions sur lesquelles nous discutons maintenant, de faire un effort pour vous prononcer, demain matin, avec objectivité et sang-froid.

La question la plus importante peut-être est celle que pose la proposition faite par M. Hoppeler, d'ajouter à l'art. 166 (attentat à la pudeur d'enfants), un chiff. 3 nouveau disant: «Celui qui aura fait subir l'acte sexuel ou un acte analogue à une personne âgée de 16 à 18 ans, sera puni de l'emprisonnement.»

Je rappelle que, dans le projet du Conseil fédéral et de la majorité de la commission, l'art. 166 réprime l'attentat à la pudeur des enfants de moins de 16 ans. Et il le punit — c'est ce qui caractérise cet article —

alors même qu'il n'y a pas eu violence ou emploi d'autres moyens assimilables à la violence. Si de tels moyens ont été employés, ce sont les art. 162 et 163 qui deviennent applicables. Et ils le sont, je me permets de vous le rappeler, quel que soit l'âge de la victime.

L'art. 166 est donc lui-même un complément des art. 162 et 163; il complète ces dispositions pour instituer une protection absolue contre tout attentat à la pudeur, lorsque la victime a moins de 16 ans, dans le système du Conseil fédéral et de la majorité de la commission. Une protection absolue. Car alors, ou bien la victime ne comprend pas ce qu'on lui veut, ou bien elle ne peut pas se défendre elle-même à cause de son âge. Il est donc justifié que la loi pénale intervienne pour la protéger absolument, c'est-à-dire même s'il n'y a pas eu violence ou emploi de moyens assimilables à la violence.

Eh bien, la question que pose la proposition de M. Hoppeler est la suivante: faut-il élever à 18 ans l'âge de la protection absolue des mineurs, que le projet fixe à 16 ans? C'est ce qui a déjà été demandé à votre commission par la pétition qui lui ont adressé un grand nombre de sociétés féminines et de sociétés pour le relèvement de la moralité publique.

La commission, je le répète pour qu'il n'y ait pas de malentendu sur ce point, n'a pas cru pouvoir entrer dans ces vues, et cela pour les raisons suivantes:

J'ai rappelé ce matin qu'en fixant pour le mariage l'âge de 18 ans comme limite inférieure pour le mariage de la jeune fille, c'est à l'avenir de la race que le législateur civil a songé surtout. Mais au pénal, encore une fois, il s'agit de tout autre chose. Sans doute, comme l'a dit tout à l'heure M. Hoppeler, la règle posée par le Code civil suisse (limite d'âge de 18 ans) montre qu'il y a intérêt à éviter, d'une façon générale, que l'épreuve de la maternité puisse être imposée à une jeune fille de moins de 18 ans. Cela est tout à fait vrai. Mais il n'est pas moins vrai que, pour le législateur pénal, c'est une question tout autre qui se pose: le législateur pénal doit-il punir — et punir absolument — l'attentat à la pudeur d'une jeune fille jusqu'à l'âge de 18 ans, ou seulement jusqu'à l'âge de 16 ans? Or la réponse à donner à cette question dépend de considérations qui sont notamment les suivantes.

La première question est celle de savoir à partir de quel âge la jeune fille est apte à se défendre elle-même. Or nous disons que lorsqu'une jeune fille, qu'elle soit genevoise, tessinoise ou bâloise, a 16 ans ou davantage, lorsqu'elle a été normalement élevée et qu'elle est elle-même normale, elle en sait généralement assez pour qu'on puisse lui demander de s'aider elle-même, si elle veut que la loi l'aide. Si elle s'aide elle-même, si elle résiste comme elle le doit, l'agresseur doit user de violence pour arriver à ses fins. Et alors il tombe sous le coup des art. 162 et 163, même si la victime a plus de 16 ans.

D'autre part, si la jeune fille est intellectuellement anormale ou faible d'esprit, l'art. 164 est applicable et il ne fixe aucune limite d'âge.

Enfin l'art. 167 protège toute une série de mineurs contre l'abus d'autorité et il les protège jusqu'à leur majorité — les domestiques, jusqu'à 18 ans.

Je rappelle également — ceci ne doit pas être perdu de vue — qu'on doit tenir compte des différences qui résultent, chez nous, de la diversité des milieux et surtout des races; c'est certainement méconnaître ces différences que de vouloir fixer dans le Code pénal suisse, à l'art. 166, une limite d'âge de 18 ans.

Comment, par exemple, cette limite s'accorderait-elle avec les circonstances des cantons italiens ou romands?

Enfin et surtout, il ne faut pas oublier qu'en fixant à 16 ans l'âge de protection absolue des mineurs, le projet va déjà plus loin que la plupart des lois cantonales actuelles. Abstraction faite des raisons de fond que je viens de rappeler et qui parlent en faveur de la limite de 16 ans, il serait donc imprudent de vouloir monter plus haut encore.

Et maintenant, deux mots de la proposition de MM. Hoppeler et Grünenfelder relative à la débauche contre nature. L'idée qui est à la base de cette proposition, c'est que la débauche contre nature doit être punie, quel que soit l'âge de l'auteur et de la victime, donc même entre majeurs.

Au contraire, l'art. 169, chif. 1^{er}, du projet tel que la commission vous propose de l'adopter, ne punit la débauche contre nature que si l'auteur est majeur et si, d'autre part, la victime est âgée de 16 à 20 ans.

Pour les mineurs de moins de 16 ans, il y a déjà un autre article du projet: c'est l'art. 166, chif. 2.

D'autre part, le projet lui-même, à l'art. 169, chif. 2, punit la débauche contre nature quel que soit l'âge de la victime, c'est-à-dire même si elle est majeure, dans les cas spéciaux qu'il prévoit.

La question qui vous est maintenant posée par M. Hoppeler et par M. Grünenfelder, qui s'est ralliée à la proposition de M. Hoppeler, est donc la suivante: Voulez-vous que la débauche contre nature soit, dans tous les cas, punissable même si la victime est majeure?

A cette question, au nom de la majorité de la commission, nous répondons non et nous répondons ainsi pour les raisons données par l'exposé des motifs relatif à l'avant-projet de 1908.

Cet exposé dit notamment ceci: « Il ne sera pas superflu . . . d'exposer brièvement les motifs qui ont conduit le législateur à laisser impunie . . . la débauche contre nature entre majeurs.

Des recherches sérieuses ont démontré l'existence d'individus qui éprouvent non pas tant une répugnance pour les personnes du sexe opposé au leur, qu'une attraction violente pour celles de leur propre sexe. On ne constate d'ailleurs chez eux aucune autre tare intellectuelle. Certes, nous avons le droit d'exiger d'eux la même réserve et la même décence que des personnes à inclinations normales. Mais puisque nous ne punissons pas ces dernières pour toute infraction quelconque aux règles de la morale, nous ne devrions pas être plus exigeants vis-à-vis de ces parias de la nature. Quand les faits se passent entre majeurs tous pleinement responsables et quand toutes les précautions sont prises pour les tenir cachés, que gagnerions-nous à épier ces agissements pour les mettre en pleine lumière? Le système du projet décharge les autorités de poursuite des procès de ce genre et coupe court aux entreprises des maîtres-chanteurs. Sans doute, cette abstention législative,

que l'intérêt public justifie, profitera non seulement aux anormaux, mais encore à des personnages abjects ou corrompus. Cet inconvénient est inévitable. Mais le projet punit les agissements de ces derniers partout où il pourrait en résulter quelque danger. Car, s'il laisse impunie la débauche contre nature, il la tient sans contredit pour contraire à la pudeur. Il empêche ainsi les pédérastes, qu'ils le soient par disposition naturelle ou par des motifs honteux, de se pavaner en public, de chercher ouvertement à former des associations ou de faire une ignoble propagande. »

J'attire spécialement votre attention sur les dangers du chantage. Il ne faut pas multiplier à plaisir les possibilités de chantage — et du plus régnant de tous.

Entre majeurs, l'intervention de la justice pénale risque d'ailleurs de ne pas empêcher grand'chose et même de faire, peut-être, plus de mal que de bien.

C'est en tenant compte de ces raisons sérieuses que vous vous prononcerez sur la proposition Hoppeler relative à l'art. 169.

Sans vouloir allonger, je dois vous signaler encore que la traduction française qu'on nous a distribuée ce matin de la proposition de M. Hoppeler concernant l'art. 169, est grossièrement erronée notamment sur deux points. Ce texte français fait dire à M. Hoppeler, au chiff. 2 de l'art. 169, qu'on devrait punir quand la victime est « âgée de moins de 16 ans ». M. Hoppeler dit au contraire: « Celui qui aura fait subir de tels actes à une personne âgée de plus de 16 ans... »

Autre erreur: On a fait dire à M. Hoppeler que celui qui aurait commis certains des actes prévus par sa proposition sera puni de l'emprisonnement « pour trois ans au moins ». En réalité, M. Hoppeler a proposé trois mois au moins; il a même réduit en définitive ce minimum à un mois.

Entre l'art. 169 du Conseil fédéral et de la commission et l'art. 169 de M. Hoppeler, vous choisirez en toute liberté. Je vous recommande de voter l'article tel qu'il a été adopté par la commission; c'est mon devoir de rapporteur. Ce texte paraît suffisant pour protéger ceux qui ont réellement besoin de la protection de la loi pénale.

Il me sera cependant permis d'ajouter à titre personnel que si, pour des raisons de politique référendaire, s'il en existe, vous adoptiez les propositions de MM. Hoppeler et Grünenfelder en ce qui concerne l'art. 169, je pourrais comprendre cette attitude.

Je ne reviens pas sur la proposition faite par M. Hoppeler au sujet de l'art. 172. M. Seiler vous en a parlé tout à l'heure.

Un mot, en revanche, de la proposition d'insérer dans le projet un art. 172bis. Je voudrais rappeler les motifs pour lesquels le Conseil fédéral et la majorité de la commission ont pensé qu'on peut s'abstenir de prévoir le délit de sodomie dans le futur Code pénal suisse. « Ceux qui — disent les motifs de 1908 — se laissent aller à un tel délit sont des faibles d'esprit ou des adolescents que la surexcitation de la puberté naissante pousse à ces égarements; l'intervention du maître et du médecin sera plus opportune et plus efficace que la menace légale. »

Voilà les quelques explications que j'avais le devoir de vous donner. En terminant, je vous demande une dernière fois de vous prononcer avec mesure et

objectivité sur les diverses propositions qui vous sont faites. Je vous demande surtout, parce que cela paraît être le point le plus critique peut-être pour le sort du projet, de ne pas élever de 16 à 18 ans, à l'art. 166, la limite d'âge de la protection dite absolue.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 14. März 1929.
Séance du matin du 14 mars 1929.

Vorsitz — Présidence: Hr. Walther.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 170 hiervor. — Voir page 170 ci-devant.

Borella: Permettete anche ad un rappresentante della Svizzera italiana due parole di commento alle proposte della minoranza che ha qui esposto le proprie opinioni per bocca dei colleghi Grünenfelder ed Eggspühler, nonché a quelle delle quali si è fatto difensore l'on. Hoppeler.

Nè le une nè le altre possono avere il mio consenso.

Non vi dirò che le limitazioni dal progetto di codice apportate all'età minorile sono alquanto ostiche alla nostra mentalità latina. Su questa limitazione, che è, a vero dire, una estensione, non mi soffermerò più. Comprendo le ragioni che hanno determinato la commissione a ritenere necessario di proteggere la donna fino all'età di 16 anni da ogni affronto sessuale. Comprendo anche che si sia potuto, in determinati casi, estendere la protezione oltre gli anni 16.

Non bisogna però esagerare anche contro il maschio e sempre vedere in lui l'accerrimo nemico della donna, sempre pronto a violarne il patrimonio sessuale.

Nella lotta eterna per il godimento sessuale che dovrebbe essere la manifestazione ultima dell'amore, non sempre il maschio è quello che ha provocato la caduta del frutto anche se acerbo. Il fluido magnetico che avvolge d'un grande mistero ogni avvicinamento fra i due sessi non sempre è sprigionato dagli occhi del maschio. Anzi, se vogliamo essere sinceri e se non volessimo sempre noi maschi darci le arie del sesso più forte e pretendere anche in questa espressione d'una umanissima azione la parte predominante, dovremmo riconoscere che quasi sempre chi è effettivamente sedotto è il maschio. Dovremmo, per essere sinceri, riconoscere ed ammettere che nella lotta amorosa siamo noi maschi che subiamo la sconfitta, siamo noi i vinti.

Ma di quelle che possono essere appunto le situazioni psicologiche ed effettive determinanti lo stadio poco definibile e poco fissabile del momento amoroso, sarà arbitro il giudice al quale il codice riconosce una grandissima latitudine di apprezzamento e di giudizio.

Due parole devo però alle proposte speciali della minoranza della commissione in riguardo all'art. 169.

Orbene, noi che siamo uomini normali e sani in amore, dobbiamo combattere quelle proposte perchè esse non hanno scopo nè sortiranno effetto alcuno.

Rimontiamo solo per un istante nei secoli della storia che deve pure esserci maestra anche nel giudicare certi fenomeni sessuali. Grecia e Roma antiche non hanno mai vituperato nè punito certe manifestazioni umane quando non erano emanazioni di vizio, ma espressioni naturali di una forma sessuale degenerativa. Saffo di Lesbo, poetessa greca, ha cantato l'amore per le sue amiche, e lesbiche noi latini chiamiamo le donne che con donne trovano il loro piacere. Augusto, primo imperatore romano, mai si sdegnò se da qualcuno le sue amicizie per gli efebi erano trovate troppo esagerate.

Ma avviciniamoci ai nostri giorni. In Germania, dove gli atti così detti contro natura, compiuti anche da persone importanti, hanno avuto larga eco e diffusione nella pubblica stampa, questi atti sono puniti. Non le donne cadono però sotto la sanzione della legge per quegli impuri accoppiamenti che la donna sana e normale non comprende nè tollera. I tedeschi sono più cavalieri di noi: essi reprimono l'accoppiamento fra persone del medesimo sesso solo se è compiuto fra uomini. Con quale risultato? Hanno forse fatto scomparire le manifestazioni omosessuali? Nemmeno per sogno. Anzi, in questi ultimi tempi hanno ripreso con grande ampiezza. Senza più scrupolo alcuno questi poveri paria del genere maschile affrontano lo sdegno della pubblica opinione e si mostrano quali avrebbero dovuto essere e quali si sentono.

A Berlino ho visto io, non son due mesi, in uno dei quartieri più popolosi, più movimentati, più eleganti, locali pubblici dove questi uomini si mostrano a tutti vestiti da baccanti, da ballerine, da cantanti da caffè-concerto. Una insegna luminosa del locale attira l'attenzione del passante: «Unmöglich aber doch wahr.» Entrate e vedrete uomini normali credere di ballare con donne, donne cantare che son uomini, giovani fare colà i primi approcci coi loro futuri amanti. E tutto ciò sotto gli occhi della polizia. Molti uomini restano ingannati tanta è la rassomiglianza che gli omosessuali hanno con le donne.

Non dimentichiamo mai che nella maggior parte dei casi questi esseri non sono dei viziosi, ma degli ammalati; non dei pervertiti, ma degli invertiti, ai quali madre natura non solo non ha dato il sesso al quale appartengono apparentemente, ma ha dato loro in maggior parte attributi del sesso contrario. Così sono degli invertiti senza alcuna diretta responsabilità, ma che potrebbero benissimo rimproverare ai genitori la loro infelicità. Sono ammalati ed infelici. È gente che non deve essere punita per la inversione della loro natura. Non puniamo noi l'ammalato, ma curiamo e preveniamo la malattia.

Nessuno di noi del resto che abbia nella sua pratica forense e nei suoi studi di medicina legale esaminato qualcuno di questi esseri infelici, vorrà contestarne

l'esistenza. La natura è stata loro matrigna: la natura li ha fatti contrariamente ad ogni loro volontà, con un animo diverso dal sesso che hanno ricevuto. Essi forse vedono in noi gl'immorali. Ma fino a quando non fanno del male, fino a quando non istillano queste loro anomalie ai minorenni, devono essere considerati come ammalati. Perchè volete punire una donna che si innamora d'una sua compagna e con lei cerca di avere la soddisfazione sessuale che non potrà mai avere con un maschio dal quale sfuggirà sempre, quando sapete che questa persona pur vestendo la gonna ha invece tutte le altre qualità del maschio. È un maschio in gonnella che la vita femminile non comprende, che si veste come un uomo, che pensa come un uomo, che ragiona come un uomo, ecc. ecc., è un maschio al quale la natura ha dato, quando non poteva agire, il sesso femminile.

Signori colleghi, si domanda di respingere le proposte della minoranza perchè, come brevissimamente ho detto, l'art. 169, così come è stato modificato, costituirebbe un nonsenso; esso non ha scopo, non avrà mai un risultato benefico e tanto meno potrà far scomparire il lamentato inconveniente. La società deve avere il coraggio di riconoscere sempre la sua imperfezione: deve cercare di farla scomparire, ma non può punirla quando è dimostrato che l'individuo imperfetto non è colpevole.

Huber: Der Abschnitt Verbrechen oder Vergehen gegen die Sittlichkeit gehört wohl zu denjenigen, die uns vor eine der schwierigsten Aufgaben stellen. Diese Aufgabe ist für uns nicht bloß deshalb schwierig, weil die Grundanschauungen in diesen Dingen außerordentlich verschieden sind, sondern vor allem auch deshalb, weil in der bestehenden kantonalen Gesetzgebung sich die größten und scheinbar unvereinbaren Gegensätze befinden. Es ist deshalb mit Recht speziell von Herrn Prof. Logoz darauf hingewiesen worden, daß es notwendig ist, diese Fragen mit der größten Leidenschaftslosigkeit und Sachlichkeit zu behandeln, und ich möchte beifügen, auch mit dem möglichst großen Maß der gegenseitigen persönlichen Achtung. Ich habe es deshalb außerordentlich bedauert, daß gestern von einem der Redner, von Herrn Dr. Hoppeler, ein Abwesender in einer Art und Weise behandelt und hier vor dem Rat und vor dem ganzen Schweizervolk denunziert worden ist, wie das meines Erachtens nicht geschehen sollte, und ich halte es für meine Pflicht, Herrn Prof. Dr. Gonzenbach in aller Form in Schutz zu nehmen gegen die Art und Weise, wie er hier uns unter Öffentlichkeit vorge stellt worden ist. Diejenigen unter Ihnen, welche nichts von Prof. Dr. Gonzenbach wissen, werden nach dem, was sie gestern gehört haben, eine sehr schlimme Vorstellung von dem Manne haben. Wer ihn aber kennt — ich will nicht behaupten, ihn nahe zu kennen, aber ich habe ihn gesehen und gehört und habe Sachen von ihm gelesen —, der gehört nota bene nicht etwa unserer Partei an, sondern meines Wissens der freisinnig-demokratischen Partei und ist ihr Vertreter in Behörden — wer ihn kennt und wer seine Tätigkeit kennt, der weiß, daß man es bei ihm mit einer von tiefstem sittlichen Ernst erfüllten Persönlichkeit zu tun hat. Sein Leben ist in seinem Aufbau an sich schon eine sittliche Tat. Er hat meines Wissens als Student eine körperliche Katastrophe durchgemacht, aus der sich zu erheben

nur einem Menschen mit starkem sittlichem Willen möglich war, und er hat sein Leben nachher so gestaltet, daß es jedem gerecht denkenden Menschen Hochachtung abnötigt. Er beschäftigt sich speziell auch mit der Aufklärung in der sexuellen Frage, in der vornehmsten und edelsten Weise, die Sie sich denken können. Er begnügt sich aber nicht damit, einfach Moral zu predigen, sondern er hilft auch durch die praktische Tat. Er nimmt sich insbesondere der Jugend an, sucht ihr Freude zu geben und sie auf gesunde Bahnen zu bringen. Herr Prof. Dr. Gonzenbach hat es deshalb nicht verdient, in solcher Art und Weise in diesem Saale, wo er sich nicht verteidigen kann, angegriffen und als ein Prophet der Sittlosigkeit hingestellt zu werden.

Ich glaube, wenn man über diese Dinge spricht, wäre es vielleicht gut für diejenigen, welche sich gerne auf die Bibel und auf Christus berufen, sich an eines der schönsten Worte an jenes göttlich-menschliche Wort zu erinnern, das da lautet: Wer unter Euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein. Ich glaube, wenn gerade bei diesen Fragen immer dieses Wort beherzigt würde, daß dann der Steinregen nicht gar so dicht würde.

Die Sexualprobleme gehören zweifellos zu den kompliziertesten Dingen, die es gibt. Dazu kommt noch, daß wir uns in einer Zeit des Ueberganges, der Infragestellung aller Werte befinden, in einer Zeit, wo alle möglichen Disziplinen, alle Wissenschaften, alle Kunst sich gerade auch mit diesen Problemen auseinandersetzen. Die Wissenschaft ist in solche Tiefen der Sexualpsychologie gedrunken, daß es fast als ein unmögliches Unterfangen erscheint, mit diesem groben Instrument, das ein Strafgesetzbuch immer bleiben wird, diesen Abgründigkeiten der Probleme irgendwie gerecht werden zu wollen. Dazu kommt, daß die Beratungen in einem Parlament, vor der Öffentlichkeit immer besonders gefährlich, besonders schwierig sind. Der eine setzt sich dem Vorwurf aus, daß er ein Heuchler sei, daß er sich billig den Anschein eines besonderen Moralisten verschaffen wolle; der andere ist ebenso leicht der Gefahr ausgesetzt, der Frivolität, der Leichtfertigkeit beschuldigt zu werden. Wenn das Parlament sich für die Straflosigkeit in diesem oder jenem Punkte ausspricht, dann wird das, das ist ganz richtig hervorgehoben, da und dort aufgefaßt, als ob nicht bloß eine Straflosigkeit vorliege, sondern daß es sich um etwas handle, das auch vor dem Sittengesetz als erlaubt zu betrachten sei. Dieser Irrtum wird insbesondere dann geweckt, wenn im Rate davon gesprochen wird, als ob Strafrecht und Sittlichkeit identische Begriffe wären. Sie haben gemeinsame Aufgaben, aber sie decken sich nicht. Es kann etwas sittlich verboten und rechtlich erlaubt sein; es ist auch möglich, daß etwas rechtlich verboten, aber sittliches Gebot ist.

Andererseits haben auch die Strafdrohungen keineswegs bloß gute Wirkungen. Gerade auf diesem Gebiet des Sexualstrafrechts und der Sexualethik haben Verpönung, Strafdrohungen, sittliche Verurteilung schon das allergrößte Unheil angerichtet. Jeder Richter, jeder Anwalt, ich glaube, auch jeder Geistliche und jeder Arzt wird davon zu erzählen wissen. Es ist nicht zahlenmäßig festzustellen — aber es wäre wertvoll, wenn man das tun könnte —, wieviele Fälle von Blutschande, von Sodomie, von Abtreibung,

von Kindsmord und von Selbstmord gerade darauf zurückzuführen sind, daß das Strafrecht Dinge mit Strafe bedroht hat, welche aus einem unüberwindlichen natürlichen Zwang, einem Trieb herausgekommen sind, hervorgegangen sind aus der Furcht vor Strafe. Soeben erinnere ich mich an ein Bild eines französischen Malers, «Die Schande». Es zeigt ein Mädchen im Zustand fortgeschrittener Schwangerschaft. Das Mädchen sieht die Augen der ganzen Welt konzentriert auf seinen Zustand und fürchtet die Folgen dieser öffentlichen Verurteilung. Die Lieblosigkeit, die Rücksichtslosigkeit dieses Verhaltens hat schon manches Mädchen in viel tieferes Unglück hineingetrieben. Denken Sie an die Gretchenfigur. Und manche sind zu sogenannten Perversitäten gekommen, weil sie unter dem Drucke jener Auffassung standen, die jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr verurteilen. Wenn Sie etwa die Traktandenliste der Schwurgerichte lesen, werden Sie mit Stauen bemerken, daß die Fälle von Sodomie, von Blutschande gerade auf dem Lande zahlreich sind, vielfach zahlreicher als in den Städten. Die Erklärung dafür ist gar nicht so schwierig.

Gestern ist davon gesprochen worden, es gebe auf diesem Gebiete absolute Wahrheiten, und als eine derartige absolute Wahrheit wird es hingestellt, daß die eheliche Gemeinschaft «die» sittliche Form des Geschlechtsverkehrs darstelle und die außereheliche Gemeinschaft «die» unsittliche Form. Darüber haben Zeiten und Menschen immer verschieden geurteilt, und auch heute sind die Urteile sehr geteilt. Es gibt Leute, die das behaupten, es gibt andere, welche in der ehelichen Gemeinschaft einen Pflugh der Unsittlichkeit und in der außerehelichen Liebe das Ideal erblicken. Sicher ist, daß auch in manchen Ehen viel Schmutz, viel Unsittlichkeit gerade in sexueller Hinsicht vorhanden ist. Auch die Art und Weise, wie etwa Ehen geschlossen werden, ist nicht geeignet, die Ueberzeugung als absolut richtig hinzustellen, als nur und immer die Ehe die sittliche Form sei. Es genügt, wenn Sie etwa den Heiratsmarkt in der «Neuen Zürcher Zeitung» lesen, jene Angebote von Männern und Frauen, die Sehnsucht nach einer «idealen» Ehe haben und diese Sehnsucht über den Inseratenteil der «Neuen Zürcher Zeitung» zu befriedigen suchen. Ich glaube, wir müssen uns bewußt sein, daß Recht, Religion, Sittlichkeit, Kirche, in diesen Dingen nach verschiedenen, manchmal sich durchaus widersprechenden Auffassungen handeln. Und was versteht man denn unter dem Wort Ehe? Was für die Einen Ehe ist, die Ehe abgeschlossen vor dem Zivilstandsbeamten, ist für den Katholiken keine Ehe, solange nicht der Priester seinen Segen dazu gegeben hat. Die Ehe zwischen Angehörigen verschiedener Konfessionen wird von der katholischen Kirche nicht anerkannt, wenn sie nicht vor ihr abgeschlossen worden ist. Ich glaube also, man kann nicht mit solch apodiktischer Sicherheit behaupten, «die» Ehe sei die allein sittliche Form. Aber auch, wenn die Ehe als einzige und richtige Form anerkannt wird, und zweifellos ist das das Ideal, dann müssen wir doch die wirtschaftlichen Tatsachen auch berücksichtigen. Die Ehe ist eine Gemeinschaft der Personen; sie ist aber auch eine Gemeinschaft in ökonomischer Hinsicht. Der Ehemann soll seine Frau und seine Kinder erhalten können. Wenn unsere Gesellschaft diese Anschauungen rea-

lisieren will, dann muß sie dafür sorgen, daß der ehreife Mensch auch in der Lage ist, eine Ehe abzuschließen, d. h., die wirtschaftlichen Verhältnisse müssen so geschaffen werden, daß die Eingehung der Ehe möglich ist. Ist das heute so? Wieviel Tausende und aber Tausende sind nicht in der Lage, dann, wenn die Natur sie zur Ehe ruft, diese Ehe einzugehen? Sie können ja sagen: Das sind Dinge, die außerhalb unserer Macht stehen. — Wir sind vor nicht sehr langer Zeit in der Lage gewesen, diese Frage einigermaßen zu beantworten, da, wo wir zu entscheiden hatten, nämlich beim Besoldungsgesetz. Sie haben dort Gehaltsansätze in den unteren Kategorien geschaffen, die es diesen Menschen nicht gestatten, eine Ehe einzugehen, eine Frau und Kinder zu erhalten. Ist es nicht so, daß die Mehrheit hier bewußt solche Lohnansätze festgestellt hat, welche das wirtschaftliche Fundament der Ehe ruinieren? Das ist die Not des Proletariats. Es gibt aber auch eine sexuelle Not auf der anderen Seite. Wie lange muß ein angehender Akademiker heute an der Universität herumsitzen, studieren, bis er in der Lage ist, sein Brot selber zu verdienen! Er wird 26, er wird 28 und 30 Jahre alt. Da klafft doch ein derartiger Widerspruch zwischen dem, was naturbestimmt ist und dem, was die Wirtschaft dem Einzelnen gestattet, daß sich die Konsequenzen ohne weiteres ergeben und je länger desto mehr ergeben. Da wird das Strafrecht nichts anderes tun können, als Kompromisse schaffen. Wir müssen einen Kompromiß suchen, der den verschiedenen Gesichtspunkten Rechnung trägt und der nur die allergrößten Fehler vermeiden kann. Aber wir werden von vornherein darauf verzichten müssen, hier etwa ein Ideal zu verwirklichen, weil wir ja über das Ideal gar nicht einig sind. Ich glaube, daß die Mehrheit der Kommission im allgemeinen dieser Aufgabe gerecht geworden und daß sich verschiedene Anträge, die gegenüber der Mehrheit gestellt worden sind, sich von diesem Ideal entfernen.

Art. 166. Der Antrag des Herrn Hoppeler möchte jeden Verkehr mit einer Frauensperson unter 18 Jahren mit Strafe belegen. Er kümmert sich gar nicht darum, was für Konsequenzen das haben könnte. Es hätte die Konsequenz, daß dieses Gesetz niemals angenommen würde. Muß es nicht zum Aufsehen mahnen, daß niemand von der Kommission einen solchen Minderheitsantrag gestellt hat? Ich will Ihnen sogar sagen: In der Kommission hat sich besonders lebhaft und nachdrücklich gegen eine solche Ausdehnung des Schutzes von 16 auf 18 Jahre ein katholisch-konservatives Mitglied ausgesprochen, Herr Kollega Balestra. Er hat in sehr drastischer Weise die Unmöglichkeit einer solchen Bestimmung dargetan. Herr Balestra hat eben die Tatsache vor sich gehabt, die Ihnen jetzt Herr Kollega Borella vorgelegt hat. Es hat nun keinen Sinn, einen Antrag zu stellen, von dem man weiß, er hat keine Aussicht, vom Volk akzeptiert zu werden. Man hat mit dem deutschen Strafgesetzbuch gestern operiert. Wissen Sie, wie die Altersgrenze im deutschen Strafgesetzbuch ist? 14 Jahre. Auch im neuesten Entwurf. «Wer ein Kind, das noch nicht 14 Jahre alt ist, zur Unzucht verführt, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.» Man wagte nicht, bis auf 16 Jahre zu gehen, wobei ja die Verschiedenheit der Rassen in Deutschland bei weitem nicht so ausgesprochen ist wie bei uns. Die Deutschen haben keinen romanischen

Volksteil. Dabei hatte man schon früher ein einheitliches Recht. Man hatte nicht mit den Schwierigkeiten zu rechnen, die wir hier zu berücksichtigen haben. Für den Verführungstatbestand allerdings hat man das Schutzalter bis auf 16 Jahre erhöht. Aber auch da gehen wir weiter. Art. 171 setzt hier die Altersgrenze auf 18 Jahre an.

Dann Art. 169. Hier bitte ich Sie dringend, dem Mehrheitsantrage zuzustimmen. Die konservative Minderheit und Herr Hoppeler stellen Anträge, die sich zum Teil nicht decken, Anträge, die aber weit hinausgehen über dasjenige, was wir im deutschen Recht haben, mit dem man ebenfalls manipuliert hat, oder was wir im Militärstrafgesetzbuche haben. Herr Grünenfelder hat objektiv richtig gesagt, daß man beim Militärstrafgesetzbuch diese Bestimmungen aus militärischen Erwägungen aufgenommen habe, weil man sich gesagt habe, daß im Militär die Kameradschaft natürlich gewisse Dinge unter Umständen erleichtere, daß der Umstand, daß viele Männer lange Zeit für sich abgeschlossen leben, derartige Dinge leicht herbeiführe. Vor allem hat man dort auch das Verhältnis von Untergebenen und Uebergeordneten berücksichtigt. Aber wie weit ist man dort gegangen? Man hat erstens eine Minimalstrafe nicht von drei Monaten, nicht von einem Monat, sondern einfach die Gefängnisstrafe angenommen. «Wer mit einer Person gleichen Geschlechtes eine unzüchtige Handlung vornimmt, wird mit Gefängnis bestraft. In leichten Fällen erfolgt disziplinarische Bestrafung.» Man hat also richtig angesehen, daß in leichten Fällen nur eine disziplinarische Strafe, vielleicht nur ein Verweis erfolge. Nun das deutsche Strafgesetzbuch. Herr Borella hat bereits auf einiges hingewiesen. Das deutsche Strafgesetz ist bei weitem nicht etwa identisch mit dem, was die Minderheit vorschlägt. Erstens einmal sind die Frauen wie schon bisher vollständig von einer Strafandrohung befreit. Nur ein Mann, der mit einem andern Manne beischlafähnliche Handlungen vornimmt, wird mit Gefängnis bestraft. Beischlafähnliche Handlungen! In dem Antrage des Herrn Hoppeler und der Minderheit heißt es aber: «Wer mit einer Person desselben Geschlechtes eine unzüchtige Handlung vornimmt, u. s. w.» Stellen Sie sich doch einmal vor, was das heißt. Wenn zwei junge Burschen in der kritischen Zeit von 17 oder 18 Jahren eine unzüchtige Handlung vornehmen, beispielsweise eine Betastung, es braucht die äußerste Form der mutuellen Onanie zu sein, dann sollen diese Leute ins Gefängnis gesperrt werden. Man kann mit Recht sagen, das sind widerwärtige Dinge, das ist für den normalempfindenden Menschen etwas ekelhaftes. Ganz einverstanden. Aber ich glaube, Sie dürfen sich ganz ruhig auf den Schutz der Natur gegen derartige Dinge verlassen und sich im übrigen bewußt sein, daß die Anderen unglückliche Menschen sind. Es ist nicht so, wie man gestern gesagt hat, das sei nicht wahr. Wissenschaftliche Untersuchungen haben seit Jahrzehnten festgestellt, daß in jedem Menschen die weibliche und die männliche Komponente vorhanden ist, daß es keinen Menschen gibt, der nur Mann ist, und keinen, der nur Frau ist. Die Mischungen von weiblichen und männlichen Komponenten sind in unendlichen Variationen in den Menschen vorhanden. Das geht in einzelnen Fällen sogar soweit, daß sie halb und halb vorhanden sind, im Hermaphroditen. Da kann man nicht

einfach sagen, das gibt es nicht. Das brauche ich wohl Herrn Hoppeler nicht zu sagen. Er als Arzt wird auch besser wissen als ich, was für Tragödien sich da abspielen. Davon haben die wenigsten Menschen einen Begriff. Das ist es, was in Deutschland zu einer starken Gegenbewegung unter der Leitung von Hirschfeld geführt hat. Er hat immer und immer wieder an zahllosen Beispielen dargetan, was für Qualen, was für unendliche Leiden diese Menschen durchmachen müssen. Das gibt es auch in der Schweiz. Ich habe einen Bekannten, der das Unglück hat, einem homosexuellen Manne in der gleichen Stadt zu gleichen. Er muß mitunter im gleichen Hause verkehren. Er bekommt hie und da Briefe, manchmal einfach Liebesbriefe, häufiger aber etwas verhüllte, oft genug aber auch ganz unverhohlene Erpresserbriefe. Aus diesen Briefen sieht man, wie der Andere von Menschen ausgenutzt und ausgeplündert wird. Im Kanton Baselland oder Baselstadt ist vor einigen Jahren eine derartige Geschichte vorgefallen. Denken Sie an die Angriffe Hardens gegen Eulenburg. Wer in diese Tragödien hineingesehen hat, der wird nicht bloß mit einer sittlichen Entrüstung und nicht nur mit einem natürlichen Ekelgefühl gegen solche Dinge reagieren, sondern er wird diese Menschen als unglückliche, von der Natur stiefmütterlich behandelte und in einem tragischen Zwiespalt hineingetriebene Menschen bemitleiden, und wird, wenn er sich als Gesetzgeber mit diesen Dingen zu befassen hat, sich entsprechend verhalten.

Zu Art. 171 möchte ich, obschon ich nicht weiß, ob ein formeller Antrag gestellt worden ist, sagen, daß meines Erachtens das Wörtchen « unbescholtene » mit Recht gestrichen werden dürfte. In Art. 171 heißt es nach dem Vorschlag der Kommissionmehrheit: « Wer eine unbescholtene Unmündige von mehr als 16 Jahren, aber weniger als 18 Jahren durch Mißbrauch ihrer Unerfahrenheit und ihres Vertrauens zum Beischlaf verführt... » Ich glaube, da darf man das Wörtchen « unbescholtene » in der Tat streichen. Hier trifft zu, was in den Erwägungen zum deutschen Vorentwurf nach dieser Richtung gesagt worden ist. Hier heißt es: « Der Tatbestand ist gegenüber dem geltenden Rechte insofern erweitert, als nicht mehr die Feststellung verlangt wird, daß die Verführte « unbescholtene » gewesen ist. Das Merkmal der Unbescholtenheit, in seiner Bedeutung unklar und bestritten, führt dazu, daß das Vorleben des Mädchens durchforscht und selbst geringfügige Verfehlungen hervorgesucht und nicht selten aufgebauscht werden. So wird ein Strafverfahren wegen Verführung, auch wenn es mit einer Verurteilung des Verführers endet, regelmäßig zu einer Qual für das Mädchen, zu dessen Schutz die Strafdrohung bestimmt ist. Aus Besorgnis hiervon werden dann begründete Strafanträge unterlassen und der Verführer der verdienten Strafe entzogen. Es liegt auch kein Grund vor, den straflos zu lassen, der ein Mädchen, das einmal gestrauchelt war, aber wieder Halt gewonnen hatte, erneut vom rechten Wege abbringt. Die Folgen für die Zukunft der Verführten sind in einem solchen Falle unter Umständen schlimmer als die Folgen des ersten Fehltrittes. Selbstverständlich wird die Feststellung, daß das Mädchen ‚verführt‘, d. h. durch Einwirkung auf ihren Willen zum Beischlaf geneigt gemacht worden ist, mit besonderer Vorsicht getroffen werden müssen, wenn das Mädchen seine Geschlechtshre schon ver-

loren hatte. » Diese Argumentation ist besonders auch für uns zutreffend, weil ja nach dem Antrag der Mehrheit genügend Kautelen vorhanden sind, dadurch, daß man verlangt, « Mißbrauch der Unerfahrenheit und des Vertrauens ».

Nun noch zwei Worte in bezug auf Art. 172bis, zum Antrag, den Herr Kollega Eggspühler begründet hat. « Unzucht mit Tieren ». Ich glaube wirklich, das ist etwas, was nicht ins Strafgesetzbuch hinein, sondern in die Klinik gehört, meinetwegen ins Irrenhaus, aber jedenfalls nicht ins Strafgesetzbuch. Wir wollen auch konsequent sein. Wir haben auch beim Militärstrafgesetzbuch keine derartigen Bestimmungen aufgenommen; und wenn sie irgendwo eine besondere Bedeutung gehabt hätten, dann wäre es sicher im Militärstrafgesetzbuch gewesen, denn im Militär kommen derartige Dinge hie und da vor, eben gerade wegen der Abgeschlossenheit der Leute. Die Fälle sind glücklicherweise auch so selten, daß spezielle Vorschriften nicht nötig sind.

Ich komme zum Schlusse, daß ich Sie bitte, sämtliche Anträge der Minderheit abzulehnen mit der Ausnahme, daß in Art. 171 das Wörtchen « unbescholtene » gestrichen werden solle.

Bundesrat **Häberlin**: Wie der Herr Vorredner, empfinde auch ich die besondern Schwierigkeiten der hier angeschnittenen Probleme deshalb, weil eben hier die ethischen Begriffe zum Teil schwankend und bestritten sind, weil religiöse Fragen zum Teil auch mit hereinspielen, und weil, das soll auch noch gesagt werden, ethische Differenzen im Schweizervolke bestehen, die eine gewisse, wenn auch nicht allzu große Rolle spielen. Unsere Volksstämme sind ja zusammengeschweißt zum einheitlichen Schweizervolk, aber das hindert nicht, daß die physiologischen Bedingungen bei unseren verschiedenen Eidgenossen verschieden sind. Ich beneide bei so schwierigen Ausgangspunkten eigentlich alle Leute, die wie Herr Nationalrat Hoppeler auf einer vollständig ungebrochenen Linie an ein solches Problem herantreten können. Ich sage das im vollen Ernst; mir ist einer beneidenswert, wenn er von einem religiösen Gebot ausgehend, einfach daraus das Sittengebot und daraus wieder das Rechtsgebot ableiten kann und die strafrechtliche Konsequenz ohne alle Rücksicht zu ziehen vermag. Ich habe gestern gefunden, ich wäre lieber Herr Hoppeler, und hätte es lieber, wenn er an diesem Platze stehen müßte, aber ich glaube, er wäre in diesem Fall der unglücklichste Mensch, eben so wie ich dann vielleicht der glücklichste wäre. Ich mußte, als ich ihn hörte, unwillkürlich an jenen Cornelio in Widmanns « Muse des Aretin » denken, wie er sicher dasteht und zu den andern sagt: « Wenn andere mischen Recht und Unrecht, Schand' und Sitte, so laß sie gleiten, du steh' fest wie ich! » — Rocher de bronze! (Heiterkeit). So können wir leider nicht dastehen. Die äußersten Konsequenzen hat übrigens auch Herr Hoppeler nicht gezogen, die sich von seinem Standpunkt aus ergäben: Diese Konsequenzen wären: Jeder außereheliche Beischlaf, den ein Strafmündiger begeht, ist strafbar. Das wäre konsequent. Aber ich gebe Herrn Hoppeler zu, daß er erklärt hat, er sei auch Realist und stelle eine solche Forderung nicht auf. Dann müßten wir ja auch das Schutzalter nicht mehr erhöhen, sondern herabsetzen und sagen: Wir wollen die Leute doch in möglichst weitem Rah-

men im straffähigen Alter behalten. (Heiterkeit). Dann wäre ja alles viel leichter. Wir gehen aber von anderen Gedanken aus, vom Schutzgedanken. Was soll geschützt werden, wer soll geschützt werden, gegen wen soll geschützt werden? Den Mißbrauch wollen wir strafen, nicht die Unzucht an sich. Es gibt freilich noch kantonale Gesetzgebungen, z. B. wenn ich mich recht erinnere, die meines Nachbarkantons St. Gallen, die die einfache Unzucht bestrafen. Das wird auch in anderen Kantonen noch so sein. Aber das ist ein Standpunkt, den auch Herr Hoppeler nicht eingenommen hat, und deshalb wollen wir darüber nicht debattieren.

Was soll geschützt werden? Die Ehre, die Verfügungsfreiheit der einzelnen Person über ihre Geschlechtsehre, die Unberührtheit vor allem — denn wenn wir es auch nicht ausdrücklich sagen, hier kommt doch zuerst das weibliche Geschlecht in Frage. Das ist ganz naturgemäß, weil im Geschlechterkampf das männliche Geschlecht das angreifende Geschlecht ist, wenigstens bis jetzt noch. Wie das später einmal kommt, wollen wir abwarten: von Amerika her sind bereits andere Wellen herübergekommen; in der Wahl der Ehegatten pflegt die Initiative dort jetzt häufig vom anderen Geschlecht auszugehen. Wogegen wollen wir nun diese Schutzobjekte schützen? Gegen Gewalt ganz zweifellos, auch gegen psychische Gewalt, gegen Ausbeutung der Notlage, gegen Mißbrauch von Vertrauensverhältnissen, gegen Mißbrauch einer Stellung, die besonders dazu befähigt, den anderen Teil zu überreden und zu etwas Unrechtem zu veranlassen. Ich glaube nun, in dieser Beziehung geht unser Entwurf recht weit. Wir haben in der Erfassung der Tatbestände, welche sich in der Praxis als gefährlich gezeigt haben, weit ausgegriffen. Man kann zwar noch über einzelne Grenzfälle debattieren, Herr Hoppeler hat angedeutet, daß wir vielleicht noch die Lehrlinge herübernehmen können zu den Gruppen, deren Schutzalter bis zu 20 Jahren geht. Durchaus einverstanden. Ich wäre auch nicht unglücklich, wenn sogar noch die Dienstboten herübergeholt würden. Dabei verkenne ich nicht, daß diese letztere Ausdehnung ihre Bedenken hat. Ich weiß nicht, ob Herr Huber heute darauf hingewiesen hat; aber in der Kommission hat er speziell auf die Gefahr hingewiesen, die ich auch nicht verkenne, wenn man die Grenze so weit zieht. Ich könnte Herrn Hoppeler trotzdem persönlich weit entgegenkommen.

Nun wird weiter die Frage gestellt: wie steht es mit dem Schutze der gewöhnlichen Unerfahrenheit ohne das Hinzutreten von Notlage? Ist nicht auch die Unerfahrenheit eine Eigenschaft, die gegen Mißbrauch geschützt werden muß? Ist der Schutz hier genügend? Unsere Frauen in ihren Eingaben, die Frauenwelt, die sich so tatkräftig dafür interessiert, behauptet, dieser Schutz sei ungenügend. Wir müßten, um die Unerfahrenheit zu schützen, vom 16. Altersjahr, das hier vorgeschlagen ist, bis aufs 18. hinaufgehen. Herr Hoppeler hat diesen Gedanken der Frauenwelt aufgenommen und zum Antrag verdichtet. Er ist auch ausgegangen — ich kann ihm die Logik nicht bestreiten — von der Parallele mit der Ehemündigkeit, wie auch die Frauen argumentiert haben. Er sagt: Wenn wir im Zivilgesetzbuch erklären, die Frauen sollen vor dem 18. Altersjahr nicht heiraten dürfen, weil sie noch nicht reif sind für die körperlichen und geistigen Anforderungen der Ehe, warum sollten

wir sie denn nicht schützen vor Angriffen auf ihre Intaktheit? Sie dürfen ja nicht heiraten und darum sollen sie auch nicht in Versuchung gebracht werden dürfen. Wenigstens soll darauf eine Strafe gesetzt werden können. Ich habe allerdings schon früher gesagt, daß wir nicht immer ohne weiteres Zivilrecht und Strafrecht auf eine Linie stellen dürfen; die Verhältnisse sind verschieden. Aber im Grundgedanken sind wir einig. Den Schwachen, Unerfahrenen gebührt der Schutz. Ist hier aber das Mädchen, bis zum 16. Jahre schwach und unerfahren, ist es bis zum 17. oder 18. Jahre schwach und unerfahren? Das ist schwer zu entscheiden. Ich bin nicht so ängstlich, wenn ich an die Abwehr der Gewalt eines zu täppischen Kerls denke. Ich meine sogar, ein 16jähriges Mädchen könne vielleicht einen zutäppischen Kerl noch eben so gut abweisen wie eines von 18 Jahren; denn es kommt noch eine besondere Schwächegefahr gerade bei den 16—18jährigen hinzu, weil in den Sinnen des Mädchens gewisse neue Triebe sich regen und es seinen Feind in sich selber trägt. Deshalb ist es vielleicht den Gefahren mehr ausgesetzt als das Mädchen von 16 Jahren. Lesen Sie Emilia Galotti: Sie hat ihrem Vater erklärt: «Nicht die Gewalt des Prinzen fürchte ich, nicht die Intriguen des Marinelli — was ich fürchte, ist mein eigenes, feuriges Temperament, das mich, wenn ich den Fürsten sehe, zu Fall bringen kann.» Und deshalb hat sie sich getötet. Das ist nicht bloß im Drama so, sondern in Tat und Wahrheit. Das ist in einem solchen Alter möglich. Ich stehe also mit dem Herzen auf dem Boden des Herrn Hoppeler. Ich sage Ihnen auch ganz offen: wenn wir nur Deutschschweizer in der Eidgenossenschaft hätten, würde ich heute den Schritt wagen und sagen: Ich empfehle, dem Antrag des Herrn Hoppeler zuzustimmen. Aber wir haben hier nun tatsächlich verschiedene Auffassungen, und zwar verschiedenartige Auffassungen, weil auch die Verhältnisse verschieden sind. Wir von der deutschen Rasse, wir sind etwas schwerblütiger, wir entwickeln uns etwas langsamer, physisch und vielleicht auch geistig, wir sind nicht so beweglich; die romanischen Elemente sind frühreifer, gar nicht zu sprechen vom Tessin, von diesem italienischen Sonnenblut. Es ist mir zur Ueberzeugung geworden, daß die romanischen Mitglieder unserer schweizerischen Gemeinschaft die Meinung haben, ihre Mädchen im Alter von 17—18 Jahren seien schon voll bewußte Partnerinnen im Geschlechterkampf. Ich möchte das einmal so ausdrücken, wenn das dezent genug erscheint. Sie sind auf einer Stufe, wo man sie nicht absolut das schwache und schutzbedürftige Geschlecht nennen kann. Aus diesem Grunde spreche ich mich hier aus für den Antrag der Kommission, die nur auf 16 Jahre gehen will.

Das wird mir leichter gemacht durch die Tatsache, daß wir damit in keinem einzigen Kanton einen Rückschritt herbeiführen. Es gibt keinen Kanton — ich glaube mich wenigstens nicht zu täuschen — der heute das Schutzalter über 16 Jahre stellen würde, wohl aber eine ganze Reihe von Kantonen, ja die meisten unter ihnen, die unter 16 Jahren stehen, wo wir also mit 16 Jahren einen ganz erheblichen Fortschritt dokumentieren; dem Kanton Tessin gegenüber mit seinen 12 Jahren Schutzalter üben wir einen ganz fühlbaren Zwang aus. Das müssen wir berücksichtigen. Nicht um Stimmen zu kaufen für das Strafgesetz — ich zweifle daran, ob ich mit die-

ser Konzession einen einzigen grundsätzlichen Gegner in den romanischen Kantonen dafür gewinnen kann. Aber meine Verpflichtung als Staatsmann und Gesetzgeber ist, daß ich, wenn ich auch keine einzige Stimme rette, den Fortschritt auf schwankendem Boden allmählich, schrittweise herbeiführe und nur so weit gehe, daß nicht ein Großteil des Landes sich als vergewaltigt empfinden muß. Drum möchte ich auch Herrn Hoppeler empfehlen, mir zu folgen. Man kann ja bei der Gesetzgebung selbstverständlich auf ganz verschiedene Art vorgehen. Das ist, wie wenn ein Boot über einen See fährt; man sieht vielleicht vom Ziel im Dunkeln fast gar nichts, als ein einziges Licht in der Ferne. Der eine rudert nur vorwärts mit dem Stehruder, sieht nur den einen Punkt, ist aber nicht sicher, ob er danach richtig fährt. Der andere sitzt mit dem Ruder rückwärts und hat seine Richtungspunkte, seine Jalons am Ufer, das er verlassen hat: das zwölfte, dreizehnte, vierzehnte, sechzehnte Altersjahr, und weiß: wenn ich in der Richtung dieser hinter mir liegenden Punkte rudere, komme ich auch an mein Ziel. Das hat schon der alte Richelieu erkannt, als er sagte: *Il faut toujours marcher au but, ainsi que font les rameurs, même en lui tournant le dos.* Das ist auch eine praktische Art. Dieses Vorgehen berücksichtigt das Gewachsene, das Veränderliche, das sich Entwickelnde. Also Herr Hoppeler sieht, daß ich im Herzen bei ihm stehe, aber mit dem Kopf in diesem Fall noch nicht ganz folgen kann. Ich will ihn noch darauf aufmerksam machen, daß in seinen Anträgen, wie sie redigiert sind, auch etwas steckt, von dem ich mich frage, ob es so beabsichtigt ist. Wenn nämlich die beiden Angeklagten zwischen 16 und 18 Jahren alt sind, dann müssen beide bestraft werden, er und sie. Wollen Sie das? Es kommt nämlich ziemlich häufig vor, daß die jungen Leute beide in diesem Zwischenalter stehen. Ueberlegen Sie sich das noch. Ich hoffe zwar, daß der Antrag der Kommission angenommen werde. Ich möchte aber auch für den Fall, daß Ihr Antrag abgelehnt wird, daß keine Unklarheit bestehen bleibt. Hilft das Wort « mißbraucht » dem Richter aus der Schwierigkeit heraus? .

Art. 169. Hier freut es mich, daß ich einmal mit Herrn Nationalrat Hoppeler stimmen könnte, wenn ich überhaupt stimmen dürfte. Der Antrag, der gestern von Herrn Grünfelder begründet wurde, wäre für mich nicht annehmbar gewesen. Aber wenn ich richtig verstanden habe, hat er sich nun Herrn Dr. Hoppeler angeschlossen. Das erhöhte Minimum hätte ich bei diesem Delikt nicht annehmen können. Wir sind einig darüber, daß es böse Elemente geben kann bei denjenigen, die dieses Delikt begehen; aber allgemein zu verurteilen sind sie doch nicht, physiologisch kaum. Sie sind anormal, aber Mutter Natur hat ihnen das mitgegeben, dieses böse, böse Geschenk verkehrter Instinkte. Dürfen wir einen solchen, wenn er sich nun von diesem ihm mitgegebenen Instinkt überwältigen läßt, zwangsweise mit mindestens drei Monaten bestrafen? Es wäre mir unmöglich gewesen, hier zu folgen. Die Leute denken eben verkehrt. Wir sagen: Was ihr treibt, ist ekelhaft! Jene Leute aber sagen uns: Was ihr treibt, ist ekelhaft! Ich kenne derartige Leute. Herr Huber hat Ihnen schon gesagt, in welches Elend man da hineinsieht, unter welcher Zwangslage diese Leute leben, wie unglücklich diese Leute sind, die ein ganzes Leben lang für ihre Natur-

anlage büßen müssen. Viel eher sollten wir Mitleid mit ihnen haben. Trotzdem komme ich dazu, zu erklären: Die Schranke muß doch für sie gesetzt werden. Wir muten schließlich auch bei den Normalen denjenigen, die nicht geheiratet haben, und zwar nicht bloß deswegen, weil sie darauf verzichtet haben, sondern weil sie nicht darum gefragt wurden, z. B. den alten Jungfern, auch zu, wenigstens ethisch, daß sie auf den Beischlaf verzichten. Dürfen wir da nicht auch den Anormalen die Zumutung stellen, daß, wenn sie nicht in normaler Weise Befriedigung finden können, sie auch auf die anormale Befriedigung verzichten? Ich stelle diese Frage.

Aber ich stelle noch die weitere Frage, und zwar aus der Praxis heraus: Ist es nicht möglich, daß diese Leute geheilt werden können? Ich habe erst vor wenigen Wochen mit einem solchen Manne gesprochen. Er hat mir gesagt: Ich bin jetzt in Behandlung, und der Arzt verspricht mich heilen zu können; ich habe das Gefühl, daß ich schon einen sehr großen Fortschritt auf dem Wege zum natürlichen Empfinden gemacht habe. Ob das richtig ist oder nicht, kann ich selbst nicht entscheiden, aber ich möchte doch, daß, bis die Sache im andern Rate auch noch zur Sprache kommt und dann hier wiederum, wir darüber belehrt werden, ob eine Heilung möglich sei oder nicht. Wenn sie möglich ist, dann dürfen wir umso eher eine Strafe auf diese Vergehen setzen.

Nun noch zu Art. 171 ein Wort, das ja vielleicht nicht mehr nötig wäre. Herr Huber hat vorhin ausdrücklich den Antrag Hoppeler unterstützt, in Art. 171 das Wort « unbescholten » zu streichen. Ich bin nach meinen Erfahrungen als Richter und Anwalt durchaus auch dafür, daß dieses Wort, das nachträglich hineingekommen ist, wieder hinausgeworfen wird. Es ist eine *contradictio in adjecto*, wenn Sie hier das Wörtchen « unbescholten » einschieben, während Sie eine Altersschutzgrenze aufgestellt haben. Sie müssen hier ein entweder-oder annehmen. Wenn Sie das Kind deswegen schützen wollen, weil es noch nicht 16 Jahre alt geworden ist, so müssen Sie es unter allen Umständen schützen und dürfen nicht anfangen zu untersuchen, ob es ein verdorbenes oder ein unverdorbenes Mädchen ist. Ich möchte Ihnen bekanntgeben, was wir in einem praktischen Falle vor kurzem in einem Gutachten gesagt haben. Es handelte sich um einen Militärfall, bei dem ein Soldat ein minderjähriges Mädchen mißbraucht hat. Als die Frage kam: Begnadigung oder Kassation oder irgendein anderes Rechtsmittel, haben wir ausdrücklich folgendes gesagt:

« Wenn wir auch das Verhalten des Mädchens selbst als ein Moment für die spätere Begnadigung herbeiziehen, so möchten wir keinerlei Mißverständnis über die strafrechtliche Bedeutung dieses Momentes aufkommen lassen. Es ist ganz klar », sagten wir damals, « daß, wenn das Mädchen dem privilegierten Schutzalter des Strafgesetzes entwachsen gewesen wäre, der Angeklagte auch nicht etwa wegen Notzucht verurteilt worden wäre. Er hätte nicht mit Unrecht sich darauf berufen können, daß er eher der Verföhrte war. Aber ebenso klar ist es, daß einem minderjährigen Mädchen gegenüber eine solche Einrede der Verführung ausgeschlossen ist und ausgeschlossen werden sollte, auch wenn der Tatbestand genau der gleiche ist und das Mädchen als sittlich durchaus haltlos beurteilt werden muß.

Die traurige Tatsache, daß es wirklich solche verkommene unreife Mädchen geben kann, ist gerade darauf zurückzuführen, daß schon vorher dieses kindliche Alter nicht respektiert wurde, von einem andern allerdings. Das Gesetz will ein für allemal jede solche Diskussion ausschließen, ob hüben oder drüben eine Verführung vorgelegen habe. Das Kind, das sich als solches präsentiert, soll dem Manne unter allen Umständen heilig sein.»

Hände weg! heißt es ganz einfach. Ich weiß, daß mitunter Fälle geahndet werden müssen, die einem auf den ersten Blick unbegreiflich erscheinen. Ich habe einmal in einer Schwurgerichtsverhandlung gesehen, wie fünf alte Männer von einem Mädchen von etwa 13 Jahren ganz zweifellos verführt worden sind. Diese alten Männer haben aber alle gesehen, daß es sich um ein junges Mädchen handelte, sie hätten widerstehen müssen.

Ich bitte Sie sehr, hier nicht eine Schwäche hineinzutragen in den Schutz der Mädchen unter 16 Jahren, sondern ganz einfach zu sagen: Hände weg!

Grünenfelder, Berichterstatter der Minderheit: Gestatten Sie mir noch ein paar kurze Bemerkungen zu den Ausführungen, die, abgesehen von denjenigen des Herrn Hoppeler, in entgegengesetzter Richtung zu den meinigen gelaufen sind. In erster Linie eine Bemerkung zu dem Votum des Herrn Borella. Er steht auf dem Standpunkt, daß es der Auffassung der lateinischen Rasse entspreche, wenn er ausführe, daß der gleichgeschlechtliche Verkehr zurückzuführen sei auf eine natürliche Veranlagung; was uns als widernatürlich erscheine, sei dort als eine natürliche Erscheinung anzusehen, und so wenig man den normalen Verkehr bestrafen dürfe, so wenig den widernatürlichen. Herr Huber hat dann auch etwas in diese Kerbe gehauen, indem er in seinen Ausführungen über die zwei Komponenten, weiblich und männlich in einer Person, angedeutet hat, man müsse es offenbar der Tatsache, daß es in jedem Menschen einen gewissen natürlichen Widerstreit gebe, zuschreiben, diesem anormalen Verhältnis der beiden Komponenten, daß derartige Verirrungen vorkommen. Ich will nicht bestreiten, daß von der Wissenschaft versucht worden ist, nach der Zusammensetzung der Fehler in den Menschen, nach den Ursachen ihrer Verfehlungen usw. zu forschen. Aber wenn man damit sagen wollte, daß immer dann, wenn widernatürliche Unzucht vorkommt, dies auf eine widernatürliche Veranlagung zurückzuführen sei, so muß ich das entschieden bestreiten. Der Beweis dafür kann nicht erbracht werden. Ich habe gestern einen Fall erwähnt. Beim einen Täter kann vielleicht die Frage aufgeworfen werden, ob nicht eine widernatürliche Veranlagung vorhanden sei, aber beim andern, beim Objekt, dem Verführten, ist das zweifellos ausgeschlossen und gerade die Verführten wollen wir schützen, diejenigen, die nicht schon dem Laster verfallen sind. Es handelt sich um ein hohes sittliches Gut, und wenn wir sehr empfindsam sind, wo es auf den Geldsäckel ankommt, so dürfen wir die sittlichen Güter nicht als geringer behandeln und nicht mit weniger Aufmerksamkeit im Strafrecht schützen, und wir dürfen sie auch nicht mit dem Rechte auf individuelle Entwicklung entschuldigen wollen, wie das Herr Borella getan hat unter Berufung auf die Auffassungen, wie sie in den Kreisen der lateinischen Rasse bestehen

sollen. Es gibt Irrtümer, schließlich auch bei den Rassen, es gibt Irrtümer in bestimmten Kreisen und Gebieten. Diese Irrtümer sind mitunter auch von gelehrter Seite geschützt und genährt und ihnen geradezu gerufen worden. Das haben wir auf naturwissenschaftlichem Gebiete schon x-mal erlebt, daß etwas, was als Dogma erklärt worden war, nachher als durchaus unstichhaltig preisgegeben werden mußte. Der Behauptung müßte man mit aller Entschiedenheit entgegenreten, daß in jedem Falle und bei jedem Subjekt oder Objekt eine widernatürliche Veranlagung die Ursache des Vergehens sei und dieses infolgedessen entschuldbar und nicht strafbar sei.

In den Motiven zum deutschen Entwurf wurde gesagt, daß solche Leute, welche etwas schief veranlagt seien, der Gesellschaft gegenüber verpflichtet seien, sich in ihrem Triebleben zurückzuhalten. Das müßte man von ihnen erwarten. Wenn sie das nicht tun wollten, wenn sie sich nicht enthalten könnten, dann müßten sie eben bestraft werden.

Was wir von der individuellen freien Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete erlebt haben, das kann uns hier eine Lehre sein. Wir haben es in den letzten Jahrzehnten für notwendig gefunden, der Auswirkung der absoluten individuellen Freiheit in der wirtschaftlichen Entwicklung mit scharfen Strafen entgegenzutreten, weil sonst andere Leute zugrunde gegangen wären und nur die frechtesten und stärksten obenauf hätten bleiben können, gleich wie die Hechte in einem Teich. Auf sittlichem Gebiete dürfen wir den Individuen nicht weniger aufmerksam sein, weil schließlich auch das wirtschaftliche Wohlergehen sehr wesentlich von der sittlichen Gestaltung in einem Volke und Lande abhängt.

Man kann sich also auch nicht mit Herrn Borella etwa auf Vorkommnisse im alten Rom stützen, wo man derartige Dinge als ganz selbstverständlich hingenommen hat, ich will das gar nicht bestreiten. Aber das alte Rom ist für uns doch absolut nicht maßgebend; das war ein heidnischer Staat, und jenes geschah in einer Zeit des Niederganges des römischen Reiches; aus solchen Zeiten nimmt man offenbar nicht die Philosophie des heutigen Lebens her. Wenigstens wäre es unvorsichtig, das tun zu wollen.

Herr Huber hat die Straflosigkeit der widernatürlichen Unzucht zwischen Mündigen damit begründen wollen — oder hat wenigstens Andeutungen gemacht, daß man es so tun könnte — daß man untersuchen sollte, wie viele Fälle von Sodomie, von Abtreibung, von Blutschande und von Kindsmord den Strafandrohungen zuzuschreiben seien, denn die Strafandrohung sei mitunter geradezu das Verhängnisvolle, indem die Leute dann zu Verbrechen in anderer Richtung gedrängt würden. Er hat die Behauptung nicht bestimmt aufgestellt, daß es mit bezug auf diese Delikte wirklich so sei und er wäre wohl auch gar nicht in der Lage, den Beweis dafür zu erbringen. Aber man sollte doch durch seine Ausführungen offenbar auf diese Gedankengänge hinübergeführt werden und es demnach als vorteilhafter betrachten, wenn die Gesetzgebung bei uns dementsprechend milde gestaltet und gewisse Delikte, die wir unserseits als strafbar betrachten, als straflos erklärt würden. Ich müßte es durchaus bestreiten, wenn etwa gesagt werden sollte, daß in den jetzt bestehenden Strafbestimmungen die Ursache z. B.

zu Kindsmord, Abtreibung, Sodomie oder Blutschande läge. Nur durch irrtümliche Ueberlegung könnte es unter Umständen bei einzelnen Individuen so sein. Aber daß es z. B. bei Kindsmord der Fall wäre, das ist vollständig ausgeschlossen; im Gegenteil. Es weiß eine Jede, wenn sie ihr Kind tötet, daß sie gestraft wird deswegen, weil sie das Kind tötet. Die meisten wissen aber auch, daß, wenn sie das Kind zur Welt bringen, die Bestrafung gar nicht eintritt oder ganz gering ausfällt, indem sie höchstens für die Unzucht gebüßt werden, also nicht wegen der Geburt, sondern weil sie sich der Unzucht hingegeben haben. Es wäre also nicht eine Strafbestimmung Ursache des Deliktes, sondern das Gefühl der Schande, der allgemeinen gesellschaftlichen Aechtung, dafür, daß sie etwas getan haben, das nicht erlaubt ist. Sie wären dann also Opfer der Auffassung, die Schande nicht ertragen zu können, nicht einer Strafandrohung.

Es gibt aber umgekehrt Leute, bei denen das Ehrgefühl nicht mehr so ausgeprägt ist. Sie haben gestern gehört, wie man in Deutschland bei der Reichsregierung darüber denkt, besonders über den Unfug in den homosexuellen Gesellschaftsschichten, die sich heute bereits an die Oeffentlichkeit wagen mit besonderen Zusammenkünften, mit besonderer Literatur. Daß sich diese bei Offenbarwerden ihres Treibens in ihrer Ehre beeinträchtigt und in ihren verbrecherischen Trieben und Handlungen zurückgebunden fühlen würden, davon kann doch keine Rede sein.

Von Herrn Huber ist noch gesagt worden, es sei in der heutigen Zeit sehr vieles flüssig und ein großer Wirrwarr auf verschiedenen Gebieten. Ich kann ihm da zustimmen. Aber er hat dann auch gesagt, man könne sich fragen, ob die eheliche Gemeinschaft die sittliche sei oder ob nicht auch die nicht-eheliche sittlich sei. Für einen Christen ist die Antwort ohne weiteres gegeben; ich glaube sogar, daß dies in gleicher Weise auch bei den Philosophen durch alle Jahrhunderte hindurch der Fall ist, selbst wenn sie ihren Aufbau nicht auf die christlichen Grundsätze gestützt haben. Darüber wollen wir gar nicht diskutieren; es ist hier ja nicht diese Frage zu behandeln. Aber wenn wir über derartige Fragen diskutieren sollten, was die sittliche Gemeinschaft sei, ob das eheliche oder das außerheliche Verhältnis, dann ist für uns die Antwort ohne weiteres klar. Andererseits hat Herr Huber recht, wenn er sagt, daß heute leichtfertig und von unverantwortlichen Gesichtspunkten aus Ehen abgeschlossen werden. Das ist ein wesentlicher Grund des heutigen Unglücks, das vielfach in den Familien vorhanden ist.

Nun hat Herr Huber weiter gesagt, daß man einen Kompromiß suchen müsse. Wir haben von unserem Standpunkt ein Entgegenkommen gezeigt, indem wir uns in bezug auf das Strafmaß dem Vorschlage der Kommissionsmehrheit angeschlossen haben. Herr Huber hat im Anschluß an meine Betrachtungen von gestern darauf hingewiesen, daß in Deutschland die Bestrafung der Unzucht zwischen Männern nicht so weit gehe wie in unserem Entwurf. Da wäre in erster Linie zu sagen, daß, soweit Unmündige, Minderjährige, in Betracht kommen, die Kommission auf dem gleichen Standpunkte steht, wie wir und alle unzüchtigen Handlungen nicht bloß die beischlafähnlichen Handlungen bestrafen will. Richtig ist, daß im deutschen Recht vorgesehen ist: Ein Mann,

der mit einem andern eine beischlafähnliche Handlung vornimmt, wird mit Gefängnis bestraft. Es sind also auch die schwersten Fälle sittlicher Verirrungen zwischen Männern erfaßt. Herr Huber hätte aber ergänzend beifügen sollen, wie außerordentlich viel milder unsere Strafandrohung ist. Die Leute werden nur mit Gefängnis bestraft. Beim Militär kann man in leichten Fällen sogar mit einer disziplinarischen Strafe auskommen, das wären vielleicht ein paar Tage Arrest. Das Minimum der Gefängnisstrafe haben wir im Entwurf von acht Tagen auf — irre ich nicht — drei Tage herabgesetzt. Das deutsche Strafrecht dagegen sieht vor, daß, wo es sich um Jugendliche, um Minderjährige handelt, mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft wird. Bei uns aber haben wir für diesen Fall die Bestimmung: «Gefängnis nicht unter einem Monat». Weiter heißt es im deutschen Strafgesetzentwurf: «In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren». Das stimmt überein mit einer Reihe bisheriger kantonaler Rechte. Wenn wir also im Strafmaß heruntergehen und uns damit einverstanden erklären, daß auch in qualifizierten Fällen, bei Unmündigen, bei Ausnützung der Notlage und gewerbmäßigen Betriebe, die Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat sein soll, so befinden wir uns auf einer sehr milden Linie.

Nun haben wir Ihnen gestern erklärt: Wir halten daran fest, daß der Grundsatz der Strafbarkeit der widernatürlichen Unzucht, auch zwischen Mündigen des gleichen Geschlechtes in das Strafgesetzbuch unter allen Umständen aufgenommen werde. Dagegen opfern wir die strengere Anschauung über die Höhe der Strafe. Ich habe zwar noch nicht Gelegenheit gehabt, mit Herrn Hoppeler darüber zu sprechen; aber um jenen Grundsatz unter allen Umständen zu retten, könnte ich mich damit einverstanden erklären, daß, soweit es die mündigen Personen betrifft, die Bestrafung auf die beischlafähnlichen Handlungen — statt unzüchtigen schlechthin — beschränkt wird. Dann treffen wir wenigstens die größten Delikte dieser Art in Uebereinstimmung mit dem deutschen Entwurf. (Zwischenruf des Herrn Huber: und die Unmündigen untereinander?) Ich nehme an, daß auch Herr Huber sich mit dieser Fassung werde einverstanden erklären können.

Hoppeler: Herr Huber hat eine Bemerkung gemacht, über dasjenige, was ich gestern über die merkwürdige Buchrezension des Herrn Prof. von Gonzenbach hier gesagt habe. Er hat behauptet, Herr Prof. von Gonzenbach sei der Oeffentlichkeit in einer Art und Weise vorgestellt worden, wie er es nicht verdiene. Herr Prof. von Gonzenbach beschäftige sich speziell mit der sexuellen Aufklärung der Jugend und verdiene nicht, daß er als Prophet der Sittenlosigkeit hingestellt werde. Und Herr Huber hat dann schließlich hinzugefügt: «Wer unter euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein auf ihn.» Dieser letzte Satz paßt selbstverständlich nur da, wo man die persönliche Ehrenhaftigkeit eines Menschen angreift. Das ist hier in keiner Weise geschehen. Im Gegenteil ist ausdrücklich gesagt worden, daß hierzu kein Anlaß vorhanden sei. Wir haben einfach das, was man überall lesen kann, hier mitgeteilt. Das ist keine Denunziation, sondern wenn dadurch Herr Prof. von Gonzenbach der Oeffentlich-

keit in einer ganz bestimmten Art und Weise vorgestellt worden ist (Zwischenruf des Herrn Huber: ... und der Aufmerksamkeit des schweizerischen Schulrates und des Bundesrates empfohlen worden ist), so ist er dafür selbst verantwortlich, indem er sich ja selber der Öffentlichkeit in diesem Lichte vorgestellt hat. Herr Huber bemerkte, daß Herr Prof. von Gonzenbach die Aufklärung der Jugend in einer feinen Art und Weise durchführe. Da möchte ich sagen: Jedenfalls läßt die Art und Weise, wie in dieser Rezension geschrieben wurde, nicht darauf schließen; denn die ist nicht fein, sondern unfein. Ich möchte weiter sagen, daß ich die erwähnte Rezension hier nicht würde verlesen haben, wenn sie nicht in diesem unglaublichen Stile gehalten wäre. Es ist doch zweierlei, ob einer sagt, wie es z. B. Herr Huber getan hat: «Sind wir alle sicher, daß die Normen, die von den Christen hier als etwas Festes hingestellt werden, wirklich Geltung haben», oder ob einer uns, die wir noch auf dem Boden der christlichen Moral stehen, als schwache Philister, als geifernde Heuchler, als Zeloten und als Dunkelmänner hinstellt. Wer sich eine solche Sprache erlaubt, der ist doch der Angreifer, und wir Angegriffenen haben das Recht, uns dagegen zu wehren. Uebrigens wird, wer eine solche Sprache braucht, auch nicht erwarten, daß wir uns ducken und schweigen; der ist doch nicht so zimperlich! Ich denke aber, Herr Huber hat sich getäuscht, wenn er glaubt, Herr Prof. von Gonzenbach wünsche, gestützt zu werden. Ich nehme an, daß es Herrn Prof. von Gonzenbach im Gegenteil angenehm ist, wenn er nun Gelegenheit hat, sich wieder zu äußern. Er scheint ja den Sturm zu lieben. «Die Ihr aus Schwäche oder noch aus schlimmeren Motiven eine Moral rechtfertigt», wenn uns ein Mann das vorwirft, haben wir dann nicht das Recht, uns dagegen zu wehren? Die Ursache, warum ich diese Angelegenheit hier zur Sprache gebracht habe, ist gerade, daß Herr Prof. von Gonzenbach der große sexuelle Aufklärer der Schweiz zu werden beginnt. Er wird von Behörden offiziell oder doch halboffiziell den Schulpflegern, Pfarrämtern usf. zu diesem Zwecke empfohlen. Da ist es wichtig, daß man sich klar bewußt werde, auf welchem Boden er steht, nämlich auf dem Boden, daß die Verfechter der alten Moral geifernde Heuchler sind. Kurz: Wer sich solche Angriffe erlaubt, der soll auch die Konsequenzen tragen!

Nun die absolute Norm der Moral und Sittlichkeit: Da können wir uns selbstverständlich nicht einigen, denn die Auffassungen hierüber hängen von der Weltanschauung ab. Ich bin dankbar, daß ich noch solche Normen finden kann. Ich habe gestern dargetan, daß nicht nur die Offenbarung für das spricht, was wir als einzig gültige Moral bezeichneten, sondern daß uns die tägliche Erfahrung mit Zwang zu der Einsicht führt, es gebe keine andere Möglichkeit, als an dieser Moral festzuhalten, sofern nicht unser Volk nach Leib und Seele zugrunde gehen soll.

Nun zur Erhöhung des Schutzalters von 16 auf 18 Jahre! Sie werden entscheiden. Ich habe das gesagt, was mir recht schien und was die Frauenwelt mit Recht in vielen Eingaben verlangte. Es freut mich sehr, daß Herr Bundesrat Häberlin gesagt hat, er stände mit dem Herzen auch auf diesem Boden. Er hat sogar gesagt, wenn es sich nicht um ein eid-

genössisches Strafgesetz handelte, in welches eben auch der Tessin und französische Schweiz einbezogen wären, würde er für diesen Antrag stimmen. Das ist eigentlich so ein bißchen ein Argument gegen die Vereinheitlichung des Strafrechtes. Wir müssen also nun wegen den feurigen Tessinerbrüdern auf die Bestrafung der Verführer von 16- und 17jährigen Mädchen verzichten. Die Aeußerung des verehrten Kollegen Borella in der Kommissionssitzung ist sehr bezeichnend, kann mich aber nicht von meinem Antrage abbringen. Wenn es wahr ist, daß man zuerst den ganzen Kanton Tessin kastrieren müßte, bevor man das Schutzalter auf 18 Jahre ansetzen könnte, dann glaube ich, daß auch bei Heraufsetzung des Schutzalters auf bloß 16 Jahre das Gesetz nicht gehandhabt werden wird, so lange diese Operation nicht durchgeführt ist. Ich fürchte also, daß für den Kanton Tessin es aufs Gleiche herauskommen wird, ob wir auf 16 oder auf 18 Jahre gehen, so daß wir auf ihn in diesem Punkte keine Rücksicht zu nehmen brauchen!

Zum Art. 169 will ich nicht mehr viel sagen. Herr Huber hat sich auf Magnus Hirschfeld berufen. Hirschfeld wird in der nächsten Zeit in die Schweiz kommen und Vorträge halten. Sie werden dann Gelegenheit haben, mit seinen Anschauungen bekannt zu werden. Es sind diejenigen Anschauungen, von denen wir im tiefsten überzeugt sind, daß sie den Ruin des Einzelnen und der Gesellschaft bedeuten. Wenn man schon einem Kommunisten verbietet, in die Schweiz zu kommen und Vorträge zu halten, so dürfte man ganz ruhig auch einmal einem solchen Schädling die Türe vor der Nase zuschlagen. Jedenfalls ist er für uns auf dem Gebiete der sexuellen Moral keine Autorität, dieser Herr Magnus Hirschfeld!

Herr Huber hat Mitleid mit denen, die auf dem Gebiete des sexuellen Lebens nicht normal empfinden. Auch wir haben sicherlich alle das tiefste Mitleid mit ihnen, und bedauern sie. Es liegt eine geheimnisvolle Tragik in solcher Veranlagung; wer von uns kann sie verstehen? Aber dieses Mitleid kann uns nicht hindern, die Augen offen zu halten gegenüber der Tatsache, daß eben bei einer völligen Straflosigkeit dieses widernatürlichen Verkehrs andere gefährdet sind. Soll ich Ihnen sagen, was in Zürich geschieht? In Zürich gibt es gewisse öffentliche Pissoiranlagen, wo sich die warmen Brüder hinbegeben und warten. Sie haben ja ein merkwürdiges physiognomisches Verständnis und lesen aus dem Gesicht, wo sie etwa auf Gegenliebe rechnen könnten. Sie warten dort, bis einer hineingeht, von dem sie annehmen, daß mit ihm etwas zu machen sei, und locken ihn dann an sich. Das ist eine Tatsache. Wir können nun doch nicht um der wenigen abnorm Veranlagten willen alle die andern zugrunde gehen lassen? Wenn man vorhin gefragt hat, ob solche Anlagen heilbar seien, so sage ich: Wo diese Anlage im tiefsten Wesen verwurzelt ist, wird sie schwerlich völlig ausgerottet werden können. Wo sie weniger stark verwurzelt ist, ist sie sicher vielfach heilbar. Es ist ja manchmal der Fall, daß eine körperliche oder seelische Anlage nicht so tief sitzt und daß je nach den Erziehungsverhältnissen und den äußeren Umständen dieselbe zum Ausbruch kommen kann oder nicht. Das trifft zu auf ziemlich viele Fälle, auch auf dem Gebiete des geschlechtlichen

Lebens. Was aber das Referendumspolitische anbelangt, so wird doch wohl keiner glauben, das Volk werde das Gesetz deshalb eher verwerfen, weil man diese Delikte nicht straffrei gelassen habe.

Noch kurz einiges zu dem, was Herr Bundesrat Häberlin gesagt hat. Er hat gesagt, er beneide diejenigen, die in diesen schwierigen Fragen so sicher dastehen. Ich weiß, er hat es sicher aufrichtig gemeint. Man könnte ihn aber mißverstehen in dem Sinne, daß einer dastehe, der sich in bezug auf seine persönliche Moral als ein rocher de bronze fühle. Das ist vielleicht auch eine der Ursachen, weshalb hier nur wenige zu diesen Artikeln gesprochen haben; sie wollten nicht in den Geruch pharisäischer Ueberhebung kommen. Ich bin Arzt; ich stehe in der Jugendarbeit und bin im tiefsten überzeugt, daß die Grundlagen, die ich als absolut unerschütterlich bezeichne, Glück oder Unglück für unser Volk bedeuten, je nachdem wir sie anerkennen oder verwerfen. Das sind die Gründe, die mich innerlich drängen, für diese Grundlagen hier einzustehen. Aber ich habe gestern schon gesagt, daß ich kein Recht geltend mache, aus besonderer Höhe der Moral gleichsam von oben herab zu Ihnen zu reden; daß ich mich nicht als sittlichen rocher de bronze fühle, sondern nur als einen, der mit Ihnen als Kämpfer um die Reinheit in der Notgemeinschaft steht und weiß, daß er ein armer Sünder ist, der vor dem heiligen Gotte nicht bestehen könnte. Aber das kann mich nicht abhalten, hier, so gut ich es kann, meine Pflicht zu tun und das zu reden, wozu es mich innerlich drängt. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß ich nirgends eine Erhöhung der Strafen beantragt habe, weil ich nicht davon das Heil erwarte, sondern daß ich eine Verbesserung des Strafgesetzes verlange in dem Sinne, daß Klarheit geschaffen werde über das, was erlaubt und was verwerflich ist, vermehrte Klarheit also in der Absteckung der Grenzen von Sittlich und Unsittlich.

Herr Bundesrat Häberlin sagt, wir müssen Rücksicht auf das Volksempfinden nehmen. Das trifft zu, sofern es sich um das Recht, trifft aber nicht zu, sofern es sich um die Moral handelt. Wir reden aneinander vorbei, wenn wir nicht diese klare Unterscheidung machen. Wir dürfen keine Rücksicht nehmen auf das Volksempfinden mit bezug auf die sittlichen Grundlagen des Strafgesetzbuches! Da müssen wir selber absolut klar und fest sein. Wenn wir es nicht mehr sind und wenn wir nicht mehr genau wissen, was recht und unrecht ist, sind wir nicht nur unfähig zu dieser gesetzgeberischen Arbeit, sondern auch unfähig, unsere Jugend zu erziehen. Hier ist der Kampf so schwer und der Krieg so gewaltig, daß nur felsenfeste Fundamente und klare Zielsetzung uns in den Stand setzen, zu siegen oder nach einer Niederlage wieder aufzustehen. Also in der Moral keine Rücksicht auf das Empfinden des Volkes, sondern Rücksicht allein auf ewige geoffenbarte Wahrheiten! Was nun aber das Recht anbelangt, die Festsetzung von Strafartikeln, müssen wir allerdings mit den Anschauungen rechnen, die im Volke vorhanden sind; aber nicht in dem Sinne, daß wir zu ihnen gänzlich hinuntersteigen, sondern indem wir sie möglichst durch unsere Rechtsnormen zu heben suchen. So weit die Rücksicht auf die praktische Durchführbarkeit des Gesetzes uns unweigerlich zwingt, müssen wir den Anschauungen

des Volkes entgegenkommen, damit nicht das Gesetz leerer Buchstabe bleibe. Indem wir aber ein Strafgesetz neu erlassen, haben wir immerhin eine Möglichkeit und Gelegenheit, die sittlichen Anschauungen des Volkes zu beeinflussen, sie zu schwächen oder zu befestigen. Und gerade deshalb wollen wir mit aller Energie darauf hinarbeiten, daß man hier beschließe: der homosexuelle Verkehr ist nicht gestattet, ist unsittlich; und daß man beschließe: ein unmündiges Mädchen zu verführen ist ein großes gewaltiges Unrecht, durch das man dem Mädchen unberechenbaren Schaden zufügt, und deshalb ist das Schutzalter zu erhöhen.

Ich freue mich, daß Herr Bundesrat Häberlin in mehreren Punkten mit mir einig ist. Auch der Herr Kommissionspräsident ist verschiedentlich unseren Bitten entgegengekommen, die ich nicht nur im Namen von unseren Frauen, sondern auch von einem Großteil unserer Männer vorgetragen habe. Ich danke ihm dafür. Wir stehen hier auf einem außerordentlichen schwierigen Gebiete, vielleicht auf dem allerschwierigsten des menschlichen Lebens, und es ist deshalb auch nötig, daß wir, wie Herr Huber sagt, einander mit absolutem Vertrauen und mit aller Offenheit entgegenkommen. Ich wiederhole noch einmal: wir erwarten von unserem Strafgesetzbuch, daß es Klarheit darüber schaffe, was Recht und Unrecht ist, wenigstens in den Hauptgrundlinien. Wir erwarten von unserem Strafgesetzbuche, daß es dazu beitrage, die Sittlichkeit in unserem Volke nicht mehr weiter sinken zu lassen, sondern sie zu heben. Denn einzig auf dem Boden von Reinheit und Sittlichkeit kann sich aufbauen eine gesunde Ehe, eine gesunde Familie und ein gesunder Staat.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Ich möchte mich entschuldigen, daß ich das Wort noch einmal ergreife. Der Herr Präsident hat es uns gestern zu früh gegeben. Unsere Aufgabe war noch nicht erfüllt.

Am besten wird Ihnen die Situation klar, wenn Sie die Anträge des Herrn Hoppeler zur Hand nehmen. Da wird in erster Linie im Art. 166 über das Schutzalter zu entscheiden sein. Darüber will ich kein Wort mehr verlieren, sondern Ihnen einfach den Antrag der Kommission empfehlen.

Dann Art. 169. Ich glaube, hier hat nun die Diskussion doch zu einer gewissen Abklärung geführt. Wir dürfen hoffen, daß wir uns einigermaßen finden. In der Frage der widernatürlichen Unzucht haben Sie den Antrag des Herrn Hoppeler, dem sich Herr Grünenfelder angeschlossen hat, auch in bezug auf das Strafminimum von einem Monat bei Abs. 2.

Nach dem Antrage des Herrn Hoppeler werden zwei Fälle unterschieden. Der erste Fall betrifft die widernatürliche Unzucht zwischen Personen desselben Geschlechts, unabhängig von der Frage der Mündigkeit oder Unmündigkeit. Herr Hoppeler will jeden widernatürlichen Verkehr zwischen Personen des gleichen Geschlechts unter Strafe stellen, also auch die bloßen unzüchtigen Handlungen. Der zweite Fall betrifft den widernatürlichen Verkehr des Mündigen mit dem Unmündigen. Was nun den Verkehr zwischen Mündigen betrifft, so wird sich die weitere Frage stellen, ob wir den Antrag Hoppeler in unveränderter Fassung annehmen wollen, so daß also alle unzüchtigen Handlungen unter Strafe gestellt werden, oder ob wir so legiferieren wollen,

daß nur die beischlafähnlichen Handlungen zwischen mündigen Personen unter Strafe gestellt werden. Persönlich schließe ich mich einer Auffassung an, welche die beischlafähnlichen Handlungen, aber nicht alle unzüchtigen Handlungen unter Strafe stellt. Dann folgt Abs. 2, der auch die unzüchtigen Handlungen, begangen von mündigen Personen mit Unmündigen, unter Strafe stellt. Ich glaube, das ist eine Basis, auf der man sich bei gutem Willen finden kann. Ich möchte Ihnen also persönlich beantragen, den abgeänderten Antrag des Herrn Hoppeler anzunehmen. Herr Grünenfelder hat sich damit einverstanden erklärt.

Dann wäre noch in Art. 171 zu entscheiden, ob Sie die Beifügung « unbescholtene Person » bei der Verführung aufnehmen wollen oder nicht. Ich habe schon gestern erklärt, daß ich auf diese Beifügung verzichten kann. Herr Bundesrat Häberlin ist ebenfalls einverstanden und auch Herr Huber hat sich einverstanden erklärt, so daß wir auch hier einig sind. So bewegt sich die Diskussion letzten Endes doch auf eine Einigung hin.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Avant le vote, je me permets de vous donner encore les très brèves indications que voici.

Tout d'abord, nous devons vous prier d'écartier la proposition de M. Hoppeler relative à l'art. 166, proposition tendant à faire accorder une protection absolue aux mineurs âgés de moins de 18 ans. M. Hoppeler veut, en effet, élever à 18 ans la limite d'âge que l'art. 166 du projet fixe à 16 ans.

D'accord avec le Conseil fédéral, la commission vous met en garde contre les inconvénients matériels et les dangers politiques qu'entraînerait l'adoption de cette proposition de M. Hoppeler.

Sur ce point, nous vous recommandons vivement de voter la proposition de la commission. Ainsi que M. Huber l'a fait remarquer tout à l'heure, aucun membre de la commission n'a pris la responsabilité de vous proposer l'élévation de la limite d'âge de 16 ans. Cette attitude est motivée par des raisons sérieuses, que j'ai déjà eu l'occasion de vous exposer.

A l'art. 171, en revanche (séduction de mineur), nous ne nous opposons pas, M. Seiler et moi, à la proposition de biffer, dans le texte de la commission, les mots « de réputation intacte ». Nous ne nous opposons pas à ce qu'on revienne, sur ce point, au texte du Conseil fédéral. Les raisons données à l'appui de cette solution, par M. le conseiller fédéral Häberlin, M. Huber et M. Hoppeler nous paraissent convaincantes. C'est là la seconde indication que les rapporteurs peuvent vous donner en vue du vote qui va avoir lieu.

Quant aux autres propositions qui viennent d'être discutées — et spécialement celles qui touchent à la répression de la bestialité (art. 172bis) et à la débauche contre nature (art. 169) — nous vous avons exposé hier soir notre manière de voir et celle de la majorité de la commission; je ne veux pas y revenir aujourd'hui.

Sur ces points-là, vous voterez selon votre sentiment; ou plutôt, vous voudrez bien faire effort — ainsi que je me suis permis de vous le recommander hier soir — pour vous prononcer sans passion et, surtout, en tenant compte de la nature particulière de la mission de la loi pénale, des limites de son action

possible et des dangers d'une répression pénale qui sortirait du domaine dans lequel elle devrait rester.

Präsident: Bei Art. 166 stellt Herr Hoppeler den Antrag, es sei eine neue Ziff. 3 einzuschalten, des Inhalts: « Wer eine Person von 16—18 Jahren zum Beischlaf oder ähnlichen Handlungen mißbraucht, wird mit Gefängnis bestraft. »

Zu Art. 167 hat Herr Hoppeler eventuell den Antrag gestellt, im Antrag der Kommissionsmehrheit nach « Zöglinge » einzuschalten « Lehrlinge ». Dieser Antrag ist von der Kommission aufgenommen worden. Nun bestehen also bezüglich der Kommissionsanträge keine Differenzen mehr, dagegen hat Herr Hoppeler beantragt, daß der Antrag der Kommission abzulehnen und der Vorschlag des Bundesrates wieder aufzunehmen sei.

Bei Art. 169 hat sich die Situation nun so gestaltet: Der Antrag von Herrn Hoppeler ist von Herrn Grünenfelder akzeptiert worden; die Kommission hält am Vorschlag fest und hat in diesem Sinne die Anträge Grünenfelder und Hoppeler akzeptiert, dagegen wird von der Minderheit der Kommission der alte Kommissionsantrag festgehalten.

Huber: Ich bin erstaunt über die Erklärung, die Minderheit der Kommission habe diesen Antrag aufgenommen, den ursprünglich die Mehrheit der Kommission gestellt hatte. Dieser Antrag ist auch heute noch der Antrag der Mehrheit. Denn was Herr Seiler beantragt hat, ist ein Individualantrag und schafft eine Situation, in der kein Mensch weiß, worüber abgestimmt wird. Die Konsequenz wird sein müssen, die Sache in ihrer Totalität noch einmal zu untersuchen. Ich stelle den Antrag, die Frage an die Kommission zurückzuweisen.

Präsident: Bei Art. 171 hat Herr Hoppeler den Antrag gestellt, das Wort « unbescholten » in erster Linie zu streichen. Dann haben wir noch zu Art. 172 den Antrag des Herrn Hoppeler, der im ersten Absatz nach dem Wort « Abhängigkeit » einschalten will: « oder durch betrügerische Angaben ». Dann haben wir noch Art. 171bis, als Minderheitsantrag: Bestrafung der Bestialität.

Seiler: Nur ein paar Worte in bezug auf den Rückweisungsantrag des Herrn Huber. Ich bin durchaus damit einverstanden, daß man die Sache an die Kommission zurückweist, nachdem der Rat über den Grundsatz von Ziff. 1 nach dem Antrag Hoppeler abgestimmt hat. Die Details können ja nachher behandelt werden. Was wir nunmehr wollen, ist schon ursprünglich meine Auffassung gewesen. Ich war bei der Minderheit, habe aber allerdings den Mehrheitsantrag im Namen der Kommission vertreten; daß beischlafähnliche Handlungen zwischen Personen desselben Geschlechtes unter Strafe gestellt werden sollen, ist auch meine Auffassung und ich werde auch weiterhin dazu stehen.

Huber: Ich konstatiere, daß die ganze Diskussion ergangen ist, ohne daß dieser Antrag vorgelegen hätte. Es ist überhaupt kein Antrag eingereicht worden, weder von einer Mehrheit, noch von einer Minderheit, noch von einem Mitglied des Rates, noch von Herrn Dr. Seiler, der dahin gegangen wäre,

es sei die Vornahme von beischlafähnlichen Handlungen mit Strafe zu bedrohen. Ein solcher Antrag ist bis vor fünf Minuten nicht vor den Rat gekommen, und niemand konnte sich darüber aussprechen. Es geht aber gar nicht an, daß ohne irgendwelche Diskussion jetzt sofort darüber abgestimmt werde. Ich mache hier auf die absurde Inkonsequenz aufmerksam, die darin liegt, daß in Abs. 1 gesagt wird: «Wer mit einer erwachsenen Person gleichen Geschlechts beischlafähnliche Handlungen vollzieht, wird mit Gefängnis bestraft», während nach Ziff. 2 eine einfache unzüchtige Handlung mit unmündigen Personen — das kann leicht eine ganz gewöhnliche Betastung Minderjähriger unter sich sein —, mit Gefängnis nicht unter einem Monat bedroht wird. Sie hätten also für das schwerere Delikt, die Vornahme beischlafähnlicher Handlungen unter Erwachsenen, die Möglichkeit, die Straffälligen mit drei Tagen Gefängnis davonkommen zu lassen, für die kleinsten, harmlosesten unzüchtigen Handlungen zwischen Minderjährigen aber hätten Sie eine Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis. Ich glaube, eine derartige Situation macht es doch absolut notwendig, daß man die ganze Geschichte an die Kommission zurückweist. Ich bitte Sie also, die Anträge an die Kommission zurückzuweisen.

Hoppeler: Ich bin der Meinung, wir können abstimmen. Das ist nicht unlogisch, weil ja im zweiten Absatz das Vergehen gegen Unmündige bestraft wird. Das muß mehr bestraft werden als Vergehen unter Erwachsenen.

Affolter: Ich stelle den Antrag, daß die Diskussion über den Antrag Seiler neu eröffnet wird.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag Affolter (Wiedereröffnung der Diskussion)	65 Stimmen
Gegen den Antrag Affolter	53 Stimmen

Oprecht: Ich stelle den Antrag, daß der Antrag Seiler richtig ausgeteilt wird, damit wir ihn überlegen können.

Seiler, Berichterstatter: Die Herren werden plötzlich sehr formell. Ich werde nun die Sache materiell behandeln. Ich will nur wiederholen, was ich bereits zur Begründung des Antrages zu Abs. 1 und 2 des Art. 169 ausgeführt habe. Herr Huber hat gesagt, es sei inkonsequent, wenn wir in Abs. 2 das leichtere Verbrechen strenger bestrafen als das schwerere Verbrechen von Abs. 1. Wir müssen demgegenüber die Unterschiede zwischen Abs. 1 und 2 feststellen. In Ziff. 2 handelt es sich um Verführung des Minderjährigen durch den Mehrjährigen, das wird unter Strafe gestellt, und mit Recht. In Abs. 1 haben Sie die Handlungen zwischen Personen, die auf der gleichen Altersstufe stehen, wo also nicht die Ueberlegenheit des Aelteren gegenüber dem Jüngeren und die Verführungsmöglichkeit des Aelteren gegenüber dem Jüngeren in Frage stehen. Es kann sich nun weiter fragen: wollen Sie nur den Mehrjährigen bestrafen, — wenn es sich also um eine beischlafähnliche Handlung handelt — oder auch den Minderjährigen. Weshalb man nicht auch die Minderjährigen bestrafen soll, sehe

ich nun gerade auf diesem Gebiet nicht ein. Ich beantrage Ihnen deshalb im Einverständnis mit Herrn Hoppeler und mit Herrn Grünenfelder, daß Ziff. 1 so gefaßt wird: «Wer mit einer Person desselben Geschlechts eine beischlafähnliche Handlung vorgenommen hat oder an sich vornehmen läßt, wird mit Gefängnis bestraft.» Und dann kommt Ziff. 2: «Wer eine unzüchtige Handlung mit einer minderjährigen Person desselben Geschlechts vollzieht oder an sich vornehmen läßt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.» Da sollte nun der Rat entscheiden können. Sie müssen aber der Kommission eine Wegleitung geben, sonst hat es keinen Sinn, daß sie sich nochmals damit befaßt, ganz abgesehen davon, daß auch der Ständerat sich über die Sache noch auszusprechen hat.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag Oprecht	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

Huber: Es ist eine nicht unwichtige Sache, worüber wir jetzt zu diskutieren haben, und wir müssen es tun, ohne daß wir den Antrag Dr. Seiler vor uns hätten. Ich glaube, es wird Ihnen sehr schwer fallen, wenn Sie gefragt werden, worüber Sie abzustimmen haben, diese Frage zu beantworten. In einer Sache, die so delikat ist wie dieses Kapitel, hätten wir eine solche Situation vermeiden müssen. Es ist mir nicht leicht, nun Stellung zu nehmen, obwohl ich doch über die Sache einigermaßen orientiert bin. Herr Dr. Seiler hat von dieser Ziff. 1 und 2 des Art. 169 gesprochen. Er sagt: Ziff. 1 soll nun lauten: «Wer mit einer Person desselben Geschlechts eine beischlafähnliche Handlung vornimmt, wird mit Gefängnis bestraft.» Das sagt Ziff. 1. Die Absicht bei dem Antragsteller war, sich an das deutsche Recht anzulehnen. Aber wenn wir sagen: «Wer», so sagen wir einmal damit, daß keine Rücksicht genommen werden soll auf das Alter des Täters, wir sagen ferner, daß keine Rücksicht genommen werden soll auf das Geschlecht des Täters, es sollen also auch die Frauen bestraft werden, welche beischlafähnliche Handlungen mit einer Frau vornehmen. Das ist meines Wissens ein Begriff, der bis heute in bezug auf homosexuellen Verkehr zwischen Frauen kaum umschrieben worden ist, und der Richter, der in Zukunft beischlafähnliche Handlungen zwischen Frauen beurteilen soll, wird in größter Verlegenheit sein.

Wenn bei Minderjährigen, nehmen wir an: minderjährigen Mädchen, der Geschlechtstrieb sich auszuwirken beginnt, so sollen sie nun, wenn ihnen irgendeine unzüchtige Handlung mit einer Freundin vorgeworfen wird, in eine Strafuntersuchung hineingezogen werden, und es soll durch eine solche Untersuchung recht deutlich unterstrichen werden, was sie vielleicht z. T. unbewußt, jedenfalls sehr unklar, getan haben. Ich glaube nicht, daß wir mit gutem Gewissen dem ohne weiteres zustimmen können. Gerade bei diesen Dingen gilt nun, was vorher von Herrn Dr. Seiler und von Herrn Prof. Dr. Logoz ausgeführt worden ist über die Gefahren der Erpressung. Sie machen sich einfach keine Vorstellung davon, in welcher unheimlicher Art und Weise ein gewisses männliches Prostituiertentum sich dieses Artikels als einer der besten Einnahmequellen be-

dient. Es ist vor einigen Monaten im Simplizissimus ein blutiger Witz nach dieser Richtung erschienen, der ungefähr so dargestellt war: Eine Gesellschaft von verkommenen jungen Kerlen, die miteinander die Situation besprechen, die entstände, wenn der entsprechende Artikel aus dem deutschen Strafrecht fallen sollte, und die sich fragen: «Jawohl, wovon sollen wir in Zukunft leben, wenn dieser Artikel gestrichen wird?» Ich gebe zu, daß es bei uns vielleicht noch nicht so schlimm ist. Aber wir haben immerhin gerade in Zürich Erfahrungen dieser Art. Es ist bedauerlich, daß wir nicht in der Lage sind, zu diesem Artikel mit dem Material Stellung zu nehmen, das uns zur Verfügung stünde, wenn der Artikel nicht erst im letzten Moment hineingeworfen worden wäre.

Was ist Ziff. 2 dieses Antrages? Ich weiß es nicht. Im Antrag der Herren Balestra und Mitbeteiligter ist ein Abs. 2: «Mißbraucht der Täter die Notlage oder die Abhängigkeit des Opfers oder treibt er die widernatürliche Unzucht gewerbsmäßig, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter sechs Monaten.» Damit erschöpft sich die Sache. Aber Herr Dr. Seiler kombiniert anscheinend mit irgendeinem andern Absatz, ich weiß nicht recht, mit welchem. Er sagt, glaube ich, mit dem Inhalt der bisherigen Ziff. 1. «Die mündige Person, die mit einer unmündigen Person desselben Geschlechts im Alter von mehr als 16 Jahren eine unzüchtige Handlung vornimmt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft», heißt es in Ziff. 1 des bisherigen Antrages; das soll nun Ziff. 2 werden? Herr Seiler schüttelt den Kopf, er kann es mir selber nicht klar sagen. (Seiler: Der Antrag Hoppeler...) Herr Dr. Seiler bemerkt soeben, dann komme Antrag Hoppeler: «Wer eine unzüchtige Handlung mit einer unmündigen Person vornimmt oder von ihr an sich eine solche Handlung vornehmen läßt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.» Wenn das Ziff. 2 sein soll, dann haben Sie die Tatsache, was ich vorhin schon signalisiert habe, daß nach Ziff. 1 des modifizierten Antrages Hoppeler und nach Antrag Seiler die Vornahme beischlafähnlicher Handlungen mit drei Tagen Gefängnis bestraft werden kann. Aber die Vornahme irgendeiner unzüchtigen Handlung, sagen wir eine etwas weitgehende Zärtlichkeit zwischen zwei Freundinnen in einem Pensionat, wird dann mit Gefängnis nicht unter drei Monaten (oder nicht unter einem Monat?) bestraft. Ich wiederhole, das ist einfach absurd, das ist nicht überlegt, und Sie können das auch nicht mit einer grundsätzlichen Entscheidung heute erledigen. Ich muß Sie unter diesen Umständen bitten, den Antrag des Herrn Dr. Seiler, der das Produkt einer mangelnden Ueberlegung und rein individuell, ohne Konsultation der Kommission im letzten Moment hineingeworfen worden ist, heute abzulehnen, wobei es dann natürlich der Kommission freigestellt ist, noch einmal zu dieser Sache zurückzukehren und eventuell einen Mittelantrag zu stellen, der dann aber auch irgendwie hineinpaßt und verarbeitet und logisch aufgebaut ist. So aber, wenn Sie diesen Antrag annehmen, fällen Sie einen Entscheid, der alle Laster des Zufallentscheides hat, der geboren worden ist aus einer vermeintlichen Verlegenheit, aus der man nun den allerschlechtesten Ausweg gesucht hat. Ich bitte Sie deshalb, einstweilen den Antrag Seiler abzulehnen.

Präsident: Es sind noch mehrere Redner eingeschrieben. Ich möchte Sie doch bitten, die Diskussion nicht unendlich auszudehnen, sondern sich möglichst kurz zu fassen.

M. de Muralt: Ce que j'ai à vous dire ne me prendra que deux minutes. Je voudrais demander à MM. Seiler et Logoz la traduction française de cette proposition de la dernière heure concernant les «beischlafähnlichen Handlungen» dont nous n'avons que le texte allemand sous les yeux. (Rires.) Nous ne comprenons pas et nous avons peine à nous prononcer sur une proposition dont nous ignorons le texte exact. Pour autant qu'on peut s'en rendre compte, il s'agirait en somme de punir des malades, qu'il s'agisse d'invertis, mâles ou femelles majeurs. C'est une erreur, à mon avis, et sur ce point je suis complètement d'accord avec M. Huber. Mais encore une fois, pour prendre une décision de ce genre, il faudrait avoir un texte français précis sous les yeux.

Wagner: Ich nehme den ursprünglichen Antrag der Kommissionsmehrheit wieder auf, und zwar u. a. aus folgenden Gründen, die sich auf den gesamten Abschnitt beziehen, indirekt also auch auf einzelne Artikel. Es ist gesagt worden, wir brauchen ein Gesetzbuch, um die sexuelle Moralität im allgemeinen zu schützen. Ich glaube, der Entwurf der Kommissionsmehrheit genüge diesem Zwecke vollständig. In seiner Gesamtheit stellt er einen durchgearbeiteten, scharf zufassenden Apparat dar, der zum Teil über das hinausgeht, was man in den bisherigen kantonalen Gesetzbüchern an Tatbeständen und Strafdrohungen hatte. Dazu dürfen in diesem Zusammenhänge doch auch die Erfahrungen der Vergangenheit erwähnt werden. Das, was die Verschärfungsanträge wollen, haben wir einst jahrhundertlang in viel stärkerem Maße gehabt. Der Tatbestand der widernatürlichen Unzucht z. B. wurde nicht nur sehr streng bestraft, sondern war auch viel ausgedehnter. Widernatürliche Unzucht war z. B. auch die geschlechtliche Vermischung eines Christen mit einer Jüdin oder umgekehrt. Auch darauf war Todesstrafe gesetzt. Man sieht, wie sich die Anschauungen verändert haben. Heute ist es vielleicht unter gewissen Bedingungen und Voraussetzungen fast widernatürlich, wenn die «Vermischung» nicht geschieht. (Heiterkeit.)

Etwas anderes aus der Vergangenheit. In Bern wurden ums Jahr 1680 zwei Burschen hingerichtet, lebendig verbrannt wegen widernatürlicher Unzucht mit Kühen. Nicht lange nachher wurde wiederum ein Jüngling wegen eines ähnlichen Deliktes (mit einer Stute) verhaftet. Als man ihn fragte, warum er es begangen habe, antwortete er im wesentlichen, seitdem er bei jener Hinrichtung gewesen sei, habe ihm der Gedanke keine Ruhe gelassen, daß es ein ganz außerordentlicher Genuß sein müsse, für den man sich einer solch schweren Strafe aussetze, er habe also «angefangen probieren».

Um die Mitte des folgenden Jahrhunderts tönte es manchmal schon etwas anders. Ein Berner Entscheid ist nach dieser Richtung hin kennzeichnend. Es hatte sich ein Knabe mit einer Ziege vergangen. Der Rat von Bern erklärte dem verfolgenden Landvogt, der eine große Ausschreibung mit Nennung des Tatbestandes gegen den entflohenen Missetäter veröffentlicht hatte: Du hättest den Tatbestand nicht

öffentlich bekannt zu machen brauchen, « welches wir inskünftig observieret haben wollen ». Man hat gesagt, es sei eine spezifisch romanische Anschauung, strafrechtlich Sexualdelikte dann nicht an die Öffentlichkeit zu zerren, wenn zu befürchten stehe, der Schaden aus der Veröffentlichung sei größer als der Nutzen. Wir sehen, daß den gnädigen Herren von Bern schon lange vor der Entstehung des Code pénal diese Ueberlegung nicht fremd gewesen ist.

Man hat auf die Verhältnisse in Deutschland und diejenigen in verschiedenen Schweizerkantonen hingewiesen und erwähnt, daß mit Rücksicht auf die Zustände in Deutschland der deutsche Vorentwurf nun einschreiten müsse. Aber die Zustände, wie wir sie jetzt in Deutschland und bei uns haben, sind unter der Herrschaft des jetzigen Strafgesetzbuches entstanden, wo man ja schon scharfe Strafbestimmungen hatte. Die Bestimmungen des deutschen Vorentwurfes sind übrigens sehr diskutiert, sie sind noch lange nicht Gesetz.

Ein weiterer Punkt. Die ganze Zeit opponieren wir nun aus guten Gründen gegen die Verhängung von kurzfristigen Freiheitsstrafen; dieser Tendenz entspricht es wenig, über den Entwurf der Mehrheit hinaus Tatbestände mit Androhung einer kurzfristigen Freiheitsstrafe aufzustellen.

Man soll nicht sagen, daß wir eine hypermoderne Humanität vertreten; einem Gesetzbuch, das in 11 Artikeln mehr als 15 Zuchthausandrohungen enthält, kann man sicher diesen Vorwurf nicht machen. Ich möchte die Haltung der Kommissionsmehrheit, gegenüber der rigoristischen Richtung mit einem Worte Gretchens kennzeichnen: « Ich habe schon soviel für dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. » Uebersehen Sie aber dabei namentlich auch nicht, daß gerade Zuchthäuser und Gefängnisanstalten sehr oft Pflanzanstalten der Unsittlichkeit sind. Man soll doch einmal die Publikationen lesen, die in der letzten Zeit herausgekommen sind, etwa das Buch eines Karl Hau, den « Fall Maurizius » etc. Es ist mit Recht gesagt worden, jeder Richter, der zu Gefängnis oder Zuchthaus verurteilt, habe die moralische Pflicht, einmal den Vollzug anzusehen; er sollte einmal selbst hingehen ins Zuchthaus und zusehen, wie es dort wirklich zugeht. Und ich möchte sagen: Auch jeder Gesetzgeber, der solche Drohungen generell ausspricht, sollte sich vorher die Sache einmal in Wirklichkeit ansehen, sollte diese Menschen sehen, die der Freiheit für ihr Leben lang oder doch für längere Zeit beraubt sind, dieses köstlichsten Gutes, ohne das das Leben seinen besten Wert verliert, er sollte diese hinter Gittern vegetierenden, verkümmerten, verbitterten Gestalten mit eigenen Augen betrachten.

Wir sind einig darüber, daß die Sittlichkeitsdelikte, wo es nötig ist, wo der Schutz der Schwachen, der Hilflosen in Frage steht, mit Strenge gehandelt werden. Ich muß aber noch auf einen besonders wichtigen Punkt hinweisen. Es gibt vielleicht kein Gebiet des Strafrechtes, auf dem die Gefahr des Justizirrtums so groß ist wie hier. Die Denunziationen sind außerordentlich zahlreich; aber der Beweis ist meist schwierig und oft genug unsicher, auch wo er angenommen wird. Man ist meistens auf die Aussagen der Verletzten angewiesen, im weitern auf Indizienbeweise, und wie unzuverlässig gerade die Aussagen von Jugendlichen in der Entwicklungszeit sind, das

hat jeder Richter jedenfalls schon mit Bedauern und schmerzlicher Erkenntnis der Grenzen seines Erkennens wahrgenommen.

Zum Schluß möchte ich noch eins betonen. Es handelt sich auch hier nur um ein Einzelgebiet aus dem Strafgesetzbuch. Wir müssen das Ganze im Auge behalten. Es hat mir zu Anfang des Referates des Herrn Prof. Logoz einen tiefen Eindruck gemacht, als er sagte, wie sehr gerade das Schicksal des ganzen Strafgesetzbuches auch von diesem Abschnitt über die Sexualdelikte abhängt. Wir wollen die Sache nicht kompromittieren. Wenn wir uns auf dem Boden einigen, den die Kommissionsmehrheit im Anschluß an die Expertenkommission gefunden hat, im Anschluß an die Arbeiten von Männern wie Prof. Hafter, Prof. Delaquis, Prof. Zürcher, Prof. Gautier, Prof. Thormann und einer Anzahl Praktiker, denen man sittlichen tiefen Ernst nicht absprechen kann, dann können wir ruhig uns dem Gedanken hingeben, daß wir nicht etwas gemacht haben, das den zu schützenden Interessen, deren Wichtigkeit wir alle erkennen, nicht in dem Maße dienen würde, wie dies durch Strafgesetze überhaupt möglich ist. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen den ursprünglichen Mehrheitsantrag der Kommission.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Wir müssen uns hüten, diesen Art. 169 zum Schicksalsparagrafen des Gesetzes werden zu lassen. Es wäre vielleicht nützlich, wenn zum mindesten ein großer Teil der Ratsmitglieder auch die Anträge vor sich hätte, über die jeweilen abgestimmt werden muß. Es scheint, daß die Anträge Hoppeler im Laufe der Zeit unter das Eis gegangen sind, und da ist es ohne weiteres klar, daß man sich im letzten Moment bei der Abstimmung kein klares Bild über die ganze Sache machen kann. Wir hatten in der Kommission immer das Bestreben, die Sache abzuklären, und wollen nun unsererseits nicht « hockbeinig » sein, um einen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen, sondern wollen den Weg einschlagen, der uns zu einer vollständigen Abklärung über dieses sehr schwierige Gebiet führen kann.

Da gäbe es nun zwei Wege. Wir können uns darüber schlüssig machen, ob wir nicht grundsätzlich beschließen sollten, eine Erweiterung im Sinne der Anträge der Herren Hoppeler und Grünenfelder vorzunehmen, in der Meinung, daß der widernatürliche Verkehr zwischen mündigen Personen unter Strafe gestellt wird, also auch die Fälle bestraft werden, in denen es sich nicht um das Verhältnis von Mündigen zu Unmündigen handelt.

Da entsteht nun die Frage: Ist man über diesen Punkt im Rate genügend abgeklärt, um einen solchen Entscheid fällen zu können? (**Huber**: Es ist gar kein solcher Antrag da). Ja, er ist gestellt worden im Verlaufe der Diskussion. (**Huber**: Nein, nein, es heißt da einfach: « Wer . . . »)

Wir wollen auf diese Subtilitäten nun nicht eintreten. Es erklären die Herren Huber und andere Mitglieder, Dr. Ullmann etc., man sei über die Tragweite der ganzen Angelegenheit nicht aufgeklärt. Ich sage, das eine Mittel sei das, grundsätzlich im Sinne der Erweiterung auf mündige Personen, also über eine Frage, deren Bedeutung wir doch eigentlich erfassen könnten, abzustimmen. Und der andere Weg wäre der, die ganze Angelegenheit an die Kom-

mission zurückzuweisen. (Sehr richtig!) Wenn wir einfach grundsätzlich über den Antrag Grünenfelder und Hoppeler entscheiden, dann würden alle andern Fragen, speziell das Verhältnis von Ziff. 2 zu Ziff. 1, noch in der Kommission zu prüfen sein. Ich will nun aber ohne weiteres erklären, daß ich damit einverstanden bin, die Sache an die Kommission zurückzuweisen, nachdem sich die Situation so gestaltet hat.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Un mot seulement. Le débat qui vient d'avoir lieu me fait penser qu'une seule solution est maintenant possible: c'est le renvoi de l'art. 169 à la commission. Nous avons entendu la discussion qui vient de se dérouler; faute de mieux, cela pourra nous être utile pour un nouvel examen de ce problème. Après quoi, nous vous soumettrons les résultats de notre nouvelle étude — et cela dans une atmosphère peut-être plus calme.

Je fais donc la proposition de renvoyer l'art. 169 à la commission.

Abstimmung. — Vote.

Für den Ordnungsantrag, (Rückweisung an die Kommission) große Mehrheit

Präsident: Die Art. 162, 163, 164 und 165 sind unbestritten und daher angenommen.

Art. 166.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag Hoppeler Minderheit
Dagegen große Mehrheit

Art. 167.

Präsident: Der Eventualantrag des Herrn Hoppeler zum Kommissionsantrag ist unbestritten. Ich stelle nun einander gegenüber den Antrag der Kommission auf der einen Seite und des Bundesrates und des Herrn Hoppeler auf der andern Seite.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommission (ergänzt durch den Antrag Hoppeler) Mehrheit

Art. 168.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 169.

Präsident: An die Kommission zurückgewiesen.

Art. 170.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 171.

Präsident: Herr Hoppeler hat beantragt, im Kommissionsantrage das Wort « unbescholtene » zu streichen. Der Antrag ist unbestritten und angenommen.

Art. 172.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommission 84 Stimmen
Für den Antrag Hoppeler 45 Stimmen

Art. 172bis.

Für den Antrag der Minderheit Minderheit
Dagegen große Mehrheit

2. Begünstigung und Ausbeutung der Unzucht. — Exploitation de la débauche.

Art. 173—177.

Anträge der Kommission.

Mehrheit.

Art. 173. 1. Wer aus Gewinnsucht der Unzucht Vorschub leistet, wird mit Gefängnis bestraft.

2. Ist die verkuppelte Person unmündig, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängnis nicht unter drei Monaten.

Art. 174. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 175. Wer ohne gewinnsüchtige Absicht der Unzucht mit Personen unter achtzehn Jahren Vorschub leistet oder eine solche Person zur Unzucht aufreizt, wird mit Gefängnis bestraft.

Art. 176. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 177. 1. Wer, um der Unzucht eines andern Vorschub zu leisten, mit Frauen oder Minderjährigen Handel treibt, insbesondere indem er sie anwirbt, verschleppt oder entführt, wird mit Zuchthaus bestraft.

2. Die Strafe ist Zuchthaus nicht unter drei Jahren: wenn die Person das achtzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hat, wenn sie die Ehefrau, das Kind, Großkind, Adoptivkind oder Stiefkind des Täters ist oder wenn sie ihm zur Pflege, Obhut oder Aufsicht anvertraut ist;

wenn der Täter List, Gewalt, Drohung oder Zwang angewendet hat,

wenn er die Notlage der Person oder ihre durch ein Dienstverhältnis begründete Abhängigkeit mißbraucht hat,

wenn die Person in das Ausland gebracht worden ist,

wenn sie andern gewerbsmäßigen Kupplern überliefert werden sollte,

wenn der Täter den Frauen- oder Kinderhandel gewerbsmäßig betreibt.

3. Wer Anstalten zu Frauen- oder Kinderhandel trifft, wird mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft.

4. Der Täter wird überdies in jedem Falle mit Buße bestraft.

Minderheit.

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 173. Ziff. 1, Abs. 2, wieder aufnehmen.

Propositions de la commission.

Art. 173. 1. Celui qui, dans un but de lucre, aura favorisé la débauche, sera puni de l'emprisonnement.

2. La peine sera la réclusion jusqu'à cinq ans ou l'emprisonnement pour trois mois, si la personne livrée à la débauche est mineure.

Art. 174. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 175. Celui qui, sans dessein de lucre, aura favorisé la débauche de personnes âgées de moins de dix-huit ans ou aura excité de telles personnes à la débauche, sera puni de l'emprisonnement.

Art. 176. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 177. 1. Celui qui, pour satisfaire les passions d'autrui, se sera livré à la traite des femmes ou des mineurs, notamment en les embauchant, en les entraînant ou en les détournant, sera puni de la réclusion.

2. La peine sera la réclusion pour trois ans au moins:

si la victime est âgée de moins de dix-huit ans, si elle est la femme ou la descendante du délinquant, son enfant adoptif ou l'enfant de son conjoint, ou si elle avait été confiée à ses soins, à sa garde ou à sa surveillance,

si le délinquant a usé de ruse, de violence, de menace ou de contrainte,

s'il a abusé de l'autorité que lui donne sur la victime sa qualité d'employeur ou s'il y exploite son état de dénûment,

si la victime a été emmenée à l'étranger,

si elle devait être livrée à un proxénète professionnel,

si le délinquant fait métier de la traite.

3. Celui qui aura pris des dispositions en vue de la traite des femmes ou des mineurs, sera puni de la réclusion ou de l'emprisonnement.

4. En outre, le délinquant sera dans tous les cas puni de l'amende.

Minorité:

(Affolter et cosignataires.)

Art. 173. Chiff. 1^{er}, 2^e alinéa: Rétablir.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Die allgemeinen Gesichtspunkte, die für die Kuppelei, die Zuhälterei etc. in Betracht kommen, sind in den einleitenden Ausführungen bereits gestreift worden. Die Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln können nunmehr kurz gehalten werden. Die Kuppelei ist an zwei Voraussetzungen geknüpft. Es muß der Unzucht Vorschub geleistet werden und es muß ausserdem Gewinnsucht vorliegen. Die Unzucht selbst muß nicht gewerbsmäßig erfolgen. Wird die Kuppelei gewerbsmäßig betrieben, so ist die Strafe verschärft und durch die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit ergänzt. Das bloße Gewähren von Wohnung an eine Prostituierte ist nicht strafbar. Erfolgt dagegen die Gewährung von Wohnung aus Gewinnsucht und im Bewußtsein des unzüchtigen Zwecks, so ist der Tatbestand von Art. 173, Ziff. 1, Abs. 1, gegeben. Der Streit zwischen Mehrheit und Minderheit der Kommission erscheint uns daher müßig. Kluger und einfacher ist die Streichung des Abs. 2, der, wie aus der Eingabe der Frauenvereine hervorgeht, nur zu Mißverständnissen führen kann.

Die Prostitution als solche wird nicht unter Strafe gestellt. In der Expertenkommission ist ein Antrag auf Aufnahme eines solchen Artikels gestellt, schließlich aber abgelehnt worden. Als Uebertretungen dagegen werden bestraft die unzüchtige Belästigung, das Anlocken zur Unzucht und die gewerbsmäßige Unzucht nach Art. 179bis, ter und

quater, im fernern das Dulden gewerbsmäßiger Kuppelei in seinen Mietsräumen und die Veröffentlichung von Gelegenheiten zur Unzucht gemäß den Artikeln 179sexies und septies. Mit diesen Strafandrohungen hat das Gesetz die stoßenden Fälle, die zu allgemeinem Aergernis Anlaß geben, erfaßt und damit auch die Prostitution in ihrer niedrigsten, zugleich aber auch nachweisbaren Form. Die Beschränkung, welche sich der Entwurf auferlegt, darf nicht als Mangel an sittlichem Empfinden beurteilt werden. Wer die Motive für die getroffene Lösung richtig einschätzen will, tut gut, die Verhandlungen der Expertenkommission nachzulesen. Die Befürchtungen der Frauenvereine gehen zu weit und nicht minder auch ihre Hoffnungen in bezug auf die Wirkung gesetzlicher Bestimmungen. Wir wiederholen in diesem Zusammenhang, daß ein Strafgesetz nur dann wirksam ist, wenn es gerecht und durchführbar ist. In dem aner kennenswerten Streben der Frauen, die Prostitution und die Kuppelei einzudämmen und im Interesse der heranwachsenden Jugend möglichst vorzubeugen, ist vielleicht doch vergessen worden, daß die beklagenswerten Opfer der Unzucht doch auch noch des Erbarmens würdig sind, daß die Verweisung der Obdachlosen an die Fürsorgestellen nicht selten illusorisch ist und daß die Versagung eines andern Obdachs zufolge Strafandrohung an den Logisgeber die Prostituierte nur wieder auf die Gasse treibt. Wir glauben, daß eine Verständigung auf dem Boden des Entwurfs um so mehr zu befürworten ist, als ja die Verkuppelung unmündiger Personen sehr schwer bestraft wird und Art. 175 die Begünstigung der Unzucht mit Personen unter 18 Jahren auch dann unter Strafe stellt, wenn Gewinnsucht nicht vorliegt und als außerdem das Halten von Bordellen unter Strafe gestellt ist, und zwar unter Zuchthausstrafe.

Art. 175, welcher die Begünstigung der Unzucht unter Strafe stellt, erhält in der Fassung der Kommission eine Ergänzung. Nicht nur das der Unzucht Vorschub Leisten, sondern auch das Aufreizen zur Unzucht ist strafbar. Ob diese Ergänzung nötig ist?

Das typische Ausbeutungsverbrechen ist die Zuhälterei. Sie wird in Art. 176 behandelt. Die Definition ist in der Expertenkommission durch Prof. Hafter geschaffen worden. Ueber die Bestrafung bestand keine Meinungsverschiedenheit. Die Gefährlichkeit solcher Individuen liegt auf der Hand. Ihnen gegenüber ist die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit obligatorisch. Möglich ist für die Ausländer die Landesverweisung. Persönlich könnte ich mich auch dem Antrag der Frauenvereine auf obligatorische Landesverweisung anschließen.

Gestrichen wurde in der Expertenkommission die Bestimmung von Art. 132 des Vorentwurfes, welcher die Nötigung der Unzucht mit andern betraf. Wer diese Handlung begeht, ist Mittäter. Bedenken sind nur deshalb entstanden, weil der Tatbestand der Notzucht nur bei schwerer Drohung gegeben ist. Wie aber verhält es sich mit dem Kuppler, der Zwangsmittel ergreift, ohne daß geradezu von schwerer Drohung gesprochen werden kann, so fragen die Frauenvereine. Besteht hier wirklich eine Lücke oder ist nicht doch anzunehmen, daß in dem zitierten Falle die Drohung als schwere betrachtet wird, wenn man alle Umstände in Betracht zieht? Die Frage ist einer weitem Prüfung wert, weshalb sie hier ausdrücklich signalisiert werden soll.

Die Behandlung des Frauen- und Mädchenhandels ist durch das Bundesgesetz vom 30. September 1925 geregelt. Diese Bestimmungen sind von der Kommission unverändert in Art. 177 hinübergenommen worden. Die internationale Regelung ist durch den Beitritt der Schweiz zum internationalen Uebereinkommen vom 4. Mai 1910 zur Bekämpfung des Mädchenhandels und durch die Genehmigung des internationalen Uebereinkommens vom 30. September 1921 zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels geordnet. Das Nähere ist aus der Botschaft des Bundesrates vom 25. November 1924 zu ersehen. Die vom gleichen Datum stammende Botschaft des Bundesrates zum Bundesgesetz betreffend die Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels und der unzüchtigen Veröffentlichungen spricht sich über die schweizerische Regelung im Rahmen des internationalen Uebereinkommens eingehend aus und stellt fest, daß sich die Regelung im schweizerischen Spezialgesetz im allgemeinen unserem Entwurf anschließt. Ueber die Einzelheiten der Regelung orientieren die genannte Botschaft und die Verhandlungen in der Bundesversammlung vom Jahre 1925. Weitere Ausführungen dürften sich deshalb hier erübrigen.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Nous arrivons maintenant aux délits de mœurs de la deuxième catégorie. Ce n'est plus par passion sexuelle qu'agit l'auteur des délits dont nous allons parler; c'est à un trafic ignoble qu'il se livre pour autrui. Au lieu de satisfaire ses appétits, comme dans les délits dont nous avons parlé tout à l'heure, l'auteur des délits dont nous allons nous occuper se fait intermédiaire, entre-metteur, le plus souvent pour battre ainsi monnaie avec les appétits d'autrui. Le mobile est dont plus dégoûtant encore que celui des délits de la première catégorie.

En ce qui concerne le proxénétisme simple, visé à l'art. 173, je tiens à vous renseigner, tout au moins, sur deux propositions importantes qui nous ont été soumises par la pétition dont j'ai eu déjà l'occasion de vous parler. Cette pétition nous demandait sur-tout:

1^o de faire disparaître de l'art. 173 le « but de lucre » dont parle l'al. 1;

2^o de biffer l'al. 2.

De ces deux postulats, la majorité de la commission, après discussion approfondie, vous propose d'écarter le premier, en vous en tenant sur ce point au texte proposé par le Conseil fédéral, mais, en revanche, d'accepter le second.

Voici, en résumé, les motifs à l'appui de ces propositions.

1. En ce qui concerne le but de lucre, qui est un élément constitutif du proxénétisme d'après l'art. 173, al. 1, du projet du Conseil fédéral, les Motifs de 1908 (p. 234) justifient comme suit le système du projet:

« Le projet ne fait rentrer dans la notion du proxénétisme ni l'assistance fournie à la simple débauche, ni même l'assistance désintéressée prêtée à la prostitution. Pour les cas de ce dernier genre, leur rareté et le fait que l'opinion ne s'en est jamais préoccupée suffisent pour montrer qu'ils ne créent aucun danger social. La même innocuité doit être à plus forte raison attribuée à celui qui, occasionnellement, facilite des relations extra-conjugales, puisque celles-ci sont moins répugnantes que la prostitution. S'ingérer

dans ces écarts de conduite, impunis en eux-mêmes, sous prétexte d'atteindre celui dont la complaisance les a seuls rendus possibles, ce serait frapper non seulement les intéressés, mais encore leur famille d'une façon par trop cruelle et imméritée. Aussi ni le code allemand, ni le projet allemand ne répriment-ils sous toutes ses formes l'assistance prêtée à la simple débauche; ils se bornent à incriminer celle qui a été fournie à titre habituel ou dans un intérêt personnel...

«... Il ne faut pas oublier que le projet assure la répression dès qu'on peut constater qu'il y a eu séduction d'une mineure ou d'une personne en état de dépendance ou dans la gêne. Ces articles atteindront le pourvoyeur du riche débauché. Les points d'appui ne manquent donc pas pour faire cesser tous les agissements anti-sociaux ou dangereux.»

A la seconde commission d'experts, il est vrai, M. Burkhardt avait dit (vous trouverez cela au troisième volume des procès-verbaux de la 2^e commission d'experts, p. 218):

« Sodann möchte ich davon absehen, die Gewinn-sucht zum Tatbestandsmoment zu erheben: Einmal wegen der Beweisschwierigkeiten; regelmäßig wird dieses Merkmal bestritten und versteckt werden, und oft wird es schwer nachzuweisen sein. Die Bedenken der Erläuterungen mögen in einzelnen Fällen zutreffen; aber durchaus nicht immer sind es harmlose Momente, welche bei einer solchen Vorschubleistung mitspielen. Es kommt auch vor, daß aus Freude, einen andern hineinzuleimen, oder aus Neid usw., eine Person der Unzucht mit einem andern zugeführt wird. Es sind das Tatbestände, die vom V E nicht getroffen werden, wenn es sich nicht um Jugendliche handelt.»

La deuxième commission d'experts a cependant écarté la proposition Burckhardt.

Nous croyons qu'elle a eu raison. Un seul exemple. Les parents d'une jeune fille permettent des visites du fiancé de cette jeune fille. Ils laissent le jeune homme et la jeune fille seuls... Des relations prématurément conjugales s'ensuivent.

Sans le « but de lucre » qu'exige l'art. 173, al. 1, une dénonciation suffira pour faire poursuivre les parents. Cela est-il satisfaisant? Non.

Par nature, du reste, le proxénète est un exploiteur. Il est le courtier (occasionnel si c'est un proxénète simple) de la débauche d'autrui. Le but de lucre est donc inhérent au véritable proxénétisme.

Un seul cas nous paraît mériter des poursuites sans que l'auteur ait obéi à un mobile intéressé. C'est le cas où la jeunesse de la victime exige une protection spéciale. Mais pour cela, nous avons l'art. 175.

Sur ce premier point, donc, la commission n'a pas cru devoir vous proposer de modifier l'art. 173, chiff. 1, al. 1. La définition qui s'y trouve énoncée répond à la véritable nature du délit de proxénétisme simple.

2. La pétition d'octobre 1917 nous a demandé aussi de supprimer le second alinéa de l'art. 173, chiff. 1, que la seconde commission d'experts avait voté à la très faible majorité de 11 voix contre 9.

La majorité de la commission vous propose cette suppression, parce qu'à son avis, le dit alinéa 2 est réellement superflu. Précisément si on exige que le proxénète ait poursuivi un « but de lucre », on doit admettre que l'art. 173 n'est pas dirigé contre le

logueur qui, pour un loyer normal, loue une chambre ou un appartement à une demoiselle de petite vertu. On ne peut pas dire de celui-là qu'il favorise la débauche en vue d'un gain qu'elle lui rapporterait.

Donc, l'al. 2 est inutile et comme, d'autre part, son maintien peut avoir certains inconvénients, la majorité de la commission pense qu'il convient de le biffer.

Vous aurez à vous prononcer sur ce point, étant donné qu'une minorité de la commission vous propose de maintenir cet alinéa 2.

L'art. 174, dont la commission vous recommande l'adoption, vise le très vilain oiseau qu'est le proxénète professionnel: celui qui, comme le dit le projet, fait métier du proxénétisme et, notamment, le tenancier de maison de passe et celui qui tient cette hôtellerie d'un genre spécial, avec harem permanent et enseigne très apparente, qu'en allemand on appelle tout crûment « Bordell ».

C'est surtout en vue de ce dernier cas que l'al. 2 prévoit une peine aggravée, si le délinquant a livré à la prostitution une personne mineure.

Par rapport au droit actuel, les peines prévues à l'art. 174 sont sévères. Pourtant, la pétition dont je vous ai parlé à maintes reprises, à propos des délits de mœurs, voudrait plus de rigueur encore. Elle voudrait que la réclusion fût prévue à l'exclusion de l'emprisonnement.

Votre commission ne peut pas vous proposer de donner suite à ce vœu. Le projet, tel qu'il est, donne au juge des armes efficaces, des armes, qui, je le répète, sont plus acérées que celles du droit actuel. En allant plus loin encore dans la voie de la sévérité, nous risquerions de compromettre, non seulement le progrès que réalisent les dispositions que nous examinons, mais le projet tout entier.

L'art. 175 fait pendant à l'art. 173 et a pour but de punir le fait de favoriser la débauche d'autrui, même quand l'auteur n'a aucun dessein de lucre. Le mobile peut être la haine, la vengeance ou même la perversité pure. Mais il faut que la victime ait moins de 18 ans.

La commission a écarté une proposition que j'avais faite d'aller ici jusqu'à 20 ans; en revanche, elle a complété l'art. 175 de façon à rendre punissable, non seulement le fait de favoriser la débauche d'un mineur de 18 ans, c'est-à-dire de fournir à ce mineur une occasion de débauche, mais aussi le fait différent d'exciter à la débauche un mineur du même âge.

« L'excitateur » est un corrupteur, un tentateur qui ne fournit pas nécessairement une occasion de débauche à la victime. Comme le disait Alfred Gautier à la deuxième commission d'experts, celui qui excite autrui à la débauche est un « salisseur d'âme ». Il a affaire à quelqu'un qui n'est pas encore décidé et il s'efforce de le décider, de le faire tomber. Ce cas était prévu par un article (133) de l'avant-projet de 1908. Il nous paraît nécessaire de le prévoir aussi dans notre art. 175.

L'art. 176 frappe le souteneur, qui est essentiellement un parasite. Le souteneur vit aux crochets de la fille qu'il gruge et, souvent, qu'il brutalise par dessus le marché. La commission vous recommande l'adoption de l'art. 176.

L'art. 177, tel que votre commission vous propose de l'adopter, est déjà du droit en vigueur en Suisse. Voyez la loi fédérale du 30 septembre 1925 sur la

répression de la traite des femmes et des enfants, article 1^{er}.

Je rappelle encore que l'art. 2 de la même loi fédérale, qui est l'équivalent de l'art. 177, chiff. 4, du projet du Conseil fédéral, a été incorporé à l'art. 5 de notre projet, dont il forme maintenant le dernier alinéa.

Nous vous recommandons d'adopter les art. 173 à 177 dans le texte proposé par la majorité de la commission.

Affolter, Berichterstatter der Minderheit: Wir beantragen Ihnen Abs. 2 von Ziff. 1 des Art. 171 in der Fassung des Bundesrates anzunehmen. Die Kommission hat mit schwachem Mehr diese Ziffer gestrichen. Die Minderheit möchte diesen Abs. 2 wieder aufnehmen. Sie befindet sich also in der guten Gesellschaft des Bundesrates.

Herr Logoz hat vorhin gesagt, daß er dieser Ziff. 2 keine große Bedeutung beimesse. Wir finden aber doch, daß sie ihre Bedeutung habe. Es gibt kein Gebiet im Strafrecht wie das Gebiet über die Sittlichkeitsvergehen bei welchen der Prozeßsucht so Tür und Tor geöffnet sind: falsche Denunziationen, Erpressungsversuche usw. Gerade bei diesem Art. 173 könnten solche falsche Denunziationen und Erpressungsversuche vorkommen. Stellen Sie sich einen Hotelbesitzer vor, der ja nicht jederzeit den Zivilstand seiner Gäste prüfen kann. Er bekommt natürlicherweise für sein Zimmer einen Mietpreis. Damit ist schon der Gewinn ermöglicht. Nach dem jetzigen Wortlaut könnte also ein Richter sagen: Du hast aus der Vermietung der Zimmer Gewinn gezogen; also bist du strafbar, wenn in diesem Zimmer etwas passiert! — Die Hausbesitzer, die Logisgeber, die Hoteliers laufen Gefahr, daß gegen sie Denunziationen und Erpressungsversuche unternommen werden. Der Ausdruck Gewinnsucht und Ausbeutung ist nicht dasselbe. Mit dem Bundesrat hält die Kommission minderheit dafür, daß erst die Voraussetzungen der Ausbeutung vorliegen müssen, wenn ein Hausbesitzer, ein Logisgeber, ein Hotelier wegen dieses Deliktes bestraft werden soll. Ich mache hier eine Differenz zwischen dem Ausdruck « Gewinnsucht » und « Ausbeutung ». welche Differenz Herr Logoz nicht genügend scharf hervorgehoben hat. Und aus diesem Grunde beantrage ich diesen Abs. 2, Ziff. 1, welchen der Bundesrat vorgeschlagen hat, wieder aufzunehmen

Bundesrat Häberlin: Ich ergreife das Wort nur, weil der Herr Vorredner mit dem Minderheitsantrag sich ausdrücklich auf die gute Gesellschaft des Bundesrates berufen hat. Ich bin in einer schwierigen Situation, wenn ich Ihnen sagen muß, daß die Gesellschaft des Bundesrates nicht immer gut ist (Heiterkeit). In diesem Falle muß ich mich selber salvieren. Es heißt ja: Auch der Vater Homer schläft bekanntlich zuweilen, und ich glaube, als wir diesen Absatz aufgenommen haben, da haben wir tatsächlich ein bißchen geschlafen. Ich bin nicht so genau orientiert, denn ich war damals noch nicht dabei. Die Sache hat juristisch nicht gerade große Bedeutung. Wir sind darüber einig, daß das Maßgebende in diesem Art. 179 Abs. 1 der erste Satz ist: « Wer aus Gewinnsucht der Unzucht Vorschub leistet, wird mit Gefängnis bestraft. » Es wird uns schon schwer angefochten, speziell aus Frauenkreisen, daß überhaupt auf Ge-

winn sucht abgestellt wird. Die Frauen sagen: « Wenn jemand das aus Rachsucht oder sonst aus gemeiner Gesinnung tut, dann soll er also straflos bleiben? Oder eine Mutter, die einzig, weil sie eine Dirne ist, eine teuflische Freude daran hat, ihre Tochter zu dem zu machen, was sie selber ist? Es gibt derartige Fälle, das gebe ich zu, aber sie sind selten. Wir sind deshalb wegen der Gefahr der Uebertreibung einverstanden, daß dieses Motiv der Gewinnsucht zur Begründung der Straffähigkeit verlangt worden ist. Man ist nun aber noch ängstlicher geworden und hat den Gedanken übertrieben. Man argumentierte, schließlich müssen diese verlorenen Frauenspersonen doch irgendwo wohnen, man kann sie nicht einfach in die Wüste hinausjagen und sagen: Jeder, der eine solche Frau beherbergt, ihr als Vermieter ein Zimmer zur Verfügung stellt, soll als Kuppeler behandelt werden. Ist es Gewinnsucht, wenn der Vermieter von ihr den Mietzins erhebt? Das wird Aufgabe des Richters sein, hier zu entscheiden, wann Gewinnsucht vorliegt und wann nicht. Es ist ja klar, daß sicher häufig derartige Persönlichkeiten sich zusammentun, und dann liegt es nahe, daß sie aus Gewinnsucht aufgenommen und ausgebeutet werden. Das kann vorkommen. Auch können Umgehungen vorgenommen werden. Der Mietzins ist nominell vielleicht kaum so groß wie für einen anderen Mieter, aber das Zimmer wird ein bißchen luxuriöser ausgestattet, und dann bezieht man für die Ausstattung des Zimmers einen übertriebenen Preis. Aber diese Fälle der Ausbeutung wird der vernünftige und praktische Richter auch bei umsichtigem Vorgehen herausfinden und das Gesetz entsprechend anwenden. Aber der Abs. 2, wie er nun aus lauter Vorsicht dasteht: Diese Vorschrift findet auf die Gewährung von Wohnung keine Anwendung, sofern nicht der Vermieter die Unzucht ausbeutet — das ist nun doch unmöglich. Es ist wahr, was die Frauen sagen: das macht direkt den Eindruck einer Einladung. Wir stellen ja dem Richter ausreichende Mittel zur Verfügung. Die Bestimmung ist aber unschön, unnötig. Die Frauen haben sich mit Recht nachdrücklich dagegen gewendet. Da wollen wir ihnen einmal Rechnung tragen. Wir können das nicht jedesmal tun bei der Gesetzgebung, schon aus Weisheit, aber wo einmal der Moment da ist, ihnen recht zu geben, da müssen wir die Gelegenheit gern ergreifen. Um so mehr, als sie noch nicht selber im Besitz der vollen politischen Rechte sind. Darum müssen gerade die ihnen hier gerecht werden, welche gegen das politische Frauenstimmrecht sind, dadurch, daß ihre Ansprüche, wo sie gerecht sind, überall restlos erfüllt werden. Sie haben uns in unseren schwersten Zeiten unschätzbare Dienste geleistet, wir wissen ja alle, wie sehr sie für uns in den vergangenen schweren Jahren eingestanden sind. Also helfen Sie Ihnen da auch einmal.

Hoppeler: Man sollte einfach sagen: Wer der Unzucht Vorschub leistet, wird mit Gefängnis bestraft. Ich beantrage dies aus einem anderen Grunde: weil die Fälle zahlreich sind, wo es den Kupplern gelingt, zu verbergen, daß sie das aus Gewinnsucht tun, und dann können sie nicht bestraft werden. Ich will Ihnen von verschiedenen Praktiken nur eine nennen: in Zürich gibt es gewisse Hotelportiers. Wenn da ein Pärlein vorspricht und fragt, wo man hier ein Zimmer haben könne, wird vieldeutig geblinzelt; Zimmer nicht

für Eheleute. Dann sagt der Portier: Nicht bei uns, denn wir haben voll besetzt, aber wenn Sie in das oder jenes Hotel gehen, so werden Sie schon etwas finden. Und dann wird dorthin telephoniert: Wir haben Dir Kunden geschickt und das nächste Mal schickst Du mir wieder die Klienten zurück. Es gibt eine ganz ausgebildete scharfsinnige Praxis, welche es ermöglicht, zu kuppeln, ohne daß man den Tatbestand der Gewinnsucht nachweisen kann. Ich stehe also auf dem Boden: Wer der Unzucht Vorschub leistet, auch ohne sichtbare gewinnsüchtige Absicht, der soll strafbar sein, selbst dann, wenn diese Absicht gar nicht da wäre. Es gibt ja auch Menschen, die es aus lauter Freude am Laster betreiben.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Ich möchte beantragen, den Antrag Hoppeler abzulehnen. Man kann weiß Gott alles übertreiben. Die Gründe für die Aufnahme des Begriffes « Gewinnsucht », die angeführt worden sind, die wird Herr Hoppeler auch verstehen müssen. Ich möchte mich hier Herrn Bundesrat Häberlin anschließen. Auch in bezug auf die Streichung von Abs. 2. Dieser ist gewissermaßen nur eine Beweisregel, die nicht in das Gesetz hineinpaßt. Also bleiben wir hier auf einem vernünftigen Boden.

Abstimmung. — Vote.

Abs. 1.

Für den Antrag der Kommission	Mehrheit.
Dagegen	Minderheit

Abs. 2.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit (Streichung)	Mehrheit
Für den Antrag der Kommissionsminderheit (Beibehaltung)	Minderheit

Abs. 3.

Angenommen. — *Adopté.*

3. Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit. — *Outrages à la morale publique.*

Art. 178—179.

Anträge der Kommission.

Art. 178. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Art. 179. 1. Wer unzüchtige Schriften, Bilder, Filme oder andere unzüchtige Gegenstände herstellt oder vorrätig hält, um damit Handel zu treiben, sie zu verbreiten oder öffentlich auszustellen,

wer solche Gegenstände zu genannten Zwecken einführt, befördert oder ausführen läßt oder sonstwie in Verkehr bringt,

wer solche Gegenstände öffentlich oder geheim verkauft, verbreitet, öffentlich ausstellt oder gewerbsmäßig ausleiht,

wer, um die verbotene Verbreitung oder den verbotenen Vertrieb zu fördern, ankündigt oder sonstwie bekannt gibt, daß sich eine Person mit den genannten strafbaren Handlungen befaßt,

wer ankündigt oder bekannt gibt, wie und durch wen die genannten Gegenstände unmittelbar oder mittelbar bezogen werden können,

wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

2. Wer solche Schriften, Bilder, Filme oder Gegenstände einer Person unter achtzehn Jahren übergibt, oder vorzeigt, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

3. Der Richter läßt die unzüchtigen Schriften, Bilder, Filme oder Gegenstände vernichten.

Propositions de la commission.

Art. 178: Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 179: 1. Celui qui aura fabriqué ou détenu des écrits, images, films ou autres objets obscènes en vue d'en faire le commerce ou la distribution ou de les exposer en public,

celui qui, aux fins indiquées ci-dessus, aura importé, transporté, exporté ou fait importer, transporter ou exporter de tels objets, ou les aura mis en circulation d'une manière quelconque,

celui qui en aura fait le commerce public ou clandestin, ou les aura distribués ou exposés en public, ou fera métier de les donner en location.

celui qui aura annoncé ou fait connaître par n'importe quel moyen, en vue de favoriser la circulation ou le trafic prohibés, qu'une personne, se livre à l'un quelconque des actes punissables prévus ci-dessus,

celui qui aura annoncé ou fait connaître comment et par qui de tels objets obscènes peuvent être obtenus directement ou indirectement.

sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

2. Celui qui aura remis ou exhibé des écrits, images, films ou autres objets obscènes à une personne âgée de moins de dix-huit ans, sera puni de l'emprisonnement et de l'amende.

3. Le juge ordonnera la destruction des écrits, images, films ou autres objets obscènes.

Seiler, Berichterstatter: Es ist der zweitletzte Abschnitt, nämlich Art. 178 und 179, und dann werden wir Art. 179bis bis octies besonders behandeln.

Die öffentliche unzüchtige Handlung setzt nicht bloß eine unanständige, sondern eine unzüchtige, sexuelle Gefühle befriedigende oder erregende Handlung voraus. Ueber den Begriff der Öffentlichkeit herrscht Meinungsstreit. Gautier hat ihn so definiert, daß eine öffentliche unzüchtige Handlung dann vorliegt, wenn sie nach dem Ort und den Umständen als unpassend und stoßend empfunden wird. Nicht verlangt wird, daß öffentliches Aergernis erregt wird. Die Strafe ist Gefängnis oder Buße.

Die Bestrafung der unzüchtigen Veröffentlichungen ist wie die Bestrafung des Mädchenhandels international geregelt durch das Uebereinkommen vom 12. September 1922. Bundesrechtlich wird die Materie im früher erwähnten Bundesgesetz vom 30. September 1925 behandelt. Die Regelung ist detaillierter als im Strafgesetzentwurf von 1918. Auch in dieser Beziehung wird auf die Botschaft des Bundesrates vom 25. November 1924 und auf die Beratungen in der Bundesversammlung verwiesen.

M. Logoz, rapporteur: L'art. 178, que la commission vous propose d'adopter tel quel, punit l'outrage

public à la pudeur. Inutile d'insister sur cet article. Je me borne à relever que cet article ne mentionne pas la négligence. Il faut donc l'intention (art. 16), comme en droit genevois, pour que le délit soit constitué. Il ne faut pas se dissimuler que cela pourra rendre assez difficile l'application de l'art. 178. L'objection classique sera celle-ci: l'intention délictueuse était totalement absente. L'auteur n'a même pas songé à la possibilité d'être vu!

L'art. 179, sur les publications obscènes, reproduit matériellement, mais avec quelques améliorations rédactionnelles, l'art. 4 de la loi fédérale du 30 septembre 1925 dont je vous parlais tout à l'heure à propos de la traite des femmes et des enfants.

L'art. 5 de ladite loi fédérale est devenu l'art. 376bis de notre projet.

La loi fédérale du 30 septembre 1925 peut ainsi être complètement abrogée par l'art. 422, lit. q, du projet de code pénal suisse.

Angenommen. — *Adoptés.*

4. Uebertretungen gegen die Sittlichkeit. — Contraventions contre les mœurs.

Art. 179bis—179octies.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 179bis (bisher 314). Wer jemanden, der ihm keinen Anlaß dazu gegeben hat, öffentlich in unzüchtiger Absicht belästigt, wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 179ter (bisher 315). Wer jemanden gewerbsmäßig an öffentlichen Orten durch Zumutungen oder Anträge zur Unzucht anlockt, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 179quater (bisher 316). Wer die Mitbewohner eines Hauses oder die Nachbarschaft durch die Ausübung gewerbsmäßiger Unzucht belästigt, wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

Der Richter kann dem Täter die elterliche Gewalt entziehen.

Macht sich der Täter vor Ablauf eines Jahres nach der Verurteilung nochmals dieser Uebertretung schuldig, und ist er ein Inländer, so kann ihn der Richter in eine Arbeitererziehungsanstalt einweisen. Ist er ein Ausländer, so kann, neben der Hauptstrafe, auf Landesverweisung erkannt werden.

Art. 179quinquies (bisher 317). Macht sich eine unmündige Person, die zur Zeit der Tat das achtzehnte Altersjahr zurückgelegt hat, der Uebertretung der Art. 179ter oder 179quater schuldig, so zieht der Richter über ihren körperlichen und geistigen Zustand und über ihre Erziehung genaue Berichte, in allen zweifelhaften Fällen auch einen ärztlichen Bericht ein.

Der Richter kann die unmündige Person in eine Arbeitererziehungsanstalt einweisen oder sie der Vormundschaftsbehörde oder einer freiwilligen Vereinigung zur Besserung verdorbener Unmündiger überweisen.

Art. 179sexies (bisher 318). Der Vermieter, der in seinen Mieträumen gewerbsmäßige Kuppelei duldet, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Der Richter kann dem Täter die elterliche Gewalt entziehen.

Art. 179septies (bisher 319). Wer, um der Unzucht Vorschub zu leisten, auf eine Gelegenheit zur Unzucht öffentlich aufmerksam macht, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 179octies (bisher 320). 1. Wer Gegenstände, die zur Verhütung der Schwangerschaft oder zur Verhütung von Ansteckung mit einer Geschlechtskrankheit dienen, öffentlich in einer Sitte und Anstand verletzenden Weise ankündigt oder ausstellt, wird mit Buße bestraft.

2. Wer solche Gegenstände oder deren Anpreisung Personen zusendet, die es weder verlangt noch ein berufliches Interesse daran haben, wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

I. Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 179ter. ... Orten in einer Sitte und Anstand verletzenden Weise durch ...

Art. 179octies. Streichen.

II. Minderheit:

(Balestra, Dedual, Eggspühler, Evéquo, Grand, Grünenfelder).

Art. 179octies. ... zusendet, wird ...

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 179bis. (Voir art. 314). Celui qui, publiquement et dans un dessein contraire à la pudeur, aura importuné une personne qui n'y avait pas donné prétexte, sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 179ter. (Voir art. 315). Le professionnel de la prostitution qui, dans un lieu public, aura incité une personne à la débauche par des insistances ou des propositions déshonnêtes, sera puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 179quater. (Voir art. 316). Celui qui, par l'exercice de la prostitution, importunera les habitants de la maison ou les voisins, sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

Le juge pourra prononcer contre le contrevenant la déchéance de la puissance paternelle.

Si, dans l'année qui suit la condamnation le contrevenant réitère cette contravention, et s'il est Suisse, le juge pourra le renvoyer dans une maison d'éducation au travail; s'il est étranger, le juge, accessoirement à la peine principale, pourra prononcer l'expulsion.

Art. 179quinquies. (Voir art. 317). Si l'une des contraventions prévues aux art. 315 et 316 a été commise par une personne mineure qui, au moment de l'infraction, était âgée de plus de dix-huit ans, le juge prendra des informations précises sur son état physique et mental, ainsi que sur son éducation. Dans tous les cas douteux, il devra requérir en outre un rapport médical.

Le juge pourra ordonner le renvoi de la personne mineure dans une maison d'éducation au travail ou la remettre à l'autorité tutélaire ou à une association privée pour le relèvement des mineurs.

Art. 179sexies. (Voir art. 318). Le bailleur qui aura toléré l'exercice du proxénétisme professionnel dans les locaux loués par lui, sera puni des arrêts ou de l'amende.

Le juge pourra prononcer la déchéance de la puissance paternelle.

Art. 179septies. (Voir art. 319). Celui qui, dans le but de favoriser la débauche, aura publiquement attiré l'attention sur une occasion de débauche, sera puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 179octies. (Voir art. 320). 1. Celui qui, de façon à offenser les bonnes mœurs ou la décence, aura annoncé ou exposé en public des objets destinés à prévenir la grossesse ou à empêcher la contagion vénérienne sera puni de l'amende.

2. Celui qui aura envoyé des objets de cette nature ou des réclames qui en recommandent l'usage, à des personnes qui ne les avaient pas demandés ou qui n'y avaient aucun intérêt professionnel, sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

I. Minorité:

(Affolter et cosignataires.)

Art. 179ter. ... un lieu public et en choquant les mœurs et les convenances aura ...

Art. 179octies. Biffer.

II. Minorité:

(Balestra, Dedual, Eggspühler, Evéquo, Grand, Grünenfelder.)

Art. 179octies. ... l'usage, sera, ...

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Als Uebertretungstatbestände auf dem Gebiete der Sittlichkeit sind die Art. 316—320 in das erste Buch hinübergenommen worden. Sie sind teils Offizial-, teils Antragsdelikte. Die Belästigung im Hause und auf der Straße, das Dulden gewerbsmäßiger Kuppelei, das Anlocken zur Unzucht und das Aufmerksammachen werden mit Haft oder Buße bestraft. Administrative Maßnahmen können damit verbunden werden. Der Richter soll sich nicht nur um die Strafe, sondern auch um die Besserung kümmern. Die Zuweisung Unmündiger an die Frauenvereine zur Hebung der Sittlichkeit ist in Frauenkreisen lebhaft begrüßt worden. Die Behandlung gefährdeter oder gefallener Mädchen, so wird richtig ausgeführt, bedarf eines zarten Taktes, einer großen, warmen Liebe und geduldiger Hingebung. Diese Auffassung berührt außerordentlich sympathisch und zweifellos ist wohl auf dem so unkontrollierbaren Gebiete des Sexuallebens das Mitleid für die Verirrten die bessere Waffe als die Verfolgung. Deshalb dürfte sich doch wohl der Verzicht auf die obligatorische Ausweisung von Ausländern als richtig erweisen.

Nicht von großer Bedeutung scheint mir der Antrag der Minderheit zu Art. 179ter zu sein. Wer an öffentlichem Orte zur Unzucht anlockt, wird zweifellos Sitte und Anstand verletzen, auch wenn das Anlocken in verschleierte Form erfolgt. Gemeint ist wohl seitens der Kommissionsminderheit die auffällige Anrumpelung. In diesem Falle aber müßte die Redaktion geändert werden. Wo aber ist dann die Grenze zu ziehen? Die bundesrätliche Fassung scheint die richtigere zu sein.

Die Art. 179quater, quinquies, sexies und septies sind in der Kommission unbestritten geblieben. Sie bilden eine wichtige Ergänzung zu den Verbrechenstatbeständen und kommen den Bestrebungen der Frauenvereine in manchen Punkten entgegen.

Meinungsverschiedenheiten bestehen dagegen in der Kommission über Art. 179octies. Diese Bestimmung handelt von der Anpreisung antikonzep-

tioneller Mittel. Die eine Minderheit will den Artikel überhaupt streichen, die andere Minderheit will nicht nur die Strafbarkeit auf die öffentliche Anpreisung und die Zustellung an Laien und Nichtbesteller angewendet wissen, sondern auch auf die Zustellung an Besteller und Berufsinteressenten. Die Frauenvereine wollen neben dem Versenden auch jedes Uebergeben oder Ueberliefern bestrafen. Unter allen Umständen müsse auch ein Ueberliefern an Minderjährige bestraft werden. Die Frage ist sehr diskutabel und die Bestimmung des Art. 179octies auch nicht in jeder Beziehung klar. Verlangt wird eine öffentliche Ankündigung in einer Sitte und Anstand verletzenden Weise. Persönlich würde ich es vorziehen, wenn die öffentliche Ankündigung in jeder Form mit Strafe bedroht würde. Die Lösung ist eine Halbheit, zeigt aber vielleicht gerade dadurch am besten, wie schwer es ist, auf diesem Gebiete zu legiferieren. Das Radikalste wäre das Verbot der Fabrikation und des Verkaufs. So weit aber scheint man nicht gehen zu wollen. Was man auf alle Fälle nicht will, das ist die Förderung der Versuchung durch öffentliche Anpreisung und durch Ausstellung. Es soll die Verleitung verhütet werden, damit eine bestehende, vom Gesetzgeber als verwerflich erachtete Unsitte nicht noch weiter verbreitet wird. Wir stoßen hier auf sehr heikle Fragen, deren Lösung von der Entwicklung der Volksmoral abhängt. Unhaltbar ist jedenfalls der Minderheitsantrag zu Ziff. 2, der die Versendung schlechthin bestraft, denn damit wäre auch der Fabrikant strafbar, der an den Händler sendet. Die Zusendung, ohne Bestellung allerdings kann als unerlaubte Verleitung betrachtet werden, als Anstiftung zu einer moralisch anfechtbaren Handlung. Die Schwierigkeiten der Beweisführung aber müssen wir von vornherein in den Kauf nehmen. Eine weitere Schwierigkeit ist die Festsetzung des Kreises derjenigen Personen, die ein berufliches Interesse dartun können. Tatsache ist, daß der ganze Artikel verschiedene Rätsel aufgibt und daß die Praxis auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Das Resultat von Ziff. 2 dürfte immerhin das sein, daß die Anpreisungen und Zustellungen eingeschränkt werden.

Ich beantrage Ihnen Annahme der Art. 179bis bis octies in der Fassung der Kommissionsmehrheit, wobei ich mir nicht verhehle, daß die Diskussion über diese Bestimmungen noch nicht geschlossen ist. Man hätte sich wohl fragen können, ob nicht diese Uebertretungen dem kantonalen Polizeirecht überlassen bleiben sollen. Für manche Gegenden besteht ohnehin kein großes Interesse an diesen Uebertretungstatbeständen. Jedenfalls nicht in ihrer Gesamtheit. Die polizeiliche Festnahme auf frischer Tat mit sofortiger Abwandlung würde für einzelne Fälle vielleicht unmittelbarer wirken als eine gerichtliche Verhandlung. Dies nur einige Bedenken, die sich bei erneutem Studium aufgedrängt haben.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Vous ne serez pas fâchés de constater que nous touchons au but: nous arrivons à la fin du chapitre concernant les délits de mœurs.

Les art. 179bis et suivants visent les contraventions contre les mœurs, prévues, dans le projet du Conseil fédéral, aux art. 314 et suivants; elles doivent prendre place à la fin du chapitre V de la partie spéciale du Livre I, si, conformément à la décision

générale prise par votre commission au sujet du Livre II, on les transfère du Livre II dans le Livre I.

Prenons tout d'abord les art. 179bis et ter (art. 314 et 315 du projet du Conseil fédéral).

Dans les deux cas visés par ces textes, il s'agit en définitive d'engager un partenaire de débauche. Mais, alors que l'art. 179bis réprime ce que je me permettrai d'appeler la poursuite, la chasse, l'art. 179ter est applicable à l'offre, au racolage.

La commission vous propose, tout d'abord de faire disparaître une différence à son avis injustifiée et qui, dans le texte du Conseil fédéral, existe entre les art. 314 et 315:

L'art. 314 du projet du Conseil fédéral ne protège que la femme; l'art. 315, au contraire, protège contre le racolage toute personne, donc aussi l'homme.

Mais pourquoi, à l'art. 314, ne protéger que la femme? Les jeunes gens peuvent fort bien être exposés aux poursuites des pédérastes. La commission vous propose donc de dire dans l'art. 179bis que la victime peut être une personne quelconque, homme ou femme.

D'autre part, d'après l'art. 315 du Conseil fédéral, la contravention de racolage peut être commise non seulement par un professionnel de la prostitution, mais aussi par un non-professionnel qui racolerait accidentellement. La commission vous propose de limiter la portée de cette disposition (art. 179ter) aux professionnels, hommes ou femmes, de la prostitution.

Une minorité de la commission voudrait aller plus loin encore et ajouter, dans l'art. 179ter, que les mœurs ou les convenances ont dû être blessées par le racolage.

De l'avis de la majorité de la commission, au contraire, la réalisation des conditions posées par le texte qu'elle vous propose suffit pour justifier la répression du racolage. Vous déciderez, après avoir entendu les motifs à l'appui de la proposition de la minorité.

L'art. 179quater (art. 316 du projet du Conseil fédéral) vise non plus les désordres que la prostitution cause dans la rue, comme les art. 314 à 315, mais ceux dont la prostitution peut être la cause dans l'intérieur des habitations.

Et l'incrimination de l'art. 179quater, comme celle des articles précédents, s'étend aussi à la prostitution masculine.

Tout en reconnaissant l'utilité pratique de cette disposition, votre commission n'a pu s'empêcher de penser ceci: l'art. 179quater frappera souvent non pas les vrais auteurs des faits incriminés (les clients de la prostituée, par exemple), mais de pauvres femmes qui peuvent être plus ou moins innocentes. Il est permis d'avoir pitié de ces malheureuses et, pour leur épargner cette injustice dans la mesure du possible, la commission vous propose, à la différence du projet du Conseil fédéral, de ne punir ici que sur plainte. Il faudra ainsi, tout au moins, que quelqu'un ait été réellement importuné et le dise.

J'ajoute que l'art. 179quater, avec raison, mais au contraire de ce que font encore douze cantons suisses, ne réprime pas la prostitution en elle-même.

Par l'art. 317, que votre commission approuve sous réserve d'une légère modification rédactionnelle et qui, dans le texte de la commission, devient l'art. 179quinquies, le projet veut donner son appui aux efforts tentés en vue du relèvement physique

et moral des mineurs de plus de 18 ans qui se livrent à la prostitution. Pour les mineurs de moins de 18 ans, ce sont les art. 80 et suivants du projet qui sont applicables.

Les sanctions prévues par l'art. 179quinquies sont, non pas des peines, mais des mesures de sûreté ou des mesures éducatrices qui, ici, pour l'inculpé et pour la société, vaudront infiniment mieux que l'incarcération à court terme dans un local d'arrêts.

L'art. 318 du Conseil fédéral, que la commission propose d'adopter comme art. 179sexies, doit être interprété à la lumière de l'art. 174 dont nous parlions tout à l'heure et qui réprime le proxénétisme professionnel.

Cet art. 318 veut punir le propriétaire qui loue des locaux pour l'exercice de la prostitution professionnelle.

Le but de cet article n'est donc pas de frapper celui qui loge la prostituée elle-même (là-dessus, cf. art. 174), mais celui qui loge ce qu'on pourrait appeler un entrepreneur de prostitution. L'art. 318 est certainement applicable, par exemple, à celui qui louerait intentionnellement sa maison ou son appartement à un tenancier de maison de passe.

Le contrevenant laisse faire et, souvent, il spécule sur la qualité de son locataire interlope pour obtenir un loyer élevé. Mais il ne prend pas part aux faits de proxénétisme. On ne peut pas le punir pour complicité de proxénétisme. De là, la nécessité de la disposition que contient l'art. 179sexies.

L'art. 319 du Conseil fédéral, c'est-à-dire l'article 179septies de la commission, a un double but: enrayer le recrutement de la prostitution; en outre, faire œuvre de propreté publique.

La contravention est intentionnelle. C'est la publicité donnée à des occasions de débauche. Bien entendu, si elle est commise par l'organe de la presse, l'art. 26, sur les délits de presse, est applicable.

Enfin, l'art. 179octies (art. 320 du Conseil fédéral), qui donne lieu à une proposition d'une minorité de la commission, n'a pas pour but de faire de la pruderie exagérée. L'art. 179octies vise à prévenir simplement certains procédés grossiers d'exploitation commerciale sans scrupules. Ce qu'il exige, au fond, c'est une certaine discrétion, une certaine pudeur commerciale.

Il vise également à prévenir toute confusion dans l'application de l'art. 179. Sans l'art. 320, il pourrait arriver que, dans certains cas dont cet article fait de simples contraventions, le juge infligerait purement et simplement les peines beaucoup plus dures de l'art. 179.

Il ne faut pas oublier, d'autre part, qu'au nombre des objets visés par l'art. 320, il en est qui, dans certains cas, sont utiles pour la préservation de la santé et dont un médecin honnête peut se voir obligé de prescrire l'emploi. De là les conditions auxquelles l'art. 179octies subordonne la répression. De là, notamment, le fait qu'au chiff. 2, cet article, tel qu'il a été adopté par la majorité de la commission, exclut le cas où les dits objets ou réclames ont été envoyés à une personne qui les avait demandés. Cela n'est pas punissable et cela ne doit pas l'être.

Une minorité de la commission voudrait biffer ce passage. Nous ne pouvons pas la suivre. Il y a là une restriction nécessaire puisque, je le répète, la vente et l'achat des objets en question peut consti-

tuer, dans certains cas et pour certaines personnes, un commerce irréprochable.

La loi ne peut pas entraver ce commerce; elle doit seulement frapper la diffusion abusive des dits objets ou des dites réclames et, notamment et surtout, empêcher que ces objets ne tombent aux mains de personnes auxquelles ils ne doivent pas parvenir.

La majorité de la commission vous recommande l'adoption du texte tel que le Conseil fédéral l'a rédigé.

Je vous signale que ce texte a déjà passé dans une loi genevoise de 1927, sur l'exercice des professions médicales.

Eggspühler, Berichterstatter der II. Minderheit: Die konservativen Mitglieder der Strafrechtskommission beantragen zu Art. 179octies den Zwischensatz: «die es weder verlangt noch ein berufliches Interesse daran haben», zu streichen, so daß der zweite Absatz lautet: «Wer solche Gegenstände oder deren Anpreisung andern zusendet, wird auf Antrag mit Haft oder mit Buße bestraft.»

Ich kann mich in der Begründung ganz kurz halten. Wer Gegenstände, die zur Verhütung der Schwangerschaft oder zur Verhütung von Ansteckung mit einer Geschlechtskrankheit dienen, an Drittpersonen zusendet, auch wenn es nicht verlangt wird oder wenn ein berufliches Interesse daran nicht besteht, soll bestraft werden. Das Anpreisen und Versenden solcher Gegenstände untergräbt geradezu aufs schrecklichste die Sitte und Moral des Volkes, und deshalb kann das Volk von solchen Zusendungen nur dann verschont bleiben, wenn grundsätzlich ein solches Vorgehen mit Strafe bedroht wird. In dieser Beziehung richtet vielfach unsere Presse mit ihren zweideutigen Inseraten großes Unheil und Verderben an. Ich empfehle Ihnen aus diesen Gründen den Zwischensatz in Art. 179octies zu streichen.

Schneider, Berichterstatter der I. Minderheit: Die Minderheit beantragt Ihnen, in Art. 179ter die Aufnahme folgender Worte: «In einer Sitte und Anstand verletzenden Weise.» Sie will damit bezwecken, daß Zumutungen und Anträge zur Unzucht an öffentlichen Orten nur dann bestraft werden sollen, wenn sie Aergernis erregen. Das ist wohl auch materiell der richtige Standpunkt, denn das, was mit der jetzigen Fassung der Kommission erreicht werden will, wird zweifellos nicht erreicht werden. Diese Anträge und Zumutungen werden eben trotzdem an öffentlichen Orten gestellt werden. Dagegen ist die Bestimmung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, wie übrigens auch andere Bestimmungen dieses Gesetzes, eine Quelle von Denunziationen und viel schlimmerem. Ich kann mir ersparen, auf diese Einzelheiten einzugehen, da schon ausführliche Diskussionen im Rate gepflogen worden sind. Ich möchte Sie ersuchen, um nichts Schlimmeres zu erzeugen, Art. 179ter nach unserer Fassung anzunehmen.

Oprecht, Berichterstatter der I. Minderheit: Bei Anlaß der Beratung des Art. 107 betreffend die Frage der künstlichen Unterbrechung der Schwangerschaft haben wir den Standpunkt vertreten, es sei besser, zu verhüten als abzutreiben. Wir möchten bei unserm Streichungsantrag zu Art. 179octies diese Auffassung in aller Deutlichkeit wieder vertreten.

Sie haben damals unsere Anträge, im besondern auch die Anträge in bezug auf Einführung des Begriffes der sozialen Indikation abgelehnt. Wir haben damit alles Interesse daran, dafür zu sorgen, daß die Verbreitung der die Konzeption verhindernden Mittel nicht verhindert wird. Wir müssen damit dafür eintreten, daß die empfängnisverhindernden Mittel verbreitet werden dürfen, und daß keine Polizeiverbote dem entgegenstehen. Ich kann Ihnen Fälle aus meiner früheren Praxis als Fürsorger erzählen, die zeigen, wie nötig es ist, den Familienvätern und Müttern zu empfehlen, unter bestimmten Voraussetzungen solche Mittel in Anwendung zu bringen. Wenn eine Frau jahrelang hintereinander Kinder zur Welt bringen muß und sie dabei körperlich und geistig verkümmert, so ist es ganz klar, daß ein verantwortlicher Fürsorger ihr nahelegen muß, empfängnisverhindernde Mittel anzuwenden. Die Frau darf das aber nicht, weil die katholische Kirche ihr es beispielsweise verbietet. Ich habe einen andern Fall erlebt, wobei der Mann aus der Irrenanstalt zurückkam (er hatte vorher schon minderwertige Kinder auf die Welt gestellt), und damit die Anwendung empfängnisverhütender Mittel dringend nötig erschien. Die katholische Kirche wiederum hat diesen Eheleuten verboten, zu solchen Mitteln zu greifen. Der Erfolg war der, daß ein Jahr darauf wiederum ein Kind als minderwertiges Geschöpf auf die Welt kam und sofort versorgt werden mußte. Wir haben kein Interesse daran, die Armenpflegen und die Öffentlichkeit in solcher Weise zu belasten. Erscheint es deswegen nicht als selbstverständlich, zu verhindern, daß durch ein polizeiliches Verbot die Verbreitung dieser Mittel unterbunden werden kann? Wie will Art. 179octies dies Verbot durchführen? Es heißt in Art. 179octies, daß derjenige mit Buße bestraft werde, der diese Gegenstände öffentlich und in einer Sitte und Anstand verletzenden Weise ankündigt. Wenn es nicht öffentlich geschieht, aber trotzdem Sitte und Anstand verletzt wird, so erfolgt keine Bestrafung. Was heißt: Sitte und Anstand verletzen? Darüber herrschen wahrscheinlich im Kanton Uri ganz andere Begriffe als im Kanton Baselstadt. Wir können mit diesem allgemeinen Begriff nichts anfangen. Sie wissen, daß in verschiedenen Städten des Auslandes und auch in der Schweiz auf private Initiative hin Eheberatungsstellen eingeführt worden sind. Herr Prof. von Gonzenbach hat in Zürich in verdienstlicher Weise die Einrichtung einer solchen Eheberatungsstelle an die Hand genommen. Wir haben tatsächlich alles Interesse daran, die Eheleute darüber aufzuklären, wann und wie empfängnisverhütende Mittel angewendet werden können und sollen. Deswegen sollen wir nicht solche Verbote wie sie Art. 179octies vorsieht einführen. Das gilt auch in bezug auf die Verbreitung der Mittel zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten. Ich kann nicht verstehen, daß man deren Verbreitung verbieten will, da solche Mittel unbedingt nötig sind, damit die Geschlechtskrankheiten sich nicht noch weiter ausdehnen. Nur Prüderie kann dagegen auftreten. Ich weiß, daß beispielsweise im akademischen Nachwuchs die Geschlechtskrankheiten stark verbreitet sind. Sie können Statistiken von Prof. Bloch in Zürich beziehen, die Ihnen darüber Auskunft geben werden. Wenn Sie mit solchen polizeilichen Verboten gegen die Mittel zur Verhütung der Ge-

schlechtskrankheiten auftreten, so werden Sie das Gegenteil dessen erreichen, was Sie wollen, Sie werden die Kurpfuscher fördern und die geheime Anpreisung dieser Mittel. Sie wissen vielleicht auch, daß in Zürich Herr Stadtrat Häberlin seinerzeit einen großen Skandal veranlaßt hat. Er hätte nach der vorliegenden Bestimmung des Art. 179octies bestraft werden müssen, weil er in einer, nach der Meinung gewisser Leute, Anstand und Sitte verletzenden Weise die Anwendung von Mitteln zur Verhütung der Ansteckung mit Geschlechtskrankheiten empfohlen hat. Er ließ überall solche Mittel anpreisen und hat dadurch einen großen Sturm der Entrüstung verursacht. Der Standpunkt von Dr. Häberlin war aber der richtige. Er ging von der Meinung aus, daß es besser sei, die Geschlechtskrankheiten zu verhüten, als ihre Ausdehnung zu ermöglichen.

Sie wissen ferner, daß viele Aufklärungsfilme bestehen. Wahrscheinlich würden diese Filme von gewissen Leuten auch als eine Sitte und Anstand verletzende Propaganda für die empfängnisverhütenden Mittel und gegen die Geschlechtskrankheiten aufgefaßt werden. Wir haben ein Interesse daran, zu verhindern, daß solch eine Eventualität eintritt. Infolgedessen möchte ich Sie bitten, Abs. 1 und 2 des Art. 179octies zu streichen. Ich verstehe nicht, daß die katholische Minderheit ihren Antrag einbringen kann. Er hätte zur Folge, daß jemand solche Mittel bestellen kann, daß sie ihm zugestellt werden, und daß nachher auf seinen Antrag hin Bestrafung erfolgt. Das wäre ganz unhaltbar. Es ist selbstverständlich, daß der Vorschlag der katholischen Minderheit nicht angenommen werden kann.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Ich möchte beantragen, den Antrag der Kommissionsmehrheit anzunehmen. Was Art. 179ter anbetrifft, so glaube ich sagen zu dürfen, daß wenn jemand gewerbsmäßig an einem öffentlichen Ort derartige Zumutungen macht, er ohne weiteres Sitte und Anstand verletzt. Das scheint mir ganz klar zu sein. Was nun den zuletzt erwähnten Punkt (Art. 179octies) anbetrifft, so wird nicht die Verhütung als solche bestraft, sondern es wird die öffentliche Anpreisung solcher Dinge in einer Sitte und Anstand verletzenden Weise unter Strafe gestellt, also nicht die Verhütung an sich. Ich möchte wirklich beantragen, bei den Beschlüssen der Mehrheit der Kommission zu bleiben.

Hoppeler: Die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten wird am besten bekämpft durch die Erziehung zur Selbstzucht. Die möglichste Verbreitung der vorbeugenden Mittel hemmt die Erziehung zur Selbstzucht und bewirkt ganz sicher das Gegenteil. Darauf, was sittlich und was unsittlich ist, wollen wir jetzt nicht weiter eintreten; wir haben viel von diesem Thema gesprochen. Ich will nur auf eines hinweisen: es gibt keines dieser Mittel, welches ganz sicher wirkt, es gibt auch keines, welches ganz unschädlich ist. Man darf daraus schließen, daß darin irgend etwas Unnatürliches liegt, etwas, dem wir nicht Vorschub leisten sollen. Selbstverständlich können wir die Anwendung dieser Mittel nicht verbieten, daran denkt niemand, aber das können wir verhindern, daß man Auswahlendungen und Prospekte überall hinsendet. Das halte ich für unerlaubt, denn es könnte sein, daß manche Leute, die bis dahin einen natürlichen und

tapferen Standpunkt eingenommen haben, nun veranlaßt werden, den bequemen, nachgiebigen und mit Selbstzucht nicht mehr zu vereinbarenden Standpunkt einzunehmen.

Daher müssen wir den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ablehnen. Freilich können wir nicht die Fassung der katholischen Minderheit anwenden, denn da steht einfach, daß die Zusendung verboten ist. Wenn es wirkungsvoll sein sollte, müßte die Zusendung auf Bestellung hin verboten sein, oder wenn man noch weiter gehen wollte, müßte man jeglichen Verkauf verbieten. Man kann nicht einfach das Kriterium der Zusendung annehmen. Es ist doch möglich, daß einer einfach ans Telephon geht und telephonisch soundso viele Exemplare eines gewissen Artikels bestellt, statt daß er in den Laden geht. Das können wir nicht unter Strafe stellen. Das, was die Kommissionsmehrheit hier will, das Verbot der Propaganda ohne Bestellung durch Prospekte und Auswahlendungen trifft das richtige. Ich stelle mich in dieser Hinsicht auf den Boden der Kommissionsmehrheit.

Farbstein: Verboten sein soll der Verkauf und die Anpreisung in einer Sitte und Anstand verletzenden Weise. Nehmen wir an, in einer Apotheke und Drogerie heiße es: Hier sind Pessare zu verkaufen. Das verletzt die öffentliche Sitte. An einem andern Ort werden Mittel gegen Geschlechtskrankheiten angepriesen. Das wollen Sie bestrafen. Wenn der Arzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten in einer Zeitung publiziert: Ich heile Gonorrhoe, Syphilis, so kann das jedes Kind lesen. Diesen Arzt werden Sie nicht bestrafen. Er verletzt in keiner Art und Weise die sogenannte öffentliche Sitte, während der Händler, der in seinem Schaufenster eine Bekanntmachung aufhängt, das tut. Den möchten Sie fassen. Herr Dr. Hoppeler sagt nun allerdings, die Selbstzucht genüge. Herr Dr. Hoppeler ist Arzt und soll das Gewissen eines Arztes haben. Wir wissen aus einer offiziellen Enquete im Jahr 1920/21, daß in diesem Jahre allein 6707 in der Schweiz neu von Geschlechtskrankheiten befallen worden sind. Wir wissen, daß auf 10,000 Menschen in der Schweiz 40 Geschlechtskranke waren. Wie sind die Verhältnisse, Herr Dr. Hoppeler? Kommt das daher, weil alle Männer Hallunken sind? Die Verhältnisse sind nun eben so, daß Akademiker vor dem 28. oder 30. Jahre nicht heiraten können. Der Durchschnittsarbeiter mit einem Lohn von 10 Fr. kann das auch nicht. Die Leute helfen sich dann eben auf irgendeine Art. Man hat da gut sagen: Du sollst ein Held sein, wenn man selbst verheiratet ist, vielleicht die Mittel hatte, jung zu heiraten, reiche Eltern hatte. Wenn einer das nicht kann, so wird er einen andern Weg suchen müssen.

Man sagt uns allerdings, diese Mittel seien nicht verboten. Gewiß sind sie nicht verboten; Sie wollen aber den Menschen unmöglich machen, der Krankheit vorzubeugen. Sie wollen verhindern, daß diese Mittel angewendet werden, die geeignet sind, die Ansteckung zu verhüten. In Zürich, Basel oder Genf wird der vernünftige Richter sagen, hier sei nicht die Absicht, Sitte und Anstand zu verletzen, hier sei die Absicht zu helfen vorherrschend. Aber vielleicht in einem Kanton, wo die Menschen so denken wie Herr Dr. Hoppeler, wird der Richter sagen, es genügt, wenn

sich ein Anschlag findet: «Hier werden Präventivmittel verkauft, hier werden Mittel gegen Geschlechtskrankheiten verkauft», um zu erklären, daß hier die öffentliche Sittlichkeit verletzt wurde. Herr Dr. Hoppeler ist Kinderarzt. Diejenigen, die zu Herrn Dr. Hoppeler kommen, können zahlen. Herr Dr. Hoppeler nimmt kein Kind für 30 oder 40 Fr. auf. (**Hoppeler:** Aber umsonst.) Aber dabei müssen andere Kinder 100, 150 oder 200 Fr. zahlen. Wollen Sie dem armen Mann, der nicht in der Lage ist, seine Kinder zu Dr. Hoppeler zu schicken, der bereits fünf oder sechs Kinder sein eigen nennt, die Ausführung des Vorsatzes, keine Kinder in die Welt zu setzen, untersagen?

Abs. 2 ist etwas Absurdes, etwas Unverständliches. Das Unglück liegt darin, wie ich früher erwähnt habe, daß hier im Ratssaal eine bestimmte Gruppe diese wilde Ehe zwischen Strafrecht und Religion abschließen will. Ueberlassen Sie doch die Religion der Religion. Sie beweisen am besten, daß Sie Ihre Religion nicht kennen, daß Sie kein Zutrauen zu ihr und zu den Lehrern, zu den Predigern und den Geistlichen Ihrer Religion haben. Hätten Sie Zutrauen gehabt, dann hätten Sie gewußt, daß die Religion allein den Leuten beibringt, was sie nach der religiösen Ueberzeugung machen dürfen. Hätten Sie Zutrauen gehabt zu den Lehrern, zu den Predigern und Pfarrern, dann hätten Sie diese Lehrer und Pfarrer und Prediger die Kinder erziehen lassen, dann hätten Sie nicht an Stelle des Pfarrers den Strafrichter gesetzt, an Stelle des Lehrers den Gefangenewart und an Stelle der Kirche das Gefängnis. So werden Sie die Leute nicht erziehen. Glauben Sie, daß derjenige, der zu Gefängnis verurteilt wird, besser, religiöser sein wird. Keineswegs. Er wird vielleicht die Strafe fürchten und ein zweites Mal vorsichtiger sein, aber in religiöser Hinsicht wird er nicht gebessert. Was sagt Abs. 2? Wenn jemand bei einem Drogisten oder in einer Apotheke, sagen wir für seine Frau ein Pessar oder für sich einen Gummi oder ein Mittel gegen Krankheiten bezieht, so kann er gegen den Drogisten, wenn er will, Strafe beantragen. So lautet der Paragraph, ich will ihn vorlesen. «Wer solche Gegenstände oder deren Anpreisung zusendet, wird auf Antrag mit Haft oder Buße bestraft.» Es genügt die Zusendung. Der betreffende Patient soll das Recht haben, in die Apotheke zu gehen und persönlich zu kaufen, dann kann dem Verkäufer nichts geschehen. Wenn aber der Patient telephoniert, bitte schicken Sie mir, oder wenn er einen Brief schreibt, bitte schicken Sie mir, dann kann der Apotheker trotzdem auf Antrag des gleichen Patienten mit Haft oder Buße bestraft werden. Das ist etwas Absurdes. Ich kann mir nicht vorstellen, daß jemand, der ruhig denkt, der sich Jurist nennt, ähnliches vorschreiben will. Der Fehler ist eben, daß Sie kein Strafgesetzbuch, sondern ein kanonisches Gesetzbuch machen wollen. Das kanonische Recht kennt die Gefängnisstrafe nicht, es überläßt die Strafe dem Höheren. Sie aber wollen einerseits ein kanonisches Gesetzbuch, und nebenbei den Staat mit seinen Zuchthäusern und Gefängnissen. Ich beantrage Ihnen, Art. 179 abzulehnen.

Art. 179bis.

Angenommen. — Adopté.

*Art. 179ter.***Abstimmung. — Vote.**

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	65 Stimmen
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	27 Stimmen

*Art. 179quater.*Angenommen. — *Adopté.**Art. 179quinquies.*Angenommen. — *Adopté.**Art. 179sexies.*Angenommen. — *Adopté.**Art. 179septies.*Angenommen. — *Adopté.**Art. 179octies.*

Präsident: Der Antrag der zweiten Minderheit ist zurückgezogen worden, so daß sie nur zwischen dem Antrag der Mehrheit und der ersten Minderheit zu entscheiden haben.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	61 Stimmen
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	27 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

2367. Motion Hunziker. Interkantonale Armenpflege.

Motion Hunziker. Assistance intercantonale.

Motion Hunziker

vom 14. Juni 1928 — du 14 juin 1928.

Der Bundesrat wird eingeladen, den eidg. Räten Bericht und Antrag vorzulegen für eine bundesrechtliche Ordnung der interkantonalen Armenpflege, in dem Sinne, daß verarmte Schweizerbürger, die in einem andern Kanton wohnen, in der Regel nicht mehr heimgeschafft, sondern in ihrem Wohnkanton unterstützt werden sollen unter Mitwirkung des Heimatkantons, wobei das bereits unter elf Kantonen bestehende Konkordat über interkantonale Armenpflege von 1920 als Grundlage dienen könnte.

Le Conseil fédéral est invité à présenter aux Conseils législatifs un rapport et des propositions concernant une réglementation fédérale de l'assistance intercantonale, en ce sens que les citoyens suisses habitant un autre canton qui tombent dans le besoin soient, en général, non plus rapatriés mais assistés au canton de leur domicile moyennant contri-

bution du canton d'origine. Le concordat de 1920 sur l'assistance intercantonale, auquel 11 cantons ont déjà adhéré, pourrait servir de base à cette réglementation.

Mitunterzeichner — Cosignataires: von Arx, Balmer-Grindelwald, Billieux, Censi, Eggspühler, Fricker, Graf, Hardmeier, Jeker, Keller, Mächler, Moser-Luzern, Peter, Rusca-Chiasso, Schmid-Zürich, Schüpbach, Stohler, Sträuli-Winterthur, Tschudy, Zimmerli. (20)

Hunziker: Durch die Motion über die Ordnung der interkantonalen Armenpflege, welche ich mit 20 Kollegen in der Junisession des letzten Jahres eingereicht habe, wird der Bundesrat eingeladen, die Frage zu prüfen, ob die Zeit nicht gekommen sei, um eine bundesrechtliche Ordnung der interkantonalen Armenpflege zu erlassen in dem Sinne, daß in Zukunft der verarmte Schweizerbürger in andern Kantonen in der Regel an seinem Wohnsitz unterstützt wird, unter Mitwirkung seines Heimatkantons. Dabei könnte das unter zehn Kantonen bestehende Konkordat als wertvolle Grundlage dienen.

Dieser Antrag ist eigentlich schon wiederholt von den eidgenössischen Räten postuliert und angenommen worden. Schon in den Revisionsverhandlungen von 1871 und 1874 hat namentlich Bundespräsident Schenk die Unterstützung der armen Schweizerbürger in andern Kantonen am Wohnsitz gefordert. Dann aber ist im Jahre 1906 sowohl im Ständerat als auch im Nationalrat, im Ständerat durch den Zürcher Stössel, im Nationalrat durch den Berner Bigler, die Motion gestellt worden, wie ich sie Ihnen heute wieder vorlege, und im Jahre 1911 hat Regierungsrat Lutz aus Zürich die gleiche Motion ebenfalls gestellt. Schließlich war es wieder der Berner Burren, der im Jahre 1918 die Motion gestellt und begründet hat, es sei die wohnotliche Unterstützung einzuführen oder der Bund müsse doch wenigstens das Konkordat über die interkantonale Armenpflege, das unter zehn Kantonen besteht, finanziell unterstützen.

Der Bundesrat selber hat im Geschäftsbericht von 1922 ebenfalls zur Frage Stellung genommen. Er hat sich bereit erklärt, er wolle ein Bundesgesetz vorlegen, in welchem der Grundsatz aufgestellt werde, daß der Schweizerbürger in andern Kantonen am Wohnort zu unterstützen sei. Die Subventionen eines allfälligen Konkordates hat er jedoch damals abgelehnt. Seither ist von Bundes wegen in dieser Angelegenheit nichts mehr gegangen.

Die Entwicklung des schweizerischen Armenwesens ist kein Ruhmesblatt für unsere Landespolitik. So achtunggebietend in andern Zweigen des geistigen und wirtschaftlichen Lebens unser Land dasteht, so kläglich nimmt sich der Stand unseres Armenwesens aus. Bei uns gilt immer noch das starre Heimatprinzip mit seinen ühllen Folgen. Die finanziell schwachen Heimatgemeinden, die viele Bürger auswärts haben, leiden unter einem starken Steuerdruck. Die Industriezentren allerdings, die haben ihre freiwillige Armenpflege. Allein eine Rechtspflicht zur Unterstützung besteht für diese Industriezentren nicht. Es kommt in der Unterstützung eben sehr darauf an, wie die Heimatgemeinde und der Heimatkanton bei dieser freiwilligen Armenpflege mithilft, und das ist sehr verschieden. Ein erfahrener Armenpfleger hat mir gesagt, wenn die Unterstützung einen

Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung

Bulletin sténographique de l'Assemblée fédérale

Herbst-Session — 1929 — Session d'automne

4. Tagung der 28. Amtsdauer — 4^me session de la 28^e législature

Bezugspreis: In der Schweiz jährlich 12 Fr., die Postgebühr eingerechnet, im übrigen Postvereinsgebiet 16 Fr.
Bezug ausschliesslich durch die Expedition Buchdruckerei Fritz Pochon-Jent, in Bern.

Abonnements: Un an: Suisse 12 frs., port compris. Union postale 16 frs.
On s'abonne exclusivement auprès de l'office expéditeur, l'imprimerie Fritz Pochon-Jent, à Berne.

Vormittagssitzung vom 24. September 1929.
Séance du matin du 24 septembre 1929.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Walther.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.

Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 180 hiavor. — Voir page 180 ci-devant.)

Art. 180—186.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 180. 1. Der Beischlaf zwischen Blutsverwandten in gerader Linie und zwischen voll- oder halbbürtigen Geschwistern wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Wer mit einem unmündigen, mehr als sechzehn Jahre alten Verwandten gerader Linie den Beischlaf vollzieht, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

3. Unmündige, die der Verführung von Mündigen erlegen sind, bleiben straflos.

4. Die Verjährung tritt in zwei Jahren ein.

Art. 181. Der Ehegatte, der einen Ehebruch begeht, und sein Mitschuldiger werden, auf Antrag des beleidigten Ehegatten, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, wenn die Ehe wegen dieses Ehebruchs geschieden oder getrennt wurde.

War zur Zeit der Tat die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten aufgehoben, so kann der Richter von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Der Antrag ist innerhalb dreier Monate von dem Tag, an dem das Scheidungs- oder Trennungsurteil rechtskräftig wurde, zu stellen.

Kein Antragsrecht hat der Ehegatte, der dem Ehebruch zugestimmt oder ihn verziehen hat.

Stirbt der beleidigte Ehegatte, so fallen die Strafverfolgung und die Strafvollstreckung dahin.

Art. 182. Abs. 1 und 2: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Ziff. 3 streichen.

Art. 183. Abs. 1: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Abs. 2: Streichen.

Art. 184. Wer aus bösem Willen, aus Arbeitscheu oder aus Liederlichkeit die familienrechtlichen Unterhalts- oder Unterstützungspflichten gegenüber seinen Angehörigen nicht erfüllt,

wer aus bösem Willen, aus Arbeitscheu oder aus Liederlichkeit die ihm aus Gesetz oder freiwilliger Anerkennung obliegenden vermögensrechtlichen Pflichten gegenüber einer von ihm außerehelich Geschwängerten oder gegenüber einem außerehelichen Kinde nicht erfüllt,

wird mit Gefängnis bestraft.

Art. 185. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 186. Wer eine unmündige Person dem Inhaber der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt entzieht oder vorenthält, wird, auf Antrag, mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 181. Streichen, eventuell Abänderung nach folgendem Wortlaut:

1. Der Ehegatte, der einen Ehebruch begeht, und sein Mitschuldiger werden, auf Antrag des beleidigten Ehegatten, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, wenn die Ehe wegen dieses Ehebruchs geschieden oder getrennt wurde.

War zur Zeit der Tat die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten aufgehoben, so kann der Richter von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Der Antrag ist innerhalb dreier Monate von dem Tag, an dem das Scheidungs- oder Trennungsurteil rechtskräftig wurde, zu stellen.

2. Kein Antragsrecht hat der Ehegatte, der dem Ehebruch zugestimmt oder ihn verziehen hat, der selbst einen Ehebruch begangen hat, der sich einer der in den Art. 138—140 Z. G. B. erwähnten Handlungen schuldig gemacht hat oder dessen Schuld vorwiegend die tiefe Zerrüttung der Ehe zuzuschreiben ist.

3. Stirbt der beleidigte Ehegatte, so fallen die Strafverfolgungen und die Strafvollstreckung dahin.

Propositions de la commission.

Majorité :

Art. 180. Adhérer au projet du Conseil fédéral. (La modification ne concerne que le texte allemand.)

Art. 181. Le conjoint qui aura commis adultère et son complice seront, sur plainte du conjoint outragé, punis de l'emprisonnement pour un an au plus, si le divorce ou la séparation de corps a été prononcé à raison de cet adultère.

Le juge pourra exempter le délinquant de toute peine si, au moment où l'adultère a été commis, la vie commune des époux avait cessé.

La plainte devra être portée dans les trois mois à partir du jour où le jugement prononçant le divorce ou la séparation de corps est passé en force de chose jugée.

La mort du conjoint outragé éteint l'action pénale et fait cesser l'exécution de la peine.

Art. 182. Al. 1 et 2: Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 3: Biffer.

Art. 183. Al. 1: Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 2: Biffer.

Art. 184. Celui qui, par mauvaise volonté, par fainéantise ou par inconduite, n'acquittera pas les aliments ou les subsides qu'il doit à ses proches en vertu du droit de famille,

celui qui, par mauvaise volonté, par fainéantise ou par inconduite, n'aura pas satisfait aux obligations pécuniaires que la loi ou une promesse lui impose envers une personne qu'il a rendue enceinte hors mariage ou envers un enfant naturel, sera puni de l'emprisonnement.

Art. 185. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 186. Celui qui aura soustrait ou refusé de remettre un mineur à la personne qui exerce la puissance paternelle ou la tutelle, sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Minorité :

(Affolter et cosignataires.)

Art. 181. Biffer l'article, subsidiairement, le compléter comme il suit:

1. Le conjoint ...

... chose jugée.

2. Le conjoint qui a consenti à l'adultère ou l'a pardonné, qui a commis lui-même adultère, qui s'est rendu coupable d'un des actes prévus aux art. 138 à 140 du Code civil suisse ou auquel la désunion est surtout imputable n'a pas le droit de porter plainte.

3. La mort ...

Antrag Müller-Großhöchstetten.

Art. 184, Abs. 3 (neu). Wer eine Frau, die von ihm schwanger ist, in bedrängter Lage im Stiche läßt, wird mit Gefängnis bestraft.

Amendement Müller-Grosshöchstetten.

Art. 184, 3^e alinéa (nouveau). Celui qui aura laissé dans le dénûment une femme enceinte des ses œuvres sera puni de l'emprisonnement.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Aus dem Schema, das Ihnen zugestellt worden ist, sehen Sie, daß die Referenten beabsichtigen, in dieser Session ein reichliches Stück der Vorlage zu erledigen; ich möchte Sie bitten, uns in diesem Bestreben zu unterstützen. Es ist Ihnen bekannt, daß wir in der Frühjahrsession bis Art. 179 vorgerückt sind. Vom 5. Abschnitt ist einzig zurückgelegt worden Art. 169 über die widernatürliche Unzucht. Die Kommission wird sich mit dieser Angelegenheit noch zu beschäftigen haben und Ihnen dann später darüber Antrag stellen.

Ich gehe nun über zum VI. Abschnitt und bitte die Herren, die zufälligerweise die Vorlage hier haben, Seite 72 aufzuschlagen und das Kapitel über die Vergehen gegen die Familie vorzunehmen.

Der VI. Abschnitt behandelt die Verbrechen und die Vergehen gegen die Familie, Art. 180—186.

Drei Gruppen von strafbaren Handlungen fallen unter diesen Abschnitt: Die geschlechtlichen Verbrechen gegen die Familienordnung, die Verletzung der Fürsorgepflichten und der Entzug unmündiger Personen aus der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt.

Zur Frage der Blutschande ist wenig zu sagen. Es wurde in der Expertenkommission darüber gestritten, ob dieses Verbrechen häufig oder selten sei. Auf keinem Gebiete werden wohl Feststellungen schwieriger sein, als auf diesem. Der Kanton Genf kennt das Delikt nicht; nur wenn Notzucht oder unzüchtige Handlung vorliegt, ist die Begehung unter nahen Verwandten Strafschärfungsgrund. Ein Streichungsantrag wurde mit Rücksicht auf die deutschschweizerische Auffassung nicht gestellt. Streitig war nur die Strafschärfung bei Verbrechen mit Unmündigen. Die Aenderung in unserer Kommission ist rein redaktionell.

(Zu lebhafter Diskussion führte in unserer Kommission der Ehebruchartikel. Die Expertenkommission hat wiederholt darüber beraten und in einer ersten Abstimmung, bei der die Kommission allerdings große Lücken aufwies, Streichung und später dann durch Stichtscheid des Präsidenten die Beibehaltung beschlossen. Wenn wir die beiden Auffassungen in großen Zügen skizzieren wollen, so ist folgendes zu sagen: Für die Strafbarkeit des Ehebruchs wird angeführt die stark verbreitete Volksmeinung und die Gefahr, daß die Strafbefreiung schließlich zur Auffassung führen könnte, der Ehebruch sei etwas Erlaubtes. Zur Begründung der Strafflosigkeit wurde angeführt, daß der Ehebruch wohl eine unmoralische Handlung, eine schwere Sünde sei, nicht aber ein Verbrechen, daß die Folgen der Bestrafung oft schlimmer seien, als die Tat selbst, daß die Strafdrohung unwirksam sei, daß sie das Familienleben schwer beeinträchtige und besonders den Kindern unberechenbares Leid zufügen könne.

In unserer Kommission hat sich eine entschiedene Mehrheit für die Strafbarkeit gefunden. Mit 16 gegen 6 Stimmen wurde Art. 181 grundsätzlich aufrechterhalten. Am Streichungsantrag wird von der Minderheit festgehalten. Es werden somit die Gründe für und gegen die Bestimmung eingehend erörtert werden. Dabei wird selbstverständlich nicht nur auf die Volksstimmung abgestellt werden dürfen, sondern es muß die Strafantrohung in sich selbst gerechtfertigt sein. Die entscheidende Frage ist die, ob der Anspruch auf eheliche Treue den strafrechtlichen Schutz erfordere und rechtfertige. Dies trifft nach Auffassung der Kommissionsmehrheit zu. Es ist unzweifelhaft, daß die Gefühle des beleidigten Ehegatten auf das Tiefste verletzt werden können und daß das Bedürfnis nach einer Sühne, die über die zivilrechtlichen Folgen hinausgeht, ausgelöst wird. Und zwar darf dieses Bedürfnis nicht ohne weiteres als Rachegefühl taxiert und verurteilt werden, sondern es wird häufig eine legitime Reaktion gegen begangenes Unrecht sein. Ob der beleidigte Ehegatte im einzelnen Falle von seinem Rechte Gebrauch macht oder nicht, ist eine andere Frage. Es mag durchaus zutreffen, daß der Berechtigte aus Gründen dieser oder jener Art auf die strafrechtliche Verfolgung verzichtet, es mag auch sein, daß in manchen Fällen Zorn und Rachegefühl die Triebfeder der Klage sind. Dies alles aber spricht nicht gegen das Klagerecht als solches. Der Straffreiheit steht aber ganz zweifellos die Erwägung entgegen, daß dem Eherecht, das durch das Z. G. B. auf eine hohe Stufe gestellt ist, ein wirksames Schutzmittel entzogen würde. Es ist nicht gleichgültig, ob ein Verhalten von Staats wegen als strafbar, oder aber als straflos bezeichnet wird und es kann nicht bestritten werden, daß die Aufhebung der Strafbarkeit durch eine gesamtdegenössische Regelung den Ehebruch, der nach dem Z. G. B. als der schwerste Verstoß gegen die Ehepflichten aufgefaßt wird, zwar nicht legitimieren, aber sicherlich in seiner Bedeutung entkräften würde.

Dies in prinzipieller Bedienung. Im übrigen ist auch die Mehrheit damit einverstanden, daß die Strafbarkeit nur unter bestimmten Voraussetzungen eintreten soll und kann. Einmal muß die Ehe wegen Ehebruchs geschieden oder getrennt sein; sodann wird die Verfolgung nicht von Amtes wegen, sondern nur auf Antrag stattfinden. Im fernern soll von einer Bestrafung Umgang genommen werden können, wenn zur Zeit der Tat die häusliche Gemeinschaft schon aufgehoben war. Die Antragsberechtigung ist zudem zeitlich eng begrenzt und der Tod des beleidigten Ehegatten soll die Straffolgen auslösen. Verzeihung oder gar Zustimmung schließen die Strafbarkeit aus. Dabei ist zu bemerken, daß der Entwurf des Bundesrates die Klage schon nach der Anhebung der Scheidungsklage zuließ; nach der Fassung der Kommission muß die Ehe geschieden oder getrennt sein, und zwar wegen Ehebruchs. Zu beachten ist auch die Reduktion der Strafe auf höchstens ein Jahr Gefängnis.

Nun hat die Minderheit neben dem Streichungsantrag eventuell einen Antrag auf Abänderung des Textes gestellt. Vom Antrag soll auch derjenige Ehegatte ausgeschlossen sein, der selbst einen Ehebruch begangen, der sich überhaupt gegen die Art. 138—140 Z. G. B. verstoßen oder dessen Schuld vorwiegend die

tiefe Zerrüttung der Ehe verschuldet hat. Art. 138 bis 140 Z. G. B. enthalten die Scheidungsgründe der Nachstellung nach dem Leben, der schweren Mißhandlung und schweren Ehrenkränkung, des entehrenden Verbrechen und unehrenhaften Lebenswandels und der böswilligen Verlassung. Soll, das ist die Frage, der klageberechtigte Ehegatte wegen dieses Verhaltens des andern Ehegatten die Ehe brechen dürfen? Wir glauben nein. Wohl soll er die Ehe lösen, nicht aber das anfechtbare Verhalten des Ehegatten nun seinerseits zum Vorwand für ein ehewidriges Verhalten nehmen dürfen. Im Falle des Ehebruchs beider Ehegatten wird wohl die Strafklage, sofern sie überhaupt erhoben wird, beidseitig zurückgezogen werden. Und schließlich würde auch eine beidseitige Bestrafung kein Unglück sein.

Ich beantrage Ihnen Zustimmung zu den Anträgen der Kommissionsmehrheit.

Die Bigamie wird gemäß Art. 182 mit schwerer Strafe belegt. Gewöhnlich ist damit eine schwere Vernachlässigung der rechtmäßigen Familie verbunden. Strafbarkeit besteht nur, wenn die Tat vorsätzlich begangen wird, d. h. wenn die Täter wissen, daß sie eine Doppelehe eingehen. Vollendet ist das Verbrechen im Zeitpunkt der Eingehung der zweiten Ehe. Der bis anhin Unverheiratete wird milder bestraft als der Verheiratete.

Gestrichen hat die Kommission Ziff. 3 von Art. 182. Sie ist mit Rücksicht auf Art. 68 überflüssig, da die Bigamie ein Dauerverbrechen ist, dessen Verjährung erst beginnt, wenn das strafbare Verhalten aufhört. Das strafbare Verhalten hört nicht auf, solange die mehrfache Ehe besteht.

In Art. 183 hat die Kommission den zweiten Absatz gestrichen, nicht weil die Kindesunterschiebung nicht auch aus achtungswerten Beweggründen erfolgen könnte, sondern weil diese Bestimmung eben überflüssig ist. Art. 61 sieht ganz allgemein Strafmilderung aus achtungswerten Beweggründen vor und nach Art. 62 kann in diesen Fällen die Gefängnisstrafe in Haft oder Buße umgewandelt werden.

Eine Unterstützung der zivilrechtlichen Bestimmungen bedeutet die Strafbarkeit der Vernachlässigung der Familienpflichten und der Pflichten gegenüber der unehelichen Mutter und den unehelichen Kindern. Art. 184 entspricht einem eigentlichen Bedürfnis. Die Kommissionsanträge bilden eine Präzisierung. Selbstverständlich ist nur die verschuldete Pflichtversäumnis strafbar.

In diesem Zusammenhang ist nun die schon früher gemachte Anregung des Herrn Müller-Großhöchstetten zu erwähnen, welcher die Bestrafung desjenigen begehrt, der durch sein Verhalten eine Abtreibung oder Kindstötung mitverschuldet, desjenigen also, der eine von ihm Geschwängerte in einer Lage läßt, aus der sie nur durch Abtreibung oder Kindstötung einen Ausweg glaubt finden zu können. Die Anregung ist zweifellos gut gemeint und enthält einen durchaus berechtigten Kern. Strafrechtlich ist jedoch die Frage nicht so einfach zu lösen, wie es auf den ersten Blick erscheinen möchte. Von einem Mitverschulden an der Abtreibung oder Kindstötung in strafrechtlichem Sinn kann nicht gesprochen werden. Die zweifellos vorhandene moralische Verantwortung ist juristisch nicht faßbar. Es fehlt die Schuld, es sei denn, daß es sich um den Fall der Anstiftung oder der Gehilfenschaft handelt.

Nun ist es aber möglich, auf einem andern Weg den Absichten des Herrn Müller entgegenzukommen. Der Vorentwurf von 1908 enthielt einen Art. 141 mit folgendem Wortlaut: « Wer eine Frau, die von ihm geschwängert ist, in bedrängter Lage im Stiche läßt, wird mit Gefängnis bestraft. » Dieser allgemeine Tatbestand ist in der zweiten Expertenkommission nach wiederholter Diskussion fallen gelassen worden. Art. 184 beschränkt sich nach der heutigen Fassung auf die Bestrafung der Unterlassung der gesetzlichen oder vertraglichen Unterstützungspflicht, gegenüber Familiengenossen oder Geschwängerten. Will man dem Gedanken des Herrn Müller Rechnung tragen, so muß man in Art. 184 einen neuen, dritten Absatz aufnehmen, der den alten Art. 141 des Vorentwurfes wieder herstellt. Der Antrag ist nun gestellt; der Rat mag darüber entscheiden.

Die Vernachlässigung der Elternrechte durch Uebergabe der Kinder an ungeeignete Dritte zieht nach Art. 185 Gefängnisstrafe nach sich. Qualifiziert ist die Tat im Falle der Gewinnsucht. Die Bestimmung beschränkt sich auf die Eltern, umfaßt also nicht die Vormünder. Sie ist das Ergebnis einer auf Grund sehr detaillierter Anträge erfolgten Diskussion über die Kinderschutzanträge von Dr. Silbernagel.

Die Entziehung und das Vorenthalten von Unmündigen ist nach der neuen Fassung der Kommission nur auf Antrag strafbar. Es wird leichte Fälle geben, welche eine bloße Buße rechtfertigen. Wir denken dabei an die Mutter, der das Erziehungsrecht genommen ist, die nun aber ihre Mutterliebe nicht verloren hat und das Kind unberechtigterweise zu sich nimmt.

Ich empfehle Ihnen sämtliche Anträge der Kommission bzw. der Kommissionsmehrheit zur Annahme.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Nous reprenons au chap. VI l'examen de la partie spéciale du livre premier du projet.

Le caractère complémentaire, sanctionnateur, du droit pénal apparaît avec une netteté particulière dans les dispositions dont nous allons parler. Ces dispositions doivent en effet assurer l'observation de certaines règles du droit civil. Le bien juridique ici protégé est la famille. Comme base de l'Etat, comme base de l'ordre social tel que nous le concevons, la famille est, à certains égards, un bien juridique de la communauté.

Le chapitre que nous abordons est donc un chapitre de transition entre ceux qui contiennent les dispositions protégeant les biens juridiques des particuliers et les chapitres VII et suivants qui visent des infractions dirigées contre des biens collectifs, puis des infractions dirigées contre l'Etat lui-même.

Le chapitre VI réprime, tout d'abord, trois infractions aux règles concernant le mariage: l'inceste, l'adultère et la bigamie. Puis les art. 183 et suivants visent divers délits contre la famille ou les devoirs de famille en général.

Sur l'art. 180, qui définit l'inceste, et le punit comme le font déjà presque toutes les lois en vigueur, pas d'observation. La commission vous propose d'adopter l'art. 180 tel qu'il figure dans le projet du Conseil fédéral.

A mon regret, il m'est impossible d'être aussi bref au sujet de l'art. 181, qui réprime l'adultère. Ce n'est pas — M. le président Seiler l'a rappelé tout à l'heure — sans de fortes hésitations qu'on a inséré et, jusqu'ici, maintenu cette disposition dans le projet. La première commission d'experts, présidée par feu M. Ruffy, avait voté le maintien de l'article qui réprime l'adultère à une voix de majorité, celle du président; ce dernier avait d'ailleurs déclaré que son vote était motivé uniquement par des considérations de politique législative.

Mêmes hésitations à la seconde commission d'experts et même conclusion. M. Zürcher (procès-verbaux, troisième volume, page 282) a déclaré:

« Je serais personnellement d'accord de biffer l'article, mais notre peuple ne comprendrait pas cette attitude. »

De même, M. Gautier, rapporteur français, s'est « contraint à voter pour le maintien, mais uniquement pour ne pas compromettre le sort du projet ».

De même encore, feu M. Müller, conseiller fédéral, est allé jusqu'à dire (procès-verbaux III, page 292):

« Je höher und idealer die Ehe aufgefaßt wird, desto mehr wird man den Strafschutz ablehnen. Er gehört einer vergangenen Zeit an. Es geht mir aber wie Stooß, der den Glauben nicht aufkommen lassen wollte, daß der Ehebruch etwas Erlaubtes sei. Das wäre eine falsche, aber immerhin mögliche Schlußfolgerung aus der Streichung des Artikels. »

En définitive, la seconde commission d'experts s'est d'abord prononcée pour la suppression (III, 294); mais ce vote ayant été émis à 9 voix contre 8 et à un moment où la commission n'était plus au complet, le président a provoqué plus tard un second vote, qui a eu le résultat inverse.

Le moins qu'on puisse dire, c'est donc que l'art. 181 a été inséré et maintenu dans le projet sans aucun enthousiasme. Si, à cela, on ajoute que l'application de cet article sera relativement rare, on peut admettre qu'il valait la peine pour votre commission et qu'il vaut la peine pour ce Conseil lui-même, de reprendre l'examen de la question de principe que pose l'art. 181.

Faut-il déclarer l'adultère punissable? Cette solution est-elle justifiée en principe? Avec le rapporteur français de la seconde commission d'experts, le professeur Gautier, je réponds « non » sans hésiter.

Et si je me prononce ainsi, ce n'est certes pas — j'ai à peine besoin de le dire — que j'approuve ou même que j'excuse l'adultère. Au contraire.

L'adultère est un acte hautement immoral; c'est un manquement grave à la parole donnée; mais, à mon avis, il ne faut pas en faire un délit. Au point de vue des intérêts de la société et de la famille elle-même, la répression pénale non seulement est inefficace, mais elle peut être hautement nuisible. Elle ne prévient rien: on ne feuillette pas le Code pénal avant de commettre un adultère. D'autre part, la répression pénale me paraît rabaisser, diminuer la sainteté du mariage; car, surtout quand elle a lieu sur plainte — seul système acceptable si l'on veut punir l'adultère — elle apparaît trop souvent comme un acte de basse et laide vengeance; elle peut en outre donner lieu à des chantages particulièrement répugnants. Enfin, la punition de l'adultère peut causer aux enfants, s'il y en a, un tort irréparable.

En un mot, la répression pénale de l'adultère ne paraît pas conciliable avec une conception élevée

de la famille et du mariage. La vraie sanction de l'adultère, à mon sens, c'est le divorce ou la séparation, avec les conséquences qui peuvent s'y rattacher au préjudice de l'époux coupable (perte des enfants, etc.).

A tout cela, on n'oppose guère qu'une objection: le peuple ne comprendrait pas qu'on renonçât à la répression pénale de l'adultère. Est-il bien vrai que notre peuple ne pourrait pas comprendre les raisons sérieuses et élevées qui parlent en faveur d'une sanction purement civile donnée à l'adultère? Le futur Code pénal suisse doit-il absolument se mettre à la remorque de conceptions populaires qui, réellement, ont fait leur temps?

J'en doute et, personnellement, je considérerais la suppression pure et simple de l'art. 181 comme un progrès. Je ne crois pas, soit dit sans vouloir offenser personne, qu'à Genève et à Bâle, où l'adultère n'est pas poursuivable pénalement, la fidélité conjugale soit plus mal respectée que dans les autres cantons suisses.

La majorité de la commission a cependant, pour les raisons indiquées par M. le président Seiler, cru devoir maintenir l'art. 181, tout en le rédigeant — il faut le reconnaître — d'une façon telle qu'il peut être accepté sans trop d'apprehensions même par les Bâlois et par mes compatriotes de Genève.

1^o En premier lieu, la commission a abaissé le maximum de la peine: emprisonnement pour un an au plus (voir dans le même sens le projet allemand de 1925, art. 280). La commission a également prévu, au chiff. 1^{er}, al. 2, que le délinquant pourra être exempté de toute peine si, au moment où l'adultère a été commis, la vie commune des époux avait cessé.

2^o En second lieu et surtout, la commission vous propose de subordonner la répression pénale de l'adultère à la condition que le divorce ou la séparation de corps — ceci intéresse surtout nos concitoyens catholiques — ait été préalablement prononcé.

Cela répond à l'une des objections sérieuses qu'on peut faire à la punition de l'adultère: l'objection tirée du scandale qu'un tel procès peut causer, au préjudice, notamment, des enfants, s'il y en a. Le divorce ou la séparation de corps prononcés, la poursuite pénale n'a plus grand'chose à révéler.

Il y a d'ailleurs d'autres arguments. Il faut éviter (et le texte proposé par la commission évite) que le procès pénal pour adultère ne soit intenté seulement pour préparer ou faciliter l'action en divorce ou en séparation de corps et, notamment, pour procurer à bon compte les preuves nécessaires à celui qui veut intenter l'action en divorce. Ce n'est pas là le but d'une disposition qui punit l'adultère. L'utiliser à ces fins, c'est commettre un abus auquel il faut couper court.

Il faut d'ailleurs éviter aussi, autant que possible, que l'art. 181 ne soit utilisé dans un but de pure vengeance. Et il serait scandaleux qu'un des époux puisse faire condamner l'autre tout en continuant à exiger de lui l'affection et la confiance qui doivent être le fondement du mariage.

En exigeant le divorce ou la séparation préalables, on évite ce scandale; on impose en outre au conjoint trompé un délai de réflexion utile, avant qu'il puisse porter plainte.

3^o Un troisième point à signaler au sujet de la proposition de votre commission, c'est que la condition du divorce ou de la séparation préalable rend

superflu l'al. 2 du chiff. 2 du projet du Conseil fédéral, qui dit:

« Le conjoint qui a consenti à l'adultère ou l'a pardonné n'a pas le droit de porter plainte. »

Cette disposition est le pendant au pénal de ce qu'est au civil l'art. 137, al. 3, du Code civil. Mais si cet art. 137, al. 3, du Code civil suisse est applicable, le divorce ou la séparation ne pourront pas être prononcés et alors, d'après le texte de notre commission, il n'y a pas de poursuite pénale possible contre l'adultère. Le chiff. 2, al. 2, du projet du Conseil fédéral peut donc tomber, et je ne m'explique pas pourquoi la minorité de la commission a repris ce passage dans le chiff. 2 nouveau qu'elle propose.

4^o Enfin, quatrième et dernier point: Non seulement la commission, d'accord avec le Conseil fédéral, fait de l'adultère un délit sur plainte — ce qui est plus que justifié — mais elle ajoute à l'al. 3 du texte proposé par elle, que la plainte devra être portée dans les trois mois à partir du jour où le jugement prononçant le divorce ou la séparation aura acquis force de chose jugée.

La rédaction adoptée par la commission pour l'al. 1^{er} rend nécessaire de substituer ici cette règle à la règle générale que pose l'art. 28 de notre projet.

La minorité de la commission propose de compléter éventuellement l'art. 181, texte de la majorité de la commission, en y ajoutant un chiff. 2 qui dit: « Le conjoint qui a consenti à l'adultère ou l'a pardonné, qui a commis lui-même l'adultère, ou qui s'est rendu coupable d'un des actes prévus aux art. 138 à 140 du Code civil suisse, n'a pas le droit de porter plainte. » Vous entendrez tout à l'heure les motifs à l'appui de cette proposition de la minorité.

L'art. 182 réprime la bigamie; la commission approuve les dispositions de cet article, sauf le chiff. 3 qu'elle propose de biffer. Tout en considérant la bigamie comme un délit instantané, la commission ne voit pas de raisons suffisantes pour maintenir la règle d'exception posée au chiff. 3, règle qui pourrait avoir des conséquences trop dures.

Art. 183. La proposition propose d'adopter également le premier alinéa du texte du Conseil fédéral qui réprime la suppression et la falsification d'état-civil; elle propose en revanche la suppression du deuxième alinéa de cet article, qui paraît superflu en présence de l'art. 61 sur les circonstances atténuantes.

L'art. 184 est un article particulièrement important. Tel que le propose le Conseil fédéral, il prévoit, sous la dénomination de « violations des devoirs de famille », deux infractions différentes.

1^o Le chiff. 1 sanctionne le devoir d'entretenir sa famille, considéré comme une obligation d'ordre économique consacrée et définie par le Code civil suisse. La commission vous propose de préciser que le délit prévu au chiff. 1 de l'art. 184 ne peut être commis qu'au préjudice des proches du délinquant (cf. art. 97, chiff. 2).

En outre, la commission estime que l'art. 184, chiff. 1, du projet du Conseil fédéral risque d'aller trop loin et fait trop de casuistique en parlant d'aliments ou de subsides dus « en vertu de la loi, d'une convention ou d'une décision du juge ou de l'autorité administrative compétente ». De l'avis de la commission, il suffit de parler des aliments ou des subsides dus « en vertu du droit de famille ».

2° Le chiff. 2 du texte du Conseil fédéral vise non plus ce qu'on peut appeler l'abandon de famille, mais l'abandon par un individu d'une femme qu'il a rendue enceinte hors mariage et qui se trouve dans la détresse.

La commission propose:

a) de laisser tomber cette dernière condition qui ne lui paraît pas suffisamment justifiée (détresse où se trouve la victime).

b) en second lieu, elle vous propose de protéger non seulement la femme rendue enceinte hors mariage, mais aussi l'enfant naturel — ce qui est juste;

c) en troisième lieu, il y a lieu, à notre avis, de préciser qu'il s'agit d'obligations pécuniaires;

d) enfin, nous croyons devoir dire qu'il s'agit d'obligations imposées au délinquant « par la loi ou par une promesse ». Le texte du Conseil fédéral (« par la loi ou une convention ») nous paraît trop étroit sur ce point.

Je vous recommande d'adopter l'art. 184 tel qu'il a été rédigé par la commission, laissant à M. Müller le soin de motiver la proposition qu'il a faite à ce sujet.

L'art. 185, que la commission propose d'adopter dans le texte du Conseil fédéral, complète heureusement une série d'autres dispositions du projet dont le but général est de protéger l'enfance. Voyez notamment les art. 112, 118, 119, 160 et 183.

A cet édifice, l'art. 185 ajoute une pierre en déclarant punissables les parents qui feraient litière d'un des devoirs fondamentaux que le Code civil suisse (notamment l'art. 275, al. 2) leur impose vis-à-vis de leurs enfants, celui de les « élever selon leurs facultés ». C'est un délit de mise en danger que le projet crée ainsi, et il devait le créer pour ne pas laisser une lacune dans l'ensemble du système des dispositions par lesquelles il protège l'enfance, et qui sont un de ses plus beaux fleurons.

L'art. 186 réprime le détournement de mineur, c'est-à-dire un délit spécial contre l'autorité familiale. Il punit l'atteinte au droit de garde existant sur un mineur en vertu du droit civil.

L'art. 186 complète l'art. 160, mais il s'en distingue à plusieurs points de vue:

En premier lieu, le délit prévu à l'art. 186 est indépendant du dessein qui caractérise l'enlèvement d'après l'art. 160.

En second lieu, l'art. 186 protège les mineurs en général, tandis que l'art. 160 ne protège que les enfants de moins de 16 ans.

En troisième lieu, l'art. 186 ne suppose pas non plus que le mineur ne soit pas d'accord. Il ne comporte donc pas, comme l'enlèvement, une atteinte à la liberté.

En cas de soustraction, l'art. 186 sera toujours applicable si le mineur a plus de 16 ans. Si le mineur a moins de 16 ans, en revanche, l'art. 186 ne sera applicable que s'il n'y a pas « enlèvement » au sens de l'art. 160.

La commission vous propose d'adopter l'art. 186 dans le texte du Conseil fédéral, tout en faisant des infractions prévues par cet article des délits sur plainte.

Farbstein, Berichterstatter der Minderheit: Ich beantrage Ihnen, diesen Artikel gänzlich zu streichen, eventuell im Sinne unserer Anträge abzuändern. Ich

weiß nicht, ob wir mit dem Streichungsantrage hier durchdringen werden. Ich werde mich daher sehr kurz fassen und nur auf folgende Anomalien hinweisen: Die Klage ist nicht nur zulässig im Falle der Scheidung, sondern auch dann, wenn die Ehe getrennt wird. Also wenn die Ehe getrennt wird, so kann der beleidigte Ehegatte Strafklage wegen Ehebruchs stellen. Nehmen Sie nun Art. 147 des Zivilgesetzbuches, der lautet: « Hat die auf unbestimmte Zeit ausgesprochene Trennung drei Jahre gedauert, so kann jeder Ehegatte, wenn eine Wiedervereinigung nicht erfolgt ist, die Scheidung oder die Aufhebung der Trennung verlangen. »

Es ist also folgendes möglich: Jemand klagt auf Trennung wegen Ehebruchs. Es wird getrennt. Hinterher stellt er Strafklage und läßt die Frau bestrafen. Später kommt er nun bei Gericht ein mit dem Begehren, er wolle die Trennung aufheben. Die theoretische Möglichkeit ist also vorhanden, daß ein Ehegatte, der den anderen hat bestrafen lassen, später mit diesem wieder zusammenwohnen kann. Es kommt sehr oft vor, daß wegen der finanziellen Verhältnisse getrennte Ehegatten wieder zusammen hausen müssen. Jedenfalls ist aber möglich, daß eine Strafklage wegen Ehebruchs erfolgt, obschon nur eine Trennung vorliegt. Da sollte man aber konsequent sein und die Strafklage nur im Falle der Ehescheidung zulassen.

Wir verlangen weiter, daß die Strafklage dann ausgeschlossen sein soll, wenn der klagende Ehegatte selbst Ehebruch begangen hat. Das kommt gar nicht so selten im Leben vor. Der Mann ist ja gewöhnlich der ökonomisch Stärkere. Er wird in der Regel scheiden, wenn die Frau Ehebruch begangen hat. Die Frau als der schwächere Teil wird das eher dulden. Da kann es sich ereignen, daß der Mann Ehebruch begangen, die Frau aber nicht geklagt hat. Nach sechs Monaten ist der Ehebruch verjährt. Während dieser Zeit begeht nun die Frau einen Ehebruch. Der Mann, der zuerst selbst die Ehe gebrochen hat, klagt, und die Frau wird bestraft. Die Frau hat sich vielleicht gesagt: « Ich will gegen meinen Mann gar nicht Strafklage stellen; ich will nicht, daß ich den Vater meiner Kinder ins Gefängnis bringe. » Der Mann ist aber ein schlechter Kerl und stellt gegen die Frau Strafklage. Dann ist der eine Teil gestraft, der andere aber, der das gleiche Vergehen begangen hat, nicht. Wir sagen daher: Es soll die Klage ausgeschlossen sein, wenn sich auch der zweite Teil des Ehebruchs schuldig gemacht hat. Man will hier den sogenannten beleidigten Teil schützen. Wenn aber der beleidigte Teil selbst Ehebruch begangen hat, so soll er nicht den andern Ehegatten bestrafen lassen können. Es soll nicht der eine Dieb den anderen verfolgen dürfen. Die Kommissionsmehrheit hat diesen Antrag abgelehnt. Wir sagen also: « Kein Antragsrecht hat derjenige, der selbst einen Ehebruch begangen hat. »

Wir verlangen im weitern, daß auch derjenige kein Recht haben soll, der eine der in Art. 138 bis 140 Z. G. B. genannten Handlungen begangen hat. Es mag ja sein, daß der Ehebruch der wichtigste Scheidungsgrund ist; aber daneben gibt es doch andere Handlungen, die viel gemeiner und niedriger sind. Es kann doch vorkommen, daß ein Ehebruch begangen wird in der Aufregung infolge des schlechten Benehmens des andern Ehegatten. Der Art. 138 lautet: « Hat ein Ehegatte dem Leben des andern

nachgestellt oder ihn schwer mißhandelt, oder ihm eine schwere Ehrenkränkung zugefügt, so kann dieser auf Scheidung klagen.»

Es kann vorkommen, daß der eine Teil dem andern nach dem Leben nachstellt, ihn schwer mißhandelt oder an der Ehre gekränkt hat. Der andere Ehegatte hat aber vielleicht gerade deswegen Ehebruch begangen. Er kann bestraft werden, derjenige aber, der dem anderen nach dem Leben getrachtet, ihn schwer mißhandelt oder eine Ehrenkränkung begangen hat, kann nicht bestraft werden. Wir meinen aber, wer sich selbst so gemein benimmt, der soll kein Recht zur Klage haben. Stellen Sie sich vor, ein Mann behandelt seine Frau in gemeinster Art und Weise. Die Frau geht zu einem Freund und bittet ihn um seinen Rat. Nun kommt es vor, daß der Freund die Gelegenheit ausnützt und mißbraucht, daß er sich die schlechte Lage der Frau zunutze zu machen weiß und sie verführt. Was kann dann geschehen? Der Ehemann, der die Frau mißhandelt oder schwer an der Ehre gekränkt hat, der selbst die Veranlassung gegeben hat, daß die Frau den Schutz eines andern anrufen mußte, kann Klage wegen Ehebruchs stellen und die Frau muß bestraft werden. Oder nehmen Sie Art. 139: «Hat ein Ehegatte ein entehrendes Verbrechen begangen oder führt er einen so unehrenhaften Lebenswandel, daß die Fortsetzung der ehelichen Gemeinschaft dem anderen Ehegatten nicht zugemutet werden darf, so kann dieser jederzeit auf Scheidung klagen.» Der Mann ist ein Lump, aber die Frau ist vielleicht eine arme Frau, die wegen ihrer mehreren Kinder nicht scheiden will. In dieser Notlage begeht sie einen Ehebruch. Der Mann, der ein entehrendes Verbrechen begangen hat, der vielleicht mit den eigenen Kindern Blutschande begangen hat, der also die Ursache zum Ehebruch war, kann klagen. Ich sage, hier handelt es sich nicht um den Schutz desjenigen, dessen Ehre angegriffen worden ist. Wenn er selbst ein Lump ist, soll er kein Recht haben, wegen Ehebruchs zu klagen.

Und nun Art. 142. Wir sagen: «Auch der soll nicht klagen dürfen, durch dessen Schuld die tiefe Zerrüttung der Ehe entstanden ist. Nehmen Sie an, der Ehemann sei homosexuell, aber nicht nur krankhaft, sondern er übt das aus, was man das Gewerbe des sogenannten Strichjungen nennt, der sich zahlen läßt für seine Hingabe. Ein Ehebruch liegt nicht vor. Der Mann hat aber die Ehe zerrüttet, und nun begeht die Frau einen Ehebruch. Dieser Mann ist nun in der Lage, Klage zu stellen, obschon er viel gemeinere Handlungen begangen hat, obschon der Mann eine Straßendirne ist, die sich selbst verkauft, um die krankhaften Gefühle anderer zu befriedigen. Das sind doch Momente, in denen man sagen muß, daß der Ehebruch der Frau nicht bestraft werden soll, da der sogenannte beleidigte Ehegatte selbst keine Ehre hat.

Ich empfehle Ihnen daher, wenn Sie den Anträgen der Kommissionsmehrheit im Prinzip zustimmen, unsere Abänderungsanträge anzunehmen.

Weisflög: Ich stelle Ihnen den Antrag, in Art. 181, Ziff. 2, die Fassung des Bundesrates wieder herzustellen. Diese unterscheidet sich von derjenigen der Kommission dadurch, daß die Ehebruchsklage erst nach Einreichung der Scheidungsklage eingereicht

werden darf, während sie nach dem Antrag der Kommission sogar erst nach der Rechtskraft des Scheidungsurteils zulässig sein soll. Der Antrag des Bundesrates stützt sich auf die heute geltende Auffassung vom Wesen der Ehebruchsklage, wonach sie die Klage des beleidigten Ehegatten ist. Die Ehebruchsklage als Reaktion gegen die Beleidigung hat aber die vorherige Einreichung der Scheidungsklage zur Voraussetzung. Nach dem Vorschlag der Kommission soll nun aber die Ehescheidungsklage nicht nur eingereicht, sondern es soll der Ehescheidungsprozeß zuerst vollständig durchgeführt werden müssen, und erst wenn das Urteil rechtskräftig geworden ist, soll die Ehebruchsklage eingereicht werden dürfen. Stellen Sie sich nun aber einen Ehescheidungsprozeß vor, der mit Zeugeneinvernahmen über Tatbestand, Vermögensverhältnisse usw. in der ersten Instanz vielleicht 3—4 Jahre, in der zweiten ein Jahr, in der dritten wieder ein Jahr gedauert hat und denken Sie sich, daß nun noch nach 5 oder 6 Jahren der beleidigte Ehegatte eine Rechnung in Form einer Ehebruchsklage soll einreichen können. Ist diese dann noch der Ausdruck der Beleidigung? Nein! Die Ehebruchsklage wird in einem solchen Falle zu gar nichts anderem, als zu einem Handelsobjekt, wobei man sich das Klagerecht mitbarer Münze abkaufen läßt. Es wird damit der der Ehebruchsklage zugrunde liegende Gedanke vollständig verflacht und diese wird zu nichts anderem als zu einem Geschäft.

Eine Beleidigung, wie ein Ehebruch eines Ehegatten gegenüber dem andern sie darstellt, verlangt sodann eine baldige Liquidation. Eine künstliche Hintanhaltung der natürlichen Reaktion des Beleidigten gegen den Beleidiger bis zu dem Zeitpunkt, da das zivilrechtliche Verhältnis zwischen den Ehegatten, vollständig liquidiert ist, rechtfertigt sich in keiner Weise. Der Antrag der Kommission bringt nach der zivilrechtlichen Liquidation der Ehe noch eine strafrechtliche, die tatsächlich gar keinen Sinn mehr hat. Ich beantrage Ihnen deshalb, den ursprünglichen Antrag des Bundesrates wieder aufzunehmen.

Müller-Großhöchstetten: Nach den Worten der beiden Kommissionsreferenten kann ich mich in der Begründung meines Zusatzantrages sehr kurz halten. Ich habe im Frühjahr bei Beratung der Artikel über die Abtreibung gesagt, daß es mich sehr schmerzlich berühre, daß die ganze furchtbare Last der Verantwortung in dieser Frage zum allergrößten Teile auf die Schultern nur des einen, hier des schwächeren Teiles unseres Volkes, auf die Schultern der Frauen abgeladen werde.

Wenn wir das erreichen wollen, was der beste Teil in der weitergehenden Auffassung, die hier im Rate vertreten wurde, sein mag und sein muß, den Schutz, die Entlastung der Frau, dann müssen wir uns klar sein, daß wir das nur erreichen werden, wenn wir die Verantwortung auf beide Teile ausdehnen. Ich gebe dabei ohne weiteres zu, daß es immer schwer sein wird, das Delikt des anderen Teiles rechtlich zu erfassen. Es werden sich andere Schwierigkeiten einstellen, die Frage der Erpressung, die Feststellung des Schwängerers, welche Frage sich in den allermeisten Fällen allerdings im Strafprozeß gegen die Frau erledigen würde. Wir haben festgehalten: In unserem Strafgesetzbuch muß der feste und unzwei-

deutige Wille verankert werden, daß es nicht angeht, daß die Mutter leichtfertig die Verantwortung von sich schüttelt. Vergessen wir aber dabei als Männer nie, daß in so und so vielen Fällen, wo die Frau straffällig wird, in diesen Sachen der Mann, der Verführer, mitschuldig und mitverantwortlich ist. Herr Bundesrat Häberlin hat diesem Gedanken Ausdruck gegeben als er fragte, wer denn derjenige sei, der zur Abtreibung treibe: « In sehr vielen Fällen ist es der Verführer ». Auf sein Verhalten, sein Delikt müssen wir im vorliegenden Falle unsern Artikel ausdehnen. Beide, das ist der Grundgedanke meines Antrages, beide, Mann und Frau sind für das gemeinsam gezeugte Leben verantwortlich.

Das ist der Grundsatz. Ich habe versucht, mit Hilfe der Kommissionsreferenten eine juristisch einigermaßen angängige Fassung meiner Anregung zu finden. Wir waren uns dabei der großen Schwierigkeit wohl bewußt, eine Formulierung zu finden, die über die Begriffe der Anstiftung und der Beihilfe, wie sie im allgemeinen Teil des Entwurfes umschrieben sind, hinausgeht und dann auch vom Richter angewendet würde. Und doch zwingt uns unser Gerechtigkeitsempfinden, nicht bei Abs. 2 allein stehen zu bleiben. Einigermaßen würde meinen Gedanken, die von den beiden Kommissionsreferenten als richtig anerkannt worden sind, Rechnung getragen, wenn wir Art. 184 einen neuen Abs. 3 beifügen würden, der ungefähr den Wortlaut von Art. 141 im Vorentwurf von 1908 haben würde: « Wer eine Frau, die von ihm schwanger ist, in bedrängter Lage im Stiche läßt, wird mit Gefängnis bestraft ». Der Herr Kommissionspräsident hat schon gesagt, daß die Expertenkommission diese Bestimmung als selbständigen Artikel gestrichen und in Art. 134, Ziff. 2 des bundesrätlichen Entwurfes hat aufgehen lassen. Sie hat in der vorliegenden Fassung die weitgehende Beschränkung beigefügt, daß es sich um die Verletzung von gesetzlichen oder vertraglich übernommenen Pflichten handeln müsse. Es ist ganz klar, daß dadurch gerade die Fälle, die zu Abtreibungen nach der Schwängerung im außerehelichen Verhältnis führen, nicht oder kaum erfaßt würden. Wer eine von ihm geschwangerte Frau in bedrängter Lage im Stiche läßt und so durch sein Verhalten in sehr vielen Fällen unmittelbar an einer kriminellen Tat — hier in der Verzweiflung begangen — mitschuldig wird, der soll nicht straflos ausgehen. Das verlangt unser Gerechtigkeitsempfinden. Ganz abgesehen von der ernststen vorbeugenden, erzieherischen Wirkung, die einer solchen Bestimmung sicher nicht versagt bleiben müßte. Ich bitte Sie deshalb, in Erwägung zu ziehen, ob nicht meinem Gedanken so Ausdruck gegeben werden könnte, daß man in Art. 184 einen Abs. 3 beifügen würde, der lauten würde: « Wer eine Frau, die von ihm schwanger ist, in bedrängter Lage im Stiche läßt, wird mit Gefängnis bestraft ».

Die Erledigung der Sache selbst würde sich in diesem Stadium der Beratung vielleicht am besten so machen, daß wir uns heute grundsätzlich über den Gedanken als solchen aussprechen und materiell meinen Zusatzantrag an die Kommission weiterleiten würden.

Welti-Basel: Ich möchte mir gestatten, einige Worte zum Artikel über den Ehebruch zu sagen. Aus den Darlegungen des Herrn Prof. Logoz haben Sie

gehört, wie verschiedene Staatsmänner und Rechtslehrer, die über diese Frage des Ehebruchs in den vorberatenden Instanzen geurteilt haben, zum Schluß gekommen sind, daß im Grunde genommen eine Streichung der Strafbestimmung über den Ehebruch durchaus angezeigt sei. Sie haben aber auch daraus entnommen, daß diese Männer von der Furcht befallen waren, man könnte ihnen aus dieser Haltung unterschieben, sie befürworten den Ehebruch oder sie betrachten denselben als etwas moralisch Erlaubtes. Es scheint, daß auch heute ein Teil der Mitglieder dieses Rates den Mut nicht aufbringt, zu ihrer Ueberzeugung zu stehen, daß sie selbst davon überzeugt sind, daß die Bestrafung des Ehebruchs, wie sie in diesem Gesetzesentwurf vorgesehen ist, eigentlich etwas Veraltetes sei, das keinerlei Rechtfertigung mehr finde, daß sie aber den Mut nicht aufbringen, dazu zu stehen und zu erklären: das ist unsere Ueberzeugung; wir handeln unserer Ueberzeugung gemäß und lehnen jegliche Bestrafung aus Ehebruch ab. Ich glaubte, daß es notwendig sei, vor der Abstimmung über den Ehebruch auf dieses Moment aufmerksam zu machen.

Ich möchte mich zur Sache selber weiter nicht aussprechen, aber noch eine Frage aufwerfen. Wenn man schon die Bestrafung des Ehebruchs unter die Delikte gegen die Familie stellt, warum spricht man dann immer vom beleidigten Ehegatten? Deshalb, weil es im Grunde genommen eben gar kein Delikt gegen die Familie ist, sondern eine Angelegenheit zwischen diesen beiden Ehegatten. Da frage ich mich, ob nicht die allgemeine Bestimmung über die Beleidigung genügt. Man spricht ja immer von einem Vergehen gegen die Ehre, man spricht von einer Verletzung der Ehre. Würde nicht die allgemeine Bestimmung über die Beleidigung durchaus ausreichen, auch derartige Handlungen zu bestrafen, wie sie in Art. 181 umschrieben sind?

Ueber die Gründe, die für eine Streichung sprechen, hat Herr Prof. Logoz meines Erachtens erschöpfend gesprochen, aber er hat einen der wichtigsten lediglich gestreift, nämlich die Frage der Erpressung. Ich habe sowohl in amtlicher Stellung als auch später als Anwalt genügend Gelegenheit gehabt, in der Praxis zu erfahren, daß tatsächlich diese Gefahr der Erpressung keine geringe ist und daß man mit dieser Gefahr durchaus rechnen muß, so lange Strafbestimmungen über den Ehebruch bestehen und namentlich solange sie so gehalten sind, daß die Bestrafung oder Nichtbestrafung in die Hände des Ehegatten gelegt ist. So lange besteht, und zwar in sehr hohem Maße, die Gefahr der Erpressung. Dieses Moment muß man durchaus ernst nehmen. Ich glaube auch, daß unter den Gründen, die seinerzeit im Kanton Baselstadt dazu geführt haben, die Ehebruchstrafe aus dem Strafgesetz zu eliminieren, diese Frage der Erpressung keine geringe Rolle gespielt hat.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich gegenüber Herrn Nationalrat Weisflog doch die Bemerkung anbringen, daß seine Argumentation absolut unzutreffend ist. Herr Weisflog sagt: Wenn man die Sache so regeln will, wie die Kommissionsmehrheit und dann die Frage der Bestrafung erst nach Jahren aufgeworfen wird, dann ist es etwas ganz anderes, als wenn man diese Frage von Anfang an aufgerollt hätte. Das stimmt nicht: die Erpressung kann sofort oder erst nach Jahren geschehen, das kommt vollkommen

auf ein und dasselbe heraus. Ich möchte Ihnen aus diesen Gründen empfehlen, hier eine glatte Lösung zu suchen und den Art. 181 gänzlich zu streichen. Alles andere scheint mir ein fauler Kompromiß zu sein.

Hoppeler: Es kommt jetzt klar zum Ausdruck, wie vielleicht noch nie, solange wir dieses Strafgesetzbuch beraten haben, wie unrichtig die These ist, das ganze Strafgesetz nur auf dem einen Grundsatz zu basieren: wir schützen das verletzte Rechtsgut. Darum sind auch viele, die durchaus nicht auf der Seite des Herrn Welti stehen, innerlich doch in Schwierigkeiten, und darum wird uns heute vorgehalten, daß diese ganzen Bestimmungen nur da seien, um dem beleidigten Ehepartner die Möglichkeit der Rache zu geben. Herr Farbstein hat vollkommen recht gehabt, wenn er sagte, es sei ein unerträglicher Gedanke, daß ein Mann, wenn er ein Lump ist, und wenn er selber ein Ehebrecher ist und wenn er seine Frau schlecht behandelt und sogar mit dem Tode bedroht hat, nachher gegen diese Frau in Sachen Ehebruch als Kläger auftreten darf. Jawohl, dieser Gedanke ist unerträglich, wenn der Staat seine Aufgabe so auffaßt, als habe er das verletzte Rechtsgut dieses Mannes zu verteidigen. Da würde sich hoffentlich der Staat bedanken und sagen: Du Lauskerl, mach' daß Du fortkommst; wir sind nicht dazu da, um uns von Dir für Deine Rachepläne brauchen zu lassen! Wenn man sich auf der schiefen Ebene befindet oder nicht auf guten Beinen steht, so kommt es eines Tages doch zum Vorschein: und so ist es nun auch heute offenbar geworden, daß es nicht wahr ist, was in der Eintretensdebatte zum Strafgesetzbuch gesagt worden ist: daß es sich bei der Strafrechtspflege nur darum handeln solle, verletzte Rechtsgüter zu verteidigen. In Wahrheit handelt es sich darum, daß der Staat im Namen einer höchsten Gerechtigkeit und eines höchsten Gesetzgebers und einer höchsten Autorität dasteht und wo diese Autorität beleidigt und verletzt wird, in deren Auftrag straft. Dadurch schützt der Staat die Grundlagen, auf denen er ruht. Die Grundlagen des Staates sind die der Menschheit von oben gegebenen ewigen sittlichen Ordnungen. Lieber Herr Kollega Welti, zu diesen absolut dauernden, nie wankenden Ordnungen gehört die Ordnung der Ehe, die Ordnung, daß mit bezug auf das Geschlechtsleben ein Mann und eine Frau dauernd zusammenleben und einander die Treue halten sollen, und daß sie mit den Kindern, die sie mit einander erhalten, in einer Gruppe, die Familie heißt, zusammen leben, und diese Kinder gemeinsam erziehen. Die Ehe ist nicht etwas Veraltetes, wie Herr Welti sagt, nicht etwas, das dem Wandel der Zeiten unterworfen ist, sondern etwas, das zu den für alle Zeit gültigen absoluten sittlichen Ordnungen gehört. Wenn wir uns gegen diese auflehnen, so wird die Folge der Ruin sein. Sehen Sie nach Rußland, dort haben Sie den Beweis, dort steht es in dieser Hinsicht bedenklich. Rußland kann uns zeigen, wie es da aussieht, wo der Ehebruch an der Tagesordnung ist, und wo es vorkommt, daß eine einzige Frau in einem Jahr fünf- und mehr Male eine Ehe eingeht und wieder scheidet, und wo die Kinder zu Hunderten und Tausenden herumlaufen, und niemand für sie sorgt und auch der Staat dazu nicht imstande ist.

Nationalrat. — *Consell national*. 1929.

Herr Prof. Logoz hat Herrn Müller zitiert. Die Tatsache, daß Herr Prof. Logoz und unser verstorbener Kollega Müller für die Streichung des Ehebruchartikels eingetreten sind, verpflichtet uns zur Vorsicht und verbietet uns, einfach zu sagen: Wer für die Beibehaltung des Artikels ist, der steht zur Heiligkeit der Ehe, und wer dagegen ist, der hält die Ehe nicht hoch. Aber das kann uns nicht hindern, zu glauben, daß der Standpunkt von Herrn Prof. Logoz und Herrn Müller nicht richtig sei. Es ist der Satz zitiert worden: « Je höher und idealer die Auffassung der Ehe ist, umso weniger wird man dazu kommen, sie durch strafrechtliche Maßnahmen zu schützen ». Dieser Satz geht von der Voraussetzung aus, daß die Ehe etwas Hohes, Ideales sei, eine Verbindung voll Poesie. Ja, das ist sie hoffentlich; aber das ist sie nicht allein, sondern sie ist im Grunde etwas unglaublich Nüchternes, etwas ganz Einfaches, einfach ein Gesetz, das uns gegeben ist, eine Pflicht, an die wir uns zu halten haben. Der Schöpfer steht sozusagen vor den Eheleuten und sagt ihnen: jetzt seid ihr in der Ehe verbunden; jetzt habt ihr sie zu halten und die Pflichten, die sie mit sich bringt, auf euch zu nehmen. Es ist durchaus nicht von Gutem, wenn man die Ehe immer nur vom hohen, idealen und poetischen Standpunkte aus auf fast. Selbstverständlich wollen wir danach trachten, dieses Ideal zu erreichen; aber in mehr als vier Fünfteln aller Fälle wird diese ideale Höhe nicht erreicht, so daß vor allem einfach auf die Pflicht abgestellt werden muß. Ist übrigens nicht auch die Unterhaltspflicht des Vaters gegenüber Frau und Kindern etwas Ideales und Hohes? Könnte man da nicht auch sagen, es heiße den Wert der Ehe und Familie herunterziehen, wenn der Staat die Nichterfüllung dieser Pflicht mit Strafe bedroht? Ein bekannter Vers, den man in manchen Stuben finden kann, lautet: « Beklage nicht den Morgen, der Müh' und Arbeit gibt, es ist so schön zu sorgen für Menschen, die man liebt ». Das ist in der Tat etwas Großes und Schönes. Wir streben doch hoffentlich nicht nur darnach, unsere Frauen und Kinder zu erhalten, weil wir wissen: sonst straft uns der Staat. Trotzdem stimmen wir alle hier im Saale ohne Gegenantrag dazu, daß der, der diese Pflicht verletzt, bestraft wird. Warum sollen wir es also nicht mit der Pflicht zur Treue in der Ehe ebenso halten? Aber da liegt nun eben die Verwirrung, daß man meint, die Pflicht, der Frau treu zu bleiben, sei nicht so groß, wie die Pflicht, die Frau zu erhalten. Da liegt der Has im Pfeffer. Sie ist genau so groß, wenn nicht größer. Wenn wir der Sache auf den Grund gehen und etwa die moderne Literatur über die sexuelle Revolution betrachten, so kommen wir immer wieder darauf zurück: es bleibt gar nichts anderes, als daß wir die Ehe aufrechterhalten, und wenn wir sie aufgeben, dann stürzt der ganze Staat schließlich zusammen. Die Ehe ist doch eine Grundlage ersten Ranges des Staates, und darum ist es am Platze, daß der Staat das dadurch dokumentiert, daß er von jedem verlangt, daß er die Ehe respektiere. Das ist eine Existenzgrundlage des Staates, und darum möchte ich Sie bitten, den Antrag abzulehnen, man solle den Artikel « Ehebruch » überhaupt streichen. Ich möchte ihn beibehalten wissen, aber nicht deshalb, weil wie vorhin gesagt wurde, « Le Peuple » die Abschaffung nicht verstehen würde — nur nicht

zu viel nach dem « Peuple » geschaut, sondern hinaufgeschaut nach dem, was ewige sittliche Ordnung ist, so finden wir uns leicht zurecht und wenn wirs nachher dem « Peuple » sagen, was unsere innerste Ueberzeugung ist und was wir wollen, so wird er einverstanden sein, denn das Volk verlangt nach Führern, zu denen es aufschauen kann, und nicht nach solchen, die erst fragen: was meinst du, Volk. sollen wir das nun tun oder sollen wirs lassen? Nun hat Herr Müller den Antrag gestellt, die Strafbarkeit auf den Fall auszudehnen, daß einer eine Frau, die er geschwängert hat, im Stiche läßt; Herr Seiler hat darauf erklärt, es wäre schwierig diesen Antrag durchzuführen. Formell stimmt allerdings, was er gesagt hat, es fehle an einem Schuldmoment. Der Betreffende ist allerdings nicht direkt schuldig, aber wir haben doch alle das Gefühl, daß er wenigstens indirekt doch beteiligt sei, und darum widerstrebt es unserem inneren Empfinden, daß hier der Vater des Kindes und Miturheber des Unglücks so billig, nämlich straflos, wegkommen soll.

Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, dem Antrag des Herrn Müller zuzustimmen, und den Strafartikel gegen Ehebruch unverändert anzunehmen.

Bundesrat **Häberlin**: Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zum Art. 181 « Ehebruch » und zum Art. 184, zum Antrag von Herrn Müller.

Die erste Frage, die sich bei Art. 181 stellt, lautet: Soll der Ehebruch bestraft werden? Der primäre Antrag der sozialdemokratischen Minderheit lautet auf Streichung des Artikels. « Wir wollen überhaupt keine Bestrafung des Ehebruchs, auch nicht auf Antrag des sogenannten beleidigten Ehegatten ». Soeben hat Ihnen Herr Hoppeler die Gründe ausgeführt, die vom religiös-ethischen Standpunkt dafür sprechen, daß der Ehebruch bestraft werden sollte. Er hat nur die Konsequenz nicht gezogen, die er eigentlich hätte ziehen müssen: daß der Ehebruch von Amtes wegen verfolgt werden müßte. Das wäre die praktische Konsequenz seiner Ausführungen, wenn er sagt: nicht um das Rechtsgut zu schützen, nicht um den beleidigten Ehegatten in seinem Rache- oder Gerechtigkeitsbedürfnis zu schützen, sondern um die ewige Treue der Ehe zu schützen, muß unter allen Umständen gestraft werden. Diese Konsequenz ist indessen von gar niemandem gezogen worden. Wenn Sie die bestehenden Rechte durchgehen, werden Sie finden, daß man überall die Bedürfnisse des Lebens in ein gewisses Verhältnis zu dieser Idee gesetzt hat, zur Idee der göttlichen ewigen Gerechtigkeit, und daß man sich gefragt hat: soll auch dann das Strafheil niedersausen, wenn es nicht nur den Schuldigen fällt, sondern auch seine Familie, und vielleicht weit herum noch größeren Schaden anrichtet? Und deshalb hat man überall in den bestehenden positiven Gesetzgebungen eine Voraussetzung für die Verfolgung des Ehebruchs aufgestellt, nämlich den Antrag des andern Ehegatten. Denn die Verhältnisse liegen eben doch sehr häufig so, daß, wie ich vorhin angeführt habe, die Durchführung der Scheidungsklage auf Denunziation eines Dritten, meinetwegen eines bösen Nachbarn, der in Zwiß und Hader mit der Familie lebt, einsetzen würde, und daß die Durchführung einer Offizialklage größeres Elend über eine Familie bringen könnte als die Interessen der Sühne rechtfertigen. Ueberall haben Sie also die

Antragsvoraussetzung. Auch wir haben nie daran gedacht — auch Herr Hoppeler nicht — über diese Modifikation hinauszugehen. Soll nun aber die Bestrafung unter dieser Voraussetzung zugelassen bzw. verlangt werden? Es wird vielleicht der einzelne, von seiner persönlichen ethischen Auffassung aus, eher auf dem primären Standpunkt der sozialdemokratischen Minderheit stehen, aber er wird sich doch überlegen: Ist es gesetzgeberisch der richtige Standpunkt? Ich stehe ethisch durchaus auf dem Standpunkt, daß ich es auch nicht begreifen kann, wie ein Ehegatte, der den andern Ehegatten — das wollen wir doch alle annehmen — seinerzeit aus Liebe geheiratet und vielleicht Kinder mit ihm erzeugt hat —, wenn dieser einen Fehltritt begangen hat, eine Befriedigung darin finden kann, wenn er nun den andern Ehegatten vor den Richter schleppen und ihn verurteilen lassen kann. Ich kann mir das nicht vorstellen. Wenn ich mich in eine solche Lage hineinversetze, so kann ich mir nicht denken, daß ich das tun würde. (**Hoppeler**: Die Liebe schlägt eben oft in Haß um). Ist das eine Rechtfertigung? Tatsache ist freilich, daß es bisher offenbar noch als ein Bedürfnis erschienen ist, die Möglichkeit einer solchen Reaktion zu geben. Herr Hoppeler verlangt sie absolut, andere verlangen sie relativ. Ich hatte immer geglaubt, es seien da verschiedene Strömungen in unserem Lande nach Sprachgebieten. Ich weiß auch, daß Herr Logoz immer die Meinung/hatte: Bei uns in der welschen Schweiz will man nichts wissen von einer solchen Ehebruchsklage. Ich habe die Statistik hervorgekommen; sie hat uns seit Jahren gefehlt und ist nun erst in diesem Jahre eingereicht worden. In diesem Jahre haben wir etwa 36 Verurteilungen wegen Ehebruchs, 24 davon aus dem Kanton Waadt. Zwei Drittel sämtlicher Verurteilungen stammen also aus einem romanischen Kanton. Ich habe mir sagen lassen, daß das auch in der früheren Zeit so war, daß also der Kanton Waadt in einer für mich auffälligen Weise die meisten Verurteilungen wegen Ehebruchs liefert. Womit er gar nicht bezeichnet werden soll als derjenige Kanton, wo die meisten Ehebrüche passieren, sondern das Bedürfnis der Reaktion scheint eben dort noch eine Tatsache zu sein. Wir müssen uns also hüten vor Präsumtionen. Wir dürfen vor allem nicht sagen, dieses Bedürfnis bestehe in der welschen Schweiz gar nicht. Der Gesetzgeber soll denjenigen, welche das Bedürfnis nach einer solchen Reaktion empfinden, das Mittel zur Befriedigung zur Verfügung stellen. Wer anders denkt, der braucht ja nicht zu klagen. Deshalb möchte ich Ihnen beantragen, den primären Antrag der Minderheit abzulehnen.

Frage nun aber: Soll unter allen Umständen geklagt werden können, und wann soll geklagt werden können? Ich komme hier auf die Differenz gegenüber dem Antrage Weisflog, der übrigens nur den bundesrätlichen Entwurf wieder aufgenommen hat. Er glaubt vielleicht, mich deshalb als natürlichen Bundesgenossen ansprechen zu können; ich bedaure aber, das nicht sein zu können. Ich habe mich in der Kommissionsberatung aus voller Ueberzeugung zum Standpunkte der Kommission bekannt. Es geht mir wie vorhin Herrn Welti, daß ich das Gefühl habe, die Motivierung des Herrn Weisflog treffe nicht das Richtige, wenn er sagt, man solle sofort klagen können, das sei die natürliche Reaktion,

wenn der Ehebruch konstatiert sei. Die beleidigte Frau solle sofort im gleichen Moment, wo sie die Ehebruchsklage einleitet, auch die Strafklage einreichen können. Es ist ja sicher, daß es sich hier um eine natürliche Reaktion handelt. Verfolgen Sie die Verhältnisse, wie sie nun wirklich sind. Da werden Sie sehen, daß sehr häufig in der ersten Entzündung zu rasch reagiert wird. Die Frau geht, wenn ich an meinen Heimatkanton denke, zum Friedensrichter oder eben zur Behörde, wo sie die Scheidungsklage anzubringen hat. Sie kommt dann ins Präsidialverhör — ich denke immer an meinen Heimatkanton —; da redet nun einmal jemand vernünftig mit ihr und fragt sie: «Haben Sie auch an Ihre Kinder gedacht? Haben Sie auch an Ihre Zukunft gedacht? Haben Sie Ihren Ehegatten seinerzeit nicht aus Liebe geheiratet, und haben Sie schließlich nicht auch menschliche Schwächen, auf deren Verzeihung Sie gerne rechnen?» Die Frau überlegt sich die Geschichte und geht heim und zieht die Scheidungsklage wieder zurück. Soll dann die Ehebruchsklage weiter laufen, soll der Apparat, der angekurbelt ist, nun weiter gehen und der Mann verurteilt werden? Soll sie mit diesem wegen Ehebruches verurteilten Manne weiter leben? Das ist doch keine befriedigende Lösung. Nein, wir wollen, daß die Verhältnisse vollständig abgeklärt seien in dem Momente, wo die Strafklage eingeleitet wird, damit wir wissen, ob wir es wirklich mit einem unversöhnten Eheteil zu tun haben, der auch die Scheidungsklage durchgeführt hat. Dann haben wir einen Ehegatten vor uns, der im Scheidungsprozeß gerechtfertigt dasteht und einen andern Ehegatten, der wegen strafbarer Handlungen verurteilt werden kann und verurteilt werden soll. Dann erleben wir es auch nicht, daß die Ehebruchsklage bloß zu dem Zwecke benutzt wird, um das Material für den Scheidungsprozeß durch die Strafuntersuchung zu beschaffen. Das ist die Erfahrung, die ich gemacht habe. Ich war ja auch Praktiker und habe gesehen, daß die Klage gelegentlich zu diesem Zwecke mißbraucht wird. Wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hatte, dann war die Bedeutung der Strafklage vollständig in den Hintergrund gedrängt. Wir wollen gerade deswegen die Ordnung nach Mehrheitsantrag, weil es ja tatsächlich sehr häufig nur ein unkontrolliertes Rachegefühl ist, das die klägerische Partei zur Stellung des Strafantrages bewegt. Was ist die hauptsächlichste Anwendung? Nach meiner Erfahrung als Gerichtspräsident habe ich immer wieder festgestellt, daß, wenn man die Frau nach ihrem Grunde gefragt hat, man die Antwort erhielt: «Ja wegen meines Mannes würde ich keine Ehebruchsklage erheben; aber das Weibervolk, das ihn verführt hat, muß hinter Schloß und Riegel!» Die Rache gegen den Einbrecher in die Ehe, ein sehr begreifliches und menschlich sehr verständliches Gefühl, ist der Beweggrund. Aber wenn man dann der Frau sagt: «Sie können die Strafklage nicht erheben, ohne daß auch der Mann erfaßt wird», dann kommt die große Ueberlegung und das Schwanken, und die Frau würgt und würgt, bis sie die Rache gegen das schlechte Weib hinuntergeschluckt hat um des Mannes willen, den sie immer noch liebt. Wollen Sie das verhindern durch eine verfrühte Klage? Ich bitte Sie, den Antrag des Herrn Weisflog abzulehnen und in dieser Beziehung der Kommission zuzustimmen.

Wenn man aber diesen Gedanken hat, ist es

eigentlich nicht ganz richtig, wenn wir auch dann die Klage zulassen, wenn die Ehe nicht geschieden, sondern nur getrennt wurde. Das ist zwar der Vorschlag der Kommission; ich erinnere mich aber noch, wie er zustande gekommen ist. Man hatte zuerst nach Antrag des Bundesrates die Ehebruchsklage nur dann für zulässig erklärt, wenn geschieden worden sei. Dann kam am Schluß der Sitzung noch Herr Lohner und sagte: «Konsequent ist es eigentlich, wenn man die Klage auch bei Trennung zuläßt». Und da hat nun die Kommission schwupps ohne Diskussion den Antrag angenommen. Das war nach meiner heutigen Ansicht ein Fehler. Die Verhältnisse sind eben bei der Trennung anders als bei der Scheidung. Warum trennt man gewöhnlich die Leute? Weil man die Hoffnung hat, daß sie wieder zusammenkommen. Man will eine Bewährungszeit einräumen. Soll man da zulassen, daß für diese getrennten Eheleute die Strafklage zulässig sei? Damit vernichtet man ja gerade den Zweck, den man mit der blossen Trennung erreichen wollte. Ich glaube also, die Kommission sollte in dieser Beziehung eine Aenderung vornehmen und die Ehebruchsklage bei Trennung ausschalten. Ich stelle Ihnen den grundsätzlichen Antrag, im 1. Absatz die Worte «oder getrennt» zu streichen.

Nun der zweite Antrag, der subsidiäre Antrag der sozialdemokratischen Minderheit. Dieser Antrag ist mir durchaus verständlich. Ich könnte ihm grundsätzlich ohne weiteres zustimmen, wenn eine Modifikation angebracht würde. Es ist mir sehr begreiflich, daß es doch einen Richter stoßen muß, auf die Klage hin den Ehebrecher zu bestrafen, wenn er genau weiß, daß der Kläger die gleiche Geschichte auch begangen hat, vielleicht vor der Verwirklichungsfrist von 6 Monaten, sodaß man ihn nicht mehr greifen kann, oder wenn er weiß, daß der Kläger viel schlechter ist als der Ehegatte, der diese Fehler begangen hat. Er ist es vielleicht, der den andern Ehegatten in die Verhältnisse geführt hat, der den Freund eingeschmuggelt hat. Herr Farbstein hat Ihnen ja rührende Episoden erzählt, wahrscheinlich alle aus der Praxis. Das Leben ist ja viel ärger, als es die Romane schildern, die wir hie und da lesen.

Ich würde also für den Antrag stimmen, wenn er eine andere Form hätte. Der Minderheitsantrag sagt, der Ehegatte, der die gleichen Fehler auch begangen hat, Mißhandlungen, Ehebruch usw., ist nicht antragsberechtigt. Wenn Sie das so formulieren, so wird es praktisch so herauskommen, daß der Untersuchungsrichter bei der Einreichung einer Ehebruchsklage zunächst die Verhältnisse prüfen muß, nur um zu wissen, ob er die Klage überhaupt zulassen kann. Das ist aber eine Aufgabe, die man dem Untersuchungsrichter nicht zumuten kann. Wohl aber ist der Antrag berechtigt, wenn Sie ihn so abfassen, wie wir es in Abs. 2 getan haben, indem wir auch hier sagen: «so kann der Richter von einer Bestrafung Umgang nehmen». So kommt die Bestimmung ins materielle Recht hinein und gibt dem das Strafurteil fällenden Richter die Möglichkeit, zu überlegen, ob nun bestraft werden soll, wenn der andere Ehegatte viel mehr Dreck am Stecken hat, wie man bei uns sagt. Der Richter kann also von einer Bestrafung Umgang nehmen, muß es aber nicht unter allen Umständen. Die Minderheit wird mir zugeben, daß auch hier die Verhältnisse sehr verschieden sein können.

Nach dem Wortlaut des Antrages Farbstein müßte auch dann der Antrag abgelehnt werden, wenn z. B. erst nach dem Ehebruch eine Verlassung stattgefunden hätte. Wollen Sie dann die Strafe ganz ausschließen, wenn die Ehefrau den Mann gerade deshalb verlassen hat, weil er Ehebruch begangen hatte? In einem solchen Falle werden Sie die Klage doch nicht abweisen wollen. Dem allem kann man aber durch die angeregte Ummodelung Rücksicht tragen.

Ich möchte Sie bitten, den Antrag in dieser Weise zu modifizieren und an die Kommission zur genauen Redaktion zu überweisen. Das sind die Bemerkungen, die ich mir zu Art. 181 erlauben wollte.

Zum Art. 184 nur ganz wenige Worte. Der Antrag des Herrn Müller ist mir durchaus sympathisch. Er will, daß ein Verführer, der eine Frauensperson in andere Umstände versetzt hat und sie nun in bedrängten Verhältnissen einfach im Stiche läßt, bestraft werden kann. Er denkt also hauptsächlich an die Fälle, die zur Abtreibung oder zum Kindsmord führen. Sie alle werden mit seiner Tendenz durchaus harmonieren, daß ein solcher Mann bestraft werden soll. Die Sache hat aber formell einen gewissen Haken, der übrigens auch schon da ist in der Formulierung des Art. 184, Ziff. 2, sowohl des Bundesrates als der Kommission. Es heißt dort: « Wer aus bösem Willen gegenüber einer von ihm außerehelich Geschwängerten die ihm gesetzlich obliegenden oder vertraglich übernommenen Pflichten nicht erfüllt, wird mit Gefängnis bestraft ». Wer soll nun entscheiden, ob der Mann die Frauensperson geschwängert hat? Soll der Strafrichter diesen Entscheid fallen, bevor durch irgend ein gerichtliches Verfahren festgestellt worden ist, daß überhaupt ein solches Rechtsverhältnis oder ein solches ethisches Halbrrechtsverhältnis besteht? Da werden wir unter Umständen die Chantage erleben, von der wir gesprochen haben bei Besprechung des Antrages Weisflog, daß die Frauensperson nicht mehr zum Zivilrichter geht, weil sie nicht mehr gezwungen ist, geradezu wegen Notzucht zu klagen, sondern daß sie uns nun sagen kann: der Bursche hat mich geschwängert, ich bin in andern Umständen; er gibt mir kein Geld; Geld her! Dann macht man ihn gefügig. Das will auch Herr Müller selbstverständlich nicht fördern. Deswegen müssen wir überlegen, wie dieser Artikel formuliert werden muß, damit der Gedanke zum Durchbruch kommt: es kann geklagt werden, wenn die Rechtsverhältnisse abgeklärt sind, dann kann man auch strafrechtlich zurückgreifen auf den, der seinerzeit die ethische und moralische Verpflichtung nicht erfüllt hat. Ich möchte den bereits von Herrn Müller gestellten Vorschlag unterstützen, daß der Artikel im Sinne seines Antrages zur Beratung an die Kommission zurückgewiesen würde. Ich glaube, daß Sie dem auch sehr wohl zustimmen können.

Hoppeler: Ich möchte lediglich berichten, daß der von Herrn Prof. Logoz zitierte Herr Müller nicht, wie ich fälschlich meinte, Herr Caspar Müller von Luzern, unser verstorbene Ratskollege ist, sondern Herr Bundesrat Müller.

Weisflog: Ich sehe mich leider veranlaßt, an meinem Antrag festzuhalten. Herr Bundesrat Häberlin hat Ihnen gesagt, daß die Gefahr der Erpressung bei Ehebruchsklagen gleich groß sei, ob die

Ehebruchsklage schon nach Einreichung der Scheidungsklage oder erst nach ihrer Erledigung zulässig sei. Das ist an sich richtig. Wir müssen aber doch verlangen, daß dieses ganze Verhältnis mit der Rechtskraft der Scheidungsklage liquidiert sei und die Ehebruchsklage nicht zu einem Anhängsel der Ehescheidungsklage werde. Weiter bemerkt Herr Bundesrat Häberlin, es wäre stossend, wenn eine Frau mit dem verurteilten Ehebrecher noch zusammenleben müßte. Nun ist aber nach dem ursprünglichen Antrage des Bundesrates die Ehebruchsklage erst zulässig, wenn die Scheidungsklage eingereicht ist. Nun haben nach Art. 170 des Zivilgesetzbuches die Ehegatten schon mit der Einreichung der Scheidungsklage das Recht, die häusliche Gemeinschaft aufzuheben. Es ist deshalb davon auszugehen, daß der Ehebruchskläger von diesem Rechte auch Gebrauch machen werde. Die abnormalen Verhältnisse, die Herr Bundesrat Häberlin Ihnen hier geschildert hat, werden somit in Tat und Wahrheit gar nicht vorkommen.

Nun möchte ich Sie noch auf etwas weiteres aufmerksam machen. Wir gehen bei dem System der Klage-Verjährung im allgemeinen davon aus, daß für den Zeitpunkt, von welchem an die bezügliche Frist berechnet werden soll, das Datum der Tat maßgebend ist. So hat auch das Zivilgesetzbuch mit bezug auf die zivilrechtliche Ehebruchsklage bestimmt, daß ihre Verjährung 6 Monate vom Tage der Tat an, längstens aber in 2 Jahren, eintrete. Das hat seine guten Gründe. Ließe man aber nach dem Vorschlage der Kommission die Frist zur Einreichung der Ehebruchsklage erst mit der Rechtskraft des Scheidungsurteils beginnen, so macht man die Verjährung von der Tätigkeit einer Drittperson, d. h. des Richters abhängig, also davon, ob er mehr oder weniger speditiv arbeitet. Arbeitet ein Richter speditiv, so verjährt das Klagerecht vielleicht schon nach einem Jahre; ist dies nicht der Fall, so verjährt es unter Umständen erst in 2 oder 3 Jahren. In gleicher Weise kann sich hier gegebenenfalls die Art der Prozeßführung der Personen auswirken, je nachdem sie z. B. alle Rechtsmittel erschöpfen oder nicht. Auch dadurch kann die Dauer der Klage-Verjährung vom Willen eines Dritten abhängig werden. Das ist aber etwas absolut Unnatürliches. Ich beantrage Ihnen deshalb nochmals, an der Fassung des Bundesrates festzuhalten.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Diese Ehebruchsangelegenheit scheint etwas kompliziert geworden zu sein. Ich möchte bitten, sich in bezug auf die Abstimmung klar zu machen, um welche Anträge es sich im gegenwärtigen Momente handelt. Sie haben in erster Linie die Hauptfrage: Wollen Sie überhaupt wegen Ehebruchs eine Strafe eintreten lassen oder nicht? Das ist die Bedeutung des Antrages der Minderheit, den Art. 181 zu streichen. Das ist einmal ein Hauptgrundsatz, über den der Rat sich entscheiden muß. Wenn der Rat auch eventuell diesen oder jenen Antrag an die Kommission zurückweisen sollte, so muß doch die Kommission wissen, wie der Rat in der Hauptsache, in der Frage der Strafbarkeit des Ehebruchs denkt. Wenn das klar ist, so muß man sich darüber entscheiden, in wie weit die Strafbarkeit eingeschränkt werden soll. Da geht nun ein Antrag

des Herrn Bundesrat Häberlin dahin, daß im Falle der bloßen Trennung die Strafbarkeit wegfallen soll; sie soll sich nur auf die Scheidung beziehen. Auch das ist eine Frage, über die der Rat sich grundsätzlich aussprechen muß.

Dann kommt weiter die Frage, die die Minderheit in ihrem Eventualantrag stellt, daß auch nicht geklagt werden könne wegen Ehebruchs, wenn der andere Ehegatte sich ebenfalls des Ehebruches schuldig gemacht hat, wenn er sich der böswilligen Verlassung schuldig gemacht hat etc., wenn also, juristisch ausgedrückt, die Voraussetzungen der Art. 138 bis 140 des Zivilgesetzbuches vorliegen. Das ist eine weitere Einschränkung des Klagerechtes. Herr Bundesrat Häberlin hat nun zwar die Minderheit ersucht, ihre Fassung abzuändern und sich an den Gedanken des Abs. 2 der Kommissionsvorlage anzulehnen: «War zur Zeit der Tat die häusliche Gemeinschaft der Ehegatten aufgehoben, so kann der Richter von einer Bestrafung Umgang nehmen.» Liegt also böswillige Verlassung, liegt Ehebruch des andern Ehegatten vor, so soll nicht das Klagerecht ausgeschlossen sein, aber der Richter soll sagen können, unter diesen Umständen strafe er nicht wegen Ehebruchs. Ich muß es natürlich der Minderheit überlassen, ob sie die Fassung des Herrn Bundesrat Häberlin annehmen will oder nicht, sonst hätten wir da zwei Auffassungen, die einander gegenüberstehen würden und die in eventueller Abstimmung bereinigt werden müßten.

Dann der selbständige Antrag des Herrn Weisflog. Ich möchte Ihnen nun beantragen, über diese Fragen nur grundsätzlich abzustimmen. Die Bestimmungen gehen in den Formulierungen von Bundesrat und Kommission durcheinander, und es läßt sich kaum ein Abstimmungsmodus finden, der von sämtlichen Ratsmitgliedern ohne weiteres verstanden würde. Deshalb möchte ich bitten, über Grundsätze abzustimmen und dann die Redaktion der Kommission zu überlassen. Die Kommission ist einverstanden, die Fragen, nachdem Sie sich über die Grundsätze ausgesprochen haben, näher zu prüfen und eine entsprechende Redaktion vorzuschlagen.

Den Antrag des Herrn Müller zu Art. 184 möchte ich vorläufig beiseite lassen, damit die Sache für die Abstimmung nicht noch komplizierter wird. Was den Antrag Weisflog anbetrifft, so stimme ich den Ausführungen des Herrn Bundesrat Häberlin zu. Die Kommission hat in vollem Bewußtsein der Tragweite der Angelegenheit eben eine Aenderung vorgeschlagen.

Nun die Hauptfrage: Soll der Ehebruch überhaupt grundsätzlich straflos sein oder nicht? Darüber habe ich Ihnen das Nötige in meinen einleitenden Ausführungen gesagt, ich will sie nicht wiederholen, aber ich möchte nun doch, wie Herr Hoppeler, auf den Ausspruch von Bundesrat Müller zurückkommen, der von Herrn Prof. Logoz zitiert worden ist. Ich bin durchaus nicht unglücklich, daß wir beide Referenten in dieser Sache einmal nicht gleicher Meinung sind; es ist das direkt eine Erholung. Herr Bundesrat Müller hat gesagt: «Je höher die Ehe eingeschätzt wird, um so mehr kann man des Strafschutzes entbehren.» Die Logik daraus wäre die: Je höher das Leben eingeschätzt wird, um so eher kann man des Strafschutzes entraten. Diese Argumentation ist nicht stichhaltig. Es wird eben die Ehe vom schuldigen Ehegatten nicht so hoch eingeschätzt, wie es sein sollte, und da hat der andere Ehegatte einen Anspruch darauf,

daß eine Ahndung erfolgt. Es handelt sich übrigens nicht um ein Offizialdelikt, sondern ein Antragsdelikt. Man muß es dem Ehegatten überlassen, ob er klagen will oder nicht. Wenn Herr Hoppeler erklärt hat, es herrsche in der ganzen Strafgesetzdiskussion immer die unrichtige Auffassung, daß man nach dem verletzten Rechtsgut frage und nicht nach der Verletzung einer höhern Autorität, so ist das eine Auffassung, die ich durchaus verstehe. Herr Hoppeler muß aber auch verstehen, daß wir uns schliesslich um das verletzte Rechtsgut des einzelnen kümmern müssen, und von diesem Gesichtspunkte aus wollen wir nach der Stärke der Verletzung eben auch die Stärke der Ahndung eintreten lassen. Ich bin nun der bestimmten Auffassung, daß wir das Strafgesetz nicht aus unsern Händen lassen dürfen, ohne daß in beschränktem Maße der Ehebruch unter Strafe gestellt wird, weil eben in vielen Fällen ein ganz erhebliches Interesse des beleidigten Ehegatten an einer Ahndung, die über das Zivilgesetzbuch hinausgeht, besteht.

Ich bin nicht ganz sicher, ob Herr Farbstein seinerseits auch beantragt hat, was Herr Bundesrat Häberlin beantragt hat, daß nur im Falle der Scheidung Strafe eintreten kann. Ich weiß auch nicht, wie sich diese Einschränkung mit der katholischen Auffassung verträgt, die eben die definitive Scheidung nicht anerkennt, sondern nur die Trennung. Ich muß das den Herren selber überlassen. Herr Farbstein hat gesagt, was im Falle der Ausdehnung auf die Trennung für unglückliche Verhältnisse eintreten können. Man darf nicht immer nur mit den äußersten Fällen operieren, die oft sehr unwahrscheinlich sind, man darf auch nicht einfach fragen, wie es Herr Farbstein tut: Was gibt das für eine Situation, wenn auf Trennung geklagt worden ist und in der Folge die Strafe für Ehebruch eingetreten ist und nachher kommen die Leute wieder zusammen? Der Ehegatte, der wegen Ehebruchs bestraft worden ist, braucht zur Wiedervereinigung nicht Ja zu sagen; es braucht wiederum zwei, um die einmal getrennte Ehe fortzusetzen. Wir wollen uns nicht auf diese Subtilitäten einlassen. Grundsätzlich stehe ich auf dem Boden, daß nach dem Antrag der Kommission entschieden werden sollte, der übrigens im Minderheitsantrag auch aufgenommen worden ist. Auch die Minderheit redet von der Trennung, nicht nur von der Scheidung. Ob Sie die Einschränkung der Artikel 138 bis 140 vornehmen wollen oder nicht, überlasse ich Ihrem Gefühl. Persönlich bin ich der Meinung, daß wir diese Ziffer 2 des Minderheitsantrages sehr gut bestehen lassen können, eventuell würde ich mich lieber zur Auffassung des Herrn Bundesrat Häberlin bekehren, der sagt, daß zwar geklagt werden kann, daß aber der Richter nicht verpflichtet ist zu bestrafen, wenn er findet, der andere Teil habe sich so benommen, daß das Verhalten des die Ehe brechenden Teils verständlich ist. Den Antrag Weisflog beantrage ich abzulehnen. Also nochmals: Hauptgrundsatz, Straflosigkeit oder Strafbarkeit des Ehebruches, dann weiter: Ausschluss der Strafbarkeit in einzelnen Fällen, und sodann die Frage des Antrages Weisflog.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Je crois pouvoir me borner à résumer brièvement les questions sur lesquelles vous allez avoir à vous prononcer.

La première est celle qui touche au fond même du problème: répression ou non répression pénale de

l'adultère. Je vous ai dit ma façon de penser sur ce point; je n'y reviens pas. Vous aurez à choisir.

Si, comme je le présume, vous admettez le principe de la répression pénale de l'adultère, il vous restera à statuer sur deux propositions qui vous sont faites en vue de limiter, plus que ne le fait le projet de la majorité de la commission, le champ d'application de l'art. 181.

La première de ces propositions est celle de M. le conseiller fédéral Häberlin, qui veut n'admettre la répression de l'adultère qu'après divorce, c'est-à-dire qui exclut cette répression après une simple séparation de corps. A ce sujet, je dois attirer l'attention du conseil sur les raisons pour lesquelles l'art. 181 indique non seulement le divorce, mais aussi la séparation de corps comme donnant ouverture à une poursuite pénale éventuelle pour adultère. On a voulu tenir compte ainsi des scrupules de nos concitoyens catholiques pour lesquels il n'y a pas de divorce, quoiqu'en dise la loi civile. Veuillez ne pas oublier cet élément d'appréciation quand vous vous prononcerez sur la proposition de M. le conseiller fédéral Häberlin.

Vous aurez d'autre part à choisir entre le texte de la majorité de la commission et celui de la minorité. Cette dernière propose en effet d'ajouter à l'art. 181 un chiffre 2 nouveau qui, dans toute une série de cas, ôte au conjoint trompé le droit de porter plainte.

Si vous acceptez cette proposition, il faudra peut-être la rédiger un peu autrement. A ce sujet M. le conseiller fédéral Häberlin a proposé de dire que le juge «pourra exempter le délinquant de toute peine» si l'une des conditions prévues au chiffre 2 de la proposition de la minorité se trouve réalisée.

Enfin, vous aurez à vous prononcer sur une dernière proposition, celle de M. Weisflog. J'ai le regret de devoir dire à M. Weisflog que, sur ce point, je partage l'opinion émise par M. le conseiller fédéral Häberlin et par M. le président de la commission. Je ne suis pas partisan de la proposition de M. Weisflog, cela pour les raisons indiquées par MM. Seiler et Häberlin et sur lesquelles je me dispense de revenir.

Tels sont les points sur lesquels vous aurez à statuer quant au contenu de l'art. 181.

Il va sans dire qu'ensuite il sera bon de renvoyer l'art. 181 à la commission, pour qu'elle le rédige à nouveau.

Grünenfelder: Sie haben gehört, daß die Minderheit der Kommission sich einverstanden erklärt hat mit der Anregung des Herrn Bundesrat Häberlin, wonach ihr Antrag zu Art. 181, Ziff. 2, zur redaktionellen Bereinigung an die Kommission zurückgewiesen werden soll. Damit ist natürlich die grundsätzliche Frage noch nicht entschieden, ob die Strafausschließungsgründe vermehrt werden sollen im Sinne der Kommissionsminderheit oder nicht. Ich möchte in dieser Richtung folgendes sagen: An und für sich ist der Gedanke, wie er jetzt in Ziff. 2 niedergelegt ist, schon kolossal weitgehend. Sodann ist die Ausschließung vom Antragsrecht nach dem Minderheitsvorschlag gar nicht zeitlich beschränkt; es ist nirgends festgesetzt, wann das Verschulden des sonst Antragsberechtigten eingetreten sein muß, wann er sich selbst eines Ehebruchs schuldig gemacht haben muß, um das Klagerecht zu verlieren. Wenn

die Untersuchung z. B. ergibt, daß er vor 10 Jahren einen Ehebruch begangen hat, so kann er nach dem Minderheitsvorschlag des Antragsrechts doch noch verlustig erklärt werden, obwohl er sich seither vielleicht ganz gut gehalten hat. Zweitens ist nichts gesagt, daß ein Ehebruch, der nur gegenüber einem Gatten früherer Ehe begangen worden ist, als Strafausschließungsgrund gegenüber dem jetzigen ehebrecherischen ausgeschaltet sein solle. Man sagt vielleicht gegenüber diesen Einwendungen: Das sind Schönheitsfehler, die können wir immer noch ausmerzen. Ich habe aber auch grundsätzliche Bedenken dagegen, diese Strafausschließungsgründe immer noch weiter auszudehnen; und hier würde das offenbar in einer Art und Weise geschehen, daß die Strafflosigkeit des Ehebruchs umsomehr ausgedehnt würde, je jumpiger die Eheleute sind, die sich vergangen haben.

Da kommen wir auf einen allgemeinen Gesichtspunkt zu sprechen. Jede Zeit hat ihre Nöte. In der Gegenwart erleben wir, daß die ethische Auffassung von der Ehe kolossal oberflächlich geworden ist und daß sie in weiten Kreisen geradezu Schiffbruch gelitten hat. Da die Allgemeinheit, die Öffentlichkeit, der Staat ein Interesse an der Beständigkeit und Festigkeit der Ehe hat, könnte man sich fragen, ob es nicht geboten wäre, diesem Uebel durch die obligatorische Strafbarerklärung des Ehebruchs zu steuern und damit eine Verbesserung wenigstens anzustreben, und dieser Flut der ethischen Verwilderung durch Bestrafung des Ehebruchs von Amtes wegen entgegenzutreten. Aber der Zeitgeist geht heute in anderer Richtung; gerade weil wir in dieser Flut drin stecken, wäre ein solcher Antrag aussichtslos. Vielleicht nach Jahren kommen wir dazu, wenn wir sehen, wie die Gefahr für den Bestand der Familie und für die Gesamtheit immer größer geworden ist. Aber gerade aus diesem Grunde scheint es uns schon weitgehend zu sein, was Kommissionsmehrheit und Kommissionsminderheit in Ziff. 1, Abs. 2, vorschlagen: Wenn ein Ehegatte davonläuft und behauptet, er habe einfach nicht mehr zu Hause bleiben und die häusliche Gemeinschaft weiterführen können, so ist faktisch die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft im Sinne jenes Abs. 2 da. Soll ihm nun auf Grund dieses selbst geschaffenen Zustandes alle Freiheit gewährt werden? Das würde doch zu weit gehen, namentlich im Hinblick auf die Rechtsordnung im Ganzen.

In der Ausschließung der Strafbarkeit respektive der Antragsberechtigung liegt unseres Erachtens eine neue Gefahr. Andererseits würden viele Fälle, welche vom Minderheitsantrag betroffen würden, zweifellos unter Abs. 2 fallen; es hinge also ausschließlich vom Richter ab, wo Abs. 2 auf die Fälle nach Minderheitsantrag anzuwenden sei. Und auch deshalb stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Antrag der Kommissionsminderheit grundsätzlich abgelehnt werden soll.

Eine andere Frage, in der Dr. Welti und die Kommissionsminderheit einig gehen, ist die, den Ehebruch überhaupt straflos zu erklären, «um reinen Tisch zu machen und um eine klare Situation zu schaffen». Dem gegenüber habe ich nur die Bemerkung zu machen: Nebst anderem hat er besonders hervorgehoben, daß die Gefahr der Erpressung bestehe, wenn die Ehebruchsklage als Antragsdelikt aufrecht erhalten werde. Er wird mir indessen zu geben, daß die Möglichkeit der Erpressung bei allen übrigen Antragsdelikten und nicht nur beim Ehebruch

vorliegt: Sie können auch bei Ehrverletzungen usw. ganz wohl im Spiele sein. Es spricht also nichts gegen die Strafbarkeit des Ehebruchs, sondern die Gründe sprechen eher dafür, daraus ein Officialdelikt zu machen, weil es ein Delikt ist, das das Volksganze und die Allgemeininteressen schädigt. Aber soweit sind wir ja noch nicht.

Nun ist unter andern Bundesrat Müller zitiert worden, der gesagt haben soll: Je höher die ethische Auffassung von der Ehe sei, um so weniger werde man dazu kommen müssen, sie durch gesetzgeberische Maßnahmen schützen zu wollen. Mir scheint diese Auffassung doch merkwürdig: Je höher die Ehre eines Menschen ist, um so mehr bestrafen wir ihre Verletzung. Man kann doch von der Ehe auch nicht anders denken. Oder soll für die Interessen des einzelnen ein anderes Recht gelten als für die der Gesamtheit?

Nun will ich noch besonders folgendes betonen: Herr Bundesrat Häberlin hat vorhin auseinandergesetzt, es sei ein Mangel, daß man für die Antragsberechtigung bei Ehebruch auch die eheliche Trennung als Voraussetzung gelten lasse. Dieser Antrag ist in der Kommission von Herrn Lohner ausgegangen. Er hat, wie ich mich erinnere, ausgeführt, es gebe Leute, die aus religiösen Gründen keine Ehescheidung verlangen werden, und solche hätten das Recht der Klage gegenüber dem schuldhaften Ehegatten nicht, wenn er infolge seiner religiösen Auffassung nur auf Trennung klagt und nicht auf Scheidung. Das war der Gesichtspunkt, der in der Kommission ohne weiteres obgesiegt hat. Herr Dr. Seiler hat bereits auf diesen Punkt hingewiesen. Man kann doch die Leute, welche aus den genannten Gesichtspunkten nicht zur Scheidung schreiten wollen, aber dennoch die Trennung herbeizuführen wünschen, nicht um das Recht verkürzen, den schuldhaften Ehegatten vor den Richter zu bringen. Ich ersuche Sie darum, am Antrag der Kommissionsmehrheit und -Minderheit festzuhalten und auch die Trennung als Klagevoraussetzung gelten zu lassen.

Bundesrat **Häberlin**: Ich möchte nur die Erklärung abgeben, daß ich meinen Antrag zurückziehe, der dahingeht, daß die Ehebruchsklage bei bloßer Trennung nicht zulässig sei. Als ich den Antrag gestellt hatte, hatte ich die Fälle im Auge, wo der Richter an Stelle der verlangten Scheidung nur Trennung verhängt. Nun ist es richtig, daß es in der katholischen Religion keine Scheidung gibt, sondern nur die bloße Trennung und daß deshalb von Anfang an nur auf Trennung geklagt wird, die dann endgültig bleibt. Diese Auffassung müssen wir respektieren; im Bundesrat müssen wir auch katholisch denken können, selbst wenn wir Protestanten sind, und auch Sie müssen sich in die Mentalität eines Andersdenkenden hineinversetzen können, wenn sie an sich gerechtfertigt ist und sich mit dem Wohle des Ganzen verträgt. Ich ziehe darum meinen Antrag zurück.

Abstimmung. — Vote.

Art. 180.

Angenommen. — Adopté.

Art. 181.

Eventuell: — Eventuellement:

- | | |
|-----------------------------------|------------|
| 1. Für Strafbarkeit des Ehebruchs | 79 Stimmen |
| Für Straflosigkeit des Ehebruchs | 53 Stimmen |

Biroll: Es liegt kein Antrag vor, die Strafbarkeit bei Trennung einzuführen. Herr Farbstein hat davon gesprochen, aber keinen Antrag gestellt; Herr Bundesrat Häberlin hat den Antrag gestellt, aber wieder zurückgezogen und so bleibt es beim Antrag der Kommission « bei Scheidung oder Trennung ».

Farbstein: Ich halte meinen Antrag aufrecht.

- | | |
|---|------------|
| 2. Für Ausdehnung der Strafbarkeit auf den Fall bloßer Trennung | 59 Stimmen |
| Für Beschränkung auf Scheidung | 62 Stimmen |

Abstimmung. — Vote.

Eventuell: — Eventuellement:

- | | |
|---|------------|
| 3. Für Ausschluss der Ehebruchsklage auf Grund von Art. 138—140 | 65 Stimmen |
| Dagegen | Minderheit |
| 4. Für Antrag Weisflog | Minderheit |

Definitiv: — Définitivement:

Für Rückweisung von Art. 181 an die Kommission

Große Mehrheit

Art. 182 und 183.

Angenommen. — Adoptés.

Art. 184.

Seiler, Berichterstatter: Der Antrag des Herrn Müller ist Ihnen ausgeteilt worden, einen neuen dritten Absatz zu Art. 184 zu beschließen in folgender Fassung: « Wer eine Frau, die von ihm schwanger ist, in bedrängter Lage im Stiche läßt, soll mit Gefängnis bestraft werden. » Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß das der alte Art. 141 des Vorentwurfes von 1908 ist. Dieser ist von der Expertenkommission abgelehnt worden und erscheint nun wieder in der Diskussion. Im Grundsatz sind wir mit dem Gedanken, wie gesagt, einverstanden, dagegen scheint uns, daß die Formulierung noch nicht genügend abgeklärt ist.

M. Logoz, rapporteur: Notre collègue M. Müller propose d'ajouter à l'art. 184 (violation des devoirs de famille) un nouvel alinéa 3 d'après lequel « celui qui aura abandonné dans la détresse une femme enceinte de ses oeuvres, sera puni de l'emprisonnement » (A. P. 1908, art. 141).

Nous sommes, M. Seiler et moi, d'accord avec le contenu de cette proposition; mais nous pensons, comme M. Müller lui-même, que, puisque la commission elle-même n'a pas encore eu l'occasion d'examiner cette idée, il serait bon que, tout en adoptant en principe la proposition Müller, le Conseil national la renvoie à la commission, qui rapportera définitivement plus tard sur ce point.

Angenommen. — Adopté.

*Art. 187—195bis.***Anträge der Kommission.**

Art. 187. Wer vorsätzlich eine Sache in Brand setzt und dadurch eine Gemeingefahr herbeiführt, wird mit Zuchthaus bestraft.

Bringt der Täter wissentlich Leib und Leben von Menschen in Gefahr, so ist die Strafe Zuchthaus nicht unter drei Jahren.

Ist nur ein geringer Schaden entstanden, so kann auf Gefängnis erkannt werden.

Art. 188. Wer fahrlässig eine Sache in Brand setzt und dadurch eine Gemeingefahr herbeiführt, wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

Bringt der Täter fahrlässig Leib und Leben von Menschen in Gefahr, so ist die Strafe Gefängnis.

Art. 189. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 190. Wer vorsätzlich und in verbrecherischer Absicht durch Sprengstoffe oder giftige Gase Leib und Leben von Menschen oder fremdes Eigentum in Gefahr bringt, wird mit Zuchthaus bestraft.

Ist nur Eigentum in unbedeutendem Umfang gefährdet worden, so kann auf Gefängnis erkannt werden.

Abs. 2 streichen.

Art. 191. 1. Wer Sprengstoffe oder giftige Gase herstellt, die, wie er weiss oder annehmen muß, zu verbrecherischem Gebrauch bestimmt sind, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

2. Wer Sprengstoffe, giftige Gase oder Stoffe, die zu deren Herstellung geeignet sind, sich verschafft, einem andern übergibt, von einem andern übernimmt, aufbewahrt, verbirgt oder weiterschafft, wird, wenn er weiß oder annehmen muß, daß sie zu verbrecherischem Gebrauch bestimmt sind, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

3. Wer jemandem, der, wie er weiß oder annehmen muß, einen verbrecherischen Gebrauch von Sprengstoffen oder giftigen Gasen plant, zu deren Herstellung Anleitung gibt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Art. 192. Wer vorsätzlich, jedoch ohne verbrecherische Absicht, oder wer fahrlässig durch Sprengstoffe oder giftige Gase Leib und Leben von Menschen oder fremdes Eigentum in Gefahr bringt, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft.

In leichten Fällen kann auf Busse erkannt werden.

Art. 193. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 194. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 195. 1. Wer bei der Leitung oder Ausführung einer Baute oder eines andern Werkes oder eines Abbruches vorsätzlich die anerkannten Regeln der Baukunde außer acht läßt, und dadurch wissentlich Leib und Leben von Mitmenschen gefährdet, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Busse bestraft.

2. Läßt der Täter die anerkannten Regeln der Baukunde fahrlässig außer acht, so ist die Strafe Gefängnis oder Busse.

Art. 195bis. 1. Wer vorsätzlich in Fabriken oder andern Betrieben oder an Maschinen eine zur Verhütung von Unfällen dienende Vorrichtung beschädigt, zerstört, beseitigt oder sonst unbrauchbar macht, oder außer Tätigkeit setzt,

wer vorsätzlich eine solche Vorrichtung vorschriftswidrig nicht anbringt,

und dadurch wissentlich Leib und Leben von Mitmenschen gefährdet,

wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Busse bestraft.

2. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Gefängnis oder Busse.

Propositions de la commission.

Art. 187. Celui qui, intentionnellement, aura mis le feu à une chose et aura ainsi causé un danger collectif sera puni de la réclusion.

Pour le reste adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 188. Celui qui, par négligence, aura mis le feu à une chose et aura ainsi causé un danger collectif, sera puni l'emprisonnement ou de l'amende.

La peine sera l'emprisonnement si, par négligence, le délinquant a mis en danger la vie ou la santé des personnes.

Art. 189. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 190. Celui qui, intentionnellement et dans un dessein délictueux, aura, au moyen d'explosifs ou de gaz toxiques, exposé à un danger la vie ou la santé des personnes, ou la propriété d'autrui, sera puni de la réclusion.

Le juge pourra prononcer l'emprisonnement si le délinquant n'a exposé que la propriété à un danger de peu d'importance.

Art. 191. 1. Celui qui aura fabriqué des explosifs ou des gaz toxiques, sachant ou devant présumer qu'ils étaient destinés à un emploi délictueux, sera puni de la réclusion jusqu'à dix ans ou de l'emprisonnement pour six mois au moins.

2. Celui qui se sera procuré soit des explosifs, soit des gaz toxiques, soit des substances propres à leur fabrication, ou qui les aura transmis à autrui, reçus d'autrui, conservés, dissimulés ou transportés, sachant ou devant présumer qu'ils étaient destinés à un emploi délictueux, sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement pour un mois au moins.

3. Celui qui, sachant ou devant présumer qu'une personne se propose de faire un emploi délictueux d'explosifs ou de gaz toxiques, lui aura fourni les indications pour les fabriquer, sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement pour un mois au moins.

Art. 192. Celui qui, soit intentionnellement mais sans dessein délictueux, soit par négligence, aura, au moyen d'explosifs ou de gaz toxiques, exposé à un danger la vie ou la santé des personnes ou la propriété d'autrui, sera puni de l'emprisonnement jusqu'à cinq ans.

Le juge pourra prononcer l'amende, si l'infraction est de peu de gravité.

Art. 193. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 194. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 195. 1. Celui qui aura intentionnellement enfreint les règles de l'art, en dirigeant ou en exécutant une construction ou un ouvrage analogue, ou une démolition, et aura par là sciemment mis en danger la vie ou la santé des personnes, sera puni de l'emprisonnement pour un mois au moins et de l'amende.

2. La peine sera l'emprisonnement ou l'amende, si l'inobservation des règles de l'art provient de négligence.

Art. 195bis. 1. Celui qui, intentionnellement, aura endommagé, détruit, supprimé, rendu inutilisable ou mis hors d'usage un appareil destiné à prévenir les accidents dans une fabrique ou une autre exploitation, ou les accidents de machines,

celui qui, contrairement aux prescriptions applicables, aura intentionnellement omis d'installer un tel appareil,

et aura, par là, sciemment mis en danger la vie ou l'intégrité corporelle des personnes,

sera puni de l'emprisonnement pour un mois au moins et de l'amende.

2. La peine sera l'emprisonnement ou l'amende, si le délinquant a agi par négligence.

Seiler, Berichterstatter: Die wesentlichen Fälle der gemeingefährlichen Verbrechen beruhen auf der Entfesselung der Naturkräfte. Allen voraus steht die Brandstiftung. Ihre Definition ist zu vorbildlicher Kürze zusammenschmolzen. Die Unterscheidung zwischen der Inbrandsetzung fremder und eigener Sachen ist fallen gelassen worden. In unserer Kommission ist die Bezeichnung «Feuersbrunst» angefochten worden. Sie erschien zu unbestimmt. Die Kommission redet nunmehr von einer Sache, die in Brand gesteckt wird. Zugleich muß aber damit eine Gemeingefahr verbunden sein. Wo beginnt die Gemeingefahr? Das ist Ermessensfrage. Ein harmloses Feuerlein kann somit nicht in Betracht kommen. Das Anzünden ohne Gemeingefahr kann eventuell Sachbeschädigung sein. Die Brandstiftung ist Gefährdungsdelikt. Ob die Gemeingefahr durch die Brandstiftung an der eigenen oder fremden Sache erfolgt, bleibt sich gleich. Zu bemerken ist die harte Strafe und die Qualifikation im Falle der Lebensgefährdung. Erheblich geringer ist die Strafe bei der fahrlässigen Brandstiftung.

Das Verursachen einer Explosion als Straftat setzt keine Gemeingefahr voraus, wohl aber eine Gefährdung von Leib und Leben oder von Eigentum, und zwar von fremdem Eigentum. Weitere Bemerkungen zu Art. 189 erübrigen sich.

Die Art. 190—192 behandeln die Sprengstoffverbrechen, in Anlehnung an das frühere Sprengstoffgesetz von 1894, nunmehr vom 19. Dezember 1924. Voraussetzung der Strafbarkeit ist die verbrecherische Absicht des Täters; die Gefährdung ist die gleiche wie bei Art. 189. Eine Verletzung ist nicht erforderlich. Das Motiv der Tat ist irrelevant. In Art. 190 hat die Kommission die Abs. 2 und 3 gestrichen. Die Qualifikation des Gebrauchs von Sprengbomben ist fallen gelassen, dagegen sind den Sprengstoffen die giftigen Gase gleichgestellt. Eine Milderung der Strafe soll eintreten bei nur geringfügigem Schaden. Das Herstellen, Verbergen und Weiterschaffen von Sprengstoffen und giftigen Gasen ist unter schwere Strafe gestellt. Für die Anleitung zur Herstellung ist durch die Kommission eine

schwerere Strafe, als sie vom Bundesrat vorgesehen ist, festgesetzt worden. Eine Erweiterung hat sodann Art. 192 erfahren. Die Kommission ist bei ihren Beratungen auf eine Lücke gestoßen. In Art. 190 ist Vorsatz und verbrecherische Absicht vorausgesetzt, in Art. 192 Fahrlässigkeit. Wie aber verhält es sich mit der vorsätzlichen Tat, bei der eine verbrecherische Absicht nicht vorliegt? Nach der bundesrätlichen Fassung müßte in diesem Falle von einer Strafe Umgang genommen werden, währenddem für die bloß fahrlässige Handlung Strafe vorgesehen ist. Die Gleichstellung der vorsätzlichen und der fahrlässigen Gefährdung in Art. 192 durch die Kommission ist eine singuläre Bestimmung. Es dürfte sich fragen, ob nicht die ohne verbrecherische Absicht, aber vorsätzlich begangene Tat in Art. 190 angefügt und mit einer besonders Strafandrohung versehen und dann Art. 192 auf die fahrlässige Begehung beschränkt werden sollte. Eine Ueberprüfung dieser Fragen dürfte nichts schaden.

Die Gefährdung durch vorsätzliche Herbeiführung einer Ueberschwemmung oder des Einsturzes eines Bauwerks deutet auf moderne Verhältnisse hin, speziell auf die Erstellung von Kraftwerken etc. Immerhin dürfte es sich in der Hauptsache um fahrlässige Delikte handeln. Die bundesrätliche Fassung ist unbestritten, ebenso die Bestimmung von Art. 194, welche von der Gefährdung durch Zerstörung von elektrischen Anlagen, Wasserbauten und Schutzvorrichtungen handelt.

Von großer Bedeutung ist sodann Art. 195, welcher von der Gefährdung durch Verletzung der Regeln der Baukunst handelt. Strafe tritt nur ein, wenn Menschen gefährdet werden. Täter können Bauleute und nicht fachkundige Dritte sein. Der bundesrätliche Entwurf sieht die vorsätzliche und die fahrlässige Begehung der Tat vor. Der Vorentwurf sprach nur von der fahrlässigen Begehung. Die Kommission hat ein weiteres Tatbestandsmoment eingefügt, das «Wissen» der Gefährdung. Nicht nur muß dem Täter die Verletzung der Bauregeln bewußt sein, sondern auch die dadurch bedingte Gefährdung. In der Regel wird beides zusammenfallen, jedenfalls wird der Täter, der von der Strafe der vorsätzlichen Begehung befreit sein will, die Umstände dartun müssen, die das Fehlen des Bewußtseins der Gefährdung erklärlich machen. In diesem Falle wird aber zum mindesten das fahrlässige Delikt vorliegen.

Neu hat die Kommission Art. 195bis eingefügt. Er betrifft die Beseitigung von Sicherheitsvorrichtungen in gefährdeten Betrieben. Die Anregung dazu ist dem deutschen Entwurf entnommen und im Aufbau Art. 194 unseres Entwurfes nachgebildet. Für das vorsätzliche Delikt ist das Wissen der Gefährdung erforderlich.

Damit ist der Abschnitt über die gemeingefährlichen Verbrechen erledigt. Minderheitsanträge liegen nicht vor. Ich beantrage Zustimmung zu den Anträgen der Kommission.

M. Logoz, rapporteur: Nous en arrivons aux infractions qui créent un danger collectif. Ce sont des délits qui dérivent en général du déchaînement d'une force naturelle (feu, eau, gaz, etc.) dont les effets échappent plus ou moins complètement au calcul et à la maîtrise de celui qui l'a déchaînée.

Ainsi, le délit fait naître un danger indéterminé, général, allant au delà de la mise en péril d'une seule vie ou d'une seule propriété donnée.

Il y a un danger incertain, qui menace un nombre inconnu de victimes (« Gemeingefahr », dit-on en allemand).

Cette notion de « Gemeingefahr » est inconnue des codes latins en général. Ce n'est pas d'après ce principe que ces codes classent les délits dont nous allons parler. Ils les classent volontiers, par exemple, parmi les infractions contre la sécurité publique (ainsi procède le Code pénal genevois pour l'incendie) ou même parfois parmi les délits contre la propriété.

La classification du projet est certainement meilleure, plus précise que celle qui table sur la notion de sécurité publique. Tous les délits mettent plus ou moins la sécurité publique en danger.

D'autre part, dans l'incendie ou l'inondation, par exemple, le caractère dominant n'est pas l'atteinte à la propriété. Il peut du reste y avoir atteinte à la vie humaine.

Le système du projet paraît donc heureux et la commission vous propose de l'approuver.

Autre remarque générale: Les infractions dont nous allons parler sont, non pas toujours, mais souvent, des délits de mise en danger; vu la gravité de leurs conséquences possibles, d'autre part, la négligence est presque toujours punie.

Cela dit, passons à l'art. 187: L'incendie est un des délits les plus difficiles à définir. D'après les motifs de 1908, le crime d'incendie (« Brandstiftung ») est le fait de mettre le feu intentionnellement à un objet, de façon à faire naître le danger de propagation du feu et à mettre en péril la santé ou la vie des personnes.

C'est ce que nombre de codes actuels, à l'exemple du Code pénal français, cherchent à exprimer en énumérant les objets (maisons, wagons, voitures, forêts ou récoltes, etc.), contre lesquels le crime d'incendie peut être commis.

Cette énumération a aussi pour but de permettre de graduer la peine selon le danger plus ou moins grand que, dans les divers cas, l'incendie fait courir aux humains. Mais cette casuistique législative est compliquée. Nous en savons quelque chose à Genève où tout un chapitre du Code pénal est consacré à l'incendie, et ce chapitre est très loin d'être parfait!

Et cette énumération, si elle est limitative, est dangereuse parce qu'une telle énumération a toujours des lacunes.

C'est donc avec raison que le projet suisse renonce absolument à cette casuistique, comme du reste d'autres codes déjà en vigueur (le code norvégien et le code des Pays-Bas, par exemple).

Mais alors, comment définir l'incendie? Et comment résoudre, par cette définition, la question délicate aussi de savoir où, en matière d'incendie, finit la tentative et où commence le délit consommé?

Le projet du Conseil fédéral (art. 187, al. 1^{er}) répond en se servant du langage de tout le monde, du langage populaire: « Celui qui aura causé intentionnellement un incendie sera puni de la réclusion. » En allemand: « Wer eine Feuersbrunst verursacht... »

Et les Motifs de 1908 expliquent que, dans le langage usuel, en allemand « eine Feuersbrunst », c'est un feu qui ne peut plus être maîtrisé par un seul homme. Il y a donc incendie consommé quand le feu a pris son essor de façon à créer un danger col-

lectif, notamment parce qu'il échappe au pouvoir de l'incendiaire. Sinon, disent les Motifs, il n'y a pas délit consommé, il y a seulement tentative d'incendie.

Votre commission est matériellement d'accord avec cette façon de concevoir le crime d'incendie; mais elle a dû constater que le texte français de l'art. 187, al. 1^{er}, n'exprime pas ces idées d'une manière assez claire.

Aucun doute ne doit subsister non plus sur les conditions de la répression de l'incendie de sa propre chose.

Le fait de détruire sa propre chose par le feu (ainsi un chalet isolé dans la montagne et qui est infesté de vermine) ne doit en principe pas être puni. Ce qui peut rendre ce fait délictueux, c'est le danger collectif dont il peut être la cause, c'est la mise en danger de la propriété d'autrui ou de vies humaines. Cela, encore, ne nous a pas paru résulter assez nettement du texte français de l'art. 187, al. 1^{er}.

Enfin, le texte du projet du Conseil fédéral crée, en français, une difficulté de traduction. Ici, le français est plus pauvre que l'allemand. Nous n'avons en français qu'un mot « incendie » pour rendre les deux mots allemand « Brandstiftung » et « Feuersbrunst », qui n'ont pourtant pas le même sens.

Pour ces diverses raisons, la commission vous propose de rédiger l'art. 187, al. 1^{er}, comme suit:

« Celui qui, intentionnellement, aura mis le feu à une chose et aura ainsi causé un danger collectif, sera puni... »

Cela ne modifie pas le sens que le Conseil fédéral a voulu donner à cette disposition, mais cela l'exprime plus clairement, tout au moins en français.

Je n'insiste pas sur les al. 2 et 3 de l'art. 187. Votre commission vous propose de les adopter tels quels.

L'art. 188 punit l'incendie par négligence, comme tous les codes le font déjà, à cause du danger que comporte cet acte.

Le premier alinéa du texte du Conseil fédéral doit naturellement subir une modification correspondant à celle que nous vous proposons d'apporter à l'art. 187, 1^{er} al.

L'art. 189 punit l'explosion. Dans beaucoup de codes, l'explosion est assimilée à l'incendie. Il est vrai que les deux délits ont des effets analogues. D'autre part, l'incendie peut provoquer une explosion et inversement une explosion peut causer un incendie. Quoi qu'il en soit, dans le projet, ce que vise l'art. 189, ce sont les cas où la destruction par explosion est caractéristique de l'acte. Par exemple, le feu n'a été employé que comme un moyen de provoquer l'explosion.

En revanche, l'art. 189 n'est pas applicable au cas où, au cours d'un incendie, une explosion se produit comme phénomène accessoire. Cela délimite le champ d'application de l'art. 189 par rapport aux art. 187 et 188.

Mais une délimitation doit être tracée aussi vis-à-vis des art. 190 et suivants. Ici encore, la ligne de démarcation est très nette: le délit de l'art. 189 n'est pas commis par l'emploi de substances que l'on considère comme des explosifs; la benzine, le pétrole, etc., peuvent faire explosion, mais ne sont pas normalement destinées à servir d'explosifs, comme la dynamite, par exemple.

Quant aux gaz, les art. 190 et suivants ne concernent que les gaz toxiques. Nous y reviendrons tout à l'heure.

En résumé, nous vous recommandons d'adopter l'art. 189 tel que le Conseil fédéral le propose.

Les art. 190 à 192 reproduisent matériellement les dispositions contenues dans la loi fédérale du 19 décembre 1924 sur l'emploi délictueux d'explosifs et de gaz toxiques, art. 1^{er} à 3.

A la forme, ces dispositions de notre projet ont été rédigées par la commission de la même manière que les art. 162 à 164 du Code pénal militaire.

L'art. 4 de la loi fédérale du 19 décembre 1924 était remplacé, dans le texte du Conseil fédéral, par l'al. 3 de l'art. 190. Mais la commission du Conseil national a voté la suppression de ce troisième alinéa. A-t-elle eu raison? J'en doute, pour ma part; mais je ne veux pas compliquer ce débat et je me permets de compter sur le Conseil des Etats pour rectifier, s'il y a lieu, en rétablissant le troisième alinéa de l'art. 190.

Art. 193. Le délit intentionnel d'inondation ou d'écroulement, prévu par l'art. 193, chiff. 1^{er}, sera sans doute relativement rare.

Par contre, le délit par négligence, visé à l'art. 193, chiff. 2, est plus facilement concevable, en particulier en ce qui concerne l'inondation, avec nos nombreuses usines qui produisent de l'électricité. Le délit d'inondation peut en effet résulter de la destruction des ouvrages de protection qui règlent le débit de l'eau, surtout des digues et barrages qui accumulent l'eau pour la production d'énergie hydraulique ou électrique.

En tous cas, un délit de ce genre — inondation ou écroulement — peut causer un dommage énorme. L'arme que l'art. 193 donne à cet égard est donc nécessaire.

L'art. 194 vise trois délits divers qui, commel'inondation, peuvent être commis intentionnellement ou par négligence. Ce sont la destruction ou la dégradation

1^o des installations électriques;

2^o des travaux hydrauliques, notamment de jetées, barrages, digues, écluses;

3^o des ouvrages de protection contre les forces naturelles, par exemple contre les éboulements ou les avalanches.

Le troisième cas aura une importance spéciale dans les montagnes. C'est le délit alpestre, qui pourra être commis, par exemple, par l'endommagement de forêts protectrices ou de murs ou barrières de protection.

La commission vous recommande d'adopter les art. 193 et 194 tels qu'il sont proposés par le Conseil fédéral.

L'art. 195 prévoit, sous le nom de « violation des règles de l'art de construire », un délit de pure mise en danger, comme ceux des art. 193 et 194, mais à la différence des infractions précédentes, un délit d'omission.

L'infraction réprimée par l'art. 195 est en quelque sorte un délit professionnel. Il peut être commis par toute personne qui dirige ou exécute des travaux de construction ou de démolition, par exemple un entrepreneur, un architecte, un chef d'équipe, ou même un ouvrier. Mais la responsabilité qu'il crée

est personnelle: celui-là seul a commis le délit, qui a commis la faute, intentionnelle ou par négligence.

La commission vous propose d'adopter l'art. 195 en le complétant, en ce qui concerne la mise en danger, par l'adjonction du mot « sciemment », qui figure déjà dans les art. 193 et 194.

Enfin, deux mots de l'art. 195bis. La commission vous propose de compléter le chap. VII en y insérant sous le numéro provisoire 195bis un article qui réprime notamment le fait d'endommager, de détruire ou d'omettre — en violation des prescriptions applicables — d'installer des appareils de protection dans une fabrique ou une autre exploitation, et de mettre par là sciemment en danger la vie humaine ou l'intégrité corporelle des personnes. Si je me souviens bien, c'est notre ancien collègue M. Sigg, inspecteur des fabriques, qui avait proposé l'insertion de cet article dans le projet. Les peines sont les mêmes qu'à l'art. 195.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 196—202bis.

Anträge der Kommission.

Art. 196. 1. Wer vorsätzlich eine gefährliche übertragbare menschliche Krankheit verbreitet, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu fünf Jahren bestraft.

Hat der Täter aus gemeiner Gesinnung gehandelt, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

2. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Gefängnis oder Buße.

In besonders leichten Fällen kann der Richter von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Art. 197. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 198. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 199. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 200. Streichen.

Art. 201. Streichen.

Art. 202. 1. Wer Futter oder Futtermittel für Haustiere so behandelt oder herstellt, daß sie die Gesundheit der Tiere gefährden, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Betreibt der Täter das Behandeln oder Herstellen gewerbsmäßig, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter einem Monat und Buße.

Das Strafurteil wird veröffentlicht.

2. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Buße.

3. Die Ware wird eingezogen. Sie kann unschädlich gemacht oder vernichtet werden.

Art. 202bis. 1. Wer vorsätzlich gesundheitschädliches Futter oder gesundheitsschädliche Futtermittel einführt, lagert, feilhält oder in Verkehr bringt, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Das Strafurteil wird veröffentlicht.

2. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Buße.

3. Die Ware wird eingezogen. Sie kann unschädlich gemacht oder vernichtet werden.

Propositions de la commission.

Art. 196. 1° Celui qui, intentionnellement, aura propagé une maladie dangereuse et transmissible, sera puni de l'emprisonnement pour un mois à cinq ans.

La peine sera la réclusion jusqu'à cinq ans, si le délinquant a agi par bassesse de caractère.

2° La peine sera l'emprisonnement ou l'amende, si le délinquant a agi par négligence.

Dans les cas de très peu de gravité, le juge pourra exempter le délinquant de toute peine.

Art. 197. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 198. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 199. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 200. Biffer.

Art. 201. Biffer.

Art. 202. Celui qui aura traité des fourrages naturels, ou fabriqué ou traité des fourrages artificiels à l'usage des animaux domestiques de telle façon que ces fourrages mettent en danger la santé de ces animaux, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

La peine sera l'emprisonnement pour un mois au moins et l'amende, si le délinquant fait métier de telles manipulations ou fabrications.

Le jugement de condamnation sera publié.

2° La peine sera l'amende, si le délinquant a agi par négligence.

3° Les produits nuisibles seront confisqués. Ils pourront être rendus inoffensifs ou détruits.

Art. 202bis. 1° Celui qui, intentionnellement, aura mis en vente ou en circulation, ou aura importé ou pris en dépôt des fourrages naturels ou artificiels susceptibles de mettre en danger la santé des animaux, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Le jugement de condamnation sera publié.

2° La peine sera l'amende si le délinquant a agi par négligence.

3° Les produits nuisibles seront confisqués. Ils pourront être rendus inoffensifs ou détruits.

Seiler, Berichterstatter: Nur die schwereren Verstöße gegen das Gesundheitswesen sollen unter das Strafgesetz fallen. Geschützt werden Mensch, Haustiere und Pflanzen. Fraglich ist, inwieweit die Strafbestimmungen der Spezialgesetzgebung überlassen werden sollen. Unsere Kommission hat grundsätzlich eine Aenderung vorgenommen, indem sie die Art. 200 und 201 gestrichen hat. Die Auffassung ist die, daß die Ahndung der Herstellung und des Inverkehrbringens gesundheitsschädlicher Waren der Lebensmittelgesetzgebung zu überlassen sei. Diese Gesetzgebung soll in sich abgeschlossen sein und auch die Straftatbestände umfassen. Diese Art der Systematik dient dem rechtssuchenden Publikum, den Untersuchungsbehörden und dem Richter besser als die Aufstellung des Verbotes im Lebensmittelgesetz und die Festsetzung der Strafen im Strafgesetz. In diesem Sinne fallen somit die Art. 200 und 201 dahin. Es wird dann allerdings noch zu prüfen sein, inwieweit das Lebensmittelgesetz zu ändern ist. Abgesehen von dieser Streichung hat die Kommission am achten Abschnitt nur wenig Aenderungen vorgenommen. Bei der Verbreitung gefährlicher Krank-

heiten soll in besonders leichten Fällen von einer Bestrafung Umgang genommen werden können. Daß ein Arzt diesen Antrag gestellt hat, kann dem Beschluß keinen Eintrag tun. Der Arzt wird diese Wohltat kaum für sich in Anspruch nehmen können, eher beispielsweise die Mutter, welche ein krankheitsverdächtiges Kind zur Schule schickt. Die Zweckmäßigkeit dieser Strafbestimmung ist nicht unbestritten; auch von einer Zuweisung an die Spezialgesetzgebung war zeitweise die Rede, d. h. an das Bundesgesetz betreffend Maßnahmen gegen gemeingefährliche Epidemien vom 2. Juli 1886. Das eminent öffentliche Interesse am Schutz gegen die Verbreitung spricht jedoch für die Beibehaltung. Bemerkenswert ist die Strafschärfung im Falle der gemeinen Gesinnung.

Eine analoge Bestimmung enthalten die Art. 197 und 198 über den Schutz der Haustiere und der Pflanzen. Ermäßigt sind bei diesen Kategorien allerdings die Strafen, soweit es sich nicht um die gemeine Gesinnung und die Fahrlässigkeit handelt.

Zusammengenommen sind Menschen und Vieh in Art. 199, welcher die Verunreinigung des Trinkwassers bestraft. Die Beschränkung auf die Haustiere erfolgt bewußt. Fische beispielsweise sollen ausgeschlossen sein, ebenso Jagdtiere. Für diese Kategorien genügt die Spezialgesetzgebung.

Hat die Kommission die Art. 200 und 201 mit Rücksicht auf die Lebensmittelgesetzgebung gestrichen, so hat sie andererseits Art. 202, der die Gefährdung der Haustiere durch schädliches Futter bestraft, beibehalten und zudem insofern erweitert, als sie auch die fahrlässige Begehung unter Strafe stellt und die Einziehung und Vernichtung der Ware vorsieht.

Vom systematischen Standpunkt aus ist die Streichung der für die menschliche Gesundheit aufgestellten Artikel und die Beibehaltung der auf die Haustiere sich beziehenden Bestimmung stoßend. Für Futter und Futtermittel fehlt jedoch die Spezialgesetzgebung.

Der neue Art. 202bis der Kommission ist die Ergänzung des Art. 202. Nicht nur das Behandeln oder Herstellen gesundheitsschädlichen Futters soll strafbar sein, sondern auch das Inverkehrbringen.

Gestützt auf diese Ausführungen empfehle ich Ihnen die Annahme der Kommissionsanträge zum achten Abschnitt.

M. Logoz, rapporteur: Les dispositions du chapitre VIII ont pour but de protéger la vie et la santé de l'homme, des autres animaux domestiques si j'ose dire, et même des plantes, contre des dangers collectifs. Les dangers qu'il s'agit de combattre ici sont collectifs en ce sens qu'ils ont une portée plus ou moins impossible à calculer d'avance.

On aurait donc pu insérer les art. 196 et suivants au chapitre VII. Si on leur a consacré un chapitre spécial, c'est pour obtenir une classification plus détaillée et, par conséquent, plus claire.

Une remarque générale encore.

Les art. 196 et suivants répriment des délits pour lesquels l'unification du droit pénal est tout particulièrement nécessaire si l'on veut mener la lutte avec le maximum de chances de succès.

Les maladies contagieuses, notamment les épidémies et les épizooties ne s'arrêtent pas aux frontières cantonales.

Et la législation fédérale qui existe déjà sur ces matières n'assure pas l'unité de front qui est indispensable. Elle doit, en effet, renvoyer, sur de nombreux points, au droit pénal général, actuellement cantonal, c'est-à-dire disparate.

Seul, le Code pénal suisse pourra donc créer le droit uniforme qui, dans ce domaine, est une nécessité évidente.

Cela dit, passons à l'art. 196. Le délit prévu par l'art. 196 consiste à propager intentionnellement ou par négligence, une maladie dangereuse et transmissible.

Il faut donc, premièrement, qu'il y ait propagation de la maladie; nous avons donc affaire à un délit de lésion, non de simple mise en danger. Il faut qu'un cas de propagation soit constaté, mais il n'est pas besoin que la maladie ait été transmise à plusieurs personnes. Un seul cas suffit.

Deuxièmement, il faut qu'il y ait propagation d'une maladie non seulement contagieuse, mais aussi dangereuse — et dangereuse pour les personnes, pour les êtres humains. C'est ce qui résulte de la note en marge (« épidémies ») de l'art. 196. Les épizooties sont visées à l'art. 197.

Exemples de maladies dangereuses: la syphilis, la tuberculose, la variole, la scarlatine, etc.

Evidemment, il y aura des cas douteux.

D'autre part, les art. 108 et suivants, en particulier l'art. 111 en cas de négligence, pourront être applicables à défaut de l'art. 196.

Quoi qu'il en soit, je pense avec la commission que le projet a raison de s'écarter ici du système de la loi fédérale du 2 juillet 1886 contre les épidémies, qui énumère les maladies auxquelles elle s'applique. On ne doit pas oublier que la connaissance de la nature des maladies fait des progrès constants et qu'à vouloir énumérer, la loi risque d'être rapidement dépassée. J'ajoute que pour permettre au juge d'éviter tout excès de sévérité dans l'application du chiff. 2 de l'art. 196 (négligence), application qui sera sans doute la plus fréquente, la commission vous propose d'ajouter aux dispositions du projet un alinéa qui dit:

« Dans les cas de très peu de gravité, le juge pourra exempter le délinquant de toute peine. »

Sur les art. 197, 198 et 199, pas d'observation. La commission vous recommande d'adopter ces articles tels qu'ils figurent dans le projet du Conseil fédéral.

Les art. 200 et 201, dans le projet du Conseil fédéral, visent, le premier, la fabrication de produits nuisibles à la santé humaine; le second, la mise en circulation de tels produits. Votre commission estime que ces délits doivent rester du domaine de la législation spéciale et plus spécialement de la loi fédérale du 8 décembre 1905 sur le commerce des denrées alimentaires. C'est là un de ces cas-frontières dont je vous ai déjà parlé dans mon introduction à la partie spéciale.

Si vous partagez notre manière de voir et si vous supprimez les art. 200 et 201, le Conseil des Etats aura à dire s'il est du même avis.

En l'état, la commission vous propose de biffer les art. 200 et 201 et de modifier en conséquence la clause abrogatoire contenue dans le projet du Conseil fédéral, art. 422, lettre k (voir, dans le texte de notre commission, 422, litt. g).

L'art. 202, que la commission vous propose en revanche de maintenir dans notre projet, protège la santé, non plus de l'homme, mais des animaux, en réprimant l'adultération des fourrages. Cet article peut être rapproché des art. 131 et 132, dont la portée est cependant nettement différente.

La commission vous propose en outre de compléter l'art. 202, sur le modèle des art. 200 et 201, pour y prévoir, d'une part, le cas où le délit est commis non pas intentionnellement, mais par négligence. C'est le chiff. 2 de l'art. 202 proposé par la commission. D'autre part, le chiff. 3 proposé par la commission prévoit que les produits nuisibles qui constituent le corps du délit seront confisqués et qu'ils pourront être détruits ou, si possible, rendus inoffensifs.

Enfin, un mot de l'art. 202bis. Le délit prévu à l'art. 202 fait pendant à celui de l'art. 200. Votre commission a vu une lacune dans le fait qu'en revanche, l'art. 201 n'a pas d'équivalent analogue dans le projet du Conseil fédéral. En effet, ce projet ne prévoit pas la simple mise en circulation de fourrages adultérés.

La commission vous propose de combler cette lacune en insérant dans le projet l'art. 202bis qui réprime la mise en circulation de fourrages adultérés.

L'art. 202bis est rédigé, mutatis mutandis, comme l'art. 201. Le chiff. 3 est identique au chiff. 3 tel que la commission l'a rédigé à l'art. 202.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 203—205.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 203. 1. Wer vorsätzlich den öffentlichen Verkehr, namentlich den Verkehr auf der Straße, auf dem Wasser oder in der Luft hindert, stört oder gefährdet und dadurch wesentlich Leib und Leben von Menschen in Gefahr bringt, wird mit Gefängnis bestraft.

Bringt der Täter dadurch wesentlich Leib und Leben vieler Menschen in Gefahr, so kann auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren erkannt werden.

2. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Gefängnis oder Buße.

Art. 204. 1. Wer vorsätzlich den Eisenbahnverkehr hindert, stört oder gefährdet und dadurch wesentlich Leib und Leben von Menschen oder fremdes Eigentum in Gefahr bringt, namentlich wer die Gefahr einer Entgleisung oder eines Zusammenstoßes herbeiführt, wird mit Zuchthaus oder mit Gefängnis bestraft.

2. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Gefängnis oder Buße.

Art. 205. 1. Wer vorsätzlich den Betrieb einer öffentlichen Verkehrsanstalt, namentlich den Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- oder Telephonbetrieb hindert, stört oder gefährdet,

wer vorsätzlich den Betrieb einer zur allgemeinen Versorgung mit Wasser, Licht, Kraft oder Wärme dienenden Anstalt oder Anlage hindert, stört oder gefährdet,

wird mit Gefängnis bestraft.

2. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Gefängnis oder Buße.

M i n d e r h e i t :
(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 204. 2. ... fahrlässig und werden dadurch Leib und Leben von Menschen oder fremdes Eigentum erheblich gefährdet, so ist die Strafe Gefängnis oder Buße.

Art. 205. Ziff. 2 streichen. Eventuell sie ändern wie folgt:

2. ... ist die Strafe Haft oder Buße.

Propositions de la commission.

M a j o r i t é :

Art. 203. 1. Celui qui, intentionnellement, aura empêché, troublé ou mis en danger la circulation publique, notamment la circulation sur la voie publique, par eau ou par voie aérienne, et aura par là sciemment mis en danger la vie ou la santé des personnes, sera puni de l'emprisonnement.

Le juge pourra prononcer la réclusion jusqu'à dix ans, si le délinquant a sciemment mis en danger la vie ou la santé d'un grand nombre de personnes.

2. La peine sera l'emprisonnement ou l'amende, si le délinquant a agi par négligence.

Art. 204. 1. Celui qui, intentionnellement, aura empêché, troublé ou mis en danger le service des chemins de fer, et aura par là sciemment mis en danger la vie ou la santé des personnes ou la propriété d'autrui, celui notamment qui aura fait naître le danger d'un déraillement ou d'une collision, sera puni de la réclusion ou de l'emprisonnement.

2. La peine sera l'emprisonnement ou l'amende, si le délinquant a agi par négligence.

Art. 205. 1. Celui qui, intentionnellement, aura empêché, troublé ou mis en danger l'exploitation d'une entreprise publique servant aux communications, notamment celle des chemins de fer, des postes, du télégraphe ou du téléphone,

celui qui, intentionnellement, aura empêché ou troublé l'exploitation d'un établissement ou d'une installation servant à distribuer au public l'eau, la lumière, l'énergie ou la chaleur,

sera puni de l'emprisonnement.

2. La peine sera l'emprisonnement ou l'amende, si le délinquant a agi par négligence.

M i n o r i t é :
(Affolter et cosignataires.)

Art. 204. ... par négligence et par là mis en danger sérieux la vie ou la santé de personnes ou la propriété d'autrui.

Art. 205. Biffer le chiff. 2, éventuellement l'amender comme il suit:

2. La peine sera les arrêts ou l'amende ...

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Die Bestimmungen des neunten Abschnittes spiegeln deutlich die Entwicklung des modernen Verkehrs wieder. Straße, Wasser, Luft, Eisenbahn, Post, Telegraph und Telephon, Licht, Kraft und Wärme sind in den Dienst des öffentlichen Verkehrs und der allgemeinen Verwendung und Versorgung gezogen und damit auch dem verbrecherischen Mißbrauch ausgesetzt. Die Art. 203—205 bringen den nötigen Schutz gegen die mit der Störung des Verkehrs verbundenen Ge-

fahren. Voraussetzung des Art. 203 ist nicht nur eine Verkehrsstörung, sondern auch die Gefährdung von Menschen. Eine Störung ohne Menschengefährdung ist nach Art. 203 strafbar, wenn öffentliche Verkehrsanstalten oder lebenswichtige Betriebe Angriffsobjekt sind. Die Kommission hat in Art. 203 der effektiven Störung und Hinderung die Gefährdung des Verkehrs gleichgestellt, so daß schon im Falle bloßer Verkehrsgefährdung Strafe eintreten kann, wenn zugleich eine Menschengefährdung damit verbunden ist. Abgeändert hat die Kommission auch die Strafsanktion. Bei Gefährdung vieler Menschen soll auch Gefängnis unter sechs Monaten ausgesprochen werden können.

Auch in den Art. 204 und 205 hat die Kommission den Anwendungsbereich dadurch erweitert, daß schon die bloße Gefährdung des Eisenbahnverkehrs, der Post, des Telegraphen- und Telephonbetriebs unter Strafe gestellt wird. Zu betonen ist, daß nach Art. 205 die Bestrafung schon eintritt, wenn eine Menschengefährdung nicht vorliegt. Es genügt die Betriebsstörung als solche.

Die vorsätzliche wie die fahrlässige Verkehrsstörung fallen unter Strafe. In den Fällen des Art. 203 und 204 genügt jedoch die vorsätzliche Störung oder Gefährdung nicht, sondern es muß die wissentliche Menschengefährdung dazu kommen. Der Ausdruck « wissentlich » hat nicht nur bei diesen Bestimmungen, sondern auch andersorts zu Diskussionen geführt. Die Definition erscheint uns als richtig. In der Regel wird derjenige, der vorsätzlich den Verkehr stört, auch wissen, daß er damit Menschen gefährdet. Diese Gefährdung wird geradezu der Zweck seines Handelns sein. Wer sich exkulpieren will, wird seinerseits Umstände anführen müssen, die das Nichtwissen erklärlich machen.

Zu den Art. 204 und 205 liegen Minderheitsanträge vor. Nach dem Antrag der Herren Affolter und Mitunterzeichner soll der fahrlässigen Eisenbahngefährdung nur schuldig erklärt werden, wer Menschen oder fremdes Eigentum erheblich gefährdet. Die Störung des Eisenbahnbetriebs ist aber eine derart ernste Gefährdung, daß die Bestrafung eintreten soll, auch wenn der Beweis einer erheblichen Gefährdung nicht erbracht ist. Die fahrlässige Störung lebenswichtiger Betriebe will die Minderheit straffrei wissen, eventuell soll sie nur Uebertretung und mit Haft oder Buße zu bestrafen sein. Auch in dieser Beziehung liegen wichtige Gründe für die Strafbarkeit vor. Gewaltige Interessen stehen in den Verkehrsanstalten und öffentlichen Versorgungsanlagen auf dem Spiel. Die Folgen der Unvorsichtigkeit können weit schwerer sein, als beispielsweise bei der Brandstiftung. Deshalb wäre die Straflosigkeit bei Fahrlässigkeit nicht verständlich. Die Fahrlässigkeit kann nach den obwaltenden Umständen eine starke und die Störung eine empfindliche sein, so daß eine Gefängnisstrafe sich rechtfertigt. Ist die Schuld gering, der Schaden unbedeutend, so ist die Möglichkeit der Buße immer gegeben.

Ich empfehle Ihnen die Anträge der Kommissionsmehrheit.

M. Logo, rapporteur de la majorité: Le chapitre IX traite des délits contre la sécurité des communications. Il réprime trois infractions créant un danger collectif. La plus générale, celle dont la définition est la plus

large, est celle de l'art. 203. Ensuite viennent deux cas particuliers, prévus par les art. 204 et 205.

Ainsi, même si les art. 204 et 205 ne sont pas applicables, il pourrait arriver qu'on applique l'art. 203, disposition générale et, dans ce cas, en quelque sorte subsidiaire.

M'abstenant de vous soumettre d'autres considérations générales sur le chapitre IX et vous renvoyant à cet égard aux explications assez complètes des motifs de 1908 (pages 288 et suivantes), je passe à l'examen des trois articles de ce chapitre.

A l'art. 203, on a voulu créer un délit général contre la circulation publique.

L'art. 203 vise une infraction intentionnelle (chiff. 1), avec un cas aggravé (al. 2 du chiff. 1) et un délit par négligence (chiff. 2).

Et le délit intentionnel d'entrave à la sécurité publique (art. 203, chiff. 1, al. 1) n'existe que si l'auteur a su qu'il mettait en danger la vie ou la santé des personnes. Mais il n'est pas besoin qu'il crée un danger concret pour certaines personnes déterminées. Il suffit qu'il ait su qu'il créait une possibilité de danger, c'est-à-dire un danger abstrait pour les personnes. Il en est du reste de même d'après d'autres articles du projet et, notamment, d'après l'art. 204. D'autre part, le délit est consommé, d'après les art. 203 et 204, par la simple mise en danger; il n'y a pas besoin qu'il en résulte aucune conséquence matérielle effective pour les personnes.

Les amendements que la commission vous propose d'apporter à l'art. 203, sont de deux ordres opposés.

D'une part, la commission, à la demande du procureur général de la Confédération, a élargi la définition du 1^{er} alinéa du chiff. 1, en ajoutant au fait d'empêcher ou de troubler la circulation publique (seul prévu par le texte du Conseil fédéral), le fait de mettre cette circulation en danger.

D'autre part et en sens inverse, à l'al. 2 du chiff. 1, la commission a atténué la peine prévue par le texte du Conseil fédéral.

Ce sont des propositions analogues que la commission vous soumet à propos de l'art. 204 qui réprime le fait d'entraver le service des chemins de fer.

Au début de l'art. 204, le texte de la commission parle d'empêcher, de troubler ou de mettre en danger le service des chemins de fer.

A la fin du chiffre premier, d'autre part, le texte de la commission atténue la peine prévue par le projet du Conseil fédéral. Autrement dit, alors que le Conseil fédéral voulait faire du délit de l'art. 204 un cas aggravé du délit général de l'art. 203, la commission vous propose de mettre les deux délits sur le même pied au point de vue de la peine dont ils sont passibles.

Je vous signale enfin la proposition faite par une minorité de la commission de dire au chiff. 2: «La peine sera l'emprisonnement ou l'amende si le délinquant a agi par négligence et a par là mis en danger grave (ce mot ne figure pas dans le texte de la majorité de la commission) la vie ou la santé des personnes ou la propriété d'autrui.» J'attends de connaître les motifs à l'appui de cette proposition, avant de me prononcer à son égard.

L'art. 205, enfin, protège et doit protéger contre toute entrave et même, d'après la commission, contre toute «mise en danger», l'exploitation des services d'intérêt général et, avant tout, les entreprises pu-

bliques servant aux communications (voyez l'art. 205, chiff. 1, 1^{er} alinéa).

D'autre part, à ces entreprises-là, le projet (article 205, chiff. 1, second alinéa) assimile avec raison les établissements et installations servant à distribuer au public l'eau, la lumière, l'énergie ou la chaleur.

Ces centres d'accumulation et de distribution offrent au délinquant la possibilité d'atteindre à un endroit sensible toute une population d'un seul coup.

Des peines sont donc nécessaires. Le projet les prévoit, avec raison, non seulement pour le délit intentionnel (chiff. 1), mais aussi pour le délit commis par négligence (chiff. 2).

Une minorité de la commission voudrait biffer le chiff. 2 ou, tout au moins, à titre éventuel, atténuer les peines qu'il prévoit. Je me réserve de revenir là-dessus après avoir entendu les motifs à l'appui de cette proposition.

Je signale enfin qu'une erreur a été commise dans le texte français de l'art. 205, al. 2. On n'y mentionne pas la mise en danger qui est prévue à l'al. 1^{er}. Cette mise en danger, d'après la décision prise par la commission, doit pourtant être visée, non seulement à l'al. 1^{er}, mais aussi à l'al. 2 de l'art. 205.

Farbstein, Berichterstatter der Minderheit: Zwischen dem Antrag der Kommissionsmehr- und Minderheit besteht bei Art. 204 lediglich folgender Unterschied: Die Kommissionsmehrheit will bei der Fahrlässigkeit wie beim Vorsatz bestrafen, wenn nur eine einfache Gefährdung des Betriebes vorliegt, die Kommissionsminderheit macht einen Unterschied zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit. Beim Vorsatz will sie bestrafen, wenn eine einfache Gefährdung, bei Fahrlässigkeit, wenn eine erhebliche Gefährdung vorliegt. Die Kommissionsminderheit schließt sich an das bestehende Recht an. Der Art. 67, Abs. 2, lautet: «Wer durch Fahrlässigkeit die Sicherheit des Eisenbahn-, Dampfschiff- oder Postwagenverkehrs erheblich gefährdet, wird mit Gefängnis bestraft. Also das geltende Gesetz bestraft Fahrlässigkeit nur, wenn eine erhebliche Gefährdung vorliegt. Trifft dies nicht zu, so wird nur der Vorsatz bestraft. Die Kommissionsmehrheit will also das bestehende Gesetz verschärfen. Nun spielt die Sache eine große Rolle, insbesondere für den städtischen Tramverkehr. Bei den Eisenbahnen kann man schon so weit gehen, daß die Fahrlässigkeit auch dann bestraft werden soll, wenn nur einfache Gefährdung vorliegt. Anders verhält es sich aber bei den Städtischen Strassenbahnen. Dort kommt ein Wagenführer allzu oft in eine Lage, bei der man formell von einer Fahrlässigkeit sprechen kann, wobei es sich aber trotzdem nicht um Fahrlässigkeit handelt. Der Begriff der Fahrlässigkeit ist eben dehnbar, die Anforderungen sind ganz verschieden, man stellt ganz andere Anforderungen an den Lokomotivführer, der nur selten mit einem Automobil oder Wagen oder einem Passanten in Berührung kommt, als an den Tramwagenführer in der Stadt. Dieser hat immer mit Gefahren zu rechnen. Hier läuft ein Passant über das Geleise, dort ein Wagen, dort ein Auto, und der Wagenführer wird sofort vor Gericht gestellt, wenn man ihm Fahrlässigkeit vorwerfen kann. Wir haben in Zürich sehr oft Fälle von Beurteilung sogenannter fahrlässiger Gefährdung des Trambetriebes. Nehmen wir an, an der Bahnhofstrasse kommt an einem Markt-

tage irgendein Fuhrwerk in die Fahrbahn eines fahrenden Tramwagens. Es ist dem Führer nicht möglich, den Wagen sofort zu bremsen. Er wird vor Gericht gestellt wegen fahrlässiger Gefährdung des Trambetriebes. Die Bestimmung ist hier sehr scharf, wenn schon bei einfacher Gefährdung gestraft wird. Ich gebe zu, wenn eine erhebliche Gefährdung vorliegt, könnte man bestrafen. Wenn keine erhebliche Gefährdung vorliegt, soll von Bestrafung Umgang genommen werden. Das bisherige Gesetz ist für den Eisenbahnverkehr, nicht für den Tramverkehr erlassen worden, und trotzdem ist man nicht so weit gegangen, wie die Kommissionsmehrheit gehen will, man hat nur bei erheblicher Gefährdung gestraft. Die Kommissionsmehrheit will hier den bisherigen Zustand verschärfen und auch die einfache Gefährdung bestrafen. Wir beantragen, von dieser Verschärfung abzusehen. Es wäre ungerecht und unbillig gegenüber der großen Masse von Tramwagenführern in den Städten, bei denen sehr oft eine Fahrlässigkeit vorkommen kann, wo aber die Gefährdung eine ganz geringe sein kann. Nehmen wir an, es werde ein Schaden von 10 Fr. gestiftet, dann würde man wegen Fahrlässigkeit bestrafen können, weil nur eine Gefährdung vorliegt. Die Minderheit will bei Fahrlässigkeit nur dann bestrafen, wenn eine erhebliche Gefährdung vorliegt. Was den Art. 205 anbelangt, wollen wir den Abs. 2 streichen. In erster Linie wollen wir überhaupt nicht bestrafen, wo nur Fahrlässigkeit vorliegt; eventuell beantragen wir Ihnen, an Stelle von Gefängnis Haft vorzuschreiben. Die Begründung ist folgende: In Art. 204 wird Vorsatz mit Zuchthaus bestraft; die logische Konsequenz ist, daß Fahrlässigkeit mit Gefängnis bestraft wird. In Art. 205 wird Vorsatz mit Gefängnis bestraft; die logische Konsequenz wird die sein, daß bei Fahrlässigkeit die Strafe milder sein soll, daher Haft.

Bundesrat Häberlin: Sie haben Minderheitsanträge zu den Art. 204 und 205. Zu 205 möchte ich kein Wort verlieren, sondern mich ausdrücklich den Ausführungen der Herren Referenten anschließen, welche Ihnen Ablehnung des Minderheitsantrages beantragen; weil wir der Meinung sind, es sei unbedingt nötig, auch die fahrlässige Störung von Betrieben, die der Allgemeinheit dienen, unter Strafe zu stellen. Ich glaube auch, daß wir nicht allzu häufig den Begriff des Gefängnisses durch den der Haft ersetzen sollen, schon wegen der Anstalten nicht, die wir bauen müßten, wenn wir überall Haft einsetzen. Ueberhaupt ist der Unterschied nicht sehr groß.

Dagegen muß ich gestehen, daß mir der Minderheitsantrag zu Art. 204 verständlich ist, und zwar deshalb, weil er die Aufrechterhaltung des bestehenden Rechtes verlangt. Der Kommissionsantrag geht weiter, als das heute bestehende Recht. Wir haben bei der wissentlichen Gefährdung nicht darauf abgestellt, ob die Gefährdung eine erhebliche oder unerhebliche sei. Der Mann, der wissentlich eine Gefährdung von Menschenleben vornimmt, soll ganz gehörig bestraft werden. Da unterscheidet sich die Minderheit auch nicht von der Mehrheit. Anders verhält es sich bei der fahrlässigen Gefährdung. Das ist ein so häufiger Fall, daß man sagen muß — Herr Farbstein hatte recht mit seiner Behauptung — daß sich solche Fälle alltäglich präsentieren. Nun kann man ja sagen, wenn das so häufig passiere,

müsse man den Leuten eben eine etwas schärfere Sanktion vor die Augen setzen, um ihnen zu zeigen, daß sie sich etwas mehr in acht zu nehmen haben. Tatsächlich muß erklärt werden, daß das Berufsleben, das menschliche Leben, derartige Situationen mit sich bringt, nicht nur für den Lokomotivführer, für den Tramführer, sondern darüber hinaus auch für jeden, der sich auf der Straße bewegt. Jeder kann eine derartige Gefährdung herbeiführen. Ich denke namentlich an Bauern, die mit ihren bespannten Fuhrwerken zu einem Uebergang kommen. Ich habe fast jeden Tag derartige Sachen in der Hand, wo wir entweder überweisen oder niederschlagen müssen. Ich muß sagen, ich habe recht oft das Gefühl innerer Befriedigung, wenn die Bundesanwaltschaft erklärt, es sei keine erhebliche Gefährdung vorhanden; der Fall ist regelmäßig auch nach meinem innern Empfinden vollständig zur Niederschlagung geeignet. Es handelte sich in solchen Fällen um Bagatellsachen, die wir gern auf der Seite lassen wollen. Wir wollen unsere Justiz nicht mit jeder Bagatelle behelligen. Ich habe absichtlich, bevor ich Stellung genommen habe, mich bei der Bundesanwaltschaft erkundigt, ob wir in der Vergangenheit damit Schwierigkeiten gehabt haben, daß wir die fahrlässige Gefährdung nur bei erheblicher Gefährdung bestrafen. Die Bundesanwaltschaft hat mit Nein geantwortet und erklärt, es habe sich eine bundesgerichtliche Praxis gebildet, gestützt auf welche der Begriff der Erheblichkeit ziemlich genau umschrieben sei. Wenn etwas sich seit 27 Jahren bewährt hat oder wenigstens nicht zu schweren Beanstandungen geführt hat, haben wir es wohl nicht nötig, hier schärfer dreinzufahren. Ich gebe ja zu, daß der Begriff der Erheblichkeit zu Diskussionen Anlaß gibt, aber das wird, nachdem nun einmal eine Praxis da ist, im Vorverfahren abgeklärt. Das ist die Hauptsache, daß nicht die Gerichte sich noch damit zu befassen haben. Die beiden streitenden Teile haben immer die bundesgerichtliche Praxis im Auge und werden sich darnach richten. Demgegenüber würde die heutige Verschärfung nur Weiterungen bringen.

M. Perrin: Je viens vous recommander d'accepter la proposition de la minorité de la commission à l'article 204, et si j'interviens personnellement dans cette question, vous pensez bien qu'il s'agit du personnel des chemins de fer et des entreprises de transport.

L'al. 1^{er} de l'art. 204 ne peut concerner le personnel des chemins de fer, celui-ci n'ayant aucun intérêt ni aucune raison d'empêcher, de troubler la circulation ou de mettre en danger les chemins de fer ou encore la vie, la santé des personnes, ou la propriété d'autrui qui lui est confiée.

Bien au contraire, les cheminots font des efforts louables, comme cela ressort des publications périodiques de la direction générale des chemins de fer fédéraux, pour éviter des accidents tant aux personnes qu'au matériel et aux marchandises.

Si nous intervenons en faveur du personnel, c'est pour la raison bien simple que le projet aggrave sa situation, comparativement aux dispositions actuelles du Code pénal fédéral (art. 67).

Cet article prévoit que la mise en danger par suite d'une imprudence ou d'une négligence de l'exploitation, de la sécurité des chemins de fer, postes, bateaux à vapeur est punie de l'emprisonnement,

etc., si le danger a été grave. Il faut en outre que le dommage soit considérable pour que l'on puisse punir l'auteur d'une négligence en matière de mise en danger de l'exploitation des chemins de fer.

Nous demandons donc, à l'art. 204, al. 2, que l'on dise :

« La peine sera l'emprisonnement ou l'amende, si le délinquant a agi par négligence et par là mis en danger sérieux la vie ou la santé d'une personne ou la propriété d'autrui. » Ce terme « sérieux » ne correspond pas exactement au texte allemand. Le mot allemand « erheblich », devrait se traduire par « grave ». Il faudrait donc dire dans notre proposition : « ... mise en danger grave de la vie ou de la santé des personnes ou de la propriété d'autrui. »

M. le rapporteur français de la commission a, tout à l'heure, attiré votre attention sur le fait que la punition ou la peine pourrait être infligée même s'il n'y avait pas de dommage subi par des personnes ou par des propriétés. La simple mise en danger d'exploitation sans aucune conséquence peut donc être punie. Nous estimons qu'il faut que le danger soit grave pour qu'on puisse infliger une peine à l'auteur d'une négligence en matière de service de chemins de fer.

La crainte du juge doit évidemment être salubre et je crois pouvoir dire qu'elle l'est dans les rangs du personnel des chemins de fer; mais il ne faudrait quand même pas qu'on puisse trop facilement, pour des péccadilles, traîner devant les tribunaux des agents qui ont derrière eux 25 ou 30 années d'excellents services. Il faudrait au moins, comme nous le demandons, qu'il y ait mise en danger grave pour la sécurité publique ou la sécurité d'autrui.

Nous avons actuellement déjà un beaucoup trop grand nombre de cas de mise en danger simple d'une exploitation de chemins de fer qui sont soumis aux tribunaux. Cela provient du fait que l'ordonnance du Conseil fédéral en cette matière est excessivement sévère.

Voilà ce j'avais à dire sur cette question et je vous prie d'accepter la proposition de la minorité de la commission à l'art. 204.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Sie haben sich also mit zwei Minderheitsanträgen zu beschäftigen. Einmal zu Art. 204 über die Frage, ob bei fahrlässiger Gefährdung eine erhebliche Gefahr vorliegen müsse. In diesen Fragen kommt viel auf die Auffassung des Richters an. Wann liegt eine erhebliche Gefahr vor? Muß ein Rad weggefliegen sein oder müssen es zwei sein? Das sind Dinge, die sich in der Praxis abklären werden. Wenn nun erklärt wird, die Sache sei schon im alten Recht so geregelt gewesen, wie es die Minderheit vorschlägt, und man befürchte keinerlei Schwierigkeiten, so will ich keine Opposition gegen den Minderheitsantrag zu Art. 204 machen, obschon ich glaube, daß die Geschichte in der Praxis auf das gleiche herauskommen werde. Dagegen muß ich mich gegen die Streichung von Abs. 2 zu Art. 205 wehren; im Falle der Streichung würde für die fahrlässige Störung von Betrieben, die im Dienste der Öffentlichkeit stehen, Straffreiheit oder eventuell bloß Haft oder Buße eintreten, das Delikt also eventuell bloß eine Uebertretung statt ein Verbrechen oder Vergehen sein. Es handelt sich um derart wichtige Dinge, daß Straflosigkeit nicht eintreten kann.

Nationalrat. — *Consell national*. 1929.

Ich glaube, man braucht auch nicht zu befürchten, daß der Begriff « Fahrlässigkeit » zu weit ausgedehnt werde. Wir müssen uns immer wieder daran erinnern, unter welchen Umständen Fahrlässigkeit angenommen werden kann. Art. 16, Abs. 3, sagt deutlich, daß nicht jede Unvorsichtigkeit darunter fällt. Es heißt hier: « Ist die Tat darauf zurückzuführen, daß der Täter die Folgen seines Verhaltens aus pflichtwidriger Unvorsichtigkeit nicht bedacht oder nicht berücksichtigt hat, so begeht er das Vergehen fahrlässig. Pflichtwidrig ist die Unvorsichtigkeit, wenn der Täter die Vorsicht nicht beobachtet, zu der er nach den Umständen und nach seinen persönlichen Verhältnissen verpflichtet ist. » Der Richter sieht sich also die Person, die er vor sich hat, genauer an; er bildet sich ein Urteil über sie und über das, was man ihr billigerweise zumuten konnte und von welchem Moment an man von pflichtwidriger Unvorsichtigkeit reden kann. Also Art. 16, Abs. 3, gibt Garantien dagegen, daß nicht jede Unvorsichtigkeit als strafbare Fahrlässigkeit behandelt werden kann. Wenn Sie aber an die Wichtigkeit dieser Betriebe denken und die Folgen einer solchen Unvorsichtigkeit, werden Sie zugeben, daß es Fälle gibt, in denen gewiß auch Gefängnisstrafen am Platze sind. Ich möchte Ihnen beantragen, unter allen Umständen an Art. 205 nach dem Wortlaut der Kommissionsmehrheit festzuhalten.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Vous êtes en présence de deux propositions de minorité; l'une concerne l'art. 204, chiffre 2, qui réprime le délit consistant à entraver par négligence le service des chemins de fer. La minorité de la commission vous propose d'exiger, pour la répression de ce délit commis par négligence, qu'il y ait eu mise en danger « grave » de la vie, de la santé des personnes, ou de la propriété d'autrui.

Sur ce point, je n'ai rien à ajouter à ce qui a été exposé tout à l'heure par M. le conseiller fédéral Häberlin et par le président de la commission.

En revanche, je dois, moi aussi, prendre position contre la proposition de la minorité, relative à l'article 205, chiffre 2. Il s'agit de nouveau d'un délit commis par négligence. Et il s'agit ici du délit grave qui consiste à entraver ou à troubler un service d'intérêt général. La minorité de la commission vous propose, au principal, de renoncer à la répression de ce délit quand il est commis par négligence et, subsidiairement, d'atténuer la peine. En effet, alors que le texte de la majorité de la commission prévoit l'emprisonnement ou l'amende, la minorité voudrait dire éventuellement que la peine ne peut aller au-delà des arrêts ou de l'amende.

Avec M. Seiler, je crois que tant la proposition principale que la proposition subsidiaire de la minorité doivent être écartées.

Le projet vise et doit ici viser, à cause de la grande importance des intérêts collectifs qui sont en jeu, non seulement le délit intentionnel, mais aussi le délit commis par négligence. Et la peine prévue par le texte de la majorité de la commission n'a rien d'excessif. La marge laissée au juge est d'ailleurs très large.

Au surplus, j'attire votre attention sur le fait que, dans nos propositions, les peines sont exactement les mêmes pour les deux formes possibles des trois

délits des art. 203, 204 et 205. Pourquoi créer ici une différence?

Je rappelle également l'existence de l'art. 171 du Code pénal militaire, qui prévoit des peines sensiblement plus dures que celles de l'art. 205 de notre projet. Mon devoir est donc d'insister énergiquement pour que, avec le Conseil fédéral et la majorité de la commission, vous mainteniez tel quel le chiffre 2 de l'art. 205.

Abstimmung. — Vote.

Art. 203.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 204, Abs. 1.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 204, Abs. 2.

Präsident: Herr Bundesrat Häberlin und der Herr Kommissionsreferent haben sich mit der Fassung der Minderheit einverstanden erklärt. Der Antrag der Mehrheit wird nicht aufrechterhalten.

Abs. 2 ist nach Antrag der Kommissionsminderheit angenommen.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 205, Abs. 1.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 205, Abs. 2.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit, Gefängnis oder Busse 67 Stimmen

Für den Antrag der Kommissionsminderheit, Haft oder Busse 35 Stimmen

Art. 206—216.

Anträge der Kommission.

Art. 206—212. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 213. Wer Geräte zum Fälschen oder Verfälschen von Metallgeld, Papiergeld, Banknoten oder amtlichen Wertzeichen anfertigt oder sich verschafft, um sie unrechtmäßig zu gebrauchen,

wer Geräte, womit Metallgeld, Papiergeld, Banknoten oder amtliche Wertzeichen hergestellt werden, unrechtmäßig gebraucht,

wird mit Gefängnis bestraft.

Art. 214. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 215. Falsches, verfälschtes oder verringertes Metallgeld, falsches oder verfälschtes Papiergeld, falsche oder verfälschte Banknoten, amtliche Wertzeichen, amtliche Zeichen, Maße, Gewichte, Wagen oder andere Meßinstrumente, sowie die Fälschungsgeräte, werden eingezogen und unbrauchbar gemacht oder vernichtet.

Art. 216. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Propositions de la commission.

Art. 206—212. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 213. Celui qui aura fabriqué ou se sera procuré des appareils destinés à la contrefaçon ou à la falsification des monnaies, du papier-monnaie, des billets de banque ou des timbres officiels de valeur,

celui qui aura fait un usage illicite des appareils servant à la fabrication des monnaies, du papier-monnaie, des billets de banque ou des timbres officiels de valeur,

sera puni de l'emprisonnement.

Art. 214. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 215. Les monnaies fausses, falsifiées ou dépréciées, le papier-monnaie, les billets de banque, les timbres officiels de valeur, les marques officielles, les mesures, poids, balances et autres instruments de mensuration faux ou falsifiés, ainsi que les appareils servant à la falsification, seront confisqués et mis hors d'usage ou détruits.

Art. 216. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Seiler, Berichterstatter: In diesem Kapitel läge die Versuchung nahe, unter Hinweis auf die Ausführungen der Botschaft ganz einfach Annahme des ganzen Abschnittes in globo zu beantragen. Die Abänderungsanträge der Kommission sind untergeordneter Natur. Minderheitsanträge liegen nicht vor. Immerhin sind einige erläuternde Bemerkungen am Platze.

Die Systematik hat den vorberatenden Instanzen einige Schwierigkeiten verursacht. Die nunmehrige Anordnung des Entwurfs erscheint nun aber der Kommission richtig. Geld, Münzen, amtliche Wertzeichen, amtliche Zeichen, Maß und Gewicht, das sind die Objekte, deren sich die Fälscher bemächtigen; Fälschen und Verfälschen, in Umlauf bringen, Verringern der Substanz, Einführen, Erwerben und Lagern, im fernern das Anfertigen von Fälschungsgeräten sind die strafbaren Handlungen, die in Betracht fallen. Der Wiederholung soll das Einziehen und Unbrauchbarmachen vorbeugen. Selbstverständlich bezieht sich die Strafandrohung auch auf ausländisches Geld und auf ausländische Wertzeichen.

Ueber die Einzelheiten orientieren in eingehender Weise Zürchers Erläuterungen.

Zu den einzelnen Artikeln ist folgendes zu bemerken: Von der Geldfälschung des Art. 206 ist die Geldverfälschung des Art. 207, von der Anfertigung falschen Geldes die Verfälschung echten Geldes zu unterscheiden. Nicht mehr aufgenommen hat der Bundesrat die Fälschung von Emissionspapieren. Für letztere gelten die Bestimmungen über die Urkundenfälschung. Das Fälschen allein genügt nicht zur Strafbarkeit, mit dem Fälschen muß vielmehr die Absicht verbunden sein, die gefälschten Gegenstände in Umlauf zu bringen. Ob diese Absicht vorliegt, ist im einzelnen Fall zu prüfen. Nicht strafbar ist daher die Verfertigung zu Sammlungs- und Unterrichtszwecken. Ein besonderes Delikt ist das Ausgeben des falschen Geldes. Dieses kann durch den Fälscher selbst erfolgen. In diesem Falle handelt es sich um Realkonkurrenz zwischen Art. 206 und 208.

Die Ausgabe kann aber auch durch einen Dritten erfolgen. Zu beachten sind die Unterschiede im Strafmaß in bezug auf Geldfälschung und Geldverfälschung und die Milderung der Strafe für den Ausgeber, der das Geld als echt empfangen hat, dann aber in Kenntnis der Unechtheit weiter gibt.

Art. 209 behandelt die Fälle der Münzverringerung und der Ausgabe verringerter Münzen. Auch hier finden wir die Privilegierung des gutgläubig empfangenden Ausgebers.

In Art. 210 werden die Vorbereitungshandlungen zur Ausgabe von falschem Geld unter Strafe gestellt. Namentlich die Einführung falschen Geldes in großen Mengen schließt große Gefahren für das gutgläubige Publikum in sich. Daß es sich hier nicht nur um theoretische Annahmen handelt, beweisen Beispiele aus neuester Zeit.

Ein Bedürfnis auf Strafschutz besteht auch für amtliche Wertzeichen und für amtliche Zeichen. Ueber die Funktion dieser Zeichen orientieren Zürchers Erläuterungen und die Botschaft des Bundesrates.

Für die amtlichen Zeichen ist Art. 212 als genügend betrachtet worden. Eventuell wäre Art. 212 durch die Spezialgesetzgebung zu vervollständigen. Auch hier fällt die Fälschung allein nicht unter Strafe, sie muß vielmehr mit der Absicht der Verwendung verbunden sein. Die Verwendung selbst ist wiederum unter besondere Strafe gestellt.

Die Verfertigung und den Gebrauch von Fälschungsgeräten behandelt Art. 213. Die Kommission hat das Marginale ergänzt, die Anfertigung und den Gebrauch von amtlichen Zeichen aber gestrichen. Die Fälschung von Maß und Gewicht und von Meßinstrumenten in Art. 214 gibt zu keinen Bemerkungen Veranlassung.

Notwendig erweist sich die Einziehung der gefälschten Gegenstände und ebenso ihre Unbrauchbarmachung. Daß die Gegenstände auch vernichtet werden sollen, hält die Kommission nicht unter allen Umständen als notwendig.

Was das Strafmaß anbelangt, so fällt die Differenzierung der verschiedenen Androhungen auf. Die äußerst strengen Strafen früherer Gesetze sind gemildert. Immerhin sind für die schwersten Fälle auch schwere Strafen vorgesehen.

Wir beantragen Ihnen Annahme der Kommissionsanträge.

M. Logo, rapporteur: Nous abordons maintenant les délits de faux que certains auteurs classent en trois catégories: le faux par acte, le faux par écrit et le faux commis par la parole.

Dans notre projet, la première catégorie, c'est la fausse monnaie. Ce sont les cas prévus aux art. 206 et suivants dont nous allons parler tout d'abord.

Les faux de la seconde catégorie, les faux dans les titres, les faux par écrit, font l'objet des art. 217 et suivants.

Enfin, viennent les faux commis par la parole, troisième catégorie: c'est le faux témoignage et le faux serment. Le projet les vise aux art. 270 et suivants, dans le chapitre des délits contre la justice.

En ce qui concerne la fausse monnaie, l'état actuel du droit en Suisse est tout particulièrement anormal.

En effet, le faux dans les billets de banque nationaux est réprimé par la loi fédérale de 1921 sur la Banque nationale. Le faux dans les billets de banque étrangers, par contre, est réprimé — ou n'est pas réprimé — par le droit cantonal. Enfin, le faux portant sur des monnaies de métal fait l'objet de dispositions cantonales très diverses, naturellement, quoique ce soit la Confédération qui frappe les monnaies nationales, de même que c'est elle qui émet les billets de banque nationaux.

A cet état de droit compliqué comme à plaisir et très peu satisfaisant au point de vue de l'efficacité de la répression d'infractions telles que celles-là, le projet substitue quelques dispositions claires, raisonnables et de nature à renforcer sensiblement la protection que le droit pénal doit nous assurer contre le faux monnayage sous toutes ses formes.

Tout d'abord, en ce qui concerne la fausse monnaie, les art. 206 à 210 créent cinq délits de gravité diverse, auxquels il faut ajouter les contraventions prévues aux art. 325 à 327 et dont nous parlerons plus tard.

L'art. 206, tout d'abord, érige en délit indépendant la fabrication de fausse monnaie; cet acte, en lui-même, est un acte préparatoire à l'émission qui, seule, procure au faussaire le bénéfice recherché par lui.

D'après l'art. 206, al. 1^{er}, le délit de fabrication de fausse monnaie est caractérisé par le dessein de mettre en circulation comme authentiques, comme bonnes, les monnaies, le papier monnaie ou les billets de banque fabriqués par le faussaire.

Ne tomberait donc pas sous le coup de l'art. 206, le collectionneur passionné qui fabriquerait une pièce de monnaie simplement pour en enrichir son médaillier.

J'attire aussi votre attention sur l'al. 3 de l'art. 206. Il fait de la fausse monnaie un délit international. Il a raison; la fausse monnaie est même le délit international par excellence. La question des rapports entre l'art. 4 et l'art. 206, al. 3, pourra sans doute être encore examinée par la commission du Conseil des Etats.

L'art. 207 punit non plus la fabrication (ou contre-façon) mais la falsification, ou altération de la monnaie, du papier monnaie et des billets de banque.

La peine normale (al. 1) est un peu moins sévère que celle de la fabrication.

L'art. 208 prévoit le délit d'émission, c'est-à-dire l'acte qui est l'aboutissement des délits de fabrication et d'altération. La peine normale (al. 1) est encore moins sévère que celle de la falsification. C'est que, malgré tout, l'émetteur est généralement moins coupable que le faussaire. Il fait la partie la moins difficile de la besogne. Sa perversité peut être généralement considérée comme moindre que celle du falsificateur.

Quant au second alinéa de l'art. 208, il vise un cas privilégié, ce qu'on pourrait appeler le délit des honnêtes gens ou de certaines gens qui se croient honnêtes. Il s'agit de celui qui a reçu pour bonne une pièce qui ne l'est pas; il n'a vu la fausseté de cette pièce qu'après l'avoir acceptée et il se dit: qu'un autre supporte la perte plutôt que moi-même! Il remet donc la pièce en circulation, au lieu de l'arrêter.

Il y a là indécatesse plutôt que délit de fausse monnaie. De plus, le préjudice causé par cet acte est faible en général. L'atténuation de peine prévue par l'art. 208, al. 2, est donc justifiée. Divers codes

cantonaux, celui de Genève par exemple, se prononcent déjà dans le même sens.

L'art. 209, qui n'a trait qu'à la monnaie métallique, vise une quatrième forme possible du délit de fausse monnaie: la dépréciation. Et il groupe le délit de dépréciation (chiff. 1) et l'acte qui en est l'aboutissement, c'est-à-dire la mise en circulation de monnaies dépréciées (chiff. 2).

Quant la dépréciation est pratiquée professionnellement et en grand, elle constitue une industrie qui peut créer un danger sérieux. C'est ce cas que l'art. 209, chiff. 1^{er}, al. 2, vise pour en faire un délit aggravé.

Quant à l'art. 209, chiff. 2, al. 2, il est, pour la dépréciation, l'équivalent de ce que l'art. 208, al. 2, est pour les monnaies contrefaites ou falsifiées.

Sur l'art. 210, pas d'observation.

De l'art. 211, il faut rapprocher les art. 327 et 328 du projet du Conseil fédéral.

L'art. 211 protège les timbres officiels de valeur, fédéraux et cantonaux, dont certains sont d'un usage quotidien. Ces timbres, surtout les timbres-poste, sont aussi employés parfois pour faire de petits paiements. Il est donc juste de les protéger comme les autres moyens de paiement usuels, la monnaie par exemple.

L'insertion au Code pénal suisse des dispositions contenues à l'art. 211 doit entraîner l'abrogation de certaines dispositions de la loi fédérale du 2 octobre 1924 sur le service des postes (cf. art. 422, litt. n, texte de la commission).

Art. 212.

Les «marques officielles» dont parle l'art. 212 sont d'une autre nature que les timbres officiels de valeur que protège l'article précédent. Les marques officielles ne se vendent pas d'avance. Ce sont les marques que l'autorité elle-même imprime ou colle sur certains objets (par exemple sur les ouvrages d'or et d'argent, le bétail de boucherie, etc.). Ces marques ne peuvent donc pas être mises en circulation. Si on a cru devoir leur accorder une protection pénale, c'est que leur assimilation à des «titres» a été discutée et qu'il faut éviter toute lacune à cet égard.

Art. 213.

Nous avons déjà constaté qu'en matière de fausse monnaie, on érige en délits sui generis certains actes qui, par eux-mêmes, sont de simples actes préparatoires à l'émission. On punit ainsi la fabrication ou la falsification en elles-mêmes. On punit également l'acquisition et l'importation de monnaies fausses ou altérées.

L'art. 213 vise, lui aussi, un acte préparatoire plus lointain encore que l'importation ou que l'acquisition, mais qui cependant trahit toujours le dessein criminel de son auteur.

La fabrication ou l'acquisition d'appareils de faussaire est pour ainsi dire préparatoire au second degré. Votre commission est d'accord avec la répression de cet acte, lorsqu'il s'agit d'appareils destinés à la contrefaçon ou à la falsification des monnaies, du papier-monnaie, de billets de banque ou de timbres officiels de valeur.

En revanche, elle n'estime pas nécessaire d'incriminer la fabrication ou l'acquisition d'appareils destinés à contrefaire ou à falsifier des marques officielles. Dans ce cas, l'art. 212, éventuellement complété par la législation spéciale, nous paraît

suffisant. De là les modifications que la commission propose d'apporter au texte de l'art. 213.

L'art. 214 vise la falsification des poids et mesures. Il entraîne l'abrogation de certaines dispositions de la loi fédérale du 24 juin 1909 (cf. art. 422 h, texte de la commission).

Resteront en revanche en vigueur, en marge du Code pénal suisse, les dispositions de simple police contenues dans la loi fédérale de 1909 sur les poids et mesures, notamment l'art. 28 qui défend l'emploi de poids et mesures non poinçonnés.

L'art. 215 complète l'art. 55 sur la confiscation et, notamment, l'al. 2 de cet article qui prévoit une simple faculté. La modification proposée par la commission à l'art. 215 est d'ordre plutôt rédactionnel.

Enfin, deux mots de l'art. 216, qui protège les monnaies et timbres de valeur étrangers.

Ce n'est pas par simple politesse internationale que cet art. 216 a été inséré dans notre projet. Nous pouvons en effet avoir tout autant d'intérêt à punir les délits portant sur les monnaies, le papier-monnaie, les billets de banque et les timbres de valeur étrangers que lorsqu'il s'agit de monnaies, billets de banques ou timbres nationaux.

Des valeurs étrangères, en particulier des monnaies, peuvent à de certaines époques circuler chez nous — en particulier dans les régions-frontière — en assez grande quantité. Donc, non seulement l'art. 216 est de nature à nous permettre d'obtenir plus facilement la réciprocité de la part d'Etats étrangers, mais il peut servir à défendre la sécurité des échanges dans notre propre pays.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 217—223.

Anträge der Kommission.

Art. 217. 1. Wer, um jemanden am Vermögen oder an andern Rechten zu schädigen oder um sich oder einem andern einen unrechtmäßigen Vorteil zu verschaffen,

eine Urkunde fälscht oder verfälscht, die echte Unterschrift oder das echte Handzeichen eines andern zur Herstellung einer unwahren Urkunde benützt oder eine rechtlich erhebliche Tatsache unrichtig beurkundet oder beurkunden läßt,

eine von einem Dritten hergestellte Urkunde dieser Art zur Täuschung gebraucht,

wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

2. Betrifft die Fälschung oder der Mißbrauch ein öffentliches Register, eine öffentliche Urkunde, eine eigenhändige letztwillige Verfügung, ein Emissionspapier, einen Wechsel oder ein anderes Orderpapier, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängnis nicht unter sechs Monaten.

3. In besonders leichten Fällen kann auf Gefängnis oder Buße erkannt werden.

Art. 218. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 219. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 220. 1. Wer eine Urkunde, über die er nicht allein verfügen darf, vernichtet, beschädigt, heiseitschafft oder entwendet, um jemanden am Vermögen

oder an andern Rechten zu schädigen oder um sich oder einem andern einen unrechtmäßigen Vorteil zu verschaffen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

2. Die Unterdrückung von Urkunden zum Nachteil eines Angehörigen oder Familiengenossen wird auf Antrag verfolgt.

Art. 221. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 222. Wer, um jemanden am Vermögen oder an andern Rechten zu schädigen oder um sich oder einem andern einen unrechtmäßigen Vorteil zu verschaffen, ein Grenzzeichen beseitigt, verrückt, unkenntlich macht oder falsch setzt, wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Ziff. 2 streichen (wird Art. 233bis).

Art. 223. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Propositions de la commission.

Art. 217. 1^o Celui qui, en vue de porter atteinte à la fortune ou aux droits d'autrui, ou en vue de se procurer ou de procurer à un tiers un avantage illicite, aura créé un titre faux, falsifié un titre, abusé de la signature ou de la marque à la main réelles d'autrui pour fabriquer un titre supposé, ou constaté ou fait constater fausement, dans un titre, un fait ayant une portée juridique,

ou aura, pour tromper autrui, fait usage d'un tel titre créé ou falsifié par un tiers,

sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement.

2^o Si le faux ou l'usage de faux porte sur un registre public, un titre authentique, un testament olographe, une valeur d'émission, une lettre de change ou un autre effet à ordre, la peine sera la réclusion jusqu'à cinq ans ou l'emprisonnement pour six mois au moins.

3^o Dans les cas de très peu de gravité, le juge pourra prononcer l'emprisonnement ou l'amende.

Art. 218 et 219. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 220. 1^o Celui qui, en vue de porter atteinte à la fortune ou aux droits d'autrui, ou en vue de se procurer ou de procurer à un tiers un avantage illicite, aura détruit, endommagé, fait disparaître ou soustrait un titre dont il n'a pas seul le droit de disposer, sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement.

2^o La suppression de titres commise au préjudice des proches ou des familiers ne sera poursuivie que sur plainte.

Art. 221. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 222. Celui qui, dans le but de porter atteinte à la fortune ou aux droits d'autrui, ou dans le but de se procurer ou de procurer à un tiers un avantage illicite, aura supprimé, déplacé, rendu méconnaissable ou placé à faux une borne, sera puni de la réclusion jusqu'à trois ans ou de l'emprisonnement.

Chiff. 2. Biffer, voir art. 233bis.

Art. 223. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Seiler, Berichterstatter: Der Begriff der Urkunde ist in Art. 97 festgestellt. Unter dem Obertitel

« Urkundenfälschung » sind auch die Grenzverrückung und die Beseitigung von Vermessungs- und Wasserstandszeichen behandelt, (Art. 222 und 223.) Den Hauptfall der Urkundenfälschung regelt Art. 217. Die strafbare Handlung ist: Fälschen oder Verfälschen einer Urkunde, Benützung echter Unterschriften oder Handzeichen zur Herstellung einer falschen Urkunde, Gebrauch einer von einem Dritten hergestellten falschen Urkunde zur Täuschung und, wie die Kommission beifügt, die unrichtige Beurkundung einer rechtlich erheblichen Tatsache. Diese Handlungen sind jedoch nur strafbar, wenn die Absicht des Täters auf Schädigung eines andern oder auf Begünstigung der eigenen Person oder eines Dritten geht. Die eine oder die andere Absicht genügt. Nicht notwendig ist die Täuschung des Dritten. Ausdrücklich gelöst ist in unserem Text die alte Streitfrage des Mißbrauchs des Blankettes.

Die Fälschung von privaten und öffentlichen Urkunden war ursprünglich in zwei besonderen Artikeln behandelt und es war die Fälschung öffentlicher Urkunden mit bedeutend schärferen Strafen bedroht. Auch in den Voraussetzungen der Bestrafung war insofern ein Unterschied gemacht, als zur Vollendung des Deliktes bei der privaten Urkunde der Gebrauch der Urkunde verlangt wurde, bei der öffentlichen aber nicht. Nach der Vorlage des Bundesrates sind nun die beiden Fälle, abgesehen vom Strafmaß, gleich behandelt. Die Differenz im Strafmaß hat nun die Kommission noch weiter eingeschränkt. Das Maximum der Zuchthausstrafe bleibt für beide Fälle gleich, dagegen beträgt die Gefängnisstrafe bei der öffentlichen Urkunde mindestens sechs Monate, sofern nicht ein besonders leichter Fall vorliegt. Ausschlaggebend für die Aenderung war die Auffassung der Kommission, daß es Privaturkunden gibt, die an Wichtigkeit den öffentlichen Urkunden nicht nachstehen. Der ganze Fragenkomplex hat in der Expertenkommission zu sehr eingehenden Diskussionen geführt. Das Nähere findet sich im Band IV, Seite 246 f.

Art. 218 behandelt die Fälschung von Ausweisen. Die Bestrafung ist milder als bei der Urkundenfälschung des Art. 217. Voraussetzung ist hier, sich oder einem andern das Fortkommen zu erleichtern. Art. 218 bedeutet eine ausdrücklich gewollte Ausnahme von Art. 217.

Den Fall der intellektuellen Urkundenfälschung behandelt Art. 219. Hier handelt es sich nicht um eine eigentliche Fälschung, sondern um das Bewirken eines unwahren, echten rechtserheblichen Eintrags in öffentliche Urkunden. Das Delikt ist Herbeiführen einer echten unwahren öffentlichen Urkunde. Es handelt sich um eine mittelbare Täterschaft. In einzelnen deutschschweizerischen Gesetzen ist der Tatbestand als qualifizierter Betrug behandelt. Ob die Bestimmung auf öffentliche Urkunden zu beschränken sei, war bestritten. Der Entwurf hat die Beschränkung akzeptiert. Das nunmehrige Marginale ersetzt die frühere Bezeichnung « intellektuelle Urkundenfälschung ».

Zu beachten ist das Verhältnis von Art. 217 zu Art. 219 und 281. Der Zusatz der Kommission zu Art. 217: « oder eine rechtlich erhebliche Tatsache unrichtig beurkundet oder beurkunden läßt » betrifft den Fall, in dem ein Nichtbeamter unrichtig beurkundet oder durch einen Dritten, der nicht Beamter

ist, unrichtig beurkunden läßt (sogenannte Lugurkunde, wie unrichtiges Arztzeugnis). Art. 219 handelt von der durch Täuschung veranlaßten unrichtigen Beurkundung durch einen Dritten. Hier wird der Urheber, der nicht Beamter ist, bestraft. Art. 281 normiert die Tat des Beamten. Im Falle des Art. 217 ist die Absicht auf Schädigung oder auf unrechtmäßigen Vorteil erforderlich. Art. 219 und 281 in der neuen Fassung der Kommission stellen dieses Erfordernis nicht auf.

Zu Art. 220, welcher die Unterdrückung von Urkunden behandelt, liegt ein Zusatzantrag der Kommission vor. Nur die Unterdrückung von Urkunden, über die der Täter nicht allein verfügen darf, soll strafbar sein. Im übrigen ist zu beachten, daß auch hier eine rechtswidrige Absicht vorliegen muß. Liegt die Entwendung einer Urkunde vor, so gilt nicht der Diebstahlsparagraf, sondern Art. 220. Nur auf Antrag strafbar ist das Delikt zum Nachteil eines Angehörigen oder Familiengenossen.

Art. 221 stellt die ausländischen Urkunden den schweizerischen gleich.

Die Grenzverrückung war in den Zeiten vor der Vermessung der Grundstücke ein nicht selten vorkommendes Delikt. Es war ursprünglich Sakraldelikt. Seine Plazierung im System war verschiedenen Wandlungen unterworfen. Die Kommission hat insofern eine Aenderung vorgenommen, als sie die öffentlichen Grenzzeichen unter die Vergehen gegen den öffentlichen Frieden versetzt hat und demgemäß einen neuen Art. 233bis vorschlägt. Die weitere Aenderung in Ziff. 1 von Art. 222 ist redaktionell.

Art. 223 regelt die Beseitigung von Vermessungs- und Wasserstandszeichen. Fraglich ist, ob nicht auch private Wasserstandszeichen unter Strafschutz zu stellen seien.

Ich beantrage Ihnen Annahme der Kommissionsanträge.

M. Logoz, rapporteur: L'art. 217 sur le faux dans les titres appelle quelques explications, que je chercherai à rendre aussi intelligibles que possible.

Au chiff. 1^{er}, l'art. 217 vise ce que les codes latins connaissent généralement sous le nom de « faux en écritures privées ».

Au chiff. 2, il s'agit en revanche du faux portant sur certains titres, authentiques ou non, auxquels on estime nécessaire d'accorder une protection renforcée.

Je reprends ces deux cas l'un après l'autre.

L'art. 217, chiff. 1, réprime le faux dans les titres, au sens que l'art. 97, chiff. 5, al. 1^{er}, donne à ce mot. Il s'agit donc seulement de titres écrits. En revanche, le mot « écrits » doit être pris dans son sens le plus large. Il comprend notamment les imprimés, au sens général du terme, quel que soit le procédé d'impression ou de reproduction. En ne considérant comme titres que les écrits, le projet se rapproche de la conception française et romande.

Il s'en rapproche encore à un autre point de vue. Comme les codes français et romands, il distingue le faux (chiff. 1, al. 1^{er}) et l'usage de faux (chiff. 1, al. 2). Il les considère comme deux délits indépendants bien que punis de la même peine.

Voilà en gros ce que prévoit l'art. 217, chiff. 1, dans le texte du Conseil fédéral.

Le chiff. 2 de l'art. 217, d'autre part, vise les mêmes infractions que le chiff. 1 et il les frappe d'une peine plus sévère, non seulement quand elles portent sur un titre authentique ou un registre public, mais aussi quand elles ont pour objet un testament olographe, une valeur d'émission, une lettre de change, ou un autre effet à ordre.

Votre commission approuve ce système. Elle l'estime meilleur que le système traditionnel qui oppose simplement le faux dans les titres authentiques au faux en écritures privées. Il y a des actes sous seing privé (lettres de change) qui mettent en jeu des intérêts plus considérables que beaucoup d'actes authentiques. D'autre part, notre Code civil suisse, loin d'exalter comme le fait le Code pénal français l'importance de l'acte authentique, l'a plutôt fait descendre du piédestal que certaines lois plus anciennes lui avaient élevé, par respect, on pourrait presque dire par idolâtrie de son caractère officiel. Le Code civil suisse admet, en effet, que l'inexactitude d'un acte authentique peut être prouvée par n'importe quel moyen, même par témoins. Cela rapproche sensiblement l'acte authentique du titre sous seing privé et cela justifie aussi le système de notre projet. Il y a de sérieuses raisons (on l'a reconnu en Allemagne même, où cependant on a plus que chez nous le respect de ce qui est officiel) de ne pas ériger en délit spécial seulement le faux dans les actes authentiques. Sur ce point, nous approuvons donc le système du projet.

En revanche, en comparant le délit de l'art. 217 avec les délits connexes de l'art. 219 et surtout de l'art. 281 du projet du Conseil fédéral, votre commission a été frappée par les conséquences suivantes qu'aurait entraîné l'application du texte proposé par le Conseil fédéral.

Tout d'abord, chose bizarre surtout aux yeux des juristes romands, le projet du Conseil fédéral ne distingue aucunement des autres les faux dits matériels que peuvent commettre les fonctionnaires. Cette distinction est cependant justifiée. Le fonctionnaire qui abuse des facilités que lui donne sa fonction pour forger un faux acte authentique ou falsifier un acte authentique régulier nous paraît plus coupable que toute autre personne qui commet ce délit. Pourtant l'art. 217 n'en dit rien. Il est vrai que, plus loin, au chapitre consacré aux « délits de fonctions », il y a l'art. 281; mais cet article ne vise que le faux « intellectuel » commis par un fonctionnaire. Le faux « matériel » n'y figure pas. Donc, d'après le projet, le caractère particulièrement grave du faux matériel commis par un fonctionnaire n'expose pas son auteur à une aggravation de peine.

Cela déjà nous a paru peu satisfaisant; mais avec le texte du Conseil fédéral, il y a plus encore.

Il se pourrait même, comme l'a déjà relevé le rapporteur français de la deuxième commission d'experts, que l'art. 217 ne fût pas jugé applicable du tout à ce fonctionnaire, celui-ci ayant commis un délit que lui seul peut commettre en raison de sa fonction et qui n'est pas prévu au chapitre des délits des fonctionnaires; et alors, nous arriverions à ce beau résultat que le fonctionnaire qui aurait commis un faux matériel ne serait pas puni pour ce faux, alors qu'il a commis un faux de l'espèce la plus grave.

Pour couper court à une telle éventualité et pour obtenir en outre que le faux matériel commis par un

fonctionnaire soit passible d'une peine plus sévère que le même faux commis par un simple particulier, la commission a décidé de compléter l'art. 281 par l'adjonction d'un nouveau chiff. 1 réprimant le faux matériel commis par un fonctionnaire et le punissant de la réclusion jusqu'à 5 ans ou de l'emprisonnement pour 6 mois au moins. Cette peine est, par son minimum, plus dure, plus sévère que celle que l'art. 217, chiff. 1, prévoit pour le faux ordinaire commis par un simple particulier. Cela est normal.

D'autre part, à l'art. 217, qui, dans le texte du Conseil fédéral, ne vise que le faux matériel commis par un particulier, la commission a complété le chiff. 1^{er}, al. 1, de manière à le rendre applicable aussi au faux « intellectuel » commis par un particulier. C'est ce faux intellectuel que visent les mots: « Celui qui aura constaté ou fait constater faussement dans un titre un fait ayant une portée juridique ». Bien entendu, ici, le faussaire induit en erreur, non pas un fonctionnaire comme c'est le cas à l'art. 219, mais un autre particulier; par exemple, c'est un contractant qui profite de ce que son co-contractant est aveugle pour lui faire signer un acte pour un autre, une donation pour une vente. C'est un faux qui ne tombe pas sous le coup de l'art. 219, il faut donc que l'art. 217 lui soit applicable.

Enfin, au chiff. 2 de l'art. 217, la commission vous propose de prévoir, comme peine maximum, la réclusion jusqu'à 5 ans seulement (et non jusqu'à 10 ans comme le Conseil fédéral), de façon à éviter que le faux commis par un fonctionnaire (art. 281) ne soit puni moins sévèrement que le faux d'un particulier (art. 217, chiff. 2). Le fonctionnaire est plus coupable, parce qu'il profite des facilités que lui donne sa fonction et de la confiance qu'elle lui procure pour commettre un faux. C'est ce qu'admettent le Code pénal français et les codes romands, et la commission en a tenu compte.

Remarquez d'ailleurs que la peine minimum de l'art. 217, chiff. 2, de notre commission reste plus sévère que celle qui est prévue par l'art. 217, chiff. 1. Cela nous paraît suffisant pour marquer la différence entre les délits du chiff. 1 et ceux du chiff. 2, tout en maintenant l'équilibre entre la peine de l'art. 217, chiff. 2 et celle de l'art. 281.

Art. 218. Sur l'art. 218, je puis être heureusement beaucoup plus bref. L'art. 218 met à part, pour le privilégier, le délit moins grave (souvent très peu grave — et c'est pourquoi le projet admet ici que la peine peut être une simple amende) que certains auteurs et certains codes ont baptisé « faux sans dessein de nuire » ou encore « faux dans les certificats, passeports et feuilles de route ». La commission vous propose d'adopter cet article tel quel. Jè n'insiste donc pas davantage sur ce point.

Art. 219. L'art. 219, que la commission approuve également, réprime un cas de ce que nous appelons le faux intellectuel, mais un cas seulement. L'art. 219 est applicable au faux intellectuel dans les actes authentiques, non dans les actes privés. Il y a là, à notre avis, une lacune et nous venons de voir que la commission l'a comblée en complétant l'art. 217, chiff. 1, al. 1, de façon à le rendre applicable aussi au faux intellectuel en écritures privées, délit prévu par plusieurs législations et qui est réellement dangereux; car un particulier est en somme plus facile à tromper qu'un fonctionnaire.

L'art. 219 réprime, du reste comme l'art. 217, le faux proprement dit (al. 1) et l'usage de faux (al. 2). La peine est la même que celle de l'art. 217, chiff. 1, ce qui nous paraît admissible.

Art. 220. A la différence de l'art. 219, l'art. 220 sur la suppression de titres, s'applique aux titres privés aussi bien qu'aux titres authentiques.

Il ne faut pas oublier, d'autre part, que l'art. 183 restreint le champ d'application de l'art. 220. L'article 183 est une *lex specialis* seule applicable en cas de suppression d'actes d'état-civil.

Remarquez aussi que, sous cette seule réserve, tout vol de titres tombera sous le coup de l'art. 220; c'est pourquoi, de même que l'art. 120, chiff. 2, du Conseil fédéral l'a dit pour le vol, l'art. 220, chiff. 2, dit: « La suppression de titres commise au préjudice de proches ou de familiers ne sera poursuivie que sur plainte ».

La commission vous propose d'adopter l'art. 220, mais en précisant, comme le fait par exemple le projet allemand de 1925, qu'il ne s'applique qu'aux titres dont l'auteur de la suppression « n'a pas seul le droit de disposer ».

L'art. 221 est l'équivalent de la règle posée par l'art. 216 pour les divers délits de faux monnayage.

Le délit de l'art. 222 (déplacement de bornes) peut être commis par toute personne quelconque. Il peut être très près du vol: l'auteur veut s'approprier la borne à cause de sa valeur matérielle. Il peut aussi être un simple acte de vandalisme (l'auteur endommage une borne, il la rend méconnaissable par simple plaisir de nuire); il peut encore avoir pour but d'étendre les limites d'une propriété aux dépens d'une autre et on pourrait alors le rapprocher de l'escroquerie.

Quoiqu'il en soit, au chiff. 1^{er}, la commission vous propose de restreindre la portée que le projet du Conseil fédéral donne à ce texte en parlant de bornes ou de « tout autre signe de démarcation ».

La commission estime que ce texte peut mener trop loin et qu'il suffit de protéger les bornes.

D'autre part, la commission est d'avis que l'art. 222, chiff. 2, doit être déplacé. En effet, l'art. 222, chiff. 2, érige en délit spécial et plus grave que celui du chiff. 1, le déplacement de signes de démarcation d'ordre public ou international. En réalité, ce délit est très différent que celui du chiff. 1. C'est un délit contre l'Etat et la commission propose d'en faire l'objet d'un art. 233bis, à classer dans le chapitre des délits contre l'Etat et sur lequel je reviendrai plus tard.

Sur l'art. 223, pas d'observation.

Angenommen. — Adoptés.

Seller, Berichterstatter: Der zwölfte Abschnitt wird nach verschiedenen Richtungen zu Diskussionen Anlaß geben. Die katholisch-konservative Minderheit der Kommission will zwischen den elften und zwölften Abschnitt einen Abschnitt elf bis einfügen, der die Verbrechen oder Vergehen gegen die Religion besonders behandeln soll. Im Entwurf des Bundesrates dagegen ist die Störung der Glaubens- und Kulturfreiheit, wie sie in Art. 227 umschrieben ist, unter die Verbrechen oder Vergehen gegen den öffentlichen Frieden aufgenommen worden. Es wird richtig sein, vorerst auf Grundlage des bundesrät-

lichen Entwurfs und der Kommissionsmehrheit vorzugehen und dann bei Art. 227 die von der Kommissionsminderheit vertretene Auffassung zu diskutieren und damit dann die zwischen Kommissionsmehrheit und Kommissionsminderheit bestehende Differenz zu erledigen. Je nach dem materiellen Entscheid werden sich dann auch die Folgen in der Systematik ohne weiteres ergeben. Wird materiell im Sinne der Minderheit entschieden, so wird ein besonderer Abschnitt elf bis einzufügen sein, im andern Falle bleibt es bei der Systematik des Entwurfs, der vom Gesichtspunkt der Störung des Religionsfriedens ausgeht.

Nun mag es richtig sein, daß im zwölften Abschnitt etwas verschiedenartige Tatbestände zusammengekommen sind, speziell wenn man die neuen Anträge der Kommission zu Art. 226bis und 228bis in Betracht zieht. Doch ist nicht zu verkennen, daß es sich tatsächlich bei sämtlichen im zwölften Abschnitt aufgenommenen Tatbeständen um die Verletzung des öffentlichen Friedens handelt, mag nun die Bevölkerung durch Drohungen aufgeschreckt, eine öffentliche Zusammenrottung mit Gewalttätigkeiten inszeniert, in der Trunkenheit die Öffentlichkeit gefährdet, öffentlich Glauben und Kultus verunehrt oder aber Tierquälerei getrieben werden.

Zur bessern Erledigung des zwölften Abschnittes wird es aber nun zweifellos beitragen, wenn wir den Abschnitt in der Reihenfolge, wie sie die Kommissionsvorlage bringt, behandeln und zwar in drei Unterabschnitten, nämlich:

Art. 224—226bis, Schreckung der Bevölkerung, öffentliche Aufforderung zu Verbrechen oder Vergehen, Landfriedensbruch und Verübung einer Tat in selbstverschuldeter Trunkenheit.

2. Art. 227 und 228, Störung der Glaubens- und Kultusfreiheit und Störung des Totenfriedens, in Verbindung mit Art. 223bis—Art. 223quater, Gotteslästerung und Beschimpfung von Religionsdienern.

3. Art. 228bis, Tierquälerei.

Zustimmung. — *Adhésion.*

Art. 224—226bis

Anträge der Kommission

Art. 224. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 225. Wer öffentlich zu einem Verbrechen oder Vergehen, das mit Zuchthaus bedroht ist, auffordert, wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Art. 226 Wer an einer öffentlichen Zusammenrottung teilnimmt, bei der mit vereinten Kräften gegen Menschen oder Sachen Gewalttätigkeiten begangen werden, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Teilnehmer bleiben straffrei, wenn sie sich auf behördliche Aufforderung hin entfernen, sofern sie weder selbst Gewalt angewendet noch zur Gewaltanwendung aufgefordert haben.

Art. 226bis. Wer infolge selbstverschuldeter Trunkenheit oder Betäubung unzurechnungsfähig ist und in diesem Zustand eine als Verbrechen oder Vergehen bedrohte Tat verübt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Buße bestraft.

Hat der Täter in diesem selbstverschuldeten Zustand eine mit Zuchthaus als einziger Strafe bedrohte Tat verübt, so ist die Strafe Gefängnis.

Propositions de la commission.

Art. 224 et 225. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 226. Celui qui aura pris part à un attroupeement formé en public et au cours duquel des violences ont été commises collectivement contre des personnes ou des propriétés, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Il n'encourra aucune peine s'il s'est retiré sur sommation de l'autorité sans avoir commis de violences ni provoqué à en commettre.

Art. 226bis. Celui qui, étant en état d'irresponsabilité causée par ivresse ou intoxication dues à sa faute, aura commis un acte réprimé comme crime ou délit, sera puni de l'emprisonnement jusqu'à six mois ou de l'amende.

La peine sera l'emprisonnement, si la réclusion est la seule peine prévue par la disposition qui réprime l'acte commis dans cet état d'irresponsabilité.

Seiler, Berichterstatter: Art. 224 bezieht sich auf den sogenannten frühern Landzwang. Eine spätere Periode brachte die Schreckung der Bevölkerung durch anarchistische Verbrechen. Maßgebend ist der Erfolg der Schreckung. Vorliegen muß eine Drohung und zwar eine Drohung für Leib, Leben oder Eigentum. Die heutige Fassung ist das Resultat eingehender Erörterungen in der Expertenkommission. In wesentlich vereinfachter und eingeschränkter Form erscheint im Entwurf die öffentliche Aufforderung zu Verbrechen oder Vergehen gemäß Art. 225. Der Vorentwurf sprach noch von einer Aufreizung durch Verherrlichung. In der Expertenkommission haben Oberrichter Lang, Ständerat Dr. Wettstein, Prof. Burckhardt und Prof. Huber die auf die Anarchistenumtriebe zurückgehende Formulierung als gefährliche Ausnahmegesetzgebung bekämpft. Sie ist denn auch mit starker Mehrheit abgelehnt worden. Beseitigt hat die Expertenkommission auch einen Art. 185 des Vorentwurfes, der vom Anerbieten zu Verbrechen handelte. Der nunmehrige Art. 225 bietet in seiner Fassung zu Bedenken nicht mehr Anlaß, denn es ist zu bemerken, daß nur die Aufforderung zu Verbrechen oder Vergehen, die mit Zuchthaus bedroht sind, unter Strafe gestellt ist und zwar nur dann, wenn die Aufforderung öffentlich erfolgt.

Durch die Bestimmung des Art. 226 über den Landfriedensbruch wird schon die bloße Teilnahme bestraft. Voraussetzung ist eine öffentliche Zusammenrottung, bei der es zu Gewalttätigkeiten kommt. Eine Zusammenrottung liegt vor, wenn sich eine größere Zahl von Leuten zu einem bestimmten Zwecke ansammelt. Zu beachten ist, daß ein verbrecherischer Zweck von vorneherein nicht vorliegen muß. Wesentlich ist, daß sich aus der Zusammenrottung Gewalttätigkeiten ergeben. Bloße Demonstrationsversammlungen zur Anhörung von Reden fallen nicht unter Strafe. Artet jedoch die Versammlung z. B. zum Einschlagen von Fenstern aus, so tritt Strafe schon für die Teilnahme ein. Wird im Verlaufe einer solchen Versammlung zu Gewalttaten aufgefordert, so tritt Strafe nach Art. 225 wegen

öffentlicher Aufforderung zu Verbrechen oder Vergehen ein. Gegen den Artikel sind in der Expertenkommission Bedenken erhoben worden. Man wandte ein, daß der Vorsatz schwer festzustellen sei und daß in der vordersten Linie oft mehr oder weniger unschuldige Neugierige ständen. Diesen Einwendungen hat unsere Kommission dadurch Rechnung getragen, daß sie einen zweiten Absatz beifügt, welcher den Gaffern den Rückzug offen läßt. Straffrei ist nunmehr derjenige Teilnehmer, der sich auf behördliche Aufforderung hin entfernt, dies immerhin aber nur dann, wenn der sich Entfernende nicht selbst schon tötlich geworden ist oder selbst zu Gewaltanwendung aufgefordert hat. Die verschiedenen Rollen in der Gesamttat festzustellen, wird allerdings die schwierige Aufgabe des Richters sein. Am ratsamsten wird es jedenfalls sein, das Gaffen, das der Ordnungspolizei die Aufgabe nur erschwert, zu unterlassen.

Art. 226bis geht auf Art. 10 zurück. Sie erinnern sich der Schwierigkeiten, welche die Beratung dieses Artikels gemacht hat. Es handelt sich um die in selbstverschuldetem unzurechnungsfähigem Zustand begangene Tat, hauptsächlich also um die Tat in selbstverschuldeter Trunkenheit. Wir haben damals grundsätzlich die Aufnahme eines Art. 226bis beschlossen und es handelt sich nunmehr darum, hier die Konsequenz zu ziehen. Darüber, ob die Unterbringung dieses Artikels hier angemessen sei, kann man verschiedener Auffassung sein. Einer bessern Belehrung wäre die Kommission durchaus zugänglich. Wenn die Einreihung hier erfolgt, so geschieht es deshalb, weil ein unzurechnungsfähiger Trunkenbold eine Gefahr für jedermann bedeutet, der ihm in den Weg läuft. Aus diesem Grunde kann man sich offenbar mit der Einreihung im zwölften Abschnitt beruhigen. Materiell ist die gefundene Lösung des Art. 226bis die Frucht mehrfacher Beratungen. Daß sie deshalb besonders glänzend sei, soll damit nicht gesagt sein. Sie stimmt überein mit Art. 80 M. St. G., differiert jedoch in der Strafandrohung. Während das M. St. G. Gefängnis bis zu 6 Monaten vorsieht, läßt Art. 226bis auch die Buße zu. Die Differenz ist in der strengeren Auffassung über die militärischen Pflichten begründet. Nicht zu vergessen ist, daß im Falle selbstverschuldeter Unzurechnungsfähigkeit nicht das Verbrechen als solches, also der Totschlag, die Körperverletzung bestraft wird, sondern ganz allgemein das Verhalten des Täters im selbstverschuldeten unzurechnungsfähigen Zustand.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen Annahme der Art. 224—226bis gemäß Kommissionsvorlage.

M. Logoz, rapporteur: Le chapitre XII réprime les infractions — et non seulement les « crimes ou délits » contre la paix publique.

Qu'est-ce exactement que la paix publique? C'est une notion peu précise. Et cela explique certaines des difficultés auxquelles donne lieu ce chapitre, notamment l'art. 227.

Au fond, dans le projet du Conseil fédéral, les art. 224 à 226 protègent ce qu'on pourrait appeler la paix sociale; l'art. 227 et peut-être même l'art. 228 protègent plutôt ce qu'on pourrait appeler la paix religieuse. Enfin, la commission propose d'insérer tout à la fin de ce chapitre un article 228bis qui réprime les mauvais traitements envers les animaux.

Si vous le voulez bien, nous examinerons tout d'abord les art. 224 à 226bis.

Ensuite, nous prendrons les art. 227 et 228; en même temps nous discuterons les propositions faites par la minorité catholique de la commission au sujet du blasphème et de l'outrage aux ministres d'un culte reconnu.

Enfin, en dernier lieu, vous n'aurez pas de peine à vous mettre d'accord sur l'art. 228bis qui réprime les mauvais traitements à l'égard d'animaux. Donc, divisons le chapitre XII en trois tranches.

La première tranche comprend les art. 224 à 226bis. Je puis passer rapidement sur les art. 224 et 225: menaces alarmant la population (224) et provocation publique au délit (225).

L'art. 225, en particulier, complète l'art. 22 du projet sur l'instigation. Il réprime, en adoucissant d'ailleurs fortement la peine, un délit semblable à celui qu'a déjà prévu en Suisse l'art. 4 de la loi fédérale du 12 avril 1894 complétant le code pénal fédéral de 1853.

La « provocation publique à un délit puni de la réclusion », c'est-à-dire à un délit grave, est particulièrement dangereuse. S'adressant au public, le provocateur a des chances plus grandes de trouver un instrument, un individu disposé à commettre le délit, que l'instigateur proprement dit qui s'adresse à une seule personne.

Il n'y a d'ailleurs pas besoin que le résultat réponde à l'effort du provocateur pour que le délit de l'art. 225 soit consommé. Il suffit de la provocation elle-même.

Comme l'instigateur, le provocateur de l'art. 225 est un personnage des moins sympathiques. Il n'agit pas lui-même. Il pousse au crime de pauvres diables que la loi frappera durement. C'est donc un lâche et il ne faut pas qu'il puisse tirer son épingle du jeu.

Je signale enfin que le délit de l'art. 225, en particulier, pourra être un délit de presse. Les dispositions de l'art. 26 du projet sur la responsabilité spéciale en matière de délits de presse, lui seront donc éventuellement applicables.

L'art. 226, qui réprime la participation à une émeute, a déjà été considérablement atténué par la seconde commission d'experts. Voyez le texte plus sévère de l'avant-projet de 1908 dans les procès-verbaux de la seconde commission d'experts, tome IV, page 306.

L'art. 226 ne prévoit aucun cas d'aggravation: ni le cas de rébellion prévu par certaines lois cantonales, ni même le port d'armes. Il ne met pas non plus à part les meneurs.

D'autre part, d'après divers codes cantonaux et spécialement dans presque tous les cantons romands, ceux-là seuls sont punissables pour simple participation à un attroupement séditieux, qui n'obtempèrent pas à l'ordre donné par l'autorité de disparaître, de rentrer chez soi, de se disperser.

La commission vous propose d'insérer une disposition de ce genre dans l'art. 226, comme second alinéa nouveau.

Enfin l'art. 226bis. Il est intitulé — ceci déjà est de nature à faire douter de sa perfection — « actes commis en état d'irresponsabilité fautive ». En voici le texte: « Celui qui, étant en état d'irresponsabilité causée par ivresse ou intoxication dûe à sa faute,

aura commis un acte réprimé comme délit, sera puni de l'emprisonnement jusqu'à six mois ou de l'amende. La peine sera l'emprisonnement si la réclusion est la seule peine prévue par la disposition qui réprime l'acte commis dans cet état d'irresponsabilité».

Cet article que la commission vous propose d'introduire dans le projet, est le produit — très contestable au point de vue juridique — de la discussion à laquelle l'art. 10 a donné lieu dans ce conseil, en mars 1928. Pour ma part, j'accepte l'art. 226bis à contre-cœur et seulement pour éviter le mal plus grand que serait l'adjonction à l'art. 10 d'une disposition relative à l'ivresse. Vous avez déjà admis une solution de ce genre à propos du code pénal militaire, (art. 80).

C'est sur le modèle de l'art. 80 du C. P. M. qu'a été rédigé l'art. 226bis qui est maintenant proposé. Nous avons laissé tomber cependant le chiff. 1 de l'art. 80 du Code militaire, car c'est là une disposition qui n'a d'intérêt qu'au point de vue militaire et spécialement au point de vue de la discipline militaire.

Dans l'art. 226bis que nous vous proposons maintenant, le premier alinéa correspond au chiff. 2, al. 1^{er}, de l'art. 80 du Code pénal militaire. La possibilité donnée au juge de prononcer une simple amende équivaut plus ou moins à la disposition du chiff. 3 de l'art. 80 du C. P. M.

Quant au second alinéa de l'art. 226bis, nous avons dû le rédiger autrement que la disposition correspondante du Code pénal militaire, parceque notre projet, à la différence du code militaire, ne connaît pas la peine de mort.

Je rappelle enfin, les dispositions de l'art. 42 de notre projet, qui seront éventuellement applicables à l'auteur du délit de l'art. 226bis.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 25. September 1929.
Séance du matin du 25 septembre 1929.

Vorsitz — Présidence: Hr. Walther.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 529 hiervoor. — Voir page 529 ci-devant.)

Präsident: Wir sind gestern beim 12. Abschnitt stehen geblieben. Dabei war die Meinung, daß nach dem Vorschlag der Minderheit die Art. 223bis und quater in Verbindung mit Art. 225 und 228 zu behandeln seien. Ich schlage vor, zuerst Art. 224—226 zu erledigen. Opposition ist nicht erhoben worden.

Angenommen. — *Adoptés.*

Präsident: Der Referent hat bereits auch referiert über einen neuen Vorschlag Art. 226bis. Das Wort ist dazu nicht weiter verlangt worden.

Art. 226bis ist angenommen, in der Meinung, daß es Sache der Redaktionskommission sei, zu untersuchen, ob er hier oder an anderer Stelle eingeschaltet werden soll.

Art. 227—228.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 227. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 228. 1. Wer die Ruhestätte eines Toten in roher Weise verunehrt,

wer einen Leichenzug oder eine Leichenfeier böswillig stört oder verunehrt,

wer einen Leichnam verunehrt oder öffentlich beschimpft, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

2. Wer einen Leichnam oder Teile eines Leichnams oder die Asche eines Toten aus dem Gewahrsam des Berechtigten wegnimmt, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Minderheit:

(Balestra, Dedual, Eggspühler, Evéquoz, Grand, Grünenfelder.)

Elfter Abschnitt bis.

Verbrechen und Vergehen gegen die Religion.

Art. 223bis. Wer öffentlich in beschimpfenden oder beleidigenden Ausdrücken von Gott spricht, wird mit Gefängnis bestraft.

Art. 223ter = 227.

Art. 223quater. Wer den Religionsdiener eines anerkannten Kultus in der Ausübung seines Amtes oder in bezug auf sein Amt beschimpft, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Art. 223quinquies = 228.

Proposition de la commission.

Majorité :

Adhérer au projet du Conseil fédéral.
(La modification ne concerne que le texte allemand.)

Minorité :

(Balestra, Dedual, Eggspühler, Evéquo, Grand, Grünfelder.)

Chapitre onzième bis

Crimes ou délits contre la religion.

Art. 223bis. Celui qui, publiquement, parle de Dieu en termes outrageants ou offensants, sera puni de l'emprisonnement.

Art. 223ter = 227.

Art. 223quater. Celui qui outrage le ministre d'un culte reconnu, dans l'exercice de ses fonctions ou à raison de celles-ci, sera puni de prison ou d'amende.

Art. 223quinquies = 228.

Antrag Huggler.

Streichung von Art. 227, Abs. 1.

Proposition Huggler.

Biffer l'al. 1^{er} de l'art. 227.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Die Situation ist folgende: wir haben uns zu entscheiden über Art. 227 und 228 in Verbindung mit den Minderheitsanträgen Art. 223bis und quater und zugleich auch mit dem Antrag einer andern Minderheit, der sozialdemokratischen Fraktion: den Abs. 1 von Art. 227 überhaupt zu streichen. Wir werden uns deshalb etwas eingehender mit diesen Religionsdelikten zu beschäftigen haben. Ich möchte zu diesem Kapitel folgendes ausführen.

Die Art. 227 und 228 bzw. 223bis und quater führen uns in eine Materie, deren Behandlung in der Öffentlichkeit ein besonderes Echo erwecken wird. Die Frage ist die, inwieweit die Religion oder der Träger der Religion, der religiöse Mensch, oder der Urquell aller Religion, Gott selbst, gegen Angriffe geschützt werden sollen. Diese Frage des Straf-schutzes ist so diskutabel wie die Religionsfrage selbst. Und sicher ist, daß gerade auf diesem Gebiete der Wert der Strafe gegenüber den übrigen das religiöse Leben fördernden Mitteln wesentlich zurücktritt. Wer ist denn, solange es eine Christenheit gibt, mehr und gemeiner verhöhnt und verlästert worden als ihr Gründer selbst? Und hat nicht gerade das geduldige und erhabene Ertragen der unerhörten Schmähungen die Bewunderung der Welt erregt und zur Ausbreitung des Christentums in hohem Maße beigetragen?

In der Expertenkommission ist von Herrn Deschenaux die Meinung vertreten worden, daß die Nicht-

berücksichtigung der katholischen Auffassung einen großen Teil des Volkes in seinen religiösen Gefühlen verletzen und dem ganzen Gesetz schwere Gegnerschaft bringen werde. Ich halte dafür, daß die Annahme der bundesrätlichen Fassung eine ernsthafte Opposition nicht rechtfertigt und es liegt mir nun ganz besonders daran, zu versuchen, dies in aller Objektivität den katholisch-konservativen Vertretern in unserm Rat und einer weitem Öffentlichkeit darzutun. Und wenn ich diesen Versuch unternehme, so will ich auch in diesem Zusammenhange nicht versäumen, die Bedeutung der Strafrechtsvereinheitlichung gerade auf diesem Gebiete hervorzuheben. Man glaubt, durch die Beibehaltung der kantonalen Gesetze, sagen wir in Freiburg, im Wallis etc., den Glaubensgenossen durch die weitergehenden Bestimmungen der kantonalen Strafgesetze einen Dienst zu erweisen. Mag sein! Aber wie verhält es sich mit den Katholiken in den Städtkantonen? Dürfen wir die vergessen und dürfen wir sie der Gefahr aussetzen, daß sie durch eine Revision im Sinne möglicher Einschränkung oder gar der Aufhebung der Strafbestimmungen in Religions-sachen in ihren Gefühlen um so mehr verletzt werden? Wir haben die Auffassung, daß eine Lösung der Mitte im Sinne der Bestimmungen des bundesrätlichen Entwurfs der Gesamtheit der Katholiken besser dient, als eine Zersplitterung in den Kantonen.

Nun maße ich mir keineswegs an, den katholischen Miteidgenossen Lehren zu erteilen oder Ratschläge zu geben. Ich kann sie nur bitten, meinen Ausführungen zu folgen und sie zu überlegen. Wenn ich dies aber tue, so kann ich mich doch auf einen katholischen Gewährsmann stützen, dessen allzu frühen Hinschied wir auch an dieser Stelle wiederum aufs Tiefste bedauern müssen: auf Obergerichtspräsident Kaspar Müller, unsern frühern Kollegen und Kommissionspräsidenten. In der Expertenkommission ist der katholischen Auffassung in weitgehendem Maße Rücksicht getragen worden. Der erste Absatz des nunmehrigen Art. 227 ist die Frucht der Anträge Müller und Burckhardt, zweier hervorragender Juristen und Eidgenossen und zugleich auch zweier glaubensstarker Männer auf katholischer und auf protestantischer Seite. Der Vorentwurf enthielt den jetzigen Abs. 1 nicht. Dieser Absatz bedeutet ein wesentliches Entgegenkommen an die katholische Auffassung. Er bedeutet einen Schutz der religiösen Ueberzeugung des gläubigen Menschen, gehöre er dieser oder jener Religion an. Kaspar Müller ging vor allem von seiner katholischen Religionsauffassung aus, Prof. Burckhardt stellte sich vor allem auf den Boden des Art. 49 der Bundesverfassung, welcher die Glaubens- und Gewissensfreiheit proklamiert. Der Auffassung Burckhardts schloß sich auch Kaspar Müller an. Kaspar Müller war sich auch vollständig klar über die referendumpolitische Bedeutung dieser Frage, und er führte aus, daß er mit seiner Formulierung den Empfindungen derjenigen Rechnung trage, welche von einer Strafe in Religions-sachen überhaupt nichts wissen wollen. Unterstrichen wurde der Vorteil der vorgeschlagenen Fassung nach der Richtung, daß sie jede religiöse Ueberzeugung schütze, jede Religionsgemeinschaft, nicht nur die staatlich anerkannte. Tatsächlich ist denn auch in der Expertenkommission der Aufnahme eines Abs. 1 der nunmehrigen Fassung Opposition gemacht worden,

und zwar aus der grundsätzlichen Erwägung heraus, daß religiöse Auffassungen nicht unter Strafe gestellt werden sollten. Was zu schützen sei, das sei der öffentliche Friede und dieser sei durch den Vorentwurf, der das erste Alinea nicht enthielt, genügend geschützt. Mit großer Mehrheit ist dann aber der Antrag Müller-Burckhardt, welcher die öffentliche gemeine Verspottung der Ueberzeugung anderer in Glaubenssachen und die Verunehrung von Gegenständen religiöser Verehrung unter Strafe stellt, in der Expertenkommission angenommen und in der Folge dann auch in den bundesrätlichen Entwurf aufgenommen worden.

Ich möchte somit nachdrücklich betonen, daß die heutige Fassung des Art. 227, Abs. 1, auf das energische Eintreten von Kaspar Müller zurückzuführen ist und daß sich dieser gewiegte Kenner des Strafrechts mit dieser Formulierung zufrieden gegeben hat und daß keinerlei Anträge im Sinne der heutigen Kommissionsminderheit gestellt worden sind.

In unserer Kommission sind alle Abänderungsanträge gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag abgelehnt worden. Ein Antrag Grand auf Aufnahme einer Bestimmung über Gotteslästerung entsprechend dem heutigen Minderheitsantrag zu Art. 223bis wurde mit allen gegen 3 Stimmen und ein Antrag Schneider auf Streichung des Art. 227 mit 17 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Art. 227 als solcher ist übrigens von der katholischen konservativen Kommissionsminderheit nicht angefochten. Die Minderheit will vielmehr zwei Ergänzungen; sie will die Gotteslästerung allgemein bestrafen und die Beschimpfung von Religionsdienern unter besondere Strafe stellen. Zu diesen Ergänzungsanträgen gestatten Sie mir noch folgende Bemerkung:

Gotteslästerung. Meine persönliche Meinung ist die, daß Gott, die höchste Macht, aus der alles Leben strömt, überhaupt nicht beleidigt werden kann. Das Lästern gegen Gott ist unwirksam und trägt die Strafe in sich selbst. Was in Betracht fällt, ist die Beleidigung des Gefühls derer, die ihr religiöses Empfinden bewahrt haben. Uebrigens wird der Gott lästernde Redner dann durch Art. 227, Abs. 1, erfaßt werden, wenn die Rede begleitet ist durch Schmähungen der religiösen Ueberzeugung Andersdenkender. Im übrigen aber werden solche Redensarten eher abstoßend als schädlich wirken. Ich weiß nicht, ob nicht auch der überzeugte Katholik solchen Gedankengängen zu folgen vermag. Für mich selbst aber besteht kein Zweifel, daß Art. 223bis fallen gelassen werden kann.

In den letzten Tagen ist noch eine Eingabe der freigeistigen Vereinigung der Schweiz eingegangen, die beantragt, in Art. 227, Abs. 1, die Worte «die Ueberzeugung anderer in Glaubenssachen» zu streichen. Dieser Antrag der freigeistigen Vereinigung geht also nicht so weit, wie heute die sozialdemokratische Fraktion; sie beantragt nicht Streichung des ganzen 1. Absatzes, sondern nur der angeführten Worte. Damit wäre aber der nach langen, interessanten, vom Geist gegenseitiger Achtung getragenen Erörterungen gefundene Kompromiß zerschlagen. Nein, wir wollen die religiöse Ueberzeugung, den Glauben anderer achten und die öffentliche und gemeine Verhöhnung Andersdenkender unter Strafe stellen. Wer mit Andersgläubigen rechten will, soll das in anständiger

Weise tun. Die Hochhaltung der Glaubens- und Gewissensfreiheit bedingt geradezu den Schutz vor gemeiner Verhöhnung des Andersdenkenden in der Öffentlichkeit. Deshalb ist der neue Antrag der freigeistigen Vereinigung, und der der sozialdemokratischen Fraktion erst recht, meines Erachtens abzulehnen.

Sodann Art. 223quater, Beschimpfung der Religionsdiener: Ist diese Bestimmung wirklich nötig? Genügt nicht die allgemeine Androhung des Art. 154 über die Beschimpfung? Ein Unterschied besteht ohnehin nur im Strafmaß. Das Maximum der Strafe des Art. 154 ist Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Daneben ist auch die Buße zugelassen. Art. 223quater spricht allgemein von Gefängnis oder Buße. Der Richter könnte also bei Beschimpfungen von Religionsdienern bis auf drei Jahre Gefängnis gehen. Ich denke aber kaum, daß mit der gewöhnlichen Androhung des Art. 154 nicht auszukommen wäre. Im weitern ist darauf hinzuweisen, daß der Entwurf von der Qualifikation der Beamtenbeschimpfung allgemein abgegangen ist. Es scheint daher nicht angängig zu sein, auf einem einzelnen Gebiete die Qualifikation wieder einzuführen. Unzweifelhaft müßte die Annahme des Art. 223quater zu einer Revision der Bestimmungen über die Ehrverletzung führen, da nicht einzusehen ist, weshalb nicht auch andere Beamte des erhöhten Strafschutzes teilhaftig werden sollten. Uebrigens enthält der Antrag der Minderheit auch insofern eine Ungerechtigkeit, als er lediglich die Religionsdiener eines anerkannten Kultus erwähnt, eine Einschränkung, die seinerzeit auch Kaspar Müller nicht empfohlen hat.

Halten wir somit fest: Die Aufnahme einer Bestimmung über Gotteslästerung geht zu weit und der besondere Strafschutz der Religionsdiener ist nicht notwendig. Art. 227 in der vorliegenden Fassung ist ein Werk der Verständigung. Er schützt die religiöse Ueberzeugung vor öffentlichen gemeinen Angriffen. Er ist nichts anderes als eine Konsequenz des Art. 49 der Bundesverfassung über die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Er schafft eine einheitliche gesamtschweizerische Auffassung über die Grenzen, welche der Kritik in Glaubenssachen gesetzt sind und ein neues Mittel zur Festigung des religiösen Friedens.

Ich beantrage Ihnen daher die Annahme des Kommissionsantrags zu Art. 227 und die Ablehnung der Anträge der Minderheit zu Art. 223bis und quater. Diese Ablehnung hat keinerlei Tendenz gegen irgendeine Religionsgemeinschaft, wohl aber den Sinn wohlgemeinten Verständigungswillens auf dem leider so umstrittenen Gebiet religiösen Empfindens.

Die Einzelheiten des Art. 227 will ich nur kurz streifen. Die Formulierung war in den einzelnen Punkten recht schwierig. Gerade in solchen unfaßbaren Gebieten ist die Redaktion oftmals eine recht schwierige Aufgabe. Viel hängt selbstverständlich bei der Beurteilung von der Auffassung des Richters ab; denn maßgebend für die Frage des Vorliegens der Voraussetzungen ist nicht die subjektive Auffassung des Verletzten, sondern die Empfindung desjenigen, der als Richter die Tat objektiv zu beurteilen hat. Wann liegt Verspottung vor, wann Verunehrung von Gegenständen religiöser Verehrung? Das wird der Richter eben nach Prüfung aller Umstände zu entscheiden haben. Deutlich ist das Bestreben des

Gesetzgebers, den Text des Art. 227 den Bestimmungen der Bundesverfassung anzupassen. Daher die Fassung in Abs. 2: «Verfassungsmäßig gewährleistete Kultushandlung» an Stelle der früheren Bezeichnung «Gottesdienst oder gottesdienstähnliche Handlungen». Daß sich der Strafschutz auch auf Gegenstände beziehen soll, ist in der Expertenkommission angefochten worden. «Ich kann doch nicht einen Gegenstand verunehren», bemerkte Bundesrichter Dr. Reichel. Gewiß, streng genommen nicht. Aber es ist letzten Endes wieder nicht der geweihte Gegenstand an sich, der Schutzobjekt ist, sondern es ist die religiöse Ueberzeugung des Individuums, die durch die gemeine Herunterziehung von Symbolen verletzt wird.

Zu beachten ist die Differenz in bezug auf die öffentliche Verunehrung von Gegenständen religiöser Verunehrung gemäß Art. 1 des Art. 227 und die nicht auf die Öffentlichkeit beschränkte Verunehrung von Gegenständen, die für eine Kultushandlung bestimmt sind, gemäß Abs. 3 des gleichen Artikels.

Art. 228, Störung des Totenfriedens, hat in grundsätzlicher Beziehung zu keinen Erörterungen Veranlassung gegeben. Die Aenderungen durch die Kommission sind redaktionell. Man würde es der heutigen Fassung nicht ansehen, daß sie in der Expertenkommission nicht weniger als zwölf Abstimmungen verursacht hat. Einzig der erste Satz «Wer die Ruhestätte eines Toten in roher Weise verunehrt» hat sieben Abstimmungen notwendig gemacht. Mit den Einzelheiten will ich Sie verschonen. Eine Meinung ging dahin, daß die Wahrung der Ruhe auf den Friedhöfen dem Polizeistrafrecht überlassen bleiben könne. Die Zufügung des Wortes «Leichenteile», welche in der Einleitungsdebatte als Beispiel für die Subtilität des schweizerischen Gesetzgebers angeführt worden ist, geht auf einen Antrag in der Expertenkommission zurück, der sich auf ein praktisches Beispiel des Handels mit Leichenhaaren stützt. Eine Streichung wäre nicht zu bedauern.

Unser Antrag geht somit auf Annahme der Art. 227 und 228 in der Fassung der Kommission.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: L'art. 227 sanctionne les principes posés par les art. 49 et 50 de la Constitution fédérale, qui proclament la liberté de croyance et le droit au libre exercice des cultes. C'est ce que confirme le titre en marge de l'art. 227: «Atteintes à la liberté de croyance et des cultes».

Ainsi que le disait, à la seconde commission d'experts, M. Burkhardt de Bâle, l'état de choses dans lequel nous nous trouvons maintenant, en Suisse, est très peu satisfaisant en ce qui concerne les dispositions pénales cantonales qui protègent la liberté de croyance.

Il y a des lois cantonales sévères et des tribunaux qui les appliquent. Il y a aussi des lois très larges à cet égard et des juges qui ne les appliquent même pas!

Pour établir une certaine unité dans ce chaos, on dispose actuellement d'un seul moyen: le recours de droit public au Tribunal fédéral. Mais la jurisprudence du Tribunal fédéral, comme la femme, varie quelquefois. Elle est assez incertaine, surtout dans le domaine qui nous intéresse maintenant. Ici est peut-être vraie cette boutade d'un éminent juge au Tribunal fédéral: «Le recours de droit public

est une loterie dont les billets ne sont pas chers, mais où les numéros gagnants sont rares!»

D'ailleurs, ne jetons pas la pierre à notre Cour suprême. La jurisprudence du Tribunal fédéral est incertaine parce que les décisions prises à Lausanne, en cette matière, découlent d'un pouvoir pour ainsi dire absolu de libre appréciation, qui ne doit pas être facile à exercer.

Il est donc permis de penser que le Tribunal fédéral lui-même verra avec plaisir substituer enfin quelques règles de droit fédéral, telles que celles que pose l'art. 227 de notre projet, au pouvoir dont il dispose actuellement, pouvoir presque sans limites et qui, je le répète, doit être parfois singulièrement embarrassant pour lui.

Il est à peine besoin d'ajouter que, ce que l'art. 227 doit réprimer, ce n'est certes pas la critique objective de telle ou telle croyance ou conviction religieuse; il n'est pas question de cela. Comme je l'ai déjà dit, l'art. 227 vise simplement à sanctionner — et à sanctionner d'une manière uniforme pour tout le pays — les principes posés aux art. 49 et 50 de la Constitution fédérale; en définitive, c'est la paix publique que l'art. 227 veut sauvegarder, comme les articles constitutionnels eux-mêmes. De là, le classement de l'art. 227 dans le chapitre XII du projet qui réprime les délits contre la paix publique.

L'art. 227 est une solution qui a été adoptée dans un esprit d'entente entre tous, y compris, je le souligne à mon tour, le porte-parole de l'opinion catholique, notre défunt collègue Gaspard Müller, de Lucerne. Sur la belle discussion qui a eu lieu à ce sujet, à la seconde commission d'experts, voyez le quatrième volume des procès-verbaux, pages 313 et suivantes.

L'art. 227 est un article d'entente, un article auquel il est donc prudent de toucher le moins possible, parce que tout amendement soulève des questions délicates. Votre commission a eu la sagesse de s'en rendre compte; après de nombreuses votations et une longue et très digne discussion, elle a accepté l'article tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral. Vous serez bien inspirés de faire de même et je crois utile, avant toute discussion, de vous donner quelques indications sur le contenu de l'art. 227, explications qui vous permettront de vous rendre compte de sa portée.

L'art. 227 vise, en somme, trois infractions différentes.

Il vise, tout d'abord, un premier délit qui est le fait de «bafouer», c'est-à-dire de tourner en dérision les convictions d'autrui en matière de croyance; mais encore, pour qu'il y ait délit, faut-il que cette manière d'exprimer son mépris à l'égard des convictions d'autrui en matière de croyance, ait été «publique» et «vile». Elle doit avoir eu lieu, selon l'expression allemande, «in gemeiner Gesinnung». On marque déjà par là qu'il ne s'agit pas de l'expression d'une critique objective, qui doit naturellement rester licite.

Et le projet parle des «convictions d'autrui en matière de croyance». Il est presque inutile de dire que, comme les art. 49 et 50 de la Constitution, l'art. 227 du projet n'a aucun rapport avec la question de savoir comment sont réglées, dans les divers cantons, les relations entre les Eglises et l'Etat.

Bien plus, le premier alinéa de l'art. 227 ne protège pas seulement les croyances ou convictions en matière religieuse; on peut dire qu'il protège, non seulement la croyance, mais aussi l'incroyance, comme l'art. 49 de la Constitution lui-même.

La conviction de l'athée mérite évidemment le même respect et la même protection que, par exemple, celle du chrétien protestant ou catholique, ou encore du juif. Les convictions de libre-penseurs peuvent, elles aussi, être bafouées publiquement et d'une manière vile et l'art. 227, al. 1^{er}, est alors également applicable.

Pratiquement, cependant, ne vous y trompez pas: c'est l'Eglise catholique que des dispositions telles que celles-là intéressent le plus. C'est à cette Eglise que ces dispositions seront les plus précieuses, cela, d'autant plus qu'aux convictions, l'art. 227, premier alinéa, assimile les objets de la vénération religieuse (hosties, par exemple, etc.), qu'elle protège contre toute profanation publique et vile. Je dis que c'est l'Eglise catholique qu'une disposition de ce genre intéresse avant tout. L'Eglise catholique est un édifice complet, avec tout un ensemble de dogmes et de nombreux objets de la vénération de ses fidèles. Elle offre donc, à l'égard des actes dont nous sommes en train de parler, ce que j'appellerai une surface d'attaque particulièrement étendue; c'est pourquoi c'est à elle que l'art. 227 sera sans doute le plus utile. Mais, virtuellement, cet article est applicable à toute conviction quelconque en matière de croyance. Voilà le premier délit réprimé par l'art. 227 (al. 1).

L'al. 2 punit ensuite le fait de «troubler méchamment ou de bafouer publiquement» un «acte cultuel garanti par la Constitution». Ce qui est ici protégé, c'est donc le culte et ce sont les actes du culte. Non seulement d'ailleurs le culte des Eglises reconnues par l'Etat, ni même seulement le culte chrétien; mais pas non plus tout culte quelconque, même extravagant, par exemple un culte fétichiste: sont protégés seulement les cultes garantis par la Constitution fédérale, art. 50.

D'autre part, le délit est puni aussi lorsqu'il est commis contre des fidèles assemblés pour un acte cultuel même en dehors du lieu du culte. Les fidèles ont droit à la paix, où que ce soit qu'ils s'assemblent pour des actes cultuels. C'est cette paix que l'al. 2 de l'art. 227 entend leur assurer.

Enfin un troisième et dernier délit est prévu par l'art. 227, al. 3. La protection de l'al. 3 s'étend aux lieux et aux objets destinés au culte (toujours seulement pour les cultes garantis par la Constitution fédérale, c'est-à-dire non contraires à l'ordre public, etc.).

Ces lieux et objets sont protégés pendant et en dehors de la célébration du culte; mais, ici encore, il faut que l'auteur ait «méchamment» profané un lieu ou un objet destiné au culte ou à un acte cultuel garanti par la Constitution.

Méchamment profané: Voici un exemple, donné par feu M. Burkhardt, à la seconde commission d'experts (tome IV, page 322): Il n'y a pas de W. C. aux abords du Münster de Bâle. Et il est arrivé, paraît-il, que des gens poussés par la nécessité, se soient oubliés contre les murs de la cathédrale. C'est, a dit M. Burkhardt, une profanation, mais elle n'a pas lieu méchamment, «boshafft».

Notez enfin que la peine de l'art. 227 n'est pas draconienne. C'est l'emprisonnement jusqu'à 6 mois ou une simple amende. Comme l'a dit feu Gaspard Müller, ce qui importe ici, ce n'est pas la rigueur des peines; une religion est bien malade quand elle doit appeler à son secours un droit pénal rigoureux. L'art. 227 doit agir surtout par voie de prévention générale; il signifie qu'on ne peut pas tout se permettre vis-à-vis des convictions d'autrui, qu'il y a une limite que l'Etat ne permet pas de franchir.

L'art. 227 — vous le voyez — règle une matière délicate; il pose des règles applicables dans un domaine où le législateur ne doit ni aller trop loin, ni pécher par excès d'indifférence, s'il ne veut pas heurter des sentiments populaires parfaitement respectables.

Tel qu'il figure dans notre projet et tel que la commission vous propose de l'accepter, l'art. 227 tient un juste milieu entre une répression excessive et un laisser-aller exagéré. Je répète que, du côté catholique en particulier, feu Gaspard Müller avait accepté cet article, sans réserve, ni adjonction relative, par exemple, à la répression du blasphème, ou à l'outrage aux ministres d'un culte reconnu. Feu Gaspard Müller avait, au point de vue catholique, jugé cet article suffisant.

La commission croit, d'autre part, que l'art. 227 peut être accepté aussi par les non catholiques.

Faisons confiance aux tribunaux cantonaux pour appliquer sainement ces dispositions, si elles doivent être appliquées, ce qui sera relativement rare. Et si des erreurs venaient à être commises par la jurisprudence cantonale, n'oublions pas qu'il y a le recours au Tribunal fédéral. Celui-ci, avec l'art. 227, sera mieux placé qu'il ne l'est actuellement pour créer une jurisprudence stable et réellement satisfaisante.

La minorité catholique de la commission a cru devoir vous soumettre la proposition de réprimer, non seulement les actes prévus à l'art. 227, mais en outre:

1^o le blasphème (art. 223bis proposé par la minorité catholique),

2^o l'outrage aux ministres du culte; (c'est l'article 223quater, proposé par la même minorité).

Ces propositions ont déjà été soumises à la commission, qui les a écartées. Je me réserve de revenir sur ce point.

Je me réserve également de revenir plus tard, s'il y a lieu, sur la proposition faite, du côté socialiste, de biffer le premier alinéa de l'art. 227 qui dit: «Celui qui, en public et de façon vile, aura bafoué les convictions d'autrui en matière de croyance, ou profané les objets de la vénération religieuse.»

Je désire entendre les porte-paroles des minorités socialiste et catholique, avant de leur répondre.

Quant à l'art. 228, pas d'observation à faire.

Je vous recommande d'adopter les art. 227 et 228, tels qu'ils sont proposés par la majorité de la commission.

M. Perrier, rapporteur de la minorité: Je ne faisais pas partie de la commission au moment où cette question délicate et importante a été discutée. Comme les membres de la commission qui s'en sont le plus occupés (je pense à mes collègues MM. Grand et Evéquoz), ne siègent maintenant plus dans cette

salle, je crois devoir soutenir les propositions présentées par la minorité.

Nous sommes en présence de deux thèses: D'une part, celle de la majorité, qui veut réprimer simplement l'atteinte aux croyances religieuses; d'autre part, la thèse de la minorité qui, d'accord sans doute au sujet de cette disposition, veut encore punir comme telle l'atteinte à la religion, en particulier à l'idée de Dieu.

Je tiens tout d'abord à remercier nos rapporteurs, M. Seiler et M. Logoz, pour les sentiments pleins de bienveillance qu'ils ont bien voulu témoigner à la minorité, dans leur commentaire de l'art. 227.

Mais je veux aussi répondre à leurs objections. On prétend que nous allons trop loin en proposant notre adjonction et que nous porterions ainsi atteinte au principe de la liberté de croyance, telle qu'elle est prévue par la Constitution fédérale. Je n'insiste pas maintenant sur ce point; j'y reviendrai tout à l'heure, et je me permettrai de vous démontrer que, au contraire, l'article tel qu'il est proposé par la minorité de la commission, ne lèse en aucune manière la liberté de croyance, pas plus d'ailleurs que les dispositions des droits cantonaux actuellement en vigueur, suivant la jurisprudence du Tribunal fédéral, ne heurtent les garanties constitutionnelles.

D'autre part, on nous a opposé avec insistance, il y a un instant, l'opinion de feu Gaspard Müller, sur laquelle je n'étais pas renseigné. J'avais pour notre regretté collègue la plus grande estime et je garde à sa mémoire une profonde vénération. Mais, si telle a bien été son opinion sur ce point-là, je ne pourrais être tout à fait d'accord avec lui.

On nous objecte enfin, dans certains milieux, de ne pas distinguer entre le droit et la morale. Il me semble qu'on fait précisément à cet égard une confusion. Le droit est sans doute distinct de la morale, mais il ne faut pourtant pas oublier qu'ils ont un objet commun. Certes, il y a nombre d'infractions à la morale que le droit pénal ne réprime pas, parce qu'elles ont avant tout un caractère individuel, ou que, tout au moins, leur caractère social ne revêt pas une importance particulière.

En revanche, le droit pénal doit intervenir toutes les fois qu'il s'agit d'une obligation morale présentant pour la société un intérêt vital.

Nous avons entendu hier encore, dans le débat, l'honorable rapporteur M. Logoz nous dire qu'il ne faut pas trop tenir compte dans ce domaine des conceptions populaires. Ah, Messieurs, j'estime que dans toute cette discussion on a parfois fait fausse route; on a trop la tendance à considérer le droit pénal comme une sorte de chasse gardée à l'intention des professeurs de droit — que M. Logoz me pardonne cette constatation! — Le droit pénal, c'est autre chose; le droit pénal, c'est quelque chose de plus vaste, de plus grand.

(M. Huggler: C'est une arme dans la main du plus puissant.)

Il y a des tribunaux pour protéger les faibles.

Le droit pénal, c'est le miroir des conceptions populaires, le droit pénal doit intervenir chaque fois qu'il s'agit, précisément suivant les conceptions populaires; d'un bien social important.

Qu'en est-il, Messieurs, dans le cas particulier? J'estime que, dans l'idée de la majorité de notre peuple suisse — je ne parle pas seulement des cantons

catholiques et à cet égard on a peut-être trop restreint le débat, il y a un instant — on pense encore que la religion comme telle, soit l'idée de Dieu, doit être protégée par la législation. Nous n'entendons pas protéger Dieu, qui n'a pas besoin de notre protection; mais bien l'idée de Dieu, qui est le sommet de toute religion et qui doit être protégée comme un bien essentiel, par la législation pénale.

Est-ce que ce sont là des théories nouvelles, des théories extraordinaires? Pas le moins du monde.

Si nous jetons un coup d'œil sur les diverses législations étrangères, nous constatons que, dans un grand nombre de pays, des dispositions analogues à celles proposées par la minorité de la commission se trouvent en vigueur. Il existe des dispositions semblables en Allemagne, en Autriche, en Suède, en Angleterre, dans tous les pays anglosaxons, dans l'Amérique du Nord et je remarque qu'en général les grands pays réformés appartiennent à ce groupe.

D'autre part, si nous consultons ce qui se passe en Suisse, nous voyons qu'un certain nombre de cantons: Schwyz, Lucerne, Bâle-Campagne, M. Seiler!, les Grisons, le Valais, Fribourg, prévoient également des dispositions de ce genre, et j'ai le sentiment que ces cantons abandonneraient difficilement leurs conceptions dans ce domaine.

Je vous parlais, il y a un instant, de l'Allemagne et je veux préciser ma pensée. L'Allemagne est en train de refaire sa législation pénale. Elle étudie l'adoption d'un nouveau code pénal et la question que nous discutons est pendante actuellement devant la commission du Reichstag. A ma connaissance, aucune décision définitive n'a été prise. Mais je tiens à relever l'opinion précieuse du président de la commission du Reichstag, le professeur Kahl de Berlin, qui est une personnalité de tout premier ordre, une autorité au point de vue scientifique et moral dans toute l'Allemagne. M. Kahl est professeur de droit pénal à l'Université de Berlin. Il n'est d'ailleurs pas catholique; il est luthérien. Il n'appartient pas, comme on pourrait le croire, au parti national allemand, mais à ce que nos journaux romands appellent le parti populiste; c'est donc un libéral. Or, le professeur Kahl estime que, puisque l'Etat lui-même considère dans tous les domaines de la législation, la religion comme un bien social, comme une conquête de la civilisation, un « Kulturgut », il est inadmissible que l'Etat ne protège pas, dans son droit pénal, la religion comme telle.

Le professeur Kahl, dans son intéressant exposé, invoque les dispositions de la législation allemande, non pas celles de l'ancienne législation, mais il dit bien: celles de l'Allemagne républicaine. Il relève le fait qu'on tient compte de la religion dans les divers domaines de la législation. Il rappelle le caractère de droit public accordé aux Eglises. Cela est vrai aussi chez nous, au moins autant qu'en Allemagne, car en particulier les cantons réformés ont des Eglises nationales, et nous avons des concordats.

Le professeur Kahl nous dit également que la religion intervient dans les cérémonies publiques des corps officiels. Il fait allusion aux inaugurations parlementaires. Et cela n'est pas différent chez nous. Sans doute, aux Chambres fédérales, nous nous contentons du serment qui a, lui déjà, un caractère religieux; mais un grand nombre de cantons mar-

quent l'ouverture de la législature par des cérémonies religieuses; je pense notamment aux cantons à landsgemeinde. Je pense aussi à nos Confédérés vaudois. Je sais combien solennellement et religieusement ils inaugurent, à la cathédrale, leur nouveau Grand Conseil.

Je tiens, pour terminer cette partie de mon exposé, à vous citer textuellement les paroles du professeur Kahl: « Wohl aber stelle sich die Religion im Leben als ein für den Staat, für die Gesellschaft wertvolles immaterielles Rechtsgut dar, und darin liege auch der Rechtstitel für die Gewährung eines besonderen strafrechtlichen Schutzes. » Il me semble que ces arguments sont parfaitement convaincants.

Reste la question de formule. Il est bien entendu qu'il faut trouver un texte qui, tout d'abord, ne heurte en rien les sentiments des deux confessions chrétiennes, et je crois que ce texte a été trouvé par la commission. Il est, à peu de choses près, l'article adopté dans le récent Code fribourgeois. Dans le débat au Grand Conseil de Fribourg, catholiques et réformés se sont mis d'accord à ce sujet, et nous avons vu alors le président du synode réformé, membre du Grand Conseil, non seulement voter la disposition, mais se lever pour remercier le gouvernement d'avoir tenu compte de la religion dans le code pénal. Nous entendons d'autre part rester sur le terrain constitutionnel, et respecter l'art. 49. Nous ne voulons heurter aucune croyance. Or, le texte que nous proposons respecte l'art. 49 et il est conforme à la jurisprudence du Tribunal fédéral. Il ne suffit pas, comme on l'a très justement dit, d'une appréciation théologique objective qui ne serait pas en harmonie avec l'appréciation chrétienne. Pour qu'il y ait délit, il faut le mépris, l'outrage. C'est la raison pour laquelle je crois que les garanties constitutionnelles seront sauvegardées.

Au point de vue pratique, les faits que nous voulons réprimer seront déjà, je le reconnais, pour leur plus grande partie tout au moins, réprimés déjà par l'art. 227, mais je pense qu'ici une affirmation de principe s'impose.

Il serait illogique de tenir compte de la religion dans la législation, d'avoir des églises d'Etat, il serait illogique de prêter serment devant le Dieu Tout Puissant, comme nous le faisons nous-mêmes (du moins la majorité de ce Conseil), de mettre en tête de notre Constitution ces mots: « Au nom du Dieu Tout Puissant », et d'autre part, de ne pas avoir le courage de déclarer dans le code pénal que nous entendons protéger ce nom de Dieu.

Notre peuple, Messieurs, a pu avoir dans l'histoire ses luttes religieuses regrettables; aujourd'hui, heureusement, nous jouissons du grand bienfait de la paix confessionnelle. Il est une chose dont, par contre, nous pouvons nous vanter: c'est que notre histoire a toujours été marquée au coin du christianisme et de l'esprit religieux. Nous nous trouvons maintenant en présence d'une question grave. Il s'agit de savoir si nous voulons être fidèles à cette tradition religieuse, et bienfaisante pour l'Etat, ou si, au contraire, nous entendons adopter dans notre législation une neutralité complète en matière de religion.

Réformés et catholiques, nous disons ensemble: « Notre Père qui êtes aux Cieux, que votre nom soit sanctifié ... » Nous ne voulons pas forcer les in-

croyants de le dire avec nous, mais nous ne voulons pas non plus, et nous entendons le proclamer expressément dans la loi, que le nom de Dieu puisse être outragé impunément.

Je termine. Vous avez sous les yeux la proposition de la minorité de la commission. Cet article pourrait être encore revu dans son texte, mais aujourd'hui je tiens à vous en recommander le principe.

Huggler: Es erscheint Ihnen vielleicht vom ethischen Gesichtspunkt aus als etwas brutal, die Streichung des ersten Absatzes von Art. 227 zu verlangen; aber ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es sich für uns nicht darum handelt, unserem Begehren jene Bedeutung zu geben, die man ihm in böswilliger Auslegung geben könnte. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß, wer sich der Vergehen schuldig macht, die hier in Art. 227 unter Strafe gestellt sind, etwa beschützt und nicht gestraft oder getadelt, werden soll. Er soll zur Verantwortung gezogen werden, wenn man darüber einig ist, daß er tatsächlich etwas derartiges gemacht hat. Es handelt sich vielmehr um folgendes: Die Begriffe, die in diesem Artikel die Grundlagen zur Beurteilung der Vergehen bilden, können alle umstritten werden. Es ist kein einziger dieser Begriffe, für den eine eindeutige Definition vorhanden wäre, namentlich unter Verhältnissen, und in den Fragen, die hier in Betracht kommen, über die so verschiedene Meinungen bestehen. Wir werden hier darauf hingewiesen, daß die Oeffentlichkeit der strafbaren Handlung, dann wieder, daß es sich um Spotte oder um die gemeine Weise der Verspottung handeln muß, bevor Verurteilung eintritt. Alles sind Begriffe, die sofort zu den verschiedenartigsten Auslegungen Anlaß geben. Der Richter, der nachher die Aufgabe hat, auf Grund dieses Artikels zu urteilen, ist wahrhaftig nicht zu beneiden. Er wird die sehr schwierige Aufgabe haben, je nach dem Fall, wie er sich präsentiert, zu entscheiden. Ich möchte Sie nur auf einige kleine Beispiele aufmerksam machen, welche Auswirkungen dieser Artikel haben kann und die jedenfalls, ich nehme das wenigstens von den Mitgliedern der Kommission an, nicht beabsichtigt sind. Es braucht in einer Versammlung, sei es der Anhänger der freigeistigen Vereinigung oder der Arbeiter oder irgend welcher anderer Vereinigungen, nur ein Rezitator aufzutreten, der gewisse Stellen aus Heines Gedichten oder aus Voltaire oder vielleicht auch Stellen aus Rousseaus philosophischen Werken vorträgt, und die strafbare Handlung ist begangen worden. Es kann einem gerissenen oder weniger gerissenen Advokaten gar nicht viel zu tun geben, den Betreffenden der gemeinen Verspottung religiöser Ueberzeugungen von Anwesenden, d. h. von Mitgliedern irgend einer religiösen Gemeinschaft anzuklagen. Man hat wohl gesagt, es müsse der ganze Tatbestand, der hier vorgesehen ist, erfüllt sein, bevor eine Strafe eintrete. Ich gebe zu, ich fürchte weniger, daß der Betreffende in jedem Falle bestraft werden wird, als die häufigen Klagen und Denunziationen. Es wird ja hoffentlich auch Richter geben, die den Fall genauer untersuchen, die Dinge zu beurteilen wissen, die vielleicht auch in der Literatur bewandert sind und unterscheiden können, ob der Angeklagte nur zitiert hat, um die Leute in gewisse Gedankengänge einzuführen, oder ob er die Absicht gehabt hat, in gemeiner Weise die religiöse

Ueberzeugung anderer zu verspotten. Ich hoffe, daß die Mehrzahl der Richter in der Lage sein werden, diese Sachen zu unterscheiden. Aber ein anderes ist es bei den Leuten, die ein Interesse daran haben, Andersgläubige in Schwierigkeiten zu bringen. Man kann ja, auch wenn der andere nicht bestraft wird, jemand auch dadurch schwer schädigen, daß man ihn fortgesetzt anklagt. Auch wenn er nicht schuldig ist, kann man jemand durch Verfolgung zugrunde richten. Man kann auch eine Bewegung in dieser Art und Weise verfolgen. Aber es ist nicht das allein, was mich veranlaßt hat, Ihnen den Streichungsantrag zu stellen.

Ich habe den Brief der Freigeistigen Vereinigung auch gelesen. In einem Punkte bin ich zu einer andern Auffassung gekommen, nämlich, daß, wenn man nur die Objekte religiösen Glaubens schützen, d. h. die Angriffe oder die gemeine Verspottung der religiösen Heiligtümer strafen wollte, man eigentlich das streichen würde, was, objektiv betrachtet, am ehesten des Schutzes würdig wäre.

Ich persönlich achte jede religiöse Ueberzeugung, vorausgesetzt, daß es wirklich eine Ueberzeugung, daß es eine ehrliche Auffassung oder ein wirklicher Glaube an eine bestimmte Religionslehre ist. Ich habe keine Angst, daß ich deswegen je unter Anklage gerate. Aber ich meine, wir müssen doch vorsichtig sein mit solchen Strafbestimmungen, die auf Begriffen beruhen, die an und für sich weder wissenschaftlich, noch sozial, d. h. aus der Praxis heraus, klar definiert sind. In der Praxis müssen sich ja Schwierigkeiten ergeben, die Sie heute noch gar nicht übersehen können. Man hat uns vorhin gesagt, der Artikel sei ein Kompromiß, mit dem sich auch Herr Kaspar Müller einverstanden erklärt habe. Herr Kaspar Müller ist jetzt tot und wird sich nachher nicht auseinandersetzen haben mit den praktischen Schwierigkeiten aus der Anwendung dieses Artikels. Wenn es Kantone gibt, die sich in ihren Strafgesetzen mit dem Schutz der Religion befassen, Herr Perrier hat vorhin einige aufgezählt, so gibt es doch auch eine ganze Reihe von Kantonen und Ländern, die solche Bestimmungen nicht kennen, in denen aber doch zweifellos auch Gottgläubige vorhanden sind. Ich kann mich nicht erinnern, daß in den letzten Jahren oder Jahrzehnten aus diesen Kantonen irgend schwerwiegende Klagen wegen solcher Vergehen, wie sie Art. 277 vorsieht, laut geworden sind. Ich behaupte, daß jeder anständige Mensch religiöse Ueberzeugungen respektieren muß. Das kann aber nicht so weit gehen, daß man den Schutz auch auf offensichtliche Heuchelei ausdehnt, oder wenn mit der Religion Schwindel oder Politik getrieben wird. Dort ist Gefahr vorhanden, daß man an einem Artikel, wie er hier vorliegt, hängen bleiben könnte. Da können auch die Mähnungen der Herren Seiler und Prof. Logoz, die ich übrigens als Juristen sehr hoch schätze, und die besten Intentionen, die sie in die Anwendung dieses Artikels legen, nicht beruhigen. Die Herren werden ja nachher den Artikel nicht selbst anwenden. Da sind Hunderte und Tausende von Richtern im Lande, in den verschiedensten Kantonen, die je nach subjektiver, je nach politischer Einstellung und auch nach ihrer religiösen Ueberzeugung urteilen werden. Ich fürchte, daß eine große Zahl von Leuten an diesem Artikel hängen bleibt, die gar nicht die Absicht gehabt haben, in gemeiner Weise religiöse Ueberzeu-

gungen oder deren Objekte zu verspotten. Ich glaube, wenn es bisher auch ohne solchen Schutz gegangen ist, so brauchen wir auch in das Bundesstrafgesetz nicht derartige gefährliche Artikel hineinzunehmen.

Ich will Ihnen jetzt etwas anderes zeigen. Herr Prof. Logoz hat vorhin erklärt, der Artikel habe eigentlich den Sinn, zu zeigen, daß nicht alles erlaubt sei in religiösen Sachen. Damit bin ich an sich durchaus einverstanden. Auch ich will nicht, daß alles erlaubt sei. Ich fühle mich beleidigt, wenn ich jemand sehe, der die religiöse Ueberzeugung eines andern, auch wenn ich sie nicht teile, verspottet oder verunehrt oder wenn jemand z. B. eine Kirche verunreinigt. Ich wäre der erste, der den Betreffenden am Grind nähme, entschuldigen Sie den Ausdruck, und bestrafe. Aber das ist etwas ganz anderes, als was hier steht. Hier haben wir Gesetzesbestimmungen, die nach verschiedener Richtung interpretiert werden können, die unter Umständen außerordentliche Schwierigkeiten bereiten können und der Denunziation, der Gesinnungsspionage Tür und Tor öffnen, die Situationen schaffen können, wie wir sie in Vorkriegszeiten in Oesterreich-Ungarn gehabt haben mit den sogenannten Gotteslästerungsprozessen, wie wir sie im vorkriegszeitlichen Preußen-Deutschland gehabt haben mit den Majestätsbeleidigungen usw. Ich möchte nicht, daß wir durch das neue Strafgesetz derartigen Situationen auch nur ein kleines Türchen öffnen. Weil ich momentan nicht weiß, wer in 10 oder in 15 oder 20 Jahren die Schweiz regieren wird, möchte ich nicht, daß wir mitgeholfen hätten, Bestimmungen zu schaffen, die sich letzten Endes gegen uns richten werden und bei der die ehrliche religiöse Ueberzeugung wahrscheinlich eine sehr sekundäre Rolle spielen wird. Wenn Sie diesen Artikel streng und gerecht und allgemein anwenden wollten, so müßten Sie die tit. hochverehrte freiburgische Regierung auch vor Gericht stellen, weil sie ein Symbol der sozialdemokratischen Partei, ein Symbol nota bene des internationalen Sozialismus, der für denjenigen, der den Sozialismus ideal betrachtet, so etwas wie eine Religion bedeutet, in gemeiner Weise, öffentlich verspottet und beschädigt hat. Wenn wir für philosophische Auseinandersetzungen Zeit hätten, würde ich nachweisen, daß Sozialismus und urchristliche Philosophie in ihren Endtendenzen so nahe zusammenkommen, daß man einen idealistischen Sozialisten auch als einen religiösen Menschen betrachten muß. Wenn die freiburgische Polizei auf Geheiß der Stadtbehörden oder auf Grund eines Befehls der freiburgischen Behörden hingeht, Bundesbahngebiet besetzt, auf dem sie im Grunde genommen nichts zu tun hat, und in gemeiner Weise 400 Leuten ihre rote Fahne wegrißt, dabei auch noch eine Freiburger Fahne erwischt hat, wie mir gesagt wurde, und diese Fahne öffentlich vor den Augen einer großen Menge zerbricht, dann hat sie eigentlich alle die Delikte erfüllt, die in Art. 227 vorgesehen sind. Sie sehen, was man aus diesem Artikel machen kann, wenn man ihn in gerechter Weise allen gegenüber zur Anwendung bringen wollte. Ich bin Optimist, aber ich fürchte, trotz meines Optimismus, daß wir in 5 oder 10 Jahren, wenn einmal dieser Artikel angewendet wird, doch noch nicht so stark sind, um verhindern zu können, daß die größten Mißbräuche mit diesem Artikel getrieben werden. Gott selbst, das ist wiederholt gesagt worden, ist für denjenigen, der daran glaubt, so

allmächtig und so allwissend, und hat so alles zur Verfügung, um diejenigen zu bestrafen, die ihn böswillig lästern oder in gemeiner Weise seinen Namen verunehren, daß er wirklich auf das schweizerische Strafgesetzbuch nicht zu warten braucht, damit dieses ihm zu Hilfe komme. Aber auch die wirklich Gläubigen gewinnen; sie haben an ihrer inneren Ruhe und in der Festigkeit ihrer Ueberzeugung viel mehr, wenn sie darauf verzichten, die Staatsgewalt zum Schutze vor brutalen und unkultivierten Elementen anzurufen, die instande sind, irgend ein Heiligtum oder eine religiöse Ueberzeugung in gemeiner Weise öffentlich zu verunehren. Der Schutz ist nicht nötig, aber er wird gefährlich, wenn religiöse Ueberzeugung und religiöser Glaube zum Vorwand benützt wird, um Andersdenkende und Andersgesinnte zu bekämpfen oder zugrunde zu richten.

Escher: Als Mitglied der Strafrechtskommission, das aber den ersten Beratungen nicht beigewohnt hat, sehe ich mich gleich wie Herr Perrier verpflichtet, die Anträge, die von unseren Fraktionskollegen gestellt worden sind, hier kurz zu verteidigen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Religionsvergehen im Laufe der Jahrhunderte oft ihre Eigenart verändert, Umfang und Inhalt gewechselt haben. Immer aber wurde die Gotteslästerung bestraft, und zwar oft mit den schwersten Strafen. Seit der Reformation und besonders seit der Aufklärungsperiode verschwanden zum Teil, nach und nach, die Religionsverbrechen aus den weltlichen Gesetzbüchern, zum Teil wurden sie nur noch geringfügig-geahndet. Das 19. Jahrhundert brachte wieder eine Wandlung. Im Code pénal fanden die Religionsdelikte 1810 neuerdings Eingang, und die Strafgesetzbücher der französischen Kantone haben die französische Gesetzgebung vielfach zum Vorbild genommen. Im preussischen Strafgesetzbuch von 1851 finden wir eine eingehende Regelung dieser Materie, die auch für mehrere deutschschweizerische Kantone von Einfluß war und die, etwas abgeschwächt, in das deutsche Strafgesetz von 1871 überging.

Tatsache ist, daß heute die Strafgesetzbücher der uns umgebenden Staaten ausdrücklich die Verbrechen und Vergehen gegen die Religion aufführen und bestrafen, und zwar unter eigenem Titel; Tatsache ist auch, daß besonders das Delikt der Gotteslästerung im Großteil der Kantone, sei es als besonderes Delikt, sei es als Unterart eines allgemein formulierten religionsdeliktischen Tatbestandes, unter Strafe gestellt ist. Für Deutschland und Oesterreich liegt ein Strafgesetzentwurf vor, laut welchem die gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaften, ihr Glaube, ihre Einrichtungen und Gebräuche geschützt werden. Die Gotteslästerung als solche findet in diesem Entwurf allerdings keine besondere Strafsanktion mehr, doch ist die öffentliche Gotteslästerung nach Art. 180 als Beschimpfung des Glaubens und Verletzung des religiösen Gefühls strafrechtlich zu erfassen.

Demgegenüber ist im Entwurf zum schweizerischen Strafgesetzbuch der Titel « Vergehen gegen die Religion » ängstlich vermieden worden. Religionsdelikte im eigentlichen Sinne des Wortes soll es bei uns nicht mehr geben. Die Worte Gott, Gottesdienst, Kirche sind absichtlich und sorgfältig ausgemerzt worden. Dies wird in weiten Kreisen unseres Landes nicht verstanden. Die Mitglieder der katholisch-

konservativen Fraktion, immer in der Absicht, am großen Werke des Strafgesetzbuches loyal mitzuarbeiten, dasselbe auch für das christlich gläubige Volk annehmbar zu machen, haben die Aufnahme eines besonderen Abschnittes über die Verbrechen und Vergehen gegen die Religion und weiter die Aufnahme zweier Artikel, der eine die Gotteslästerung und der andere die Beschimpfung der Religionsdiener betreffend, beantragt.

Der Bundesrat widersetzte sich von vorneherein jeder Erweiterung, indem er in seiner Botschaft bemerkte, der im Entwurf gewählte Strafschutz sei « allerdings bis zur Grenze des Möglichen ausgedehnt, wenn anders noch die freie Meinungsäußerung auch über diese Dinge als Recht des einzelnen bestehen soll. »

Wir können diese Ansicht nicht teilen. Die öffentliche Lästerung desjenigen, in dessen Namen wir das Grundgesetz unseres Staates aufgebaut, die Beschimpfung seiner Diener in Ausübung ihres Amtes, geht nun sicher über die garantierte freie Meinungsäußerung hinaus. Wenn wir verlangen, daß wenigstens die öffentliche Beschimpfung und Verspottung von Gott strafbar sei, bleibt für die freie Meinungsäußerung in Religionsachen noch ein sehr weiter Spielraum.

Das Bundesgericht hat übrigens im bekannten Fall des Ingenieurs Ritter die theoretische Vereinbarkeit der Bestrafung wegen Gotteslästerung mit der Glaubensfreiheit des Art. 49 der Bundesverfassung zugegeben und dieses im Fall Schnyder ausdrücklich bestätigt.

Prof. Burckhardt sagt in seinem Kommentar zur Bundesverfassung: « Die Bundesverfassung gewährt ihren Schutz nicht der Kritik, die sich einer das religiöse Gefühl der Gegner verletzenden Form bedient. » Und ein früherer Bundesrat sagte in seinem Entscheide in Sachen Felder (1892): « Dieser Artikel (Art. 49 der Bundesverfassung) ist überhaupt nicht in die Bundesverfassung aufgenommen worden, um groben Unfug, strafwürdige Gemeinheiten vor Strafe zu schützen. »

Ich stelle daher vorab fest, daß unsere Anträge nicht im Widerspruch stehen werden mit der Bundesverfassung noch mit der bisherigen Rechtsprechung.

Das gestattet Ihnen nun, dieselben in materieller Hinsicht zu prüfen. Was schützt der Entwurf? Der Entwurf hat nicht alle Vergehen, welche sich auf die Religion beziehen, eliminiert. Unter einem fremden Titel « Vergehen gegen den öffentlichen Frieden » haben zugleich mit den Tieren vor Quälerei Schutz gefunden: 1. Die Ueberzeugung in Glaubenssachen vor öffentlicher und gemeiner Verspottung. 2. Die Gegenstände religiöser Verehrung vor öffentlicher und gemeiner Verunehrung. 3. Die verfassungsmäßig gewährleistete Kultushandlung vor böswilliger Störung und öffentlicher Verspottung. 4. Orte, die für verfassungsmäßig gewährleisteten Kultus bestimmt sind, vor böswilliger Verunehrung. Straflös aber bleiben unter anderen nach der Vorlage, wenigstens nach dem Wortlaut zu schließen: 1. Die Lästerung Gottes. 2. Die groben und böswilligen Angriffe gegen die Religion im objektiven Sinne, die Glaubenssätze. 3. Die Schmähung der Kirchen und Religionsgesellschaften. 4. Die Beschimpfung der Religionsdiener und ihrer Amtsverrichtungen.

In Uebereinstimmung gewiß mit dem Gottgläubigen, christlichen Volksteil unseres Landes verlangen wir Ausdehnung dieses Schutzes, verlangen wir wenigstens die Bestrafung der Gotteslästerung und der Beschimpfung der Religion und Religionsdiener.

Nun die Beschimpfung der Religion und Religionsgenossenschaften. Während der deutsche Entwurf ausdrücklich vorsieht, daß derjenige, welcher öffentlich eine gesetzlich anerkannte Religionsgesellschaft und ihren Glauben beschimpft, zu bestrafen sei, bleibt unser Entwurf in dieser Beziehung stumm. Welches ist nun die Absicht des Gesetzgebers? Ist in der Umschreibung des Schutzobjektes die Religionsgesellschaft inbegriffen? Versteht man unter «Gegenstand» auch die Glaubenssätze? Der verstorbene, oft zitierte Nationalrat Kaspar Müller hat schon in der zweiten Expertenkommission diese Frage gestellt, ist ohne Antwort geblieben. Hier ist nun gewiß der Ort, wo die Frage restlos abgeklärt werden muß.

Herr Dr. Seiler hat auseinandergesetzt, daß der Art. 227 den Antrag des Herrn Dr. K. Müller enthalte und daß die heutigen Antragsteller nun darüber hinausgehen.

Hierzu ist folgendes zu sagen: Zwischen dem seinerzeit, 1913, von Herrn Müller in der Expertenkommission gestellten Antrag und dem heutigen Art. 227 ist ein großer Unterschied, und zwar sowohl dem Wortlaut als auch der Auffassung nach.

Dem Wortlaut nach: Herr Müller verlangte, daß bestraft werde, wer öffentlich den religiösen Glauben und dessen Gegenstände beschimpfe und bespötte. Der Art. 227 verlangt aber nur die Bestrafung dessen, der öffentlich die Ueberzeugung anderer in Glaubenssachen verspottet.

Der Auffassung nach: Herr Müller erklärt in der Sitzung vom 29. Oktober 1913 ausdrücklich, daß in seinem Antrag inbegriffen sei insbesondere die Gotteslästerung und die Beschimpfung der Religionsgenossenschaften. Und gegenüber dem Antrag Burkhardt sagte er wörtlich: «Um eine Verständigung zu ermöglichen, ziehe ich den Abs. 1 meines Antrages zugunsten desjenigen von Burkhardt zurück, in der Meinung, daß man sich bis zur zweiten Lesung eventuell eine neue Fassung überlegen könne und mit dem Vorbehalt, daß unter «Gegenstände» auch die Glaubenssätze inbegriffen seien».

Man kann also nicht wohl heute unseren verehrten verstorbenen Fraktionsgenossen Müller gegen uns ausspielen. Da Strafgesetze nicht extensiv interpretiert zu werden pflegen, da der Grundsatz gilt: «nulla poena sine lege», müssen wir darauf halten, daß besonders das Delikt der Gotteslästerung expressis verbis erwähnt werde.

Die Gotteslästerung. Ich will mich nicht in den Streit einlassen, was beim Delikt der Gotteslästerung wie überhaupt bei den Religionsdelikten Objekt des Schutzes sei. Ich stelle mich ohne weiteres auf den Standpunkt, daß der Schutz der Gegenstände religiöser Verehrung Menschenschutz sei, nicht Schutz Gottes. Das deutsche Reichsgericht sagt in einem grundsätzlichen Entscheid, das Delikt der Gotteslästerung finde seine Grundlage in dem Gottesbegriffe, wie er in den konkreten Bekenntnissen der christlichen Kirchen niedergelegt sei. Welches aber auch immer die Ansicht des einzelnen hierüber sein mag, kann doch niemand sagen, die Bestrafung der Gotteslästerung sei überflüssig.

Jeder Staat, jede Rechtsordnung beruht letzten Endes auf Gott, dem Ursprung alles Seins, aller Autorität und Pflichtordnung. Wer daher Gott, Glaube und Religion öffentlich beschimpft, der rührt an den Grundmauern des Staates. Gotteslästerung ist ein Attentat auf die sittlichen Grundlagen des Staates, und aus diesem Grunde sind staatliche Strafnormen dagegen berechtigt. Wenn man die Gotteslästerung freigeben will, welches andere Objekt des religiösen Glaubens soll dann noch geschützt werden? Die Kriminalisten, auch der modernsten Zeit, verlangen daher in ihrer großen Mehrheit die Bestrafung der Gotteslästerung.

Eine besondere Frage ist nun freilich, ob sie im Gesetze besonders erwähnt werden soll oder ob sie in einem allgemeinen Tatbestand aufgehen soll. Nach dem Wortlaut des Art. 227 wäre letzteres schwer möglich, es braucht daher nach unserer Ansicht einen besondern Artikel.

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß der vorgeschlagene Art. 223bis unvollständig ist und ergänzt werden muß. Die Gotteslästerung geschieht nicht nur durch Worte, sehr oft durch Bild, Schrift, im Film usw. Ich erinnere hier nur an die Werke des satirischen Malers George Grosz, der Christus am Kreuz mit Gasmaske und Reiterstiefeln dargestellt hat.

Nach Annahme des Grundsatzes wird aber eine Vervollständigung des Artikels leicht möglich sein. Die Vorlage, wie sie aus den Beratungen der Experten und der Kommission hervorgegangen, ist entschieden, was die Religionsdelikte anbelangt, besser als der erste Entwurf. Der erste Entwurf bedeutete Straflosigkeit aller Verbrechen gegen Gott und die Religion und erklärte damit praktisch, der Staat als solcher sei atheistisch und religionslos, kümmere sich um Gott und Religion nicht.

Wenn aber auch die Form etwas geändert, so ist doch der Geist geblieben. Die diesbezüglich gemachten Konzessionen sind ungenügend.

Das Schweizervolk ist zur übergroßen Mehrheit christlich-gläubig. Es hat das Recht, zu fordern, daß die Gesetzgeber seine heiligsten Ueberzeugungen gegen beschimpfende und beleidigende Angriffe schützen. Dieser Pflicht entzieht sich der Staat, wenn er Gott und die Religion beschimpfen läßt, ohne zu strafen.

Das gläubige Volk wird es nicht begreifen, daß derjenige bestraft wird, der einen Nebenmenschen beschimpft, derjenige aber, der Gott, den Schöpfer, beschimpft, straflos bleibt. Muß es nicht zur Ueberzeugung kommen, daß den Gesetzgebern eigentlich Gott ein leerer Name ist.

Auch im Interesse des öffentlichen Friedens müssen öffentliche Beschimpfungen Gottes und der Religion ausdrücklich unter Strafe gestellt werden. Die Straflosigkeit wird viele Religionshasser veranlassen, die Religion zu beschimpfen und wenn sich die Gläubigen das nicht gefallen lassen, kommt es zu Streit und Hader. Wer hat eigentlich ein Interesse an der Straflosigkeit der Religionsverbrechen, besonders der Gotteslästerung? Gebildete und edelgesinnte Leute gewiß nicht. Denn diese werden sich von selbst hüten, öffentlich das zu beschimpfen, was ihren Mitbürgern heilig und ehrwürdig ist. Nur rohe, fanatische, mit Haß und Verachtung gegen die Religion

erfüllte Menschen haben ein Interesse daran, daß die Religionsverbrechen straflos bleiben.

Die Bundesverfassung beginnt mit den Worten: « Im Namen Gottes des Allmächtigen ». Diese Worte seien unter dem besonderen Eindruck von früher her übernommen worden, « daß das Vaterland neuerdings im Jahre 1847 unter sichtlichem Schutz der Vorsehung aus großer innerer und äußerer Gefahr gerettet worden sei. » In der Korrespondenz mit den Bundesbehörden empfehlen wir diese dem Macht-schutz Gottes. In dem Eide, den der Großteil von uns bei Uebernahme des Amtes geleistet, berufen wir uns auf Gott.

Im neuen Strafgesetz aber, da wollen sie die Begriffe Gott und Religion absichtlich und restlos streichen, mehr noch, sie wollen die Straflosigkeit der Gotteslästerung proklamieren. Diese Inkonsequenz wird dem gläubigen Schweizervolk schwer verständlich sein. Mit Rücksicht auf das Endziel, das wir alle verfolgen, wäre eine bessere Anpassung an die Volksauffassung in diesem Punkte gewiß angezeigt.

Unsere Anträge verfolgen keine egoistischen Ziele, keinen besonderen Schutz etwa der katholischen Kirche, nein, Schutz der Ueberzeugung aller, die noch auf positiv gläubigem Boden stehen, Schutz gegen rohe, boshafte Angriffe gewissenloser Fanatiker. Wir wollen nicht die Einschränkung der freien Forschung und Kritik, wir wollen nur die Bestrafung des Rohen und Gemeinen. Unsere Anträge dienen dem religiösen Frieden, den unser Land so nötig hat. Einer unserer Vertreter hat in diesem Sinne schon in der Expertenkommission gesagt: « Ce que nous voulons tous, c'est la paix religieuse, mais pour l'obtenir il faut donner à chacun l'assurance que ses convictions seront protégées et respectées. »

Wagner: Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zum Antrag des Herrn Huggler und im weitern direkt und indirekt zu denen der Kommissionsmehrheit. Zunächst möchte ich hier, vor allem veranlaßt durch das letzte Votum, noch einmal zur Abklärung unserer Stellungnahme mit aller Deutlichkeit feststellen, daß ihr nicht etwa die Tendenz zugrunde liegt, irgend ein religiöses Bekenntnis zu schädigen oder ihm mit Mißachtung zu begegnen. Die religiösen Streitigkeiten, das wissen wir alle, haben in der Geschichte so verheerende Folgen gehabt, daß wir gar nicht den Wunsch haben, sie irgendwie wieder aufleben zu lassen. Wir als Partei haben in unseren Reihen Gläubige aller Konfessionen, denen die religiöse Ueberzeugung eine ernste und wichtige Sache ist. Wir müßten auch blind sein, wenn wir uns der Tatsache verschließen wollten, daß die Religionen in der Geschichte eine der wichtigsten und gewaltigsten Triebkräfte waren, haben sie doch vermocht, ganzen Jahrhunderten die Signatur aufzudrücken und durch die Wucht, die sie der geistigen Bewegung gegeben haben, ganze Kontinente gegeneinander ins Feld zu führen. Wir wissen auch ganz genau, daß es heute noch für Millionen ein unabwendbares innerliches Bedürfnis ist, sich mit den übersinnlichen Dingen durch Vermittlung der Religion auseinanderzusetzen. Und endlich, da es so ist, würden wir, wie schon Herr Huggler gesagt hat, es für ungehörig und ich möchte sagen unfein und roh halten, ohne Provokation und ohne Notwendigkeit der Ueberzeugung eines Rechtsgenossen nahezutreten, auf einem Ge-

biete, das nach unserer Ansicht wie kein anderes der individuellen Autonomie überlassen bleiben muß.

Aber von diesem Standpunkt aus, den man gewiß nicht als intransigent oder jeder Verständigung abgeneigt bezeichnen kann, haben wir Bedenken, und zwar schon aus allgemeinen Erwägungen, und schon gegenüber den Anträgen der Kommissionsmehrheit, dann aber ganz besonders gegenüber denen der Kommissionsminderheit. Der Antrag der Mehrheit postuliert die religiöse Ueberzeugung als Objekt strafrechtlichen Schutzes. Diese Formulierung leidet an inneren Widersprüchen und eröffnet unerfreuliche Perspektiven. Voraussetzung für eine juristisch haltbare, ohne Willkür anwendbare Strafbestimmung ist die genaue Abgrenzung des zu schützenden Rechtsgutes. Man erklärt immer wieder, unsere Rechtsordnung müsse mit dem Ethos, wie Prof. Huber es jeweilen genannt hat, in Verbindung stehen und auf dieser Basis aufgebaut werden. Wir haben nichts dagegen, aber vergessen Sie auch nicht ein Wort von Prof. Liszt, der einmal gesagt hat, die Strafbestimmungen seien auch die magna charta des Rechtsbrechers. Gewiß hat der Staat Anspruch darauf, in die Rechtssphäre des Rechtsbrechers einzugreifen; aber auch, nachdem der Rechtsbruch geschehen ist, bleibt der Rechtsbrecher immer noch Rechtsgenosse, und wenn der Staat eingreifen will, hat er die fundamentale Pflicht, genau abzugrenzen, wie weit der Eingriff gehen darf. Ist es nicht so, so vergeht man sich gegen eine Grundeigenschaft und einen Grundvorteil alles Rechts und gibt Willkür und ungleicher Rechtsanwendung Raum. Je weniger klar die Umgrenzung ist, je mehr sich der Gesetzgeber zufrieden gibt oder zufrieden geben muß mit Ausdrücken rechtlich nicht genau feststellbaren Gehalts, um so größer wird diese Gefahr der ungleichen Rechtsanwendung. Nun ist aber « Ueberzeugung » etwas Subjektives, Innerliches, Individuelles, für die unvollkommenen Mittel des « bresthaften menschlichen Gerechtigkeit », wie Zwingli sagte, außerordentlich schwer Faßbares. Soll diese innere individuelle Ueberzeugung geschützt werden oder eine kollektive Ueberzeugung etwa wie ein Durchschnitt aus einer Gruppenüberzeugung? Und wie soll dieses Rechtsgut in concreto festgestellt werden? Etwas anderes wäre es, faßbarer wäre die Sache, wenn gesagt würde: eine religiöse Lehre. Auch dieser Begriff wäre ja keineswegs sehr bestimmt angesichts der vielen Dogmenstreitigkeiten, aber doch vielleicht etwas leichter objektiv abzugrenzen.

Daß diese Bedenken nicht an den Haaren herbeigezogen sind, daß wir uns mit ihnen vielmehr in guter Gesellschaft befinden, geht daraus hervor, daß zwar schon der Vorentwurf eine ähnliche Bestimmung enthielt, welche aber dann in der ersten Expertenkommission gestrichen wurde. Diese Streichung fand offenbar die Zustimmung des Verfassers der Erläuterungen, Professor Zürcher. Er sagt: « Die Bedenken die sich gegen die vorgeschlagene Fassung, wie überhaupt gegen eine weitere Ausdehnung des Schutzes des religiösen Gefühles erheben, lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen. Während die Angriffe, wie sie vom Entwurf 1908 mit Strafe bedroht werden, zumeist gewalttätiger Natur sind und sich gegen gegenwärtige Personen und Sachen richten, wäre der Angriffspunkt der damaligen Vorlage nicht nur ein jeder sinnlichen Wahrnehmung entzogener

gewesen, sondern, weil unbegrenzt, auch jeder klaren Begriffsbestimmung unfähig. Ist es, neben vielen andern Fragen, der religiöse Glaube des einzelnen, ist es der durch die Vorschriften einer Religionsgemeinschaft gegebene Glaube?» etc. (Erl. pag. 342).

Ganz abzulehnen ist aber dann der Antrag der Minderheit. Er erweckt noch erheblich deutlicher die, ich möchte beinahe sagen, groteske Vorstellung des zornigen beleidigten Gottes, der sich gegen die Verletzung seiner Majestät mit ähnlichen Mitteln wehren will wie Herr Perrier gegen die rote Fahne. Gewiß, es gab Zeiten, wo die Gotteslästerung schwer bestraft wurde, das wollen wir zugeben, z. B. auch nach der Carolina, die, glaube ich, im Kanton Freiburg noch sehr lange bis ins 19. Jahrhundert hinein in Kraft war. Auch nach der Reformation treffen wir noch häufig auf geistliche und weltliche Schriften, in denen den Regierungen als erste Pflicht ans Herz gelegt wird, über das religiöse Leben zu wachen und mit Strafen, namentlich gegen Gotteslästerer einzuschreiten. Die Gotteslästerung wurde auch häufig wirklich bestraft. Es herrschte die Ueberzeugung, und sie wurde auch von Strafrechtsschriftstellern aller Konfessionen vertreten, daß, wenn eine Regierung dieser Pflicht nicht nachkomme, dann Gott über das Land Plagen und Seuchen als Strafen verhängen werde. So wurde noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts in Bern ein Mann wegen Gotteslästerung verbrannt.

Heute hat sich nun aber doch Manches geändert. Zwar wird immer noch eifrig diskutiert über die Abgrenzung der weltlichen und der geistlichen Macht. Ich erinnere an die Polemik, die heute in einem von uns Allen, auch von Herrn Perrier, hochgeschätzten Lande, in Italien, zwischen zwei sehr hochgestellten Publizisten ausgetragen wird. Auch zwischen unsern verschiedenen Fraktionen herrscht ja nicht Einheitlichkeit in der religiösen Auffassung. Ich habe ein bißchen den Eindruck, daß sogar innerhalb der katholischen Fraktion, — die Allgemeinverbindlichkeit der katholischen Lehre immer vorausgesetzt, — in der individuellen Ueberzeugung gewisse Nuancen vorkommen, die dann eventuell, wenn die Herren Richter wären, zum Ausdrucke kommen könnten: Ich will allerdings zugeben, daß auch hier Fortschritte gemacht worden sind, indem auch der Antrag der konservativen Minderheit nicht mehr Todes- oder Verstümmelungsstrafe auf Gotteslästerung setzt. Abgesehen hiervon aber hat sich doch auch hinsichtlich der Gottesvorstellung unter uns Rechtsgenossen eine Art Uebereinstimmung gebildet. Man kann sagen, daß das Verhältnis zwischen Gott und Mensch mehr in der Art und Weise aufgefaßt wird, wie es letzthin in einer Versammlung von Sachverständigen, — von Theologen, — in einer meiner Ansicht nach zutreffenden Weise formuliert wurde. Es wurde gesagt, wir seien gegenüber Gott «ni esclaves, ni mercennaires, ni fonctionnaires».

Von diesem Standpunkt aus ist denn auch das abstruse Bild der Staatsaktion zugunsten der Religion ausgeschlossen, die Notwendigkeit, «de protéger à coup de peines un sentiment si intime, si délicat et si complexe», wie Herr Prof. Gauthier in der zweiten Expertenkommission sagte (IV, 314).

Ich könnte Ihnen nun noch Aeüßerungen berühmter Geisteskämpfer anführen, die nach der gleichen Richtung weisen, so etwa des Philosophen

Friedrich Albert Lange — ich weiß nicht, ob Herr Perrier ihn kennt; es ist vielleicht für seine Nerven besser, er kenne ihn nicht — oder von Jean Jaurès, der zwar hier gewöhnlich nur als Militärspezialist angeführt wird. Ich ziehe aber vor, mich auf einen Mann zu berufen, der im Punkte der Religiosität wohl kompetenter war als sozusagen wir alle, die zu treffenden Ausnahmen immer ausgenommen. Ich meine einen Mann, vor dessen Denkmal in Lausanne ich manchmal gestanden habe, einen der edelsten Schweizer, die jemals gelebt haben, Alexander Vinet. Er äußert sich in seiner «Mémoire en faveur de la liberté des cultes» u. a. in einer Weise, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte: «Ce n'est pas un ou quelques passages formels de l'Evangile qui nous révèlent ce caractère de la nouvelle loi. Il n'y en a pas même un seul qui proclame expressément la liberté de conscience. Mais elle est écrite partout dans ce divin livre, puisque partout le culte volontaire du coeur, le culte en esprit et en vérité est présenté comme la condition de la nouvelle alliance. L'Evangile tout entier, et par le fait seul de son existence, annonce cette noble vérité. L'Evangile est une bonne nouvelle, la nouvelle de la réhabilitation de l'espèce humaine élevée au culte de l'amour. Que l'oeil d'une fausse orthodoxie et d'une étroite exégèse refuse de lire dans ce message divin la proclamation de la liberté; le livre entier repousse ces assertions imprudentes. A la base, sur le front, au faite de l'édifice majestueux élevé par le Christ, partout brille ce mot qui réjouit l'espèce humaine dégradée: Liberté».

Durch Vinets ganzes Werk zieht es sich wie ein einziges Plaidoyer für den Gedanken, daß gerade im Interesse der Religion und einer vertieften Auffassung der Religion es etwas Undenkbares sei, die Staatsaktion aufzubieten.

Ich möchte hier nur noch auf einen Punkt zu sprechen kommen. Es muß für einen Richter etwas außerordentlich Unangenehmes sein, gerade wenn er versucht, es mit seiner Aufgabe ernst zu nehmen und es ihm dann doch hin und wieder vor seiner Gottähnlichkeit etwas bange wird, in diesen Sachen eine Entscheidung zu fällen. Man fühlt so eine Art peinlicher Inkompetenz. Man wird das Gefühl nicht los, daß, wie man auch entscheidet, man im Namen der Gerechtigkeit höchst wahrscheinlich eine Ungerechtigkeit begehen werde.

Positiv-rechtlich ist folgendes zu sagen: Wohl waren bisher die kantonalen Gesetzgebungen verschieden; aber als einheitlich regulierende Norm war doch die Bundesverfassung da, und das Mittel der Wahrung dieses Rechtes war der staatsrechtliche Rekurs. Nun mögen sich ja hin und wieder, ich gebe das zu, in der Praxis des Bundesgerichtes leise Schwankungen bemerkbar gemacht haben; aber Leitmotiv blieb doch, daß die Freiheit der Meinungsbildung, der Ueberzeugung und der Meinungsäußerung unter allen Umständen zu wahren sei. Wir werden nun aber die Befürchtung nicht los, daß schon die Fassung des Vorschlages der Kommissionsmehrheit diesen bisherigen Zustand wenigstens nicht verbessern werde, daß die Freiheit der Meinungsäußerung, der Kritik religiöser Lehren, die künstlerische Betätigung, eventuell eingeschränkt werden können. Wir wollen in keiner Weise die gemeine Beschimpfung oder etwas ähnliches in Schutz nehmen; aber

wir fürchten für die Sache, die ich nun angeführt habe. Freilich muß ja die Antastung einer Ueberzeugung öffentlich und gemein sein und eine Verspottung darstellen. Darin mag eine gewisse Sicherung liegen. Aber z. B. bei einer Presseäußerung wird die Öffentlichkeit ohne weiteres gegeben sein; denn es gibt ja nur wenige Organe, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinen. Die Verspottung kann vielleicht in einer sehr ernst gemeinten Satire erblickt werden. Und da trifft dann die Bemerkung zu, die wiederum Prof. Zürcher gemacht hat: « Was die Form des Angriffes, Hohn und Spott, anbetrifft, so ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß ohne die scharfe Waffe der Satire noch keine geistigen Kämpfe ausgetragen worden sind ». Das Wort « gemein » ist wiederum ein stark subjektiver Begriff, dessen ziemlich extensive Interpretation wir unter Umständen fürchten. Auch die Kassationsbeschwerde ans Bundesgericht könnte da vielleicht nicht in allen Fällen wirksam sein. Jedenfalls ist es besser, durch eine genaue Fassung des Wortlautes die unteren Gerichte nicht in Versuchung zu führen.

Die Kontroverse, ob ein religiöses Gefühl überhaupt Schutzobjekt sein könne, ist in der Wissenschaft sehr lange geführt worden. Berühmteste Größen haben sich dazu geäußert. Es ist auf Prof. Kahl hingewiesen worden. Ich habe vor ihm die allergrößte Hochachtung. Er hatte schon zur Zeit, als die Beratung der zweiten Expertenkommission stattfand, eine Abhandlung geschrieben, worin er ungefähr sagte, weil die Religion für das Staatsleben wichtig sei, ein Interesse für den Staat darstelle, so seien die Religionsdelikte zu bestrafen. Ich mache also darauf aufmerksam, daß mit seiner Anrufung nicht etwas neues gebracht wird, sondern daß sein Standpunkt schon zur Zeit der zweiten Expertenkommission bekannt war. Und trotzdem hat sich damals auch Herr Kaspar Müller, gerade, indem er sich auf Kahl berief, mit der Fassung, wie sie heute die Kommissionsmehrheit vertritt, zufrieden gegeben.

Übrigens noch zwei Bemerkungen hierzu: Die politischen Verhältnisse in Deutschland sind heute ganz andere als in der Schweiz, vor allem die Parteikonstellation. Auch die kulturelle und politische Vergangenheit Deutschlands läßt sich mit dem was in der Schweiz gegangen ist, nicht vergleichen, ebenso wenig die Auffassungen über die Funktion der Religion, wie sie in Deutschland namentlich in der Vorkriegszeit geherrscht haben. Weiter: Wenn Prof. Kahl sagt, daß der Staat am Schutze der Religion ein Interesse habe, so habe ich nur ein Bedenken: Es scheint mir, diese Auffassung könne ziemlich leicht in verdächtige Nähe mit derjenigen kommen, wie sie etwa zur Zeit des aufgeklärten Despotismus vorhanden war und in Schriften zahlreicher Strafrechtsschriftsteller ihren Ausdruck fand, daß nämlich die Religion der « Leitiemen » sein solle für die Untertanen.

Übrigens à propos Professor Kahl! Ich möchte den Herren von der konservativen Minorität ganz besonders folgendes in Erinnerung rufen: Prof. Kahl war bis in die letzte Zeit ein Anhänger der Todesstrafe. Er war vielleicht ihr einflußreichster geistiger Verfechter. In der letzten Zeit hat er aber umgeschwenkt. Er ist einer der Männer, die lernen; er hat eingesehen, daß sich seine Ansicht nicht aufrecht-

erhalten läßt. Ich möchte, da man sich doch in Freiburg nach Herrn Prof. Kahl richten will, empfehlen, daß man das auch in dieser Beziehung tue.

Ich habe meine Bedenken gegen die Fassung der Mehrheit vorgebracht. Nun die Fassung der Minderheit. Sie steht sicherlich im Widerspruch zu den Verständigungsgedanken wie er auch Herrn Kaspar Müller vorschwebte. Man hat eben den Eindruck, daß Herr Kaspar Müller wirklich loyal am Zustandekommen dieses Werkes mitgearbeitet hat. Er war nicht einer von denen, die Forderungen stellen, von denen sie zum vornherein wissen, daß sie in schroffem Gegensatz zur landläufigen Auffassung stehen, um dann nachher, wenn man die Forderungen nicht erfüllen kann, sagen zu können, man sei intransigent gewesen.

Ich fasse zusammen. Der Artikel, besonders in der Fassung der Minorität, ist nach dem heutigen Kulturstande unnötig, er ist juristisch zu wenig klar umschrieben und er ist des Rechtsgutes, das er schützen soll, nicht würdig. Schon vor 400 Jahren haben die alten Berner einmal sich dahin geäußert, Gewalt in Glaubenssachen sei nicht zweckmäßig. 200 Jahre nach der Geburt jenes Lessing, der uns Nathan den Weisen gegeben und vor dessen Richterstuhl wir in der Frage, wer den rechten Ring habe, wahrscheinlich alle zusammen weggewiesen würden und beinahe 100 Jahre nachdem eine Bundesverfassung gegeben worden ist für die ganze Schweiz, die das Prinzip der freien Meinungsbildung und freien Meinungsäußerung schützt und eine Periode sozusagen ununterbrochen religiösen Friedens gesichert hat, können wir nicht eine Ordnung sanktionieren, die gegenüber dieser Bundesverfassung einen Rückschritt bedeutet. Deshalb empfehle ich Ihnen unseren Antrag, dann aber ganz besonders die Ablehnung des Minderheitsantrages.

Roth-Arbon: Meine Fraktionskollegen Huggler und Wagner haben bereits unsern grundsätzlichen Standpunkt ausgeführt. Ich möchte mich auf ein paar Bemerkungen zu den Anträgen der katholischen Minderheit beschränken. Wenn man diese Minderheitsanträge bekämpft und zu widerlegen versucht, so kann das meiner Auffassung nicht geschehen mit Gedankengängen freigeistiger oder gar atheistischer Art, sondern so, daß man auf die Gedankengänge eben dieser Antragsteller eingehen muß. Da möchte ich mich nun speziell in bezug auf dieses Delikt der Gotteslästerung auf eine Autorität berufen, die sicher auch die Katholiken, und sie in erster Linie, anerkennen und billigen müssen. Ich möchte Sie an etwas erinnern, was in der Bibel steht. Als Christus am Kreuze auf Golgatha war und dort einer der Untenstehenden eine Gotteslästerung ausgesprochen hat, da hat Christus bekanntlich jene ewig schönen Worte gesprochen « Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun ». Das ist allerdings eine andere Auffassung, als diejenige, die heute ausgesprochen wird, eine Auffassung, die, meines Erachtens wenigstens, wirklich christlichen, aber auch jeder andern wahren und tiefen Religiosität eher entspricht, als diejenige, die glaubt, wenn der Name Gottes oder die Idee Gottes durch solche Lästerungen verletzt werden, müsse man in erster Linie zum Kadi laufen, Rache und Strafe und Sühne verlangen. Der Antrag ist auch unlogisch, besonders wenn man sich, wiederum von diesen Gedanken-

gängen ausgehend, vorstellt, daß damit der Schöpfer durch seine Geschöpfe geschützt werden muß; vor wem? Vor einem andern seiner Geschöpfe. Diesen Schutz hat diese Idee von Gott nicht nötig.

Wenn man überhaupt fragt: was ist das Rechtsgut, das durch die sogenannte Gotteslästerung verletzt werden will oder soll, dann werden wir wahrscheinlich nur anerkennen, daß der Mensch in seinem religiösen Gefühl verletzt werde. Wir werden es aber ablehnen müssen — allerdings ist das aus den Ausführungen des Herrn Escher nicht ganz klar geworden, ob auch er das tut — ob die Idee von Gott selbst geschützt werden muß, daß sie das Rechtsgut sei, das verletzt wird.

Der zweite Artikel, den die katholische Minderheit einführen will, verlangt den Schutz des Religionsdieners gegen Beschimpfung und Beleidigung in der Ausübung seines Amtes oder in bezug auf sein Amt. Man wird sich fragen müssen, was unter Religionsdiener verstanden ist. Ist das nur der Priester oder sind es auch die Hilfspersonen, die beim religiösen Kultus verwendet werden müssen? In der protestantischen Kirche könnten wir als Religionsdiener schließlich auch den Kirchenvorsteher auffassen, der bei der Austeilung des Abendmahles mitwirkt. In der katholischen Kirche wirken andere Personen ebenfalls mit. Sind auch diese als Religionsdiener aufzufassen und unterstehen sie demgemäß ebenfalls dem Schutz dieses neuen Artikels? Ich glaube, soweit wollte man nicht gehen. Ich kann vom katholischen Standpunkt aus begreifen, wenn man den Priester als solchen noch besonders schützen will, denn nach der katholischen Auffassung ist der Priester etwas anderes als der gewöhnliche Mensch, er ist in Gegensatz zum Laien gestellt und steht höher als alle diejenigen, die nicht Priester sind. Es geht aber nicht an, daß man diese spezifisch katholische Auffassung dem Großteil des Schweizervolkes, das einen solchen Unterschied nicht kennt, aufdrängt. Eine andere Begründung hat die Heraushebung des Religionsdieners und die Unterstellung unter einen besondern Schutz meines Erachtens nicht, als eben dann, wenn man diesen Religionsdiener, wobei nur der Priester als solcher gemeint sein könnte, als etwas vom Laien Verschiedenes betrachtet. Mit einer ähnlichen Begründung hat man bekanntlich auch in Monarchien, ganz speziell im seinerzeitigen kaiserlichen Deutschland, die Person des Staatsoberhauptes, des Kaisers herausgehoben und unter einen besondern Schutz gestellt und damit das Verbrechen der Majestätsbeleidigung geschaffen. Das dürfen wir bei uns nicht tun. Es würde diese Heraushebung einer bestimmten Kategorie von Menschen, die nach der bürgerlichen Staatsauffassung durchaus gleichgestellt sein sollen mit allen andern Laien, allen andern Staatsbürgern, diese Heraushebung des Priesters, in concreto eigentlich nur des katholischen Priesters, unserem demokratischen Staatsgrundsatz der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz widersprechen. Wir kennen eine solche Unterscheidung nicht. Aus diesen Erwägungen heraus müssen wir es ablehnen, hier den Religionsdiener im engeren oder im weiteren Sinne als etwas Besonderes zu betrachten und ihm einen besondern Schutz angedeihen zu lassen. Er ist ja gegen Beleidigung geschützt genau wie jeder andere Staatsbürger auch, und wir glauben, daß dieser Schutz durchaus genügend sei,

ganz besonders wenn man noch an die Praxis denkt und berücksichtigt, daß zweifelsohne eine Beleidigung eines solchen Religionsdieners in Ausübung seines Amtes wohl von allen Gerichten als eine besondere Erschwerung betrachtet und demgemäß wahrscheinlich schärfer bestraft werden wird als wenn die gleiche Beleidigung gegenüber einem gewöhnlichen Bürger ausgesprochen worden wäre.

Aus diesen Gründen lehnen wir für uns die beiden Anträge der katholischen Minderheit ab. Noch ein kurzes Wort zu dem Streichungsantrag meines Fraktionskollegen Huggler. Auch bei Abs. 1 von Art. 237 ergeben sich meines Erachtens Schwierigkeiten. Es wird schwierig sein, festzustellen, was eine Ueberzeugung in Glaubenssachen ist. Es wird doch hier nicht etwa nur auf die sogenannten Landeskirchen abgestellt, sondern auf jede Ueberzeugung in Glaubenssachen. Wohin wird das führen? Eine ehrliche Ueberzeugung in Glaubenssachen kann auch irgend ein Sektierer haben. Auch der ernste Bibelforscher wird von seinem Standpunkt erklären, daß er von der Richtigkeit seiner Auffassung ehrlich überzeugt sei. Der Heilsarmee Soldat wird das ebenfalls tun. Auch der Angehörige einer beliebigen andern Sekte wird das für sich in Anspruch nehmen. Es kann und wird in vielen Fällen auch zutreffen, daß das eine ehrliche Ueberzeugung in Glaubenssachen ist. Mag diese Ueberzeugung noch so kurios, ja, ich möchte sagen, manchmal noch so direkt sinnlos sein, sie kann trotzdem eine ehrliche Ueberzeugung sein. Soll hier nun, wenn man sich über eine solche Auffassung in etwas spöttischem Tone ergeht, der Strafrichter einschreiten und bestrafen können? Nach meiner Auffassung geht das viel zu weit. Man müßte aber auch eine andere Konsequenz ziehen, wie mein Fraktionskollege Huggler angedeutet hat. Auch eine Auffassung wie sie beispielsweise der Sozialismus darstellt, kann stark religiöse Anklänge haben. Also müßte eigentlich auch das geschützt werden.

Wohin wird das führen, wenn man dann gar noch die Gegenstände religiöser Verehrung unter besondern Strafschutz stellt? Herr Kollege Escher hat heute bereits hervorgehoben und die Frage auch beantwortet gewünscht, ob unter diesen religiösen Gegenständen, die besonders geschützt werden sollen, auch die Glaubenssätze verstanden sein sollen. Er ist der Auffassung, auch die Glaubenssätze müssen diesem Schutz unterstellt sein. Ich weiß nicht, welche Auffassung die Kommission hat, aber man sieht, wohin das führen kann. Ich habe übrigens auch hier folgende Auffassung: entweder sind diese Glaubenssätze Menschenwerke, und dann werden sie der Kritik unterstellt sein müssen, oder sie sind, was wohl die Auffassung des Herrn Escher ist, eben ewig und unveränderlich, dann würde dort das zutreffen, was wir über den Angriff gegen die Idee Gottes selbst gesagt haben. Gegenstände religiöser Verehrung werden wohl in erster Linie gewisse Reliquien sein, wie sie speziell in der katholischen Religion vorkommen. Es werden aber auch andere Sachen darunter fallen können. Sollen in protestantischen Kreisen auch die Gegenstände des protestantischen Kultus darunter fallen, die Gegenstände, in denen das Abendmahl ausgeteilt wird usw.? Schließlich könnten wir das auch wieder auf die Sekten ausdehnen. Es können andere Gegenstände irgend welcher Art ebenfalls Gegenstand religiöser Verehrung sein, viel-

leicht lächerliche Sachen sogar. Soll das alles unter Strafschutz gestellt sein?

Sie gehen mit diesem Abs. 1 von Art. 227 weit über das Ziel hinaus und werden sicherlich Prozessen und Strafklagen rufen, die durchaus nicht im Interesse der wahren Religiosität, welche wir nicht angreifen möchten, liegen. Aus diesen Gründen halten wir dafür, daß dieser 1. Abs. von Art. 227 gestrichen werden soll. Was dann von Art. 227 noch bleibt, das sind bestimmte konkrete Handlungen und Begriffe, die keine Schwierigkeit bieten werden sowohl in der Theorie als auch namentlich nachher in der praktischen Handhabung des Gesetzes. Ich ersuche Sie daher, dem Streichungsantrag unserer Fraktion zu Abs. 1 zuzustimmen und im übrigen die Anträge der katholischen Minderheit abzulehnen.

Welti-Basel: Ich stelle mir weder die Aufgabe, noch habe ich den Ehrgeiz meiner sozialdemokratischen Vorredner, die Mitglieder der katholisch-konservativen Partei davon zu überzeugen, was vom Standpunkte «wahrer Religiosität» nötig sei; Sie darüber zu belehren, ob ihre Anträge sich mit dem Standpunkt wahrer Religiosität vertragen oder nicht. Wenn ich zu dieser Sache das Wort ergreife, so geschieht es lediglich, um festzustellen, was ist. Herr Oberrichter Wagner hat ihnen an Hand einer historischen Darstellung zeigen wollen, daß eigentlich die meisten dieser Bestimmungen veraltet seien. Wir brauchen aber in der Geschichte nicht so weit zurückzugehen, um auf Religionskriege zu stoßen, oder auf Kriege, bei denen zum mindesten die Religion den Vorwand zur Auseinandersetzung bildet. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die nicht unblutigen Ereignisse der letzten Jahre in Mexiko. Ich erinnere an die Auseinandersetzungen jetzt in Peru. Wir lesen soeben von einem Verbot des protestantischen Religionsunterrichtes in Peru, und wir sehen, wie hier, unter der Flage der Religion, die Vereinigten Staaten sich vorbereiten, in Peru einzugreifen. Also nicht nur in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart sehen wir, wie die Religion und die religiösen Bekenntnisse nicht etwa zum Frieden, sondern zum Krieg Anlaß geben.

Unsere Stellungnahme zu den strafrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich der Bestrafung von Verbrechen und Vergehen gegen die Religion, wie sie von der katholisch-konservativen Partei verlangt wird, ist klar. Wir sind der Auffassung, daß dieses Strafrecht, das hier geschaffen wird, einen ausgesprochenen Klassencharakter trägt, und wir müssen immer wieder darauf aufmerksam machen. Dieser Klassencharakter ist der Zeit und den Verhältnissen entsprechend konservativ, und nicht nur das, er ist auch reaktionär. Unsere Stellung gegenüber der Religion und gegenüber den Kirchen, welchen Bekenntnisses immer sie sein mögen, ist Ihnen hinlänglich bekannt. Wir betrachten jede Religion als eine Irrlehre, wir betrachten die Kirche als Stütze des bürgerlich-kapitalistischen Staates. Es ergibt sich daraus ohne weiteres unser unerbittlicher Kampf, den wir gegen die Religion und gegen die Kirche führen, und daß wir Gegner irgendwelcher strafrechtlicher Sonderbestimmungen zum Schutze von Religion und Kirche sind.

In der heutigen Diskussion ist von den Vertretern der katholisch-konservativen Minderheit oft darauf hingewiesen worden, daß es sich ja nicht darum handle,

Strafbestimmungen zum Schutze Gottes zu fordern, sondern daß sie Strafbestimmungen zum Schutze der Gottesidee fordern. Von den übrigen Rednern ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß es sich hier also um den Schutz der Ueberzeugung handle. Herr Escher hat hier in sehr temperamentvoller Weise von den Gemeinheiten und Niederträchtigkeiten von Rohlingen gesprochen, die man mit diesen Schutzbestimmungen treffen wolle. Er wird es mir nicht verübeln, wenn ich in gleicher Weise hier die Frage aufwerfe, ob denn gerade seine Partei und seine Glaubensgenossen dazu legitimiert sind, gegen die Mißachtung ihrer Ueberzeugung zu protestieren. Wenn sie sich überlegen, in welcher Art und Weise sie nicht nur im Laufe der Jahrhunderte, sondern insbesondere in der Gegenwart gegen die Ueberzeugungen anderer handeln und welche Waffen sie dagegen anwenden, glaube ich, die Antwort werde nicht schwer fallen.

Ich würde mir aber eine Unterlassung zuschulden kommen lassen, wenn ich nicht speziell dem Votum des Herrn Perrier Aufmerksamkeit schenkte. Herr Perrier hat zwei Grundwahrheiten ausgesprochen, und wenn man nach der Wahrheit strebt, so ist man verpflichtet, die zu loben, die das tun. Ich lobe also Herrn Perrier. Seine beiden Wahrheiten sind aber recht bescheiden. Die erste Grundwahrheit, die er aufgestellt hat, ist die, daß die Theorie, die er heute vortrage, nicht etwas Neues sei. Ich gebe ihm darin recht; sie ist sehr alt; sie ist sogar so alt, daß sie uns als veraltet vorkommt. Die zweite Wahrheit, die er ausgesprochen hat, besteht in einer Reverenz vor der Logik. Mit Recht weist er darauf hin, daß die Bundesverfassung in ihrem Ingeß von Gott dem Allmächtigen spricht, und Herr Escher hat noch nachgeholt, daß in der Korrespondenz des Bundesrates mit den Kantonsregierungen jeweils die verehrten Eidgenossen dem Machtschutz Gottes empfohlen werden, selbst wenn es sich um die trivialsten Dinge handelt. Man könnte also sagen, es wäre logisch, wenn man Gott den Allmächtigen im Strafgesetzbuch ebenfalls aufnimmt und derartige Bestimmungen statuiert. Aber auch hier ist zu erklären, daß die Eingangsformel in der Bundesverfassung nach Auffassung vieler Leute veraltet ist und daß sich in der Korrespondenz des Bundesrates diese besondere Empfehlung ebenfalls sehr veraltet ausnimmt. Die Zeit ist vielleicht nicht mehr fern, wo die Berufung auf den Machtschutz Gottes weggelassen wird. Der springende Punkt bei der ganzen Sache ist zweifellos der folgende: Ist es wirklich so, daß die katholisch-konservative Partei hier lediglich zu ihrer Beruhigung einen Vorstoß macht, um dem Volke die Sache schmackhafter zu machen, oder ist es nicht so, daß hier der Versuch gemacht wird — allerdings mit sehr bescheidenen Mitteln — etwas herzustellen, das meines Erachtens wenigstens der Form nach nicht mehr besteht: die Einführung des christlichen Staates, die Einführung des Christentums als Staatsreligion? Ich glaube nicht Gespenster zu sehen, aber ich glaube eine Tendenz zu erkennen, die dahin geht, ganz langsam, aber um so sicherer, den Einfluß der Religionen, das will heißen der Kirche im Staate, zu vergrößern, und zwar in dem Maße, in welchem die Kirche als Stütze des Staates und der Staat selbst sich in ihrer Existenz bedroht fühlen. Unser Kampf gegen Kirche und Religion ist einer der wichtigsten

Teile des Klassenkampfes; er hat auf internationalem Boden längst zur Sammlung der Gläubigen gerufen, und ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich hier einen kleinen Gegenvorstoß erblicke, mehr als nur eine Verbeugung vor den katholisch-konservativen Stimmberechtigten.

Wenn nicht schon andere schwerwiegende Gründe dafür sprächen, daß wir gegen die Bestimmungen zum Schutze von Religion und Kirche auftreten, so wäre insbesondere dieser Grund wichtig genug, uns mit aller Entschiedenheit dagegen auszusprechen.

Bundesrat **Häberlin**: Ich möchte hier nur einen Gedanken ganz besonders unterstreichen. Man hat in der Diskussion wiederholt gehört, daß der in Frage stehende Hauptartikel ein Kompromißartikel sei. Ich bin absolut nicht dieser Meinung. Der Artikel stellt einen Grundartikel, einen gewollten Grundartikel dar, und er ist nicht zustande gekommen aus den Anschauungen von hüben und drüben, um jedem etwas zu geben, sondern er soll, in Kraft gesetzt, eine ganz bestimmte Aufgabe erfüllen: er soll den Gedanken der Toleranz in Glaubenssachen schützen durch eine Strafnorm. Das ist das Wichtige daran. Er soll also den Gedanken schützen, der in der Eidgenossenschaft mächtig geworden ist nach jahrhundertelangen Kämpfen. Wir hatten ja auch Zeiten, wo wir diesen Begriff der Toleranz in der Schweiz nicht kannten. Er hat sich durchringen müssen, und wir sind hoch begnadet, daß wir diesen Gedanken in der Eidgenossenschaft errungen und festgehalten haben. Und darum ist es der Mühe wert, ihm auch im Strafgesetz Schutz zu verleihen. Nicht Gott ist es, der hier geschützt wird, nicht einmal die Religion als solche; es ist mit Recht gesagt worden: beide kann man nicht mit Strafgesetzen schützen, sie wollen gar nicht mit Strafgesetzen geschützt sein. Aber der Glaube des freien Staatsbürgers, seine Glaubensüberzeugung, die Möglichkeit ihrer ungehinderten Äußerung, das Zusammenleben der Eidgenossen mit den verschiedenen religiösen Auffassungen, die verdienen wohl, geschützt zu werden. Und wogegen sollen sie geschützt werden? Nicht gegen die Kritik der abweichenden Äußerungen; die wollen wir im freien Schweizerlande nach wie vor zulassen, aber gegen die Gemeinheit, gegen Angriffe in gemeiner Form auf Glauben und Ueberzeugung des andern. Und dazu genügt der Artikel, wie er von der Kommission vorgeschlagen worden ist. Es ist also nicht ein reaktionärer Gedanke zum Schutze einer nach Macht hungrigen Kirche, sei es einer katholischen, einer protestantischen, orthodoxen, oder wie sie heißen kann, sondern er will den Schutz des Bürgers in seiner Ueberzeugung. Dieser Artikel würde seine Berechtigung immer haben, ganz gleichgültig, wie die Glaubensanschauungen im Schweizervolk quantitativ verteilt sind; ob wir eine Mehrheit von Katholiken oder Protestanten haben, eine Mehrheit von Gläubigen oder Ungläubigen, müßte der Artikel spielen. Auch wenn wir hälftig geteilt wären zwischen Anhängern eines bestimmten religiösen Glaubens und denen, die einen solchen nicht mehr haben: der Artikel wäre nach wie vor oder vielleicht noch mehr nötig als heute. Ich glaube, davon können wir ausgehen. Ich habe zu meiner Freude gesehen, daß wir in diesem Gedanken alle miteinander einig sind: es ist keiner hier im Saale, der diesen Gedanken nicht

teilte, und ich glaube, sogar Herr Welti müßte auch von seinem Standpunkt aus diesen Artikel annehmen können, oder jedenfalls wäre er dann einer der wenigen, die nicht zuzustimmen vermögen. Denn wir wollen die Verteidigung, die ritterliche Art und Weise des Geisteskampfes auch im Schweizerland gegenüber dem unritterlichen und gemeinen und böswilligen Geist, der bisweilen leider auch zu konstatieren ist, und um des willen wir Strafe brauchen.

Es ist schon nicht so, daß man sich die Sache so einfach machen kann, daß man wie ein Redner auf Vinet hinweist, wie er mit philosophischen Erklärungen den Weg habe finden können; oder wie ein anderer Redner auf Christus hingewiesen hat und auf sein Beispiel am Kreuz. Ich habe selbstverständlich die größte Hochachtung vor den praktvollen Anschauungen Vinets, und ich beuge mich vor dem Stifter unserer Religion, der für mich der hohe Verkünder der Liebe ist. Aber das hindert mich nicht, zu sagen, daß wir selbstverständlich nicht bloß mit Zitaten von Vinet und nicht bloß mit den Worten Christi in unserer praktischen Welt regieren können, sondern wir müssen z. B. die Bergpredigt übersetzen in die Rechtsformen und auch in die Strafnormen. Diese Normen müssen an das praktische Leben angepaßt werden. Darin sind Sie wohl alle einig, das darf konstatiert werden. Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß alle Vertreter der Minderheitsanträge, solange sie die gegnerischen Auffassungen bekämpfen, prachtvoll gesprochen haben; sie hatten es aber auch nicht schwer, da sie alle guten Argumente bereits in den Kommissionsergebnissen vorgefunden hatten. Sobald sie aber zur Begründung ihrer eigenen Anträge kamen, wurde ihre Stellung wesentlich schwächer. Sie haben wohl alle beobachtet, daß ungefähr vier Fünftel ihrer Ausführungen dem Kampf gegen die andern Auffassungen gewidmet waren und der Rest auf ihre eigene Position verwendet wurde. Das zeigt mir am allerbesten, daß wir mit der Kommissionsmehrheit auf dem rechten Wege sind. Ich möchte hoffen, daß auch von seiten der Minderheiten die Gegner zum größten Teil abbröckeln, nur um zu zeigen, daß wir mit der wirklich gut eidgenössischen Lösung der Kommissionsmehrheit auf dem rechten Wege sind.

Man hat allerdings gesagt, es sei der eine oder andere Begriff nicht absolut juristisch ausgefeilt. Beide Minderheitsanträge erwachsen ja nur aus dem Mißtrauen gegen den Richter. Ich glaube, das ist nicht gerechtfertigt. Selbstverständlich werden wir es nie dahin bringen, daß der Artikel vor allen Gerichten und zu allen Zeiten ganz genau gleich ausgelegt wird. Die ethischen Anschauungen, die für das Urteil die Grundbegriffe liefern, mögen variieren und dann wird auch das Urteil variieren. Aber daß man mit dem Artikel sich nicht zurecht finden könne, möchte ich bestreiten. Was klar genug ist, das ist, daß Verurteilung stattfinden muß, daß eine Verspottung in gemeiner Weise vorliegen muß, wenn bestraft werden soll. Für jeden praktischen Richter ist das Wort «in gemeiner Weise» plastisch genug. Für den Juristen, der eine tüftelige Einschachtelung braucht, reicht es vielleicht nicht, aber für den praktischen Richter genügt dieser Begriff und wird ihm die richtige Wegleitung geben; sein Herz und sein Verstand miteinander werden ihn leiten. Darauf liegt das Hauptgewicht, und darum können Sie auf beiden Seiten wohl zustimmen.

Der konservative Antrag reduziert sich ja eigentlich dahin, daß der besondere Fall der öffentlichen gemeinen Verspottung herausgehoben werden sollte. Die Verspottung Gottes ist ja nichts anderes als ein Sonderfall unseres Artikels, den wir mit der Fassung der Kommissionsmehrheit gegebenenfalls durchaus treffen können. Die Behauptung, man wolle die Gotteslästerung freigeben, ist in keiner Art und Weise richtig. Wer denkt denn daran? Sofern es wirklich eine Lästerung in gemeiner Weise ist, wird der Art. 227 wirksam. Wenn der Begriff der Gottheit, wie ihn der gläubige Katholik oder Protestant versteht, in Diskussion oder in Schriften angegriffen wird, dann wird er verfolgt werden, aber nicht, wenn es in einer wissenschaftlichen, einer philosophischen Erörterung geschieht. Wenn Sie das verlangten, dann wäre um so eher die Notwendigkeit vorhanden, den vorgeschlagenen Artikel abzulehnen; denn die freie Kritik wollen wir nicht zurückbinden, sondern nur dreckige Angriffe durch Nichtgläubige. Dagegen werden die Gläubigen geschützt, soweit es notwendig ist.

Man darf auch darauf hinweisen, daß nur wenige Kantone einen besonderen Gotteslästerungsartikel kennen. Ich komme aus einem paritätischen Kanton und kann mich gar nicht erinnern, daß je einmal ein Gotteslästerungsfall vorgekommen wäre. Ich hatte einmal einen Fall, wo Protestanten geklagt haben, weil ein paar Katholiken im Wirtshaus vor den Bildern der Reformatoren sollen ausgespien haben. War das eine Glaubensbeschimpfung, eine Beleidigung religiöser Symbole? Die Klage ist meines Erinnerns an der Beweisfrage gescheitert. Vor Herrn Nationalrat v. Streng als Gerichtspräsidenten habe ich einmal einen Fall vertreten ganz interessanter Art, einen Fall nicht wegen Gotteslästerung, sondern weil ein katholischer Bürger einen protestantischen Pfarrer der Gotteslästerung beschuldigt hatte. Da hat der Pfarrer geklagt und der Bürger ist bestraft worden, aber wegen gewöhnlicher Beleidigung. Sie können also sehen, daß, was die Kommissionsmehrheit Ihnen vorschlägt, ganz zweifellos genügt.

Daß man dem Diener am Wort, dem Religionsdiener einen besondern Schutz verschaffen will, ist unnötig. Ich will darüber kein weiteres Wort verlieren, ich erlaube mir nur, die freche Meinung zu äußern: solange der Herr Präsident des Nationalrates, solange die Herren Nationalräte und solange wir Bundesräte nicht einen besondern strafrechtlichen Schutz genießen, solange braucht auch der Herr Pfarrer und der Priester keinen besondern Schutz.

Hoppeler: Ich möchte, um meine Stellung zu präzisieren, zu den Bemerkungen des Herrn Bundesrates Häberlin nur kurz sprechen. Ich nehme voraus: Mit der Auffassung, daß die Gotteslästerung, so wie wir sie heute bestrafen können, auch nach dem Art. 227 erfaßt werden könne, gehe ich einig. Nun zuerst die Frage: Soll Gotteslästerung bestraft werden? Ich glaube entschieden, daß das in einem christlichen Staate eine Selbstverständlichkeit sei. Eine solche Strafe, wie sie Art. 223bis vorsieht, hat aber gar nicht den Zweck, Gott gegen Beleidigung zu «schützen», sondern er ist da, um vor Gott zu dokumentieren und ihm zu zeigen, daß Sein Name und Seine Ehre uns sehr viel wert ist, uns so hoch steht, daß wir auf seine Verlästerung Strafe setzen. Wenn Gott straflos

öffentlich beschimpft werden kann, dann muß das Ansehen der Religion geschädigt und in den Schmutz gezogen werden. Das gilt also für einen christlichen Staat. In einem nicht christlichen Staat ist die Sache ganz anders. Da wäre es ungerecht, wenn wir auf Gotteslästerung Strafe setzten. Man redet jetzt von einem Gesetz gegen die Geschlechtskrankheiten und beabsichtigt, gegen Fehlbare streng vorzugehen. Dürfen Sie aber einen Mann verurteilen, der sich auf sexuellem Gebiet vergangen hat, darf ein Staat ihn streng bestrafen, wenn derselbe Staat vorher absolut keinen Finger gerührt hat, um dem Manne die zum sittlichen Kampfe nötigen Anschauungen und Ueberzeugungen in der Jugend einzupflanzen? Ebenso wäre es in einem Lande, wo der Gottesglaube offiziell längst verlassen worden ist, in einem Lande, wo der Staat selber in jeder Hinsicht Gott ignoriert, einfach unmöglich und ungerecht, einen Gotteslästerungsartikel im Strafrecht aufzustellen. Nun ist allerdings der Art. 127 durch die hier abgegebenen Erklärungen sehr stark degradiert worden. Von einem Mittel zum Schutz für die Religion ist er zu einem Mittel zum Schutz der Toleranz herabgesunken. Herr Bundesrat Häberlin hat allerdings geäußert, daß wir in der Schweiz durch den Toleranzgedanken hoch begnadet seien. Aber ist dies wirklich nun auf dem Gebiete des religiösen Lebens unser höchstes Gut geworden, die Toleranz? Ist sie es, die uns hoch begnadet und zu deren Schutze in erster Linie wir den Gotteslästerungsartikel brauchen? Die Toleranz ist doch nur etwas Negatives! Man kann mit der Toleranz allein weder glücklich leben noch selig sterben. Darum sollten wir mehr haben als Toleranz. Ich fasse den Artikel auch so auf, daß er mehr zu schützen hat als bloße Toleranz.

Sind wir noch ein christlicher Staat? Das ist die Frage. Auch Herr Perrier hat anerkannt, daß dies im Streit für und wider den Art. 127 die entscheidende Frage sei. Er hat sie bejaht, indem er betonte, daß unsere Verfassung beginne mit den Worten: «Im Namen Gottes des Allmächtigen», jenem Satze, der dem verehrten Kollegen Welti so sehr in die Augen brennt, Herrn Welti, der vorhin erklärt hat: «Darum werden wir die Religion mit allen Mitteln bekämpfen! —» Kämpfen Sie nur drauf los, Herr Kollega Welti; aber ich sage Ihnen, Sie werden die Religion nicht unterkriegen. Sie werden schon längst im Grabe sein, wenn die Religion noch da ist und immer noch Gott und Christus verehrt werden. Auch den Schlußsatz in den Schreiben unseres Bundesrates: «Wir empfehlen uns und undere Miteidgenossen in den Machtschutz Gottes des Allmächtigen!» findet Herr Welti veraltet und deplaciert. Es kann tatsächlich eine Zeit kommen, wo diese Worte als deplaciert empfunden werden müssen. Vielleicht ist die Zeit heute schon da. Denn in der Tat: wir sind kein christliches Volk mehr. Daß wir nicht mehr ein christliches Volk sind, wird schon bewiesen durch das, was Herr Kommissionspräsident Seiler gesagt hat: «Man kann Gott nicht beleidigen!» Ja, wenn wir an einen Gott glauben, den man nicht beleidigen kann, so ist das nicht mehr der Gott der Christen. Der Gott der Christen ist ein liebender, aber auch ein strafender Gott. Unsere Sünden beleidigen ihn, und wenn er beleidigt ist, so straft er. Kann Gott nicht beleidigt werden, so kann es auch keine Vergeltung geben. Wir sehen also, daß die führenden Kreise unseres Volks

einen Gott haben, der sehr wenig mehr mit dem Gott der Christen zu tun hat!

Sind wir noch ein christliches Volk? Ich denke jetzt an die Tendenzen unserer Presse: Ist sie nicht größtenteils unchristlich geworden? Herr Oberrichter Wagner hat gesagt: «Wir haben in den Reihen der sozialdemokratischen Partei Gläubige aller Konfessionen!» Ich weiß nicht, wieviele wirklich gläubige Christen in der sozialdemokratischen Partei sind. Aber ich möchte doch sagen, verehrter Herr Kollege, wenn Sie in Ihren Reihen noch gläubige Christen haben, so sind das ziemlich merkwürdige Menschen, daß sie sich eine solche Presse gefallen lassen, wie sie der Sozialismus in der Schweiz hat. Dann sind es richtige Waschlapen; sonst würden sie die Zeitung der Redaktion zurücksenden und sagen: «Fort mit einer Zeitung, die meinen Gott so beleidigt; ich will nichts mehr mit ihr zu tun haben!» Ich glaube also nicht, daß es in den Reihen der sozialdemokratischen Partei sehr viele wirklich gläubige protestantische oder katholische Christen gibt. Allerdings weiß ich, daß es unter den Sozialisten auch solche gibt, die an der christlichen Religion festhalten, Leute, die bei den Sozialisten sind, weil sie den Armen und Unterdrückten helfen wollen, und dabei die ablehnende Haltung der Partei gegen die Religion übersehen. Gegen diese Leute rede ich nicht; sie sind aber sehr gering an Zahl.

Ich denke ferner an die unchristlichen Tendenzen in der heutigen Schule. Sie wissen, daß wir in Zürich dazu gelangt sind, in der Schule das Gebet zu verbieten und zu verbieten, daß Gottes Name im Unterrichte genannt werde. Das ist typisch. Sind wir noch ein christlicher Staat? Nein, wir sind in einem Staat, der immer mehr unchristlich, der immer mehr heidnisch wird, Herr Kollega Perrier. Wir haben in Zürich und vielerorts Schulklassen, wo man sorgfältig darüber wacht, daß der Name Gottes nie erwähnt werde. Stellen Sie sich nun ein Kind vor, das in Zürich auferzogen worden ist, das in der Sonntagschule der Kommunisten gewesen ist, für die die zürcherische Stadtverwaltung ein Schullokal zur Verfügung stellt, eine Sonntagsschule, wo Gott verlacht und verhöhnt wird. Ein solches Kind dürfen Sie später nicht bestrafen wegen Gotteslästerung. Es kann ja nichts dafür; unter der Aegide des Staates ist es hinsichtlich Weltanschauung geworden, was es ist.

Es ist also eine große Frage, ob wir überhaupt noch berechtigt sind, heute einen Gotteslästerungsartikel aufzustellen, und diese Erwägungen führen mich dazu, nicht mit den Katholiken für Aufnahme des Art. 223bis zu stimmen. Andererseits aber könnte ich mich doch niemals dazu hergeben, mit den Sozialdemokraten den ersten Satz des Art. 227 zu streichen. Wir müssen unbedingt die Möglichkeit haben, gotteslästerliche Verhöhnungen des christlichen Glaubens strafen zu können. Nur ein Beispiel! Kürzlich ist es in Amerika vorgekommen, daß eine Essigfabrik Reklame machte mit dem gekreuzigten Christus, dem in einem Schwamm Essig gereicht wird. Darunter stand: «Die Marke des Essigs, die Christus gereicht wurde, ist diejenige unserer Fabrik!» Ich frage Sie: Sollen wir nicht Mittel haben, um einer solchen Fabrik das Handwerk zu legen? Wollen die Sozialdemokraten uns durch die Streichung des Art. 227 die Waffe nehmen, eine solche Gemeinheit zu bestrafen

und zu verunmöglichen? Mit diesem Art. 227 können wir dann auch krasse öffentliche Gotteslästerungen erfassen, so daß wir des Art. 223 für solche Fälle nicht bedürfen.

Herr Huggler hat nun gemeint, man könne den Begriff «Kultusgegenstände» nicht genau umgrenzen. Wenn man von Kultusgegenständen rede, könnte sogar die rote Fahne des Sozialismus unter diesem Titel geschützt werden. Nun, wenn wir so weit gehen wollen, dann müßte noch alles mögliche unter dem Titel «Kultusgegenstand» geschützt werden. So z. B. das Bild eines Geldsackes, der so vielen heute der verehrungswürdigste Gott ist, und nicht beleidigt werden darf. Man muß jedenfalls auch verbieten, daß man einen Nationalratsstuhl öffentlich verbrenne; denn er ist ein Gegenstand hoher Verehrung und ein Symbol dessen, wonach manche Partei in erster Linie strebt! Der Richter wird aber, wie Bundesrat Häberlin gesagt hat, den Rank schon finden bei der Abgrenzung des Begriffes «Kultusgegenstände». Da ist uns nicht bange.

Herr Roth hat gefragt, ob auch protestantische Kultusgegenstände gemeint seien. Ja, allerdings. Ich erwarte, daß, wenn jemand eine Bibel nähme und mit ihr auf öffentlichem Platze Schabernack triebe, er bestraft würde. Ebenso müßte der öffentliche Mißbrauch eines Kelches, der zum Abendmahl dient, oder eines Taufsteins, bestraft werden. Es ist selbstverständlich, daß auch der Protestantismus Gegenstände hat, die er nicht profanieren lassen kann.

Meine Herren, der Art. 227, resp. dessen erster Absatz, darf nicht, wie es die Sozialisten beantragen, gestrichen werden, auch wenn wir von einer Bestrafung jeglicher öffentlicher Beleidigung Gottes absehen müssen. Welchen Eindruck müßte es machen, wenn man im Lande hörte, daß die Bundesversammlung längere Zeit darüber debattiert habe, ob die Gotteslästerung und Verhöhnung des Glaubens bestraft werden solle oder nicht, und das Resultat negativ gewesen sei; wenn das Volk lesen würde, daß wir einen solchen Artikel abgelehnt haben? Davon kann gar keine Rede sein. Darum muß dieser Artikel bleiben.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Wir sind uns wohl alle darüber klar, daß Gott nicht nur expressis verbis beleidigt und verunehrt werden kann, sondern mehr noch durch unser Tun und lassen. Wird er nicht vor allem verunehrt und verlästert dadurch, daß wir den Mammon über alles setzen, und dem goldenen Kalbe dienen? Wird nicht Gott auf das Schwerste auch beleidigt und verunehrt durch die Art und Weise, wie wir uns heute vergnügen. Ich denke da namentlich an den Kino, mit seiner Schmutzflut und seinem Herunterzerren alles dessen, was heilig ist? Haben nicht seinerzeit auch einige unserer lieben Katholiken, die heute für den Gotteslästerungsartikel sich wehren, gegen die Bedürfnisklausel im Kinogewerbe gestimmt? Es gibt auch eine Gotteslästerung im Kino. So z. B. wenn gewisse Stellen aus der heiligen Geschichte dargestellt werden, wo irgendein sittlich tiefstehender Kerl die Christus- oder Paulusgestalt wiedergibt. Auch das ist Gotteslästerung. So wollen wir uns vornehmen, nicht nur die mit Worten, sondern auch die mit Taten verübte Gotteslästerung zu bekämpfen. Wir wollen den Art. 227 annehmen in dem Sinne und mit dem Vorsatz: Deine Name werde geheiligt!

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Wir wollen die Sache wieder etwas ruhiger betrachten. Wir haben uns zu entscheiden zwischen dem Kommissionsantrag, der Art. 227 in vollem Umfange aufrechterhalten will, und dem Minderheitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, der diese Ziffer 1 streichen will. Und sodann haben wir uns darüber schlüssig zu machen, ob ein besonderer Abschnitt über Gotteslästerung und Religionsvergehen aufgenommen werden soll. Ich will nicht auf sämtliche Voten eintreten, da ja Herr Bundesrat Häberlin die Situation in sehr richtiger Weise dargelegt hat. Gegen Herrn Welti will ich selbstverständlich nicht polemisieren. Er hat den großen Satz ausgesprochen: «Diese ganze Bestimmung hat Klassencharakter; sie ist eine reaktionäre Klassengesetzgebung; jede Religion ist eine Irrlehre usw.» Wenn wir schon von Irrlehre reden wollen, so glaube ich, die größte Irrlehre ist vielleicht die des Klassenkampfes, jene Irrlehre, unter der Rußland am meisten leidet. Wenn ich hier meine inneren Gedanken aussprechen darf, so ist es der Gedanke, daß Rußland vielleicht wieder emporkommen wird, wenn einmal die wahre Religion wieder gepflegt werden kann.

Herr Hoppeler ist nicht einverstanden mit der Toleranz in Glaubenssachen. Auch da habe ich eine andere Auffassung. Die Toleranz verhindert nicht, daß ein Mensch fromm sein kann. Der tolerante Mensch ist nicht dagegen, daß der wahrhaft Fromme seiner Ueberzeugung lebt.

Zu den Anträgen der sozialdemokratischen Minderheit: Es wird der Fassung der Ziffer 1 des Art. 227 der Vorwurf gemacht, es mangle ihr die Präzision. Herr Huggler hat gefragt: Was ist gemeine Gesinnung? Wie hoch muß der Grad des Spottes sein, damit er unter Strafe fällt? Das sind Begriffe, die unklar sind und über die der Richter verschiedener Meinung sein kann. — Herr Bundesrat Häberlin hat darauf schon geantwortet.

Herr Huggler fürchtet auch die Auswirkung dieser Bestimmungen. Er sagt, es riskiere einer Strafe, der Heine zitiere. Herr Huggler, ich glaube, wir können uns verständigen. Sie müssen den Art. 16 in Betracht ziehen, der vom Vorsatz handelt: «Strafbar ist nur, wer ein Vergehen vorsätzlich verübt. Vorsätzlich verübt ein Vergehen, wer die Tat mit Wissen und Willen ausführt». Darauf kommt es an. Wenn jemand einfach zitiert, ohne daß dann die Zitate benützt werden, um in gemeiner Weise die religiöse Ueberzeugung anderer zu verspotten, so wird kein vernünftiger Richter auf Grund der vorliegenden Bestimmung bestrafen wollen. Aus den Voten der Herren Huggler und Wagner hat das Mißtrauen in die Fähigkeit des Richters gesprochen, hier zum Rechten zu sehen. Das Votum des Herrn Wagner war sicherlich sehr interessant. Herr Wagner hat aber weiter gesagt, der Richter könne in eine unangenehme Situation kommen. Das ist aber nicht ausschlaggebend. Der Richter wird eben seine Pflicht tun müssen, ob es ihm angenehm sei oder nicht. Auch auf anderen Gebieten z. B. bei der Abtreibung, kann ja der Richter vor sehr unangenehme Situationen gestellt werden. Er hat eben seine Pflicht zu tun und sein Urteil auf Grund der Tatsachen und des ganzen Sachverhaltes zu fällen. Jedenfalls ist die Sache durch die neue Bestimmung präziser geordnet, als wenn das Bundesgericht heute die heikeln Fälle einzig auf dem

Wege der Interpretation der Bundesverfassung erledigen muß. Auch auf anderen Gebieten haben wir Unklarheiten. Wir haben z. B. im Art. 60 die Bestimmung, daß die Strafe gemildert werden könne, wenn die Tat aus achtenswerten Beweggründen begangen worden sei. Auch das ist dehnbar. Da muß eben der Richter den richtigen Weg suchen. Es gibt auch in der Rechtsprechung eine Entwicklung. Es wird sich eine Praxis herausbilden, die allfällige Unklarheiten beseitigt. Aber damit gewinnen wir nichts, daß wir nur sagen, die Sache sei schwierig, und dann den ganzen Artikel beseitigen. Auf diesem Boden darf man sich nicht bewegen.

Mit Herrn Perrier wird sich Herr Logoz näher beschäftigen. Nur soviel: Herr Perrier hat die deutschen Verhältnisse angezogen. In diesem Zusammenhang möchte ich die Bestimmung des Entwurfes von 1925 anführen, in der von Gotteslästerung ebenfalls nicht gesprochen wird, sondern wo es nur heißt: «Wer öffentlich eine im Reiche bestehende Religionsgesellschaft oder ihren Glauben in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, das Empfinden ihrer Angehörigen zu verletzen, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.» Der Unterschied besteht darin, daß wir nicht nur den Glauben religiöser Gemeinschaften, sondern die religiöse Ueberzeugung eines jeden Menschen schützen und darauf abstellen, ob derjenige, der auf seine religiöse Ueberzeugung Wert legt, in seinen Gefühlen verletzt worden ist. Ich glaube also, wir stehen mit dem deutschen Entwurf ungefähr auf gleicher Linie, nur sind die Definitionen etwas verschieden.

Nun hat Herr Bundesrat Häberlin mit Recht auseinandergesetzt, daß auch die Gotteslästerung nach Art. 227 dann bestraft wird, wenn durch diese Lästerung die religiöse Ueberzeugung eines Menschen verletzt wird. Die Gotteslästerung ist also einer der Anwendungsfälle des Art. 227. Daneben gibt es noch andere Fälle, die unter Strafe stehen.

Herr Escher hat erklärt, diese Bestimmungen seien gewissermaßen religionsfeindlich, es bestehe die Absicht, das Wort «Gott» überhaupt auszumerzen. Ich kann diese Argumentation nicht anerkennen. Wenn man in Art. 227 sagt: «Wer öffentlich und in gemeiner Weise die Ueberzeugung anderer in Glaubenssachen verspottet», ja ist denn das nicht das Gleiche? Muß denn ausdrücklich das Wort Gotteslästerung gebraucht werden? Wir müssen doch den Verhältnissen in richtiger Weise Rechnung tragen. Unsere Lösung ist doch erfolgt in gewissenhafter Anpassung an Art. 49 der Bundesverfassung, der die Grundlage bildet für alle diese Fragen. Herr Escher wird keine Redaktion finden können, die jedem Rechnung trägt. Das hat auch die Diskussion von links und von rechts gezeigt. Ich möchte den Rat bitten, auf dem Boden der Mitte zu bleiben und die weitergehenden Anträge von links und rechts abzulehnen. Herr Escher möchte ich wiederholen, was ich in meinen einleitenden Worten bereits gesagt habe: Glauben Sie, den Katholiken in der Diaspora einen Gefallen zu tun, wenn Sie durch eine solche Stellungnahme verhindern, daß eine gesamtschweizerische Lösung getroffen wird, die allen Katholiken dienen kann? Was nützen die kantonalen Gesetze über die Gotteslästerung, die im Kanton Freiburg und andern katholischen Kantonen recht strenge sind, den Katholiken anderer Kantone, die vielleicht

dazu kommen, auf diesem Gebiet jede Bestimmung fallen zu lassen? Alle Achtung vor dem Eifer des Herrn Escher in dieser Sache; man kann aber auch einen Uebereifer an den Tag legen.

Und nun noch eine Bemerkung an Herrn Roth. Herr Roth hat vergessen, daß eine der Voraussetzungen des Artikels die gemeine Art und Weise der Kritik ist. Nicht jede Kritik fällt unter den Art. 227, sondern nur diejenige, die in gemeiner Art und Weise erfolgt. Was wir wollen, ist schließlich auch eine gewisse Erziehung zu anständiger Kritik.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Je n'allongerai pas plus que de raison ce débat qui, M. le conseiller fédéral Häberlin l'a constaté tout à l'heure, a été parfaitement digne et fait prévoir l'entente sur l'art. 227 tel qu'il est proposé par la commission.

Je dois, cependant, rectifier tout d'abord une erreur commise, involontairement, cela va sans dire, par mon honorable collègue M. Perrier. Au dire de M. Perrier, j'aurais déclaré hier que le Code pénal suisse ne doit pas se mettre à la remorque des conceptions populaires. Mon cher collègue, je n'ai pas dit cela. Vous trouverez le compte-rendu de mes paroles dans le bulletin sténographique. J'ai dit que le Code pénal suisse ne doit pas se mettre à la remorque de conceptions qui ont fait leur temps, qui peuvent être considérées comme périmées. Et j'ai dit cela à propos de la répression pénale de l'adultère et de l'idée populaire que cette répression est nécessaire. Aujourd'hui, à propos de l'art. 227, c'est d'une tout autre question qu'il s'agit. Ce n'est pas pour rompre avec des conceptions populaires qui, elles, sont hautement respectables, que nous vous proposons résolument d'écarter, tout d'abord, les propositions faites par la minorité catholique de notre commission. C'est pour des raisons toutes différentes sur lesquelles je me permettrai de revenir brièvement tout à l'heure.

Cela dit, M. Perrier me permettra de rectifier encore son exposé sur un autre point. M. Perrier a invoqué l'autorité du professeur allemand Kahl, et, du même coup, récusé l'opinion de son coreligionnaire, feu Gaspard Müller. Je me permets de penser, pour ma part, que Gaspard Müller connaissait la situation de la Suisse et les besoins des catholiques suisses mieux que le professeur protestant Kahl. Lorsque notre regretté collègue G. Müller disait qu'à son avis les catholiques suisses peuvent se contenter de l'art. 227 il émettait — et certainement pas à la légère — un jugement qui, pour moi, a plus de poids que l'opinion de M. Kahl, qui d'ailleurs a trait à une autre question.

En effet, que veut M. Kahl? Il réclame, nous a dit M. Perrier, une protection pénale de la religion. Mais cela, nous le voulons aussi. L'art. 227 assure cette protection dans la mesure où elle est réellement nécessaire. Loin de nous, donc, cette idée que la religion doit rester sans protection pénale. Seulement, après y avoir mûrement réfléchi, nous avons acquis la conviction que l'art. 227 suffit, qu'il n'est pas nécessaire d'insérer dans notre projet les deux articles supplémentaires proposés par la minorité catholique de la commission.

Et pourquoi en sommes-nous arrivés à cette opinion? Parce que ce qu'il s'agit de respecter et de faire respecter par les dispositions que nous sommes

en train de discuter, c'est le sentiment sincère et infiniment respectable de nombreux citoyens.

Mais — ici, je réponds tant à M. Escher qu'à M. Perrier: n'oublions pas que ce respect mutuel dépend de ce que j'appellerai l'éducation des citoyens et du peuple en général, beaucoup plus que des dispositions du code pénal.

Or, Dieu merci, le niveau général à cet égard, dans notre pays, est tel que — sans vouloir prétendre que nous touchions à la perfection — je crois pouvoir dire que des dispositions pénales du genre de celles que proposent nos collègues catholiques ne sont pas nécessaires chez nous.

D'autre part, aller trop loin dans ce sens pourrait aboutir en définitive à quel résultat? A compromettre la paix publique et religieuse plutôt qu'à la sauvegarder; cela pourrait aboutir, en particulier, non à faire respecter la religion, ce que nous désirons tous, mais à éveiller des sentiments contraires.

De là les précautions prises par l'art. 227; de là aussi la réserve que le projet s'est imposée en s'abstenant de multiplier les incriminations.

Ainsi, au nom de la majorité de la commission, je vous demande instamment de faire acte de sagesse en votant l'art. 227 tel quel et en écartant notamment l'adjonction qu'une minorité de la commission voudrait y apporter sous la forme des art. 223bis et quater.

Quant à la proposition faite, par la minorité socialiste de la commission, de biffer le premier alinéa de l'art. 227, M. Seiler vous a dit tout à l'heure pourquoi nous nous y opposons également.

A ce que M. Seiler a dit là-dessus, je n'ajouterai que ceci: L'art. 227, al. 1, est une garantie donnée avant tout, je l'ai dit dans mon rapport introductif, à nos concitoyens catholiques; c'est tout d'abord à ce titre que je vous demande de maintenir cet alinéa.

Mais, en outre, je dis que le premier alinéa de l'art. 227 est justifié en lui-même. Pourquoi ne réprimerait-on pas le fait de bafouer les convictions d'autrui, en matière de croyance, d'une manière vile et en public? D'ailleurs, ainsi que je l'ai dit tout à l'heure, ce ne sont pas seulement les convictions catholiques qui sont ainsi protégées, ce sont toutes les convictions en matière de croyance.

Je termine en disant, en particulier à M. Huggler, qui a émis des doutes sur l'interprétation qu'on pourrait donner à l'avenir à l'art. 227, al. 1: Ayons quelque confiance dans nos tribunaux cantonaux tout d'abord et, s'il faut aller plus haut, dans le Tribunal fédéral. Je suis persuadé qu'avec les juges que nous avons des abus ne sont pas à craindre et que, d'autre part, l'art. 227, tel qu'il est proposé par la commission, est suffisant, sans adjonction, pour protéger pénalement la paix religieuse dans notre pays.

Abstimmung. — Vote.

Art. 227, Abs. 2, 3, 4.

Angenommen. — Adoptés.

Abs. 1.

Für den Antrag der Kommission	Mehrheit
-------------------------------	----------

Abschnitt 11bis.

Für den Antrag der Kommissionsminorität	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

Art. 228bis.**Antrag der Kommission.**

Wer vorsätzlich ein Tier roh mißhandelt, arg vernachlässigt oder unnötig überanstrengt,

wer Schaustellungen veranstaltet, bei denen Tiere gequält oder getötet werden, insbesondere wer Tierkämpfe oder Kämpfe mit Tieren oder Schießen auf zahme oder gefangengehaltene Tiere abhält,

wer vorsätzlich andere zur Verhütung von Tierquälerei erlassene Vorschriften übertritt,

wird mit Haft bis zu einem Monat oder mit Buße bestraft.

Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Buße.

Propositions de la commission.

Celui qui, intentionnellement, aura brutalement maltraité, gravement négligé ou surmené inutilement un animal,

celui qui aura organisé des exhibitions dans lesquelles des animaux sont maltraités ou tués, celui notamment qui aura organisé des combats d'animaux ou avec des animaux, ou des tirs sur des animaux domestiques ou captifs,

celui qui, intentionnellement, contreviendra à d'autres prescriptions édictées en vue de protéger les animaux,

sera puni des arrêts jusqu'à un mois ou de l'amende.

La peine sera l'amende, si le délinquant a agi par négligence.

Antrag Hoppeler.

Art. 228bis ... Vorschriften übertritt, wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Buße bestraft.

Amendement Hoppeler.

Art. 228bis. ... les animaux, sera puni de l'emprisonnement jusqu'à trois mois ou de l'amende.

Seiler, Berichterstatter: Der Artikel, ursprünglich Art. 333, ist aus dem Uebertretungsrecht herübergenommen worden. Nach der Vorlage der Kommission bleibt die Tat Uebertretung, weil die Strafandrohung Haft oder Buße ist. Die Frage, ob die Tierquälerei als Vergehen oder als Uebertretung zu behandeln sei, war auch Gegenstand der Erörterungen in der Expertenkommission. Prof. Zürcher hatte Gefängnisstrafe oder Buße beantragt, somit ein Vergehen annehmen wollen. Die Mehrheit hat jedoch für Belassung unter den Uebertretungen gestimmt. Nun ist Ihnen neuerdings eine Eingabe des Kantonalen Zürcherischen Tierschutzvereins zugegangen, der mit Entschiedenheit die Zulassung der Gefängnisstrafe fordert und zur Begründung u. a. auch auf die bestehende kantonale Gesetzgebung verweist. Im basellandschaftlichen Gesetz kann beispielsweise Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr ausgesprochen werden. Ich sage: kann. In der Regel wird die Strafe Buße sein und nur bei Wiederholung oder besonders roher Mißhandlung Gefängnis.

Die Frage ist diskutabel. Persönlich habe ich die Auffassung, daß das Maximum einer Haftstrafe von einem Monat in weiten Kreisen Anstoß erregen wird, zumal die Dauer der Haftstrafe im allgemeinen gemäß Art. 37 einen Tag bis drei Monate beträgt. Der Hin-

weis auf die Strafbestimmungen über Sachbeschädigung, bei der es sich um leblose Sachen handelt und für die Gefängnis oder Buße ausgesprochen werden kann, ist geeignet, eine Ueberprüfung zu veranlassen. Es gibt in der Tat sehr schwere Tierquälereien, dauernd rohe Handlungen, welche auch durch die Rückfallbestimmung des Art. 64 nicht genügend erfaßt werden. Die Frage ist auch berechtigt, ob solche Rohlinge die Vergünstigungen der Haftstrafe verdienen. Von Hypersentimentalität kann kaum gesprochen werden, wenn für schwere Fälle der Tierquälerei Gefängnis vorgesehen wird. Für die leichteren Fälle verbleibt immer noch die Buße.

Als Kommissionsreferent muß ich darauf verzichten, einen Antrag auf Versetzung der Tierquälerei unter die Verbrechen oder Vergehen zu stellen. Nun ist von anderer Seite ein Antrag gestellt worden, dem ich zustimme. Daß es sich um schwere Rohheiten handeln muss, zeigt übrigens schon der Gesetzestext: «Rohe Mißhandlung, arge Vernachlässigung, rohe Schaustellungen mit Quälen oder Töten von Tieren.» Dem richterlichen Ermessen ist zudem ein weiterer Spielraum gewährt.

Im einzelnen gibt der Artikel zu allerlei Zweifelsfragen Anlaß. Was ist «Tier»? Gehört der Maikäfer, den die Knaben quälen, auch dazu? Es sind wohl in der Hauptsache die Haustiere, mit denen sich der Mensch enge verbunden fühlt, Säugetiere, Vögel, wie von Prof. Thormann in der Expertenkommission hervorgehoben wurde. Die Praxis wird hier die Abgrenzung suchen müssen. Was ist im fernern «quälen»? Auch hierüber läßt sich eine Definition nicht geben.

Einer besondern Erörterung bedarf die Bestrafung der Uebertretung kantonaler Tierschutzbestimmungen. Wir haben hier ein sog. Blankettgesetz. Die eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen zum Schutze der Tiere, wie das Schächterverbot, die Vorschriften über das Schlachten der Tiere sollen eine Strafsanktion erhalten.

Fallen gelassen hat die Kommission die Bestimmung des Art. 333, nach welchem im Rückfall unter allen Umständen Haft auszusprechen ist. Eine solche Bindung des Richters erscheint nicht notwendig, namentlich dann nicht, wenn anstelle der Haft Gefängnis ausgesprochen werden kann.

Dies meine Auffassung zur Tierquälerei. Wenn Sie der Auffassung der Kommission nicht entsprechen sollte, so bitte ich um Entschuldigung. Etwas Freiheit dürfte immerhin gelegentlich auch einem Referenten zugebilligt werden.

Persönlich stimme ich zum Antrag des Herrn Hoppeler.

M. Logoz, rapporteur: L'art. 228bis est relatif aux mauvais traitements envers les animaux. Il correspond à l'art. 333 du projet du Conseil fédéral, sous réserve de la suppression du chiffre 2 sur la récidive, que votre commission estime superflu. En cas de récidive, ce sont donc les dispositions générales des articles 293 et 294 qui seront ici applicables.

Je signale encore à votre attention la proposition qui va vous être faite par M. Hoppeler d'aggraver la peine. Dans le projet de la commission et dans le projet du Conseil fédéral, il s'agit d'une simple contravention punie des arrêts jusqu'à un mois ou de l'amende. M. Hoppeler estime cette peine insuffi-

sante; il vous propose de transformer la contravention en délit puni de l'emprisonnement jusqu'à trois mois ou de l'amende. Je suis personnellement d'accord avec la proposition de M. Hoppeler, mais je me permets de poser une question. Un point n'est pas clair pour moi dans la proposition de M. Hoppeler. Je suppose que son intention n'est pas de supprimer la dernière phrase de l'article 228bis, qui vise la négligence. M. Hoppeler voudra bien se prononcer sur ce point tout à l'heure.

Hoppeler : Da die Herren Referenten mit meinem Antrage einverstanden sind, kann ich mich kurz fassen. Ich beantrage, daß als Maximum der Strafe für Tierquälerei nicht Haft gelten soll, Haft bis zu einem Monat, sondern Gefängnis bis zu drei Monaten. Dabei ist es selbstverständlich so gemeint, daß der letzte Satz bestehen bleibt, daß bei Fahrlässigkeit nur Buße in Betracht kommen soll. Es wird ja im großen und ganzen in der Praxis überhaupt nur die Buße in Frage kommen. Wenn Gefängnis in Betracht kommt, wird es sich nur um die schweren und aller schwersten Fälle handeln, aber solche Fälle kommen doch vor, Fälle, welche von einer unglaublichen Rohheit zeugen, wo man vielleicht Tiere tagelang eingesperrt läßt und ihnen kein Futter und kein Wasser gibt. Ich habe kürzlich selbst gesehen, wie einer einen Hund die längste Zeit mit Fußtritten traktiert hat. Ein Fall ist passiert im Rheintal, wo ein Knecht, weil er über ein Pferd, das ihm nicht gehorchte, wütend war, diesem einen Strick um das Maul gebunden, dann einen Knebel untergeschoben und so lange gedreht hat, bis das Seil auf die Knochen ging und das Fleisch abfiel. Für solche außerordentliche Fälle müssen wir die Möglichkeit haben, weiterzugehen als nur bis zur Haft, und auch Gefängnisstrafe aussprechen können. Das ist auch die Bitte derjenigen, die sich ganz speziell mit Tierschutz abgeben, der Tierschutzvereine. Wir Menschen sind die «Herren der Schöpfung», die Krone der Schöpfung, wir sind Herren über die Tiere, diese sind stumm und können sich nicht äußern. Das legt uns die Verpflichtung auf, daß wir sie nicht mißhandeln und daß, wo solches geschieht, darauf Strafe gesetzt wird, weil das eine Roheit, ein Verbrechen ist. Ich bitte Sie, durch Annahme meines Antrages die Möglichkeit zu schaffen, in den schwersten Fällen mit Gefängnis zu bestrafen, und zwar mit Gefängnis bis zu drei Monaten.

Schär : Ich möchte empfehlen, am Kommissionsantrag, den die Referenten fallen gelassen haben, festzuhalten. Die Frage ist in der Kommission eingehend geprüft worden. Wenn man dort dem Antrag des Bundesrates zugestimmt hat, so hat hier wesentlich mitgewirkt ein Vergleich dieser neuen Vorschriften mit dem Inhalt der bisherigen kantonalen Gesetzesvorschriften. Wir haben z. B. in Basel ein Polizeistrafgesetzbuch. In diesem ist bis jetzt eine Maximalstrafe von zwei Wochen für Tierquälerei vorgesehen. Die Normalstrafe ist Geldbuße bis 100 Franken. Dabei ist das Polizeistrafgesetz des Kantons Baselstadt eines der strengsten in der Schweiz. Ich kann auch aus meiner Praxis als Polizeigerichtspräsident bestätigen, daß wir mit diesen Vorschriften, mit diesem Strafraumen durchaus ausgekommen sind. Wir haben einen rührigen Tierschutzverein, der sogar Prämien ausbezahlt an diejenigen

Polizeimänner, die konstatieren, daß ein Pferd überanstrengt wird. Wir haben also im Kanton Baselstadt eine energische Repression der Tierquälerei. Trotzdem haben wir bei der Revision des Polizeistrafgesetzbuches vor etwa 10 Jahren, als diese Fragen alle auch bei uns in Diskussion standen, es nicht für nötig erachtet, die Strafen zu erhöhen. Wir haben uns mit einem Maximum von zwei Wochen begnügt. Man sollte nun im neuen Recht nicht zu große Differenzen mit den bestehenden kantonalen Gesetzen schaffen. Darum glaube ich, daß der gedruckte vorliegende Kommissionsantrag aufrecht erhalten bleiben soll.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag Hoppeler

Mehrheit.

Art. 229—242.

Anträge der Kommission.

Mehrheit.

Art. 229, 230, 231, 232, 233. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates. (Die Aenderung in Art. 233 berührt nur den französischen Text.)

Art. 233bis. Wer ein zur Feststellung der Landes-, Kantons- oder Gemeindegrenzen dienendes Grenzzeichen beseitigt, verrückt, unkenntlich macht oder falsch setzt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Art. 234. 1. Wer Tatsachen, Vorkehren, Verfahren oder Gegenstände, die mit Rücksicht auf die Landesverteidigung geheimgehalten werden, ausspät, um sie einem fremden Staate, dessen Agenten oder der Oeffentlichkeit bekannt oder zugänglich zu machen,

wer vorsätzlich Tatsachen, Vorkehren, Verfahren oder Gegenstände, die mit Rücksicht auf die Landesverteidigung geheimgehalten werden, einem fremden Staate, dessen Agenten oder der Oeffentlichkeit bekannt oder zugänglich macht,

wird mit Zuchthaus bestraft.

Ziff. 2 streichen.

3. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Gefängnis.

Art. 235. Streichen.

Art. 236. Streichen.

Art. 237. Streichen.

Art. 238. Streichen.

Art. 239. Der Schweizer, der ohne Erlaubnis des Bundesrates in fremden Militärdienst eintritt, wird mit Gefängnis bestraft.

Wer einen Schweizer für fremden Militärdienst anwirbt oder der Anwerbung Vorschub leistet, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Buße bestraft.

Art. 240, 241. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 242. Streichen.

Minderheit.

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 239. Wortlaut des Bundesrates wiederherstellen.

Art. 240. Streichen.

Propositions de la commission.**Majorité.**

Art. 229, 230, 231, 232. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 233. Celui qui aura violé la souveraineté territoriale de la Suisse, notamment en procédant indûment à des actes officiels au nom d'un état étranger,

celui qui aura pénétré sur le territoire suisse contrairement au droit des gens, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 233bis. Celui qui aura supprimé, déplacé, rendu méconnaissable ou placé à faux un signe de démarcation destiné à marquer les frontières de la Confédération, d'un canton ou d'une commune sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement.

Art. 234. 1. Celui qui, pour les faire connaître ou les rendre accessibles à un Etat étranger, à un de ses agents ou au public, aura espionné des faits, des dispositions, des procédés ou des objets tenus secrets dans l'intérêt de la défense nationale,

celui qui, intentionnellement, aura fait connaître ou rendu accessibles à un Etat étranger, à un de ses agents ou au public des faits, des dispositions, des procédés ou des objets tenus secrets dans l'intérêt de la défense nationale,

sera puni de la réclusion.

Chiffre 2 biffer.

3. La peine sera l'emprisonnement, si le délinquant a agi par négligence.

Art. 235. Biffer.

Art. 236. Biffer.

Art. 237. Biffer.

Art. 238. Biffer.

Art. 239. Tout Suisse qui, sans l'autorisation du Conseil fédéral, aura pris du service dans une armée étrangère, sera puni de l'emprisonnement.

Celui qui aura enrôlé un Suisse pour le service militaire étranger, ou aura favorisé l'enrôlement, sera puni de l'emprisonnement pour un mois au moins et de l'amende.

Art. 240. Celui qui, par une mutilation ou par tout autre procédé, se sera, par son propre fait ou par celui d'un tiers, rendu, de façon permanente ou temporaire, totalement ou partiellement inapte au service militaire,

celui qui, avec le consentement de l'intéressé, aura par une mutilation ou par tout autre procédé rendu une autre personne, de façon permanente ou temporaire, totalement ou partiellement inapte au service militaire,

sera puni de l'emprisonnement.

Art. 241. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 242. Biffer.

Minorité.

(Affolter et cosignataires.)

Art. 239. Rétablir le texte du projet.

Art. 240. Biffer.

Antrag Favarger.

Art. 229bis. Vorbereitungshandlungen zur Begehung des in Art. 229 umschriebenen Vergehens sind als Versuch zu betrachten und unterliegen der gleichen Strafe. Als Vorbereitungshandlungen haben insbesondere zu gelten: Ankauf und Ansammlung von Waffen, Vorbereitung einer Meuterei, sowie Werbetätigkeit und Aufreizung durch irgendwelche Mittel, wie Vereinigungen, Versammlungen, Maueranschläge, Drucksachen, Schriftstücke oder bildliche Darstellungen.

Proposition Favarger.

Art. 229bis. Les actes préparatoires du délit prévu par l'art. 229 sont assimilés à la tentative et punis des mêmes peines que celle-ci. Sont considérés comme actes préparatoires, notamment l'achat et le dépôt d'armes, le complot, ainsi que la propagande ou l'agitation par des moyens quelconques, tels que associations, réunions, affiches, imprimés, écrits ou images.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Ich muß Sie bitten, die Vorlage wieder zur Hand zu nehmen. Wir kommen in ein etwas kompliziertes Kapitel, kompliziert deshalb, weil durch die Annahme des Militärstrafgesetzes verschiedene Artikel und Bestimmungen dahinfallen.

Die Verbrechen oder Vergehen gegen den Staat und die Landesverteidigung gliedern sich nach der bundesrätlichen Vorlage in 4 Abschnitte: Die Verbrechen oder Vergehen gegen den Staat im engeren Sinn, die Verräterei, die Schwächung der Wehrkraft und die Störung der militärischen Sicherheit. Vorerst ist zu untersuchen, welche Bestimmungen durch die Revision des Militärstrafgesetzes erledigt sind. Dabei ist daran zu erinnern, daß das M. St. G. den Kreis der ihm unterstellten Personen enger oder weiter zieht, je nachdem Friedenszeiten, Aktivdienst oder Kriegszeiten in Frage kommen. Art. 2 M. St. G. setzt die persönliche und sachliche Geltung des Gesetzes in normalen Zeiten. Art. 3 die erweiterte Geltung in Zeiten des Aktivdienstes und Art. 4 eine noch weitere Geltung in Kriegszeiten fest. In normalen Zeiten fallen Zivilpersonen, soweit sie nicht mit der Truppe verbunden sind, unter das Militärstrafgesetz und die Militärstrafgerichtsbarkeit nur wegen Verletzung militärischer Geheimnisse, wegen fremden Militärdienstes, wegen Verstümmelung und wegen Dienstpflichtbetrug (Art. 2, Ziff. 8 in Verbindung mit Art. 86, 94, 95 und 96 M. St. G.). Weiter ist der Kreis des Geltungsbereichs gezogen in Zeiten des Aktivdienstes. In diesen Zeiten fallen auch Zivilpersonen wegen Vergehen, welche mit der Armee zusammenhängen, unter das Militärstrafgesetz und in Kriegszeiten wird die Geltung auch auf gemeine Delikte ausgedehnt, die für das Heer eine besondere Gefahr bedeuten.

Die Vorlage des Bundesrates hat eine ganze Reihe von Tatbeständen, welche im nunmehr in Kraft getretenen Militärstrafgesetz vorgesehen sind, ebenfalls

enthalten. Aus der Annahme des Militärstrafgesetzes müssen nunmehr die Konsequenzen für das bürgerliche Strafgesetz gezogen werden. Die Untersuchung ergibt, daß im 13. Abschnitt der bundesrätlichen Vorlage folgende Artikel gestrichen werden müssen:

Art. 234, Verräterei, erledigt durch Art. 86 und Art. 2, Ziff. 8, M. St. G.

Art. 235, Militärischer Landesverrat, erledigt durch Art. 87 und Art. 3 M. St. G.

Art. 236, Nachrichtenverbreitung, erledigt durch Art. 89 und Art. 3 M. St. G.

Art. 237, Waffenhilfe, erledigt durch Art. 90 und Art. 4 M. St. G.

Art. 238, Begünstigung des Feindes, erledigt durch Art. 91 und Art. 4 M. St. G.

Art. 239, Fremder Militärdienst, erledigt durch Art. 94 und Art. 2, Ziff. 8, M. St. G.

Art. 240, Verstümmelung, erledigt durch Art. 95 und Art. 2, Ziff. 8, M. St. G.

Art. 241, Dienstplichtbetrug, erledigt durch Art. 96 und Art. 2, Ziff. 8, M. St. G.

Art. 242, Verletzung von Lieferungsverträgen, erledigt durch Art. 97 und Art. 3 M. St. G.

Art. 245, Unwahre Darstellungen über das Heer, erledigt durch Art. 102 und Art. 3 M. St. G.

Art. 246, Gehorsamsverweigerung, erledigt durch Art. 104 und Art. 3 M. St. G.

Art. 247, Befreiung von Gefangenen, erledigt durch Art. 105 und Art. 3 M. St. G.

Art. 248, Ungehorsam, erledigt durch Art. 108 und Art. 3 M. St. G.

Durch diese Streichungen reduziert sich der Abschnitt dreizehn wesentlich. Intakt bleibt der erste Unterabschnitt des Abschnittes über die Verbrechen gegen den Staat im engern Sinn Art. 229—233 und 233bis. Der zweite Unterabschnitt: Verräterei Art. 234—238 fällt vollständig dahin, ebenso der dritte Unterabschnitt: Schwächung der Wehrkraft Art. 239—242. Vom vierten Unterabschnitt: Störung der militärischen Sicherheit verbleiben die Art. 243, 244 und 244bis, die Art. 245—248 sind durch das Militärstrafgesetz erledigt.

Auf Grund dieser Ausführungen ergibt sich folgende Situation:

Streichung der Art. 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 245, 246, 247, 248. Dabei möchte ich aber beantragen, daß Sie die Streichung der Art. 234, 239, 240 und 241 nicht definitiv vornehmen, sondern die Frage noch einmal an die Kommission zurückleiten. Grundsätzlich müssen diese Artikel gestrichen werden, wenn das Militärstrafgesetzbuch in vollem Umfange in Kraft bleibt. Es könnte aber auch unter Umständen die Sache so geregelt werden, daß das Militärstrafgesetz in bezug auf diese Punkte abgeändert und daß die Angelegenheit im bürgerlichen Strafgesetz erledigt wird.

Ich beantrage also Rückweisung der Art. 234, 239, 240 und 241 an die Kommission, dagegen die Streichung der Art. 235, 236, 237, 238, 242, 245 bis 248.

Wir hätten dann in zweiter Linie die Behandlung der Verbrechen oder Vergehen gegen den Staat 229—233bis, wobei ein Antrag des Herrn Favarger eingegangen ist, der besonderer Behandlung ruft und in dritter Linie die Behandlung der Art. 243, 244 und 244bis.

Wir haben nun also in erster Linie die Art. 229 bis 233bis zu behandeln und dazu den Antrag des

Herrn Favarger bei Art. 229bis, der uns soeben ausgeteilt worden ist, zu dem somit die Kommission nicht hat Stellung nehmen können. Er ist neu und will die Hinübernahme einzelner Gedanken aus der verworfenen Revisionsnovelle zum Bundesstrafrecht. Dieser Artikel könnte ohnehin nicht abschließend erledigt werden, ohne daß die Kommission Gelegenheit gehabt hätte, Stellung zu nehmen. Aus den Ausführungen die ich machen werde, können Sie aber entnehmen, daß die Berichterstatter die Ablehnung des Antrages Favarger ins Auge fassen.

In bezug auf die Verbrechenkategorie der Art. 229 bis 233bis liegen Minderheitsanträge nicht vor, — wollte ich sagen. Das stimmt nun nicht mehr ganz, weil Herr Favarger diese Feststellung durch seinen Antrag zerstört hat. Die Vorlage des Bundesrates ist in der Kommission diskussionslos angenommen worden. Diese Erledigung gestattet auch den Referenten die größtmögliche Kürze und zwar um so mehr, als durch die Kampagne für und gegen die Novelle zum Bundesstrafgesetz vom 11. April 1921 und durch die Volksabstimmung, sowie auch durch das Militärstrafgesetz eine Abklärung in der Öffentlichkeit geschaffen worden ist. Der nunmehrige Hochverratsartikel 229 unterscheidet sich nicht wesentlich vom Revisionsvorschlag von 1921 zu Art. 45 des Bundesstrafrechts. Die heutige Fassung ist in ruhiger Zeit entstanden und durch alle Beratungen hindurch unangefochten geblieben und zwar auch in Bezug auf das Strafmaß, von einigen redaktionellen Aenderungen abgesehen. Die Fassung des Vorentwurfs: «Wer es versucht . . .» ist ersetzt worden durch die Fassung: «Wer eine Handlung vornimmt, die darauf gerichtet ist», eine Aenderung, die im Hinblick auf die Streitfragen beim Versuch empfehlenswert ist. Außer Betracht fallen hier bloße Vorbereitungshandlungen, wie sie in der Novelle zum Bundesstrafrecht unter Strafe gestellt werden sollten. Ein Vorbehalt ist zu machen allerdings in Bezug auf Art. 243, welcher das militärische Gebiet betrifft. Nicht aufgenommen ist vor allem die viel angefochtene Bestimmung von Art. 47 der Novelle zum Bundesstrafrecht, welche schon Vorbereitungshandlungen zu selbständigen Gefährdungsdelikten machte. Die Kommission ist auf diese Bestimmungen nicht mehr zurückgekommen.

Art. 230 beschlägt Angriffshandlungen gegen den Staat, die wohl in den Zeiten des Völkerbundes und des Kelloggpaktes außerhalb einer ernstlichen Möglichkeit stehen. Immerhin wird unser Optimismus nicht so weit gehen dürfen, die Streichung vorzunehmen. Aehnlich verhält es sich mit Art. 231, es sei denn, man denke an Verwicklungen durch neue große Machtkonstellationen. Art. 232 bezieht sich auf die Hoheitszeichen unseres Staates (Bund oder Kanton); der Angriff auf fremde Wappen und Fahnen, der heute nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit steht, ist durch Art. 266 unter Strafe gestellt. Für die Grenzgebiete ist Art. 233 von Bedeutung. Der Vorentwurf sprach nur von der Verletzung schweizerischen Gebietes. In der Expertenkommission wurde die Frage aufgeworfen, wie es sich mit den Amtshandlungen fremder Beamten auf unserem Gebiete verhalte. Der Zweifel ist nunmehr durch die klare Fassung von Art. 233, Abs. 1 behoben. Streitig ist auch die Frage, ob die sogenannten agents provocateurs unter Art. 233 fallen. Gautier hat diese Frage

seinerzeit bejaht, Hafter nimmt in seinem Lehrbuch den Standpunkt ein, daß die Behandlung dieser Leute, deren Wille darauf ausgeht, einen ändern zu einer strafbaren Handlung zu bestimmen, um ihn dann wenn möglich vor Vollendung des Deliktes zu fassen und zur Strafe zu bringen, aus den Regeln über die Anstiftung abzuleiten ist.

Art. 233bis ist aus Art. 222 hinübergernommen. Die Verrückung der Grenzen des Landes, des Kantons oder der Gemeinde ist ein Verbrechen gegen den Staat.

Bevor wir zum Antrag des Herrn Favarger Stellung nehmen, wollen wir die Begründung dieses Antrages abwarten.

Präsident: Ich möchte den Herrn Referenten bitten, wie die gewöhnlichen Sterblichen des Rates mich über neue Anträge schriftlich zu orientieren. Ich frage Herrn Favarger an, ob er einverstanden ist, seinen Antrag der Kommission zuzuleiten. Der Kommissionspräsident Herr Seiler hat bereits erklärt nach dem bekannten Spruch, «ich kenne zwar seine Motive nicht, aber ich mißbillige sie», daß die Kommission einen ablehnenden Standpunkt einnehmen werde. Damit kann Herrn Favarger nicht gedient sein, deshalb ersuche ich Sie, seinen Antrag der Kommission zu überweisen.

M. Favarger: A la suite des explications que je viens d'avoir l'honneur d'échanger avec M. le chef du département de justice et police, je suis d'accord pour renvoyer ma proposition à l'examen de la commission.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Le chapitre XIII protège l'Etat et la défense nationale. Je dois vous rappeler à ce propos, tout d'abord, les dispositions de l'art. 4 de notre projet en vertu desquelles, comme tous les autres codes, notre projet fait, à l'égard des délits dont nous allons parler, abstraction du lieu de commission. L'art. 4 est nécessaire, nous l'avons déjà constaté, parce que, pour la loi étrangère du lieu de commission, ces délits pourraient, en tant que délits politiques dirigés contre un Etat étranger, échapper à toute répression dans certains cas. Ou bien, tout au moins, ils ne seraient pas jugés à un point de vue qui soit le même que le nôtre.

C'est l'état législateur, c'est-à-dire notre état qui est ici le premier et pour ainsi dire le seul intéressé. De là la nécessité de l'art. 4, sur lequel je ne reviens pas. Cela dit, je vous rappelle également que le Code pénal militaire suisse de 1927 s'est largement inspiré de notre projet dans son chapitre consacré aux infractions contre la défense nationale et contre la puissance défensive du pays (art. 86 et suivants du Code pénal militaire).

Ces dispositions du Code pénal militaire de 1927 rendent même aujourd'hui superflus divers articles du chapitre XIII de notre projet. J'aurai, un peu plus tard, l'occasion d'y revenir et de préciser.

En revanche, ce sur quoi le Code pénal militaire est muet, ce sont les crimes contre l'Etat prévus aux art. 229 à 233 de notre projet.

Votre commission approuve ces dispositions qui répriment ce que nous appelons des délits contre la sûreté intérieure ou extérieure de l'Etat. Je serai donc très bref sur les art. 229 à 233bis.

Ce qui est visé à l'art. 229, sous le nom de haute trahison, ce sont des actes dont le caractère commun est qu'ils tendent à substituer la violence, la force brutale aux moyens légaux, aux fins d'arriver:

ou bien à modifier la Constitution fédérale ou la Constitution d'un canton;

ou bien encore à renverser les autorités politiques instituées par la Constitution ou à les mettre dans l'impossibilité d'exercer leur pouvoir;

ou enfin à porter atteinte à l'intégrité territoriale de la Confédération ou d'un canton.

A la différence des deux premières, cette troisième infraction est plutôt un attentat à la sécurité extérieure de l'Etat.

Je vous signale enfin un trait commun à toutes les infractions de l'art. 229: Ce qu'on déclare punissable dans cet article, ce n'est pas seulement le fait accompli. C'est tout «acte tendant» à atteindre ce résultat.

Bien entendu, la poursuite pénale n'est possible en vertu de ce texte, que s'il y a eu des actes. Le fait de discuter théoriquement si un changement de gouvernement ou une sécession ne seraient pas souhaitables, ne tombe pas encore sous le coup de l'art. 229.

Il n'est en revanche pas exclu que l'art. 229 soit déclaré applicable, par exemple, à la provocation à un soulèvement violent, ou au complot formé en vue d'un tel soulèvement. La plupart des codes punissent déjà, dans ce domaine, la provocation et le complot. Plusieurs vont même jusqu'à punir la non révélation. Cela découle de l'intérêt vital qu'a le pouvoir établi, à intervenir dès la première menace de danger.

A l'art. 230 encore, qui vise le délit d'atteinte à l'indépendance de la Confédération, les actes préparatoires sont compris dans l'incrimination, même s'ils n'ont eu aucun succès.

Ce qui explique cette rigueur, c'est le danger particulièrement grave que peuvent faire courir à la Confédération les agissements ici prévus.

La peine du chiff. 1 est la même que celle de l'art. 229.

Peine aggravée, en revanche, dans le cas du chiff. 2: intelligences nouées avec un gouvernement étranger, pour provoquer une guerre contre la Confédération.

Certains codes étrangers (le Code français, par exemple) vont jusqu'à prévoir ici la peine de mort. Notre projet est moins rigoureux; il prévoit la réclusion pour 3 à 15 ans.

Art. 231. Celui qui commet intentionnellement une des infractions de cet article ne peut avoir d'autre but que de placer la Confédération, au point de vue diplomatique, dans une situation défavorable vis-à-vis de tel ou tel Etat étranger.

De là le nom de trahison diplomatique que le projet donne au délit de l'art. 231. Sans insister sur le détail des incriminations ici prévues, je relève que la peine est la même qu'aux art. 229 et 230, chiff. 1, quand le délit est commis intentionnellement. En revanche, la peine peut être atténuée jusqu'à l'amende, si le délinquant a agi par négligence (art. 231, chiff. 2).

Sur l'art. 232, atteinte aux emblèmes de la Confédération ou d'un canton, pas d'observation, si — non pour signaler que l'art. 262 lui fait pendant pour la protection des emblèmes non plus fédéraux, mais étrangers.

Art. 233. De même, l'art. 263 fait pendant à l'art. 233. Il a même, à certains égards, une plus grande importance encore.

L'origine de l'art. 233 se trouve dans l'art. 39 du Code pénal fédéral de 1853.

L'art. 233 réprime d'une part la violation de la souveraineté territoriale de la Suisse et, d'autre part, la violation du territoire suisse lui-même (ainsi l'usurpation de ce territoire pour des exercices militaires étrangers.)

La modification que la commission propose d'apporter à l'al. 2, de l'art. 233 est de pure forme. Il faut du reste apporter aussi cette modification à l'alinéa correspondant de l'art. 263.

Un dernier mot au sujet de l'art. 233bis (déplacement de bornes destinées à marquer la frontière de la Confédération, d'un canton ou d'une commune). Cet article reproduit exactement l'art. 222, chiff. 2, qui, pour les raisons que j'ai déjà indiquées hier à propos de l'art. 222, nous paraît être plus à sa place dans le chapitre XIII et, plus spécialement, à la fin du premier paragraphe de ce chapitre.

M. Favarger avait déposé une proposition d'introduire dans le projet un art. 229 bis nouveau. Il nous a annoncé tout à l'heure qu'il se contente de prier la commission d'examiner sa proposition; je l'en remercie.

Abstimmung. — Vote.

Art. 229.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 230.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 231.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 232.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 232bis.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 233.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 233bis.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 234.

An die Kommission zurückgewiesen.
Renvoyé à la commission.

Art. 235.

Gestrichen. — *Biffé.*

Art. 236.

Gestrichen. — *Biffé.*

Art. 237.

Gestrichen. — *Biffé.*

Art. 238.

Gestrichen. — *Biffé.*

Art. 239, 240, 241.

An die Kommission zurückgewiesen.
Renvoyés à la commission.

Art. 242.

Gestrichen. — *Biffé.*

Art. 243—248.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 243. 1. Wer öffentlich zum Ungehorsam gegen militärische Befehle, zu Dienstverletzung, zu Dienstverweigerung oder zum Ausreissen auffordert, wer einen Dienstpflichtigen zu einer solchen Tat verleitet,

wird mit Gefängnis bestraft.

2. Geht die Aufforderung auf Meuterei oder auf Vorbereitung einer Meuterei, oder wird zur Meuterei oder zur Vorbereitung einer Meuterei verleitet, so ist die Strafe Zuchthaus oder Gefängnis.

Art. 244. Wer eine Militärperson in der Ausübung des Dienstes hindert oder stört, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Buße bestraft.

Art. 244bis. Wer ein militärisches Aufgebot oder eine für Dienstpflichtige bestimmte Weisung fälscht, verfälscht, unterdrückt oder beseitigt,

wer ein gefälschtes oder verfälschtes Aufgebot oder eine solche Weisung gebraucht,

wird mit Zuchthaus oder mit Gefängnis bestraft.

Art. 245, 246, 247, 248. Streichen.

Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 243, 244. Streichen.

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 243. 1. Celui qui aura publiquement provoqué à la désobéissance à un ordre militaire, à une violation des devoirs de service, au refus de servir ou à la désertion,

celui qui aura incité une personne astreinte au service personnel à commettre une de ces infractions, sera puni de l'emprisonnement.

2. La peine sera la réclusion ou l'emprisonnement si le délinquant a provoqué ou incité à la mutinerie ou au complot.

Art. 244. Celui qui aura empêché un militaire de faire son service ou l'aura troublé dans son service, sera puni de l'emprisonnement jusqu'à six mois ou de l'amende.

Art. 244bis. Celui qui aura contrefait, falsifié détruit ou fait disparaître un ordre de se présenter au recrutement, un ordre de mise sur pied, un ordre de marche ou une instruction destinée à des citoyens astreints au service militaire,

celui qui aura fait usage d'un tel ordre ou d'une telle instruction contrefaits ou falsifiés, sera puni de la réclusion ou de l'emprisonnement. Art. 245, 246, 247, 248. Biffer.

Minorité :

(Affolter et cosignataires.)

Art. 243, 244. Biffer.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Die Art. 243, 244 und 244bis entsprechen den Art. 98, 100 und 103 des Militärstrafgesetzes. Die Anwendbarkeit des Militärstrafgesetzes und der Militärstrafgerichtsbarkeit auf die hier in Betracht fallenden Tatbestände bezieht sich nur auf den Aktivdienst und auf die Kriegszeit. Werden die Verbrechen der Aufforderung und Verleitung durch Verletzung militärischer Dienstpflichten, der Störung des Militärdienstes und der Fälschung von Aufgebots und Weisungen in Friedenszeiten begangen, so kommen die Art. 243—244bis unserer Vorlage zur Anwendung. Die Kommission minderheit beantragt Streichung der Art. 243 und 244, offenbar von der Erwägung ausgehend, daß derartige Strafandrohungen in Friedenszeiten nicht am Platze seien. Nun kommen Ungehorsam, Dienstverletzung, Dienstverweigerung, Ausreissen und Meuterei auch im Friedensdienst vor. Der Friedensdienst ist die Vorbereitung für den Ernstfall. Gerade im Instruktionsdienst muß die Disziplin gefestigt werden, wenn sie unter viel schwierigeren Bedingungen im Ernstfall standhalten soll. Daher ist es wohl ein Gebot der Logik, die Artikel im Strafgesetz aufrechtzuerhalten. Andernfalls müßte man sich fragen, ob nicht die Militärgerichtsbarkeit für solche Taten auf die Friedenszeit ausgedehnt werden sollte, so daß alsdann die fehlbaren Personen den Militärgerichten unterstellt würden. An eine solche Ausdehnung denkt jedoch die Kommission nicht. Andererseits muß nun aber um so mehr mit Entschiedenheit an der Vorlage des Entwurfes festgehalten werden und es wird wohl hier der Rat entscheiden können, ohne daß die Referenten weiter ausholen müssen. Auf Details einzutreten, dürfte sich mit Rücksicht auf die Behandlung der Bestimmungen im Militärstrafgesetz erübrigen.

Die Kommissionmehrheit beantragt Ihnen Festhalten an den Art. 243—244bis; Art. 245—248 sollen gestrichen werden.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Nous passons aux art. 243 et suivants, qui répriment ce que le projet appelle des « atteintes à la sécurité militaire » de la Confédération.

Ces articles forment la quatrième et dernière catégorie d'infractions prévues au chapitre XIII.

Ici encore, la mise en vigueur du Code pénal militaire entraîne des coupes sombres dans notre projet. Des divers articles proposés ici par le Conseil fédéral, la commission ne vous propose de maintenir que deux: les art. 243 et 244.

En outre, la commission estime utile d'insérer dans le projet un nouvel art. 244bis, auquel je reviendrai tout à l'heure.

Permettez-moi d'attirer tout d'abord votre attention sur l'art. 243. Cet article vise la provocation publique et l'incitation à la violation des devoirs militaires. Il a derrière lui une histoire mouvementée.

En 1901 et en 1906, des tentatives furent faites pour compléter dans ce sens le droit pénal fédéral. Elles échouèrent.

L'art. 243, tel qu'il vous est aujourd'hui proposé par la commission, tient compte de ces expériences en précisant nettement (à l'al. 2, plus nettement encore que le projet du Conseil fédéral) le délit qu'il incrimine.

L'art. 243, texte de la commission, qui, à deux détails près, est identique à l'art. 98 du Code pénal militaire, prévoit deux cas :

1. La provocation publique à la désobéissance à un ordre militaire, à une violation des devoirs du service, au refus de servir ou à la désertion.

Ici donc, comme à l'art. 225, il faut la publicité pour rendre la provocation punissable. Il faut, en outre, que l'appel public au délit porte sur une des infractions énumérées dans notre texte. Tel est le premier délit prévu par l'art. 243.

2. L'art. 243, chiffre 1, al. 2, réprime ensuite le fait, non plus de s'adresser à un nombre indéterminé d'auditeurs ou de lecteurs, par exemple par des discours, affiches ou articles de presse, mais d'inciter une personne astreinte au service à commettre un des délits visés à l'al. 1^{er}.

L'auteur de la provocation publique ou de l'incitation individuelle dont je viens de parler, quels que puissent être ses mobiles, pousse autrui à des actes qui pourront être sévèrement punis. De l'avis de la majorité de votre commission, il serait profondément injuste que ce provocateur ou cet incitateur lui-même puisse tirer son épingle du jeu.

La répression prévue par l'art. 243, chiffre 1, n'a du reste rien d'exagéré. C'est l'emprisonnement.

Le chiffre 2 aggrave cependant la peine, et il a raison de l'aggraver dans un cas spécialement dangereux: celui où le délinquant a provoqué ou incité à la mutinerie ou au complot, délits visés aux art. 63 et 64 du Code pénal militaire.

En revanche, le texte proposé par la commission, pour le chiffre 2, ne mentionne pas la désertion en service actif (voir en sens contraire l'art. 98, chiffre 2, al. 1^{er}, du Code pénal militaire). Notre texte ne mentionne pas la provocation à la désertion « en service actif », car alors, les art. 98 et 3, chiffre 1, du Code pénal militaire seront applicables. Cela suffit.

Quant à la peine, la marge donnée au juge par le chiffre 2 de l'art. 243 reste encore très large, puisque le juge peut descendre jusqu'à 3 jours d'emprisonnement — sans même parler du cas où il y aurait des circonstances atténuantes.

D'autre part, l'art. 243 ne reproduit pas le chiffre 3 de l'art. 98 du Code pénal militaire, qui est ici superflu (voyez l'art. 3, chiffre 1, et l'art. 4 du Code pénal militaire).

Tout compte fait, on ne peut en tout cas reprocher à l'art. 243 ni une imprécision, ni une sévérité excessive.

Une minorité de la commission vous propose cependant de biffer cet art. 243. Elle vous fera connaître ses motifs. Je me réserve de lui répondre, après avoir entendu son porte-parole.

L'art. 244, que la commission vous propose également de maintenir, réprime, dans le texte de la commission, seulement le fait d'empêcher un militaire de faire son service ou de le troubler dans son service.

De même que l'art. 100 du Code pénal militaire, le texte de la commission laisse tomber l'incrimina-

tion qui vise le fait d'injurier publiquement un militaire (projet du Conseil fédéral, art. 244, al. 2).

La peine, que la commission a encore atténuée par rapport au projet du Conseil fédéral, n'a rien de draconien. C'est l'emprisonnement jusqu'à six mois ou l'amende.

Ici encore, une minorité de la commission propose de biffer complètement l'article. Vous aurez à choisir entre cette proposition et celle de la majorité, en tenant compte de ceci:

L'art. 100 du Code pénal militaire ne réprime que le fait d'empêcher un militaire « en service actif » de faire son service; et il n'est applicable aux civils que dans le cas exceptionnel et aux conditions fixées par l'art. 3 du Code pénal militaire.

Art. 244bis. En fait, l'art. 244bis reproduit exactement l'art. 103 du Code pénal militaire sur la falsification d'ordres de mise sur pied ou d'instructions.

L'art. 103 du Code pénal militaire est en effet insuffisant, puisqu'il ne s'applique aux civils qu'en cas de service actif (Code pénal militaire, art. 3).

La commission vous propose, en revanche, de biffer les art. 245 à 248. Ces articles sont rendus superflus par l'existence, dans le Code pénal militaire, de l'art. 3, chiffre 1, puis des art. 102, 104, 105 et 107. Il est vrai que, théoriquement, les délits des art. 246 et 247, qui concernent des internés ou des prisonniers de guerre, pourraient être commis sans que nous ayons de troupes en service actif. Et alors, les art. 104 et 105 du Code pénal militaire ne seraient pas applicables au civil qui commettrait un de ces deux délits; mais cette hypothèse est trop académique pour justifier le maintien des art. 246—247 dans notre projet.

Farbstein, Berichterstatter der Minderheit: Die Kommissionsminderheit beantragt Ihnen, die Art. 243 und 244 zu streichen. Wenn Sie das geltende Militärstrafgesetzbuch zur Hand nehmen, werden Sie sehen, daß Art. 243 wortgetreu dem Art. 98 des Militärstrafgesetzbuches entspricht und ebenso Artikel 244 dem Art. 100 des Militärstrafgesetzes, mit dem einen Unterschied: beim Militärstrafgesetzbuch werden die Vergehen nur dann bestraft, wenn sie von Zivilpersonen zu Zeiten des Aktivdienstes begangen werden. In den Art. 98 und 100 des Militärstrafgesetzbuches werden ausdrücklich die Worte «im Aktivdienst» gebraucht. Der zweite Absatz des Art. 98 des Militärstrafgesetzbuches lautet «oder wer zum Ausreisen im Aktivdienst», und in Art. 100 des Militärstrafgesetzbuches: «wer eine Militärperson, die im Aktivdienst steht». Ausserdem geht aus Art. 3 des Militärstrafgesetzbuches hervor, daß Art. 98 und 100 sich nur auf Zivilpersonen beziehen und nur im Falle des Aktivdienstes. Sie haben bei Behandlung des Militärstrafgesetzbuches ja lang darüber beraten, ob Zivilpersonen wegen der Vergehen der Art. 98 und 100 des Militärstrafgesetzbuches bestraft werden sollen. Man hat sich darauf geeinigt, daß Zivilpersonen nur im Falle des Aktivdienstes gemäss Art. 98 und 100 des Militärstrafgesetzbuches bestraft werden sollen. Nun will die Kommissionsminderheit das Militärstrafgesetz verschärfen: sie will Zivilpersonen wegen der gleichen Delikte, die in Art. 98 und 100 erwähnt sind, bestrafen, wenn es sich nicht um Zeiten des Aktivdienstes handelt, sondern im Falle des Instruktionsdienstes. Das ist ein Unterschied. Es liegt hier

also eine Verschärfung des geltenden Militärstrafgesetzes vor, denn nach dem geltenden Militärstrafgesetz können Zivilpersonen nur im Falle des Aktivdienstes bestraft werden. Im übrigen besteht nur noch der Unterschied, daß im Falle, den das Militärstrafgesetzbuch vorsieht, das Militärgericht zu urteilen hat, im Falle der Art. 243 und 244 der Zivilrichter. Das Strafmaß und der Inhalt des Deliktes sind gleich; der Kompromiß, der das Ergebnis der langen Beratung der Militärstrafgesetzkommision war, ist beiseite geschoben. Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Kommissionsminderheit, Art. 243 und 244 zu streichen. Wir wollen nicht auf einem Umweg die Bestimmungen des Militärstrafgesetzes verschärfen, indem wir bestimmte Uebertretungen, die nach dem geltenden Recht nur im Aktivdienst zu bestrafen sind, in Zukunft auch im Instruktionsdienst unter Strafe gestellt sind.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Au nom de la majorité de la commission, je vous demande d'écarter la proposition de suppression de l'article 243 qui vient d'être motivée au nom d'une minorité de la commission.

D'accord avec le Conseil fédéral, la majorité de la commission considère que le maintien de cet article est nécessaire. L'art. 98 du Code pénal militaire n'est applicable qu'en temps de service actif aux civils qui provoquent ou incitent à la violation des devoirs militaires. Ce n'est que dans des cas très exceptionnels (art. 6 du Code pénal militaire) que cet article est applicable aux civils en temps de paix, c'est à dire en temps normal.

Or, il s'agit ici d'actes qui, s'ils sont tolérés, pourraient être à la longue de nature à affaiblir ce que, si l'on ne veut pas se payer de mots, on doit jusqu'à nouvel ordre considérer comme un des facteurs de notre existence indépendante: notre défense nationale. Notre devoir absolu est donc de vous recommander le maintien de l'art. 243.

Welti-Basel: Die Art und Weise, wie der Streichungsantrag vom Sprecher der Kommissionsminderheit begründet worden ist, scheint uns derart unzulänglich, daß wir unbedingt hier eine Erklärung abgeben müssen, bevor wir dazu Stellung nehmen. Herr Farbstein hat seinen Streichungsantrag damit begründet, daß er erklärte: Wir haben ein Militärstrafgesetz gemacht und haben dabei einen Kompromiß geschlossen in dem Sinne, daß wir ein bestimmtes Delikt unter Strafe stellen, aber nur für den Fall des Aktivdienstes. Und nun kommt die Kommissionsmehrheit und geht über diesen Kompromiß hinweg und verschärft die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches. Herr Präsident, meine Herren, das ist keine Begründung. Man soll sagen, warum man materiell diese Gesetzesbestimmung nicht haben will. Ich habe die Auffassung, daß es sich hier darum handle, die Propaganda der Dienstverweigerung und die Aufforderung zur Dienstverweigerung, sofern sie nicht im Aktivdienst geschieht, straflos zu machen; das ist die Absicht der Kommissionsminderheit. Und wenn wir auch mit der Streichung an sich einverstanden sind, so wollen wir hier doch mit aller Deutlichkeit erklären, daß wir die individuelle Dienstverweigerung nicht als taugliches Mittel zur Bekämpfung des Militarismus ansehen. Wir wollen hier deutlich erklären,

daß wir mit der pazifistischen Propaganda der Dienstverweigerer nichts zu tun haben, daß wir im Gegenteil die Arbeiter als Soldaten auffordern, die Dienstpflicht restlos zu erfüllen und zu trachten, gute Soldaten zu werden. Warum wir das tun, dürfte Ihnen bekannt sein. Ich will die Debatte nicht dadurch verlängern, daß ich Ihnen die einzelnen Gründe auseinandersetze, warum wir ein Interesse daran haben, dieser pazifistischen Dienstverweigerungspropaganda entgegenzutreten, und ein Interesse daran, daß die Arbeiter ihren Militärdienst richtig leisten und sich dort zu guten Soldaten des Proletariats gegen den bürgerlichen Staat zu entwickeln.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Herr Welti hat uns mit erfreulicher Klarheit auseinandergesetzt, warum seine Partei für den Militärdienst eingenommen ist. Wir wollen davon Notiz nehmen. Ob der Zweck, den sie erhoffen, dann auch erreicht wird, steht an einem andern Ort geschrieben. Herr Dr. Welti hat nun aber insofern recht gehabt, daß die Begründung des Herrn Farbstein nicht genau stimmt. Es muß hier eine Lücke ausgefüllt werden, aber daß die Kommission jemals einen Kompromiß in dem Sinne abgeschlossen hätte, daß wir auf diese Bestimmungen verzichten, das stimmt nicht. Wir wollen, daß in Friedenszeiten die Aufforderung zur Dienstverweigerung, die Störung des Militärdienstes usw. ebenfalls gestraft werden. Wir wollen, daß dies in Friedenszeiten auf Grund des bürgerlichen Strafgesetzes geschieht; wir wollen nicht, daß diese Militärvergehen in Friedenszeiten von den Militärgerichten beurteilt werden müssen, sondern daß das dem bürgerlichen Richter zufällt. Man hätte ja auch weitergehen und auch diese Delikte, die mit dem Militärdienst im engen Zusammenhang stehen, den Militärgerichten überweisen können. Wir trachten aber danach, die Militärgerichtsbarkeit möglichst auf militärische Personen einzuschränken. Daß wir aber jemals die hier in Betracht fallenden Vergehen in Friedenszeiten als straflos gelten lassen wollten, davon kann keine Rede sein. Es scheint, daß auch Herr Welti unsere Auffassung teilt.

Abstimmung. — *Vote.*

Art. 243 und 244.

Für den Antrag der Mehrheit

Mehrheit

Art. 244bis.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 245, 246, 247, 248.

Gestrichen. — *Biffés.*

Art. 249—254.

Anträge der Kommission.

Art. 249, 250. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 251, Ziff. 1. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Ziff. 2. Streichen.

Art. 252. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 253. Wer sich durch unrechtmäßiges Vorgehen Kenntnis davon verschafft, wie einzelne Berechtigte stimmen oder wählen, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Art. 254. Bei den Verbrechen oder Vergehen dieses Abschnittes kann in jedem Fall, wenn Freiheitsstrafe ausgesprochen wird, auf Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit erkannt werden.

Propositions de la commission.

Art. 249, 250. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 251, chiff. 1. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Chiff. 2. Biffer.

Art. 252, 253. Adhérer au projet du Conseil fédéral. (La modification ne concerne que le texte allemand.)

Art. 254. La privation des droits civiques pourra toujours être prononcée en cas de condamnation à l'emprisonnement pour un des délits prévus au présent chapitre.

Seiler, Berichterstatter: Es handelt sich hier um den Schutz der politischen Rechte. Die Wahlen und die Abstimmungen sollen nicht gestört oder gehindert werden, sie sollen ohne Bestechung und Fälschung und ohne Verletzung des Wahlgeheimnisses vor sich gehen. Die systematische Durcharbeitung dieser Forderungen ist das Verdienst der zweiten Expertenkommission. Unsere Kommission hat nur unwesentliche Aenderungen vorgenommen. Ziff. 2 von Art. 251 ist im Hinblick auf Art. 56 überflüssig. In Art. 253 ist die Aenderung redaktionell, und auch in Art. 254 ergibt sich die Aenderung in bezug auf die Einstellung in der Ehrenfähigkeit aus der Natur der Sache.

Nach Art. 249 sind nur Versammlungen, Wahlen und Abstimmungen in öffentlichen und kirchlichen Angelegenheiten geschützt. In der Kommission wurde festgestellt, daß unter Gemeindeangelegenheiten auch die Angelegenheiten der Bürgergemeinden zu verstehen sind. Daß auch die Sammlung von Referendums- und Initiativeunterschriften zu starker Erregung und unter Umständen auch zu störenden Eingriffen führen könnte, haben Geschehnisse aus nicht allzu ferner Zeit dargetan.

Während Art. 249 den Wahl- und Abstimmungsakt in seiner Gesamtheit ins Auge faßt, beschäftigt sich Art. 250 mit den Handlungen des einzelnen Stimmberechtigten, sei es, daß dieser gestört oder in einem bestimmten Sinne beeinflusst wird. Die sog. Schlepperdienste sind straflos, wenn sie ohne Gewaltanwendung oder schwere Drohung vor sich gehen. Die Wahlbestechung ist in der aktiven und in der passiven Form strafbar. Schon das Versprechen und Versprechenlassen steht unter Strafe. Wie verhält es sich mit dem berühmten Wahlliter, dessen Spende vor den Wahlen da und dort im Schwung ist? Und wie mit dem Franken oder halben Franken, der für die Unterzeichnung eines Referendums- oder Initiativebegehrens geleistet wird? Schon Gautier hat in der Expertenkommission darauf hingewiesen, daß sich hier recht schwierige Fragen einstellen. Persönlich würde ich nicht zögern, deutlich zur Wahlbeeinflussung gemachte Spenden unter Strafe

zu stellen. Auf die Quantität kommt es dabei nicht an, sondern einzig auf den Zweck. Wesentlich ist die Bekämpfung der Wahlkorruption. Daß Abs. 2 von Art. 251 überflüssig ist, wurde schon erwähnt. — Die Bestimmung von Art. 251 gilt auch für die sog. stille Wahl.

Die Wahlfälschung umfaßt mehrere Fälle. Die Fälschung des Stimmregisters in den verschiedenen Formen der Fälschung, Verfälschung, Beiseiteschaffung und Zerstörung, die unbefugte Teilnahme an der Wahl oder Abstimmung, und die Fälschung des Ergebnisses. Täter sind im letzteren Falle namentlich die Mitglieder des Wahlbureaus. Aber auch Dritte können sich einschleichen. Die Tat des Beamten ist qualifiziert.

Auch die Verletzung des Wahlheimnisses ist unter Strafe gestellt. Die Weitergabe der Stimmabgabe an Dritte durch Wahlbureaumitglieder ist ebenfalls strafbar. Vielleicht dürfte es sich empfehlen, diesen Fall noch deutlicher zum Ausdruck zu bringen.

Die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit ist gerade in diesem Zusammenhang gegeben, trotzdem die Strafe Gefängnis ist. Ist die Strafe nur Buße, so fällt die Einstellung nicht in Betracht. Sie ist übrigens nicht obligatorisch, sondern nur fakultativ.

Ich empfehle Ihnen Annahme der Art. 249—254 nach den Anträgen der Kommission.

M. Logoz, rapporteur: Le chapitre XIV est relatif aux délits contre la volonté populaire. Il vise, en deux mots, les délits électoraux. Ces dispositions protègent les droits politiques des citoyens suisses, les droits politiques garantis aux électeurs par la constitution ou la loi.

Théoriquement, ces délits, qui sont de nature à fausser l'expression de la volonté populaire, peuvent être subdivisés en trois catégories, selon que le mode d'attaque est la violence qui porte atteinte à la liberté dans l'exercice des droits politiques; ou la fraude qui porte atteinte à la sincérité des opérations dont il s'agit; ou, enfin, la corruption qui porte atteinte à l'honnêteté électorale.

Au fond, c'est cette classification qui est, d'une façon générale, à la base des art. 249 et suivants.

Les art. 249—250 répriment la violence. De même, l'article 243 a pour objet d'éviter certaines pressions.

L'art. 251 punit la corruption. Enfin, l'article 252 vise la fraude électorale.

L'art. 249, plus exactement, protège contre la violence ou la menace grave deux biens différents, savoir:

1. Les réunions, élections ou votations organisées en vertu de la constitution ou de la loi, et cela en matière fédérale, cantonale, communale ou culturelle.

2. Le second alinéa de l'article 249 protège l'exercice du droit de referendum et d'initiative. Il punit le fait d'empêcher ou d'entraver, par violence ou menace grave, la récolte ou le dépôt de signatures en vue d'une demande de referendum ou d'initiative.

L'art. 250 vise ensuite les délits dirigés non plus contre des institutions et leur fonctionnement libre et normal, mais contre le droit des individus. Il ne

s'agit ici que de la menace ou de la violence exercée contre l'électeur pris individuellement.

Art. 251. L'exercice des droits politiques doit être non seulement libre, donc protégé contre toute violence, mais aussi désintéressé. Il ne doit pas faire l'objet d'un trafic et la loi doit punir le corrupteur et aussi l'électeur qui se laisse corrompre. C'est ce que fait l'article 251, sur les détails duquel il n'est pas nécessaire que j'insiste.

La commission ne se dissimule pas, d'ailleurs, qu'en dehors des faits de corruption bien caractérisés, il peut s'en produire beaucoup dont le caractère délicieux est incertain et qui poseront au juge des questions difficiles à résoudre.

Une seule remarque encore: la commission vous propose de biffer, à l'art. 251, le chiffre 2 qui dit: «Le don ou avantage reçu, ou sa valeur, est acquis à l'Etat.» L'article 56 de notre projet rend en effet cette disposition superflue.

L'art. 252 vise le troisième délit électoral, celui qui porte atteinte à l'exactitude de l'opération électorale: la fraude.

C'est l'infraction principale en cette matière. Elle est possible à tous les degrés de l'opération électorale, dans toutes ses phases.

La fraude est en effet possible:

1. Avant l'opération électorale. Voyez l'art. 252, alinéa 1^{er}, qui réprime le tripotage des registres électoraux.

2. En second lieu, la fraude est possible pendant l'élection ou la votation. C'est notamment le fait d'usurper le droit de vote. Voyez l'alinéa 2.

Enfin 3. La fraude est possible après l'opération électorale. Elle consiste alors (alinéa 3) à tripoter n'importe comment le résultat du vote.

Quant à l'aggravation prévue au chiffre 2 de l'article 252, elle s'explique d'elle-même: «Quis custodiet custodes?»

L'art. 253, en protégeant le secret du vote, a surtout pour objet de couper court à la pression électorale. Votre commission est également d'accord avec cet article.

L'art. 254, enfin, est un article homéopathique qui va plus loin que l'art. 48. Tous les codes punissent les délits électoraux de la privation des droits civiques. Certains prévoient même cette peine à titre obligatoire. Le projet, au contraire, donne au juge la faculté de prononcer la privation des droits civiques. C'est un système qui permet au juge de tenir un juste compte des circonstances.

La commission vous propose cependant de limiter l'application de l'art. 254 au cas où une condamnation à l'emprisonnement aura été prononcée pour un délit électoral. Même avec cet amendement, l'article 254 ira au-delà de ce que prévoit l'art. 48. Mais peut-être vaudrait-il mieux dire: «Condamnation à une peine préventive de liberté», en vue du cas où l'emprisonnement serait converti en arrêts en vertu de l'art. 62. Le Conseil des Etats pourra examiner cela.

Angenommen. — *Adoptés.*

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 26. September 1929.
Séance du matin du 26 septembre 1929.

Vorsitz — Présidence: Hr. Walther.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.

Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 562 hievov. — Voir page 562 ci-devant.)

Art. 255—260septies.

Anträge der Kommission.

Art. 255. 1. Wer eine Behörde oder einen Beamten durch Gewalt oder Drohung an einer Handlung, die innerhalb ihrer Amtsbefugnisse liegt, hindert, zu einer Amtshandlung nötigt oder während einer Amtshandlung tätlich angreift, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

2. Wird das Verbrechen oder Vergehen von einem zusammengerotteten Haufen begangen, so wird jeder, der an der Zusammenrottung teilnimmt, mit Gefängnis bestraft.

Der Teilnehmer, der Gewalt an Personen oder Sachen verübt, wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Art. 255bis. (bisher 337). Wer eine Behörde oder einen Beamten an einer Handlung hindert, die innerhalb ihrer Amtsbefugnisse liegt, wird mit Haft bis zu einem Monat oder mit Buße bestraft.

Art. 256, 257, 258, 259, 260 Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 260bis (bisher 338). Wer der von einer zuständigen Behörde oder einem zuständigen Beamten unter Hinweis auf die Strafdrohung dieses Artikels an ihn erlassenen Verfügung nicht Folge leistet, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 260ter (bisher 343). Wer, ohne dazu berechtigt zu sein, aus Akten, Verhandlungen oder Untersuchungen einer Behörde, die durch Gesetz oder durch Beschluß der Behörde im Rahmen ihrer Befugnis als geheim erklärt worden sind, etwas an die Öffentlichkeit bringt, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Die Gehilfenschaft ist strafbar.

Art. 260quater (bisher 349). 1. Auf Druckschriften, die nicht lediglich den Bedürfnissen des Verkehrs, des Gewerbes oder des geselligen oder häuslichen Lebens dienen, ist der Name des Verlegers und des Druckers und der Druckort anzugeben.

Fehlen diese Angaben, so werden der Verleger und der Drucker mit Buße bestraft.

2. Auf Zeitungen und Zeitschriften ist überdies der Name des verantwortlichen Redaktors anzugeben.

Leitet ein Redaktor nur einen Teil der Zeitung oder Zeitschrift, so ist er als verantwortlicher Redaktor

dieses Teils zu bezeichnen. Für jeden Teil einer solchen Zeitung oder Zeitschrift muß ein verantwortlicher Redaktor angegeben werden.

Fehlen diese Angaben oder wird eine vorgeschobene Person als verantwortlicher Redaktor bezeichnet, so wird der Verleger mit Buße bestraft.

Art. 260quinquies (bisher 344). Wer einen Beruf, ein Gewerbe oder ein Handelsgeschäft ausübt, dessen Ausübung ihm durch Strafurteil untersagt ist, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 260sexies (bisher 345). Wer ein von einer zuständigen Behörde auferlegtes Wirtshausverbot übertritt,

wer als Wirt jemandem geistige Getränke verabreicht, oder verabreichen läßt, dem, wie er weiß, der Besuch der Wirtschaften durch eine zuständige Behörde verboten ist,

wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 260septies (bisher 346). Wer eine Buße, zu der er verurteilt worden ist, aus Böswilligkeit, Arbeitsscheu, Liederlichkeit oder Nachlässigkeit nicht bezahlt, wird mit Haft bestraft.

Propositions de la commission.

Art. 255. 1. Celui qui, en usant de violence ou de menace, aura empêché une autorité ou un fonctionnaire de faire un acte rentrant dans leurs fonctions, les aura contraints à faire un tel acte ou aura usé de voies de fait envers eux pendant qu'ils y procédaient, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

2. Si le crime ou délit a été commis par une foule ameutée, tous ceux qui auront pris part à l'attroupeement seront punis de l'emprisonnement.

Ceux d'entre eux qui auront commis des violences contre les personnes ou les propriétés, seront punis de la réclusion jusqu'à trois ans ou de l'emprisonnement pour un mois au moins.

Art. 255bis. (Voir art. 337). Celui qui aura empêché une autorité ou un fonctionnaire de procéder à un acte rentrant dans ses fonctions, sera puni des arrêts jusqu'à un mois ou de l'amende.

Art. 255 257 258 259. 260 adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 260bis (Voir art. 338). Celui qui ne se sera pas conformé à une décision à lui signifiée, sous la menace de la peine prévue au présent article, par une autorité ou un fonctionnaire compétents, sera puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 260ter. (Voir art. 343). Celui qui, sans en avoir le droit, aura livré à la publicité tout ou partie des actes, d'une instruction, ou des débats d'une autorité qui sont secrets en vertu de la loi ou d'une décision prise par l'autorité dans les limites de sa compétence, sera puni des arrêts ou de l'amende.

La complicité est punissable.

Art. 260quater. (Voir art. 349). 1. Tout imprimé ne servant pas exclusivement aux besoins du trafic, à ceux du commerce et de l'industrie, ou à ceux de la vie de famille ou de société, indiquera le nom de l'éditeur, le nom de l'imprimeur et le lieu d'impression.

Si ces indications font défaut, l'éditeur et l'imprimeur seront punis de l'amende.

2. Tout journal ou publication périodique indiquera en outre le nom du rédacteur responsable.

Lorsqu'un rédacteur ne dirige qu'une partie du journal ou du périodique, il doit être désigné comme rédacteur responsable de cette partie. Dans ce cas, un rédacteur responsable doit être désigné pour chaque partie du journal ou du périodique.

A défaut de ces indications, ou si le rédacteur désigné comme responsable est une personne interposée, l'éditeur sera puni de l'amende.

Art. 260quinquies. (Voir art. 344.) Celui qui, malgré l'interdiction prononcée contre lui par jugement pénal, aura exercé une profession, une industrie ou un commerce, sera puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 260sexies. (Voir art. 345.) Celui qui aura enfreint l'interdiction de fréquenter les débits de boissons prononcée contre lui par l'autorité compétente,

l'aubergiste qui, sachant que l'accès des débits de boissons est interdit par l'autorité compétente à une personne, lui aura servi ou fait servir des boissons alcooliques,

sgra puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 260septies. (Voir art. 346.) Celui qui, par mauvais vouloir, par fainéantise, par inconduite ou par laisser aller, n'aura pas payé une amende à laquelle il avait été condamné, sera puni des arrêts.

Zusatzantrag Biroll.

Art. 260septies, Abs. 2 (neu). Die Beweislast für das Nichtvorhandensein dieser Gründe der Nichtbezahlung der Buße liegt dem Verurteilten ob.

Amendement Biroll.

Art. 260septies, 2^e al. (nouveau.) Le condamné qui allègue que le non-paiement de l'amende est dû à d'autres motifs doit en faire la preuve.

Seiler, Berichterstatter: Zweck der Bestimmungen des fünfzehnten Abschnittes ist der Schutz der staatlichen Autorität. Nicht die Person des Beamten, sondern das mit der Beamtung verbundene Interesse einer ungestörten Abwicklung der Geschäfte steht im Vordergrund. Was unter « Beamten » und « Behörden » zu verstehen ist, entscheidet das kantonale Recht.

Zu Art. 255 ist zu bemerken, daß die Hinderung an einer Amtshandlung oder die Nötigung zu einer solchen nur strafbar ist, wenn es sich um eine Handlung handelt, die innerhalb der Amtsbefugnis des Beamten liegt. Damit ist eine alte Streitfrage klar entschieden. Will ein Beamter eine gesetzwidrige oder nicht in seiner Kompetenz liegende Handlung durchdrücken und weigert sich der Bürger, es geschehen zu lassen, so ist dieser geschützt. Irrt er sich allerdings, so hat er die Strafe zu tragen. Zu beachten ist im weitern, daß die Nötigung des Art. 255 nicht eine schwere Drohung voraussetzt, wie dies in Art. 156 der Fall ist. Aus dem Uebertretungsrecht ist Art. 337 als neuer Art. 255bis hinübergenommen: die Hinderung eines Beamten oder einer Behörde an einer Amtshandlung ohne Gewalt oder Drohung. Dieses Delikt bleibt Uebertretung, da es nur mit Haft oder Buße bestraft wird.

Bei der Amtsanmaßung des Art. 256 ist zu bemerken, daß Strafe nur eintritt, wenn es zu amtlichen Handlungen kommt. Das bloße Tragen einer Uni-

form genügt nicht. Nicht zu untersuchen ist, ob die Handlung an sich gerechtfertigt wäre, wenn die Beamtenqualität vorläge.

Art. 257 regelt die aktive Bestechung, im Gegensatz zum « Sich bestechen lassen » des Art. 279. Der Kreis der strafbaren Funktionäre ist genau umschrieben. Nicht nur die eigentlichen Beamten fallen in Betracht, sondern auch die Mitglieder von Behörden. Die Verabreichung eines Geschenkes ist nur dann als Bestechung strafbar, wenn der Zweck der Handlung die Herbeiführung einer Pflichtverletzung ist. Von wem die Anregung ausgeht, ist gleichgültig. Auch das Motiv ist unerheblich. Die nachträgliche Gratifikation ist nicht strafbar. Ob es sich nicht um eine verschleierte Bestechung handelt, ist Tatfrage. Wie aber, wenn zur pflichtgemäßen Erfüllung bestochen wird? In der Expertenkommission wurde ein Antrag gestellt, für diesen Fall Bestrafung mit Buße anzudrohen. Dieser Antrag unterlag jedoch, und so ist er auch im Entwurf nicht aufgenommen worden. Hervorzuheben ist, daß schon das bloße Versprechen genügt, es braucht somit nicht zur Hingabe und Annahme des Versprochenen zu kommen. Das gewöhnliche Trinkgelderunwesen fällt nicht unter den Artikel.

Art. 258 und 259 dienen der Sicherung der Amtshandlungen. In der Expertenkommission ist Streichung des Art. 258 beantragt worden, mit der Begründung, er sei nicht nötig, da es sich entweder um Diebstahl, Sachentziehung, Unterschlagung oder Verfügung über Pfandsachen handelt. Schließlich ist aber doch der Bruch amtlicher Beschlagnahme als besonderes Delikt beibehalten worden. Das Marginale « Siegelbruch » in Art. 259 gibt nicht genau den Umfang der geschützten Zeichen wieder. Auch nicht amtliche Zeichen sind geschützt, wenn das Anlegen in amtlicher Eigenschaft ersichtlich ist.

Ein häufiges Vergehen ist der Verweisungsbruch des Art. 260. In Betracht fällt nur die Verweisung aus dem Gebiet der Schweiz oder aus dem Gebiet eines Kantons. Die Gemeinden fallen nicht in Betracht. Zu bemerken ist, daß durch Ziff. 2 des Art. 260 die Streitfrage, ob die Strafe auf die Verweisungs-dauer angerechnet werden soll, in negativem Sinne entschieden ist.

Den Bestimmungen des ersten Buches über die Verbrechen oder Vergehen gegen die Staatsgewalt sind die korrespondierenden Uebertretungen des zweiten Buches angegliedert worden, d. h. die Art. 260—260septies, die früheren Art. 338, 343, 344, 345, 346 und 349. Die Uebertretung des Ungehorsams gegen amtliche Verfügungen, Art. 260bis, füllt eine Lücke der Strafgesetzgebung ein. Es handelt sich um einen Notbehelf, um die Androhung der Bestrafung von Zuwiderhandlungen, welche im Gesetz nicht vorgesehen sind, in der Hauptsache um die Verstärkung dringlicher amtlicher Anordnungen und Befehle durch Strafandrohung. Wir nennen beispielsweise baupolizeiliche, feuerpolizeiliche Anordnungen. Es ist ein Blankettgesetz, das Prof. Burckhardt in der Expertenkommission als eine Art Faulbett für die Verwaltung bezeichnet. Diese Bezeichnung geht doch offenbar etwas zu weit. Wer in der Verwaltung tätig ist, weiß, daß nicht alles und jedes in Gesetzesform und in Strafparagrafen gebracht werden kann. Trotz allen Bedenken ist die Bestimmung doch beibehalten worden, und zwar in der Form der Uebertretung. Eine Garantie gegen den Mißbrauch besteht darin,

daß die Strafandrohung nur gilt, wenn die Verfügung von den zuständigen Organen erlassen worden ist und wenn die Straffolge ausdrücklich angedroht wurde.

Art. 260ter stellt Indiskretionen aus ausdrücklich als geheim erklärten Akten, Verhandlungen und Untersuchungen unter Strafe. Die Geheimhaltung muß durch Gesetz oder Beschluß festgelegt und der Beschluß im Rahmen der Befugnisse der beschließenden Behörde erfolgt sein. Solche Indiskretionen sind oft von großer Tragweite. Auch die Presse muß sich dem höheren Interesse unterordnen.

Große Bedeutung hat Art. 260quater, früher Art. 349. Er behandelt die Presseübertretungen und enthält die Konsequenzen aus dem von uns beschlossenen Presseartikel 26. Es sei daran erinnert, daß der Presse ein Ausnahmerecht zuerkannt ist, daß die Presse namentlich gegen Haussuchungen, Zeugniszwang etc. geschützt ist. Dieser Schutz erfordert auf der andern Seite eine Klarstellung der Verantwortlichkeit dadurch, daß die Presse die Verantwortlichen deutlich kundgibt. Die Unterlassung der Bezeichnung der Verantwortlichen muß unter Strafe gestellt sein. Mit dieser Lösung ist übrigens die Presse durchaus einverstanden. Ziff. 1 von Art. 260quater verlangt die Nennung des Verlegers, des Druckers und des Druckortes. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift zieht Buße nach sich. Auf Zeitungen und Zeitschriften muß außerdem der verantwortliche Redaktor angegeben werden, bei geteilter Redaktion ist die Angabe getrennt vorzunehmen. Die Nichtbeachtung hat Bestrafung des Verlegers zur Folge. Unter Strafe gestellt ist auch das Vorschieben eines Strohmannes. Durch diese Bestimmungen erst erhält das Pressestrafrecht seine Vollständigkeit.

Art. 260quinquies, früher Art. 344, setzt die Strafe für die Uebertretung des Berufsverbotes fest. Art. 51, welcher das Berufsverbot regelt, ist bekanntlich wesentlich eingeschränkt worden, indem sich das Verbot nur auf Berufe bezieht, die von einer behördlichen Bewilligung abhängig sind. Ein dehnbarer Begriff ist die Bezeichnung «ausübt». Zürcher und Gautier waren z. B. darüber nicht einig, ob schon die Anzeige der Berufsausübung oder die Reklame dafür genüge.

Die Bestrafung der Uebertretung des Wirtshaus- und Alkoholverbotes, Art. 260septies, früher Art. 345, ist die Konsequenz von Art. 53. Nicht nur die richterlichen, sondern auch die administrativen Verfügungen sollen geschützt werden. Strafbar ist der Richter, wie der Wirt. Mit Haft oder Buße kann man sich deshalb begnügen, weil im Wiederholungsfalle weitere Mittel zur Verfügung stehen, die Versorgung beim Trinker und der Entzug des Wirtschaftspatentes beim Wirt.

Die letzte Bestimmung dieses Abschnittes, Art. 260septies, früher Art. 346, betrifft das Nichtbezahlen von Bußen aus Böswilligkeit oder Liederlichkeit. Liegen diese Voraussetzungen vor, so bildet die Bestimmung einen Ersatz für das Fallenlassen der Umwandlung von Buße in Haft. Die Entscheidung über die Hauptfrage ist in Art. 46 gefallen. — Zu diesem Artikel hat Herr Biroll am 13. Dezember 1928 einen Zusatzantrag gestellt, der die Beweislast betrifft. Wer der Strafe des Art. 260septies entgegen will, soll nach Antrag Biroll beweisen müssen, daß er nicht aus Böswilligkeit, Arbeitsscheu, Liederlichkeit oder Nachlässigkeit nicht bezahlt. Damit sollen die Bedenken

gegen das Fallenlassen der Umwandlung der Buße in Haft behoben werden. Nach der Auffassung des Antragstellers handelt es sich nicht um die Auferlegung eines negativen Beweises; was man vom Angeeschuldigten vielmehr verlange, das sei der Beweis seiner guten Führung. Zu diesem Antrag ist zu bemerken daß er den allgemeinen Beweisregeln im Strafrecht widerspricht. Zudem ist es fraglich, ob diese Bestimmung im Strafgesetz zulässig ist oder ob sie nicht vielmehr im Strafprozeß unterzubringen wäre.

Ich beantrage Ihnen Annahme der Kommissionsanträge vom fünfzehnten Abschnitt, unter Ablehnung des Antrages des Herrn Biroll.

M. Logoz, rapporteur: L'art. 255 vise surtout ce qu'en français, on baptise la rébellion: au chiffre 1, la rébellion simple; au chiff. 2, la rébellion qualifiée.

1. La rébellion simple est le fait d'un isolé. D'après l'art. 255, chiff. 1, elle peut avoir trois modalités: en premier lieu, elle peut consister à empêcher un fonctionnaire ou une autorité de faire un acte de leurs fonctions. C'est la résistance violente.

En second lieu, elle peut être le fait de molester un fonctionnaire ou une autorité pendant qu'ils procèdent à un acte de leurs fonctions. Ce sont les voies de fait exercées sans intention d'empêcher l'acte de s'accomplir.

Enfin, en troisième lieu, il peut y avoir rébellion par le fait de contraindre une autorité ou un fonctionnaire à faire un acte de fonction. En réalité, ce troisième cas sort du cadre de l'art. 255; ce n'est pas un fait de rébellion proprement dite.

2. Quant au chiff. 2 de l'art. 255, il prévoit une infraction beaucoup plus grave que le chiff. 1, beaucoup plus grave parce que le danger pour l'autorité publique, en cas de rébellion, grandit avec le nombre de ceux qui se rebellent.

La rébellion grave présuppose donc l'attroupeement, ce qui nous rapproche d'ailleurs d'un autre délit, celui de l'art. 226; la rébellion qualifiée est le fait de deux catégories de délinquants:

d'une part les comparses, ceux qui sont là surtout pour faire nombre et dont le sort est réglé par le chiff. 2, al. 1.

Puis ceux qui agissent, les actifs, qui, en vertu du chiff. 2, second alinéa, encourent à juste titre une peine plus sévère.

A la suite de l'art. 255, la commission propose d'intercaler dans le projet, comme art. 255bis, la contravention parente prévue à l'art. 337 du projet du Conseil fédéral. La différence essentielle, c'est l'élément de violence ou de menace qui caractérise le délit de l'art. 255, tandis qu'il n'existe pas dans la contravention de l'art. 255bis. Dans le cas dont parle l'art. 337, il s'agira surtout d'actes de résistance passive. La justice propre doit être exclue même sous cette forme, pour autant qu'il s'agit d'actes rentrant dans les fonctions du fonctionnaire ou de l'autorité dont il s'agit. Inutile, je pense, d'insister d'avantage sur les art. 255 et 255bis.

L'art. 256, qui réprime l'usurpation de fonctions, n'appelle pas d'observation.

Je dois en revanche vous dire quelques mots de l'art. 257, qui traite de la corruption dite «active». La corruption «passive», en revanche, est visée plus loin, au chapitre des délits de fonction, par l'art. 279. Je ne veux pas épiloguer sur ce système qui est logique

sans doute, quoiqu'il y ait, à mon avis, un grain de pédanterie à pousser l'amour des classifications correctes au point de séparer deux infractions qui, en fait, sont le complément l'une de l'autre.

Quant au contenu de l'art. 257, permettez-moi de vous soumettre deux remarques seulement.

1. Parmi ceux qui peuvent être l'objet du délit de corruption active, le projet mentionne les « membres d'une autorité ». Ceci nous intéresse. Par là, en effet le projet tranche — et dans le bon sens — une question qui a été très débattue, notamment en France: celle de savoir si un parlementaire peut être l'objet du délit de corruption. Le projet répond: « oui ». Il a raison. Nous sommes d'ailleurs heureux d'avoir le droit de penser que cette incrimination n'aura, chez nous, qu'un intérêt académique.

2. Une autre question intéressante est celle de savoir, d'une façon générale, quand le délit de corruption active est consommé. Est-il consommé dès que le « pacte » a été conclu entre le corrupteur et le corrompu, c'est-à-dire dès qu'il y a eu accord, entente entre eux? Ou bien faut-il plus que cela? Faut-il « l'acte »? Faut-il que le corrompu ait accompli l'acte en vertu duquel on l'avait acheté?

Le projet écarte nettement la théorie de la consommation par l'acte; le délit est donc consommé même si le corrompu se ravise et n'agit pas, après avoir promis d'agir. Nous sommes d'accord avec cette solution. C'est celle qui garantit le mieux les fonctionnaires, etc., contre les tentatives de corruption.

Il nous semble même juste d'admettre, avec l'art. 257, que l'on n'exige pas qu'il y ait eu « pacte » entre le corrupteur et celui auquel il s'adresse. L'acceptation du fonctionnaire qu'on veut corrompre, par exemple, n'est pas nécessaire pour que le tentateur tombe sous le coup de l'art. 257.

Les art. 258 à 260 visent ce qu'on appelle des délits de désobéissance. En général, on fait des infractions de cet ordre de simples contraventions; cependant, dans les cas graves, on doit les ériger en délits proprement dits; ainsi dans les cas prévus aux art. 258 à 260 de notre projet.

Le délit de l'art. 258 (soustraction d'objets mis sous main de l'autorité) se distingue de celui que prévoit l'art. 146 (détournement d'objets mis sous main de justice), à deux points de vue.

La première différence est dans l'intérêt protégé: à l'art. 146, c'est l'intérêt du créancier, à l'art. 258, par contre, c'est la majesté de l'autorité qui est bafouée.

Une deuxième différence réside dans la possession de l'objet soustrait: l'art. 146 s'applique surtout aux objets qui sont restés en mains du possesseur. L'art. 258 s'applique surtout, mais cependant pas exclusivement à des objets qui ont été enlevés au possesseur et mis en d'autres mains.

L'art. 259, sur le bris de scellés, est très différent de l'art. 212 qui réprime la falsification de certaines marques officielles. Ici le délit consiste à briser, à détruire, ou à enlever (en coupant tout autour) une marque officielle apposée pour enfermer ou identifier un objet.

L'art. 259 punit d'ailleurs le délit intentionnel, mais non le bris de scellés par négligence.

Je passe à l'art. 260 qui réprime la rupture de ban.

L'art. 260 est applicable dans les trois cas possibles où il y a eu:

a) expulsion judiciaire d'un étranger (art. 52 du projet);

b) expulsion administrative fédérale d'un étranger (Constitution fédérale, art. 70); ou enfin,

c) expulsion administrative cantonale, qui peut être prononcée aussi contre un citoyen suisse dans le cadre de l'art. 45 de la Constitution fédérale.

La commission vous recommande d'adopter les art. 255 à 260 tels qu'ils figurent dans le projet du Conseil fédéral. Elle vous propose en outre de compléter ce chapitre du projet en y insérant une série de dispositions tirées du Livre II et qui visent les contraventions suivantes.

L'art. 260bis, qui est l'équivalent de l'art. 338 du projet du Conseil fédéral, a pour but de permettre à une autorité (par exemple un tribunal civil) ou à un fonctionnaire compétents, d'exiger l'exécution d'une de leurs décisions, sous la menace d'une peine conventionnelle.

L'art. 260ter, qui réprime la publication de secrets officiels, correspond à l'art. 343 du projet du Conseil fédéral et le modifie pour en préciser la portée.

L'art. 343 du projet du Conseil fédéral parle tout d'abord des « actes ou débats secrets d'une autorité », puis d'une « instruction secrète conduite par une autorité ».

La commission approuve l'idée qui est à la base de cette disposition; toutefois, pour couper court à toute interprétation abusive, la commission vous propose de parler, avec plus de précision, des « actes, d'une instruction ou des débats d'une autorité qui sont secrets en vertu de la loi ou d'une décision prise par l'autorité dans les limites de sa compétence. »

La commission propose également de déclarer la complicité punissable (cf. art. 289, texte de la commission).

Remarquez, d'autre part, que l'art. 260ter ne sera applicable que lorsque l'auteur de l'indiscrétion n'est pas fonctionnaire et n'encourt pas une condamnation plus sévère en vertu de l'art. 284. De même l'art. 285 du projet peut primer 260ter.

L'art. 260quater, qui correspond à l'art. 349 du projet du Conseil fédéral, est en rapport étroit avec l'art. 26; il contient des dispositions de police de la presse et a d'ailleurs obtenu l'assentiment de l'Association de la presse suisse, dont votre commission a entendu les délégués.

La commission vous propose d'adopter cet article tel qu'il figure dans le projet du Conseil fédéral, sous réserve, au dernier alinéa du chiff. 2, d'une adjonction destinée à réprimer l'abus, d'ailleurs rare dans notre presse, qui consisterait à désigner un « homme de paille » comme rédacteur responsable d'un journal ou d'une publication périodique. Celui qui est désigné comme rédacteur responsable (cf. art. 26, chiff. 3—4) doit être réellement rédacteur.

L'art. 260 quinquies correspond à l'art. 344 du projet du Conseil fédéral; il réprime l'infraction à l'interdiction d'exercer une profession; il complète donc l'art. 51 de la partie générale, qui, sans cela, serait dépourvu de sanction. Il ne vise que la contravention à l'interdiction prononcée par un jugement pénal; il n'est pas applicable, en revanche, quand l'interdiction a eu lieu par mesure administrative.

L'art. 260 sexies (345 du projet du Conseil fédéral) réprime l'infraction à l'interdiction des délits de boissons. Il punit aussi l'aubergiste qui fournit des boissons alcooliques au mépris d'une telle interdiction, qu'il connaît.

La commission vous propose d'étendre la portée de ces dispositions. Dans le texte du Conseil fédéral, elles font simplement pendant à l'art. 53 du Livre I, te sanctionnent seulement l'interdiction prononcée par jugement.

La commission estime utile d'aller plus loin et de sanctionner toute interdiction de fréquenter les débits de boissons prononcée par une « autorité compétente » quelconque, donc aussi par une autorité administrative.

Espérons que cet article atteindra son but. Cela ne sera peut-être pas très facile dans les grandes villes.

Enfin, l'art. 260 septies (art. 346 du projet du Conseil fédéral) complète les art. 45 et suivants sur l'amende.

Nous avons déjà vu que le projet renonce à convertir l'amende impayée en peine privative de liberté. Il est, à notre avis, plus utile et plus juste de perfectionner les moyens de recouvrer les amendes prononcées. Là-dessus voyez l'art. 46, tel que vous l'avez adopté.

Il se peut cependant que tous les moyens de recouvrement échouent, simplement parce que le condamné ne veut pas payer, ni travailler pour pouvoir s'acquitter. Il ne s'agit alors plus d'un condamné qui, sans sa faute, ne peut pas payer, mais d'un condamné qui ne veut pas payer.

En pareil cas, une sanction devient nécessaire. C'est cette sanction que prévoit l'art. 346 du projet du Conseil fédéral.

Bien entendu, la peine d'arrêts infligée en vertu de ce texte ne libère pas de sa dette le condamné récalcitrant. C'est plutôt une espèce de sanction disciplinaire punissant la mauvaise volonté qu'il met à exécuter le jugement qui l'avait condamné à l'amende.

L'amendement de la commission, qui propose de dire « laisser aller » au lieu de « négligence », est d'ordre purement rédactionnel.

Plus important, en revanche, et beaucoup plus discutable est un amendement proposé par notre collègue M. Biroll. Ce dernier va, je pense, vous indiquer les motifs à l'appui de sa proposition.

Biroll: In Art. 46 der Vorlage hatte der Bundesrat vorgeschlagen: « Bezahlt der Verurteilte die Buße in der bestimmten Zeit nicht und verdient er sie auch nicht ab, so ordnet die zuständige Behörde die Betreibung gegen ihn an, wenn ein Ergebnis davon zu erwarten ist. » Diesen Vorschlag hat der Nationalrat abgelehnt. Ob wir gut beraten waren bei dieser Streichung, muß ich bezweifeln und zwar durchaus nicht in erster Linie aus fiskalischen Gründen, sondern vielmehr aus strafrechtlichen Gesichtspunkten, wobei ich zugebe, daß gewisse Härten, die dem Artikel anhafteten, die Streichung begünstigt haben mögen. So viel ist aber festzustellen: Der Einzug von Geldbußen ist durch jenen Entscheid zu Art. 46 nicht bloß sehr erschwert, sondern in vielen Fällen — auch dort, wo es sachlich nicht gerechtfertigt ist — geradezu verunmöglicht worden. Schon hier steigt in mir das Bedenken auf, es bestehe die offenbar übersehene Gefahr, daß der Richter der Versuchung unterliegen

könnte, dafür die Freiheitsstrafe, wo solche für ein Delikt neben der Buße vorgesehen ist, in umso höherem Maße anzuwenden, um zu kompensieren.

In Art. 346, bzw. 260septies, wird vorgeschlagen: « Wer eine Buße, zu der er verurteilt worden ist, aus Böswilligkeit, Arbeitsscheu, Liederlichkeit oder Nachlässigkeit nicht bezahlt, wird mit Haft bestraft. » Gewiß ein Vorschlag, der unsere volle Unterstützung verdient. Nun aber die Frage: Soll nun wirklich der Staat auch hier noch beweisen? Er hat bewiesen, daß der Täter delinquent hat und hat ihn verurteilt. Soll er nun noch hinzufügen, er, der Staat, beweise auch, daß aus Böswilligkeit, Arbeitsscheu, Liederlichkeit oder Nachlässigkeit nicht bezahlt worden sei? Es ist vielmehr zu verlangen, daß der Verurteilte nachweise, oder wenigstens glaubhaft mache, daß weder Böswilligkeit, Arbeitsscheu, Liederlichkeit oder Nachlässigkeit bei der Nichtbezahlung im Spiele waren. Nun weiß ich sehr gut, daß man das als die Umkehrung der Beweislast deutet. In meinen Augen zu Unrecht. Denn wenn der Verurteilte die Einwendung erhebt, er habe weder aus Böswilligkeit, noch Arbeitsscheu, Liederlichkeit oder Nachlässigkeit nicht bezahlt, so erhebt er eine zerstörende Einrede und für diese ist er wohl beweispflichtig. Man erhebt auch die Einwendung, es gehe nicht wohl an, in diesem materiellen Strafgesetzbuche auch prozessuale Bestimmungen unterzubringen. Die gleiche Einrede wurde seinerzeit beim Zivilgesetzbuch erhoben. Trotzdem aber steht in einem der ersten Artikel, daß für Behauptungen der Betreffende jeweiligen beweispflichtig sei. Nun gebe ich aber zu, daß es den Behörden, welche darüber zu wachen und die Urteile zu vollziehen haben, nicht allzu schwer fallen wird, auf dem Wege von Leumundsberichten usw. zu erheben, ob der betreffende Delinquent aus Böswilligkeit, oder aus Arbeitsscheu oder Liederlichkeit oder Nachlässigkeit nicht bezahlt habe. In der Erwartung, daß man auf diese Weise die Gefahr des Artikels eliminiere, kann ich meinen Antrag fallen lassen. Ich zähle auch noch besonders auf den Ständerat, der sowohl bei Art. 46 als bei Art. 346 wohl nicht völlig mit uns einig gehen wird. Der Rat hat sich also weiter mit meinem Antrage nicht zu befassen. Meine Intentionen habe ich angegeben. Sie gehen dahin, zu verhüten einerseits, daß nicht nur der Einzug, sondern auch die Umwandlung der Geldbußen illusorisch gemacht werde, andererseits, daß der Richter nicht verleitet werde, eventuell für die faktisch entgehende Geldbuße eine um so härtere Freiheitsstrafe auszusprechen, was ich gewissen Teilen des Parlaments besonders zu beherzigen geben möchte!

Seiler, Berichterstatter: Herr Biroll hat also seinen Antrag fallen gelassen; er tröstet sich damit, daß der Ständerat die Angelegenheit bei Art. 46 noch einmal überprüfen werde. Man kann Art. 46, Ziffer 2, wieder herstellen; wir haben ihn gestrichen, weil er uns überflüssig erscheint. Die Beweislast hat im Strafrecht nicht die Bedeutung wie im Zivilrecht und Zivilprozeß. Der Richter muß ja sämtliche Umstände prüfen und sein Urteil nach Maßgabe des gesamten Tatbestandes fällen. Da spielt die Frage, ob der Angeklagte oder der Richter etwas zu beweisen habe, nicht die Rolle wie im Zivilprozeß, wo es sehr darauf ankommen kann, ob der Kläger oder der Beklagte etwas zu beweisen haben. Ich denke, wir wol-

len uns in dieser Weise verständigen und auf die höhere Einsicht des Ständerates hoffen.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 261—266.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 261. Wer einen fremden Staat in der Person seines Oberhauptes, seines diplomatischen Vertreters oder in seiner Regierung öffentlich beleidigt, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Art. 261bis. Wer einen von einem Mitglied des Völkerbundes in die Völkerbundsversammlung oder in den Rat delegierten Vertreter öffentlich beleidigt, wer den Generalsekretär des Völkerbundes oder den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes öffentlich beleidigt,

wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Art. 262. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 263. 1. Wer die Gebietshoheit eines fremden Staates verletzt, insbesondere durch unerlaubte Vornahme von Amtshandlungen auf dem fremden Staatsgebiete,

wer in Verletzung des Völkerrechtes auf fremdes Staatsgebiet eindringt,

wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

2. Wer es versucht, vom Gebiete der Schweiz aus mit Gewalt die staatliche Ordnung eines fremden Staates zu stören, wird mit Gefängnis bestraft.

Art. 264. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 265. Wer im Gebiete der Schweiz für einen fremden Staat zum Nachteil eines fremden Staates militärischen Nachrichtendienst betreibt,

wer solchem Nachrichtendienst Vorschub leistet, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Die Korrespondenz und das Material werden eingezogen.

Art. 266. Die Verbrechen oder Vergehen dieses Abschnittes werden nur auf Verfügung des Bundesrates verfolgt.

In den Fällen der Art. 261 und 261bis, Abs. 1, ordnet der Bundesrat die Verfolgung nur an, wenn er das Gegenrecht für zugesichert hält und die Regierung des fremden Staates das Ersuchen auf Strafverfolgung stellt. In Zeiten aktiven Dienstes kann der Bundesrat die Verfolgung auch ohne das Ersuchen der Regierung des fremden Staates oder die Zusicherung des Gegenrechtes anordnen.

Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 261ter. In den Fällen der Art. 261 und 261bis kommen die Bestimmungen der Art. 28, 29, 30, 151, Ziff. 1bis, und 154bis entsprechend zur Anwendung.

Art. 266. ... stellt. In Kriegszeiten kann...

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 261. Celui qui, publiquement, aura outragé un Etat étranger dans la personne de son chef, de son agent diplomatique ou dans son gouvernement,

sera, à la requête du gouvernement de l'Etat étranger, puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 261bis. Celui qui, publiquement, aura outragé un représentant délégué à l'Assemblée ou au Conseil de la Société des nations par un Etat membre de la Société,

celui qui, publiquement, aura outragé le secrétaire général de la Société des nations ou le directeur du Bureau international du travail,

sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 262. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 263. 1. Celui qui aura violé la souveraineté territoriale d'un Etat étranger, notamment en procédant indûment à des actes officiels sur le territoire de cet Etat,

celui qui, contrairement au droit des gens, aura pénétré sur le territoire d'un Etat étranger,

sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

2. Celui qui, du territoire suisse, aura tenté de troubler par la violence l'ordre politique d'un Etat étranger, sera puni de l'emprisonnement.

Art. 264, 265. Adhérer au projet du Conseil fédéral. (La modification à l'art. 265 ne concerne que le texte allemand.)

Art. 266. Les crimes ou délits prévus au présent chapitre ne seront poursuivis que sur décision du Conseil fédéral.

Dans les cas prévus aux art. 261 et 261bis, 1^{er} alinéa, le Conseil fédéral n'ordonnera la poursuite qu'à la requête du gouvernement de l'Etat étranger et s'il tient la réciprocité pour assurée. En temps de service actif, il pourra ordonner la poursuite même en l'absence de toute requête du gouvernement de l'Etat étranger, et même si la réciprocité n'est pas assurée.

Minorité:

(Affolter et cosignataires.)

Art. 261ter. Les art. 28, 29, 30, 151, chiffre 1bis, et 154bis sont applicables par analogie aux cas des art. 261 et 261bis.

Art. 266. ... assurée. En temps de guerre, il pourra...

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Die Systematik ist schon in der Expertenkommission durch Anreihung dieses Abschnittes an die Verbrechen gegen die Staatsgewalt geändert worden. Der Titel wurde wiederholt gewechselt. Ursprünglich sprach man von befreundeten Staaten, dann von fremden Staaten. Unsere Kommission hat das Entscheidende in der Störung der Beziehungen zum Ausland erblickt. Wir strafen nicht wegen des tort, das dem ausländischen Staat oder dessen Vertretern angetan wird, sondern wegen der Unannehmlichkeiten, die uns selbst entstehen können. Strafbar sind nur Handlungen, die im Inland begangen werden.

Eine Ergänzung der Bestimmungen erforderte das neugeschaffene Verhältnis zum Völkerbund. Der Kreis derjenigen Personen, wegen deren Beleidigung Strafe eintreten soll, ist immerhin möglichst eingeschränkt worden. Wichtig ist, daß nur öffentliche Beleidigungen in Betracht fallen.

Auf eine Beschränkung der Verfolgungsmöglichkeiten zielen die Anträge der Kommissionsminderheit

zu Art. 261ter hin. Nach diesen Anträgen soll der Strafantrag innert 3 Monaten gestellt werden müssen, der Wahrheitsbeweis soll nach den ordentlichen Regeln behandelt werden und auch in bezug auf die Verjährung sollen die ordentlichen Bestimmungen gelten. Die Kommissionsmehrheit will der außerordentlichen, oft heiklen Natur der Dinge entsprechend auf weitere Vorschriften nicht eintreten. Der Richter soll bestimmen, ob und inwieweit die Bestimmungen über den Antrag usw. gelten. Ob diese Unsicherheit von Gutem ist, dürfte sich fragen. Eine positive Abklärung wäre wohl zu begrüßen.

Art. 262 ist die Anwendung des Art. 232 über die Hoheitszeichen auf das Ausland. Die Bestimmung ist zur Aufrechterhaltung korrekter Beziehungen zum Ausland notwendig. *Exempla docent.*

Die Bestrafung der Verletzung fremden Gebietes ist gegeben. Schützen wir einerseits unsere Heimat vor fremdem Eindringen, so müssen wir auch Handlungen gegen fremde Staaten von unserem Gebiete aus unter Strafe stellen. Es handelt sich um bewaffnete Ausfälle, um Uebergriffe von Beamten auf fremdes Gebiet. Die Aenderung unserer Kommission in Ziff. 2 ist im Hinblick auf die modernen Verkehrsmittel angezeigt. Man denke an die Flugzeugattentate auf ferne Gegenden.

Zivilpersonen, die in Friedenszeiten — gemeint ist der Friede in der Schweiz — feindliche Unternehmungen gegen Kriegführende oder Nachrichtendienst gegen fremde Staaten betreiben, sind nach Militärstrafgesetz nicht strafbar. Die analogen Bestimmungen der Art. 92 und 93 des Militärstrafgesetzes müssen daher in unserem bürgerlichen Strafgesetz aufgenommen werden. Wir können es nicht dulden, daß von unserm neutralen Gebiete aus Handlungen zugunsten oder zu Ungunsten einer fremden Kriegspartei unternommen werden, zumal solche Handlungen uns selbst in Konflikte hineinführen könnten. Zur Redaktion der Art. 264 und 265 sind weitere Erörterungen nicht nötig. Sie stimmt mit derjenigen im Militärstrafgesetz überein.

Da es sich in allen den Fragen dieses Abschnittes um delikate Beziehungen zum Ausland handelt, sind in Art. 266 besondere Verfahrensvorschriften erlassen worden. Eine Verfolgung tritt nur auf Verfügung des Bundesrates ein. Nur er wird auf Grund der Akten, die zum Teil geheim sein werden, in der Lage sein, die zweckmäßigen Vorkehrungen zu treffen. Er wird gegebenenfalls auch ein Ersuchen der fremden Regierung zu verhüten wissen, wenn die Umstände Zurückhaltung rechtfertigen. Voraussetzung für das Vorgehen wegen Beleidigung eines fremden Staates ist die Zusicherung des Gegenrechts und ein förmliches Gesuch der fremden Regierung. Nur in Kriegszeiten oder in Zeiten des Aktivdienstes soll eine Verfolgung auch ohne diese Voraussetzungen erfolgen können. Die Kommissionsminderheit will diese Ausnahme auf die Kriegszeiten beschränken. Wenn wir uns aber vergegenwärtigen, daß gerade in den Zeiten, da die Schweiz noch nicht im Kriege ist, die Armee aber aufgeboten ist, die Gefahr kriegerischer Verwicklung besonders schwer wiegt, so erscheint die Ausdehnung auf den Aktivdienst als gegeben.

Ich empfehle Ihnen die Annahme der Kommissionsanträge.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Le chapitre XIII vise les infractions contre notre Etat; le chapitre XVI, dont nous allons parler, vise au contraire les infractions qui peuvent être commises contre un Etat étranger. Le titre de ce chapitre XVI a donné et donne encore lieu à des doutes. A la deuxième commission d'experts, le professeur Max Huber avait proposé de dire: «Délits contre le droit des gens.» Mais on a objecté que les seuls sujets du droit des gens sont les Etats et qu'à proprement parler, les individus ne peuvent donc pas commettre de délits contre le droit des gens.

Puis, dans votre commission, le titre proposé par le Conseil fédéral (délits contre les Etats étrangers) a été critiqué à son tour. La vraie raison d'être de ces incriminations, a-t-on dit, c'est beaucoup moins le désir altruiste de protéger les Etats étrangers que le besoin égoïste de sauvegarder nos bons rapports avec eux. En définitive, votre commission a — comme la projet allemand de 1925 — adopté le titre que vous trouvez dans le texte imprimé qui vous a été distribué: «Crimes ou délits de nature à compromettre les relations avec l'étranger.»

La première des infractions visées au chapitre XVI est l'outrage aux Etats étrangers (art. 261). Cette infraction, qui peut, elle aussi, être un délit de presse et donner lieu à l'application de l'art. 26, est de la compétence des Assises fédérales (art. 112 de la Constitution fédérale et art. 357 et 358 de notre projet).

Votre commission approuve l'art. 261; il répond à un devoir de courtoisie internationale auquel nous ne saurions nous soustraire et auquel nous avons, d'ailleurs, intérêt à nous conformer.

La commission estime cependant inutile de mentionner dans cet article les «chargés d'affaires». Les mots «son agent diplomatique» suffisent. Car le chargé d'affaires qui remplace temporairement le chef ordinaire d'une mission diplomatique devient, par là-même, au sens de l'art. 261, l'agent diplomatique de son gouvernement. Et c'est là le seul cas dans lequel il importe que l'art. 261 puisse être invoqué par un chargé d'affaires.

Je rappelle aussi que, dans le texte du Conseil fédéral, les mots «à la requête du gouvernement de l'Etat étranger» deviennent superflus, si vous adoptez le texte proposé par la commission pour l'art. 266, deuxième alinéa.

Une remarque encore: Le délit de l'art. 261 est en somme une variante, un dérivé et un cas aggravé du délit ordinaire d'injure, visé à l'art. 154. Mais l'art. 261 parle d'«outrage». Y a-t-il là deux notions différentes? Nous le croyons. A notre avis, l'outrage comprend, outre l'injure, aussi la diffamation et la calomnie. Car si la courtoisie internationale nous engage à punir l'injure faite à un Etat étranger, à plus forte raison doit-elle nous conduire à le protéger contre la diffamation et la calomnie.

Art. 261bis. L'art. 261bis réprime certains outrages concernant la Société des Nations. Cette disposition remonte à une proposition faite à votre commission par le Procureur général de la Confédération.

L'art. 261 dont nous venons de parler, comme l'art. 43 du Code pénal fédéral de 1853, accorde une protection pénale renforcée aux agents diplomatiques étrangers. Mais en 1918, à l'époque où le projet de

Code pénal suisse a été soumis aux Chambres fédérales, le Code pénal fédéral n'avait à protéger ainsi, sur notre territoire, que les agents diplomatiques étrangers accrédités auprès du Conseil fédéral.

Aujourd'hui, au contraire, une question nouvelle se pose, par suite de l'adhésion de la Suisse à la Société des Nations. Le pacte de la Société des Nations, publié dans le recueil des lois fédérales, a acquis force de loi dans notre pays. Or, d'après l'art. 7, al. 4, du pacte, les représentants des Etats membres — et même les fonctionnaires de la Société des Nations — jouissent des privilèges et immunités diplomatiques dans l'exercice de leurs fonctions.

Il y a donc là deux nouvelles catégories de personnes qui sont traitées en Suisse comme les agents diplomatiques accrédités auprès du Conseil fédéral.

Dans quelle mesure cette situation doit-elle nous conduire à compléter les dispositions de l'art. 261 du projet ?

La commission n'a pas cru devoir aller aussi loin, à cet égard, que le Procureur général de la Confédération le lui avait tout d'abord demandé. Elle vous propose d'étendre, par l'art. 261bis, la protection spéciale de l'art. 261 :

1° aux représentants délégués à l'Assemblée ou au Conseil de la Société des Nations par les membres de la Société (soit au maximum 3 délégués par Etat pour l'Assemblée et 1 délégué par Etat pour le Conseil);

2° au secrétaire général de la Société des Nations et au directeur du Bureau international du travail.

Je rappelle, au surplus, que certains représentants en Suisse des Etats membres de la Société des Nations sont de véritables agents diplomatiques de leur gouvernement. Ce sont les chefs de missions diplomatiques accrédités en permanence, à Genève, auprès du secrétariat de la Société des Nations. Ceux-là bénéficieront, à notre avis, des dispositions de l'article 261.

Une minorité de la commission propose d'autre part d'insérer, après l'art. 261bis, un nouvel art. 261ter disant : « Les art. 28, 29, 30, 151, chiffre 1bis, et 154bis sont applicables par analogie au cas des art. 261 et 261bis. »

Les motifs à l'appui de cette proposition vous seront sans doute exposés dans un instant. Je me réserve de revenir sur ce point.

L'art. 262, qui protège les emblèmes de souveraineté d'un Etat étranger arborés publiquement par un représentant officiel de cet Etat, fait pendant, comme je l'ai déjà dit, à l'art. 232.

Il y a là encore un cas de ce que l'art. 112 de la Constitution fédérale appelle des délits contre le droit des gens et défère aux Assises fédérales. Cette règle de compétence est confirmée par les art. 357 et 358 de notre projet.

L'art. 263 réprime la violation de la souveraineté territoriale étrangère et fait pendant à l'art. 233.

L'art. 263 contient cependant, au chiffre 2, une incrimination qui n'est pas prévue à l'art. 233.

L'art. 263, chiffre 2, dit : « Celui qui, du territoire suisse, aura tenté de troubler par la violence l'ordre public d'un Etat étranger, sera puni de l'emprisonnement. »

Ce n'est pas une violation de notre neutralité puisqu'il n'y a pas guerre (ce dernier cas est visé par l'art. 264).

Cependant, dans l'hypothèse prévue à l'art. 263, chiffre 2, nous avons le pouvoir de punir, puisque l'auteur se trouve sur notre territoire. Et notre intérêt peut être de punir, à cause des conséquences fâcheuses qu'une telle activité peut avoir pour nos relations internationales.

La modification que la commission propose d'apporter au chiffre 2 de l'art. 263 est purement formelle.

Les art. 264 et 265 correspondent aux art. 92 et 93 du Code pénal militaire. Je puis donc m'abstenir d'en dire davantage. Je signale seulement qu'à la forme, le texte français de l'art. 264 doit être mis en harmonie avec l'art. 92 du Code militaire.

L'art. 266 pose ou plutôt confirme le principe en vertu duquel, pour tous les délits de ce chapitre, la poursuite est subordonnée à une décision du Conseil fédéral. Voyez, dans le même sens, la loi fédérale de 1851 sur la procédure pénale fédérale, art. 4.

C'est là, évidemment, un droit très étendu d'immixtion dans le domaine judiciaire que l'on donne à l'exécutif. Ce droit, dit-on, est justifié par des raisons politiques. Et, encore une fois, il existe déjà.

La commission vous propose de scinder l'art. 266 en deux alinéas pour le rendre plus clair. En outre, à l'al. 2, la rédaction proposée par la commission tient compte de l'insertion au projet de l'art. 261bis et, d'autre part, étend au temps de « service actif » en général la règle posée seulement pour le « temps de guerre » par la dernière phrase du texte du Conseil fédéral.

Une minorité de la commission vous propose de maintenir à cet égard le texte proposé par le Conseil fédéral. Il vous appartiendra de décider.

Farbstein : Wenn der Art. 261ter noch einmal an die Kommission zurückgeht, dann brauche ich nicht dazu zu sprechen.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Wir sind einverstanden, daß der Art. 261ter noch einmal an die Kommission zurückgehe.

Farbstein : Dann kann ich auf das Wort verzichten.

Bringolf : Ich möchte einige Bemerkungen machen zu den Artikeln 261 und 261bis, Bemerkungen, die Ihre Zeit nicht allzu lange in Anspruch nehmen werden. Ich stelle den Antrag, diese beiden Artikel aus dem Entwurfe zu streichen. Der Artikel 261 ist zwar, das ist mir wohl bekannt, nicht etwas neues in einem Strafgesetzentwurf, allein unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist seine Anwendung zum vornherein bestimmt und zwar in der Richtung, daß von seiner Anwendung vorwiegend, man könnte sogar ohne Uebertreibung sagen ausschließlich, Kreise der Arbeiterschaft betroffen werden. Wer die Erfahrungen der letzten Jahre etwas beobachtet, der weiß, daß gerade die Arbeiterschaft wiederholt in Konflikte gekommen ist, nicht mit diesem Artikel, aber doch mit einer Auffassung, die in diesem Artikel niedergelegt ist.

Der Abschnitt 16 hat in seinen übrigen Artikeln immer noch genügend Unterlagen, um gegen « Majestätsbeleidigungen », gegen sogenannte Beleidigung fremder Staatsoberhäupter vorzugehen. Es wird an dieser Charakterisierung auch nichts geändert

dadurch, daß etwa eine solche Majestätsbeleidigung nur als Antragsdelikt vorgesehen ist, daß also gegen eine Person, die ein fremdes Staatsoberhaupt, einen Gesandten oder andern Diplomaten, eines fremden Staates öffentlich beleidigt, erst dann vorgegangen wird, wenn von diesem fremden Staat ein Antrag auf Verfolgung gestellt wird. Ich kann mir sehr gut vorstellen, um nur ein Beispiel aus der Praxis des Nationalrates zu nehmen, daß wenn z. B. Herr Perrier sich einen unverfrorenen Ausfall, um mich milde auszudrücken, gegen die Sowietregierung erlaubt, und unter der Annahme, die Sowietregierung würde, was in der Praxis gewöhnlich nicht zutrifft, diesem Ausfall Beachtung schenken und beim Bundesrat um eine Strafverfolgung des Herrn Perrier nachsuchen, der Bundesrat selbstverständlich das Begehren der Sowietregierung ablehnen und die Mehrheit des Rates sich hinter die Beleidigung des Herrn Perrier stellen würde. Man kann ein solches Vorkommnis nicht nur spaßhaft, sondern auch ernsthaft betrachten und kommt dann zum Schluß, daß ein solcher Artikel eine durchaus einseitige oder präziser ausgedrückt, klassenmäßige Auslegung erfährt, daß er dementprechend auch gehandhabt wird und sich deshalb gegen die Arbeiterschaft richtet, die heute mit Recht und auch bewußt im Kampfe steht, nicht nur gegen eine Reihe von sogenannten fremden Staatsoberhäuptern, sondern gegen Regierungssysteme in andern Ländern, die sich auch in der Schweiz durchzusetzen beginnen, die hier Sympathien genießen und deshalb Anstalten machen, sich in den Gesetzeswerken, die die bürgerliche Demokratie gebiert, ihren Niederschlag zu finden. Ich sehe im Art. 261 den Ausdruck des von den reaktionärsten Vertretern in diesem Rate angestrebten autoritären Staates, dieses Staates, der die Autorität als Heiligtum und als Prinzip erklärt.

In diesem Zusammenhang ist auch Art. 261bis zu verstehen. Er spricht davon, daß, wer ein Mitglied des Völkerbundes oder einen in den Rat delegierten Vertreter öffentlich beleidigt, wer dem Generalsekretär des Völkerbundes oder dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes öffentlich eine Beleidigung zufügt, mit Gefängnis oder mit Buße bestraft werde. Es scheint, daß die begeisterten Völkerbundanhänger auf die Erfolge ihrer Völkerbundpädagogik nicht besonders stolz zurückschauen und daß sie in die Erfolge dieser Völkerbundpädagogik wenig Vertrauen setzen, denn sie gehen nun dazu über, mit Artikeln im Strafgesetz den mangelnden Erfolgen der Völkerbundpädagogik sozusagen nachzuhelfen. Wenn nun so ein armes Hascherl irgendwo in der Schweiz einmal darauf kommen sollte, vom Völkerbund oder einem seiner Delegierten und Vertreter respektlos zu sprechen und es irgendeinem ausländischen oder inländischen Völkerbundsbegeisterten einfallen würde, in dieser Respektlosigkeit eine Beleidigung zu erblicken, Anklage zu erheben und ein Richter dazumal derselben Gesinnung ist, dann wird in einem solchen Falle eine Strafe ausgesprochen werden.

Ich kann nicht beurteilen, ob die Urheber des Art. 261bis der Auffassung sind, daß durch diesen Artikel der Völkerbundsbegeisterung Vorschub geleistet werde, aber man kann sich auch der Tatsache nicht verschließen, daß bei einer nüchternen Betrachtung der Verhältnisse dieser Artikel sich zum mindesten humoristisch ausnehmen muß im Entwurf zu

einem Strafgesetz und daß er deshalb in einen solchen Entwurf nicht hineingehört.

Die Charakterisierung des Artikels als einen humorvollen Bestandteil des Strafgesetzentwurfes wird noch bestärkt durch die Erhebung des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes in den Stand einer besondern internationalen Majestät. Ich kann mir vorstellen, daß die Sozialdemokraten sich durch die Erhebung des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes sehr geschmeichelt fühlen, denn sie haben es künftig sogar im schweizerischen Strafgesetzbuch schwarz auf weiß, daß sie nicht nur, wie die «Basler Nachrichten» gestern schrieben, längst eine gouvernementale Partei geworden sind, sondern daß sie auch international bereits die Ansprüche erheben können, die, wie aus Art. 261 hervorgeht, sonst nur fremde Staatsoberhäupter beanspruchen dürfen und die, das möchte ich in Klammern beifügen, nicht einmal schweizerische Pfarrerherren, Nationalratspräsidenten oder Bundesräte mit Erfolg geltend machen können. Herr Bundesrat Häberlin hat ja gestern mit einem gewissen schmerzlichen Nachdruck auf diese Tatsache hingewiesen. Ich denke mir auch, daß die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, daß die Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes künftig mit gehobenen Gefühlen nach Genf zu den Sitzungen des Internationalen Arbeitsamtes wandern werden. Man wird einwenden, Herr Albert Thomas ist ja nicht für alle Ewigkeit Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, es könne einmal eine Zeit kommen, wo ein anderer Direktor an seiner Stelle sitzen werde. Politisch gesprochen würde das heißen, es könne eine Zeit kommen, da die Völkerbundsbourgeoisie die Sozialdemokratie nicht mehr in demselben Maße nötig hat wie heute und deshalb auf ihre Dienste in einem weitergehenden Maß als heute verzichtet und an die Stelle des Herrn Albert Thomas einen guten — es gibt zwar keinen bessern — aber immerhin einen andern Bürger setzen wird. Trotz dieser Perspektive, die sich eventuell auftun könnte, halte ich einen Artikel 261bis in unserem Strafgesetzbuch für überflüssig.

Man kommt, wenn man die beiden Artikel betrachtet, nicht darum herum, festzustellen, daß sich darin ein Teil der politischen Entwicklung der Schweiz und ein Stück der Außenpolitik widerspiegelt. Unsere Außenpolitik zeichnet sich bekanntlich dadurch aus, daß sie nach allen Seiten Verbeugungen macht, daß sie sich nie mit den kleinen Staaten oder mit unterdrückten Minderheiten solidarisiert, sondern daß sie immer nur zu Kotaus vor den Großmächten bereit ist. Da der Völkerbund, da das Internationale Arbeitsamt in erster Linie Einrichtungen der imperialistischen Großmächte sind, da sich in diesen Einrichtungen die Politik der imperialistischen Großmächte ausdrückt und Geltung verschafft, da die Auffassung, die Meinungen und die Absichten der kleineren Staaten nicht beachtet werden, andererseits aber die Schweiz Sitz des Völkerbundes ist, kommt hier die Absicht des Bundesrates und der Kommission zum Ausdruck, im Sinne der bisherigen Außenpolitik eine weitere Verbeugung vor den Großmächten des Völkerbundes zu machen. Ich muß es der Mehrheit des Rates überlassen, sich darüber auszusprechen, ob die Schweiz sich durch derartige Verbeugungen Respekt und Achtung verschafft.

Farbstein, Berichterstatter der Minderheit: Die Kommissionsminderheit empfiehlt Ihnen, die Fassung des ursprünglichen Entwurfes des Bundesrates anzunehmen.

Prinzipiell gilt der Satz, daß Klagen wegen Beleidigung eines auswärtigen Souveräns oder eines Gesandten nur erhoben werden können auf Ersuchen der auswärtigen Regierung. Im Entwurf des Bundesrates heißt es: «In Kriegszeiten kann die Klage auch ohne Ersuchen der Regierung des Auslandes erhoben werden.» Die Kommissionsmehrheit weicht vom bundesrätlichen Entwurfe ab und will eine Klage ohne Ersuchen der auswärtigen Regierung schon in Zeiten des Aktivdienstes zulassen. Darin sehen wir den Unterschied zwischen den beiden Anträgen.

Wir sollten nicht monarchistischer sein als die monarchistischen Staaten. Wenn Sie sich die Gesetze Italiens, des alten deutschen Reiches oder Frankreichs oder der Niederlande oder irgendeines Staates auf dem ganzen Erdball ansehen, so werden Sie finden, daß nirgends eine Klage ohne Ersuchen der auswärtigen Regierung erhoben wird. Im französischen Pressegesetz von 1881, wo dieser Fall geregelt ist, haben wir die ausdrückliche Vorschrift, daß die Klage nur auf Ersuchen der auswärtigen Regierung erhoben werden kann, gerichtet an den Minister des Aeußern. In Art. 130, Abs. 2, des Codice penale des faszistischen Italien ist genau vorgeschrieben, daß die Klage nur auf Antrag des beleidigten Gesandten erfolgen darf. Auch nach dem deutschen Strafgesetzbuch erfolgt die Klage nur auf Antrag des Beleidigten. Wir aber, wir gehen schon im Entwurfe soweit, daß wir erklären, es genüge das Ersuchen der auswärtigen Regierung. Einverstanden. Der Bundesrat sagt, in Kriegszeiten sei es notwendig, daß er schnell handle, er solle nicht erst das Ersuchen einer ausländischen Regierung abwarten müssen. Zugegeben. Aber warum dann diese Ausnahmen auch in Zeiten von Aktivdienst? Aktivdienst kann doch wegen irgendwelcher Unruhen im Innern des Landes vorkommen, die absolut nichts gemein haben mit der auswärtigen Politik; warum soll der Bundesrat in Zeiten des Aktivdienstes ohne Ersuchen der betroffenen ausländischen Regierung eine Klage einleiten? Nehmen wir folgenden Fall an. Es entsteht irgend ein Streik in Zürich oder Lausanne, es wird Militär aufgeboden, wir haben also Aktivdienst. Dieses Aufgebot hat mit der auswärtigen Politik gar nichts zu tun. Und nun kommt irgend eine Zeitung und greift Herrn Wolde-maras oder irgend einen andern der kleinen Diktatoren an, und da soll nun der Bundesrat ohne Ersuchen der fremden Regierung eingreifen und die Strafverfolgung einleiten? Ich begreife diese Ausnahme nicht, insbesondere nicht, weil kein einziger Staat auf der ganzen Erde ist, der diese Klage ohne Ersuchen der fremden Regierung erheben würde. Es mag in Kriegszeiten richtig sein, aber keineswegs in Zeiten des Aktivdienstes. Ich beantrage Ihnen aus diesen Gründen, der Fassung des Art. 266, wie er im Entwurf des Bundesrates vorgesehen ist, zuzustimmen und nicht der Fassung der Kommissionsmehrheit.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Wir stehen nun vor zwei Anträgen. Der eine rührt von der Minderheit der Kommission her, welche die Fassung der Mehrheit, wonach die Möglichkeit der unmittelbaren

Verfolgung auch in Zeiten des Aktivdienstes vorhanden sein solle, nicht annehmen will. Diese Frage hängt zusammen mit Art. 231ter; die Kommission wird Gelegenheit haben, den ganzen Fragenkomplex noch einmal im Zusammenhang zu überprüfen. Aber darauf möchte ich jetzt schon hinweisen: die gleichen Interessen, welche für die Kriegszeiten bestehen, bestehen auch für den Aktivdienst. Nehmen wir die Mobilisation von 1914 an, wo wegen äußerer Verwicklungen die ganze Armee aufgeboden worden ist. Da hatte man unter Umständen ein großes Interesse daran, ohne einen Antrag abzuwarten, ohne Verzug einzuschreiten. Ich für mich habe die Ueberzeugung, daß der Antrag der Kommissionsmehrheit in Ordnung sei.

Herr Bringolf will nun Art. 261 und 261bis überhaupt streichen. Es kommt mir immer verdächtig vor, wenn der strafrechtskundige Herr Dr. Welti Herrn Bringolf vorschickt, um gewisse Anträge zu begründen; das ist immer ein Beweis dafür, daß jedenfalls nicht viel zu holen sein wird. Nun möchte ich doch Herrn Bringolf, weil ich alle Anträge aus dem Rate gern entgegennehme und mir überlege, darauf hinweisen, daß die bekämpften Artikel bestehendes Recht sind. Herr Bringolf weiß das ohne Zweifel, aber eben das bestehende Recht will er abändern. Davon kann keine Rede sein. Man kann da nicht unvermittelt eine allgemein gültige Regelung aufheben. Im übrigen ist auch die Sovietregierung bestrebt, internationale Beziehungen am einen und andern Ort anzubahnen, und sie tut es teilweise mit und teilweise ohne Erfolg. Und auch im Verkehr mit der Sovietregierung wird gelten müssen, was im Verkehr mit allen andern Ländern. Nun hat aber Herr Bringolf, und das verstehe ich ganz und gar nicht, die Sache so dargestellt, als ob unsere Fassung gegen die Arbeiterinteressen gerichtet wäre, er hat von Majestätsbeleidigung gesprochen und solche Dinge eigentlich an den Haaren herbeigezogen. Ein guter Teil der Majestäten sind verschwunden, und andererseits gibt es nun wieder neue Majestäten, wie z. B. in Rußland, wo die Nachfolger des zaristischen Systems sich anscheinend sehr gern in die weichen Pfühle der Vorgänger hineingesetzt haben.

Die bekämpften Artikel sind eine Notwendigkeit der internationalen Beziehungen; von ihrer Streichung kann keine Rede sein. Auch nicht in bezug auf die hohen und höchsten Funktionäre des Völkerbundes.

Affolter: Ich beantrage, wie Herr Farbstein, die Rückweisung des Art. 266 an die Kommission. Der Präsident der Kommission hat seine Geneigtheit dazu bereits ausgesprochen.

Grünenfelder: Ich beantrage umgekehrt, diese Frage jetzt zu entscheiden; ich bin der Auffassung, wir haben keinen Grund mehr, in der Kommission weiter darüber zu beraten, ob es angezeigt sei, dem Bundesrat die Kompetenz nur für Kriegszeiten oder auch für Zeiten des Aktivdienstes zu erteilen, sondern es ist Zeit, hier über diese Frage zu entscheiden. Der Kommissionspräsident hat klar ausgeführt, daß die Situation aus unserem eigenen Landesinteresse heraus es absolut notwendig machen kann, daß diese Kompetenz dem Bundesrat zusteht, für Aktivdienstzeiten wie für Kriegszeiten. Da wollen wir uns doch

nicht selbst die Möglichkeit nehmen, im Aktivdienst rechtzeitig einschreiten zu können. Ich bin der Meinung, daß der Grundsatz, wie er von der Kommissionmehrheit vorgeschlagen ist, angenommen werden sollte und daß jetzt darüber abzustimmen sei.

Abstimmung. — Vote.

Art. 261.

Für den Antrag der Kommission	Mehrheit
Für den Antrag Bringolf	Minderheit

Art. 261 bis.

Für den Antrag der Kommission	Mehrheit
Für den Antrag Bringolf	Minderheit

Art. 261 ter.

An die Kommission zurückgewiesen.
(Renvoyé à la commission.)

Art. 262—265.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 266.

Für den Antrag Affolter	Minderheit
Für den Antrag Grünenfelder	Mehrheit
Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	Mehrheit

Art. 267—275.

Anträge der Kommission.

Mehrheit :

Art. 267. 1. Wer einen Nichtschuldigen wider besseres Wissen bei der Behörde eines Verbrechen oder Vergehens beschuldigt, um eine Strafverfolgung gegen ihn herbeizuführen,

wer in anderer Weise arglistige Veranstaltungen trifft, um eine Strafverfolgung gegen einen Nichtschuldigen herbeizuführen,

wird mit Zuchthaus oder mit Gefängnis bestraft. Der Täter wird in jedem Falle in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt.

Rest Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 268. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 269. Wer jemanden der Strafverfolgung, dem Strafvollzuge oder dem Vollzuge einer andern strafrichterlichen Maßnahme entzieht, wird mit Gefängnis bestraft.

Steht der Täter in so nahen Beziehungen zu dem Begünstigten, daß sein Verhalten entschuldbar ist, so kann der Richter von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Art. 270. Wer in einem Zivilrechtsverfahren als Partei nach erfolgter richterlicher Ermahnung zur Wahrheit eine falsche Beweisaussage zur Sache macht, wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Art. 271. Wer einem gerichtlichen Verfahren als Zeuge, Sachverständiger, Uebersetzer oder Dolmetscher zur Sache falsch aussagt, einen falschen Befund oder ein falsches Gutachten abgibt oder falsch übersetzt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Bezieht sich die falsche Aeußerung auf Tatsachen, die für die richterliche Entscheidung unerheblich sind, so ist die Strafe Gefängnis bis zu sechs Monaten. Ziffer 2 streichen.

Art. 272. Berichtigt der Täter seine falsche Anschuldigung, seine falsche Anzeige oder Aussage aus freiem Antrieb und bevor durch sie ein Rechtsnachteil für einen andern entstanden ist, oder hat er eine falsche Aeußerung getan, weil er durch die wahre Aeußerung sich oder seine Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde, so kann der Richter die Strafe nach freiem Ermessen mildern (Art. 63) oder von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Art. 273. Die Art. 270 bis 272 finden auch Anwendung auf das Verwaltungsgerichtsverfahren, das Schiedsgerichtsverfahren und das Verfahren vor Behörden und Beamten der Verwaltung, denen das Recht der Zeugenabklärung zusteht.

Art. 274. 1. Wer mit Gewalt, Drohung oder List einen Verhafteten, einen Gefangenen oder einen andern auf amtliche Anordnung in eine Anstalt Eingewiesenen befreit oder ihm zur Flucht behilflich ist, wird mit Gefängnis bestraft.

2. Wird die Tat von einem zusammengerotteten Haufen begangen, so wird jeder, der an der Zusammenrottung teilnimmt, mit Gefängnis bestraft.

Der Teilnehmer, der Gewalt an Personen oder Sachen verübt, wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Art. 275. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Minderheit :

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 268. Streichen.

(von Arx, Billieux, Hunziker, Logoz, Lohner, Schär, Seiler, Ullmann, Vallotton, Walser.)

Art. 272. ... andern entstanden, so kann ...

Art. 272 bis. Hat der Täter eine falsche Aeußerung getan, weil er durch die wahre Aussage sich oder seine Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde, so kann der Richter die Strafe nach freiem Ermessen mildern.

Propositions de la commission.

Majorité :

Art. 267. 1. Celui qui aura dénoncé à l'autorité, comme auteur d'un crime ou délit, une personne qu'il savait innocente, en vue de faire ouvrir contre elle une poursuite pénale,

celui qui, de toute autre manière, aura ourdi des machinations astucieuses, en vue de provoquer l'ouverture d'une poursuite pénale contre une personne qu'il savait innocente,

sera puni de la réclusion ou de l'emprisonnement. Le délinquant sera dans tous les cas privé de ses droits civils.

2. La peine sera l'emprisonnement ou l'amende, si la dénonciation calomnieuse a trait à une contravention.

Art. 268. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 269. Celui qui aura soustrait une personne à une poursuite pénale, ou à l'exécution d'une peine ou d'une autre mesure ordonnée par la justice pénale, sera puni de l'emprisonnement.

Le juge pourra exempter le délinquant de toute peine, si les relations de celui-ci avec la personne soustraite à la justice sont assez étroites pour rendre sa conduite excusable.

Art. 270. Celui qui, étant partie dans un procès civil, aura donné sur les faits de la cause, après avoir été expressément invité par le juge à dire la vérité, une fausse déclaration constituant un moyen de preuve, sera puni de la réclusion jusqu'à trois ans ou de l'emprisonnement.

Art. 271. Celui qui, étant témoin, expert, traducteur ou interprète en justice, aura fait une déposition fausse sur les faits de la cause, fourni un constat ou un rapport faux, ou fait une traduction fausse, sera puni de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement.

La peine sera l'emprisonnement jusqu'à six mois, si la fausse déclaration a trait à des faits qui ne peuvent exercer aucune influence sur la décision du juge.

Chiffre 2. Biffer.

Art. 272. Le juge pourra atténuer librement la peine (art. 63) ou en exempter complètement le délinquant, si celui-ci a rectifié sa fausse dénonciation ou sa fausse déclaration, spontanément et avant qu'il en soit résulté un préjudice pour les droits d'autrui, ou s'il a fait une déclaration fausse parce qu'en disant la vérité il se serait exposé ou aurait exposé un de ses proches à une poursuite pénale.

Art. 273. Les articles 270 à 272 sont aussi applicables à la procédure devant les tribunaux administratifs et devant des arbitres et devant les autorités et fonctionnaires de l'administration ayant qualité pour recevoir des témoignages.

Art. 274, 275. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Minorité :
(Affolter et cosignataires.)

Art. 268. Biffer.

(von Arx, Billieux, Hunziker, Logoz, Lohner, Schär, Seiler, Ullmann, Vallotton, Walser.)

Art. 272. ... d'autrui. (Biffer le reste.)

Art. 272bis. Si le délinquant a fait une déclaration fausse parce qu'en disant la vérité il se serait exposé ou aurait exposé un de ses proches à une poursuite pénale, le juge pourra atténuer librement la peine (art. 63).

Seiler, Berichterstatter: Gegenstand dieses Abschnittes sind die Verfehlungen von Parteien und Zeugen im Prozeß und die Beihilfe zur Befreiung von Gefangenen. Die Bestimmungen richten sich in gleicher Weise gegen Angriffe auf die Bundesrechtspflege, die Militärstrafgerichtspflege und die kantonale Rechtspflege. Selbst auf die Verwaltungsrechtspflege sind gemäss Art. 273 die Bestimmungen über falsches Zeugnis und falsche Parteiaussagen anzuwenden.

Die falsche Anschuldigung des Art. 267 wird nur bei vorsätzlicher Begehung bestraft. Die Anschuldigung muß wider besseres Wissen erfolgt sein, und

zwar bei einer Behörde. Nicht wissentlich falsche Beschuldigung bei einer Behörde kann nicht als üble Nachrede bestraft werden. Der Täter kann außerdem verleumdet haben. In diesem Falle wird diese Tätigkeit zur Strafe gezogen. Bestraft wird nicht nur die direkte Beschuldigung, sondern auch das Treffen von Veranstaltungen, die zur Strafverfolgung führen; dies jedoch nur dann, wenn es in arglistiger Weise geschieht. Die Strafe ist eine scharfe; die Kommission hat die Schwere der Tat dadurch noch unterstrichen, daß sie das Maximum der Zuchthausstrafe von fünf Jahren gestrichen hat.

Unter Strafe fallen nach Art. 268 auch die fingierte Verbrechensanzeige ohne Namensnennung und die falsche Selbstanzeige. Von der Minderheit der Kommission wird Streichung des Art. 268 beantragt. Die Begründung der Bestimmung liegt aber unseres Erachtens in der Bewahrung der Rechtspflege vor unnötigen Umtrieben und vor Falschanzeigen, welche für Dritte sehr schädlich wirken können. Gegen die Aufnahme der Bestimmung mag einigermaßen der oft krankhafte Charakter, der in solchen Anzeigen liegt, sprechen. Der Rat möge nach Anhörung der Argumente der Minderheit entscheiden.

Zur Vollendung der Verbrechen von Art. 267 und 268 ist nicht nötig, daß die Anzeige tatsächliche Folgen hat.

Nicht mehr aufgenommen ist im Gesetz die im Vorentwurf enthaltene Verletzung der Anzeigepflicht. Es hätten in bezug auf den notwendigen Vorbehalt des Berufsgeheimnisses so viele Ausnahmen gemacht werden müssen und die Angeschuldigten hätten sich derart leicht ausreden können, daß die Anwendung des Artikels auf die größten Schwierigkeiten gestoßen wäre. Die Expertenkommission hat daher die Bestimmung gestrichen.

Die Begünstigung, wird in unserem Entwurf, wie schon anlässlich der Berichterstattung über die Teilnahme (Art. 22) festgestellt worden ist, als selbständiges Vergehen behandelt. Unter Strafe gestellt ist diejenige Tätigkeit, welche den Täter der Strafverfolgung oder dem Strafvollzug entzieht. Zum Vorsatz und damit zur Strafbarkeit gehört die Kenntnis des Zustandes der Strafverfolgung oder des Strafvollzuges. Eine Milderung für den Fall der Uebertretung anzubringen, wurde in der Expertenkommission abgelehnt. Wie verhält es sich aber mit der Strafbarkeit, wenn es sich um eine bloße Buße handelt? Gautier hat die Strafbarkeit abgelehnt. Nach dem jetzigen Wortlaut wäre sie nicht ausgeschlossen. Der Fall wird aber kaum praktisch werden. Nahe Beziehungen des Täters zum Begünstigten werden im Sinne der Milderung in Betracht gezogen. Im Falle der Entschuldbarkeit will der Bundesrat Straffreiheit eintreten lassen. Die Kommission will nur die Möglichkeit dazu freilassen. Die letztere Lösung wird wohl allen Verhältnissen gerecht werden können.

Zu eingehenden Erörterungen hat die Bestimmung des Art. 270 geführt. Darnach werden falsche Beweisaussagen einer Partei mit schwerer Strafe belegt. Es handelt sich hier um die Schaffung von Garantien für die Beweisaussagen im Zivilprozeß. Nach den meisten Prozeßordnungen ist der Richter befugt, zur Abklärung umstrittener Tatsachen die Parteien persönlich zu befragen. Es soll nunmehr mit der Meinung aufgeräumt werden, als ob es den

Parteien freistehe, die Wahrheit zu sagen, oder dem Richter eine beliebige unwahre Antwort zu geben. Die nachgewiesene unwahre Aussage soll strafbar machen. Kautelen sind immerhin am Platze. Der Richter soll ausdrücklich zur Wahrheit ermahnen und auch auf die Folgen der unwahren Aussagen hinweisen. Welches die Folgen der Auskunftsverweigerung sind, ist durch die Zivilprozeßgesetze festzustellen. Hier haben wir es nur mit der strafrechtlichen Seite des Problems zu tun. Doch müssen Zivilprozeßrecht und Strafrecht sich gegenseitig ergänzen. Zu beachten ist, daß nicht jede Parteibehauptung als Beweisaussage im Sinne des Art. 269 zu betrachten ist, es handelt sich vielmehr nur um die zu Beweis Zwecken vom Richter formulierte Frage. Die Antwort braucht allerdings nicht in eine feierliche Form gekleidet zu sein. Mit den Einzelheiten werden sich die kantonalen Prozeßordnungen noch eingehender zu beschäftigen haben.

Weitaus die wichtigste Frage des Abschnittes ist die Behandlung des falschen Zeugnisses. Art. 271 stellt dem Zeugnis die Gutachten, Uebersetzungen und die Dolmetscherdienste gleich. Beschränkt ist die Anwendung auf das gerichtliche Verfahren. Zum Vorsatz gehört das Wissen der falschen Aussage, aber auch das Wissen der Zeugenqualität. Der Artikel befaßt sich nur mit den Folgen des falschen Zeugnisses, nicht mit der Zeugnispflicht etc. Das letztere ist Sache des kantonalen Prozeßrechts. Nicht als Zeuge ist die Auskunftsperson zu betrachten.

Die Hauptdiskussion entstand in der Kommission über die Frage der Bestrafung des fahrlässigen falschen Zeugnisses. Die Frage ist in der Tat diskutabel. Für die Bestrafung werden angeführt die Notwendigkeit, die Zeugen zur Gewissenhaftigkeit anzuhalten und die Tatsache, daß der Beweis der bewußten Falschaussage nicht immer leicht zu erbringen ist. Gegen die Aufnahme spricht, daß die Furcht wegen Fahrlässigkeit zur Strafe gezogen zu werden, das Zeugnis ungünstig beeinflusst. Bei unserer Kommissionsmehrheit haben die Bedenken gegen die Aufnahme überwogen.

Im einzelnen ist in bezug auf Art. 271 auf folgende Punkte zu verweisen: Eine Aussage muß zur Sache gemacht sein, darf sich also nicht auf bloß nebensächliche Dinge, wie z. B. das Alter, beziehen (alte Jungfer!). Äußerungen über Tatsachen, welche nicht beweisheblich sind, fallen unter eine mindere Strafe. Gestrichen hat die Kommission das Minimum der Gefängnisstrafe von drei Monaten, ebenso die Qualifikation der Ziff. 2, gemäß welcher die falsche Bezichtigung eines Vergehens seitens des Zeugen schwerer bestraft wird. Die Strafandrohung der Ziff. 1 scheint der Kommission auch für diese Fälle zu genügen. Wichtig ist die Strafmilderung bei Berichtigung des falschen Zeugnisses aus freiem Antrieb und vor Eintritt des Rechtsnachteils.

Art. 272bis der Minderheit der Kommission behandelt den Fall der eigenen Begünstigung oder der Angehörigenbegünstigung durch falsche Aussage gesondert. In diesem Fall soll nach Ansicht der Minderheit nicht Straflosigkeit eintreten, sondern Milderung nach freiem Ermessen erfolgen können. Im Falle der rechtzeitigen Berichtigung soll die Strafe wegfallen können. Es scheint der Minderheit der Kommission zu weit gegangen zu sein, im Falle der

eigenen Begünstigung oder der Begünstigung Angehöriger, das Gericht straflos anlügen zu dürfen.

Art. 273 dehnt die Bestimmungen über das falsche Zeugnis auf das Verwaltungsgerichtsverfahren aus, sofern im letztern das Recht der Zeugeneinvernahme besteht. Beigefügt hat unsere Kommission noch das Schiedsgerichtsverfahren.

Ein weiteres Vergehen gegen die Rechtspflege ist die Befreiung von Gefangenen. Gefangene sind Sträflinge, Zuchthaus- oder Gefängnissträflinge. Um jeden Zweifel zu beheben, sind die Anstalten, in welchen sichernde Maßnahmen angewendet werden, in Art. 274 noch ausdrücklich erwähnt. Auch Verhaftete dürfen nicht befreit werden. Voraussetzungen der Bestrafung sind Gewalt, Drohung oder List. Selbstbefreiung ist nicht strafbar, es sei denn, daß Disziplinarvorschriften bestehen. Qualifiziert ist die Befreiung durch einen zusammengerotteten Haufen. Hier macht schon die Teilnahme strafbar. Die gewaltsame Teilnahme ist nochmals qualifiziert.

Die Meuterei von Gefangenen und anderen Detinierten ist strafbar als Zusammenrottung zum Zwecke des Angriffs auf Beamte, zum Zwecke der Nötigung von Beamten und zum Zwecke des gemeinsamen Ausbrechens. Qualifiziert ist die gewaltsame Teilnahme. Die Systematik des Art. 275 ist durch die Diskussion in der Expertenkommission, auf welche hiemit verwiesen wird, klargestellt worden.

Ich beantrage Ihnen Zustimmung zu den Anträgen der Kommission, bei Art. 272 und 272bis zu den Anträgen der Kommissionsminderheit.

M. Logoz, rapporteur: Le chapitre XVII vise, non pas les délits qui peuvent être commis par des personnes chargées d'administrer la justice (là-dessus, voyez le chapitre XVIII), ni les entreprises criminelles qui peuvent être dirigées contre ces personnes (c'est le chapitre XV qui réprime ces actes-là), mais diverses infractions qui peuvent être commises par les parties à un procès ou par d'autres personnes intéressées à un procès, ou même par des tiers.

Et ces infractions sont de trois catégories.

Il y a, tout d'abord, les délits contre la poursuite pénale (art. 267 à 269).

En second lieu, il y a les divers délits contre l'administration des preuves en justice (art. 270 à 273.)

Enfin viennent, en troisième lieu, les délits contre l'exécution des peines au sens large du terme (art. 274 et 275).

Je reprends ces divers articles l'un après l'autre.

L'art. 267, tout d'abord, punit la dénonciation calomnieuse, c'est-à-dire, en substance, la dénonciation d'une personne que le dénonciateur sait innocente. C'est un délit d'une insigne lâcheté.

Il est dangereux pour celui qu'il vise. Il l'est aussi et peut-être plus encore pour l'ordre social et la justice. De là, la proposition que la commission croit devoir vous faire d'élever le maximum de la peine prévue au chiffre premier.

Le chiffre 2, en revanche, atténue la peine lorsqu'il s'agit d'une simple contravention.

L'art. 268, qu'une minorité de la commission propose d'ailleurs de biffer, punit un cas spécial de fausse dénonciation. Ici encore, le résultat du délit est de tromper la justice, d'induire la justice en erreur.

Comment cela? Ou bien en dénonçant un délit imaginaire; ou bien en se dénonçant faussement

soi-même, par exemple pour détourner les soupçons relatifs à un délit plus grave que le dénonciateur a réellement commis.

Celui qui commet un de ces actes se moque de la justice. De l'avis de la majorité de la commission, comme de l'avis du Conseil fédéral, cet individu doit donc être puni.

La peine est du reste plus légère que celle de l'article 267, car le délit est moins grave.

L'art. 269, à son tour, vise ce que nous appelons le « recel de personnes », tandis que le recel de choses est prévu à l'art. 125, que vous avez déjà adopté.

L'art. 269 ne fait pas de distinction quant aux mobiles de l'acte; le mobile peut être, par exemple, le lucre aussi bien que la pitié.

Pour être équitable, la loi doit cependant tenir compte du fait que le délinquant peut avoir obéi à un mobile respectable. Par exemple, celui qu'il a favorisé aux dépens de la justice était son parent. Dans certains cas de ce genre, la clémence peut être de mise.

Le projet va, dans ce sens, jusqu'à déclarer (al. 2) que le délinquant « n'encourra aucune peine » si ses relations avec cette personne (la personne qu'il favorise) sont assez étroites pour rendre sa conduite excusable.

A propos du Code pénal militaire déjà (art. 176), vous avez cependant décidé d'aller un peu moins loin.

La commission vous propose de rédiger l'art. 269, al. 2, de la même manière que l'art. 176, al. 3, du Code pénal militaire et de dire: « Le juge pourra exempter le délinquant de toute peine, si les relations de celui-ci avec la personne soustraite à la justice sont assez étroites pour rendre sa conduite excusable. » Donc, faculté donnée au juge d'exempter le délinquant de toute peine et non obligation pour le juge de le libérer. La liberté d'appréciation laissée au juge est un peu plus étendue.

L'art. 270 est pratiquement très important; il remplacera notamment les dispositions du droit pénal cantonal qui répriment le parjure. Il parle, en effet, d'une fausse déclaration faite par une partie dans un procès civil et « constituant un moyen de preuve ».

Or, quelles sont, dans le procès civil, les déclarations des parties qui font preuve? Cela dépend des lois cantonales de procédure civile, dont les dispositions à cet égard sont très diverses. Mais, d'après plusieurs de ces lois cantonales, il faut une déclaration donnée ou bien sous la foi du serment, décisive ou supplétoire, ou, tout au moins, sous la foi d'une promesse solennelle qui remplace le serment. Cependant d'autres cas sont possibles. C'est pourquoi, pour préciser le sens de l'art. 270 et pour couper court, autant que possible, au risque d'interprétation trop extensive de cet article, la commission vous propose de dire que l'auteur de la déclaration fautive ne tombera sous le coup de l'art. 270 que s'il l'a faite « après avoir été expressément invité par le juge à dire la vérité ». Toutes autres affirmations, orales ou écrites, qu'une partie peut faire dans un procès civil seront ainsi soustraites à l'art. 270.

L'art. 271, à la différence de l'art. 270, s'applique aux procès aussi bien pénaux que civils, à l'exception du chiffre 2, que la commission vous propose d'ailleurs de biffer.

En substance, l'art. 271 vise le faux témoignage et les délits semblables que peuvent commettre:

1° l'expert commis par la justice;

2° le traducteur en justice (qui fait plutôt des traductions écrites);

3° l'interprète en justice (qui traduit oralement des déclarations orales).

Sous réserve du cas aggravé que le projet du Conseil fédéral met à part au chiffre 2, l'art. 271 met sur le même pied les faux témoignages (et délits semblables) au civil et les faux témoignages au pénal. Ce système a l'avantage de la simplicité.

D'autre part, l'art. 271, chiffre premier, alinéa premier, donne au juge, quant à la peine, une très grande liberté d'appréciation, qui lui permettra de tenir compte des circonstances et de faire lui-même les distinctions nécessaires.

La commission vous propose d'élargir encore la marge ainsi donnée au juge, en supprimant le minimum spécial de 3 mois d'emprisonnement que le projet du Conseil fédéral avait prévu au chiffre premier, alinéa premier.

D'autre part, la commission estime que le chiffre 2 du projet du Conseil fédéral peut tomber. Ce chiffre 2 aggrave la peine du faux témoignage au pénal, quand le faux témoin a accusé l'inculpé d'avoir commis un délit dont il le savait innocent.

La déposition du témoin faisant preuve, en principe, ce cas est évidemment particulièrement dangereux. On peut cependant, avec votre commission, estimer que le cadre dans lequel le chiffre premier, alinéa premier, permet au juge de mesurer la peine est assez large pour que le juge puisse tenir suffisamment compte de la gravité d'un tel faux-témoignage.

La suppression ou le maintien du chiffre 2 est, cependant, une question que le Conseil des Etats aura à examiner à son tour.

Art. 272. A l'art. 272, le texte du Conseil fédéral permet au juge « d'atténuer librement la peine ou même d'en exempter complètement le délinquant, si celui-ci a rectifié sa fausse déclaration, spontanément et avant qu'il en soit résulté un préjudice pour les droits d'autrui ».

Il y a ici une proposition de minorité et, comme vous l'a dit il y a un instant M. le président de la commission, ce n'est pas une minorité ordinaire, puisqu'elle comprend les deux rapporteurs de la commission (rires).

Le Conseil fédéral, dans l'art. 272, permet donc d'exempter le délinquant de toute peine en cas de repentir actif.

Et cet art. 272 s'applique aux délits des art. 270 et 271: fausses déclarations d'une partie en justice dans un procès civil; puis faux témoignage, faux rapport et fausse traduction en justice.

Et bien, la majorité de la commission, dont les rapporteurs, je le répète, ne font pas partie, vous propose d'étendre à deux points de vue la portée de l'art. 272, tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral.

1° La majorité vous propose de rédiger ce texte de façon à le rendre applicable aussi aux délits de dénonciation calomnieuse (art. 267) et de fausse dénonciation (art. 268, al. 1^{er}).

2° D'autre part, en ce qui concerne les déclarations fausses prévues aux art. 270 et 271, la majorité de la commission vous propose d'étendre l'art. 272 au cas où le délinquant a fait une déclaration fautive

« parce qu'en disant la vérité il se serait exposé ou aurait exposé un de ses proches à une poursuite pénale ».

Ainsi, dans ce dernier cas comme dans les autres, le juge pourrait, d'après le texte proposé par la majorité de la commission, non seulement atténuer librement la peine, mais même exempter le délinquant de toute peine.

Une minorité de la commission estime que c'est aller trop loin. Il appartient, pense-t-elle, aux lois cantonales de procéder d'édicter les dispositions nécessaires, notamment en ce qui concerne la dispense du témoignage, pour tenir compte du cas où celui qui doit faire une déclaration dans un procès s'exposerait, en disant la vérité — ou exposerait un de ses proches — à une poursuite pénale.

Quant à notre projet, il tiendra suffisamment compte des exigences de l'équité, de l'avis de la minorité de la commission, en permettant au juge d'atténuer librement la peine conformément à l'art. 63.

C'est ce que prévoit l'art. 272bis proposé par la minorité de la commission.

La disposition que contient cet article doit d'ailleurs être séparée de l'art. 272, non seulement pour des raisons rédactionnelles, mais aussi parce que, matériellement, l'hypothèse prévue par l'art. 272bis est tout à fait différente des cas de « repentir actif » qui font l'objet de l'art. 272. En résumé, donc, nous vous recommandons, M. Seiler et moi, d'adopter l'art. 272 et l'art. 272bis tels qu'ils vous sont proposés par la minorité de la commission.

Si vous vous prononcez dans ce sens, il faudrait rédiger la note en marge de l'art. 272 comme suit: « Rectification de la fausse déclaration ou de la fausse dénonciation. » Et la note en marge « Atténuation de peine » pourrait être adoptée pour l'art. 272bis.

Art. 273. L'art. 273 qui, lui, ne donne lieu à aucune proposition de minorité, tient compte du fait que la juridiction administrative va se développant, au fédéral et au cantonal, et a besoin de protection aussi bien que la procédure civile et pénale. La commission vous propose d'adopter cet article tout en le rendant applicable aussi à la procédure devant des arbitres.

Art. 274. L'art. 274 vise le délit qui consiste à « faire évader des détenus ». Comme l'art. 177 du Code pénal militaire, l'art. 274 de notre projet distingue deux cas:

1. Le premier est le délit isolé de l'art. 274, chiffre 1. Le délit est commis par un seul individu, qui est d'ailleurs un simple particulier. Notez que si ce particulier soudoie un gardien, il ne commet pas le délit de l'art. 274, mais le délit de corruption (art. 257). Si, en revanche, le délinquant apitoie le gardien, il ne commet aucun délit; mais le gardien peut tomber sous le coup de l'art. 283.

Je relève, d'autre part, que l'infraction peut être commise:

a) au profit d'un détenu, c'est-à-dire d'une personne qui subit une peine privative de liberté;

b) au profit de ce que le projet appelle « une personne arrêtée » c'est-à-dire de toute personne privée de sa liberté par une arrestation régulière, avant le jugement; enfin, cas non prévu par le Code pénal militaire;

c) le délit est possible au profit d'une personne « internée par décision de l'autorité »; il s'agit ici de

toutes les mesures de sûreté qui consistent en une privation de liberté. Il s'agit aussi des individus internés en vertu du droit cantonal administratif ou de police.

Tout cela concerne le délit isolé de l'art. 274, chiffre 1.

2. Je prends maintenant la seconde infraction prévue par l'art. 274: c'est le délit collectif prévu au chiffre 2.

Ici, comme par exemple à l'art. 255, chiffre 2, le projet distingue entre les participants passifs (chiffre 2, al. 1^{er}) et ceux qu'on pourrait appeler les participants actifs (chiffre 2, al. 2).

L'art. 274, chiffre 2, second alinéa, peut du reste entrer en concours notamment avec les art. 108 et suivants et avec l'art. 126.

Art. 275. L'art. 275 punit la mutinerie de détenus; ce délit a pour auteurs les détenus eux-mêmes et non plus des tiers qui interviendraient en leur faveur.

Quant à la victime, c'est toute personne chargée de la surveillance des détenus et aussi tout fonctionnaire de l'établissement. Donc non seulement un geôlier ou un gendarme attaché à la prison, mais aussi, par exemple, le directeur de la prison, l'aumônier, etc.

Bien entendu, la peine encourue en vertu de l'article 275 s'ajoutera purement et simplement à celle que le délinquant subissait déjà. Il n'y a pas concours de délits. Il pourra en revanche y avoir récidive du fait de la mutinerie.

L'art. 275, chiffre 2, vise un cas aggravé, semblable à celui de l'art. 274, chiffre 2, al. 2.

Wagner: Wenn wir Bedenken haben gegen den Art. 268 in seiner gegenwärtigen Fassung, so ist es nicht etwa deswegen, weil wir an sich die Delikte gegen die Rechtspflege gering einschätzen. Eine richtige Durchführung der Rechtspflege muß natürlich gesichert sein. Aber es scheint uns, der Artikel in dieser absoluten und rigorosen Fassung: « wird mit Gefängnis oder Buße bestraft », könne zu Ungerechtigkeiten führen. Ich möchte nicht längere Ausführungen darüber machen, sondern will Ihnen an einem Falle aus der Praxis dies kurz vor Augen führen.

Es sind zwei Schwestern des Diebstahls beschuldigt worden. Beide werden in eine Untersuchung gezogen. Die eine legt nach einiger Zeit ein Geständnis ab und wird verurteilt. Es ist also die für das Delikt vorgesehene Strafe über sie ausgesprochen worden. Der Diebstahl war etwas eigentümlicher Art, ich will nicht näher darauf eintreten. Nach einiger Zeit stellt sich heraus, daß diese Selbstbeschuldigung ungerechterweise geschehen ist. Die andere Schwester stand unmittelbar vor der Heirat, und damit nun nicht alles in die Brüche gehe, also aus einem durchaus ehrenwerten Gefühl, hat sich die Schwester, die dann auch verurteilt wurde, selbst beschuldigt. Nun kann man sagen: Sie hat die Rechtspflege irreführt, dafür gebührt ihr eine Strafe. Aber sie hat ja eine Strafe bekommen, sie hat schon die Schwere der Rechtspflege zu spüren bekommen, und ihr Beweggrund war doch durchaus ehrenhaft.

Deshalb möchte ich Ihnen beantragen, auf diesen Artikel zurückzukommen. Es wäre vielleicht zu erwägen, ob nicht gesagt werden könnte: « kann mit Gefängnis oder Buße bestraft werden. » Wenn das zulässig ist, möchte ich diesen Eventualantrag stellen,

im andern Falle die Sache zur Redaktion an die Kommission zurückweisen.

Roth-Arbon: Art. 270 bestraft die falsche Parteiaussage, und zwar wird man nach Ansicht der Kommission drei verschiedene Sachen darunter verstehen müssen. Einmal die gewöhnliche richterliche Befragung der Partei, die wahrscheinlich in allen kantonalen Zivilprozeßordnungen üblich ist; dann aber fällt darunter auch, weil sie nicht besonders normiert ist, die mehr feierliche förmliche Parteiaussage, das Handgelübde der Partei, wie wir es im Kanton Thurgau besitzen, und dann auch der Eid der Partei, wie er in andern Kantonen, in St. Gallen, z. B., noch vorhanden ist. Nun hat die Kommission, im Gegensatz zum Vorschlag des Bundesrates, noch eine Voraussetzung der Bestrafung hinzugefügt, nämlich die, daß eine solche Bestrafung nur erfolgen dürfe, wenn die Partei vom Richter zur Wahrheit ermahnt worden sei, «nach erfolgter richterlicher Ermahnung zur Wahrheit», und ich möchte dem nun noch die Worte beifügen: «und Hinweis auf die Straffolgen», wobei ich nichts dagegen hätte, wenn die Kommission diesen Gedanken redaktionell vielleicht noch anders, noch besser formulieren würde.

Ich habe die Auffassung, daß speziell bei der richterlichen Befragung, also der nicht formellen, nicht feierlichen Form der Parteiaussage, diese beiden Voraussetzungen vorhanden sein müssen, einmal die Ermahnung zur Wahrheit durch den Richter und zweitens der Hinweis an die betreffende Partei auf die Straffolgen bei einer falschen Aussage. Ich glaube, daß dies schon in allen kantonalen Prozeßrechten so geregelt ist. Nachdem man die eine Voraussetzung hier im Strafgesetz aufnimmt, glaube ich, muß man logischerweise auch die andere aufnehmen, oder dann muß man auf beide verzichten und beide als rein strafprozessual betrachten. Ich glaube aber, daß es gut und angezeigt ist, diese beiden Grundvoraussetzungen, von denen überhaupt die Möglichkeit einer Bestrafung abhängt, schon hier im Strafgesetz, im materiellen Recht, anzuführen. Wenn bei der nicht feierlichen Form der Aussage, bei der bloßen richterlichen Befragung, die Partei nicht ausdrücklich auf diese schwerwiegenden Folgen einer falschen Aussage aufmerksam gemacht wird, so ist das für eine, sagen wir, etwas harmlose, naive Partei, eine gewisse Gefahr. Ich glaube daher, man sollte diese beiden Voraussetzungen hier genau festlegen; denn die Folgen einer falschen Aussage sind unter Umständen sehr gravierend, Zuchthaus bis drei Jahre oder Gefängnis. Da lohnt es sich meines Erachtens, diese Voraussetzungen aufzunehmen.

Präsident: Bei Art. 272 haben wir den seltenen Fall, daß die beiden Referenten die Minderheit der Kommission bilden. Da bis zur Stunde sich noch niemand für die Verfechtung des Mehrheitsantrages gemeldet hat, so frage ich Sie an: Wer wagt es, Rittersmann oder Knappe?

Affolter: Ich möchte den Herrn Präsidenten ersuchen, unter allen Umständen den Antrag der Mehrheit zur Abstimmung zu bringen.

Farbstein: Nachdem die Referenten den Standpunkt der Mehrheit verlassen haben, erlauben Sie

einem Mitglied der Kommission den Mehrheitsantrag hier zu vertreten. Der Unterschied ist folgender: Es ist möglich, daß jemand als Partei über etwas befragt wird, und die Aussage verweigert. In dieser Verweigerung liegt aber schon ein Geständnis, indem der Richter daraus seine Schlüsse zieht. Der Einnommene befindet sich in einem Dilemma. Sagt er nichts, so wird man aus seiner Weigerung einen Schluß ziehen; sagt er ja, so kann er unter Umständen sich oder seine Nächsten belasten. Sie erinnern sich wohl an einen Fall, der in Deutschland vor Jahren sich abspielte. Ein deutscher Politiker wurde in einem Ehescheidungsprozeß einvernommen und gefragt, ob er mit der Frau Beziehungen hatte. Er sagte nein, das war unwahr, und er wurde später wegen Meineids verurteilt. Hätte er die Tat zugegeben, so hätte er damit die Frau belastet. Es kann vorkommen, daß ein Vater in einer Sache befragt wird, wo es sich um seinen Sohn, um seine Frau handelt. Erklärt er: Ich sage nichts, dann ziehen der Richter oder wenigstens die öffentliche Meinung ihre Schlüsse.

Wir haben in der Kommission beantragt, daß in einem solchen Falle, wo der Aussagende sich in einem Gewissenskonflikt befindet, der Richter unter Umständen freisprechen darf. Wir sagen nicht, «soll»: «sondern der Richter kann von einer Bestrafung Umgang nehmen,» wenn jemand eine falsche Aussage gemacht hat, einzig aus dem Grunde, daß er durch die wahrheitsgetreue Aussage seinen Nächsten belasten würde.

Die Minderheit will keinen Freispruch zulassen, sie sagt: Der Richter kann nach freiem Ermessen die Strafe mildern, er kann sich unter Umständen mit einer Buße begnügen. Wenn aber die Verhältnisse derartige sind, daß der Richter sich sagen muß: Ich Richter, wenn ich in der Lage des Angeschuldigten wäre, hätte vielleicht auch so gehandelt, dann soll der Richter die Möglichkeit haben, den Angeschuldigten freizusprechen; man soll den Richter nicht zwingen, aus rein formellen Gründen auf eine minimale Strafe zu gehen, z. B. nach freiem Ermessen auf eine Buße von 10 Franken. Der Richter soll selbst in keinen Gewissenskonflikt kommen, sondern die Möglichkeit haben, zu erklären: Der Mann hat falsch ausgesagt, aber es ist menschlich begreiflich; ich, Richter, hätte an seiner Stelle vielleicht dasselbe getan. Wir empfehlen Ihnen daher den Antrag der Mehrheit.

Der Antrag der Minderheit mag vom rein formalen Recht aus begründet sein, indem man sagt: Der Mann hat doch ein Vergehen begangen, also wollen wir ihn strafen; freilich nicht zu schwer, weil es menschlich begreiflich ist, daß er so gehandelt hat; der Richter soll nach freiem Ermessen auf ein Minimum heruntergehen können. Die Mehrheit gibt dem Richter größeren Spielraum. In den Kantonen, wo wir das Institut der Geschworenen haben, werden diese in der Regel freisprechen. Es wird kaum jemand unter den Geschworenen in einem solchen Falle dafür sein, den Angeklagten zu bestrafen. Es kann sich also nur um diejenigen Kantone handeln, die das Institut der Geschworenen nicht haben. In diesen Kantonen soll man dem Richter das Recht einräumen, nicht nur nach freiem Ermessen zu mildern, sondern auch von einer Bestrafung Umgang zu nehmen.

Die Kommission bestand aus 27 Mitgliedern. Innerhalb der Kommission ist kein Minderheitsantrag gestellt worden. Er wurde erst später gestellt. Wir

haben aber von diesem Minderheitsantrage nichts gewußt. Es scheint, die Minderheit habe sich die Sache später überlegt und dann den Antrag eingereicht. Es ist richtig, in der Kommission bestand eine Minderheit. Sie hat aber keinen Antrag formuliert. Er ist erst später eingereicht worden. Die Minderheit blieb in der Minderheit und soll auch hier im Nationalrat in der Minderheit bleiben.

Welti-Basel: Ich möchte nicht den Beweis erbringen für dasjenige, was Herr Seiler vorhin nach der Rede meines Kollegen Bringolf gesagt hat. Ich möchte mich aber doch des Art. 268 annehmen und Sie um einige Aufmerksamkeit bitten. In diesem Artikel sind meines Erachtens zwei ganz verschiedene Tatbestände enthalten. Ich bin durchaus dafür, daß der erste Tatbestand aufrechterhalten wird und daß es heißt: « Wer der Behörde eine strafbare Handlung anzeigt, die, wie er weiß, nicht begangen worden ist, wird mit Gefängnis oder mit Buße bestraft. » Ich kann mir sehr leicht solche Fälle vorstellen, und ich denke, es wird auch Ihnen nicht schwer fallen, solche Tatbestände aus der Praxis anzuführen. Das können Fälle sein, die einer ganz gemeinen Absicht entspringen. Beispielsweise kann die Absicht vorliegen, ohne daß das ausgesprochen wird, irgend jemand zu verdächtigen. Deshalb halte ich es für durchaus richtig, wenn man eine derartige Irreführung der Justiz unter Strafe stellt. An diesem Tatbestand möchte ich also nichts geändert wissen.

Aber wir haben in Art. 268 noch einen zweiten Tatbestand, der lautet: « Wer sich selbst fälschlicherweise bei der Behörde einer strafbaren Handlung beschuldigt », Ich weiß nicht, welche Erwägungen in der Kommission maßgebend gewesen sind; aber ich will darauf aufmerksam machen, daß dieser Tatbestand nicht sehr einfach liegt. Herr Wagner hat zum Teil schon darüber gesprochen. Ich will dazu folgendes bemerken: Währenddem Abs. 1, den ich durchaus billige, die falsche Anzeige in bezug auf eine Handlung behandelt, die nicht begangen worden ist, so bringt der Abs. 2 den Tatbestand der falschen Selbstbeschuldigung. Diese falsche Selbstbeschuldigung kann nun in ganz verschiedener Weise geschehen, kann von ganz verschiedenen Positionen aus erfolgen. Sie kann erfolgen durch einen in bezug auf diese Beschuldigung Unschuldigen und zwar durch einen Unschuldigen, der sich nicht im Stadium des Angeschuldigtseins befindet oder durch einen Unschuldigen, der bereits fälschlicherweise zu Unrecht in das Stadium des Angeschuldigtseins versetzt worden ist. Sie kann aber auch erfolgen und das wird die Mehrzahl der Fälle sein, durch einen Mitschuldigen, der entweder bereits in Untersuchung gezogen ist oder der noch nicht in Untersuchung gezogen ist, durch einen Mitschuldigen, der bereits angeschuldigt ist oder noch nicht angeschuldigt ist. Hier muß man differenzieren: es ist ganz klar, daß ein Mitschuldiger, der einen Teil fremder Schuld aus achtenswerten Motiven auf sich nimmt, anders beurteilt werden muß als ein Unschuldiger, der vielleicht nicht aus achtenswerten Motiven, sondern vielleicht aus Gewinnsucht, vielleicht weil er durch einen andern verleitet worden ist, die Schuld auf sich zu nehmen, diese Schuld nun auf sich nimmt. Je nachdem diese Fälle liegen, und sie können ganz verschieden liegen, wird man mit einer Bestrafung, wie sie Abs. 2 vorsieht, eine offensichtliche Ungerechtig-

keit begehen. Wenn es sich beispielsweise um einen Fall handelt, wo ein Unschuldiger oder ein Mitschuldiger aus achtenswerten Motiven den weiteren Teil der Schuld eines andern auf sich nimmt, da sollte meines Erachtens keine Bestrafung eintreten, schon nicht aus folgenden allgemeinen Erwägungen: wir bestrafen ja nicht den Angeschuldigten, der seine Schuld leugnet. Er führt die Justiz ja auch irre. Aber wir haben ein allgemeines Gesetz, daß wir von einem Menschen, der sich im Anklagezustand befindet, nicht etwas Unnatürliches verlangen dürfen, nämlich das Unnatürliche, das darin besteht, daß er ohne weiteres alles sagt, daß er die volle Wahrheit sagt. Das ist ein Prinzip, das durch die Strafgesetzgebung aller Länder geht. Wir legen demjenigen keine Strafe auf, der sich aus Selbstschutzinteressen nicht vollkommen preisgibt. Wir strafen also denjenigen nicht, der die Justiz dadurch irreführt, daß er seine Schuld leugnet oder herabmindert. Aber seltsamerweise würden wir bestrafen, wenn wir diesen Abs. 2 annähmen, denjenigen, der mehr an Schuld übernimmt aus achtenswerten Motiven als ihm zukommt. Das scheint mir etwas Unlogisches und Unnatürliches zu sein. Da diese Fälle nicht auseinandergelassen werden, scheint mir dies alles zum mindesten zu allgemein zu sein. Man könnte hier eine andere Redaktion finden. Deshalb möchte ich meinem Streichungsantrag als Prinzipalantrag, also Streichung des zweiten Absatzes, noch den Antrag hinzufügen, daß, wenn Sie diesen Hauptantrag ablehnen sollten, Sie dann Abs. 2 des Art. 268 zur neuen Redaktion an die Kommission zurückweisen, in dem Sinne, daß keine Bestrafung eintreten soll, wenn die Tat aus achtenswerten Motiven geschehen ist.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Wir stehen also vor drei Anträgen, denen noch ein Eventualantrag angehängt wurde. Es handelt sich um die Art. 268, 270 und 272bis. 268 betrifft die falsche Selbstanzeige, Art. 270 die falsche Beweisaussage und Art. 272bis die Berichtigung einer falschen Äußerung. Ich will mich in erster Linie mit dem Art. 268 beschäftigen. Hier hat Herr Wagner bzw. die Kommissionsminderheit, den Antrag gestellt, den Artikel vollständig zu streichen. Herr Wagner hat auf einen Fall hingewiesen, in dem eine gewisse Ungerechtigkeit entstehen würde, wenn eine Strafe ausgesprochen werden müßte. Er hat den Fall zitiert, daß zwei Schwestern des Diebstahls beschuldigt und in Strafuntersuchung gezogen worden sind. Die eine Schwester hätte im Laufe der Strafuntersuchung gestanden, das sei aber diejenige der beiden Schwestern gewesen, die die Tat nicht begangen hat, sondern aus Rücksicht auf die andere Schwester, die vor der Verheiratung stand, das falsche Geständnis gemacht hat. Das ist ein falsches Geständnis im Laufe der Untersuchung. Es wäre fraglich, ob Art. 268 auf diesen Fall zutrifft, da dieser offenbar den Fall behandelt, in dem jemand von sich aus zum Richter geht und erklärt, er habe die Tat begangen. Ich will aber die Frage offen sein lassen, ob die Auslegung so oder anders sein könnte, und erklären, daß es gewisse Fälle geben kann, in denen eine Bestrafung hart erscheinen würde und in denen man eine Ausnahme machen könnte. Herr Welti hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in diesem Artikel zwei Fälle behandelt werden, die einander direkt nichts angehen. Aber der Grundsatz

ist doch in beiden Fällen der: es erfolgt eine falsche Anzeige bei der Behörde. Da müssen wir wohl daran festhalten, daß unrichtige Anzeigen nicht zulässig sein dürfen, weil wir vermeiden müssen, daß man straflos die Strafuntersuchungsbehörden auf eine unrichtige Fährte führt. Ich gebe jedoch zu, daß Fälle vorkommen, in denen eine Strafe mit Rücksicht auf nahe Beziehungen hart erscheinen mag. Ich gestatte mir deshalb, die Herren, die Anträge gestellt haben, zu fragen, ob sie mit einer Lösung einverstanden wären, die wir schon in Art. 196 für ein anderes Gebiet getroffen haben: «In besonders leichten Fällen kann von einer Strafe Umgang genommen werden.» Der Richter kann in Fällen, wo die Verhältnisse es rechtfertigen, die Strafe fallen lassen. Wenn Sie damit nicht einig gehen, dann bitte ich Sie, über den Grundsatz abzustimmen und die Redaktion eventuell der Kommission zu überlassen.

M. Logoz, rapporteur: Vous avez à vous prononcer sur les propositions suivantes, faites au sujet de l'art. 268;

Tout d'abord, proposition de MM. Affolter et consorts tendant à la suppression de tout l'article. La commission, dans sa majorité, pense que l'art. 268 est nécessaire. Je vous recommande donc de le maintenir. Vous êtes en outre saisis d'une proposition de M. Welti, qui demande la suppression du second alinéa seulement de l'art. 268. Je reconnais volontiers, avec le président de la commission, qu'il y a des cas où l'application du texte de l'art. 268, tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral, pourrait être un peu dure. A cela, le président de la commission vient de vous proposer de parer en ajoutant à l'art. 268 un alinéa qui dirait: «Dans les cas de très peu de gravité, le juge pourra exempter le délinquant de toute peine». Vous avez déjà voté une adjonction de ce genre à l'art. 196.

Art. 267.

Angenommen. — Adopté.

Art. 268.

Abstimmung. — Vote.

1. Eventuell: — Eventuellement:

Für den Antrag Welti	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

2. Eventuell: — Eventuellement:

Für den Antrag Seiler	Mehrheit
Dagegen	Minderheit

Definitiv: — Définitivement:

Für Festhalten an diesem Beschluß	Mehrheit
Für den Streichungsantrag der Minderheit	Minderheit

Art. 269.

Angenommen. — Adopté.

Art. 270.

Seiler, Berichterstatter: Zu Art. 268 möchte ich noch zu handen des Protokolls beifügen, daß der

Nationalrat. — Conseil national. 1929.

Zusatz sich auf den ganzen Artikel und nicht nur auf den zweiten Absatz bezieht.

Art. 270 handelt von den falschen Beweisaussagen im Prozeßverfahren. Sie haben gesehen, daß die Kommission eine gewisse Garantie beigefügt hat, damit nicht so ohnehin eine Bestrafung wegen falscher Beweisaussage der Parteien erfolgen kann. Es muß zum mindesten der Betreffende durch den Richter zur Wahrheit ermahnt worden sein. Das ist eine Voraussetzung für die Strafbarkeit. Wo ohne Ermahnung bestraft wird, kann das Urteil angefochten werden.

Herr Roth will dieser einen Kautele noch eine weitere beifügen: «den ausdrücklichen Hinweis auf die Straffolgen». Persönlich glaube ich, daß wir diesen Punkt den kantonalen Prozeßgesetzen überlassen dürfen. Die kantonalen Prozeßgesetze haben auch zu bestimmen, was die Folge der Verweigerung der Aussage sein wird, sie sollen auch bestimmen, ob ein besonderer Hinweis auf die Straffolgen im gegebenen Fall zu geschehen hat. Die kantonalen Einführungsgesetze werden ja ohnehin die Materie im Anschluß an das Strafgesetz regeln müssen. Deshalb scheint es mir nicht notwendig zu sein, daß wir das Strafgesetz mit einer weitem prozessualen Vorschrift belasten, um so mehr, als gewisse Bedenken auch in verfassungsrechtlicher Beziehung auftreten könnten.

Ich beantrage Ihnen, den Antrag des Herrn Roth abzulehnen, nicht weil ich den Gedanken an sich bekämpfe, sondern weil die Regelung besser durch die kantonalen Einführungsgesetze erfolgt.

M. Logoz, rapporteur: L'art. 270 punit celui qui, étant partie dans un procès civil, aura donné sur les faits de la cause une fausse déclaration constituant un moyen de preuve.

Vous avez à statuer maintenant sur une proposition faite par M. Roth, proposition de compléter le texte de la commission en exigeant, pour que le délit soit réalisé, que le juge ait attiré l'attention du déclarant non seulement — comme le dit déjà le texte de la commission — sur le fait que ce dernier doit dire la vérité, mais en outre sur les conséquences pénales qu'entraîne une fausse déclaration.

Nous pensons, M. le président de la commission et moi, qu'il s'agit là d'un point qui pourrait être laissé à la procédure cantonale. Dans ce cas, bien entendu, il n'y aurait pas là un élément constitutif du délit de l'art. 270. Tandis que, selon M. Roth, cette mise en garde devrait être une condition de la répression.

Il vous appartient de choisir entre ces deux systèmes, c'est-à-dire entre le texte proposé par la majorité de la commission et la définition plus détaillée de M. Roth.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag Roth	55 Stimmen
Dagegen	41 Stimmen

Art. 271.

Angenommen. — Adopté.

Art. 272 und 272bis.

Seiler, Berichterstatter: Bei diesem Artikel haben Sie einen Mehrheits- und einen Minderheitsantrag.

Herr Dr. Farbstein hat das Zustandekommen des Minderheitsantrages in Zweifel gezogen. Ich kann ihm zur Ergänzung mitteilen, daß Herr Grüenfelder als Mitglied der Minderheit anzuführen vergessen worden ist. Im übrigen wollen wir über die Sache materiell entscheiden, nach der Qualität der Argumente.

Art. 272 stellt als Hauptgrundsatz auf, daß bei der Berichtigung einer falschen Äußerung aus freiem Antrieb von einer Strafe Umgang genommen werden kann. Die Kommissionsmehrheit hat dazu als Ergänzung angenommen, daß von einer Strafe ebenfalls abgesehen werden kann, wenn einer durch eine wahre Äußerung sich oder einen Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde. Sagt also einer objektiv unwahr aus, aus dem Grunde, um seinen nächsten Anverwandten nicht der Strafe zu übermitteln oder um ihn im Zivilprozeß vor un günstigen Folgen zu bewahren, so soll nach Ansicht der Mehrheit der Kommission Straffreiheit eintreten können.

Die Minderheit dagegen will nicht die Straffreiheit, sondern sie will die Strafe nach richterlichem Ermessen mildern lassen. Aus dem allgemeinen Teil wissen Sie, daß damit gesagt wird, daß die niedrigste Strafart und das niedrigste Strafmaß angewendet werden kann; dazu kommt noch die Möglichkeit mit der bedingten Verurteilung.

Wir wollen nun an dem Hauptgrundsatz festhalten, daß nicht unbestraft falsch ausgesagt werden dürfe, auch wenn es die nächsten Angehörigen angehe. Es besteht immer noch die Möglichkeit der Zeugnisverweigerung, mit den Folgen, die die kantonalen Prozeßgesetze festsetzen. Aber wir wollen in unserem Strafgesetz keine Bestimmung, die sagt, es darf einer unter Umständen das Gericht straflos anlügen, dann nämlich, wenn Interessen der nächsten Verwandten in Betracht fallen. Ueber diesen Hauptgrundsatz haben Sie sich zu entscheiden; die Minderheit will nicht Straffreiheit zulassen, aber in weitgehendem Maße Strafmilderung, und das scheint uns genügend zu sein.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	39 Stimmen
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	71 Stimmen

Art. 273.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 274.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 275.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 276—287.

Anträge der Kommission.

Art. 276. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 277. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates. (Die Aenderung berührt nur den französischen Text.)

Art. 278, 279. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 280, Abs. 1. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Abs. 2. Streichen.

Art. 281. 1. Beamte oder Personen öffentlichen Glaubens, die eine Urkunde fälschen oder verfälschen oder die echte Unterschrift oder das echte Handzeichen eines andern zur Herstellung einer unwahren Urkunde benutzen, werden mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

2. Beamte oder Personen öffentlichen Glaubens, die eine rechtlich erhebliche Tatsache unrichtig beurkunden, namentlich eine falsche Unterschrift oder eine unrichtige Abschrift beglaubigen, werden mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Ziff. 2. Streichen.

Art. 282. Aerzte oder Tierärzte, die vorsätzlich ein unwahres Zeugnis ausstellen, das zum Gebrauche bei einer Behörde oder zur Erlangung eines unberechtigten Vorteils bestimmt oder das geeignet ist, wichtige und berechtigte Interessen Dritter zu verletzen, werden mit Gefängnis oder mit Buße bestraft.

Hat der Täter dafür eine besondere Belohnung gefordert oder sich versprechen lassen, so wird er mit Gefängnis bestraft.

Rest Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 283, 284, 285. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 286. Streichen.

Art. 287. Streichen.

Propositions de la commission.

Art. 276. Adhérer du projet du Conseil fédéral.

Art. 277. Le fonctionnaire qui, dans un but de lucre, aura perçu des taxes, des émoluments ou des indemnités qui n'étaient pas dus, ou aura, en percevant des taxes, des émoluments ou des indemnités, excédé le tarif légal, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 278, 279. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 280, 1^{er} alinéa. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

2^e alinéa. Biffer.

Art. 281. 1^o (nouveau). Les fonctionnaires et les officiers publics qui auront créé un titre faux, falsifié un titre, ou abusé de la signature ou de la marque à la main réelles d'autrui pour fabriquer un titre supposé, seront punis de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement pour six mois au moins.

2^o Les fonctionnaires et les officiers publics qui auront constaté faussement dans un titre un fait ayant une portée juridique, notamment en certifiant faussement l'authenticité d'une signature ou l'exactitude d'une copie, seront punis de la réclusion jusqu'à cinq ans ou de l'emprisonnement pour six mois au moins.

Chiff. 2 du projet. Biffer.

Art. 282. 1^o Les médecins et les vétérinaires qui auront intentionnellement dressé un certificat con-

traire à la vérité, alors que ce certificat était destiné à être produit à l'autorité ou à procurer un avantage illicite, ou qu'il était de nature à léser les intérêts légitimes et importants de tierces personnes, seront punis de l'emprisonnement ou de l'amende.

La peine sera l'emprisonnement, si le délinquant a sollicité, reçu ou s'est fait promettre une rémunération spéciale pour dresser ce certificat.

2° La peine sera l'amende, si le délinquant a agi par négligence.

Art. 283, 284, 285. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 286, 287. Biffer.

Seiler, Berichterstatter: Mit einem gewissen Gefühl der Erleichterung kann ich Ihnen mitteilen, daß wir zum letzten Abschnitt des ersten Buches kommen. Ich will aber keine weiteren Hoffnungen an diese Feststellungen knüpfen.

Der Begriff des «Beamten» war in Art. 97 festgelegt. Die Erklärung dieses Ausdrucks ist nun aber gestrichen worden. Gemeint sind Beamte des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Näheres finden wir in Zürichers Erläuterungen Seite 408 ff. und in den Protokollen der zweiten Expertenkommission V, Seite 343 ff. Nicht zu den Beamten gehören jedenfalls die Mitglieder der gesetzgebenden Behörden. Diese können durch die Spezialgesetzgebung verantwortlich erklärt werden. Eine besondere Frage betrifft die Amtentsetzung des Art. 49. Nicht berührt durch das Strafgesetz wird das Ordnungsstrafrecht, das Disziplinarstrafrecht.

Das schwerste Amtsverbrechen ist der Amtsmissbrauch. Der Missbrauch muß erfolgen zum Zwecke der Verschaffung eines unrechtmäßigen Vorteils für sich oder einen andern oder in der Zufügung von Nachteilen. Amtsmissbrauch ist gewissermaßen ein Oberbegriff. Der Amtsmissbrauch des Art. 276 ist dann anzunehmen, wenn die übrigen Spezialfälle nicht zutreffen. So ist auch die Gebührenüberforderung ein Amtsmissbrauch. Trifft ihr Tatbestand zu, so ist nach der Spezialbestimmung des Art. 277 zu strafen und nicht nach Art. 276.

Die Gebührenüberforderung und die ungetreue Geschäftsführung waren im Vorentwurf als Amtsausbeutung bezeichnet worden. In unserm Entwurf wird dieser Tatbestand in zwei besondern Artikeln — Art. 277 und 278 — behandelt. In beiden Fällen muß eine gewinnsüchtige Absicht nachgewiesen werden. In Art. 277 hat die Kommission der Bezeichnung «Gebühren und Vergütungen» beigefügt «Taxen». Etwas vage erscheint die Formulierung in Art. 278. Was bedeutet der Ausdruck «öffentliche Interessen»? Die Abgrenzung wird eben im einzelnen Falle zu suchen sein. Zu beachten ist, daß nicht nur Beamte, sondern auch Behördemitglieder unter Art. 278 fallen.

Das gleiche trifft auch zu bei der passiven Bestechung des Art. 279. Die aktive Bestechung ist in Art. 257 behandelt. Eine Vergleichung der Strafandrohungen in den Art. 257 und 279 zeigt die Schwere der Tat bei der passiven Bestechung: Zuchthaus bis zu drei Jahren oder Gefängnis, währenddem in Art. 257 nur Gefängnis, verbunden mit Buße, vorgesehen ist. Bei der passiven Bestechung ist der Kreis der möglichen Täter ein weiter. Zu-

nächst Behördenmitglieder, Beamte und Richter; dann aber auch Schiedsrichter, Sachverständige, Uebersetzer und Dolmetscher. Bestraft wird nicht nur das Fordern, sondern auch das Annehmen von Geschenken oder Vorteilen, ja das bloße Sichversprechenlassen. Zur Vollendung ist die tatsächliche Amtspflichtverletzung nicht notwendig. Es genügt, das Fordern, die Annahme bzw. das Sichversprechenlassen zum Zwecke einer pflichtwidrigen Handlung. Die Amtspflichtverletzung braucht nicht ein Amtsverbrechen, nicht einmal ein Verbrechen zu sein, auch ein Ordnungsfehler kann genügen. Die bloße Ermunterung zur Beschleunigung einer erlaubten und geforderten Amtshandlung durch Geschenke fällt nicht unter die Strafe des Art. 279. Die tatsächliche Amtspflichtverletzung andererseits qualifiziert die Strafe.

Art. 280, der die Annahme von Geschenken bestraft, unterscheidet sich von Art. 279 dadurch, daß nicht eine pflichtwidrige, sondern eine pflichtgemäße Handlung ins Auge gefaßt ist. Der Beamte, der Richter etc., sollen sich in keiner Weise durch das Amt materielle Vorteile verschaffen. Der Bürger muß das Gefühl haben können, daß alle nach gleichen Grundsätzen und mit dem gleichen guten Willen behandelt werden. Gestrichen hat die Kommission Abs. 2 des Art. 280, mit Rücksicht auf die allgemeine Bestimmung des Art. 56.

Eine neue Fassung hat die Kommission dem Artikel 281 gegeben. Ziff. 1 behandelt nunmehr die Urkundenfälschung durch einen Beamten oder durch eine Person öffentlichen Glaubens und Ziff. 2 die falsche Beurkundung durch Beamte oder Personen öffentlichen Glaubens. Der Tatbestand der besonderen Belohnung des Täters für seine Missetat soll nicht mehr besonders hervorgehoben werden. Der Strafrahmen ist so weit, daß auch dieser Fall berücksichtigt werden kann. In der Regel wird die Fälschung nur gegen irgend einen Vorteil vorgenommen werden. Zu beachten ist, daß die Strafe dieses Artikels nicht schärfer ist als bei der Urkundenfälschung des gewöhnlichen Bürgers. Im übrigen sei in bezug auf die Abgrenzung der Tatbestände auf die Art. 217 und 219 verwiesen. Eine in der Kommission gestellte Anfrage, ob die Verweigerung der Beurkundung aus gewinnsüchtiger Absicht oder aus Schädigungsabsicht ebenfalls unter Art. 281 falle, ist dahin beantwortet worden, daß nicht Art. 281 sondern Art. 276 betreffend den Amtsmissbrauch in Betracht falle.

Das Ausstellen eines falschen ärztlichen Zeugnisses ist nicht ein Amtsverbrechen, sondern ein Verbrechen gegen die Berufspflicht. Das Zeugnis muß ein unwahres sein. Strafbar ist die vorsätzliche und die fahrlässige Handlung. Wissen muß oder sollte bei genügender Aufmerksamkeit der Täter, daß mit dem Zeugnis die Erlangung eines Vorteils bezweckt ist, und zwar eines unberechtigten Vorteils oder daß das Zeugnis geeignet ist, wichtige und berechnete Interessen Dritter zu verletzen. Unwahr ist ein Zeugnis auch dann, wenn wichtige, für die Beurteilung wesentliche Umstände verschwiegen werden. Zum Vorsatz gehört die Kenntnis des Zwecks, dem das Zeugnis dienen soll.

Der Befreiung von Gefangenen durch Dritte steht das Entweichenlassen durch Beamte zur Seite. Die Strafe des Art. 283 ist wesentlich höher als diejenige des Art. 274.

Die Verletzung des Amtsgeheimnisses muß unter allen Umständen unter Strafe gestellt werden. Die Durchführung in der Praxis ist allerdings schwierig. Es gibt Leute, die auf Indiskretionen geradezu erpicht sind. Eine große Rolle spielt dabei die Sensationssucht. Amtsgeheimnis ist nach Zürcher der ausschließliche Besitz von solchen Kenntnissen, die man im Amt oder in bezug auf das Amt erhalten hat. Ob die Verletzung Schaden stiftet, ist gleichgültig. Das Geheimnis kann auf die verschiedensten Arten verletzt werden, schriftlich, mündlich, durch Uebergabe an die Presse etc. Der Pflicht, zu schweigen, kann eine Offenbarungspflicht gegenüberstehen. Die Offenbarung darf aber nur mit Zustimmung der vorgesetzten Behörde erfolgen. Schwieriger als die Verletzung des Amtsgeheimnisses ist die Behandlung der Verletzung des Berufsgeheimnisses. Der Kreis der zur Wahrung des Geheimnisses Verpflichteten ist im Gesetz genau umschrieben. Etwas vage ist die Bezeichnung « Gehilfen solcher Personen ». Auch beim Berufsgeheimnis kann durch Zustimmung des Berechtigten Entbindung von der Schweigepflicht erfolgen. Die Offenbarung ist aber auch dann nicht strafbar, wenn sie zur Wahrung eines höheren Interesses notwendig ist. Das höhere Interesse kann überwiegen und zur Verletzung des Geheimnisses nötigen. So wird der Arzt in den Fall kommen können, vor der Gefahr der Ansteckung zu warnen. Das richterliche Ermessen wird die Grenzen des Erlaubten festsetzen müssen. Unter die « höhern Interessen » fallen auch die öffentlichen Interessen. Im höheren Interesse kann z. B. die Verhütung einer schweren Tat liegen. Eine andere Frage ist die kirchliche Bindung des Geistlichen. Nicht berührt wird durch den Artikel die prozessuale Frage des Zeugniszwangs.

Art. 286 und 287 betreffend die Verbrechen oder Vergehen von Postbeamten und von Telephon- und Telegraphbeamten sind von der Kommission gestrichen worden. Die Kommission will diese Vergehen der Spezialgesetzgebung überlassen, in der Meinung, daß in den einschlägigen Gesetzen alle Beziehungen der betreffenden Beamten zusammenfassend geregelt werden sollen.

Ich beantrage Ihnen Annahme des letzten Abschnittes des ersten Buches im Sinne der Kommissionsanträge.

M. Logoz, rapporteur: Chapitre XVIII. Nous abordons le dernier chapitre de la partie spéciale du Livre I, celui qui prévoit les délits contre les devoirs de fonction. Sur l'ensemble de ce chapitre et, notamment, sur la question assez ardue des rapports qui, dans ce domaine, existent entre la répression pénale et la répression disciplinaire, je me permets de vous renvoyer aux pages 403 et suivantes de l'Exposé des motifs de 1908.

Je rappelle aussi que l'article 97, chiffre 4, du projet du Conseil fédéral, donne une définition du fonctionnaire, mais que vous avez décidé de supprimer cette définition et de laisser à cet égard le champ libre à la doctrine et à la jurisprudence.

Sur ce qu'il faut entendre par une « autorité », au sens des dispositions que nous allons passer en revue, voyez en particulier le message du Conseil fédéral, de 1918, page 73 et 74.

Cela dit, je passe sans autre préambule à l'article 276 (abus d'autorité). L'idée-maîtresse qui est à la

base de cette disposition, comme aussi des articles 279 et 280, est celle-ci: Il faut punir celui qui exploite à son profit, ou même au profit d'un tiers, les pouvoirs que lui donne sa fonction.

Quant à l'article 276, c'est, comme le relèvent les Motifs, une disposition générale, très compréhensive et qui, à titre en quelque sorte subsidiaire, vient compléter les articles suivants du même chapitre qui, eux, visent une série de cas spéciaux dont nous allons parler.

Prenons tout d'abord l'article 277. Il punit ce qu'on appelle la concussion. Pour un fonctionnaire, la concussion est le fait de s'enrichir indûment en percevant intentionnellement des taxes, émoluments, etc., qui ne sont pas dûs ou qui dépassent le tarif légal.

L'affaire peut être de gravité assez variable selon les cas. C'est pourquoi le projet donne au juge le choix entre l'emprisonnement et l'amende, qu'il pourra d'ailleurs cumuler en vertu de l'article 47 de la partie générale.

Les amendements proposés par la commission, à l'article 277, sont d'ordre purement rédactionnel.

Je puis être très bref aussi sur l'article 278, qui réprime la gestion déloyale des intérêts publics par un fonctionnaire ou un membre d'une autorité. Cet article fait pendant au délit de gestion déloyale prévu à l'article 136 et qui est commis par de simples particuliers.

Plus important est l'article 279, qui réprime la corruption passive. La corruption active, nous l'avons déjà vu ce matin, est prévue à l'article 257. Plus exactement, l'article 279 s'applique au fonctionnaire, juge etc., qui se fait ou se laisse acheter pour violer les devoirs de sa fonction.

L'article 280, en revanche, punit cet individu s'il se fait ou se laisse acheter pour faire un acte qui n'est pas contraire à ses devoirs professionnels.

D'autre part, dans le délit de l'article 279, deux degrés sont possibles:

Premier degré (art. 279, premier alinéa): c'est l'acceptation d'un présent ou d'une promesse. Ici, le délit est consommé par la seule acceptation, même lorsqu'il ne s'agit que d'une promesse. Notre projet met ainsi heureusement fin à la controverse qui s'est élevée en France sur la consommation « par pacte » et la consommation « par acte ». D'après l'article 279, le pacte suffit et c'est parfaitement juste.

Le second degré possible du délit de corruption passive prévu à l'article 279 est le fait que le fonctionnaire, le juge, etc., a, par effet de la corruption, effectivement violé les devoirs de sa charge. Cette violation peut du reste résulter soit d'un acte, soit d'une omission. C'est un cas aggravé d'après le second alinéa de l'article 279.

Je passe à l'article 280. Le délit de cet article, comme je vous l'ai dit tout à l'heure, consiste en substance à accepter ou à réclamer un salaire personnel, sous une forme quelconque, pour un acte de fonction qui n'en doit pas comporter.

La différence entre l'article 279 et 280 est donc exclusivement dans le dessein du corrupteur et dans l'intention délictueuse du personnage qui se laisse — passez-moi l'expression — « graisser la patte ».

La commission vous propose de biffer l'alinéa 2 de l'article 280, qui dit: « Le don ou avantage reçu ou sa valeur est acquis à l'Etat. » Cette disposition fait double emploi avec l'article 56 de la partie générale.

L'article 281 (faux intellectuel), dans le texte du Conseil fédéral, fait plus ou moins pendant à l'article 219. Je rappelle que l'article 219, que vous avez adopté hier, réprime l'obtention frauduleuse, par un justiciable quelconque qui sera généralement un simple particulier, d'une constatation fautive faite dans un titre authentique par un fonctionnaire ou un officier public induit en erreur.

L'article 281, texte du Conseil fédéral, en revanche, prévoit le délit de faux commis par un fonctionnaire ou par un officier public qui constate fausement dans un titre un fait ayant une portée juridique. Exemple: un notaire ou un fonctionnaire de chancellerie atteste l'authenticité d'une signature, alors qu'il sait qu'elle est fautive.

Ici donc, le faux est commis par un fonctionnaire ou un officier public. Et il est commis au moment même où l'acte est dressé. L'acte n'est pas irrégulier dans son graphisme, c'est son contenu qui est faux. C'est un cas de ce que nous appelons le « faux intellectuel ».

Mais l'article 281 du Conseil fédéral s'applique au faux intellectuel commis par un fonctionnaire, tandis que l'article 219 s'applique au faux intellectuel commis par quelqu'un (en général un simple particulier) qui induit un fonctionnaire en erreur.

Et ces deux formes de faux intellectuel s'opposent elles-mêmes au faux dit matériel, prévu à l'article 217 du projet du Conseil fédéral et qui consiste, lui, surtout à forger un titre faux ou à falsifier un titre vrai, par exemple par grattage.

Ainsi, l'article 281 n'est applicable qu'au faux « intellectuel » commis par un fonctionnaire ou un officier public.

Mais alors, s'est demandé la commission, quid, du faux « matériel » commis par un fonctionnaire ?

Réponse: Dans le texte du Conseil fédéral, ce faux matériel tombe peut-être sous le coup de l'article 217. Mais cet article 217 du projet du Conseil fédéral n'aggrave pas la peine du fonctionnaire qui commet un faux matériel, parce qu'il est fonctionnaire. Il le traite au contraire comme n'importe quel particulier. Le fonctionnaire qui commet un faux matériel est pourtant, à notre avis, plus coupable que le particulier qui commet le même délit. C'est le point de vue de nombreux codes en vigueur, notamment du code pénal français et des codes romands.

Il y a donc, de l'avis de votre commission, une anomalie dans le fait que, d'après le texte du Conseil fédéral, le faux intellectuel commis par un fonctionnaire est puni (art. 281, chiffre 1) moins sévèrement que le faux matériel commis par un particulier (article 217, chiffre 1), beaucoup moins sévèrement surtout dans le cas prévu à l'article 217, chiffre 2.

Et c'est pour faire disparaître cette anomalie que votre commission a

1. modifié, comme nous l'avons déjà vu hier, la peine prévue à l'article 217, chiffre 2;

2. complété l'article 281 par un chiffre 1 nouveau et modifié la peine prévue par l'article 281, chiffre 1, texte du Conseil fédéral, de manière à frapper le faux matériel commis par un fonctionnaire de la même peine que le faux intellectuel commis par le même auteur, et d'une peine plus sévère que le faux matériel ou intellectuel commis par un particulier (article 217, chiffre 1, texte de la commission).

Ces modifications apportées à l'article 281 rendent, d'autre part, superflu le chiffre 2 du projet du Conseil fédéral, puisque le texte proposé par la Commission prévoit déjà, comme peine, la réclusion jusqu'à 5 ans ou l'emprisonnement pour six mois au moins.

Cela dit, je me borne à signaler, sans prétendre la résoudre, une dernière question délicate qui se pose à propos de l'article 281.

Cet article sera-t-il applicable au faux dans un acte de l'état-civil, commis par un fonctionnaire au moment même où il dresse l'acte? Dans l'état actuel des textes, cela me paraît douteux.

On peut, en effet, se demander si l'article 183, qui réprime le délit de suppression ou de falsification d'état-civil et qui prévoit une peine plus sévère que celle de l'article 281, n'est pas une *lex specialis*, qui prime l'article 281, en matière de faux commis par un fonctionnaire d'état-civil. Mais encore une fois, je m'abstiens de résoudre la question. Il faut bien laisser quelque chose à faire à la jurisprudence et à la doctrine.

Art. 282. L'article 282, qui vise le faux certificat médical, peut être comparé à l'article 218. Mais le délit de l'article 282 est commis par le médecin ou le vétérinaire lui-même qui a qualité pour dresser le certificat.

C'est aussi une espèce de faux intellectuel, mais il est moins grave que celui de l'article 281.

L'alinéa 2 de l'article 282 prévoit un cas aggravé par le but de lucre qu'a poursuivi l'auteur du délit.

La commission vous propose ici, en ce qui concerne la peine, de supprimer cependant le minimum spécial prévu par le texte du Conseil fédéral.

L'article 283, qui vient ensuite et qui a trait à l'assistance à l'évasion, a quelque parenté avec l'article 274, dont nous parlions tout à l'heure. Mais le délit de l'article 274 peut être commis par n'importe qui et non pas seulement par un fonctionnaire.

En outre, le délit de l'article 274 suppose l'emploi de la violence, de la menace ou de la ruse.

Au contraire, cet élément n'est pas prévu par l'article 283. Car les fonctionnaires sont justement les personnes qui peuvent seules commettre ce délit (assistance à l'évasion) sans violence, sans menace et même sans user de ruse.

Je relève enfin qu'à cause de la qualité de l'auteur, la peine de l'article 283 est plus sévère que celle de l'article 274.

Art. 284. L'article 284 punit la violation du secret de fonction. Il fait pendant à l'article 285 qui, lui, s'applique au simple particulier qui violerait le secret professionnel.

L'article 284 n'intéresse que les fonctionnaires ou anciens fonctionnaires et les membres des autorités. Il s'applique aux secrets d'Etat, aux secrets fiscaux et même aux secrets privés confiés à un fonctionnaire ou à un membre d'une autorité, ou dont ils peuvent avoir eu connaissance à raison de leur charge.

Le chiffre 2 dit: « La révélation n'est pas punissable si elle a été faite avec le consentement de l'autorité supérieure. »

Cette disposition a surtout pour effet de donner à l'intéressé un critère sûr, lui permettant de fixer sa ligne de conduite.

Et maintenant, nous passons à un article particulièrement intéressant même pour le laïque: c'est l'article 285, sur la divulgation du secret professionnel.

Cet article apportera de la clarté dans un domaine qui est encore trop obscur, à cause de l'insuffisance et de la diversité du droit actuel en Suisse.

L'article 285 de notre projet s'applique à trois catégories de personnes: tout d'abord les ecclésiastiques; puis ceux qui pratiquent l'art de guérir; enfin en troisième lieu, ceux qui représentent d'autres personnes en justice, les avocats avant tout, mais aussi les notaires.

Ce système de l'énumération limitative de ceux qui sont astreints au secret professionnel a ici le très grand avantage de la précision et de la clarté.

Ce système est certainement préférable à deux autres: tout d'abord, à celui des codes, tels que le code du Tessin par exemple, qui se bornent à dire: « Quiconque est, par profession, dépositaire d'un secret... ». Cette formule générale multiplie les difficultés d'interprétation. Elle donne d'ailleurs une très grande extension à la notion du secret professionnel pénalement protégé. Songez par exemple aux banquiers, gérants d'affaires, etc.

De l'avis de votre Commission, il n'est pas nécessaire d'aller aussi loin, du moins en ce qui concerne les sanctions pénales.

D'autres lois, celle de Genève par exemple, énumèrent, mais seulement à titre d'exemple, certaines catégories de personnes tenues au secret. Ce procédé a les mêmes inconvénients que le précédent.

A tout cela, les dispositions claires et à notre avis suffisantes de l'article 285 sont certainement préférables.

Plus délicate encore est la question que règle l'article 285, chiffre 2, c'est-à-dire la question des limites de la révélation punissable. Jusqu'à quel point la divulgation du secret professionnel doit-elle être déclarée punissable? Doit-on faire des exceptions à l'obligation sanctionnée pénalement de garder le secret?

Ici encore, des conceptions extrêmement diverses s'opposent les unes aux autres et le projet rendra aux intéressés, les médecins en particulier, un signalé service en leur indiquant — dans la mesure où le législateur peut le faire — dans quel sens ils doivent agir en des situations parfois épineuses.

La révélation cesse d'être délictueuse, d'après l'article 285, chiffre 2, si elle est faite avec le consentement de l'auteur de la confidence, et aussi si elle était nécessaire « pour sauvegarder un intérêt supérieur ».

Cette dernière formule vise en particulier les médecins, qui, tout spécialement, peuvent avoir à sauvegarder « un intérêt supérieur » au prix de la révélation d'un secret professionnel et qui, d'ailleurs, ont souvent réclamé eux-mêmes une disposition légale qui leur trace leur devoir à ce sujet.

Je reconnais volontiers que le critère de l'intérêt supérieur est très général. Mais c'est bien, en définitive, ce qui est décisif. Dans bien des cas, il ne sera pas difficile de voir où est l'intérêt supérieur, l'intérêt général. Songez, par exemple, au médecin qui aurait connaissance d'un méfait à commettre et qu'il s'agit de prévenir, ainsi un empoisonnement.

Autre cas plus typique encore: le client d'un médecin, un jeune homme, est malade; il annonce son intention de se marier. Le médecin peut-il, sans s'exposer à une poursuite pénale, avertir la famille de la fiancée?

Encore une fois, dans des cas de ce genre, il ne sera pas difficile de voir où se trouve l'intérêt supérieur.

Et dans les cas douteux; ce sera au médecin de réfléchir et, éventuellement, au juge d'apprécier. La loi ne peut pas dispenser le médecin, ou l'avocat, par exemple, de toute réflexion. Cela n'est pas possible et cela n'est pas non plus le rôle du législateur pénal.

Quand deux devoirs moraux se heurtent, le législateur peut bien, dans un cas comme le nôtre, poser un principe tout à fait général, mais il ne peut guère être plus précis. Il ne lui appartient pas de se substituer à la conscience individuelle et professionnelle. C'est ce qu'a reconnu même le code de Fribourg que le Dr. G. Clément cite, avec notre projet, dans un remarquable rapport qu'il a fait récemment sur le secret professionnel (Revue méd. de la Suisse romande, 10 septembre 1929, page 631 et suiv.). Le code fribourgeois punit « celui qui, sans droit, révèle... » le secret professionnel. Cette formule, en réalité, n'est pas plus précise que celle de notre projet.

Je signale enfin que la question réglée par l'article 285 est autre que celle qu'ont à résoudre les lois de procédure, en ce qui concerne le devoir de déposer en justice comme témoin.

Le but des dispositions de procédure qui dispensent telle ou telle personne du témoignage est différent.

Par l'article 285, le législateur indique les cas où il estime devoir déclarer punissable la divulgation du secret professionnel. Dans les lois de procédure, en revanche, il fixe le point jusqu'auquel l'Etat a intérêt à exiger d'un individu qu'il dise à la justice ce qu'il sait, qu'il vienne renseigner la justice sur ce qu'il peut savoir. Mais, bien entendu, si la personne astreinte au secret en vertu de l'article 285 est tenue de témoigner en justice d'après telle ou telle loi de procédure, alors l'article 31 de notre projet devient applicable et aucune peine n'est encourue.

Je passe maintenant aux articles 286 et 287. Dans le projet du Conseil fédéral, ces articles sont comme par exemple les articles 200 et 201, des cas-frontières au sujet desquels se pose la question suivante: Faut-il prévoir ces infractions dans le code pénal suisse, ou vaut-il mieux les laisser à la législation fédérale spéciale? On peut hésiter.

Votre commission est d'avis que la solution la plus normale, étant donné la nature de ces délits et leurs rapports étroits avec le droit administratif, est de laisser subsister à leur égard les dispositions qui les prévoient déjà.

1° dans la loi fédérale du 2 octobre 1924 sur le service des postes (article 57 de cette loi, lui-même rédigé sur le modèle de l'article 286 de notre projet).

Puis, 2°, dans la loi fédérale du 14 octobre 1922 réglant la correspondance télégraphique et téléphonique, dont l'article 39 s'est inspiré de l'article 287 de notre projet.

La commission vous propose donc de biffer les articles 286 et 287, ce dont il faut naturellement tenir compte dans la rédaction des clauses abrogatoires l'article 422 (lettres l et n du texte de la commission).

M. de Muralt: Je voudrais attirer votre attention sur l'article 278, plus spécialement en ce qui concerne sa rédaction française. Je n'ai pas du tout l'intention de critiquer le principe de cet article, mais je me

demande si la rédaction française rend bien ce que le projet entend viser et veut réprimer. Dans le texte allemand, il est question d'une lésion des intérêts publics, par la conclusion d'un « Rechtsgeschäft » et dans le texte français on parle d'une « affaire juridique ». Je ne crois pas que ces deux termes se couvrent complètement. Qu'a-t-on voulu viser dans cette disposition? C'est le fait par un fonctionnaire public de favoriser des intérêts privés dans une affaire intéressant la collectivité. Il s'agira, par exemple, de la mise en soumission; d'un travail, d'une entreprise pour le compte de l'Etat; et ce fonctionnaire public, au lieu de se préoccuper de l'intérêt de l'Etat, favorisera les intérêts particuliers du soumissionnaire. Mais en français, nous ne comprendrions pas un acte de ce genre dans la terminologie assez restrictive d'une « affaire juridique ». C'est avant tout une affaire administrative. Il y aurait intérêt, pour bien fixer ce qu'on a voulu viser, à supprimer le mot « juridique » et à dire simplement: « un fonctionnaire qui aura lésé dans une affaire les intérêts publics... » J'en fais la proposition.

M. Logoz: M. de Muralt acceptera sans doute que cette question soit renvoyée à la commission de rédaction.

M. de Muralt: Je me déclare d'accord.
Angenommen. — *Adopté.*

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 26. September 1929. *Séance de relevée du 26 septembre 1929.*

Vorsitz — Présidence: Hr. Walther.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch. Code pénal suisse.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 592 hiervor. — Voir page 592 ci-devant.)

Titel des Zweiten Buches.

Antrag der Kommission.

Zweites Buch: Uebertretung bundesrätlicher Bestimmungen.

• *Titre du Livre deuxième.*

Proposition de la commission.

Livre deuxième: Des contraventions à des Lois fédérales.

Seiler, Berichterstatter: Bevor wir in das Zweite Buch eintreten, möchte ich Sie nur kurz darüber orientieren, wie die Referenten sich das weitere Vorgehen in bezug auf die Behandlung des Strafgesetzes vorstellen. Wir werden in dieser Session das Zweite Buch erledigen. In der bisherigen Beratung sind eine Reihe von Artikeln — es sind zwar nicht sehr viele — an die Kommission zurückgewiesen worden. Wir haben die Auffassung, daß diese Artikel bis zur Dezembersession durch die Kommission bereinigt werden sollen, damit im Dezember das Erste und das Zweite Buch definitiv erledigt und dem Ständerat komplett überwiesen werden können. Wir werden in der Dezembersession einen Tag vielleicht beanspruchen, um diese zurückgelegten Artikel noch zu erledigen. In der Frühjahrsession werden wir das Dritte Buch, das von der Anwendung des Gesetzes handelt, erledigen, so daß wir die Hoffnung haben können, daß mit der Frühjahrsession der Nationalrat die Arbeit für einmal abgeschlossen haben wird und daß dann der Ständerat, dessen Kommission die Beratungen bereits begonnen hat, seinerzeit in einem Zug die Sache erledigen kann.

Nun treten wir in das zweite Buch ein, das von den Uebertretungen handelt. Auch da muß ich Sie bitten, wiederum die Vorlage zur Hand zu nehmen. Einiges ist bereits erledigt durch die Herübernahme einer großen Zahl von Bestimmungen in das Erste Buch. Bei einer Reihe von andern Uebertretungen, die bisher im Gesetzesentwurf enthalten waren, hat die Kommission die Streichung beschlossen. Es bleibt noch ein Rest von Uebertretungen bundesrechtlicher Natur, die einzig hier zu behandeln sind.

Wenn wir in das Zweite Buch eintreten, so wollen wir uns daran erinnern, daß die Uebertretungen den Verbrechen oder Vergehen gegenüberzustellen sind und daß durch unsere früheren Beschlüsse der größte Teil der vom Bundesrate im Zweiten Buch behandelten Uebertretungen in das Erste Buch hinübergenommen worden sind. Durch diese Hinübernahme ist der Charakter der Uebertretung nicht geändert worden, es gelten vielmehr für die im Ersten Buch aufgenommenen Uebertretungstatbestände nach wie vor die allgemeinen Bestimmungen des Zweiten Buches. Wir verweisen in dieser Beziehung auf Art. 96bis und auf die bei diesem Artikel angebrachten Bemerkungen. Eine Norm oder eine Definition für die Unterscheidung in Verbrechen oder Vergehen einerseits und in Uebertretungen andererseits kann nicht aufgestellt werden. In bezug auf die Beurteilung der Schwere einer Tat entscheiden Gefühl und Tradition. Man kann sich deshalb darüber streiten, ob ein Tatbestand als Vergehen oder als Uebertretung zu behandeln sei. Das typische Beispiel dafür ist gerade die Tierquälerei, die vom Bundesrat unter die Uebertretungstatbestände aufgenommen, die nun aber nach unserem gestrigen Beschlusse zum Vergehen gestempelt worden ist, und zwar deshalb, weil wir eine Gefängnisstrafe vorsehen wollen, nicht bloß eine Haftstrafe. Die hauptsächlichste Auswirkung der Unterstellung unter die Vergehen oder unter die Uebertretungen ist die Straftat, Gefängnis oder Haft. Zwischen diesen beiden Strafarten gilt es zu wählen. Wenn wir die Gefängnisstrafe wählen, so ist ein Delikt, ein Tatbestand, als Vergehen oder Verbrechen charakterisiert; wenn wir die Haftstrafe wählen, ist es eben eine Uebertretung.

Die von der Kommission gewählte Methode, einzelne Uebertretungen unmittelbar im Anschluß an die verwandten Vergehen zu behandeln, hat den Vorzug der Vereinfachung und leichteren Auffindbarkeit für sich. In bezug auf die Systematik, besonderer Artikel oder neue Ziffer des bestehenden Artikels, kann man verschiedener Meinung sein. Die Kommission hat sich für die Belassung besonderer Artikel entschieden.

Von den sämtlichen Uebertretungen sind nur 12 im Zweiten Buch belassen worden. Wir hätten uns also heute nur noch über die 12 Tatbestände schlüssig zu machen. Es sind dies die Uebertretungen bundesrechtlicher Vorschriften und demgemäß ist auch der Titel, wie Sie sehen, abgeändert worden. Da das Erste Buch gemäß Beschluß der Kommission ebenfalls Uebertretungen enthält, muß zur Klarstellung für das zweite Buch die Bezeichnung « Uebertretung bundesrechtlicher Bestimmungen » gewählt werden.

26 Tatbestände sind in das Erste Buch hinübergenommen worden, 17 Tatbestände sind überhaupt gestrichen worden. Diese Streichung erfolgte in der Meinung, daß es Sache des kantonalen Polizeistrafrechtes sei, hier zum Rechten zu sehen. Holzfrevel, Haltung wilder Tiere, Störung der Nachtruhe etc. sind doch derart untergeordnete Dinge und werden zudem lokal oftmals so verschieden aufgefaßt, daß ein Fallenlassen der Kommission nicht schwer gefallen ist. Man soll auch den Einheitsgedanken nicht übertreiben. Mit dieser Streichung einer ganzen Anzahl von geringfügigen Uebertretungen sind wir außerdem einer Strömung entgegengekommen, die erklärte, man wolle nicht, daß vom eidgenössischen Gesetzgeber jede Kleinigkeit behandelt und erledigt werde.

Zusammenfassend ist über die neue Systematik folgendes festzustellen:

1. In das Erste Buch sind folgende Uebertretungen versetzt worden:

- Art. 295. Tätlichkeit ist Art. 111bis geworden.
- Art. 296. Unterlassung der Nothilfe = Art. 112bis.
- Art. 297. Verabreichung geistiger Getränke = Artikel 119bis.
- Art. 298. Entwendung = Art. 120bis.
- Art. 300. Geringfügige Veruntreuung = 123bis.
- Art. 301. Geringfügige Sachbeschädigung = Artikel 126bis, Abs. 3.
- Art. 302. Boshafte Vermögensschädigung = Artikel 129bis.
- Art. 303. Erschleichung einer Leistung = Artikel 129quater.
- Art. 305. Zechprellerei = Art. 129ter.
- Art. 306. Einführen gefälschter Waren = Artikel 129quinquies.
- Art. 313. Verletzung des Briefgeheimnisses = Artikel 154bis.
- Art. 314. Unzüchtige Belästigung = Art. 179bis.
- Art. 315. Aufforderung zur Unzucht = Art. 179ter.
- Art. 316. Belästigung durch gewerbsmäßige Unzucht = Art. 179quater.
- Art. 317. Besondere Bestimmungen für Unmündige = Art. 179quinquies.
- Art. 318. Dulden gewerbsmäßiger Kuppelei = Artikel 179sexies.
- Art. 319. Veröffentlichung von Gelegenheiten zur Unzucht = Art. 179septies

Art. 320. Anpreisung von Gegenständen = Artikel 179octies.

Art. 333. Tierquälerei = Art. 228bis.

Art. 337. Hinderung einer Kultushandlung = Artikel 255bis.

Art. 338. Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen = Art. 260bis.

Art. 343. Veröffentlichung geheimer Verhandlungen = Art. 260ter.

Art. 344. Uebertretung eines Berufsverbotes = Artikel 260quinquies.

Art. 345. Uebertretung des Wirtshausverbotes = Art. 260sexies.

Art. 346. Nichtzahlen von Bußen = Art. 260septies.

Art. 349. Presseübertretungen = Art. 260quater.

Diese Versetzungen sind bei der Behandlung des Ersten Buches angenommen worden, scheiden somit für die Diskussion über das Zweite Buch aus.

2. Streichung beantragt die Kommission in bezug auf folgende Artikel:

Art. 299. Wald- und Holzfrevel.

Art. 304. Ausbeutung der Leichtgläubigkeit.

Art. 312. Verletzung von Vorschriften über Aktiengesellschaften.

Art. 321. Nachlässige Beaufsichtigung von Geisteskranken.

Art. 322. Halten wilder Tiere.

Art. 323. Gefährdung durch Tiere.

Art. 324. Inverkehrbringen verdächtigter Lebensmittel und unreifen Eßobstes.

Art. 327. Nachmachen von Geld, Banknoten etc. ohne Fälschungsabsicht.

Art. 329. Störung der Ruhe.

Art. 330. Beunruhigung der Bevölkerung.

Art. 331. Trunkenheit.

Art. 332. Landstreicherei und Bettel.

Art. 339. Ungehorsam gegen die Polizei.

Art. 340. Weigerung der Namensangabe.

Art. 341. Verhinderung der Aufsicht über Geistesranke.

Art. 342. Abreißen amtlicher Bekanntmachungen.

Art. 347. Beseitigen einer Leiche.

Das sind Delikte, die bis jetzt im Uebertretungsrecht aufgenommen waren, die wir aber auszuschalten wünschen, da sie doch geringfügiger Natur sind und in den kantonalen Polizeigesetzen viel besser behandelt werden können. Die Durchsicht der genannten Bestimmungen ergibt, daß diese Tatbestände sehr wohl dem kantonalen Polizeirecht überlassen bleiben können, dies um so mehr, als die Gerichtsbarkeit über diese geringfügigen Verfehlungen in den Kantonen zum Teil Administrativ- oder Polizeibehörden überbunden ist, die zudem die genannten Fälle nach einem mehr summarischen und einfachen Verfahren abwandeln. Es ist in dieser Beziehung beispielsweise auf die Fälle von Holzfrevel zu verweisen, die bei uns im Kanton Baselland vor dem Gemeinderat erledigt werden, unter Vorbehalt des Rekursrechtes an das Polizeigericht. Aehnlich wird es auch in andern Kantonen sein.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Kommission die Streichung der Artikel, die ich Ihnen nun bereits genannt habe. Dabei möchte ich speziell auf Art. 312 hinweisen. Dieser ist nicht mit Rücksicht auf den kantonalen Charakter gestrichen worden, sondern aus einem andern Grund. Die Kom-

mission hat Art. 312 gestrichen im Hinblick auf die vage Formulierung und die Unklarheit der Tragweite. Die Unterstützung der zivilrechtlichen Verantwortlichkeitsbestimmungen für die Organe der Gesellschaften und Genossenschaften durch das Strafgesetz scheint der Kommission nicht nötig zu sein. Sodann: Was bedeutet: « In einer Weise verletzen, die geeignet ist, die Aktiengesellschaft, Genossenschaft, oder deren Mitglieder zu schädigen? » In welchem Zeitpunkt soll die Klage erhoben werden? Soll jeder Gläubiger, der sich benachteiligt fühlt, Klage anheben können, auch dann, wenn er nur einen bestimmten Verdacht hat? Der Artikel ist gut gemeint, in seinen Konsequenzen aber unklar.

Im Zweiten Buch verbleiben folgende Artikel:

- Art. 307. Halten von Spielbanken, Lotterien und andern Glücksspielen.
- Art. 308 und 309. Betreibungs- und Konkursübertretungen.
- Art. 310. Ordnungswidrige Führung der Geschäftsbücher.
- Art. 311. Zuwiderhandlungen durch juristische Personen,
- Art. 325. Einführen und Erwerben verrufenen Geldes.
- Art. 326. Einführen und Erwerben von Silbermünzen und Scheidemünzen.
- Art. 328. Nachmachen von Postwertzeichen ohne Fälschungsabsicht.
- Art. 334. Verletzung militärischer Geheimnisse.
- Art. 335. Handeln mit beschlagnahmtem Material.
- Art. 336. Unbefugtes Tragen der Uniform.
- Art. 348. Nichtanzeigen eines Fundes.

In bezug auf Art. 307, Spielbanken, möchte ich erwähnen, daß es sich empfiehlt, ihn an die Kommission zurückzuweisen, damit sie den Wortlaut dem neuen Spielbankgesetz anpaßt, das auf der heutigen Traktandenliste steht. Es wird Sache der Kommission sein, die nötigen Formulierungen für die strafrechtliche Ahndung und die Anpassung an das neue Gesetz zu finden.

Mit bezug auf alle die mit dem Bundesrecht im Zusammenhang stehenden Uebertretungen beantragt Ihnen die Kommission Beibehaltung im Zweiten Buch. Wir haben Ihnen in unserem Schema zur Beratung die Artikel genannt, die zu streichen sind, ebenso diejenigen, die beibehalten werden sollen. Da ist nur eine Ergänzung anzubringen, indem auch noch Art. 336 eingefügt werden muß.

So die Situation in bezug auf die Uebertretungen. Sie sehen, das Uebertretungsrecht hat sich sehr stark reduziert. Niemand in der Kommission ist darüber unglücklich. Wenn Sie diese allgemeinen Bemerkungen auch seitens des französischen Referenten entgegengenommen haben, möchte ich Ihnen vorschlagen, auf den Allgemeinen Teil des Uebertretungsrechtes einzutreten, nachher auf die Artikel, die gestrichen werden sollen und in dritter Linie auf die Behandlung der noch beizubehaltenden Artikel des Zweiten Buches.

M. Logoz, rapporteur: Les explications détaillées que vient de vous donner M. le président de la commission me permettent d'être bref.

Le second livre du projet, que nous abordons maintenant, est consacré aux contraventions. Le

Livre II, comme le Livre 1^{er}, comprend une partie générale et une partie spéciale.

La partie générale, je vous le signale d'emblée, est importante non seulement parce qu'elle pose les règles générales valables pour toutes les contraventions de notre projet (voyez l'art. 96bis), mais aussi parce qu'elle est applicable aux contraventions prévues par une quantité d'autres lois fédérales, pour autant que ces lois elles-mêmes ne contiennent pas de prescriptions sur la matière. Je me réfère à ce sujet à l'art. 350 dont nous parlerons plus tard, quand nous en serons arrivés au Livre III.

Je crois pouvoir dire que c'est surtout cette dernière raison qui a dissuadé votre commission de supprimer complètement le Livre II du projet du Conseil fédéral. Quoique les objections faites, notamment, par M. le procureur général du canton de Vaud, aient conduit votre commission — toujours prête, vous le voyez, à tenir compte des idées justes qui peuvent lui être soumises — à remanier et à abréger sensiblement la partie spéciale du Livre II, la commission pense qu'il vaut la peine de maintenir ce qui en reste, surtout pour ne pas perdre la très utile partie générale du Livre II.

Je viens de faire allusion aux critiques que M. le procureur général du canton de Vaud a formulées à l'égard du second Livre de notre projet. Ce magistrat a, en effet, écrit notamment ce qui suit dans un « avant-propos » qu'il a rédigé, en 1927, au sujet de la révision du Code pénal vaudois de 1843:

« On comprend que le projet fédéral ramasse et englobe tout ce qui fait actuellement l'objet des Codes pénaux cantonaux et des lois pénales fédérales proprement dites. Mais on ne comprend pas qu'on soit allé plus loin, ni pourquoi on a empiété outre mesure sur les prérogatives des cantons en matière de réglementation de police. »

Et plus loin, il ajoute:

« En somme, quand on parcourt la liste de toutes ces infractions réputées contraventions (celles du Livre II du projet du Conseil fédéral), on s'aperçoit qu'une bonne partie constituent de véritables délits, et il eût été tout naturel de ne pas les détacher des chapitres auxquels elles appartiennent par leur nature même. L'autre catégorie rentre dans ce qu'on peut appeler la réglementation de police et aurait dû être abandonnée aux cantons. »

Telles sont, en substance, les observations faites par M. le procureur général du canton de Vaud à l'égard du Livre II de notre projet, tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral.

De ces observations, votre commission a tenu compte. Elle a, notamment, ainsi que le président de la commission vous l'a rappelé tout à l'heure, décidé de laisser aux cantons, plus largement que ne l'avait fait le projet du Conseil fédéral, le pouvoir de légiférer sur les contraventions. La commission n'a, en effet, laissé subsister, dans la partie spéciale du Livre II, qu'un très petit nombre de contraventions à des dispositions du droit fédéral déjà en vigueur. Exemple: Les art. 308 et 309 qui répriment des contraventions à des dispositions de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes.

Autres exemples: Les art. 325 et 326, qui sanctionnent les dispositions de la législation fédérale sur les monnaies; les art. 310 et 348, qui sont en rap-

port direct avec le droit des obligations et le droit civil.

Dans les cas de ce genre, il est évident que le droit normateur étant fédéral, le droit sanctionnateur doit l'être aussi.

D'autre part, conformément à la manière de voir de M. le procureur général du canton de Vaud, nous avons fait passer dans la partie spéciale du Livre I un certain nombre de contraventions qui, comme l'a fait remarquer M. Capt, sont en relations étroites avec des délits prévus au Livre I. Ce sont des petits délits correspondant exactement aux vrais délits dont ils sont des cas «de peu de gravité», comme dit le Code pénal militaire.

Ici encore, le législateur fédéral doit nécessairement intervenir. C'est lui qui, dans ces cas-là, doit tracer la limite entre le délit et la contravention.

Car il peut seul édicter là-dessus des règles sans lacunes et excluant les divergences entre cantons, en ce qui concerne la notion du délit lui-même.

Mais pour tout le reste, pour tout ce qui est contraventions de police proprement dites, votre commission, entrant dans les vues de M. le procureur général du canton de Vaud, vous propose de maintenir le pouvoir de légiférer des cantons. De là, soit dit d'une manière générale, la mention «biffé» que vous trouverez, dans la partie spéciale du Livre II, imprimée en regard de toute une série d'articles du projet du Conseil fédéral. Et, nous y reviendrons un peu plus tard, l'art. 352 réserve expressément, au profit des cantons, le pouvoir de légiférer sur les contraventions, en tant qu'elles ne font pas l'objet de dispositions du droit fédéral.

Par là, le projet tel qu'il est proposé aujourd'hui par la commission limite avec sagesse l'usage que le législateur fédéral fait des compétences à lui données par l'art. 64bis de la Constitution fédérale.

Nous espérons que le parlement adoptera les propositions que votre commission fait ainsi après un examen approfondi de toutes les faces du problème. Nous espérons aussi que cette solution modérée et conciliante sera de nature à rassurer ceux de nos concitoyens qui, non sans raison d'ailleurs, tiennent à ce que chaque canton reste maître de définir et de réprimer à sa manière les actes qui sont de pures contraventions de police: l'ivresse publique, le vagabondage, le tapage nocturne, etc.

Sträuli: Die Herren Referenten haben uns ausgeführt, und in materieller Beziehung bin ich damit durchaus einverstanden, daß die Kommission vorschlägt, eine ganze Reihe von Tatbeständen betreffend die Uebertretungen aus dem Codex herauszunehmen, in der Erwägung, das seien kleine Dinge, man solle sie den Kantonen überlassen. Nun frage ich mich: Welches ist das Verhältnis zwischen dem Bundesgesetz und der kantonalen Kompetenz? Wie weit geht diese kantonale Kompetenz? An sich ist ja die Sache doch so, daß, indem der Bundesgesetzgeber den Gegenstand des Strafgesetzes behandelt, er ihn vollständig behandeln will; wenn er irgendeinen Teil der Materie den Kantonen überlassen will, ob und wie sie ihn regulieren können, dann muß er das sagen. Daher finden wir es ganz richtig, wenn im Art. 423 die Bestimmung steht: «Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes sind die strafrechtlichen Be-

stimmungen der Kantone aufgehoben», und weiter: «Vorbehalten bleiben die bestehenden strafrechtlichen Bestimmungen der Kantone über Gegenstände, die dieses Gesetz der kantonalen Gesetzgebung ausdrücklich überlassen hat.»

Ich denke, die Meinung ist immerhin die, daß auch künftige kantonale Gesetzgebung vorbehalten ist, auf die der Bund verzichtet.

Es ist mir heute morgen bei der Behandlung des Artikels über die falsche Aussage aufgefallen, daß die Herren Referenten ausgeführt haben: Es sind im Bundesgesetz nur kurze Tatbestände angegeben; z. B. wer eine falsche Aussage macht, wird so und so bestraft; das weitere aber, unter welchen Umständen das geschehe, sei Sache der kantonalen Strafprozessordnungen. Ich möchte ein Fragezeichen dazu machen. Wenn der Bundesgesetzgeber sich dieser Materie bemächtigt und erklärt, er legiferiere darüber, so kann man es selbstverständlich nicht den Kantonen überlassen, dazu Zusätze zu machen, wie es ihnen beliebt, der eine so und der andere anders. Wir haben heute morgen gehört, daß die Kommission vorgeschlagen hat, bei dem Artikel über falsche Aussagen die Worte beizufügen: «nach erfolgter Ermahnung zur Wahrheit». Das wurde mit in den Tatbestand hineingenommen, das ist nun Bundesrecht. Wenn eine falsche Aussage gemacht wird und die Ermahnung ist nicht erfolgt, dann kann der Betreffende nicht bestraft werden. In der bundesrätlichen Vorlage war es nicht so: hätten dann die Kantone, jeder nach seinem Belieben, eine Vorschrift aufnehmen können? und wäre dann der eine bestraft worden, der andere in einem andern Kanton nicht? Ich glaube, das widerspricht dem Willen und der Tendenz des Bundesgesetzgebers, ein einheitliches Strafgesetzbuch zu erlassen. Daher habe ich auch den Antrag Roth als richtig empfunden, der dahin ging, die weitere Tatbestandsbestimmung beizufügen, daß der Richter ausdrücklich auf diese Strafe aufmerksam machen muß. Das ist nun Bundesrecht. Wenn der Richter das nicht tut, dann wird der Betreffende nicht bestraft. Hätten wir den Antrag Roth nicht angenommen, dann hätten nach der Meinung der Referenten die Kantone diesen Zusatz machen können oder auch nicht, und es hätte einen großen Wirrwarr gegeben.

Wie steht es bei den Uebertretungen? Wie steht es mit den Artikeln, auf die nun verzichtet wird, beispielsweise Art. 299, Wald- und Holzfrevell? Das ist eine kleine Sache, und sie soll Sache der Kantone sein. Aber kann der Kanton beliebig weitere Tatbestände aufstellen in unbeschränkter Weise? Man muß wissen, ob er dazu berechtigt ist und ob er zur Aufstellung irgendwelcher andern Tatbestände, die im Bundesgesetz nicht enthalten sind, die Berechtigung hat, wie das Art. 423 allgemein sagt. (Bundesrat Häberlin: Art. 352.)

Entschuldigen Sie, wenn ich das in diesem großen Buch übersehen habe. Wenn das gesagt ist, dann bin ich einverstanden. Doch möchte ich darauf aufmerksam machen, daß rechtlich zwischen den verschiedenen gestrichenen Artikeln ein Unterschied besteht, z. B. soll der Tatbestand des Art. 299 den Kantonen überlassen werden, dagegen wird Art. 312 nach den Ausführungen der Referenten aus materiellen Gründen gestrichen. Man will diesen Tatbestand nicht unter Strafe stellen. Dann kann es aber auch der Kanton nicht.

Was ich vorbrachte, ist in aller Eile geschehen, es ist nicht näher überlegt; ich wollte mir nur nach den Ausführungen der Herren Referenten, die mich nicht völlig überzeugten, diese Andeutungen erlauben. Vielleicht kann die Kommission im Verlaufe der weiteren Beratungen die Umgrenzung der legislativen Macht der Kantone im Strafrecht noch etwas genauer präzisieren, auch die Frage prüfen, ob die Art. 312 und 423 redaktionell in Verbindung gebracht werden sollen und ob eine genauere Bezeichnung, welche kantonale Tatbestände als Uebertretungen zulässig sind, möglich ist.

Seiler, Berichterstatter: Die Frage, die Herr Kollega Sträuli gestellt hat, ist an und für sich berechtigt. Herr Logoz hat in seinem Einleitungsvotum bereits auf Art. 352 hingewiesen. Dieser setzt fest, was den Kantonen verbleibt: «Den Kantonen bleibt die Gesetzgebung über das Polizeistrafrecht insoweit vorbehalten, als es nicht Gegenstand der Bundesgesetzgebung ist.» Also alle Polizeistrafatbestände, die nicht im jetzigen Strafgesetzentwurf enthalten sind, verbleiben den Kantonen, darüber dürfen sie legiferieren. Dazu gehört eine Reihe von Tatbeständen, die wir nun gestrichen haben, und auch eine Reihe von andern Tatbeständen, die überhaupt niemals im Entwurf enthalten waren. Die Abgrenzung ist also gegeben. Es fragt sich nur noch, was Polizeistrafrecht ist und was nicht, und das muß im einzelnen Falle geprüft werden. Sicher ist, daß die Kantone nicht legiferieren können über Dinge, die nun in unserem Strafgesetz sind. Was aber an Polizeistrafrecht nicht darin enthalten ist, verbleibt den Kantonen. Ich denke, darüber werden wir uns klar sein. Das ist seinerzeit dann zu behandeln, wenn wir das Dritte Buch erledigen, bei Art. 352.

Die andere Frage, die Herr Sträuli aufgeworfen hat und die zusammenhängt mit dem heutigen Entscheid über den Antrag Roth, ist nun entschieden; aber wir hätten auch anders entscheiden können. Persönlich habe ich die Auffassung gehabt, daß der Antrag Roth, die Androhung der Straffolgen als Strafvoraussetzung in das Gesetz aufzunehmen, zu weit geht. Dies wäre mehr Sache des Strafprozesses, der den Kantonen zusteht. Sie haben nun anders entschieden; somit ist klar, daß beide Voraussetzungen erfüllt sein müssen, die Ermahnung zur Wahrheit und die Androhung der Folgen im Zuwiderhandlungsfalle. Wenn das eine oder andere oder wenn beides fehlt, dann kann eine Strafe nicht ausgesprochen werden. Ob dieser Entscheid vollständig richtig ist, dazu mache ich für mich ein Fragezeichen; weiter steht mir kein Recht zu, diesen Entscheid zu kritisieren. Ich habe nur noch dazu gesprochen, weil Herr Sträuli die Frage aufgeworfen und eine gewisse Unklarheit herausgeföhlt hat in der Abgrenzung zwischen eidgenössischer und kantonaler Kompetenz.

Präsident: Es wird vielleicht gut sein, wenn die Kommission bei der Fortsetzung der Beratungen diese Frage noch speziell prüfen wird, weil sie für die Gesetzgebung der Kantone doch von weitgehender Tragweite ist.

Seiler, Berichterstatter: Die Kommission hat im Dritten Buch bei Art. 352 die Sache sehr reiflich erwogen, und wir werden Ihnen dann referieren, sobald wir zu jenem Artikel kommen.

Präsident: Ich nehme an, Herr Sträuli ist mit diesem Vorgehen einverstanden. (**Sträuli:** Ja.)

Art. 288—294.

Anträge der Kommission.

Art. 288. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates (Die Aenderung betrifft nur den französischen Text.)

Art. 289. Versuch und Gehilfenschaft werden nur in den vom Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen bestraft.

Art. 290. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 291. Bei bedingtem Strafvollzug beträgt die Probezeit ein Jahr.

Art. 291bis. Bestimmt es das Gesetz nicht ausdrücklich anders, so beläuft sich der Höchstbetrag der Buße auf 2000 Franken.

Liegt einer Uebertretung Gewinnsucht des Täters zugrunde, so ist der Richter an diesen Höchstbetrag nicht gebunden.

Art. 292. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 293. Der Rückfall wird nicht berücksichtigt, wenn zur Zeit der Tat wenigstens ein Jahr vergangen ist, seit der Täter eine Freiheitsstrafe erstanden hat oder aus der Arbeitserziehungsanstalt entlassen worden ist.

Ziffer 2. Streichen.

Art. 294. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Propositions de la commission.

Art. 288. Les dispositions de la partie générale du livre premier sont applicables aux contraventions à des lois fédérales, sous réserve des modifications contenues aux articles suivants.

Art. 289. La tentative et la complicité ne sont punissables que dans les cas expressément prévus par la loi.

Art. 290. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 291. En cas de sursis conditionnel à l'exécution de la peine, le délai d'épreuve est d'un an.

Art. 291bis. Sauf disposition contraire et expresse de la loi, le maximum de l'amende sera de deux mille francs.

Si le délinquant a agi par cupidité, le juge ne sera pas lié par ce maximum.

Art. 292. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 293. Al. 1. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 2. Biffer.

Art. 294. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Seiler, Berichterstatter: Was nun vorerst den allgemeinen Teil des Zweiten Buches anbelangt, d. h. die Art. 288—294, die, wie schon bemerkt, auch für die in das Erste Buch versetzten Uebertretungstatbestände gelten, so ist folgendes zu bemerken:

Art. 288 bestimmt, daß, wo nicht etwas anderes normiert wird, auch für das Zweite Buch die allgemeinen Bestimmungen des Ersten Buches anwendbar sind. Dies ist ohne weiteres verständlich. Auch die Uebertretungen sind straffbare Handlungen. Die

Fragen der Zurechnungsfähigkeit, die Bestimmungen über Schuld, über Vorsatz und Fahrlässigkeit sind dieselben. Auch das Jugendlichenrecht ist unverändert.

Aenderungen gegenüber den Bestimmungen des Ersten Buches über die Verbrechen oder Vergehen ergeben sich nur in bezug auf folgende Punkte:

In erster Linie ist der Versuch nicht in allen Fällen anwendbar, sondern nur dann, wenn dies bei der einzelnen Uebertretung ausdrücklich hervorgehoben ist. Zürcher motiviert dies in den «Erläuterungen» folgendermaßen: «Der Richter muß bei den einfachen Uebertretungsbeständen entbunden werden von allen den schwierigen und verwickelten Fragen, zu denen die Einbeziehung des Versuchs in das Gebiet des Strafbaren Veranlassung gibt, und andererseits ist es die Einfachheit dieser Tatbestände, die doch in den wenigsten Fällen ein Versuchsstadium erkennen und ausscheiden läßt.» Diese Erklärung ist nichts weniger als juristisch ausgeklügelt. Sie weist einfach einen praktischen Ausweg.

Entgegen der Vorlage des Bundesrates hat die Kommission die Gehilfenschaft dem Versuch gleichgestellt. Die Gehilfenschaft ist somit bei den Uebertretungen nur strafbar, wenn es ausdrücklich erwähnt wird, so z. B. in den Art. 129bis, 129quater, (früher 302, 303.) Die Kommission ist von der Erwägung ausgegangen, daß die leichte Form der Gehilfenschaft bei den bloßen Uebertretungen in der Regel sehr wohl straflos bleiben kann. Aehnliche Motive verfolgt Art. 290, welcher die Anwendung der Bestimmungen über die Verwahrung und über die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit für die Uebertretungen ebenfalls ausschließt. Diese schweren Folgen passen nicht für die leichten Verfehlungen, auch dann nicht, wenn der Täter an und für sich solcher Nebenstrafen «würdig» wäre. In einzelnen Fällen kann andererseits die Einweisung in die Trinkerheilanstalt oder in eine Arbeitserziehungsanstalt, die Entziehung der elterlichen Gewalt und der Vormundschaft das Berufsverbot, die Landesverweisung und die öffentliche Bekanntmachung als Nebenstrafe ausgesprochen werden. Dies aber nur dann, wenn es speziell vorgesehen ist. Für die Uebertretungen ist die Probezeit beim bedingten Strafvollzug auf ein Jahr verkürzt, gegenüber 2—5 Jahren bei den Verbrechen oder Vergehen. Bei der Buße beantragt die Kommission die Festsetzung eines Höchstbetrages von Fr. 2000. Diese Bestimmung weicht wesentlich ab von der Norm des Art. 45, der einen Höchstbetrag der Buße von 20,000 Fr. festsetzt, die Fälle des Handelns aus Gewinnsucht vorbehalten. Logisch ist die Ersetzung der Haft durch Buße im Falle der Strafmilderung. Die Zeit, für welche die Verschärfung im Rückfall in Betracht kommen kann, ist auf ein Jahr verkürzt. Gestrichen hat die Kommission Ziff. 2 der bundesrätlichen Vorlage, welche einen Rückfall in der Uebertretung strafschärfend wirken lassen will. Maßgebend ist für den Rückfall nur die vor bestimmter Zeit verbüßte Freiheitsstrafe oder Versorgung. Verkürzt sind namentlich auch die Verjährungsfristen für die Strafverfolgung und die Strafvollstreckung.

Ich beantrage Ihnen Annahme der Art. 288—294 im Sinne der Kommissionsvorlage.

M. Logoz, rapporteur: Le titre du Livre II, tel qu'il est proposé par la Commission, répond au

contenu de ce livre, restreint dans le sens que je viens de vous indiquer.

L'art. 288, dont il faut rapprocher l'art. 96bis, évite des redites en posant en principe que les dispositions de la partie générale du Livre I sont également applicables aux contraventions, sous réserve des quelques exceptions résultant des articles 289 et suivants.

La règle générale que pose l'article 288 est justifiée par le fait qu'entre délit et contravention, il n'y a pas de différence qualitative; la différence est purement quantitative. C'est une différence de degré et non pas de nature.

Il est donc normal et juste d'appliquer à la fois aux crimes et délits et aux contraventions les mêmes règles générales, notamment, sur la responsabilité et la culpabilité, sur la participation (la complicité proprement dite mise à part), sur la responsabilité en matière d'infractions de presse, sur la plainte du lésé et les «actes licites», etc.

De même, en vertu de l'article 80, on appliquera exclusivement les articles 80—96 aux enfants et adolescents qui commettent un acte réprimé non seulement comme délit, mais même comme simple contravention.

En revanche, pour les contraventions commises par des majeurs pénaux, les pénalités sont autres et plus douces que pour les délits.

Inutile de tirer le canon pour abattre des moineaux. En matière de contraventions, donc, les peines principales sont exclusivement les arrêts (un jour à trois mois en général, voir article 37), ou l'amende (article 45 et suivants).

Cela résulte de la partie spéciale du Livre II, ainsi que des articles de la partie spéciale du Livre I qui visent des contraventions.

Des peines accessoires et de la prescription, nous parlerons tout à l'heure à propos des articles 290 et 294.

L'article 289 déroge, pour les contraventions, à certaines règles posées pour les crimes et délits par le Livre I.

La tentative de délit, quand elle se présente, est toujours punissable (art. 19). En matière de contraventions, au contraire, d'après l'article 289, la tentative n'est punissable que dans les cas expressément prévus par la loi. Et ces cas sont peu nombreux. Il convient, en effet, de laisser au législateur le soin de résoudre, pour chaque contravention, la question de savoir si une tentative est concevable (elle ne l'est pas dans tous les cas, à cause de la simplicité des éléments des contraventions en général) et, si tel est le cas — c'est-à-dire si une tentative est concevable — la question de savoir s'il vaut la peine de la déclarer punissable. Là où la loi ne dit rien, la tentative ne sera pas punissable.

La commission vous propose, d'autre part, d'assimiler à cet égard la complicité à la tentative. Elle estime en effet que ce serait aller trop loin que de la punir ici dans tous les cas, conformément à la règle générale applicable aux délits.

L'instigation, par contre, reste régie par les mêmes règles en matière de contraventions et en matière de crimes ou délits.

L'article 290 règle l'application aux contraventions des peines accessoires (articles 48—53), des mesures de sûreté (articles 40—42) et des «autres

mesures » (articles 54—58). La note en marge du texte du projet du Conseil fédéral n'est donc pas exacte. Elle doit être rectifiée selon la proposition de la commission.

L'article 290, chiffre 1, exclut complètement l'application aux contraventions d'une mesure de sûreté (l'internement des délinquants d'habitude — mesure trop grave pour qu'on puisse la prendre à propos d'une infraction aussi légère qu'une contravention) et d'une peine accessoire, la privation des droits civiques. Sur ce dernier point, voyez l'article 48, d'après lequel la privation des droits civiques n'est possible qu'accessoirement à la réclusion ou à l'emprisonnement.

Ensuite, l'article 290, chiffre 2, énumère les mesures et peines accessoires dont le juge ne pourra user, en matière de contraventions, qu'en vertu d'une disposition expresse de la partie spéciale du Livre I ou II.

Pour les peines accessoires ou mesures dont l'article 290 ne parle pas, ce sont les dispositions générales du Livre I qui sont applicables sans autres (article 288).

Art. 291. L'article 291 a trait au sursis en matière de contraventions. Les dispositions de l'article 39 sur le sursis conditionnel sont applicables aux auteurs de contraventions, sous réserve de l'abréviation du délai d'épreuve qui se justifie à leur égard (un an, au lieu de 2—5 ans).

Le sursis est une faveur faite à ceux qu'on espère pouvoir arrêter ainsi dans la voie du mal. Comment pourrait-on accorder cette faveur aux auteurs d'infractions plus ou moins graves, et la refuser à ceux dont la faute est légère, dont la contravention n'est peut-être même qu'un cas diminué d'un délit proprement dit ?

Il se justifie donc pleinement d'admettre que le sursis est applicable aussi aux contraventions, sous la réserve indiquée par l'article 291.

L'article 291bis concerne l'amende en matière de contraventions. Au Livre I, vous avez modifié l'article 45, chiffre 1, en fixant à 20,000 francs le maximum de l'amende en matière de crimes ou délits. Il est logique de prévoir aussi un maximum pour les contraventions. La commission vous propose de le fixer à 2000 francs.

L'alinéa 2 de l'article 291bis est l'équivalent de l'alinéa 2 de l'article 45, chiffre 1.

Quant à l'exception légale visée au début de l'alinéa 1 (qui dit: «sauf disposition contraire et expresse de la loi») elle est importante surtout pour les lois fédérales spéciales (fiscales, etc.), dans le domaine desquelles cette disposition pourra être aussi applicable (cf. article 350).

Art. 292. L'article 292 complète et doit compléter l'article 62, qui ne prévoit la conversion des peines, en cas d'atténuation, que pour la réclusion et l'emprisonnement. Nous devons avoir aussi la possibilité d'atténuer les peines d'arrêt, notamment parce que, d'après l'article 289, la tentative de certaines contraventions est punissable.

Art. 293. L'article 293 précise les règles applicables à la récidive en matière de contravention. D'après l'article 288, l'article 64 du Livre I serait ici applicable tel quel si, dans la partie générale du Livre II, le projet ne contenait aucune disposition contraire.

Or, il est nécessaire de déroger à certains égards à l'article 64 pour les contraventions. Ce sont ces dispositions dérogatoires que contient l'article 293.

Tout d'abord, l'article 293, chiffre 1 du projet du Conseil fédéral abrège — et il a raison d'abrèger — le délai de prescription de la récidive. Il réduit ce délai de cinq ans à un an.

Votre commission est d'accord avec cette disposition raisonnable. Elle vous propose, en revanche, de biffer l'article 293, chiffre 2, du texte du Conseil fédéral, qui édicte une règle à part pour la récidive spéciale en matière de contraventions. Abstraction faite du caractère assez nouveau de cette règle, la commission est d'avis qu'elle donne trop de pouvoir au juge des contraventions et qu'elle pourrait ouvrir la porte à des excès de sévérité.

Tout compte fait, les dispositions de l'article 64, corrigées par l'abréviation à un an du délai de prescription de la récidive, nous paraissent suffisantes pour régler la question de la récidive en matière de contraventions.

L'article 294, enfin, déroge aux règles générales des articles 67 et suivants, mais seulement sur un point: Cet art. 294 fixe des délais abrégés tant pour la prescription de l'action pénale que pour la prescription de la peine.

Mais la dérogation ne concerne que les délais. A tous autres égards, les art. 67 et suivants sont applicables tels quels, aussi aux contraventions.

J'ai ainsi terminé mon rapport sur la partie générale du Livre II, que nous vous recommandons d'adopter conformément aux propositions de la commission.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 295—348.

Anträge der Kommission.

Art. 295 (wird Art. 111bis). Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 296. Streichen mit Ausnahme des Abs. 2, der Art. 112bis wird.

Art. 297 (wird Art. 119bis). Wer einem Kinde unter sechzehn Jahren geistige Getränke von einer Art oder in einem Masse zu trinken gibt oder geben läßt, die die Gesundheit des Kindes schädigen oder gefährden, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Ziffer 2 streichen.

Art. 298 (wird Art. 120bis). Wer jemandem eine fremde, bewegliche Sache von geringem Wert aus Not, Leichtsinn oder zur Befriedigung eines Gelüstes entwendet, wird, auf Antrag, mit Haft bis zu acht Tagen oder mit Buße bestraft.

Hat der Täter aus Not gehandelt, so kann der Richter von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Art. 299. Streichen.

Art. 300 (wird Art. 123bis). Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 301 (wird Art. 126, Abs. 3). Ist der Schaden gering, so wird der Täter, auf Antrag, mit Haft bis zu acht Tagen oder mit Buße bestraft.

Art. 302 (wird Art. 129bis). Wer jemanden aus Bosheit durch Vorspiegeln oder Unterdrücken von Tatsachen arglistig irreführt oder den Irrtum eines

andern arglistig benutzt und so den Irrenden zu einem Verhalten bestimmt, durch das dieser sich selbst oder einen andern am Vermögen schädigt, wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.

Art. 303 (wird Art. 129quater). Wer eine Leistung, die, wie er weiß, nur gegen Entgelt gemacht wird, ohne zu zahlen erschleicht, namentlich:

die Fahrt auf einer Eisenbahn, auf einem Dampfschiff, auf der Post,

den Zutritt zu einer Aufführung, Ausstellung oder ähnlichen Veranstaltung,

eine Leistung, die ein Automat vermittelt,

wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.

Art. 304. Streichen.

Art. 305 (wird Art. 129ter). Wer sich in einem Gasthaus oder in einer Pension beherbergen läßt, wer sich in einer Wirtschaft oder in einer Pension Speisen oder Getränke vorsetzen läßt,

und den Wirt um seine Forderung prellt, wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 306 (wird 129quinqües). Wer nachgemachte, verfälschte oder im Wert verringerte Waren, die, wie er weiß, zur Täuschung im Handel und Verkehr dienen sollen, einführt oder lagert, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Die nachgemachten, verfälschten oder verringerten Waren können eingezogen werden.

Der Richter kann die Veröffentlichung des Strafurteils anordnen.

Art. 307. Wer eine Spielbank hält oder ein Glücksspiel veranstaltet, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Wer zu einer Spielbank oder zu einem Glücksspiel Platz gibt, wird mit Buße und im Falle der Wiederholung mit Haft und mit Buße bestraft.

Die Einsätze und die Spielgeräte werden eingezogen.

Art. 308, 309, 310. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 311. Werden die in den Art. 308 bis 310 unter Strafe gestellten Handlungen im Geschäftsbetriebe einer juristischen Person begangen, so finden die Strafbestimmungen auf die Direktoren, Bevollmächtigten, Liquidatoren und die Mitglieder der Verwaltungs- oder Aufsichtsorgane Anwendung, die diese Handlungen begangen haben.

Werden diese Handlungen im Geschäftsbetriebe einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft begangen, so finden die Strafbestimmungen auf die schuldigen Gesellschafter, Direktoren, Bevollmächtigten und Liquidatoren Anwendung.

Art. 312. Streichen.

Art. 313 (wird 154ter). Wer, ohne dazu berechtigt zu sein, eine verschlossene Schrift oder Sendung öffnet, um von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen,

wer Tatsachen, deren Kenntnis er durch Öffnen einer nicht für ihn bestimmten, verschlossenen Schrift oder Sendung erlangt hat, verbreitet oder ausnützt, wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 314 (wird 179bis). Wer jemand, der ihm keinen Anlaß dazu gegeben hat, öffentlich in un-

züchtiger Absicht belästigt, wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 315 (wird 179ter). Wer jemand gewerbsmäßig an öffentlichen Orten durch Zumutungen oder Anträge zur Unzucht anlockt, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 316 (wird 179quater). Wer die Mitbewohner eines Hauses oder die Nachbarschaft durch die Ausübung gewerbsmäßiger Unzucht belästigt, wird auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

Der Richter kann dem Täter die elterliche Gewalt entziehen.

Macht sich der Täter vor Ablauf eines Jahres nach der Verurteilung nochmals dieser Uebertretung schuldig, und ist er ein Inländer, so kann ihn der Richter in eine Arbeitserziehungsanstalt einweisen. Ist er ein Ausländer, so kann, neben der Hauptstrafe, auf Landesverweisung erkannt werden.

Art. 317 (wird 179quinqües). Macht sich eine unmündige Person, die zur Zeit der Tat das achtzehnte Altersjahr zurückgelegt hat, der Uebertretung der Art. 179ter oder 179quater schuldig, so zieht der Richter über ihren körperlichen und ihren geistigen Zustand und über ihre Erziehung genaue Berichte, in allen zweifelhaften Fällen auch einen ärztlichen Bericht ein.

Der Richter kann die unmündige Person in eine Arbeitserziehungsanstalt einweisen oder sie der Vormundschaftsbehörde oder einer freiwilligen Vereinigung zur Besserung verdorbener Unmündiger überweisen.

Art. 318 (wird 179sexies). Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 319 (wird 179septies). Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 320 (wird 179octies). 1. Wer Gegenstände, die zur Verhütung der Schwangerschaft oder zur Verhütung von Ansteckung mit einer Geschlechtskrankheit dienen, öffentlich in einer Sitte und Anstand verletzenden Weise ankündigt oder ausstellt, wird mit Buße bestraft.

2. Wer solche Gegenstände oder deren Anpreisung Personen zusendet, die es weder verlangt noch ein berufliches Interesse daran haben, wird, auf Antrag, mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 321. Streichen.

Art. 322. Streichen.

Art. 323. Streichen.

Art. 324. Streichen.

Art. 325. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 326. Wer, um sich oder einen andern unrechtmäßig zu bereichern,

Metallgeld, Papiergeld oder Banknoten, die in der Schweiz keinen gesetzlichen Kurs haben, einführt oder erwirbt, um sie in Umlauf zu bringen, solches Geld in großer Menge in Umlauf bringt, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 327. Streichen.

Art. 328. Wer Postwertzeichen des In- oder Auslandes nachmacht, um sie als nachgemacht in Verkehr zu bringen, ohne die einzelnen Stücke als Nachmachungen kenntlich zu machen,

wer solche Nachmachungen einführt, feilhält oder in Verkehr bringt,

wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Die Nachmachungen werden eingezogen.

Art. 329, 330, 331, 332. Streichen.

Art. 333 (wird Art. 228bis). Wer vorsätzlich ein Tier roh mißhandelt, arg vernachlässigt oder unnötig überanstrengt,

wer Schaustellungen veranstaltet, bei denen Tiere gequält oder getötet werden, insbesondere wer Tierkämpfe oder Kämpfe mit Tieren oder Schießen auf zahme oder gefangengehaltene Tiere abhält,

wer vorsätzlich andere zur Verhütung von Tierquälerei erlassene Vorschriften übertritt,

wird mit Haft bis zu einem Monat oder mit Buße bestraft.

Ziff. 2. Streichen.

Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Buße.

Art. 334. Wer in Festungsgebiete, Anstalten oder andere Oertlichkeiten, zu denen der Zutritt von der Militärbehörde verboten ist, unbefugterweise eindringt,

wer Festungsanlagen, militärische Anstalten oder Gegenstände unbefugt abbildet,

wer solche Abbildungen vervielfältigt oder veröffentlicht,

wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.

Art. 335. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 336. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 337 (wird Art. 255bis). Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 338 (wird Art. 260bis). Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 339. Streichen.

Art. 340. Streichen.

Art. 341. Streichen.

Art. 342. Streichen.

Art. 343 (wird Art. 260ter). Wer, ohne dazu berechtigt zu sein, aus Akten, Verhandlungen oder Untersuchungen einer Behörde, die durch Gesetz oder durch Beschluß der Behörde im Rahmen ihrer Befugnis als geheim erklärt worden sind, etwas an die Öffentlichkeit bringt, wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Die Gehilfenschaft ist strafbar.

Art. 344 (wird Art. 260quinqües). Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 345 (wird Art. 260sexies). Wer ein von einer zuständigen Behörde auferlegtes Wirtshausverbot übertritt,

wer als Wirt jemand geistige Getränke verabreicht oder verabreichen läßt, dem, wie er weiß, der Besuch der Wirtshäuser durch eine zuständige Behörde verboten ist,

wird mit Haft oder mit Buße bestraft.

Art. 346 (wird 260septies). Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 347. Streichen.

Art. 348. Wer beim Funde oder bei der Zuführung einer Sache nicht die vom Gesetz (Z. G. B. Art. 720, Abs. 2, und 725, Abs. 1) vorgeschriebene Anzeige erstattet, wird mit Buße bestraft.

Art. 349 (wird Art. 260quater). 1. Auf Druckschriften, die nicht lediglich den Bedürfnissen des Verkehrs, des Gewerbes oder des geselligen oder häuslichen Lebens dienen, ist der Name des Verlegers und des Druckers und der Druckort anzugeben.

Fehlen diese Angaben, so werden der Verleger und der Drucker mit Buße bestraft.

2. Auf Zeitungen und Zeitschriften ist überdies der Name des verantwortlichen Redaktors anzugeben.

Leitet ein Redaktor nur einen Teil der Zeitung oder Zeitschrift, so ist er als verantwortlicher Redaktor dieses Teils zu bezeichnen. Für jeden Teil einer solchen Zeitung oder Zeitschrift muß ein verantwortlicher Redaktor angegeben werden.

Fehlen diese Angaben oder wird eine vorgeschobene Person als verantwortlicher Redaktor bezeichnet, so wird der Verleger mit Buße bestraft.

Propositions de la commission.

Art. 295 (devient art. 111bis). Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 296. Biffer l'article, à l'exception du 2^e alinéa qui devient art. 112bis.

Art. 297 (devient art. 119bis). Celui qui aura servi ou qui aura fait ou laissé servir à un enfant de moins de seize ans des boissons alcooliques qui, par leur nature ou par leur quantité, nuisent à la santé de l'enfant ou la compromettent, sera puni des arrêts ou de l'amende.

Chiff. 2. Biffer.

Art. 298 (devient art. 120bis). Celui qui, par dénûment, par légèreté ou pour satisfaire une envie, aura soustrait une chose mobilière de peu de valeur appartenant à autrui, sera, sur plainte, puni des arrêts jusqu'à huit jours ou de l'amende.

Si le contrevenant a été poussé par le dénûment, le juge pourra l'exempter de toute peine.

Art. 299. Biffer.

Art. 300 (devient art. 123bis). Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 301 (devient art. 126, 3^e alinéa). Le dommage à la propriété d'autrui, lorsqu'il est de peu d'importance, sera, sur plainte, puni des arrêts jusqu'à huit jours ou de l'amende.

Art. 302 (devient art. 129bis). Celui qui, par méchanceté, aura astucieusement induit en erreur une personne par des affirmations fallacieuses ou par la dissimulation de faits vrais, ou aura astucieusement exploité l'erreur où se trouvait une personne, et l'aura ainsi déterminée à des actes préjudiciables à ses intérêts pécuniaires ou à ceux d'un tiers, sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

La tentative et la complicité sont punissables.

Art. 303 (devient art. 129quater). Celui qui, sans bourse délier, aura frauduleusement obtenu une prestation qu'il savait ne devoir être fournie que contre paiement, notamment

le parcours sur un chemin de fer, un bateau à vapeur ou une voiture postale,

l'accès à une représentation, à une exposition ou à une entreprise analogue,

le fonctionnement d'un appareil automatique, sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

La tentative et la complicité sont punissables.

Art. 304. Biffer.

Art. 305 (devient art. 129ter). Celui qui se sera fait héberger dans une hôtellerie ou dans une pension, celui qui se sera fait servir des aliments ou des boissons dans un restaurant ou dans une pension, et qui aura frustré l'hôte du montant de sa créance, sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 306 (devient art. 132bis). Celui qui aura importé ou pris en dépôt des marchandises contrefaites, falsifiées ou dépréciées, sachant qu'elles doivent servir à tromper autrui dans les relations d'affaires, sera puni des arrêts ou de l'amende.

Les marchandises pourront être confisquées.

Le juge pourra ordonner la publication du jugement de condamnation.

Art. 307. Celui qui tiendra une maison de jeu ou aura organisé un jeu de hasard sera puni des arrêts ou de l'amende.

Celui qui aura fourni des locaux pour une maison de jeu ou pour un jeu de hasard sera puni de l'amende ou, en cas de réitération, des arrêts et de l'amende.

Les enjeux et le matériel servant au jeu seront confisqués.

Art. 308, 309, 310. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 311. Si l'une des infractions prévues aux art. 308 à 310 est commise dans la gestion d'une personne morale, la peine sera appliquée aux directeurs, fondés de pouvoirs, liquidateurs et membres du conseil d'administration ou d'un organe de contrôle ou de surveillance qui auront commis l'infraction.

Si l'une de ces infractions est commise dans la gestion d'une société en nom collectif ou d'une société en commandite, la peine sera appliquée aux sociétaires, directeurs, fondés de pouvoirs ou liquidateurs qui auront commis l'infraction.

Art. 312. Biffer.

Art. 313 (devient art. 154ter). Celui qui, sans en avoir le droit, aura ouvert un pli ou colis fermé, dans le but de prendre connaissance de son contenu;

celui qui, ayant pris connaissance de certains faits en ouvrant un pli ou colis fermé qui ne lui était pas destiné, aura divulgué ces faits ou en aura tiré profit,

sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 314 (devient art. 179bis). Celui qui, publiquement et dans un dessein contraire à la pudeur, aura importuné une personne qui n'y avait pas donné prétexte, sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 315 (devient art. 179ter). Le professionnel de la prostitution qui, dans un lieu public, aura incité une personne à la débauche par des insistances ou des propositions déshonnêtes, sera puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 316 (devient art. 179quater). Celui qui, par l'exercice de la prostitution, importunera les habitants de la maison ou les voisins, sera, sur plainte, puni des arrêts ou de l'amende.

Le juge pourra prononcer contre le contrevenant la déchéance de la puissance paternelle.

Si, dans l'année qui suit la condamnation, le contrevenant réitère cette contravention, et s'il est Suisse, le juge pourra le renvoyer dans une maison

d'éducation au travail; s'il est étranger, le juge, accessoirement à la peine principale, pourra prononcer l'expulsion.

Art. 317 (devient art. 179quinquies). Si l'une des contraventions prévues aux art. 315 et 316 a été commise par une personne mineure qui, au moment de l'infraction, était âgée de plus de dix-huit ans, le juge prendra des informations précises sur son état physique et mental, ainsi que sur son éducation. Dans tous les cas douteux, il devra requérir en outre un rapport médical.

Le juge pourra ordonner le renvoi de la personne mineure dans une maison d'éducation au travail ou, la remettre à l'autorité tutélaire ou à une association privée pour le relèvement des mineurs.

Art. 318 (devient art. 179sexies). Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 319 (devient art. 179septies). Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 320 (devient art. 179octies). Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 321, 322, 323, 324. Biffer.

Art. 325. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 326. Celui qui, dans le dessein de se procurer ou de procurer à un tiers un enrichissement illégitime, aura, pour les mettre en circulation, importé ou acquis des monnaies du papier-monnaie ou des billets de banque n'ayant pas cours légal en Suisse,

aura mis en circulation en grande quantité des monnaies, du papier-monnaie ou des billets de banque n'ayant pas cours légal en Suisse, sera puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 327. Biffer.

Art. 328. Celui qui, dans le but de les mettre en circulation comme imitations, aura contrefait des valeurs postales suisses ou étrangères, sans marquer chaque pièce d'un signe la désignant comme imitation, celui qui aura importé, mis en vente ou en circulation de telles imitations,

sera puni des arrêts ou de l'amende.

Les imitations seront confisquées.

Art. 329, 330, 331, 332. Biffer.

Art. 333. (devient art. 228bis). Celui qui, intentionnellement, aura brutalement maltraité, gravement négligé ou surmené inutilement un animal,

celui qui aura organisé des exhibitions dans lesquelles des animaux sont maltraités ou tués, celui notamment qui aura organisé des combats d'animaux ou avec des animaux, ou des tirs sur des animaux domestiques ou captifs,

celui qui, intentionnellement, contreviendra à d'autres prescriptions édictées en vue de protéger les animaux,

sera puni des arrêts jusqu'à un mois ou de l'amende.

Chiff. 2. Biffer.

La peine sera l'amende, si le délinquant a agi par négligence.

Art. 334. Celui qui aura pénétré indûment dans une région fortifiée, dans un établissement ou dans tout autre lieu dont l'accès est interdit par l'autorité militaire,

celui qui, indûment, aura pris des relevés d'ouvrages de fortification, d'établissements militaires ou d'objets intéressant la défense nationale,

celui qui aura reproduit ou publié de tels relevés, sera puni des arrêts ou de l'amende.

La tentative et la complicité sont punissables.

Art. 335, 336. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 337 (devient art. 255bis). Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 338 (devient art. 260bis). Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 339. Biffer.

Art. 340. Biffer.

Art. 341. Biffer.

Art. 342. Biffer.

Art. 343 (devient art. 260ter). Celui qui, sans en avoir le droit, aura livré à la publicité tout ou partie des actes, d'une instruction, ou des débats d'une autorité qui sont secrets en vertu de la loi ou d'une décision prise par l'autorité dans les limites de sa compétence, sera puni des arrêts ou de l'amende.

La complicité est punissable.

Art. 344 (devient art. 260quinquies). Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 345 (devient art. 260sexies). Celui qui aura enfreint l'interdiction de fréquenter les débits de boissons prononcée contre lui par l'autorité compétente,

l'aubergiste qui, sachant que l'accès des débits de boissons est interdit par l'autorité compétente à une personne, lui aura servi ou fait servir des boissons alcooliques,

sera puni des arrêts ou de l'amende.

Art. 346 (devient art. 260septies). Celui qui, par mauvais vouloir, par fainéantise, par inconduite ou par laisser aller n'aura pas payé une amende à laquelle il avait été condamné, sera puni des arrêts.

Art. 347. Biffer.

Art. 348. Celui qui n'aura pas donné l'avis prescrit par le code civil (art. 720, 2^e alinéa, et 725) pour une chose qu'il a trouvée ou qui a été amenée en sa puissance, sera puni de l'amende.

Art. 349 (devient art. 260quater). 1^o Tout imprimé ne servant pas exclusivement aux besoins du trafic, à ceux du commerce et de l'industrie, ou à ceux de la vie de famille ou de société, indiquera le nom de l'éditeur, le nom de l'imprimeur et le lieu d'impression.

Si ces indications font défaut, l'éditeur et l'imprimeur seront punis de l'amende.

2^o Tout journal ou publication périodique indiquera en outre le nom du rédacteur responsable.

Lorsqu'un rédacteur ne dirige qu'une partie du journal ou du périodique, il doit être désigné comme rédacteur responsable de cette partie. Dans ce cas, un rédacteur responsable doit être désigné pour chaque partie du journal ou du périodique.

A défaut de ces indications, ou si le rédacteur désigné comme responsable est une personne interposée, l'éditeur sera puni de l'amende.

Präsident: Ich mache darauf aufmerksam, daß nach Vorschlag der Kommission Art. 307, der von verbotenen Spielen handelt, an die Kommission zur Prüfung zurückgewiesen werden soll, damit untersucht werde, ob die Kongruenz mit dem neuen Gesetz über die Spielbanken vorhanden sei. Ich nehme an, Sie seien damit einverstanden.

Nationalrat. — Conseil national. 1929.

Die Kommission beantragt ferner Streichung der Art. 299, 304, 312, 321, 322, 323, 324, 327, 329—332, 339—342 und 347.

Gestrichen. — *Supprimés.*

Präsident: Nun haben wir noch die Art. 307—311, 325, 326, 328, 334, 335, 336, 348, welche Aufnahme finden sollen nach dem Antrage der Kommission.

Seiler, Berichterstatter: Im besonderen Teil sind, wie schon erwähnt, diejenigen Artikel zu behandeln, welche mit der Verletzung bundesrechtlicher Vorschriften zusammenhängen. Es betrifft dies in erster Linie Art. 307, das Halten von Spielbanken usw. Die Materie ist seit Erscheinen der bundesrätlichen Vorlage durch einen neuen Verfassungsartikel geregelt, dem nunmehr Art. 307 unseres Entwurfes anzupassen ist. Die Anglegenheit dürfte wohl am besten der Kommission überwiesen werden, welche sich vorerst über die Anpassung schlüssig zu machen hätte. Verboten ist das Halten einer Spielbank und das Veranstellen von Glücksspielen ohne Bewilligung der zuständigen Behörde, desgleichen das Platzgeben zu einer Spielbank und zu nicht bewilligten Glücksspielen.

Art. 308 und 309 bestrafen als Uebertretung den Ungehorsam des Schuldners und des Dritten im Betreibungs- und Konkursverfahren. Sie regeln die im Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz enthaltenen Androhungen. Die Tatbestände der genannten Artikel folgen den Bestimmungen des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes und setzen die im genannten Gesetz nicht vorgesehenen Strafen im einzelnen fest. Die Redaktion ist lückenlos. Minderheitsanträge liegen nicht vor. Besondere Bemerkungen erübrigen sich daher.

Während Art. 308 und 309 sich auf das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz beziehen, schafft Art. 310 Sanktionen in bezug auf das Obligationenrecht. Art. 310 ist ein sogenanntes Omissionsdelikt, ein Unterlassungsdelikt. Die vorsätzliche und die fahrlässige Verletzung der Buchführungspflicht sind strafbar. Bestraft wird, wer nicht oder nicht ordnungsgemäß Buch führt. Gleich verhält es sich mit der Aufbewahrungspflicht.

Art. 311 bringt eine deutliche Strafandrohung an die Organe der juristischen Personen und Handelsgesellschaften in bezug auf die in Art. 308—310 festgesetzten Tatbestände. Der Kreis der Schuldigen ist genau umschrieben. Bei Kollektiv- und Kommanditgesellschaften sind die Gesellschafter verantwortlich und, wie die Kommission beifügt, auch die schuldigen Direktoren, Bevollmächtigten und Liquidatoren.

Gestrichen hat die Kommission Art. 312, nicht etwa mit Rücksicht auf den kantonalen Charakter der Uebertretung, sondern im Hinblick auf die vage Formulierung und die Unklarheit der Tragweite. Die Unterstützung der zivilrechtlichen Verantwortlichkeitsbestimmungen für die Organe der Gesellschaften und Genossenschaften durch das Strafgesetz scheint der Kommission nicht notwendig zu sein. Was bedeutet: «in einer Weise verletzt, die geeignet ist, die Aktiengesellschaft, Genossenschaft, deren Mitglieder zu schädigen»? In welchem Zeitpunkt soll die Klage erhoben werden? Soll jeder Gläubiger, der sich benachteiligt fühlt, Klage anheben können? Auch dann,

wenn er nur einen bestimmten Verdacht hat? Der Artikel ist gut gemeint, in seinen Konsequenzen aber unklar.

Bundesrecht verletzen ferner das Einführen und Erwerben verurteilten Geldes und das Einführen und Erwerben von Metallgeld, Papiergeld oder Banknoten. (Art. 325 und 326.) Die Kommission hat den bundesrätlichen Text ergänzt. Die Beschränkung auf Silberkurant- und Scheidemünzen ist nicht verständlich. Art. 327 ist mit Rücksicht auf Art. 70 des Nationalbankgesetzes gestrichen worden. Nicht gestrichen dagegen hat die Kommission Art. 328, welcher das Nachmachen von Postwertzeichen etc. bestraft. Das Postverkehrsgesetz enthält keine Bestimmung, wonach dieses Nachmachen ohne Fälschungsabsicht unter Strafe gestellt würde.

Militärische Verhältnisse betreffen die Art. 334—336, d. h. die Verletzung militärischer Geheimnisse, der Handel mit Gegenständen der Heeresverwaltung zum Zwecke der Landesverteidigung und das unbefugte Tragen der Uniform. Besondere Bemerkungen sind hier nicht anzubringen, da Minderheitsanträge nicht vorliegen.

Die Nichtanzeige eines Fundes verstößt gegen die Art. 720 und 725 Z. G. B. Die Redaktion der Kommission paßt sich dem Wortlaut des Z. G. B. besser an.

Wir beantragen Ihnen Annahme der Anträge der Kommission zu den im Uebertretungsrecht noch beibehaltenen Artikeln 307—311, 325, 326, 328, 334, 335, 336 und 348.

M. Logoz, rapporteur: Je passe sans autre sur les art. 295 à 306 de la partie spéciale du Livre II, puisque ces articles sont, les uns transférés dans la partie spéciale du Livre premier (vous les avez déjà adopté), les autres, biffés au profit de la législation cantonale.

Je rappelle, d'autre part, que l'art. 307 (maisons de jeu, etc.) est renvoyé à la commission pour les raisons qui vous ont été indiquées par M. Seiler et sur lesquelles je m'abstiens de revenir.

La commission vous propose en revanche de maintenir dans la partie spéciale du Livre II, tout d'abord, les art. 308 à 311. Sur les art. 308 et 309, je puis être très bref.

La loi fédérale sur la poursuite pour dettes énumère les cas où le débiteur ou un tiers sont tenus de coopérer aux poursuites. Dans divers articles, cités dans nos art. 308 et 309, la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite fixe la nature et l'étendue de cette coopération obligatoire.

Ces articles de la loi sur la poursuite pour dettes prévoient eux-mêmes, mais sans les édicter, des sanctions pénales en cas d'inexécution de l'obligation légale. Ce sont ces sanctions que les art. 308 et 309 établissent et doivent établir d'une manière uniforme pour toute la Suisse.

L'art. 308 vise les cas de non-coopération du débiteur; l'art. 309, les cas de non-coopération de tiers. Pour ces derniers, la peine est seulement l'amende.

L'art. 310 est intitulé: Inobservation des prescriptions légales sur la comptabilité. Remarquez tout d'abord que la contravention de l'art. 310 ne se confond pas avec le délit de l'art. 143. Ce dernier suppose, en effet, un débiteur saisi ou, surtout, déclaré en faillite. Et le délit qu'il a commis, par exemple

en ne tenant pas sa comptabilité en ordre, est censé être en rapport avec sa situation pécuniaire.

Au contraire, la contravention de l'art. 310 est une contravention de pure omission (Formalübertretung).

L'art. 310, en substance, menace d'une peine l'inobservation d'un devoir général édicté par les art. 877 et 878 du Code des obligations, sans égard aux conséquences qu'a pu avoir ou ne pas avoir cette inobservation.

De là, la mention de la négligence comme forme possible de la culpabilité. C'est d'ailleurs surtout le cas de l'al. 2 qui peut être réalisé par simple négligence.

L'art. 311 reproduit l'art. 149 qui a trait aux délits qui peuvent être commis dans la poursuite pour dettes ou la faillite d'une personne morale ou d'une société en nom collectif ou en commandite. L'art. 311 pose exactement les mêmes règles pour les contraventions prévues aux art. 308 à 310. Le texte de l'art. 311 a été mis par votre commission en harmonie avec le texte adopté pour l'art. 149.

Sur les art. 312 à 324, je passe. Ils doivent, d'après les propositions de la commission, propositions que vous avez bien voulu adopter, disparaître du Livre II.

Les art. 325, 326 et 328 du projet du Conseil fédéral doivent, en revanche, subsister. Ils sont un complément du chapitre X de la partie spéciale du Livre I^{er}.

Je prends tout d'abord l'art. 325, qui réprime l'importation et la mise en circulation de monnaies démonétisées ou usées. La commission vous propose d'adopter cet art. 325 tel quel.

A l'art. 326, il ne s'agit plus de monnaies ayant perdu leur valeur primitive, mais simplement de monnaies qui n'ont pas cours légal chez nous. Elles sont valables dans le pays d'émission. L'al. 2 de l'art. 326 du projet du Conseil fédéral parle des « monnaies courantes d'argent et des monnaies divisionnaires n'ayant pas cours légal en Suisse ». Ce texte nous a paru n'être pas d'une clarté limpide. En particulier, le billon et la monnaie de cuivre sont-ils visés par lui, comme on l'a admis à la seconde commission d'experts? D'autre part, pourquoi ne pas parler aussi des billets de banque?

En définitive, la commission vous propose d'adapter à cet égard l'art. 326, al. 2, au texte des art. 206 et suivants, c'est-à-dire de parler, à l'art. 326, al. 2, des « monnaies, du papier-monnaie et des billets de banque n'ayant pas cours légal en Suisse ».

L'art. 327 peut être biffé sans inconvénient. Voyez en effet la loi fédérale de 1921 sur la Banque Nationale, art. 70. Cet article, plus étroit, il est vrai, que l'art. 327 de notre projet, est en revanche mieux rédigé et nous a paru suffisant.

L'art. 328 prévoit la contrefaçon de valeurs postales suisses ou étrangères, sans dessein de faux. La loi fédérale sur les postes ne contient rien de semblable. Il est donc nécessaire de maintenir l'art. 328 dans notre projet, notamment pour protéger notre administration des postes contre les fraudes que rend possible la perfection de certains procédés actuels d'imitation.

La convention postale universelle nous oblige, d'ailleurs, à protéger à cet égard, aussi, les intérêts des postes étrangères.

La commission approuve l'art. 328. Elle vous propose seulement de le compléter par une disposition semblable à celle qui figure à la fin de l'art. 327 et prévoyant la confiscation du corps du délit.

Sans m'arrêter aux art. 329 à 333 qui, d'après les propositions de la commission que vous avez adoptées, sortent du Livre II, je passe aux contraventions prévues aux art. 334 et suivants.

Il s'agit ici de ce que le projet du Conseil fédéral baptise un peu pompeusement les « contraventions contre la défense nationale ». La commission vous propose de remplacer cette rubrique par celle, plus modeste, d'« atteinte à des intérêts militaires », qui s'applique mieux aux trois contraventions ici prévues et spécialement à celle de l'art. 336.

Art. 334. Sous le nom de « violation de secrets militaires », l'art. 334 contient deux incriminations sur lesquelles il est superflu d'insister. Je relève seulement que l'art. 234 du Livre I^{er} ne doit pas être oublié ici. C'est cet art. 234 qui sera applicable, à l'exclusion de l'art. 334, quand il y a espionnage proprement dit. Je rappelle cependant que l'art. 234 a été renvoyé à la commission, qui examinera comment on doit tenir compte des rapports qui existent entre cet article et le Code pénal militaire. Remarquez, d'autre part, que la commission vous propose de déclarer punissable, à l'art. 334, non seulement la tentative, mais aussi la complicité (cf. l'article 289 tel que vous l'avez adopté).

L'art. 335, ensuite, a pour but de protéger le droit de saisie et de réquisition des autorités militaires. Il réprime comme contraventions des actes qui ont quelque analogie avec ceux que prévoient, au Livre I, les art. 141 et 146.

On peut se demander si les peines prévues par l'art. 335 sont réellement suffisantes. Votre commission a résolu par l'affirmative cette question discutable. Le Conseil des Etats aura à examiner ce point à son tour.

L'art. 336 est destiné à éviter qu'il ne soit fait abus de l'uniforme de l'armée suisse. Il va de soi que la contravention ici prévue peut être commise par quelqu'un qui n'est pas un militaire suisse.

Quant au soldat suisse qui porte indûment au civil, par exemple pour des travaux de campagne, telle ou telle partie de son uniforme (ainsi ses pantalons militaires), voyez le Code pénal militaire, art. 73.

Des art. 337 à 347, les uns ont été déjà incorporés à la partie spéciale du Livre I; les autres doivent être purement et simplement biffés, par suite de la décision que vous avez prise, tout à l'heure, au profit de la législation cantonale.

L'art. 348 enfin, dont la commission vous propose de simplifier le texte par un renvoi exprès aux art. 720, 2^e al., et 725 du Code civil suisse, édicte les sanctions nécessaires pour assurer l'observation des règles posées par ces dispositions de droit civil pour le cas de trouvaille.

Remarquez aussi que l'art. 348 ne sera applicable que si le contrevenant n'a pas l'intention de s'approprier la chose trouvée. Car si cette intention existe, nous aurions à faire au délit de l'art. 123, chiff. 1, al. 3. Ce qu'on vise à l'art. 348, c'est exclusivement l'inertie, l'omission de l'avis prescrit par le Code civil suisse.

L'art. 349 a passé dans le Livre I,

J'arrive ainsi — sans regret! — au terme de mon rapport sur la partie spéciale du Livre II, que je vous recommande d'adopter conformément aux propositions de la commission.

Angenommen. — *Adoptés.*

Bundesrat **Häberlin**: Wir sind an einer großen Zäsur angelangt, aber noch nicht am Ende. Es ist deshalb vielleicht der Moment noch nicht gekommen, wo der Dank ausgesprochen werden kann für die große Arbeit, die geleistet worden ist von allen denen, die sich mit dem Strafgesetze befaßt haben. Es ist der Moment noch nicht gekommen, wo wir namentlich den Herren Berichterstattern für die unsägliche Mühe, die sich mit dieser Materie gegeben haben, den verdienten Dank aussprechen können. Ich brauche nicht zu sagen, von welch unendlichem Dankgefühl ich persönlich ihnen gegenüber Tag für Tag erfüllt bin, wenn ich sehe, wie sie ihr Wissen und ihre volle Arbeit der Aufgabe widmen. Und es ist auch noch nicht der Moment gekommen, um all den andern Kommissionsmitgliedern zu danken und allen denen, die im Plenum dafür gesorgt haben, daß die ganze Debatte um das Strafgesetz auf dieser musterhaften Höhe verlaufen ist, die wohl in keinem andern Parlament — ich darf das vielleicht ohne Unbescheidenheit für Sie und für uns sagen — zu konstatieren gewesen wäre.

Warum ich heute das Wort ergreife, ist die Tatsache, daß morgen ein Mitglied aus der Kommission und aus Ihrem Rate ausscheidet, dem nicht zu danken mir als eine besondere Undankbarkeit erschiene. Herr Nationalrat Schär verläßt morgen den Rat. Er ist jetzt nicht anwesend; ich kann mich deshalb um so eher über ihn aussprechen, ohne seiner Bescheidenheit zu nahe zu treten. Herr Nationalrat Schär hat in der Kommission nicht in speziell prononciertem Stellung gestanden; aber er war einer derjenigen — alle Mitglieder der Kommission werden das bezeugen — die in ganz außerordentlicher Weise alle Arbeit der Kommission mitgemacht und in ganz ähnlicher Weise wie die Herren Referenten den ganzen Stoff für sich durchgearbeitet haben und das in absolut unaufdringlicher Weise. Darum erwähne ich ihn hier, weil er ein Stiller im Lande gewesen ist und weil das sonst gar nicht in Erscheinung treten würde; wenn wir von der Kommission — ich darf mich ja in dieser Beziehung auch zur Kommission zählen — die wir mit ihm zusammengearbeitet haben, das nicht ausdrücklich erwähnten. Er hat uns wiederholt über jede Materie vollständig durchgearbeitete eigene Vorschläge eingereicht und zwar in der Art und Weise, daß er sagte: « Ich habe meine Erfahrungen auf diesem Gebiete in langjähriger Tätigkeit als Gerichtspräsident gesammelt. Ich stelle sie zur Verfügung der Kommission. Wollen Sie sie ansehen. » Er hat seine Vorschläge auch kurz verteidigt, er war aber nie hartnäckig. Wenn die Kommission anders entschied, hat er sich, wie der Franzose sagt, effacé — wir haben im Deutschen kein eigentlich richtiges Wort dafür. In bescheidenster Weise hat er sich zur Verfügung gestellt, dessen wollen wir dankbar gedenken.

Ich habe aber das Wort auch als Departementschef ergriffen, weil Herr Schär seine Mitarbeit meinem Departement auch sonst immer zur Verfügung gestellt hat. Wenn durch Sie etwas an uns zurück-

gewiesen worden ist, so hat er stets in unauffälliger Weise mit uns zusammengearbeitet. Diese Mitarbeit hat er aber auch in anderer Beziehung zur Verfügung gestellt, so z. B. beim Geschäftsbericht, beim Budget, wo er wiederholt mein Departement speziell zu bearbeiten hatte. Immer hat er außerordentlich wertvolle parlamentarische Arbeit geleistet. Er kam zu mir auf mein Bureau und hat mir z. B. erklärt: «Das und das habe ich in Ihrem Departement gefunden. Ich mache Sie darauf aufmerksam, das könnte besser sein.» Manchmal habe ich dann gesagt, ich nehme es an, und er war überzeugt, daß das gehalten werde; damit hat er sich begnügt. Wenn ich ihn aber belehren konnte, daß seine Auffassung vielleicht nicht ganz richtig sei, hat auch er diese Belehrung angenommen. In beiden Fällen verzichtete er dann auf eine oratorische Leistung. Sie dürfen versichert sein, er hat Ihnen so Stunden und Stunden erspart. Auch dafür wollen wir ihm dankbar sein.

Sie verzeihen mir, wenn ich glaubte, mir anmaßen zu dürfen, diesem scheidenden Kommissionsmitglied unsern Dank auszusprechen. Die Aufgabe anderer wird es sein, den weitem Dank noch auszusprechen. (Beifall.)

Präsident: Ich glaube, es ist kein crimen laesae majestatis, wenn ich eine Interpretation anbringe. Herr Bundesrat Häberlin hat erklärt, der Moment sei noch nicht gekommen, einen abschließenden Dank auszusprechen. Als Ihr Vorsitzender glaube ich immerhin, auch die Pflicht zu haben, vorläufig für das, was während der Session von seiten der Herren Referenten geleistet worden ist, meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Es war ein großes Stück Arbeit, das die Herren in großer Aufopferung geleistet haben. Ihre Arbeit wird sicherlich dazu beitragen, das große Werk einer glücklichen Lösung entgegenzuführen.

Ich habe nun die Meinung, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn die zurückgelegten Artikel durch die Kommission möglichst bald behandelt würden in der Meinung, daß wir sie in der Dezembersession durcharbeiten könnten. Die fernere Beratung könnte dann vielleicht in der Frühjahrsession zu Ende geführt werden. Es wäre also eine große Förderung des ganzen Problems, wenn wir die zurückgelegten Artikel schon in der Dezembersession erledigen könnten. Das wird dann allerdings nicht mehr die Arbeit Ihres heutigen Vorsitzenden, sondern seines Nachbarn zur Rechten sein. Wenn wir die Sache in der Frühjahrsession erledigen, hätte der Ständerat freie Bahn für seine Arbeit.

2440. Spielbanken. Bundesgesetz.

Maisons de jeu. Loi.

Botschaft und Gesetzentwurf vom 19. März 1929 (Bundesblatt I, 369). — Message et projet de loi du 19 mars 1929 (Feuille fédérale I, 365).

Beschluss des Ständerates vom 18. Juni 1929.
Décision du Conseil des Etats du 18 juin 1929.

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Ullmann, Berichterstatter: Die Berichterstattung über diese Gesetzesvorlage kann von lakonischer Kürze sein, schon aus dem Grunde, weil die Kommission bei allen Bestimmungen und bei allen Anträgen einstimmig und harmonisch war.

Das zu beratende Bundesgesetz enthält die Ausführungsbestimmungen zum Verfassungsartikel 35. Sie werden kaum verlangen, daß ich die Entwicklungsgeschichte ab ovo Ihnen vortrage. Art. 35 der Bundesverfassung lautet schon seit 1874: «Die Errichtung von Spielbanken ist untersagt.»

An dieser grundsätzlichen Auffassung am Verbot der Spielbanken wurde nie gerüttelt, auch heute noch nicht; dagegen trat die Forderung verschiedener Fremdenkurorte in die Erscheinung, daß der Bestand von Kursaalspielen von großer Wichtigkeit sei zur Belebung des Kurortes und nachgewiesenermassen auch zur Hebung von lokalen volkswirtschaftlichen Interessen. So siegte denn, dieser Anschauung zustimmend, das Initiativbegehren vom 10. November 1926, das folgenden Wortlaut hat:

«Die Errichtung und der Betrieb von Spielbanken sind verboten.

Die Kantonsregierungen können unter den vom öffentlichen Wohl geforderten Beschränkungen den Betrieb der bis zum Frühjahr 1925 in den Kursälen üblich gewesenen Unterhaltungsspiele gestatten, sofern ein solcher Betrieb nach dem Ermessen der Bewilligungsbehörde zur Erhaltung oder Förderung des Fremdenverkehrs als notwendig erscheint und durch eine Kursaalunternehmung geschieht, welche diesem Zwecke dient. Die Kantone können auch Spiele dieser Art verbieten. Ueber die vom öffentlichen Wohl geforderten Beschränkungen wird der Bundesrat eine Verordnung erlassen. Der Einsatz darf zwei Franken nicht übersteigen. Jede kantonale Bewilligung unterliegt der bundesrätlichen Genehmigung. Ein Viertel der Roheinnahmen aus dem Spielbetrieb ist dem Bunde abzuliefern, der diesen Anteil ohne Anrechnung auf seine eigenen Leistungen den Opfern von Elementarschäden sowie gemeinnützigen Fürsorgeeinrichtungen zuwenden soll.»

Das Spiel ist also erlaubt, aber es ist mit mehrfachen Kautelen in Schranken gehalten, mit Vorschriften über Bewilligung, über die Art des Betriebes, über die Zeitdauer, Kontrolle, Zweckverwendung etc.

Nationalrat — Conseil national

Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung

Bulletin sténographique de l'Assemblée fédérale

Winter-Session — 1929 — Session d'hiver

5. Tagung der 28. Amtsdauer — 5^{me} session de la 28^e législature

Bezugspreis: In der Schweiz jährlich 12 Fr., die Postgebühr eingerechnet, im übrigen Postvereinsgebiet 16 Fr.
Bezug ausschliesslich durch die Expedition Buchdruckerei Fritz Pochon-Jent, in Bern.

Abonnements: Un an: Suisse 12 frs., port compris. Union postale 16 frs.

On s'abonne exclusivement auprès de l'office expéditeur, l'imprimerie Fritz Pochon-Jent, à Berne.

Vormittagssitzung vom 3. Dezember 1929.
Séance du matin du 3 décembre 1929.

Vorsitz — Présidence: M. Graber.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 615 hiervor. — Voir page 615 ci-devant.

Art. 164 und 169.

Neue Anträge der Kommission.

Mehrheit.

Art. 164. 1. Wer mit einer geisteskranken, einer blödsinnigen, einer schwachsinnigen, einer bewußtlosen oder zum Widerstand unfähigen Frau in Kenntnis ihres Zustandes den außerehelichen Beischlaf vollzieht, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Wer mit einer blödsinnigen oder geisteskranken, oder mit einer bewußtlosen oder zum Widerstand unfähigen Person, in Kenntnis ihres Zustandes, eine andere unzüchtige Handlung vornimmt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.

Art. 169. Wer eine unmündige Person des gleichen Geschlechtes im Alter von mehr als sechzehn Jahren zur Vornahme oder zur Duldung unzüchtiger Handlungen verführt,

wer von einer Person gleichen Geschlechts durch den Mißbrauch ihrer Notlage oder ihrer durch ein Amts- oder Dienstverhältnis oder auf ähnliche Weise begründeten Abhängigkeit die Duldung oder die Vornahme unzüchtiger Handlungen erlangt,

wer gewerbsmäßig mit Personen gleichen Geschlechts unzüchtige Handlungen verübt, wird mit Gefängnis bestraft.

Minderheit

(Eggspühler, Escher, Grünenfelder, Hunziker, Perrier, Tarchini, Winiker.)

Art. 169. Wer eine Person ...

Nouvelles propositions de la commission

Majorité.

Art. 164. Maintenir la proposition de la commission du 15 décembre 1927.

(La modification ne concerne que le texte allemand.)

Art. 169. Celui qui aura induit une personne mineure du même sexe âgée de plus de seize ans à commettre ou à subir un acte contraire à la pudeur, celui qui aura abusé de l'état du dénûment d'une personne du même sexe, ou de l'autorité qu'il a sur elle du fait de sa fonction, de sa qualité d'employeur ou d'une relation analogue, pour lui faire subir ou commettre un acte contraire à la pudeur,

celui qui fera métier de commettre des actes contraires à la pudeur avec des personnes du même sexe,

sera puni de l'emprisonnement.

Minorité

(Eggspühler, Escher, Grünenfelder, Hunziker, Perrier, Tarchini, Winiker.)

Art. 169. personne de même sexe ...

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Sie haben die Anträge der Kommission über die zurückgelegten Artikel des ersten Buches vor sich. Wir müssen in dieser Session die zurückgelegten Artikel erledigen, damit das erste und zweite Buch vollständig an den Ständerat gewiesen werden kann. In Frage stehen nur wenige Artikel, aber es handelt sich um eine Materie, über die man in der Öffentlichkeit nicht sehr gerne redet, doch es ist nun einmal unsere Pflicht, ob es uns angenehm ist oder nicht, über einige Einzelheiten zu reden, die recht heikler Natur sind. In erster Linie

stehen die Art. 164 und 169, die Frage der Schändung und der Homosexualität. Ich werde die letztere Frage vorwegnehmen und im Anschluß daran die Rückwirkung auf Art. 164 über die Schändung behandeln.

Art. 169 handelt von der widernatürlichen Unzucht.

Die Beratung der Strafbarkeit der Homosexualität hat in der Märzsession so starke Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen, daß nichts Andres übrig blieb, als die Frage an die Kommission zurückzuweisen. Die Verhandlungen haben dann aber auch außerhalb des Ratsaals ein Echo hervorgerufen. Der Sprechende hat unterzeichnete und anonyme Zuschriften erhalten, die sich energisch für die Straffreiheit verwenden. Vor allem aber hat sich der Schweizerische Verein für Psychiatrie zum Wort gemeldet und um die Gewährung einer Konferenz mit unserer Kommission nachgesucht. Und insbesondere hat Herr Prof. Hafter in der Schweizerischen Zeitschrift für Strafrecht das Thema neu und grundlegend behandelt und in seinem Artikel: «Homosexualität und Strafgesetzgeber» zu der ganzen Materie und vor allem zu den in unserm Rate aufgeworfenen Fragen Stellung genommen. Und er hat auch einen Antrag formuliert, der in der Hauptsache nun von der Kommission akzeptiert worden ist. Das Wesentliche dieses Antrages besteht, soweit es sich nicht um den Fall des Mißbrauchs eines Abhängigkeitsverhältnisses handelt, in der Beschränkung der Strafbarkeit auf die Fälle der Verführung und zwar der Verführung des Opfers im Alter von 16—20 Jahren.

Die Kommission hatte in ihrer Sitzung in Lausanne reichlich Gelegenheit, sich über die recht mannigfachen und komplizierten Fragen auf diesem so betrüblichen Gebiete orientieren zu lassen. Der Schweizerische Verein für Psychiatrie hatte drei Psychiater abgeordnet, die nicht nur vor der Kommission ihre Vorträge hielten, sondern auch auf die verschiedenen Fragen und Einwendungen aus der Mitte der Kommission Aufschluß erteilten. Die Herren Dr. Forel aus Nyon, Prof. Dr. Maier aus Zürich und Dr. Repond aus Monthey vertraten verschiedene Landesgegenden. Sie waren in ihrer Auffassung durchaus einig und vertraten die überwiegende Meinung der schweizerischen und wohl auch der ausländischen Psychiater. Ihre Voten waren entschieden und durch keinerlei Einwendungen zu erschüttern. Im wesentlichen sind ihre Schlüsse folgendermaßen zusammenzufassen:

Homosexualität ist kein einheitlicher Begriff. Es fallen sehr verschiedenartige Handlungen darunter. Es ist verfehlt, anzunehmen, die Homosexualität sei die schließliche Folge eines lasterhaften Lebenswandels. Die echte Homosexualität, die nicht nur Ersatz ist für fehlenden normalen Geschlechtsverkehr und nicht auf Gewinnsucht zurückzuführen ist, wird durch die Anlage bestimmt und stellt eine konstitutionelle Anomalie dar. Die Heilungen sind nicht zahlreich. Relativ selten sind die Fälle des coitus in anum. Der Forderung auf Enthaltung steht ein abnorm starker Geschlechtstrieb entgegen. Richtig ist, daß die Literatur vielfach abgeschmackt ist. Für die Jugend im Alter von 16—18 Jahren ist die Gefahr der Verführung nicht sehr groß. Nichts anzufangen ist mit dem Begriff der beischlafähnlichen Hand-

lungen, den der deutsche Entwurf aufgenommen hat. Die Häufigkeit der Homosexualität ist auf 0,5 % einzuschätzen. Zuverlässige Zahlen fehlen. Das Laster kommt in allen Kreisen vor. Man konnte eine Zunahme im Kriege nicht beobachten. Die gleichgeschlechtlichen Handlungen sind bei beiden Geschlechtern gleich zu behandeln. Unter Strafe zu stellen ist die männliche Prostitution, im Gegensatz zu der weiblichen. Zu bekämpfen ist vor allem die Verführung Unmündiger. Hier sind strenge Maßnahmen am Platze. Am zweckmäßigsten ist es, die Homosexualität straflos zu lassen, wenn sie nicht qualifiziert ist und sich nicht in der Öffentlichkeit zeigt. Propaganda wird hauptsächlich dort gemacht, wo Strafen angedroht werden. Die Strafandrohung bringt keine Einschränkung. Die Gefährlichsten werden zudem in der Regel nicht erwischt. Strafe man die Verführung Unmündiger, die Benützung des Abhängigkeitsverhältnisses und die männliche Prostitution. Damit sind die eigentlich gefährlichen Fälle erfaßt.

Diesen Argumenten hat sich unsere Kommission oder sagen wir: haben sich diejenigen Mitglieder der Kommission, welche der vorwiegend deutschschweizerischen Auffassung der weitgehenden Strafbarkeit huldigen, nur mit Widerstreben angeschlossen. Angesichts der bestimmten Erklärung der Psychiater, daß eine Heilung sehr schwer und selten zu erzielen sei und daß das Gebot der Enthaltensamkeit auf unüberwindliche Hindernisse stoße, daß man es mit andern Worten nicht mit einer eigentlichen Schuld, sondern mit einer konstitutionellen Anlage zu tun habe, hat sich die Kommission in ihrer großen Mehrheit auf den von Herrn Prof. Hafter gestellten Antrag geeinigt, welcher die Verführung Unmündiger zu unzüchtigen Handlungen und zwar bei beiden Geschlechtern unter Strafe stellt, allerdings mit der Erweiterung, daß neben der Benützung eines Abhängigkeitsverhältnisses auch die gewerbsmäßige Homosexualität, das heißt also das sogenannte Strichjungentum unter Strafe gestellt wird. Der letztere Punkt war auch in der Kommission umstritten. Die ungleiche Behandlung gegenüber den Frauen wurde als stossend erklärt. Demgegenüber wurde aber auf die Gefährlichkeit des Strichjungentums hingewiesen, die sich viel schlimmer auswirke, als die Prostitution beim weiblichen Geschlecht. Wenn es ja auch richtig sei, daß diese Menschen schließlich doch wegen anderer Verbrechen zur Strafe gezogen werden müssen, so ist es nicht minder richtig, schon die Prostitution als solche, aus der sich dann die verschiedenartigsten Verbrechen entwickeln, unter Strafe zu stellen.

Zu keinerlei Einwendungen gab die Bestrafung der Homosexualität im Falle der Benützung eines Abhängigkeitsverhältnisses Anlaß. Dagegen war die Kommission nicht einig darüber, ob als zu schützende Opfer nur eine unmündige Person oder aber Personen jeglichen Alters in Betracht fallen sollen. Die Kommission hat sich mehrheitlich für die Beschränkung auf die unmündigen Opfer entschieden. Ein Minderheitsantrag will auch die Verführung mündiger Opfer unter Strafe stellen. Sie werden sich darüber zu entscheiden haben. Bestraft werden kann andererseits auch der Unmündige, dann eben wenn er eine unmündige Person verführt. Nach der bundesrätlichen Vorlage konnte nur eine mündige Person bestraft werden.

werden. Insofern bedeutet die neue Fassung eine Erweiterung, während sie andererseits wegen der Beschränkung auf die Verführung eine Einengung bringt.

Die Kommissionsmehrheit hat sich der Fassung des Herrn Prof. Hafter angeschlossen. Ein Teil ohne Bedenken, der andere notgedrungen. Die neue Fassung bringt den Begriff der «Verführung». Die Anwendung im konkreten Fall dürfte nicht immer leicht sein. Nicht ohne Einfluß war die neueste Wendung im deutschen Reichstagsausschuß, in welchem Prof. Kahl namentlich drei Gründe für die Straflosigkeit angeführt hat: Die Unwirksamkeit der Bestrafung, die Gefahr der Erpressung und die durch die Bestrafung hervorgerufene Organisation und Propaganda.

Können wir, das heißt diejenigen, welche ursprünglich weiter gehen wollten als der jetzige Vorschlag, uns mit der Kommissionslösung einverstanden erklären? Oder kann uns diese Stellungnahme zur Gegnerschaft gegen das Gesetz veranlassen? Ich glaube nein. Man hat vom Volksempfinden gesprochen, und nicht mit Unrecht. Nur ist die Einstellung in der Schweiz keine einheitliche. Man hat gesagt, auch das Volk müsse umlernen. Und es muß tatsächlich auch in diesem Punkte wie in andern umlernen, wenn es Tatsache ist, daß die Homosexualität in der Hauptsache eine unglückliche Veranlagung ist. Dann wird das Laster zur Krankheit, deren Heilung allen Ernstes anzustreben und deren Betätigung aus Gründen der Gemeingefahr nach Möglichkeit zu verhindern ist, nicht durch Strafe, sondern durch Eingriffe anderer Art. Jedenfalls darf keine Rede davon sein, daß die Straflosigkeit gewissermassen als Freibrief betrachtet wird. Nach wie vor soll das gesunde Volksempfinden dagegen reagieren und sollen alle tauglichen Mittel zur möglichsten Einschränkung angewendet werden. Wir müssen und wollen den medizinischen Argumenten Rechnung tragen und das Schuldprinzip zur Anwendung bringen. Wir wollen aber auch von den Medizinern verlangen, daß sie der widerlichen Krankheit mit aller Energie auf den Leib rücken. Mit der eingeschränkten Behandlung der Frage im Strafgesetz ist das Problem nicht abgetan und gelöst. Im übrigen wollen wir uns durch das Gefühl des Unbefriedigtseins auf diesem Gebiete die Freude an dem gesamten Werke nicht verderben lassen. Es gibt wohl niemanden, der von allen Lösungen in diesem weitverzweigten Gesetz restlos erbaut wäre. Wesentlich ist die große Linie. Ob auf dem Gebiete der wider natürlichen Unzucht, die uns wohl die größten Rätsel aufgibt, die Lösung etwas strenger oder weniger streng ist, kann uns kein ausschlaggebendes Moment sein. Daß die Opfer dieser Krankheit tief unglückliche Menschen sind, muß uns milder stimmen, und diese Wahrnehmung gibt uns auch die Hoffnung, daß eine weitere Ausbreitung nicht zu befürchten ist. Die Homosexualität widerspricht ja gottlob der gesunden menschlichen Natur.

Im übrigen wird es wohl gut sein, wenn wir in der Diskussion nicht in alle die Details eintreten, welche das Problem aufweist. Wenn ich etwas weiter ausloten mußte, so habe ich es im Interesse der Abklärung getan und auch im Hinblick auf die Rechtfertigung unserer Haltung vor dem andern Rat und vor einer weitem Oeffentlichkeit.

Im Zusammenhang mit Art. 169 ist nun auch Art. 164, Abs. 2 neuerdings unter die Lupe zu nehmen. Es findet sich darin ohnehin ein Widerspruch zwischen dem deutschen und dem französischen Text. Der Bundesrat hat im Schändungsartikel die unzüchtigen Handlungen an blödsinnigen, geisteskranken, bewußtlosen und zum Widerstand unfähigen Personen allgemein unter Strafe gestellt. In der deutschen Kommissionsvorlage ist die Strafbarkeit auf die unzüchtigen Handlungen an Frauenspersonen beschränkt, während im französischen Text der allgemeine bundesrätliche Ausdruck «Personen» beibehalten ist. Diese Divergenz zwischen den beiden Texten muß beseitigt werden. Mit andern Worten: Es muß neuerdings geprüft werden, was materiell richtig ist. Zweifellos müssen die unzüchtigen Handlungen gleichgeschlechtlicher Natur an den nicht willens- und widerstandsfähigen unglücklichen Geisteskranken beider Geschlechter unter Strafe gestellt werden. Die Bestrafung der Verfehlung nur an der Frauensperson wäre widersinnig. Auch Art. 165 Ziff. 2, die nun in Art. 164 aufgegangen ist, sprach von einer «Person» und nicht von einer «Frau». Der deutsche Text von Art. 164, Ziff. 2 ist somit im Sinne des neuesten Antrags abzuändern, der französische Text bleibt bestehen.

Wir beantragen Ihnen Annahme des Antrags der Kommissionsmehrheit.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Je commence par l'art. 164, dont M. le président de la commission vient de vous parler en dernier lieu. La proposition que M. Seiler vient de vous soumettre ne modifie que le texte allemand de l'art. 164, chiff. 2.

Nous avons, en effet, découvert une divergence entre le texte allemand et le texte français, que vous avez déjà adoptés l'un et l'autre. Eh bien, l'amendement qui vous a été présenté tout à l'heure par M. Seiler aura pour effet de mettre en harmonie le texte allemand avec le texte français, lui-même conforme au projet du Conseil fédéral et, surtout, conforme au système général qui est à la base d'autres dispositions du même chapitre: comparez par exemple les art. 162 et 163, ou encore le chiff. 1 de l'art. 165 avec le chiff. 2: Il est juste de faire, dans l'art. 164, la distinction que font ces diverses dispositions entre le cas où il s'agit de «l'acte sexuel» et le cas où il s'agit «d'autres actes contraires à la pudeur». Dans le premier cas, la victime ne peut être qu'une femme; dans le second, la victime peut être une personne de l'un ou de l'autre sexe. C'est ce que dit le texte français de l'art. 164; c'est ce que dira dorénavant aussi le texte allemand, si vous adoptez l'amendement proposé par la commission.

Cela dit, examinons les questions posées par l'art. 169.

Vous vous souvenez du débat auquel cet article, qui réprime la débauche contre nature, a donné lieu ici même dans la session de printemps de cette année.

Ce débat a mis aux prises, surtout:

d'une part, les partisans du système du projet du Conseil fédéral, d'après lequel la débauche contre nature n'est punissable, en principe, que si le délinquant est majeur et si la victime est une personne mineure de plus de 16 ans;

d'autre part, les porte-parole d'une minorité de la commission, qui proposait de punir la débauche

contre nature, d'une façon générale, quel que soit l'âge des deux partenaires, c'est-à-dire même quand les actes incriminés sont commis entre deux individus majeurs.

En définitive, je me suis permis de proposer et le Conseil national a voté le renvoi pur et simple de l'art. 169 à la commission, pour nouvel examen du problème.

La commission, qui s'est réunie le 14 novembre dernier, a tout d'abord entendu trois psychiatres éminents: le professeur Maier de Zurich et MM. les docteurs en médecine Forel et Repond.

L'homosexuel, nous ont dit ces experts, est un névrosé. Cette perversion est-elle très répandue chez nous? Il est naturellement difficile de donner des chiffres précis; mais, nous a dit le professeur Maier, il doit y avoir en Suisse au moins autant d'homosexuels que d'épileptiques, c'est-à-dire au moins 0,5 % ou 5 ‰.

Beaucoup d'homosexuels, nous a-t-on dit encore, doivent être considérés comme incurables, même s'ils ont le désir de guérir. Ce n'est guère, nous a déclaré notamment le professeur Maier, qu'avec les bissexuels que certaines cures peuvent avoir du succès.

Faut-il punir l'homosexualité comme telle? En particulier, la répression pénale peut-elle avoir pour effet de réduire le nombre des homosexuels? Ce n'est, nous ont dit les experts, pas ce que prouve l'expérience. Les homosexuels ne semblent pas être plus nombreux dans les pays latins qui considèrent l'homosexualité comme un vice, mais n'en font pas un délit, que dans les pays germaniques, qui punissent la débauche contre nature.

En Valais, par exemple, le code pénal ne réprime pas l'homosexualité. Or, nous a dit le D^r Repond, qui pratique, à Monthey, elle n'y est pas spécialement fréquente et n'y a jamais donné lieu à scandale. Du reste, surtout dans ce domaine, la contrainte n'a pas grande vertu éducatrice. Ce qui donne les meilleurs résultats, c'est, à titre préventif, une bonne hygiène morale et mentale, puis, s'il y a lieu, un traitement moral et disciplinaire des cas qui peuvent se présenter.

Au surplus, la répression pénale, si répression il y a, atteindra qui? L'homosexuel occasionnel plutôt que l'homosexuel d'habitude, qui, en général, saura prendre ses précautions pour échapper à la justice. La répression, disent nos psychiatres, non seulement n'a pas d'effet prophylactique ou curatif, mais en outre elle risque plutôt (c'est ce que le professeur Kahl a aussi relevé à propos du projet de code pénal actuellement soumis au Reichstag allemand) de provoquer le scandale. Car punir les homosexuels, c'est, d'après certaines expériences faites, notamment en Allemagne, inciter les intéressés à se grouper, à s'organiser, à se manifester publiquement dans un but de défense et de propagande.

D'autre part, punir la débauche contre nature comme telle, c'est aussi multiplier les risques de chantage et du plus répugnant de tous les chantages. Très souvent, c'est par une dénonciation faisant suite à une tentative de chantage que la justice pénale sera informée et mise en mouvement. Et cela finit quelquefois par un suicide. Faut-il favoriser tout cela? Vous déciderez.

Cela dit en ce qui concerne la question fondamentale — celle de savoir s'il faut punir la débauche

contre nature comme telle — j'ajoute cependant qu'il y a un domaine dans lequel les psychiatres entendus par votre commission sont unanimes à admettre la nécessité d'une répression pénale:

Il faut, disent-ils, protéger la jeunesse contre le danger grave que peuvent constituer, pour elle, certaines entreprises d'homosexuels.

La séduction est ici possible comme dans le domaine des relations sexuelles normales et, nous a dit par exemple le professeur Maier, elle est dangereuse surtout avant et pendant la puberté.

Ici, le juge pénal doit donc intervenir pour protéger des jeunes gens qui, souvent, resteront normaux si l'on empêche qu'ils ne tombent sous la coupe d'un inverti.

Ces considérations ont convaincu votre commission.

Par 14 voix contre 4, elle a décidé de vous proposer en premier lieu d'admettre la répression de la débauche contre nature, en principe, seulement quand la victime est une personne mineure de plus de 16 ans — jusqu'à 16 ans, les enfants sont déjà protégés par l'art. 166 de notre projet — et quand, en outre, la victime a été séduite, quand elle a été entraînée, induite à l'acte par le délinquant.

Cette notion de la séduction n'est, en elle-même, peut-être pas très précise; elle n'est cependant pas nouvelle. Le projet l'emploie déjà ailleurs (voyez par exemple l'art. 180, chiff. 3).

D'autre part, dans l'art. 169 tel que la commission vous propose de l'adopter, la notion de séduction de la victime est, je viens de le dire, précisée par une condition d'âge. Le juge pourra sans doute, sans se heurter à des difficultés pratiques insurmontables, résoudre la question de fait de savoir s'il y a eu, ou non, séduction d'un mineur de 16 à 20 ans par un homosexuel.

La commission vous propose en second lieu de modifier, en ce qui concerne l'âge du délinquant, les premiers mots de l'art. 169 proposé par le Conseil fédéral.

Le projet du Conseil fédéral punit « la personne majeure » qui aura commis un acte contraire à la pudeur avec une personne mineure du même sexe âgée de plus de 16 ans. A ce texte, le professeur Hafter, dans un article intitulé « Homosexualité et législation pénale » (Revue pénale suisse 1929, Festgabe für Carl Stooss, pages 65/66) oppose des objections qui ne sont pas dépourvues de fondement.

Ce texte, dit M. Hafter, pourrait avoir des conséquences bizarres. Des actes homosexuels commis entre deux individus dont l'un a 18 ans et l'autre 19 ne seront pas punissables, puisqu'il faut que le délinquant soit « une personne majeure ». Un an plus tard, en revanche, celui des deux partenaires qui est devenu majeur tombera sous le coup du code pénal. Mais attendez encore une année. Les deux intéressés seront alors majeurs; conséquence: l'un et l'autre échapperont à la répression, telle qu'elle est instituée par l'art. 169 du projet du Conseil fédéral. »

Ceci n'est évidemment pas satisfaisant, et c'est pour parer à de telles éventualités que, adoptant une proposition de M. Hafter, votre commission vous propose de dire au début de l'art. 169:

« Celui qui aura induit une personne mineure du même sexe, âgée de plus de 16 ans, à commettre ou à subir un acte contraire à la pudeur sera puni . . . »

Ainsi, la punition sera encourue quel que soit l'âge de l'inculpé et même s'il n'est pas majeur, pourvu que, comme je l'ai indiqué tout à l'heure, la victime soit un mineur de plus de 16 ans et qu'en outre, elle ait été séduite, c'est-à-dire entraînée, induite par l'inculpé à commettre ou à subir l'acte incriminé. Tout ceci en ce qui touche au 1^{er} alinéa de l'art. 169, tel que la commission vous propose aujourd'hui de l'adopter.

Le second alinéa n'est, dans son principe, contesté par personne. Il punit — et il a raison de punir — « celui qui aura abusé de l'état de dénûment où se trouve une personne du même sexe que lui, ou de l'autorité que lui donne sur elle sa fonction, sa qualité d'employeur ou une relation analogue, pour lui faire subir ou commettre un acte contraire à la pudeur ». La commission vous propose d'adopter ce deuxième alinéa, tel qu'il figure dans le projet du Conseil fédéral (chiff. 2, al. 1^{er}).

La commission a également, par 17 voix contre 5, donc à une majorité significative, voté le maintien de l'alinéa suivant, qui vise celui qui « fera métier de commettre des actes contraires à la pudeur avec des personnes du même sexe ».

C'est, notamment, de la prostitution homosexuelle masculine qu'il s'agit ici.

N'y a-t-il pas, cependant, quelque chose d'illogique à renoncer, comme le fait le projet (et comme je suis très convaincu qu'il a raison de le faire) à punir la prostitution hétérosexuelle comme telle, et, d'autre part, à réprimer la prostitution homosexuelle ? Je ne le pense pas. J'approuve, pour ma part, la décision prise par votre commission. En effet, au point de vue du droit pénal et de la politique criminelle, la situation n'est pas identique dans les deux cas.

Ainsi que le professeur Maier, par exemple, l'a dit à notre commission, la déchéance morale de celui qui — non pas nécessairement parce qu'il est un inverti, mais simplement dans un but de lucre — se prostitue à des individus du même sexe, est plus profonde, plus rapide et plus dangereuse que celle de la prostituée normale, si j'ose dire.

Le milieu des prostitués homosexuels est une pépinière d'individus prêts à tout, sauf à mener une vie honnête. C'est un fumier dans lequel les germes criminels peuvent se développer à foison.

Faut-il donc, avant de permettre au juge pénal d'intervenir, attendre que cette récolte soit parvenue à maturité, autrement dit qu'un délit ait été commis ?

Pour ma part, je dis qu'ici plus peut-être que dans beaucoup d'autres domaines, prévention vaut mieux que répression. Je pense, avec la forte majorité de la commission, qu'il y a tout à gagner à signifier aux individus dont nous sommes en train de parler, ceux qu'en langue allemande on a baptisés du nom expressif de « Strichjungen », que leur industrie n'est pas tolérée en Suisse et que s'ils tiennent à l'exercer, ils peuvent aller ailleurs.

Un dernier mot et j'aurai terminé mon rapport sur l'art. 169. Le projet du Conseil fédéral prévoit deux peines différentes, selon qu'il s'agit du délit simple prévu au chiff. 1, ou des délits du chiff. 2, qu'il considère comme des formes qualifiées de l'infraction.

Votre commission est d'avis qu'on peut, ici encore, simplifier et faire l'économie du minimum spécial que l'art. 169 du Conseil fédéral prévoit à la fin de son chiff. 2. Il nous paraît possible de laisser au juge le soin de mesurer la peine, selon les circonstances, dans le cadre que lui tracent le minimum et le maximum généraux de la peine d'emprisonnement.

Nous vous proposons donc de prévoir purement et simplement la peine de l'emprisonnement (de 3 jours à 3 ans) pour toutes les infractions visées à l'art. 169.

Grünenfelder, Berichterstatter der Minderheit: Wenn der Präsident, Herr Seiler, ausgeführt hat, daß der Gegenstand, der hier vom Gesichtspunkte des Strafrechtes aus zu behandeln sei, nicht zu denen gehöre, von denen man gerne rede, so muß ich ihm recht geben und mein Bedauern darüber aussprechen, daß mir nun schon zu wiederholten Malen die Ehre zuteil geworden ist, die Auffassung unserer Gruppe in der Kommission in diesem Punkte zu vertreten. Wir stellen Ihnen den Antrag, im ersten Satz von Art. 169 das « unmündig » zu streichen und infolgedessen einfach zu sagen: « Wer eine Person des gleichen Geschlechtes im Alter von mehr als 16 Jahren . . . verführt. » Wir wollen also, daß die Verführung unter Strafe gestellt werde, auch wenn sie nicht nur an Leuten von 16 bis 20 Jahren vollzogen wurde; wir sind der Meinung, das sei absolut notwendig; denn Verführung komme auch bei Leuten vor, die zufällig mehr als höchstens 20 Jahre alt sind.

Welche Entwicklung nahm bis jetzt der Entwurf in bezug auf diese Frage? Der bundesrätliche Entwurf hatte vorgesehen, daß die mit einer unmündigen Person vorgenommenen unzüchtigen Handlungen bestraft werden sollen, also jede unzüchtige Handlung; der Entwurf spricht nicht von Verführung; die Verführung ist nicht das Tatbestandsmoment, die Voraussetzung der Strafbarkeit. Den gleichen Antrag wie der Bundesrat hatte auch die Kommission im Art. 169 gestellt, und hier im Rate hatten wir, die Minderheit, uns bei der ersten Beratung auf den gleichen prinzipiellen Standpunkt gestellt, nur mit dem Unterschied, daß das Wort « unmündig » gestrichen werden solle. Die Diskussion hat dann dazu geführt, den ganzen Artikel an die Kommission zurückzuweisen.

Inzwischen ist nun der Vorschlag des Herrn Prof. Hafer eingebracht worden, der die ganze Materie — ich darf vielleicht sagen — von einem etwas einseitigen Gesichtspunkt aus betrachtet, vom Gesichtspunkte der Homosexualität aus. Dieser Anschauungsweise folgte dann auch die Diskussion, und zwar hier im Rat und in der Kommission; man behandelte den ganzen Art. 169, nach meiner Auffassung unrichtigerweise, als den Artikel, unter den nur die Homosexualität fallen würde, während die Erfahrungen von Gerichtsbehörden und Strafuntersuchungsbehörden — wenn eine Statistik bestünde — zeigen würden, daß eine große Zahl von Unzucht delikten zwischen gleichgeschlechtlichen Personen geschehen, die niemals auf anormaler Veranlagung zu Homosexualität zurückzuführen sind. Infolgedessen ist der Aufbau des Artikels zu einseitig ausgefallen; man berücksichtigte lediglich den medizinischen Gesichtspunkt und fragte: Ist der « Anormale » so anormal, daß man ihn nicht bestrafen darf, weil er sich einfach nicht zu beherrschen vermag,

und weil man ihm diese Kraft einfach nicht zumuten darf? Infolgedessen ist man dann zum Schluß gekommen: er darf nur bestraft werden, wenn er zur Verführung übergeht. Man hat aber auch die Verführung auf Minderjährige beschränkt, auf Leute vom 16. bis zum 20. Altersjahr. Das ist, ich betone das, ein einseitiger und unrichtiger Ausgangspunkt, weil nach meiner festen Ueberzeugung, die sich auf Einblick ins Strafverfahren stützt, nicht Homosexualität allein die Ursache unzüchtiger Handlungen zwischen Personen gleichen Geschlechtes ist; in der Mehrzahl der Fälle ist Ursache der moralische Niedergang, die moralische Schädigung, die der Täter gewöhnlich schon in der Gesellschaft, in der er lebt, erfahren hat. Man kann ihn darum nicht einfach als anormal ansprechen.

In bezug auf die Homosexualität, um das auch noch zu berühren, hat der Herr Präsident ausgeführt, es sei von den Herren Experten gesagt worden, Heilbarkeit bestehe nur in sehr wenigen Fällen. Meine Herren, genauer gesagt, hat Herr Prof. Maier, der vor unserer Kommission erschienen war, auf die Frage von Herrn Bundesrat Häberlin: Wie weit ist die Homosexualität heilbar? erklärt: Ein großer Prozentsatz der Homosexuellen muß jedoch als unheilbar bezeichnet werden. Das ist immerhin noch etwas anderes, als was vorhin gesagt worden ist: «sehr wenige Fälle seien heilbar»! Man hat die Homosexuellen auch damit entschuldigen wollen, daß man erklärte, man könne ihnen die Enthaltbarkeit nicht zumuten. Auf eine Frage von Bundesrat Häberlin in der Kommission lautete die Antwort des Zürcher Psychiaters Maier: Zur Frage der Enthaltung ist zu sagen, daß der Trieb vieler Homosexueller auch anormal stark ist, so daß er kaum gehemmt werden kann. Es gibt aber auch normale Menschen, bei denen dieses «kaum» auch vorhanden wäre, und dennoch verlangen wir von ihnen Enthaltbarkeit. Aber aus diesem «kaum» und aus dem «großen Prozentsatz» der unheilbaren Homosexuellen zieht man unrichtigerweise den Schluß: man darf die Handlung an sich überhaupt nicht als strafbar erklären! Ein verkehrter Standpunkt, der viel zu weit geht, eben weil er auf einer einseitigen Basis beruht.

Der Antrag des Herrn Prof. Hafter, dem sich die Kommission mit großer Mehrheit angeschlossen hat, beschränkt sich nun also darauf, nur die Verführung zu unzüchtigen Handlungen zwischen Personen gleichen Geschlechtes für strafbar zu erklären, und nur die Verführung von unmündigen Personen. Das heißt rückwärts marschieren gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates; ein Rückwärtsmarschieren gegenüber dem früheren Antrag der Kommission, und ein Rückwärtsmarschieren, das Bedenken erregen muß, um so mehr, als von den Gegnern auch dieser einschränkenden Fassung und der Strafbarkeit unzüchtiger Handlungen unter Personen gleichen Geschlechtes überhaupt, geltend gemacht worden ist, es werde schwer halten, die Verführung jeweiligen nachzuweisen, und der Begriff der Verführung sei ohnehin etwas Unklares und etwas nicht genau Umschriebenes. Es ist aber mit einigem Recht darauf hingewiesen worden, daß nicht nur auf diesem Gebiet, sondern auch auf anderen Verführungshandlungen vorkommen, die der Richter feststellen und beurteilen muß; darum wird letzteres auch hier möglich sein. Wenn wir nun aber auch in der Minderheit der Kom-

mission so weit, wie der Vorschlag Hafter, zurückgehen, so hat das seinen Grund lediglich darin, daß wir in der Kommission sowohl als auch hier im Rate keine Aussicht gesehen haben, die Begehung unzüchtiger Handlungen zwischen Personen gleichen Geschlechtes untereinander schlechthin, also auch wenn Verführung nicht vorliegt, grundsätzlich unter Strafandrohung zu bringen. Aber dann müssen wir um so mehr verlangen, daß man anerkennt, daß es nicht nur im Alter zwischen 16 und 20 Jahren Verführte gibt, sondern auch nach dem 20. Altersjahr noch.

Das ist die Differenz, die wir hier zum Gegenstand eines Antrages machen, eines Antrages, den wir in der Kommission als das Minimum dessen bezeichnet haben, was wir in diesem Punkte verlangen müssen. Ich darf auch gleich beifügen, daß kein geringerer als Herr Bundesrat Häberlin und weiter kein geringerer als der Herr Präsident unserer Kommission, Herr Seiler, den Antrag gestellt hatten, das «unmündig» zu streichen.

Sie sind unterlegen auf eine Schlußbemerkung von Prof. Hafter hin; dessen Ansicht war entscheidend, auch bei Mitgliedern, die sich vorher anders ausgesprochen hatten.

Wir sind also in guter Gesellschaft, wenn wir den Antrag eingebracht haben, das «unmündig» zu streichen und auch die Verführung von nicht nur 16 bis 20 Jahre alten unter Strafe zu stellen. Wir bekommen dann doch in jedem Falle die schlimmsten Hechte, die Verführer, und diese allein kämen jetzt unter Strafgesetz. Gegen sie muß dann noch der Beweis erbracht werden, daß sie wirklich Verführer sind. Wenn eingewendet worden ist, verführt werde gewöhnlich nur der, der sich verführen lassen wolle, so ist zunächst die Unrichtigkeit dieser allgemeinen Behauptung zu konstatieren. Im weiteren wäre auch zu sagen, daß, wenn das auch Tatsache wäre, es dann eben eine richterliche Prüfungsfrage des einzelnen Falles ist: ob Verführung vorliegt oder nicht. Wer verführt werden wollte, den wird man nicht mehr als Verführten feststellen können. Es ist dann eben der sogenannte Verführer nicht wirklich ein Verführer gewesen. Es muß der Beweis der Verführung erbracht werden, und wenn er nicht erbracht wird, so geht selbst der Verführer, weil er nicht überwiesen wird, straflos aus.

Man hat darüber diskutiert, ob überhaupt durch die unzüchtigen Handlungen unter Personen des gleichen Geschlechtes irgend ein Rechtsgut verletzt werde.

Ist die sittliche Unbescholtenheit ein Rechtsgut? Zweifellos. Wer es trübt, und dem verführten Opfer dadurch vielleicht auf Jahre hinaus die schwersten Skrupel und den Verlust des sittlichen Selbstvertrauens verursacht — das ist doch auch ein Rechtsgut — der hat eine strafbare Handlung begangen, der soll auch vom bürgerlichen Strafrichter bestraft werden können, gleichviel, ob es sich bei dem Opfer um einen Menschen unter 20 oder über 20 Jahren handelte.

Gibt es denn Leute, die mit 20 Jahren noch verführt werden können? Ich stelle die andere Frage: Gibt es nicht 19jährige verdorbene Leute, die in der Lage sind, nicht nur ihre Altersgenossen, sondern auch ihre ältern Mitmenschen zu verführen, weil sie eine Erfahrung und Durchtriebenheit haben, die sie den andern überlegen macht? So gibt es Leute, die

mit 18, 19 Jahren schon rein äußerlich einen vollen Mann darstellen, d. h. physisch gesprochen, die auch geistig vollständig auf der Höhe sind, die raffiniert sind und eine Jugend mit großer Erfahrung hinter sich haben. Andere, aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen, erscheinen mit 20 oder 21 Jahren äußerlich noch halbwegs als Kinder und sind es in ihrer Unerfahrenheit auch noch innerlich. Es besteht nun aber keine Bestimmung, daß einer bestraft werde, der die Unerfahrenheit zur Erzielung unzüchtiger Handlungen ausnütze, sondern man stellt nur auf die Jugend ab. Allerdings wird die Ausnützung der Notlage und der Abhängigkeit des Opfers unter Strafe gestellt — Von der Ausnützung der Unerfahrenheit steht aber nichts hier; sonst könnte man ja noch eher auf den Einbezug auch der mehr als 20 Jahre alten Opfer in den Text verzichten. Das sind unsere Erwägungen. Wir halten also darauf, daß der Verführer in jedem Falle bestraft werde. Mit 50 oder 60 Jahren werden die wenigsten Leute mehr verführt; wohl aber solche von über 20 Jahren. Die Erfahrungen in Strafprozessen beweisen das.

Der Herr Kommissionspräsident hat bereits darauf hingewiesen, wie Herr Prof. Maier, der zugezogen war als einer der drei vom Verein schweizerischer Psychiater bezeichneten Experten, auf die Frage, warum die männliche Homosexualität oder die unzüchtigen Handlungen zwischen Männern gefährlicher seien respektive schärfer erfaßt werden müßten als die hetero-sexuellen Delikte, erklärt hat, daß die gleichgeschlechtliche Unzucht viel verderblicher sei und daß gerade diese Handlungen zu weiteren Verbrechen Anlaß geben. Deshalb vor allem müsse die Verführung schärfer erfaßt werden. Ich berufe mich hier auf einen Experten, der nicht aus meinem Auftrag in der Kommission erschienen ist. Wir empfehlen Ihnen, uns dieses Minimum des Entgegenkommens bei Art. 169 zu erweisen.

Oprecht: Die katholische Minderheit der Kommission beantragt Ihnen, die Homosexualität beim Tatbestand der Verführung zu bestrafen. Die Minderheit steht damit nicht nur im Gegensatz zum Antrag der Mehrheit der Kommission, sondern auch im Gegensatz zum Entwurf des Bundesrates. Dieser sieht nur die Bestrafung derjenigen mündigen Person vor, die mit einer unmündigen Person desselben Geschlechts unzüchtige Handlungen vornimmt.

Der Entwurf des Bundesrates wie auch der Antrag der Mehrheit der Kommission entsprechen den gegenwärtig geltenden wissenschaftlichen Anschauungen über die Homosexualität. Herr Grünfelder hat zwar vorhin versucht, eine Unterscheidung zu machen zwischen eigentlicher Homosexualität und solchen unzüchtigen Handlungen zwischen Gleichgeschlechtlichen, die moralisch minderwertig seien. Er hat sich damit auf das Gebiet der Psychiatrie begeben, ohne dabei seinen Standpunkt mit den Anschauungen der modernen Psychiatrie in Einklang bringen zu können. Herr Prof. Dr. Maier hat in der Kommission einläßlich über den Begriff der Homosexualität vom Standpunkte des Psychiaters gesprochen. Er hat nachgewiesen, daß eine Reihe von Merkmalen und eine Reihe von speziellen Arten der Homosexualität zu unterscheiden seien. Ich möchte, um auch Ihnen das zu belegen, einige Psychiater zitieren, die nicht jenen Kreisen nahestehen,

die vielleicht aus eigenen Interessen für die strafrechtliche Freigabe der Homosexualität eintreten.

Ich zitiere beispielsweise Moll, der in seinem Handbuch der Sexualwissenschaften erklärt: « Wenn ich die Bestrafung der gewerbsmäßigen homosexuellen Prostitution und besonders die Strafverschärfung nicht für berechtigt halte, so geht diese meine Auffassung daraus hervor, daß ich die Bestrafung der widernatürlichen Unzucht überhaupt nicht als begründet ansehe. Wenn zwei erwachsene geistesgesunde Menschen in ihren vier Wänden geschlechtlich miteinander verkehren und dabei nicht die Rechte Dritter verletzen, soll der Staat nicht eingreifen. Es sei berücksichtigt, daß die Homosexuellen unter Erpressungen genug zu leiden haben, und wenn sie auch durch die Strafbarkeit der widernatürlichen Unzucht nicht allein bewirkt werden — auch in Ländern, wo die homosexuellen Akte straflos sind, finden infolge der sozialen Aechtung der Homosexualität Erpressungen statt — so werden diese doch durch die Strafbarkeit der widernatürlichen Unzucht erleichtert. Es ist auch unlogisch, gewisse sexuelle Handlungen mit Strafe zu bedrohen, andere, die ebenso schädlich und widerlich sind, straflos zu lassen. Die widerlichsten und perverssten Akte zwischen Mann und Weib sind straflos, obwohl sie nicht weniger unsittlich sind und nicht weniger die sittliche Qualität des Menschen tangieren. Es ist kein logischer Grund dafür vorhanden, daß man sich gerade Angehörige desselben Geschlechtes hervorgesucht hat.»

Dr. med. Rainer Fetscher, Privatdozent der Hygiene, in Dresden schreibt: « Solange nicht lebenswichtige Interessen der Gesellschaft verletzt werden, brauchte man dem homosexuellen Treiben keine so große, auch strafrechtliche Bedeutung beizumessen. Wenn sich erwachsene homosexuelle Männer unter einander betätigen, liegt kein Grund vor, gegen sie einzuschreiten . . . » « Anders liegen die Dinge beim jugendlichen. Er muß nachdrücklich vor homosexueller Verführung geschützt werden ».

Auch die schweizerischen Psychiater stehen auf demselben Standpunkt. So sagt Herr Prof. Staehelin, Direktor der Friedmatt in Basel: « Wenn der Entwurf des Bundesrates die nicht in der Öffentlichkeit und nicht gewerbsmäßig vorgenommenen homosexuellen Betätigungen zwischen Erwachsenen, die in keinem Abhängigkeitsverhältnis voneinander stehen, nicht mehr mit Strafe bedroht, so erfüllt er einen schon 1914 von unserem Verein geäußerten Wunsch ». Dehnow schreibt bei einer Besprechung des deutschen Strafgesetzentwurfes: « Unter den Mitteln, die dringend gebotene Gesundung des Sexuallebens zu fördern, sind staatliche Strafen das einfachste, aber auch das schlechteste Mittel. Dr. Staehelin bemerkt dazu: « Diesem skeptischen Urteil, das der zwischen Recht und Moral schärfer trennenden Denkweise der romanischen Gesetzgebung entgegenkommt, den Anschauungen der durchweg auf sehr harte Bestrafung der Sexualdelikte dringenden schweizerischen Frauenvereinigungen aber stark widerspricht, kann nicht jede Berechtigung abgesprochen werden, wenn die Ergebnisse der Bekämpfung der häufigsten Sexualdelikte mit administrativen Maßnahmen — ärztliche Behandlung, vormundschaftliche Fürsorge — verglichen werden mit den Resultaten der Bestrafung.»

Vor unserer Kommission erschienen, wie das die beiden Referenten schon ausgeführt haben, als Experten die drei bekannten Psychiater Prof. Dr. Maier, Direktor des Burghölzli in Zürich, Dr. Forel in Nyon Privatdozent an der Universität Genf und Dr. Repond, Direktor der staatlichen Anstalt Malévoz im katholischen Wallis. Dr. Repond ist zugleich Präsident der schweizerischen Vereinigung für geistige Hygiene. Alle drei Experten erklärten übereinstimmend, der Lösungsvorschlag von Hafter für Abs. 1 sei durchaus glücklich; die Verführung Minderjähriger sei es, die bestraft werden müsse. Forel hält dafür, die beste Bekämpfung der Homosexualität liege in deren Ignorierung, abgesehen von den qualifizierten Fällen; dagegen müsse die Verführung Minderjähriger scharf erfaßt werden. Auch der juristische Experte der Kommission, Prof. Dr. Hafter, hat diese Auffassungen in aller Form bestätigt, wie das soeben aus den Ausführungen der Referenten der Kommission hervorgegangen ist. Die katholische Minderheit sollte nicht leicht darüber hinweggehen, was der katholische Psychiater Dr. Repond aus dem Wallis festgestellt hat: «Die Homosexualität existiert auch in katholischen Kantonen, die sogenannte Pseudo-Homosexualität existiert in katholischen Instituten ziemlich häufig in Form der «masturbation mutuelle». Man bestraft aber die Homosexualität in diesen katholischen Instituten nicht; meine Erfahrungen in dieser Beziehung sind ziemlich groß; sondern man behandelt sie psychologisch. Wir erreichen durch die strafrechtliche Verfolgung der Homosexualität nur, daß sie sich bei uns organisiert.» Dr. Repond praktiziert in einem Kanton, der die Homosexualität grundsätzlich nicht unter Strafe stellt. Man sieht in diesem Kanton, wie übrigens auch in andern katholischen Kantonen ein, daß die administrative und psychologische Behandlung und nicht die strafrechtliche Verfolgung der Homosexualität das einzig Richtige ist. Ich verweise im übrigen darauf, daß die Aufhebung ähnlicher Strafbestimmungen in Frankreich, Italien, Spanien, Latein-Amerika, in Holland und zahlreichen andern Ländern durchaus keinen entsittlichenden Einfluß oder sonst ungünstige Folgen gezeigt hat. Es ist interessant, daß im katholischen Bayern bis zur Vereinheitlichung des Strafrechts im Deutschen Reich die Homosexualität ebenfalls nicht unter Strafe gestellt war. Dieselben Gründe wie in den katholischen Kantonen waren auch für Bayern ausschlaggebend, das 1813 den entsprechenden Paragraphen strich. Wörtlich heißt es in der bayrischen Motivierung: (Anmerkung nach dem Protokoll des Königlichen Geheimen Rates) «Die älteren Gesetze haben oft das Unmoralische mit dem Rechtswidrigen verwechselt. Niemand wird Hexerei, Sodomie, Unzucht, Unglauben, Ketzerei, Blasphemie und dergleichen billigen, oder für etwas sittlich Erlaubtes ansehen. Allein dergleichen Gegenstände liegen, solange damit keine Verletzung der Rechte des Staates oder eines Privaten verbunden sind, außer der Sphäre eines Strafgesetzbuches. Wo solche Rechte jedoch verletzt werden, dagegen bestehen schon längst besondere Strafbestimmungen.»

Warum will die katholische Gruppe in das eidgenössische Strafrecht Bestimmungen einfügen, deren Notwendigkeit in den eigenen katholischen Kantonen bisher nicht eingesehen wurde? Auch die katholische Gruppe sollte anerkennen, daß eine

Bestrafung homosexueller Akte nur dann am Platze ist, wenn qualifizierte Tatbestände vorliegen, d. h. Nötigung, Mißbrauch geschlechtlich ungleicher oder Willenloser oder öffentliches Aergernis. Wir treten damit für den Antrag der Mehrheit der Kommission ein.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Es scheint mir, daß wir nach der bisherigen Diskussion in dieser Angelegenheit doch endlich zum Schluß kommen könnten. Ich stelle fest, daß die Sache grundsätzlich abgeklärt ist. Niemand hat den Antrag gestellt, die Homosexualität sei in jeder Form zu bestrafen. Niemand hat aber auch beantragt, sie sei überhaupt nicht zu bestrafen. Es handelt sich nur noch um eine kleine Differenz, die Ihnen Herr Grünenfelder auseinandergesetzt hat. Nun muß ich aber doch sagen, daß nicht nur die Verführung unter Strafe gestellt wird, sondern es wird auch ohne Verführung die Homosexualität im Abhängigkeitsverhältnis bestraft und es ist die homosexuelle Prostitution der beiden Geschlechter unter Strafe gestellt. Ich kann auch nicht zugeben, daß wir mit unsrer Formulierung die Homosexualität entschuldigen wollen. Ich habe Ihnen erklärt, daß diese Art der Erledigung im Strafgesetzbuch kein Freibrief für die Homosexualität ist, sondern daß es notwendig sein wird, alles, was auf anderem Wege möglich ist, anzuwenden, um der Gefahr entgegenzutreten. Das ist deutlich genug. Es ist auch nicht nur ein Rückwärtsschreiten, wie Herr Grünenfelder gesagt hat, sondern wir sind auch in einer gewissen Beziehung vorwärts geschritten. Nicht nur die mündigen Personen können als Verführer bestraft werden, sondern auch unmündige Personen fallen unter Strafe, wenn sie Verführer sind. Die einzige Differenz ist die, ob als Verführte, als Opfer auch mündige Personen, also Personen über 20 Jahre, in Betracht kommen können. Es fragt sich, ob eine Strafe eintreten kann, wenn einer eine Person in diesem Alter verführt. Darüber kann man nun verschiedener Meinung sein, ob die Widerstandskraft eines Mündigen über 20 Jahre schon stark genug ist, um der Verführung widerstehen zu können. Ich weiß gottlob nicht, wie das ist, Sie mögen selbst über diese etwas heikle Frage entscheiden. Ich beantrage, den Mehrheitsantrag der Kommission anzunehmen.

Borella: Io non voglio dilungare di molto la discussione. Ritengo però che, come uno di coloro che hanno combattuto la proposta commissionale in prima lettura, debba dire qualche parola anche per spiegare il mio accordo sulla nuova formola che la commissione ha trovato per punire questi delitti.

Io non voglio riandare molto nella storia per giustificare, l'atto, e la presenza di uomini omosessuali e di donne lesbiche, on. Gruenenfelder, che compiono degli atti sessuali tra di loro. Io non penso nè ad Augusto nè a Lesbo che in Grecia e in Roma hanno in certo qual modo preso sotto la propria protezione quelli che potevano essere gli uomini e le donne che non erano dotati di sanità sessuale. Penso però, per un momento soltanto, ad uno dei più grandi artisti dell'epoca moderna che ci ha dato l'Inghilterra. Ora, quando l'on. Gruenenfelder e la minoranza della commissione combattono certi fatti e pretendono che con la punizione si possano far scomparire certe

degenerazioni sessuali, dimenticano che Oscar Wilde, uno dei più grandi letterati inglesi, pur essendo stato condannato a tre anni di prigione, uscito, ha gridato alto, in tutto il mondo letterario, il diritto che egli aveva al riconoscimento del proprio difetto, che non è un vizio, ma che è un male congenito e che come tale deve essere riconosciuto principalmente dagli uomini di diritto e particolarmente dai medici.

Non è vero che la nuova proposta della commissione debba essere veduta come una «marcia indietro» come ha detto l'on. Gruenenfelder. Io vedo la proposta della commissione come un ritorno alla realtà e ritengo che il compito migliore del legislatore debba essere quello di arrivare almeno a comprendere la realtà, anche perchè è inutile andare contro questa realtà.

Dice il rappresentante della minoranza della commissione: Noi non ammettiamo possibilità di seduzione soltanto fino ai venti anni, ma riconosciamo che un uomo omosessuale o che una donna lesbica possano sedurre anche una persona del suo sesso che abbia più di venti anni. Ritengo che, quando il codice penale mette come limite d'età i 20 anni, va già molto oltre la realtà, poichè io credo che se a sedici anni la donna è sviluppata sessualmente, sarà sviluppato sessualmente anche l'uomo a 16 o 17 anni, se noi pensiamo alla possibilità di seduzione (la Verführung) anche dopo 20 anni, allora potremo anche dire che si può trovare seduzione nei musei di antichità, in quanto che, se a venti anni non si è capaci di resistere ad una tentazione e non si è in grado di opporre resistenza attiva a quelle che possono essere le seduzioni, bisogna ammettere e riconoscere che si è anche loro omosessuali o lesbici. Dopo 16 anni già e certo dopo i 20 anni, ritengo che il libero criterio e se non esso, almeno la volontà sia matura tanto nell'uomo quanto nel giovane. Non credo assolutamente alla possibilità di una mancanza di un potere, di una volontà sessuale, dopo i venti anni a meno che non ci troviamo di fronte ad altri ammalati per i quali esistono altre disposizioni legali. Io ritengo quindi che la soluzione che ha trovato la commissione sia quella che debba essere accettata anche dal Consiglio nazionale e sarà certamente condivisa, non solo dalla massa che non può essere intaccata dalle seduzioni degli omosessuali, ma da tutti gli uomini sani, principalmente dagli esperti e dai giuristi i quali vedono queste degenerazioni passare sotto i loro occhi e ritengono che non vi è assolutamente niente di illecito in una azione che si compie tra persone del medesimo sesso, quando è stato provato che sono degli ammalati. Ma io vado più in là. Io dico, non c'è bisogno di avere la prova che un uomo di 20 anni sia o non sia ammalato quando si congiunge sessualmente con un uomo di oltre 20 anni. Io sostengo e ritengo che quando si ha raggiunta la maggiore età e si può perfino essere nominati consigliere federale, si abbia anche il diritto di scegliere quella che deve essere la propria passione sessuale e quindi nessuno abbia il diritto di immischiarsi in certe soddisfazioni sessuali poichè queste non portano nocimento nè alla società né ad alcun bene morale che la società deve difendere. Ecco perchè respingo la proposta della minoranza della commissione ed approvo la proposta della maggioranza della commissione.

Grünenfelder, Berichterstatter der Minderheit: Nur eine Bemerkung gegenüber den Ausführungen des Herrn Oprecht. Er hat sich auf den Arzt Dr. Repond im Wallis berufen und hat mit dem Katholiken Repond etwas zu hausieren versucht. Ich will auf diesen Herrn nicht näher eintreten, denn es ist nicht unsere Sache, hier allenfalls jemand zu kritisieren, der keine Gelegenheit hat, sich zu verteidigen. Dagegen war es eine dankbare Aufgabe für Herrn Oprecht, ihn als Zeugen anzurufen.

Herr Oprecht hat so argumentiert: Im katholischen Kanton Wallis wird grundsätzlich die Homosexualität nicht bestraft. Das ist eine Behauptung, die nicht bewiesen ist. Wenn im Strafgesetzbuch des Kantons Wallis kein besonderer Artikel besteht, der die Homosexualität als solche erfassen will, so ist damit nicht gesagt, daß derartige unzüchtige Handlungen zwischen Männern überhaupt nicht bestraft werden; es ist bloß kein besonderer Artikel da. (**Oprecht:** Herr Dr. Escher hat erklärt, daß ihm in seiner ganzen Praxis kein einziger Fall bekannt geworden sei.) Herr Dr. Escher ist nicht der Kanton Wallis; der gleiche Herr Dr. Escher hat erklärt, sie hätten gegen die Homosexualität im Kanton Wallis eine Strafbestimmung nicht notwendig gehabt.

Aus den gleichen Motiven heraus hat man auf das Land Bayern hingewiesen, das auch ein katholisches Land sei. Man darf nicht vergessen, daß das katholische Land Bayern zeitweise sehr radikal regiert worden ist und im Strafrecht z. B. unter den Einflüssen Feuerbachs usw. gestanden hat, die ganz andere Auffassungen vertreten haben, als der katholischen Anschauung entsprechen würde. Auch da, wo in den Kantonen besondere Strafgesetzbestimmungen gegen die Homosexualität nicht bestehen, mag es ein früheres Uebersehen sein, eine gewisse Rückständigkeit in dieser Richtung, daß man diese Frage nicht extra behandelt hat. Sie dürfen aber wohl durchwegs darüber versichert sein, daß in allen diesen Kantonen unzüchtige Handlungen zweifellos bestraft werden. Im übrigen will ich schauen, ob wir nicht nächstens den Herrn Kollegen Oprecht unter die katholischen Kirchenväter aufnehmen können.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Mehrheit	73 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	47 Stimmen

Art. 181.

Antrag der Kommission.

Der Ehegatte, der einen Ehebruch begeht, und sein Mitschuldiger werden, auf Antrag des beleidigten Ehegatten, mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Buße bestraft, wenn die Ehe wegen dieses Ehebruchs geschieden oder getrennt wurde.

War zur Zeit der Tat die häusliche Gemeinschaft aufgehoben, oder hatte der antragstellende Ehegatte selbst Ehebruch begangen oder sich einer der in Art. 138—140 des Zivilgesetzbuches genannten Handlungen schuldig gemacht, so kann der Richter von einer Bestrafung Umgang nehmen.

Der Antrag ist innerhalb dreier Monate von dem Tag, an dem das Scheidungs- oder Trennungsurteil rechtskräftig wurde, zu stellen.

Stirbt der beleidigte Ehegatte, so fallen die Strafverfolgung und die Strafvollstreckung dahin.

Proposition de la commission.

Le conjoint qui aura commis adultère et son complice seront, sur plainte du conjoint outragé, punis de l'emprisonnement pour un an au plus ou de l'amende, si le divorce ou la séparation de corps a été prononcé à raison de cet adultère.

Le juge pourra exempter le délinquant de toute peine si, au moment où l'adultère a été commis, la vie commune des époux avait cessé, si le plaignant avait lui-même commis adultère, ou s'il s'était rendu coupable d'un des actes prévus aux art. 138 à 140 du Code civil.

La plainte devra être portée dans les trois mois à partir du jour où le jugement prononçant le divorce ou la séparation de corps est passé en force de chose jugée.

La mort du conjoint outragé éteint l'action pénale et fait cesser l'exécution de la peine.

Antrag Roth-Arbon.

Art. 181, Abs. 1: ... mit Gefängnis bis zu einem Monat oder mit Buße bestraft, wenn die Ehe wegen dieses Ehebruchs geschieden wurde.

Amendement Roth-Arbon.

Art. 181, 1^{er} al.: ... punis de l'emprisonnement pour un mois au plus ou de l'amende, si le divorce a été prononcé à raison de cet adultère.

Seiler, Berichterstatter: Wir kommen nun zu einer Materie, die vielleicht eher verständlich ist als die des Art. 169, nämlich zu der Frage des Ehebruchs. (Heiterkeit.) Wer zwar die vier Texte, die nebeneinander stehen, vergleicht, wird wohl nicht ohne weiteres aus der ganzen Angelegenheit klug werden. Die Hauptsache für uns Referenten ist die, daß die fünfte Kolonne frei ist, daß also ein Minderheitsantrag nicht besteht. Ich muß Ihnen aber doch erklären, wie wir nun schließlich zu der vorliegenden Lösung gekommen sind.

Art. 181 behandelt die Strafbarkeit des Ehebruchs. Grundsätzlich ist über die Frage bereits entschieden, und zwar mehrheitlich im Sinne der Beibehaltung des Art. 181. In der Diskussion sind dann aber über die Modalitäten der Redaktion und auch über einen wichtigen materiellen Punkt Meinungsverschiedenheiten entstanden, welche die Rückweisung des Artikels an die Kommission zur Folge hatten. Der Entscheid des Rates, daß die Ehebruchsklage nur bei der eigentlichen Scheidung, nicht auch bei der Trennung angehoben werden dürfe, ist mit einer knappen Mehrheit von drei Stimmen gefaßt worden. Unter dem Gefühl der Unsicherheit und des Zufallsmehrs ist dann der Artikel in definitiver Abstimmung an die Kommission zurückgewiesen worden.

Wir stehen nunmehr vor folgender Situation: Abgelehnt ist der Antrag der Kommissionsminderheit auf Streichung des Artikels. Abgelehnt ist im weitern der Antrag des Herrn Weisflog auf Wiederaufnahme der bundesrätlichen Fassung, gemäß welcher die Strafklage schon nach der Anhebung der Scheidungsklage erhoben werden kann, währenddem die Kommission die Klaganhebung innert drei Monaten von dem Tag, an welchem das Scheidungs- oder Trennungs-

urteil rechtskräftig wurde, zulassen will. Angenommen wurde mit knappem Mehr der Ausschluß der Strafklage im Falle der bloßen Trennung.

Die Kommission hat den ganzen Fragenkomplex neuerdings behandelt. Sie ist dabei von der Strafbarkeit ausgegangen und hat im übrigen folgende Punkte diskutiert und entschieden:

1. Kann die Strafklage auch im Falle der Trennung erfolgen, eventuell nur im Falle der Trennung auf unbestimmte Zeit?

2. In welchen Fällen soll das Antragsrecht ausgeschlossen sein?

3. Soll neben Gefängnis auch Buße angesprochen werden können?

4. Ist in der Frage des Ausschlusses des Antragsrechtes das Zivilurteil maßgebend, d. h. ist der Richter an die Feststellungen des Zivilrichters gebunden oder steht ihm ein selbständiges Prüfungsrecht zu?

Die Kommission hat sich mehrheitlich dafür entschieden, die Trennung der Scheidung gleichzustellen, und zwar auch die Trennung auf bestimmte Zeit. Ist die Trennung als solche eine Konzession an den aus religiösen Gründen scheidungsfeindlichen Teil der Bevölkerung, so zeigt sich die gleiche Tendenz auch hier bei der Frage der Bestrafung des Ehebruchs. Beim bloß getrennten Ehegatten kann das Bedürfnis nach Bestrafung des schuldigen Ehegatten gleich stark sein wie beim geschiedenen Ehegatten. Einen Unterschied zu machen zwischen der Trennung auf unbestimmte und auf bestimmte Zeit, wie Herr Grünenfelder es eventuell beantragt hat, dafür liegt ein zwingender Grund nicht vor. Ueber die Art und die Dauer der Trennung entscheidet der Richter unabhängig von den Anträgen der Parteien. Für den Richter wird die Rücksicht auf die Möglichkeit der Wiedervereinigung maßgebend sein. Auf unbestimmte Zeit wird er namentlich dann trennen, wenn zwar eine definitive Scheidung am Platze wäre, die Klage aber aus religiösen Gründen nur auf Trennung geht. Maßgebend dürfte, wie gesagt, für die uns interessierende Frage sein, daß bei der Scheidung und bei der Trennung auf unbestimmte und auf bestimmte Zeit der Anspruch auf Strafsanktion wegen Ehebruchs gleich stark sein kann. Wird das Strafantragsrecht auf die Fälle der Scheidung beschränkt, so könnte der Richter durch ein bloßes Trennungsurteil, das gemäß Art. 146, Abs. 1, Z. G. B., in seinem Belieben steht, den Strafanspruch der beleidigten Ehegatten vereiteln. Praktisch wäre für diejenigen, welche aus religiösen Gründen eine Scheidung nicht verlangen können, die Ehebruchsklage ausgeschlossen. Daher dürfte die Gleichstellung von Scheidung und Trennung die richtige Lösung sein.

Weitere Frage: Soll nun das Antragsrecht trotz festgestelltem Ehebruch in einzelnen Fällen ausgeschlossen sein, eventuell in welchen Fällen? Der Entwurf des Bundesrates bestimmt als einzigen Fall den der Zustimmung und Verzeihung. Diese Formulierung war auf dem Boden der bundesrätlichen Fassung gegeben. Die Bestimmung ist aber irrthümlicherweise unangefochten in die Fassung der Kommission hinübergenommen worden. Sie hat sich nun bei näherem Zusehen als unnötig und eigentlich unlogisch erwiesen. Gemäß Art. 137 Z. G. B. hat der Ehegatte, welcher dem Ehebruch zugestimmt oder ihn verziehen hat, überhaupt kein Recht auf Schei-

dungsklage. Eine Strafklage wegen Ehebruchs kann nun aber nach Fassung der Kommission nur angehoben werden, wenn die Ehe geschieden oder getrennt ist. Der zustimmende oder verzeihende Ehegatte hat somit weder ein zivilrechtliches noch ein strafrechtliches Klagerecht. Wegen der Zustimmung und der Verzeihung kann nicht geklagt und deshalb kann nicht geschieden oder getrennt werden. Liegt kein Ehescheidungsurteil oder Trennungsurteil vor, so kann nicht wegen Ehebruchs geklagt werden. Hatte in der bundesrätlichen Fassung der ausdrückliche Ausschluß des Zustimmenden und Verzeihenden einen Sinn, so muß er nach der Fassung der Kommission als widersinnig gestrichen werden.

Die Minderheit der Kommission hatte nun als weitere Ausschlußgründe vorgeschlagen: den eigenen Ehebruch des klagenden Ehegatten, die Nachstellung nach dem Leben und die schwere Mißhandlung und Ehrenkränkung, die Begehung eines entehrenden Verbrechens, den lasterhaften Lebenswandel und die böswillige Verlassung und schließlich die überwiegende Schuld an der tiefen Zerrüttung der Ehe. Diese Ergänzung hatte die Kommission in der ersten Beratung mehrheitlich abgelehnt. Sie hat sich nun die Frage neuerdings angesehen und sie ist zum Schlusse gekommen, die schweren Verfehlungen des wegen Ehebruchs klagenden Ehegatten ebenfalls als möglichen Ausschließungsgrund anzuerkennen, allerdings nicht obligatorisch, sondern nach dem Ermessen des Richters. Der selbst Fehlbare soll zwar klagen können, der Richter muß aber nicht strafen, er kann, wenn ihm das eigene Verschulden des Klagenden als gravierend erscheint, von einer Strafe absehen. Weiter ging der Antrag der Kommissionsminderheit auf direkten Ausschluß des Strafantragsrechtes. Als Ausschließungsgrund hat dann aber die Kommission die vorwiegende Schuld des klagenden Ehegatten an der tiefen Zerrüttung der Ehe abgelehnt. Es ist doch zu unwahrscheinlich, daß eine vorwiegende Schuld des nicht ehebrecherischen Ehegatten angenommen werden könnte, wenn der andere Ehegatte die Ehe gebrochen hat. Man kann sich denn doch auch allzu sehr in Details verlieren und sich Fälle ausdenken, die in Tat und Wahrheit überhaupt nicht vorkommen. So hat denn schließlich die Kommission in ihrer Mehrheit einem Antrag des Herrn Prof. Hafter zugestimmt, der die Möglichkeit der Strafflosigkeit in denjenigen Fällen vorsieht, in denen sich der klagende Ehegatte einer der schweren Verfehlungen der Art. 137—140 Z. G. B. schuldig gemacht hat.

Abgelehnt hat im weitern die Kommission einen Antrag, den Strafrichter an das Scheidungsurteil zu binden. Der Strafrichter soll den Tatbestand selbständig feststellen. In vielen Fällen wird er auf das Zivilurteil abstellen können, keineswegs aber immer. Das Zivilurteil wird in der Hauptsache auf die Parteibegehren und auf das von den Parteien zusammengetragene Material abstellen. Der Tatbestand kann aber auch entstellt und nach Parteirücksichten konstruiert sein. Auf eine derart unsichere Basis darf sich der Strafrichter nicht stellen. Er muß sich ein eigenes Urteil bilden, nach einem Tatsachenmaterial, das von den Rücksichten der Strafjustiz beherrscht ist.

Eine letzte Aenderung hat die Kommission bei der Festsetzung des Strafmaßes vorgenommen. Die bisherige Redaktion sah als Strafe Gefängnis

vor, der bundesrätliche Entwurf Gefängnis schlechthin, also bis zu drei Jahren, die Kommission Gefängnis bis zu einem Jahr. In Lausanne wurde neben der Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr alternativ auch die Zulassung der Geldbuße beschlossen. Damit ist die Kommission einer ziemlich starken Tendenz, den Ehebruch überhaupt straflos zu erklären, weiter entgegengekommen.

Fassen wir zusammen, so schlägt die Kommissionsmehrheit vor, die Klage sowohl bei Scheidung als bei Trennung zuzulassen, mag nun die Trennung auf bestimmte oder unbestimmte Zeit ausgesprochen sein. Ein Antragsrecht des beleidigten Ehegatten soll immer gegeben sein, doch kann der Richter von einer Bestrafung Umgang nehmen, wenn sich der klagende Ehegatte einer Verfehlung nach den Art. 137—140 Z. G. B. schuldig gemacht hat. Die Strafe ist Gefängnis bis zu einem Jahr oder Buße. Maßgebend ist für den Richter nicht das Zivilurteil, sondern das Resultat der eigenen Prüfung.

Der Artikel war der Ueberprüfung wohl wert. Was wir Ihnen heute vorlegen, ist nicht das Resultat einer völligen Einigung, wohl aber das Resultat des Bestrebens, sich gegenseitig Konzessionen zu machen.

Ich beantrage Ihnen Zustimmung zu den neuen Kommissionsanträgen, wobei ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß sich die Diskussion nicht neuerdings wieder in alle Einzelheiten verliere.

M. Logo, rapporteur: Vous avez renvoyé à la commission l'art. 181 qui réprime l'adultère, après un vote dont les résultats sont consignés au Bulletin sténographique de la session d'automne de 1929 (page 543).

Pour être aussi bref et aussi clair que possible dans le rapport que j'ai à vous soumettre, je me permets de classer de la façon suivante les indications que j'ai à vous donner sur les propositions de la commission.

1. Vous avez décidé tout d'abord, en septembre dernier, de modifier le 1^{er} al. de l'art. 181, tel qu'il était alors proposé par la majorité de la commission. D'après ce texte, l'adultère n'est punissable que lorsque le divorce «ou la séparation de corps» a été prononcé à raison de cet adultère. A une majorité qu'il me sera permis d'appeler une majorité de hasard, par 62 voix contre 59, vous avez, dans ce texte, biffé les mots «ou la séparation de corps».

C'est là une décision regrettable, ainsi que je vous l'avais dit en septembre dernier, avant cette votation: décision regrettable, parce qu'elle est de nature à froisser les sentiments de nos concitoyens catholiques et à créer des adversaires au projet sur un point où, réellement, on peut éviter de le faire.

C'est ce que votre commission a reconnu. Par 13 voix contre 7, elle a décidé de vous proposer de revenir au texte qui subordonne la répression pénale de l'adultère au divorce «ou à la séparation de corps» prononcés au préalable à raison de cet adultère.

2. Toujours en ce qui concerne le premier alinéa, la commission vous propose encore d'élargir le pouvoir appréciateur donné au juge en lui donnant, quant à la peine à prononcer, le choix entre l'emprisonnement pour un an au plus et l'amende.

3. En septembre dernier, le Conseil national a voté une proposition de minorité d'après laquelle le droit de porter plainte pour adultère est refusé

au conjoint qui s'est rendu coupable d'un des actes prévus comme causes de divorce aux art. 138 à 140 du Code civil.

A ce propos, M. le conseiller fédéral Häberlin avait cependant suggéré de dire plutôt: «Le juge pourra exempter le délinquant de toute peine» si le plaignant s'est rendu coupable de l'un de ces actes. Car, a dit notamment M. Häberlin, dans les cas de ce genre, les circonstances peuvent être très différentes d'une espèce à l'autre. Il est donc indiqué de permettre au juge d'en tenir compte.

Entrant dans les vues de M. Häberlin, la commission a décidé de vous proposer de rédiger de la façon suivante le second alinéa de l'art. 181: «Le juge pourra exempter le délinquant de toute peine si, au moment où l'adultère a été commis, la vie commune des époux avait cessé, si le plaignant avait lui-même commis adultère ou s'il s'était rendu coupable d'un des actes prévus aux art. 138 à 140 du Code civil.

Le cas où, au moment où l'adultère a été commis, la vie commune avait cessé, était déjà prévu dans le second alinéa de l'art. 181, tel que vous l'avez adopté en septembre dernier.

Quant au cas où le plaignant avait lui-même commis l'adultère (triste ménage que celui-là!) il est emprunté à la proposition de minorité qui vous a été faite en septembre et dont vous n'avez alors adopté qu'un fragment.

4. La commission vous propose en revanche de laisser tomber deux autres motifs d'exemption de peine qui étaient prévus par cette proposition de minorité, savoir:

a) le cas où «le plaignant a consenti à l'adultère ou l'a pardonné». Dans ce cas, en effet, le divorce est exclu par l'art. 137, 3^e al. du Code civil. Dès lors, en vertu du 1^{er} al. de notre art. 181, l'adultère n'est ici pas punissable.

b) La minorité de la commission proposait aussi, en septembre dernier, de prévoir le cas où c'est au plaignant que «la désunion est surtout imputable». Mais ceci nous a paru être de nature à donner lieu à des difficultés pratiques qu'il est préférable de ne pas susciter. La commission pense donc qu'il y a avantage à écarter aussi cette idée.

Je termine: l'art. 181, tel qu'il vous est proposé aujourd'hui par la commission, me paraît avoir bien des chances de n'être pas très souvent appliqué. Ce n'est pas moi qui m'en plaindrai. Je vous ai dit pourquoi en septembre. Et la faculté qu'on va maintenant donner au juge de n'infliger qu'une simple amende à celui qui manque à la fidélité conjugale, comme à l'auteur de n'importe quel excès de vitesse commis en automobile, n'est pas pour me faire changer d'avis.

Roth-Arbon: Zu Art. 181 stelle ich Ihnen zwei Anträge. Einmal den Antrag, das Maximum der Gefängnisstrafe von einem Jahr bei Ehebruch auf einen Monat herabzusetzen, und in zweiter Linie, es seien im ersten Absatz die Worte zu streichen: «oder getrennt», d. h. also im Effekt, eine Bestrafung des Ehebruches nur zuzulassen bei definitiver Scheidung, nicht aber bei Trennung. Es handelt sich um zwei verschiedene Anträge, und ich möchte den Präsidenten bitten, dann auch getrennt darüber abstimmen zu lassen.

Zum ersten Antrag, Reduktion des Maximums der Gefängnisstrafe von einem Jahr auf einen Monat, folgende Bemerkungen. Ich habe mich gefragt, ob es praktisch von großer Bedeutung sei, eine solche Reduktion zu beantragen, denn für mich ist es ziemlich klar, daß sich in der ganzen Schweiz wohl schwerlich ein Gericht finden wird, das für einen Ehebruch die Maximalstrafe von einem Jahr Gefängnis auszusprechen wagen würde, und ich glaube auch behaupten zu dürfen, daß ein solches Urteil, die Bestrafung eines Ehebruchs mit einem Jahr Gefängnis, nach dem theoretischen Maximum, in der ganzen Schweiz und in allen Bevölkerungskreisen auch gar nicht verstanden werden könnte. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, würde die Maximalstrafe von einem Jahr Gefängnis eigentlich nur ein Schönheitsfehler des Gesetzes sein, der keine praktische Bedeutung hätte.

In meiner Auffassung, daß dieses Maximum reduziert werden sollte, bin ich aber auch bestärkt worden durch das bisherige kantonale Recht über die Maximalstrafe bei Ehebruch. Es standen mir leider die kantonalen Gesetzbücher nicht zur Verfügung, um sie auf diesen Punkt nachprüfen zu können. Ich habe dann versucht, bei einzelnen praktizierenden Anwälten und Gerichtspräsidenten unter unsern Kollegen aus den verschiedensten Kantonen und Parteirichtungen nachzufragen, wie ihre kantonale Gesetzgebung den Ehebruch bestrafe. Das Resultat dieser Nachfrage war ein sehr bezeichnendes. Es hat nämlich kein einziger gewußt, wie in seinem Kanton zurzeit der Ehebruch maximal bestraft wird. Die Herren erklärten überraschenderweise ziemlich übereinstimmend, man kenne das bei ihnen fast gar nicht, wobei ich nicht untersuchen will, ob sie damit den Ehebruch oder die Bestrafung des Ehebruchs meinten. Aber eines ist sicher, daß solche Ehebruchsstrafprozeduren sozusagen gar nicht vorkommen. Einer der Herren, es war sogar der Chef der katholisch-konservativen Partei des Kantons St. Gallen, hat mir erklärt, daß ihm in seiner 15-jährigen Praxis als offizieller Verteidiger noch nie ein solcher Fall vorgekommen sei. Sie sehen daraus, daß diese Ehebruchsprozeduren äußerst selten sind und ihre Bestrafung eine geringe Rolle spielt. Ich kann nicht genau sagen, wie der Ehebruch in meinem Heimatkanton Thurgau bestraft wird. Soviel ich mich erinnere, ist dort das Maximum der Strafe ein Monat Gefängnis, und zwar ist das Strafmaß nicht gleich gegenüber dem Ehemann wie gegenüber der Ehefrau. Der Ehemann wird etwas weniger, mit 14 Tagen im Maximum, und die Frau mit einem Monat im Maximum bestraft. Daneben können auch Geldbußen ausgefällt werden. Man geht dabei offenbar von der Ueberlegung aus, daß der Ehebruch von seiten des Mannes etwas weniger unmoralisches und zu ahndendes sei als der Ehebruch von seite der Ehefrau. Vielleicht kann der Vorsteher des Justizdepartements, Herr Bundesrat Häberlin, aus seiner langen Praxis als Anwalt und Gerichtspräsident in Frauenfeld genaueren Aufschluß darüber geben, wie es sich im Kanton Thurgau damit verhält.

Ich konstatiere, daß der Ehebruch nach bisherigem kantonalem Recht nur in einigen wenigen Kantonen mit so hohen Maximalstrafen bedroht wird, wie sie das zukünftige eidgenössische Strafgesetzbuch vorsieht. Ich halte es für unnötig, hinter die bisherige

kantonale Kodifikation zurückzugehen. Schon Prof. Stooß hat in seinen « Grundzügen des schweizerischen Strafrechtes » in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts festgestellt, daß 5 Kantone den Ehebruch nur mit Gefängnis bestrafen, daß es dagegen schon damals 4 Kantone gegeben hat, die den Ehebruch nur mit Geldbuße bestrafen, während die andern Kantone alternativ auf Gefängnis oder Geldbuße erkennen konnten. Ich möchte Sie bitten, diesen Schönheitsfehler in unserem zukünftigen Strafgesetzbuch ausmerzen und die Maximalstrafe einigermaßen in Übereinstimmung mit der Praxis, wie sie heute besteht, auf einen Monat herabzusetzen.

Mein zweiter Antrag geht dahin, den Ehebruch nicht zu bestrafen, wenn die Ehe nur getrennt worden ist, also die Worte « oder getrennt » des ersten Absatzes zu streichen. Nach der jetzigen Fassung des Art. 181 würde für einen Ehegatten, der durch das Gericht auf bestimmte oder unbestimmte Zeit getrennt worden ist, die Möglichkeit bestehen, innerhalb von 3 Monaten, von dem Tag an, da das Trennungsurteil rechtskräftig geworden ist, einen Strafantrag wegen Ehebruch zu stellen. Das Gericht müßte diesen andern Ehegatten wegen Ehebruch theoretisch bis zu einem Jahr Gefängnis im Maximum bestrafen. Wenn das Zivilgericht die Ehe nur getrennt hat, so kann das auf zwei Gründe zurückgehen. Das Gericht hat vielleicht gefunden, die Zerrüttung sei nicht so groß, daß eine definitive Scheidung ausgesprochen werden müsse, es liege kein absoluter Scheidungsgrund vor. Aber auch wenn ein absoluter Scheidungsgrund vorliegt, z. B. der Scheidungsgrund des Ehebruchs, so kann der Fall eintreten, daß der beleidigte Ehegatte kein Scheidungsbegehren stellt, sondern aus gewissen Gründen nur die Trennung der Ehe verlangt. Er kann dazu gewisse gewichtige Gründe speziell finanzieller Art haben. Er kann sich sagen: Während dieser Trennungszeit ist der andere Ehegatte verpflichtet, für meinen Unterhalt zu sorgen, deshalb will ich keine Scheidung. Er kann aber auch einen andern Grund haben, etwa, daß er sich denkt, nach einer gewissen Zeit sei die Vereinigung mit dem andern Ehegatten wieder möglich, es könne eine Versöhnung stattfinden. Stellen Sie sich nun vor, daß das Trennungsurteil etwa in finanzieller Beziehung, in der Festsetzung der Höhe der Unterhaltsgelder, dem Geschmack des klagenden Ehegatten nicht entsprochen habe. Der Ehegatte hat, trotzdem Ehebruch vorliegt, nur auf Trennung geklagt und bekommt nun etwas zu wenig für die Trennungszeit. Dieser Artikel gibt ihm die Möglichkeit, nach rechtskräftigem Urteil gegenüber dem andern Ehegatten eine Strafklage wegen Ehebruchs zu stellen und diese Strafklage als Erpressungsmittel zu benützen, um den andern Ehegatten zu veranlassen, vielleicht noch mehr an finanziellen Opfern zu leisten, als wozu ihn das Gericht verpflichtet hatte. Die Möglichkeit einer Erpressung ist also ganz besonders vorhanden bei der Zulassung der Ehebruchsklage bei bloßer Trennung. Dazu kommt noch ein anderer und wichtiger Grund. Der Zivilgesetzgeber hat sich damals, als er das Institut der bloßen Trennung geschaffen hat, gesagt, es gebe Fälle, wo eine Scheidung verfrüht wäre, wo Aussicht auf Wiedervereinigung der Ehegatten bestehe. Die Trennung soll diese Aussicht auf Wiedervereinigung nicht zum vornherein verunmöglichen. Man will den Ehegatten Gelegenheit

geben, während ein bis zwei Jahren sich zu besinnen, vorübergehende Störungen des Ehelebens zu vergessen und vielleicht nach Ablauf der Trennungszeit sich wieder zu vereinigen. Das Institut liegt also im Interesse der Erhaltung der Ehe. Diejenigen, die für die besondere Heiligkeit der Ehe schwärmen, müssen vor allem auf den Schutz dieser Institution der bloßen Trennung hin tendieren. Wenn sie auch bei dieser Trennung dem einen Ehegatten die Möglichkeit einräumen, dem andern Gatten gegenüber eine Strafklage wegen Ehebruchs einzuleiten, ihm theoretisch die Möglichkeit geben, den andern Ehegatten ein Jahr ins Gefängnis zu werfen, dann erreichen Sie das Gegenteil von dem, was man mit dem Institut der Trennung anstrebt. In eine Antithese zusammengefaßt, sage ich, daß der eidgenössische Strafgesetzgeber in diesem Fall dem eidgenössischen Zivilgesetzgeber entgegenarbeitet und seine löblichen Intentionen verunmöglicht. Das wollen wir nicht. Ich kann Ihnen hier einen Satz von Prof. Stooß, dem ursprünglichen Entwerfer unseres Strafgesetzbuches, zitieren. Auch er hat die Auffassung vertreten: « Daß ein Gatte nicht während der Dauer der Ehe wegen Ehebruchs bestraft werden darf, ergibt sich aus dem Wesen der Ehe. » Mit dem Wesen der Ehe ist es unvereinbar, daß der Ehegatte den andern ins Gefängnis bringen kann. Wir haben aber rechtlich die — anerkannte — Auffassung, daß durch eine bloße Trennung das Band der Ehe nicht gelöst wird, die Ehe bleibt nach wie vor bestehen, sie wird erst durch eine Scheidung endgültig gelöst. Wenn wir bei einer Trennung die Möglichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung wegen Ehebruchs zulassen, dann handeln wir gegen das Wesen der Ehe. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, auch diesen Antrag anzunehmen.

Seiler, Berichterstatter: Von den zwei gestellten Anträgen geht der eine dahin, daß die maximale Gefängnisstrafe einen Monat betragen soll, und der andere, daß bei bloßer Trennung der Ehe die Ehebruchsklage auszuschließen sei.

Mir ist auch nicht gegenwärtig, wie es in bezug auf das Strafmaß in allen Kantonen rechtens ist. Ich habe mir in der Eile einige Strafgesetzbücher zusammensuchen lassen, um festzustellen, wie es eigentlich gehalten wird. Das Strafgesetzbuch des Kantons Zürich sagt in § 117: « Ehebruch, begangen von einer Person, die selbst verhehlicht ist, oder von einer unverhehlichten mit einer ihr als verhehlicht bekannten Person wird mit Gefängnis bis zu zwei Monaten bestraft. » Das Strafgesetz von St. Gallen sagt: « Ehebruch unterliegt 1. wenn der eine Teil verhehlicht ist, einer Geldstrafe von 200 bis 800 Fr., allein oder in Verbindung mit Gefängnis bis auf 2 Monate, 2. wenn beide Teile verhehlicht sind, einer Geldstrafe von 600 bis 1200 Fr. allein oder in Verbindung mit Gefängnis bis auf 4 Monate. » Dann das bernische Strafrecht: « Eine verheiratete Person, die sich des Ehebruchs schuldig macht, wird mit Gefängnis bis zu 40 Tagen bestraft. Der Mitschuldige einer des Ehebruchs schuldigen Frau wird mit Gefängnis bis zur gleichen Dauer und außerdem mit Geldbuße von 50 bis 200 Fr. bestraft. » Und das Strafgesetz von Baselland sagt: « Gefängnis bis 3 Monate oder Geldbuße. » So liegt die Situation in den 4 Strafgesetzen, die mir hier zur Verfügung stehen. Herr Roth erklärt uns, wir würden kaum einen Richter finden, der bis auf das Maximum der

Gefängnisstrafe von einem Jahr gehen werde. Der Richter braucht das auch nicht; aber er kann bis auf ein Jahr erkennen. Ich habe die bestimmte Auffassung, daß Sie, wenn Sie das Maximum auf einen Monat erniedrigen, dann nicht allen Fällen gerecht werden. Ueberlassen Sie es doch dem Richter, er wird im Rahmen von einem Jahr gewiß das Richtige zu treffen wissen.

Die zweite Anregung des Herrn Roth will bei der Trennung die Strafe ausschließen. Herr Roth hat auf gewisse Unzukömmlichkeiten hingewiesen, auf die Gefahr der Erpressung usw. Ich gebe ohne weiteres zu, daß mit dieser Bestimmung Unzukömmlichkeiten verbunden sein können, aber wir können dieser Gefahr wegen nicht ein Prinzip aufgeben, das wir für richtig halten. Jedermann kann ja diesen Unzukömmlichkeiten ausweichen, dadurch daß er die Ehe nicht bricht. Die Wiedervereinigung sei gefährdet. Auch hier stimme ich Herrn Roth zu. Auf der andern Seite betone ich aber, daß Sie eine große Ungleichheit und Ungerechtigkeit schaffen würden, wenn Sie bei der Trennung die Ehebruchsklage ausschließen. Sie sollten das im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes nicht tun. Die Ungerechtigkeit besteht darin, daß bei allen jenen, die aus religiösen oder Gewissensgründen nicht die Scheidungsklage erheben, sondern nur ein Trennungsbegehren stellen können, die Ehebruchsklage ausgeschlossen wäre. Diese Unzukömmlichkeit wäre viel größer als die Schwierigkeiten, die gewiß entstehen werden in bezug auf die Wiedervereinigung getrennter Ehegatten. Ich möchte mit aller Entschiedenheit beantragen, der Kommissionsauffassung beizupflichten.

In bezug auf die maximale Strafe von einem Jahr ist die Kommission weit entgegengekommen. Ursprünglich, im bundesrätlichen Entwurf war allgemein Gefängnis, also bis zu drei Jahren vorgesehen. Die Kommission hat seinerzeit Gefängnis bis auf ein Jahr beschlossen und hat neuerdings die Möglichkeit der Geldbuße geschaffen. Es braucht überhaupt kein Gefängnis ausgesprochen zu werden. Mir scheint das milde genug zu sein. Wir wollen die Sache doch nicht so verwässern, daß nichts mehr bleibt. Dafür sind wir nicht zu haben.

Roth: Nachdem der Herr Referent verschiedene kantonale Strafbestimmungen verlesen hat, die zum Teil zwei Monate als Strafmaximum, zum Teil auch höhere Strafen enthalten, so kann ich mich damit einverstanden erklären, das Minimum der Gefängnisstrafe von einem auf drei Monate hinaufzusetzen und meinen Antrag in diesem Sinne abzuändern, um Ihnen die Sache etwas schmackhafter zu machen.

Abstimmung. — Vote.

- | | |
|---|------------|
| 1. Für den Antrag der Kommissionsmehrheit (Maximum 1 Jahr) | 64 Stimmen |
| Für den Antrag Roth (Maximum 3 Monate) | 43 Stimmen |
| 2. Für den Antrag der Kommissionsmehrheit (Beibehaltung der Trennung) | 68 Stimmen |
| Für den Antrag Roth | 41 Stimmen |

Art. 184bis.

Antrag der Kommission.

Wer eine Frau, die, wie er weiß, von ihm außerehelich schwanger ist, in bedrängter Lage im Stiche läßt und sie dadurch einer Notlage preisgibt, wird auf Antrag mit Gefängnis bestraft.

Proposition de la commission.

Celui qui aura abandonné dans une situation critique une femme non mariée qu'il sait enceinte de ses œuvres et l'aura ainsi livrée à la détresse, sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement.

Seiler, Berichterstatter: Sie erinnern sich noch der Diskussion über den Antrag des Herrn Müller (Großhöchstetten). Im Anschluß an die Abtreibungsdebatte hat Herr Müller die Anregung gemacht, eine Strafsanktion auch für denjenigen aufzustellen, der eine Frau, die er geschwängert hat, im Stiche läßt und sie so zu der strafwürdigen Tat treibt. Der Gedanke wurde durchaus sympathisch aufgenommen. Es war aber nicht möglich, sofort eine Redaktion zu finden, welche die verschiedenen auftauchenden Bedenken hätte beseitigen können.

Im Schweiß des Angesichts hat nun ihre Kommission in Lausanne an einer Lösung herumstudiert. Der Vorentwurf hatte eine Bestimmung enthalten, gemäß welcher das Imstichelassen einer geschwängerten Person unter Strafe gestellt war. Die Expertenkommission hat den Artikel nach eingehenden Erörterungen fallen gelassen, als zu unbestimmt und unbestimmbar. Und so hat auch die bundesrätliche Vorlage davon Umgang genommen. In unserer Kommission hat man sich die Schwierigkeit der Formulierung nicht verhehlt. Was heißt «im Stiche lassen»? Die Verhältnisse können sehr verschiedenartig sein. Die Vernachlässigung kann in der Verweigerung der Subsistenzmittel, aber unter Umständen auch in der Verweigerung der Heirat bestehen. Bei der Verzweiflung können pekuniäre Gründe im Vordergrund stehen, ebensowohl kann aber auch die Furcht vor Schande ausschlaggebend sein. Daß der zivilrechtliche Schutz für die Geschwängerte sehr oft nicht ausreichend ist, ist nicht zu bestreiten. Andererseits ist auch nicht zu verkennen, daß die Ermöglichung einer Strafklage zum Mißbrauch führen kann. Alle diese Gründe und Gegengründe hat die Kommission hin und her erwogen. Die Mehrheit konnte sich des Gefühls nicht erwehren, daß die Ablehnung des Postulates in weiten Kreisen nicht verstanden würde. Sie hat daher eine Formulierung gewählt, die den Grundsatz der Strafbarkeit des Drückebergers aufstellt, die Anwendung des Artikels aber doch an präzisere Voraussetzungen knüpft, als dies im Vorentwurf der Fall war. Einmal muß der Täter wissentlich seine Pflicht vernachlässigen. Es muß eine bedrängte Lage bestehen und ein Imstichelassen in dieser bedrängten Lage festgestellt sein und das Bewußtsein der Hilflosigkeit der Geschwängerten bestehen. Die Notlage ist allgemein formuliert, ist somit nicht auf die finanzielle Notlage beschränkt. Die Verschärfung der Formulierung geht von dem Gedanken aus, daß sich die Geschwängerte nicht einfach auf den Erzeuger soll verlassen können, sondern daß sie verpflichtet ist, auch ihrerseits alles zu tun, was ihr

im Interesse des Kindes zugemutet werden kann. Das bloße Sich-verlassen-fühlen soll nicht genügen. Es soll nicht genügen für das Recht der Abtreibung, noch soll es genügen zur Strafklage gegen den Schwängerer. Die Geschwängerte soll auch vom Schwängerer nichts Unmögliches verlangen dürfen, sondern es muß bei der Geschwängerten die Unmöglichkeit, sich selbst zu helfen und beim Schwängerer die Möglichkeit der Hilfe in dieser oder jener Richtung vorliegen. Diese Voraussetzungen hat der Richter nach den Umständen zu eruieren. Er wird dabei die beidseitigen Verhältnisse und das Verschulden in Betracht ziehen. In dieser Fassung glaubte die Kommission die Verantwortung für den Artikel übernehmen zu können. Sollte eine noch bessere Lösung gefunden werden können, so wird die Kommission nicht unglücklich sein. Ein Antrag, noch besonders zu betonen, daß es sich um ein böswilliges Imstichellassen handeln müsse, ist mehrheitlich abgelehnt worden. Hätte diese Beifügung nach meinem Dafürhalten nichts geschadet, so kann anderseits gesagt werden, daß das Vergehen nur als vorsätzliches in Frage kommt. Wer aber vorsätzlich, d. h. mit Wissen und Willen eine Geschwängerte einer Notlage preisgibt, bei dem wird der böse Wille wohl präsumiert werden müssen.

Ich bin heute von Herrn Müller gefragt worden, ob es richtig sei, daß dieses Imstichellassen als Antragsverbrechen behandelt werden soll. Ich habe gesagt: Ja, denn unter Umständen besteht für die Geschwängerte gar kein Interesse daran, daß ein Dritter sich mit der Sache befaßt, befassen kann, weil sie Offizialdelikt wäre, und sie somit der Schande preisgibt, während sie die Schande vielleicht gerade durch Unterlassung der Klage vermeiden will. Ich glaube, daß Herr Müller sich von dieser Auskunft befriedigt erklären könnte.

Ich beantrage Ihnen die Annahme der neuen Fassung der Kommission.

M. Logoz, rapporteur: Dans la session de septembre dernier, notre collègue M. Müller, de Gröb- höchstetten, a proposé d'ajouter à l'art. 184 un troisième alinéa nouveau déclarant punissable « celui qui aura abandonné dans la détresse une femme enceinte de ses œuvres. »

Cette incrimination n'est pas nouvelle. Elle faisait déjà l'objet de l'art. 141 de l'avant-projet de 1908; mais, pour des raisons que vous pourrez apprécier en lisant les procès-verbaux de la deuxième commission d'experts, cette commission a cru devoir préciser la dite incrimination. C'est ainsi qu'elle a rédigé le texte qui figure dans le projet du Conseil fédéral à l'art. 184, chiff. 2, et que le Conseil national, à son tour, a quelque peu modifié.

Le Conseil national a cependant, en septembre dernier, accepté tacitement et à titre provisoire le principe de la proposition de M. Müller, tout en renvoyant l'affaire à la commission pour examen plus approfondi.

La commission a longuement discuté cette question qui, nous ne vous le cachons pas, est délicate.

Quelle répercussion, par exemple, le procès pénal possible en vertu du nouveau texte proposé par M. Müller aura-t-il sur ce que notre Code civil appelle l'action en paternité?

Comment, d'autre part, appliquera-t-on pratiquement la disposition punissant « celui qui aura abandonné dans la détresse » ou encore, comme le dit le texte de la commission, « celui qui aura abandonné dans une situation critique » une femme enceinte de ses œuvres?

Comment la preuve se fera-t-elle dans ce procès pénal? Il faudra, sans doute, recourir souvent au témoignage. Cela n'ira pas sans certains risques, notamment lorsqu'il s'agira d'établir le bien-fondé de ce que l'on appelle pudiquement en latin l'exceptio plurium, que l'inculpé ne manquera pas d'invoquer assez souvent. N'y a-t-il pas lieu de craindre aussi les chantages que le texte proposé pourra facilement susciter?

Si donc l'idée qui est à la base de la proposition de notre collègue Müller est hautement respectable et sympathique, le texte assez imprécis que notre collègue a emprunté à l'avant-projet de 1908, n'est pas sans causer des appréhensions aux juristes. D'autre part, ceux-ci déclarent jusqu'ici qu'avec la meilleure volonté du monde, ils ne voient pas comment préciser ce texte de façon à couper court aux diverses difficultés d'application qu'ils redoutent.

Néanmoins, la commission n'a pas pu se résoudre à écarter purement et simplement la proposition Müller, surtout à cause de la valeur préventive que peut avoir une telle disposition. La commission vous propose d'insérer dans le projet un article 184 bis disant: « Celui qui aura abandonné dans une situation critique une femme non mariée qu'il sait enceinte de ses œuvres et l'aura ainsi livrée à la détresse, sera, sur plainte, puni de l'emprisonnement ».

C'est donc, non pas un délit poursuivi d'office, mais un délit sur plainte que la commission vous propose d'instituer ici.

Un procès pénal ouvert d'office pourrait, en effet, être pour la victime le pavé de l'ours. Il est en tous cas préférable de ne poursuivre que sur plainte de l'intéressée.

Quoiqu'il en soit, si vous acceptez le nouvel article 184bis malgré les doutes sérieux que l'on peut éprouver à son sujet, il appartiendra au Conseil des Etats d'étudier, à son tour, ce problème épineux. Peut-être la sagesse de nos sénateurs trouvera-t-elle la rédaction meilleure que nous avons cherchée en vain. Si tel est le cas, le Conseil des Etats aura, une fois de plus, fait acte de bon législateur.

Weisflog: Ich beantrage Ihnen die Ablehnung des neuen Antrages der Kommission. Herr Seiler hat bereits mit Recht darauf hingewiesen, daß schon der erste Entwurf eine ähnliche Bestimmung enthalten hatte; sie wurde jedoch wegen der ihr innewohnenden Unklarheiten an die Kommission zurückgewiesen. Ich kann nun nicht erkennen, daß der ihr zugrunde gelegene Gedanke im neuen Antrag besser zum Ausdruck komme.

Zunächst ist davon auszugehen, daß wegen Imstichellassens einer Geschwängerten niemand bestraft werden kann, wenn nicht ein bestimmtes Gesetz ihn dazu verpflichtet, sie zu unterstützen. Das Zivilgesetzbuch Art. 317 verpflichtet nun den außerehelichen Vater, der Mutter unter anderem Unterstützungsbeiträge während 4 Wochen vor und nach der Geburt zu bezahlen. Befindet sich die Mutter in Not, so kann nach Art. 321 Z. G. B. der Richter

den außerehelichen Vater unter gewissen Voraussetzungen zur Sicherstellung — nicht: Bezahlung — der mutmaßlichen Entbindungskosten und des Unterhalts des Kindes für die ersten 3 Monate anhalten. Wenn Sie aber eine Rechtspflicht aufstellen wollen, wonach der Schwängerer die Geschwängerte schon vor der Geburt zu unterstützen habe, so müssen Sie zuerst das Zivilgesetzbuch ändern. Das wäre immerhin möglich, wenn auch zweifellos ein großes Widerstreben dagegen vorhanden sein wird, im Zusammenhang mit den Beratungen über das Strafgesetzbuch das Zivilgesetzbuch abzuändern oder zu ergänzen.

Was aber weitaus schlimmer ist, das ist die Gefahr, daß auf Grund einer solchen Bestimmung auf dem Wege des Strafprozesses der Vaterschaftsprozeß geführt werden wird und mit der Androhung eines Strafprozesses Erpressungen verübt werden können.

Ich frage mich sodann: wie soll der Richter diesen Artikel anwenden? Man beachte: «Wer eine Frau, die, wie er weiß, von ihm außerehelich schwanger ist...» Was kann aber der Betreffende vor der Geburt des Kindes wissen? Nichts, als daß er mit der Schwangeren geschlechtlich verkehrt hat, aber ob sie von ihm schwanger sei, kann er nicht wissen. Dafür gibt ihm erst der Zeitpunkt der Geburt in Verbindung mit dem Reifegrad des Kindes eine gewisse Sicherheit. Weiter: «Wer die Betreffende in bedrängter Lage im Stiche läßt...» Was heißt «im Stiche lassen»? Das kann nur heißen; rechtswidrig eine Verpflichtung nicht erfüllen; aber wenn das Recht, nicht die Moral, ihm keine bezügliche Verpflichtung auferlegt, kann er die Geschwängerte auch nicht «im Stiche lassen». Endlich: «... und sie dadurch einer Notlage preisgibt.» «Preisgeben» setzt doch die Absicht voraus, die betreffende Person in eine Notlage hineinzubringen, aus der sie sich nicht mehr herausarbeiten kann. Dieser Tatbestand beruht auf einer derart kinomäßigen Phantasie, daß ich nicht folgen kann. Sie sehen, wo wir den Artikel angreifen, stoßen wir auf Unklarheiten, Ungerechtigkeiten und auf die große Gefahr, daß solche Bestimmungen zu Erpressungen benutzt werden können. Darum beantrage ich Ihnen, diesen Artikel zu streichen.

Hoppeler: Das Argument des Herrn Weisflog ist nicht zutreffend, daß ein Mann nur wissen könne, daß er mit einer Frau Verkehr gehabt habe, aber nicht, ob eine Schwangerschaft vorliege. Es gibt sehr viele Fälle, in denen der Mann das weiß, beispielsweise solche, wo das Mädchen zum Arzt geht, sich untersuchen läßt und ein Zeugnis bekommt, daß Schwangerschaft vorliege, und hierauf den Schwängerer davon verständigt. Diese Schwierigkeit darf niemals ein Grund sein, den Artikel zu streichen. Ich selber habe schon oftmals mit solchen Fällen zu tun gehabt — sie sind sehr zahlreich — jene Fälle, wo einer genau weiß, daß eine von ihm verursachte Schwangerschaft bestehe. Oft ist es sogar so, daß er selber, bevor er Nachricht bekommt, in Sorge ist, ob eine Schwangerschaft entstanden sei, so daß er selber sich erkundigt; in andern Fällen wartet er freilich, bis die Betreffende ihm die Sache mitteilt. Ich habe schon mehrfach selber solche Briefe geschrieben. Mindestens in solchen Fällen könnte man die Strafe aussprechen, wo der Schuldige weiß, daß er geschwängert hat; der Beweis wird in manchen Fällen erbracht werden können.

Herr Weisflog fragt weiter: Was heißt «einer Notlage preisgeben»? Das heißt nach ihm, sie absichtlich in die Notlage hineinversetzen. Aber das entspricht nicht dem Begriff des Wortes «preisgeben». Sondern «preisgeben» heißt, für eine Person, die sich in der Notlage befindet, nichts tun und nichts vorkehren, um sie daraus zu retten. Im gemeinen Sprachgebrauch ist das der Sinn von «preisgeben». Es ist eine Gemeinheit ohne gleichen, wenn einer ein Mädchen geschwängert hat, weiß, daß es sich in Not befindet und es dennoch einfach stecken läßt; eine Gemeinheit und Niedertracht erster Güte, und die muß bestraft werden. Mancher Einbrecher und Totschläger ist vielleicht im Grund genommen sittlich höher zu werten als einer, der sich so verhält. Wenn wir den Ehebruch bestrafen, müssen wir so etwas selbstverständlich auch bestrafen; die Gründe von Herrn Kollega Weisflog sind durchaus nicht stichhaltig. Wenn einer weiß: das Mädchen ist in Not, so muß er ihm einfach beistehen, und wenn er sich darum nicht kümmert, so begeht er die größte Ungerechtigkeit. Es wird ja auch so in manchen Fällen, wo das Mädchen aus Verzweiflung Selbstmord begeht, eine Klage dahinfallen und der schuldige Mann frei ausgehen. Und in allen Fällen einer unehelichen Schwangerschaft ist das Mädchen ohnehin viel mehr bestraft. Sie wissen, was es heißt, von einem Mädchen, es sei Mutter eines unehelichen Kindes; das geht ihm wie ein Brandmal durch das ganze Leben nach, auch wenn wir uns dagegen sträuben und dafür kämpfen, daß nicht in pharisäischer Weise sie als Sünderin hingestellt wird. Es bleibt eben dabei: «Sie ist ein Fräulein, das ein Kind hat»; sie hat nachher schwerer, zu heiraten, sie hat dem Kind gegenüber finanzielle Pflichten, sie hat die Pflichten der Pflege und Erziehung: — der Mann kommt über alles das viel leichter weg.

Sie wissen, ich bin Gegner des Frauenstimmrechtes. Aber gerade darum erkenne ich hier unsere Pflicht, den Frauen entgegenzukommen, wo sie eine gerechte Forderung stellen. Sie haben ein Recht, zu verlangen, daß der, der eine solche Handlung begeht, Angst haben muß vor dem Strafrichter. Ich möchte Sie darum dringend bitten, den Antrag des Herrn Weisflog abzulehnen. Er meint es ja vermutlich nicht übel, er redet aber als Jurist, der alle möglichen Schwierigkeiten sieht; wir können uns aber hierauf nicht einlassen, sondern wir müssen von den zwei Uebeln das kleinere wählen und dürfen nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob wir die doppelte Moral schützen wollten. Ich bitte Sie daher dringend, den Antrag der Kommissionsmehrheit anzunehmen.

Seiler, Berichterstatter: Ich habe Ihnen nicht verschwiegen, daß die Formulierung dieses Artikels große Schwierigkeiten bietet. Vom rein juristischen Standpunkt aus kann man eine ganze Reihe von Bedenken aufzählen. Es fragt sich nur, ob das Gewicht dieser Schwierigkeiten so groß ist, daß man auf den Grundsatz im ganzen verzichten muß. Man kann bei jedem Strafrechtsparagrafen, bei jedem juristischen Problem Subtilitäten herausgreifen, die eine gewisse Unsicherheit hervorrufen; wir müssen uns aber daran gewöhnen, diese Subtilitäten in den Kauf zu nehmen und der Entwicklung und der Praxis einen gewissen Raum zu lassen. Was ja hauptsächlich zu betonen ist, ist die Präventivwirkung dieses Artikels.

Es soll jedermann wissen, daß eine Strafe auf diesem unverantwortlichen Verhalten steht. Schon die Androhung wird von guter Wirkung sein.

Die juristische Frage wird ja im Ständerate noch einmal geprüft werden. Er hat ja auch gute Juristen — ich will nicht sagen bessere als im Nationalrat. Lassen wir also einmal die Sache weitergehen; sehen wir, wie der Ständerat mit diesem Problem, das wir nicht aus der Welt schaffen können, fertig wird.

Herr Morard hat auf Art. 321 Z. G. B. hingewiesen. Dort ist allerdings gesagt, daß, wenn die Vaterschaft glaubhaft gemacht wird, der Richter schon vor der Geburt Subsistenzmittel zusprechen kann. Wenn nun aber der Schwängerer, ein Lump, nichts zahlt, was nützt dann dem Mädchen dieser Anspruch? Es kommt dann trotzdem in die Verzeiflung und weiß sich schließlich nicht anders zu helfen als abzutreiben oder Kindsmord zu begehen. Der Zivilrechtsschutz ist eben ungenügend, und deshalb wollen wir einen gewissen Strafschutz.

Herr Weisflog hat gefragt: Was heißt «einer Notlage preisgeben»? Das seien phantastische Dinge. Es müsse da angenommen werden, daß der Schuft das Mädchen absichtlich in die Notlage stoße, damit es dann entweder abtreibe oder bei der Geburt das Kind töte.

Es gibt gewiß solche Fälle und es wird niemand behaupten wollen, daß das rein phantastische Dinge seien. Aber dieser äußerste Fall ist aus unserer Formulierung heraus gar nicht erforderlich. Es braucht nicht diese ruchlose Absicht, sondern es braucht zum Tatbestand nur das ganz unverantwortliche Verlassen eines Mädchens, es braucht dazu nur, daß man das Mädchen in einer verzweifelten Lage läßt und nichts tut, um es von ihrer Verzweiflung abzubringen. Das ist der Grundgedanke der Bestimmung. Wir haben gewisse Kauteln angefügt; wenn Sie bessere wissen oder wenn der Ständerat bessere weiß, mag man sie ruhig auch noch anbringen. Ich möchte Sie aber davor warnen, diese Bestimmung, die schon im Vorentwurf von Prof. Stooß enthalten war, abzulehnen.

Müller-Großhöchstetten: Ich muß mich mit der Fassung meines Antrages durch die Kommissionsmehrheit einverstanden erklären. Ich kann mir als Laie nicht einbilden, eine bessere Fassung zu finden, als sie die Kommission in ehrlichem Bemühen während ihren Arbeiten in Lausanne gefunden hat. Aber auch als Laie sehe ich ein, daß die juristischen Einwände des Herrn Weisflog nicht so gewichtig und, daß durch sie das Festhalten an einem von Ihnen bereits gefaßten Beschlusse in Frage gestellt werden könnte. Es wird sich in der Verwirklichung meines Antrages niemals darum handeln, eine möglichst große Zahl dieser Leute ins Gefängnis zu bringen. Hier handelt es sich um einen Grundsatz, der in erster Linie vorbeugend wirken soll. Ein Mensch, der die Gemeinheit begeht, ein Mädchen in diese Lage zu bringen und es dann zu verlassen, darf nicht straflos ausgehen.

Es handelt sich also hier darum, daß wir festhalten am Grundsatz, daß für ein gezeugtes Wesen beide Geschlechter die gleiche Verantwortung zu tragen haben. Wenn wir einmal festgestellt haben, daß die Mutter die Verantwortung nicht leichtfertig von sich schütteln darf, dann dürfen wir aber auch

Nationalrat. — Conseil national. 1929.

nicht zulassen, daß der Mann sie leichtfertig von sich abwälze. Ich bitte Sie, der vorliegenden Fassung zuzustimmen, auch wenn sie von der Kommissionsmehrheit in stark beschnittener Form uns vorgelegt wird. Dabei muß ich mich mit dem Kommissionspräsidenten trösten, der mir schon früher gesagt hat: «Es ist juristisch sehr schwer zu fassen, was Sie beantragen. In dieser Frage müssen wir der kommenden Generation auch etwas zu tun übrig lassen». Das wird hier der Fall sein; die kommende Generation wird dort fortfahren, wo wir aufgehört haben, wo wir stecken geblieben sind. Dem Grundsatz aber wollen doch schon wir hier die Treue halten; ich bitte Sie darum.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommission Große Mehrheit

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 4. Dezember 1929.
Séance du matin du 4 décembre 1929.

Vorsitz: — Présidence: M. Graber.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 765 hiervor. — Voir page 765 ci-devant.

Art. 229bis.

Antrag Favarger.

Vorbereitungshandlungen zur Begehung des in Art. 229 umschriebenen Vergehens sind als Versuch zu betrachten und unterliegen der gleichen Strafe. Als Vorbereitungshandlungen haben insbesondere zu gelten: Ankauf und Ansammlung von Waffen, Vorbereitung einer Meuterei, sowie Werbetätigkeit und Aufreizung durch irgendwelche Mittel, wie Vereinigungen, Versammlungen, Maueranschläge, Drucksachen, Schriftstücke oder bildliche Darstellungen.

Proposition Favarger.

Les actes préparatoires du délit prévu par l'art. 229 sont assimilés à la tentative et punis des mêmes peines que celle-ci. Sont considérés comme actes préparatoires, notamment l'achat et le dépôt d'armes, le complot, ainsi que la propagande ou l'agitation par des moyens quelconques, tels que associations, réunions, affiches, imprimés, écrits ou images.

Seiler, Berichterstatter: Durch einen neuen Art. 229bis hat Herr Favarger eine erneute Diskussion

über die seinerzeit durch die Novelle zum Bundesstrafgesetz aufgeworfenen Fragen veranlaßt. Der Antragsteller will eine ausdrückliche Strafbestimmung für die Vorbereitungshandlungen zum Hochverrat. Diese Vorbereitungshandlungen sind zum Teil katalogisiert, ohne eine vollständige Aufzählung bieten zu wollen. Liegen sie vor, so sind sie als Versuch zum Hochverrat zu behandeln und dieser Versuch soll bestraft werden, wie der Hochverrat im Art. 229.

Soll nun eine Ergänzung im Sinne des Antrages Favarger aufgenommen werden? Zwei Fragen sind zu beantworten. Einmal: Inwieweit trifft der schon angenommene Hochverratsartikel (229) Vorbereitungshandlungen und im fernern: Ist es notwendig, noch weiter zu gehen und den Umfang der strafbaren Vorbereitungshandlungen zu erweitern und näher zu umschreiben? Es dürfte angezeigt sein, vorerst ein Mißverständnis zu beseitigen. Der Sprechende hat in seinem frühern Referat zu Art. 229 ausgeführt, daß außer Betracht fallen « bloße Vorbereitungshandlungen, wie sie in der Novelle zum Bundesstrafrecht unter Strafe gestellt werden sollten. » Herr Prof. Logoz seinerseits hat ausgeführt, « daß nicht nur die vollendete Tat bestraft werde, sondern jeder Akt, der auf den Umsturz gerichtet ist. Nicht ausgeschlossen sei die Anwendbarkeit des Art. 229 auf die Aufforderung zum bewaffneten Aufstand ». Um die Sache vollständig zu verstehen, muß darauf hingewiesen werden, daß nach der Novelle zum Bundesstrafrecht im neuen Art. 47 schon die Verherrlichung der Störung der öffentlichen Ordnung und im Weitem jede Vorbereitungshandlung unter Strafe gestellt war. In diesem Umfange hat Art. 229 die Strafsanktion nicht aufgenommen und das sollte meine Bemerkung im frühern Referat feststellen. Daß keinerlei Vorbereitungshandlungen unter den jetzigen Art. 229 fallen, wollte nicht gesagt werden; es ist aber teilweise so aufgefaßt worden und so ist es gut, daß der Antrag des Herrn Favarger Gelegenheit zur weitem Abklärung gibt.

Die Abklärung gibt uns der Wortlaut des Art. 229. Er bestraft eine Handlung, die auf den Umsturz « gerichtet » ist. Was heißt das? Das heißt, daß jede Handlung, deren Zielrichtung auf eine der in Art. 229 genannten staatswidrigen Handlungen deutlich erkennbar ist, unter Strafe fällt. Das kann eine Handlung im Vorbereitungs-, im Versuchs- oder im Vollendungsstadium sein. Voraussetzung ist aber der deutlich erkennbare Zusammenhang der Vorbereitungshandlung mit dem hochverräterischen Endzweck. So wird die Bildung eines bewaffneten Haufens mit hochverräterischer Parole wohl strafbar sein. Von welchem Momente an die verbrecherische Zielrichtung vorliegt, ist Tatfrage. Der Richter wird sich ein Urteil aus dem gesamten Tatbestand bilden müssen. So würde er zu entscheiden haben, unter welchen Voraussetzungen ein erneutes « Rotes Treffen » als hochverräterisch zu betrachten wäre. Eine nähere Umschreibung ist nicht möglich. Sie kann zu weit und zu eng sein. Nach Art. 229 ist eben jede Handlung strafbar, die deutlich auf ein hochverräterisches Ziel gerichtet ist. Ueberlassen wir den Entscheid darüber, wann im konkreten Fall die Voraussetzung erfüllt ist, dem Richter. Dies war die nahezu einstimmige Auffassung der Kommission. Damit war keineswegs allseitig zugegeben, daß die verworfene Novelle zum Bundesstrafrecht nicht am Platze wäre, und es haben

in der Tat weite Kreise die Auffassung, daß eine schärfere Gesetzgebung durchaus angezeigt wäre. Wenn sich aber auch die Vertreter der schärfern Auffassung mit Art. 229 begnügen, so ist es mit Rücksicht auf den Respekt vor der Volksabstimmung und auf die Erwägung, daß die vorliegende Fassung die Möglichkeit gibt, eine wirkliche Umsturzaktion schon in der deutlich in ihrer Zielrichtung erkennbaren Vorbereitung zu fassen.

In diesem Sinne beantragen wir Ablehnung des Antrags Favarger und geben uns der Hoffnung hin, daß sich der Antragsteller mit Rücksicht auf die Erklärungen der Referenten zum Rückzug entschließen kann.

M. Logoz, rapporteur: L'art. 229, que vous avez adopté en septembre dernier, définit et réprime le crime de haute trahison. A cet article, M. Favarger a proposé d'ajouter un article 229bis disant:

« Les actes préparatoires du délit prévu par l'art. 229 sont assimilés à la tentative et punis des mêmes peines que celle-ci. Sont considérés comme actes préparatoires notamment l'achat et le dépôt d'armes, le complot, ainsi que la propagande et l'agitation par des moyens quelconques, tels que associations, réunions, affiches, imprimés, écrits ou images. »

M. Favarger ayant bien voulu déclarer, en septembre, qu'il se contentait de prier la commission d'examiner cette proposition, notre collègue M. de Muralt qui, à la commission, représente le groupe auquel appartient M. Favarger, a demandé, en particulier aux experts et à M. le président Seiler, des explications sur la portée exacte de l'art. 229 en ce qui concerne la répression des actes préparatoires.

Ces précisions ont été fournies. Ainsi que le confirme le procès-verbal de la dernière session de la commission, elles ont, en substance, confirmé les indications que j'avais déjà données à ce Conseil, le 25 septembre 1929, au sujet de la portée de l'art. 229.

Permettez-moi de rappeler que cet article réprime tout « acte tendant à atteindre » l'un des résultats définis par cet article. Il résulte de ce texte que l'art. 229, tel que vous l'avez adopté, sera applicable aussi aux actes préparatoires, pour autant qu'il s'agit d'actes « tendant à » modifier par la violence la Constitution fédérale, ou celle d'un canton, ou à renverser, par des moyens violents, les autorités politiques établies par la constitution, etc. Savoir dans chaque cas particulier s'il y a, ou non, « acte tendant » à atteindre l'un de ces résultats est, naturellement, une question de fait qu'il appartiendra au juge de résoudre.

L'honorable représentant du centre libéral à la commission a bien voulu nous dire que ces explications lui donnaient satisfaction. Comme il n'avait cependant, pas le pouvoir de retirer la proposition faite par M. Favarger, il appartiendra à ce Conseil de se prononcer sur cette proposition si elle est maintenue.

Avant d'aller plus loin, j'attendrai donc de savoir si M. Favarger maintient sa proposition qui, d'ailleurs (je l'ai déjà fait observer à la commission) devrait viser non seulement l'art. 229, mais aussi l'art. 230 du projet. Je serais heureux de connaître la manière de penser de M. Favarger sur ce point, s'il ne croit pas devoir retirer sa proposition.

M. Favarger : Dans la séance du 25 septembre 1929, ainsi que MM. les rapporteurs le rappelaient, il y a un instant, nous avons formulé une proposition tendant à punir les actes préparatoires aux délits prévus par l'art. 229.

Cette proposition, à peine formulée, avait paru provoquer chez MM. les rapporteurs une certaine inquiétude, voire même un certain déplaisir. A peine ma proposition était-elle née que MM. les rapporteurs me faisaient l'offre très aimable de la recueillir immédiatement dans le sein de la commission avant que j'aie eu l'occasion de la développer. J'ai bénévolement accepté cette proposition, que j'ai reconnue dans la suite être un peu insidieuse. Il ne faut jamais abandonner ses enfants dès le premier âge pour les confier aux soins de tiers, lorsqu'on peut s'en occuper soi-même; on court le risque de ne pas les voir revenir entiers. Ce fut le sort de ma proposition; elle n'est pas revenue du tout, puisqu'elle a subi à cette occasion une mort sans phrases ou obtenu un succès d'estime. On la retrouve consignée dans la série des articles renvoyés à la commission, document qui est sous vos yeux, mais elle y a pris le caractère d'une simple épitaphe.

MM. les rapporteurs viennent de s'expliquer sur la portée de ma proposition. Ils viennent de vous prouver sa parfaite inutilité. Ils ont tenté, ce faisant, de me rassurer. Ils déclarent que le terme choisi par eux à l'art. 229 est parfaitement suffisant et couvre tous les risques. C'est une assurance générale!

Trois groupes de délits politiques sont désignés sous le nom de haute trahison à l'art. 229. Cet article vise le changement violent de constitutions, le renversement des autorités politiques, et la sécession, tous délits infiniment graves, dirigés contre l'Etat, dirigés contre l'essence même de l'Etat et qui sont (j'ose faire cette comparaison hardie) dans le domaine du droit public ce que sont les péchés contre le Saint Esprit dans le domaine spirituel.

MM. Seiler et Logoz déclarent que ma proposition est superflue, que le but auquel elle vise est complètement atteint par leur formule ingénieuse: «actes tendant à». Ce terme, selon eux, couvre, non seulement les actes d'exécution, mais aussi les actes préparatoires. Or, dans ce domaine, il y a trois possibilités:

Ou bien, le délit est consommé et réussi et alors c'est pour ses auteurs, la parfaite impunité; c'est le succès; c'est peut-être même la gloire, et ceci est particulier à un délit de ce genre qui doit être réussi pour supprimer toute espèce de pénalité.

Ou le délit est manqué, l'activité ayant été poursuivie jusqu'à son terme, mais sans résultat.

Enfin, nous avons la tentative, c'est-à-dire l'exécution commencée, mais interrompue par une force extérieure; le délit est également punissable; dans ces deux derniers cas, délit manqué et tentative, on appliquera l'art. 229 combiné avec l'art. 19 du projet de Code pénal fédéral. Mais je voudrais rappeler à tous les juristes de cette assemblée — et ils sont nombreux — que la théorie courante du droit pénal est que seul un acte d'exécution est punissable, tandis que l'acte préparatoire ne l'est pas dans la doctrine: cette doctrine, il eût été utile de la rappeler au début dans la partie générale du projet du Code pénal fédéral. J'ai constaté, avec surprise, qu'aucune mention n'est faite des actes préparatoires et des actes d'exécution

dans la partie générale du Code. En d'autres termes, l'acte préparatoire n'est puni qu'en vertu d'une disposition précise et exprimée de la loi et c'est le lieu d'appliquer l'adage romain «nulla poena sine lege».

Pour combattre ma proposition, on a déclaré au sein de la commission, dont j'ai vu le procès-verbal, qu'il fallait s'en remettre — et M. Seiler vient de le rappeler — à l'application faite par le juge, à l'interprétation du juge. Je trouve cette solution infiniment dangereuse et équivoque. Je rappelle aux juristes de l'assemblée que le droit pénal — et c'est une règle de doctrine aussi — ne s'applique pas extensivement; le juge sera au contraire tenté d'interpréter restrictivement les cas qui lui sont soumis, et dans les plus caractéristiques on verra l'acte préparatoire échapper à toute espèce de sanctions. J'ai dit que je trouve cette solution équivoque et j'ai déclaré que la formule: «les actes tendant à la haute trahison» est trop vague et trop élastique.

Il est assez étonnant que toutes les autres dispositions de ce code aient été soigneusement pesées et mesurées et que, s'agissant d'une disposition aussi importante que celle qui nous occupe, on se contente de termes vagues, élastiques et équivoques, qu'on laisse au juge dans une question de cette importance une inquiétante latitude et qu'on lui remette en mains un texte marqué au coin d'une regrettable imprécision.

Ceci est si vrai que bon nombre de codes étrangers, et les plus récents codes pénaux des cantons suisses, ont déclaré expressément punir les actes préparatoires après les avoir soigneusement définis comme le fait la proposition que j'ai eu l'honneur de vous présenter.

Je dois aller plus loin et me retrancher derrière une opinion qui, certes, n'est pas suspecte d'esprit réactionnaire. L'opinion que je défends aujourd'hui était celle du Conseil fédéral lui-même. Dans son message accompagnant le projet de loi de 1921, le Conseil fédéral constatait l'existence d'une lacune dans le Code pénal de 1853. L'art. 47 du projet de loi, auquel M. le conseiller fédéral Häberlin a attaché son nom, punissait la provocation publique par la parole, l'écriture ou l'image dirigée contre l'ordre et la sûreté intérieurs de l'Etat. Ce n'était pas un acte d'exécution qui était visé, mais bel et bien un acte préparatoire que le projet de loi considérait comme un délit sui generis. (M. Huber: Le peuple suisse l'a refusé!)

Ce n'est pas ce qu'il a fait de mieux. C'est cette disposition que je crois utile de reprendre sous une forme nouvelle, celle adoptée par divers codes cantonaux auxquels je faisais allusion.

A cette époque, le Conseil fédéral disait que l'ordre et la sûreté de l'Etat (il faisait allusion aux événements dramatiques de 1918 et 1919) étaient sérieusement compromis. «Aujourd'hui, — ajoutait-il — le mouvement communiste, soumis aux idées moscovites, met au grand jour l'intention des milieux extrémistes qui cherchent à prêcher l'illégalité à tout venant.»

Ces considérations du Conseil fédéral appartiennent-elles au passé? Ont-elles perdu toute leur valeur et leur signification? Le danger que signalait jadis le Conseil fédéral avec courage et clairvoyance, s'est-il dissipé au point de ne laisser subsister dans notre peuple, dans nos conseils, au sein de notre

gouvernement, aucune inquiétude? N'avons-nous pas, en 1928 et 1929, consacré de nombreuses heures de discussions à des actes préparatoires de ce genre? Toute crainte à cet égard est-elle devenue illusoire, chimérique?

Telles sont les questions que je crois devoir soumettre à l'assemblée, je veux dire à la fraction de l'assemblée qui, comme M. le président du Conseil l'a déclaré avant-hier, se place sur le terrain du respect de la Constitution — du respect intégral de la Constitution, de la Constitution dans la totalité de ses articles.

Et je me retranche ici de nouveau derrière l'opinion du Conseil fédéral. « La pratique, disait encore le Conseil fédéral dans son message de 1921, consiste à créer le mouvement d'opinion, à échauffer les esprits et à préparer l'éruption du volcan, puis à abandonner finalement à la coulée de lave le choix de la direction qu'elle prendra. » Cette image éminemment pompéenne peut-elle être reléguée à tout jamais au musée des horreurs, grâce à la formule bénigne et élastique de MM. les rapporteurs du Code pénal?

J'éprouve à cet égard de grandes inquiétudes. MM. Seiler et Logoz s'efforcent de les calmer en nous renvoyant à la lecture du bulletin sténographique de cette assemblée. Il y aura lieu, sans doute, de distribuer ce bulletin, à l'avenir, à tous les juges pénaux du pays.

Mais sceptique, comme Saint-Thomas, je préférerais à ce bulletin sténographique de visibles et tangibles réalités inscrites dans le Code pénal. Comme le coq de La Fontaine, je dis: le moindre grain de mil ferait mieux notre affaire. Scripta et non verba, parce que verba volant et que scripta manent. Ne nous faisons pas d'illusions, c'est dans le Code pénal et non dans le bulletin sténographique que les juges chercheront leurs inspirations.

Que vaut un Code s'il faut chercher en dehors de ce code des sanctions aussi importantes? J'en ai dit assez, Messieurs, pour dégager ma responsabilité et pour faire un appel pressant à la vôtre. J'appelle à mon secours tous les juristes de l'assemblée. Bien plus, j'appelle à la rescousse tous les éléments patriotes de cette assemblée, partisans d'une évolution sage et légale des lois constitutionnelles et je les invite de la façon la plus insistante à voter la proposition que la commission a cru devoir rejeter pour des raisons qui sont peut-être d'opportunité, mais qui sont étrangères au sens juridique.

Huber: Herr Favarger hat sich mit der Stellung seines Antrages zweifellos ein Verdienst erworben, das Verdienst, Klarheit zu schaffen. Ich bin mit ihm, soweit es sich um die juristischen Darlegungen handelt, vollständig einverstanden. Er hat absolut recht in dem, was er über den Begriff der vollendeten Tat, über den Begriff des Versuches und über den Begriff der Vorbereitungshandlung gesagt hat. Er hat recht mit der Erklärung, daß nach Praxis und bewährter Lehre die Vorbereitungshandlung in der Regel straflos ist, daß sie nur dann bestraft werden darf, wenn im Gesetz ausdrücklich, klar und unzweideutig eine Strafandrohung auf Vorbereitungshandlungen ausnahmsweise enthalten ist, und er hat endlich recht, wenn er erklärt, daß Art. 229 des Entwurfes eine solche Bestimmung, die Vorbereitungs-handlungen mit Strafe bedroht, nicht darstellt.

Wenn er sich so gegen die Herren Referenten, insbesondere gegen Herrn Dr. Seiler wendet, so bin ich mit ihm absolut einverstanden, und wenn er eine klare Entscheidung fordert, so hat er recht. Es geht nicht an, daß Herr Dr. Seiler als Referent der Kommission in der einen Sitzung des Nationalrates Vorbereitungshandlungen als straflos erklärt, um dann in einer späteren Sitzung, wenn ein solcher Antrag gekommen ist, zu sagen, er habe das nicht so gemeint. So kann man natürlich nicht Gesetzesmaterialien herstellen, auf die der Richter sich nachher stützen soll. Es geht auch nicht an, daß man sagt, die große Mehrheit der Kommission sei einig gewesen, man wolle gar keine bestimmte Klarheit schaffen, das solle dann der Richter machen. So dürfen wir nicht legiferieren. Entweder wollen wir die Vorbereitungshandlung mit Strafe bedrohen oder wir wollen es nicht. Wenn wir es wollen, dann müssen wir es klar und unzweideutig sagen. Der Antrag des Herrn Kollegen Favarger hat nun den unbestreitbaren Vorzug, daß er das sagt, so daß kein Mensch darüber im Zweifel ist, was gemeint ist. Wir wollen den Entschcheid nicht verwischen. Entweder bleibt es bei Art. 229, und zwar nach den Grundsätzen, wie sie ganz allgemein gelten, daß nur das vollendete Delikt, eventuell der Versuch zum Delikt nach Art. 229 strafbar ist, oder Sie finden mit Herrn Favarger im Gegensatz zum Schweizervolk, das bei der Lex Häberlin anders entschieden hat, daß auch die Vorbereitungshandlung bestraft werden soll.

So sehr ich mit Herrn Kollegen Favarger als Jurist einverstanden bin, so entschieden trennen sich unsere Wege als Politiker. Ich will nicht behaupten, daß mir die Propaganda für rote Treffen und ähnliche Kindereien irgendwelchen Eindruck machen würde oder daß ich sie als besonders wichtige Interessen betrachten würde, so wenig, als ich die Verpflanzung von Methoden der Action française auf die Schweiz als besonders glücklich und empfehlenswert betrachte. Mir scheint aber weder gegen das eine noch gegen das andere ein besonderer Strafartikel notwendig zu sein. Da kann man sich ganz ruhig auf die Vernunft und Einsicht des demokratisch erzogenen Schweizervolkes verlassen. Es wird weder für kommunistische Spielereien noch für Spielereien eines Herrn Daudet auf Schweizerboden irgendwelches positives oder gar gefährliches Interesse haben.

Der Antrag Favarger verdient, daß Sie nicht bloß seine Begründung, wie sie gegeben worden ist — in der Hauptsache ja rein juristisch —, sondern auch seinen Wortlaut genau ansehen. Da werden Sie schon finden, daß man weit gehen muß, bis man eine derartige Bestimmung in irgendeinem Strafgesetzbuch finden kann, wenn man nicht gerade nach Moskau oder Rom gehen will. Art. 229bis, wie Herr Favarger ihn vorschlägt, sagt: « Vorbereitungshandlungen zur Begehung des in Art. 229 vorgeschriebenen Vergehens sind als Versuch zu betrachten, und unterliegen der gleichen Strafe. » Das wäre an sich eine ganz klare Sache, aber sie wird noch klarer, wenn der Antrag nun sagt, was als Vorbereitungshandlung zu betrachten ist. Das geht weit über das hinaus, was man gewöhnlich als solche betrachtet: « Als Vorbereitungsbehandlungen haben insbesondere zu gelten: Ankauf und Ansammlung von Waffen, Vorbereitung einer Meuterei, sowie Werbetätigkeit

und Aufreizung durch irgendwelche Mittel, wie Vereinigungen, Versammlungen, Maueranschläge, Drucksachen, Schriftstücke oder bildliche Darstellungen.» Angesichts einer solchen Bestimmung verdorren die grünen Lorbeerblätter am Baum der Freiburger Gesetzgebung. Freiburg ist durch den Antrag des Herrn Favarger entschieden in den Schatten gestellt. Dort hat man wenigstens gesagt, daß man die rote Fahne nicht erträgt. Es ist deshalb bei uns erwogen worden, ob nicht man während der Dauer der Geltung des Erlasses für unsere Parteigenossen in Freiburg die Fahne des Propheten, die grüne Fahne, zulassen soll. Aber hier ist überhaupt alles, was irgendwie als Beeinflussung des Menschen in Betracht kommen könnte, eine bildliche Darstellung, ein Schriftstück, eine Drucksache, Versammlungen, Vereinigungen strafbar. Ein Maueranschlag, irgend eine geistige Vorbereitung, eine scharfe Kritik an den bestehenden Zuständen, der Ausdruck der Ueberzeugung, daß diese Zustände nur mit Gewalt geändert werden können, das alles könnte bequem unter diesen Art. 229bis genommen werden. Herr Perretti müßte nicht mehr nach Italien gehen, um bestraft zu werden. Der Art. 229bis würde das höchst vaterländisch besorgen. Es besteht absolut keine Gefahr, daß im Nationalrat auch eine nur einigermaßen erhebliche Minderheit sich zu einem derartigen Artikel bekennen würde, der nichts anderes ist als die absolute Verleugnung alles dessen, was die demokratischen Grundsätze in der Geschichte der Schweiz bedeuten.

Nun hat Herr Favarger gesagt, das seien Bestimmungen, wie sie die moderne Strafgesetzgebung in einer ganzen Reihe von Kantonen gebracht habe. Ich schätze Herrn Kollegen Favarger als ersten Juristen und ersten Parlamentarier. Wenn ich nun sage, daß mir solche Bestimmungen nicht bekannt sind, so sage ich damit nicht, daß Herr Kollege Favarger etwas Unrichtiges behauptet habe, sondern nur, daß er Kenntnisse, die uns abgehen, während er sie besitzt, uns vorenthalten hat. Ich möchte ihn bitten, diejenigen Gesetzesbestimmungen von schweizerischen Kantonen, die sich mit seinem Antrag decken, zu nennen. Ich bitte ihn, auch entsprechende Bestimmungen etwa aus dem Auslande zu nennen. Außer Rom und Moskau ist mir, wie gesagt, nichts Derartiges bekannt. Mir liegt der Entwurf zum deutschen Strafgesetzbuch vor. Wenn Herr Favarger nun etwa behaupten wollte, daß das deutsche Strafrecht sich in seinem Sinne entwickelt habe, dann irrt er sich allerdings, dann hat er jene Entwicklung nicht genügend nachgesehen. Die Motive zum Entwurf des deutschen Strafrechtes sagen in bezug auf den Hochverrat bzw. auf Vorbereitung des Hochverrates: «Das geltende Strafgesetzbuch stellt in §§ 83 und 84 verschiedene Einzeltatbestände der Vorbereitung des Hochverrates auf und sieht in § 86 eine allgemeine Strafvorschrift gegen andere, eine hochverräterische Unternehmung vorbereitende, Handlung vor.» Also früher war im deutschen Strafrecht etwas ähnliches bestimmt, obwohl es in der Praxis nie so extensiv angewendet worden ist. «Der Entwurf verzichtet auf den unbestimmten Tatbestand des § 86, baut aber dafür die Sondertatbestände weiter aus. Insbesondere hebt er die Fälle hervor, daß jemand Waffen oder Schießbedarf ansammelt, bereit hält, oder verteilt, oder Geld sammelt oder verteilt.» Es lautet die betreffende Bestimmung im

Entwurf auch wesentlich anders: § 87. Wer einen Hochverrat mit einem andern verabredet, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.» Nachher kommen einzelne bestimmte Vorbereitungstatbestände, so z. B.: «Wer zum Zwecke eines Hochverrates mit einer ausländischen Regierung in Beziehung tritt, seine amtliche und Dienstgewalt mißbraucht, Mannschaften anwirbt oder einübt, Waffen oder Schießbedarf ansammelt, bereit hält oder verteilt oder Geld sammelt oder verteilt...» Das sind ganz konkrete Tatbestände. Eine Propaganda durch einen Maueranschlag, eine Propaganda durch Schrift und Wort und durch Versammlungen mit Strafe zu bedrohen, das fällt in Deutschland, das eben eine Revolution hinter sich hat und von einer reaktionären Gegenrevolution bedroht ist, nicht unter Strafe. Deutschland hat sodann die Umschreibung des Hochverrates selbst wesentlich eingeschränkt, indem es den Ausdruck «Unternehmen» aus diesen Bestimmungen gestrichen hat.

Der Art. 229, wie er von der Kommission vorgeschlagen wird, wie ihn auch die Minderheit schließlich akzeptiert hat, enthält nichts über Strafbarkeit der Vorbereitungshandlungen, entgegen den Ausführungen des Herrn Referenten. Herr Dr. Seiler hat erklärt, maßgebend sei die «Zielrichtung»; sobald von irgend einer Handlung gesagt werden könne, sie zielle darauf, in irgend einem Zeitpunkt einmal hochverräterische Aktionen auszulösen oder vorzubereiten, sei sie strafbar. Woher Herr Kollege Dr. Seiler diese Darlegung nimmt, ist mir unklar. Es heißt deutlich: «Wer eine Handlung vornimmt, die darauf gerichtet ist...» Also diese Handlung selbst muß darauf gerichtet sein, mit Gewalt eine solche hochverräterische Aktion durchzuführen. Es genügt nicht, eine solche Hochverratshandlung vorzubereiten, sondern es muß der direkte Zusammenhang zwischen der Handlung und dem hochverräterischen Ziele vorhanden sein.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag des Herrn Favarger abzulehnen, erkläre aber gleichzeitig, daß die Annahme des Art. 229 nicht nachträglich anders interpretiert werden darf, als dies seinerzeit durch Herrn Seiler geschehen ist. Wenn Sie das tun wollten, müßten wir schon darauf bestehen, daß wir auf den Art. 229 zurückkommen; denn es ist ganz klar, daß ein Art. 229, der auf Umwegen das erreichen will, was Herr Favarger auf geradem, ehrlichem, offenem Wege verfolgt, für uns ebenso unannehmbar wäre, und ich sage nichts Außerordentliches, wenn ich erkläre, in Bestätigung dessen, was bei der Eintretensdebatte gesagt wurde: Man muß darauf verzichten, auf Umwegen Reste der Lex Häberlin hineinzuschmuggeln, wenn man nicht den Zweck verfolgen will, das Gesetz von vornherein unannehmbar zu machen.

Welti-Basel: Auch wir sind Herrn Favarger außerordentlich dankbar, daß er seinen Antrag eingebracht hat, dankbar deshalb, weil in der Tat dadurch nach zwei Seiten hin Klarheit geschaffen worden ist. Die Absicht des Herrn Favarger ist durchaus eindeutig; sie bedeutet nichts anderes als die Einführung eines Kommunistengesetzes auf dem ordentlichen Gesetzeswege. Viel interessanter ist nun aber dasjenige, was uns von den Herren Kommissionsreferenten gesagt worden ist. Von ihnen wurde

in vollem Umfange bestätigt, daß wir nicht auf ein Kommunistengesetz warten müssen, sondern daß dieses Gesetz bereits geschaffen sei, geschaffen in der vom Nationalrat angenommenen Gesetzesbestimmung, die vom Hochverrat handelt. Herr Seiler und Herr Logoz haben uns gesagt, daß dasjenige, was Herr Favarger erreichen will, im Grunde genommen bereits im Gesetz niedergelegt sei. Wir nehmen an, daß die Meinung der Herren Referenten, die die Meinung der Kommission zu sein scheint, in dieser Beziehung doch die maßgebende sein wird, daß der Geist, den Herr Favarger hier hineinbringen wollte, bereits im Gesetz enthalten ist, und daß auch diejenigen, die künftighin dieses Gesetz handhaben werden, es ebenso handhaben werden, wie die Herren Referenten der Kommission es bereits angedeutet haben.

In diesem Sinne können wir nur froh sein, daß in der heutigen Verhandlung in interessanter Weise Aufschluß gegeben worden ist, daß man verschleierte die gleichen Bestimmungen hineinbringen wollte, die Herr Favarger in aller Klarheit herausgearbeitet hat, und daß es sich nur darum gehandelt hat, die Sache so anzustellen, daß das dumme Volk nichts davon merkt und nicht die Konsequenzen daraus zieht. Die Bestimmungen, die heute bereits durch den Nationalrat im eidgenössischen Strafgesetzbuch angenommen worden sind, sind unseres Erachtens einer derart schwere Fracht, daß die Gefahr — und wir sagen hier für uns, die Hoffnung — recht groß ist, daß der Wagen in der Volksabstimmung umstürzen werde. In diesem Sinne kann es uns gleich sein, ob Sie den Antrag Favarger annehmen oder ob Sie ihn ablehnen. Wir haben für alle Fälle eine klare und deutliche Interpretation der bisherigen Bestimmung und wir werden auch dieses Moment dazu benützen, alles aufzubieten, um dieses reaktionäre Gesetz zu Fall zu bringen.

Bundesrat Häberlin: Ich war leider verhindert, Ihrer Beratung von Anfang an beizuwohnen. Sie werden deshalb entschuldigen, wenn ich vielleicht den einen oder andern Punkt nicht so berühre, wie ich es getan hätte, wenn ich die Diskussion vollständig hätte mitanhören können. Aber ich habe doch gesehen, daß über die Hauptdifferenz zwischen dem Antrag des Herrn Favarger und dem Entwurf, der ja vorher unbestritten geblieben ist, Mißverständnisse herrschen. Es ist gesagt worden, der Antrag Favarger bringe eine juristische Abklärung. Ich bedaure, hier widersprechen zu müssen. Ich habe alle Hochachtung vor Herrn Favarger als juristischem Kollegen; aber ich glaube nicht, daß er hier mit seinem Antrag eigentlich den Vogel abgeschossen hat. Warum? Er will ausdrücklich die Vorbereitungshandlungen nennen und einbeziehen. Aber, meine Herren, seien wir uns nun ganz klar: Vorbereitungshandlungen wozu? Herr Favarger sagt: Wir wollen mit Strafe belegen die Vorbereitungshandlung zur Begehung des in Art. 229 umschriebenen Vergehens. Welches ist das in Art. 229 umschriebene Vergehen? Nicht die Abänderung der Verfassung des Bundes oder der Kantone, nicht die Absetzung der verfassungsmäßigen Staatsbehörden, nicht die Abtrennung schweizerischen Gebietes von der Eidgenossenschaft, sondern jede Handlung, die darauf gerichtet ist, mit Gewalt diese Zwecke zu erreichen und durchzusetzen.

Das sind also Handlungen, die der Verfassungsänderung vorangehen; denn es liegt in den Worten: «die darauf gerichtet ist», daß das an sich schon eine Vorbereitungshandlung oder ein Versuch ist oder wie Sie dieses Stadium nennen wollen. Insofern ist also der Text des Gesetzes durchaus klar und braucht gar keine Interpretation, namentlich wenn sie durch den Antrag Favarger vervollständigt werden soll, weil das im Gegenteil Unklarheit bringen würde. Wollen Sie sich vorstellen: Eine Vorbereitungshandlung zu der Vorbereitungshandlung! Wollen Sie das mit Strafe belegen? Daran denkt auch Herr Favarger nicht. Darum behaupte ich, sein Text sei juristisch weniger brauchbar und eher zur Erregung von Irrtümern geeignet, als der Text, den Sie schon im ersten Entwurf gehabt haben und der übrigens ungefähr auf dem Boden des bisherigen Bundesstrafrechtes aufgebaut ist. Wir haben dort den Ausdruck «Unternehmen» herausgenommen, aber im großen und ganzen ist es bestehendes Recht, was wir hier aufgenommen haben, und wir wollen nicht zulassen, daß hinter das bestehende Recht zurückgegangen wird.

Es ist nicht wahr, daß hier auf einem Umwege die Lex Häberlin eingeschmuggelt werden will. Der Art. 47 jener Lex ging wesentlich weiter als der Art. 229, der Ihnen vorgelegt ist. Dort wurde jede Störung der öffentlichen Ordnung, also nicht nur Vorbereitungen zur Verfassungsumwälzung etc., und zwar ohne Gewaltanwendung, mit Strafe bedroht, ganz verschieden von dem, was Sie hier im Art. 229 sehen. Wenn ich das sage, und ich habe das auch anderwärts gesagt, so behaupte ich keineswegs, daß es nicht gescheiter wäre, wenn man einen weitergehenden Artikel hätte, den sogenannten Kommunistenartikel. Unser Art. 229 ist kein Kommunistenartikel; das ist einer, wie ihn jeder Staat braucht gegen Angreifer auf seine Existenz, auf die Amtsausübung seiner Behörden, auf die Integrität seines Gebietes, da wir mit dem Eingreifen nicht warten können, bis das schon in vollem Tun ist, da wir nicht erst den Versuch, der vor der Pforte steht, ergreifen wollen, sondern schon die Vorbereitungshandlungen, also z. B. den Ankauf und die Ansammlung von Waffen, von denen wir wissen, daß sie dazu bestimmt sind und dem Zwecke dienen sollen, nachher die Umwälzung im Staate vorzunehmen. Hier scheiden sich allerdings die Wege, wenn einer das nicht will, zwischen unserer Auffassung und der seinigen.

Es war mir ein Bedürfnis, das zu sagen. Wir haben verzichtet — nicht gerne, aber offen und loyal — auf jene weitergehenden Bestimmungen, die im Jahre 1922 von der Mehrheit des Schweizervolkes abgelehnt worden sind. Wir könnten jene Bewegung auch wieder hervorrufen, und ich weiß nicht, ob wir nicht einen gewissen Erfolg hätten nach den Erfahrungen, die man namentlich in diesem Jahre gemacht hat. Aber wir wollen das nicht, meine Herren; wir wollen auf unser Ideal verzichten, weil wir die Hand bieten wollen zu einer Gesetzgebung, die auch andersdenkende Kreise akzeptieren können, solange nur durch die bestehende Bestimmung der Staat in seiner Existenz gesichert werden kann. Wir hoffen, daß das auch mit diesem Artikel ohne jede Verhüllung und Verschleierung möglich sein wird, in Verbindung mit den sonstigen Ordnungsmaßnahmen, die der Staat im übrigen ja noch treffen kann.

Ich möchte Sie bitten, dem Text zuzustimmen, wie er hier vorliegt, und zwar ohne Umdeutungen im Sinne des Herrn Nationalrat Huber, sondern im Sinne dieser Interpretation, daß die Vorbereitungshandlung zur Verfassungsänderung, zur Absetzung der Behörden, zur Abtrennung des Gebietes, selbstverständlich durch diese Fassung des Artikels ergriffen wird, weil jede Handlung, die darauf abzielt, als selbständiges Delikt bestraft wird. Die Vorbereitungshandlung ist schon das Delikt.

Seiler, Berichterstatter: Gestatten Sie mir auch noch einige Bemerkungen zur vorliegenden Frage. Ich bin mit Herrn Favarger insoweit einverstanden, daß die Abgrenzung zwischen vollendeter Tat, Versuch, Vorbereitungshandlung eine außerordentlich schwierige juristische Frage ist. Ich bin auch damit einverstanden, daß man Klarheit schafft über den Sinn der Bestimmung, über die nun zu entscheiden ist. Aber ich muß wiederholen, daß die Formulierung . . . eine Handlung, die darauf gerichtet ist . . ., eine klare ist und daß diese Formulierung, wie Herr Bundesrat Häberlin soeben erklärt hat, die bisherige Formulierung «Unternehmung» vorteilhaft ersetzt. Man will eine «Handlung» bestrafen, ich möchte ausdrücklich darauf aufmerksam machen, eine Handlung, die darauf gerichtet ist, die in Art. 229 ausdrücklich genannten Ziele zu erreichen, nämlich mit Gewalt «die Verfassung des Bundes oder der Kantone abzuändern, die verfassungsmäßigen Staatsbehörden abzusetzen oder sie außer Stand zu setzen, ihre Gewalt auszuüben, schweizerisches Gebiet von der Eidgenossenschaft oder Gebiet von andern Kantonen abzutrennen». Das sind die Zwecke, die verfolgt werden müssen, und jede Handlung, die darauf gerichtet ist, fällt unter die Strafe des Art. 229.

Nun habe ich schon erwähnt, daß das nicht dem entspricht, was der Art. 47 der Novelle zum Bundesstrafgesetz seinerzeit einführen wollte. Wir wollen uns einmal diesen Art. 47 ansehen, und dann werden Sie begreifen, welche Unterschiede hier bestehen. Art. 47 der verworfenen Novelle lautete: «Wer im In- oder Ausland öffentlich in Wort, Schrift oder Bild zu einer Störung der staatlichen Ordnung oder der innern Sicherheit der Eidgenossenschaft und der Kantone auffordert oder solche Handlungen androht oder öffentlich verherrlicht.» Das ist der erste Absatz. Dagegen hat sich seinerzeit namentlich die Opposition erhoben, daß nämlich speziell Äußerungen in der Presse, die nach dieser Richtung gehen, ohne weiteres unter Strafe gestellt werden könnten. Diese Formulierung ist nun fallen gelassen worden, und auch die zweite Formulierung: «Wer im In- oder Ausland eine Handlung vornimmt, die, wie er weiß oder annehmen muß, die Störung der verfassungsmäßigen Ordnung oder innern Sicherheit der Eidgenossenschaft oder der Kantone vorbereitet.» Hier war ausdrücklich vom Begriff der «Vorbereitung» die Rede, der, wie wir alle einig sind, sehr dehnbar ist, sehr verschieden ausgelegt werden kann. Demgegenüber haben wir nun die Formulierung, daß jede Handlung, «die darauf gerichtet ist», mit Gewalt die Verfassung abzuändern etc., unter Strafe gestellt werden soll. Es ist nun also vom Richter festzustellen, ob von einer Handlung gesagt werden kann, sie sei darauf gerichtet, zu dem genannten Ziele zu führen. Das ist die Aufgabe des Richters. Wir besitzen viele Artikel,

die wir der Interpretation des Richters überlassen müssen. Ich habe die Auffassung, daß gerade auf diesem Gebiete eine enge Formulierung, eine Aufzählung der Fälle nicht von Gutem wäre. Sie haben bereits gehört, daß der Antrag Favarger nach dieser Richtung hin angefochten werden kann.

Herr Huber hat Ihnen erklärt, ich hätte die Auffassung der Mehrheit der Kommission nicht richtig wiedergegeben. Doch, ich habe Ihnen die Auffassung der Kommission deutlich mitgeteilt; die Abklärung selbst gibt uns der Wortlaut des Art. 229. Er bestraft eine Handlung, die auf den Umsturz gerichtet ist. Das heißt doch, daß jede Handlung, deren Zielrichtung nach einer der im Art. 229 genannten staatswidrigen Zwecke deutlich erkennbar ist, unter Strafe fällt. Das kann auch eine Handlung im Vorbereitungsstadium sein, vorausgesetzt, daß ein deutlich erkennbarer Zusammenhang mit dem Endzweck vorhanden ist. Diese Formulierung entspricht durchaus der Meinung der Kommission, und ich glaube sagen zu dürfen, daß diese Interpretation auch in Ordnung ist. Die beiden Referenten sind in dieser Beziehung einig. Was Herr Favarger in bezug auf unsere Erklärungen zuhanden des stenographischen Bulletins gesagt hat, ist ja richtig. Wir haben jedenfalls nicht den Ehrgeiz, daß alles, was wir in unsern Referaten gesagt haben, später vom Richter ohne weiteres geschluckt werden müsse, daß der Richter an diese Erklärungen gebunden sei. Es gibt doch auch eine Entwicklung. Wir müssen dem Richter eine gewisse Freiheit lassen. In diesem Punkte aber lag es uns daran, weil Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, unsere Erklärungen deutlich zu unterstreichen.

Man wolle auf einem Umweg die Lex Häberlin in dieses Gesetz aufnehmen! Nein, das wollen wir nicht. Ich habe Ihnen gesagt, was im Art. 47 der Novelle zum Bundesstrafgesetz enthalten war und das ist nun nicht so aufgenommen worden, sondern der anfängliche Text ist beibehalten worden. Man wolle ein Kommunistengesetz machen, erklärt uns Herr Welti! Ich möchte Sie zur Beurteilung der ganzen Angelegenheit darauf verweisen, daß der Text zu Art. 229 nicht erst in den letzten Jahren entstanden ist, sondern bereits im Juni 1918 in der bundesrätlichen Fassung vorlag, daß er also in einer ganz ruhigen Zeit aufgestellt und seither durch alle Beratungen aufrechterhalten worden ist, ohne jene Tendenz, die Herr Welti uns unterschieben will. Herr Welti erklärte, er werde sich das merken und man werde Stellung nehmen gegen dieses reaktionäre Werk. Wenn man ein Gesetzbuch mit über 400 Artikeln beurteilen will, so darf dies nicht an Hand eines einzigen Artikels geschehen, und man darf nicht ein allgemeines Urteil fällen, weil einem gerade die Lösung in einem Artikel nicht paßt. Den Vorwurf eines reaktionären Werkes kann man dem Gesetz als Ganzem in keiner Weise machen. Ich möchte Sie deshalb bitten, den Text, wie er Ihnen vorliegt und wie er vom Bundesrat im Sommer 1918 in ganz ruhigen Zeiten vorgelegt worden ist, auch ganz ruhig zu prüfen. Mir scheint klar zu sein, was der Richter aus diesem Artikel machen wird. Er wird nicht ganz beliebige Vorbereitungshandlungen, die vielleicht in entfernter Zukunft eventuell einmal zu staatsverbrecherischen Handlungen führen können, unter Strafe stellen. Der vernünftige Richter wird den ganzen Zusammenhang überblicken, er wird sich die Frage vorlegen:

Handelt es sich um eine Handlung, die in einem deutlich erkennbaren Zusammenhange steht zu einer Umwälzungsaktion. Von diesem Gesichtspunkte aus bitte ich Sie, dem Antrag der Kommission Folge zu geben und den Antrag des Herrn Favarger abzulehnen.

M. **Logoz**, rapporteur: M. Favarger, qui vient de vous donner une preuve de plus de son patriotisme et de son talent d'avocat, a cependant omis de répondre à une question que je m'étais permis de lui poser et qui mérite de l'intéresser à la fois comme patriote et comme juriste. Je m'étais permis d'attirer l'attention de M. Favarger sur un article très voisin de celui dont parle sa proposition: l'art. 230 du projet, qui réprime le délit d'atteinte à l'indépendance du pays.

M. Favarger a bien voulu nous dire qu'à ses yeux, le délit de haute trahison — celui de l'art. 229 — est, dans l'ordre juridique, ce que le péché contre l'esprit est dans l'ordre spirituel. L'image est ingénieuse et frappante. Mais n'est-elle pas applicable également, et à tout aussi juste titre, au délit de l'art. 230? L'atteinte à l'indépendance de la Confédération n'est-elle pas un crime aussi grave que la haute-trahison, seule visée, pourtant, par la proposition de M. Favarger? Cette proposition, qui laisse de côté le délit de l'art. 230, est donc incomplète, si l'on se place au point de vue de son auteur lui-même.

D'autre part: ou bien la proposition Favarger fait double emploi avec l'art. 229, si elle n'entend pas le dépasser en ce qui concerne la mesure en laquelle les actes préparatoires doivent être punissables; ou bien, dans le cas contraire, la proposition Favarger serait de nature à conduire trop loin, à apporter aux principes constitutionnels de la liberté de la presse, du droit d'association, etc., des restrictions excessives.

M. Favarger, il est vrai, nous a dit tout à l'heure: « Je ne suis pas rassuré par le texte de l'art. 229; sans doute, ce texte réprime tout acte tendant à modifier par la violence la Constitution fédérale ou une Constitution cantonale, ou à renverser les autorités politiques instituées par la Constitution, etc. Mais comment le juge interprétera-t-il cette disposition? »

Il l'appliquera, nous dit M. Favarger, au délit consommé. Il l'appliquera aussi à la tentative et au délit manqué. En revanche, ajoute notre honorable collègue, une doctrine solide, universellement admise, exclut la répression des actes préparatoires. Et, si je ne me trompe, M. Favarger a saisi cette occasion pour critiquer d'autres parties de notre projet en disant: Il est regrettable que, dans sa partie générale, le projet n'ait pas consacré quelque part le grand principe de l'impunité des actes préparatoires.

M. Favarger me permettra de lui répondre ceci: Tout d'abord, il existe dans notre projet un art. 19, 1^{er} al., que notre savant collègue a certainement lu, mais qu'il a peut-être oublié depuis l'époque déjà assez lointaine où nous l'avons discuté ici. Cette disposition vise la tentative et la définit de la façon classique, en disant: « ... Celui qui aura commencé l'exécution d'un crime ou d'un délit, sans toutefois poursuivre jusqu'au bout son activité coupable... »

Il faut donc un commencement d'exécution. Alors seulement, il y a tentative. Tout acte qui,

dans l'échelle des degrés de réalisation de l'infraction, est au-dessous de ce point, rentre dans la catégorie des actes préparatoires et n'est pas punissable: Nulla poena sine lege. Voilà ce qui résulte de l'art. 19 de notre projet.

Et c'est justement parce que, d'après notre projet comme d'après la doctrine, les actes préparatoires en général ne sont pas punissables, que l'art. 229 a reçu la forme en laquelle vous l'avez déjà voté.

L'art. 229 punit-il seulement « celui qui aura modifié par la violence... », celui qui aura renversé par la violence... », etc.? Pas du tout. Il dit au contraire: Sera puni tout « acte tendant à modifier... », ou à renverser... », etc. Qu'est-ce que cela signifie? Pour le savoir et contrairement à ce que vous a dit M. Favarger, il n'est nécessaire ni de consulter je ne sais quels travaux préparatoires, ni d'interpréter « largement » ou « restrictivement » le texte du projet. Il suffit de lire l'art. 229 et de donner aux termes dont il se sert le sens qu'ils ont à n'en pas douter.

L'art. 229 déclare punissable tout « acte tendant à » modifier par la violence la Constitution ou à renverser par la violence les pouvoirs institués par la Constitution, etc. Tout acte quelconque tendant à l'une de ces fins. Donc aussi les actes préparatoires qui y tendraient — question de fait que le juge aura à résoudre dans chaque cas. Mais pas d'autres actes préparatoires qui seraient plus loin encore de l'exécution.

Voilà, mon cher collègue, ce qui se trouve dans le texte du projet, ce qu'il n'est donc pas nécessaire d'aller chercher dans le bulletin sténographique. C'est ce que M. de Muralt, représentant, à la commission, du groupe de M. Favarger, a parfaitement compris.

Si donc c'est là ce que M. Favarger désire, le projet le lui donne et, je le répète, sa proposition est superflue. Si, au contraire, M. Favarger veut aller plus loin, alors nous ne pouvons pas le suivre. Dans les deux hypothèses, nous devons vous recommander de repousser la proposition Favarger.

Huber: Ich gestatte mir, eine kleine Feststellung zu machen. Herr Bundesrat Häberlin hat Sie eingeladen, dem Art. 229 zuzustimmen mit der Interpretation, wie er sie heute gegeben hat. Ich stelle aber fest, daß wir über den Art. 229 heute nicht mehr abzustimmen haben. Art. 229 ist in der Herbst-session des Nationalrates auf Grund der Erklärungen des Herrn Referenten Dr. Seiler angenommen worden, der darüber gesagt hat: « Die Fassung des Vorentwurfes « wer es versucht » ist ersetzt worden durch « wer eine Handlung vornimmt, die darauf gerichtet ist », eine Aenderung, die im Hinblick auf die Streitfragen beim Versuche empfehlenswert ist. Außer Betracht fallen hier bloße Vorbereitungshandlungen, wie sie in der Novelle zum Bundesstrafrecht unter Strafe gestellt werden sollen. Ein Vorbehalt ist zu machen allerdings in bezug auf Art. 243, welcher das militärische Gebiet betrifft. Nicht aufgenommen ist vor allem die viel angefochtene Bestimmung von Art. 47 der Novelle zum Bundesstrafrecht, welche schon Vorbereitungshandlungen zu selbständigen Gefährungsdelikten machte. Die Kommission ist auf diese Bestimmung nicht mehr zurückgekommen. » Hier ist mit aller Klarheit vom Referenten der Kommission gesagt worden, daß nach Art. 229 Vorbereitungs-

handlungen nicht strafbar sein sollen, und auf Grund dieser Erklärung, die auch vom Herrn Departementsvorsteher nicht dementiert worden ist, hat die Abstimmung stattgefunden. Deshalb ist es unzulässig, nachher dem Entscheide einen andern Sinn zu geben und zu sagen, es sei in der Herbst-session beschlossen worden, einen Artikel aufzunehmen, der auch Vorbereitungshandlungen mit Strafe belegt, während das Gegenteil durch den Referenten der Kommission unzweideutig festgestellt worden ist. Ich wiederhole: wenn man diesem Entscheide einen andern Sinn geben will, dann muß man entweder den Antrag des Herrn Favarger annehmen, der jede Unzweideutigkeit beseitigt, oder auf Art. 229 zurückkommen. Wir werden dann selbstverständlich Abänderungsanträge stellen.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag Favarger
Dagegen

Minderheit
Mehrheit

Art. 234, 239, 240 und 241.

Antrag der Kommission.

Streichen.

Proposition de la commission.

Biffer.

Seiler, Berichterstatter: Die genannten Artikel hängen mit dem Militärstrafgesetz zusammen. Sie sind in die bundesrätliche Vorlage aufgenommen worden, weil im Zeitpunkt der Redaktion die Erledigung im Militärstrafgesetz nicht feststand. Es handelt sich um die Verletzung militärischer Geheimnisse, die Falschwerbung, die Verstümmelung und den Dienstpflichtbetrug. Diese Vergehen sind im Militärstrafgesetz behandelt und unterstehen den Militärgerichten. Dies geht aus den Art. 86, 94—96 in Verbindung mit Art. 2, Ziff. 8 des Militärstrafgesetzes hervor. Die Art. 234, 239, 240 und 241 sind daher zu streichen. Eine Beibehaltung hätte die Aenderung des Militärstrafgesetzes zur Folge. Es ist aber durchaus am Platze, daß die genannten Vergehen den Militärgerichten unterstellt sind, und zwar auch in bezug auf Zivilpersonen und zwar jederzeit.

In der Kommission ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht insofern bezüglich einiger Vergehen, beispielsweise bezüglich des militärischen Landesverrats und der Verletzung von Lieferungsverträgen, eine Lücke bestehe, als Zivilpersonen, die sich im Aktivdienste solcher Handlungen schuldig machen, nur dann dem Militärstrafrecht unterstellt werden können, wenn der Bundesrat gemäß Art. 3 des Militärstrafgesetzes die Unsterstellung beschließt und demgemäß, solange dieser Beschluß nicht gefaßt ist, weder eine militärgerichtliche noch eine bürgerlich-strafgerichtliche Verfolgung stattfinden kann. Eine solche Perspektive könnte den Bundesrat zwingen, die Unterstellung früher zu beschließen, als ihm nach der sonstigen Lage erwünscht wäre. Es wird sich fragen, wie sich der Ständerat zu dieser Frage stellt. Ein Antrag ist in unserer Kommission nicht formuliert worden.

Unser Antrag geht auf Streichung der eingangs erwähnten Artikel.

M. Logoz, rapporteur: Dans notre projet, les art. 234, 239, 240 et 241 sont l'équivalent des art. 86 et 94 à 96 du Code pénal militaire.

Or, d'après l'art. 8, chiff. 2, du Code pénal militaire, les civils qui commettent un de ces délits sont soumis au droit pénal militaire. D'autre part, il résulte de l'art. 9 de notre projet que le Code pénal suisse ne sera pas applicable aux personnes qui doivent être jugées d'après la législation pénale militaire. Les art. 234, 239, 240 et 241 de notre projet sont donc inapplicables et doivent être biffés. La commission vous en propose la suppression.

Gestrichen. — *Biffés*.

Art. 261ter und 266.

Anträge der Kommission.

Art. 261ter. Streichen.

Art. 266. Die Verbrechen oder Vergehen dieses Abschnittes werden nur auf Verfügung des Bundesrates verfolgt.

In den Fällen der Art. 261 und 261bis, Abs. 1, ordnet der Bundesrat die Verfolgung nur an, wenn er das Gegenrecht für zugesichert hält und die Regierung des fremden Staates das Ersuchen auf Strafverfolgung stellt. In Zeiten aktiven Dienstes kann der Bundesrat die Verfolgung auch ohne das Ersuchen der Regierung des fremden Staates oder die Zusicherung des Gegenrechts anordnen.

In den Fällen der Art. 261 und 261bis tritt die Verjährung in einem Jahr ein.

Propositions de la commission.

Art. 261ter. Biffer.

Art. 266. Les crimes ou délits prévus au présent chapitre ne seront poursuivis que sur décision du Conseil fédéral.

Dans les cas prévus aux art. 261 et 261bis, 1^{er} al., le Conseil fédéral n'ordonnera la poursuite qu'à la requête du gouvernement de l'Etat étranger et s'il tient la réciprocité pour assurée. En temps de service actif, il pourra l'ordonner même en l'absence de toute requête du gouvernement de l'Etat étranger, et même si la réciprocité n'est pas assurée.

Dans les cas prévus aux art. 261 et 261bis, l'action pénale se prescrit par un an.

Seiler, Berichterstatter: Ein Minderheitsantrag wollte bei den Beleidigungen fremder Staaten und der höhern Funktionäre des Völkerbundes die allgemeinen Bestimmungen über den Strafantrag, wie sie in den Art. 28—30 festgelegt sind, angewendet wissen und auch in bezug auf Wahrheitsbeweis und Verjährung die Art. 151, Ziff. 1bis und 154bis zur Geltung bringen. Die Frage ist von der Kommission nochmals behandelt worden, und die Kommission ist zum Teil zu einer Einigung gelangt. Mit Rücksicht auf die besondere Stellung der Verletzten und auf die Interessen unseres eigenen Staates ist von einer Unterstellung unter die gewöhnlichen Bestimmungen des Strafantrags Umgang genommen worden. Es handelt sich um diplomatische Demarchen, die

mit dem Völkerrecht in Verbindung stehen. Es empfiehlt sich, in solchen Dingen nicht bestimmte Formen und Fristen festzusetzen, sondern dem Bundesrat Gelegenheit zu lassen, je nach Umständen zu handeln. Das «Ersuchen» der fremden Regierung ist eben nicht ein Strafantrag. Ueber diesen Punkt hat sich die Kommission geeinigt. Ebenso über den weitem Punkt, daß die kurze Verjährungsfrist von einem Jahre nun auch bei diesen besondern Beleidigungen zur Anwendung kommen soll. Ein späteres Ersuchen dürfte praktisch kaum in Frage kommen.

Nicht einig wurde die Kommission über die Behandlung des Wahrheitsbeweises in diesen Fällen der Beleidigung fremder Staaten oder der Völkerbundsdelegierten. Nach den allgemein gültigen Bestimmungen des Art. 151, Ziff. 1, sind dem Wahrheitsbeweis Grenzen gezogen. Sollen diese Grenzen auch auf dem Spezialgebiete des diplomatischen Verkehrs gelten? Die Kommission konnte sich nicht entschließen, eine ausdrückliche Gleichstellung vorzunehmen. Sie will die Frage der Praxis überlassen. Es liegt hier eine ausnahmsweise Materie vor, in welcher der Bundesrat wohl die nötigen Direktiven geben wird. Zu bemerken ist, daß unter diese Bestimmungen nur die bei uns akkreditierten Agenten fallen.

Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen somit lediglich die Beifügung eines letzten Absatzes zu Art. 266, der bestimmt, daß in den Fällen von Art. 261 und 261bis die einjährige Verjährungsfrist gilt.

M. Logoz, rapporteur: Vous avez voté en septembre dernier, conformément aux propositions de la commission, l'art. 261 qui réprime l'outrage aux Etats étrangers et l'art. 261bis qui vise certains outrages atteignant la Société des Nations. Vous avez, en revanche, renvoyé à la commission l'article 261ter, qui vous était proposé par une minorité de la commission.

Cet art. 261ter déclarait applicables aux délits des art. 261 et 261bis:

1. les dispositions des art. 28 à 30 sur le droit de plainte;
2. l'art. 151, chif. 1bis, sur la preuve de la vérité des faits allégués par le prévenu, en cas de diffamation; enfin
3. l'art. 154bis, qui limite à une année le délai de prescription de l'action pénale en matière de délits contre l'honneur.

De cette proposition, la commission vous recommande aujourd'hui de n'adopter qu'un seul point, le dernier. Encore que, pour les délits des art. 261 et 261bis, il soit peu probable que plus d'une année s'écoule jamais avant l'ouverture des poursuites, la commission ne voit pas d'inconvénient à compléter l'art. 266 par une disposition d'après laquelle, pour ces délits, l'action pénale se prescrira par un an.

Nous estimons, en revanche, qu'il ne se justifie pas de déclarer applicables aux délits des art. 261 et 261bis, d'une part les dispositions des art. 28 à 30 sur le droit de plainte et, d'autre part, celles de l'article 151, chif. 1bis.

En ce qui concerne ce dernier point, il suffit de relever que ce que visent à sauvegarder les art. 261 et 261bis, ce sont nos bonnes relations internationales.

C'est ce que confirme le titre même du chapitre XVI qui contient ces articles. Or, il est peut-être permis de reconnaître ici quelque valeur au proverbe d'après lequel « toute vérité n'est pas bonne à dire ».

Quant aux art. 28 à 30 sur le droit de plainte, il n'est pas douteux qu'ils n'ont rien à faire ici. Sans doute, l'art. 266 exige-t-il, pour la poursuite des délits des art. 261 et 261bis, une « requête » de l'Etat étranger lésé; mais cette requête n'est pas une « plainte » au sens des art. 28 à 30. C'est un vœu exprimé par une démarche diplomatique, mais qui n'a pas du tout le même caractère, ni le même effet qu'une plainte proprement dite. En particulier, le Conseil fédéral, saisi d'une telle requête, n'est pas tenu d'ordonner des poursuites. Il s'agit là d'une question d'opportunité, à régler par la voie diplomatique. On ne saurait donc appliquer ici les règles posées aux art. 28 à 30 pour la « plainte » au sens technique de ce mot.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommission

Mehrheit

Art. 307.

Antrag der Kommission.

Streichen.

Proposition de la commission.

Biffer.

Seiler, Berichterstatter: Die letzte zurückgelegte Bestimmung betrifft den Spielbankenartikel. Hier entstand die Frage, ob die Strafbestimmung nicht besser im Spielbankengesetz vom 5. Oktober 1929 belassen werde. Die Kommission hat sich in diesem Sinne ausgesprochen, von der Erwägung ausgehend, daß die Spezialgesetze nicht zerrissen werden sollen. Wir beantragen Ihnen daher Streichung von Art. 307.

Und nun können das erste und zweite Buch bereinigt an den Ständerat gehen. Das dritte Buch wollen wir in der Frühjahrssession behandeln und dann hoffentlich auch zu Ende führen und die Vorlage an den Ständerat weiterleiten.

M. Logoz, rapporteur: Pour assurer l'application de l'art. 35 de la Constitution fédérale voté, le 2 décembre 1928, par le peuple et les cantons, les Chambres fédérales ont, le 5 octobre 1929, adopté une loi sur les maisons de jeux.

Cette loi définit les maisons de jeux et punit notamment les infractions à la disposition constitutionnelle en vertu de laquelle il est interdit d'ouvrir et d'exploiter des maisons de jeu.

Faut-il laisser subsister telle quelle cette loi nouveau-née? Faut-il, au contraire, incorporer au projet de Code pénal suisse les dispositions pénales de la loi fédérale du 5 octobre 1929?

De ces deux solutions possibles, votre commission vous recommande d'adopter la première.

La loi fédérale du 5 octobre 1929 a un caractère mi-administratif, mi-pénal; il est conforme au principe dont vous vous êtes déjà inspirés en biffant certains articles de notre projet (ainsi les art. 200 et 201, puis les art. 286 et 287) de ne pas déchirer cette loi spéciale qui forme un tout, de lui laisser au con-

traire les dispositions pénales qu'elle contient et qui sont en rapport étroit avec ses dispositions de droit administratif.

Le même principe est d'ailleurs applicable en ce qui concerne la loi fédérale de 1923 sur les loteries, dont il faut aussi tenir compte ici (art. 1 et 33).

Dès lors, la commission croit devoir vous recommander de laisser tomber purement et simplement l'art. 307 de notre projet; on peut sans inconvénient en faire l'économie.

Abstimmung. — Vote.

Antrag der Kommission (Streichung) Mehrheit

M. le **Président**: Nous avons terminé la discussion concernant le Code pénal. La commission demande de réserver pour la session de printemps la discussion du troisième livre. Nous vous prions de vous préparer pour liquider cette œuvre aussi rapidement que possible, au printemps.

2039. Alkoholwesen. Abänderung der Art. 31 und 32 bis der Bundesverfassung.

Régime des alcools. Revision des art. 31 et 32 bis de la Constitution.

Siehe Seite 667 hiervor. — Voir page 667 ci-devant.
Beschluss des Ständerates vom 3. Oktober 1929.
Décision du Conseil des Etats du 3 octobre 1929.

Schlußabstimmung. — Vote final.

M. le **Président**: A cette occasion, M. Bringolf nous a demandé de faire une déclaration pour motiver son vote. Comme le règlement ne prévoit rien à cet égard, nous avons été embarrassés. D'autre part, M. Bringolf demande de déposer une déclaration écrite en se référant à l'art. 15 du règlement qui, selon nous, ne permet pas cette solution, mais nous vous demandons de liquider ce petit incident sans discussion aucune et, si vous êtes d'accord, de joindre la déclaration de M. Bringolf au procès-verbal.

S'il n'y a pas d'avis contraire, il sera procédé ainsi. Je me permets du reste de ne pas vous recommander une telle procédure et de ne pas la suivre à l'avenir.

Bringolf: In der Eintretensdebatte zu dem vorliegenden Bundesbeschluss haben wir Kommunisten uns unsere endgültige Stellungnahme vorbehalten. Wir machten sie vom Ergebnis der Verhandlungen und der gestellten Aufgabe abhängig. Die Revision der vorliegenden Verfassungsartikel hat zwei Ziele: 1. Die Verminderung der Schnapspest in der Schweiz. 2. Die Bereitstellung namhafter Mittel für die Sozialversicherung. Obschon in der Beratung der Kommission und des Plenums das an zweiter Stelle genannte Ziel immer stärker in den Vordergrund gerückt wurde, muß heute erklärt werden, daß weder das eine noch das andere Ziel erreicht werden kann

und wird durch die vorliegenden Verfassungsartikel. Der große Mangel der Revision der Alkoholgesetzgebung lag von Anfang an darin, daß sie mit einem zu ihr in keiner Beziehung stehenden Zwecke, nämlich der Erschließung einer Finanzquelle für die Finanzierung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung, verbunden wurde.

Die Notwendigkeit der Bekämpfung der Schnapspest in der Schweiz allein hätte die Revision der in Frage stehenden Verfassungsartikel gerechtfertigt. Da nun aber aus der Wirkung der Verfassungsrevision eine Steigerung der Einnahmen der Alkoholverwaltung erzielt werden soll, muß der Schnapskonsum auf seiner bisherigen Höhe erhalten oder noch gesteigert werden. Nur dann besteht eine, allerdings sehr ungewisse, Aussicht, daß jährlich einige Millionen Franken für die Sozialversicherung frei werden. Dadurch aber wird der Hauptzweck der Revision illusorisch, während andererseits die besitzende Klasse einen weiteren Grund hat, sich von ihren Verpflichtungen zur Finanzierung der Sozialversicherung zu drücken. Die kommunistische Partei hat schon im Jahre 1925 den Verfassungsartikel, der die heutige Revision teilweise vorausbestimmte, bekämpft, weil sie nach wie vor auf dem Standpunkte steht, daß die Mittel für eine Sozialversicherung von der besitzenden Klasse und nicht von dem arbeitenden Volke zu tragen sind.

Die heute zur Schlußabstimmung bereite Vorlage kann und wird keine Verminderung der Schnapsproduktion und damit des Schnapskonsums in der Schweiz bringen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Hausbrennereien werden weder einer Konzessionspflicht (für die nächsten 15 Jahre) noch in ihrer Produktion einer Kontingentierung unterstellt. Der Bauer kann brennen solange und soviel er will. Die Alkoholverwaltung ist verpflichtet, die Ueberschüsse der Brenner zu hohen Preisen abzunehmen (Abnahmepflicht). Da der Hausgebrauch keiner Besteuerung unterliegt, ist dem Schleichhandel Tür und Tor geöffnet. Durch das Zugeständnis (Abs. 3), wonach gewerbsmäßige Brennereien Abfälle des Obst- und Weinbaues und Ueberschüsse der Kartoffelernte brennen dürfen, werden diese in besonderer Weise privilegiert und wird eine weitere Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte in die Wege geleitet. Es kann nicht bestritten werden, daß diese Bestimmung dazu führen wird, anstatt Qualitätsobstbau zu treiben, bei guten Obsternten die Ueberschüsse in teuren Schnaps zu verwandeln und dem Bunde zu teuren Preisen zu verkaufen. Die vorgesehene Verfassungsrevision, in der Volksabstimmung angenommen, wird die Hausbrennerei und die gewerbsmäßige Brennerei fördern; neue Brennereien werden entstehen, denn die nicht bestehende Kontingentierung, die fehlende Kontrolle über die Gesamtproduktion, die bestehende Abnahmepflicht des Bundes und die hohen Preise, welche den Produzenten garantiert werden, machen das Brennen rentabel und zu einem lohnenden legalen oder illegalen Erwerbszweig. Die Erfahrungen in anderen Ländern, besonders in Deutschland, beweisen, daß durch die vorstehend erwähnten Tatsachen heute schon mit einer Defizitwirtschaft der Alkoholverwaltung gerechnet werden muß. Man hat berechnet, daß aus den künftigen Reinerträgen der Alkoholverwaltung nach Abzug des 50%igen Anteils der Kantone, nach Abzug der

Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung

Bulletin sténographique de l'Assemblée fédérale

Frühjahrs-Session — 1930 — Session de printemps

7. Tagung der 28. Amtsdauer — 7^{me} session de la 28^e législature

Bezugspreis: In der Schweiz jährlich 12 Fr., die Postgebühr eingerechnet, im übrigen Postvereinsgebiet 16 Fr.

Bezug ausschliesslich durch die Expedition Buchdruckerei Fritz Pochon-Jent, in Bern.

Abonnements: Un an: Suisse 12 frs., port compris. Union postale 16 frs.

On s'abonne exclusivement auprès de l'office expéditeur, l'imprimerie Fritz Pochon-Jent, à Berne.

Nachmittagssitzung vom 3. März 1930.

Séance de relevée du 3 mars 1930.

Vorsitz: — Présidence: M. Graber.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.

Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Jahrgang 1929, Seite 781. — Voir année 1929, page 781.

Drittes Buch.

Einführung und Anwendung des Gesetzes.

Allgemeine Bemerkungen.

Seiler, Berichterstatter: Wir fahren fort auf Seite 108 der gedruckten Kommissionsvorlage und behandeln das dritte Buch. Sie können sicher sein, daß die Berichterstatter nicht unglücklich sind, daß wir bereits beim dritten Buche angelangt sind. Wir möchten Ihnen einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken.

Dem Vorentwurf von 1903 war ein besonderer Entwurf für ein Einführungsgesetz beigegeben. Der Gedanke eines besondern Erlasses ist jedoch fallen gelassen worden, und zwar aus der richtigen Erwägung heraus, daß, wenn das Einführungsgesetz in der Volksabstimmung Schiffbruch erleiden würde, ein unhaltbarer Zustand entstehen müßte.

So sind nunmehr im dritten Buch die Einföhrungs- und Anwendungsvorschriften enthalten. Sie sind nicht etwa nebensächlicher Natur, sondern zum Teil von äußerst wichtiger Bedeutung. Sie bilden geradezu eine Grundlage für ein reibungsloses Funktionieren der ganzen Reform. An diesen Bestimmungen muß es sich erweisen, ob die Strafrechts-

vereinheitlichung überhaupt durchführbar ist. Ein summarischer Ueberblick über den Inhalt des dritten Buches zeigt uns die Mannigfaltigkeit der Rechtsmaterien.

Die Regelung im dritten Buch ist die Frucht reiflicher Ueberlegung. Die Aufgabe war keine leichte. Neben dem neuen allgemeinen eidgenössischen Strafrecht werden wir weiterhin das Nebenstrafrecht des Bundes beibehalten und auf dem Gebiete der Uebertretungen und des Polizeistrafrechts noch kantonales Recht bestehen lassen. Es gilt daher, durch klare Kompetenzbestimmungen Konflikte zu vermeiden. Sodann müssen die Beziehungen des neuen Rechtes zum alten geregelt werden. Festgelegt werden muß im weitem der Geltungsbereich der Bundesgerichtsbarkeit und der kantonalen Gerichtsbarkeit. Durch klare Gerichtsstandsbestimmungen muß die Rechtssicherheit garantiert, die bisherige Rechtsunsicherheit beseitigt werden. Dem gleichen Ziel dient die Aufstellung von Bestimmungen über die Rechtshilfe. Einem längst gefühlten Mißstand sollen die Bestimmungen über das Strafregister abhelfen. Das Recht der Kantone in bezug auf die Festlegung des Verfahrens wird ausdrücklich festgehalten. Nur einige Grundlinien, welche die Tendenz des Strafgesetzes in bezug auf die Kinder und Jugendlichen sicherstellen sollen, sind im dritten Buch aufgenommen. Dem Strafvollzug und der Schutzaufsicht werden ebenfalls nur wenige allgemeine Richtlinien gewidmet, und die Bestimmungen über die Anstalten beschränken sich neben dem Auftrage an die Kantone bezüglich der Errichtung der Anstalten auf die Festsetzung der Bundesbeiträge. Auch in bezug auf die Begnadigung und die Wiederaufnahme des Verfahrens beschränkt sich das Gesetz auf wenige Vorschriften. Und schließlich müssen auch einige Uebergangsbestimmungen das Verhältnis des neuen Gesetzes zum bisherigen Recht und die Aufhebung geltenden Rechts klarstellen.

In der Behandlung dieser Materie muß sich der Gesetzgeber der ihm durch die Verfassung gesetzten Schranken wohl bewußt bleiben. Verfahren und Vollziehung stehen grundsätzlich den Kantonen zu. Nicht verzichten aber kann der Bund auf diejenigen Normen, welche für eine einheitliche Anwendung des

Gesetzes unerläßlich sind. Daß der Bund sich die Rechtsprechung über diejenigen Verbrechen, welche den Bestand, die Ruhe und die Sicherheit der Eidgenossenschaft betreffen, vorbehalten muß, ist selbstverständlich. Das ist altes Bundesrecht. Ebenso selbstverständlich ist die Abgrenzung der örtlichen Zuständigkeit der kantonalen Behörden in Fällen, in denen mehrere Gerichtsstände in Betracht kommen können. Eine weitere unerläßliche Voraussetzung einer befriedigenden Durchführung des neuen Rechtes ist die Verpflichtung der Kantone zu gegenseitiger Rechtshilfe.

In allen diesen Fragen hat sich der Gesetzgeber einer weisen Beschränkung beflissen. Er ist nur soweit gegangen, als es die Sicherung des Strafzwecks unbedingt erfordert. Man kann ja im einzelnen über die Grenzen der im Verfassungsartikel dem Bund und den Kantonen zugeschiedenen Befugnisse verschiedener Meinung sein. So ist über diese Frage speziell in der letzten Zeit in der Schweiz. Strafrechtszeitung eine Kontroverse ausgefochten worden. Die Abgrenzung bietet insbesondere beim Strafvollzug einige Schwierigkeiten. Zu einem einheitlichen Strafgesetz gehört sicherlich die Charakterisierung der einzelnen Strafen, gehören die Unterscheidungsmerkmale der verschiedenen Strafen, ihre Anpassung an den ihnen zugelegten Zweck. Es wäre aber ein Fehler, wenn man verkennen wollte, daß den Kantonen auch nach dem neuen Recht noch große und wichtige Aufgaben reserviert sind. Bei den Kantonen bleibt die Voruntersuchung, sie bestimmen das Verfahren, ihnen liegt die Gerichtsorganisation ob, die Einrichtung der Anstalten, ihre innere Ordnung, die Ordnung der Schutzaufsicht. Sie sind frei in der Verbindung mit andern Kantonen in der Errichtung der verschiedenen Anstalten. In dem vom Bundesgesetzgeber gezogenen Rahmen vollziehen die Kantone die Strafe, und es sind die kantonalen Organe, welchen die hohe Aufgabe zufällt, den Strafvollzug mit dem Geiste zu erfüllen, den das einheitliche Gesetz in großen Strichen kennzeichnet. Daß nur gemeinsame materielle Strafbestimmungen eine wirksame Verbrechensbekämpfung ermöglichen, ist unsere vollendete Ueberzeugung. Nur eine gesamteidgenössische Kraftanstrengung und nur ein gemeinsamer, über die Kantonsgrenzen hinausreichender Wille wird die Strafjustiz zur vollen Auswirkung gelangen lassen. Wer das dritte Buch auf diese Seite hin prüft, wird erst gewahr, mit welcher Sorgfalt die Grundidee des Strafgesetzes, die wirksame Verbrechensbekämpfung durch zielbewußte Behandlung des Täters, bis in die Details durchgearbeitet ist. Der kantonale Gesetzgeber, der sich damit begnügt, für sein Gebiet und nur für solange, als er sich selbst bedroht fühlt, Ordnung schaffen zu wollen, der vergißt, daß der Nachbar auch nur für sich selbst sieht und daß diese Zersplitterung dem gemeinsamen Endziel zuwiderläuft. Diese Zersplitterung nützt einzig dem Verbrecher und gerade dem gefährlichsten, dem interkantonalen und internationalen Gauner, der sich um keinerlei Kantonsgrenzen kümmert, es sei denn, daß er sich ihrer zu seiner eigenen Sicherheit bedient. Um so bedauerlicher ist es, wenn heute wiederum Bestrebungen zu verzeichnen sind, welche die Rechtseinheit gefährden und damit den gemeinsamen Kampf gegen das Verbrechen schwächen und

welche, auch das darf nicht vergessen werden, damit auch den Angeschuldigten, unter Umständen den unschuldigen Angeschuldigten, in die bedenklichsten Situationen bringen können.

Die auf dem Boden der kantonalen Strafgesetze bestehende Rechtsunsicherheit ist eines Rechtsstaates unwürdig. Mit der Betonung der kantonalen Souveränität ist rein nichts geholfen. Damit sind die Konflikte nicht beseitigt. Dies wird uns erst recht klar, wenn wir die Einführungs- und Anwendungsbestimmungen unsers schweizerischen Entwurfs mit den kantonalen Gesetzen — auch mit den neuesten Entwürfen — vergleichen. Ist es wirklich einem Bundesstaat angemessen, interkantonale Gerichtsstandskonflikte auf dem Wege über das Bundesgericht erledigen zu lassen, wollen wir die bestehende Auslieferungspraxis einfach bestehen lassen oder ist es nicht doch vielleicht auch dem kantonalen Selbstgefühl zuzumuten, gemeinsame Gerichtsstandsbestimmungen, welche eine rasche und klare Verbrechensverfolgung ermöglichen, und damit im Zusammenhang klare Rechtshilfebestimmungen durch den Bund entgegenzunehmen? Ich für mich kann es nicht glauben, daß ein absolut sicherer Vorteil einer Kompetenzfrage zuliebe beiseite geschoben werden soll, auf einem Rechtsgebiet, welches die Bundesverfassung dem Bunde vor mehr als dreißig Jahren schon zugewiesen hat. Und wenn sich die Gegner der Strafrechtseinheit damit verträsten, daß es ihnen unbenommen sei, den schweizerischen Entwurf zu kopieren, soweit es ihnen paßt, so vergessen sie das wichtigste: daß nur dann an eine erfolgreiche Verbrechensbekämpfung zu denken ist, wenn ein von einer einheitlichen Auffassung getragener gemeinsamer Wille den Kampf aufnimmt und systematisch durchführt.

So wenig interessant vielleicht die Bestimmungen des dritten Buches auf den ersten Blick erscheinen mögen, so wichtig sind sie in der Zusammenfassung all dessen, was zu einem organischen Zusammenwirken aller Kräfte im Dienste der Strafrechtspflege gehört. Es ist daher notwendig, daß das Interesse, welches die bisherigen Beratungen erfahren haben, sich auch auf den letzten Teil des großen Werkes erstreckt, und wir Referenten sind zufrieden, wenn nur die Zunächststehenden dieses Interesse aufrechterhalten. (Heiterkeit.)

M. Logoz, rapporteur: Il y a exactement deux ans que vous avez voté l'entrée en matière sur le projet de Code pénal suisse. Depuis lors, en 1928 et en 1929, le Conseil national a passé en revue les art. 1 à 349 de ce projet.

Ce que le Conseil national a ainsi adopté en première lecture, c'est la partie du projet qui constituera, à proprement parler, le futur Code pénal suisse.

Et j'ai été heureux de trouver dans un grand quotidien de la Suisse romande, dans le «Journal de Genève» du 28 décembre 1928, un jugement de bon sens et de bonne foi porté sur cette œuvre législative, en ces termes:

«L'œuvre se présente bien coordonnée, établie sur des bases solides et est inspirée de principes modernes qui, à divers égards, consacrent des progrès appréciables sur la législation bigarrée en vigueur dans les 25 Etats confédérés.»

Mais nous ne sommes pas tout à fait au bout de notre tâche.

De même que les 977 articles du C. C. S. ont dû être complétés par un titre final réglant les questions qui touchent à l'entrée en vigueur et à l'application du C. C., de même il est nécessaire, vu la forme fédérative de notre Etat, d'ajouter aux 349 articles du futur C. P. S. les dispositions nécessaires pour régler les problèmes du même ordre qui se poseront dans le domaine du droit pénal.

Ce sont ces dispositions que contient, dans le projet de C. P. S., le Livre III qui est maintenant soumis à votre examen.

Le contenu de ce Livre III est d'une grande variété. Il y a là des dispositions de droit matériel (art. 353 à 356, 377 et suivants, 398 à 400, 401 et 402, 417 à 420); ensuite des dispositions de droit public (art. 350 à 352, 422 à 424); puis des règles d'organisation judiciaire (357 à 364, 365 à 370, 371 à 376); puis encore des règles de procédure proprement dite (384 à 389, 390 à 394); enfin des dispositions relatives à l'exécution des peines (art. 395 à 397 et 406 à 416).

Ces quelque 70 articles touchent à toute une série de questions dont l'importance pratique ne saurait être méconnue. Ce n'est pas sans raison que le rapporteur français de la seconde commission d'experts, mon maître Alf. Gautier, a pu dire: « Il est permis d'affirmer que le succès de notre œuvre dépend en grande partie des solutions données par le livre troisième. »

De quoi s'agit-il donc dans ce « titre final » du projet de Code pénal suisse? Tout d'abord de ceci:

Contrairement au droit civil antérieur au code civil, le droit pénal antérieur au Code pénal suisse n'est pas et ne peut pas être abrogé dans sa totalité. Il faut donc, tout d'abord, régler aussi nettement que possible la coexistence du droit nouveau avec le droit ancien non abrogé, droit fédéral et droit cantonal. Mais ce n'est pas tout. Sans parler des lois fédérales spéciales qui pourront être édictées ultérieurement, nous avons à tenir compte du fait que les cantons conserveront à certains égards, et notamment en ce qui concerne les contraventions, le pouvoir de légiférer. D'accord avec votre commission, vous avez même remanié le Livre II de manière à élargir, plus que ne l'avait fait le projet du Conseil fédéral, le pouvoir de légiférer que garderont les cantons.

A ce point de vue encore, il est nécessaire de régler, avec le plus de précision possible, la relation entre le Code pénal suisse et la législation fédérale et cantonale.

Il a fallu aussi tracer la limite entre les juridictions fédérale et cantonale. En matière civile, ce point est réglé par la loi sur l'organisation judiciaire fédérale. Il n'en est pas de même pour l'ensemble du droit pénal. Il appartient donc au Livre III de notre projet de faire le triage des matières réservées à la juridiction fédérale.

D'autre part, il peut y avoir conflit de compétence entre les cantons *ratione loci*. Le chapitre IV de notre Livre III règle donc aussi la compétence locale; il facilitera aux cantons l'accomplissement de leur tâche en déterminant clairement cette compétence,

ce qu'il fait d'ailleurs non seulement en matière intercantonale, mais aussi en matière intracantonale.

Enfin, le Livre III de notre projet a dû résoudre pour toute la Suisse une série de questions spéciales:

L'assistance judiciaire, surtout en matière intercantonale. Dans ce domaine, le projet apporte au droit en vigueur des simplifications considérables que les autorités judiciaires et policières des cantons seront les dernières à regretter.

Puis, notamment, le casier judiciaire; le patronage; la création ou la réforme, à l'aide de subsides fédéraux qui peuvent intéresser même le canton de Vaud, d'établissements pénitentiaires ou de relèvement; la grâce, etc.

Je signale que les dispositions concernant ces matières n'ont pas un caractère transitoire. Elles sont destinées à demeurer et, je le répète, elles sont de la plus grande importance pratique pour la réforme de notre régime de répression pénale qui est le but même de l'élaboration du Code pénal suisse.

Tout cela explique le nombre des chapitres du Livre III.

Aurions-nous dû, en la forme, suivre l'exemple du code civil qui, je ne sais trop pourquoi, numérote à part les articles de son titre final? Je ne le pense pas. Ce système n'a aucun avantage; il peut au contraire compliquer les citations.

Il est vrai que la numérotation adoptée par notre projet a fourni des arguments à certains de ses adversaires qui, sans le connaître, font flèche de tout bois pour l'attaquer.

« Comment, s'exclament-ils, on nous propose un Code pénal suisse en 422 articles! Mais c'est un monstre! C'est l'œuf d'autruche de la centralisation fédérale! »

Ce que vaut ce raisonnement, vous pourrez en juger vous-mêmes. En réalité, dans notre projet, le code pénal proprement dit s'arrête à l'art. 349. Or, abstraction faite des suppressions que vous avez déjà décidées et qui réduiront encore ce chiffre, savez-vous combien il y a d'articles dans quelques autres codes pénaux? Le code italien de 1890 a 498 articles; le code pénal français en a 484; le code norvégien de 1902, 437; le code autrichien, 542; le code allemand 370 et le code espagnol du 8 septembre 1928, 858.

Avec ses 300 et quelques articles, le Code pénal suisse sera donc plus bref que ces diverses législations.

Quant aux dispositions du Livre III que nous allons examiner, elles constituent une loi d'introduction à laquelle il serait bien difficile de retrancher beaucoup de choses. Vous allez vous en convaincre vous-mêmes au cours de l'examen de ces dispositions, auquel nous passerons tout à l'heure.

M. de Muralt: Je voudrais relever un passage du rapporteur de langue allemande M. Seiler. Je me demande si je l'ai bien compris; je le crois du moins. Il vient de nous dire que la répression de la criminalité, dans notre état juridique actuel, au moyen des codes et des tribunaux cantonaux, laissait beaucoup à désirer et qu'il y avait ainsi un énorme progrès à réaliser par le fait de l'introduction du Code pénal fédéral et, en particulier, de ce livre III.

Je ne voudrais pas laisser passer sans protester ce qu'il vient de dire au sujet de la répression de la criminalité par les autorités cantonales. Ces

autorités font tout leur devoir et, lorsqu'il y a des difficultés qui résultent de notre organisation fédérative, ces difficultés peuvent être tranchées grâce à l'existence de la loi fédérale de 1852 sur l'extradition des malfaiteurs. Par conséquent, il ne faut pas dire, comme il m'a paru qu'on l'insinuait, qu'aujourd'hui dans nos cantons, les criminels pouvaient échapper à la juste vindicte des lois. Je reconnais volontiers que pour la répression pénale de notables simplifications résulteront de l'introduction du code nouveau. Mais il ne faut pas accuser notre organisation actuelle de s'être révélée inefficace vis-à-vis de la criminalité.

Art. 350—352bis.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 350. Die allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetzes finden auf Taten, die in andern Bundesgesetzen mit Strafe bedroht sind, insoweit Anwendung, als diese Bundesgesetze nicht selbst Bestimmungen aufstellen.

Die in andern Bundesgesetzen unter Strafe gestellten Uebertretungen sind strafbar, auch wenn sie fahrlässig begangen werden, sofern nicht nach dem Sinn der Vorschrift nur die vorsätzliche Begehung mit Strafe bedroht ist.

Ist in einem andern Bundesgesetz die Tat mit Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten bedroht, so finden die allgemeinen Bestimmungen des ersten Buches Anwendung, andernfalls die allgemeinen Bestimmungen des zweiten Buches, wobei, statt auf Gefängnis, auf Haft zu erkennen ist.

Der Vollzug der Bußen und die Begnadigung richten sich stets nach den Vorschriften dieses Gesetzes.

Art. 351. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 352. Die Kantone sind befugt, Strafbestimmungen zum Schutze des kantonalen Steuerrechts aufzustellen.

Den Kantonen bleibt die Gesetzgebung über das Uebertretungsstrafrecht insoweit vorbehalten, als es nicht Gegenstand der Bundesgesetzgebung ist.

Art. 352bis. Die Bestimmungen über den bedingten Strafvollzug gelten auch bei der Anwendung des kantonalen Strafrechts.

Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 352. Abs. 2 streichen (vgl. Art. 352bis).

Art. 352bis. Den Kantonen bleibt die Gesetzgebung über das Uebertretungsstrafrecht insoweit vorbehalten, als es nicht Gegenstand der Bundesgesetzgebung ist. Als Freiheitsstrafe ist jedoch nur die Haftstrafe, so wie sie dieses Gesetz vorsieht, zulässig.

Art. 352bis wird 352ter. Die allgemeinen Bestimmungen des zweiten Buches gelten auch bei Anwendung des kantonalen Uebertretungsstrafrechts. Bei Anwendung der kantonalen Steuerrechtsbestimmungen gelten die allgemeinen Bestimmungen des ersten Buches, falls das kantonale Strafrecht Gefängnis androht, andernfalls gelten die allgemeinen Bestimmungen des zweiten Buches.

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 350. Les dispositions générales du présent code sont applicables aux infractions prévues par d'autres lois fédérales, pour autant que celles-ci ne contiennent pas des dispositions sur la matière.

Les contraventions aux autres lois fédérales sont punissables aussi quand elles ont été commises par négligence, à moins qu'il ne ressorte des dispositions applicables que la contravention est réprimée seulement si elle a été commise intentionnellement.

Les dispositions de la partie générale du livre premier sont applicables à toute infraction pour laquelle une loi fédérale édicte une peine privative de liberté de plus de trois mois; pour les autres infractions, la partie générale du livre deuxième est applicable, et dans ce cas le juge, au lieu de l'emprisonnement, prononcera les arrêts.

Le recouvrement de l'amende et la grâce sont toujours régies par les prescriptions du présent code.

Art. 351. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 352. Les cantons conservent le pouvoir d'édicter les dispositions pénales nécessaires pour assurer l'observation du droit cantonal en matière d'impôts.

Ils conservent aussi le pouvoir de légiférer sur les contraventions, en tant qu'elles ne font pas l'objet de la législation fédérale.

Ils ne peuvent édicter d'autre peine privative de liberté que celle des arrêts, telle qu'elle est établie par le présent code.

Art. 352bis. Les dispositions du présent code concernant le sursis conditionnel à l'exécution de la peine sont également applicables aux condamnations prononcées en vertu du droit cantonal.

Minorité:

(Affolter et cosignataires.)

Art. 252, 2^e al., biffer. Voir art. 352bis.

Les cantons conservent le pouvoir de légiférer sur les contraventions, en tant qu'elles ne font pas l'objet de la législation fédérale. Ils ne peuvent toutefois édicter d'autre peine privative de liberté que celle des arrêts, telle qu'elle est établie par le présent code.

Art. 352bis devient 352ter. La partie générale du livre deuxième est également applicable aux contraventions de droit cantonal. En ce qui concerne le droit fiscal cantonal, la partie générale du livre premier est applicable aux contraventions punies de l'emprisonnement; la partie générale du livre deuxième est applicable aux autres.

Anträge Grünfelder

vom 3. März 1930.

Art. 350. Abs. 5 (neu). Die Bestimmungen über den bedingten Strafvollzug finden auf Freiheits- und Umwandlungsstrafen Anwendung.

Abs. 6 (neu). Die wegen Zahlungsunfähigkeit des Verurteilten nicht erhältlichen Bußen werden in Haftstrafen umgewandelt. Dabei werden 10 Fr. Buße einem Tag Haft gleich gesetzt; doch darf die in Haft umgewandelte Strafe die Dauer von 3 Monaten nicht übersteigen.

Amendements Grünenfelder

du 3 mars 1930.

Art. 350. 5^e al. (nouveau). Les dispositions concernant le sursis à l'exécution de la peine sont applicables aux peines privatives de liberté et aux amendes converties en arrêts.

6^e al. (nouveau). Les amendes que l'insolvabilité du condamné ne permet pas de recouvrer sont commuées en arrêts à raison d'un jour d'arrêt pour 10 fr. d'amende. Toutefois, la peine des arrêts à subir dans ce cas ne doit pas excéder trois mois.

Seller, Berichtersteller der Mehrheit: Auf die allgemeinen Bemerkungen des Herrn de Muralt will ich nicht antworten, weil wir sonst wieder in eine Eintretensdebatte geraten müßten. Der Entscheid darüber, ob die einheitliche Strafgesetzgebung einen wirksameren Schutz der Gesellschaft bildet, als die 25 kantonalen Gesetze, wird schließlich an anderem Orte fallen müssen.

Wir gehen nun über zum ersten Abschnitt. Er ordnet das Verhältnis dieses Gesetzes zu andern Gesetzen des Bundes und zu den Gesetzen der Kantone, in der Hauptsache die Anwendung des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs auf andere Bundesgesetze und den Vorbehalt zugunsten des kantonalen Polizei- und Verwaltungsrechts.

Die sogenannte Nebenstrafgesetzgebung des Bundes bildet einen ansehnlichen Band. Sie zerfällt in Bundesstrafrecht im engeren Sinn und in Strafbestimmungen in Bundespolizeigesetzen und die letztern wiederum zerfallen in Fiskalgesetze und Strafpolizeigesetze. Der Kommission ist eine vom Justizdepartement ergänzte Zusammenstellung aus dem Kompendium des Bundesstrafrechts von O. Kronauer eingehändigt worden. Diese Zusammenstellung zeigt so recht die Mannigfaltigkeit der Strafbestimmungen in der Nebenstrafgesetzgebung, und zwar in bezug auf die Behandlung der Schuldform, insbesondere der Fahrlässigkeit, in bezug auf Versuch, Teilnahme, Rückfall, Verjährung, Freiheitsstrafen, Bußen und Bußenumwandlung und bezüglich des Vorbehaltes des allgemeinen Teils des Bundesgesetzes über das Bundesstrafrecht. Inwieweit diese Mannigfaltigkeit auf einer bewußten und klar erfaßten, den einzelnen Straftatbeständen angepaßten strafrechtlichen Prüfung beruht, bleibe dahingestellt. Tatsache ist, daß bald ein Hinweis auf die Schuldform erfolgt, bald nicht, daß der Vorsatz bald ausdrücklich gefordert, bald lediglich umschrieben oder begrifflich gefordert wird, daß die Fahrlässigkeit bald ausdrücklich oder indirekt als strafbar, bald ausdrücklich als straffrei erklärt wird, daß Versuch, Teilnahme, Rückfall und Verjährung bald ausdrücklich behandelt, bald unerwähnt sind. Freiheitsstrafen und Bußen finden sich in den verschiedenen Formen und in den verschiedensten Ansätzen. Bezüglich der Umwandlung der Buße liegt bald eine besondere Bestimmung vor, bald wird lediglich auf das Bundesstrafrecht verwiesen oder überhaupt nichts bemerkt. Der Vorbehalt des allgemeinen Teils des Bundesstrafrechts findet sich ebenfalls nur bei einem Teil der Nebenstrafgesetzgebung.

In voller Kenntnis dieser Verschiedenheiten hat nunmehr die Kommission folgende Lösung getroffen: Sie hat einmal der Bestimmung des Entwurfs zugestimmt, wonach die allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs auf Taten, die in andern Bundesgesetzen mit Strafe bedroht sind, nur insoweit Anwendung finden, als diese Bundesgesetze nicht selbst Bestimmungen enthalten. Damit ist die subsidiäre Anwendung des allgemeinen Teils, und zwar des I. und II. Buches des Strafgesetzbuchs auf die Nebenstrafgesetzgebung des Bundes festgelegt. Dies entspricht einer Lösung, welche der Bundesgesetzgeber nach und nach in einzelnen Bundesgesetzen in bezug auf die Strafbestimmungen angewendet hat. Der jetzige Text ist auf einen Antrag Müller in der Expertenkommission zurückzuführen. Ein Antrag Lang wollte so weit gehen, die allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs allgemein auf alle in den Bundesgesetzen aufgeführten Straftaten auszudehnen, die Bestimmungen der Nebenstrafgesetze somit durch eine Generalklausel im Strafgesetzbuch aufzuheben. Lang ging von der Erwägung aus, daß die Strafbestimmungen in den Nebenstrafgesetzen zum Teil nachlässig redigiert seien. Demgegenüber hat Zürcher betont, daß sich die Vereinheitlichung in bezug auf den Allgemeinen Teil allmählig machen werde und daß man es bei der neuern Gesetzgebung vermeiden werde, Abweichungen aufzunehmen, wo es sachlich nicht begründet sei. Berechtigte sachliche Abweichungen seien aber immerhin, z. B. bei der Konfiskation im Urheberrecht in der Natur der Sache gerechtfertigt.

Wie aber verhält es sich insbesondere mit der Behandlung der fahrlässigen Straftatbestände der Nebenstrafgesetzgebung? Unser Gesetz bestimmt in Art. 16 in bezug auf die Verbrechen oder Vergehen, daß wegen fahrlässiger Begehung Strafe nur eintritt, wenn es das Gesetz ausdrücklich bestimmt. In bezug auf die Uebertretungen schreibt Art. 288 vor, daß mangels abweichender Bestimmungen im zweiten Buche die allgemeinen Bestimmungen des I. Buches gelten. Sowohl für die Verbrechen oder Vergehen als auch für die Uebertretungen bleibt somit die fahrlässige Begehung straflos, wenn nicht im Besondern Teil für die einzelne Straftat ausdrücklich Bestrafung vorgesehen ist. Soll nun dieser allgemeine Grundsatz auch auf die Tatbestände der Nebenstrafgesetzgebung ausgedehnt werden? Soll mit andern Worten auch bei den Polizeistraftatbeständen, den Fiskaldelikten usw. Bestrafung wegen Fahrlässigkeit nur eintreten, wenn es ausdrücklich im betreffenden Gesetz gesagt ist? So weit glaubte die Kommission nicht gehen zu können. Gerade bei diesen Uebertretungen von Bundesgesetzen ist der Beweis des Vorsatzes oftmals fast unmöglich zu erbringen. Die Beschränkung der Strafbarkeit auf die vorsätzliche Begehung müßte zu einer Freisprechung auch in Fällen führen, in denen eine solche Lösung stoßend wäre. In frühern Zeiten ist die Praxis mehr auf dem Standpunkt des Formaldeliktes gestanden. Man hat den Schuldbeweis überhaupt nicht verlangt, sondern erklärt: Wer sich gegen eine Polizeivorschrift verstößt, verfällt der Strafe. Diesen Standpunkt hat das Gesetz verlassen. Der Grundsatz der Schuldhaftung soll auch bei den Uebertretungen gelten. Eine zum

mindesten fahrlässige Handlung muß vorliegen. Schreibt das Spezialgesetz die Bestrafung der Fahrlässigkeit ausdrücklich vor, so ist die Sache klar. Schweigt sich jedoch das Spezialgesetz aus, so ist nach unserem Vorschlag auch die fahrlässige Begehung strafbar, wenn nicht dem Sinn der Vorschrift zu entnehmen ist, daß nur die vorsätzliche Tat unter Strafe gestellt werden soll. Mit dieser Fassung ist die Kommission von der bundesrätlichen Fassung abgewichen, die beim Schweigen einer ausdrücklichen Fahrlässigkeitsbestimmung Straffreiheit für die Fahrlässigkeit bedeutet. Die neue Fassung der Kommission entstammt dem baselstädtischen Polizeistrafgesetz, welches sich ganz besonders eingehend mit dem Polizeistrafrecht beschäftigt, dessen Bestimmungen somit auf einer wohldurchdachten Bearbeitung des Polizeistrafrechts beruhen. Die Praxis hat eben hier gezeigt, daß der Ausschluß der Bestrafung wegen Fahrlässigkeit zu Subtilitäten und Konstruktionen führen müßte und zu absolut unbefriedigenden Urteilen. Eine strafbare Fahrlässigkeit liegt ja übrigens nur dann vor, wenn eine pflichtwidrige Unvorsichtigkeit vorliegt, d. h. wenn der Täter diejenige Vorsicht nicht beachtet hat, zu der er nach den Umständen und nach seinen persönlichen Verhältnissen verpflichtet ist.

Die Kommission hält die Basler Lösung, die ja dem richterlichen Ermessen einen weiten Spielraum läßt, für richtiger, als die Ausdehnung der Straffreiheit für fahrlässige Polizeiübertretungen und empfiehlt Ihnen daher die Einschaltung eines zweiten Absatzes in Art. 350. Sache des Richters wird es sein, zu erwägen, in welchen Fällen der Natur der Sache gemäß nur eine vorsätzliche Handlung als strafbar erachtet werden kann. Trifft diese Einschränkung nicht zu, so ist auch die fahrlässige Handlung strafbar.

Absatz 3 der Kommission (Absatz 2 des Bundesrates) bringt die Entscheidung darüber, in welchen Fällen die allgemeinen Bestimmungen des ersten Buches über die Verbrechen und Vergehen und in welchen Fällen die Bestimmungen des zweiten Buches über die Uebertretungen zur Anwendung kommen, immer im Hinblick auf die Nebenstrafgesetzgebung. Die Grenze bildet die Freiheitsstrafe von drei Monaten. Sieht die Nebenstrafgesetzgebung Gefängnis von drei Monaten oder weniger vor, so gelten die allgemeinen Bestimmungen über die Uebertretungen und es ist in diesem Falle statt Gefängnis Haft auszusprechen. Dies ist eine allgemein gültige Bestimmung, durch welche bestehendes Nebenstrafrecht abgeändert wird.

Eine die bestehende Nebenstrafgesetzgebung ebenfalls absolut abändernde Bestimmung enthält Abs. 4 des Art. 250. Der Vollzug der Bußen und die Begnadigung richten sich stets nach den Vorschriften des neuen Gesetzes. Der Bundesrat hat auch die Verjährung unter diese Bestimmung gestellt und in der Expertenkommission ist auch von den Jugendlichen die Rede gewesen. Nun finden sich in der Nebenstrafgesetzgebung über die Jugendlichen, soviel ich es übersehen kann, keine Bestimmungen und demgemäß gelten nach Abs. 1 von Art. 350 die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs. Die kurzen Verjährungsstrafen des zweiten Buches dürften sich andererseits nicht in allen Fällen der

Nebenstrafgesetzgebung rechtfertigen. So ist die Kommission zur Beschränkung der obligatorischen Anwendung des Strafgesetzbuchs auf den Vollzug der Bußen und auf die Begnadigung gekommen.

Zu bemerken ist in bezug auf den Vollzug der Bußen, daß durch die neue Bestimmung die Umwandlung der Buße in Haft auch für die Nebenstrafgesetzgebung ausgeschlossen ist. Anzuwenden ist natürlich Art. 260 septies wegen böswilliger Nichtbezahlung der Buße. Die Lösung ist weitgehend, z. B. bei Jagdvergehen. Es kann das Bedenken auftauchen, daß in manchen Fällen zufolge des Verbots der Umwandlung der Strafvollzug sehr erschwert wird. Es erhebt sich daher die Frage, ob nicht doch irgendwie ein Vorbehalt im Sinne der Umwandlungsmöglichkeit zu machen ist. In dieser Richtung ist nun aber festzustellen, daß eine Korrektur durchaus möglich ist. Es steht z. B. nichts entgegen, daß künftig im Jagdgesetz die ausdrückliche Bestimmung aufgenommen wird, daß die Buße in Haft oder Gefängnis umgewandelt werden könne. Liegt dafür eine wirkliche Notwendigkeit vor? Wenn ja, so muß der Weg der Revision des Jagdgesetzes beschritten werden. Aber nur zwingende Gründe könnten einen solchen Einbruch in den Grundsatz des Ausschlusses der Bußenumwandlung rechtfertigen. Sie haben heute nun einen Antrag Grünenfelder erhalten, der die Tendenz hat, in der Nebenstrafgesetzgebung die Bußenumwandlung zu ermöglichen. Die Kommission hat diesen Antrag nicht prüfen können, er ist ganz neu. Ich möchte aber in diesem Zusammenhange doch auf Art. 350, erster Absatz, verweisen, wonach die Möglichkeit gegeben ist, im betreffenden Nebenstrafgesetz die Umwandlung ausdrücklich vorzuschreiben. Dies wird vielleicht die Lösung sein, auf die wir uns einigen könnten.

Art. 351 handelt von den Verweisungen in Bundesvorschriften, die durch das neue Gesetz nunmehr aufgehoben werden. An Stelle der zitierten, aber aufgehobenen Bestimmungen treten die entsprechenden Bestimmungen des neuen Gesetzes. Die aufgehobene Bestimmung kann eine Bestimmung des allgemeinen oder des speziellen Teils des Bundesstrafrechts von 1853 sein oder eine Bestimmung eines Spezialgesetzes des Bundes. Die Bestimmung von Art. 351 ist unangefochten.

Schwierigere Fragen dagegen entstehen bei Art. 352. Hier handelt es sich um den Vorbehalt kantonalen Polizei- bzw. Uebertretungsrechtes. Grundsatz ist, daß dieses Recht den Kantonen vorbehalten wird, insoweit es nicht Gegenstand der Bundesgesetzgebung ist. Grundsätzlich steht die Gesetzgebung auf dem ganzen Gebiet des Strafrechts dem Bunde zu. Die Zuweisung des sogenannten Polizeistrafrechts an die Kantone — soweit nicht besondere Gründe für die bundesrechtliche Regelung bestehen — rechtfertigt sich jedoch schon aus der Rücksicht auf die vielfach im Polizeirecht bestehenden Besonderheiten. Im Verlauf der Beratungen haben wir gesehen, daß den Kantonen eine Reihe von Tatbeständen, welche im Entwurf enthalten waren, zurückgegeben worden sind. Die Kommission redet übrigens nicht mehr von Polizeistrafrecht, sondern von Uebertretungsstrafrecht. Die Begriffe gehen ineinander über.

In Zukunft haben wir somit dreierlei Uebertretungen: Bundesübertretungen gemäß Strafgesetz-

buch, Bundesübertretungen nach der Nebenstrafgesetzgebung und kantonale Uebertretungen.

Was nun alles unter das « Uebertretungsstrafrecht » zu zählen ist, läßt sich nicht auführen. Neben den wenigen Tatbeständen des Strafgesetzbuchs und den weit zahlreichern der Nebenstrafgesetzgebung steht die große Zahl der kantonalen Uebertretungen. Zu den letztern gehören auch die Uebertretungen von Verwaltungs- und Prozeßvorschriften, welche die bundesrätliche Fassung noch ausdrücklich erwähnt hat. Im Kommissionstext ist diese Beifügung als überflüssig fallen gelassen worden.

Andererseits hat die Kommission den Vorbehalt der kantonalen Kompetenz zum Schutze des Steuerrechts ausdrücklich erwähnt.

Inwieweit soll nun aber der Bundesgesetzgeber den Kantonen in bezug auf ihr Polizeistrafrecht Vorschriften machen? Die bundesrätliche Fassung hat nur eine Einschränkung vorgesehen: die Freiheitsstrafe für das kantonale Polizeistrafrecht soll einzig und allein die Haftstrafe sein. Dies hat folgenden Sinn. Es sollen nicht kantonale Uebertretungstatbestände geschaffen werden, deren Strafe so schwer oder schwerer soll sein können, als die Strafe des Strafgesetzbuches für Verbrechen oder Vergehen. Ließe man den Kantonen eine solche Freiheit, so müßte man riskieren, daß die Kantone durch das Mittel der Polizeistrafgesetzgebung die Bundesgesetzgebung konkurrenzieren würden.

Die Kommissionsmehrheit hat nun diese die Kantone einschränkende Vorschrift gestrichen, die Minderheit will, das Steuerstrafrecht ausgenommen, die Beschränkung auf die Haftstrafe beibehalten. Hingegen hat die Kommission den Kantonen für ihr kantonales Strafrecht die Anwendung des bedingten Strafvollzugs vorgeschrieben. Die Minderheit der Kommission will noch weiter gehen und den Kantonen allgemein die Anwendung der allgemeinen Bestimmungen des zweiten Buches vorschreiben; enthält das kantonale Steuerrecht die Androhung der Gefängnisstrafe, so sollen nach der Meinung der Kommissionsminderheit in diesem Falle die allgemeinen Bestimmungen des ersten Buches gelten.

Persönlich halte ich davon, daß den Kantonen nicht zu viele Vorschriften für das ihnen überlassene Gebiet gemacht werden sollen. Meines Erachtens könnte man es den Kantonen überlassen, ob sie den bedingten Strafvollzug anwenden wollen oder nicht. Ich stelle jedoch keinen Gegenantrag. Einverstanden erklären kann ich mich speziell damit, daß das kantonale Steuerrecht Gefängnis soll vorsehen können, als Ausnahme von der allgemeinen Regel, daß für Uebertretungen nur Haftstrafe soll ausgesprochen werden können. Es gibt Fälle von Steuerbetrug, welche an die Betrugsfälle des Strafgesetzbuchs heranreichen. Dagegen bin ich der Auffassung, daß im übrigen die Kantone in der Regelung ihres Polizeistrafrechts frei sein sollen.

Wir stehen somit in bezug auf Art. 352 vor folgenden Fragen:

1. Sollen zum Schutz des Steuerrechtes die Kantone auch in bezug auf die Strafen frei sein? Hierüber besteht in der Kommission keine Meinungsverschiedenheit.

2. Sollen im übrigen die Kantone für ihr Polizeistrafrecht nur auf die Haftstrafe verwiesen werden? Die Kommissionsmehrheit lehnt dies ab, die

Minderheit nimmt den bundesrätlichen Vorschlag wieder auf. Sie werden über diese Differenz zu entscheiden haben.

3. Soll den Kantonen vorgeschrieben werden, daß sie für ihr Polizeistrafrecht den bedingten Strafvollzug (nach Antrag der Mehrheit der Kommission) und darüber hinaus die allgemeinen Bestimmungen des zweiten Buches, für das Steuerstrafrecht sogar die allgemeinen Bestimmungen des ersten Buches anwenden müssen? Die Mehrheit der Kommission lehnt diese allgemeine Ausdehnung ab.

Sie mögen über diese Fragen entscheiden.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Le premier chapitre du Livre III règle d'une part les rapports entre le Code pénal suisse et les lois fédérales dites spéciales et, d'autre part, les rapports entre le Code pénal suisse et les lois cantonales.

Dans ce chapitre premier, l'article 350, tout d'abord, a traité à l'application des « dispositions générales » du Code pénal suisse aux infractions prévues par d'autres lois fédérales, c'est-à-dire tant par celles qui existent déjà et resteront en vigueur que par celles qui pourront être édictées ultérieurement.

D'après le premier alinéa, la partie générale du Code pénal suisse s'appliquera aux infractions prévues par d'autres lois fédérales, mais seulement à titre subsidiaire, c'est-à-dire en tant que ces lois elles-mêmes ne régleront pas la matière.

D'autre part, l'article 350, al. 2, proposé par le Conseil fédéral caractérise celles des infractions à la législation fédérale auxquelles on devra appliquer la partie générale du Livre I de notre projet, et celles auxquelles c'est la partie générale du Livre II qui sera applicable.

On ne peut, en effet, pas s'en remettre pour ce triage aux lois spéciales elles-mêmes, car elles ne fixent pas la nature pénale des infractions qu'elles prévoient et, surtout, elles n'usent pas d'une terminologie concordante.

A l'article 350 tel qu'il est rédigé dans le projet du Conseil fédéral, votre commission vous propose d'apporter deux amendements de portée matérielle:

1. La commission a voté l'adjonction à l'article 350 d'un nouvel alinéa disant:

« Les infractions aux autres lois fédérales sont punissables aussi quand elles ont été commises par négligence à moins qu'il ne ressorte des dispositions applicables que l'infraction est réprimée seulement si elle a été commise intentionnellement. »

En effet, sans cette disposition, il résulterait de l'article 350, combiné avec les articles 16 et 288 de notre projet, qu'en principe, les infractions aux lois fédérales spéciales ne sont pas punissables quand elles ont été commises non pas intentionnellement, mais simplement par négligence. Pratiquement, ce serait l'impunité assurée, souvent, aux auteurs d'infractions à la législation pénale fédérale dite accessoire.

Votre commission estime que ce serait aller trop loin que d'admettre cela. Elle est d'avis que dans ce domaine (et ainsi que le prévoient déjà certaines lois fédérales spéciales) la négligence doit être punie aussi bien que l'intention, du moins si la loi fédérale qu'il s'agit d'appliquer ne limite pas elle-même la répression aux cas de culpabilité in-

tionnelle. De là le nouvel alinéa que la commission vous propose d'ajouter à l'article 350.

A la forme, cette disposition s'inspire du paragraphe 10 du « Polizeistrafgesetz » de Bâle-Ville qui dit:

« Polizeübertretungen sind strafbar auch wenn sie nur aus Fahrlässigkeit begangen werden, sofern nicht nach Wortlaut oder Sinn der Vorschrift nur die vorsätzliche Begehung mit Strafe bedroht ist. »

Tel est le premier amendement de portée matérielle que la commission propose d'apporter à l'article 350.

2. Ensuite, au dernier alinéa, l'article 350 du projet du Conseil fédéral déclare que le recouvrement de l'amende, la prescription et la grâce seront toujours régies par les dispositions du C. P. S.

La commission vous propose de renoncer à parler ici de la prescription. On peut en effet penser que si les lois fédérales spéciales prévoient des délais de prescription divers, c'est pour des raisons qui tiennent à la nature particulière de chacune des matières dont elles s'occupent et aux besoins spéciaux auxquels ont à répondre les dispositions pénales de ces diverses lois.

Vous avez reçu aujourd'hui même une proposition de M. Grünenfelder qui concerne l'article 350. M. Grünenfelder nous exposera tout à l'heure ses motifs. Je me réserve de revenir sur ses propositions après l'avoir entendu.

Sur l'article 351, que la commission vous propose d'adopter tel quel, pas d'observation.

Art. 352. Dans cet article, le projet du Conseil fédéral réserve aux cantons le pouvoir de légiférer « sur les contraventions de police, pour autant qu'elles ne font pas l'objet de la législation fédérale ».

Puis le projet du Conseil fédéral dit au deuxième alinéa que les cantons peuvent édicter des peines « pour les contraventions aux prescriptions cantonales d'administration et de procédure. »

Il prévoit enfin (alinéa 3) que les cantons ne pourront édicter d'autre peine privative de liberté que « celle des arrêts », telle qu'elle est établie par le présent code.

La commission vous propose d'élargir davantage le pouvoir de légiférer que les cantons conserveront après l'entrée en vigueur du Code pénal suisse.

1. Elle estime tout d'abord que les cantons doivent conserver le pouvoir d'édicter les dispositions pénales nécessaires pour assurer l'observation du droit fiscal cantonal. Cette idée est exprimée par le premier alinéa du nouvel article 352 que la commission a rédigé.

2. Il ne paraît pas indiqué, précisément pour les infractions au droit cantonal en matière d'impôts, d'interdire aux cantons d'édicter des peines privatives de liberté autres que celle des arrêts. D'ailleurs, même en ce qui concerne les contraventions proprement dites du droit cantonal, l'alinéa 3 de l'article 352 du Conseil fédéral a suscité des doutes. M. le conseiller fédéral Häberlin, en particulier, a dit à la sous-commission qui s'est réunie en août 1927 (procès-verbal, page 17 in fine): « Nach Betrachtung einzelner Fälle, frage ich mich, ob Abs. 3 des Art. 352 nicht eine zu starke Einschränkung bringt; man denke namentlich an den Rückfall bei gewissen Uebertretungen. »

Pour ces raisons, la majorité de la commission a, en définitive, voté la suppression pure et simple, à l'article 352, du troisième alinéa.

Il est vrai qu'une minorité de la commission vous propose aujourd'hui un article 352bis qui interdit aux cantons de punir les contraventions du droit cantonal d'une peine privative de liberté autre que celle des arrêts.

Pour n'y pas revenir, je dois dire qu'en lui-même, cet article 352bis de la minorité de la commission aurait certains avantages. Le système de la majorité de la commission a, en effet, un inconvénient assez sérieux: il permet aux cantons de créer par ricochet, en prévoyant des peines graves, peines d'emprisonnement par exemple, de véritables délits non prévus par le Code pénal suisse — et cela même en dehors du domaine du droit fiscal cantonal.

Pour cette raison, il pourrait, en principe, y avoir avantage à restreindre les cantons, conformément à l'article 352bis de la minorité, dans le choix des peines privatives de liberté dont ils peuvent frapper les contraventions réservées à leur compétence législative. Vous déciderez.

3. Toujours à l'article 352, la commission vous propose de laisser tomber le second alinéa du texte du Conseil fédéral.

D'accord avec la manière de voir exprimée à la deuxième commission d'experts par feu le Dr Kaiser (procès-verbal, Tome VIII, page 23), nous considérons les dispositions pénales dont parle le second alinéa du texte du Conseil fédéral comme constituant, en réalité, une partie du droit pénal en matière de police.

Dans l'article 352 du Conseil fédéral, le second alinéa apparaît ainsi, non pas comme une disposition ayant une valeur propre et indépendante, mais plutôt comme une explication du premier alinéa, comme un exemple des cas dans lesquels, en vertu du premier alinéa, les cantons conserveront le pouvoir de légiférer dans le domaine du droit pénal en matière de contraventions de police.

Dans ces conditions, l'alinéa 2 du texte du Conseil fédéral a paru superflu et la Commission en a voté la suppression.

4. En définitive, donc, la majorité de la commission vous propose un nouvel article 352 qui se borne à réserver aux cantons:

d'une part le droit d'édicter les dispositions pénales nécessaires pour assurer le respect du droit cantonal en matière fiscale;

d'autre part le droit de légiférer sur les contraventions (il nous a paru inutile de dire « les contraventions de police »), en tant qu'elles ne font pas l'objet de la législation fédérale.

Nous ne nous dissimulons pas que ce dernier point pourra donner lieu à certaines difficultés. Quelles sont les contraventions que l'on devra considérer comme « ne faisant pas l'objet de la législation fédérale »? M. Sträuli a déjà, il y a quelques mois, attiré l'attention de ce Conseil sur ce point délicat. Nous avons cherché une formule plus précise pour la délimitation de ce pouvoir législatif laissé aux cantons en matière pénale. Mais nous devons avouer que, dans cette recherche, nous n'avons pas été plus heureux que la seconde commission d'experts. Nous ne pouvons donc, ici encore, qu'exprimer modestement le vœu de voir

le Conseil des Etats trouver, si possible, la rédaction meilleure que n'ont pu découvrir ni la seconde commission d'experts, ni votre commission.

Art. 352bis. Dans quelle mesure les dispositions générales du Code pénal suisse doivent-elles être applicables aux infractions du droit cantonal ?

Faut-il, par exemple, édicter pour ces infractions laissées au droit cantonal, une disposition semblable à celle de l'article 350, alinéa 1, qui concerne la législation fédérale spéciale ?

La seconde commission d'experts (procès-verbal, tome VIII, pages 24 à 27) y a renoncé et je crois qu'elle a eu raison. Les motifs donnés par M. Kaiser (procès-verbal, tome VIII, pages 25 et 26) paraissent en effet décisifs.

Votre commission, dans sa majorité, estime d'autre part que, si l'on réserve aux cantons le droit de légiférer dans certains domaines du droit pénal, il convient de leur laisser intégralement ce pouvoir législatif. Il ne faut pas leur retirer d'une main ce qu'on leur donne de l'autre.

Sur un seul point, il nous a paru qu'il y aurait avantage à prévoir ici l'application des règles du Code pénal suisse. Nous vous proposons de dire, dans un article 352bis :

« Les dispositions du présent Code concernant le sursis conditionnel à l'exécution de la peine sont également applicables aux condamnations prononcées en vertu du droit cantonal. »

Par contre, une minorité de la commission veut aller beaucoup plus loin. Elle vous propose un article 352ter qui remplacerait l'article 352bis de la majorité de la commission et d'après lequel, en substance, les dispositions générales du Code pénal suisse (celles du Livre I, ou celles du Livre II, selon les cas) seraient obligatoirement et toujours applicables aux infractions du droit cantonal.

D'accord avec M. le président de la Commission, je vous recommande d'écarter cette proposition de la minorité de la commission; je vous le recommande pour les raisons que j'ai données tout à l'heure à l'appui de l'article 352bis de la majorité de la commission. Aller au delà de ce que prévoit cet art. 352bis serait — j'en ai la conviction — nettement inopportun au point de vue de ce que le français fédéral baptise « la politique référendaire ».

Grünenfelder : Ich habe gegen die vorgesehene Lösung des Verhältnisses dieses Gesetzes zu ändern Gesetzen des Bundes und zu den Gesetzen der Kantone einige Bedenken. Eines davon habe ich in der Form eines Antrages niedergelegt. Der Antrag bezieht sich auf den bedingten Strafvollzug. Wir müssen, um die Sache richtig anzusehen, uns die Frage stellen, was der ursprüngliche Gedanke des bedingten Strafvollzuges war. Da dürfen wir gleich von vornherein konstatieren, daß der bedingte Strafvollzug nicht bei den kleinen Strafen, nicht bei den Bußen, angefangen hat, daß also nicht der Gedanke, kleinere Delikte das erstemal straflos ausgehen zu lassen, maßgebend war, sondern daß der Sinn der Einführung des bedingten Strafvollzuges war, daß ein sonst ehrenwerter Bürger, der zum erstenmal ein Delikt begeht, nicht eine Freiheitsstrafe absitzen müsse, was ihm eine Unehre für sein ganzes Leben einbringen müßte. Vor dieser Unehre wollte man den sonst ehrenhaften Bürger bewahren.

Später ist man in einigen kantonalen Gesetzen dazu gekommen, den bedingten Strafvollzug auch auf die Geldbuße auszudehnen. In den Kantonen sieht es so aus: etwa 20 Kantone haben den bedingten Strafvollzug, die übrigen nicht. Die Mehrheit dieser Kantone kennt den bedingten Strafvollzug nur für Freiheitsstrafen, und bei Kantonen, die den bedingten Strafvollzug auch bei Geldbuße zulassen, wie auch bei den andern, die ihn nur bei Freiheitsstrafen zulassen, besteht ein Ausschluß in bezug auf die bloßen Polizeidelikte. Also hier schwankt die Gesetzgebung; aber ich konstatiere, die Mehrheit der Kantone, die überhaupt den bedingten Strafvollzug haben, stehen nicht auf dem Standpunkte des Entwurfes oder der Vorlage, die nun schlechthin für jede Geldbuße den bedingten Strafvollzug gewährt. Sie haben, wie Ihnen bekannt ist, den Bußenvollzug in dem Sinne beschlossen, daß eine Umwandlung nicht stattfinden dürfe, sondern daß, wenn einer die Buße nicht bezahlen kann oder nicht bezahlt, er die Folge einer Bestrafung nur zu tragen hat dann, wenn ihm Arbeitsscheu, Liederlichkeit usw. nachgewiesen werden kann. Dieses Prinzip soll nun nach Auffassung der Vorlage ausgedehnt werden. Es soll nicht nur gelten bei den Verbrechen und Vergehen und bei den im zweiten Buche behandelten Uebertretungen, sondern auch für die jetzt bestehenden und allenfalls weiter entstehenden Bundesgesetze und, nach Artikel 252bis, sogar für die kantonalen Strafgesetzbestimmungen für Uebertretungen.

Bei Behandlung des Art. 39, der den bedingten Strafvollzug ordnet, hat Herr Farbstein die Behauptung aufgestellt, daß es sehr wenige Vergehen seien, die mit Buße allein bestraft werden. Herr Farbstein wäre schwerlich in der Lage, diese Behauptung zu beweisen. Man könnte sagen, daß der größte Teil der Strafparagrafen im ersten und zweiten Buch unseres Strafgesetzbuches die Freiheitsstrafe als Regel vorsehen und nur wenige davon bloß Buße. Aber die Zahl der nur mit Buße bestraften Uebertretungen ist zweifellos zahlreicher als die der Strafvollzuges auf Freiheitsstrafe. Und nun hat die Kommissionsmehrheit bei Behandlung jenes Art. 39 ausgeführt — Sie haben damals mit 16 Stimmen gegen die Kommissionsmehrheit und gegen die Auffassung des Bundesrates, vertreten durch Herrn Bundesrat Häberlin, entschieden — daß die Buße denn doch nicht so erhebliche Nachteile nach sich ziehe wie eine Freiheitsstrafe. Die Geldbuße, für die man auch noch den bedingten Strafvollzug gewährt, wirke überhaupt nicht mehr abschreckend; der Ernst der Strafbestimmungen wäre in Frage gestellt, und weil ohnehin keine Umwandlung in Freiheitsstrafe möglich sei, so sei umso weniger Anlaß vorhanden, den bedingten Strafvollzug von Geldbußen einzuführen.

Im weitern ist zu sagen, daß unser Strafgesetzbuch sehr weit geht in der Ermöglichung der Differenzierung nach der Zahlungsfähigkeit der Verurteilten. Das alles muß man mit in Berücksichtigung ziehen. Man kann nach unserem Strafgesetzbuch nicht nur statt auf Freiheitsstrafe auf Geldbuße erkennen, sondern man kann dann auch noch bei der Bemessung der Geldbuße sehr tief hinuntergehen. Und dann soll noch der bedingte Strafvollzug dieser Geldbuße dazukommen! Herr Bundesrat Häberlin hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es unver-

ständig wäre, wenn man bei diesem Tenor unseres Strafgesetzbuches für die Bußen auch noch den bedingten Strafvollzug einführen wollte. Es kommt ja wesentlich auf den Strafgrund an, also darauf, weswegen eine Freiheitsstrafe oder eine Geldbuße erkannt worden ist. Von diesem Standpunkte aus kann man vielleicht noch verstehen, daß eine für ein gemeines Delikt ausgesprochene Buße bedingt erlassen wird. Denn die Buße würde, wenn sie ungewandelt werden müßte, ungefähr den gleichen Effekt haben wie eine ursprünglich festgesetzte Freiheitsstrafe. Es ist nicht dasselbe, ob einer wegen eines gemeinen Vergehens, sagen wir wegen Diebstahls, zu einer Freiheitsstrafe oder Buße verurteilt wird, wie wenn einer bloß wegen eines fiskalischen Deliktes ebenso zu einer Freiheitsstrafe oder Geldbuße verurteilt wird. Das ist doch ein ganz wesentlicher Unterschied. Der Strafgrund ist es, der die Unehre antut, und infolgedessen müssen wir auch bei der vorliegenden Frage nach dem Strafgrund unterscheiden. In der Nebenstrafgesetzgebung des Bundes haben wir es in der Hauptsache mit fiskalischen Strafbestimmungen und mit Polizeistrafbestimmungen zu tun und daher fällt jene Rücksichtnahme, daß man dem Bürger die Unehre des Strafvollzuges nicht antun soll, dahin. Dazu kommt, daß bei diesen Nebenstrafgesetzbestimmungen fast ausschließlich oder doch vorwiegend nur Geldbußen angedroht sind, nicht Freiheitsstrafen. Ich will Ihnen einige Gesetze nennen: Das Lebensmittelgesetz, das Jagdgesetz, das Gesetz über die Fischerei, das Seuchenpolizeigesetz, das Tuberkulosegesetz. Die dortigen Strafbestimmungen sind eigentlich Polizeistrafbestimmungen und wer deswegen bestraft wird, weil er z. B. ein Jagddelikt, ein Fischereidelikt usw. begangen hat, bei dem sieht man diese Strafen nicht für so schwer an, wie wenn er als Schelm bestraft worden wäre. Daher haben wir auch von diesem Gesichtspunkt aus viel weniger Grund, den bedingten Strafvollzug zu gestatten.

Der Bundesrat hat sich auf den gleichen Standpunkt gestellt, wie ich ihn jetzt vertrete, in seinem Entwurf, der nächstens vor unsern Rat gelangen wird, über das Bundesstrafprozeßrecht. Die Art. 341 und 337 sind vorgesehen für so lange, bis das eidgenössische Strafgesetzbuch in Kraft treten wird. Trotzdem Ihr Rat mit 16 Stimmen Mehrheit sich auch bei Bußen für den bedingten Strafvollzug erklärt hat, hat der Bundesrat die Bestimmung des Art. 337 aufgenommen unter ausdrücklicher Bezugnahme auf jenen Beschluß des Nationalrates. Nach diesem Art. 337 kann der Richter den Vollzug einer Gefängnisstrafe von nicht mehr als einem Jahr einer Haftstrafe oder einer Umwandlungsstrafe aufschieben. Und er hat weiter in Art. 341 die Bestimmung aufgenommen: «Die Bestimmungen über den bedingten Strafvollzug gelten auch für das Verfahren vor den kantonalen Gerichten in Bundesstrafsachen», und nun ging er noch einen Schritt weiter und sagte: «dagegen nicht für das Verfahren bei Uebertretungen fiskalischer Bundesgesetze».

Mit meinem Antrag kann ich mich darauf berufen, daß der Bundesrat heute noch auf dem Standpunkt steht, daß es angesichts der sehr zur Milde geneigten Bestimmungen des Strafgesetzes in seinem ersten und zweiten Teil nicht angehe, auch noch für die Buße den bedingten Strafvollzug anzu-

führen. Er sieht die Umwandlung vor für die Geldbuße, und wenn die Umwandlung stattfinden muß, so soll für diesen Fall der bedingte Strafvollzug gewährt werden können. Mit andern Worten: es soll dasjenige verwirklicht werden, was bei Behandlung von Art. 39 ausdrücklich gewünscht worden ist. Der arme Teufel, oder wie Herr Farbstein auch gesagt hat, der arme Mann, der zu Hause Frau und Kinder hat, oder eine kranke Frau usw., und der die Buße nicht aufbringt, der soll nicht ins Gefängnis wandern müssen. Das wollen wir vermeiden und deshalb vorsehen, daß die Buße zwar nicht als solche erlassen werden können, daß aber, wenn die Umwandlung stattfinden muß wegen Zahlungsunfähigkeit, der bedingte Strafvollzug soll gewährt werden können. Dann ist dasjenige erreicht, was man von links gewünscht hat.

Weiter muß ich Sie auf folgendes aufmerksam machen: Wir müssen nicht nur mit den Verurteilten rechnen und ihnen alle Billigkeit, soweit es sich gehört, zugestehen, sondern wir müssen bei diesen Polizei- und Fiskalgesetzen doch auch an diejenigen denken, welche diese Gesetze zu handhaben haben. Wenn diese Bestimmung heute aufgenommen wird, dann wird beispielsweise beim Jagdgesetz die Sache folgendermaßen aussehen: Der Bürger wird zu einer Buße verurteilt. Es wird ihm, wenn keine Freiheitsstrafe vorausgegangen ist, der bedingte Strafvollzug gewährt. Er bekommt ein Jahr Probezeit. Nach diesem Jahr Probezeit kann er das gleiche Delikt wieder begehen. Die erste Strafe ist nicht vollzogen worden, er ist daher nach diesen Bestimmungen nicht eigentlich rückfällig, und der bedingte Straferlaß kann ihm wiederum gewährt werden. (Zuruf **Huber**: Kann!) Ja, kann, natürlich. Hindernis des bedingten Straferlasses ist nur die Erstehung einer Freiheitsstrafe. Geldbußen können massenhaft vorher auf den betreffenden Verurteilten gefallen sein; sie sind kein Hindernis für den bedingten Strafvollzug. So nach dem Wortlaut des Strafgesetzbuches. Da werden Sie zugeben müssen, daß das sehr weit geht.

Bei diesen Delikten, wo nicht ein Geschädigter gegenübersteht — das Wild kann nicht reden, der Fisch im Wasser kann nicht reden und die Bäume des Waldes auch nicht —, wo also die Delinquenten oft schwer zu finden sind, wird, wenn einer einmal entdeckt wird — wobei man vielleicht annehmen kann, daß er 10 oder 20 andere Male nicht entdeckt wurde — aber der Beweis fehlt, daß er früher schon delinquent hat, obschon er im Volke im Rufe des Wilderers steht, noch der bedingte Strafvollzug gewährt! Was werden die Polizeiorgane dazu sagen? Das Entdecken und Verzeigen nützt ja gar nichts, wir geben uns keine Mühe mehr! Meine Herren: Man hat beim Erlaß der Gesetze sich Mühe gegeben, Strafbestimmungen zur Sanktion der polizeilichen Vorschriften zu erlassen, Bestimmungen, die dazu dienen sollen, daß die Uebertretungen unterbleiben. Das hat man in reiflicher Ueberlegung und nach reiflicher Diskussion getan. Nachher macht man mit einem Federstrich dasjenige zu nichte, was man geglaubt hatte, als etwas gutes erreicht zu haben. Das tut man, ohne allzugenaue Ermittlung des Willens, den man in jenen Gesetzen kundgegeben hat.

Es ist also meines Erachtens durchaus bedenklich, hier für Bußen den bedingten Strafvollzug tale quale

zu gewähren. Wir wollen soweit gehen, daß wir bei diesen Delikten — es würde auch bei den andern genügen — zwar nicht direkt für Bußen den bedingten Strafvollzug einführen, wohl aber ihn gewähren, wenn die Strafumwandlung eintreten muß. Dann kann man den Härten genügend begegnen.

Nun habe ich aber noch weitere Bemerkungen zu machen. Ich mache darauf aufmerksam, daß, wo nicht das andere Bundesgesetz nach Art. 350 Rückfallsbestimmungen enthält, der Rückfall nach Art. 293 und 350 nur denkbar ist, wenn weniger als ein Jahr verflissen ist, seitdem der Täter eine Freiheitsstrafe erstanden oder eine Arbeits- und Erziehungsanstalt verlassen hat und wieder zur Freiheitsstrafe verurteilt wird. Das Strafgesetzbuch kennt den Rückfall alten Herkommens nur bei Freiheitsstrafen, wenn ein Delikt mit Freiheitsstrafe belegt war und wieder ein derartiges begangen worden ist, nicht aber bei Bußen. Ich glaube, das ist ein Unterschied. Bisher hatte man die Nebenstrafbestimmungen hinsichtlich der allgemeinen Grundsätze auf das Bundesstrafrecht von 1853 gestützt. Dort ist folgende Bestimmung enthalten: je öfter der Schuldige wegen aus gleicher rechtswidriger Neigung entsprungener Verbrechen bestraft worden ist. Nun wird aber das Bundesstrafrecht von 1853 aufgehoben. Wir haben also in Zukunft gar keine Rückfallsberücksichtigung mehr, soweit es sich um Bußen handelt und soweit also nicht Freiheitsstrafen verfügt wurden, wie das Strafgesetz im ersten und zweiten Buch vorgesehen hat.

In Bezug auf die Verjährung machen wir auch einen Sprung, und zwar, wie mir scheint, einen großen. Die Spezialgesetzgebungen, die ich Ihnen genannt habe und wohl auch andere, berufen sich auf das Gesetz von 1853 und sagen: Die allgemeinen Bestimmungen des Bundesstrafrechtes von 1853 sind anwendbar, und unter diesen allgemeinen Bestimmungen ist auch die Verjährungsbestimmung enthalten. Dieses Gesetz von 1853 wird nun aber aufgehoben und das neue Gesetz bestimmt, und zwar im zweiten Buch, dessen allgemeiner Teil durch Art. 350 auch für das dritte Buch als anwendbar erklärt wird, daß die Verjährung in 6 Monaten eintritt. Das Bundesstrafrecht von 1853 hat für derartige Delikte eine dreijährige Verjährung vorgesehen. Wenn wir nun alle diese Nebenstrafgesetze durchgehen und uns fragen, ob 6 Monate Verjährungsfrist das Richtige sei, so habe ich große Zweifel, daß dann diese Gesetze ihren Zweck noch erreichen können. Wenn einer ein ausgesprochener Wilderer, ein Schmuggler, ein Fischereidieb, ein Lebensmittelfälscher usw. ist — soweit es sich nicht um schwere Delikte im Lebensmittelgesetz handelt —, so geht er 6 Monate nach der letzten Tat straffrei aus; ein großes Aergernis für das Volk, wie sich in der Praxis zeigen wird. Auch das Tuberkulosegesetz, das Tierseuchengesetz, gehören hierher.

Weiter machte ich aufmerksam auf eine Lücke, die bei dieser Regelung entsteht. Das ist der Fall in bezug auf die Bestrafung des Versuchs und der Gehilfenschaft. In Fällen mit Strafdrohung unter drei Monaten Gefängnis ist Versuch und Gehilfenschaft nur strafbar, wenn dies im Gesetz ausdrücklich vorgesehen ist. So die Regel im zweiten Buch, dessen allgemeiner Teil nach Art. 350 auch für das dritte Buch maßgebend ist. Bis jetzt hatten wir

sowohl in bezug auf die Gehilfenschaft als für den Versuch die Strafbestimmungen des Bundesstrafrechtes von 1853. Für beide Fälle ist dort Strafe vorgesehen. Jenes Gesetz von 1853 wird nun aber aufgehoben, und weil diese jetzt bestehenden Bundesnebenstrafgesetze auf jenes Gesetz verwiesen haben und Versuch und Gehilfenschaft daher nicht eigens mit Strafe bedrohen, fällt jede Strafbarkeit bei Versuch und Gehilfenschaft dahin; sie gehen also straffrei aus. Das ist eine Lücke, die wahrscheinlich in der Praxis schwer empfunden wird. Das gilt beispielsweise vom Lebensmittelgesetz, vom Tierseuchengesetz, vom Jagdgesetz, vom Tuberkulosegesetz und jedenfalls noch von andern. Ich kann Ihnen nicht alle aufzählen.

Es ergäbe sich noch eine Spezialfrage, um nochmals auf den bedingten Strafvollzug zurückzugreifen. Wie ist es beispielsweise zu halten mit der Bestimmung im Jagdgesetz, daß einer bei wiederholter Begehung gewisser Jagddelikte in der Jagdberechtigung einzustellen ist? Die Antwort wird wohl sein: Wenn er das erstmalig verurteilt ist und den bedingten Strafvollzug erhält, dann kann ihm trotz des Willens des Jagdgesetzes die Jagdberechtigung bei der zweiten Begehung nicht entzogen werden. Der Kommissionsreferent Herr Dr. Seiler hat nun darauf hingewiesen, man könnte ja dann die betreffenden Gesetze ändern. Ich weiß nicht, ob das Parlament willens ist, nachträglich derartige Flickarbeiten durchzuführen. Ich halte eher dafür, wir sollten den sicheren Weg gehen, und nicht hier Grundsätze aufstellen, bei denen man darüber klar ist, daß sie teils nicht gut wirken werden, und daß ihre Zweckmäßigkeit zum ändern Teil mindestens in Frage zu stellen ist.

Das sind meine Bemerkungen und meine Kritiken, die ich zu diesem Abschnitte zu machen habe. Ich empfehle Ihnen meinen Antrag. Es ist zu sagen, daß bei Annahme des Absatzes 6 neu natürlich auch der Absatz 4 der Vorlage abzuändern ist, soweit dort vom Vollzug der Buße gesprochen wird, und es wäre dann der Satz: «der Vollzug der Buße und» zu streichen. Der Abs. 4 würde nur heißen: «die Begnadigung hat sich stets nach den Vorschriften des Gesetzes zu richten». Das wäre eine Folge der Annahme von Abs. 6 nach meinem Vorschlag.

Aus den gleichen Erwägungen, die ich hinsichtlich des bedingten Strafvollzuges angestellt habe und auch aus politischen Gründen, empfehle ich Ihnen dringend, den Art. 352bis der Vorlage zu streichen. Der Herr Kommissionsreferent Seiler hat sich bereits in diesem Sinne ausgesprochen. Das ist die einzige Bestimmung, die man den Kantonen als Wegleitung mitgeben will. Sie sind nach Art. 352 kompetent, im Steuerrecht Strafbestimmungen aufzustellen, ebenso im Uebertretungsstrafrecht, soweit dieses nicht Gegenstand des Bundesstrafrechtes ist. Man überlasse den Kantonen dieses Recht, soll dann aber auch nicht diesen einzelnen umstrittenen⁵ Punkt herausgreifen und in Art. 352 verfügen, die Kantone seien pflichtig, den bedingten Strafvollzug auch auf das Uebertretungsstrafrecht anzuwenden: das geht zu weit.

Huber, Berichterstatter der Minderheit: Herr Grünenfelder hat immer Angst, daß wir Sprünge nach vorn machen. In 77 Jahren hat die Rechts-

entwicklung natürlich einen etwas andern Stand erreicht; und wenn wir nach 77 Jahren ein kleines Gesetz wie das alte Bundesstrafrecht ersetzen durch ein modernes umfassendes Strafrecht, dann kann es einem freilich vorkommen, als ob es sich um einen Sprung handle, während doch nichts anderes vorliegt als die Festlegung dessen, in einem Gesetz, was die Rechtsentwicklung in dieser Zeit eben in ganz langsamen kleinen Schritten erreicht hat, sogar im Kanton St. Gallen.

Herr Kolléga Grünenfelder kann es nicht recht ertragen, daß auch eine Geldbuße nicht unter allen Umständen vollzogen werden muß, und daß die allgemeinen Bestimmungen des neuen Bundesstrafgesetzes auch gelten sollen für Taten, welche nach andern Bundesgesetzen mit Strafe bedroht sind. Um seinen Standpunkt zu vertreten behauptet er zunächst einmal, daß es sich in diesen andern, den Nebenstrafgesetzen, in der Hauptsache eben nur um Kleinigkeiten handle, und wenn es sich einmal um Kleinigkeiten handle, dann sei der bedingte Strafvollzug nicht gerechtfertigt. Die Rechtsentwicklung sei so vor sich gegangen, daß man den bedingten Straferlaß oder die bedingte Verurteilung da zulassen wollte, wo es sich um schwere Straftatbestände handelte, um den Menschen davor zu bewahren, wegen eines schweren Deliktes als vorbestraft zu erscheinen, daß man aber bei den kleinen Sachen an der Strafe festhalte, denn das tue der Ehre ja keinen Eintrag. Die Sache ist aber nicht so. Weder in den kantonalen Rechten, noch in den ausländischen Rechten, noch in diesem Entwurf herrscht diese Auffassung, sondern die umgekehrte: nur wenn ein gewisses Maximum von Strafe nicht überschritten ist, kann der bedingte Straferlaß bewilligt werden. Es darf in verschiedenen Kantonen nicht mehr als drei oder sechs Monate oder ein Jahr betragen, wie in unserem Entwurf vorgesehen ist; sobald die Tat so schwer ist, daß der Richter findet, sie müsse mit mindestens einer mehr als sechsmonatigen Freiheitsstrafe oder mehr als einjähriger Freiheitsstrafe gesühnt werden, so gibt es keinen bedingten Straferlaß mehr. Das ist die allgemeine Auffassung, die ich nicht unbedingt teile: es gibt gewisse Grenzen, über die hinaus man nicht gehen will. Dagegen ist es richtig, daß in bezug auf die Bußen die Entwicklung etwas nachhinkt, auch bei uns im Kanton St. Gallen. Ursprünglich war der bedingte Straferlaß für Bußen nicht zulässig, aber man hat nachher gesehen, daß das nicht konsequent war, daß es ein direkter Unsinn ist zu sagen; es muß einer, damit ihm der bedingte Straferlaß zugebilligt werden kann, mindestens dafür sorgen, daß er eine Freiheitsstrafe bekommt; wenn er aber nicht so böseartig oder gemein ist, oder wenn sich sein rechtswidriger Trieb nicht so rücksichtslos auswirkt, und er bloß so weit geht, daß der Richter ihn noch mit Buße laufen lassen kann, so muß er eben diese Strafe ertragen; die darf der Richter ihm nicht erlassen. Die schwere Tat kann ihm also unter Umständen straflos gelassen werden; wenn die Tat aber weniger schwer ist, so hat er keinen Anspruch darauf, daß man auf ihn die besondere Rücksicht nimmt. Die Logik, die Herr Grünenfelder entwickelt, geht davon aus, daß er sagt, die Geldbuße sei eben nicht so entehrend. Das ist eine Empfindungssache. Es gibt Leute, die sehr

empfindlich sind und Wert darauf legen, daß sie überhaupt nicht bestraft werden, die wollen sagen können: ich habe noch nie die geringste Buße auf mich nehmen müssen. Ich glaube, Herr Logoz hat das Wort zitiert, daß man auch in der Strafbarkeit die Virginität nur einmal verlieren könne und daß sie endgültig verloren sei, wenn sie einmal verloren sei. Diesem Umstand will man eben dadurch begegnen, daß man die bedingte Verurteilung oder den bedingten Straferlaß zuläßt, auch für Geldstrafe.

Wenn Sie die weiteren Ausführungen von Herrn Grünenfelder gehört haben, so will er nach dieser Geldbuße jede weitere Strafe als Rückfall betrachtet wissen. So hätten wir nach seiner Logik den Zustand, daß einem, der ein schweres Delikt begangen hat, die Strafe zum erstenmal bedingt erlassen werden kann, sodaß er das Gefängnis oder Arbeitshaus nicht zu betreten braucht. Wenn die Bewährungsfrist abgelaufen ist, gilt er als nicht vorbestraft. Wenn aber einer so unglücklich war, ein harmloses Delikt zu begehen, das der Richter nur mit Buße geahndet haben wollte, so ist er eben das nächste Mal vorbestraft. Also ist rechtlich der, der früher effektiv schwerer delinquent hat, nicht vorbestraft, weil er seine Gefängnisstrafe nur bedingt zugesprochen erhalten hatte, der aber, der weniger delinquent hat, ist vorbestraft, weil die Geldbuße nicht erlassen werden kann. Er muß nun die ganze Härte des Gesetzes über sich ergehen lassen. Diese Logik begreife ich nicht, und sie wird mir auch nicht verständlicher, weil sie von einer Seite kommt, die besonders Wert auf christliche Grundsätze legt. Das scheint mir eine recht unchristliche Betrachtungsweise zu sein. Herr Grünenfelder macht aber noch andere Schnitzer in dieser Richtung, ich werde darauf noch zurückkommen.

Im zweiten Teil seines Antrages, der einen Abs. 6 einführen will, wünscht Herr Grünenfelder, daß, was wir ebenfalls abgelehnt haben, und zwar wiederholt, so beim Militärstrafgesetzbuch und bei diesem Strafgesetzbuch, wieder zugelassen werde, sobald das betreffende Delikt nicht in diesem Gesetze selber umschrieben ist, sondern in einem Nebenstrafgesetz: nämlich die automatische Umwandlung der Geldbuße in Freiheitsstrafe. Auch dann, wenn der Gebüßte an seiner Zahlungsunfähigkeit nicht die geringste Schuld trägt, auch dann soll die Geldbuße umgewandelt werden müssen. Wenn Sie etwas derartiges einführen wollen, kann man sich das kaum anders erklären als durch den Gedanken, daß Sie dafür sorgen wollen, daß noch mehr Opposition gegen das Gesetz entstehe. Sie haben wiederholt festgestellt, daß Sie diese barbarische und mechanische Bestrafung eines Menschen, dem der Richter nicht zu einer Freiheitsstrafe, sondern zu Geldbuße ohne nachherige Umwandlung in Freiheitsstrafe verurteilt, nicht wollen. Es ist mir schlechterdings unbegreiflich, daß man jetzt wieder mit diesem Ver-suche kommt.

Nun wird aber die Sache noch hübscher. Die Geldbuße kann nach Antrag Grünenfelder nicht bedingt erlassen werden. Bei Nichtzahlung träte dann an ihre Stelle Freiheitsstrafe. Offenbar müßte das in einem neuen Prozeß geschehen. Diese an die Stelle der Geldbuße getretene Freiheitsstrafe kann dann bedingt erlassen werden! Man müßte also

jedem zu einer Geldbuße Verurteilten raten, diese Buße nicht zu bezahlen. Dann wird umgewandelt und die Umwandlungsstrafe kann dann erlassen werden, was bei der Geldbuße unmöglich gewesen wäre. Das sind Künste der Logik, an denen ich nur den einen Vorteil sehe, daß sie originell sind. Wir sollten doch auf derartige Verirrungen — etwas anderes sind sie nicht — nicht eingehen. Herr Grünenfelder hat seinen Antrag erst heute ausstellen lassen, so daß wir die Wirkung des Antrages auf die einzelnen Gesetze noch nicht überblicken können. Er hat den Antrag auch nicht in der Kommission gestellt, obwohl wir ja nicht allzu selten Kommissionssitzungen hatten. Stellen Sie sich einmal die Situation beim Lebensmittelpolizeigesetz vor: Derjenige, der eine Buße bekommt, weil er geschwächte oder schwache oder vorschriftswidrige Milch unabsichtlich, unwissentlich, in den Verkehr gebracht hat, wird mit einer Geldbuße bestraft. Die kann ihm nicht erlassen werden. Wenn es sich aber um einen Milchfälscher handelt, der Wasser in Milch oder Milch in das Wasser hineingetan hat, dann liegt der Fall schon anders. In diesem Fall kann der Richter die Strafe bedingt erlassen.

Herr Grünenfelder hat ein anderes Beispiel genannt, das Gesetz über den Jagd- und Vogelschutz. Er sagt: Man habe dieses Gesetz sorgfältig gearbeitet und genau erwogen. Man habe so große Bußen angedroht, damit das Gesetz ja recht wirksam sei! Dieses Zeugnis kann sich ja der Gesetzgeber selber ausstellen; aber im Volke draußen hat man nicht die Meinung, daß das alles sehr gut ausgearbeitet gewesen sei, und bei den Gerichten auch nicht. Man stellt dort fest, daß die exorbitanten Bußenandrohungen einfach unvernünftig sind für die Leute, die davon betroffen werden, sagen wir im Berner Oberland oder im Bündnerland. Das sind arme kleine Bergbäuerlein, denen man mit einer Buße wegen Jagdfrevels so viel wegnimmt, als sie vielleicht in einem Vierteljahr verdienen können. Die Geldbußen mögen richtig berechnet sein für die Herren Wilderer aus der Stadt, die so nebenbei auch noch Jäger sind, aber in der Jagdzeit nicht genug bekommen und dann außerhalb der Jagdzeit ihrem Sport noch huldigen wollen. Die Folgen, die sich aus dem hohen Bußenminimum ergeben, haben Sie ja alle halben Jahre vor Augen. Sie brauchen nur die Berichte des Bundesrates über die Begnadigungsgesuche zu lesen. Da wimmelt es von Leuten, denen wir dann auf Antrag des Bundesrates in Uebereinstimmung mit den kantonalen Justizdepartementen, auf Empfehlung der Gerichte und auf Antrag unserer Kommission die Buße entweder ganz oder teilweise, bedingt oder unbedingt, erlassen, weil wir uns davon überzeugt haben, daß das Gesetz den Richter viel zu sehr bindet. Wenn ein Gesetz geeignet ist, die Unrichtigkeit des Antrages Grünenfelder darzutun, so ist es gerade das Jagdschutzgesetz. Der Richter wird sehr froh sein, wenn er in einem konkreten Falle sagen kann: «Du bekommst diese schwere Buße auferlegt. Wenn Du Dich aber gut hältst, dann wird sie Dir erlassen!» Nun sagt Herr Grünenfelder: «Ja, aber denken Sie einmal, daß die Fristen sehr kurz sind. Es wäre doch möglich, daß der Richter den gleichen Menschen im Verlaufe der Jahre x-mal vor sich hätte. Allemal müßte er ihn als nicht vor-

bestraft betrachten, weil der Mensch keine Freiheitsstrafe absolviert hat!» Das wäre wohl schrecklich, nicht? Es wäre bedauerlich, wenn der Richter nicht die Möglichkeit hätte, diesen Menschen entsprechend zu behandeln. Ich habe deshalb zwischenhinein Herrn Grünenfelder gesagt: Der Richter kann den bedingten Strafvollzug gewähren, wenn er einen Würdigen vor sich hat. Wenn er aber einem Menschen seine Milde gezeigt hat, dieser Mensch dann aber in einem Jahre wieder das gleiche Delikt begeht, dann wird er sich nicht erst fragen müssen, ob der Betreffende im Vorstrafenverzeichniss eingetragen ist, sondern er wird sagen: «Ich kenne Dich, mein Lieber; Du warst vor einem Jahr bei mir. Einmal ist es Dir gelungen, meine Milde zu gewinnen, ein zweitesmal gelingt es dir nicht.» Wir wollen doch annehmen, daß das Gesetz von vernünftigen Richtern angewendet wird.

Ich bitte Sie, die Ergänzungsanträge des Herrn Grünenfelder abzulehnen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 4. März 1930.
Séance du matin du 4 mars 1930.

Vorsitz — Présidence: M. Graber.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 41 hiervor. — Voir page 41 ci-devant.

Farbstein: Ich beantrage Ihnen, die Art. 352, 352bis und 352ter in der Fassung der Kommissionsminderheit anzunehmen und dagegen die Anträge Grünenfelder zu Art. 350 abzulehnen. Ich will mich zuerst zu den Anträgen der Kommissionsminderheit aussprechen. Was ist denn der Gedanke, der uns vorschwebt, wenn wir das Strafrecht vereinheitlichen wollen? Es liegen nicht nur staatspolitische, sondern in erster Linie rechtspolitische Gründe vor. Wir finden es unrecht, daß in einem und demselben Staate die gleiche Handlung verschieden bestraft wird. Es verletzt unser Rechtsgefühl, unser Rechtsgewissen, wenn jemand, der z. B. in Zürich eine gleiche Handlung begeht, mit Buße bestraft wird, dagegen im benachbarten Aargau mit Gefängnis oder mit Arbeitshaus. Dieser Gedanke hätte eigentlich dazu führen sollen, daß man auch das Polizeistrafrecht vereinheitlichen solle. Es ist aber nicht gut möglich, in einem Bundesstaate das gesamte Polizeistrafrecht einheitlich zu kodifizieren. Die Kantone haben bestimmte Kompetenzen, und es muß ihnen überlassen werden, im Rahmen ihrer Souveränität bestimmte Uebertretungen nach ihrem Ermessen zu bestrafen. Aber auch hier soll der Hauptgedanke vorherrschen, es gehe nicht an, daß in einem und demselben Staate verschiedene Strafen

für die gleiche Handlung zur Anwendung kommen. Nehmen wir z. B. an, ein Fuhrmann fährt von Dietikon im Kanton Zürich nach Wettingen im Kanton Aargau. Er wird zu schnell fahren. Nun werden Sie es unbillig finden, daß er in Wettingen viel schärfer bestraft wird als in Dietikon im Kanton Zürich.

Der Bundesrat hatte auch diese Einsicht und hat in Abs. 3 von Art. 352 vorgeschlagen, daß als Freiheitsstrafe nur die Haftstrafe zur Anwendung kommen solle. Die Kommissionsmehrheit hat diesen Abs. 3 gestrichen, die Kommissionsminderheit hat ihn wieder aufgenommen. Was ist nun die Konsequenz des Streichungsantrages der Kommissionsmehrheit? Wir werden in der Eidgenossenschaft eine ganze Reihe von Strafen für die gleiche Uebertretung haben. Das Bundesstrafrecht bestraft Polizeiübertretungen mit Haft oder Buße; die Kantone können Handlungen, die viel milder sind, nicht nur mit Buße, sondern mit Gefängnis und theoretisch sogar mit Zuchthaus bestrafen. Stellen Sie sich diese Konsequenz vor: Nach Bundesstrafrecht wird jemand nur mit Haft oder Buße bestraft, der sich der Tierquälerei schuldig gemacht hat, oder sogar, wenn er in vermieteten Räumen gewerbsmäßige Unzucht duldet oder wenn er Gelegenheit zur Unzucht veröffentlicht. In diesen Fällen kann er nur mit Haft oder Buße bestraft werden. Den Kantonen soll die Freiheit überlassen werden, wegen geringen Uebertretungen mit Gefängnis zu bestrafen. So kann z. B. ein Kanton vorschreiben, daß, wenn jemand Nachtlärm macht, er mit Gefängnis bestraft wird. Sie sehen hier, zu welchen Konsequenzen wir kommen, wenn wir es den 25 Kantonen überlassen, für die gleiche Handlung verschiedene Strafen vorzusehen. Insofern hatte der Bundesrat in seinem Entwurf recht, indem er erklärte: für Uebertretungen ist die einzige Strafe Haft, es darf für Uebertretungen nicht Gefängnis vorgesehen werden. Die Kommissionsmehrheit hat diesen Antrag gestrichen; wir haben ihn wieder aufgenommen.

Es kommt noch folgender Umstand in Betracht. Der Entwurf hat überhaupt eine Lücke. Er definiert nicht den Begriff der Uebertretung. Weder der Art. 352 noch der Art. 288 sagt uns, was man unter einer Uebertretung verstehen kann. Es heißt lediglich, daß die Kantone kompetent sind, auf dem Gebiete des Uebertretungsstrafrechtes Bestimmungen zu erlassen, insofern es nicht Gegenstand der Bundesgesetzgebung ist.

Wenn das Bundesstrafrecht eine Handlung weder als Vergehen, noch als Uebertretung ansieht, so werden dann die Kantone Bestimmungen erlassen können. Nehmen wir z. B. den Fall des außerehelichen Verkehrs an. Er wird noch jetzt in bestimmten Kantonen bestraft. Meiner Ansicht nach könnte ganz gut ein Kanton dieses Vergehen, wenn man es überhaupt als Vergehen betrachten will, als Uebertretung bestrafen, und wenn er es auch nicht als Vergehen bestraft, doch mit der Strafe des Vergehens bestrafen, nämlich mit Gefängnis. Das Bundesstrafrecht bestraft es nicht, weder als Vergehen, noch als Uebertretung, also kann der Kanton machen, was er will. Wenn man ihm die Freiheit läßt, die Strafe zu verhängen, die er will, so kann der Kanton auf Umwegen bestimmte Handlungen, die das Bundesstrafrecht nicht bestraft, und nicht als Vergehen ansieht, mit der Strafe des Vergehens, mit Gefäng-

nis bestrafen. Wir haben z. B. die Bestrafung von volljährigen Homosexuellen abgelehnt. Auch hier ist der Kanton frei. Der Bund bestraft bestimmte Handlungen weder als Vergehen, noch als Uebertretung. Der Kanton wäre unter Umständen berechtigt, diese Handlungen als Uebertretung zu bestrafen, aber für diese Uebertretung nicht die Strafe der Uebertretung, sondern die Strafe des Vergehens, also Gefängnis, vorzusehen. Sie sehen also, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn man den Kantonen die absolute Freiheit überläßt, daß sie Uebertretungen bestrafen können mit Strafen, die viel schärfer und viel härter sind als die Strafen, die das Bundesstrafrecht für Uebertretungen vorsieht.

Aus diesen Gründen empfehlen wir Ihnen, den ursprünglichen Antrag des Bundesrates aufzunehmen, daß die Kantone Uebertretungen im Maximum nur mit Haft bestrafen können. Das ist der eine Antrag der Kommissionsminderheit.

Der zweite Antrag will den allgemeinen Teil des zweiten Buches obligatorisch zur Anwendung bringen. Der Kommissionspräsident, Herr Dr. Seiler hat erklärt: « Wir wollen doch den Kantonen nicht allzu viele Bestimmungen vorschreiben. » Aber was macht die Kommissionsmehrheit? Der allgemeine Teil des zweiten Buches besteht aus 8 Paragraphen. Die Kommissionsmehrheit will diese 8 Paragraphen den Kantonen nicht vorschreiben; dagegen will sie, daß die Kantone an deren Stelle 200 Paragraphen erlassen, indem jeder der 25 Kantone ja nur seine 8 Paragraphen aufzustellen braucht. So werden wir 200 Paragraphen über das allgemeine Strafrecht haben, während wir die Sache erledigen können, indem man nur diese 8 Paragraphen vorschreibt.

Es ist auch hier von großer Wichtigkeit, daß den Kantonen Vorschriften gemacht werden. Sehen wir uns den allgemeinen Teil an. Art. 288 sagt, daß die allgemeinen Bestimmungen zur Anwendung kommen. Die Logik ist die, daß Polizeibußen nicht in Gefängnis umgewandelt werden können. Nun sehen Sie, welchen Rechtsstandpunkt wir haben werden. Nach Bundesstrafrecht kann eine Polizei- oder Uebertretungsbuße nicht in Gefängnis umgewandelt werden. Wenn Sie den allgemeinen Teil nicht obligatorisch für die Kantone machen, so wird die Konsequenz die sein: Nach Bundesrecht ist die Umwandlung einer Buße in Gefängnis unzulässig, nach kantonalem Recht konnte sie zulässig sein. Wählen wir ein anderes Beispiel. Irgendein Mensch hat ein Tier gequält. Er wird wegen Tierquälerei nach Bundesrecht mit Buße bestraft. Er kann die Buße nicht bezahlen. Seine Buße darf nicht in Gefängnis umgewandelt werden. In der gleichen Gemeinde, vielleicht in der gleichen Straße, vielleicht im gleichen Hause wohnt ein Nachbar, der am Samstag abend oder am Sonntag, nachdem er ein Glas zuviel getrunken hat, Lärm macht. Er wird auch mit einer Buße bestraft. Er kann sie nicht bezahlen. Hier kommt kantonales Strafrecht zur Anwendung, bei ihm darf die Buße in Gefängnis umgewandelt werden. Sie sehen, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn man für die schwereren Uebertretungen — und die Uebertretungen des Bundesstrafrechtes sind doch die schwereren — ein anderes Recht vorsieht und für die kantonalen Uebertretungen wieder ein anderes.

Oder nehmen Sie die Frage der Verjährung: Nach Bundesstrafrecht verjährt die Uebertretung nach Ablauf eines Jahres. Wollen Sie wirklich, daß in den 25 Kantonen 25 Vorschriften oder vielleicht 10 Vorschriften über die Verjährung sein sollen, daß z. B. die gleiche Handlung im Kanton Zürich in 6 Monaten, im Kanton Aargau nach einem Jahr, in einem andern Kanton vielleicht nach 2 oder 3 Jahren verjähren soll?

Die Kommissionsmehrheit — hier ist sie nicht konsequent — will den allgemeinen Teil nicht zur Anwendung bringen; und doch hat sie einen neuen Art. 352bis vorgesehen, wonach der bedingte Strafvollzug auch für das kantonale Polizeistrafrecht verbindlich sein soll. Wir gehen etwas weiter und sagen: Wir wollen nicht nur einen dieser 8 Paragraphen zur Anwendung bringen, sondern wir wollen die gesamten 8 Paragraphen für das kantonale Polizeistrafrecht vorschreiben. Wenn wir das Strafrecht vereinheitlichen wollen, dann sollen wir es konsequent dort tun, wo es möglich ist. Ich gebe zu, daß das Bundesstrafrecht auf dem Gebiete der Uebertretungen nicht alles normieren kann, weil die Verhältnisse in den Kantonen verschiedenartige sind. Aber das Bundesstrafrecht kann wenigstens insofern einheitlich vorgehen, daß es eine Einheitsstrafe vorsieht, das ist die Strafe der Haft, und daß es im weitern die allgemeinen Vorschriften für sämtliche Kantone aufstellt. Bestimmte Kantone werden übrigens dem Bunde dankbar sein, wenn sie von der Verpflichtung befreit werden, für das Uebertretungsrecht noch allgemeine Bestimmungen zu erlassen; sie werden dann die allgemeinen Bestimmungen des Bundesstrafrechtes zur Anwendung bringen können.

Und nun zu den Anträgen des Herrn Grünenfelder. Wir Juristen bilden uns ein, daß wir gute Logiker sind, und wir verlangen von einem Juristen, daß er logisch denken soll. Liest man aber einmal die Anträge des Herrn Grünenfelder, so muß man sich fragen: Wo ist hier die Logik des Juristen geblieben? Das Bundesstrafrecht bestraft Vergehen und Uebertretungen. Der Nationalrat hat den bedingten Strafvollzug für die Vergehen und für die Uebertretungen vorgesehen. Der Nationalrat hat auch beschlossen, daß Bußen nicht in Gefängnis umgewandelt werden können. Es wäre logisch, wenn Herr Grünenfelder einen Wiedererwägungsantrag gestellt, wenn er erklärt hätte: «Ich will überhaupt keinen bedingten Strafvollzug; ich will, daß im allgemeinen überhaupt Buße in Gefängnis umgewandelt werden kann.» Hier wäre eine bestimmte Logik. Man könnte sagen: Seine Begehren sind unberechtigt, aber sie sind logisch. Was macht aber Herr Grünenfelder? Beim Bundesstrafrecht läßt er den status quo. Hier hat er keinen Antrag gestellt. Aber er kommt nun und sagt folgendes: Bei den Nebengesetzen, bei den Nebenstrafrechtsgesetzen will ich etwas anderes haben; hier will ich, daß der bedingte Strafvollzug nur für Haft oder Freiheitsstrafen gelten soll; hier will ich, daß die Bußen in Gefängnis umgewandelt werden können. Ich muß die Frage an Herrn Grünenfelder richten: Welcher innere Grund spricht dafür, daß eine Handlung, die nach Bundesstrafrecht bestraft wird, milde beurteilt wird, und im Nebenstrafrecht schärfer behandelt wird? Ich kann mir nur vorstellen, daß Herr Grünenfelder auf den Jahrgang

der eidgenössischen Gesetzessammlung abstellt, in welchem irgendein Gesetz publiziert wird. Er sagt sich: «Wenn das Bundesstrafrecht in Band 53 oder 54 publiziert wird, kommt eine mildere Strafe; ist aber das Gesetz in Band 47 oder 48 oder in Band 56 publiziert, so gilt eine schärfere Strafe.» Das ist die einzige Logik, eine andere ist unverständlich.

Bei den Nebenstrafgesetzen handelt es sich nicht nur um Polizeiübertretungen, sondern auch um Strafgesetze im eigentlichen Sinne des Wortes. Herr Grünenfelder übersieht hier etwas. Beim bedingten Strafvollzug kommt es nicht darauf an, ob jemand die Buße bezahlt habe, sondern ob die Strafe im Strafregister früher oder später gelöscht wird. Nach Art. 39 des Entwurfes soll die Strafe auf Befehl des Richters im Strafregister gelöscht werden, wenn der bedingt Verurteilte während der Bewährungszeit sich gut aufführt. Für den Verurteilten ist die Streichung das wichtigste. Mancher Verurteilte wird sich sagen, ich zahle, aber ich will nicht als vorbestraft gelten. Herr Grünenfelder hat diese Tatsache übersehen. Art. 39 ist jetzt für das gesamte Strafrecht verbindlich, denn Art. 350 erklärt, daß die allgemeinen Bestimmungen zur Anwendung kommen, und diese Vorschrift gilt auch für das Nebenstrafrecht. Bei den Polizeiübertretungen kann ein Fall vorkommen, wo der Richter irgendeinen armen Menschen mit einer Buße bestraft. Der Richter wird sich sagen: «Der Mann ist arm, er ist zum erstenmal gebüßt, wozu ihn plagen, ich will ihn bedingt verurteilen.» Herr Grünenfelder will diese Milde nicht gelten lassen. Der Antrag des Herrn Grünenfelder gilt für sämtliche Nebenstrafgesetze, denn sein Antrag lautet nicht, daß er nur für die Polizeigesetze gelte.

Ich will Ihnen anhand einiger Beispiele zeigen, daß der Antrag Grünenfelder geradezu unsinnig ist. Nehmen wir das Bundesgesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsgesellschaften. Danach können Personen mit Gefängnis oder mit Buße bestraft werden, die eine nicht konzessionierte Versicherungsgesellschaft betreiben oder dazu behilflich sind. Nach diesem Bundesgesetze, das auch ein Nebengesetz ist, können ferner die Direktoren oder Leiter einer Versicherungsgesellschaft bestraft werden, wenn sie dem Bundesrat unwahre Mitteilungen machen. Nehmen wir den Fall, daß irgendein Agent — Versicherungsagenten sind in der Regel arme Teufel — für eine nicht konzessionierte Versicherungsgesellschaft gearbeitet hat. Er wird mit einer Buße bestraft und kann nach den Anträgen Grünenfelder nicht bedingt verurteilt werden. Der Direktor der Versicherungsgesellschaft, der falsche Bilanzen unterbreitet, wird mit Gefängnis bestraft und sollte nach der Meinung des Herrn Grünenfelder die Wohltat der bedingten Verurteilung genießen. Die Strafe des armen Agenten wird nicht gestrichen werden können, wohl aber die Strafe des Direktors.

Sehen wir uns das Lebensmittelpolizeigesetz an. Nach Art. 37 können diejenigen, die verfälschte Waren vorsätzlich feilbieten, mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Buße bis zu 2000 Fr. bestraft werden. Erfolgt das Feilbieten fahrlässig, so ist die Strafe nur Buße bis zu 500 Fr. Nach Grünenfelder kann der erstere, der vorsätzlich feilbietet, bedingt verurteilt werden, der letztere, der fahrlässig feilbietet, dagegen nicht.

Oder nehmen Sie den Fall des Art. 41 des Lebensmittelpolizeigesetzes. Wer vorsätzlich gegen die vom Bundesrat erlassenen Vorschriften handelt, kann mit Haft bestraft werden, wer es fahrlässig tut, nur mit Buße. Nach der Logik des Herrn Grünenfelder wird der schwere Rechtsbrecher bedingt verurteilt werden können, der andere, der ein milderes Vergehen begangen hat, dagegen nicht. Diese Logik ist jedenfalls den Juristen nicht verständlich. Wenn jemand milde bestraft werden soll, und der bedingte Strafvollzug spricht von Milde, so soll diese Milde auch zur Anwendung kommen für diejenigen, die ein geringeres Vergehen begangen haben. Ich weiß nicht, ob Herr Grünenfelder nur an die Vergehen bis zu drei Monaten Haft denkt, in seinem formulierten Antrag steht nichts darüber. Aber auch bei Vergehen bis zu drei Monaten Haft, also bei den eigentlichen Polizeiübertretungen, ist in der Regel fakultativ Haft oder Buße vorgesehen. Der Richter kann, wenn er auf Haft erkannt hat, bedingt verurteilen, wenn er auf Buße erkannte, dagegen nicht. Was wird der vernünftige Richter tun? Er wird auf drei oder acht Tage Haft erkennen und die Strafe bedingt aussprechen. Er wird, wenn der Nationalrat im Sinne des Antrages des Herrn Grünenfelder beschließen sollte, sich sagen, wenn der Gesetzgeber unlogisch war, so will ich vernünftig sein. So wird der logische Richter handeln.

Herr Grünenfelder kommt aber noch mit einem zweiten Antrag. Er will die Umwandlung von Bußen in Gefängnis bei den Nebengesetzen. Stellen Sie sich nun folgenden Fall vor. Nach Bundesstrafrecht kann jemand, der in seinen Räumen gewerbsmäßige Kuppelei duldet oder Gelegenheiten zur Unzucht veröffentlicht, nur mit Haft oder Buße bestraft werden. Wenn er die Buße nicht bezahlt, so kann die Buße nicht in Gefängnis umgewandelt werden. Bei den Nebenstrafgesetzen, wo es sich um viel weniger wichtige Tatbestände handelt, will Herr Grünenfelder, daß die Buße in Gefängnis umgewandelt werden könne. Diese Logik sehe ich nicht ein und ich weiß nicht, wie Herr Grünenfelder seine Anträge begründen können.

Der Antrag Grünenfelder ist unnötig. Art. 346 des Entwurfes sagt, daß derjenige, der aus Böswilligkeit, Nachlässigkeit, Arbeitsscheu oder Liederlichkeit die Buße nicht bezahlt, mit Haft bestraft werde. Herr Grünenfelder will denjenigen bestrafen, der weder aus Liederlichkeit, noch aus Nachlässigkeit, aus Böswilligkeit oder aus Arbeitsscheu die Buße nicht zahlt, sondern weil er das Geld nicht dazu hat. Ein Gebüßter, dessen Taglohn so groß ist, wie das Taggeld eines Mitglieds des Nationalrates, also 40 Fr., wird nicht ins Gefängnis gehen und 10 Franken absitzen. In der Regel wird es nur ein Bestrafter tun, dessen Taglohn weniger als 10 Fr. ausmacht. Wir können den Antrag Grünenfelder als die Lex Grünenfelder bezeichnen, die Strafbestimmungen für diejenigen Schweizerbürger aufstellt, die weniger als 10 Fr. täglich verdienen. Ich glaube, es werden im Nationalrat nicht drei Männer zu finden sein, die dafür zu haben sind, Strafbestimmungen für Schweizerbürger zu erlassen, nur weil sie weniger als 10 Fr. täglich verdienen.

Ich beantrage Ihnen, die Anträge des Herrn Grünenfelder abzulehnen.

Grünenfelder: Gestatten Sie mir, in erster Linie zu den soeben gemachten Ausführungen von Herrn Dr. Farbstein einige Bemerkungen zu machen. Ich möchte ihn darauf aufmerksam machen, daß sein Glaube, wenn hier einheitliches Uebertretungsrecht in den allgemeinen Grundsätzen geschaffen werde, dann auch für die Einheitlichkeit in der Strafrechtssprechung gesorgt sei, ein großer Irrtum wäre. Herr Dr. Farbstein will die Genfer und die am Bodensee für das gleiche Delikt gleich bestraft wissen. Glaubt er im Ernste daran, daß die Praxis sich so gestalten werde, angesichts des Umstandes, daß das Strafgesetzbuch dem Richter einen sehr weiten Rahmen gewährt, wobei der eine Richter, sogar im gleichen Kanton, je nach seiner individuellen Auffassung, die doppelte Strafe für das gleiche Delikt ausfallen kann, wie der andere? Eine derartige Gleichstellung wird Herr Farbstein niemals erreichen, auch wenn man die Grundsätze, die er als Minderheitsvertreter vertritt, in den Art. 352bis und ter einführen würde.

Herr Dr. Farbstein hat mir die Logik abgesprochen und u. a. wieder mit dem «armen Teufel» exemplifiziert, den er bereits bei den Art. 39 und 46 aufgeführt hat. Dieser «arme Teufel» ist uns nun ein alter Bekannter. Wenn mir Herr Farbstein gestern die Aufmerksamkeit zugewendet hätte, die ich ihm heute zugewendet habe, dann würde er darüber im klaren sein, wie ich logischerweise dazu gekommen bin, meine Anträge zu stellen. Wir gehen eben von ganz andern Grundsätzen aus, von denen aus der bedingte Strafvollzug gewährt werden soll oder nicht. Ich habe gestern ausgeführt, daß der bedingte Strafvollzug nach der ursprünglichen Idee den Zweck habe, daß ein sonst ehrenhafter Bürger nicht die Unehre der Gefängnisstrafe über sich ergehen lassen müsse. Man ist dann damit nach und nach auch auf die mildere Strafe hinübergerutscht, auf die Geldbußen. Herr Farbstein geht aber noch von der weiteren falschen Voraussetzung aus, — er hat sich wenigstens so ausgedrückt, — nämlich davon, als ob ich generell dagegen wäre, dort, wo bloß Buße ausgesprochen ist, den bedingten Strafvollzug zu gestatten, also auch wenn die Buße umgewandelt wäre. Aus Ziff. 5 meines Antrages geht hervor, daß dies eine unrichtige Annahme ist. Da wo der «arme Teufel» in Frage kommt, der nicht in der Lage ist, die Geldbuße zu bezahlen, kommt eben die Umwandlung in Betracht und damit die Möglichkeit, den bedingten Straferlaß zu gewähren. Also wird der arme Teufel nicht schlechter wegkommen als ein anderer Verurteilter, der bezahlen kann und bezahlt. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Strafumwandlung bei Leuten, die bezahlen, eben nicht stattfinden muß, während beim armen Teufel für den Fall der Nichterhältlichkeit der Buße auf Strafumwandlung erkannt wird und für diesen Fall der bedingte Strafvollzug gewährt werden kann. Das ist gerade das, wofür Herr Farbstein seinerzeit plädiert hatte; ich habe daraus meine Schlüsse gezogen.

Herr Farbstein will den bedingten Strafvollzug auch generell für Bußen einführen, damit der gescheitere, oder, wie er gesagt hat, der vernünftige Richter den dummen Gesetzgeber korrigieren kann. Ist das die Aufgabe des Richters? Wenn Sie so legiferieren, so wird sich jeder Richter sagen,

er sei von vornherein der Vernünftiger und wenn er eine andere Auffassung hat als der Gesetzgeber, so ist die seinige dann sowieso die richtigere. Wenn aber der Richter die Gesetze nicht handhaben muß, wie sollen dann die gewöhnlichen Bürger sie respektieren? Wo ist da Ihre Logik, Herr Farbstein? Ich muß auch mit Entschiedenheit die demagogische Art und Weise ablehnen, mit der Herr Farbstein ausgeführt hat, das gebe eine Lex Grünenfelder, nach welcher jeder schlechter behandelt werde, der weniger als 10 Fr. Taglohn habe. Ich würde es im umgekehrten Falle nicht wagen, angesichts der Höhe des Rates, gegen Herrn Farbstein eine derartige Sprache zu führen.

Noch einige Bemerkungen an Herrn Huber. Herr Huber hat mit dem Militärstrafgesetzbuch exemplifiziert, das jetzt für ihn nun Kronzeuge ist dafür, daß wir den bedingten Strafvollzug auch für Bußen einführen müßten. Er weiß aber ganz genau, daß Bußen für ein Militärstrafgesetzbuch eine vollkommen neue Strafform ist und insbesondere, daß sie nur für ganz ausnahmsweise Fälle vorgesehen ist, z. B. für den Fall, daß einer seine Ausrüstung vernachlässigt und damit Kosten verursacht; ein solcher Wehrmann kann auch noch in eine Buße verfallen werden. Und hierfür ist im Militärstrafgesetzbuch in der Tat der bedingte Strafvollzug eingeräumt worden. Aber Herrn Huber ist auch bekannt, daß beim Militärstrafgesetzbuch immer und immer wieder betont worden ist, daß das, was dort festgelegt wurde, keinerlei Präjudiz sein solle für das später zu behandelnde bürgerliche Strafgesetz. Nicht wahr, Herr Huber, das ist so? (Huber: Gewiß.)

Man sagt jetzt, das schlimmste im ganzen Strafverfahren sei das, daß einer ins Strafregister hineinkomme. Insbesondere Herr Farbstein hat so gesprochen. Was hat es denn mit diesem Strafregister auf sich? Auch wer den bedingten Strafvollzug bewilligt erhält, wird ins Strafregister eingetragen; wenn aber die Probezeit vorbei ist, wird die Strafe gelöscht, aber nicht so gelöscht, daß man davon nichts mehr sieht, sondern auch nachher noch kann zuhänden der Strafbehörden ein Auszug über die gelöschte und dahingefallene Strafe verlangt werden, immerhin mit dem Hinweis auf die Löschung. Was hat es im übrigen zu bedeuten, wenn einer im Strafregister figuriert? Die Einsicht in dasselbe steht ja nicht jedermann frei, Auszüge können nur vom Verurteilten selbst und von den Strafuntersuchungsbehörden und niemals von Dritten erlangt werden. Er hat auch in strafrechtlicher Hinsicht nicht etwa eine straferschwerende Wirkung, indem, aus dem Eintrag einer Buße kein Rückfall konstruiert werden kann. Rückfall ist ja nach unserm Strafgesetzbuch nur möglich, wenn eine Freiheitsstrafe vorausgegangen ist und wieder auf Freiheitsstrafe erkannt werden muß. Bei Buße gibt es keinen Rückfall und darum auch keine Straferschwerung. Also braucht man auch mit dem Hinweis auf dieses Strafregister den Versuch zu machen, großen Eindruck zu erwecken.

Weiter hat Herr Huber gegen meinen Antrag vorgebracht, es brauche ein neues Strafverfahren, wenn mein Antrag, Abs. 6, angenommen werde und es könne erst dann die Gewährung des bedingten Strafvollzugs eintreten. Das ist noch nicht gesagt. Die Möglichkeit besteht, die Sache im

Strafprozeßgesetz anders zu regeln, z. B. so, daß der Richter schon im Haupturteil bestimmen kann: Die Buße beträgt soundso viel; für den Fall der Unerhältlichkeit wird sie umgewandelt, und in diesem Fall tritt bedingter Strafvollzug ein. Aber warum hier einen solchen Schrecken davor haben, ein weiteres gerichtliches Strafprozeßverfahren einzuführen. Ich verweise auf Art. 46 und 346 der Vorlage einerseits, auf Art. 39 und 41 andererseits. Dort hat man auch ein späteres Eingreifen des Richters als eine glückliche Lösung betrachtet. In Art. 46 hat man vorgeschrieben, daß, wer wegen Arbeitsscheu oder Liederlichkeit die Buße nicht bezahle, zu Freiheitsstrafe verurteilt werde. Da ist also auf jeden Fall auch ein zweiter Prozeß notwendig, und zwar offenbar auf Kosten des Staates; denn wenn man die Bußen für den ersten Prozeß nicht erhalten kann, wird es beim zweiten Prozeß noch weniger der Fall sein, und die Gerichtskosten werden nicht eingebracht werden können. So ist es auch bei bedingtem Strafvollzug nach Art. 39. Dort ist auch vorgesehen, daß bei Nichtbewährung während der Probezeit der Richter den Strafvollzug auszusprechen habe, und weiter ist es so in Art. 41 bei der Einweisung in eine Arbeitserziehungsanstalt, statt in die Strafanstalt. Auch dort hat also der Richter den Vollzug der Strafe auszusprechen, und zwar in einem zweiten Prozeß. Man hat das, wie gesagt, als eine glückliche Lösung hingestellt; aber man hat keinen Grund, hier zu sagen, daß besondere Schwierigkeiten entstehen, wenn der Richter allenfalls erst später bei der Umwandlung den bedingten Strafvollzug zu verfügen haben werde. Für eine derartige Kritik an meinem Antrag fehlt jede Unterlage.

Weiter hat Herr Huber gesagt, es sei unverständlich, wie man jetzt auf die Umwandlungsfrage abstellen und Umwandlung überhaupt vorsehen könne; das sei eine barbarische Einrichtung. Ich verweise darauf, daß diese Einrichtung bisher in allen Kantonen bestanden hat. Es ist mir keiner bekannt, in dem der umgekehrte Zustand herrschte. Daraus darf ich wohl den Schluß ziehen, daß das Verfahren nicht so barbarisch sei. Aber Herr Huber geht noch weiter und sagt, es bestehe die Möglichkeit, daß einer, der die Bußen zahlen könnte, es nicht tue und einen Betrug begehe, um die Strafumwandlung und auf diesem Wege den bedingten Strafvollzug zu erreichen. Dieser Weg, den Herr Huber zeigt, ist ohnehin etwas geschlängelt; aber generell gesprochen, Hand aufs Herz: ist überall, wo jetzt bei Freiheits- oder Geldstrafe der bedingte Strafvollzug gewährt wird, diese Gewährung vollkommen berechtigt und begründet? Gibt es nicht auch jetzt Schlaumeier unter den Verurteilten und den Anwälten, die es zustande bringen, den Richter über gewisse Tatsachen hinwegzutäuschen, um den bedingten Strafvollzug zu erwirken? Wenn Sie den Mißbrauch nicht wollen, dann müssen Sie jedenfalls das Instrument kürzen und beschneiden und den bedingten Strafvollzug, den man auf betrügerische Weise erwirken könnte, einschränken und nicht umgekehrt ihn ausdehnen.

Noch eine letzte Bemerkung. Herr Huber hat angedeutet, fast könne es scheinen, als ob der Antrag gestellt sei, um dem Gesetz noch mehr Schwierigkeiten zu bereiten. Ich möchte demgegenüber fest-

stellen, daß wir keinen Antrag gestellt und keinen verfochten oder bekämpft haben zu dem Zwecke, dem Gesetze Schwierigkeiten zu bereiten, es zu sabotieren. Wir haben uns vielmehr auf den Standpunkt gestellt, an diesem Gesetzeswerk redlich mitzuarbeiten, und haben versucht, durch unsere Anträge und unsere Stellungnahme das Gesetz auch für uns annehmbar zu gestalten, insbesondere auch durch unsere Stellungnahme gegenüber Anträgen der Sozialdemokraten. Aber den Vorwurf der Sabotage dieses Gesetzeswerks müssen wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wenn wir das Gesetz hätten sabotieren wollen, hätten wir das am wirksamsten dadurch erreicht, daß wir den sozialdemokratischen Anträgen samt und sonders zugestimmt hätten. (**Biroll:** Sehr richtig.) Wir sind in der überwiegenden Zahl der Anträge unterlegen. Dagegen hat wohl die sozialdemokratische Fraktion allen Grund, für das Zustandekommen dieses Gesetzes, wie es jetzt aussieht, einzustehen, aber auch für sein Zustandekommen zu bangen.

Seller, Berichterstatter der Mehrheit: Ich bin in großer Verlegenheit; ich weiß nämlich nicht, ob bei der allgemeinen Aufmerksamkeit, die das Traktandum eben erfahren hat, die Sache schon so abgeklärt ist, daß ich meine gestern bereits havarierte Stimme schonen könnte. Da wir aber immerhin vor einer wichtigen Abstimmung stehen, ist es vielleicht gut, wenn wir uns wenigstens jetzt einige Mühe geben, die Sache untereinander noch verständlich zu machen. Es sollte doch nicht vorkommen, daß in derart wichtigen Fragen nur Zufallsentscheide fallen, sondern dieser Entscheid sollte wirklich auf Grund vollständiger Kenntnis der Tatsachen und Verhältnisse erfolgen. Weil ich nun doch die Auffassung habe, daß das auch hier der Fall sein sollte, erlaube ich mir noch einige Bemerkungen zur Situation.

Wir haben zwei Gruppen von Anträgen. Der erste Antrag ist der Antrag Grünenfelder zu Art. 350, der zweite Antrag ist der Antrag Farbstein, bzw. sind die Anträge der Kommissionsminderheit zu Art. 352. Der Antrag Grünenfelder bezieht sich auf die sogenannte Nebenstrafgesetzgebung des Bundes, also Jagdgesetz, Polizeigesetz, Fiskalgesetze usw. Die Anträge der Kommissionsminderheit beziehen sich auf das kantonale Uebertretungsstrafrecht, auf die Materie, die das schweizerische Strafgesetzbuch den Kantonen überläßt.

Die Ausführungen von Herrn Grünenfelder waren sehr interessant, und interessant war auch, wie Herr Huber jene Anträge zerzaust hat. Der Sinn des Antrages Grünenfelder ist klar: es sollen im Bundesnebenstrafrecht — der Antrag bezieht sich ja nur auf die Nebenstrafgesetzgebung des Bundes und nicht auf die kantonale Strafgesetzgebung — die Bußen in Freiheitsstrafen umgewandelt werden können. Da wollen wir uns daran erinnern, daß das eine Ausnahme vom allgemeinen Grundsatz ist, den wir im ersten Buch des Strafgesetzes angenommen haben: Art. 46 des Strafgesetzbuches kennt die Umwandlung der Buße in Gefängnis bzw. Haftstrafen nicht. Nur in Art. 346 (jetzt Art. 260septies) ist eine Bestimmung aufgenommen gemäß welcher der, der aus Liederlichkeit oder Arbeitsscheu eine Buße nicht bezahlt, wegen dieser Liederlichkeit, und Arbeitsscheu bestraft werden kann. Also bei den

Verbrechen und Vergehen ist die Umwandlung ausgeschlossen.

Soll nun dieser Ausschluß auch ohne weiteres gelten für die Uebertretungen nach den Nebenstrafgesetzen? Weshalb denn? hat Herr Grünenfelder gefragt. Die Voraussetzung für die Einführung der bedingten Verurteilung bzw. des bedingten Strafvollzugs sei die gewesen, daß man den Verurteilten vor der Schande des Gefängnisses bewahren wollte. Das trifft zu, wie es Herr Grünenfelder gesagt hat. Ich glaube, das war in der Hauptsache der Ausgangspunkt. Aber nun haben wir den bedingten Strafvollzug und da kommt die andere Frage: Wenn wir ihn haben für die schweren Vergehen und Verbrechen, ist es dann noch logisch, wenn wir diese Gnade nicht zulassen für die leichteren Uebertretungen? Das ist der Zwiespalt. Diese Frage muß nun jeder unter Ihnen für sich selbst lösen. Ich will ohne weiteres zugeben, daß es speziell im Hinblick auf das Jagdgesetz oder das Lebensmittelpolizeigesetz stoßend ist, wenn unter keinen Umständen die Buße in Gefängnis umgewandelt werden kann, wenn also diese Täter gewissermaßen straffrei ausgehen.

Herr Grünenfelder hat gestern auf den Entwurf des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege verwiesen, und zwar mit Recht. In Art. 319 des Entwurfes ist die Bußenumwandlung noch vorgesehen. Die Botschaft sagt darüber auf Seite 84 folgendes: «Art. 319 sieht wie Art. 28 F. St. P. die Umwandlung der nicht erhaltlichen Buße in Gefängnis vor. Während das Zollgesetz die Umwandlung unter Berufung auf Art. 28 F. St. P. zuläßt, schließen das Stempel- und das Couponstempelgesetz sie aus.» Sie sehen, das eine Polizeistrafgesetz des Bundes läßt die Umwandlung zu, ein anderes schließt sie aus. Das Couponstempelgesetz ist das neuere Gesetz und hat deshalb wohl den neueren Anschauungen Rechnung getragen. «Wie im Verfahren für die ordentliche Bundesstrafrechtspflege soll auch hier das Schweiz. Strafgesetzbuch über die endgültige Beibehaltung oder Abschaffung der Umwandlungsstrafe entscheiden.» Der Gesetzgeber sagt also, vorläufig wollen wir die Umwandlung noch beibehalten. «Vor dem Inkrafttreten des Strafgesetzbuches kann jedenfalls auf die Umwandlung nicht verzichtet werden, weil keine dem Art. 346 entsprechende Bestimmung gegen das Nichtzahlen der Bußen besteht.» Das heute gültige Gesetz hat zudem eine Bestimmung nach Artikel 260septies noch nicht, der vorschreibt, daß einer wegen Liederlichkeit bzw. wegen Nichtbezahlung der Geldbuße aus Liederlichkeit bestraft werden kann. So bleibt die Sache einstweilen noch offen und wir haben uns hier nun über den Grundsatz selbst zu entscheiden.

Nun gäbe es eine Lösung, die auf dem Boden des jetzigen Entwurfes der Auffassung des Herrn Grünenfelder einigermaßen entgegenkommen könnte. Wir haben in Art. 350 die Bestimmung: «Die allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetzes finden auf Taten, die in andern Bundesgesetzen mit Strafe bedroht sind, insoweit Anwendung, als diese Bundesgesetze nicht selbst Bestimmungen aufstellen.» Mit andern Worten, wenn die Nebenstrafgesetze des Bundes andere Bestimmungen aufstellen als diejenigen hier im Strafgesetzbuch, so sollen Bestimmungen des Spezialgesetzes gelten. Das ist eine

ganz vernünftige Lösung. Nun kommt aber die Einschränkung, die gerade die Bußen betrifft, in Ziff. 4: «Der Vollzug der Buße und die Begnadigung richten sich stets nach den Vorschriften dieses Gesetzes.» Für die bestehende Gesetzgebung ist jedenfalls das zu sagen, daß die Bußen nicht mehr umgewandelt werden können, wenn Abs. 4 von Art. 350 bestehen bleibt. Ob das gut ist oder nicht, darüber mag sich jeder selbst ein Urteil bilden. Ich sage aber, es gäbe eine Lösung auf dem Boden von Art. 350 für die künftige Nebenstrafgesetzgebung. Künftig kann die Bußenumwandlung in der Spezialgesetzgebung ausdrücklich vorgeschrieben werden. Nun ist es fatal, daß die Frage erst jetzt gerade vor der Abstimmung zur Diskussion kommen muß. Ich habe aber doch die Auffassung, daß, wenn diese Zweifelsfragen im Protokoll festgelegt worden sind, sich der Ständerat, der ja ohnehin über die Materie eingehend wird beraten müssen, seinerseits mit der Frage beschäftigen wird, und dann wird unter Umständen die Frage in Form einer Differenz wiederum vor unsern Rat kommen. Jedenfalls ist wichtig, daß die Möglichkeit gegeben wird, in den Spezialgesetzen andere Bestimmungen aufzustellen als sie hier im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches enthalten sind. Wir können ja durch künftige Revision des Jagdgesetzes Abänderungen treffen, die den allgemeinen Bestimmungen unseres Gesetzes vorgehen. Wir können im künftigen Jagdgesetz niederlegen, daß in gewissen Fällen die Buße in Gefängnis umgewandelt werden kann. Das wird man in denjenigen Fällen tun, in denen eine Notwendigkeit dafür besteht. Wir dürfen nicht die Leute einfach unbestraft ziehen lassen, gerade aus dem Gerechtigkeitsgefühl heraus, das uns sagt, daß, wenn der eine seine Buße bezahlt, es auch der andere tun sollte. Wie es dann geregelt werden soll, wenn einer seine Buße nicht bezahlen kann, das können wir dann in der Spezialgesetzgebung ebenfalls näher bestimmen. Wenn das Strafgesetzbuch angenommen ist, werden wir überhaupt die Bestimmungen der Nebenstrafgesetze durchgehends überprüfen müssen. Wir haben durch Revisionen die Nebenstrafgesetzgebung auf den richtigen Boden zu bringen. Wo Abweichungen vom allgemeinen Strafgesetzbuch sich rechtfertigen, kann man das in der Spezialgesetzgebung tun. Ich halte dafür, daß das die richtige Grundlage ist. Wenn wir ein schweizerisches Strafgesetzbuch haben, so wollen wir grundsätzlich ein einheitliches Recht. Auf der andern Seite aber wollen wir doch gestatten, daß bei Spezialgesetzen diejenigen Ausnahmen gemacht werden, die nötig sind. Das ist die richtige Lösung für die Vervollständigung der Strafrechtsvereinheitlichung, und das ist eine klare Ordnung. So halte ich dafür, daß Sie heute dem Antrage der Kommission zustimmen können. Wir wollen die Bedenken im Stenogramm niederlegen. Der Ständerat wird dann Gelegenheit haben, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Noch ein Wort zum Antrag des Herrn Grünenfelder. Ich möchte sagen, dieser Antrag ist ein geistreicher Umweg; aber ich halte dafür, er ist zu kompliziert. Man sollte doch die gerade Linie gehen. Herr Grünenfelder sagt: Es gibt keinen bedingten Strafvollzug für die Bußen, es gibt nur eine Umwandlung für die Bußen im Falle der Nichtzahlung, aber dann kann die Umwandlungsstrafe bedingt

erlassen werden. Das ist ein Umweg. Wir dagegen sagen: Wir wollen nach den allgemeinen Grundsätzen die Buße bedingt erlassen und wollen dann in der Spezialgesetzgebung da, wo es nicht angezeigt ist, die Buße bedingt zu erlassen, erklären: hier darf eine Umwandlung stattfinden. Also Herr Grünenfelder sagt zu dem Uebertreter: «Du bist zu 100 Fr. gebüßt, eventuell zu 10 Tagen Haft verurteilt, wenn du nicht bezahlst. Du brauchst aber eventuell nichts zu fürchten, du kannst für diese umgewandelte Strafe den bedingten Strafvollzug geltend machen.» Ich möchte es Ihnen überlassen, ob Sie diesen Weg gehen wollen. Ich glaube, der andere Weg ist besser.

Die andern Einwendungen des Herrn Grünenfelder mit bezug auf den Rückfall, auf den Versuch usw. werden in den betreffenden Spezialgesetzgebungen nach Maßgabe des Bedürfnisses jener Rechtsmaterie geregelt werden können, so daß Herr Grünenfelder nach dieser Richtung keine Bedenken zu haben braucht. Mit Rücksicht auf die ganze Situation möchte ich Ihnen beantragen, die Kommissionsvorschläge anzunehmen, wobei ich zugebe, daß Zweifelsfragen bestehen und daß in bezug auf die Spezialgesetzgebung etwas gehen muß. Aber das können wir noch später ändern.

Ein kurzes Wort noch zu den Anträgen des Herrn Farbstein. Herr Farbstein befaßt sich mit dem kantonalen Uebertretungsrecht. Wir sind einig mit ihm in bezug auf den Vorbehalt des kantonalen Steuerstrafrechts. Da können die Kantone die Strafe des Gefängnisses anwenden. Ich habe gestern schon gesagt, daß es Fälle des Steuerbetruges gibt, die an den allgemeinen Betrug, wie er im Strafgesetz geordnet ist, ganz gewiß heranreichen. Das wird in Art. 352, Abs. 1, der Kommissionsvorlage ausgedrückt. Nun bestehen aber Differenzen. Die erste besteht darin, daß die Bestrafung kantonalen Uebertretungen nach Ansicht der Kommissionsmehrheit nicht auf die Haftstrafe beschränkt werden soll. Wir hatten in der bundesrechtlichen Verfassung einen Abs. 3: «Als Freiheitsstrafe ist nur die Haftstrafe, so, wie sie dieses Gesetz vorsieht, zulässig.» Die Kommissionsmehrheit hat gefunden, wir sollten die Kantone nicht in dieser Weise einschränken und ihnen nicht in allen Fällen (mit Ausnahme des Steuerrechtes) vorschreiben, daß nur Haftstrafe ausgesprochen werden könne. Es soll den Kantonen überlassen sein, eine andere Strafe auszusprechen, wo sie am Platze ist.

Nun kommt Herr Farbstein und erklärt, es sollen auch für das kantonale Uebertretungsrecht unter allen Umständen die Allgemeinen Bestimmungen des ersten und zweiten Buches des Strafgesetzbuches gelten. Die Kommission wollte nicht so weit gehen. Wenn wir den Kantonen nun einmal das Polizeistrafrecht überlassen, so wollten wir es ihnen auch überlassen, die Strafe nach vernünftigen Grundsätzen und nach ihren Bedürfnissen zu ordnen. Sie sollen ihre Polizeistrafgesetze schaffen und sie sollen sagen können, welche Allgemeinen Bestimmungen und welche Spezialbestimmungen sie anwenden wollen. Herr Farbstein hat erklärt, theoretisch könnte es so kommen, daß ein Kanton für ein bestimmtes Delikt die Buße vorsehe, ein anderer Kanton für das gleiche Delikt das Zuchthaus. Ich glaube, wir dürfen doch sagen, daß wir es im großen

und ganzen mit vernünftigen Kantonen zu tun haben und daß derartige Widersprüche nicht entstehen werden. — Herr Farbstein hat ferner das Beispiel der Tierquälerei angeführt. Das Beispiel ist aber unrichtig; denn die Tierquälerei ist in unserem Strafgesetz als Vergehen bestraft. Es kann sogar die Gefängnisstrafe ausgesprochen werden. Man muß nicht immer die allerschlimmsten Konsequenzen sehen, sonst kommt man im Leben überhaupt zu keiner Lösung. Wenn Herr Farbstein schließlich darauf aufmerksam macht, daß im zweiten Buch nur acht Bestimmungen über das Uebertretungsrecht enthalten seien, so antworte ich darauf, daß ja im übrigen die Allgemeinen Bestimmungen des ersten Buches vorbehalten sind. Wenn wir also die Sache heute vernünftig erledigen wollen, wollen wir es tun auf dem Boden der Anträge der Mehrheit der Kommission.

M. Logoz, rapporteur de la majorité: Les indications que vient de vous donner M. le président de la commission me permettent d'être bref. Je vous demande, surtout, de voter pour ou contre les diverses propositions qui vous sont actuellement soumises, non pas parce qu'elles émanent d'un député de la droite ou de députés de la gauche, mais en connaissance de cause. Rendez-vous compte, tout d'abord, que les questions sur lesquelles vous aurez à vous prononcer tout à l'heure ne sont pas sans importance. Ces questions sont de deux ordres.

D'une part, vous êtes saisis d'une proposition faite par M. Grünenfelder et qui concerne l'art. 350, c'est-à-dire l'application des dispositions générales du Code pénal suisse à la répression des infractions prévues par la législation pénale fédérale spéciale.

D'autre part un certain nombre de nos collègues, au nom desquels M. Farbstein a parlé tout à l'heure, vous soumettent des propositions relatives à l'application de certaines dispositions du Code pénal suisse, non plus aux infractions à la législation fédérale spéciale, mais à des infractions de droit cantonal.

Eh bien, que faut-il penser de ces diverses propositions ?

En ce qui concerne, tout d'abord, celles de M. Grünenfelder, je suis, à mon regret, dans l'obligation de vous dire qu'il ne m'a pas été possible, jusqu'ici, d'apprécier exactement toute leur portée. Les amendements de M. Grünenfelder nous ont, en effet, été remis seulement au début de la séance d'hier; il va de soi que votre commission n'a pas pu les discuter.

Une chose, cependant, est certaine: les amendements de M. Grünenfelder modifieraient profondément le système adopté, après mûr examen de ce problème délicat, par la seconde commission d'experts et votre commission, en ce qui touche:

1° à la question de la conversion éventuelle des amendes impayées en peines privatives de liberté, puis

2° à l'application du sursis conditionnel aux auteurs d'infractions à la législation fédérale spéciale.

Or, abstraction faite des objections de fond qu'on peut opposer aux propositions de M. Grünenfelder et sur lesquelles je ne veux pas revenir maintenant, sans parler non plus du fait que la législation fédérale spéciale elle-même pourra naturellement, si besoin est, déroger à l'avenir aux dispositions de notre projet, si c'était réellement nécessaire pour une matière

déterminée — en laissant de côté tout cela, je dois vous dire ceci: je ne crois pas qu'il soit de bonne méthode, pour ce conseil, d'adopter au pied levé et, je le répète, sans que la commission ait eu l'occasion d'étudier le problème, des amendements de l'importance de ceux qui ont été rédigés in extremis par M. Grünenfelder. Pour cette raison, je vous recommande à mon tour de vous en tenir au texte de l'art. 350, tel qu'il vous est proposé par la commission.

Je me permets de rappeler, d'ailleurs, que nous vivons sous le régime bicaméral. Le Conseil des Etats examinera encore à loisir les questions posées par les amendements de M. Grünenfelder. Si le Conseil des Etats croyait devoir adopter tout ou partie des idées de notre honorable collègue, nous pourrions revenir sur ce point en seconde lecture, après examen par votre commission. Mais pour l'instant, la sagesse me paraît être de nous en tenir purement et simplement à l'art. 350, tel qu'il est proposé par la commission.

Cela dit, un mot encore des propositions de MM. Affolter et consorts, qui concernent les infractions du droit cantonal. En résumé, ces propositions visent à limiter le pouvoir de légiférer que notre projet laisse aux cantons. En effet, nous laissons aux cantons le pouvoir de légiférer sur les infractions au droit fiscal cantonal, puis dans tout le domaine des contraventions de police. Or, MM. Affolter et consorts voudraient obliger les cantons à ne pas prévoir, pour les contraventions qui leur sont réservées, de peines autres que les arrêts. D'autre part, ces Messieurs voudraient, en ce qui concerne la totalité du droit pénal réservé aux cantons, déclarer applicables les dispositions générales du Livre I ou, dans certains cas, du Livre II du Code pénal suisse.

Je vous ai déjà dit à ce sujet qu'à mon avis, il ne faut pas ici retenir d'une main ce qu'on donne de l'autre. Nous avons laissé aux cantons certaines matières; dans ces domaines, laissons les cantons libres de légiférer comme bon leur semble. Ecartons donc les propositions faites par MM. Affolter et consorts. Ainsi, en résumé, je vous recommande de voter sur toute la ligne le texte de la majorité de la commission, en ce qui concerne le 1^{er} chapitre du Livre III.

M. de Muralt: Je voudrais appuyer sur le point de vue exposé par le préopinant dans le sens de l'adoption du texte de la majorité de la commission, en ce qui concerne l'art. 352.

Si vous voulez fournir aux adversaires du Code pénal un argument de plus pour le rejeter, vous n'avez qu'à accepter les propositions de la minorité de la commission qui tendent à ceci: c'est que vous briderez les cantons dans le domaine de la législation des contraventions fiscales et autres; ce serait un argument excellent pour les adversaires du projet de constater que les cantons ne pourront pas faire dans ce domaine, qu'on entend leur réserver, ce qu'ils devraient avoir le droit de faire librement.

Abstimmung. — Vote.

Art. 350.

Für den Antrag Grünenfelder	Minderheit
Für den Antrag der Kommission	Mehrheit

Art. 351.Angenommen. — *Adopté.***Art. 352.**

Für den Antrag der Minderheit	Minderheit
Für den Antrag der Mehrheit	Mehrheit

Art. 352bis.

Eventuell: — Eventuellement:

Für den Antrag der Minderheit	Minderheit
Für den Antrag der Mehrheit	Mehrheit

Definitiv: — Définitivement:

Für Festhalten am eventuell gefaßten Beschluß	Mehrheit
Für den Streichungsantrag Grünen- felder	Minderheit

Art. 353—356.**Antrag der Kommission.**

Art. 353, lit. a, b, c, d. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Lit. e—f.

e) Wenn ein Sträfling zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes eine Freiheitsstrafe verbüßt und eines andern, vor diesem Zeitpunkt verübten, mit Freiheitsstrafe bedrohten Verbrechens oder Vergehens schuldig erklärt wird, so spricht der Richter, der das Urteil gefällt hat, eine Gesamtstrafe aus und rechnet dem Verurteilten die auf Grund des ersten Urteils erstandene Strafzeit an.

f) Die Bestimmungen dieses Gesetzes über die bedingte Entlassung finden auch auf Verurteilte Anwendung, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bestraft worden sind.

Art. 354. Die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Verfolgungs- und Vollstreckungsverjährung finden auch Anwendung, wenn vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Tat begangen oder eine Strafe erkannt worden ist, jedoch nur, wenn dieses Gesetz für den Täter milder ist als das frühere Gesetz. Der vor Inkrafttreten dieses Gesetzes abgelaufene Zeitraum wird angerechnet.

Art. 355. Die Rehabilitation richtet sich nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auch bei Urteilen, die auf Grund des bisherigen Strafgesetzes ausgefällt worden sind.

Ebenso richtet sich die Löschung der Eintragung eines vor Inkrafttreten dieses Gesetzes ergangenen Urteils im Strafregister nach den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Art. 356, Ziff. 1 und 3. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Ziff. 2. Wenn für die Verfolgung einer strafbaren Handlung, die nach dem früheren Gesetz von Amtes wegen zu verfolgen war, dieses Gesetz den Antrag eines Verletzten erfordert, so läuft die Frist zur Stellung des Antrages vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an.

War die Verfolgung bereits eingeleitet, so wird sie nur auf Antrag des Verletzten fortgeführt.

Propositions de la commission.

Art. 353, lit. a, b, c, d. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 353, lit. e et f.

e) Si un détenu qui, au moment de l'entrée en vigueur du présent code, subit une peine privative de liberté, est reconnu coupable d'un autre crime ou délit puni d'une peine privative de liberté commis avant l'entrée en vigueur du présent code, le juge qui a prononcé la condamnation l'annulera et fixera une peine d'ensemble, de laquelle sera déduite la détention subie en vertu du premier jugement.

f) Adhérer au projet du Conseil fédéral. (La modification ne concerne que le texte allemand.)

Art. 354. Les dispositions du présent code concernant la prescription de l'action pénale et des peines, sont applicables aux infractions commises et aux peines prononcées avant l'entrée en vigueur de ce code, si ces dispositions sont plus favorables à l'auteur de l'infraction que celles de la loi ancienne.

Il sera tenu compte du temps pendant lequel la prescription a couru avant l'entrée en vigueur du présent code.

Art. 355. La réhabilitation, même en ce qui concerne les jugements rendus en vertu d'une loi pénale abrogée, est régie par les dispositions du présent code.

De même, la radiation au casier judiciaire des condamnations prononcées avant l'entrée en vigueur du présent code est régie par les dispositions de ce code.

Art. 356, chiff. 1 et 3. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

2. Lorsque le présent code exige la plainte d'un lésé pour la poursuite d'une infraction que la loi antérieure soumettait à la poursuite d'office, le délai pour porter plainte court à partir de l'entrée en vigueur du présent code.

Si à ce moment la poursuite était déjà introduite, elle ne sera continuée que sur plainte du lésé.

Seiler, Berichterstatter: Diese Artikel enthalten intertemporäres Strafrecht. Art. 353 ist mit Art. 2 des Gesetzes zu vergleichen. Art. 2 sagt, daß nach dem vorliegenden Gesetz bestraft wird: einmal, wer nach seinem Inkrafttreten ein Verbrechen begeht und sodann, wer nach seinem Inkrafttreten wegen eines Verbrechens beurteilt wird, das er früher begangen hat, jedoch nur, wenn das neue Gesetz günstiger für ihn ist, als das zur Zeit der Tat in Kraft stehende. Art. 2 handelt also von der Beurteilung. Art. 353 dagegen handelt von der Vollziehung der Urteile, die auf Grund des bisherigen Rechtes ergangen sind. Diese Vollziehung soll nach verschiedenen Richtungen durch das neue Recht beeinflusst sein. Einmal soll der Vollzug unterbleiben, wenn nach dem neuen Gesetz die Tat, wegen der die Verurteilung unter dem alten Recht erfolgte, straflos ist. Nicht mehr vollzogen werden darf ein Todesurteil. Kettensträflingen sind die Ketten abzunehmen. Diese Bestimmung bezieht sich nur auf die allerdings sehr seltene Bestimmung, gemäß welcher die Kettenstrafe als eigentliche Strafe im Gesetz festgelegt ist, nicht auf die Anlegung von Ketten aus disziplinarischen Gründen, etwa in dem Falle der Ausbruchsfahr, die nur durch die Ankettung vermieden werden kann. Notwendig ist sodann die Zusammenlegung von Freiheitsstrafen verschiedener Kantone und die Zuweisung

des Verurteilten an einen der Kantone. Die Auswahl des Kantons und die Entschädigung an ihn seitens der andern Kantone erfolgt durch das Bundesgericht. Bestimmte Regeln sind darüber nicht aufgestellt, das Bundesgericht entscheidet nach freiem Ermessen. Die Maßregel, für die ein Gesuch vorliegen muß, beschränkt sich auf eine Gesamtstrafsumme von über 5 Jahren. Eine Gesamtstrafe hat sodann einzutreten, wenn der Täter im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes bereits eine Strafe verbüßt hat und dann wegen eines weitern vor dem Inkrafttreten des Gesetzes begangenen Verbrechens neuerdings bestraft werden muß. Die bereits erstandene Strafe ist bei der Gesamtstrafe zu berücksichtigen. Wichtig ist namentlich, daß auch die bedingte Entlassung anwendbar ist auf Sträflinge, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes verurteilt worden sind. In der Expertenkommission hat insbesondere Gautier bedauert, daß es nicht möglich ist, auch die bedingte Verurteilung rückwirkend zu konstruieren.

Die Kommission hat diese Regelung unverändert angenommen. Sie hat insofern eine Präzisierung angebracht, als sie ausdrücklich erklärt, daß die Gesamtstrafe nach Art. 353, lit. e, nicht der neue Richter festzusetzen hat, sondern derjenige Richter, der das im Vollzug begriffene Urteil gefällt hat. Maßgebend für diese Lösung sind praktische Gründe.

Die Art. 354, 355 und 356 regeln die Frage der Verjährung, der Rehabilitation und des Straftrags. Für die Verjährung gilt das neue Gesetz, wenn es günstiger ist. Unter allem Umständen richtet sich die Rehabilitation nach dem neuen Gesetz, desgleichen die Löschung einer Eintragung im Strafregister. Dagegen richten sich grundsätzlich die Fristen für die Antragstellung nach dem zur Zeit der Verübung der Tat gültigen Recht. Wird ein Delikt nach dem neuen Gesetz zum Antragsdelikt, so läuft die Frist vom Inkrafttreten des neuen Gesetzes an. Eine bereits eingeleitete amtliche Verfolgung ist nach dem Entwurf weiter zu führen. Wird anderseits ein früheres Antragsdelikt zum Officialdelikt, so bleibt das Antragsfordernis bestehen.

Die Kommission hat einige redaktionelle Änderungen vorgenommen. Von materieller Bedeutung ist einzig die Aenderung, daß in dem Falle der bereits erfolgten amtlichen Einleitung des Verfahrens, das nach dem neuen Gesetz nur auf Antrag erfolgen kann, die Fortführung wiederum vom Antrag des Berechtigten abhängig gemacht wird. Es bedeutet dies eine weitere Milderung für den Täter. Der Antragsberechtigte ist nicht benachteiligt, weil ja die Fortführung in sein Belieben gestellt wird.

Ich beantrage Ihnen Annahme der Art. 353—356 in der Fassung der Kommission.

M. Logoz, rapporteur: Le chapitre II règle la relation entre le Code pénal suisse et les lois abrogées par sa mise en vigueur. Il règle donc les collisions dans le temps. Et, en somme, il ne contient pas autre chose que l'application, au heurt des deux législations dans le temps, du principe posé à l'art. 2 du projet, à savoir que, dans de telles collisions, le droit nouveau l'emportera, s'il est plus favorable au délinquant que la loi antérieure.

Je puis être très bref sur les dispositions de ce chapitre II du Livre III, la commission vous recom-

mandant de les accepter sans grands changements. Il me suffira de donner les indications suivantes sur les amendements proposés par la commission:

1. L'art. 353, lettre e, règle un cas de concours dit rétroactif d'infractions — et cela dans le même sens que l'art. 65, chiffre 2.

Un détenu, qui est en train de subir une peine privative de liberté au moment de l'entrée en vigueur du Code pénal suisse, est reconnu coupable d'un autre délit passible d'une peine privative de liberté et commis avant l'entrée en vigueur du Code pénal suisse.

Dans ce cas, dit l'art. 353, lettre e, texte du Conseil fédéral, le juge annulera la première condamnation — bien entendu seulement en ce qui concerne la peine privative de liberté — et il fixera une peine d'ensemble pour les deux délits dont il s'agit.

Cette disposition, proposée à la seconde commission d'experts par notre distingué et regretté collègue feu Kaspar Müller, est équitable et, encore une fois, elle est conforme au principe posé par l'article 65, chiffre 2. Mais quel sera le juge compétent pour appliquer cette règle?

Kaspar Müller avait suggéré (procès-verbaux de la seconde commission d'experts, tome VIII, page 35) de dire que ce sera le juge qui a prononcé la première condamnation.

Votre commission vous propose de reprendre cette idée pour préciser à cet égard le texte de l'article 353, lettre e. Il ne serait, en effet, guère pratique de déclarer compétent le juge qui, normalement, devrait connaître de l'infraction découverte en dernier lieu. Cela pourrait rendre nécessaires, pour un détenu qui se trouve peut-être dans un établissement situé dans une autre partie de la Suisse, des déplacements qu'il est préférable d'éviter.

2. Je n'insiste pas sur les amendements de pure forme que la commission vous propose d'apporter à l'article 354.

3. A l'article 355, al. 2, le texte établi par la commission ne parle que de la « radiation » (Löschung) au casier judiciaire. Il ne parle plus de la « suppression » (Entfernung) de certaines mentions portées au casier.

Ceci est une conséquence des décisions prises par la commission à propos des articles 377 à 383 et, plus spécialement, à propos de l'article 381 dont nous aurons à parler encore.

4. Article 356. Le chiffre 2 de cet article vise le cas où le Code pénal suisse subordonne à une plainte la poursuite d'une infraction que la loi antérieure soumettait à la poursuite d'office. Si, dit le second alinéa de ce chiffre 2, la poursuite était déjà introduite au moment où le Code pénal suisse entre en vigueur, « elle sera continuée d'office ». En revanche, adoptant une proposition faite par notre ancien collègue M. Schaer, la commission a décidé de vous proposer d'appliquer ici aussi le principe de la « lex mitior » et de prévoir que, dans ce cas, la poursuite ne sera continuée que sur plainte du lésé.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 357—363.

Anträge der Kommission.

Art. 357. 1. Der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen:

die Verbrechen oder Vergehen der Art. 190—192;
die Verbrechen oder Vergehen des zehnten Abschnitts betreffend Metallgeld, Papiergeld oder Banknoten, amtliche Wertzeichen oder sonstige Zeichen des Bundes, Maß und Gewicht;

die Verbrechen oder Vergehen des elften Abschnitts, sofern Urkunden des Bundes in Betracht kommen;

die Verbrechen oder Vergehen des dreizehnten bis fünfzehnten und des siebzehnten Abschnittes dieses Gesetzes, sofern sie gegen den Bund, gegen den Volkswillen bei eidgenössischen Wahlen, Abstimmungen, Referendums- oder Initiativbegehren, gegen die Bundesgewalt oder gegen die Bundesrechtspflege gerichtet sind; ferner die Störung der Beziehungen zum Ausland (sechzehnter Abschnitt) und die von einem Bundesbeamten verübten Amtsverbrechen oder -vergehen (achtzehnter Abschnitt), endlich die Verletzung militärischer Interessen und die Uebertretungen gegen die Staatsgewalt des Bundes (Art. 334—336, 255bis, 260bis und 260ter).

Der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen ferner die politischen Verbrechen oder Vergehen, die Ursache oder Folge von Unruhen sind, durch die eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlaßt wird.

2. Die in besondern Bundesgesetzen enthaltenen Vorschriften über den Umfang der Bundesgerichtsbarkeit bleiben vorbehalten.

Art. 358. Die Bundesassisen urteilen über

- a) Hochverrat gegen die Eidgenossenschaft, Aufruhr und Gewalttat gegen die Bundesbehörden;
- b) Störung der Beziehungen zum Ausland (Artikel 261—264);
- c) politische Verbrechen oder Vergehen, die Ursache oder Folge von Unruhen sind, durch die eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlaßt wird;
- d) Straffälle, in denen eine Bundesbehörde die von ihr ernannten Beamten den Bundesassisen überweist.

Art. 359. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 360. Das Bundesstrafgericht urteilt ferner über Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen dieses Gesetzes, wenn durch die kantonale Verfassung oder Gesetzgebung die Beurteilung der Bundesgerichtsbarkeit zugewiesen ist und die Bundesversammlung diese Zuweisung genehmigt hat.

Art. 361. Die kantonalen Behörden verfolgen und beurteilen nach den Verfahrensbestimmungen der kantonalen Strafprozeßgesetze die unter dieses Gesetz fallenden strafbaren Handlungen, soweit sie nicht der Bundesgerichtsbarkeit unterstellt sind.

Art. 362. In Strafsachen, die nach Strafgesetzen des Bundes zu beurteilen sind, kann gegen letztinstanzliche kantonale Entscheide sowie gegen letztinstanzliche ablehnende Entscheide der kantonalen Ueberweisungsbehörde beim Kassationshof des Bundesgerichtes nach Maßgabe des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege Kassationsbeschwerde erhoben werden.

Art. 363. Ziff. 1. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Ziff. 2. Ist jemand mehrerer Verbrechen oder Vergehen beschuldigt, von denen die einen den

Bundesassisen, die andern dem Bundesstrafgericht oder der kantonalen Gerichtsbarkeit unterstellt sind, so sind die Bundesassisen ausschließlich zuständig.

Dasselbe gilt, wenn ein Verbrechen oder Vergehen unter mehrere Strafbestimmungen fällt, von denen die einen von den Bundesassisen, die andern vom Bundesstrafgericht oder vom kantonalen Richter zu handhaben sind.

Propositions de la commission.

Art. 357. 1. Sont soumis à la juridiction fédérale: les crimes ou délits prévus aux articles 190 à 192; les crimes ou délits prévus au chapitre dixième et concernant les monnaies, le papier-monnaie ou les billets de banque, ainsi que les timbres officiels de valeur, les autres marques officielles de la Confédération et les poids et mesures;

les faux dans les titres (chapitres onzième), en tant qu'il s'agit de titres fédéraux;

les crimes ou délits prévus aux chapitres treizième à quinzième;

les crimes ou délits de nature à compromettre les relations avec l'étranger (chapitre seizième) et les crimes ou délits commis par un fonctionnaire fédéral dans l'exercice de ses fonctions (chapitre dix-huitième); enfin les atteintes à des intérêts militaires et les contraventions contre l'autorité publique fédérale (art. 334 à 336, 255bis, 260 bis et 260ter).

Sont aussi soumis à la juridiction fédérale, les crimes ou délits politiques qui sont la cause ou la suite de troubles par lesquels une intervention fédérale armée a été occasionnée.

2. Les dispositions des lois fédérales spéciales concernant l'étendue de la juridiction fédérale demeurent réservées.

Art. 358. Les Assises fédérales connaissent:

- a) des cas de haute trahison envers la Confédération, de révolte ou de violence contre les autorités fédérales;
- b) des crimes ou délits de nature à compromettre les relations avec l'étranger (art. 261 à 264);
- c) des crimes ou délits politiques qui sont la cause ou la suite de troubles par lesquels une intervention fédérale armée a été occasionnée;
- d) des infractions relevées à la charge de fonctionnaires nommés par une autorité fédérale, quand cette autorité en saisit les Assises fédérales.

Art. 359. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 360. La Cour pénale fédérale connaît aussi des infractions prévues au présent code si la constitution ou la législation d'un canton en a déferé le jugement à la juridiction fédérale, et si l'Assemblée fédérale a ratifié cette délégation.

Art. 361. Les autorités cantonales poursuivront et jugeront, conformément aux dispositions de procédure des lois cantonales, les infractions prévues par le présent code, en tant que ces infractions ne sont pas soumises à la juridiction fédérale.

Art. 362. Dans les causes jugées d'après les lois pénales fédérales, le recours en cassation contre les décisions cantonales de dernière instance et contre les ordonnances de non-lieu rendues par les autorités cantonales de mise en accusation de dernière ins-

tance est ouvert devant la Cour de cassation du Tribunal fédéral, en conformité de la loi sur l'organisation judiciaire fédérale.

Art. 363. Chiff. 1. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Chiff. 2. Lorsqu'un délinquant est inculpé de plusieurs crimes ou délits dont les uns sont soumis à la juridiction des Assises fédérales, et les autres à celle de la Cour pénale fédérale ou à celle d'un canton, la compétence appartient exclusivement aux Assises fédérales.

La même règle est suivie lorsque, par un seul et même crime ou délit, un délinquant a enfreint plusieurs dispositions pénales dont les unes rentrent dans la compétence des Assises fédérales, les autres dans la compétence de la Cour pénale fédérale ou des tribunaux cantonaux.

Seller, Berichterstatter: Die Abgrenzung der Fälle, welche der Bundesgerichtsbarkeit und der Fälle, welche der kantonalen Gerichtsbarkeit zu unterstellen sind, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Grundsätzlich sollen der Bundesgerichtsbarkeit diejenigen Verbrechen zugewiesen werden, welche die Eidgenossenschaft, ihre Sicherheit und ihre Beamten sowie die Beziehungen der Eidgenossenschaft zum Ausland betreffen. Der Kreis kann enger oder weiter gezogen werden. In der Expertenkommission hat namentlich Lang für eine Einschränkung votiert. In die Entscheidung spielt auch die Frage des grössern oder kleinern Apparates hinein, wenn auch selbstverständlich dieser Gesichtspunkt nicht ausschlaggebend sein kann. So ist wohl richtigerweise der Kreis der Verbrechen, über welche das Bundesgericht unter Zuziehung der Assisen zu entscheiden hat, enge gezogen. In dieser Beziehung ist Art. 112 der Bundesverfassung maßgebend, dessen wörtliche Wiedergabe Art. 358 des Strafgesetzbuchs ist. Die von der Kommission in Art. 358 vorgeschlagenen Aenderungen sind redaktioneller Natur. Die Aenderung in lit. b ist die Folge der Titeländerung zu den Art. 261—264.

Nach der bestehenden Gesetzgebung hat das Bundesstrafgericht die Straffälle zu beurteilen, welche der Bundesstraferichtsbarkeit unterstellt sind und nicht nach Maßgabe des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege in die Kompetenz der Assisen fallen. Dem Bundesrate steht es indessen frei, die Untersuchung und Beurteilung solcher Fälle an die kantonalen Behörden zu weisen. Diese haben selbstverständlich Bundesstrafrecht anzuwenden. Die Fälle, welche künftig der Bundesstraferichtsbarkeit unterstehen, sind nunmehr in Art. 357 aufgeführt. Die Kommission hat den Kreis gegenüber der bundesrätlichen Vorlage erweitert. Dabei ist festzuhalten, daß nach Art. 359, Abs. 2 der Bundesrat die Ueberweisung aller der Fälle, die nicht in die Kompetenz der Assisen fallen, den kantonalen Behörden zuweisen kann. Diese weitgehende Berücksichtigung der kantonalen Rechtsprechung über eidgenössisches Strafrecht darf füglich unterstrichen werden.

Welches sind nun die Fälle, die grundsätzlich der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen, gegebenenfalls aber an die Kantone gewiesen werden können?

Es sind nach der bundesrätlichen Vorlage:

Die Vergehen gegen den Staat und die Landesverteidigung. Was davon unter die Assisen fällt, ist in Art. 358 erwähnt.

Die Vergehen gegen den Volkswillen, bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen, Referendums- und Initiativbegehren.

Die Vergehen gegen die Bundesgewalt und gegen die Bundesrechtspflege.

Die Vergehen, welche die Beziehungen zum Ausland stören, wobei die Tatbestände der Art. 261—264 den Assisen zufallen.

Die von einem Bundesbeamten verübten Amtsvergehen.

Die Uebertretungen gegen die Landesverteidigung und gegen die Staatsgewalt des Bundes.

Die mit einer eidgenössischen Intervention in Verbindung stehenden Vergehen.

Die Kommission hat folgende Tatbestände beigefügt:

Die Sprengstoffdelikte.

Die Fälschungen von Geld oder Banknoten, von amtlichen Wertzeichen und sonstigen Zeichen des Bundes, Maß und Gewicht.

Die Urkundenfälschung, soweit Urkunden des Bundes in Betracht fallen.

Dabei ist immer in Betracht zu ziehen, daß alle diese Vergehen, soweit sie nicht ausdrücklich den Assisen zugewiesen sind, den Kantonen zur Beurteilung überwiesen werden können. Dies dürfte auch die Regel sein.

Was nicht ausdrücklich der Bundesgerichtsbarkeit zugewiesen ist, fällt in die kantonale Kompetenz und zwar unabänderlich. Dies sagt Art. 361, der noch ausdrücklich feststellt, daß für das Verfahren das kantonale Strafprozeßrecht maßgebend ist. Für die grundsätzlich der Bundesgerichtsbarkeit unterstellten, jedoch der kantonalen Beurteilung zuweisbaren Fälle gilt das Verfahren der Kantone, unter Vorbehalt der Bestimmungen der Art. 146 ff. des Organisationsgesetzes, welche eine Garantie für ein geordnetes Verfahren enthalten.

Kann einerseits der Bundesrat Straffälle, welche der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen, den Kantonen überweisen, so können andererseits die Kantone durch Verfassung oder Gesetz einzelne gegen den Kanton gerichtete Verbrechen oder Vergehen, d. h. Hochverrat, Aufruhr und Gewalt, den Bundesassisen zuweisen und außerdem andere Vergehen und Uebertretungen dem Bundesstrafgericht. Diese Zuweisung ist an die Zustimmung der Bundesversammlung gebunden. Inwieweit die Kantone von dieser Ermächtigung Gebrauch machen werden, bleibt abzuwarten. Die Anwendung wäre im Interesse einer einheitlichen Rechtssprechung nur zu begrüßen.

Das eigentliche Mittel zur Herbeiführung einer einheitlichen Rechtssprechung auf Grund des neuen Gesetzes bildet die Kassationsbeschwerde des Art. 362. Dieses Rechtsmittel ist nicht Appellation, d. h. Ueberprüfung des gesamten Tatbestandes, sondern eben nur Kassation im Sinne von Art. 163 des Organisationsgesetzes, der besagt, daß die Beschwerde nur damit begründet werden könne, daß das Urteil auf der Verletzung eidgenössischen Rechtes beruhe. Trifft diese Voraussetzung zu, so weist der Kassationshof die Sache an die Vorinstanz

zurück. Diese hat dem neuen Entscheid die rechtliche Beurteilung der Kassationsinstanz zugrunde zu legen.

Die Kassationsbeschwerde ist ursprünglich im Entwurf nicht aufgenommen worden. Ihre Anführung ist nicht notwendig, da sie schon im Organisationsgesetz vorgesehen ist; sie ist aber wünschenswert. Zu bemerken ist insbesondere, daß die Beschwerde auch gegen ablehnende Entscheide der kantonalen Ueberweisungsbehörde gegeben ist.

Art. 363 regelt die Zuweisung der Kompetenz in Kollisionsfällen, sei es, daß mehrere Handlungen vorliegen, die teilweise in die Kompetenz des Bundesstrafgerichts, teilweise in diejenige des Kantons fallen, oder daß eine Handlung mehrere Tatbestandsmerkmale aufweist, die teils in die Kompetenz des Bundesgerichtes, teils in diejenige des kantonalen Richters fallen. In solchen Fällen nimmt der Bundesrat die Zuweisung vor und zwar nach freiem Ermessen. Im Falle der Konkurrenz zwischen Assisen einerseits und Bundesstrafgericht oder kantonalem Gericht andererseits fällt die Kompetenz den Assisen zu.

Fassen wir den Dritten Abschnitt zusammen, so stellen wir fest, daß den Assisen eine sehr eingeschränkte Kompetenz zufällt, daß die Kommission die Kompetenzen des Bundesstrafgerichts etwas erweitert hat, daß aber auf alle Fälle die kantonalen Gerichte eine sehr weitgehende Kompetenz besitzen. Diese ist dadurch noch mehr erweitert, daß der Bundesrat ermächtigt ist, der Bundesstrafgerichtsbarkeit unterstehende Fälle an die Kantone zu delegieren. Ueber der gesamten Rechtssprechung der Kantone steht der Kassationshof, welcher für die richtige Anwendung des Bundesrechts zu wachen hat. Gegen Urteile des Bundesstrafgerichts ist eine Kassation nur im Falle der Verletzung von Formvorschriften möglich.

Gestützt auf diese Ausführungen empfehle ich Ihnen die Anträge der Kommission.

M. Logoz, rapporteur: Le chapitre III règle, d'une part, le partage entre les juridictions fédérale et cantonale et, d'autre part, à l'intérieur de la juridiction fédérale elle-même, le partage entre les Assises fédérales et la Cour pénale fédérale.

Il y aura lieu de revoir ultérieurement la question des rapports qui existent entre ces dispositions de notre projet et celles que contient sur la même matière le projet de loi sur la procédure pénale fédérale, soumis aux Chambres le 8 septembre 1929..

Pour l'instant, la commission vous soumet, au sujet des art. 357—363 du projet de code pénal suisse, les propositions que voici:

1. L'art. 357, tout d'abord, énumère les crimes et délits soumis à la juridiction fédérale.

D'autre part, l'art. 359 déclare la Cour pénale fédérale compétente pour connaître des infractions soumises à la juridiction fédérale et que l'art. 358 ne réserve pas aux Assises fédérales. L'art. 359, al. 2, ajoute que le Conseil fédéral peut déléguer l'instruction et le jugement de ces infractions aux autorités cantonales.

Enfin, l'art. 361 proclame la compétence des autorités cantonales pour juger les infractions prévues par le Code pénal suisse, en tant qu'elles ne sont pas soumises à la juridiction fédérale.

Or, nous avons incorporé au projet de Code pénal suisse un certain nombre de délits prévus jusqu'ici dans des lois fédérales statuant la juridiction fédérale, tout au moins sous la forme de ce qu'on baptise en allemand des « Delegationsstrafsachen » c'est à dire avec pouvoir donné au Conseil fédéral de déférer — ou de ne pas déférer — l'instruction et le jugement aux autorités cantonales.

Il en est ainsi, notamment, pour les faux dans les titres, en tant qu'il s'agit de titre fédéraux (Code pénal fédéral de 1853); puis pour les crimes et délits concernant des explosifs ou des gaz toxiques (loi fédérale du 19 décembre 1924); de même les crimes et délits concernant les billets de banque (loi fédérale du 7 avril 1921 sur la Banque nationale) et les poids et mesures (loi fédérale du 24 juin 1909), etc.

Toutes ces dispositions pénales de la législation fédérale actuelle se trouvent abrogées par l'art. 422 de notre projet parce que, je le répète, nous avons incorporé au Code pénal suisse les infractions qu'elles visent.

Dès lors, si ces infractions ne sont pas mentionnées, à l'art. 357, parmi celles qui seront soumises à la juridiction fédérale après l'entrée en vigueur du Code pénal suisse, il résultera de l'art. 361 de notre projet que ce sont les autorités cantonales qui seront seules compétentes pour en connaître à l'avenir.

La juridiction fédérale sera complètement éliminée en ce qui les concerne, même sous la forme prévue à l'art. 359, al. 2, c'est à dire avec faculté de délégation donnée au Conseil fédéral.

Eh bien, faut-il, par rapport au droit actuel, restreindre à ce point la juridiction fédérale?

L'art. 357 du projet du Conseil fédéral a cru pouvoir le faire. Votre commission ne partage pas cette manière de voir.

Elle a reçu du ministère public de la Confédération un mémoire en date du 21 juin 1927 qui, à propos de l'art. 357 du projet du Conseil fédéral, fait observer avec raison que, par ce texte, le législateur fédéral renoncerait dans une large mesure aux « Delegationsstrafsachen » prévues par le droit actuel.

Le dit mémoire ajoute:

« Angesichts der geschichtlichen Entwicklung, der jahrzehntelangen Praxis, der neuesten Ausgestaltung des Delegationsstrafrechtes erhebt sich bei dieser Rechtslage die Frage, ob dieses Aufgeben von Bundeskompetenzen am Platze sei und ob die Neuerung in den einzelnen Materien auf ihre Zweckmäßigkeit und Folgen wirklich überprüft worden sei. Die Unterstellung der Sprengstoffsachen, Banknotendelikte, Schwach- und Starkstromsachen, Eisenbahn-, Post-, Dampfschiffgefährdungen, usw. kann nämlich nach wie vor gerechtfertigt werden. Man muß nur, wie es dem vorhandenen Rechtszustande entspricht, beachten, wie eng der Gegenstand dieser Strafuntersuchungen mit der Verwaltungs- oder Aufsichtstätigkeit von Bundesbehörden, mit den Interessen des Bundes verknüpft sind. (Wie mißlich bei gleicher Sachlage das Fehlen eines bundesrechtlichen Tatbestandes mit Delegationsmöglichkeit ist, zeigt dermalen das Militärversicherungswesen mit den einschlägigen Betrugsfällen!). Die Kenntnis der Straffälle, die Einsicht in die Voruntersuchungsakten, die begleitende Stellungnahme zuhanden der verfolgenden und urteilenden Straf-

behörden dienen sowohl der administrativen Aufsicht wie der Aufsicht über das Rechtswesen. Die einheitliche Gerichtsstandsbestimmung ermöglicht auch in interkantonal gelegenen Fällen ein einfaches Verfahren. Es liegt auf der Hand, daß bei Bahn- und Schiffsgefährdungen die Verfahrensverordnung vom 11. November 1925 ohne Delegationsstrafrecht nicht beibehalten werden kann, eine Feststellung, die ohne weiteres auch die Aufsichtstätigkeit des Eisenbahndepartementes beeinträchtigt. Ebenso ist eine strafere Gestaltung des Untersuchungsverfahrens bei Banknotendelikten ausgeschlossen, wenn diese nicht Delegationssachen bleiben. Wie außerordentlich wichtig es ist, daß Sprengstoffsachen der Bundesgerichtsbarkeit unterstellt sind, haben namentlich die Sprengstofffälle der Kriegsjahre erbracht. Den Zusammenhang zwischen Obsorge im Bahnwesen und Rechtspflege hat neustens die Kassationsbeschwerde Vonarburg betont.

Gestützt auf den dermaligen Stand des Delegationsstrafrechtes sollte deshalb genau erwogen werden, ob der Umfang der Bundesgerichtsbarkeit im Entwurf nicht in vermehrter Anpassung an den dermaligen Rechtszustand zu bestimmen sei. Für diese Anpassung spricht namentlich die Einsicht, daß die Anordnung der Einsendungspflicht für Urteile und die Ausgestaltung des Rechtsmittelwesens nach den bisherigen Erfahrungen keinen genügenden Ersatz für die Vorteile der Delegation abgeben werden. Die Einsendungspflicht wird in den Kantonen immer ungleiche Nachachtung finden; die Bundesbehörden aber haben kein durchschlagendes Mittel, kontrollierend einzugreifen. Anders als bei Delegationssachen fehlt hier den Bundesbehörden die Kenntnis der Straffälle. Dies ist der in die Augen springende Punkt! In Delegations-sachen ist die Kenntnis der Fälle lückenlos, weil die Gerichtsstands- und Kompetenzdelegation eine prozeßrechtliche Verfügung ist, die notwendigerweise erfolgen muß, wenn das Verfahren nicht einen wesentlichen Formfehler aufweisen soll. Deshalb erfolgt die Aktensendung an die Bundesbehörden sozusagen reibungslos. Geht aber — bei gesetzlicher Bestimmung der kantonalen Gerichtsbarkeit — den Bundesbehörden die Kenntnis der Straffälle und -Akten verloren, so bedeutet dies die Preisgabe des lebendigen Kontaktes mit der Strafverfolgung, die Ausschaltung der Bundesbehörden im Verfahren bis nach ergangenem Urteil, wohlverstanden in Strafsachen, die für den Bund schlechterdings von manigfachstem Interesse sind! Diesem Rückschritt in der Bundesstrafrechtspflege sollte mit Abänderungsvorschlägen zu den Artikeln 357 und 359 des Strafgesetzentwurfes entgegengetreten werden.»

C'est pour tenir compte de ces considérations que votre commission vous propose de compléter l'art. 357 en y déclarant soumis à la juridiction fédérale, non seulement les infractions visées dans le texte du Conseil fédéral, mais aussi :

les crimes et délits prévus aux art. 190 à 192;

les crimes et délits prévus au chapitre X et concernant les monnaies, le papier monnaie ou les billets de banque, ainsi que les timbres officiels de valeur, les autres marques officielles de la Confédération et les poids et mesures;

enfin les faux dans les titres, en tant qu'il s'agit de titres fédéraux.

J'ajoute qu'à une faible majorité, par dix voix contre huit, la commission a décidé, contrairement aux propositions faites par le ministère public de la Confédération, de ne mentionner à l'art. 357 ni les délits de l'art. 194 (dommage aux installations électriques, etc.), ni les infractions prévues aux art. 204 et 205 et qui intéressent le service des chemins de fer et d'autres services d'intérêt général (voir là-dessus le procès-verbal de la huitième session de la commission, août 1927, page 43).

Il appartiendra au Conseil des Etats d'examiner à nouveau cette question, qui n'est pas sans importance.

Pour le moment, nous vous recommandons d'adopter l'art. 357, tel que la commission vous le propose.

2. L'art. 358 énumère, conformément à l'art. 112 de la Constitution fédérale, les infractions qui sont de la compétence des Assises fédérales. Les modifications proposées par la Commission sont d'ordre rédactionnel.

A la lettre b), en particulier, nous avons tenu compte du titre nouveau que nous avons donné au chapitre XVI du premier Livre.

3. Sur l'art. 359, que la commission vous recommande d'adopter tel quel, pas d'observation.

4. L'art. 360 a trait au cas, déjà prévu par l'art. 106 de l'organisation judiciaire fédérale, de délégation de la compétence cantonale au Tribunal fédéral.

Dans ce cas, le projet du Conseil fédéral déclare compétentes les Assises fédérales lorsqu'il s'agit de haute-trahison envers un canton, de révolte ou de violences contre les autorités cantonales; pour les autres infractions, ce serait la compétence de la Cour pénale fédérale.

Votre commission est d'avis qu'il y a avantage à simplifier et à prévoir, pour tous les cas de ce genre — ils sont d'ailleurs rares — la compétence de la Cour pénale fédérale.

5. Sur l'art. 361, pas d'observation.

6. A l'art. 362, qui concerne le recours en cassation, le projet du Conseil fédéral parle notamment des « jugements des tribunaux cantonaux de dernière instance ». Mais cette disposition doit être appliquée aussi aux décisions cantonales prises par des autorités administratives. C'est pourquoi la commission vous propose de dire :

« Dans les causes jugées d'après les lois pénales fédérales, le recours en cassation contre les décisions cantonales de dernière instance et contre les ordonnances de non lieu, est ouvert devant la cour de cassation du Tribunal fédéral en conformité de la loi sur l'organisation judiciaire fédérale . . . »

7. L'art. 363 règle les collisions qui peuvent se produire entre la juridiction fédérale et la juridiction cantonale, ainsi qu'entre les Assises fédérales et la Cour pénale fédérale, en cas de concours d'infractions et en cas de concours de plusieurs lois pénales.

Au chiffre 1^{er}, il s'agit, tout d'abord (al. 1) en cas de concours réel, puis (al. 2) en cas de concours idéal, des collisions possibles entre la Cour pénale fédérale et la juridiction cantonale.

Quelle autorité convient-il de charger de trancher éventuellement ces collisions? Après quelques hésitations, votre commission s'est ralliée au système du projet, qui désigne le Conseil fédéral. Le Conseil fédéral est déjà revêtu d'un droit de délégation

par l'art. 125 de l'organisation judiciaire fédérale. C'est lui qui, par ailleurs, est l'autorité de surveillance du ministère public fédéral. Sa haute compétence et son prestige assureront à la solution qu'il indiquera l'autorité nécessaire.

La commission est également d'accord avec les principes posés au chiffre 1^{er} de l'art. 363.

Quant au chiff. 2, il vise les collisions possibles entre les Assises fédérales, d'une part et, d'autre part, la Cour pénale fédérale ou la juridiction d'un canton. Dans ce cas, la compétence exclusive est attribuée aux Assises fédérales. Il est en effet naturel que les Assises fédérales, la plus haute autorité judiciaire du pays en matière pénale, ne puissent jamais être dessaisies en faveur d'aucune autre autorité. Cette règle est donc posée d'une manière absolue par l'art. 363, chiff. 2, que la commission vous recommande d'adopter, avec deux amendements d'ordre purement formel.

M. de Muralt: Lors des débats sur l'entrée en matière du projet, j'ai pris la liberté d'attirer l'attention de l'assemblée sur les dispositions du livre III concernant la procédure et de faire ressortir que par l'existence de ces dispositions, qui touchent à la procédure et à l'organisation judiciaire plus qu'au droit matériel, il est porté une atteinte sérieuse à l'autonomie judiciaire des cantons, aux principes posés à l'art. 64bis de la Constitution.

Je ne veux pas revenir aujourd'hui sur cet ordre d'arguments. Mais je voudrais attirer plus spécialement l'attention de ce conseil sur l'art. 362 actuellement en discussion.

Il résulte de cet article que le Tribunal fédéral sera l'instance de recours en cassation contre toutes les décisions de dernière instance des tribunaux cantonaux. Il s'agira d'un recours non seulement contre les condamnations ou les acquittements prononcés par les tribunaux, mais d'un recours contre les ordonnances de non lieu. On institue ainsi un contrôle extrêmement serré et gros de conséquences du Tribunal fédéral, — de la cour de cassation pénale fédérale —, sur les décisions des différentes instances cantonales, même des instances administratives.

Je n'ai pas la prétention d'apporter ici un amendement quelconque; mais je tiens à attirer l'attention de l'assemblée et, pour plus tard, du peuple suisse, sur cette innovation qui évidemment est d'une conséquence importante en ce qui concerne le maintien du droit de punir que nous revendiquons pour les cantons.

Je reconnais qu'ici il faut appliquer le principe: Qui veut la fin veut les moyens. Vous voulez une législation fédérale pénale générale; il faut évidemment que vous puissiez la sanctionner au moyen d'une instance de recours unique qui est précisément celle du Tribunal fédéral. Je reconnais que c'est dans la logique des choses; mais, encore une fois, je tenais à attirer l'attention du conseil sur les conséquences d'une telle disposition.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 364—376.

Anträge der Kommission.

Art. 364. Die Kantone bestimmen die Behörden, denen die Verfolgung und Beurteilung der in diesem

Gesetze vorgesehenen, der kantonalen Gerichtsbarkeit unterstellten strafbaren Handlungen obliegt.

Die Beurteilung von strafbaren Handlungen, die dieses Gesetz mit Haft oder Buße oder mit Buße allein bedroht, kann auch einer Verwaltungsbehörde übertragen werden.

Art. 365. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 366. Bei strafbaren Handlungen, die im Inlande durch das Mittel der Druckerpresse verübt wurden, sind, soweit für sie die Verantwortlichkeit besonders geordnet ist, ausschließlich die Behörden des Ortes zuständig, wo die Druckschrift herausgegeben worden ist. Ist jedoch der Verfasser der Druckschrift bekannt und hat er seinen Wohnort in der Schweiz, so sind die Behörden des Wohnortes gleichfalls zuständig. In diesem Falle wird das Verfahren da durchgeführt, wo die Untersuchung zuerst angehoben wurde.

Ist der Ort der Herausgabe unbekannt, so sind die Behörden des Ortes zuständig, wo die Schrift gedruckt wurde.

Rest: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 367. Ist die strafbare Handlung im Auslande begangen worden oder ist der Ort der Begehung der Tat nicht zu ermitteln, so sind die Behörden des Ortes zuständig, wo der Täter wohnt. Hat der Täter keinen Wohnort in der Schweiz, so sind die Behörden des Heimatortes, bei mehrfachem Bürgerrecht die des letzten Heimatortes zuständig. Hat der Täter in der Schweiz weder Wohnort noch Heimatort, so ist der Gerichtsstand an dem Orte, wo der Täter betreten wird, begründet.

Ist keiner dieser Gerichtsstände begründet, so sind die Behörden des Kantons zuständig, der die Auslieferung veranlaßt hat. Die kantonale Regierung bestimmt in diesem Fall die örtlich zuständige Behörde.

Art. 368. Zur Verfolgung und Beurteilung der Anstifter und Gehilfen sind die Behörden zuständig, denen die Verfolgung und Beurteilung des Täters obliegt.

Sind an der Tat mehrere als Mittäter beteiligt, so sind die Behörden des Ortes zuständig, wo die Untersuchung zuerst angehoben wurde.

Art. 369. 1. Wird jemand wegen mehrerer, an verschiedenen Orten begangener strafbarer Handlungen verfolgt, so sind die Behörden des Ortes, wo die mit der schwersten Strafe bedrohte Tat begangen worden ist, auch für die Verfolgung und die Beurteilung der andern Taten zuständig.

Sind die mehreren strafbaren Handlungen mit der gleichen Strafe bedroht, so sind die Behörden des Ortes zuständig, wo die Untersuchung zuerst angehoben wird.

2. Ist jemand entgegen der Vorschrift über Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen (Art. 65) von mehreren Gerichten zu mehreren Freiheitsstrafen verurteilt worden, so setzt das Gericht, das die schwerste Strafe ausgesprochen hat, auf sein Gesuch eine Gesamtstrafe fest.

Art. 370. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 371. 1. In Strafsachen, auf die dieses Gesetz oder ein anderes Bundesgesetz Anwendung findet, sind der Bund und die Kantone gegenseitig und die Kantone unter sich zur Rechtshilfe ver-

pflichtet. Insbesondere sind Haft- und Zuführungsbefehle in solchen Strafsachen in der ganzen Schweiz zu vollziehen.

2. Ein Kanton darf einem andern Kantone die Zuführung des Beschuldigten oder Verurteilten nur dann verweigern, wenn die Strafsache ein politisches Vergehen oder ein Preßvergehen betrifft.

Verweigert bei politischen Vergehen oder bei Preßvergehen ein Kanton die Zuführung des Beschuldigten oder Verurteilten, so ist er verpflichtet, dessen Beurteilung selbst zu übernehmen.

2bis. Der Zugeführte darf vom ersuchenden Kanton weder wegen eines politischen Vergehens, noch wegen eines Preßvergehens, noch wegen einer Uebertretung kantonalen Rechtes verfolgt werden, es sei denn, daß die Zuführung wegen einer solchen Straftat bewilligt worden ist.

Art. 372. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 373. Die Rechtshilfe wird unentgeltlich geleistet. Immerhin sind Auslagen für wissenschaftliche oder technische Gutachten durch die ersuchende Behörde zu ersetzen.

Werden einer Partei Kosten auferlegt, so sind ihr im gleichen Maße die bei Leistung der Rechtshilfe entstandenen Kosten zu überbinden, auch wenn die ersuchende Behörde zum Ersatz nicht verpflichtet ist.

Art. 374. Eine Strafverfolgungsbehörde oder ein Gericht darf eine Amtshandlung auf dem Gebiete eines andern Kantons nur mit Zustimmung der zuständigen Behörde dieses Kantons vornehmen. In dringenden Fällen darf die Amtshandlung zwar vorgenommen werden, indessen ist die zuständige Behörde hiervon unverzüglich unter Darlegung des Sachverhaltes in Kenntnis zu setzen.

Anwendbar ist das Prozeßrecht des Kantons, in dem die Handlung vorgenommen wird.

Die in einem andern Kanton wohnenden Personen können durch Vermittlung der Post vorgeladen werden.

Zeugen und Sachverständige sind nicht verpflichtet, der Vorladung in einen andern Kanton Folge zu leisten.

Art. 375. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 376. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 376bis. Wird bei einer gemäß Art. 179 dieses Gesetzes in der Schweiz eröffneten Untersuchung festgestellt, daß die unzüchtigen Veröffentlichungen in einem fremden, dem internationalen Uebereinkommen vom 12. September 1923 ebenfalls angehörenden Staate hergestellt oder von dort aus eingeführt wurden, so ist hiervon der in jenem Staate zur Bekämpfung der unzüchtigen Veröffentlichungen eingesetzten Zentralstelle durch Vermittlung der Bundesanwaltschaft sofort Kenntnis zu geben.

Propositions de la commission.

Art. 364, ch. 1. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Le jugement des infractions que le présent code punit des arrêts ou de l'amende, ou de l'amende seule, peut être remis à une autorité administrative.

Art. 365. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 366. Pour les infractions commises en Suisse par la voie de la presse, et pour autant que leurs auteurs sont soumis à une responsabilité spéciale, la compétence appartient exclusivement à l'autorité du lieu où l'imprimé a été édité. Toutefois, si l'auteur de l'écrit est connu et s'il a sa résidence en Suisse, l'autorité du lieu où il a sa résidence est également compétente. Dans ce dernier cas, l'affaire est poursuivie au lieu où la première instruction a été ouverte.

Si le lieu d'édition est inconnu, l'autorité compétente est celle du lieu d'impression.

Pour le reste adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 367. Si l'infraction a été commise à l'étranger, ou s'il n'est pas possible de déterminer en quel lieu elle a été commise, l'autorité compétente est celle du lieu où l'auteur de l'infraction a sa résidence. S'il n'a pas de résidence en Suisse, l'autorité compétente est celle de son lieu d'origine et, lorsqu'il est originaire de plusieurs endroits, celle du lieu d'origine le plus récent. S'il n'a en Suisse ni résidence ni lieu d'origine, l'autorité compétente est celle du lieu où il a été arrêté.

Pour le reste adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 368. L'autorité compétente pour poursuivre et juger l'auteur principal est aussi compétente pour poursuivre et juger l'instigateur et le complice.

Si l'infraction a été commise par plusieurs coauteurs, l'autorité compétente est celle du lieu où la première instruction a été ouverte.

Art. 369. 1. Lorsqu'un inculpé est poursuivi pour plusieurs infractions commises en différents lieux, l'autorité du lieu où a été commise l'infraction punie de la peine la plus grave est aussi compétente pour la poursuite et le jugement des autres infractions.

Si les différentes infractions sont punies de la même peine, l'autorité compétente est celle du lieu où la première instruction a été ouverte.

2. Lorsqu'un inculpé, contrairement aux règles sur le concours d'infractions (art. 65), aura été condamné par plusieurs tribunaux à plusieurs peines privatives de liberté, le tribunal qui a prononcé la peine la plus grave fixera, à la requête du condamné, une peine d'ensemble.

Art. 370. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 371. 1. Dans toute cause entraînant application du présent code ou d'une autre loi fédérale, la Confédération et les cantons, de même que les cantons entre eux, sont tenus de se prêter assistance. Dans ces causes, les mandats d'arrêts et les ordres de remise sont exécutoires dans toute la Suisse.

2. Les cantons ne peuvent refuser la remise d'un inculpé ou d'un condamné que si la cause a trait à un délit politique ou à un délit de presse.

Le canton qui refuse la remise d'un inculpé ou d'un condamné pour délit politique ou délit de presse, est tenu de se charger du jugement.

2bis. En cas de remise d'un inculpé, le canton requérant ne pourra poursuivre ni pour un délit politique, ni pour un délit de presse, ni pour une contravention de droit cantonal, à moins que la remise n'ait été accordée à raison d'une de ces infractions.

Art. 372. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 373. L'assistance est gratuite. Toutefois le coût des rapports scientifiques ou techniques sera toujours remboursé par l'autorité requérante.

La partie à la charge de laquelle les frais sont mis devra supporter, dans la même mesure, les frais dérivant de l'assistance, même ceux que le canton requérant n'est pas tenu de rembourser.

Art. 374. Aucune autorité de poursuite, aucun tribunal n'est en droit de faire un acte de procédure sur le territoire d'un autre canton, sans avoir obtenu le consentement de l'autorité cantonale compétente. Toutefois, en cas d'urgence, il pourra être procédé à l'acte, mais à la condition d'en avertir sur le champ l'autorité compétente, en lui exposant les faits.

La procédure du canton dans lequel l'acte est fait est applicable.

Les personnes demeurant dans un autre canton peuvent être citées par la voie postale.

Les témoins et les experts ne sont pas tenus de comparaître dans un autre canton.

Art. 375 et 376. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 376bis. Lorsque, dans une instruction ouverte en Suisse en vertu de l'art. 179 du présent code, il est constaté que les publications obscènes ont été fabriquées sur le territoire d'un Etat étranger signataire de la Convention internationale du 12 septembre 1923, ou qu'elles ont été importées d'un tel Etat étranger, ces faits seront immédiatement signalés, par l'intermédiaire du ministère public fédéral, à l'office central institué dans ledit Etat en vue de la répression du trafic des publications obscènes.

Seiler, Berichtstatter: Währenddem Art. 2 des Gesetzes die zeitliche und die örtliche Geltung des Gesetzes, die Art. 353 ff. das intertemporäre Strafrecht festlegen, befaßt sich der vierte Abschnitt in der Hauptsache mit den Gerichtsstandsfragen. Als oberster Grundsatz wird gemäß der Verfassungsvorschrift festgehalten, daß die Kantone die Behörden bezeichnen, denen die Verfolgung und Beurteilung der ihrer Gerichtsbarkeit unterstellten strafbaren Handlungen obliegt. Dabei wird ausdrücklich erwähnt, daß die Uebertretungen auch einer Polizeibehörde zugewiesen werden können. In der Organisation selbst sind die Kantone vollständig frei. Wer sich nur einigermaßen in die Mannigfaltigkeit der bestehenden Untersuchungsbehörden und Gerichtsinstanzen vertieft, wird zugeben, daß den Kantonen ein großes Stück Selbständigkeit gelassen ist. Die Bestimmung, daß Uebertretungen durch Polizeibehörden beurteilt werden können, wird wohl kaum viel Nachachtung erfahren. Dieser Bestimmung ist e contrario zu entnehmen, daß Verbrechen und Vergehen durch Gerichtsbehörden zu erledigen sind. Unsere Kommission spricht nicht mehr von Polizeibehörden, sondern von Verwaltungsbehörden, womit die Möglichkeiten der Kantone noch erweitert werden, und nicht von Uebertretungen, sondern von strafbaren Handlungen, die mit Haft oder Buße oder mit Buße allein bestraft werden.

Von großer Bedeutung für die Rechtssicherheit

sind die Gerichtsstandsbestimmungen in den Artikeln 365—370. Das Hin- und Herschieben der Straffälle von einem Kanton zum andern, wobei nicht immer rein sachliche Gründe, sondern etwa auch Gründe der Bequemlichkeit und der Kostenersparnis mitspielen, gehört nicht zum Ruhmesblatt der bisherigen kantonalen Strafjustiz. Wenn ein Teil davon profitiert hat, so war es der Verbrecher. Andererseits aber kann diese Unordnung auch dem Verbrecher zum Nachteil werden. Die Entscheidungskompetenz des Bundesgerichts über negative Kompetenzkonflikte ist nur ein ungenügendes Korrektiv. Die klare Regelung der Gerichtsstandsfragen gewinnt mehr und mehr an Bedeutung durch die Intensivierung des Verkehrs, welche die Ausdehnung eines Verbrechens über mehrere Kantonsgebiete erleichtert. Mit Recht sagt Zürcher: «Die gesetzgeberische Arbeit wird vereinfacht, die Einführungsgesetze werden entlastet, die gleichmäßige Anwendung ist gesichert, da sich eine bundesrechtliche Praxis ausbilden kann, wenn wir den Gerichtsstand erschöpfend auch intrakantonal ordnen.» Die Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung steht nicht in Frage. Die Aufnahme von Bestimmungen, welche eine richtige Ausführung des Gesetzes garantieren, ist unerlässlich. Die Gerichtsstandsfragen nur interkantonal und nicht auch intrakantonal zu lösen, dafür liegt ein Grund ebenfalls nicht vor. Es kann für die Durchführung eines einheitlichen Strafgesetzes nicht zweierlei Gerichtsstandsrecht geben. Wesentlich ist eine klare Fixierung der Gerichtsstände nach einem System, welches eine möglichst reibungslose Strafjustiz garantiert. Daß nicht alle Konflikte von vornherein ausgeschlossen werden können, zeigt Art. 370, welcher im Streitfalle dem Bundesgericht den Entscheid zuweist. Wer es aber wirklich mit der Strafjustiz ernst nimmt, wird der Lösung des Gesetzes zustimmen. Sie ist einer der wesentlichen Punkte der Strafrechtsreform überhaupt.

Die grundlegende Gerichtsstandsbestimmung enthält Art. 365. Hauptgerichtsstand ist der Ort der Begehung. Dieser Grundsatz gilt aber nur für die im Inland begangenen Verbrechen. Für die im Ausland begangenen trifft Art. 367 eine besondere Regelung. Dort wird in der Hauptsache auf den Wohnort abgestellt. Der Gerichtsstand des Begehungsortes schließt den Gerichtsstand des Wohnortes, der Heimat oder der Erfassung des Täters aus (immer die Begehung in der Schweiz vorausgesetzt). Maßgebend ist der Ort, an dem die Handlung «ausgeführt» wurde. Dieser Ort kann verschieden sein von dem Orte, an dem der Erfolg eingetreten ist. Der letztere ist für rein schweizerische Verhältnisse nicht maßgebend. Er ist jedoch dann von Bedeutung, wenn der Ort der Begehung im Ausland und nur der Ort des Erfolgeintritts in der Schweiz liegt.

Nun kann aber eine Handlung an verschiedenen Orten begangen oder der Erfolg an verschiedenen Orten eingetreten sein. Denken wir an die sogenannten Transitverbrechen. Da stellt nun das Gesetz den einfachen Grundsatz auf, daß die Behörde desjenigen Ortes zuständig ist, an dem die Untersuchung zuerst angehoben wurde. Diejenige Behörde, so sagt Gautier, welche die größte Diligenz an den Tag gelegt hat; soll das Verfahren durch-

führen. Daß dies vielleicht nicht in allen Fällen befriedigen wird, ist nicht zu bestreiten. Sicher aber ist, daß diese Lösung im Interesse einer prompten Strafjustiz liegt und das Ansehen des Staates nur fördern kann. Die Kommission hat denn auch dieser Lösung unbedenklich zugestimmt.

Eine besondere Regelung ist für den Gerichtsstand bei Pressevergehen im Inland nötig. Erinnern wir uns vorerst daran, daß das Schutzbedürfnis der Presse auf Anonymität und Redaktionsgeheimnis zu einer Sonderregelung in Art. 26 geführt hat. In erster Linie fällt der Verfasser als Täter in Betracht. Seine Bekanntgabe kann aber nicht erzwungen werden und deshalb tritt an seine Stelle der Redaktor. Art. 366 bestimmt nun, welche Behörden für die Beurteilung der Pressevergehen zuständig sind. Grundsätzlich ist zuständig die Behörde des Erscheinungsortes. Die Kommission schlägt hier vor, vom « Ort der Herausgabe » zu reden. Diese Bezeichnung dürfte präziser sein. Als Begehungsort kommt dann der Druckort in Frage, wenn der Ort der Herausgabe unbekannt ist. Nach Art. 260quater muß der Druckort bei Androhung von Strafe gegen den Verleger angegeben sein. Ist auch der Druckort unbekannt, was trotz der Strafandrohung vorkommen wird, so gilt der Ort der Verbreitung. Bei Verbreitung an mehreren Orten gilt analog der Bestimmung von Art. 365 der Ort, wo die Untersuchung zuerst angehoben wurde. Und wenn schließlich keiner dieser Orte in Betracht kommen kann, weil der Wohnsitzkanton die Zuführung verweigert, so sind die Behörden des Wohnortes zuständig. Es gibt also kein Entrinnen! Die Lösung ist gleichzeitig ein Beispiel für die in alle Details gehende Gesetzgebung und für die Tatsache, wie mannigfaltig die Verhältnisse und aber auch die Bemühungen sind, sich der Strafe zu entziehen. Bei dieser Mannigfaltigkeit gibt es wiederum nur ein wirksames Hilfsmittel: die klare, einheitliche Gerichtsstandsfixierung für die ganze Schweiz.

Die Fassung der Kommission bringt zwei Aenderungen an der bundesrätlichen Vorlage. Einmal gilt die besondere Bestimmung des Art. 366 nur für die Fälle, für welche die Presseverantwortlichkeit im Gesetz besonders « geordnet » ist (der Entwurf sagt: besonders « begründet » ist). Die Kommission hat seinerzeit in Art. 26 eine Ergänzung vorgenommen, deren Sinn folgender ist: Nicht jede strafbare Handlung, bei welcher die Presse eine Rolle spielt, soll unter Ausnahmerecht gestellt werden, sondern nur eine Handlung, die sich im Presseerzeugnis erschöpft (s. Stenogr. Bulletin, Frühjahrssession 1928, S. 95). Auf diese Regelung bezieht sich die neue Formulierung der Kommission. Im weitern glaubte die Kommission eine Ergänzung anbringen zu müssen. Der Verletzte soll nicht einfach an den Gerichtsstand der Herausgabe gebunden sein, sondern es soll ihm möglich sein, den bekannten Verfasser an seinem Wohnort zu belangen, sofern dieser Wohnort in der Schweiz liegt. Der Kläger hat somit die Wahl, am Ort der Herausgabe oder am Wohnort des Verfassers zu klagen, bzw. die Untersuchung kann an beiden Orten angehoben werden. Erfolgt eine Untersuchung an beiden Orten, so ist sie da durchzuführen, wo sie zuerst angehoben worden ist. Diese Ergänzung erscheint uns angemessen und praktisch. Sie wird auch den

Interessen des Verletzten gerecht und kann sogar dem Täter die Stellung erleichtern.

Art. 367 bestimmt den Gerichtsstand für Auslandsvergehen oder für solche Vergehen, deren Begehungsort unbekannt ist. In diesen Fällen gilt der Gerichtsstand des Wohnorts. Nun kann der Täter auch keinen Wohnort in der Schweiz haben. In diesem Fall rückt der Heimatort nach. Liegt auch kein Heimatort in der Schweiz vor, so gilt der Ort, wo der Täter betreten wird. Auch das Letztere kann aber noch fehlen. Im äußersten Falle gilt das Gericht des Kantons, der die Auslieferung verlangt hat, und zwar dasjenige Gericht, das die kantonale Regierung bestimmt. Unsere Kommission hat schließlich noch eine weitere Komplikation entdeckt, die darin liegen kann, daß ein Täter ein mehrfaches Bürgerrecht in der Schweiz aufweisen kann. In diesem Falle soll der letzte Heimatort maßgebend sein.

In diesem Zusammenhang ist es nützlich, sich darüber klar zu werden, in welchen Fällen im Ausland begangene Verbrechen in der Schweiz beurteilt werden. Einmal sind nach Art. 4 die im Ausland gegen den Staat und die Landesverteidigung begangenen Verbrechen nach schweizerischem Recht strafbar, sodann nach Art. 5 die Vergehen im Ausland gegen Schweizer, nach Art. 6 die Vergehen von Schweizern im Ausland, selbstverständlich unter den im Gesetz genauer bestimmten Voraussetzungen.

Auch in der Frage der Teilnahme können in bezug auf den Gerichtsstand Kollisionen entstehen. Maßgebend ist nach Art. 368 der Gerichtsstand, der für den Täter maßgebend ist. Die Kommission spricht ausdrücklich vom Anstifter und Gehilfen, als den beiden Formen der Teilnahme. Im Falle mehrerer Haupttäter gilt der Ort der ersten Untersuchungshandlung. Nicht unter die Teilnahme fällt beispielsweise die Hehlerei, die ein selbständiges Verbrechen ist, somit den gewöhnlichen Gerichtsstandsbestimmungen untersteht.

Einen letzten Gerichtsstandskonfliktfall regelt Art. 369. Er betrifft den Fall der Realkonkurrenz des Art. 65. Maßgebend ist für den Gerichtsstand der Ort, an welchem die mit der schwersten Strafe bedrohte Tat begangen worden ist. Ist die Strafandrohung für die verschiedenen Verbrechen gleich schwer, so gilt der Ort der Anhebung der ersten Untersuchung. Ereignet sich der Fall, daß jemand trotz dieser Vorschrift an mehreren Orten verurteilt worden ist, was insbesondere contumaciter erfolgen kann, so ist dies dadurch zu korrigieren, daß durch das Gericht, welches die schwerste Strafe ausgesprochen hat, eine Gesamtstrafe festgesetzt wird. Damit fällt selbstverständlich das andere Urteil dahin. Damit kommt auch Ordnung in diese Materie. Hinzuweisen ist auf die materielle Aenderung, welche die Kommission vorgenommen hat. Der bundesrätliche Entwurf beschränkt die Pflicht der einheitlichen Behandlung auf die « Vergehen ». Die Kommission dehnt sie aus auf alle « strafbaren Handlungen ». Darunter fallen also auch die Uebertretungen. Dies ist in der Expertenkommission als zu weitgehend mehrheitlich abgelehnt worden. Gautier hat auf den Fall hingewiesen, daß in St. Gallen ein Verbrechen, in Genf eine Uebertretung stattgefunden habe. Soll in diesem Fall, speziell auch dann, wenn die beiden Tatbestände nichts

miteinander zu tun haben, die gemeinsame Behandlung stattfinden? Die Frage ist der erneuten Ueberprüfung wert. — Die Aenderung in Ziff. 2 ist die Folge der Aenderung in Ziff. 1.

Daß im Falle des zwischen den Kantonen streitigen Gerichtsstandes das Bundesgericht entscheidet, ist bereits erwähnt worden. Streitigkeiten zwischen den Gerichten im Kanton selbst entscheidet die obere kantonale Instanz.

Damit sind die Gerichtsstandfragen erledigt und wir können uns der zweiten wichtigen Materie dieses Abschnittes zuwenden: der Rechtshilfe. Die gegenseitige Rechtshilfe ist eine Voraussetzung für die richtige Durchführung der Rechtseinheit. Es handelt sich dabei nicht nur um die Auslieferung, sondern um eine Unterstützung bei den Prozeßhandlungen überhaupt. Sie bezieht sich auch auf die übrige Bundesstrafgesetzgebung. Ihre Bedeutung erhellt aus der Bestimmung, daß Haft- und Zuführungsbefehle in der ganzen Schweiz zu vollziehen sind.

Die Rechtshilfe ist an eine verfassungsmäßige Schranke gebunden. Gemäß Art. 67 der Bundesverfassung kann die Auslieferung für politische Vergehen und für Pressevergehen nicht verbindlich gemacht werden. Diese Bestimmung ist nicht absolut befriedigend, wie Burckhardt im Kommentar zu Art. 67 näher ausführt. Sie ist aber Verfassungsrecht und vom Gesetzgeber zu respektieren. Ziff. 2 von Art. 371 bestimmt daher, daß der Kanton die Zuführung verweigern kann, wenn die Strafsache ein politisches Vergehen oder ein Preßvergehen betrifft. In diesem Falle muß dann aber der verweigernde Kanton die Beurteilung selbst übernehmen. Wird der Gesuchte zugeführt, so darf eine Verfolgung wegen eines politischen Vergehens oder eines Pressevergehens im requirierenden Kanton nur erfolgen, wenn die Zuführung wegen dieser Tat erfolgt ist. Diese Gedankengänge hat die Kommission durch die Umstellung der Ziffern besser zum Ausdruck gebracht.

Daß diese Lösung in einem Lande, dessen Glieder alle von dem gleichen demokratischen Gefühl beseelt sind, etwas sonderbar erscheint, ist ohne weiteres zuzugeben. In der Expertenkommission ist die Materie sehr eingehend besprochen worden. Sie war kompliziert durch die Lösung in der Frage der Todesstrafe. Diese Komplikation fällt für uns zufolge der Ablehnung dieser Straftat weg. Interessant war ein Antrag Studer in der Expertenkommission, welcher dem Gesuchten eine gewisse Garantie gegen eine ungerechtfertigte Auslieferung verschaffen wollte, dadurch, daß wenigstens im Falle erheblicher Zweifel an der Schuld die Verweigerung der Zuführung hätte erfolgen können. Einen Rest dieses Antrags finden wir in Art. 372, Abs. 4, wonach vor der Zuführung die Vernehmung des Beschuldigten zu erfolgen hat. Die Verweigerung der Zuführung allgemein zuzulassen, wenn der Fall als zweifelhaft erscheint, wäre zu weit gegangen, abgesehen von den Komplikationen, die eine solche Lösung mit sich brächte. Schließlich muß der angesuchte Kanton auch zur Justiz des andern Zutrauen haben.

Soll sich die Rechtshilfe auch auf den Vollzug beziehen? Ein zwingender Grund, der dagegen spräche, ist nicht anzuführen. Art. 371 spricht daher ganz allgemein von der Zuführung in Strafsachen.

Gilt der Artikel auch für Uebertretungen? Auch hier ist die weitere Fassung gewählt. Der Artikel spricht ganz allgemein von « Strafsachen ».

Eine starke Tendenz ging in der Expertenkommission dahin, die Verweigerung der Rechtshilfe bei politischen Vergehen auszuschließen. Eine Meinung ging sogar dahin, Art. 67 der Bundesverfassung werde durch den Rechtseinheitsartikel aufgehoben. Dies dürfte zu weit gegangen sein: Die Vorlage respektiert die Verfassungsbestimmungen über die politischen und die Pressevergehen.

Einige Bestimmungen über das Rechtshilfeverfahren enthält Art. 372. Der Verkehr geht direkt von Behörde zu Behörde, formlos und nicht kompliziert, wie beim Auslieferungsverfahren. Es soll den Umständen gemäß gehandelt werden. Daß die Beamten der Polizei auch unaufgefordert mitzuhelfen haben, ist eine Mahnung zu selbständigem Eingreifen. Ueber die Einvernahmepflicht ist schon gesprochen worden.

Die in Art. 373 statuierte Unentgeltlichkeit der Rechtshilfe entspricht schon dem im heutigen Auslieferungsgesetz enthaltenen Grundsatz. Diese Unentgeltlichkeit betrifft das Verhältnis von Kanton zu Kanton. Daß sich dieser Grundsatz nicht auch auf teure Gutachten beziehen kann, ist verständlich. Dem Verurteilten andererseits sollen die Rechtshilfekosten auferlegt werden. Der Verurteilte soll nicht durch die notwendige Rechtshilfe besser gestellt sein. Die durch die Kommission vorgeschlagene Aenderung präzisiert dahin, daß die Kostenaufgabe für die Rechtshilfe nur eintreten soll, wenn dem Verurteilten überhaupt Kosten auferlegt werden.

Inwieweit sollen nun aber Beamte des einen Kantons im andern Kanton Amtshandlungen vornehmen können? Normalerweise ist die Zustimmung des andern Kantons einzuholen. Dies wird in dringenden Fällen nicht immer möglich sein. In Fällen, in denen sofort gehandelt werden muß, soll dies geschehen, jedoch unter unverzüglicher Kenntnisaufgabe und unter Darlegung des Sachverhalts. Diese Lösung ist praktisch und im Interesse der Strafjustiz gelegen. Eine gewisse Selbsthilfe muß erlaubt sein. Wie, wenn der Eingriff doch nicht so dringlich gewesen wäre? Hier wird wohl eine berechtigte Reklamation vor Wiederholung sichern. — In unserer Kommission ist die Frage aufgeworfen worden, nach welchem Prozeßrecht die Behörde, welche in das andere Gebiet eingreift, vorgehen müsse. Die Frage ist diskutabel. Am natürlichsten ist wohl die von der Kommission gewählte Lösung, daß das Recht des Kantons, in welchem die Handlung vorgenommen wird, zur Anwendung kommt. Dieses Recht ist den in Betracht fallenden Personen geläufig. Der Beamte des eingreifenden Kantons muß sich dann eben über das Prozeßrecht des andern Kantons orientieren. Eine weitere Frage ist die, ob Zeugen und Beschuldigte aus einem andern Kanton in den Kanton, in welchem die Untersuchung und Beurteilung vor sich geht, geladen werden können. Diese Frage ist zu bejahen. Fraglich ist aber, ob diese Personen der Vorladung Folge leisten müssen und ob sie, wenn sie es unterlassen, Rechtsnachteile zu gewärtigen haben. Die Kommission hat nun folgendes beschlossen: Die durch den Prozeß berührten Personen eines andern Kantons können durch Vermittlung der Post vorgeladen

werden. Dagegen ist ausdrücklich festgesetzt, daß Zeugen und Sachverständige nicht verpflichtet sind, der Vorladung Folge zu leisten. Folgen sie der Einladung nicht, so wird der Beamte eben einen andern Weg einschlagen müssen, den Weg des Requisitoriums oder der Abhörung im Wohnsitzkanton, unter Zustimmung der Wohnsitzbehörde. In vielen Fällen wird die Garantie der Kostenvergütung das Erscheinen ermöglichen.

Die Möglichkeit des Ueberschreitens der Kantons-grenze durch Polizeior-gane in dringenden Fällen muß ohne weiteres gegeben sein. Die Amtshandlungen dürfen aber nicht ohne weiteres fortgesetzt werden, sondern es muß der nächste kompetente Beamte aufgesucht werden, der das weitere anzuordnen hat. Das alte Auslieferungsgesetz hatte bestimmte Fälle aufgezählt, in denen die Nacheile gestattet war. Die jetzige Fassung ist elastischer.

Ergeben sich in bezug auf die Rechtshilfe Konflikte zwischen den Kantonen, so entscheidet das Bundesgericht. Angeordnete Sicherheitsmaßnahmen sind aufrechtzuerhalten. Die Konflikte können verschiedenartig sein. Ein Kanton verweigert die Rechtshilfe mit der Behauptung, das Delikt sei ein politisches, eine Behauptung, die vom andern Kanton nicht anerkannt wird. Oder es verlangen mehrere Kantone die Zuführung. Rechtsregeln für den Entscheid des Bundesgerichtes sind nicht aufgestellt.

Neu hat die Kommission Art. 376bis aufgenommen, im Interesse eines wirksamen Kampfes gegen die unzüchtigen Schriften. Das Land der Herstellung soll von der Veröffentlichung in der Schweiz benachrichtigt werden.

Was aber hat zu geschehen, wenn ein Kanton die Rechtshilfe verweigert?

Geschieht dies gegenüber einem andern Kanton, so liegt ohne Zweifel ein Anstand im Sinne des Artikel 376 des Entwurfs vor, der vom Bundesgericht zu entscheiden ist. Sollte der pflichtige Kanton auch den Entscheid des Bundesgerichtes nicht ausführen, so hätte der ersuchende Kanton gemäß Art. 45, Abs. 2, O. G., beim Bundesrat Beschwerde zu führen und dieser müßte einschreiten, nötigenfalls mit Gewalt, obwohl ihm hierzu nicht einmal eigene Organe zur Verfügung stehen. Widerstand eines Kantons auch gegen einen solchen Entscheid dürfte aber praktisch kaum vorkommen. Es ist auf die entsprechende Rechtshilfebestimmung in Art. 254 des Entwurfs zum Bundesstrafprozeß vom 10. September 1929 hinzuweisen. Wie steht es aber, wenn ein Kanton dem Bund die nach Art. 371 des Entwurfs geschuldete Rechtshilfe verweigert? Art. 376 spricht nur von Anständen zwischen den Kantonen. Diese Frage bedarf noch einer Ueberprüfung.

Im allgemeinen ist in bezug auf die Rechtshilfe zu sagen, daß sie eine selbstverständliche Konsequenz der Strafrechtsvereinheitlichung ist. Der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit, der neuerdings erhoben wird, beruht auf einer Verkenning der durch Art. 64bis geschaffenen Rechtslage.

Gestützt auf diese Ausführungen beantrage ich Ihnen Annahme der Art. 364 bis 376 in der Fassung der Kommission.

M. Logo, rapporteur: Le chapitre IV contient les dispositions relatives à la compétence des autorités cantonales et à l'assistance que les autorités cantonales doivent se prêter les unes aux autres et qu'elles doivent prêter aux autorités fédérales dans les affaires donnant lieu à l'application du Code pénal suisse ou d'une autre loi fédérale.

Je rapporterai tout d'abord sur l'art. 364 qui a trait à la compétence matérielle des autorités cantonales; ensuite sur les art. 365 à 370 qui règlent les questions de compétence locale; enfin sur les art. 371 à 376 qui concernent ce que le projet appelle « l'assistance entre autorités ».

1. L'art. 364 est, au point de vue de la compétence matérielle des autorités cantonales, en quelque sorte une paraphrase de l'art. 64bis de la Constitution fédérale. La commission vous propose d'adopter tel quel le premier alinéa de cet article. Quant au deuxième alinéa, le texte rédigé par la commission, quoique ses termes soient différents de ceux dont se sert le projet du Conseil fédéral, a cependant à peu près le même sens.

Au lieu de parler de « contraventions », le second alinéa du texte de la commission parle des « infractions que le présent code (le Livre I ou le Livre II du présent code) punit des arrêts ou de l'amende, ou de l'amende seule ». Cela revient exactement au même: voyez, en ce qui concerne le Livre I^{er}, l'art. 96bis de notre projet.

D'autre part, alors que le texte du Conseil fédéral dit à l'art. 364, al. 2, que « le jugement des contraventions peut être remis à une autorité de police », la commission propose de dire que ce jugement peut être remis « à une autorité administrative ».

Cela donne aux cantons une latitude un peu plus grande pour tenir compte, si besoin est, de certaines traditions ou de certaines nécessités d'organisation. Quoi qu'il en soit, il résulte du second alinéa de l'art. 364 — e contrario — que les cantons ne pourront pas charger du jugement d'un crime ou d'un délit une autorité administrative. Sous cette seule réserve, dont à coup sûr nul ne se plaindra, l'art. 364 laisse aux cantons leur entière liberté. Ils pourront conserver leur organisation judiciaire actuelle, ou la modifier, selon qu'il leur conviendra.

2. Art. 365 à 370. Comme je l'ai indiqué tout à l'heure, ces articles ont trait à la compétence locale des autorités pénales des cantons. Ils posent les règles nécessaires pour la solution des divers conflits de compétence qui peuvent se produire ratione loci, tant entre les autorités judiciaires de divers cantons qu'entre celles d'un seul et même canton. Ces règles ont une portée absolue, intercantonale aussi bien qu'intracantonale et les cantons ne peuvent s'y soustraire.

Sur la question de la constitutionnalité de ces dispositions, votre commission partage l'opinion émise à la deuxième commission d'experts par MM. Gautier, Kaiser, Zürcher, Hafner et le Conseiller fédéral Müller (P. V. VIII, pages 58—59 et pages 62—63).

Cela dit, j'ai encore quelques indications à vous donner sur l'attitude prise par la commission à l'égard de ces divers articles.

Je passe rapidement sur l'art. 365, que la commission vous propose d'adopter tel qu'il figure dans le projet du Conseil fédéral. Il n'est cependant pas

sans intérêt de relever que, d'après l'art. 365, 1^{er} al., l'autorité du lieu de perpétration est seule compétente si le délit a été perpétré en Suisse et si son résultat s'est produit en Suisse aussi. Cette règle est absolue. Notre projet exclut, quand l'infraction a été perpétrée en Suisse, non seulement les fors accessoires traditionnels (for du domicile, du lieu de capture, du lieu d'origine), mais aussi le for du lieu où le résultat s'est produit.

En revanche, si le lieu de perpétration est situé à l'étranger, tandis que le lieu où le résultat s'est produit est en Suisse, alors, c'est l'autorité de ce dernier lieu qui est compétente, à titre de for de commission au sens de l'art. 8 de notre projet. Tel est le sens de la deuxième phrase de l'al. 1^{er}.

Sans insister davantage sur l'art. 365, je passe à l'art. 366 qui pose des règles spéciales sur le for des délits de presse commis en Suisse. L'art. 366, en revanche, est muet sur les délits de presse commis à l'étranger. Pour ces délits, l'art. 366 sera donc remplacé par les règles générales qui découlent des art. 8 et 365, 1^{er} al. in fine et 2^e al., si l'imprimé qui a paru à l'étranger a été vendu ou répandu en Suisse: les poursuites sont alors possibles partout où l'imprimé a été répandu en Suisse. On revient ainsi, pour les délits de presse commis à l'étranger, au for ambulante, que l'art. 366 met à l'arrière-plan, avec raison, pour les délits de presse commis en Suisse.

Quant à l'art. 366, votre commission vous recommande de l'adopter avec une adjonction. Voici, en deux mots, de quoi il s'agit:

Dans le projet du Conseil fédéral, l'art. 366 prévoit une cascade de fors dont chacun remplace le précédent, si besoin est: d'abord le for du lieu où l'imprimé a paru. Je signale à ce propos que votre commission estime préférable de parler du lieu où l'imprimé a été édité. Ensuite, si ce lieu n'est pas connu, l'art. 366 prévoit le for du lieu d'impression. Ensuite, mais seulement ensuite, c'est-à-dire à défaut du for précédent, vient le for du ou des lieux où l'imprimé a été répandu.

C'est donc, comme je vous disais tout à l'heure, la guerre déclarée au for ambulante. On ne le tolère que comme un pis aller. Cette réglementation, qui, dans une certaine mesure, est conforme à la jurisprudence actuelle du Tribunal fédéral, est évidemment avantageuse pour la presse. Votre commission a cependant jugé utile de la compléter pour assurer au citoyen une protection meilleure contre certains délits de presse, en ajoutant au premier alinéa une disposition relative au cas où l'auteur de l'écrit est connu et où il a sa résidence en Suisse.

Dans ce cas, votre commission estime qu'il se justifie de déclarer compétente aussi l'autorité du lieu où l'auteur de l'écrit a sa résidence. Et alors, s'il y a collision entre le for du lieu d'édition et le for du lieu de résidence de l'auteur de l'écrit, c'est le principe de la prévention qu'il faut appliquer. Voilà les idées qu'exprime le 1^{er} alinéa, tel que votre commission vous propose de le rédiger. Je n'insiste pas davantage sur l'art. 366.

Sur l'art. 367, qui détermine le for des infractions commises à l'étranger et de celles dont le lieu de commission ne peut être déterminé, je puis être bref.

L'un des fors ici prévu est celui du lieu d'origine du délinquant. La commission vous propose de préciser que, lorsque l'auteur de l'infraction est originaire de plusieurs endroits, le for sera celui de son lieu d'origine le plus récent. A part cela, nous sommes d'accord avec l'art. 367 tel que le propose le Conseil fédéral.

A l'art. 368, la commission a apporté un amendement de pure forme sur lequel je passe; de même, les amendements proposés au sujet de l'art. 369 sont d'ordre rédactionnel.

Quant à l'art. 370, la commission vous recommande de l'adopter tel qu'il figure dans le projet du Conseil fédéral.

3. J'en arrive ainsi à la troisième partie de mon exposé relatif au chapitre IV: art. 371 à 376bis. Ces articles ont une très grande importance pratique. Ils amélioreront considérablement les conditions de la lutte contre le crime dans notre pays, en soumettant notamment l'assistance que les cantons doivent se prêter entre eux en matière pénale — assistance pour le procès au sens restreint et assistance pour l'exécution du jugement — à un régime infiniment plus conforme aux intérêts d'une bonne administration de la justice pénale que le régime sur lequel nous vivons encore aujourd'hui.

En particulier, les dispositions dont nous allons parler constitueront un progrès marqué par rapport à la loi fédérale de 1852 sur ce qu'on appelle encore pompeusement « l'extradition » entre cantons, loi dont les points faibles sont bien connus de ceux qui ont l'occasion de la pratiquer et qui, surtout, a le défaut grave — au point de vue des besoins d'une répression efficace — de traiter les cantons comme autant d'Etats étrangers les uns aux autres.

Cette loi est abrogée par l'art. 422, lettre c, de notre projet et les art. 371 à 376 qui vous sont maintenant soumis substitueront à ses dispositions vieillies des règles plus simples, plus naturelles aussi entre cantons qui, tout de même, font partie d'une seule et même patrie dans laquelle il est vraiment absurde de compliquer et d'affaiblir la lutte contre le crime par un cloisonnement interne que rien, en réalité, ne justifie.

L'art. 371 pose tout d'abord en principe que l'assistance est due « dans toute cause entraînant l'application du Code pénal suisse ou d'une autre loi fédérale ». Ceci rend superflue la nomenclature de l'art. 2 de la loi fédérale de 1852.

Mais par qui et à qui l'assistance est-elle due? Le projet du Conseil fédéral (art. 371, chiff. 1, al. 1) répond:

« L'autorité cantonale est tenue de prêter assistance à l'autorité fédérale et à celle des autres cantons. »

Ainsi, il n'y aurait pas réciprocité entre la Confédération et les cantons.

La commission estime préférable de dire, à toutes fins utiles: « La Confédération et les cantons, de même que les cantons entre eux, sont tenus de se prêter assistance. »

D'autre part, la commission vous propose de déplacer le second alinéa du chiff. 1 et d'en faire un chiff. 3 de l'art. 371. Cela rend peut-être l'article plus clair, sans d'ailleurs en modifier le sens. Pour le surplus, la commission est d'accord avec l'art. 371 du Conseil fédéral.

Je passe sur l'art. 372, qui concerne la procédure et simplifiée heureusement par rapport aux règles rigides et solennelles posées par la loi fédérale de 1852.

L'art. 373 règle la question des frais de l'assistance. Contrairement au principe qui veut que celui qui commande, paie, cet article déclare que l'assistance est gratuite, d'une manière générale. C'est à charge de réciprocité et c'est, d'ailleurs, déjà prévu par la loi fédérale du 2 février 1872. Néanmoins, le projet du Conseil fédéral (art. 373, al. 2) met les frais de l'assistance, en définitive, à la charge de la partie condamnée aux frais.

Mais il ne faut pas oublier ici que, par application de la procédure pénale cantonale, l'accusé, par exemple, peut être condamné à payer une partie seulement des frais. C'est pour tenir compte de cette éventualité que votre commission vous propose de dire à l'al. 2:

« La partie à la charge de laquelle les frais sont mis devra supporter, dans la même mesure, les frais dérivant de l'assistance, même ceux que le canton requérant n'est pas tenu de rembourser. »

L'art. 374 statue pour les cantons l'obligation de respecter la frontière du voisin. Il s'adresse aux autorités cantonales et leur dénie le droit de faire des actes de procédure sur le territoire d'un autre canton, du moins tant qu'ils n'y ont pas été dûment autorisés par l'autorité cantonale compétente. Toutefois, l'art. 374, 1^{er} al., 2^e phrase, réserve le cas d'urgence. Il peut alors être procédé à l'acte, la demande préalable étant remplacée par un avis donné immédiatement après que l'acte aura été fait.

Bien.

Mais quand un acte de procédure est accompli par l'autorité d'un canton sur le territoire d'un autre canton, quelle sera la loi de procédure applicable?

Le projet du Conseil fédéral ne le dit pas.

Et on peut hésiter entre la loi du canton auquel appartient l'autorité qui procède à l'acte, et la loi du canton dans lequel l'acte est accompli.

C'est à cette dernière solution que votre commission a donné la préférence. La commission est partie de l'idée que la procédure est chose exclusivement cantonale, qu'elle est d'ordre public, que tout acte de procédure fait sur le territoire d'un canton doit donc être accompli selon la loi de ce canton et qu'au surplus, l'autorité de l'autre canton intéressé pourra, si elle l'estime nécessaire, se faire assister par exemple par un juge du canton dans lequel l'acte est fait. Ainsi, l'application de la loi de ce canton ne donnera guère lieu à des difficultés pratiques.

C'est aussi à cause du caractère d'ordre public des lois de procédure et pour tenir compte du droit qui, de l'avis de certains membres de la commission, devrait être reconnu aux habitants d'un canton de n'être entendus comme témoins ou de n'être commis comme experts que selon la procédure de leur canton, que la commission a voté l'adjonction à l'art. 374 d'un dernier alinéa disant:

« Les témoins et les experts ne sont pas tenus de comparaître dans un autre canton. »

Ce principe, que la commission n'a d'ailleurs accepté qu'à la majorité d'une voix, me paraît discutable. Le Conseil des Etats nous dira ce qu'il en pense.

Cela dit, une dernière remarque et j'en aurai fini avec l'art. 374:

Dans le projet du Conseil fédéral, l'art. 374, al. 2, dispose: « Les inculpés et les témoins demeurant dans un autre canton peuvent être cités par la voie postale. Les témoins peuvent exiger l'avance des frais de voyage. »

De ces deux phrases, la commission vous propose de biffer la seconde, qui pourrait donner lieu à certaines difficultés pratiques, et de simplifier la première en parlant simplement des « personnes demeurant dans un autre canton ».

Sur les art. 375 et 376 qui s'appliquent, l'un au droit de suite, l'autre aux contestations entre cantons, pas d'observation.

L'art. 376bis, enfin, est en rapport avec l'art. 179 du Livre I^{er} et remplace l'art. 5 de la loi fédérale du 30 septembre 1925 sur la répression du trafic des publications obscènes. Je me réfère à ce que je vous en ai déjà dit le 14 mars 1929 (Bulletin sténographique, session de printemps 1929, page 412).

Angenommen. — *Adoptés.*

Herr **Sträuli**, Vizepräsident, übernimmt den Vorsitz.

M. **Sträuli**, vice-président, prend la présidence.

Art. 377—383bis.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Art. 377. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 378. In die Strafregister sind aufzunehmen:

1. die Verurteilungen wegen Verbrechen oder Vergehen;

(Ziff. 1, Abs. 2, streichen.);

- die Verurteilungen wegen der Uebertretung von Bundesgesetzen, die in einer Verordnung des Bundesrates bezeichnet werden;

2. die aus dem Auslande eingehenden Mitteilungen über dort erfolgte, nach diesem Gesetz vorkerkungspflichtige Verurteilungen;

3. die Tatsache, daß eine Verurteilung mit bedingtem Strafvollzug erfolgt ist;

4. die wesentlichen Tatsachen betreffend den Vollzug des Urteils;

5. die Tatsachen, die eine Aenderung erfolgter Eintragungen herbeiführen.

Art. 379. In das Strafregister sind auch aufzunehmen die Maßnahmen gegenüber Jugendlichen, die eine als Verbrechen oder Vergehen bedrohte Tat begangen haben.

Art. 380. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 381. Streichen.

Art. 382. An Privatpersonen dürfen keine Auszüge aus dem Strafregister abgegeben werden. Jedermann hat jedoch das Recht, seine Person betreffende Registerauszüge zu verlangen.

Eine gelöschte Vorstrafe darf nur Untersuchungsämtern und Strafgerichten unter Hinweis auf die Löschung mitgeteilt werden, und wenn die Person, über die Auskunft verlangt wird, in dem Strafverfahren Beschuldigter ist.

Art. 383. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 383bis. Den Kantonen bleibt vorbehalten, im Hinblick auf die Anwendung kantonalen Strafrechts besondere Listen über Personen, die von ihren Behörden bestraft werden, zu führen.

In diese Listen können Verurteilungen wegen Uebertretungen von Bundesgesetzen und von kantonalen Gesetzen eingetragen werden, soweit sie nicht in das Strafregister kommen.

An Privatpersonen dürfen Auszüge aus diesen Listen nicht abgegeben werden.

Gerichtlichen und andern Behörden des Kantons oder der Gemeinden ist auf Ersuchen ein amtlicher Auszug aus den Listen zu verabfolgen.

Minderheit:

(Affolter und Mitunterzeichner.)

Art. 383bis. Streichen.

Propositions de la commission.

Majorité:

Art. 377. Adhérer au projet du Conseil fédéral:

Art. 378. Sont inscrits au casier:

1. les condamnations à raison d'un crime ou délit;

(chiffre 1^{er}, 2^e al., biffer.);

2. les communications venant de l'étranger qui concernent des condamnations prononcées à l'étranger et soumises à l'inscription d'après le présent code;

3. la mention qu'une condamnation a été prononcée avec sursis;

4. les faits essentiels concernant l'exécution du jugement;

5. les faits qui nécessitent une modification dans les inscriptions au casier.

Art. 379. Pour les adolescents, sont inscrites au casier les mesures prises à raison d'un acte réprimé comme crime ou délit.

Art. 380. Adhérer au projet du Conseil fédéral:

Art. 381. Biffer.

Art. 382. Aucun extrait du casier judiciaire ne sera délivré aux particuliers. Chacun a cependant le droit de se faire délivrer des extraits de son propre casier.

Une inscription radiée ne sera communiquée qu'aux autorités d'instruction et aux tribunaux pénaux, avec mention de la radiation et seulement lorsque la personne sur laquelle des renseignements sont demandés figure comme inculpé dans le procès.

Art. 383. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 383bis. Les cantons conservent le pouvoir de tenir, pour les personnes condamnées par leurs autorités, des listes spéciales de condamnation, en vue de l'application du droit cantonal.

Peuvent être inscrites dans ces listes les condamnations prononcées à raison de contraventions aux lois fédérales non inscrites au casier judiciaire ou à raison de contraventions cantonales.

Aucun extrait de ces listes ne sera délivré aux particuliers.

Toute autorité, judiciaire ou autre, du canton ou d'une commune du canton, recevra sur sa demande un extrait officiel de ces listes.

Minorité:

(Affolter et cosignataires.)

Art. 383bis. Biffer.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: In Art. 59 ist ganz allgemein die Führung von Strafregistern vorgeschrieben. Die Einzelheiten bestimmt der fünfte Abschnitt. Der Zweck der Einrichtung ist die Information des Richters über das frühere Verhalten des Angeschuldigten. Fraglich ist, inwieweit strafbare Handlungen eingetragen werden sollen, und zu Diskussionen hat namentlich das Verhältnis der kantonalen Strafregister zum zentralen Strafregister geführt.

Die nunmehr vorgeschlagene Regelung ist folgende:

In das zentrale Strafregister werden alle Personen eingeschrieben, welche im Gebiete der Eidgenossenschaft verurteilt worden sind und alle im Ausland verurteilten Schweizer. In das kantonale Strafregister werden eingetragen alle Personen, welche von den Behörden des Kantons verurteilt worden sind, sowie alle verurteilten Kantonsbürger. Eingetragen werden in diese Strafregister die Verurteilungen wegen Verbrechen oder Vergehen, die Verurteilungen wegen der Uebertretung von Bundesgesetzen, die in einer Verordnung des Bundesrates festgesetzt werden, im weitern die aus dem Auslande kommenden Mitteilungen über dort erfolgte, nach diesem Gesetz vormerkungspflichtige Verurteilungen, die Tatsache, daß eine Verurteilung mit bedingtem Strafvollzug erfolgt ist, die wesentlichen Tatsachen betreffend den Vollzug des Urteils und endlich die Tatsachen, welche eine Aenderung erfolgter Eintragungen herbeiführen. Im zentralen Register figurieren also die in der Schweiz Verurteilten und die im Ausland verurteilten Schweizer, im kantonalen Register die im Kanton Verurteilten und die außerhalb des Kantons verurteilten Kantonsbürger, und zwar bezüglich der Verbrechen und Vergehen und der Bundesübertretungen. Nicht im Strafregister figurieren jedoch die Uebertretungen des kantonalen Rechts und die Uebertretungen von Bundesgesetzen, welche in der vom Bundesrat zu erlassenden Verordnung nicht aufgenommen sind. Daß über diese Kategorien Aufzeichnungen nicht existieren, die Eintragungen somit nicht lückenlos sind, ist als Mangel empfunden worden, und diesem Mangel will nun die Mehrheit der Kommission dadurch abhelfen, daß sie in einem neuen Art. 383bis die Errichtung von kantonalen Listen für die im Strafregister nicht eingetragenen Straftaten vorsieht. Die Kommissionsminderheit bekämpft diese Listen und beantragt Streichung von Art. 383bis. Wenn man nun aber im Strafregister ein Instrument für die vollständige Aufklärung über das Vorleben des Angeschuldigten schaffen will, so ist die Führung von Uebertretungslisten doch angezeigt. Wesentlich ist, daß diese Listen nicht zu Privat Zwecken mißbraucht werden.

Die heutige Ordnung des Registerwesens ist ungenügend. Die ganze Ordnung beruht auf Bundesbeschlüssen. Zum Zwecke der Orientierung der Kantone wurde das Zentralbureau mit der Führung von Registern beauftragt, nachdem sich die Kantone vorerst zum gegenseitigen Austausch ver-

pflichtet hatten, jedoch ohne einen vollen Erfolg. Heute klappt der Meldedienst in bezug auf die Verbrechen und Vergehen. Sehr verschieden aber ist das Verfahren in bezug auf die Uebertretungen. Aus verschiedenen Kantonen erfolgen überhaupt keine Meldungen über Polizeistrafen, und über den Umfang bestehen große Verschiedenheiten in den Kantonen. Der Umfang des heute auf dem Zentralpolizeibureau untergebrachten Strafregisters ist übrigens ein gewaltiger. Zur Illustration sei beigelegt, daß die Zahl der zurzeit Registrierten um 450,000 herum geht. Darunter befinden sich auch Ausländer, zum Teil auch Verstorbene, andererseits sind aber, wie schon erwähnt, nicht alle Polizeistrafen gemeldet. Die Zahl der Anfragen beträgt 70,000 im Jahr. Es gibt Kunden, die bis 100 Strafen aufweisen, auch ein Dokument für den Segen der dezentralisierten Strafjustiz und der Zerfahrenheit im Strafvollzug. Besonders betrüblich ist das Register der Jugendlichen, das zurzeit 4305 männliche und 755 weibliche Delinquenten aufweist, wobei auch Uebertretungen inbegriffen sind. Zu erwähnen ist die praktische Einrichtung des Strafregisters und die prompte Bedienung der anfragenden Amtsstellen. Es ist ganz klar, daß die Kantone unter sich den gegenseitigen Meldedienst nur unvollkommen und mit großen Verzögerungen durchführen könnten.

So wichtig nun die Institution des Strafregisters für den Richter ist, so sehr soll vermieden werden, daß es mißbräuchlich zum Schaden des Verurteilten verwendet werden kann. Vorerst wird als wesentlicher Grundsatz aufgestellt, daß Privatpersonen keine Auskunft erteilt werden darf. Ausgenommen ist nach der ausdrücklichen Beifügung unserer Kommission die Anfrage durch die eigene Person. Jedermann ist berechtigt, über sich selbst einen Auszug zu verlangen. Oftmals besteht ein lebhaftes Interesse daran, durch Bescheinigung nachweisen zu können, daß eine Vorstrafe nicht besteht, oder daß die Sache mindestens nicht so schlimm ist, wie behauptet worden ist.

Wie lange soll die Eintragung bestehen und somit den Verurteilten weiter belasten? Die heutige Mentalität verlangt möglichste Schonung des Verurteilten, besonders in bezug auf den bedingt Verurteilten. Art. 381 des Entwurfs hat die Fälle der Löschung und der Entfernung ausdrücklich behandelt. Löschung bedeutet Streichung in der Liste und Entfernung bedeutet vollständige Beseitigung der Akten, also Vernichtung des Bogens. Die Löschung soll nach der Fassung des Bundesrates erfolgen, wenn es der Richter verfügt, die Entfernung soll eintreten nach Bewährung bei bedingtem Strafvollzug und nach Ablauf von 5 Jahren nach erfolgter Löschung einer eingetragenen Strafe. Die Kommission hat nun Art. 381 gestrichen. Unter welchen Voraussetzungen der Richter die Löschung verfügen kann, bestimmt Art. 77, in bezug auf die Jugendlichen Art. 96. Bezüglich der Löschung des Urteils beim bedingten Strafvollzug bestimmt Artikel 39, Ziff. 4, das Nötige. Zu bemerken ist immerhin, daß in Art. 39, Ziff. 4, nicht mehr von der Entfernung, sondern nur von der Löschung gesprochen wird. Die Entfernung ist daher fallen gelassen worden.

Der Schutz für die Verurteilten liegt darin, daß an Privatpersonen keinerlei Auskünfte gegeben

werden dürfen. Gelöschte Strafen dürfen nur an Untersuchungsämter und Strafgerichte mitgeteilt werden, und zwar unter ausdrücklichem Hinweis auf die Löschung und dies auch nur dann, wenn die Person, über welche amtlich Auskunft verlangt wird, Beschuldigter ist. Dieser Schutz erscheint der Kommission genügend. Die völlige Entfernung vorzuschreiben, wäre gefährlich. Es hätte zur Folge, daß ein bedingt Verurteilter jeweilen nach der Bewährungsfrist aus dem Register verschwinden, neuerdings delinquieren und bedingt verurteilt werden könnte, ohne daß die spätere Instanz von dem frühern Urteil Kenntnis hätte. Eine solche Konsequenz widerspräche geradezu den Bestimmungen über die bedingte Verurteilung, die nur dem erstmals Bestraften zugute kommen soll.

Das Gesetz enthält nur die Hauptgrundsätze für das Strafregister. Das Nähere soll eine Verordnung festsetzen. Was das Gesetz in kurzen Zügen sagt, ist folgendes: Zentralregister und kantonales Register, letzteres ergänzt durch eine kantonale Liste, Kreis der Einzutragenden und die Tatsachen, die einzutragen sind; Meldepflicht der Kantone und des Bundes, Auskunftsverweigerung an Private und Recht der Einholung für die eigene Person; beschränkte Auskunft über Löschungen; nähere Bestimmungen über die kantonalen Listen.

Es ist eine dringende Notwendigkeit, auch in bezug auf das Strafregister eine klare Ordnung zu schaffen. Hat diese Institution schon unter dem kantonalen Recht hervorragende Dienste geleistet, so ist sie unter der Herrschaft des eidgenössischen Gesetzes ein geradezu unentbehrliches Hilfsmittel.

Ich empfehle Ihnen die Annahme der Kommissionsanträge.

Herr Präsident **Graber** übernimmt wieder den Vorsitz.

M. **Graber**, président, reprend la présidence.

M. **Logoz**, rapporteur de la majorité: Les art. 377 à 383bis concernent le casier judiciaire. Ils amélioreront sensiblement le régime en vigueur en ce qui concerne cette institution dont l'importance pratique est grande, notamment pour la répression de la récidive.

L'art. 59 de notre projet déclare déjà, d'une façon générale, que «les peines prononcées et les mesures de sûreté sont inscrites au casier judiciaire».

Et l'art. 377 prévoit un double casier:

1° le casier fédéral, dit casier central et tenu par le Bureau suisse de la police centrale. Ce bureau existe déjà; il a été créé par arrêté fédéral du 26 octobre 1903, qui l'a chargé d'organiser un office central anthropométrique, de tenir un casier judiciaire central et de publier un recueil suisse des signalements.

2° L'art. 377 de notre projet prévoit aussi que, dans chaque canton, il sera tenu un casier cantonal.

Votre commission est d'accord avec cette organisation de double casier, qui est conforme à la structure fédérative de notre Etat.

La commission approuve également les principes posés par l'art. 377 du Conseil fédéral, en ce qui concerne les personnes pour lesquelles le casier fédéral et les casiers cantonaux devront être tenus. Je n'insiste donc pas davantage sur l'art. 377.

Les art. 378 et 379 énumèrent ensuite les faits qui donneront lieu à inscription au casier. A ce sujet, je puis me borner à vous donner les indications que voici :

Au chiffre 1^{er}, second alinéa, l'art. 378 du Conseil fédéral ordonne l'inscription des condamnations prononcées, en vertu du Code pénal suisse, pour certaines contraventions. La commission, vu les modifications apportées au Livre second du projet, vu aussi l'al. 3 du chiff. 1^{er} de notre art. 378 qui charge le Conseil fédéral de désigner par voie d'ordonnance les contraventions aux lois fédérales (y compris le Code pénal suisse) à inscrire au casier, vous propose de biffer, dans le projet du Conseil fédéral, le second alinéa de l'art. 378, chiff. 1^{er}.

D'autre part, il y a lieu d'adapter, à l'al. 3 du même chiff. 1^{er}, le texte français au texte allemand, de telle sorte que le texte français parle, lui aussi, des « condamnations pour les contraventions prévues aux lois fédérales » et non aux « autres lois fédérales ». La commission a décidé, le 3 septembre 1928, de vous proposer de rectifier dans ce sens le texte français de l'art. 378, chiff. 1^{er}, al. 3.

Quant au reste de l'art. 378, nous vous proposons de l'adopter tel qu'il figure dans le projet du Conseil fédéral.

L'art. 379 parle de l'inscription des mesures prises contre les adolescents. Il prévoit l'inscription des mesures prises à raison d'un acte réprimé comme crime ou délit. Pour les adolescents, l'inscription n'aura donc pas lieu, lorsqu'il s'agit d'une simple contravention.

Sur l'art. 380, que la commission vous propose d'adopter tel quel, pas d'observation. Je dois en revanche m'arrêter un instant aux articles qui suivent.

L'art. 381 du projet du Conseil fédéral règle deux procédures ayant pour but, l'une et l'autre, d'annihiler les mentions portées au casier.

1. Il parle, en premier lieu, de la « radiation » (Löschung) des inscriptions au casier et il prévoit exclusivement la radiation des inscriptions dont le juge a ordonné la radiation. Il s'agit des cas déjà prévus par le projet de la commission aux art. 39, chiff. 4 (sursis conditionnel), 77 (réhabilitation des adultes), 93, chiff. 2 in fine (suspension de la détention infligée à un adolescent) et 96 (réhabilitation des adolescents).

On peut, dès lors, se demander si l'art. 381, chiff. 1, du Conseil fédéral, est bien nécessaire ou même utile. Ne peut-on pas supprimer sans inconvénient cette disposition, qui n'est qu'un rappel de règles déjà posées ailleurs? C'est ce qu'a fait le Code pénal militaire et c'est ce que votre commission a décidé de vous proposer de faire aussi dans notre projet.

2. L'art. 381, chiff. 2, du Conseil fédéral, traite ensuite de la « suppression » (Entfernung) de certaines fiches du casier judiciaire.

Il prévoit la suppression, c'est-à-dire la destruction, la mise à néant absolue de deux espèces de fiches, savoir :

a) celles qui concernent une condamnation conditionnelle si, par suite de l'épreuve victorieusement subie, la condamnation doit être considérée comme

non avenue (projet du Conseil fédéral, art. 39, chiff. 4 et art. 93, chiff. 2 in fine).

b) Les fiches des condamnations « radiées », quand 5 ans au moins se seront écoulés depuis la radiation, sans condamnation nouvelle.

A mon regret, la commission a décidé également de vous proposer de laisser tomber l'art. 381, chiff. 2., du projet du Conseil fédéral.

A ce sujet, je me borne à rappeler ce qui suit :

a) En ce qui concerne la condamnation conditionnelle, vous avez déjà implicitement approuvé la manière de voir de la commission, en votant le texte qu'elle vous a proposé pour l'art. 39, chiff. 4 et l'art. 93, chiff. 2 in fine.

b) Quant à l'idée de supprimer les fiches des condamnations radiées, un certain temps après la condamnation elle-même (381, dernier alinéa), elle n'a, dans l'esprit de la majorité des membres de votre commission, pas non plus résisté à l'objection classique qui consiste à dire: on ne peut pas faire que ce qui a été ne soit pas et le juge a droit à un casier véridique et complet, puisque ce n'est que par là qu'il sera exactement renseigné sur les antécédents de l'accusé.

Pour ma part, je l'avoue, je ne peux m'empêcher — que M. le conseiller fédéral Häberlin me le pardonne! — de trouver ce raisonnement bien formaliste. Quand un individu, depuis qu'il a purgé sa peine, a vécu 15 ou même 20 ans sans reproche, en honnête homme, il me semble que son ancienne condamnation ne pourra guère être pour le juge d'une importance sérieuse dans le jugement à porter sur une nouvelle infraction.

Il me semble aussi qu'il serait de bonne politique criminelle d'ouvrir au condamné qui, sa peine subie, se conduit bien pendant un certain nombre d'années, la perspective non seulement du demi-pardon que constitue la réhabilitation par « radiation » de sa condamnation au casier judiciaire, mais du pardon complet, d'une véritable mise en oubli de la condamnation ancienne, par la « suppression » de la fiche qui la mentionne au casier. Cela ne pourrait-il pas être un puissant appel à l'effort du condamné pour se reclasser? Et si, effectivement, le condamné réussit à refaire sa vie, ne serait-il pas équitable de faire en sorte que son ancienne condamnation ne puisse plus lui nuire, après plus de 15 ans ou davantage de bonne conduite?

Mais je n'insiste pas. La majorité de votre commission a voté la suppression non seulement du chiff. 1, mais aussi du ch. 2 de l'art. 381. Je sais que le Conseil des Etats est du même avis. Je m'incline et je passe à l'art. 382, qui s'occupe des extraits du casier.

A qui les délivrera-t-on? Et que contiendront-ils?

Le projet du Conseil fédéral voit dans le casier un moyen de renseigner les autorités — et les autorités seules. Il s'en tient rigoureusement à ce principe et déclare (art. 382, chiff. 1, al. 2) qu'aucun extrait ne sera délivré aux particuliers. Ce qui justifie ce système, c'est, notamment, la rigueur des règles posées par les art. 378 à 379, en ce qui concerne les inscriptions à porter au casier judiciaire.

Il est vrai, cependant, qu'en Suisse romande les particuliers usent assez souvent du casier judiciaire — comme on le fait en France avec ce qu'on appelle là-bas le bulletin n° 3 — pour ainsi dire comme d'un

moyen de recommandation, pour se procurer dans la vie et notamment vis-à-vis des employeurs, un avantage sur ceux qui n'ont pas leur casier vierge. De sorte que, a-t-on dit, on se croira lésé quand on ne pourra plus se procurer son propre extrait.

Sans doute, cela n'a-t-il pas toute l'importance matérielle que l'on y met, car, quand tout le monde sera dans le même cas, il n'y aura plus de désavantage à déclarer qu'on ne peut pas produire son extrait.

Il est également vrai que les extraits qui, en Suisse romande, peuvent actuellement être délivrés aux particuliers, sont souvent loin d'être des extraits complets. Après certains délais, des condamnations de toute espèce cessent d'y figurer. Voyez, par exemple, la loi genevoise du 17 mars 1900, art. 6 et 7; voyez aussi l'arrêté neuchâtelois du 22 mars 1907, art. 7.

Enfin, il est certain que le système romand peut, dans certains cas, conduire à des résultats très durs. Une vieille condamnation peut se trouver remise en lumière et, après bien des années, briser une existence d'homme.

Néanmoins, dans le système du projet, il pourrait arriver que l'extrait refusé aux particuliers fût remplacé par le certificat de bonne vie et mœurs délivré par les conseils municipaux. Faut-il ouvrir la porte à cette substitution aux renseignements précis du casier, de renseignements souvent peu sûrs, parfois arbitraires et même faux?

Tout compte fait, votre commission, dans sa majorité, a vu plus d'inconvénients que d'avantages à rompre ici avec les usages de la Suisse romande. En sorte que, tout en admettant, pour les tierces personnes, le principe en vertu duquel il sera interdit de délivrer des extraits du casier judiciaire aux particuliers, la commission vous propose d'ajouter que chacun aura le droit de demander et d'obtenir son propre extrait.

C'est ce que dit le premier alinéa de l'art. 382, texte de la commission.

Le second alinéa du texte de la commission ajoute:

« Une inscription radiée ne sera communiquée qu'aux autorités d'instruction et aux tribunaux pénaux, avec mention de la radiation et seulement lorsque la personne sur laquelle des renseignements sont demandés figure comme inculpé dans le procès. »

Ce texte reproduit le second alinéa de l'art. 227 du Code pénal militaire. Il rend superflu le dernier alinéa de l'art. 382 du projet du Conseil fédéral, qui peut tomber.

Je passe sur l'art. 383, que la commission vous recommande d'adopter sans changement.

Quant à l'art. 383bis, que la commission propose d'ajouter au projet, il est une conséquence du caractère impératif et limitatif des règles posées par les art. 378 et 379 sur les faits à inscrire au casier judiciaire proprement dit.

On ne pourra faire au casier — et notamment au casier cantonal — que les inscriptions prévues par les art. 378 et 379. Mais faut-il empêcher les cantons de tenir registre, en vue de l'application du droit cantonal, de condamnations prononcées par leurs autorités à raison de faits non prévus par les art. 378 et 379, c'est-à-dire à raison de contraventions

fédérales non inscrites au casier judiciaire, ou à raison de contraventions cantonales?

La majorité de votre commission ne pense pas que cette faculté doive être ôtée aux cantons. Ainsi que M. le conseiller fédéral Häberlin l'a déclaré: « Das Bundesrecht soll nicht verhindern, daß bestimmte Uebertretungen, über welche die Kantone orientiert sein müssen (z. B. Automobilübertretungen und Ueberwirlen, wegen der Möglichkeit des Entzuges der Fahrbewilligung oder des Wirtschaftspatentes) administrativ registriert werden, nur nicht als Vorstrafe im Strafregister. »

De là les « listes cantonales spéciales », dont parle l'art. 383bis, listes dont, étant donné le but poursuivi, aucun extrait ne pourra être délivré aux particuliers.

Une minorité de la commission vous propose cependant de biffer cet art. 383bis. Vous déciderez après avoir entendu l'exposé des motifs à l'appui de cette proposition de la minorité.

Huber, Berichterstatter der Minderheit: Ich beantrage Ihnen zunächst grundsätzlich Streichung des Art. 383bis. Der Abschnitt über das Strafregister will einheitliche Grundsätze aufstellen für die ganze Schweiz. Er will feststellen, was für Strafen eingetragen werden in das Strafregister, und zwar so, daß es nicht mehr möglich ist, daß im einen Kanton gewisse Strafen eingetragen werden, im andern Kanton nicht, sodaß der Staatsbürger, der vor den Richter kommt, in verschiedenem Lichte erscheint, je nachdem, ob er im einen oder andern Kanton delinquent hat.

Diese grundsätzliche Regelung, wie sie konsequent im Vorschlag des Bundesrates durchgeführt ist, ist nun von der Kommission durchbrochen worden, indem die Kommission etwas Neues erfunden hat. Bis heute gab es Vorstrafenverzeichnisse, kantonale und dasjenige beim eidgenössischen Zentralpolizeibureau. In Zukunft soll es neben diesen kantonalen Vorstrafenregistern und dem Register des eidgenössischen Zentralpolizeibureaus noch eine sogenannte « Liste » geben, eine kantonale Liste, die nicht den Namen Vorstrafenverzeichnis hat, aber die effektiv ein Vorstrafenverzeichnis ist. Dieses Vorstrafenverzeichnis deckt sich nun nicht mit dem eigentlichen kantonalen Vorstrafenverzeichnis und deckt sich auch nicht mit dem Vorstrafenverzeichnis des Zentralpolizeibureaus, sondern in diese Listen sollen die Kantone die Vorstrafen eintragen können, die ergangen sind wegen Uebertretung von Bundesgesetzen und von kantonalen Gesetzen, soweit sie nicht in das Strafregister kommen. (Ich habe bemerkt, daß der französische und der deutsche Text übrigens da nicht ganz präzise übereinstimmen, indem die Einschränkung im französischen Text nur in bezug auf Bundesdelikte erwähnt ist und nicht in bezug auf kantonale.)

Nun kann man mit einem gewissen Rechte sagen, wenn den Kantonen das Polizeistrafrecht überlassen bleibe, dann soll es ihnen auch freigestellt werden, ob sie über Straferkenntnisse auf Grund dieses kantonalen Rechts besondere Listen wollen oder nicht. Ich meine zwar, nachdem der Bund erklärt, er wolle diese Polizeidelikte nicht ins Vorstrafenregister aufgenommen wissen, sollte man es generell für die ganze Schweiz durchführen.

Nicht zu begründen ist die weitere Bestimmung in Art. 383bis, Abs. 2, daß die Kantone auch noch Listen führen können über die Vorstrafen, die wegen Uebertretungen von Bundesgesetzen verhängt wurden, wo der Bundesrat durch seine Verordnung entschieden hat, daß diese Delikte nicht eingetragen werden sollen. In Art. 378 heißt es nach der von der Kommission vorgesehenen Fassung: « In die Strafregister sind aufzunehmen, die Verurteilungen wegen Uebertretung von Bundesgesetzen, die in einer Verordnung des Bundesrates bezeichnet werden. » Der Bundesrat bezeichnet somit die Bundesgesetze, deren Uebertretungen in das Bundesstrafregister einzutragen sind.

Daneben hätten die Kantone das Recht, obwohl der Bundesrat erklärt hat, die Delikte nach diesem oder jenem Bundesstrafrecht werden nicht eingetragen, zu sagen, wir wollen für diese Tatbestände, die in unserem Kanton abgeurteilt worden sind, doch noch besondere Straflisten führen. Die Folge wäre, daß die Listen in den verschiedenen Kantonen nach ganz verschiedenen Grundsätzen geführt würden und für den Richter gar keinen richtigen Maßstab liefern könnten. Er müßte immer zuerst noch untersuchen, ob in dem betreffenden Kanton vom Rechte des Art. 383bis Gebrauch gemacht worden ist und in welchem Sinne. Darum schlage ich Ihnen vor, in einer Eventualabstimmung zunächst sich darüber zu entscheiden, ob nicht im zweiten Absätze des Art. 383bis die Worte « von Bundesgesetzen und » zu streichen seien, sodaß es heißen würde: « In diese Liste können Verurteilungen wegen Uebertretungen von kantonalen Gesetzen eingetragen werden. » Das wäre eine gewisse Konzession an die Föderalisten. Soweit Bundesstrafrecht in Betracht kommt, wollen wir dagegen eine einheitliche Regelung haben und Vorstrafen wegen Uebertretung von Bundesrecht sollen nur eingetragen werden, wenn der Bundesrat gemäß Art. 378 diesen Eintrag vorsah.

Ich bitte Sie, in erster Linie, sich in einer Eventualabstimmung darüber zu entscheiden, ob in Artikel 383bis diese Streichung vorzunehmen sei, und in einer Hauptabstimmung, ob Sie nicht den ganzen Artikel streichen wollen.

Seiler, Berichterstatter der Mehrheit: Wir stehen nun vor zwei Abweichungen: einem Hauptantrag, der dahin geht, Art. 383bis überhaupt zu streichen, und einem Eventualantrag, in Abs. 2 nur die Aufnahme von Uebertretungen von Bundesgesetzen in den kantonalen Listen zu streichen.

Zum Hauptantrag: Ich empfehle Ihnen mit aller Entschiedenheit Art. 383bis aufrecht zu erhalten. Wir brauchen die kantonalen Listen, wir müssen wissen, mit was für Personen wir es zu tun haben. Denken Sie nur an die Bewilligung von Wirtschaftspatenten. Wir müssen wissen, ob derjenige, der um ein Wirtschaftspatent nachsucht, bereits mit Polizeibußen belastet ist, aus denen hervorgehen kann, daß der Mann z. B. zur Führung einer Wirtschaft gar nicht qualifiziert ist. Schon an diesem Beispiel werden Sie erkennen, daß wir die kantonalen Listen brauchen.

Der Eventualantrag des Herrn Huber geht dahin, daß die Uebertretungen, die der Bundesrat in seiner Verordnung nicht als aufnahmepflichtig erklärt, auch in den kantonalen Listen nicht er-

scheinen dürfen. Darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Der Bundesrat wird es in der Hand haben, eine möglichst komplette Liste zu machen. Dann ist die Frage erledigt. Der Bundesrat wird es gewiß fertig bringen, alle die verschiedenen Sorten von Bundespolizeiübertretungen in seine Verordnung aufzunehmen.

Sie mögen sich entscheiden. Ich persönlich bin der Auffassung, daß es nur dann eine vollständige Ordnung gebe, wenn sämtliche Uebertretungen von Bundesvorschriften irgendwo untergebracht sind, sei es nun gemäß Verordnung des Bundesrates im Zentralstrafenregister oder eben in den kantonalen Listen.

Grünenfelder: Ich beantrage Ihnen sowohl den Eventualantrag als den Hauptantrag Huber abzulehnen. In erster Linie ist zu konstatieren, daß der Bund nicht berechtigt ist, für die Kantone ein Verbot aufzustellen, ein Register zu führen, aus dem in bezug auf den Leumund Schlüsse gezogen werden können. Darüber ließe sich allenfalls streiten, ob die Kantone berechtigt sein sollen, zu Strafverfolgungszwecken Strafregister zu führen. Das Vorleben eines Bürgers richtet sich nicht nur nach im Strafregister aufgeführten und nach den in den kantonalen Listen notierten, nach kantonalem Recht ausgefallten Strafen. Ich würde eine große Lücke darin erblicken, wenn nicht auch die Verfehlungen nach eidgenössischem Recht in den Listen enthalten wären, also derjenigen, welche nicht in das eidgenössische Strafregister aufgenommen werden müssen. Man muß wissen, nicht nur, ob einer kantonales Recht, sondern auch, ob er eidgenössisches Recht verletzt hat und infolge dessen einen getübten Leumund genießt. So, wenn es sich z. B. darum handelt, ein Wirtschaftspatent zu erteilen.

Art. 383bis entspricht einem Bedürfnis, sowohl in bezug auf das kantonale als in bezug auf das eidgenössische Recht. Ich beantrage Ihnen, am Kommissionsvorschlage festzuhalten.

M. de Muralt: Si même nous n'admettions pas l'article proposé par la commission, les cantons auraient administrativement le droit d'établir une liste de ce genre, qui est nécessaire.

Prenez par exemple les contraventions au règlement sur la circulation des automobiles. Actuellement, ces contraventions pour excès de vitesse par exemple, sont régies par le concordat intercantonal et les règlements d'application cantonaux; elles ne sont pas portées au casier judiciaire proprement dit. Il est utile que les cantons les connaissent; qu'ils sachent que telle ou telle personne s'est rendue coupable d'un ou de plusieurs excès de vitesse. Plus tard, si nous mettons enfin sur pied une loi fédérale sur la circulation des automobiles, nous aurons des dispositions fédérales sur la matière et, dans ce cas, ces contraventions ne seront pas inscrites au casier judiciaire proprement dit, mais bien sur cette liste ici prévue qu'il est utile de tenir pour que l'autorité cantonale soit au courant. Par conséquent, on ne peut pas voir d'inconvénient à l'existence de cette liste cantonale, liste qui renfermera non seulement la mention des contraventions aux lois cantonales, mais aussi des contraventions aux dispositions légales fédérales, pour autant que ces contraventions

ne sont pas mentionnées dans le casier judiciaire proprement dit. Ce n'est pas d'un casier judiciaire qu'il s'agit, mais d'une simple liste très utile aux autorités cantonales.

Abstimmung. — Vote.

Art. 377—383.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 383bis.

Eventuell: — *Eventuellement:*

Für den Antrag Huber Minderheit

Definitiv: — *Définitivement:*

Für den Antrag der Mehrheit Mehrheit

Für den Streichungsantrag der
Minderheit Minderheit

Art. 384—389.

Anträge der Kommission.

Art. 384. Die Kantone bestimmen das Verfahren der kantonalen Behörden.

Vorbehalten sind die Vorschriften dieses Gesetzes und die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege betreffend das kantonalgerichtliche Verfahren und die Weiterziehung der Urteile kantonalen Gerichte bei Anwendung eidgenössischer Strafgesetze.

Art. 385. Streichen.

Art. 386. Die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Verantwortlichkeit der eidgenössischen Behörden und Beamten, vom 9. Dezember 1850, und des Bundesgesetzes über die politischen und polizeilichen Garantien zugunsten der Eidgenossenschaft, vom 23. Dezember 1851, bleiben in Kraft.

Die Kantone bleiben berechtigt, Bestimmungen zu erlassen, wonach:

- a) die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Mitglieder ihrer gesetzgebenden Behörden wegen Äußerungen in den Verhandlungen dieser Behörden aufgehoben oder beschränkt wird;
- b) die Strafverfolgung der Mitglieder ihrer obersten Vollziehungs- und Gerichtsbehörden wegen Verbrechen oder Vergehen im Amte vom Vorentscheid einer nichtrichterlichen Behörde abhängig gemacht und die Beurteilung in solchen Fällen einer besondern Behörde übertragen wird.

Art. 387. Die strafbaren Handlungen, die dieses Gesetz oder ein anderes Bundesgesetz mit Haft oder mit Buße oder mit Buße allein bedroht, sind, soweit sie der kantonalen Gerichtsbarkeit unterliegen, nach dem Verfahren zu behandeln, das der Kanton für Übertretungen vorschreibt.

Art. 388. Die Kantone bestimmen die Behörden, die sichernde Maßnahmen über Angeschuldigte, gegen die wegen Unzurechnungsfähigkeit das Verfahren eingestellt worden ist, zu verhängen haben.

Art. 389. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Propositions de la commission.

Art. 384. La procédure devant les autorités cantonales est fixée par les cantons.

Sont réservées les dispositions du présent code et celles de la loi sur l'organisation judiciaire fédérale relatives à la procédure devant les tribunaux cantonaux et au recours contre les jugements rendus par ces tribunaux en application des lois pénales fédérales.

Art. 385. Biffer.

Art. 386. Les dispositions de la loi fédérale sur la responsabilité des autorités et fonctionnaires de la Confédération, du 9 décembre 1850, et celles de la loi fédérale sur les garanties politiques et de police en faveur de la Confédération, du 23 décembre 1851, demeurent en vigueur.

Les cantons conservent le droit d'édicter des dispositions aux termes desquelles:

- a) la responsabilité pénale des membres des autorités législatives des cantons à raison des opinions manifestées législatives des cantons à raison des opinions manifestées par eux au cours des débats de ces autorités peut être supprimée ou restreinte;
- b) la poursuite pénale est subordonnée à l'autorisation préalable d'une autorité non judiciaire et le pouvoir de juger remis à une autorité spéciale, en ce qui concerne les crimes ou délits commis par les membres des autorités supérieures, exécutives ou judiciaires, dans l'exercice de leurs fonctions.

Art. 387. Pour autant qu'elles sont soumises à la juridiction cantonale, les infractions que le présent code ou une autre loi fédérale punit des arrêts ou de l'amende, ou de l'amende seule, sont poursuivies et jugées d'après la procédure instituée par le canton pour les contraventions.

Art. 388. Les cantons désignent l'autorité compétente pour prendre toutes mesures de sûreté prévues par la loi à l'égard d'un inculpé contre lequel la poursuite a été abandonnée pour cause d'irresponsabilité.

Art. 389. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Seiler, Berichterstatter: Dass das Verfahren durch die Kantone zu regeln ist, wird ausdrücklich in Art. 384 festgehalten. Selbstverständlich muß das bestehende Recht, das im Gesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege bereits verankert ist und Normen über die Garantie einer geordneten Rechtspflege in Bundesstrafsachen enthält, vorbehalten werden. Nach Auffassung der Kommission ist jedoch Art. 385 zu streichen. Abs. 1, der von der amtlichen Verpflichtung in Offizialfällen und vom Strafantrag spricht, ist überflüssig und Abs. 2, der den Kantonen absolut verbieten will, Straffälle auf den Weg des Zivilprozesses zu verweisen, ist vom verfassungsmäßigen Standpunkt aus zum mindesten fraglich. Soll sodann da, wo beispielsweise die Injurienklage vor dem Zivilrichter im Privatklageverfahren durchgeführt wird, zwangsweise eine Aenderung erfolgen? Unsere Kommission hat diese Vorschrift gestrichen und damit einmal mehr den Willen gezeigt, da, wo es zu verantworten ist, das kantonale Recht bestehen zu lassen.

Art. 386 bestätigt das bestehende Recht über die parlamentarische Immunität. Die Gesetzgebung über diese Materie bedeutet eine Ausnahme vom allgemeinen Strafrecht. Diese Ausnahme muß im neuen Strafgesetz ausdrücklich erwähnt werden

und zwar für Bund und Kantone. Es liegt keine Veranlassung vor, die althergebrachten Auffassungen in diesen nicht rein strafrechtlichen, sondern auch politischen Fragen zu beseitigen. Handelt es sich doch zum Teil um kantonales Verfassungsrecht.

Die ausdrückliche Kompetenz der Kantone, die Uebertretungen des Bundesrechts und des kantonalen Rechts nach kantonalem Verfahren zu behandeln, zeigt ebenfalls den Willen der Schonung kantonalen Eigenart.

Verschiedener Meinung waren wir in der Kommission über die Notwendigkeit des Art. 388. Es handelt sich um die Bezeichnung der Behörden, welche befugt sind, im Falle der Einstellung des Verfahrens sichernde Maßnahmen gegen Unzurechnungsfähige zu verhängen. Ist eine solche Vorschrift nötig? Die bundesrätliche Fassung ist lediglich eine Wegleitung. Die Kommission hat eine direkte Verpflichtung aufgestellt, von der Befürchtung ausgehend, daß ohne direkten Auftrag ein den Freispruch begleitender Sicherungsbeschluß unterlassen werden könnte.

Und zum Schlusse enthält auch Art. 389 einen Vorbehalt zu gunsten kantonalen Rechtes. Die Kantone haben über die Kosten für Verwahrung, Behandlung und Versorgung Unzurechnungsfähiger und vermindert Zurechnungsfähiger zu bestimmen. Auch diese Bestimmung ist eigentlich selbstverständlich, es sei denn, daß man aus einem Stillschweigen des Gesetzes die Untätigkeit der Kantone folgern wollte.

Der Rat wird sich nun zu entscheiden haben, ob er der Streichung von Art. 385 und der verpflichtenden Fassung von Art. 388 zustimmen will. Was Art. 386 anbetrifft, so schlägt eine Minderheit Streichung von Abs. 2, litt. b vor. Man kann sich tatsächlich fragen, ob die Bestimmung nötig ist, oder nicht schon aus litt. a die gleiche Befugnis herauszulesen ist. Der Rat möge den Entscheid treffen.

Ich empfehle Ihnen die Anträge der Kommission.

M. Logoz, rapporteur: Les art. 384 à 389 posent des règles de procédure au sujet desquelles j'ai à vous donner les quelques indications que voici.

Tout d'abord, l'art. 384, avec lequel la commission est d'accord, confirme que la procédure devant les autorités cantonales est du domaine législatif cantonal.

A ce principe, le projet ne prévoit que les exceptions suivantes:

a) Sont réservées en premier lieu les dispositions de la loi fédérale sur l'O. J. F. relatives à la procédure devant les tribunaux cantonaux et aux recours contre les jugements cantonaux rendus par application de lois fédérales.

b) Une deuxième brèche au principe résulte de certaines dispositions du C. P. S. lui-même. Nous avons déjà parlé de la loi fédérale de 1852 sur l'extradition intercantonale et des dispositions de notre projet (art. 371 et suivants) qui remplaceront cette loi.

Nous allons, d'autre part, examiner les art. 385 à 389 qui édictent, eux aussi, certaines règles de procédure. Ces dispositions, vous le verrez, sont — surtout dans le texte proposé par la commission — loin de trahir une intention quelconque du législa-

teur fédéral d'empiéter outre mesure sur le domaine réservé aux cantons.

A part cela, le projet contient enfin quelques règles de procédure isolées sur des matières spéciales, notamment au sujet du traitement des enfants et des adolescents (art. 390 et suivants).

D'une façon générale, il faut reconnaître que la Confédération s'impose une grande réserve en ce qui touche aux questions de procédure. Si vous acceptez les propositions de la commission, il est permis de dire que l'intrusion de la Confédération dans le domaine de la procédure pénale sera bien moins accentuée qu'elle ne l'a été dans la procédure civile.

Cela dit, je passe à l'art. 385, que la commission vous propose de biffer. Le premier alinéa rappelle un peu trop le fameux M. de La Palice. Quant à l'al. 2, qui parle de l'action privée au pénal, il règle une matière qui, de l'avis de votre commission unanime, doit être réservée au droit cantonal.

L'art. 386, ensuite, maintient tout d'abord l'état de choses institué en matière fédérale par la loi du 9 décembre 1850 sur la responsabilité et par la loi sur les garanties du 23 décembre 1851.

Ce n'est pas à dire que ces deux vieilles lois soient à l'abri de toute critique, au contraire. Mais leur révision devra être entreprise pour elle-même.

Quant aux al. 2 et suivants de l'art. 386, ils ont pour objet:

D'une part (lettre a), ce qu'on appelle volontiers l'immunité parlementaire sur le terrain cantonal et, d'autre part (lettre b), les conditions spéciales auxquelles, dans certains cantons, est subordonnée la poursuite pénale dirigée contre les membres des autorités supérieures, exécutives et judiciaires. Nous avons, par exemple, à Genève, une vieille loi de 1849, qui n'a été d'ailleurs jamais appliquée et qui subordonne à l'autorisation du Grand Conseil une mise en accusation éventuelle du Conseil d'Etat pour faits de charge. Eh bien, le projet (art. 386, lettre b) réserve aux cantons le droit d'édicter de telles dispositions.

Il est à noter d'ailleurs que la réserve faite au profit du droit cantonal par l'art. 386, lettre a), est une réserve de droit matériel et que, sans cette réserve expresse, des dispositions cantonales telle que celles que vise cette lettre a) ne pourraient plus exister après l'entrée en vigueur du code pénal suisse.

Au contraire, la lettre b) de l'art. 386 édicte au profit des cantons une réserve de pure procédure; de sorte que cette réserve n'est pas à proprement parler indispensable. On peut, en effet, penser que même si elle n'existait pas dans notre projet, les cantons pourraient édicter les dispositions prévues par l'art. 386, lettre b).

Je ne sais si c'est là le motif qui a conduit une minorité de la commission à vous proposer de biffer la lettre b). Nous l'apprendrons tout à l'heure.

Sur l'art. 387, pas d'observation. L'amendement de la commission est d'ordre purement formel. Il correspond à celui que vous avez accepté à l'art. 364, al. 2.

Pour l'art. 388, relatif aux mesures de sûreté à prendre vis-à-vis d'irresponsables mis au bénéfice d'un non-lieu, la commission vous propose une rédaction laissant aux cantons toute liberté pour désigner l'autorité compétente. Tel était, d'ailleurs,

déjà le sens de l'art. 388 du Conseil fédéral, qui a son pendant à l'art. 224 du C. P. M. (art. 162 O. J. P. P. M.)

Enfin, la commission vous recommande d'adopter tel ou tel l'art. 389, qui concerne les frais de l'internement, du traitement ou de l'hospitalisation d'irresponsables ou de délinquants à responsabilité limitée.

M. le **Président**: La minorité a retiré sa proposition concernant l'article 386.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 390—394.

Anträge der Kommission.

Art. 390. Die Kantone bezeichnen die für die Behandlung der Kinder und Jugendlichen zuständigen Behörden.

Art. 391. Die zuständige Behörde kann zur Versorgung und zur Beaufsichtigung der Erziehung des Kindes oder des Jugendlichen die Mitwirkung von freiwilligen Vereinigungen, wie von Vereinen zur Fürsorge für verwahrloste Kinder, von Kinderschutzesellschaften, in Anspruch nehmen.

Art. 392. Das Verfahren gegen Kinder und Jugendliche wird von den Kantonen geordnet.

Dieses Verfahren ist von dem Strafverfahren gegen Erwachsene örtlich oder zeitlich getrennt zu halten. Zu den Verhandlungen haben nur Angehörige und gesetzliche Vertreter des Beschuldigten, sowie Vertreter von Kinder- und Jugendschutzorganisationen Zutritt.

Das Verfahren gegen Jugendliche ist auch anzuwenden, wenn der Täter, der zur Zeit der Tat ein Jugendlicher war, am Tage der richterlichen Beurteilung das achtzehnte Lebensjahr zurückgelegt hat.

Art. 393. Bestehen zwischen Kantonen Anstände über die Zuständigkeit, so entscheidet der Bundesrat.

Wenn das Kind oder der Jugendliche in einem andern Kanton dauernden Aufenthalt hat, als in dem Kanton seines Wohnsitzes, so sind, ohne Rücksicht auf den Begehungsort, die Behörden des Aufenthaltsorts zuständig.

Wenn das Kind oder der Jugendliche in einem andern Kanton wohnt, als in dem Kanton, in dem die mit Strafe bedrohte Tat begangen worden ist, so sind die Behörden des Wohnsitzkantons zuständig.

Art. 394. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Art. 390. Les cantons désignent les autorités compétentes pour le traitement des enfants et adolescents.

Art. 391. Pour le placement et la surveillance à exercer sur l'éducation d'enfants ou d'adolescents, l'autorité compétente pourra faire appel au concours d'associations privées, telles que les associations pour l'enfance abandonnée et les sociétés pour la protection de l'enfance.

Art. 392. La procédure à suivre pour les causes des enfants et adolescents sera fixée par les cantons.

Pour les séparer des procès contre adultes, les causes des enfants et des adolescents seront jugées dans un local différent ou à une heure différente. Auront seuls accès à l'audience, les proches et le représentant légal de l'inculpé, ainsi que les délégués des associations pour la protection de l'enfance ou de l'adolescence.

La procédure prévue à l'égard des adolescents est aussi applicable, si l'auteur de l'acte l'a commis pendant son adolescence, mais ne passe en jugement qu'après avoir atteint l'âge de dix-huit ans révolus.

Art. 393. En cas de conflit entre cantons au sujet de la compétence, le Conseil fédéral statue.

Si l'enfant ou l'adolescent réside à long terme dans un canton autre que celui de son domicile, l'autorité compétente est celle du canton de résidence, quel que soit le lieu où l'infraction a été commise.

Si l'enfant ou l'adolescent a son domicile dans un canton autre que celui sur le territoire duquel il a commis un acte punissable à teneur du présent code, l'autorité compétente est celle du canton de domicile.

394. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Seiler, Berichterstatter: Die materiellen Bestimmungen über die Kinder und Jugendlichen haben wir in den Art. 80—96 erledigt. Der vorliegende Abschnitt enthält nur einige wenige Bestimmungen über Organisation und Verfahren. Hauptgrundsatz ist auch hier die Festlegung der kantonalen Kompetenz.

Die erste Beratung dieses Kapitels erfolgte vor Jahren im Zusammenhang mit den Jugendlichenbestimmungen im allgemeinen Teil. Die Kommission sah sich dann aber durch eine Eingabe der Stiftung pro Juventute veranlaßt, in einer Session vom 3. und 4. September 1928 die Angelegenheit neuerdings zu beraten. Die Initianten haben ihre Auffassungen in der Kommission persönlich vertreten. Sie postulierten vor allem eine größere Freiheit im Verfahren und zwar insofern, daß nicht strikte am Jugendrichter festgehalten werden soll, vielmehr auch andere von den Kantonen zu bezeichnende Instanzen, wie Jugendschutzkommissionen, herbeigezogen werden sollten. Die Kommission ist den Argumenten der Stiftung pro Juventute in verschiedenen Beziehungen gefolgt. Sie hatte ursprünglich beschlossen, als urteilende Instanz für Jugendliche nur Jugendrichter oder andere gerichtliche Behörden zuzulassen. Dieser Zusatz ist gestrichen worden und es steht nunmehr den Kantonen die Bezeichnung der Behörde frei. Gegen diese neueste Lösung hat sich wiederum Opposition erhoben, speziell von seiten des Herrn Prof. Stooß. Die Meinung der Kommission war nun aber die, daß die Kantone am besten in der Lage seien, die geeignete Organisation zu schaffen. Die Zuweisung an die Jugendgerichte wird wohl die Regel sein. Es sollen aber auch andere Lösungen, welche den bestehenden Verhältnissen gerecht werden, nicht ausgeschlossen sein.

Wichtig ist Art. 391, welcher die Beziehung freiwilliger Organisationen ermöglicht. In einer Zeit, in welcher alles im Fluß ist, sollen alle tauglichen Mittel erprobt werden.

Verschiedene Wandlungen hat Art. 392 durchgemacht. Daß die Kantone das Verfahren zu ordnen haben, ist stets anerkannt worden. Dagegen bildete eine Streitfrage die Pflicht der zeitlichen und örtlichen Trennung der Kinder und Jugendlichen von den Erwachsenen. Der letzte Beschluß hält an der absoluten Trennung fest. Das Wort « möglichst », welches auf einen früheren Beschluß zurückgeht, ist wieder gestrichen worden. Beibehalten ist Abs. 2, welcher den Zutritt zu den Verhandlungen be-

schränkt. Gestrichen aber wurde wiederum Abs. 3, welcher die Geltendmachung von Zivilansprüchen im Strafverfahren verweigern wollte. Es lassen sich doch Fälle denken, in denen diese Geltendmachung das einfachste und sicherste Verfahren ist. Gestrichen blieb aber auch Ziff. 2 der bundesrätlichen Vorlage, welche das Alter zurzeit der Tat, nicht dasjenige zurzeit der Beurteilung als maßgebend betrachten wollte.

Art. 393 hatte in der bundesrätlichen Fassung die Behörden des Wohnsitzes, eventuell des Aufenthaltsortes als zuständig erklärt. Die Kommission stellt nun in erster Linie auf die allgemeinen Gerichtsstandsnormen ab und bestimmt im weitem, daß bei Anständen zwischen den Kantonen der Bundesrat entscheidet. Ausnahmen von den allgemeinen Gerichtsstandsnormen werden vorgesehen, wenn das Kind oder der Jugendliche in einem andern als dem Wohnsitzkanton dauernden Aufenthalt haben. In diesem Falle ist der Aufenthaltskanton zuständig. Wohnt das Kind oder Jugendliche in einem andern Kanton als im Begehungskanton, so sind die Behörden des Wohnsitzes zuständig.

Die Lösung ist somit folgende:

1. Wohnen Kind oder Jugendlicher am Begehungsort, so gilt als Gerichtsstand der der begangenen Tat.

2. Handelt es sich um einen dauernden Aufenthalt außerhalb des Wohnorts, so gilt der Gerichtsstand des Aufenthalts.

3. Wohnt das Kind oder der Jugendliche außerhalb des Begehungsortes, so gilt der Gerichtsstand des Wohnorts.

Diese Lösung erscheint reichlich kompliziert, tendiert aber unstreitig nach einer für den Jugendlichen angemessenen Erledigung. Das Kind soll nicht aus seiner Umgebung herausgerissen werden.

Ueber die Kosten der Versorgung hat das kantonale Recht zu bestimmen. Selbstverständlich haftet in erster Linie der Versorgte, dann folgen die Eltern und unterstützungspflichtigen Verwandten.

Ich beantrage Ihnen Annahme des siebenten Abschnitts.

M. Logoz, rapporteur: Les art. 390—394 sont en rapport étroit avec les art. 80 et suivants du Livre I^{er} qui concernent les enfants et les adolescents. C'est vous dire que ce chapitre est important.

J'ai déjà eu, à propos des art. 87 et suivants, l'occasion de vous parler des règles que les art. 390—391 du projet du Conseil fédéral édictent en ce qui concerne les autorités chargées de la procédure à l'égard des enfants et des adolescents.

Pour ne pas me répéter, je me réfère simplement à ce que je vous ai dit à ce sujet le 12 décembre 1928 (Bulletin sténographique de la session d'hiver 1928, page 239). Je rappelle seulement que vous avez alors décidé de parler, aux articles 87bis et suivants, non plus du « juge » mais de « l'autorité compétente ».

Vous avez ainsi approuvé implicitement par avance les dernières propositions que la commission a décidé de vous faire au sujet des art. 390—391 du projet du Conseil fédéral, propositions dactylographiées et datées du 4 septembre 1928. D'après ces dernières propositions de la commission, il y a lieu:

1^o de biffer l'art. 391 du Conseil fédéral;

2^o de rédiger l'art. 390, en tout et pour tout, comme suit: « Les cantons désignent les autorités compétentes pour le traitement des enfants et des adolescents ».

Mais voici que ces propositions de la dernière heure, qui répondent aux vœux de certains spécialistes des questions touchant au traitement des mineurs délinquants — et, notamment, de la fondation Pro Juventute — sont vivement critiquées par le père de notre projet, le professeur Carl Stooss.

Dans un article publié en 1929 dans la Revue pénale suisse (42^{ème} année, page 323 et suivantes), Stooss réclame énergiquement le retour au texte que la commission avait adopté tout d'abord et qui dit:

« Les cantons désignent les autorités compétentes pour le traitement des enfants et des adolescents.

« Pour le jugement des adolescents, les cantons ne pourront désigner que des tribunaux pour adolescents ou une autre autorité judiciaire. »

Il est essentiel, dit en substance le professeur Stooss, de maintenir le principe en vertu duquel, pour le jugement des adolescents, les cantons ne pourront désigner que des « tribunaux pour adolescents » ou une autre autorité « judiciaire », à l'exclusion de toute autorité administrative. Et cela n'est, à son avis, nullement interdit par l'art. 64bis de la Constitution.

Pour ma part, je pourrais me rallier à l'opinion de Stooss d'autant plus aisément que c'est à la suite d'une proposition que j'avais faite, en novembre 1921, que votre commission avait tout d'abord décidé de dire à l'art. 390, al. 2:

« Pour le jugement des adolescents, les cantons ne pourront désigner que des tribunaux pour adolescents ou une autre autorité judiciaire. »

Mais la commission n'a pas eu l'occasion de se prononcer sur l'opinion de Stooss.

D'autre part, ainsi que je l'ai rappelé tout à l'heure, votre conseil lui-même a déjà préjugé la question par les décisions qu'il a prises au sujet des art. 87 et suivants.

Je pense donc que, pour le moment tout au moins, nous devons nous en tenir aux propositions faites par la commission, celles du 4 septembre 1928.

La commission du Conseil des Etats pourra, en revanche, reprendre le problème dans son ensemble, après avoir pris connaissance des arguments donnés par Stooss dans son article que j'ai cité il y a un instant.

Quand le Conseil des Etats lui-même aura statué, nous pourrons, s'il y a lieu, revenir à notre tour sur cette question qui en vaut certes la peine.

Pour l'instant, votre commission vous propose donc

1^o de biffer l'art. 391 du projet du Conseil fédéral;

2^o de rédiger l'art. 390 comme suit:

« Les cantons désignent les autorités compétentes pour le traitement des enfants et des adolescents. »

L'art. 391, tel que la commission vous le propose, n'est pas autre chose que le deuxième alinéa de l'art. 390 du projet du Conseil fédéral, étendu aux adolescents.

A la forme, je me permets de proposer de rédiger plus correctement les deux premières lignes du texte français en disant :

« Pour le placement d'enfants ou d'adolescents et la surveillance à exercer sur leur éducation, l'autorité compétente pourra . . . », etc.

L'art. 392, tel que la commission l'a rédigé, pose tout d'abord en principe que ce sont les cantons qui fixeront la procédure à suivre pour les causes des enfants et des adolescents.

A l'al. 2, cependant, il restreint les droits des cantons en posant deux règles qui concernent, l'une la séparation complète, quant au temps et au lieu, de la procédure à l'égard des enfants et des adolescents d'avec celle des adultes; l'autre, la restriction de la publicité des audiences.

Ces deux règles, que vous trouvez déjà à l'art. 392 du projet du Conseil fédéral, sont le complément nécessaire des règles de droit matériel que le projet édicte à l'égard des enfants et des adolescents.

La première a pour but d'éviter tout contact entre adolescents et prévenus adultes.

La deuxième, encore plus importante peut-être, veut épargner aux enfants et aux adolescents la tache que jetterait sur eux la publicité des débats où ils ont à répondre d'un délit. Il est clair que le droit matériel ne pourra atteindre son but, le sauvetage du jeune dévoyé, que si l'application de ces principes fondamentaux de procédure est assurée. Il est donc indispensable que ces principes soient posés par le Code pénal suisse lui-même.

Il en est de même pour la disposition contenue dans le projet du Conseil fédéral, à l'art. 392, chiff. 2 :

« La procédure prévue à l'égard des adolescents est aussi applicable, si l'auteur de l'acte l'a commis pendant son adolescence, mais ne passe en jugement qu'après avoir atteint l'âge de 18 ans révolus. »

Il faut en effet que la procédure accompagne le droit de fond. Or, d'après l'art. 87 que vous avez adopté, ce sont les art. 87bis et suivants qui seront applicables à tout adolescent qui a commis un acte punissable, même s'il ne passe en jugement qu'après avoir franchi le cap de ses 18 ans.

La commission a donc, en date du 4 septembre 1928, décidé de vous proposer de faire, du chiff. 2 de l'art. 392 du projet du Conseil fédéral, le troisième et dernier alinéa de l'art. 392, tel que la commission vous recommande de l'adopter.

Ainsi, en définitive, l'art. 392, texte de la commission, reproduit dans ses al. 2 et 3, les chiff. 1 et 2 de l'art. 392 du projet du Conseil fédéral, après avoir, dans son premier alinéa, posé le principe général en vertu duquel la procédure à suivre sera fixé par les cantons.

Art. 393. D'après l'art. 365, le for normal est celui du lieu de commission de l'infraction. A cette règle, l'art. 393 du projet du Conseil fédéral fait exception pour les causes des enfants et des adolescents. Il remplace en effet le for du délit commis par le for du domicile ou, éventuellement, par celui de la résidence si l'enfant réside à long terme dans un lieu où il n'a pas son domicile. Le domicile légal d'un enfant étant celui des parents, ce dernier cas se produit fréquemment (enfant en pension, en place, ou confié à des parents, etc.).

Pourquoi a-t-on songé à écarter dans ces causes le for normal du lieu de commission? Ce for repose

sur l'idée que c'est au lieu de commission qu'il sera le plus facile de faire la lumière, de reconstituer les faits. Mais quand il s'agit du délit d'un enfant ou d'un adolescent, dont la sanction sera strictement personnelle — un traitement éducateur exactement adapté à la personnalité du jeune délinquant — l'essentiel, pour le juge, est de bien connaître le jeune accusé lui-même. Or, c'est là où vit cet enfant ou cet adolescent que le juge obtiendra les renseignements les plus sûrs et les plus complets sur la personne de l'accusé et sur sa conduite en général.

D'ailleurs, le for du domicile ou de la résidence se confondra souvent avec celui du lieu de commission. C'est là où l'enfant ou l'adolescent vit, et non pas là où il est accidentellement en passage, que, le plus souvent, l'acte délictueux aura été commis par lui.

De là l'art. 393 du projet du Conseil fédéral qui, vous le voyez, est en rapport étroit avec le droit matériel applicable aux enfants et adolescents, et avec le but qu'il poursuit. Ce rapport est si étroit qu'à mon avis, l'art. 64bis de la Constitution fédérale ne peut pas être invoqué à l'encontre de l'art. 393 du projet du Conseil fédéral.

Je regrette donc, pour ma part, que la commission ait cru devoir transformer l'art. 393 du projet du Conseil fédéral en un article réglant seulement les conflits intercantonaux de compétence. La commission a voulu par là tenir compte des scrupules constitutionnels de certains de ses membres; mais, je le répète, ces scrupules ne me paraissent pas fondés et j'espère que cette question sera revue de très près par le Conseil des États.

L'art. 394, enfin, qui termine le chapitre VII, est la reproduction exacte, en ce qui concerne les enfants et les adolescents, de l'art. 389 qui concerne les irresponsables. Je n'ai rien à dire de plus sur cet article.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 395—405.

Anträge der Kommission.

Art. 395. Die Kantone vollziehen die von ihren Strafgerichten auf Grund dieses Gesetzes oder eines andern Bundesgesetzes ausgefallten Urteile. Sie sind verpflichtet, die Urteile der Bundesstrafbehörden gegen Ersatz der Kosten zu vollziehen.

Den Urteilen sind die von Polizeibehörden und andern zuständigen Behörden erlassenen Straftenscheide und die Beschlüsse der Einstellungsbehörden gleichgestellt.

Art. 396. Auf die zu vollstreckende Freiheitsstrafe ist unverkürzt die Haft anzurechnen, die der Verurteilte zwischen der Fällung des letzten Urteils und dem Beginn der Vollstreckung der Freiheitsstrafe erlitten hat.

Hat der Angeklagte das Rechtsmittel ergriffen und im Verlaufe wieder zurückgezogen, so wird die Zwischenzeit nicht angerechnet.

Art. 397. Streichen.

Art. 398. Personen, die in eine Strafanstalt, Verwahrungsanstalt, Arbeitserziehungsanstalt oder Anstalt für Jugendliche eingewiesen sind, soll bei gutem Verhalten und befriedigender Arbeitsleistung ein Verdienstanteil bestimmt werden, sowohl wenn

sie in einem Gewerbe oder in der Landwirtschaft, als wenn sie zu Arbeiten für die Anstalt (Hausarbeit) verwendet werden.

Art. 399. Der Verdiensteil wird den Insassen der Anstalt während der Dauer der Freiheitsentziehung gutgeschrieben.

Das Anstaltsreglement bestimmt darüber, ob und wie weit während der Dauer der Freiheitsentziehung aus diesem Verdiensteil Ausgaben zugunsten des Sträflings oder dessen Familie gemacht werden dürfen.

Art. 400. Bei der Entlassung aus der Anstalt verfügt die Anstaltsleitung nach freiem Ermessen, ob der Betrag ganz oder teilweise dem Entlassenen zu übergeben oder den Organen der Schutzaufsicht, der Vormundschaftsbehörde oder der Armenbehörde zu sachgemäßer Verwendung für den Entlassenen auszubezahlen sei. Jede Verrechnung ist abgeschlossen.

Das Guthaben aus Verdiensteil, sowie die auf Rechnung des Guthabens ausbezahlten Beträge dürfen weder gepfändet, noch mit Arrest belegt, noch in eine Konkursmasse einbezogen werden. Jede Abtretung oder Verpfändung des Guthabens aus Verdiensteil ist nichtig.

Art. 401. Die Kantone haben die Schutzaufsicht für die gesetzlich vorgesehenen Fälle einzurichten.

Sie können die Schutzaufsicht freiwilligen Vereinigungen übertragen, die die erforderlichen Garantien bieten.

Rest: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 402. Streichen.

Art. 403. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 404. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 405. Die Kantone richten Arbeitsgelegenheiten für solche ein, die eine Buße durch freie Arbeit abverdienen wollen. Die Strafvollziehungsbehörde weist dem Nachsuchenden die Arbeit an.

Propositions de la commission.

Art. 395. Les cantons mettent à exécution les jugements rendus par leurs tribunaux pénaux en application du présent code ou d'une autre loi fédérale. Ils sont tenus, contre remboursement des frais, de mettre à exécution les jugements rendus par les autorités pénales de la Confédération.

Sont assimilées aux jugements, les décisions rendues en matière pénale par l'autorité de police ou par toute autre autorité compétente, ainsi que les ordonnances des autorités de mise en accusation.

Art. 396. Sera déduite intégralement de la peine privative de liberté la détention subie par le condamné entre le prononcé du jugement de dernière instance et le commencement de l'exécution de la peine.

Si le condamné a introduit, puis retiré un recours, la détention subie pendant ce temps ne sera pas imputée.

Art. 397. Biffer.

Art. 398. Une part dans le produit de son travail sera attribuée à tout détenu placé dans un établissement pénitentiaire, dans une maison d'internement

ou dans une maison d'éducation au travail ou dans un établissement pour adolescents, qu'il soit occupé à un travail industriel ou agricole, ou employé à des travaux de service pour l'établissement, pourvu que sa conduite soit bonne et son application au travail satisfaisante.

Art. 399. Tant que dure la privation de liberté, le pécule est inscrit au compte du détenu.

Le règlement de l'établissement déterminera si et dans quelle mesure des prélèvements pourront, pendant que dure la privation de liberté, être faits sur le montant du pécule, au profit du détenu ou de sa famille.

Art. 400. Au moment de l'élargissement, la direction de l'établissement décide, d'après sa libre appréciation, si le montant du pécule sera, en tout ou en partie, versé au libéré ou bien remis à l'autorité de patronage, à l'autorité tutélaire ou à l'assistance publique, pour être employé au mieux des intérêts du libéré. Toute compensation est exclue.

Le pécule inscrit au compte du détenu et les sommes à lui versées à valoir sur ce compte ne peuvent être ni saisis, ni séquestrés, ni versés à la masse d'une faillite. Est nulle toute cession ou mise en gage du pécule inscrit au compte du détenu.

Art. 401. Les cantons organiseront le patronage pour les cas où il est prévu par la loi.

Ils pourront remettre le patronage à des associations privées, offrant les garanties nécessaires.

Est exclu l'exercice du patronage par des organes de la police.

Art. 402. Biffer.

Art. 403, 404, 405. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

La modification à l'art. 405 ne concerne que le texte allemand.

Seiler, Berichterstatter: Die Bedeutung des Strafvollzugs kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Mit Recht sagt Hafter in seinem Kommentar: «Alle Freiheitsstrafen gewinnen erst durch den Vollzug ihren Inhalt.» Darüber besteht Einigkeit. Fraglich ist nur, inwieweit der Bund berechtigt ist, Vollzugsbestimmungen aufzustellen. Selbstverständlich ist, daß der Bund den Charakter der Freiheitsstrafen festlegen muß. Das hat er im allgemeinen Teil getan. Er hat es so getan, daß er die Art und die Ziele der einzelnen Freiheitsstrafen festgelegt hat, entsprechend dem zu erreichenden Zweck. Er mußte die Zielrichtung festlegen, den Strafen Gestalt geben, sie zu dem machen, was sie sein sollen: zu einem lebendigen Instrument für die Erfüllung des Strafzwecks. Das ist dem Gesetzgeber in hervorragendem Maße gelungen, insbesondere durch das Mittel der Individualisierung und durch den progressiven Strafvollzug. Auf diese Fragen ist in diesem Zusammenhang nicht zurückzukommen. Ganz selbstverständlich ist auch, daß sich der Bund nicht in die Einzelheiten des Strafvollzugs einmischen soll und daß die ganze Organisation des Strafvollzugs den Kantonen verbleibt. Sie bestimmen die Anstalten, entscheiden über das Personelle, tragen, allerdings unter starker finanzieller Beteiligung des Bundes, die Kosten, organisieren die Schutzaufsicht. Ihnen steht es auch zu, einen bessern Zusammenhang zwischen Gericht und

Strafvollzug herbeizuführen. Die Tätigkeit des Vollziehens steht den Kantonen zu, allerdings im Rahmen der vom Gesetzgeber den Strafen zugewiesenen Funktionen. Die Grenze zwischen dem, was der Bundesgesetzgeber zu normieren hat und dem, was den Kantonen verbleibt, ist nicht leicht zu ziehen. Es ist dies eine Frage der Zweckmäßigkeit. So wie in unserem Gesetz die Abgrenzung geregelt ist, entspricht sie der Verfassung und einer vernünftigen Verteilung der Kompetenzen. Lang hat in der Expertenkommission gesagt — und ich möchte dem vorbehaltlos zustimmen — «Es wird der größte Ruhm des eidgenössischen Strafgesetzbuches sein, wenn es ihm gelingt, den mechanischen und gedankenlosen Strafvollzug zu einem Mittel zu gestalten, um vernünftige und sozial bedeutsame Zwecke zu erreichen.» Daß diese Zwecke erreicht werden, ohne daß der Strenge und dem Ernst der Strafe Abbruch getan wird, erhöht den Wert der Gesetzgebung. Gegenüber diesen hohen Zielen dürfte der Streit darüber, ob diese oder jene Vorschrift zu weit oder zu wenig weit gegangen sei, zurücktreten. Und im übrigen ist die finanzielle Beihilfe des Bundes doch auch nicht gering einzuschätzen und schon diese bedingt ein gewisses Mitspracherecht zum mindesten bei der Gesetzgebung.

Nach diesen grundsätzlichen Erörterungen verlohnt es sich, in kurzen Zügen die Bestimmungen des achten Abschnitts zu durchgehen. Vorerst ist allgemein der Vollzug den Kantonen überbunden. Der Bund selbst vollzieht nicht. Sodann schreibt der Gesetzgeber die Anrechnung der Sicherheitshaft vor. Er erläßt Richtlinien über den Verdienstanteil. Er schreibt die Vollstreckbarkeit der Bußen im ganzen Gebiete der Schweiz vor, regelt das Verfügungsrecht über die Bußen und schreibt den Kantonen die Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten zum Abverdienen der Bußen vor. Er schreibt im weitern vor, daß die Kantone diejenigen Anstalten zu errichten haben, in welchen die vom materiellen Strafrecht vorgesehenen Strafen und Maßnahmen vollzogen werden können. Der Bewegungsfreiheit der Kantone ist dabei Rechnung getragen. Das Gesetz bestimmt die Bundesbeiträge, die kantonale und die Bundesaufsicht, und schreibt die Fristen zur Durchführung der Reformen vor.

Wenn wir diese Bestimmungen überblicken, so werden wir ohne weiteres zugeben müssen, daß sich der Bund eine große Reserve auferlegt hat und eigentlich nur das vorschreibt, was zur Erreichung des Strafzwecks unumgänglich nötig ist.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen gestatten Sie mir einige Ausführungen zu den einzelnen Fragen.

Die allgemeinen Bestimmungen über den Strafvollzug (Art. 395—397) sind zum Teil ergänzt, zum Teil gestrichen worden. Die Vollstreckungspflicht der Kantone wird nicht nur auf die von den Strafgerichten ausgefallenen Urteile beschränkt, sondern auch auf die von den Polizeibehörden und andern Behörden erlassenen Strafentscheide und auch auf die Einstellungsbeschlüsse ausgedehnt.

Die Anrechnung der Sicherheitshaft bedarf einer gesetzlichen Regelung für diejenige Zeit, für welche eine Fixierung im Urteil nicht mehr in Betracht kommen kann. Es handelt sich um die Dauer der Haft zwischen der Urteilsfällung und dem Ablauf

der ordentlichen Rechtsmittelfrist, wenn das Rechtsmittel nicht gebraucht wurde, sodann zwischen der Urteilsfällung und dem Rückzug des Rechtsmittels und zwischen der Urteilsfällung und dem negativen Entscheid des Kassationsrichters. Kommt der Fall in der höhern Instanz zum Entscheid, so hat der Richter der höhern Instanz über die inzwischen verbüßte Sicherheitshaft zu entscheiden. Unsere Kommission hat Abs. 2 insofern einfacher gestaltet, als sie ganz einfach die Zeit zwischen Erhebung und Rückzug des Rechtsmittels als nicht anrechenbar erklärt.

Wichtig ist dann aber namentlich die Streichung von Art. 397 des Entwurfes. Es handelt sich um die sogenannte Lex Witzwil, d. h. um die gesetzliche Verankerung der in Witzwil über den Strafvollzug angewendeten Grundsätze, welche der Einheitsstrafe sehr nahe kommen. Die Kommission ist seinerzeit vor der Entscheidung über die sogenannte Einheitsstrafe gestanden. Sie ist nach reiflicher Prüfung zur Ablehnung gelangt, d. h. zur Trennung der Freiheitsstrafen in Zuchthausstrafe, Gefängnisstrafe und Haft. Sie hat dabei auf das Volksempfinden Rücksicht genommen, im übrigen aber doch die Tendenz unterstrichen, die dahin geht, daß auch beim Vollzug der schweren Zuchthausstrafe das Erziehungsprinzip anzuwenden und alles vorzukehren ist, was auch den Zuchthaussträfling wieder auf den bessern Weg zu bringen und ihn für die Zeit der Freiheit fördern kann. Die Kommission hat auch die Forderung der absoluten Trennung der Zuchthaussträflinge und der Gefängnissträflinge in besondern Anstalten verlassen und lediglich die Trennung in besondern Abteilungen vorgeschrieben. Auch für die Zuchthaussträflinge gilt nach den ersten drei Monaten der Grundsatz der Gemeinschaftsarbeit. Diese Gemeinschaftsarbeit kann auch durch die Betätigung im Landwirtschaftsbetrieb erfolgen und es geht zweifellos die Tendenz immer mehr in dieser Richtung. Das beweisen geglückte und mißglückte Versuche aus neuerer Zeit. Angesichts dieser Sachlage bestand keine Notwendigkeit am Festhalten der sogenannten Lex Witzwil, welche dem Bundesrat die Möglichkeit der Abweichung von den allgemeinen Grundsätzen des Strafvollzugs einräumen wollte. Die Kommission hat dies durch einen ausdrücklichen Protokollvermerk festgehalten und damit zweifellos schwierige Situationen vermieden.

Ganz besonders ist auf Art. 35bis, Ziff. 4, zu verweisen, welcher im Landwirtschaftsbetrieb die gemeinsame Beschäftigung von Zuchthaus- und Gefängnissträflingen zuläßt. Damit ist dem Gedanken der Einheitsstrafe doch wesentlich entgegengekommen worden. Das wird insbesondere auch von den Gefängnisdirektoren und vom Verein für Strafgefängniswesen und Schutzaufsicht anerkannt. In der letzten Jahresversammlung in Liestal ist im Anschluß an ein Referat über den Strafvollzug nach neuem Recht diese Spezialfrage ebenfalls diskutiert worden und kürzlich hat sich der Vorstand des Vereins mit ihr beschäftigt. Unser Kollege, Herr Stuber, der sich in dieser Materie ein besonderes Verdienst erworben hat, konnte sich mit der nunmehr getroffenen Lösung einverstanden erklären und es ist somit der Streit über die Lex Witzwil, die eine Zeitlang die Gemüter lebhaft beschäftigt

hat, erledigt. Der Fortschritt ist unverkennbar; er ist von Herrn Direktor Kellerhals, dem Organisator von Witzwil, auch unumwunden zugegeben worden. Die Streichung von Art. 397 kann somit unbedenklich vorgenommen werden.

Die Bestimmungen über den Verdienstanteil (Art. 398—400) geben nur zu wenigen Bemerkungen Anlaß. Gegen die Anwendung dieser segensreichen und vernünftigen Maßnahme wird sich wohl heute niemand mehr auflehnen. Mißbräuche und Enttäuschungen vermögen an der Richtigkeit des Grundsatzes nichts zu ändern. Die Kommission hat die Anwendung auch auf die Jugendlichenanstalten ausgedehnt. Der Ausdruck « Sträfling » ist durch « Insasse » ersetzt worden, speziell im Hinblick auf die Geltung auch für die Verwahrungsanstalten. Ueber die Verwendung im einzelnen bestimmt das Anstaltsreglement. In bezug auf die Verwendung insbesondere während der Freiheitsentziehung schlägt die Kommission eine Präzisierung vor. Artikel 399, Abs. 2, schreibt nun vor, daß der Verdienstanteil nur für den Insassen oder dessen Familie verwendet werden kann und im Art. 400 wird durch die Kommission vorgeschrieben, daß jede Verrechnung des Verdienstanteils ausgeschlossen sei. Das dürfte sich hauptsächlich auf Gerichtskosten, Bußen etc. beziehen. Der Verdienstanteil soll möglichst unverkürzt dem austretenden Sträfling zugute kommen.

Von den beiden Schutzaufsichtsartikeln hat die Kommission den zweiten gestrichen. Die Organisation der Schutzaufsicht ist Sache der Kantone. Ausdrücklich verboten ist ihnen allerdings die Uebertragung der Schutzaufsicht an Polizeiorgane. Andererseits ist ihnen gestattet, die Durchführung freiwilligen Organisationen zu übertragen. Ob der Zusatz der Kommission, daß diese Organisationen die nötige Gewähr bieten müssen, unbedingt nötig ist, darüber kann man verschiedener Ansicht sein.

Der nunmehr von der Kommission gestrichene Art. 402 hat in allen Beratungen zu eingehenden Erörterungen geführt. Der Sinn der Vorschrift ist folgender: Die unter Schutzaufsicht Gestellten sollen auch in andern Kantonen unbeanstandete Aufnahme finden können. Vielleicht ist es einem einmal Gestrauchelten und nunmehr unter Schutzaufsicht Gestellten gerade an einem andern Ort, wo er nicht bekannt ist, am ehesten möglich, sein Fortkommen zu finden und dieser Wohltat soll er nicht dadurch beraubt werden, daß man ihn am fremden Orte nicht duldet. Dieser gewiß richtigen Ueberlegung steht nun aber Art. 45 der Bundesverfassung in den Fällen entgegen, in denen der Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte infolge strafgerichtlicher Verurteilung während der Zeit der Schutzaufsicht andauert. Diese Verfassungsbestimmung kann das Strafgesetz nicht aufheben. Bestehen die Schranken von Art. 45, Abs. 2, nicht, so gilt eben das Recht der Niederlassung nach Art. 45, Abs. 1, der Bundesverfassung, und zwar selbstverständlich auch für den unter Schutzaufsicht Gestellten, d. h. soweit es sich um Schweizer handelt. Für Ausländer gelten die Bestimmungen der Niederlassungsverträge. Die Kommission hat der verfassungsmäßigen Rechtslage Rechnung getragen, indem sie Art. 402 gestrichen hat.

Ueber die Vollstreckbarkeit der Bußenurteile in der ganzen Schweiz erübrigen sich Bemerkungen. Daß den Kantonen ausdrücklich das Verfügungsrecht über die Bußen, die konfiszierten Gegenstände etc. zuerkannt ist, wird ihnen willkommen sein. Andererseits ist es aber auch nur recht und billig, daß bei den durch die Bundesinstanzen ausgefallten Urteilen der Bund über die Bußen und über die eingezogenen Gegenstände verfügt.

Das Abverdienen der Buße kann unter Umständen für den Verurteilten eine Wohltat sein. Wirksamer wäre diese Maßnahme allerdings gewesen, wenn die Umwandlung der Bußen beibehalten worden wäre.

Gestützt auf diese Ausführungen empfehle ich Ihnen Annahme der Kommissionsanträge. Wichtig ist die Streichung der Art. 397 und 402.

M. Logo, rapporteur: Les art. 395 à 405 ont trait à l'exécution des peines et à l'organisation de l'importante institution du patronage.

L'art. 395, tout d'abord, découle du principe constitutionnel en vertu duquel l'exécution des peines est réservée aux cantons.

En vertu de cette disposition, les cantons sont tenus d'exécuter trois catégories de jugements rendus par application des lois fédérales:

a) les jugements rendus par leurs propres tribunaux en application du C. P. S.;

b) les jugements rendus par leurs propres tribunaux en application d'autres lois pénales fédérales.

Tel est déjà le sens implicite de la première phrase de l'art. 395 du Conseil fédéral. Votre commission vous propose de le dire expressément. Enfin

c) les jugements rendus par les autorités pénales fédérales.

En revanche, les cantons ne sont pas tenus d'exécuter les jugements rendus par les tribunaux d'autres cantons, sauf quant aux peines pécuniaires (art. 403). Abstraction faite de ces peines, les obligations des cantons se réduisent en cette matière à celles que prévoit l'art. 371 dont nous avons parlé ce matin.

Je signale enfin que la commission estime utile de compléter l'art. 395 du Conseil fédéral par l'adjonction d'un nouvel alinéa d'après lequel « sont assimilées aux jugements les décisions rendues en matière pénale par l'autorité de police ou par toute autre autorité compétente, ainsi que les ordonnances des autorités de mise en accusation ». Cette disposition correspond à celle que vous trouverez à l'art. 403, al. 2.

L'art. 396, qui règle une question assez ardue, complète l'art. 66 du Livre I^{er}. Voici:

L'art. 66 parle de l'imputation de la détention préventive sur la peine dans le jugement. Cette imputation doit être faite par le juge.

L'art. 396, en revanche, ne concerne plus que l'imputation de la prison subie après le jugement et avant le commencement de l'exécution de la peine proprement dite. Cette imputation doit, ainsi que l'indique la note en marge de l'art. 396, être faite par les autorités administratives et d'exécution.

Eh bien, la commission est d'accord avec le premier alinéa de l'art. 396 du Conseil fédéral, qui prescrit l'imputation intégrale de la détention subie

entre le prononcé du jugement de dernière instance et le commencement de l'exécution de la peine elle-même.

En revanche, la commission vous propose de simplifier le second alinéa, qui parle de l'imputation de la détention subie après un jugement susceptible de recours.

Dans le projet du Conseil fédéral, cet alinéa 2 prévoit trois cas:

Premier cas: Le condamné déclare qu'il renonce à recourir: alors la détention subie depuis la déclaration est imputée.

Deuxième cas: Le condamné laisse écouler le délai de recours sans former recours et sans faire une déclaration de non recours: en ce cas, l'imputation se fait depuis l'expiration du délai de recours.

Troisième cas: Le condamné forme son recours, mais le retire ensuite: alors l'imputation a lieu dès le jour du retrait.

De ces trois cas, la commission vous propose de ne prévoir que le troisième. C'est dans ce sens qu'a été rédigé le deuxième alinéa de l'art. 396, tel que la commission vous recommande de l'adopter.

Il en résulte, e contrario, que, dans les deux autres cas prévus au second alinéa du projet du Conseil fédéral, on devra imputer la détention subie après le jugement susceptible de recours et avant le commencement de l'exécution de la peine proprement dite. Cette solution nous paraît plus équitable que celle du projet du Conseil fédéral, car, en définitive, le fait que la loi donne au condamné un délai de recours ne doit pas tourner au désavantage du condamné.

D'autre part, si le recours est formé et n'est pas retiré, nous retombons dans l'hypothèse prévue par l'art. 66 du Livre 1^{er}. C'est cet article que devra appliquer le juge statuant sur le recours, en cassation comme en appel.

L'art. 397 avait pour objet de faire une place à part à certains établissements pénitentiaires, tels que Witzwil, où les condamnés sont dans une large mesure occupés à des travaux agricoles, ce qui rendait difficile l'application des règles posées aux art. 34 et suivants du projet du Conseil fédéral.

Mais les modifications que, selon les propositions de la commission, vous avez apportées aux art. 34 et suivants du projet (voyez notamment l'art. 35bis sur l'exécution des peines de réclusion et d'emprisonnement), ces modifications, dis-je, rendent l'art. 397 superflu. C'est ce que la commission a expressément constaté (procès-verbal de la séance du 1^{er} septembre 1921, page 7) et c'est dans ce sens que la commission vous propose de laisser tomber la lex Witzwil, comme on avait appelé l'art. 397.

Les art. 398 et suivants s'occupent d'une institution dont il ne faut pas méconnaître l'importance, celle du pécule, c'est-à-dire d'une masse de réserve attribuée au détenu sur le produit de son travail.

Le pécule est un puissant stimulant au travail, pendant l'exécution de la peine. De plus, il constitue pour le condamné, lors de son élargissement, une ressource précieuse qui lui permet de subvenir à ses premiers besoins, au moment critique de son retour à la liberté.

La commission approuve les principes généraux posés par l'art. 398. Elle vous propose d'en étendre l'application aux détenus placés dans un établissement pour adolescents.

L'art. 399 règle l'emploi du pécule pendant que dure la privation de liberté. Pendant ce temps, dit notamment l'al. 2, l'emploi du pécule est régi par le règlement de l'établissement. La commission vous propose d'ajouter que le règlement de l'établissement déterminera si, et dans quelle mesure des prélèvements pourront, pendant que dure la privation de liberté, être faits sur le montant du pécule, au profit du détenu ou de sa famille.

L'art. 400 a trait au sort du pécule après l'élargissement. La commission vous recommande d'adopter cet article, en ajoutant à la fin du premier alinéa: « Toute compensation est exclue ». C'est-à-dire que l'on ne pourra en aucun cas retenir tout ou partie du pécule à titre de compensation et réduire ainsi la somme dont le libéré peut disposer.

Les art. 401 et 402 concernent le patronage, dont la mission générale est définie à l'art. 44.

De ces deux articles, la commission vous propose d'adopter le premier en y ajoutant un complément sur lequel il est inutile que j'insiste, mais, en revanche, de biffer le second. Si je ne fais erreur, c'est une loi saint-galloise du 18 novembre 1902 qui a servi de modèle à l'art. 402 du Conseil fédéral, article que la commission, je le répète, vous propose aujourd'hui de laisser tomber.

Cet art. 402 oblige les cantons et les communes à accorder le séjour aux Suisses soumis au patronage qui ne sont pas leurs ressortissants, si c'est par le patronage qu'une résidence ou du travail sur leur territoire a été assigné à ces personnes.

Du point de vue des intérêts bien compris et légitimes du patronage, cette disposition est certainement justifiée. Il n'est pas bon, à ce point de vue, qu'une fantaisie de l'autorité cantonale ou municipale puisse chasser un patroné de l'endroit où il a été placé par le patronage et où celui-ci lui a procuré du travail.

Malheureusement, nous nous heurtons ici à l'art. 45 de la Constitution fédérale qui, en substance, limite la liberté d'établissement en autorisant, dans certains cas, le refus ou le retrait de l'établissement.

Il n'est, naturellement, pas question de passer outre à l'art. 45 de la Constitution fédérale et la deuxième commission d'experts elle-même en est arrivée à dire, à la fin de l'art. 402 de notre projet: « l'art. 45 de la Constitution fédérale est réservé ».

Mais alors, que restera-t-il, en pratique, du principe posé par la première phrase de l'art. 402? Pas grand' chose, sans doute, et surtout une source de conflits et de difficultés. Du reste, il sera souvent bien difficile à un patroné de triompher, en invoquant cet art. 402, de la résistance d'un canton ou d'une commune qui ne veut pas de lui. Il y a, surtout à la campagne, bien des moyens d'empoisonner la vie d'un homme dont on désire voir les talons. C'est pourquoi, tout bien considéré, la commission juge préférable de renoncer à l'art. 402.

Les art. 403 à 405, qui terminent le chapitre VIII et que la commission vous recommande d'adopter tels quels, posent diverses règles touchant à l'exé-

cution des condamnations à l'amende, à la confiscation, à des dommages-intérêts, etc.

L'art. 403, tout d'abord, rend exécutoire dans toute la Suisse tout ce qui, dans un jugement ou une décision pénale, touche à des questions pécuniaires. Ces points ont en effet une parenté évidente avec les questions qui font l'objet des jugements civils, lesquels sont exécutoires dans toute la Suisse (art. 61 de la Constitution fédérale).

Tandis que l'art. 395 de notre projet exclut l'application de ce principe aux jugements et aux décisions pénaux, pour leur partie pénale tout au moins.

L'art. 404 contient ensuite des dispositions parfaitement rationnelles sur la question de savoir à qui appartiendra le produit des amendes, confiscations et dévolutions à l'Etat prononcées en vertu du Code pénal suisse.

Enfin, l'art. 405 rappelle aux cantons les dispositions de l'art. 46, chiff. 1^{er}, second alinéa d'après lequel le condamné à l'amende pourra racheter cette peine par une prestation en travail, à la condition d'y être autorisé « par l'autorité compétente ». L'art. 407 nomme cette autorité; ce sera, dit-il, « l'autorité qui pourvoit à l'exécution de la peine », c'est-à-dire le Parquet pour beaucoup de cantons. Cette autorité devra indiquer au condamné le travail auquel il pourra être employé. Pour qui ce travail sera-t-il fait? L'art. 46 répond: Il pourra être fait « notamment pour le compte de l'Etat ou de la commune ». Le travail pour une entreprise privée ou un particulier n'est donc pas exclu.

Je rappelle encore que le rachat de l'amende par du travail suppose que le condamné fasse la demande de se libérer de cette manière et je conclus à l'adoption des art. 395 à 405, dans le texte proposé par la commission.

Angenommen. — *Adoptés.*

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 5. März 1930.
Séance du matin du 5 mars 1930.

Vorsitz: — Présidence: M. Graber.

918. Schweizerisches Strafgesetzbuch.
Code pénal suisse.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 53 hievor. — Voir page 53 ci-devant.

Art. 406—416.

Anträge der Kommission.

Art. 406. Die Kantone sorgen dafür, daß die den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechenden Strafanstalten, Verwahranstalten, Arbeitserziehungsanstalten, Trinkerheilanstalten, Erziehungsanstalten für Kinder und Rettungs- und Korrekionsanstalten für Jugendliche zur Verfügung stehen.

Die Kantone können über die gemeinsame Erziehung von Anstalten Vereinbarungen treffen.

Art. 406bis. Die Kantone sorgen dafür, daß die Anstaltsreglemente und der Betrieb der Anstalten diesem Gesetze entsprechen. Sie sorgen dafür, daß den in Rettungs- und Korrekionsanstalten eingewiesenen Jugendlichen eine Berufslehre ermöglicht wird.

Die Kantone können über den gemeinsamen Betrieb von Anstalten Vereinbarungen treffen oder sich das Mitbenützungsrecht an Anstalten anderer Kantone sichern.

Art. 406ter. Die Kantone können über die Einweisung in Trinkerheilanstalten, in Erziehungsanstalten für Kinder und in Rettungsanstalten für Jugendliche auch mit Privatanstalten Vereinbarungen treffen, soweit diese Anstalten sich den Anforderungen dieses Gesetzes anpassen.

Art. 407. Streichen.

Art. 408. Streichen.

Art. 409. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 410. 1. Der Bund leistet Beiträge an die Errichtung und den Ausbau der in diesem Gesetze geforderten öffentlichen Anstalten.

Diese Beiträge sollen nicht übersteigen:

für Strafanstalten 50 %,

für Verwahranstalten 70 %,

für andere Anstalten zum Vollzuge sichernder Maßnahmen 50 %,

für Anstalten für Kinder und Jugendliche 50 %.

2. Der Bund leistet in gleichem Maß Beiträge an Kantone, die im Hinblick auf die Einführung dieses Gesetzes und in Uebereinstimmung mit seinen Vorschriften Anstalten errichtet oder ausgebaut haben, sofern die Arbeiten nach dem 1. Januar 1912 begonnen wurden.

3. Der Bundesrat stellt die Bedingungen fest, unter denen die Leistung der Beiträge erfolgt.

Er kann namentlich bestimmen, daß auch Eingewiesene aus andern Kantonen gegen Ersatz der Selbstkosten in solche Anstalten aufgenommen werden.

Art. 411. Absatz 1 streichen (wird Art. 411bis).

Der Bund kann Beiträge leisten an die Errichtung und den Ausbau von privaten Trinkerheilstalten, von privaten Erziehungsanstalten für Kinder und von privaten Rettungsanstalten für Jugendliche, sofern diese Anstalten sich den Bestimmungen dieses Gesetzes anpassen.

Art. 411bis. Der Bund kann Beiträge leisten an den Betrieb von Verwahrungsanstalten, von Arbeitserziehungsanstalten und Korrekationsanstalten für Jugendliche, sowie von öffentlichen Trinkerheilstalten, Erziehungsanstalten für Kinder und Rettungsanstalten für Jugendliche.

Der Bund kann ferner Beiträge leisten an den Betrieb von privaten Trinkerheilstalten, von privaten Erziehungsanstalten für Kinder und von privaten Rettungsanstalten für Jugendliche, sofern diese Anstalten sich den Bestimmungen dieses Gesetzes anpassen.

Art. 412. Der Bund kann Beiträge leisten an die Errichtung von Heil- und Pflegeanstalten, die zur Aufnahme der vom Richter eingewiesenen gefährlichen Geisteskranken bestimmt sind, wie auch an die Errichtung von im Dienste dieses Zweckes stehenden Abteilungen von Heil- und Pflegeanstalten.

Art. 413. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 414. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 415. Der Bundesrat hat über die Beobachtung dieses Gesetzes und der dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen zu wachen (Art. 102, Ziff. 2, der Bundesverfassung).

Die nach diesem Gesetze erforderlichen Anstaltsreformen sind von den Kantonen innerhalb der ersten zwanzig Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes durchzuführen.

Nach Anhörung der Kantone bestimmt der Bundesrat, welche Anstaltsreformen der einzelne Kanton durchzuführen und auf welchen Zeitpunkt er ihre Durchführung zu beenden hat. Diese Anordnungen des Bundesrates können von der Kantonsregierung innert sechzig Tagen nach ihrer Mitteilung an die Bundesversammlung weitergezogen werden.

Der Bundesrat trifft für die Zwischenzeit die nötigen Anordnungen.

Propositions de la commission.

Art. 406. Les cantons pourvoient à ce que des établissements pénitentiaires, des maisons d'internement, des maisons d'éducation au travail, des asiles pour buveurs, des établissements d'éducation pour enfants, des maisons de relèvement et des maisons de correction pour adolescents soient à la disposition de l'autorité. Ces établissements devront répondre aux exigences du présent code.

Les cantons pourront s'entendre pour créer en commun ces établissements.

Art. 406bis. Les cantons pourvoient à ce que les règlements et l'exploitation des établissements soient conformes aux prescriptions du présent code.

Ils pourvoient à ce que les adolescents renvoyés dans une maison de relèvement ou de correction puissent y faire un apprentissage professionnel.

Ils pourront s'entendre pour exploiter en commun ces établissements; ils pourront aussi s'assurer le droit d'utiliser des établissements d'autres cantons.

Art. 406ter. Pour le placement dans des asiles pour buveurs, dans des établissements d'éducation pour enfants et dans des maisons de relèvement pour adolescents, les cantons pourront prendre des arrangements avec des établissements privés, pourvu que ceux-ci se conforment aux prescriptions du présent code.

Art. 407. Biffer.

Art. 408. Biffer.

Art. 409. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 410. 1. La Confédération accorde des subventions pour la création et le développement des établissements publics prévus au présent code.

Ces subventions ne dépasseront pas:

- pour les établissements pénitentiaires le 50 %,
- pour les maisons d'internement le 70 %,
- pour les autres établissements destinés à l'exécution des mesures de sûreté le 50 %,
- pour les établissements pour enfants ou adolescents le 50 %

2. Dans les mêmes limites, la Confédération accorde des subventions aux cantons qui, en vue de l'application du présent code et en conformité avec ses prescriptions ont créé des établissements ou développé des établissements existants, pourvu que les travaux aient été commencés après le 1^{er} janvier 1912.

3. Le Conseil fédéral fixe les conditions auxquelles l'octroi d'une subvention est subordonné. Il peut notamment stipuler que des personnes placées par d'autres cantons dans des établissements de ce genre, y seront reçues contre remboursement des frais.

Art. 411. 1^{er} alinéa supprimé devient Art. 411bis.

La Confédération peut accorder des subventions pour la construction, le développement et l'exploitation d'asiles privés pour buveurs, d'établissements privés d'éducation pour enfants et de maisons privées de relèvement pour adolescents, pourvu que ces établissements se conforment aux prescriptions du présent code.

Art. 411bis. La Confédération peut accorder des subventions pour l'exploitation de maisons d'internement, de maisons d'éducation au travail et de maisons de correction pour adolescents, ainsi que d'asiles publics pour buveurs, d'établissements publics d'éducation pour enfants et d'établissements publics de relèvement pour adolescents.

La Confédération peut aussi accorder des subventions pour l'exploitation d'asiles privés pour buveurs, d'établissements privés d'éducation pour enfants et de maisons privées de relèvement pour adolescents, pourvu que ces établissements se conforment aux prescriptions du présent code.

Art. 412. La Confédération peut accorder des subventions pour la création d'asiles destinés aux aliénés dangereux dont le juge a ordonné l'internement, ainsi que pour la création dans les maisons d'aliénés, de quartiers spéciaux affectés à la même destination.

Art. 413—414. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 415. Le Conseil fédéral veille à l'observation des dispositions du présent code, ainsi que des lois et règlements destinés à en assurer l'application (constitution fédérale, art. 102, chiff. 2).

Art. 416. La réforme des établissements, telle qu'elle est rendue nécessaire par le présent code, sera opérée par les cantons dans les vingt ans qui suivront l'entrée en vigueur de ce code.

Le Conseil fédéral, après avoir pris l'avis des cantons, déterminera les réformes qui sont nécessaires et fixera la date à laquelle ces travaux devront être terminés. Les gouvernements cantonaux pourront recourir à l'Assemblée fédérale contre ces décisions du Conseil fédéral, dans le délai de soixante jours à partir du moment où ils en auront reçu communication.

Le Conseil fédéral prendra les arrêtés nécessaires pour la période transitoire.

Seller, Berichterstatter: Die verschiedenen Arten der Anstalten sind im allgemeinen Teil vorgeschrieben. Sie gliedern sich in Strafanstalten, Anstalten zur Verbüßung der Haftstrafe, Anstalten zum Vollzug sichernder Maßnahmen gegenüber Erwachsenen und Anstalten für Kinder und Jugendliche. Erinnern wir uns daran, daß die ursprüngliche Meinung die war, eine möglichst weitgehende Trennung dieser Anstalten durchzuführen. Für die Zuchthaus- und für die Gefängnisstrafe waren völlig getrennte Anstalten vorgesehen. Unsere Kommission hat dies insofern gemildert, als nur noch getrennte Abteilungen vorgeschrieben werden. In besondern Anstalten muß dagegen die Haftstrafe vollzogen werden. Auch in bezug auf die Verwahrungsanstalt für Gewohnheitsverbrecher ist die Einweisung in getrennte Abteilungen zulässig. Für die Behandlung Liederlicher und Arbeitsscheuer ist die Kombination mit der Trinkerheilanstalt zulässig. Im Betrieb ist jedoch eine Trennung der beiden Kategorien vorgeschrieben. Getrennt sind sodann die Rettungsanstalten einerseits und die Korrekptionsanstalten andererseits für die Jugendlichen. Die Einschließung von Jugendlichen darf nicht in Anstalten für Erwachsene erfolgen.

Neuerdings ist die Frage der Anstalten wieder eingehend diskutiert worden und zwar in der ständerrätlichen Kommission. Streitig war vor allem das Bedürfnis nach besondern Korrekptionsanstalten für Jugendliche. Ich will in diesem Zusammenhang nicht auf diese Frage zurückkommen. Es wird dazu Gelegenheit sein, wenn allenfalls der Ständerat über diesen Punkt eine Differenz schafft. Es genügt, an diesem Orte auf diese Frage hingewiesen zu haben. Vorerst haben wir die Bestimmungen im neunten Abschnitt nach unsern eigenen Beschlüssen zu redigieren. Art. 89 sieht die Errichtung einer Korrekptionsanstalt für Jugendliche vor. Sie erinnern sich, daß in unserer Kommission der Titel «Korrekptionsanstalt» angefochten wurde, daß aber eine bessere Bezeichnung nicht gefunden werden konnte.

Soviel im allgemeinen. Zu den einzelnen Artikeln ist folgendes zu bemerken:

Art. 406 schreibt vor, daß die Kantone die im Gesetz vorgesehenen Anstalten zur Verfügung haben müssen. Dabei ist ausdrücklich die gemein-

same Errichtung solcher Anstalten durch mehrere Kantone vorbehalten. Art. 406, 407 und 408 hat die Kommission zusammengezogen, da sich die Bestimmungen in diesen Artikeln wiederholen. In Bezug auf die Anstaltsreglemente wird die Forderung aufgestellt, daß sie dem Gesetze entsprechen. In die Einzelheiten geht das Gesetz nicht ein. In bezug auf die Arbeit, die Einzelhaft, den Unterricht usw. ist im allgemeinen Teil schon die nötige Wegleitung gegeben. Neu hat unsre Kommission in Wengen folgenden Beisatz beschlossen: «Die Kantone sorgen dafür, daß den in Erziehungs- und Rettungsanstalten eingewiesenen Jugendlichen eine Berufslehre ermöglicht wird.» Die Vereinbarung mit Privatanstalten ist ermöglicht für die Einweisung in Trinkerheilanstalten, Erziehungsanstalten für Kinder und in Rettungsanstalten für Jugendliche.

Das gesamte Anstaltswesen ist damit auf den Boden des Möglichen gestellt. Die ursprüngliche scharfe Trennung war ideal gedacht. Sie wäre aber zu kostspielig. Zudem ist doch wohl auch insofern ein Wandel in den Auffassungen zutage getreten, daß der Gefahr des Kontakts mit Sträflingen einer andern Kategorie nicht mehr eine ausschlaggebende Bedeutung zugemessen wird. Wer beispielsweise in Witzwil den Betrieb mit den doch recht verschiedenartigen Elementen gesehen hat, wird sich ohne weiteres mit der durch die Kommission vorgenommenen Milderung in der Trennung einverstanden erklären können. Auch auf diesem Gebiete ist das Bessere der Feind des Guten. Wenn die Kantone gemeinsame vernünftige Lösungen suchen, so werden die Kosten erschwinglich sein, namentlich auch dann, wenn geeignete Gegenden für die Errichtung der Anstalten aufgesucht werden, nach dem Rezept Witzwil, dem allerdings außerordentlich günstige Vorbedingungen zugute kamen.

Die bestehenden Anstalten sind im Jahre 1895 durch besonders bestimmte Experten untersucht und es sind auch die Anforderungen fixiert worden, welche an die Einrichtung neuer Anstalten gestellt werden müssen. Die Ergebnisse der Herren Hartmann, Strafanstaltsdirektor und Architekt Gohl will ich nicht im einzelnen wiedergeben. Es sind 7 Strafanstalten als ungeeignet erklärt worden, zum Vollzug der Zuchthausstrafe eignen sich 12 Anstalten, zum Vollzug der Gefängnisstrafe 5 Strafanstalten, drei Zentralgefängnisse; als Untersuchungsgefängnis hat sich nur etwa ein Drittel der bestehenden als tauglich erwiesen. Als Zwangsarbeitsanstalten lassen sich die Strafanstalten in St. Johannsen und Schwyz einrichten. Seit dem Jahre 1895 hat sich allerdings Manches geändert. Vor allem ist an manchen Orten die Zahl der Sträflinge bedeutend zurückgegangen, nicht zuletzt als Folge des bedingten Strafvollzugs. Die Kosten, auf den Insaßen berechnet, sind dadurch unverhältnismäßig gestiegen, da das Aufsichtspersonal wegen der durchzuführenden Betriebe nur unwesentlich reduziert werden kann. Solothurn hat seine Strafanstalt aufgehoben und die Sträflinge auswärts in Pension gegeben. Baselland steht im Begriffe, das Gleiche zu tun, weil die staatlichen Zuschüsse gewaltig gestiegen sind und die Instandstellung des Gebäudes sehr große Kosten verschlingen würde. Basel begrüßt die Abgabe der Sträflinge, weil der auch in Basel reduzierte Betrieb sehr kostspielig ist. So drängen die Verhältnisse ohnehin

zu neuen Lösungen und diese dürften in der Ausdehnung des landwirtschaftlichen Betriebes liegen. Bestrebungen sind verschiedenorts schon zum Abschluß gekommen, an andern Orten im Gange. Eine erneute Untersuchung auf Grund der heutigen Verhältnisse in Verbindung mit der in Aussicht genommenen Kriminalstatistik dürfte eine wesentliche Abklärung über die wünschenswerten Lösungen und den Finanzbedarf zeitigen.

Es wäre verlockend, in diesem Zusammenhang etwas näher auf die im Beilagenband zum Protokoll der zweiten Expertenkommission zutage geförderten Zustände in unserm Strafanstaltswesen einzutreten. Man hat sich insbesondere auch ein Bild über die ungefähre Baukostensumme machen wollen, welche für die Einrichtung der vom Gesetz geforderten Anstalten erforderlich wäre. Selbstverständlich sind nun diese Berechnungen durch die gewaltige Bau- teuerung überholt. Um aber einigermaßen ein Bild zu erhalten, um was es sich in der Hauptsache handelt, sei die Berechnung angeführt, welche auf Seite 142 des Beilagenbandes aufgeführt ist:

Danach hätte sich damals, d. h. im Jahre 1915 folgende Baukostensumme ergeben: a) Neue Strafanstalten 3,472,000 Fr.; b) Reparaturen an bestehenden Strafanstalten 218,000 Fr.; c) Reparaturen an Gefängnissen 571,000 Fr.; d) Verwahranstalten 2,450,000 Fr.; Total 6,711,000 Fr.

Eines ist schon in den Beratungen der Experten erwähnt worden: man solle sich auf den Standpunkt stellen, die bestehenden Anstalten soviel als möglich auszunützen und Neubauten nur dort vorzunehmen, wo sie ein dringendes Bedürfnis sind. Sicherlich gilt auch diese Mahnung heute noch. Für mich ist es aber zweifellos, daß durch ein verständnisvolles Zusammengehen der Kantone und mit Hilfe des Bundes viel unnütze Kosten, welche die heutige Zersplitterung mit sich bringt, vermieden werden können.

Bei dieser Sachlage interessieren vor allem die Beiträge, welche der Bund für die Anstalten auszuwerfen gedenkt. Die Kommission hat in zwei Kategorien eine Erhöhung des Prozentsatzes eintreten lassen. Höher ist die Subventionierung der durch das Gesetz neu geforderten Anstalten, speziell der Verwahranstalten. Die Maximalbeträge sollen nach den Anträgen der Kommission betragen:

- für Strafanstalten 50 %,
- für Verwahranstalten 70 %,
- für Anstalten zum Vollzug sichernder Maßnahmen 50 %,
- für Anstalten für Kinder und Jugendliche 50 %.

In Betracht fallen nach der ausdrücklichen fägung der Kommission nur öffentliche Anstalten dieser Art. Bemerkenswert ist die Rückwirkung für bereits erfolgte, im Hinblick auf das Gesetz durchgeführte Bauten seit 1912. Das Datum liegt weit zurück. Ob und inwieweit die Rückwirkung einzutreten hätte, wäre noch zu untersuchen. Selbstverständlich ist, daß der Bundesrat die Subventionsbedingungen aufstellt. Daß er auch verlangen kann, daß gegen Ersatz der Selbstkosten Kantonsfremde aufgenommen werden, ist ebenfalls verständlich.

Private Trinkerheilanstalten und private Erziehungsanstalten für Kinder und private Rettungsanstalten für Jugendliche können ebenfalls angemessen subventioniert werden, und zwar in bezug

auf den Bau und den Ausbau. Selbstverständlich müssen sich diese Anstalten den Forderungen des Gesetzes anpassen. Auch der Betrieb der Anstalten mit Ausnahme der Zuchthäuser und Gefängnisse und der Anstalten für die Häftlinge kann vom Bunde unterstützt werden. Und schließlich leistet der Bund Beiträge an die Errichtung von Heil- und Pflegeanstalten, die zur Aufnahme der vom Richter eingewiesenen gefährlichen Geisteskranken dienen, und an die Errichtung von diesen Zwecken dienenden Abteilungen von allgemeinen Heil- und Pflegeanstalten.

Gerade in Bezug auf die gefährlichen Geisteskranken sei mir eine Zwischenbemerkung gestattet. Es kann nicht bestritten werden, daß weder die heutigen Strafanstalten noch die Irrenanstalten zur Aufnahme gefährlicher Geisteskranker besonders geeignet sind. Ueber diese Frage hat Direktor Dr. Ris im August 1914 ein Gutachten erstattet, auf das hier noch ausdrücklich verwiesen sei. (Beilagenband S. 186 ff.) Daß die völlig unzurechnungsfähigen geisteskranken Verbrecher in der Irrenanstalt unterzubringen und dort wie die übrigen Unheilbaren zu behandeln sind, ist klar. Es gibt aber eine Kategorie von gefährlichen Verbrechern, die vermindert zurechnungsfähig sind, die in keine der bestehenden Anstalten hineinpassen. Es handelt sich meistens um Gewohnheitsverbrecher, die, wie sich Dr. Ris ausdrückt, im Organismus der Irrenanstalt Fremdkörper sind und bleiben. Eine harte Zucht ist für sie angemessen, welche für den Betrieb der Irrenanstalt nicht angemessen ist. Viel eher taugt für solche Verurteilte die Verwahranstalt, welche einen bessern Erfolg verspricht als die Irrenanstalt. Wie in der Praxis diese Fälle im Verhältnis zu den übrigen Verwahranstalten zu behandeln sind, wird sich erweisen, wenn einmal ernstlich an das Problem herantreten wird. Sicher aber ist das, daß die heutige Zersplitterung rationellen Lösungen im Wege steht und daß es sich auch von diesem Gesichtspunkte aus empfiehlt, doch ernstlich zu prüfen, ob man nicht mit der Opposition gegen die Strafrechtseinheit absolut nötigen Lösungen einfach aus dem Wege geht.

Die Summe der Bundesleistungen an das Anstaltswesen ist sehr respektabel. Daß angesichts dieser Leistungen der Bund gewisse Vorschriften machen darf, ist ohne weiteres klar. Es ist zweifellos, daß diese Bundeshilfe die rationelle Durchführung des Strafvollzugs ermöglicht. Jedenfalls kann, wenn sich die Kantone zu einer gemeinsamen Anstrengung vereinigen, nicht mehr davon gesprochen werden, daß ihnen unerschwingliche Lasten aufgebürdet werden. Das Letztere dürfte eher angenommen werden, wenn die Kantone auf eigene Faust und ohne Bundessubvention nunmehr Reformen nach dem Rezept des schweizerischen Gesetzes durchführen wollen. Der Kanton Waadt, der seine Arbeiten für ein neues kantonales Gesetz fortsetzt, dürfte sich in dieser Richtung wohl auch seine Rechnung machen.

Es lohnt sich der Mühe, den waadtländischen Entwurf in bezug auf die Anstalten etwas näher zu prüfen. Vorgesehen sind: Zuchthausstrafe, Gefängnisstrafe, Verwahrung. Für die Unzurechnungsfähigen wird auf das Ausführungsgesetz verwiesen, welches die nötigen Maßnahmen wird vorschreiben müssen. Für die vermindert Zurechnungsfähigen wird ebenfalls auf eine künftige Lösung vertröstet.

Die Alkoholiker sollen dem Staatsrat zu geeigneter Versorgung zugewiesen werden. Für die Kinder und Jugendlichen sind wiederum besondere Maßnahmen vorgesehen, darunter: placement dans une maison d'éducation, placement dans un asile ou dans un établissement hospitalier und endlich internement dans une école de réforme. Es ist hier wohl die Frage erlaubt, ob für ein einziges Kantonsgebiet auch in der Größe der Waadt sich diese Differenzierung mit Erfolg durchführen läßt und ob sich die Kosten lohnen. Der waadtländische Gesetzgeber hat sich der zwingenden Argumentation des eidgenössischen Entwurfes in bezug auf die Differenzierung der Strafen nicht entziehen können. Ich darf aber vielleicht doch Zweifel darüber hegen, ob dem kantonalen Souveränitätswillen nicht vielleicht doch die Kraft fehlt, eine für das ganze Land gedachte Spezialisierung auf einem Kantonsgebiet zu einem wirklich befriedigenden Resultat zu führen. Es ist ja durchaus nicht nötig, die finanzielle Hilfe des Bundes in den Vordergrund zu stellen. Aber es ist doch nicht zu bestreiten, daß die Bundessubvention eine der Voraussetzungen der Strafrechtsreform ist. Gerade das Beispiel der Waadt erhärtet dies.

Doch kehren wir nun zum Entwurf zurück.

In seiner Gesamtheit bildet das Kapitel über die Anstalten eine äußerst wertvolle Ergänzung der materiellen Bestimmungen des Gesetzes und eine notwendige Garantie für die Durchführung des Strafvollzugs im Sinn und Geist der Gesetzesredaktoren. Daß der Bund auch die Heranbildung und Förderung der Anstaltsbeamten unterstützen will, bildet eine weitere Gewähr für die Verbesserung des Strafvollzugs. Diese Gewähr wird erhöht durch die Aufsicht der Kantone über die Anstalten, über die Familienerziehung und über das körperliche Wohlergehen der Insaßen. Ueber allem hat der Bundesrat zu wachen. Die Kommission spricht nicht von einem Oberaufsichtsrecht, sondern bedient sich der Ausdrucksweise der Bundesverfassung in Art. 102, Ziff. 2.

Die Durchführung der Anstaltsreformen bedarf naturgemäß einer längeren Zeit. Die Kommission hat die Höchstdauer auf 20 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes festgesetzt. Die Reihenfolge bestimmt nach Anhörung der Kantone der Bundesrat. Dem Kanton steht ein Beschwerderecht an die Bundesversammlung zu.

Dies die wesentlichen Punkte des Neunten Abschnittes über die Anstalten. Ich empfehle Ihnen die Fassung der Kommission, zu welcher Minderheitsanträge nicht bestehen.

M. Logoz, rapporteur: Le chapitre IX traite des établissements de tous genres qui sont nécessaires pour mettre le projet à exécution.

Des dispositions de ce chapitre, d'aucuns ont tenté de faire un épouvantail. Certains ont voulu voir là une menace grave pour les fisces cantonaux et fédéral. Ainsi notre ancien collègue, M. de Meuron, dans son discours prononcé ici même, le 6 mars 1928, au cours de la discussion générale sur l'entrée en matière.

Sur cette objection, qui, certes, mérite un examen sérieux, je me suis déjà expliqué devant vous le 7 mars 1928 (bulletin sténographique, printemps 1928, page 68 in fine et 69).

Loin de moi, bien entendu, l'idée de prétendre qu'une réforme de l'envergure de celle que nous apportera le Code pénal suisse ne coûtera rien de plus que les frais d'impression de ce Code. Quelle est la lutte qu'on peut entreprendre sans avoir les armes nécessaires?

Mais s'il est incontestable que l'application du Code pénal occasionnera des dépenses, je dois rappeler tout d'abord que ces dépenses ne seront pas aussi grosses qu'on pourrait l'inférer de la simple énumération des établissements exigés par notre projet. Ce n'est pas à l'aveuglette que le législateur fédéral inscrira dans le Code pénal suisse les dispositions qui doivent servir de base à la réforme pénitentiaire générale dont notre pays a un urgent besoin.

Le 3 décembre 1912, en effet, le Département fédéral de justice et police a chargé une commission spéciale, composée en majorité de praticiens et, notamment, de directeurs de prisons, de l'étude des problèmes qui se rattachent à cette question capitale des « établissements » pour délinquants adultes, adolescents et enfants.

Vous trouverez le programme de travail assigné à cette commission au début du premier volume des « Annexes » au procès-verbal de la II^e commission d'experts (pages 4 et suivantes).

Pour répondre aux questions qui lui étaient ainsi posées, cette commission pénitentiaire a fait, de 1913 à 1916, une enquête approfondie sur les établissements qui existent actuellement en Suisse.

Le résultat de cette enquête est hautement instructif et encourageant. Pour s'en convaincre, il suffit de lire le premier volume des Annexes au procès-verbal de la II^e commission d'experts, volume publié en mars 1916.

Cette publication établit que la réforme à réaliser dans le domaine des établissements pénitentiaires sera moins difficile et moins coûteuse qu'on n'aurait pu le croire au premier abord. Le nombre des établissements à créer, à construire de toutes pièces, sera peu élevé. Car, ici encore, ce à quoi il faut surtout porter remède, c'est à l'éparpillement des efforts qui est la conséquence du régime actuel.

Or, la coordination et les améliorations nécessaires pourront, dans une large mesure, être obtenus assez aisément, soit par le développement de certaines ententes intercantionales, soit aussi par l'adaptation d'établissements déjà existants, ou encore, notamment en ce qui concerne les jeunes délinquants, par l'utilisation d'institutions créées par l'initiative privée.

Au dire des experts de la commission instituée à la fin de 1912, il est donc permis d'affirmer ceci: avec des dépenses relativement modestes, il sera possible de mener à bonne fin, pour le bien du pays tout entier, cette réforme pénitentiaire qui est un des bienfaits les plus féconds que puisse nous apporter le Code pénal suisse. Et, je le répète pour prévenir tout malentendu, ce bienfait est indissolublement lié au Code pénal suisse, puisque la base même d'une organisation pénitentiaire rationnelle, ce sont les dispositions uniformes de droit matériel par lesquelles ce code définit et différencie les diverses peines et mesures applicables aux jeunes et aux adultes.

Mais, Messieurs, ce n'est pas tout. Non seulement les dépenses que l'application du Code pénal suisse occasionnera ne seront pas aussi élevées qu'on pourrait l'inférer de la simple énumération des établissements exigés par le projet, non seulement il ne sera pas nécessaire de créer tous ces établissements — dans de nombreux cas, au contraire, on pourra tirer parti de ce qui existe, les établissements déjà existants pourront être adaptés et fusionnés — mais en outre, je rappelle que certaines décisions que vous avez prises au sujet de la partie générale du Livre I^{er} ont pour objet et auront pour effet de réduire les charges financières imposées à la Confédération et aux cantons.

Le projet du Conseil fédéral (art. 34 et 35) prévoyait en effet que les peines de réclusion et d'emprisonnement seraient subies dans des établissements distincts.

Or vous avez décidé, au contraire, que ces peines pourraient être exécutées dans des sections différentes du même établissement. Quoiqu'on puisse en penser au point de vue des principes, ceci est incontestablement une simplification pratique considérable, puisqu'il s'agit ici des peines les plus fréquemment prononcées en matière de crimes et de délits.

De même encore et dans le même esprit, vous avez modifié l'art. 40, chiff. 2, al. 1^{er} du projet du Conseil fédéral en ce qui concerne l'internement des délinquants d'habitude. Au lieu d'exiger que l'internement soit subi « dans un établissement exclusivement affecté à cette destination », vous avez prévu qu'il pourra être subi « dans une section d'établissement exclusivement affectée à cette destination ».

Ici encore, par conséquent, économie par rapport au système du projet du Conseil fédéral. Les cantons pourront réunir dans des sections différentes d'un même établissement, les réclusionnaires, par exemple, et les invétérés internés en vertu de l'art. 40.

Quant à la maison de travail de l'art. 41 et aux asiles pour buveurs de l'art. 42, ces articles eux-mêmes, dans la rédaction que vous avez adoptée, permettent de les réunir, à la seule condition que le service intérieur reste distinct et les pensionnaires séparés. C'est ce que le projet du Conseil fédéral avait déjà prévu à l'art. 407, al. 1^{er}, seconde phrase.

Vous le voyez, il ne faut rien exagérer. Et, surtout, il ne suffit pas de brandir la liste impressionnante des établissements divers dont notre projet prévoit l'utilisation, pour être en droit de déclarer: « ceci coûtera les yeux de la tête; réaliser ce projet est au-dessus des forces financières de la Confédération et, surtout, des cantons. »

De telles affirmations sont dépourvues de fondement; elles ne peuvent être émises que par des gens qui n'ont pas pris la peine d'étudier les données du problème à résoudre.

En ce qui concerne plus spécialement les finances cantonales, il ne faut pas oublier enfin que, si l'application du Code pénal doit occasionner des dépenses, ces dépenses doivent être faites, même sans Code pénal suisse, par tout canton qui entend se doter d'une organisation pénitentiaire moderne.

Le canton de Vaud, par exemple, en sait quelque chose, lui qui — avec raison — vient de consacrer plus de 2 millions à la construction de son nouvel établissement de Bochuz.

La principale différence qui pourra résulter de l'entrée en vigueur du Code pénal suisse, c'est qu'alors la Confédération prendra à sa charge une partie importante de ces dépenses, en allouant aux cantons, conformément à l'art. 64bis de la Constitution fédérale, les subventions prévues aux art. 410 et suivants de notre projet.

Il y a plusieurs années que le Département fédéral de justice constitue un fonds qui sera utilisé quand le moment sera venu, pour la Confédération, de payer ces subventions aux cantons.

C'est là, tout de même, une considération qui mérite de retenir l'attention de ceux auxquels incombe la responsabilité de gérer les finances cantonales et peut-être aussi des contribuables dont les impôts alimentent le budget des cantons.

Je n'en dirai pas davantage sur ce point; ces indications générales données, je passe à l'examen des art. 406 et suivants du projet.

Les art. 406 à 406ter, que la commission vous propose de substituer aux art. 406 à 408 du projet du Conseil fédéral, groupent d'une manière qui nous a paru plus claire les principes posés par le projet du Conseil fédéral.

Tout d'abord, l'art. 406 proposé par la commission, détermine les obligations qui incombent aux cantons, en vertu de l'art. 64bis de la Constitution fédérale, en ce qui concerne, non seulement la construction, mais aussi, éventuellement, la simple organisation des établissements pénitentiaires, des établissements pour l'exécution des mesures de sûreté prévues contre des adultes, enfin des établissements pour enfants et adolescents dont le Code pénal suisse prévoit l'utilisation.

Je me borne, en ce qui concerne l'art. 406, à rappeler qu'à l'art. 88, vous avez décidé de parler d'une « maison d'éducation pour adolescents », là où le projet du Conseil fédéral employait l'expression « maison de relèvement ». Il faut donc, sur ce point, faire la correction nécessaire dans l'art. 406, al. 1^{er}.

Ensuite, l'art. 406bis statue expressément, à l'al. 1^{er}, l'obligation pour les cantons de pourvoir à ce que les règlements et l'exploitation de leurs établissements soient conformes aux prescriptions du Code pénal suisse.

Ce premier alinéa doit être d'ailleurs complété par une disposition votée par la commission pour répondre aux vœux de Pro Juventute et qui dit:

« Ils (les cantons) pourvoiront à ce que les adolescents renvoyés dans une maison d'éducation ou de correction puissent y faire un apprentissage professionnel ». Inutile de justifier cette disposition.

Au second alinéa, le même article réserve le droit des cantons de s'entendre pour exploiter des établissements en commun. Est également réservé aux cantons le droit déjà prévu aux art. 406 à 408 du projet du Conseil fédéral — de s'entendre de façon à permettre à tel ou tel d'entre eux d'utiliser des établissements d'autres cantons, comme cela se fait déjà assez fréquemment aujourd'hui.

L'art. 406ter, enfin, reproduit l'art. 408, al. 3, du projet du Conseil fédéral, qui, pour le placement dans des établissements d'éducation pour enfants ou dans des maisons d'éducation pour adolescents, permet aux cantons de prendre des arrangements avec des établissements privés.

J'ai déjà rappelé d'autre part que la seconde phrase du premier alinéa de l'art. 407 du projet du Conseil fédéral a été remplacée par des dispositions équivalentes que vous avez insérées dans l'art. 41, chiff. 1bis, et 42, chiff. 2.

Sur l'art. 409, que la commission vous propose d'adopter tel quel, pas d'observation.

Les art. 410 à 415 (subventions et surveillance) reposent sur le dernier alinéa de l'art. 64bis de la Constitution fédérale qui, dans le domaine pénitentiaire, réserve à la Confédération le rôle effacé et ingrat de payer et de surveiller.

Dans les art. 410 à 412 proposés par la commission, des subventions fédérales sont prévues à quatre points de vue différents:

1. Subventions pour la création et pour le développement des établissements publics prévus par le Code pénal suisse. Le mot « création » a été choisi de préférence au mot « construction » dont se sert l'art. 410 du projet du Conseil fédéral, pour marquer qu'ils s'agit aussi de l'adaptation éventuelle d'établissements existants. C'est l'art. 410 qui est applicable à cette première catégorie de subventions.

Ici, la subvention fédérale est obligatoire et la commission vous propose de porter de 40 à 50 % le montant maximum des subventions à accorder pour les établissements pénitentiaires et pour les établissements destinés à l'exécution des mesures de sûreté autres que l'internement de l'art. 40. Je me permets, à ce propos, d'attirer votre attention sur l'art. 410, chiff. 2, qui dit:

« Dans les mêmes limites, la Confédération accorde des subventions aux cantons qui... ont créé des établissements ou développé des établissements existants, pourvu que les travaux aient commencé après le 1^{er} janvier 1912. »

Ceci pour la première catégorie de subventions, prévue à l'art. 410.

2. L'art. 411 proposé par la commission a trait aux subventions accordées pour la création et le développement de certains établissements ou asiles non plus publics, mais privés. Ces subventions-là sont facultatives et l'autorité fédérale en fixera librement le montant, comme d'ailleurs dans les cas suivants.

3. Sont, en effet, également facultatives les subventions dont parle l'art. 411bis de la commission. Il s'agit des subventions qui peuvent être allouées, non plus pour créer ou développer des établissements, mais pour l'exploitation de certains établissements ou asiles publics et privés. L'art. 411bis, 1^{er} al., correspond à l'art. 411, 1^{er} al., du projet du Conseil fédéral. Le second alinéa est en germe dans le mot « l'exploitation » que contient, dans le projet du Conseil fédéral, l'art. 411, al. 2, et qui n'est pas reproduit dans l'art. 411 proposé par la commission.

4. Enfin, une dernière catégorie de subventions fédérales est prévue à l'art. 412.

Ce sont aussi des subventions facultatives et ici encore, votre commission vous propose d'être plus généreux que le projet du Conseil fédéral. Ce dernier se borne en effet à prévoir des subventions pour la création, dans les maisons d'aliénés, de quartiers spéciaux où seront reçus les aliénés dangereux dont le juge a ordonné l'internement. La commission vous propose d'aller plus loin et de dire que des sub-

ventions pourront être accordées aussi pour la création d'asiles destinés à ces aliénés dangereux.

Je passe sur les art. 413 et 414, que la commission vous recommande d'adopter sans changement.

En revanche, je dois encore m'arrêter un instant aux art. 415 et 416 que la commission a cru devoir remanier et qui terminent ce chapitre.

D'après l'art. 415 du projet du Conseil fédéral, la Confédération « exerce la surveillance générale » sur les établissements prévus par le projet. Mais dans votre commission, comme d'ailleurs autrefois à la deuxième commission d'experts (voyez les déclarations des professeurs Gautier et Thormann, procès-verbal, IX, page 277), ce texte a suscité certains doutes et, notamment, certains scrupules d'ordre constitutionnel.

La Constitution fédérale permet-elle à la Confédération de revendiquer, d'une façon tout à fait générale, un droit de surveillance sur les établissements? C'est au moins discutable. Ce que la Confédération peut faire, c'est de contrôler l'emploi des subventions qu'elle accorde aux cantons. Mais cela va de soi. La Confédération peut également, sans aucun doute, veiller à ce que l'exécution des peines, des mesures d'éducation et des mesures de sûreté soit conforme aux exigences du Code pénal suisse lui-même, ainsi que des lois et règlements destinés à en assurer l'application.

C'est pourquoi la commission vous propose de dire, conformément à l'art. 102, chiff. 2, de la Constitution fédérale:

« Le Conseil fédéral veille à l'observation des dispositions du présent code, ainsi que des lois et règlements destinés à en assurer l'application. »

Le titre en marge de cet art. 415 proposé par la commission, marque d'ailleurs expressément qu'il ne s'agit là que d'un « droit de haute surveillance » de la Confédération. La haute surveillance, c'est celle qu'exerce une instance supérieure qui, en cas de conflit, doit avoir le dernier mot; mais la surveillance proprement dite sera naturellement l'affaire des cantons eux-mêmes.

Quant à l'art. 416, qui termine ce chapitre, il contient d'importantes dispositions transitoires relatives à la réforme pénitentiaire qui doit être la conséquence (et la conséquence bienfaisante) de l'entrée en vigueur du Code pénal suisse.

La réforme des établissements pour l'exécution des peines et mesures sera une œuvre très vaste, d'une grande portée et qui, on ne saurait trop le souligner, consacrerait un immense progrès. Il importe donc de donner aux cantons un temps suffisant pour la mener à bien et, en même temps, de faire en sorte que cette réforme soit cependant réalisée dans un délai raisonnable. De là le premier alinéa de l'art. 416, tel que la commission l'a rédigé: « La réforme des établissements, telle qu'elle est rendue nécessaire par le présent code, sera opérée par les cantons dans les vingt ans qui suivront l'entrée en vigueur de ce code. »

D'autre part, il est clair que cette réforme, qui rendra nécessaire la solution de toute une série de questions ardues et délicates, ne pourra être menée à chef que si l'on suit un plan général raisonné et exécuté avec méthode et fermeté.

C'est pourquoi l'al. 2 de l'art. 416 proposé par la commission donne au Conseil fédéral la direction

générale de la réforme à opérer. Bien entendu, le Conseil fédéral consultera les cantons, de sorte que leurs droits seront respectés. La commission vous propose même de prévoir que « les gouvernements cantonaux pourront recourir à l'Assemblée fédérale contre les décisions du Conseil fédéral dans le délai de 60 jours à partir du moment où ils en auront reçu communication ».

Pour les mesures exigées pendant la période transitoire, l'art. 416, texte de la commission, de même que le projet du Conseil fédéral, charge le Conseil fédéral de prendre les arrêtés nécessaires. Ces arrêtés du Conseil fédéral devront indiquer surtout comment seront remplacés, pendant la période transitoire, les établissements non encore créés, en particulier la maison d'internement.

J'arrive ainsi au terme de mon rapport sur le très important chapitre IX. Je vous recommande d'adopter les dispositions de ces articles dans le texte proposé par la commission.

M. de Muralt: J'ai entendu avec un grand intérêt MM. les rapporteurs nous parler de la subvention que la Confédération accordera aux cantons pour leurs établissements pénitentiaires. On nous offre ainsi, à nous fédéralistes, un plat de lentilles pour nous apigeonner et je serais presque tenté de dire: Timeo Danaos et dona ferentes! Je n'irai pas si loin; car je pense qu'il est toujours intéressant de voir la Confédération prendre sa part des dépenses de ce genre. Il ne faut pas oublier pourtant que cet argent sort toujours de certaine poche, qui n'est autre que celle des contribuables. Que ce soit le contribuable fédéral, ou le contribuable cantonal qui paie, qui fasse les frais de ces établissements pénitentiaires, cela revient très sensiblement au même. Il est vrai que le contribuable fédéral quelquefois est plus facile à atteindre que le contribuable cantonal.

Ceci dit, je voudrais poser une question à MM. les rapporteurs et au Conseil fédéral. On a fait une allusion des plus aimables au canton de Vaud au sujet des dépenses qu'il a faites pour son pénitencier de Bochuz. Je me demande toutefois si la disposition de l'art. 410, al. 2., est tout à fait rassurante pour nous, quant à l'obtention de la subvention fédérale. En effet cet alinéa est ainsi conçu: « Dans les mêmes limites la Confédération accordera des subventions aux cantons qui, en vue de l'application du présent code et en conformité avec ses directions ont construit des établissements. »

Je ne crois pas que nous puissions, en toute bonne foi, prétendre que le canton de Vaud a construit l'établissement de Bochuz en vue de l'application des dispositions du présent code ou en conformité avec ses directions. Nous l'avons fait en vue de l'application du Code pénal vaudois, pour lequel nous revendiquons, quoi que puissent dire le « Bund » et d'autres journaux, le droit de le reviser, si cela nous convient et rentre dans notre mentalité. Nous n'avons pas, soyons honnêtes, créé ce pénitencier en vue de l'application du Code pénal fédéral, mais d'un code cantonal qui ne lui est pas inférieur. Peut-être y aurait-il lieu, pour nous faire bénéficier de ce plat de lentilles, de modifier quelque peu la rédaction de cet art. 410.

Je voudrais me permettre de poser encore une autre question, ce à propos de l'art. 415. La rédaction proposée par la commission précise: « Le Conseil fédéral veille à l'observation des dispositions du présent code ainsi que des lois et règlements destinés à en assurer l'application. »

Une note marginale indique que la « haute surveillance » appartient à la Confédération et que la « basse surveillance », si l'on peut dire, appartient aux cantons. N'est-ce pas aller un peu trop loin de dire que le Conseil fédéral veille à l'observation des dispositions du présent code? N'y a-t-il pas là une immixtion du pouvoir politique et administratif dans le domaine judiciaire? Eu égard à la forme si générale de cette disposition, on pourra peut-être dire qu'il appartiendra au Conseil fédéral de vérifier si les dispositions concernant l'application des peines ont été respectées; le Conseil fédéral pourrait ainsi examiner si les tribunaux ont bien jugé. N'y aurait-il pas là une sorte de conflit de compétences, — que j'ai peine à concevoir pour ma part, — entre le Tribunal fédéral, d'une part, et le Conseil fédéral, d'autre part?

Il me semble qu'il serait plus prudent de remplacer les mots « du présent code » par « du présent chapitre ». D'ailleurs c'est bien là, je crois, ce qu'on a eu en vue. On a voulu que le Conseil fédéral ait la haute surveillance sur les établissements pénitentiaires, sur la façon dont ils seront organisés et sur le régime qui y sera appliqué; on n'a pas voulu, je présume, que le Conseil fédéral exerce sa surveillance dans d'autres domaines de l'application du présent code. Je me permets donc de demander à MM. les rapporteurs s'il ne serait pas plus prudent de procéder au changement que je viens de vous indiquer. Je me réserve d'ailleurs de déposer un amendement, après les avoir entendus.

Seiler, Berichterstatter: Wenn ich Herrn de Muralt richtig verstanden habe, will er wissen, ob der Kanton Wadt für die Kosten, die er mit seiner Anstalt Bochuz gehabt hat, gemäß Abs. 2 von Artikel 410 eine Subvention erhalten wird. Er macht darauf aufmerksam, daß diese Anstalt errichtet worden sei nicht im Hinblick auf das eidg. Gesetz, sondern aus eigenem Willen und eigener Kraft. Ich glaube, wir müssen ihm folgende Antwort geben: Wenn die Anstalt den Bedingungen entspricht, die das schweizerische Strafgesetz an sie stellt, so wird rückwirkend der Kanton Waadt eine Subvention erhalten; der Bundesrat wird selbstverständlich prüfen müssen, ob die Anstalt so eingerichtet ist, daß sie dem entspricht, was der Bund an Anforderungen an eine Anstalt stellt.

Was die Oberaufsicht des Art. 102 über die Anstalt anbetrifft, so verweise ich einfach auf die Bundesverfassung, wo es heißt: « Der Bundesrat hat über die Beobachtung der Verfassung, der Gesetze und der Beschlüsse des Bundes sowie der Vorschriften eidgenössischer Konkordate zu wachen. » Das ist einfach bestehende Verfassungsvorschrift.

M. Logöz, rapporteur: M. de Muralt demande des explications, tout d'abord sur l'art. 410, chiffré 2, de notre projet. Il désire savoir si le canton de Vaud recevra sa part de la manne fédérale en vertu de ce texte. Car, nous dit M. de Muralt: « Nous avons

construit le pénitencier de Bochuz, non pas en vue de l'application du Code pénal suisse, mais en vue de l'application du Code pénal vaudois!»

Sur ce point, mon honorable collègue vaudois me permettra de lui rappeler simplement cette parole de l'Évangile: Il y aura plus de joie dans le ciel pour un pécheur qui se repent que pour quatre-vingt-dix-neuf justes qui entrent dans le Royaume des cieux. (M. de Muralt: Je ne me suis pas encore repenti!) L'art. 410, chif. 2, sera applicable au canton de Vaud exactement comme aux autres confédérés.

En ce qui concerne, d'autre part, l'art. 415, qui inspire également des doutes à M. de Muralt, j'ai déjà dit que la commission a examiné de très près cette question délicate du droit de haute surveillance de la Confédération. Je répète que, pour respecter strictement la Constitution et les droits des cantons, la commission n'a pas cru pouvoir mieux faire que de reproduire textuellement l'art. 102, chif. 2, de la Constitution fédérale. M. de Muralt concédera peut-être qu'il serait difficile d'être plus orthodoxe.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 417—421.

Anträge der Kommission.

Art. 417. Das Recht der Begnadigung mit bezug auf Urteile, die auf Grund dieses Gesetzes oder eines andern Bundesgesetzes ergangen sind, wird ausübt:

a) in den Fällen, in denen die Bundesassisen oder das Bundesstrafgericht geurteilt haben, durch die Bundesversammlung;

b) in den Fällen, in denen eine kantonale Behörde geurteilt hat, durch die Begnadigungsbehörde des Kantons.

Art. 418. Streichen.

Art. 419. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 420. Durch Begnadigung können alle durch rechtskräftiges Urteil auferlegten Strafen ganz oder teilweise erlassen, die Strafen in mildere Strafarten umgewandelt werden.

Der Gnadenerlaß bestimmt den Umfang der Begnadigung.

Art. 421. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Propositions de la commission.

Art. 417. Pour les jugements rendus en application du présent code ou d'une autre loi fédérale, le droit de grâce est exercé:

a) par l'Assemblée fédérale, dans les causes jugées par les Assises fédérales ou la Cour pénale fédérale;

b) par l'autorité compétente du canton, dans les causes jugées par les autorités cantonales.

Art. 418. Biffer.

Art. 419. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Art. 420. Par l'effet de la grâce, peuvent être remises, totalement ou partiellement, toutes peines prononcées par jugement passé en force; les peines peuvent être commuées en des peines plus douces.

L'étendue de la grâce est déterminée par l'acte qui l'accorde.

Art. 421. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Seiler, Berichterstatter: Art. 417 bezeichnet die Begnadigungsinstanz für die Urteile der eidgenössischen und der kantonalen Instanzen. Das Begnadigungsrecht ist nach der Auffassung der Kommission ein unbeschränktes. Der Bundesrat hatte das Recht auf Freiheitsstrafen über drei Monate beschränkt und die Begnadigung bei Buße und bei Uebertretungen überhaupt ausgeschlossen.

Die Frage war besonders in der Expertenkommission sehr umstritten. Es wurde auf die bedingte Verurteilung und die bedingte Entlassung hingewiesen, welche das Bedürfnis nach Begnadigung zweifellos herabmindern. Andererseits wurde betont, daß das Begnadigungsrecht ein Recht der politischen Behörde ist. Speziell aus der welschen Schweiz wurde dieser Standpunkt energisch vertreten. In der Abstimmung blieb der Streichungsantrag Lache-ner in Minderheit. Nun ist zuzugeben, daß in den Kantonen eine verschiedenartige Begnadigungspraxis besteht. Die Tendenz ist nicht überall die gleiche. Dies würde an und für sich eine nähere Umschreibung der Bedingungen rechtfertigen. In unserer Kommission hat schließlich die Streichung der Limitierung die Oberhand erhalten. Man wird nun wohl eben die Erfahrungen über die Auswirkung sammeln müssen. Sollten sich Mißbräuche zeigen, speziell darin, daß wegen jeder Kleinigkeit die Begnadigung anbegehrt wird, so ist eine Korrektur nicht ausgeschlossen. Uebrigens haben es die Begnadigungsbehörden in der Hand, durch eine vernünftige Praxis, welche eine ungünstige Beeinflussung der Gerichte vermeidet, die Befürchtungen zu beseitigen.

Keinerlei Diskussionen haben sich bei der Prüfung der zur Stellung des Begnadigungsgesuches zuständigen Personen und Behörden ergeben. Auch die Bestimmung, daß ein abgelehntes Begnadigungsgesuch nicht vor Ablauf eines bestimmten Zeitraums erneuert werden darf, ist unangefochten.

Die Wirkungen der Begnadigung können verschiedene sein: gänzlicher oder teilweiser Erlaß von Haupt- und Nebenstrafen und Kosten.

Zu bemerken ist, daß die Begnadigung nur auf die Freiheitsstrafen und die damit verbundenen Bußen und Nebenstrafen und Kosten angewendet werden kann, nicht also auf die sichernden Maßnahmen.

Art. 421 setzt die Bedingungen für die Wiederaufnahme des Verfahrens fest. Es müssen erhebliche neue Tatsachen oder Beweise vorliegen, die zurzeit des frühern Verfahrens nicht bekannt waren. Die Verfassungsmäßigkeit der Bestimmung ist angefochten worden. In Tat und Wahrheit werden wohl alle kantonalen Prozeßgesetze die Möglichkeit der Wiederaufnahme enthalten. Die Verfahrensvorschriften selbst sind rein kantonal.

Ich beantrage Ihnen Annahme des zehnten Abschnittes.

M. Logoz, rapporteur: Les art. 417 à 420 s'occupent de la grâce et l'art. 421 de la revision. Prenons tout d'abord les dispositions sur la grâce.

La première question qui se pose est celle de la compétence. Qui exercera le droit de grâce pour les jugements rendus en vertu du Code pénal suisse ou d'une autre loi fédérale?

Jusqu'ici, notre droit public suisse partait de l'idée que le droit de grâce procède, non du pouvoir judiciaire, mais du pouvoir législatif. Le droit de grâce appartient à la Confédération et il est exercé par l'Assemblée fédérale (Constitution fédérale, art. 85, chiff. 7 et art. 92) dans toutes les causes jugées en vertu du droit fédéral, même quand c'est un tribunal cantonal qui a appliqué une loi fédérale.

Pour les causes dont le Conseil fédéral peut déléguer le jugement aux cantons, l'art. 125, al. 2, O. J. F., dit expressément: « Le droit de grâce appartient à l'Assemblée fédérale. »

Mais ce système ne saurait être maintenu quand le Code pénal suisse sera en vigueur. Il est pratiquement impossible de charger l'Assemblée fédérale d'exercer le pouvoir grâciateur pour les jugements qui pourront être rendus en vertu du Code pénal suisse. Ce ne serait plus quelques heures de temps à autre, mais des journées entières que l'Assemblée fédérale devrait consacrer à l'exercice de ce pouvoir.

Votre commission a donc approuvé l'art. 417 du projet qui repose sur cette idée: le droit de grâce se rattacherait, à l'avenir, non plus au pouvoir législatif, mais au pouvoir judiciaire: Ce droit appartiendrait à la Confédération dans les causes jugées par les autorités pénales fédérales; il appartiendrait aux cantons dans toutes les causes jugées par les autorités judiciaires cantonales, y compris les cas de « délégitation » ordonnée par le Conseil fédéral au préjudice de la Cour pénale fédérale.

Ce système est pratique, clair et net. La commission vous propose donc d'adopter l'art. 417, en parlant cependant, au dernier alinéa, non pas des « tribunaux cantonaux » mais des « autorités cantonales ». D'après l'art. 364, en effet, ce sont les cantons qui désignent ces autorités et ils peuvent désigner des autorités administratives, dans certains cas qui peuvent se présenter si, conformément à la proposition de la commission, vous biffez l'art. 418 du projet du Conseil fédéral.

Je signale d'autre part, dès maintenant, que la règle posée par la lit. b) de l'art. 417 conduit à abroger la troisième phrase du deuxième alinéa de l'art. 125 de l'O. J. F., qui dit: « Le droit de grâce appartient à l'Assemblée fédérale. » Voyez dans ce sens l'art. 422, lit. e), dans le texte proposé par la commission.

L'art. 418 du projet du Conseil fédéral trace des limites à l'exercice du droit de grâce. Quant à la raison d'être d'une telle limitation, je me réfère à l'Exposé des motifs à l'appui du Livre III, publié en mai 1915 (pages 38 et 39) et aux débats de la deuxième commission d'experts (procès-verbal, IX, page 285 et suivantes).

Mais, Messieurs, quelle que soit la valeur des arguments dont on peut faire état en faveur d'une limitation du droit de grâce par notre projet, il n'en reste pas moins vrai que les dispositions de l'art. 418 du projet du Conseil fédéral sont discutables à divers égards.

Ce texte exclut de la grâce, tout d'abord, toute condamnation à une peine privative de liberté excédant 3 mois. Il est évident qu'une telle restriction renferme un élément d'arbitraire. La limite est fixée à 3 mois. Pourquoi pas 1 mois, ou 6 mois? C'est que les rédacteurs du projet l'ont jugé bon ainsi. Il n'y a pas d'autre réponse.

D'autre part, l'art. 418 exclut absolument la grâce en ce qui concerne l'amende seule. Ceci est-il justifié? On peut en douter.

En outre et d'une façon générale, il est certain que la limitation prévue par l'art. 418 est une grosse innovation et qu'elle se heurterait à une vive résistance.

Les Grands Conseils cantonaux, vous le savez, sont très attachés à leurs prérogatives dans ce domaine. Ils se plaisent à exercer ainsi le pouvoir souverain et aiment à se rendre populaires par l'usage — bon ou mauvais — qu'ils font de cette faculté. On peut penser ce qu'on veut de cet état d'esprit. Le fait est qu'il existe et que des dispositions telles que celles de l'art. 418 pourraient bien, en cas de referendum, accroître le nombre des votes négatifs.

Telles sont les principales raisons qui, en définitive, ont conduit votre commission à vous proposer la suppression de l'art. 418.

Si vous adoptez cette proposition, c'est aux cantons eux-mêmes qu'il appartiendra, dans la mesure où ce sont leurs autorités qui auront à exercer le droit de grâce, de prendre les mesures nécessaires pour parer aux abus qui, trop souvent il faut le dire, font de la grâce une espèce de loterie et pour éviter que le droit de grâce ne soit mis au service de la politique des partis.

D'autre part, la suppression de l'art. 418 et des restrictions qui s'y trouvent prévues, entraînera une modification, dont je parlerai tout à l'heure, du texte de l'art. 420, al. 1.

Avant d'en arriver là, j'indique encore que la commission vous propose d'adopter tel quel l'art. 419 qui, lui, pose des règles de pure forme sur l'ouverture de la procédure en grâce et sur les conditions de délai auxquelles peut être subordonné le renouvellement d'un recours rejeté.

L'art. 420 règle ensuite les effets de la grâce. Ainsi que je l'ai fait observer tout à l'heure, il résulte de la suppression de l'art. 418 que l'on doit remplacer par une formule tout à fait générale, la spécification des diverses peines qui, aux termes de l'art. 420, al. 1, du projet du Conseil fédéral, peuvent être remises ou commuées par l'effet de la grâce. C'est pourquoi votre commission vous propose de modifier le texte du Conseil fédéral et de dire à l'art. 420, al. 1:

« Par l'effet de la grâce, peuvent être remises, totalement ou partiellement, toutes peines prononcées par jugement passé en force. »

Ce texte appelle trois observations qui sont les suivantes:

1. Contrairement au projet du Conseil fédéral, le texte proposé par la commission ne permet pas d'étendre la grâce aux frais. Il s'agit là d'une question discutable. D'une part, on peut dire que la condamnation aux frais est un accessoire ajouté à la peine et que, du moment que l'on admet la grâce pour la peine, il est logique de l'admettre pour les frais. En sens inverse, on peut soutenir que la créance en paiement des frais est d'une tout autre nature que le droit de l'Etat à exécuter la peine, que c'est un droit purement fiscal et que, d'ailleurs, la remise des frais pourra être accordée en tout état de cause par l'autorité compétente au condamné qui aurait des raisons sérieuses de la solliciter.

Vous le voyez, on peut hésiter et cette hésitation s'est traduite par la décision prise à la deuxième commission d'experts, par 9 voix contre 7, d'admettre que la grâce peut s'étendre à la remise des frais, puis par la décision inverse que votre commission a prise par 13 voix contre 8.

2. La seconde remarque à faire au sujet de l'article 420, al. 1, est que, d'après ce texte qui ne parle que des « peines », la grâce ne peut pas toucher aux mesures de sûreté. Ceci est tout à fait juste, étant donné la nature même des mesures de sûreté et le but auquel elles tendent.

3. Enfin, l'art. 420 confirme qu'il appartient à l'acte de grâce de déterminer pour chaque cas l'étendue de la grâce. Mais il résulte aussi du premier alinéa de cet article que si, selon la définition française, l'effet de la grâce est de faire cesser l'exécution, cette définition est trop étroite au regard de notre projet.

D'après l'art. 420, en effet, la grâce peut être étendue notamment à des peines accessoires, en particulier à des privations de droits, privations qui se réalisent indépendamment de l'exécution de la peine principale. L'effet de la grâce ne sera donc pas de faire cesser l'exécution, mais bien de faire cesser la peine elle-même. En revanche, à la différence de l'amnistie, par exemple, la grâce n'abolira pas le jugement qui, sauf quant à la peine, continuera à sortir tous ses effets: la condamnation ne sera pas rayée au casier et le condamné ainsi grâcié sera en état de récidive s'il vient à commettre un nouveau délit.

Sur l'art. 421, qui a trait au recours en révision et qui, bien entendu, constitue un programme minimum que les cantons peuvent dépasser, je puis être très bref.

La commission vous propose d'adopter cet article évidemment nécessaire et qui, sauf peut-être en matière de contraventions, ne révolutionnera pas le droit cantonal actuel.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 422—424.

Anträge der Kommission.

Art. 422. Ingreß und lit. a, b, c.

d) Art. 25, Ziff. 3, des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs, vom 11. April 1889;

e) von Art. 125, Abs. 2, des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege, vom 22. März 1893, der dritte Satz: « Das Begnadigungsrecht bleibt der Bundesversammlung vorbehalten »; die Art. 150 und 151 des genannten Gesetzes; das Bundesgesetz betreffend Umwandlung der Geldbuße in Gefängnis, vom 1. Juli 1922, und die in andern Bundesgesetzen enthaltenen Bestimmungen über die Umwandlung der Bußen;

f) Art. 55—59 des Bundesgesetzes betreffend die elektrischen Schwach- und Starkstromanlagen, vom 24. Juni 1902;

g) Art. 42, 43, 44, 47, 49—52 und 53, Abs. 2, des Bundesgesetzes betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 8. Dezember 1905;

h) Art. 30 des Bundesgesetzes über Maß und Gewicht, vom 24. Juni 1909, soweit diese Bestim-

mung Eichzeichen betrifft, und Art. 32 dieses Bundesgesetzes;

i) Art. 880 des Bundesgesetzes betreffend die Ergänzung des schweizerischen Zivilgesetzbuches (V. Teil: Obligationenrecht), vom 30. März 1911;

k) Art. 66—69 und 74 des Bundesgesetzes über die Schweizerische Nationalbank, vom 7. April 1921;

l) in Art. 38, Abs. 3, des Bundesgesetzes betreffend den Telegraphen- und Telephonverkehr, vom 14. Oktober 1922, die Worte: « und der Kantone »;

m) das Bundesgesetz betreffend Strafbestimmungen zum Handelsregister und Firmenrecht, vom 6. Oktober 1923;

n) vom Bundesgesetz betreffend den Postverkehr, vom 2. Oktober 1924, Art. 56, Ziff. 1; Art. 58, soweit Postwertzeichen betreffend; Art. 62, Ziff. 1, Abs. 4; in Art. 63 die Worte: « und der Kantone »;

o) das Bundesgesetz betreffend den verbrecherischen Gebrauch von Sprengstoffen und giftigen Gasen, vom 19. Dezember 1924;

p) Art. 53 und 54 des Bundesgesetzes über Jagd und Vogelschutz, vom 10. Juni 1925;

q) das Bundesgesetz betreffend Bestrafung des Frauen- und Kinderhandels sowie der Verbreitung und des Vertriebes von unzüchtigen Veröffentlichungen, vom 30. September 1925.

Art. 422bis. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die nachstehenden Bestimmungen des Bundesrechts wie folgt abgeändert:

a) Art. 3, Ziff. 15, des Bundesgesetzes betreffend die Auslieferung gegenüber dem Auslande, vom 22. Januar 1892, erhält folgenden Wortlaut: « Gewerbsmäßige Kuppelei, Frauen- und Kinderhandel »;

b) in Art. 39, 40 und 41 des Bundesgesetzes betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 8. Dezember 1905, ist die Freiheitsstrafe Haft;

c) Art. 11, letzter Absatz, des Bundesgesetzes betreffend Betäubungsmittel, vom 2. Oktober 1924, erhält folgenden Wortlaut: « Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des schweizerischen Strafgesetzbuches und des Bundesgesetzes betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 8. Dezember 1905, über strafbare Handlungen gegen Leib und Leben oder gegen die Gesundheit ».

Art. 423. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates. (Die Aenderung betrifft nur den französischen Text.)

Art. 424. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Propositions de la commission.

Titre et lettres a, b, c adhérer au projet du Conseil fédéral.

d) L'art. 25, chiffr. 3, de la loi fédérale du 11 avril 1889 sur la poursuite pour dettes et la faillite;

e) la troisième phrase du 2^e alinéa de l'art. 125 de la loi fédérale du 22 mars 1893 sur l'organisation judiciaire fédérale portant: « Le droit de grâce appartient à l'Assemblée fédérale »; les art. 150 et 151 de ladite loi; la loi fédérale du 1^{er} juillet 1922 relative à la conversion de l'amende en emprisonnement, et toutes dispositions des autres lois fédérales concernant la conversion des amendes;

f) les art. 55 à 59 de la loi fédérale du 24 juin 1902 concernant les installations électriques à faible et à fort courant;

g) les art. 42, 43, 44, 47, 49 à 52 et 53, 2^e alinéa, de la loi fédérale du 8 décembre 1905 sur le commerce des denrées alimentaires et de divers objets usuels;

h) l'art. 30 de la loi fédérale du 24 juin 1909 sur les poids et mesures, en tant que cet article concerne les empreintes de poinçon, et l'art. 32 de ladite loi;

i) l'art. 880 de la loi fédérale du 30 mars 1911 complétant le Code civil (Livre cinquième, Droit des obligations);

k) les art. 66 à 69 et 74 de la loi fédérale du 7 avril 1901 sur la Banque nationale suisse;

l) dans l'art. 38, 3^e alinéa, de la loi fédérale du 14 octobre 1922 réglant la correspondance télégraphique et téléphonique, les mots « et cantonales »;

m) la loi fédérale du 6 octobre 1923 statuant des dispositions pénales en matière de registre du commerce et de raisons de commerce;

n) dans la loi fédérale du 2 octobre 1924 sur le service des postes: l'art. 56, chiff. 1^{er}; l'art. 58, en tant qu'il concerne des valeurs postales; l'art. 62, chiff. 1^{er}, 4^e alinéa; à l'art. 63, les mots « et cantonales »;

o) la loi fédérale du 19 décembre 1924 concernant l'emploi délictueux d'explosifs et de gaz toxiques;

p) les art. 53 et 54 de la loi fédérale du 10 juin 1925 sur la chasse et la protection des oiseaux;

q) la loi fédérale du 30 septembre 1925 concernant la répression de la traite des femmes et des enfants et la répression de la circulation et du trafic des publications obscènes.

Art. 422bis. Dès l'entrée en vigueur du présent code, les dispositions ci-après de la législation fédérale sont modifiées comme il suit:

a) l'art. 3, chiff. 15, de la loi fédérale du 22 janvier 1892 sur l'extradition aux Etats étrangers aura la teneur suivante: « proxénétisme professionnel; traite des femmes et des enfants »;

b) dans les art. 39, 40 et 41 de la loi fédérale du 8 décembre 1905 sur le commerce des denrées alimentaires et de divers objets usuels, la peine privative de liberté sera la peine des arrêts;

c) l'art. 11, dernier alinéa, de la loi fédérale du 2 octobre 1924 sur les stupéfiants aura la teneur suivante:

Alte Bestimmungen.

lit. a) Bundesstrafrecht vom 4. Februar 1853.

Art. 1—35	
Art. 36	
Art. 37	
Art. 38	
Art. 39	
Art. 40	
Art. 41	
Art. 42—44	
Art. 45—48	
Art. 49	
Art. 50	
Art. 51	
Art. 52	

« Demeurent réservées les dispositions du Code pénal suisse et de la loi fédérale du 8 décembre 1905 sur le commerce des denrées alimentaires et de divers objets usuels, réprimant les infractions contre la vie et l'intégrité corporelle, ou contre la santé. »

Art. 423. Dès l'entrée en vigueur du présent code, les lois pénales des cantons sont abrogées.

Demeurent réservées les prescriptions cantonales de droit pénal lorsqu'elles ont trait à des objets à raison desquels le présent code réserve expressément aux cantons le pouvoir de légiférer.

Art. 424. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Seiler, Berichterstatter: Wir kommen zum Schlußabschnitt, und dann sind Sie und wir erlöst. Ich mag das Ihnen und uns gönnen.

Die durch das Strafgesetzbuch aufgehobenen frühern Gesetze und Gesetzesbestimmungen bilden eine ansehnliche Zahl. Es sind in der Hauptsache: das Bundesstrafrecht von 1853 mit seinen Ergänzungen; einzelne Bestimmungen des Bundesgesetzes betreffend die Bundesrechtspflege; die Auslieferungsgesetzgebung; das Sprengstoffgesetz; das Bundesgesetz betreffend Bestrafung des Kinderhandels und des Vertriebes von unzüchtigen Veröffentlichungen; dann einzelne Bestimmungen des Organisationsgesetzes, des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes, des Gesetzes über die Stark- und Schwachstromanlagen; des Lebensmittelgesetzes, des Gesetzes über Maß und Gewicht, des Obligationenrechts, des Bundesgesetzes über die Nationalbank, des Gesetzes über den Telegraphen- und Telephonverkehr, des Postverkehrsgesetzes, des Gesetzes über Jagd- und Vogelschutz, des Bundesgesetzes über die Strafbestimmungen zum Handelsregister und Firmenrecht.

Die Aufzählung ist nicht vollständig. Aber sie ist trotzdem instruktiv insofern, als sie zeigt, wie zerstreut die Strafbestimmungen in den Bundesgesetzen sind.

Die Ueberprüfung der aufgehobenen Vorschriften ist eine ebenso mühsame als nützliche Arbeit. Dieser Arbeit hat sich der Chef der Justizabteilung, Herr Dr. Kuhn, dessen hervorragende Dienstleistungen bei diesem Anlasse hervorgehoben werden sollen, unterzogen. Er hat eine Zusammenstellung gemacht, in welcher die alten und die neuen Bestimmungen einander gegenüber gestellt werden. Es ist angezeigt, die Liste vollinhaltlich im stenographischen Bulletin aufzunehmen und sie festzuhalten, wie folgt:

Neue Bestimmungen.

(Entwurf und andere Gesetze.)

Art. 1—97.	
Militärstrafgesetz, Art. 90.	
Art. 230.	
Art. 233bis.	
Art. 233.	
Art. 65.	
Art. 263.	
Art. 261, 266.	
Art. 229, 255, 255bis, 260bis.	
Art. 252, 251.	
Art. 274.	
Art. 65.	
Art. 229, 255, 255bis, 260bis.	

Alte Bestimmungen.

- Art. 53, lit. a
- Art. 53, lit. b
- Art. 53, lit. c
- Art. 53, lit. d
- Art. 53, lit. e
- Art. 53, lit. f
- Art. 54
- Art. 55
- Art. 56
- Art. 57
- Art. 58
- Art. 59, 60
- Art. 61
- Art. 62
- Art. 63
- Art. 64
- Art. 67
- Art. 68
- Art. 69—72
- Bundesgesetz betreffend Werbung und Eintritt in fremden Kriegsdienst vom 30. Juni 1859
- Bundesgesetz betreffend Ergänzung des Bundesstrafrechts vom 12. April 1894
- Bundesgesetz betreffend Revision von Art. 67 des Bundesstrafrechts vom 5. Juni 1902
- Bundesgesetz betreffend anarchistische Verbrechen vom 30. März 1906
- lit. b) Bundesstraßprozeß vom 27. August 1851.
Art. 97
Art. 169, 174
Art. 175—177
- lit. c) Auslieferungsgesetz vom 24. Juli 1852 und Nachträge
- lit. d) Schuldbetr.- u. Konkursgesetz. Art. 25; Ziff. 3
- lit. e) Bundesgesetz betreffend Organisation der Bundesrechtspflege vom 22. März 1893.
Art. 125, Abs. 2 (teilw.)
Art. 150, 151
- Bundesgesetz betreffend Umwandlung der Geldbuße in Gefängnis vom 1. Juli 1922 und andere Umwandlungsbestimmungen.
- lit. f) Elektrizitätsgesetz vom 24. Juni 1902.
Art. 55—59
- lit. g) Lebensmittelgesetz vom 8. Dezember 1905.
Art. 42, 43, 44, 47, 49—52, 53, Abs. 2.
- lit. h) Bundesgesetz betreffend Maß und Gewicht vom 24. Juni 1909.
Art. 30 (teilw.) und 32
- lit. i) Obligationenrecht. Art. 880
- lit. k) Nationalbankgesetz vom 7. April 1921.
Art. 66—69, 74
- lit. l) Bundesgesetz betreffend Telegraphen- und Telefonverkehr vom 14. Oktober 1922.
Art. 38, Abs. 3 (teilw.)
- lit. m) Bundesgesetz betreffend Strafbestimmungen zum Handelsregister und Firmenrecht vom 6. Oktober 1923.
Art. 1
Art. 2
Art. 3 und 4

Neue Bestimmungen.

- Art. 280.
—
- Art. 284, 260ter.
- Art. 276.
- Art. 278.
—
- Postverkehrsgesetz von 1924, Art. 56 ff.
- Telegraphen- und Telefonverkehrsgesetz von 1922, Art. 38 ff.
- Art. 279.
—
—
- Art. 217, 218, 220.
- Art. 267—273.
- Art. 260.
—
- Art. 204.
- Art. 48.
- Art. 26, 260quater.
- Militärstrafgesetz, Art. 94.
- Zu streichen! Schon aufgehoben durch Sprengstoffgesetz von 1924, siehe lit. o.
- Art. 204.
- Art. 225.
- Art. 80 ff.
- Art. 417—420 (vgl. den gestrichenen Art. 418).
- Art. 73—78.
- Art. 371—373.
- Art. 140—149, 308, 309, 311.
- Art. 417.
- Art. 371—373.
- (Beseitigung der Bußenumwandlung, vgl. auch 260septies.)
- Art. 108—111, 113, 126, 127, 194, 205.
- Allgemeiner Teil des ersten Buches.
- Art. 214.
- Art. 143, 310, 311.
- Art. 206—208, 213.
- (Wegfall der Strafgesetzgebungskompetenz der Kantone.)
- (Art. 219.)
(Vgl. Art. 138.)
Art. 130bis.

Alte Bestimmungen.

- lit. n) Postverkehrsgesetz vom 2. Oktober 1924.
 Art. 56, Ziff. 1
 Art. 58 (teilw.) und 62, Ziff. 1, Abs. 4
 Art. 63 (teilw.)
- lit. o) Sprengstoffgesetz vom 19. Dezember 1924
- lit. p) Bundesgesetz betreffend Jagd- und Vogelschutz vom 10. Juni 1925.
 Art. 53
 Art. 54
- lit. q) Bundesgesetz betreffend Frauen- und Kinderhandel und unzüchtige Veröffentlichungen vom 30. September 1925

Neue Bestimmungen.

- (Aufhebung des Bundesstrafrechts von 1853.)
 Art. 211, 328.
 (Wegfall der Strafgesetzgebungskompetenz der Kantone.)
 Art. 190—192.
- (Aufhebung des Bundesstrafrechtes von 1853.)
 Art. 80 ff.
- Art. 177, 179, Abs. 4.

Diese Prüfung hat noch einige Zweifelsfragen gezeitigt, so in lit a in bezug auf das Sprengstoffgesetz vom 12. April 1894, in lit. k in bezug auf das Verhältnis zum Nationalbankgesetz, in lit. m in bezug auf das Bundesgesetz vom 6. Oktober 1923 betreffend Strafbestimmungen zum Handelsregister und Firmenrecht.

Wir schlagen Ihnen vor, diese Fragen der Redaktionskommission zu überweisen, welche Ihnen vor der Schlußabstimmung noch Bericht erstatten wird. Für das Plenum des Rates eignen sich solche subtile Fragen ja nicht.

Das gleiche ist zu sagen zu Art. 422bis, den die Kommission neu eingefügt hat und der die Aenderungen enthält, welche durch unsern Entwurf an bestehendem anderweitigem Bundesrecht herbeigeführt werden. Es bedarf der nochmaligen Prüfung, ob die Liste vollständig ist oder ob sie noch ergänzt werden muß. Diese Aufgabe läßt sich erst endgültig erledigen, wenn einmal das Gesetz in beiden Räten durchberaten und die Differenzen bereinigt sind.

Art. 423 stellt die Aufhebung des kantonalen Strafrechts fest und betont gleichzeitig, daß dasjenige kantonale Strafrecht bestehen bleibt, das im eidgenössischen Strafgesetz den Kantonen ausdrücklich überlassen ist. Dies ist die Konsequenz von Art. 352, welcher bestimmt, daß den Kantonen die Gesetzgebung über das Uebertretungsrecht insoweit vorbehalten ist, als es nicht Gegenstand der Bundesgesetzgebung ist. Unsere Kommission hat das Bundesübertretungsrecht auf das Notwendigste beschränkt.

Art. 424 schließlich enthält die Inkraftsetzungsformel. Hoffen wir, daß das Datum des Inkrafttretens in absehbarer Zeit eingesetzt werden kann.

Wichtig ist, daß der Bundesrat die kantonalen Einführungsgesetze zu genehmigen hat und daß ihm das Recht zusteht, seinerseits Ausführungsvorschriften zu erlassen, wenn die Kantone ihre Pflicht versäumen.

Ich empfehle Ihnen Annahme auch des Schlußtitels.

M. Logoz, rapporteur: L'art. 422 indique les dispositions législatives fédérales qui seront abrogées dès l'entrée en vigueur du C. P. S.

Je passe sur la clause abrogatoire du premier alinéa et sur le détail des paragraphes a, b, c, etc. du second alinéa.

D'une façon générale, la commission a classé par ordre chronologique les dispositions législatives que le second alinéa de l'art. 422 déclare abrogées. Ainsi,

le paragraphe e du Conseil fédéral correspond au paragraphe d du texte proposé par la commission; le paragraphe f du Conseil fédéral au paragraphe e du texte de la commission; le paragraphe g du Conseil fédéral au paragraphe f du texte de la commission et ainsi de suite.

D'autre part, la commission a dû tenir compte de l'entrée en vigueur de diverses lois fédérales postérieures à la date du 23 juillet 1918 qui est celle du projet du Conseil fédéral. Ainsi la loi fédérale du 24 juin 1904 sur la chasse et la protection des oiseaux, dont parle la lettre h de l'art. 422 du projet du Conseil fédéral, a été remplacée par une loi nouvelle du 10 juin 1925 (lettre p du texte proposé par la commission).

Ainsi encore, nous avons dû tenir compte de la loi de 1921 sur la Banque nationale suisse (lettre i du projet du Conseil fédéral et lettre k du texte de la commission), puis de la loi de 1924 sur le service des postes (lettre l du projet du Conseil fédéral et lettre n du texte de la commission), enfin des lois de 1922 réglant la correspondance télégraphique et téléphonique, de 1923 statuant des dispositions pénales en matière de registre du commerce, de 1924 concernant l'emploi délictueux d'explosifs et de gaz toxiques et de 1925 sur la traite des femmes et la répression du trafic des publications obscènes (texte de la commission, lettres l, m, o, q).

Pour le surplus, je me permets de vous renvoyer, pour ne pas abuser davantage de votre patience, à la table dont M. le président de la commission vous a parlé tout à l'heure et que vous voudrez bien, sans doute, nous autoriser à faire imprimer sans autre dans le bulletin sténographique.

En revanche je me permets d'indiquer encore que dans l'art. 422, texte du Conseil fédéral, la lettre n a été biffée par votre commission pour la raison suivante: Cette lettre n était justifiée par l'existence, dans le projet du Conseil fédéral, de l'art. 332 réprimant le vagabondage et la mendicité. Or, vous avez biffé cet article. Ceci doit entraîner la suppression de la lettre n de l'art. 422 du Conseil fédéral.

Art. 422bis. Après l'art. 422, qui, en ce qui concerne la législation fédérale, contient les clauses abrogatoires justifiées par le contenu du C. P. S., la commission vous propose d'insérer dans le projet un art. 422bis modifiant quelques dispositions de la législation fédérale non abrogée.

La lettre a) a trait à l'art. 3, chiffre 15, de la loi fédérale de 1892 sur l'extradition aux Etats étrangers.

Cette lettre a) modifie la dite disposition pour tenir compte des titres marginaux des art. 174 et 177 du projet.

La lettre b) concerne les art. 39, 40 et 41 de la loi fédérale de 1905 sur le commerce des denrées alimentaires. Ces dispositions de la loi de 1905 visent en réalité des contraventions. Il est donc utile et même nécessaire de préciser que la peine privative de liberté applicable à ces infractions devra être, après l'entrée en vigueur du Code pénal suisse, la peine des arrêts.

Enfin la lettre c) modifie l'art. 11, dernier alinéa, de la loi fédérale de 1924 sur les stupéfiants, loi qui ne sera pas abrogée par le Code pénal suisse, mais dans laquelle on devra tenir compte de l'existence de ce code. Il est également nécessaire de réserver dans le dernier alinéa de l'art. 11 de cette loi de 1924 certaines dispositions de la loi fédérale de 1905 qui, actuellement, n'y sont pas mentionnées.

L'art. 423 a trait à l'abrogation des lois pénales cantonales. Il réserve les prescriptions cantonales de droit pénal qui ont trait à des objets en raison desquels le Code pénal suisse réserve aux cantons le droit de légiférer (art. 352 de notre projet).

L'amendement ici proposé par la commission s'explique par le fait qu'il faut réserver non seulement le droit cantonal « en vigueur », comme le disait le projet du Conseil fédéral, mais aussi le droit cantonal qui pourra être édicté à l'avenir en vertu de l'art. 352 de notre projet lui-même.

Sur l'art. 424 relatif à l'entrée en vigueur du Code pénal suisse, pas d'observation.

M. le **Président**: Nous sommes ainsi arrivés au bout, divergences réservées, de cette oeuvre capitale qu'est le Code pénal suisse. Quelqu'un demande-t-il à revenir sur l'un ou l'autre des articles du projet?

Ce n'est pas le cas. La discussion est close.

Avant de passer au vote, vous me permettrez de remercier MM. les rapporteurs pour le gros effort qu'ils ont soutenu et grâce auquel la discussion dans cette enceinte a pu être sensiblement écourtée. (Bravos.)

Gesamtabstimmung. — Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes	99 Stimmen
Dagegen	5 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

2470. Primarschulsubvention. Aenderung des Bundesgesetzes.

Subvention à l'école primaire. Revision de la loi.

Siehe. Jahrgang 1929, Seite 792. — Voir année 1929, page 792.

Beschluss des Ständerates vom 18. Dezember 1929.

Décision du Conseil des Etats du 18 décembre 1929.

Differenzen. — Divergences.

Antrag der Kommissionsmehrheit

(Biroll, Borella, Briner, Graf, Hardmeier, Höppli, Wagner, Waldvogel.)

Festhalten am Beschluss des Nationalrates vom 10. Dezember 1929.

Proposition de la majorité de la commission

(Biroll, Borella, Briner, Graf, Hardmeier, Höppli, Wagner, Waldvogel.)

Maintenir la décision du Conseil national du 10 décembre 1929.

Antrag der Kommissionsminderheit

(Bossi, Brügger, von Matt, Paschoud, Reichling, Steinmetz.)

Art. 4, Abs. 2. Der Einheitssatz zur Berechnung des Jahresbeitrages beträgt für die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Appenzell I.-Rh., Appenzell A.-Rh., Graubünden, Tessin und Wallis 1 Fr. 20 und für die andern Kantone 1 Fr. auf den Kopf der Wohnbevölkerung.

Proposition de la minorité de la commission

(Bossi, Brügger, von Matt, Paschoud, Reichling, Steinmetz.)

Art. 4, 2^e alinéa. Ce subside est de 1 fr. 20 par habitant et par an dans les cantons d'Uri, de Schwyz, d'Unterwald-le-Haut, d'Unterwald-le-Bas, d'Appenzell Rh.-Ext., d'Appenzell Rh.-Int., des Grisons, du Tessin et du Valais et d'un franc dans les autres cantons.

Antrag Bossi

Art. 4, Abs. 2. Der Einheitssatz zur Berechnung des Jahresbeitrages beträgt für jeden Kanton 1 Fr. auf den Kopf der Wohnbevölkerung, ausgenommen für die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Appenzell I.-Rh., Appenzell A.-Rh., Graubünden, Tessin und Wallis, die 1 Fr. 20 per Kopf der Wohnbevölkerung erhalten.

In dieser Form wird der Antrag Bossi zur materiellen Behandlung zugelassen.

Proposition Bossi

Art. 4, 2^e alinéa. Ce subside est d'un franc par habitant et par an, pour tous les cantons, excepté ceux d'Uri, de Schwyz, d'Unterwald-le-Haut, d'Unterwald-le-Bas, d'Appenzell Rh.-Int., d'Appenzell Rh.-Ext., des Grisons, du Tessin et du Valais, pour lesquels il est de 1 fr. 20.